



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

Ausgeschlossen



UNIVERSITY

JUN 1976

TERCE
Library

7231
Amtsblatt

der

Königlichen Regierung zu Potsdam

und der

Stadt Berlin.



Jahrgang 1902.



Potsdam. 1902.

Zu haben bei sämtlichen Kaiserlichen Postanstalten.

Preis 1 Mark 50 Pfennige.

(Der Preis des Alphabetischen Sach- und Namen-Registers beträgt 40 Pfennige.)

JS7
G₃P₆
1902



Chronologische Uebersicht

der in dem Amtsblatte der Königl. Regierung
zu Potsdam und der Stadt Berlin

im Jahre 1902

erschienenen Verordnungen und Bekanntmachungen.

Abkürzungen: Die Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Minister sind durch M., die des Königl. Ober-Präsidenten durch O. Pr., die des Königl. Regierungspräsidenten durch R. Pr., die der Königl. Regierung durch R., die des Bezirks-Ausschusses durch B. A., die des Königl. Polizeipräsidenten zu Berlin durch P. Pr., die des Staatssekretärs des Reichspostamts oder des Reichspostamts durch R. P. A., die der Kaiserlichen Ober-Post-Direktionen durch O. P. D., die des Königl. Konsistoriums der Provinz Brandenburg durch Ko., die des Königl. Provinzial-Schul-Kollegiums der Provinz Brandenburg durch S., die der Königl. Haupt-Verwaltung der Staatsschulden und der Reichsschatzen-Verwaltung durch H. V. und R. S. V., die der Königl. Kontrolle der Staatspapiere durch K., die der Königl. Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg zu Berlin durch R. B., die der Königl. General-Kommission für die Provinz Brandenburg durch G. K., die der Königl. Provinzial-Steuer-Direktion zu Berlin durch P. St. D., die des Königl. Ober-Berg-Amtes zu Halle durch O. B. A., die der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin durch E. B., die der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Stettin durch E. St., die der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg durch E. M., die der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Göttingen durch E. G., die des Landesdirektors der Provinz Brandenburg zu Berlin durch L. D. und die der Kreis-Ausschüsse des Regierungsbezirks Potsdam durch K. A. bezeichnet.

Datum	Nummer der	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts	Seitenzahl des Amts- blatts
1899.				
Juni 5.	Ko.	Bergl. 7. R. unterm 16. Januar 1902.		
1901.				
Mai 13.	—	Kardinal Ropp in Breslau. — Bergl. 1. P. Pr. unterm 18. Dezember 1901.		
- 15.	L. D.	Bergl. 1. L. D. unterm 27. Februar 1902.		
Juni 12.	—	Kardinal Ropp in Breslau. — Bergl. 3. R. unterm 9. Januar 1902.		
- 13.	—	Derselbe. — Bergl. 11. P. Pr. unterm 14. Januar 1902.		
- 25.	—	Allerhöchster Erlaß. — Konzessionsurkunde für eine Nebenbahn Neustadt a. D. — Neu-Ruppin — Derberg.		1/5
Aug. 1.	—	Kardinal Ropp in Breslau. — Bergl. 4. R. unterm 9. Januar 1902.		
- 1.	—	Derselbe. — Bergl. 5. R. unterm 9. Januar 1902.		
- 22.	M.	Bergl. 35. P. Pr. unterm 11. März 1902.		
Sept. 6.	M.	Bergl. 35. P. Pr. unterm 11. März 1902.		
Nov. 12.	5. R. B.	Auslösung von Rentenbriefen	10	100/101
- 13.	R. Pr.	Bergl. 243. R. Pr. unterm 13. August 1902.		
- 15.	H. V.	Bergl. 1. R. unterm 25. November 1901.		
- 21.	37. R. Pr.	Strom- und Schifffahrts-Polizei-Verordnung.	7	49
- 25.	1. R.	Ausreichung von Zinsketten zu Staatsschuldverschreibungen	2	11/12
- 25.	8. R.		8	62
Dez. 7.	M.	Bergl. 35. P. Pr. unterm 11. März 1902.		
- 9.	14. R. Pr.	Deichverband der II. und III. Division der Prignitz'schen Elbniederung	3	21
- 10.	6. M.	Zurnlehrerinnen-Prüfung	2	12/13
- 11.	5. M.	Ablagetarif	2	12
- 12.	—	Allerhöchster Erlaß. — baw. Chauffeegelderhebung auf der Chaussee von Lehnin nach Vaterdamme.	2	11
- 12.	—	Der Reichsanwalt. — Änderungen der Postordnung	3	19/20
- 12.	2. M.	Böhlwertstarif	1	5/6
- 12.	3. M.	Ablagetarif	1	6

Datum	Nummer	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Stück des Amtsblatts	Seitenzahl des Amtsblatts
Dez. 12.	4. M.	Ablagetarif	1	6/7
- 12.	8. M.	Tabakfurrogate	4	29
- 12.	9. M.	Böhlwerkstarif	4	29
- 13.	L. D.	Bergl. 1. L. D. unterm 27. Februar 1902.		
- 14.	M.	Bergl. 7. R. Pr. unterm 2. Januar 1902.		
- 15.	—	Magistrat Berlin. — Bergl. 4. P. Pr. unterm 30. Dezember 1901.		
- 18.	1. P. Pr.	Errichtung einer katholischen Pfarrei	1	8
- 18.	1. P. Pr.	Abteilung der Dillasse und der Freizeitsmode	1	8
- 19.	2. P. Pr.	Überstrombauverwaltung	2	10
- 20.	2. P. Pr.	Unterführung der Gleisstraße in Berlin unter den Gleisen der Nordbahn	1	8
- 21.	3. R. Pr.	Belastigung	2	8
- 21.	3. R. Pr.	Landgerichtspräsident in Breslau	2	18
- 22.	1. M.	Gewährleistung der Reichsrenten	1	5
- 23.	1. M.	Gewährleistung der Reichsrenten	1	5
- 24.	1. B. A.	Gemeindebezirksveränderung	2	16
- 27.	1. R. Pr.	Wasserstände	1	7
- 27.	3. R. Pr.	Öffentliche Verlosung	1	7
- 27.	5. R. Pr.	Müller-Jungens in Tamm	2	18
- 28.	2. R. Pr.	Diphtherie-Heilserum	1	7
- 30.	7. M.	Handelskammer für Berlin	3	20
- 30.	4. R. Pr.	Viehseuchen	1	8
- 30.	4. P. Pr.	und Magistrat Berlin. — Bezirkschornsteinfegermeister	2	18
- 30.	1. E. B.	Eisen-Ausfuhrtarife. Sechsten Ausnahmestufe	2	16
- 30.	—	Reichs-Versicherungsamt. — Statut der Brandenburgischen landwirtschaftlichen Vereinigung	41	430/460
- 30.	—	Gewerbebesteuerklasse I in Potsdam. — Baarenhändler	1	9
1902.	—	—	—	—
Jan. 2.	7. R. Pr.	Markt- und Lodenpreise für November 1901	2	13
- 2.	10. R. Pr.	Markt- und Lodenpreise für November 1901	2	14
- 2.	1. K. A.	Gemeindebezirksveränderungen	3	26
- 3.	16. R. Pr.	Behandlung aufgefundener Leichensachen	3	21/22
- 3.	1. O. P. D.	Erweiterung des Fernsprechnetzes	2	15
- 3.	—	Ausweisungen aus Preußen	1	9
- 3.	—	Desgleichen aus dem Deutschen Reichsgemeine	1	9/10
Jan. 4.	6. R. Pr.	Barbier-Jungung in Bitterfeld	2	13
- 6.	8. R. Pr.	Markt- und Lodenpreise für Dezember 1901	2	13
- 6.	9. R. Pr.	Markt- und Lodenpreise für Dezember 1901	2	14/15
- 6.	12. R. Pr.	Erfassung eines Landtagsabgeordneten	3	20
- 6.	13. R. Pr.	Jungung für die Gas- und Wasserwerke	3	20
- 6.	—	Feuerlassengeld, Ausfuhr der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg.	3	26/27
- 7.	11. R. Pr.	Viehseuchen	2	14/15
- 7.	6. P. Pr.	Markt- und Lodenpreise für Dezember 1901	3	24/25
- 7.	7. P. Pr.	Ergänzung der Strom- und Schiffsahrtspolizei-Verordnung	3	24
- 8.	R. Pr.	Sach- und Namenregister zum Amtsblatte	3	19
- 8.	5. E. B.	Korrespondenz Berlin-Bayerischer und Württembergischer Eisenbahn	7	56
- 8.	5. K. A.	Gemeindebezirksveränderung	9	92
- 8.	—	Landgerichtspräsident in Neustadt	3	27
- 9.	15. R. Pr.	Sonntagsruhe im Barbiergewerbe	3	21
- 9.	3. R.	Pfarrei St. Ludwig in Deutsch-Wilmersdorf	3	22/23

Datum	Nummer	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Stückzahl	Seitenzahl
Jan. 9.	4. R.	Pfarrrei Steglitz	1	23
- 9.	5. R.	Nachtrag zur Pfarr-Errichtungs-Urkunde der katholischen Pfarrkirche St. Marien in Berlin	1	23
- 9.	2. O. P. D.	Erhöhung der Preussisch-Preussische Reichsgesetzblatt Stück 50 von 1901	3	25/26
-	-	Gesetzsammlung Stück 38 von 1901	2	11
Jan. 10.	5. P. Pr.	Statuten der National-Hypothekengeld-Anstalt in Berlin	3	23/25
Jan. 10.	2. K. O.	Vaterländische Frauen-Vereine, vergl. 69. R. Pr. unter dem 1. März 1902.	1	16
-	-	Pfarrstellenerledigung	2	18
-	-	Ausweisungen aus Preußen	2	18
Jan. 11.	2. B. A.	Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	2	18
- 11.	1. R. B.	Gemeindebezirksveränderung	5	36/37
- 13.	2. R.	Auslosung von Rentenbriefen	4	33
- 13.	2. E. B.	Amtsräume der Katasterämter in Berlin	3	22
- 14.	17. R. Pr.	Nordostdeutsch-Berlin-Bayerischer Verband	1	33
- 14.	9. P. Pr.	Biehseuchen	3	22
- 14.	11. P. Pr.	Brieftauben für Kriegszwecke	4	31/32
- 14.	4. E. B.	Nachtrag zur Pfarr-Errichtungs-Urkunde von St. Matthäus in Berlin	1	36/37
- 14.	-	Schließung der Station Ragenhof, d. Gesundheitsamtes als öffentliche Anschlußstelle.	2	56
- 14.	-	Landgerichtspräsident in Neu-Ruppin	4	33
- 15.	10. M.	Ablage-Tarif	6	43
- 15.	M.	Bergl. Ministerial-Bau-Kommission unterm 1. Februar 1902	-	-
- 15.	18. R. Pr.	Diphtherie-Heißerum	4	30
- 15.	8. P. Pr.	Schleusenperre	4	31
- 15.	-	Landgerichtspräsident in Neu-Ruppin	4	33
- 16.	7. R.	Erhaltung von Gegenständen wissenschaftlichen, künstlerischen oder sonstigen Wertes	6	46/47
- 16.	3. O. P. D.	Errichtung eines Postamtes III. in Guben	4	32
- 16.	E. St.	Bergl. 23. R. Pr. unterm 22. Januar 1902.	-	-
Jan. 17.	1. O. Pr.	Reichsgesetzblatt Stück 1 von 1902	3	19
- 17.	20. R. Pr.	Wahl von Provinzial-Landtags-Abgeordneten	4	29/30
- 17.	10. P. Pr.	Baugewerkschulen	4	31
- 17.	-	Beschädigung des Berliner städtischen Reichsamt mit Niederschneisen und Schneisen	4	32
- 17.	-	Amtsgericht Meyenburg. — Prozeßagent	6	48
-	3. K. O.	Pfarrstellenerledigung	3	26
-	-	Ausweisungen aus Preußen	3	28
-	-	Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	3	28
Jan. 18.	18. R. Pr.	Wasserstände	4	30
- 18.	13. P. Pr.	Dispensation der Apothekerlehrlinge von den Vorschriften des Prüfungsreglements	5	37
- 18.	18. P. Pr.	Berichtigung von Marktstellen	5	37
- 18.	2. K. A.	Gemeindebezirksveränderungen	7	56
- 20.	2. O. Pr.	Einberufung des Provinzial-Landtages	4	30
- 20.	21. R. Pr.	Öffentliche Verlosung	4	31
- 20.	u. P. Pr.	und Magistrat in Berlin. — Bezirksverordnetenversammlung	7	55
- 20.	4. O. P. D.	Annahme von Postsendungen u. durch die Postbefreiungen	5	37
- 21.	23. R. Pr.	Biehseuchen	4	31
- 21.	24. R. Pr.	Brasilianisches Generalkonsulat	5	35
- 22.	3. O. Pr.	Wahl eines Provinzial-Landtags-Abgeordneten	5	35

Datum	Kammer der Verordnungen und Besanntmachungen	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Seite des Amts- blatts	Seite des Amts- blatts
Jan. 22.	28. R. Pr.	Verlegung einer Eisenbahn-Maschinen-Inspektion	5	36
22.	14. P. Pr.	Erlassen der Konzession für eine Aktien-Gesellschaft	5	37
23.	—	Der Stellvertreter des Reichskanzlers. — Bergl. 20. M. unterm 12. März 1902.	—	—
23.	17. P. Pr.	Entziehung der Approbation als Arzt	7	55
—	—	Gefessammlung Stück 1 von 1902	4	20
—	4. Kp.	Pfarrstellenerlebigung	4	32
—	5. Kp.	Desgleichen	4	32/33
—	—	Ausweisungen aus Preußen	4	33
—	—	Desgleichen aus dem Deutschen Reichsgebiete	4	34
Jan. 25.	—	Der Stellvertreter des Reichskanzlers. — Bergl. 52. M. unterm 18. Februar 1902.	—	—
25.	8. M.	Bergl. 1. L. D. unterm 27. Februar 1902	—	—
25.	26. R. Pr.	Öffentliche Verloosung	5	55/36
25.	6. R.	Kreisfchulinspektionen	6	46
25.	1. E. Br.	Östdeutsches Eisenbahn-Kursbuch	5	38
28.	26. R. Pr.	Biehenden	5	36
28.	3. E. B.	Ausnahmetarif für Eis in Wagenladungen	6	47
28.	3. K. A.	Kommunalbezirksveränderungen	7	56
28.	—	Der Schiedsgerichtsvorsitzende in Halle a. S. — Schiedsgericht für Arbeiterversicherung.	6	48
29.	—	Allerhöchster Erlaß. — Chauffeur Dahme — Segelsdorf — Gersdorf etc.	8	61
29.	16. P. Pr.	Bergebung der Konzession für eine Apotheke	7	53/54
30.	36. R. Pr.	Wasserbaufreise	6	45/46
30.	15. P. Pr.	Berichtigung von Marktpreisen	7	53
30.	50. O. P. D.	Verlegung eines Rohpoststrahres	6	47
—	—	Reichsgefesblatt Stück 2 und 3 von 1902	5	35
Jan. 31.	1. M.	Befugnisse und Verpflichtungen sowie Geschäftsbetrieb der Stellenvermittler für Bühnenangehörige	—	Sonderbeilage zum 18. Stück
31.	11. M.	Prüfungsordnung für Zeichenlehrer und Zeichenlehreinnen	9	85/87
31.	M.	Ausführungsbestimmungen für diese	9	87/88
31.	28. R. Pr.	Fischerei-Berufsgenossenschaft	6	44
31.	29. R. Pr.	Fingerring-Berufsgenossenschaft	6	44
31.	30. R. Pr.	Verkündigung ortspolizeilicher Verordnungen im Amts- und Gemeindebezirk Treptow.	6	44
—	6. Kp.	Pfarrstellenerlebigung	5	37
—	7. Kp.	Desgleichen	5	37
—	8. Kp.	Desgleichen	5	37
—	—	Geschenke an Kirchen etc.	6	38
—	—	Ausweisungen aus Preußen	5	39
—	—	Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	5	39/42
Febr. 1.	27. R. Pr.	Geldsammlungen in öffentlichen Versammlungen	6	43/44
1.	R.	Verteilungsplan des Bedarfs des Altesentlagelasse für die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen	—	Beilage zum 10. Stück
1.	—	Ministerial-Bau-Kommission. — Tarif für den städtischen Gasen am Urban zu Berlin.	7	55/56
3.	31. R. Pr.	Juden-Berufsgenossenschaft	6	44
3.	32. R. Pr.	Metall-Berufsgenossenschaft	6	44
3.	33. R. Pr.	Leinen-Berufsgenossenschaft	6	44
3.	34. R. Pr.	Prüfung von Dampfseffern	6	44
3.	R.	Bergl. R. unterm 1. Februar 1902.	—	—
3.	6. O. R. D.	Erweiterung des Personenschutzes	7	49

Datum		Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Stück des Amts- blatts	Seitenzahl des Amts- blatts
Febr.	3.	4. K. A.	Veränderung von Gemeinde- und Gutsbezirks Grenzen	8	66
-	4.	38. R. Pr.	Biehsteuern	6	44
-	5.	19. P. Pr.	Marktpreise	7	54/55
-	5.	-	Wasserbau-Inspektion Genthin. — Schleusensperre	8	67
-	6.	4. O. Pr.	Wahl eines Provinzial-Landtags-Abgeordneten	9	49
-	6.	40. R. Pr.	Landesverweisungen	7	51
-	6.	61. R. Pr.	Strom- und Schifffahrtspolizei-Verordnung	10	98
-	-	-	Reichsgefehlblatt Städt 4 von 1902	6	43
-	-	-	Gesetzsammlung Städt 2 von 1902	6	43
Febr.	7.	38 R. Pr. u. P. Pr.	Öffentliche Verlosung	7	50
-	7.	43. R. Pr.	Polizei-Verordnung für die Kleinbahn Rathenow-Ratzenburg mit Abzweigung von Senzle nach Ratzenburg	7	52/53
-	-	9. Ko.	Poststellenüberlegung	6	47
-	-	-	Königl. landwirtschaftliche Akademie Bonn-Boppelsdorf	6	48
-	-	-	Ausweisungen aus Preußen	6	48
-	-	-	Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	6	48
Febr.	8.	44. R. Pr.	Provinzial-Konservator	8	62
-	8.	11. Ko.	Anstaltsparodie für das Baisen- und Krankenhaus "Vollbauer- Stiftung" in Hermannswerder bei Potsdam	9	91/92
-	10.	5. O. Pr.	Polizei-Verordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen	8	61/62
-	10.	42. R. Pr.	Marktpreise	7	52
-	11.	30. R. Pr.	Biehsteuern	7	50
-	11.	41. R. Pr.	Marktpreise	7	50/51
-	12.	R. Pr.	Geschäftsbetrieb der Stellenvermittler für Bühnengehörige	8	84
-	12.	2. R. B.	Auslosung von Rentenbriefen	8	65/66
-	-	5. R. B.	-	13	140/141
-	-	8. R. B.	-	23	253
-	12.	-	Handwerkskammer Berlin. — Meister-Prüfungsordnungen	8	67/83
-	13.	45. R. Pr.	Arbeitszugbetrieb auf der Eisenbahnstrecke Angermünde-Straßburg zwischen Reghin und Tughrin	8	62
-	13.	40. R. Pr.	Tarif-Ergänzung	8	62
-	13.	48. R. Pr.	Bekundigung ortspolizeilicher Verordnungen im Amtsbezirk Tegel	8	63
-	-	-	Reichsgefehlblatt Städt 5 und 6 von 1902	7	49
Febr.	14.	47. R. Pr.	Wahlbezirksveränderung	8	62/63
-	14.	11 R.	Desgl. 11. Ko. vom 8. Februar 1902	-	-
-	-	-	Ausweisungen aus Preußen	7	58/59
-	-	-	Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	7	59/60
Febr.	15.	49. R. Pr.	Niederlegung der Hebammen-Praxis	8	63
-	15.	20. P. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. den Betrieb der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn.	8	64/65
-	15.	6. K. A.	Veränderung von Gemeindebezirksgrenzen	9	93
-	17.	12. M.	Ablagen-Tarif	11	105
-	17.	50. R. Pr.	Österreichisch-Ungarisches Generalkonsulat	8	63
-	17.	4. P. Pr.	-	-	-
-	17.	54. R. Pr.	Schussfreie Tage auf dem Schießplatze bei Rummersdorf	8	63
-	17.	9. O. P. D.	Erweiterung des Fernspreerverkehrs	9	91
-	17.	7. E. B.	Ausnahmetarif für Düngemittel	9	92
-	18.	6. O. Pl.	Durchschnittsmarktpreise für die Jahre 1892 bis 1901	9	88/89
-	18.	52. R. Pr.	Verfahren bei Anträgen auf Verdingung der Pödenkloßgasse	8	63/64
-	18.	53. R. Pr.	Lehrschmiede in Charlottenburg	8	64
-	18.	54. R. Pr.	Biehsteuern	8	64

Datum	Nummer	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Stück des Buchs	Ertrag des Buchs
Febr. 18.	1. S.	Prüfung für Hauswirtschaftslehrerinnen	110	100
18.	—	Königl. Thierärztliche Hochschule in Hannover	9	93
19.	56. R. Pr.	Öffentliche Verloosung	9	89
19.	u. P. Pr.	—	—	—
19.	56. R. Pr.	Kolumbisches Konfakal	9	89
19.	u. P. Pr.	—	—	—
19.	58. R. Pr.	Vorlesungen an der Universität Greifswald	9	90
19.	7. O. P. D.	Cementkanal für Fernsprechnadel	9	91
19.	6. E. B.	Hanseatisch-Ostdeutscher Güterverkehr	9	92
20.	59. R. Pr.	Wasserstände	9	90
20.	1. R. P. A.	Gemeinsame Postwerthzeichen für das Reichs-Postgebiet und für	9	88
20.	8. O. P. D.	Württemberg	—	—
20.	—	Cementkanäle für Fernsprechnadel	9	91
20.	—	Großherzogtl. Flugbau-Kommission in Wiesbaden	9	93
21.	9. R.	Reichs-Gesetzblatt Stück 7 von 1902	8	61
21.	4. R. B.	Unterricht für Volksschullehrer im Obßbau	9	91
21.	10. Ko.	Einslösung fälliger Zinscheine	10	101
21.	—	Pfarrstellenerledigung	8	85
21.	—	Ausweisungen aus Preußen	8	83
22.	57. R. Pr.	Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	8	83/84
24.	11. R.	Schneider-Innung in Straßburg u. M.	9	89/90
24.	21. P. Pr.	Hygienische Prüfung der Baupläne für Schulbauten	11	110/111
25.	60. R. Pr.	Polizei-Verordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen	10	99
25.	67. R. Pr.	Biehseuchen	9	90/91
25.	22. P. Pr.	Länge und Breite der Schiffsfahrzeuge	10	99
25.	10. O. P. D.	Schiedsgericht für Arbeiter-Versicherung	10	99
25.	H. V.	Rohrpostanlagen und Cementkanäle	10	100
26.	63. R. Pr.	Bergl. 10. R. unterm 3. März 1902.	10	98
26.	23. P. Pr.	Gemeindebezirksveränderung	10	100
26.	7. K. A.	Marktcommission des Spezialmarktes für Waaren	11	113
27.	64. R. Pr.	Veränderungen von Gemeinde- und Amtsbezirkegrenzen	10	98
27.	65. R. Pr.	Gemeindebezirksveränderung	10	98
27.	—	Desgleichen	10	98
27.	—	Reineinkommen der Brigadenheilfürde Straßburg u. M.	10	101/102
27.	1. L. D.	grenze der Medlenburgischen Friedrich-Wilhelm-Straße	11	114
27.	—	Reglement für die Brandenburgische Provinzial- und Erziehungs-	—	—
27.	—	anstalt und Reglement zur Fürsorge-Erziehung Minderjähriger	—	—
27.	—	u. 2 Sonderbeilagen	—	—
27.	—	hierzu	—	—
27.	—	Reichsgesetzblatt Stück 8 von 1902	9	85
27.	—	Gesetzsammlung Stück 3 von 1902	9	85
Febr. 28.	14. M.	—	13	135
28.	24. M.	Remonte-Anlauf für 1902	17	191/192
28.	27. M.	—	20	219
28.	62. R. Pr.	Kommunalbezirksveränderung	10	98
28.	12. Ko.	Pfarrstellenerledigung	9	92
28.	13. Ko.	Desgleichen	9	92
28.	14. Ko.	Desgleichen	9	92
28.	—	Studium der Landwirtschaft an der Universität Halle a. S.	9	93
28.	—	Ausweisungen aus Preußen	9	93/94
28.	—	Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	9	94/96
März 1.	68. R. Pr.	Öffentliche Verloosung	10	99
1.	u. P. Pr.	—	—	—

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Seite des Amts- blatts	Seitenzahl des Amts- blatts
März 11.	R. Pr.	Verordnungen über Annahme und Ausbildung von Militärunteroffizieren für den Strommeißelkreis	Beilage zum 12.	Stück
- 11.	- -	Polizei-Direktion Charlottenburg. Ordnung der Bodenmarktordnung in Charlottenburg.	111	114
- 13.	10. R.	Ausreichung von Zinscheinen	10	97/98
- 13.	14. R.	Ausreichung von Zinscheinen	16	185/186
- 13.	18. R.	Ausreichung von Zinscheinen	22	124/125
- 13.	2. R. P. A.	Versendung von Paketen während der Osterzeit	113	113
- 13.	1. R. S. V.	Ausreichung von Zinscheinen	105	106
- 13.	3. L. D.	Auszug aus dem Hauptetat der Brandenburgischen Provinzialverwaltung.	14	154/156
- 14.	68. H. Pr.	Biehseuchen	101	109
- 14.	24. H. Pr.	Aufschlag-Verordnungen	11	111
- 14.	26. P. Pr.	Dauernde Beschränkung eines Grundstücks	11	110/112
- 14.	11. O. P. D.	Cementkanal für Fernsprekstapel	11	113
- 14.	12. O. P. D.	Desgleichen	11	113
- 14.	13. O. P. D.	Rohrpostfahrohrstrang	14	113
- 14.	15. O. P. D.	Erweiterung des Fernsprechoverlehrs	114	113
- 15.	L. D.	Vergl. 4. L. D. d. 1. April 1902	11	113
- 15.	6. K. A.	Veränderungen von Gemeinden und Ortsgrenzen	11	113
- 15.	14. O. P. D.	Cementkanal für Fernsprekstapel	11	113
- 15.	2. L. D.	Direktorialrath der Landbauernvereine der Provinz Brandenburg	12	113
- 15.	- -	Reichsgesetzblatt Stück 9 bis 11 vom 1. April 1902	10	97
- 15.	- -	Gesetzsammlung Stück 4 von 1902	10	97
März 7.	25. O. Pr.	Marktpreise	11	110/111
- 7.	27. O. Pr.	Beschäftigungszeit im Handelsgewerbe	11	112
- 7.	28. O. Pr.	Desgleichen	11	112
- 7.	8. H. B.	Staatsbahn-Ehrentarif	11	113
- 7.	- -	Magistrat Berlin. Vergl. 37. P. Pr. d. 1. April 1902	10	103
- 7.	- -	Verordnungen aus Preußen	10	103/104
- 7.	- -	Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	10	103/104
März 8.	19. M.	Erweiterung der Handelskammer zu Potsdam	12	117
- 8.	9. E. B.	Ausnahmetarif für Düngemittel	12	133
- 10.	16. M.	Düftungsstellen für Invalidenversicherung	13	135
- 10.	17. M.	Tarifirung von Ferkel- und Ferkelpflanzen	13	136
- 10.	69. R. Pr.	Neuer oder Lehrkurse zur Ausbildung von Staatsbauern und Landarbeiterslehreinnen	11	108/107
- 10.	70. R. Pr.	Marktpreise	11	107
- 10.	71. R. Pr.	Desgleichen	11	108/109
- 10.	72. R. Pr.	Führung von Arbeitsbüchern seitens der Schiffmannschaften	11	108/109
- 10.	73. R. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. den Gebrauch der „Tredereggen“ und „Rette“ genannten Fischereigeräthe	11	109/110
- 11.	74. R. Pr.	Biehseuchen	11	110
- 11.	35. P. Pr.	Preussische Hypothekenbank	119	133/139
- 12.	20. M.	Beschäftigung von Gehülfen und Lehrlingen in Gast- und Schankwirtschaften	16	179/182
- 12.	22. M.	Kostentarif zum Reglement für die Irrenanstalten der Stadt Berlin	16	183
- 12.	29. M.	Desgl. für die Anstalt für Epileptische und Epileptiker	16	183/184
- 12.	29. P. Pr.	Schiedsgericht für Arbeiterversicherung	12	129
- 12.	30. P. Pr.	Desgleichen	12	129
- 12.	31. P. Pr.	Desgleichen	12	129
- 12.	32. P. Pr.	Abänderung der Bau-Polizei-Ordnung für die Vororte von Berlin	12	129

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Seite des Amts- Blatts	Seitenzahl des Amts- Blatts
März 12.	33. R. Pr.	Abänderung der Bau-Polizei-Verordnung für Charlottenburg u.	12	129/130
- 12.	19. E. H.	Ladefristen auf Station Frankfurter Allee	12	133
- 13.	16. Q. P. D.	Cementkanäle für Fernsprechlafel	12	133
- 13.	17. O. P. D.	Bezeichnung eines Postamts	12	133
- 13.	23. K. A.	Statut für einen Kanalisationsverband im Kreise Teltow	31	328/331
- 13.	—	Gesetzsammlung Stück 5 von 1902	11	105
März 14.	75. R. Pr.	Amtsbezirksveränderung	12	117
- 15. Ko.	—	Pfarrstellenerledigung	11	113
- 16. Ko.	—	Desgleichen	11	113
- 16.	—	Ausweisungen aus Preußen	11	114
- 16.	—	Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	11	115/116
März 15.	18. M.	Statut für die Entwässerungsgenossenschaft Rhinow—Strophena	14	147/150
- 15.	76. R. Pr.	Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Städte- bauten und von Leistungen oder Lieferungen.	12	117/128
- 15.	34. R. Pr.	Polizei-Verordnung über den Verkehr mit Rahm- und Sahne	12	130/133
- 15.	8. K. A.	Veränderung von Gemeinde- und Ortsbezirkgrenzen	13	141
- 16.	M.	Bergl. 15. R. unterm 5. April 1902.	13	141
- 17.	1. P. St. D.	Stempelung von Aufscheinen	13	141
- 17.	—	Fürstbischof von Breslau, — Bergl. 13. R. unterm 24. März 1902.	21	231
- 17.	—	Abänderung des Statuts der Handwerkskammer zu Berlin	26	285
- 17.	—	Zusätze zum Statut der Handwerkskammer zu Berlin	26	285
- 18.	M.	Bergl. 14. L. D. unterm 1. April 1902.	13	141
- 18.	77. R. Pr.	Auflösung der Schuhmacher-Zwangsgewerkschaft in Steglitz	12	128
- 18.	78. R. Pr.	Biehfeuden	12	128
- 18.	79. R. Pr.	Papiermacher-Berufsgenossenschaft	13	136
- 18.	80. R. Pr.	Wasserstände	13	136
- 18.	18. Q. P. D.	Cementkanäle für Fernsprechlafel	13	139/140
- 18.	20. Q. P. D.	Verlegung von Rohrpostfahrrohrsträngen u.	13	140
- 18.	—	Der Oberbürgermeister in Berlin, — Wahrnehmung der Geschäfte des Gemeindevorstehers gemäß § 83 des Gemeindegewerkschaftsges.	13	141
- 19.	81. R. Pr.	Amtsbezirksveränderung	13	137
- 19.	3. R. P. A.	Umtausch von Formulare zu Kartenbriefen, Postkarten und Post- anweisungen.	13	139
- 19.	—	Kredit-Institut für Schlesien in Breslau, — Aufrechterhaltung der Pfandbriefe.	14	163
- 20.	19. Q. P. D.	Cementkanäle für Fernsprechlafel u.	13	140
- 20.	—	Magistrat zu Berlin, — Bergl. Magistrat zu Berlin unterm 24. März 1902.	12	117
- 20.	—	Reichsgesetzblatt Stück 12 und 13 von 1902	13	137
März 21.	82. R. Pr.	Märkte in Strausberg	16	184
- 21.	106. R. Pr.	Fahrtarif	13	138
- 21.	3. B. A.	Grundstücksaufhebung	14	151/152
- 21.	4. B. A.	—	13	140
- 21.	21. Q. P. D.	Umwandlung von Postämtern	12	133
- 21.	17. Ko.	Pfarrstellenerledigung	12	133/134
- 21.	—	Ausweisungen aus Preußen	12	134
- 21.	—	Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	13	136
März 22.	16. M.	Erweiterung der für Berlin errichteten Handelskammer	13	137
- 22.	O. Pr.	Bergl. Magistrat zu Berlin unterm 24. März 1902.	13	137
- 22.	83. R. Pr.	Ladenschluß der Lederhandlungen in Spandau	13	140
- 22.	84. R. Pr.	Sonntagsruhe im Barbiergewerbe	13	140
- 22.	22. Q. P. D.	Neue Postagentur	13	140

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Stück des Amts- Blatts	Seitenzahl des Amts- Blatts
März 22.	23. O. P. D.	Neue Postagentur	13	140
22.	2. S.	Prüfungen an Gymnasien etc.	13	140
22.	9. K. A.	Veränderung von Gemeinde- und Gutsbezirksgrenzen	14	156
22.	12. R.	Magistrat zu Berlin. — Beschl. 41. P. Pr. unterm 5. April 1902.	13	137
23.	36. P. Pr.	Notierung forstverordnungsberechtigter Anwärter	14	152/153
24.	10. M.	Polizei-Verordnung betr. die elektrischen Straßenbahnen	15	169
24.	13. R.	Tuberculinum-Kochi	13	137/138
24.	—	Errichtung und Umschreibung der katholischen Pfarzgemeinde zu Schwedt.	14	163/165
24.	—	Magistrat zu Berlin. — Kanalisationsordnung und Kanalisationsgebühren.	21	225/226
25.	—	Der Reichskanzler. — Ausdehnung des Geltungsbereichs der Orts- tage auf Nachbargemeinden	13	137
25.	85. R. Pr.	Biehseuchen	14	150/151
25.	86. R. Pr.	Leichschonreiere an der Elbe	14	151
25.	87. R. Pr.	Polizei-Verordnung über den Gebrauch von Jagdwaffen während der Frühjahrschönzeit	14	151
25.	88. R. Pr.	Frühjahrschönzeit der Fische	15	173
25.	101. R. Pr.	Tarifergänzungen	15	173
25.	102. R. Pr.	Fischerei-Aussicht	14	153
25.	11. E. B.	Gruppentarif III (Berlin-Stettin)	14	157/163
25.	—	Intendantur des III. Armeekorps. — Allgemeine Vertrags- bedingungen für die Ausführung von Garnisonbauten und Bestimmungen für die Vererbung von Erbschaften für solche	Sonderausgabe vom 28. III. 1902.	
25.	—	Fürstbischof zu Breslau. — Beschl. 14. unterm 28. März 1902.		
26.	R.	Errichtung der katholischen Pfarrei Rehden	14	151
27.	89. R. Pr.	Öffentliche Verloofung	14	151
27.	90. R. Pr.	Diphtherie-Heilserum	15	175
27.	37. P. Pr.	Anstellung eines Bezirkschornsteinfegermeisters	14	153/154
27.	12. E. B.	Tarifierung von Schlammabläßern aus Anlagen	13	135
—	—	Reichsgesetzblatt, Stück 14 und 15, vom 1902	13	135
—	—	Gesetzsammlung, Stück 7 von 1902	10	183
März 28.	21. M.	Böhlwertstarif	13	140
28.	18. K.	Pfarrstellenerlebigung	13	142/143
—	—	Ausweisungen aus Preußen	13	143/144
—	—	Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	15	172/173
März 29.	98. R. Pr.	Zulassung und Anordnung der Dampfmaschinen	15	173
29.	100. R. Pr.	Abmessungen der Blöcke	15	174
29.	24. O. P. D.	Cementkanäle für Fernsprechnetze	15	175
29.	13. E. B.	Nachfrist auf Station Frankfurt a. M.	15	175
29.	14. E. B.	Nordostdeutsch-Berlin-Bayerischer Verband	15	176
29.	10. K. A.	Gemeinde- und Gutsbezirksveränderungen	15	176
April 1.	—	Bergl. 50 P. Pr. unterm 13. Mai 1902.	14	151
1.	91. R. Pr.	Biehseuchen	16	185
1.	110. R. Pr.	Polizei-Verordnung betr. Waldwiesen	15	177
1.	4. L. D.	Nachtrag zum Reglement der Städte-Feuer-Societät	17	191
2.	—	Allerhöchster Erlaß. — Nachtrag zu den reglementarischen Bestimmungen des Kurz- und Deumärkischen Mittelschäftlichen Kredit-Instituts.	17	191
2.	—	Desgleichen. — Chaussee Mühlenthal — Groß-Bergau im Kreise		

Datum		Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Stück des Amts- blatts	Seitenzahl des Amts- blatts
April	2.	26. M.	Prüfung für Vorsteher an Taubstummenanstalten	19	207
	2.	39. P. Pr.	Ordnung auf dem städtischen Viehhofe zu Berlin	15	176
	2.	25. O. P. D.	Cementkanal für Fernsprechkabel	15	174
	2.	11. K. A.	Veränderungen an Gemeinde- und Gutsbezirksgrenzen	16	188
	2.		Bergrevier Frankfurt a. O. — Bureauverlegung	13	177
	3.	26. O. P. D.	Erweiterung des Fernsprechverkehrs	15	174/175
	3.	17. K. A.	Veränderung von Gemeinde- und Gutsbezirksgrenzen	20	221
			Reichsgesetzblatt Stück 16 von 1902	14	147
			Gesetzsammlung Stück 6 von 1902	14	147
April	4.	93. R. Pr.	Rondiror-Zwang für die Kreise Ost- und Westpreußen	15	170/171
	4.	94. R. Pr.	Ferkelmärkte in Havelberg	15	171
	4.	95. R. Pr.	Auflösung der Schuhmacher-Zunft in Wittenberge	15	171
	4.	1. O. B. A.	Neubesetzung der Revierbeamtenstelle des Bergreviers Frankfurt a. O.	15	177
		19. Ko.	Pfarrstellenerlebigung	14	156
		20. Ko.	Desgleichen	14	156
			Ausweisungen aus Preußen	14	165/167
			Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	14	167/168
April	5.	1. M.	Bergl. 55. P. Pr. unterm 26. Mai 1902.		
	5.	92. R. Pr.	Errichtung einer Apotheke in Hermsdorf	15	169/170
	5.	15. R.	Gefuche um Zulassung zur Forstverwaltungslaufbahn	16	186
	5.	41. P. Pr.	Anstellung eines Bezirkschornsteinfegermeisters	16	187
	5.	13. K. A.	Veränderungen von Gemeindebezirksgrenzen	17	195
	5.	16. K. A.	Desgleichen	19	211
	7.		Altenhöcker-Geläch. — Schauffee Rörig — Drees — Giesenhorst — Sieg-	18	199
	7.		rothbrath in der Richtung auf Kolonie-Neuwerder.		
	7.		Desgleichen. — Bergl. 46. P. Pr. unterm 3. Mai 1902.		
	7.	O. Pr.	Bergl. Handwerkskammer unterm 17. März 1902.		
	7.	97. R. Pr.	Marktpreise	15	172
	7.	116. R. Pr.	Ortsbenennung	17	193
	7.	38. P. Pr.	Marktpreise	15	174/175
	7.	27. O. P. D.	Verlegung eines Rohrpostfahrradstranges	16	187
	7.	41. K.	Liste der im Etatsjahre 1901 der Kontrolle der Staatspapiere als aufgerufen und gerichtlich für kraftlos erklärt nachgewiesenen Staatsschuldunters.	21	228/230
	7.	15. E. B.	Ausnahmetarif für Düngemittel	16	187/188
	8.	96. R. Pr.	Marktpreise	15	170/171
	8.	98. R. Pr.	Handelskammerwahlen	15	172
	8.	108. R. Pr.	Viehseuchen	15	173/174
	8.	42. P. Pr.	Zulassung von Hebammen	16	187
	8.	28. O. P. D.	Cementkanal für Fernsprechkabel	16	187
	8.	12. K. A.	Veränderung von Gemeinde- und Gutsbezirksgrenzen	16	188
	9.	104. R. Pr.	Equatorialisches Generalkonsulat	16	184
	9.	106. R. Pr.	Gemeindebezirksveränderung	16	184
	9.	40. P. Pr.	Hundetollwuth in Berlin	16	186/187
	9.	43. P. Pr.	Sonntagsruhe der Bäckereien	16	187
	9.	21. H. V.	Preussisches Staatschulbbuch	17	194
	9.	18. K. A.	Sezung eines Marktpfahls bei Prenzlau	17	196
	10.		Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Garnison- banten.	17	196
			Reichsgesetzblatt Stück 17, 18 und 19 von 1902	15	169
			Gesetzsammlung Stück 8 von 1902	15	169

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Seite des Amts- blatts	Seitenzahl des Amts- blatts
	21. Ko.	Pfarrstellenerledigung	15	175
		Ausweisungen aus Preußen	15	178
		Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	15	178
April 12.	25. M.	Ablagen-Tarif	18	199/200
- 12.	16. E. B.	Eisenbahnstation Ritzlassee	17	194
- 14.	108. R. Pr.	2. und 3. Division der Brignitz'schen Elbniederung	16	185
- 15.	109. R. Pr.	Tarifergänzungen	16	185
- 15.	111. R. Pr.	Biehseuchen	16	185
- 15.	113. R. Pr.	Öffentliche Verloosung	17	193
- 15.	29. O. P. D.	Cementkanäle für Fernsprechtabel	17	194
- 16.	R.	Vertheilungsplan der Lehrer-Ruhegehaltstasse für 1902/1903	Beilage zum 18. Stück	
- 16.	44. P. Pr.	Marktkommission des Spezialmarktes für Waaren in Berlin	17	194
- 16.	17. K. A.	Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirksgrenzen	21	231
- 17.	115. R. Pr.	Schussfreie Tage auf dem Schießpolze bei Kummerdorf	17	193
- 17.	118. R. Pr.	Brückensperre	17	193
- 17.	14. K. A.	Veränderungen in Guts- und Gemeindebezirken	17	196
		Reichsgesetzblatt Stück 20 von 1902	16	179
		Gesetzesammlung Stück 9 von 1902	16	179
April 18.	114. R. Pr.	Öffentliche Verloosung	17	193
- 18.	119. R. Pr.	Bekleidungsindustrie-Vereinsgenossenschaft	17	193
- 18.	16. R.	Notirungen forstversorgungsberechtigter Anwärter	17	194
	22. Ko.	Pfarrstellenerledigung	16	187
		Ausweisungen aus Preußen	16	189
		Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	16	189/190
April 19.	117. R. Pr.	Ferkelmärkte	17	193
- 19.	121. R. Pr.	Tarifergänzung	18	200
- 19.	30. O. P. D.	Neue Telegraphenanstalt	17	194
- 19.	6. R. B.	Ausloosung von Rentenbriefen	18	202
- 20.	239. R. Pr.	Fahrtarif	33	348
- 21.	112. R. Pr.	Wasserstände	17	192
- 21.	125. R. Pr.	Kolonie-Benennung im Kreise Niederbarnim	18	200
- 21.	31. O. P. D.	Annahme von Postsendungen durch die Landbriefträger	18	201
- 22.	120. R. Pr.	Biehseuchen	17	193
- 22.	4. R. P. A.	Versendung von Paketen während der Pfingstzeit	18	201
- 22.	5. L. D.	Biehenschädigungen	17	195
- 23.	32. O. P. D.	Cementkanal für Fernsprechtabel	18	202
- 23.		Schiedsgericht für Arbeiter-Versicherung im Eisenbahndirektionsbezirk Halle.	18	202
- 23.		Handwerkskammer zu Berlin. — Meisterprüfungsordnung für das Schornsteinfegerhandwerk in Berlin.	19	213/215
- 23.		Dieselbe. — Desgl. für das Schornsteinfegerhandwerk im Regierungsbezirk Potsdam.	19	215/217
- 24.	123. R. Pr.	Schreibweise eines Ortsnamens	18	200
- 24.	124. R. Pr.	Schreibweise von Ortsnamen	18	200
		Reichsgesetzblatt Stück 21 von 1902	17	191
		Gesetzesammlung Stück 10 von 1902	17	191
April 25.	122. R. Pr.	Meliorationsbauamt II in Charlottenburg	18	200
- 25.	126. R. Pr.	Arbeitszugbetrieb auf der Neubausstraße Neu-Stadt-Neu-Ruppin-Herzberg.	18	200
- 25.	6. L. D.	Statut des Brandenburgischen Provinzialverbandes	18	202
		Ausweisungen aus Preußen	17	197

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Stück des Amts- blatts	Seitenzahl des Amts- blatts
April 26.	2. E. Nr.	Ausweisungen aus dem Deutschen Reichsgebiete	17	198
26.	7. L. D.	Ostdeutsches Eisenbahn-Kursbuch	18	202
27.	127. R. Pr.	Provinzialabgabe für 1901	19	212
27.	128. R. Pr.	Einreichung von Bauvorlagen	18	200/201
		Landespolizeiliche Anordnung, betr. Schutzmaßnahmen gegen die Schweinepest.	18	201
27.	140. R. Pr.	Fischerei-Aufsicht	19	211
28.	28. M.	Genehmigung von Kleinbahnen	20	219/220
28.	45. P. Pr.	Aberkennung eines Hebammen-Prüfungszeugnisses	19	212
29.	129. R. Pr.	Dampfesselüberwachungsverein	18	201
29.	130. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter	18	201
29.	131. R. Pr.	Biehseuchen	18	201
29.	33. O. P. D.	Verlegung von Telegraphenendkabeln	19	212
30.	17. R.	Errichtung der katholischen Pfarrei Zehdenitz	19	211
Mai 1.	—	Allerhöchster Erlaß. — Pferde-Aushebungs-Vorschrift	Sonderbeilage zum 28. Stück Desgl.	
	1. M.	Ausführungsbestimmungen zur Pferde-Aushebungs-Vorschrift	19	207/208
	1. 134. R. Pr.	Handelskammerwahlen	20	220
	1. 34. O. P. D.	Cementkanäle für Fernsprechkabel	18	199
Mai 2.	—	Gesetzsammlung Stück 11 und 12 für 1902	18	199
2.	29. M.	Allerhöchster Erlaß. — Vergl. 53. P. Pr. unterm 26. Mai 1902.	21	226
2.	139. R. Pr.	Ausführungsbestimmung zum Bauunfallversicherungsgesetz	19	210
		Deffnungszeiten der Eisenbahndrehbrücken über die Havel bei Spandau.	19	211
	2. 142. R. Pr.	Genuß von Mineralwässern	18	202
	23. Ko.	Pfarrstellenerledigung	18	204/205
	—	Geschenke an Kirchen u.	18	205/206
	—	Ausweisungen aus Preußen	18	206
Mai 3.	132. R. Pr.	Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	19	207
3.	46. P. Pr.	Kontraktbrüchiger ausländischer Arbeiter	20	220
3.	35. O. P. D.	Verleihung des Enteignungsrechts	20	220
3.	36. O. P. D.	Cementkanal für Fernsprechkabel	20	220
5.	38. O. P. D.	Desgleichen	20	220/221
6.	M.	Neue Telegraphenanstalt	19	207
6.	133. R. Pr.	Vergl. 56. P. Pr. unterm 26. Mai 1902.	19	208/209
6.	135. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter	19	209
6.	136. R. Pr.	Vorbereitungskurse für Maschinisten in der Kaiserlichen Marine	19	208/209
6.	137. R. Pr.	Biehseuchen	19	210
6.	138. R. Pr.	Marktpreise	19	211
6.	141. R. Pr.	Desgleichen	20	221
6.	3. S.	Verlängerung der Ladenschlußzeit in Metzzen	18	207
7.	M.	Prüfung für Zeichenlehrer und Lehrerinnen	20	221
		Vergl. 69. P. Pr. unterm 26. Juli 1902.	18	221
		Gesetzsammlung Stück 13 von 1902	20	221
Mai 9.	39. O. P. D.	Neue Telegraphenanstalt	19	212
9.	17. E. B.	Privatdepeschenverkehr in Reinickendorf	19	217
	24. Ko.	Pfarrstellenerledigung	19	217/218
	—	Ausweisungen aus Preußen	19	217
Mai 10.	R. Pr.	Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	20	220
10.	37. O. P. D.	Vergl. 156. R. Pr. unterm 21. Mai 1902.	22	247
10.	18. E. R.	Fernsprecherkabel	22	247
		Abfertigungsanstalten von Eisenbahnstationen	22	247

Datum	Nummer	Inhalt: der Verordnungen und Bekanntmachungen	Seite	
			des Verordnungs- blattes	des Gesetzes- blattes
Mai 13.	30. M.	Tarif für die Pösch- und Ladestellen an den Berliner und Schöneberger Wasserstraßen.	22	233/235
- 13.	M.	Bergl. 68. P. Pr. unterm 25. Juli 1902.		
- 13.	143. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter.	22	220
- 13.	144. R. Pr.	Biehseuchen.	22	220
- 13.	47. P. Pr.	Marktpreise.	21	228/229
- 13.	50. P. Pr.	International Zonophon Company.	22	241/243
- 13.	40. O. P. D.	Telegraphenbetrieb bei der Postagentur in Klein-Sandow.	21	227
- 13.	42. O. P. D.	Zweigpostanstalt in Freienwalde a. O.	21	227
- 13.	2. O. B. A.	Marckscheider.	21	220
- 14.	7. O. Hr.	Handwerkskammermitglied.	21	226
- 14.	145. R. Pr.	Standesamtsbezirksveränderung.	21	226
- 14.	146. R. Pr.	Ladenschluß der Uhrmacher und Goldschmiede in Brandenburg.	21	226
- 14.	148. R. Pr.	Schiffsicherung.	21	227
- 14.	41. O. P. D.	Cementkanal für Fernsprechkabel.	21	227
- 14.	7. R. B.	Ausloosung von Rentenbriefen.	22	245/247
- 14.	13. R. B.		26	283/284
- 14.	16. R. B.		26	286/288
- 14.		Oberstrombauverwaltung.	22	247
- 15.		Reichsjustizamt. — Bergl. 79. P. Pr. unterm 30. August 1902.		
- 15.	154. R. Pr.	Wärkte und Messen.	22	236/238
- 15.		Reichsgesetzblatt Stück 22. von 1902.	20	219
- 15.		Gesetzsammlung Stück 14. von 1902.	20	219
Mai 16.	31. M.	Bekanntmachungen der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit.	24	257
- 16.	147. R. Pr.	Öffnungszeiten der Eisenbahndrehwerke über die Gasselbucht bei Potsdam.	21	226/227
- 16.	153. R. Pr.	Wasserstände.	22	235
- 16.	197. R. Pr.	Fahrtarif.	22	290/291
- 16.	48. P. Pr.	Verlängerung der Untergrundbahn in Berlin.	22	240/241
- 16.	51. P. Pr.	Eisenbahn-Schlafwagen-Gesellschaft.	22	244
- 16.		Ausweisungen aus Preußen.	20	223
- 16.		Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiet.	20	223/224
Mai 17.	149. R. Pr.	Nichtungsamt in Eberswalde.	21	227
- 17.	52. P. Pr.	Straßen- und Brückenbenennung in Charlottenburg.	22	244/245
- 17.	18. K. A.	Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirksgrenzen.	22	247
- 18.	43. O. P. D.	Cementkanal für Telegraphenzwecke.	22	245
- 20.	150. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter.	21	227
- 20.	151. R. Pr.	Fleischerei-Berufsgenossenschaft.	21	227
- 20.	152. R. Pr.	Biehseuchen.	21	227
- 20.	155. R. Pr.	Kontrollvorrichtungen im Schornsteinbetrieb.	22	238/239
- 20.	19. R.	Notierungen fortverforgungsberechtigter Anwärter.	22	240
- 20.	54. P. Pr.	Berechnung der Standfestigkeit von Schornsteinen.	22	252
- 20.	19. E. B.	Nordostdeutsch-Berlin-Danewischer und Nordostdeutsch-Berlin-Bismarck-bergischer Güterverkehr.	22	247
- 20.	20. K. A.	Veränderung von Guts- und Gemeindebezirksgrenzen.	22	274
- 21.	156. R. Pr.	Polizei-Verordnung betr. Ruderregatten des Berliner Regatta-Vereins auf der Havel.	22	239
- 21.	160. R. Pr.	Gemeindebezirksveränderung.	22	240
- 22.	83. M.	Tarif für die städtischen Hafenanlagen.	25	267/268
- 22.	84. M.	Tarif für den Elbunfslagsverkehr auf dem städtischen Bachhofe in Wittenberge.	25	268/269
- 22.	14. R. R.	Ausweisung von Nichtungsanstellungen über abgelaufene Monate.	21	263

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Stück des Amts- blatts	Seitenzahl des Amts- blatts
	25. Ko.	Pfarrstellenerledigung	21	230
Mai 23.	—	Handelskammer zu Potsdam. — Wahlen	22	248
—	—	Ausweisungen aus Preußen	21	231/232
—	—	Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	21	232
Mai 24.	44. O. P. D.	Brief- u. Bestellung in Neu-Lichtenberg bei Berlin	22	245
— 24.	—	Wasserbau-Inspektion Cöpenick. — Ruderregatta auf der Wendischen Spree.	22	248
— 26.	53. P. Pr.	Verleihung des Enteignungsrechts an verschiedene Eisenbahn-Aktiengesellschaften.	23	231/252
— 26.	55. P. Pr.	Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft	24	261
— 26.	56. P. Pr.	Desgleichen	24	261
— 26.	21. E. B.	Beförderung von Wollsendungen	22	253
— 27.	157. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter	22	239
— 27.	158. R. Pr.	Desgleichen	22	239
— 27.	159. R. Pr.	Biehfeuchen	22	239/240
— 27.	164. R. Pr.	Landesverweisungen	23	250
— 27.	51. B. A.	Stallanbau auf einem Grundstücke in Nieß-Beeskow	23	251
— 27.	61. B. A.	—	24	261
— 28.	32. M.	Anträge auf Genehmigung zur Errichtung gewerblicher Anlagen	25	267
— 28.	161. R. Pr.	Nordböhmische Baugewerks-Berufsgenossenschaft	23	249
— 29.	162. R. Pr.	Prüfungskommission für Elbschiffer	23	249
— 29.	166. R. Pr.	Sonntagsruhe im Barbiergewerbe	23	251
— 29.	—	Der Fürstbischof in Breslau. — Vergl. 32. R. unterm 15. Oktober 1902.		
— 29.	—	Reichsgesetzblatt Stück 23 und 24 von 1902	22	238
— 29.	—	Gesetzsammlung Stück 15 und 16 von 1902	22	233
— 30.	167. R. Pr.	Töpfer-Zinnung in Eberswalde	23	251
— 30.	10. R. B.	Einlösung fälliger Zinscheine	24	262
— 30.	11. R. B.	Vernichtung ausgelookter Rentenbriefe	24	262/263
— 30.	26. Ko.	Diakonat in Trebbin	22	245
— 30.	20. E. B.	Privatbesuchenverkehr auf der Station Nikolassee	22	247
Mai 31.	4. S.	Seminar-Entlassungsprüfung in Dramienburg	24	262
— 31.	5. S.	2. Lehrerprüfung ebendasselbst	24	262
— 31.	6. S.	Seminar-Aufnahmeprüfung ebendasselbst	24	262
Juni 2.	165. R. Pr.	Verletzungen von Menschen durch tolle oder tollwuthverdächtige Thiere.	23	250/251
— 3.	163. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter	23	249
— 3.	168. R. Pr.	Biehfeuchen	23	251
— 3.	174. R. Pr.	Fischerei-Aufsicht	24	259/260
— 3.	45. O. P. D.	Cementkandlä für Fernsprechlable	24	262
— 3.	19. K. A.	Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirksgrenzen	25	273
— 4.	10. O. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. den Fang wilder Kaninchen	25	269/270
— 4.	169. R. Pr.	Öffentliche Belobigung	24	257
— 4.	—	Regierungspräsident in Hannover. — Kündigung hannoverscher Staats-schuldverschreibungen.	25	274/275
— 5.	—	Bergl. 79. P. Pr. unterm 30. August 1902.		
— 5.	170. R. Pr.	Marktpreise	24	257
— 5.	—	Reichsgesetzblatt Stück 25 von 1902	23	249
— 5.	—	Gesetzsammlung Stück 17 von 1902	23	249
Juni 6.	21. R.	Vertheilungsplan der Lehrer-Ruhegehalt-Klassenbeiträge	24	260
— 6.	7. B. A.	Grundstücksaufhebung	25	271/272
— 6.	10. B. A.	—	26	278
— 6.	57. P. Pr.	Marktpreise	24	260/261

Datum		Rummer der Verordnungen und Bekanntmachungen	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Stück des Amts- blatts	Seitenzahl des Amts- blatts
Juni	6.	46. O. P. D.	Zweigpostanstalt in Werder	24	262
-	6.	21. K. A.	Veränderung von Gutsbezirks Grenzen	25	274
-	9.	R. B.	Druckfehlerberichtigung	23	253
-	27.	Kö.	Pfarrstellenerlebigung	23	253
-	-	-	Ausweisungen aus Preußen	23	255
-	-	-	Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	23	255/256
Juni	7.	20. R.	Notirungen forstversorgungsberechtigter Anwärter	24	260
-	9.	8. O. Pr.	Kunststraße im Kreise Westprignitz	23	269
-	9.	9. O. Pr.	Kunststraßen im Kreise Niederbarnim	25	269
-	9.	172. R. Pr.	Gemeindebezirksveränderung	24	258
-	10.	171. R. Pr.	Marktpreise	24	258/259
-	10.	173. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter	24	259
-	10.	175. R. Pr.	Viehseuchen	24	260
-	10.	177. R. Pr.	Hauskollekte	25	270
-	10.	178. R. Pr.	Konditor-Zinnung für Ost- und Westprignitz	25	270
-	10.	5. R. P. A.	Einrichtung deutscher Postanstalten in Weichsen und Canton (Chine)	25	273
-	11.	58. P. Pr.	Straßen- u. Benennung in Berlin	25	272
-	11.	59. P. Pr.	Dauernde Beschränkung eines Grundstücks	25	272/273
-	12.	86. M.	Turnlehrerinnen-Prüfung	28	302
-	12.	8. B. A.	Grundstücksaufhebung	25	272
-	12.	11. B. A.	Desgleichen	26	278
-	12.	9. B. A.	Desgleichen	25	272
-	12.	12. B. A.	Desgleichen	26	278
-	13.	-	Allerhöchster Erlaß. — Chansee Dalmin — Groß-Berge	27	287
-	13.	179. R. Pr.	Gas-, Wasserleitungs- und Heizungsanlagen-Bachmänner-Zwangs- innung in Charlottenburg.	25	270
-	13.	22. E. B.	Änderung von Stationsnamen	25	273
-	-	-	Ausweisungen aus Preußen	24	263/264
-	-	-	Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	24	264/266
Juni	14.	60. P. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. Verhütung des Abflusses unterirdischen Wassers in die Reinwasserleitung.	26	278/279
-	14.	P. Pr.	Bekanntmachung zu dieser Polizei-Verordnung	26	279
-	14.	47. O. P. D.	Cementkanal für Fernsprechlafel	25	273
-	14.	7. S.	Seminar-Aufnahme-Prüfung in Rottb.	26	280
-	14.	8. S.	Zweite Lehrer-Prüfung ebendasselbst	26	280
-	14.	9. S.	Seminar-Entlassungsprüfung ebendasselbst	26	280
-	14.	11. S.	Lehrerinnen-Prüfung in Frankfurt a. O.	26	280/281
-	14.	17. S.	Sprachlehrerinnen-Prüfung in Berlin	26	282/283
-	16.	M.	Bergl. 199. R. Pr. unterm 28. Juni.	25	271
-	16.	181. R. Pr.	Wasserstände	25	271
-	16.	182. R. Pr.	Gemeindebezirksveränderung	26	279
-	16.	48. O. P. D.	Bezeichnung einer Postagentur	26	281
-	16.	14. S.	Schulvorsteherinnen-Prüfung in Berlin	26	281/282
-	16.	15. S.	Handarbeitslehrerinnen-Prüfung in Berlin	26	284
-	16.	-	Polizei-Präsident in Charlottenburg. — Polizei-Verordnung, betr. Wagenverkehr in der Berliner Siemens-Straße	26	270
-	17.	176. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter	25	270
-	17.	180. R. Pr.	Viehseuchen	26	281
-	17.	10. S.	Lehrerinnen-Prüfung in Berlin	26	281
-	17.	12. S.	Mittelschullehrer-Prüfung in Berlin	26	281
-	17.	13. S.	Rektorprüfung in Berlin	26	281

Datum	Nummer	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Stück des Amts- blatts	Seitenzahl des Amts- blatts
	25. Ko.	Poststellenerledigung	21	230
Mai 23.	—	Handelskammer zu Potsdam. — Wahlen	22	248
—	—	Ausweisungen aus Preußen	21	231/232
—	—	Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	21	232
Mai 24.	44. O. P. D.	Brief- u. Bestellung in Neu-Lichtenberg bei Berlin	22	245
— 24.	—	Wasserbau-Inspektion Cöpenick. — Ruderregatta auf der Wendischen Spree.	22	248
— 26.	53. P. Pr.	Verleihung des Enteignungsrechts an verschiedene Eisenbahn-Aktiengesellschaften.	23	251/252
— 26.	55. P. Pr.	Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft	24	261
— 26.	56. P. Pr.	Desgleichen	24	261
— 26.	21. E. B.	Beförderung von Wollsendungen	22	253
— 27.	157. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter	22	239
— 27.	158. R. Pr.	Desgleichen	22	239
— 27.	159. R. Pr.	Biehseuchen	22	239/240
— 27.	164. R. Pr.	Landesverweisungen	23	250
— 27.	5. B. A.	Stallanbau auf einem Grundstücke in Riez-Beeskow	23	251
— 27.	6. B. A.		24	261
— 28.	32. M.	Anträge auf Genehmigung zur Errichtung gewerblicher Anlagen	25	267
— 28.	161. R. Pr.	Nordöstliche Baugewerks-Vereinsgenossenschaft	23	249
— 29.	162. R. Pr.	Prüfungskommission für Elbschiffer	23	249
— 29.	166. R. Pr.	Sonntagsruhe im Barbiergewerbe	23	251
— 29.	—	Der Fürstbischof in Breslau. — Vergl. 32. R. unterm 15. Oktober 1902.		
—	—	Reichsgesetzblatt Stück 23 und 24 von 1902	22	238
—	—	Gesetzsammlung Stück 15 und 16 von 1902	22	233
— 30.	167. R. Pr.	Löpfer-Innung in Eberswalde	23	251
— 30.	10. R. B.	Einlösung fälliger Zinscheine	24	262
— 30.	11. R. B.	Bernichtung ausgeloster Rentenbriefe	24	262/263
—	26. Ko.	Diakonat in Trebbin	22	245
—	20. E. B.	Privatbesuchenverkehr auf der Station Nikolassee	22	247
Mai 31.	4. S.	Seminar-Entlassungsprüfung in Dranienburg	24	262
— 31.	5. S.	2. Lehrerprüfung ebendasselbst	24	262
— 31.	6. S.	Seminar-Aufnahmeprüfung ebendasselbst	24	262
Juni 2.	165. R. Pr.	Verletzungen von Menschen durch wilde oder tollwuthverdächtige Thiere.	23	250/251
— 3.	163. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter	23	249
— 3.	168. R. Pr.	Biehseuchen	23	251
— 3.	174. R. Pr.	Fischerei-Aufsicht	24	259/260
— 3.	45. O. P. D.	Cementkandele für Fernsprechtabel	24	262
— 3.	19. K. A.	Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirksgrenzen	25	273
— 4.	10. O. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. den Gang wilder Kaninchen	25	269/270
— 4.	169. R. Pr.	Öffentliche Belobigung	24	257
— 4.	—	Regierungspräsident in Hannover. — Kündigung hannoverscher Staats-schuldverschreibungen.	25	274/275
— 5.	M.	Bergl. 79. P. Pr. unterm 30. August 1902.		
— 5.	170. R. Pr.	Marktpreise	24	257
—	—	Reichsgesetzblatt Stück 25 von 1902	23	249
—	—	Gesetzsammlung Stück 17 von 1902	23	249
Juni 6.	21. R.	Vertheilungsplan der Lehrer-Ruhegehaltstaffelbeiträge	24	260
— 6.	7. B. A.	Grundstücksaufhebung	25	271/272
— 6.	10. B. A.		26	278
— 6.	57. P. Pr.	Marktpreise	24	260/261

Verordnungen und Bekanntmachungen		Amtsblatt	
Juni 6.	46. O. P. D.	Zweigpostanstalt in Werder	24 262
	21. K. A.	Veränderung von Gutsbezirksgrenzen	25 274
	9. R. B.	Druckfehlerberichtigung	23 253
	27. K.	Pfarrstellenerlebigung	23 253
Juni 7.	20. R.	Ausweisungen aus Preußen	23 255
		Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	23 255/256
	8. O. Pr.	Notirungen forstversorgungsberechtigter Anwärter	24 260
	9. O. Pr.	Kunststraße im Kreise Westprignitz	24 269
	9. O. Pr.	Kunststraßen im Kreise Niederbarnim	25 269
	172. R. Pr.	Gemeindebezirksveränderung	24 258
	171. R. Pr.	Marktpreise	24 258/259
	173. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter	24 259
	175. R. Pr.	Viehseuchen	24 260
	177. R. Pr.	Hauskollekte	25 270
	178. R. Pr.	Konditor-Zinnung für Ost- und Westprignitz	25 270
	5. R. P. A.	Einrichtung deutscher Postanstalten in Weichsen und Canton (China)	25 273
	58. P. Pr.	Straßen- u. Benennung in Berlin	25 272
	59. P. Pr.	Dauernde Beschränkung eines Grundstücks	25 272/273
	86. M.	Turnlehrerinnen-Prüfung	28 302
	8. B. A.	Grundstücksaufhöhung	25 272
	11. B. A.		26 278
	9. B. A.	Desgleichen	25 272
	12. B. A.		26 278
Juni 14.		Allerhöchster Erlaß. — Chauffee Dalmin — Groß-Berge	27 287
	179. R. Pr.	Gas-, Wasserleitungs- und Heizungsanlagen-Bachmänner-Zwangsinnung in Charlottenburg.	25 270
	22. E. B.	Änderung von Stationsnamen	25 273
		Ausweisungen aus Preußen	24 263/264
		Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	24 264/266
	60. P. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. Verhütung des Abflusses unreiner Flüssigkeiten in die Reinwasserleitung.	26 278/279
	P. Pr.	Bekanntmachung zu dieser Polizei-Verordnung	26 279
	47. O. P. D.	Cementkanal für Fernsprechkabel	25 273
	7. S.	Seminar-Aufnahme-Prüfung in Kyritz	26 280
	8. S.	Zweite Lehrer-Prüfung ebendaselbst	26 280
	9. S.	Seminar-Entlassungsprüfung ebendaselbst	26 280
	11. S.	Lehrerinnen-Prüfung in Frankfurt a. D.	26 280/281
	17. S.	Sprachlehrerinnen-Prüfung in Berlin	26 282/283
	M.	Bergl. 199. R. Pr. unterm 28. Juni.	
	181. R. Pr.	Wasserstände.	25 271
	182. R. Pr.	Gemeindebezirksveränderung	25 271
	48. O. P. D.	Bezeichnung einer Postagentur	26 279
	14. S.	Schulvorsteherinnen-Prüfung in Berlin	26 281
	15. S.	Handarbeitslehrerinnen-Prüfung in Berlin	26 281/282
		Polizei-Präsident in Charlottenburg. — Polizei-Verordnung betr. Wagenverkehr in der Berner Siemens-Straße	26 284
	176. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter	25 270
	180. R. Pr.	Viehseuchen	25 270
	10. S.	Lehrer-Prüfung in Berlin	26 280
	12. S.	Mittel-Lehrer-Prüfung in Berlin	26 281
	13. S.	Rektoren-Prüfung in Berlin	26 281
	16. S.	Prüfung Hauswirtschaftslehrerinnen	26 282

Datum	Nummer	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Seite des Amtsblatts	Seitenzahl des Amtsblatts
Juni 18.	35. M.	Schaumweinsteuer	28	302
4. 18.	22. R.	Forstklasse Alt-Ruppin	26	278
4. 18.	14. B. A.	Ferien des Bezirksausschusses zu Potsdam	27	296
4. 19.	31. M.	Ladestellen-Tarif	29	313
4. 19.	18. R. Pr.	Lehrschmiede in Charlottenburg	26	277
4. 19.	18. R. Pr.	Schussfreie Tage auf dem Schießplatze bei Rummelsdorf	26	277
4. 19.	13. B. A.	Grundstücksaufhöhung	26	278
4. 19.	16. B. A.	Grundstücksaufhöhung	27	296
4. 19.	7. R. P. A.	Einrichtung einer deutschen Postanstalt in Nanyang (China)	27	296
4. 20.	185. R. Pr.	Schleusensperre	26	277
4. 20.	186. R. Pr.	Knappschafts-Berufsgenossenschaft	26	277
4. 20.	6. R. P. A.	Umtausch von Postwertzeichen	26	279
4. 20.	49. O. P. D.	Neue Telegraphenanstalt	26	279
4. 20.	—	Verwaltungsergebnisse der Städte-Feuer-Sozietät über Brandenburg	30	323/324
4. 20.	28. Ko.	Pfarrstellenverleibung	26	273
4. 20.	29. Ko.	Desgleichen	26	273
4. 20.	—	Ausweisungen aus Preußen	26	275
4. 20.	—	Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	26	275/276
Juni 21.	—	Allerhöchster Erlass. — Nachtrag zum Statut der Central-Landschaft für die Preussischen Staaten.	29	311/312
4. 21.	188. R. Pr.	Öffentliche Verlobigung	26	277
4. 21.	—	Magistrat Berlin. — Vergl. 62. P. Pr. unterm 30. Juni 1902.	—	—
4. 22.	—	Kredit-Institut für Schlesien zu Breslau. — Aufsatz gekündigter Pfandbriefe.	28	308
4. 23.	187. R. Pr.	Öffentliche Verlobigung	26	277
4. 23.	192. R. Pr.	Gemeindebezirksveränderung	27	289
4. 23.	15. B. A.	Ferien des Bezirksausschusses zu Berlin	27	296
4. 24.	189. R. Pr.	Biehseuchen	26	277/278
4. 24.	198. R. Pr.	Gemeindebezirksveränderung	27	289
4. 24.	52. Ko.	Parochialverhältnis der in Berlin wohnenden evangelischen Einwohner.	27	297
4. 24.	2. P. St. D.	Lagergeldtarif für die öffentliche Hollniederlage zu Potsdam	27	297/298
4. 25.	190. R. Pr.	Signalvorrichtung für die Schifffahrt bei Charlottenburg	27	287
4. 25.	194. R. Pr.	Tarifergänzung	27	289
4. 25.	208. R. Pr.	Pionier-Übung zwischen Elbe und Havel	28	305/306
4. 25.	50. O. P. D.	Cementkanäle für Fernsprechtabelle	27	297
4. 25.	3. E. Br.	Ostdeutsches Eisenbahn-Kurabuch	27	298
4. 26.	195. R. Pr.	Öffentliche Verlobigung	27	289
4. 26.	51. O. P. D.	Cementkanal für Fernsprechtabelle	27	297
4. 27.	28. E. B.	Waarenverzeichnis des Holztarifs	27	298
4. 27.	—	Landgerichtspräsident in Neu-Ruppin. — Prozeßagent	27	298
4. 27.	30. Ko.	Pfarrstellenverleibung	26	279
4. 27.	31. Ko.	Desgleichen	26	279
4. 27.	—	Ausweisungen aus Preußen	26	285
4. 27.	—	Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	26	285/286
Juni 28.	196. R. Pr.	Prüfung von Dampffesseln	27	291
4. 28.	199. R. Pr.	Tarif für die Schifffahrts- und Blöhereiabgaben auf den Wasserstraßen zwischen Elbe und Oder	27	291/296
4. 28.	17. B. A.	Grundstücksaufhöhung	27	296
4. 28.	18. B. A.	Grundstücksaufhöhung	28	307
4. 28.	—	Oberstrombauverwaltung. — Tarife für staatliche Säfen	29	315

Datum	Nummer	Bezeichnungen und Bekanntmachungen	Inhalts: der Verordnungen und Bekanntmachungen		Stück des Amts- blatts	Seitenzahl des Amts- blatts
Juli 80.	201 R. Pr.	Tarifergänzung		28	308	28
- 80.	203 R. Pr.	Gemeindebezirksveränderung		28	303	28
- 80.	204 R. Pr.	Desgleichen		28	303	28
- 80.	62 P. Pr.	Anstellung eines Bezirkschornsteinegekehrers		28	306	28
Juli 81.	191 R. Pr.	Polizei-Verordnung betr. elektrische Straßenbahn		27	287/289	27
- 1.	196 R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter		27	290	27
- 1.	200 R. Pr.	Biehseuchen		27	296	27
- 1.	52 O. P. D.	Verlegung eines Postamts		28	308	28
- 1.	53 O. P. D.	Cementkanal für Fetspreckel		28	308	28
- 1.	54 O. P. D.	Roßpostanlage		28	308	28
- 3.	63 P. Pr.	Verordnung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe		32	307/308	32
- 3.	24 K. A.	Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirkegrenzen		32	342	32
- 3.	48	Feuerkassengelder-Ausschreiben der Städte-Feuer-Bezirk der Provinz Brandenburg.		30	322	30
- 4.	202 R. Pr.	Märkte in Baruth		28	303	28
- 4.	205 R. Pr.	Marktpreise		28	303	28
- 4.	207 R. Pr.	Gendarmen-Patrouillen bei größeren Truppenübungen		28	304/305	28
- 4.	38 Ko.	Errichtung einer zweiten Pfarrstelle in der Pfarthe Rosenthal		30	321/322	30
- 4.	—	Ministerial-Bau-Kommission. — Vertilgung eines Bock- und Bock- Kellen-Tarifes		28	309	28
- 4.	—	Landgerichtspräsident in Neu-Stuppin. — Prozeßagent		28	309	28
- 4.	38 Ko.	Pfarrstellenerledigung		27	297	27
- 4.	—	Ausweisungen aus Preußen		27	298/299	27
- 4.	—	Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete		27	299/300	27
Juli 85.	61 P. Pr.	Marktpreise		28	306/307	28
- 5.	24 E. B.	Ausnahmetarif für Düngemittel		29	314	29
- 5.	22 K. A.	Kommunalbezirksveränderungen		29	314	29
- 7.	—	Allerhöchster Erlaß. — Chauffee-Penzen-Milower-Brüder		31	325	31
- 7.	206 R. Pr.	Marktpreise		28	304/305	28
- 7.	28 R.	Kreischulinspektionen		30	319	30
- 8.	209 R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter		28	306	28
- 8.	210 R. Pr.	Biehseuchen		28	307	28
- 8.	25 E. B.	International-Deutscher Güterverkehr		29	314	29
- 8.	—	Magistrat Berlin. — Vergl. 66. P. Pr. unterm 15. Juli 1902.		29	313	29
- 9.	211 R. Pr.	Kontrollvorrichtungen im Schanzenbetrieb		29	313	29
- 9.	212 R. Pr.	Stellmacher- und Böttcher-Zwangseinkauf in Gersdorf		29	313	29
- 10.	M.	Befugnisse und Verpflichtungen sowie Geschäftsbetrieb der Beiräte		32	314	32
- 10.	55 O. P. D.	Bergl. 35 Ko. unterm 4. Juli 1902.		29	314	29
- 10.	—	Reichsgefehlblatt Stüd 26 bis 29 von 1902		28	301	28
- 10.	—	Gesetzsammlung Stüd 18 bis 29 von 1902		28	301/302	28
Juli 11.	39 M.	Erweiterung der Handelskammer in Berlin		30	319	30
- 11.	34 Ko.	Pfarrstellenerledigung		28	308	28
- 11.	—	Ausweisungen aus Preußen		28	309/310	28
- 11.	—	Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete		28	310	28
Juli 12.	36 M.	Ausführungsbestimmung zu den Tarifen, betr. Befreiung vom Schiff- fahrtsabgaben.		31	325/326	31
- 14.	M.	Bergl. 225. R. Pr. zc. unterm 25. Juli 1902		29	313	29
- 15.	213 R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter		29	313	29
- 15.	214 R. Pr.	Biehseuchen		29	313	29
- 15.	215 R. Pr.	Gemeindebezirksveränderungen		30	320	30

Datum	Nummer der	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Stück des Amts- blatts	Seitenzahl des Amts- blatts
Juli 15.	64. P. Pr.	Neue Apotheke in Rixdorf	30	321
- 15.	66. P. Pr.	Anstellung eines Bezirkschornsteinfegermeisters	30	321
- 16.	65. P. Pr.	The French Asphalte Company in London	30	321
- 16.	26. E. B.	Ausnahmetarif 1 (Polztarif)	31	328
- 17.	56. O. P. D.	Cementkanal für Fernsprechkabel	30	322
- 17.	— —	Gemeindevorstand in Riederschneweide. — Vergl. 295. R. Pr. unterm 24. September 1902.		
—	— —	Reichsgesetzblatt Stück 33 und 34 von 1902	29	311
—	— —	Gesetzsammlung Stück 30 bis 32 von 1902	29	311
Juli 18.	43. M.	Stellung unter Polizei-Aufsicht	36	381
- 18.	217. R. Pr.	Wasserstände	30	320
- 18.	57. O. P. D.	Neue Telegraphenanstalt	30	322
- 18.	58. O. P. D.	Fernsprechanstalt	31	327
- 18.	14. R. B.	Ausloosung von Rentenbriefen	31	328
—	— —	Ausweisungen aus Preußen	29	315/316
—	— —	Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	29	316/318
Juli 19.	11. O. Pr.	Kunststraße	31	326
- 19.	219. R. Pr.	Schleusenperze auf der kanalisiertten Rote	31	326
- 19.	293. R. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. die nicht approbierten Heilpersonen	40	429
- 19.	59. O. P. D.	Annahme von Postsendungen durch die Landbriefträger	31	327
- 20.	42. M.	Ablage-Tarif	35	361
- 22.	215. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter	30	319
- 22.	218. R. Pr.	Biehfeuchen	30	320/321
- 22.	19. B. A.	Eröffnung der kleinen Jagd	31	326
- 22.	67. P. Pr.	Neue Apotheke in Berlin	31	326/327
- 23.	220. R. Pr.	Fischerei-Aufsicht	31	326
—	— —	Reichsgesetzblatt Stück 35 von 1902	30	319
Juli 25.	222. R. Pr.	Tarifergänzung	31	326
- 25.	225. R. Pr.		32	335/336
- 25.	240. R. Pr.	Ankauf volljähriger Militärdienstpferde	33	349
- 25.	277. R. Pr.		39	417
- 25.	24. R.	Forstfasse in Jechenid	32	337
- 25.	68. P. Pr.	The Smith Premier Typewriter Company in Syracuse im Staate New-York.	32	337/340
- 25.	25. K. A.	Kommunalbezirksveränderungen	32	342
—	— —	Studium der Landwirtschaft an der Universität Halle a. S.	30	324
Juli 26.	M.	Vergl. 238. R. Pr. unterm 7. August 1902.		
- 26.	69. P. Pr.	Heberlein Selfacting Railway Break Company, Limited, in London.	32	340/341
- 27.	41. M.	Ablage-Tarif	33	345
- 28.	— —	Allerhöchster Erlaß. — Chaussee Brüd. — Hadenhaus — Orientthal — Damelang — Cammer — Selgow.	34	355
- 28.	12. O. Pr.	Jagd auf Rebhühner	32	335
- 28.	61. O. P. D.	Rohrpostbetrieb beim Postamt 11 in Berlin	32	341
- 28.	27. E. B.	Gruppentarif III (Berlin-Stettin)	32	342
- 28.	221. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter	31	326
- 29.	223. R. Pr.	Biehfeuchen	31	326
- 29.	41. Ko.	Impfzeugurkunde	34	359
- 30.	40. M.	Verlegung einer Gewerbe-Inspektion	33	345
- 30.	224. R. Pr.	Berufsgenossenschaft der Feinmechanik	32	335
- 30.	28. E. B.	Ladefristen auf Station Tempelhof, Ringbahn, und Wilmersdorf- Friedenau.	32	342
- 31.	13. O. Pr.	Wahl eines Provinzial-Landtagsabgeordneten	32	335

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Stück des Amts- blatts	Seitenzahl des Amts- blatts
Juli	31. 62. O. P. D.	Verlegung eines Fernsprecherblatts	32	341
—	31. 63. O. P. D.	Cementkanäle für Fernsprecherblatt	32	341
—	— 60. O. P. D.	Rohepostbetrieb beim Postamt in Wilmersdorf bei Berlin	31	327
—	— 1. E. St.	Eisenbahnhaltestelle Neukündendorf	32	342
—	— —	Reichsgesetzblatt Stück 36 von 1902	31	325
—	— —	Gesetzsammlung Stück 33 und 34 von 1902	31	325
Aug.	1. 70. P. Pr.	Wiederverleihung des Hebammen-Prüfungszeugnisses	32	341
—	1. 64. O. P. D.	Einrichtung einer Postanstalt auf dem Schützenhausplatze in Eberswalde.	32	341/342
—	1. —	Maschinenbau- und Hüttenkunde in Duisburg	34	360
—	— 36. Ko.	Pfarrstellenerledigung	31	327
—	— 37. Ko.	Desgleichen	31	327
—	— 38. Ko.	Desgleichen	31	327/328
—	— —	Landwirthschaftliche Akademie Bonn-Poppelsdorf	31	331
—	— —	Ausweisungen aus Preußen	31	332/333
—	— —	Desgleichen aus dem Deutschen Reichsgebiete	31	333/334
Aug.	2. 3. O. B. A.	Verlegung des Wohnsitzes eines Marktschreibers	32	342
—	2. 26. K. A.	Veränderung von Gemeinde- und Gutsbezirksgrenzen	33	352
—	4. 230. R. Pr.	Viehseuchen	32	336
—	4. 8. L. D.	Brandenburgische Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt	33	350/351
—	5. 226. R. Pr.	Befugnisse, Verpflichtungen und Geschäftsbetrieb der Versteigerer	32	336
—	5. 227. R. Pr.	Marktpreise	32	336
—	5. 228. R. Pr.	Dänisches Generalkonsulat	32	336
—	— u. P. Pr.	—	—	—
—	5. 229. R. Pr.	Belohnung für Ermittlung eines Brandstifters	32	336
—	5. 231. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter	32	337
—	5. R.	Vergl. 41. Ko. unterm 29. Juli 1902.	—	—
—	5. 71. P. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. den Kleinhandel mit Essigsäure zu Genusszwecken.	33	349
—	6. 65. O. P. D.	Verlegung von Rohepostrohranlagen	33	349
—	7. 234. R. Pr.	Gemeindebezirksveränderung	33	346
—	7. 235. R. Pr.	Desgleichen	33	346/347
—	7. 238. R. Pr.	Geschäftsbetrieb der Tröbeler und Kleinhandwerker mit Garnabfällen	33	348
—	7. 256. R. Pr.	Gemeindebezirksveränderung	35	367/377
—	7. 66. O. P. D.	Verlegung eines Telegraphen-Grßblatts	33	349
—	7. 29. E. B.	Eröffnung der Eisenbahn von Wildpark nach Nauen	33	352
—	7. 30. E. B.	Privatbesendungsverkehr auf den Stationen Sappeln und Bredow	33	352
—	— —	Reichsgesetzblatt Stück 37 von 1902	32	335
—	— —	Gesetzsammlung Stück 35 von 1902	32	335
Aug.	8. 232. R. Pr.	Ärztliche Hausapotheke in Brück	33	345
—	8. 72. P. Pr.	Marktpreise	33	350/351
—	8. 67. O. P. D.	Landbriefbestellung	33	349
—	8. 70. O. P. D.	Fernsprechlinie	34	359
—	8. 27. K. A.	Veränderung von Guts- und Gemeindebezirksgrenzen	34	359
—	— 39. Ko.	Pfarrstellenerledigung	32	342
—	— —	Geschenke an Kirchen u.	32	343/344
—	— —	Ausweisungen aus Preußen	32	344
—	— —	Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	32	344
Aug.	9. 68. O. P. D.	Neue Telegraphenanstalt	33	349
—	9. 69. O. P. D.	Cementkanal für Fernsprecherblatt	34	359
—	11. —	Allerhöchster Erlass. — Statut für die Ent- und Bewässerungsge- sellschaft im Gebiete der unteren Elbe	37	391/394

Datum	Nummer der	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Stück des Bundesgesetzblattes	Seitenzahl des Bundesgesetzblattes
Aug. 11.	—	Allerhöchster Erlass. — Vergl. 80. P. Pr. unterm 8. September 1902.	1	18
11.	73. P. Pr.	Vergebung der Konzession für eine Apotheke.	84	1858
12.	233. R. Pr.	Marktpreise.	88	346/347
12.	236. R. Pr.	Viehseuchen.	83	347/348
12.	237. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter.	33	348
12.	15. R. B.	Ausloosung von Rentenbriefen.	34	359
12.	19. R. B.	Benennung eines Jagdauflages-Geböses.	89	424
13.	242. R. Pr.	Benennung eines Jagdauflages-Geböses.	84	1355
13.	243. R. Pr.	Bekämpfung der Geflügel-Cholera.	34	355/356
13.	250. R. Pr.	Ortsbenennung.	35	362
13.	75. P. Pr.	Polizei-Verordnung betr. Haltefinder.	30	358
—	—	Reichsgesetzblatt Stück 38 von 1902.	33	335
—	—	Gesetzsammlung Stück 36 von 1902.	38	335
Aug. 15.	274. R. Pr.	Fahrtarif.	38	410
15.	275. R. Pr.	Desgleichen.	38	410
15.	74. P. Pr.	Schiedsgericht für Arbeiterversicherung.	34	368
—	40. Kd.	Pfarrstellenerledigung.	30	350
—	—	Ausweisungen aus Preußen.	83	353
—	—	Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete.	83	353/354
Aug. 16.	244. R. Pr.	Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.	34	356
16.	246. R. Pr.	Wasserstände.	34	357
16.	71. O. P. D.	Neue Telegraphenanstalt.	35	377
16.	3. P. St. D.	Abänderungen des amtlichen Waarenverzeichnisses zum Zolltarif.	35	378
16.	31. E. B.	Ladefristen auf Station Tempelhof, Ringbahn.	34	359
17.	241. R. Pr.	Tarifergänzung.	34	355
17.	252. R. Pr.	Kommunalbezirksveränderung.	35	363/366
17.	—	Der katholische Bischof in Bonn. — Vergl. 80. P. Pr. unterm 16. Oktober 1902.	1	17
19.	45. M.	Ablage-Tarif.	38	407/408
19.	245. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter.	34	356
19.	247. R. Pr.	Viehseuchen.	34	357
19.	248. R. Pr.	Schussfreie Tage auf dem Schießplatze bei Kummersdorf.	35	362
19.	72. O. P. D.	Posthilfsstelle auf Bornum, Lindenhof.	35	377
20.	253. R. Pr.	Töpfer-Innung in Eberswalde.	35	366
21.	249. R. Pr.	Handelskammerwahl im Stadtkreis Rippow.	35	362
21.	260. R. Pr.	Änderung des Reglements über Anstellung und Pflichten der Bezirke-Schornsteinfegermeister.	30	382
21.	H. V.	Bergl. 25. R. zc. unterm 25. August 1902.	1	17
22.	M.	Bergl. 1. G. K. unterm 18. September 1902.	1	17
22.	26. R.	Gewerbsteuer-Berandlung zc. in Schöneberg.	36	385
22.	3. R. S. V.	Ausreichung von Zinscheinen.	35	377/378
22.	17. R. B.	Einlösung fälliger Rentenbriefe und Zinscheine.	36	388
22.	2. R. St.	Eisenbahnhaltepunkt Choringen.	34	359
22.	—	Thierärztliche Hochschule in Hannover.	84	360
22.	—	Ausweisungen aus Preußen.	34	360
Aug. 23.	44. M.	Ablagetarif.	38	407
23.	257. R. Pr.	Apothekergehülfsen-Prüfungskommission.	35	377
23.	258. R. Pr.	Arbeitszugbetrieb auf der Nebenbahn Halberstadt-Nienburg.	36	381
23.	76. P. Pr.	Apothekenkonzession.	36	385/386
25.	14. O. Pr.	Kriegsschuldensteuer.	36	382/385
25.	251. R. Pr.	Seemanns-Verkehrs.	35	362

Datum	Nummer	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Seitenzahl des Inhalts	Seitenzahl des Inhalts
Aug. 25.	25. R.	Ausreichung von Zinscheinen	35	361/362
- 26.	30. R.	Bergl. 27. R. unterm 8. September 1902	41	433
- 26.	254. R. Pr.	Biehseuchen	35	366
- 26.	255. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter	35	366
- 26.	32. E. B.	Geführten für Station, Wilmersdorf-Briedenau	36	388
- 26.	33. E. B.	Seefahrer-Ausnahmetarif	36	388
- 27.	73. O. P. D.	Neue Telegraphenanstalt	36	386
- 27.	34. E. B.	Ausnahmetarif für Düngemittel zc.	36	388
- 28.	40. M.	Pfisch- und Ladeplatz-Tarif	38	408
- 28.	15. O. Pr.	Ausweisungen aus dem Deutschen Reichsgebiete	37	395
Aug. 29.	320. R. Pr.	Fahrtarif	35	380
- 30.	79. P. Pr.	Berliner Hypothekendarf, Aktiengesellschaft	45	479
Sept. 1.	206. R. Pr.	Sonntagruhe im Barbiergewerbe	37	398/400
- 2.	42. M.	Pfisch- und Ladeplatz-Tarif	39	415/416
- 2.	259. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter	36	382
- 2.	261. R. Pr.	Biehseuchen	36	382
- 3.	74. O. P. D.	Neue Telegraphenanstalt	37	400
- 3.	28. K. A.	Veränderungen von Gemeinde- und Unterabteilungen	38	411
Sept. 5.	44. M.	Gefährliche Kreiszahl	36	381
- 5.	267. R. Pr.	Erlebte Kreiszahl	37	395
- 5.	268. R. Pr.	Wintermonzeit, Verbot des Fischfanges mit Zug- und Treibnetzen und des Krebsfanges	37	396/397
- 5.	270. R. Pr.	Handbuch für Polizeibehörden	37	397/398
- 5.	270. R. Pr.	Rummelstocherei	38	409
- 5.	273. R. Pr.	Polizei-Verordnung betr. Meldefristen	38	410
- 5.	77. P. Pr.	Marktpreise	37	398/399
- 5.	78. P. Pr.	Verordnungen	37	398
Sept. 6.	47. Ko	Ausweisungen aus Preußen	36	388/389
- 6.	35. E. B.	Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	36	389/390
- 6.	48. M.	Errichtung einer 5. Pfarrstelle in der Auferstehungs-Kirchengemeinde in Berlin	42	459
- 7.	264. R. Pr.	Eisenbahn-Haltepunkt Rummelsburg	38	411
- 8.	265. R. Pr.	Quittungskarten, des Königl. Landeskassens	39	416
- 8.	265. R. Pr.	Marktpreise	37	395
- 8.	265. R. Pr.	Desgleichen	37	396/397
- 8.	26. R.	Notierung, sonstiger Angelegenheiten	37	398/399
- 9.	80. P. Pr.	Verleihung des Enteignungsrechts	38	410/411
- 9.	262. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter	37	395
- 9.	263. R. Pr.	Biehseuchen	37	395
- 9.	77. O. P. D.	Neue Telegraphenanstalt	38	411
- 9.	36. E. B.	Gruppentarif 3 (Berlin-Station)	38	411
- 10.	271. R. Pr.	Belgisches Generalkonsulat	38	409
- 10.	75. O. P. D.	Verordnung eines Polizeibefehlshabers	38	411
- 12.	Q. Pr.	Allerhöchster Erlaß. — Bergl. O. Pr. unterm 12. September 1902	38	411
- 12.	18. R. B.	Empfang des Kaiserpaars und Aufnahme der Gruppen in Wandergelände	38	411
- 12.	37. E. B.	Druckberichtigung	38	411
- 12.	42. Ko	Kordostdeutsch-Berlin-Büchsenmacher-Verein	38	411/412
- 12.	42. Ko	Wasser-Kanalbau	37	400

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Stück des Amts- blatts	Seitenzahl des Amts- blatts
Sept. 12.	45. Ko.	Desgleichen	87	400
—	—	Ausweisungen aus Preußen	87	401
—	—	Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	87	402/404
Sept. 13.	26. R.	Zahlungen aus Domänen- und Forst-Beräuerungen	38	410
— 13.	76. O. P. D.	Rohrpostbetrieb beim Postamt 55 in Berlin	38	411
— 13.	78. O. P. D.	Verlegung von Telegraphen-Endkabeln und eines Rohrpostfahrröhres	39	424
— 14.	—	Generalkommando des III. Armeekorps. — Vergl. 15. O. P. D. unterm 16. September 1902.		
— 15.	306. R. Pr.	Fahrtarif	42	454
— 15.	79. O. P. D.	Gementkanal für Fernsprechkabel	39	424
— 16.	15. O. Pr.	Aufnahme der Truppen des III. Armeekorps im Randvergelände	39	416/417
— 16.	O. Pr.	Vergl. 81. P. Pr. unterm 22. September 1902.		
— 16.	269. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter	38	408
— 16.	272. R. Pr.	Wasserstände	38	409
— 16.	276. R. Pr.	Biehseuchen	38	410
— 16.	—	Der Reichskanzler. — Ausdehnung des Geltungsbereichs der Ortslage auf Nachbarpostorte.	40	489
— 17.	51. M.	Ausführungsbestimmungen zum Kleinbahngesetz	42	453
— 17.	278. R. Pr.	Niederlegung der Praxis als Hebamme	39	417
— 17.	284. R. Pr.	Bäder- und Müller-Anordnung in Strassburg i. M.	39	423
— 17.	285. R. Pr.	Müller- und Bäder-Zwangsanordnung Regim.	39	423
— 17.	316. R. Pr.	Gabenschluß der Möbelmagazine in Brandenburg	49	467/468
— 17.	29. R.	Verwaltung der Forstasse in Eberswalde	39	423
— 17.	20. B. A.	Grundstücksaufhebung	39	424
— 17.	21. B. A.	—	40	430/431
— 18.	282. R. Pr.	Gemeindebezirksveränderung	39	418/423
— 18.	1. G. K.	Statut für die Entwässerungs-Gesellschaft der Bruchhöfen zu Niederfinow.	42	459/464
— 18.	—	Regierungspräsident in Frankfurt a. O. — Uebertretung von Gänseentladungen.	42	464/465
—	—	Reichsgesetzblatt Stück 39 von 1902	38	407
—	—	Gesetzsammlung Stück 39 von 1902	38	407
Sept. 19.	279. R. Pr.	Schleusensperre	39	417
— 19.	8. R. P. A.	Briefsendungen zc. nach Burenburg	40	431
— 19.	—	Landgerichtspräsident in Potsdam. — Bezugsagent	39	425
—	—	Ausweisungen aus Preußen	38	412/413
—	—	Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	38	413/414
— 20.	49. M.	Veränderungen der Branntweinsteuer-Ausführungsbestimmungen	40	427
— 20.	338. R. Pr.	Fahrtarif	46	492
— 20.	82. P. Pr.	Schließung der allgemeinen Volkstrankstube	40	431
— 20.	385. E. B.	Privatbesuchenverkehr in Dallgow-Döberitz	40	432
— 21.	80. O. P. D.	Rohrpostbetrieb beim Postamt 87 in Berlin	39	424
— 22.	280. R. Pr.	Gewerbe-Inspektion Berlin II. (Potsdam)	39	417
— 22.	81. P. Pr.	Futtermittel für Rindermilchkühe	40	431
— 22.	—	Oberstrombauverwaltung. — Polizei-Verordnung, betr. das Anlegen und Ankerschleppen im „Hellen Graben“ bei Rippensdorf.	41	438/439
— 23.	281. R. Pr.	Marktprotektion	39	417
— 23.	283. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter	39	423
— 23.	286. R. Pr.	Biehseuchen	39	423
— 24.	287. R. Pr.	Schleusensperre	40	427
— 24.	288. R. Pr.	Stellmacher- und Böttcher-Zwangsanordnung in Eberswalde	40	427
— 24.	295. R. Pr.	Bekanntmachung für den Stättenlohn der Gemeinen Arbeiter-Gewerkschaft	40	430

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Seite des Amts- blatts	Seitenzahl des Amts- blatts
Sept. 24.	83. P. Pr.	Schließung einer Straßenkassette	40	431
- 24.	P. Pr.	Bergl. 47. Ko. unterm 6. September 1902.		
- 24.	4. E. Hr.	Dänisches Eisenbahn-Zustich	40	432
-	-	Reichsgesetzblatt Stück 40 von 1902	39	415
-	-	Gesetzsammlung Stück 40 und 41 von 1902	39	415
Sept. 28.	50. M.	Erledigte Kreisarzstelle	41	433
- 26.	292. R. Pr.	Gebührentarif für Versteigerer	40	428/429
- 26.	81. O. P. D.	Neue Telegraphenanstalt	40	432
- 26.	82. O. P. D.	Desgleichen	40	432
- 26.	39. E. B.	Gruppentarif III (Berlin-Stettin)	40	432
- 26.	29. K. A.	Umgemeindungen im Kreise Westpreußen	42	464
-	44. Ko.	Erledigte Pfarrstelle	39	424
-	45. Ko.	Desgleichen	39	424
-	-	Ausweisungen aus Preußen	39	425/426
Sept. 28.	83. O. P. D.	Cementkandl für Fernsprechkabel	41	438
- 29.	297. R. Pr.	Niederlegung des Amtes als Bezirksamte	41	434
- 29.	31. R.	Elementarlehrer-Witwen- und Waisenklasse	41	434
- 30.	289. R. Pr.	Öffnungszeiten der Eisenbahndrehbrücken über die Havel bei Spandau.	40	428
- 30.	290. R. Pr.	Desgl. der Eisenbahndrehbrücken über die Havel bei Potsdam	40	428
- 30.	291. R. Pr.	Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie	40	428
- 30.	294. R. Pr.	Kontrollbedürftige ausländische Arbeiter	40	429/430
- 30.	296. R. Pr.	Biehfeuchen	40	430
- 30.	298. R. Pr.	Sonntagsruhe im Back-, Fleischer- und Metzgerei-Handwerk	41	434
- 30.	85. P. Pr.	Stiftungsbeschluss des Königl. Hofes in Potsdam	41	438
- 30.	-	Landgerichtspräsident in Potsdam	41	451
Ok. 1.	84. P. Pr.	Marktpreise	41	436/438
- 1.	86. P. Pr.	General Mining and Finance Corporation Limited in Johannesburg	42	455/459
- 2.	299. R. Pr.	Bedingungen für die Aufnahme von Ausländern in die Gebirgs- und Bergbauverwaltung	41	434/435
- 2.	30. K. A.	Veränderung von Bezirksgrenzen im Kreise Ostpreußen	42	464
- 2.	-	Amtsgericht Spandau. — Gerichtstage	42	466
-	-	Gesetzsammlung Stück 42 von 1902	40	427
Ok. 3.	300. R. Pr.	Jahresarbeitsverdienst forst- und landwirtschaftlicher Arbeiter	41	435
- 3.	310. R. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. Verhütung des Nachtrags unregelmäßiger Leistungen in die Reinwasserleitung	42	454/455
- 3.	R. Pr.	Bekanntmachung hierzu	42	455
-	46. Ko.	Pfarrstellenerledigung	40	431
-	-	Ausweisungen aus Preußen	40	432
Ok. 4.	305. R. Pr.	Endentschluss der Lebensversicherungen in Potsdam	42	453
- 4.	28. K. A.	Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirken	42	464
- 5.	-	Generallieutenant des Gardekorps		
- 6.	87. O. P. D.	Beschädigung der Telegraphenanlagen	43	470/471
- 7.	82. M.	Ablagen-Tarif	44	473
- 7.	301. R. Pr.	Biehfeuchen	41	435
- 7.	302. R. Pr.	Arbeitszuchttrieb auf der Reichenbahn, Treuenbrietzen, Kreisg. D.	41	435
- 7.	304. R. Pr.	Thierfische Belgien-Brandenburg.	41	436/437
- 7.	31. K. A.	Marktpreise	43	471
- 8.	-	Kommunalbezirksveränderungen	45	479
-	-	Allerhöchster Erlaß. — Enteignungsrecht für den Verbindungskanal Griebnitzsee—Bannsee.		

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Stück des Amts- blatts	Seitenzahl des Amts- blatts
Sept. 12.	48. Ko.	Desgleichen	37	400
—	—	Ausweisungen aus Preußen	37	401
—	—	Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	37	402/404
Sept. 13.	28. R.	Zahlungen aus Domänen- und Forst-Veränderungen	38	410
—	13. 76. O. P. D.	Rohrpostbetrieb beim Postamt 55 in Berlin	38	411
—	13. 78. O. P. D.	Verlegung von Telegraphenblättern und eines Rohrpostfahrröhres	39	424
—	14. —	Generalkommando des III. Armeekorps. — Vergl. 15. O. Pr. unterm		
—	—	16. September 1902.		
—	15. 306. R. Pr.	Fahrtarif	42	454
—	15. 79. O. P. D.	Sementkanal für Fernsprechkabel	39	424
—	16. 15. O. Pr.	Aufnahme der Truppen des III. Armeekorps im Wandbergelände	39	416/417
—	16. O. Pr.	Vergl. 81. P. Pr. unterm 22. September 1902.		
—	16. 289. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter	38	408
—	16. 272. R. Pr.	Wasserstände	38	409
—	16. 276. R. Pr.	Biehseuchen	38	410
—	16. —	Der Reichslanzler. — Ausdehnung des Geltungsbereichs der Orts-	46	489
—	—	tage auf Nachbarpostorte.		
—	17. 51. M.	Ausführungsbestimmungen zum Kleinbahngesetz	42	453
—	17. 278. R. Pr.	Niederlegung der Praxis als Hebamme	39	417
—	17. 284. R. Pr.	Bäder- und Bäder-Zwangsinnung in Strassburg u. M.	39	423
—	17. 285. R. Pr.	Müller- und Bäder-Zwangsinnung Regim.	39	423
—	17. 316. R. Pr.	Labenschluß der Möbelmagazine in Brandenburg	43	467/468
—	17. 20. R.	Verwaltung der Postkasse in Eberswalde	39	423
—	17. 20. B. A.	Grundstücksaufhebung	39	424
—	17. 21. B. A.	—	40	430/431
—	18. 282. R. Pr.	Gemeindebezirksveränderung	39	418/423
—	18. 1. G. K.	Statut für die Entwässerungs-Genossenschaft der Bruchwiesen zu	42	459/464
—	—	Niederfinow.		
—	18. —	Regierungspräsident in Frankfurt a. O. — Uebertretung von	42	464/465
—	—	Gänseentladungen.		
—	—	Reichsgefehlblatt Stück 39 von 1902	38	407
—	—	Gesetzsammlung Stück 39 von 1902	38	407
Sept. 19.	279. R. Pr.	Schleusensperre	39	417
—	19. 8. R. P. A.	Briefsendungen zc. nach Buremburg	40	431
—	19. —	Landgerichtspräsident in Potsdam. — Polizeipräsident	39	425
—	—	Ausweisungen aus Preußen	38	412/413
—	—	Desgl. aus dem Deutschen Reichsgebiete	38	413/414
—	20. 49. M.	Änderungen der Branntweinsteuer-Ausführungsbestimmungen	40	427
—	20. 338. R. Pr.	Fahrtarif	46	492
—	20. 82. P. Pr.	Schließung der allgemeinen Volkswirtschaft	40	431
—	20. 38. E. B.	Privatdepeschenverkehr in Dalgow-Döberitz	40	432
—	21. 80. O. P. D.	Rohrpostbetrieb beim Postamt 87 in Berlin	39	424
—	22. 280. R. Pr.	Gewerbe-Inspektion Berlin II. (Potsdam)	39	417
—	22. 81. P. Pr.	Futtermittel für Kindermilchkühe	40	431
—	22. —	Oderstrombauverwaltung. — Polizei-Verordnung, betr. das Anfertigen	41	438/439
—	—	und Anferschleppen im Saale-Graben bei Rippensdorf		
—	23. 281. R. Pr.	Marktpreisbestimmung	39	417
—	23. 283. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter	39	423
—	23. 286. R. Pr.	Biehseuchen	39	423
—	24. 287. R. Pr.	Schleusensperre	40	427
—	24. 288. R. Pr.	Stellmacher- und Böttcher-Zwangsinnung in Eberswalde	40	427
—	24. 295. R. Pr.	Gehilfenordnung für den Stättenlak der Gemeinde Nieder-Schönneweide	40	430

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Statt des Amts- blatts	Seitenzahl des Amts- blatts
Sept. 24.	83. P. Pr.	Schließung einer Krankenliste	40	431
24.	P. Pr.	Bergl. 47. Ko. unterm 6. September 1902.		
24.	4. E. Pr.	Öffentliches Eisenbahn-Buch	40	432
—	—	Reichsgefeßblatt Stüd 40 von 1902	39	415
—	—	Gesetzsammlung Stüd 40 und 41 von 1902	39	415
Sept. 28.	50. M.	Erledigte Kreisarzstelle	41	433
26.	292. R. Pr.	Gebührentarif für Versteigerer	40	428/429
26.	81. O. P. D.	Neue Telegraphenanstalt	40	432
26.	82. O. P. D.	Desgleichen	40	432
26.	39. E. B.	Gruppentarif III (Berlin-Stettin)	40	432
26.	29. K. A.	Umgewöhnungen im Kreise Westbaltland	42	464
—	44. Ko.	Erledigte Pfarrstelle	39	424
—	45. Ko.	Desgleichen	39	424
—	—	Ausweisungen aus Preußen	39	425/426
Sept. 28.	83. O. P. D.	Cementhande für Fernsprechlabel	41	438
29.	297. R. Pr.	Niederlegung des Amts als Bezirksbeamte	41	434
29.	31. R.	Elementarlehrer-Witwen- und Waisenkasse	41	434
30.	289. R. Pr.	Öffnungszeiten der Eisenbahndrehbrücken über die Havel bei Spandau	40	428
30.	290. R. Pr.	Desgl. der Eisenbahndrehbrücken über die Havelbucht bei Potsdam	40	428
30.	291. R. Pr.	Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie	40	428
30.	294. R. Pr.	Kontrollbedürftige ausländische Arbeiter	40	429/430
30.	296. R. Pr.	Biehseuchen	40	430
30.	298. R. Pr.	Constatirung im Barbier-, Friseur- und Perückenmachergewerbe	41	434
30.	85. P. Pr.	Stiftungsgesellschaft St. Georg a. Sa. Simsb.	41	438
30.	—	Landgerichtspräsident in Potsdam, Prozeßagent	41	451
Ok. 1.	84. P. Pr.	Marktpreise	41	436/438
1.	86. P. Pr.	General Mining and Finance Corporation Limited in Johannesburg	42	455/459
2.	299. R. Pr.	Bedingungen für die Aufnahme schwangerer Personen in die Gebirgsanlehrenanstalt in Frankfurt a. O.	41	434/435
2.	30. K. A.	Veränderung von Bezirksgrenzen im Kreise Ostprignitz	42	464
2.	—	Amtsgericht Spandau. — Gerichtstage	42	466
—	—	Gesetzsammlung Stüd 42 von 1902	40	427
Ok. 3.	300. R. Pr.	Jahresarbeitsverdienst forst- und landwirtschaftlicher Arbeiter	41	435
3.	310. R. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. Verhütung des Rücktritts unzureichend befähigter in die Reinwasserleitung	42	454/455
3.	R. Pr.	Bekanntmachung hierzu	42	455
—	40. Ko.	Pfarrstellenerledigung	40	431
—	—	Ausweisungen aus Preußen	40	432
Ok. 4.	305. R. Pr.	Lebenshaltung der Lebenshaltungen in Potsdam	42	453
4.	28. K. A.	Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirken	42	464
5.	—	Generallandmann des Gardekorps — S. 16. O. Pr. Antenn 87. D. tober 1902.		
6.	87. O. P. D.	Beschädigung der Telegraphenanlagen	43	470/471
7.	82. M.	Ablagen-Tarif	44	473
7.	301. R. Pr.	Biehseuchen	41	435
7.	302. R. Pr.	Arbeitszugbetrieb auf der Nebenbahn Treuenbrietzen — Neustadt a. D. Heilsriede Belgig-Brandenburg.	41	435
7.	304. R. Pr.	Marktpreise	41	436/437
7.	31. K. A.	Kommunalbezirksveränderungen	43	471
8.	—	Allerhöchster Erlaß. — Enteignungsrecht für den Verbindungsland Griebniksee — Wannsee.	45	479

Datum		Rummer der Verordnungen und Bekanntmachungen	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Nummer des Amts- blatts	Seitenzahl des Amts- blatts
1891	8.	16. O. Pr.	Aufnahme der Truppen im Manövergelände	42	45486
1891	8.	308. R. Pr.	Marktpreise	41	45485
1891	8.	308. R. Pr.	Präzisionsnivelement der Wasserläufe im Gebiete der Oberen Havel.	42	45484
1891	9.	40. E. B.	Entladefrist auf Statuta Bunkersdorf-Stiebach	42	464
1891	10.	58. M.	Ablagetarif	44	45474
1891	10.	54. M.	Desgleichen	44	45474
1891	10.	—	Landgerichtspräsident Prenzlau. — Prozeßagent	42	45465
1891	10.	—	Ausweisungen aus Preußen	41	45462
1891	11.	84. O. P. D.	Neue Telegraphenanstalt	42	45459
1891	12.	—	Der Königl. Eisenbahnminister in Halle a. S. an den Dahme-Halberster Eisenbahn.	42	45466
1891	14.	60. M.	Kursus zur Ausbildung von Turnlehrerinnen	47	509
1891	14.	307. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter	42	454
1891	14.	309. R. Pr.	Biehseuchen	42	454
1891	14.	88. P. Pr.	Aktiengesellschaft Massey-Harris Company Limited in (Kanada).	43	470
1891	15.	311. R. Pr.	Belgisches Generalkonsulat in Berlin	43	467
1891	15.	32. R.	Errichtung einer katholischen Kapellengemeinde in u. P. Pr.	43	469/470
1891	15.	87. P. Pr.	Schiedsgericht für Arbeiterverfugung	43	470
1891	15.	42. E. B.	Ausnahmetarif für Blei in Bitterfeld, Stangen- und Huttenwerke.	43	471/472
1891	15.	—	Amtsgericht Perleberg. — Gerichtstage in Barnow	44	478
1891	16.	—	Der Reichsanwalt. — Vergl. 86. R. unter dem 29. November 1902	43	470
1891	16.	89. P. Pr.	Änderung der Geschäftsverteilung für die katholischen Kirchen- vorstände und Gemeindevorstellungen	43	470
1891	16.	85. O. P. D.	Neue Telegraphenanstalt	43	470
1891	16.	88. O. P. D.	Gemeindevorstände, Notarztsstellen	43	471
1891	17.	17. O. Pr.	Ertragwahl eines Landtagsabgeordneten	43	467
1891	17.	312. R. Pr.	Schulfreie Tage auf dem Schiffsplatze bei Tarnitz.	43	467
1891	17.	317. R. Pr.	Tarifergänzung	43	468
1891	17.	86. O. P. D.	Neue Telegraphenanstalt	43	470
1891	17.	41. E. B.	Ausnahmetarife für Zucker 1901 nach 24. 1. 1901	43	471
1891	17.	48. Ko.	Pfarrstellenverleibung	43	459
1891	17.	—	Ausweisungen aus Preußen	42	466
1891	18.	314. R. Pr.	Standesamtsbezirksveränderung	43	467
1891	18.	9. R. P. A.	Postpaketverkehr mit San Domingo	44	477
1891	19.	318. R. Pr.	Nordböhmische Baugewerks-Berufsgenossenschaft	43	467
1891	20.	—	Allerhöchster Erlaß, betr. Schauspielerleistungen auf Judenwalde. — Berlin. — Denkschrift. — Döblich. — Kreis- grenze.	40	485
1891	20.	—	Desgleichen. — Statut für die Schiffsplatze bei Progen im Kreise Ruppin.	40	485/489
1891	20.	315. R. Pr.	Standesamtsbezirksveränderung	43	467
1891	20.	318. R. Pr.	Hufbeschlag-Dehnmesser	43	468
1891	20.	319. R. Pr.	Wasserstände	43	468
1891	20.	321. R. Pr.	Errichtung einer Apotheke in St. Bismarck	43	469
1891	20.	349. R. Pr.	Fahrtarif	47	511
1891	20.	350. R. Pr.	Desgleichen	47	511
1891	20.	351. R. Pr.	Desgleichen	47	511
1891	20.	29. B. A.	Grundstücksaufhebung	44	477
1891	24.	R. A.	Grundstücksaufhebung	45	480

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Seite des Munis- Blatts	Seitenzahl des Munis- Blatts
Sept.	20. 43. E. B.	Privatbesendenverkehr auf der Eisenbahnstation Halensee	44	477
-	21. 55. M.	Kreisassistentenarztsstelle	44	474/475
-	21. M.	§. 34 R. unterm 11. November 1902.		
-	21. 320. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter	43	469
-	21. 322. R. Pr.	Biehseuchen	43	469
-	21. 324. R. Pr.	Erhebung von Stättelgeld in Eichwalde, Kreis Teltow	44	475
-	21. 22. B. A.	Schluß der Jagd auf A-shühner	44	476/477
-	21. 90. P. Pr.	Bekündigung ortspolizeilicher Verordnungen für Charlottenburg	44	477
-	21. 90. O. P. D.	Verlegung von Telegraphen-Erdkabeln	44	477
-	22. 58. M.	Ablagetarif	46	489/490
-	22. 59. M.	Lösch- und Ladestellen-Tarif	46	490/491
-	22. 89. O. P. D.	Annahme von Postsendungen durch die Landbriefträger	44	477
-	22. 44. E. B.	Ausnahmetarif für Düngemittel u.	44	477
-	23. 56. M.	Kreisassistentenarztsstelle	44	475
-	23. 334. R. Pr.	Gemeindebezirksveränderung	46	491
-	23. — —	Amtsgericht Brandenburg. — Gerichtstage in Zehmin	47	514
-	— — —	Gesetzsammlung Stück 43 von 1902	43	467
Sept.	24. 323. R. Pr.	Verordnung, betr. Sonntagsruhe im Handelsgewerbe	44	475
-	25. 57. M.	Reineinkommen der preussischen Staatsbahnen u.	45	479
-	25. 325. R. Pr.	Außerordentliche Viehzählung	44	475/476
-	27. — —	Allerhöchster Erlass. — Prinz Friedrich Leopold-Kanal	46	485
-	27. 18. O. Pr.	Außerordentliche Viehzählung	44	475
-	27. — —	Amtsgericht Briegwall. — Gerichtstage in Putzig	45	483
-	28. 326. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter	44	476
-	28. 327. R. Pr.	Lehrschmiede in Charlottenburg	44	476
-	28. 328. R. Pr.	Biehseuchen	44	476
-	28. 330. R. Pr.	Bäcker-Zunftung in Eberswalde	45	479/480
-	28. 93. P. Pr.	Hufbeschlag-Lehrmeister	45	481
-	28. 20. R. B.	Auslosung von Rentenbriefen u.	45	481/482
-	29. 331. R. Pr.	Baumaterial	45	480
-	29. 99. P. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. Privatanschlußbahnen	49	525/531
-	29. — —	Amtsgericht Templin. — Gerichtstage in Voigtburg und Gerswalde.	45	483
-	— — —	Reichsgesetzblatt Stück 41 und 42 von 1902	44	473
Sept.	31. 91. P. Pr.	Sonntagsruhe im Handelsgewerbe in Berlin, Charlottenburg und Nigsdorf.	45	480/481
-	31. 92. P. Pr.	Desgl. in Schöneberg	45	481
-	31. 91. O. P. D.	Neue Telegraphenanstalt	45	481
-	— — —	Geschenke an Kirchen u.	44	478
-	— — —	Ausweisungen aus Preußen	44	478
-	31. — —	Regierungspräsident in Bromberg. — Schiffsahrtssperre	46	493
-	31. — —	Polizei-Präsident in Charlottenburg. — Straßenordnung für den Stadtkreis Charlottenburg.	46	494/505
Nov.	1. 335. R. Pr.	Änderung eines Ortsnamens	46	491
-	1. — —	Amtsgericht Belgig. — Gerichtstage in Riemegl.	46	507
-	2. 32. K. A.	Geschäftsanweisung für die Teltowkanal-Bauverwaltung	46	504/507
-	3. — —	Allerhöchster Erlass. — Chauffeegelberhebung auf 4 neuen Kreischauffeen des Kreises Teltow.	48	515
-	4. 332. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter	45	480
-	4. 333. R. Pr.	Biehseuchen	45	480
-	4. 49. Ko.	Errichtung einer Kirchengemeinde der Kapernaumkirche in Berlin	46	493
-	4. 33. K. A.	Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirksgrängen	47	513

Datum	Nummer	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Stück des Amts- blatts	Seitenzahl des Amts- blatts
Nov. 4.	— —	Polizei-Präsident in Charlottenburg. — Polizei-Verordnung, betr. den Kleinhandel mit Essigsäure (Essigessenz) zu Genußzwecken.	47	513
-	5. 337. R. Pr.	Marktpreise	46	492
-	5. 341. R. Pr.	Lotteriezulassung	46	492
-	5. 94. P. Pr.	Marktpreise	46	504/505
-	5. E. B.	Bergl. 99. P. Pr. anter 29. Oktober 1902.		
-	6. 343. R. Pr.	Schiffahrtssperre für den Winter 1902/03	46	493
-	6. 34. K. A.	Veränderung von Guts- und Gemeindebezirks Grenzen	48	522
-	6. — —	Auszug aus den Jahresrechnungen der Landfeuersozietäten	48	518/519
—	— —	Reichsgefehlblatt Stück 43 von 1902	45	479
Nov. 7.	45. E. H.	Gruppentarif III (Berlin-Stettin)	47	512
-	— —	Ausweisungen aus Preußen	45	483/484
-	8. 339. R. Pr.	Verloofungsgenehmigung	46	492
-	8. 340. R. Pr.	Desgleichen	46	492
-	10. 336. R. Pr.	Marktpreise	46	490/491
-	10. 342. R. Pr.	Standesamtsbezirksveränderungen	46	492
-	10. 106. P. Pr.	Zulassung einer Hebamme	51	558
-	11. 344. R. Pr.	Viehseuchen	46	493
-	11. 374. M.	Fahrtarif	51	554
-	11. 375. M.	Desgleichen	51	554/555
-	11. 376. M.	Desgleichen	51	555
-	11. 377. M.	Desgleichen	51	556
-	11. 378. M.	Desgleichen	51	556/557
-	11. 34. R.	Turnlehrerprüfung	47	510
-	11. 95. P. Pr.	National-Hypotheken-Kredit-Gesellschaft in Berlin	47	512
-	13. 345. R. Pr.	Diphtherie-Heilserum	47	510
-	13. 96. P. Pr.	Schiedsgericht für Arbeiterversicherung	47	512
-	14. 46. E. B.	Hanseatisch-Deutscher Güterverkehr	47	512
-	14. 47. E. B.	Erweiterung der Abfertigungsbefugnisse der Station Bentzen	48	517
—	— —	Ausweisungen aus Preußen	46	507/508
Nov. 15.	346. R. Pr.	Vertheilung der Erkennungsnummern für Kraftfahrzeuge	47	510
-	15. 352. R. Pr. u. P. Pr.	Lotterie des Thiergartenvereins in Königsberg in Preußen	47	511/512
-	15. 353. R. Pr.	Wasserstände	48	520
-	15. H. V.	Bergl. 85. R. anter 20. November 1902.		
-	15. 21. R. B.	Ausloofung von Rentenbriefen	48	516/517
-	15. 25. R. B.	Ausreichung von Lösungsquittungen über abgelöste Renten	51	562
-	16. — —	Allerhöchster Erlaß. — Anwendung der Bestimmungen wegen der Chausseepolizeivergehen auf die Chaussee von Dalkin bis zur Landesgrenze in der Richtung auf Dambel.	50	536
-	16. — —	Reichsversicherungsamt. — Prämientarife für die Versicherungs- anstalten der Tiefbau- und der Nordöstlichen Baugewerke- Berufsgenossenschaft.	50	546/548
-	17. 10. R. P. A.	Umtausch von älteren Postwerthzeichen	48	517
-	17. — —	Gerichtstage in Rehn	49	533
-	18. 62. M.	Vohlwerktarif	50	538/539
-	18. 347. R. Pr.	Viehseuchen	47	510/511
-	18. 348. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter	47	511
-	18. 97. P. Pr.	Liquidation der Allgemeinen Volkskrankenkasse „Eiche“	48	522
-	18. 48. E. H.	Tarifirung von Dünger (Mist) und Abtrittsdünger	48	517
-	20. 354. R. Pr.	Veränderung von Weinbaubezirken	48	520
-	20. 356. R. Pr.	Markt in Niemeal	48	520

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Stück des Amts- blatts	Seitenzahl des Amts- blatts
Nov. 20.	35. R.	Ausreichung von Zinsscheinen zu Staatsanleiheverreibungen	48	515/516
-	20. 98. P. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. den Verkehr mit Essigsäure	49	525
-	20. — —	Amtsgericht Eberswalde. — Gerichtstage in Biesenthal	49	533
-	20. — —	Dasselbe. — Gerichtstage in Joachimsthal	49	533
-	— — —	Reichsgesetzblatt Stück 44 von 1902	47	509
Nov. 21.	355. R. Pr.	Hilfsbuch für Standesbeamte	48	520
-	21. 358. R. Pr.	Ausbildung und Prüfung der nicht thierärztlichen Fleischbeschauer	48	521
-	21. 359. R. Pr.	Weitere Zulassung der bei der Schlachtvieh- und Fleischbeschau thätigen Laien.	48	521/522
-	21. — —	Landgerichtspräsident in Neu-Ruppin. — Prozeßagent	48	522
-	— — —	Ausweisungen aus Preußen	47	514
Nov. 22.	363. R. Pr.	Fadenmaß der Manufaktur-, Bag-, Damen- und Herren-Garben- roben-Branchen.	48	524
-	24. 68. M.	Ablage-Tarif	50	539
-	24. — —	Eisenbahnamtsschrift in Stettin. — Reineinkommen einer Privatbahn	49	533
-	24. — —	Amtsgericht Angermünde. — Gerichtstage in Oranienburg	50	550
-	25. 357. R. Pr.	Kontraktbrüchiger ausländischer Arbeiter	48	520/521
-	25. 360. R. Pr.	Biehseuchen	48	522
-	25. 361. R. Pr.	Sonntagsruhe im Handelsgewerbe für Spandau	49	523/524
-	25. 362. R. Pr.	Müller-Innung in Perleberg	49	524
-	25. 23. R. B.	Einlösung von Rentenbriefen	49	533
-	26. 61. M.	Bekämpfung der Pest	50	536/538
-	26. 35. K. A.	Ernennung von Urkundspersonen für den Kreis Teltow	49	533
-	27. M.	Ausführungsbestimmungen zum Tarif für die Schiffsahrts- und Flößerei-Abgaben auf den Wasserstraßen zwischen Elbe und Oder.	Erste Beilage zum 50. Stück	
-	27. O. Pr.	Geschäftsanweisung für die katholischen Kirchenvorstände und Ge- meindevertretungen in der Provinz Brandenburg.	Zweite Beilage zum 50. Stück	
-	27. 100. P. Pr.	Alienengesellschaft The Nouchatel Asphalte Company, Limited, in London.	49	531/532
-	27. 101. P. Pr.	Tage für beeidigte und öffentlich angestellte Versteigerer	49	532
-	— — —	Reichsgesetzblatt Stück 45 von 1902	48	515
Nov. 28.	103. P. Pr.	Bergebung der Konzession für eine Apotheke	50	542/543
-	28. 49. E. B.	Nordostdeutscher Berlin-Bayerischer und Nordostdeutscher Berlin-Bürtlem- bergischer Verband.	50	545
-	29. 64. M.	Ablage-Tarif	51	551/552
-	29. 65. M.	Lösch- und Ladepreis-Tarif	51	552/553
-	29. 67. M.	Ablage-Tarif	52	557/558
-	29. 68. M.	Desgleichen	52	558
-	29. 36. R.	Außerordentliche der Zwanzigpfennigstücke aus Nickel	49	525
-	29. 11. R. P. A.	Weihnachtssendungen	50	544
-	29. 18. S.	Zweite Lehrer-Prüfung im Königl. Stadtschullehrer-Seminar in Berlin	50	544/545
-	29. 19. S.	Seminar-Aufnahme-Prüfung ebendasselbst	51	558/559
-	29. 21. S.	Entlassungsprüfung ebendasselbst	51	559
-	30. — —	Landrath in Syriz. — Ernennung von Polizeibeamten der Kleinbahnstrecke Syriz-Hoppentade-Dreßden.	50	550
Dec. 1.	M.	Bergl. 37. R. unterm 11. Dezember 1902		
-	1. R. Pr.	Herausgabe des 52. Stücks des Amtsblatts	49	523
-	— —		50	535
-	— —		51	551
-	1. R. Pr.	Bestellung des Amtsblatts für 1903	49	523
-	— —		50	535
-	— —		51	551

Datum		Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Stück des Amts- blatts	Seitenzahl des Amts- blatts
Dez.	1.	369. R. Pr.	Stellmacher- und Böttcher-Zanung in Eberswalde	50	540
-	1.	102. P. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. die Ordnung auf dem städtischen Vieh- höfe zu Berlin.	50	542
-	1.	—	Amtsgericht Belgig. — Handelsregister	50	550
-	2.	364. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter	49	524
-	2.	365. R. Pr.	Viehseuchen	49	524
-	2.	24. R. B.	Druckfehlerberichtigung.	50	545
-	2.	36. K. A.	Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirkegrenzen	51	562/563
-	2.	—	Berufungskommission in Potsdam. — Frist zur Abgabe der Steuer- erklärungen.	50	545
-	—	—	Gesetzsammlung Stück 46 von 1902	49	523
Dez.	3.	66. M.	Befugnisse der Korporation der Kaufmannschaft in Berlin und der Handelskammern.	51	553
-	—	50. Ko.	Pfarrstellenerledigung	49	532
Dez.	4.	20. S.	Zweite Lehrer-Prüfung im Schullehrer-Seminar zu Bregenz	51	559
-	4.	25. S.	Entlassungsprüfung ebendasselbst	51	559/560
-	4.	26. S.	Seminar-Aufnahme-Prüfung ebendasselbst	51	560
-	5.	28. S.	Seminar-Aufnahme-Prüfung in Cöpenick	51	559
-	5.	24. S.	Entlassungsprüfung ebendasselbst	51	559
-	5.	30. S.	Zweite Lehrer-Prüfung ebendasselbst	51	560/561
-	6.	372. R. Pr.	Festpunkte und Pegel an den Märkischen Wasserstraßen	51	553
-	6.	25. B. A.	Grundstücksaufhebung	50	541
-	6.	26. B. A.		51	558
-	6.	104. P. Pr.	Marktpreise	50	542/543
-	6.	105. P. Pr.	Fabenschluß in der Nähmaschinenbranche	50	544
-	6.	22. S.	Seminar-Aufnahme-Prüfung in Neu-Ruppin	51	559
-	6.	27. S.	Entlassungsprüfung ebendasselbst	51	560
-	6.	—	Eisenbahn-Kommissar in Altona. — Reinertrag von Eisenbahnen	51	563
-	7.	366. R. Pr.	Schneider-Zwangsinnung in Briß	50	539
-	7.	373. R. Pr.	Fischerei-Aufsicht	51	553
-	8.	367. R. Pr.	Marktpreise	50	539
-	8.	50. E. B.	Gütertarife verschiedener Eisenbahnen	50	545
-	8.	—	Ministerial-Bau-Kommission in Berlin. — Schiffsabgaben	51	563
-	9.	368. R. Pr.	Marktpreise	50	540/541
-	9.	370. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter	50	540
-	9.	371. R. Pr.	Viehseuchen	50	540/541
-	9.	12. R. P. A.	Weihnachtsfundungen	51	558
-	9.	92. O. P. D.	Verlegung einer Telegraphen-Hülfsstelle	51	558
-	9.	29. S.	Zweite Lehrerprüfung im Schullehrer-Seminar zu Neu-Ruppin	51	560
-	9.	31. S.	Handarbeitslehrerinnen-Prüfung	51	561
-	9.	32. S.	Lehrerinnen-Prüfung in Potsdam	51	561/562
-	9.	33. S.	Lehrerinnen-Prüfung in Frankfurt a. D.	51	562
-	9.	34. S.	Sprachlehrerinnen-Prüfung	51	562
-	9.	35. S.	Schulvorsteherinnen-Prüfung	51	562
-	10.	19. O. Pr.	Wahl eines Provinziallandtagsabgeordneten	52	568
-	11.	37. R.	Notierung forstversorgungsberechtigter Anwärter	51	557
-	—	—	Reichsgesetzblatt Stück 46 und 47	50	535/536
-	—	—	Gesetzsammlung Stück 44 und 45	50	536
Dez.	12.	382. R. Pr.	Einstellung von Einjährig-Freiwilligen	51	557
-	12.	27. B. A.	Grundstücksaufhebung	51	558
-	12.	28. B. A.		52	577
-	12.	51. E. B.	Sanseatisch-Ostdeutscher Güterverkehr	52	581

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Stück des Amts- blatts	Seitenzahl des Amts- blatts
Dec. 12.	28. S.	Aufnahme-Prüfung im Königl. Lehrerinnen-Seminar zu Berlin. .	51	560
- 12.	27. R. B.	Bernichtung ausgelookter Rentenbriefe	52	581
—	51. Ko.	Pfarrstellenerledigung	50	544
—	52. Ko.	Desgleichen	50	544
—	53. Ko.	Desgleichen	50	544
—	—	Baarenhaussteuer-Beranzlagung	50	545
—	—	Ausweisungen aus Preußen	50	550
Dec. 13.	108. P. Pr.	Polizei-Verordnung über die den Hebammen obliegenden Verpflichtungen.	52	578/579
- 13.	2. G. K.	Martini-Durchschnitts-Marktpreise von Getreide, Kartoffeln, Heu und Stroh.	50	563/564
- 13.	3. G. K.	24-jährige Martini-Durchschnitts-Marktpreise des Getreides . . .	50	564
- 13.	13. R. P. A.	Umtausch älterer Postwerthzeichen	52	579
- 15.	379. R. Pr.	Handbuch für Gemeindebehörden	51	557
- 15.	385. R. Pr.	Müller-Innung in Templin	52	575
- 15.	107. P. Pr.	Polizei-Verordnung über das Melbewesen der Aerzte	52	577/578
- 15.	37. K. A.	Ernennung von Urkundspersonen für den Kreis Teltow	52	581
- 16.	380. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter	51	557
- 16.	381. R. Pr.	Biehfeuchen	51	557
- 16.	384. R. Pr.	Ortsbenennung	52	574/575
- 16.	29. B. A.	Schluß der Kleinen Jagd	52	577
- 16.	93. O. P. D.	Umwandlung eines Postamts III in eine Postagentur	52	579
- 16.	—	Regierungspräsident in Frankfurt a. O. — Kataster des Oblienger Meliorationsverbandes.	52	581
- 18.	387. R. Pr.	Wasserstände	52	576
- 18.	—	Eisenbahn-Kommissar in Stettin. — Reineinkommen einer Privat-eisenbahn.	52	582
—	—	Reichsgesetzblatt Stück 48 von 1902	51	551
Dec. 18.	—	Oberstrombauverwaltung. — Polizei-Verordnung, betr. die Bemannung der in der kanalisirten Oberstrecke verwinterten Schiffe.	52	582
Dec. 19.	386. R. Pr.	Schmiede-Berufsgenossenschaft	52	575
- 19.	383. R. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. Privatananschlußbahnen	52	568
—	—	Betriebsvorschriften für Privatananschlußbahnen	52	569/574
Dec. 19.	389. R. Pr. u. P. Pr.	Salvadorianisches Konsulat in Berlin	52	576
—	54. Ko.	Pfarrstellenerledigung	51	558
—	—	Ausweisungen aus Preußen	51	564
Dec. 20.	388. R. Pr.	Landesamtsbezirksveränderung	52	576
- 22.	390. R. Pr.	Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter	52	576
- 22.	391. R. Pr.	Biehfeuchen	52	576/577
—	—	Reichsgesetzblatt Stück 49 von 1902	52	567
—	—	Gesetzsammlung Stück 47 und 48 von 1902	52	567

Date	Description of work done	Amount paid
1917
1918
1919
1920
1921
1922
1923
1924
1925
1926
1927
1928
1929
1930
1931
1932
1933
1934
1935
1936
1937
1938
1939
1940
1941
1942
1943
1944
1945
1946
1947
1948
1949
1950
1951
1952
1953
1954
1955
1956
1957
1958
1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
1966
1967
1968
1969
1970
1971
1972
1973
1974
1975
1976
1977
1978
1979
1980
1981
1982
1983
1984
1985
1986
1987
1988
1989
1990
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
2022
2023
2024
2025
2026
2027
2028
2029
2030
2031
2032
2033
2034
2035
2036
2037
2038
2039
2040
2041
2042
2043
2044
2045
2046
2047
2048
2049
2050
2051
2052
2053
2054
2055
2056
2057
2058
2059
2060
2061
2062
2063
2064
2065
2066
2067
2068
2069
2070
2071
2072
2073
2074
2075
2076
2077
2078
2079
2080
2081
2082
2083
2084
2085
2086
2087
2088
2089
2090
2091
2092
2093
2094
2095
2096
2097
2098
2099
2100

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Stück 1.

Den 3. Januar

1902.

Inhaltsverzeichnis: Nebenbahn Neustadt a. D. — Neu-Ruppin — Herzberg. S. 1. — Geschäftsführung der Personen, die gewerbmäßig fremde Rechtsangelegenheiten u. besorgen. S. 5. — Wohlverstarb. S. 5. — Ablagetarife. S. 6. — Wasserstände. S. 7. — Diphtheriebekämpfung. S. 7. — Öffentliche Verlosung. S. 7. — Viehschen. S. 8. — Errichtung einer katholischen Pfarrei. S. 8. — Unterführung der Gleisstraße in Berlin unter den Gleisen der Nordbahn. S. 8. — Belobigung. S. 8. — Theilung der Diöcese und Kreissynode Friedrichs-Werder. S. 8. — Warenhaussteuer. S. 9. — Personal-Chronik. S. 9. — Ausweisungen aus Preußen. S. 9. — Ausweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiete. S. 9.

Konzessionsurkunde,

betreffend den Bau und Betrieb einer vollspurigen Nebenbahn von Neustadt a. D. über Neu-Ruppin nach Herzberg durch die Ruppiner Kreis-Bahn, Eisenbahn-Aktiengesellschaft.

Wir Wilhelm

von Gottes Gnaden König von Preußen u.

Nachdem von dem Komitee, welches sich zur Gründung einer Aktiengesellschaft unter der Firma: „Ruppiner Kreis-Bahn, Eisenbahn-Aktiengesellschaft“ gebildet hat, darauf angetragen worden ist, dieser Gesellschaft die Konzession zum Bau und Betrieb einer für den Betrieb mittelst Dampfkraft und für die Beförderung von Personen und Gütern im öffentlichen Verkehr bestimmten, den Vorschriften der Bahnordnung für die Nebenbahnen Deutschlands unterworfenen vollspurigen Nebenbahn von Neustadt a. D. über Neu-Ruppin nach Herzberg zu erteilen, wollen Wir diese Konzession sowie das Recht zur Enzuehung und Beschränkung des Grundeigentums nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen unter den nachstehenden Bedingungen hierdurch erteilen.

I.

Die Gesellschaft bildet sich unter der Firma „Ruppiner Kreis-Bahn, Eisenbahn-Aktiengesellschaft“ und nimmt ihren Sitz in Neu-Ruppin oder unter Genehmigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten an einem anderen, an der Bahn gelegenen Orte.

Die Gesellschaft ist den bestehenden, wie den künftigen ergebenden Reichs- und Landesgesetzen ohne weiteres unterworfen.

II.

Das zur plan- und anlagsmäßigen Vollenbung und Ausrüstung der Bahnen erforderliche Grundkapital (Anlagekapital) wird auf den Betrag von 2 300 000 Mark festgesetzt.

Der Nennbetrag der von der Gesellschaft auszugebenden Aktien darf den Betrag des festgesetzten Grundkapitals nicht übersteigen. Das Aktienkapital ist baar und voll einzuzahlen und lediglich zur plan- und anlagsmäßigen Vollenbung und Ausrüstung der Bahn zu verwenden.

Es bleibt der Gesellschaft überlassen, einem Theile der auszugebenden Aktien (Vorzugsaktien) ein Vorzugsrecht vor den übrigen Aktien (Stammaktien) in Bezug auf die Verteilung des Reinertrags des Unternehmens bis zu 4 Prozent des Nennbetrages dieser bevorzugten Aktien, sowie für den Fall der Auflösung der Gesellschaft in Bezug auf die Verteilung des Gesellschaftsvermögens einzuräumen. Im Uebrigen dürfen deren Inhabern keine anderen Rechte als den Inhabern der übrigen Aktien eingeräumt werden.

Die Aktien dürfen erst nach der Betriebsöffnung der Bahn ausgegeben werden.

Den Aktionären kann nach der vollen Leistung des Nennbetrags der Aktien bis zum Ablaufe desjenigen Kalenderhalbjahrs, in welchem der Betrieb der Bahn eröffnet wird, jedenfalls aber nicht über dasjenige Kalenderhalbjahr hinaus, in welchem die im Artikel VIII. Nr. 4 festgesetzte Baufrist abläuft, soweit die erübrigen Mittel solches zulassen, die Gewährung von Bauzinsen bis zu 4 Prozent des Nennbetrags ihrer Aktien zugesichert werden.

III.

Die gesammte Leitung der Bau- und Betriebsverwaltung ist einem Vorstande zu übertragen, welcher die Gesellschaft mit den gesetzlichen Befugnissen und Verpflichtungen des Vorstandes einer Aktiengesellschaft vertritt und für die Geschäftsführung, insoweit sie der staatlichen Beaufsichtigung unterliegt, der Aufsichtsbehörde verantwortlich ist.

Die Wahl des Vorstandes oder, falls derselbe aus mehreren Personen bestehen soll, die Wahl des Vorsitzenden und der technischen Mitglieder bedarf der Bestätigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten.

Die Geschäftsordnung für den Vorstand unterliegt der Genehmigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten.

Sodern die oberste Betriebsleitung nicht durch den Vorstand selbst erfolgt, finden die vorstehenden Bestimmungen auch auf die Wahl und die Geschäftsordnung des oder der obersten Betriebsleiter Anwendung.

IV.

Die Mitglieder des Aufsichtsraths und des Vorstandes, sowie sämtliche Beamten der Gesellschaft müssen Angehörige des Deutschen Reichs sein und, soweit nicht vom Minister der öffentlichen Arbeiten Ausnahmen zugelassen werden, im Inland ihren Wohnsitz haben.

V.

Die Staatsregierung ist berechtigt, sich in den Fällen, wo sie das staatliche Interesse für betheiligt erachtet, bei den Versammlungen und den Verhandlungen des Aufsichtsraths und der Generalversammlung der Aktionäre durch einen Kommissar vertreten zu lassen. Um die Ausübung dieses Rechtes zu ermöglichen, ist den Staatsregierung von allen diesen Versammlungen und Zusammenkünften rechtzeitig unter Vorlage einer die vollständige Angabe der Beratungsgegenstände enthaltenden Tagesordnung Anzeige zu machen.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten ist berechtigt, in den Fällen, in welchen er es für nöthig erachtet, die Berufung außerordentlicher Generalversammlungen zu verlangen.

VI.

Alle die juristische Persönlichkeit der Gesellschaft, welcher die in Rede stehende Konzession als ein an ihre Person gebundenes Recht erteilt ist, abändernden Beschlüsse der Gesellschaft, überhaupt alle Abänderungen ihres Gesellschaftsvertrags, welche nach dem in dieser Hinsicht lediglich und allein entscheidenden Ermessen der Staatsregierung den Voraussetzungen nicht entsprechen, unter denen die Konzession erteilt ist, erlangen nur durch die Genehmigung der Staatsregierung Gültigkeit.

Die Gesellschaft hat alle ihren Gesellschaftsvertrag betreffenden Generalversammlungsbeschlüsse, bevor sie eine Abänderung des Gesellschaftsvertrags zur Eintragung in das Handelsregister anmeldet, der Staatsregierung mit dem Antrag auf die vorbezeichnete Prüfung und Genehmigung vorzulegen und die Entscheidung der Staatsregierung der Anmeldung zur Eintragung in das Handelsregister beizufügen.

Inbesondere bedürfen Beschlüsse der Gesellschaft, welche die Uebernahme des Betriebs auf anderen Eisenbahnen, die Uebertragung des Betriebs der eigenen Bahn an Andere, die Auflösung der Gesellschaft oder die Verschmelzung mit einer anderen Gesellschaft ausprechen, oder durch welche sonst die Bahnanlage oder deren Betrieb aufgegeben werden soll, zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung der königlichen Staatsregierung.

Diese Genehmigung ist auch zur Aufhebung derjenigen Beschlüsse früherer Generalversammlungen erforderlich, welche vom Staate genehmigt waren.

VII.

Für den Bau und Betrieb der Bahn sind die Bahnordnung für die Nebenbahnlinien Deutschlands vom 5. Juli 1892 (Reichs-Gesetzbl. S. 764) mit den Änderungen vom 24. März 1897 (Reichs-Gesetzbl. S. 166) und vom 23. Mai 1898 (Reichs-Gesetzbl. S. 355), sowie die dazu ergehenden ergänzenden und abändernden Bestimmungen (vergl. § 55 der Bahn-

ordnung) maßgebend. Die Spurweite der Bahn soll 1,435 m betragen.

VIII.

Für den Bau insbesondere gelten folgende Bestimmungen:

- 1) der Staatsregierung bleibt vorbehalten: die Feststellung der Bahnlinie in ihrer vollständigen Durchführung durch alle Zwischenpunkte, die Bestimmung der Zahl und der Lage der Stationen, die Feststellung der Entwürfe aller für den Betrieb der Bahn bestimmten baulichen Anlagen und Einrichtungen, sowie die Feststellung der Entwürfe für die Betriebsmittel und ihrer Anzahl.

Dem Staate bleibt für alle durch die Ausführung der genehmigten Entwürfe bedingten Benutztheiligung, seines Eigentums oder seiner sonstigen Rechte der Anspruch auf vollständige Entschädigung nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen gegen den Konzessionär vorbehalten.

- 2) Die Bahn von Reichardt a. D. nach Herzberg muß so gebaut und ausgerüstet werden, daß die Ueberführung von Personenzügen mit 110 Achsen mittelst schwerer Lokomotiven in zweifelhafter Auseinandersetzung nach beiden Richtungen möglich ist.
- 3) Der Konzessionär hat allen Anordnungen, welche wegen polizeilicher Beaufsichtigung der beim Bahnbau beschäftigten Arbeiter getroffen werden mögen, nachzukommen.
- 4) Die Vollendung und Inbetriebnahme der Bahn muß längstens binnen zwei Jahren nach Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister gemäß Artikel XIX. dieser Urkunde erfolgen.

Für die Vorlage der ausführlichen Bauentwürfe sowie für die Inangriffnahme, die Fortführung, die Vollendung und Inbetriebnahme der einzelnen Strecken und Bauwerke der Bahn können vom Minister der öffentlichen Arbeiten besondere Fristen festgesetzt werden.

- 5) Für den Fall, daß der Konzessionär mit der Erfüllung der ihm mit Bezug auf den Bahnbau obliegenden Verpflichtungen, insbesondere der zeitigen plan- und anschlagsmäßigen Ausführung und Ausrüstung der Bahn in Verzug kommen sollte, ist er zur Zahlung einer Strafe von 5 Prozent des auf 2300000 Mark festgesetzten Baukapitals mit der Maßgabe verpflichtet, daß die Entscheidung darüber, ob und bis zu welchem Betrage die Strafe als verfallen anzusehen ist, mit Ausschluß des Rechtswegs dem Minister der öffentlichen Arbeiten zusteht.

Zur Sicherstellung dieser Verpflichtungen hat der Konzessionär bei der General-Staatskasse den Betrag von 115000 Mark, in Worten: „Einhundert fünfzehn tausend Mark“, baar oder in preussischen Staats- oder vom Staate gewährleisteten Wertpapieren oder in ausländischen

Eisenbahn-Privatrecht: Obligationen — unter Verrechnung aller dieser Wertpapiere nach dem Kurs werthe — nach dem noch nicht folgenden Zins- und Erneuerungsgeldes zu hinterlegen und in gerichtlicher oder notarieller Urkunde mit der Maßgabe zu verpfänden, daß dem Minister der öffentlichen Arbeiten, die Verfügung zusteht, durch Verwendung der Bauschätze oder durch Veräußerung der verpfändeten Wertpapiere die verfallenen Strafbeträge einzuziehen. — Die Rückgabe der zu den Papieren etwa gehörigen Zinscheine erfolgt in deren Verfallterminen, kann jedoch von dem bezeichneten Minister untersagt werden, wenn nach seinem allein entscheidenden Urtheile der Konzeßionar den Bau verzögern sollte. Auch ist der bezeichnete Minister ermächtigt, nach Maßgabe des Fortschritts des Baues und der Ausführung der Bahn einen entsprechenden Theil der Bauschätze oder Wertpapiere schon vor völliger Vollendung des Baues und der Ausführung der Bahn zurückgeben zu lassen.

- 6) Falls die festgesetzte allgemeine Baufrist oder eine der von dem Minister der öffentlichen Arbeiten festgesetzten besonderen Baufristen nicht innegehalten wird, kann nicht nur die bezeichnete Strafe eingezogen, sondern auch die ertheilte Konzession durch landesherrlichen Erlaß zurückgenommen und die im § 21 des Gesetzes vom 3. November 1838 vorbehaltene Versteigerung der vorhandenen Bahnanlagen eingeleitet werden. Sofern die Staatsregierung von dem Vorbehalte der Versteigerung der Bahnanlagen Gebrauch zu machen beabsichtigt, soll jedoch die Zurücknahme der Konzession nicht vor Ablauf der in dem angezogenen § 21 festgesetzten Schlussfrist erfolgen.

IX.

Für den Betrieb insbesondere gelten folgende Bestimmungen:

- 1) Die Feststellung und die Abänderung des Fahrplans erfolgt unter den nachfolgenden Beschränkungen durch die staatliche Aufsichtsbehörde. Der Konzeßionar soll nicht verpflichtet sein, zur Vermittelung des Personenverkehrs mehr als zwei Wagenklassen in die Züge einzustellen. Auch soll derselbe, so lange die Bahn nach dem hierfür allein maßgebenden Ermessen der Aufsichtsbehörde vorwiegend von nur örtlicher Bedeutung ist, nicht angehalten werden können, mehr als täglich zwei der Personen-Verbindungen dienende Züge in jeder Richtung zu fahren. Die Feststellung des Fahrplans derjenigen Züge, welche der Konzeßionar freiwillig über die Zahl 2 hinaus verkehren läßt, wird bei Wahrung der bahnpolizeilichen Vorschriften dem Ermessen des Konzeßionars überlassen.
- 2) Für die ersten 5 Jahre nach dem auf die Eröffnung der Bahn folgenden 1. Januar bleibt dem Konzeßionar die Bestimmung der Preise sowohl für den Personen- als für den Güterverkehr überlassen. Für die Folgezeit unterliegt die Feststellung und

die Abänderung des Tarifs der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde. In Betreff des Güterverkehrs werden jedoch nach Ablauf jenes 5jährigen Zeitraums, so lange die Bahn nach dem hierfür allein entscheidenden Ermessen der Aufsichtsbehörde vorwiegend von nur örtlicher Bedeutung ist, wiederkehrend von 5 zu 5 Jahren Höchsttariffsätze für die einzelnen Güterklassen unter Berücksichtigung der finanziellen Lage des Unternehmens von dem Minister der öffentlichen Arbeiten festgesetzt. Dem Unternehmer bleibt überlassen, nach Maßgabe der reichs- und landesgesetzlichen Vorschriften innerhalb der Grenzen dieser Höchstsätze die Sätze für die Tarifklassen nach eigenem Ermessen festzusetzen und Erhöhungen wie Ermäßigungen der Tarifklassensätze ohne die Zustimmung der Aufsichtsbehörde vorzunehmen.

Auch ist der Konzeßionar verpflichtet, das jeweilig auf den preussischen Staatsbahnen bestehende Tarifsystem anzunehmen und hinsichtlich der Einrichtung direkter Tarife die für die preussischen Staatsbahnen jeweilig bestehenden allgemeinen Grundsätze zu befolgen, wenn und soweit solches von dem Minister der öffentlichen Arbeiten für erforderlich erachtet wird.

- 3) Der Konzeßionar hat mit der Eröffnung des Betriebes der ganzen Bahn einen Erneuerungsfonds und neben dem im § 262 des Handelsgesetzbuchs vom 10. Mai 1897 (Reichsgesetzbl. S. 219) vorgeschriebenen Reservefonds (Bilanz-Reservefonds) einen Spezial-Reservefonds nach den bestehenden Normativbestimmungen und dem zur Ausführung der letzteren unter Genehmigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten aufzustellenden, von Zeit zu Zeit der Prüfung zu unterziehenden Regulative zu bilden.

Der Erneuerungsfonds und der Spezial-Reservefonds sind sowohl von einander als auch von anderen Fonds der Gesellschaft getrennt zu halten.

Der Erneuerungsfonds dient zur Bestreitung der Kosten der regelmäßig wiederkehrenden Erneuerung des Oberbaues und der Betriebsmittel.

In dem Erneuerungsfonds fließen:

- a. der Erlös aus den entsprechenden abhängigen Materialien;
- b. eine den Betriebseinnahmen alljährlich zunehmende Rücklage, deren Höhe durch das Regulativ festgesetzt wird;
- c. die Zinsen des Erneuerungsfonds.

Der Spezial-Reservefonds dient zur Bestreitung von solchen durch außergewöhnliche Elementarereignisse und größere Unfälle verursachten Ausgaben, welche erforderlich werden, damit die Beförderung mit Sicherheit und in der der Bestimmung des Unternehmers entsprechenden Weise erfolgen kann.

In dem Spezial-Reservefonds fließen:

- a. der Betrag der nach dem Gesellschaftsvertrage

verfallenen, nicht abgehobenen Gewinnanteile und Zinsen,

- b. eine im Regulativ festzusetzende, alljährlich den Betriebseinnahmen zu entnehmende Rücklage.
- c. die Zinsen des Spezial-Reservefonds.

Erreicht der Spezial-Reservefonds die Summe von 45000 Mark, so können mit Genehmigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten die Rücklagen so lange unterbleiben, als der Fonds nicht um eine volle Jahresrücklage wieder vermindert ist.

Die Werthpapiere, welche zur zinstragenden Anlage der vereinnahmten und nicht sofort zur Verwendung gelangenden Beträge zu beschaffen sind, werden durch das Regulativ bestimmt.

Läßt der Ueberschuß eines Jahres die Ordnung der Rücklagen zum Erneuerungsfonds oder Spezial-Reservefonds nicht oder nicht vollständig zu, so ist das Fehlende aus den Ueberschüssen des oder der folgenden Betriebsjahre zu entnehmen. Abweichungen hiervon sind mit Genehmigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten zulässig. Für die Rücklagen geht der Erneuerungsfonds dem Spezial-Reservefonds vor.

X.

Der Konzessionar ist verpflichtet:

- a. seine Betriebsrechnung nach den vom Minister der öffentlichen Arbeiten zu erlassenden Vorschriften einzurichten, der Regierung zu der von letzterer zu bestimmenden Zeit den jährlichen Betriebsrechnungsabluß einzureichen und seine Kassenbücher vorzulegen,
- b. der Aufstellung der Rechnung den Zeitraum vom Anfang April jedes Jahres bis Ende März des folgenden Kalenderjahrs als Rechnungsjahr zu Grunde zu legen,
- c. die von den Aufsichtsbehörden zu statistischen Zwecken für nöthig erachteten Nachweisungen, sowie deren Unterlagen auf seine Kosten zu beschaffen und den Aufsichtsbehörden in den von ihnen festgesetzten Fristen einzureichen.

XI.

Der Konzessionar ist verpflichtet, hinsichtlich der Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen mit Militäránwärtern, insoweit sie das 40. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, die für die Staatsbahnverwaltung in dieser Beziehung — und insbesondere mit Bezug auf die Ermittlung der Militäránwärter — bestehenden und noch ergehenden Vorschriften zur Anwendung zu bringen.

Auf Verlangen des Ministers der öffentlichen Arbeiten hat der Konzessionar einerseits für die Beamten des Bahnunternehmens — und zwar unter Heranziehung derselben zu Beiträgen bis zu derjenigen Höhe, welche für die Staatsbahnen bis zum Erlaß des Gesetzes vom 27. März 1872, betreffend die Pensionirung der unmittelbaren Staatsbeamten u., maßgebend gewesen ist —, andererseits für die Arbeiter-Pensions-, Wittwen- und Unterstützungsklassen nach den jetzt

und künftig bei den Staatseisenbahnen für die Gewährung von Pensionen und Unterstützungen bestehenden Grundlagen einzurichten und zu diesen Klassen die erforderlichen Zuschüsse zu leisten.

XII.

Die Verpflichtungen des Konzessionars zu Leistungen für die Zwecke des Postdienstes regeln sich nach dem Eisenbahn-Postgesetz vom 20. Dezember 1875 (Reichs-Gesetzbl. Seite 318) und den dazu gehörigen Vollzugsbestimmungen, jedoch mit der Erleichterung, daß für die Zeit bis zum Ablaufe von acht Jahren vom Beginne des auf die Betriebseröffnung folgenden Kalenderjahrs an Stelle der Artikel 2, 3 und 4 des Gesetzes die im Erlaß des Reichskanzlers vom 28. Mai 1879 (Centralblatt für das Deutsche Reich S. 380) getroffenen Bestimmungen treten.

Sofern innerhalb des vorbezeichneten Zeitraums in den Verhältnissen der Bahn in Folge von Erweiterungen des Unternehmens oder durch den Anschluß an andere Bahnen oder aus anderen Gründen eine Aenderung eintreten sollte, durch welche nach der Entscheidung der obersten Reichs-Aufsichtsbehörde die Bahn die Eigenschaft als Nebenbahn verliert, tritt das Eisenbahn-Postgesetz mit den dazu gehörigen Vollzugsbestimmungen ohne Einschränkung in Anwendung.

XIII.

Der Konzessionar ist verpflichtet, sich den, bezüglich der Leistungen für militärische Zwecke bereits erlassenen oder künftig für die Eisenbahnen im Deutschen Reich ergehenden gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen zu unterwerfen.

XIV.

Der Telegraphen-Verwaltung gegenüber hat der Konzessionar diejenigen Verpflichtungen zu übernehmen, welche für die preussischen Staatseisenbahnen jeweilig gelten.

XV.

Anderen Unternehmern bleibt sowohl der Anschluß an die Bahn mittelst Zweigbahnen, als die Mitbenutzung der Bahn ganz oder theilweise gegen zu vereinbarende, nöthigenfalls vom Minister der öffentlichen Arbeiten festzusetzende Fracht- oder Bahngeldsätze vorbehalten.

XVI.

Nach Eröffnung des Betriebs ist der Konzessionar zur Aenderung und Erweiterung der Bahnanlagen, sowie zur Vermehrung der Gleise auf den Bahnhöfen und der freien Strecke verpflichtet, sofern und soweit der Minister der öffentlichen Arbeiten solches im Verkehrsinteresse oder im Interesse der Betriebssicherheit oder im Interesse der Landesverteidigung für erforderlich erachtet. Soweit diese Anforderungen lediglich im Interesse der Landesverteidigung erfolgen, sind die entstehenden Kosten dem Konzessionar zu erstatten, wenn nicht im Wege der Gesetzgebung andere, für den Konzessionar alsdann maßgebende Bestimmungen (vergl. Artikel I.) getroffen werden. Im Uebrigen fallen die betreffenden Kosten dem Konzessionar zur Last.

XVII.

Sollten nach dem Ermessen des Ministers der öffentlichen Arbeiten oder der obersten Reichs-Aufsichtsbehörde die Voraussetzungen wegfallen, unter denen auf die Bahn bei ihrer Konzeffionierung die Anwendung der Bahnordnung für die Nebeneisenbahnen Deutschlands für statthaft erklärt ist (vergl. Artikel XII. am Schlusse), so ist der Konzeffionar verpflichtet, auf Erfordern des bezeichneten Ministers die baulichen Einrichtungen und den Betrieb der Bahn nach Maßgabe der für Hauptreisebahnen bestehenden Bestimmungen den desfalligen Anordnungen des Ministers entsprechend umzuändern. Kommt der Konzeffionar dieser Verpflichtung innerhalb der ihm hierfür gesetzten Frist nicht nach, so hat er auf Verlangen der Staatsregierung das Eigentum der Bahn nebst allem Zubehör gegen Gewährung der in *N* 4 unter a., b. und c. des § 42 des Eisenbahngesetzes vom 3. November 1838 bezeichneten Entschädigung, mindestens aber gegen Zahlung des auf den Bau der Bahn verwendeten Anlagekapitals an den Staat oder einen von der Staatsregierung zu bezeichnenden Dritten abzutreten.

XVIII.

Der Staatsregierung bleibt, unbeschadet des gesetzlichen Ankaufsrechts, vorbehalten, das Unternehmen jederzeit, jedoch nicht vor dem Ablaufe von fünf Jahren seit dem Tage der Betriebseröffnung gegen Erstattung der von dem Unternehmer aus eigenen Mitteln notwendig oder nützlich aufgewendeten Anlagekosten eigentümlich zu erwerben.

XIX.

Die Ausbändigung einer Ausfertigung dieser Konzeffionsurkunde, sowie ihre Veröffentlichung in Gemäßheit des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetz-Samml. Seite 357) erfolgt erst, nachdem die Zeichnung sämtlicher Aktien durch Vorlegung beglaubigter Zeichnungsscheine dem Minister der öffentlichen Arbeiten nachgewiesen, und zugleich die Kreditfähigkeit der Zeichner von ihm als genügend bescheinigt befunden ist, nachdem der Staatsregierung der mit den Konzeffionsbedingungen in volle Übereinstimmung zu setzende Gesellschaftsvertrag vorgelegt und diese Übereinstimmung nachgewiesen ist, nachdem ferner die unter Artikel VIII. 5. geforderte Sicherheit geleistet und nachdem endlich die Gesellschaft rechtzeitig und rechtmäßig errichtet ist.

In letzterer Beziehung wird bestimmt, daß binnen einer von heute ab zu berechnenden sechsmonatigen Ausschlussfrist die Eintragung der Gesellschaft auf Grund des von der Staatsregierung als mit der Konzeffion übereinstimmend befundenen Gesellschaftsvertrags in das Handelsregister bewirkt werden muß, zu welchem Zwecke dem Gerichte bei der Anmeldung zur Eintragung eine beglaubigte Abschrift der Konzeffionsurkunde und die Erklärung der Staatsregierung betreffs jener Übereinstimmung vorzulegen sind.

Wird diese Eintragung binnen der vorbezeichneten Frist nicht herbeigeführt, so ist die gegenwärtig erteilte Konzeffion ohne weiteres erloschen, in welchem Falle

jedoch die hinterlegten Baarbeträge der Wertpapiere zurückgegeben werden sollen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insignel.

Gegeben Eternsörde, an Bord *N. J. „Hohenjollern“*, den 26. Juni 1901:
(Siegel). *gez. Wilhelm*

R.

gegengez. Graf v. Bälou. Zugleich für den Minister der öffentlichen Arbeiten: Schönstedt. Graf von Posadowsky. Studt. Frhr. v. Rheinbaben. v. Podbielski. Frhr. v. Hammerstein. Möller.

Bekanntmachung.

Als ständiger Kommissar für die Ausübung des staatlichen Aufsichtsrechts über die am 25. Juni d. J. Allerhöchst konzeffionierte Eisenbahn von Neustadt a./D. über Neu-Müppin nach Herzberg im Sinne des § 46 des Gesetzes über Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1838 (*G. S. S.* 505 ff.) ist der Präsident der königlichen Eisenbahndirektion zu Altona bestellt worden. Berlin, den 24. Dezember 1901.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen
der königlichen Ministerien.

Geschäftsführung der Personen, die gewerbmäßig fremde Rechtsangelegenheiten u. besorgen.

1. In Spalte 11 des Geschäftsbuchs (Formular A.), welches die Personen, die gewerbmäßig fremde Rechtsangelegenheiten und bei Behörden wahrzunehmende Geschäfte besorgen oder die über Vermögensverhältnisse oder persönliche Angelegenheiten Auskunft erteilen, nach den Vorschriften vom 28. November 1901 zu führen haben, ist die Eintragung der „*Nr. im Geld- und Urkundenbuch*“ vorzusetzen. Da das Formular B. für das Geld- und Urkundenbuch die ursprünglich vorgesehene „*Tausende Nr.*“ nicht mehr enthält, so läßt sich die Eintragung der *Nr. im Geld- und Urkundenbuch* in der Spalte 11 des Geschäftsbuchs nicht bewirken. Die Gewerbetreibenden sind hiervon zu verständigen. Die Worte „*Nr. im Geld- und Urkundenbuch*“ in Spalte 11 des Geschäftsbuchs sind zu durchstreichen und beim Neubdruck des Formulars A. fortzulassen. Berlin, den 23. Dezember 1901.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

2. *Tia ri f*
für die Benutzung des Wohlwerts der Stadtgemeinde Emden am Gabeladsee.

Es ist zu zahlen:

I. Schiffsliegegeld

von jedem anlegenden Fahrzeuge und zwar

1) von Dampfern für eine Liegezeit bis zu einschließlich zehn Tagen 1 *M.*

für jeden folgenden Zeitraum von zehn Tagen 50 *pf*

2) von anderen Fahrzeugen für jeden Zeitraum von zehn Tagen der Liegezeit . . . 50 *pf*

No.	Description of work done	Remarks
1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Stück 1.

Den 3. Januar

1902.

Inhaltsverzeichnis: Nebenbahn Neustadt a. D.—Neu-Ruppin—Hertzberg. S. 1. — Geschäftsführung der Personen, die gewerbmäßig fremde Rechtsangelegenheiten u. besorgen. S. 5. — Wohlverstand. S. 5. — Ablagetarife. S. 6. — Wasserstände. S. 7. — Diphtherieheilmittel. S. 7. — Deftillirte Verlosung. S. 7. — Viehschaden. S. 8. — Errichtung einer katholischen Pfarre. S. 8. — Unterführung der Gleisstraße in Berlin unter den Gleisen der Nordbahn. S. 8. — Belobigung. S. 8. — Theilung der Diöcese und Kreissynode Friedrichs-Werder. S. 8. — Warenhaussteuer. S. 9. — Personal-Chronik. S. 9. — Ausweisungen aus Preußen. S. 9. — Ausweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiete. S. 9.

Konzessionsurkunde,

betreffend den Bau und Betrieb einer vollspurigen Nebenbahn von Neustadt a. D. über Neu-Ruppin nach Hertzberg durch die Ruppiner Kreis-Bahn, Eisenbahn-Aktiengesellschaft.

Wir Wilhelm

von Gottes Gnaden König von Preußen u.

Nachdem von dem Komitee, welches sich zur Gründung einer Aktiengesellschaft unter der Firma: „Ruppiner Kreis-Bahn, Eisenbahn-Aktiengesellschaft“ gebildet hat, darauf angetragen worden ist, dieser Gesellschaft die Konzession zum Baue und Betrieb einer für den Betrieb mittelst Dampfskraft und für die Beförderung von Personen und Gütern im öffentlichen Verkehr bestimmten, den Vorschriften der Bahnordnung für die Nebenbahnen Deutschlands unterworfenen vollspurigen Nebenbahn von Neustadt a. D. über Neu-Ruppin nach Hertzberg zu erteilen, wollen Wir diese Konzession sowie das Recht zur Enziehung und Beschränkung des Grundeigentums nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen unter den nachstehenden Bedingungen hierdurch erteilen.

I.

Die Gesellschaft bildet sich unter der Firma „Ruppiner Kreis-Bahn, Eisenbahn-Aktiengesellschaft“ und nimmt ihren Sitz in Neu-Ruppin oder unter Genehmigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten an einem anderen, an der Bahn gelegenen Orte.

Die Gesellschaft ist den bestehenden, wie den künftigen ergehenden Reichs- und Landesgesetzen ohne weiteres unterworfen.

II.

Das zur plan- und anlagsmäßigen Vollenbung und Ausrüstung der Bahnen erforderliche Grundkapital (Anlagekapital) wird auf den Betrag von 2 300 000 Mark festgesetzt.

Der Nennbetrag der von der Gesellschaft auszugebenden Aktien darf den Betrag des festgesetzten Grundkapitals nicht übersteigen. Das Aktienkapital ist baar und voll einzuzahlen und lediglich zur plan- und anlagsmäßigen Vollenbung und Ausrüstung der Bahn zu verwenden.

Es bleibt der Gesellschaft überlassen, einem Theile der auszugebenden Aktien (Vorzugsaktien) ein Vorzugsrecht vor den übrigen Aktien (Stammaktien) in Bezug auf die Vertheilung des Reinertrags des Unternehmens bis zu 4 Prozent des Nennbetrags dieser bevorzugten Aktien, sowie für den Fall der Auflösung der Gesellschaft in Bezug auf die Vertheilung des Gesellschaftsvermögens einzuräumen. Im Uebrigen dürfen deren Inhabern keine anderen Rechte als den Inhabern der übrigen Aktien eingeräumt werden.

Die Aktien dürfen erst nach der Betriebseröffnung der Bahn ausgegeben werden.

Den Aktionären kann nach der vollen Leistung des Nennbetrags der Aktien bis zum Ablaufe desjenigen Kalenderhalbjahrs, in welchem der Betrieb der Bahn eröffnet wird, jedenfalls aber nicht über dasjenige Kalenderhalbjahr hinaus, in welchem die im Artikel VIII. Nr. 4 festgesetzte Baufrist abläuft, soweit die erübrigen Mittel solches zulassen, die Gewährung von Bauzinsen bis zu 4 Prozent des Nennbetrags ihrer Aktien zugesichert werden.

III.

Die gesammte Leitung der Bau- und Betriebsverwaltung ist einem Vorstande zu übertragen, welcher die Gesellschaft mit den gesetzlichen Befugnissen und Verpflichtungen des Vorstandes einer Aktiengesellschaft vertritt und für die Geschäftsführung, insoweit sie der staatlichen Beaufsichtigung unterliegt, der Aufsichtsbehörde verantwortlich ist.

Die Wahl des Vorstandes oder, falls derselbe aus mehreren Personen bestehen soll, die Wahl des Vorsitzenden und der technischen Mitglieder bedarf der Bestätigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten.

Die Geschäftsordnung für den Vorstand unterliegt der Genehmigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten.

Sofern die oberste Betriebsleitung nicht durch den Vorstand selbst erfolgt, finden die vorstehenden Bestimmungen auch auf die Wahl und die Geschäftsordnung des oder der obersten Betriebsleiter Anwendung.

IV.

Die Mitglieder des Aufsichtsraths und des Vorstandes, sowie sämtliche Beamten der Gesellschaft müssen Angehörige des Deutschen Reichs sein und, soweit nicht vom Minister der öffentlichen Arbeiten Ausnahmen zugelassen werden, im Inland ihren Wohnsitz haben.

V.

Die Staatsregierung ist berechtigt, sich in den Fällen, wo sie das staatliche Interesse für betheiligt erachtet, bei den Versammlungen und den Verhandlungen des Aufsichtsraths und der Generalversammlung der Aktionäre durch einen Kommissar vertreten zu lassen. Um die Ausübung dieses Rechtes zu ermöglichen, ist den Staatsregierung von allen diesen Versammlungen und Zusammenkünften rechtzeitig unter Vorlage einer die vollständige Angabe der Beratungsgegenstände enthaltenden Tagesordnung Anzeige zu machen.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten ist berechtigt, in den Fällen, in welchen er es für nöthig erachtet, die Berufung außerordentlicher Generalversammlungen zu verlangen.

VI.

Alle die juristische Persönlichkeit der Gesellschaft, welcher die in Rede stehende Konzession als ein an ihre Person gebundenes Recht erteilt ist, abändernden Beschlüsse der Gesellschaft, überhaupt alle Abänderungen ihres Gesellschaftsvertrags, welche nach dem in dieser Hinsicht lediglich und allein entscheidenden Ermessen der Staatsregierung den Voraussetzungen nicht entsprechen, unter denen die Konzession erteilt ist, erlangen nur durch die Genehmigung der Staatsregierung Gültigkeit.

Die Gesellschaft hat alle ihren Gesellschaftsvertrag betreffenden Generalversammlungsbeschlüsse, bevor sie eine Abänderung des Gesellschaftsvertrags zur Eintragung in das Handelsregister anmeldet, der Staatsregierung mit dem Antrag auf die vorbezeichnete Prüfung und Genehmigung vorzulegen und die Entscheidung der Staatsregierung der Anmeldung zur Eintragung in das Handelsregister beizufügen.

Insbesondere bedürfen Beschlüsse der Gesellschaft, welche die Uebernahme des Betriebs auf anderen Eisenbahnen, die Uebertragung des Betriebs der eigenen Bahn an Andere, die Auflösung der Gesellschaft oder die Verschmelzung mit einer anderen Gesellschaft ausprechen, oder durch welche sonst die Bahnanlage oder deren Betrieb ausgegeben werden soll, zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung der königlichen Staatsregierung.

Diese Genehmigung ist auch zur Aufhebung derjenigen Beschlüsse früherer Generalversammlungen erforderlich, welche vom Staate genehmigt waren.

VII.

Für den Bau und Betrieb der Bahn sind die Bahnordnung für die Nebeneisenbahnen Deutschlands vom 5. Juli 1892 (Reichs-Gesetzbl. S. 764) mit den Änderungen vom 24. März 1897 (Reichs-Gesetzbl. S. 166) und vom 23. Mai 1898 (Reichs-Gesetzbl. S. 355), sowie die dazu ergehenden ergänzenden und abändernden Bestimmungen (vergl. § 55 der Bahn-

ordnung) maßgebend. Die Spurweite der Bahn soll 1,435 m betragen.

VIII.

Für den Bau insbesondere gelten folgende Bestimmungen:

- 1) der Staatsregierung bleibt vorbehalten: die Feststellung der Bahnlinie in ihrer vollständigen Durchführung durch alle Zwischenpunkte, die Bestimmung der Zahl und der Lage der Stationen,

die Feststellung der Entwürfe aller für den Betrieb der Bahn bestimmten baulichen Anlagen und Einrichtungen, sowie die Feststellung der Entwürfe für die Betriebsmittel und ihrer Anzahl.

Dem Staate bleibt für alle durch die Ausführung der genehmigten Entwürfe bedingten Denkmalsheiligung seines Eigentums oder seiner sonstigen Rechte der Anspruch auf vollständige Entschädigung nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen gegen den Konzessionär vorbehalten.

- 2) Die Bahn von Neustadt a. O. nach Herzberg muß so gebaut und eingerichtet werden, daß die Ueberführung von Personenzügen mit 110 Achsen mittels schwerer Lokomotiven in zweiflüchtiger Aufeinanderfolge nach beiden Richtungen möglich ist.
- 3) Der Konzessionär hat allen Anordnungen, welche wegen polizeilicher Beaufsichtigung der bahnbaubeschäftigten Arbeiter getroffen werden mögen, nachzukommen.
- 4) Die Vollendung und Inbetriebnahme der Bahn muß längstens binnen zwei Jahren nach Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister gemäß Artikel XIX. dieser Urkunde erfolgen.

Für die Vorlage der ausführlichen Bauentwürfe sowie für die Inangriffnahme, die Fortführung, die Vollendung und Inbetriebnahme der einzelnen Strecken und Bauwerke der Bahn können vom Minister der öffentlichen Arbeiten besondere Fristen festgesetzt werden.

- 5) Für den Fall, daß der Konzessionär mit der Erfüllung der ihm mit Bezug auf den Bahnbau obliegenden Verpflichtungen, insbesondere der zeitigen plan- und anslagemäßigen Ausführung und Ausrüstung der Bahn in Bezug kommen sollte, ist er zur Zahlung einer Strafe von 5 Prozent des auf 2300000 Mark festgesetzten Baukapitals mit der Maßgabe verpflichtet, daß die Entscheidung darüber, ob und bis zu welchem Betrage die Strafe als verfallen anzusehen ist, mit Ausschluß des Rechtswegs dem Minister der öffentlichen Arbeiten zusteht.

Zur Sicherstellung dieser Verpflichtungen hat der Konzessionär bei der General-Staatskasse den Betrag von 115000 Mark, in Worten: „Einhundert fünfzigtausend Mark“, baar oder in preussischen Staats- oder vom Staate genehmigten Wertpapieren oder in ausländischen

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen — unter Berücksichtigung dieser Wertpapiere nach dem Kurswerthe — noch das noch nicht fällige Zins- und Erneuerungsgeheimen zu hinterlegen und in gerichtlicher oder notarieller Urkunde mit der Maßgabe zu verpflichten, daß dem Minister der öffentlichen Arbeiten die Verfügung zusteht, durch Verwendung der Barbeiträge oder durch Veräußerung der verpfändeten Wertpapiere die verfallenen Strafbeiträge einzuziehen. — Die Rückgabe der zu den Papieren etwa gehörigen Zinscheine erfolgt in deren Verfallterminen, kann jedoch vom dem bezeichneten Minister unterlag werden, wenn nach seinem allein entscheidenden Urtheile der Konzeßionar den Bau verzögern sollte. Auch ist der bezeichnete Minister ermächtigt, nach Maßgabe des Fortschritts des Baues und der Ausführung der Bahn einen entsprechenden Theil der Barbeiträge oder Wertpapiere schon vor völliger Vollendung des Baues und der Ausrüstung der Bahn zurückgeben zu lassen.

- 6) Falls die festgesetzte allgemeine Baufrist oder eine der von dem Minister der öffentlichen Arbeiten festgesetzten besonderen Baufristen nicht innegehalten wird, kann nicht nur die bezeichnete Strafe eingezogen, sondern auch die erhaltene Konzession durch landesherrlichen Erlaß zurückgenommen und die im § 21 des Gesetzes vom 3. November 1838 vorbehaltene Versteigerung der vorhandenen Bahnanlagen eingeleitet werden. Sofern die Staatsregierung von dem Vorbehalte der Versteigerung der Bahnanlagen Gebrauch zu machen beabsichtigt, soll jedoch die Zurücknahme der Konzession nicht vor Ablauf der in dem angezogenen § 21 festgesetzten Schlusfrist erfolgen.

IX.

Für den Betrieb insbesondere gelten folgende Bestimmungen:

- 1) Die Feststellung und die Abänderung des Fahrplans erfolgt unter den nachfolgenden Beschränkungen durch die staatliche Aufsichtsbehörde. Der Konzeßionar soll nicht verpflichtet sein, zur Vermittelung des Personenverkehrs mehr als zwei Wagenklassen in die Züge einzustellen. Auch soll derselbe, so lange die Bahn nach dem hierfür allein maßgebenden Ermessen der Aufsichtsbehörde vorwiegend von nur örtlicher Bedeutung ist, nicht angehalten werden können, mehr als täglich zwei der Personen-Verkehrs dienende Züge in jeder Richtung zu fahren. Die Festhaltung des Fahrplans derjenigen Züge, welche der Konzeßionar freiwillig über die Zahl 2 hinaus verkehren läßt, wird bei Wahrung der bahnpolizeilichen Vorschriften dem Ermessen des Konzeßionars überlassen.
- 2) Für die ersten 5 Jahre nach dem auf die Eröffnung der Bahn folgenden 1. Januar bleibt dem Konzeßionare die Bestimmung der Preise sowohl für den Personen- als für den Güterverkehr überlassen. Für die Folgezeit unterliegt die Feststellung und

die Abänderung des Tarifs der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde. In Betreff des Güterverkehrs werden jedoch nach Ablauf jenes 5jährigen Zeitraums, so lange die Bahn nach dem hierfür allein entscheidenden Ermessen der Aufsichtsbehörde vorwiegend von nur örtlicher Bedeutung ist, wiederkehrend von 5 zu 5 Jahren Höchsttariffsätze für die einzelnen Güterklassen unter Berücksichtigung der finanziellen Lage des Unternehmens von dem Minister der öffentlichen Arbeiten festgestellt. Dem Unternehmer bleibt überlassen, nach Maßgabe der Reichs- und Landesgesetzen Vorschriften innerhalb der Grenzen dieser Höchstsätze die Sätze für die Tarifklassen nach eigenem Ermessen festzusetzen und Erhöhungen wie Ermäßigungen der Tarifklassensätze ohne die Zustimmung der Aufsichtsbehörde vorzunehmen.

Auch ist der Konzeßionar verpflichtet, das jeweilig auf den preussischen Staatsbahnen bestehende Tariffsystem anzunehmen und hinsichtlich der Einrichtung dieser Tarife die für die preussischen Staatsbahnen jeweilig bestehenden allgemeinen Grundzüge zu befolgen, wenn und soweit solches von dem Minister der öffentlichen Arbeiten für erforderlich erachtet wird.

- 3) Der Konzeßionar hat mit der Eröffnung des Betriebes der ganzen Bahn einen Erneuerungsfonds und neben dem im § 262 des Handelsgesetzbuchs vom 10. Mai 1897 (Reichs-Gesetzl. S. 219) vorgeschriebenen Reservefonds (Bilanz Reservefonds) einen Spezial-Reservefonds nach den bestehenden Normativ-Bestimmungen und dem zur Ausführung der letzteren unter Genehmigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten aufzustellenden, von Zeit zu Zeit der Prüfung zu unterziehenden Regulativ zu haben.

Der Erneuerungs- und der Spezial-Reservefonds sind sowohl von einander als auch von anderen Fonds der Gesellschaft getrennt zu halten.

Der Erneuerungsfonds dient zur Bestreitung der Kosten der regelmäßig wiederkehrenden Erneuerung des Oberbaues und der Betriebsmittel.

In dem Erneuerungsfonds fließen:

- a. der Erlös aus den entsprechenden abgängigen Materialien;
- b. eine den Betriebseinnahmen alljährlich zu entnehmende Rücklage, deren Höhe durch das Regulativ festgesetzt wird,
- c. die Zinsen des Erneuerungsfonds.

Der Spezial-Reservefonds dient zur Bestreitung von solchen durch außergewöhnliche Elementar-Ereignisse und größere Unfälle hervorgerufenen Ausgaben, welche erforderlich werden, damit die Verkehrsförderung mit Sicherheit und in der der Bestimmung des Unternehmers entsprechenden Weise erfolgen kann.

In dem Spezial-Reservefonds fließen:

- a. der Betrag der nach dem Gesellschaftsvertrage

verfallenen, nicht abgehobenen Gewinnanteile und Zinsen,

- b. eine im Regulativ festzusetzende, alljährlich den Betriebseinnahmen zu entnehmende Rücklage.
- c. die Zinsen des Spezial-Reservefonds.

Erreicht der Spezial-Reservefonds die Summe von 45000 Mark, so können mit Genehmigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten die Rücklagen so lange unterbleiben, als der Fonds nicht um eine volle Jahresrücklage wieder vermindert ist.

Die Wertpapiere, welche zur zinstragenden Anlage der vereinnahmten und nicht sofort zur Verwendung gelangenden Beträge zu beschaffen sind, werden durch das Regulativ bestimmt.

Läßt der Ueberschuß eines Jahres die Ordnung der Rücklagen zum Erneuerungs- oder Spezial-Reservefonds nicht oder nicht vollständig zu, so ist das Fehlende aus den Ueberschüssen des oder der folgenden Betriebsjahre zu entnehmen. Abweichungen hiervon sind mit Genehmigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten zulässig. Für die Rücklagen geht der Erneuerungsfonds dem Spezial-Reservefonds vor.

X.

Der Konzessionar ist verpflichtet:

- a. seine Betriebsrechnung nach den vom Minister der öffentlichen Arbeiten zu erlassenden Vorschriften einzurichten, der Regierung zu der von letzterer zu bestimmenden Zeit den jährlichen Betriebsrechnungsabluß einzurichten und seine Kassenbücher vorzulegen,
- b. der Aufstellung der Rechnung den Zeitraum vom Anfang April jedes Jahres bis Ende März des folgenden Kalenderjahrs als Rechnungsjahr zu Grunde zu legen,
- c. die von den Aufsichtsbehörden zu statistischen Zwecken für nöthig erachteten Nachweisungen, sowie deren Unterlagen auf seine Kosten zu beschaffen und den Aufsichtsbehörden in den von ihnen festgesetzten Fristen einzureichen.

XI.

Der Konzessionar ist verpflichtet, hinsichtlich der Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen mit Militäránwärtern, insoweit sie das 40. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, die für die Staatsbahnverwaltung in dieser Beziehung — und insbesondere mit Bezug auf die Ermittlung der Militäránwärter — bestehenden und noch ergehenden Vorschriften zur Anwendung zu bringen.

Auf Verlangen des Ministers der öffentlichen Arbeiten hat der Konzessionar einerseits für die Beamten des Bahnunternehmens — und zwar unter Heranziehung derselben zu Beiträgen bis zu derjenigen Höhe, welche für die Staatsbahnen bis zum Erlaß des Gesetzes vom 27. März 1872, betreffend die Pensionirung der unmittelbaren Staatsbeamten x., maßgebend gewesen ist —, andererseits für die Arbeiter-Pensions-, Witwen- und Unterstützungskassen nach den jetzt

und künftig bei den Staatsbahnen für die Gewährung von Pensionen und Unterstützungen bestehenden Grundsätzen einzurichten und zu diesen Kassen die erforderlichen Zuschüsse zu leisten.

XII.

Die Verpflichtungen des Konzessionars zu Leistungen für die Zwecke des Postdienstes regeln sich nach dem Eisenbahn-Postgesetz vom 20. Dezember 1875 (Reichs-Gesetzbl. Seite 318) und den dazu gehörigen Vollzugsbestimmungen, jedoch mit der Erleichterung, daß für die Zeit bis zum Ablaufe von acht Jahren vom Beginne des auf die Betriebseröffnung folgenden Kalenderjahrs an Stelle der Artikel 2, 3 und 4 des Gesetzes die im Erlaß des Reichskanzlers vom 28. Mai 1879 (Centralblatt für das Deutsche Reich S. 380) getroffenen Bestimmungen treten.

Sofern innerhalb des vorbezeichneten Zeitraums in den Verhältnissen der Bahn in Folge von Erweiterungen des Unternehmens oder durch den Anschluß an andere Bahnen oder aus anderen Gründen eine Aenderung eintreten sollte, durch welche nach der Entscheidung der obersten Reichs-Aufsichtsbehörde die Bahn die Eigenschaft als Kettenbahn verliert, tritt das Eisenbahn-Postgesetz mit den dazu gehörigen Vollzugsbestimmungen ohne Einschränkung in Anwendung.

XIII.

Der Konzessionar ist verpflichtet, sich den, bezüglich der Leistungen für militärische Zwecke bereits erlassenen oder künftig für die Eisenbahnen im Deutschen Reich ergehenden gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen zu unterwerfen.

XIV.

Der Telegraphen-Verwaltung gegenüber hat der Konzessionar diejenigen Verpflichtungen zu übernehmen, welche für die preussischen Staatsbahnen jeweilig gelten.

XV.

Anderen Unternehmern bleibt sowohl der Anschluß an die Bahn mittelst Zweigbahnen, als die Mitbenutzung der Bahn ganz oder theilweise gegen zu vereinbarenden, nöthigenfalls vom Minister der öffentlichen Arbeiten festzusetzende Fracht- oder Bahngebühren vorbehalten.

XVI.

Nach Eröffnung des Betriebs ist der Konzessionar zur Aenderung und Erweiterung der Bahnanlagen, sowie zur Vermehrung der Gleise auf den Bahnhöfen und der freien Strecke verpflichtet, sofern und soweit der Minister der öffentlichen Arbeiten solches im Verkehrsinteresse oder im Interesse der Betriebssicherheit oder im Interesse der Landesverteidigung für erforderlich erachtet. Soweit diese Anforderungen lediglich im Interesse der Landesverteidigung erfolgen, sind die entstehenden Kosten dem Konzessionar zu ersetzen, wenn nicht im Wege der Gesetzgebung andere, für den Konzessionar alsdann maßgebende Bestimmungen (vergl. Artikel I.) getroffen werden. Im Uebrigen fallen die betreffenden Kosten dem Konzessionar zur Last.

XVII.

Sollten nach dem Ermessen des Ministers der öffentlichen Arbeiten oder der obersten Reichs-Aufsichtsbehörde die Voraussetzungen wegfallen, unter denen auf die Bahn bei ihrer Konzeffionierung die Anwendung der Bahnordnung für die Nebeneisenbahnen Deutschlands für statthaft erklärt ist (vergl. Artikel XII. am Schluß), so ist der Konzeffionar verpflichtet, auf Ersfordern des bezeichneten Ministers die baulichen Einrichtungen und den Betrieb der Bahn nach Maßgabe der für Hauptstreckenbahnen bestehenden Bestimmungen den desfalligen Anordnungen des Ministers entsprechend umzuändern. Kommt der Konzeffionar dieser Verpflichtung innerhalb der ihm hierfür gesetzten Frist nicht nach, so hat er auf Verlangen der Staatsregierung das Eigentum der Bahn nebst allem Zubehör gegen Gewährung der in N° 4 unter a., b. und c. des § 42 des Eisenbahngesetzes vom 3. November 1838 bezeichneten Entschädigung, mindestens aber gegen Zahlung des auf den Bau der Bahn verwendeten Anlagekapitals an den Staat oder einen von der Staatsregierung zu bezeichnenden Dritten abzutreten.

XVIII.

Der Staatsregierung bleibt, unbeschadet des gesetzlichen Ankaufsrechts, vorbehalten, das Unternehmen jederzeit, jedoch nicht vor dem Ablaufe von fünf Jahren seit dem Tage der Betriebseröffnung gegen Erstattung der von dem Unternehmer aus eigenen Mitteln notwendig oder nützlich aufgewendeten Anlagekosten eigentümlich zu erwerben.

XIX.

Die Ausbändigung einer Ausfertigung dieser Konzeffionsurkunde, sowie ihre Veröffentlichung in Gemäßheit des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetz-Samm. Seite 357) erfolgt erst, nachdem die Zeichnung sämtlicher Aktien durch Vorlegung beglaubigter Zeichnungsscheine dem Minister der öffentlichen Arbeiten nachgewiesen, und zugleich die Kreditfähigkeit der Zeichner von ihm als genügend bescheinigt befunden ist, nachdem der Staatsregierung der mit den Konzeffionsbedingungen in volle Übereinstimmung zu setzende Gesellschaftsvertrag vorgelegt und diese Übereinstimmung nachgewiesen ist, nachdem ferner die unter Artikel VIII. 5. geforderte Sicherheit geleistet und nachdem endlich die Gesellschaft rechtzeitig und rechtsgültig errichtet ist.

In letzterer Beziehung wird bestimmt, daß binnen einer von heute ab zu berechnenden sechsmonatigen Ausschlussfrist die Eintragung der Gesellschaft auf Grund des von der Staatsregierung als mit der Konzeffion übereinstimmend befundenen Gesellschaftsvertrags in das Handelsregister bewirkt werden muß, zu welchem Zwecke dem Gerichte bei der Anmeldung zur Eintragung eine beglaubigte Abschrift der Konzeffionsurkunde und die Erklärung der Staatsregierung betreffs jener Übereinstimmung vorzulegen sind.

Wird diese Eintragung binnen der vorbezeichneten Frist nicht herbeigeführt, so ist die gegenwärtig erteilte Konzeffion ohne weiteres erloschen, in welchem Falle

jedoch die hinterlegten Baarbeträge der Wertpapiere zurückgegeben werden sollen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Inseel.

Gegeben Eternsörde, an Bord N. N. „Hohenjollern“, den 26. Juni 1901.

(Siegel). grz. Wilhelm

R.

gegengez. Graf v. Bälou. Zugleich für den Minister der öffentlichen Arbeiten: Schönstedt. Graf von Posadowsky. Stuhl. Frhr. v. Rheinbaben. v. Podbielski. Frhr. v. Hammerstein. Möller.

Bekanntmachung.

Als ständiger Kommissar für die Ausübung des staatlichen Aufsichtsrechts über die am 25. Juni d. J. Allerhöchst konzeffionierte Eisenbahn von Neustadt a./D. über Neu-Müppin nach Herzberg im Sinne des § 46 des Gesetzes über Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1838 (G. S. S. 505 ff.) ist der Präsident der königlichen Eisenbahndirektion zu Altona bestellt worden. Berlin, den 24. Dezember 1901.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen
der königlichen Ministerien.

Geschäftsführung der Personen, die gewerbsmäßig fremde Rechtsangelegenheiten u. besorgen.

1. In Spalte 11 des Geschäftsbuchs (Formular A.), welches die Personen, die gewerbsmäßig fremde Rechtsangelegenheiten und bei Behörden wahrzunehmende Geschäfte besorgen oder die über Vermögensverhältnisse oder persönliche Angelegenheiten Auskunft erteilen, nach den Vorschriften vom 28. November 1901 zu führen haben, ist die Eintragung der „Nr. im Geld- und Urkundenbuch“ vorzusetzen. Da das Formular B. für das Geld- und Urkundenbuch die ursprünglich vorgesehene „Laufende Nr.“ nicht mehr enthält, so läßt sich die Eintragung der Nr. im Geld- und Urkundenbuch in der Spalte 11 des Geschäftsbuchs nicht bewirken. Die Gewerbetreibenden sind hiervon zu verständigen. Die Worte „Nr. im Geld- und Urkundenbuch“ in Spalte 11 des Geschäftsbuchs sind zu durchstreichen und beim Neubdruck des Formulars A. fortzulassen. Berlin, den 23. Dezember 1901.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Z a r i f

für die Benutzung des Bohlwerks der Stadtgemeinde Lindow am Gabelacksee.

Es ist zu zahlen:

I. Schiffsliegegeld

von jedem anliegenden Fahrzeuge und zwar

1) von Dampfern für eine Liegezeit bis zu einschließlich zehn Tagen 1 M.

für jeden folgenden Zeitraum von zehn Tagen 50 Pf

2) von anderen Fahrzeugen für jeden Zeitraum von zehn Tagen der Liegezeit . . . 50 Pf

III. an Eisenbahn.
für Dampf, welche einen bestimmten Personen-
verkehr bewirken, nach der Anzahl der tarifmäßigen
Abgabe für jeden Tag der Fahrt eine jährliche Abzahlung
summe von 20 M. entrichtet werden.

III. an Eisenbahn.

- beim Aus- oder Einladen über Gütern
- 1) von Heu oder Stroh für je 100 kg . . . 2 Pf.
 - 2) von Holz für je 100 Bund . . . 8 Pf.
 - 3) von Buchenholz (Stämme) für je 1 cbm . . . 2 Pf.
 - 4) von Buchenholz (Kloben, Rollen, Stämme) für je 1 cbm . . . 3 Pf.
 - 5) von Mauersteinen für je 1000 Stück . . . 10 Pf.
 - 6) von Dach- u. Hohlsteinen für je 1000 Stück . . . 5 Pf.
 - 7) von Sand, Kalk- und Gipssteinen für je 1000 Stück . . . 5 Pf.
 - 8) von sonstigen Gütern für je 100 kg . . . 1 Pf.

III. an Lagergeld

von Gütern, welche nach der Ausladung aus dem Schiff
oder vor der Einladung in das Schiff länger als 24
Werktagstunden auf den Anlagen lagern, für jeden
folgenden Zeitraum von 24 Stunden und Nacht

- 1) von Rohr für je 100 Bund . . . 15 Pf.
- 2) von Buchenholz (Stämme), Buchenholz
(Kloben, Rollen, Stämme), Buchenholz
(Kloben, Rollen, Stämme) für je 1 cbm . . . 2 1/2 Pf.
- 3) von Mauersteinen für je 1000 Stück . . . 10 Pf.
- 4) von Dach- u. Hohlsteinen für je 1000 Stück . . . 5 Pf.
- 5) von sonstigen Gütern für je 100 kg . . . 1 Pf.

Zusätzliche Bestimmung.

Angelagerte Güter können, soweit Bruchstücke
werden, bei der Abgabeberechnung für voll gerechnet.

Befreiungen.

- 1) Fahrzeuge und Güter, welche dem König, dem
Königlichen Hofe oder dem Reichs- oder
Landes- oder sonstigen öffentlichen Behörden
zugehören, sind von den Abgaben unter I.,
II. und III. befreit.
- 2) Die Befreiung der mit Personen und Sachen
kommenden oder nachgehenden Personen sind von
den Abgaben unter I., II. und III. befreit.
- 3) Der Kaiser, der König und der Reichstag nach seiner
Verordnung im Auslande der königlichen Regierung
zu Potsdam in Kraft.

Berlin, den 12. Dezember 1901.

Der Minister . . . Der Finanz-Minister.

der öffentlichen Arbeiten.

Tariff

für die Benutzung der an der Gavel bei km 0,30 belegenen Ablage
des Eigentümers des Eigentümers.

III. an Lagergeld

- Von Gütern, welche über das Vordach aus-
oder eingeladen werden, wird ein Lagergeld erhoben
und zwar:
- 1) von allen nachstehend nicht besonders ge-
nannten Gütern für 100 kg . . . 2 Pf.
 - 2) von Getreide, Mehl, Reis, Hafer, Stroh,

Bier, Wein, Del, Petroleum, Spiritus,
Theer, Beringen, Zucker, Kaffee, frischem
oder getrocknetem Obst, Kartoffeln oder
Rüben für je 50 kg der ersten 5 Sorten
(5000 kg) und für je 100 kg des Mehr-
gewichts . . . 1 Pf.

- 2) von Mauersteinen, Dachziegel und Schiefer-
steinen für 100 Stück . . . 10 Pf.
- 4) von Kalk- und Gipssteinen, Lehm, Kies,
Sand, Baug, Mergel und Brennholz mit Aus-
nahme von Hackschnitz und Reisig für 1 cbm . . . 2 Pf.
- 5) von Hackschnitz und Reisig für 1 cbm . . . 2 Pf.
- 6) von Rohr für 100 Bund . . . 15 Pf.

III. Lagergeld.

Von Gütern, welche nach der Ausladung aus dem
Schiff oder vor der Einladung in das Schiff länger
als 24 Werktagstunden auf den Anlagen lagern,
wird für jeden folgenden Zeitraum von 24 Stunden
ein Lagergeld nach den Sätzen unter I. erhoben.

Befreiungen.

Güter, welche dem König, dem Staat oder dem
Reiche gehören oder ausschließlich für deren Rechnung
befördert werden, sind von dem Lager-
geld befreit.

Zusätzliche Bestimmung.

Teile von Erhebungseinheiten gehen bei der
Abgabeberechnung als volle Einheit.

Dieser Tarif tritt nach vorläufigem Abhang am
Vollwert in Kraft.

Berlin, den 12. Dezember 1901.

Der Minister . . . Der Finanz-Minister.

der öffentlichen Arbeiten.

Tariff

für die Benutzung der an der Gavel bei km 0,30
belegenen Ablage des Eigentümers des Eigentümers.

III. an Lagergeld

- Von Gütern, welche über das Vordach aus-
oder eingeladen werden, wird ein Lagergeld erhoben
und zwar:
- 1) von allen nachstehend nicht besonders genannten
Gütern für 100 kg . . . 2 Pf.
 - 2) von Getreide, Mehl, Reis, Hafer, Stroh,
Bier, Wein, Del, Petroleum, Spiritus,
Theer, Beringen, Zucker, Kaffee, frischem
oder getrocknetem Obst, Kartoffeln oder
Rüben für je 50 kg der ersten 5 Sorten
(5000 kg) und für je 100 kg des Mehr-
gewichts . . . 1 Pf.
 - 3) von Mauersteinen, Dachziegel und Schiefer-
steinen für 100 Stück . . . 10 Pf.
 - 4) von Kalk- und Gipssteinen, Lehm, Kies,
Sand, Baug, Mergel und Brennholz mit Aus-
nahme von Hackschnitz und Reisig für 1 cbm . . . 2 Pf.
 - 5) von Hackschnitz und Reisig für 1 cbm . . . 2 Pf.
 - 6) von Rohr für 100 Bund . . . 15 Pf.
- III. Lagergeld.**
Von Gütern, welche nach der Ausladung aus dem
Schiff oder vor der Einladung in das Schiff länger

als 24 Westtagestunden auf dem Dohlort liegen, wofür für jeden folgenden Zeitraum von sieben Tagen ein Lägergeld nach den Sätzen unter Ziffer I. erhoben.

Befreiungen.

Güter, welche dem Könige, dem Staat oder dem Milde gehören, oder ausdrücklich für deren Rechnung befordert werden, sind von dem Ufer- und dem Lagergelde befreit.

Zusätzliche Bestimmung.

Theile von: ~~Abgaben~~ ^{Abgaben} ~~als vollen Einheiten~~ ^{als vollen Einheiten} ~~gelten bei der~~ ^{gelten bei der}

Dieſen Tarif tritt, nach: vorerſtütigtem Beſchluſſe
am Vohlwerk in Kraft. anzuſehen: I. 28. 18. 18. 18. 18.

Der Minister der öffentlichen Der Finanzminister

Bekanntmachungen des Königlich Preussischen Regierungspräsidenten

1. Nachweisung der an den Regeln der Sperr- und Sichel im Monat November 1901 beobachteten Wasserstände.

Datum	Berlin		Gumbau		Pots- dam	Brandenburg		Rathenow		Savel- berg
	Ober-	Unter-	Ober-	Unter-		Ober-	Unter-	Ober-	Unter-	
	Baffer	Baffer	Baffer	Baffer		Baffer	Baffer	Baffer	Baffer	
	Meier.	Meier.	Meier.	Meier.	Meier.	Meier.	Meier.	Meier.	Meier.	Meier.
1.	32,26	30,52	2,14	0,41	0,85	2,04	0,72	1,46	0,30	1,80
2.	32,26	30,52	2,13	0,41	0,85	2,03	0,72	1,51	0,31	1,28
3.	32,26	30,52	2,15	0,37	0,84	2,07	0,69	1,63	0,44	1,28
4.	32,24	30,52	2,16	0,41	0,85	2,04	0,68	1,50	0,38	1,23
5.	32,28	30,56	2,15	0,37	0,85	2,04	0,69	1,47	0,35	1,24
6.	32,28	30,56	2,13	0,41	0,84	2,04	0,69	1,47	0,34	1,20
7.	32,28	30,48	2,13	0,41	0,86	1,93	0,68	1,44	0,34	1,20
8.	32,28	30,52	2,13	0,43	0,86	1,94	0,68	1,51	0,39	1,19
9.	32,30	30,54	2,16	0,42	0,87	1,97	0,70	1,49	0,31	1,19
10.	32,32	30,64	2,16	0,39	0,85	2,06	0,67	1,59	0,27	1,17
11.	32,30	30,76	2,17	0,55	0,90	1,93	0,67	1,53	0,32	1,18
12.	32,28	30,64	2,18	0,57	0,90	2,03	0,70	1,62	0,38	1,18
13.	32,28	30,54	2,18	0,61	0,92	2,05	0,72	1,57	0,35	1,18
14.	32,28	30,58	2,18	0,63	0,95	2,05	0,74	1,58	0,39	1,24
15.	32,26	30,62	2,22	0,64	0,97	2,09	0,78	1,55	0,40	1,26
16.	32,26	30,64	2,22	0,59	0,97	2,09	0,78	1,48	0,37	1,30
17.	32,26	30,54	2,23	0,60	0,98	2,10	0,76	1,68	0,35	1,31
18.	32,24	30,52	2,24	0,64	1,01	2,06	0,76	1,62	0,38	1,32
19.	32,26	30,54	2,24	0,64	1,04	2,08	0,80	1,57	0,35	1,34
20.	32,24	30,58	2,29	0,69	1,08	2,15	0,75	1,64	0,33	1,40
21.	32,30	30,70	2,31	0,71	1,10	2,18	0,78	1,62	0,45	1,42
22.	32,30	30,68	2,32	0,78	1,12	2,22	0,84	1,82	0,47	1,44
23.	32,28	30,66	2,33	0,78	1,13	2,25	0,90	1,62	0,47	1,48
24.	32,30	30,62	2,35	0,75	1,13	2,29	0,86	1,60	0,52	1,52
25.	32,30	30,70	2,37	0,81	1,15	2,27	0,94	1,62	0,49	1,58
26.	32,28	30,68	2,37	0,88	1,16	2,22	1,03	1,65	0,56	1,66
27.	32,26	30,66	2,38	0,88	1,17	2,23	1,08	1,64	0,55	1,71
28.	32,24	30,58	2,37	0,87	1,19	2,15	1,10	1,61	0,62	1,78
29.	32,24	30,66	2,39	0,84	1,19	2,20	1,12	1,62	0,64	1,86
30.	32,24	30,56	2,37	0,84	1,20	2,16	1,14	1,66	0,64	1,93

Vorstand, den 27. Dezember 1904

Der Regierungspräsident.

Diättherapie bei Fernan.

2. Das Diphtherie-Heilserum mit den Kontrollnummern 47 und 50 aus der Westfälischen Fabrik in Darmstadt ist wegen bakterieller Verunreinigung zur Einziehung bestimmt.

Potsdam, den 28. Dezember 1901.

Der Reichsregierungspräsident.

Definitive Besloßung.

3. Der Herr Minister des Innern hat dem landwirthschaftlichen Vereine zu Frankfurt a./M. durch Ex-

loß: vom 19. Dezember d. J. Nr. 9664 die Erlaubnis erteilt, bei Gelegenheit der im Frühjahr und Herbst 1902 dort stattfindenden beiden Pferdewerbe je eine öffentliche Verlosung von Wagen, Pferden und anderen Gegenständen zu veranstalten und die Lose — für jede der beiden Verlosungen zu 120.000 Stück à 1 M. — in der ganzen Monarchie zu vertheilen.

Stockholm, den 27. December 1901.
Der Reichspräsident. Der Reichspräsident.

A. Viehseuchen.

I. Festgesetzt:

a. Milzbrand. Kreis Westhavelland: Regitz, Jachow. Kreis Ruppini: Rarwe (Gut). Kreis Zauch-Belzig: Löße, Damelang.

b. Schweineseuche. Kreis Nieder-Barnim: Neu-Holland.

c. Geflügelcholera. Kreis Teltow: Löwenbruch.

d. Rauschbrand. Kreis West-Prignitz: Lenzen (Bieghändler Bernide 1 Kuh).

II. Erloschen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Ost-Havelland: Nieder-Neuendorf.

b. Milzbrand. Kreis Nieder-Barnim: Gut Feldheim.

c. Schweineseuche. Kreis Teltow: Deutsch-Wilmersdorf.

d. Bruckseuche. Stadtkreis Potsdam: Pferdebestand des Hauptmanns Pfeiffer, Alleestr. 7.

e. Geflügelcholera. Kreis Teltow: Schenkendorf (Gutsverwalter).

Potsdam, den 30. Dezember 1901.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Errichtung einer katholischen Pfarrei.

1. Georg Kopp,
durch Gottes Erbarmung und des heiligen Apostolischen
Stuhles Gnade

Cardinal-Priester der heil. Römischen Kirche
und

Kürstbischof von Breslau,
dem heil. Apostolischen Stuhle unmittelbar untergeben,
der heil. Theologie Doctor.

Die durch Urkunde vom 20. Mai 1898 er-
richtete St. Marien-Curatie in Berlin wird hierdurch
zu einer Pfarrei mit allen Rechten einer solchen erhoben
und dabei bestimmt wie folgt:

1) Die Grenzen der neuen Pfarrei bleiben die der
bisherigen Curatie.

2) Dem Pfarrer steht neben freier Wohnung oder
Mietpächterschädigung ein Anspruch auf Gehalt und
Alterszulagen zu nach Maßgabe des Gesetzes vom 2ten
Juli 1898 über das Dienst Einkommen der katholischen
Pfarrer. Die Pfarrgemeinde hat die Verpflichtung
übernommen, dieses Dienst Einkommen nach den gesetz-
lichen Bestimmungen aufzubringen.

3) Die neue Pfarrei verbleibt wie die bisherige
Curatie im Verbands des Archipresbyterats Berlin.

Breslau, den 13. Mai 1901.

gez. G. Conb. Kopp.

Die nach der vorstehenden Urkunde vom 13. Mai
1901 von dem Fürstbischof von Breslau kirchlicherseits
ausgesprochene Errichtung und Umschreibung der katho-
lischen St. Marien-Pfarrgemeinde in Berlin wird auf
Grund der von dem Minister der geistlichen, Unterrichts-

und Medizinal-Angelegenheiten mittels Erlasses vom
6. November d. J. — G. II. 7077 — mir erteilten
Ermächtigung hierdurch von Staatswegen bestätigt und
in Vollzug gesetzt. Berlin, den 18. Dezember 1901.

Der Polizei-Präsident.

Unterführung der Gleisstraße in Berlin unter den Geleisen
der Nordbahn.

2. Die Königliche Eisenbahn-Direktion zu Berlin
hat im Auftrage des Herrn Ministers der öffentlichen
Arbeiten ein Projekt zur Unterführung der Gleisstraße
in Berlin unter den Geleisen der Nordbahn aus-
gearbeitet.

Zur landespolizeilichen Prüfung dieses Projektes
beraume ich Termin an auf **Donnerstag den
16. Januar 1902 Vormittags 11 Uhr** im
Sitzungsaal der Abtheilung I. des Königlichen Polizei-
Präsidiums zu Berlin, Alexanderstraße 3/6 I. Stock
Zimmer 151.

Die Prüfung wird gerichtet auf die Möglichkeit
und technische Ausführbarkeit des Projektes, ferner auf
die demselben aus allgemeinen landespolizeilichen Rück-
sichten etwa entgegenstehenden Hindernisse und mit ihm
etwa in Widerspruch tretenden Privatberechtigungen.

Ich fordere alle an dem Unternehmen beteiligten
Interessenten auf, in dem Termin zu erscheinen und
ihre Rechte wahrzunehmen.

Berlin, den 20. Dezember 1901.

Der Polizei-Präsident.

Belobigung.

3. Herr Augusto Musciacco aus Brindisi in
Italien, hier selbst Teltowerstraße 5 wohnhaft, hat am
16. August d. Js. in Gemeinschaft mit einem Schut-
mann die unverehelichte Pauline Art vor dem Tode
des Ertrinkens in dem Landwehrkanal gerettet. Für
die mit Muth und Entschlossenheit vollbrachte Rettungs-
that wird derselbe hierdurch öffentlich belobt.

Berlin, den 21. Dezember 1901.

Der Polizeipräsident.

Bekanntmachungen

Konfistoriums der Provinz Brandenburg.

Abtheilung der Diözese und der Kreissynode Friedrichs-Werder.

1. Zum 1. April 1902 werden die bisher
zur Diözese und zur Kreissynode Friedrichs-
Werder gehörigen Pfarorien der Luther-, Zwölf
Apostel-, Kaiser Wilhelm-Gedächtnis-, Kaiser-, Trini-
tatis-Kirche und die Kirchengemeinde Schöneberg, ein-
schließlich der in ihren Bezirken belegenen Anstalts-
parochien von dieser Diözese und dieser Kreissynode,
welche von dem gleichen Zeitpunkt ab die Bezeichnung
Friedrichs-Werder I. erhalten, getrennt und zu
einer besonderen Diözese und zu einem besonderen
Kreissynodalverband Friedrichs-Werder II. ver-
einigt, mit der Maßgabe jedoch, daß, soweit Wahlen
für die Provinzialsynode in Frage kommen, die Kreis-
synoden Friedrichs-Werder I. und Friedrichs-Werder II.
bis auf Weiteres einen Wahlverband bilden.

Berlin, den 18. Dezember 1901.

Königliches Konfistorium der Provinz Brandenburg,
Abtheilung Berlin.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Waarenhaussteuer.

Auf Grund des § 9. des Gesetzes, betreffend die Waarenhaussteuer vom 18. Juli 1900. (Gesetzsamml. S. 294) wird hiermit jeder bereits zur Waarenhaussteuer veranlagte Steuerpflichtige in der Provinz Brandenburg aufgefordert, die Steuererklärung über den steuerpflichtigen Jahresumsatz nach dem vorgeschriebenen Formular in der Zeit vom **25. Januar bis 10. Februar 1902** dem Unterzeichneten schriftlich oder zu Protokoll unter der Versicherung abzugeben, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

Die oben bezeichneten Steuerpflichtigen sind zur Abgabe der Steuererklärung verpflichtet, auch wenn ihnen eine besondere Aufforderung oder ein Formular nicht zugegangen ist. Auf Verlangen werden die vorgeschriebenen Formulare, denen zugleich die maßgebenden Bestimmungen beigelegt sind, von heute ab in dem Amtsstelle des Unterzeichneten sowie des Vorsitzenden jedes Steueraussschusses der Gewerbesteuerklasse IV. kostenfrei verabfolgt.

Die Einsendung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des Absenders und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefes. Mündliche Erklärungen werden von dem Unterzeichneten im Dienstzimmer Nr. 48 von 11 bis 1 Uhr zu Protokoll entgegengenommen.

Die Versäumung der obigen Frist hat gemäß § 11 des Gesetzes, betreffend die Waarenhaussteuer, den Verlust der gesetzlichen Rechtsmittel gegen die Einschätzung für das Steuerjahr zur Folge.

Wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben oder willkürliche Verschweigung von steuerpflichtigem Umsatz in der Steuererklärung sind mit Strafe bedroht. Potsdam, im Dezember 1901.

Der Vorsitzende des Steueraussschusses der Gewerbesteuerklasse I.

Personal-Chronik.

Seine Majestät der Kaiser und König haben dem Kreis-Bauinspektor Professor Laske in Potsdam und dem Wasserbauinspektor Schulz in Fürstenwalde den Charakter als Baurath mit dem persönlichen Range der Räte IV. Klasse allergnädigst zu verleihen geruht.

Der bisher mit der auftragsweisen Verwaltung der Kreisbauinspektion Breeskow betraut gewesene Regierungsbaumeister Lange ist zum Königl. Kreisbauinspektor ernannt worden.

Der bisher mit der auftragsweisen Verwaltung der Kreisbauinspektion Wittstock betraut gewesene Regierungsbaumeister Schwarze ist zum Königl. Kreisbauinspektor ernannt worden.

Im Kreise Ostprignitz sind ernannt bzw. wieder ernannt worden zu Amtsvorsteherstellvertretern: Bauer- gutsbesitzer Otto Jaeger in Remnitz für den Bezirk 32 Stredentzin, Bauer- gutsbesitzer Paul Bettin in Schön- hagen für den Bezirk 39 Döllen.

Der bisherige Pfarrer zu Großfromsdorf (Sachsen- Weimar) Dietrich Christian Michael Graue ist zum Archidiaconus an der St. Katharinen-Kirche zu Bran- denburg a./H. und zum Pfarrer von Wust und Prästke, Diözese Neustadt-Brandenburg, bestellt worden.

Der bisherige Dompfalsprediger Wilhelm Heinrich Eduard Leopold Lüders ist zum Pfarrer der Pfarodie Stolzenhagen, Diözese Angermünde, bestellt worden.

Dem Küster, Organisten und Lehrer Bohm zu Barenthm, Diözese Kyritz, ist der Titel „Kantor“ ver- liehen worden.

Der Schulanfänger Dr. Gade ist als Oberlehrer am Andreas-Realgymnasium in Berlin angestellt worden.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Schlächtergeselle Robert Schünemann, ge- boren am 10. November 1879 zu Budapest in Ungarn, ungarischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Aus- länder durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsi- denten zu Berlin vom 29. April 1901 ausgewiesen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiet.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verweisung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs- Beschlusses
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1	Johann Bahnl, Schlosser,	Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs geboren am 8. April 1865 (1863) zu Semetz, Bezirk Jungbunzlau, Böhmen, öster- reichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	25. Nov. 1901.
2	Aist Prober, Handelsmann,	48 Jahre alt, Geburtsort unbe- kannt, ortsangehörig zu Prot- niz, Gouvernement Komga, Polen,	Landstreichen und Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Schweinfurt,	16. Nov. 1901.
3	Anton Capel, Arbeiter,	geboren am 19. März 1882 zu Florisdorf bei Wien, ortsan- gehörig zu Pollerskirchen, Be- zirk Deutschbrod, Böhmen,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Merseburg,	19. Nov. 1901.

1.	2.	3.	4.	5.	6.
	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimat	Grund der Verweisung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs- Beschließung.
4	Aloppia Dautinger, Dirne,	geboren am 1. (11.) Januar 1875 zu Krems, Nieder-Oesterreich, österreichische Staatsangehörige,	gewerbsmäßige Unzucht,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	23. Nov. 1901.
5	Adrian Benoit Delbove, Anstreicher,	geboren am 7. Februar 1854 zu St. Josse ten-Noode, Bezirk Brabant, Belgien, belgischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	derselbe,	19. Nov. 1901.
6	Johann Philipp, Schuhmacher,	geboren am 20. September 1878 zu Kötschach, Bezirk Hermagor, Kärnten, österreichischer Staatsangehöriger,	Betteln und Ar- beitslossein,	Königlich bayerische Polizei-Direktion zu München,	15. Nov. 1901.
7	Wilhelm Floor, Raser und Anstreicher,	geboren am 15. März 1856 zu Utrecht, Niederlande,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Trier,	6. Sept. 1901.
8	Michael Glaser, Messger,	geboren am 16. Mai 1831 zu Muttersdorf, Bezirk Bischofteinitz, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Arnberg,	21. Nov. 1901.
9	Ludwig Hartl, Korbflechter,	geboren im Dezember 1881 zu Eggkofen, Bezirk Mühldorf, Bayern, ortsangehörig zu Depoldowitz, Bezirk Klattau, Böhmen,	schwerer und einfacher Diebstahl, Führung falscher Zeugnisse, Tragen verbotener Waffen, Landstreichen, Betteln und Angabe eines falschen Namens,	Königlich bayerisches Bezirksamt Laufen,	21. August 1901.
10	Mosisko Herszkowitzsch-Chalupowitsch, Handelsmann,	56 Jahre alt, geboren zu Stawischki, Gouvernement Tomja, Polen, russischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Schweinfurt,	16. Nov. 1901.
11	Thomas Janout, Bädergehilfe,	geboren am 23. Dezember 1864 zu Mezdy, Bezirk Schüttenhofen, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Regen,	21. Nov. 1901.
12	Gerhard Janßen, Schreiner,	geboren am 19. Mai 1837 zu Rymwegen, Niederlande, niederländischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	desgleichen.
12	Bengel Fleckmann, Weber,	geboren am 2. November 1826 zu Jernanitz, Bezirk Reichenberg, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Dingolfing,	11. Nov. 1901.
13	Johann Penenberg, Arbeiter,	geboren am 23. Dezember 1851 zu Deventer, Niederlande, niederländischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	23. Nov. 1901.

Hierzu Vier Öffentliche Anzeiger.

(Die Anzeigengebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.)

Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigiert von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Gaden'schen Erben.

W m t s b l a t t

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 2.

Den 10. Januar

1902.

Inhalts-Verzeichnis. Inhalt von Stück 50 des Reichsgesetz-Blatts und von Stück 36 der Gesetz-Sammlung. S. 11.
— Chauffee Lehnin-Paterdamm. S. 11. — Ausreichung von Zinscheinen. S. 11. — Abgeliefert. S. 12. — Zinscheine.
Prüfung. S. 12. — Müller-Jugend in Tempin. S. 13. — Barchin-Jugend in Waderhausen a. D. S. 13. — Anstalt. S. 13.
— Markt- und Ladenpreise. S. 13/15. — Verichtigung. S. 14. — Viehscheine. S. 14. — Erweiterung des Fernverkehrs.
S. 15. — Gemeindefestsetzung. S. 16. — Anstellung eines Bezirkschornsteinfegermeisters. S. 16. — Waffellen-
erzeugung. S. 16. — Eisen- und Fahrten. Gesehen - Ausnahmestaff. S. 2. S. 16. — Oberstabsfahrt. S. 16. — Personal-
Thron. S. 16. — Maschinenbau- und Gütterschule in Dölsburg. S. 18. — Prozeßagent. S. 18. — Ausweisungen aus Preußen.
S. 18. — Ausweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiet. S. 18.

Reichsgesetzblatt.

(Stück 50.) **N 2823.** Verordnung, betreffend die
Gebühren der Rechtsanwälte im Verfahren vor den
Schiedsgerichten und dem Reichs-Versicherungsamte.
Vom 22. Dezember 1901.

N 2824. Verordnung, betreffend das Verfahren und
den Geschäftsgang des Kaiserlichen Aufsichtsamtes
für Privatversicherung. Vom 23. Dezember 1901.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 36.) **N 10313.** Allerhöchster Erlass vom
26. März 1901, betreffend die Errichtung einer
besonderen Kommission zur Aufstellung der Do-
mäne Dahlen.

N 10314. Verfügung des Justizministers, betreffend
die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der
Bezirke der Amtsgerichte Dieß, Hadamar, Höchst
a. M., Nassau, Niederlahnstein, Rennerod, Selters
und Wiesbaden. Vom 12. Dezember 1901.

N 10315. Verfügung des Justizministers, betreffend
die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des
Bezirks des Amtsgerichts Frankfurt a. M. Vom
12. Dezember 1901.

Allerhöchster Erlass.

Verleihung des Rechts zur Chauffeegebru-
chung auf der Chauffee von Lehnin nach Paterdamm.

Auf Ihren Bericht vom 6. Dezember d. J. will
Ich dem Kreise Jauß-Beitz im Regierungsbezirk
Potsdam für die von ihm erbaute und in dauernde
Unterhaltung übernommene Chauffee von Lehnin nach
Paterdamm das Recht zur Erhebung des Chauffeegebüh-
ren nach den Bestimmungen des Chauffeegebuhrtarifs vom
29. Februar 1840 (Gesetz-Samml. S. 94 ff.) ein-
schließlich der in demselben enthaltenen Bestimmungen
über die Befreiungen, sowie der sonstigen, die Erhebung
betreffenden, insüßlichen Vorschriften — vorbehaltlich der
Abänderung der sämmtlichen vorausgeführten Be-
stimmungen — verleihen. Auch sollen die dem Chauffee-
gebuhrtarif vom 29. Februar 1840 angehängten Be-
stimmungen wegen der Chauffee-Polizeivergehen auf die

gedachte Straße zur Anwendung kommen. Die ein-
gereichte Karte folgt anbei juräd.

Slavensig, den 12. Dezember 1901.

(als.) Wilhelm R.

(gegenges.) v. Thielen.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Ausreichung der Zinscheine III. zu den Schuldverschreibungen
der konsolidierten 3 1/2 vormalig 4 pro-
zentigen Staatsanleihe von 1882
von 1882.

1. Die Zinscheine Reihe III. **N 1 bis
20** zu den Schuldverschreibungen der Preu-
ßischen konsolidierten 3 1/2 vormalig 4 pro-
zentigen Staatsanleihe von 1882 über die Zinsen
für die Zeit vom 1. Januar 1902. bis 31. Dezember
1911 nebst den Erneuerungsscheinen für die folgende Reihe
werden vom 2. Dezember 1901 ab von der Kontrolle
der Staatspapiere in Berlin SW. 68, Draisstraße
92/94, verlässig von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr
Nachmittags, mit Ausnahme der drei letzten Geschäfts-
tage jedes Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine sind entweder bei der
Kontrolle der Staatspapiere am Schalter
in Empfang zu nehmen oder durch die Re-
gierungs-Hauptkassen sowie in Frankfurt
a. M. durch die Kreiskasse zu beziehen.

Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle
selbst wünscht, hat ihr persönlich oder durch
einen Bevollmächtigten die zur Abhebung der neuen Reihe
berechtigenden Erneuerungsscheine (Zinscheinanweisungen)
mit einem Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem For-
mulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Post-
amte Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Ein-
reicher eine numerierte Marke als Empfangsbescheinigung,
so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine aus-
drückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen.
Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Aus-
reichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

Durch die Post sind die Erneuerungss-
cheine an die Kontrolle der Staatspapiere
nicht einzusenden.

Wer die Zinscheine durch eine der benannten Provinzial-Kassen beziehen will, hat dieser Kasse die Erneuerungsscheine mit einem doppelten Verzeichniß einzureichen. Das Verzeichniß wird mit einer Empfangsbestätigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der Zinscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesem Verzeichniß sind bei den benannten Provinzialkassen und den von den königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn die Erneuerungsscheine abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittels besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 15. November 1901.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Veröffentlicht mit dem Bemerken, daß Formulare zu den Verzeichnissen von unserer Hauptkasse, den königlichen Kreis- und Forstkassen und den königlichen Hauptsteuerämtern bezogen werden können.

Notabam, den 25. November 1901.

Königliche Regierung.

Benachrichtigungen der königlichen Ministerien.

5. Tarif
für die Benützung der städtischen Ablage am rechten Ufer der Havel zu Regitz.

Es sind zu zahlen:

I. an Schiffs- und Liegegeld

von jedem anlegenden Fahrzeuge und zwar

- 1) von Dampf- und anderen Fahrzeugen bis einschließl. 40,2 m Länge für jeden Tag 30 Pf.
- 2) von Dampf- und anderen Fahrzeugen von über 40,2 m Länge für jeden Tag 50

Ausnahme.

Für Dampfer, welche einem regelmäßigen Personenverkehr dienen, kann nach Wahl anstatt der tariffähigen Abgabe für jede einzelne Fahrt eine jährliche Abfindungssumme und zwar

- 1) für Dampfer bis einschließl. 40,2 m Länge 20 M.
- 2) " " von über 40,2 " " 40 " entrichtet werden.

II. an Ufergeld

beim Aus- oder Einladen von Gütern

- 1) von Erde, Lehm, Kies, Heu, Stroh, Faschinen, Stein- und Braunkohlen, Mauer-, Dach- und allen anderen Steinen für je eine Tonne (1000 kg) 10 Pf.
- 2) von sonstigen Gütern für je eine Tonne (1000 kg) 20

III. an Lagergeld

von Gütern, welche nach der Ausladung aus dem Schiff oder vor der Einladung in das Schiff länger als 24 Werktagstunden auf der Ablage lagern, für jeden folgenden Zeitraum von sieben Tagen und zwar

- 1) von Rohmaterialien (Reisern), Brennholz (Kleinsten, Kleinsten, Knäppeln), Bruch- und Feldsteinen für je 1 cbm 5 Pf.
- 2) von Mauersteinen für je 1000 Stk. 15
- 3) Dach- u. Hoffsteinen für je 1000 Stk. 10
- 4) sonstigen Gütern für jedes qm belegte Fläche 5

Zusätzliche Bestimmungen.

Angefangene Tarifeinheiten werden bei der Abgabenerhebung für voll gerechnet.

Befreiungen.

Es sind befreit:

- 1) Fahrzeuge und Güter, welche dem Könige, dem preussischen Staate oder dem deutschen Reiche gehören oder ausschließlich für deren Rechnung befördert werden, von den Abgaben unter I, II und III,
- 2) die Gepäckstücke der mit Personendampfern ankommenden oder abfahrenden Personen, von der Abgabe unter II,
- 3) Fahrzeuge, welche be- oder entladen werden, für die Dauer des Besuchs und Ladegeschäfts von der Abgabe unter I,
- 4) Fahrzeuge für die Zeit des Verhanges von der Abgabe unter I.

Dieser Tarif tritt an Stelle des bisherigen am vorletzten Tage nach dem Tage der vorstehenden Benachrichtigung in Kraft.

Berlin, den 11. Dezember 1901.

Der Minister

Der Finanz-Minister.

der öffentlichen Arbeiten.

Turnlehrerinnenprüfung.

6. Für die Turnlehrerinnen-Prüfung, welche im Frühjahr 1902 in Berlin abzuhalten ist, habe ich Termin auf Montag den 26. Mai f. 36. und die folgenden Tage anberaumt.

Meldungen der in einem Lehramte stehenden Bewerberinnen sind bei der vorgesetzten Dienstbehörde spätestens bis zum 15. März 1902, Meldungen anderer Bewerberinnen bei derjenigen königlichen Regierung, in deren Bezirk die Betreffende wohnt, ebenfalls bis zum 15. März 1902 anzubringen.

Die in Berlin wohnenden Bewerberinnen, welche in keinem Lehramte stehen, haben ihre Meldungen bei dem königlichen Polizei-Präsidium in Berlin bis zum 15. März f. 36. einzureichen.

Ist der augenblickliche Aufenthaltsort einer Bewerberin nicht ihr eigentlicher Wohnsitz, so ist auch der letztere anzugeben.

Die Meldungen können nur dann Berücksichtigung finden, wenn sie genau der Prüfungsordnung vom 15ten Mai 1894 entsprechen und mit den in § 4 derselben vorgeschriebenen Schriftsätzen ordnungsmäßig versehen sind.

Die über Gesundheit, Führung und Lehrfähigkeit beizubringenden Zeugnisse müssen in neuerer Zeit ausgestellt sein.

ist besonders fleischig zu legen.

Die Anlagen jedes Gesuches sind zu einem Hefte vereinigt einzureichen.

Verf. d. d. 10. Dezember 1901.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-
Angelegenheiten.

**Bekanntmachungen
des Königlich Preussischen Regierungspräsidenten.**

Miller's Index to Symbols:

S. 1. Nachdem der Ober-Ärztliche Rat die Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden für die Einführung des Beitrüßzwanges erklärt hat, ordne ich hiermit an, daß zum 1. April 1902 eine Zwangsordnung für das Müllerhandwerk in den Stadtgemeinden Templin, Prenzlau, Pritzwalk, Arnshagen, Mellrichau, Fohrenburg, Großrabenow, Gerstwalde, Groß-Friedenwalde, Sietlow, Sudow, Ringenwalde, Dargersdorf, Storkow, Reiersdorf, Himmelfort, Neu-Hymmen, Tuppen und Annenwalde mit dem Sitz in Templin und dem Namen „Müllerzwangsordnung in Templin“ errichtet werde.

Von dem genannten Zeitpunkt ab, gehören alle Gewerbetreibende, welche in dem Innungsbezirk das bezeichnete Handwerk ausüben, dieser Innung an.

Zugleich wurde ich zu demselben Zeitpunkte die
 zur. Best. bestehende freie Mäler-Innung in Templin
 Potsdam, den 27. Dezember 1901.

Der Regierungspräsident

Let's move in with the other

Barthelmann, in Waffethen (K. 9: 2)

Es ist zu beachten, daß bei der Abstimmung sich die Mehrheit der berechtigten Gewerbeitheilehnden für die Einführung des Betriebsinzwanges erklärt hat, welche ich hiermit an, daß zum 1. April 1902 eine Zwangsinnung, als das Härtehandwerk in den Gemeinden

Wusterhausen a/D., Neustadt a/D., Nadel, Slevor-
dorf, Jöggom, Dreet, Seegelen und Rähr mit dem
Sitz in Wusterhausen und dem Namen „Varkier-
Zwangsinnung in Wusterhausen a/D.“ errichtet werde.

Von dem genannten Zeitpunkt

... welche in dem Innern

ausüben, die

Wird schaden zu demselben Zeitpunkt die genannten
Gemeinden aus dem Bezirk der Barbier- u. Zinnung
in Neu-Nurpin aus.

Potsdam, den 4. Januar 1902.
Der Regierungspräsident.
Brannetage 1902.

4. Mit dem 1. Januar 1902 tritt die in Bezug auf die Einkaufspreise mehrerer Arzneimittel veränderte Pharmakopoe in Kraft.

Geringere Veränderungen der allgemeinen Bestimmungen finden sich auf der Seite 11 unter Ziffer 3, 3.1, Seite 12 unter Ziffer 10, sowie Seite 74 v. Gottesminen.

Ueberschreitungen der Tare unterliegen der Besteuerung nach § 123 Ziffer 3 der Gewerbesteuerordnung für Deutsche Meier (in der Fassung vom 26. Juli 1900 B. Bl. S. 871 ff.).

Berlin, den 14. Dezember 1901.
Der Minister der geistlichen,
Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.

1. The first step is to identify the problem or question that needs to be answered. This involves understanding the context and the specific requirements of the task.

de Bekanntmachung wird

werden zur Kenntniß gebracht, daß die Arzneitaxe durch die H. Görtner'sche Buchhandlung (Hermann Heyfelder) Berlin, sowie in allen inländischen Buchhandlungen zum Preise von 1 R. 20 Pf. zu beziehen ist.

Hermiten, daß zum 1. April 1902 eine Zwangs-
 einnung. An das Barbierhandwerk in den Gemeinden
 Potsdam, den 2. Januar 1902.
 Der Regierungspräsident.

8. Nachweisung
 des Monatsdurchschnitts der gemittelten höchsten Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag im Monat Dezember
 1901 in den Hauptmarktfleuten des Regierungsbezirks Potsdam.

Wien, den 6. Januar 1902.

Der Regierungspräsident.

Reisende Nummer	Namen der Städte	L. A. Getreide.								L. H. Hebriger Markt.											
										Gälten schöte.				Stroh.			Stroh.				
																	Stroh.				
																	Stroh.				
																	Stroh.				
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Roggen		Gerste		Sohn		Gälten (gelbe)		zum Fahren		Gälten (schöne)		Sohn		Stroh		Stroh		Stroh	
Weizen		Rog																			

Der Regierungspräsident.

Kaiserliche Ober-Postdirection. - München.

Bekanntmachungen der Bezirksauschüsse

Gemeindebezirksveränderung.

1. Auf Antrag der städtischen Körperschaften von Zehdenitz und des königlichen Preussischen Domänenfiskus, vertreten durch die königliche Regierung. (Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten) zu Potsdam, wird nach Anhörung des Kreistages des Kreises Templin beschloffen, nachstehend verzeichnete Parzellen a. der Gemarkung Zehdenitz (Amt)

Artikel der Mutterrolle	Bezeichnung nach dem Grundbuche		Nummer		Des Eigentümers Name und Wohnort.	Flächeninhalt		
	Band	Blatt	des Kartenblattes	der Parzelle		ha	ar	qm
1	—	—	1	204/112	Schmidt, Wilhelm & Comp., offene Handelsgesellschaft zu Zehdenitz	—	88	31
1	—	—	1	205/18		—	27	68
1	—	—	1	206/8		1	32	67
						zus.	2	88

von dem Gutsbezirke Domäne Zehdenitz abzutrennen und mit dem Gebiete der Stadtgemeinde Zehdenitz zu vereinigen;

b. der Gemarkung Datz

Artikel der Mutterrolle	Bezeichnung nach dem Grundbuche		Nummer		Des Eigentümers Name und Wohnort	Flächeninhalt		
	Band	Blatt	des Kartenblattes	der Parzelle		ha	ar	qm
2	1	28	1	348/230	Königlich Preussischer Staat (Domänenverwaltung)	1	18	—
"	do.	"	"	349/231		—	36	21
"	do.	"	"	354/231		—	1	18
						zus.	55	39

von dem Stadtbezirk Zehdenitz behufs Vereinigung mit dem Gutsbezirke Domäne Zehdenitz abzutrennen.

Potsdam, den 24. Dezember 1901.

Der Bezirksauschuss zu Potsdam.

Bekanntmachungen des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Anstellung eines Bezirkschornsteinfegermeisters.

4. Für den Lehrbezirk der Stadt Berlin ist der Chornsteinfegergehilfe Georg Schüramm, Stargarderstraße 10 wohnhaft, nach den Vorschriften des Regulativs für den Betrieb des Chornsteinfegergewerbes im Stadtbezirk Berlin vom 16. November 1888 vom 1. Januar 1902; ab als Bezirkschornsteinfegermeister angestellt worden.

Berlin, den 30. Dezember 1901.

15. Dezember 1901.

Der königliche Polizei-Präsident. hiesiger königlichen Haupt- und Residenzstadt. Magistrat

Bekanntmachungen des königlichen Konsistoriums der Provinz Brandenburg.

Pfarrstellenverfüzung.

2. Erledigt ist die unter dem Patronate des Domkapitels zu Brandenburg a./H. stehende Pfarrstelle zu Badow, Diözese Dom Brandenburg, durch Veretzung des Pfarrers Wilb. am 1. Dezember d. J. Ueber die Wiederbesetzung der Stelle ist bereits verfügt.

Bekanntmachungen der königlichen Eisenbahndirektion zu Berlin.

Eisen-Ausfahrtskarte. Seebäfen-Ausnahmetarif E. 2.

1. Im Verkehr der preussisch-hessischen und oldenburgischen Staatseisenbahnen wird der Geltungsbereich des Seebäfen-Ausnahmetarifs E. 2 vom 1. Januar 1902 ab auf sämtliche außereuropäischen Länder aus-

gedehnt. Die Tarifbezeichnung erhält demgemäß an der betreffenden Stelle die Fassung: „Im Falle der Ausfuhr nach außereuropäischen Ländern.“

Berlin, den 30. Dezember 1901.

Königliche Eisenbahn-Direktion
namens der beteiligten Verwaltungen.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Bekanntmachung für die Ober-Schiffahrt.

Nach der am 19. März 1900 erlassenen und seit dem 1. Mai desselben Jahres in Kraft getretenen Anordnung für die Binnenschiffahrt auf den Wasserstraßen im Bezirk der Oberstrombauverwaltung verlieren die vor dem Inkrafttreten der Ordnung aus-gegebenen ältern Messbriefe und Aufschüsse am 1. Mai 1902 ihre Gültigkeit.

Indem ich die Schiffahrtreibenden, hierauf nochmals hinweise, erlaube ich zugleich, die Anträge auf die deshalb notwendigen Neuaufnahmen möglichst frühzeitig und, falls die Auktion während der Winterruhezzeit möglich ist, schon alsbald bei einem der Ämter in Rostock (Oberhafen), Breslau, Stettin, Danzig, Königsberg, Memel, anzureichen. Würde eine rechtzeitige Auktion voraus-sichtlich vielfach nicht möglich werden.

Breslau, den 19. Dezember 1901.

Der Ober-Präsident der Provinz Schlesien.

Chef der Oberstrombauverwaltung.

Personal-Chronik.

Dem Domänen-Rechnmeister Schulz in Berlin ist der Charakter als „Domänenrath“ verliehen worden.

Im Kreise Prengeln ist wieder ernannt worden zum Amtsvorsteher: Rittergutsbesitzer Schröder zu Schmaltehausen im den Bezirk 17 „Sternhagen“.

Im Kreise Ostpreußen ist ernannt worden zum Amtsvorsteher: Rittergutsbesitzer Bergel zu Fehlig für den Bezirk 21 „Fahrland“.

Im Kreise Angermünde ist wieder ernannt worden zum Amtsvorsteher: Amtshausbesitzer Wille zu Bathig für den Bezirk 1 „Gerhausen“.

Im Kreise Niederbarnim ist wieder ernannt worden zum Amtsvorsteher: Administrator Jachsky in Falkenberg für den Bezirk 22 „Falkenberg“.

Der Regierungshauptkassenbuchhalter Besehorn ist zum Kassirer der Regierungshauptkasse ernannt worden.

Der Katasterlandmesser Nabe ist als Katasterkontrollir nach Meßungen versetzt worden.

Der Landmesser Georg Sachs in Potsdam ist als solcher betheilt worden.

Der Stationsassistent Linke in Berlin, Fahrkartenausgabe Bahnhof Alexanderplatz, ist zum Königl. Eisenbahn-Stationsassistenten ernannt worden.

Der bisherige Kadettenpfarrer Paul Reinold Koenig in Potsdam ist zum Oberpfarrer bei der St. Marien-Magdalenen-Kirche zu Eberswalde, Diözese gl. Namens, bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Eberswalde, Diözese Lindow-Gransee, Otto Anton Heinrich Beshoren, ist zum Oberpfarrer der Pfarodie Werder a. H., Diözese Potsdam I., bestellt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Paul Zühlke ist als Oberlehrer an der Oberrealschule in Charlottenburg angestellt worden.

Dem Provinzial-Schulsekretär Stiensner, bei dem Königl. Provinzial-Schulkollegium zu Berlin ist der Charakter als Rechnungsrath verliehen worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam.

Staatmäßig angestellt sind die Postassistenten Ludenwalde in Schwedt, Wilh. Müller in Wittstock (Dach) und Wilh. Schmidt in Rathenow als solche.

Versetzt sind der Ober-Postassistent und der Postassistent Koleraki von Ludenwalde nach Paulsenau — letzterer unter Ernennung zum Postverwalter.

Ernannt ist der Postsekretär Giese in Ludenwalde zum Ober-Postsekretär.

Entlassen ist im Wege der Kündigung der Postassistent Stappenbed in Ludenwalde.

In dem ~~Niederbarnim~~ treten der Postmeister Brederlow in Storkow (Mark) und der Postverwalter Goede in Golzow (Kr. Rauh-Belzig.)

Personalveränderungen im Bezirke des Kammergerichts im Monat November 1901.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind zu Kammergerichtsräthen die Landgerichtsräthe Lehmann in Halle a./S. und Kreis-

Landgerichtsrath L. in Brandenburg. Versetzt sind die Amtsrichter Wagler in Havelberg und von Lukowicz in Rosenberg, Westpr., an das Amtsgericht I. in Berlin. Dem Kammergerichtsrath Thinius ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienste ertheilt. Pensionirt ist der Amtsgerichtsrath Hans Ziegler vom Amtsgericht I. in Berlin. Gestorben ist der Amtsgerichtsrath Professor Dr. Reinhold vom Amtsgericht I. in Berlin.

II. Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare Dr. Lademann, Reimberr, Dr. Diebling, Ulrich, Krüger, Dr. Meermann und Skopnik. Wiederausgenommen ist der frühere Rechtsanwalt Ehrenberg aus Brandenburg a./H.

III. Staatsanwaltschaft.

Ernannt sind zum Staatsanwalt in Küstrin der Bürgermeister Securius, zum Forstanwalt in Kallberge Müdersdorf und Storkow der Forstmeister Löper in Erfner und zum Stellvertreter des Staatsanwalts in Neppen der Revier Karl Hänfel.

IV. Rechtsanwälte und Notare.

Gelöscht in der Liste der Rechtsanwälte sind die Rechtsanwälte Justizrath Goldmann bei dem Kammergericht Stettiner, Dr. Pjotrowski und Hausmann bei dem Landgericht I. in Berlin und Ehrenberg bei dem Amtsgericht in Brandenburg a./H. Eingetragen in die Liste der Rechtsanwälte sind die Rechtsanwälte Justizrath Goldmann vom Kammergericht, Neumann aus Rotenburg a./H. und die Gerichtsassessoren Dr. Stolzenburg, Schoene, Dr. Eger, Dr. Ernst Beer, Schüttel und Kückel bei dem Landgericht I. in Berlin und der Rechtsanwalt Stettiner vom Landgericht I. in Berlin beim Landgericht II. daselbst. Zum Notar ernannt ist der Rechtsanwalt Brandt in Ludenwalde. Dem Notar Hausmann in Berlin ist die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilt. Gestorben ist der Rechtsanwalt Fischer in Berlin.

V. Referendare.

Zu Referendaren ernannt sind die bisherigen Rechtskandidaten Köppen, von Bonin, Nitka, Mitscher, Muntz, Kubo, Teuber, Tarnowski, Albrecht von Hoffmann, Zisch, Alfred von Hoffmann, Klingemann, Walter, Dietrich und Frisch. Ausgeschieden sind die Referendare von Prigbuer behufs Uebertritts in den höheren Heeresverwaltungsdienst und Dr. Sigler.

VI. Subalternbeamte.

Ernannt ist der Inspektionsgehilfe Hammermeister aus Lublitz zum Gefängnis-Inspektionsassistenten bei dem Untersuchungsgefängnis in Berlin. Versetzt ist der Gerichtsvollzieher Schmiedke in Otternburg an das Amtsgericht zu Charlottenburg. Pensionirt sind der Obersekretär Wente bei dem Amtsgericht I. in Berlin und die Gerichtsvollzieher Rutschke in Charlottenburg und Hildebrand in Potsdam. Gestorben ist der Gerichtsschreiber Krug bei dem Kammergericht.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Die Königl. Maschinenbau- und Hütten-Schule zu Duisburg eröffnet am 5. April F. Z. in ihren beiden Abtheilungen:

- 1) Maschinenbau-Schule für Schlosser, Schmiede, Maschinenbauer, Kesselschmiede und ähnliche Gewerbetreibende;
- 2) Hütten-Schule für Eisen- und Metallhüttenleute und Gießer, Arbeiter von Hoheöfen, Glashütten, Zementfabriken und der chemischen Großindustrie einen neuen Lehrgang.

Das Programm der Anstalt wird auf Verlangen kostenfrei zugesandt.

Die Anstalt gehört nach Ziffer 3 der Ausführungsbestimmungen zur Prüfungsordnung für die mittleren und unteren Staats-Eisenbahnbeamten zu den „anerkannten Fachschulen“, deren Reisezeugnisse für die Annahme zum Werkmeisterdienst folgende Vergünstigungen gewähren: Nur die Reiseprüfungen der von der Staats-Eisenbahnverwaltung anerkannten Fachschulen gelten als Nachweis der erforderlichen theoretischen Kenntnisse. (§ 37, 4 der Prüfungsordnung.) Solange Bewerber mit solchen Zeugnissen vorhanden sind, dürfen andere Bewerber nicht angenommen werden. Die letzteren haben eintretendenfalls eine besondere Prüfung abzulegen und zwar auch dann, wenn sie das Reisezeugnis einer nicht anerkannten Fachschule besitzen. — Min.-Erl. vom 23. Mai 1900.

Duisburg, den 27. Dezember 1901. Der Direktor.

Präsident.

Dem Gemeindefekretär a. D. Emil Rhein, z. Zt. in Fürstberg in Mecklenburg wohnhaft, ist das mündliche Verhandeln vor dem Amtsgericht zu Lyßen gestattet worden.

Prenzlau, den 21. Dezember 1901.

Der Landgerichtspräsident.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Reisende Baruch Bösen, geboren am 10. Dezember 1881 zu Kolomea in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 19. Oktober 1901 ausgewiesen.

Der Schriftsteller Ludwig Parth, geboren am 5. Mai 1861 zu Arab in Ungarn, ungarischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 9. November 1901 ausgewiesen.

Der Arbeiter Johannes Müller, geboren am 4. August 1867 zu Jürich in der Schweiz, schweizerischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 26. November 1901 ausgewiesen.

Der Arbeiter Jakob (Ibid.) Jacobowicz, geboren 12. Oktober 1866 zu Peterhof in Rußland, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 9. Dezember 1901 ausgewiesen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiet.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Ausweisung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschließung
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1.	Reb Britmann (Britmann), Handelsmann, z. Zt.	28 Jahre alt, geboren zu Romgorod, Gouvernement Tomja, Polen, russischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Schweinfurt.	12. Nov. 1901.
2.	Wenzel Rosa, Seiler,	geboren am 26. September 1849 zu Vocatetz, Böhmen, ortsd. gehörig ebendaselbst,	Betteln,	Königlich sächsisches Kreishauptmannschaft Zwickau.	23. Sept. 1901.
3.	Heinrich Stähli, Färber,	geboren am 16. Dezember 1849 zu Hedingen, Schweiz, ortsd. gehörig ebendaselbst,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Straßburg,	20. Nov. 1901.
4.	August Wagner, Schlosser,	geboren am 12. Juli 1877 zu Clairvaux, Luxemburg, ortsd. gehörig ebendaselbst,	desgleichen,	derselbe.	23. Nov. 1901.
5.	Anton Wapka, Schlächtergehilfe,	geboren am 12. März 1867 zu Batsch, Bezirk Lubitz, Böhmen, ortsd. gehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Bielefeld.	desgleichen.

Hierzu fünf öffentliche Anzeigen.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Verdient von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. M. Hahn'schen Erben.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 3.

Den 17. Januar

1902.

Inhalts-Verzeichn. Sach- und Namen-Register für 1901. S. 19. — Inhalt von Stück 1 des Reichsgesetz-Blatts. S. 19. — Aenderungen der Postordnung. S. 19. — Errichtung einer Handelskammer für Berlin. S. 20. — Erziehung eines Landtagsabgeordneten. S. 20. — Zwangsreinigung für die Gas- u. Anlagen-Gesamtheiten. S. 20. — Festsetzung des II. und III. Divisions der Brigitten (Ebniederung). S. 21. — Sonntagsruhe im Barbiergewerbe. S. 21. — Behandlung aufgefundenen Leichbalkens. S. 24. — Fleischeren. S. 22. — Verlegung der Amtsräume der Kadasterämter für Berlin. S. 22. — Nachtrag zur Pfarrerziehungsanfrage von St. Ludwigs in St. Wilhelmsdorf. S. 22. — Desgleichen von Steglitz. S. 23. — Desgleichen der katholischen Pfarrei Potsdam. S. 23. — National-Hypotheken-Kredit-Gesellschaft in Berlin. S. 23. — Nachdruck. S. 24/25. — Eröffnung einer Strom- und Schiffsfahrts-Polizei-Verordnung. S. 24. — Eröffnung der Fernsprechanlagen. S. 25. — Pfarrerziehungs-Erklärung. S. 26. — Kommunal-Bezirks-Veränderungen. S. 26. — Feuerfängengelber-Ausweisung. S. 26. — Personal-Verordn. S. 27. — Prozeßagent. S. 27. — Ausweisungen aus Preußen. S. 28. — Ausweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiet. S. 28.

Sach- und Namenregister.

Das von der hiesigen Amtsblattsredaktion herauszugebende Sach- und Namenregister zum Amtsblatte für 1901 ist fertiggestellt und den Postamtszeitungsstellen in diesen Tagen zur weiteren Veranlagung zugestellt worden.

Diesemigen Behörden, einzelnen Beamten und Privatpersonen u. c., welche die Lieferung wünschen, wollen sich unter Einzahlung von 40 Pf. für das Stück an die betreffende Zeitungsstelle wenden.

Potsdam, den 8. Januar 1902.

Der Regierungspräsident.

Reichsgesetzblatt.

(Stück 1.) Nr. 2825. Gesetz zur Abänderung der Strandungsordnung. Vom 30. Dezember 1901.

Bekanntmachungen des Reichskanzlers.

Aenderungen der Postordnung vom 20. März 1900

Auf Grund des § 50 des Gesetzes über das Postwesen des Deutschen Reichs vom 28. Oktober 1871 wird die Postordnung vom 20. März 1900 in folgenden Punkten geändert:

- 1) Im § 10 „Warenproben“ ist im Abs. VII. unter 2 nach Ersetzung des Semikolons am Schlusse durch einen Punkt folgendes hinzuzufügen:
Ebenso kann von der doppelten Verpackung abgesehen werden bei Kästchen aus harter Wellpappe, wenn sämtliche Zwischenräume mit auffaugenden Stoffen angefüllt und die Kästchen sicher verschlossen sind, sowie wenn, bei Verbringung mehrerer Kästchen zu einer Sendung, jedes Kästchen mit einer besonderen Umhüllung von Wellpappe versehen ist;
- 2) Im § 22 „Durch Eilboten zu behandelnde Sendungen“ erhalten die ersten beiden Sätze des Abs. VII. nachstehende Fassung:
VII. Bei gleichzeitiger Abtragung mehrerer Sendungen durch denselben Boten an denselben Empfänger wird, wenn die Zahlung des Botenlohns dem Empfänger überlassen ist, der Botenlohn bei Briefsendungen für eine der Sendungen zum vollen Betrag und für die

anderen mit je 10 Pf., bei Paketen aber für jedes Paket mindestens der Betrag von 40 Pf. erhoben. Sind mit Eilbriefsendungen zugleich Eilpakete abzutragen, so kommen die Botenlohnsätze für Pakete und außerdem für jede Briefsendung der Satz von 10 Pf. in Anwendung.

- 3) Im § 25 „Briefe mit Zustellungsurkunde“ erhalten a. der erste Satz des Abs. III. nachstehende Fassung:

III. Briefe mit Zustellungsurkunde müssen verschlossen und auf der Aufschriftseite mit der Angabe von Namen und Wohnort des Absenders handschriftlich oder durch Stempelabdruck u. versehen sein.

- b. der Abs. VIII. nachstehende Fassung:

VIII. Für Briefe mit Zustellungsurkunde werden erhoben:

- 1) das gewöhnliche Briefporto;
 - 2) eine Zustellungsgebühr von 20 Pf.;
 - 3) das Porto von 10 Pf. für die Rücksendung der Zustellungsurkunde (wegen der Ausnahme im Orts- und Nachbarortsverkehr siehe § 37 III).
- Die Beträge zu 1 bis 3 müssen sämtlich entweder vom Absender sogleich bei der Einlieferung oder vom Empfänger bei der Aushändigung entrichtet werden. Im Uebrigen haftet der Absender für alle Beträge, die vom Empfänger nicht erhoben werden können. Dann die Zustellung nicht ausgeführt werden, so ist bei unfrankirten Briefen nur das Porto zu 1 zu entrichten, während bei frankirten Briefen der zu 2. und 3. voranzubehaltene Betrag erstattet wird.

- 4) Im § 36 „Bestellung und Bestellgebühren“ unter I. letzter Abs., erhält der erste Satz folgende Fassung:

Die für Bewohner von Landorten mit Posthäufstelle bestimmten gewöhnlichen Briefsendungen und Pakete können der Posthäufstelle zugeführt und entweder durch den Inhaber der Posthäufstelle abgetragen oder zur Abholung bereit gehalten werden (§ 42).

- 5) In demselben § (36) ist unter VIII. als dritter Satz nachzutragen:

Vorausbezahlte Bestellgebühren werden nicht erstattet, wenn die Ausbändigung der Sendung am Bestimmungsort im Wege der Abholung (§ 42) erfolgt ist.

- 6) Im § 44 „Nachsendung der Postsendungen“ erhält der Abs. I. am Schlusse folgenden Zusatz:

Drucksachen, Geschäftspapiere und Waarenproben, die nach der Fristare frankirt sind, werden in den Fernverkehr nur auf ausdrücklichen Wunsch des Absenders oder des Empfängers nachgesendet.

Als Absatz III. ist folgende Bestimmung einzuschließen:

III. Hat der Absender durch einen Vermerk in der Aufschrift, der bei Paketen auch auf der Postpaketadresse vorhanden sein muß, die Nachsendung ausgeschlossen, so darf eine solche auch auf Antrag des Empfängers (I. und II.) nicht eintreten.

Sodann sind die bisherigen Abs. III. und IV mit IV. und V. anderweitig zu bezeichnen.

- 7) Im § 46 „Behandlung unbestellbarer Postsendungen am Aufgabeorte“ erhält der erste Satz des Abs. I. folgende anderweitige Fassung:

I. Die nach § 45 unbestellbaren und deshalb nach dem Aufgabeorte zurückgelangten sowie die als unzulässig von der Postbeförderung ausgeschlossenen Sendungen werden an den Absender zurückgegeben.

- 8) In demselben § (46) erhält der erste Satz des Abs. III. nachstehenden anderweitigen Wortlaut:

III. Kann die Postanstalt am Aufgabeorte den Absender einer unbestellbaren oder von der Beförderung ausgeschlossenen Sendung (I.) nicht ermitteln, so wird die Sendung an die vorgesetzte Ober-Postdirektion eingeschendet und dort zur Feststellung des Absenders nöthigen Falles geöffnet.

- 9) In demselben § (46) sind am Schlusse des Abs. V. die Worte „und durch einmalige Einrückung in ein dazu geeignetes amtliches Blatt“ zu streichen.

- 10) Im § 50 „Entrichtung des Portos und der sonstigen Gebühren“ ist unter IV. als zweiter Satz nachzutragen:

Dies gilt auch von dem Porto und den Gebühren für die Nachsendung, sofern der Absender diese nicht ausgeschlossen hatte (§ 44 III.).

Vorstehende Änderungen treten mit dem 1. Januar 1902 in Kraft.

Berlin W. 66, den 12. Dezember 1901.

De Reichstag.
Bekanntmachungen
der Königl. Ministerien.
Verfügung.

betreffend die Errichtung einer Handelskammer für Berlin.

7. Die Verfügung vom 19. Dezember d. J. durch welche die Errichtung einer Handelskammer für Berlin und seine Vororte genehmigt worden ist, wird dahin ergänzt, daß die Handelskammer zunächst nur für die Stadt Berlin ins Leben treten soll. Die Entscheidung über die Zuweisung der Vororte bleibt späterer Bestimmung vorbehalten.

Die Vorbereitung der ersten Wahlen (§ 11 des Gesetzes über die Handelskammern) und die Ernennung der nach § 12 a. a. D. zu bestellenden Wahlkommissionen erfolgt durch den Königl. Polizeipräsidenten zu Berlin.

Berlin, den 30. Dezember 1901.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Bekanntmachungen
des Königl. Regierungspräsidenten.

Ersagwahl eines Landtagsabgeordneten.

12. Infolge Ernennung des bisherigen vortragenden Raths im Reichsamt des Innern, Geheimen Ober-Regierungsraths Dr. Kelsch zu Charlottenburg zum Vorsitzenden des Kaiserlichen Ober-Seccamtes hat für den V. Wahlbezirk (Stadt Potsdam) des Regierungsbezirks Potsdam eine Ersagwahl stattzufinden.

Ich habe den Oberbürgermeister Sachse hierselbst zum Wahlkommissar ernannt, die Stadt Potsdam als Wahlort bestimmt und den Tag der Wahlmännerwahlen auf den 13. Februar d. J. und den Tag zur Wahl des Abgeordneten auf den 19. Februar festgesetzt. Potsdam, den 6. Januar 1902.

Der Regierungspräsident.

Zwangseinnahme für die Gas- u. Anlagen-Fachmänner.

13. Auf Grund des § 100 des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 26. Juli 1897 (R.-G.-Bl. S. 663) hat eine Anzahl Gas-, Wasserleitungs- und Heizungsanlagen-Fachmänner in Charlottenburg beantragt, anzuordnen, daß zur Wahrnehmung der gemeinsamen gewerblichen Interessen der Gas-, Wasserleitungs- und Heizungsanlagen-Fachmänner sämtliche Gewerbetreibende, welche das bezeichnete Gewerbe im Stadtkreis Charlottenburg ausüben, einer neu zu errichtenden Innung (Zwangseinnahme) als Mitglieder anzugehören haben.

Zur Feststellung, ob die Mehrheit der theilhaftigen Gewerbetreibenden der Einführung des Beitragszwanges zustimmt, bestelle ich den Herrn Oberbürgermeister in Charlottenburg zum Kommissar.

Die Art und Zeit der Abstimmung wird der Herr Kommissar in ordnungsgemäßer Weise zur Kenntnis der Theilhaftigen bringen.

Potsdam, den 6. Januar 1902.

Der Regierungspräsident.

Wahl des Deichinspektors des Deichverbandes der II. und III. Division der Prignitzschen Elbniederung.

14. Die für den Zeitraum vom 1. Januar 1902 bis dahin 1908 gehende Wiederwahl des Wasserbauinspektors, Bauratha Fischer in Wittenberge zum Deichinspektor des Deichverbandes der II. und III. Division der Prignitzschen Elbniederung ist von mir bestätigt worden. Potsdam, den 9. Dezember 1901.

Der Regierungspräsident.

Verordnung.

Eintragstraße im Barbiergewerbe.

15. Im Anschluß an meine Verordnung vom 21.sten März 1895 — Amtsbl. S. 112 zu a — bestimme ich gemäß § 41 b. der Reichsgewerbeordnung, daß in der Stadt Rathenow der Betrieb des Barbier- u. Gewerbes an Sonn- und Feiertagen nur bis 2 Uhr Nachmittags stattfinden darf.

Potsdam, den 9. Januar 1902.

Der Regierungspräsident.

Bemerkung und Anleitung.

über die Behandlung von Luftballons und zugehörigen Apparaten, welche im Regierungsbezirk Potsdam aufgefunden werden.

16. Zum Zwecke wissenschaftlicher Erforschung der höheren Luftschichten, in welche Menschen nicht mehr vorzudringen vermögen, läßt man: fast in allen Staaten Europas von Zeit zu Zeit kleinere oder größere Luftballons steigen, die Instrumente tragen, welche auf einer geschwänzten Papierfläche selbstständig Aufzeichnungen über die Temperatur, die Feuchtigkeit und so weiter ausführen. Für die nächsten Jahre finden derartige Auffahrten an den ersten Donnerstagen eines jeden Monats gleichzeitig in England, Frankreich, Elsaß-Lothringen, Bayern, Preußen, Oesterreich und Rußland statt, außerdem aber noch gelegentlich an anderen Tagen. In Preußen erfolgen dieselben seitens des Aeronautischen Observatoriums des Königlich-preussischen Meteorologischen Instituts am Tegelers Schießplatz bei Berlin; die Ballons, Instrumente und aller Zubehör sind demnach fiskalisches Eigenthum.

Da diese Ballons „unbemannt“ sind, d. h. nur Apparate, aber keine Person tragen, muß man erwarten, daß sie von verlässlichen Leuten gefunden, in zweckmäßiger Weise aufbewahrt und zurückgeschickt werden. Um den Bewohnern des Reiches die Möglichkeit einer sachgemäßen Mitwirkung bei diesen wichtigen und in allen Kulturstaaten geübten Versuchen zu gewähren, seien folgende Erläuterungen und Vorschriften bekannt gegeben und die nachgeordneten Behörden ersucht, deren Befolgung anzupfehlen bzw. zu überwachen.

1. Zum Emporheben der Instrumente werden meistens Luftballons, die mit Gas gefüllt sind, gelegentlich aber auch Drachensflächen verwendet, die an einem Stahldraht gehalten und durch die Wirkung des Windes zum Aufsteigen gebracht werden. Die Ballons sind entweder aus Stoff, oder aus Gummi, oder aus Papier hergestellt, an ihrem unteren Theile haben sie eine Oeffnung, aus der man durch vorsichtiges Drücken auf den Ballon das Gas entleeren kann, besonders

leicht, wenn man diese Oeffnung hierbei nach oben bringt.

Papierballons, deren Hülle an sich ohne Werth ist, können ohne Weiteres durch Zerreißen entleert werden. Bei dieser Thätigkeit ist selbstverständlich jedes offene Feuer (Cigarre, Pfeife, Streichholz oder anderes) mit größter Sorgfalt fern zu halten, da das Gas leicht zum Explodiren gebracht werden könnte. Ballons aus Stoff und Gummi müssen mit größter Sorgfalt behandelt und deshalb z. B. aus Bäumen möglichst ohne Verletzungen frei gemacht werden.

Die zu demselben Zwecke benutzten Drachen haben die Gestalt eines vierseitigen offenen, aus Holzstäben bestehenden Rahmens, der theilweise mit Baumwollstoff bekleidet ist. Befindet sich, was meist nicht der Fall ist, noch ein längeres Stück Stahldraht an dem Drachen, so ist, falls die Möglichkeit vorliegt, daß dieses eine elektrische Starkstrom-Leitung berühren kann, jedes Greifen desselben mit den bloßen Händen, oder Verühren mit unbedeckten Körperteilen sorgfältig zu vermeiden. Dagegen befreit ein um die Hände gewickeltes trockenes Tuch jede Gefahr. Man vermeide jede unnötige Beschädigung des sehr zerbrechlich gebauten Drachens.

2. Ist der Ballon oder Drache bei starkem Winde noch in schneller Bewegung, so ist bei den Versuchen, ihn festzuhalten, mit aller Vorsicht zu verfahren, um nicht ungerissen und hierbei beschädigt zu werden. Ein schnelles Umschlingern der herabhängenden Leine um einen festen Pfahl oder Baum ist am vortheilhaftesten, um seine Bewegung aufzuhalten.

3. Das an dem Ballon oder Drachen hängende Instrument ist von besonderem Werthe und muß deshalb mit der äußersten Vorsicht behandelt werden. Sobald man das mit Metallpapier beklebte kleine Körbchen, in dem der Apparat untergebracht ist, in der Luft ergreifen kann, oder wenn man es am Erdboden, oder in einem Baume hängend findet, schneide man es, ohne im Geringsten mit den Fingern hineinzugreifen, ab und stelle es uneröffnet vorsichtig bei Seite, wenn möglich, in einen geschützten Raum, wo es auch vor dem Regen bewahrt ist. Sind an dem Körbchen noch besondere Vorschriften angebracht, so führe man diese sofort aus, z. B. wenn gebeten wird, an einer besonders bezeichneten Schnur so lange zu ziehen, bis eine Feder aufspringt, was zum Zwecke hat, eine nachträgliche Zerstörung der auf mit Ruß geschwärztem Papier erfolgten Aufzeichnungen zu verhindern.

4. Ballon, Reg., Hallidism, Drachen und alle zugehörigen Theile sind ebenfalls sorgfältig aufzubewahren.

5. Bei allen innerhalb des Königreichs Preußen und der übrigen deutschen Bundesstaaten, außer dem Reichslande Elsaß-Lothringen, Bayern, Württemberg und Baden gefundenen Ballons, Drachen und Apparaten, ist sofort eine telegraphische Depesche an das Aeronautische Observatorium, Reinickendorf—West bei Berlin, abzusenden, in der die Adresse des Finders genau angegeben ist. Auch bei ausländischen Ballons, die nicht selten in Nord-

und Mitteldeutschland landen, ist zuerst eine solche Depesche nach Reinickendorf—Berlin zu schicken. Ballon und Apparat werden entweder abgeholt oder nach weiterer erfolglicher Verschiffung durch die Post zurückgefordert werden.

6. Für jeden aufgefundenen und in sachgemäßer Weise behandelten Ballon oder Apparat wird an den oder die Finder eine Belohnung gezahlt, die von 5 bis 20 Mark betragen kann, je nachdem die Vergütung mehr oder weniger sorgfältig erfolgt ist, worüber sich das königliche Meteorologische Institut die Entscheidung vorbehält, nachdem alle sonstigen Kosten, auch für die Depesche, zurückgezahlt.

Im Falle von Streitigkeiten wird das königliche Landratsamt erschieden, welchen Personen die Belohnung zugehört.

Die Polizei- und Gemeindebehörden werden ersucht, der sachgemäßen Ausübung obiger Vorschriften die thätigste Förderung und Unterstützung zu Theil werden zu lassen.

Ganz besonders ist durch Belehrung und gelegentlich gutes Beispiel darauf hinzuwirken, daß jedes Dessinen oder Zerühren der Apparate in ihren inneren Theilen, die sehr leicht zerbrechlich sind, ganz besonders aber an der mit geschwärztem Papier oder Metall überzogenen Walze oder Trommel, den wissenschaftlichen Werth des Aufsteiges unwiderruflich vernichtet und daß auch aus diesem Grunde die Höhe der Belohnung in erster Linie davon abhängt, ob die Aufzeichnungen durch die Schuld oder Ungeschicklichkeit der Finder verdorben worden sind, oder nicht.

Potsdam, den 3. Januar 1902.

Der Regierungspräsident.

17. Die Besuche.

I. Festbesuche:

a. Milzbrand. Kreis Derstow-Storkow: Klein-Mieg. Kreis Ost-Havelland: Dyrog, Perwenitz. Kreis West-Havelland: Döbbskow. Kreis Teltow: Löwenbrück.

b. Maul- und Klauenseuche. Kreis Ost-Prignitz: Dannewalde, Bettin.

c. Schweineseuche. Kreis Teltow: Mariendorf.

d. Bruckseuche. Kreis Jüterbog: Pferdebestand der 1. und 4. Bat. Batterie des Lehr-Regiments der Feldartillerie-Schießschule in Jüterbog.

e. Geflügel-Cholera. Kreis Teltow: Stieglitz, Groß-Sieckow.

f. Räude. Kreis Ostprignitz: Kyritz.

II. Geflügel:

a. Milzbrand. Kreis Ost-Havelland: Nauen.

b. Schweineseuche. Kreis Niederbarnim: Neu-Holland. Kreis Teltow: Mariendorf.

c. Bruckseuche. Kreis Jüterbog: Pferdebestand der 8. und 9. Bat. Batterie des Lehr-Regiments der Feldartillerie-Schießschule in Jüterbog.

d. Geflügel-Cholera. Kreis Nieder-Barnim: Wartenberg. Kreis Teltow: Landwig.

Potsdam, den 14. Januar 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der königlichen Regierung.

Verlegung der Amtsräume der Katasterämter für den Stadtbezirk Berlin.

2. Die Amtsräume der Katasterämter Berlin Centrum und Nordost befinden sich jetzt in dem Hause Drapenburgerstraße 15, die der Katasterämter Berlin Nordwest und Süd in dem Hause Dranienburgerstraße 14, Postbezirk Berlin N. 24. Am 1. April d. Js. werden auch die Amtsräume der beiden letzteren Ämter nach Dranienburgerstraße 15 verlegt werden.

Potsdam, den 13. Januar 1902.

Königliche Regierung,
Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten A.

Nachtrag zu der Pfarrerrichtungs-Urkunde von St. Ludwig in Deutsch-Wilmersdorf.

3. Nachdem im gegenseitigen Einvernehmen der beteiligten kirchlichen Vermögens-Verwaltungs-Organen der östliche Theil der Pfarrei St. Ludwig an die Pfarrei St. Matthias in Berlin abgetreten worden ist, in Folge dessen auch die Südgrenze der erstern gegen die Pfarrei Stieglitz geregelt wurde, wird die St. Ludwigs-Pfarrei in Deutsch-Wilmersdorf nunmehr im Süden und Osten, wie folgt, begrenzt:

Die östliche Grenze beginnt nördlich am Kurfürstendamm und läuft von da ab in der Mittelaachse der Kurfürsten-, Ansbacher- und Königshofen-Straße entlang bis zur verlängerten Passauerstraße und fällt von hier ab — beide Seiten der verlängerten Passauerstraße umfassend, so daß diese mit beiden Häuserzeilen an St. Matthias fällt — mit der polnischen Grenze zwischen Spandenberg und Deutsch-Wilmersdorf zusammen und geht bis zum Ringbahndamm, an dem sie sich hinzieht von der nächsten, östlich der Holbeinstraße (in Spandenberg) projectirten Parallelstraße bis zur Regelsbärgischen Straße, in deren Mittelaachse, so daß in den Mittelaachsen der Eger- und Rissingerstraße die Grenze weiter läuft, bis sie in Schmargendorf am Gruenewald (der bisherigen Gemeindegrenze) endet.

Noch wird nachrichtlich bemerkt, daß die Bahnhofe Eichkamp und Grünwald zu den von der Pfarrei Charlottenburg beauftragten der Pfarrei St. Ludwig in Deutsch-Wilmersdorf abgetretenen Gebietstheilen gehören.

Dreslau, den 12. Juni 1901.

(L. S.)

Der Fürstbischof.

G. Carb. Kopp.

Die nach der vorstehenden Urkunde vom 12. Juni 1901 von dem Fürstbischof von Breslau kirchlicherseits ausgesprochene Abänderung der Grenzen der katholischen St. Ludwigs-Pfarrgemeinde in Deutsch-Wilmersdorf wird auf Grund der von dem Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten mittelm. Erlasses vom 16. Dezember 1901 — G. II. 7546 —

und erteilten Ermächtigung hierdurch von Staatswegen
befähigt und in Vollzug gesetzt.

Potsdam, den 9. Januar 1902.

(L. S.)

Königliche Regierung,
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.

Nachtrag

zu der Pfarrerrichtungs-Urkunde von Steglitz, Kreis Teltow.
A. Nachdem unter gegenseitigem Einvernehmen der
beteiligten kirchlichen Vermögens-Verwaltungs-Organen
die Pfarrei Steglitz im Süden und Westen einige Be-
zirksteile an die neuerrichtete Curatie-Gemeinde Groß-
Lichterfelde abgegeben, dagegen im Norden und Osten
einige Bezirke von der Pfarrei St. Ludwig zu Wilmers-
dorf und der Pfarrei St. Matthias zu Berlin erhalten
sind, werden die nunmehrigen Pfarrbezirke bestimmt,
wie folgt:

Im Norden gegen die Pfarreien St. Ludwig und
St. Matthias: In Schmargendorf am Grunewald (der
bisherigen Gemeindegrenze) beginnend, soll die Achse
der Eber- und Lissingerstraße, dann die Achse der
Rathenowerstraße bis zur Ringbahn die Grenze
bilden. Dann soll die Grenze sich längs der Ringbahn
hinziehen, bis sie auf die nächste, nämlich der Holkeim-
straße (in Schoeneberg) projektierte Parallelstraße stößt.
Dann soll diese Straße — mit Ausschluß aller Häuser
zu beiden Seiten derselben — die Grenze bilden, bis
sie die neuprojektierte Straße trifft, die längs der süd-
lichen Grenze des neuen Kirchhofes der evangelischen
12 Apostel- und Luthergemeinde läuft. Im Nordosten
soll dann diese Straße — wieder mit Ausschluß der
Häuser an beiden Seiten — die Grenze bilden, bis sie
auf den Bahnkörper der Anhalter Bahn stößt.

Die ausgeschlossenen Straßen verbleiben beider-
seitig bei St. Matthias. Im Süden und Westen: die
Gemarkungsgrenzen von Groß-Lichterfelde und Teltow,
bis sie westlich der Säulengasse auf die Potsdamer
Bahn stoßen; von da ab den ganzen Bahnraum ent-
lang bis zur Dahlemer Straße; von da ab in der
Mittellinie dieser Straße bis zur Chaussee und dann
der nördlichen Grenze des Kreis-Krankenhauses bis zum
Zusammentreffen mit der Dahlemer Gemarkungsgrenze.
Von hier ab bildet die Grenze die Dahlemer und
Zehlendorfer Gemarkungsgrenze.

Im Osten und Westen folgt die Grenze der Pfarrei
des Bahnhofs der Anhalter Bahn, bis sie die Grenze
von Siedow erreicht.

Johannesberg, den 1. August 1901.

(L. S.)

Der Fürstbischof.
G. Carl Ropp.

Die nach der vorstehenden Urkunde vom 1. August
1901 von dem Fürstbischof von Breslau kirchlicherseits
ausgesprochene Abänderung der Grenzen der katholischen
Pfarrgemeinde in Steglitz wird auf Grund der von
dem Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-
Angelegenheiten mittels Erlasses vom 16. Dezember 1901

— G. II. 7546 — und erteilten Ermächtigung hier-
durch von Staatswegen befähigt und in Vollzug gesetzt.

Potsdam, den 9. Januar 1902.

(L. S.)

Königliche Regierung,
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.

Nachtrag

zu der Pfarrerrichtungs-Urkunde der katholischen Pfarrei Potsdam.
B. Unter gegenseitigem Einvernehmen der bethei-
ligten kirchlichen Vermögens-Verwaltungsorgane werden
die Ortsgemeinden Kl. Nachnow und Stahnsdorf aus dem
Bezirk der katholischen Pfarrei Potsdam ausgespart
und der neuerrichteten Curatie Groß-Lichterfelde überwiesen.
Johannesberg, den 1. August 1901.

(L. S.)

Der Fürstbischof.
G. Carl Ropp.

Die nach der vorstehenden Urkunde vom 1. August
1901 von dem Fürstbischof von Breslau kirchlicherseits
ausgesprochene Abänderung der Grenzen der katholischen
Pfarrgemeinde in Potsdam wird auf Grund der von
dem Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-
Angelegenheiten mittels Erlasses vom 16. Dezember
1901 — G. II. 7546 — und erteilten Ermächtigung
hierdurch von Staatswegen befähigt und in Vollzug
gesetzt.

Potsdam, den 9. Januar 1902.

(L. S.)

Königliche Regierung,
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.

Bekanntmachungen des Königlichen
Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Abänderungen der revidierten Statuten der National-Hypotheken-
Kredit-Gesellschaft in Berlin.

B. Es wird hierdurch bekannt gemacht, daß die
revidierten Statuten der National-Hypotheken-Kredit-Ges-
ellschaft in Berlin vom 8. August 1898 durch Beschlüsse
der ordentlichen Generalversammlungen vom 3. März
1900 und 14. Februar 1901 folgende Abänderungen
erfahren haben:

§ 1.

Die zweimal am Ende der Firma im § 1 Absatz 1
aufgeführten Worte „zu Stettin“ kommen in Wegfall.

§ 2. lautet:

Der Sitz der Gesellschaft ist Berlin. § 28 Absatz 2
an Stelle der Worte: „in Stettin“ treten die Worte:
„in Berlin“.

Die §§ 30 und 31 fallen fort; an deren Stelle
treten die nachfolgenden Bestimmungen:

§ 30.

Berücksichtigt sich das Kapital des zur Deckung dienen-
den Hypotheken und Grundschulden durch Amortisation
oder Rückzahlung soweit, daß die vorchriftsmäßige
Deckung nicht mehr vorhanden ist, so muß der Fehlbetrag
entweder durch Zurückziehung und Vernichtung von
Hypothekenpfandbriefen ausgeglichen oder durch andere
zur Deckung geeignete Hypotheken und Grundschulden

forderungen ersetzt werden. Die Verminderung des Umlaufs der Hypothekenspfandbriefe erfolgt durch Rückkauf oder durch Vereinfachung nach vorausgegangener Kündigung oder durch Auslosung. Letztere erfolgen in Gegenwart eines Richters oder Notars, welcher darüber eine Verhandlung aufnimmt. Die gezogenen Nummern, sowie der Ort und die Zeit der Rückzahlung werden dreimal in angemessenen Zwischenräumen durch die Gesellschaftsblätter bekannt gemacht, das erste Mal wenigstens 3 Monate vor dem Rückzahlungstermin, mit welchem die Verzinsung aufhört. Die Rückzahlung erfolgt gegen Einlieferung der Pfandbriefe nebst Talons und den nicht fälligen Zinsscheinen. Die aus dem Verkehr gezogenen Pfandbriefe werden in Gegenwart von 2 Mitgliedern des Aufsichtsraths und 2 Vorstandsmitgliedern kasirt. Hierüber wird ein Protokoll aufgenommen.

§ 31.

Für die von der Genossenschaft bereits ausgegebenen Pfandbriefe sind nach Tilgung der Unterbilanz und Wiederherstellung des Reservefonds von Mark 540 000 folgende Festsetzungen maßgebend:

- von dem Gesamtumlauf der $3\frac{1}{2}\%$ und 3% igen al pari rückzahlbaren Pfandbriefe werden, abgesehen von den durch Ankauf aus dem Verkehr gezogenen Pfandbriefen dieser beiden Gattungen, gemäß der mit den Besitzern derselben getroffenen Vereinbarungen, vom Mai/Juni 1898 alljährlich am 15. März Mark 500 000 ausgelost. Legierte werden auf den Umlauf der $3\frac{1}{2}\%$ und 3% igen Pfandbriefe, wie solcher in der Bilanz am 31. Dez. Dezember vor dem Auslosungstermin festgestellt wird, prozentual vertheilt.
- Von dem Gesamtumlauf der nicht konvertirten $4\frac{1}{2}\%$ mit 110 auslosbaren und 4% mit 110 auslosbaren, ferner der 4% al pari rückzahlbaren und der $3\frac{1}{2}\%$ bis 1905 unkündbaren al pari rückzahlbaren Pfandbriefe werden je 1% jeder Gattung alljährlich ausgelost, jedoch nur, falls und insoweit ein Rückkauf in Höhe von 1% bei jeder Gattung nicht stattgefunden haben sollte. Die Auslosung findet alljährlich am 15. März statt. Das eine Prozent wird vom Umlauf jeder Gattung der

6.

Marktpreise für den Monat A. En gros-Marktpreise

	Weizen			Roggen			Guttes Getreide			Sachse		
	gut	mittel	gering	gut	mittel	gering	gut	mittel	gering	gut	mittel	gering
in Berlin	17 30	17 24	17 19	14 40	14 35	14 31	14 22	13 56	12 93	16 66	15 97	
in Charlottenburg												
in Schöneberg												
in Rixdorf												

B. Detail-Marktpreise im Monatsdurchschnitt

	Getreide				Rindfleisch		Schweinefleisch	Lammfleisch	Gänsefleisch	Geflügel	Fisch	Eier
	gut	mittel	gering	gering	von der Seele	Handfleisch	gut	gering	gut	gering	gut	gering
in Berlin	32 50	37 50	42 50	5	1 45	1 20	1 50	1 40	1 80	1 60	2 10	4 30
in Charlottenburg	35	35	50	4 50	1 50	1 10	1 55	1 40	1 80	1 70	2 40	3 50
in Schöneberg	35	37 50	40	4 50	1 52	1 17	1 63	1 44	1 18	1 75	2 50	3 50
in Rixdorf					1 43	1 06	1 46	1 23	1 14	1 50	2 49	4 21

Berlin, den 7. Januar 1902.

Polizei-Verordnung,

betreffend die Organisation der Strom- und Schiffsverkehrs-Polizei-Verordnung.
7. Auf Grund des § 11 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und der §§ 138, 139 und 43 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird mit Zustimmung des Herrn Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg folgendes verordnet:

Der Paragraph 2 Absatz 2 der Strom- und Schiffsverkehrs-Polizei-Verordnung vom 15. Oktober 1899 wird, wie folgt, ergänzt:

„Die wasserfreie Bordhöhe ist bei Dampfschiffen von der Unterseite der tieftliegenden Deckung (Konter) im Schiffskörper abwärts zu berechnen.“

Berlin, den 7. Januar 1902.

Der Polizei-Präsident.

4. gebundenen Pfandbriefe, welcher in der Bilanz vom 31. Dezember vor dem Auslösungstermin festgesetzt wird, berechnet.
Die Auslösung erfolgt am folgenden 1. Juli, mit welchem Tage die Verzinsung aufhört. Hinsichtlich der Auslösung und der Bekanntmachung finden die Bestimmungen des § 30 Anwendung.

§ 67.

Im Absatz 2 treten an Stelle der Worte: „in Stettin“ die Worte: „in Berlin“.

§ 73.

Im Absatz 4 an Stelle des Wortes Stettin ist zu setzen: Berlin.

§ 78.

Im Absatz 1 an Stelle der Worte: „in Stettin“ treten die Worte: „in Berlin“.

Endlich ist beschlossen worden:

Bei den vom 1. Oktober 1900 ab zur Ausfertigung gelangenden Hypothekenspfandbriefen (Anhang Form. A), Zinscheine (Form. B) und Talons (Form. C), §§ 27, 28 des Statuts fallen in der Firma überall die

Worte: „in Stettin“ weg. Bei den Zinscheinen fällt als Zahlungsort: „Stettin“ weg und wird dafür „Berlin“ gesetzt, ebenfalls bei den Talons (Form. C) als Ort für Ausbändigung der neuen Zinscoupons anstatt „Stettin“ „Berlin“) als Ort der Ausstellung anstatt Stettin überall „Berlin“.

Die vorstehenden Statutenänderungen sind in das Genossenschaftsregister eingetragen worden.

Die Herren Minister der Justiz, der Finanzen, für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und des Innern haben auf Grund Allerhöchster Ermächtigung vom 18ten Mai 1900 und 27. August 1901 laut Erlass vom 5. Juni 1900 und 28. September 1901 genehmigt, daß das der National-Hypotheken-Kredit-Gesellschaft in Berlin unter dem 30. Oktober 1871 ertheilte Privileg zur Ausgabe auf den Inhaber lautender Hypotheken-Pfandbriefe auch bei den oben erwähnten Abänderungen der Statuten weiter in Kraft bleibt.

Berlin, den 10. Januar 1902.

Der Polizei-Präsident.
von Windheim.

Dezember 1901.
im Monatsdurchschnitt.

Gefert	Getreide				Rüben	Mais	Kartoffeln	Fett	Kartoffeln	Kartoffeln	Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tages- preise einschließlich 5 % Aufschlag für 50 Kilogramm.
	gering	gut	mittel	gering							
15/30					19/24	14/22	7/24	7/28	4/25	96	891
											393
											443
								7/08			

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats Dezember 1901.

	Reis zur Speisebereitung und		Gerste		Rüben	Kartoffeln	Fett	Weizen, mittlere	Kaffee			Weizen (in geb. Bollen)	Weizen (in geb. Bollen)	
	Weizen	Roggen	Gerste	Java					Java, gelb (in geb. Bollen)					
				mittlere (roh)						in geb. Bollen				
: :														

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Erhöhung der Fernsprech-Bauschgebühren.

Auf Grund des § 3 der Fernsprechgebühren-Ordnung vom 20. Dezember 1899 (Reichsgesetzblatt Nr. 51) wird Folgendes bekannt gemacht:

Nowawes-Neudorf, Prenzlau, Rathenow und Bannsee, welcher nicht weiter als 5 km von der Vermittelungsstelle entfernt ist, beträgt vom 1. April 1902 ab:

- A. die Bauschgebühr 120 M.
- B. wenn an Stelle der Bauschgebühr die Grundgebühr und Gesprächsgebühren gezahlt werden

2) die Gesprächsgebühr 5 Pf., mindestens 20 M.

Mit Rücksicht auf die eintretende Erhöhung der Bauzinsgebühr sind sämtliche in den vorgenannten Orten gegen Bauzinsgebühr angeschlossenen Teilnehmer berechtigt, ihre Ansätze mit einmonatiger Frist zum 1. April d. Js. zu kündigen. Die Kündigung muß daher bis spätestens Ende Februar schriftlich bei dem Postamt ihres Wohnorts angebracht werden.
In den übrigen Fernsprechnetzen des Ober-Post-

direktionsbezirks Potsdam bleiben die bisherigen Gebühren unverändert. Potsdam, den 9. Januar 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion. C. 117.

Bekanntmachungen des Königl. Konsistoriums der Provinz Brandenburg.
Pfarrstellenerledigung.

S. Erledigt wird die intermagistratualische Patronatsstelle ehemals reformirte Pfarrstelle an der Heiligen-geist-Kirche zu Potsdam; Bischof Potsdam I., durch Abgang des Pfarrers Fall zum 1. April d. J.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

1.

Kommunalbezirks-Verordnungen.

St. Nr.	Nähere Bezeichnung der Grundstücke:	Bisheriger Gemeindegeld oder Ortsbezirk	Künftiger Gemeindebezirk
1	Parzelle Nr. 1476/416 des Kartenblattes Nr. 1 der Grundsteuer-Mutterrolle des Gemeindebezirks Weissensee in Größe von 64 qm	Gemeindebezirk Weissensee	Gemeindebezirk Neu-Weissensee
2	Parzelle zu Nr. 1309/304 u. (aus 830/426) des Kartenblattes Nr. 8 der Grundsteuer-Mutterrolle des Gemeindebezirks Birkenwerder in Größe von 0,00,11 ha	Fiskalisches Ortsbezirk des Domänen-Amtes Danienbütz	Gemeindebezirk Birkenwerder

Berlin, den 2. Januar 1902.

Der Landrath des Kreises Niederbarnim.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

A u s s c h r e i b e n

der von den Mitgliedern der Städteversicherungs-Gesellschaft der Provinz Brandenburg für das II. Halbjahr 1901 zu entrichtenden Beiträge.

Für das II. Halbjahr 1901 sind aufzubringen:

1. Vergütungen für Brand- und Witzschäden einschließlich der Abschätzungskosten und Prämien	446 691 M.
2. Gemeinnützige Ausgaben und Verwaltungskosten	28 006 "
3. Rückversicherungsbeiträge	108 901 "
zusammen	584 588 M.

Durch Rückversicherung, Zinsen und andere Einnahmen sind gedeckt . . . 211 347 M.

Rechtin Bedarf 383 241 M.

Auf Grund des Beschlusses des Direktorialrates der Gesellschaft vom 26. November 1901 werden ausgeschrieben:

von	79 742 450 M. Versicherungssumme in Kl. IA.	zu 2,4 Pf. v. Hundert	19 138 M. 19 Pf.
"	327 911 250 "	" I. " 4 " "	131 164 " 50 "
"	27 647 450 "	" IB. " 7,2 " "	19 906 " 16 "
"	6 232 525 "	" IIA. " 8 " "	4 986 " 02 "
"	102 366 600 "	" H. " 12 " "	122 839 " 92 "
"	13 178 125 "	" IIB. " 24 " "	31 627 " 50 "
"	9 681 200 "	" III. " 28 " "	27 107 " 36 "
"	4 187 450 "	" IIIB. " 40 " "	16 749 " 80 "
"	2 105 950 "	" IV. " 56 " "	11 793 " 32 "
"	1 676 225 "	" FVB. " 88 " "	14 750 " 78 "

überhaupt von 574 729 225 M. Beitragspflichtiger Versicherungssumme . . . 400 063 M. 55 Pf.
Dazu von 1 269 973 M. Explosions-Versicherungssumme . . . zu 1 Pf. 127 " —
876 975 " . . . zu 2 Pf. 175 " 39 "

400 365 M. 94 Pf.
Auf Grund des § 62 des Reglements sind hieron erlassen . . . 26 765 " 41 "

373 600 M. 53 Pf.
Dagegen werden an Zuschlägen erhoben . . . 1 327 " 80 "

374 927 M. 43 Pf.
Hiervon gehen den Magisträten 5 bzw. 4 vom Hundert zu mit . . . 118 189 " 81 "

sodass zur Deckung des Bedarfs verfügbar bleiben . . . 356 738 M. 62 Pf.
Der letztere beträgt . . . 383 241 " 1 "

26 502 M. 88 Pf.
müssen Fehlbeitrag

welcher dem Bestande der laufenden Verwaltung entnommen wird.

Die Magisträte der beteiligten Städte wollen hiernach die von den Mitgliedern der Societät zu entrichtenden Beiträge ungekürzt einziehen und binnen 4 Wochen — § 67 des Reglements — an die Brandenburgische Landes-Haupt-Kasse hier selbst abführen.

Berlin, den 6. Januar 1902. Der Direktor der Städtefeuersocietät der Provinz Brandenburg.

Personal-Chronik.

Im Kreise Teltow ist ernannt worden zum Amtsvorsteherstellvertreter: Landwirt Kurt Keller, Gr. Zietzen, für den Bezirk 23 „Rudow“.

Im Kreise Westprignitz sind ernannt bezw. wieder ernannt worden a. zum Amtsvorsteher: Rittergutspächter Rohst, Ritz, für den Bezirk 1 „Lenzowische“, b. zu Amtsvorsteherstellvertretern: Bauer Winterfeld, Steinberg, für den Bezirk 14 „Strigleben“, Bauer Wilhelm Lütke, Möblich, für den Bezirk 1 „Lenzowische“, Gutsbesitzer Schmiedemann, Gr. Lüben, für den Bezirk 29 „Wilsnack“.

Im Kreise Teltow sind wieder ernannt worden a. zum Amtsvorsteher: Gemeindevorsteher Winkelmann, Nowawes, für den Bezirk 4 „Nowawes-Neuenhof“, b. zum Amtsvorsteherstellvertreter: Rentier Leopold Plage in Nowawes für den Bezirk 4 „Nowawes-Neuenhof“.

Im Kreise Zauch-Belzig ist ernannt worden zum Amtsvorsteher: Gutsbesitzer Corßen, Saarmund, für den Bezirk 20 „Saarmund“.

Im Kreise Prenzlau ist wieder ernannt worden zum Amtsvorsteherstellvertreter: Administrator Gerike in Taschenberg für den Bezirk 10 „Taschenberg“.

Der Bürgermeister Haensch in Jessen ist zum Bürgermeister der Stadt Dahme i./M. auf die Dauer von 12 Jahren gewählt, als solcher bestätigt und am 30. Dezember 1901 in sein Amt eingeführt worden.

Der bisherige Katasterlandmesser Paul Gort ist aus dieser Stellung ausgetreten.

Bei der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin sind folgende Veränderungen eingetreten. Der Regierungsrath Bertrand aus Schleswig ist der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin und der Regierungsassessor Vidert von hier der Regierung zu Cassel zur dienstlichen Verwendung überwiesen. Die Regierungsassessoren Dr. Pothmann, Dr. von Waldbausen, Runge, Beccard und Rirsaedter sind zu Regierungsräthen ernannt worden. Den Regierungsekretären Skursky und Meyendorf ist der Charakter als Rechnungsrath verliehen worden. Der Steuersekretär Schiller von Ragnitz ist als Regierungsekretär zur Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin und der Regierungssupernumerar Wagner von hier als Steuer supernumerar an die Einkommensteuer-Veranlagungskommission in Ragnitz versetzt worden. Der Militär supernumerar Gundlach ist als Kanzleidiätar an die Einkommensteuer-Veranlagungskommission der Stadtkreise Barmen und Elberfeld in Barmen versetzt worden. Die Civil-anwärter Beer und Maefert II. sind als Civil supernumerare eingetreten. Der Kanzleidiätar Braeside von der Einkommensteuer-Veranlagungskommission des

Kreises Teltow ist der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin überwiesen worden.

Der bisherige Hilfsprediger Erangott Heinrich Hermann Wendland ist zum Pfarrer der Pfarodie Groeben, Diözese Cöln-Land I., befehligt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Dr. Zirwer ist als Oberlehrer an der Luisenstädtischen Oberrealschule in Berlin angestellt worden.

Der Lehrer Max Würdig ist endgültig als Gemeindevorsteher in Berlin angestellt worden.

Die Lehrer Neumann 19, Rungemüller, Krüger 37, Kanckley und Sage sind einstweilig als Gemeindevorsteher in Berlin angestellt worden.

Personal-Veränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Monat Dezember 1901.

Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht: den Postrath Zappe zum Ober-Postrath zu ernennen, sowie den Postbaupraktoren Ahrens und Eiselen den Charakter als Baurath mit dem persönlichen Range eines Raths IV. Klasse und den Ober-Postdirektionssekretären Exler, Frieze und dem Ober-Postsekretär Weishe den Charakter als Rechnungsrath zu verleihen, ferner den Postdirektoren Ramien in Rixdorf und Runk in Berlin den Rang der Raths IV. Klasse beizulegen.

Ernannt sind: zu Ober-Postdirektionssekretären: die Postsekretäre Coprian und Jürgens; zum Telegraphensekretär: der Ober-Telegraphenassistent Rudolf Fischer.

Angestellt ist: als Postassistent: der Postanwärter Paul Krüger.

Befördert sind: der Postrath Schwensky von Cassel nach Berlin, die Postsekretäre Beneke von Berlin nach Hamburg, Reil von Berlin nach Rixdorf, der Ober-Postassistent Fies von Rix nach Berlin.

Gestorben sind: Postrath a. D. Uehr, Postdirektor a. D. Körner in Charlottenburg, Postsekretäre a. D. Brook und Bulbed, Ober-Postassistent Pfister, Postexpedient a. D. Ricard de Tiregale, Ober-Telegraphenassistent Wilhelm Wichmann, Postassistent Albert Richter, Telegraphengehülfin Zyla.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Prozessagent.

Die dem ehemaligen Bureauvorsteher Baganz unter dem 6. Oktober 1900 ertheilte Erlaubnis zum mündlichen Verhandeln vor dem Amtsgericht in Pabelberg ist zurückgenommen worden.

Neu-Muppin, den 8. Januar 1902.

Der Landgerichtspräsident.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Cigarrenarbeiter Johann Joseph Eymermon, geboren am 22. Februar 1852 zu Warschau, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 14. September 1901 ausgewiesen.

Der Arbeiter Herich Blüher, geboren 28. Oktober 1878 zu Lezafek in Oesterreich, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 22. November 1901 ausgewiesen.

Samuel Wolf Lichtenstein, geboren 3. Januar 1849 zu Ploet i. Rußland, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 27. November 1901 ausgewiesen.

Der Händler Luigi Di Neo nebst Familie, geboren 26. April 1859 zu Casale, Prov. Casserta, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 7. Dezember 1901 ausgewiesen.

Der Tischler Karl Fiedler, geboren 11. Juni 1878 zu Auffig, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 11. Dezember 1901 ausgewiesen.

Der Glaser Abraham Steinberger, geboren 9. November 1879 zu Nagy Karoly, ungarischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 12. Dezember 1901 ausgewiesen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiet.

Nr. der Ausweisung.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Ausweisung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Emanuel Wildmann, Tagelöhner,	geboren am 30. Dezember 1870 zu Lenovice, Bezirk Pilsen, österreichischer Staatsangehöriger,	versuchter schwerer Diebstahl i. Rückfall u. Bestechung (2 Jahre 1 Monat Zuchthaus, laut Erkenntnis vom 24. November 1896),	Königlich bayerisches Bezirksamt Viechtach,	22. Oktober 1901.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	George Gibson, Seemann,	geboren am 26. Juni 1863 zu Dundee, Schottland, englischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Polizei-Behörde zu Hamburg,	2. Dez. 1901.
2	Marie Noél, Dienstmaad,	geboren am 1. Dezember 1883 zu Sandweiler, Luxemburg, luxemburgische Staatsangehörige,	Landstreichen und gewerbsmäßige Unzucht,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Metz,	26. Nov. 1901.
3	Josef Samuel, Goldschmied,	geboren am 30. Juni 1860 zu Kopenhagen, dänischer Staatsangehöriger,	Landstreichen, Betteln und Betrug,	Stadtmagistrat Amberg, Bayern,	14. Nov. 1901.
4	Thomas Sprenger, Maurer,	geboren am 17. Januar 1848 zu Bichlbach, Bezirk Reutte, Tirol, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Beilngries,	17. Nov. 1901.
5	Johann Steffens, Arbeiter,	geboren am 3. Januar 1865 zu Rotterdam, niederländischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln unter Bedrohung,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	24. Nov. 1901.
6	Johann Weber, Drehler,	geboren am 11. Mai 1856 zu Oberhennersdorf, Bezirk Rumburg, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Stade,	23. Nov. 1901.

Hierzu Fünf Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Abgibt von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Gayschen Erben.

Mittheilung

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 4.

Den 24. Januar

1902.

Inhalts-Verzeichniss. Inhalt von Stück 1 der Gesetz-Sammlung. S. 29. — Tabaksurrogate. S. 29. — Wohlwerthtarif. S. 29. — Wahl von Provinzial-Landtagsabgeordneten. S. 29. — Einberufung des Provinzial-Landtags. S. 30. — Diphtherie-Epidemie. S. 30. — Wasserkränze. S. 30. — Baugewerkschaften. S. 31. — Desinficirte Verlosung. S. 31. — Viehschlachten. S. 31. — Schiffsperre. S. 31. — Briefkästen für Kriegszwecke. S. 31. — Landesspottschelche, Anordnung. S. 32. — Errichtung eines Postamts III. in Groß-Beeren. S. 32. — Pfarstellenerhebungen. S. 32. — Auslosung von Pensionbriefen. S. 33. — Norddeutscher-Verein-Bayerischer-Verein. S. 33. — Personal-Statistik. S. 33. — Prozeßagenten. S. 33. — Ausweisungen aus Preußen. S. 33. — Ausweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiet. S. 34.

Gesetz-Sammlung
für die Königl. Preussischen Staaten.
(Stück 1.) Nr. 10316. Verfügung des Justizministers,
betreffend die Anlage des Grundbuchs für einen
Theil des Bezirkes des Amtsgerichts Gladbach.
Vom 30. Dezember 1901.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Tabaksurrogate.

S. Nach dem Beschlusse des Bundesraths vom
14. November 1901 kann als Ausnahme von dem im
§ 27 des Gesetzes über die Besteuerung des Tabaks
vom 16. Juli 1879 (R. G. Bl. S. 245) enthaltenen
Verbote der Verwendung von Tabaksurrogaten die
Verwendung von getrockneten Brennnesseln und von
Valerianwurzel für Herstellung von Schnupftabak von
den Zoll-Direktionsbehörden widerruflich gestattet werden.
Die dabei zu beobachtenden Kontrollvorschriften werden
den Fabrikanten auf Ersuchen von der Steuerbehörde
mitgetheilt werden.

Durch den gedachten Beschluß ist die Abgabe für
diese Tabaksurrogate auf 65 M. für den dz nach Maß-
gabe ihres Gewichtes in fabriktionsreinem Zustande und
die jährlich zu verwendende Mindestmenge für getrocknete
Brennnesseln auf 50 kg. für Valerianwurzel dagegen
auf 10 kg. festgesetzt worden.

Berlin, den 12. Dezember 1901.

Der Finanz-Minister.

9. Tarif

für die Benutzung des am Hohen-Rainel bei km 59,59 gelegenen
Wohlwerkes des Amtsvorlegers Springer in Ruhlsdorf.

I. Ufergeld.

Von Gütern, welche über das Wohlwerk aus- oder
eingeladen werden, wird ein Ufergeld erhoben, und
zwar:

- 1) von allen nachstehend nicht besonders genannten
Gütern für 100 kg. 2 Pf.
- 2) von Getreide, Mehl, Kleie, Heu, Stroh,
Bier, Wein, Del, Petroleum, Spiritus,
Thier, Feringen, Zucker, Kaffee, frischem

- | | |
|---|-------|
| Räben für je 50 kg der ersten 5 Tonnen
(5000 kg) und für je 100 kg des Mehr-
gewichtes | 1 Pf. |
| 3) von Mauersteinen, Dachziegeln und Schiefer-
tafeln für 100 Stück | 1 |
| 4) von Kalk- oder Feldsteinen, Lehm, Kies,
Sand, Bau-, Nutz- und Brennholz, mit Aus-
nahme von Kaskinen und Reisig, für 1 cbm | 5 |
| 5) von Kaskinen und Reisig für 1 cbm | 2 |
| 6) von Rohr für 100 Bund | 8 |

II. Lagergeld.

Von Gütern, welche nach der Ausladung aus dem
Schiff oder vor der Einladung in das Schiffslager
als 24 Werktagestunden auf dem Wohlwerk liegen, wird
für jeden folgenden Zeitraum von sieben Tagen ein
Lagergeld nach den Sätzen unter Ziffer I. erhoben.

Befreiungen.

Güter, welche dem Könige, dem Staat oder dem
Reiche gehören, oder ausschließlich für deren Rechnung
befördert werden, sind von dem Ufer- und dem Lager-
geld befreit.

Zusätzliche Bestimmung.

Thelle von Erhebungseinheiten gelten bei der
Abgaberechnung als volle Einheit.

Dieser Tarif tritt nach vierzehntägigem Anhang
am Wohlwerk in Kraft.

Berlin, den 12. Dezember 1901.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten. Der Finanzminister.

Bekanntmachungen des Königl. Ober- Präsidenten.

Wahl von Provinziallandtags-Abgeordneten.

1. Die Provinziallandtags-Abgeordneten Dräger
und Passarius zu Forst, sowie der Oberregierungs-
rath Kaskenthal zu Stettin (früher Landrath in Sprem-
berg) haben ihre Mandate niedergelegt. Der Ab-
geordnete Hanzberg in Neppen (Kreis Westpreußen)
ist verstorben.

An deren Stelle sind zu Provinziallandtags-

für den Stadtkreis Forst: Erster Bürgermeister Lehmann und Stadtverordneter Forstner, Rechtsanwalt und Notar Götner zu Forst;
für den Kreis Spremberg: Rittergutsbesitzer Dr. jur. Willms auf Hornow;
für den Kreis Westfalenberg: Rittergutsbesitzer von Bonin auf Böttchow.

Dies wird gemäß § 21 der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 bekannt gemacht.

Potsdam, den 17. Januar 1902.

Der Oberpräsident.

Einberufung des Provinziallandtages.

2. Des Königs Majestät haben durch Allerhöchsten Erlass vom 6. d. Mts. zu genehmigen geruht, daß der 28. Provinziallandtag der Provinz Brandenburg zum 16. Februar d. Js. nach der Stadt Berlin berufen werde.

In Folge dessen sind die Mitglieder des

Provinziallandtages eingeladen worden, sich an dem gedachten Tage Mittags 12 Uhr im Landeshause zu Berlin, Wilhelmstraße 20/21 zur Eröffnungssitzung zu versammeln.

Den Herren Abgeordneten wird Gelegenheit geboten sein, vorher gemeinsam an dem Vormittags um 10 Uhr beginnenden Sonntagsgottesdienste in der Dom-Interimskirche in Berlin Theil zu nehmen.

Potsdam, den 20. Januar 1902.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen

des königlichen Regierungspräsidenten.

Das Hygiene-Büreau.

18. Das Diphtherie-Heilserum mit der Kontrollnummer 27 aus der Mex'schen Fabrik in Darmstadt ist wegen Zerlegung zur Einziehung bestimmt.

Potsdam, den 15. Januar 1902.

Der Regierungspräsident.

19. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Dezember 1901 beobachteten Wasserstände.

Datum	Berlin		Spandau		Potsdam	Brandenburg		Hornow		Havel
	Ober-	Unter-	Ober-	Unter-		Ober-	Unter-	Ober-	Unter-	
	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser		Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	
	Met.	Met.	Met.	Met.	Met.	Met.	Met.	Met.	Met.	Met.
1.	32,24	30,56	2,40	0,85	1,22	2,13	1,71	1,62	0,65	1,98
2.	32,30	30,58	2,43	0,85	1,23	2,26	1,15	1,71	0,71	1,99
3.	32,30	30,64	2,42	0,90	1,22	2,22	1,20	1,67	0,78	1,96
4.	32,28	30,64	2,44	0,88	1,23	2,28	1,26	1,65	0,82	1,98
5.	32,30	30,70	2,44	0,90	1,22	2,23	1,31	1,65	0,83	2,04
6.	32,28	30,70	2,43	0,93	1,22	2,22	1,36	1,61	0,88	2,13
7.	32,28	30,70	2,43	0,95	1,22	2,20	1,38	1,62	0,88	2,18
8.	32,28	30,66	2,44	0,93	1,22	2,18	1,38	1,63	0,91	2,26
9.	32,26	30,68	2,49	0,99	1,26	2,15	1,42	1,64	0,92	2,30
10.	32,24	30,66	2,50	0,98	1,28	2,12	1,42	1,63	0,99	2,33
11.	32,30	30,76	2,58	0,96	1,28	2,24	1,44	1,65	1,03	2,34
12.	32,28	30,80	2,55	0,98	1,28	2,22	1,47	1,63	1,03	2,39
13.	32,28	30,76	2,55	1,06	1,27	2,23	1,54	1,63	1,07	2,47
14.	32,26	30,74	2,56	1,03	1,27	2,22	1,56	1,63	1,09	2,54
15.	32,24	30,72	2,50	0,93	1,27	2,22	1,56	1,66	1,06	2,59
16.	32,26	30,74	2,62	0,99	1,27	2,22	1,57	1,57	1,13	2,68
17.	32,24	30,72	2,69	1,00	1,26	2,20	1,56	1,62	1,14	2,72
18.	32,24	30,70	2,57	0,98	1,25	2,20	1,56	1,28	1,15	2,72
19.	32,24	30,56	2,56	0,97	1,24	2,20	1,55	1,56	1,12	2,63
20.	32,24	30,68	2,53	0,92	1,23	2,20	1,54	1,62	1,08	2,56
21.	32,26	30,62	2,51	0,89	1,22	2,20	1,54	1,64	1,08	2,51
22.	32,28	30,56	2,55	0,79	1,20	2,24	1,54	1,63	1,05	2,50
23.	32,30	30,62	2,56	0,83	1,18	2,24	1,56	1,02	1,12	2,53
24.	32,30	30,72	2,54	0,88	1,18	2,20	1,58	1,78	1,18	2,50
25.	32,30	30,72	2,57	0,85	1,17	2,28	1,52	1,88	1,19	2,46
26.	32,30	30,74	2,60	0,90	1,18	2,30	1,48	1,71	1,20	2,44
27.	32,28	30,78	2,58	1,04	1,21	2,24	1,54	1,68	1,19	2,42
28.	32,26	30,78	2,57	1,00	1,22	2,20	1,58	1,60	1,20	2,44
29.	32,26	30,76	2,56	0,95	1,20	2,28	1,56	1,63	1,19	2,51
30.	32,24	30,78	2,57	1,00	1,23	2,22	1,55	1,62	1,18	2,54
31.	32,24	30,74	2,55	1,02	1,25	2,17	1,60	1,62	1,19	2,59

Potsdam, den 18. Januar 1902.

Der Regierungspräsident.

Baugewerkschulen.

20. In Erfurt ist eine neue staatliche Baugewerkschule eröffnet worden. Bei den Baugewerkschulen in Frankfurt a. O., Deutsch-Krone, Breslau und Buttehead sind Lehrbauabteilungen eingerichtet worden.

Potsdam, den 17. Januar 1902.

Der Regierungspräsident.

Öffentliche Verlosung.

21. Der Herr Minister des Innern hat am 14ten Januar d. J. dem geschäftsführenden Ausschusse für den Furospferdemarkt zu Sänneidmühl die Erlaubnis erteilt, bei Gelegenheit der Abhaltung des diesjährigen Pferdemarktes und zwar am 10. Mai eine öffentliche Verlosung von Wagen, Pferden, Fahrrädern und anderen Gegenständen zu veranstalten und die Lose — 110 000 Stück zu je 1 M. — in der ganzen Monarchie zu vertreiben.

Potsdam und Berlin, den 20. Januar 1902.

Der Regierungspräsident. Der Polizeipräsident.

22. Viebseuchen.

I. Pestseuche.

a. Milzbrand. Kreis Preußen: Stettin u. M. Kreis Teltow: Rogitz. Kreis Ostpreußen: Hohensand. Kreis Westpreußen: Königsberg.

b. Schweinepest. Kreis Preußen: Barmen. Kreis Teltow: Adlershof.

c. Rotlauf. Kreis Teltow: Romanow. Kreis Niederbarnim: Hönau.

d. Geflügelcholera. Kreis Teltow: Großlichterfelde.

e. Maul- und Klauenseuche. Kreis Jüterbog-Ludenwalde: Petrus. Kreis Westpreußen: Bilsen.

f. Pferdepest. Kreis Ostpreußen: Buchholz.

II. Gelbsucht.

a. Schweinepest. Kreis Teltow: Mägde-heim, Brigg, Mariendorf. Kreis Niederbarnim: Wessensee. Kreis Borsow-Storkow: Stregan.

b. Maul- und Klauenseuche. Kreis Westpreußen: Königsberg.

c. Milzbrand. Kreis Pommern: Damelang, Vasse. Kreis Teltow: Köpenick.

d. Geflügelcholera. Kreis Niederbarnim: Neu-Weißensee.

e. Bruckseuche. Kreis Westpreußen: Pferdebestand der 1. und 3. Batterie des Feldartillerie-Regiments Nr. 39 (Preußen).

Potsdam, den 21. Januar 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Schulstempel.

8. Die Mühlenbammelschleuse wird wegen Vornahme dringender Unterhaltungsarbeiten für die Zeit vom 20. d. Mts. ab auf voraussichtlich 14 Tage für den Verkehr gesperrt.

Berlin, den 15. Januar 1902.

Der Polizei-Präsident.

Brieftauben für Kriegszwecke.

9. Es wird hierdurch bekannt gemacht, daß die Mitglieder der hiesigen, dem Verbands deutscher Brieftaubenliebhaber-Bereine angehörenden Vereine „Berolina“, Verein für Brieftaubenzucht, „Phönix“, Verein für Brieftaubenzucht, „Komet“, Verein für Brieftaubenzucht, „Kolumba“, Verein für Brieftaubenzucht, „Pfeil“, Verein für Brieftaubenzucht, ihre Tauben der Militärverwaltung zur Verfügung gestellt haben.

Es sind dies:

Arndt, Gustav, Schleierstr. 8,
Blankenburg, Karl, Besselerstr. 16,
Brämer, Karl, Haderer Markt 1,
Engel, Robert, Stralauerstr. 46,
Heidrich, Franz, Dieffenbacherstr. 37,
Kalkofen, Karl, Dresdenerstr. 17,
Kollert, Otto, Lindenstr. 96,
Klein, Ferdinand, Reichenbergerstr. 48,
Krüger, Rudolf, Dieffenbacherstr. 51,
Menzel, Alfred, Schiffbauerdamm 21,
Müller, Richard, Junkerstr. 17,
Noack, Albert, Frankfurter Allee 56,
Sonntag, Julius, Barutherstr. 3,
Seidler, Albert, Langestr. 40,
Schmidt, Fritz, Köpckeblenstr. 20/22,
Schroder, Karl, Lindenstr. 104,
Schulze, Oscar, Mariannen-Platz 11,
Wigert, Christian, Luisenstr. 31a,
Wurl, Ernst, Küstner-Platz 6,
Zach, Julius, Greifswalderstr. 39,
Doehl, Otto, Genthinerstr. 1,
Knarr, Otto, Alexandrinenstr. 85,
Kranzler, Alfred, Unter den Linden 25,
Reimann, Adolf, Feilnerstr. 5a,
Schliack, Carl, Petersburgerstr. 63,
Schneider, Paul, Grüner Weg 105,
Schäpe, Gustav, Annenstr. 51,
Zimmermann, Carl, Langestr. 40,
Loebel, Carl, Friedenau, Rembrandtstr. 44,
Schubert, Hermann, Luisenstr. 38,
Gotterson, Carl, Friedenstr. 13,
Fieb, August, Neue Friedrichstr. 104,
Schmidt, Hermann, Voßbringerstr. 32,
Schulze, Wilhelm, Prenzlauer-Allee 35,
Rachler, Carl, Prenzlauer-Allee 35,
Hoffmeister, Johannes, Schwebelstr. 13,
Geyer, Wilhelm, Essenerstr. 34,
Niermann, Erich, Adlerstr. 11,
Hellmuth, Franz, Koepenickerstr. 112,
Ringel, Franz, Stralauerstr. 54,
Silldorf, Gustav, Behrenstr. 63,
Burde, Gustav, Niederlagstr. 2,
Hertling, Adolph, Koepenickerstr. 22,
Reinow, Gust., Sellenstr. 12,
Tobit, Wilhelm, Langestr. 84,
Herbst, Hermann, Schadowstr. 9

Belzing, Otto, Rohmühlenstr. 136,
 Friedrich, Gustav, Adlerstr. 5,
 Bock, Richard, Dorfstr. 35,
 Müller, Hermann, Dennewitzstr. 34,
 Dör, Otto, Dorfstr. 39,
 Effrau, Gottlieb, Frobenstr. 24,
 Strauß, Otto, Charlottenstr. 21,
 Elg, Carl, Rauleshof 2,
 Jander, Oscar, Alte Jacobstr. 13,
 Mifow, Alfred, Französischestr. 58,
 Wähmann, Wili, Schmidstr. 9,
 Behrens, Otto, Mittelstr. 49,
 Presh, Rud., Alte Jacobstr. 80,
 von Jorry, Vellcallantestr. 6,
 Jachner, Emil, Gr. Eichersfelde Süd, Feld-
 straße 15,
 Haupt, August, Brig, Rudowerstr. 6,
 Schumann, Gust, Rixdorf, Berlinerstr. 22,
 Schiermann, Albert, Jerusalemerstr. 52,
 Müller, Robert, Ritterstr. 23,
 Böigt, Paul, Neuenburgerstr. 12,
 Ritsche, Herm., Brandenburg a./H.,
 voss Eschwege, Leutnant im I. Garde-Dra-
 goner-Regiment,
 von Riepenhausen, Leutnant im I. Garde-
 Dragoner-Regiment,
 Plachourne, Charl., Corpenid.

Die im Besitz der Vorbezeichneten befindlichen
 Brieftauben genießen den Schutz des Gesetzes vom
 28. Mai 1894 (R.-G.-Bl. S. 463 f.), betreffend den
 Schutz der Brieftauben und den Brieftaubenverkehr im
 Kriege.

Behufs ihrer Erkennung sind diese Tauben mit
 einem auf die Innenseite beider Flügel aufgedruckten
 Stempel, welcher das Kaiserliche Wappen zeigt, bezeichnet.
 Berlin, den 14. Januar 1902.

Der Polizei-Präsident.

Landespolizeiliche Anordnung.

10. Mit Rücksicht auf die zur Zeit bestehende
 Gefahr der Verbreitung der Maul- und Klauenseuche
 sowie der Schweinepeste wird, unter Aufhebung der
 landespolizeilichen Anordnung vom 6. Juli 1900
 (Stad 29 S. 327 des Amtsblatts der Königl. Preuss.
 Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin) auf
 Grund der §§ 18 bis 20 des Reichsgesetzes vom
 23. Juni 1880

1. Mai 1894, betreffend die Abwehr und Unterdrückung
 von Viehseuchen, mit Genehmigung des Herrn Ministers
 für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hinsichtlich
 der Beschickung des hiesigen städtischen Viehhofes mit
 Wiederkäuern und Schweinen bis auf Weiteres fol-
 gendes angeordnet:

§ 1. Die dem städtischen Viehhofe bei Tage und
 bei Nacht mit der Eisenbahn zugeführten Wiederkäuer
 und Schweine dürfen nur unter tierärztlicher Aufsicht
 ausgeladen bzw. nach vorangegangener tierärztlicher
 Untersuchung in die Stallungen oder die Verkaufshallen
 des Viehhofes eingestellt werden.

§ 2. Die Vorschrift des § 1 trifft auch auf die
 dem städtischen Viehhofe bei Tage auf Fuhrwerken zu-
 geführten Wiederkäuer und Schweine zu.

§ 3. Die dem städtischen Viehhofe in der Zeit
 von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang auf Fuhr-
 werken zugeführten Wiederkäuer und Schweine sind
 zunächst in die für diesen Zweck bestimmten Räume ein-
 zutreiben und müssen dort, bevor sie in die Stallungen
 oder in die Verkaufshallen des Viehhofes eingestellt
 werden, tierärztlich untersucht worden sein.

§ 4. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften
 sind außer nach § 66 des Reichsviehseuchengesetzes vom
 23. Juni 1880

1. Mai 1894 auch nach § 328 des Reichsstrafgesetzbuchs
 strafbar.

§ 5. Die Aufhebung dieser landespolizeilichen An-
 ordnung wird erfolgen, sobald die im Eingange bezeich-
 nete Seuchengefahr beseitigt sein wird.

Berlin, den 17. Januar 1902.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Errichtung eines Postamts III. in Großbeeren.

3. Am 26. Januar wird zu Großbeeren, unter
 Aufhebung der Postagentur, ein Postamt III. eingerichtet,
 bei dem der Verkehr mit dem Publikum wie folgt statt-
 finden wird:

A. an Wochentagen:

von 7 (im Sommer)	bis 11 Vorm.,
von 8 (im Winter)	
von 12 1/2 bis 2 1/4	
sowie	
von 4 bis 7	Nachm.;

B. an Sonntagen, gesetzlichen Feiertagen und am
 Geburtstage Seiner Majestät des Kaisers:

von 7 (im Sommer)	bis 9 Vorm.;
von 8 (im Winter)	
sowie	
von 12 bis 1 Nachm.;	

außerdem nur für den Telegraphendienst
 von 5 bis 6 Nachm.

Außerhalb der unter A. angegebenen Schalterdienst-
 stunden findet Verkehr noch von 6 1/2 bis 7 (B) Vorm.
 sowie von 7 1/2 bis 7 3/4 Nachm. Telegraphendienstberei-
 schaft statt.

Berlin C. 2, den 16. Januar 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Bekanntmachungen des Königl. Preuss. Konsistoriums der Provinz Brandenburg.

Pfarrstellenverleibung.

4. Erledigt wird die Pfarrstelle Privatpatronats
 zu Stüden, Diözese Beelitz, durch Versetzung des
 Pfarrers Bonnet demnächst. Ueber die für die Stelle
 in Betracht kommenden Geistlichen ist bereits Bestim-
 mung getroffen.

Pfarrstellenverleibung.

5. Die unter Königl. Patronat stehende
 Pfarrstelle zu Segesh, Diözese Bismarckshausen a./D.,

kommt durch die nach neuem Rechte erfolgende Emeritierung ihres bisherigen Inhabers, des Pfarrers Rutenitz zum 1. April 1902 zur Erledigung. Die Wiederbesetzung erfolgt durch Gemeindevwahl nach Pfarrwahlgesetz vom 18. März 1886 — R. Ges. und B. Bl. S. 39. — Bewerbungen sind schriftlich beim königlichen Konsistorium einzureichen.

Bekanntmachungen der kgl. Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Auslosung von Rentenbriefen.

1. In Gemäßheit der Bestimmungen des Gesetzes vom 2. März 1850, betreffend die Errichtung der Rentenbanken, und des Gesetzes vom 7. Juli 1891, betreffend die Beibehaltung der Errichtung von Rentengütern, wird am 12. Februar d. J. Mittags 12 Uhr in unserem Geschäftsflokale, Klosterstr. 76 I. hierseits, die Auslosung von 3 1/2 %igen Rentenbriefen der Provinz Brandenburg (Litt. F. bis K.) unter Zuziehung der von der Provinzial-Vertretung gewählten Abgeordneten und eines Notars stattfinden.

Berlin, den 11. Januar 1902.

Königliche Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirektion zu Berlin.

Norddeutsche-Berlin-Bayerischer Verband.

2. Am 1. Februar 1902 wird ein Nachtrag 4 zum Ökonomie-Tarif, Theil II., eingeführt, der neben den im Wege von Bekanntmachungen bereits eingeführten Tarifänderungen die Aufnahme von Stationen der Bayerischen und Preussischen Staatsbahnen, sowie der Militär-Eisenbahn, ermäßigte Entfernungen für Fremdingen der Bayerischen Staatsbahnen und Arnswalde, Deutsch-Krone Ost, Goldap der Preussischen Staatsbahnen, erhöhte Entfernungen für Nürnberg Rangirbahnhof der Bayerischen Staatsbahnen, die Uebernahme von Buschmark aus dem Nordwestdeutschen Bayerischen Verbands, Änderungen der Waarenverkehrspreise der Ausnahmestellen 2, 5 und A, sowie Verichtigungen enthält. Soweit Erhöhungen der jetzt gültigen Frachtsätze eintreten, gelten sie erst vom 15. März 1902 ab. Auskunft erteilen die Abfertigungs- und Auskunftsstellen der beteiligten Eisenbahn-Verwaltungen.

Druckabzüge des Nachtrags können vom hiesigen Auskunftsbureau aus dem Stadtbahnhofe Alexanderplatz zum Preise von 0,15 M. bezogen werden.

Berlin, den 13. Januar 1902.

Königliche Eisenbahndirektion

namens der beteiligten Eisenbahn-Verwaltungen.

Personal-Chronik.

Der Regierungs- und Forstsrath Brobel ist unter Uebertragung der Inspektionsgeschäfte der Forstinspektion Potsdam- Joachimsthal an die hiesige Regierung versetzt.

Im Kreise Beesow-Storkow ist wieder ernannt worden zum Amtsvorsteher: Gutsbesitzer Troll in Bindow für den Bez. 2 — „Friedersdorf“.

Der Realschul-Abiturient Bernhard Polzenhagen zu Berlin ist als Civil-Summenumerar für den Bureau-

Dienst bei der Rentenbank für die Provinz Brandenburg zu Berlin angenommen worden.

Der kommissarische Seminarlehrer in Altdöbern Emil Schmidt ist als ordentlicher Seminarlehrer an dem Schullehrerseminar zu Neu-Ruppin angestellt worden.

Der Lehrer Gerhard Giehl ist endgültig als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Prozeßagent.

Dem Bürgermeister a. D. Hermann Schmidt in Sandau habe ich in Gemäßheit des § 1 der Allgemeinen Verfügung vom 25. September 1899 — J.-M.-Bl. S. 272 — das mündliche Verhandeln vor dem Amtsgericht in Havelberg unter dem Vorbehalte des Widerrufs gestattet.

Neu-Ruppin, den 14. Januar 1902.

Der Landgerichts-Präsident.

Prozeßagent.

Dem Rechtskonsulenten Gustav Altmann in Freyenstein habe ich in Gemäßheit des § 1 der Allgemeinen Verfügung vom 25. September 1899 — J.-M.-Bl. S. 272 — das mündliche Verhandeln vor dem Amtsgericht in Meyenburg unter dem Vorbehalte des Widerrufs gestattet.

Neu-Ruppin, den 15. Januar 1902.

Der Landgerichts-Präsident.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Drechsler Schaja Breshmann, geboren 19ten September 1879 zu Lemberg, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 5. November 1901 ausgewiesen.

Der Cementarbeiter Giovanni Colusso, geboren 7. April 1872 zu St. Giorgio, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 18. November 1901 ausgewiesen.

Der Schlosser Theodor Reinbothe, geboren am 28. Oktober 1866 zu Eßben, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 9. Dezember 1901 ausgewiesen.

Der Reisende Juda Renert, geboren 18. Juni 1884 zu Kolomea, Kreis Kolomea, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 11. Dezember 1901 ausgewiesen.

Der Schuhmacher Wolf Feldbaum, geboren im Jahre 1862 zu Loppolitz, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 19. Dezember 1901 ausgewiesen.

Die ledige Marie Filibowski, geboren am 8ten März 1872 zu Streuschemo, russische Staatsangehörige, ist als lästige Ausländerin durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 19. Dezember 1901 ausgewiesen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiet.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verweisung	Behörde, welche die Ausweisung beschließt	Datum der Ausweisung
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Theodor Vielacher, Fabrikarbeiter,	geboren am 7. Oktober 1863 zu Putmannsdorf, Bezirk Wiener-Neustadt, ortsangehörig zu Thomaasberg, ebendasselbst,	schwerer Diebstahl (1 Jahr 3 Monate Zuchthaus laut Erkenntnis vom 28. August 1900),	Königlich bayerisches Bezirksamt Bamberg II.,	28. November 1901.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Camillo Ehrentraut, Handlungsgehilfe,	geboren am 2. August 1862 zu Cattaro, Dalmatien, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	19. November 1901.
2	Johann Hones, Tagelöhner,	geboren am 19. Februar 1867 zu Angergeßlb., Bezirk Prachowitz, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Wietzbach,	29. November 1901.
3	Moriz Kroler, Schlossergehilfe,	geboren am 9. April 1856 zu Hogenplog, Oesterreichisch-Schlesien, ortsangehörig ebendasselbst,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	29. Oktober 1901.
4	Julius Mayer, Kithograph,	geboren am 19. März 1882 zu Perchtoldsdorf, Bezirk Mödling, Oesterreich, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Vertheimsgaden,	4. November 1901.
5	Eber Nodelmann, Schneider,	23 Jahre alt, geboren zu Gologowenski, Bezirk Baltan, Gouvernement Podolien, Russland, russischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	6. Dezember 1901.
6	Stanislaus Pasch, Färber,	geboren am 7. Mai 1856 zu Roth-Koselitz, Bezirk Nachod, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Großherzoglich mecklenburgisches Ministerium des Innern zu Schwettn,	19. August 1901.
7	Josef Prechtl, Bäcker,	geboren am 2. Februar 1851 zu Au, Bezirk Hallein, Oesterreich, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Vertheimsgaden,	19. November 1901.
8	Josef Prokop, Dienstknecht,	geboren am 12. April 1882 zu Ringelsheim, Bezirk Gabell, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst,	desgleichen,	Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Dautzen,	16. November 1901.
9	Adrianus Hendrikus Tourniaire, Tagelöhner,	geboren am 7. September 1872 zu Amsterdam, niederländischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Aachen,	9. November 1901.
10	Wilhelm Weißl, Bierbrauer,	geboren am 14. Juli 1868 zu Ehlstau, Bezirk Klattau, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Straßburg,	4. Dezember 1901.

Hierzu Sechse öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

111115

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 5.

Den 31. Januar

1902.

Inhaltsverzeichnis: Inhalt von Stück 2 und 3 des Reichsgesetz-Blatts. S. 35. — Wahl eines Provinziallandtags-
abgeordneten. S. 35. — Verlegung einer Eisenbahn-Maschinen-Inspektion. S. 35. — Brasilianisches Generalkonsulat. S. 35. —
Öffentliche Verloosung. S. 35. — Viehsteuern. S. 36. — Gemeindefestbescheidveränderung. S. 36. — Nachtrag zur Pfarrverrich-
tungsordnung von St. Matthäus in Berlin. S. 36. — Dispensation der Apothekerlehrlinge von Vorschriften des Prüfungs-
reglements. S. 37. — Berichtigung. S. 37. — Erlöschen der Konzeption für eine Aktiengesellschaft. S. 37. — Annahme von Post-
sendungen u. durch die Landbriefträger. S. 37. — Pfarrstellenverleibungen. S. 37. — Österreichisches Eisenbahn-Kursbuch. S. 38.
— Personal-Chronik. S. 38. — Geschenke an Kirchen u. S. 38. — Ausweisungen aus Preußen. S. 39. — Ausweisungen von
Ausländern aus dem Reichsgebiete. S. 39.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 2.) Nr. 2826. Bekanntmachung, betreffend die
Anlegung von Mündelgeld in Kur- und Neubairi-
schen Ritterschafflichen Kommunal-Schuldverschrei-
bungen. Vom 28. Dezember 1901.

Nr. 2827. Bekanntmachung, betreffend die Verein-
barung erleichternder Vorschriften für den wechselseitigen
Verkehr zwischen den Eisenbahnen Deutsch-
lands und der Schweiz. Vom 8. Januar 1902.

(Stück 3.) Nr. 2828. Bekanntmachung, betreffend die
dem Internationalen Uebereinkommen über den
Eisenbahnfrachtverkehr beigefügte Liste. Vom 17ten
Januar 1902.

Bekanntmachungen des Königl. Ober- Präsidenten.

Wahl eines Provinziallandtagsabgeordneten.

3. An Stelle des Kaufmanns Sturm in Spandau,
der sein Amt als Provinziallandtagsabgeordneter nieder-
gelegt hat, ist der Bürgermeister Wolf in Spandau
zum Provinziallandtagsabgeordneten für Spandau ge-
wählt worden.

Potsdam, den 22. Januar 1902.

Der Oberpräsident.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Verlegung einer Eisenbahn-Maschinen-Inspektion.

23. Mit dem 1. April d. Js. wird die Maschinen-
inspektion Stettin 1 unter der Bezeichnung „Königliche
Eisenbahn-Maschineninspektion Eberswalde“ nach Ebers-
walde verlegt. Die Maschineninspektionen Stettin 2
und 3 erhalten von diesem Tage ab die Bezeichnung
„Stettin 1“ und „Stettin 2“. Von dem genannten
Tage ab verwalten:

1. Maschineninspektion Eberswalde (bisher Stettin 1)

die Strecken: Bernau (auschl.)—Angermünde, Anger-
münde—Schwedt, Angermünde—Prenzlau (auschl.),
Angermünde—Freienwalde a./D., Eberswalde—Freien-
walde a./D.—Frankfurt a./D. (auschl.), Brieg-
Templin—Kärkenberg i./M., Bernau (auschl.)—

Bräun—Jäbisdorf (auschl.), Dranienburg (auschl.)
—Neustrelitz (auschl.), Löwenberg i. d. M.—Templin-
Prenzlau.

2. Maschineninspektion Stettin 1 (bisher Stettin 2)

die Strecken: Angermünde (auschl.)—Stettin—Hinten-
walde, Stettin—Podejuch, Stettin—Cästrin (auschl.)—
Neppen (auschl.), Stettin—Jasenitz, Stettin—Pase-
wall—Landesgrenze bei Strasburg u./M., Prenzlau—
Pasewall—Ducherow (auschl.), Jägnitz—Uedermünde.

3. Maschineninspektion Stralsund

die Strecken: Neustrelitz—Stralsund—Sagnis-Hafen,
Bergen a./M.—Lauterbach, Stralsund—Rostock (auschl.),
Belgast—Barth, Stralsund—Ducherow, Jäffow—Wol-
gast, Ducherow—Swinemünde—Heringsdorf, Fährbetrieb
Swinemünde—Döbber.

Der Bezirk der Maschineninspektion Stettin 2
(bisher Stettin 3) bleibt unverändert.

Stettin, den 16. Januar 1902.

Königliche Eisenbahndirektion.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit zur
Kenntniß der beteiligten nachgeordneten Dienststellen
gebracht.

Potsdam, den 22. Januar 1902.

Der Regierungspräsident.

Brasilianisches Generalkonsulat.

24. Der bisherige Brasilianische Generalkonsul in
Hamburg, Dr. Arthur Teixeira de Macedo ist zu
anderweitiger Verwendung abberufen und an seiner
Stelle der bisherige General-Konsul in Lissabon Joao
Bieira da Silva zum Brasilianischen Generalkonsul
in Hamburg ernannt worden. Der letztere ist bereits
beinhaltet Uebnahme seines neuen Amtes in Hamburg
eingetroffen und auch von dem Hamburger Senat ein-
weilen zugelassen.

Potsdam/Berlin, den 21. Januar 1902.

Der Regierungspräsident. Der Polizeipräsident.

Öffentliche Verloosung.

25. Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung hat der
Herr Minister des Innern dem Vorstände des Land-

wirtschaftlichen Vereins in Jerschitz, Kreis Friedland, Provinz Ostpreußen, Anhalt unterm 18. Januar d. Js. die Erlaubnis erteilt, zu der von ihm mit Genehmigung des Herzoglich Anhaltischen Landesregierungs in diesem Jahre wiederum zu veranstaltenden Auspielung von Pferden, Wagen, landwirtschaftlichen und gewerblichen Gegenständen auch im diesseitigen Staatsgebiete, und zwar in den Kreisen Magdeburg, Jerichow I., Calbe, Wangeln, Quedlinburg, Stadt-Mörsleben, Mörsleben (Regierungsbezirk Magdeburg), Wittenberg, Bitterfeld, Saalkreis, Stadt Halle a./S. (Regierungsbezirk Merseburg) und Zauch-Belzig (Regierungsbezirk Potsdam) Loosje zu vertreiben.

Potsdam, den 25. Januar 1902.

Der Regierungspräsident.

Kiebsuchen.
Festgestellt:

- a. Milzbrand. Kreis Jüterbog-Ludenwalde:
b. Maul- und Klauenseuche. Kreis Ostprignitz:
c. Schweineseuche. Kreis Niederbarnim:
d. Räude. Kreis Ostprignitz:

II. Erfoschen:

- a. Schweineseuche. Kreis Niederbarnim: Birkholz.
b. Geflügelcholera. Kreis Niederbarnim:
c. Influenza. Kreis Ruppiner: Herxberg.
Potsdam, den 28. Januar 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

Gemeindebezirksveränderung.

2. Der Bezirksausschuß hat in seiner Sitzung vom 17. Dezember 1901 beschlossen, die dem Rittergutsbesitzer Ludwig Lucassen in Groß-Langerwisch gehörigen Flächen der Gemarkung Prigwall

Artikel der Mutterrolle	Bezeichnung nach dem Grundbuche		Nummer des Kartenblattes		Flächeninhalt	ar	qm
	Band	Blatt	der	Parzelle			
1334	II.	59	2	633/403		03	73
	8						
	Rittergut			zu 633/403		02	62
	ohne						
zusammen						6	35

von dem Stadtbezirk Prigwall abzutrennen und mit dem Gebiete des Gutsbezirks Groß-Langerwisch zu vereinigen,

die dem Bauer Heinrich Köppe in Ruhbier gehörigen Flächen der Gemarkung Groß-Langerwisch

Artikel der Mutterrolle	Bezeichnung nach dem Grundbuche		Nummer des Kartenblattes		Flächeninhalt	ar	qm
	Band	Blatt	der	Parzelle			
25	I.	25	1	417/47		31	79
	4						
	—	—		zu 417/47		05	97
zusammen						37	76

von dem Gutsbezirk Groß-Langerwisch abzutrennen und mit dem Gebiete des Stadtbezirks Prigwall zu vereinigen, und die Flächen der Gewässer

Gemarkung	Nummer		Flächeninhalt	
	des Kartenblattes	der Parzelle	ar	qm
Groß-Langerwisch	1	416/47	07	16
Prigwall	1	634/403	02	43
zusammen			9	59

je zur Hälfte, d. h. bis zur Mitte des Flußlaufes, dem Stadtbezirk Prigwall und dem Gutsbezirk Groß-Langerwisch zuzuwenden.

Potsdam, den 11. Januar 1902.

Der Bezirksausschuß zu Potsdam.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Nachtrag zu der Pfarrerrichtungsanfrage von St. Matthias in Berlin.

II. Nachdem unter gegenseitigem Einvernehmen der beteiligten kirchlichen Vermögens-Verwaltungs-Organe von St. Matthias in Berlin von der Pfarrei

St. Ludwig in Deutsch-Wilmersdorf ein Theil zugelegt, dagegen von ihr der Friedenauer Stadtpfarrbezirk an die Pfarrei Steglitz, sowie Teltow an die evangelische Gemeinde Groß-Lichterfelde abgetrennt worden ist, werden die Grenzen der St. Matthias-Pfarrei in Berlin nunmehr lauten, wie folgt:

Am Süden längs der Minobahn, bis sie auf die

nächste, östlich der Holbeinstrasse (in Schöneberg) projektierte Parallelstrasse fließt. Dann soll diese Strasse — mit Ausschluß aller Häuser zu beiden Seiten derselben — die Grenze bilden, bis sie die neuprojektierte Strasse trifft, die südlich der südlichen Grenze des neuen Friedhofes der evangelischen 12 Apostel- und Luthergemeinde läuft. Diese Strasse soll dann — wieder mit Ausschluß der Häuser an beiden Seiten — die weitere Grenze bilden, bis sie auf den Bahnkörper der Anhalter Bahn fließt.

Die im Vorstehenden ausgeschlossenen Strassenstücke bleiben mit beiden Häuserreihen bei St. Matthias. Im Westen nördlich am Kurfürstendamm beginnend in der Mittellinie der Kurfürsten-, Anbächer- und Königsplatzstrasse entlang bis zur verlängerten Passauerstrasse und von hier ab mit der politischen Grenze zwischen Schöneberg und Deutsch-Wilmersdorf zusammenfallend — beide Seiten der verlängerten Passauerstrasse umfassend, so daß diese mit beiden Häuserreihen an St. Matthias fällt — in südlicher Richtung weiter bis zum Ringbahnrampe.

Im Osten und Norden bleiben die bisherigen Pfarrgrenzen der St. Matthias-Pfarrei sonst unverändert.
Breslau, den 13. Juni 1901.

(Siegel.)

Der Fürstbischof.

(gez.) G. Card. Ropp.

Die nach der vorstehenden Urkunde vom 13. Juni 1901 von dem Fürstbischof von Breslau kirchlicherseits ausgesprochene Abänderung der Grenzen der katholischen St. Matthias-Pfarrgemeinde in Berlin wird auf Grund der von dem Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten mittelst Erlasses vom 16ten Dezember 1901 — G. II. 7546 — mir erteilten Ermächtigung hierdurch von Staatswegen bestätigt und in Vollzug gesetzt.

Berlin, den 14. Januar 1902.

(Siegel.)

Der Polizeipräsident.

Dispensation der Apothekerlehrlinge von den Vorschriften des Prüfungs-Reglements.

12. Apothekerlehrlinge, welche eine Dispensation von einzelnen Vorschriften des Prüfungs-Reglements für die Apothekergehülfen vom 13. November und 5. März 1875 (Central-Blatt f. d. Deutsche Reich S. 761 und 167) nachsuchen wollen, haben in Zukunft mit dem Gesuche alle zur Beurtheilung desselben dienenden Unterlagen (Zeugnisse über die schulwissenschaftliche Vorbildung, Les- und Schreibzeugnisse u.) in Urschrift oder beglaubigter Abschrift einzureichen.

Gesuche um Dispensation von dem Erforderniß einer ununterbrochenen Lehrzeit müssen ferner so zeitig gestellt werden, daß ihre Erledigung vor dem Termin für die nächste Apothekergehülfen-Prüfung erfolgen kann. Dies ist aber nur möglich, wenn dieselben in den ersten

vierzehn Tagen des Vierteljahres, an dessen Ende die Prüfung abgelegt werden soll, hier eingehen.

Später eingehende Gesuche haben keine Aussicht auf Berücksichtigung.

Berlin, den 18. Januar 1902.

Der Polizeipräsident.

Berichtigung.

13. Der im Stad.-Bl. des Reichsblatts vom 13. Dezember 1901 veröffentlichte Preis für Post im Monat November 1901 beträgt nicht wie angegeben 13,78 Mark, sondern 13,90 Mark für den Dp.

Berlin, den 18. Januar 1902.

Der Polizeipräsident.

14. Die mit Erlaß des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 20. Dezember v. J. die der Aktien-Gesellschaft R. A. priv. Affenrational-Generali in Eriek am 27. September 1899 erteilte Concession zum Transport-Versicherungsgeschäftsbetriebe in Preußen für erloschen erklärt worden ist.

Berlin, den 22. Januar 1902.

Der Polizeipräsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

1. Entschieden von Postämtern u. durch die Landbriefträger. 2. Den Landbriefträgern dürfen auf ihren Befestigungen zur Ablieferung an die Postanstalt, oder zur Bestellung unterwegs Postsendungen und Zeitungsgelder übergeben werden. Jeder Landbriefträger führt auf seinem Befestigungsein Annahmabuch mit sich, in welches er die von ihm angenommenen Werth- und Einschreibsendungen, Postanweisungen, gewöhnliche Pakete, Nachnahme-Sendungen und Zeitungsgelder einzutragen hat. Zum Eintragen dieser Sendungen u. s. w. ist auch der Auslieferer befugt. Erfolgt die Enttragung durch den Landbriefträger, so muß dem Abnehmer auf Verlangen durch Vorlegung des Buches die Ueberzeugung von der gegebenen Enttragung genährt werden.

Potsdam, 20. Januar 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion. Gästler.

Bekanntmachungen des Königlich-Konfistoriums der Provinz Brandenburg.

Pfarrstellenverleihung.

6. Erledigt ist die Diaconatsstelle magistralischen Patronats zu Beelitz, Diözese Beelitz, durch Versetzung des Diaconus Huelser am 1. Februar d. J.

Pfarrstellenverleihung.

7. Erledigt ist die unter dem Patronate der Kgl. Hofkammer der Kgl. Familiengüter stehende Archidiaconatsstelle zu Schwedt a./D., Diözese Schwedt a./D., durch Ableben des Inhabers. Die Gnadenzeit währt bis 31. Juli 1902.

Pfarrstellenverleihung.

8. Erledigt ist die Pfarrstelle privaten Patronats zu Grüneberg, Diözese Zehdenitz, durch Ableben des Inhabers am 28. November 1901. Gnadenzeit bis Ende Juni 1902.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Öffentliches Eisenbahn-Kursbuch

1. Soeben erschien das Öffentliche Eisenbahn-Kursbuch vom 1. Februar 1902, enthaltend die neuesten Fahrpläne der Eisenbahnstrecken Ostlich der Linie Stralsund—Berlin—Dresden, sowie Auszüge aus den Fahrplänen der anliegenden Bahnen von Mittel-Deutschland, Osterruthen, Ungarn und Rußland, Kleinbahnen, Romant-Fahrpläne, Angaben über direkte Wagen, Schlafwagen, Post-Verbindungen, Bestimmungen über die Ausgabe von Fahrkarten u. s. w.

Das Kursbuch ist auf allen größeren Stationen des vorbenannten Bezirks von den Fahrkarten-Ausgabestellen, von den Bahnhofsbuchhändlern sowie im Buchhandel zum Preise von 50 Pfennig zu beziehen. Bromberg, den 25. Januar 1902.

Königliche Eisenbahndirektion.

Personal-Chronik.

Zum Kreuze Kappin sind ernannt worden: a. zum Amtsvorsteher: Königl. Oberförster von Bruchhausen, Rheinsberg, für den Bez. 18 „Rheinsberg“, b. zum Amtsvorsteherstellvertreter: Bauer Hermann Theel, Rabenleben, für den Bez. 30 „Ravenn“.

Der Rechtsanwält und Notar Felix Schönermark in Peseberg ist zum Bürgermeister der Stadt Peseberg auf die Dauer von 12 Jahren gewählt, als solcher bestätigt und am 19. Januar d. J. in sein Amt eingeführt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Alt-Trebbin Christian Daniel Berthold Trapp ist zum Pfarrer der Pfarodie Rütte, Diözese Belyj, bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer Paul Bruno Eise in Germendorf, Diözese Spandau, ist zum Oberpfarrer der Pfarodie Krummen, Diözese Naun, bestellt worden.

Die Lehrerin Schröder ist endgültig als Gemeindegemeinschaftlerin in Berlin angestellt worden.

Das Fräulein Gertrud Galix ist vom 1. Oktober 1901 ab als Zeichenlehrerin an der Viktoriaschule in Berlin angestellt worden.

Das Fräulein Käthe Norkmann ist vom 1. Oktober 1901 ab als Zeichenlehrerin an der Sophien-schule in Berlin angestellt worden.

Geschenke an Kirchen etc.

Bei dem Konsistorium der Provinz ist Anzeige gemacht über folgende Geschenke, welche neuerdings den mit den Diözesen nachbenannten Kirchen etc. des Regierungsbezirks Potsdam geschenkt wurden:

Von Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin an die Kirche zu Marquardt, Diözese Potsdam II.: eine Altarbibel. Außerdem

Belyj: der Kirche zu Grabo vom Ortsvorst. Senft: ein Kronleuchter.

Berlin Eb. I.: der Kirche zu Kyrensefelde vom Jungfr. Verein: eine Altarbibel, der Kirche zu Schöneiche von Fr. Bar. v. Knobelsdorf: 6000 M. zur Grabpflege.

Berlin Eb. II.: der Kirche zu Blankenfelde vom Magistrate Berlin: 300 M. zur Anschaffung eines Altar-

bildes, von Teppichen und Räusern, sowie zum Anschaff des Gefäßes und zur Reinigung der Altar- und Kanzelbelleibung, der Kirche zu Rosenthal: 300 M. desgl., von einer Sammlung in der Gemeinde und bei Freunden der Kirche: 260 M. desgl. Göl'n Eb. II.: der Stadtkirche zu Cöpenick von einem Ungenannten: 2 Altarkirchen, der Kirche zu Friedrichshagen vom Rentier Krüger: Photographie der alten Kirche, vom Rentier Peters: 1000 M. zur Grabpflege, der Kirche zu Tempelhof vom Gutsbesitzer Lehne: Kirchenfenster, vom Baumeister Dyig: desgl., vom Eigenthümer Dredered: 2 kleine Kirchenfenster, von Frau Gutsbesitzer Dredered: Altar-, Kanzel- und Taufstein-Belleibung, von Fräulein Grunad: ein Kreuzkist, von Frau Architekt Euserke: eine Abendmahlsbede, von Frau Gutsbesitzer Grunad: ein Altarteppich, von Frau Gutsbesitzer Lehne, Frau Eigenthümer Dredered und Frau Gutsbesitzer Grunad: 2 Teppiche.

Dahme: der Kirche zu Hohenesfeld von der Gemeinde: Talar und Barett.

Hav. Wilsnack: der Domkirche zu Havelberg vom Rechn.-Rath Stör: Kanzelleuchter.

Kyritz: der Kirche zu Grabow vom Rittergutsbesitzer Gruner: Abendmahlsgeräte.

Pindow-Granssee: der Kirche zu Grünow von der Bw. Rahn: ein Altarteppich, der Kirche zu Drense vom Lehrer Deyne: ein Belam, vom Ortspfarrer: eine Altarbibel, der Kirche zu Glambach von den Klosterdamen zu Pindow: 20 M. zur Ausschmückung der Kirche.

Rudenwalde: der Kirche zu Werder von der Hauptbibelgesellschaft: 2 Bibeln.

Potsdam: I.: der St. Nikolai-Kirche zu Potsdam von Fräulein v. Wigleben: ein Belam, von Fräulein Schaefer: 3 Servietten, von Damen der Gemeinde, Sonntagschulhelferinnen und anderen Damen der Stadt: Altarteppich, der Kirche zu Caputh vom Verschönerungsverein: Vollendung der Kirchhofsmauer, von den Froberg'schen Erben: 75 M. für die Armen.

Potsdam II.: der Kirche zu Marquardt vom Kommerzienrath Ravené und Ehefrau: Neubau und Ausstattung der Kirche, von der Kirchengemeinde: Altarteppich, Taufstein und Agende, vom Adersgutsbesitzer Frieze: 2 Altarleuchter, vom Ortspfarrer: Kreuzkist, von Frau Krehl: Abendmahlskanne, von Frau von Blottnitz: Kelch, Patene, Ciborium, von Frau Guhl: Altarantependium und Kanzelpultbede, von Fr. Hedmann: Taufsteinbede, von Schulkindern: Kanzel-Bibel, vom Maurermeister Kellermann: Kirchenfahne.

Prigwall: der Kirche zu Alt-Rußow von der polit. Gemeinde: 191,50 M. zur Vergrößerung der Orgel, vom Rührer Schmidt: 100 M. desgl.

Rgs. Wusterhausen: der Kirche zu Wangerhose von Herrn Spindler: Abendmahlskanne und Kranken-kommunionbesteck.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Kaufmann Max Heymann, geboren am 26. April 1881 zu Berlin, amerikanischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 27. Februar 1901 ausgewiesen.

Der Kaufmann Sándor Steiner, geboren 10ten November 1856 zu Szegedfalva in Ungarn, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 29. Oktober 1901 ausgewiesen.

Der Handelsmann Jacob Hirschhorn, geboren am 1. August 1880 zu Stenowa, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 3. Dezember 1901 ausgewiesen.

Der Arbeiter Jacob Rahne, geboren 11. September 1873 zu Orzymalow, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 14. Dezember 1901 ausgewiesen.

Der Gesangsleiter Eliaf Werblun, geboren 29. April 1878 zu Wilna, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 17. Dezember 1901 ausgewiesen.

Der Korrespondent Oskar Silberberg, geboren 25. März 1881 zu Arad i. Ungarn, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 20. Dezember 1901 ausgewiesen.

Der stud. phil. Johann Augustynowicz, geboren 26. Januar 1876 zu Warschau, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 22. Dezember 1901 ausgewiesen.

Der Barbier Oswald Johannes Bödel, geboren 31. August 1865 zu Aalborg, dänischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 31. Dezember 1901 ausgewiesen.

Der Student phil. Ignacy Brodzki, geboren 28. August 1877 zu Warschau, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 2. Januar 1902 ausgewiesen.

Der Holzbildhauer Eugen Weinberger, geboren 10. September 1882 zu Budapest, österreichisch-ungarischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 4. Januar 1902 ausgewiesen.

Der Hutmacher Lukas Schwarzbach, geboren am 19. August 1882 zu Wien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 14. Januar 1902 ausgewiesen.

Doßalek, Adolf, Friseur, 24. März 1881 zu Wien geboren, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Charlottenburg vom 12. Dezember 1901 ausgewiesen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiet.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimat	Grund der Verweisung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat	Datum der Ausweisungs-Beschlüsse
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 34 des Strafgesetzbuchs:					
1.	Michael Hoyer, Böttner,	geboren am 16. August 1876 zu Brud bei Erlangen, ortsbürgerlich zu Schönbach, Bezirk Eger, Böhmen,	Verbrechen des Diebstahls (fünf Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis v. 16. Jan. 1897),	Königlich bayerisches Bezirksamt, Rulmbach,	7. Dez. 1901.
2.	Gottlieb Huchmann, Schlosser,	geboren am 17. November 1877 zu Luzern, Schweiz, ortsbürgerlich zu Walters, ebendasselbst,	Diebstahl (1 Jahr 4 Monate Zuchthaus, laut Erkenntnis vom 9. August 1900),	Großherzoglich badischer Landratsamt, Karlsruhe,	18. Nov. 1901.
3.	Das Ehepaar: Adolf Wieden, Porzellanmaler,	geboren am 23. Mai 1875 zu Pöhlertankellen, Bezirk Böhmischo-Leipa, ortsbürgerlich ebendasselbst,	Rupperei (je 14 Tage Gefängnis, laut Erkenntnis vom 17. Mai 1901),	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	11. Nov. 1901.
b.	Anna Wieden, geb. Schnitzler,	geboren am 6. Juni 1872 zu Wiblingen, Oberamt Laupheim, Württemberg, ortsbürgerlich zu Böhmischo-Leipa.			

Rang.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Beichte, welche die Angeklagte bekannt hat.	Datum der Ausweisung des Verurtheilten.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Dominik Verlanda, Bergmann,	geboren am 13. April 1867 zu Brütsino, Gemeinde Careggine, Italien, österreichischer Staats- angehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Magb,	10. Dez. 1901.
2	Josef Kleck, Schneibergehilfe,	geboren am 2. Februar 1861 zu Brezhrad, Bezirk Königgrätz, Böhmen, österreichischer Staats- angehöriger,	Landstreichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Döfen- furt,	27. Nov. 1901.
3	Josef Huettiger, Tagner,	geboren am 2. August 1841 zu Däniken, Kanton Solothurn, Schweiz, schweizerischer Staats- angehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Stras- burg,	16. Dez. 1901.
4	Obe Martinus van der Klei, Uhrmacher,	geboren am 5. März 1871 zu Bolsward, Niederlande, nieder- ländischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	7. Dez. 1901.
5	Johann Kluger, Schlosser,	geboren am 25. April 1845 zu Zudmantel, Bezirk Freimwalbau, Österreichisch-Schlesien, ortsan- gehörig ebendasselbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungs-Präsi- dent zu Breslau,	11. Dez. 1901.
6	Johann Krejci, Schuhmachergehilfe,	geboren am 31. August 1877 zu Ditmanz, Bezirk Böcklabruß, Österreich, österreichischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Viech- lach,	20. Nov. 1901.
7	Anna Müller, unverheirathet,	geboren am 6. November 1877 zu Hamburg, ortsangehörig zu Kurischin, Böhmen,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	11. Dez. 1901.
8	Johann Radray, Bäder,	geboren am 20. Oktober 1847 zu Kreuth, Österreich, öster- reichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Stras- burg,	9. Dez. 1901.
9	Franz Otto, Bädergehilfe,	geboren am 30. Juni 1879 zu Krebitz, Bezirk Rumburg, Böh- men, österreichischer Staatsan- gehöriger,	Betteln,	Königlich sächsische Kreishauptmann- schaft Baugen,	16. Nov. 1901.
10	Johann Palmer, Weber,	geboren am 23. März 1850 zu Kochlig, Bezirk Starckenbach, Böhmen, österreichischer Staats- angehöriger,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	14. Dez. 1901.
11	Emil Protopet, Arbeiter,	geboren am 24. Juni 1874 zu Schönberg, Mähren, ortsange- hörig zu Waltersdorf, Öster- reich,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	13. Nov. 1901.
12	Anton Prus (Prusz, Prusch), Klempner,	geboren am 12. Mai 1863 zu Reichenau, Österreich, öster- reichischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	5. Dez. 1901.
13	Rudolf Riedl, Schlosser,	geboren am 15. November 1880 zu Mezampolitz, Bezirk Littau, Mähren, ortsangehörig zu Schönwald, ebendasselbst,	Betrug, Sachbe- schädigung, Dieb- stahl, Land- streichen, Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Merseburg,	14. Sept. 1901.
14	Josef Schuller, Tagelöhner,	geboren am 16. März 1860 zu Agen Dorf, Komitat Dedenburg,	Landstreichen und Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt	27. Nov. 1901.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlüsse.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
		Ungarn, ortsangehörig zu St. Michael, Bezirk Leoben, Steiermark,		Vertheesgaden,	
15	Josef Starecek, Konditor,	geboren am 25. August 1857 zu Prag, ortsangehörig zu Chrenowitz, Bezirk Benschau, Böhmen,	Diebstahl, Landstreichen und Betteln,	Stadtmagistrat Passau, Bayern,	7. Dez. 1901.
16	Derk Christian Albers, Anstreicher,	geboren am 13. April 1874 zu Arnhem, Niederlande, niederländischer Staatsangehöriger,	Landstreichen, Betteln u. Diebstahl,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	20. Dez. 1901.
17	Josef Dolisen, Kupferschmied,	geboren am 20. Januar 1874 zu Lortschin, Gouvernemen Wolhynien, Russland, russischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	12. Dez. 1901.
18	Josef Illichmann, Stiefmacher,	geboren am 17. März 1847 zu Schmolz, Bezirk Hohenstadt, Mähren, österreichischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	21. Dez. 1901.
19	Rogl Landler, Weber,	geboren am 25. Juni 1843 zu Voigtzbach, Bezirk Reichenbach, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Stadtmagistrat Kulmbach, Bayern,	11. Dez. 1901.
20	Anton Weiskal (Weiskal), Gerbersgehilfe,	geboren am 16. Mai 1855 zu Klattau, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Stadtmagistrat Freising, Bayern,	6. Dez. 1901.
21	Eduard Weigend, Fabrikarbeiter,	geboren am 25. August 1881 zu Prassebis, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Trier,	17. Dez. 1901.
22	Evangelista Borini, Erbarbeiter,	geboren am 17. Januar 1845 zu Rasi, Provinz Padua, Italien, italienischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Straßburg,	24. Dez. 1901.
23	Josef Dolleschall, Weber,	geboren am 24. September 1842 zu Wiesenthal-Georgswalde, Bezirk Schludenau, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Dautzen,	26. Nov. 1901.
24	Johann Polub, gen. Hajan, Tischlergehilfe,	geboren am 20. Mai 1863 zu Holitz, Bezirk Pardubitz, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst,	desgleichen,	dieselbe,	9. Dez. 1901.
25	Josef Kasparek, Schreiber und Telegraphist,	geboren am 20. Februar 1865 zu Hrdloze, Bezirk Königl. Weinberge, Böhmen, ortsangehörig zu Jibiz, Bezirk Karolinenthal, ebendasselbst,	desgleichen,	dieselbe,	26. Nov. 1901.
26	Franz Ropp, Schneidergehilfe,	geboren am 2. Februar 1876 zu Klein-Hermesdorf, Bezirk Tropau, Österreichisch-Schlesien, österreichischer Staatsangehöriger,	Diebstahl und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Stralsund,	desgleichen.
27	Eugen Podesta, Schiffsarbeiter,	geboren am 24. Oktober 1871 zu Genua, italienischer Staatsangehöriger.	Betteln,	Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Neß,	28. Dez. 1901.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimat	Grund der Verurteilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisung Beschlußes.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
28	Wilhelm Nieder, Kommissar,	geboren am 24. Mai 1876 zu Sterkrade, Bezirk Düsseldorf, ortsangehörig zu Wersfenweg, Bezirk St. Johann im Pongau, Österreich,	Landstreicherei und Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Dachau,	4. Nov. 1901.
29	Johann Gumann, Straßenarbeiter,	geboren am 10. März 1864 zu Paris, französischer Staatsan- gehöriger,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	24. Dez. 1901.
30	Bernhard van der Voosse, Cigarrenmacher,	geboren am 23. Januar 1851 zu Antwerpen, ortsangehörig ebendasselbst,	Betteln,	Königlich preussischer Polizei-Präsident zu Berlin,	14. Nov. 1901.
31	Rudolf Drachrad, Eisendreher,	geboren am 28. Dezember 1882 zu Netreb, Bezirk Melnik, Böhmen, ortsangehörig ebenda- selbst,	desgleichen,	Königlich sächsische Kreishauptmann- schaft Dresden,	9. Dezember 1901.
32	Leopold Guyot, Fabrikarbeiter,	geboren am 21. Januar 1882 zu Besançon, Frankreich, fran- zösischer Staatsangehöriger,	Landstreicherei und Obdachlosigkeit,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Straß- burg,	5. Januar 1902.
33	Christian Harboe, Formen,	geboren am 10. April 1870 zu Kopenhagen, ortsangehörig zu Frederiksberg, Dänemark,	Betteln,	Großherzoglich med- lenburgisches Mi- nisterium des Innern zu Schwerin,	19. August 1901.
34	Elisabeth Herrmann, geborene Walter, Zigeunersfrau,	geboren am 13. Oktober 1870 zu Altsattel, Bezirk Tachau, Böhmen, österreichische Staats- angehörige,	Landstreicherei, Betteln, falsche Namensangabe, Führung eines falschen Zeug- nisses und Nicht- abhalten ihres Kindes vom Bet- teln und Dieb- stahl,	Königlich bayerisches Bezirksamt Kobern,	26. Dez. 1901.
35	Franz Hnidel, Maurer,	geboren am 24. März 1836 zu Laußnitz, Bezirk Eisenbrod, Böhmen, ortsangehörig zu Pra- stlow, Bezirk Semlitz, ebenda- selbst,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Königsberg,	31. Dez. 1901.
36	Wassili Ernst (Frédéric Charles) Zeglewicz- Chafferlasond (de Chafferlasond), Kommissar,	geboren am 28. Januar 1884 zu Louvain, Belgien, belgischer Staatsangehöriger,	Landstreicherei, Betteln und Fä- hrung falscher Ver- gütungs- Papiere,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Stade,	4. Januar 1902.

Die im Jahre 1901 Ausweisung des Taggers Friedrich Eitner ist dahin zu berichtigen, daß der Aus-
gewiesene in Wirklichkeit Robert Singer heißt und mit dem schon früher veröffentlichten Kammacher Singer
identisch ist.

Hierzu Sechs Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.

Belagsblätter werden der Bege mit 10 Pf. berechnet.)

Redigiert von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam. Buchdruckerei der K. B. Hahn'schen Verlagsanstalt.

Mittheilung

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 6.

Den 7. Februar

1902.

Inhaltsverzeichnis. Inhalt von Stück 4 des Reichsgesetz-Blatts und von Stück 2 des Gesetz-Sammlungs. S. 43.
— Abgabe-Tarif. S. 43. — Geldsammlungen in öffentlichen Versammlungen. S. 43. — Fleischer-Vereinsgenossenschaft. S. 44.
— Ziegelei-Vereinsgenossenschaft. S. 44. — Verkündigung ortspolizeilicher Verordnungen in Treptow. S. 44. — Jüder-Vereinsgenossen-
schaft. S. 44. — Metall-Vereinsgenossenschaft. S. 44. — Fleischer-Vereinsgenossenschaft. S. 44. — Prüfung von Dampfmaschinen.
S. 44. — Viehschlachten. S. 44. — Wasserbauverträge. S. 45. — Kreisfiskusinspektoren. S. 46. — Erhaltung von Gegenständen
wissenschaftlichen, historischen oder künstlerischen Wertes. S. 46. — Verlegung eines Rohrpostrohrs. S. 47. — Pfarrstellen-
erhebung. S. 47. — Ausnahmestrafen für Eis in Wagenladungen. S. 47. — Personal-Chronik. S. 47. — Prozeßsagen.
S. 48. — Schiedsgericht für Arbeiterversicherung. S. 48. — Landwirtschaftliche Akademie Bonn-Doppelsdorf. S. 48. — Auswerb-
ungen aus Preußen. S. 48. — Ausweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiete. S. 49.

Reichsgesetzblatt.

(Stück 4.) Nr. 2829. Gesetz über die Verlegung der deutsch-österreichischen Grenze längs des Przemsa-
flusses. Vom 22. Januar 1902.

Nr. 2830. Gesetz über die Verlegung der deutsch-
dänischen Grenze an der Norderau und der Rjärs-
mühlenau. Vom 22. Januar 1902.

Nr. 2831. Bekanntmachung, betreffend die Beschäfti-
gung von Gehälfen und Lehrlingen in Gast- und
in Schankwirtschaften. Vom 23. Januar 1902.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 2.) Nr. 10317. Verfügung des Justizministers,
betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen
Theil der Bezirke der Amtsgerichte Dillenburg,
Hachenburg, Königstein, Langenschwalbach, Monta-
baur, Nassau, Runkel, Sankt Goarshausen,
Wehen und Weilburg. Vom 11. Januar 1902.

Nr. 10318. Verfügung des Justizministers, betreffend
die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des
Bezirktes des Amtsgerichts Biedenkopf. Vom
16. Januar 1902.

Nr. 10319. Bekanntmachung des Justizministers, be-
treffend die Bezirke, für die während des Kalender-
jahres 1901 die Anlegung des Grundbuchs erfolg-
t, sowie die Bezirke, für welche das Grundbuch
seit dem 1. Januar 1902 auch in Ansehung der
von der Anlegung ursprünglich ausgenommenen
Grundstücke als angelegt gilt. Vom 17. Januar
1902.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

10.

Tarif

für die Abgabe der Gemeinde Vorgebör.

Es ist zu entrichten:

H. Ufergeld

von Gütern, die über das Bohlwerk aus- oder ein-
geladen werden, und zwar:

1) von allen nachstehend nicht besonders genannten

2) von Getreide, Mehl, Reis, Dru, Gerst,
Bier, Wein, Del, Petroleum, Spiritus,
Theer, Heringe, Zucker, Kaffee, frischem
oder getrocknetem Obst, Kartoffeln und
Rüben für je 50 kg der ersten 5 Tonnen
(5000 kg) und für je 100 kg des Mehr-
gewichts 1 Pf.

3) von Mauersteinen, Dachziegeln und Schiefer-
tafeln für je 100 Stück 1

4) von Kalk- oder Feldsteinen, Lehm, Kies,
Sand, Bau-, Nutz- und Brennholz, mit Aus-
nahme von Kaskaden und Reisig, für je 1 cbm. 5

5) von Kaskaden und Reisig für je 1 cbm. 2

6) von Rohr für je 100 Bund 8

III. Lagergeld

von Gütern, die nach der Ausladung aus dem
Schiff oder vor der Einladung in das Schiff länger
als 24 Werktage auf dem Bohlwerk liegen, für
jeden folgenden Zeitraum von sieben Tagen nach den
Sätzen unter Ziffer 1.

Befreiungen.

Güter, die dem Könige, dem Preussischen Staat
oder dem Deutschen Reiche gehören oder ausschließlich
für deren Rechnung befreit werden, sind von dem
Ufer- und Lagergeld befreit.

Zusätzliche Bestimmung.

Theile von Erhebungseinheiten gelten bei der
Abgabenberechnung als volle Einheit.

Dieser Tarif tritt nach vierzehntägigem Aushang
am Bohlwerk in Kraft.

Berlin, den 15. Januar 1902.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten. Der Finanzminister.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Polizei-Verordnung

betreffend die Veranstaltung von Geldsammlungen in öffentlichen
Versammlungen.

27. Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes

(G.-S. S. 265) in Verbindung mit §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195) wird für den Umfang des Regierungsbezirks Potsdam mit Ausnahme der Stadtfreie Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf unter Zustimmung des Bezirksausschusses folgende Polizeiverordnung erlassen:

Einziger Paragraph.

Die Polizeiverordnung, betreffend die Erhebung von Geldbeiträgen bei öffentlichen Versammlungen (Eintrittsgeld, Zellerksammlungen) vom 7. Januar 1891 (Amtsblatt S. 21) wird aufgehoben.

Potsdam, den 1. Februar 1902.

Der Regierungspräsident.

Fleischerei-Vereinsgenossenschaft in Mainz.

28. Von dem Vorstände der Fleischerei-Vereinsgenossenschaft in Mainz ist dem für das ganze Gebiet dieser Genossenschaft angeordneten technischen Aufsichtsbeamten, Gewerbeinspektor a. D. C. Deiters in Mainz mit Genehmigung des Reichsversicherungsamtes vom 11. Januar 1902 — I. 65 — auch die Funktion eines Rechnungsbeamten im Sinne des § 149 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900 übertragen worden.

Potsdam, den 31. Januar 1902.

Der Regierungspräsident.

Siegelei-Vereinsgenossenschaft, Sektion 4 in Charlottenburg.

29. Zum Rechnungsbeamten im Sinne des § 119 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900 ist für den Bezirk der Sektion 4 der Ziegelei-Vereinsgenossenschaft in Charlottenburg — Brandenburg mit Berlin, sowie mit den Eulassan Regeland, mit Schöneberg und Rixdorf, ferner Kreis Zerinow II. — der Geschäftsführer dieser Sektion Herr C. Schwanhäuser, Charlottenburg, Cauerstraße 1 I. bestellt worden.

Potsdam, den 31. Januar 1902.

Der Regierungspräsident.

Verhandlung ortspolizeilicher Bestimmungen im Amts- und Gemeindebezirk Treptow.

30. Auf Grund des § 144 Abs. 2. des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 bestimme ich unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs, daß die von dem Amtsvorsteher in Treptow zu erlassenden ortspolizeilichen Bestimmungen ihrem ganzen Inhalte nach außer in das Teltower Kreisblatt in den in Treptow erscheinenden „Treptower Anzeiger“ aufzunehmen sind und daß hiervon deren Gültigkeit abhängen soll.

Im Uebrigen verbleibt es bei den Bestimmungen meiner Verordnung vom 25. Juni 1886 (Beilage zum 28. Stück des Amtsblatts).

Potsdam, den 31. Januar 1902.

Der Regierungspräsident.

Bach-Verbands-Vereinsgenossenschaft:

31. Auf Grund des nach dem Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz vom 30. Juni 1900 erlassenen neuen

Statuts der Zuder-Vereinsgenossenschaft vom 18. Dezember 1901 ist das bisherige Organ der Vertrauensmänner derselben eingezogen. Es sind dementsprechend die bisherigen Inhaber dieses Amtes und deren Stellvertreter mit dem 1. Januar 1902 von ihrer ehrenamtlichen Thätigkeit entbunden worden.

Potsdam, den 3. Februar 1902.

Der Regierungspräsident.

Metall-Vereinsgenossenschaft:

32. Von dem Vorstände der Norddeutschen Metall-Vereinsgenossenschaft in Berlin ist der Ingenieur Paul Hofmann in Berlin, Bantelstraße 20a., als technischer Aufsichtsbeamter für den diesseitigen Bezirk bestellt worden.

Potsdam, den 3. Februar 1902.

Der Regierungspräsident.

Reinen-Vereinsgenossenschaft.

33. Von dem Vorstände der Reinen-Vereinsgenossenschaft in Schwelm ist der Ingenieur Ernst Schulz in Schwelm als technischer Aufsichtsbeamter und Rechnungsbeamter für den Bezirk der Genossenschaft bestellt worden.

Potsdam, den 3. Februar 1902.

Der Regierungspräsident.

Prüfung von Dampfmaschinen.

34. Dem Herrn Dr. Werner Hestter in Berlin NW. 52 Galvinststraße 14 wird die Genehmigung erteilt, die durch die Polizeiverordnung, betreffend die Einrichtung und den Betrieb von Dampfmaschinen, vom 20. Dezember 1898 vorgeschriebenen Prüfungen innerhalb des Regierungsbezirks vorzunehmen.

Potsdam, den 3. Februar 1902.

Der Regierungspräsident.

35. **Viehseuchen.**

I. Festgestellt:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Ober-Barnim: Bornwer Torp. Kreis West-Havelland: Rixdorf, Stolln.

b. Milzbrand. Kreis Ober-Barnim: Tarnow. Kreis Ost-Havelland: Dallgow, Regin, Rarow. Kreis West-Havelland: Prigge. Kreis Teltow: Caspernd, Bris. Kreis Zauch-Belzig: Derg.

c. Schweinepeste. Kreis Nieder-Barnim: Bernau, Reimickendorf. Kreis Prenzlau: Strasburg II./M., Dom. Schmarow, Dom. Neuenfeld, Schmölln II./M., Dom. Seelbabe, Dom. Tornow. Kreis Teltow: Jossen, Mittenwalde.

II. Erloschen:

a. Milzbrand. Kreis Ost-Havelland: Dyrog, Herwenig. Kreis Prenzlau: Dom. Groß-Spiegelberg, Rixdorf. Kreis Teltow: Rögis.

b. Schweinepeste. Kreis Nieder-Barnim: Rehsfelde. Kreis Teltow: Stöglitz, Mariendorf.

c. Geflügelcholera. Kreis Nieder-Barnim: Dranienburg. Kreis Teltow: Wänsdorf, Stöglitz.

Potsdam, den 4. Februar 1902.

Der Regierungspräsident.

Wasserbankreise.

36. Im Mai 1900 hat eine neue Einteilung der Wasserbankreise Rathenow, Potsdam, Eberswalde und Neuruppin stattgefunden. Innerhalb der in der nachstehenden Zusammenstellung angegebenen Grenzen sind die Wasserbauinspektoren für die Verwaltung der Strom-, Schiffsahrts-, Klöberei- und Hafenspolizei in unmittelbarer Veranlassung. (Vergl. Bekanntmachung vom 25. Juni 1894, Amtsblatt Seite 339).

Einteilung der Wasserbaukreise
an den dem Regierungs-Präsidenten in Potsdam unterstellten Wasserstraßen.

Nr.	Bezeichnung der Wasserstraßen	Strecke		km.
		von	bis	
I. Wasserbaukreis Rathenow.				
1.	Untere Havelwasserstraße, zu 1 gehörig: a. Rathenower Hauptschleusenkanal b. Brandenburger Stadtkanal	der Elbe	zum Göttingsee	136,94
2.	Wasserstraße Bergsee—Niedwendtsee	Brandenburg	Niemend	0,00
3.	Potsdamer Havel	Göttingsee	Werder	10,20
4.	Göttinger See	Sahlbergsmühle	(Eisenbahnbrücke)	4,60
5.	Hohenhauer-Kanal und See	der Untern Havel-	Ferchlar	10,00
6.	Emster-Gewässer *)	wasserstraße Gollwigka./H.	Lebnin	15,20
II. Wasserbaukreis Potsdam.				
1.	Untere Havelwasserstraße	Göttingsee	Spanbau	136,94
2.	Havel-Ober-Wasserstraße	Spanbau	Nieder-Neuendorf	9,00
3.	Spree-Ober-Wasserstraße	Spanbau	Evallottenburg	6,88
4.	Potsdamer Havel	Werder	(Eisenbahnbrücke)	30,00
5.	Die Bublitz		Sakrow	
6.	Olindower See			
7.	Schwiebsee			
8.	Potsdamer Stadtkanal			
9.	Fährlander See			
10.	Kramnitzsee und Lehnitzsee			
11.	Bamssee			
12.	Orbensee			
13.	Tegeeler See			
14.	Nieder-Neuendorfer Kanal	Nieder-Neuendorf	Brieselang	15,20
III. Wasserbaukreis Eberswalde.				
1.	Havel-Ober-Wasserstraße	Nieder-Neuendorf	zur Ober bei Hohen-	102,70
2.	Brandenburger Havel	Spanbauer Havel	saathen	13,57
3.	Obere Havelwasserstraße	Liebenwalde	zur Schleuse Frieden-	4,70
4.	Werbelliner Gewässer	Linow-Kanal	thal	20,00
5.	Briegener Alte Ober	Oderberg	Bischowswerder	25,08
6.	Lehnitz-Gewässer	Brandenburger Havel	Briegen	3,20
7.	Schwiebsee Havel	Friedrichsthaler Havel	Lehnitzsee einschl.	20,00
8.	Freienwalder Landgraben	Briegener Alte Ober	Bischowswerder	7,78
IV. Wasserbaukreis Neuruppin.				
1.	Ruppiner Wasserstraße	Brandenburger Kanal	Linow	65,43
2.	Fehrbelliner Wasserstraße	Ruppiner Wasserstraße	Fehrbellin	17,50
3.	Dosse	Untere Havel	Hohenosen	17,20
4.	Kottbuser See			
5.	Röllener See			

Nr.	Bezeichnung der Wasserstraßen	S t r e c k e		km	
		von	bis	von	bis
V. Wasserbaukreis Zehdenick.					
1.	Obere Havel-Wasserstraße	Bischofswerder	Fürstenberg i./M.	4,70	60,70
2.	Wentow-Gewässer	Marienshal	Kleiner Wentowsee einschl.	0,00	11,00
3.	Templiner Gewässer	Obere Havel	Labäussee einschl.	0,00	23,15
3a.	Neuen-Fließ			0,00	2,30
4.	Epshener Gewässer	Himmelfort	Epshen	0,00	8,20
5.	Rheinsberger Gewässer	Rhein-Zerlang	Rheinsberg	0,00	12,00
5a.	Dollgow-Kanal und -See			0,00	2,50
5b.	Dilow-Kanal und -See			0,00	1,00
6.	Zechliner Gewässer	Liegowsee	Zechlin	0,00	8,02
7.	Schnelle Havel	Bischofswerder	Zehdenick	20,00	36,00
VI. Wasserbaukreis Coepenick.					
1.	Spree-Ober-Wasserstraße	Berlin	Seddinsee einschl.	21,36	45,10
2.	Müggelspree	Coepenick	Gr. Tränke	0,00	45,10
3.	Rüdersdorfer Gewässer	Dameritzsee	Rüdersdorf	0,00	8,30
3a.	Stolz-Fließ	Kalksee	Stolzsee	0,00	0,80
4.	Schiffbare Bödnig	Fladensee	Möllensee einschl.	0,00	11,00
5.	Dahme-Wasserstraße	Schmödewitz	Starganzsee einschl.	0,00	29,00
6.	Storkower Gewässer	Dahmewasserstraße	Schärmüggelsee einschl.	0,00	33,44
7.	Teupitzer Gewässer	Prieros	Teupitzersee einschl.	0,00	18,70
VII. Wasserbaukreis Fürstenwalde.					
1.	Spree-Ober-Wasserstraße	Seddinsee	zur Ober bei Fürstenberg	45,10	132,60
2.	Obere Spree-Wasserstraße	Spree—Ober-Wasser- straße	Leibsch	0,00	70,50
3.	Friedrich Wilhelms-Kanal	Schlaubehammer	Ober bei Brieskow	0,00	12,90
4.	Schwielsensee	der oberen Spree ab- zweigend	Goyas	0,00	7,00
5.	Drahdorfer Spree	Flußfrug	Bergensee	0,00	18,50
6.	Kersdorfer See				
7.	Katharinen-Graben und See				

Potsdam, den 30. Januar 1902.

Der Regierungspräsident.

Potsdam, den 30. Januar 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung. Kreisschulinspektionen.

6. Vom 1. Februar 1902 ab umfassen die haupt-
amtlichen Kreisschulinspektionen Berlin-Teltow, Berlin-
Coepenick und Berlin-Nirsdorf anderweitig folgende
Schulorte:

I. Berlin-Teltow.

Friedenau, Seglitz, Groß-Lichterfelde, Zehlendorf
(mit Schlachtensee), Pantitz, Mariendorf (mit Südenbe),
Mariensfelde, Fichtenrade, Mahlow, Stralau, Rummels-
burg und Treptow (Baumschulenweg).

II. Berlin-Coepenick:

Coepenick, Müggelsheim, Friedrichshagen, Erkner,
Adlershof, Alt-Ollendick, Grünau, Lichtenberg, Johannis-
thal, Nieder- und Ober-Schöneweide.

III. Berlin-Nirsdorf.

Nirsdorf, Britz und Tempelhof.
Potsdam, den 25. Januar 1902.

Königliche Regierung,
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.

Erhaltung von Gegenständen wissenschaftlichen, historischen oder
künstlerischen Wertes.

7. Auf Veranlassung des Herrn Ministers der
geistlichen Angelegenheiten und im Auftrage des Evan-
gelischen Ober-Kirchenrathes machen wir im Interesse
der Erhaltung von Gegenständen wissenschaftlichen,
historischen oder künstlerischen Wertes, insbesondere von
Kunstdenkmälern der Vergangenheit den Herren Geist-
lichen und Gemeinde-Kirchenräthen wiederholt zur Pflicht,
die Bestimmungen in Artikel 24 Ziffer 2 des Staats-
gesetzes vom 3. Juni 1876 (G.-G. S. 125) und im
§ 1 Nr. 2 des Vermögensaufsichtsgesetzes vom 18. Juli
1892; (Kirchliches A. Gesetz- und Verordnungs-Blatt
Seite 9) sorgfältig zu beachten.

Hiernach bedarf es zur Veräußerung solcher
Gegenstände der Genehmigung nicht nur der staatlichen,
sondern auch der kirchlichen Aufsichtsinstanz.

Von den hohen Centralbehörden ist darauf hin-
gewiesen, daß es der Bedeutung dieser Sache nicht ent-
spricht, wenn die Gemeinde-Kirchenräthe vielfach bei
Nachsuchung dieser Genehmigung so verfahren, als ob

es sich nur um die Erfüllung einer unwesentlichen Form handelte. Namentlich darf die Berichterstattung daher nicht, wie es in der Regel zu geschehen pflegt, erst dann erfolgen, wenn die kirchlichen Organe die beabsichtigten Maßnahmen bereits zur Ausführung fertig vorbereitet haben.

Zugleich machen wir den Herren Geistlichen und Gemeinde-Kirchenräthen auch bei dieser Gelegenheit die sorgfältige Beachtung der Bestimmung in § 1 Nr. 8 des vorerwähnten Gesetzes vom 18. Juli 1892 zur Pflicht, wonach ein Abbruch vorhandener Gebäude oder eine Reparatur gottesdienstlicher Gebäude, wenn dadurch die bauliche Grundgestalt oder die künstlerische Ausstattung des Gebäudes geändert wird, ohne kirchenausschließliche Genehmigung unzulässig ist.

Berlin, den 5. Juni 1896.

Königliches Konsistorium der Provinz Brandenburg.

Vorstehende Bekanntmachung des Königlichen Konsistoriums vom 5. Juni 1896 bringen wir anlässlich eines besonderen Falls den Theilhabenden in Erinnerung. Wir sind gern bereit, in allen Fällen, in denen es sich um Veränderungen gottesdienstlicher Gebäude hinsichtlich ihrer künstlerischen Aus schmückung und ihres Charakters als Baudenkmäler handelt, den Baupflichtigen technischen Rath zu gewähren.

Potsdam, den 16. Januar 1902.

Königliche Regierung,

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Verlegung eines Rohrpostrohrs.

5. Bei dem Kaiserlichen Postamt 28 hier N., Anklamerstraße 27, liegt ein Plan aus über die Verlegung eines Rohrpostrohrs nebst Signallabels in der Swinowänderstraße sowie über Aufnahme der vorhandenen Rohrpostanlage in der Anklamerstraße.

Berlin C. 2, den 30. Januar 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Bekanntmachungen des Königlichen Konsistoriums der Provinz Brandenburg.

Pfarrstellenverleibung.

9. Erledigt ist die zweite Pfarrstelle an der Gnadenkirche hier selbst, Diözese Berlin II., durch Ableben des Pfarrers Wagner am 4. Januar d. Js. Die Wiederbesetzung erfolgt durch Gemeindevahl nach Maßgabe des Pfarrwahlgesetzes vom 28. März 1892 (R. G. u. B. Bl. 1892 S. 115).

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahndirektion zu Berlin.

Ausnahmetarif für Eis in Wagenladungen.

3. Im Gruppen- und Wechselverkehr der preussisch-hessischen Staatseisenbahnen, im Binnenverkehr der Königlichen Militär Eisenbahn und der Reichseisenbahnen in Elsass-Lothringen, ferner im Militärbahn-Staatsbahnverkehr und im Reichsbahn-Staatsbahnverkehr, sowie im Wechselverkehr der preussisch-hessischen Staatseisenbahnen mit der Odenburger Staatseisenbahn und mit der

Station Rempert der Breslau-Warschauer Eisenbahn wird für Eis in Wagenladungen von mindestens 10 t oder bei Frachtzahlung für dieses Gewicht von jedem Wagen ein allgemeiner Ausnahmetarif zu den Sätzen des Ausnahmetarifs für Wegebaustoffe für die Zeit vom 1. Februar bis einschließlich den 31. Dezember d. J. eingeführt.

Berlin, den 28. Januar 1902.

Königliche Eisenbahn-Direktion,
zugleich Namens der theilhabenden Verwaltungen.

Personal-Chronik.

Seine Majestät der Kaiser und König haben dem Polizeidirektor Grafen von Bernstorff hieselbst den Charakter als Polizeipräsident zu verleihen geruht.

Der Gerichtsdirektor Klaus von Fredow ist zum Regierungsdirektor ernannt worden.

Im Kreise Prenzlau ist ernannt worden zum Amtsvorsteherstellvertreter: Herrmann Hermann Dampmeyer, Papendorf, für den Bezirk 12 „Brick“.

Im Kreise Templin ist wieder ernannt worden zum Amtsvorsteherstellvertreter: Königlich Forster Sommerfeld, Forsthaus Wolfsgarten, für den Bezirk 15 „Forsthaus Jechenid.“

Der Kreisbauinspektor Baukath Mund in Angermünde ist am 1. Februar d. J. zur Regierung in Arnberg versetzt worden. Zu seinem Nachfolger ist der Kreisbauinspektor Boigt ernannt, welcher die Dienstgeschäfte am 1. März d. J. übernehmen wird.

Der Civilanwärter Scheffer bei der Veranlagungskommission der Kreise Teltow-Hirsdorf in Berlin ist zum Steuerassistenten ernannt worden.

Dem Kreis Schulinspektor Albrecht in Jaroschin ist durch Erlass des Herrn Unterrichtsministers vom 16. Januar 1902 — U. III. B. Nr. 48 — vom 1. Februar 1902 ab die Verwaltung der hauptamtlichen Kreis Schulinspektion Berlin-Teltow mit dem Wohnsitz in Berlin übertragen worden.

Bei der Königlichen Ministerial-Militär- und Baukommission in Berlin sind, im letztverfloffenen Kalendervierteljahre folgende Regierungsbauführer vereidigt worden: Karl Arnold Friedrich Daniel Schwennicke, Ernst Friedrich Heyne und Paul Louis Willy Erler.

Der bisherige Pfarrer in Jarnetow, Provinz Pommern, Robert Gustav Otto Baumann, ist zum sechsten Pfarrer an der Emmaus-Kirche zu Berlin, Diözese Köpenick-Stadt, bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer Eduard Chr. Theuerkauf in Ahrensdorf ist zum Pfarrer der Pfarodie Sernow, Diözese Lauenwalde, bestellt worden.

Der Pfarrer Karl Gottfried Joachim Schlicht in Rudow ist zum Superintendenten der Diözese Köpenick-Land II. ernannt worden.

Der bisherige Hülfsprediger Friedrich Theodor Rudolf Ewald ist zum fünften Pfarrer an der Zionskirche zu Berlin, Diözese Berlin III., bestellt worden.

Der bisherige Diakon in der St. Katharinen-Kirche in Salawedel Hermann Louis Lauer ist zum

lebenden Pfarrer an der Emmaus-Kirche zu Berlin, Döbese Köln-Stadt, bestellt worden.

Der Lehrer Nagel ist endgültig als Lehrer und Erzieher am städtischen Erziehungshaus in Lichterberg angestellt worden.

Die Lehrerin Petersen ist endgültig als wissenschaftliche Lehrerin an der Idiotenanstalt in Dalldorf angestellt worden.

Das Fräulein Martha Kempf ist vom 1. Oktober 1901 ab als Zeichenlehrerin an der Dorotheenschule in Berlin angestellt worden.

Das Fräulein Helene Kaiser ist vom 1. Oktober 1901 ab als Zeichenlehrerin an der Margarethenschule in Berlin angestellt worden.

Die ordentliche Lehrerin an der Dorotheenschule zu Berlin, Fräulein Antonia Wendt, tritt zum 1. April 1902 in den Ruhestand.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Prozessagent.

Dem Rechtskonsulenten Gustav Altermann in Freyenstein, Predigerstraße 13, ist das mündliche Verhandeln vor dem unterzeichneten Gericht durch den Herrn Landgerichtspräsidenten zu Neu-Ruppin gestattet worden. Meyenburg, den 17. Januar 1902.

Königliches Amtsgericht.

Schiedsgericht für Arbeiterversicherung.

Zu Vertrauensärzten des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung (Norddeutsche Knappschafts-Pensionskasse) zu Halle a./S., sind für das laufende Kalenderjahr der königliche Kreisarzt Medizinalrath Dr. Bielig zu Halle a./S., der königliche Kreisarzt-Beihelfer Medizinalrath Dr. Riesel zu Halle a./S. und der Sanitätsrath Professor Dr. Lhiem zu Cottbus gewählt worden. Halle a./S., den 28. Januar 1902.

Der Schiedsgerichtsvorsitzende.

Boelkel, Oberberggrath.

Königliche landwirthschaftliche Akademie Bonn-Poppelsdorf in Verbindung mit der

Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Die Ausnahmen für das Sommer-Halbjahr 1902 beginnen am 16. April, die Vorlesungen am 22. April d. Js. Prospekte und Lehrpläne versendet das Sekretariat der Akademie auf Ansuchen kostenfrei.

Auskunft über den Eintritt und den Studiengang erteilt der Direktor.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Goldarbeiter Max Spergel, geboren am 8. Februar 1879 zu Wien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als löstiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 14. Januar 1902 ausgewiesen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiet.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Ausweisung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs- Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Johann Pandowicz, Arbeiter,	geboren am 24. Mai 1883 zu Krakau, Galizien, ortsange- hörig zu Antoniow, Bezirk Tarnobrzeg, ebendasselbst,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Danabrad,	3. Januar 1902.
2	Franz Mattausch, Arbeiter,	geboren am 12. Juni 1880, aus Wien, österreichischer Staatsan- gehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	desgleichen.
3	Georg Schimke, Schlosser,	geboren am 30. August 1870 zu Alt-Bielitz, Oesterreichisch- Schlesien, ortsangehörig eben- dasselbst,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	21. Nov. 1901.
4	Joseph Witel, Schmiedegeselle,	geboren am 16. Juli 1856 zu Hnatow, Bezirk Landskron, Böhmen, österreichischer Staats- angehöriger,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	3. Januar 1902.

Die 1899 erfolgte Veröffentlichung der Ausweisung des Franz (Franz Michel) Mondwelt ist dahin zu berichtigen, daß der Ausgewiesene Michael Frankiewicz heißt und zu Glogow, Bezirk Pleschow in Galizien, geboren ist.

Hierzu fünf öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam. Buchdruckerei der K. B. Bahn-Werke.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 7.

Den 14. Februar

1902.

Inhaltsverzeichnis: Inhalt von Stück 5 und 6 des Reichs-Gesetz-Blatts. S. 48 — Wahl eines Provinziallandtags-Abgeordneten. S. 49. — Verantwortlichkeit des Fernsprechverkehrs. S. 49. — Strom- und Schifffahrts-Polizeiverordnung. S. 49. — Öffentliche Verloosung. S. 50. — Viehschenden. S. 50. — Marktpresse. S. 50/52. — Landesverordnungen. S. 51. — Kleinbahn Rathenow-Venlinen. S. 52. — Berichtigung. S. 53. — Vergabung der Konzession für eine Apotheke. S. 53. — Marktpresse. S. 54/55. — Schenkung. S. 54. — Entziehung einer Approbation als Arzt. S. 55. — Bezirkscharakteristischer Meister. S. 55. — Kommunalbesitzveränderungen. S. 56. — Schließung einer Eisenbahnstation als öffentliche Anlaufstelle. S. 56. — Norddeutsche-Berlin-Bayerischer und Norddeutsche-Berlin-Württembergischer Güterverkehr. S. 56. — Personal-Chronik. S. 57. — Ausweisungen aus Preußen. S. 58. — Ausweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiete. S. 59.

Reichs-Gesetzblatt

(Stück 5.) Nr. 2832. Bekanntmachung, betreffend Änderungen der Verkehrsordnung für die Haupt-eisenbahnen Deutschlands vom 5. Juli 1892. Reichs-Gesetzbl. S. 691. Vom 22. Januar 1902.

Nr. 2833. Bekanntmachung, betreffend den Umlauf von Schreibmännern luxemburgischen Gepräges innerhalb deutscher Grenzbezirke. Vom 23. Januar 1902.

Nr. 2834. Bekanntmachung, betreffend das Befahren bei Anträgen auf Verlängerung der Lebensschiffzeit. Vom 25. Januar 1902.

(Stück 6.) Nr. 2835. Bekanntmachung, betreffend eine Änderung der Anlage B zur Eisenbahn-Verkehrsordnung. Vom 30. Januar 1902.

Nr. 2836. Bekanntmachung, betreffend die Beschäftigung von Arbeitern und jugendlichen Arbeitern in Kohlenfabriken und den zur Herstellung von Kohlen dienenden Werksstätten mit Motorbetrieb. Vom 31. Januar 1902.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten.

Wahl eines Provinziallandtagsabgeordneten.
4. An Stelle des verstorbenen Provinziallandtags-Abgeordneten Bürgermeisters Roberstein zu Lübben ist der Landrat Freiherr von Falkenhäusen zu Lübben zum Provinziallandtagsabgeordneten für den Kreis Lübben gewählt worden.

Potsdam, den 6. Februar 1902.

Der Oberpräsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Erweiterung des Fernsprechverkehrs.

6. Die Teilnehmer an den Stadt-Fernsprech-einrichtungen in Köpenick, Friedrichshagen, Grünau (Markt), Ludwigfelde, Neuenhagen (Dübahn), Nowawes-Neuenhof, Oranienburg, Potsdam, Spandau, Wannsee und Zehlendorf (Wannseebahn) sind zum Sprecheverkehr mit Berlin, Bismarck, Blomberg (Lippe), Borsigshausen, Borkow (Meckl.), Brandenburg (Dahm.), Brand (S. Schenke) Mägen (Südost) (Kronburg) (Dahm.)

Czarnikau, Dinslaken, Driburg (Westf.), Euskirchen, Erin, Hahnenles, Halle (Westf.), Hermsdorf (Bz. Dresden), Hörter, Hohenleuben, Hohenmölsen, Kempen (Rheinl.), Linke, Lipppringe, Ludwigsdorf, Neuhäusen (Dahm.), Verlinghausen, Pödelshausen, Pöbethen, Paudien (Bz. Breslau), Rheda (Bz. Minden), Rheinsberg (Rheinland), Salzkotten, Salzhausen, Schleusingen, Schubin, Sigmaringen, Strelau, Tauer (Westf.), Ulf, Wegleben, Wether (Westf.), Wethin, Wiffel und Jantow zugelassen worden.

Potsdam, 3. Februar 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion. Gärtler.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Strom- und Schifffahrts-Polizeiverordnung für die dem Regierungspräsidenten in Potsdam unterstellten Wasserstraßen.

37. Auf Grund der §§ 138 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195 ff.), ferner die Ministerialerlasse vom 18. Juni 1885 und vom 22. März 1890 und — soweit im Regierungsbezirk Potsdam belegene Wasserstraßen in Betracht kommen — unter Zustimmung des Bezirksausschusses wird für die dem Regierungspräsidenten in Potsdam unterstellten öffentlichen Wasserstraßen die nachstehende Strom- und Schifffahrtspolizeiverordnung erlassen:

Die Strom- und Schifffahrtspolizeiverordnung vom 14. September 1901 (Amtsblatt von 1901 Stück 39) wird hiermit aufgehoben und durch folgende ersetzt:

Der § 2 Absatz 2 der Strom- und Schifffahrtspolizeiverordnung für die dem Regierungspräsidenten zu Potsdam unterstellten Wasserstraßen vom 17. Januar 1896 (Sonderausgabe des Amtsblatts vom 3. Februar 1896) erhält folgenden Zusatz:

Die wasserfreie Höhe ist bei Dampfschiffen von der Unterseite der tiefliegenden Öffnung (Fenster) im Schiffskörper abwärts zu messen.

Potsdam, den 21. November 1901.

Öffentliche Verlosung.

38. Der Herr Minister des Innern hat am 28ten Januar d. J. dem Comité für den Luxuspferdemarkt in Briesen W./Pr. die Erlaubniß erteilt, in Verbindung mit dem diesjährigen Pferdemarkte eine öffentliche Verlosung von Pferden, Wagen und anderen Gegenständen zu veranstalten und die Loose — 100000 Stück zu je 1 Mark — in der ganzen Monarchie zu ver-treiben.

Potsdam/Berlin, den 7. Februar 1902.

Der Regierungspräsident. Der Polizeipräsident.

39. Viehseuchen.

I. Festgestellt:

a. Milzbrand. Kreis Ost-Havelland: Bredow,

Schwante. Kreis West-Havelland: Damme, Reghr. Kreis Prenzlau: Dom. Groß-Ludow. Kreis Rupp-in: Friedrichsdorf. Kreis Templin: Dargersdorf.

b. Schweineseuche. Kreis Prenzlau: Stras-burg u./M., Kreis Teltow: Bl.-Wilmersdorf, Mersdorf.

c. Bruckseuche. Kreis Rupp-in: Lindow.

II. Erloschen:

a. Milzbrand. Kreis Ost-Havelland: Barzdorf.

b. Schweineseuche. Kreis Teltow: Klein-Ollenside.

c. Geflügelcholera. Kreis Teltow: Groß-Richterfelde.

Potsdam, den 11. Februar 1902.

Der Regierungspräsident.

41.

Nachweisung der Märkte und Läden.

Reisende Nummer	Namen der Städte	I. A. Getreide.				I. B. U e b r i g e Wa r e n .												II. C. Vieh.																
						Müllensprüche.			Stroh.								Rinder.																	
		Weizen	Roggen	Gerst.	Hafer	Getreide (gelbe) zum Kochen	Speisebrot (gerstl.)	Stroh	Stroh	Stroh	Stroh	Stroh	Stroh	Stroh	Stroh	Stroh	Stroh	Stroh	Stroh	Stroh	Stroh	Stroh												
																							Stroh		Stroh		Stroh		Stroh		Stroh		Stroh	
																							Stroh		Stroh		Stroh		Stroh		Stroh		Stroh	
Es sollen je 100 Kilogramm																						je 1												
		Dr. St.	Dr. St.	Dr. St.	Dr. St.	Dr. St.	Dr. St.	Dr. St.	Dr. St.	Dr. St.	Dr. St.	Dr. St.	Dr. St.	Dr. St.	Dr. St.	Dr. St.	Dr. St.	Dr. St.	Dr. St.	Dr. St.	Dr. St.	Dr. St.												
1	Angermünde	17 50	14 15	13 43	14 95	25	28	27 50	3 25	6 50	5 25	6 50	116 50	1 50	1 25																			
2	Beeskow	16 24	13 96	13 50	14 61	22 50	27 50	45	3 25	5 60		5 87	105	1 35	1 05																			
3	Brandenburg	16	13 87	13 40	15 35	23 50	25	39	3 45	5		6 25	87	1 40	1 20																			
4	Dahme	16 47	13 69	13 57	14	26	30	35	3	5 50	3	6	95	1 20	1																			
5	Eberswalde	17 79	14 54	14 25	14 75	25	29	28	8 25	7 50		7 50	101	1 40	1 25																			
6	Havellberg	16 45	13 48	13 50	14 26	29 63	31 50	34 50	3 10	5 26		6 46	109	1 30	1 10																			
7	Jüterbog	16 20	13 70	13 50	15 63	35	40	45	4	6		8	110	1 60	1 40																			
8	Kuckenwalde	15 75	13 64	15	15 47	35	35	45	8 56	5 67		6 50	116	1 20	1 20																			
9	Perleberg	16 75	13 73	14	14 39	28	27	38	3 20	5 75		7 25	112 50	1 35	1 15																			
10	Potsdam	16 90	13 75	15	16 62	26	26	29 50	3 62	6 27		6 84	113 63	1 65	1 45																			
11	Prenzlau	17 57	14 16	13 44	14 30	25 50	23	35	4	6	4 25	5 50	105	1 40	1 15																			
12	Pritzwalk	17 13	13 38	13 88	14 38	27	22 50	35	2 84	4 75	3 75	5 75		1 40	1 20																			
13	Rathenow	15 90	14 03	13 75	14 54	21 75	23 75	21	3 34	5 62		5 75	110	1 50	1 20																			
14	Neu-Stuppin	17	14 40	15 50	15	35	35	55	3 20	6	5	5 60	106	1 45	1 25																			
15	Schwedt	16 75	15	13	15 34	26 67	31 25	37 50	4	7 08		6 54		1 40	1 20																			
16	Spanbau	16 67	13 73	15	16 04	26 50	37 50	42	4 20	6 75	6 75	7 90	120	1 65	1 20																			
17	Strasberg	15	14	15	16	30	30	35	4	8	6	8	110	1 60	1																			
18	Teltow		13 95	13 48	14 27	33	33	38 50	4 25	5 50		5 50	117 50	1 55	1 35																			
19	Templin	17	13 80	13 20	14	30	30	40	3	8	6	7	100	1 20	1 20																			
20	Treuenbriezen	15 88	13 75	14	14	25	24	30	3	5		7		1 40	1 20																			
21	Wistritz	17	13 69	15 50	13 86	28	38	40	3	6 67	5 67	6	105	1 25	96																			
22	Wriezen a. D.	17 30	14 01	14 19	14 60	23	23	31	3 50	6 50	5	6 50	115	1 30	1 20																			
Durchschnitt		16 03	13 93	14 05	14 83				3 45	6 13		6 56	108 11																					

Potsdam, den 11. Februar 1902.

40.

Nachweisung

über im Regierungsbezirk Potsdam verfügbaren Landesverweisungen.

1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
Kreis	Name der Polizeibehörde, welche die Anweisung verfügt hat	Der Ausgewiesenen					Lage des Urtheils oder der polizeilichen Anweisungserfügung
		Nr. und Vorname	Heimatort	Geburtsort	Stand	Alter Jahre	
Ruppin	Polizei-Verwaltung in Neu-Ruppin	Dienst, Albert	Sofolmich, Bezirk Bielun, Russisch-Polen	Arbeiter	28	12. September 1901	
"	"	Dienst, Antonia	"	Arbeiterin	25	"	"
"	"	Dwjarred, Franz	Isikornia, Bezirk Bielun, Russisch-Polen	Arbeiter	32	"	"
"	"	Muszkietz, Stanislaus	"	"	24	"	"

Potsdam, den 6. Februar 1902.

Der Regierungspräsident.

Preise im Monat Januar 1902.

W a a r e n.						II. Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats.													
Getreide.			Verändertes Getreide (Hefiger)	Erbbsen	Eier	Wehl zur Speisebereitung aus		Gersten-		Rundweizengröße	Votzengröße	Stärke	Weiß, Java, mittleres	Kaffee		Speiseöl	Schwefelsäure, fest		
Eichweizen	Roth-	Sammel-				Weizen	Roggen	Grünze	Größe					Sade mittleres (roh)	Java gelb (in gebranntes Bohnen)				
Es kostet je 1 Kilogramm.																			
150	135	140	180	220	460	30	25	55	35	40	45	35	50	270	330	20	160		
130	115	130	160	210	349	45	25	50	40	35	60	40	60	240	340	20	150		
140	130	135	180	219	465	30	25	40	40	40	40	40	50	2	280	20	180		
140	1	120	160	240	480	30	20	40	50	40	60	40	50	250	340	20	160		
160	130	145	180	231	540	28	22	40	40	40	40	40	60	260	340	20	160		
140	130	130	170	214	390	30	26	45	40	46	47	46	51	260	350	20	160		
160	140	140	180	240	524	34	16	50	50	50	50	40	40	250	250	20	1		
140	120	140	190	220	4	33	22	50	50	50	60	35	60	2	260	20	130		
140	160	125	2	189	380	23	24	33	28	45	45	33	45	270	290	19	2		
163	155	150	170	201	448	38	26	50	50	40	45	45	55	250	310	20	160		
145	110	115	170	230	518	29	25	45	45	45	55	38	55	260	3	20	170		
130	140	130	170	171	363	30	25	40	40	40	50	40	45	240	340	20	160		
150	140	140	170	231	451	30	28	48	48	48	48	43	55	230	350	20	165		
150	125	135	160	230	493	26	22	60	40	50	50	50	50	290	4	20	160		
140	120	140	160	198	475	35	25	50	30	40	50	50	60	280	360	20	180		
171	165	150	180	240	5	35	28	35	37	38	43	43	50	240	3	20	170		
160	130	140	180	220	450	30	25	40	40	45	45	40	60	230	320	20	160		
150	145	140	155	240	5	38	27	45	35	43	55	45	55	280	260	20	155		
140	1	120	160	220	520	30	25	50	50	50	40	50	50	230	260	20	160		
120	1	120	160	240	5	30	24	50	50	50	30	50	50	210	280	20	160		
127	111	105	170	212	397	25	21	38	38	45	42	40	45	210	280	20	155		
140	120	140	140	230	4	38	33	48	30	40	45	45	45	230	3	20	140		

Der Regierungspräsident.

42.

R a t h w e i s u n g

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag im Monat Januar 1902 in den Hauptmarktorien des Regierungsbezirks Potsdam.

Laufende Nummer	Es lopfeten je 50 Kilogramm	Bestom für Kreis Bies- tow Storkow	Brand- enburg für Brand- enburg und Kreis West- bavel- land.	Luden- walde für Kreis Jüter- bog- Luden- walde.	Berle- berg für Kreis West- Prignitz.	Pots- dam für Pots- dam und Kreis Rauh- witz.	Prenz- lau für die Kreis- Prenz- lau und Templin.	Neu- Ruppin für Kreis Ruppin.	Schwedt für Kreis Anger- münde.	Prignitz für Kreis Prignitz.	Bemerkungen.
1	Hafer	7 81	8 40	8 23	7 68	8 39	7 51	7 88	8 05	7 88	Für die Kreis Niederbar-
2	Heu	3 15	3 94	3 68	3 94	3 92	3 15	2 94	3 43	3 15	min, Oberbarnim, Ost-
3	Richtstroh	2 94	2 89	3 15	3 15	3 42	3 29	3 15	3 72	2 63	havelland und Teltow, sowie für die Stadtpreise Königsberg, Schöneberg und Spandau gilt Berlin als Hauptmarkort.

Potsdam, den 10. Februar 1902.

Der Regierungspräsident.

Polizeiverordnung

für die Kleinbahn Rathenow-Paullinenaue mit Abzweigung von Senzle nach Nauen.

43. Auf Grund des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landes-Verwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195 ff.) und in Gemäßheit der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) wird im Einverständniß mit der Königlichen Eisenbahndirektion in Hannover sowie unter Zustimmung des Bezirksausschusses für den Verkehr auf der Kleinbahn folgende Polizei-Verordnung erlassen:

§ 1. Allgemeine Bestimmungen. Die Eisenbahnreisenden und das sonstige Publikum müssen den allgemeinen Anordnungen nachkommen, welche von der Bahnverwaltung behufs Aufrechterhaltung der Ordnung innerhalb des Bahngeländes und bei der Beförderung von Personen und Sachen getroffen werden, und haben den dienstlichen Anordnungen der in Uniform beflagelten oder mit einem Dienstabzeichen oder einem sonstigen Ausweis über ihre amtliche Eigenschaft versehenen Bahnpolizeibeamten Folge zu leisten.

Die Bahnpolizeibeamten sind befugt, einen Jeden vorläufig festzunehmen, der auf Uebertretung dieser Polizei-Verordnung betroffen oder unmittelbar nach der Uebertretung verfolgt wird und sich über seine Person nicht auszuweisen vermag.

Derselbe ist mit der Festnahme zu verschonen, wenn er eine angemessene Sicherheit bestelt.

Die Sicherheit darf den Höchstbetrag der angeordneten Strafe nicht übersteigen.

Enthält die strafbare Handlung ein Verbrechen oder Vergehen, so kann sich der Schuldige durch eine Sicherheitsbestellung der vorläufigen Festnahme nicht entziehen.

Der Festgenommene ist unverzüglich, sofern er nicht

wieder in Freiheit gesetzt wird, dem Amtsrichter oder der Polizeibehörde desjenigen Bezirks, in welchem die Festnahme erfolgt, vorzuführen.

Erfolgt die Ablieferung des Festgenommenen nicht durch Bahnpolizeibeamte, so hat der die Ablieferung anordnende Beamte eine mit seinem Namen und seiner Dienststellung bezeichnete Festnahmungskarte mitzugeben, auf welcher der Grund der Festnahme anzugeben ist.

§ 2. Betreten der Bahnanlagen und der Station, Bahnbefschädigungen und Betriebsstörungen sowie Verhalten der Reisenden beim Ein- und Aussteigen und während der Fahrt.

1. Das Betreten der Bahn, soweit sie nicht zugleich als Weg dient, sowie das Betreten der zur Bahn gehörigen Böschungen, Dämme, Gräben, Brücken und sonstigen Anlagen ist ohne Erlaubnisakte nur den Aufsichtsbehörden und deren Vertretern, den in der Ausübung ihres Dienstes befindlichen Beamten der Staatsanwaltschaften, des Forstschutzes und der Polizei, den in Wahrnehmung des Zoll-, Steuer- oder Telegraphen-dienstes innerhalb des Bahngeländes begriffenen Beamten sowie den zu Beaufschlagungen dienstlich entsandten deutschen Offizieren gestattet, dabei ist jedoch der Aufenthalt innerhalb der Fahr- und Rangiergeleise zu vermeiden. Die bezeichneten Personen haben, sofern sie nicht durch ihre Uniform kenntlich sind, sich durch eine Bescheinigung ihrer vorgesetzten Dienstbehörde auf Erfordern auszuweisen.

2. Das Publikum darf die Bahn und die dazu gehörigen Anlagen außerhalb der Stationen nur an den zu Ueberfahrten oder Uebergängen bestimmten Stellen betreten, und zwar nur so lange, als sie nicht abgesperrt sind oder sich kein Zug nähert. In allen Fällen ist jeder unnötige Verzug zu vermeiden.

3. Innerhalb der Stationen darf das Publikum nur diejenigen Anlagen betreten, welche für den öffentlichen Verkehr bestimmungsmäßig dauernd oder zeitweilig freigegeben sind.

4. Für das Betreten der Bahn und der dazu gehörigen Anlagen, soweit dieselben nicht zugleich als Weg dienen, durch Vieh bleibt derjenige verantwortlich, welchem die Aufsicht über dasselbe obliegt.

5. Das Einüberschaffen von Pfägen, Eggen und anderen Geräthen sowie von Baumstämmen und sonstigen schweren Gegenständen über die Bahn darf, sofern solche nicht getragen werden, nur auf Wagen oder untergelegten Schienen erfolgen.

6. Sobald sich ein Zug nähert, müssen Fuhrwerke, Reiter, Fußgänger, Treiber von Vieh und Lastthieren in angemessener Entfernung von der Bahn, und zwar, sofern Wahrungsscheitern vorhanden sind, an diesen halten, beziehungsweise die Bahn schnell räumen.

7. Es ist untersagt, die Saranken oder sonstigen Einfriedigungen eigenmächtig zu öffnen, zu überschreiten oder zu übersteigen, darauf zu sitzen oder etwas darauf zu legen.

8. Es ist verboten, die Bahnanlagen, die Telegraphen und die Betriebsmittel zu beschädigen, feste Gegenstände auf die Fahrbahn zu legen oder sonstige Fahrbehindernisse anzubringen, Zeichen umzustellen, falschen Alarm zu erregen, Signale nachzuahmen oder andere betriebsstörende Handlungen vorzunehmen.

9. So lange ein Zug sich in Bewegung befindet, ist das Ein- und Aussteigen und der Versuch dazu sowie das eigenmächtige Öffnen der an den Wagen befindlichen Thüren verboten.

10. Es ist untersagt, Gegenstände, durch welche Personen oder Sachen beschädigt werden können, während der Fahrt aus dem Wagen zu werfen.

11. Feuergefährliche sowie andere Gegenstände, die auf irgend eine Weise Schaden verursachen können, insbesondere geladene Gewehre, Schießpulver, leicht entzündliche Stoffe und dergleichen sind von der Mitnahme ausgeschlossen.

Die Eisenbahnbediensteten sind berechtigt, sich von der Beschaffenheit der mitgenommenen Gegenstände zu überzeugen. Jägern und im öffentlichen Dienste stehenden Personen ist die Mitführung von Handmunition gestattet.

§ 3. Strafbestimmungen. Uebertretungen dieser Polizei-Verordnung werden, soweit nicht sonstige weitergehende Strafbestimmungen Platz greifen, mit einer Geldstrafe bis zu 60 Mark oder im Unvermögensfall mit entsprechender Haft geahndet.

§ 4. Diese Polizei-Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft. Zu gleicher Zeit wird die von dem Landrathe in Rathenow unter dem 14. September 1900 für die Strecke Rathenow—Pantlinenaue erlassene Polizei-Verordnung aufgehoben.

Potsdam, den 7. Februar 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Verichtigung.

15. Der im Band 50 des Amtsblattes vom 13ten Dezember 1901 veröffentlichte Preis für Kartoffeln an gros im Monat November v. J. beträgt nicht wie angegeben 4,59 M. sondern 4,25 M.

Berlin, den 30. Januar 1902.

Der Polizei-Präsident.

Vergebung der Concession für eine Apotheke.

16. Die Concession für die auf dem Grundstück Thurmstraße Nr. 66 zu Berlin genehmigte Apotheke soll infolge Ablebens des bisherigen Besitzers von Neuem mit der Verpflichtung vergeben werden, daß der künftige Concessionar in Gemäßheit der Allerhöchsten Cabinetsordre vom 8. März 1842 die vorhandene Apotheken-Einrichtung mit dem gesammten Inventar und den Vorräthen nach einer von mir zu genehmigenden Tage von den Erben des bisherigen Inhabers zu übernehmen hat.

Belegene Bewerber werden zur Meldung bis zum 15. März d. J. mit dem Bemerken hierdurch aufgefordert, daß persönliche Vorstellungen zwecklos sind und die an mich zu richtenden Bewerbungen lediglich schriftlich zu geschehen haben.

Der Meldung sind beizufügen: 1) eine nach der Zeitfolge geordnete Uebersicht über die bisherige Thätigkeit seit der Approbation in und außerhalb der Apotheken, enthaltend: a. die Anfangs- und Endzeiten nach Tagesdaten — in zusammenhängender Reihe und unter fortlaufenden Nummern (siehe zu 2), b. den Ort und c. die Art der Thätigkeit, namentlich auch für die Zeit der Unterbrechung der pharmazeutischen Thätigkeit, 2) die Approbation und die darauffolgenden Servicezeugnisse, die physikalisch beglaubigt, chronologisch geordnet und mit den entsprechenden Nummern der Zusammenstellung zu 1 versehen sein müssen, 3) polizeiliche Führungszeugnisse über die Zeit von der Approbation bis jetzt in ununterbrochener Folge, 4) amtlich beglaubigter Nachweis aus neuester Zeit über die zur Einrichtung einer Apotheke erforderlichen Mittel, 5) eine Darstellung des Lebenslaufs, enthaltend: Vor- und Zunamen, Geburtsort und Datum, Concession, Staatsangehörigkeit, Familienstand, Zahl und Alter der Kinder, Militärverhältnis, besondere Beschäftigung der Ehefrau, Stand und Wohnort der Eltern des Gesuchstellers.

Die Anlagen zu 2 und 3 müssen zu je einem besonderen Heft vereinigt sein.

Gesuche, die den vorstehenden Anforderungen nicht entsprechen, müssen zur Abänderung zurückgegeben werden.

Der Bewerber hat außerdem pflichtgemäß zu versichern, entweder daß er eine Apotheke bisher nicht besessen hat, oder falls dies der Fall sein sollte, anzugeben, wo er eine solche besessen hat, und die Gründe klar zu legen, aus denen er sein Besitzrecht an derselben ausgegeben hat, auch den Kauf- und Verkaufspreis der aufgegebenen Apotheke angeben zu nennen.

Gleichzeitig wisse ich darauf hin, daß Gesuche von Bewerbern, welche erst nach dem Jahre 1884 (bei Berücksichtigung geringer Zeitunterschiede) approbiert sind, bei der großen Zahl mehr berechtigter Bewerber zur Zeit keine Aussicht auf Erfolg haben. Solche Apotheker stehen deshalb zur Vermeidung unnötigen Schreibwerkes u. am Besten von der Bewerbung ab.

Bei Apothekern welche sich zeitweise vom Apothekenfache abgewandt haben, muß das Approbationsalter selbstverständlich gekürzt werden.

Schließlich bemerke ich, daß die Concession in Ge-

mäßheit des Allerhöchsten Erlasses vom 30. Juni 1894 als eine unveräußerliche und unerb erbliche verliehen werden wird, der Inhaber derselben somit zur Präsentation von Geschäftsnachfolgern nicht befugt sein, und der Witwe sowie den minderjährigen Kindern desselben nur freistehen wird; die Apotheke nach Maßgabe des § 4 der Revidirten Apotheker-Ordnung vom 11. Oktober 1801 durch einen geeigneten Provisor verwalten zu lassen.

Berlin, den 29. Januar 1902.

Der Polizei-Präsident.

19.

Marktpreise für den Monat A. En gros-Marktpreise

	Weizen			Roggen			Butterweizen			Hafer												
	gut	mittel	gering	gut	mittel	gering	gut	mittel	gering	gut	mittel											
	Gezahlt																					
	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S										
in Berlin	17	39	17	32	17	24	14	51	14	47	14	43	14	22	13	59	12	98	16	80	16	19
in Charlottenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
in Schöneberg . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
in Rixdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

B. Detail-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

	Größen (gelbe zum Kochen)		Speises Bohnen (weiße)		Linsen		Eisentrüffeln		Rindfleisch		Schweines fleisch		Kalbfleisch		Schmalz- fleisch		Speck (geräuchert)		Gehäuteter		Gier (60 Stück)			
									von der Seele		Band- fleisch													
	Ge k o s t e t j e 1 D.								Ge k o s t e t j e 1 K i l o g r a m m															
	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.		
in Berlin	32	50	37	50	41	06	5	—	1	41	1	20	1	50	1	40	1	30	1	60	2	34	4	17
in Charlottenburg	35	—	35	—	50	—	4	50	1	50	1	10	1	60	1	45	1	40	1	70	2	30	3	50
in Schöneberg . .	36	97	35	15	42	59	4	48	1	46	1	09	1	55	1	46	1	30	1	71	2	83	3	36
in Rixdorf	—	—	—	—	—	—	4	25	1	57	1	10	1	57	1	30	1	12	1	63	2	30	3	80

Berlin, den 5. Februar 1902.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Tarif für den städtischen Hafen am Urban zu Berlin.

Es ist zu entrichten:

I. Ufergeld.

Von jedem im Hafen löschenden oder ladenden oder sonst anlegenden Fahrzeuge und zwar:

Von einem Fahrzeuge mit einer Tragfähigkeit	Bei einer Liegefrist im		Gebühr	Aufschlagsgebühr bei längerem Liegen für jeden folgenden Tag			
	Sommer (15./3. bis 14./11.)	Winter (15./11. bis 14./3.)		1 Tag	2 Tage	3 Tage	
bis zu 50 Tonnen (einschl.)	3 Tagen	4 Tagen	2,50				
über 50 bis 150 Tonnen (einschl.)	4 Tagen	5 Tagen	5,00	2,00	6,00	12,00	5,00
über 150 Tonnen	5 Tagen	6 Tagen	8,00				

Sonn- und allgemeine Feiertage werden nicht gerechnet. Die Liegefrist läuft von dem auf die Lös- oder Ladebereitschaft des Schiffes folgenden Morgen oder Mittag (12 Uhr) an. Ein Liegetag umfaßt den Zeitraum von 24 Stunden, d. i. von Morgen bis Morgen oder von Mittag bis Mittag.

II. Krabengeld.

Bei Benutzung eines Krabens für je 50 kg der bewegten Last 1 1/2 Pf.

Entziehung einer Approbation als Arzt.

17. Dem unterzeichneten, hiesigen Kurze Straße Nr. 8 wohnhaft gewesenen bisherigen praktischen Arzt Max Blum ist durch Aufhebung des Bezirks-Ausschusses Abteilung I. zu Berlin vom 31. Mai 1901, bekräftigt durch Urteil des königlichen Obergerichts vom 5. Dezember 1901, für die Dauer des gegen ihn gerichteten Beschlusses, die Approbation als Arzt entzogen worden.

Berlin, den 23. Januar 1902.

Der Polizei-Präsident.

Bezirkschornsteinfegermeister.

18. Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Anstellung des Bezirkschornsteinfegermeisters Gustav Wagner hier, Gleditschstraße 31, auf Grund des § 19 Absatz a. des Regulativs für den Betrieb des Schornsteinfeger-Gewerbes im Stadtbezirk Berlin vom 16. November 1888 widerrufen und der Genannte somit als Bezirkschornsteinfegermeister nicht mehr zugelassen ist. Berlin, den 20. Januar 1902.

Königliches
Polizei-Präsidium.

Magistrat hiesiger königlichen
Haupt- und Residenzstadt.

Januar 1902.

im Monatsdurchschnitt.

Getreide		Gebirg				Halter Gebirg	Malz	Rübsen	Ger.	Kartoffeln	Niederschlag	Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tages- preise einschließlich 5 % Aufschlag für 50 Kilogramm.											
gering	gut	mittel	gering	Halter	Stroh							Ger.	Kartoffeln	Niederschlag	Getreide	Stroh	Ger.	Getreide	Stroh	Ger.			
je ein D.														Getreide	Stroh	Ger.							
M.	J.	M.	J.	M.	J.	M.	J.	M.	J.	M.	J.	M.	J.	M.	J.	M.	J.	M.	J.				
15	59					17	51	13	85	7	27	7	40	4	25	97	69	8	96	3	99	4	49

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats Januar 1902.

	Weizen		Roggen		Gerste		Sorgho	Mais	Hirse	Kartoffeln	Raffee			Speiseöl	Schwefel (schwarz)
	je 100 kg		je 100 kg		je 100 kg						je 100 kg				
	gering	gut	gering	gut	gering	gut					gering	gut	mittel		
in Berlin . . .	35	31	35	33	38	41	38	60	270	338	372	21	160		
in Charlottenburg . . .	36	29	42	40	42	46	39	56	233		288	20	134		
in Schöneberg . . .	35	30	40	43	45	45	45	60	240		3	20	135		
in Nirdorf . . .	33	30	45	40	35	43	41	60	2		250	21	145		

Der Polizei-Präsident.

III. Wiegegeld.

Bei Benutzung der Brückenwaage am Hafen:

1. an Kohlen für je 50 kg (brutto) 1 Pf.
2. von anderen Gütern für je 50 kg (brutto) 2 Pf.

Das Fuhrwerk oder der Behälter, mit welchem das zu erwiegende Gut zur Waage kommt, wird auf Verlangen ohne besondere Vergütung gewogen.

IV. Lagergeld.

Beim Stapeln von Gütern auf dem hierzu bestimmten Stapelplatz für jedes Quadratmeter Lagerfläche und jeden vierundzwanzigstündigen Zeitraum und zwar:

- a. in der Zeit vom 1. März bis zum 31. Oktober 4 Pf.
- b. in der Zeit vom 1. November bis zum letzten Tage des Februar 2 Pf.

V. Winterhafengeld.

Von jedem in der Zeit vom 15. November bis zum 14. März im Hafen überwinternden leeren Fahrzeuge (einschließlich der Boote) 10 Mark.

Zusätzliche Bestimmungen.

1. Angefangene Erhebungseinheiten gelten als voll.
2. Die in anderen Bestimmungen enthaltenen Bestimmungen gelten als voll.

Befreiungen.

Reisezeuge und Güter, welche dem Könige, dem Staate oder dem Reiche gehören oder ausschließlich für deren Rechnung befördert werden, sind abgabenfrei.

Dieser Tarif tritt am 1. April 1902 in Kraft. Gleichzeitig wird der bisherige Tarif vom 31. Juli 1899 aufgehoben.

Berlin, den 15. Januar 1902.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

Der Finanz-Minister.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Im Auftrage: gez. Schulz.

Im Auftrage: gez. Dr. Fehre

In Vertretung: gez. Lohmann.

Vorstehender Tarif wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht.

Berlin, den 1. Februar 1902.

Königliche Ministerial-Bau-Kommission.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

2. Veränderungen von Gemeindegrenzen und Gutsbezirkegrenzen.

Nr.	Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke.	Bisheriger Gemeindegrenze bzw. Gutsbezirk.	Künftiger Gemeindegrenze bzw. Gutsbezirk.
1	Das im Grundbuche von Knoblauch Band II. Blatt Nr 62 und in den vorläufigen Fortschreibungsverhandlungen unter Kartenblatt 3. Parzelle Nr 283/32 eingetragene Grundstück der fiskalischen Dörfler in Knoblauch von 0,0112 ha Größe.	Fiskalischer Gutsverband Knoblauch	Gemeindebezirk Knoblauch
	Mauen, den 19. Januar 1902.		Der Kreis-Ausschuß.

3. Kommunale Besitzveränderungen.

Datum der Genehmigung	Grundstücke	Besitzer	Bezeichnung des Grundstücks		Gutsbezirk	ha	ar	qm
			jetztigen	künftigen				
17. Juli 1901	Hofraum vom Fischergehöft Köllnig	Rittergutsbesitzer Herr Stugarten	Gemeinde Groß-Schauen	Gutsbezirk, Groß-Schauen		33	70	
19. Oktober 1901	Hofraum Kolonist Graf Philadelphia		Gutsbezirk Groß-Schauen	Gemeinde Philadelphia		1		
13. Dezember 1901	Chausseeparzelle	Kreis Bereskow-Storkow	Gutsbezirk Wasserburg	Gutsbezirk Ränkehofe		8	18	
			Gutsbezirk Groß-Eichholz	Gemeindebezirk Groß-Eichholz		4	21	
				Gutsbezirk Wasserburg		25	11	

* Bemerkung. Die Genehmigung vom 13. Dezember 1901 ist vom Kreis-Ausschuß zu Greifswalde erteilt worden.

Bereskow, den 28. Januar 1902.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahndirektion zu Berlin.

Schließung der Station Lagerhof b. Gesundbrunnen als öffentliche Anfahrtsstelle.

4. Am 1. April d. J. treten die in den Gütertarifen für die Station Lagerhof b. Gesundbrunnen enthaltenen Bestimmungen, Entfernungen und Frachtsätze außer Kraft. Von diesem Tage ab unterliegen Sendungen nach und von dieser Station den im Gruppentarif III. S. 28 enthaltenen Bestimmungen über die Privatanschlüsse.

Berlin, den 14. Januar 1902.

Königliche Eisenbahndirektion.

Nordostdeutsch-Berlin-Bayerische und Nordostdeutsch-Berlin-Württembergischer Güterverkehr.

5. Für die Zeit vom 13. Februar bis einschließlich 31. Dezember d. J. wird für die in Wagenladungen von mindestens 10 t. oder bei Frachtladung für diesen Gewicht von jedem Wagen ein allgemeiner Ausnahmetarif zu den Sätzen des Ausnahmetarifs für Wegebaustoffe eingeführt.

Berlin, den 8. Februar 1902.

Königliche Eisenbahndirektion
namens der beteiligten Verwaltungen.

Personal-Chronik.

Im Kreise Oberharnim ist wieder ernannt worden zum Amtsvorsteher: Freiherr v. Ederstein in Leuenberg für den Bez. 9 „Brunow“.

Im Kreise Osthavelland sind ernannt bzw. wieder ernannt worden: a. zum Amtsvorsteher: Gemeindevorsteher Schlotke in Sommerfeld für den Bezirk 6 „Beck“, b. zum Amtsvorsteherstellvertreter: Bauergutsbesitzer Vogler in Beck für den Bezirk 6 „Beck“.

Im Kreise Prenzlau sind wieder ernannt worden: a. zum Amtsvorsteher: Rittergutsbesitzer, Rittmeister a. D. von Winterfeld in Damerow für den Bezirk 30 „Damerow“, b. zum Amtsvorsteherstellvertreter: Rittergutsbesitzer, Franz in Riben für den Bezirk 30 „Damerow“.

Im Kreise Angermünde ist ernannt worden zum Amtsvorsteher-Stellvertreter: Mühlenbesitzer Friß Kupper in Klepe für den Bez. 14 „Klepe“.

Im Kreise Prenzlau ist ernannt worden zum Amtsvorsteherstellvertreter: Gemeindevorsteher Ruyenberg in Bagemühl für den Bezirk 25 „Baitin“.

Der Eisenbahn-Stationassistent Friedrich Lange 1 in Himmelsburg-Rangirbahnhof ist zum königlichen Eisenbahn-Güterexpedienten ernannt worden.

Der bisherige Hilfsprediger Dr. phil. Friedrich Wilhelm Joseph Johannes Becker ist zum sechsten Pfarrer der Pfarodie Schöneberg, Diocese Friedrichswerder, bestellt worden.

Die wissenschaftlichen Hilfslehrer Johannes Joël, Dr. Max Rosenkranz und Dr. Ismar Mosler sind vom 1. Oktober 1901 ab als Oberlehrer an der 5., 6., bzw. 10. Realschule zu Berlin angestellt worden.

Dem Gemeindefullehrer Rudolf Knauer ist die Erlaubnis zur Fortführung und Leitung der bisherigen Ströhmmannschen höheren Privat- und Mädchenschule in Berlin, Neue Königstraße 35, erteilt worden.

Der Lehrer Hugo Reimer ist als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Der Lehrer Rudolf Meyer ist endgültig als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Personal-Veränderungen im Bezirke der kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.
Monat Januar 1902.

Ernannt sind a. zu Ober-Postdirektionssekretären: die Postsekretäre Bod und Pigloszewicz; **b. zu Ober-Telegraphensekretären:** der Postsekretär König, die Telegraphensekretäre Ulrich und Wisniewsky; **c. zum Ober-Postassistenten:** der Postverwalter Kolinski in Groß-Lichterfelde.

Angestellt sind a. als Postassistent: die Postassistenten Speer aus Preetlau, Forstmeister, Langer, Reiter, die Postanwärter Wöbeking aus Friedentau, Vormann, Obbel, Hummel; **b. als Telegraphen-Assistent:** der Postassistent Friedrich Brusch; **c. als Telegraphenmechaniker:** die Telegraphenhilfsmechaniker Lorenz und Weblinckel.

Berufen sind von Berlin: der Postinspektor Buchholz nach Königshütte, die Postsekretäre Gerbeis

nach Chemnitz, Wünsche nach Belgard (Persante), der Postassistent Dreßcher nach Gießen; **nach Berlin:** der Postdirektor Köhler von Eöln (Rhein), der Postinspektor Böger von Danzig, der Ober-Postsekretär Alte von Belgard (Persante), der Postassistent Frisch auf von Dar-es-Salaam, die Telegraphengehülfin Pitschke von Rixdorf.

In den Ruhestand getreten sind der Ober-Postdirektionssekretär, Rechnungsrath Thien, der Ober-Postsekretär Hoffmann — unter Ernennung zum Rechnungsrath — (l. W. Friedrichshagen), der Postsekretär Weßmüller (l. W. Schöneberg b. Berlin), die Ober-Telegraphenassistenten Behling, Klingberg, der Postassistent Mühlmann.

Freiwillig ausgeschieden ist der Telegraphenassistent Schnalle.

Gestorben sind der Postsekretär Schleierbeder, der Postsekretär a. D. Breier in Niederschnhausen, der Postverwalter Sieber in Baumgulenweg bei Berlin, der Ober-Postassistent Schänemann, der Ober-Telegraphenassistent a. D. Limm, der Postassistent Steinert, der Telegraphenassistent Wilhelm A. E. Kof.

Personalveränderungen im Bezirke der kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam.
Stetsmäßig angestellt sind die Postpraktikanten Runge in Eberswalde und Jierath in Angermünde als Postsekretäre.

Ernannt sind der Postsekretär Dönhöller in Wittenberge (Bez. Potsdam) zum Ober-Telegraphensekretär und der Postsekretär Krautwurst in Jüterbog zum Ober-Postsekretär.

Berufen sind der Postdirektor Gregor von Ludenwalde nach Altona-Düsen, der Postinspektor Meymann von Bromberg nach Ludenwalde unter Ernennung zum Postdirektor, der Ober-Postassistent Horch von Stralbur, (Uckermark) nach Werder (Havel) und der Postassistent Muhl von Berlin nach Briezen.

Freiwillig scheidet aus die Telegraphengehülfin Rippe in Potsdam.

Gestorben ist der Postassistent Dahms in Gransee.
Personalveränderungen im Bezirke des Kammergerichts im Monat Dezember 1901.

I. Richterliche Beamte.

Zum Amtsrichter in Mehlfäulen ernannt ist der Gerichtsassessor Vid. Berge ist der Landgerichtsrath Jakob Meyer in Frankfurt a. D. als Amtsgerichtsrath an das Amtsgericht I. in Berlin.

II. Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare Kurt Wegel, Dr. Herzberg, Dr. Martin Eohn, Humbert, Jablonski, Dr. Giese, Walbemar Becker, Blumenstark, Rothbach, Dr. Behrend, Weide, Dr. Brunn, Wiesing, Meyerhoff, Dr. Selbig, Klamroth. In den Oberlandesgerichtsbezirk Posen versetzt ist der Gerichtsassessor Dr. John. Ausgeschieden sind die Gerichtsassessoren Dr. Landsberger behufs Uebertritts in den Communaldienst, Dr.

Möller auf seinen Antrag und Dr. Liebert infolge Uebernahme in die Staatsisenbahn-Verwaltung.

III. Staatsanwaltschaft.

Ernannt sind zum Fortsamsanwalt bei den Amtsgerichten Croßen a. D. und Guben der Oberförster Pennarz für den Forstbezirk Braschen und zum Fortsamsanwalt bei dem Amtsgericht Copenick der Forstmeister Werner für den Forstbezirk Grünau-Dahme.

IV. Rechtsanwälte und Notare.

Geldsicht in der Liste der Rechtsanwälte sind die Rechtsanwälte Dr. Heidenfeld bei dem Landgericht I. in Berlin, Krüpgang in Ereglis bei dem Amtsgericht II. in Berlin und Meyer bei dem Amtsgericht in Belgis. Eingetragen in die Liste der Rechtsanwälte sind der Rechtsanwalt Krüpgang vom Amtsgericht II. in Berlin bei dem Landgericht II. in Berlin und der Gerichtsassessor Dr. Rohmann bei dem Amtsgericht II. in Berlin mit dem Wohnsitz in Ereglis. Ernann zu Notaren sind die Rechtsanwälte Blume, Grassi, Koljen und Fleischmann in Berlin. Gehorden ist der Rechtsanwalt und Notar Ried in Berlin.

V. Referendare.

Zu Referendaren ernannt sind die bisherigen Rechtskandidaten Kikut, Ruge, Westphal, Jasper, von Salpius, Horn, Kempner, Nicolai, Pinck, Panke, Klaimroth, Kalischer, Max Jacobi, Eichelbacher, Weyermann, Markwald, Mars Cohn, Lournau, Carl Mayer, von der Heyden, Hejdecke und Ephraim. Uebernommen sind die Referendare Bürgerd aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Cöln und Ernst Weber aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Breslau. Ausgeschieden sind die Referendare Dr. Pieper infolge Uebernahme in den Oberlandesgerichtsbezirk Cassel, Dr. Moewes behufs Uebertritts in den höheren Verwaltungsdienst und Abresch auf Antrag. Gehorden ist der Referendar Kenzler.

VI. Subalternbeamte.

Ernannt sind zum Gerichtsschreiber bei dem Kammergericht der Sekretär Duo Schulz vom Amtsgericht II. in Berlin, zu Gerichtsschreibern: die Akzise Wietland beim Amtsgericht Sommerfeld und Eugen Richter beim Amtsgericht Dranienburg, die Gerichtsschreibergehilfen Vetterin vom Amtsgericht Guben beim Amtsgericht Sonnenburg, Pils vom Amtsgericht Charlottenburg beim Amtsgericht Züllichau, Nell vom Amtsgericht I. in Berlin beim Amtsgericht Angermünde und der Assistent Zwer von der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I. in Berlin beim Amtsgericht II. daselbst; zu Gerichtsschreibergehilfen die Vikararwärter Franz Hartmann beim Amtsgericht I. in Berlin, Emil Fänge beim Amtsgericht in Guben und Karl beim Amtsgericht Charlottenburg, zum Assistenten der Vikararwärter Kummer bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I. in Berlin, zum Gerichtsvollzieher der Vikararwärter Kolrep beim Amtsgericht Beeskow und zu Kanzlisten die Kanzlistin Pagedorn von der Staatsanwaltschaft II. in Berlin bei dem Landgericht in Neu-Stuppin und Hermann Schmidt vom Amtsgericht I. in Berlin

bei der Staatsanwaltschaft in Cöthbus. Versetzt sind die Gerichtsschreiber Rucher vom Amtsgericht in Sommerfeld an das Amtsgericht in Sorau, N. L., Regenstein vom Amtsgericht in Dranienburg, an das Landgericht I. in Berlin, Sajowski vom Amtsgericht in Sonnenburg an das Amtsgericht I. in Berlin, Krell vom Amtsgericht Arnswalde an das Amtsgericht in Strasburg, U. M., die Gerichtsvollzieher Timm aus Seeburg an das Amtsgericht Potsdam, Riebnisch aus Beeskow an das Amtsgericht Dahme, Knäppel aus Charlottenburg an das Amtsgericht Lübbenau und Volkmann aus Lübbenau an das Amtsgericht Charlottenburg und der Kanzlist Vetter in Cöthbus an das Amtsgericht I. in Berlin. Pensioniert sind die Kanzlisten Möller beim Landgericht in Neu-Stuppin und Christian Dietmann beim Amtsgericht I. in Berlin.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Kunstmaler Martin Raempfer, geboren 1. Januar 1868 zu Polen, amerikanischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 29. Juli 1901 ausgewiesen.

Der Kaufmann Adam Engel, geboren am 3. März 1883 zu Belchatow, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 2. November 1901 ausgewiesen.

Die Wittwe Apfsta Silber geb. Vitnbaum, geboren am 1. Oktober 1861 zu Ropcezyce, österreichische Staatsangehörige, ist als lästige Ausländerin durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 22. November 1901 ausgewiesen.

Der Handelsmann Abraham Engelhard, geboren 27. Dezember 1864 zu Przemyśl, Kr. Lencat, Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 4. Dezember 1901 ausgewiesen.

Der Kutscher und Viehhändler Chaim Pauber, geboren am 2. Februar 1877 zu Larnow, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 3. Januar 1902 ausgewiesen.

Der Schlosser Richard Grimm, geboren am 19. November 1849 zu Gröglitz in Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 20. Januar 1902 ausgewiesen.

Der Bäcker Josef Felix, geboren am 4. Mai 1875 zu Widim in Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 20. Januar 1902 ausgewiesen.

Die von dem königlichen Landratsamt in Ratibor unterm 29. März 1899 beziehungsweise vom königlichen Landratsamt in Jatzke unterm 15. Mai 1900 erlassene Ausweisungsvorstellung gegen den österreichischen Staatsangehörigen Schuhmacher Simon

Kaufmann (Kaufmann), geboren am 12. November des Königl. Polizei-Präsidenten in Nürnb. vom 28ten 1876 zu Lippe, Kreis Biala, ist durch die Verfügung Januar 1902 erneuert worden.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiet.

Seri. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschließung.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Michael (Nefel) Regenkreiß, Händler,	geboren am 22. Oktober 1867 zu Desapyn, Galizien, ortsangehörig ebendasselbst,	schwerer Diebstahl in wiederholtem Rückfalle (3 Jahre Zuchthaus, laut Erkenntnis vom 7. Oktober 1898).	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Münster,	26. Oktober 1901.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Sigmund Delin, Gärtler,	geboren am 30. März 1876 zu Bonim, Rußland, russischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Lüneburg,	31. Dez. 1901.
2	Marie Bertelle, Schneiderin,	geboren am 7. Mai 1880 zu Pedevana, Provinz Venedig, Italien, ortsangehörig ebendasselbst,	gewerbemäßige Unzucht,	Polizei-Behörde zu Hamburg,	8. Januar 1902.
3	Josef Bonnot, Tagner,	geboren am 15. August 1851 zu Kappolsweiler, Ober-Elsass, französischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	13. Januar 1902.
4	Franz Fiedler, Schuhmacher,	geboren am 23. Januar 1874 zu Stern, Bezirk Königinhof, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Riegnitz,	desgleichen.
5	Franz Franke, Maurer,	geboren am 19. März 1864 zu Ebersdorf, Bezirk Aussig, Böhmen, ortsangehörig zu Boisdorf, Bezirk Teplitz, ebendasselbst,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Hildesheim,	9. Januar 1902.
6	Karl Furch, Bäckergeselle,	geboren am 8. Januar 1861 zu Neukubitz, Bezirk Troppau, Oesterreichisch-Schlesien, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	10. Dez. 1901.
7	Alfred Gloor, Schuhmacher,	geboren am 30. November 1857 zu Dürrenäsch, Kanton Aargau, Schweiz, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Straßburg,	7. Januar 1902.
8	Thomas Holtvoet, Hafenarbeiter,	geboren am 7. März 1877 zu Swartslouis, Niederlande, niederländischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	8. Januar 1902.
9	Franz Pradeck, Tagelöhner,	geboren am 19. August 1872 zu Hohlblau, Bezirk Königinhof, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	7. Dez. 1901.
10	Johann Zeitner, Arbeiter,	geboren im Jahre 1852 (1854, 1855) zu Paulowitz, Bezirk Olmütz, Mähren, österreichischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	13. Januar 1902.
11	Franz Klingschmid, Dienstinnecht,	geboren am 2. Oktober 1876 zu Eirpaußen, Bezirk Salzburg, Oesterreich, österreichischer	desgleichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Berchtesgaden,	4. Januar 1902.

Sauf. Nr.	Name und Stand		Alter und Heimath	Grund der Verhaftung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.					
1.	2.	3.	4.	5.	6.	
12	August Petal, Tagearbeiter,	Staatsangehöriger, geboren am 9. September 1884 zu Rottitz, Bezirk Gröbding, Mähren, österreichischer Staats- angehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich sächsische Kreisshauptmann- schaft Dauten,	3. Dez. 1901.	
13	Anton Martan, Metzger,	geboren am 21. September 1875 zu Spule, Gemeinde Dolan, Bezirk Prachatz, Böhmen, öster- reichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen, Betteln und ver- botwidriges Waffentragen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Strau- bing,	6. Dez. 1901.	
14	Heinrich Miklo, Fabrikarbeiter,	geboren am 8. November 1858 zu Plainfaing, Arrondissement St. Die, Frankreich, französi- scher Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Col- mar,	8. Januar 1902.	
15	Anton Schindelar, Formstichler,	geboren am 6. April 1865 zu Dux, Bezirk Teplitz, Böhmen, ortsangehörig zu Malcin, Be- zirk Gatsch, ebendaselbst,	Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt, Grafe- nau,	19. Dez. 1901.	
16	Gerrit Schlaack, Arbeiter,	geboren am 27. Januar 1869 zu Neederosterberg, Niederlande, niederländischer Staatsangehö- riger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Dönabrad,	9. Dez. 1901.	
17	Franz Schufana, Müller,	geboren am 2. Februar 1848 zu Photaschwalow, Bezirk Hölle- schau, Mähren, ortsangehörig ebendaselbst,	Unterjochung, Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Mez,	15. Januar 1902.	
18	Ludwig Sebera, Fleischergeselle,	geboren am 15. Mai 1873 zu Jarubek, Bezirk Oberberg, Österreich, ortsangehörig eben- daselbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	25. Nov. 1901.	
19	Gustav Baucher, Zuckerbäcker,	geboren am 17. März 1863 zu Bastot-les-Mouconduit, Ar- rondissement Valmont, Frank- reich, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Stras- burg,	8. Januar 1902.	
20	Hermann Wagner, Porzellanmaler,	geboren am 3. Juli 1838 zu Polann, Bezirk Gablonz, Böh- men, ortsangehörig ebendaselbst,	Diebstahl im Rück- fall und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Liegnitz,	13. Januar 1902.	
21	Franz Weinberger, Hammer Schmied,	geboren am 1. Dezember 1859 zu Deutsch-Beneschau, Böh- men, österreichischer Staatsan- gehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Trier,	8. Januar 1902.	

Hierzu Sechs Öffentliche Anzeigen.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hagen'schen Erben.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 8.

Den 21. Februar

1902.

Inhalts-Verzeichniss. Inhalt von Stück 7 des Reichsgesetz-Blatts. S. 61. — Chaussee von Dahme über Jagelsdorf und Görsdorf bis zum Wege nach Ottenitz. S. 61. — Polizei-Verordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen. S. 61. — Ausweisung von Zinsbesitzern. S. 62. — Provinzial-Konservator. S. 62. — Arbeitsgerichtsbescheid auf der Bahnstraße Neudlin-Jagnd. S. 62. — Tarifergänzung. S. 62. — Amtsbezirksveränderung. S. 62. — Verfündigung ortspolizeilicher Verordnungen im Amtsbezirk Tegel. S. 63. — Niederlegung der Hebammenpraxis. S. 63. — Oesterreichisch-Ungarisches Generalkonsulat. S. 63. — Schussfreie Tage auf dem Schießplatze bei Rummelsdorf. S. 63. — Verlängerung der Ladenschlusszeit. S. 63. — Verkehrsmittel in Charlottenburg. S. 64. — Viehschlachten. S. 64. — Polizei-Verordnung, betr. den Betrieb der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn in Berlin. S. 64. — Pfarrstellenerledigung. S. 65. — Auslösung von Rentenbriefen. S. 65. — Gemeindebezirks-Veränderungen. S. 66. — Personal-Chronik. S. 66. — Schussensperre. S. 67. — Meister-Prüfungsordnungen. S. 67. — Ausweisungen aus Preussen. S. 83. — Ausweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiet. S. 83. — Sonderbeilage: Vorschriften über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen sowie über den Geschäftsbetrieb der Stellenvermittler für Bühnen-Angehörige.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 7). Nr. 2837. Verordnung, betreffend die Beaufsichtigung hessischer und bremischer privater Versicherungsunternehmen. Vom 3. Februar 1902.

Nr. 2838. Bekanntmachung, betreffend die dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügte Liste. Vom 4. Februar 1902.

Allerhöchster Erlass.

Verleihung der kaiserlichen Vorrechte für die Chaussee von Dahme über Jagelsdorf und Görsdorf bis zu dem nach Ottenitz führenden Wege.

Auf Ihren Bericht vom 20. Januar d. Js. will Ich dem Kreise Jüterbog-Luckenwalde im Regierungsbezirk Potsdam für die von ihm hergestellte und in dauernde Unterhaltung übernommene Chaussee von Dahme über Jagelsdorf und Görsdorf bis zu dem nach Ottenitz führenden Wege das Recht zur Erhebung des Chaussegeldes nach den Bestimmungen des Chaussegeldtarifs vom 29. Februar 1840 (G. S. S. 94 ff.) einschließlich der in demselben enthaltenen Bestimmungen über die Befristungen, sowie der sonstigen, die Erhebung betreffenden zusätzlichen Vorschriften — vorbehaltlich der Abänderung der sämtlichen vorausgeführten Bestimmungen — verleihen. Auch sollen die dem Chaussegeldtarife vom 29. Februar 1840 angehängten Bestimmungen wegen der Chaussee-Polizeivergehen auf die gedachte Straße zur Anwendung kommen. Die eingereichte Karte erfolgt anbei zurück.

Berlin, den 29. Januar 1902.

gez. Wilhelm
R.

Für den Minister der öffentlichen Arbeiten.
gegenges. Schönke.

Für den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten.

Polizeiverordnung

über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen.

§. Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850, der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird mit Zustimmung des Provinzialraths für den Umfang der Provinz Brandenburg mit Ausnahme der Stadtkreise Charlottenburg, Rixdorf und Schöneberg verordnet, was folgt:

I. Die Paragraphen 9 und 13 der Polizei-Verordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 8. Juli 1901 (Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam S. 356 ff., Amtsblatt der Königl. Regierung zu Frankfurt a./O. S. 267 ff., Jahrgang 1901) werden aufgehoben. An Stelle der aufgehobenen Vorschriften treten folgende Bestimmungen:

§ 9. Jedes Kraftfahrzeug, mit welchem innerhalb des Geltungsgebiets dieser Verordnung öffentliche Straßen befahren werden, muß mit einem polizeilichen Kennzeichen versehen sein, welches aus einem Buchstaben zur Bezeichnung des Landespolizeibezirks Berlin oder derjenigen Provinz, in welcher das Fahrzeug polizeilich registriert ist, und einer Erkennungsnummer besteht.

§ 13. Das Kennzeichen (§ 9) für die Provinz Brandenburg besteht aus dem lateinischen Buchstaben B und der zugetheilten Erkennungsnummer. Es ist auf der Wandung der Rückseite des Fahrzeugs selbst oder auf einer mit dem Fahrzeuge durch Schrauben mit versenkten Köpfen verbundenen Tafel mit möglichst glatter Oberfläche auf weißem Grunde in schwarzer 12 cm hoher und im Grundstrich 2 cm starker Schrift anzubringen. Der Buchstabe B muß über der Erkennungsnummer stehen und der Abstand zwischen beiden

und zwischen den einzelnen Ziffern der Erkennungsnummer muß 2 cm betragen.

Die Anbringung von Verzerrungen auf dem weißen Grunde und an dem Kennzeichen (Buchstaben und Erkennungsnummer) ist unzulässig.

Während der Dunkelheit ist das Kennzeichen zu beleuchten.

II. Diese Verordnung tritt am 1. April 1902 in Kraft.

Potsdam, den 10. Februar 1902.

Der Oberpräsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Ansetzung der Zinscheine III. zu den Schuldverschreibungen der konsolidierten $3\frac{1}{2}$ vormalig 4 prozentigen Staatsanleihe von 1882.

8. Die Zinscheine Reihe III. N^o 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidierten $3\frac{1}{2}$ vormalig 4 prozentigen Staatsanleihe von 1882 über die Zinsen für die Zeit vom 1. Januar 1902 bis 31. Dezember 1911 nebst den Erneuerungsscheinen für die folgende Reihe werden vom 2. Dezember 1901 ab von der Kontrolle der Staatspapiere in Berlin SW. 68, Oranienstraße 92/94, werktäglich von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags, mit Ausnahme der drei letzten Geschäftstage jedes Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine sind entweder bei der Kontrolle der Staatspapiere am Schalter in Empfang zu nehmen oder durch die Regierungs-Hauptkassen sowie in Frankfurt a. M. durch die Kreiskasse zu beziehen.

Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat ihr persönlich oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Erneuerungsscheine (Zinscheinanweisungen) mit einem Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem Formulare ebenfalls und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamt Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher eine nummerierte Marke als Empfangsbcheinigung, so ist das Verzeichnis einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bcheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Die Marke oder Empfangsbcheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

Durch die Post sind die Erneuerungsscheine an die Kontrolle der Staatspapiere nicht einzusenden.

Wer die Zinscheine durch eine der oben genannten Provinzial-Kassen beziehen will, hat dieser Kasse die Erneuerungsscheine mit einem doppelten Verzeichnis einzureichen. Das eine Verzeichnis wird, mit einer Empfangsbcheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Ausbändigung der Zinscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesem Verzeichnis sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königl. Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf

es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn die Erneuerungsscheine abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittels besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 15. November 1901.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Veröffentlicht mit dem Bemerken, daß Formulare zu den Verzeichnissen von unserer Hauptkasse, den Königl. Kreis- und Forstkassen und den Königl. Haupt-Steuerämtern bezogen werden können.

Potsdam, den 25. November 1901.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

(Schluß auf Seite 84.)

Provinzial-Konservator.

44. An Stelle des verstorbenen Landesbauraths, Geheimen Bauraths Bluth ist der Königl. Landbauinspektor Böttner in Berlin zum Provinzial-Konservator der Provinz Brandenburg gewählt und staatslicherseits bekräftigt worden. Die Wohnung des Provinzial-Konservators befindet sich in Steglitz bei Berlin, Fichtestraße 30.

Potsdam, den 8. Februar 1902.

Der Regierungspräsident.

Eröffnung des Arbeitszugbetriebes auf dem II. Gleis der Strecke Angermünde-Stralsund zwischen Reghin und Japsid.

45. Auf dem neuen II. Gleis von Reghin bis zur Grenze des Kreises Prenzlau in der Richtung auf Japsid soll der Arbeitszugbetrieb eröffnet werden.

Hierzu ist die landespolizeiliche Zustimmung erteilt worden.

Die Arbeitszüge werden auf der Strecke mit einer Geschwindigkeit von 20 km in der Stunde verkehren. Zur Verhütung von Unfällen weise ich darauf hin, daß

- a. das unbefugte Betreten des Gleises mit Gefahr verbunden ist,
- b. das Gleis nur an den zu Uebergängen bestimmten Stellen betreten und überschritten werden darf.

Potsdam, den 13. Februar 1902,

Der Regierungspräsident.

Tarifiergänzung.

46. Die Herren Minister der öffentlichen Arbeiten und der Finanzen haben den im hiesigen Amtsblatt vom 19. April 1878 veröffentlichten Tarif für die Erhebung von Schiffsabgaben auf der öffentlichen Wasserstraße in der Emferniederung vom 6. März 1878 dahin ergänzt, daß für Motorboote, soweit ihnen von der Kanalbau-Gesellschaft die Erlaubnis zum Befahren der Emfer-Wasserstraße erteilt wird, 3 M. Schiffsabgabe zu entrichten sind.

Potsdam, den 13. Februar 1902.

Der Regierungspräsident.

Amtsbestandsveränderung.

47. Der Herr Minister des Innern hat durch Erlass vom 8. Februar d. J. — IV. a. 84 — auf Grund des § 6 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 im Einvernehmen mit dem hiesigen Reichsanwalte

bestimmt, daß im **Kreise Teltow** der Gutsbezirk **Kuhleben** und der Gutsbezirksteil **Spandauerberg** mit den **Etablissemens Nischelsberg** und **Schildhorn** von dem Amtsbezirk **Nr 39 „Spandauer Forst“** abgetrennt und zu einem besonderen Amtsbezirk mit der Bezeichnung „**Amtsbezirk Kuhleben (Nr 24)“** vereint werden. Potsdam, den 14. Februar 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekämpfung ortspolizeilicher Verordnungen im Amtsbezirk Tegel.
48. Unter Aufhebung meiner Bekanntmachung vom 11. Februar 1889 (Amtsblatt Stadt 8 Seite 53) bestimme ich auf Grund des § 144 Abs. 2 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883, daß zur Gältigkeit der im Amtsbezirk Tegel des **Kreises Niederbarnim** zu erlassenden ortspolizeilichen Verordnungen deren Aufnahme in die zu **Pankow** erscheinende „**Neue Vorortszeitung**“ nicht mehr erforderlich ist. Potsdam, den 13. Februar 1902.

Der Regierungspräsident.

Niederlegung der Hebammenpraxis.

49. Die **Hebamme Dorothea Arndt geb. Brandt** aus **Rummelsburg** hat in Folge hohen Alters ihre Hebammenpraxis freiwillig niedergelegt.

Potsdam, den 15. Februar 1902.

Der Regierungspräsident.

Oesterreichisch-Ungarischer General-Konsul.

50. Der General-Konsul **Dr. Erwin Freiherr von Ferkel** ist zum **K. u. K. Oesterreichisch-Ungarischen General-Konsul in Berlin**, an Stelle des nach **Nizza** versetzten General-Konsuls **Alfred von Källey** ernannt worden.

Potsdam und Berlin, den 17. Februar 1902.

Der Regierungspräsident. Der Polizei-Präsident.

Schussfreie Tage auf dem Schießplatze in Cummersdorf für 1902.

51. Unter Hinweis auf die Polizeiverordnung vom 2. November 1875 — Amtsblatt Seite 366 — bringe ich zur öffentlichen Kenntnis, daß die schussfreien Tage auf dem Schießplatz bei Cummersdorf für das Jahr 1902 wie folgt festgesetzt worden sind:

Februar: 23., 24., 25., 26.

März: 2., 4., 5., 9., 10., 12., 16., 17., 19., 23., 25., 28., 30., 31.

April: 2., 5., 6., 8., 9., 10., 13., 15., 16., 19., 20., 22., 23., 25., 27., 28., 30.

Mai: 1., 4., 7., 8., 9., 11., 13., 14., 17., 18., 19., 21., 22., 25., 28., 29., 31.

Juni: 1., 4., 8., 11., 15., 18., 22., 25., 29.

Juli: 2., 6., 9., 13., 16., 20., 23., 27., 30.

August: 3., 6., 10., 13., 15., 17., 20., 24., 27., 31.

September: 3., 7., 10., 14., 17., 21., 24., 28., 29.

Oktober: 1., 5., 7., 8., 12., 13., 15., 19., 20., 22., 26., 29.

November: 1., 2., 3., 5., 9., 10., 12., 16., 17., 19., 23., 24., 26., 30.

Dezember: 1., 2., 3., 7., 8., 9., 10., 14., 15., 16., 17., 21., 24., 25., 26., 28., 29., 31.

Potsdam, den 17. Februar 1902.

Der Regierungspräsident.

Verfahren bei Anträgen auf Verlängerung der Ladenschlußzeit.

52. Auf Grund von § 139f. Abs. 3 der Gewerbeordnung hat der Bundesrath über das Verfahren bei Anträgen auf Verlängerung der Ladenschlußzeit folgende Bestimmungen erlassen:

§ 1. Zur Feststellung der bei Anträgen gemäß § 139f. Abs. 1, 2 der Gewerbeordnung erforderlichen Zahl von zwei Dritteln (Abs. 1) oder einem Drittel (Abs. 2) der theilhaftigen Geschäftsinhaber hat die höhere Verwaltungsbehörde, sofern es nach den Umständen des Einzelfalles geboten erscheint, einen Kommissar zu bestellen. Als solcher kann auch der Gemeindevorsteher oder ein Mitglied des Gemeindevorstandes sein, wenn es sich um Anträge für mehrere örtlich unmittelbar zusammenhängende Gemeinden handelt, der Gemeindevorsteher oder ein Mitglied des Gemeindevorstandes einer der theilhaftigen Gemeinden bestellt werden.

Die Bestellung des Kommissars ist in der für die amtlichen Bekanntmachungen der Behörde üblichen Form zu veröffentlichen.

§ 2. Der Kommissar hat auf Grund der gemäß § 14 Abs. 1 der Gewerbeordnung erstatteten Anzeigen und in sonst geeigneter Weise unter Zugiehung der Gemeinde- oder Ortspolizeibehörde nach den im § 7 bezeichneten Grundsätzen eine Liste der theilhaftigen Geschäftsinhaber aufzustellen und darin ersichtlich zu machen, welche den Antrag gestellt haben. Die Liste ist für die Dauer von zwei Wochen zur öffentlichen Einsicht auszuliegen.

Zeit und Ort der Auslegung sind von dem Kommissar in ortsüblicher Weise mit dem Hinzufügen bekannt zu machen, daß Einsprüche gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Liste von den theilhaftigen Geschäftsinhabern bis zum Ablauf der Frist schriftlich oder zu Protokoll erhoben werden können und nach Ablauf der Frist vorgebrachte Einsprüche unberücksichtigt bleiben.

§ 3. Ueber die erhobenen Einsprüche entscheidet der Kommissar. Die Entscheidung hat schriftlich zu erfolgen.

Gegen die Entscheidung des Kommissars über die Einsprüche ist binnen zwei Wochen die Beschwerde an die höhere Verwaltungsbehörde zulässig. Die Entscheidung über die Beschwerde ist endgültig.

§ 4. Nach Erledigung der Einsprüche hat der Kommissar die Liste zu schließen und der höheren Verwaltungsbehörde einzureichen, welche auf Grund der Liste feststellt, ob der Antrag in den Fällen des § 139f. Abs. 1 von zwei Dritteln, in den Fällen des § 139f. Abs. 2 von einem Drittel der theilhaftigen Geschäftsinhaber gestellt ist.

§ 5. Ist gemäß § 139f. Abs. 2 der Antrag auf eine Abstimmlung über die Verlängerung der Ladenschlußzeit von mindestens einem Drittel der theilhaftigen Geschäftsinhaber gestellt, so hat die höhere Verwaltungsbehörde die theilhaftigen Geschäftsinhaber einschließlich der Antragsteller durch ortsübliche Bekanntmachung oder besondere Mittheilung zur Abgabe ihrer Äußerung unter Angabe der Zeit und des Ortes für deren Ent-

gegennahme aufzufordern. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß bei der Feststellung der für die Abänderung der Ladenschlußzeit erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln nur diejenigen Geschäftsinhaber gezählt werden, welche eine bestimmte Äußerung für oder gegen die Änderung innerhalb der gesetzten Frist abgegeben haben.

Die Entgegennahme der Äußerungen ist einem Kommissar zu übertragen. Die Äußerungen können schriftlich oder zu Protokoll abgegeben werden.

Der Kommissar hat zu prüfen, ob diejenigen, welche eine Äußerung abgeben, zu den beteiligten Geschäftsinhabern gehören und zutreffenden Falles ihre Äußerung in die Liste (§ 2 Abs. 1) einzutragen.

Nach Ablauf der Frist ist die Liste für die Dauer von zwei Wochen zur öffentlichen Einsicht auszulegen. Das weitere Verfahren bestimmt sich nach § 2 Abs. 2 und § 3.

§ 6. Nach Erledigung der Einsprüche hat der Kommissar die Liste zu schließen und der höheren Verwaltungsbehörde einzureichen, welche auf Grund der Liste feststellt, ob zwei Drittel der Abstimmenden sich für die Abänderung der Ladenschlußzeit erklärt haben.

§ 7. Als beteiligte Geschäftsinhaber im Sinne dieser Bestimmungen gelten:

- 1) sofern die Ausdehnung des gesetzlichen Ladenschlusses für sämtliche Geschäftszweige einer oder mehrerer örtlich unmittelbar zusammenhängender Gemeinden erfolgen soll, die Inhaber aller offenen Verkaufsstellen der Gemeinde beziehungsweise der örtlich unmittelbar zusammenhängenden Gemeinden,
- 2) sofern die Ausdehnung nur für einzelne Geschäftszweige beantragt ist, die Inhaber aller offenen Verkaufsstellen, welche Waaren der in Frage kommenden Art führen, auch wenn sie außerdem noch andere Waaren feilhalten.

§ 8. Die vorstehenden Bestimmungen treten mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 25. Januar 1902.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Durch Erlass der Bestimmungen wird Nr. 19 der Anweisung vom 24. August 1900 zur Ausführung der Artikel 1, 5 und 14 des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 30. Juni 1900 — Amtsblatt Sonderbeilage zum Stück 40 — mit Ausnahme des letzten Satzes hinfällig,

Potsdam, den 18. Februar 1902.

Der Regierungspräsident.

Lehrschmiede in Charlottenburg.

§ 3. Der nächste Kursus zur Ausbildung von Lehrschmiedemeistern an der Lehrschmiede in Charlottenburg beginnt am Montag den 2. Juni 1902. Anmeldungen sind an den Direktor des Instituts, Oberrossarij a. D. Brand in Charlottenburg, Epreßstraße 42, zu richten.

Potsdam, den 18. Februar 1902.

Der Regierungspräsident.

§ 4.

Biehseuchen.

I. Festgestellt:

a. Milzbrand. Kreis Ost-Havelland: Dyrop. Kreis Zauch-Belzig: Gollwig (Gut).

b. Schweineseuche. Kreis Prenzlaw: Wiltsow, Malchow, Debelow, Groß-Spiegelberg, Lubwigsborg Gut. Kreis Teltow: Groß-Lichterfelde, Tempelhof.

c. Bruckseuche. Kreis Jüterbog-Ludenwalde: Pferdebestand der 3. Lehrbatterie Feldart.-Schießschule.

II. Erloschen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Ost-Prignitz: Bettin. Kreis West-Prignitz: Wilsonad, Rähstädt.

b. Milzbrand. Kreis Teltow: Brig.

c. Schweineseuche. Kreis Nieder-Barnim: Rehseide, Lichtenberg, Hönnow, Ragel. Kreis Teltow: Mittenwalde, Teltow, Adlershof, Dt.-Wilmerdorf, Coepenick, Tempelhof.

d. Bruckseuche. Kreis Jüterbog-Ludenwalde: Pferdebestand der 4. Lehrbatterie Feldart.-Schießschule. Stadt Potsdam: Pferdebestände des Leutnants Prinzen B. zu Wied, Moltkestraße 3, und des Obersten von Schmidt-Pauli, Mangerstraße 36.

e. Staupe. Kreis Ost-Prignitz: Buchholz.

Potsdam, den 18. Februar 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizeipräsidenten zu Berlin.

Polizei-Verordnung

betreffend den Betrieb der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn. 20. Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850, der §§ 42, 43, 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 und des § 2 des Gesetzes vom 13. Juni 1900 über die Polizeiverwaltung in den Stadtkreisen Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf wird hiermit die nachstehende Polizeiverordnung für die elektrische Hoch- und Untergrundbahn innerhalb der Stadtkreise Berlin, Charlottenburg und Schöneberg erlassen:

§ 1. Es ist verboten, die Bahnanlagen und Betriebsmittel zu beschädigen, zu verunreinigen, zu beschreiben oder zu bemalen, feste Gegenstände auf die Fahrbahn zu legen oder Fahrhindernisse anzubringen, Weichen umzustellen, falschen Alarm zu erregen, Signale nachzuahmen oder andere den Betrieb störende oder gefährdende Handlungen vorzunehmen.

Ebenso ist das Klettern auf die für die elektrische Hochbahn aufgestellten Eisenkonstruktionen, Brücken und Geländer, sowie das Betreten und Befahren des Bahnkörpers der Schienen und elektrischen Leitungen verboten.

An Gebäuden und Masten angebrachte Fahnen u. s. w. dürfen nicht in den Luftraum über den Einfriedigungen der elektrischen Hochbahn hineinragen.

§ 2. Zum Betreten der Bahnsteige und zur Benutzung der Züge sind nur die Inhaber von Fahrkarten berechtigt. Die Fahrkarten sind an den Ausgabestellen auf den Haltestellen zu lösen, vor dem Betreten der

Bahnsteige dem Fahrkartenschaffner zwecks Entwerthung und während der Fahrt den Ober-Beamten zwecks Nachprüfung vorzuzeigen. Beim Verlassen der Haltestellen haben die Fahrgäste ihre Fahrkarten an den Bahnsteigsperrern abzuliefern.

Das Ein- und Aussteigen der Fahrgäste darf nur auf den Haltestellen, und zwar nur von oder nach den hierzu bestimmten Bahnsteigen erfolgen.

Die für das Ein- oder Aussteigen bestimmten Wagenthüren dürfen von den Fahrgästen erst, sobald der Zug auf den Haltestellen zum Stehen gekommen ist, geöffnet werden.

Es ist verboten, während der Fahrt die Thüren der Wagen zu öffnen oder aus dem Wagen sich hinauszulehnen.

Auch die mißbräuchliche Benutzung der Nothbremse ist verboten.

Bei dem Besteigen und Verlassen der Wagen und dem Betreten und Verlassen der Haltestellen sind nur die dazu bestimmten äußerlich kenntlich gemachten Ein- und Ausgänge zu benutzen.

Einen in Bewegung befindlichen Zug zu besteigen oder zu verlassen, desgleichen der Versuch hierzu ist verboten. Die Fahrgäste haben ihre Plätze in den Wagen derjenigen Klasse, deren Benutzung ihnen nach der Fahrkarte zusteht, selbst zu wählen.

Das unnötige Verweilen auf den Bahnsteigen und auf den Zugängen zu denselben ist verboten.

§ 3. Es ist nicht gestattet, die II. Wagenklasse mit einer Fahrkarte für die III. Wagenklasse zu benutzen.

§ 4. Es ist untersagt, irgendwelche Gegenstände, wie z. B. Papier, Streichhölzer und Cigarrenreste während der Fahrt aus dem Zuge zu werfen oder in die für das Herunterlassen der Fenster bestimmten Oeffnungen zu stecken oder im Wagen wegzuworfen und liegen zu lassen.

§ 5. Personen, welche durch eine Uebel erregende Krankheits oder aus anderen Gründen durch ihre Nachbarschaft die Mitfahrenden voraussichtlich belästigen würden, die vorgeschriebene Ordnung nicht beobachten, sich den Anordnungen der Bediensteten der Bahn nicht fügen oder den Anstand verletzen, ferner trunksene Personen sind von dem Aufenthalt in den Haltestellen und auf den Bahnsteigen und von der Mit- beziehungsweise Weiterfahrt ausgeschlossen. Sie haben das Bahngelände auf Aufforderung der Bediensteten der Bahn sofort zu verlassen.

§ 6. Das Rauchen ist in der III. Wagenklasse gestattet außer in denselben Wagen, welche durch Schilder mit der Aufschrift „Nichtraucher“ kenntlich gemacht sind. In der II. Wagenklasse ist das Rauchen durchweg verboten.

Lärmen, Singen, Musizieren und jedes die Mitfahrenden belästigende Verhalten während der Fahrt und auf den Haltestellen ist verboten, desgleichen das Verschmutzen, Beschreiben und Bemalen der Wagen und der darin angebrachten Bekanntmachungen und Anzeigen.

§ 7. Das Mitnehmen von Hunden und von solchen

Gepäckstücken, welche durch ihren Umfang, üblen Geruch oder Unsauberkeit die Fahrgäste belästigen würden, ist verboten.

Nur kleine Hunde, welche auf dem Schoße gehalten werden, dürfen, solange sich dieselben nicht unangenehm bemerkbar machen, mitgenommen werden.

Zur Mitnahme zugelassene Gepäckstücke dürfen nicht auf die Sitze gelegt oder in den Gängen der Wagen niedergelegt werden, sondern sind auf dem Schoße zu behalten.

Feuergesährliche, sowie solche Gegenstände, welche auf irgend eine Weise Schaden verursachen können, insbesondere geladene Gewehre, Schießpulver, leicht entzündliche Stoffe und dergleichen sind von der Mitnahme überhaupt ausgeschlossen. Nur Jägern und im öffentlichen Dienste stehenden Beamten ist die Mitnahme von Handmunition gestattet. Der Lauf eines mitgeführten Gewehrs muß nach oben gerichtet sein. Brennende Tabakpfeifen müssen mit Deckeln versehen sein. Die Bahnbediensteten sind berechtigt, sich von der zulässigen Beschaffenheit der mitgenommenen Gegenstände zu überzeugen.

§ 8. Die Fahrgäste haben den auf Grund dieser Polizei-Verordnung an sie ergehenden Weisungen der Bediensteten der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn, welche durch die Uniform oder einen anderen Ausweis als Bahnpolizeibeamtete kenntlich sind, Folge zu leisten. Personen, welche die Weisungen unbeachtet lassen, können aus dem Zuge oder von der Haltestelle zwangsweise entfernt werden.

§ 9. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden, soweit nicht nach sonstigen gesetzlichen Vorschriften eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Selbststrafe bis zu 60 Mark bestraft, an deren Stelle im Unvermögensfalle eine entsprechende Haft tritt.

§ 10. Ein Abdruck dieser Polizei-Verordnung ist in den Haltestellen zum Aushang zu bringen.

§ 11. Diese Polizei-Verordnung tritt gleichzeitig mit der Eröffnung des Betriebes der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn in Kraft.

Berlin, den 15. Februar 1902.

Der Königliche Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Konfistoriums der Provinz Brandenburg.

Pfarrstellenerledigung.

10. Erledigt ist die Pfarrstelle privaten Patronats zu Stülpe, Diözese Lundenwalde, durch Abgang des Pfarrers Kragenstein am 13. Februar d. J. Ueber die Besetzung ist bereits verfügt.

Bekanntmachungen der Kgl. Direction der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.
Auslosung $3\frac{1}{2}\%$ iger Rentenbriefe der Provinz Brandenburg.

2. Bei der infolge unserer Bekanntmachung vom 11. v. Mts. heute geschienenen öffentlichen Verlosung von $3\frac{1}{2}\%$ prozentigen Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Stücke gezogen worden:

Litt. F. zu 3000 R. 1 Stück

und zwar die Nr. 11,

Litt. H. zu 300 M. 1 Stüd
und zwar die Nr. 9,
Litt. J. zu 75 M. 2 Stüd
und zwar die Nr. 11, 40.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in kunsfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Zinscheinen Reihe II. Nr. 6—16 nebst Erneuerungsscheinen bei der hiesigen Rentenbankkasse, Klosterstraße Nr. 76 I. vom 1. Juli d. Js. ab an den Werktagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 1. Juli d. Js. ab hört die Verzinsung der ausgelassenen Rentenbriefe auf; diese selbst verfahren mit dem Schlusse des Jahres 1912 zum Vortheile der Rentenbank.

Die Einlieferung ausgelassener Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post, portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde.

Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 800 M. durch Postanweisung.

Sofern es sich um Summen über 800 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 12. Februar 1902.

Königliche Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirksgrenzen.

A. Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke: Gemarkung Teurow, Kartenblatt 1, Parzellen Nr. 784/401, 785/401 und 786/401, Größe 0,3916 ha. Bisheriger Gemeinde- bzw. Gutsbezirk: Gutsbezirk Teurow. Künftiger Gemeinde- bzw. Gutsbezirk: Gemeindebezirk Teurow. Kreis-Ausschuß-Beschluß vom 7. Januar 1902. J.-Nr.: A. I. 95/02.

Berlin, den 3. Februar 1902.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Teltow.

Personal-Chronik.

Der Oberbürgermeister Roelge in Spandau hat sein Amt als Mitglied des Provinzialraths niedergelegt. Für ihn ist der Oberbürgermeister Schustehrus zu Charlottenburg zum Mitgliede und an Stelle des letzteren der Erste Bürgermeister Bobbin in Rixdorf zum stellvertretenden Mitgliede des Provinzialraths gewählt worden.

Der Regierungs-Referendar von Bredow ist vom 1. März d. Js. ab dem Landrath des Kreises Niederbarnim zur Hülfsleistung überwiesen.

Im Kreise Angermünde sind ernannt worden a. zum Amtsvorsteher: Generaldirektor Hahn zu Greiffenberg II.-M. für den Bezirk 21 „Günterberg“, b. zum Amtsvorsteherstellvertreter: Oberamtmann Wölle zu Biesebrow für den Bezirk 21 „Günterberg“.

Im Kreise Westhavelland sind ernannt bzw. wieder ernannt worden: a. zum Amtsvorsteher: Ritterguts-Be-

sitzer Ernst Vossig, Gr.-Behnig, für den Bez. 19 „Gr.-Behnig“, b. zum Amtsvorsteher-Stellvertreter: Gemeindevorsteher Julius Nepte, Herrschlar, für den Bez. 3 „Stechow“.

Im Kreise Nieder-Barnim sind ernannt worden: a. zum Amtsvorsteher: Königlich-Forstmeister Voeyer, Erfter, für den Bez. 9 „Erfter“, b. zum Amtsvorsteher-Stellvertreter: Bürgermeister a. D. Wittstock, Kl.-Schönebeck, für den Bez. 13 „Schönebeck“.

Im Kreise Beeskow-Storow ist ernannt worden zum Amtsvorsteher-Stellvertreter: Gutsbesitzer Richard Schade, Georgshöhe, für den Bez. 19 „Buckow“.

Im Kreise Osthavelland sind wieder ernannt worden a. zum Amtsvorsteher: Fabrikbesitzer Hay, Gatow, für den Bez. 20 „Gr.-Glienicke“, b. zum Amtsvorsteher-Stellvertreter: Rittergutsbesitzer Wollant, Gr.-Glienicke, für den Bez. 20 „Gr.-Glienicke“.

Im Kreise Angermünde ist ernannt worden zum Amtsvorsteher-Stellvertreter: Administrator Haber in Dobberzin für den Bez. 10 „Neufunkendorf“.

Im Kreise Jüterbog-Luckenwalde ist ernannt worden zum Amtsvorsteher: Forstassessor Redlich in Sütlpe für den Bezirk 14 „Sütlpe“.

Der Hauptmann a. D. Heggemann in Berlin ist zum Bürgermeister des Fleckens Werneuchen auf die Dauer von 12 Jahren gewählt, als solcher bestätigt und am 8. Februar d. Js. in sein Amt eingeführt worden.

Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, dem Secrétaire des Ministres für Insektionskrankheiten, Wilhelm Pohnert in Berlin, den Charakter als Kanzleirath zu verleihen.

Der bisherige erste Pfarrer an der Zionkirche hierseits, Superintendent Justus Julius August Jacobi ist zum Pfarrer der Parochie Schönebeck, Diözese Friedrichs-Werder, bestellt worden.

Der bisherige Hülfsprediger Friedr. Wilh. Reinhold Harstod ist zum Pfarrer der Parochie Niederwerbig, Diözese Belgig, bestellt worden.

Der Gemeindegutslehrer Brüggenmann ist als Gemeindegutsrektor in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Giesler, Galtin, Altmann, Jobst und Päßholz sind einstweilig als Gemeindegutslehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Die Lehrer Kobel, Schmidt, Röhr und Bosh sind endgültig als Gemeindegutslehrer in Berlin angestellt worden.

Der Gemeindegutslehrer Kobs ist als Gemeindegutsrektor in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Schumann (Meta), Schumann (Elisabeth), Thiel, Haid, Schneider, Mehning, Ziegler, Müller (Ella), Klemt, Gruns, Müller (Elisabeth), Böhmel, Schilsky und Sedt sind endgültig als Gemeindegutslehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Veränderungen bei der Königl. Militär- und Bau-Kommission.

Abgeschafft verbleiben: dem Landbauinspektor Körber

der Charakter als Bau Rath mit dem persönlichen Rang der Räte IV. Klasse, dem Verwaltungsgerichts-Direktor Siber der Rote Adler-Orden IV. Klasse, dem Bau Rath Hasal der Kronen-Orden III. Klasse, dem Bureau-Vorsteher Rechnungsrath Studer der Rote Adler-Orden III. Klasse mit der Schleife, dem Bureaugehilfen Krauskopf vom Domänen-Dienamt Berlin das Allgemeine Ehrenzeichen.

Ernannt: die Bureau-Diätare Traubdorff und Reiche zu Regierungs-Sekretären.

Ueberviesen: der Regierungs-Sekretär Remus von der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern.

Angenommen: der Bureauanwärter Erich Regling als Zivil-Supernumerar, die Militäranwärter Lehen, Grabowski und Kleinhammer als Bureau-Diätare.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Schleusensperre.

Wegen Hochwasser der Elbe haben die Ausbesserungen an der Hegripper Schleuse im Monat Januar nicht ausgeführt werden können, es wird dafür die Sperrung der Schenke bis zum 15. März verlängert. Gemüßin, den 5. Februar 1902.

Der Königliche Wasser-Bauinspector.

Meisterprüfungsvorhaben

für den Bezirk der Handwerkskammer zu Berlin.

Hierdurch machen wir folgende Meisterprüfungsvorhaben mit dem Betrefften bekannt, daß diejenigen, welche sich der Meisterprüfung unterziehen wollen, sich entweder bei dem vom Herrn Oberpräsidenten zu Potsdam ernannten Vorsitzenden der Prüfungskommission, welche für das betreffende Handwerk errichtet ist und in deren Bezirk der Meisterkandidat seinen Wohnsitz hat, oder bei der Handwerkskammer zu Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 47 I., unter Vorbringung der in der Prüfungsordnung genannten Papiere zu melden haben.

Berlin, den 12. Februar 1902.

Der Vorstand der Handwerkskammer zu Berlin.

Hr. Bollschläger, Dr. Reubaus,
Vorsitzender-Stellvertreter. Syndikus.

Meisterprüfungs-Ordnung A

(mit Meisterstück, ohne Arbeitsprobe)

für die

in der Anlage II aufgeführten Handwerke.

Anmeldung und Zulassung zur Prüfung.

§ 1.

Das Gesuch um Zulassung zur Prüfung ist schriftlich an die zuständige Prüfungs-Kommission zu richten.

Zuständig ist die Prüfungs-Kommission, in deren Bezirk der Prüfling entweder das betreffende Gewerbe selbstständig betreibt oder seit mindestens sechs Monaten als Geselle in Arbeit steht.

Dem Gesuche sind beizufügen:

- 1) ein kurzer eigenhändig geschriebener Lebenslauf des Prüflings.

- 2) eine Geburtsurkunde,
- 3) das Prüfungszeugnis über die Gesellenprüfung oder ein anderweiter Nachweis, daß der Prüfling in seinem Gewerbe die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen erworben hat,
- 4) der Nachweis, daß der Prüfling mindestens drei Jahre lang als Geselle in dem Handwerk, in dem er die Prüfung ablegen will, thätig gewesen ist,
- 5) die Zeugnisse der gewerblichen Unterrichtsanstalten, die der Prüfling etwa besucht hat,
- 6) ein polizeiliches Führungszeugnis.

Auf Grund der Anmeldung entscheidet der Vorsitzende der Prüfungs-Kommission, ob der Prüfling zugelassen ist oder nicht.

Gegen die Entscheidung ist die Beschwerde bei der Prüfungs-Kommission binnen einer Woche zulässig.

§ 2.

Die Prüfungstermine werden von dem Vorsitzenden der Prüfungs-Kommission anberaumt. Auf Beschluß der Prüfungs-Kommission oder Anordnung des Vorstandes der Handwerkskammer sind regelmäßig wiederkehrende Termine für die Prüfungen festzusetzen.

Der Vorsitzende hat die Mitglieder der Prüfungs-Kommission und die zur Prüfung Zugelassenen zum Prüfungstermin zu laden und zugleich über das Meisterstück sowie über den Ort und die Zeit seiner Anfertigung und Einlieferung Bestimmung zu treffen (vergl. §§ 6—8). Nahe Verwandte und der derzeitige Arbeitgeber oder Geschäftsteilhaber eines Prüflings sind von der Mitwirkung bei der Prüfung ausgeschlossen.

Die Prüfungs-Kommission ist bei Anwesenheit des Vorsitzenden und der vier Beisitzer beschlußfähig.

Zu einem Prüfungstage müssen wenigstens vier Prüflinge und dürfen nicht mehr als sechs Prüflinge geladen werden.

Auf Antrag der Prüfungs-Kommission kann der Vorstand der Handwerkskammer gestatten, daß weniger als vier Prüflinge zu einem Prüfungstage geladen werden.

Prüfungsgebühren.

§ 3.

Jeder Prüfling hat vor dem Prüfungstermin die in der Anlage II festgesetzte Prüfungsgebühr an die Kasse der Handwerkskammer einzuzahlen.

Ueber Anträge auf Erlass einer Stundung der Gebühr entscheidet der Vorstand der Handwerkskammer.

Ist die Prüfung nicht bestanden, so hat der Geprüfte keinen Anspruch auf Rückerstattung der Prüfungsgebühren.

Prüfungsverfahren.

§ 4.

Die Prüfung soll eine praktische und eine theoretische sein.

Meisterstück.

§ 5.

Die praktische Prüfung besteht in der Anfertigung eines Meisterstücks nebst den dazu erforderlichen Zeichnungen (Werkzeichnungen sowie zeichnerischen Darstellungen) und der Kostenberechnung.

§ 6.

Die Bestimmung des Meisterstücks erfolgt durch die Prüfungs-Kommission unter Berücksichtigung des besonderen Ausbildungsganges des Prüflings. Es ist so zu wählen, daß mit seiner Herstellung keine mit dem Charakter der Prüfung unvereinbare Anforderung, sowie kein erheblicher Zeit- und Kostenaufwand verbunden und daß der angefertigte Gegenstand praktisch verwendbar ist. Durch das Meisterstück soll der Prüfling darthun, daß er die Befähigung zur selbständigen Ausführung der gewöhnlichen Arbeiten seines Gewerbes, insbesondere des von ihm betriebenen Gewerbszweiges besitzt. Vorschläge in Betreff des Meisterstücks und der Werkstätte, in welcher es anzufertigen ist, können vom Prüfling bei der Anmeldung zur Prüfung ausgesprochen werden.

§ 7.

Der Vorsitzende der Prüfungs-Kommission bestimmt, in welcher Werkstätte das Meisterstück herzustellen ist.

Mit der Ueberwachung des Prüflings während der Anfertigung des Meisterstücks hat der Vorsitzende der Prüfungs-Kommission einzelne ihrer Mitglieder, oder wenn kein Mitglied am Orte der Anfertigung wohnt, andere geeignete selbständige Handwerker des gleichen Gewerbszweigs zu beauftragen. Diese haben dem Prüfling eine Bescheinigung darüber auszustellen, ob er das Meisterstück selbständig und ohne fremde Hülfe angefertigt hat.

§ 8.

Der Prüfling hat das Meisterstück nebst den dazu gehörigen Zeichnungen und der Kostenberechnung sowie die Bescheinigung der mit seiner Ueberwachung betrauten Handwerker rechtzeitig an den vom Vorsitzenden der Prüfungs-Kommission bestimmten Ort abzuliefern. Geht das Meisterstück nicht rechtzeitig ein, so gilt das Zulassungsge such als zurückgezogen. Für die Anfertigung des Meisterstücks kann eine angemessene Nachfrist bewilligt werden.

Gleichzeitig hat der Prüfling die Versicherung schriftlich abzugeben und demnach durch Handschlag zu bekräftigen, daß er das Meisterstück, die Zeichnungen und die Kostenberechnung selbständig und ohne fremde Hülfe gemacht hat. Ist solche geleistet worden, so hat er anzugeben, worin sie bestanden hat.

Theoretische Prüfung.

§ 9.

Die theoretische Prüfung hat sich zu erstrecken auf:

1. die Fachkenntnisse,
2. die Buch- und Rechnungsführung,
3. die gesetzlichen Vorschriften betr. das Gewerbewesen.

§ 10.

Durch die Prüfung in den Fachkenntnissen soll insbesondere der Nachweis erbracht werden, daß der Prüfling über die hauptsächlichsten Bezugsquellen der wichtigsten und gebräuchlichsten Rohstoffe, über ihre Verarbeitung und ihre Preise, über die wichtigsten Werkzeuge, Werkzeugmaschinen und Motoren, sowie deren Handhabung und über die wichtigsten Arbeitsverrichtungen

und den mit ihnen verbundenen Zeit- und Kostenaufwand genügend unterrichtet ist.

Sie beginnt in der Regel mit einer Besprechung des Meisterstücks, der dazu gehörigen Zeichnungen und der Kostenberechnungen und soll sich ferner namentlich auf die in der Anlage I bezeichneten Gegenstände erstrecken.

§ 11.

Die Prüfung in der Buch- und Rechnungsführung erfolgt zum Theil schriftlich, zum Theil mündlich. Die Prüfung hat sich auf die Kenntniß der einfachen Buch- und Rechnungsführung und der allgemeinen Grundsätze des Wechselrechts zu erstrecken.

§ 12.

Die Prüfung in den gesetzlichen Vorschriften betr. das Gewerbewesen ist mündlich. Durch sie soll vornehmlich die Kenntniß der wichtigsten Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, der Arbeiterversicherungsgesetze und des Genossenschaftsrechts dargezogen werden.

Ergebnis der Prüfung.

§ 13.

Nach Beendigung der Prüfung, über deren Verlauf eine von sämmtlichen Mitgliedern der Prüfungs-Kommission zu unterschreibende Verhandlung aufzunehmen ist, beschließt die Prüfungs-Kommission mit Stimmenmehrheit, ob die Prüfung genügend, gut oder mit Auszeichnung bestanden oder ob sie nicht bestanden ist. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.

Ist die Prüfung nicht bestanden, so hat die Prüfungs-Kommission einen Zeitraum zu bestimmen, vor dessen Ablauf sie nicht wiederholt werden darf. War das Meisterstück für genügend befunden, so kann der Prüfling von der Anfertigung eines neuen Meisterstücks entbunden werden.

Das Ergebnis der Prüfung ist den Geprüften am Schlusse des Prüfungstermins durch den Vorsitzenden bekannt zu geben.

§ 14.

Ist die Prüfung bestanden, so hat die Prüfungs-Kommission darüber ein Zeugniß (Meisterbrief) auszustellen. Ist die Prüfung nicht bestanden, so hat die Prüfungs-Kommission dies dem Prüfling schriftlich mitzutheilen unter Angabe des Zeitraums, vor dessen Ablauf die Prüfung nicht wiederholt werden darf. Falls der Prüfling von der nochmaligen Anfertigung eines Meisterstücks entbunden ist, so wird dies in der Mittheilung vermerkt.

Das Prüfungszeugniß ist kosten- und stempelfrei.

§ 15.

Mehr als zweimal darf die Prüfung nicht wiederholt werden.

Auf die Wiederholung der Prüfung findet die Vorschrift des § 1, Abs. 2. keine Anwendung.

§ 16.

Das Bestehen der Meisterprüfung nach den vorstehenden Bestimmungen berechtigt zur Führung des Meistertitels in Verbindung mit der Bezeichnung eines Handwerks, sofern der Geprüfte in diesem Handwerk die Befähigung zur Anleitung von Lehrlingen erworben hat.

Geschäftsführung.

§ 17.

Die/laufenden, Geschäfte der Prüfungs-Kommission erledigt der Vorsitzende.

Das Prüfungszeugniß (Meisterbrief) ist von dem Vorsitzenden und einem Mitgliede der Prüfungs-Kommission zu vollziehen.

Für alle übrigen Ausfertigungen genügt die Unterschrift des Vorsitzenden.

§ 18.

Die Mitglieder der Prüfungs-Kommission erhalten, abgesehen von dem Ersatz der ihnen durch die Reise erwachsenen nothwendigen baaren Auslagen, bei Prüfungen die in der Anlage II festgesetzte Entschädigung aus der Kasse der Handwerkskammer.

Den Mitgliedern der Prüfungs-Kommission kann durch Beschluß der Handwerkskammer mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde für die Wahrnehmung der Prüfungen an ihrem Wohnort statt der besonderen Vergütungen eine jährliche Entschädigung zugewilligt werden.

§ 19.

Das Prüfungszeugniß (der Meisterbrief) kann von der Prüfungs-Kommission für ungültig erklärt werden, wenn festgestellt wird, daß der Prüfling bei der Meidung zur Prüfung oder bei deren Ablegung eine auf Täuschung berechnete Handlung begangen oder eine bei Anfertigung des Meisterstücks benutzte Hülfe arglistig verschwiegen hat.

§ 20.

Die schriftlichen Verhandlungen über den Verlauf der Prüfungen sind dem Vorstande der Handwerkskammer einzureichen. Auch ist dieser befugt, Beauftragte zur Beisohnung an den Prüfungen zu entsenden.

Genehmigt durch Verfügung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 18. Januar 1902.
IIIa. 8833.

Anlage II.

1. Bandagisten.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß der Rohstoffe, deren Beschaffung und Verwertung.

Allgemeine anatomische Kenntnisse des menschlichen Körpers.

Kenntniß der orthopädischen Apparate und künstlichen Glieder, sowie deren Anlegung.

Kenntniß der verschiedenen Brüche (z. B. besonders der Unterleibsbrüche) und des Anlegens der dazu erforderlichen Bandagen).

Kostenberechnung.

2. Wöttcherhandwerk.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß der gebräuchlichen Arten von Faßbölzern, ihrer Eigenschaften für die Verwendung und Verarbeitung und ihrer Behandlung,

Berechnung des Inhalts eines runden oder ovalen

Fasses oder eines Bauchgefäßes bei gegebener Höhe und gegebenen Durchmessern der Grundflächen, des zu seiner Anfertigung erforderlichen Holzquantums und der Herstellungskosten,

Fragen über die Anfertigung von Modellen zu Fässern der verschiedenen Formen,

Kenntniß der gebräuchlichen Maschinen und ihrer Bedienung.

3. Brunnenbauerhandwerk.

Zu § 5 (als Abs. 2):

Als Meisterstück kommt vorzugsweise in Betracht die Anfertigung eines ortsüblichen Brunnens nebst Pumpe nach näherer Anweisung der Prüfungs-Kommission.

Zu § 10 Abs. 2:

Flächen- und Körperberechnung in Anwendung auf das Gewerbe,

Berechnung der Wassermenge, welche eine Kolbenpumpe von gegebener Größe fördert,

Berechnung der zur Inbetriebsetzung einer Pumpe nöthigen Kraft,

Veranschlagung und Zeichnung eines Brunnentessels von wenigstens 10 Meter Tiefe bis zum Grundwasserstand nebst Verlegung von gegebener Länge,

Angabe des Verfahrens bei der auszuführenden Arbeit und der nöthigen Berechnungen,

Kenntniß der im Bezirk der Prüfungs-Kommission geltenden Baupolizeiordnung und der Unfallverhütungsvorschriften.

4. Buchbinderhandwerk.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß der zur Verarbeitung kommenden Materialien, ihrer Herstellung und ihrer Aufbewahrung,

Kenntniß der Nebenbranchen der Buchbinderei und ihrer Arbeiten,

Kenntniß der für das Handwerk in Betracht kommenden Grundzüge der Farben- und Stillehre,

Beschreibung der Werkstatteinrichtung, der gebräuchlichen Werkzeuge, Maschinen und Motore,

Kenntniß der Anwendung und Bedienung der Maschinen und Motore und ihrer Schutzvorrichtungen,

Anfertigung einer Skizze für eine Arbeit aus dem Spezialfache des Prüflings und Kostenberechnung dieser Arbeit.

5. Bürstenmacherhandwerk.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß der im Bürstenmacherhandwerk zur Verwendung kommenden Materialien und ihrer Behandlung.

Kenntniß des gebräuchlichsten Handwerkszeuges, der Maschinen u.,

Berechnung der Herstellungskosten verschiedener Gegenstände,

Kenntniß der für das Bürstenmacherhandwerk in Frage kommenden Verordnungen und Polizeivorschriften.

6. Chirurgie-Instrumentenmacher und Messerschmiede.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß der verschiedenen zur Verarbeitung gelangenden Metalle, ihrer Eigenschaften und Bearbeitung.

Kenntniß der sonst zur Verarbeitung gelangenden Materialien.

Kenntniß der galvanischen Vernickelung.

Kenntniß der gebräuchlichen Werkzeug-Maschinen und Motoren.

Kenntniß der Unfallverhütungsvorschriften.

7. Dachdeckerhandwerk.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß der Gewinnung und Herstellung, der Beschaffenheit, Verwendbarkeit und Verarbeitung sämtlicher im Dachdeckerhandwerk gebräuchlichen Materialien, sowie **Kenntniß** der Bezugsquellen,

Kenntniß der verschiedenen Dacharten, ihrer Dichtung und der Dachsenker,

Berechnung der Herstellungskosten eines Daches nach vorgelegter Zeichnung,

Kenntniß der in Frage kommenden Polizeiverordnungen und Unfallverhütungsvorschriften.

8. Feilenhauerhandwerk.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß der Härtemittel und ihrer Zusammensetzung,

Kenntniß der Erkennungsmerkmale des Stahls,

Kenntniß des Werkzeuges und seiner Herstellung,

Kenntniß des Schmiedens der Feilen,

Kenntniß der Mischung der Feilenunterlage,

Berechnung der Herstellungskosten von Feilen.

9. Gold-, Kunst- und Metallgießer.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß der gebräuchlichen Rohmaterialien und Metalllegierungen.

Berechnung der Herstellungskosten eines Gegenstandes aus dem Spezialfach des Prüflings.

Kenntniß der in Frage kommenden Polizeiverordnungen und Unfallverhütungsvorschriften.

10. Glaserhandwerk.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß der zur Verwendung gelangenden Tafeleisenglasarten und ihrer verschiedenen Verwendbarkeit,

Kenntniß der Zusammensetzung von Fensterfitt,

Kenntniß der sonst zur Verwendung gelangenden Rohmaterialien (z. B. Blei, Zinn, Holzarten u.),

Berechnung der Herstellungskosten nach vorgelegter Zeichnung,

Kenntniß der etwa in Frage kommenden Unfallverhütungsvorschriften.

11. Graveurhandwerk.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß des zur Verwendung gelangenden Materials, namentlich hinsichtlich der Beschaffenheit und Bearbeitung,

Kenntniß des Handwerkszeugs und seiner Herstellung,

Kenntniß der gebräuchlichen Stilarten,

Anfertigung einer Zeichnung eines Gegenstandes in vorgeschriebener Stilart und **Berechnung** der Herstellungskosten des Gegenstandes,

Kenntniß der im Betriebe gebräuchlichen Maschinen.

12. Gürtlerhandwerk.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß der zur Verarbeitung gelangenden edlen Metalle, ihrer Legierungen und ihres Wertes,

Kenntniß der zur Verwendung gelangenden Hilfsstoffe, z. B. zum Gelbbrennen, Beizen u. s. w.,

Kenntniß der im Gürtlerhandwerk vorkommenden Maschinen und Werkzeuge,

Anfertigung der Skizze eines Gegenstandes und **Berechnung** der Herstellungskosten,

Kenntniß der Unfallverhütungsvorschriften.

13. Sandschuhmacherhandwerk.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß der üblichen zur Verarbeitung kommenden Lederarten und ihrer Behandlung,

Kenntniß der sonst zur Verwendung kommenden Rohmaterialien und ihrer Behandlung,

Berechnung der Herstellungskosten von Gegenständen.

14. Holzbildhauer.

Zu § 10 Abs. 2:

Anfertigung eines Entwurfs nach gegebenen Motiven.

Berechnung der Herstellungskosten nach gegebener Zeichnung.

Kenntniß der Stilarten und der Säulenordnungen.

15. Sutmacherhandwerk.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß der Rohstoffe, ihrer Bezugsquellen und Preise,

Kenntniß der gebräuchlichen Maschinen,

Berechnung der Herstellungskosten verschiedener Arten von Hüten.

16. Juwelier-, Gold- und Silberschmiedehandwerk.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß der zur Verarbeitung gelangenden Metalle, **Kenntniß** der Legierung und ihrer Preisberechnung,

Kenntniß des Schmelzens und Behandlung der Metalle,

Kenntniß der zur Verarbeitung gelangenden Edel- und Halbedelsteine und der Perlen,

Kenntniß der Nachahmungen und ihrer Unterscheidung von echten Steinen und Perlen,

Kenntniß der gebräuchlichen Stilarten,

Behandlung der galvanischen Väder, das Färben der Metalle, das Schleifen und Polieren,

Entwurf einer Skizze für einen Gegenstand und **Berechnung** der Herstellungskosten,

Kenntniß der im Betriebe üblichen Maschinen und Werkzeuge.

17. Rammacher.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß der Beschaffenheit und Behandlung des Rohmaterials und seiner Aufbewahrung,

Kenntniß der gebräuchlichen Maschinen und ihrer Behandlung,

Anfertigung einer Zeichnung, eines Gegenstandes und **Berechnung** der Herstellungskosten,

Kenntniß der einschlägigen Polizeiverordnungen und Unfallverhütungsvorschriften.

18. Klempnerhandwerk.

Zu § 10 Abs. 2:

Ursprung und Legirung der in der Klempnerei gebräuchlichen Metalle, Kenntniß ihrer Eigenschaften in Bezug auf ihre Verarbeitung,

Kenntniß der in der Klempnerei sonst zur Verwendung gelangenden Materialien,

Kenntniß der gebräuchlichen Dachdeckungsarbeiten und ihrer Herstellung in den verschiedenen Metallen,

Kenntniß der Konstruktion der verschiedenen Arten von Dachrinnen und Abfallröhren,

Berechnung der Herstellungskosten eines Gegenstandes nach vorgelegter Zeichnung,

Fragen über Installationsanlagen,

Kenntniß der Polizeiverordnungen in Bezug auf Rüstungen und der Unfallverhütungsvorschriften.

19. Korbmacher.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß der zur Verarbeitung gelangenden Rohstoffe, ihrer Gewinnung und Bearbeitung,

Berechnung der Herstellungskosten eines Gegenstandes nach vorgelegter Zeichnung.

20. Kürschner und Mützenmacher.

Zu § 10 Abs. 2:

Eigenschaften, Gewinnung, Herrichtung und Erhaltung der Rohstoffe,

Verschaffung und Behandlung der Hilfsstoffe,

Berechnung des zur Herstellung verschiedener Gegenstände erforderlichen Materials nach gegebener Größe,

Berechnung der Herstellungskosten eines Gegenstandes.

21. Kupferschmiede.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß der zur Verarbeitung gelangenden Metalle und ihrer Legirungen.

Kenntniß der gebräuchlichen Werkzeuge und Maschinen, sowie der sonstigen Werkstatteinrichtung.

Anfertigung einer Zeichnung eines von der Prüfungs-Kommission aus dem Spezialfach des Prüflings zu bestimmenden Gegenstandes.

Berechnung der Herstellungskosten desselben und Bestimmung seines Verkaufspreises.

Kenntniß der in Frage kommenden Polizeiverordnungen und Unfallverhütungsvorschriften.

22. Lackirerhandwerk.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß der im Lackirerhandwerk gebräuchlichen Farben und Lacke, ihrer Eigenschaften, Verwendung und Verarbeitung.

Kenntniß der Grundregeln über das harmonische Zueinanderpassen der Farben (Farbentreis),

Kostenberechnung nach vorgelegter Zeichnung.

23. Malerhandwerk.

Zu § 6 (als Abs. 2):

Der Prüfling hat eine farbige Skizze zu liefern, welche er entweder unter Kontrolle ganz zu übertragen (Meißerstück), oder aus welcher er einen Theil in

Gegenwart der Prüfungs-Kommission praktisch auszuführen hat (Arbeitsprobe).

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß der Zusammensetzung, der Verwendung und der Haltbarkeit der verschiedenen Farben, sowie ihrer Bindemittel,

Kenntniß der Lacke, Öle und der sonst im Malerhandwerk zur Verwendung kommenden Materialien hinsichtlich ihrer Eigenschaften, Verwendung und Verarbeitung, Beurtheilung und Aufbewahrung der sämtlichen Materialien,

Kenntniß der Regeln der Lehre von Licht- und Schattendarstellung plastischer Ornamente,

Kenntniß der Grundregeln über das harmonische Zueinanderpassen der Farben (Farbentreis),

Berechnung des Inhalts von Flächen und Körperoberflächen,

Kostenberechnung einer Arbeit nach vorgelegter Zeichnung,

Kenntniß der Unfallverhütungs- und der Polizeivorschriften bezüglich der Zusammensetzung und des Gebrauchs von Gerüsten und Leitern.

24. Radler und Siebmacher.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß des zur Verarbeitung gelangenden Materials, seines Preises und der Bezugsquellen,

Berechnung der Herstellungskosten eines Gegenstandes nach vorgelegter Zeichnung,

Anfertigung der Skizze eines Gegenstandes,

Kenntniß der in Frage kommenden polizeilichen Vorschriften.

25. Nagelschmiede.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß der Eigenschaften und Behandlung der zur Verarbeitung gelangenden Materialien und ihrer Preise,

Berechnung der Herstellungskosten eines Gegenstandes,

Kenntniß der polizeilichen Bestimmungen über die Anlage von Feuerwerkstätten.

26. Posamentiere.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß sämtlicher zur Verarbeitung gelangenden Rohmaterialien.

Genaue Kenntniß der Konstruktion der gebräuchlichen Posamentierstäbte,

Kenntniß des Kartenschlagens zu Jaquartmaschinen.

Anfertigung einer Musterzeichnung und Berechnung der Herstellungskosten.

27. Sattlerhandwerk.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß der in der Sattlerei gebräuchlichen Lederarten und sonstigen Stoffe, ihrer Verwendung und Verarbeitung,

Berechnung der Herstellungskosten eines Gegenstandes.

28. Schlosserhandwerk.

Zu § 10 Abs. 2:

Die verschiedenen Eisen- und Stahlorten, die

darin vorkommenden Fremdkörper, die Einwirkung des Sauerstoffs,

Das Röhren und die zu verwendenden Röhrenmaterialien,

Statistische Berechnung von Trägern und Säulen.
Erklärung einer vorgelegten Zeichnung,
Kostenberechnung für verschiedene Arbeiten.

29. Schmiedehandwerk.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß der verschiedenen Sorten von Eisen und Stahl, ihrer Eigenschaften und ihrer Verarbeitung,
Kenntniß der Schmiedefohle und ihrer Beschaffenheit,
Kenntniß der sonst im Schmiedehandwerk vorkommenden Materialien,

Berechnung der Tragfähigkeit von Achsen und Federn,

Berechnung der Länge der Mittelachsen bei gegebenem Sturz der Räder,

Kenntniß der gebräuchlichen Spurbreiten und ihrer Messung,

wie ist eine Achse mit konischen Scheukeln zu richten, wenn sie gut Schmiere halten soll?

Anfertigung des Kostenanschlages für einen von der Kommission aus dem Spezialfache des Prüflings anzugebenden Gegenstand,

Anfertigung einer Zeichnung nebst Berechnung der Herstellungskosten eines Gegenstandes,

Kenntniß der in Frage kommenden Polizei-Verordnungen und Unfallverhütungsvorschriften.

30. Schneiderhandwerk.

Zu § 6 (als Abs. 2):

Als Meisterstück kommt vorzugsweise in Betracht a. für Herrenschneider:

Die vollständige Anfertigung eines aus Rock, Hose und Weste bestehenden dunklen Tuchanzuges oder einer aus Westen- oder Ueberrock und Hose bestehenden Uniform für eine von der Prüfungs-Kommission bezeichnete Person vom Maßnehmen bis zur Anprobe.

b. für Damenschneider:

Die vollständige Anfertigung eines aus Rock und Taille bestehenden Damenkleides für eine von der Prüfungs-Kommission bezeichnete Person vom Maßnehmen bis zur Anprobe des Rockes und der mit Fischbein ausgearbeiteten Taille.

Zu § 10 Abs. 2:

Die Erkennungszeichen der hauptsächlichsten Tucharten, wie Kammgarn, Tuch, Buckskin, Cheviot u. s. w., der Futterstoffe und sonstigen Zuthaten (Sammet, Seide u. s. w.), ihrer Güte und Färbenechtheit,

Die Unterscheidungszeichen für wollene und baumwollene Tucharten,

Maßnehmen und Uebertragung des erhaltenen Maßes auf das zuzuschneidende Tuch,

Berechnung der proportionalen Verhältnisse des menschlichen Körpers und des zu einem Anzuge erforderlichen Stoffes,

Die Grundsätze für die Beurtheilung des guten Sitzes eines Kleidungsstückes.

31. Schuh- und Schäftemacherhandwerk.

Zu § 6 (als Abs. 2):

Als Meisterstück kommt vorzugsweise in Betracht die Anfertigung eines Paares Herren- oder Damenschuhe, für Schäftemacher von Oberhellen und Schaft nach Maß, nebst den dazu erforderlichen Zeichnungen, Modellen und der Kostenberechnung.

Zu § 10 Abs. 2:

Die Arten des Leders und die sonstigen Roh- und Hilfsstoffe, die Kennzeichen ihrer guten Beschaffenheit,
Die Verwendung der verschiedenen Ledersorten,
Kenntniß des menschlichen Fußes und seines Baues,
Maßnehmen und Uebertragen des Fußmaßes auf Modell und Leisten für normale und unnormale Füße (einschließlich des Abgipfens),

Regeln für den Schnitt von Pantoffeln, Schuhen und Stiefeln der gebräuchlichsten Formen,

Herstellung von Schuhwerk für besondere Zwecke, wie Fußtouren, Sport, Feldgebrauch.

32. Schwertfeger.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß der zur Verwendung gelangenden Metalle und sonstigen Rohmaterialien, sowie der Chemikalien,
Kenntniß der Bezugsquellen sämmtlicher Rohmaterialien,

Kenntniß des Ägens und Brunierens,

Kenntniß der vorchriftsmäßigen Waffen für die verschiedenen Truppentheile und Beamtenkategorien im Deutschen Reich,

Berechnung der Herstellungskosten einer Waffe nach vorgelegter Zeichnung.

33. Seiler.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß des in der Seilerei zur Verarbeitung gelangenden Rohmaterials und seiner verschiedenen Sorten, sowie seiner Anwendung für die verschiedenen Arbeiten,

Kenntniß der Tabelle für die Bruchfestigkeit der Seile,

Berechnung der Herstellungskosten eines Seiles bei gegebener Länge und Stärke,

Kenntniß der gebräuchlichen Werkzeuge und Maschinen.

34. Steinfegerhandwerk.

Zu § 6 (als Abs. 2):

Als Meisterstück kommt vorzugsweise in Betracht: Die Leitung eines Straßenbaues für den Zeitraum einer Woche.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß der Bettungsverhältnisse bei Regulierung der verschiedenen Straßenpflasterungen am Wohnorte des Prüflings und in dessen Umgebung bis zu 15 km.

Kenntniß der ebenfalls zur Verwendung kommenden Steirgattungen, ihrer Klassenbezeichnung, sowie ihrer Qualität,

Kenntniß des Längs- und Quergefälles zur Erreichung einer genügenden Straßenabwässerung bei ver-

chiedener Bearbeitung der zur Verwendung kommenden
Pflastersteine,

Kenntniß der bezüglichen Polizeiverordnungen und
Unfallverhütungsvorschriften.

35. Stellmacherhandwerk.

Zu § 6 (als Abs. 2):

Als Meisterstück kommt vorzugsweise die An-
fertigung eines Wagens (Lurus-, Geschäfts-, Aderswagens,
je nach dem Spezialfache des Prüflings) in Betracht.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß der im Stellmacherhandwerk gebräuchlichen
Holzarten, ihres Werthes und Preises, ihrer Ver-
wendung und Bearbeitung,

Kenntniß der Fällung und Konservierung des Holzes,
Kenntniß der sonst zur Verwendung gelangenden
Materialien,

Kenntniß der gebräuchlichen Maschinen,
Berechnung der Herstellungskosten und der Trag-
fähigkeit eines Wagens oder Schlittens nach gegebener
Zeichnung,

Kenntniß der bezüglichen Polizeiverordnungen und
Unfallverhütungsvorschriften.

36. Tapezirerhandwerk.

Zu § 10 Abs. 2:

a) Für Möbeltapezirer:

Kenntniß der Polstermaterialien und ihrer Surro-
gate, Kenntniß ihrer Herkunft, Gewinnung und Qualität,
Kenntniß der Stoffe und Posamenten,
Kenntniß der Gefelle, ihrer Holzarten und der
gebräuchlichen Stile,

Berechnung der Herstellungskosten eines Polster-
möbels nach gegebener Zeichnung.

b) Für Dekorateur:

Kenntniß der Stoffe und Posamenten zu Deko-
rationen, ihres Werthes und ihrer Verwendung,
Dekorationsarbeiten in geometrischer oder frei-
händiger Art,

Herstellung einer Zeichnung und eines Schnittes.

c) Für Zimmertapezirer:

Kenntniß der gebräuchlichen Tapeten und Klebe-
mittel, ihrer Verwendung und Verarbeitung,
Berechnung der Herstellungskosten des Tapezirens
von Zimmern nach gegebenen Maßen oder Zeichnung.

d) Für alle Zwecke gemeinsam:

Kenntniß der Werkstatteinrichtung,
Kenntniß der in Betracht kommenden Polizei-
verordnungen und Unfallverhütungsvorschriften.

37. Tischlerhandwerk.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß der gebräuchlichsten Holzarten, ihre Be-
handlung und Verwendung, einschließlich des Polirens
und Fournirens,

Kenntniß der Arbeitswerkzeuge und Materialien
(Politurmittel u. s. w.),

Kenntniß der Holzverbindungen, der Beschlagarten
und des Einsetzens der Bautischlerarbeiten,
einige Kenntniß der gebräuchlichen Stilarten,
Erklären einer vorangelegten Zeichnung.

Preisberechnung einzelner Arbeiten,
die Einrichtung einer Tischlerei und die dazu er-
forderlichen Betriebsmittel.

38. Töpfer.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß des Rohmaterials, seiner Bereitung und
Verarbeitung.

Kenntniß der gebräuchlichen Maschinen und deren
Handhabung.

Anfertigung einer Zeichnung eines Gegenstandes
aus dem Spezialfach des Prüflings nach Bestimmung
der Prüfungs-Kommission und Berechnung der Her-
stellungskosten.

Nur für Ofenseger: Kenntniß der Anlage von
Schornsteinen, von Bräsenabzügen, von Luftzuführungs-
und Luftabfuhrungskämlen für Ventilationsöfen

Kenntniß und Anwendung der Hilfsmittel zur Fest-
stellung und Vermehrung des Zuges.

Kenntniß der baupolizeilichen Vorschriften.

Nur für Ofenfabrikanten und Scheiben-
töpfer: Kenntniß der Konstruktion der Brennösen und
der Handhabung des Brennens.

Kenntniß der Herstellung von Glasuren.

Nur für Ofenfabrikanten: Kenntniß der
Herstellung von Kacheln und Ornamenten.

39. Uhrmacherhandwerk.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß der Herstellung der einzelnen Theile einer
Uhr und der dabei in Anwendung kommenden Maschinen
und Fräsen,

Kenntniß der verschiedenen Arten von komplizirten
Uhren,

Berechnung der Pendellänge bei gegebener Größe
der Uhr,

Kenntniß der verschiedenen Arten von Kompensations-
pendeln und deren Wirkung,

Was ist bei Regulirung einer Uhr an Unruhe und
Spiralfeder besonders zu beachten?

Kenntniß und Zeichnung der gebräuchlichen Hem-
mungen,

Berechnung der Reparaturkosten einer Uhr (eventuell
der Herstellungskosten einer Uhr).

40. Vergolderhandwerk.

Zu § 6 (als Abs. 2):

Als Meisterstück kommt vorzugsweise in Betracht:

a. Für Rahmenvergolder:

Anfertigung eines ornamentirten Spiegel- oder
Bilderrahmens nach eigener Zeichnung.

b. Für Leistenvergolder:

Anfertigung einer Leiste oder eines Gardinenbrettes.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß der im Vergolderhandwerk gebräuchlichen
Materialien, ihrer Zusammensetzung, ihrer Verwendung
und Verarbeitung,

Kenntniß der verschiedenen Eigenschaften der Ma-
terialien und deren Einfluß auf die Vergoldung,

Anfertigung eines Kostenanschlages nach einer vor-
gelegten Zeichnung.

Unlage II.

**Prüfungsgebühren und Entschädigungssätze für die Mitglieder
der Prüfungskommissionen mit dem Sitz**

Handwerke	in Berlin		in Char- lottenburg		in Potsdam		in Rixdorf		in Spandau		in Ucker- walde		in Prenzlau		in Witten- berge		in Branden- burg a. H.			
	Prüfungsgebühren		Ent- schädi- gung pr. Tag		Prüfungsgebühren		Ent- schädi- gung pr. Tag		Prüfungsgebühren		Ent- schädi- gung pr. Tag		Prüfungsgebühren		Ent- schädi- gung pr. Tag		Prüfungsgebühren		Ent- schädi- gung pr. Tag	
	Vor.	Nach.	Vor.	Nach.	Vor.	Nach.	Vor.	Nach.	Vor.	Nach.	Vor.	Nach.	Vor.	Nach.	Vor.	Nach.	Vor.	Nach.	Vor.	Nach.
Bandagisten	20	12	8																	
Böttcher	30	12	8	30	12	8	20	10	6											
Brunnenmacher	30	12	8																	
Buchbinder	20	10	8																	
Bürstenmacher	10	10	6																	
Chirurgie-Instrumentenmacher und Messerschmiede	20	12	8																	
Dachbeder	30	12	8	30	12	8	30	10	6											
Feilenhauer	20	12	8																	
Gelb-, Rumpf- u. Metallgießer	25	12	8																	
Glaszer	30	12	8	30	12	8	20	10	6											
Gold- u. Silberschm. u. Juwel.	30	12	8																	
Graphische Künste	30	12	8																	
Graveure	30	12	8																	
Gürtler	30	12	8																	
Handschuhmacher	20	12	8																	
Holzbildhauer	25	12	8																	
Hutmacher	20	12	8																	
Kammacher	15	10	6																	
Klempner	30	12	10	40	12	10	30	10	6	30	10	6	30	10	6					
Korbmacher	10	10	6																	
Kürschner u. Rügenmacher	20	12	8																	
Kupferschmiede	30	12	8																	
Lackirer	20	12	8																	
Maler	30	12	8	40	12	8	30	10	6	30	10	6	30	10	6	30	10	6		
Nadler und Siebmacher	15	10	6																	
Posamentiere	30	12	8																	
Sattler	30	12	8	30	12	8	30	10	6	30	10	6	30	10	6	30	10	6		
Schiffsbauer																		60	12	8
Schlosser	30	12	10	40	12	10	30	10	6	30	10	6	30	10	6					
Schmiede	30	12	8	30	12	8	30	10	6	30	10	6	30	10	6	30	10	6		
Schneider	25	12	8	25	12	8	25	10	6	25	10	6	25	10	6	25	10	6		
Schuhmacher	20	12	8	20	12	8	20	10	6	25	10	6	20	10	6	20	10	6		
Seiler	15	10	8																	
Steinseger	30	12	8	60	15	10	50	12	8											
Stellmacher	20	12	8	20	12	8	20	10	6	20	10	6	20	10	6	20	10	6		
Tapezirer	30	12	8																	
Tischler	30	12	8	30	12	8	25	10	6	25	10	6	25	10	6	25	10	6		
Töpfer	30	12	8	30	12	8	30	10	6	30	10	6	30	10	6					
Uhrmacher	30	12	8																	
Vergolder	20	12	8																	

Meisterprüfungs-Ordnung B

(mit Meisterstück und Arbeitsprobe)

für die

in der Anlage I aufgeführten Handwerke.

Anmeldung und Zulassung zur Prüfung.

§ 1.

Das Gesuch um Zulassung zur Prüfung ist schriftlich an die zuständige Prüfungs-Kommission zu richten. Zuständig ist die Prüfungs-Kommission, in deren Bezirk der Prüfling entweder das betreffende Gewerbe selbständig betreibt oder seit mindestens sechs Monaten als Geselle in Arbeit steht.

Dem Gesuche sind beizufügen:

- 1) ein kurzer eigenhändig geschriebener Lebenslauf des Prüflings,
- 2) eine Geburtsurkunde,
- 3) das Prüfungszeugnis über die Gesellenprüfung oder ein anderweiter Nachweis, daß der Prüfling in seinem Gewerbe die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen erworben hat,
- 4) der Nachweis, daß der Prüfling mindestens drei Jahre lang als Geselle in dem Handwerk, in dem er die Prüfung ablegen will, thätig gewesen ist,
- 5) die Zeugnisse der gewerblichen Unterrichtsanstalten, die der Prüfling etwa besucht hat,
- 6) ein polizeiliches Führungszeugnis.

Auf Grund der Anmeldung entscheidet der Vorsitzende der Prüfungs-Kommission, ob der Prüfling zugelassen ist oder nicht.

Gegen die Entscheidung ist die Beschwerde bei der Prüfungs-Kommission binnen einer Woche zulässig.

§ 2.

Die Prüfungstermine werden von dem Vorsitzenden der Prüfungs-Kommission anberaumt. Auf Beschluß der Prüfungs-Kommission oder Anordnung des Vorstandes der Handwerkskammer sind regelmäßig wiederkehrende Termine für die Prüfungen festzusetzen.

Der Vorsitzende hat die Mitglieder der Prüfungs-Kommission und die zur Prüfung Zugelassenen zum Prüfungstermin zu laden und zugleich über das Meisterstück sowie über den Ort und die Zeit seiner Anfertigung und Einlieferung Bestimmung zu treffen (vergl. §§ 6—8). Nahe Verwandte und der derzeitige Arbeitgeber oder Geschäftsteilhaber eines Prüflings sind von der Mitwirkung bei der Prüfung ausgeschlossen.

Die Prüfungs-Kommission ist bei Anwesenheit des Vorsitzenden und der vier Beisitzer beschlußfähig.

Zu einem Prüfungstage müssen wenigstens vier Prüflinge und dürfen nicht mehr als sechs Prüflinge geladen werden.

Auf Antrag der Prüfungs-Kommission kann der Vorstand der Handwerkskammer gestatten, daß weniger als vier Prüflinge zu einem Prüfungstage geladen werden.

Prüfungsgebühren.

§ 3.

Jeder Prüfling hat vor dem Prüfungstermin die

in Anlage II festgesetzte Prüfungsgebühr an die Kasse der Handwerkskammer einzuzahlen.

Ueber Anträge auf Erlass oder Stundung der Gebühr entscheidet der Vorstand der Handwerkskammer. Ist die Prüfung nicht bestanden, so hat der Geprüfte keinen Anspruch auf Rückerstattung der Prüfungsgebühren.

Prüfungsverfahren.

§ 4.

Die Prüfung soll eine praktische und eine theoretische sein.

Praktische Prüfung.

§ 5.

Die praktische Prüfung besteht in der Anfertigung eines Meisterstücks, nebst den dazu erforderlichen Zeichnungen (Werkzeichnungen sowie zeichnerischen Darstellungen) und der Kostenberechnung und in der Ausführung einer Arbeitsprobe.

§ 6.

Die Bestimmung des Meisterstücks erfolgt durch die Prüfungs-Kommission unter Berücksichtigung des besonderen Ausbildungsganges des Prüflings. Es ist so zu wählen, daß mit seiner Herstellung keine mit dem Charakter der Prüfung unvereinbare Anforderung, sowie kein erheblicher Zeit- und Kostenaufwand verbunden und daß der angefertigte Gegenstand praktisch verwendbar ist. Durch das Meisterstück soll der Prüfling darthun, daß er die Befähigung zur selbständigen Ausführung der gewöhnlichen Arbeiten seines Gewerbes, insbesondere des von ihm betriebenen Gewerbszweiges besitzt. Vorschläge in Betreff des Meisterstücks und der Werkstätte, in welcher es anzufertigen ist, können vom Prüfling bei der Anmeldung zur Prüfung ausgesprochen werden.

Auf die Arbeitsprobe finden diese Vorschriften entsprechende Anwendung.

§ 7.

Der Vorsitzende der Prüfungs-Kommission bestimmt, in welcher Werkstätte das Meisterstück und die Arbeitsprobe herzustellen ist.

Mit der Ueberwachung des Prüflings während der Anfertigung des Meisterstücks hat der Vorsitzende der Prüfungs-Kommission einzelne ihrer Mitglieder, oder wenn kein Mitglied am Orte der Anfertigung wohnt, andere geeignete selbständige Handwerker des gleichen Gewerbszweiges zu beauftragen. Diese haben dem Prüfling eine Bescheinigung darüber auszustellen, ob er das Meisterstück selbständig und ohne fremde Hilfe angefertigt hat.

Die Arbeitsprobe ist vor der Prüfungs-Kommission auszuführen. Ist dies nicht thunlich, so finden die Vorschriften im Abs. 2 Anwendung.

§ 8.

Der Prüfling hat das Meisterstück nebst den dazu gehörigen Zeichnungen und der Kostenberechnung sowie die Bescheinigung der mit seiner Ueberwachung betrauten Handwerker rechtzeitig an dem vom Vorsitzenden der Prüfungs-Kommission bestimmten Ort abzuliefern. Geht das Meisterstück nicht rechtzeitig ein, so gilt das Zulassungsgesuch als zurückgezogen. Für die Anfertigung

des Meisterstücks kann eine angemessene Nachfrist bewilligt werden.

Gleichzeitig hat der Prüfling die Versicherung schriftlich abzugeben und demnächst durch Handschlag zu bekräftigen, daß er das Meisterstück, die Zeichnungen und die Kostenberechnung selbstständig und ohne fremde Hülfe gemacht hat. Ist solche geleistet worden, so hat er anzugeben, worin sie bestanden hat.

Wird die Arbeitsprobe ausnahmsweise nicht vor der Prüfungs-Kommission ausgeführt, so ist die hergestellte Arbeit bei der theoretischen Prüfung vorzulegen.

Theoretische Prüfung.

§ 9.

Die theoretische Prüfung hat sich zu erstrecken auf:

- 1) die Fachkenntnisse,
- 2) die Buch- und Rechnungsführung,
- 3) die gesetzlichen Vorschriften betr. das Gewerbewesen.

§ 10.

Durch die Prüfung in den Fachkenntnissen soll insbesondere der Nachweis erbracht werden, daß der Prüfling über die hauptsächlichsten Bezugsquellen der wichtigsten und gebräuchlichsten Rohstoffe, über ihre Bearbeitung und ihre Preise, über die wichtigsten Werkzeuge, Werkzeugmaschinen und Motoren, sowie deren Handhabung und über die wichtigsten Arbeitsvorrichtungen und den mit ihnen verbundenen Zeit- und Kostenaufwand genügend unterrichtet ist.

Sie beginnt in der Regel mit einer Besprechung des Meisterstücks, der dazu gehörigen Zeichnungen und der Kostenberechnungen, sowie der Arbeitsprobe und soll sich ferner namentlich auf die in der Anlage I. bezeichneten Gegenstände erstrecken.

§ 11.

Die Prüfung in der Buch- und Rechnungsführung erfolgt zum Theil schriftlich, zum Theil mündlich. Die Prüfung hat sich auf die Kenntniß der einfachen Buch- und Rechnungsführung und der allgemeinen Grundsätze des Wechselrechts zu erstrecken.

§ 12.

Die Prüfung in den gesetzlichen Vorschriften betr. das Gewerbewesen ist mündlich. Durch dieselbe soll vornehmlich die Kenntniß der wichtigsten Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, der Arbeiter-Versicherungsgesetze und des Genossenschaftsrechts dargelegt werden.

Ergebnis der Prüfung.

§ 13.

Nach Beendigung der Prüfung, über deren Verlauf eine von sämmtlichen Mitgliedern der Prüfungs-Kommission zu unterschreibende Verhandlung aufzunehmen ist, beschließt die Prüfungs-Kommission mit Stimmmehrheit, ob die Prüfung genügend, gut oder mit Auszeichnung bestanden oder ob sie nicht bestanden ist. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.

Ist die Prüfung nicht bestanden, so hat die Prüfungs-Kommission einen Zeitraum zu bestimmen, vor deren Ablauf sie nicht wiederholt werden darf. War das Meisterstück oder die Arbeitsprobe für aeußernd befunden,

so kann der Prüfling von der Anfertigung eines neuen Meisterstücks oder der Ausführung einer neuen Arbeitsprobe entbunden werden.

Das Ergebnis der Prüfung ist den Geprüften am Schlusse des Prüfungstermins durch den Vorsitzenden bekannt zu geben.

§ 14.

Ist die Prüfung bestanden, so hat die Prüfungs-Kommission darüber ein Zeugniß (Meisterbrief) auszustellen. Ist die Prüfung nicht bestanden, so hat die Prüfungs-Kommission dies dem Prüfling schriftlich mitzuthemen unter Angabe des Zeitraums, vor dessen Ablauf die Prüfung nicht wiederholt werden darf. Falls der Prüfling von der nochmaligen Anfertigung eines Meisterstücks oder der Wiederholung der Arbeitsprobe entbunden ist, so wird dies in der Mittheilung vermerkt.

Das Prüfungszeugniß ist kosten- und stempelfrei.

§ 15.

Mehr als zweimal darf die Prüfung nicht wiederholt werden.

Auf die Wiederholung der Prüfung findet die Vorschrift des § 1 Abs. 2 keine Anwendung.

§ 16.

Das Bestehen der Meisterprüfung nach den vorstehenden Bestimmungen berechtigt zur Führung des Meistertitels in Verbindung mit der Bezeichnung eines Handwerks, sofern der Geprüfte in diesem Handwerk die Befugniß zur Anleitung von Lehrlingen erworben hat.

Geschäftsführung.

§ 17.

Die laufenden Geschäfte der Prüfungs-Kommission erledigt der Vorsitzende.

Das Prüfungszeugniß (Meisterbrief) ist von dem Vorsitzenden und einem Mitgliede der Prüfungs-Kommission zu vollziehen.

Für alle übrigen Ausfertigungen genügt die Unterschrift des Vorsitzenden.

§ 18.

Die Mitglieder der Prüfungs-Kommission erhalten, abgesehen von dem Ersatz der ihnen durch die Reise erwachsenen nothwendigen baaren Auslagen, bei Prüfungen die in der Anlage II festgesetzte Entschädigung aus der Kasse der Handwerkskammer.

Den Mitgliedern der Prüfungs-Kommission kann durch Beschluß der Handwerkskammer mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde für die Wahrnehmung der Prüfungen an ihrem Wohnort statt der besonderen Vergütungen eine jährliche Entschädigung zugebilligt werden.

§ 19.

Das Prüfungszeugniß (der Meisterbrief) kann von der Prüfungs-Kommission für ungültig erklärt werden, wenn festgestellt wird, daß der Prüfling bei der Meldung zur Prüfung oder bei deren Ablegung eine auf Täuschung berechnete Handlung begangen oder eine bei Anfertigung des Meisterstücks benutzte Hülfe arglistig verschwiegen hat.

§ 20.

Die schriftlichen Verhandlungen über den Verlauf

der Prüfung (§ 12) sich dem Vorstande der Handwerkskammer vorzulegen. Auch ist dieser befugt, Befragte zur Bewohnung an den Prüfungen zu entsenden.

Genehmigt durch Verfügung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 18. Januar 1902.
IIIa. 8833.

Anlage I.

1. Barbier-, Friseur- und Perrückenmacherhandwerk.

Zu § 5 (als Abf. 2):

Als Meisterstück soll eine Herren- oder Damenperrücke angefertigt werden, aus welcher Knöpfe und Treppenarbeit ersichtlich ist. Die Arbeitsprobe besteht in Barbieren, Haarschneiden, nasser und gebrannter Frisur.

Zu § 10 Abf. 2:

Die Qualität der zu verarbeitenden Haare, das Präparieren der Haare, Berechnung der Materialien und deren Qualität,

Waarenkunde,

Die Hygiene im Barbier- und Friseurgeschäft.

2. Drechslerhandwerk.

Zu § 10 Abf. 2:

Kenntniß der gebräuchlichen Hölzer und sonstigen Rohmaterialien (Horn, Elfenbein u. s. w.), ihrer Preise, ihrer Verwendung und Bearbeitung,

Kenntniß der sonstigen zur Verwendung kommenden Materialien (Schellack, Lack, Beizen, Öle u. s. w.) sowie ihrer Zusammensetzung und Verarbeitung,

Kenntniß der gebräuchlichen Werkzeuge und ihrer Behandlung, sowie der gebräuchlichen Maschinen und Motoren,

Berechnung der Herstellungskosten eines Gegenstandes nach vorgelegter Zeichnung,

Kenntniß der Polizei- und Unfallverhütungsvorschriften soweit sie auf den Betrieb des Drechslerhandwerks Bezug haben.

3. Konditorhandwerk.

Zu § 5 (als Abf. 2):

Anlage II.

Prüfungsgebühren und Entschädigungssätze für die Mitglieder der Prüfungskommissionen mit dem Sitz

Handwerke	in Berlin			in Charlottenburg			in Potsdam			in Rixdorf, Spandau, Oberwalde		
	Prüf.-Gebühr	Entschädigung pro Tag		Prüf.-Gebühr	Entschädigung pro Tag		Prüf.-Gebühr	Entschädigung pro Tag		Prüf.-Gebühr	Entschädigung pro Tag	
	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.
Barbiere	20	12	10	20	12	10	20	10	6	20	10	6
Drechsler	25	12	8	25	12	8	20	10	6	—	—	—
Konditoren	30	12	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leb- und Schwarzblechschmiede	20	12	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Als Meisterstück kommt vorzugsweise in Betracht:

a. für Backgeschäfte: Anfertigung eines Baumkuchens oder einer Torte mit Aufsatz oder eines Gâteau mélé,

b. für sogenannte Fabrikationsgeschäfte: Anfertigung von Chocoladen, Confituren und Marzipan-Waaren.

Als Arbeitsprobe:

Für Backgeschäfte: Anfertigung eines Creams oder einer Speise.

Für Fabrikationsgeschäft ist die Aufgabe von der Prüfungs-Kommission von Fall zu Fall zu bestimmen.

Zu § 10 Abf. 2:

Kenntniß der Beschaffenheit, Behandlung und Aufbewahrung der Rohmaterialien,

Kenntniß der gebräuchlichen Farben und der Farbenzusammensetzungen,

Kenntniß des Nahrungsmittelgesetzes,

Kostenberechnung einer Arbeit und Kalkulation der Geschäftskosten; außerdem:

a. Nur für Backgeschäfte:

Kenntniß der verschiedenen Fruchtarten zum Einmachen und des Einmachens der Früchte,

Kenntniß und Zusammensetzung der verschiedenen Eisarten zu Gefrorenem,

Kenntniß der gebräuchlichsten Backofen-Systeme und deren Brauchbarkeit.

b. Nur für Fabrikationsgeschäfte:

Kenntniß der gebräuchlichen Maschinen,

Kenntniß der Unfallverhütungsvorschriften bei Anwendung von Maschinen.

4. Zeug- und Schwarzblechschmiede.

Zu § 10 Abf. 2:

Kenntniß der zur Verarbeitung gelangenden Rohmaterialien,

Kenntniß der gebräuchlichen Werkzeugmaschinen,

Berechnung der Herstellungskosten eines Gegenstandes nach vorgelegter Zeichnung,

Kenntniß der Unfallverhütungsvorschriften.

Meisterprüfungs-Ordnung C

(mit Meisterstück und Arbeitsprobe)

für die

in der Anlage I aufgeführten Handwerke.

Anmeldung und Zulassung zur Prüfung.

§ 1.

Das Gesuch um Zulassung zur Prüfung ist schriftlich an die zuständige Prüfungs-Kommission zu richten.

Zuständig ist die Prüfungs-Kommission, in deren Bezirk der Prüfling entweder das betreffende Gewerbe selbstständig betreibt oder seit mindestens sechs Monaten als Geselle in Arbeit steht.

Dem Gesuche sind beizufügen:

1. ein kurzer eigenhändig geschriebener Lebenslauf des Prüflings,
2. eine Geburtsurkunde,
3. das Prüfungszeugnis über die Gesellenprüfung oder ein anderweiter Nachweis, daß der Prüfling in seinem Gewerbe die Befähigung zur Anleitung von Lehrlingen erworben hat,
4. der Nachweis, daß der Prüfling mindestens drei Jahre lang als Geselle in dem Handwerk, in dem er die Prüfung ablegen will, thätig gewesen ist,
5. die Zeugnisse der gewerblichen Unterrichtsanstalten, die der Prüfling etwa besucht hat,
6. ein polizeiliches Führungszeugnis.

Auf Grund der Anmeldung entscheidet der Vorsitzende der Prüfungs-Kommission, ob der Prüfling zugelassen ist oder nicht.

Gegen die Entscheidung ist die Beschwerde bei der Prüfungs-Kommission binnen einer Woche zulässig.

§ 2.

Die Prüfungstermine werden von dem Vorsitzenden der Prüfungs-Kommission anberaumt. Auf Beschluß der Prüfungs-Kommission oder Anordnung des Vorstandes der Handwerkskammer sind regelmäßig wiederkehrende Termine für die Prüfungen festzusetzen.

Der Vorsitzende hat die Mitglieder der Prüfungs-Kommission und die zur Prüfung Zugelassenen zum Prüfungstermin zu laden und zugleich über die Arbeitsprobe sowie über den Ort und die Zeit ihrer Ausführung Bestimmung zu treffen (vergl. §§ 6—8). Nahe Verwandte und der derzeitige Arbeitgeber oder Geschäftstheilhaber eines Prüflings sind von der Mitwirkung bei der Prüfung ausgeschlossen.

Die Prüfungs-Kommission ist bei Anwesenheit des Vorsitzenden und der vier Beisitzer beschlußfähig.

Zu einem Prüfungstage müssen wenigstens vier Prüflinge und dürfen nicht mehr als sechs Prüflinge geladen werden.

Auf Antrag der Prüfungs-Kommission kann der Vorstand der Handwerkskammer gestatten, daß weniger als vier Prüflinge zu einem Prüfungstage geladen werden.

Prüfungsgebühren.

§ 3.

Jeder Prüfling hat vor dem Prüfungstermin die in der Anlage II festgesetzte Prüfungsgebühr an die Kasse der Handwerkskammer einzuzahlen.

Ueber Anträge auf Erlass oder Stundung der Gebühr entscheidet der Vorstand der Handwerkskammer.

Ist die Prüfung nicht bestanden, so hat der Geprüfte keinen Anspruch auf Rückerstattung der Prüfungsgebühren.

Prüfungsverfahren.

§ 4.

Die Prüfung soll eine praktische und eine theoretische sein.

Arbeitsprobe.

§ 5.

Die praktische Prüfung erfolgt durch Ausführung einer Arbeitsprobe.

(Vergl. Anlage I.)

§ 6.

Die Bestimmung der Arbeitsprobe erfolgt durch die Prüfungs-Kommission unter Berücksichtigung des besonderen Ausbildungsganges des Prüflings. Sie ist so zu wählen, daß mit ihrer Ausführung keine mit dem Charakter der Prüfung unvereinbare Anforderung, sowie kein erheblicher Zeit- und Kostenaufwand verbunden ist und daß sie praktisch verwendbar ist. Durch die Arbeitsprobe soll der Prüfling darthun, daß er die Befähigung zur selbständigen Ausführung der gewöhnlichen Arbeiten seines Gewerbes, insbesondere des von ihm betriebenen Gewerbezweiges besitzt. Vorschläge in Betreff der Arbeitsprobe und der Werkstätte, in welcher sie anzufertigen ist, können vom Prüfling bei der Anmeldung zur Prüfung ausgesprochen werden.

§ 7.

Der Vorsitzende der Prüfungs-Kommission bestimmt, in welcher Werkstätte die Arbeitsprobe auszuführen ist.

Die Arbeitsprobe ist vor der Prüfungs-Kommission auszuführen. Ist dies nicht thöricht, so hat der Vorsitzende der Prüfungs-Kommission einzelne ihrer Mitglieder, oder wenn kein Mitglied am Orte der Ausführung wohnt, andere geeignete selbständige Handwerker des gleichen Gewerbezweigs mit der Ueberwachung des Prüflings während der Ausführung der Arbeitsprobe zu beauftragen. Diese haben dem Prüfling eine Bescheinigung darüber auszustellen, ob er die Arbeitsprobe selbständig und ohne fremde Hülfe angefertigt hat, und ihr Urtheil über Brauchbarkeit und Güte der geleisteten Arbeit beizufügen.

§ 8.

Die Ausführung der Arbeitsprobe hat der theoretischen Prüfung voranzugehen. Bei Abnahme der letzteren sind der Prüfungs-Kommission die Erzeugnisse der Arbeitsprobe vorzulegen.

Theoretische Prüfung.

§ 9.

Die theoretische Prüfung hat sich zu erstrecken auf:

- 1) die Fachkenntnisse,

- 2) die Buch- und Rechnungsführung,
3) die gesetzlichen Vorschriften betr. das Gewerbewesen.

§ 10.

Durch die Prüfung in den Fachkenntnissen soll insbesondere der Nachweis erbracht werden, daß der Prüfling über die hauptsächlichsten Bezugsquellen der wichtigsten und gebräuchlichsten Rohstoffe, über ihre Bearbeitung und ihre Preise, über die wichtigsten Werkzeuge, Werkzeugmaschinen und Motoren, sowie deren Handhabung und über die wichtigsten Arbeitsverrichtungen und den mit ihnen verbundenen Zeit- und Kostenaufwand genügend unterrichtet ist.

Sie beginnt in der Regel mit einer Besprechung der Arbeitsprobe und den dazu gehörigen Kostenberechnungen und soll sich ferner namentlich auf die in der Anlage I bezeichneten Gegenstände erstrecken.

§ 11.

Die Prüfung in der Buch- und Rechnungsführung erfolgt zum Theil schriftlich, zum Theil mündlich. Die Prüfung hat sich auf die Kenntniß der einfachen Buch- und Rechnungsführung und der allgemeinen Grundsätze des Wechselrechts zu erstrecken.

§ 12.

Die Prüfung in den gesetzlichen Vorschriften betr. das Gewerbewesen ist mündlich. Durch sie soll vornehmlich die Kenntniß der wichtigsten Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, der Arbeiter-Versicherungsgesetze und des Genossenschaftsrechts dargeboten werden.

Ergebnis der Prüfung.

§ 13.

Nach Beendigung der Prüfung, über deren Verlauf eine von sämtlichen Mitgliedern der Prüfungskommission zu unterschreibende Verhandlung aufzunehmen ist, beschließt die Prüfungskommission mit Stimmenmehrheit, ob die Prüfung genügend, gut oder mit Auszeichnung bestanden oder ob sie nicht bestanden ist. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.

Ist die Prüfung nicht bestanden, so hat die Prüfungskommission einen Zeitraum zu bestimmen, vor dessen Ablauf sie nicht wiederholt werden darf. War die Arbeitsprobe für genügend befunden, so kann der Prüfling von deren Wiederholung entbunden werden.

Das Ergebnis der Prüfung ist den Geprüften am Schlusse des Prüfungstermins durch den Vorsitzenden bekannt zu geben.

§ 14.

Ist die Prüfung bestanden, so hat die Prüfungskommission darüber ein Zeugniß (Meisterbrief) auszustellen. Ist die Prüfung nicht bestanden, so hat die Prüfungskommission dies dem Prüfling schriftlich mitzutheilen unter Angabe des Zeitraums, vor dessen Ablauf die Prüfung nicht wiederholt werden darf. Falls der Prüfling von der nochmaligen Ausführung der Arbeitsprobe entbunden ist, so wird dies in der Mittheilung vermerkt.

Das Prüfungszeugniß ist kosten- und stempelfrei.

§ 15.

Mehr als zweimal darf die Prüfung nicht wiederholt werden.

Auf die Wiederholung der Prüfung findet die Vorschrift des § 1 Abs. 2 keine Anwendung.

§ 16.

Das Bestehen der Meisterprüfung nach den vorstehenden Bestimmungen berechtigt zur Führung des Meistertitels in Verbindung mit der Bezeichnung eines Handwerks, sofern der Geprüfte in diesem Handwerk die Befugniß zur Anleitung von Lehrlingen erworben hat.

Geschäftsführung.

§ 17.

Die laufenden Geschäfte der Prüfungs-Kommission erledigt der Vorsitzende.

Das Prüfungszeugniß (Meisterbrief) ist von dem Vorsitzenden und einem Mitgliede der Prüfungs-Kommission zu vollziehen.

Für alle übrigen Ausfertigungen genügt die Unterschrift des Vorsitzenden.

§ 18.

Die Mitglieder der Prüfungs-Kommission erhalten abgesehen von dem Ersatz der ihnen durch die Reise erwachsenen notwendigen bahren Auslagen bei Prüfungen am Wohnort . . . M für den Tag, bei Prüfungen außerhalb des Wohnorts . . . M für den Tag aus der Kasse der Handwerkskammer.

Den Mitgliedern der Prüfungs-Kommission kann durch Beschluß der Handwerkskammer mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde für die Wahrnehmung der Prüfungen an ihrem Wohnort statt der besonderen Vergütungen eine jährliche Entschädigung zugebilligt werden.

§ 19.

Das Prüfungszeugniß (der Meisterbrief) kann von der Prüfungs-Kommission für ungültig erklärt werden, wenn festgestellt wird, daß der Prüfling bei der Meldung zur Prüfung oder bei deren Ablegung eine auf Täuschung berechnete Handlung begangen hat.

§ 20.

Die schriftlichen Verhandlungen über den Verlauf der Prüfungen (§ 13) sind dem Vorstande der Handwerkskammer einzureichen. Auch ist dieser befugt, Beauftragte zur Betheiligung an den Prüfungen zu entsenden.

Genehmigt durch Verfügung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 18. Januar 1902.
IIIa 8833.

Anlage I.

Prüfungsaufgaben.

1. Bäckerhandwerk.

Zu § 5:

Hinter „Arbeitsprobe“: welche in der Herstellung ortsüblichen Gebäcks bestehen soll.

Zu § 10 Abs. 2:

Die für das Bäckerhandwerk wichtigen Getreidearten und ihre Vermahlung.

die Aufbewahrung, Zusammensetzung und Ergiebigkeit der Hefe,

die Verwendung von Salz, Zucker, Milch, Fettwaaren und sonstigen Zuthaten, die Konstruktion und Leistungsfähigkeit der Backöfen, der Heizwerth der verschiedenen Brennmaterialien, die praktische Einrichtung von Bäckerei-Werkstätten,

die Herstellungskosten der verschiedenen Backwaaren unter Berücksichtigung der Geschäftskosten.

2. Buchdruckerhandwerk.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß und Zusammensetzung der Farben, Einrichtung von Buchdruckereien mit Angabe der dazu erforderlichen Maschinen, Schriften, Utensilien, Betriebskraft u. s. w.,

die das Buchdruckgewerbe betreffenden gesetzlichen und polizeilichen Vorschriften, als:

Pressegesetz,

Bundesrathsvorschriften über die Einrichtung von Buchdruckereien.

3. Fleischerhandwerk.

Zu § 5: Hinter „Arbeitsprobe“: welche in der Regel im Schlachten und Zerlegen eines Schlachtbiers und dessen Herrichtung für den Verkauf bestehen soll.

Zu § 10 Abs. 2:

Berechnung von Lebendgewicht gegen Schlachtgewicht (minimal und maximal) unter dem üblichen Prozentabzug für Tara,

äußere Anzeichen zur Beurtheilung eines Schlachtbieres, Angabe der sichtbaren Krankheitserscheinungen bei lebenden und geschlachteten Thieren,

Werth der einzelnen Theile des Schlachtbieres,

Benennung der inneren Theile der Schlachtbiere, Verwerthung des äußeren Abfalls (Blut, Haut, Talg u.),

die gesetzlich erlaubten Konservierungsmittel, das Verfahren bei Herstellung von Dauerwaare, Pökelwaare und bei der Wurstfabrikation.

4. Müllerhandwerk.

Zu § 10 Abs. 2:

Kenntniß der Malzfrucht (Getreidearten) und ihrer verschiedenen Verwerthung für den Vermahlungs-Prozess, Herkunft und verschiedene Verwendbarkeit der Malzfrüchte für das Backen,

die Regeln für die Aufbewahrung des Getreides und Mehles,

Kenntniß der verschiedenen Mahlmethode, Kenntniß der im Getreide vorkommenden Unkräuter und Beisäe,

Kenntniß der für die Mülerei erforderlichen Maschinen und Werkzeuge (z. B. Malanlage, Walzenstuhlungen, Reinigungsmaschinen, Cylinder- und Siebmäschinen, Aspiration, Mählsleine, Hauen- und Scharfwerkzeuge und deren Handhabung),

Kenntniß der verschiedenen Arten der Triebkräfte und Motoren: Wasserräder, Turbinen, Windflügel, Dampfmaschinen u. s. w.,

Berechnung des Uebersetzungsverhältnisses von Riemenscheiben und Zahnrädern,

Berechnung der Betriebsunkosten und des Ausbeuteverhältnisses,

Kenntniß der Unfallverhütungsvorschriften für das Müllergewerbe und der einschlägigen, im Beirte der Prüfungs-Kommission geltenden Polizeiverordnungen.

Anlage II. Prüfungsgebühren und Entschädigungsätze für die Mitglieder der Prüfungskommissionen mit dem Stke

Handwerk	in Berlin			in Charlottenburg			in Potsdam, Rixdorf, Spandau, Gericowalde, Prenzlau, Wittenerge		
	Prüfungs- Gebühren	Entschädigung pro Tag		Prüfungs- Gebühren	Entschädigung pro Tag		Prüfungs- Gebühren	Entschädigung pro Tag	
		Vorf.	Beif.		Vorf.	Beif.		Vorf.	Beif.
Bäcker	30	12	8	30	12	8	30	10	6
Buchdrucker	60	15	10	—	—	—	—	—	—
Fleischer	40	15	8	40	12	8	40	10	6
Müller	—	—	—	—	—	—	30	10	6

Meisterprüfungs-Ordnung D für das Maurer-Handwerk.

(Die Aufgaben für das Zimmerer- und Steinmetz-Handwerk in der Anlage I.)

Anmeldung und Zulassung zur Prüfung.

§ 1.

Das Gesuch um Zulassung zur Prüfung ist schriftlich an die zuständige Prüfungs-Kommission zu richten.

Zuständig ist die Prüfungs-Kommission, in deren Bezirk der Prüfling entweder das betreffende Gewerbe selbstständig betreibt oder seit mindestens sechs Monaten als Geselle in Arbeit steht.

Dem Gesuche sind beizufügen:

1) ein kurzer eigenhändig geschriebener Lebenslauf des Prüflings,

2) eine Geburtsurkunde,

3) das Attestationszeugnis über die Gesellenverrichtung

oder ein anderweiter Nachweis, daß der Prüfling in seinem Gewerbe die Befugniß zur Anleitung von Lehrlingen erworben hat,

- 4) der Nachweis, daß der Prüfling nach beendeter Lehrzeit mindestens drei Jahre lang in dem Handwerk, in dem er die Prüfung ablegen will, praktisch thätig gewesen ist und davon mindestens zwei Jahre in leitender Stellung als Polier oder in ähnlicher Eigenschaft,
- 5) die Zeugnisse der gewerblichen Unterrichtsanstalten, die der Prüfling etwa besucht hat,
- 6) ein polizeiliches Führungszeugniß.

Auf Grund der Anmeldung entscheidet der Vorsitzende der Prüfungs-Kommission, ob der Prüfling zugelassen ist oder nicht.

Gegen die Entscheidung ist die Beschwerde bei der Prüfungs-Kommission binnen einer Woche zulässig.

§ 2.

Die Prüfungstermine werden von dem Vorsitzenden der Prüfungs-Kommission anberaumt. Auf Beschluß der Prüfungs-Kommission oder Anordnung des Vorstandes der Handwerkskammer sind regelmäßig wiederkehrende Termine für die Prüfungen festzusetzen.

Der Vorsitzende hat die Mitglieber der Prüfungs-Kommission und die zur Prüfung Zugelassenen zum Prüfungstermin zu laden. Nahe Verwandte und der derzeitige Arbeitgeber oder Geschäftstheilhaber eines Prüflings sind von der Mitwirkung bei der Prüfung ausgeschlossen.

Die Prüfungs-Kommission ist bei Anwesenheit des Vorsitzenden und der vier Beisitzer beschlußfähig.

In einem Prüfungstage sollen nicht mehr als sechs Prüflinge geladen werden.

Prüfungsgebühren.

§ 3.

Jeder Prüfling hat vor dem Prüfungstermin die in Anlage II festgesetzte Prüfungsgebühr an die Kasse der Handwerkskammer einzuzahlen.

Ueber Anträge auf Erlass oder Stundung der Gebühr entscheidet der Vorstand der Handwerkskammer.

Ist die Prüfung nicht bestanden, so hat der Geprüfte keinen Anspruch auf Rückerstattung der Prüfungsgebühren.

Prüfungsverfahren.

§ 4.

Die Prüfung umfaßt seinen mündlichen Theil und die Anfertigung einer Prüfungsarbeit.

Prüfungsarbeit.

§ 5.

Die Prüfungsarbeit besteht in der Anfertigung eines kleinen Entwurfs mit Erläuterungsbericht und Kostenanschlag. Der Entwurf ist im Maßstab 1 : 100 darzustellen und durch einige Mauer-Konstruktionen im Maßstab 1 : 10 sowie durch Massenberechnung und Kostenanschlag für einen Theil zu ergänzen.

§ 6.

Die Aufgabe ist unter Berücksichtigung des Handwerkszweigs so zu wählen, daß die völlige Lösung der Aufgabe für den Prüfling in sechs

Arbeitstagen bei achtfündiger täglicher Arbeitszeit fertig zu stellen ist.

Die Bearbeitung erfolgt unter Aufsicht eines Mitgliedes der Prüfungs-Kommission in einem von dem Vorsitzenden der Prüfungs-Kommission bestimmten Lokal.

Am ersten Tage ist eine Skizze anzufertigen und abzuliefern, von der im Allgemeinen später nicht abgewichen werden darf.

Mündliche Prüfung.

§ 7.

Die mündliche Prüfung hat sich zu erstrecken auf:

- 1) die Fachkenntnisse (vgl. § 8),
- 2) die Kenntniß der einfachen Buch- und Rechnungsführung und der allgemeinen Grundsätze des Wechselrechts,
- 3) die gesetzlichen Vorschriften, betreffend das Gewerbewesen, insbesondere die wichtigsten Bestimmungen der Gewerbeordnung, der Arbeiter-versicherungsgesetze und des Genossenschaftsrechts, sowie der einschlägigen baupolizeilichen und Unfallverhütungsvorschriften.

§ 8.

Die Prüfung in den Fachkenntnissen soll in der Regel mit einer Besprechung der Prüfungsarbeit (§ 5) beginnen und sich ferner namentlich auf folgende Gegenstände erstrecken:

- 1) Flächen- und Körperberechnungen (Anwendung auf Beispiele aus der Baupraxis).
- 2) Statik und Festigkeitslehre (Anwendung auf einfache, im Hochbau vorkommende Konstruktionen in Holz, Stein und Eisen),
- 3) Baukonstruktionslehre:
 - a. Grundbau: Untersuchung des Baugrundes, Grundwände, Kragbäume, Brunnen, Senkläusen, Sandschüttung u. s. w.,
 - b. Steinkonstruktionen: Steinverbände, Bögen, Gewölbe, Fußböden, Treppen, Gesimse, Putzarbeiten,
 - c. Holzkonstruktionen: Balkenlagen, Fachwerk, Fußböden, Treppen, einfache Dächer einschließlich Rinnen und Eindeckung, Klüngen, Hebezeuge,
 - d. Eisenkonstruktionen: Träger, Stützen, Treppen, einfache Dächer,
 - e. Arbeiten des inneren Ausbaues: Tischler-, Schlosser-, Töpfer-, Malerarbeiten u. s. w.
- 4) Materialkunde.
- 5) Baukunde: Elemente des Entwurfs, Grundriß-Anordnung und Einrichtung einfacher städtischer und ländlicher Gebäude, Umbauten, Entwässerungs-, Heizungs- und Feuerungsanlagen.
- 6) Bauleitung.
- 7) Veranschlagung und Abrechnungsarbeiten.

§ 9.

Prüflinge, welche die Abgangsprüfung an einer staatlichen oder vom Staate anerkannten Baugewerkschule bestanden haben, sind von der Anfertigung der

Prüfungsarbeit und der mündlichen Prüfung in den am § 8 unter Ziffer 1 bis 3 bezeichneten Gegenständen befreit.

Ergebnis der Prüfung.

§ 10.

Nach Beendigung der Prüfung, über deren Verlauf eine von sämtlichen Mitgliedern der Prüfungs-Kommission zu unterschreibende Verhandlung aufzunehmen ist, beschließt die Prüfungs-Kommission mit Stimmenmehrheit, ob die Prüfung genügend, gut oder mit Auszeichnung oder ob sie nicht bestanden ist. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.

Ist die Prüfung nicht bestanden, so hat die Prüfungs-Kommission einen Zeitraum zu bestimmen, vor deren Ablauf sie nicht wiederholt werden darf.

Das Ergebnis der Prüfung ist den Geprüften spätestens innerhalb 8 Tagen nach Schluß des Prüfungstermins durch den Vorsitzenden bekannt zu geben.

§ 11.

Ist die Prüfung bestanden, so hat die Prüfungs-Kommission darüber ein Zeugnis (Meisterbrief) auszustellen. Ist die Prüfung nicht bestanden, so hat die Prüfungs-Kommission dies dem Prüfling schriftlich mitzuteilen unter Angabe des Zeitraums, vor dessen Ablauf die Prüfung nicht wiederholt werden darf. Falls der Prüfling von der nochmaligen Ablegung eines Theiles der Prüfung entbunden ist, so wird dies in der Mittheilung vermerkt.

Das Prüfungszeugnis ist kosten- und stempelfrei.

§ 12.

Mehr als zweimal darf die Prüfung nicht wiederholt werden.

Auf die Wiederholung der Prüfung findet die Vorschrift des § 1 Abs. 2 keine Anwendung.

§ 13.

Das Bestehen der Meisterprüfung nach den vorstehenden Bestimmungen berechtigt zur Führung des Meistertitels in Verbindung mit der Bezeichnung eines Handwerks, sofern der Geprüfte in diesem Handwerk die Befähigung zur Anleitung von Lehrlingen erworben hat. Geschäftsführung der Prüfungs-Kommission.

§ 14.

Die laufenden Geschäfte der Prüfungs-Kommission erleidet der Vorsitzende.

Das Prüfungszeugnis (Meisterbrief) ist von dem Vorsitzenden und den Mitgliedern der Prüfungs-Kommission zu vollziehen.

Für alle übrigen Ausfertigungen genügt die Unterschrift des Vorsitzenden.

§ 15.

Die Mitglieder der Prüfungs-Kommission erhalten, abgesehen von dem Ersatz der ihnen durch die Reise erwachsenen nothwendigen baaren Auslagen, bei Prüfungen die in der Anlage II festgesetzte Entschädigung aus der Kasse der Handwerkskammer.

Den Mitgliedern der Prüfungs-Kommission kann durch Beschluß der Handwerkskammer mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde für die Wahrnehmung

der Prüfungen an ihrem Wohnort statt der besonderen Vergütungen eine jährliche Entschädigung zugestimmt werden.

§ 16.

Das Prüfungszeugnis (der Meisterbrief) kann von der Prüfungs-Kommission für ungültig erklärt werden, wenn festgestellt wird, daß der Prüfling bei der Meldung zur Prüfung oder bei deren Ablegung eine auf Täuschung berechnete Handlung begangen hat.

§ 17.

Die schriftlichen Verhandlungen über den Verlauf der Prüfungen sind dem Vorstände der Handwerkskammer einzureichen. Auch ist dieser befugt, Beauftragte zur Beisitzung an den Prüfungen zu entsenden.

Genehmigt durch Verfügung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 18. Januar 1902.
III a 8833.

Anlage I.

Prüfungsaufgaben.

1. In der Meisterprüfung-Ordnung für das Zimmererhandwerk lautet § 5:

Die Prüfungsarbeit besteht in der Anfertigung eines kleinen Entwurfs mit Erläuterungsbericht und Kostenvoranschlag. Der Entwurf ist im Maßstabe 1:100 darzustellen und durch einige Zimmerkonstruktionen im Maßstab 1:10 sowie durch Holzberechnung und Kostenanschlag für einen Theil zu ergänzen.

ferner § 8 nach „erstreckt“:

1. Flächen- und Körperberechnungen (Anwendung auf Beispiele aus der Baupraxis),
 2. Statik und Festigkeitslehre (Anwendung auf einfache im Hochbau vorkommende Konstruktionen in Holz, Stein und Eisen),
 3. Baukonstruktionslehre:
 - a) Grundbau: Spundwände, Fangebämme und Senkfäßen,
 - b) Steinkonstruktionen: Steinverbände, Bögen, Gewölbe,
 - c) Holkonstruktionen: Balkenlage, Fachwerk, Kuppeln, Treppen, Decken, Täfelnungen, Dachkonstruktionen jeder Art, Rinnen und uad Eindeckung, Rüstungen, Hebezeuge,
 - d) Eisenkonstruktionen: Träger, Säulen, einfache Dächer,
 - e) Arbeiten des inneren Ausbaus: Tischler-, Schlosser-, Tischler-, Maler-Arbeiten u. s. w.,
 4. Materialienkunde,
 5. Baukunde: Elemente des Entwurfs, Grundrißanordnung und Einrichtung einfacher städtischer und ländlicher Gebäude, Umbauen,
 6. Bauleitung,
 7. Veranschlagen und Abrechnungsarbeiten.
2. In der Meisterprüfung für das Steinmetzhandwerk lautet § 5:

Die Prüfungsarbeit besteht in der Anfertigung eines kleinen Entwurfs, gegebenenfalls einer Fassade, mit Erläuterungsbericht und Kostenüberschlag. Der Entwurf ist im Maßstab 1 : 20 darzustellen und durch einige Details in natürlicher Größe, sowie durch ein Modell eines Details zu ergänzen.

ferner § 8 nach „erstreckt“:

1. Flächen- und Körperberechnungen (Anwendung auf Beispiele aus der Baupraxis),
2. Statik und Festigkeitslehre (Anwendung auf einfache im Hochbau vorkommende Konstruktionen in Holz, Stein und Eisen),

3. Bauteilkonstruktionslehre:

- a) Steinkonstruktionen: Steinverbände, Bögen, Gewölbe, Fußböden, Treppen, Gesimse,
 - b. einfache Holzkonstruktionen, insbesondere Gerüste, einschl. Hebezeuge,
 - c) Eisenkonstruktionen: Träger, Stützen,
 - d) Arbeiten des inneren Ausbaus: Tischler-, Schlosser-, Maler-Arbeiten,
4. Materialienkunde,
 5. Steinchnitt,
 6. Bauleitung,
 7. Veranschlagen und Abrechnungsarbeiten.

Anlage II. Prüfungsgebühren und Entschädigungssätze für die Mitglieder der Prüfungskommissionen mit dem Sitz

Handwerke	in Berlin			in Charlottenburg			in Potsdam, Nirsdorf, Spandau, Oberwalde, Prenzlau, Wittenberge		
	Prüfungs-Gebühren	Entschädigung pro Tag		Prüfungs-Gebühren	Entschädigung pro Tag		Prüfungs-Gebühren	Entschädigung pro Tag	
		Vorf.	Beif.		Vorf.	Beif.		Vorf.	Beif.
	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.
Maurer	30	12	8	30	12	8	30	12	8
Steinmetze	30	12	8	—	—	—	—	—	—
Zimmerer	30	12	8	30	12	8	30	12	8

Ausweisungen aus Preußen.

Der Schneider Bischoff Steinberg, geboren am 1. Mai 1874 zu Mischenitz, Gouv. Pomeznia, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 24. Oktober 1901 ausgewiesen.

Der Kaufmann Abraham Englard (Englart), geboren 28. Dezember 1864 zu Przgowor, österreichischer

Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 4. Dezember 1901 ausgewiesen.

Der Studierende Gustav Simon, geboren am 25. November 1878 zu Warschau, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 30. Januar 1902 ausgewiesen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiet.

Zauf. Nr. 1.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Befragung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1	Josef Sablad, Arbeiter,	a. Auf Grund des § 34 des Strafgesetzbuchs: 30 oder 31 Jahre alt, geboren zu Demby, Kirchspiel Myschinez, Rußland, russischer Staatsangehöriger,	Todtschlag und schwerer Raub (lebenslängliches Zuchthaus, laut Erkenntniß vom 13./15. März 1894),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Königsberg,	18. Januar 1902.
1	Adolf Alt, Bäckergehelfe,	b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: geboren am 8. Oktober 1874 zu Ober-Langendorf, Bezirk Litau, Mähren, österreichischer Staatsangehöriger.	Vetteln u. Widerstand gegen die Staatsgewalt,	Königlich preussischer Regierungs-Präsident zu Breslau,	15. Januar 1902.

1. Ziffer.	Name und Stand	Alter und Heimath des Ausgewiesenen.	Ort und der Verhaftung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisung- Beschlusses.
2	Richard Vater, Maurer, u	geboren am 23. April 1858 zu Wien, ortsbahörig zu Eischau, Böhmen,	Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Gra- fenau,	8. Januar 1902.
3	Josef Bradak, Färber,	geboren am 4. Dezember 1851 zu Alt-Micha, Bezirk Turnau, Böhmen, ortsbahörig eben- dort,	desgleichen,	Königlich sächsische Kreishauptmann- schaft Dresden,	9. Dez. 1901.
4	Johann van den Busch (Vos), Weber,	geboren am 13. September 1865 zu Hengelo, Provinz Oberpfalz, Niederlande, niederländischer Staatsangehöriger,	Landstreichern und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	19. Januar 1902.
5	Emil Ferber, Müller,	geboren am 10. März 1883 zu Klein-Heide, Gemeinde Hohen, Bezirk Böhmisches-Leipa, ortsbah- hörig zu Dux, Böhmen,	Nichtbeschaffung eines Unter- kommens,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Stettin,	11. Januar 1902.
6	Mathäus Girkis, Arbeiter,	geboren am 17. Oktober 1868 zu Dziwin, Bezirk Bochnia, Galizien, ortsbahörig zu Wola Batorska, Bezirk Bochnia,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Posen,	13. Januar 1902.
7	Eduard Goldstein, Kommis,	geboren am 12. Januar 1883 zu Banjaluka, Bosnien, öster- reichischer Staatsangehöriger,	Landstreichern,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Reg.,	17. Januar 1902.
8	Josef Hauser, Schuhmacher,	geboren am 16. August 1884 zu Reichenberg, Böhmen, ortsbah- hörig zu Dörfel, Bezirk Reichenberg,	Nichtbeschaffung eines Unter- kommens,	Königlich preussischer Polizei-Präsident zu Berlin,	7. Dez. 1901.
9	Ignaz Kramer, Arbeiter,	geboren am 1. Mai 1854 zu Hauptmannsdorf, Bezirk Braun- au, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichern und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	16. Januar 1902.
10	Franz Josef Krigl- stein, Fabrikarbeiter,	geboren am 23. Januar 1876 zu Kischau, Bezirk Mies, Böhmen, ortsbahörig eben- dort,	Landstreichern, Betteln und Kon- tubinat,	Königlich bayerisches Bezirksamt Mühl- dorf,	13. Januar 1902.

B e k a n n t m a c h u n g.

Als Beilage zu diesem Stück des Amtsblatts veröffentliche ich die Vorschriften über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen sowie über den Geschäftsbetrieb der Stellenvermittler für Bühnen-Angehörige, wobei ich die Ortspolizeibehörden besonders darauf hinweise, daß die in den Ziffern 7 und 9 vorgesehene Verpflichtung zur Einreichung von Nachweisungen nicht allen Stellenvermittlern für Bühnengehörige auferlegt werden muß. Auf Wunsch theiliger Gewerbetreibender hat die Verlagsbuchhandlung Carl Heymanns Verlag in Berlin W. 8 Mauerstraße 43/44 Geschäftsbücher hergestellt, die hinsichtlich der Eintheilung der Spalten dem bei der Handhabung der Formulare nöthigen Raumbedürfnis entsprechen. Ebendort sind vorschriftsmäßige Plakate (Ziffer 15) hergestellt worden.

Potsdam, den 12. Februar 1902.

Der Regierungspräsident.

Hierzu Eine Sonderbeilage und Sechs Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Verlag von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der H. W. Gayschen Erben.

Sonder-Beilage zum Amtsblatt.

Vorschriften

über

den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen sowie über den Geschäftsbetrieb der Stellenvermittler für Bühnen-Angehörige.

Auf Grund des §. 38 Absatz 1, 3 der Gewerbeordnung (Reichs-Gesetzbl. 1900 S. 871) wird über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen sowie über den Geschäftsbetrieb der Stellenvermittler für Bühnen-Angehörige Folgendes bestimmt:

1. Stellenvermittler im Sinne dieser Vorschriften ist Jeder, welcher gewerbsmäßig Vertragsabschlüsse zwischen den Leitern und Angehörigen derjenigen Unternehmungen vermittelt, durch welche theatralische Vorstellungen, Singspiele, Instrumentalkonzerte, Gesangs- und deklamatorische Vorträge, Schaustellungen von Personen und Thieren gewerbsmäßig dargeboten werden, ohne Rücksicht darauf, ob ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft dabei obwaltet, oder nicht. Die Zeit, auf welche die Verträge abgeschlossen werden, ist für die Anwendung dieser Vorschriften unerheblich.

Begriff des Stellenvermittlers.

2. Wer das Gewerbe eines Stellenvermittlers für Bühnen-Angehörige betreibt, ist verpflichtet, Geschäftsbücher nach den beigefügten Formularen A, B und C zu führen. Für männliche und weibliche Personen können getrennt Bücher geführt werden. Die Bücher müssen dauerhaft gebunden und mit fortlaufenden Seitenzahlen versehen sein; sie müssen vor ihrer Ingebrauchnahme von der Ortspolizeibehörde unter Beglaubigung der Seitenzahl abgestempelt werden. In den Büchern dürfen weder Rasuren vorgenommen noch Eintragungen unleserlich gemacht werden, auch dürfen die Bücher während der Aufbewahrungszeit (Ziff. 4) weder ganz noch theilweise vernichtet werden.

Geschäftsbücher.

3. Die dem Stellenvermittler erteilten Aufträge sind in die Bücher A und B, die Abschlüsse von Vermittelungen und die eingegangenen Zahlungen in das Buch C im Laufe des Tages, an welchem die Aufträge oder Zahlungen eingehen oder die Abschlüsse erfolgen, in der Reihenfolge des Eingangs oder des Abschlusses unter fortlaufenden Nummern vollständig und übersichtlich einzutragen. Bei Abschlüssen für länger als einen Monat brauchen nur die Zahlungen für den ersten Monat oder das erste Vierteljahr eingetragen zu werden.

In den Büchern A und B können besondere Abtheilungen für die einzelnen Beschäftigungsarten (Fächer), in dem Buch C solche für die einzelnen Bühnen eingerichtet werden. Alsdann hat die Eintragung der fortlaufenden Nummer innerhalb jeder Abtheilung besonders zu erfolgen. Am Anfang des Buches ist ein Inhaltsverzeichnis mit Angabe der Seitenzahlen zu setzen.

4. Geschäftsbücher, welche nicht mehr benutzt werden sollen, sind unter Angabe des Datums abzuschließen, der Ortspolizeibehörde zur Bestätigung des Abschlusses vorzulegen und sodann zehn Jahre aufzubewahren. Nach dem Abschlusse dürfen weitere Eintragungen nicht mehr gemacht werden.

Dasselbe gilt, wenn der Geschäftsbetrieb eingestellt wird.

5. Der Stellenvermittler ist verpflichtet, seinen Familiennamen und mindestens einen ausgeschrieben Vornamen mit einem Zusatz, welcher die Art der zu vermittelnden Stellen erkennen läßt (z. B. Stellenvermittler oder Stellenvermittlung für Bühnen-Angehörige, für Cirkus und Schaubühne u. s. w.; Theater-, Variétés-, Konzert- u. s. w. Agent oder Agentur) in deutlich lesbarer Schrift an der Straßenseite des Hauses auf, neben oder über dem Hauseingang und am Eingang zu den Geschäftsräumen anzubringen. Die Annahme der Bezeichnung „Theateragent“ oder „Theateragentur“ ist nur solchen Stellenvermittlern gestattet, welche, abgesehen von Einzelfällen,

Geschäftsbetrieb.

ausschließlich Stellen für Bühnen-Angehörige im engeren Sinne, d. h. für diejenigen Personen vermitteln, welche bei der Aufführung dramatischer Werke künstlerisch oder technisch mitwirken.

Die Beilegung einer Bezeichnung, welche auf die erfolgte Concessionirung hinweist, ist verboten.

6. Die Stellenvermittler haben alle Anzeigen in Zeitungen, Anschlägen, Restamezetteln und dergleichen mit der genauen Angabe des Geschäftslokals, ihrem Vor- und Zunamen und der in Ziff. 5 Abs. 1 angeordneten Bezeichnung zu versehen. Wahrheitswidrige Angaben über die Zahl der offenen Stellen oder der stellungsuchenden Personen sind verboten.

7. Für Stellenvermittler, welche sich im Besitze einer Erlaubniß auf Grund des §. 34 der Gewerbeordnung befinden, richtet sich die Befugniß, ihr Gewerbe durch einen Stellvertreter auszuüben, nach §. 47 a. a. O. Inwiefern für die übrigen Stellenvermittler eine Stellvertretung zulässig ist, hat in jedem Falle die Ortspolizeibehörde zu bestimmen. Bei Beschäftigung von Hülfspersonal (Gehülfen, Lehrlingen, Agenten) einschließlich der Familienangehörigen sind der Ortspolizeibehörde nach näherer Anweisung regelmäßig Verzeichnisse der beschäftigten Personen einzureichen.

8. Die Stellenvermittler für Bühnen-Angehörige dürfen andere Stellen, als Stellen der in Ziff. 1 bezeichneten Art nicht vermitteln. Sie dürfen Personen, welche die zum Vertragsabschlusse erforderliche Zustimmung des gesetzlichen Vertreters nicht nachweisen können, eine Dienstleistung nicht gewähren.

9. Stellenvermittler, welche Stellen im Auslande an weibliche Bühnen-Angehörige vermitteln, haben der Ortspolizeibehörde nach näherer Anweisung regelmäßig Verzeichnisse der vermittelten Stellen einzureichen.

10. Die Stellenvermittler dürfen ihre Geschäftsräume weder in Theaterbureaus oder in Räume, welche der Gast- oder Schankwirtschaft dienen, noch in Räume, welche mit solchen Räumen im Zusammenhang stehen, verlegen.

Stellenvermittler dürfen nicht in einem Dienstverhältnisse zu Bühnenleitern stehen.

11. Wegen der Gebühren für gewerbliche Leistungen des Stellenvermittlers bei der Stellenvermittlung gelten die Vorschriften des §. 75a der Gewerbeordnung. Neben den Gebühren dürfen Nebenkosten nicht berechnet werden. Die Erstattung baarer Auslagen ist nur insoweit zulässig, als ihre Verwendung auf Verlangen des Auftraggebers erfolgt ist und nachgewiesen werden kann. Gebühren und sonstige Vergütungen, mit Ausnahme der baaren Auslagen, dürfen nur nach Erledigung des Auftrags erhoben werden; insbesondere ist die Erhebung eines Einschreibegeldes bei Annahme des Auftrags verboten.

Der Stellenvermittler ist zur Erhebung von Gebühren nicht befugt:

- a) wenn er den Vertrag, für welchen eine Vergütung gezahlt werden soll, nicht durch seine vermittelnde Thätigkeit zum Abschluß gebracht hat;
- b) wenn der vermittelte Vertrag gelöst ist, es sei denn, daß die Lösung durch Vertragsbruch oder ohne Mitwirkung des Stellenvermittlers zu einer Zeit erfolgt, wo der Vertrag unkündbar ist;
- c) für die Zeit, während welcher der Bühnen-Angehörige keine Vergütung (Gehalt, Spielgeld u. s. w.) erhält.

12. Die Polizeibehörden und ihre Organe sind befugt, in den Geschäftsbetrieb des Stellenvermittlers für Bühnen-Angehörige jederzeit Einsicht zu nehmen. Die Stellenvermittler sind verpflichtet, den Beamten jederzeit den Zutritt zu allen für den Geschäftsbetrieb bestimmten Räumlichkeiten zu gestatten, ihnen die Geschäftsbücher, auf Verlangen im Dienstsaume der Polizeibehörde, vorzulegen und jede über den Geschäftsbetrieb verlangte Auskunft wahrheitsgetreu zu erteilen.

13. Die vorstehenden Vorschriften finden auf Stellenvermittlungen, welche von Vereinen errichtet und nicht gewerbsmäßig betrieben werden, keine Anwendung.

14. Die Vorschriften treten am 1. April 1902 in Kraft. Die im Gebrauche befindlichen Geschäftsbücher dürfen bis zu ihrem Abschluß (Ziff. 4), längstens aber bis zum 31. Dezember 1902 benützt werden.

15. Ein Abdruck der Vorschriften unter Ziff. 2 bis 8, 10, 11 ist jedem im Gebrauche befindlichen Geschäftsbuche vorzuhängen. Außerdem ist ein Abdruck in großer Schrift in den Geschäftsräumen am Eingange auszuhängen.

Berlin, den 31. Januar 1902.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Röller.

Formulare.

Lfd. Nr.	Tag des Auftrags.	Des Bühnen-Angehörigen				*) De- anspruchte Vergütung (Gehalt, Spielgeld u. s. w.).
		Vor- und Zuname.	Bühnen-Name.	Geburtsort.	Aufenthaltort.	
1.	2.	3 a.	3 b.	4.	5.	6.

***) Diese Spalten sind nur dann auszufüllen, wenn von dem Auftraggeber entsprechende Angaben gemacht werden.**

der Bühnen-Angehörigen.
buch.)

<p>Art der gesuchten Beschäftigung.</p>	<p>*) Zeit, für welche Beschäftigung gesucht wird.</p>	<p>Nummer des Abschlußbuchs, unter welcher der Abschluß nachgewiesen ist.</p>	<p>Bemerkungen.</p>
7.	8.	9.	10.

Formular B.

**Geschäftsbuch für
(Auftrags-**

Lfd. Nr.	Tag des Auftrags.	Des Bühnenleiters	Bezeichnung	*)
		a)	der Stellung,	Zeitpunkt,
		Vor- und Zuname	für welche	zu welchem
		b)	der Bühnen-	bezw. Zeit, für
		Stand	Angehörige	welche
c)				
Wohnort (Straße).				der Bühnen-
			gesucht wird.	Angehörige
				gesucht wird.
1.	2.	3.	4.	5.

*) Diese Spalten sind nur dann auszufüllen, wenn von dem Auftraggeber entsprechende Angaben gemacht werden.

Formular C.

**Geschäftsbuch für ab-
(Abschluss-**

Zfd. Nr.	Tag des Abschlusses.	Des Bühnen-Angehörigen				Unter- nehmung, für welche abge- schlossen wird.	Art der Beschäftigung.
		Vor- und Zuname.	Bühnen-Name.	Geburtsort.	Aufenthalts- ort.		
1.	2.	3a.	3b.	4.	5.	6.	7.

Aufträge der Bühnenleiter. buch.)

*) Betrag der zugesicherten Vergütung (Gehalt, Spielgeld u. f. w.).	Nummer des Abschlußbuchs (C), unter welcher der Abschluß nachgewiesen ist.	Bemerkungen.
6.	7.	8.

geschlossene Vermittelungen. buch.)

Vereinbarte Zeit des Antritts Endes der Beschäftigung.		Betrag der vereinbarten Vergütung (Gehalt, Spielgeld u. f. w.).	Ver- mittelungs- gebühr (in %).	a) Von dem Bühnen-Angehörigen b) von dem Bühnenleiter geleistete Zahlungen				Nummer des Auftrags- buchs A. B.	Bemerkungen.
8.	9.	10.	11.	1. Gebühr	2. baare Auslagen	3. Summe der Spalten 12, 13	4. Tag der Zahlung.	16.	
				M. S.	M. S.	M. S.			17.

Gedruckt bei Julius Eittenfeld in Berlin W.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 9.

Den 28. Februar

1902.

Inhaltsverzeichnis: Inhalt von Stück 8 des Reichsgesetz-Blatts und Stück 3 der Gesetz-Sammlung. S. 85. — Prüfungsordnung für Zeichenlehrer und Zeichenlehrerinnen. S. 85. — Gemeinsame Postwertzeichen für das Reichspostgebiet und für Württemberg. S. 88. — Durchschmittmarktpreise. S. 88. — Öffentliche Verloosung. S. 89. — Kolonialisches Konsulat. S. 89. — Schneider-Innung in Straßburg u. M. S. 89. — Vorlesungen an der Universität Greifswald. S. 90. — Wasserstände. S. 90. — Viehschäden. S. 90. — Unterricht im Obßbau. S. 91. — Gemeindefälle für Fernsprechkabel. S. 91. — Erweiterung des Fernsprechnetzes. S. 91. — Errichtung einer Anstaltsparochie. S. 91. — Pfarrstellenerledigungen. S. 92. — Hanseatisch-Deutsch-amerikanischer Güterverkehr. S. 92. — Ausnahmestarif für Düngemittel etc. S. 92. — Gemeindefallbezirksveränderungen. S. 92/93. — Schiffsfahrtsperre. S. 93. — Personal-Chronik. S. 93. — Tierärztliche Hochschule in Hannover. S. 93. — Studium der Landwirtschaft in Halle a. S. S. 93. — Ausweisungen aus Preußen. S. 93. — Ausweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiete. S. 94.

Reichsgesetzblatt.

(Stück 8.) Nr. 2839. Bekanntmachung, betreffend die Vereinbarung erleichternder Vorschriften für den wechselseitigen Verkehr zwischen den Eisenbahnen Deutschlands und Luxemburgs. Vom 8. Februar 1902.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.
(Stück 3.) Nr. 10320. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlage des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Diez, Hadamar, Hofheim, Kapfenstein, Limburg a. L., Nidda, Ratten, Rennerod und Wiesbaden. Vom 29. Januar 1902.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Prüfungsordnung für Zeichenlehrer und Zeichenlehrerinnen.

11. An Stelle der Prüfungsordnungen für Zeichenlehrer an höheren Schulen und für Zeichenlehrerinnen an mehrklassigen Volks- und mittleren sowie an höheren Mädchenschulen vom 23. April 1885 tritt die beifolgende Prüfungsordnung vom heutigen Tage in Kraft. Dieselbe wird bei den im laufenden Jahre stattfindenden Prüfungen mit der Einschränkung angewandt, daß das Zeichnen nach dem lebenden Modell (Kopf) nicht als allgemein verbindliches Fach angesehen, und daß in den übrigen Fächern auf die bisherige Art der Ausbildung der Zeichenlehrer und Zeichenlehrerinnen billige Rücksicht genommen wird. Berlin, den 31. Januar 1902.

Der Minister

der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten.

Prüfungsordnung für Zeichenlehrer und Zeichenlehrerinnen.

§ 1. Die Befähigung zur Erteilung des Zeichenunterrichts

- a. an mehrklassigen Volks- und Mittelschulen, sowie
 - b. an höheren Knaben- und Mädchenschulen, an Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten
- wird durch Ablegung einer Prüfung erworben.

Solche Prüfungen werden in Berlin, Breslau, Königsberg, Kassel und Düsseldorf jedes Jahr einmal und zwar in der Regel am Schlusse des Sommerhalbjahres von den für diesen Zweck gebildeten Prüfungskommissionen abgehalten.

Die Termine der Prüfungen werden im Januarbest des Centralblattes für die Unterrichtsverwaltung sowie durch die Amtsblätter der Königl. Regierungen bekannt gemacht.

§ 2. Die Meldungen sind schriftlich bis spätestens den 1. Juni jedes Jahres einzureichen, und zwar für die Prüfungen in Berlin, Breslau, Königsberg und Kassel bei den Königl. Provinzial-Schulkollegien daselbst, für die Prüfung in Düsseldorf bei der Königl. Regierung daselbst. In der Meldung muß bestimmt angegeben sein, ob die Prüfung für Volks- und Mittelschulen oder für höhere Schulen, bezw. höhere Knabenschulen, Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten beabsichtigt wird. Die Befähigung zur Erteilung des Zeichenunterrichts an einer höheren Schule schließt diejenige für Volks- und Mittelschulen in sich.

Der schriftlichen Meldung sind beizufügen:

- 1) die Geburtsurkunde,
- 2) eine kurze Darstellung des bisherigen Lebensganges,
- 3) Zeugnisse über die empfangene Schulbildung und über die früher etwa abgelegten sonstigen Prüfungen,
- 4) der Nachweis, daß der Bewerber (die Bewerberin) ausreichende Studien im Zeichnen und Malen gemacht hat. Zu diesem Zweck sind Studienblätter vorzulegen,
- 5) ein Zeugnis über die sittliche Führung.

Zur Prüfung werden zugelassen:

Bewerber und Bewerberinnen, welche die Lehrbefähigung für Elementarschulen erworben haben, Bewerber, welche eine höhere Schule im Sinne der Rundverfügung vom 31. März 1882 bis zum sechsten Jahreskursus einschließlich mit Erfolg besucht oder eine entsprechende Schulbildung anderweit erworben haben, Bewerberinnen, welche die oberste Klasse einer vollentwickelten höheren Mädchenschule mit Erfolg be-

sucht haben oder die Befähigung als Lehr- oder Hand-
arbeitslehrerin oder als Lehrerin der Hauswirtschafts-
kunde besitzen.

Solche Bewerber (Bewerberinnen), welche keine den
obigen Anforderungen entsprechende Vorbildung nach-
zuweisen vermögen, können nur mit Genehmigung des
Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten zur Prüfung
zugelassen werden und haben sich in der Regel einer
besonderen Vorprüfung in Betreff ihrer allgemeinen
Bildung zu unterziehen.

Um zur Prüfung zugelassen zu werden, müssen die
Bewerber das 21., die Bewerberinnen das 19. Lebens-
jahr vollendet haben.

§ 3. In der Prüfung haben die Bewerber nach-
zuweisen:

daß sie ein offenes, für Formen, Tonwerthe und
Farben empfängliches Auge und eine sichere Hand
besitzen;

daß ihr räumliches Vorstellungsvermögen und ihr
Formengedächtniß gut entwickelt ist, und
daß sie zum Lehren befähigt sind.

Die Prüfung für höhere Schulen, bezw.
höhere Mädchenschulen, Lehrer- und Lehre-
rinnenbildungsanstalten erstreckt sich auf:

- 1) Zeichnen nach dem lebenden Modell (Kopf);
- 2) Zeichnen nach Naturblättern, Blüthen, Früchten,
Zweigen, ganzen Pflanzen, Muscheln, Schädeln,
ausgestopften Thieren und anderen Naturformen;
- 3) Zeichnen nach Geräthen, Gefäßen, plastischen Dr-
namenten, Theilen von Innenräumen und Gebäuden;
- 4) Malen nach Naturblättern, Blüthen, Früchten,
Zweigen, ganzen Pflanzen, Schmetterlingen, aus-
gestopften Thieren, nach Fliesen, Stoffen, Ge-
räthen, Gefäßen u. s. w.;
- 5) Zeichnen an der Schultafel nach Vorbildern und
aus dem Gedächtniß (Aufgaben wie zu 2 und 3);
- 6) Linearzeichnen.

Die Bewerber haben Fertigkeit im gebundenen
Zeichnen (auch unter Anwendung von Zirkel und
Lusche), sowie Vertrautheit mit den wichtigsten Regeln
der Parallel-Projektion, der Schatten-Konstruktion und
der Perspektive nachzuweisen.

7) Methodik.

Die Bewerber werden vor bestimmte Aufgaben des
Schulzeichnenunterrichts gestellt und außerdem befragt:

- a. über die amtlichen Vorschriften, insbesondere
die Lehrpläne für den Zeichenunterricht,
- b. über die zur Behandlung des vorgeschriebenen
Lehrstoffes gehörigen Lehrmittel,
- c. über die zweckmäßige Einrichtung des Zeichen-
saals und
- d. über die Eigenschaften und den Gebrauch der
verschiedenen Zeichenmaterialien.

8) Kunstgeschichte.

Die Prüfung erstreckt sich auf die Hauptmomente
der allgemeinen Kunstentwicklung mit Einschluß des
19. Jahrhunderts. Es wird insbesondere verlangt, daß
die Bewerber von den wichtigsten Werken der großen

Meister und Kunstepochen klare Vorstellungen besitzen
und diese anschaulich wiedergeben verstehen.

In der Prüfung für Volks- und Mittel-
schulen fallen die Forderungen unter 1 (Zeichnen nach
dem lebenden Modell) und 8 (Kunstgeschichte) fort:

bei 4 (Malen) werden die Aufgaben verhältniß leichter
und

bei 7 (Methodik) den Elementarschulen entsprechend
gestellt;

bei 6 (Linearzeichnen) werden die Anforderungen da-
hin ermäßigt, daß die Bewerber nachzuweisen haben:
Sicherheit in der Handhabung des Reißzeuges, der
Schiene und des Dreiecks, sowie Vertrautheit mit
den Aufgaben der ebenen Geometrie, mit der Dar-
stellung einfacher Körper in verschiedenen Ansichten,
mit Schnitten und Abwickelungen und mit den ein-
fachen Begriffen der Perspektive.

§ 4. Auch über das Maß der im § 3 gestellten
Forderungen hinaus kann sich ein Bewerber auf seinen
eigenen Wunsch einer Ergänzungsprüfung:

- a. im figürlichen Zeichnen oder Malen nach dem leben-
den Modell und in der Anatomie;
- b. im Landschaftszeichnen oder Malen nach der Natur;
- c. im Modelliren nach der Natur

unterziehen und einen darauf bezüglichen Zusatz in
seinem Zeugnisse erhalten.

§ 5. Die Eintheilung der Prüfung bleibt dem
Ermeßsen der Kommission anheimgestellt. Im Allgemeinen
ist dahin zu wirken, daß die Bewerber durch die Prü-
fung für die obere Stufe nicht mehr als 5 Tage und
durch die Prüfung für die untere Stufe nicht mehr als
3 1/2 Tage in Anspruch genommen werden.

Die Kommission ist ermächtigt, Bewerbern, die ihr
zur Genüge und vorthellhaft bekannt sind, einzelne
Prüfungsarbeiten zu erlassen, wenn dazu ein besonderer
Grund vorliegt.

§ 6. Die Leistungen der Bewerber werden mit:
sehr gut (1), gut (2), genügend (3), ungenügend (4)
gewerthet.

§ 7. Auf Grund der bestandenen Prüfung werden
die Zeugnisse in folgender Fassung ausgestellt:

N. N., geboren zu am, . . . Kon-
fession, hat nach Vorbringung der vorchriftsmäßigen
Zeugnisse über seine (ihre) allgemeine Bildung vor der
unterzeichneten Kommission eine Prüfung nach Maßgabe
der Prüfungsordnung vom 31. Januar 1902 bestanden
und hierbei folgende Zensuren erhalten:

- 1) Zeichnen nach dem lebenden Modell (Kopf);
- 2) Zeichnen nach Naturformen;
- 3) Zeichnen nach Geräthen, Gefäßen u. s. w.;
- 4) Malen;
- 5) Zeichnen an der Schultafel;
- 6) Linearzeichnen;
- 7) Methodik;
- 8) Kunstgeschichte;

(Außerdem hat er (sic) sich einer freiwilligen Prü-
fung im figürlichen Zeichnen u. s. w. mit
Erfolg unterzogen.)

Darnach wird N. N. für befähigt erklärt,
entweder
an mehrklassigen Volks- und Mittelschulen,
oder

an mehrklassigen Volks- und Mittelschulen, sowie an
höheren Schulen und Lehrerbildungsanstalten bzw.
an höheren Mädchenschulen und Lehrerinnenbildungs-
anstalten

Unterricht im Zeichnen zu erteilen.

Die Zeugnisse sind durch das Siegel der Kom-
mission und die Unterschriften des Vorsitzenden und eines
zweiten Mitgliedes derselben zu beglaubigen.

Das Zeugnis befähigt an und für sich noch nicht
zu einer festen Anstellung als Zeichenlehrer oder Zeichen-
lehrerin. Vielmehr haben diejenigen Bewerber, welche
sich noch nicht durch Unterricht an einer öffentlichen
Schule oder an der Übungsschule eines Zeichenlehrer-
seminars bewährt haben, zunächst an einer dem Grade
ihres Zeugnisses entsprechenden Anstalt gegen eine ent-
sprechende Remuneration ein Probejahr zu bestehen.
Erweisen sie sich während dieser Probezeit als pädag-
ogisch und didaktisch befähigt, so wird auf Grund eines
Gutachtens des Leiters der Anstalt ihrem Zeugnisse ein
entsprechender Vermerk von der vorgesetzten Behörde
hinzugefügt. Erst dieser Vermerk giebt die Befähigung
zur festen Anstellung.

§ 8. Beim Eintritt in die Prüfung haben die
Bewerber 12 Mark an Gebühren zu erlegen. Für die
Ausstellung des Zeugnisses tritt hierzu noch ein Stempel
im Betrage von 1 Mark 50 Pf.

§ 9. Hat ein Bewerber die Prüfung nicht be-
standen, so kann er zur Wiederholung derselben zugelassen
werden. Im Falle eines abermaligen Mißerfolges be-
darf es zur zweiten und letzten Wiederholung der Prü-
fung der Genehmigung des Ministers der geistlichen u.
Angelegenheiten.

Berlin, den 31. Januar 1902.

Der Minister

der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Ausführungsbestimmungen zur Prüfungsordnung für Zeichenlehrer und Zeichenlehrerinnen.

Zu § 1. Die Vorschläge für die Prüfungstermine
sind bis zum 1. Oktober des der Prüfung vorhergehenden
Jahres dem Minister der geistlichen u. Angelegen-
heiten einzureichen.

Zu § 2. Maler, Bildhauer, Architekten u. s. w.,
welche die geforderte Schulbildung nicht erworben und
nur auf Grund genügender Elementarkenntnisse unter
Berücksichtigung ihrer künstlerischen Begabung die Be-
rechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst er-
halten haben, dürfen nur mit Genehmigung des Mi-
nisters der geistlichen u. Angelegenheiten zur Prüfung
zugelassen werden.

Zu § 3. 2 und 3. Die hier genannten Aufgaben
können kombiniert werden. Bei 3 sind als Vorbilder
nur wirkliche Gegenstände aus echtem Material zu
verwenden.

2, 3 und 4. Neben durchgeführten Arbeiten sind
Skizzen zu verlangen.

5. Das Zeichnen an der Schultafel ist zweckmäßig
mit der Prüfung in der Methodik zu verbinden. Der
Bewerber soll zeigen, daß er im Stande ist, auf allen
Stufen des Unterrichts die Gesamturtheilung eines
Gegenstandes oder charakteristische Eigenschaften des-
selben, so weit sie sich im Umriss verständlich ausdrücken
lassen, auch aus dem Gedächtniß, mit klaren und sicheren
Strichen an die Schultafel zu zeichnen.

7. Die Prüfung in der Methodik soll hauptsächlich
dazu dienen, die Lehrproben, die nicht allgemein durch-
führbar sind, nach Möglichkeit zu ersetzen. Darum ist
von den Bewerbern u. A. zu verlangen, daß sie an be-
stimmten Aufgaben (z. B. am Zeichnen eines Natur-
blattes, eines Stuhles, eines Fensters u. dergl.) den
Gang des Unterrichts mit wenigen Worten veranschau-
lichen, daß sie Gegenstände aufstellen und in geeignete
Beleuchtung bringen, daß sie angefangene Schülerarbeiten
beurtheilen und die Korrektur durch Randzeichnungen
erläutern u. a. m.

8. In der Kunstgeschichte sind, abgesehen von den
notwendigsten Daten, nicht mechanisch eingeprägte, son-
dern auf Anschauung gegründete Kenntnisse zu verlangen.

Bewerber, welche nach bestandener Prüfung für
Volks- und Mittelschulen sich der Prüfung für höhere
Schulen, bzw. höhere Mädchenschulen, Lehrer- und
Lehrerinnen-Bildungsanstalten unterziehen, werden im
Zeichnen nach Naturformen (2), im Zeichnen nach Ge-
räthen, Gefäßen u. s. w. (3) und im Zeichnen an der
Schultafel (5), wenn sie in diesen Gegenständen die
Note „genügend“ ohne Einschränkung erworben haben,
nicht mehr geprüft. Hat sich ein Bewerber für die obere
Stufe gemeldet, aber nur die Befähigung für die untere
Stufe erlangt, so kann derselbe bei der Wiederholung
der Prüfung (s. § 9 der Pr.-O.) auch von der Prüfung
im Linearzeichnen (6), in der Methodik (7), und in der
Kunstgeschichte (8) befreit werden, vorausgesetzt, daß er
darin die Note „genügend“ ohne Einschränkung aufzu-
weisen hat. Mit Rücksicht hierauf ist im Protokoll über
die erste Prüfung ausdrücklich zu bemerken, ob im Linear-
zeichnen (6) und in der Methodik (7) die Note für die
untere oder für die obere Stufe gilt. Im Zeichnen
nach dem lebenden Modell (1) und im Malen (4) muß
die Prüfung auf jeden Fall wiederholt werden.

Hat ein Bewerber die Prüfung weder für die obere
noch für die untere Stufe bestanden, so muß er bei
Wiederholung der Prüfung dieselbe in vollem Umfange
ablegen.

Zu § 5. Als Norm einer auf fünf Tage sich er-
streckenden Prüfung kann gelten, daß der einzelne Be-
werber beschäftigt wird

- | | |
|--|------------|
| 1) im Zeichnen nach dem lebenden Modell (Kopf) | 12 Stunden |
| 2) im Zeichnen nach Naturformen | 4 Stunden |
| 3) im Zeichnen nach Geräthen, Gefäßen u. | 4 Stunden |
| 4) im Malen | 8 Stunden |
| (2—4) im Skizziren | 4 Stunden |
| 5) im Zeichnen an der Schultafel | 2 Stunden |
| 6) im Linearzeichnen | 5 Stunden |
| 7) in der Methodik | 1/2 Stunde |
| 8) in der Kunstgeschichte | 1/2 Stunde |
| zusammen 40 Stunden | |
| = 5 Tagen. | |

Zu § 5. Bei der Prüfung für die obere Stufe können nicht völlig genügende Leistungen im Zeichnen nach dem lebenden Modell (1) durch gute Leistungen (Note 2) in zweien der Abtheilungen 2—4 (Zeichnen nach Naturformen, Zeichnen nach Geräthen u. s. w., Malen) als ausgeglichen angesehen werden;

desgleichen im Malen (4) durch gute Leistungen im Zeichnen nach dem lebenden Modell (1) oder in jeder der Abtheilungen 2 und 3;

desgleichen in der Kunstgeschichte (8) durch eine gute Leistung in einer der übrigen Abtheilungen.

Eine ungenügende Leistung in einer der Abtheilungen 1, 4 und 8 oder eine nicht völlig genügende Leistung in einer der übrigen Abtheilungen kann nicht aufgewogen werden und schließt die Ertheilung des Befähigungszeugnisses aus.

Bei der Prüfung für die untere Stufe kann eine nicht völlig genügende Leistung in einer der Abtheilungen 2—4 durch eine gute Leistung in einer anderen dieser Abtheilungen ausgeglichen werden.

Eine ungenügende Leistung in einer dieser Abtheilungen oder eine nicht völlig genügende Leistung in einer der übrigen Abtheilungen (5—7) schließt die Ertheilung des Befähigungszeugnisses aus.

Die durch Ausgleichung aufgewogene schwache Leistung erhält im Zeugniß die Note „noch genügend.“ Im Uebrigen sind Zwischennoten (1—2, 2—3, 3—4) nicht zulässig.

Zu § 7. Ueber die Ergebnisse jeder Prüfung ist an den Minister der geistlichen u. Angelegenheiten zu berichten. Dem Berichte ist ein Verzeichniß beizufügen, in dem für jeden Bewerber angegeben sind:

- 1) Vor- und Zuname,
- 2) Stand,
- 3) Datum der Geburt,
- 4) Konfession,
- 5) Wohnort,
- 6) Art der Vorbildung (ob durch private Studien oder in welcher Anstalt),
- 7) der Ausfall etwa früher abgelegter Zeichenlehrerprüfungen,
- 8) die Noten für die einzelnen Prüfungsfächer,
- 9) das Gesamtergebniß,
- 10), besondere Bemerkungen.

Zu § 9. E. die Bemerkungen zu § 3 am Schlusse.

Um zu verhüten, daß derselbe Bewerber ohne ministerielle Genehmigung mehr als zweimal zur Prüfung zugelassen wird, sind Abschriften der zu 7 genannten Verzeichnisse jedesmal auch denjenigen Provinzial-Schulkollegien, bezw. der königlichen Regierung in Düsseldorf, zuzusenden, in deren Amtsbezirke Prüfungen für Zeichenlehrer und Zeichenlehrerinnen stattfinden.

Berlin, den 31. Januar 1902.

Der Minister

der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Bekanntmachungen

des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.
Gemeinsame Postwerthzeichen für das Reichs-Postgebiet und für Württemberg.

1. Nach einem zwischen der Reichs-Postverwaltung und der königlich Württembergischen Postverwaltung abgeschlossenen Uebereinkommen werden vom 1. April d. J. ab für das Reichs-Postgebiet und für Württemberg gemeinsame Postwerthzeichen mit der Aufschrift „Deutsches Reich“ eingeführt.

Mit dem Verlaufe der neuen Postwerthzeichen wird am 20. März begonnen werden; jedoch sind die neuen Postwerthzeichen nicht vor dem 1. April zur Frankirung gültig.

Die zur Zeit im Reichs-Postgebiet umlaufsfähigen Postwerthzeichen mit der Aufschrift „Reichs-Post“, und zwar die letzte Ausgabe mit dem heraldischen Adler und die laufende Ausgabe mit der Germania, werden mit Ende März d. J. außer Kurs gesetzt; diese Marken dürfen daher nach dem 31. März nicht mehr zur Frankirung von Postsendungen oder Telegrammen benutzt werden. Es empfiehlt sich, beim Einkauf von Freimarken, Postkarten u. s. w. auf die bevorstehende Einführung neuer Postwerthzeichen Rücksicht zu nehmen und nicht zu große Markenbestände vorrätig zu halten.

Unverwendet gebliebene Mengen der zur Zeit im Reichs-Postgebiet gültigen Werthzeichen können in der Zeit vom 20. März bis Ende Juni d. J. bei den Reichs-Postanstalten und den königlich Württembergischen Postanstalten gegen neue Postwerthzeichen umgetauscht werden; auch tauschen die Reichs-Postanstalten in derselben Zeit unverwendet gebliebene württembergische Postwerthzeichen gegen neue gemeinsame Werthzeichen um. Eine Einlösung alter Postwerthzeichen gegen baar ist dagegen ausgeschlossen.

Berlin W. 66, den 20. Februar 1902.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen des königlichen Ober-Präsidenten.

Durchschmittmarthypothese.

6. Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 30. Januar 1901 (Amtsblatt der kgl. Regierung

zu Potsdam und der Stadt Berlin für 1901 (Seite 43) bringe ich hierdurch gemäß 19 des Gesetzes über die Kriegesleistungen vom 13. Juni 1873 (Reichsgesetzblatt Seite 129 ff.) die Nachweisung der Durchschnittsmarktpreise in den Normalmarkorten des Regierungsbezirks Potsdam und in der Stadt Berlin, nach welchen die Vergütung für Weizen, Roggen, Hafer, Heu, Stroh, sowie für Weizen- und Roggenmehl für das Jahr vom 1. April 1902/1903 zu gewähren ist, zur öffentlichen

Kenntniß. In den Vergütungssätzen für Weizen- und Roggenmehl ist bei den Normalmarkorten Prenzlau, Schwedt, Beeskow, Lützenwalde, Potsdam, Brandenburg, Neu-Ruppin, Prigwall und Perleberg der orts- übliche durchschnittliche Mahllohn mitenthalten. Bei dem Normalmarkorte Berlin ist derselbe nicht mitenthalten, da dort die Erhebung von Mahllohn nicht üblich ist.

Potsdam, den 18. Februar 1902.

Der Oberpräsident.

Nachweisung

der Jahresdurchschnittsmarktpreise für Weizen, Roggen, Hafer, Heu und Stroh, Weizen- und Roggenmehl in den Normalmarkorten des Regierungsbezirks Potsdam und in der Stadt Berlin für die Jahre 1892 bis 1901 mit der Gültigkeitsdauer vom 1. April 1902 bis dahin 1903.

Preise für 100 Kilogramm.

Weizen		Roggen		Hafer		Heu		Stroh		Weizenmehl		Roggenmehl	
M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.
Stadt Berlin, Normalmarkort für die Kreise Niederbarnim, Oberbarnim, Osthavelland und Teltow, sowie die Stadtkreise Kirchdorf, Schöneberg und Spandau.													
15	60	13	41	14	81	5	93	4	74	17	47	16	09
Stadt Prenzlau, Normalmarkort für die Kreise Prenzlau und Tempeln.													
15	35	12	94	13	17	4	63	4	50	18	87	17	33
Stadt Schwedt, Normalmarkort für den Kreis Angermünde.													
15	53	13	53	14	12	5	—	4	19	19	06	18	—
Stadt Beeskow, Normalmarkort für den Kreis Beeskow-Storkow.													
14	64	12	85	13	82	5	27	3	55	18	17	17	32
Stadt Lützenwalde, Normalmarkort für den Kreis Jüterbog-Lützenwalde.													
14	92	13	19	14	50	5	—	3	85	18	52	17	53
Stadt Potsdam, Normalmarkort für den Stadtkreis Potsdam und den Kreis Zauch-Belzig.													
15	26	12	91	14	85	4	96	4	23	18	66	16	99
Stadt Brandenburg, Normalmarkort für den Stadtkreis Brandenburg und für den Kreis Westhavelland.													
15	39	13	07	14	18	4	47	3	57	18	74	16	98
Stadt Neu-Ruppin, Normalmarkort für den Kreis Ruppin.													
15	81	13	30	13	84	4	63	4	13	19	42	17	74
Stadt Wittstock-Prigwall, Normalmarkort für den Kreis Ostprignitz.													
15	53	12	65	13	15	4	28	3	37	18	81	16	56
Stadt Perleberg, Normalmarkort für den Kreis Westprignitz.													
15	37	12	92	13	48	4	99	3	87	18	99	17	06

Bekanntmachungen des Königlichen Regierungspräsidenten.

Öffentliche Verlosung.

55. Der Herr Minister des Innern hat am 6ten Februar d. J. dem Komite für den Kurusspferdemarkt in Marienburg die Erlaubniß erteilt, in Verbindung mit dem diesjährigen, am 12. Juni stattfindenden Pferdemarkte eine öffentliche Verlosung von Pferden, Wagen und anderen Gegenständen zu veranstalten und die Lose — 180000 Stück zu je 1 Mark — in der ganzen Monarchie zu vertreiben.

Potsdam und Berlin, den 19. Februar 1902.
Der Regierungspräsident. Der Polizeipräsident.

Kolumbisches Konsulat.

56. Der Kolumbische Konsul Siegfried Sachs ist am 1. d. Mts. in Berlin gestorben. Mit der einfi-

weiligen Verwaltung des dadurch erledigten Konsulats ist, bis auf weitere Bestimmung Seitens der Regierung von Kolumbien der General-Konsul des gedachten Freistaats in Hamburg Dr. Gustav Michelsen beauftragt worden.

Potsdam und Berlin, den 19. Februar 1902.

Der Regierungspräsident. Der Polizei-Präsident.

Schneider-Zwangung in Strassburg u./M.

57. Nachdem bei der Abstimmung sich die Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden für die Einführung des Beitrittszwanges erklärt hat, ordne ich hiermit an, daß zum 1. Mai 1902 eine Zwangseinnahme für das Schneiderhandwerk in der Gemeinde Strassburg u./M., den Amtsbezirken Wolfshagen, Lübbenow, Wiltsdorf, Briesig, Klein-Ludow, Neuensund und Lauenhagen mit dem Orte in Strassburg u./M. und dem Namen „Schneider-Zwangseinnahme in Strassburg“ errichtet werde.

Von dem genannten Zeitpunkt ab gehören alle Gewerbetreibende, welche in dem Innungsbezirk das bezeichnete Handwerk ausüben, dieser Innung an.

Zugleich schließe ich zu demselben Zeitpunkt die zur Zeit bestehende freie Schneider-Innung in Strassburg.

Potsdam, den 22. Februar 1902.

Der Regierungspräsident.

Vorlesungen an der Universität Greifswald.

58. Das Verzeichniß der Vorlesungen an der Königl. Universität Greifswald im Sommerhalbjahr 1902 wird Betheiligten auf Wunsch von der Universitätskanzlei kostenfrei zugelandt.

Potsdam, den 19. Februar 1902.

Der Regierungspräsident.

59. Nachweisung der an den Pegeln der Havel und Spree im Monat Januar 1902 beobachteten Wasserstände.

Tag	Wasserstände der Havel an den Pegeln zu							Wasserstände der Spree an den Pegeln zu						
	Rathenow		Brandenburg		Potsdam	Spandau		Charlottenburg		Copenid	Gr. Tränke Wehr Unterwasser	Bredlow	Alt-Schwaben	
	Havelberg		Oberwasser	Unterwasser		Oberwasser	Unterwasser	Oberwasser	Unterwasser					
	Ntr.	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	
1	2,60	1,63	1,17	2,24	1,54	1,24	2,59	0,96	3,22	2,96	0,82	2,65	1,80	1,60
2	2,59	1,63	1,19	2,22	1,57	1,25	2,60	1,02	3,22	3,00	0,83	2,63	1,82	1,62
3	2,59	1,62	1,18	2,20	1,60	1,27	2,62	1,06	3,22	3,07	0,83	2,62	1,83	1,66
4	2,59	1,62	1,19	2,20	1,60	1,27	2,62	1,02	3,22	3,05	0,86	2,67	1,84	1,70
5	2,61	1,62	1,17	2,18	1,56	1,28	2,64	0,98	3,22	2,98	0,86	2,68	1,86	1,71
6	2,64	1,62	1,18	2,13	1,57	1,31	2,26	1,08	3,22	3,02	0,87	2,69	1,90	1,70
7	2,76	1,63	1,14	2,17	1,60	1,34	2,66	1,07	3,22	3,03	0,87	2,78	1,90	1,68
8	2,90	1,62	1,17	2,20	1,60	1,34	2,66	1,13	3,22	3,08	0,88	2,88	1,94	1,65
9	3,00	1,64	1,18	2,25	1,62	1,33	2,65	1,11	3,22	3,08	0,89	2,80	1,94	1,63
10	3,08	1,61	1,20	2,20	1,62	1,34	2,67	1,11	3,22	3,12	0,89	2,84	1,96	1,62
11	3,20	1,62	1,18	2,24	1,65	1,35	2,67	1,14	3,22	3,14	0,90	2,88	1,95	1,62
12	3,30	1,62	1,18	2,29	1,62	1,35	2,70	1,10	3,22	3,14	0,92	2,88	1,93	1,62
13	3,36	1,58	1,19	2,24	1,62	1,36	2,70	1,20	3,22	3,20	0,92	2,91	1,93	1,63
14	3,41	1,62	1,18	2,24	1,64	1,39	2,67	1,27	3,30	3,26	0,92	2,94	1,92	1,62
15	3,43	1,67	1,18	2,25	1,68	1,39	2,65	1,25	3,32	3,26	0,93	2,92	1,91	1,54
16	3,34	1,63	1,18	2,07	1,68	1,45	2,64	1,21	3,37	3,31	0,92	2,89	1,90	1,54
17	3,39	1,63	1,21	2,28	1,70	1,44	2,65	1,24	3,31	3,24	0,96	2,87	1,90	1,62
18	3,30	1,63	1,23	2,27	1,72	1,44	2,67	1,24	3,40	3,33	0,96	2,85	1,90	1,64
19	3,26	1,63	1,23	2,34	1,72	1,44	2,70	1,24	3,39	3,32	0,95	2,85	1,90	1,66
20	3,16	1,65	1,26	2,26	1,72	1,45	2,70	1,36	3,44	3,37	0,94	2,84	1,94	1,68
21	3,18	1,62	1,27	2,32	1,77	1,49	2,69	1,38	3,52	3,44	0,92	2,90	1,94	1,72
22	3,20	1,64	1,28	2,33	1,78	1,50	2,66	1,36	3,48	3,40	0,91	2,93	1,94	1,71
23	3,21	1,64	1,29	2,35	1,79	1,50	2,67	1,31	3,47	3,39	0,91	2,92	1,95	1,70
24	3,23	1,69	1,29	2,35	1,82	1,50	2,68	1,31	3,48	3,40	0,91	2,92	1,96	1,69
25	3,24	1,68	1,29	2,35	1,84	1,50	2,68	1,38	3,48	3,41	0,91	2,93	1,98	1,69
26	3,25	1,73	1,30	2,38	1,77	1,51	2,67	1,34	3,50	3,41	0,90	2,93	2,00	1,70
27	3,27	1,72	1,30	2,35	1,82	1,51	2,66	1,35	3,49	3,41	0,89	2,94	1,98	1,70
28	3,28	1,73	1,31	2,35	1,85	1,52	2,64	1,39	3,47	3,40	0,90	2,94	1,98	1,64
29	3,28	1,75	1,32	2,36	1,89	1,52	2,64	1,35	3,48	3,39	0,91	2,94	1,98	1,69
30	3,24	1,75	1,34	2,34	1,90	1,52	2,64	1,35	3,47	3,36	0,92	2,95	1,97	1,70
31	3,22	1,77	1,36	2,38	1,90	1,51	2,66	1,32	3,44	3,36	0,93	2,95	1,95	1,70

Potsdam, den 20. Februar 1902

Der Regierungspräsident.

60.

Viehseuchen.

I. Festgestellt:

a. Milzbrand. Stadt Brandenburg: 1 Kuh des Aderbürgers Meyer, Fohrderstr. 21. Kreis Ost-Havelland: Sommerfeld, Schwante. Kreis West-Havelland: Haage. Kreis Teltow: Diederichsdorf, Brigg. Kreis Zauch-Belzig: Schmergow.

b. Schweineseuche. Kreis Nieder-Barnim: Mahlsdorf, Blumberg. Kreis Prenzlau: Damme

(Dom.), Strassburg U./M., Rossow (Dorf). Kreis Teltow: Dt.-Wusterhausen, Schenkendorf, b. R.-Wusterh., Miersdorf.

c. Rog. Kreis Zauch-Belzig: Caputh.

d. Bläschenausschlag. Kreis Zauch-Belzig: Schwanebeck.

II. Erloschen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Ost-Prignitz: Dannenwalde, Klein-Schönhagen.

b. Milzbrand. Kreis Ost-Havelland: Hohenbrunn, Regin. Kreis Zauch-Belzig: Deetz, Gollwitz (Gut).

c. Schweineseuche. Kreis Nieder-Barnim: Nummelsburg, Bernau, Neu-Weissenfee. Kreis Teltow: Briß.

d. Bruckseuche. Kreis West-Prignitz: Verleberg, Pferdebestand des Feldart.-Reg. 19. Stadt Brandenburg: Pferdebestand des Kürassier-Reg. 6.

e. Geflügelcholera. Kreis Nieder-Barnim: Nummelsburg. Kreis Teltow: Groß-Elchtersfelde.

Potsdam, den 25. Februar 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

Unterricht im Obstbau.

9. Wie im Vorjahre soll auch im laufenden Jahre an der Acker- und Obstbauschule in Wittstock ein dreigliedriger Kursus im Obstbau für ländliche Volksschullehrer aller Konfessionen abgehalten werden.

Die Zahl der Teilnehmer ist für den Kursus auf 8 festgesetzt. Den Teilnehmern wird eine Beihilfe zu den für die Reise und den Aufenthalt erforderlichen Kosten gewährt werden.

Nur solche Lehrer unseres Bezirkes sollen zur Teilnahme zugelassen werden, welche ihre Neigung und ein gewisses Verständnis für den Obstbau bereits bewiesen haben, sowie solche, welchen die besonderen örtlichen Verhältnisse Gelegenheit bieten, das Gelernte alsbald praktisch zu verwerthen. Dieses kann sowohl durch Anlegung von Baumschulen für die Unterweisung der Schulsjugend des Ortes, in der Aufzucht und Veredelung von Pflänzlingen, als durch Anlegung und Pflege von Gemeinde- und Privatpflanzungen und durch eine dem Obstbau förderliche Einwirkung auf die Bevölkerung durch Lehre und Beispiel geschehen.

Lehrer, welche diesen Voraussetzungen entsprechen und bereit sind, sich an dem Kursus zu betheiligen, haben ihre Gesuche durch Vermittelung der Herren Orts- und Kreis- und Schulinspektoren so zeitig hierher zu richten, daß sie uns, mit deren gutachtlicher Äußerung versehen, bis zum 5. März 1902 zugehen können.

Zu dem Gesuchen ist die nächste Eisenbahnhaltestelle, von welcher ab die Eisenbahnfahrt nach Wittstock unternommen werden kann, sowie die Kilometerzahl des kürzesten nach dieser Eisenbahnstelle führenden fahrbaren Landweges anzugeben.

Potsdam, den 21. Februar 1902.

Königliche Regierung,

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Cementkanal für Fernsprechlablel.

7. Bei dem Kaiserlichen Stadt-Fernsprechamt 6 hier W. Lützowstraße 95, liegt ein Plan aus über die Herstellung eines Cementkanals für Fernsprechlablel in der Putzammerstraße, Wilhelmstraße und Kochstraße.

Berlin C. 2, den 19. Februar 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Cementkanäle für Fernsprechlablel.

8. Bei dem Kaiserlichen Stadt-Fernsprechamt 3 hier, N. Oranienburgerstraße 72, liegen Pläne aus über die Herstellung von Cementkanälen für Fernsprechlablel in dem von der Spree, Neuen Friedrichstraße, Spandauerstraße, Kaiser Wilhelmstraße, Lothringerstraße, Elßasserstraße, Hannoverschenstraße und Invalidenstraße begrenzten Stadttheil.

Berlin C., den 20. Februar 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Erweiterung des Fernsprechverkehrs.

9. Die Teilnehmer an den Stadt-Fernsprecheinrichtungen in Ebersind, Friedrichshagen, Grünau (Markt), Ludwigsfelde, Neuenhagen (Ostbahn), Nowawes-Neuenhof, Oranienburg, Potsdam, Spandau, Wannsee und Zehlendorf (Wannseebahn) sind zum Sprechverkehr mit Biedenkopf, Birkenhainchen, Buttstädt, Eodem, Freiburg (Schlesien), Gropack, Großkneine, Hornow, Meseritz (Bez. Posen), Pretschen, Stägerbach, Willau und Worms zugelassen worden.

Potsdam, 17. Februar 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Bekanntmachungen Konfistoriums der Provinz Brandenburg. Urkunde

betreffend Errichtung einer Anstalts-Parochie für das Waisen- und Krankenhaus „Hoffbauer-Stiftung“ zu Hermannswerder bei Potsdam.

11. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des Evangelischen Ober-Kirchenraths, sowie nach Anhörung der Betheiligten wird von den unterzeichneten Behörden hierdurch Folgendes festgesetzt.

§ 1. Für die kirchlichen Zwecke des Waisen- und Krankenhauses „Hoffbauer-Stiftung“ im Gutsbezirke Hermannswerder bei Potsdam, für welches die am 15. Mai 1901 Allerhöchst bestätigten Satzungen vom 14. März 1901 maßgebend sind, ist der in der Anstalt befindliche Versaal bestimmt. Demselben kommt die Eigenschaft einer Anstaltskirche im Sinne der §§ 76 bis 79 Theil II. Titel 19 Allgemeinen Landrechts zu.

§ 2. Die in dem Gutsbezirke Hermannswerder lebenden Angestellten und Pfleglinge des Waisen- und Krankenhauses „Hoffbauer-Stiftung“, auf welche der Anstaltskirche wirkliche Parochialrechte gebühren, bilden eine innerhalb der landeskirchlichen Union stehende evangelische Anstalts-Gemeinde, für welche die landeskirchlichen Ordnungen überall maßgebend sind.

§ 3. Für die Anstalt wird eine Pfarrstelle errichtet. Der Anstalts-Geistliche muß ein Geistlicher der evangelischen Landeskirche sein, wird von dem Kuratorium gewählt und unterliegt der Bestätigung des Provinzial-Konfistoriums, welches auch seine Einführung verfügt.

§ 4. Der Anstalts-Geistliche steht hinsichtlich seiner geistlichen Amtsführung ausschließlich unter der Aufsicht und Disziplin der geistlichen Oberen (§§ 143 ff., 150 Theil II. Titel 11 Allgemeinen Landrechts).

Die geistlichen Amtspflichten des Anstaltsgeistlichen werden durch eine von dem Kuratorium zu entwerfende Dienstanweisung geregelt, welche der Bestätigung des Königl. Konsistoriums bedarf.

Der niedere Kirchendienst wird von den Beamten der Anstalt unter Verantwortung des Geistlichen besorgt.

§ 5. Dem Anstaltsgeistlichen ist neben freier Wohnung ein Jahreseinkommen von mindestens 6000 M. seitens der Anstalt zugesichert.

§ 6. Die Anstalts-Kirche steht nach Maßgabe des § 77 Theil II. Titel 19 Allgemeinen Landrechts unter Aufsicht der geistlichen Oberen.

§ 7. Von allen auf dem Parochial-Verbande der St. Nikolai-Kirchengemeinde zu Potsdam beruhenden Leistungen, kirchlichen Gebühren und Abgaben sind die Mitglieder der Anstalts-Gemeinde befreit. Die Anstalt ist jedoch verpflichtet, diejenigen Steuerbeiträge, welche von den Mitgliedern der Anstalts-Gemeinde zu den Kosten der höheren kirchlichen Verbände der Kreisynode, der Provinz und der Landeskirche zu entrichten sind, an die Kirchenkasse von St. Nikolai abzuführen.

§ 8. Diese Urkunde tritt mit dem 1. März 1902 in Kraft.

Berlin, den 8. Februar 1902. Potsdam, den 14. Februar 1902.

Königliches Konsistorium der Provinz Brandenburg. Königliche Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.

Pfarrstellenenerledigung.

12. Erledigt ist die erste Pfarrstelle Königl. Patronats an der Sophienkirche zu Berlin, Diözese Berlin III. durch Ableben des Pfarrers, Konsistorialraths Leonhardt am 9. Januar d. Js. Die Wiederbesetzung der Stelle erfolgt durch Gemeindevwahl auf Grund der Vorschläge des Konsistoriums.

Pfarrstellenenerledigung.

13. Erledigt wird das unter königlichem Patronat stehende Diaconat an der St. Bartholomäuskirche zu Berlin, Diözese Berlin I., durch die demnächstige Versetzung des Pfarrers Freibank. Die Wiederbesetzung der Stelle steht dem Kirchenregiment zu.

Pfarrstellenenerledigung.

14. Erledigt ist die Pfarrstelle privaten Patronats zu Trebenow, Diözese Strassburg u./M., durch Emeritierung des Pfarrers Becker vom 1. April 1902. Ueber die Stelle ist bereits verfügt.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirektion zu Berlin.

Hanseatisch-Norddeutscher Güterverkehr.

6. Der für die Zeit vom 1. Februar bis einschließlich den 31. Dezember d. J. auf den preussisch-hessischen Staatseisenbahnen eingeführte Ausnahmetarif für die Beförderung von Eis in Wagenladungen gilt mit den gleichen Bestimmungen für die Frachtberechnung und bis zu dem gleichen Endtermin vom 24. d. Mts. auch im Hanseatisch-Norddeutschen Verbanne mit Ausschluß der Stargard-Güstriner Eisenbahn, der Ederndorfer-Kappeler Schmalspurbahn, der Altona-Kaltenkirchener und der Mecklenburgischen Friedrich Wilhelm-Eisenbahn. Berlin, den 19. Februar 1902.

Königliche Eisenbahn-Direktion

namens der beteiligten Eisenbahn-Verwaltungen.

Ausnahmetarif für Düngemittel und Rohmaterialien der Kunstdüngerfabrikation.

7. Der allgemeine Ausnahmetarif für Düngemittel und Rohmaterialien der Kunstdüngerfabrikation vom 1. März 1895 (letzte Ausgabe vom 1. August 1900) bleibt im Verkehr der preussisch-hessischen Staatseisenbahnen, der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen, der Oldenburgischen Staatseisenbahnen, der Militäreisenbahn und der Station Rempen der Breslau-Warschauer Eisenbahn über den 30. April d. J. hinaus auf weitere fünf Jahre bis einschließlich den 30. April 1907 in Kraft. Die neue Fassung enthält neben einigen anderen Änderungen vereinfachte Anwendungsbedingungen. Näheres hierüber ist beim Auskunfts-Bureau, hier Bahnhof Alexanderplatz, zu erfahren. Hinsichtlich des Beitritts anderer als der genannten Bahnen zu dem neuen Tarif bleibt Weiteres vorbehalten.

Berlin, den 17. Februar 1902.

Königliche Eisenbahndirektion namens der beteiligten Verwaltungen.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Gemeindebezirksveränderung.

5. Durch diesseitigen Beschluß vom 21. November 1901 sind die nachstehend verzeichneten Grundstücke von dem Gutsbezirk Schenkenberg abgetrennt und mit dem Gemeindebezirk Schenkenberg vereinigt worden:

Artikel der Mutterrolle	Bezeichnung nach dem Grundbuche		Nummer des Kartenblattes		Des Eigenthümers Name und Wohnort	Flächeninhalt		
	Band	Blatt	der	Parzelle		ha	ar	qm
4	II.	24	1	86/34 u. 87/36; 39 88/43	Landwirth Adolf Heermann zu Schenkenberg (Dauerthal)	83	33	07
5	II.	25	1	77/12 u. 78/14 u. 32, 63, 89/43 90/45 u.	Landwirth Karl Eickel zu Schenkenberg	58	51	32

Prenzlau, den 8. Januar 1902.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Prenzlau.

6.

Veränderung von Gemeindebezirksgrenzen.

Nr.	Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke.	Seitheriger Guts- bezw. Gemeindebezirk.	Künftiger Guts- bezw. Gemeindebezirk.
1.	Kartenblatt 2 Parzelle Nr 1 in Größe von 1,39,70 ha 2 " " " 1,18,70 " 3 " " " 2,33,80 " 4 " " " 0,10,00 " 6 " " " 0,23,20 " 7 " " " 00,7,90 " zusammen 5,33,30 ha	Gutsbezirk Eumersdorf	Gutsbezirk Frankenfelde (Cavelswerder)

Freienwalde a./D., den 15. Februar 1902.

Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Schiffahrtshorre.

Wegen Erneuerung der Schleusenthore ist die Fürstberg'er Schleuse bis auf Weiteres für die Schifffahrt gesperrt.

Die Wiedereröffnung derselben wird spätestens zum 16. März d. Js. in Aussicht gestellt.

Mirow, 20. Februar 1902.

Großherzogtl. Flußbau-Kommission,
Abthl. für die Havel.

Personal-Chronik.

Dem Förster Friedrich Törnow in Finkenkrug, Obersörsteri Falkenhagen, ist der Charakter als Hegemeister verliehen worden.

Die neu eingerichtete Revier-Försterstelle Adlershorst in der Obersörsteri Eumersdorf ist vom 1. April d. J. ab dem Förster Friedrichsohn in Lehnin der Obersörsteri Lehnin zunächst probeweise übertragen worden.

Dem Pfarrer Hörnlein in Premelin bei Karstädt ist die einstweilige Verwaltung der Kreisschulinspektion „Ferkberg I.“ vom 1. März 1902 ab übertragen worden.

Der bisherige Pfarrer in Holzow-Zechlin, Diözese Frankfurt II., Friedrich August Erdmann ist zum Pfarrer der Pfarodie Mariendorf, Diözese Köln-Band II., bestellt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Dr. Walter Schwahn ist vom 1. April 1902 ab als Oberlehrer an das Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in Berlin berufen worden.

Die Lehrer Hentschel und Reis sind endgültig als Lehrer und Erzieher am städtischen Erziehungshaus in Richtenberg angestellt worden.

Der Gemeindefchullehrer Marx ist als Gemeindefschul-Aktor in Berlin angestellt worden.

Der Schulkamtskandidat Dr. Heller ist als Oberlehrer am Köllnischen Gymnasium in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Heyhen, Heyne, Reil, Naack, Lehmann, Sandgast, Paswahl, Warendorf, Meier V., Schubert, Rüßen geb. Peters, Ziegler, Liebe, Wendel, Winkler, Rüpschüg, Gaulte, Furrow, Giese, Krumnow, Zerbst, Ludwig geb. Nebelky, Scholz, Große, Heintz, Wiedemann, Krause, Rafewitz, Ebers

geb. Krüger, Livonius, Klößen, Suppé, Knabe und Dannehl sind endgültig als Fachlehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Bientz, Gnagy, Gerczemberg, Dreuer, Bloß, Klebe, Hinge, Krüger, Kragke, Zieske, Bähring, Borchard, Zielinski und Heubach sind endgültig als Gemeindefchullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Königliche Lehrerbildende Hochschule Hannover.

Das Sommer-Semester 1902., beginnt am 15. April. Nähere Auskunft erteilt auf Anfrage unter Zufendung des Programms und Vorlesungs-Verzeichnisses die Direction:

Hannover, den 18. Februar.

Die Direction.

Studium der Landwirtschaft an der Universität Halle a. S.

Die Vorlesungen für das Sommer-Semester 1902 beginnen am 22. April. Das Programm für das Studium der Landwirtschaft an hiesiger Universität, sowie der spezielle Lehrplan für das kommende Semester sind durch das Sekretariat des landwirtschaftlichen Instituts, Bucherstraße 2, zu beziehen. Nähere Auskunft erteilt der Unterzeichnete.

Halle a. S., im Februar 1902.

Der Direktor des landw. Instituts der Universität.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Gerber Franz Grablowitz, geboren 1. September 1877 zu Raibach, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 5. April 1901 ausgewiesen.

Der Händler, Drehorgelspieler Giovanni Borelli, geboren 15. September 1841 zu Pellegrino, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten Berlin vom 4. Januar 1902 ausgewiesen.

Der Reisende Paul Dolar Schönwald, geboren 14. April 1873 zu Wien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 9. Januar 1902 ausgewiesen.

Der Schneider Elias Atlas, geboren 20. Juni 1876 zu Karasow, Kr. Brzeczany, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 27. Januar 1902 ausgewiesen.

Der Drehorgelspieler Lorenzo Silva, geboren 15. Mai 1835 zu Pellegrino, Provinz Parma, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch

Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 28. Januar 1902 ausgewiesen.

Der Klempner Joseph Müller, geboren 18ten Juli 1882 zu Wien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 6. Februar 1902 ausgewiesen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurteilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlüsse.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Josif Heinrich Leubner, Färber und Bädergeselle,	geboren am 17. Oktober 1858 zu Zwettau, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst,	Betteln,	Königlich sächsischer Kreishauptmannschaft Bautzen,	21. Dez. 1901.
2	Wenzel Preußler, Schlosser,	geboren am 14. Dezember 1858 zu Prichowitz, Bezirk Gablons, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Stadtmagistrat Forstheim, Bayern,	31. Dez. 1901.
3	Georg Nummerger, Metzger,	geboren am 24. Februar 1858 zu Ober-Döbling bei Wien, ortsangehörig zu Neuhofen, Bezirk Nied, Oberösterreich,	desgleichen,	Großherzoglich badischer Landeskommissär zu Mannheim,	20. Januar 1902.
4	Franziska Schwarz, ledige Tagelöhnerin,	geboren am 2. Februar 1872 zu Klattau, Böhmen, ortsangehörig zu Wiesbalka, Bezirk Klattau,	Landstreichen, Betteln und Konfubinat,	Königlich bayerisches Bezirksamt Mühltorf,	16. Januar 1902.
5	Michael Stern, Goldarbeiter,	geboren am 2. Januar 1882 zu Siropopolie, Ungarn, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Reg,	17. Januar 1902.
6	Michel Armand, Schuhmacher,	geboren am 17. Dezember 1877 zu Paris, französischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Straßburg,	23. Januar 1902.
7	Donado Borado genannt Petro Bero, Zigeuner,	48 Jahre alt, Geburtsort unbekannt, italienischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Großherzoglich badischer Landeskommissär zu Karlsruhe,	2. Januar 1902.
8	Josif Frind, Arbeiter,	geboren am 7. Februar 1880 zu Lobendau, Bezirk Schludenenau, Böhmen, ortsangehörig zu Hainespach, Bezirk Schludenenau,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Hildesheim,	20. Januar 1902.
9	Albert Kläuf, Feilenhauer,	geboren am 29. September 1873 zu Löh, Kanton Zürich, Schweiz, schweizerischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	25. Januar 1902.
10	Wenzel Lindner, Gärtler,	geboren am 30. November 1880 zu Klabl, Bezirk Gablons a. N., Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Reg,	20. Januar 1902.
11	Johann Rauchert, Arbeiter,	geboren am 24. Juni 1871 zu Heisern, Bezirk Slupza, Polen, russischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	11. Januar 1902.

Rang.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat	Datum des Ausweisungs-Beschlusses
1.	2.	3.	4.	5.	6.
12	Samuel Spirgi, Knecht,	geboren am 9. Dezember 1870 zu Unterkulm, Kanton Aargau, Schweiz, schweizerischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	24. Januar 1902.
13	Jean Lhuis, Tagelöhner,	geboren am 7. November 1860 zu Utrecht, Niederlande, niederländischer Staatsangehöriger,	Betteln u. falsche Namensangabe,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	23. Januar 1902.
14	Josef Bitters, Schmiedegeselle und Tagearbeiter,	geboren am 25. September 1862 zu Gabel, Böhmen, ortsangehörig zu Markersdorf, Bezirk Gabel,	Betteln,	Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Baugen,	18. Dez. 1901.
15	Josef Bogl, Metzger,	geboren am 1. Januar 1868 zu Klosterneuburg, Bezirk Tulln, Nieder-Oesterreich, ortsangehörig zu Floridsdorf, ebenda,	desgleichen,	Großherzoglich badischer Landeskommissär zu Mannheim,	28. Januar 1902.
16	Franz Bochaz, Arbeiter,	geboren am 25. Juli 1865 zu Skogen, Oesterreich, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Osnabrück,	15. Januar 1902.
17	Johann Dießner, Weber,	geboren am 15. Mai 1862 zu Lang-Schwarz, Bezirk Waidhofen, Oesterreich, österreichischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Stadtmagistrat Freising, Bayern,	31. Dez. 1901.
18	Johann Maria Franz Ferraris, Kaufmann,	geboren am 2. Juli 1870 zu Aiton, Kanton Aiguebelle, Departement Savoie, Frankreich, ortsangehörig zu Grenoble, Departement Isère, ebendasselbst,	Diebstahl und Landstreichen,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	7. Dez. 1901.
19	Marie Hornik (Horn), Dienstmagd,	geboren am 27. Februar 1873 zu Frisberg, Bezirk Laus, Böhmen, ortsangehörig zu Radonitz, Bezirk Laus,	gewerbsmäßige Unzucht u. Landstreichen,	Stadtmagistrat Deggenhofen, Bayern,	8. Januar 1902.
20	Paul Kolar, Heizer,	geboren am 30. Juni 1865 zu Steinamanger, Ungarn, ortsangehörig zu St. Andrae, Sierermarkt,	Landstreichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Ochsenfurt,	17. Januar 1902.
21	Alois Rowad, Zimmermann,	geboren am 24. April 1870 zu Trzemeschitz, Bezirk Leitmeritz, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Erfurt,	3. Februar 1902.
22	Franz Plagg, Uhrmachergehülfe,	geboren am 4. Dezember 1861 zu Mals, Bezirk Meran, Tirol, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	30. Januar 1902.
23	Franz Rager, Weber,	geboren am 22. Oktober 1884 zu Bierzighuben, Bezirk Mährisch-Trebnitz, Oesterreich, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	4. Februar 1902.
24	Franz Gustav Ruffier, Tagner,	geboren am 19. September 1860 zu Gircourt les Bievilles, Kreis Nancy, Frankreich, französischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Straßburg,	3. Februar 1902.
25	Moris Schwarz,	geboren am 12. Juli 1868 zu	Betteln,	derselbe,	desgleichen.

Nr. Sauf.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurteilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat	Datum: des Ausweisungs- Beschlusses
	der Ausgewiesenen				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
	Küstergehilfe,	Reichpöbel, Kreis Neutra, Un- garn, ungarischer Staatsange- höriger,			
26	Peter Traindl, Bautechniker,	geboren am 1. Juni (Juli) 1870 zu Böhmischbrunn, Bezirk Mistel- bach, Nieder-Österreich, orts- angehörig ebendasselbst,	Landstreicherei,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Hildesheim,	24. Januar 1902.
27	Josef Ziegler, Konditor,	geboren am 11. Oktober 1877 zu Gaiserswald, Kanton St. Gallen, Schweiz, ortsangehörig ebendasselbst,	Diebstahl,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Liegnitz,	26. Januar 1902.

Stets zu Stillschließender Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Belageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchverlag der A. W. G. Schmidt'schen Erben.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Stück 10.

Den 7. März

1902.

Inhalts-Verzeichniß. Inhalt von Stück 9—11 des Reichsgesetz-Blatts und von Stück 4 der Gesetz-Sammlung. S. 97. — Ausreichung von Zins scheinen. S. 97. — Strom- und Schiffsahrtspolizei-Verordnung. S. 98. — Gemeindebezirks-Veränderungen. S. 98. — Öffentliche Verloosung. S. 99. — Länge und Breite der Schiffsfahrzeuge. S. 99. — Bleichen. S. 99. — Polizei-Verordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen. S. 99. — Schiedsgericht für Arbeiter-Versicherung. S. 99. — Marktkommission des Spezialmarktes für Waaren. S. 100. — Rohrpostanlagen und Cementkanäle. S. 100. — Prüfung für Hauswirtschaftslehrerinnen. S. 100. — Ausloosung von Rentenbriefen. S. 100. — Einlösung fälliger Zins scheine. S. 101. — Reineinkommen einer Privatbahnhaltstrecke. S. 101. — Personal-Chronik. S. 102. — Ausweisungen aus Preußen. S. 103. — Ausweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiet. S. 103. — Beilage: Vertheilungsplan des Bedarfs der Alterszulageklasse für die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen des Regierungsbezirks Potsdam für das Rechnungsjahr 1902.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 9.) **Nr. 2840.** Verordnung über die theilweise Inkraftsetzung des Gesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischschau, vom 3. Juni 1900. Vom 16. Februar 1902.

Nr. 2841. Bekanntmachung, betreffend gesundheits-schädliche und täuschende Zusätze zu Fleisch und dessen Zubereitungen. Vom 18. Februar 1902.

(Stück 10.) **Nr. 2842.** Bekanntmachung über die Verlegung der deutsch-dänischen Grenze an der Norderau und der Rjärmühlenau. Vom 13. Februar 1902.

(Stück 11.) **Nr. 2843.** Vereinbarung zwischen dem Deutschen Reich und den Niederlanden über den grenzüberspringenden Fabrikverkehr. Vom 5. Juni 1901.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 4.) **Nr. 10321.** Gesetz über die Aenderung der Landesgrenze gegen das Königreich Dänemark an der Norderau und der Rjärmühlenau. Vom 9ten Februar 1902.

Nr. 10322. Bekanntmachung über die Ratifikation und die Ausführung des mit Dänemark am 12. Februar 1900 abgeschlossenen Vertrags, betreffend die Aenderung der Landesgrenze an der Norderau und der Rjärmühlenau. Vom 13. Februar 1902.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Ausreichung der Zins scheine Reihe II, Nr. 1 bis 20 zu den Schuldschreibungen der Preussischen konsolidirten 3prozentigen Staatsanleihe von 1892—1894.

10. Die Zins scheine Reihe II. Nr. 1 bis 20 zu den Schuldschreibungen der Preussischen konsolidirten 3 %igen Staatsanleihe von 1892—1894 über die Zinsen für die Zeit vom 1. April 1902 bis 31. März 1912 nebst Erneuerungs-

scheinen (Anweisungen auf die folgende Reihe) werden vom 1. März 1902 ab von der Kontrolle der Staatspapiere hieselbst, Dranienstraße 92/94, geöffnet Vormittags von 9 Uhr bis 1 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jedes Monats, ausgereicht werden.

Die Zins scheine sind entweder bei der Kontrolle der Staatspapiere am Schalter in Empfang zu nehmen oder durch die Regierungs-Hauptkassen sowie in Frankfurt a. M. durch die Kreiskasse zu beziehen.

Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Erneuerungsscheine (Zins scheinantweisungen) mit einem Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamte Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher eine numerirte Marke als Empfangsbefcheinigung, so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche Befcheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Die Marke oder Empfangsbefcheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zins scheine zurückzugeben.

Durch die Post sind die Erneuerungsscheine an die Kontrolle nicht einzusenden.

Wer die Zins scheine durch eine der oben genannten Provinzial-Kassen beziehen will, hat derselben die Erneuerungsscheine mit einem doppelten Verzeichniß einzureichen. Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbefcheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der Zins scheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesem Verzeichniß sind bei den gebachten Provinzialkassen und den von den Königl. Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zins scheine nur dann, wenn die Erneuerungsscheine abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldschreibungen an die Kontrolle

der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittels besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 25. Februar 1902.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Veröffentlicht mit dem Bemerken, daß Formulare zu den Verzeichnissen von unserer Hauptkasse, den königlichen Kreis- und Forstkassen und den königlichen Haupt-Steuerämtern bezogen werden können.

Potsdam, den 3. März 1902.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen des königlichen Regierungspräsidenten.

Strom- und Schifffahrtspolizeiverordnung für die dem Regierungspräsidenten in Potsdam unterstellten Wasserstraßen.

61. Auf Grund der §§ 138 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195 ff.) wird unter Zustimmung des Bezirksausschusses die nachstehende Strom- und Schifffahrtspolizeiverordnung erlassen:

Der § 111 der Strom- und Schifffahrtspolizeiverordnung für die dem Regierungspräsidenten in Potsdam unterstellten Wasserstraßen vom 17. Januar 1896 (Sonderausgabe des Amtsblattes vom 3. Februar 1896) erhält folgende Fassung:

§ 111. (Schifffahrtsverkehr bei Rathenow.)
Zwischen km 61,2 und 62,0 der Unteren Havelwasser-

straße, also von der Federigbrücke bis 200 m oberhalb der Stadtschleuse (Schleusenkanal) in Rathenow ist der Verkehr von Schiffen mit stehenden Masten verboten.

Diese Polizeiverordnung tritt sofort in Kraft.

Potsdam, den 6. Februar 1902.

Der Regierungspräsident.

Kommunalbezirksveränderung.

62. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 3. Februar d. J. zu genehmigen geruht, daß der Gutsbezirk Pinnow mit der Gemeinde Pinnow im Kreise Westprignitz zu einer Landgemeinde mit dem Namen Pinnow vereinigt wird.

Potsdam, den 28. Februar 1902.

Der Regierungspräsident.

Gemeindebezirksveränderung.

63. Der Bezirksauschuß hieselbst hat am 6. Januar d. J. beschlossen, die im Grundbuche von Wittstock Band 66 Blatt 2261 verzeichneten Trennstücke Kartenblatt 1 Nr. 723/157, 724/158, 727/158, 730/157, 729/157, 728/157, 687/77 in Größe von 2 ha 43 ar 08 qm von dem Gutsbezirke Goldbeck abzutrennen und mit dem Gebiete der Stadtgemeinde Wittstock zu vereinigen.

Die Umgemeindung tritt mit dem 1. April 1902 in Kraft.

Potsdam, den 26. Februar 1902.

Der Regierungspräsident.

Gemeindebezirksveränderung.

64. Der Bezirksauschuß hieselbst hat am 21. Januar d. J. beschlossen, die im Grundbuche von Charlottenburg nachstehend verzeichneten Trennstücke:

Artikel der Mutterrolle	Bezeichnung nach dem Grundbuche		Nummer des Kartenblattes		Des Eigentümers Name und Wohnort	Flächeneinhalt		
	Band	Blatt		der Parzelle		ha	ar	qm
1614 ¹	82	3135	1	830/023	Königl. Preuß. Staat (Eisenbahnverwaltung)	—	2	97
	Charlottenburg							
1614 ¹	82	3136	1	831/023		—	—	59
	Charlottenburg							
						—	3	56

von dem Gemeindebezirk Deutsch-Bilmersdorf abzutrennen und mit dem Gebiete der Stadtgemeinde Charlottenburg zu vereinigen.

Die Umgemeindung tritt am 1. April d. J. in Kraft.

Potsdam, den 27. Februar 1902.

Der Regierungspräsident.

Gemeindebezirksveränderung.

65. Der Bezirksauschuß hieselbst hat am 7. Januar d. J. beschlossen, die im Grundbuche von Charlottenburg nachstehend verzeichneten Trennstücke

Artikel der Mutterrolle	Bezeichnung nach dem Grundbuche		Nummer des Kartenblattes		Des Eigentümers Name und Wohnort	Flächeneinhalt		
	Band	Blatt		der Parzelle		ha	ar	qm
479	131	4759	10	459/198	Meyer'sche Erben, vertreten durch den Testamentsvollstrecker: Rechtsanwalt Karl Hamburger in Berlin,	2	26	17
2517	133	4790	10	458/198		2	26	17
					Bachmann & Hauber, offene Handelsgesellschaft in Berlin,			

von dem Gutsbezirke Jungfernheide abzutrennen und mit dem Gebiete der Stadtgemeinde Charlottenburg zu vereinigen.

Die Umgemeindung tritt am 1. April d. J. in Kraft.

Potsdam, den 27. Februar 1902.

Der Regierungspräsident.

Öffentliche Verlosung.

66. Der Herr Minister des Innern hat unterm 21sten Februar d. J. dem Komitee für den am 2., 3. und 5. Mai d. J. in Stettin stattfindenden Pferdemarkt: die Erlaubnis erteilt, bei dieser Gelegenheit eine öffentliche Verlosung von Wagen, Pferden und anderen Gegenständen zu veranstalten und die Loose — 400 000 Stück zu je 1 M. — in der ganzen Monarchie zu vertreiben.

Potsdam und Berlin, den 1. März 1901.

Der Regierungspräsident. Der Polizei-Präsident.

Länge und Breite der Schiffsfahrzeuge.

67. Es ist zu meiner Kenntniß gekommen, daß die Bestimmungen des § 1 der Strom- und Schiffahrtspolizei-Verordnung vom 17. Januar 1896, betreffend die größten zulässigen Abmessungen der Länge und Breite der Fahrzeuge auf einzelnen der mir unterstellten Wasserstraßen nicht immer genau beachtet worden sind. Ich habe daher die Strompolizeibeamten angewiesen, künftig mit größter Strenge zu verfahren und jedes Schiff von größerer Länge und Breite, als für die betreffende Wasserstraße erlaubt ist, in der Fahrt aufzuhalten und von der Wasserstraße zurückzuweisen, falls es nicht im Besitz einer besonderen von mir erteilten schriftlichen Genehmigung ist. Außerdem ist eine Bestrafung zu gewärtigen.

Für den Friedrich-Wilhelmkanal habe ich den Wasserbauinspektor in Fürstenwalde ermächtigt, Ausnahmen zu gestatten.

Die Schiffsfahrttreibenden werden ersucht, sich hiernach zu richten.

Potsdam, den 25. Februar 1902.

Der Regierungspräsident.

68. Viehseuchen.

I. Festgestellt:

- a. Milzbrand. Kreis Ost-Havelland: Flotow.
- b. Schweineseuche. Kreis Prenzlau: Stralsburg u. M. (Gut Bismelsdorf und Carlshof).
- c. Geflügelcholera. Kreis Nieder-Barnim: Amt Alt-Landberg.
- d. Bläschenausschlag. Kreis Ruppín: Sieversdorf.
- e. Räude. Kreis Ost-Havelland: Pausin (Pferderäude). Kreis Ost-Prignitz: Dranseer (Pferderäude).

II. Erloschen:

- a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Jüterbog-Ludenwalde: Rittergut Petrus.
- b. Milzbrand. Kreis Ost-Havelland: Dallgow, Drebow.
- c. Schweineseuche. Kreis Nieder-Barnim: Rummelsburg.
- d. Bruckseuche. Kreis Jüterbog-Ludenwalde: Pferdebestand der 7. Lehr-Batt. d. Lehr-Reg. der Fels-Art.-Schießschule. Stadt Potsdam: Pferdebestand der 3. Eskadron des III. Garde-Mann-Regiments.

Potsdam, den 4. März 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Polizeiverordnung

über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen.

21. Auf Grund der §§ 6, 11, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850, der §§ 137, 139 und 43 Absatz 3 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883, sowie der §§ 1 und 2 des Gesetzes, betreffend die Polizei-Verwaltung in den Stadtkreisen Charlottenburg, Schöneberg und Kitzbort, vom 13. Juni 1900 verordne ich mit Zustimmung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg für den Landespolizeibezirk von Berlin was folgt:

I. Die Paragraphen 9 und 13 der Polizei-Verordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 15. April 1901 (Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam S. 246 ff., Jahrgang 1901) werden aufgehoben. An Stelle der aufgehobenen Vorschriften treten folgende Bestimmungen:

§ 9. Jedes Kraftfahrzeug, mit welchem innerhalb des Landespolizeibezirks Berlin öffentliche Straßen befahren werden, muß mit einem polizeilichen Kennzeichen versehen sein, welches aus einem Buchstaben zur Bezeichnung des Landespolizeibezirks Berlin oder derjenigen Provinz, in welcher das Fahrzeug polizeilich registriert ist, und einer Erkennungsnummer besteht.

§ 13. Das Kennzeichen (§ 9) für den Landespolizeibezirk Berlin besteht aus dem lateinischen Buchstaben A. und der zugetheilten Erkennungsnummer. Es ist auf der Wandung der Rückseite des Fahrzeuges selbst oder auf einer mit dem Fahrzeuge durch Schrauben mit versenkten Köpfen verbundenen Tafel mit möglichst glatter Oberfläche auf weißem Grunde in schwarzer 12 cm hoher und im Quadrat 2 cm starker Schrift anzubringen. Der Buchstabe A muß über der Erkennungsnummer stehen und der Abstand zwischen beiden und zwischen den einzelnen Ziffern der Erkennungsnummer muß 2 cm betragen.

Die Anbringung von Verzierungern auf dem weißen Grunde und an dem Kennzeichen (Buchstaben und Erkennungsnummer) ist unzulässig.

Während der Dunkelheit ist das Kennzeichen zu beleuchten.

II. Diese Verordnung tritt am 1. April 1902 in Kraft.

Berlin, den 24. Februar 1902.

Der Polizei-Präsident.

Schleßgericht für Arbeiterversicherung.

22. Ich bringe hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß die Herren Minister des Innern und für Handel und Gewerbe den Königl. Regierungs-Assessor Franke und den Königl. Regierungs-Assessor Dr. Lauterbach zu stellvertretenden Vorsitzenden des Schießgerichts für Arbeiterversicherung hierselbst ernannt haben.

Berlin, den 25. Februar 1902.

Der Polizei-Präsident.

Markt-Kommission des Spezialmarktes für Waaren.

22. Hiermit bringe ich zur öffentlichen Kenntniss, daß ich an Stelle des Direktors Reinhold Lessing den Direktor Moritz Lazarus hierselbst, Lessingstr. 22, zum Mitgliede der Markt-Kommission des Spezialmarktes für Waaren in Berlin ernannt habe.

Berlin, den 26. Februar 1902.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Kohrschankanlagen und Cementkanäle.

10. Bei dem Kaiserlichen Haupt-Telegraphenamti hier W., Französischestr. 33, liegen Pläne aus über die Herstellung von Kohrschankanlagen und Cementkanälen

- 1) in der Ritters-, Junfer- und Markgrafenstraße,
- 2) in der Potsdamer- und Lützowstraße und
- 3) in der Neuen König-, Heinersdorfer- und Wismarstraße.

Berlin C., den 25. Februar 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Bekanntmachungen des Königl. Provinzial-Schul-Kollegiums.

Prüfung für Hauswirtschaftslehrerinnen.

1. Die Prüfung für Hauswirtschaftslehrerinnen wird in Berlin vom 21. April d. Js. ab abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden zugelassen: 1) Bewerberinnen, die bereits eine lehramtliche Prüfung bestanden haben, 2) sonstige Bewerberinnen, die eine ausreichende Schulbildung nachweisen und bei Beginn der Prüfung das 19. Lebensjahr vollendet haben. Die Anmeldung hat spätestens bis zum 22. März d. Js. bei der Regierung des Bezirks zu erfolgen, in welchem die Bewerberin wohnt. Die im Schuldienste stehenden Lehrerinnen haben ihr Zulassungsgeßuch auf dem ordentlichen Dienstwege einzureichen, die übrigen Bewerberinnen unmittelbar bei der Regierung. 1) Der Meldung der Bewerberinnen, welche bereits eine lehramtliche Prüfung abgelegt haben, sind beizufügen: a. ein selbstgefertigter, mit Namen und Datum unterschriebener Lebenslauf, der im Anfang den vollständigen Namen, den Geburtsort, nöthigenfalls mit näherer Adresse, angiebt, b. die erworbenen Prüfungszeugnisse, c. ein Nachweis über die Ausbildung der Bewerberin in der Hauswirtschaftskunde. Die Meldung ist dem Ortschulinspektor oder Rektor (Direktor) mit der Bitte um Beifügung eines Zeugnisses über die bisherige Wirksamkeit der Bewerberin zu übergeben. Steht die Bewerberin nicht in einem Dienstverhältnisse als Lehrerin, so hat sie ein Führungszeugnis der Ortsbehörde (Polizeibehörde) oder ihres Pfarrers beizulegen. 2) Die übrigen Bewerberinnen haben beizubringen: a. einen Lebenslauf wie bei Nr. 1a., b. einen Tauf- oder Geburtschein, c. ein Gesundheitszeugnis, das von einem zur Führung eines Dienstsegels berechtigten Arzte längstens drei Monate vor der Meldung ausgestellt ist, d. die Nachweise über die Schulbildung, sowie über die Ausbildung der Bewerberin in der Hauswirtschaftskunde, e. ein amtliches Führungs-

zeugnis, ausgestellt von der Ortsbehörde (Polizeibehörde) oder dem Pfarrer.

Berlin W. 9, den 18. Februar 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen der Kgl. Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Auslösung von 4% u. 3½% Rentenbriefen der Prov. Brandenburg.

3. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 15. v. M. heute geschehenen öffentlichen Verlosung von Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Stücke gezogen worden:

I. 4 prozentige Rentenbriefe.

Litt. A. zu 3000 M. (1000 Thlr.) 185 Stück

und zwar die Nummern:

23	36	215	297	584	605	718	765	886	901	923	941
1060	1134	1144	1160	1620	1677	1683	1686	1965			
2204	2504	2643	2797	2804	3098	3226	3362	3366			
3528	3632	4051	4281	4292	4329	4433	4560	4598			
4626	4893	4909	4912	5211	5270	5346	5851	6211			
6299	6442	6857	6941	6966	6967	7050	7354	7358			
7456	7684	7785	7943	8434	8469	8611	8667	8673			
8775	8860	8955	9061	9069	9093	9270	9366	9506			
9555	9574	9662	9702	10259	10301	10314	10409				
10476	10507	10544	10593	10619	10730	10882					
10911	10967	11021	11028	11231	11261	11451					
11460	11679	11734	11931	11935	12182	12290					
12392	12696	12720	12801	12909	13001	13015					
13017	13048	13381	13504	13696	13779	13875					
14036	14047	14138	14195	14199	14315	14400					
14693	14866	14901	14938	15042	15049	15179					
15398	15431	15698	15713	15715	15757	15840					
15865	15923	15976	16015	16019	16373	16386					
16410	16427	16483	16539	16565	16664	16875					
16985	17156	17250	17570	17571	17643	17790					
17954	17978	18012	18147	18276	18300	18349					
18635	18653	18753	19088	19156	19161	19172					
19269	19356	19432	19470	19502	19517	19596					
19605	19686	19701	19715								

Litt. B. zu 1500 M. (500 Thlr.) 66 Stück

und zwar die Nummern:

216	354	375	421	476	570	1043	1080	1097	1121
1144	1242	1320	1359	1581	1618	1624	1625	1832	
1956	1962	2210	2282	2797	3094	3100	3194	3460	
3507	3812	3830	4054	4238	4257	4596	4681	4723	
4907	5138	5278	5523	5532	5579	5639	5661	5697	
5786	5998	6082	6316	6333	6472	6638	6642	6673	
6677	6783	6794	6853	6928	6942	6980	7073	7108	
7168	7218								

Litt. C. zu 300 M. (100 Thlr.) 260 Stück

und zwar die Nummern:

88	160	311	313	504	525	548	925	1317	1407	1424
1473	1630	1646	1672	1871	1920	2084	2409	2428		
2589	2665	2857	3349	3472	3641	3696	3771	3799		
3914	3961	4050	4405	4453	4689	4751	4759	4778		
4784	4792	4909	5303	5340	5593	5598	5805	5922		
5946	6336	6350	6358	6455	6495	6496	6827	6852		
7123	7254	7307	7321	7376	7410	7563	7708	7725		
7819	7899	8105	8172	8449	8478	8623	8721	8776		

8778	9043	9149	9236	9528	9535	9699	9741	9752
9957	10029	10162	10205	10207	10361	10411		
10627	10937	10977	11074	11147	11352	11415		
11426	11439	11572	11836	11850	12089	12141		
12491	12660	12813	12846	12895	12899	12979		
13011	13045	13158	13268	13329	13443	13491		
13871	14009	14282	14397	14770	14787	14846		
14877	14900	14932	14955	15052	15198	15213		
15247	15454	15572	15599	15712	15750	15850		
16033	16226	16466	16677	16876	16945	17046		
17101	17110	17183	17191	17274	17329	17560		
17694	17814	18028	18082	18123	18303	18439		
18463	18671	18690	18814	18828	18883	18948		
19388	19417	19530	19568	19860	19883	20002		
20006	20193	20221	20524	20528	20542	20597		
21767	20888	20899	20939	21069	21088	21133		
21136	21181	21344	21430	21485	21512	21891		
22223	22234	22237	22312	22367	22611	22799		
22821	22838	23021	23400	23420	23484	23612		
23615	23641	23680	23809	24022	24072	24138		
24198	24286	24340	24355	24363	24411	24477		
24563	24591	24627	24669	24786	24877	24906		
24913	24918	25003	25017	25171	25177	25226		
25293	25298	25398	25404	25405	25415	25429		
25583	25623	25626	25647	25729	25795	25838		
25849	26114	26316	26439	26451	26690	26699		
26710	26774							

Litt. D. zu 75 M. (25 Thlr.) 221 Stück

und zwar die Nummern:

49	96	265	389	520	731	733	734	750	851	887
1355	1847	2099	2355	2363	2610	2630	2870	2909		
3072	3145	3352	3469	3636	3889	4119	4572	5116		
5136	5185	5266	5466	5471	5551	5680	5878	6067		
6135	6319	6410	6413	6422	6672	6676	6746	6978		
7043	7190	7387	7632	7817	7831	7840	7879	7938		
7947	7980	8432	8506	8536	8626	8672	8694	8806		
8843	9128	9362	9477	9504	9630	9645	9738	9757		
9763	9858	10267	10582	10887	10911	10959	11112			
11741	11764	11874	11876	11986	12137	12239				
12245	12303	12320	12387	12837	12849	13112				
13281	13283	13358	13363	13598	13684	13743				
13782	13824	13940	13978	13993	14123	14140				
14320	14321	14360	14464	14628	14874	15159				
15270	15295	15485	15505	15576	15747	15782				
16051	16056	16216	16229	16375	16400	16485				
16671	16676	16710	17008	17158	17196	17276				
17308	17329	17453	17527	17728	17740	17742				
17811	17866	17948	17955	18126	18129	18367				
18420	18505	18548	18953	18986	19024	19074				
19163	19186	19279	19338	19340	19566	19785				
20060	20217	20473	20492	20703	20808	20829				
20945	20982	21101	21156	21174	21178	21214				
21244	21287	21550	21724	21776	21821	21825				
21850	21867	21883	21895	21897	21914	21927				
21931	21932	21955	22089	22137	22245	22316				
22387	22417	22421	22431	22436	22438	22439				
22441	22451	22455	22457	22461	22466	22476				
22479	22480	22486	22488	22493	22500					

Litt. E. zu 30 M. (10 Thlr.) 6 Stück

und zwar die Nummern:

9707 9714 9837 10007 10011 10027.

III. 3 1/2-prozentige Rentenbriefe.

Litt. M. zu 1500 M. 1 Stück

und zwar die Nummer: 13.

Litt. N. zu 300 M. 2 Stück

und zwar die Nummern: 49 108.

Litt. O. zu 75 M. 2 Stück

und zwar die Nummer: 38 54.

Litt. P. zu 30 M. 2 Stück

und zwar die Nummern: 28 36.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben im kursfähigen Zustande mit den dazu gehörigen Zinsscheinen, Reihe VII. Nr. 8 bis 16, bez. Reihe II. Nr. 6 bis 16 nebst Erneuerungsscheinen bei der hiesigen Rentenbank-Kasse, Klosterstraße 76 I. vom 1. April 1902 ab an den Werktagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 1. April f. J. ab hört die Verzinsung der ausgelassenen Rentenbriefe auf, diese selbst aber verfahren am Schlusse des Jahres 1912 zum Vortheil der Rentenbank.

Die Einlieferung der ausgelassenen Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde. Die Zufendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 800 M. durch Postanweisung. Sofern es sich um Summen über 800 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 12. November 1901.

Königliche Direktion der Rentenbank

für die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin.

Einzahlung fälliger Zinsscheine etc.

4. Die Rentenbank-Kasse, Klosterstraße 76 I. hieselbst, wird

- 1) die am 1. April d. Js. fälligen Zinsscheine der Rentenbriefe aller Provinzen vom 19. bis einschließlich 24. März d. J.,
- 2) die ausgelassenen, am 1. April d. Js. fälligen Rentenbriefe aller Provinzen vom 21. bis einschließlich 24. März d. Js. einzulösen und demnachst vom 1. April d. Js. ab mit der Einlösung fortfahren.

Berlin, den 21. Februar 1902.

Königliche Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Reineinkommen der Privatbahnhaltstrecke Strassburg u. M. — Landesgrenze der Mecklenburgischen Friedrich-Wilhelm-Eisenbahn. Gemäß § 46 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (Gesetz-Sammlung S. 152) wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das im Steuerjahr 1901 kommunalabgabepflichtige Reineinkommen der im Preussischen Staatsgebiete belegenen

Theilkreise Strassburg u. M.—Landesgrenze der Medlenburgischen Friedrich-Wilhelm-Eisenbahn aus dem Betriebsjahre 1900 auf 4131 M. 56 Pf. festgesetzt worden ist. **Stettin**, den 27. Februar 1902.

Der Königl. Eisenbahnkommissar.

Personal-Chronik.

Im **Kreise Niederbarnim** sind ernannt worden: a. zum **Amtsvorsteher**: Gutsbesitzer Dr. Jarius in Gut Birkhof für den Bez. 38 „Freienhagen“; b. zum **Amtsvorsteher-Stellvertreter**: Erbsitzer Karl Bier in Neuholand für den Bez. 38 „Freienhagen“.

Im **Kreise Osthavelland** ist ernannt worden zum **Amtsvorsteher**: Leutnant a. D. Gerhard von Bredow, Bredow, für den Bez. 29 „Bredow“.

Dem **Förster Boite** in Scaby, Oberförsterei Friedersdorf ist der Charakter als **Hegemeister** verliehen.

Der bisherige **Diakonus** in Belzig, Bernh. Christian Otto Samuel Huelsen ist zum **Pfarrer** der Pfarodie Reetz, Diözese Belzig, bestellt worden.

Der **Lehrer Mertsching** ist endgiltig als **Gemeindefchullehrer** in Berlin angestellt worden.

Der **Gemeindefchullehrer Max Richter** in Berlin ist zum 1. April 1902 als **Vorschullehrer** an die Vorschule des Königl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums in Berlin berufen worden.

Die **ordentliche Lehrerin** an der Charlottenschule in Berlin **Fräulein Luise Cocius** tritt zum 1. April 1902 in den **Ruhestand**.

Die **ordentliche Lehrerin** an der Margarethenschule in Berlin **Fräulein Clotilde von Reichenbach** tritt zum 1. April 1902 in den **Ruhestand**.

Personalveränderungen im Bezirke des Kammergerichts im Monat Januar 1902.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind zum **Landgerichtspräsidenten** in Potsdam der **Erste Staatsanwalt Ehrenberg** in Münster und zum **Amtsrichter** in Havelberg der **Gerichtsassessor Rige**. **Wiederernannt** sind zu **Handelsrichtern** der **Kommerzienrath Jakob Dannenbaum** und der **Kaufmann Paul Kühne** in Berlin bei dem **Landgericht I.** in Berlin und zum **stellvertretenden Handelsrichter** der **Direktor Max Fiedler** in Berlin bei demselben **Gericht**. **Versezt** sind der **Landrichter Leue** in Rudolstadt an das **Landgericht I.** in Berlin und der **Amtsrichter Ristel** in Jütlitz als **Landrichter** nach Frankfurt a./M. **Pensionirt** sind der **Kammergerichtsrath Schulz-Evler** und der **Landgerichtspräsident, Geheimer Oberjustizrath von Cyprius** in Potsdam. **Gestorben** ist der **Landgerichtsdirektor Voeb** vom **Landgericht I.** in Berlin.

II. Gerichtsassessoren.

Zu **Gerichtsassessoren** sind ernannt die **Referendare Dr. Miethke, Blumenthal, Marcus, Dr. du Resnil, Sommermeyer, Jeliß, Schmidt** und **Hans Meyer**. **Ausgeschieden** ist der **Gerichtsassessor Otto Günther** infolge **Ernennung** zum **Civilkommissar** in Rautschou.

III. Staatsanwaltschaft.

Ernannt sind zu **Amtsanwälten** der **Stadtschreiber a. D.**

Sader in Jülichau, der **Bürgermeister Hausch** in Dahme, der **Bürgermeister Schönermark** in Perleberg und der **Bürgermeister Enderlein** in Drossen, zu **Stellvertretern** des **Amtsanwalts** in Mittenwalde der **Postmeister a. D. Wille** und in Rirsdorf der **Referendar a. D. Ritsche**. **Versezt** sind die **Staatsanwaltschaftsräthe Cury** vom **Landgericht II.** in Berlin nach Hagen und **Düesberg** in Hagen an das **Landgericht II.** in Berlin.

IV. Rechtsanwälte und Notare.

Geldschat in der **Liste** der **Rechtsanwälte** sind die **Rechtsanwälte Brugisch, Sellentin** und **Gustav Flatow** bei dem **Landgericht I.** in Berlin, **Schneidemühl** in Reinickendorf bei dem **Amtsgericht II.** in Berlin, **Preußler** bei dem **Amtsgericht** in Soldin und **Schoenermark** bei dem **Amtsgericht** in Perleberg. **Eingetragen** in die **Liste** der **Rechtsanwälte** sind der **Rechtsanwalt Schneidemühl** vom **Amtsgericht II.** in Berlin und die **Gerichtsassessoren Dr. Heinrich Kröner, Dr. Lippelt, Heude, Dr. Eiebling, Dr. Felix Behrend** und **Saenger** beim **Landgericht I.** in Berlin, die **Gerichtsassessoren Leopold Meyer** und **Dr. Wilhelm Kraemer** bei dem **Landgericht II.** in Berlin, **Siegfried Meyer** bei dem **Amtsgericht II.** in Berlin mit dem **Wohnsitz** in Schoeneberg, **Dr. Herzberg** bei dem **Amtsgericht** in Spanbau und der **Rechtsanwalt Fedor Meyer** aus Belzig bei dem **Kammergericht**. **Ernannt** sind zu **Notaren** die **Rechtsanwälte Justizrath Samuel Goldmann** in Berlin mit **Anweisung** seines **Amtssitzes** innerhalb der **Stadtdistrikte 166, 168, 169, 172, 174 bis 176, 179, 189** in Berlin, **Schoden** in Landsberg a. W. und **Haber** in Driesen. Dem **Notar Preußler** in Soldin ist der **Amtssitz** in Sagan angewiesen. Die **Notare Schoenermark** in Perleberg und **Gustav Flatow** in Berlin haben ihr **Amt** niedergelegt. **Gestorben** sind die **Rechtsanwälte und Notare, Justizräthe Engel, Eugen Kallmann** und **Rudolf Schmidt** in Berlin.

V. Referendare.

Zu **Referendaren** ernannt sind die **bisherigen Rechtskandidaten Köhring, Klee, Vorberg, Liesegang, Erich Müller, Schollmeyer, Windisch, Dr. Wegold, Dahmann, Haad, Jhrke, Klog, Prinz, Lang, Munk, Zirker, Dörrenfeld, Zimmermann, Daehnhardt, Schlesier** und **Schönberg**. **Uebgenommen** aus dem **Oberlandesgerichtsbezirk Naumburg a./S.** ist der **Referendar Haffe**. **Enlassen** sind die **Referendare Dr. jur. et phil. Brobnis, Eschelbacher, Staudt** und **Sperling**.

VI. Subalternbeamte.

Ernannt sind zu **Gerichtsschreibern** die **Aktuare Bergemann** und **Harber** bei dem **Amtsgericht I.** in Berlin, **Friedrich Schmidt** in Angermünde, von **Gostomski** in Arnswalde und zum **Kanzlisten** der **Kanzleidiktär Albert Reich** beim **Landgericht I.** in Berlin. **Versezt** sind die **Gerichtsschreiber Albert Schröder** vom **Amtsgericht Finsterwalde** und **Grandt** vom **Amtsgericht** in Borsow an das **Amtsgericht I.** in Berlin,

Eckermann vom Landgericht I. in Berlin an das Amtsgericht in Neppen und Mängenberger vom Amtsgericht Neppen an das Landgericht I. in Berlin. Ausgeschieden sind die Gerichtsschreiber Rosbund beim Amtsgericht Angermünde infolge Anstellung als Geheimer Registrator bei der Oberrechnungskammer und Gerlach beim Amtsgericht I. in Berlin infolge Ernennung zum Gerichtsschreiber in Rautschon. Pensionirt sind der Obersekretär Kanzleirath Amhaus und der Gerichtsschreiber Kanzleirath Heyne vom Landgericht I. in Berlin, der Obersekretär Kanzleirath Thiede beim Amtsgericht I. in Berlin, die Gerichtsvollzieher Dregger und Gemoll vom Amtsgericht I. in Berlin und der Kanzlist, Kanzleisekretär Fiebelkorn vom Landgericht I. in Berlin. Gestorben sind der Rechnungsrath Schneiderreit beim Landgericht II. in Berlin und der Gerichtsschreibergehilfe Rasch beim Amtsgericht in Frankfurt a./D.

Ausweisungen aus Preussen.

Die Schneiderin **Schöne Schneider**, geboren am 15. Oktober 1869 zu Kossien (Rußland), russische Staatsangehörige, ist als lästige Ausländerin durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 31. Oktober 1899 ausgewiesen.

Der Kaufmann **Majer Passernak**, geboren am

11. Dezember 1857 Stenawa in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 2. Januar 1902 ausgewiesen.

Der Drehorgelspieler **Romeo Marenghi**, geboren am 10. August 1883 zu Pellegrino, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 23. Januar 1902 ausgewiesen.

Der Drehorgelspieler **Pietro Marenghi**, geboren 10. Juli 1849 zu Pellegrino, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 23. Januar 1902 ausgewiesen.

Der Drehorgelspieler **Giovanni Giordani**, geboren 16. März 1840 zu Medesano, Provinz Parma, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 25. Januar 1902 ausgewiesen.

Der Schlächtergeselle **Hendrikus van Bergel**, geboren 27. August 1875 zu Utrecht in Holland, holländischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 8. Februar 1902 ausgewiesen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Auf. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat	Datum des Ausweisungs-Beschlusses
	der Ausgewiesenen				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Emmanuel Dagon, Schneider,	geboren am 13. Juli 1872 zu Danens, Kanton Waadt, Schweiz, schweizerischer Staatsangehöriger,	wiederholter Betrug u. Betrugsversuch (4 Jahre 6 Monate Zuchthaus, laut Erkenntnis vom 4. September 1897)	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	5. Februar 1902.
2	Josef Franz Neumann, Schlosser,	geboren am 18. Mai 1876 in Haindorf, Bezirk Friedland, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Diebstahl (3 Jahre Zuchthaus, laut Erkenntnis vom 12. November 1898),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Stade,	17. Januar 1902.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Josef Veneš, Kellner,	geboren am 9. Februar 1882 zu Wien, ortsanhörig zu Klene, Bezirk Laus, Böhmen.	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	8. Februar 1902.
2	Heinrich Brückner, Arbeiter,	geboren am 15. März 1864 zu Hossenz, Bezirk Schilberg, Mähren, österreichischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	7. Februar 1902.
3	Paul Henke, Schiffer,	geboren am 5. November 1875 zu Hogenploh, Oesterreichisch-Schlesien, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Polizei-Behörde zu Hamburg,	desgleichen.

Rang. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat	Datum des Ausweisungs-Beschlusses
1.	2.	3.	4.	5.	6.
4	Franz Fucif, Weber,	geboren am 27. April 1878 zu Aichau, Bezirk Schwarz, Tirol, ortsangehörig zu Lomniz, Bezirk Semil, Böhmen,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Hildesheim,	6. Februar 1902.
5	Max Huttig, Kellner,	geboren am 7. (8.) August 1858 zu Karlsbad, Böhmen, ortsangehörig zu Bilin, ebendaselbst,	Betteln,	Königlich preussischer Polizei-Präsident zu Berlin,	24. Sept. 1901.
6	Franz Jonad, Eisenbahnarbeiter,	geboren am 19. Januar 1865 zu Chalopka, Bezirk Horowitz, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich bayrisches Bezirksamt Neunburg v. W.,	30. Januar 1902.
7	Peter Rünert, Bädergehilfe,	geboren am 18. Dezember 1860 zu London, englischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	7. Februar 1902.
8	Leopold Moriz, Kellner,	geboren am 12. März 1880 zu Wien, ortsangehörig ebendaselbst,	Zuhälterei,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	3. Februar 1902.
9	Franz Josef Romond, Tagger,	geboren am 21. Februar 1849 zu Chagey, Canton Héricourt, Frankreich, französischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Straßburg,	4. Februar 1902.
10	Baruch Wendel (Paul) Rosenblum, Bäder und Rutscher,	geboren am 19. Juni 1858 zu Jochotischin, Polen, russischer Staatsangehöriger,	Betrug im wiederholten Rückfalle, Landstreichen und Obdachlosigkeit,	Fürstlich schwarzburg-sondershausenener Landrath zu Arnstadt,	30. Januar 1902.
11	Giacomo Carbo alias Sordo, Kolsporteur,	geboren am 27. Mai 1883 zu Tesino (Castello), Bezirk Trient, Tirol, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Metz,	4. Februar 1902.
12	Karl Schönsleben, Schlossergehilfe,	geboren am 22. April 1856 zu Bludenz, Vorarlberg, Oesterreich, ortsangehörig zu Innsbruck, Tirol,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Hildesheim,	6. Februar 1902.
13	Franz Wenzel Sturasky, Handlungsgehilfe,	geboren am 26. August 1879 in Weiskirchen, Mähren, ortsangehörig ebendaselbst,	Diebstahl, Landstreichen und Fälschung von Legitimationspapieren,	derselbe,	31. Januar 1902.
14	Marie Wagner, Kellnerin,	geboren am 27. Dezember 1876 zu Linz, Ober-Oesterreich, ortsangehörig zu Sandl, Bezirk Freisandt, ebendaselbst,	gewerbmäßige Unzucht,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	8. Januar 1902.
15	Antonie Wafa geborene Rucina, geschiedene Ehefrau,	geboren am 8. November 1877 zu Hlubos, Bezirk Pribram, Böhmen, ortsangehörig zu Putimo, Bezirk Pilgram, ebendaselbst,	gewerbmäßige Unzucht u. falsche Namensangabe,	derselbe,	desgleichen.

Hierzu Eine Beilage und Sieben Deffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.

Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hays'schen Erben

Beilage

zum 10ten Stüd des Amtsblatts

der Königlischen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 7. März 1902.

Vertheilungsplan

des Bedarfs der Alterszulageklasse für die Lehrer und Lehrerinnen
an den öffentlichen Volksschulen des Regierungsbezirks Potsdam
für das Rechnungsjahr 1902.

Der Ausgabebedarf für die Alterszulageklasse berechnet sich, wie folgt:

	für Lehrer M.	für Lehrerinnen M.
1. Alterszulagen nach dem Stande vom 1. Oktober 1901	2050145	101995
2. Remuneration des Klassenamts von jährlich 300 M., die sich vertheilt mit	263	38
3. Sächliche Ausgaben und Porto 900 M.	787	112
zusammen:	2051195	102145
Davon ab Bestand für 1900	79688	11408
bleibt Bedarf:	1971507	90737

2062244 M.

Hiernach vertheilt sich der Ausgabebedarf in folgender Weise:

Schul-Gemeinden	Anzahl der Stellen an den öffentlichen Volksschulen für				Die Alterszulagen werden gewährt für				Unter Jugendbelegung der Mindestgröße von 100 M. bzw. 80 M. als Mindestgröße der Alterszulagen ergeben sich Einheiten für die		Der Ausgabe- bedarf beträgt für die		Stützen entfallen auf je eine der in den Spalten 10 11 anggegebenen Einheiten	
	Rektoren bzw. Hauptlehrer	Lehrer	wissenschaftl. Lehrerinnen	technische Lehrerinnen	Rektoren bzw. Hauptlehrer	Lehrer	wissenschaftl. Lehrerinnen	technische Lehrerinnen	Lehren- stellen	Lehrer- stellen	Lehrer	Lehrerinnen	Markt	Markt
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15

A. Gemeinden mit mehr

Brandenburg		61	25		160	100			97,6	31,25			290	101
Charlottenburg		320	87	22	250	150	100		800,0	163,125				
Potsdam	9	167	29	9	250	200	110	80	22,5	39,875				
Rixdorf		217	18	9	200	130	100		134,0	9,0				
Schöneberg		126	54		200	100			434,0	29,25				
Spandau		118	32		200	150			252,0	67,5				
Adlershof		26	2	1	200	120	100		236,0	60,0				
Brig		23	4		200	110			52,0	3,0				
Coepenitz		55	5	2	200	120	100			1,25				
Eberswalde	2	54	10	3	200	160	100	80	46,0	5,5				
Friedrichshagen		28	4		180	100			110,0	7,5				
Friedrichsfelde m. Karlshorst		23	3		200	120				2,5				
Lichtenberg		92	18	3	200	150	80		6,0	12,5				
Gr.-Lichterfelde	4	36	7	1	250	200	130	80	86,4	3,0				
Ludenwalde		35	12	1	160	100	80		50,4	5,0				
Nowawes	2	22	7	1	180	160	100	80	46,0	4,5				
Pankow		36	11		200	100			184,0	33,75				
Prenzlau (evangelisch) ¹⁾		18	14	2	160	100	80			3,0				
do. (katholisch) ¹⁾	1	53	6	4	160	100	80		10,0	11,375				
Rathenow		35	5	1	200	100	80		72,0	1,0				
Reinickendorf		42	6	3	200	150	80		56,0	15,0				
Rummelsburg		21	4		160	110				1,0				
Neu-Ruppin		39	10	2	200	120	80		3,6	8,75				
Steglitz		24	1	1	150	120	112		35,2	1,0				
Strausberg									72,0	13,75				

¹⁾ Die Berechnung ist gemäß § 27 d. Gef. v. 3. März 1897 nach dem Verhältnis des gewährten Staatsbeitrags erfolgt.

Schul-Gemeinden	Anzahl der Stellen an den öffentlichen Volksschulen für				Die Alterszulagen werden gewährt für				Unter Angrundelegung der Mindestsätze von 100 M. bzw. 80 M. als Mindestsätze der Alterszulagen ergeben sich Einheiten für die		Der Ausgaben- bedarf beträgt für die		Nicht entfallen auf je eins der in den Spalten 10 11 angegebenen Einheiten	
	Rektoren bzw. Schullehrer	Lehrer	wissenschaftl. Lehrerinnen	technische Lehrerinnen	Rektoren bzw. Schullehrer	Lehrer	wissenschaftl. Lehrerinnen	technische Lehrerinnen	Schullehrer stellen	Lehrer stellen	M.	M.	M.	M.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Neu-Weißensee		75	12	4		200	150	120	150,0	22,5				
Dt.-Wilmsdorf		37	32			200	100		74,0	6,0				
Wittenberge	2	36	3	1	170	160	125	80	57,6	4,6875				
									1,0					
Summe A.	21	1719	421	70					3507,5	724,2125				

B. Gemeinden mit I. Kreis

Angermünde	13	1	1		150	100	80	19,5	1,25					
Greiffenberg	4				120			4,8	1,0					
Joachimsthal	7				140			9,8						
Oderberg	13				140			18,2						
Schwedt (evangelisch)	21	2	1		150	100	80	31,5	2,5					
									1,0					
do. (katholisch)	1				150			1,5						
Bierraden	5				120			6,0						
Altenhof	1				120			1,2						
Berkholz	1				120			1,2						
Blankenburg	1				120			1,2						
Blumenhagen	1				120			1,2						
Bruchhagen	1				110			1,1						
Gatow	1				120			1,2						
Görlsdorf	1				110			1,1						
Gramzow	4	1			130	104		5,2	1,3					
Güstow	1				120			1,2						
Heinersdorf	2				120			2,4						
Niederlandin	1				120			1,2						
Pädersdorf	1				110			1,1						
Neu-Reichow	1				110			1,1						
Nelzow	2				125			2,5						
Werbessin	1				120			1,2						
Die übrigen Gemeinden mit 100 M.		83			100			83,0						
Summa Kreis Anger- münde		167	4	2				198,4	7,05					

Die 83 zusammengefaßten Gemeinden sind folgende:

Berthow, Biesenbrow, Bölkendorf, Briest (2 Stellen), Brigg (2 Stellen), Brodowin (2 Stellen), Fredersdorf, Friedrichswalde (3 Stellen), Gellmersdorf, Glambitz, Goltzow (2 Stellen), Amt Grimnitz, Künensdorf, Hohenlandin, Pixze (4 Stellen), Pätzow (2 Stellen), Pünow (3 Stellen), Reichow, Rixow, (2 Stellen), Schmiedeberg, Schönemark, Seehausen, Ernstenhütte, Serwest, Stiegerschleuse, Steinhöfel, Strudel, Zichow, Groß-Ziethen (2 Stellen), Klein-Ziethen, Zügen.

II. Kreis

Beeskow	7				130			9,1						
Wend.-Buchholz	1	3			150	120		1,5						
								3,6						

Es entfallen ferner auf je eine der in den Spalten 2 und 3 4 und 5 angegebenen Stellen		Nach den Spalten 10 bzw. 11 und 14 bzw. 15 vertheilt sich der Ausgabebedarf auf die Gemeinden für Lehrer- Lehrerinnen		Hierauf kommen die staatlichen Alterszulagebeiträge bis zur Höchstzahl von 25 Stellen in jeder Gemeinde in Anrechnung. Also für				Die Gemeinden haben somit allein aufzubringen		
St. St.		mit Mark		Lehrer- stellen	Mark	Lehrerinnen- stellen	Mark	Lehrer (Sp. 18-21)	Lehrerinnen (Sp. 19-23)	Mannschaft (Sp. 24 und 25)
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
580,00	189,37	43500,00	2878,44	21	6090	4	404	37410,00	2474,44	39884,44
	151,50									
580,00	126,25	21460,00	4040,00	14	4060	11	1111	17400,00	2929,00	20329,00
493,00	157,81	17690,00	574,43	23	6670	2	202	11020,00	372,43	11392,43
464,00	101,00									
		1017175,00	73144,37	552	160140	123	12363	857035,00	60781,37	917816,37
weniger als 25 Stellen.										
Angermünde.										
435,00	126,25	5655,00	227,25	13	3770	2	202	1885,00	25,25	1910,25
	101,00									
348,00		1392,00		4	1160			232,00		232,00
406,00		2842,00		7	2030			812,00		812,00
406,00		5278,00		13	3770			1508,00		1508,00
435,00	126,25	9135,00	353,50	21	6090	3	303	3045,00	50,50	3095,50
	101,00									
435,00		435,00		1	290			145,00		145,00
348,00		1740,00		5	1450			290,00		290,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
319,00		319,00		1	290			29,00		29,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
319,00		319,00		1	290			29,00		29,00
377,00	131,30	1508,00	131,30	4	1160	1	101	348,00	30,30	378,30
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
319,00		319,00		1	290			29,00		29,00
319,00		319,00		1	290			29,00		29,00
362,50		725,00		2	580			145,00		145,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
290,00		24070,00		83	24070			—		—
		57536,00	712,05	167	48430	6	606	9106,00	106,05	9212,05

Chorinchen, Eriemen, Gräffow, Dobberzin, Felschow, Niederfrow (2 Stellen), Flemdorf, Frauenhagen, Grünow, Güntherberg (2 Stellen), Herzprung, Hohensfelde, Althütendorf, Kerkow, Alt-Runkendorf, Neu-Reuendorf, Paarstein, Parlow, Passow, Pinnow, Polzen, Hohenjaathen (2 Stellen), Sandtrug, Schmargendorf, Stolpe (2 Stellen), Stolzengagen, Stäsfow, Warnitz, Welfow, Wendemart, Willmersdorf, Wolke, Zehnbeck,

Reckow-Storfow.

377,00	2639,00	7	2030	609,00	609,00
435,00	1479,00	4	1160	319,00	319,00
348,00					

Schul-Gemeinden	Anzahl der Stellen an den öffentlichen Volksschulen für				Die Alterszulagen werden gewährt für				Unter Zugrundelegung der Mindestsätze von 100 M. bzw. 80 M. als Mindestsätze der Alterszulagen ergeben sich Einheiten für die		Der Ausgabe- bedarf beträgt für die		Weiter enthalten auf je eine der in den Spalten 10 11 angewiesenen Einheiten	
	Helforen bzw. Hauptlehrer	Lehrer	wissenschaftl. Lehrerinnen	technische Lehrerinnen	Helforen bzw. Hauptlehrer	Lehrer	wissenschaftl. Lehrerinnen	technische Lehrerinnen	Lehren stellen	Lehrer- stellen	Lehrer	Lehrerinnen	M.	M.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Storkow		6	3		120	96			7,2	3,6				
Falkenberg		1			120				1,2					
Ödzig		1			125				1,25					
Retzdorf		2			160				3,2					
Glennitz		2			120				2,4					
Langewahl		1			150				1,5					
Nieder-Lehme		2			120				2,4					
Petersdorf		1			120				1,2					
Prieros		1			120				1,2					
Rauen		3			120				3,6					
Stremmen		1			120				1,2					
Tauche		1			120				1,2					
Die übrigen Gemeinden mit 100 M.		81			100				81,0					
Summe Kreis Bieskow- Storkow	1	113	3						122,75	3,6				

Die 81 zusammengefaßten Gemeinden sind folgende:

Ahrensdorf, Bindow, Birkenholz, Blosin, Braunsdorf, Bries, Bugk, Budow, Cadow, Cöthen, Cossenblatt
 Cörsdorf b./Storkow, Neu-Golm, Alt-Golm, Gosen (2 Stellen), Alt-Hartmannsdorf (2 Stellen),
 Limmsdorf, Lindenberg, Neu-Lübbenau (2 Stellen), Markgrafspieske (3 Stellen), Merg, Münchehofe (2 Stellen),
 Groß-Nieß (2 Stellen), Wendisch-Nieß, Sauen, Alt-Schadow, Neu-Schadow, Schneberg, Selchow (2 Stellen),
 Wernsdorf (2 Stellen), Wilmersdorf, Wolzig, Wulfersdorf, Neu-Zittau (2 Stellen).

III. Kreis

Biesenthal	8			150			12,0							
Freienwalde	16	4		160	100		25,6	5,0						
Berneuchen	5			130			6,5							
Briezen	15	2		160	100		24,0	2,5						
Alaunwerf	1			120			1,2							
Neu-Barnim	3			120			3,6							
Beerbaum	1			120			1,2							
Beiersdorf	2			120			2,4							
Biesdorf	1			110			1,1							
Cöthen	1			120			1,2							
Eisenpalterei	1			125			1,25							
Falkenberg	2			120			2,4							
Hedelberg	1			120			1,2							
Heegermühle	8	2		120	90		9,6	2,25						
Kupferhammer	2			120			2,4							
Ladeburg	1			120			1,2							
Neu-Berwin	3			120			3,6							
Lichterfelde	3			120			3,6							
Lüdersdorf	1			110			1,1							
Alt-Nebewitz	1			120			1,2							
Meißingwerf	1			160			1,6							
Reichenberg	1			120			1,2							

Es entfallen ferner auf je eine Stelle in den Spalten 2 und 3 4 und 5 angegebenen Einheiten		Nach den Spalten 10 bzw. 11 und 14 bzw. 15 vertheilt sich der Ausgabebedarf auf die Gemeinden für Lehrer Lehrerinnen		Hierauf kommen die staatlichen Mittelsmittelbeiträge für je 25 Stellen in jeder Gemeinde in Anrechnung. Also für				Die Gemeinden haben somit allein aufzubringen		zusammen (Sp. 24 und 25)
		mit Staat		Lehrer Stellen	Staat	Lehrerinnen Stellen	Staat	Lehrer (Sp. 18—21)	Lehrerinnen (Sp. 19—23)	
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
348,00	121,20	2088,00	363,60	6	1740	3	303	348,00	60,60	408,60
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
362,50		362,50		1	290			72,50		72,50
464,00		928,00		2	580			348,00		348,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
435,00		435,00		1	290			145,00		145,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		1044,00		3	870			174,00		174,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
290,00		23490,00		81	23490					
		35597,50	363,60	114	33060	3	303	2537,50	60,60	2598,10

(2 Stellen), Diensdorf, Dollgenbrodt, Friedersdorf (3 Stellen), Friedrichshof, Gbrsdorf, b./Beeskow, Hermendorf, Hertzberg (2 Stellen), Lehritz, Kirchhofen, Ruhlsdorf, Krausnick (2 Stellen), Krügersdorf, Leibsch, Rem-Brück (2 Stellen), Neurendorf, Pfaffenndorf, Pieskow, Rabinskendorf, Ragow, Reichwalde (3 Stellen), Rieplos, Spreenhagen (2 Stellen), Alt-Stahnsdorf (2 Stellen), Trebatsch (2 Stellen), Groß-Wasserburg, Werder,

Ober-Barnim.

435,00		3480,00		8	2320			1160,00		1160,00
464,00	126,25	7424,00	505,00	16	4640	4	404	2784,00	101,00	2885,00
377,00		1885,00		5	1450			435,00		435,00
464,00	126,25	6960,00	252,50	15	4350	2	202	2610,00	50,50	2660,50
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		1044,00		3	870			174,00		174,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
319,00		319,00		1	290			29,00		29,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
362,50		362,50		1	290			72,50		72,50
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00	113,62	2784,00	227,24	8	2320	2	202	464,00	25,24	489,24
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		1044,00		3	870			174,00		174,00
348,00		1044,00		3	870			174,00		174,00
319,00		319,00		1	290			29,00		29,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
464,00		464,00		1	290			174,00		174,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00

Schul-Gemeinden	Anzahl der Stellen an den öffentlichen Volksschulen für					Die Alterszulagen werden gewährt für				Unter Angerundelegung der Mindestsätze von 100 M. bezw. 80 M. als Mindestsätze der Alterszulagen ergeben sich Einheiten für die		Der Ausgabe- bedarf beträgt für die		Stützen entfallen auf je eine der in den Spalten 10 11 angegebenen Einheiten	
	Lehrern bezw. Hauptlehrer	Lehrer	wissenschaftl. Lehrerinnen	technische Lehrerinnen	Lehrern bezw. Hauptlehrer	Lehrer	wissenschaftl. Lehrerinnen	technische Lehrerinnen	Lehrern stellen	Lehrer- stellen	Lehrer	Lehrerinnen	Mant	Mant	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
Neichenow		1				130				1,3					
Rüdzig		1				120				1,2					
Schönfeld		1				120				1,2					
Schöpsurth		3				120				3,6					
Speßthausen		1				120				1,2					
Steinfurth		3				120				3,6					
Tempelsfelde		2				120				2,4					
Neu-Trebbin		5				120				6,0					
Wegendorf		1				120				1,2					
Beesow		1				120				1,2					
Wilmersdorf		1				120				1,2					
Alt-Wriezen		1				120				1,2					
Die übrigen Gemeinden mit 100 M.		73				100				73,0					
Summe Kreis Ober- barnim		172	8							207,45	9,75				

Die 73 zusammengefassten Gemeinden sind folgende:

Amalienhof, Groß-Barnim, Baglow, Beauregard, Alt-Bliesdorf (2 Stellen), Neu-Bliesdorf, Broichs-
Freudenberg, Alt-Friedland (2 Stellen), Neu-Friedland, Garzan, Neu-Gaul, Alt-Gersdorf (2 Stellen), Giesdorf,
Kettchenbruch, Klobbide, Leuenberg, Alt-Lewin, Neu-Mebewitz, Melchow, Wegdorf, Möglin, Prädikow, Prisdagen,
Sonnenburg, Steinbeck, Sternebeck, Struvenberg, Torgelow, Tornow, Trampe (2 Stellen), Alt-Trebbin, Tuchen,

IV. Kreis

Alt-Landsberg	8				140				11,2						
Bernau	17	3			160	110			27,2	4,125					
Liebenwalde	7				120				8,4						
Dramienburg	17	3	1		160	120	80		27,2	4,5 1,0					
Aprensfelde	1				130				1,3						
Biesdorf	2				160				3,2						
Birkenwerder	3				140				4,2						
Blankenburg	1				140				1,4						
Blankensfelde	2				20				2,4						
Blumberg	3				140				4,2						
Bollensdorf	1				140				1,4						
Borgsdorf	1				140				1,4						
Börnide	2				120				2,4						
Buch	1				130				1,3						
Franz-Buchholz	8	1			180	120			14,4	1,5					
Gaulsdorf	2				130				2,6						
Dahlwitz	2				140				2,8						
Dalldorf (mit Vorsigwalde)	12				160				19,2						
Eggersdorf	1				140				1,4						
Eise	1				130				1,3						
Eichhorst	2				120				2,4						

Es verfallen ferner auf je einer der in den Spalten 2 und 3 4 und 5 angewiesenen Stellen		Nach den Spalten 10 bzw. 11 und 14 bzw. 15 vertheilt sich der Ausgabebedarf auf die Gemeinden für Lehrer Lehrerinnen		Hierauf kommen die staatlichen Minderzulageträgenbeträge bis zur Höchstzahl von 25 Stellen in jeder Gemeinde in Anrechnung. Also für				Die Gemeinden haben somit allein aufzubringen		
		mit Tarif		Lehrer- stellen	Tarif	Lehrerinnen- stellen	Tarif	für Lehrer (Sp. 18-21)	für Lehrerinnen (Sp. 19-23)	insgesamt (Sp. 24 und 25)
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
377,00		377,00		1	290			87,00		87,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		1044,00		3	870			174,00		174,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		1044,00		3	870			174,00		174,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
348,00		1740,00		5	1450			290,00		290,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
290,00		21170,00		73	21170					
		60160,50	984,74	172	49850	8	508	10280,50	176,74	10457,24

dorf, Brunow, Buchholz, Closterdorf, Eumerdorf, Danewitz, Dannenberg, Eichwerder, Hohenfinow, Frankensfelde, Gottsegabe, Grünthal, Grunow, Harnesow, Haselberg, Hergshorn, Heinrichsdorf, Hirschfelde, Hohenstein, Jblow, Prögel, Alt-Ranft (3 Stellen), Raasdorf, Ringenwalde, Schönholz, Schulzendorf, Sieging, Sommerfelde, Berais, Besendahl, Willendorf, Wölfigsdorf, Wollenberg, Wuschetwies (2 Stellen).

Niederbarnim.

406,00		3248,00		8	2320			928,00		928,00
464,00	138,57	7888,00	416,61	17	4930	3	303	2958,00	113,61	3071,61
348,00		2436,00		7	2030			406,00		406,00
464,00	151,50	7888,00	555,50	17	4930	4	404	2958,00	151,50	3109,50
	101,00									
377,00		377,00		1	290			87,00		87,00
464,00		928,00		2	580			348,00		348,00
406,00		1218,00		3	870			348,00		348,00
406,00		406,00		1	290			116,00		116,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
406,00		1218,00		3	870			348,00		348,00
406,00		406,00		1	290			116,00		116,00
406,00		406,00		1	290			116,00		116,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
377,00		377,00		1	290			87,00		87,00
522,00	151,50	4176,00	151,50	8	2320	1	101	1856,00	50,50	1906,50
377,00		754,00		2	580			174,00		174,00
406,00		812,00		2	580			232,00		232,00
464,00		5568,00		12	3480			2088,00		2088,00
406,00		406,00		1	290			116,00		116,00
377,00		377,00		1	290			87,00		87,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00

Schul-Gemeinden	Anzahl der Stellen an den öffentlichen Volksschulen				Die Unterzulagen werden gewährt für				Unter Bagundelegung der Bindenplätze von 100 M. bis zu 80 M.		Der Ausgabebedarf beträgt für die		Rückstellungen auf je eine der oben genannten Klassen	
									als Bindenplätze der Unterzulagen ergeben sich		für die		angegabenen Klassen	
	Rektoren bezgl. Hauptlehrer	Lehrkräfte	Hilfs- und Fachlehrkräfte	technische Lehrpersonen	Rektoren bezgl. Hauptlehrer	Lehrkräfte	Hilfs- und Fachlehrkräfte	technische Lehrpersonen	Stellen	Stellen	Stellen	Stellen	Klass	Klass
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Erfner		8				180			14,4					
Falkenberg		1				140			1,4					
Friedersdorf		2				130			2,6					
Friedrichsthal		2				120			2,4					
Germendorf		2				120			2,4					
Grünheide (Berlsee)		2				120			2,4					
Hammer		2				120			2,4					
Heiligensee (Tegelort)		3				120			3,6					
Heinersdorf		1				200			2,0					
Hellersdorf		1				140			1,4					
Hennigsdorf		2				120			2,4					
Herrnsdorf		5				140			7,0					
Herzfelde		6				120			7,2					
Hohenow		1				140			1,4					
Ragel		2				120			2,4					
Rarow		1				130			1,3					
Rosenthal		2				120			2,4					
Sand		1				120			1,2					
Siegenthal		2				120			2,4					
Vindenberg		2				130			2,6					
Völsdorf (Waidmannslust)		3				160			4,8					
Walchow		2				140			2,8					
Wahnsdorf		3				140			4,2					
Walg		2				120			2,4					
Marienwerder		3				120			3,6					
Marjahn		1				140			1,4					
Mühlenbeck		3				120			3,6					
Mittenheide		2				120			2,4					
Nauen-Neuenhof		2				140			2,8					
Neuenhof		3				140			4,2					
Petershof		1				140			1,4					
Rahnsdorf		1				150			1,5					
Neu-Rahnsdorf		1				150			1,5					
Rohenthal (Nordend)		4				150			6,0					
Rüdersdorf		6				120			7,2					
Rallberg-Rüdersdorf		7		1		160		80	11,2	1,0				
Ruhlsdorf		2				120			2,4					
Sachsenhausen		2		1		120		80	2,4	1,125				
Schmachtenhagen		2				120			2,4					
Gr.-Schönebeck		5				120			6,0					
Al.-Schönebeck		3				150			4,5					
Schönau		1				150			1,5					
Schönwalde		2				120			2,4					
Hohen-Schönhausen		4				180			7,2					
Nieder-Schönhausen		7		2		180	100		12,6	2,5				

Es anfallen ferner auf je eine der in den Spalten 2 und 3 4 und 5 angegebenen Stellen		Nach den Spalten 10 bezw. 11 und 14 bezw. 15 verteilt sich der Ausgabebedarf auf die Gemeinden für Lehrer Lehrerinnen		Darauf kommen die staatlichen Altersaufgebotsbeiträge bis zur Höchstzahl von 25 Stellen in jeder Gemeinde in Anrechnung. Also für Lehrer stellen Markt Lehrerinnen stellen Markt		Die Gemeinden haben somit allein aufzubringen für Lehrer (Sp. 18-21) Markt Lehrerinnen (Sp. 19-23) Markt		zusammen (Sp. 24 und 25) Markt		
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
522,00		4176,00	0,1	8	2320	0,01		1856,00		1856,00
406,00		406,00	0,0	1	290	0,01		116,00		116,00
377,00		754,00	0,0	2	580	0,02		174,00		174,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
348,00		696,00		2	580	0,01		116,00		116,00
348,00		696,00		2	580	0,02		116,00		116,00
348,00		696,00		2	580	0,01		116,00		116,00
348,00		1044,00		3	870	0,02		174,00		174,00
580,00		580,00		1	290	0,01		290,00		290,00
406,00		406,00		1	290	0,01		116,00		116,00
348,00		696,00		2	580	0,01		116,00		116,00
406,00		2030,00		5	1450	0,01		580,00		580,00
348,00		2088,00		6	1740	0,01		348,00		348,00
406,00		406,00		1	290	0,01		116,00		116,00
348,00		696,00		2	580	0,01		116,00		116,00
377,00		377,00		1	290	0,01		87,00		87,00
348,00		696,00		2	580	0,01		116,00		116,00
348,00		348,00		1	290	0,01		58,00		58,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
377,00		754,00		2	580			174,00		174,00
464,00		1392,00		3	870	0,01		522,00		522,00
406,00		812,00		2	580			232,00		232,00
406,00		1218,00		3	870			348,00		348,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
348,00		1044,00		3	870			174,00		174,00
406,00		406,00		1	290			116,00		116,00
348,00		1044,00		3	870	0,01		174,00		174,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
406,00		812,00		2	580	0,01		232,00		232,00
406,00		1218,00		3	870	0,01		348,00		348,00
406,00		406,00		1	290	0,01		116,00		116,00
435,00		435,00		1	290	0,01		145,00		145,00
435,00		435,00		1	290	0,01		145,00		145,00
435,00		1740,00		4	1160	0,01		580,00		580,00
348,00		2088,00		6	1740	0,01		348,00		348,00
464,00	101,00	3248,00	101,00	7	2030	0,01	101	1218,00		1218,00
348,00		696,00		2	580	0,01		116,00		116,00
348,00	113,62	696,00	113,62	2	580	0,01	101	116,00	12,62	128,62
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
348,00		1740,00		5	1450			290,00		290,00
435,00		1305,00		3	870			435,00		435,00
435,00		435,00		1	290			145,00		145,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
522,00		2088,00		4	1160	0,01		928,00		928,00
522,00	126,25	3654,00	252,50	7	2030	2	202	1624,00	50,50	1674,50

Schul-Gemeinden	Anzahl der Stellen an den öffentlichen Volksschulen für				Die Alterszulagen werden gewährt für				Unter Zugrundelegung der Rinderköpfe von 100 R. beim 80 R. als Rinderköpfe der Alterszulagen ergeben 14 Einheiten für die		Der Ausgabe- bedarf beträgt für die		Stützen aufstellen auf je eine der in den Spalten 10 11 angegebenen Einheiten	
	Rektoren beim Hauptlehrer	Lehrer	wissenschaftl. Lehrerinnen	technische Lehrerinnen	Rektoren beim Hauptlehrer	Lehrer	wissenschaftl. Lehrerinnen	technische Lehrerinnen	Schweine stellen	Schweine- stellen	Schweine	Schweine	R.	R.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Schönholz		1				160			1,6					
Schönwalde		3				120			3,6					
Ober-Schönweide		18	5	1		200	150	100	36,0	9,375				
										1,25				
Seeburg		1				140			1,4					
Stralau		4	1			200	120		8,0	1,6				
Tasdorf		8				160			12,8					
Tegel		12	3			200	100		24,0	3,75				
Bogelsdorf		1				130			1,3					
Wandlitz		2				120			2,4					
Wartenberg		1				140			1,4					
Weißensee		6				180			10,8					
Wensickendorf		2				120			2,4					
Wollersdorf		4				140			5,6					
Zehlendorf		2				120			2,4					
Zepernitz		1				140			1,4					
Alt-Zerpenschleuse		2				120			2,4					
Neu-Zerpenschleuse		3				120			3,6					
Die übrigen Gemeinden mit je 1 Stelle und 120 R. *)		33				120			39,6					
Summe Kreis Nieder- barnim		318	19	3					469,7	31,625				

Die 33 zusammengefaßten Gemeinden sind folgende:

Dassdorf, Bergfelde, Bernow, Birkholz, Freienhagen, Friedrichsh.-Glashütte, Glienitz, Kleinbaum,
Kolland, Prenzen, Rappfelde, Schildow, Schluff, Schönfließ, Schönnow, Schwanebeck, Seefeld, Sophienhüt, V. Kreis

Gremmen	1	7	1		140	130	110		1,4					
									9,1	1,375				
Fehrbellin		7				120			8,4					
Regin		10				140			14,0					
Nauen		21	3			160	110		33,6	4,125				
Bärenklau		1				120			1,2					
Berg		2				120			2,4					
Begün		1				110			1,1					
Börnitz		1				120			1,2					
Böggow		2				120			2,4					
Bornim		6				140			8,4					
Bornhödt		4				140			5,6					
Bredow		2				120			2,4					
Brunne		1				125			1,25					
Buchow-Carpow		1				140			1,4					
Carwefee		1				110			1,1					
Cladow		1				120			1,2					
Dalsow		2				140			2,8					

*) Für jede der 33 Gemeinden 58,00 R.

Es entfallen ferner auf je eine der in den Spalten 2 und 3 4 und 5 angegebenen Stellen		Nach den Spalten 10 bzw. 11 und 14 bzw. 15 vertheilt sich der Ausgabebedarf auf die Gemeinden für Lehrer Lehrerinnen		Hierauf kommen die staatlichen Mittelschulungsaufwandbeiträge bis zur Höchstzahl von 25 Stellen in jeder Gemeinde in Anspruch. Also für				Die Gemeinden haben somit allein aufzubringen		
		mit Mark		Lehrer Stellen	Mark	Lehrerinnen Stellen	Mark	für Lehrer (Sp. 18-21)	Lehrerinnen (Sp. 19-23)	zusammen (Sp. 24 und 25)
Sp. 2	Sp. 3	Sp. 10	Sp. 11	Sp. 14	Sp. 15	Sp. 16	Sp. 17	Sp. 18	Sp. 19	Sp. 20
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
464,00		464,00		1	290			174,00		174,00
348,00		1044,00		3	870			174,00		174,00
580,00	189,37 126,25	10440,00	1073,10	18	5220	6	606	5220,00	467,10	5687,10
406,00		406,00		1	290			116,00		116,00
580,00	151,50	2320,00	151,50	4	1160	1	101	1160,00	50,50	1210,50
464,00		3712,00		8	2320			1392,00		1392,00
580,00	126,25	6960,00	378,75	12	3480	3	303	3480,00	75,75	3555,75
377,00		377,00		1	290			87,00		87,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
406,00		406,00		1	290			116,00		116,00
522,00		3132,00		6	1740			1392,00		1392,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
406,00		1624,00		4	1160			464,00		464,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
406,00		406,00		1	290			116,00		116,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
348,00		1044,00		3	870			174,00		114,00
348,00		11484,00		33	9570			1914,00		1914,00
		136213,00	3194,08	318	92220	22	2222	43993,00	972,08	44965,08

Alandorf, Kreuzbruch, Krummensee, Lichtenow, Lübbe, Mehrow, Münchshofe, Neubörschen, Neu-
 Sperrau, Stolpe, Stolzenhagen, Summt, Werder, Zindorf, Zühlendorf.
 Osthavelland.

406,00		3045,00	138,87	8	2320	1	101	725,00	37,87	762,87
377,00	138,87									
348,00		2436,00		7	2030			406,00		406,00
406,00		4060,00		10	2900			1160,00		1160,00
464,00	138,87	9744,00	416,61	21	6090	3	303	3654,00	113,61	3767,61
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
319,00		319,00		1	290			29,00		29,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
406,00		2436,00		6	1740			696,00		696,00
406,00		1624,00		4	1160			464,00		464,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
362,50		362,50		1	290			72,50		72,50
406,00		406,00		1	290			116,00		116,00
319,00		319,00		1	290			29,00		29,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
406,00		812,00		2	580			232,00		232,00

Schulpf. Gemeinden	Anzahl der Stellen an den öffentlichen Volksschulen für				Die Altersanlagen werden, gewährt, für				Unter Zugrundelegung der Mindestgröße von 100 M., bezw. 80 M. als Mindestgröße der Altersanlagen ergeben sich Einheiten für die		Der Ausgaben- bedarf beträgt für die		Stückzahl auf je eine der im Land vorhandenen Schulen			
	Lehrerinnen hauptberuflich	Lehrer	wissenschaftl. Lehrerinnen	technische Lehrerinnen	Lehrerinnen hauptberuflich	Lehrer hauptberuflich	wissenschaftl. Lehrerinnen	technische Lehrerinnen	Lehrerinnen hauptberuflich	Lehrer hauptberuflich	Lehrerinnen hauptberuflich	Lehrer hauptberuflich	M.	M.	M.	M.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15		
Dachow		1				110			1,1							
Dyrow		1				140			1,4							
Eiche		2				120			2,4							
Eichstädt		2				120			2,4							
Eglin		1				120			1,2							
Fahrland		2				120			2,4							
Falkenhagen		2				120			2,4							
Falkenrehde		2				120			2,4							
Flatow		2				120			2,4							
Gatow		1				130			1,3							
Alt-Geltow		2				120			2,4							
Gr. Glienicke		1				120			1,2							
Golm		2				130			2,6							
Grube		1				120			1,2							
Grünefeld		1				120			1,2							
Hakenberg		1				120			1,2							
Haselhorst		4	1			160	130		6,4	1,625						
Hennigsdorf		3				120			3,6							
Hohenbruch		1				110			1,1							
Hoppenrade		1				130			1,3							
Kargow		1				120			1,2							
Knoblauch		1				120			1,2							
Lenze		2				120			2,4							
Linum		4				120			4,8							
Markau		1				120			1,2							
Markee		1				120			1,2							
Marquardt		1				110			1,1							
Marwig		4				130			5,2							
Nieder-Neuendorf		1				120			1,2							
Paaten		1				120			1,2							
Pareg		2				120			2,4							
Pansin		1				120			1,2							
Perwenitz		1				120			1,2							
Pichelsdorf		1				160			1,6							
Priort		1				110			1,1							
Rohrbed		1				130			1,3							
Satrow		1				140			1,4							
Sagforn		1				120			1,2							
Schwante		1				130			1,3							
Seeburg		1				130			1,3							
Seefeld		2				130			2,6							
Sommerfeld		2				120			2,4							
Staaken		5				120			6,0							
Staffelde		1				120			1,2							
Tarmow		1				120			1,2							
Tiefwerder		2				155			3,1							

Schul-Gemeinden	Anzahl der Stellen an den öffentlichen Vollschulen für				Die Alterszulagen werden gewährt für				Unter Zugrundelegung der Kinderstärke von 100 M. bzw. 80 M. als Kinderstärke der Alterszulagen ergeben sich Einheiten für die		Der Ausgabe- bedarf beträgt für die		Stellen entfallen auf je eine der in den Spalten 10. 11. angegesehenen Einheiten	
	Lehrern bes. Hauptlehrer	Lehrer	Lehrschaffl. Lehrerinnen	Lehrschaffl. Lehrerinnen	Lehrern bes. Hauptlehrer	Lehrer	Lehrschaffl. Lehrerinnen	Lehrschaffl. Lehrerinnen	Lehr- stellen	Lehr- stellen	Lehr- stellen	Lehr- stellen	Stadl	Land
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Litzow		1				120			1,2					
Ueg		1				120			1,2					
Behlefang		2				120			2,4					
Behen		15	6	1		160	100	80	24,0	7,5				
										1,0				
Wansdorf		1				120			1,2					
Wernitz		1				130			1,3					
Wolfslake		1				120			1,2					
Wustermarf		2				130			2,6					
Zerfow		1				120			1,2					
Gr. Zietzen		1				120			1,2					
Die übrigen Gemeinden mit 100 M.		8				100			8,0					
Summe Kreis Osthavel- land	1	178	11	1					237,25	15,625				

Die 8 zusammengefaßten Gemeinden sind folgende:

Hertefeld, Rienberg, Königshorst (2 Stellen), Ruhhorst, Paaren, Schönwalde, Zerbig.

VI. Kreis West-

Griesack	8	2	120	100	9,6	2,5
Plaue	6	1	120	96	7,2	1,2
Prigerbe	5		120		6,0	
Rhinow	3		120		3,6	
Damme	1		120		1,2	
Barnewitz	2		120		2,4	
Berge	2		120		2,4	
Bräbikow	1		120		1,2	
Dom Brandenburg	2		160		3,2	
Brielow	2		120		2,4	
Briest	1		120		1,2	
Budow	1		120		1,2	
Buschow	1		120		1,2	
Bugow	1		120		1,2	
Damme	1		120		1,2	
Döberitz	2		120		2,4	
Ferchesar b./Br.	1		130		1,3	
Ferchesar b.M.	1		120		1,2	
Fohrbe	2		120		2,4	
Neu-Friedrichsdorf	1		140		1,4	
Garitz	2		120		2,4	
Gohlitz	1		120		1,2	
Gorx	1		120		1,2	
Gränningen	1		120		1,2	
Gölpe	1		120		1,2	
Haage	1		120		1,2	
Hoyennauen	2		140		2,8	

Es enthalten ferner auf je eine der in den Spalten 2 und 3 4 und 5 angegebenen Stellen		Nach den Spalten 10 bezw. 11 und 14 bezw. 15 vertheilt sich der Ausgabebedarf auf die Gemeinden für Lehrer Lehrerinnen		Hierauf kommen die Realischen Mehrzulagekostenbeträge bis zur Höchstzahl von 25 Stellen in jeder Gemeinde in Berechnung. Also für				Die Gemeinden haben somit allein aufzubringen		
		mit Tarif		Lehrer stellen	Tarif	Lehrerinnen stellen	Tarif	für Lehrer (Sp. 18-21)	für Lehrerinnen (Sp. 19-23)	zusammen (Sp. 24 und 25)
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
464,00	126,25	6960,00	858,50	15	4350	7	707	2610,00	151,50	2761,50
	101,00									
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
377,00		377,00		1	290			87,00		87,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
377,00		754,00		2	580			174,00		174,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
290,00		2320,00		8	2320					
		68802,50	1578,10	179	51910	12	1212	16892,50	366,10	17258,60

Savelland.

348,00	126,25	2784,00	252,50	8	2320	2	202	464,00	50,50	514,50
348,00	121,20	2088,00	121,20	6	1740	1	101	348,00	20,20	368,20
348,00		1740,00		5	1450			290,00		290,00
348,00		1044,00		3	870			174,00		174,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
464,00		928,00		2	580			348,00		348,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
377,00		377,00		1	290			87,00		87,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
406,00		406,00		1	290			116,00		116,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
406,00		812,00		2	580			232,00		232,00

Schulgemeinden	Anzahl der Stellen an den öffentlichen Volksschulen für:		Die Altersanlagen werden gemäß für						Unter Angrundelegung der Mindestsätze von 100 M. bzw. 80 M. als Mindestsätze per Altersanlagen ergeben sich Einheiten für die		Der Angabes- bedarf bedrückt für die		Richtm. entfallen auf je eine der in den Spalten 10 11 angegebenen Einheiten	
	Rektoren bzw. Schullehrer	Lehrer	wissenschaftl. Lehrerinnen	technische Lehrerinnen	Rektoren bzw. Schullehrer	Lehrer	wissenschaftl. Lehrerinnen	technische Lehrerinnen	Lehrer stellen	Lehrer- stellen	M.	M.	M.	M.
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Keglar		1				120			1,2					
Kieg		1				120			1,2					
Kleffen		1				120			1,2					
Kosen		1				120			1,2					
Kl. Kreuz		2				110			2,2					
Kiepe		1				120			1,2					
Kiebow		1				120			1,2					
Marzahn		1				120			1,2					
Mögelin		1				120			1,2					
Mörschow		1				120			1,2					
Müßlig		1				120			1,2					
Nennhausen		2				120			2,4					
Niebede		1				120			1,2					
Guten-Paaren		1				120			1,2					
Narey		1				140			1,4					
Näwesin		1				120			1,2					
Nessin		1				120			1,2					
Nremnis		2				120			2,4					
Nriesen		1				120			1,2					
Naderwege		2				120			2,4					
Negow		1				120			1,2					
Noskow		1				120			1,2					
Nemlin		1				120			1,2					
Nenke		1				120			1,2					
Npahl		1				130			1,3					
Nrechow		1				120			1,2					
Nrölln		1				120			1,2					
Ntrodehne		2				140			2,8					
Niedohr		1				120			1,2					
Nrennen		3				120			3,6					
Niegnis		1				120			1,2					
Nachow		2				120			2,4					
Nagenis		1				120			1,2					
Narlow		1				120			1,2					
Nasselsuppe		1				120			1,2					
Neseram		1				120			1,2					
Nette		1				120			1,2					
Nolzier		1				120			1,2					
Nachow		1				120			1,2					
Die übrigen Gemeinden mit 100 M.		18				100			18,0					
Summe Kreis West- havelland		118	3						140,0	3,7				

Die 18 zusammengefaßten Gemeinden sind folgende:

Bagow, Gr. Behnis (2 Stellen), Kl. Behnis, Charlottenhof, Göthe, Grabow, Kriete, Ramin,

Es entfallen ferner auf je eine der in den Spalten 2 und 3 / 4 und 5 angegebenen Stellen		Nach den Spalten 10 bzw. 11 und 14 bzw. 15 vertheilt sich der Ausgabebedarf auf die Gemeinden für Lehrer Lehrerinnen		Hierauf kommen die staatlichen Alterszulagenbeiträge bis zur Höchstzahl von 25 Stellen in jeder Gemeinde in Anrechnung: Stellen für Lehrerinnen Stellen				Die Gemeinden haben somit allein auszubringen		zusammen (Sp. 24 und 25)	
M.	K.	mit Markt		Geburts- stellen	Markt	Lehrerinnen- stellen	Markt	Für Lehrer (Sp. 18—21)	Für Lehrerinnen (Sp. 19—23)	Markt	
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
319,00		638,00		2	580			58,00		58,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
406,00		406,00		1	290			116,00		116,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
377,00		377,00		1	290			87,00		87,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
406,00		812,00		2	580			232,00		232,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		1044,00		3	870			174,00		174,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
290,00		5220,00		18	5220						
		40600,00	373,70	118	34220	3	303	6380,00	70,70	6450,70	

Canow, Mohow, Neuendorf, Neuwerder, Paulinenaue, Ribbed, Riemend, Saaringen, Selbelang.

Schul-Gemeinden	Anzahl der Stellen an den öffentlichen Hochschulen für				Die Alterszulagen werden gewährt für				Unter Zugrundelegung der Mindestsätze von 100 M. bezw. 80 M. als Mindestsätze der Alterszulagen ergeben sich Einheiten für die		Der Ausgabe- bedarf beträgt für die		Rückst. entfallen auf je eine der in den Spalten 10 11 angegebenen Einheiten	
	Rektoren bezw. Hauptlehrer	Lehrer	wissenschaftl. Lehrerinnen	technische Lehrerinnen	Rektoren bezw. Hauptlehrer	Lehrer	wissenschaftl. Lehrerinnen	technische Lehrerinnen	Lehrer- stellen	Lehrer- stellen	Lehrer M.	Lehrerinnen M.	M.	M.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15

VII. Kreis

Bräukow	5				120				6,0					
Strasburg	16	2	1		140	100	80		22,4	2,5 1,0				
Bagemühl	1				120				1,2					
Dandelow	1				110				1,1					
Daumgarten	1				120				1,2					
Bergholz (luth.)	1				110				1,1					
Bergholz (frz. ref.)	1				110				1,1					
Dietschow	1				120				1,2					
Dlindow	1				120				1,2					
Dauer	1				120				1,2					
Eickstedt	1				120				1,2					
Ellingen	1				110				1,1					
Fahrenwalde	1				150				1,5					
Falkenhagen	1				120				1,2					
Fürstenwerder	3				120				3,6					
Göbzig	1				120				1,2					
Gökmitz	2				120				2,4					
Grimme	1				125				1,25					
Gränow	1				150				1,5					
Güstow	1				130				1,30					
Hindenburg	1				120				1,2					
Klinow	1				110				1,1					
Käbbenow	1				120				1,2					
Neuenfeld	1				110				1,1					
Nieden	1				110				1,1					
Nollwitz	1				120				1,2					
Nöppersdorf	1				120				1,2					
Nossow (luth.)	1				120				1,2					
do. (frz. ref.)	1				120				1,2					
Schmölln	1				120				1,2					
Schönfeld	1				120				1,2					
Schönwerder	1				120				1,2					
Schwaneberg	1				110				1,1					
Schwarzensee	1				120				1,2					
Seeläbbe	1				125				1,25					
Trebenow	1				110				1,1					
Wallmow	1				120				1,2					
Wismar	1				120				1,2					
Wobbow	1				120				1,2					
Wollin	1				130				1,3					
Zerrenthin	1				120				1,2					
Züschow	1				110				1,1					
Zolchow	1				120				1,2					

Gemeinden	Anzahl der Stellen an den öffentlichen Volksschulen für				Die Altersanlagen werden gemäß				Unter Zugrundelegung der Mindestsätze von 100 M. bzw. 80 M. als Mindestsätze der Altersanlagen eugeben sich Einheiten für die		Der Ausgabebedarf beträgt für die		Stützen entfallen auf je einen Bestand von 100 M. als „eingesetzten“ Einheiten	
	Rektoren bzw. Hauptlehrer	Lehrer	Lehrerinnen	technische Lehrerinnen	Rektoren bzw. Hauptlehrer	Lehrer	Lehrerinnen	technische Lehrerinnen	Lehrer	Lehrerinnen	Lehrer	Lehrerinnen	Rekt.	Lehr.
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15

Die übrigen Gemeinden mit 100 M.	62				100				62,0					
----------------------------------	----	--	--	--	-----	--	--	--	------	--	--	--	--	--

Summe Kreis Prenzlau	127	2	11						143,10		3,5			
----------------------	-----	---	----	--	--	--	--	--	--------	--	-----	--	--	--

Die 62 zusammengefaßten Gemeinden sind folgende: Alexanderhof, Arensdorf, Büttn, Beenz, Blumtenwalde, Ferdinandsdorf, Grenz, Gränsberg, Günterberg, Hegsdorf, Hildebrandshagen, Holzendorf, Jagow, Alt-Ludow, Malchow, Menkin, Milow, Nechlin, Neuensund, Papendorf, Polzow, Rittgarten, Abgörow, hagen, Tornow, Trampe, Werbelow, Weselig, Wegenow, Wilhelmshof, Wilstow, Wüsthof, Wolfshagen.

VIII. Kreis Jüterbog-

Baruth	6				120				7,2					
Dahme	18				140				25,2					
Jüterbog	16				150				24,0					
Zinna	5				120				6,0					
Bochow	1				130				1,8					
Borgisdorf	1				140				1,4					
Frankensfelde	1				120				1,2					
Glan	1				120				1,2					
Gottow	1				120				1,2					
Nieder-Görsdorf	1				120				1,2					
Gräna	1				130				1,3					
Thlow	1				120				1,2					
Rohensberg	1				120				1,2					
Edwendorf	1				120				1,2					
Neumarkt	2				140				2,8					
Paplig	1				120				1,2					
Rohrbeck	1				150				1,5					
Ruhlsdorf	1				120				1,2					
Schießplatz Jüterbog	1				120				1,2					
Hohen-Seefeld	1				110				1,1					
Woltersdorf	2				120				2,4					
Dorf Zinna	1				120				1,2					
Die übrigen Gemeinden mit 100 M.	83				100				83,0					

Summa Kreis Jüterbog- Ludenwalde	148								170,1					
-------------------------------------	-----	--	--	--	--	--	--	--	-------	--	--	--	--	--

Die 83 zusammengefaßten Gemeinden sind folgende:

Ahrensborn, Bardenitz, Berkenbrück, Blankensee, Bollensdorf, Budow, Charlottenfelde, Klausdorf, Gerbersdorf, Glashütte b./V., Glienic, Görsdorf, Hohengröndorf, Gottsdorf, Heinsdorf, Hennigsdorf, Holbed, Langenlippsdorf, Ließen, Mahlsdorf, Malterhausen, Märtensmühle, Mehlsdorf b./Dahme, Mehlsdorf b./Lud., Neilus, Prensdorf, Radeland, Reinsdorf, Rinow, Riedorf, Rosenthal (2 Stellen), Scharfenbrück, Schlönzer, Waltersdorf, Welsigsdorf, Werbig, Werder, Wiepersdorf, Wildau, Zisch, Groß-Ziescht, Klein-Ziescht.

IX. Kreis

Freysenstein	6				150				9,0					
Kyritz	10	2			150	120			15,0		3,0			

Nach den Stellen		Hierauf konnten die Realitäten				Die Gemeinden				
10 bezw. 11 und 14 bezw. 15		Mietpächterbeiträge				haben somit allein aufzubringen				
vertheilt sich bei		bis zur Höchstzahl von 25 Stellen				in jeder Gemeinde in Rechnung				
Ausgabebefehl auf die		Uffo für				zusammen				
Gemeinden für		Lehrer		Lehrerinnen		Lehrer		Lehrerinnen	(Sp. 24 und 25)	
mit Mark		Mark		Mark		Mark		Mark	Mark	
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
290,00		17980,00	62	17980						
		41499,00	353,50	127	36830	3	303	4669,00	50,50	4719,50
hagen, Briesig, Bröllin, Karmzow, Kremzow, Christianshof, Damerow, Damme, Dedelow, Drense, Falken-										
Kleinow, Kleppelshagen, Kleptow, Klockow, Kraas, Rugerow, Lauenhagen, Lemmersdorf, Groß-Ludow, Klein-										
Schapow, Schenkenberg, Schleprow, Schmaritz, Schönermark, Groß-Sperrenwalde, Groß-Spiegelberg, Stern-										
Wollschow, Zernikow, Ziemfendorf.										
Luftenwalde.										
348,00		2088,00	6	1740				348,00		348,00
406,00		7308,00	18	5220				2088,00		2088,00
435,00		6960,00	16	4640				2320,00		2320,00
348,00		1740,00	5	1450				290,00		290,00
377,00		377,00	1	290				87,00		87,00
406,00		406,00	1	290				116,00		116,00
348,00		348,00	1	290				58,00		58,00
348,00		348,00	1	290				58,00		58,00
348,00		348,00	1	290				58,00		58,00
348,00		348,00	1	290				58,00		58,00
377,00		377,00	1	290				87,00		87,00
348,00		348,00	1	290				58,00		58,00
348,00		348,00	1	290				58,00		58,00
406,00		812,00	2	580				232,00		232,00
348,00		348,00	1	290				58,00		58,00
435,00		435,00	1	290				145,00		145,00
348,00		348,00	1	290				58,00		58,00
348,00		348,00	1	290				58,00		58,00
319,00		319,00	1	290				29,00		29,00
348,00		696,00	2	580				116,00		116,00
348,00		348,00	1	290				58,00		58,00
290,00		2470,00	83	24070						
		49416,00	148	42920				6496,00		6496,00

Klassdorf, Dennewitz, Dobbriskow, Dornswalde, Dümbe, Helgentreu, Frankensförde, Friedrichshof, Fröhden, Jämersdorf, Jänickendorf (2 Stellen), Kaltenborn, Kemlig, Kemnig, Körbig, Liebig, Lieve, Lindow, Lönow, Meinsdorf (3 Stellen), Merzow, Mietgendorf, Müdenhof, Reitgendorf, Rehof b./Z., Rehof h./B., Rehöle, Schöndorf, Schönefeld, Schönhagen, Niederkefeld, Sernow, Stangenhausen, Stülpe (2 Stellen), Wapledorf, Züllichendorf.

Süppigitz.

435,00		2610,00	6	1740				870,00		870,00
435,00	151,50	4350,00	10	2900	2	202	1450,00	101,00		1551,00

Schreib- Gemeinden	Anzahl der Stellen an den öffentlichen Volksschulen für				Die Alterszulagen werden gewährt für				Unter Zugrundelegung der Einbestände von 100 M. bzw. 80 M. als Einbestände der Alterszulagen ergeben sich Einheiten für die		Der Ausgabe- bedarf beträgt für die		Stellen entfallen auf je eine der in den Spalten 10 11 angegebenen Einheiten	
	Lehrern bzw. Hauptlehrer	Lehrer	wissenschaftl. Lehrerinnen	technische Lehrerinnen	Lehrern bzw. Hauptlehrer	Lehrer	wissenschaftl. Lehrerinnen	technische Lehrerinnen	Lehrern stellen	Lehrerinnen stellen	M.	M.	Markt	Markt
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Meppen		6				150			9,0					
Priggen		14	1			150	80		21,0	1,0				
Wittstock		12	1			150	80		18,0	1,0				
Varrenth		1				120			1,2					
Deveringen		1				120			1,2					
Blasendorf		1				125			1,25					
Bredbin		2				120			2,4					
Bräsenhagen		1				120			1,2					
Budbenhagen		1				115			1,15					
Damelsdorf		1				120			1,2					
Döllen		1				125			1,25					
Kallendagen		1				130			1,3					
Krehne		1				120			1,2					
Gieselndorf		1				120			1,2					
Gradow b. Fr.		1				115			1,15					
Granzow		1				120			1,2					
Guntow		1				110			1,1					
Helle		1				120			1,2					
Jacobsdorf		1				120			1,2					
Kragm		1				120			1,2					
Krempendorf		1				110			1,1					
Kunow		1				120			1,2					
Lohm		1				120			1,2					
Maulbeeralde		1				120			1,2					
Mittelbed		1				150			1,5					
Niemerlang		1				120			1,2					
Or. Pankow		1				120			1,2					
Rappshagen		1				125			1,25					
Redenthin		1				120			1,2					
Rehlin		1				110			1,1					
Sadenbed		1				120			1,2					
Schmolde		2				120			2,4					
Schönebeck		1				125			1,25					
Schönermark		1				120			1,2					
Schönhagen b. Fr.		1				125			1,25					
Schreppow		1				125			1,25					
Steffenhagen		1				120			1,2					
Stradenitz		2				120			2,4					
Teschow-Heiligengrabe		2				120			2,4					
Weytin		1				125			1,25					
Or. Welle		1				140			1,4					
Or. Woltersdorf		1				125			1,25					
Wulfersdorf		1				120			1,2					
Dorf Zechlin		1				125			1,25					
H. Zerlang		1				125			1,25					
Zernitz		2				120			2,4					

Es entfallen ferner auf je eine der in den Spalten 2 und 3 4 und 5 angegebenen Stellen		Nach den Spalten 10 bzw. 11 und 14 bzw. 15 vertheilt ist der Ausgabebestand auf die Gemeinden für Lehrer Lehrerinnen		Hierauf kommen die staatlichen Ueberschulungsbeiträge bis zur Höchstzahl von 25 Stellen in jeder Gemeinde in Anrechnung. Also für				Die Gemeinden haben somit allein aufzubringen		zusammen (Sp. 24 und 25)
Sp. 2	Sp. 3	mit Mark		Lehrer Stellen	Mark	Lehrerinnen Stellen	Mark	Lehrer (Sp. 18—21)	Lehrerinnen (Sp. 19—23)	
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
435,00		2610,00		6	1740			870,00		870,00
435,00	101,00	6090,00	101,00	14	4060	1	101	2030,00		2090,00
435,00	101,00	5220,00	101,00	12	3480	1	101	1740,00		1740,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
362,50		362,50		1	290			72,50		72,50
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
333,50		333,50		1	290			43,50		43,50
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
362,50		362,50		1	290			72,50		72,50
377,00		377,00		1	290			87,00		87,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
333,50		333,50		1	290			43,50		43,50
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
319,00		319,00		1	290			29,00		29,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
319,00		319,00		1	290			29,00		29,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
435,00		435,00		1	290			145,00		145,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
362,50		362,50		1	290			72,50		72,50
348,00		348,00		1	200			58,00		58,00
319,00		319,00		1	290			29,00		29,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
362,50		362,50		1	290			72,50		72,50
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
362,50		362,50		1	290			72,50		72,50
362,50		362,50		1	290			72,50		72,50
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
362,50		362,50		1	290			72,50		72,50
406,00		406,00		1	290			116,00		116,00
362,50		362,50		1	290			72,50		72,50
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
362,50		362,50		1	290			72,50		72,50
362,50		362,50		1	290			72,50		72,50
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00

Schul-Gemeinden	Anzahl der Stellen an den öffentlichen Volksschulen für					Die Alterszulagen werden gewährt für				Unter Angerundelegung der Rinderkappe von 100 M. bzw. 80 M. als Richtsätze der Alterszulagen angegeben in Einheiten für die		Der Ausgabe- bedarf beträgt für die		Stützen entfallen auf je eine der in den Spalten 10 11 angegebenen Einheiten	
	Rektoren bzw. Hauptlehrer	Lehrer	wissenschaftl. Lehrerinnen	technische Lehrerinnen	Rektoren bzw. Hauptlehrer	Lehrer	wissenschaftl. Lehrerinnen	technische Lehrerinnen	Lehrer- stellen	Lehrer- stellen	Rektoren M.	Lehrerinnen M.	M.	M.	
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
Die übrigen Gemeinden mit 100 M.		88				100			88,0						
Summa Kreis prignitz		184	4						218,3	5,0					

Die 88 zusammengefaßten Gemeinden sind folgende:

Babitz, Bantzkow, Berlinchen, Berlitz, Biesen, Blandzkow, Blumenhal, Bobbin, Bölske, Forst, Dranse, Drewen, Eichensfelde, Fregsdorf, Gadow, Gantzkow, Garz, Gerdsbagen, Göttritz, Grabow, Halenbeck, Hanz, Königsberg, Köpplin, Kolrep, Alt-Krüssow, Neu-Krüssow, Kubbier, Kuhlisdorf, Langnow, Lüssow, Liebertal, Rosenwinkel, Sarnow, Schönhagen b./G., Schweinrich, Sechzehnrichen, Sewefow, Siebmanssdorf, Silmersdorf, Woltersdorf, Wulkow, Wutke, Zaacke, Fleden Zechlin (2 Stellen), Zechliner Hütte, Zempow, Zoosen.

K. Kreis West-

Havelberg		16	1	1	140	100	80	22,4	1,25	
								1,6	1,0	
Lengen	1	7	3		160	140	112	9,8	4,2	
Perleberg		18	3			150	100	27,0	3,75	
Putzig		6				120		7,2		
Wilsnack		6				125		7,5		
Wald		1	1			120	80	1,2	1,0	
Wendwisch		1				130		1,3		
Gr. Berge		1				120		1,2		
Boberow		1				120		1,2		
Wochin		1				120		1,2		
Bresch		1				120		1,2		
Gumlosen		2				120		2,4		
Dallmin		1				130		1,3		
Detbow		1				120		1,2		
Dergenthin		1				120		1,2		
Düpow		1				120		1,2		
Elbenburg		1				110		1,1		
Gandow		1				120		1,2		
Glöwen		2				130		2,6		
Glöwzin		1				120		1,2		
Gühlitz		1				110		1,1		
Hingdorf		1				120		1,2		
Jederitz		1				120		1,2		
Karstädt		1				125		1,25		
Kitz		1				120		1,2		
Klesse		1				125		1,25		
Krienitz		1				120		1,2		
Lang		1				120		1,2		
Legde		1				140		1,4		
Lennowitz		1				120		1,2		
Gr. Leppin		2				140		2,6		
Podstädt		1				120		1,2		

Es entfallen ferner auf je eine der in den Spalten 2 und 3, 4 und 5 angegebenen Stellen		Nach den Spalten 10 bezw. 11 und 14 bezw. 15 vertheilt sich der Ausgabebetrag auf die Gewinnenden für Lehrer Lehrerinnen		Hierauf kommen die staatlichen Einzulagebeiträge bis zur Höchstzahl von 25 Stellen in jeder Gemeinde in Berechnung. Also für			Die Gemeinden haben somit allein aufzubringen		zusammen (Sp. 24 und 25)	
St.	1. St.	mit Carl		Lehrer stellen	Carl	Lehrerinnen stellen	Carl	Lehrer (Sp. 18—21)	Lehrerinnen (Sp. 19—23)	Carl
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
290,00		25520,00		88	25520					
		63307,00	505	184	53360	4	404	9947,00	101	10048,00

Breitensfeld, Brügge, Buchholz, Budow, Christdorf, Dahlhausen, Dännenwalde, Darßow, Demerthin, Döfow, Klein-Haffow, Heinrichsdorf, Hergsprung, Holzhausen, Jabel, Jännersdorf, Joachimshof, Kehrberg, Kemnig, Lindenberg, Ruhme, Rechow, Mertensdorf, Mesendorf, Papenbruch, Predbühl, Rehfeld, Rodbahn, Rohlsdorf, Soppiendorf, Stepenig, Teeg, Telschow, Triglis, Tüchen, Zehlów, Bettin, Wernikow, Wilmersdorf, Klein-

Prignis.

406,00	126,25	6496,00	227,25	16	4640	2	202	1856,00	25,25	1881,25
464,00	101,00									
406,00	141,40	3306,00	424,20	8	2320	3	303	986,00	121,20	1107,20
435,00	126,25	7830,00	378,75	18	5220	3	303	2610,00	75,75	2685,75
348,00		2088,00		6	1740			348,00		348,00
362,50		2175,00		6	1740			435,00		435,00
348,00	101,00	348,00	101,00	1	290	1	101	58,00		58,00
377,00		377,00		1	290			87,00		87,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
377,00		377,00		1	290			87,00		87,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
310,00		319,00		1	290			29,00		29,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
377,00		754,00		2	580			174,00		174,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
319,00		319,00		1	290			29,00		29,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
362,50		362,50		1	290			72,50		72,50
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
362,50		362,50		1	290			72,50		72,50
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
406,00		406,00		1	290			116,00		116,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
406,00		812,00		2	580			232,00		232,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00

Schul-Gemeinden	Anzahl der Stellen an den öffentlichen Volksschulen für					Die Alterszulagen werden gewährt für				Unter Zugrundelegung der Mindestsätze von 100 M. bezw. 80 M. als Mindestsätze der Alterszulagen ergeben sich Einheiten für die		Der Ausgabe- bedarf beträgt für die		Mitteln entfallen auf je eine der in den Spalten 10 11 angegebenen Einheiten	
	Rektoren bezw. Ganzlehrer	Lehrer	wissenschaftl. Lehrerinnen	technische Lehrerinnen	Rektoren bezw. Ganzlehrer	Lehrer	wissenschaftl. Lehrerinnen	technische Lehrerinnen	mit Matrik.	Lehrer stellen	Lehrerinnen stellen	M.	M.	Matrik.	Matrik.
Völkentisch		1				120				1,2					
Wankmuh		1				120				1,2					
Wankfeld		1				120				1,2					
Wöblich		1				120				1,2					
Woor		1				120				1,2					
Wüggendorf		1				130				1,3					
Neßow		1				125				1,25					
Neuhausen		1				120				1,2					
Nigow		2				130				2,6					
Pinnow		1				120				1,2					
Poslin		1				110				1,1					
Prötilin		1				120				1,2					
Rambow b. Bob.		2				120				2,4					
Roddahn		1				120				1,2					
Rühstädt		1				130				1,3					
Sagaß		1				120				1,2					
Strehlen		1				115				1,15					
Taden		1				125				1,25					
Toppel		1				110				1,1					
Uenze		1				120				1,2					
Wiesede		1				120				1,2					
Weisen		1				120				1,2					
Wenidorf		1				120				1,2					
Die übrigen Gemeinden mit 100 M.		75				100				75,0					
Summa Kreis West- prignitz	1	183	8	1						217,65	11,2				

Die 75 zusammengefaßten Gemeinden sind folgende:

Abtendorf, Baarz, Bälom, Bendelin, Bernheide, Blüthen, Groß-Breesse, Klein-Breesse, Groß-Duchholz, Grube, Gulow, Guldorf, Hohenvier, Hülsebeck, Jagel, Kleinow, Kiege (2 Stellen), Krampfer, Kreuzburg, Mesekow, Milow, Motrich, Nausdorf, Nebelin, Pirow, Prenslin, Dutzgöbel (2 Stellen), Dutzow, Rambow b./Rl., Seddin, Seedorf, Seeg, Söllenthin, Spiegelhagen, Stavenow, Steersow, Südkow, Wehlgaß, Verbis, Warnow,

XI. Kreis

Alt-Muppin	6				120					7,2					
Rheinsberg	6	1			120	100				7,2	1,25				
Neustadt	4				120					4,8					
Büßerhausen	8				120					9,6					
Gransee	11			1	140		80			15,4	1,0				
Lindow	6				120					7,2					
Bechlin	2				120					2,4					
Camppehl	1				120					1,2					
Darzig	1				120					1,2					
Dessow	1				120					1,2					
Dreeß	3				120					3,6					
Frankendorf	1				120					1,2					
Ganger	1				120					1,2					

Es eintreffen ferner auf je eine der in den Spalten 2 und 3 4 und 5 angegebenen Stellen		Nach den Spalten 10 bzw. 11 und 14 bzw. 15 vertheilt sich der Ausgabebestand auf die Gemeinden für Lehrer Lehrerinnen		Hierauf kommen die staatlichen Allerunterhaltungsbeiträge bis zur Höchstzahl von 25 Stellen in jeder Gemeinde in Berechnung. Nur für Lehrer Stellen Staat Lehrerinnen Stellen Staat				Die Gemeinden haben somit allein aufzubringen für Lehrer (Sp. 18-21) Lehrerinnen (Sp. 19-23) zusammen (Sp. 24 und 25)		
St.	St.	mit Staat		Lehrer Stellen	Staat	Lehrerinnen Stellen	Staat	Staat	Lehrerinnen	zusammen
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
377,00		377,00		1	290			87,00		87,00
362,50		362,50		1	290			72,50		72,50
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
377,00		754,00		2	580			174,00		174,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
319,00		319,00		1	290			29,00		29,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
377,00		377,00		1	290			87,00		87,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
333,50		333,50		1	290			43,50		43,50
362,50		362,50		1	290			72,50		72,50
319,00		319,00		1	290			29,00		29,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
290,00		21750,00		75	21750					
		63118,50	1131,20	184	53360	9	909	9758,50	222,20	9980,70

Burghagen, Damerow, Dargardt, Garlin, Garsedow, Gnersdorf, Görnis, Groß-Gottschow, Klein-Gottschow, Kribbe, Kuhlauf Laaslich, Lenzerflge, Groß-Linde, Groß-Lüben (2 Stellen), Klein-Lüben, Lübyow, Lütgendorf, Madenjin (2 Stellen), Nees, Regin, Rohlsdorf, Rosenhagen, Sargleben, Schilde, Schönsfeld, Schweinehofen, Groß-Werjin, Groß-Woos (2 Stellen), Wustrow.

Ruppın.

348,00		2088,00		6	1740			348,00		348,00
348,00	126,25	2088,00	126,25	6	1740	1	101	348,00	25,25	373,25
348,00		1392,00		4	1160			232,00		232,00
348,00		2784,00		8	2320			464,00		464,00
406,00	101,00	4466,00	101,00	11	3190	1	101	1276,00		1276,00
348,00		2088,00		6	1740			348,00		348,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		1044,00		3	870			174,00		174,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00

Schul-Gemeinden	Anzahl der Stellen an den öffentlichen Volksschulen für					Die Alterszulagen werden gewährt für				Unter Angerubelegung der Mindestsätze vom 100 M. bzw. 80 M.		Der Ausgabebedarf beträgt für die		Mitteln einkommen auf je eine der in den Spalten 10 und 11 angegebenen Stätten	
	Rektoren bzw. Hauptlehrer	Lehrer	Hilfslehrer	Lehrerinnen	Technische Lehrerinnen	Rektoren bzw. Hauptlehrer	Lehrer	Hilfslehrer	Lehrerinnen	Technische Lehrerinnen	Lehrer	Hilfslehrer	Lehrerinnen	M.	M.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Bartow			1				120			1,2					
Guten-Germendorf			1				120			1,2					
Gottberg			1				130			1,3					
Grüneberg			2				130			2,6					
Hohenofen			2				120			2,4					
Hoppenrade			1				120			1,2					
Körig			4				130			5,2					
Krangen			1				120			1,2					
Käpfow			1				125			1,25					
Pöwenberg i./M.			3				110			3,3					
Manter			2				120			2,4					
Megelshin			1				150			1,5					
Molsow			1				120			1,2					
Groß-Muß]			1				120			1,2					
Nackel			1				140			1,4					
Segeles			1				120			1,2					
Sieversdorf			3				120			3,6					
Teschendorf			2				120			2,4					
Vielitz			1				125			1,25					
Walchow			1				120			1,2					
Wilbberg			3				120			3,6					
Wulkow			1				120			1,2					
Wuges			1				110			1,1					
Die übrigen Gemeinden mit 100 M.			95				100			95,0					
Summa Kreis Ruppin			182	1	1					202,5		2,25			

Die 95 zusammengefaßten Gemeinden sind folgende:

Banzendorf, Barßow, Bassdorf, Barßigsdorf, Baumgarten, Bantzenberg, Braunsberg, Brunn, (2 Stellen), Alt-Friesack, Garz, Alt-Garz, Giesendorf, Glambitz, Gühlen-Plenitz, Alt-Globow, Neu-Globow, Kersin, Klosterheide, Königsdorf, Köpenbrück, Kraatz, Krenzin, Küdow, Pangen (2 Stellen), Pehlin, Pichten, Nietwerder, Pfalzheim, Plänitz, Progen, Rabensleben, Rägeln, Rauschendorf, Rönnebeck, Rohrlach, Rübehorst, Storbeck, Strubbensee, Trammitz, Treskow, Vielitz, Walcken (2 Stellen), Wedder, Groß-Waltersdorf,

XII. Kreis

Mittenwalde	7	2	150	100	10,5	2,5
Teltow	7	1	160	128	11,2	1,6
Teupitz	2		120		2,4	
Trebbin	9	2	150	100	13,5	2,5
Tossen	9	2	160	100	14,4	2,5
Groß-Deeren	4		120		4,8	
Bohnsdorf	1		150		1,5	
Buckow	3		150		4,5	
Callinchen	2		120		2,4	
Clausdorf	3		120		3,6	
Gummersdorf	2		120		2,4	
Diebersdorf	2		120		2,4	

Die Gemeinden haben somit allein aufzubringen		Die Gemeinden haben somit allein aufzubringen		Die Gemeinden haben somit allein aufzubringen		Die Gemeinden haben somit allein aufzubringen		Die Gemeinden haben somit allein aufzubringen		Die Gemeinden haben somit allein aufzubringen	
zusammen (Sp. 24 und 25)		zusammen (Sp. 24 und 25)		zusammen (Sp. 24 und 25)		zusammen (Sp. 24 und 25)		zusammen (Sp. 24 und 25)		zusammen (Sp. 24 und 25)	
Lehrer (Sp. 18-21)		Lehrerinnen (Sp. 19-23)		Lehrer (Sp. 18-21)		Lehrerinnen (Sp. 19-23)		Lehrer (Sp. 18-21)		Lehrerinnen (Sp. 19-23)	
Markt		Markt		Markt		Markt		Markt		Markt	
16		17		18		19		20		21	
22		23		24		25		26		27	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
377,00		377,00		1	290			87,00		87,00	
377,00		754,00		2	580			174,00		174,00	
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
377,00		1508,00		4	1160			348,00		348,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
362,50		362,50		1	290			72,50		72,50	
319,00		957,00		3	870			87,00		87,00	
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00	
435,00		435,00		1	290			145,00		145,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
406,00		406,00		1	290			116,00		116,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		1044,00		3	870			174,00		174,00	
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00	
362,50		362,50		1	290			72,50		72,50	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
348,00		1044,00		3	870			174,00		174,00	
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00	
319,00		319,00		1	290			29,00		29,00	
290,00		27550,00		95	27550			—		—	
58725,00		227,25		182		52780		2		202	
5945,00		25,25		5970,25							

Duberow, Dübrow, Durow, Buskow, Rantow, Klebeische-Häuser, Dabergow, Dierberg, Dollgow, Friedrichsdorf, Gnewikow, Grieben, Heinrichsdorf, Herzberg (2 Stellen), Hinderberg, Kagar, Karwe, Katerbow, Kellberg, Linde, Linow, Pögow, Neu-Pögow, Ludwigsaue, Rühsteb, Rühsteb (2 Stellen), Rrenz, Rreseberg, Rühnisch, Schönberg, Schönermark, Schulzendorf, Schwanow, Seebach, Sonnenberg, Spiegelberg, Stöfzin, Wustran (2 Stellen), Wuthenow, Zechow, Groß-Zirllang, Zernikow, Zühlen (2 Stellen).

Teltow.

435,00	126,25	3045,00	252,50	7	2030	2	202	1015,00	50,50	1065,50
464,00	161,60	3248,00	161,60	7	2030	1	101	1218,00	60,60	1278,60
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
435,00	126,25	3915,00	252,50	9	2610	2	202	1305,00	50,50	1355,50
464,00	126,25	4176,00	252,50	9	2610	2	202	1566,00	50,50	1616,50
348,00		1392,00		4	1160			232,00		232,00
435,00		435,00		1	290			145,00		145,00
435,00		1305,00		3	870			435,00		435,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
348,00		1044,00		3	870			174,00		174,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00

Schul-Gemeinden	Anzahl der Stellen an den öffentlichen Volksschulen für					Die Alterszulagen werden gewährt für				Unter Zugrundelegung der Einkünfte von 100 M. bzw. 80 M. als Einkünfte der Alterszulagen ergeben sich Einheiten für die		Der Ausgabe- bedarf beträgt für die		Stützen entfallen auf je eine der in den Spalten 10 11 angegebenen Einheiten	
	Lehrerinnen hauptberuflich	Lehrer	Lehrerinnen hilfsberuflich	Lehrerinnen technische	Lehrerinnen	Lehrerinnen hauptberuflich	Lehrer	Lehrerinnen hilfsberuflich	Lehrerinnen technische	Lehrerinnen	Lehrerinnen hauptberuflich	Lehrer	Lehrerinnen hilfsberuflich	Lehrerinnen technische	Lehrerinnen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
Drewitz		2				120				2,4					
Eichwalde		2				160				3,2					
Friedenau		15	7	1		200	110	100		30,0			19,625		
Glienick b./3.		2				120				2,4			1,25		
Alt-Glienick		9	3			200	100			18,0			3,75		
Klein-Glienick		2				200				4,0					
Grünau		6				200				12,0					
Grunewald		2	1			200	150			4,0			1,875		
Halbe		3				120				3,6					
Hohrlehme		1				160				1,6					
Johannisthal		8	1			200	120			16,0			1,5		
Gr. Körsig		2				120				2,4					
	1					225				2,25					
Rantow	1	7	2			220	200	120		14,0			3,0		
Richtenrabe		2				120				2,4					
Gr. Rahnnow		2				120				2,4					
Al. Rahnnow		2				140				2,8					
Mariendorf		10	4			200	100			20,0			5,0		
Mariensfelde		4	1			180	140			7,2			1,75		
Mozen		2				120				2,4					
Neuendorf b. Potsdam		10	4			200	100			20,0			5,0		
Nicolshof		1				160				1,6					
Ragow		2				120				2,4					
Rudow		4				150				6,0					
Ruhlsdorf		2				120				2,4					
Schenkendorf b./Königs-															
Wusterhausen		3				120				3,6					
Schmargendorf		9	1			200	120			18,0			1,5		
Schmöwitz		1				140				1,4					
Schönefeld		2				140				2,8					
Schöneiche		2				120				2,4					
Nieder-Schönweide		7	1			200	160			14,0			2,0		
G.-Schulzendorf		2				120				2,4					
Selchow		2				120				2,4					
Senzig		2				120				2,4					
Sperenberg		4				130				5,2					
Tempelhof		20	5			200	130			40,0			8,125		
Töpchin		3				120				3,6					
													2,0		
Treptow		10	1	1		200	160	100		20,0			1,25		
Waltersdorf		2				120				2,4					
										2,4					
Wannsee	1	5	2			240	200	150		10,0			3,75		
Wilbau		2				160				3,2					

Es entfallen ferner auf je eine der in den Spalten 2 und 3 4 und 5 angegebenen Stellen		Nach den Spalten 10 bzw. 11 und 14 bzw. 15 vertheilt sich der Ausgabebedarf auf die Gemeinden für Lehrer Lehrerinnen		Hierauf kommen die staatlichen Alterszulagenbeträge bis zur Höchstzahl von 25 Stellen in jeder Gemeinde in Rechnung. Also für				Die Gemeinden haben somit allein aufzubringen		
St. St.		mit St. St.		Lehrer Stellen	St. St.	Lehrerinnen Stellen	St. St.	für Lehrer (Sp. 18—21)	für Lehrerinnen (Sp. 19—23)	zusammen (Sp. 24 und 25)
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
464,00		928,00		2	580			348,00		348,00
580,00	138,87	8700,00	1098,34	15	4350	8	808	4350,00	290,34	4640,34
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
580,00	126,25	5220,00	378,75	9	2610	3	303	2610,00	75,75	2685,75
580,00		1160,00		2	580			580,00		580,00
580,00		3480,00		6	1740			1740,00		1740,00
580,00	189,37	1160,00	189,37	2	580	1	101	580,00	88,37	668,37
348,00		1044,00		3	870			174,00		174,00
464,00		464,00		1	290			174,00		174,00
580,00	151,50	4640,00	151,50	8	2320	1	101	2320,00	50,50	2370,50
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
652,50										
638,00										
580,00	151,50	5350,50	303,00	9	2610	2	202	2740,50	101,00	2841,50
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
406,00		812,00		2	580			232,00		232,00
580,00	126,25	5800,00	505,00	10	2900	4	404	2900,00	101,00	3001,00
522,00	176,75	2088,00	176,75	4	1160	1	101	928,00	75,75	1003,75
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
580,00	126,25	5800,00	505,00	10	2900	4	404	2900,00	101,00	3001,00
464,00		464,00		1	290			174,00		174,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
435,00		1740,00		4	1160			580,00		580,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
348,00		1044,00		3	870			174,00		174,00
580,00	151,50	5220,00	151,50	9	2610	1	101	2610,00	50,50	2660,50
406,00		406,00		1	290			116,00		116,00
406,00		812,00		2	580			232,00		232,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
580,00	2,00	4060,00	202,00	7	2030	1	101	2030,00	101,00	2131,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
377,00		1508,00		4	1160			348,00		348,00
580,00	164,12	11600,00	820,60	20	5800	5	505	5800,00	315,60	6115,60
348,00		1044,00		3	870			174,00		174,00
580,00	202,00	5800,00	328,25	10	2900	2	202	2900,00	126,25	3026,25
348,00	126,25	696,00		2	580			116,00		116,00
696,00										
580,00	189,37	3596,00	378,74	6	1740	2	202	1856,00	176,74	2032,74
464,00		928,00		2	580			348,00		348,00

Schul-Gemeinden	Anzahl der Stellen an den öffentlichen Volksschulen für					Die Alterszulagen werden gewährt für				Unter Zugrundelegung der Mindestsätze von 100 M. bzw. 80 M. als Mindestsätze der Alterszulagen ergeben sich Einheiten für die		Der Ausgabe- bedarf beträgt für die		Stützen enthalten auf je eine der in den Spalten 10 11 angegebenen Einheiten	
	Lehrern bzw. Hauptlehrer	Lehrer	wissenschaftl. Lehrerinnen	technische Lehrerinnen	Lehrern bzw. Hauptlehrer	Lehrer	wissenschaftl. Lehrerinnen	technische Lehrerinnen		Lehrer- stellen	Lehrer- stellen	M.	M.	Stütze	Stütze
1	2	3	4	5	6	7	8	9		10	11	12	13	14	15
Bünsdorf		2				120				2,4					
Königs-Wusterhausen		5	2			160	130			8,0	3,25				
										2,4					
Zehlendorf	1	13	3	1	240	200	110			26,0	5,5				
Zeuthen		2				160				3,2					
Gr. Ziethen		2				120				2,4					
Die übrigen Gemeinden mit je 1 Stelle und 120 M. ¹⁾		73				120				87,6					
Summe Kreis Teltow	4	326	45	3						529,45	69,225				

Die 73 zusammengefaßten Gemeinden sind folgende:

Abrensdorf, Klein-Beeren, Großbeesen, Kleinbeesen, Großbeuthen, Blankensfelde, Brunsdorf, Christinen-Glasow, Gräbendorf, Groeben, Gütergos, Gussow, Heinersdorf, Jachnabrück, Jühnsdorf, Jütchenhof, Kerzen-Mellen, Miersdorf, Müggelsheim, Neuendorf bei Teup., Neuendorf b. Trebb., Fern-Neuendorf, Nächst-Neuendorf, b./Gr.-Beeren, Vorwerk Schenkendorf, Schönweide, Schinow, Schulzendorf, Klein-Schulzendorf, Schwerin, Weißhof, Deutsch-Wusterhausen, Zersen, Zehrendorf, Zernsdorf.

XIII. Kreis

Lyden		8				140				11,2					
Templin		15	1			150	110			22,5	1,375				
Zehdenick mit Dammhaff u. Amtsfreiheit Camp		20	3			140	100			28,0	3,75				
Badingen		1				120				1,2					
Boygerburg		2				120				2,4					
Cappe		1				120				1,2					
Fließ		1				130				1,3					
Gerswalde		3				120				3,6					
Häfleben		1				120				1,2					
Kaackebitz		1				110				1,1					
Liebenberg		1				120				1,2					
Mildenberg		1				120				1,2					
Mittenwalde		1				120				1,2					
Poratz		1				120				1,2					
Ringewalde		1				120				1,2					
Alt-Temmen		1				110				1,1					
Wichmannsdorf		2				120				2,4					
Die übrigen Gemeinden mit 100 M.		76				100				76,0					
Summe Kreis Templin		137	4							159,2	5,125				

Die 76 zusammengefaßten Gemeinden sind folgende:

Abrensdorf, Annenwalde, Arnimshain, Beers, Bergsdorf, Bertholz, Beutel, Brederiche (3 Stellen), Döhlen (2 Stellen), Falkenthal (2 Stellen), Fergis, Groß-Friedenwalde, Friedensfelde, Funkenhagen, Ganderis (2 Stellen), Hindenburg, Jacobshagen, Krohnhorst, Kröschendorf, Kuhz, Marienthal (2 Stellen), Miegelsch, Regow, Ribbeck, Röddelin, Rosenow, Rutenberg, Siegelitz, Storkow (2 Stellen), Strehlow, Tangerndorf, Thomsdorf,

¹⁾ Für jede der 73 Gemeinden 58,00 M.

Es entfallen ferner auf je eine der in den Spalten 2 und 3 4 und 5 angegebenen Stellen		Nach den Spalten 10 bzw. 11 und 14 bzw. 15 verteilt sich der Ausgabebedarf auf die Gemeinden für Lehrer Lehrerinnen		Hierauf kommen die staatlichen Mehrzuflassungsbeträge bis zur Höchstzahl von 25 Stellen in jeder Gemeinde in Anrechnung. Also für				Die Gemeinden haben somit allein aufzubringen		zusammen (Sp. 24 und 25)
St.	St.	mit St.		Lehrer Stellen	St.	Lehrerinnen Stellen	St.	Lehrer (Sp. 18—21)	Lehrerinnen (Sp. 19—23)	
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
464,00	164,12	2320,00	328,24	5	1450	2	202	870,00	126,24	996,24
696,00										
580,00	138,87	8236,00	555,48	14	4060	4	404	4176,00	151,48	4327,48
464,00		928,00		2	580			348,00		348,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
348,00		25404,00		73	21170			4234,00		4234,00
		153540,50	6991,62	330	95700	48	4848	57840,50	2143,62	59984,12

dorf, Kliebow, Dabendorf, Dahlowitz, Dergischow, Eggendorf, Fahlhork, Freidorf, Gabsdorf, Gallun, Genshagen, dorf, Kiebusch, Groß-Kienitz, Klein-Kienitz, Klein-Rohr, Krummensee, Lötzen, Löwenbruch, Lüdersdorf, Mahlow, Neuhof b./Jossen, Rudow, Ransdorf, Räs, Philippsthal, Rangsdorf, Rehagen, Regis, Saalow, Schenkendorf, Siechen, Sputendorf b./Telt., Staakow, Telt., Thyrow, Tornow, Wasmannsdorf, Wend.-Wilmsdorf,

Templin.

406,00		3248,00		8	2320			928,00		928,00
435,00	138,87	6525,00	138,87	15	4350	1	101	2175,00	37,87	2212,87
406,00	126,25	8120,00	378,75	20	5800	3	303	2320,00	75,75	2395,75
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
377,00		377,00		1	290			87,00		87,00
348,00		1044,00		3	870			174,00		174,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
319,00		319,00		1	290			29,00		29,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
319,00		319,00		1	290			29,00		29,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
290,00		22040,00		76	22040					
		46168,00	517,62	137	39730	4	404	6438,00	113,62	6551,62

Brüsenwalde, Buchholz, Klausshagen, Klosterwalde, Cremelin, Kurtschlag, Küstrinchen, Dargersdorf, Densow, Groß- (2 Stellen), Gollin, Brunenwald (2 Stellen), Hammelspring, Hardenbeck (2 Stellen), Herzfelde, Himmelsport, Wilmsdorf, Klein-Nuß, Naugarten, Neuhof, Parnen, Petershof, Pignitz, Pinnow, Poglitz, Ravensbrück, Alt-Thymen, Groß-Wäter, Vietmannsdorf, Warthe (2 Stellen), Weggun, Wesendorf, Zabelsdorf, Zoogen.

Schul-Gemeinden	Anzahl der Stellen an den öffentlichen Volkschulen für				Die Alterszulagen werden gewährt für				Unter Zugrundelegung der Mindestsätze von 100 M. bzw. 80 M. als Mindestsätze der Alterszulagen ergeben sich Einheiten für die		Der Ausgabe- bedarf beträgt für die		Stützen entfallen auf je eine der in den Spalten 10 11 angegebenen Einheiten	
	Mestoren bzw. Hauptlehrer	Lehrer	wissenschaftl. Lehrerinnen	technische Lehrerinnen	Mestoren bzw. Hauptlehrer	Lehrer	wissenschaftl. Lehrerinnen	technische Lehrerinnen	Lehrer- stellen	Lehrer- stellen	M.	M.	M.	M.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.

XIV. Kreis

Beelitz		10	1		140	112			14,0	1,4				
Belzig	1	9			165	150			1,65					
Brück		4				150			13,5					
Niemegß		7				120	90		6,0					
Treuenbriegen		16				140			8,4					
									22,4					
Werder	1	20	3		175	160	90		1,75					
Wais		1				130			32,0	3,375				
Borne		1				130			1,3					
Brachwitz		1				120			1,3					
Gammer		2				120			1,2					
Caputh		6				140			2,4					
Deß		3				140			8,4					
Glindow		9	1			120	100		4,2					
Göhlisdorf		2				120			10,8	1,25				
Göh		2				130			2,4					
Kleppzig		1				110			2,6					
Krahne		1				120			1,1					
Gr. Kreuz		2				120			1,2					
Lehnin		8				120			2,4					
Lütke		2				110			9,6					
Medewitz		2				120			2,2					
Niebel		1				120			2,4					
Pegow		1				120			1,2					
Phöben		1				120			1,2					
Plösch		1				120			1,2					
Prügke		1				120			1,2					
Rottfod		1				120			1,2					
Schmerzke		1				120			1,2					
Wiesenburg		2				125			2,5					
Die übrigen Gemeinden mit 100 M.		111				100			111,0					
Summe Kreis Zauch- Belzig	2	229	5						275,1	6,025				

Die 111 zusammengefaßten Gemeinden sind folgende:

Denken, Bergholz (2 Stellen), Briesendorf, Buchow, Deutsch-Bork, Wendisch-Bork, Vohsdorf, Groß-Dippmannsdorf, Elsholz, Fersch, Frederisdorf, Frähsdorf, Freienthal, Garrey, Klein-Glien, Gdmnigk, Götlin, Kärzin, Kranepuhl, Krielow, Neu-Langerwisch, Linthe, Lobbesee, Loschke, Lübnitz (2 Stellen), Mügdorf, Nahwitz (2 Stellen), Neßholz, Nezen (2 Stellen), Neuendorf b. M., Neuendorf b. Br., Nicol, Schmergow (3 Stellen), Rädigke, Ragösen (2 Stellen), Rähsdorf, Redahn, Reeg (2 Stellen), Reckerhütten, Seddin, Stücken, Alt-Töplitz, Neu-Töplitz, Tremsdorf, Trebig, Trechwig, Hohenwerbig, Niederwerbig, Wilden-

Es entfallen jeweils auf je eine der in den Spalten 2 und 3, 4 und 5 angegebenen Stellen		Nach den Spalten 10 bezw. 11 und 14 bezw. 15 vertheilt sich der Ausgabebedarf auf die Gemeinden für Lehrer Lehrpersonen		Hierauf kommen die staatlichen Alterszulagebeiträge bis zur Höchstzahl von 25 Stellen in jeder Gemeinde in Berechnung. Also für				Die Gemeinden haben somit allein aufzubringen		
		mit Markt		Lehrer stellen	Markt	Lehrpersonen stellen	Markt	für Lehrer (Sp. 18-21)	für Lehrpersonen (Sp. 19-23)	zusammen (Sp. 24 und 25)
St.	St.							Markt		Markt
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
Jauch-Bezirk.										
406,00	141,40	4060,00	141,40	10	2900	1	101	1160,00	40,40	1200,40
478,50										
435,00		4393,50		10	2900			1493,50		1493,50
435,00		1740,00		4	1160			580,00		580,00
348,00	113,62	2436,00		7	2030			406,00		406,00
406,00		4396,00		16	4640			1856,00		1856,00
507,50										
464,00	113,62	9787,50	340,86	21	16090	3	303	3697,50	37,86	3735,36
377,00		377,00		1	290			87,00		87,00
377,00		377,00		1	290			87,00		87,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
406,00		2436,00		6	1740			696,00		696,00
406,00		1218,00		3	870			348,00		348,00
348,00	126,25	3132,00	126,25	9	2610	1	101	522,00	25,25	547,25
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
377,00		754,00		2	580			174,00		174,00
319,00		319,00		1	290			29,00		29,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
348,00		2784,00		8	2320			464,00		464,00
319,00		638,00		2	580			58,00		58,00
348,00		696,00		2	580			116,00		116,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
348,00		348,00		1	290			58,00		58,00
362,50		725,00		2	580			145,00		145,00
290,00		32190,00		111	32190					
		79779,00	608,51	231	66990	5	505	12789,00	103,51	12892,51

Briesen, Buchholz b./B., Buchholz b./Lr., Kanin, Damelang, Damsdorf, Dahnsdorf, Derwitz, Dietersdorf, Gollwitz, Gollzow (2 Stellen), Grebs, Grubow, Haseloff, Jaserig b./B., Jaserig b./Lr., Rähnsdorf, Remnig, Rüdenhof, Rühendorf, Rüsse, Groß-Marzahn, Michelsdorf (2 Stellen), Michendorf (2 Stellen), Mörz, Pernitz, Pleßow, Preußnitz, Raben, Radel (2 Stellen), Salzbrunn, Schäpe, Schlalack, Schlamau, Schlunsendorf, Reppinden, Rieben, Riez b./Lr., Riez b./Lr., Saarmund (2 Stellen), Schnefeld, Schwanebeck, Schwina, Truch, Wilhelmsdorf, Wittbrüggen (2 Stellen), Wust, Jauchwitz, Zeuden.

Schul-Gemeinden	Anzahl der Stellen an den öffentlichen Volksschulen für				Die Alterszulagen werden gewährt für				Unter Zugrundelegung der Mindestsätze (100 M. bzw. 80 M.) als Mindestsätze der Alterszulagen ergeben sich Einheiten für		Der Ausgabebedarf beträgt für die		Mithin entfallen auf je eine der in den Spalten	
	Rektoren bzw. Hauptlehrer	Lehrer	wissenschaftl. Lehrerinnen	technische Lehrerinnen	Rektoren bzw. Hauptlehrer mit Markt	Lehrer wissenschaftl. Lehrerinnen	technische Lehrerinnen	Lehrer- stellen	Lehrer- innenstellen	Lehrer Markt	Lehrerinnen Markt	10	11	
	angegebenen Einheiten				M.	M.		M.	M.	M.	M.	M.	M.	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15

Zusammen

A. In Gemeinden mit

Summe A. | 21|1719|421| 70 | | | 3507,5 | 724,2125 |

B. In Gemeinden mit

Kreis:															
Angermünde	167	4	2					198,4	17,05						
Berckow-Storkow	113	3						122,75	3,6						
Oberbarnim	172	6						207,45	9,75						
Niederbarnim	316	19	3					469,7	31,625						
Osthavelland	178	11	1					237,25	15,625						
Westhavelland	118	3						140,0	3,7						
Prenzlau	127	2	1					143,10	3,5						
Jüterbog-Ludenwalde	148							170,4							
Ostprignitz	184	4						218,3	5,0						
Westprignitz	183	8	1					217,65	11,2						
Ruppin	182	1	1					202,5	2,25						
Teltow	4	326	45	3				529,45	69,225						
Templin	137	4						159,2	5,125						
Zauch-Bezig	2	229	5					275,1	6,025						
Summe B.	9 2582	117	12					3291,25	173,675						
Dazu Summe A.	21 1719 421 70							3507,5	724,2125						
Gesamtsumme	30 4301 538 82							6798,75	897,8875	1971507	90737	289,97	101,04		
	4331	620				oder rund		6798	898	2062244	290	101			

Bemerkung: Sofern in einer Ortschaft Rektoren und Lehrer die gleichen Alterszulagesätze erhalten, sind als die Lehrer, sind die ersten in Spalte 2 besonders aufgeführt.

Der nach Spalte 18 und 19 gegen Spalte 12 und 13 mehr verteilte Betrag ergibt sich aus der Ein etwa verbleibender Bestand gelangt im Rechnungsjahre 1904 zur Anrechnung.

Potsdam, den 1. Februar 1902.

Vorstehenden Verteilungsplan bringen wir mit Bezug auf § 8 des Gesetzes vom 3. März 1897 zur

Potsdam, den 3. Februar 1902.

Es entfallen ferner auf je eine der in den Spalten 2 und 3 4 und 5 angegebenen Stellen		Nach den Spalten 10 bezw. 11 und 14 bezw. 15 vertheilt sich der Ausgabebedarf auf die Gemeinden für Lehrer Lehrerinnen		Hierauf kommen die staatlichen Alterszulagenbeiträge bis zur Höchstzahl von 25 Stellen in jeder Gemeinde in Anrechnung. Also für				Die Gemeinden haben somit allein aufzubringen		
R.	R.	mit Rarf		Lehrer- stellen	Rarf	Lehrerinnen- stellen	Rarf	für		zusammen (Sp. 24 und 25)
								Lehrer (Sp. 18—21)	Lehrerinnen (Sp. 19—23)	
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26

Stellung.

mehr als 25 Stellen.

1017175,00	73144,37	552	160140	123	12363	857035,00	60781,37	917816,37
------------	----------	-----	--------	-----	-------	-----------	----------	-----------

weniger als 25 Stellen.

57536,00	712,05	167	48430	6	606	9106,00	106,05	9212,05
35597,50	363,60	114	33060	3	303	2537,50	60,60	2598,10
60160,50	984,74	172	49880	8	808	10280,50	176,74	10457,24
136213,00	3194,08	318	92220	22	2222	43993,00	972,08	44965,08
68802,50	1578,10	179	51910	12	1212	16892,50	366,10	17258,60
40600,00	373,70	118	34220	3	303	6380,00	70,70	6450,70
41499,00	353,50	127	36830	3	303	4669,00	50,50	4719,50
49416,00	—	148	42920	—	—	6496,00	—	6496,00
63307,00	505,00	184	53360	4	404	9947,00	101,00	10048,00
63118,50	1131,20	184	53360	9	909	9758,50	222,20	9980,70
58725,00	227,25	182	52780	2	202	5945,00	25,25	5970,25
153540,50	6991,62	330	95700	48	4848	57840,50	2143,62	59984,12
46168,00	517,62	137	39730	4	404	6438,00	113,62	6551,62
79779,00	608,51	231	66990	5	505	12789,00	103,51	12892,51
954462,50	17540,97	2591	751390	129	13029	203072,50	4511,97	207584,47
1017175,00	73144,37	552	160140	123	12363	857035,00	60781,37	917816,37
1971637,50	90685,34	3143	911530	252	25392	1060107,50	65293,34	1125400,84
2062322,84			936922					

die Direktoren in der Summe in Spalte 3 mitenthaltend. Nur da, wo die Direktoren höhere Alterszulagen beziehen, Abrundung der Summen in den Spalten 10 und 11 bezw. 14 und 15.

Königliche Regierung, Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

öffentlichen Kenntniß.

Königliche Regierung, Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 11.

Den 14. März

1902.

Inhalts-Verzeichnis. Inhalt von Stück 5 der Gesetz-Sammlung. S. 105. — Ablagentarif. S. 105. — Ausrechnung von Zinscheinen. S. 105. — Aus- und Fortbildung von Ganshaltungs- und Handarbeitsschreibern. S. 106. — Marktpreise. S. 107/9. — Führung von Arbeitsbüchern seitens der Schiffmannschaften. S. 108. — Gebrauch der „Tredezeug“ und „Nette“ genannten Fischereigeräte. S. 109. — Viehsuchen. S. 110. — Hygienische Prüfung der Baupläne für Schulbauten. S. 110. — Fußbeschlagermeister. S. 111. — Marktpreise. S. 110/11. — Plan zur dauernden Beschränkung eines Grundstücks. S. 110. — Beschäftigungszeit im Handelsgerichte. S. 112. — Pachtverkehr während der Osterzeit. S. 113. — Gemeindefälle für Fernsprechstellen. S. 113. — Rohrpost-Fahrtverträge. S. 113. — Erweiterung des Fernsprechverkehrs. S. 113. — Biarristellererledigungen. S. 113. — Staatsbahn-Tariftarif. S. 113. — Kommunalbezirksveränderungen. S. 113. — Reglements für die Provinzial-Schul- und Erziehungsanstalt zu Strassberg und zur Fürsorgeerziehung Minderjähriger. S. 114. — Wochenmarktarordnung in Charlottenburg. S. 114. — Personal-Chronik. S. 114. — Ausweisungen aus Preußen. S. 114. — Ausweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiete. S. 115. — 2 Sonderbeilagen.

Gesetz-Sammlung
für die Königl. Preussischen Staaten.
(Stück 5.) Nr. 10323. Verfügung des Justizministers,
betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen
Theil der Bezirke der Amtsgerichte Hachenburg,
Limburg a. L., Radesheim, Uffingen und Wies-
baden. Vom 13. Februar 1902.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

12. Tarif
für die Benutzung der Ablagen der Stadtgemeinde Templin.
Es ist zu zahlen:

- I. an Schiffs-Liegegeld**
von jedem anlegenden Fahrzeuge
- 1) sofern nach Ziffer II. Lagergeld zur Erhebung kommt, für jeden Zeitraum von 10 Tagen der Liegezeit 50 Pf.
 - 2) im anderen Falle für jeden Zeitraum von 10 Tagen der Liegezeit 2 M.

II. an Lagergeld
von Gütern, welche nach der Ausladung aus dem Schiff oder vor der Einladung in das Schiff länger als 24 Werktagstunden auf den Ablagen lagern, für jeden folgenden Zeitraum von drei Monaten und zwar:

- 1) von Rohr für je 100 Bunde 15 Pf.
- 2) „ Bühnenbusch (Reisern), Brennholz (Kloben, Rollen, Knüppeln), Bruch- und Feldsteinen für je 1 cbm 5 „
- 3) „ Mauersteinen für je 1000 Stück 15 „
- 4) „ Dach- u. Hohlsteinen für je 1000 Stück 10 „
- 5) „ Bau- und Rundhölzern für je 1 Stück 10 „
- 6) „ Faschinen für je 100 Bunde 10 „
- 7) „ sonstigen Gütern für das Quadratmeter belegter Fläche 5 „

Zusätzliche Bestimmung.

Bruchtheile der Tarifeinheiten werden bei der Abgabeberechnung für voll gerechnet.

Befreiungen.

Fahrzeuge und Güter, welche dem Könige, dem Preussischen Staat oder dem Deutschen Reiche gehören oder ausschließlich für deren Rechnung befördert werden, sind von den Abgaben unter I. und II. befreit.

Dieser Tarif tritt an Stelle des bisherigen am vierzehnten Tage nach dem Tage seiner ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

Berlin, den 17. Februar 1902.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

Der Finanzminister.

Bekanntmachungen der Reichsschuldenverwaltung.

Ausrechnung von Zinscheinen.

1. Die Zinscheine Reihe III. Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der 3 1/2 v. m. 4 %igen Deutschen Reichsanleihe von 1892 und zu den Schuldverschreibungen der 3 1/2 %igen Deutschen Reichsanleihe von 1892. 1894 über die Zinsen für die zehn Jahre vom 1. April 1902 bis 31. März 1912 nebst den Erneuerungsscheinen für die folgende Reihe werden von der Königlich Preussischen Kontrolle der Staatspapiere hier selbst, SW. 68 Oranienstraße 92/94 unten links, vom 10. März d. J. ab werktäglich von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags, mit Ausnahme der drei letzten Geschäftstage jedes Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine sind entweder bei der Kontrolle der Staatspapiere am Schalter in Empfang zu nehmen oder durch die Reichsbankhauptstellen, die Reichsbankstellen und die mit Kasseneinrichtung versehenen Reichs-

Banknebenstellen, sowie durch diejenigen Kaiserlichen Oberpostkassen, an deren Sitz sich eine der vorgedachten Bankanstalten nicht befindet, zu beziehen.

Wer die **Empfangnahme bei der Kontrolle der Staatspapiere** selbst wünscht, hat ihr persönlich oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Erneuerungsscheine (Zinscheinanweisungen) für jede Anleihe mit einem besonderen Verzeichniß zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda unentgeltlich zu haben sind. Sendet dem Einreicher eine nummerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

Durch die Post sind die Erneuerungsscheine an die Kontrolle der Staatspapiere nicht einzusenden.

Wer die Zinscheine durch eine der obengenannten Bankanstalten oder Oberpostkassen beziehen will, hat dieser Stelle die Erneuerungsscheine für jede Anleihe mit einem doppelten Verzeichniß einzureichen. Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Ausbändigung der Zinscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Ausreichungsstellen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn die Erneuerungsscheine abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Bankanstalten und Oberpostkassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 3. März 1902.

Reichsschuldenverwaltung.

Bekanntmachungen des Königlichen Regierungspräsidenten.

Neuer Lehrkurs zur Aus- und Fortbildung von Haushaltungs- und Handarbeitslehrerinnen.

69. Der günstige Verlauf und Erfolg der im vorigen Jahre unter Leitung des Herrn Kreis-Schulinspektors Esser in Neurode in Schlesien abgehaltenen Lehrkurse zur Aus- und Fortbildung von Haushaltungs- und Handarbeitslehrerinnen veranlaßt uns, unter Zustimmung des zuständigen Herrn Regierungspräsidenten auch in diesem Jahre wieder einen Kursus zur Aus- und Fortbildung von Haushaltungslehrerinnen in Neurode einzurichten, an welchen sich im Auftrage der Königlichen Regierung zu Breslau wieder ein Kursus zur Aus- und Fortbildung von Handarbeitslehrerinnen unmittelbar anschließen soll.

Der **Haushaltungskursus** wird acht Wochen dauern und am 7. April seinen Anfang nehmen. Lehrerinnen und Handarbeitslehrerinnen, die zugleich in den hauswirtschaftlichen Arbeiten nicht ungeübt sind, ferner Haushaltungslehrerinnen, die ohne schultechnische

Vorbildung nur auf Grund ihrer Erfahrungen in der Führung des Haushaltes zur Leitung von Haushaltungsschulen berufen wurden und sich in der Unterrichtsertheilung vervollkommen wollen, erscheinen zur Theilnahme besonders geeignet. Aber auch andere Damen, welche hierfür ausreichend veranlagt und mit dem erforderlichen Maße allgemeiner Bildung und hauswirtschaftlicher Kenntnisse ausgestattet sind, werden das Kursusziel recht wohl erreichen können. Dieses Ziel ist: die Lehrbefähigung für den Haushaltungsunterricht an Volksschulen sowie an solchen Haushaltungsschulen, die für Schülerinnen, welche der Schulpflicht bereits entwachsen sind, eingerichtet, sich einfachen Lebensverhältnissen anpassen.

Behörden, Vereine, Anstalten oder Fabrikherren, die für bereits vorhandene oder in Aussicht genommene Haushaltungsschulen geeignete Lehrkräfte aus dem eigenen Orte in kurzer Zeit und bei geringen Kosten heranzubilden lassen wollen, werden auf den Kursus besonders aufmerksam gemacht.

In einem theoretisch-wissenschaftlichen Theile werden der menschliche Körper und dessen Lebensbedürfnisse, ferner Nahrungsmittel-, Gesundheits- und Wirtschaftslehre, soweit sie das Familienleben betreffen und für jede Frau wissenschaftlich sind, sodann die Einrichtung von Haushaltungsschulen nebst Kostenanschlägen und Arbeitsplänen und endlich ein kurzer Abriss der Unterrichts- und Erziehungslehre zur Behandlung gelangen.

In einem methodologisch-praktischen Theile werden zweitens die Teilnehmerinnen in allen hauswirtschaftlichen Arbeiten geübt und an diesen praktischen Arbeiten zugleich in die rechte Art der Unterrichtsertheilung eingeführt werden. Dazu wird drittens die Neuoder Haushaltungsschule thunlichst oft besucht werden, um aus der Beobachtung eines gut geleiteten Unterrichts für die spätere eigene Unterrichtsertheilung möglichst großen Nutzen zu ziehen.

Der **Handarbeitskursus** soll sich, wie oben erwähnt, unmittelbar an den Haushaltungskursus anschließen, sechs Wochen dauern und am 2. Juni beginnen. Auch er hat eine befriedigende Vorbildung der Teilnehmerinnen in den verschiedenen weiblichen Handarbeiten zur Voraussetzung und nur die Aufgabe, den zum Kursus Zugelassenen ein gewisses Maß methodischen Wissens und die erforderliche Sicherheit im Unterrichten selbst zu vermitteln oder bereits in Thätigkeit befindliche Handarbeitslehrerinnen ohne besondere schülertechnische Vorbildung in der Unterrichtsertheilung fortzubilden. Wenn es auch nicht ausgeschlossen erscheint, daß besonders befähigte und in den weiblichen Handarbeiten sehr geübte Damen mit Hilfe dieses theoretischen und methodologisch-praktischen Kursus bei großem eigenen Fleiße dazu gelangen können, sich mit Erfolg einer staatlichen Prüfung zu unterziehen und dadurch die Berechtigung zu einer definitiven Anstellung als vollbeschäftigte Handarbeitslehrerinnen in größeren Schulsystemen zu erwerben, so können dies bei der so kurzen Dauer dieses Kursus und bei den erhöhten An-

fordernungen, welche an staatlich zu prüfende Handarbeitslehrerinnen gestellt werden, naturgemäß nur ganz vereinzelte Ausnahmefälle sein; der eigentliche Zweck dieses sechswoöchigen Kurses wird nur die Aus- bzw. Fortbildung von Handarbeitslehrerinnen für ländliche oder einfache städtische Volksschulsysteme sein können.

Auch der Handarbeitskursus wird sich in einen jedoch nur auf das Notwendigste zu beschränkenden theoretisch-wissenschaftlichen und einen methodologisch-praktischen Theil gliedern und durch öfteren Besuch des Handarbeitsunterrichts an den Neuroder Volksschulen belebt werden. Er ist einerseits für die Teilnehmerinnen am Haushaltungskursus bestimmt, um diesen im Interesse ihres Fortkommens neben ihrer Ausbildung im Haushaltungsunterrichte auch die Ausbildung als Handarbeitslehrerinnen zu ermöglichen. Außerdem soll er auch jeder Dame, die, ohne am Haushaltungskursus theilzunehmen, sich nur die Befähigung zur Ertheilung des Handarbeitsunterrichts erwerben will, offen stehen.

Theilnahmebedingungen: Da beide Kurse in der Hauptsache aus Vereins- oder Staatsmitteln unterhalten werden, wird ein besonderes Unterrichts-Honorar nicht erhoben. Nur ist zur Deckung des nicht unbeträchtlichen Verbrauches von Materialien aller Art ein Materialgeld von wöchentlich zwei Mark zu entrichten. Pensionen in guten Bürgerfamilien sind zum Preise von 110 Mark für den sechswoöchigen Haushaltungskursus und von 85 Mark für den sechswoöchigen Handarbeitskursus in ausreichender Menge zu haben. Einem Theil der Kursistinnen werden voraussichtlich wieder Stipendien bis zur halben Höhe der Pensionskosten gewährt werden können. Ebenso wird voraussichtlich der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten wieder bereit sein, an hinterbliebene Töchter von Beamten seines Ressorts Unterstützungen zur Theilnahme an den

Kursen zu gewähren. Etwaige Anträge auf Gewährung von Stipendien sind unter gleichzeitigem Nachweis der Bedürftigkeit sogleich den Meldungen beizufügen.

Die Mindestzahl von Teilnehmerinnen für jeden Kursus beträgt 12, die Höchstzahl für den Haushaltungskursus 24, für den Handarbeitskursus 35; das Mindestalter ist das vollendete siebzehnte Lebensjahr. Die Aufnahme erfolgt im Allgemeinen in der Reihenfolge der Meldungen.

Meldungen, denen eine beglaubigte Abschrift des letzten Schulzeugnisses, sowie ein selbstgefertigter Lebenslauf beizufügen ist, der auch über den Bildungsgang der Antragstellerin Auskunft zu geben hat, sind an den Königl. Kreisinspektor Herrn **Offer** zu **Neurode in Schlesien** zu richten und zwar für den Haushaltungskursus bis zum 10. März, für den Handarbeitskursus bis zum 15. April. Später eingehende Meldungen haben keine Aussicht auf Berücksichtigung. Der Genannte ist auch zu jeder weiteren Auskunft über die Kurse bereit.

Breslau, den 10. Januar 1901.

Der Vorstand
des Verbandes der Bayerländischen Frauen-Vereine
der Provinz Schlesien.

Charlotte,
Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen,
Prinzessin von Preußen.

Ich mache auf diese Kurse besonders aufmerksam und ersuche, die beteiligten Organe auf die Beschäftigung der Kurse hinzuwirken.

Potsdam, den 10. März 1902.

Der Regierungspräsident.

70.

Nachweisung

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag im Monat Februar 1902 in den Hauptmarkttorten des Regierungsbezirks Potsdam.

Laufende Nummern	Es kosten je 50 Kilogramm	Breslau für Kreis Bres- lau- Stettin		Brandenburg für Brand- enburg und Kreis West- havel- land.		Land- walde für Kreis Jüter- bog- Land- walde.		Berle- berg für Kreis West- Prignitz.		Pots- dam für Pots- dam und Kreis Rantz- burg.		Pren- slau für die Kreise Pren- slau und Templin.		Rum- pulin für Kreis Ruppin.		Schweid- für Kreis Anger- münde.		Stralsund für Kreis St.- Burg.		Bemerkungen.
		ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.				
1	Hafer	8	22	8	43	8	43	7	70	8	74	7	93	7	88	8	30	7	88	Für die Kreise Niederbar- nim, Oberbarnim, Ost- havelland und Teltow, sowie für die Stadtkreise Rixdorf, Schöneberg und Spandau gilt Berlin als Hauptmarkttort.
2	Heu	3	68	3	94	3	68	3	94	3	99	3	15	3	15	3	47	3	15	
3	Richtstroh	3	15	2	94	2	98	3	15	3	32	3	29	3	68	3	78	2	63	

Potsdam, den 10. März 1902. -

Der Regierungspräsident.

Reisende Nummer	Namen der Städte	I. A. Getreide.				I. B. Uebrige Vorräte.											
						Sälienfürchte.			Stroh.				Siedel.				
		Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Gersten (gelb) zum Kochen	Gersteholzen (weiße)	Stuppen	Glartoffeln	Stroh.	Stroh.	Stroh.	Stroh.	Rind-			
														Im Großhandel	Im Kleinhandel		
															von der Seele	von dem Band	
Es sollen je 100 Kilogramm																	
je 1																	
1	Angermünde	17 50	14 39	13 58	15 10	25	—	28	—	27 50	3 50	6 50	5 25	6 50	116 50	1 50	1 25
2	Beesfow	16 60	14	—	13 50	15 22	22 50	27 50	45	—	3 20	6	—	7	105	—	1 35
3	Brandenburg	16 15	13 97	13 40	15 55	23 50	25	—	37 50	3 33	5 10	—	—	6 25	87	1 40	1 20
4	Dahme	15 88	13 69	13 57	15	26	—	30	35	—	3	6	3	7	95	1 20	1
5	Eberswalde	17 79	14 65	14 77	15 23	25	—	29	28	—	3 53	7	—	7 50	101	1 40	1 20
6	Havelberg	16 51	13 69	14 08	14 52	29	—	31	34 50	3 70	5 46	—	—	6 50	109	1 30	1 10
7	Jüterbog	16 20	13 70	13 77	16	35	—	40	45	—	4	6	—	8	110	1 60	1 40
8	Ludenwalde	15 75	13 75	14 50	15 86	35	—	35	45	—	3 80	5 50	—	6 50	116	1 20	1 20
9	Perleberg	17 07	13 69	14	14 43	28	—	27	38	—	3 20	5 75	—	7 25	107 50	1 50	1 20
10	Potsdam	16 98	14 16	14 11	16 39	26	—	26	29 50	3 87	6 22	—	—	6 91	113 88	1 65	1 45
11	Prenzlau	17 62	14 14	13 35	14 85	25 50	23	—	35	3 50	6	4 25	5 50	105	—	1 40	1 15
12	Prignitz	17 13	13 38	13 88	14 38	27	—	22 50	35	2 65	4 75	3 75	5 75	—	—	1 40	1 20
13	Rathenow	16 03	14 15	13 75	15 08	25	—	25	21	3 40	5 63	—	5 75	110	—	1 50	1 20
14	Neu-Ruppin	17	—	14 40	15	—	25	—	35	3 20	7	6	6	106	—	1 45	1 25
15	Schwedt	17	—	15	—	15 80	26 67	31 25	37 50	4	7 20	—	—	6 60	—	1 40	1 20
16	Spandau	17 50	14 37	15 72	16 07	26 50	37 50	42	—	4	—	6 75	7 90	120	—	1 55	1 20
17	Strausberg	15	—	14	—	15	—	16	30	4	8	6	8	110	—	1 60	1
18	Teltow	—	—	13 90	13 45	14 30	32	—	34	4 25	5 50	—	5 50	110	—	1 50	1 30
19	Templin	17 50	14 50	13 50	15 50	30	—	30	40	3 50	10	8	10	100	—	1 20	1 20
20	Treuenbriezen	16 04	13 75	14	—	14 25	25	—	24	3	5	—	7	—	—	1 40	1 20
21	Wittstock	19	—	13 79	15 50	14 10	26	—	38	3	6	5 67	6	105	—	1 25	96
22	Briezen a. D.	17 45	14 22	14 37	14 70	23	—	23	31	3 50	6 50	5	6 50	115	—	1 30	1 20

Durchschn. 16.84 | 14.06 | 14.09 | 15.15 | — | — | — | — | — | — | 3.51 | 6.24 | — | — | 6.81 | 10.74 | 7. — | — | — | —
 Nottaham, den 10. März 1902.

Führung vom Arbeitshöfchern seitens der Schiffsmannschaften.
72. Bejworsden, darüber, daß auf den mir unterstellten Wasserstraßen die Schiffsmannschaften vielfach mit keinerlei Ausweispapieren versehen sind, geben mir Veranlassung, auf den § 21. des Gesetzes, betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschifffahrt vom 15. Juni 1895 (O.-S. S. 301), wonach die Schiffsmannschaft der Gewerbeordnung untersteht, hinzuweisen.
 Die in Betracht kommenden §§ 107 und 150 Ziffer 1 der Gewerbeordnung lauten:

Minorsfähige Personen dürfen, soweit reichs-
gesetzlich nicht ein Anderes zugelassen ist, als Ar-
beiter nur beschäftigt werden, wenn sie mit einem
Arbeitsbuche versehen sind. Bei der Annahme
solcher Arbeiter hat der Arbeitgeber das Arbeitsbuch

einzufordern. Er ist verpflichtet, dasselbe zu verwahren, auf amtliches Verlangen vorzulegen und nach rechtmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses wieder auszuhändigen. Die Aushändigung erfolgt an den gesetzlichen Vertreter, sofern dieser es verlangt, oder der Arbeiter das sechszehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, anderenfalls an den Arbeiter selbst. Mit Genehmigung der Gemeindebehörde des im § 108 bezeichneten Ortes kann die Aushändigung des Arbeitsbuchs auch an die zur gesetzlichen Vertretung nicht berechnigte Mutter oder einen sonstigen Angehörigen oder unmittelbar an den Arbeiter erfolgen.

Auf Kinder, welche zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind, finden vorstehende Bestimmungen keine Anwendung.

Preise im Monat Februar 1902.

waaren.						II. Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats.												
Fleisch.			Veräuselter Speck (Kleiner)	Esbutter	Eier	Wehl zur Speckbe- haltung aus		Gersten-		Buchweizengröße	Hafengröße	Gerste	Reis, Java, mittlerer	Kaffee		Specksalz	Schwartzkorn, feinstes	
Schwein-	Rind-	Lamm-				Welken	Knollen	Grande	Größe					Java mittlerer (roh)	Java gelb (in ge- brannten Bohnen)			
1 Ctr.						Es kostet je 1 Kilogramm.												
Kilogramm						1 Ctr. 60 St.												
150	135	140	180	220	4	30	25	55	35	40	45	35	50	270	330	20	160	
130	115	120	160	225	350	45	25	50	40	35	60	40	60	240	340	20	150	
135	130	135	180	215	420	30	25	40	40	40	40	40	50	2	280	20	180	
140	1	120	160	2	4	30	20	40	50	40	60	40	50	250	340	20	160	
160	130	145	170	230	480	28	22	40	40	40	40	40	60	260	340	20	160	
140	130	130	170	221	328	29	26	45	40	46	47	40	51	260	350	20	160	
160	140	140	180	240	450	34	16	50	50	50	50	40	40	250	250	20	1	
140	120	140	190	220	4	32	22	50	50	50	60	35	60	2	260	20	130	
140	145	130	2	194	360	25	23	33	28	45	45	33	45	250	290	19	2	
165	156	153	170	209	4	38	26	50	50	40	45	45	55	250	310	20	160	
145	110	115	170	230	410	29	25	45	45	45	55	38	55	260	3	20	170	
130	140	130	170	199	340	30	25	40	40	40	50	40	45	240	340	20	160	
150	140	140	170	220	412	30	28	48	48	48	48	43	55	230	350	20	160	
150	125	135	160	230	4	25	22	60	40	50	40	50	50	290	4	20	160	
140	120	140	160	2	440	35	25	50	30	40	50	50	60	280	360	20	180	
165	160	145	180	240	4	35	28	35	37	38	43	43	50	240	3	20	160	
160	130	140	180	220	450	30	25	40	40	45	45	40	60	230	320	20	160	
150	145	130	155	240	450	38	27	45	35	43	55	45	55	230	260	20	155	
140	1	120	160	240	4	30	25	50	50	50	40	50	50	230	260	20	160	
120	1	120	160	240	460	30	24	50	50	50	50	30	50			20	160	
127	110	105	167	213	359	27	22	38	38	45	42	40	45	210	280	20	155	
140	120	140	140	230	4	38	33	48	30	40	45	45	45	230	3	20	140	

Es kostet je 1 Kilogramm.

Der Regierungspräsident.

§ 150.

Mit Geldstrafe bis zu zwanzig Mark und im Unvermögen Falle mit Haft bis zu drei Tagen für jeden Fall der Verletzung des Gesetzes wird bestraft:

- 1) wer den Bestimmungen der §§ 106 bis 112 zuwider einen Arbeiter in Beschäftigung nimmt oder behält.

Die Rhebereien und die Schiffseigentümer werden ersucht, strengstens darauf zu halten, daß die zum Schiffsdienst auf den Schiffen angestellten Personen der Schiffsbesatzung, insbesondere die Steuerleute, Bootleute, Matrosen, Schiffsknechte, Schiffsjungen, Maschinisten und Heizer soweit sie minderjährig d. h. noch nicht 21 Jahre alt sind, mit einem ordnungsmäßig ausgefüllten Arbeitsbuche versehen sind.

Die §§ 1 bis 7 der Verordnung wegen Einführung von Dienstbüchern für Schiffsteleute vom 8. Juli 1856 (Min. Bl. S. 206) sind als durch die Bestimmungen des Binnenschiffahrtsgesetzes und der Gewerbeordnung ersetzt anzusehen und bestehen nicht mehr zu Recht.

Potsdam, den 10. März 1902.

Der Regierungspräsident.

Polizeiverordnung

betreffend den Gebrauch der „Treckzeug“ und „Netze“ genannten Fischereigeräte.

73. Auf Grund des § 137 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195) und in Gemäßheit der §§ 6, 12, 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265), sowie § 22 des Fischereigesetzes vom 30. Mai 1874 (G.-S. S. 197) und § 14 der

Allerh. Verordnung vom 8. August 1887 (G. S. S. 397) wird zufolge der mir in § 9 der Polizeiverordnung vom 1. November 1899 (Amtsblatt S. 440) erteilten Ermächtigung folgende Polizeiverordnung erlassen:

Einziger Paragraph.

Das Geltungsgebiet der Polizeiverordnung vom 1. November 1899 (Amtsbl. S. 440) wird auf die Havel und die mit ihr in dauernder Wasserverbindung stehenden Nebengewässer von der Spree-Mündung bei Spandau aufwärts bis zur Hennigsdorfer Brücke ausgedehnt.

Potsdam, den 10. März 1902.

Der Regierungspräsident.

74.

Viehseuchen.

I. Festgestellt:

a. Milzbrand. Kreis Westhavelland: Bejeram, Regär, Garlig, Gohlitz, Linde. Kreis Juch-Belzig: Kammer, Lübnitz Gut. Kreis Teltow: Coepenick.

b. Schweineseuche. Kreis Teltow: Jossen, Deutsch-Wilmersdorf. Kreis Prenzlau: Strassburg U./M.,

Neuensund (Domäne.) Kreis Jüterbog-Luckenwalde: Bollensdorf (Gut.) Kreis Niederbarnim: Neu-Weißensee. c. Rothlauf. Kreis Teltow: Trebbin.

II. Geloschen:

a. Milzbrand. Kreis Westhavelland: Bräbrow, Mögow, Prigerbe, Damme, Regär, Haage, Bejeram, Garlig. Kreis Osthavelland: Schwane, Kargow. Kreis Templin: Dargersdorf (Rittergut).

b. Maul- und Klauenseuche. Kreis Westhavelland: Liegow, Liegow (Domäne.)

c. Schweineseuche. Kreis Westhavelland: Mäglitz. Kreis Teltow: Alt-Öllend. Kreis Niederbarnim: Lübars, Reinickendorf.

d. Rothlauf. Kreis Teltow: Trebbin.

Potsdam, den 11. März 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen

der Königlichen Regierung.

Hygienische Prüfung der Banpläne für Schulbauten.

11. Nach § 95 der Dienstanweisung für die Kreisärzte vom 23. März 1901 sollen bei Neubauten oder

25.

Marktpreise für den Monat

A. En gros-Marktpreise

	Weizen			Roggen			Gett.-Gerste			Safert	
	gut	mittel	gering	gut	mittel	gering	gut	mittel	gering	gut	mittel
	Es kostet										
in Berlin	17 46	17 38	17 29	14 73	14 70	14 67	14 34	13 84	13 37	16 95	16 39
in Charlottenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
in Schöneberg . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
in Rixdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

B. Detail-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

	Größen (gelbe zum Kochen)		Speisefee Bohnen (weiße)		Linsen		Kartoffeln		Rindfleisch		Schweine- fleisch		Kalbfleisch		Schafflei- fleisch		Speck (geräuchert)		Esbutter		Eier (60 Stück)			
									von der Kente		Bauch- fleisch													
	Es kostet je 1 Dg.								Es kostet je 1 Kilogramm															
	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S		
in Berlin	32	50	37	50	40	—	5	—	1	40	1	20	1	50	1	40	1	30	1	60	2	30	3	87
in Charlottenburg	35	—	35	—	50	—	5	50	1	50	1	10	1	60	1	45	1	25	1	70	2	30	3	10
in Schöneberg . .	35	16	37	03	40	44	4	53	1	33	1	14	1	48	1	35	1	17	1	65	2	41	3	38
in Rixdorf	—	—	—	—	—	—	4	21	1	29	1	03	1	30	1	31	1	06	1	50	2	30	3	90

Berlin, den 7. März 1902.

Auslegung eines Planes zur dauernden Beschränkung eines Grundstücks.

26. Durch Allerhöchste Kabinettsordre vom 5. Oktober 1898 ist der Großen Berliner Straßenbahn in Berlin befohlen, Anbringung von Rosetten an den Straßen- seiten von Häusern Zweck Befestigung von Querdrähten für den elektrischen oberirdischen Straßenbahnbetrieb in

denjenigen Straßen Berlins und seiner Vororte, in welchen aus verkehrspolizeilichen Rücksichten die Aufstellung von Masten für solche Querdrähte nicht gestattet werden kann, das Recht zur dauernden Beschränkung des Grundeigentums erteilt worden. Auf Antrag der Großen Berliner Straßenbahn vom 20. Dezember v. J. ist gemäß § 15 des Enteignungsgesetzes

1874 hat die Große Berliner Straßenbahn als Unternehmerin die Art und den Umfang der dauernden Beschränkung des gedachten Grundstücks dahin formuliert:

„Das Eigentum des Fabrikanten Otto Wöltinger oder seines Designachfolgers an dem zu Rixdorf in der Richardstraße 38 belegenen, im Grundbuche des Königlichen Amtsgerichts zu Rixdorf Band 94 Blatt Nr 2708 verzeichneten, im Steuerkataster Kartenblatt 2 Parzelle Nr 4039/85 geführten Grundstücks bis zum 31. Dezember 1949 jedoch nicht über den Zeitpunkt hinaus, in welchem die jetzt vorhandenen Baulichkeiten abgebrochen oder die Frontwände der Gebäude bauliche Änderungen erleiden, welche die Anbringung bzw. Wiederanbringung der Rosette unmöglich machen, durch die Last zu beschränken, an der Vorderfront in der aus der beigelegten Zeichnung ersichtlichen Lage das Anbringen und die Benutzung einer Rosette zu dulden, welche bei 0,033 qm Umfang 6,50 m hoch durch vier 0,00026 cbm große und 2,25 Pfd. schwere Keilschrauben zu befestigen ist, und zwar soll die Benutzung der Rosette zur Anbringung von Drähten für die elektrische Oberleitung erfolgen dürfen.“

Zur Erläuterung ihres Antrages hat die Unternehmerin eine genaue Zeichnung über die Anbringung und Befestigung der Rosette vorgelegt. Der vorläufig festgestellte Plan wird nunmehr vom 12. bis 26. März d. J. einschließlich in der Registratur der I. Abtheilung des Königlichen Polizei-Präsidiums im Polizei-Dienstgebäude am Alexander-Platz, Eingang IV 2 Treppen Zimmer 339 zu Jedermanns Einsicht ausliegen.

Einwendungen gegen diesen Plan sind bis zum Ablaufe der bestimmten Frist bei der I. Abtheilung des Königlichen Polizei-Präsidiums schriftlich einzureichen oder beim Sekretariat dieser Abtheilung mündlich zu Protokoll zu geben.

Berlin, den 4. März 1902.

Der Polizei-Präsident.

In Vertretung: Friedheim.

Beschäftigungszeit im Handelsgewerbe.

27. Gemäß §§ 105 b. Abs. 2, 105 e. und 41 a. der Reichsgewerbeordnung wird für den Stadtkreis **Schöneberg** folgendes bestimmt und hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht:

I. Am ersten Oster- und Pfingstfeiertage dieses Jahres dürfen im Handelsgewerbe, soweit der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen stattfindet, Gehülfen, Lehrlinge und Arbeiter nur nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen beschäftigt werden:

- a. im Handel mit Milch, mit Back- und Konditorwaaren sowie mit Confitüren
während der Zeit von 5 bis 9½ Uhr Vormittags und von 11½ bis 2 Uhr Nachmittags;
- b. im Handel mit Fleischwaaren
während der Zeit von 5 bis 9½ Uhr Vormittags;

c. im Handel mit Kolonial- und Vorkostwaaren, mit Brennmaterialien, mit Bier und Wein, mit Tabak und Cigarren

während der Zeit von 7½ bis 9½ Uhr Vormittags;

d. im Handel mit Blumen.

während der Zeit von 7 bis 9½ Uhr Vormittags und von 11½ bis 2 Uhr Nachmittags;

e. im Handel mit Druckschriften auf den Bahnhöfen
während der Zeit von 7½ bis 9½ Uhr Vormittags;

f. in der Zeitungspedition

während der Zeit von 4 bis 9 Uhr Vormittags.

II. Am zweiten Oster- und Pfingstfeiertage finden lediglich die allgemeinen Vorschriften über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe Anwendung.

Berlin, den 7. März 1902.

Der Polizei-Präsident.

Beschäftigungszeit im Handelsgewerbe.

28. Gemäß §§ 105 b. Abs. 2, 105 e. und 41 a. der Reichsgewerbeordnung wird für die Stadtkreise **Berlin, Charlottenburg und Rixdorf** folgendes bestimmt und hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht:

I. Am ersten Oster- und Pfingstfeiertage dieses Jahres dürfen im Handelsgewerbe, soweit der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen stattfindet, Gehülfen, Lehrlinge und Arbeiter nur nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen beschäftigt werden:

- a. im Handel mit Milch, mit Back- und Konditorwaaren sowie mit Confitüren
während der Zeit von 5 bis 10 Uhr Vormittags und von 12 bis 2 Uhr Nachmittags;
- b. im Handel mit Fleischwaaren
während der Zeit von 5 bis 10 Uhr Vormittags;
- c. im Handel mit Kolonial- und Vorkostwaaren, mit Brennmaterialien, mit Bier und Wein, mit Tabak und Cigarren
während der Zeit von 8 bis 10 Uhr Vormittags;
- d. im Handel mit Blumen
während der Zeit von 7 bis 10 Uhr Vormittags und von 12 bis 2 Uhr Nachmittags;
- e. im Handel mit Druckschriften auf den Bahnhöfen
während der Zeit von 7½ bis 10 Uhr Vormittags;
- f. in der Zeitungspedition
während der Zeit von 4 bis 9 Uhr Vormittags.

II. Am zweiten Oster- und Pfingstfeiertage finden lediglich die allgemeinen Vorschriften über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe Anwendung.

Berlin, den 7. März 1902.

Der Polizei-Präsident.

**Bekanntmachungen
des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.**

Versehung von Packeten während der Osterzeit.

2. Die Vereingung mehrerer Packete zu einer Postpaketadresse ist für die Zeit vom 23. bis einschl. 30. März im inneren deutschen Verkehr nicht gestattet.
Berlin W. 66., den 3. März 1902.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

**Bekanntmachungen der Kaiserlichen
Ober-Postdirektion zu Berlin.**

Gementkanal für Fernsprechlabel.

11. Bei dem Kaiserlichen Postamt 2 Charlottenburg, Obsteckstraße 3, liegt ein Plan aus über die Herstellung eines Gementkanals für Fernsprechlabel von Rantstraße 149 bis 164.

Berlin C. 2, den 4. März 1902.

Kaiserliche Oberpostdirektion.

Gementkanal für Fernsprechlabel.

12. Bei dem Kaiserlichen Stadt-Fernsprechamt 6 hier, Lützowstraße 95, liegt ein Plan aus über die Herstellung eines Gementkanals für Fernsprechlabel von Lützowstraße 20 bis zur Schöneberger Brücke.

Berlin C. 2., den 4. März 1902.

Kaiserliche Oberpostdirektion.

Rohrpostfahrrohrstrang.

13. Bei dem Kaiserlichen Postamt 46 hier SW., Halleschestraße 11, liegt ein Plan aus über Herstellung eines Rohrpostfahrrohrstranges vom Postamt 46 nach dem Postamt 11 (Anhalter Bahnhof).

Berlin C. 2., den 4. März 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Gementkanal für Fernsprechlabel.

14. Bei dem Kaiserlichen Stadt-Fernsprechamt 6 hier, Lützowstraße 95 liegt ein Plan aus über die Herstellung eines Gementkanals für Fernsprechlabel vom Hafenplatz bis Ecke Wilhelm- und Anhalterstraße.

Berlin C. 2, den 6. März 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

**Bekanntmachungen der Kaiserlichen
Ober-Postdirektion zu Potsdam.**

Erweiterung des Fernsprechverkehrs.

15. Die Theilnehmer an den Stadt-Fernsprech-Einrichtungen in Eöpenitz, Friedrichshagen, Oranien (Markt), Ludwigsfelde, Neuenhagen (Eisenbahn), Rowdewes-Neuendorf, Dranienburg, Potsdam, Spandau, Wannsee und Zehlendorf (Wannseebahn) sind zum Sprechverkehr

mit Aborf (Bogtl.), Barnstorf (Bz. Bremen), Vibra, Gählow (Pomm.), Laucha (Unstrut), Neu-Hsenburg und Oberlindam zugelassen worden.

Potsdam, 4. März 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion. Gärtler.

**Bekanntmachungen des Königlichen
Konfistoriums der Provinz Brandenburg.**

Pfarrstellenerledigung.

15. Erledigt wird demnächst die unter dem Patronate des Domkapitels zu Brandenburg a./H. stehende Pfarrstelle zu Hohen-Ferchetal, Diocese Dom-Brandenburg, durch Versetzung des Pfarrers Stollbrod. Ueber die Wiederbesetzung ist bereits Bestimmung getroffen.

Pfarrstellenerledigung.

16. Erledigt ist die bisher mit dem Epphorat verbundene Oberpfarrstelle magistralistischen Patronats zu Perleberg mit dem zugehörigen Pfarramt bei der Tochterkirche (priv. Patr.) Burgbogen, Diocese Perleberg, am 3. Februar 1902 durch Ableben des Inhabers.

**Bekanntmachungen der Königlichen
Eisenbahndirektion zu Berlin.**

Staatsbahn-Thierartl, Ehen II.

8. Am 1. April 1902 tritt ein Nachtrag I in Kraft. Er enthält eine Ergänzung der besondern Bestimmungen zu § 45 der Verkehrsordnung, betreffend die Abfertigung der Viehbegleiter. Die in den Nachtrag aufgenommenen zusätzlichen Bestimmungen zur Verkehrsordnung sind gemäß den Vorschriften unter I (3) genehmigt worden.

Der Nachtrag kann bei dem Auskunftsbureau hier, Bahnhof Alexanderplatz, und den Abfertigungsstellen zum Preise von 5 Pf. bezogen werden.

Berlin, den 7. März 1902.

Königliche Eisenbahndirektion

namens der beteiligten Verwaltungen.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Veränderungen von Gemeinde- und Ortsbezirkegrenzen.

6. Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke: Gemarkung Kalbe, Kartenblatt 2 Nr 392/66, Größe 67 qm. Bisheriger Gemeinde- bzw. Ortsbezirk: Ortsbezirk Hammerische Forst. Künftiger Gemeinde- bzw. Ortsbezirk: Gemeindebezirk Halbe. Kreis-ausschußbeschuß vom 21. Januar 1902, J.-Nr. A. I. 325 02. Berlin, den 5. März 1902

Der Kreis-ausschuß des Kreises Teltow.

7. Veränderungen von Gemeinde- und Ortsbezirkegrenzen.

Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke	Bisheriger Gemeinde- bzw. Ortsbezirk.	Künftiger Gemeinde- bzw. Ortsbezirk.	Kreis-ausschußbeschuß vom — J.-Nr. —
Kartenblatt 9 Parzelle Nr. 889/6 in Größe von 1,0724 ha	Ortsbezirk Spandauer Forst	Gemeindebezirk Grunewald	29. Oktober 1901 A. I. 5279
Kartenblatt 9 Parzelle Nr. 890/6 in Größe von 6,0971 ha	Desgl.	Desgl.	Desgl.

Berlin, den 26. Februar 1902.

Der Kreis-ausschuß des Kreises Teltow.

Bekanntmachungen des Landesdirektors der Provinz Brandenburg.

Reglement für die Brandenburgische Provinzialschul- und Erziehungsanstalt und Reglement zur Fürsorgeerziehung Minderjähriger.

1. In den Sonderbeilagen dieses Amtsblatts werden die dem Beschluß des Brandenburgischen Provinziallandtages vom 22. Februar 1901 entsprechend vom Provinzialausschuß festgesetzten Reglements, und zwar:

- a. das abgeänderte Reglement für die Brandenburgische Provinzialschul- und Erziehungsanstalt zu Strausberg und
- b. das Reglement zur Fürsorgeerziehung Minderjähriger

(Gesetz vom 2. Juli 1900 — G. S. S. 264 — § 17) zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Berlin, den 27. Februar 1902.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg.
Freiherr von Manteuffel.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Polizei-Verordnung.

betr. Ergänzung der Wochenmarktordnung in Charlottenburg.

Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 und der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird unter Zustimmung des Gemeinde-Vorstandes für den Umfang des Stadtkreises Charlottenburg folgende Polizei-Verordnung erlassen:

§ 1. Der § 21 der Polizei-Verordnung vom 1. April 1889 betreffend die Wochenmarktordnung erhält als zweiten Absatz folgenden Zusatz:

„Das Abschuppen, Abhäuten, Ausschachten (Entfernen der Eingeweide) und Zerlegen von Fischen ist verboten.“

§ 2. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Charlottenburg, den 1. März 1902.

Der Polizei-Präsident.

Personal-Chronik.

Im Kreise Teltow ist ernannt worden zum Amtsvorsteher: Brauerei-Direktor Brähler Spandauerberg, für den Bezirk 24 „Kupleben.“

Im Kreise Beeskow-Storkow ist wieder ernannt worden zum Amtsvorsteherstellvertreter: Königlich-Forster Eiske in Golpin für den Bezirk 4 „Alt-Markgraspiese.“

Im Kreise Prenzlau ist ernannt worden zum Amtsvorsteherstellvertreter Rittergutsbesitzer Schlange, Schwaneberg für den Bezirk 23 „Schmölln.“

Im Kreise Templin ist wieder ernannt worden zum Amtsvorsteher: Königlich-Forstmeister Fischer, Reutersdorf, für den Bezirk 14 „Reutersdorf.“

Der Bautechniker Albert Lörmer ist zum Baupersonal ernannt, als solcher vereidigt und der Kreisbauinspektion Freienwalde a./D. überwiesen worden.

Der bisherige Hülfsprediger Emil Hermann Otto Quappe ist zum Pfarrer der Pfarodie. Stülpe, Diöcese Lützenwalde, bestellt worden.

Der Oberlehrer Professor Dr. Weisenfels ist von dem Pädagogium zu Jälichau an das Königl. Gymnasium zu Spandau versetzt.

Der Lehrer Dauerschmidt ist endgültig als Gemeindefachlehrer in Berlin angestellt worden.

Personal-Veränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.
Monat Februar 1902.

Ernannt sind: a. zum Ober-Postdirektionssekretär: der Ober-Telegraphensekretär Hagty; b. zum Ober-Telegraphensekretär: der Ober-Postdirektionssekretär Bobig und der Postsekretär Böhmert; c. zum Ober-Postsekretär: der Postsekretär Algemissen.

Angestellt sind als Postsekretär: die Postpraktikanten Höschel aus Köln (Rhein) und Lohmeyer aus Bz. Karlsruhe.

Versetzt sind: der Postassistent Zander von Berlin nach Eutin, die Postsekretäre Grundmann von Berlin nach Dar-es-Salaam, Reil von Dar-es-Salaam nach Berlin, Splettschöfer von Berlin nach Angerburg, die Ober-Postassistenten Greife von Berlin nach Cronberg (Taunus), Mensing von Charlottenburg nach Berlin.

In den Ruhestand versetzt sind: der Postsekretär Flemming (f. W. Niederschönan), der Postassistent Heinrich F. E. Schulz (f. W. Ribniz).

Gestorben sind: der Postdirektor Zech, die Postsekretäre a. D. Bier, Mezke, Witte, der Ober-Telegraphenassistent J. Karl G. Herrmann.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam.
Staatssäßig angestellt ist der Postanwärter Conrath in Briesen als Postassistent.

Uebertragen ist die Verwaltung der Ober-Postsekretärstelle bei dem Postamt in Perleberg dem Postsekretär Emmermann aus Wandsbeck, bei dem Postamt in Bad Nauheim dem Postsekretär Staebler aus Potsdam und bei dem Postamt in Dranienburg dem Postsekretär Zahn aus Düsseldorf.

Versetzt sind der Postmeister Simon von Zehlendorf (Wannseebahn) nach Friedrichsberg bei Berlin, der Postsekretär Berggold von Jüterbog nach Berlin, der Postverwalter Lepke von Pülitz nach Teltow, der Postverwalter Beckmann von Treuenbriesen nach Cöpenick unter Ernennung zum Ober-Postassistenten und der Ober-Postassistent Neumann von Werder (Havel) nach Pülitz unter Ernennung zum Postverwalter.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Händler Seraphino Casali, geboren 20. Juli 1857 zu Sanauri (Italien), italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verurteilung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 12. Februar 1902 ausgewiesen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Seri. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat	Datum des Ausweisungs-Beschlusses
	der Ausgewiesenen		4.	5.	6.
1.	2.	3.			
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Nelly Pittsch, unverheirathet,	geboren im Jahre 1874 (1872) zu Warschau, ortsangehörig ebendaselbst,	Diebstahl im wiederholten Rückfall (1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, laut Erkenntniß vom 26. September 1900),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Cassel,	12. Februar 1902.
2	Augustin Reinsch, Arbeiter (Schneider),	geboren am 30. Juni 1872 zu Ottendorf, Bezirk Braunau, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	einfacher u. schwerer Diebstahl (1 Jahr 3 Mon. Zuchthaus, laut Erkenntniß vom 23. Okt. 1900),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	18. Oktober 1902.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Franz Brzechce, Arbeiter,	geboren am 15. September 1860 zu Grabenize, Rußland, russischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Posen,	14. Februar 1902.
	Wolfgang Rodstein, Tagelöhner (Schreiner, Korbflechter, Jäger),	geboren am 2. Februar 1840 zu Biskantitz, Bezirk Pilgram, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Beamtenbeleidigung u. Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Passau,	30. Januar 1902.
3	Johann Josef Reßler, Eisengießer,	geboren am 20. (24.) September 1863 zu Schübelbach, Kanton Schwyz, Schweiz, schweizerischer Staatsangehöriger,	Betteln und Entwendung von Nahrungs- und Genussmitteln,	Königlich bayrisches Bezirksamt Neumarkt i. D.,	3. Januar 1902.
4	Alois Knüfel, Melter,	geboren am 12. August 1857 zu Luzern, Schweiz, schweizerischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	14. Februar 1902.
5	Antonio Labrone, Erdarbeiter,	geboren am 12. Juli 1873 zu Collepietro, Provinz Aquila, Italien, italienischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	3. Januar 1902.
6	Friedrich Karl Käumlis, Tagelöhner,	geboren am 8. Juni 1877 zu St. Louis, Nordamerika, amerikanischer Staatsangehöriger,	schwerer Diebstahl, Landstreichen, Betteln und Fälschung von Legitimationspapieren,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Trier,	14. Februar 1902.
7	Josef Liebisch, Luchmacher,	geboren am 4. März 1846 zu Kiosin, Bezirk Kalisch, Polen, ortsangehörig zu Kamnisz-Neudorfel, Böhmen,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	24. Oktober 1901.
8	Anton Leo Maurer, Blechner,	geboren am 22. Mai 1848 zu Strassburg i. E., französischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Strassburg,	15. Februar 1902.
9	Josef Nepovim, Arbeiter,	geboren am 30. März 1868 zu Chrudim, Böhmen, ortsangehörig zu Drenic, Bezirk Chrudim,	Betteln,	Stadtmagistrat Nürnberg, Bayern,	29. Januar 1902.
10	Josef Neubinger, Schlosser,	geboren am 12. März 1882 zu Wien, ortsangehörig zu Heili-	desgleichen,	Polizei-Behörde zu Hamburg,	15. Februar 1902.

Nr. auf. 1.	Name und Stand	Alter und Heimat	Grund der Bestrafung	Wohnde- welche die Ausweisung beschlossen hat	Datum des Ausweisungs- Beschlusses
	2.	3.	4.	5.	6.
11	Simon Peters, Zigarrenmacher,	genkreuz, Oesterreich, geboren am 21. August 1861 zu Nimwegen, Niederlande, orts- angehörig ebendasselbst,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	11. Februar 1902.
12	Christian Kentsch, Keller,	geboren am 5. Februar 1850 zu Trub, Kanton Bern, Schweiz, schweizerischer Staatsangehö- riger,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Col- mar,	13. Februar 1902.
13	Paul Saalhofer, Tagelöhner,	geboren am 11. November 1873 zu Leopoldsdorf, Bezirk Salz- burg, Oesterreich, österreichischer Staatsangehöriger,	Widerstand, Be- amtenbeleidigung grober Unfug und Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Berchtesgaden,	21. Januar 1902.
14	Franz Stribrsky, Schuhmacher,	etwa 75 Jahre alt, geboren am 11. November zu Pischau, Be- zirk Nakonig, Böhmen, öster- reichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Hil- poltstein,	25. Januar 1902.

Hierzu Zwei Sonderbeilagen und Acht Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Vogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Abgeändertes Reglement

für die

Brandenburgische Provinzialschul- und Erziehungsanstalt

zu

Strausberg.

I. Bestimmung der Anstalt.

§ 1.

Die Anstalt ist bestimmt zur Aufnahme schulpflichtiger Kinder beiderlei Geschlechts, welche

1. von dem Landarmenverbande oder einem Ortsarmenverbande der Provinz zu unterstützen (§§ 28—30 des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870) oder
2. dem Provinzialverbande zur Fürsorgeerziehung überwiesen sind (Gesetz vom 2. Juli 1900).

Auch können

3. solche schulpflichtige Kinder aufgenommen werden, welche auf Grund richterlichen Urtheils (§ 56 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich) oder auf Anordnung des Vormundschaftsgerichts (§§ 1666, 1838 B. G. B.) in eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt zu bringen sind, oder solche, bei denen der mit der Sorge für die Person des Kindes betraute Vertreter dies beantragt.

Kinder, welche nicht der evangelischen Konfession angehören, können nur in dringenden Fällen einstweilige Aufnahme finden.

Aufgabe der Anstalt ist es, ihre Zöglinge zu religiösen, geistlich guten, verständigen und arbeitamen Menschen zu erziehen und mit dem erforderlichen Maße von Schulkenntnissen auszurüsten, daß sie als Lehrlinge oder als Dienende untergebracht werden können.

II. Verwaltung und Beaufsichtigung der Anstalt.

§ 2.

Die Anstalt ist als Provinzialanstalt nach den Vorschriften der Provinzialordnung zu verwalten und zu beaufsichtigen.

§ 3.

Die unmittelbare Leitung der Anstalt, sowohl in Bezug

Bezug auf die Verwaltung, führt in den Grenzen des vom Provinziallandtage festgesetzten Etats und nach Maßgabe der etwa von dem Landesdirektor erteilten Anweisungen der Anstaltsdirektor.

Derselbe wird vom Provinzialausschuß angestellt und muß entweder die Befähigung zur Verwaltung eines geistlichen Amtes in der evangelischen Landeskirche besitzen oder die Rektorprüfung abgelegt haben, bezw. von derselben entbunden worden sein.

Der Direktor ist der Vorgesetzte der übrigen Anstaltsbeamten — mit Einschluß der Lehrer und Lehrerinnen — sowie des Wirtschafts- und Dienstpersonals und wird durch den ersten Lehrer vertreten, sofern seitens des Landesdirektors nicht eine anderweite Bestimmung getroffen worden ist. Er ist befugt, sich ohne Urlaub auf die Dauer von acht Tagen von der Anstalt zu entfernen, nachdem er in geeigneter Weise für seine Vertretung Sorge getragen hat.

§ 4.

Nach Maßgabe des Etats der Anstalt sind die zu deren Verwaltung erforderlichen Beamten durch den Provinzialausschuß — nach Anhörung des Direktors — anzustellen, Beamte in nebenamtlichen Stellungen, Hilfsbeamte und Hilfsarbeiter aber durch den Landesdirektor anzunehmen.

Die Kassengeschäfte der Anstalt werden bis zur anderweiten Beschlußfassung des Provinziallandtags von den für diese Geschäfte bestellten Beamten der Landarmen- und Korrigendenanstalt zu Strausberg unter der Leitung des Vorstehers dieser Anstalt nach den Anweisungen des Landesdirektors wahrgenommen.

Die Rechte und Pflichten sämtlicher Anstaltsbeamten werden durch das Reglement betreffend die dienstlichen Verhältnisse der Provinzialbeamten und die vom Provinzialausschuß erteilten Dienstanweisungen bestimmt. Als obere Anstaltsbeamte (§ 98 Nr. 3 Pr.-D.) gelten außer dem etwa bestellten Anstaltsgeistlichen und dem Arzte auch der Sekretär,

Das im Arbeits- oder Gesindeverhältniß stehende Wirthschaftspersonal ist in der im Etat vorgesehenen Zahl mit den dort festgesetzten Bezügen von dem Direktor auf längstens dreimonatliche Kündigung anzunehmen und eintretenden Falls zu entlassen.

Sämmtliche Angestellte sind der vom Provinzialauschuß festgesetzten Hausordnung unterworfen.

III. Unterhaltung der Anstalt.

§ 5.

Die Mittel zur Unterhaltung der Anstalt werden vom Provinzialverbande gewährt, soweit die Unterhaltungskosten nicht gedeckt werden:

- a) durch den Ertrag des Grundstücks und der eigenen Wirthschaft der Anstalt,
- b) durch den Arbeitsverdienst der Zöglinge,
- c) durch die für die Unterhaltung und Erziehung der Zöglinge zu zahlenden Pflegegelder,
- d) durch den gesetzlichen Staatsbeitrag zur Fürsorgeerziehung,
- e) durch die der Anstalt zufallenden Geschenke oder Vermächtnisse.

§ 6.

Die zu zahlenden Pflegegelder werden von Zeit zu Zeit durch den Provinziallandtag festgesetzt und vom Landesdirektor öffentlich bekannt gemacht.

Sie betragen bis auf Weiteres für solche Zöglinge:

- a) welche von einem Ortsarmenverbande der Provinz zu unterstützen sind — je nach der vom Landesdirektor mit Rücksicht auf die Kosten der Armenpflege am Aufenthaltsorte des Kindes zu treffenden Bestimmung — 6 bis 15 Mark monatlich;
- b) welche auf Grund richterlichen Urtheils, auf Anordnung des Vormundschaftsgerichts oder auf Antrag des mit der Sorge für die Person des Kindes betrauten Vertreters aufgenommen werden, 20 Mark monatlich.

Solchen Ortsarmenverbänden, welche den ihnen obliegenden Verpflichtungen nicht zu genügen vermögen (§ 36 des Gesetzes vom 18. März 1871), sind die Pflegegelder zum Theil oder ganz vom Landesdirektor zu erlassen. Auch kann der letztere in den Fällen zu b außer bei richterlichem Urtheil das Pflegegeld ermäßigen oder erlassen.

§ 7.

Die Pflegegelder sind gleich nach der Aufnahme des Kindes bis zum Ablauf des Kalendervierteljahrs — unter Einrechnung des Tages der Aufnahme — und sodann vierteljährlich im Voraus an die Landeshauptkasse einzuzahlen.

Im Falle der Entlassung oder des Ablebens eines Zöglings ist von den eingezahlten Pflegegeldern derjenige Theil, welcher auf die Zeit nach dem Tage der Entlassung oder des Ablebens entfällt, von der Landeshauptkasse zurückzubehalten.

§ 8.

Die von der Anstalt aufgewendeten Begräbniskosten sind nach dem vom Landesdirektor öffentlich bekannt zu machenden Pauschsätze — zur Zeit 10 Mark — zu berechnen und von den zur Zahlung Verpflichteten, bezw. aus dem Nachlaß des Verstorbenen einzuziehen, soweit sie nicht durch die eingezahlten, aber noch nicht zur Verwendung gekommenen Pflegegelder (§ 7) gedeckt werden.

§ 9.

Werden der Anstalt Geschenke oder Vermächtnisse zugewendet, so sind dieselben zu deren Bestem nach den von den Gebern getroffenen Bestimmungen zu verwenden, in Ermangelung solcher aber als Kapitalvermögen der Anstalt zinsbar zu belegen, um mit den Zinsen die Einrichtungen derselben zu verbessern. Ueber die Verwendung der Zinsen ist im Etat der Anstalt Bestimmung zu treffen.

IV. Aufnahme der Zöglinge.

§ 10.

Ueber die Aufnahme der Zöglinge hat der Landesdirektor zu befinden.

Die Aufnahme land- oder ortsarmer Kinder (§ 1 Nr. 1) ist gegen den Willen des mit der Sorge für die Person betrauten Vertreters unzulässig, wenn dieser auf öffentliche Fürsorge verzichtet und die Polizeibehörde am Aufenthaltsort des Kindes bescheinigt, daß gegen die Durchführbarkeit eines solchen Verzichtes Bedenken nicht obwalten.

Dem Aufnahmeantrage sind die Geburtsurkunde und der Taufschein, sowie der Impfs- bezw. Wiederimpfungsschein und das Schulabgangszeugniß des Kindes beizufügen.

Binnen sechs Wochen nach der vom Landesdirektor erklärten Zulassung der Aufnahme ist das Kind unter Mitgabe eines ärztlichen Zeugnisses darüber, daß es mit einer ansteckenden Krankheit nicht behaftet, noch einer solchen verdächtig ist, der Anstalt zuzuführen. Die Frist ist vom Landesdirektor zu verlängern für die Dauer einer ansteckenden Krankheit oder des Verdachts einer solchen auf Seiten des Kindes.

Erfolgt die Aufnahme nicht binnen dieser Frist, so ist dieselbe aufs neue zu beantragen.

Fürsorgezöglinge sind aufzunehmen, so lange der Landesdirektor die Ueberweisung nicht aufgehoben hat.

§ 11.

Die Aufnahme der Kinder erfolgt in der Regel nur an den Wochentagen in der Zeit von 8 Uhr Morgens bis 6½ Uhr Abends. Zu anderen Zeiten darf der Direktor die Aufnahme ablehnen. Kinder, welche mit ansteckenden Krankheiten behaftet oder deren verdächtig sind, werden nicht aufgenommen.

§ 12.

Für jedes schulpflichtige Kind ist bei dessen Aufnahme in die Anstalt folgende Ausstattung zu gewähren:

A. Für Knaben: 1. ein Sommer- und ein Winteranzug, jeder bestehend aus Jacke oder Rock, Hose

und Beinkleid; 2. Ein Paar Hosenträger; 3. Eine Kopfbedeckung; 4. Ein Paar Schuhe oder Stiefel; 5. Ein Paar Pantoffeln; 6. Ein Paar wollene Handschuhe; 7. Drei Hemden; 8. Drei Paar wollene Strümpfe; 9. Drei Taschentücher; 10. Zwei Halstücher oder Shawls und 11. Ein enger und ein weiter Kamm.

B. Für Mädchen: 1. Zwei Kleider; 2. Ein wollener oder wattirter Unterrock; 3. Zwei Untertaillen; 4. Zwei Schürzen; 5. Eine warme Mütze; 6. Eine warme Unterjade oder ein Umschlagetuch; 7. Ein Paar Schuhe und ein Paar Pantoffeln; 8. Ein Paar wollene Handschuhe; 9. Drei Hemden; 10. Drei Paar wollene Strümpfe; 11. Drei Taschentücher; 12. Zwei Halstücher; 13. Ein enger und ein weiter Kamm.

Die Ausstattungsgegenstände sind in gutem, durchaus brauchbarem Zustande zu übergeben.

Es wird festgestellt, das Kind in einem guten, noch durchaus brauchbaren Anzuge der Anstalt zuzuführen und im Uebrigen statt der Ausstattung den Betrag von 30 Mark zu zahlen.

So lange jedoch in der Anstalt die Zöglinge in gleichförmiger Bekleidung gehalten werden, ist für die aufzunehmenden Kinder — mit Ausnahme derjenigen, welche vordem in einer Familie oder einer Anstalt zur Fürsorgeerziehung untergebracht waren — bei der Aufnahme ein Ausstattungsgeld von 40 Mark an die Anstaltskasse zu zahlen, dagegen der Anzug, in welchem das Kind der Anstalt zugeführt wird, zurückzugewähren, sofern dies bei der Aufnahme verlangt wird.

Der Landesdirektor ist berechtigt, das Ausstattungsgeld oder die Ausstattung zum Theil oder ganz zu erlassen.

V. Behandlung der Zöglinge.

§ 13.

Der Unterricht der Kinder, der die Ziele einer Volksschule zu erstreben hat, richtet sich nach dem von der Schulaufsichtsbehörde genehmigten Lehrplan und dem darnach halbjährlich festzustellenden Lektionsplan.

Außerhalb der Schulzeit sind die Zöglinge mit wirtschaftlichen oder industriellen Arbeiten zu beschäftigen. Die näheren Bestimmungen über die Behandlung und Beschäftigung der Zöglinge werden durch die Hausordnung und die Dienstsanweisungen der Beamten getroffen.

Die Kleidung, Speisung und Lagerung der Zöglinge wird durch den Anstaltssetat geordnet.

Die Kranken werden nach ärztlicher Vorschrift in der Krankenstation behandelt.

Die Geschlechter werden räumlich möglichst getrennt gehalten, insbesondere müssen die Schlafräume vollständig getrennt sein.

§ 14.

In der Anstalt sind folgende Feste: Neujahr, Kaisers Geburtstag, Ostern, Pfingsten, Stiftungsfest, Sedan und Weihnachten zu feiern. Außerdem findet eine Schulfeier bei der Entlassung der Zöglinge statt.

§ 15.

Stirbt ein Zögling in der Anstalt, so hat der Anstaltsvorsteher dies — abgesehen von der vorgeschriebenen Anzeige an den Standesbeamten — unverzüglich:

dem Landesdirektor, und bezüglich der ortsarmen Kinder dem Ortsarmenverbande

anzuzeigen.

Auch ist, wenn irgend thunlich, den Angehörigen des Kindes über Tag und Stunde der Beerdigung so zeitig Mittheilung zu machen, daß dieselben der Beerdigung beiwohnen können.

VI. Entlassung der Zöglinge.

§ 16.

Die Kinder werden, soweit nicht eine anderweite Fortsetzung der Anstaltserziehung geboten erscheint, nach der Einsegnung entlassen und in Lehr- oder Dienstverhältnissen untergebracht. Mädchen können jedoch noch längstens zwei Jahre nach ihrer Einsegnung mit Genehmigung des Landesdirektors in der Anstalt verbleiben.

Die Entlassenen, welche in der gesetzlichen Vormundschaft des Anstaltsvorstandes oder — ohne einer anderen Anstalt überwiesen zu werden — in Fürsorgeerziehung verbleiben oder aus dieser nur widerruflich ausscheiden, sind durch regelmäßigen Schriftwechsel mit den betreffenden Familienvorständen und geeigneten Vertrauensmännern, sowie durch gelegentliche Ermittlungen an Ort und Stelle seitens des Direktors oder eines vom Landesdirektor für ihn damit allgemein oder im einzelnen Fall betrauten Anstaltsbeamten in steter Obhut zu behalten.

Außergewöhnliche Vorkommnisse sind besonders zu untersuchen und unverzüglich dem Landesdirektor anzuzeigen.

Auch sonst wird die Anstalt den Zusammenhang mit ihren früheren Zöglingen aufrecht zu erhalten suchen.

§ 17.

Bei der Entlassung wird den Zöglingen ein neuer Einsegnungsanzug und ein guter Arbeitsanzug mit der nöthigen Leibwäsche, auch eine verschließbare Kiste oder ein Korb zur Aufbewahrung ihrer Sachen mitgegeben. Die Kosten hierfür dürfen den Betrag von 50 Mark nicht übersteigen und sind von den zur Zahlung des Pflegegeldes Verpflichteten bzw. aus dem Vermögen der Zöglinge durch die Anstalt wieder einzuziehen.

§ 18.

Die Einsegnung und Entlassung der Kinder erfolgt in der Regel alljährlich zu Ostern, kann aber auch halbjährlich zu Ostern und Michaelis stattfinden.

Alljährlich vor der Einsegnung zu Ostern ist eine öffentliche Schulprüfung aller Klassen vorzunehmen. Die Prüfung hält der Direktor ab.

§ 19.

Die Zöglinge können mit Einwilligung des Landes-

Familie überwiesen werden, wenn sie durch die Anstalts-
erziehung hinlänglich an Zucht und Ordnung gewöhnt,
sowie körperlich, geistig und sittlich gekräftigt zu sein scheinen.

Der Direktor hat in diesen Fällen die Wiederaufnahme
zu veranlassen, sobald er sie für geboten erachtet, und dem
Landesdirektor alsdann unverzüglich Anzeige zu erstatten.

VII. Lehrlingheim.

§ 20.

Zur Aufnahme bezw. Uebernahme von männlichen
Zöglingen in nicht mehr schulpflichtigem Alter dient ein
räumlich von der Hauptanstalt vollständig getrennt liegendes
Lehrlingheim.

Die unmittelbare Leitung desselben führt unter der
Oberleitung des Direktors ein vom Provinzialausschuß
hierzu bestimmter Lehrer der Hauptanstalt.

§ 21.

Die Zöglinge werden in der Landwirthschaft und im
Handwerk beschäftigt und unterwiesen. Außerdem erhalten
sie den erforderlichen Elementar-, Fach- und Fortbildungs-
unterricht. In der freien Zeit ist ihre körperliche Aus-
bildung durch Turnen und Bewegungsspiele zu fördern.

§ 22.

Der Direktor hat die Entlassung herbeizuführen,
sobald ein Versuch der Unterbringung in einem Lehr- oder
Dienstverhältniß zum Besten des Zöglings rathsam er-
scheint. Desgleichen hat er rechtzeitig die Wiederauf-
nahme zu bewirken, wenn dies nach dem Verhalten des
Zöglings außerhalb der Anstalt nothwendig wird. In
beiden Fällen muß er dem Landesdirektor unverzüglich
Anzeige erstatten.

§ 23.

Die Zöglinge des Lehrlingheims sind stets von denen
der Hauptanstalt streng getrennt zu halten und auch in
der Bekleidung von ihnen zu unterscheiden.

§ 24.

Die Vorschriften unter I—VI finden entsprechende An-
wendung mit der Maßgabe, daß den Aufnahmeschriftstücken
(§ 10 Abs. 3) noch der Einsegnungsschein hinzutritt und
daß die Bekleidungskosten bei der ersten Entlassung (§ 17)
bis zu 60 M. betragen dürfen.

§ 25.

Dieses Reglement tritt mit dem 1. April 1901 in Kraft.

Vorstehendes Reglement ist dem Beschluß des Provinzial-
landtags vom 22. Februar 1901 entsprechend vom Pro-
vinzialausschuß festgesetzt worden.

Berlin, den 15. Mai 1901.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg.

(L. S.) (gez.) Freiherr von Manteuffel.

Vorstehendes abgeändertes Reglement für die Branden-
burgische Provinzialschul- und Erziehungsanstalt zu Straus-
berg wird in Betreff derjenigen Bestimmungen, welche sich
auf die Aufnahme, die Behandlung, den Unterricht und
die Entlassung der Zöglinge beziehen, auf Grund des § 17
des Gesetzes vom 2. Juli 1900 genehmigt.

Berlin, den 25. Januar 1902.

(L. S.)

**Der Minister der geistlichen,
Unterrichts- und Medizinal-
Angelegenheiten.**

Der Minister des Innern.

Im Auftrage:

Im Auftrage:

(gez.) Rügler.

(gez.) Peters.

M. d. g. A. U. III. A. 72.

M. d. J. S. 3994.

Reglement

zur Fürsorgeerziehung Minderjähriger.

(Gesetz vom 2. Juli 1900 — G.-G. S. 264 — § 17.)

§ 1.

Die dem Provinzialverbande zur Fürsorgeerziehung überwiesenen Zöglinge sind in geeigneten Familien, öffentlichen, kirchlichen oder privaten Erziehungs- oder Besserungsanstalten unterzubringen.

Die Anstalt muß, soweit als irgend möglich, dem religiösen Bekenntnisse des Zöglings entsprechen. Läßt sich die Unterbringung eines Zöglings in einer geeigneten Anstalt seines Bekenntnisses nicht ermöglichen, so ist der Religionsunterricht und die regelmäßige Theilnahme am Gottesdienste nach den Ordnungen seines Bekenntnisses sicher zu stellen.

Bei der Unterbringung in einer Familie muß diese dem religiösen Bekenntnisse des Zöglings angehören. Bei nicht mehr schulpflichtigen Kindern kann von dieser Bestimmung ausnahmsweise abgesehen werden, wenn eine geeignete Familie ihres Bekenntnisses überhaupt nicht oder nur an solchen Orten gefunden werden kann, wo die Aufsichtigung des Zöglings besondere Schwierigkeiten bietet. Dann ist jedoch die regelmäßige Theilnahme des Zöglings am Gottesdienste seines Bekenntnisses zu sichern.

§ 2.

Die auszuwählenden Familien müssen für eine zweckentsprechende Erziehung der Zöglinge die nöthige Gewähr bieten. Auf dem Lande oder in kleinen Städten wohnende Familien, welche den Zöglingen Gelegenheit geben, sich mit Land- und Gartenarbeit zu beschäftigen, werden bevorzugt. Das Familienhaupt muß sich schriftlich verpflichten, den Zögling in seinen Familientreis aufzunehmen, ihn in religiös-sittlichem Sinne zu erziehen, zum regelmäßigen Besuche des Gottesdienstes und der Schule, zur Anfertigung der in der Schule gegebenen Aufgaben, sowie zur Ordnung, Reinlichkeit und Arbeitsamkeit anzuhalten, ihm eine angemessene Unterkunft mit besonderem Bett, gesunde ausreichende Beköstigung, den Verhältnissen angemessene, reinliche Kleidung, in Krankheitsfällen Pflege und ärztliche

Hülfe zu gewähren, ihn zu den für sein Alter und Geschlecht passenden häuslichen und ländlichen Arbeiten anzuleiten und zu verwenden, soweit dies ohne Schädigung des Schulunterrichts und der Gesundheit des Zöglings geschehen kann. Die Verwendung des Zöglings in Fabriken und ähnlichen Betrieben ist zu unterlagen; bei der Hausindustrie ist eine solche nur mit Einwilligung des Fürsorgers — § 7 — zuzulassen.

Es ist möglichst darauf zu sehen, daß die Familie dem bisherigen Aufenthaltsorte des Zöglings nicht zu nahe wohnt. Die Unterbringung mehrerer Zöglinge in derselben Familie ist thunlichst zu vermeiden.

Auch die eigene Familie des Zöglings kann widerrechtlich mit seiner Fürsorgeerziehung betraut werden, wenn die Erziehung in einer fremden Familie oder in einer Anstalt den Zögling sittlich gebessert hat und die Verhältnisse der eigenen Familie, durch welche die Verwahrlosung verschuldet ist, beseitigt sind.

§ 3.

Die Anstalten müssen durch ihre Lage, ihre baulichen und gesundheitlichen Einrichtungen und die Gelegenheit, die Zöglinge mit Feld-, Garten-, Haus- und anderen geeigneten Arbeiten außerhalb der Unterrichtsstunden zu beschäftigen, den besonderen Anforderungen der Fürsorgeerziehung entsprechen und den Zöglingen einen ausreichenden, den Vorschriften für die Volksschule gemäßen Unterricht gewähren.

Die Anstalten müssen unter einem pädagogisch geschulten Leiter stehen.

Zöglinge in nicht mehr schulpflichtigem Alter dürfen nur in Anstalten ihres Geschlechts oder darauf beschränkten abgesonderten Fürsorgeheimen anderer Anstalten untergebracht werden. Im übrigen müssen in den Anstalten für Kinder beiderlei Geschlechts die Aufenthaltsräume für Tag und Nacht, sowie die Spielplätze vollständig von einander getrennt sein.

Verfügbare Gebäude fortbestehender Landarmen- und Korrigendenanstalten dürfen als Erziehungsanstalt nur verwendet werden, wenn diese ihren eigenen pädagogisch gebildeten Leiter und ein besonderes Lehr- und Aufsichtspersonal hat, und wenn die Zöglinge in jeder Hinsicht von den Hauslingen getrennt gehalten werden, so daß irgend eine Verbindung zwischen beiden ausgeschlossen ist. Die wirtschaftliche Verwaltung beider Anstalten darf dagegen eine gemeinsame sein.

Wenn der Zögling durch die Anstalts-erziehung an Zucht und Ordnung gewöhnt, körperlich, geistig und sittlich gekräftigt ist, soll er einer geeigneten Familie überwiesen werden.

§ 4.

In welcher Weise die Unterbringung eines Zöglings zu bewirken ist, bestimmt der Landesdirektor, sobald ihm das Vormundschaftsgericht bescheinigt, daß sofortige Verschwerbe gegen den Fürsorgerziehungsbeschluß nicht eingelegt bezw. daß dieselbe endgültig zurückgewiesen ist. Dabei sind die Vorschläge des Landraths (Gemeindevorstandes, Vorstehers der königlichen Polizeibehörde) — § 4 a. a. D. —, welchem eine Mittheilung über die persönlichen, häuslichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Zöglings obliegt, zu berücksichtigen.

Entscheidet sich der Landesdirektor für Familienerziehung, dann hat er hiervon zunächst dem Gemeindevorstande und dem Geistlichen am Wohnort der betreffenden Familie Anzeige zu machen, auch bei einem schulpflichtigen Zögling die Schulbehörde zu benachrichtigen und festzustellen, daß die Aufnahme des Zöglings in die Volksschule gesichert ist. Der Landesdirektor übersendet seine Entscheidung durch Vermittelung des Landraths (Gemeindevorstandes) der Polizei-Behörde des Aufenthaltsortes (§ 9 Abs. 3 a. a. D.) zur Ueberführung des Zöglings in die Familie oder Anstalt auf Kosten des Verpflichteten (§ 15 a. a. D.).

Bei der Ueberführung hat die Polizeibehörde

- a) die Geburtsurkunde und den Taufschein, den Impf- bezw. Wiederimpfungschein, das Schulabgangszeugniß, bei Evangelischen den Einsegnungschein, bei Katholischen den Schein über die Zulassung zu der ersten heiligen Kommunion und
- b) ein ärztliches Zeugniß darüber, daß das Kind mit einer ansteckenden Krankheit nicht behaftet noch einer solchen verdächtig ist, abzugeben.

Die Urkunden zu a können in dringlichen Fällen auch nachgebracht werden.

Der Landesdirektor hat von der Unterbringung und jedem Wechsel des Aufenthaltsortes eines Zöglings dem Vormundschaftsgericht Mittheilung zu machen (§ 9 Abs. 2 a. a. D.).

§ 5.

Bei Beginn der Fürsorgerziehung ist dem Zögling diejenige Ausstattung mitzugeben, welche nach dem Reglement der für ihn bestimmten Anstalt bezw. — bei Familienerziehung oder wenn das Anstaltsreglement eine Ausstattung nicht vorsieht — der Provinzialschul- und Erziehungsanstalt in Strausberg erforderlich ist.

Für fehlende oder unbrauchbare Stücke wird Ersatz beschafft auf Kosten des Verpflichteten (§ 15 a. a. D.).

Beim Wechsel oder bei der Beendigung der Fürsorgerziehung ist eine der empfangenen entsprechende Ausstattung von der letzten Erziehungsstelle dem Zögling wieder mitzugeben.

Zu den Kosten des Einsegnungsanzuges wird auf Verlangen eine besondere Beihilfe gewährt.

§ 6.

Die für den Unterhalt und die Erziehung eines Zöglings zu gewährende Vergütung ist von dem Landesdirektor zu vereinbaren.

Verträge mit Anstalten über fortlaufende Aufnahme von Zöglingen bedürfen der Genehmigung des Provinzialausschusses.

Der Landesdirektor kann für die Zöglinge bei guter Führung Belohnungen festsetzen.

§ 7.

Der Landesdirektor bestellt für jeden in einer Familie (einschließlich der Lehr- und Dienstverhältnisse) untergebrachten Zögling zur Ueberwachung der Erziehung und Pflege einen Fürsorger unter Behändigung einer vom Provinzialausschuß zu beschließenden Geschäftsanweisung und einer Abschrift des über den Zögling abgeschlossenen Vertrages. (§ 11 a. a. D.) Der Fürsorger soll, wenn irgend möglich, dem religiösen Bekenntniß des Zöglings angehören und an dessen Aufenthaltsort oder in genügender Nähe von ihm wohnen. Geistliche, Lehrer, Mitglieder von Waisenträthen und Erziehungsvereinen, zunächst aber der Vormund und bei Knaben unter 12 Jahren, sowie bei weiblichen Zöglingen geeignete Frauen sind besonders hierbei zu berücksichtigen.

Zum 1. Januar und 1. Juli jeden Jahres, außerdem unverzüglich bei besonderen Vorkommnissen hat der Fürsorger über seine Wahrnehmungen an den Vorsteher der Anstalt, in welcher sich der Zögling zuletzt befunden hat, bezw. an den Landesdirektor zu berichten.

Das Amt des Fürsorgers ist ein Ehrenamt. Nothwendige baare Auslagen werden erstattet.

§ 8.

Die Anstalten haben gleich nach Ablauf eines jeden Kalenderjahres über das sittliche Verhalten, sowie über die geistige und körperliche Entwicklung ihrer Zöglinge, auch wenn sie sich nicht mehr in der Anstalt, aber noch in Fürsorgerziehung befinden und einer anderen Anstalt nicht zugetheilt sind, unter Beifügung der Auskunft der Fürsorger an den Landesdirektor Bericht zu erstatten. Bei den in der Anstalt befindlichen Zöglingen ist darin anzugeben, inwieweit sie sich zum Eintritt in ein Lehr- oder Dienstverhältnis oder schon während des schulpflichtigen Alters zur Ueberweisung in Familienerziehung eignen. Außerdem ist bei besonderen Vorkommnissen jedesmal sofort zu berichten. Mit den außerhalb der Anstalt untergebrachten Zöglingen soll die Anstalt nach Möglichkeit auch in persönlicher Verbindung bleiben.

§ 9.

Dem Landesdirektor bleibt es überlassen, noch neben den Fürorgern und den Anstalten eine Beaufsichtigung der Zöglinge herbeizuführen, auch selbst oder durch Beauftragte die einzelnen Familien und Anstalten zu revidiren, um die Abstellung etwaiger Mängel in der Pflege oder in der Erziehung zu bewirken. Von dem Ergebniß der Anstaltsrevisionen ist dem Provinzialausschuß Mittheilung zu machen. Der Landesdirektor hat in geeigneten Fällen die Uebertragung der Vormundschaft an die Anstaltsvorstände zu beantragen.

§ 10.

Ueber die Entlassung eines Zöglings aus der Fürsorgeerziehung, sowie über die Beschaffung eines angemessenen Unterkommens nach Beendigung der Fürsorgeerziehung (§ 14 a. a. D.) befindet der Landesdirektor. Zuvor sind jedoch der Vorsteher der Erziehungsanstalt bezw. der Fürsorger oder beide über die Rätlichkeit der Entlassung und den etwa vorzubehaltenden Widerruf (§ 13 a. a. D.), die Art der Ausführung derselben und über das geeignetste Unterkommen für den Zögling gutachtlich zu hören.

Von der Entlassung ist außer dem Vormundschaftsgerichte (§ 9 Abs. 2 a. a. D.) auch dem Vorstande der Gemeinde, in welche der Zögling entlassen wird, Mittheilung zu machen.

Vorstehendes Reglement ist dem Beschluß des Provinziallandtags vom 22. Februar 1901 entsprechend vom Provinzialausschuß festgesetzt worden.

Berlin, den 13. Dezember 1901.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg.

(L. S.) (gez.) Freiherr von Manteuffel.

Vorstehendes Reglement zur Fürsorgeerziehung Minderjähriger wird auf Grund des § 17 des Gesetzes vom 2. Juli 1900 genehmigt.

Berlin, den 25. Januar 1902.

(L. S.)

**Der Minister der geistlichen,
Unterrichts- und Medizinal-
Angelegenheiten.**

Der Minister des Innern.

Im Auftrage:

(gez.) Rügler.

Im Auftrage:

(gez.) Peters.

M. d. g. A. U. III. A. 72

M. d. J. S. 3994.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Stück 12.

Den 21. März

1902.

Inhalts-Verzeichniss. Inhalt von Stück 12 und 13 des Reichs-Gesetzblatts. S. 117. — Erweiterung der Handelskammer in Potsdam. S. 117. — Amtsbezirksveränderung. S. 117. — Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Glasbauten u. S. 117. — Schuhmacher-Jungung in Steglitz. S. 128. — Viehsuchen. S. 128. — Schiedsgerichte für Arbeiter-Versicherung. S. 129. — Bau-Polizei-Verordnungen. S. 129. — Polizei-Verordnung über den Verkehr mit Kuhmilch und Sahne. S. 130. — Gemeindefälle für Fernsprechlabel. S. 133. — Bezeichnung eines Postamts. S. 133. — Pfarrstellenerfüllung. S. 133. — Ausnahmetarif für Dingenittel u. S. 133. — Ladefrisen auf Station Frankfurt a. M. S. 133. — Direktorialrath der Landeseisenbahndirektion. S. 133. — Personal - Chronik. S. 133. — Ausweisungen aus Preussen. S. 133. — Ausweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiete. S. 134. — Bellage: Annahme und Ausbildung von Militäranwärtern für den Strommesserdienst.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 12.) **Nr 2844.** Bekanntmachung, betreffend die Einrichtung und den Betrieb gewerblicher Anlagen zur Vulkanisirung von Gummitwaaren. Vom 1. März 1902.

Nr 2845. Bekanntmachung, betreffend den Fett- und Wassergehalt der Butter. Vom 1. März 1902.

(Stück 13.) **Nr 2846.** Bekanntmachung, betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Glashütten, Glasbleisereien und Glasbleisereien sowie Seidenspinnereien. Vom 5. März 1902.

Nr 2847. Bekanntmachung, betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Holzwerkfabriken, Zuckerraffinerien und Melasse-erzuckerungsanstalten. Vom 5. März 1902.

Bekanntmachungen

Der Königl. Reichspräsidenten.

Verfügung betreffend die Erweiterung der Handelskammer zu Potsdam.

13. Auf Grund des § 2 des Gesetzes über die Handelskammern vom 24. Februar 1870 wird die aus den Kreisen der Theilnehmenden beantragte Ausdehnung der Handelskammer zu Potsdam auf die Kreise Teltow, Niederbarnim und Vorpommern-Storow genehmigt. Die Gesamtzahl der Mitglieder der Handelskammer beträgt künftig 43. Davon entfallen auf den Kreis Teltow 9, auf den Kreis Niederbarnim 8 Mitglieder und auf den Kreis Vorpommern-Storow 1 Mitglied. Für die Ausführung der Wahlen sind die Bestimmungen des unter dem heutigen Tage von mir genehmigten Statuts der Handelskammer vom 4. Februar d. J. maßgebend.

Berlin, den 8. März 1902.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Bekanntmachungen

des Königl. Regierungspräsidenten.

76. Der Herr Minister des Innern hat durch Erlass vom 10. März d. J. — IVa. 174 — auf

Grund des § 6 des Zuständigkeitsgesetzes im Einvernehmen mit dem hiesigen Bezirksausschusse folgende Amtsbezirksveränderungen im Kreise Niederbarnim festgesetzt:

1) Der Amtsbezirk Nr 5 — „Ober-Schöneweide“ — soll fortan bestehen aus

- a. der Gemeinde Ober-Schöneweide und
- b. demjenigen Theile der Wuhlheide der Königl. Forsten der Forst, welcher begrenzt wird im Westen von der Karlshorster Chaussee (einschließlich), nördlich von dem Einöckel (einschließlich), östlich von dem Dörnhagen (einschließlich) und südlich von dem Gemeindebezirke Ober-Schöneweide;

2) der Amtsbezirk Nr 7 — „Goepenid-Forst“ — soll fortan bestehen aus

- a. der Gemeinde Rahnsdorf,
- b. dem Gutsbezirke Goepenid-Forst einschließlich der Wuhlheide, soweit diese nicht nach Nr 1b. zu dem Amtsbezirke Nr 5 — „Ober-Schöneweide“ — gelegt ist und
- c. dem Gutsbezirke Rahnsdorf;

3) von dem bisherigen Amtsbezirke Nr 30 — „Dallendorf“ — werden die Gemeinde Hermdorf und der Gutsbezirk Hermdorf abgezweigt und zu einem besonderen Amtsbezirk mit der Bezeichnung „Nr 30a. Hermdorf i. Mark“ vereinigt.

Potsdam, den 14. März 1902.

Der Regierungspräsident.

76. Allgemeine Vertragsbedingungen

für die Ausführung von Glasbauten.

§ 1. Gegenstand des Vertrages.

(1) Den Gegenstand des Unternehmens bildet die Ausführung der im Vertrage bezeichneten Bauwerke, Arbeiten oder Lieferungen. Im Einzelnen bestimmt sich Art und Umfang der dem Unternehmer obliegenden Arbeiten oder Lieferungen nach den Verdingungs-Anschlägen, den Zeichnungen und sonstigen als zum Vertrage gehörig bezeichneten Unterlagen. Die in den Verdingungs-Anschlägen angenommenen Vordrucke unter-

liegen jedoch denjenigen näheren Feststellungen, welche — ohne wesentliche Aenderung der dem Vertrage zu Grunde gelegten Bauentwürfe — bei der Ausführung sich ergeben.

(2) Abänderungen der Bauentwürfe anzuordnen, bleibt der Verwaltung vorbehalten. Arbeiten und Lieferungen, welche in den Bauentwürfen nicht vorgesehen sind, können dem Unternehmer nur mit seiner Zustimmung übertragen werden.

§ 2. Berechnung der Vergütung.

(1) Die dem Unternehmer zukommende Vergütung wird nach den wirklichen Arbeiten oder Lieferungen unter Zugrundelegung der vertragsmäßigen Einheitspreise berechnet.

(2) Die Vergütung für Tagelohn-Arbeiten erfolgt nach den vertragsmäßig vereinbarten Lohnsätzen.

§ 3. Zuschlag einer besonderen Vergütung für Nebenleistungen.

(1) Insofern dafür nicht besondere Preisansätze vorgesehen oder besondere Bestimmungen getroffen sind, umfassen die vereinbarten Preise und Tagelohnsätze zugleich die Vergütung für die zur planmäßigen Ausführung der Arbeiten oder Lieferungen und zur Erfüllung des Vertrages gehörenden Nebenleistungen aller Art, insbesondere für das Vorhalten von Werkzeug, Geräthen und Mähten, für die Herstellung oder Unterhaltung von Zufahrtswegen und für die Heranschaffung der zu den Bauarbeiten erforderlichen Materialien von den auf der Baustelle befindlichen Lagerplätzen nach der Verwendungsstelle am Bau.

(2) Auch die Bestellung der zu Abmessungen, Höhenmessungen und Abnahmevermessungen, sowie zu Güteprüfungen erforderlichen Arbeitskräfte und Geräthe liegt dem Unternehmer ob, ohne daß ihm eine besondere Entschädigung hierfür gewährt wird.

(3) Etwasige Patentgebühren trägt der Unternehmer. Er hat die Verwaltung gegen Patentansprüche Dritter zu vertreten.

§ 4. Mehrarbeiten oder Mehrlieferungen.

(1) Ohne ausdrückliche schriftliche Anordnung oder Genehmigung der Verwaltung darf der Unternehmer keinerlei vom Vertrage abweichende oder im Verdingungs-Ansatze nicht vorgesehene Arbeiten oder Lieferungen ausführen.

(2) Diesem Verbot zuwider einseitig von dem Unternehmer bewirkte Arbeiten oder Lieferungen ist die Verwaltung befugt, auf dessen Gefahr und Kosten wieder beseitigen zu lassen; auch hat der Unternehmer nicht nur keinerlei Vergütung für derartige Arbeiten und Lieferungen zu beanspruchen, sondern muß auch für allen Schaden aufkommen, welcher etwa durch die Abweichungen vom Vertrage für die Staatskasse entstanden ist.

§ 5. Minderarbeiten oder Minderlieferungen.

Reiben die ausgeführten Arbeiten oder Lieferungen zufolge der von der Verwaltung getroffenen Anordnungen unter der im Vertrage festverdingenen Menge zurück, so hat der Unternehmer Anspruch auf den

Ersatz des ihm nachweislich hieraus entstandenen wirklichen Schadens.

§ 6. Beginn, Fortführung und Vollendung der Arbeiten oder Lieferungen.

(1) Der Beginn, die Fortführung und Vollendung der Arbeiten oder Lieferungen haben innerhalb der in den besonderen Bedingungen festgesetzten Fristen zu erfolgen.

(2) Ist im Vertrage über den Beginn der Arbeiten oder Lieferungen eine Vereinbarung nicht enthalten, so hat der Unternehmer spätestens 14 Tage nach schriftlicher Aufforderung Seitens der Verwaltung zu beginnen.

(3) Die Arbeit oder Lieferung muß im Verhältnis zu den bedingenen Vollendungsfristen fortgesetzt angemessen gefördert werden (§ 12).

(4) Die Zahl der zu verwendenden Arbeitskräfte und Geräthe, sowie die Vorräthe an Materialien müssen allezeit den übernommenen Arbeiten oder Lieferungen entsprechen.

§ 7. Vertragsstrafe.

(1) Die Verletzung der Verwaltung; eine Vertragsstrafe von dem Guthaben des Unternehmers einzubehalten, richtet sich nach §§ 389 bis 341 B. G. B.

(2) Die Vertragsstrafe gilt nicht als erlassen, wenn die Verwaltung verspätete oder ungenügende Arbeiten oder Lieferungen vorbehaltlos angenommen hat.

(3) Für die Berechnung einer Vertragsstrafe bei Arbeiten oder Lieferungen ist der Zeitpunkt maßgebend, zu welchem die Arbeit nach dem Vertrage fertiggestellt oder die Anlieferung an dem im Vertrage bezeichneten Anlieferungsorte stattfinden sollte.

(4) Eine tageweise zu berechnende Vertragsstrafe für verspätete Ausführung von Arbeiten oder Lieferungen bleibt für die in die Zeit einer Verzögerung fallenden Sonntage und allgemeinen Feiertage außer Ansatz.

§ 8. Behinderungen der Bauausführung.

(1) Glaubt der Unternehmer sich in der ordnungsmäßigen Fortführung der übernommenen Arbeiten oder Lieferungen durch Anordnungen der Verwaltung, durch höhere Gewalt oder durch das nicht gehörige Fortschreiten der Arbeiten oder Lieferungen anderer Unternehmer behindert, so hat er der Verwaltung hiervon sofort Anzeige zu erstatten.

(2) Unterläßt der Unternehmer diese Anzeige, so steht ihm ein Anspruch auf Verhinderung der angeblich hindernden Umstände nicht zu.

(3) Der Verwaltung bleibt es vorbehalten, falls die bezüglichlichen Beschwerden des Unternehmers für begründet zu erachten sind, eine angemessene Verlängerung der im Vertrage festgesetzten Vollendungsfristen — längstens bis zur Dauer der betreffenden Arbeitsbehinderung — zu bewilligen.

(4) Nach Beseitigung der Hindernisse sind die Arbeiten ohne weitere Aufforderung ungehindert wieder aufzunehmen.

§ 9. Unterbrechung der Bauausführung.

(1) Für die bei Eintritt einer Unterbrechung der gänzlichen Einstellung der Ausführung bereits geleisteten

Arbeiten oder Lieferungen erhält der Unternehmer die den vertragsmäßig bedungenen Preisen entsprechende Vergütung. Ist für verschiedenwerthige Arbeiten oder Lieferungen ein nach dem Durchschnitt bemessener Einheitspreis vereinbart, so ist unter Berücksichtigung des höheren oder geringeren Werthes der ausgeführten Arbeiten oder Lieferungen gegenüber den noch rückständigen ein von dem verabredeten Durchschnittspreis entsprechend abweichender neuer Einheitspreis für das Geleistete besonders zu ermitteln und darnach die zuzugewährende Vergütung zu berechnen.

(2) Außerdem kann der Unternehmer den Ertrag des ihm nachweislich entstandenen wirklichen Schadens beanspruchen, wenn die die Fortsetzung der Arbeiten oder Lieferungen hindernden Umstände entweder von der Verwaltung verschuldet sind oder — insoweit zufällige von dem Willen der Verwaltung unabhängige Umstände in Frage stehen — sich auf Seiten der Verwaltung geltend gemacht haben.

(3) Eine Entschädigung für entgangenen Gewinn kann in keinem Falle beansprucht werden.

(4) In gleicher Weise ist der Unternehmer zum Schadenersatz verpflichtet, wenn die die Unterbrechung verursachenden Umstände von ihm verschuldet sind oder auf seiner Seite sich geltend gemacht haben (§ 13).

(5) Ist die Unterbrechung durch Naturereignisse herbeigeführt worden, so kann der Unternehmer einen Schadenersatz nicht beanspruchen.

(6) Dauert die Unterbrechung länger als 6 Monate, so steht dem Theile der Mäxime vom Vertrage frei. Die Mäxinnterklärung muß schriftlich und spätestens 14 Tage nach Ablauf jener 6 Monate dem andern Theile zugestellt werden; andernfalls bleibt — unbeschadet der inzwischen etwa erwachsenen Ansprüche auf Schadenersatz oder Vertragsstrafe — der Vertrag mit der Maßgabe in Kraft, daß die darin ausbedungenen Vollendungsfrist um die Dauer der Unterbrechung verlängert wird.

§ 10. Güte der Arbeiten oder Lieferungen.

(1) Die Arbeiten oder Lieferungen müssen den besten Regeln der Technik und den besonderen Bestimmungen des Vertrages entsprechen.

(2) Bei den Arbeiten dürfen nur tüchtige und geübte Arbeiter beschäftigt werden.

(3) Arbeiten, welche die Verwaltung den gedachten Bedingungen nicht entsprechend findet, sind sofort und unter Anschluß der Anrufung eines Schiedsgerichts zu beseitigen und durch unabelhafte zu ersetzen. Für hierbei entstehende Verluste an Materialien hat der Unternehmer die Staatskasse schadlos zu halten.

(4) Arbeiter, welche nach dem Urtheile der Verwaltung untauglich sind, müssen auf Verlangen entlassen und durch tüchtige ersetzt werden.

(5) Materialien, welche dem Vertrage nicht entsprechen, sind auf Anordnung der Verwaltung innerhalb einer zu bestimmenden Frist von der Baustelle zu entfernen, widrigenfalls sie auf Kosten und für Rechnung des Unternehmers beliebig veräußert werden können.

(6) Behufs Ueberwachung der Ausführung der Arbeiten, sowie zur Vornahme von Materialprüfungen steht den Beauftragten der Verwaltung jederzeit während der Arbeitsstunden der Zutritt zu den Arbeitsplätzen und Werkstätten frei, in welchen zu dem Unternehmen gehörige Gegenstände angefertigt werden.

(7) Auf Verlangen hat der Unternehmer den Beginn der Herstellungsarbeiten rechtzeitig der Verwaltung anzuzeigen.

(8) Entstehen zwischen der Verwaltung und dem Unternehmer Meinungsverschiedenheiten über die Zuverlässigkeit der bei Prüfung der Materialien angewendeten Maschinen oder Untersuchungsarten, so kann der Unternehmer eine weitere Prüfung in den königlichen Versuchsanstalten zu Charlottenburg verlangen, deren Festsetzungen endgültig entscheidend sind. Die hierbei entstehenden Kosten trägt der unterliegende Theil. § 11. Erfüllung der dem Unternehmer Handwerkern und Arbeitern gegenüber obliegenden Verbindlichkeiten.

(1) Der Unternehmer hat der Verwaltung über die mit Handwerkern und Arbeitern in Betreff der Ausführung der Arbeiten oder Lieferungen geschlossenen Verträge jederzeit auf Erfordern Auskunft zu erteilen.

(2) Sollte das angemessene Fortschreiten der Arbeiten oder Lieferungen dadurch in Frage gestellt werden, daß der Unternehmer Handwerkern oder Arbeitern gegenüber die Verpflichtungen aus dem Arbeitsvertrage nicht oder nicht pünktlich erfüllt, so bleibt der Verwaltung das Recht vorbehalten, die von dem Unternehmer geschuldeten Beträge für dessen Rechnung unmittelbar an die Berechtigten zu zahlen. Der Unternehmer hat die hierzu erforderlichen Unterlagen, Rechnungen u. s. w. der Verwaltung zur Verfügung zu stellen.

§ 12. Fristen für die Beseitigung von Mängeln.

Wenn

a. die Arbeiten oder Lieferungen des Unternehmers untauglich sind oder

b. die Arbeiten oder Lieferungen nach Maßgabe der verlaufenen Zeit nicht genügend gefördert sind oder

c. der Unternehmer den von der Verwaltung gemäß § 11 getroffenen Anordnungen nicht nachkommt,

so ist er zur Beseitigung der vorliegenden Mängel oder zur Befolgung der getroffenen Anordnung unter Bewilligung einer angemessenen Frist aufzufordern. Die Fristbestimmung erfolgt unbeschadet der der Verwaltung schon vor Ablauf der Frist zustehenden Rechte, insbesondere des Rechts auf Einziehung verwirkter Vertragsstrafen (§ 7).

§ 13. Entziehung der Arbeiten oder Lieferungen.

(1) Kommt der Unternehmer innerhalb der Frist den Anordnungen der Verwaltung nicht nach, handelt er den ihm durch § 10 Absatz 3 und 5 auferlegten Verpflichtungen zuwider oder wird die Sicherheitsleistung (§ 26) nicht spätestens binnen 14 Tagen nach Aufforderung bewirkt, so ist die Verwaltung berechtigt, nach ihrer Wahl entweder

a. gänzlich vom Vertrage zurücktreten und Schadenersatz wegen Nichterfüllung zu verlangen, oder

- b. dem Unternehmer die weitere Ausführung der Arbeiten oder Lieferungen ganz oder theilweise zu entziehen und Schadenersatz wegen nicht genügender oder verspäteter Erfüllung zu verlangen; oder
- c. auf der Erfüllung der dem Unternehmer obliegenden Verpflichtungen vorbehaltilich aller Schadenersatzansprüche zu bestehen.

Entscheidet sie sich gemäß a. oder b., so theilt sie dies dem Unternehmer mittelst eingeschriebenen Briefes mit. Erfolgt keine Mittheilung, so ist anzunehmen, daß sie sich gemäß c. entschieden habe.

(2) Werden dem Unternehmer die Arbeiten oder Lieferungen ganz oder theilweise entzogen, so kann die Verwaltung, unbeschadet ihrer Schadenersatzansprüche, den noch nicht vollendeten Theil auf seine Kosten ausführen lassen oder selbst für seine Rechnung ausführen.

(3) Auf die Berechnung der für die ausgeführten Arbeiten oder Lieferungen dem Unternehmer zuzurechnenden Vergütung und dem Umfang seiner Verpflichtung zum Schadenersatz finden die Bestimmungen im § 9 entsprechende Anwendung.

(4) Nach beendeter Arbeit oder Lieferung wird dem Unternehmer eine Abrechnung mitgetheilt.

(5) Abschlagszahlungen (§ 22) können im Falle der Arbeitsentziehung dem Unternehmer nur innerhalb desjenigen Betrages gewährt werden, welcher für ihn als sicheres Guthaben unter Berücksichtigung der entstandenen Gegenansprüche ermittelt ist.

§ 14. Ordnungsvorschriften.

(1) Der Unternehmer oder dessen Vertreter muß sich zufolge Aufforderung auf der Baustelle einfinden, so oft nach dem Ermessen der Verwaltung die zu treffenden baulichen Anordnungen ein mündliches Benehmen auf der Baustelle erforderlich machen. Die sämtlichen auf dem Bau befindlichen Bevollmächtigten, Gehülften und Arbeiter des Unternehmers sind bezüglich der Bauausführung und der Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem Bauplatz den Anordnungen der Verwaltung unterworfen. Im Falle des Ungehorsams kann ihre sofortige Entfernung von der Baustelle verlangt werden.

(2) Der Unternehmer hat, soweit es seinen Arbeitern nicht selbst möglich ist, angemessene Unterkunft oder Verpflegung zu entsprechenden Preisen zu finden, die dazu erforderlichen Einrichtungen auf eigene Kosten zu treffen. Er hat den in dieser Beziehung an ihn gestellten Anforderungen der Verwaltung zu genügen. Auch im Uebrigen hat er denjenigen Anordnungen zu entsprechen, welche zur Sicherung der Gesundheit seiner Arbeiter und zur Wahrung der Reinlichkeit von der Verwaltung getroffen werden. Abtritte sind an den ihm angewiesenen Plätzen herzustellen, regelmäßig zu desinfizieren und demnachst wieder zu beseitigen. Der Unternehmer ist ferner verpflichtet, auf den Baustellen die zur ersten Hülfeleistung vor Anfunft des Arztes erforderlichen Verbandmittel und Arzneien nach den Weisungen der Verwaltung bereit zu halten. Die Verwaltung ist berechtigt, die ordnungsmäßige Ausführung der

auf Grund der Bestimmungen dieses Absatzes, getroffenen Anordnungen zu überwachen.

(3) Der Unternehmer hat überhaupt Räume, Vorrichtungen und Gerätschaften, die er zur Verrichtung der Dienste zu beschaffen hat, so einzurichten und zu unterhalten und Dienstleistungen, die unter seiner Anordnung oder seiner Leitung vorzunehmen sind, so zu regeln, daß die Angestellten und Arbeiter gegen Gefahr für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, als die Natur der Dienstleistung es gestattet. (§ 618 B. G.-B's.)

(4) Für die Bewahrung seiner Geräte, Werkzeuge, Geräte u. s. w., sowie seiner auf der Baustelle lagernden Materialien Sorge zu tragen, ist lediglich Sache des Unternehmers;

§ 15. Mitbenutzung von Rüstungen.

Die von dem Unternehmer hergestellten Rüstungen sind während ihres Bestehens auch anderen Bauhandwerkern unentgeltlich zur Benutzung zu überlassen. Aenderungen an den Rüstungen im Interesse der bequemen Benutzung während der übrigen Bauhandwerker vorzunehmen, ist der Unternehmer nicht verpflichtet.

§ 16. Beobachtung polizeilicher Vorschriften.

Haftung des Unternehmers für seine Angestellten.

(1) Für die Befolgung der für Bauausführungen bestehenden polizeilichen Vorschriften und der etwa besonders ergehenden polizeilichen Anordnungen ist der Unternehmer für den ganzen Umfang seiner vertragsmäßigen Verpflichtungen verantwortlich. Kosten, welche ihm dadurch erwachsen, können der Staatskasse gegenüber nicht in Rechnung gestellt werden.

(2) Der Unternehmer trägt insbesondere die Verantwortung für die gehörige Stärke und sonstige Tüchtigkeit der Rüstungen, Transportbrücken u. s. w. Dieser Verantwortung unbeschadet ist er aber auch verpflichtet, eine von der Verwaltung angeordnete Ergänzung und Verstärkung der Rüstungen, Transportbrücken u. s. w. unverzüglich und auf eigene Kosten zu bewirken.

§ 17. Krankenversicherung der Arbeiter.

(1) Auf Verlangen der Verwaltung hat der Unternehmer gegen Bestellung ausreichender Sicherheit eine den Vorschriften der §§ 69 bis 72 des Krankenversicherungsgesetzes unterliegende Bau-Krankenklasse entweder für seine versicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten allein, oder mit anderen Unternehmern, welchem die Ausführung von Arbeiten auf eigene Rechnung übertragen wird, gemeinsam zu errichten. Eine für den ständigen Betrieb des Unternehmers bereits bestehende Betriebs-Krankenklasse kann unter den im § 70 des Krankenversicherungsgesetzes vorgesehenen Bedingungen für das von dem Unternehmer bei der baulichen Bauausführung verwendete Personal als Bau-Krankenklasse anerkannt werden.

(2) Errichtet die Verwaltung selbst eine Bau-Krankenklasse, so gehören die von dem Unternehmer bei der Bauausführung beschäftigten versicherungspflichtigen

Personen mit dem Tage des Eintritts in die Beschäftigung der Bau-Krankenkasse als Mitglieder an. Freist von dieser Zugehörigkeit sind nur diejenigen Personen, welche einer nach dem vorstehenden Absatze als Bau-Krankenkasse anerkannten Krankenkasse oder einer der Aufsicht des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes entsprechenden Hilfskasse als Mitglieder angehören. Der Unternehmer erkauft das Stimmrecht der von der Verwaltung errichteten Bau-Krankenkasse als für ihn verbindlich an. In den Kosten der Rechnungs- und Kassaführung hat er auf Verlangen der Verwaltung einen von dieser antheilig festzusetzenden Beitrag zu leisten.

(3) Unterläßt es der Unternehmer, die Krankenversicherung der von ihm beschäftigten versicherungspflichtigen Personen zu bewirken, so ist er verpflichtet, alle Aufwendungen zu erstatten, welche etwa der Verwaltung hinsichtlich der von ihm beschäftigten Personen durch Erfüllung der aus dem Krankenversicherungsgesetze sich ergebenden Verpflichtungen erwachsen.

(4) Etwaige in diesem Falle von der Bau-Krankenkasse naturgemäß geleistete Unterstützungen sind von dem Unternehmer gleichfalls zu ersetzen.

(5) Die von dem Unternehmer befristete Sicherheit haftet auch für die Erfüllung der sämtlichen vorstehend bezeichneten Verpflichtungen in Bezug auf die Krankenversicherung.

§ 18. Haftpflicht des Unternehmers bei Eingriffen in die Rechte Dritter.

(1) Für unbefugtes Vorgehen, sowie für Beschädigungen angrenzender Ländereien, insbesondere durch Entnahme oder Auflagerung von Erde oder anderen Gegenständen außerhalb der schriftlich dazu angewiesenen Flächen, ingleichen für die Folgen eigenmächtiger Versperrungen von Wegen oder Wasserläufen haftet ausschließlich der Unternehmer, mögen diese Handlungen von ihm oder von seinen Bevollmächtigten, Gehülften oder Arbeitern vorgenommen sein.

(2) Für den Fall einer solchen widerrechtlichen und nach pflichtmäßiger Ueberzeugung der Verwaltung dem Unternehmer zur Last fallenden Beschädigung erklärt sich dieser damit einverstanden, daß die Verwaltung auf Verlangen des Beschädigten durch einen nach Anhörung des Unternehmers von ihr zu wählenden Sachverständigen auf seine Kosten den Betrag des Schadens ermittelt und für seine Rechnung an den Beschädigten auszahlt, im Falle eines rechtlichen Zahlungshindernisses aber hinterlegt, sofern die Zahlung oder Hinterlegung mit der Maßgabe erfolgt, daß dem Unternehmer die Rückforderung für den Fall vorbehalten bleibt, daß auf seine gerichtliche Klage dem Beschädigten der Ersatzenspruch ganz oder theilweise aberkannt werden sollte.

§ 19. Aufmessungen während des Baues und Abnahme.

(1) Die Verwaltung ist berechtigt, zu verlangen, daß über alle später nicht mehr nachzumessenden Arbeiten von den beiderseits zu bezeichnenden Be-

auftragten während ihrer Ausführung gegenseitig anzuerkennende Aufzeichnungen geführt werden, welche demnachst der Berechnung zu Grunde zu legen sind.

(2) Von der Vollendung der Arbeiten oder Lieferungen hat der Unternehmer der Verwaltung durch eingeschriebenen Brief Anzeige zu machen; darauf der Termin für die Abnahme mit thunlichster Beschleunigung anberaumt und dem Unternehmer schriftlich gegen Beibehaltungsgeldern oder mittelst eingeschriebenen Briefes bekannt gegeben wird.

(3) Sollen über Arbeiten oder Lieferungen zu einem vorabgemacht bestimmten Zeitpunkte erfolgen, so ist der Unternehmer nicht berechtigt, die Abnahme vor jenem Zeitpunkte zu verlangen.

(4) Ueber die Abnahme wird in der Regel eine Verhandlung aufgenommen. Auf Verlangen des Unternehmers muß dies geschehen. Die Verhandlung ist von dem Unternehmer oder dem für ihn etwa erschienenen Vertreter mit zu vollziehen.

(5) Von der über die Abnahme aufgenommenen Verhandlung wird dem Unternehmer auf Verlangen beglaubigte Abschrift mitgeteilt.

(6) Erscheint in dem zur Abnahme anberaumten Termine gehöriger Benachrichtigung ungeachtet weder der Unternehmer selbst noch ein Vertreter für ihn, so gelten die durch die Beauftragten der Verwaltung bewirkten Aufnahmen und sonstigen Feststellungen als anerkannt.

(7) Auf die Feststellung des von dem Unternehmer Geleisteten im Falle der Entziehung der Arbeiten oder Lieferungen (§ 13) finden diese Bestimmungen gleichmäßig Anwendung.

(8) Rassen- und Materialabfälle sofort nach ihrer Auslieferung abgenommen werden, so bedarf es einer besonderen Benachrichtigung des Unternehmers hiervon nicht, wieweil mehr ist es seine Sache, für seine Anwesenheit oder Vertretung bei der Abnahme Sorge zu tragen.

§ 20. Rechnungs-Aufstellung.

(1) Bezüglich der förmlichen Aufstellung der Rechnung, welche in der Form, Ausdrucksweise, Bezeichnung der Bautheile und Reihenfolge der Posten genau nach dem Verbindungsantrage einzurichten ist, hat der Unternehmer den von der Verwaltung gestellten Anforderungen zu entsprechen.

(2) Etwaige Mehrarbeiten oder Mehrlieferungen sind in besonderer Rechnung nachzumessen, unter deutlichem Hinweis auf die schriftlichen Vereinbarungen, welche darüber getroffen worden sind.

§ 21. Tagelohnrechnungen.

(1) Werden im Auftrage der Verwaltung Seitens des Unternehmers Arbeiten im Tagelohn ausgeführt, so ist die Liste der hierbei beschäftigten Arbeiter dem bauleitenden Beamten oder dessen Vertreter behufs Prüfung ihrer Richtigkeit täglich vorzulegen. Etwaige Ausstellungen dagegen sind dem Unternehmer binnen längstens 8 Tagen mitzutheilen.

(2) Die Tagelohnrechnungen sind längstens von 2 zu 2 Wochen einzureichen.

§ 22. Abschlagszahlungen.

(1) Abschlagszahlungen werden dem Unternehmer in angemessenen Fristen auf Antrag, nach Maßgabe des jeweiligen Geleisteten oder Vorkosten, bis zu der von der Verwaltung mit Sicherkeit vertretbaren Höhe gewährt (§ 13 Abs. 5).

(2) Hiervon können noch nicht hinterlegte Sicherheitsbeträge (§ 26), sowie anderweitige auf dem Vertrage beruhende Forderungen der Verwaltung gegen den Unternehmer in Abzug gebracht werden.

§ 23. Schlusszahlung.

(1) Die Schlusszahlung erfolgt sobald nach vollendeter Prüfung und Feststellung der vom Unternehmer einzureichenden Rechnung (§ 20).

(2) Bleiben bei der Schlussabrechnung Meinungsverschiedenheiten zwischen der Verwaltung und dem Unternehmer bestehen, so soll diesem gleichwohl das ihm unbefristet zustehende Guthaben nicht vorzuenthalten werden.

(3) Der Empfangnahme des von der Verwaltung als Restguthaben zur Auszahlung angebotenen Betrages muß der Unternehmer alle Ansprüche, welche er aus dem Vertragsverhältnis über die behördlichseits anerkannten hinaus etwa noch zu haben vermeint, bestimmt bezeichnen und sich vorbehalten, widrigenfalls die Geltendmachung dieser Ansprüche später ausgeschlossen ist.

§ 24. Zahlende Kasse.

Alle Zahlungen erfolgen, sofern nicht in den besonderen Bedingungen etwas Anderes festgesetzt ist, auf der Kasse der Verwaltung, für welche die Arbeiten oder Lieferungen ausgeführt werden.

§ 25. Gewährleistung.

(1) Die in den besonderen Bedingungen des Vertrages vorgesehene, in Ermangelung solcher nach dem allgemeinen gesetzlichen Vorschriften sich bestimmende Frist für die dem Unternehmer obliegende Gewährleistung für die Güte der Arbeit oder Materialien beginnt mit dem Zeitpunkt der Abnahme der Arbeit oder Lieferung.

(2) Der Einwand nicht rechtzeitigiger Anzeige von Mängeln gelieferter Waaren (§ 377 des Handelsgesetzbuches) ist nicht statthaft.

§ 26. Sicherheitsleistung.

(1) Die Sicherheit für die vollständige Vertragserfüllung kann durch Bürgen oder Pfänder bestellt werden; durch Bürgen jedoch nur mit Einwilligung der Verwaltung. Der Bürge hat einen Bürgschein nach Anordnung der Verwaltung auszustellen.

(2) Die Höhe der zu bestellenden Pfänder beträgt fünf vom Hundert der Vertragssumme; soweit nicht ein Anderes bestimmt ist.

(3) Die Verwaltung kann die Hinterlegung eines Generalpfandes zulassen, das für alle von dem Unternehmer im Bereiche der Verwaltung vertragsmäßig übernommenen Verpflichtungen haftet. Die Höhe des Generalpfandes wird verwaltungsfest nach dem Durchschnittswert sämtlicher von dem Unternehmer auszu-

führenden oder in den letzten drei Jahren ausgeführten Arbeiten oder Lieferungen bemessen und festgesetzt.

(4) Die Verwaltung behält sich das Recht vor, das Generalpfand jederzeit bis höchstens zum Gesamtbetrage der Einzelpfänder; an deren Stelle es besteht ist, zu erhöhen, sofern es zur Sicherstellung der Verbindlichkeiten des Unternehmers nach ihrem Ermessen nicht genügt. Sie ist berechtigt, ihr Einverständnis mit der Bestellung eines Generalpfandes jederzeit zurückzuziehen und zu verlangen, daß an dessen Stelle innerhalb der von ihr zu bestimmenden Frist die erforderlichen Einzelpfänder hinterlegt werden. Die Freigabe des Generalpfandes erfolgt in diesem Falle nicht vor Stellung sämtlicher Einzelpfänder.

(5) Zum Pfande können bestellt werden entweder Forderungen, die in das Reichsschuldbuch oder in das Staatsschuldbuch eines Bundesstaats eingetragen sind, oder baares Geld, Werthpapiere, Depotcheine der Reichsbank, Sparkassenbücher oder Wechsel.

(6) Hinterlegtes baares Geld geht in das Eigentum der Verwaltung über. Es wird nicht verzinst. Dem Unternehmer steht ein Anspruch auf Rückerstattung nur dann zu, wenn er aus dem Vertrage nichts mehr zu vertreten hat.

(7) Als Werthpapiere werden angenommen die Schuldverschreibungen, welche von dem Deutschen Reiche oder von einem Deutschen Bundesstaate ausgestellt oder gewährleistet sind; sowie die Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien und Prioritäts-Obligationen derjenigen Eisenbahnen, deren Erwerb durch den preussischen Staat gesetzlich genehmigt ist, zum vollen Kurswerthe, die übrigen bei der Deutschen Reichsbank beleihbaren Effekten zu dem daselbst beleihbaren Bruchtheil des Kurswerthes.

(8) Depotcheine der Reichsbank über hinterlegte verpfändungsfähige (vergl. zu 7) Werthpapiere werden angenommen, wenn gleichzeitig eine Verpfändungsurkunde des Unternehmers und eine Aushändigungsbescheinigung der Reichsbank nach Anordnung der Verwaltung überreicht wird.

(9) Sparkassenbücher werden nach dem Ermessen der Verwaltung angenommen. Gleichzeitig ist über das Sparkassenguthaben eine Verpfändungsurkunde nach Anordnung der Verwaltung auszustellen.

(10) Wechsel werden nach dem Ermessen der Verwaltung angenommen, wenn sie an den durch die zuständige Verwaltungsbehörde vertretenen Fiskus bei Sicht zahlbar, gezogen und acceptirt sind, eigene Wechsel nur, wenn sie bei Sicht zahlbar und avakirt sind und als Wechselnehmer der Fiskus bezeichnet ist.

(11) Die Ergänzung einer Pfandbestellung kann gefordert werden, falls diese in Folge theilweiser Inanspruchnahme oder eines Kursrückganges nicht mehr genügend Deckung bietet.

(12) Die Befriedigung aus den verpfändeten Schuldbuchforderungen, Werthpapieren, Depotcheinen, Sparkassenbüchern und Wechseln erfolgt nach den gesetzlichen Bestimmungen. Die Verwaltung behält sich das

Recht vor; jederzeit an Stelle einer in Wechseln oder Bürgschaften bestellten Sicherheit anderweit Sicherheit zu fordern.

(13) Werthpapieren sind stets die Erneuerungsscheine beizufügen.

(14) Zins-, Renten- und Gewinnantheils-Scheine können dem Unternehmer auf Grund des Vertrages belassen werden. Andernfalls werden sie, so lange, als nicht eine Veräußerung der Werthpapiere zur Deckung entstandener Verbindlichkeiten in Aussicht genommen werden muß, zu den Fälligkeitstagen dem Unternehmer ausgehändigt.

(15) Die Verwaltung überwacht, nicht, ob die ihr verpfändeten Werthpapiere, Depotscheine, Sparassensbücher und Wechsel zur Auszahlung aufgerufen, ausgelöst oder gekündigt werden, oder ob sonst eine Veränderung betreffs ihrer eintritt. Hierauf zu achten und das Gelegene zu veranlassen, ist lediglich Sache des Verpfänders, den auch allein die nachtheiligen Folgen treffen, wenn die nöthigen Maßregeln unterbleiben.

(16) Die Rückgabe der Pfänder, soweit sie für Verbindlichkeiten des Unternehmers nicht in Anspruch zu nehmen sind, erfolgt, falls sie nicht als Generalpfand bestellt sind, nachdem der Unternehmer die ihm obliegenden Verpflichtungen vollständig erfüllt hat und insoweit die Pfänder zur Sicherung der Verpflichtung zur Gewährleistung dienen, nachdem die Gewährleistungszeit abgelaufen ist. In Ermangelung anderweitiger Verabredung gilt als bedungen, daß die Pfänder in ganzer Höhe zur Deckung der aus der Gewährleistung sich ergebenden Verbindlichkeiten einzubehalten sind.

§ 27. Übertragbarkeit des Vertrages.

(1) Ohne Genehmigung der Verwaltung darf der Unternehmer seine vertragsgemäßen Verpflichtungen nicht auf Andere übertragen.

(2) Verfällt der Unternehmer vor Erfüllung des Vertrages in Konkurs, so ist die Verwaltung berechtigt, den Vertrag mit dem Tage der Konkursöffnung aufzuheben. Auch kann die Verwaltung den Vertrag sofort aufheben, wenn das Guthaben des Unternehmers ganz oder theilweise mit Arrest belegt oder gepfändet wird.

(3) Bezüglich der in diesen Fällen zu gewährenden Vergütung, sowie der Gewährung von Abschlagszahlungen finden die Bestimmungen des § 13 sinngemäß Anwendung.

(4) Für den Fall, daß der Unternehmer mit Tode abgehen sollte, bevor der Vertrag vollständig erfüllt ist, hat die Verwaltung die Wahl, ob sie das Vertragsverhältniß mit seinen Erben fortsetzen oder es als aufgelöst betrachten will.

(5) Nach der Verwaltung von den ihr nach Absatz 2 und 4 zustehenden Rechten Gebrauch, so theilt sie dies dem Konkursverwalter oder dem Unternehmer oder seinen Erben mittels eingeschriebenen Briefes mit. Erfolgt keine Mittheilung, so ist anzunehmen, daß sie auf der Erfüllung oder Fortsetzung des Vertrages bestehe.

§ 28. Gerichtsstand.

Für die aus dem Vertrage entspringenden Rechts-

streitigkeiten hat der Unternehmer — Anwesender der im § 29 vorgesehenen Zuständigkeit eines Schiedsgerichtes — bei dem zuständigen Gericht, in dessen Bezirk die den Vertrag abschließende Behörde ihren Sitz hat, Recht zu nehmen.

§ 29. Schiedsgericht.

(1) Streitigkeiten über die durch den Vertrag begründeten Rechte und Pflichten, sowie über die Ausführung des Vertrages sind zunächst der vertragschließenden Behörde zur Entscheidung vorzulegen.

(2) Die Entscheidung dieser Behörde gilt als anerkannt, falls der Unternehmer nicht binnen 4 Wochen vom Tage der Zustellung der Behörde anzeigt, daß er auf schiedsrichterliche Entscheidung über die Streitigkeiten antrage.

(3) Die Fortführung der Vaportarbeiten nach Maßgabe der von der Verwaltung getroffenen Anordnungen darf hierdurch nicht aufgehalten werden.

(4) Auf das schiedsrichterliche Verfahren finden die Vorschriften in §§ 1025 bis 1048 der Deutschen Zivilprozessordnung Anwendung.

(5) Falls über die Bildung des Schiedsgerichtes durch die besonderen Vertragsbedingungen abweichende Vorschriften nicht getroffen sind, ernennen die Verwaltung und der Unternehmer je einen Schiedsrichter. Die Schiedsrichter sollen nicht gewählt werden aus der Zahl der unmittelbar beteiligten oder derjenigen Beamten, zu deren Geschäftskreis die Angelegenheit gehört hat.

(6) Falls die Schiedsrichter sich über einen gemeinsamen Schiedsspruch nicht einigen können, wird das Schiedsgericht durch einen Obmann ergänzt. Dieser wird von den Schiedsrichtern gewählt oder, wenn sie sich nicht einigen können, von dem Leiter derjenigen benachbarten Provinzialbehörde desselben Verwaltungszweigs ernannt, deren Sitz dem Orte der vertragschließenden Behörde am nächsten belegen ist.

(7) Der Obmann hat die weiteren Verhandlungen zu leiten und darüber zu befinden, ob und in wie weit eine Ergänzung der bisherigen Verhandlungen (Beweisaufnahme u. s. w.) stattzufinden hat. Die Entscheidung über den Streitgegenstand erfolgt nach Stimmenmehrheit.

(8) Bestehen in Beziehung auf Summen, über welche zu entscheiden ist, mehr als zwei Meinungen, so wird die für die größte Summe abgegebene Stimme der für die zunächst geringere abgegebenen hinzugezählt.

(9) Über die Tragung der Kosten des schiedsrichterlichen Verfahrens entscheidet das Schiedsgericht nach billigen Ermessen.

(10) Wird der Schiedsspruch in den im § 1041 der Zivilprozessordnung bezeichneten Fällen aufgehoben, so hat die Entscheidung des Streitfalls im ordentlichen Rechtswege zu erfolgen.

§ 30. Kosten und Stempel.

(1) Briefe und Depeschen, welche den Abschluß und die Ausführung des Vertrages betreffen, werden beiderseits frei gemacht.

(2) Die Portokosten für Geld- und sonstige Sendungen, welche im ausschließlichen Interesse des Unternehmers erfolgen; trägt dieser.

(3) Die Stempelsteuer trägt der Unternehmer nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen. Auch diejenigen Stempelbeträge sind von dem Unternehmer zu zahlen, die von der Steuerbehörde etwa nachträglich gefordert werden.

(4) Die übrigen Kosten des Vertragsabschlusses fallen jedem Theile zur Hälfte zur Last.

Anerkannt _____, den _____ 19 _____

(Der Unternehmer) _____

Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen oder Lieferungen.

§ 1. Gegenstand des Vertrages.

(1) Den Gegenstand des Unternehmens bildet die Ausführung der im Vertrage bezeichneten Leistung oder Lieferung.

(2) Im Einzelnen bestimmt sich Art und Umfang der dem Unternehmer obliegenden Leistung oder Lieferung nach dem Vertrage, den Zeichnungen und sonstigen als zum Vertrage gehörig bezeichneten Unterlagen.

(3) Nachträgliche Änderungen der Beschaffenheit des Lieferungsgegenstandes oder der Leistung anzuordnen, bleibt der Verwaltung vorbehalten. Wird dadurch eine Änderung des Preises bedingt, so erfolgt die Entschädigung hierfür im billigen Verhältnisse zu dem vertragmäßig vereinbarten Preise. Die Entschädigungsätze sind rechtzeitig schriftlich zu vereinbaren. Leistungen oder Lieferungen, welche in dem Vertrage oder in den dazu gehörigen Unterlagen nicht vorgesehen sind, können dem Unternehmer nur mit seiner Zustimmung übertragen werden.

§ 2. Berechnung der Vergütung.

(1) Die dem Unternehmer zustehende Vergütung wird nach den wirklichen Leistungen oder Lieferungen unter Zugrundelegung der vertragmäßigen Einheitspreise berechnet.

(2) Insoweit für Nebenleistungen insbesondere für das Vorhalten von Werkzeug und Geräten nicht besondere Preisansätze vorgesehen sind, umfassen die vereinbarten Preise zugleich die Vergütung für Nebenleistungen aller Art. Auch die Beschaffung der zu den Güterprüfungen erforderlichen Arbeitskräfte, Maschinen und Geräte liegt dem Unternehmer ohne besondere Entschädigung ob.

(3) Etwaige auf den Lieferungsgegenständen beruhende Patentgebühren trägt der Unternehmer. Er hat die Verwaltung gegen Patentansprüche Dritter zu vertreten.

(4) Für Fässer und Verpackungsmaterial wird weder eine Vergütung gewährt noch eine Gewähr für gute Aufbewahrung übernommen. Sie gehen in das Eigentum der Verwaltung über, sofern nicht abweichende Vereinbarungen getroffen sind.

§ 3. Mehr-Leistungen oder Mehr-Lieferungen.

Einseitig oder ohne vorherige Bestellung (Auftrag) von dem Unternehmer bewirkte Leistungen oder Lieferungen brauchen nicht angenommen zu werden; auch ist die Verwaltung befugt, solche Leistungen auf Gefahr und Kosten des Unternehmers wieder beseitigen zu lassen. Dieser hat bei Nichtannahme nicht nur keinerlei Vergütung für derartige Leistungen oder Lieferungen zu beanspruchen, sondern muß auch für allen Schaden aufkommen, welcher etwa durch die Abweichungen vom Vertrage für die Verwaltung entstanden ist.

§ 4. Beginn, Fortführung und Vollendung der Leistungen oder Lieferungen.

(1) Der Beginn, die Fortführung und Vollendung der Leistungen oder Lieferungen hat innerhalb der im Vertrage festgesetzten Fristen zu erfolgen. Ist im Vertrage über den Beginn der Leistungen oder Lieferungen eine Vereinbarung nicht enthalten, so hat der Unternehmer spätestens 14 Tage nach schriftlicher Aufforderung Seitens der Verwaltung zu beginnen. Die Leistung oder Lieferung muß im Verhältnisse zu den bedungenen Vollendungsfristen fortgesetzt angemessen gefördert werden (§ 11).

(2) Die Vorräthe an Materialien müssen allezeit den übernommenen Leistungen oder Lieferungen entsprechen.

§ 5. Vertragsstrafe.

(1) Die Berechtigung der Verwaltung, eine Vertragsstrafe von dem Guthaben des Unternehmers einzubehalten, richtet sich nach §§ 339 bis 341 D. O.-B's.

(2) Die Verwaltung gilt nicht als erlassen, wenn die Verwaltung verspätete oder ungenügende Leistungen oder Lieferungen vorbehaltlos angenommen hat.

(3) Für die Berechnung einer Vertragsstrafe bei Leistungen oder Lieferungen ist der Zeitpunkt maßgebend, zu welchem die Leistung nach dem Vertrage fertiggestellt oder die Anlieferung an dem im Vertrage bezeichneten Anlieferungsorte stattfinden sollte.

(4) Eine tageweise zu berechnende Vertragsstrafe für verspätete Ausführung von Leistungen oder Lieferungen bleibt für die in die Zeit einer Verpöcherung fallenden Sonntage und allgemeinen Feiertage außer Ansatz.

§ 6. Behinderung der Leistungen oder Lieferungen.

(1) Glaubt der Unternehmer sich in der ordnungsmäßigen Fortführung der übernommenen Leistungen oder Lieferungen durch Ausübung der Verwaltung oder höhere Gewalt behindert, so hat er der Verwaltung hiervon sofort Anzeige zu erstatten.

(2) Unterläßt der Unternehmer diese Anzeige, so steht ihm ein Anspruch auf Verschädigung der angeblich hindernden Umstände nicht zu.

(3) Der Verwaltung bleibt vorbehalten, falls die bezüglichen Angaben des Unternehmers für begründet zu erachten sind, eine angemessene Verlängerung der im Vertrage festgesetzten Leistungs- oder Lieferungsfristen zu bewilligen.

(4) Nach Beseitigung der Hindernisse sind die

Leistungen oder Lieferungen ohne weitere Aufforderung ungehäumt wieder aufzunehmen.

§ 7. Güte der Leistungen oder Lieferungen.

(1) Die Leistungen oder Lieferungen müssen den besten Regeln der Technik und den besonderen Bestimmungen des Vertrages entsprechen.

(2) Behufs Ueberwachung der Ausführung der Leistungen oder Lieferungen, sowie Vornahme von Material-Prüfungen steht den Beauftragten der Verwaltung jederzeit während der Arbeitsstunden der Zutritt zu den Arbeitsplätzen und Werkstätten frei, zu welchen zu dem Unternehmen gehörige Gegenstände angefertigt werden. Auf Verlangen hat Unternehmer den Beginn der Herstellungsarbeiten rechtzeitig der Verwaltung anzuzeigen. Müssen einzelne Leistungen oder Teillieferungen sofort nach ihrer Ausführung geprüft werden, so bedarf es einer besonderen Benachrichtigung des Unternehmers hiervon nicht, vielmehr ist es dessen Sache, für seine Anwesenheit oder Vertretung bei der Prüfung Sorge zu tragen.

(3) Entstehen zwischen der Verwaltung und dem Unternehmer Meinungsverschiedenheiten über die Zulässigkeit der hierbei angewendeten Maschinen oder Untersuchungsmethoden, so kann der Unternehmer eine weitere Prüfung in den königlichen Versuch-Anstalten zu Charlottenburg verlangen, deren Festsetzungen endgültig entscheidend sind. Die hierbei entstehenden Kosten trägt der unterliegende Theil.

(4) Die bei der Güteprüfung nicht bedingungs- gemäß befundenen Gegenstände hat Unternehmer unentgeltlich und, falls die Güteprüfung nicht in der Werkstat, Fabrik u. s. w. des Unternehmers stattgefunden hat, auch frei Anlieferungs-ort zu ersetzen (§ 11).

(5) Für die durch Zurückweisung nicht bedingungs- gemäßiger Gegenstände entstehenden Kosten und Verluste an Materialien hat der Unternehmer die Verwaltung schadlos zu halten.

§ 8. Ort der Anlieferung und Versand.

(1) Die Anlieferung der Leistungs- und Lieferungs- Gegenstände hat nach den Bestimmungen des Vertrages zu erfolgen.

(2) Ist Anlieferung frei Wagon vereinbart, so ist Unternehmer verpflichtet, die Materialien unter thun- lichster Ausnutzung der Tragfähigkeit der Eisenbahn- wagen aufzugeben und die hierbei entstehenden Neben- kosten, wie z. B. für die Ausfertigung der Frachtbriefe und die etwa verlangte bahnamtliche Feststellung des Gewichts der Sendung zu tragen.

(3) In die Frachtbriefe sind Seitens des Unter- nehmers die zu versendenden Materialien nach deren Benennung, Stückzahl, Gewicht und zutreffendenfalls Länge aufzunehmen.

(4) Unterlassung der Gewichtsangabe im Fracht- briefe Seitens des Absenders soll dem Antrage auf bahnamtliche Feststellung des Gewichts gleich geachtet werden.

§ 9. Abnahme und Gewährleistung.

(1) Die Abnahme des Gegenstandes der Leistung

oder Lieferung erfolgt an den von der Verwaltung zu bezeichnenden Empfangs-(Erfüllungs-)Orten. Erst mit dem Zeitpunkte der Abnahme geht das Eigentum und die Gefahr auf die Verwaltung über.

(2) Sollen die Arbeiten oder Lieferungen zu einem vertraglich bestimmten Zeitpunkte erfolgen, so ist der Unternehmer nicht berechtigt, die Abnahme vor jenem Zeitpunkt zu verlangen.

(3) Ist die im § 7 vorgesehene Güteprüfung bereits vorher vorgenommen und ihr Ergebnis als be- dingungsgemäß anerkannt worden, so findet eine Wieder- holung bei der Abnahme in der Regel nicht statt.

(4) Mit der Abnahme beginnt die in den besonderen Bedingungen des Vertrages vorgesehene, in Abmangelung solcher nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften (vgl. §§ 477, 638 B. G. O.) sich bestimmende Frist für die dem Unternehmer obliegende Gewährleistung für die Güte der Leistung oder Lieferung.

(5) Der Einwand nicht rechtzeitiger Anzeige von Mängeln gelieferter Waaren (§ 377 des Handelsgeset-zbuches) ist nicht statthaft.

(6) Bezüglich der bei der Abnahme zurückgewiesenen Gegenstände liegt dem Unternehmer die gleiche Ersatz- verpflichtung ob, wie bezüglich der bei der Güteprüfung nicht bedingungsgemäß befundenen Gegenstände (§ 7).

(7) Für alle Gegenstände dagegen, welche sich während der Dauer der Gewährleistung als nicht bedingungsgemäß erweisen, oder für solche, welche in Folge sachlicher Materials oder mangelhafter Herstellung bei gewöhn- licher Betriebsnutzung, d. h. mit Ausschluß nachweisbarer Unfälle, betriebsunbrauchbar werden, oder bei der Be- arbeitung sich als fehlerhaft herausstellen, ist Unter- nehmer verpflichtet,

a) sofern nach den besonderen Bedingungen Natural- ersatz stattfindet:

neue, den Bedingungen entsprechende Stücke frei Empfangs-(Erfüllungs-) Ort zu liefern (§ 11);

b) sofern nach den besonderen Bedingungen Gelb- aus- gleich eintritt:

1. den vertragsgemässigen Lieferpreis,

2. die Frachtkosten von dem Anlieferungs-ort oder der demselben zunächst gelegenen Station nach dem Erfüllungsorte zu vergüten.

(8) Bei Berechnung der Frachtkosten wird der zur Zeit der Ersatzerforderung gültige Tarif für Wagen- ladungen von 10000 kg. zu Grunde gelegt. Die be- züglichen Beträge sind innerhalb 4 Wochen nach er- gangener Aufforderung einzuzahlen.

§ 10. Gemeinsame Bestimmungen für die Güteprüfung, Abnahme und Gewährleistung.

(1) Unbeschadet des Rechts, seine Ansprüche im schiedsrichterlichen Verfahren (§ 20) geltend zu machen, ist Unternehmer verpflichtet, sich zunächst dem Urtheile des mit der Güteprüfung oder Abnahme betrauten Be- amten zu unterwerfen. Etwa erforderliche Nacharbeiten an einzelnen, den Bedingungen nicht voll entsprechenden Leistungs- oder Lieferungsgegenständen hat der Unter- nehmer ungehäumt auszuführen, widrigenfalls das

Seitens der Verwaltung auf seine Kosten geschehen kann.

(2) Der Unternehmer ist verpflichtet, auf der Verwaltung gehörigen Lagerplätze befindliche, zurückgewiesene oder während der Garantiezeit schadhaft gewordene Gegenstände, welche letztere auch auf der der Verwendungsstraße zunächst belegenen Station von der Verwaltung zur Verfügung gestellt werden können, alsbald von der Lagerstelle zu entfernen. Geschieht dies innerhalb der gesetzten Frist nicht, so können diese Gegenstände Seitens der Verwaltung auf Kosten und für Rechnung des Unternehmers beliebig veräußert werden (§§ 383, 384 und 386 B. G.-B's.).

§ 11. Fristen für Nachlieferungen oder Beseitigung von Mängeln.

Zum Ersatz der bei der Güteprüfung (§ 7), bei der Abnahme (§ 9) und — soweit Naturalertrag stattfindet — auch der nach der Abnahme (§ 9) zurückgewiesenen Leistungen oder Lieferungen ist dem Unternehmer eine angemessene Frist zu bestimmen. Das Gleiche gilt, wenn die Leistungen oder Lieferungen untüchtig oder nach Maßgabe der verlaufenen Zeit nicht genügend gedeckert sind, von der Beseitigung dieser Mängel. Die Fristbestimmung erfolgt unbeschadet der der Verwaltung schon vor Ablauf der Frist zustehenden Rechte, insbesondere des Rechts auf Einziehung verwirkter Vertragsstrafen (§ 5).

§ 12. Entziehung der Leistungen und Lieferungen.

(1) Kommt der Unternehmer innerhalb der Frist den Anordnungen der Verwaltung nicht nach, sind seine Ersatzleistungen oder Lieferungen nicht bedingungsgemäß, oder wird die Sicherheitsleistung (§ 17) nicht spätestens binnen 14 Tagen nach Aufforderung bewirkt, so ist die Verwaltung berechtigt, nach ihrer Wahl entweder

- a) gänzlich vom Vertrage zurückzutreten und Schadenersatz wegen Nichterfüllung zu verlangen oder
- b) dem Unternehmer die weitere Ausführung der Leistungen oder Lieferungen ganz oder theilweise zu entziehen und Schadenersatz wegen nicht genügender oder verspäteter Erfüllung zu verlangen oder
- c) auf der Erfüllung der dem Unternehmer obliegenden Verpflichtungen vorbehaltlich aller Schadenersatzansprüche zu bestehen. Entschidet sie sich gemäß a oder b, so theilt sie dies dem Unternehmer mittels eingeschriebenen Briefes mit. Es folgt keine Mittheilung, so ist anzunehmen, daß sie sich gemäß c entschieden habe.

(2) Werden dem Unternehmer die Leistungen oder Lieferungen ganz oder theilweise entzogen, so kann die Verwaltung, unbeschadet ihrer Schadenersatzansprüche, den noch nicht vollendeten Theil auf seine Kosten ausführen lassen oder selbst für seine Rechnung ausführen.

(3) Nach beendeter Leistung oder Lieferung wird dem Unternehmer eine Abrechnung mitgetheilt.

(4) Abschlagszahlungen (§ 14) können im Falle der Entziehung der Leistung oder Lieferung dem Unternehmer nur innerhalb desjenigen Betrages gewährt werden, welcher für ihn als solches Guthaben unter

Berücksichtigung der entstandenen Gegenansprüche ermittelt ist.

§ 13. Rechnungsaufstellung.

(1) Bezüglich der förmlichen Aufstellung der Rechnung, welche in der Form, Ausdrucksweise und Reihenfolge der Posten genau nach dem Vertrage und dessen Unterlagen eingerichtet ist, hat der Unternehmer den von der Verwaltung gestellten Anforderungen zu entsprechen.

(2) Etwas Mehr-Leistungen oder Mehr-Lieferungen sind in besonderer Rechnung nachzuweisen, unter deutlichem Hinweis auf die schriftlichen Vereinbarungen, welche darüber geschlossen worden sind.

§ 14. Abschlagszahlungen.

(1) Abschlagszahlungen werden dem Unternehmer in angemessenen Fristen auf Antrag nach Maßgabe des jeweilig Geleisteten oder Gelieferten bis zu der von der Verwaltung mit Sicherheit vertretbaren Höhe gewährt (vgl. § 12 Absatz 3).

(2) Hiervon können noch nicht hinterlegte Sicherheitsbeträge (§ 17), sowie anderweitige auf dem Vertrage beruhende Forderungen der Verwaltung gegen den Unternehmer in Abzug gebracht werden.

§ 15. Schlusszahlung.

(1) Die Schlusszahlung erfolgt alsbald nach vollendeter Prüfung und Feststellung der vom Unternehmer einzureichenden Rechnung (§ 13).

(2) Bleiben bei der Schlussabrechnung Meinungsverschiedenheiten zwischen der Verwaltung und dem Unternehmer bestehen, so soll diesem gleichwohl das ihm unbestritten zustehende Guthaben nicht vorenthalten werden.

(3) Vor Empfangnahme des von der Verwaltung als Restguthaben zur Auszahlung angebotenen Betrages muß der Unternehmer alle Ansprüche, welche er aus dem Vertragsverhältnis über die behördlicherseits anerkannten hinaus etwa noch zu haben vermeint, bestimmt bezeichnen und sich schriftlich vorbehalten, widrigenfalls die Geltendmachung dieser Ansprüche später ausgeschlossen ist.

§ 16. Zahlende Kasse.

Alle Zahlungen erfolgen, sofern nicht in den besonderen Bedingungen oder im Vertrage etwas Anderes festgesetzt ist, auf der Kasse der Verwaltung, für welche die Leistung oder Lieferung ausgeführt wird.

§ 17. Sicherheitsleistung.

(1) Die Sicherheit für die vollständige Vertragserfüllung kann durch Bürgen oder Pfänder bestellt werden; durch Bürgen jedoch nur mit Einwilligung der Verwaltung. Der Bürge hat einen Bürgschein nach Vorschrift der Verwaltung auszustellen.

(2) Die Höhe der zu bestellenden Pfänder beträgt fünf (5) vom Hundert der Vertragssumme, soweit nicht ein Anderes bestimmt ist.

(3) Die Verwaltung kann die Hinterlegung eines Generalpfandes zulassen, das für alle von dem Unternehmer im Bereiche der Verwaltung vertragsgemäß übernommenen Verpflichtungen haftet. Die Höhe des Generalpfandes wird verwaltungsfest nach dem Durchschnittswert sämtlicher von dem Unternehmer auszuführenden

oder in den letzten drei Jahren ausgeführten Lieferungen oder Leistungen bemessen und festgesetzt.

(4) Die Verwaltung behält sich das Recht vor, das Generalpfand jederzeit bis höchstens zum Gesamtbetrage der Einzelpfänder, an deren Stelle es bestellt ist, zu erhöhen, sofern es zur Sicherstellung der Verbindlichkeiten des Unternehmers nach ihrem Ermessen nicht genügt. Sie ist berechtigt, ihr Einverständnis mit der Bestellung eines Generalpfandes jederzeit zurückzuziehen und zu verlangen, daß an dessen Stelle innerhalb der von ihr zu bestimmenden Frist die erforderlichen Einzelpfänder hinterlegt werden. Die Freigabe des Generalpfandes erfolgt in diesem Falle nicht vor Stellung sämtlicher Einzelpfänder.

(5) Zum Pfande können bestellt werden entweder Forderungen, die in das Reichsschuldbuch oder in das Staatsschuldbuch eines Bundesstaats eingetragen sind, oder baares Geld, Werthpapiere, Depositscheine der Reichsbank, Sparkassenbücher oder Wechsel.

(6) Hinterlegtes baares Geld geht in das Eigentum der Verwaltung über. Dasselbe wird nicht verzinst. Dem Unternehmer steht ein Anspruch auf Rückerstattung nur dann zu, wenn er aus dem Vertrage nichts mehr zu vertreten hat.

(7) Als Werthpapiere werden angenommen die Schuldverschreibungen, welche von dem Deutschen Reiche oder von einem Deutschen Bundesstaate ausgestellt oder gewährleistet sind, sowie die Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien und Prioritäts-Obligationen derjenigen Eisenbahnen, deren Erwerb durch den Preussischen Staat gesetzlich genehmigt ist, zum vollen Kurswerthe, die übrigen bei der Deutschen Reichsbank beleihbaren Effekten zu dem daselbst beleihbaren Bruchtheil des Kurswerthes.

(8) Depositscheine der Reichsbank über hinterlegte verpfändungsfähige (vergl. zu 7) Werthpapiere werden angenommen, wenn gleichzeitig eine Verpfändungsurkunde des Unternehmers und eine Aushändigungsbescheinigung der Reichsbank nach Anordnung der Verwaltung überreicht wird.

(9) Sparkassenbücher werden nach dem Ermessen der Verwaltung angenommen. Gleichzeitig ist über das Sparkassenguthaben eine Verpfändungsurkunde nach Anordnung der Verwaltung auszustellen.

(10) Wechsel werden nach dem Ermessen der Verwaltung angenommen, wenn sie an den durch die zuständige Verwaltungsbehörde vertretenen Königlichen Fiskus bei Sicht zahlbar, gezogen und acceptirt sind, eigene Wechsel nur, wenn sie bei Sicht zahlbar und avalirt sind und wenn als Wechselnehmer der Fiskus bezeichnet ist.

(11) Die Ergänzung einer Pfandbestellung kann gefordert werden, falls diese in Folge theilweiser Inanspruchnahme oder eines Kursrückganges nicht mehr genügend Deduktion bietet.

(12) Die Befriedigung aus den verpfändeten Schuldbuchforderungen, Werthpapieren, Depositscheinen, Sparkassenbüchern und Wechseln erfolgt nach den gesetzlichen Bestimmungen. Die Verwaltung behält sich das Recht

vor, jederzeit an Stelle einer in Wechseln oder Werthpapieren bestellten Sicherheit anderweit (Sicherheit zu fordern).

(13) Werthpapieren sind stets die Erneuerungsscheine beizufügen.

(14) Zins-, Renten- und Gewinnanteilscheine können dem Unternehmer auf Grund des Vertrages belassen werden. Anderenfalls werden sie, so lange, als nicht eine Veräußerung der Werthpapiere zur Deckung entstandener Verbindlichkeiten in Aussicht genommen werden muß, an den Fälligkeitstagen dem Unternehmer ausgehändigt.

(15) Die Verwaltung überwacht nicht, ob die ihr verpfändeten Werthpapiere, Depositscheine, Sparkassenbücher und Wechsel zur Auszahlung aufgerufen, ausgelöst oder gekündigt werden, oder ob sonst eine Veränderung betreffs ihrer eintritt. Hierauf zu achten und das Geeignete zu veranlassen, ist lediglich Sache des Verpfänders, den auch allein die nachtheiligen Folgen treffen, wenn die nöthigen Maßregeln unterbleiben.

(16) Die Rückgabe der Pfänder, soweit sie für Verbindlichkeiten des Unternehmers nicht in Anspruch genommen sind, erfolgt, falls sie nicht als Generalpfand bestellt sind, zu drei Fünfteln ($\frac{3}{5}$) des Gesamtbetrages, nachdem der Unternehmer die bedingungsgemäße Ausführung der Leistung oder Lieferung bewirkt hat. Die Rückgabe der übrigen zwei Fünftel ($\frac{2}{5}$) findet statt, wenn die Zeit der etwa vorgesehene Gewährleistung abgelaufen ist und die Ersatzansprüche erloschen sind. In Ermangelung anderweiter Verabredung gilt als bedungen, daß die Pfänder in ganzer Höhe zur Deckung der aus der Gewährleistung sich ergebenden Verbindlichkeiten einzubehalten sind.

§ 18. Uebertragbarkeit des Vertrages.

(1) Ohne Genehmigung der Verwaltung darf der Unternehmer seine vertragsmäßigen Verpflichtungen nicht auf Andere übertragen.

(2) Verfällt der Unternehmer vor Erfüllung des Vertrages in Konkurs, so ist die Verwaltung berechtigt, den Vertrag mit dem Tage der Konkursöffnung aufzuheben. Auch kann die Verwaltung den Vertrag sofort auflösen, wenn das Guthaben des Unternehmers ganz oder theilweise mit Arrest belegt oder gepfändet wird.

(3) Bezüglich der in diesen Fällen zu gewährenden Vergütung, sowie der Gewährung von Abschlagszahlungen finden die Bestimmungen des § 12 sinngemäße Anwendung.

(4) Für den Fall, daß der Unternehmer mit Tode abgehen sollte, bevor der Vertrag vollständig erfüllt ist, hat die Verwaltung die Wahl, ob sie das Vertragsverhältniß mit seinen Erben fortsetzen oder es als aufgelöst betrachten will.

(5) Macht die Verwaltung von den ihr nach Absatz 2 und 4 zustehenden Rechten Gebrauch, so theilt sie dies dem Konkursverwalter oder dem Unternehmer, oder seinen Erben mittelst eingeschriebenen Briefes mit. Erfolgt keine Mittheilung, so ist anzunehmen, daß sie auf der Erfüllung oder Fortsetzung des Vertrages besteht.

§ 19. Gerichtsstand.

Für die aus dem Vertrage entspringenden Streitigkeiten hat der Unternehmer — unbeschadet der im § 20 vorgesehenen Zuständigkeit eines Schiedsgerichts — bei dem zuständigen Gerichte, in dessen Bezirk die den Vertrag abschließende Behörde ihren Sitz hat, Recht zu nehmen.

§ 20. Schiedsgericht.

(1) Streitigkeiten über die durch den Vertrag begründeten Rechte und Pflichten, sowie über die Ausführung des Vertrages sind zunächst der vertragschließenden Behörde zur Entscheidung vorzulegen.

(2) Die Entscheidung dieser Behörde gilt als anerkannt, falls der Unternehmer nicht binnen 4 Wochen vom Tage der Zustellung der Behörde anregt, daß er auf schiedsrichterliche Entscheidung über die Streitigkeiten antrage.

(3) Die Fortführung der Leistungen oder Lieferungen nach Maßgabe der von der Verwaltung getroffenen Anordnungen darf hierdurch nicht aufgehalten werden.

(4) Auf das schiedsrichterliche Verfahren finden die Vorschriften in §§ 1025 bis 1048 der Deutschen Zivilprozeßordnung Anwendung.

(5) Falls über die Bildung des Schiedsgerichts durch die besonderen Vertragsbedingungen abweichende Vorschriften nicht getroffen sind, ernennen die Verwaltung und der Unternehmer je einen Schiedsrichter. Die Schiedsrichter sollen nicht gewählt werden aus der Zahl der unmittelbar Beteiligten oder derjenigen Beamten, zu deren Geschäftskreis die Angelegenheit gehört hat.

(6) Falls die Schiedsrichter sich über einen gemeinsamen Schiedsspruch nicht einigen können, wird das Schiedsgericht durch einen Obmann ergänzt. Dieser wird von den Schiedsrichtern gewählt, oder wenn sie sich nicht einigen können, von dem Leiter derjenigen benachbarten Provinzialbehörde desselben Verwaltungszweigs ernannt, deren Sitz dem Orte der vertragschließenden Behörde am nächsten belegen ist.

(7) Der Obmann hat die weiteren Verhandlungen zu leiten und darüber zu befinden, ob und inwieweit eine Ergänzung der bisherigen Verhandlungen (Beweisaufnahmen u. s. w.) statzufinden hat. Die Entscheidung über den Streitgegenstand erfolgt nach Stimmenmehrheit.

(8) Bestehen in Beziehung auf Summen, über welche zu entscheiden ist, mehr als zwei Meinungen, so wird die für die größte Summe abgegebene Stimme der für die zunächst geringere abgegebenen hinzugezählt.

(9) Über die Tragung der Kosten des schiedsrichterlichen Verfahrens entscheidet das Schiedsgericht nach billigem Ermessen.

(10) Wird der Schiedsspruch in den im § 1041 der Zivilprozeßordnung bezeichneten Fällen aufgehoben, so hat die Entscheidung des Streitfalls im ordentlichen Rechtswege zu erfolgen.

§ 21. Kosten und Stempel.

(1) Briefe und Depeschen, welche den Abschluß

und die Ausführung des Vertrages betreffen, werden beiderseits frei gemacht.

(2) Die Portokosten für Geld- und sonstige Sendungen, welche im ausschließlichen Interesse des Unternehmers erfolgen, trägt dieser.

(3) Die Stempelsteuer trägt der Unternehmer nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen. Auch diejenigen Stempelbeiträge sind von dem Unternehmer zu zahlen, die von der Steuerbehörde etwa nachträglich gefordert werden.

(4) Die übrigen Kosten des Vertragsabschlusses fallen jedem Theile zur Hälfte zur Last.

Anerkannt _____, den _____ 19

(Der Unternehmer) _____

Vorstehende Bedingungen werden hierdurch zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Potsdam, den 15. März 1902.

Der Regierungspräsident.

Auflösung der Schuhmacher-Zwangsinnung in Steglitz.

77. Die Verfügung vom 27. Mai 1899 — Amtsblatt S. 239 — betreffend die Schuhmacher-Zwangsinnung in Steglitz, wird hierdurch aufgehoben und die Zwangsinnung vom 1. April d. J. ab geschlossen.

Potsdam, den 18. März 1902.

Der Regierungspräsident.

78. Viehsuchen.

I. Festgestellt:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Osthavelland: Larnow.

b. Milzbrand. Kreis West-Havelland: Haage, Gohlitz, Buschow I. Gut.

c. Schweineseuche. Kreis Niederbarnim: Lichtenberg, Jepernsd. Kreis Teltow: Dtsch.-Wusterhausen (Schlegel). Kreis Zauch-Belzig: Wilhelmsstift bei Potsdam.

d. Geflügelcholera. Kreis Zauch-Belzig: Rittergut Holzow.

e. Vlaschenausschlag. Kreis Borslow-Storkow: Hohenbrück.

II. Erlöschen:

a. Milzbrand. Kreis Ost-Havelland: Dyrog, Sommerfeld. Kreis Teltow: Diebertsdorf. Kreis Zauch-Belzig: Schmergow.

b. Schweineseuche. Kreis Teltow: Mariendorf, Alt-Ortenitz, Dtsch.-Wilmerdorf, Dtsch.-Wusterhausen (Brunsch), Groß-Lichterfelde.

c. Geflügelcholera. Kreis Niederbarnim: Alt-Landsberg Amt. Kreis Teltow: Löwenbruch.

d. Bruckseuche. Kreis Zülpertog-Pudenzwalde: Pferdebestand der 1. Lehr-Batterie des Lehr-Regiments der Feldartillerie-Schießschule.

e. Rng. Kreis Zauch-Belzig: Caputh.

f. Räude. Kreis Ost-Havelland: Panitzsch.

Potsdam, den 18. März 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizeipräsidenten zu Berlin.

Schiedsgericht für Arbeiterversicherung.

29. Gemäß § 8 des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze, vom 30. Juni 1900 wird hiermit zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung im Eisenbahndirektionsbezirk Berlin als ärztliche Sachverständige, welche zu den Sitzungen zuzuziehen sind, für das laufende Geschäftsjahr gewählt hat:

- 1) den Königl. Kreisarzt, Geheimen Medizinalrath Dr. Becker in Berlin SW., Gneissenauststraße 99,
- 2) den praktischen Arzt Dr. Röbber in Berlin SW., Askanischer Platz 4.

Berlin, den 12. März 1902.

Der Polizeipräsident.

Schiedsgericht für Arbeiterversicherung.

30. Gemäß § 8 des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze, vom 30. Juni 1900 wird hiermit zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung des Stadtkreises Berlin als ärztliche Sachverständige, welche zu den Sitzungen zuzuziehen sind, für das laufende Geschäftsjahr gewählt hat:

- 1) den Königl. Kreisarzt, Geheimen Medizinalrath Dr. Becker, hieselbst Gneissenauststraße 99,
- 2) den Königl. Kreisarzt, Geheimen Medizinalrath Dr. Kollm, hieselbst Marckstrasse 17,
- 3) den Königl. Kreisarzt, Medizinalrath Dr. Stäcker, hieselbst Invalidenstrasse 91,
- 4) den praktischen Arzt Dr. Röbber, hieselbst Askanischer Platz 4 und
- 5) den praktischen Arzt Dr. Wagner, hieselbst Wärburgerstrasse 1.

Berlin, den 12. März 1902.

Der Polizeipräsident.

Schiedsgericht für Arbeiterversicherung.

31. Gemäß § 8 des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze, vom 30. Juni 1900 wird hiermit zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung des Regierungsbezirks Potsdam als ärztliche Sachverständige, welche zu den Sitzungen zuzuziehen sind, für das laufende Geschäftsjahr gewählt hat:

für die Sitzungen in Berlin:

- 1) den Königl. Kreisarzt, Geheimen Medizinalrath Dr. Becker, hieselbst Gneissenauststraße 99,
- 2) den Königl. Kreisarzt, Geheimen Medizinalrath Dr. Kollm, hieselbst Marckstrasse 17,
- 3) den Königl. Kreisarzt, Medizinalrath Dr. Stäcker, hieselbst Invalidenstrasse 91,
- 4) den praktischen Arzt Dr. Röbber, hieselbst Askanischer Platz 4,
- 5) den praktischen Arzt Dr. Wagner, hieselbst Wärburgerstrasse 1,

für die Sitzungen in Perleberg:

- 6) den Königl. Kreisarzt Dr. Nickel in Perleberg,

für die Sitzungen in Prenzlau:

7) den Sanitätstath Dr. Giese in Prenzlau.

Berlin, den 12. März 1902.

Der Polizeipräsident.

Polizei-Verordnung,

betr. Abänderung des § 39 der Baupolizeiordnung für die Vororte von Berlin vom 5. Dezember 1892.

32. Auf Grund der §§ 6, 12, 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (Gesetz-Sammlung S. 265), des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Sammlung S. 195) und des § 2 des Gesetzes, betreffend die Polizei-Verwaltung in den Stadtkreisen Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf, vom 13. Juni 1900 (Gesetz-Sammlung S. 247) wird unter Zustimmung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und von Berlin Folgendes verordnet:

Der erste Absatz des § 39 der Baupolizeiordnung für die Vororte von Berlin vom 5. Dezember 1892 erhält für den Geltungsbereich dieser Baupolizeiordnung innerhalb der Stadtkreise Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf nachstehende Fassung:

§ 39. Zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmte Räume.

Als Räume, welche nicht zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmt sind, gelten insbesondere:

Flure, Treppen, Corridore, Bodenträume, Bedürfnisanstalten, die für den Hausbedarf bestimmten Badestuben, ferner Wintergärten und Kollammern, Speisekammern und ähnliche Vorrathsräume, Räucher-kammern, Gewächshäuser, Regelmahnen, Heizräume, Kessel- und Maschinen-Räume, wenn sie nur Heizungs-, Lüftungs-, Beleuchtungs- und Aufzugs-Betrieben dienen, Wein-, Bier- und Branntwein-Kellereien und Räume, welche zur Lagerung von Waaren und zur Aufbewahrung von Gegenständen, sowie zur Vornahme der damit nothwendigerweise verbundenen Arbeiten bestimmt sind.

Berlin, den 12. März 1902.

Der Polizeipräsident.

Polizei-Verordnung,

betr. Abänderung des § 37 der Baupolizeiordnung für Charlottenburg u. f. w. vom 22. August 1898.

33. Auf Grund der §§ 6, 12, 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (Gesetz-Sammlung S. 265), des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Sammlung S. 195) und des § 2 des Gesetzes, betreffend die Polizei-Verwaltung in den Stadtkreisen Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf, vom 13. Juni 1900 (Gesetz-Sammlung S. 247) wird unter Zustimmung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und von Berlin Folgendes verordnet:

Der erste Absatz des § 37 der Baupolizeiordnung für Charlottenburg u. f. w. vom 22. August 1898 erhält für den Geltungsbereich dieser Baupolizeiordnung innerhalb der Stadtkreise Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf nachstehende Fassung:

§ 37. Zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmte Räume.

Als Räume, welche nicht zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmt sind, gelten insbesondere:

Klure Treppen, Corridore, Bodenräume, Bedürfnisanstalten, die für den Hausbedarf bestimmten Badestuben, ferner Wintergärten und Kollkammern, Speisekammern und ähnliche Vorrathsräume, Räucher- kammern, Gewächshäuser, Regelsbahnen, Heizräume, Kessel- und Maschinen-Räume, wenn sie nur Heizungs-, Lüftungs-, Beleuchtungs- und Aufzugs-Betrieben dienen, Weins-, Bier- und Branntwein-Kellereien und Räume, welche zur Lagerung von Waaren und zur Aufbewahrung von Gegenständen, sowie zur Vornahme der damit notwendigerweise verbundenen Arbeiten bestimmt sind.

Berlin, den 12. März 1902.

Der Polizei-Präsident.

Polizei-Verordnung,

betreffend den Verkehr mit Kuhmilch und Sahne.

§ 1. Auf Grund des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Sammlung Seite 195 ff.), der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11ten März 1850 (Gesetz-Sammlung Seite 265) und des § 2 des Gesetzes vom 13. Juni 1900 (Gesetz-Sammlung Seite 247) wird für den Umfang des Landes-Polizeibezirks Berlin für den Verkehr mit Kuhmilch und Sahne unter Zustimmung des Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg nachstehende Polizei-Verordnung erlassen:

§ 1. Wer in den Landes-Polizeibezirk Berlin gewerbsmäßig Kuhmilch oder Sahne einführen, dort feilhalten oder verkaufen, oder wer Milchkühe zum Zwecke des Erwerbes halten will, hat dies in Berlin der Abtheilung IIa. des Königl. Polizei-Präsidiums, in Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf der Polizei-Direktion unter Angabe der regelmäßigen Bezugsquellen oder der Zahl der selbst gehaltenen Milchkühe vorher anzuzeigen.

Ebenso hat er jede örtliche Verlegung des Geschäftes oder Stalles, die Eröffnung eines Zweiggeschäftes, die Herstellung von trinkfertiger Milch besonderer Zubereitung, z. B. für die Ernährung von Säuglingen u. s. w. den in Abjag 1 bezeichneten zuständigen Polizeibehörden anzuzeigen.

§ 2. Wer in den Landespolizeibezirk Berlin gewerbsmäßig Kuhmilch oder Sahne einführt, dort feilhält oder verkauft, hat die dazu erforderlichen, unten angegebenen Gefäße mit genauer Bezeichnung der in ihnen enthaltenen Milchsorten zu versehen.

Die Bezeichnung ist in folgender Weise anzubringen:

- 1) Die Standmilchgefäße und diejenigen Gefäße, aus denen von Fuhrwerken Milch verkauft wird, müssen an einer in die Augen fallenden Stelle die deutliche, nicht verwischbare, stets gut lesbar zu haltende und nicht abnehmbare Inschrift „Markt-

milch“, „Magermilch“ u. s. w. tragen. Diese Inschrift muß durch Aufmalen mit schwarzer Farbe auf weißem oder hellgelbem Untergrunde angebracht werden. Außerdem sind die für Magermilch bestimmten Gefäße mit einem direkt unterhalb des oberen Randes um die Außenwand laufenden 5 cm breiten feuerrothen Streifen zu versehen. Andere Anstriche, Abzeichen oder Verzierungen von rother Farbe dürfen an den Milchgefäßen nicht vorhanden sein.

- 2) Bei geschlossenen Milchwagen müssen die Inschriften nebst Preisangaben auf der Wagenwand und zwar unmittelbar über den betreffenden Auslassöffnungen deutlich, nicht verwischbar und nicht abnehmbar mit schwarzer Farbe auf weißem oder hellgelbem Untergrunde angebracht werden. Die Auslassöffnungen für Magermilch müssen außerdem mit einem 5 cm breiten feuerrothen Ring umgeben sein. Andere Anstriche, Abzeichen oder Verzierungen von rother Farbe dürfen, abgesehen von den Rädern, an den Milchwagen nicht vorhanden sein.
- 3) Bei Gefäßen von weniger als 3 Liter Inhalt, in denen die Milch auf Bestellung an Einzelkunden geliefert wird, sind abnehmbare, jedoch ebenfalls nicht verwischbare Bezeichnungen zulässig. Die Inschriften können in diesen Fällen auch durch Eingraviren oder Einägen in Metall hergestellt werden. Größere Gefäße sind wie unter 1. vorgeschrieben zu bezeichnen.
- 4) Beim Vertriebe der Milch in Flaschen sind die Bezeichnungen entweder in deutlicher nicht verwischbarer schwarzer Schrift auf weißem oder hellgelbem Grund auf fest angehefteten Etiquettes oder durch deutlich sichtbares Einbrennen in die Flaschenwand anzubringen.
- 5) In den unter Ziffer 1. angegebenen Fällen sind die Inschriften sinngemäß nach folgenden Mustern herzustellen:

Markt-Milch

Mager-Milch

Die Schrift muß an den Gefäßen mindestens 35 cm Breite bei 5 cm Buchstabenhöhe haben.

In den unter Ziffer 2 angegebenen Fällen kann die Einrahmung der Inschrift fehlen; die Buchstaben müssen jedoch eine Höhe von mindestens 3 cm haben.

- 6) In den Räumen, in denen Milch feilgehalten und verkauft wird, sind die Verkaufsgefäße so aufzustellen, daß die angebrachten Bezeichnungen des Inhalts dem Publikum stets ohne Weiteres sichtbar sind.

§ 3. Vom Verkehr ausgeschlossen ist solche Kuhmilch und Sahne, welche:

- a. blau, roth oder gelb gefärbt, mit Schimmelpilzen besetzt, bitter, faulig riechend, schleimig oder sonst verdorben ist, Blutreste oder Blutgerinnsel enthält;
- b. bis zum fünften Tage einschleiflich nach dem Abkalben gewonnen ist;
- c. von Kühen stammt, die an Milzbrand, Rauschbrand, Tollwuth, Pocken, Strahlenpilzkrankheit, Gelbsucht, Ruhr, Euterentzündungen, Blutvergiftung, namentlich Pyämie, Septicämie, fauliger Gebärmutterentzündung oder anderen fieberhaften Erkrankungen leiden, sowie von Kühen, bei denen die Nachgeburt nicht abgegangen ist, oder bei denen krankhafter Ausfluß aus den Geschlechtstheilen besteht;
- d. von Kühen stammt, die an Euterituberkulose oder vorgeschrittener, mit starker Abmagerung oder Durchfällen verbundener Tuberkulose leiden;
- e. von Kühen stammt, die mit giftigen oder stark wirkenden, in die Milch übergehenden Arzneimitteln, insbesondere Arsen, Brechweinstein, Jodkali, Nieswurz, Eferin, Opium, Piloscarpin und ähnlich wirkenden Stoffen behandelt werden;
- f. fremdartige Stoffe, insbesondere Conservierungsmittel irgend welcher Art enthält oder mit Wasser oder aus Wasser hergestelltem Eis versetzt ist. Der Zusatz von Milcheis, das nur aus Milch ohne weitere Zulage sauber hergestellt ist, wird hiervon nicht betroffen.

Milch von Kühen, die an Maul- und Klauenseuche, oder derart an Tuberkulose, daß Ziffer 3d. nicht Anwendung findet, erkrankt sind, oder einer Seuchenerkrankung verdächtig sind, darf nur in abgekochtem oder sterilisirtem Zustande in Verkehr gebracht werden.

Buttermilch und saure Milch darf nicht aus Milch der unter Ziffer 3a. bis f. bezeichneten Herkunft bereitet werden.

§ 4. Kuhmilch, die in den Landes-Polizeibezirk Berlin eingeführt, dort feilgehalten oder verkauft wird, muß folgende Bedingungen erfüllen:

„Marktmilch“ muß einen Fettgehalt von mindestens 2,7 % und ein spezifisches Gewicht von mindestens 1,028 entsprechend 14 Grad des polizeilichen Milchprobers bei 15 Grad Celsius haben.

Milch, deren Fettgehalt unter der für Marktmilch vorgeschriebenen Mindestgrenze bleibt, darf nur als „Magermilch“ bezeichnet werden.

Als „Kindermilch“, „Milch für Kinder“, „Säuglingsmilch“, „Sanitätsmilch“, „Milch unter thierärztlicher Kontrolle“, „Kurmilch“, „Vorzugsmilch“, „Milch von Kühen mit Trodenfutter“ oder mit ähnlichen Namen, durch welche der Glaube erweckt werden kann, daß die Milch in gesundheitlicher Beziehung besonders hervorragende Eigenschaften habe, darf nur Milch bezeichnet werden, der nichts genommen und nichts hinzugefügt ist, die mindestens 3,0 % Fett enthält und die von Milchfähen gewonnen ist, welche hinsichtlich ihres Gesund-

heitszustandes und ihrer Pflege den Anforderungen des § 13 genügen.

§ 5. Gefrorene, abgekochte oder sterilisirte Markt-, Mager- oder Kindermilch ist als solche besonders zu bezeichnen. Als „abgekocht“ gilt diejenige Milch, welche bis 100 Grad C. erhitzt oder einer Temperatur von 90 Grad C. durch mindestens 15 Minuten ausgesetzt worden ist.

Als „sterilisirte“ Milch ist solche Milch zu bezeichnen, die, nachdem sie sofort nach dem Melken von Schmutztheilen befreit worden ist, spätestens 12 Stunden nach dem Melken in entsprechenden, vom Polizei-Präsidenten in Berlin als leistungsfähig anerkannten Apparaten ordnungsmäßig behandelt und während des Erhitzens mit luftdichtem Verschuß versehen worden ist, der das Datum der Sterilisation tragen und bis zur Abgabe der Milch an den Consumenten unversehr bleiben muß.

§ 6. Milchpräparate dürfen nur unter ausdrücklicher Bezeichnung ihrer Zusammensetzung oder Herstellungsart auf den Verkaufsfässen eingeführt, feilgehalten oder verkauft werden. Buttermilch und saure Milch darf nur unter richtiger Bezeichnung in den Verkehr gebracht werden.

§ 7. Die Verwendung der für den Milchwirthschaftsbertrieb bestimmten Gefäße zu anderen Zwecken ist verboten.

§ 8. Gefäße, aus denen die Milch fremdartige Stoffe aufnehmen kann, wie Gefäße aus Kupfer, Messing, Zink, Thongefäße mit gesundheitsschädlicher, nicht halibarer oder schadhafter Glasur, eiserne Gefäße mit bleihaltigem oder ritzig oder brüchig gewordenem Email oder verrostete Gefäße, ferner Gefäße aus Kiefernholz oder anderen Holzarten, die durch ihre Weichheit der Verschmutzung und damit der Fäulnis der Milch Vorschub leisten, dürfen zur Auffangung und Aufbewahrung von Milch nicht verwendet werden.

Die Zapfhähne an Milchgefäßen und geschlossenen Milchwagen müssen gut verzinkt sein oder aus Metall bestehen, das nicht mehr als ein Gewichtsprozent Blei oder Zink enthält, und müssen im Innern stets sauber gehalten werden. Milchgefäße von 2 Litern und mehr Inhalt sollen eine so weite Öffnung haben, daß die Hand eines Erwachsenen behufs Reinigung bequem eingeführt werden kann.

Die zum Ausmessen der Milch dienenden Gefäße müssen hinsichtlich des Materials und der Sauberkeit und Reinigungsart denselben Anforderungen wie die Milch-Transport- und Standgefäße genügen und mit einer geeigneten Handhabe versehen sein, sodaß eine Berührung der Milch mit der Hand beim Schöpfen ausgeschlossen ist.

§ 9. Sämmtliche im Milchgewerbe Verwendung findenden Gefäße sind vor dem jedesmaligen Gebrauch mit heißem und darauf mit frischem reinen Wasser zu reinigen und jederzeit gehörig rein zu halten.

Standgefäße sind mit gut passendem überlappenden Deckel zu versehen und möglichst, jedenfalls aber von

9 Uhr Vormittags ab verschlossen zu halten. Frisch gemolkene Milch darf im Molkereibetriebe so lange, bis sie auf 25 Grad C. abgekühlt ist, unbedeckt bleiben, jedoch nur sofern sie gegen Verunreinigungen (Staub, Schmutz u. s. w.) geschützt ist.

Kindermilch (§ 9 Absatz 4) ist in festverschlossenen, mit Papierstreifen verklebten oder plombirten Flaschen an die Consumenten abzugeben.

Die Verwendung von Papier, bleihaltigen Gummiringen, Lappen, Stroh und dergleichen zur Abdichtung der Deckel von Milchgefäßen ist verboten.

Gefäße, in denen Milch gewerbmäßig in den Landes-Polizeibezirk Berlin eingeführt wird, müssen bis zur Ablieferung an den Empfänger unter Plombenverschluß gehalten werden.

§ 10. Bei Beförderung der Milch in Wagen wie mittelst der Eisenbahn ist die größte Sauberkeit geboten. Insbesondere müssen die Milchgefäße auf den Fuhrwerken in einem jederzeit sauber gehaltenen Raum so untergebracht sein, daß sie vor dem Einfluß der Witterung und vor Verunreinigung geschützt sind.

§ 11. Die für den Verkauf bestimmte Milch darf nur in Räumen aufbewahrt werden, die genügend hell, stets sorgfältig gelüftet sind (auch Sonn- und Festtage), sauber und kühl gehalten und nicht als Schlaf- oder Krankenzimmer benutzt werden. Stößen die Milchräume unmittelbar an Schlaf- oder Krankenzimmer, so müssen beide durch eine verschließbare Thür getrennt sein, die für gewöhnlich geschlossen gehalten werden muß. Erkrankt eine Person, die zum Hausstande oder Geschäftsbetriebe eines Milchhändlers oder Milchproduzenten gehört, an Cholera, Pest, Typhus, Fleckfieber, Ruhr, Tuberkulose, Diphtherie, Scharlach, epidemischem Genickkrampf, Mundseuche (Maul- und Klauenseuche), so hat der Händler oder Producent dies unverzüglich in Berlin der Abtheilung IIa. des königlichen Polizeipräsidiums, in Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf der Polizei-Direktion zu melden und außerdem bei Vermeidung sofortiger Schließung der Verkaufsstelle solche Maßnahmen zu treffen, daß jede Berührung des Kranken wie des Pflegepersonals mit der Handelsmilch und deren Produkten ausgeschlossen ist. Die im Einzelfall erforderlichen gesundheitspolizeilichen Maßnahmen sind nach dem Gutachten des zuständigen Medizinalbeamten zu treffen.

Die Besitzer von Milchkühen in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf haben jederzeit die Beschäftigung ihres Viehbestandes durch den zuständigen beamteten Thierarzt oder dessen Vertreter, sowie durch die zuständigen Polizeibeamten zuzulassen.

§ 12. Alle Kühe sind sauber zu halten, ihre Euter sind vor dem Melken sorgfältig zu reinigen. Die mit dem Melken beschäftigten Personen haben saubere waschbare Schürzen beim Melken zu tragen und sich vor dem Melken die Hände und Arme mit Seife und Wasser zu reinigen.

Personen, welche an einer der im § 11 genannten ausgedehnten Krankheiten, an Geschwären, Ausschlägen

oder sonstigen ekelerregenden Krankheiten leiden, dürfen mit dem Melken nicht beschäftigt werden.

§ 13. Soll eine Milchwirtschaft als Sanitätsmolkerei oder in einer ähnlichen, dem § 4 Absatz 4 entsprechenden Weise bezeichnet werden, so ist dies in Berlin dem Polizei-Präsidenten, in Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf den zuständigen Ortspolizeibehörden anzuzeigen.

Die in den Landespolizeibezirk Berlin eingeführte, dort feilgehaltene oder verkaufte „Kindermilch“ zc. (§ 4 Absatz 4) muß in nachstehender Art gewonnen sein:

- a. Die Kühe sind in hellen, geräumigen, luftigen, mit undurchlässigen, leicht zu reinigenden Fußböden und Rrippen versehenen Stallräumen, die mit Wasserspülung und guten Abflussvorrichtungen versehen sind, und zwar räumlich getrennt von anderen nicht zur Gewinnung von Kindermilch dienenden Kühen aufzustellen; derartige Stallungen haben eine unausdrückliche Bezeichnung ihres Zweckes an der Aushängtür zu tragen.
- b. Der Gesundheitszustand der Kühe ist vor der Einstellung auf Kosten der Eigentümer durch den zuständigen Kreisveterinärarzt festzustellen. In Abständen von je drei Monaten ist die thierärztliche Untersuchung zu wiederholen.

Ueber die Untersuchungen ist ein Buch zu führen, in welches den zuständigen Beamten jederzeit Einsicht gewährt werden muß. Jede Erkrankung einer Milchkuh in einem Stalle mit Kindermilchkühen oder einer Sanitätsmolkerei bezw. entsprechenden Anstalt an einer der im § 3 genannten Krankheiten ist, unbeschadet der zur Bekämpfung der Viehseuchen vorgeschriebenen Anzeige an die Polizeibehörde, dem zuständigen beamteten Thierarzte zu melden.

Derartige Thiere sowie an Verdauungsstörungen, Durchfall und Verwundung erkrankte Kühe sind bis zur Entscheidung des beamteten Thierarztes sofort aus dem Stalle zu entfernen.

- c. Molkereirückstände dürfen an die Kühe nicht verfüttert werden. Im Uebrigen veröffentlicht der Oberpräsident alljährlich die Namen derjenigen Futtermittel, welche nicht an Kindermilchkühe verabfolgt werden dürfen.
- d. Die Benutzung von gebrauchtem Bettstroh und anderen Abfallstoffen als Streumaterial ist verboten.
- e. Die erste Milch ist aus den Zugen auf den Boden, nicht in die Hände zu streichen und nicht in den Kübel zu melken.
- f. Die Milch ist sofort nach dem Melken durch Seihen oder Centrifugiren von Schmutztheilen zu reinigen und auf 12 Grad C abzukühlen.
- g. Die Bestimmungen des § 12 und des § 13 c. bis f. sind an die Stallthür anzuschlagen und stets leserlich zu halten.
- h. Kindermilch u. s. w. (§ 4 Absatz 4), die von auswärts bezogen wird, muß beim Abgeben an die Consumenten ohne zu gewinnen, das Abkochen oder

Drehorgelspieler: Giovanni Belfredo, geboren 15. Oktober 1862 zu Bernateca, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 6. Februar 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Handlungsgehilfe Edgar Goldstein, geboren 11. Mai 1880 zu Eperies, ungarischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 8. Februar 1902 ausgewiesen.

Kaufmann Alois Adler, geboren 15. Oktober 1862 zu Unter-Körnitz, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 13. Februar 1902 ausgewiesen.

Sänger Alois Askenasy, geboren 1. Februar 1862 zu Krafau, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 13. Februar 1902 ausgewiesen.

Der Arbeiter Franz Wozjowski, geboren 15ten Dezember 1879 zu Chelki, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 15. Februar 1902 ausgewiesen.

Drehorgelspieler Giuseppe Bassi, geboren 10ten April 1838 zu Salimaggiore, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des

Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 18. Februar 1902 ausgewiesen.

Der Drehorgelspieler Pietro Giacomeri, geboren 14. August 1841 zu Pellegrino, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 20. Februar 1902 ausgewiesen.

Der Klempner Moses Grünfeld, geboren 1. Mai 1857 zu Tarnow in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 20. Februar 1902 ausgewiesen.

Kellner Johann Waldbrunner, geboren 31ten Oktober 1877 zu Wien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 3. März 1902 ausgewiesen.

Der Drahtbinder Stephan Bardi, geboren 2. 16 Jahre, zu Nizne-Wadecau, ungarischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 4ten März 1902 ausgewiesen.

Der ungarische Staatsangehörige, Drahtbinder Johann Jaczel, geboren am 3. August 1887 zu Kranszno, Comitat Trencsin, ist durch Verfügung des Polizei-Präsidenten in Kirdorf vom 12. März 1902 als lästiger Ausländer aus dem preussischen Staatsgebiet ausgewiesen worden.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Satz. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurteilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat	Datum des Ausweisungs-Beschlusses
	der Ausgewiesenen				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
		a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:			
1	Guerino Pontiroli, Kaufmann,	geboren am 19. Oktober 1866 zu Stradella, Provinz Pavia, Italien, ortsangehörig ebenda selbst,	gewerbsmäßiges Glücksspiel,	Kaiserliches Bezirks-Präsidium zu Straßburg,	18. Februar 1902.
		b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:			
1	Alexander Nicolai Buglaff, Schlossergehilfe,	geboren am 6. November 1866 zu Riga, Rußland, ortsangehörig ebenda selbst,	Betteln,	Polizeikommission des Senats zu Bremen,	19. Februar 1902.
2	Jdji Galinski, Arbeiter,	geboren am 2. März 1876 zu Gzeitow, Gouvernement Kalisch, Polen, russischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	21. Februar 1902.
3	Augustin Erben, Weber,	geboren am 30. Juli 1881 zu Jungbuh, Bezirk Trautenau, Böhmen, ortsangehörig ebenda selbst,	öffentliche Beleidigung u. Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	22. Februar 1902.

Hierzu Eine Beilage und Sechs Öffentliche Anzeigen.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf. Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der K. B. Gann'schen Erben.

Beilage

zum 12ten Stüd des Amtsblatts

der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 21. März 1902.

Vorschriften

über Annahme und Ausbildung von Militär-Anwärtern für den Strommeisterdienst.

Unter Aufhebung der unter dem 10. Februar 1885 (Amtsblatt Stüd 9 S. 79 u. 80) erlassenen Vorschriften wird folgendes verordnet.

I.

Annahme-Bedingungen.

§ 1.

Der Anwärter muß

- a. die Berechtigung zur Versorgung im Zivildienst erworben haben,
 - b. völlig gesund sein,
 - c. den Rang eines Unteroffiziers erreicht haben
- und darf
- a. das 35. Lebensjahr nicht überschritten haben.

§ 2.

Der Anwärter hat sein Gesuch um Annahme zur Ausbildung als Strommeister schriftlich an den Regierungspräsidenten in Potsdam zu richten und diesem Gesuche beizufügen:

- a. den Geburtschein,
 - b. den Zivilverordnungschein,
 - c. das Führungszeugnis aus der militärischen Dienstzeit,
 - d. ein ärztliches Zeugnis über seinen Gesundheitszustand,
 - e. die selbst verfaßte und selbst geschriebene Darstellung des Lebenslaufs,
- und, falls der Anwärter bereits aus dem Militärverbande entlassen ist,
- f. ein Führungszeugnis der Disziplinärbehörde,
 - g. einen Nachweis über die Beschäftigung seit der Entlassung aus dem Militärdienst.

Wenn diese Vorlagen als genügend befunden werden und ein Bedürfnis zur Einstellung von Strommeister-Lehrlingen vorliegt, so wird der Anwärter einer Annahmeprüfung unterworfen, mit deren Abhaltung der Regierungspräsident einen Wasserbaubeamten beauftragt.

§ 3.

Die an einem Tage zu erlegenden theils schriftliche, theils mündliche Prüfung umfaßt folgende Gegenstände:

- a. Geläufiges und richtiges Lesen von Gedrucktem und Geschriebenem,
- b. deutliche Handschrift und Rechtschreibung ohne große Fehler in einem Diktat.
- c. Verständliche Abfassung eines Berichtes oder einer Meldung über ein dem Anwärter geläufiges Thema.
- d. Kenntniß der vier einfachen Rechenarten, der Rech-

nung mit gemeinen und Dezimalbrüchen, der Regelbetri.

e. Kenntniß der Gewichts- und Maßbestimmungen.

Der Regierungspräsident entscheidet über den Ausfall der Prüfung und beruft, falls sie bestanden ist, den Anwärter zur informatorischen Beschäftigung als Strommeisterlehrling ein. Die Einberufung zur informatorischen Beschäftigung erfolgt zweimal im Jahre, und zwar zum 1. April und 1. Oktober.

II.

Ausbildung.

§ 4.

Die Dauer der informatorischen Beschäftigung umfaßt einen Zeitraum von 12 Monaten, wobei die durch Krankheit oder Beurlaubung veräumte Zeit nicht in Anrechnung gebracht werden darf.

§ 5.

Die Strommeisterlehrlinge werden im Laufe der informatorischen Beschäftigung in der Regel nacheinander verschiedenen Wasserbauinspektoren des Bezirks zur praktischen Ausbildung im Strommeisterdienst überwiesen.

Der die Ausbildung leitende Wasserbauinspektor bestimmt den jeweiligen Wohnsitz des Strommeisterlehrlings.

§ 6.

Die Strommeisterlehrlinge haben den dienlichen Anweisungen, welche der betreffende Wasserbauinspektor oder der von diesem damit beauftragte Baubeamte giebt, unbedingt Folge zu leisten.

§ 7.

Die Strommeisterlehrlinge haben, so lange sie nicht aus dem Militärverbande entlassen sind, ihre Uniform zu tragen; bürgerliche Kleidung darf nur mit Genehmigung des Wasserbauinspektors und der zuständigen Militärbehörde ausnahmsweise angelegt werden.

§ 8.

Die Strommeisterlehrlinge haben Gesuche an die Zivil- und Militärbehörden stets durch die Vermittelung des zuständigen Wasserbauinspektors einzureichen.

§ 9.

Strommeisterlehrlinge, welche während der informatorischen Beschäftigungszeit als ungerignet zum Strommeisterdienst befunden werden, sich im Dienst nachlässig zeigen oder sich disziplinarische Vergehen zu Schulden kommen lassen, werden entlassen und zu ihrem Truppentheile zurückgeschickt.

III.

Prüfung.

§ 10.

Der Strommeisterlehrling hat sich nach Beendigung

der zwölfmonatigen informatorischen Beschäftigungszeit einer Prüfung zu unterziehen, um nachzuweisen, daß er sich die Kenntniffe angeeignet hat, welche ihn zum Strommeister befähigen.

§ 11.

Strommeisterprüfungen finden im Jahre zweimal statt und zwar in der Regel Anfang April und Oktober.

§ 12.

Die Zulassung zur Prüfung, welche die vom Regierungspräsidenten dazu bestellte Kommission in Potsdam abnimmt, hat der Strommeisterlehrling beim Regierungspräsidenten durch Vermittlung des Wasserbauinspektors schriftlich zu beantragen.

Diesem Antrage sind beizufügen:

- a. eine selbstständig angefertigte Bauzeichnung,
- b. eine selbst ausgeführte und selbst aufgetragene Peilung,
- c. ein desgl. technischer Bericht,
- d. eine desgl. Baurechnung,
- e. ein desgl. Kostenanschlag.

Die Arbeiten a. bis e. sind im Laufe der informatorischen Beschäftigungszeit nach Angabe des die Ausbildung leitenden Baudeamten anzufertigen, welcher auch die selbstständige Anfertigung bescheinigt.

§ 13.

Werden die eingereichten Unterlagen für ausreichend erachtet, so wird der Strommeisterlehrling zur eintägigen Prüfung einberufen.

§ 14.

Die Prüfung erstreckt sich auf folgende Gegenstände:

- a. Berechnung gerabliniger, ebener Figuren und des Kreises, Bestimmung des Inhalts ebenflächiger Körper, als Würfel, Parallelepiped, Pyramide, Prisma, sowie des Inhalts des Cylinders und der Kugel,
- b. Kenntniß und Anwendung der einfachen Meßwerkzeuge: Meßlatte, Meßkette, Peilstange, Seßwage, Loth, Winkelspiegel, Winkelsprisma, Wasserwage und Nivelirinstrument,
- c. Kenntniß der beim Wasserbau hauptsächlich zur Anwendung kommenden Baustoffe, der Mörtel- und Betonbereitung und der Anstriche.
- d. Kenntniß der beim Wasserbau auszuführenden Neubau- und Unterhaltungsarbeiten als Buhnen, Deckwerke, Parallelwerke, Pflanzungen, Kenntniß der Anordnung und Konstruktion der Schleusen, Freiarchen, Brücken, Durchlässe.

Kenntniß der im Wasserbau vorkommenden Geräte und Bau-Maschinen als Bagger, Rammen, Baupumpen und Hebezeuge.

- e. Vertrautheit mit der Aufmessung und Berechnung von Erdmassen, von Bauarbeiten und Materiallieferungen.
- f. Fertigkeit in der Führung der Kassen- und Materialienbücher, sowie im Aufstellen von Rechnungen.
- g. Fertigkeit im Aufstellen von Kostenanschlägen für auszuführende kleinere Neu- und Unterhaltungs-

arbeiten unter Anfertigung von Skizzen und Zeichnungen.

- h. Kenntniß der Einrichtung der Wasserbauverwaltung, Kenntniß der in Betracht kommenden Arbeiterversicherungsgesetze.

- i. Allgemeine Kenntniß der Gesetze und Verordnungen, welche bei Ausübung der Bauaufsicht und der Schiffsahrtspolizei in Betracht kommen, vollständige Vertrautheit mit der Dienstanweisung für Strommeister, Kenntniß des Dienstes der Baggermeister, Kenntniß des Dienstes der Brückenwärter und Schleusenmeister, sowie der Vorschriften über Schiffsaichung und Abgabenerhebung.

§ 15.

Nach bestandener Prüfung wird der „Strommeisteranwärter“ in die Anwärterliste für Strommeister aufgenommen und rückt, sobald er an der Reihe ist, in eine etatsmäßige Stelle ein.

Bei nicht bestandener Prüfung darf diese höchstens zwei Mal und zwar nicht vor Ablauf von je sechs Monaten wiederholt werden.

IV.

Beschäftigung der Strommeisteranwärter.

§ 16.

Die Strommeisteranwärter werden auf ihren Antrag bis zur etatsmäßigen Anstellung als Hilfsstrommeister oder Bauaufseher beschäftigt, soweit sich dazu Gelegenheit bietet.

Die Strommeisteranwärter, welche nach bestandener Prüfung auf eine Beschäftigung bei der Bauverwaltung verzichten, vielmehr zu ihrem Truppendienst zurückkehren oder eine andere Beschäftigung annehmen, müssen, falls bis zu ihrer Anstellung als Strommeister mehr als 3 Jahre verfließen, ihre Beschäftigung zum Strommeister in erneuter Prüfung nachweisen.

§ 17.

Die Strommeister-Anwärter, welche nach bestandener Prüfung nicht in den Dienst bei der Wasserbauverwaltung des Regierungsbezirks treten, haben — bei Vermeidung ihrer Streichung in der Liste — alljährlich zum 1. Dezember ihre Meldung als Anwärter zum Strommeisterdienst beim Regierungspräsidenten zu wiederholen und Anzeige zu machen, sobald sie anderweitig eine etatsmäßige Anstellung erlangt haben.

§ 18.

Die nach der Prüfung bei der Wasserbauverwaltung beschäftigten Strommeisteranwärter müssen aus dem Militärdienst ausscheiden; sie werden bei Ausbändigung des Beschäftigungsgenossenschaftsvertrages und erhalten Beamtenverhältnis. Als Beamte sind sie gehalten, bei allen dienstlichen Einrichtungen die Dienstmütze zu tragen.

§ 19.

Der Vorgesetzte des Strommeisteranwärters ist der Wasserbauinspektor, dessen Anordnungen er unbedingt Folge zu leisten hat.

Der Wasserbauinspektor kann die Strommeisteranwärter innerhalb seines Baukreises nach seinem Er-

meffen versehen. Die Verſetzung aus einem Baureis in den andern verfügt der Regierungspräſident.

V.

Befoldung.

§ 20.

Der Strommeiſterlehrling erhält keine Befoldung; indeß kann ihm ein Tagelohn von 2,50 bis 3 M., jedoch mit Ausſchluß der Sonn- und Feiertage, gewährt werden, wenn ſeine Leiſtungen nutzbringend ſind. Die Strommeiſteranwärter erhalten im erſten Jahr eine feſte, monatliche Vergütung von 90 M., welche vom zweiten Jahre ab auf 100 M. erhöht werden kann.

Den Strommeiſteranwärtern und -Lehrlingen kann bei dienſtlicher Beſchäftigung außerhalb ihres Wohnortes für jeden Tag, an dem ſie mindestens acht Stunden außerhalb beſchäftigt ſind, eine Beſchäftigungsentſchädigung von 0,5 bis 1 M. und im Falle gleichzeitiger notwendiger auswärtiger Uebernachtung eine erhöhte Entſchädigung von 1—2 M. für den Tag und die Nacht zuſammen vom Waſſerbauinſpektor bewilligt werden.

Dieſe Entſchädigungen werden auf die militäriſchen Bezüge nicht in Anrechnung gebracht.

§ 21.

Tagegelber und Reiſekoften werden weder zu der Annahmeprüfung zum Strommeiſterlehrling noch zur Einberufung zur informatoriſchen Beſchäftigung noch zur Strommeiſterprüfung gewährt.

§ 22.

Den Strommeiſterlehrlingen ſtehen bei Verſetzungen ſowohl innerhalb eines Baureiſes als auch von einem in den anderen keine Reiſekoften und Tagegelber zu.

Den Strommeiſteranwärtern werden bei Reiſen zur Erledigung dienſtlicher Aufträge innerhalb eines Waſſerbaukreiſes die nachweislich entſtandenen baaren Auslagen erſtattet; bei Ueberweiſung von einem Baureiſe in einen anderen werden ihnen die perſönlichen Reiſekoften und Tagegelber nach den Sätzen für Unterbeamte gewährt.

Dieſe Vorſchriften treten am 1. April d. J., bezüglich der Prüfung (Abſchnitt III. §§ 10 bis 15) jedoch erſt am 1. Oktober d. J. in Kraft.

Potsdam, den 1. März 1902.

Der Regierungspräſident.

1. The first of these is the fact that the
the first of these is the fact that the
the first of these is the fact that the

the first of these is the fact that the
the first of these is the fact that the
the first of these is the fact that the
the first of these is the fact that the
the first of these is the fact that the

the first of these is the fact that the
the first of these is the fact that the
the first of these is the fact that the
the first of these is the fact that the
the first of these is the fact that the

Mitsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 13.

Den 28. März

1902.

Inhalts-Verzeichniß. Inhalt von Stück 14/15 des Reichs-Gesetzblatts und von Stück 7 der Gesetz-Sammlung.
S. 135. — Remonte-Ankauf. S. 135 — Quittungsarten der Invalidenversicherung. S. 135. — Erweiterung der Berliner Handelskammer. S. 136. — Tarifierung von Forst- und Gedeckssamen. S. 136. — Pavtermacher-Vereinsgenossenschaft. S. 136. — Wasserstände. S. 136. — Amtsbezirksveränderung. S. 137. — Märkte in Strassberg. S. 137. — Ladenschluß der Leberhandlungen in Emden. S. 137. — Sonntagsruhe im Barbiergewerbe. S. 137. — Viehsuchen. S. 137. — Notierung forstverorgungsberechtigter Anwärter. S. 137. — Errichtung d. der katholischen Pfarrgemeinde Schwedt. S. 137. — Grundstücksauflösung. S. 138. — Preussische Hypotheken-Aktenauf. S. 138. — Umtausch von Formularen zu Kartenbriefen, Postkarten u. S. 139. — Gemeindefälle für Fernsprechzettel u. S. 139/40. — Rohrpostfahrrohrfrage. S. 140. — Umwandlung von Beamten. S. 140. — Neue Postagenturen. S. 140. — Pfarrstellenerledigung. S. 140. — Prüfungen an Gymnasien u. S. 140. — Auslösung von Rentenbriefen. S. 140. — Stempelung von Kurcheinen. S. 141. — Veränderungen von Gemeindefällen und Gutsbezirksgrößen. S. 141. — Wahrnehmung der Geschäfte des Gemeinde-Vorstehers in Berlin gemäß § 83 des Gewerbeverordnungs-Gesetzes. S. 141. — Personal-Chronik. S. 141. — Ausweisungen aus Preußen. S. 142. — Ausweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiet. S. 143.

Sonderausgabe vom 28. März 1902: Errichtung der katholischen Pfarrgemeinde Zehdenick. S. 145.

Reichsgesetzblatt.

(Stück 14.) Nr. 2848. Bekanntmachung, betreffend die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter auf Steinkohlbergwerken in den Bergbaubezirken von Preußen, Baden und Elsaß-Lothringen. Vom 15. März 1902.

(Stück 15.) Nr. 2849. Gesetz, betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1901. Vom 15. März 1902.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.
(Stück 7.) Nr. 10326. Jagdordnung für die Hohenzollernschen Lande. Vom 10. März 1902.

Bekanntmachungen

der Königl. Ministerien.

14. Remonte-Ankauf für 1902.

- 1) Zum Ankauf dreijähriger, ausnahmungsweise vierjähriger Remonten werden im diesem Jahre im Regierungsbezirk Potsdam die nachbezeichneten öffentlichen Märkte abgehalten werden.

20. Mai Rogen b. Rennhausen	1 Uhr N.
21. " Felchow b. Angermünde	8 " B.
29. " Wiltsdorf	" " "
" " Lenzen (Elbe)	2 " N.
30. " Meyenburg	9 " B.
31. " Büttstorf	" " "
2. Juni Dammwalde	1 1/2 " N.
3. " Kyritz	10 " B.
4. " Neustadt a./D.	8 1/2 " "

- 2) Die angekauften Pferde werden sofort abgenommen und gegen Quittung baar bezahlt.
- 3) Pferde mit Fehlern, welche nach den Gesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, desgleichen Pferde, die sich während der ersten 28 Tage nach dem Tage der Entlieferung in das Depot als Mangelnde erweisen. Die

regelmäßige Gewaprospekt wird zur periodischen Augenentzündung (innere Augenentzündung, Mondblindheit) auf 28 Tage nach dem Tage der Entlieferung in das Depot verlängert, für Koppen (Krippensegen) auf 10 Tage vom genannten Zeitpunkt ab verfürzt.

- 4) Verkäufer, die Pferde vorführen, welche ihnen nicht eigentümlich gehören, müssen sich gehörig ausweisen können.
- 5) Der Verkäufer ist verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue, starke, rindlederene Trense mit starkem Gebiß und eine neue Koppelhalter von Leder oder Hanf mit 2 mindestens zwei Meter langen Stricken unentgeltlich mitzugeben.
- 6) Zur Feststellung der Abstammung der Pferde sind die Deck- resp. Füllenscheine mitzubringen.

Auch werden die Verkäufer ersucht, die Schweife der Pferde nicht übermäßig zu beschneiden und die Schwanzgrube nicht zu verfürzen.
Berlin, den 28. Februar 1902.

Kriegsministerium. Remonte-Inspektion.

Quittungsarten der Invalidenversicherung.

15. Die Ausgabestellen für die Quittungsarten der Invalidenversicherung haben vom 1. April d. J. ab über die von ihnen erstmalig oder in Folge des Umtausches und der Erneuerung ausgestellten grauen Quittungsarten, Formular B (für Selbstversicherer), besondere Listen zu führen. In diese Listen sind unter laufender Nummer der Vor- und Zuname, der Wohnort, das Geburtsjahr und die Berufstellung des Versicherten, sowie die Nummer der Karte und der Tag ihrer Ausstellung einzutragen.

Die Listen sind alljährlich abzuschließen. Mit dem Beginn eines Kalenderjahres ist auch mit der laufenden Nummer neu zu beginnen.

Berlin W. 66, den 10. März 1902.

Der Minister

Der Minister für

Verfügung

betreffend Erweiterung der für Berlin errichteten Handelskammer.

16. Auf Grund des § 2 des Gesetzes über die Handelskammern vom 24. Februar 1870

19. August 1897 wird die aus den Kreisen der beteiligten Gewerbetreibenden beantragte Ausdehnung der für Berlin errichteten Handelskammer auf die Stadtkreise Charlottenburg und Schöneberg genehmigt.

In dem neuen Bezirk sind 3 Mitglieder zu wählen. Die Wahl hat nach Maßgabe der Vorschrift in § 10 Abs. III. Satz 1 a. a. D. zu erfolgen.

Die Ausdehnung der Handelskammer auf den Stadtkreis Nixdorf bleibt besonderer Festsetzung vorbehalten.

Berlin, den 22. März 1902.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Tarifizierung von Forst- und Heckenpflanzen.

17. Vom 1. April d. Js. ab wird in dem Spezial-

tariff für bestimmte Eilgüter folgende neue Tarifposition aufgenommen werden:

„Lebende Pflanzen, folgende: Forstpflanzen, Heckenpflanzen, Obstbäume, Fruchtsträucher, Wildblüher und Gesträuche, und zwar bei Aufgabe als Stückgut, soweit die einzelnen Frachtpakete ein Gewicht von 150 kg und eine Länge von 3,5 m nicht überschreiten, bei Aufgabe in Wagenladungen ohne diese Beschränkung.

Berlin, den 10. März 1902.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Bekanntmachungen

des Königlich-Preussischen Regierungspräsidenten.

Papiermacher-Vereinsgenossenschaft.

79. Der Vorstand der Papiermacher-Vereinsgenossenschaft in Mainz hat den Ingenieur Paul Ehrhardt in Berlin, Rathenowerstraße 65, als technischen Aufsehern für die Sektion X. bestellt.

Potsdam, den 18. März 1902.

Der Regierungspräsident.

80.

Nachweisung der an den Pegeln der Havel und Spree im Monat Februar 1902 beobachteten Wasserstände.

Tag	Wasserstände der Havel an den Pegeln zu								Wasserstände der Spree an den Pegeln zu					
	Rathenow		Brandenburg		Potsdam	Spanbau		Charlottenburg		Göppend	Gr. Tränke Unter- wasser Meter	Biesow	Alle Schönow	
	Ober- wasser	Unter- wasser	Ober- wasser	Unter- wasser		Ober- wasser	Unter- wasser	Ober- wasser	Unter- wasser					
	Mtr.	Meter	Meter	Meter		Meter	Meter	Meter	Meter					Meter
1	3,15	1,79	1,38	2,40	1,92	1,49	2,67	1,29	3,42	3,34	0,93	2,94	1,97	1,68
2	3,04	2,04	1,33	2,55	1,80	1,47	2,70	1,23	3,34	3,28	0,91	2,94	1,97	1,68
3	2,93	1,84	1,46	2,49	1,84	1,48	2,67	1,34	3,45	3,36	0,89	2,93	1,92	1,72
4	2,86	1,83	1,42	2,42	1,90	1,48	2,63	1,28	3,39	3,31	0,88	2,92	1,94	1,69
5	2,83	1,82	1,39	2,40	1,88	1,49	2,62	1,28	3,41	3,33	0,89	2,94	1,94	1,66
6	2,80	1,76	1,37	2,40	1,88	1,48	2,63	1,27	3,38	3,29	0,90	2,90	1,94	1,64
7	2,73	1,75	1,41	2,36	1,90	1,48	2,63	1,35	3,40	3,34	0,90	2,86	1,95	1,62
8	2,70	1,82	1,40	2,37	1,91	1,50	2,62	1,33	3,42	3,33	0,91	2,92	1,95	1,61
9	2,66	1,84	1,40	2,41	1,90	1,50	2,67	1,27	3,43	3,38	0,90	2,94	1,95	1,59
10	2,62	1,81	1,37	2,40	1,88	1,49	2,67	1,37	3,53	3,43	0,89	2,96	1,95	1,56
11	2,60	1,78	1,44	2,40	1,92	1,50	2,64	1,39	3,53	3,45	0,87	2,97	1,99	1,56
12	2,60	1,54	1,28	2,33	1,92	1,51	2,63	1,34	3,44	3,36	0,84	2,89	1,91	1,54
13	2,64	1,65	1,36	2,35	1,92	1,50	2,64	1,28	3,40	3,33	0,83	2,84	1,88	1,52
14	2,71	1,65	1,36	2,34	1,93	1,49	2,62	1,28	3,37	3,30	0,83	2,84	1,86	1,50
15	2,76	1,65	1,41	2,33	1,93	1,48	2,62	1,27	3,35	3,27	0,84	2,85	1,84	1,50
16	2,77	2,14	1,35	2,36	1,93	1,48	2,67	1,29	3,31	3,22	0,82	2,88	1,82	1,47
17	2,77	1,87	1,51	2,32	1,94	1,46	2,65	1,24	3,30	3,23	0,80	2,88	1,80	1,44
18	2,70	1,84	1,48	2,32	1,92	1,45	2,63	1,21	3,29	3,22	0,81	2,82	1,80	1,42
19	2,64	1,88	1,49	2,31	1,94	1,44	2,62	1,22	3,30	3,22	0,82	2,84	1,79	1,42
20	2,62	1,95	1,49	2,32	1,95	1,44	2,58	1,23	3,33	3,25	0,82	2,83	1,78	1,44
21	2,62	1,92	1,50	2,34	1,93	1,43	2,58	1,21	3,34	3,26	0,82	2,89	1,77	1,45
22	2,66	1,97	1,51	2,35	1,92	1,42	2,58	1,20	3,32	3,23	0,82	2,85	1,75	1,44
23	2,61	1,97	1,51	2,37	1,91	1,40	2,53	1,13	3,31	3,17	0,82	2,81	1,74	1,44
24	2,56	1,91	1,53	2,32	1,92	1,39	2,64	1,19	3,32	3,21	0,80	2,80	1,73	1,44
25	2,61	1,93	1,51	2,30	1,92	1,39	2,63	1,17	3,32	3,18	0,80	2,75	1,73	1,42
26	2,61	1,95	1,49	2,29	1,91	1,38	2,64	1,21	3,39	3,25	0,76	2,73	1,72	1,40
27	2,60	1,92	1,50	2,31	1,92	1,37	2,64	1,18	3,36	3,25	0,74	2,72	1,70	1,39
28	2,54	1,91	1,49	2,28	1,89	1,37	2,64	1,19	3,34	3,21	0,72	2,70	1,70	1,39

Potsdam, den 18. März 1902.

Der Regierungspräsident.

Amtsbezirksveränderung.

81. Der Herr Minister des Innern hat durch Erlass vom 10. März d. J. — IV a. 135 — auf Grund des § 6 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 im Einvernehmen mit dem hiesigen Bezirksausschusse bestimmt,

dass der Gemeindebezirk Klein-Ölitz mit dem Griebnitz-See und der Gutsbezirk Klein-Ölitz von dem Amtsbezirk Wannsee im Kreise Teltow abgetrennt und mit dem Amtsbezirk Rowawes-Neuendorf in denselben Kreise vereinigt werden.
Potsdam, den 19. März 1902.

Der Regierungspräsident.

Märkte in Strausberg.

82. In Strausberg, Kreis Oberbarnim, werden vom Jahre 1902 ab Kram- und Viehmärkte nicht mehr abgehalten.

Potsdam, den 21. März 1902.

Der Regierungspräsident.

Ladenschluss der Lederhandlungen in Spandau.

83. Auf Grund des § 139f. der Reichs-Gewerbeordnung — R.-G.-Bl. 1900 S. 969 — haben die Lederhändler in Spandau beantragt, anzuordnen, dass die Ladenschlusszeit täglich um 8 Uhr Abends beginnt.

Zur Feststellung der bei dem Antrage gemäß § 139f. Abs. 1 und 2 der Gewerbeordnung erforderlichen Zahl von zwei Dritteln (Abs. 1) oder einem Drittel (Abs. 2) der beteiligten Geschäftsinhaber bestelle ich gemäß der Bekanntmachung, betreffend das Verfahren bei Anträgen auf Verlängerung der Ladenschlusszeit vom 25. Januar 1902 Amtsblatt S. 63 den Herrn Ober-Bürgermeister in Spandau zum Kommissar.

Zeit und Ort der Auslegung der Liste wird der Herr Kommissar in ortsüblicher Weise bekannt machen und f. Zt. die Äußerungen der Betheiligten entgegennehmen.

Potsdam, den 22. März 1902.

Der Regierungspräsident.

Verordnung.**Sonntagsruhe im Barbiergewerbe.**

84. Im Anschluss an meine Verordnung vom 21.sten März 1895 — Amtsblatt S. 112 zu e. — bestimme ich gemäß § 41 b. der Reichsgewerbeordnung, dass in der Stadt Nauen der Betrieb des Barbier- u. c. Gewerbes an Sonn- und Feiertagen nur bis 2 Uhr Nachmittags stattfinden darf.

Potsdam, den 22. März 1902.

Der Regierungspräsident.

85. Viehseuchen.**I. Festgestellt:**

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Templin: Bergsdorf.

b. Milzbrand. Kreis Borslow-Storkow: Gut Wassersdorf.

c. Schweineseuche. Kreis Prenzlau: Gut Menkin.

d. Geflügelcholera. Kreis Nieder-Barnim: Rummelsburg.

e. Bläschenausschlag. Kreis Borslow-Storkow: Markgraspiese. Kreis West-Havelland: Gorg. Kreis West-Prignitz: Karstädt. Kreis Ruppin: Dreck.

II. Erloschen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Ober-Barnim: Borworf Torß.

b. Milzbrand. Kreis Ost-Havelland: Schwante.

c. Schweineseuche. Kreis Nieder-Barnim: Blumberg, Amt Mahlsdorf.

d. Bruckseuche. Stadtkreis Brandenburg: Pferdebestand der 5. und 4. fahrenden Batterie des Feld-Artillerie-Regiments Nr. 3.

e. Bläschenausschlag. Kreis Zauch-Belzig: Schwanebeck.

f. Räude. Kreis West-Havelland: Prißerke.

Potsdam, den 25. März 1902.

Der Regierungspräsident.

**Bekanntmachungen
der Königl. Regierung.****Notierung forstversorgungsberechtigter Bewerber.**

12. Der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat den Regierungsbezirk Danzig bis auf Weiteres für Notierungen forstversorgungsberechtigter Bewerber geschlossen.

Potsdam, den 23. März 1902.

Königliche Regierung.

**Errichtung und Umschreibung der katholischen Pfarrgemeinde
Schwedt.**

13. Georg Kopp
durch Gottes Erbarmung und des heil. Apostolischen Stuhles Gnade Cardinal-Priester der heil. Römischen Kirche und Fürstbischof von Breslau, dem heil. Apostolischen Stuhle unmittelbar untergeben, der heil. Theologie Doctor.

Die bisherige Missionspfarre Schwedt erhebe ich zu einer vollberechtigten katholischen Pfarrei mit folgenden Aufgaben:

1. Der Sprengel der Pfarrei umfasst die Städte Schwedt und Bierraben sowie die Güter und Gemeinden Heinersdorf, Blumenhagen, Gatow, Bergholz, Zuegen, Meyenburg, Eriewen, Kaduhn, Niederlaathen, Hohen- und Nieder-Kraenig, Grabow und Ripperviese, so dass die katholischen Bewohner dieser Orte die neue Pfarrgemeinde Schwedt bilden und der charitativen Seelsorge des Pfarrers die Bewohner des weiteren Umkreises, namentlich auch der Städte Angermünde und Königsberg überlassen bleiben.

2. Die Kirche Mariä Himmelfahrt in Schwedt ist die Pfarrkirche.

3. Der Pfarrer hat seinen Wohnsitz in Schwedt.

4. Dem Pfarrer steht ein Anspruch auf Gehalt, freie Wohnung und Dienstalterszulagen zu nach Maßgabe des Gesetzes vom 2. Juli 1898, betreffend das Dienst Einkommen der katholischen Pfarrer. Soweit die Pfarrgemeinde über den Betrag eines Dienst Einkommens von 1800 Mark hinaus zur Aufbringung der weiteren Alterszulagen aus eigenen Mitteln unfähig ist, wird die

eine Hälfte derselben von dem kaiserlich-bischöflichen Stuhle aus kirchlichen Mitteln gewährleistet unter der Voraussetzung, daß die andere Hälfte aus staatlichen Mitteln gewährt wird.

5. Das Recht der Besetzung der Pfarrei steht dem kaiserlich-bischöflichen Stuhle von Breslau zu.

6. Die Pfarrei verbleibt in dem Archipresbyterate Frankfurt a./O.

7. Die Pfarrenterrichtung ist vollzogen mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Urkunde.

Urkundlich unter meiner Unterschrift nebst Siegel.

Breslau, den 17. März 1902.

(L. S.) G. Card. Ropp.

Pfarrenterrichtungs-Urkunde.

G. K. 220b.

Die nach der vorstehenden Urkunde vom 17. März 1902 von dem Kardinal-Kaiserlich-bischöflichen Stuhle von Breslau kirchlicherweise ausgesprochene Errichtung und Umschreibung der Pfarrgemeinde Schwedt a./O. wird auf Grund der von dem Minister der geistlichen u. Angelegenheiten mittels Erlasses vom 21. März d. J. — G. II. 7234 — uns erteilten Ermächtigung hierdurch von Staatswegen bestätigt und in Vollzug gesetzt.

Potsdam, den 24. März 1902.

(L. S.) Königliche Regierung,
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.

Gerehmiauna.

II. 2.13. 3.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

Grundstücksaufhebung.

3. Die Frau Geheimre Kommerzienrath Clara Hoffbauer geb. Becker in Potsdam beabsichtigt, das sich an den Lustgarten anschließende, westlich der Potsdam-Magdeburger Eisenbahn zu Potsdam belegene Gelände an der Havel hochwasserfrei aufzuheben.

Hierzu ist die reichspolizeiliche Genehmigung nachgefragt worden.

Dies wird mit der Aufforderung bekannt gemacht, etwaige Einwendungen in reichspolizeilicher Hinsicht gegen die geplante Aufhebung binnen zwei Wochen bei dem Bezirksausschusse zu Potsdam anzubringen. Später eingehende Einsprüche finden keine Berücksichtigung. Die Pläne können in der Registratur des Bezirksausschusses hier, Humboldtstraße 1, während derselben Frist eingesehen werden.

Potsdam, den 21. März 1902.

Der Bezirksausschuß zu Potsdam.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Preussische Hypotheken-Aktienbank.

35. Die General-Versammlung der Aktionäre der Preussischen Hypotheken-Aktienbank vom 30. Januar vorigen Jahres hat einige die §§ 39 Absatz 1, 45 Absatz 4, 6 und 7, 46 Absatz 2 und 3 betreffende Änderungen beschlossen. Ferner hat die Generalver-

sammlung der Aktionäre der bezeichneten Bank vom 18. Mai beziehungsweise das Kuratorium derselben am 6. Dezember vorigen Jahres eine anderweitige Fassung des § 5 und des § 27 verlaubar.

Danach lauten die §§ 5, 27, 39 Absatz 1, 45 Absatz 4, 6 bis 7, 46 Absatz 2 fortan folgendermaßen:

§ 5. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 50599200 Mark

eingeteilt in 1000 Aktien über 600 Mark und in 41666 Aktien über 1200 Mark.

§ 27. Der Gesamtbetrag der Hypothekenspfandbriefe und Schuldverreibungen darf die Summe von 400000000 Mark nicht übersteigen.

§ 39 Absatz 1. Das Kuratorium besteht mindestens aus 3 und höchstens aus 10 Aktionären, welche von der Generalversammlung gewählt werden. Die Anzahl bestimmt die Generalversammlung.

§ 45 Absatz 4. Die Berufung der Generalversammlung erfolgt unter Angabe der Vorlagen mittelst einmaliger Bekanntmachung im Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staats-Anzeiger, bei Berufung durch die gerichtlich ermächtigten Aktionäre unter Bezugnahme auf die Ermächtigung; die Insertion muß mindestens 19 Tage vor dem Zusammentritt stattfinden, wobei Tag der Generalversammlung und Tag der Insertion nicht mitgezählt werden.

§ 45 Absatz 6. Die Aktionäre, welche an der Versammlung Theil nehmen wollen, ingleichen Bevollmächtigte derselben, haben ihre Aktien, Vollmachten, Beschlüsse u. spätestens drei mal 24 Stunden vor der Stunde der Generalversammlung einzureichen.

§ 45 Absatz 7. Ein Aktionär, der in Gemäßheit des § 255 des Handelsgesetzbuches seine Aktien bei einem Notar hinterlegt, hat dies ebenfalls spätestens drei mal 24 Stunden vor der Stunde der Generalversammlung zu thun und innerhalb zweier Tage nach erfolgter Hinterlegung bei Verlust des Stimmrechts die Empfangsbescheinigung des Notars der Direktion einzureichen.

In § 46 tritt an Stelle der beiden letzten Absätze 2 und 3 der Satz:

Hinsichtlich der Ankündigung von Gegenständen der Beschlussfassung verbleibt es bei den gesetzlichen Bestimmungen (§ 254 Absatz 2, § 256 H. G. B.)

Ausweislich der nachfolgenden Genehmigungsurkunden vom 22. August, 7. Dezember und 7. Dezember vorigen Jahres sind die fraglichen Statutenänderungen vom Bundesrath genehmigt worden, ebenso haben die Herren Minister der Justiz, der Finanzen, des Innern und der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten die Genehmigung zur Fortdauer des der Bank erteilten Privilegiums auf Ausgabe von Inhaberpapieren gemäß § 795 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Artikels 8 der Ausführungsverordnung vom 16. November 1899 (G. S. S. 562) erteilt.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. Berlin, den 22. August 1901.
W. 9 Leipzigerplatz 7.

Ges. Nr. I. 5253. J. M. I. 11135. S. M. 7.
I. Bb. 7036. M. f. L. IVc. 1849. M. d. J.

Wir genehmigen auf Grund Allerhöchster Ermächtigung vom 21. Juli 1901, daß das der Preussischen Hypotheken-Aktien-Bank zu Berlin ertheilte Privilegium zur Ausgabe von Inhaber-Papieren auch bei den von der außerordentlichen Generalversammlung der Bank am 30. Januar 1901 beschlossenen, vom Bundesrath in seiner Sitzung vom 13. Juni dieses Jahres genehmigten Aenderungen der §§ 39, 45 und 46 des Gesellschaftsstatutes in Kraft bleibt, vorausgesetzt, daß die Eintragung der Beschlüsse in das Handelsregister demnächst erfolgt.

Der Justizminister.

Im Auftrage.

gez. Vietzch.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

In Vertretung.

gez. Sterneberg.

Genehmigung. Berlin, den 6. September 1901.
Ausgefertigt. (L. S.)

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen u. Forsten.
gez. von Pöbbecke.

Wir genehmigen auf Grund Allerhöchster Ermächtigung vom 2. Dezember 1901, daß das der Preussischen Hypotheken-Aktien-Bank zu Berlin ertheilte Privilegium zur Ausgabe von Inhaberpapieren auch bei der von der Generalversammlung der Aktionäre vom 18. Mai 1901 beschlossenen Aenderung des § 27 der Satzung in Kraft bleibt, vorausgesetzt, daß die Eintragung des Beschlusses in das Handelsregister demnächst erfolgt.

Betreffs der vom Bundesrathe in seiner Sitzung vom 17. Oktober 1901 zusammen mit der Aenderung des § 27 genehmigten Beschlüsse derselben Generalversammlung über die Herabsetzung und Wiedererhöhung des Grundkapitals sowie über die dadurch erforderlich werdende Aenderung des § 5 des Gesellschaftsstatuts wird Bestimmung getroffen werden, sobald das Kuratorium der Bank die neue Fassung des § 5 beschlossen haben wird.

Berlin, den 7. Dezember 1901.

Der Justizminister.

In Vertretung.

(Unterschrift.)

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Im Auftrage.

gez. Hermes.

Genehmigung.

J. M. I. 7844. S. M. I. 17344. M. f. L. x.
I. Bb. 10526. I. Ang. M. d. J. IVc. 2750. II.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Ges. Nr. I. Bb. 10670.

Just. Min. I. 7950.

Fin. Min. I. 17345.

Min. d. Jn. IVc. 2761.

Berlin W. 9, den 7. Dezember 1901.

Leipzigerplatz 7.

Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung vom 2ten Dezember 1901 genehmigen wir, nachdem der Bundesrath in seiner Sitzung vom 17. Oktober 1901 zu den von der Generalversammlung der Preussischen Hypotheken-Aktien-Bank zu Berlin am 18. Mai dieses Jahres gefassten Beschlüssen über die Herabsetzung und Wiedererhöhung des Grundkapitals, sowie zu der nach Ausführung dieser Beschlüsse erforderlichen Aenderung des § 5 Absatz 1 des Gesellschaftsstatuts seine Genehmigung ertheilt hat, daß das der Preussischen Hypotheken-Aktien-Bank ertheilte Privilegium zur Ausgabe von Inhaberpapieren auch bei der von dem Kuratorium der Bank zur notariellen Verhandlung vom 6. Dezember 1901 beschlossenen Aenderung des § 5 Absatz 1 des Statuts in Kraft bleibt, vorausgesetzt, daß die Eintragung dieses Beschlusses in das Handelsregister demnächst erfolgt.

Der Justizminister.

In Vertretung.

(Unterschrift.)

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Im Auftrage.

gez. Sterneberg.

Genehmigung.

Der Finanzminister.

In Vertretung.

(Unterschrift.)

Der Minister des Innern.

Im Auftrage.

gez. Peters.

Die erwähnten Statutenänderungen sind von dem Königl. Amtsgericht I. hieselbst Abtheilung 89 bereits in das Handelsregister eingetragen worden.

Berlin, den 11. März 1902.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen

des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.

Umtausch von Formularen zu Kartenbriefen, Postkarten und Postanweisungen.

S. Vom 1. April ab wird innerhalb des Reichs-postgebiets für den Umtausch amtlich ausgegebener Formulare zu Kartenbriefen, Postkarten und Postanweisungen mit Wertstempel, die in den Händen des Publikums unbrauchbar geworden sind, eine Gebühr von 1 Pf. für jedes Stück erhoben.

Berlin W. 66, den 19. März 1902.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Cementkanäle für Fernsprechkabel.

18. Bei dem Kaiserlichen Stadt-Fernsprechamt 3 hier, N. Oranienburgerstr. 72, liegen Pläne aus über die Herstellung von Cementkanälen für Fernsprechkabel in dem nördlich der Voßbringerstraße, Elsäßerstraße und

Hannoverschenstraße, sowie zwischen der Chausseestraße und Prenzlauer Allee belegenen Stadtteil.

Berlin C., den 18. März 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Gementkanäle für Fernsprechkabel und Fernsprecherlabel.

19. Bei dem Kaiserlichen Haupt-Fernsprechamt hier, Französischestr. 33 b./c., liegen Pläne aus über die Verlegung von Gementkanälen für Fernsprechkabel und von Fernsprecherlabeln auf den Linien: Ede Wasserthor- und Fürstenstraße bis Brigerstraße 8 und Elisabethufer 4; Wasserthorstraße 31 bis Lindenstraße 105 mit Abzweigung nach Alexandrinenstraße 119/120; vor Wienerstraße 1/6; Prinzessinnenstraße 25 bis Ede Cranien- und Alexandrinenstraße; Ede Jerusalem- und Kochstraße bis Jerusalemstraße 56; Ede Großbeeren- und Teltowerstraße bis Großbeerenstraße 78; Ritterstraße 118 bis 7.

Berlin C. 2, den 20. März 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Verlegung von Rohrpostfabriksträngen u.

20. Bei dem Kaiserlichen Haupt-Telegraphenamt hier W. 56, Französischestr. 33, liegen Pläne aus
a. über die Verlegung von Rohrpostfabriksträngen
1) in der Artillerie-, August-, Rosenthaler- und Rothringersstraße,
2) in der Thurm- und Beusselstraße sowie
3) am Leipzigerplatz zwischen dem nördlichen und südlichen Thorgebäude,
b. über die Auslegung eines Flusslabels durch die Spree nördlich der Schlossbrücke und
c. über die Herstellung eines Gementkanals in der Holzmarktstraße von der Alexander- bis zur Fruchtstraße.

Berlin C., den 18. März 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Umwandlung von Postämtern.

21. Zum 1. April werden die Postämter III. in Friedrichsberg b. Berlin und Ober-Schöneweide in Postämter II. umgewandelt.

Berlin C. 2, den 21. März 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion. Griesbach.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Neue Postagentur.

22. In dem Dorfe Schmöckwitz (Kreis Teltow) wird am 1. April eine Postagentur ohne Telegraphenbetrieb unter der Bezeichnung Schmöckwitz (Kreis Teltow) in Wirksamkeit treten.

Die neue Verkehrsanstalt erhält ihre Postverbindungen durch Botenposten zwischen Eichwalde und Schmöckwitz mit nachstehendem Gang:

6:0 10:40 3:0 ab Eichwalde an 10:35 12:45 7:5
6:35 11:15 3:50 an Schmöckwitz ab 10:0 12:10 6:30

Dem Landbesitzbezirk der Postagentur werden die dem Bezirk des Kaiserlichen Postamts in Eichwalde (Kreis Teltow) angehörenden Wohnstätten

Eichwalder Ablage,

die Lindenstraße von Schmöckwitz und Baldidyll

zugeheilt. Potsdam, den 22. März 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion. Gärtler.

Neue Postagentur.

23. In der Colonie Rahnsdorfer Mühle (Kreis Niederbarnim) wird am 1. April eine Postagentur ohne Telegraphenbetrieb unter der Bezeichnung „Rahnsdorfer Mühle (Kr. Niederbarnim)“ in Wirksamkeit treten.

Die neue Verkehrsanstalt erhält ihre Postverbindungen durch Botenposten zwischen Neurahnsdorf und Rahnsdorfer Mühle mit nachstehendem Gang:

7:15 | 4:10 ab Neurahnsdorf an 11:45 | 7:30
8:0 | 4:55 an Rahnsdorfer Mühle ab 11:0 | 6:45

Außerdem werden der Postagentur mit Zug 1071 der Vorortstrecke Berlin—Erfner (ab Rahnsdorf 7:2 N.) Briefsendungen und Zeitungen zugeführt.

Dem Landbesitzbezirk der Postagentur werden folgende, jetzt dem Bezirk der Postagentur in Neurahnsdorf angehörenden Wohnstätten zugeheilt: Rahnsdorf Dorf, Rahnsdorf Bahnhof, der Abbau Wähe, die Abbauten am alten Schönebecker Wege und die Försterei Müggelsee.

Potsdam, 22. März 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion. Gärtler.

Bekanntmachungen des Königlichen Konfistoriums der Provinz Brandenburg.

Pfarrstellenerledigung.

18. Erledigt ist die Pfarrstelle privaten Patronats zu Falkenwalde, Diözese Prenzlau II., durch Versetzung des Pfarrers Iskraut. Die Wiederbesetzung ist patronatlicherseits diesmal dem Kirchenregimente überlassen.

Bekanntmachungen des Königlichen Provinzial-Schul-Kollegiums.

Prüfungen an Gymnasien u.

2. Wir machen hierdurch wiederholt bekannt, daß für die Prüfung derjenigen jungen Leute, welche ihre Reise für die Prima eines Gymnasiums, eines Realgymnasiums oder einer Oberrealschule nachweisen wollen, die Meldungen unter Beifügung eines Lebenslaufes, des letzten Zeugnisses über den früheren Schulbesuch und den etwa genessenen Privatunterricht sowie eines polizeilichen Führungsattestes bis zum 15. Januar, 15. Mai und 1. November eines jeden Jahres bei uns einzureichen sind. Verspätete Meldungen können keine Berücksichtigung finden.

Berlin, den 22. März 1902.

Königliches Provinzial-Schulkollegium.

Bekanntmachungen der Kgl. Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Auslosung 3 1/2 %iger Rentenbriefe der Provinz Brandenburg.
5. Bei der infolge unserer Bekanntmachung vom 11. v. Mts. heute geschienenen öffentlichen Verlosung von 3 1/2 prozentigen Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Stücke gezogen worden:

Litt. F. zu 3000 M. 1 Stück

und zwar die N° 11,

Litt. H. zu 300 M. 1 Stück
und zwar die Nr. 9,
Litt. J. zu 75 M. 2 Stück
und zwar die Nr. 11, 40.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in kutschfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Zinscheinen Reihe II. Nr. 6—16 nebst Erneuerungsscheinen bei der hiesigen Rentenbankkasse, Klosterstraße Nr. 76 L vom 1. Juli d. Js. ab an den Werttagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 1. Juli d. Js. ab hört die Verzinsung der ausgelooften Rentenbriefe auf; diese selbst verfahren mit dem Schlusse des Jahres 1912 zum Vortheile der Rentenbank.

Die Einlieferung ausgeloofter Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post, portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde.

Die Zuführung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 800 M. durch Postanweisung.

Sofern es sich um Summen über 800 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 12. Februar 1902.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Stempelung von Kutschscheinen.

1. Der Bundesrath hat in seiner Sitzung vom 13. Februar 1902 — § 76 der Protokolle — beschlossen, dem zweiten Abgabe der Ziffer 20 der Ausführungsbestimmungen zum Reichsstempelgesetz vom 14. Juni 1900 folgenden Satz hinzuzufügen: „In den Fällen, in denen, wegen Ueberganges eines Kuxes auf einen neuen Inhaber, an Stelle des bisherigen auf Namen lautenden Kuxscheins ein gleichlautender, jedoch auf den Namen des neuen Inhabers ausgestellter Kuxschein zur Stempelung vorgelegt wird, hat diejenige Amtsstelle, welcher die Abstempelung obliegt, zugleich darüber zu befinden, ob die Abstempelung ohne Abgabenerhebung zu bewirken ist.“

Berlin, den 17. März 1902.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

8.

Veränderung von Gemeinde- und Gutsbezirksgrenzen.

Zauf. Nr.	Grundbuch		Karten- blatt	Parzelle	Grund- steuermutter- rolle Artikel	Flächen- inhalt ha	Gemeindebezirk	
	Band	Blatt					bisher	künftig
Gemarkung Wildenberg.								
1.	—	—	1	35	1	1,1750	Gutsbezirk Badingen	Gemeinde Wildenberg
2.	—	—	1	36	"	7,8820		
3.	—	—	1	36	"	9,1810		
4.	—	—	1	37	"	0,5230		
5.	—	—	2	76	"	1,7750		
6.	—	—	2	76	"	2,4660		
7.	—	—	2	76	"	2,4590		
					zusammen	25,4610		

Templin, den 15. März 1902.

Der Kreis-Ausschuß.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Wahrnehmung der Geschäfte des Gemeindevorstandes in Berlin gemäß § 83 des Gewerbegerichtsgesetzes.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß für die Stadtgemeinde Berlin die Wahrnehmung der nach § 83 des Gewerbegerichtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1901 dem Gemeindevorsteher obliegenden Geschäfte mit Genehmigung des Herrn Ober-Präsidenten von Berlin dem Herrn Stadtrath Sübner hier auf ein ferneres Jahr, und zwar für die Zeit vom 1. April 1902 bis 31. März 1903 übertragen worden ist.

Berlin, den 18. März 1902.

Der Ober-Bürgermeister.

Personal-Chronik.

Der Regierungsrath von Rameke in Berlin ist zum Ober-Regierungsrath befördert und an die König-

liche Regierung in Stettin versetzt. An seiner Stelle ist dem Regierungsrath Fuchs der Vorsitz in der Veranlagungskommission und in den Steueraussschüssen der Gewerbesteuerklassen III. und IV. für den Veranlagungsbezirk des Kreises Niederbarnim vom 1. April 1902 an übertragen.

Der Königl. Wasserbauinspektor Thielecke ist vom 1. April d. J. ab als Hülsarbeiter an die hiesige Regierung versetzt worden.

Die Försterstelle Plantagenhaus in der Oberförsterei Potsdam ist vom 1. Juli 1902 ab dem Förster Fischer in Jaenigendorf, Oberförsterei Woltersdoef, übertragen worden.

Die Försterstelle Tremmersee in der Oberförsterei Groß-Schönebeck ist vom 1. Juli 1902 ab dem Förster Peyer in Login, Oberförsterei Groß-Schönebeck, übertragen worden.

Die einstweilige Verwaltung der Försterstelle Wilhelmseichen in der Oberförsterei Grimnitz ist vom 1. Juli d. J. ab dem Forsthausseher Rauch in Spring, Oberförsterei Grimnitz, übertragen worden.

Die Försterstelle Eichkamp in der Oberförsterei Brunewald ist vom 1. Juli 1902 ab dem Förster Friede in Wilhelmseichen, Oberförsterei Grimnitz, übertragen worden.

Die Försterstelle Pichelsberg in der Oberförsterei Brunewald ist vom 1. Juli 1902 ab dem Förster Petermann in Kurtschlag, Oberförsterei Jechenick, übertragen worden.

Der erste Pfarrer in Schöneberg, Superintendent a. D. Jacobi, ist zum Superintendenten der neugebildeten Diözese Friedrichswerder II. ernannt worden.

Der Pfarrer an der Zionskirche in Berlin, Carl Hermann Freibank, ist zum Superintendenten der Diözese Berlin Stadt III. ernannt worden.

Der bisherige Hülfsprediger Siegfried Konrad Voß zur Schulz ist zum Pfarrer der Parochie Budow, Diözese Dom Brandenburg bestellt worden.

Der bisherige Hülfsprediger Christian Friedrich Martin Ziethe in Bernigerode ist zum Pfarrer der Parochie Schönermark, Diözese Prenzlau I., bestellt worden.

Der Lehrer an der Provinzial-Taubstummenanstalt in Königsberg Gustav Damaschun ist als ordentlicher Lehrer an der königlichen Taubstummenanstalt in Berlin zum 1. April 1902 angestellt worden.

Der Gemeindefullehrer Bathe ist als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Der Gemeindefullehrer Will ist als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Der Schulanfänger Vahr ist als Oberlehrer am Humboldt-Gymnasium in Berlin angestellt worden.

Die Lehrer Seelhof, Sumpf, Palm, Noack, Rid, Schmidt, Georg Steffens, Rückert, Schneider, Tryonadt, Schleiff, Schmidt Robert, Horn, Wolff, Fischer, Eichhoff, Frieske, Krüger, Jacob, Ginschel, Buchmann, Jung, Wlosziewski und Ringel sind endgültig als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke des Kammergerichts im Monat Februar 1902.

I. Richterliche Beamte.

Ausgeschieden ist der Kammergerichtsrath Richter infolge Ernennung zum Reichsgerichtsrath. Gestorben ist der Amtsgerichtsrath Schütz in Schwedt.

II. Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare Glucksohn, Dr. Andrée, Dr. Heller, Dr. Jgen, Dr. Langkau, Dr. Raehmel, Dr. Hanraths, Kamelow und Dr. Cohnitz. In den Oberlandesgerichtsbezirk Cassel versetzt ist der Gerichtsassessor Hiller von Gaertringen. Aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Breslau übernommen ist der Gerichtsassessor Dr. Adam. Ausgeschieden sind die Gerichtsassessoren Reinhardt infolge Uebernahme in die

Verwaltung der indirekten Steuern und Dr. Miesch auf Antrag.

III. Staatsanwaltschaft.

Ernannt ist der Bürgermeister Kirsch zum Amtsanwalt beim Amtsgericht Lübben.

IV. Rechtsanwälte und Notare.

Gelöscht in der Liste der Rechtsanwälte sind die Rechtsanwälte Dr. Franz Lipman-Wulf, Josmann und Dr. Riese beim Landgericht I. in Berlin, Bruno Springer beim Landgericht II. in Berlin, Teuscher beim Amtsgericht in Treuenbriegen und Dr. War Großhoff beim Amtsgericht in Belgig. Eingetragten in die Liste der Rechtsanwälte sind der Rechtsanwalt Bruno Springer vom Landgericht II. in Berlin und die Gerichtsassessoren Glücksmann und Dr. Wussow beim Landgericht I. in Berlin, der Gerichtsassessor Margolinski beim Landgericht II. in Berlin, die Rechtsanwälte Teuscher aus Treuenbriegen beim Amtsgericht Belgig, Josmann vom Landgericht I. in Berlin beim Amtsgericht II. in Berlin mit dem Wohnsitz in Groß-Lichterfelde und Nicolai aus Weßlar beim Amtsgericht in Treuenbriegen, die Gerichtsassessoren Zippel beim Amtsgericht und Landgericht in Frankfurt a./D., Silberberg beim Amtsgericht in Rauen, Hans Voigt beim Amtsgericht in Lübben und Efinger beim Amtsgericht in Strausberg. Der Notar Teuscher in Treuenbriegen hat sein Amt niedergelegt.

V. Referendare.

Zu Referendaren ernannt sind die bisherigen Rechtskandidaten von Broeder, von Bonin, Höpfer, Fuhrmann, Dr. Höpfer, Maager, Martin Marcuse, Zimmer, Seyffert, Waldemar Müller, Riesel, Prümers, Riccio, Rudorff und Seelmann. Uebernommen sind die Referendare Heinrich Berner aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Celle, Foerster aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Raumburg und Citron aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Posen. Ausgeschieden sind die Referendare Franz Schneider, Dr. Friedrich von Winterfeld und Hans von Neumann infolge Uebertritts in den höheren Verwaltungsdienst.

VI. Subalternbeamte.

Ernannt ist zum Gefängnis-Inspektionsassistenten der Inspektionsgehülfe Schmidt beim Stadtvoigteigefängnis in Berlin. Versetzt sind die Gerichtsvollzieher Gaedke in Prenzlau, Bod in Durtshude und Sell in Canth an das Amtsgericht I. in Berlin. Ausgeschieden ist der Sekretär Fleischhauer bei dem Stadtvoigteigefängnis in Berlin infolge seiner Ernennung zum Inspektor beim Gerichtsgefängnis in Cassel. Gestorben ist der Gerichtsvollzieher Gaerisch beim Amtsgericht I. in Berlin.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Drehorgelspieler Giuseppe Guarneri, geboren 14. Juni 1868 zu Marfosso in Italien, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 18. Januar 1898 ausgewiesen.

Der Goldhändler Jacob Stein, geboren 25. November 1826 zu Ulanow in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 23. Januar 1902 ausgewiesen.

Der Arbeiter Johannes Schmigel, geboren 9. Juni 1880 zu Roronica, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 25. Januar 1902 ausgewiesen.

Der Drehorgelspieler Herr Luigi Botti, geboren 5. August 1852 zu Betolla in Italien, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 20. Februar 1902 ausgewiesen.

Der Drehorgelspieler Giacomo Macenti, geboren 16. August 1885 zu Novi (Italien), italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 25. Februar 1902 ausgewiesen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimat	Grund der Verurteilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat	Datum der Ausweisungs-Beschlusses
	der Ausgewiesenen				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Josef Kalita, Handlungsgehilfe,	geboren am 1. Januar 1867 zu Glomutz, Bezirk Troppau, Österreichisch-Schlesien, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen, Betrug, Beamtenehebruch und thätlicher Angriff eines Beamten,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Straßburg, 2	18. Februar 1902.
2	Franz Klima, Schlosser,	geboren am 22. April 1852 zu Komarna, Ungarn, ortsangehörig zu Politz, Bezirk Olmütz, Mähren,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	22. Februar 1902.
3	Michael Rohlf, Kesselschmied,	geboren am 13. März 1857 zu Wien, ortsangehörig zu Viersau, Bezirk Klattau, Böhmen,	Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Regau,	14. Februar 1902.
4	Johann Kulczyk, Arbeiter,	geboren am 15. Mai 1864 zu Chelme, Bezirk Czarnow, Galizien, ortsangehörig ebenda selbst,	Landstreichen und Fälschung von Legitimationspapieren,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	8. Januar 1902.
5	Maria Mayr, ledige Köchin,	geboren am 28. September 1872 zu Lumelsham, Bezirk Ried, Ober-Österreich, österreichischer Staatsangehöriger,	gewerbsmäßige Unzucht und Arbeitscheu,	Stadtmagistrat Regensburg, Bayern,	6. Februar 1902.
6	August Meber, Cigarrenmacher,	geboren am 2. Februar 1857 zu Bergen, Niederlande, niederländischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Trier,	22. Februar 1902.
7	Josef Mohler, Koch,	geboren am 1. Februar 1870 zu Szegedin, Ungarn, ungarischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	9. Januar 1902.
8	Josef Kal, Arbeiter,	geboren am 24. Januar 1866 zu Groß-Petroz, Ungarn, ungarischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	derselbe,	1. Februar 1902.
9	Paul Schponowski, (Stuka), Arbeiter,	geboren am 30. August 1875 zu Woskowiz, Bezirk Teschen, Österreichisch-Schlesien, ortsangehörig zu Wajonowiz, Bezirk Teschen,	bedeuten,	derselbe,	30. Oktober 1901.
10	Josef Glabeczel, Gärtner,	geboren am 15. Dezember 1854 zu Bielitz, Bezirk Labor, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	20. Februar 1902.
11	Josef Storch, Bädergehilfe,	geboren am 17. Juli 1879 zu Aufsha, Böhmen, österreichischer	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Straß-	24. Februar 1902.

Nr.	Name und Stand	Ort und Geburtsdatum	Geburtsort	Datum
12	Wolfgang von Wittenberg, Schiffergehilfe	geboren am 24. Jan. 1870 zu Betteln, Märschenhof, Bezirk Trauer, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau	18. Februar 1902.
13	Hyacinth Cimbanid, Arbeiter	geboren am 2. Mai 1844 zu Wittenberg, Egitiole, Provinz Alexandria, Italien, italienischer Staatsangehöriger	Regierungspräsident zu Venedig	24. Februar 1902.
14	Abolf Eisler, Drechsler	geboren am 15. März 1876 zu Betteln, Pöfpen, Komitat Neutra, Ungarn, ungarischer Staatsangehöriger	Polizei- Behörde zu Hamburg	6. März 1902.
15	Stanz Ottag, Tagelöhner	geboren am 24. November 1868 zu Eifen, Ranton, Solothurn, Schweiz, schweizerischer Staatsangehöriger	Erzherzoglich badischer Landeshauptmann zu Freiburg	28. Februar 1902.
16	Anton Heger, Arbeiter	geboren am 8. Mai 1882 zu desgleichen, Murek, Mähren, österreichischer Staatsangehöriger	Polizei- Behörde zu Hamburg	26. Februar 1902.
17	Simon Hölzl, Bäcker	geboren am 28. April 1861 zu desgleichen, Murek, Steiermark, österreichischer Staatsangehöriger	desgleichen.	
18	Wilhelm August Jänichen, Arbeiter	geboren am 19. Februar 1862 zu Karlsburg, Ungarn, österreichischer Staatsangehöriger	Königlich preussischer Landeshauptmann zu Potsdam	21. Dez. 1901.
19	Kipp, Arbeiter	geboren am 11. Januar 1876 zu Gmunden, Simbirsk, Russisch, russischer Staatsangehöriger	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau	28. Februar 1902.
20	Frany Rettnetz, Arbeiter	geboren am 24. Oktober 1862 zu Ramsau, Mähren, österreichischer Staatsangehöriger	desgleichen.	27. Februar 1902.
21	Josef Riemann, Zimmermann	geboren am 2. Februar 1843 zu Markersdorf, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger	desgleichen.	1. März 1902.
22	Johann Kiemel, Schuhmacher	geboren am 10. August 1876 zu desgleichen, Pottowa, Bezirk Pilsen, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Potsdam	1. März 1902.
23	Wenzel Komaril, Schreiner	geboren am 17. November 1859 zu Laus, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Potsdam	28. Februar 1902.

Hierzu sechs Hefenblätter, Preis 10 Pf.

Die Insertionsgebühren betragen 10 Pf. pro Zeile, 10 Pf. pro Spalte.

Verlagsgesellschaft des Reichs, Berlin, Wilhelmstr. 10.

Potsdam, Buchdruckerei des Reichs, Wilhelmstr. 10.

Sonderausgabe des Amtsblatts

der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 28. März 1902.

Errichtungs-Urkunde für die katholische Pfarrei Zehdenick, Kr. Templin.

In Anbetracht der großen Anzahl ansässiger Katholiken und der erheblichen Entfernung der benachbarten katholischen Pfarreien wird in der Stadt Zehdenick unter folgenden Bestimmungen eine katholische Pfarrei errichtet.

- 1) Die Pfarrei Zehdenick umfaßt die Stadt Zehdenick nebst Haff und die zunächstliegenden Gemeinden Ramp, Krenzlin, Wesendorf, Bogelsang, Miltenberg, Badingen, Klein-Ruß und Bergsdorf, so daß die Pfarrgrenzen im Norden die Gemeindegemarken Bogelsang—Miltenberg, im Westen die Gemeindegemarken Miltenberg—Badingen—Klein-Ruß—Bergsdorf, im Süden Bergsdorf—Krenzlin und im Osten Krenzlin—Wesendorf—Bogelsang bilden.
- 2) Die neugebaute katholische Kirche in Zehdenick wird zur Pfarrkirche erhoben und in alle Rechte einer solchen eingesetzt.
- 3) Dem Pfarrer steht ein Anspruch auf Dienstlohn und Alterszulagen zu nach Maßgabe des Gesetzes vom 2. Juli 1898 betr. das Dienstlohn der katholischen Pfarrer. Das Pfarrlohn wird bis zum Betrage von 1500 Mark seitens des fürstbischöflichen Stuhles zu Breslau aus kirchlichen Mitteln gewährleistet. Soweit die Pfarrgemeinde die Alterszulagen aus eigenen

Mitteln aufzubringen außer Stande ist, wird die eine Hälfte derselben seitens des fürstbischöflichen Stuhles aus kirchlichen Mitteln gewährleistet unter der Voraussetzung, daß die andere Hälfte aus staatlichen Mitteln gewährt wird.

- 4) Die neue Pfarrei gehört zum Archipresbyterate Berlin.
- 5) Für die Unterhaltung der kirchlichen und pfarrlichen Gebäude gelten die gesetzlichen Bestimmungen.
- 6) Die Pfarrerrichtung gilt mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Urkunde für vollzogen.

Breslau, den 25. März 1902.

Der Fürstbischof.

(L. S.)

G. Card. Ropp.

Die nach der vorstehenden Urkunde vom 25. März 1902 von dem Fürstbischof von Breslau kirchlicherseits ausgesprochene Errichtung und Umschreibung der Pfarrgemeinde Zehdenick wird auf Grund der von dem Minister der geistlichen u. Angelegenheiten mittels Erlasses vom 24. März 1902 — G. II. 5442 — erteilten Ermächtigung hierdurch von Staatswegen bekräftigt und in Vollzug gesetzt.

Potsdam, den 26. März 1902.

(L. S.)

Königliche Regierung,

Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.

Verfälschung.

II. 2837/3.

[illegible][illegible]

1. The first step in the process is to identify the problem. This involves gathering information about the situation and understanding the needs of the stakeholders involved.

1. The first step in the process is to identify the problem or issue that needs to be addressed. This involves gathering information and understanding the context of the problem.

2. Once the problem is identified, the next step is to define the objectives and goals of the project. This helps to clarify what needs to be achieved and provides a clear direction for the team.

3. The third step is to develop a plan or strategy to address the problem. This involves breaking down the problem into smaller, manageable tasks and determining the resources needed to complete them.

4. The fourth step is to implement the plan. This involves putting the strategy into action and monitoring progress regularly to ensure that the project is on track.

5. Finally, the fifth step is to evaluate the results of the project. This involves assessing the outcomes against the objectives and goals to determine the effectiveness of the intervention.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Stück 14.

Den 4. April

1902.

Inhalts-Verzeichniss. Inhalt von Stück 16 des Reichs-Gesetzblatts und von Stück 6 der Ges.-Sammlung.
 E. 147. — Entwässerungsgenossenschaft Rhinow-Strodehne. E. 147. — Patentschönwiese. E. 150. — Gebrauch von Zugwegen während der Frühjahrsschonzeit. E. 151. — Frühjahrsschonzeit der Hfhe. E. 151. — Öffentliche Verloosung. E. 151. — Diebstahlschlichtung. E. 151. — Blöfungen. E. 151. — Grundstücksauflösung. E. 151. — Polizeitverordnung, betr. elektrische Straßenbahnen. E. 152. — Gruppenarbit III. (Berlin-Stadt). E. 153. — Ladung von Schlammbänken. E. 153. — Kompetenz der Verwaltung des Provinzialverbandes. E. 154. — Pfandstellungsveränderungen. E. 154. — Verhandlungen von Gemeindefreihandelsbezirken. E. 156. — Verträgebedingungen für die Ausführung von Garnisonbauten u. E. 157. — Aufsat geändelter Pfandbriefe. E. 163. — Personal-Chronik. E. 163. — Kanalkation in Berlin. E. 163. — Ausweisungen aus Preußen. E. 163. — Ausweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiete. E. 167.

Reichs-Gesetzblatt.

- (Stück 16.) **Nr. 2850.** Bekanntmachung, betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen auf Steintohlenbergwerken, Zink- und Bleierzbergwerken im Regierungsbezirk Oppeln. Vom 20. März 1902.
Nr. 2851. Bekanntmachung, betreffend die Einrichtung und den Betrieb von Steinbrüchen und Steinhauereien (Steinmetzbetrieben). Vom 20. März 1902.

Ges.-Sammlung

- für die Königl. Preussischen Staaten.
 (Stück 6.) **Nr. 10324.** Gesetz, betreffend den Erwerb von Bergwerkeigentum im Obergamtsbezirk Dortmund für den Staat. Vom 21. März 1902.
Nr. 10325. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlage des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Hadamar, Herborn, Limburg a. L., Marienberg, Wallmerod und Weilburg. Vom 13. März 1902.

Bekanntmachungen des Königl. Ministerien.

- 18. Statut**
 für die Entwässerungs-Genossenschaft Rhinow—Strodehne zu Rhinow im Kreise Westhavelland.

§ 1. Die Eigentümer der dem Meliorationsgebiete angehörigen Grundstücke in den Gemeindebezirken Rhinow, Rübehorst, Salbernhorst, Strodehne, Kiez, in den Ortsbezirken Rhinow und Stölln werden zu einer Genossenschaft vereinigt, um den Ertrag dieser Grundstücke nach Maßgabe des Meliorationsplanes des vereideten Landmessers und Kulturtechnikers von Elsner vom 18. Januar 1900, meliorationstechnisch geprüft von dem Meliorationsbauinspektor Wegner am 26. Juli 1900, durch Entwässerung zu verbessern.

Das Meliorationsgebiet ist auf der ein Zubehör des Meliorationsplanes bildenden Karte des Landmessers und Kulturtechnikers von Elsner vom 18. Januar 1900 dargestellt; dasselbe mit einer Begrenzungslinie in rother Farbe bezeichnet und beifolgend der betheiligten

Besitzstände der Genossenschaftsmitglieder in den zugehörigen Registern speziell nachgewiesen.

Karte und Register werden mit einem auf das Datum des genehmigten Statutes Bezug nehmenden Beglaubigungsvermerk versehen und bei der Aufsichtsbehörde der Genossenschaft niedergelegt.

Die anzustellenden speziellen Meliorationspläne sind vor Beginn ihrer Ausführung seitens des Vorstandes der Aufsichtsbehörde zum Zwecke der Prüfung durch den Meliorationsbaubeamten und zur Genehmigung einzureichen.

Abänderungen des Meliorationsprojektes, welche im Laufe der Ausführung sich als erforderlich herausstellen, können vom Genossenschaftsvorstande beschlossen werden. Der Beschluß bedarf jedoch der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde.

Vor Ertheilung der Genehmigung sind diejenigen Genossen zu hören, deren Grundstücke durch die veränderte Anlage berührt werden.

§ 2. Die Genossenschaft führt den Namen: Entwässerungsgenossenschaft Rhinow—Strodehne und hat ihren Sitz in Rhinow.

§ 3. Die Kosten der Herstellung und Unterhaltung der gemeinschaftlichen Anlagen werden von der Genossenschaft getragen. Dagegen bleiben die nach den Zwecken der Melioration behufs ihrer nutzbringenden Verwendung für die einzelnen betheiligten Grundstücke erforderlichen Einrichtungen, wie Umbau und Bepflanzung von Wiesen, Anlage und Unterhaltung besonderer Gräben u. s. w. den betreffenden Eigentümern überlassen. Dieselben sind jedoch gehalten, den im Interesse der ganzen Melioration getroffenen Anordnungen des Vorstehers Folge zu leisten.

§ 4. Außer der Herstellung der im Projekte und vorsehend vorgesehenen Anlagen liegt dem Verbands ob, Stille-Entwässerungs-Anlagen innerhalb des Meliorationsgebietes, welche nur durch Zusammenwirken mehrerer Grundbesitzer ausführbar sind, zu vermitteln und nöthigenfalls, nachdem der Plan und das Beitragsverhältnis von der Aufsichtsbehörde festgestellt

ist, auf Kosten der dabei theilhaftigen Grundbesitzer durchzuführen zu lassen.

Die Unterhaltung derartiger Anlagen, die soweit erforderlich, in regelmäßige Schau zu nehmen sind, untersteht dem Vorsteher.

§ 5. Die gemeinschaftlichen Anlagen werden unter Leitung des von dem Vorsteher auf Vorschlag des Vorstandes angenommenen Meliorationstechnikers in der Regel in Tagelohn ausgeführt und unterhalten; In dessen können die Arbeiten nach Bestimmung des Vorstandes in Auford gegeben werden.

Der mit der Aufsicht betraute Techniker hat das Vauaprogramm aufzustellen, die speziellen Pläne auszuarbeiten, die für die Verbindung erforderlichen Unterlagen zu beschaffen und zur Genehmigung vorzulegen, überhaupt alle für das zweckmäßige Ineinandergreifen der Arbeiten notwendigen Maßregeln rechtzeitig anzuregen und vorzubereiten die Ausführung zu leiten und die für Aenderungs- und Ergänzungsanträge, für Abschlagszahlungen und für die Abnahme erforderlichen Unterlagen anzufertigen.

Die Wahl des Technikers, der mit demselben abzuschließende Vertrag und die Bedingungen für die Vergebung der Hauptarbeiten unterliegen der Zustimmung des Meliorationsbaubeamten. Auch im Uebrigen hat der Vorstand in technischen Angelegenheiten während der Bauausführung den Rath des Meliorationsbaubeamten einzuholen und zu berücksichtigen.

Nach Beendigung der Ausführung hat der Meliorationsbaubeamte die Anlagen abzunehmen und festzustellen, ob das Unternehmen zweck- und planmäßig beziehungsweise mit den von der Aufsichtsbehörde genehmigten Aenderungen ausgeführt ist. Sollten hierbei Kontrollmessungen erforderlich sein, so sind dieselben unter Leitung des Meliorationsbaubeamten von vereideten Landmessern vorzunehmen; die Kosten dieser Aufmessungen sind von der Genossenschaft zu tragen.

§ 6. Das Verhältnis, in welchem die einzelnen Genossen zu den Genossenschaftskosten beizutragen haben, richtet sich nach dem für die einzelnen Genossen aus den Genossenschaftsanlagen erwachsenden Vortheile.

Zur Festsetzung dieses Beitrags-Verhältnisses wird ein Kataster aufgestellt, in welchem die einzelnen Grundstücke speziell aufgeführt werden. Nach Verhältnis des ihnen aus der Melioration erwachsenden Vortheils werden dieselben in sechs Klassen getheilt, und zwar so, daß ein Hektar der sechsten Klasse mit dem einfachen, ein Hektar der fünften Klasse mit dem zweifachen und ein Hektar der vierten Klasse mit dem dreifachen, ein Hektar der dritten Klasse mit dem vierfachen, ein Hektar der zweiten Klasse mit dem fünffachen, und ein Hektar der 1. Klasse mit dem sechsfachen Betrage heranzuziehen ist.

§ 7. Die Einschätzung in diese sechs Klassen erfolgt durch zwei vom Vorstande zu wählende Sachverständige unter Leitung des Vorstehers, welcher bei Meinungsverschiedenheiten den Ausschlag giebt. Nach vorgängiger ortsüblicher Bekanntmachung in den

Gemeinden, deren Bezirk dem Genossenschaftsgebiet ganz oder theilweise angehört und nach erfolgter Veröffentlichung dieser Bekanntmachung wird das Genossenschaftskataster vier Wochen lang zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorstehers ausgelegt. Aenderungs-Anträge müssen innerhalb dieser Frist schriftlich bei dem Vorsteher angebracht werden. Nach Ablauf der Frist hat der Vorsteher die bei ihm schriftlich eingegangenen Abänderungs-Anträge der Aufsichtsbehörde vorzulegen. Die Letztere, beziehungsweise deren Kommissar, läßt unter Zuziehung der Beschwerdeführer und eines Vertreters des Vorstandes die erhobenen Reklamationen durch die vom der Aufsichtsbehörde zu bezeichnenden Sachverständigen untersuchen. Mit dem Resultat der Untersuchungen werden die Beschwerdeführer und der Vertreter des Vorstandes von dem Kommissar bekannt gemacht. Sind beide Theile mit dem Gutachten einverstanden, so wird das Kataster demgemäß festgestellt, andernfalls sind die Verhandlungen der Aufsichtsbehörde zur Entscheidung einzureichen. Die bis zur Mittheilung des Ergebnisses der Untersuchung entstandenen Kosten sind in jedem Falle von der Genossenschaft zu tragen. Wird eine Entscheidung erforderlich, so sind die weiter erwachsenden Kosten dem unterliegenden Theile aufzuerlegen.

Sobald das Bedürfnis für eine Revision des festgestellten oder berichtigten Katasters vorliegt, kann dieselbe von dem Vorstande beschloffen oder von der Aufsichtsbehörde angeordnet werden. Das Revisionsverfahren richtet sich nach den für die Feststellung des Katasters gegebenen Vorschriften.

§ 8. Im Falle einer Parzellirung sind die Genossenschaftskosten nach dem in diesem Statut vorgeschriebenen Theilungsverhältnisse durch den Vorstand auf die Trennstücke verhältnismäßig zu vertheilen. Gegen die Festsetzung des Vorstandes ist innerhalb zweier Wochen die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig.

§ 9. Die Genossen sind verpflichtet, die Beiträge in den von dem Vorstande festzusetzenden Terminen zur Genossenschaftskasse abzuführen. Bei versäumter Zahlung hat der Vorsteher die fälligen Beiträge beizutreiben.

§ 10. Jeder Genosse hat sich die Einrichtung der nach dem Meliorationsplane in Aussicht genommenen Anlagen, diese Anlagen selbst und deren Unterhaltung, soweit sein Grundstück davon vorübergehend oder dauernd betroffen wird, gefallen zu lassen.

Darüber, ob und zu welchem Betrage dem einzelnen Genossen hierfür, unter Berücksichtigung der ihm aus der Anlage erwachsenden Vortheile, eine Entschädigung gebührt, entscheidet, falls sich ein Genosse mit dem Vorsteher nicht gütlich verständigen sollte, das nach Vorschrift dieses Statutes zu bildende Schiedsgericht mit Ausschluß des Rechtsweges.

§ 11. Bei Abstimmungen hat jeder betriebspflichtige Genosse mindestens eine Stimme. Im Uebrigen richtet sich das Stimmverhältnis nach dem Verhältnisse der Theilnahme an den Genossenschafts-

lassen, und zwar in der Weise, daß für je zwei Normal-Votat beitragspflichtigen Grundbesitzes erster Klasse eine Stimme gerechnet wird.

Die Stimmliste ist demgemäß von dem Vorstande zu entwerfen und nach vorgängiger öffentlicher Bekanntmachung der Auslegung vier Wochen lang zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorstehers auszulegen. Anträge auf Verichtigung der Stimmliste sind an seine Hand gebunden.

§ 12. Der Genossenschafts-Vorstand besteht aus:

- a. einem Vorsteher,
- b. sechs Repräsentanten der Genossenschafts-Mitglieder.

Die Vorstandsmitglieder bekleiden ein Ehrenamt. Als Ersatz für Auslagen und Zeitverschumnis erhält jedoch der Vorsteher eine jährliche, von der General-Versammlung festzusetzende Entschädigung.

In Beförderungsfällen wird der Vorsteher durch den an Lebenszeit ältesten Repräsentanten vertreten.

Die Mitglieder des Vorstandes wählt sechs Stellvertretern werden von der Generalversammlung auf fünf Jahre nach absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt. Die Wahl des Vorstehers bedarf der Bestätigung der Aufsichtsbehörde.

Wählbar ist jeder Genosse, welcher den Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte nicht durch rechtskräftiges Erkenntnis verloren hat. Die Wahl der Vorstandsmitglieder wie der Stellvertreter erfolgt in getrennten Wahlhandlungen für jedes Mitglied. Wird im ersten Wahlgange eine absolut Stimmenmehrheit nicht erreicht, so erfolgt eine engere Wahl zwischen denjenigen beiden Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Der Stimmengleichheit entscheidet das vom Vorstehenden zu stellende Loos.

Im Uebrigen gelten die Vorschriften für Gemeindevahlen.

§ 13. Die Gewählten werden von der Aufsichtsbehörde durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet.

Zur Legitimation der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter wird das vom der Aufsichtsbehörde aufzunehmende Protokoll:

Soll der Stellvertreter für darüber ausweisen, daß der Fall der Stellvertretung eingetreten ist, so steht dazu ein Zeugnis der Aufsichtsbehörde.

Der Vorstand hält seine Sitzungen unter Vorsitz des Vorstehers, der gleiches Stimmrecht hat wie die Repräsentanten, und dessen Stimme im Falle der Stimmengleichheit entscheidet.

Zur Gültigkeit der getroffenen Beschlüsse ist es erforderlich, daß die Repräsentanten unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung geladen und daß mit Einschluß des Vorstehers mindestens zwei Drittel der Vorstandsmitglieder anwesend sind. Wer am Erscheinen verhindert ist, hat dies unverzüglich dem Vorsteher anzuzeigen. Dieser hat alsdann einen Stellvertreter zu laden.

§ 14. Soweit nicht in diesem Statute einzelne Verwaltungsbefugnisse dem Vorstande oder der General-

versammlung vorbehalten sind, hat der Vorsteher die selbstständige Leitung und Verwaltung aller Angelegenheiten der Genossenschaft.

Insondere liegt ihm ob:

- a. die Ausführung der gemeinschaftlichen Anlagen nach dem festgestellten Meliorationsplane zu veranlassen und zu beaufsichtigen;
- b. über die Unterhaltung der Anlagen sowie über die Grabenräumung, die Heuerhebung und die Mähdung auf den Wiesen mit Zustimmung des Vorstandes die nöthigen Anordnungen zu treffen und die etwa erforderlichen Ausführungsvorschriften zu erlassen;
- c. die vom Vorstande festgesetzten Beiträge auszuschreiben und einzuziehen, die Zahlungen auf die Kasse anzuweisen und die Kassenverwaltung mindestens zweimal jährlich zu revidiren;
- d. die Vorschläge und Jahresrechnungen dem Vorstande zur Festsetzung und Abnahme vorzulegen;
- e. die Unterbräuten der Genossenschaft zu beaufsichtigen;
- f. die Genossenschaft nach Außen zu vertreten, den Schriftwechsel für die Genossenschaft zu führen und die Urkunden derselben zu unterzeichnen. Zur Abschließung von Verträgen hat er die Genehmigung des Vorstandes einzuholen. Zur Gültigkeit der Verträge ist diese Genehmigung nicht erforderlich;
- g. die nach Maßgabe dieses Statuts und der Ausführungsvorschriften von ihm angebrochten and festgesetzten Ordnungsgeldstrafen, die den Betrag von 30 Mark jedoch nicht übersteigen dürfen, zur Genossenschaftskasse einzuziehen.

§ 15. Die genossenschaftlichen Anlagen sind in regelmäßige Schau zu nehmen, die alljährlich wenigstens ein Mal und in den ersten fünf Jahren nach der Baugrubenführung jährlich zwei Mal, im Frühjahr und im Herbst, stattzufinden hat. Die Schau wird durch den Vorsteher geleitet. Die übrigen Vorstandsmitglieder sind zur Theilnahme an der Schau einzuladen. Der Schautermin ist rechtzeitig, möglichst vier Wochen vorher, der Aufsichtsbehörde, und dem zuständigen Meliorationsbauamten, anzugeben, welche Befugt sind, an den Schauen theilzunehmen. Die von ihnen gemachten Vorschläge sind zu beachten. Das Ergebnis der Schau ist in einem Protokolle für dessen Aufbewahrung der Vorsteher zu fügen hat, niederzulegen. Die Aufsichtsbehörde ist Befugt, erforderlichen Falles die nach technischem Ermessen zur Unterhaltung der im Projekte vorgesehenen oder statutenmäßig beschlossenen Anlagen nöthigen Arbeiten im Zwangswege auf Kosten der Genossenschaft zur Ausführung zu dringen. Ueber Beschwerden gegen die bezüglich Anordnungen der Aufsichtsbehörde entscheidet der Regierungspräsident einseitig.

§ 16. Die Verwaltung der Kasse führt ein Rechner, welcher von dem Vorstande auf drei Jahre

gewählt und dessen Remuneration vom Vorstande festgesetzt wird.

Die Aufsichtsbehörde kann jederzeit die Entlassung des Rechners wegen mangelhafter Dienstführung anordnen.

§ 17. Der gemeinsamen Beschlussfassung der Genossen unterliegen:

- 1) die Wahl der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter;
- 2) die Festsetzung der dem Vorsteher zu gewährenden Entschädigung;
- 3) die Wahl der Schiedsrichter und deren Stellvertreter;
- 4) die Abänderung des Statuts.

§ 18. Die erste, zur Bestellung des Vorstandes erforderliche Generalversammlung beruft die Aufsichtsbehörde, welche auch zu den in dieser Versammlung erforderlichen Abstimmungen eine vorläufige Stimmliste nach den Flächenangaben des Grundbuchsregisters des Genossenschaftsgebietes aufzustellen hat.

Die weiteren Generalversammlungen sind in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen (§ 60 des Gesetzes vom 1. April 1879), mindestens aber alle fünf Jahre durch den Vorstand zusammenzuberufen.

Die Einladung erfolgt unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung durch ein öffentlich bekannt zu machendes Ausschreiben der Genossenschaft und außerdem durch preiswürdige Bekanntmachung in denjenigen Gemeinden, deren Bezirk dem Genossenschaftsgebiete ganz oder theilweise angehört.

Zwischen der Einladung und der Versammlung muß ein Zwischenraum von mindestens zwei Wochen liegen.

Die Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig.

Der Vorsteher führt den Vorsitz.

Die Generalversammlung kann auch von der Aufsichtsbehörde zusammenberufen werden. In diesem Falle führt sie beziehungsweise der von ihr ernannte Kommissar den Vorsitz.

§ 19. Die Streitigkeiten, welche zwischen Mitgliedern der Genossenschaft über das Eigentum an Grundstücken, über die Zuständigkeit oder den Umfang von Grundgerechtigkeiten oder anderen Nutzungsrechten oder über, besonders, auf speziellen Rechtsstiteln beruhende Rechte und Verbindlichkeiten der Parteien entstehen, gehören zur Entscheidung der ordentlichen Gerichte.

Dagegen werden alle anderen Beschwerden, welche die gemeinsamen Angelegenheiten der Genossenschaft oder die vorgebliche Beeinträchtigung einzelner Genossen in ihren durch das Statut begründeten Rechten betreffen, von dem Vorsteher untersucht und entschieden, soweit nicht nach Maßgabe dieses Statutes oder nach gesetzlicher Vorschrift eine andere Instanz zur Entscheidung berufen ist.

Gegen die Entscheidung des Vorstehers steht, sofern es sich nicht um eine der ausschließlichen Zuständigkeit anderer Behörden unterliegende Angelegenheit handelt,

jedem Theile die Anrufung der Entscheidung eines Schiedsgerichts frei, welche binnen zwei Wochen, von der Bekanntmachung des Bescheides an gerechnet, bei dem Vorsteher angemeldet werden muß. Die Kosten des Verfahrens sind dem unterliegenden Theile aufzuerlegen.

Das Schiedsgericht besteht aus einem Vorstehenden, welchen die Aufsichtsbehörde ernennt, und aus zwei Beisitzern. Die letzteren werden, nebst zwei Stellvertretern von der Generalversammlung nach Maßgabe der Vorschriften dieses Statutes gewählt. Wählbar ist jeder, der in der Gemeinde seines Wohnortes zu den öffentlichen Gemeindeämtern wählbar und nicht Mitglied der Genossenschaft ist.

Wird ein Schiedsrichter mit Erfolg abgelehnt, so ist der Ersatzmann aus den gewählten Stellvertretern oder erforderlichenfalls aus den wählbaren Personen durch die Aufsichtsbehörde zu bestimmen.

§ 20. Die von der Genossenschaft ausgehenden Bekanntmachungen sind unter der Bezeichnung: „Entwässerungsgenossenschaft Rhinow — Strohheide zu Rhinow“ zu erlassen und vom Vorsteher zu unterzeichnen.

Die für die Öffentlichkeit bestimmten Bekanntmachungen der Genossenschaft werden in das Kreisblatt für das Westhavelland, für Westprignitz und die Märkische Zeitung zu Meynuppin aufgenommen.

§ 21. Soweit die Aufnahme neuer Genossen nicht auf einer dem § 69 des Gesetzes vom 1. April 1879 entsprechenden rechtlichen Verpflichtung beruht, kann sie auch als ein Akt der Vereinsparung auf den Antrag des Aufzunehmenden durch einen der Zustimmung der Aufsichtsbehörde bedürftigen Vorstandsbeschluss erfolgen.

Vorstehendes Statut, welchem die Theilnehmenden zugestimmt haben, wird auf Grund der §§ 57 und 82 des Gesetzes vom 1. April 1879, betreffend die Bildung von Wassergenossenschaften, hiermit genehmigt.

Berlin, den 15. März 1902.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Im Auftrage: Hermes.

Bekanntmachungen des königlichen Regierungspräsidenten.

Laichschonvieren an der We.

§ 6. Auf Grund der Ermächtigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 15. März 1902 I, Bb. 1957 erkläre ich gemäß § 29 des Fischereigesetzes vom 30. Mai 1874 folgende Wasserstellen zu Laichschonvieren:

- 1) Den Hafen bei Krügerswerder km 432,1 der Elbstationierung (Blatt 84 der Elbarte),
- 2) die Schlenken im Rührbäcker Werder km 441—443 der Elbstationierung (Blatt 86 und 87 der Elbarte),
- 3) die Bragg und Schlenken am Wittenberger Elbdeich von km 458,5—461,6 (Blatt 91 der Elbarte),
- 4) die sogenannte Rumlofener Einlage bei km 469,5 bis zur aufwärts gelegenen toten Buhne (Blatt 93 der Elbarte).

In dieser Fischschonzeit ist die Ausübung jeder Art der Fischerei in der Zeit vom 1. April bis 1. Juli jeden Jahres verboten. Im übrigen wird auf das Regulativ zum Schutze der Fischschonzeit vom 24sten März 1898 (Amtsblatt Seite 153) verwiesen.

Potsdam, den 25. März 1902.

Der Regierungspräsident.

Vollstreckungsverordnung,

betreffend den Gebrauch von Zagneten während der Frühjahrsschonzeit.

§ 1. Auf Grund des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 196) und in Gemäßheit der §§ 6, 12, 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) sowie § 22 des Fischereigesetzes vom 30. Mai 1874 (G.-S. S. 197) und der §§ 5 u. 14 der Allerhöchsten Verordnung vom 8. August 1887 wird, unter Zustimmung des Bezirksausschusses die nachstehende Vollstreckungsverordnung erlassen:

§ 1. Auf dem Ruppiner-See und auf dem Hagen-See ist der Gebrauch von Zagneten während der Dauer der Frühjahrsschonzeit untersagt.

§ 2. Der Regierungspräsident ist ermächtigt, diese Verordnung noch auf andere benachbarte Gewässer strecken auszu dehnen, sobald sich ein Bedürfnis hierzu ergibt.

§ 3. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden, soweit sie nicht nach den bestehenden gesetzlichen Strafbestimmungen einer höheren Strafe unterliegen, mit Geldstrafe bis zu 60 Mark, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

Potsdam, den 25. März 1902.

Der Regierungspräsident.

§ 1. Unter Hinweis auf die Bestimmungen der Verordnung vom 8. August 1887 betr. die Ausübung des Fischereigesetzes in der Provinz Brandenburg und dem Stadtbezirk Berlin (veröffentlicht in der Extra-Beilage zum 42. St. d. d. Amtsblattes vom 21. Oktober 1887), mache ich mit Rücksicht auf das Interesse der Frühjahrsschonzeit der Fische das beehrte Publikum, insbesondere die fischereiberechtigten Gemeinden und Privatpersonen darauf aufmerksam,

daß während der Frühjahrsschonzeit in allen Gewässern des hiesigen Bezirkes, soweit sie nicht in § 3 der Verordnung unter Ziffer 2 besonders ausgenommen sind, die Fischerei nur an 3 Tagen jeder in die Schonzeit fallenden Woche, und zwar von Montag Morgen 6 Uhr beginnend und Donnerstag Morgen 6 Uhr schließend, betrieben werden darf, sowie, daß während der nicht freigegebenen Zeit, d. h. von Donnerstag Morgen 6 Uhr bis Montag Morgen 6 Uhr die durch das Fischereigesetz vom 30. Mai 1874 nicht befreiten fließenden Fischereivorrichtungen in nicht geschlossenen Gewässern hinweggeräumt oder abgestellt sein müssen. Die Ausübung irgend welcher Art von Fischerei

betriebe während der nicht freigegebenen Zeit ist — innerhalb der durch die Verordnung selbst gezogenen — nur zulässig auf Grund besonderer von mir ausgestellter, auf die Person lautender Erlaubnisscheine.

Zu widerhandlungen gegen die Vorschriften der bezeichneten Verordnung werden, soweit sie nicht den Strafbestimmungen der §§ 49 ff. des Fischereigesetzes vom 30. Mai 1874 oder denjenigen des Reichs-Strafgesetzbuches unterliegen, mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder entsprechender Haft bestraft.

Potsdam, den 25. März 1902.

Der Regierungspräsident.

Öffentliche Verlosung.

§ 1. Der Herr Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat durch Erlass vom 18. März d. J. (O. P. 5060) — dem geschäftsführenden Komitee für die in Landsberg a. W. geplante Provinzial-Ausstellung für Dienstadt die Genehmigung erteilt, im Anschluß an die vom 2. bis 4. August dauernde Ausstellung eine öffentliche Verlosung von Ausstellungsgewinnen nach Maßgabe des vorgelegten Planes zu veranstalten, gemäß welchem 6000 Lose zu je 40 Pf. in der Provinz Brandenburg ausgegeben und 888 Gewinne sowie 2000 Freilosse im Gesamtwerte von 3000 M. gezogen werden sollen. Zahl und Preis des auszulobenden Loses, das Abgabegeld, der Gewinn, Ort und Zeit der Verlosung, Anzahl und Gesamtwerth der Gewinne müssen auf den Losen angegeben sein.

Potsdam und Berlin, den 21. März 1902.

Der Regierungspräsident. Der Polizeipräsident.

Diphtherie-Heilserum.

§ 1. Das Diphtherie-Heilserum mit der Kontrollnummer 31 aus der Meißner Fabrik in Darmstadt ist wegen Abnahme von Eingehung bestimmt.

Potsdam, den 27. März 1902.

Der Regierungspräsident.

Verlosung.

§ 1. Verlosung. I. Preisgelder: a. Schweinefleisch. Preis Preuss. Land. b. Geflügelcholera. Preis Ostpreuss. Land. II. Erlöse: Kreis Jahrbog-Ladenwalde: Preisbestand der 3. Ehrentafel des Lehrreg. der Selbstsch. Sch. Potsdam, den 1. April 1902.

Der Regierungspräsident.

§ 1. Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse. Grundstücksauktion. 4. Die Frau Helene Kommerzienrat Clara Hoffbauer geb. Becker in Potsdam beabsichtigt, das sich an den Lustgarten anschließende, weißliche Potsdam-Magdeburger Eisenbahn zu Potsdam belegene Gelände an der Havel hochwasserfrei aufzubauen.

Dies wird mit der Aufforderung bekannt gemacht, etwaige Einwendungen in die öffentliche Verlosung gegen die geplante Auktion binnen zwei Wochen bei dem Bezirksausschüsse zu Potsdam anzubringen. Später

eingehende Einsprüche finden keine Berücksichtigung. Die Pläne können in der Registratur des Bezirksausschusses hier, Humboldtstraße 1, während desselben Frist eingelegt werden.

Potsdam, den 21. März 1902.

Der Bezirksausschuss zu Potsdam.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

36. Polizei-Verordnung,
betreffend die innerhalb des Landespolizeibezirks Berlin (also einschließlich der Stadtkreise Charlottenburg, Schöneberg und Niederschönhausen) bestehenden elektrischen Straßenbahnen.

Auf Grund des § 137, 138 und 43 Absatz 3 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 185), der §§ 6, 11, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265) sowie der §§ 1 und 2 des Gesetzes, betreffend die Polizeiverwaltung in den Stadtkreisen Charlottenburg, Schöneberg und Niederschönhausen vom 18. Juni 1900 (G. S. S. 247) wird im Einvernehmen mit der Königl. Eisenbahn-Direktion Berlin und unter Zustimmung des Herrn Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg verordnet was folgt:

I. Betrieb.

§ 1. Der Betrieb der von dieser Verordnung betroffenen elektrischen Straßenbahnen unterliegt den Bestimmungen der vom dem unterzeichneten Polizei-Präsidenten im Einvernehmen mit der Königl. Eisenbahn-Direktion Berlin erlassenen Betriebsvorschriften. Insoweit nicht die Betriebsvorschriften oder die gegenwärtige Polizei-Verordnung Ausnahmen begründen, ist der Betrieb außerdem den allgemeinen Straßenpolizeisachen Vorschriften unterworfen.

II. Schutz des Straßenbahnverkehrs.

§ 2. Jede Beschädigung der Bahn und der dazu gehörigen Anlagen sowie der Betriebsmittel nebst Zubehör, die Nachschaltung der Signale, die Verstellung oder Versperrung der Anzeigevorrichtungen, das Abladen, Legen und Aufstellen von Gütern, Holz, Steinen, oder sonstigen den Verkehr behindernden Gegenständen, das Abwerfen und Anhängen des Schnees auf dem Fahrbahn oder in einer Entfernung von weniger als 75 m von der nächstgelegenen Fahrbahn sowie überhaupt jede den Bahnverkehr gefährdende Handlung ist untersagt.

§ 3. Es ist verboten, die elektrischen Leitungen anzufassen, die Quers- und Arbeitsdrähte mit irgend welchen Gegenständen zu berühren oder zu berühren sowie Fahnen oder sonstige Gegenstände an Gebäuden oder Masten dergestalt anzubringen, daß die Drähte der elektrischen Bahn berührt werden.

§ 4. Sobald der Fußboden neben der Bahn gleiten, ist es, darf kein Fußwerk dieselben berühren, wenn dadurch die Straßenbahnwagen behindert werden.

§ 5. Beim Gehen der Warnungsschilder haben Fußgänger, Reiter, Radfahrer und die Fahrer von Wagen sofort die Fahrbahn für den Bahnbetrieb frei zu machen.

§ 6. Reiter, Radfahrer und Fuhrwerke haben an den Haltestellen der Straßenbahn soweit Raum zu geben, daß die Fahrgäste beim Ein- und Aussteigen nicht gefährdet werden.

§ 7. Die Vorschriften der §§ 4 und 5 gelten nicht für Wagen, in denen Kutschknechte und Kutscher Herrschaften fahren; für geschlossenen marschierende Militär-Abteilungen, Fuhrwerke und andere Fuhrwerke, sowie für im Dienste befindliche Postwagen und Fuhrwerke der Feuerwehr.

§ 8. Es ist untersagt, Fuhrwerke oder Vieh ohne Aufsicht auf dem Gleise oder unmittelbar neben demselben stehen zu lassen. Bekanntmachung ist derjenige, dem die Aufsicht über das Fuhrwerk und das Vieh obliegt. Die Bahnbediensteten sind berechtigt, aufstehende Fuhrwerke und Vieh sowie sonstige Gegenstände, welche die Gleise versperren, zu entfernen.

III. Bestimmungen für die Fahrgäste.

§ 9. Das eigenmächtige Öffnen des an der linken Seite befindlichen Wageneintritts, das Stehenbleiben auf den Treppentritten sowie das Aussteigen auf einen vom Schaffner als „verboten“ bezeichneten Wagen ist verboten.

§ 10. Das Rauchen ist nur auf den Außenseiten und in denjenigen Wagenabteilungen gestattet, welche für Raucher bestimmt und mit einer entsprechenden Beschilderung versehen sind. Das Mitführen brennender Cigaretten, Cigaretten oder Tabakpfeifen in das Innere geschlossener Wagen ist nicht gestattet.

§ 11. Das Fahren und Sitzen der Fahrgäste, jedes unanständige oder unzüchtige Verhalten, Betragen sowie das Anhängen an den Wagen ist untersagt.

§ 12. Personen, welche von Mitfahrenden durch abstoßende Ausdrücke, Bezeichnungen oder unkeusche Äußerungen oder durch Trunkheit lästig fallen, sind von der Mitfahrt ausgeschlossen.

§ 13. Die Mitnahme von Gegenständen, welche durch Umfang, Beschaffenheit oder andern Grund die Mitfahrenden zu belästigen geeignet sind, ist nicht erlaubt. Hunde und andere Tiere dürfen nicht mitgeführt werden.

Ausgenommen sind kleine Hunde und andere Tiere, welche auf dem Schoß gehalten werden, sofern die Mitfahrenden durch sie nicht belästigt werden.

Ferner dürfen Jagdhunde in Begleitung der Jäger auf Befehl des Jägers mitgeführt werden.

§ 14. Das Hinanlehnen des Körpers aus den Wagen, das Anfassen des an den äußeren Wagen angebrachten, die Stromzuführung vermittelnden oder regelnden Einrichtungen ist verboten.

§ 15. Es ist verboten, während der Fahrt mit dem Wagenführer zu sprechen.

§ 16. Die Fahrgäste haben von auf Grund dieser Verordnung an sie gerichteten Maßnahmen des von der Straßenbahn-Anstalt zu beauftragten Personals Folge zu leisten. Wer dieselben unterläßt, ist, abgesehen

von der eintretenden Befugnis, von der Mit- bezw. Weiterfahrt ausgeschlossen werden.

§ 17. Wer auf Grund der vorstehenden Bestimmung von der Fahrt ausgeschlossen wird, hat den Wagen sofort oder beim nächsten Halten zu verlassen.

IV. Pflichten des Betriebspersonals.

§ 18. Die im außerordentlichen Betriebsdienste beschäftigten Personen haben dem Publikum gegenüber höflich und bescheiden aufzutreten. Das Anrufen um jemand zur Mitfahrt zu veranlassen, sowie das Tabakrauchen während des Dienstes ist ihnen untersagt.

Während der Dienststunden hat das Betriebspersonal die von dem Unternehmer eingeführte Dienstkleidung zu tragen. Die Dienstnummer muß stets sichtbar sein.

Sofern die Zulässigkeit der Beschäftigung im Betriebsdienste nach der Betriebsvorschrift (S. I.) von der Ertheilung eines Fahrcheines abhängig gemacht ist, hat jeder Bediente den für ihn ausgestellten Schein stets bei sich zu führen und darf ihn keinem anderen zur Benutzung überlassen.

§ 19. Die Führung des Wagens darf Unbefugten nicht überlassen werden.

§ 20. Der Wagenführer hat die durch den Fahrplan festgesetzten Fahrzeiten möglichst inne zu halten. Ein Ueberschreiten der für die einzelnen Strecken festgesetzten Höchstgeschwindigkeiten ist jedoch unter allen Umständen verboten.

§ 21. Überall da, wo der Wagenführer nicht die freie Uebersicht über die von ihm zu durchzufahrende Straßenstrecke hat, insbesondere beim Passiren von Straßenkreuzungen und Straßenbiegungen, sowie wenn sich Wagen oder andere den Ausblick behindernde Gegenstände neben den Gleisen befinden, ist in verminderter Geschwindigkeit und vorsichtig zu fahren.

§ 22. Vor jedem Anfahren sowie vor Straßenkreuzungen und unübersichtlichen Stellen hat der Wagenführer mit der Glocke Warnungszeichen zu geben.

§ 23. Wenn Fuhrwerke, Reiter, Radfahrer oder Fußgänger sich in der Fahrtrichtung befinden, oder derselben nähern, so hat der Wagenführer rechtzeitig mit der Glocke Warnungszeichen zu geben, langsam zu fahren und zu halten, sofern dies erforderlich ist, um Beschädigungen von Personen und Sachen zu vermeiden.

§ 24. Kreuzen die im § 7 bezeichneten Wagen, geschlossen marschirende Militärabtheilungen und Aufzüge die Fahrtrichtung, so hat der Wagenführer in der Fahrt innezuhalten.

§ 25. Der Wagenführer hat beim Verlassen seines Standes durch Abziehen der Kurbel oder Anwendung sonstiger Vorrichtungen zu verhüten, daß der Wagen durch Unbefugte in Bewegung gesetzt werden kann.

§ 26. Der Schaffner hat dafür zu sorgen, daß der Fahrplan thunlichst innegehalten wird, sowie daß sein Wagen während der Dunkelheit vorschriftsmäßig erleuchtet und während des Betriebes reinlich erhalten wird.

Bei Zügen, welche aus mehreren Wagen bestehen,

trägt die Verantwortung für die Einhaltung des Fahrplans der Schaffner des Motorwagens.

§ 27. Sobald die für den Wagen bestimmten Innen- und Außenplätze besetzt sind, darf der Schaffner weitere Personen zur Fahrt nicht aufnehmen.

§ 28. Nur an den Haltestellen ist der Schaffner verpflichtet, zum Aufnehmen und Absetzen von Personen anzuhalten.

Den Fahrgästen, insbesondere Kindern, weiblichen, alten und schwächlichen Personen hat er beim Ein- und Aussteigen behülflich zu sein.

Das Zeichnen zur Weiterfahrt darf er nicht früher geben, als bis der Einsteigende den Wagen bestiegen und der Aussteigende mit beiden Füßen die Erde erreicht hat.

§ 29. Der Schaffner hat auf die Beachtung der in den §§ 9 bis 15 gegebenen Bestimmungen zu halten und erforderlichen Falls von der ihm durch § 16 verliehenen Befugnis Gebrauch machen.

V. Straf- und Sanktionsbestimmungen.

§ 30. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden, soweit nicht nach den bestehenden Gesetzen eine höhere Strafe verurtheilt ist, mit Geldstrafe bis zu 60 Mark, im Unvermögensfalle mit verhältnismäßiger Haft bestraft.

§ 31. Die Polizeiverordnung tritt mit der Publikation in Kraft.

Mit dem gleichen Zeitpunkt tritt die Polizeiverordnung vom 11. Juli 1896 über denselben Gegenstand außer Geltung.

Berlin, den 23. März 1902.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirektion zu Berlin.

Gruppentarif III. (Berlin—Stettin).

II. Mit Gültigkeit vom 1. April 1902 wird zum Gruppentarif III. (Berlin—Stettin) der Nachtrag III. ausgegeben. Er enthält eine anderweitige Fassung des Ausnahmestarfs 14a. für Rohwälder an Kaskaden. Exemplare des Nachtrages können durch die Güter-Abfertigungsstellen sowie das Auskunftsbureau, hier Bahnhof Alexanderplatz, zum Preise von 0,05 M. für das Stück bezogen werden.

Berlin, den 25. März 1902.

Königl. Eisenbahndirektion,
zugleich Namens der beteiligten Verwaltungen.

Tariffassung von „Schlammwägen aus Kläranlagen“.

12. Im Gruppen- und Wechselverkehr der vereinigten preussisch-hessischen Staatsbahnen, im Binnenverkehr der Militärbahn, im Militärbahn-Staatsbahnverkehr, im Binnenverkehr der Eisenbahnen in Elsass-Lothringen, im Reichsbahn-Staatsbahnverkehr, im Wechselverkehr der preussisch-hessischen Staatsbahnen mit den oldenburgischen Staatsbahnen und mit Station Rempen der Breslau-Warschauer Eisenbahn ist vom 1. April 1902 ab im Waarenverzeichniß des Ausnahmestarfs 2 (Rohstofftarif)

a. nachzutragen:

unter Ziffer 1 vor „Bekanntmachung“ der Artikel
„Schlammhänger aus Kläranlagen“,
b. zu streichen;

unter Ziffer 4 der Artikel „Scheideschlamm von
der Zuckerraffination (Pressschlamm, Scheidestall,
Saturationschlamm)“.

In dem gleichen Verkehrsumfang und von dem gleichen
Tage ab ist im Ausnahmetarif für Düngermittel und

Rohtmateriale der Kunstdüngerfabrikation (Veranlassung
vom 1. August 1900) auf Seite 2 unter I. Ba. an
Stelle der Worte „Scheideschlamm von der Zuckerraffination (Pressschlamm, Scheidestall, Saturationschlamm)“ zu setzen: „Schlammhänger aus Kläranlagen“.

Berlin, den 27. März 1902.

Königliche Eisenbahn-Direktion
zugleich Namens der beteiligten Verwaltungen.

Bekanntmachungen des Landesdirektors der Provinz Brandenburg.

3.

Auszug

aus dem Hauptetat der Verwaltung des Provinzialverbandes von Brandenburg für das Jahr 1902.

Kapitel	Titel	Einnahme	Betrag für das Jahr 1902
A. Laufende Einnahmen.			
Aus der Staatskasse.			
I	1	Dotationsrente (§ 2 des Ges. vom 8. Juli 1875 und k. Verordn. vom 12. September 1877	1549077
	2	Für die Verwaltung und Unterhaltung der früheren Staatschauffeen (§ 20 a. a. D.)	1335047
	3	Zuschuß für die Hebammen-Lehranstalt zu Frankfurt a./D. (§ 13 a. a. D.)	7548
	4	Zuschuß zur Unterstüßung niederer landwirtschaftlicher Lehranstalten (§ 14 a. a. D.)	5400
II	Aus den Kapitalien und Beständen der Provinz.		
	1—2	Zinsen	70200
III	Aus den Nebensfonds der Provinz.		
	1—14	Zinsen	652710
IV	An Provinzialabgabe		2994000
V	Aus der Chauffeeverwaltung.		
	1—10	Beiträge von Kreisen zu den Besoldungen der Provinzial-Baubeamten und Aufseher, Renten, Mieten, Pächte, Erträge aus Baumpflanzungen und sonstige Einnahmen	57000
VI	Aus der Verwaltung des Landarmen- und Korrigendentwesens.		
	1—3	Erfattete Kur-, Pflege- und Erziehungskosten sowie sonstige Einnahmen	35710
VII	Aus der Fürsorge für Geisteskranken, Idioten, Epileptische, Taubstumme und Blinde.		
	1—6	Erfattete Pflege- und Ausbildungskosten sowie sonstige Einnahmen (Ges. vom 11. Juli 1891)	1473000
VIII	Aus der Fürsorgeerziehung Minderjähriger (Ges. vom 2. Juli 1900).		
	1—2	Erfattete Erziehungs- und Unterhaltungskosten sowie sonstige Einnahmen	174950
IX	Aus der Verwaltung des Viehvericherungswezens (Reichsges. vom 23. Juni 1880 und Ges. vom 12. März 1881 bezw. 22. April 1892)		3100
X	Für die Verwaltung anderer Fonds und Kassen		27640
XI	1—2	Insgesamt	2618
Summe A			8388060
B. Außerordentliche Einnahmen.			
	1	Aus dem Verfaufe von Exemplaren des Inventars der Bau- und Kunstdenkmäler und zur Abrundung	20741
	2	Rechnungsüberschuß des Jahres 1900	6423234
	3	Aus dem Dotationskapital die demselben 1901 zugeführten Abfindungen für Erweiterung der Chauffeeunterhaltungslast	506025
	4	Zuschuß aus dem Betriebsfonds	158000
Summe B			2275000
Hierzu A			8388000
Summe der Einnahmen			9615500

Kapitel	Titel	Ausgabe	Betrag für das Jahr 1902	
			M	S
A. Laufende Ausgaben.				
I	1—2	Kosten des Provinziallandtags und seiner Organe.	39400	—
H		Reisekosten und Tagegelder, sowie Bureaukosten		
		Kosten anderer Verwaltungsorgane. Reisekosten und Tagegelder der gewählten Mitglieder des Provinzialraths (§ 100 Pr.-D.)	550	—
III	1	Kosten der Centralverwaltung.		
		Gehälter der Provinzialbeamten nebst Miethsensschädigungen bezw. Wohnungsgeldzuschüssen	357982	—
IV	2—10	Andere persönliche und sächliche Ausgaben		
		Beihilfe zur Durchführung der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 (§ 5 Nr. 1 des Ges. vom 8. Juli 1875)	285858	99
V		Für den Neubau chauffirter Wege (§ 4 Nr. 1 a. a. D.)	600000	—
VI		Für die Verwaltung und Unterhaltung der Provinzial-Chauffeen (§§ 18 ff. a. a. D.)		
	1—14 u. 17	Gehälter der Baubeamten und Chauffeeraufseher sowie andere persönliche und sächliche Ausgaben	211246	32
	15	Für Unterhaltung einzelner Chauffeestrecken durch die betreffenden Gemeinden	22453	68
VII	16	Kosten der materiellen Unterhaltung der Provinzial-Chauffeen (rund 1367 km)	1114700	—
VIII		Unterstützung für den Gemeindegewebau (§ 4 Nr. 1 a. a. D.)	130000	—
IX		Zur Förderung von Landesmeliorationen (§ 4 Nr. 2 a. a. D.)	140700	—
		Zur Förderung des Baues von Kleinbahnen (§ 41 des Ges. vom 28. Juli 1892).		
	1—2	Zur Verstärkung des Eisenbahnfonds und zur Verzinsung der Provinzial-Anleihe von 1899	450000	—
X		Für die Verwaltung des Landarmen- und Korrigendenwesens (§ 4 Nr. 3 des Ges. vom 8. Juli 1875).		
	1	Zuschüsse zur Unterhaltung der Provinzialanstalten	278600	—
	3	Aufwendungen für Landarme außerhalb der Provinzialanstalten	375000	—
	4	Beihilfen an Ortsarmenverbände	38000	—
	5	Beihilfe für die Arbeiterkolonie Friedrichswille	6000	—
	6	Beihilfe zur Unterhaltung der Verpflegungsstationen	8000	—
	2 u. 7	Zu Unterstützungen an Anstaltsbeamte und deren Hinterbliebene, sowie sonstige Ausgaben	5200	—
XI		Zur Fürsorge für Geistesranke, Idioten, Epileptische, Taubstumme und Blinde (§ 4 Nr. 4 a. a. D. und Ges. vom 11. Juli 1891).		
	1	Zuschüsse zur Unterhaltung der Provinzialanstalten sowie Aufwendungen für Geistesranke und Idioten in Privatanstalten	2637410	—
	2—4	Aufwendungen für Taubstumme, Blinde und arme Augenranke, sowie sonstige Ausgaben	218710	—
XII	1—4	Zur Fürsorgergziehung Minderjähriger (§ 15 des Ges. vom 2. Juli 1900).		
		Zuschuß zur Unterhaltung der Schul- und Erziehungsanstalt, Erziehungs- und Verpflegungskosten sowie sonstige Ausgaben	249240	—
XIII		Zur Unterstützung milder Stiftungen (§ 4 Nr. 5 des Ges. vom 8. Juli 1875)	15000	—
XIV		Für Kunst- und wissenschaftliche Vereine, für Landesbibliotheken und Unterhaltung von Denkmälern (§ 4 Nr. 6 a. a. D.)	7200	—
XV	1—3	Für Hebammenwesen (§ 13 a. a. D.)	21276	49
XVI	1—9	Zur Unterstützung niederer an wirtschaftlicher Lebenshaltung (§ 14 a. a. D.) in Rost, Dranienburg, Dahme, Wittstock, Königsberg N./M., Prenzlau, Grosse und Schwiebus	39620	—
XVII	1—14	Früher vom Staate geleistete bezw. von der Provinz übernommene fortbauende Zahlungen (§§ 1 und 2 a. a. D.)	58248	44
XVIII	1—2	Für die Verwaltung und Unterhaltung des Landeshauses	6800	—
XIX	1—9	Zur bestimmungsmässigen Verwendungs der Waisenfonds	903700	—

Kapitel	Titel	Ausgabe	Betrag für das Jahr 1902
XX		Zur Verfügung des Provinzialausschusses zur Bestreitung nicht vorgesehener	
XXI		unvermeidlicher Ausgaben	22500 —
		Insgesamt	104 08
		Summe A	7593500 —
B. Außerordentliche Ausgaben.			
I	1—3	Einmalige Entschädigung für die dauernde Uebernahme der Unterhaltung von	
		Provinzialschauflächen innerhalb der Gemeindebezirke Cottbus und Potsdam	61997 67
II	1—9	Zu Bauten an den Anstalten Wittstock, Strausberg und Potsdam	909800 —
III	1—3	Verschiedenes	50202 33
		Summe B	1022000 —
		Hierzu A	7593500 —
		Summe der Ausgabe	8615500 —
		Die Einnahme beträgt	8615500 —

Vorstehender Etat ist vom Brandenburgischen Provinziallandtage in der Sitzung vom 25. Februar 1902 festgestellt worden und wird hierdurch in Gemäßheit des § 101 der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Berlin, den 3. März 1902.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg.
Freiherr von Manteuffel.

Bekanntmachungen des Königl. Konsistoriums der Provinz Brandenburg.

Pfarrstellenerledigung.

19. Erledigt wird die Pfarrstelle Königl. Patronats zu Rauen, Diözese Storkow, durch Emeritierung des Pfarrers Stöck zum 1. Oktober d. J. Die Wiederbesetzung steht dem Kirchenregiment zu.

Pfarrstellenerledigung.

20. Erledigt ist die erste Pfarrstelle Königl. Patronats an der St. Bartholomäuskirche zu Berlin, Diözese Berlin Stadt I., durch Ableben des Pfarrers und Superintendenten Lic. Kreibitz am 25. Februar 1902. Die Wiederbesetzung erfolgt durch das Kirchenregiment.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

9. Veränderung von Gemeinde- und Gutsbezirkegrenzen.

Auf. Nr.	Grundbuch		Kartenblatt	Parzelle	Grundstückennummerrolle	Flächeninhalt ha	Gemeindebezirk	
	Band	Blatt					bisher	künftig
Gemarkung Kurtschlag.								
1	V	149	2	261/208	14	0,5020	Gemeinde Kurtschlag	Gutsbezirk Jehdenia Forst
2	"	"	"	262/208	94	0,5020		
3	"	"	"	257/208	44	0,1440		
4	"	"	"	207	33	0,0560		
5	"	"	"	205	15	0,0280		
6	"	"	"	206	15	0,0280		
7	"	"	"	260/208	15	0,8510		
8	"	"	"	204	37	0,0610		
9	IV	140	2	298/202	159	0,5106		
10	III	114	2	297/202	132	1,6346		
11	III	118	2	259/208	136	0,1230		
12	III	117	2	258/208	135	0,1130		
13	V	149	2	200	32	1,7770		
14	"	"	"	203	2	1,7870		
15	"	"	"	201	57	2,8270		
16	"	"	"	273/202	142	0,9691		
zusammen						11,9133		

Templin, den 22. März 1902.

Der Kreis-Ausschuß.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Garnisonbauten.

1. Gegenstand des Vertrages.

Den Gegenstand des Unternehmens bildet die im Vertrage zu bezeichnende Leistung. Im Einzelnen bestimmt sich Art und Umfang der dem Unternehmer obliegenden Verpflichtungen nach den Verbindungsanschlüssen, den zugehörigen Zeichnungen und sonstigen als zum Vertrage gehörig bezeichneten Unterlagen. Die in den Verbindungsanschlüssen angenommenen Bordsätze unterliegen jedoch denjenigen Änderungen, welche — ohne wesentliche Abweichung von den dem Vertrage zu Grunde gelegten Bauentwürfen — bei der Ausführung der betreffenden Bauwerke sich ergeben.

Abänderungen der Bauentwürfe selbst anzuordnen bleibt der Bauleitung vorbehalten. Leistungen, welche in den Bauentwürfen nicht vorgesehen sind, können dem Unternehmer nur mit seiner Zustimmung übertragen werden.

2. Berechnung der Vergütung.

Die dem Unternehmer zukommende Vergütung wird nach den wirklichen Leistungen unter Zugrundelegung der vertragemäßigen Einheitspreise berechnet. Diese Einheitspreise sind auch maßgebend, wenn der Unternehmer, mit dem ein Vertrag abgeschlossen ist, gleichartige, im Kostenanschlage nicht vorgesehene Leistungen ausführt. Abweichungen hiervon sind zu begründen.

Die Vergütung für Tagelohnarbeiten erfolgt nach den vertragemäßig vereinbarten Lohnsätzen.

3. Anschluß einer besondern Vergütung für Nebenleistungen, Vorhalten von Werkzeug, Geräthen, Rüstungen.

Insofern in den Verbindungsanschlüssen für Nebenleistungen sowie für das Vorhalten von Werkzeug und Geräthen, Rüstungen u. s. w. nicht besondere Preisansätze vorgegeben sind, umfassen die vereinbarten Preise und Tagelohnsätze zugleich die Vergütung für die zur planmäßigen Herstellung des Bauwerks gehörenden Nebenleistungen aller Art, insbesondere auch für die Anschaffung der zu den Bauarbeiten erforderlichen Materialien aus den auf der Baustelle befindlichen Lagerplätzen nach der Verwendungsstelle am Bau sowie die Entschädigung für Vorhaltung von Werkzeug, Geräthen u. s. w.

Auch die Bestellung der zu den Absteckungen, Höhenmessungen und Abnahmevermessungen erforderlichen Arbeitskräfte und Geräthe liegt dem Unternehmer ob, ohne daß demselben eine besondere Entschädigung hierfür gewährt wird.

4. Mehrleistung gegen den Vertrag.

Ohne ausdrückliche schriftliche Anordnung oder Genehmigung des Garnisonbaubeamten darf der Unternehmer keinerlei vom Vertrage abweichende oder im Verbindungsanschlüsse nicht vorgesehene Leistungen ausführen.

Diesem Verbot zuwider von dem Unternehmer bewirkte Leistungen ist die Bauleitung befugt auf dessen Gefahr und Kosten wieder beseitigen zu lassen, auch hat

der Unternehmer nicht nur keinerlei Vergütung für derartige Leistungen zu beanspruchen, sondern muß auch für allen Schaden aufkommen, welcher etwa durch diese Abweichungen vom Vertrage entstanden ist.

5. Minderleistung gegen den Vertrag.

Bleiben die ausgeführten Leistungen zufolge der von dem Garnisonbaubeamten getroffenen Anordnungen unter einer im Vertrage festverbundenen Menge zurück, so hat der Unternehmer Anspruch auf den Ersatz des ihm nachweislich hieraus entstandenen wirklichen Schadens.

6. Beginn, Fortführung und Vollendung der Leistungen. Verschäumnisstrafe, Aufgraben von Alterthümern.

Der Beginn, die Fortführung und Vollendung der Arbeiten und Lieferungen hat nach den in den besonderen Bedingungen festgelegten Fristen zu erfolgen.

Ist über den Beginn der Leistung in den besonderen Bedingungen eine Vereinbarung nicht enthalten, so hat der Unternehmer spätestens 14 Tage nach schriftlicher Aufforderung seitens des bauleitenden Beamten zu beginnen.

Die Leistung muß im Verhältniß zu den bedungenen Vollendungsfristen fortgesetzt angemessen gefördert werden.

Die Zahl der zu verwendenden Arbeitskräfte und Geräthe sowie die Vorräthe an Materialien müssen allezeit den übernommenen Leistungen entsprechen.

Eine im Vertrage bedungene Verschäumnisstrafe gilt nicht für erlassen, wenn die verspätete Vertragserfüllung ganz oder theilweise ohne Vorbehalt angenommen worden ist.

Eine tageweise zu berechnende Verschäumnisstrafe für verspätete Ausführung von Bauarbeiten bleibt für die in die Zeit einer Verzögerung fallenden Sonntage und allgemeinen Feiertage außer Ansaß.

Wenn bei der Bauausführung durch Arbeiter des Unternehmers z. B. Alterthümer (Stein- und Erdmonumente, Gräberfelder, Reihengräber, Urnenfriedhöfe, Wendekirchhöfe, Steinhäuser, Hünengräber, Hünen- oder Riesenbeuten, Ansiedlungsplätze, Ringwälle, Landwehren, Schanzen, Mauerreste, Pfahlbauten, Bohlbrücken, Urnen und Thongefäße, Steine, Waffen und Geräthe aus Stein oder Metall, Münzen, Gegenstände von Glas, Bernstein und anderen Stoffen u. s. w. aus römischer, heidnisch-germanischer oder unbestimmbar vorgeschichtlicher Zeit) aufgefunden werden sollten, so ist der weiteren Bloslegung Einhalt zu thun und dem bauleitenden Beamten sofort Nachricht zu geben. Der Unternehmer ist dafür verantwortlich, daß die Anlage und deren Inhalt in jeder möglichen Weise gegen Zerstörung oder Veränderung bezw. gegen Veräußerung oder Entfremdung der dabei gewonnenen Fundstücke geschützt wird.

7. Hinderung der Bauausführung.

Glaubt der Unternehmer sich in der ordnungsmäßigen Fortführung der übernommenen Leistungen durch Anordnungen des Garnisonbaubeamten oder des bauleitenden Beamten, durch höhere Gewalt oder durch andere zwingende Umstände oder durch das nicht gehörige Fortschreiten der Leistungen anderer Unternehmer behindert,

so erstattet er bei dem bauleitenden Beamten hiervon sofort schriftliche Anzeige.

Andernfalls werden schon wegen der unterlassenen Anzeige keinerlei auf die betreffenden angeblich hindern- den Umstände begründete Ansprüche oder Einwendungen zugelassen.

Nach Beseitigung derartiger Hindernisse sind die Leistungen ohne weitere Aufforderung ungehäumt wieder aufzunehmen.

Der Aufsichtsbehörde bleibt vorbehalten, falls die bezüglichen Beschwerden des Unternehmers für begründet zu erachten sind, eine angemessene Verlängerung der im Vertrage festgesetzten Vollendungstermine — längstens bis zur Dauer der betreffenden Arbeitshinderung — zu bewilligen.

Für die bei Eintritt einer Unterbrechung der Bauausführung bereits ausgeführten Leistungen erhält der Unternehmer die den vertragsmäßig bedungenen Preisen entsprechende Vergütung. Ist für verschiedenwerthige Leistungen ein nach dem Durchschnitt bemessener Einheitspreis vereinbart, so ist, unter Berücksichtigung des höheren oder geringeren Werthes der ausgeführten Leistungen gegenüber den noch rückständigen, ein von dem verabredeten Durchschnittspreis entsprechend abweichender neuer Einheitspreis für das Geleistete besonders zu ermitteln und danach die zu gewährende Vergütung zu berechnen.

Außerdem kann der Unternehmer im Fall einer Unterbrechung oder gänzlichen Abstandnahme von der Bauausführung den Ersatz des ihm nachweislich entstandenen wirklichen Schadens beanspruchen, wenn die Fortsetzung des Baues durch Umstände, welche von der Aufsichtsbehörde oder deren Organen zu vertreten sind, gehindert wird.

Eine Entschädigung für entgangenen Gewinn kann in keinem Falle beansprucht werden.

In gleicher Weise ist der Unternehmer zum Schadenersatz verpflichtet, wenn die Fortführung des Baues durch einen von ihm zu vertretenden Umstand gehindert wird.

Auf die gegen den Unternehmer geltend zu machen- den Schadenersatzforderungen kommen die etwa eingezogenen oder verwirkten Versäumnisstrafen in Anrechnung. Ist die Schadenersatzforderung niedriger als die Versäumnisstrafe, so kommt nur die letztere zur Einziehung.

Dauert die Unterbrechung der Bauausführung länger als 6 Monate, so steht jeder der beiden Vertragsparteien der Rücktritt vom Vertrage frei. Die Rücktrittserklärung muß schriftlich und spätestens 14 Tage nach Ablauf jener 6 Monate dem anderen Theile zugestellt werden; andernfalls bleibt — unbeschadet der inzwischen etwa erwachsenen Ansprüche auf Schadenersatz oder Versäumnisstrafe — der Vertrag mit der Maßgabe in Kraft, daß die in demselben ausbedungene Vollendungstermin um die Dauer der Bauunterbrechung verlängert wird.

8. Güte der Leistung.

Die Leistungen müssen den besten Regeln der Baukunst und den besonderen Bestimmungen des Verdingungs- anlasses und des Vertrages entsprechen.

Bei den Arbeiten dürfen nur tüchtige und geübte Arbeiter beschäftigt werden.

Leistungen, welche der Garnison-Baubeamte den gedachten Bedingungen nicht entsprechend findet, sind sofort zu beseitigen und durch untafelhafte zu ersetzen. Für hierbei entstehende Kosten und Verluste an Materialien hat der Unternehmer die Baukasse schadlos zu halten.

Arbeiter, welche nach dem Urtheile der Bauleitung untüchtig oder zur Beschäftigung auf fiskalischen Baustellen ungeeignet sind, müssen auf Verlangen entlassen und durch andere ersetzt werden.

Materialien, welche dem Anschläge bezw. den besonderen Bedingungen oder den dem Vertrage zu Grunde gelegten Proben nicht entsprechen, sind auf Anordnung des Garnison-Baubeamten innerhalb einer von ihm zu bestimmenden Frist von der Baustelle zu entfernen.

Dem von dem Unternehmer als Bezugsquelle bezeichneten Fabrikanten wird von dem bauleitenden Beamten Mittheilung gemacht, wenn sich Anstände bezüglich der Ausführung der betreffenden Lieferungen ergeben.

Behufs Ueberwachung steht dem Garnison-Bau- beamten oder den von demselben zu beauftragenden Personen jederzeit während der Arbeitsstunden der Zutritt zu den Arbeitsplätzen und Werkstätten frei, in welchen zu dem Unternehmen gehörige Arbeiten ange- fertigt werden.

9. Vom Unternehmer verlangte

- a. Auskunft über Verträge mit Handwerkern u. s. w.
- b. Erklärung hinsichtlich Unterlassung von Geschenken u. s. w. an Angestellte.

Der Unternehmer hat dem bauleitenden Beamten über die mit Handwerkern und Arbeitern in Betreff der Ausführung der Arbeit geschlossenen Verträge, jederzeit auf Erfordern Auskunft zu ertheilen.

Der Unternehmer ist ferner verpflichtet, für die Errichtung einer Baukrankenasse für die auf dem Bau beschäftigten Arbeiter Sorge zu tragen bezw. letztere nach Maßgabe des Krankenversicherungs-Gesetzes bei einer Krankenkasse, sowie in Gemäßheit des Unfallversicherungs- gesetzes gegen Unfall zu versichern. Unternehmer haftet der Militärverwaltung für Ausführung dieser Bestim- mungen sowie auch für alle Nachtheile, welche der ge- nannten Verwaltung etwa durch Unterlassung in Be- ziehung auf die vorgedachten Gesetze entstehen, mit dem von ihm hinterlegten Haftgelde sowie mit seinem ganzen übrigen Vermögen.

In gleicher Weise haftet der Unternehmer der Militärverwaltung in Erfüllung sämmtlicher demselben als Arbeitgeber durch das Invalidenversicherungsgesetz auferlegten Verpflichtungen.

Eine besondere Entschädigung wird für die durch Vorstehendes übernommene Verpflichtung seitens der Militärverwaltung nicht gewährt.

Wegen Unterlassung von Geschenken und Zuwen- dung von Vortheilen an Beamte u. s. w. hat der Unternehmer eine Erklärung nach bestimmtem Muster zu unterzeichnen.

10. Entziehung der Leistung.

Die Stelle, welche den Zuschlag erteilt hat, ist berechtigt, den Vertrag aufzuheben, wenn sich nach Abschluß desselben herausstellt, daß der Unternehmer vorher mit Anderen Verabredungen behufs Enthaltung von der Verbindung oder sonst zum Schaden der Baukasse getroffen hatte; dieselbe Stelle ist befugt, dem Unternehmer die Arbeiten und Lieferungen ganz oder theilweise zu entziehen sowie den noch nicht vollendeten Theil auf seine Kosten ausführen zu lassen oder selbst für seine Rechnung auszuführen, wenn

- a. seine Leistungen unüchtig sind, oder
- b. die Arbeiten nach Maßgabe der verlaufenen Zeit nicht genügend gefördert sind, oder
- c. der Unternehmer den gemäß 9 getroffenen Anordnungen nicht nachkommt.

Vor der Entziehung der Leistung ist der Unternehmer durch eingeschriebenen Brief bezw. Brief gegen Behändigungschein unter Androhung der Entziehung zur Beseitigung der vorliegenden Mängel bezw. zur Befolgung der getroffenen Anordnungen unter Bewilligung einer angemessenen Frist aufzufordern.

Von der verfügten Entziehung wird dem Unternehmer durch eingeschriebenen Brief bezw. Brief gegen Behändigungschein Eröffnung gemacht.

Auf die Berechnung der für die ausgeführten Leistungen dem Unternehmer zustehenden Vergütung und den Umfang der Verpflichtung desselben zum Schadenersatz finden die Bestimmungen in 7 gleichmäßige Anwendung.

Nach beendeter Leistung wird dem Unternehmer eine Abrechnung über die für ihn sich ergebende Forderung und Schuld mitgetheilt.

Abzahlungen können im Falle der Entziehung dem Unternehmer nur innerhalb desjenigen Betrages gewährt werden, welcher als sicheres Guthaben desselben unter Berücksichtigung der entstandenen Gegenansprüche ermittelt ist.

11. Ordnungsvorschriften.

Der Unternehmer oder dessen Vertreter muß sich zufolge Aufforderung des bauleitenden Beamten auf der Baustelle einfinden, so oft nach dem Ermessen des letzteren die zu treffenden baulichen Anordnungen ein mündliches Benehmen auf der Baustelle erforderlich machen. Die sämmtlichen auf dem Bau beschäftigten Bevollmächtigten, Gehülfsen und Arbeiter des Unternehmers sind bezüglich der Bauausführung und der Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem Bauplatz den Anordnungen des bauleitenden Beamten bezw. dessen Stellvertreter unterworfen. Im Falle des Angehorsams kann ihre sofortige Entferrnung von der Baustelle verlangt werden.

Der Unternehmer hat, wenn nicht ein Anderes ausdrücklich vereinbart worden ist, für das Unterkommen seiner Arbeiter, insofern dies von dem bauleitenden Beamten für erforderlich erachtet wird, selbst zu sorgen. Er muß für seine Arbeiter auf eigene Kosten an den ihm angewiesenen Orten die nöthigen Abtritte herstellen sowie für deren regelmäßige Reinigung, Desinfektion und demnächstige Beseitigung Sorge tragen.

Für die Bewachung seiner Gerüste, Werkzeuge, Geräte, sowie seiner auf der Baustelle lagernden Materialien Sorge zu tragen, ist lediglich Sache des Unternehmers.

12. Mitbenutzung von Rüstungen.

Die von dem Unternehmer hergestellten Rüstungen sind während ihres Bestehens auch anderen Bauhandwerkern unentgeltlich zur Benutzung zu überlassen. Änderungen an den Rüstungen im Interesse der bequemeren Benutzung seitens der übrigen Bauhandwerker vorzunehmen, ist der Unternehmer nicht verpflichtet.

13. Beobachtung polizeilicher Vorschriften, Haftung des Unternehmers für seine Angestellten.

Für die Befolgung der bei Bauausführungen zu beobachtenden polizeilichen Vorschriften und der etwa besonders ergebenden polizeilichen Anordnungen ist der Unternehmer für den ganzen Umfang seiner vertragsmäßigen Verpflichtungen verantwortlich. Kosten, welche ihm dadurch erwachsen, sowie Kosten der Arbeiterversicherung können der Baukasse nicht in Rechnung gestellt werden.

Der Unternehmer trägt insbesondere die Verantwortung für die gehörige Stärke und sonstige Wichtigkeit der Rüstungen. Dieser Verantwortung unbeschadet ist er aber auch verpflichtet, eine von dem bauleitenden Beamten angeordnete Ergänzung und Verstärkung der Rüstungen unverzüglich und auf eigene Kosten zu bewirken.

Auch hat der Unternehmer die zur Verhütung von Unfällen sonst noch erforderlichen Schutzvorkehrungen an seinen Arbeiten, solange sich diese in unvollendetem Zustande befinden, auf eigene Kosten und eigene Verantwortung zu treffen.

Für alle Ansprüche, die wegen einer ihm selbst oder seinen Bevollmächtigten, Gehülfsen oder Arbeitern zur Last fallenden Vernachlässigung polizeilicher Vorschriften an die Verwaltung erhoben werden, hat der Unternehmer in jeder Hinsicht aufzukommen.

Ueberhaupt haftet er in Ausführung des Vertrages für alle Handlungen und Unterlassungen seiner Bevollmächtigten, Gehülfsen und Arbeiter persönlich. Er hat insbesondere jeden Schaden an Person oder Eigenthum zu vertreten, welcher durch ihn oder seine Organe Dritten oder der Baukasse zugefügt wird.

14. Aufmessung während des Baues und Abnahme.

Der bauleitende Beamte ist berechtigt, zu verlangen, daß über alle später nicht mehr nachzumessenden Leistungen von beiderseits Beauftragten während der Ausführung gegenseitig anerkennende Aufzeichnungen gemacht werden, welche demnächst der Berechnung zu Grunde zu legen sind.

Von der Vollendung der Leistungen hat der Unternehmer dem bauleitenden Beamten durch eingeschriebenen Brief Anzeige zu machen, worauf der Termin für die Abnahme mit thunlichster Beschleunigung anberaumt und dem Unternehmer schriftlich gegen Behändigungschein oder mittelst eingeschriebenen Briefes bekannt gegeben wird.

Ueber die Abnahme wird in der Regel eine Verhandlung aufgenommen; auf Verlangen des Unternehmers muß dies geschehen. Die Verhandlung ist von dem Unternehmer bezw. dem für denselben etwa erscheinenden Stellvertreter mitzuwohnen.

Von der über die Abnahme aufgenommenen Verhandlung wird dem Unternehmer auf Verlangen beglaubigte Abschrift mitgeteilt.

Erscheint in dem zur Abnahme anberaumten Termine, gehöriger Benachrichtigung ungeachtet, weder der Unternehmer selbst noch ein Bevollmächtigter desselben, so gelten die durch die Organe der bauleitenden Behörde bewirkten Aufzeichnungen als anerkannt.

Auf die Feststellung des von dem Unternehmer Geleisteten finden im Falle der Engherang (10.) diese Bestimmungen gleichmäßige Anwendung.

Rüsten Theilleistungen sofort abgenommen werden, so bedarf es einer besonderen Benachrichtigung des Unternehmers hiervon nicht, vielmehr ist es Sache desselben, für seine Anwesenheit oder Vertretung bei der Abnahme Sorge zu tragen.

15. Rechnungsaufstellung.

Bezüglich der formellen Aufstellung der Rechnung, welche in Form, Ausdrucksweise, Bezeichnung der Räume und Reihenfolge der Ansätze genau nach dem Verbindungsantrage einzurichten ist, hat der Unternehmer den von dem bauleitenden Beamten gestellten Anforderungen zu entsprechen.

Etwasige Mehrarbeiten sind in besonderer Rechnung nachzuweisen, unter demselben Hinweis auf die schriftlichen Vereinbarungen, welche bezüglich derselben getroffen sind.

16. Tagelohnrechnungen.

Werden im Auftrage des bauleitenden Beamten seitens des Unternehmers Arbeiten im Tagelohn ausgeführt, so ist die Liste der hierbei beschäftigten Arbeiter dem bauleitenden Beamten oder dessen Vertreter beifügig Prüfung ihrer Richtigkeit täglich vorzulegen. Etwasige Ausstellungen dagegen werden dem Unternehmer binnen längstens 8 Tagen mitgeteilt.

Die Tagelohnrechnungen sind längstens von 2 zu 2 Wochen dem bauleitenden Beamten einzureichen.

17. Zahlung.

Die Schlusszahlung erfolgt auf die vom Unternehmer einzureichende Kostenrechnung alsbald nach vollendeter Prüfung und Feststellung derselben.

Abzlagszahlungen werden dem Unternehmer in angemessenen Fristen auf Antrag, nach Maßgabe des jeweilig Geleisteten, bis zu der von dem Garnison-Baubeamten mit Sicherheit vertretbaren Höhe gewährt.

Bleiben bei der Schlussabrechnung Meinungsverschiedenheiten bestehen, so soll das dem Unternehmer unbestritten zustehende Guthaben demselben gleichwohl nicht vorenthalten werden.

18. Verzicht auf spätere Geltendmachung aller nicht ausdrücklich vorbehaltenen Ansprüche.

Vor Empfangnahme des als Restguthaben zur Auszahlung angebotenen Betrages muß der Unternehmer

alle Ansprüche, welche er aus dem Vertragsverhältnis über die behördlicherseits anerkannten hinaus etwa noch zu haben vermeint, bestimmt bezeichnen und sich schriftlich vorbehalten, widrigenfalls die Geltendmachung dieser Ansprüche später ausgeschlossen ist.

19. Zahlende Kasse.

Alle Zahlungen erfolgen an der in den besonderen Bedingungen bezeichneten Kasse der Behörde. Verweigert der Empfangsberechtigte die Annahme der Zahlung, so kann der Betrag bei der zuständigen Hinterlegungsstelle (Regierungshauptkasse) hinterlegt werden, um die Rechnungslegung nicht aufzuhalten. In diesem Falle sind der Verwahrungsschein und die etwaigen Beläge über geleistete Abzlagszahlungen vorläufig als Belag für den Rechnungsbetrag anzusehen und der Kassenrechnung beizufügen.

20. Haftpflicht.

Die in den besonderen Bedingungen des Vertrages vorgesehene, in Ermangelung solcher nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften sich bestimmende Zeit für die dem Unternehmer obliegende Haftpflicht für die Güte der Leistung beginnt mit dem Zeitpunkt der Abnahme.

Der § 460 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs findet keine Anwendung, vielmehr haftet der Unternehmer für jeden Mangel unbeschränkt, auch wenn der Mangel infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist.

21. Sicherheitsstellung (Bürge).

Bürgen haben nach dem Ermessen der Aufsichtsbehörde als Selbstschuldner in den Vertrag mitzutreten.

22. Sicherheitsstellung (Kautions).

Kautionen können in baarem Gelde, guten Werthpapieren, Sparkassenbüchern oder nach dem Ermessen der Aufsichtsbehörde auch in sichern — gezogenen Wechseln bestellt werden.

Zur Bestellung von Unternehmer-Kautionen für Lieferungen und Leistungen werden als geeignet angesehen:

- 1) die Schuldverschreibungen, welche vom Deutschen Reiche oder von einem Deutschen Bundesstaate mit gesetzlicher Ermächtigung ausgestellt sind,
- 2) die Schuldverschreibungen, deren Verzinsung von dem Deutschen Reiche oder von einem Deutschen Bundesstaate gesetzlich gewährleistet ist,
- 3) die Rentenbriefe der zur Vermittelung der Ablösung von Renten in Preußen bestehenden Rentenbanken,
- 4) die Schuldverschreibungen, welche von deutschen kommunalen Korporationen (Provinzen, Kreisen, Gemeinden u.) oder von deren Kreditanstalten ausgestellt und entweder freiens der Inhaber kündbar sind oder einer regelmäßigen Amortisation unterliegen,
- 5) die Sparkassenbücher von öffentlichen, obrigkeitlich bestätigten Sparkassen,
- 6) Sparkassenbücher von Privat-Sparkassen, Banken, Kreditgenossenschaften und sonstigen privaten Anstalten, sofern durch sorgfältige Prüfung festgestellt

ist, daß im Hinblick auf die Höhe des Sicherheitsstellungsbeitrages die Dauer der zu gewährleistenden Verpflichtungen sowie die finanziellen Grundlagen und organisatorischen Einrichtungen der bezeichneten privaten Anstalten, Sparkassenbücher derselben als ausreichende Sicherheit angesehen werden können, und

7) sichere Hypotheken und Pfandbriefe.

(Eine Hypothek oder Grundschuld ist für sicher zu erachten, wenn sie bei ländlichen Grundstücken innerhalb der ersten zwei Dritttheile des durch ritterschaftliche, landschaftliche, gerichtliche oder Steuerzins, bei städtischen innerhalb der ersten Hälfte des durch Taxe einer öffentlichen Feuerversicherungs-Gesellschaft oder durch gerichtliche Taxe zu ermittelnden Wertes, oder wenn sie innerhalb des fünfzehnjährigen Betrages des Grundsteuer-Reinertrages der Liegenschaft zu sehen kommt.

Sichere Hypotheken haben im Sinne dieser Vorschriften die mit staatlicher Genehmigung ausgegebenen Pfandbriefe und gleichartigen Schuldverschreibungen solcher Kreditinstitute gleich, welche durch Vereinigung von Grundbesitzern gebildet, mit Korporationsrechten versehen sind und nach ihren Statuten die Beleihung von Grundstücken auf die im vorangehenden Absatz angegebenen Theile des Wertes derselben zu beschränken haben.)

Die Annahme von Wechseln erfolgt nur, wenn die Aufsichtsbehörde solche für ganz zweifellos sicher erachtet.

Bar hinterlegte Kationen werden nicht verzinst. Die Zinscheine von den Wertpapieren werden den Kationsbestellern nur für die Zeiträume belassen, in welchen die Lieferungen oder Arbeiten mutmaßlich ausgeführt werden, bezw. auch für eine etwaige Haftpflichtzeit. Dagegen sind mit der Kation zusammen zu hinterlegen: die in dieser Zeit nicht fällig werdenden Zinscheine, die zugehörigen Talons bezw. diejenigen Zinscheine, an deren Inhaber die neue Zinschein-Serie ausgereicht wird. Für den Umtausch der Anweisungen (Talons), die Einlösung und den Ertrag ausgelieferter Wertpapiere sowie den Ertrag abgelaufener Wechsel hat der Unternehmer zu sorgen.

Falls der Unternehmer in irgend einer Beziehung seinen Verbindlichkeiten nicht nachkommt, kann die Behörde zu ihrer Schadloshaltung sofort ohne vorherige Androhung die hinterlegten Wertpapiere und Wechsel an der Börse oder durch einen öffentlich bestellten Handelsmäkler veräußern bezw. einkassiren.

Die Rückgabe der Kation, soweit dieselbe für Verbindlichkeiten des Unternehmers nicht in Anspruch zu nehmen ist, erfolgt, nachdem der Unternehmer die ihm obliegenden Verpflichtungen vollständig erfüllt hat, und insoweit die Kation zur Sicherung der Haftverpflichtung dient, nachdem die Haftzeit abgelaufen ist. In Ermangelung anderweiter Verabredung gilt als bedungen, daß die Kation in ganzer Höhe zur Deckung der Haftverbindlichkeit einzubehalten ist.

23. Uebertragbarkeit des Vertrages.

Ohne Zustimmung der Aufsichtsbehörde darf der

Unternehmer seine vertragsmäßigen Verpflichtungen nicht auf Andere übertragen.

Verfällt der Unternehmer vor Erfüllung des Vertrages in Konkurs, so ist diese Behörde berechtigt, den Vertrag mit dem Tage der Konkursöffnung aufzuheben. Auch kann die Verwaltung den Vertrag sofort auflösen, wenn das Guthaben des Unternehmers ganz oder theilweise mit Arrest belegt oder gepfändet wird.

Bezüglich der in diesem Falle zu gewährenden Vergütung sowie der Gewährung von Abschlagszahlungen finden die Bestimmungen in 10. sinngemäße Anwendung.

Für den Fall, daß der Unternehmer mit Tode abgehen sollte, bevor der Vertrag vollständig erfüllt ist, hat die Behörde die Wahl, ob sie das Vertragsverhältnis mit den Erben desselben fortsetzen oder dasselbe als aufgelöst betrachten will.

24. Antrag von Streitigkeiten.

Ueber die aus dem Vertrage entspringenden Streitigkeiten entscheidet zunächst die Aufsichtsbehörde.

Die Entscheidung dieser Behörde gilt als anerkannt, falls der Unternehmer, welcher bei derselben hierauf ausdrücklich hinzuweisen ist, nicht binnen vier Wochen vom Tage ihrer Zustellung ab schriftlich Widerspruch erhebt.

Der Streit berechtigt den Unternehmer keinesfalls, die weitere Erfüllung seiner Vertragsverbindlichkeiten zu verweigern oder zu verzögern.

Wird Widerspruch erhoben, dann sind bezüglich technischer Fragen zwei Sachverständige, von denen jeder Theil einen zu wählen hat, zur Abgabe eines Gutachtens zu berufen. Ihr Ausspruch soll maßgebend sein, auch für ein etwaiges Verfahren vor den Gerichten. Die Sachverständigen dürfen weder zu der betreffenden Behörde, welche den Vertrag abgeschlossen hat, noch zu dem Unternehmer in einem Dienst- bezw. zu letzterem in einem Verwandtschaftsverhältnis stehen und kein eigenes Interesse an der Sache haben. Kommt Unternehmer der Aufforderung zur Benennung eines Sachverständigen nicht binnen einer Woche vom Beendigungstage ab nach, so entscheidet der von der Behörde gewählte Sachverständige allein. Insoweit die beiden Sachverständigen verschiedener Meinung sind, entscheidet das Obergutachten eines dritten Sachverständigen, um dessen Benennung diejenige für den Sitz der theilnehmenden Aufsichtsbehörde zuständige Civilbehörde ersucht wird, welche in Ausführung des § 152 der neuen Fassung des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes — Reichs-Gesetzblatt Nr 29 für 1900 Seiten 639/640 — im Allgemeinen als höhere Verwaltungsbehörde bestimmt ist.

Der Unternehmer hat sich den von den Sachverständigen behufs gehöriger Prüfung getroffenen Anordnungen zu fügen, widrigenfalls die Entscheidung der Aufsichtsbehörde seitens des Unternehmers als anerkannt gilt. Das Gutachten der Sachverständigen wird der Behörde übergeben, welche dem Unternehmer eine beglaubigte Abschrift zufertigt. Die durch das Sachverständigenverfahren entstehenden Kosten tragen die Parteien nach Verhältnis ihres Unterliegens.

Für alle Rechtsstreitigkeiten aus dem Vertrage sind die Gerichte ausschließlich zuständig, in deren Bezirk die Behörde ihren Sitz hat.

25. Kosten und Stempel.

Briefe und Depeschen, welche den Abschluß und die Ausführung des Vertrages betreffen, werden beiderseits frankirt.

Die Portokosten für solche Geld- und sonstige Sendungen, welche im ausschließlichen Interesse des Unternehmers erfolgen, trägt der letztere.

Die Kosten des Vertragstempels trägt der Unternehmer nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen.

Die übrigen Kosten des Vertragsabschlusses, d. h. der baaren Auslagen, fallen jedem Theile zur Hälfte zur Last.

Bestimmungen

für die Bewerbung um Leistungen — Arbeiten und Lieferungen — für Garnisonbauten.

1. Persönliche Leistungsfähigkeit der Bewerber.

Bei der Vergabung von Leistungen für Garnisonbauten hat Niemand Aussicht, als Unternehmer angenommen zu werden, der nicht für die tüchtige, pünktliche und vollständige Ausführung derselben — auch in technischer Hinsicht — die erforderliche Sicherheit bietet.

2. Einsicht und Bezug der Verbindungsaufschläge.

Verbindungsaufschläge, Zeichnungen, Bedingungen sind an den in der Ausschreibung bezeichneten Stellen einzusehen, Abschriften, Nachrisse werden erforderlichen Falles auf Ersuchen gegen Erstattung der Selbstkosten verabfolgt.

3. Form und Inhalt der Angebote.

Die Angebote sind unter Benutzung der etwa vorgeschriebenen Formulare von den Bewerbern unterschrieben, mit der in der Ausschreibung geforderten Ueberschrift versehen, versiegelt und frankirt bis zu dem angegebenen Termine einzureichen.

Die Angebote müssen enthalten:

- a. die ausdrückliche Erklärung, daß der Bewerber sich den Bedingungen, welche der Ausschreibung zu Grunde gelegt sind, unterwirft;
- b. die Angabe der geforderten Preise nach Reichswährung, und zwar sowohl die Angabe der Preise für die Einheiten als auch der Gesamtsforderung; stimmt die Gesamtsforderung mit den Einheitspreisen nicht überein, so sollen die letzteren maßgebend sein, wenn Angebote nach Prozenten der Anschlagssumme verlangt sind, diese Angebote;
- c. die genaue Bezeichnung und Adresse des Bewerbers;
- d. seitens gemeinschaftlich bietender Personen die Erklärung, daß sie sich für das Angebot solidarisch verbindlich machen, und die Bezeichnung eines zur Geschäftsführung und zur Empfangnahme der Zahlung Bevollmächtigten; letzteres Erforderniß gilt auch für die Gebote von Gesellschaften;
- e. nähere Angaben über die Bezeichnung der etwa mit eingereichten Proben. Die Proben selbst müssen

ebenfalls vor dem Bietungstermine eingefandt und derartig bezeichnet sein, daß sich ohne Weiteres erkennen läßt, zu welchem Angebot sie gehören;

f. die etwa vorgeschriebenen Angaben über die Bezugsquellen.

Angebote, welche diesen Vorschriften nicht entsprechen, insbesondere solche, welche bis zu der festgesetzten Terminsstunde bei der Behörde nicht eingegangen sind, welche bezüglich des Gegenstandes von der Ausschreibung selbst abweichen oder das Gebot an Sonderbedingungen knüpfen, haben keine Aussicht auf Berücksichtigung.

Es sollen indeffen solche Angebote nicht grundsätzlich ausgeschlossen sein, in welchen der Bewerber erklärt, sich nur während einer längeren als der in der Ausschreibung angegebenen Zuschlagsfrist an sein Angebot gebunden halten zu wollen.

4. Wirkung des Angebots.

Die Bewerber bleiben von dem Eintreffen des Angebots bei der ausschreibenden Behörde bis zum Ablauf der festgesetzten Zuschlagsfrist bezw. der von ihnen bezeichneten längeren Frist (Ziffer 3 letzter Absatz) an ihre Angebote gebunden.

Die Bewerber unterwerfen sich mit Abgabe des Angebots in Bezug auf alle für sie daraus entstehenden Verbindlichkeiten der Gerichtsbarkeit des Ortes, an welchem die ausschreibende Behörde ihren Sitz hat.

5. Zulassung zum Eröffnungstermin.

Den Bewerbern und deren Bevollmächtigten steht der Zutritt zu dem Eröffnungstermine frei. Eine Veröffentlichung der abgegebenen Gebote ist nicht gestattet.

6. Ertheilung des Zuschlags.

Der Zuschlag wird von dem ausschreibenden Beamten oder von der ausschreibenden Behörde oder von einer dieser übergeordneten Behörde entweder im Eröffnungstermin durch von dem gewählten Unternehmer mit zu vollziehende Verhandlung oder durch besondere schriftliche Benachrichtigung ertheilt.

Legterensfalls ist derselbe mit bindender Kraft erfolgt, wenn die Benachrichtigung innerhalb der Zuschlagsfrist als Depesche oder Brief dem Telegraphen- oder Postamt zur Beförderung an die in dem Angebot bezeichnete Adresse übergeben worden ist.

Trifft die Benachrichtigung trotz rechtzeitiger Absendung erst nach demjenigen Zeitpunkt bei dem Empfänger ein, für welchen dieser bei ordnungsmäßiger Beförderung den Eingang eines rechtzeitig abgefandten Briefes erwarten darf, so ist der Empfänger an sein Angebot nicht mehr gebunden, falls er ohne Verzug nach dem verspäteten Eintreffen der Zuschlagsklärung von seinem Rücktritt Nachricht gegeben hat.

Nachricht an diejenigen Bewerber, welche den Zuschlag nicht erhalten, wird nur dann ertheilt, wenn dieselben bei Einreichung des Angebots unter Beifügung des erforderlichen Briefgeldbetrages einen desfallsigen Wunsch zu erkennen gegeben haben. Proben werden nur dann zurückgegeben, wenn dies in dem Angebots schreiben ausdrücklich verlangt wird, und erfolgt alsdann

die Rückgabe auf Kosten des betreffenden Bewerbers. Eine Rückgabe findet im Falle der Annahme des Angebots nicht statt. Ebenso kann im Falle der Ablehnung desselben die Rückgabe insoweit nicht verlangt werden, als die Proben bei den Prüfungen verbraucht sind.

Eingereichte Entwürfe werden auf Verlangen zurückgegeben.

Der Empfang des Zuschlagscheins hat der Unternehmer umgehend schriftlich an bestätigen.

7. Vertragsabschluss.

Der Bewerber, welcher den Zuschlag erhält, ist verpflichtet, auf Erfordern über den durch die Ertheilung des Zuschlages zu Stande gekommenen Vertrag eine schriftliche Urkunde zu vollziehen, welche jedoch nur die Bedeutung eines Beweismittels hat, so daß von ihrer Errichtung der Beginn der Rechte und Pflichten aus dem Vertrage nicht hängt.

Sobald die Unterschrift des Bewerbers der Behörde nicht bekannt ist, bleibt vorbehalten, eine Beglaubigung derselben zu verlangen.

Die der Ausschreibung zu Grunde liegenden Bedingungen, Ansätze und Zeichnungen, welche bereits durch das Angebot anerkannt sind, hat der Bewerber bei Abschluss des Vertrages mit zu unterzeichnen.

8. Güterpfandstellung (Pantion).

Wenn nichts anderes durch die Ausschreibung bestimmt ist, besteht die Unternehmung innerhalb 8 Tagen nach der Ertheilung des Zuschlages die vorgeschriebene Pantion, wofür die Behörde befugt ist, von dem Vertrage zurückzutreten und Schadenersatz zu beanspruchen.

9. Kosten der Ausschreibung.

In dem durch die Ausschreibung selbst entstehenden Kosten trägt der Unternehmer nicht bei.

Vorstehende allgemeinen Vertragsbedingungen werden hiermit zur öffentlichen Kenntniss gebracht.

Berlin, den 25. März 1902.

Intendantur, III. Armee-Korps.

Ausfertigung gedruckter Pfandbriefe.

Von den nachbezeichneten, zur Baarzahlung geschuldeten 4 % schlesischen Pfandbriefen lit. B. sind noch rückständig:

Nr. 52021	Ratibor	über 200 Thlr.	= 600 M.
52185		200 Thlr.	= 600
52251		200 Thlr.	= 600
52304		200 Thlr.	= 600
54894		100 Thlr.	= 300
54953		100 Thlr.	= 300
65023		100 Thlr.	= 300
82452	Hohn, Krawara	25 Thlr.	= 75
82455	Ratibor	25 Thlr.	= 75

Die Inhaber dieser Pfandbriefe werden hierdurch wiederholt aufgefordert, dieselben bei der königlichen Regierung-Haupt-Kasse hierher zu einreichen und dagegen den entsprechenden Baarbetrag in Empfang zu nehmen.

Breslau, den 19. März 1902.

Königliches Kredit-Institut für Schlessen.

Personal-Chronik.

Im Kreise Angermünde ist ernannt worden zum Amtsvorsteher Rittergutsbesitzer von Arnim in Eriemen für den Bezirk 8 „Eriemen“.

Im Kreise Niederbarnim sind ernannt worden:
a. zum Amtsvorsteher: Gemeindevorsteher Eckardt, Ober-Schönweide, für den Bez. 5 — Oberschönweide;
b. zum Amtsvorsteherstellvertreter: königlicher Hofmeister Rottmeier, Oberförsterei Epenick, für den Bez. 5 — Oberschönweide.

Der bisherige Baufeldträr Weidner bei der hiesigen königlichen Regierung ist zum königlichen Regierungs-Baufeldträr ernannt worden.

Der Landmesser Emil Wolf in Charlottenburg ist als solcher vereidigt worden.

Der Oberlehrer Dr. Roellig ist von dem Pädagogium zu Jülichau an das königliche Gymnasium zu Spandau versetzt.

Die Versetzung des Professors Dr. Weisenfels von Jülichau nach Spandau ist rückgängig gemacht.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Dr. Tobler ist als Oberlehrer an dem Joachimsthalschen Gymnasium zu Dr. Wilmsdorf angestellt worden.

Der bisherige Oberlehrer an der Sophieschule in Berlin Ernst Käthe ist als Oberlehrer am Verklinschen Gymnasium zum grauen Kloster ebenda angestellt worden.

Der Lehrer Hans Nebel ist endgültig als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Ordnung,

betreffend den Anschluß an die Kanalisation und die Erhebung von Kanalisationsgebühren in der Stadt Berlin.

Auf Grund des § 11 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 und der §§ 4, 7 und 8 des Kommunalabgaben-Gesetzes vom 14. Juli 1893 wird für den Gemeindebezirk der Stadt Berlin folgende Ordnung erlassen:

§ 1.

Nach § 1 der Polizei-Verordnung vom 14. Juli 1874 ist jedes bebaute Grundstück an einer mit unterirdischer Entwässerungsanlage versehenen Straße an das Straßenrohr (Straßenkanal) anzuschließen.

Der Anschluß von den Straßenleitungen bis zum Hausverschlußkasten (Inspektionskasten) hinter der Straßenflucht, diesen Kasten mit eingeschlossen, sowie die Anschlußleitungen der Frontengewölbe werden durch den Magistrat ausgeführt, welcher für etwaige Fehler Gewähr leistet.

Die Kosten für die Herstellung und etwa notwendige Änderungen dieser Leitungen auf dem Grundstück sowie für eine Strecke von höchstens 5 m auf der Straße, von der Grundstücksgrenze ab gerechnet, trägt der Eigentümer.

Die übrigen innerhalb des Grundstücks zur Abführung der Abwässer derselben erforderlichen Einrichtungen hat der Eigenthümer herzustellen.

§ 2.

Die Beseitigung der Rinnsteine (§ 5 der Polizei-Verordnung vom 14. Juli 1874), die Legung der Granitbordschwellen, sowie der Anschluß des Straßen-Dampfpflasters (§ 8 derselben Polizei-Verordnung) erfolgt durch den Magistrat.

Die hierbei für Lieferung und Verlegung der Granitbordschwellen, für Herstellung des Gegenpflasters auf den Bürgersteigen, für Befestigung der Privatübergänge und Rinnsteinbrücken entstandenen Auslagen sind von demjenigen zu tragen, welcher den betreffenden Bürgersteig zu unterhalten hat.

§ 3.

An der gesamten Entwässerungsanlage des Grundstücks, soweit sie durch den Magistrat hergestellt ist, dürfen ohne vorgängige Genehmigung des Letzteren keine Aenderungen vorgenommen werden. Dem Magistrat bleibt vorbehalten, diese Aenderungen selbst auszuführen.

§ 4.

Den Beauftragten der städtischen Kanalisations-Verwaltung muß jederzeit der Zutritt behufs Revision der Hausentwässerung gestattet werden.

§ 5.

Grundstücke, welche nach § 1 und § 3 der Polizei-Verordnung vom 14. Juli 1874 an die Straßenkanäle anzuschließen sind und mit der vorgeschriebenen Entwässerungsanlage versehen werden müssen, sofern sie nicht bereits an die städtische Wasserleitung angeschlossen sind oder an dieselbe angeschlossen werden, in einer die Einrichtung der Entwässerungsanlagen ermöglichenden und deren dauernde Bewässerung sichernden Weise mittelst eigener Bewässerungseinrichtungen mit Wasser versorgt werden.

§ 6.

Von jedem zum Anschluß an die Kanalisation aufgerufenen Grundstück ist, nachdem der im § 1 dieser Ordnung erwähnte Anschluß betriebsfähig hergestellt ist, eine Gebühr zu erheben.

Die Gebührenpflicht beginnt mit dem ersten Tage des auf die Herstellung des ersten Hausanschlusses (Hausabstüßungsrohr) folgenden Monats.

Das Grundstück ist als angeschlossen zu betrachten, wenn mindestens ein Hausabstüßungsrohr betriebsfähig hergestellt ist.

§ 7.

Die Höhe der Gebühr wird bei Grundstücken, die einen Nutzungswert haben, nach folgenden Grundsätzen festgesetzt:

- 1) Es wird als Gebühr $1\frac{1}{2}$ pCt. (ein und ein halb vom Hundert) des Nutzungswertes erhoben.
- 2) Der Nutzungswert des angeschlossenen Grundstücks einschließlich der Hofräume, Hausgärten oder sonstigen unbeweglichen Bestandtheile wird nach dem Ertrage festgesetzt, welcher für den gemeingewöhnlichen Ge-

brauch oder die gemeingewöhnliche Nutzung im letzten dem Veranlagungsjahr unmittelbar vorangehenden Kalenderjahr aufgenommen oder durch Schätzung ermittelt ist.

- 3) Die Veranlagung der Gebühr erfolgt für das Rechnungsjahr.
- 4) Wird ein Grundstück an die Kanalisation neu angeschlossen oder ein aufgehobener Anschluß wieder neu hergestellt, so ist nicht der Nutzungswert des Kalenderjahres, sondern der besonigen Vierteljahres maßgebend, für welches die Gebühr zu entrichten ist. Dieser Veranlagungsmaßstab wird so lange beibehalten, bis der Anschluß während der ganzen Dauer des Kalenderjahres bestanden hat.

§ 8.

Bei denjenigen Grundstücken, welche einen Nutzungswert (§ 2) nicht haben, wird die Kanalisationsgebühr nach dem Wasserverbrauch der Grundstücke während des zuletzt verflossenen Kalenderjahres bemessen.

Die Höhe der Gebühr wird in diesem Falle folgendermaßen festgesetzt:

- 1) Es wird die Menge des von einem Grundstück während des verflossenen Kalenderjahres verbrauchten Wassers ermittelt. Die der städtischen Wasserleitung entnommene Wassermenge wird durch die Wasserhefter der städtischen Wasserwerke festgestellt.

Die Menge des aus eigenen Wasseranlagen entnommenen Wassers wird durch Schätzung ermittelt; jedoch bleibt es dem Eigenthümer überlassen, auch diese Wassermenge durch Vorrichtung, welche der Magistrat für zuverlässig erachtet und kontrollirt, nachzuweisen.

Bei Feststellung der Wassermenge bleibt das den Kanalisationsleitungen nachweislich nicht zugeführte Wasser außer Ansatz.

- 2) Es wird durch den Magistrat abschätzungsweise festgestellt und öffentlich bekannt gemacht, auf wie hoch sich die Unkosten für das Fortschaffen, Reinigen und Beseitigen eines Kubikmeters Abwässer für die städtische Kanalisation im vorhergehenden Etatsjahre in vollen Pfennigbeträgen nach oben abgerundet stellen.

- 3) Die Multiplikation der zu 1 und 2 ermittelten Zahlen ergibt die Kanalisationsgebühr in Pfennigen.

§ 9.

Wenn auf einem Grundstück mehrere Gebäude vorhanden sind, von denen das eine einen Nutzungswert, das andere einen solchen nicht hat, so finden die §§ 7 Nr. 2. und 3. sinngemäße Anwendung.

Bei Gebäuden, in denen etliche Räume einen Nutzungswert haben, andere nicht, findet die Berechnung der Gebühr ganz nach dem Wasserverbrauch (§ 8) statt.

§ 10.

Die Bestimmung im § 7. Nr. 4 findet, auch im § 8, Absatz 1, und § 9. bei jedem Grundstück sinngemäße Anwendung.

§ 11.

Wenn bei einem Grundstück der Anschluß an die Kanalisation aufgehoben wird, so ruht die Gebührenpflicht vom ersten Tage desjenigen Monats, welcher der Aufhebung folgt, bis zum ersten Tage, des auf den Wiederaenschluß folgenden Monats.

§ 12.

Die Fälligkeit des nach dieser Ordnung zu entrichtenden Gebühren, tritt ein mit der Zustellung der Veranlagung für die bis dahin verfloßenen Vierteljahre sofort, für die ferneren mit dem letzten Tage desjenigen Vierteljahres, für welches sie zu entrichten sind.

Die Gebühr wird bei der Verrechnung auf durch 20 theilbare Pfennigbeträge nach oben abgerundet.

§ 13.

Zur Bezahlung der Gebühren ist derjenige persönlich verpflichtet, welcher zur Zeit der Fälligkeit im Grundbuch als Eigentümer eingetragen ist. Mehrere Mit-eigentümer haften als Gesamtschuldner.

Die Verpflichtung zur Zahlung der Gebühren ruht dinglich auf dem betreffenden Grundstücke dergestalt, daß auch jeder spätere Eigentümer für die Bezahlung mit dem Grundstücke haftet.

§ 14.

Die auf Grund dieser Ordnung zu erhebenden Gebühren unterliegen der Einziehung im Verwaltungs-zwangsverfahren.

§ 15.

Gegen die Veranlagung zu den Kanalisations-gebühren steht dem Zahlungspflichtigen der Einspruch zu. Das Rechtsmittel ist binnen einer Frist von vier Wochen bei dem Magistrat einzulegen. Der Lauf der Frist beginnt mit dem ersten Tage nach erfolgter Benachrichtigung von der Höhe des zu entrichtenden Betrages.

Ueber den Einspruch beschließt der Magistrat. Gegen den Beschluß steht dem Pflichtigen binnen einer mit dem ersten Tage nach erfolgter Zustellung beginnenden Frist von 2 Wochen die Klage im Verwaltungsstreitverfahren offen. Zuständig ist der Bezirks-ausschuß zu Berlin. Gegen die Entscheidung desselben ist nur das Rechtsmittel der Revision zulässig.

Durch Einspruch und Klage wird die Verpflichtung zur Zahlung nicht aufgeschoben.

§ 16.

Das Ortsstatut vom 4./8. September 1874
24. Februar, u. 5. März 1879
wird aufgehoben.

§ 17.

Diese Ordnung tritt am 1. April 1902 in Kraft.
Berlin, den 20. März 1902.

Magistrat hiesiger Königl. Haupt- und Residenzstadt.
(L. S.)

Rirschner.

Vorstehende Ordnung wird auf Grund des § 77 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893. in Folge Ermächtigung der Herren Minister der öffentlichen

Arbeiten, der Finanzen und des Innern hiedurch genehmigt auf die Dauer von fünf Jahren, also bis zum 1. April 1907, genehmigt.

Notdam, den 22. März 1902.

(L. S.)

Der Oberpräsident.

gez. von Belhmann-Holtweg.

Genehmigung.

O. P. 5451.

Vorstehende Ordnung wird hiedurch veröffentlicht.
Berlin, den 24. März 1902.

Magistrat

hiesiger Königl. Haupt- und Residenzstadt.

gez. Rirschner.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Reisende Bernhard Janusch, geboren am 8. November 1875 zu Berlin, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 24. Januar 1902 ausgewiesen.

Der Kaufmann Leib Fenschel, geboren am 1. Jan. 1879 zu Larnow, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 26. Februar 1902 ausgewiesen.

Die verheiratete Händlerin Dominica Guarnieri geb. Solari, geboren 21. März 1862 zu Marasso in Italien, italienische Staatsangehörige, ist als lästige Ausländerin durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 27. Februar 1902 ausgewiesen.

Der Student Josef von Barowski, geboren am 14. Februar 1878 zu Lubochanef, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen.

Der Student Arnold Eisenberg, geboren am 1. September 1881 zu Warschau, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen.

Der stud. chem. Michaelaus Eohn, geboren am 19. Februar 1882 zu Warschau, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen. Die Ausweisungsbefugnis konnte wegen vorheriger Abreise dem Genannten nicht behändigt werden.

Der stud. phil. Stefan von Gagnowski, geboren am 1. September 1879 zu Grozowo, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen. Die Ausweisungsbefugnis konnte wegen vorheriger Abreise dem Genannten nicht behändigt werden.

Der stud. techn. Boleslaw Drobner, geboren am 28. Juli 1883 zu Krafau, österreichischer Staats-

angehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen. Die Ausweisungs-Verfügung konnte wegen vorheriger Abreise dem Genannten nicht behändigt werden.

Der Kaufmann Stanislaus Drobner, geboren am 22. Mai 1882 zu Krasau, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen. Die Ausweisungs-Verfügung konnte wegen vorheriger Abreise dem Genannten nicht behändigt werden.

Der Student Rudolf Gärtner, geboren am 22. Oktober 1881 zu Meszow, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen. Die Ausweisungs-Verfügung konnte wegen vorheriger Abreise dem Genannten nicht behändigt werden.

Der Student Felix Orzechski, geboren am 6ten Januar 1875 zu Struyn, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen. Die Ausweisungs-Verfügung konnte wegen vorheriger Abreise dem Genannten nicht behändigt werden.

Der stud. math. Jan von Gulsien, geboren am 9. Dezember 1876 zu Krucawol, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen. Die Ausweisungs-Verfügung konnte wegen vorheriger Abreise dem Genannten nicht behändigt werden.

Der stud. techn. Wladislaus Henig, geboren am 15. September 1881 zu Kobz, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen. Die Ausweisungs-Verfügung konnte wegen vorheriger Abreise dem Genannten nicht behändigt werden.

Der stud. agr. Stanislaus Lewandowski, geboren am 24. März 1875 zu Wozyr, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen. Die Ausweisungs-Verfügung konnte wegen vorheriger Abreise dem Genannten nicht behändigt werden.

Der stud. techn. Michael Matbaum, geboren am 3. Oktober 1876 zu Warschau, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen. Die Ausweisungs-Verfügung konnte wegen vorheriger Abreise dem Genannten nicht behändigt werden.

Die Schülerin Regina Drner, geboren am 6ten August 1884 zu Warschau, russische Staatsangehörige, ist als lästige Ausländerin durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März

1902 ausgewiesen. Die Ausweisungs-Verfügung konnte wegen vorheriger Abreise der Genannten nicht behändigt werden.

Der Student Moriz Preger, geboren am 5ten Mai 1881 zu Kallisch, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen. Die Ausweisungs-Verfügung konnte wegen vorheriger Abreise dem Genannten nicht behändigt werden.

Der Student Jakob Segal, geboren am 8. Juli 1880 zu Warschau, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen. Die Ausweisungs-Verfügung konnte wegen vorheriger Abreise dem Genannten nicht behändigt werden.

Die ledige Dr. phil. Adele Störcken, geboren am 9. Februar 1874 zu Warschau, russische Staatsangehörige, ist als lästige Ausländerin durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen. Die Ausweisungs-Verfügung konnte wegen vorheriger Abreise der Genannten nicht behändigt werden.

Der Student Isidor Spiro, geboren am 1ten August 1879 zu Warschau, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen. Die Ausweisungs-Verfügung konnte wegen vorheriger Abreise dem Genannten nicht behändigt werden.

Der cand. ing. Karl von Sukisowski, geboren am 25. Januar 1876 zu Warschau, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen. Die Ausweisungs-Verfügung konnte wegen vorheriger Abreise dem Genannten nicht behändigt werden.

Der stud. techn. Gustav von Ponikiewski, geboren am 15. Mai 1877 zu Konst, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen.

Der Student Anton von Schlager, geboren am 13. Juni 1875 zu Pogorzuel, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen.

Der stud. techn. Wojciech Slawinski, geboren am 9. Januar 1876 zu Krasau, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen.

Der stud. techn. Gustav von Sienchowski, geboren am 15. Februar 1876 zu Sienichy, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen.

Der stud. techn. Tapan von Szejawinski, geboren am 26. August 1874 zu Warschau, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen.

Der stud. techn. Marcel Tepsitz, geboren am 3. Juli 1876 zu Warschau, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen.

Der stud. techn. Bronislaw Tyszka, geboren am 14. April 1875 zu Ploß, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen.

Der stud. techn. Efraim Truslier, geboren am 7. September 1880 zu Warschau, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen.

Der stud. techn. Konrad Bernick, geboren am 13. Januar 1878 zu Warschau, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen.

Der Student Stanislaus Zmigryder, geboren am 1. Januar 1877 zu Warschau, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen.

Der Student Eduard Ganz, geboren am 5. Dezember 1878 zu Warschau, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen.

lichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen.

Der Student Josef Jakobsfeld, geboren am 13. Februar 1880 zu Warschau, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen.

Der Student Mirosław Kernbaum, geboren am 5. März 1882 zu Warschau, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen.

Der Student Anton von Komarowski, geboren am 10. März 1874 zu Truchanowicz, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen.

Der Student Konstantin Krzeczowski, geboren am 18. Februar 1879 zu Guzon (Gusow), russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen.

Der Student Mieczislaus Drner, geboren am 31. Dezember 1879 zu Ruda-Guzowska, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen.

Der stud. techn. Kasimir von Drzechowski, geboren am 23. Juli 1878 zu Slobodka, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bekräftigung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat	Datum des Ausweisungs-Beschlusses
	der Ausgewiesenen				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1.	Lorenz Eschmann, Arbeiter,	a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: geboren am 29. Dezember 1879 zu Elten, Preußen, niederländischer Staatsangehöriger,	Diebstahl (1 Jahr 6 Mon. Zuchthaus, laut Erkenntnis vom 14. Juli und 20. Dezember 1900),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Münster,	22. Dez. 1901.
2.	Engelbert Runschier, Dienstknecht,	b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: geboren am 12. Februar 1881 zu Steptanskirchen, Bezirk Rosenheim, Bayern, ortsangehörig zu Neubauhütten, Gemeinde Mauthaus, Bezirk Bischofsreith, Böhmen,	Landstreichen und Fälschung von Legitimationspapieren,	Königlich bayerisches Bezirksamt Berchtesgaden,	21. Februar 1902.
3.	Josef Müller, Friseur,	geboren am 29. März 1861 zu Hobeckschlag, Gemeinde Frankenburg, Bezirk Böcklabruck, Ober-	strafbarer Eigennutz, Diebstahl, Landstreichen und	Königlich bayerisches Bezirksamt Laufen,	14. Dez. 1901.

Nr. Ser.	Name und Stand	Alter, und Wohnort	Stand des Bewerbers	Rechts, welche die Ausweisung begründen hat	Datum der Ausweisung Beisetztes
1.	2.	3.	4.	5.	6.
4	Karl Pirard (Pirra), Bergmann,	Österreich, ortsangehörig ebendaselbst, geboren am 27. Dezember 1853 zu Rütlich, Belgien, belgischer Staatsangehöriger,	Gebrauch fähiger Legitimations- Papiere, Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Aachen,	10. Februar 1902.
5	Josef Päsche, Fabrikarbeiter,	geboren am 4. Juli 1868 zu Ober-Bekersdorf, Bezirk Bräunau, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	4. März 1902.
6	August Revenich, Fabrikarbeiter,	geboren am 14. Juli 1887 zu Greifsb., Preußen, niederländischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Koblenz,	17. Januar 1902.
7	Michael Rößler, Bäcker und Stricker,	geboren am 27. November 1865 zu Alenteich, Bezirk Eger, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Ergersheim,	20. Februar 1902.
8	Franz Schmetz, Mechaniker,	geboren am 11. Mai 1865 zu Wien, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Weidenheim,	30. Januar 1902.
9	Johann Stach, Arbeiter,	geboren am 11. Dezember 1845 zu Königsberg a. E., Bezirk Kalltenau, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln,	Königlich sächsische Kreisbauernmann- schaft Zwickau,	21. Januar 1902.
10	Josefa Stadlwieser, geborene Jung, verw., Wäscherin,	geboren am 4. Februar 1870 zu Hötting, Bezirk Innsbruck, Tirol, ortsangehörig zu Stanz, Bezirk Landeck, ebendaselbst,	gewerbemäßige Unzucht und Arbeits- losigkeit,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	18. Januar 1902.
11	Johann Stemmbrugg, Schneidergeselle,	geboren am 24. Mai 1851 zu Reubischow, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Tirschenreuth,	5. Februar 1902.
12	Josef Walanski, Arbeiter,	geboren im Jahre 1878 zu Zytinow, Kreis Bielum, Russisch-Polen, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	4. März 1902.
13	Andreas Wasza, Fasner,	geboren am 22. März 1852 zu Haid, Bezirk Tachau, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Passau,	21. Februar 1902.
14	Anton Weber, Tagelöhner,	geboren am 12. März 1864 zu Raidobra, Gerichtsbezirk Petrovac, Kreis Vukobrodsk, Ungarn, ungarischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Kelheim,	22. Februar 1902.
15	Josef Zuber, Schriftfeger,	geboren am 5. (15.) März 1881 zu Kornhaus, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Aachen,	6. Februar 1902.

Hierzu fünf Differentialblätter.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Beilageblätter werden den Bogen mit 40 Pf. berechnet.)

Redigiert von der Königl. Regierung zu Bismarck.

Bismarck, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Verlagsanstalt.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Stück 13.

Den 31. April

1902.

Inhaltsverzeichnis. Inhalt von Stück 17—19 des Reichsgesetz-Blatts und von Stück 8 der Gesetz-Sammlung.
 S. 169. — Tuberculinum Kochi. S. 169. — Apotheke in Hermdorf (Mark). S. 169. — Konbit-Zinnung für die Kreise Ost- und Westpreußen. S. 170. — Ferkelmärkte in Gavelberg. S. 171. — Auflösung der Schneider-Zinnung in Wittenberge. S. 171. — Reichswasser. S. 170/72. — Handelskammerwahlen. S. 172. — Dammschleppzüge. S. 172. — Abmessungen der Stoffe. S. 173. — Tarifergänzungen. S. 173. — Fischerei-Aussatz. S. 173. — Viehsuchen. S. 173. — Gementandale für Fernsprechkabel. S. 174. — Erweiterung des Fernsprechnetzes. S. 174. — Erledigte Plarrheile. S. 175. — Ladestellen auf Station Frankfurt a. M. S. 175. — Nordostdeutsches-Deutsches-Bayerischer Verband. S. 175. — Anstellung eines Bezirkschoraleinsegers. S. 175. — Druckpresse. S. 174/75. — Ordnung auf dem städtischen Viehhofe zu Berlin. S. 176. — Gemeinder- und Ortsbezirksveränderungen. S. 176. — Bergrevier Frankfurt a. D. S. 177. — Nachtrag zum Reglement der Städte-Feuerpolizei. S. 177. — Bureauverteilung. S. 177. — Personal-Chronik. S. 177. — Ausweisungen aus Preußen. S. 178. — Ausweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiete. S. 178.

Reichsgesetzblatt.

- (Stück 17.) **Nr 2852.** Gesetz, betreffend die Feststellung des Reichshaushalts-Etats für das Rechnungsjahr 1902. Vom 20. März 1902.
Nr 2853. Gesetz, betreffend die Feststellung des Haushalts-Etats für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1902. Vom 20. März 1902.
 (Stück 18.) **Nr 2854.** Gesetz zum Schutze des Genfer Neutralitätszeichens. Vom 22. März 1902.
Nr 2855. Bekanntmachung, betreffend Änderungen der Anlage B. zur Eisenbahn-Verkehrsordnung. Vom 22. März 1902.
Nr 2856. Bekanntmachung, betreffend die Zulassung zur Führung von Hochseefischereifahrzeugen in der Islandfahrt. Vom 22. März 1902.
 (Stück 19.) **Nr 2857.** Gesetz, betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts, des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen und des Haushalts der Schutzgebiete. Vom 24. März 1902.

Gesetz-Sammlung

- für die Königl. Preussischen Staaten.
 (Stück 8.) **Nr 10327.** Gesetz, betreffend das Dienst-einkommen der evangelischen Pfarrer des Konsistorialbezirks Frankfurt a. M. Vom 24. März 1902.
Nr 10328. Gesetz, betreffend die Fürsorge für die Witwen und Waisen der evangelischen Geistlichen des Konsistorialbezirks Frankfurt a. M. Vom 24. März 1902.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Tuberculinum Kochi.

19. Nach dem Arzneibuch für das Deutsche Reich — Bierre Ausgabe S. 395 — unterliegt das Tuberculinum Kochi der staatlichen Aufsicht, welche sich auf seinen gleichbleibenden Gehalt an spezifischem Toxin bezieht, und wird in amtlich plombierten Gläschen geliefert; auch darf das Tuberculin gemäß der Kaiserlichen Verordnung vom 22. Oktober 1901 nur in den Apotheken abgegeben werden.

Mit der Prüfung des Tuberkulins habe ich das Institut für experimentelle Therapie in Frankfurt a. M. beauftragt.

Die kontrolirten Gläschen sind am Stopfen mit Papier überbunden (tekirt) und plombirt. Auf dem von dem Plombenverschluß gesicherten Deckpapier tragen dieselben das Datum der Prüfung und die Kontrollnummer; auf der einen Seite der Plombe befindet sich als Zeichen der Prüfungsstelle ein Adler. Außerdem müssen die Gläschen mit einer Angabe über den Ort und die Fabrikationsstätte der Herstellung versehen sein.

Vom 1. Juni d. J. ab dürfen nur noch mit dem staatlichen Prüfungszeugnis versehene Gläschen feilgehalten und verkauft werden.

Berlin: W. 64, den 24. März 1902.

Der Minister

der geistlichen, Unterrichts- u. Medizinalangelegenheiten.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Errichtung einer Apotheke in Hermdorf (Mark).

92. In Hermdorf (Mark) soll eine neue Apotheke errichtet werden. Wegen der näheren Ortsbezeichnung hat sich der Concessionär f. Zt. mit dem Regierungs-Medizinalrath in Verbindung zu setzen.

Unter Hinweis auf die Allerh. Ordre vom 30sten Juni 1894 und den darauf ergangenen Erlaß des Herrn Ministers für Medizinalangelegenheiten vom 5. Juli 1894, wonach dem Inhaber der neuen Apotheke die Präsentation eines Geschäftsnachfolgers nicht gestattet ist, fordere ich geeignete Bewerber auf, ihre Gesuche bis zum 1sten Juli d. J. bei mir einzureichen. Dem Gesuche sind beizufügen:

- 1) der Lebenslauf,
- 2) das Prüfungszeugnis als Apotheker,
- 3) die nach der Zeit geordneten und gehefteten, amtlich beglaubigten Servirzeugnisse in Urschrift oder beglaubigter Abschrift nebst einem Inhaltsverzeichnis, in welchem die Zeitdauer ersichtlich gemacht ist, auf welche sich jedes einzelne Zeugnis bezieht,

neu zu errichtenden Innung (Zwangsinnung) als Mitglied angehören haben.

Zur Feststellung, ob die Wünsche der beteiligten Gewerbetreibenden der Einführung des Beitrittszwanges zustimmt, bestelle ich den Herrn Landrath in Verleberg zum Kommissar.

Die Art und Zeit der Abstimmung wird der Herr Kommissar durch die Gemeindevorstände der dem Bezirk der einzurichtenden Zwangsinnung angehörenden Gemeinden in ordnungsgemäßer Weise zur Kenntnis der Beteiligten bringen.

Potsdam, den 4. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Beckermärkte in Havelberg.

94. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat im Namen des Provinzialraths die Abhaltung eines

Preise im Monat März 1902.

Beckermärktes an jedem ersten Sonnabend in jedem Monat genehmigt.

Dementsprechend sind die Märkte für das Jahr 1902 auf den 5. April, 3. Mai, 7. Juni, 5. Juli, 2. August, 6. September, 4. Oktober, 1. November und 6. Dezember festgesetzt.

Potsdam, den 4. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Auflösung der Schönmacher-Innung in Wittenberge.

95. Die Anordnung auf Errichtung einer Zwangsinnung für das Schönmacherhandwerk in Wittenberge vom 25. Juli 1900 — A. 1454/6 — Amtsblatt Seite 365 wird zurückgenommen. Die Innung wird mit dem 1. April d. J. aufgelöst.

Potsdam, den 4. April 1902.

Der Regierungspräsident.

waaren.

II. Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats.

Getreide			Verändertes Speid (altflügel)	Eggbutter	Eier	Mehl zur Speisebe- reitung aus		Gersten-		Raffee		Brot, Gebäck, m. m. l. e.	Fett, Fett (in ge- brannten Wogen)	Schokolade, Pfeffer
Speise-	Raff-	Samml-				Weizen	Roggen	Gerste	Grütze	Buchweizenmehl	Getreide	Butter		
160	145	145	180	230	380	30	25	55	35	40	45	35	50	270
130	115	120	160	216	310	45	25	50	40	35	60	40	60	240
135	130	135	180	222	368	30	25	40	40	40	40	50	2	280
120	1	120	160	2	320	30	20	40	50	40	60	40	50	250
160	130	145	180	230	422	27	22	40	40	40	40	60	260	240
140	130	130	170	229	320	29	26	45	40	46	47	46	51	260
160	140	140	180	240	375	34	16	50	50	50	50	40	40	250
140	120	140	190	220	360	33	22	50	50	50	60	35	60	2
135	150	130	2	219	311	25	26	33	28	45	45	33	45	250
165	157	152	170	210	353	38	26	50	50	40	45	45	50	250
145	110	115	170	230	350	29	25	45	45	45	55	38	55	260
130	140	130	170	228	299	30	25	40	40	40	50	40	45	240
150	140	140	170	230	375	30	28	48	48	48	48	43	55	230
150	125	135	160	230	320	28	22	60	40	50	40	50	50	290
140	120	140	160	213	4	35	25	50	30	40	50	50	60	280
165	160	145	180	240	340	35	28	35	37	38	43	43	50	240
160	130	140	180	220	4	30	25	40	40	45	45	40	60	230
150	145	130	155	240	420	38	28	45	35	43	55	45	55	250
140	1	120	160	240	360	30	25	50	50	50	40	50	50	230
120	1	120	160	220	372	30	24	50	50	50	30	50	50	2
126	110	105	160	221	310	27	21	38	38	45	42	40	45	210
140	120	140	140	230	320	33	28	48	30	40	45	45	45	230

Telegramm

60 St.

Es kostet je 1 Kilogramm.

160	145	145	180	230	380	30	25	55	35	40	45	35	50	270	330	20	160
130	115	120	160	216	310	45	25	50	40	35	60	40	60	240	340	20	150
135	130	135	180	222	368	30	25	40	40	40	40	40	50	2	280	20	180
120	1	120	160	2	320	30	20	40	50	40	60	40	50	250	340	20	160
160	130	145	180	230	422	27	22	40	40	40	40	40	60	260	240	20	160
140	130	130	170	229	320	29	26	45	40	46	47	46	51	260	350	20	160
160	140	140	180	240	375	34	16	50	50	50	50	40	40	250	250	20	1
140	120	140	190	220	360	33	22	50	50	50	60	35	60	2	260	20	130
135	150	130	2	219	311	25	26	33	28	45	45	33	45	250	290	19	2
165	157	152	170	210	353	38	26	50	50	40	45	45	50	250	310	20	160
145	110	115	170	230	350	29	25	45	45	45	55	38	55	260	3	20	170
130	140	130	170	228	299	30	25	40	40	40	50	40	45	240	340	20	160
150	140	140	170	230	375	30	28	48	48	48	48	43	55	230	350	20	160
150	125	135	160	230	320	28	22	60	40	50	40	50	50	290	4	20	160
140	120	140	160	213	4	35	25	50	30	40	50	50	60	280	360	20	180
165	160	145	180	240	340	35	28	35	37	38	43	43	50	240	3	20	160
160	130	140	180	220	4	30	25	40	40	45	45	40	60	230	320	20	160
150	145	130	155	240	420	38	28	45	35	43	55	45	55	250	270	20	150
140	1	120	160	240	360	30	25	50	50	50	40	50	50	230	260	20	160
120	1	120	160	220	372	30	24	50	50	50	30	50	50	2	2	20	160
126	110	105	160	221	310	27	21	38	38	45	42	40	45	210	280	20	155
140	120	140	140	230	320	33	28	48	30	40	45	45	45	230	3	20	140

144	128	133	165	225	354	32	24	45	39	44	48	41	52	242	299	20	158
-----	-----	-----	-----	-----	-----	----	----	----	----	----	----	----	----	-----	-----	----	-----

Der Regierungspräsident.

97. Monatsdurchschnitt der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag am 1. Monat März 1902 in den Hauptmärkten des Regierungsbezirks Potsdam.

Laufende Nummer	Es kosten je 60 Kilogramm	Weeskow für Kreis Weeskow-Storkow		Brandenburg für Kreis Jüterbog-Luckenwalde		Friedberg für Kreis Bietigheim		Potsdam für Kreis Potsdam und Kreis Bietigheim		Brandenburg für Kreis Bietigheim		Ruppin für Kreis Angermünde		Potsdam für Kreis Bietigheim		Bemerkungen
		Mr.	Ps.	Mr.	Ps.	Mr.	Ps.	Mr.	Ps.	Mr.	Ps.	Mr.	Ps.	Mr.	Ps.	
1	Hafer	8	38	8	60	8	72	7	86	8	94	7	88	8	40	Für die Kreise Niederbarnim, Oberbarnim, Ostpreußen und Teltow
2	Heu	3	68	4	10	3	68	3	94	3	97	3	68	3	68	haveland und Teltow
3	Richtstroh	3	15	2	99	2	98	3	15	3	32	3	68	3	68	sowie für die Stadtkreise Kirchdorf, Schöneberg und Spandau gilt Berlin als Hauptmarkt.

Potsdam, den 7. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Handelskammerwahlen in den Kreisen Teltow, Niederbarnim, Weeskow-Storkow.

98. Nach § 7 des Statuts der Handelskammer zu Potsdam vom 4. Februar d. J. wird der dritte, die Kreise Teltow, Niederbarnim, Weeskow-Storkow umfassende Wahlbezirk in die folgenden engeren Wahlbezirke zerlegt:

Niederbarnim mit 8 Mandaten,
Teltow mit 9 Mandaten,
Weeskow-Storkow mit 1 Mandat.

In dem Wahlbezirk Weeskow-Storkow wird mit allgemeinem, gleichen Wahlrecht aller Wahlberechtigten gewählt. In den Wahlbezirken Niederbarnim und Teltow werden die Wahlberechtigten unter Zugrundelegung des Ergebnisses ihrer Veranlagung zur Gewerbesteuer in drei gleiche Abtheilungen zerlegt, welche je 1/3 der auf den betreffenden Wahlbezirk entfallenden Mitglieder zu wählen haben; danach hat zu belegen:

Niederbarnim 3 Mandate I. Klasse,
3 " II. " "
2 " III. "
Teltow 3 Mandate I. Klasse,
3 " II. " "
3 " III. "

Wahlort für die Kreise Niederbarnim und Teltow ist Berlin, für den Kreis Weeskow-Storkow Weeskow.

Gemäß Erlaß des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 8. März d. J. betreffend die Erweiterung der Handelskammer zu Potsdam (Amtsblatt S. 117) und auf Grund des § 11 des Gesetzes über die Handelskammern vom 24. Februar 1870 bringe ich die

Liste der Wahlberechtigten aus den Kreisen Teltow, Niederbarnim, Weeskow-Storkow hiermit durch Vermittelung der Herren Landräthe zur öffentlichen Auslegung.

Die Auslegung findet statt für jeden der drei Wahlbezirke Teltow, Niederbarnim, Weeskow-Storkow auf dem betreffenden Landratsamt.

Die Auslegung beginnt am Sonnabend den 12. April und endet am Sonnabend den 19. April d. J.

Während dieser Zeit sowie innerhalb einer Woche nach beendeter Auslegung, also bis spätestens zum Sonnabend den 26. April d. J. können Einwendungen gegen die Liste bei mir angebracht werden. Einwendungen kann jeder Theilnehmende erheben, welcher glaubt, daß er mit Unrecht in die Liste aufgenommen oder nicht aufgenommen sei, oder daß ein anderer mit Unrecht in die Liste aufgenommen oder nicht aufgenommen sei, oder endlich, daß irgend ein Theil der Liste nicht den tatsächlichen oder gesetzlichen Grundlagen entspricht. Es empfiehlt sich, Anträge auf Aufnahme in die Liste Auszüge aus dem bei Gericht geführten Firmenregister beizulegen.

Potsdam, den 8. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Befassung und Anordnung der Dampfschleppzüge.

99. Hinsichtlich der im § 49 der Strom- und Schiffsahrtspolizeiverordnung für die dem Regierungspräsidenten zu Potsdam unterstellten Wasserstraßen vom 17. Januar 1896 (Sonderausgabe des Amtsblattes vom 3. Februar 1896) benannten Wasserstraßen, auf denen Dampfschleppzüge gestattet sind, wird der daselbst angegebenen Zahl der Anhänger wird ausdrücklich bestimmt:

Mit Dampfschleppzügen dürfen ferner befahren werden: Die Weessee-Niendorfer-Wasserstraße und der Stolpgraben bei Nüdersdorf.

Die Zahl der Anhänger, welche in einem Zuge geschleppt werden dürfen und deren Abstand von einander höchstens 5 m betragen darf, ist folgende:

a. auf der Weessee-Niendorfer-Wasserstraße drei,

- b. auf dem Havelgraben zwei,
c. auf der Havelgrube vom Odertsee bis zum
Müggelsee zu Thal zwei (hierzu waren gemäß
§ 49 Ziffer 4b. vier Anhänge zugelassen).

Potsdam, den 29. März 1902.

Der Regierungspräsident.

Abhängigkeiten der Flüsse.

100. Die Bestimmungen in den §§ 66 und 67 der
Strom- und Schifffahrtspolizeiverordnung für die Elbe
Regierungspräsidenten zu Potsdam unterstellten Wasser-
straßen vom 17. Januar 1896 (Sonderausgabe des
Amtsblattes vom 3. Februar 1896) werden folgenden-
maßen abgeändert:

§ 66.

Die größte zulässige Breite der Flüsse beträgt
3,00 m mit folgenden Ausnahmen:

- a. eine Breite bis zu 4,60 m ist zulässig:

1) auf der Unteren Havelwasserstraße von
1 km unterhalb der Havelberger Zugbrücke bis
Spanbau, einschließlich der Sarnowkanaler
Wasserstraße, des Brandenburger Stadtkanals
und des Rathenower Hauptkanals;

2) auf der Havel-Oberwasserstraße von
Elpe bis Hohenhausen (Oberberger Gewässer)
für Flüsse, welche von der Ober kommen;

3) auf der Spree-Oberwasserstraße von
Spanbau (km 0,0) bis zum Sandbühl
(km 45), von Große Tränke (km 89) bis
Flutfrug (km 88,8) und von Buschleuse
(km 96,2) bis Schlaubehammer (km 107,5).
(Wegen der übrigen Strecken vergl. § 134 der
Strom- und Schifffahrtspolizeiverordnung.)

4) auf der Wasserstraße Recksee-Riewend-
see,

5) auf der Potsdamer Havel,

6) auf der Wriezener alten Oder für
Flüsse, welche durch die Hohenhausen'er
Schleusen von der Ober kommen,

7) auf der Dahlemer Wasserstraße von Spandau
bis zur Einmündung der Leupziger Ge-
wässer bei km 26,0,

8) auf der kanalisiertten Rote,

9) auf der Müggelsee von Copenick bis
Große Tränke,

10) auf dem Friedrich-Wilhelms-Kanal (von
Schlaubehammer bis Bräsehof),

11) auf der oberen Spree-Wasserstraße (von
der Spree-Ober-Wasserstraße — Buschleuse
— bis Leßkau),

b. eine Breite bis zu 18 m ist zulässig auf der
Unteren Havelwasserstraße von 1 km unterhalb
der Havelberger Zugbrücke bis zur Elbe.

§ 67.

Die größte zulässige Länge der Flüsse beträgt
120 m. Ausgenommen sind die nachstehend genannten
Wasserstraßen, auf denen nur 60 m Länge zulässig ist:

1) die kanalisierte Rote,

2) die Empter-Gewässer,

3) die obere Spree vom großen Schenklocher bis
Leißkau,

4) die zwischen Seesh gelegenen Strecken der Rheins-
berger und Zechliner Gewässer.

Potsdam, den 29. März 1902.

Der Regierungspräsident.

Abhängigkeiten.

101. Die Herren Minister der öffentlichen Arbeiten
und der Finanzen haben durch Erlass vom 7. d. M.

IIIa 1549 M. v. S. N. genehmigt, daß zum Ab-

schnitt I. der Tarife für die Wasserablagen:

a. des Eigentümers Sägebarch in Schipfuth vom
29. April 1899,

b. des Amtsvorstehers Springer in Rastdorf vom
12. Dezember 1901,

c. des Handelsmannes Sirdorf in Zerpentischleuse
vom 18. Juli 1901,

d. des Mühlenbesizers Peters in Oberberg vom
8. November 1900,

e. des Kohlenhändlers Ney in Drakenburg vom
17. Juli 1900,

f. der Fischereigenossenschaft in Riepe vom 5. Oktober
1901

folgender Zusatz gemacht werde:

Für Kohlen ist der Satz von 1 Pf.
für je 100 kg anzuwenden.

Potsdam, den 25. März 1902.

Der Regierungspräsident.

Fischereiaufsicht.

102. Ich habe den Gendarmen Schwert in Lindow
a. für den nördlich der Seebeder Abbauten gelegenen
mittleren Theil des Bielig-Sees,

b. für den nördlich des kleinen Struben-Sees gelegenen
mittleren Theil des Wassers

zum Fischereiaufsicht im Nebenamte ernannt.

Der Genannte gilt fortan bezüglich der in seinem
Aufsichtsbezirk vorkommenden Fischereivergehen und
Verurteilungen als Stabsbeamter der Staatsanwaltschaft.

Potsdam, den 25. März 1902.

Der Regierungspräsident.

103. Viehsuchen.

I. Festgestellt:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis West-

Prignitz: Gut Simonshagen;

b. Milzbrand. Kreis Nieder-Barnim: Dahlsig.
Kreis Ost-Havelland: Perdenitz, Behlesang, Marwitz.

Kreis Ost-Havelland: Premnitz. Kreis Teltow: Groß-
Bittersfeld, Mariensfeld. Kreis Templin: Storfow,

Abblimbühle. Kreis Jüterbog-Beitz: Schwanebeck.

c. Schweineseuche. Kreis Nieder-Barnim:
Mönchsmühle (Gem. Bez. Mühlenbeck), Reinickendorf.

Kreis West-Havelland: Rathenow. Kreis Prenzlau:
Güstrow (Ausbau), Görzig, Wittenhof (Dominium).

Kreis Teltow: Copenick, Busch, Groß-Ziethen, Ma-
rienhof, Schmargendorf.

d. Rosp. Kreis Nieder-Barnim: Zerpentischleuse.

e. Geflügelcholera. Kreis Teltow: Lantwig.

114 **5. Blüthen anast. lag. Freis. Dörigels: Dennen-**
walde, Friedheim. 1819

EL. Entlofen:

a. Maul- und Klauenfeuche. - Kreis West-
havelland: Stöckh.

b. Milbrand. "Kreis Ost-Havelland: Flatow.

Kreis West-Havelland: Gehls, Haage, Gut Buschow L.
Kreis Teltow: Wittengut-Brig. Kreis Rauch-Beitz:
Camber, Tübnig

c, Schweinefleisch. Kreis Teltow: Miersdorf.

d. Bräunliche. Stadtfreis Pommers Pferde-
bestand des III. Garde-Blanen-Regiments.

Wesfingulcholetu. Kreis Rieder. Barnim.
Rummelsburg. Kreis Zauch-Belzig. Gollnow.

Freiburg, den: 8. April 1902.

Der Regierungspräsident.

**Bekanntmachungen der Kaiserlichen
Ober-Postdirektion zu Berlin.**

Cementkandele für Berufsprechetabel.

24. Bei dem Kaiserlichen Postamt 2 (Obthefstraße 3) in Ebersoltsburg liegen Pläne aus über die Herstellung von Cementkanälen für Fernsprechlöhle.

vom Wittenbergplatz bis Gieselerstraße 29.

[b. von der Ede Spanbauer Berg- und Schloßstraße
bis zum Postamt Westend,

☞ vom Savignyplatz durch die Konigsstraße über den
☞ Amtsgerichtsplatz bis Friedbergstraße 4 und 13 und

d. von Ede Rurfürstendamm und Fasanenstraße bis

Kurfürstendamms 212 und durch die Fasanen- und
Siegensburgerstraße bis zur Uhlenstraße,
sowie über die Umgehung linker Hand des Feuerblau-
auf Eisengießerei und in der Einmündung der Spandauer-
straße in den Eisengießerei.

Berlin C., den 29. März 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

606. **Essential: für Herzspreizfabel.**

25. Bei dem Kaiserlichen Haupt-Fernsprachamt, hier, Frankfurterstraße 33 b/c., liegt ein Plan aus über die Herstellung eines Cementkanals für Fernsprachstahl, neben Ede Adalbert- und Waldenstraße, bis Waldemarstraße 27. Berlin C. 2, den 2. April 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

**Bekanntmachungen der Kaiserlichen
Ober-Postdirektion zu Potsdam.**

Erweiterung des Kauspfandverkehrs.

26. Die Theilhaber an den Stadt-Gesamtschwein-
rührungen in Upenid, Friedrichshagen, Grünau (Marf),
Ludwigsfirde, Neuenhagen (Ordnung), Wundawes-Neuen-
dorf, Oranienburg, Potsdam, Spandau, Wannsee und
Zehlendorf (Wannseebahn) find zum Sprechverkehr mit
Bärenstein (Bj. Ehrenwig), Charlottenbrunn, Ehren-
friedrichsdorf, Heringen (Helme), Kettwig, Oeffel (Braun-
schweig); Marzke, Nenden (Bj. Arnberg), Neheim,
Neu-Hardwig, Neuland, Dierberg, Tamm und Worbis
zugelassen worden.

Dagegen ist der Sprechverkehr mit Dinslaken,

38.

Marktpreise für den Monat

[illegible]

B. Detail-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

	Größen (gelbe zum Kochen)		Eier (weiße)		Einsen		Kartoffeln		Schmalz		Butter		Eier (60 Stk)	
	von der Seite	von der Seite	von der Seite	von der Seite	von der Seite	von der Seite	von der Seite	von der Seite	von der Seite	von der Seite	von der Seite	von der Seite	von der Seite	von der Seite
in Berlin	32 50	37 50	40 —	5 —	1 14	1 20	1 50	1 40	1 30	1 60	2 30	3 55		
in Charlottenburg	35 —	35 —	50 —	4 50	1 50	1 10	1 60	1 45	1 25	1 70	2 30	3 10		
in Schöneberg	36 41	35 71	43 94	4 54	1 35	1 16	1 48	1 38	1 21	1 66	2 33	3 14		
in Rixdorf	—	—	—	4 —	1 28	1 05	1 35	1 35	1 15	1 50	2 30	3 20		

Berlin, den 7. April 1902.

Rennen (Rhein) und Rheinberg (Rheinland) wieder aufgehoben worden.

Hausen, den 3. April 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion, Minister
Befanntmachungen des Königl. Preussischen
Königlichen Eisenbahndirektion zu Berlin.

21. Erleichtert ist die Postbeförderung von Postpaketen zu Potsdam, Döbeline, Strausberg, durch Ableben des Inhabers. Die Erleichterung währt bis Ende Oktober 1902.

Befanntmachungen der Königl. Preussischen
Eisenbahndirektion zu Berlin.

Aufhebung der Verlängerung der Ladefristen auf Station Frankfurt
Aller, Berlin.

13. Mit Gültigkeit vom 1. April d. J. ab wird die durch Bekanntmachung vom 12. März d. J. eingeführte Verfürgung der Eisen- und Eisenbahn für Wagenladungsgüter auf Station Frankfurt Aller, Berlin wieder aufgehoben.

Berlin, den 29. März 1902.

Königliche Eisenbahndirektion.

Kordostdeutsch-Berlin-Bayerischer Verband.

14. Vom 7. April d. J. ab finden die Sätze des Ausnahmestarfs 2 (Kohlestarfs) auch auf die in den Nachträgen 3 und 4 unter Ziffer II. 1 bis 4, 6 und 7 aufgeführten Artikel Erde und Thon, Kartoellen, Rüben, Torf, Torfstreu und Torfmull, Holzbricks, sowie auf Holzsaagepläne (Holzsaagemehl) unter den bei einzelnen Artikeln für das Ladegewicht der gestellten Wagen vor-

gegebenen Bedingungen der gemeinsamen Verbands-Verträge Anwendung.

Für den unter Ziffer II. 5 des Ausnahmestarfs aufgeführten Artikel Holz tritt mit Gültigkeit vom 1. Juni d. J. die Einschränkung ein, daß im Verkehr mit Eichenscheit die Ausnahmelage nur in den Stations-Verbindungen berechnet werden, für die im Berlin-Stettin-Mitteldeutschen und Ostbaltisch-Mitteldeutschen Osttarif im Verkehr mit Eichenscheit Entfernungen vorgegeben sind.

Der Ausnahmestart 2a. (Porzellanerbe) Seite 11 des Nachtrags 1 wird am 7. April d. J. aufgehoben.
Berlin, den 29. März 1902.

Königliche Eisenbahndirektion.

namens der Verbands-Verwaltungen.

Befanntmachungen des Königl. Preussischen
Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Anstellung eines Bezirks-Schornsteinfegermeisters.

57. Für den Bezirk der Stadt Berlin ist nach den Vorschriften des Regulativs für den Betrieb des Schornsteinfegergewerbes im Stadbezirk Berlin vom 16. November 1888 der Schornsteinfegergehilfe Paul Sydow hier, Fichtestraße 31 Duergebäude wohnhaft, vom 1. März 1902 ab als Bezirks-Schornsteinfegermeister angestellt worden.

Berlin, den 27. März/7. März 1902.

Königliches Polizei-Präsidium.

Magistrat dieser Königl. Haupt- und Residenzstadt.

März 1902.

im Monatsdurchschnitt.

Safer	Größen			Butter-Größen	Rais		Stroh	Heu	Gr. Kartoffeln	Kartoffeln	Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tages- preise einschließlich 5% Aufschlag für 50 Kilogramm.														
	gering	gut	mittel		gering	Mittelhundert																			
je ein D.												Safer	Stroh	Heu											
M	J	M	J	M	J	M	J	M	J	M	J	M	J	M	J	M	J	M	J	M	J				
15	77					17	65	14	16	12	88	7	17	7	66	4	25	98	71	9	03	3	86	4	57
															7	30									

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats März 1902.

	Mehl zur Speisebereitung aus		Getreide		Schmalz-Größe	Fettgerichte	Fische	Rind Java, mittlere	Kaffee			Speisefalz	Schmalz (qualitäts (Hiet.)									
									Java													
	Weizen	Roggen	Grande	Größe					mittleret (roh)	in geb. Bohnen	Java, gelb (in geb. Bohnen)											
Es kostet je ein Kilogramm																						
	M	J	M	J	M	J	M	J	M	J	M	J	M	J								
in Berlin	—	35	—	31	—	35	—	33	—	38	—	41	—	38	—	60	270	338	372	—	21	160
in Charlottenburg	—	39	—	30	—	43	—	40	—	40	—	44	—	40	—	57	230	—	294	—	20	131
in Schöneberg . .	—	35	—	30	—	40	—	43	—	45	—	45	—	45	—	60	240	—	280	—	20	130
in Rixdorf	—	33	—	30	—	40	—	37	—	42	—	44	—	41	—	60	2	—	280	—	21	145

Der Polizei-Präsident.

Abkürzungen

betr. die Ordnung am dem städtischen Viehhofe zu Berlin, 39. Auf Grund der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gel.-G. S. 195), sowie der §§ 5, 6 und 11 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) und der §§ 70 und 149. Nr. 6 der Reichsgewerbeordnung wird, unter Zustimmung des Gemeindevorstandes, hiermit folgendes verordnet:

§ 1. Der Abschnitt b. des § 4 der Polizei-Verordnung, betreffend die Ordnung auf dem städtischen Viehhofe zu Berlin, vom 4. Oktober 1900 wird aufgehoben und durch nachstehende Vorschriften ersetzt:

„Kinder, im Alter von 4 Monaten, und darüber
müssen, als Unterscheidungszeichen eines, Anschnitt
an der linken Hüfte oder ein Brandzeichen am
Horne haben. Sie dürfen nur mit einem vor-
schriftsmäßigen Ursprungs-Zeugnisse, eingeführt
werden, das den diensthabenden Veterinärbeamten

einzuhandigen ist. Für die Ursprungszeugnisse sind Formulare nach dem unten abgedruckten Schema zu benutzen, in denen die nöthigen Eintragungen in deutscher Sprache mit Tinte zu machen sind. Die Ursprungszeugnisse müssen außer mit Ortsbezeichnung und Datum auch mit der Unterschrift und dem Amtsfiegel des zuständigen Gemeinde- (Guts-) Vorstehers (Büchsevisors) — in Städten der Polizeibehörde — versehen sein. Ihre Gültigkeit erlischt mit dem achten Tage nach dem Ausstellungsdatum. Die Kinder müssen vor bernidiger Prüfung der Ursprungszeugnisse nicht in die Kinderhalle übergeführt werden.

§ 2. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Berlin, den 2. April 1902.

Der Polizeipräsident.

Schema zu den Ursprungseugnissen:

U r f p r u n g s z e u g n i s s

für den Transport von Kindern von zum kaiserlichen Viehhofe in Berlin:
Giltia auf 8 Tage.

[illegible]

Es wird hiermit bescheinigt, daß die vorbezeichneten Stadt Rindvieh während der letzten 8 Tage hieselbst gestanden haben, und daß der hiesige Ort seuchenfrei und auch nicht innerhalb eines aus Anlaß von Seuchenausbrüchen gebildeten Sperrgebiets gelegen ist.

den ten 19

Der Gemeinde- (Guts-) Vorsteher (Viehrevisor).

(In Städten: die Polizeibehörde.)

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

10.

Gemeinde- und Ortsbezirks-Veränderungen.

Bezeichnung des Grundstücks	Name des Erwerbers	Künftiger Gemeinde- oder Ortsverband
1) Die zum Gutsbezirk Glambach Forst gehörige Parzelle 42, Kartenblatt 10 mit einem Flächeninhalt von 20,1810 ha.	Gutsbesitzer Egon von Wedel-Parlow	Gutsverband-Parlow
2) Die zum Gutsbezirk Grimnitz Forst gehörigen Parzellen 187/14, 183/29, 186/36 des Kartenblatts 5 mit einem Flächeninhalt von 7,7610 ha.	Königlicher Forstfiskus	Fiskalischer Gutsverband Glambach Forst

Angermünde, den 29. März 1902.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Bekanntmachungen des Königlichen Ober-Berg-Amts zu Halle a. S.

Reabefetzung der Revierbeamtenstelle des Bergreviers Frankfurt a. D.
1. Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß ge-
bracht, daß die durch die Versetzung des Königlichen
Geheimen Bergamts Rats in den nachgelassenen Ruhe-
stand zur Erledigung gekommene Stelle des Revier-
beamten für das Königliche Bergrevier Frankfurt a. D.
dem Bergmeister Neumann in Frankfurt a. D. über-
abgetragen worden ist.

Halle a. S., den 4. April 1902.

Königliches Oberbergamt.

Bekanntmachungen des Landesdirektors der Provinz Brandenburg.

Nachtrag zum Reglement der Städte-Feuer-Sozietät.

4. Nachstehender

Erster Nachtrag

zum revidierten Reglement der Städte-Feuer-Sozietät der
Provinz Brandenburg vom 21. Februar 1896.
24. März

Artikel 1.

Dem § 10 tritt als zweiter Absatz die Bestim-
mung hinzu:

„Dem Direktorialrath tritt je ein Vertreter
der Direktion des Neuen Brandenburgischen Kredit-
instituts zu Berlin und der Landesdeputation des
Markgrathums Niederlausitz zu Eßben hinzu, so-
lange für die kreditverbundenen Grundbesitzer jenes
Instituts im Gebiete der Städte-Feuer-Sozietät der
Provinz sowie für die Besitzer der aus den Fonds
der Niederlausitz zu beleihenden Grundstücke im
Gebiete der Sozietät der Zwang zum Eintritt in
die letztere besteht.“

Artikel 2.

In § 30 werden die Worte „von 3 zu 3 Jahren“
ersetzt durch die Worte „für ein oder mehrere Jahre.“

Vorstehender Nachtrag ist von dem Branden-
burgischen Provinziallandtag in der Sitzung vom 22sten
Februar 1902 beschlossen worden.

Berlin, den 5. März 1902.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg.

(L. S.) (gez.) Freiherr von Manteuffel.

J.-Nr 806 C.

Der vorstehende erste Nachtrag zu dem revidierten
Reglement der Städte-Feuer-Sozietät der Provinz Branden-
burg vom 21. Februar 1896 wird hierdurch genehmigt.

Berlin, den 18. März 1902.

(L. S.)

Der Minister des Innern.

Im Auftrage. (gez.) Peters.

Genehmigung. Ib. 955.

wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 1. April 1902.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg.

Freiherr von Manteuffel.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Bureauverlegung.

Das Bureau des Königlichen Bergreviers
Frankfurt a. D. befindet sich Hüttenstraße 8 pt. und ist
von 8 Uhr Vormittag bis 1 Uhr Mittag geöffnet.

Frankfurt a. D., den 2. April 1902.

Der Königliche Bergrevierbeamte.

Personal-Chronik.

Der bisherige Gewerberath Mangelkborff ist
zum Regierungs- und Gewerberath ernannt und ihm
die etatsmäßige Stelle eines gewerbetechnischen Raths
bei der Königlichen Regierung in Potsdam und des Auf-
sichtsbeamten im Sinne des § 139b. der Gewerbe-
ordnung für den Bezirk der Regierung unter Anweisung
seines Wohnsitzes in Potsdam verliehen worden.

Der Gerichtsassessor a. D. Karl Rißer in
Bergz ist zum befohlenen Bezirksamte der Stadt
Ludenwalde auf die Dauer von 12 Jahren gewählt,
als solcher Allerhöchst bestätigt am 4. April d. J.
in sein Amt eingeführt worden.

Im Kreise Jüterbog-Ludenwalde ist ernannt worden
zum Amtsvorsteherstellvertreter: Oberförster a. D. Busse
zu Stälpe für den Bez. 14 „Stälpe“.

Im Kreise Oberbarnim ist ernannt worden zum
Amtsvorsteherstellvertreter Amtsfreier Kiewalter
in Eanersdorf für den Bez. 19 „Alt-Friedland“.

Im Kreise Beeskow-Storow ist ernannt worden
zum Amtsvorsteherstellvertreter Rittergutsbesitzer von
Nordenskiöld Birkholz für den Bez. 13 „Münche-
hof“.

Im Kreise Teltow ist ernannt worden zum Amts-
vorsteher: Rittergutsbesitzer Neuhaus Selchow für den
Bez. 33 „Selchow“.

Die bei dem Königlichen Oberpräsidium beschäftigten
Regierungssupernumerare Eichner und Sperber sind
zu Regierungsekretären ernannt worden.

Der Regierungssupernumerar Wall ist zum Re-
gierungsekretär ernannt worden.

Der Steuersupernumerar Bistinghausen in Ra-
thenow ist zum Steuersekretär und der Kangleidiatar
Winkler in Berlin zum Steuer-Kangleisten ernannt
worden.

Der Wasser-Bauinspektor Sandmann ist von
Berlin nach Wittenberge versetzt und mit der Stellver-
tretung des erkrankten Bauaths Fischer betraut worden.

Der Landmesser Hermann August Eduard Mos
ist zum Katasterlandmesser bei der hiesigen Königlichen
Regierung berufen worden.

Der Landmesser Ernst Schroeder in Neuruppin
ist als solcher veredigt worden.

Der Ober-Pfarrer Eitel in Rathenow, bisher
Pfarrer in Falkenrehde, ist zum Superintendenten der
Diözese Rathenow ernannt worden.

Die Lehrer Ginolas, Henning, Wagner,
Behnisch, Jacob, Böhm, Jahusch, Vasse,
Schulze, Korn, Bethge, Volte, Weisk und
Golling sind endgültig als Gemeindefchullehrer in
Berlin angestellt worden.

Der Oberlehrer am Joachimsthalschen Gymnasium Grünwald ist vom 1. April 1902 ab in gleicher Eigenschaft an das Prinz Heinrich-Gymnasium in Schöneberg versetzt worden.

Der Lehrerin Fräulein Maria Kühn ist die Erlaubnis zur Fortführung und Leitung der bisherigen Hayn'schen höheren Privat-Mädchenschule in Berlin, Schönhauser Allee 182, erteilt worden.

Personal-Veränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.
Monat März 1902.

Ernannt ist zum Kanzlisten: der Telegraphenassistent Albert Richter.

Angestellt sind als Telegraphenassistent: die Telegraphenanzwärter Birkholz, Dettmer, Georg Fischer, Karl, Georg Klein;

als Telegraphengehülfin: die Telegraphengehülfin Mariha Wolter.

Versetzt sind: die Postsekretäre Berggolt von Jüterbog nach Berlin, Kleine von Berlin nach Dortmund, Hermann Böcker von Cassel nach Berlin, der Ober-Postassistent Dylberg von Steglitz nach Berlin, die Postassistenten August Müller von Lübbenau nach Berlin, Sachs von Berlin nach Lübbenau.

Entlassen ist: der Postassistent Paul Freitag.

In den Ruhestand getreten ist: der Ober-Postassistent Bandisch.

Gestorben sind: der Ober-Postdirektionssekretär, Rechnungsrath Sudsdorff, der Postsekretär a. D.

Witte, die Ober-Postassistenten Cronheim, Kohlstrud, Krieken, der Ober-Postassistent a. D. Lebrecht, der Kanzlist Ernst Müller.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Arzt Max Hempel, geboren 14. Juni 1863 zu Dresden, amerikanischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 5. Dezember 1901 ausgewiesen.

Der Schneider Franz Bujarek, geboren am 16. Januar 1855 zu Weistrenedna, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 23. Februar 1902 ausgewiesen.

Der Kellner Leopold Feuerstein, geboren 24. August 1876 zu Kapuswar in Ungarn, ungarischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. März 1902 ausgewiesen.

Der Schauspieler Josef Mischel, geboren am 4. Juni 1878 zu Rosenhal, Kreis Reichenberg in Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 20. März 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Die in Stück 48 Jahrgang 1901 Seite 589 veröffentlichte Ausweisung der österreichischen Staatsangehörigen um. Rosa Dina ist durch Verfügung des Herrn Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 7. März 1902 jurdisgenommen worden.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimat	Grund der Verurteilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat	Datum der Ausweisungs-Beschlüsse
	der Ausgewiesenen				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1.	Karl Folwarczyn, Arbeiter,	a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: geboren am 24. Oktober 1878 zu Mittel-Bludowitz, Österreichisch-Schlesien, ortsangehörig ebendasselbst,	schwerer Diebstahl (1 Jahr Zuchthaus, laut Erkenntnis vom 26. März 1901),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Schleswig,	28. Februar 1902.
1.	Johann Bernus, Gerbergeselle,	b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: geboren am 9. Dezember 1878 zu Iglau, Mähren, österreichischer Staatsangehöriger,	Beamtenbeleidigung, Landstreicherei, Betrug und Führung falscher Zeugnisse,	Stadtmagistrat Rempten, Bayern,	13. Februar 1902.
2.	Ferdinand Deuer, Arbeiter,	geboren am 30. Mai 1864 zu Reichenberg, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst,	Bettelei,	Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Bautzen,	5. Februar 1902.

Die Ausweisung des Schlosser-Gezessen Alexander Nicola Bujarek ist jurdisgenommen worden.

Hierzu Sechs Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf. Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigiert von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hayn'schen Erben.

Mtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 16.

Den 18. April

1902.

Inhaltsverzeichnis: Inhalt von Stück 20 des Reichsgesetz-Blatts und Stück 9 der Gesetz-Sammlung. S. 179. — Beschäftigung von Gehälfen und Lehrlingen in Gast- und in Schankwirtschaften. S. 179. — Wohlwersttarif. S. 183. — Kosten-tarife für die Irrenanstalten der Stadt Berlin und für die Anstalt für Idiotische in Muhlgraben. S. 183. — Anwartschafts-Generalkonulat. S. 184. — Gemeindebezirksveränderung. S. 184. — Fahrkart. S. 184. — Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter. S. 184. — Reichverband der 2. und 3. Division der Prignitzschen Eisenbahn. S. 185. — Tarifergänzungen. S. 185. — Polizeiverordnung über das Meldewesen. S. 185. — Viehschlachten. S. 185. — Anweisung von Stützweiden. S. 185. — Gesuche um Zulassung zur Fortbewirtschaftungsbahn. S. 186. — Hundetollwirth in Berlin. S. 186. — Anstellung eines Bezirks-schornsteinfegermeisters. S. 187. — Zulassung von Gebäuden. S. 187. — Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe der Bäckereien u. c. S. 187. — Kohlenfahrrohrstrang. S. 187. — Gemeinkanal für Fernsprechkabel. S. 187. — Pfarrstellenerledigung. S. 187. — Ausnahmetarif für Düngemittel u. c. S. 187. — Veränderungen von Guts- und Gemeindebezirkgrenzen. S. 188. — Personal-Chronik. S. 188. — Ausweisungen aus Preußen. S. 189. — Ausweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiete. S. 189.

Reichsgesetzblatt.

(Stück 20.) **Nr. 2858.** Vereinbarung zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich zur Regelung des Verkehrs mit Branntwein und Spirituosen an der deutsch-französischen Grenze. Vom 1. Oktober 1901.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.
(Stück 9.) **Nr. 10329.** Gesetz, betreffend die Heranziehung zu den Kreisabgaben. Vom 1. April 1902.

Nr. 10330. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirkes des Amtsgerichts Gladbach. Vom 24. März 1902.

Nr. 10331. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Ems, Hasenburg, Höhr-Grenzhausen, Kallenberg, Montabaur, Rennerod, Weiburg und Limburg a. L. Vom 1. April 1902.

Nr. 10332. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirkes des Amtsgerichts Biedenkopf. Vom 4ten April 1902.

Bekanntmachungen

der Königl. Ministerien.

Beschäftigung von Gehälfen und Lehrlingen in Gast- und in Schankwirtschaften.

20. Auf Grund des § 120a. Abs. 3 der Gewerbeordnung hat der Bundesrath nachstehende Bestimmungen über die Beschäftigung von Gehälfen und Lehrlingen in Gast- und in Schankwirtschaften erlassen:

I.

1. In Gast- und in Schankwirtschaften ist jedem Gehälfen und Lehrling über sechzehn Jahre für die Woche siebenmal eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens acht Stunden zu gewähren. Der Beginn der ersten Ruhezeit darf in die vorhergehende, das Ende der siebenten Ruhezeit in die nachfolgende Woche fallen.

Für Gehälfen und Lehrlinge unter sechzehn Jahren

muß die Ruhezeit mindestens neun Stunden betragen. Durch Polizeiverordnungen der zum Erlasse solcher Bestimmungen berechtigten Behörden kann diese längere Ruhezeit auch für Gehälfen und Lehrlinge über sechzehn Jahre vorgeschrieben werden.

Die höhere Verwaltungsbehörde ist befugt, in Dabe- und anderen Kurorten die Ruhezeit für Gehälfen und Lehrlinge über sechzehn Jahre in Gastwirtschaften während der Saison, jedoch nicht über eine Dauer von drei Monaten, bis auf sieben Stunden herabzusetzen. Neben dieser Ruhezeit müssen täglich, abgesehen von den Wochentagen, Ruhepausen in der Gesamtdauer von mindestens zwei Stunden gewährt werden.

2. Der Zeitraum zwischen zwei Ruhezeiten, welcher auch die Arbeitsbereitschaft und die Ruhepausen umfaßt, darf in den Fällen der Ziffer 1 Abs. 1 höchstens sechzehn Stunden, in den Fällen der Ziffer 1 Abs. 2 höchstens fünfzehn Stunden und in den Fällen der Ziffer 1 Abs. 3 höchstens sieben Stunden betragen.

3. Eine Verlängerung der in Ziffer 2 bezeichneten Zeiträume ist für den Betrieb bis zu sechzigmal im Jahre zulässig. Dabei kommt jeder Fall in Anrechnung, wo auch nur für einen Gehälfen oder Lehrling diese Verlängerung stattgefunden hat.

Auch in diesen Fällen muß für die Woche eine Unterbrechung durch sieben Ruhezeiten von der vorgeschriebenen Dauer (Ziffer 1) stattfinden.

4. An Stelle einer der nach Ziffer 1 zu gewährenden ununterbrochenen Ruhezeiten ist den Gehälfen und Lehrlingen mindestens in jeder dritten Woche einmal eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens vierundzwanzig Stunden zu gewähren.

In Gemeinden, welche nach der jeweilig letzten Volkszählung mehr als zwanzigtausend Einwohner haben, ist diese Ruhezeit mindestens in jeder zweiten Woche zu gewähren.

In denjenigen Wochen, in welchen hiernach eine vierundzwanzigstündige Ruhezeit nicht gewährt zu werden

braucht, ist außer der ununterbrochenen Ruhezeit von der vorgeschriebenen Dauer (Ziffer 1) mindestens einmal eine weitere ununterbrochene Ruhezeit von mindestens sechs Stunden zu gewähren, welche in der Zeit zwischen zehn Uhr Morgens und zehn Uhr Abends liegen muß.

5. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, ein Verzeichniß anzulegen, welches die Namen der einzelnen Gehülften und Lehrlinge enthalten muß. In das Verzeichniß ist für jeden einzelnen Gehülften und Lehrling einzutragen, wann und für welche Dauer eine Ruhezeit gemäß Ziffer 4 gewährt worden ist.

Arbeitgeber, welche von den Bestimmungen der Ziffer 3 Gebrauch machen, sind verpflichtet, ein weiteres Verzeichniß anzulegen, in welches einzutragen ist, wann Ueberarbeit im Betriebe während des Kalenderjahrs stattgefunden hat.

Die nach Abs. 1, 2 zu machenden Eintragungen haben spätestens am ersten Tage nach Ablauf jeder Woche für die vergangene Woche zu erfolgen.

Die Verzeichnisse sind auf Erfordern den zuständigen Behörden und Beamten zur Einsicht vorzulegen.

6. Gehülften und Lehrlinge unter sechzehn Jahren dürfen in der Zeit von zehn Uhr Abends bis sechs Uhr Morgens nicht beschäftigt werden. Außerdem dürfen Gehülften und Lehrlinge weiblichen Geschlechts zwischen sechzehn und achtzehn Jahren, welche nicht zur Familie des Arbeitgebers gehören, während dieser Zeit nicht zur Bedienung der Gäste verwendet werden.

II.

7. Als Gehülften und Lehrlinge im Sinne dieser Bestimmungen gelten solche Personen männlichen und weiblichen Geschlechts, welche im Betriebe des Gast- und der Schankwirtschaften als Oberkellner, Kellner oder Kellnerlehrlinge, als Köche oder Kochlehrlinge, am Büffet oder mit dem Fertigmachen kalter Speisen beschäftigt werden. Ausgenommen sind jedoch Personen, welche hauptsächlich in einem mit der Gast- oder der Schankwirtschaft verbundenen kaufmännischen oder sonstigen gewerblichen Betriebe beschäftigt werden, sofern ihre tägliche Arbeitszeit in diesem Betrieb anderweitens reichsrechtlichen Vorschriften unterliegt.

III.

8. Die vorstehenden Bestimmungen treten am 1. April 1902 in Kraft.

Bis zum 31. Dezember 1902 ist Ueberarbeit (Ziffer 3) höchstens fünfundsiebzigmal zulässig.

Von dem in Ziffer 6 Satz 2 enthaltenen Verbote sind diejenigen Personen ausgenommen, welche bei der Verkündung dieser Bestimmungen Kellnerinnen sind.

Berlin, den 23. Januar 1902.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Anweisung.

zur Ausführung der Bestimmungen des Bundesrathes über die Beschäftigung von Gehülften und Lehrlingen in Gast- und in Schankwirtschaften. (Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 23. Januar 1902, R.-G.-Bl. S. 33.)

A. Die regelmäßige, für jede Woche mindestens zu gewährende Ruhezeit ist für Gehülften und Lehr-

linge über sechzehn Jahre auf die Mindestdauer von 8 Stunden, für Gehülften und Lehrlinge unter sechzehn Jahren auf die Mindestdauer von neun Stunden festgesetzt. Durch Polizeiverordnung kann auch für Gehülften und Lehrlinge über sechzehn Jahre die neunstündige Ruhezeit vorgeschrieben werden. In größeren Städten wird sich eine entsprechende Ausdehnung der Ruhezeit meist schon durch die Erwägung rechtfertigen, daß die Gehülften und Lehrlinge häufig in so weiter Entfernung von der Betriebsstätte wohnen, daß ihre Ruhezeit durch die Zurücklegung des Hin- und Rückweges erheblich verkürzt wird. Die Ortspolizeibehörden aller Orte mit mehr als 50000 Einwohnern werden daher veranlaßt, alsbald den Erlass einer der Ziffer 1 Abs. 2 der Bestimmungen des Bundesrathes entsprechenden Polizeiverordnung zu erwägen und bis zum 1. Oktober d. J. an die vorgesetzten Regierungspräsidenten darüber zu berichten, ob eine solche Verordnung erlassen worden ist oder welche Umstände etwa zur Abstandnahme von dieser Maßregel geführt haben.

B. „Höhere Verwaltungsbehörde“ im Sinne der Ziffer 1 Absatz 3 der Bestimmungen des Bundesrathes ist der Regierungspräsident.

Die Vorschrift, welche der höheren Verwaltungsbehörde die Befugniß erteilt, in Bade- und anderen Kurorten die Ruhezeit für Gehülften und Lehrlinge über sechzehn Jahre in Gastwirtschaften während der Saison, jedoch nicht über eine Dauer von drei Monaten, bis auf 7 Stunden herabzusetzen, ist der Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse entsprungen, welche häufig in kleineren Bade- und Kurorten, namentlich in Gebirgsgegenden, obwalten, wo sich der hauptsächlich Fremdenverkehr auf wenige Monate im Jahre beschränkt und wo die Beschaffung eines zur Durchführung der achtstündigen Ruhezeit erforderlichen Aushilfspersonals häufig unverhältnismäßige Schwierigkeiten verursacht. Diese Voraussetzungen werden in größeren Orten, wo Kurbäder und ähnliche Heilanstalten für Fremde eingerichtet sind, regelmäßig nicht vorliegen.

Von der Befugniß aus Ziffer 1 Abs. 3 wird daher der Regel nach nur in den kleineren Bade- und anderen Kurorten Gebrauch zu machen sein. Um eine einheitliche Handhabung der gedachten Vorschrift zu sichern, ordnen wir bis auf Weiteres an, daß eine Herabsetzung der in Ziffer 1 Abs. 1 vorgeschriebenen Ruhezeit nur mit unserer Zustimmung erfolgen darf. Die Herren Regierungspräsidenten wollen demgemäß gegebenen Falles unter Darlegung des besonderen Sachverhalts an uns berichten.

C. Die Bestimmung der Tage, an denen bis zu fünfundsiebzigmal im Jahre Ueberarbeit im Betriebe zulässig ist (Ziffer 3), unterliegt der eigenen Wahl des Arbeitgebers. Mehr als fünfundsiebzigmal

im Jahre darf in keinem Falle Ueberarbeit für den Betrieb stattfinden.

D. Für das in Ziffer 5 Abs. 1 vorgeschriebene Verzeichniß ist das bestliegende Muster den Wirthen zur Verwendung zu empfehlen.

E. Die Ortspolizeibehörde hat in jedem Gehäusen oder Lehrlinge beschäftigenden Gast- oder Schankwirthschaftsbetriebe mindestens einmal im Jahre eine ordentliche Revision vorzunehmen. Außerordentliche Revisionen haben nach Bedürfniß und insbesondere dann zu erfolgen, wenn der Verdacht einer gesetzwidrigen Beschäftigung von Gehäusen oder Lehrlingen vorliegt.

Der revidirende Beamte hat festzustellen:

- I. ob jedem Gehäusen oder Lehrling regelmäßige Ruhezeiten siebenmal für die Woche gewährt werden, ob diese Ruhezeiten mindestens die in Ziffer 1 der Bestimmungen vorgeschriebene Stundenzahl in ununterbrochener Folge erreichen und ob der Zeitraum zwischen zwei Ruhezeiten die in Ziffer 2 vorgeschriebene Höchstdauer nicht übersteigt;
- II. ob seit dem Inkrafttreten der Bestimmungen, bezw. seit der letzten Revision die nach Ziffer 4 Abs. 1, 2 zu gewährenden besondern 24stündigen Ruhezeiten mindestens in jeder dritten — in Gemeinden mit mehr als 20000 Einwohnern in jeder zweiten — Woche gewährt worden sind und ob in jeder zwischenliegenden Woche außer den regelmäßigen Ruhezeiten (Ziffer 1) mindestens einmal eine weitere ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 6 Stunden gemäß Ziffer 4 Abs. 3 bewilligt worden ist;
- III. ob diese letztere Ruhezeit in der Zeit zwischen 8 Uhr Morgens und 10 Uhr Abends lag;
- IV. ob die nach Ziffer 5 anzulegenden Verzeichnisse vorhanden und ordnungsgemäß geführt, insbesondere, ob die Eintragungen für alle abgelaufenen Wochen erfolgt sind;
- V. ob Ueberarbeit im Betriebe (Ziffer 3) während des Kalenderjahres nicht öfter als 60 mal (im Jahre 1902 nicht öfter als 45 mal) stattgefunden hat und ob auch in diesen Fällen für die Woche eine Unterbrechung durch 7 Ruhezeiten von der in Ziffer 1 vorgeschriebenen Dauer erfolgt ist;
- VI. ob Gehäusen oder Lehrlinge unter 16 Jahren in der Zeit von 10 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens beschäftigt werden;
- VII. ob Gehäusen oder Lehrlinge weiblichen Geschlechts zwischen 16 und 18 Jahren, welche nicht zur Familie des Wirthes gehören und welche nicht etwa schon zur Zeit der Verkündung dieser Bestimmungen des Bundesrathes Kellnerinnen waren, während der Zeit von 10 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens zur Bedienung der Gäste verwendet werden.

Der revidirende Beamte hat bei jeder Revision

in die gemäß Ziffer 5 angelegten Verzeichnisse einen Revisionsvermerk einzutragen.

Die Ortspolizeibehörde hat eine Liste zu führen in die alle revidirten Betriebe und bei jedem Betriebe die Daten der vorgenommenen Revisionen einzutragen sind. Den zuständigen Gewerbe-Aufsichtsbeamten ist diese Liste auf Ersuchen zur Einsicht vorzulegen.

F. Den Gewerbeaufsichtsbeamten steht gemäß § 139b der G.-O. neben den ordentlichen Polizeibehörden die Aufsicht über die Ausführung der Bestimmungen des Bundesrathes zu. Nehmen die Gewerbe-Aufsichtsbeamten in der Revisionsthätigkeit der Beamten der örtlichen Polizei Mängel wahr, so haben sie hiervon der vorgesetzten Behörde dieser Beamten Anzeige zu erstatten.

G. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des Bundesrathes unterliegen der Strafvorschrift in § 147 Abs. 1 Ziffer 4 der Gewerbeordnung.

H. Den Bestimmungen des Bundesrathes unterliegen nach Ziffer 7 der Bekanntmachung diejenigen Personen nicht, welche hauptsächlich in einem mit der Gast- oder der Schankwirthschaft verbundenen kaufmännischen oder sonstigen gewerblichen Betriebe beschäftigt werden, sofern ihre tägliche Arbeitszeit in diesem Betriebe anderweitigen rechtserheblichen Vorschriften unterliegt. Demnach ist die Anwendung der Vorschriften z. B. ausgeschlossen für diejenigen in offenen Verkaufsstellen, wie Weinhandlungen und Kolonialwaarengeschäften, und in den dazugehörigen Schreibstuben (Kontoren) und Lagerräumen beschäftigten Gehäusen, Lehrlinge und Arbeiter, welche nur nebenher oder gelegentlich in einer mit solchen Betrieben verbundenen Schankwirthschaft beschäftigt werden, da die tägliche Arbeitszeit dieser Personen durch § 139c der Gewerbeordnung geregelt ist. Ebenso bleiben von den gegenwärtigen Bestimmungen Gehäusen und Lehrlinge befreit, welche hauptsächlich im Betriebe von Bäckereien oder Konditoreien, die den Bestimmungen des Bundesrathes vom 4. März 1896 (R.-G.-Bl. S. 55) unterliegen und nur nebenher oder gelegentlich in einer mit solchen Betrieben verbundenen Schankwirthschaft beschäftigt werden. Ferner würden auch Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter in fabrikmäßig oder mit Motoren betriebenen Brauereien u., wenn sie nebenher oder gelegentlich in einer mit solchen Betrieben verbundenen Schankwirthschaft Verwendung finden, den gegenwärtigen Vorschriften nicht unterworfen sein, da ihre tägliche Arbeitszeit den Bestimmungen in §§ 135–139 der Gewerbeordnung bezw. der Kaiserlichen Verordnung vom 9. Juli 1900 und der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 12. Juli 1900 (R.-G.-Bl. S. 565, 566) unterliegt.

Berlin, den 12. März 1902.

Der Minister des Innern.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Gemeinde
 Bezeichnung des Betriebes:

 Name des Besitzers oder Leiters:

B e z e i c h n i s s

Der gemäß Ziffer 4 der Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Beschäftigung von Arbeitern und Lehrlingen in Gast- und Schankwirtschaften vom 23. Januar 1902 geschriebenen Aufzeichnungen.

Anzahl der an den unter angewiesenen Tagen: Mo- tag	Der Tages- und Monats- Datum	eine mindestens 24stündige Arbeitszeit gemäß folge Ziffer 4, Absatz 1, 2	eine mindestens 24stündige Arbeitszeit gemäß folge Ziffer 4, Absatz 3	Anzahl der an den unter angewiesenen Tagen: Mo- tag	Der Tages- und Monats- Datum	eine mindestens 24stündige Arbeitszeit gemäß folge Ziffer 4, Absatz 1, 2	eine mindestens 24stündige Arbeitszeit gemäß folge Ziffer 4, Absatz 3
1				27			
2				28			
3				29			
4				30			
5				31			
6				32			
7				33			
8				34			
9				35			
10				36			
11				37			
12				38			
13				39			
14				40			
15				41			
16				42			
17				43			
18				44			
19				45			
20				46			
21				47			
22				48			
23				49			
24				50			
25				51			
26				52			

Anmerkung: In den Spalten „Mo- und Monats-Datum“ ist der Tag einzutragen, an welchem die Arbeitszeit beginnt.

21.

T a r i f

für die Benutzung des an der Spandauer Gabel bei km 16,58 gelegenen Bohlwerks des Gutsbesizers August Blumberg in Hohenfischdöpping.

I. Ufergeld.

Von Gütern, welche über das Bohlwerk andoet eingeladen werden, wird ein Ufergeld erhoben und zwar:

- 1) von allen nachstehend nicht besonders genannten Gütern für je 100 kg 2 Pf.
- 2) von Getreide, Mehl, Kleie, Heu, Stroh, Bier, Wein, Del, Petroleum, Spiritus, Theer, Heringen, Zucker, Kaffee, frischem oder getrocknetem Obst, Kartoffeln und Rüben für je 50 kg der ersten 5 Tonnen (5000 kg) und für je 100 kg des Mehrgewichts 1 "
- 3) von Mauersteinen, Dachziegeln und Schiefertafeln für je 100 Stück 1 "
- 4) von Kalk- oder Feldsteinen, Lehm, Kies, Sand, Ban-, Nag- und Brennholz mit Ausnahme von Fackeln und Reisig für je 1 cbm 5 "
- 5) von Fackeln und Reisig für je 1 cbm 2 "
- 6) von Rohr für je 100 Bund 8 "
- 7) von Kohlen für je 100 kg 1 "

II. Lagergeld.

Von Gütern, welche nach der Ausladung aus dem Schiff oder vor der Einladung in das Schiff länger als 24 Werktags-Stunden auf dem Bohlwerk liegen, wird für jeden folgenden Zeitraum von sieben Tagen ein Lagergeld nach den Sätzen unter Ziffer I. erhoben.

Befreiungen.

Güter, welche dem Könige, dem Staate oder dem Reiche gehören oder ausschließlich für deren Rechnung befördert werden, sind von dem Ufer- und dem Lagergelde befreit.

Zusätzliche Bestimmung.

Thelle von Erhebungseinheiten gelten bei der Abgaberechnung als volle Einheit.

Dieser Tarif tritt nach vierzehntägigem Aushang am Bohlwerk in Kraft.

Berlin, den 28. März 1902.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten. | Der Finanz-Minister.

Kostentarif

zu dem Reglement für die Irrenanstalten der Stadt Berlin vom 27. März 1893, betreffend die Aufnahme, Behandlung und Entlassung Geisteskranker und über die Höhe der zu ersattenden Kosten.

22. Für die Zeit vom 1. April 1902 bis 31. März 1905 werden — nach Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 5. Dezember 1901 — die im § 24 obigen Reglements vorbehaltenen Kostensätze nachstehend festgesetzt:

- a. der Kostensatz für die volle Anstaltsverpflegung (§ 24 Abs. 1 des Reglements) auf 2,30 M.

kommt dieser volle Satz zum Ansatz, so werden besonders aufgelaufene Kosten für Extradiät, Bandagen, Brillen und ähnliche daneben zur Berechnung gestellt.

- b. der bei Außenpflege (§§ 17 und 18 des Reglements) für Leistungen von der Haupt-Anstalt außer der Baarerausgabe an die Pflegestelle, innerhalb der Grenze des Satzes zu a. hinzutretende Zuschlag (§ 24 Abs. 2 des Reglements)
 - bei Privatanstaltspflege 0,35 M.
 - bei Familienpflege 0,65 M.

- c. die allgemeinen Verwaltungskosten im Sinne von § 31a. des Gesetzes vom 11. Juli 1891 und seiner Materialien (Drucksache 5 der Session 1890/91 des Herrenhauses, Seite 10 ff.) auf 1,30 M.

Vorstehender Kostentartf wird hiermit auf Grund des Artikels I. § 31b. des Gesetzes vom 11. Juli 1891 (Gesetz-Samml. S. 300) genehmigt.

Berlin, den 12. März 1902.

(L. S.)

Der Minister der geistlichen, Der Minister des Innern.
Unterrichts- u. Medizinal- In Vertretung
Angelegenheiten gez. v. Bischoffshausen.
Im Auftrage
gez. Förster.

Kostentarif

zu dem Reglement für die Anstalt für Epileptische Buhlgarten vom 12. Januar 1893, betreffend die Aufnahme, Behandlung und Entlassung Epileptischer und über die Höhe der zu ersattenden Kosten.

23. Für die Zeit vom 1. April 1902 bis 31. März 1905 werden — nach Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 5. Dezember 1901 — die im §16 obigen Reglements vorbehaltenen Kostensätze nachstehend festgesetzt:

- a. der Kostensatz für die volle Anstaltsverpflegung (§ 16 Abs. 1 des Reglements) auf 2,60 M.
kommt dieser volle Satz zum Ansatz, so werden besonders aufgelaufene Kosten für Extradiät, Bandagen, Brillen und ähnliche daneben zur Berechnung gestellt.
- b. der bei Außenpflege (§ 12 des Reglements) für Leistungen von der Haupt-Anstalt außer der Baarerausgabe an die Pflegestelle innerhalb der Grenze des Satzes zu a. hinzutretende Zuschlag (§ 16 Abs. 2 des Reglements)
 - bei Privatanstaltspflege auf 0,55 M.
 - bei Familienpflege auf 0,80 M.
- c. die allgemeinen Verwaltungskosten im Sinne von § 31a. des Gesetzes vom 11. Juli 1891 und seiner Materialien (Drucksache 5 der Session 1890/91 des Herrenhauses, Seite 10 ff.) auf 1,60 M.

Vorstehender Kostentarif wird hiermit auf Grund des Artikels I. § 31 b. des Gesetzes vom 11. Juli 1891 (Gesetz-Samml. S. 300) genehmigt.

Berlin, den 12. März 1902.

(L. S.)

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- u. Medizinal-Angelegenheiten.
Im Auftrage
gez. Förster.

Der Minister des Innern.
In Vertretung.
gez. v. Bischoffshausen.

Bekanntmachungen

des Königlichen Regierungspräsidenten.

Senatorialisches Generalkonsulat.

104. Nach einer Mitteilung des Kaiserlichen Gesandten Michahelles in Lima hat die Regierung der Republik Ecuador die Ernennung des Dr. Walther Schälge zum senatorialischen General-Konsul in Berlin — vergl. Bekanntmachung vom 2. Februar 1898. — A.-Bl. 98 S. 59 — wieder rückgängig gemacht.

Potsdam, den 9. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Gemeindebezirksveränderung.

105. Der Bezirksausschuß hierselbst hat am 18. Februar d. J. beschlossen, die im Grundbuche von Rheinsberg nachstehend verzeichneten Exensstücke:

Artikel der Mutterrolle	Grundbuch		Nummer des Kartenblattes		Des Eigentümers Name und Wohnort	Flächeninhalt		
	Band	Blatt		der Parzelle		ha	ar	qm
1	XXIX	1188	6	122	A. Gemarkung Rheinsberg.	—	—	30
769	—	—	6	196	Stadtgemeinde Rheinsberg	—	60	—
	—	—	6	422/119	Dieselbe	—	03	94
	—	—	6	422/119	Dieselbe	—	03	94
—	XXIX	1188	2	76/68 II.	B. Gemarkung Rheinsberg,	—	02	08
—	XXVIII	1151	2	77/68 II.	Herrsch.	—	01	65
					Stadtgemeinde Rheinsberg.	—	02	08
					Bolz, Friedrich, Möhlenbesitzer in	—	01	65
					Rheinsberg			

von dem Gutsbezirke Rheinsberg abzutrennen und mit dem Gebiete der Stadtgemeinde Rheinsberg zu vereinigen.

Die Umgemeindung tritt am 1. Mai d. Js. in Kraft.

Potsdam, den 9. April 1902.

Der Regierungspräsident.

106. T a r i f

für die öffentliche Fährte über die Havel bei Tiefwerder km 168,1 nach dem rechten Ufer und umgekehrt.

Es ist zu entrichten

- 1) Für das Uebersetzen einer einzelnen erwachsenen Person einschließlich der Traglast 10 Pf.
- 2) Für das Uebersetzen eines Kindes im Alter von 5—14 Jahren je 5 "
- 3) Bei dem Uebersetzen von mehr wie drei Personen zu gleicher Zeit je Person 5 "
- 4) Für das Uebersetzen eines Fahrrades 5 "

Bei Nachtzeit sind die doppelten Preise zu zahlen. Als Nachtzeit gilt die Zeit im Sommer von Abends 10 bis Morgens 6 Uhr; im Winter von Abends 8 Uhr bis Morgens 7 Uhr.

Anmerkung.

- a. Der Fährmann ist verpflichtet, sofort nach Aufnahme der vierten Person ab- und ohne Aufenthalt nach dem Bestimmungsort zu fahren.
- b. Frei überzusetzen sind öffentliche Beamte bei Dienstreisen oder sonstiger dienstlicher Veranlassung, wenn sie sich gehörig ausweisen oder Uniform tragen, der Briefträger und der Postbote.
- c. Kinder unter 5 Jahren.

Potsdam, den 21. März 1902.

Der Regierungspräsident.

Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter.

107. Folgende ausländische - polnische Saisonarbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitsstätten unter Kontraktbruch verlassen:

Namen:	bisheriger Beschäftigungsort:
1) Michael Gorka,	Rittergut Wendisch- Bilmersdorf im Kreise Teltow.
2) Anton Gorka,	
3) Wladislaus Gorka,	
4) Adam Stefanski,	
5) Wicenty Gutowski,	
6) Leonard Stefanski,	
7) Jozefa Stolonzie,	
8) Walerga Gutowska,	
9) Antonia Sievadzka,	
10) Helena Stolonzie,	
11) Antonia Sievadzka,	
12) Micholine Tabača.	

Die Genannten sind festzunehmen und sofort mit teils Zwangsreisepasses aus dem Staatsgebiete auszuweisen. Vom Geschehenen ist unter Bezugnahme auf diese Bekanntmachung bierher Nachricht zu geben. Die Legitimationspapiere befinden sich in diesseitiger Verwahrung.

Potsdam, den 11. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Befähigung der Wahl des stellvertretenden Deichhauptmannes der 2. und 3. Division der Prignitzschen Abtheilung.

108. An Stelle des verstorbenen stellvertretenden Deichhauptmannes der 2. und 3. Division der Prignitzschen Abtheilung, Bürgermeister Krumpal in Pöngel, dessen Wahlperiode am 30. Juni 1907 abgelaufen wäre, ist als Deichhauptmann-Stellvertreter in der Sitzung des Deichamtes am 5. April 1902 der Kommerzienrath Runge in Wittenberge gewählt worden.

Gemäß § 21 Absatz 2 der Verordnung, betreffend die Revision des Deichwesens in der Prignitz, vom 4ten Dezember 1861 bestätige ich hiermit die Wahl des Kommerzienraths Runge in Wittenberge als Deichhauptmann-Stellvertreter für den Rest der laufenden Wahlperiode bis zum 30. Juni 1907.

Potsdam, den 14. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Tarisergeizungen.

109. Die Herren Minister der öffentlichen Arbeiten und der Finanzen haben durch Erlaß vom 4. d. M. — IIIb. 2454 M. d. d. A. —

III. 4051 Fin.-Min. — genehmigt, daß zum Abschnitt I. der Tarife für die Wasserablagen:

- a. des Eigenthümers Hermann Blanke in Vitzendorf vom 12. Dezember v. Jg.,
- b. des Eigenthümers Th. Bergemann ebendasselbst vom 12. Dezember v. Jg.

folgender Zusatz gemacht werde:

„Für Kohlen ist der Satz von 1 Pf. für je 100 kg anzuwenden.“

Potsdam, den 15. April 1902.

Der Regierungspräsident.

In Vertretung von Patow.

Polizeiverordnung,
betr. Melbewesen.

110. Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) und des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195) wird unter Zustimmung des Bezirksausschusses nachstehende Polizeiverordnung erlassen:

Einziger Paragraph.

Die Polizeiverordnung vom 7. Dezember 1897

(Amtsblatt S. 473/85) wird auf den Amtsbezirk Rüdersdorf, den Gemeinde- und Gutsbezirk Hohen-Schönhausen und den Gemeindebezirk Herzfelde. — im Kreise Niederbarnim — ausgedehnt.

Potsdam, den 1. April 1902.

Der Regierungspräsident.

III. Viehseuchen.

I. Festgestellt:

- a. Milzbrand. Kreis Nieder-Barnim: Klosterfelde. Kreis West-Havelland: Tremmen. Kreis Zauch-Belzig: Pötte, Scherzow.
- b. Schweineseuche. Kreis Angermünde: Wendermark. Kreis Uckerbog-Ludenwade: Heindorf.
- c. Geflügelcholera. Kreis Ost-Prignitz: Bode.

d. Bläschenausschlag. Kreis Ruppin: Dreetz.

e. Rauschbrand. Kreis West-Prignitz: Abber.

II. Erloschen:

a. Milzbrand. Kreis Nieder-Barnim: Dahlwitz, Klosterfelde.

b. Schweineseuche. Kreis Nieder-Barnim: Reinickendorf.

c. Bläschenausschlag. Kreis Ost-Prignitz: Friedheim.

Potsdam, den 15. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung der Königlichen Regierung.

Ausreichung der Zinscheine Reihe II. Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidirten 3prozentigen Staatsanleihe von 1892—1894.

14. Die Zinscheine Reihe II. Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidirten 3 %igen Staatsanleihe von 1892—1894 über die Zinsen für die Zeit vom 1. April 1902 bis 31. März 1912 nebst Erneuerungsscheinen (Anweisungen auf die folgende Reihe) werden vom 1. März 1902 ab von der Kontrolle der Staatspapiere hier selbst, Drakenstraße 92/94, geöffnet Vormittags von 9 Uhr bis 1 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jedes Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine sind entweder bei der Kontrolle der Staatspapiere am Schalter in Empfang zu nehmen oder durch die Regierungshauptkassen sowie in Frankfurt a. M. durch die Kretskasse zu beziehen.

Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Erneuerungsscheine (Zinscheinanweisungen) mit einem Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamt Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher eine numerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

Durch die Post sind die Erneuerungsscheine an die Kontrolle nicht einzusenden.

Wer die Zinscheine durch eine der oben genannten Provinzial-Kassen beziehen will, hat derselben die Erneuerungsscheine mit einem doppelten Verzeichniß einzureichen. Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der Zinscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesem Verzeichniß sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn

die Erneuerungsscheine abhandeln gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittels besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 25. Februar 1902.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Veröffentlicht mit dem Bemerken, daß Formulare zu den Verzeichnissen von unserer Hauptkasse, den Königl. Kreis- und Forstklassen und den Königl. Haupt-Steuerämtern bezogen werden können.

Potsdam, den 3. März 1902.

Königliche Regierung.

Gesuche um Zulassung zur Forstverwaltungslaufbahn.

An sämtliche Herren Oberforstmeister.

13. Bei der Prüfung und Vorlage der Gesuche um Zulassung zur Forstverwaltungslaufbahn ist künftig Nachstehendes zu beachten:

- 1) Unter den die Zahl der jährlich aufzunehmenden Forstbesessenen und das Drei- bis Vierfache übersteigenden Gesuchen kann eine sachgemäße Auswahl nur dann getroffen werden, wenn diese alljährlich innerhalb einer bestimmten Frist hier vorgelegt werden, und dadurch eine gleichzeitige Entscheidung über sie ermöglicht wird. Als der hierzu geeignetste Zeitraum erscheint, da der weitaus größte Theil der Bewerber die Schule zum Ostertermine verläßt und unter Berücksichtigung der nachstehenden Ausführungen zu Ziffer 2 der Monat Februar. Es sind daher künftig, wenn nicht besondere Umstände eine Ausnahme rechtfertigen, lediglich im Laufe dieses Monats die bis dahin vorkommend zu sammelnden Gesuche hierher einzureichen. Die diesseitige Entscheidung wird dann Anfang März getroffen und mit thunlichster Beschleunigung den Herren Oberforstbeamten zugefertigt werden.

Denjenigen Bewerbern, welche zum Herbsttermine die Reiseprüfung bestehen, bleibt es überlassen, zunächst der Militärpflicht zu genügen oder rechts- und Staatswissenschaftliche Studien — § 10 der Bestimmungen vom 1. Juni 1899 — zu betreiben. Letztere werden für den Fall der späteren Zulassung zur Laufbahn, wenn die Zeugnisse über die gehörten Vorlesungen dies zulassen, auf die vorgeschriebenen Universitätsstudien in Anrechnung gebracht werden.

- 2) Da es für die Antragsteller von Wichtigkeit ist, möglichst bald nach dem Ausscheiden aus der Schulanstalt die Entscheidung über ihren Antrag zu erfahren, will ich genehmigen, daß das Schulzeugniß der Reise — § 5 Ziffer 1 a. a. D. —, wenn es dem Gesuche noch nicht beigelegt werden kann, ersetzt wird durch eine vorläufige Bescheinigung des Gymnasial- u. Direktors, daß die Reiseprüfung voraussichtlich zum Ostertermine mit einem unbedingt genügenden Urtheil in der Mathematik bestanden werden wird. In diesen Fällen wird eine etwaige Genehmigung des Antrages mit dem Vor-

behalte erfolgen; daß das dem Oberforstbeamten noch vorzulegende Reisezeugniß nach keiner Richtung zu Bedenken Anlaß giebt. x.

- 5) Die Herren Oberforstmeister wollen künftig ein Urtheil darüber abgeben, welchen persönlichen Eindruck die bei Ihnen sich Anmeldenden machen, und auf eine persönliche Vorstellung nur dann verzichten, wenn besondere des Näheren zu erörternde Gründe dies rathlich erscheinen lassen.

Berlin, den 16. März 1902.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Vorstehende Bestimmungen werden hiermit zur Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 5. April 1902.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Hauptkollern in Berlin.

40. Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 29. v. M., wonach bei einem Hunde des Artisten Albert Seg, Ehornnerstraße 32 hierselbst, die Tollwuth festgestellt worden ist, ordne ich, da auf Grund der weiter angestellten Ermittlungen angenommen werden muß, daß der wuthfranke Hund hier frei umhergelaufen ist, gemäß § 38 des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1880 1. Mai 1894, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, und § 20 der Bundesraths-Instruktion vom 27. Juni 1895 hiermit für den Bezirk der Stadt Berlin Folgendes an:

- 1) Alle Hunde sind von jetzt ab bis einschließlich 24. Juni d. J. festzulegen, d. h. anzufesseln oder einzusperrten. Der Festlegung gleichzuachten ist das Führen der mit einem sicheren Maulkorb versehenen Hunde an der Leine; jedoch dürfen die Hunde aus dem diesseitigen Polizeibezirk ohne besondere, bei dem zuständigen Polizei-Revier einzuholende Erlaubniß nicht ausgeführt werden.
- 2) Die Benutzung der Hunde zum Ziehen ist unter der Bedingung gestattet, daß dieselben fest angeschirrt und mit einem sicheren Maulkorb versehen, außer der Zeit des Gebrauchs aber festgelegt werden.
- 3) Jagdhunde können bei der Jagd verwendet werden, doch müssen sie außer der Zeit des Gebrauchs (außerhalb des Jagdreviers) festgelegt oder mit einem sicheren Maulkorb versehen an der Leine geführt werden.
- 4) Hunde, welche diesen Anordnungen zuwider auf öffentlicher Straße oder an Orten, wo Menschen zu verkehren pflegen (Treppenhäuser, Höfe, Gast- und Schankwirtschaften, Gartenlokale u. dergl.) frei umherlaufend betrogen werden, können auf polizeiliche Anordnung sofort getödtet werden.

Diesem Personen, deren Hunde während der Dauer der Hundesperrung weggeführt werden, haben sich, falls sie deren Tödtung vermeiden wollen, innerhalb

3 Tagen auf dem Bureau des deutschen Thierschütz-Vereins, Stadtbahnbogen 79/80 an der Stralauerbrücke, in der Zeit von 9 Uhr Vormittags bis 7 Uhr Abends zu melden, sich daselbst als Eigenthümer des betreffenden Hundes zu legitimiren und die Kosten für seine Verpflegung auf 3 Monate im Voraus zu entrichten. Von dem Befunde der thierärztlichen Untersuchung wird es sodann abhängen, ob die Tödtung des Hundes erfolgen muß, oder ob seine Absperrung behufs thierärztlicher Beobachtung gestattet werden kann.

Berlin, den 9. April 1902.

Der Polizei-Präsident.

Anstellung eines Bezirks-Schornsteinfegermeisters.

41. Für den Bezirk der Stadt Berlin ist der Schornsteinfeger-Geselle Hugo Brendin, hier, Reichensbergerstraße 144 wohnhaft, vom 1. April d. Js. ab nach den Vorschriften des Regulativs für den Betrieb des Schornsteinfeger-Gewerbes im Stadtbezirk Berlin vom 16. November 1888 als Bezirks-Schornsteinfegermeister angestellt worden.

Berlin, den 5. April
22. März 1902.

Königliches
Polizei-Präsidium. Magistrat
hieriger königlichen Haupt-
und Residenzstadt.

Zulassung von Hebammen.

42. Die bisherigen Hebammen-Schülerinnen

- a. Frau Magdalena Demmler geb. Fink zu Ush, Kr. Kolmar,
- b. Frau Fanny Koppel geb. Weber, Dennewitzstraße 4,
- c. Frau Auguste Günther geb. Kemm, königliche Eisenbahn-Hauptwerkstatt-Dienstgebäude an der Warschauer Brücke,
- d. Frau Margarethe Brieger geb. Hinge, Strelitzerstraße 52,
- e. Frau Helene Dräbing geb. Dunkel, Prenzlauer-Allee 219,
- f. Fräulein Bertha Sudan in der königlichen Charité,
- g. Fräulein Marie Gottschalk in der königlichen Charité

haben die Prüfung als Hebamme bestanden und sind zur Ausübung des Hebammengewerbes innerhalb des preussischen Staates zugelassen.

Berlin, den 8. April 1902.

Der Polizei-Präsident.

Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe der Bäder- und in Berlin, Schöneberg und Nixdorf.

43. In Ausführung der Vorschriften der §§ 105 b. Absatz 1 und 105 e. der Gewerbeordnung verordne ich mit Genehmigung der Herren Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, des Innern und für Handel und Gewerbe für die Stadt- und Kreis Berlin, Schöneberg und Nixdorf, was folgt:

I. § 3 Absatz 1 Ziffer 1 Satz 2 der für den Stadt- und Kreis Berlin ergangenen Verordnung über die Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe mit Ausnahme des Handelsgewerbes vom 21. März 1895 (Amts-

blatt der königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin Jahrgang 1895 S. 113 ff.) erhält folgende Fassung:

„Diese Ruhezeit muß

in Bädereien

frühestens um 12 Uhr Nachts,

spätestens um 9 1/2 Uhr Morgens,

in Konditoreien

frühestens um 12 Uhr Nachts,

spätestens um 12 Uhr Mittags,

beginnen.“

II. Für die Stadtkreise Schöneberg und Nixdorf erhält Abschnitt c Ziffer 1 Absatz 2 Satz 2 der Bekanntmachung des Regierungs-Präsidenten zu Potsdam vom 21. März 1895 (Amtsblatt der königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin Jahrgang 1895 Seite 111 ff.) folgende Fassung:

„Diese Ruhezeit beginnt in Bädereien frühestens um 12 Uhr Nachts, spätestens um 9 1/2 Uhr Morgens, in Konditoreien frühestens um 12 Uhr Nachts, spätestens um 12 Uhr Mittags.“

Berlin, den 9. April 1902.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Verlegung eines Rohrpostfahrohrstranges.

27. Bei dem Kaiserlichen Haupt-Telegraphenamt hier W., Französischestr. 33, liegen Pläne aus über die Verlegung eines Rohrpostfahrohrstranges in der Oberwall-, Niederwall-, Deuth-, Kommandanten- und Brandenburgstraße.

Berlin C. 2, den 7. April 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Cementkanal für Fernsprechlable.

28. Bei dem Kaiserlichen Postamt 1 in Schöneberg bei Berlin liegt ein Plan aus über die Herstellung eines Cementkanals für Fernsprechlable von Bahnstraße 48 bis Merseburgerstraße 3.

Berlin C. 2, den 8. April 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Bekanntmachungen des königlichen Konsistoriums der Provinz Brandenburg.

Pfarrstellenerledigung.

22. Erledigt ist die Oberpfarrstelle magistralischen Patronats zu Wittenberge, Diözese Verleberg, durch Veretzung des Oberpfarrers Wirbt.

Bekanntmachungen der königlichen Eisenbahndirektion zu Berlin.

Ausnahmetarif für Düngemittel und Rohmaterialien der Kunststängelfabrikation.

15. Für den bis 30. April d. J. gültigen Ausnahmetarif tritt mit Gültigkeit für die Zeit vom 1. Mai d. J. bis 30. April 1907 ein neuer Ausnahmetarif in Kraft, der neben einigen anderen Änderungen des bisherigen Tarifs vereinfachte Anwendungsbedingungen, die seit der Ausgabe des Aus-

nahmetarif vom 1. August 1900 sowohl im gesammten Verkehr als auch für den Bereich der preussisch-heftischen Staatsbahnen durch Bekanntmachungen eingeführten Änderungen sowie die Aufnahme der Prohlhals-, Gera-Neuselwitz-Buizer, Jagstthal-, Neutlingen-Eningenener und Teutoburger Wald-Eisenbahn, der Strecke Greußen-Ebeleben-Neula der Centralverwaltung für Sekundärbahnen, der Strecke Franzburg-Tribseer, der Stralsund-

Tribseer-Eisenbahn und der Stationen Herzlake und Flechum der Meppen-Bafelänner-Eisenbahn enthält.

Abzüge des Ausnahmetarifs sind zum Preise von 5 Pfennig für das Stück bei dem hiesigen Auskunfts-bureau auf Bahnhof Alexanderplatz zu beziehen.

Berlin, den 7. April 1902.

Königliche Eisenbahndirektion
namens der beteiligten Eisenbahnverwaltungen.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

11.

Veränderungen an Gemeinde- und Gutsbezirkegrenzen.

Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke	Seitherigen Gemeinde- bzw. Gutsbezirke	künftigen Gemeinde- bzw. Gutsbezirke
Die unter Nr. 8 des Kartenblatts der Gemarkung Alt-Ruppin, Königl. Forst, als Parzelle 125/41 verzeichnete Fläche von 0,1009 ha Größe.	Gutsbezirk Alt-Ruppin.	Gemeindebezirk Dierberg.
Neu-Ruppin, den 2. April 1902.	Der Kreis-Ausschuß.	

12.

Veränderung von Guts- und Gemeindebezirkegrenzen.

Nr.	Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke.	Seitheriger Guts- bzw. Gemeindebezirk.	künftiger Gemeindebezirk.
1	Das im Grundsteuerbuche von der Gemarkung Wittbrüggen unter dem Flächenabschnitt 644/76 des Kartenblatts 3 eingetragene Trennstück der fiskalischen Dorfaue von 33 qm Flächeninhalt.	Fiskalischer Gutsverband.	Gemeindebezirk Wittbrüggen.
2	Das daselbst unter dem Flächenabschnitt 645/76 desselben Kartenblatts eingetragene Trennstück derselben Dorfaue von 60 qm Flächeninhalt.	desgleichen.	desgleichen.
3	Das daselbst unter dem Flächenabschnitt 651/229 desselben Kartenblatts eingetragene Trennstück derselben Dorfaue von 01 qm Flächeninhalt.	desgleichen.	desgleichen.
4	Das daselbst unter dem Flächenabschnitt 652/229 desselben Kartenblatts eingetragene Trennstück derselben Dorfaue von 02 qm Flächeninhalt.	desgleichen.	desgleichen.
5	Das daselbst unter dem Flächenabschnitt 661/229 desselben Kartenblatts eingetragene Trennstück derselben Dorfaue von 29 qm Flächeninhalt.	desgleichen.	desgleichen.
6	Das daselbst unter dem Flächenabschnitt 666/229 desselben Kartenblatts eingetragene Trennstück derselben Dorfaue von 18 qm Flächeninhalt.	desgleichen.	desgleichen.
7	Das daselbst unter dem Flächenabschnitt 667/229 desselben Kartenblatts eingetragene Trennstück derselben Dorfaue von 32 qm Flächeninhalt.	desgleichen.	desgleichen.
Wetzlar, den 8. April 1902.		Namens des Kreis-Ausschusses der Vorsitzende.	

Personal-Chronik.

Des Kaisers und Königs Majestät haben den Elbstrombaudirektor, Geheimen Baurath Meißerschmidt in Magdeburg, zum Ober-Baurath mit dem Range der Ober-Regierungsgeräthe Allergrädigst zu ernennen geruht.

Im Kreise Niederbarnim ist ernannt worden:

a. zum Amtsvorsteher: Gemeindevorsteher Brandt, Hermsdorf, für den Bez. 30a. „Hermsdorf“, b. zum Amtsvorsteherstellvertreter: Forstforwaller a. D. Struenssee, Hermsdorf, für den Bez. 30a. „Hermsdorf“.

Im Kreise Ostprignitz ist wieder ernannt worden zum Amtsvorsteherstellvertreter: Rittmeister a. D. Benary Neu-Göln für den Bezirk 23 „Freyenstein“.

Der Apotheker Ditz hat auf Grund der ihm erteilten Genehmigung die in Coepenitz, Ecke der Rudower- und Grünauerstraße errichtete Apotheke eröffnet.

Der Landmesser Robert Hielscher in Perleberg ist zum Katasterlandmesser berufen worden.

Der bisherige Pfarrer Ernst August Ders in Buch, Provinz Sachsen, ist zum Pfarrer der Pfarodie Beiersdorf, Diözese Bernau, bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer in Gallenrehde Hans Wilhelm Waldemar Ettel ist zum Obergpfarrer der Pfarodie Rathenow, Diözese Rathenow, bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer Georg Paul Johannes Bonnet in Stüden, Diözese Beetz, ist zum Pfarrer der Pfarodie Carwe, Diözese Neu-Ruppin, bestellt worden.

Der bisherige Hilfsprediger Theodor Paul Wedend ist zum Pfarrer der Pfarodie Steinhöfel, Diözese Angermünde, bestellt worden.

Der bisherige Seminar-Oberlehrer Pastor Hans Friedrich Leberecht Dux ist zum Pfarrer der Ankaltsgemeinde „Hoffbauer-Stiftung“ zu Hermannswerder, Diözese Potsdam I., bestellt worden.

Dem Küster, Organisten und Lehrer Haneke zu Jepernitz, Diözese Bernau, ist der Titel „Kantor“ verliehen worden.

Der Schulamtskandidat Jedd ist als Oberlehrer am Leibniz-Gymnasium in Berlin angestellt worden.

Der Organist und Gesangslehrer John ist als Gesangslehrer an der Russischstädtischen Oberrealschule in Berlin angestellt worden.

Der Schulamtskandidat Kamm ist als Oberlehrer am Humboldt-Gymnasium in Berlin angestellt worden.

Das Fräulein Emma Reugebauer ist vom 1sten Januar 1902 ab als Zeichenlehrerin an der Russenschule in Berlin angestellt worden.

Bei der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin sind folgende Veränderungen eingetreten: Die Regierungsekretäre Taug und Schumann sind verstorben. Die Regierungsekretäre Boittschigki, Krohn, Laske I und der Rangleidvorsteher Riesner sind in den Ruhestand versetzt worden. Der Regierungsekretär Remus ist zur Ministerial-Militär- und Baukommission versetzt worden. Die Regierungssupernumerare Frigke, Gieseler, Peisrich, Hoffert, Lahmann sind zu Regierungsekretären und der Rangleidbiatar Abraham zum Kanzlisten ernannt worden. Die Regierungssupernumerare Tegen und Grabowski sind auf ihren Antrag entlassen worden. Die Militärärzte Engler, Krusche, Plitt und der Civilwärter Kleiner sind als Regierungssupernumerare übernommen.

Ausweisungen aus Preussen.

Der Drahtbinder Ignaz Bella, 18 Jahre alt, geboren zu Bella, Comitat Trentschin, Bezirk Isolna, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 19. September 1901 ausgewiesen.

Die Kellnerin Rosa Putschin, geboren 30. März 1877 zu Wien, serbische Staatsangehörige, ist als lästige Ausländerin durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 19. November 1901 ausgewiesen.

Der Fischermeister Reinhold Charles Hoffmann, geboren 28. Juni 1867 zu Rabes, Kreis Regenwalde, amerikanischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 9. Januar 1902 ausgewiesen.

Der Drehorgelspieler Luigi Malchioldi, geboren am 2. Februar 1833 zu Bettola, Italien, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 23. Februar 1902 aus Preussen ausgewiesen.

Der Arbeiter Aurelino Mingozzi, geboren 8. März 1852 zu Salsomaggiore, Provinz Parma, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 10. März 1902 ausgewiesen.

Der Student Jakob Fürstenberg, geboren 15ten März 1879 zu Warschau, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 14. März 1902 ausgewiesen.

Der Schweizer Wenzel Rieger, geboren 30. August 1883 zu Glüschin, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 25. März 1902 ausgewiesen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr. Seri.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurteilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat	Datum des Ausweisungs- Beschlusses
	der Ausgewiesenen				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Wenzel Brunner, Weißgerber,	geboren am 28. September 1877 zu Prag, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	königlich preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	7. März 1902.
2	Marie Fischer, ledige Dienstmagd,	geboren am 12. März 1870 zu Ober-Alstabi, Bezirk Trautenau, Böhmen, ortsangehörig zu Trautenbach, Bezirk Trautenau,	Diebstahl und gewerbsmäßige Unzucht,	königlich sächsische Kreishauptmannschaft Bautzen,	7. Februar 1902.
3	Joel Großbach, israelitischer Lehrer,	geboren im Jahre 1872 zu Lublin, Polen, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen und Betteln,	Großherzoglich badischer Landeskommissär zu Freiburg,	6. März 1902.
4	Johann van Revenaer, Arbeiter,	geboren am 28. März 1849 in Zevenaar, Niederlande, niederländischer Staatsangehöriger,	Betteln,	königlich preussischer Regierungspräsident zu Münster,	14. Januar 1902.
5	Josef Friedrich Riehm, Weber,	geboren am 6. Januar 1872 zu Krumbach, Bayern, schweizerischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Straßburg,	4. März 1902.
6	Franz Kraus, Eisler u. Tagearbeiter,	geboren am 3. April 1857 zu Krauschauben, Bezirk Hohen-	Landstreichen und Betteln,	königlich sächsische Kreishauptmann-	21. Januar 1902.

Zust. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat	Datum des Ausweisungs-Beschlusses
	der Ausgewiesenen				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
7	Johann Franz Meens, Cigarrenarbeiter,	elbe, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst, geboren am 13. Oktober 1861 zu Antwerpen, belgischer Staatsangehöriger,	Betteln,	schalt Baugen, Königlich preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	6. März 1902.
8	Anton Sejka, Dienstnecht,	geboren am 10. Januar 1856 zu Kladno, Bezirk Smichow, Böhmen, ortsangehörig zu Pischels, Bezirk Königliche Weinberge, ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Regen,	1. März 1902.
9	Johann Botrubel, Kaufmann,	geboren am 28. September 1876 zu Prilafa, Gemeinde Chotowiz, Bezirk Leitomischl, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	10. März 1902.
10	Georg Bruch, Fabrik- arbeiter (Luchmacher),	geboren am 5. März 1853 zu Drahomischl, Bezirk Bielitz, Oesterreichisch-Schlesien, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	15. Januar 1902.
11	Thomas Cerny, Tagelöhner,	geboren am 3. Mai 1873 zu Mralove, Bezirk Taus, Böhmen, ortsangehörig zu Ratofic, Bezirk Bischofteinitz, ebendaselbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Passau,	12. März 1902.
12	August Hammer, Stuckateur,	geboren am 28. August 1857 zu Rheine, Kreis Steinfurt, Preußen, ortsangehörig zu Benlo, Niederlande,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	19. März 1902.
13	Peter Ivanzich, Arbeiter,	geboren im Jahre 1867 zu Bisnada, Bezirk Parenzo, Oesterreich, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	11. März 1902.
14	Anton Daniel Ferdinand Kantuzi, ohne Stand,	geboren am 21. Januar 1878 zu Rumburg, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Trtir,	14. März 1902.
15	Marie Krmela, unverehelichte,	30 Jahre alt, geboren zu Wyschekor, Bezirk Hohenstadt, Mähren, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	24. Dez. 1901.
16	Carlo Masetto, Maurer und Schreiner,	geboren am 19. August 1867 zu Camandona, Bezirk Novara, Italien, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	Kaiserliches Bezirks-Präsidents zu Straßburg,	13. März 1902.
17	Johann Züst, Biehwärter,	geboren am 18. September 1862 zu Kleinenbuch, Gemeinde Rehtobel, Kanton Appenzell, Schweiz, ortsangehörig zu Wolfthalen, Kanton Appenzell,	Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Mischach,	6. März 1902.

Hierzu Fünf Deffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Rebigit von der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 17.

Den 25. April

1902.

Inhaltsverzeichnis. Inhalt von Stück 21 des Reichsgesetz-Blatts und Stück 10 der Gesetz-Sammlung. S. 191. — Nachtrag zu den reglementarischen Bestimmungen des Kur- und Neumärktischen Ritterschaftlichen Kredit-Instituts. S. 191. — Chauffee Mühlenholz—Groß-Berzin. S. 191. — Remonte-Anlauf. S. 191. — Wasserlände. S. 192. — Öffentliche Verlosungen. S. 193. — Schussfreie Tage auf dem Schießplatze bei Kammersdorf. S. 193. — Ortsbenennung. S. 193. — Ferkelmärkte. S. 193. — Brückenperre. S. 193. — Bekleidungsindustrie-Berufsgenossenschaft. S. 193. — Viehsenzen. S. 193. — Notierungen für Verordnungen berechtiger Anwärter. S. 194. — Karttkommission des Spezialmarktes für Waaren in Berlin. S. 194. — Gemeindefälle für Fernsprechtabel. S. 194. — Neue Telegraphenanstalt. S. 194. — Preussisches Staatsschuldbuch. S. 194. — Eisenbahnstation Nikolaesee. S. 194. — Viehsenztaxierungen. S. 195. — Veränderungen von Orts- und Gemeindefallbezirksgrenzen. S. 195/196. — Setzung eines Wertpfahls. S. 196. — Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Garaisonbauten. S. 196. — Personal-Chronik. S. 196. — Ausweisungen aus Preußen. S. 197. — Ausweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiete. S. 198.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 21.) Nr. 2859. Bekanntmachung, betreffend die Vereinbarung erleichternder Vorschriften für den wechselseitigen Verkehr zwischen den Eisenbahnen Deutschlands und Luxemburgs. Vom 12. April 1902.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.
(Stück 10.) Nr. 10333. Allerhöchster Erlaß vom 8. April 1902, betreffend die künftige Bezeichnung des Verdienst-Ehrenzeichens für Rettung aus Gefahr.

Allerhöchster Erlaß.

Auf den Bericht vom 25. März 1902 will Ich den hier wieder beauftragten, von der Generalversammlung des Kur- und Neumärktischen Ritterschaftlichen Kredit-Instituts dahier am 18. Dezember vorigen Jahres beschlossenen Nachtrag zu den reglementarischen Bestimmungen dieses Kreditinstituts hiermit landesherrlich genehmigen.

Berlin, den 2. April 1902.

gez. Wilhelm R.

gegeg. Schönstedt, v. Poddieleski.

An die Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und der Justiz.

Nachtrag

zu den reglementarischen Bestimmungen des Kur- und Neumärktischen Ritterschaftlichen Kredit-Instituts.

- I. Das Kredit-Institut ist berechtigt, das Pfandbriefdarlehn zu kündigen, wenn der Erwerber oder Erstreher eines Gutes nicht persönlicher Schuldner des Kredit-Instituts für das Pfandbriefdarlehn wird.
- II. In das Regulativ vom 3. Oktober 1868, betreffend die Feststellung des ritterschaftlichen Taxwertes von Gütern und deren Verpfändung nach Maßgabe der befuß der Grundsteuer-Berantlagung ermittelten Reinerträge (Gesetz-Sammlung Seite 894) ist die nachfolgende Bestimmung als § 7a einzufügen:

„Die Haupt-Ritterschafts-Direktion kann die Beleihung auf Grund des nach diesem Regulativ ermittelten Taxwertes in solchen Fällen ablehnen, in denen der Grundsteuer-Reinertrag nach ihrem Ermessen keine sichere Unterlage für die Werthermittelung bietet.“

Beglaubigt.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
(Siegel) gez. von Poddieleski.

Allerhöchster Erlaß.

Anwendung der Bestimmungen wegen der Chauffeepolizeivergehen auf die Chauffee von Mühlenholz nach Groß-Berzin.

Auf Ihren Bericht vom 24. März d. J. genehmige Ich, daß die dem Chauffeergeldtarif vom 29. Februar 1840 (G.-S. S. 94 ff.) angehängten Bestimmungen wegen der Chauffeepolizeivergehen auf die vom Kreise Bestprignitz im Regierungsbezirk Potsdam neu erbaute Chauffee von Mühlenholz über Siegröbn nach Groß-Berzin zur Anwendung kommen, solange diese Straße chauffeemäßig unterhalten wird. — Die eingereichte Karte erfolgt anbei zurück.

Berlin, den 2. April 1902.

gez. Wilhelm R.

Für den Minister der öffentlichen Arbeiten.

gegeg. Schönstedt.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

24. Remonte-Anlauf für 1902.

- 1) Zum Anlauf dreijähriger, ausnahmsweise vierjähriger Remonten werden im diesem Jahre im Regierungsbezirk Potsdam die nachbezeichneten öffentlichen Märkte abgehalten werden.

20. Mai Rogen b. Nennhausen	1 Uhr N.
21. " Felschow b. Angermünde	8 " B.
29. " Bilsenad	" " "
" " Rensen (Gtke)	" " "

30. Mai	Meyenburg	9 Uhr B.
31. "	Wittstock	" " "
2. Juni	Dannenwalde	1 1/2 " N.
3. "	Kyritz	10 " B.
4. "	Neustadt a./D.	8 1/2 " "

- 2) Die angekauften Pferde werden sofort abgenommen und gegen Quittung baar bezahlt.
- 3) Pferde mit Fehlern, welche nach den Gesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, desgleichen Pferde, die sich während der ersten 28 Tage nach dem Tage der Einlieferung in das Depot als Klopheute erweisen. Die gesetzmäßige Gewährfrist wird für periodische Augenentzündung (innere Augenentzündung, Mondblindheit) auf 28 Tage nach dem Tage der Einlieferung in das Depot verlängert, für Koppen (Krippen-

setzen) auf 10 Tage vom genannten Zeitpunkt ab verkürzt.

- 4) Verkäufer, die Pferde vorführen, welche ihnen nicht eigentümlich gehören, müssen sich gehörig ausweisen können.
- 5) Der Verkäufer ist verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue, starke, rindlederene Trense mit starkem Gebiß und eine neue Kopfhalter von Leder oder Hanf mit 2 mindestens zwei Meter langen Stricken unentgeltlich mitzugeben.
- 6) Zur Feststellung der Abstammung der Pferde sind die Deck- resp. Füllenscheine mitzubringen.

Auch werden die Verkäufer ersucht, die Schweife der Pferde nicht übermäßig zu beschneiden und die Schwanzgrube nicht zu verkürzen.

Berlin, den 28. Februar 1902.

Kriegsministerium. Remonte-Inspektion.

Bekanntmachungen des Königlichen Regierungspräsidenten.

112. Nachweisung der an den Pegeln der Havel und Spree im Monat März 1902 beobachteten Wasserstände.

Tag	Wasserstände der Havel an den Pegeln zu								Wasserstände der Spree an den Pegeln zu					
	Rathenow		Brandenburg		Potsdam	Spandau		Charlottenburg		Copenick	Gr. Tränke Wehr	Weesow	Mile Schadow	
	Oberwasser	Unterwasser	Oberwasser	Unterwasser		Oberwasser	Unterwasser	Oberwasser	Unterwasser					
	Mtr.	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	
1	2,53	1,92	1,48	2,27	1,90	1,37	2,66	1,15	3,28	3,17	0,72	2,69	1,69	1,40
2	2,53	1,93	1,45	2,35	1,83	1,37	2,67	1,10	3,22	3,12	0,74	2,70	1,69	1,40
3	2,55	1,90	1,44	2,31	1,87	1,36	2,67	1,17	3,27	3,17	0,74	2,67	1,69	1,40
4	2,56	1,79	1,48	2,30	1,84	1,37	2,62	1,20	3,30	3,23	0,74	2,66	1,69	1,39
5	2,57	1,72	1,46	2,30	1,88	1,37	2,65	1,17	3,22	3,14	0,74	2,66	1,69	1,39
6	2,58	1,71	1,45	2,28	1,88	1,36	2,65	1,13	3,22	3,10	0,74	2,64	1,69	1,40
7	2,59	1,68	1,44	2,27	1,88	1,35	2,65	1,11	3,22	3,07	0,78	2,56	1,69	1,41
8	2,60	1,72	1,42	2,25	1,86	1,35	2,66	1,08	3,22	3,00	0,81	2,56	1,69	1,42
9	2,63	1,70	1,42	2,31	1,84	1,34	2,70	1,04	3,22	3,00	0,86	2,56	1,70	1,44
10	2,64	1,70	1,43	2,27	1,86	1,36	2,69	1,17	3,22	3,13	0,89	2,60	1,69	1,45
11	2,65	1,69	1,43	2,26	1,87	1,37	2,63	1,21	3,35	3,23	0,89	2,58	1,70	1,44
12	2,66	1,66	1,42	2,27	1,88	1,38	2,65	1,25	3,33	3,20	0,89	2,54	1,70	1,44
13	2,69	1,65	1,43	2,30	1,88	1,37	2,65	1,21	3,33	3,24	0,89	2,54	1,71	1,44
14	2,68	1,65	1,44	2,29	1,88	1,36	2,65	1,23	3,33	3,21	0,89	2,55	1,72	1,42
15	2,71	1,66	1,43	2,29	1,88	1,36	2,67	1,18	3,32	3,20	0,88	2,54	1,72	1,45
16	2,70	1,68	1,40	2,26	1,80	1,38	2,69	1,16	3,29	3,19	0,86	2,58	1,74	1,47
17	2,70	1,62	1,39	2,27	1,83	1,41	2,66	1,25	3,29	3,19	0,87	2,60	1,71	1,48
18	2,70	1,65	1,40	2,24	1,82	1,41	2,65	1,21	3,24	3,15	0,88	2,62	1,73	1,48
19	2,68	1,64	1,41	2,28	1,86	1,41	2,67	1,22	3,30	3,21	0,89	2,62	1,73	1,48
20	2,66	1,64	1,40	2,22	1,83	1,40	2,67	1,26	3,33	3,24	0,88	2,60	1,76	1,50
21	2,67	1,61	1,40	2,21	1,84	1,41	2,67	1,26	3,34	3,25	0,88	2,59	1,76	1,50
22	2,67	1,64	1,41	2,28	1,84	1,42	2,67	1,27	3,34	3,25	0,88	2,59	1,73	1,50
23	2,66	1,70	1,41	2,36	1,80	1,42	2,68	1,29	3,30	3,19	0,87	2,61	1,75	1,51
24	2,68	1,65	1,42	2,31	1,86	1,43	2,67	1,24	3,32	3,21	0,86	2,60	1,75	1,52
25	2,73	1,65	1,42	2,28	1,85	1,42	2,64	1,20	3,30	3,13	0,87	2,59	1,76	1,52
26	2,75	1,63	1,41	2,21	1,87	1,42	2,65	1,23	3,33	3,17	0,86	2,60	1,77	1,54
27	2,83	1,62	1,39	2,26	1,86	1,44	2,65	1,23	3,27	3,17	0,86	2,60	1,76	1,54
28	2,88	1,69	1,39	2,33	1,84	1,42	2,67	1,18	3,31	3,18	0,87	2,61	1,76	1,54
29	2,93	1,65	1,41	2,32	1,84	1,43	2,69	1,25	3,38	3,27	0,88	2,62	1,77	1,54
30	2,87	1,65	1,41	2,16	1,78	1,47	2,74	1,25	3,36	3,26	0,88	2,66	1,80	1,56
31	2,98	1,63	1,35	2,39	1,75	1,51	2,74	1,29	3,37	3,28	0,88	2,71	1,81	1,58

Potsdam, den 21. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Öffentliche Verlosung.

113. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 10. März 1902 dem Central-Komitee der Jubiläums-Kunstaussstellung zu Karlsruhe die Erlaubnis zu erteilen geruht, zu der öffentlichen Verlosung von Kunstwerken und Jubiläums-Münzen, welche im Anschlusse an die in der Zeit vom 25. April bis 15. Oktober d. Js. unter dem Protektorate Seiner Königlichen Hoheit des Erbgroßherzogs von Baden stattfindende Jubiläums-Kunstaussstellung in Karlsruhe veranstaltet werden soll, auch im diesseitigen Staatsgebiete Loose zu vertreiben.

Nach dem Lotterienplane sollen 100000 Loose zu je 1 M. — einschließlich des Stempels — ausgegeben werden und 90 Kunstwerke im Werthe von 30000 M., sowie 7000 Jubiläums-Denkmünzen im Werthe von 20000 M., zusammen 7090 Gewinne im Gesamtwerte von 50000 M. zur Auspielung gelangen.

Potsdam, den 15. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Öffentliche Verlosung.

114. Der Herr Minister des Innern hat dem Verein zur Förderung der Pferde- und Viehzucht in den Harzlandshöfen zu Queblinburg durch Erlaß vom 8. April 1902 — Hd. 2568 — die Erlaubnis erteilt, in diesem Jahre wiederum eine öffentliche Verlosung von Wagen, Pferden, Reis-, Fahr- und Jagdgeräthen u. zu veranstalten und die Loose — 50000 Stück zu je 1 M. — in der ganzen Monarchie zu vertreiben.

Die Anzahl der Gewinne beträgt 1500 im Gesamtwerte von 23000 Mark.

Potsdam, den 18. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Schießfreie Tage auf dem Schießplatze in Gummersdorf für 1902.

115. Unter Hinweis auf die Polizeiverordnung vom 2. November 1875 — Amtsblatt Seite 366 — bringe ich zur öffentlichen Kenntnis, daß die schießfreien Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für das Jahr 1902 wie folgt festgesetzt worden sind:

April: 25., 27., 28., 30.

Mai: 1., 4., 7., 8., 9., 11., 13., 14., 17., 18., 19., 21., 22., 25., 28., 29., 31.

Juni: 1., 4., 8., 11., 15., 18., 22., 25., 29.

Juli: 2., 6., 9., 13., 16., 20., 23., 27., 30.

August: 3., 6., 10., 13., 15., 17., 20., 24., 27., 31.

September: 3., 7., 10., 14., 17., 21., 24., 28., 29.

Oktober: 1., 5., 7., 8., 12., 13., 15., 19., 20., 22., 26., 29.

November: 1., 2., 3., 5., 9., 10., 12., 16., 17., 19., 23., 24., 26., 30.

Dezember: 1., 2., 3., 7., 8., 9., 10., 14., 15., 16., 17., 21., 24., 25., 26., 28., 29., 31.

Potsdam, den 17. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Ortsbenennung.

116. Der zum Gemeindebezirk Behlesang, Kreis Osthavelland, gehörenden Neuan siedelung, eingetragen

im Grundbuch von Behlesang Band VIII. Blatt 317, welche rd. 900 m südöstlich von Behlesang und rd. 500 m nordwestlich von Eichstaedt entfernt, unmittelbar östlich von der Kreischauffee Kremmen—Dennigsdorf und etwa 1600 m westlich von der Berlin—Kremmener Eisenbahn gelegen ist, habe ich den Namen Karlsruhe beigelegt.

Potsdam, den 7. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Festleimmärkte.

117. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat Namens des Provinzialrats genehmigt, daß in Treuenbriegen in Verbindung mit dem ersten Wochenmarkt in jedem Monat 1 Festleimmarkt abgehalten wird.

Für das laufende Jahr sind dieselben auf den 12./4., 31./5., 14./6., 26./7., 23./8., 20./9., 25./10., 22./11. und 20./12. festgesetzt.

Potsdam, den 19. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Brückenperr.

118. Die Elbbrücke bei Wittenberge wird zur Vornahme von Ausbesserungsarbeiten vom 26.—30. Mai und vom 3. bis 6. Juni dieses Jahres für den Fuhrwerkverkehr gesperrt.

Potsdam, den 17. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekleidungsindustrie-Berufsgenossenschaft.

119. Als technischer Aufsichts- und Rechnungsbeamter ist von dem Vorstande der Bekleidungsindustrie-Berufsgenossenschaft Herr Eduard Knust in Groß-Lichterfelde, Potsdamer Chaussee 50, bestellt worden.

Potsdam, den 18. April 1902.

Der Regierungspräsident.

120. Viehsuchen.**I. Festgestellt:**

a. Milzbrand. Kreis West-Havelland: Weseram, Brädlow. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: Langen-Lipsdorf. Kreis Teltow: Zeuthen.

b. Schweineseuche. Kreis Nieder-Barnim: Buch. Kreis Prenzlau: Neuklin, Damerow b./Neuklin, Dom. Rosenthal. Kreis Teltow: Jernsdorf, Rantwig, Mariendorf.

c. Bläschenauschlag. Kreis Ruppin: Kampehl.

II. Erloschen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Ost-Havelland: Tarmow.

b. Milzbrand. Kreis Teltow: Groß-Lichterfelde.

c. Schweineseuche. Kreis Nieder-Barnim: Jeyersnied, Lichtenberg. Kreis Zauch-Belzig: Wilhelmshäufel b./Potsdam.

d. Geflügelcholera. Kreis Ost-Havelland: Pichelsdorf.

e. Bläschenauschlag. Kreis Beesow-Storkow: Hohenbrück, Markgrafpieske. Kreis West-Prignitz: Karstädt.

Potsdam, den 22. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Notierungen forstversorgungsberechtigter Anwärter.

16. Der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat den Regierungsbezirk Cassel bis auf Weiteres für Notierungen forstversorgungsberechtigter Anwärter geschlossen.

Potsdam, den 18. April 1902.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Marktkommission des Spezialmarktes für Waaren in Berlin.

44. Hiermit bringe ich zur öffentlichen Kenntnis, daß ich an Stelle des Kaufmanns Hugo Heilmann den Kaufmann Moriz Grohn hierselbst, Am Karlsbad 1b., zum Mitgliede der Marktkommission des Spezialmarktes für Waaren in Berlin ernannt habe.

Berlin, den 16. April 1902.

Der Polizeipräsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Gemeindefälle für Fernsprechnetze.

29. Bei dem Kaiserlichen Haupt-Fernsprechamt hier W., Französischestr., liegen Pläne aus über die Herstellung eines Gemeindefalles für Fernsprechnetze auf dem Platz am Opernhause sowie über die Herstellung einer Fernsprechnetzlinie (Gemeindefall bz. Erdkabel) von Ede Bärwald- und Blücherstraße durch die Bärwaldstraße nach Bergmannstraße 28/29 und nach Gneisenaustraße 41.

Berlin C. 2, den 15. April 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Eröffnung neuer Telegraphenanstalten.

30. Bei der Postkassette in Wolzig bei Friedersdorf (Mark) wird am 23. April d. J. der Telegraphenbetrieb eröffnet.

Potsdam, den 19. April 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion. Gärtler.

Bekanntmachungen der Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Preussisches Staatsschuldbuch.

2. Das Preussische Staatsschuldbuch ist auch in dem Ende März d. J. abgelaufenen Geschäftsjahre seitens der Besitzer von Schuldverschreibungen der konsolidierten Staatsanleihen lebhaft in Anspruch genommen worden.

Die Zahl der eingetragenen Konten betrug Ende März 1900: 26102 über 1385316900 M. Kapital,

1901: 28909 „ 1466168250 „ „

es ist bis Ende März 1902 auf

30337 über 1577323650 M.

gestiegen.

Von diesen Konten entfallen 86,2 % auf Kapitalien

bis zu 50000 M. und 13,8 % auf größere Kapitalanlagen.

Für physische Personen waren Ende März 1902 18372 Konten über 717527000 M., für juristische Personen 5515 Konten über 584669850 M. eingetragen. Die Zahl der Konten für Bevormundete oder in Pflegschaft Stehende beträgt 1901.

Von den Zinsen ließen sich die Empfangsberechtigten halbjährlich 17666 Posten von der Staatsschulden-Tilgungskasse in Berlin durch Wertbrief oder Postanweisung direkt zuwenden, 5017 Posten wurden durch Gutschrift auf Reichsbank-Girokonto berichtigt und 13604 Posten wurden bei den mit der Auszahlung betrauten königlichen Kassen und Reichsbankanstalten abgehoben.

Von den Konteninhabern wohnen 26175 in Preußen, 3838 in anderen Staaten Deutschlands, 251 in den übrigen Staaten Europas, 14 in Asien, 16 in Afrika und 43 in Amerika.

Das Staatsschuldbuch ist allen denjenigen Besitzern Preussischer Konsols zu empfehlen, für welche diese Papiere eine dauernde Anlage bilden, und welche Kapital und Zinsen gegen den Schaden unbedingt sichern wollen, der ihnen, so lange ihr Recht von dem jeweiligen Fiskus der Schuldverschreibungen und Zinscheine abhängig ist, durch Diebstahl, Verbrennen oder sonstiges Abhandenkommen dieser Effekten nicht selten entsteht.

Aufwende Verwaltungskosten werden von den Konteninhabern nicht erhoben. Für jede Einsschrift ist ein einmaliger Betrag von 25 Pfennig für jede angefangenen 1000 M. des Kapitalbetrages, über welchen verfügt wird (mindestens 1 M.) zu zahlen.

Die von uns herausgegebenen „Amtlichen Nachrichten über das Preussische Staatsschuldbuch“, welche über Zweck und Einrichtung des Schuldbuches Genaueres enthalten, können durch jede Buchhandlung oder direkt von dem Verlage J. Guttentag, G. m. b. H., Berlin, für den Preis von 40 Pf. oder durch die Post frei 45 Pf. bezogen werden.

Berlin, den 9. April 1902.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirektion zu Berlin.

Offenbahnstation Nikolassee.

16. Am 1. Mai d. J. wird die am Schnittpunkte der Wannseebahn und der Bahn Berlin-Norhhausen zwischen den Stationen Wannsee und Schlachtensee bzw. Grunewald neuerrichtete Station Nikolassee für den Personen-, Gepäc- und Expressgutverkehr eröffnet werden.

Zur Bedienung der neuen Station werden sämtliche Vorortzüge der Strecken Berlin-Grunewald-Potsdam und Berlin-Septenborn-Schlachtensee-Potsdam in beiden Richtungen in Nikolassee halten.

Berlin, den 12. April 1902.

Königliche Eisenbahndirektion.

Bekanntmachungen des Landesdirektors der Provinz Brandenburg.

Biehenschädigungen.

5. In Gemäßheit des § 5 des Kopfkrankheits- und Lungenseuchen-Reglements vom 18. Januar 1876 und 10. März 1885

§§ 11 ff. des Milzbrand-Reglements vom 4. März 1893 bringe ich zur öffentlichen Kenntnis, daß die am 4. April 1895

2. Dezember 1901 in der Provinz erfolgte Zählung 272956 Pferde und 769672 Rinder ergeben hat.

Die Biehenschädigungen im Jahre 1901 betragen bei:

Hierzu 3 v. H. Verwaltungskosten

sind zusammen

Davon ab die im Jahre 1900 erhobenen Mehrbeträge von . .

verbleiben

Zur Deckung dieser Beträge sowie der für die Ortsbehörden einzuziehenden Hebegebühren mit 3 v. H. sind vom Provinzialausschuß die Beiträge festgesetzt:

a. für jedes Pferd oder jeden Esel bei Kopfkrankheit auf 9 Pf.

bei Milzbrand auf 2 Pf.

b. für jedes Rind bei Lungenseuche auf — Pf.

bei Milzbrand (nach der einfachen Stückzahl) auf 15 Pf.

Nach Abzug der Hebegebühr von bleiben an die Landeshauptkasse abzuführen

Gegen obige Bedarfssumme von .

weniger

mehr

so daß unter Hinzurechnung des von Beiträgen für Lungenseuche des Rindviehs aus 1900 verbliebenen Bestandes von

sich ein Ueberschuß ergibt von . .

welcher bei dem Ausschreiben der Beiträge für 1902 Berücksichtigung finden wird.

Berlin, den 22. April 1902.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg. Freiherr von Manteuffel.

Kopfkrankheit und Lungenseuche					Milzbrand				
Pferde		für Rinder		Summe	Pferde		für Rinder		Summe
M	S	M	S		M	S	M	S	
23666	25	—	—	23666	25	3756	190	108003	33
709	99	—	—	709	99	112	71	3240	10
24376	24	—	—	24376	24	3869	61	111243	43
363	11	—	—	363	11	465	30	2669	03
24013	13	—	—	24013	13	3404	31	108574	40
24566	04	—	—	24566	04	5459	12	—	—
736	98	—	—	736	98	163	77	115450	80
23829	06	—	—	23829	06	5295	35	111987	27
24013	13	—	—	24013	13	3404	31	108574	40
184	07	—	—	184	07	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	1891	04	3412	87
—	—	10619	81	10619	81	—	—	—	—
—	—	—	—	10435	74	—	—	—	5303
—	—	—	—	—	—	—	—	—	91

120909 92

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Veränderungen von Gemeindebezirsgrenzen.

Stb. Nr.	Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke.	Bisheriger Gemeindebezirk.	Künftiger Bezirk.
1.	Die im Eigenthume der Gemeinde Drees befindliche, in der Gemeindefeldmark Drees belegene, in der Grundsteuer Mutterrolle auf Artikel Nr. 42, im Grundbuch Band I. Blatt Nr. 18, Kartenblatt 2 verzeichnete Parzelle Nr. 92 von 3 ha 66 ar 40 qm Flächeninhalt mit einer Grundsteuer von 16,49 M.	Drees	Drees

Verleberg, den 5. April 1902.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Zfd. Nr.	Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke.	Bisheriger Guts- oder Gemeindebezirk	Künftiger Gemeindebezirk	Beschlussbehörde und Beschluss J.-Nr.
1.	Die Kartenblatt 2 Nr 442/208 in der Gemarkung Boltersdorf belegene Parzelle in Größe von 0,4383 ha.	Alte fiskalische Dorfaue	Gemeindebezirk Boltersdorf	16. Januar 1902 J.-Nr. II. 304
2.	Kartenblatt 2 Parzelle Nr 33, 34, 35, 36 und 86/41 von zusammen 324 ha 82 ar 94 qm, den von Rothow'schen Erben, Stülpe, gehörig.	Gutsfeldmark Niesdorf	Gutsbezirk Stülpe	12. März 1902 J.-Nr. II. 1259

Eine Veränderung des gemeinderechtlichen Zustandes von **Wohnplätzen** haben die vorbezeichneten beiden Umgemeindungen **nicht** nach sich gezogen.

Jüterbog, den 17. April 1902.

Der Landrath.

Sezung eines Merkpfahles.

15. Das Konzeptionsverfahren, durch welches in den Jahren 1853/54 der Draußenmühle zu Prenzlau die Erlaubniß erteilt wurde, die Mahlmühle umzubauen (Konzeption vom 16. August 1853) und eine Deltmühle neu zu errichten (Konzeption vom 4. Oktober 1854) ist durch eine am 22. März d. J. bei der Draußenmühle vorgenommene Sezung eines Merkpfahles von Amtswegen ergänzt worden. Nach den Wasserstandsmarken des neugesetzten Merkpfahles ist der Mäller der Draußenmühle befügt, einen **Normalstau** für Sommer- und Winterwasserstand von 35 cm über Fachbaum des Mahlgerinnes der Draußenmühle zu halten, der in **Ausnahmefällen** und zwar gleichfalls für Sommer- und Winterwasserstand um 10 cm, also bis auf 45 cm über Fachbaum des Mahlgerinnes der Draußenmühle überschritten werden darf.

Prenzlau, den 9. April 1902.

Der Kreisaußschuß des Kreises Prenzlau.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Allgemeine Vertrags-Bedingungen für die Ausführung von Garnisonbanten.

Zur Ergänzung und Verichtigung der Bekanntmachung in Stück 14 des Amtsblatts wird Folgendes zur öffentlichen Kenntniß gebracht:

1) Zu Seite 162 Nr 25:

Der 3. Absatz ist zu streichen und dafür zu setzen:
„Die Stempelsteuer trägt der Unternehmer nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen. Auch diejenigen Stempelbeträge sind von dem Unternehmer zu zahlen, die von der Steuerbehörde etwa nachträglich gefordert werden.“

2) Zu Seite 163:

Am Schluß der Bedingungen ist an Stelle:
„Intendantur III. Armeekorps“ zu setzen:

„Intendantur des Garde- und III. Armeekorps.“

Berlin, den 10. April 1902.

Intendantur III. Armeekorps.

Personal-Chronik.

Im Kreise Templin ist ernannt worden zum Amtsvorsteher-Stellvertreter: Königl. Oberamtmann Gysae, Strehlow, für den Bez. 6 „Strehlow“.

Im Kreise Niederbarnim ist ernannt worden zum Amtsvorsteher: Polizeihauptmann a. D. Münster in Birkenwerder für den Bezirk 36 „Birkenwerder“.

Im Kreise Weßpreignitz ist ernannt worden zum Amtsvorsteher-Stellvertreter: Gutsbesitzer Schüße in Zichow für den Bezirk 28 „Gr.-Leppin“.

In Stelle des Amtsraths Bömmel zu Grube ist der Oberamtmann Frieße zu Paaren a./B. als Vertreter der Teilnehmer an dem Domänen-Feuerschadensfonds im Regierungsbezirk Potsdam gewählt worden.

Der bisherige Pfarrer Paul Martin Reinhold Morgenroth in Steinhöfel, Diözese Angermünde, ist zum Pfarrer der Parochie Plaenitz, Diözese Bistumshausen a. D., bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer Traugott Friedrich Wilhelm Todt zu Lenzerswische, Diözese Lenz, ist zum Pfarrer zu Barenthin, Diözese Kyritz, bestellt worden.

Der bisherige Hülfsprediger Paul Georg Spillieb Wulkow ist zum Pfarrer der Parochie Alt-Trebbin, Diözese Briezen, bestellt worden.

Der bisherige Predigamtscandidat Karl Wilhelm Peter Jahn ist zum Hülfsprediger in Bernau, Diözese gleichen Namens, bestellt worden.

Der Lehrer Max Schöffner ist endgültig als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Der Gemeindefchullehrer Matag ist als Gemeindefchulrektor in Berlin angestellt worden.

Der Gemeindefchullehrer Sperling ist als Gemeindefchulrektor in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam.

Statzmäßig angestellt sind der Postpraktikant Bollmann in Jehlendorf (Wannseebahn) als solcher, die Postassistenten Max Berg in Potsdam, Harry Berg in Wildpark, Bogen in Ludenwalde, Eggert in Wittenberge (Bezirk Potsdam), Ernst in Potsdam, Ganger in Freienwalde (Oder), Gendlow in Briezen, Gräfer in Neustadt (Dosse) 1 (Bf.), Grangow in Nauen, Heidemann in Jüterbog, Heinisch in Treuenbriezen, Ruhnow in Briezen, Wilhelm Müller in Dranienburg, Max Müller in Neuruppin, Mahme in Potsdam, Polster in Königs-Wusterhausen, Radefse in Rallberge-Nüdersdorf, Reglaff in Angermünde, Schmiel in Potsdam, Sokolowsky in Werder (Havel), Strauer in Nowawes-Neuendorf, Tsch in Ludenwalde, Tugemann in Jossen, Wamstedt in Belten (Mark) und Wohlgemuth in Strasburg

(Udermark) als solche, die Postassistenten Gley in Eibenberg (Mark) 1 (Bhf.) und Kröning in Eichwalde (Kreis Teltow) als Postverwalter und die Postanwärter Koesfell in Bernau (Mark), Laute in Nauen, Prüfert in Werder (Havel), Schlägel in Dranienburg, Schmidt in Freienwalde (Oder), Schneider in Potsdam, Schöppe in Zehlendorf (Bannseebahn), Schubert in Ludenwalde und Gustav Schulze in Brandenburg (Havel) als Postassistenten.

Uebertragen ist dem Postassistenten Forkel aus Darmstadt die Vorsteherstelle bei dem Postamt 1. in Friedrichshagen, dem Postassistenten Stein aus Stolp (Pommern) die Vorsteherstelle des Postamts 1. in Zehlendorf (Bannseebahn) — unter Ernennung derselben zu Postdirektoren —, den Postassistenten Brauer aus Prenzlau und Wolfhagen aus Eberswalde je eine Stelle für Hilfsreferenten bei der Ober-Postdirektion in Potsdam unter Ernennung der beiden letzteren zu Postinspektoren, den Postassistenten Edler in Potsdam eine Stelle für Postinspektoren bei dem Postamt in Potsdam, Hedler in Brandenburg (Havel) eine Stelle für Postinspektoren bei dem Postamt in Brandenburg (Havel), Göbel aus Harburg (Elbe) eine Stelle für Postinspektoren bei dem Postamt in Spandau und Meyer aus Neuruppin eine Stelle für Postinspektoren bei dem Postamt 4 in Berlin, dem Ober-Postsekretär Teske aus Cöpenick eine Stelle für Postinspektoren bei dem Postamt 24 in Berlin, den Ober-Postdirektionssekretären Wenmann aus Berlin die Kassirerstelle bei dem Postamt in Neuruppin, G. G. P. Müller aus Potsdam eine Kassirerstelle bei dem Stadtfürsprechamt in Hamburg, J. E. W. Müller aus Potsdam die Kassirerstelle bei dem Telegraphenamt in Halle (Saale), Schäffer aus Coblenz die Kassirerstelle bei dem Postamt in Prenzlau und Strupat aus Potsdam die Kassirerstelle bei dem Postamt in Eberswalde — den 5 letzten Beamten ist gleichzeitig der Charakter als Postinspektor verliehen worden — dem Postsekretär Hildebrandt aus Stettin die Ober-Postsekretärstelle bei dem Postamt in Cöpenick und den Postsekretären Fanger aus Coblenz, Grätisch aus Stralsund und H. E. A. J. Schulze aus Hamburg je eine Bureaubeamtenstelle 1. Klasse bei der Ober-Postdirektion in Potsdam.

Ernannt sind der Telegraphenamtskassierer Sachigly in Potsdam zum Ober-Postinspektor, der Postassistent Hohmann in Angermünde zum Postdirektor und der Postsekretär Brege in Neustadt (Dosse) 1 (Bhf.) zum Postmeister.

Versetzt sind der Postassistent Vogt von Spandau nach Niddorf, die Postmeister Dreyer von Randzgin nach Treuenbriezen und Goerth von Rupp (Ostpreußen) nach Storkow (Mark), der Ober-Postassistent Buchholz von Prenzlau nach Werder (Havel), die Ober-Telegraphenassistenten Czubinski von Posen nach Angermünde, Dedder von Jüterbog nach Templin und Tilger von Potsdam nach Berlin, der Ober-Postassistent Wilhelm von Berlin nach Lindow (Mark) unter Ernennung zum Postverwalter, der Postverwalter

Binkowsky von Lindow (Mark) nach Prenzlau unter Ernennung zum Ober-Postassistenten, der Postassistent Bahl von Jüterbog nach Gisdwen unter Ernennung zum Postverwalter, die Postassistenten Manicki von Posen nach Jüterbog und Volkmann von Berlin nach Prignitz.

In den Ruhestand treten der Postmeister Held in Friedrichshagen, der Ober-Postassistent Huth in Dranienburg und der Postverwalter Haake in Plaue (Havel).

Gestorben ist der Postverwalter Dumzlass in Prigrab.

Personalveränderungen beim Königl. Oberbergamte zu Halle (Saale) im 1. Vierteljahre 1902.

Beim Oberbergamte wurde dem Berghauptmann Dr. Fürst die Genehmigung zur Anlegung des ihm verliehenen Fürstlich Schwarzburg'schen Ehrenkreuzes 1. Klasse erteilt.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Kaufmann Max Amtmann, geboren 1. Februar 1870 zu Berlin, amerikanischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 17. Dezember 1901 ausgewiesen.

Der Klempner Mendel Erlich, geboren 15. August 1862 zu Krost, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 17. Februar 1902 ausgewiesen.

Der Drehorgelspieler Angelo Marassi, geboren 10. Mai 1847 zu Pegli, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 4. März 1902 ausgewiesen.

Der Drehorgelspieler Palatine Pellegrino, geboren 10. August 1866 zu Parma, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 10. März 1902 ausgewiesen.

Der Isidor Israel Kohn, geboren 31. Mai 1881 zu Berlin, serbischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 13. März 1902 ausgewiesen.

Der Student Henri Schenkel, geboren 19. Januar 1880 zu Paris in Frankreich, französischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 19. März 1902 ausgewiesen.

Der Händler Domenico Cinello, geboren 12ten Dezember 1843 zu Gioparello in Italien, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 22. März 1902 ausgewiesen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Rang.	Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat	Datum des Ausweisungs-Beschlusses
		der Ausgewiesenen				
1.		2.	3.	4.	5.	6.
			a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:			
1		Antoine Gardon, Kellner,	geboren am 20. September 1859 zu Nizza, Frankreich, französischer Staatsangehöriger,	Versuch des schweren Diebstahls (2 Jahre Zuchthaus, laut Erkenntnis vom 7. März 1900),	Großherzoglich badischer Landeskommissär zu Karlsruhe,	14. Februar 1902.
2		Hermann Herget, Porzellandreher,	geboren am 6. August 1858 zu Langlamitz, Bezirk Luditz, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Versuch des schweren Raubes (3 Jahre Zuchthaus, laut Erkenntnis vom 8. März 1899),	Königlich bayerisches Bezirksamt Damburg II.,	1. März 1902.
3		Michael Hofer, Böttner,	geboren am 16. August 1876 zu Bruck, Bayern, ortsangehörig zu Schönbach, Bezirk Eger, Böhmen,	neun schwere und zwei einfache Diebstähle im Rückfalle (5 Jahre Zuchthaus, laut Erkenntnis vom 16. Januar 1897),	Königlich bayerisches Bezirksamt Erlangen,	23. April 1897.
			b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:			
1		Eduard Dimof, Schweizer,	geboren am 27. Oktober 1865 zu Langenbruck, Bezirk Reichenberg, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Wiesbaden,	20. März 1902.
2		Adalbert Frabeky, Brauergehülfe,	geboren am 21. Januar 1864 zu Prag, Böhmen, ortsangehörig ebenda selbst,	Betrugsversuch, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Betteln und grober Unfug,	Königlich bayerisches Bezirksamt Passau,	8. März 1902.
3		Johann Laube, Tagner,	geboren am 23. März 1861 zu Böbikon, Kanton Aargau, Schweiz, ortsangehörig ebenda selbst,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Straßburg,	20. März 1902.
4		Paul Schmidt, Arbeiter,	geboren am 8. Mai 1854 zu Teplitz, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	desgleichen.
5		Benzl Steinberger, Sattlergehülfe,	geboren am 17. Dezember 1836 zu Prag, Böhmen, ortsangehörig zu Kuttenberg, ebenda selbst,	Widerstand gegen die Staatsgewalt, Betteln und grober Unfug,	Königlich bayrischer Bezirksamt Passau,	8. März 1902.

Hierzu Sechs Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf. Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Stück 18.

Den 2. Mai

1902.

Inhaltsverzeichnis. Inhalt von Stück 11/12 der Ges.-Sammlung S. 199. — Verleihung des Rechts zur Chauffeegelderhebung u. S. 199. — Ablagenarif. S. 199. — Tarifergänzung. S. 200. — Restorationsbanamt in Charlottenburg. S. 200. — Schrekwaffe von Ordonnen. S. 200. — Neubenennung einer Kolonie. S. 200. — Eisenbahn Rhenb.-Rhen-Ruppin-Herzberg. S. 200. — Einreichung von Bauvorlagen. S. 200. — Landespoltzeiliche Anordnung. S. 201. — Dampfessel-Überwachungs-Verein. S. 201. — Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter. S. 201. — Viehsuchen. S. 201. — Versendung von Paketen während der Pfingstzeit. S. 201. — Annahme von Postsendungen durch die Landbriefträger. S. 201. — Cementkapal für Fernsprechkabel. S. 202. — Wartstellenanerkennung. S. 202. — Auslösung von Rentenbriefen. S. 202. — Statut des Brandenburgischen Provinzialverbandes. S. 202. — Südendes Eisenbahn-Kurenbuch. S. 202. — Schiedsgericht für Arbeitsverhältnisse. S. 202. — Personal-Chronik. S. 202. — Geschenke an Kirchen u. S. 204. — Ausweisungen aus Preußen. S. 206. — Ausweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiet. S. 206. — Beilage: Verteilungsplan der Lehrer-Ruhegehaltstafel.

Ges.-Sammlung
für die Königl. Preussischen Staaten.
(Stück 14.) Nr. 10334. Gesetz, betreffend die Aufhebung des Amtsgerichts in Nordstrand. Vom 16. April 1902.

Nr. 10335. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil der Bezirke der Amtsgerichte Camberg, Höchst a./M., Kumburg a./L., Nassau und Wiesbaden. Vom 14. April 1902.

(Stück 12.) Nr. 10336. Gesetz, betreffend Einführung einer Schonzeit für das schottische Moorhuhn. Vom 15. April 1902.

Allerhöchster Erlass.

Verleihung des Rechts zur Chauffeegeld-Erhebung und Anwendung der zusätzlichen Vorschriften zum Chauffeegeldtarife vom 29. Februar 1840.

Auf Ihren Bericht vom 27. März 1902 will Ich dem Kreise Ruppin, Regierungsbezirks Potsdam, welcher eine Chauffee von Rörig über Drees, Giesenhorst und Siegrothsdorf bis zur Grenze des Kreises Westphalen in der Richtung auf Kolonie Runtwerder erbaut hat, gegen Uebernahme der künftigen Chauffeemäßigen Unterhaltung der Straße das Recht zur Erhebung des Chauffeegeldes nach den Bestimmungen des Chauffeegeldtarifs vom 29. Februar 1840 (G.-S. S. 94 ff.) einschließlich der in demselben enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen, sowie der sonstigen, die Erhebung betreffenden zusätzlichen Vorschriften — vorbehaltlich der Abänderung der sämtlichen vorausgesetzten Bestimmungen — verleihen. Auch sollen die dem Chauffeegeldtarife vom 29. Februar 1840 angehängten Bestimmungen wegen der Chauffee-Vollstreckung auf die gedachte Straße zur Anwendung kommen. Die eingereichte Karte erfolgt anbei zurück.

Berlin, den 7. April 1902.

gez. Wilhelm R.

 Für den Minister der öffentlichen Arbeiten.
gegenges. Schönstedt.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

25. Tarif
für die Benutzung der Ablagen und der Ein- und Auslageräume der Gemeindefriedhöfe, am 48. des Oberen Havelwasserstraßen.

Es ist zu zahlen:

- I. an Schiffstollgeld**
von jedem anlegenden Fahrzeuge und zwar
- 1) von Dampfern
für eine Liegezeit bis zu einschließlich 10 Tagen 1 Mk.
für jeden folgenden Zeitraum von zehn Tagen 50 Pf.
 - 2) von anderen Fahrzeugen
für jeden Zeitraum von 10 Tagen der Liegezeit 50 Pf.

Ausnahme.

Für Dampfer, welche einem regelmäßigen Personenverkehr dienen, kann nach Wahl anfangs der tarifmäßigen Abgabe für jede einzelne Fahrt eine jährliche Abfindungssumme von 20 Mk. entrichtet werden.

II. Ufergeld

von Gütern, welche an den Ablagen oder über die Rampe aus- oder eingeladen werden und zwar:

- 1) von allen nachstehend nicht besonders genannten Gütern für 100 kg 2 Pf.
- 2) von Getreide, Mehl, Kleie, Heu, Stroh, Bier, Wein, Del., Petroleum, Spiritus, Theer, Heringen, Zucker, Kaffee, frischem oder getrocknetem Obst, Kartoffeln und Rüben für je 50 kg der ersten 5 Tonnen (5000 kg) und für je 100 kg des Mehrgewichts 1 Pf.
- 3) von Mauersteinen, Dachziegeln und Schiefertafeln für 100 Stück 1 Pf.
- 4) von Kalk- und Feldsteinen, Lehm, Kies, Sand, Bau-, Nutz- und Brennholz, mit Ausnahme von Faschinen und Reisig, für 1 cbm 5 Pf.

- 5) von Faschinen und Reisig für 1 cbm. . . 2 Pf.
6) von Rohr für 100 Bund 8 Pf.

Zusätzliche Bestimmung.

- 1) Bruchtheile der Tarifeinheiten werden bei der Abgabeberechnung für vollgerechnet.
- 2) Das nach Ziffer II. für Benutzung der Ablagen zu zahlende Ufergeld berechtigt zu einer Lagerung von höchstens 60 Tagen.

Befreiungen.

- 1) Fahrzeuge und Güter, welche dem Könige, dem preussischen Staate oder dem deutschen Reiche gehören oder ausschließlich für deren Rechnung befördert werden, sind von den Abgaben zu I. und II. befreit.
- 2) Die Gepäckstücke der auf Personendampfern ankommenden oder abfahrenden Personen sind von der Abgabe unter II. befreit.

Dieser Tarif tritt am vierzehnten Tage nach dem Tage seiner ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

Berlin, den 12. April 1902.

Der Minister | Der Finanz-Minister.
der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen des Königlich-Preussischen Regierungspräsidenten.

Leistungszugung.

121. Die Herren Minister der öffentlichen Arbeiten und der Finanzen haben durch Erlass vom 12. d. Mts. IIIb. 2937 M. d. 3. A.

III. 4492 Fin.-Min.

genehmigt, daß zum Abschnitt I. des Tarifs für die Wasserablage des Kommerzienraths Pincus in Friedenthal am Dranienburger Kanal vom 29. März 1900 folgender Zusatz gemacht werde:

„Für Kohlen ist der Satz von 1 Pf. für je 100 kg anzuwenden.“

Potsdam, den 19. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Meliorationsbauamt II. in Charlottenburg.

122. Zum Nachfolger des Regierungs- und Bau- raths Wegner als Vorseher des Meliorationsbau- amtes II. in Charlottenburg ist vom 1. Mai 1902 ab der Meliorationsbauinspektor Jypach in Düsseldorf durch den Herrn Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten bestimmt worden.

Potsdam, den 25. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Schreibweise eines Ortsnamens.

123. In Verfolg der Anordnung vom 10. März 1898 — A. 531. 3. — (Amtsblatt Seite 119) bestimme ich von Landespolizeiwegen, daß die im Kreise Teltow belegene Stadt „Coepenick“ und der im gleichen Kreise belegene Theil des Gutsbezirks „Coepenicker Forst“

zukunftig **Coepenick** und **Coepenicker Forst**

zu schreiben ist.

Potsdam, den 24. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Schreibweise von Ortsnamen.

124. Von Landespolizeiwegen bestimme ich, daß die im Kreise Angermünde belegenen Ortschaften Kriewen und Krusow zukünftig

Kriewen und
Krusow

zu schreiben sind.

Potsdam, den 24. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Neubenennung einer Kolonie im Kreise Niederbarnim.

125. Von Landespolizeiwegen bestimme ich, daß die auf dem Gelände des Gutsbezirks Rahnsdorf zwischen der Schleifischen Eisenbahn und der Kreischauffee Rummelsburg—Erkner gegründete Kolonie „Neu-Rahnsdorf“, 2,6 km westlich von Erkner, 3,0 km südwestlich von Woltersdorf, 2,0 km östlich von Rahnsdorf und 4,6 km südlich von Schöneiche belegen, künftighin den Namen **Wilhelmshagen** führt.

Potsdam, den 21. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Eröffnung des Arbeitszugesbetriebes auf der Neubausftrasse
Neuhadt—Neuhuppen—Gatzberg.

126. Der Bahndörper der vorgenannten Neubausftrasse ist soweit fertig gestellt, daß zum Zwecke der Vertheilung des Kieles und Verlegung des Oberbaues der Arbeits- zugbetrieb eröffnet werden soll.

Ich ertheile hierzu die landespolizeiliche Zustimmung. Eine besondere Bewachung der Ueberwege findet nicht statt. Es werden jedoch in genügender Entfernung vor den in Schienenhöhe liegenden Wegebügelgängen Kaut- tafeln aufgestellt werden.

Die Arbeitszüge werden auf gerichteten, gestopften, vollständig betriebsfähig und sicher hergestellten Strecken mit einer Geschwindigkeit von 20 km in der Stunde verkehren.

Auf noch im Ausbau befindlichen Gleisen darf, vorausgesetzt, daß der Zug vorschriftsmäßig mit besetzten Bremsen versehen ist, die Geschwindigkeit nur 10 km in der Stunde betragen.

Zur Verhütung von Unfällen weise ich darauf hin, daß:

- 1) das unbefugte Betreten der Bahnanlagen und des Gleises mit Gefahr verbunden ist,
- 2) die Bahn nur an den zu Uebergängen bestimmten Stellen betreten und überschritten werden darf,
- 3) an den Wegebügelgängen gehalten werden muß, sobald die Annäherung eines Arbeitszuges durch das Glockenzeichen, die Dampfpeife der Lokomotive oder anderweitig demerklich gemacht wird.

Potsdam, den 25. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung

zur Baupolizeiordnung für die Vororte, betreffend die Einstellung von Bauvorlagen.

127. Auf Grund des § 30 Ziffer 6 der Baupolizei- ordnung für die Vororte von Berlin vom 5. Dezember 1892 ordne ich an, daß im Gemeindebezirk Gargitz die den

Anträgen auf baupolizeiliche Genehmigung beizufügenden Bauverlagen dem Amtsvorstand in Steglitz in drei Stücken einzureichen sind. Von diesen muß mindestens eines Papierzeichnung oder Einwandpause sein, während die beiden anderen Lichtpausen sein können.

Potsdam, den 27. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Landespolizeiliche Anordnung.

128. Mit Ermächtigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domainen und Forsten ordne ich in Ergänzung meiner landespolizeilichen Anordnung vom 2. Juni 1894, betreffend die Schutzmaßregeln gegen die Schweinepeste (Schweinepest) und den Rothlauf der Schweine, in Gemäßheit der §§ 18 ff. des Reichsgesetzes, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen vom 1. Mai 1894 hiermit folgendes an:

Die Vorschriften meiner landespolizeilichen Anordnung vom 2. Juni 1894 (A.-Bl. S. 238) finden auf Backsteinblättern mit der Maßgabe Anwendung, daß die in Ziffer 7 der Anordnung bestimmte Beschränkung über die Weggabe des Fleisches insofern eine Erleichterung erfährt, als das Fleisch von Schweinen, die nur an Backsteinblättern gelitten haben, nach unschädlicher Beseitigung der veränderten Theile durch die Ortspolizeibehörde zum freien Verkehr zugelassen werden kann.

Diese Anordnung tritt mit dem 1. Mai in Kraft.
Potsdam, den 27. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Dampfkesselüberwachungsverein.

129. Der Ingenieur Salewsky beim Magdeburger Verein für Dampfkesselbetrieb ist im Rahmen seiner Berechtigungen mit der Stellvertretung des Oberingenieurs für das neu errichtete Zweigbureau in Perleberg beauftragt worden.

Potsdam, den 29. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter.

130. Folgende ausländisch-polnische Saisonarbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitsstätten unter Kontraktbruch verlassen:

Namen:	bisheriger Beschäftigungsort:
Anon Nielzarek	Rittergut Krams, Kreis Ostprignitz.
Konstantin Bienecki	
Martin Talszow	
Jan Stasraf	
Josephina Franka	
Antonia Stasraf	
Josephina Stasraf	
Catharina Zwinska	

Die Genannten sind festzunehmen und sofort aus dem Staatsgebiete auszuweisen. Vom Geschehenen ist unter Bezugnahme auf diese Bekanntmachung hierher Nachricht zu geben.

Potsdam, den 29. April 1902.

Der Regierungspräsident.

131.

Viehseuchen.

I. Festgestellt:

a. Milzbrand. Kreis Ostprignitz: Gut Reppenberg. Kreis Teltow: Gut Briz, Gut Rudow. Zauch-Belzig: Fredersdorf.

b. Schweineseuche. Kreis Nieder-Barnim: Weissenfer. Kreis Teltow: Coepenick, Schönefeld, Brunsdorf.

c. Geflügelcholera. Kreis Teltow: Carolinenhof.

II. Erloschen:

a. Milzbrand. Kreis Ostprignitz: Perwenitz. Kreis West-Havelland: Premnitz, Tremmen, Bräbikow. Kreis Prenzlau: Strassburg U./M. Kreis Teltow: Zenthen. Kreis Templin: Storkow, Fietz. Kreis Zauch-Belzig: Lütte, Schwanebeck, Schmergow.

b. Schweineseuche. Kreis West-Havelland: Rathenow. Kreis Teltow: Jossen, Dt.-Wasserhausen, Rudow.

c. Brustseuche. Stadtkreis Brandenburg: Pferdebestand des Feldartillerie-Regiments 3.

d. Geflügelcholera. Kreis Teltow: Lankwitz.

e. Bläschenausschlag. Kreis West-Havelland: Gork.

Potsdam, den 29. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen

des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.

Versehung von Paketen während der Pflanzzeit.

4. Die Vereingung mehrerer Pakete zu einer Postpaketadresse ist für die Zeit vom 11. bis einschl. 18. Mai im inneren deutschen Verkehr nicht gestattet.
Berlin W. 66, den 22. April 1902.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Annahme von Postsendungen durch die Landbriefträger u.

31. Jeder Landbriefträger und Posthülfsstelleninhaber hat bestimmungsmäßig ein Annahmeprotokoll zu führen, das zur Eintragung der angenommenen Postanweisungen, Wertsendungen u. s. w. dient. Den Auslieferern steht es frei, die Eintragungen in das Annahmeprotokoll des Landbriefträgers oder der Posthülfsstelle selbst zu bewirken. Bei Eintragung des Gegenstandes durch den Landbriefträger oder den Posthülfsstelleninhaber ist der Absender befugt, sich von der erfolgten Buchung zu überzeugen.

Da die Haftpflicht der Postverwaltung mit der durch die Eintragung in das Annahmeprotokoll nachweisbaren Übergabe der Sendungen an den Landbriefträger beginnt, das Eintragen in das Annahmeprotokoll mithin von entscheidender Bedeutung ist, so kann dem Publikum zur Sicherstellung nur immer von Neuem empfohlen werden, von der erwähnten Einrichtung in jedem Falle Gebrauch zu machen. Der Landbriefträger ist verpflichtet, dem Einlieferer auf dem nächsten Bestellsange den Posteinlieferungschein abzuliefern.

Berlin, den 21. April 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

- 5) von Faschinen und Reisig für 1 cbm. . . 2 Pf.
6) von Rohr für 100 Bund 8 Pf.

Zusätzliche Bestimmung.

- 1) Bruchtheile der Tarifeinheiten werden bei der Abgabeberechnung für vollgerechnet.
- 2) Das nach Ziffer II. für Benutzung der Ablagen zu zahlende Ufergeld berechtigt zu einer Lagerung von höchstens 60 Tagen.

Befreiungen.

- 1) Fahrzeuge und Güter, welche dem Könige, dem preussischen Staate oder dem deutschen Reiche gehören oder ausschließlich für deren Rechnung befördert werden, sind von den Abgaben zu I. und II. befreit.
- 2) Die Gepäckstücke der auf Personen dampfern ankommenden oder abfahrenden Personen sind von der Abgabe unter II. befreit.

Dieser Tarif tritt am vierzehnten Tage nach dem Tage seiner ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

Berlin, den 12. April 1902.

Der Minister | Der Finanz-Minister.
der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen des Königlich-Preussischen Regierungspräsidenten.

Leistungsgütung.

121. Die Herren Minister der öffentlichen Arbeiten und der Finanzen haben durch Erlass vom 12. d. Mts. IIIb. 2937 M. d. d. A.

III. 4492 Fin.-Min. genehmigt, daß zum Abschnitt I. des Tarifs für die Wasserablage des Kommerzienraths Pincus in Friedenthal am Dranienburger Kanal vom 29. März 1900 folgender Zusatz gemacht werde:

„Für Kohlen ist der Satz von 1 Pf. für je 100 kg anzuwenden.“

Potsdam, den 19. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Reliationsbauamt II. in Charlottenburg.

122. Zum Nachfolger des Regierungs- und Bau- raths Wegner als Vorseher des Reliationsbau- amtes II. in Charlottenburg ist vom 1. Mai 1902 ab der Reliationsbauinspektor Ippach in Düsseldorf durch den Herrn Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten bestimmt worden.

Potsdam, den 25. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Schreibweise eines Ortsnamens.

123. In Verfolg der Anordnung vom 10. März 1898 — A. 531. 3. — (Amtsblatt Seite 119) bestimme ich von Landespolizeiwegen, daß die im Kreise Teltow belegene Stadt „Cöpenick“ und der im gleichen Kreise belegene Theil des Gutsbezirks „Cöpenicker Forst“

Cöpenick und Cöpenicker Forst

zu schreiben ist.

Potsdam, den 24. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Schreibweise von Ortsnamen.

124. Von Landespolizeiwegen bestimme ich, daß die im Kreise Angermünde belegenen Ortschaften Kriewen und Kruslow zukünftig

Kriewen und Kruslow

zu schreiben sind.

Potsdam, den 24. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Renbenennung einer Kolonie im Kreise Niederbarnim.

125. Von Landespolizeiwegen bestimme ich, daß die auf dem Gelände des Gutsbezirks Rahnsdorf zwischen der Schleifischen Eisenbahn und der Kreischauffee Rummelsburg—Erkner gegründete Kolonie „Neu-Rahnsdorf“, 2,6 km westlich von Erkner, 3,0 km südwestlich von Woltersdorf, 2,0 km östlich von Rahnsdorf und 4,6 km südlich von Schöneiche belegen, künftig den Namen **Wilhelmshagen** führt.

Potsdam, den 21. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Größung des Arbeitszugbetriebes auf der Neubaufrede Neu-Radt—Neu-Ruppin—Herzberg.

126. Der Bahnkörper der vorgenannten Neubaufrede ist soweit fertig gestellt, daß zum Zwecke der Vertheilung des Riejes und Verlegung des Oberbaues der Arbeits- zugbetrieb eröffnet werden soll.

Ich ertheile hierzu die landespolizeiliche Zustimmung. Eine besondere Bewachung der Ueberwege findet nicht statt. Es werden jedoch in genügender Entfernung vor den in Schienenhöhe liegenden Begeübergängen Räute- tafeln aufgestellt werden.

Die Arbeitszüge werden auf gerichteten, gestopften, vollständig betriebsfähig und sicher hergestellten Strecken mit einer Geschwindigkeit von 20 km in der Stunde verkehren.

Auf noch im Ausbau befindlichen Gleisen darf, vorausgesetzt, daß der Zug vorschriftsmäßig mit besetzten Bremsen versehen ist, die Geschwindigkeit nur 10 km in der Stunde betragen.

Zur Verhütung von Unfällen weise ich darauf hin, daß:

- 1) das unbefugte Betreten der Bahnanlagen und des Gleises mit Gefahr verbunden ist,
- 2) die Bahn nur an den zu Uebergängen bestimmten Stellen betreten und überschritten werden darf,
- 3) an den Begeübergängen gehalten werden muß, sobald die Annäherung eines Arbeitszuges durch das Glockenzeichen, die Dampfpfeife der Lokomotive oder anderweit bemerkt wird.

Potsdam, den 25. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung

zur Baupolizeiordnung für die Vororte, betreffend die Einrichtung von Bauvorlagen.

127. Auf Grund des § 30 Ziffer 6 der Baupolizei- ordnung für die Vororte von Berlin vom 5. Dezember 1892 ordne ich an, daß im Gemeindebezirk Gergitz die den

Anträgen auf baupolizeiliche Genehmigung beizufügenden Bauverlagen dem Amtsvorstand in Steglitz in drei Stücken einzureichen sind. Von diesen muß mindestens eines Papierzeichnung oder Leinwandpause sein, während die beiden anderen Eiskopien sein können.

Potsdam, den 27. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Landespolizeiliche Anordnung.

128. Mit Ermächtigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ordne ich in Ergänzung meiner landespolizeilichen Anordnung vom 2. Juni 1894, betreffend die Schutzmaßregeln gegen die Schweinepeste (Schweinepest) und den Rotlauf der Schweine, in Gemäßheit der §§ 18 ff. des Reichsgesetzes, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Vieh-

seuchen vom 28. Juni 1880 hiermit folgendes an:

1. Mai 1894 Die Vorschriften meiner landespolizeilichen Anordnung vom 2. Juni 1894 (A.-Bl. S. 238) finden auf Backsteinblättern mit der Maßgabe Anwendung, daß die in Ziffer 7 der Anordnung bestimmte Beschränkung über die Weggabe des Fleisches insofern eine Erleichterung erfährt, als das Fleisch von Schweinen, die nur an Backsteinblättern gelitten haben, nach unschädlicher Beseitigung der veränderten Theile durch die Ortspolizeibehörde zum freien Verkehr zugelassen werden kann.

Diese Anordnung tritt mit dem 1. Mai in Kraft.

Potsdam, den 27. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Dampfesselüberwachungsverein.

129. Der Ingenieur Salewsky beim Magdeburger Verein für Dampfesselbetrieb ist im Rahmen seiner Berechtigungen mit der Stellvertretung des Oberingenieurs für das neu errichtete Zweigbureau in Perleberg beauftragt worden.

Potsdam, den 29. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter.

130. Folgende ausländisch-polnische Saisonarbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitsstätten unter Kontraktbruch verlassen:

Namen:	bisheriger Beschäftigungsort:
Anson Mielzarek	Rittergut Krams, Kreis Ostprignitz.
Konstantin Wiernicki	
Martin Talszony	
Jan Stasraf	
Josephina Granata	
Antonia Stasraf	
Josephina Stasraf	
Carharina Zwinska	

Die Genannten sind festzunehmen und sofort aus dem Staatsgebiete auszuweisen. Vom Geschehenen ist unter Bezugnahme auf diese Bekanntmachung hierher Nachricht zu geben.

Potsdam, den 29. April 1902.

Der Regierungspräsident.

181.

Viehseuchen.

I. Festgestellt:

a. Milzbrand. Kreis Ost-Prignitz: Gut Rehberg. Kreis Teltow: Gut Brix, Gut Rudow. Juch-Belzig: Fredersdorf.

b. Schweineseuche. Kreis Nieder-Barnim: Weissenfer. Kreis Teltow: Coepenitz, Schönefeld, Brunsdorf.

c. Geflügelcholera. Kreis Teltow: Carolinenhof.

II. Erloschen:

a. Milzbrand. Kreis Ost-Havelland: Perwenitz. Kreis West-Havelland: Premnitz, Tremmen, Bräbikow. Kreis Prenzlau: Strasburg II. M. Kreis Teltow: Jenthem. Kreis Templin: Storkow, Hietz. Kreis Juch-Belzig: Lütte, Schwanebeck, Schmergow.

b. Schweineseuche. Kreis West-Havelland: Rathenow. Kreis Teltow: Jossen, Dt.-Wasserhausen, Rudow.

c. Brustseuche. Stadtkreis Brandenburg: Pferdebestand des Felbartillerie-Regiments 3.

d. Geflügelcholera. Kreis Teltow: Pantwitz.

e. Bläschenausschlag. Kreis West-Havelland: Gork.

Potsdam, den 29. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen

des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.

Versehung von Paketen während der Pflanzzeit.

4. Die Vereingung mehrerer Pakete zu einer Postpaketadresse ist für die Zeit vom 11. bis einschl. 18. Mai im inneren deutschen Verkehr nicht gestattet.

Berlin W. 66, den 22. April 1902.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Annahme von Postsendungen durch die Landbriefträger u.

31. Jeder Landbriefträger und Posthülfsstelleninhaber hat bestimmungsmäßig ein Annahmeprotokoll zu führen, das zur Eintragung der angenommenen Postanweisungen, Wertsendungen u. s. w. dient. Den Auslieferern steht es frei, die Eintragungen in das Annahmeprotokoll des Landbriefträgers oder der Posthülfsstelle selbst zu bewirken. Bei Eintragung des Gegenstandes durch den Landbriefträger oder den Posthülfsstelleninhaber ist der Absender befugt, sich von der erfolgten Buchung zu überzeugen.

Da die Haftpflicht der Postverwaltung mit der durch die Eintragung in das Annahmeprotokoll nachweisbaren Uebergabe der Sendungen an den Landbriefträger beginnt, das Eintragen in das Annahmeprotokoll mithin von entscheidender Bedeutung ist, so kann dem Publikum zur Sicherstellung nur immer von Neuem empfohlen werden, von der erwähnten Einrichtung in jedem Falle Gebrauch zu machen. Der Landbriefträger ist verpflichtet, dem Einkäufer auf dem nächsten Bestellsange den Posteingangschein abzuliefern.

Berlin, den 21. April 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Gemeinfachmal für Fernsprechlabel.

32. Bei dem Kaiserlichen Haupt-Fernsprechamt des W. Französischstraße liegt ein Plan aus über die Herstellung eines Gemeinfachmals für Fernsprechlabel von Ede Ritter- und Fürstenstraße bis Wasserthorstraße, Ecke der Prinzenstraße.

Berlin C. 2, den 23. April 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Bekanntmachungen des Königl. Konfistoriums der Provinz Brandenburg.
Pfarrstellenverleibung.

23. Erledigt ist die unter dem Patroale des Königl. Domkirchen-Kollegiums in Berlin stehende Pfarrstelle zu Wülfersdorf, Diözese Potsdam II., durch Ableben des Inhabers.

Bekanntmachungen der Kgl. Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.
Auslosung von Rentenbriefen.

6. In Gemäßheit der Bestimmungen des Gesetzes vom 2. März 1850, betreffend die Errichtung der Rentenbanken, und des Gesetzes vom 7. Juli 1891, betreffend die Beförderung der Errichtung von Rentengütern, wird am 14. Mai d. J. Vormittags 10 Uhr in unserem Geschäftslocale, Klosterstraße 76. I. hieselbst die Auslosung von 4%igen Rentenbriefen (Litt. A—E) und von 3½%igen Rentenbriefen (Litt. L—P), sowie die Vernichtung der ausgelosten und Angeldten Rentenbriefe unter Inziehung der von der Provinzial-Vertretung gewählten Abgeordneten und eines Notars stattfinden.

Berlin, den 19. April 1902.

Königliche Direktion der Rentenbank
für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen des Landesdirektors der Provinz Brandenburg.

Statut des Brandenburgischen Provinzialverbandes.

6. Nachstehendes

Statut des

Brandenburgischen Provinzialverbandes zur Ausführung des § 93 der Provinzialordnung und Ergänzung der Statuten vom 17. August 1876,

4./16. März 1878, 17. Februar 1891 und
27. Februar 1897.
7. April

§ 1.

Dem Landesdirektor wird zur Mitwirkung bei Erledigung der Geschäfte der gesamten kommunalen Provinzialverwaltung ein sechster oberer Beamter mit beratender Stimme zugeordnet, welcher den Titel Landesbaurath führt und zu den höheren Staatsämtern im Baufach befähigt sein muß.

§ 2.

Die Bestimmungen der §§ 2 bis 6 des Statuts vom 17. August 1876 finden auf den Landesbaurath (§ 1) Anwendung.

So beschlossen auf dem Brandenburgischen Provinziallandtage in der Sitzung am 21. Februar 1902.

Der Vorsitzende.

Der Schriftführer.

gez. von Lenebow.

gez. v. d. Marwig.

welchem des Königs Majestät mittels Allerhöchsten Erlasses vom 9. d. Mts. in Gemäßheit des § 119 der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 die Genehmigung zu erteilen geruht haben, wird hierdurch auf Grund des § 8 der Provinzialordnung zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Berlin, den 25. April 1902.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg.
Freiherr von Manteuffel.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.
Öffentliches Eisenbahn-Kursbuch.

2. Soeben erschien das Ostdeutsche Eisenbahn-Kursbuch vom 1. Mai 1902, enthaltend die Sommerfahrpläne der Eisenbahnstrecken östlich der Linie Stralsund—Berlin—Dresden, sowie Auszüge aus den Fahrplänen der anschließenden Bahnen von Mittel-Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Rußland, Kleinbahnen, Routenfahrpläne, Angaben über direkte Wagen, Schlafwagen, Post-Verbindungen, Bestimmungen über die Ausgabe von Fahrscheineisen u. s. w. Das Kursbuch ist auf allen größeren Stationen des vorbezeichneten Bezirks von den Fahrkarten-Ausgabestellen, von den Bahnhofsbuchhändlern sowie im Buchhandel zum Preise von 50 Pfennig zu beziehen.

Bromberg, den 26. April 1902.

Königliche Eisenbahndirektion.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Schiedsgericht für Arbeiterversicherung.

Gemäß § 8 des Gesetzes betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze, vom 30. Juni 1900 sind als ärztliche Sachverständige des unterzeichneten Schiedsgerichts für das Kalenderjahr 1902 die Königl. Kreisärzte Herr Medizinalrath Dr. Klett und Herr Geheimer Medizinalrath Dr. Rißel, beide zu Halle a. S., gewählt worden.

Halle a. S., den 23. April 1902.

Das Schiedsgericht für die Arbeiterversicherung
im Eisenbahndirektionsbezirk Halle.

Personal-Chronik.

Der Regierungsassessor Dr. Bergenthal ist dem Landrathe des Kreises Osthavelland zur Hülfsleistung überwiesen.

Bei der Königl. Ministerial-Baukommission in Berlin sind im letztverfloffenen Kalendervierteljahre folgende Regierungsbauführer vereidigt worden: Hermann Zangemeister, Kurt Waldemar Weikert, Arthur Max Konrad Hess, Johannes Bernhardt Sorge, Heinrich Gustav Karl Kohl, Rudolf Dau, Wilhelm Paul Gerhard Heinrichs, Paul Hollander, Friedrich Garrelts, Ernst Gustav Stiebler, Karl Julius Waldemar Fischer, Richard Bloch, Gerhard

Richard Edward Kretschmer, Victor Arthur Ferdinand Masur.

Veränderungen bei der Königl. Ministerial-, Militär- und Bau-Kommission.

Angenommen: Die Bautechniker Kober und Pfusa als Bauprüfer.

Angestellt: Regierungsbaumeister Fischer als Landbauinspektor, Regierungsbaumeister Hasler als Wasserbauinspektor, die Bauaufsichtare Reuman und Brunnert als Regierungssekretäre, der bisherige Bau-Hilfsarbeiter Riepenhauer als Bauführer und der frühere Bauausseher Stephan als Schleusenmeister.

Uebertragen: dem Bau- und Kober eine Lokal-Bauinspektorstelle.

Uebertreten: Bau- und Kober als Wasserbauinspektor der Wasserbauinspektion II.

Ernannt: Bau- und Kober unter Berufung in die Stelle eines wasserbautechnischen Raths des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten zum Regierungs- und Bau- und Kober.

Ausgeschieden: Bau- und Kober in Folge Anstellung als Geheimsekretär bei der General-Militärkassette.

Verstorben: Buchhalter Waegner.

Personen:endant, Rechnungsrath Menzel unter Verleihung des Rothen Adlerordens III. Klasse mit der Schleife und Kassirer, Rechnungsrath Kohnsch.

Der bisherige Hilfsprediger Hans Friedrich Wilhelm Bierbaum ist zum Inhaber der ehemals reformirten Pfarrstelle an der Heiligengeist-Kirche zu Potsdam, Diözese Potsdam I., bestellt worden.

Der bisherige Diakon in Epyden Friedr. Otto Ernst Lorenz ist zum Pfarrer der Pfarre Hrensdorf, Diözese Posen, bestellt worden.

Diakon Johannes Düsselhoff in Trebbin, Diözese Posen, hat sein geistliches Amt niedergelegt und auf die Rechte des geistlichen Standes verzichtet.

Der Gemeindefullehrer Rölke ist als Vorschullehrer am Königl. Gymnasium in Berlin angestellt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Wilhelm Becker ist als Oberlehrer an der III. Realschule in Berlin, desgleichen Dr. Siebert Schayer als Oberlehrer an der IV. Realschule in Berlin und der wissenschaftliche Hilfslehrer Dr. Hermann Sachs als Oberlehrer an der XIII. Realschule in Berlin angestellt worden.

Der bisherige Lehrer cand. phil. Benjamin Kufferow zu Wanne I. ist vom 1. April 1902 ab als Oberlehrer an der höheren Mädchenschule in Neuhagen angestellt worden.

Die Gemeindefullehrerinnen Fräulein Margarethe Meiserich, Johanna Margues und Olga v. Liebermann sind vom 1. April 1902 ab als ordentliche Lehrerinnen an der Sophienschule in Berlin angestellt worden.

Die Gemeindefullehrerinnen Frau Elise Schmidt geb. Hüllgraf und Fräulein Helene Krause sowie Hildegard Kreck sind vom 1. April 1902 ab als

ordentliche Lehrerinnen an der Margarethenchule in Berlin angestellt worden.

Die Gemeindefullehrerin Anna Lohse ist vom 1. April 1902 ab als ordentliche Lehrerin an der Victoria-Schule in Berlin und die Gemeindefullehrerinnen Anna Gasse, Elisabeth Kennauer und Clara Pasche sind vom 1. April 1902 als ordentliche Lehrerinnen an der Dorotheenschule in Berlin angestellt worden.

Die Gemeindefullehrerin Gertrud Schallhorn ist vom 1. April 1902 ab als ordentliche Lehrerin an der Luisenschule in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Monat April 1902.

Ernannt sind: zum Postdirektor: der Postinspektor Hülsebach; zum Ober-Postassistenten: die Ober-Telegraphenassistenten Dabel, Iwanowski, der Postverwalter Wolfram aus Wittenberg in Berlin, Redzich in Ober-Schönweide; zum Ober-Telegraphenassistenten: die Ober-Postassistenten Abraham, Adler, Hugo Albrecht, Bernhardt, Breiter, Büniger, Louis Effen, Heinrich Engelmann, von Euen, Gierke, Giermann, Globig, Eugen Glogau, Franz Großmann, Haase, Johannes Hansen, H. B. Hermann-Hoffmann, Karl Hoppe, Paul Hoppe, Klinger, Kofschke, Kärwig, Kerschner, Kader, Karl K. Kewes, Kietz, Möbius, Reichsner, Niedergesäß, Ohlburg, Opiß, Dr. Pereg, Hermann Richter, Rosin, Kuloff, Schad, Schell, Schinke, Friedrich Schmidt, Christian Schröder, Schütte, R. A. Paul Schulz, Otto Schulze, Hermann Siebert, Simch, Anton Skowronski, Stiege, Streblau, Richard Tiede, Timm, Wagandt, Wagenführ, Friedrich W. Walther, Weibisch, Wiegley, Zanker, Ziege; zum Telegraphenassistenten: die Postassistenten Bärboß, Berthold, Bid, Hans Bornmann, Buchin, Drömer, Eitelberg, Elson, Enderlein, Gustav Erner, Gustav Fischer, Götz, Gohlke, Robert Haack, Hermann Haß, Friedrich Junge, Adolf Keller, Klitsche, Köt, Krennling, Kressin, Hugo Lilienthal, Lühr, Malisch, Marschneider, Johannes Möller, Ohm, Oskar Otto, Pinn, Preshm, Gustav Reimann, F. J. B. Hermann Schmidt, Schorsch, Schuchmann, Tellenburg, Thubandt, Tourneau, Trenkel, Waimann, Warnke, Wurl; zum Postverwalter: der Postassistent Georg Baxthel aus Berlin in Großberren.

Angestellt sind: als Postassistent: die Postanwärter Baumann in Friedenau, Voge, Strunz in Berlin, die Postassistenten Julius Bode, Deweke, Dietrich, Paul Hartmann, Kneisel aus Mainz, Kochmann, Mörsel, Vertram Müller und Reichardt in Charlottenburg, Ott in Friedrichsberg bei Berlin, Karl Schulz aus Kirdorf in Neu-Weißensee, Paul Wille, Schibilsch und Friedrich Schulze in Groß-Bieberfelde, Gebler in Pankow, Zogella und Robert Kresler in Ober-Schönweide, Lamaschke in Kirdorf, Eypulka in Rummelsburg bei Berlin,

Friedrich Fuchs in Schöneberg bei Berlin, Klockow in Steglitz, Engel in Tempelhof, Vormerker in Wilmersdorf bei Berlin, Hans Albrecht, Altmann, Arend, Bauszus, Behnisch, Ernst Bennenwig, Wilhelm Bentzin, Hugo Beyer, Richard Beyer, Beykirch, Böker, Franz Böttcher, Borchers, Max Bosse, Paul Brendel, Brödtler, Burkhardt, Buschwig, Curtz, Willy Dabel, Darge, Döge, Domanski, Ehmke, Eichel, Emmel, Everling, Hasso Falk, Fambach, Fentohl, Franz Fiedler, Johann Fischer, Paul Fischer, Flebbe, Fleischer, Flemming, Arthur Frenzel, Friese, Bruno Friß, Frigenwanker, Max Fuchs, Fudner, Fuhrmann, Otto Gabriel, Georg Gabel, Galis, Gebrke, Gräß, Gretsch, Grevenmeyer, Grigutisch, Paul Gänther, Hermann Guse, Otto Haase, Häufeler, Albert Haffe, Heiber, Georg Heinrich, Helbing, Helm, Helmholtz, Otto Hennig, Hertel, Herting, Willi Höst, Arthur Höpfner, Hünteler, Jensch, Georg Kühne, Kahl, Kellermann, Kizjo, Kleemann, Alois Knobloch, Knorr, Wilhelm Koch, Krausnick, Kremer, Ruchert, Kuligt, Künke, Kunkel, Wilhelm Kurth, Langanke, Laich, Leonhard, Louis Lindemann, Link, Lissau, Litische, Lüd, Louis Lüder, Lüllwisch, Mäh, Mellien, Wilhelm Mewes, Karl Möller, Mosner, Mulack, Mungel, Mulick, Nabolps, Neubauer, Neuendorf, Willy Niemann, Njammassch, Nippa, Rippe, Noog, Ohlbof, Friedrich Opitz, Dilikowski, Pagel, Pallet, Plennier, Platen, Pohl, Pöse, Pärtschel, Radzinski, Rathsmann, Rhode, Rix, Röchner, Röder, Salomon, Scheele, Schlawien, Hans Schmidt, Julius Schmidt, Max Scholz, Johannes Schünemann, Schüttelpitz, Franz Schulz, Bernhard Schulz, Ernst Schulz, Ferdinand Schulz, Fritz Schumacher, Schwandike, Paul Schwarz, Seipelt, Sibilsch, Siebowski, Skowronski aus Siegen, Straube, Max Strauß, Georg Thiele, Tiefenbach, Georg Tiege, Ernst Vogt, Wasmuth, Paul Wendt, Hugo Werner, Wegling, Wiersig, Ernst Wiese, Georg Wolff, Wuthnow, Zeepp, Zupp in Berlin; als **Telegraphenassistent**: die Postassistenten Berndt, Maximilian Döhring, Gerlach, Eugen Grall, Paul Hartmann, Ilgner, Klaus, Felix König, Albert Krause, Ruskewitz, Hermann Lange, Hermann Lehmann, Richard Lehmann, Ludewig, Lunow, Alfred Mey, Mitsching, Rogke, Pilarid, Priekel, Hugo Schäfer, Otto Stern, Lammßen, Tieke, Richard Wacholz, Wilhelm, Wobnick, Ernst Wolff, Zernott, Zobel in Berlin, die Telegraphenassistenten Beckhoff, Dallmann, Ehrhardt, Glühmann, Richard Hoffmann, Johannes Krause, Lüttgen, Mesed, Straßburg, Hermann Tiede, Bogler in Berlin; als **Telegraphengehülfin**: die Telegraphengehülfsinnen Bens, Dost, Margarethe Primus.

Zu den Ruhestand getreten: der Postmeister Jarisch in Wilmersdorf bei Berlin, die Postsekretäre Möller, Ueberjon, der Ober-Postassistent Röttonau (künftiger Wohnort Zehlendorf, Wannseebahn), der Ober-Postassistent Panier (künftiger Wohnort Lüben, Schlesien), die Ober-Telegraphenassistenten Geng, Scheja (künftiger Wohnort Rahn), der Postassistent Thöne (künftiger Wohnort Schöneberg bei Berlin) und die Telegraphengehülfin Callam (künftiger Wohnort Friedrichshagen).

Freiwillig ausgeschieden: die Telegraphengehülfin Weise.

Geschenke an Kirchen u.

Bei dem Konsistorium der Provinz ist Anzeige gemacht über folgende Geschenke, welche neuerdings den mit den Diözesen nachbenannten Kirchen u. des Regierungsbezirks Potsdam gespendet wurden:

Von Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin an die Kirche zu Wilmersdorf, Diözese Bernau, und an die St. Katharinenkirche zu Brandenburg a./H., Diözese Neustadt-Brandenburg: je eine Altbibel. Außerdem:

Angermünde: der Kirche zu Steinhöfel vom Gesangsverein und freiwilligen Gaben der Gemeinde: Vahstuch, von Witwe Kröning: Taufstube, vom Driesparzer: Altbibel; der Kirche zu Lüdersdorf von der Gemeinde: Abendmahlsstamm.

Baruth: der Kirche zu Baruth von Frau Superintendent Dr. Dieben: Altarschmuck.

Belzig: der Kirche zu Mäbzig von der Pfarrfamilie: Kanzelbekleidung.

Berlin-Ld. I.: der Kirche zu Hönnow von Jungfrauen der Gemeinde: Abendmahlsbede.

Berlin-Ld. II.: der Kirche zu Panow vom Rentier Neumann: 4000 M. zur Grabpflege; der Kirche zu Dalldorf von Th. Goosjon: Gasleitung zur Beleuchtung der Kirche, durch Sammlung der Gemeinde: 240 M. zur Anschaffung von 2 Kronleuchtern und 11 Wandleuchtern; der Kirche zu Reinickendorf vom Bauerngutbesitzer Bruseberg: Grundbesitz von 12 ar Größe; der Kirche zu Niederschönhausen vom Magistrats-Sekretär Belczad: 2000 M. zur Grabpflege, von der Imperial-Continental-Gas-Association: Beleuchtung und Heizungsanlage in der Kirche, Heizbzw. Kochleitung für Küche und Badestube des Pfarrhauses und den Konfirmandensaal, von Fräulein Degener: Stickerie für das Banner des Kindergottesdienstes, von Familie Dramé: Bild, vom Gartenbaudirektor Jauer: Bäume und Sträucher für den Pfarrgarten.

Bernau: der Kirche zu Wilmersdorf vom Superintendenten Thiemann: Kanzelbibel, von Ungenannt: Kreuzifix, von der Gemeinde: 3 Apisfenster, zwei Altarteppiche, Läufer und 2 Thürvorleger.

Neustadt-Brandenburg: der St. Katharinen-Kirche zu Brandenburg vom Superintendenten a. D. Krückerberg-Berlin, Superintendent a. D. Wegener-Berlin, Pastor Nürnberg-Pawesin, Oberpfarrer

Limann-Albersleben, Pastor Pfeifer-Brandenburg a. H., Pastor Reibhardt-Hamburg, Pastor Papenbrock-Rassel: Taufbeden und Taufanne, vom Erlös eines Vazars: 11200 M., vom Erlös aus der Aufführung des Luther-Festspiels: 4011 M. 20 Pfennig.

Ebn-Ed. II.: der Kirche zu Ober-Schöneweide von der Stiftdame Fräulein Hahn: Taufhandbuch, von Diakonissen-Schwester Maria Hahn und Stiftdame Fräulein Hahn: Altardecke, vom Gemeinde-Frauen-Verein: Taufsteindecke; der Kirche zu Marinsfelde von Frau Landesökonomin-Rath Kiepert: 500 M.

Dahme: Der Kirche zu Niendorf durch Sammlung der Gemeinde und des Pfarrhauses: Taufanne, Belum, Patene, von Frau Rechnungs-Rath Nagel: Opferteller.

Kryzig: der Kirche zu Barenthin von Gbgs'sche Erben: 500 M. zur Grabpflege.

Pindow-Gransee: der Kirche zu Schönberg von den Schröder'schen Eheleuten: 300 M. zur Grabpflege.

Potsdam I.: der Heiligengeist-Kirche zu Potsdam vom Kirchältesten Beerbaum: Kanzelbibel; der Kirche zu Caputh vom Rittersgutsbesitzer v. Thümen: Altar- und Kanzelbekleidung, von mehreren Ortsvereinen: desgl., von H. und A. Bernide sen.: 2 Klingelbeutel, von Aeltesten G. und A. Heins: Taufwasserkanne, von Witwe Ulbrecht: 2 Opferteller, vom Kaufmann Pau die Ständer dazu, von Witwe Spielhagen: Taufsteindecke, vom Aeltesten Rabe: zwei Engelfiguren, von Familie Bosdorff: 2 Altarleuchter, von Frau Rittmeister v. Willich: Altarparka, von der Pfarrfrau: Kniebankkissen; der Kirche zu Alt-Gelbow von Frau Hermann: Taufsteindecke.

Prenzlau II.: der Kirche zu Brüssow von Frau Bauer: Altarbild und 2 Altarkerzen.

Spandau: der Kirche zu Gernsdorf vom Aeltesten Ebel: 2 Altarkerzen; der Nikolai-Kirche zu Spandau von Frau Stabsarzt Ahmann: 1000 M. zur Grabpflege, von Fräulein Descourt: 150 M. desgl., von der Gemeinde Tiefwerder: Lesepultbekleidung und 2 Lampen für die Bibelstunden.

Storkow: der Kirche zu Rauen vom Amtsvorsteher Schiller: 12 Lichthalter.

Strassburg: der Kirche zu Papendorf von Ungenandt: Vergrößerung eines farbigen Kirchenfensters; der Kirche zu Briesig vom Gemeinde-Vorsteher Holz: Renovierung des Altarschrankraums, Kirchenteppich und Fußteppich.

Strausberg: Der Kirche zu Lichtenow durch freiwillige Beiträge: 2 Leuchter.

Treuenbriegen: Der Kirche zu Vohsdorf vom Gutsbesitzer Pannicke: Taufisch, Taufanne und Taufbeden, durch Sammlung der Gemeinde: Kronleuchter.

Wusterhausen a./D.: der Kirche zu Gartow von der Gemeinde: 101 M. zur Beleuchtung der Kirche; der Kirche zu Rohrlad vom Patron Hauptmann a. D. v. Quast: Taufbeden; der Kirche zu Bichel von demselben: 2 Altar-Leuchter.

Rönigs-Wusterhausen: der Kirche zu Rieckbusch von Konfirmanden: Kanzelbibel.

Zehdenid: der Kirche zu Kreuzbruch von Frau Hofmeister Oppermann: Altardecke, von der Hausgemeinde der Oberförsterei Rehborn: 2 Altarvasen; der Kirche zu Buderow vom Lehngutsbesitzer Reiche: 2 Altarleuchter.

Zossen: der Kirche zu Mogen vom Rentier Barbasch: 2 Orgelleuchter, von Konfirmandinnen: Choralbuch, von Konfirmanden: Fußmatte; der Kirche zu Töppeln vom Verwalter Maeder: 2 Wandleuchter und 10 Bankleuchter.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Drahtbinder Ignaz Kofelni, geboren in Bella, Comitat Trentschin, 17 3/4 Jahre alt, ungarischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 19. September 1901 ausgewiesen.

Der Drahtbinder Rudolf Kottr (Kotrocz), geboren in Bella, Comitat Trentschin, 23 Jahre alt, ungarischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 19. September 1901 ausgewiesen.

Der Drahtbinder Martin Rucka, geboren in Bella (Ungarn), 18 Jahre alt, ungarischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 19. September 1901 ausgewiesen.

Der Handelsmann Mendel Kamiel, geboren am 18. Februar 1881 zu Radworna, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 27. Dezember 1901 ausgewiesen.

Der Maler Adolf Bogady, geboren 2. März 1877 zu Wien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 22. Februar 1902 ausgewiesen.

Der Federarbeiter Leopold Spiegel, geboren 9. November 1869 zu Wien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 8. März 1902 ausgewiesen.

Der Handelsmann Chaim Zedel, geboren 5ten Juni 1870 zu Dolina, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 18. März 1902 ausgewiesen.

Der Hausdiener Reizora gen. Leon Draw, geboren 13. März 1882 zu Dombrowa in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 27. März 1902 ausgewiesen.

Der Reisende Karl Handt, geboren 20. Juni 1872 zu Wien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 1. April 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Dreiborgelspieler Filoteo Filotere, geboren 18. August 1845 zu Parma in Italien, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 9. April 1902 ausgewiesen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimat	Grund der Verurteilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat	Datum der Ausweisungs-Beschlusses
	1.	2.	3.	4.	5.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Josef Haimböck, Kaufmann und Kellner,	geboren am 6. April 1848 zu Wuchtersberg, Oesterreich, ortsangehörig zu Wien,	Diebstahl im wiederholten Rückfalle (3 Jahre Zuchthaus, laut Erkenntnis vom 4. März 1899),	Großherzoglich badischer Landeskommissär zu Karlsruhe;	15. Februar 1902.
2	Abraham Roslowsky, Schneider,	geboren im Jahre 1863 zu Smolensk, Rußland, russischer Staatsangehöriger,	versuchter Diebstahl in 3 Fällen (4 Jahre Zuchthaus, laut Erkenntnis vom 28. Februar 1898),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	7. März 1902.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Adolf Veran, Harmonikamacher,	geboren am 22. April 1850 zu Wien, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Stadtmagistrat Schwabach, Bayern	14. März 1902.
2	Josef Bont (Bunt), Arbeiter,	geboren am 18. März 1853 zu Przemoseie, Kreis Wielan, Rußland, ortsangehörig ebenfalls,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Plesgen,	24. März 1902.
3	Andreas Dyerl, Tuchmacher (Handarbeiter),	geboren im Mai 1853 zu Alzen, Bezirk Biala, Galizien, ortsangehörig zu Halcnow, ebenfalls,	Diebstahl und Betteln,	Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Dangen,	11. Nov. 1901.
4	Anna Gotzha, Dienstmagd,	geboren am 10. April 1886 zu Hemmersdorf, Bezirk Gabel, Böhmen, ortsangehörig ebenfalls,	Unterschlagung u. gewerbsmäßige Unzucht,	dieselbe,	1. März 1902.
5	Sophie Holzappel, Buchbinderstefan,	geboren am 6. Januar 1868 zu Alizoll, Ungarn, österreichische Staatsangehörige,	Landstreichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Althach,	15. März 1902.
6	Franz Israel, Arbeiter,	geboren am 3. Mai 1872 zu Rumburg, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Dangen,	5. März 1902.
7	Otto Ranz, Maler,	geboren am 18. August 1850 zu Born, Luxemburg, luxemburgischer Staatsangehöriger,	des. leichen,	Großherzoglich hessisches Kreisamt Alzey,	18. März 1902.
8	Johann Lurz, Bäcker,	geboren am 9. September 1864 zu Wien, ortsangehörig zu Slavowitz, Bezirk Pilsen, Böhmen,	Beleidigung, Betteln, Landstreichen u. grober Unfug,	Königlich bayerisches Bezirksamt Wolfratshausen,	22. März 1902.

Hierzu Eine Beilage und sechs öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Beilageblätter werden der Bege mit 10 Pf. berechnet.)

Redigiert von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Verlagsdruckerei der H. W. Gatzschen Erben

B e i l a g e

zum 18ten Stück des Amtsblatts

der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 2. Mai 1902.

Verteilungsplan

über

die Beiträge, welche auf Grund des Gesetzes vom 23. Juli 1892 (G. S. S. 194) von den Schulverbänden für die öffentlichen Volksschulen und für die der Ruhegehaltsklasse angeschlossenen öffentlichen nicht staatlichen mittleren Schulen an die Lehrer-Ruhegehaltsklasse des Regierungsbezirks Potsdam für die Zeit vom 1. April 1902 bis Ende März 1903 zu zahlen sind.

A. Der Bedarf der Ruhegehaltsklasse für das Rechnungsjahr 1902 setzt sich, wie folgt zusammen:

- 1) Aus den zu zahlenden Ruhegehaltern der Volksschullehrer und Lehrerinnen nach dem Stande am 1. Oktober 1901 (nach Abzug der Staatszuschüsse) 387473,00 M.
- 2) Aus den Ruhegehaltern der Mittelschullehrer und Lehrerinnen 6869,00 "
- 3) Aus der Remuneration des Kassendirektors 600,00 "

Dazu Vorschuß 12861,41 "

Zur Abrundung 9631,59 "

Gesamtbedarf an Beiträgen 417435,00 M.

B. Das der Verteilung zu Grunde zu legende Ruhegehaltsberechtigten Dienstseinkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen nach dem Stande vom 1. Oktober 1901 und nach Abzug von 800 Mark für jede Stelle und Abrundung bei jedem Schulverbande auf volle Hunderte nach unten beträgt . . . 5472400 M.

Das betragspflichtige Dienstseinkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den angeschlossenen mittleren Schulen beläuft sich in voller Jahressumme und nach Abrundung bei jedem Schulverbande auf volle Hunderte nach unten auf 93400 "

Zusammen 5565800 M.

Es entfallen somit auf 5565800 M. Ruhegehaltsberechtigtes Dienstseinkommen 417435,00 M. Bedarf oder auf je 100 Mark Einkommen 7,50 M. Beitrag.

Hiernach sind von den Schulverbänden zu zahlen:

Zahlende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes (Schulort)	Gesamtsumme des Ruhegehaltsberechtigten Dienstseinkommens von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Abzug von 800 M. für jede Stelle und Abrundung dieser Summe gemäß § 7 des Gesetzes	Höhe der von den einzelnen Schulverbänden für das Rechnungsjahr 1902 zu zahlenden Beiträge.
		M.	M. Pf.
1	2	3	4

Kreis Angermünde.

1.	Angermünde	16400	1230 00
2.	Greiffenberg	3900	292 50
3.	Joachimsthal	5700	427 50
4.	Oderberg	10100	757 50
5.	Schwedt ev.	27800	2085 00
	Schwedt kath.	1100	82 50
6.	Pierraden	4200	315 00
7.	Altenhof	900	67 50
8.	Bertholz	500	37 50
9.	Bertkow	600	45 00
10.	Biesenbrow	1300	97 50
11.	Blankenburg	400	30 00
12.	Blumenhagen	1300	97 50
13.	Böllendorf	1200	90 00
14.	Briest	1800	135 00
15.	Brig	800	60 00
16.	Brodowin	600	45 00
17.	Bruchhagen	1300	97 50
18.	Chorinchen	800	60 00
19.	Eriemen	300	22 50
20.	Erßlow	700	52 50
21.	Dobberzin	1200	90 00
22.	Felschow	900	67 50
23.	Nieder-Finow mit Augenschule Stechertschlense	1700	127 50
24.	Hlemsdorf	600	45 00
25.	Frauenhagen	400	30 00
26.	Frederisdorf	1400	105 00
27.	Friedrichswalde.	900	67 50
28.	Gatow	800	60 00

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes (Schulort)	Bezeichnung des ruhgehaltberech- tigten Dienstverhältnisses von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mfr. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe gemäß § 7 des Gesetzes	
		Mfr.	Mfr. Pf.

1	2	3	4
29.	Bellmersdorf	500	37 50
30.	Glambach	400	30 00
31.	Görlsdorf	900	67 50
32.	Gölm	1300	97 50
33.	Golzow	600	45 00
34.	Gramzow	6100	457 50
35.	Alt-Grimmisch	500	37 50
36.	Gränow	1200	90 00
37.	Güntherberg	1200	90 00
38.	Heinersdorf	1200	90 00
39.	Herzsprung	400	30 00
40.	Hohenfelde	800	60 00
41.	Hohen-Güstrow	1600	120 00
42.	Hohen-Saathen	900	67 50
43.	Alt-Hütendorf	300	22 50
44.	Kettow	700	52 50
45.	Alt-Künfendorf	1300	97 50
46.	Neu-Künfendorf	500	37 50
47.	Hohen-Landin	1300	97 50
48.	Nieder-Landin	400	30 00
49.	Piepe	2400	180 00
50.	Püfersdorf	1400	105 00
51.	Püglow	1400	105 00
52.	Punow	2000	150 00
53.	Meichow	1500	112 50
54.	Neu-Meichow	400	30 00
55.	Melzow	1100	82 50
56.	Märow	400	30 00
57.	Amt Neuendorf	300	22 50
58.	Parstein	400	30 00
59.	Parlow	300	22 50
60.	Paschow	700	52 50
61.	Pinnow	1300	97 50
62.	Polßen	800	60 00
63.	Sandfrug	500	37 50
64.	Schmargendorf lutherisch	1300	97 50
	reformiert	700	52 50
65.	Schmiebeberg	300	22 50
66.	Schönermark	400	30 00
67.	Seehausen	1300	97 50
68.	Senftenhütte	1200	90 00
69.	Senftenhütte	600	45 00

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes (Schulort)	Bezeichnung des ruhgehaltberech- tigten Dienstverhältnisses von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mfr. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe gemäß § 7 des Gesetzes	
		Mfr.	Mfr. Pf.

1	2	3	4
70.	Steinhöfel	1200	90 00
71.	Stendell	400	30 00
72.	Stolpe a/D.	1000	75 00
73.	Stolzenhagen	800	60 00
74.	Stüßow	400	30 00
75.	Warnitz	600	45 00
76.	Welsow	400	30 00
77.	Wendemarß	1000	75 00
78.	Werbellin	1100	82 50
79.	Wilmersdorf	1000	75 00
80.	Wolles	400	30 00
81.	Zehnebeck	200	15 00
82.	Zichow	600	45 00
83.	Groß-Ziethen	1700	127 50
84.	Klein-Ziethen	400	30 00
85.	Zügen	300	22 50

Kreis Nieder-Barnim.

1.	Alt-Landsberg	8200	615 00
2.	Bernau	23000	1725 00
3.	Friedrichsfelde mit Augen- schule Karlsdorf	33000	2475 00
4.	Friedrichshagen	39600	2970 00
5.	Kallberge-Müdersdorf	10700	802 50
6.	Richtenberg	165300	12397 50
7.	Liebenwalde	5400	405 00
8.	Dranienburg	21900	1642 50
9.	Pantow	54100	4057 50
10.	Reinickendorf	52600	3960 00
11.	Stummelsburg	72900	5467 50
12.	Tegel	21000	1575 00
13.	Neu-Weißensee	107600	8070 00
14.	Ahrensfelde	1900	142 50
15.	Basdorf	1400	105 00
16.	Bergfelde	300	22 50
17.	Bernöwe	300	22 50
18.	Biesdorf	3300	247 50
19.	Birkentwerder	2500	187 50
20.	Birkholz	1300	97 50
21.	Blankenburg	1600	120 00
22.	Blankensfelde	1900	142 50
23.	Blankensee	1600	120 00

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes (Schulort)	Gesamtsumme des Ruhegehaltsberech- tigten Dienstentlohnens von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mfr. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe gemäß § 7 des Gesetzes		Höhe der von den einzelnen Schul- verbänden für das Rechnungsjahr 1902 zu zahlenden Beiträge.
		Mfr.	Mfr.	Pf.
1	2	3	4	
24.	Börnitz	1900	142	50
25.	Bollensdorf	1500	112	50
26.	Borgsdorf	800	60	00
27.	Buch	1600	120	00
28.	Frana-Buchholz	10000	750	00
29.	Caulsdorf	1800	135	00
30.	Dahlwig	2100	157	50
31.	Dalldorf mit Außenschule Vorfigwalde	11700	877	50
32.	Eggersdorf	1700	127	50
33.	Eiche	600	45	00
34.	Eichhorst	800	60	00
35.	Erfner	10400	780	00
36.	Falkenberg	1900	142	50
37.	Frederisdorf	1200	90	00
38.	Freienhagen	1400	105	00
39.	Friedrichsthal	1700	127	50
40.	Friedrichsthaler Glashütte	700	52	50
41.	Germendorf	1300	97	50
42.	Glienitz	1100	82	50
43.	Hammer	1400	105	00
44.	Heiligensee mit Tegelort	2500	187	50
45.	Heinersdorf	1600	120	00
46.	Hellersdorf	900	67	50
47.	Hennickendorf	2000	150	00
48.	Hermisdorf	5100	382	50
49.	Herzfelde	4600	345	00
50.	Hoernow	1300	97	50
51.	Kagel	1800	135	00
52.	Karow	1700	127	50
53.	Kienbaum	400	30	00
54.	Klandorf	500	37	50
55.	Klosterfelde	1700	127	50
56.	Kreuzbruch	500	37	50
57.	Krummensee	1500	112	50
58.	Lanke	1600	120	00
59.	Lichtenow	500	37	50
60.	Liebethal	1500	112	50
61.	Lindenberg	2200	165	00
62.	Löhme	500	37	50
63.	Lübars mit Waidmanns- lust	3500	262	50

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes (Schulort)	Gesamtsumme des Ruhegehaltsberech- tigten Dienstentlohnens von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mfr. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe gemäß § 7 des Gesetzes		Höhe der von den einzelnen Schul- verbänden für das Rechnungsjahr 1902 zu zahlenden Beiträge.
		Mfr.	Mfr.	Pf.
1	2	3	4	
64.	Mahlsdorf	2200	165	00
65.	Malchow	1900	142	50
66.	Malz	1700	127	50
67.	Marienwerder	2400	180	00
68.	Marzahn	1300	97	50
69.	Mehrow	1800	135	00
70.	Mühlenbeck	1600	120	00
71.	Münchehofe	1700	127	50
72.	Nassenheide	1000	75	00
73.	Hohen-Neuendorf	2100	157	50
74.	Neudörfchen	600	45	00
75.	Neuenhagen	2900	217	50
76.	Neuholland	1300	97	50
77.	Petershagen	1900	142	50
78.	Prenben	400	30	00
79.	Rahnsdorf	1600	120	00
80.	Neu-Rahnsdorf	600	45	00
81.	Rehfelde	1400	105	00
82.	Rosenthal mit Nordend	5000	375	00
83.	Rüdersdorf	4900	367	50
84.	Ruhlsdorf	1700	127	50
85.	Sachsenhausen	1600	120	00
86.	Schildow	1700	127	50
87.	Schluf	1300	97	50
88.	Schmachtenhagen	1100	82	50
89.	Groß-Schönebeck	3900	292	50
90.	Klein-Schönebeck	2600	195	00
91.	Schöneiche	1400	105	00
92.	Schönerlinde	1200	90	00
93.	Schönfließ	600	45	00
94.	Hohen-Schönhaußen	5900	442	50
95.	Nieder-Schönhaußen	10100	757	50
96.	Schönholz	1800	135	00
97.	Schönow	1700	127	50
98.	Schönwalde	2300	172	50
99.	Oberschönweide	26400	1980	00
100.	Schwanebeck	1700	127	50
101.	Seeberg	1000	75	00
102.	Seefeld	1600	120	00
103.	Sophienstadt	300	22	50
104.	Spreeau	800	60	00
105.	Stolpe	700	52	50

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes (Schulort)	Gesamtsumme des ruhegehaltsberechtigten Dienstpersonals von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Abzug von 800 M. für jede Stelle und Abrundung dieser Summe gemäß § 7 des Gesetzes	Höhe der von den einzelnen Schulverbänden für das Rechnungsjahr 1902 zu zahlenden Beiträge.
1	2	3	4

1	2	3	4
46.	Neuendorf b. B.	200	15 00
47.	Petersdorf	700	52 50
48.	Pfaffendorf	1100	82 50
49.	Pieskow	400	30 00
50.	Prieros	1100	82 50
51.	Radinkendorf	700	52 50
52.	Ragow	900	67 50
53.	Rauen	1500	112 50
54.	Reichenwalde mit Außenschule Cospin	1300	97 50
55.	Rieplos	200	15 00
56.	Groß-Rieg	1000	75 00
57.	Wendisch-Rieg	1300	97 50
58.	Sauen	400	30 00
59.	Alt-Schadow	1100	82 50
60.	Neu-Schadow	900	67 50
61.	Schneeberg	500	37 50
62.	Selchow	800	60 00
63.	Sprenghagen	1600	120 00
64.	Alt-Stahnsdorf	400	30 00
65.	Stremmen	600	45 00
66.	Tauche	400	30 00
67.	Trebatitz	500	37 50
68.	Groß-Wasserburg	1100	82 50
69.	Werder	900	67 50
70.	Wernsdorf	500	37 50
71.	Wilmersdorf	900	67 50
72.	Wolzig	500	37 50
73.	Wulfsdorf	300	22 50
74.	Neu-Zittau	700	52 50

Kreis Ost-Savelland.

1.	Fehrbellin	7200	540 00
2.	Regin	9400	705 00
3.	Krennien	10400	780 00
4.	Nauen	37000	2775 00
5.	Belten	19400	1455 00
6.	Bärenklau	1400	105 00
7.	Beetz	2000	150 00
8.	Bezin	500	37 50
9.	Börnide	1400	105 00
10.	Böghow	1000	75 00
11.	Bornim	4900	367 50

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes (Schulort)	Gesamtsumme des ruhegehaltsberechtigten Dienstpersonals von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Abzug von 800 M. für jede Stelle und Abrundung dieser Summe gemäß § 7 des Gesetzes	Höhe der von den einzelnen Schulverbänden für das Rechnungsjahr 1902 zu zahlenden Beiträge.
1	2	3	4

1	2	3	4
12.	Bornstädt	4000	300 00
13.	Bredow	1600	120 00
14.	Brumme	1300	97 50
15.	Buchow-Carpzow	1000	75 00
16.	Carwejee	800	60 00
17.	Cladow	1600	120 00
18.	Dalgow	1500	112 50
19.	Dochow	500	37 50
20.	Dyrow	700	52 50
21.	Eiche	1700	127 50
22.	Eichstädt	1300	97 50
23.	Ezin	800	60 00
24.	Fahrland	1700	127 50
25.	Falkenhagen	1900	142 50
26.	Falkenrehde	2100	157 50
27.	Ferbig	300	22 50
28.	Flatow	1000	75 00
29.	Gatow	1300	97 50
30.	Alt-Geltow	1000	75 00
31.	Groß-Glienide	600	45 00
32.	Golm	1900	142 50
33.	Grube	400	30 00
34.	Grünfeld	1500	112 50
35.	Hafenberg	2100	157 50
36.	Hafelhors	5100	382 50
37.	Hennigsdorf	1900	142 50
38.	Hertefeld	100	7 50
39.	Hohenbruch	900	67 50
40.	Hoppenrade	400	30 00
41.	Karpow	600	45 00
42.	Kienberg	300	22 50
43.	Knoblauch	1000	75 00
44.	Königsdorf	700	52 50
45.	Kuhdorf	100	7 50
46.	Lengke	1200	90 00
47.	Limmm	3900	292 50
48.	Marlau	800	60 00
49.	Markee	700	52 50
50.	Marquardt	1400	105 00
51.	Marwig	4000	300 00
52.	Nieder-Neuendorf	600	45 00
53.	Paaren im Glien	1400	105 00

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes (Schulort)	Gesamtsumme des Ruhegehaltsberech- tigten Dienstentlohnens von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mfr. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe gemäß § 7 des Gesetzes		Höhe der von den einzelnen Schul- verbänden für das Rechnungsjahr 1902 zu zahlenden Beiträge.	
		Mfr.	Pf.	Mfr.	Pf.
1	2	3	4		
54.	Paaren a./B.	500	37 50		
55.	Pareß	1200	90 00		
56.	Pausin	1000	75 00		
57.	Perwenig	500	37 50		
58.	Pichelsdorf	800	60 00		
59.	Priort	400	30 00		
60.	Rohrbeck	600	45 00		
61.	Sacrow	1500	112 50		
62.	Sagforn	400	30 00		
63.	Schönwalde	1300	97 50		
64.	Schwante	1000	75 00		
65.	Seeburg	800	60 00		
66.	Seegefeld	1800	135 00		
67.	Sommerfeld	900	67 50		
68.	Staaken	2700	202 50		
69.	Staffelde	800	60 00		
70.	Tarmow	1600	120 00		
71.	Tiefwerder	1800	135 00		
72.	Tiegow	1000	75 00		
73.	Uez	700	52 50		
74.	Behlesanz	1400	105 00		
75.	Wansdorf	700	52 50		
76.	Wernig	1000	75 00		
77.	Wolfslake	1000	75 00		
78.	Wustermarf	2400	180 00		
79.	Zeesow	00	37 50		
80.	Groß-Ziethen	1500	112 50		

Kreis West-Pommern.

1.	Kriesad	11800	885 00
2.	Plaue a./H.	5600	420 00
3.	Prigerbe	5100	382 50
4.	Rathenow	73600	5520 00
5.	Rhinow	3300	247 50
6.	Dom Brandenburg	4600	345 00
7.	Bagow	600	45 00
8.	Damme	1100	82 50
9.	Darnetwig	1400	105 00
10.	Groß-Dehning	1600	120 00
11.	Klein-Dehning	700	52 50
12.	Berge	1500	112 50
13.	Mukhisham	000	67 50

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes (Schulort)	Gesamtsumme des Ruhegehaltsberech- tigten Dienstentlohnens von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mfr. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe gemäß § 7 des Gesetzes		Höhe der von den einzelnen Schul- verbänden für das Rechnungsjahr 1902 zu zahlenden Beiträge.	
		Mfr.	Pf.	Mfr.	Pf.
1	2	3	4		
14.	Brielow	2000	150 00		
15.	Briest	1100	82 50		
16.	Buckow	1000	75 00		
17.	Buschow	700	52 50		
18.	Bugow	500	37 50		
19.	Charlottenhof	400	30 00		
20.	Damme	400	30 00		
21.	Döberitz	1300	97 50		
22.	Hohen-Ferdiesar	700	52 50		
23.	Ferdiesar b. Rathenow	1000	75 00		
24.	Fohrbe	1800	135 00		
25.	Neu-Friedrichsdorf	1100	82 50		
26.	Garlig	2000	150 00		
27.	Görne	600	45 00		
28.	Gohlig	1100	82 50		
29.	Gorg	1700	127 50		
30.	Gräningen	600	45 00		
31.	Grabow	400	30 00		
32.	Gülpe	1600	120 00		
33.	Haage	1000	75 00		
34.	Hohemmauen	1800	135 00		
35.	Regär	900	67 50		
36.	Riez	600	45 00		
37.	Klessen	1100	82 50		
38.	Rosen	1700	127 50		
39.	Klein-Kreuz	1800	135 00		
40.	Kriete	300	22 50		
41.	Randin	300	22 50		
42.	Riepe	600	45 00		
43.	Riegow	1400	105 00		
44.	Rünow	500	37 50		
45.	Marzahne	1700	127 50		
46.	Möggelin	1600	120 00		
47.	Möthlow	1300	97 50		
48.	Möggow	300	22 50		
49.	Müglitz	900	67 50		
50.	Rembhausen	1100	82 50		
51.	Neuendorf	400	30 00		
52.	Neutwerder	700	52 50		
53.	Riebede	1000	75 00		
54.	Guten-Paaren	700	52 50		
55.	Marow	1200	90 00		

Rang-Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes (Schulort)	Gesamtsumme des rubegehaltberech- tigten Dienstentgelts von den Schülern der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mfr. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe gemäß § 7 Mfr.	Gehalt der von den einzelnen Schül- ern bezahlten für das Rechnungsjahr 1902 in zulässigen Beträge Mfr.
1.	2.	3.	4.

55.	Malterbaußen	200	15 00
56.	Mehlendorf b. Dähme	400	30 00
57.	Mehlendorf b. Sudenwalde	500	37 50
58.	Reinsdorf mit Außen- Schule Rönow	2200	165 00
59.	Mertensmühle	200	15 00
60.	Mersdorf	400	30 00
61.	Mietgendorf	300	22 50
62.	Mückendorf	400	30 00
63.	Mietgendorf	200	15 00
64.	Neuhof b. Baruth	700	52 50
65.	Neuhof b. Zinna	800	60 00
66.	Neumarkt	1300	97 50
67.	Napfzig	1500	112 50
68.	Neschule	1400	105 00
69.	Nerfus	900	67 50
70.	Nrensdorf	500	37 50
71.	Nadeland	300	22 50
72.	Reinsdorf	1300	97 50
73.	Nietdorf	1300	97 50
74.	Nohrbeck	1200	90 00
75.	Rosenthal	1200	90 00
76.	Ruhlsdorf	900	67 50
77.	Scharfenbrück	200	15 00
78.	Schießplatz-Züterhof	400	30 00
79.	Schlenzer	400	30 00
80.	Schöbendorf	200	15 00
81.	Schönefeld	1300	97 50
82.	Schönhagen	700	52 50
83.	Hohen-Seefeld	800	60 00
84.	Nieder-Seefeld	1000	75 00
85.	Sernow	400	30 00
86.	Stangenhagen	300	22 50
87.	Stälpe	1400	105 00
88.	Wahlsdorf	700	52 50
89.	Waltersdorf	1000	75 00
90.	Welfigsdorf	500	37 50
91.	Werbzig	500	37 50
92.	Werder	900	67 50
93.	Wiewersdorf	1000	75 00
94.	Wüldau	300	22 50
95.	Wollersdorf	1700	127 50

Rang-Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes (Schulort)	Gesamtsumme des rubegehaltberech- tigten Dienstentgelts von den Schülern der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mfr. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe gemäß § 7 Mfr.	Gehalt der von den einzelnen Schül- ern bezahlten für das Rechnungsjahr 1902 in zulässigen Beträge Mfr.
1.	2.	3.	4.

96.	Zeich	600	45 00
97.	Groß-Ziescht	300	22 50
98.	Klein-Ziescht	800	60 00
99.	Zinna	1200	90 00
100.	Zülzendorf	1200	90 00

Kreis Prenzlau.

1.	Bränsow	3700	277 50
2.	Prenzlau ev.	35000	2625 00
3.	Prenzlau kath.	2000	150 00
4.	Strasburg	17100	1282 50
5.	Alexanderhof	100	7 50
6.	Arndsee	200	15 00
7.	Bagemühl	1400	105 00
8.	Bandelow	1800	135 00
9.	Battin	1400	105 00
10.	Baumgarten	700	52 50
11.	Beenz	800	60 00
12.	Bergholz luth. G.	900	67 50
13.	Bergholz franz. ref. G.	1300	97 50
14.	Bietzow	400	30 00
15.	Blindow	1200	90 00
16.	Blumenhagen	900	67 50
17.	Briezig	1500	112 50
18.	Bröllin	1200	90 00
19.	Carmzow	800	60 00
20.	Cremzow	300	22 50
21.	Christianerhof	200	15 00
22.	Damerow	600	45 00
23.	Damme	300	22 50
24.	Dauer	1700	127 50
25.	Debelow	700	52 50
26.	Drense	1200	90 00
27.	Eichstedt	500	37 50
28.	Ellingen	400	30 00
29.	Fahrenwalde	1900	142 50
30.	Falkenhagen	1100	82 50
31.	Falkenwalde	900	67 50
32.	Ferdinandshorst	200	15 00
33.	Fürstentwerder	3000	225 00
34.	Görzig	1500	112 50
35.	Gosmis	1100	82 50

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes (Schulort)	Bestimmung des rufgehaltberech-	Sätze der von den einzelnen Schul-
		tigten Dienstentnehmens von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 500 M. für jede Stelle nach Abrechnung dieser Summe gemäß § 7 des Gesetzes	verbänden für das Rechnungsjahr 1902 zu zahlenden Beträge.
1	2	3	4
11.	Vergingen	500	37 50
12.	Biesen	500	37 50
13.	Blansifow	600	45 00
14.	Bläsendorf	400	30 00
15.	Blumenshal	400	30 00
16.	Bodbin	1200	90 00
17.	Bälze	500	37 50
18.	Bort	300	22 50
19.	Bredbin	1800	135 00
20.	Breitenfeld	300	22 50
21.	Brügge	400	30 00
22.	Brüsenhagen	700	52 50
23.	Buchholz	600	45 00
24.	Budow	300	22 50
25.	Buddenhagen	200	15 00
26.	Christdorf	300	22 50
27.	Dahlhausen	1100	82 50
28.	Damelack	1500	112 50
29.	Dannenwalde	1100	82 50
30.	Darßlow	200	15 00
31.	Demerthin	700	52 50
32.	Döllen	900	67 50
33.	Dossow	1100	82 50
34.	Dranse	300	22 50
35.	Drewen	500	37 50
36.	Eichenfelde	400	7 50
37.	Falkenhagen	1800	135 00
38.	Frehne	1500	112 50
39.	Freßdorf	900	67 50
40.	Gadow	1200	90 00
41.	Gantow	400	30 00
42.	Garg	300	22 50
43.	Garg	500	37 50
44.	Gerdshagen	300	22 50
45.	Giesensdorf	1400	105 00
46.	Görde	500	37 50
47.	Grabow b. Frehne	1100	82 50
48.	Grabow b. Blumenshal	200	15 00
49.	Granzow	500	37 50
50.	Guntow	900	67 50
51.	Halensbeck	600	37 50
52.	Klein-Haslow	400	30 00

Saufende Nr.		Bezeichnung des Schulverbandes (Schulort)	Bestimmung des rüchegaltsberech- tigten Dienstentnehmens von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 500 M. für jede Stelle nach Abrechnung dieser Summe gemäß § 7 des Gesetzes	Sätze der von den einzelnen Schul- verbänden für das Rechnungsjahr 1902 zu zahlenden Beträge.
1	2	3	4	5
53.	Heinrichsdorf	100	7 50	
54.	Helle	400	30 00	
55.	Hersprung	300	22 50	
56.	Holzhausen	1300	97 50	
57.	Jabel	400	30 00	
58.	Jacobsdorf	200	15 00	
59.	Jämersdorf	700	52 50	
60.	Jochimsdorf	200	15 00	
61.	Kehrberg	300	22 50	
62.	Kemnitz	600	45 00	
63.	Königsberg	300	22 50	
64.	Köglin	300	22 50	
65.	Kolrep	500	37 50	
66.	Krams	700	52 50	
67.	Krempendorf	600	45 00	
68.	Alt-Kräßow	1300	97 50	
69.	Neu-Kräßow	400	30 00	
70.	Kubier	400	30 00	
71.	Kubsdorf	1400	105 00	
72.	Kunow	1000	75 00	
73.	Langnow	800	60 00	
74.	Leßlichow	1200	90 00	
75.	Liebethal	300	22 50	
76.	Lindenberg	400	30 00	
77.	Lohm	1800	135 00	
78.	Luhme	200	15 00	
79.	Maulbeerwalde	1200	90 00	
80.	Mechow	1200	90 00	
81.	Mertensdorf	800	60 00	
82.	Meserndorf	400	30 00	
83.	Mettelbeck	300	22 50	
84.	Niemerslang	300	22 50	
85.	Groß-Pantow	1600	120 00	
86.	Papenbruch	700	52 50	
87.	Preddöhl	600	45 00	
88.	Rapsdahlen	1500	112 50	
89.	Redenthin	300	22 50	
90.	Rehlin	1000	75 00	
91.	Rehsfeld	400	30 00	
92.	Rehdahn	300	22 50	
93.	Rohlsdorf	900	67 50	
94.	Rosenwinkel	300	22 50	

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes (Schulort)	Gesamtsumme des ruhgehaltberech- tigten Dienstentlohns von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mfr. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe gemäß § 7 des Gesetzes		Höhe der von den einzelnen Schul- verbänden für das Rechnungsjahr 1902 zu zahlenden Beiträge.	
		Mfr.	Pf.	Mfr.	Pf.
1	2	3	4		
95.	Sadenbeck	1500	112 50		
96.	Sarnow	1300	97 50		
97.	Schmolde	1100	82 50		
98.	Schönebeck	1000	75 00		
99.	Schönermark	700	52 50		
100.	Schönhagen b. Samrow	400	30 00		
101.	Schönhagen b. Prig- wall	1100	82 50		
102.	Schrepfow	600	45 00		
103.	Schweinrich	400	30 00		
104.	Schützengraben	300	22 50		
105.	Sewefow	900	67 50		
106.	Siebmanshorst	300	22 50		
107.	Silmersdorf	300	22 50		
108.	Sophiendorf	100	7 50		
109.	Steffenshagen	600	45 00		
110.	Stepenitz	1000	75 00		
111.	Stäbenitz	1300	97 50		
112.	Techow-Heiligengrabe	1500	112 50		
113.	Tees	400	30 00		
114.	Telschow	400	30 00		
115.	Triglis	300	22 50		
116.	Tychen	400	30 00		
117.	Zeplin	700	52 50		
118.	Zeplow	600	45 00		
119.	Zeitin	300	22 50		
120.	Groß-Welle	600	45 00		
121.	Wernikow	900	67 50		
122.	Wilmersdorf	300	22 50		
123.	Groß-Woltersdorf	400	30 00		
124.	Klein-Woltersdorf	400	30 00		
125.	Wulferdorf	1400	105 00		
126.	Wulfow	200	15 00		
127.	Wutke	300	22 50		
128.	Zaacke	900	67 50		
129.	Dorf Zeplin	900	67 50		
130.	Kleiden Zeplin	1600	120 00		
131.	Zepliner Hütte	400	30 00		
132.	Zempow	300	22 50		
133.	Klein-Zerlang	1400	105 00		
134.	Zernitz	1900	142 50		

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes (Schulort)	Gesamtsumme des ruhgehaltberech- tigten Dienstentlohns von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mfr. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe gemäß § 7 des Gesetzes		Höhe der von den einzelnen Schul- verbänden für das Rechnungsjahr 1902 zu zahlenden Beiträge.	
		Mfr.	Pf.	Mfr.	Pf.
1	2	3	4		
Kreis West-Prignitz.					
1.	Favellberg	23000	1726 00		
2.	Fenzen	13600	1020 00		
3.	Perleberg	22100	1657 50		
4.	Putlig	5900	442 50		
5.	Wilsnack	6900	517 50		
6.	Wittenberge evang.				
7.	Wittenberge kath.	51500	3862 50		
8.	Abenddorf	1200	90 00		
9.	Baatz	1100	82 50		
10.	Bätk	1100	82 50		
11.	Balow	300	22 50		
12.	Bendelin	300	22 50		
13.	Bentwisch	1200	90 00		
14.	Groß-Berge	400	30 00		
15.	Bernheide	400	30 00		
16.	Blüthen	1100	82 50		
17.	Boberow	1300	97 50		
18.	Bochin	1100	82 50		
19.	Groß-Breesa	600	45 00		
20.	Klein-Breesa	800	60 00		
21.	Bresch	500	37 50		
22.	Groß-Buchholz	300	22 50		
23.	Burghagen	200	15 00		
24.	Cumlosen	1700	127 50		
25.	Dallmin	1000	75 00		
26.	Damerow	200	15 00		
27.	Dargardt	1100	82 50		
28.	Deibow	300	22 50		
29.	Dergenthin	600	45 00		
30.	Düpow	1600	120 00		
31.	Eidenburg	1200	90 00		
32.	Gandow	1200	90 00		
33.	Garlin	500	37 50		
34.	Garfedorf	300	22 50		
35.	Glöwen	1400	105 00		
36.	Glöwzin	1400	105 00		
37.	Gnewsdorf	100	7 50		
38.	Görnitz	1100	82 50		
39.	Groß-Gottschow	400	30 00		
40.	Klein-Gottschow	400	30 00		

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes (Schulort)	Gesamtsumme des ruhgehaltberech- tigten Dienstentkommens von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mfr. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe gemäß § 7 des Gesetzes	Sätze der von den einzelnen Schul- verbänden für das Rechnungsjahr 1902 zu zahlenden Beiträge.
1	2	3	4
42.	Güblig	1100	82 50
43.	Güblsdorf	300	22 50
44.	Gulow	800	60 00
45.	Hingdorf	1000	75 00
46.	Hohenwiew	200	15 00
47.	Hülsebeck	300	22 50
48.	Jagel	300	22 50
49.	Jederitz	1600	120 00
50.	Karstädt	800	60 00
51.	Kiege	1400	105 00
52.	Kleeft	700	52 50
53.	Kleinow	300	22 50
54.	Klegle	1000	75 00
55.	Kramper	300	22 50
56.	Kreuzburg	300	22 50
57.	Kribbe	300	22 50
58.	Krinig	700	52 50
59.	Kublant	300	22 50
60.	Laaslich	1200	90 00
61.	Lanz	1400	105 00
62.	Legde	1100	82 50
63.	Lennewitz	400	30 00
64.	Lenzertalge	200	15 00
65.	Groß-Leppin	1900	142 50
66.	Groß-Linde	300	22 50
67.	Lothstedt	800	60 00
68.	Groß-Lüben	900	67 50
69.	Klein-Lüben	800	60 00
70.	Lützow	400	30 00
71.	Lütgendorf	700	52 50
72.	Lützenwisch	200	15 00
73.	Mankus	600	45 00
74.	Mansfeld	500	37 50
75.	Mejefow	600	45 00
76.	Milow	300	22 50
77.	Möblich	400	30 00
78.	Moor	1000	75 00
79.	Motrich	1100	82 50
80.	Müggenborn	1200	90 00
81.	Mursdorf	200	15 00
82.	Nebelin	400	30 00
83.	Nieders	1100	82 50

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes (Schulort)	Gesamtsumme des ruhgehaltberech- tigten Dienstentkommens von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mfr. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe gemäß § 7 des Gesetzes	Sätze der von den einzelnen Schul- verbänden für das Rechnungsjahr 1902 zu zahlenden Beiträge.
1	2	3	4
84.	Neuhäusen	500	37 50
85.	Nisow	1500	112 50
86.	Pinnow	600	45 00
87.	Pirow	300	22 50
88.	Pöstin	1100	82 50
89.	Premßlin	1300	97 50
90.	Pröttlin	1100	82 50
91.	Quigöbel	700	52 50
92.	Quigow	400	30 00
93.	Rambow b. Boberow	1100	82 50
94.	Rambow b. Kleinow	300	22 50
95.	Redenzin	400	30 00
96.	Reeg	1200	90 00
97.	Regin	100	7 50
98.	Rebbahn	1300	97 50
99.	Rohlsdorf	1200	90 00
100.	Rosenhagen	400	30 00
101.	Rühstädt	900	67 50
102.	Sagast	200	15 00
103.	Sargleben	1200	90 00
104.	Schilde	400	30 00
105.	Schönfeld	700	52 50
106.	Schweineföfen	100	7 50
107.	Seddin	400	30 00
108.	Seedorf	1000	75 00
109.	Seeg	200	15 00
110.	Söllenthin	400	30 00
111.	Spiegelhagen	800	60 00
112.	Stavenow	300	22 50
113.	Steeßow	100	7 50
114.	Strehlen	300	22 50
115.	Südow	300	22 50
116.	Taden	900	67 50
117.	Toppel	1100	82 50
118.	Uenze	1500	112 50
119.	Weglgast	300	22 50
120.	Werbis	600	45 00
121.	Wiesede	600	45 00
122.	Wernow	700	52 50
123.	Wersin	900	67 50
124.	Wentdorf	1200	90 00
125.	Wiesch-Morzin	400	30 00

Reihe Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes (Schulort)	Gesamtsomme des im Haushaltsbereich- tigten Dienstverhältnisses von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mfr. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe gemäß § 7 des Gesetzes		Höhe der von den einzelnen Schul- verbänden für das Rechnungsjahr 1902 zu leistenden Beiträge.
		Mfr.	Mfr.	1 Pf.

1	2	3	4
126.	Groß-Bogow	300	22 50
127.	Wustrow	800	60 00
Kreis Ruppin.			
1.	Gransee	12500	937 50
2.	Bindow	6100	457 50
3.	Neustadt a. D.	3100	232 50
4.	Rheinsberg	7600	570 00
5.	Alt-Ruppin	5800	435 00
6.	Neu-Ruppin evangl.	33100	2482 50
	Neu-Ruppin kathl.		
7.	Wusterhausen a./D.	8500	637 50
8.	Banzendorf	600	45 00
9.	Barßow	1300	97 50
10.	Basdorf	200	15 00
11.	Barßchendorf	400	30 00
12.	Baumgarten	1200	90 00
13.	Bechlin	1600	120 00
14.	Blankenberg	800	60 00
15.	Braunsberg	800	60 00
16.	Brunn	700	52 50
17.	Bubrow	900	67 50
18.	Büdow	700	52 50
19.	Burow	300	22 50
20.	Buskow	300	22 50
21.	Campehl	500	37 50
22.	Cantow	1300	97 50
23.	Clewische Häuser	400	30 00
24.	Dabergow	700	52 50
25.	Darzig	500	37 50
26.	Deffow	600	45 00
27.	Dierberg	400	30 00
28.	Dollgow	900	67 50
29.	Drees	2400	180 00
30.	Frankendorf	1200	90 00
31.	Friedrichsdorf	700	52 50
32.	Alt-Friesack	300	22 50
33.	Ganger	1200	90 00
34.	Gartow	1400	105 00
35.	Garz	400	30 00
36.	Alt-Garz	400	30 00
37.	Guten-Gründendorf	900	67 50
38.	Giesenhof	300	22 50

Reihe Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes (Schulort)	Gesamtsomme des im Haushaltsbereich- tigten Dienstverhältnisses von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mfr. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe gemäß § 7 des Gesetzes		Höhe der von den einzelnen Schul- verbänden für das Rechnungsjahr 1902 zu leistenden Beiträge.
		Mfr.	Mfr.	1 Pf.

1	2	3	4
39.	Glanbeck	400	30 00
40.	Gülden-Clinden	200	15 00
41.	Alt-Globow	400	30 00
42.	Neu-Globow	100	7 50
43.	Gnewikow	400	30 00
44.	Gottberg	1000	75 00
45.	Grieben	700	52 50
46.	Grüneberg	1700	127 50
47.	Heinrichsdorf	300	22 50
48.	Herzberg	600	45 00
49.	Hindenberg	400	30 00
50.	Hohenofen	1400	105 00
51.	Hoppenrade	400	30 00
52.	Kagar	900	67 50
53.	Karwe	1400	105 00
54.	Katerkow	700	52 50
55.	Keller	900	67 50
56.	Kerzlin	1300	97 50
57.	Klosterheide	500	37 50
58.	Königsstadt	300	22 50
59.	Körig	3200	240 00
60.	Koppenbrück	300	22 50
61.	Kraas	1200	90 00
62.	Krangen	1500	112 50
63.	Krenzlin	1300	97 50
64.	Kübow	300	22 50
65.	Küßow	700	52 50
66.	Langen	1700	127 50
67.	Lebdlin	1300	97 50
68.	Lichtenberg	500	37 50
69.	Linde	300	22 50
70.	Linow	1800	97 50
71.	Lögow	400	30 00
72.	Neu-Lögow	3800	22 50
73.	Löwenberg	2300	172 50
74.	Ludwigsdau	1000	75 00
75.	Lüchfeld	300	22 50
76.	Lüderdorf	1400	106 00
77.	Manfer	1700	127 50
78.	Menz	2400	180 00
79.	Meseberg	800	60 00
80.	Megeltzin	1000	75 00

Reihe Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes (Schulort)	Gesamtsumme des rufschulbereich- tigten Dienstleistungen von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mfr. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe gemäß § 7 Mfr.	Höhe der von den einzelnen Schul- verbänden für das Rechnungsjahr 1902 zu leistenden Beiträge.
1	2	3	4
81.	Kolowin	300	22 50
82.	Groß-Mug	1200	90 00
83.	Nadel	600	45 00
84.	Neiwerder	700	52 50
85.	Walgheim	1200	90 00
86.	Wilmig	500	37 50
87.	Wogen	1500	112 50
88.	Wadenleben	300	22 50
89.	Wägelin	300	22 50
90.	Wandsdorf	300	22 50
91.	Wärebeck	700	52 50
92.	Wohlfeld	400	30 00
93.	Wäbendorf	500	37 50
94.	Wäbenitz	400	30 00
95.	Wäbenitz	300	22 50
96.	Wäbnermark	1300	97 50
97.	Wäbendorf	400	30 00
98.	Wäbnow	400	30 00
99.	Wäbbeck	600	45 00
100.	Wäbels	700	52 50
101.	Wäbelsdorf	3400	255 00
102.	Wäbelsberg	800	60 00
103.	Wäbelsberg	700	52 50
104.	Wäbels	600	45 00
105.	Wäbels	800	60 00
106.	Wäbelssee	1000	75 00
107.	Wäbelsdorf	1600	120 00
108.	Wäbels	300	22 50
109.	Wäbels	200	15 00
110.	Wäbels	1200	90 00
111.	Wäbels	1200	90 00
112.	Wäbels	2400	180 00
113.	Wäbels	300	22 50
114.	Wäbels	900	67 50
115.	Wäbels	800	60 00
116.	Wäbels	2200	165 00
117.	Groß-Wäbelsdorf	400	30 00
118.	Wäbels	700	52 50
119.	Wäbels	1700	127 50
120.	Wäbels	400	30 00
121.	Wäbels	400	30 00
122.	Wäbels	1000	75 00
123.	Zerlang	300	22 50
124.	Zernikow	300	22 50
125.	Zühlén	700	52 50
Preis Teltow.			
1.	Cöpenitz	84300	6322 50
2.	Mittenwalde	8500	637 50
3.	Teltow	11400	855 00
4.	Zeupitz	1500	112 50
5.	Trebbin	8700	652 50
6.	Zossen	13900	1042 50
7.	Ableshof	41800	3135 00
8.	Brick	33300	2497 50
9.	Friedenau	30700	2302 50
10.	Alt-Gliemitz	10500	787 50
11.	Grünau	7800	585 00
12.	Johannisthal	7200	540 00
13.	Rantow	14100	1057 50
14.	Groß-Lichterfelde	70900	5317 50
15.	Mariendorf	18200	1365 00
16.	Neuendorf	18000	1350 00
17.	Nowawes	36300	2722 50
18.	Schmargendorf	14000	1050 00
19.	Nieder-Schönweide	900	742 50
20.	Steglitz	78900	5917 50
21.	Tempelhof	35400	2655 00
22.	Treptow	18500	1387 50
23.	Wannsee	11000	825 00
24.	Deutsch-Wilmersdorf	87900	6592 50
25.	Königs-Wusterhausen	8200	615 00
26.	Zehlendorf	28400	2130 00
27.	Abrensdorf	600	45 00
28.	Groß-Beeren	2900	217 50
29.	Klein-Beeren	1800	120 00
30.	Groß-Beeren	700	52 50
31.	Klein-Beeren	900	67 50
32.	Groß-Beuthen	400	30 00
33.	Blankenfelde	700	52 50
34.	Bohnsdorf	1900	142 50
35.	Brusendorf	1000	75 00
36.	Buckow	2000	150 00
37.	Callinchen	1000	75 00
38.	Christinendorf	900	67 50

1	2	3	4	1	2	3	4
Kaufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes (Schulort)	Gesamtsumme des ruhgehaltberech- tigten Dienstentlohnens von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mf. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe gemäß § 7 des Gesetzes	Höhe der von den einzelnen Schul- verbänden für das Rechnungsjahr 1902 zu zahlenden Beiträge.	Kaufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes (Schulort)	Gesamtsumme des ruhgehaltberech- tigten Dienstentlohnens von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mf. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe gemäß § 7 des Gesetzes	Höhe der von den einzelnen Schul- verbänden für das Rechnungsjahr 1902 zu zahlenden Beiträge.
Mf.		Mf.	Pf.	Mf.		Mf.	Pf.
39.	Glausdorf	1600	120 00	81.	Mahlom	1000	75 00
40.	Gliefrow	1500	112 50	82.	Marienfelde	5800	435 00
41.	Gummersdorf	1400	105 00	83.	Mellen	500	37 50
42.	Dabendorf	700	52 50	84.	Miersdorf	1000	75 00
43.	Dahlwig	700	52 50	85.	Mögen	2100	157 50
44.	Dergüschow	1400	105 00	86.	Müggelsheim	800	60 00
45.	Diedersdorf	2000	150 00	87.	Neuendorf b. Teupitz	600	45 00
46.	Drewitz	1900	142 50	88.	Neuendorf b. Trebbin	900	67 50
47.	Eggersdorf	600	45 00	89.	Nern-Neuendorf	600	45 00
48.	Eichwalde	1800	135 00	90.	Nächst-Neuendorf	1300	97 50
49.	Fahlhorst	700	52 50	91.	Neuhof	500	37 50
50.	Freidorf	300	22 50	92.	Nicolsdorf	2200	165 00
51.	Gadsdorf	1300	97 50	93.	Nudow	400	30 00
52.	Gallun	1400	105 00	94.	Nunsdorf	1000	75 00
53.	Genshagen	500	37 50	95.	Nüg	900	67 50
54.	Glajow	1500	112 50	96.	Philippsthal	300	22 50
55.	Glennie b. Jossen	1900	142 50	97.	Ragow	700	52 50
56.	Klein-Glennie	2600	195 00	98.	Rangsdorf	1200	90 00
57.	Gräbendorf	700	52 50	99.	Rehagen	800	60 00
58.	Gröben	1500	112 50	100.	Rogitz	500	37 50
59.	Grünewald	5600	420 00	101.	Rudow	3400	255 00
60.	Gütergog	900	67 50	102.	Ruhlsdorf	1200	90 00
61.	Guffow	900	67 50	103.	Saalow	200	15 00
62.	Halbe	2000	150 00	104.	Schenkendorf b. Groß- Beeren	700	52 50
63.	Heinersdorf	600	45 00	105.	Schenkendorf b. Königs- Wusterhausen	2800	210 00
64.	Hoherlehme	1100	82 50	106.	Schenkendorf Vorwerk	400	30 00
65.	Jachzenbrück	300	22 50	107.	Schmödnitz	900	67 50
66.	Jühndorf	1500	112 50	108.	Schönefeld	2200	165 00
67.	Jütendorf	200	15 00	109.	Schöneiche	1200	90 00
68.	Kerzendorf	800	60 00	110.	Schönweide	900	67 50
69.	Kiefebusch	500	37 50	111.	Schönow	1100	82 50
70.	Groß-Kienitz	1300	97 50	112.	Schulzendorf	600	45 00
71.	Klein-Kienitz	400	30 00	113.	Groß-Schulzendorf	1600	120 00
72.	Groß-Körb	1300	97 50	114.	Klein-Schulzendorf	400	30 00
73.	Klein-Körb	1400	105 00	115.	Schwerin	900	67 50
74.	Krummensee	1400	105 00	116.	Selchow	1400	105 00
75.	Lichtenrade	1300	97 50	117.	Senzig	600	45 00
76.	Löpten	300	22 50	118.	Sietben	1500	112 50
77.	Löwenbruch	1300	97 50	119.	Sperenberg	2700	202 50
78.	Lüdersdorf	500	37 50	120.	Sputendorf b. Gr.-Beeren	1400	105 00
79.	Groß-Machnow	1300	97 50				
80.	Klein-Machnow	2200	165 00				

Kaufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes (Schulort)	Gesamtsumme des ruhensaltsberech- tigten Dienstverdienstes von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mfr. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe gemäß § 7 des Gesetzes	Höhe der von den einzelnen Schul- verbänden für das Rechnungsjahr 1902 zu zahlenden Beiträge.
		Mfr.	Mfr. Pf.

1	2	3	4
121.	Staatsow	400	30 00
122.	Tetz	800	60 00
123.	Thyrow	1500	112 50
124.	Töschin	220	16 50
125.	Tornow	1300	97 50
126.	Waltersdorf	1400	105 00
127.	Wasmannsdorf	1700	127 50
128.	Wietstorf	1100	82 50
129.	Wildeau	1400	105 00
130.	Wend.-Wilmersdorf	500	37 50
131.	Wünsdorf	1700	127 50
132.	Deutisch-Wusterhausen	1000	75 00
133.	Zeesen	900	67 50
134.	Zehrensdorf	800	60 00
135.	Zernsdorf	500	37 50
136.	Zeuthen	2200	165 00
137.	Groß-Zietzen	1600	120 00

Kreis Templin.

1.	Lyden	8100	607 50
2.	Templin	21400	1605 00
3.	Zehdenick	22400	1680 00
4.	Zyrensdorf	300	22 50
5.	Annenwalde	300	22 50
6.	Arnimshain	800	60 00
7.	Badingen	1400	105 00
8.	Beetz	600	60 00
9.	Bergsdorf	1300	97 50
10.	Bertholz	600	45 00
11.	Beutel	400	30 00
12.	Boizenburg	2200	165 00
13.	Brehereiche	1900	142 50
14.	Brühlwalde	200	15 00
15.	Buchholz	200	15 00
16.	Cappe	1000	75 00
17.	Clausshagen	1300	97 50
18.	Closterwalde	800	60 00
19.	Crepitz	400	30 00
20.	Cüstpitz	400	30 00
21.	Dargersdorf	1200	90 00
22.	Dennewitz	300	22 50
23.	Groß-Dölln	500	37 50

Kaufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes (Schulort)	Gesamtsumme des ruhensaltsberech- tigten Dienstverdienstes von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mfr. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe gemäß § 7 des Gesetzes	Höhe der von den einzelnen Schul- verbänden für das Rechnungsjahr 1902 zu zahlenden Beiträge.
		Mfr.	Mfr. Pf.

1	2	3	4
24.	Kalkenthal	800	60 00
25.	Fergis	300	22 50
26.	Fließ	1900	142 50
27.	Groß-Fredenwalde	800	60 00
28.	Friedensfelde	300	22 50
29.	Funkenhagen	500	37 50
30.	Gandenitz	700	52 50
31.	Gerswalde	2300	172 50
32.	Gollin	300	22 50
33.	Grunewald	500	37 50
34.	Hammelspring	1300	97 50
35.	Harbenbeck	1400	105 00
36.	Häfeleben	700	52 50
37.	Herzfelde	900	67 50
38.	Himmelsfort	500	37 50
39.	Hindenburg	300	22 50
40.	Jakobshagen	700	52 50
41.	Kaaftebt	800	60 00
42.	Krohnhorst	400	30 00
43.	Kröchlendorf	1300	97 50
44.	Kuhj	700	52 50
45.	Kurtzschlag	300	22 50
46.	Liebenberg	1600	120 00
47.	Marienthal	1100	82 50
48.	Regelsthal	400	30 00
49.	Wilberberg	1000	75 00
50.	Wilmsdorf	400	30 00
51.	Mittenwalde	1100	82 50
52.	Klein-Mug	800	60 00
53.	Naugarten	400	30 00
54.	Negow	300	22 50
55.	Narmen	300	22 50
56.	Petersdorf	1100	82 50
57.	Pegnitz	300	22 50
58.	Pinnow	300	22 50
59.	Poraj	1000	75 00
60.	Poglow	900	67 50
61.	Ravensbrück	300	22 50
62.	Regow	600	45 00
63.	Ribbed	1200	90 00
64.	Ringenthalde	1700	127 50
65.	Röbbslin	1200	90 00

Kaufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes (Schulort)	Gesamtsumme des ruhgehaltberech- tigten Dienstverdienstes von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mfr. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe gemäß § 7 des Gesetzes		Höhe der von den einzelnen Schul- verbänden für das Rechnungsjahr 1902 zu zahlenden Beträge.
		Mfr.	Mfr.	
1	2	3	4	

66.	Rosenow	400	30 00
67.	Rutenberg	60	45 00
68.	Stegelitz	1100	82 50
69.	Storkow	1000	75 00
70.	Strehlow	400	30 00
71.	Tangersdorf	300	22 50
72.	Alt-Temmen	1300	97 50
73.	Thomsdorf	400	30 00
74.	Alt-Thymen	300	22 50
75.	Groß-Bäter	300	22 50
76.	Vietmannsdorf	1000	75 00
77.	Warthe	900	67 50
78.	Weggum	800	60 00
79.	Wesendorf	400	30 00
80.	Wichmannsdorf	800	60 00
81.	Jabelsdorf	300	22 50
82.	Zooßen	300	22 50

Kreis Zauch-Belzig.

1.	Beelitz	13300	997 50
2.	Belzig	11400	855 00
3.	Brück	4500	337 50
4.	Niemegf	4700	352 50
5.	Treuenbriegen	19900	1492 50
6.	Berder	22100	1657 50
7.	Daig	1200	90 00
8.	Denken	300	22 50
9.	Bergholz	1200	90 00
10.	Bliesendorf	300	22 50
11.	Bochow	1400	105 00
12.	Deutsch-Bork	1000	75 00
13.	Wendisch-Bork	1300	97 50
14.	Borne	1200	90 00
15.	Boßdorf	300	22 50
16.	Brachwitz	900	67 50
17.	Groß-Briesen	400	30 00
18.	Buchholz b./M.	1300	97 50
19.	Buchholz b./Tr.	700	52 50
20.	Cammer	1300	97 50
21.	Canth	800	60 00
22.	Caputh	5200	390 00
23.	Dahnsdorf	500	37 50

Kaufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes (Schulort)	Gesamtsumme des ruhgehaltberech- tigten Dienstverdienstes von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mfr. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe gemäß § 7 des Gesetzes		Höhe der von den einzelnen Schul- verbänden für das Rechnungsjahr 1902 zu zahlenden Beträge.
		Mfr.	Mfr.	
1	2	3	4	

24.	Damelang	300	22 50
25.	Damsdorf	400	30 00
26.	Deeg	2200	165 00
27.	Derwig	1000	75 00
28.	Dietersdorf	800	60 00
29.	Dippmannsdorf	1200	90 00
30.	Eisholz	1100	82 50
31.	Fersch	1100	82 50
32.	Friedersdorf	1300	97 50
33.	Frehsdorf	400	30 00
34.	Freienthal	500	37 50
35.	Garrei	300	22 50
36.	Klein-Olien	400	30 00
37.	Gindow	5800	435 00
38.	Göhlisdorf	1700	127 50
39.	Gömnitz	300	22 50
40.	Göttin	1200	90 00
41.	Gög	1100	82 50
42.	Gollwitz	900	67 50
43.	Golzow	1600	120 00
44.	Grebs	600	45 00
45.	Grubow	300	22 50
46.	Haseloff	500	37 50
47.	Hohenwerbig	600	45 00
48.	Jeferig b./B.	1100	82 50
49.	Jeferig b./Br.	1300	97 50
50.	Rähnisdorf	100	7 50
51.	Kemmis	400	30 00
52.	Kleppzig	1100	82 50
53.	Körzin	1000	75 00
54.	Krahne	1800	135 00
55.	Kranepuhl	400	30 00
56.	Groß-Kreuz	1900	142 50
57.	Krielow	400	30 00
58.	Neu-Langerwisch	500	37 50
59.	Lehnin	7300	547 50
60.	Linthe	1300	97 50
61.	Lobbesee	400	30 00
62.	Loschke	1200	90 00
63.	Lübzig	500	37 50
64.	Lüdenborn	200	15 00
65.	Lühndorf	300	22 50

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes (Schulort)	Gesamtsumme des ruhgehaltberech- tigten Dienstleistungs von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mfr. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe gemäß § 7 des Gesetzes	Höhe der von den einzelnen Schul- verbänden für das Rechnungsjahr 1902 zu zahlenden Beiträge.	
			Mfr.	Mfr.
1	2	3	4	
66.	Rüsse	500	37	50
67.	Rütte	1500	112	50
68.	Groß-Marzahn	1100	82	50
69.	Wiedewitz	1100	82	50
70.	Michelsdorf	1600	120	00
71.	Michendorf	1600	120	00
72.	Mörs	800	60	00
73.	Müßdorf	300	22	50
74.	Nahmitz	1400	105	00
75.	Neschholz	1000	75	00
76.	Nezen	1100	82	50
77.	Neuendorf b. R.	300	22	50
78.	Neuendorf b. Br.	300	22	50
79.	Neuebütten	—	—	—
80.	Niebel	600	45	00
81.	Niebel	1400	105	00
82.	Nieder-Werbig	500	37	50
83.	Pernitz	600	45	00
84.	Pegow	1000	75	00
85.	Phöben	700	52	50
86.	Plessow	400	30	00
87.	Plöschin	400	30	00
88.	Preußnitz	1100	82	50
89.	Prügke	800	60	00
90.	Raben	300	22	50
91.	Rädel	500	37	50
92.	Rädigke	1100	82	50
93.	Ragöfen	1200	90	00
94.	Rähsdorf	1200	90	00
95.	Redahn	1200	90	00
96.	Reetz	1500	112	50
97.	Reetzerhütten	800	60	00
98.	Reppinchen	500	37	55
99.	Rieben	1100	82	50
100.	Riez b. Brdbg.	400	30	00
101.	Riez b. Treuenbriezen	500	37	50
102.	Rottfod	1000	75	00
103.	Saarmund	1000	75	00
104.	Salzbrunn	1200	90	00
105.	Schäpe	300	22	50
106.	Schlalach	500	37	50
107.	Schlamau	400	30	00

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes (Schulort)	Gesamtsumme des ruhgehaltberech- tigten Dienstleistungs von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mfr. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe gemäß § 7 des Gesetzes	Höhe der von den einzelnen Schul- verbänden für das Rechnungsjahr 1902 zu zahlenden Beiträge.
1	2	3	4
108.	Schlunfendorf	300	22 50
109.	Schmergow	1700	127 50
110.	Schmergke	1300	97 50
111.	Schönefeld	1200	90 00
112.	Schwanebeck	400	30 00
113.	Schwina	900	67 50
114.	Sebdin	300	22 50
115.	Stäcken	1300	97 50
116.	Alt-Töplitz	900	67 50
117.	Neu-Töplitz	1100	82 50
118.	Trebitz	300	22 50
119.	Trechwitz	500	37 50
120.	Trembsdorf	1200	90 00
121.	Wiesenburg	2000	150 00
122.	Wilfenbruch	300	22 50
123.	Wilhelmsdorf	200	15 00
124.	Wittbriezen	1200	90 00
125.	Wust	1100	82 50
126.	Zauchwitz	300	22 50
127.	Zeuden	1000	75 00

1.	Brandenburg	98400	7380 00
2.	Charlottenburg	703900	52792 50
3.	Potsdam	147600	11070 00
4.	Rirdorf	369100	27682 50
5.	Schöneberg	261800	19635 00
6.	Spandau	182100	13657 50

zu dem Ende ist die Summe der Beiträge der einzelnen Schulen für das Rechnungsjahr 1902 zu belaufen wird.			
1.	2.	3.	4.
Bezeichnung des Schulverbandes (Schulort)			
Gesamtsumme der zu beitragsberechtigten Dienstleistungen von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Abzug von 800 Mkt. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe gemäß § 7 des Gesetzes			
Höhe der von den einzelnen Schulverbänden für das Rechnungsjahr 1902 zu zahlenden Beiträge			
Mkt.	Mkt.	Mkt.	Mkt.
1.	2.	3.	4.

Für die der Ruhegehaltskasse angeschlossenen Mittelschulen sind zu entrichten:

1. Verckow	19600	1470/00	3. Strausberg	4500	337/50
2. Freienwalde	26300	1972/50	4. Ludenwalde	43000	3225/00

Vorstehender Vertheilungsplan wird hierdurch veröffentlicht.

Potsdam, den 16. April 1902.

Königliche Regierung, Abteilung für Kirchen und Schulwesen.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 19.

Den 9. Mai

1902.

Inhaltsverzeichnis. Inhalt von Stück 13 der Gesetz-Sammlung. S. 207. — Prüfung für Vorsteher an Taubstummenanstalten. S. 207. — Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter. S. 207. — Handelskammerwahlen. S. 207. — Vorbereitungsurtheile für Maschinen in der Kaiserlichen Marine. S. 208. — Viehsuchen. S. 209. — Marktpreise. S. 208/10. — Dessnungszeiten der Eisenbahnbrehkränne bei Spandau. S. 210. — Fischerei-Aufsicht. S. 211. — Verlängerung der Lebensdauerzeit im Wriezen. S. 211. — Vorrecht beim Genuss von Mineralwässern. S. 211. — Errichtung der katholischen Pfarrei Behden. S. 211. — Kommunalbezirksveränderungen. S. 211. — Aberkennung eines Hebammen-Prüfungszugewinnes. S. 212. — Verlegung von Telegraphenröhren. S. 212. — Pfarrstellenerlebigung. S. 212. — Provinzialabgabe. S. 212. — Personal-Chronik. S. 212. — Reifeprüfung. S. 213/17. — Ausweisungen aus Preußen. S. 217. — Ausweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiete. S. 217.

Gesetz-Sammlung
für die Königl. Preussischen Staaten.
(Stück 13.) Nr. 10337. Gesetz, betreffend die Verlegung des Amtsgerichts von Linnum nach Westerland. Vom 16. April 1902.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Prüfung für Vorsteher an Taubstummenanstalten.
26. Die im Jahre 1902 zu Berlin abzuhaltende Prüfung für Vorsteher an Taubstummenanstalten wird am 23. September Vormittags 9 Uhr beginnen.

Meldungen zu derselben sind an den Unterrichtsminister zu richten und bis zum 10. August d. Js. bei demjenigen Königl. Provinzial-Schulkollegium bezw. bei demjenigen Königl. Regierung, in deren Aufsichtsbereich der Bewerber im Taubstummen- oder Schuldienste angestellt oder beschäftigt ist, unter Einreichung der im § 5 der Prüfungsordnung vom 11. Juni 1881 bezeichneten Schriftstücke anzubringen. Bewerber, welche nicht an einer Anstalt in Preußen thätig sind, können ihre Meldung bei Führung des Nachweises, daß solche mit Zustimmung ihrer Vorgesetzten, bezw. ihrer Landesbehörde erfolgt, bis zum 15. August d. Js. unmittelbar an mich richten.

Berlin, den 2. April 1902.

Der Minister der geistlichen,
Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Kontraktbrüchiger ausländischer Arbeiter.

132. Folgender ausländisch-polnischer Saisonarbeiter hat seine Arbeitsstätte unter Kontraktbruch verlassen:

Ramen:	Bisheriger Beschäftigungsort:
Valentin Gurski.	Rutergut Dan- nenwalde, Kreis Kyritz.

Der Genannte ist festzunehmen und sofort mittelst Zwangsreisepasses aus dem Staatsgebiete auszuweisen.

Vom Geschehenen ist unter Bezugnahme auf diese Bekanntmachung hierher Nachricht zu geben.

Potsdam, den 3. Mai 1902.

Der Regierungspräsident.

Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter.

133. Folgende ausländisch-galizische Saisonarbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitsstätten unter Kontraktbruch verlassen:

Ramen:	Bisheriger Beschäftigungsort:
Martin Sokot, Johann Gotec, Andreas Kaswad, Barttonny Miagga,	Dersfelde, Kreis Templin.

Die Genannten sind festzunehmen und sofort aus dem Staatsgebiete auszuweisen. Vom Geschehenen ist unter Bezugnahme auf diese Bekanntmachung hierher Nachricht zu geben.

Potsdam, den 6. Mai 1902.

Der Regierungspräsident.

Handelskammerwahlen

in den Stadtkreisen Charlottenburg und Schöneberg.

134. Unter Bezugnahme auf den im Amtsblatt (S. 136) veröffentlichten Erlaß des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 22. März d. Js. und auf Grund des § 11 des Gesetzes über die Handelskammer vom 24. Februar 1871 bringe ich die Liste der

Wahlberechtigten für die Handelskammer in Berlin aus den Stadtkreisen Charlottenburg und Schöneberg durch Vermittelung des Magistrats in Charlottenburg hiermit zur öffentlichen Auslegung.

Die Auslegung erfolgt auf dem Magistratsbureau in Charlottenburg, beginnt am 10. Mai und endet am 16. Mai.

Während dieser Zeit, sowie innerhalb einer Woche nach beendeter Auslegung, also spätestens bis zum 23. Mai, können Einwendungen gegen die Liste bei mir angebracht werden. Einwendungen kann jeder Betheiligte erheben, welcher glaubt, daß er mit Unrecht in die Liste aufgenommen oder nicht aufgenommen sei,

alljährlich beginnen in Flensburg am 10. April und 20. Oktober und in Stettin am 5. Januar und 15ten Juni. Das Schulgeld beträgt 30 Mark und die Prüfungsgebühr 5 Mark.

Potsdam, den 6. Mai 1902.

Der Regierungspräsident.

136.

Giebfenchenn.

III. Festgestellt:

a. Milzbrand. Kreis Nieder-Barnim: Hönnow, Ratz. Kreis Ost-Bavelland: Gräfenfeld, Tarmow, Perwenitz. Kreis Janch-Belzig: Groß-Kreuz, Prüple.

b. Schweinepeuche. Kreis: Nieder-Barnim: Lichtenberg. Kreis: West-Havelland: Gräningen.

Rathenow. Kreis Zeltow: Zeltow, Grünau, Zehle-
dorf, Birkholz, Reudendorf b. Potsdam.

c. **Geißelgeißler**. **Freie Niederrhein**:

Neu-Weißensee, Reinickendorf. Kreis Teltow: Grunewald.

d. **Bläſſenausschlag.** Kreis Ost-Prignitz:
Rübzig.

II. Erlöfchen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis West-
Prignitz: Rittergut Simonshagen. Kreis Templin:
Verasdorf.

b. Milzbrand. Kreis Ost-Havelland: Bechlesang.
Kreis West-Havelland: Weßeram. Kreis Ost-Prignitz:
Rehrberg. Kreis Teltow: Mariensfelde, Briz.

a. Schweinepest. Kreis Teltow: Budow,
Groß-Bietzen, Coepenick.

d. Räube. Kreis West-Savelland: Fohrde.
 Detmold, den 6. Mai 1902.

Der Regierungspräsident.

Preis im Monat April 1902.

W A A R E N

II. Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats.

[illegible]

RECEIVED

16th.

Es kostet je 1 Kilogramm.

160	125	125	180	230	336	30	25	55	35	40	45	35	50	270	330	20	150
130	115	120	160	196	250	45	25	50	40	35	60	40	60	240	340	20	150
135	130	135	180	225	313	30	25	40	40	40	40	40	50	2	250	20	180
120	160	120	160	2	280	30	20	40	50	40	60	40	50	250	340	20	160
160	130	145	180	220	320	27	22	40	40	40	40	40	60	260	340	20	160
160	140	140	180	240	333	34	16	50	50	50	50	40	40	250	250	20	1
140	120	140	190	220	3	32	22	50	50	50	60	35	60	2	260	20	130
140	150	190	190	209	249	25	23	33	28	45	45	33	45	250	290	19	2
165	157	156	170	226	303	38	26	50	50	40	45	45	55	250	310	20	160
135	110	115	170	230	310	29	25	45	45	45	55	38	55	260	3	20	170
130	140	130	170	198	239	30	25	40	40	40	50	40	45	240	340	20	160
150	140	140	170	230	318	30	28	48	48	48	48	43	55	230	350	20	160
150	125	135	160	230	320	28	22	60	40	50	40	50	50	240	4	20	160
140	120	140	160	2	322	35	25	50	30	40	50	50	60	280	360	20	180
160	160	145	180	240	3	35	28	33	37	38	43	43	50	240	3	20	160
160	130	140	180	220	360	36	25	40	40	45	45	40	60	230	320	20	160
155	150	130	150	230	4	38	33	45	35	43	55	45	55	250	270	20	150
140	1	120	180	240	320	30	25	50	50	50	40	50	50	230	260	20	160
120	1	120	160	220	312	30	24	50	50	50	50	30	50	2	260	20	160
125	107	112	170	216	255	27	19	38	38	45	42	40	45	210	280	20	155
140	120	140	140	230	280	33	28	48	30	40	45	45	45	230	3	20	140

Der Regierungspräsident.

138.

Nachweisung

des Monatsburchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag im Monat April 1902 in den Hauptmarkttorten des Regierungsbezirks Potsdam.

Laufende Nummern	Es kosten je 50 Kilogramm	Beeftow für Kreis Beeftow Storkow		Brandenburg für Brandenburg und Kreis Beeftow Land.		Ludowalke für Kreis Jüterbog- Ludowalke.		Berleberg für Kreis Beft- Brigntz.		Potsdam für Potsdam und Kreis Jüterbog- Belzig.		Prenzlan für die Kreis Prenzlan und Temptin.		Renn- Kuppin für Kreis Ruppins.		Schwedt für Kreis Angermünde.		Bismarck für Kreis Oranienburg.		Bemerkungen.
		Dr.	Stk.	Dr.	Stk.	Dr.	Stk.	Dr.	Stk.	Dr.	Stk.	Dr.	Stk.	Dr.	Stk.	Dr.	Stk.	Dr.	Stk.	
1	Hafer	8	43	8	55	8	72	8	01	9	04	7	83	8	82	8	43	8	01	Für die Kreise Niederbarnim, Oberbarnim, Oranienburg und Teltow, sowie für die Stadtkreise Potsdam, Schöneberg und Spandau gilt Berlin als Hauptmarkttort.
2	Heu	3	68	4	---	3	68	3	94	4	03	8	88	3	15	3	36	3	15	
3	Richtstroh	3	15	2	99	2	98	3	15	3	48	3	68	3	15	3	36	2	93	

Potsdam, den 6. Mai 1902

Der Regierungspräsident.

139.

Öffnungszeiten der Eisenbahn-Drehbrücken über die Havel bei Spandau.

Gültig bis zum 30. September 1902.

Es sind für den Schiffsverkehr geöffnet:

1. Die Drehbrücke im Zuge der Strecke Berlin—Hamburg

II. Die Drehbrücke im Zuge der Strecke Berlin—Lehrte

Zf. Nr.	von		bis		Zeitdauer	Zwischen den Zügen	Zf. Nr.	von		bis		Zeitdauer	Zwischen den Zügen
	Stde.	Min.	Stde.	Min.				Stde.	Min.	Stde.	Min.		
1	12	59	1	13	14	245 L—1102	1	1	20	1	28	8	6219 L—6061
2	2	23	3	05	42	6021 L—233 L	2	1	43	1	50	7	6061—8943
3	3	20	4	51	91	233 L—6067 A.	3	3	30	4	37	67	9037—8940
4	6	17	6	27	10	294—203 L	4	5	15	5	28	13	9045—6222 L
5	9	54	10	15	21	202 A—510	5	5	43	6	34	51	6222 L—6227 L
6	10	11	10	15	4	536 (F)—510	6	7	21	7	43	22	7072—7061
7	11	34	11	41	7	17 L—511	7	7	58	8	12	14	7061—6210 L
8	11	56	12	03	7	511—4 L	8	10	20	10	40	20	6212 L—6207 L
9	12	56	1	08	12	512—207 L	9	11	16	11	20	4	7060—8905
10	2	01	2	11	10	514—513	10	11	55	12	02	7	8907—6214 L
11	2	26	2	30	4	513—224 L	11	12	25	12	35	10	8945—7451
12	5	21	5	34	13	517—8 A	12	12	50	12	58	8	7451—9080
13	10	28	10	56	28	6 L—530	13	1	19	1	28	9	7215 L—9030
							14	1	50	2	03	13	7074—6780 L
							15	2	51	2	55	4	6225 L—B 23
							16	3	15	3	29	14	6198—8941
							17	3	44	4	14	30	8941—6211 L
							18	4	50	5	09	19	7472—7071
							19	5	27	5	33	6	6020—7021
							20	5	48	5	58	10	7021—7208 L
							21	6	18	7	50	92	6191—6220 L
							22	8	07	8	43	36	7053—6104 L
							23	9	59	10	28	27	6116 L—9034
							24	11	50	11	37	7	9035—8908

Die Schließung der Drehbrücke erfolgt ungefähr 10 Minuten vor dem planmäßigen Eintreffen bzw. Abfahren der Züge in Spandau, die Wiederöffnung ungefähr 5 Minuten nach Durchfahrt der Züge. Den in der vorstehenden Nachweisung gemachten Zeitangaben sind die fahrplanmäßigen Ankunfts- und Abfahrtszeiten zu Grunde gelegt. Bei Zugverspätungen und bei Ablassung von Sonderzügen und Maschinen ändern sich die Zeiten, zu welchen die Brücke für den Schiffsverkehr zu öffnen ist, entsprechend den tatsächlichen Verhältnissen des Eisenbahnbetriebes.

Potsdam, den 2. Mai 1902.

Der Regierungspräsident.

Fischereianssicht.

140. Ich habe den Förster Petermann in Pichelsberg an Stelle des in den Ruhestand tretenden Hegermeisters Peizer in Pichelsberg für die Havel, soweit sie den Forstbezirk Pichelsberg begrenzt, das heißt im Norden vom Jagen 157 (Kaufer See) bis im Süden am Jagen 141, wo das Gestell G. auf die Havel trifft (nördlich Lindwerder) vom 1. Juli d. J. ab zum Fischereiaufsicht im Nebenamte ernannt.

Petermann gilt fortan bezüglich der in seinem Aufsichtsbezirk vorkommenden Fischereivergehen und Uebertretungen als Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft.

Potsdam, den 27. April 1902.

Der Regierungspräsident.

Verlängerung der Ladenschließzeit in Briesen.

141. Auf Grund des § 139f. der Reichs-Gewerbeordnung — R.-G.-Bl. 1900 S. 969 — haben die Fleischer in Briesen beantragt, anzuordnen, daß die Ladenschließzeit in der Zeit vom 1. Mai bis 15. September mit Ausnahme der Sonntage täglich um 8 Uhr Abends beginnt.

Zur Feststellung der bei dem Antrage gemäß § 139f. Abs. 1 und 2 der Gewerbeordnung erforderlichen Zahl von zwei Dritteln (Abs. 1) oder einem Drittel (Abs. 2) der berechtigten Geschäftsinhaber befehle ich gemäß der Bekanntmachung, betreffend das Verfahren bei Anträgen auf Verlängerung der Ladenschließzeit vom 25. Januar 1902 Amtsblatt S. 68 den Herren Bürgermeistern in Briesen zum Kommissar:

Zeit und Ort der Auslegung der Liste wird der

Herr Kommissar in ortsüblicher Weise bekannt machen und f. Zt. die Äußerungen der Beteiligten entgegennehmen. Potsdam, den 6. Mai 1902.

Der Regierungspräsident.

Voricht bezüglich des Genusses von Mineralwässern.

142. Die an Straßen und an anderen Verkehrsstellen zum Genuße festgehaltenen Mineralwässer, wie Selterwasser, Sodawasser u. dgl. werden an die Abnehmer meist eiskalt verabfolgt. Der Genuß so kalten Wassers zieht leicht ernste Verdauungsstörungen nach sich, welche nicht selten zu schweren Erkrankungen führen.

Die Verkäufer von Mineralwässern im Ausschank werden daher angewiesen, das Getränk fernerhin nur in einem der Trinkwassertemperatur entsprechenden Wärmegrade von etwa 10 Grad Celsius abzugeben. Zugleich wird vor dem Genuß eiskalter Getränke überhaupt, insbesondere der Mineralwässer, gewarnt.

Potsdam, den 2. Mai 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen

der Königlich Preussischen Regierung.

Errichtung der katholischen Pfarrei Rehndorf.

147. In der Seite 145 des Amtsblatts für 1902 veröffentlichten Errichtungsurkunde für die katholische Pfarrei Rehndorf muß statt unter Nr. 4. für „Archipresbyterate Berlin“ „Archipresbyterate Charlottenburg“ heißen.

Potsdam, den 30. April 1902.

Königliche Regierung.

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Gemeindebezirks-Veränderungen.

St. Nr.	Nähere Bezeichnung der Grundstücke.	Bisheriger Gemeinde- oder Gutsbezirk.	Neuinger Gutsbezirk.
1.	Parzellen Nr. 46/7 und 47/8 des Kartenblattes Nr. 1 der Grundsteuer-Mutterrolle des Gutsbezirks Mühlenbeck in Größe von 26,10 ar und 7,15,56 ha.	Gutsbezirk Mühlenbeck	Gemeindebezirk Mühlenbeck
2.	Parzellen Nr. 208/101 des Kartenblattes Nr. 6 der Grundsteuer-Mutterrolle des Gemeindebezirks Helligenseer in Größe von 10,96 ar.	Fiscalischer Gutsbezirk des Domainen-Amtes Spandau.	Gemeindebezirk Helligenseer
3.	Parzellen Nr. 318/86 und 314/137 des Kartenblattes Nr. 3 der Grundsteuer-Mutterrolle des Gutsbezirks Rüdersdorf. Forst in Größe von 10 qm und 94 qm.	Fiscalischer Gutsbezirk des Domainen-Amtes Spandau.	Gemeindebezirk Rüdersdorf
4.	Parzellen Nr. zu 1310/297 aus 830/326 des Kartenblattes Nr. 3 der Grundsteuer-Mutterrolle des Gemeindebezirks Birkenwerder in Größe von 1,02 ar.	Fiscalischer Gutsbezirk des Domainen-Amtes Brandenburg.	Gemeindebezirk Birkenwerder
5.	Parzellen Nr. zu 1311/325 u. aus 297 und 1312/326 u. aus 297 des Kartenblattes Nr. 3 der Grundsteuer-Mutterrolle des Gemeindebezirks Birkenwerder in Größe von 23 qm und 3 qm.	Gemeindebezirk Birkenwerder	Fiscalischer Gutsbezirk des Domainen-Amtes Brandenburg.
6.	Parzellen Nr. 325/83 des Kartenblattes Nr. 2 der Grundsteuer-Mutterrolle des Gemeindebezirks Strohensagen in Größe von 2,39 ar.	Fiscalischer Gutsbezirk des Domainen-Amtes Brandenburg.	Gemeindebezirk Strohensagen

Berlin, den 5. April 1902.

Der Landrath des Kreises Niederbarnim.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Aberkennung eines Hebammenprüfungszeugnisses.

45. Der Hebamme Anna Peyer geb. Wölfling, Charlottenburg, Fasanenstraße Nr. 91 wohnhaft, ist durch rechtskräftige Entscheidung des hiesigen Bezirksausschusses vom 4. März d. J. — IA. 85 01 — das Hebammenprüfungszeugnis entzogen worden.

Die Genannte, ist daher als Hebamme nicht mehr anzusehen.

Berlin, den 28. April 1902.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Verlegung von Telegraphenröhrlabellen.

33. Bei dem Kaiserlichen Haupt Telegraphenamthier W., Französischestr. 33 liegen Pläne aus über die Verlegung von Telegraphenröhrlabellen

a. von Brangelstraße 102/104 durch die Brangelstraße, über den Mariannenplatz, am Behanien- und Engelsplatz, über den Michael-Kirchplatz nach dem Kaiser Franz Grenadierplatz 11;

b. vom Kaiser Franz Grenadierplatz 11 am Luisen- ufer durch die Ritterstraße bis Alexandrinenstraße 128,

c. von der Kaserne des Königin Augusta Garde-Grenadier-Regiments durch die Friesen- und Prinz August von Württembergstraße bis zur Militär-Arrestanstalt Hasenhalde und

d. von der Kaserne des Königin Augusta Garde-Grenadier-Regiments durch die Schwebduserstraße bis zur Westseite der Belle-Alliancestraße.

Berlin C., 29. April 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Bekanntmachungen des Königl. Konsistoriums der Provinz Brandenburg

Pfarrstellenverleihung.

24. Erledigt ist die: Diakonatsstelle Königl. Patronats zu Terebin, Diöcese Zessen, durch Verzichtleistung des bisherigen Stollmehrs am 20. April d. J. Wiederbesetzung erfolgt durch Gemeindevwahl nach dem Pfarrwahlgesetz vom 15. März 1886 — R. Ges. u. B. Bl. S. 39. — Bewerbungen sind schriftlich bei dem Königl. Konsistorium einzureichen.

Bekanntmachungen des Landesdirektors der Provinz Brandenburg.

Provincialabgabe für 1901.

7. Auf Grund der Nachweisungen der in den einzelnen Kreisen der Provinz für das Rechnungsjahr 1901 veranlagten Steuerheilige ist zur Deckung des nach dem Etat des Provinzialverbandes für das Jahr 1901 erforderlichen Betrages von 2916000 Mark die aufzubringende Provincialabgabe unter Berücksichtigung der in diesem Jahre erledigten Verurteilungen aus den Vorjahren auf 10 v. H. der aufzunehmenden Steuern festgesetzt worden.

Darnach vertheilen sich die Provincial-Abgaben für das Jahr 1901 auf die einzelnen Land- und Stadt- kreise folgendermaßen:

Stb. Nr.	Kreis	Steuer- aufkommen M.	Provincial- abgabe M.
1.	Angermünde	485175	48518
2.	Nieder-Barnim	2529982	252998
3.	Ober-Barnim	755536	75554
4.	Brandenburg-Storkow	208041	20804
5.	Ost-Havelland	515237	51524
6.	West-Havelland	485878	48588
7.	Jüterbog-Luckenwalde	402871	40287
8.	Lebus	678572	67857
9.	Prenzlau	523902	52390
10.	Ohl.-Prignitz	410337	41034
11.	West-Prignitz	594949	59495
12.	Ruppin	519710	51971
13.	Teltow	3934901	393490
14.	Templin	294484	29448
15.	Tauch-Bezig	416566	41657
16.	Brandenburg a./H.	515555	51555
17.	Charlottenburg	5118469	511847
18.	Frankfurt a./O.	637749	63775
19.	Potsdam	834264	83426
20.	Rixdorf	765643	76564
21.	Schöneberg	1806652	180665
22.	Spandau	542646	54265
23.	Arnswalde	232494	23249
24.	Cottbus, Land	197375	19738
25.	Großes	285900	28591
26.	Kriesberg N. M.	332719	33272
27.	Königsberg N./M.	640231	64023
28.	Landenberg a./B., Land	296670	29667
29.	Soldin	297936	29794
30.	Ost-Sternberg	228042	22804
31.	West-Sternberg	224032	22403
32.	Züllichau-Schwiebus	239856	23986
33.	Cottbus, Stadt	528212	52821
34.	Landenberg a./B., Stadt	294180	29419
35.	Calau	413309	41331
36.	Guben, Land	204509	20451
37.	Ludau	342346	34235
38.	Lützen	137601	13760
39.	Sorau	474632	47463
40.	Spremberg	197853	19785
41.	Forst i./L.	336954	33695
42.	Guben, Stadt	284070	28407
Summe		29116058	2911606

Berlin W. 10, den 26. April 1902.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg.
Freiherr von Manteuffel.

Personal-Chronik.

Der Regierungsassessor von Koke ist dem Land- rathe in Belgig zur Hülfsleistung überwiesen.

Der Regierungsassessor Tomaszewski ist dem Landrathe des Kreises Niederbarnim zur Hülfsleistung überwiesen.

Der Bürgermeister Jürgens in Wilsnack ist zum Bürgermeister der Stadt Krügen a./Elbe auf die Dauer

von 12 Jahren gewählt, als solcher beschäftigt und am 23. April in sein Amt eingeführt worden.

Im Kreise Niederbarnim ist ernannt worden zum kommissarischen Amtsvorsteher: Major a. D. Reinhardt, z. 3. in Berlin, für den Bezirk 11 „Derzfelde“ auf 6 Jahre.

Im Kreise Westhavelland ist wieder ernannt worden zum Amtsvorsteher: Rittergutspächter Müller in Wassertappe für den Bezirk 2 „Hohennauen“.

Der Apotheker Döring hat auf Grund der ihm erteilten Genehmigung die in Deutsch-Wilmersdorf, Ringbahnstraße 7, errichtete Apotheke eröffnet.

Der Landmesser Schroeter ist von Greifswald nach Berlin versetzt.

Der bisherige Pfarrer Paul Gotthold Gurr in Gerzlow, Diözese Soldin, ist zum Pfarrer der Pfarodie Mühlenbeck, Diözese Berlin Land II., bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer Gottfried Wilhelm Johannes Neubauer zu Edmannsdorf, Provinz Sachsen, ist zum Pfarrer der Pfarodie Raltenborn, Diözese Jüterbog, bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer der deutschen evangelischen Gemeinde zu Sydenham-London Gustav Ernst Samuel Dietrich ist zum fünften Pfarrer an der Heilandskirche, Diözese Berlin II., bestellt worden.

Der bisherige Hülfsprediger Paul Johannes Ernst Latz ist zum Archidiaconus der Pfarodie Bernau und Pfarrer von Schönau, Diözese Bernau, bestellt worden.

Der Oberlehrer an der Hohenzollernschule in Schöneberg Dr. Maire ist als Oberlehrer am königstädtischen Gymnasium in Berlin angestellt worden.

Der Schulanfängerkandidat Dr. Vitz ist als Oberlehrer am Realistischen Gymnasium in Berlin angestellt worden.

Der Schulanfängerkandidat Dr. Reinhold Kern ist als Oberlehrer am Berlinischen Gymnasium zum grauen Kloster in Berlin angestellt worden.

Der Gemeindefullehrer Julius Schmidt ist als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Die Gemeindefullehrerin Fräulein Anna Gehhardt ist vom 1. April 1902 als ordentliche Lehrerin an der Charlottenschule in Berlin angestellt worden.

Am 1. April d. J. ist übertragen worden: die Verwaltung der Station Jüterbog dem Betriebskontrollenführer Hammer und die Verwaltung der Station Ludenwalde dem Stationsvorsteher 2. Klasse Stoppa.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam.

Staatswäßig angestellt sind der Postassistent Bellé in Beesow als solcher, der Postassistent Staffehl in Birkenwerder (Bezirk Potsdam) als Postverwalter und die Telegraphengehilfin Nims in Spandau als solche.

Übertragen ist dem Ober-Postpraktikanten Günther aus Angermünde die Verwaltung einer Bureaubeamtenstelle I. Klasse bei der Ober-Postdirektion in Berlin.

Versetzt sind der Postpraktikant Stegemann von Eberswalde nach Chemnitz, die Postverwalter Securs von Fischerwall nach Plau (Havel) und Florie von Rahlow (Bezirk Potsdam) nach Strausberg 1 (Stadt) — letzterer unter Ernennung zum Postassistenten —, die Postassistenten Fiedler von Helbe (Holshein) nach Wittstock (Dessau) und Oßz von Beesow nach Rahlow (Bezirk Potsdam) — letzterer unter Ernennung zum Postverwalter.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Meisterprüfungs-Ordnung E für das Schornsteinfeger-Handwerk in Berlin.

Bezirk der Handwerkskammer zu Berlin.

Anmeldung und Zulassung zur Prüfung.

§ 1.

Das Gesuch um Zulassung zur Prüfung ist schriftlich an die zuständige Prüfungs-Kommission zu richten.

Zuständig ist die Prüfungs-Kommission in Berlin, in deren Bezirk der Prüfling entweder das betreffende Gewerbe selbständig betreibt oder seit mindestens fünf Jahren als Geselle in Arbeit steht.

Dem Gesuche sind beizufügen:

- 1) ein kurzer eigenhändig geschriebener Lebenslauf des Prüflings,
- 2) eine Geburtsurkunde,
- 3) das Prüfungszeugnis über die Gesellenprüfung oder ein anderweiter Nachweis, daß der Prüfling in seinem Gewerbe die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen erworben hat,
- 4) der Nachweis, daß der Prüfling mindestens fünf Jahre lang im Bezirk der Prüfungs-Kommission als Schornsteinfegergeselle mit Erfolg thätig gewesen ist,
- 5) die Zeugnisse der gewerblichen Unterrichtsanstalten, die der Prüfling etwa besucht hat,
- 6) ein polizeiliches Führungszeugnis über die völlige Unbescholtenheit des Prüflings.

Auf Grund der Anmeldung entscheidet der Vorsitzende der Prüfungs-Kommission, ob der Prüfling zugelassen ist oder nicht.

Gegen die Entscheidung ist die Beschwerde bei der Prüfungs-Kommission binnen einer Woche zulässig.

§ 2.

Die Prüfungstermine werden von dem Vorsitzenden der Prüfungs-Kommission anberaumt. Auf Beschluß der Prüfungs-Kommission oder Anordnung des Vorstandes der Handwerkskammer sind regelmäßig wiederkehrende Termine für die Prüfungen festzusetzen.

Der Vorsitzende hat die Mitglieder der Prüfungs-Kommission und die zur Prüfung Zugelassenen zum Prüfungstermin zu laden und zugleich über die Arbeitsprobe sowie über den Ort und die Zeit ihrer Ausführung Bestimmung zu treffen (vergl. §§ 6—8). Nahe Verwandte und der derzeitige Arbeitgeber oder Geschäftstheilhaber eines Prüflings sind von der Mitwirkung bei der Prüfung ausgeschlossen.

Die Prüfungs-Kommission ist bei Anwesenheit des Vorsitzenden und der vier Beisitzer beschlußfähig.

Zu einem Prüfungstage müssen sechs Prüflinge geladen werden. In Ausnahmefällen kann mit Zustimmung der Handwerkskammer eine geringere Anzahl von Prüflingen zur Prüfung zugelassen werden.

Prüfungsgebühren.

§ 3.

Jeder Prüfling hat vor dem Prüfungstermin eine Prüfungsgebühr von 30 M. an die Kasse der Handwerkskammer einzuzahlen.

Ueber Anträge auf Erlass oder Stundung der Gebühr entscheidet der Vorstand der Handwerkskammer.

Ist die Prüfung nicht bestanden, so hat der Geprüfte keinen Anspruch auf Rückerstattung der Prüfungsgebühren.

Prüfungsverfahren.

§ 4.

Die Prüfung soll eine praktische und eine theoretische sein.

Arbeitsprobe.

§ 5.

Die praktische Prüfung erfolgt durch Ausführung einer Arbeitsprobe, welche im Reinigen mehrerer unbefestigter Schornsteine und im kunstgerechten Befestigen einiger befestigten Schornsteine bestehen soll.

§ 6.

Die Bestimmung der Arbeitsprobe erfolgt durch die Prüfungs-Kommission unter Berücksichtigung des besonderen Ausbildungsganges des Prüflings. Sie ist so zu wählen, daß mit ihrer Ausführung keine mit dem Charakter der Prüfung unvereinbare Anforderung sowie kein erheblicher Zeit- und Kostenaufwand verbunden ist. Durch die Arbeitsprobe soll der Prüfling darthun, daß er die Befähigung zur selbständigen Ausführung der gewöhnlichen Arbeiten seines Gewerbes besitzt.

§ 7.

Der Vorsitzende der Prüfungs-Kommission bestimmt, wo und in welcher Weise die Arbeitsprobe auszuführen ist.

Die Arbeitsprobe ist vor der Prüfungs-Kommission auszuführen.

Theoretische Prüfung.

§ 8.

Die theoretische Prüfung hat sich zu erstrecken auf:

- 1) die Fachkenntnisse,
- 2) die Buch- und Rechnungsführung,
- 3) die gesetzlichen Vorschriften betr. das Gewerbewesen.

§ 9.

Durch die Prüfung in den Fachkenntnissen soll insbesondere der Nachweis erbacht werden, daß der Prüfling über die wichtigsten Werkzeuge sowie deren Handhabung und über die wichtigsten Arbeitsverrichtungen und den mit ihnen verbundenen Zeit- und Kostenaufwand genügend unterrichtet ist.

Sie beginnt in der Regel mit einer Besprechung der Arbeitsprobe und den dazu gehörigen Kosten-

berechnungen und soll sich ferner namentlich auf folgende Gegenstände erstrecken:

- a. die Kenntniss der Feuerungsanlagen, die Konstruktion der Schornsteine, der verschiedenen Arten von Ausverunreinigungen derselben, der Reinigungsgriffen bei den verschiedenen Brennstoffen, der Werkzeuge und Gerätschaften, der Arten der Reinigung, der Ermittlung feuergefährlicher Stellen und auf die Fähigkeit, vorhandene Feuerungsanlagen durch eine Handzeichnung anschaulich darzustellen;
- b. die Kenntniss der von der Berufsgenossenschaft oder von den zuständigen Behörden erlassenen Unfallverhütungsvorschriften sowie der einschlägigen bau- und feuerpolizeilichen Vorschriften des Verwaltungsbezirks, für den der Prüfling die Befähigung zur Anstellung als Bezirkschornsteinfeger zu erwerben wünscht.

Ein Theil der Fragen ist von dem Prüfling an den Schornsteinen eines Gebäudes erläuternd zu beantworten.

§ 10.

Die Prüfung in der Buch- und Rechnungsführung erfolgt zum Theil schriftlich, zum Theil mündlich. Die Prüfung hat sich auf die Kenntniss der einfachen Buch- und Rechnungsführung und außerdem auch auf die für den Gewerbebetrieb notwendigen Kenntniss im Lesen, Schreiben und den bürgerlichen Rechnungsgängen zu erstrecken.

§ 11.

Die Prüfung in den gesetzlichen Vorschriften betr. das Gewerbewesen ist mündlich. Durch sie soll vornehmlich die Kenntniss der wichtigsten Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, der Arbeiter-Versicherungsgesetze und des Genossenschaftsrechts dargelegt werden.

Ergebnis der Prüfung.

§ 12.

Nach Beendigung der Prüfung, über deren Verlauf eine von sämmtlichen Mitgliedern der Prüfungs-Kommission zu unterschreibende Verhandlung aufgenommen ist, beschließt die Prüfungs-Kommission mit Stimmenmehrheit, ob die Prüfung genügend, gut oder mit Aufzeichnung bestanden oder ob sie nicht bestanden ist. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.

Ist die Prüfung nicht bestanden, so hat die Prüfungs-Kommission einen Zeitraum zu bestimmen, vor dessen Ablauf sie nicht wiederholt werden darf. War die Arbeitsprobe für genügend befunden, so kann der Prüfling von der Wiederholung entbunden werden.

Das Ergebnis der Prüfung ist den Geprüften am Schlusse des Prüfungstermins durch den Vorsitzenden bekannt zu geben.

§ 13.

Ist die Prüfung bestanden, so hat die Prüfungs-Kommission darüber ein Zeugnis auszustellen. Ist die Prüfung nicht bestanden, so hat die Prüfungs-Kommission dies dem Prüfling schriftlich mitzuteilen unter Angabe des Zeitraums, vor dessen Ablauf die Prüfung nicht wiederholt werden darf. Falls der Prüfling von der nochmaligen

Ausführung der Arbeitsprobe erlaubten ist, so wird dies in der Mittheilung vermerkt.

Das Prüfungszeugnis ist kosten- und arbeitsfrei.

§ 14.

Mehr als zweimal darf die Prüfung nicht wiederholt werden.

Auf die Wiederholung der Prüfung findet die Vorschrift des § 1 Abs. 2 keine Anwendung.

§ 15.

Das Befehlen der Meisterprüfung nach den vorstehenden Bestimmungen berechtigt zur Führung des Meistertitels in Verbindung mit der Bezeichnung eines Handwerks, sofern der Geprüfte in diesem Handwerk die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen erworben hat.

Geschäftsführung.

§ 16.

Die laufenden Geschäfte der Prüfungs-Kommission erledigt der Vorsitzende.

Das Prüfungszeugnis (Meisterbrief) ist von dem Vorsitzenden und den Mitgliedern der Prüfungs-Kommission zu vollziehen.

Für alle übrigen Ausfertigungen genügt die Unterschrift des Vorsitzenden.

§ 17.

Die Mitglieder der Prüfungs-Kommission erhalten, abgesehen von dem Gehalt, der ihnen durch die Rasse erwachsenen, Gebühren und notwendigen baren Auslagen, bei Prüfungen am Wohnort 10 Mk. der Vorsitzende 15 Mk. für den Tag bei Prüfungen außerhalb des Wohnorts hiebei, Sätze für den Tag aus der Rasse der Handwerkskammer.

Den Mitgliedern der Prüfungs-Kommission kann durch Beschluß der Handwerkskammer mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde für die Wahrnehmung der Prüfungen an ihrem Wohnort statt der bisherigen Vergütungen eine jährliche Entschädigung ausbezahlt werden.

§ 18.

Das Prüfungszeugnis kann von der Prüfungs-Kommission für ungültig erklärt werden, wenn festgestellt wird, daß der Prüfling bei der Meldung zur Prüfung oder bei deren Ablegung eine auf Täuschung berechnete Handlung begangen hat.

§ 19.

Die schriftlichen Verhandlungen über den Verlauf der Prüfungen (§ 13) sind dem Vorstande der Handwerkskammer anzulegen. Auch ist dieser befugt, Beauftragte zur Beobachtung an den Prüfungen zu entsenden.

Genehmigt durch Verfügung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 14. April 1902.

IIIa 3005.

Berlin, den 22. April 1902.

Der Vorstand der Handwerkskammer zu Berlin

Fahrer,

Dr. Reubaus,

Beisitzer, Dr. Reubaus, Syndikus

Meisterprüfungs-Ordnung für das Schornsteinfeger-Handwerk im Reichslande.

Bezirk der Handwerkskammer zu Berlin.

Anmeldung und Anweisung zur Prüfung.

§ 1.

Das Gesuch um Anweisung zur Prüfung ist schriftlich an die zuständige Prüfungs-Kommission zu richten.

Zuständig ist die Prüfungs-Kommission zu Potsdam, in deren Bezirk der Prüfling entweder das betreffende Gewerbe selbstständig betreibt oder seit mindestens zwei Jahren als Geselle in Arbeit steht.

Dem Gesuche sind beizufügen:

- 1) ein ferner eigenhändig geleiteter Lohnzettel des Prüflings,
- 2) eine Geburtsurkunde,
- 3) das Prüfungszeugnis über die Gesellenprüfung oder ein anderweitiges Nachweis, daß der Prüfling in seinem Gewerbe die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen erworben hat,
- 4) der Nachweis, daß der Prüfling mindestens fünf Jahre lang als Lehrling in einem Gewerbe gearbeitet hat,
- 5) die Zeugnisse der gewerblichen Unterrichtsanstalten, die der Prüfling etwa besucht hat,
- 6) ein polizeiliches Führungszeugnis.

Auf Grund der Anmeldung entscheidet der Vorsitzende der Prüfungs-Kommission, ob der Prüfling zugelassen ist oder nicht.

Gegen die Entscheidung ist die Beschwerde bei der Prüfungs-Kommission binnen einer Woche zulässig. Diese entscheidet auch über Anträgen von Absatz 3 Ziffer 4.

§ 2.

Die Prüfungstermine werden von dem Vorsitzenden der Prüfungs-Kommission anberaumt. Auf Beschluß der Prüfungs-Kommission oder Anordnung des Vorstandes der Handwerkskammer sind regelmäßig wiederkehrende Termine für die Prüfungen festzusetzen.

Der Vorsitzende hat die Mitglieder der Prüfungs-Kommission und die zur Prüfung Angehörigen zum Prüfungstermin zu laden und zugleich über die Arbeitsprobe sowie über den Ort und die Zeit ihrer Ausführung Bestimmung zu treffen (vergl. §§ 6—8). Nahe Verwandte und der derzeitige Arbeitgeber oder Geschäftstheilhaber eines Prüflings sind von der Mitwirkung bei der Prüfung ausgeschlossen.

Die Prüfungs-Kommission ist bei Anwesenheit des Vorsitzenden und der vier Beisitzer beschlußfähig.

Am ersten Prüfungstage müssen wenigstens vier und höchstens nicht mehr als sechs Prüflinge geladen werden. Die Ausnahmefälle kann mit Genehmigung der Handwerkskammer auf Antrag der Prüfungs-Kommission eine geringere Anzahl von Prüflingen zur Prüfung zugelassen werden.

Prüfungsausschüssen.

§ 3.

Jeder Prüfling hat vor dem Prüfungstermin eine

Prüfungsbefähigung von 30 Jahren, die das Alter der Handwerker ausmacht. Ueber Anträge auf Erlassung der Erlaubnis zur Prüfung entscheidet der Vorstand der Handwerkskammer. Ist die Prüfung nicht bestanden, so hat der Geprüfte keinen Anspruch auf Wiederholung der Prüfungsgeldbescheinigung.

Prüfungsbefähigung

Die Prüfung soll eine praktische und eine theoretische sein.

Arbeitsprobe

Die praktische Prüfung erfolgt durch Ausführung einer Arbeitsprobe, welche im Werkstättenmeister und besterbar Schornsteine und im kunstgerechten Befestigen einiger besterbarer Schornsteine besteht.

Die Bestimmung der Arbeitsprobe erfolgt durch die Prüfungskommission unter Berücksichtigung des besonderen Ausbildungsanges der Prüfung. Sie ist so zu wählen, dass die Ausführung keine mit dem Charakter der Prüfung unvereinbare Anforderung sowie kein erheblicher Zeit- und Kostenaufwand verbunden ist. Durch die Arbeitsprobe soll der Prüfungsbefähigung der gewöhnlichen Arbeiten eines Arbeiters festgestellt werden.

Der Vorsitzende der Prüfungskommission bestimmt, wo und in welcher Weise die Arbeitsprobe auszuführen ist. Die Arbeitsprobe ist vor der Prüfungskommission auszuführen.

Theoretische Prüfung

§ 8.

Die theoretische Prüfung hat sich zu erstrecken auf:

- 1) die Fachkenntnisse;
- 2) die Buch- und Rechnungsführung;
- 3) die gesetzlichen Vorschriften des Gewerbes.

Durch die Prüfung in den Fachkenntnissen soll insbesondere der Nachweis gemacht werden, dass der Prüfungsbefähigung über die wichtigsten Werkzeuge sowie deren Handhabung und über die wichtigsten Arbeitsverfahren und den mit ihnen verbundenen Zeit- und Kostenaufwand genügend unterrichtet ist.

Sie beginnt mit der Regel mit einer Beschreibung der Arbeitsprobe und den dazu gehörigen Kostenberechnungen und soll sich hienach hauptsächlich auf folgende Gegenstände erstrecken:

- a. die Kenntnis der Feuerungsanlagen, der Konstruktion der Schornsteine, des verschiedenen Arten von Aufwärmreinigungen derselben, der Reinigungsmittel bei den verschiedenen Brennmaterialien, der Werkzeuge und Gerätschaften, der Arten der Reinigung, der Ermittlung feuergefährlicher Stellen und auf die Fähigkeit, vorhandene Feuerungsanlagen durch eine Handzeichnung anschaulich darzustellen;

b. die Kenntnis der von der Berufsgenossenschaft oder von den zuständigen Behörden erlassenen Unfallverhütungsvorschriften sowie der einschlägigen Bau- und feuerpolizeilichen Vorschriften des Verwaltungsbereichs, für den der Prüfungsbefähigung zur Anstellung als Bezirksfeuerungsinspektor zu erwerben, müssen.

Ein Theil der Fragen ist, von dem Prüfungsbefähigten, den Schornsteinen eines Gebäudes erläuternd zu beantworten.

Die Prüfung in der Buch- und Rechnungsführung erfolgt zum Theil schriftlich, zum Theil mündlich. Die Prüfung hat sich auf die Kenntnisse der einfachen Buch- und Rechnungsführung und außerdem auch auf die für den Gewerbebetrieb notwendigen Kenntnisse im Lesen, Schreiben und den bürgerlichen Rechnungsarten zu erstrecken.

Die Prüfung in den gesetzlichen Vorschriften des Gewerbes ist mündlich. Durch sie soll vornehmlich die Kenntnis der wichtigsten Bestimmungen der Gewerbeordnung, der Arbeiter-Versicherungsgesetze und des Genossenschaftsrechts bürgerlich werden.

Ergebnis der Prüfung

§ 12.

Nach Beendigung der Prüfung über ihren Verlauf eine von sämtlichen Mitgliedern der Prüfungskommission zu unterschreibende Verhandlung aufzunehmen ist. Beschließt die Prüfungskommission mit Stimmenmehrheit, ob die Prüfung genügend, gut oder mit Auszeichnung bestanden oder ob sie nicht bestanden ist. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.

Ist die Prüfung nicht bestanden, so hat die Prüfungskommission einen Zeitraum zu bestimmen, vor dessen Ablauf sie nicht wiederholt werden darf. Bei der Arbeitsprobe für genügend befunden, so kann der Prüfungsbefähigte von deren Wiederholung entbunden werden.

Das Ergebnis der Prüfung ist den Geprüften am Schlusse des Prüfungstermins durch den Vorsitzenden bekannt zu geben.

§ 13.

Ist die Prüfung bestanden, so hat die Prüfungskommission darüber ein Zeugnis (Meisterbrief) auszustellen. Ist die Prüfung nicht bestanden, so hat die Prüfungskommission dies dem Prüfungsbefähigten schriftlich mitzuteilen unter Angabe des Zeitraums, vor dessen Ablauf die Prüfung nicht wiederholt werden darf. Falls der Prüfungsbefähigte von der nochmaligen Ausführung der Arbeitsprobe entbunden ist, so wird dies in der Mittheilung vermerkt.

Das Prüfungszeugnis ist Kosten- und Stempelfrei.

§ 14.

Mehr als einmal darf die Prüfung nicht wiederholt werden.

Auf die Wiederholung der Prüfung findet die Vorschrift des § 1 Abs. 2 keine Anwendung.

§ 15.

Das Bestehen der Meisterprüfung nach den vor-

stehenden Bestimmungen berechtigt zur Führung des Meisterbrieft in Verbindung mit der Berechtigung eines Handwerks, sofern der Prüfling in diesem Handwerk die Befähigung zur Anleitung von Lehrlingen erworben hat.

Geschäftsführung.

§ 16.

Die laufenden Geschäfte der Prüfungs-Kommission erledigt der Vorsitzende.

Das Prüfungszeugnis (Meisterbrief) ist von dem Vorsitzenden und den Mitgliedern der Prüfungs-Kommission zu vollziehen.

Für alle übrigen Ausfertigungen genügt die Unterschrift des Vorsitzenden.

§ 17.

Die Mitglieder der Prüfungs-Kommission erhalten, abgesehen von dem Ersatz der ihnen durch die Reise erwachsenen Fahrtkosten und notwendigen baaren Auslagen, bei Prüfungen am Wohnort 10 M., der Vorsitzende 15 M. für den Tag, bei Prüfungen außerhalb des Wohnorts dieselben Sätze für den Tag aus der Kasse der Handwerkskammer.

Den Mitgliedern der Prüfungs-Kommission kann durch Beschluß der Handwerkskammer mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde für die Wahrnehmung der Prüfungen an ihrem Wohnort statt der besonderen Vergütungen eine jährliche Entschädigung zugewilligt werden.

§ 18.

Das Prüfungszeugnis (der Meisterbrief) kann von der Prüfungs-Kommission für ungültig erklärt werden, wenn festgestellt wird, daß der Prüfling bei der Meldung zur Prüfung oder bei deren Ablegung eine auf Täuschung berechnete Handlung begangen hat.

§ 19.

Die schriftlichen Verhandlungen über den Verlauf der Prüfungen (§ 13) sind dem Vorstande der Handwerkskammer einzutreten. Auch ist dieser befugt, Beauftragte zur Beirathung an den Prüfungen zu entsenden.

Genehmigt durch Verfügung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 14. April 1902 — IIIa 3005. — Berlin, den 23. April 1902.

Der Vorstand der Handwerkskammern zu Berlin.

Faker Dr. Neuhaus.
Vorsitzender. Syndikus.

Ausweisungen aus Preußen

Der Hausdiener Isaat Gerßen, geboren 21. Juli 1881 zu Klein-Kurym in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. September 1901 aus Preußen ausgewiesen.

Der Reisende Robert Leipold, geboren am 16. März 1860 zu Böhsny, ungarischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 1. Januar 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Prediger und Lehrer Adolf Basse, geboren 16. Oktober 1873 zu Berlin, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 29. Januar 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Graf Wilhelm von Wickenburg, geboren am 8. März 1857 zu Innsbruck, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 12. Februar 1901 ausgewiesen.

Der Drehorgelspieler Luigi Dagaßi, geboren am 14. April 1846 zu Dorso, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 20. März 1902 ausgewiesen.

Der Drehorgelspieler Girolamo Prach, geboren 16. Juli 1874 zu Boicolo, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 3. April 1902 ausgewiesen.

Der Handelsmann Geballi Pischewski, geboren 1870 zu Lody, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 5. April 1902 ausgewiesen.

Der Kürschner Wolf Schudrich, geboren 1873 zu Unaparamoruf in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 22. April 1902 ausgewiesen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr. Ser.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurteilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat	Datum des Ausweisungs- Beschlusses
	der Ausgewiesenen				
1.	2.	3.	4.	5.	6.

a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1.	Adolf Paril, Former,	geboren am 12. März 1881 zu Belis, Bezirk Zien, Böhmen, ortsangehörig ebendort,	vorläufiger Stand- strafe (2 Jahre Zuchthaus, samt Erkenntnis vom 17. Mai 1900),	Königlich sächsische Kreishauptmann- schaft Leipzig,	6. Februar 1902.

Nr.	Name und Stand	Alter und Geburtsort	Ort der Verhaftung	Verhaftungs- veranlassung	Datum der Verhaftung
1	Michael Pagniat, Arbeiter,	b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: geboren am 15. April 1873 zu Landstreichen, Bukowina, Bezirk Ljow, Galizien, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	28. März 1902.
2	Wenzel Ott, Arbeiter,	geboren am 13. August 1877 zu Landstreichen und Eger, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Stade,	21. März 1902.
3	Anton Anwal, Arbeiter,	geboren im Jahre 1872 zu Gotschen, Bezirk Biala, Galizien, ortsangehörig ebenda-	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	22. März 1902.
4	Johann Scharbon, Schlosser,	geboren am 10. Februar 1862 zu Lenz, Bezirk Linz, Ober-Österreich, ortsangehörig zu Neumarkt, Bezirk Traunburg, Krain.	Landstreichen und Betteln,	Stadtmagistrat Regensburg, Bayern,	29. März 1902.
5	Johann Scherer, Lehrer,	geboren am 1. September 1854 zu Neustadt, Canton St. Gallen, Schweiz, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Coblenz,	6. März 1902.
6	Eckhard Schönlitz, Kaufmann und Handelsagent,	geboren am 2. Februar 1860 zu Remberg, Galizien, ortsangehörig ebenda-	Zuhälterei (§ 181 a. Abs. 3 R.-Str.-G.-B.),	Stadtmagistrat Amberg, Bayern,	3. Januar 1902.
7	Anton Schuster, Schneidmüller,	geboren am 18. Januar 1857 zu Wien, ortsangehörig zu Auspergitz, Bezirk Prag, Böhmen,	Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Passau,	22. März 1902.
8	Michael Wala, Schreier,	geboren im Jahre 1882 zu Jbrany, Bezirk Misko, Galizien, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	25. März 1902.
9	Johann Zima, Schlossergehülfe,	geboren am 15. Juni 1868 zu Roth-Rositz, Bezirk Namob, Böhmen, ortsangehörig ebenda-	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	desgleichen.

Druck: J. H. Hoffmann & Co. Leipzig.

(Die Inhaber der Druckerei haben für eine einseitige Druckseite 20 Pf. Belegblätter nach der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Verlag von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Verlag von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Mitsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Stück 20.

Den 16. Mai

1902.

Inhaltsverzeichnis. Inhalt von Stück 22 des Reichsgesetzblattes und Stück 14 der Gesetz-Sammlung. S. 219. — Remonte-Anlauf. S. 219. — Genehmigung von Kleinbahnen, welche den Polizeibezirk Berlin und die Kreise Teltow und Niederbarnim berühren. S. 219. — Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter. S. 220. — Viehsuchen. S. 220. — Bedienung des Entlassungsrechts. S. 220. — Gemeinnützige Fernsprechanlagen. S. 220. — Fernsprechanlagen. S. 220. — Neue Telegraphenanstalten. S. 220/21. — Prüfung für Rechenlehrer und Rechenlehrerinnen. S. 221. — Privatbespannungsverkehr. S. 221. — Kommunalbezirksveränderungen. S. 221. — Personal-Erkrankung. S. 221. — Ausweisungen aus Preußen. S. 223. — Ausweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiete. S. 223.

Reichsgesetzblatt.

(Stück 22.) Nr. 2860. Bekanntmachung, betreffend die dem internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnverkehrsverkehr beigefügte Liste. Vom 30. April 1902.

Gesetz-Sammlung.

für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 14.) Nr. 10338. Gesetz, betreffend die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten. Vom 16. April 1902.

Nr. 10339. Gesetz, betreffend die Landeskreditkasse zu Cassel. Vom 16. April 1902.

Nr. 10340. Gesetz zur Abänderung der Gesetze, betreffend die Landeskasse in Wiesbaden, vom 25. September 1869, vom 20. August 1883 und vom 3. Oktober 1899. Vom 16. April 1902.

Nr. 10341. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil der Bezirke der Amtsgerichte Diez, Eltville, Herborn, Idstein und Weibstadt. Vom 30. April 1902.

Bekanntmachungen

der Königl. Ministerien.

27. Remonte-Anlauf für 1902.

1) Zum Anlauf dreijähriger, ausnahmsweise vierjähriger Remonten werden im diesem Jahre im Regierungsbezirk Potsdam die nachbezeichneten öffentlichen Märkte abgehalten werden.

20. Mai	Kopen b. Nauenhausen	1 Uhr N.
21. "	Reichow b. Angermünde	8 " B.
29. "	Bilsdorf	" " "
12. "	Reizen (Elbe)	2 " N.
30. "	Reppenburg	9 " B.
31. "	Wilsdorf	" " "

2. Juni	Dannowitz	1 1/2 " N.
13. "	Körbke	10 " B.
14. "	Kruschke a. d. H.	8 1/2 " "

2) Die angekauften Pferde werden sofort abgenommen

3) Pferde mit Fehlern, welche nach den Befehlen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, dergleichen Pferde, die sich während der ersten 28 Tage nach dem Tage der Einkieferung in das Depot als Klopfer erweisen. Die geschehene Gewährfrist wird für periodische Augenentzündung (innere Augenentzündung, Mondblindheit) auf 28 Tage nach dem Tage der Einkieferung in das Depot verlängert, für Koppeln (Krippenseßen) auf 10 Tage vom genannten Zeitpunkt ab verkürzt.

4) Verkäufer, die Pferde vorführen, welche ihnen nicht eigentümlich gehören, müssen sich gehörig ausweisen können.

5) Der Verkäufer ist verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue, starke, rindlederene Trense mit starkem Gebiß und eine neue Kopfhalter von Leder oder Hanf mit 2 mindestens zwei Meter langen Stricken unentgeltlich mitzugeben.

6) Zur Feststellung der Abstammung der Pferde sind die Deck- resp. Füllenscheine mitzubringen.

Auch werden die Verkäufer ersucht, die Schweife der Pferde nicht übermäßig zu beschneiden und die Schwanzgrube nicht zu verkürzen.

Berlin, den 28. Februar 1902.

Kriegsministerium. Remonte-Inspektion.

Genehmigung von Kleinbahnen, welche den Polizeibezirk Berlin und die Kreise Teltow und Niederbarnim berühren.

28. Durch die Erlasse vom 2. Oktober 1892 und 2. März 1893 hatte ich im Einvernehmen mit dem Herrn Minister des Innern auf Grund der §§ 3 u. 44 des Gesetzes über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen vom 28. Juli 1892 (G.-S. S. 225) bestimmt, daß bezüglich derjenigen Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen in den Kreisen Teltow und Niederbarnim, bei denen Berlin beteiligt ist oder durch welche Charlottenburg berührt wird, der Polizei-Präsident zu Berlin zur Erteilung der Genehmigung und zur Aufsichtsführung

Auf Grund der inzwischen gemachten Erfahrungen bestimme ich nunmehr und zwar gleichfalls im Einvernehmen mit dem Herrn Minister des Innern unter Aufhebung der vorerwähnten beiden Erlasse, daß in Zukunft, sofern der Landespolizeibezirk Berlin betheiligt ist, in jedem Einzelfalle unsere Entscheidung über die zuständige Behörde nachzusehen ist.

Berlin, den 28. April 1902.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen des Königlichen Regierungspräsidenten.

Kontraktbrüche ausländische Arbeiter.

143. Folgende ausländisch-polnische Saisonarbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitsstätten unter Kontraktbruch verlassen:

Namen:	bisheriger Beschäftigungsort:
Andreas Bach,	Dietrichsdorf, Kreis Jaucho-Belzig.
Peter Bilatz,	
Wajsl Rozal,	
Peter Stach,	
Michael Seryto,	
Jwan Rakus,	
Roman Jawittowski,	
Nikolaus Gzelengewig,	
Josef Wosazgel,	
Josef Rusin,	
Szymon Partuta,	
Katarzyna Jaszeror,	
Daniel Michal,	
Wojaszel Warzocha,	

Die Genannten sind festzunehmen und sofort aus dem Staatsgebiete auszuweisen. Vom Erscheinen ist unter Bezugnahme auf diese Bekanntmachung hierher Nachricht zu geben. Potsdam, den 13. Mai 1902.

Der Regierungspräsident.

144. S i e h e u e n.

I. Festgestellt:

a. Milzbrand. Kreis Angermünde: Frederisdorf. Kreis Nieder-Barnim: Birsholz. Kreis West-Havelland: Haage. Kreis Jaucho-Belzig: Collwitz, Hagelberg.

b. Schweinepest. Kreis West-Havelland: Gut Ribbeck. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: Heinsdorf. Kreis Jaucho-Belzig: Michendorf.

c. Bläschenausschlag. Kreis Derfow-Storkow: Alt-Stahnsdorf.

II. Erloschen:

a. Milzbrand. Kreis Ost-Havelland: Lärnow, Marwig. Kreis Prenzlau: Dom. Groß-Ludow. Kreis Jaucho-Belzig: Frederisdorf.

b. Schweinepest. Kreis Angermünde: Wendemark. Kreis Nieder-Barnim: Neu-Weißensee, Mönchmühle (Wembez, Mühlenberg.)

c. Geflügelcholera. Kreis Ost-Havelland: Forsthaus Hohenschöpping.

Potsdam, den 13. Mai 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Verleihung des Enteignungsrechts.

46. Auf Ihren Bericht vom 28. März d. Js. will Ich der Stadtgemeinde Berlin behufs Erwerbung des Eigentums an den zur bebauungsplanmäßigen Herstellung der Straße 63 Abtheilung X. 2 des Bebauungsplans der Umgebungen Berlins sowie der Wismstraße erforderlichen Flächen, die auf den dabei zurückschließenden Plänen roth angelegt sind, hiermit das Enteignungsrecht verleihe.

Berlin, den 7. April 1902.

gr. Wilhelm R.

Für den Minister der öffentlichen Arbeiten.

gegenges. Schönstedt.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Vorstehender Allerhöchster Erlass wird in Gemäßheit des § 2 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 hiedurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Berlin, den 3. Mai 1902.

Der Polizei-Präsident.

In Vertretung: Friedheim.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Cementkanäle für Fernsprechkabel.

34. Bei dem Kaiserlichen Haupt-Fernsprechamt, hier, W. Französischestr. 33b/c, liegen Pläne aus über die Herstellung von Cementkanälen für Fernsprechkabel vom Werberischen Markt bis zum Königl. Schloss und von Königsgräberstr. 10 bis Ede. Margrafen- und Jägerstr.

Berlin C. 2, den 1. Mai 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Cementkanal für Fernsprechkabel.

35. Bei dem Kaiserlichen Haupt-Fernsprechamt hier, W. Französischestr. 33b/c, liegt ein Plan aus über die Herstellung eines Cementkanals für Fernsprechkabel von Neue Königl. 94 bis Greifswalderstr. 37.

Berlin C. 2, den 3. Mai 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Cementkanal für Fernsprechkabel.

36. Bei dem Kaiserlichen Postamt 1 in Schöneberg b. Berlin liegt ein Plan aus über die Herstellung eines Cementkanals für Fernsprechkabel in der Wollstr., Neuen Winterfeldt- und Martin-Lutherstr.

Berlin C. 2, den 3. Mai 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Fernsprechkabel.

37. Bei dem Kaiserlichen Stadt-Fernsprechamt 4 hier S. Prinzessinnenstr. 25 liegt ein Plan aus über die Verlegung eines Fernsprechkabels auf der Köpenicker Landstr.

Berlin C. 2, den 10. Mai 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Eröffnung neuer Telegraphenstellen.

38. Bei der Postagentur in Alt-Lübbow (Nord-

bahn) wird am 9. d. Mts. der Telegraphenbetrieb eröffnet.

Potsdam, 5. Mai 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion. Gärter.

Eröffnung neuer Telegraphenanstalten.

39. Bei der Postkassette im Paarslein bei Lüdersdorf (Kr. Angermünde) wird am 12. Mai d. J. der Telegraphenbetrieb eröffnet.

Potsdam, 9. Mai 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion. Gärter.

Bekanntmachungen des Königl. Provinzial-Schul-Kollegiums.

Termin der Prüfung für Zeichenlehrer und Zeichenlehrerinnen.

3. Die diesjährige Prüfung der Zeichenlehrer und Zeichenlehrerinnen findet nach der Prüfungs-Ordnung vom 31. Januar 1902 am Montag, den 7. Juli d. J., Vormittags 9 Uhr, und an den folgenden Tagen in der Königl. Kunstschule hiersebst, Klosterstraße 75, statt. Meldungen zu dieser Prüfung sind schriftlich spätestens bis zum 1. Juni d. J. anzureichen.

Berlin, den 6. Mai 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirektion zu Berlin.

Privatbefrachterverkehr.

17. Vom 1. Juni d. J. ab ist die Eisenbahn-Telegraphenstation Reinickendorf (Dorf) für den Privatbefrachterverkehr geschlossen.

Berlin, den 9. Mai 1902.

Königliche Eisenbahndirektion.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbesitzergrenzen.

17. Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke: Gemarkung Königs-Wusterhausen, Kartenblatt 1, Nr. 1627/192, 1110/309, 1111/309, 1112/309 und 1619/147, Größe: 62,29 ar. Bisheriger Gemeindebez. Gutsbezirk: Amtsgut Königs-Wusterhausen. Künftiger Gemeinde- bzw. Gutsbezirk: Gemeindebezirk Königs-Wusterhausen. Kreis-Ausschussbeschluss vom 18ten Februar 1902. J.-Nr.: A. I. 704/02.

Berlin, den 3. April 1902.

Der Kreis-Ausschuss des Kreises Teltow.

Personal-Chronik.

Im Kreise Spriignitz ist ernannt worden zum Amtsvorsteherstellvertreter: Stiftdogeschlechter Dittmar in Böhle für den Bez. 31 — „Heiligengrabe“ —.

Im Kreise Beeslow-Storkow ist ernannt worden zum Amtsvorsteherstellvertreter: Gutsbesitzer Hermann Paschke in Görden für den Bez. 16 — „Wrensdorf“.

Die Försterstelle Lehnin in der Oberförsterei Lehnin ist vom 1. Juli d. J. ab dem Förster Telle in Rehborn der Oberförsterei Liebenwalde übertragen worden.

Dem Regierungs-Militär-Supernumerar und forstverforgungsberechtigten Anwärter Bastian hiersebst ist unter Ernennung zum Königl. Förster die Försterstelle Rehborn in der Oberförsterei Liebenwalde vom 1. Juli d. J. ab übertragen worden.

Die Försterstelle Jaentendorf in der Oberförsterei Woltersdorf ist vom 1. Juli d. J. ab dem Förster Bartels in Adlershork, Oberförsterei Cummernsdorf, übertragen worden.

Der bisherige Hüfsprediger Karl Friedrich Wilhelm August Rängell ist zum Pfarrer der Pfarodie Lüdersdorf, Diözese Lindow-Gransee, bestellt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Marius Rosenthal ist als Oberlehrer an der 1. Realschule in Berlin angestellt worden.

Der Gemeindegemeindeführer Otto Wollermann ist als Lehrer an der städtischen Landkommenschule in Berlin angestellt worden.

Personal-Veränderungen im Besitz der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Monat April 1902.

Ernannt ist zum Telegraphensekretär: der Ober-Telegraphenassistent Beckhadt aus Nischersleben in Groß-Bietrow.

Angestellt sind a. als Postpraktikanten: die Postpraktikanten Cunio, Fiedler, Otto Fischer aus Bez. Hannover in Ober-Schöneweide, Junghnus aus Bez. Straßburg in Friedberg b. Berlin, Ruch aus Bez. Danzig, Lampe, Lohse, Thiel aus Bez. Straßburg; b. als Telegraphenmechaniker: die Telegraphenhilfsmechaniker Göbe, Lipke, Mundt, Schreyer, Werth.

Befördert sind a. von Berlin: der Postbauinspektor, Baurath Eiselen nach Minden (Westf.), der Postinspektor Bernack nach Leipzig; die Postassistenten: Gerischer nach Köln (Rhein), Geier nach Pögnitz, Nachens nach Düsseldorf; die Ober-Postdirektionssekretäre: Behne nach Oberhausen (Rheinland), Darsow nach Stettin, Neumann nach Neuruppin, Wildenhahn nach Memel; die Postsekretäre: Bennezet von Westend nach Frankfurt (Oder), Georg Bod nach Stettin, Eck nach Breslau, Ender nach Rattowitz (Oberschl.), Herz nach Minden (Westf.), Himmerlich nach Königsberg (Pr.), Hing nach Posen, Joppisch nach Bielefeld, Kistenmacher nach Minden (Westf.), Korf nach Hamburg, Lützen nach Oldenburg (Gröb.), Meißner nach Cassel, Marx Neumann nach Coblenz, Ortlepp nach Hamburg, Pantas nach Dortmund, Premmel nach Elmshorn, Rodski nach Braunschweig, Schrödt nach Münster (Westf.), Schumach nach Bromberg, Seiler nach Kiel, Seig nach Duisburg, Heinrich Böller nach Konstanz; der Telegraphensekretär Griede nach Hamburg, die Ober-Postassistenten: Heitesfuß von Rummelsburg b. Berlin nach Galsörde; Rischmann nach Weimar, Riethling nach Regensburg, Wilhelm nach Lindow (Pomm.); die Postassistenten: Knierim nach Debra, Otto Krause nach Schönberg b. Berlin nach Schwelb, Karl Lorenz nach Stettin-Grabow, Warbner nach Ramin, Hermann Meyer nach Hamburg, Mieth nach Kiel, Ruhs nach Wriezen, Soth nach Raumburg (Saale), Stoy nach Steinau (Oder), Volkmar nach Pignitz, Wacker-mann von Lembohof nach Mübelsheim (Rhein); die

Telegraphenassistenten: Boffe nach Magdeburg, Petzkat nach Eydtkuhnen, Wegler nach Königsberg (Pr.) b. nach Berlin: der Postdirektor Pinks von Gütersloh nach Wilmersdorf b. Berlin; die Ober-Postinspektoren: Höpner von Darmstadt, Max Hoffmann von Breslau, Jung von Münster (Westf.), Richter von Liegnitz, Peters von Chemnitz; die Postinspektoren: Damm von Mühlhausen (Thür.), Maas von Frankfurt (Oder), Meyer von Neuruppin, Ostwald von Dortmund, Petermann von Frankfurt (Main), Röttig von Schöneberg b. Berlin, Schröter von Rixdorf, Steyer von Eßln (Rhein), Teetz von Epenid, Vogt von Spanbau nach Rixdorf, Waggner von Gumbinnen, Zibold von Königsberg (Pr.) nach Charlottenburg; die Telegrapheninspektoren: Heinemann von Dresden, H. D. P. Meyer von Minden; die Ober-Postpraktikanten: Altpfiff von Eßln (Rhein), Anschütz von Neuköln (Ostpr.), Eschbau von Thorn, Maas von Posen, Manstein von Altenessen, Mohr von Greiz, Roske von Egtin; der Ober-Postsekretär Rogge von Fürstenwalde (Spree); die Postmeister: Simon von Zehlendorf (Wannseebahn) nach Friedrichsberg b. Berlin, Stod von Eulmssee nach Ober-Schöne-weide; der Postpraktikant Engler von Groß-Richter-feld; der Postsekretär Weidert von Eßln (Rhein); die Ober-Postassistenten: Franz Brandt von Eßln (Rhein), von Jaworski von Rixdorf, Pomplun von Frankfurt (Main); der Ober-Telegraphenassistent Tzger von Potsdam; der Postverwalter Thürauf von Friedrichs-berg b. Berlin nach Lichtenberg b. Berlin; die Post-assistenten: Conradt von Neustrelitz, Heidenreich von Hamburg, Jurgle von Guben, Logemann von Uedenhof nach Neu-Weissenfer, Otto Raumann von Eßln (Rhein), Oberndorff von Eydtkuhnen nach Charlottenburg, Rhensius von Leipzig; der Telegraphen-assistent Heering von Magdeburg.

Entlassen sind: der Ober-Telegraphenassistent Julius Lange, der Postassistent Härtel in Char-lottenburg.

Gestorben sind: der Postsekretär Daug, die Postsekretäre a. D. Alie in Friedenau, Franz Lucas, der Ober-Postassistent Gustav May, der Ober-Tele-graphenassistent a. D. Thomas, der Postverwalter a. D. Kühnack, die Telegraphengehilfin Hirsch.

Personalveränderungen im Bezirke
des Kammergerichts im Monat März 1902.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind zum Kammergerichtsrath der Land-gerichtsrath Dr. Vorbrodt vom Landgericht I. in Berlin und zum Landgerichtspräsidenten in Neu-Ruppin der Landgerichtsdirektor Schneider in Magdeburg. Wieder-ernannt sind zu Handelsrichtern bei dem Landgericht I. in Berlin der Bankier Robert Landsberg, der Kom-merzienrath Julius Martin Friedländer, der Kauf-mann Julius Valentin, der Kaufmann, Heinrich Haukohl und der Kaufmann Hermann Bamberg in Berlin. Wiederernannt sind zu stellvertretenden Handels-richtern bei dem Landgericht I. in Berlin der Fabrik-

besser Karl Thieme, der Bankdirektor Karl Chram-bach und der Fabrikbesitzer Ferdinand v. Gargen in Berlin. Verlegt ist der Landrichter Schwanebeck in Stargard i. Pom. an das Landgericht I. in Berlin. Die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte als Handels-richter ist dem Kaufmann Adolf Philippsthal in Berlin-ertheilt. Pensionirt ist der Landgerichtspräsident Hadel in Neu-Ruppin. Gestorben ist der in den außerordentlichen Ruhestand versetzte Kammergerichtsrath, Geheim-Justiz-rath v. Kochtrig-Steinfisch.

II. Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare Dr. Linde, Krämer, Dr. Deutsch, Dierckheim, Dr. Westphal, Dr. Tappe, Hennig, Dr. Kriener und Hermann Wolff. Entlassen sind die Gerichtsassessoren von Alwed insofern Übernahme der die allgemeine Staatsverwaltung und des Verh. auf Anzsh. Der Gerichtsassessor Hoffka ist zum Amtsrichter in Ostrowo ernannt.

III. Staatsanwaltschaft.

Ernannt sind der Förster a. D. Meising zum Stellvertreter des Amtsanwaltes in Mittenwalde und der Bürgermeister Jürgens zum Amtsanwalt in Lemgn.

IV. Rechtsanwälte und Notare.

Gelicht in der Liste der Rechtsanwälte sind die Rechtsanwälte Schröder bei dem Landgericht in Lands-berg a./W., Falkensfeld bei dem Amtsgericht in Fürsten-walde und Aehnelt bei dem Landgericht II. in Berlin. Eingetragen in die Liste der Rechtsanwälte sind der frühere Rechtsanwalt Kreschel und der frühere Gerichts-assessor Dr. Alfred Strauß bei dem Kammergericht; die Gerichtsassessoren Döschelhauser, Prager und Israelski bei dem Landgericht I. in Berlin; der Rechtsanwalt Dr. Franz Elyman-Wulf vom Land-gericht I. in Berlin und die Gerichtsassessoren Dr. Beheim-Schwarzbach und Dr. Rietzke bei dem Landgericht II. in Berlin; der Gerichtsassessor Siegfried Lehmann bei dem Amts- und Landgericht in Potsdam; die Rechtsanwälte Falkensfeld aus Fürstenwalde bei dem Landgericht in Frankfurt a./O.; Schröder aus Landsberg a./W. bei dem Amtsgericht in Soldin und der Gerichtsassessor Böhner bei dem Amtsgericht in Fürstenwalde. Ernannt zum Notar ist der Rechtsanwalt Kausnig in Berlin mit Anweisung seines Amtes auf innerhald der Stabbezirke N^o 71 bis 78. Gestorben ist der Rechtsanwalt und Notar Dr. Tettensborn in Berlin.

V. Referendare.

Zu Referendaren ernannt sind: die bisherigen Rechtskandidaten Stempel, Freiherr von Reibnitz, Weise, Mayer, Zelle, Walter Fischer, Osting, Hoffers, Barisch, Schreiber, Armand, Kresslaff, Laband, Alfred Köhler, von Desterreich, Homeyer, John. Entlassen sind die Referendare von Dypen und von Diringshofen insofern Uebertritt in den höheren Verwaltungsdienst, sowie Abegg insofern Ueber-tritt in den Oberlandesgerichtsbezirk Naumburg a./S. Ausgeschlossen ist der Referendar Reikpflug. Ueber-

nommen sind die Referendare Petersel aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Posen und Fischel aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Naumburg a/S.

VI. Subalternbeamte.

Ernannt ist der Obersekretär Naag vom Landgericht in Neu-Ruppin zum Rechnungsexplikator bei dem Landgericht I. in Berlin. Berufen sind die Gerichtsschreiber Sekretär Remmann vom Amtsgericht in Forst i. L. an das Landgericht I. in Berlin; Bernau vom Landgericht in Cottbus an das Amtsgericht in Beeskow und Harverland vom Amtsgericht in Neu-Ruppin an das Landgericht daselbst, der Gerichtsschreibergehilfe Assistent Gustav Müller vom Amtsgericht in Wolpertshagen an das Amtsgericht in Frankfurt a/O., die Gerichtsvollzieher Krohn in Wittstock und Kerkes in Sonnenburg an das Amtsgericht II. in Berlin, Kapitz in Eberswalde an das Amtsgericht in Sonnenburg und Dörs in Großen an das Amtsgericht in Wittstock. Pensioniert sind der Gerichtsschreiber Sekretär

Schirmmeister bei dem Amtsgericht in Spandau, die Gerichtsschreibergehilfen Assistenten Reinhold Hübner und August Voigt bei dem Amtsgericht I. in Berlin.

Ausweisungen aus Preussen.

Das Dienstmädchen Franziska Blazniowska, geboren am 15. April 1885 zu Jastabrog, Russische Staatsangehörige, ist als lästige Ausländerin durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. Januar 1902 ausgewiesen.

Der Giovanni Bergoni, geboren am 4. Juli 1878 zu Mett, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 4. April 1902 ausgewiesen.

Der Schlosser Edmund Reich, geboren am 12. Dezember 1840 zu Wilschlag bei Wien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 26. April 1902 ausgewiesen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand	Alter und Geburtsort	Grund der Verurteilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat	Datum des Ausweisungs-Beschlusses
	der Ausgewiesenen				
1	2	3	4	5	6
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Michael Chomanek, Arbeiter,	geboren am 27. Oktober 1861 zu Nowinna, Oesterreich-Ungarn, österreichischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	4. April 1902.
2	Franz Chrzastecz, Arbeiter,	geboren im Februar 1866 zu Groß-Gurek, Bezirk Bielitz, Oesterreichisch-Schlesien, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	31. Januar 1902.
3	Robert David, Tischler und Arbeiter,	geboren am 27. Februar 1857 zu Hohenelbe, Böhmen, ortsbürgerlich ebendaselbst,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Liegnitz,	29. März 1902.
4	Karl Hörnle, Bäcker,	geboren am 12. September 1876 zu Deutsch-Praschnitz, Bezirk Trautenau, Böhmen, ortsbürgerlich ebendaselbst,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen.
5	Emil Jettensohn, Schlosser,	geboren am 4. Februar 1850 zu Hohenelbe, Böhmen, ortsbürgerlich ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Berchtesgaden,	21. März 1902.
6	Josef Kirchner, Fabrikarbeiter,	geboren am 16. September 1866 zu Prag, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Zwickau,	14. März 1902.
7	Helene Kwazniowski, Arbeiterin,	geboren am 15. November 1875 zu Dmiecim, Bezirk Chryzanow, Galizien, ortsbürgerlich ebendaselbst,	gewerbenässige Unzucht,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	20. Februar 1902.
8	Isidor Mrova, Maurer,	geboren am 12. Mai 1876 zu Fugstapath, Ungarn, österreichischer Staatsangehöriger,	Diebstahl, Betteln und Genußmittelentwendung,	Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Zwickau,	25. Februar 1902.
9	Johann Pleiner, Tischler,	geboren am 10. Juni 1858 zu Galowa, Komitat Vacs, Ungarn, ortsbürgerlich ebendaselbst,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Straßburg,	4. April 1902.

Rang.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat	Datum der Ausweisungs- Beschlusses
1.	2.	3.	4.	5.	6.
10	Alfred Deffre vom Luidelberghe, Arbeiter,	geboren am 18. August 1876 zu Auweghem, Provinz Ostfla- ndern, Belgien, belgischer Staats- angehöriger,	verbotswidrige Hülfslehr, Land- streichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Stade,	24. März 1902.
11	Jakob Strumpf, genannt Stern, Kellner,	geboren am 1. Juni 1884 zu Tryana, Salizien, österreichi- scher Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich sächsische Kreisshauptmann- schaft Zwickau,	6. Dezember 1901.
12	Heinrich Lonn, Feldbergkeller,	geboren am 28. September 1848 zu Riehmshaus, Nöhren, orts- angehörig, ebendasselbst,	Betteln,	ebendasselbst,	3. Februar 1902.
13	Carlo Trini, Engelschuer,	geboren am 24. September 1874 zu Corcina, Provinz Crema- na, Italien, ortsangehörig ebendasselbst,	ebendasselbst,	Großherzoglich badischer Landes- kommissär zu Mannheim,	7. April 1902.
14	Hermann Verbeul, Gärtner,	geboren am 27. Oktober 1859 zu Segedin, Ungarn, öster- reichischer Staatsangehöriger,	ebendasselbst,	Königlich sächsische Kreisshauptmann- schaft Zwickau,	4. März 1902.
15	Franz Ziska, auch Zyska, Weber,	geboren am 1. Januar 1859 zu Arnawa, Bezirk Königsgrätz, Böhmen, österreichischer Staats- angehöriger,	ebendasselbst,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Piesnitz,	1. April 1902.
16	Augustin Kellefant, Schornsteinfeger,	geboren am 25. Mai 1866 zu Dumpeles, Bezirk Deutsch- Brod, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst,	Betteln,	Königlich sächsische Kreisshauptmann- schaft Leipzig,	27. Februar 1902.
17	Josef Anton Kleil, Bäder (Fabrikarbeiter),	geboren am 17. Mai 1867 zu Dösis, Bezirk Reichenberg, Böhmen, österreichischer Staats- angehöriger,	ebendasselbst,	Königlich sächsische Kreisshauptmann- schaft Dösis,	18. März 1902.
18	Wlodek Bohm, Arbeiter,	geboren am 13. Dezember 1855 zu Rudelzau, Bezirk Sternberg, Nöhren, österreichischer Staats- angehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	7. April 1902.
19	Alfred Drabec, Drehöler,	geboren am 5. November 1872 zu Reichenberg, Böhmen, öster- reichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Erfurt,	13. April 1902.
20	Julius Hafner, Berzinker,	geboren am 1. Juni 1879 zu Byhl, Kanton St. Gallen, Schweiz, schweizerischer Staats- angehöriger,	Betteln,	Großherzoglich badi- scher Landeskom- missär zu Karls- ruhe,	7. April 1902.
21	Adam Andreas Martin, Handarbeiter,	geboren am 4. Juli 1866 zu Gottmannsgrün, Bezirk Aich, Böhmen, österreichischer Staats- angehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich sächsische Kreisshauptmann- schaft Zwickau,	20. März 1902.

Hierzu Fünf Oeffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Druckerei der Königl. Regierung.

[illegible]

Bekanntmachungen des Reichsfänglers.

Ausdehnung des Geltungsbereichs der Diszipl. auf Reichsangehörige.
Auf Grund des Reichs- u. d. des Gesetzes, betreffend
einige Änderungen: von Bestimmungen über das Ver-
fahren vom 20. Dezember 1896 (Reichs-Gesetzbl.
S. 715—719), wird der Geltungsbereich der Diszipl.
(§ 54, 7 des Gesetzes über das Verfahren des deut-
schen Reichs vom 28. Oktober 1871) auf die in be-
nachbarten Reichsangehörigen aufgeführten Nach-
kommen ausgedehnt.

11 Berlin, den: 25. März, 1962.

In Vertretung des Reichskanzlers Krosigk.

IV. अध्यायः

zum Verzeichnisse der Nachbarposten, auf welche der Geltungsbereich der Urkunde ausgedehnt wird.

Namen der Nachbargemeinde.

Altenhof	Rienborfel (Op. Hamburg)
Baumgarten	Brig. b. Berlin
A. Berlin	
Berlin	
Beuthen (Oberchl.)	Rosberg 1 (Br. Beuthen, Oberchl.)
Brig. b. Berlin	Baumgartenweg b. Berlin
	Berlin
	Garfollenburg
	Friedrich
	Friedrichsberg b. Berlin
	Grünwald (Op. Berlin)
	Heinrich
	Liepenberg b. Berlin
	Neu-Liepenberg b. Berlin
	Neu-Weissenfe
	Nieder-Johnhausen
	Pankow b. Berlin
	Plehnitz

Namen der Nachbarnoster.

Brig b. Berlin	Reinickendorf (Brig)
"	(Brig)
"	Rummelsburg & Berlin
"	Schmargendorf (Brig Berlin)
"	Schneberg b. Berlin
"	Stralau
"	Tempelhof
"	Treptow b. Berlin
"	Weßend
"	Wilmerdorf b. Berlin
Charlottenburg	Brig b. Berlin
Essen (Ruhr)	Heißen
Friedenau	Brig b. Berlin
Friedrichsberg b. Berlin	
Fuhlshüttel	Altenhofel (Brig Hamburg)
Gmündorf	Mittel-Teich
Großborsfel	Reinborsfel (Brig Hamburg)
Groß-Lichterfeld	Schöndorf
Grünwald (Brig Berlin)	Brig b. Berlin
Halensee	
Hamburg	Altenhofel (Brig Hamburg)
Heißen	Essen (Ruhr)
Hagen (Kr. München-Glabach)	München-Glabach
Hattrop	Neuwerk (Rheinl.)
Reinborsfel	Kray
(Brig Hamburg)	Altenborsfel
"	
"	Fuhlshüttel
"	Großborsfel
"	Hamburg
"	Hylborsfel
"	Waldsiedel (Breitlag)
"	Hattrop
"	Stroppenberg
"	Siedel (Brig Leipzig)
"	Brig b. Berlin
Admann (Breitlag)	
Kray	
Leipzig	
Lichterberg b. Berlin	

alle sonstigen Betriebsangelegenheiten werden die vorstehend festgesetzten Beschränkungen in der Beschränkung beschränkt.
Potsdam, den 16. Mai 1902.

Der Regierungspräsident.

148. Der im § 18 der Anordnung für die Vinnenschiffahrt auf den Wasserstraßen im Verwaltungsbereich des Regierungspräsidenten zu Potsdam (veröffentlicht in der Sonderbeilage zum 12. Stück dieses Amtsblattes vom 23. März 1900) festgesetzte Zeitpunkt, mit welchem die auf Grund der früheren Vermessungsschriften ausgetachten Messbriefe ihre Gültigkeit verlieren, wird bis zum 1. Juli d. J. hinausgeschoben.

Für Fahrzeuge, die vor Ablauf dieser Fristverlängerung zur Nüchternung behufs Erhaltung des vollen Messbriefes angemeldet, vor dem 1. Juli d. J. aber nicht mehr geachtet werden, beträgt die Gebühr für die später erfolgende Vermessung 3 Pfennig von der Tonne Tragfähigkeit.
Potsdam, den 14. Mai 1902.

Der Regierungspräsident.

Abschlagsamt in Oberwalde.

149. Dem Abschlagsamt in Oberwalde ist vom Herrn Minister für Handel und Gewerbe die Befugnis zur Ermittlung der Taxa von Kässern beigelegt worden.
Potsdam, den 17. Mai 1902.

Der Regierungspräsident.

Kontrollamt in Potsdam.

150. Folgende ausländische polnische Saisonarbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitsstätten unter Kontraktbruch verlassen:

Namen:	bisheriger Beschäftigungsort:
Michael Bonclawski,	Rütergut Silberberg im Kreise Ostprignitz.
Thomas Braklewski,	Rütergut Tasdorf im Kreise Niederbarnim.
Ivan Topp,	

Die Genannten sind festzunehmen und sofort aus dem Staatsgebiete auszuweisen. Vom Geschehenen ist unter Bezugnahme auf diese Bekanntmachung bisher Nachricht zu geben.
Potsdam, den 20. Mai 1902.

Der Regierungspräsident.

Fleischer-Verunglückten-Versicherungsgesellschaft.

151. Der Vorstand der Fleischer-Verunglückten-Versicherungsgesellschaft in Mainz hat den Berufsangehörigenbeamten A. Diederich in Mainz unter dem 30. April d. J. als Rechnungsbeamten der Gesellschaft im Sinne des § 119 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900 bestellt.

Potsdam, den 20. Mai 1902.

Der Regierungspräsident.

152. **Bekanntmachung.**

I. Festgesetzt:

a. Mißbrand. Kreis Ostprignitz: Wulst. Kreis Westprignitz: GutsMuths, Marienburg.

b. Schweinepeste. Kreis West-Havelland: Rathenow. Kreis Prenzlau: Strassburg u./M.

c. Bläschenauschlag. Kreis West-Prignitz: Seep. Kreis Zauch-Belzig: Damelang.

II. Erlöschen:

a. Mißbrand. Kreis Ost-Prignitz: Wulst. Kreis Nieder-Barnim: Döbholz. Kreis Ost-Havelland: Gränesele.

b. Schweinepeste. Kreis West-Havelland: Rathenow. Kreis Niederbarnim: Wessensee.

Potsdam, den 20. Mai 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Eröffnung des Telegraphenbetriebes bei der Postanstalt in Reinickendorf-Schönholz.

40. Bei der Postanstalt in Reinickendorf-Schönholz ist der Telegraphenbetrieb eröffnet worden. Die Dienststunden für den Telegrafenverkehr mit dem Publikum sind wie folgt festgesetzt:

An **Wochentagen**
von 7/8 Uhr Vorm. bis 12 Uhr Vorm. und
4 " Nachm. bis 6 " Nachm.

An **Samstagen und Festtagen**
von 7/8 Uhr Vorm. bis 9 Uhr Vorm. und
12 " Nachm. bis 1 " Nachm.

Berlin C. 2, den 13. Mai 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Gemeintal für Fernsprechtabel.

41. Bei dem Kaiserlichen Haupt-Berufswart hier W., Französischerstr. 33b. C., liegt ein Plan aus über die **Erstellung einer Gemeintal für Fernsprechtabel** von **Reinickendorf-Schönholz** bis **Reinickendorf-Schönholz** 51.
Berlin C. 2, den 14. Mai 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

42. Auf dem **Gesundbrunnen** bei Freienwalde (Oder) wird am 1. Juni für die Dauer der diesjährigen Badzeit und zwar bis einschließlich 15. September eine **Zweig-Postanstalt** mit Telegraphenbetrieb eingerichtet werden, welche die Bezeichnung **Freienwalde (Oder) 2** erhält. Die Dienststunden dieser Postanstalt für den Verkehr mit dem Publikum sind festgesetzt worden:

1) an den **Wochentagen**
auf die Zeit von 7 Vorm. bis 1 Uhr Nachm. und von 4 Nachm. bis 7 Uhr Nachm.;

2) an **Samstagen und Festtagen**
auf die Zeit von 7 Vorm. bis 9 Uhr Vorm. und von 12 Nachm. bis 1 Uhr Nachm.

Die Zweigpostanstalt unterhält werktäglich fünfmalige, sonntäglich viermalige Postverbindung mit dem Postamt in der Stadt Freienwalde. Die nach dem Gesundbrunnen gerichteten Postsendungen werden von dem Postamt in der Stadt, die dahin gerichteten Telegramme aber von der Zweigpostanstalt selbst bestellt.

Potsdam, 13. Mai 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion. Görtler.

47.

**Bekanntmachungen des Königl. Reichs-
Statistikbureau für den Monat
A. Einzel-Mark-Preise**

	Weizen			Roggen			Gartensaatgut			Hafer	
	gut	mittel	gering	gut	mittel	gering	gut	mittel	gering	gut	mittel
in Berlin	17 18	17 14	17 09	14 75	14 71	14 68	14 31	13 64	13 63	17	16 36
in Charlottenburg											
in Schöneberg . .											
in Nickenburg . .											

B. Detail-Mark-Preise im Monatsdurchschnitt

	Weizen (mit Schale)		Weizen (ohne Schale)	Roggen	Gartensaatgut		Hafer	Gerste	Mais	Brot	Geld
	gut	mittel			gut	mittel					
in Berlin	32 50	32 50	40	5	1 4	1 20	1 49	1 40	1 30	1 60	2 30
in Charlottenburg	35	35	50	4 50	1 50	1 10	1 60	1 45	1 40	1 70	2 40
in Schöneberg . .	33	33	42	4 31	1 43	1 19	1 43	1 20	1 23	1 55	2 30
in Nickenburg . .				3 93	1 17	1 08	1 70	1 15	1 23	1 50	2 30

Berlin, den 13. Mai 1902.

**Bekanntmachungen des Königl. Reichs-
Statistikbureau für den Monat**

1. **Statistik**
der im Laufe des Jahres 1901 der Kontrolle der
Staatsanleihe als aufgeführt und eigentlich als freilos
erläßt nachgewiesenen Staatsanleihen.

**B. Konsolidierte 3 1/2 (normal 4) prozentige
Staatsanleihe:**
von 1876/79.

Lit. B. Nr. 35049	über 2000 Mk.
B. 55947	2000
D. 1286	500
D. 10169	500
D. 10170	500
D. 42246	500
D. 48643	500
D. 56084	500
D. 79932	500
B. 13389	300
E. 45517	300
E. 49036	300
F. 18490	200
F. 26377	200
F. 34661	200
F. 35756	200
F. 37189	200
F. 49415	200
F. 50294	50296 über je 200 Mk.
F. 50315	über 200 Mk.

Lit. F. Nr. 58837 über 200 Mk.

F. 75196

von 1880.

Lit. B. Nr. 66619 über 2000 Mk.

C. 88451

C. 111298

C. 111345

C. 133615

C. 156375

D. 97535

D. 99803

D. 108287

D. 120890

D. 147008

D. 150216

D. 169264

E. 107650

E. 119907

E. 120591

E. 122597

E. 162050

E. 162823

E. 208562

E. 216961

E. 225306

E. 233482

E. 264525

E. 314128

E. 350013

Polizei-Präsidenten in Berlin.

April 1902.

im Monatsdurchschnitt.

Hafer				Butter Größen	Mais		Roggen	Gerste	Kartoffeln	Rindfleisch	Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tages- preise einschließlich 5 % Aufschlag für 50 Kilogramm.																		
gering	gut	mittel	gering		Misch	trunder																							
e ein D.												Hafer	Stroh	Gerste															
M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.												
15	76					17	60	14	78	12	62	7	19			7	88			4	25	95	73	9	08	3	87	4	68

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats April 1902.

	Weizen		Roggen		Gerste		Brotweizen Größe	Hafergröße	Hirse	Reis Java, mittlerer	Kaffee			Speisefalz	Schweine- schmalz (hier)		
	zur Speise- bereitung aus		Größe		Java						in gebr. Bohnen	Java, gelb (in gebr. Bohnen)					
	Weizen	Roggen	mittlerer (roh)	in gebr. Bohnen													
Es kostet je ein Kilogramm																	
	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	
in Berlin . . .	—	35	—	31	—	35	—	33	—	38	—	41	—	38	—	60	270 338 372 — 21 160
in Charlottenburg	—	38	—	29	—	42	—	43	—	41	—	43	—	39	—	55	220 275 — 20 139
in Schöneberg .	—	35	—	28	—	40	—	38	—	45	—	40	—	45	—	60	245 3 — 20 135
in Rixdorf . . .	—	33	—	28	—	40	—	40	—	36	—	40	—	41	—	55	210 260 — 21 145

Der Polizei-Präsident.

Lit. E. № 360838 über 300 M.

" E. " 365246 " 300 "

" E. " 366590 " 300 "

" E. " 377867 " 300 "

" E. " 385608 " 300 "

" E. " 386398 " 300 "

" E. " 392494 " 300 "

" E. " 440528 " 300 "

" F. " 99704 " 200 "

von 1881.

Lit. A. № 66032 über 5000 M.

" A. " 66854 " 5000 "

" E. " 481887 " 300 "

" E. " 484714 " 300 "

" F. " 156099 " 200 "

" F. " 169490 " 200 "

" F. " 181383 " 200 "

von 1882.

Lit. B. № 140515 über 2000 M.

" C. " 294567 " 1000 "

" C. " 309737 " 1000 "

" D. " 234903 " 500 "

" D. " 290651 " 500 "

" D. " 310210 " 500 "

" D. " 326341 bis 326345 über je 500 M.

" D. " 329567 über 500 M.

" D. " 333737 " 500 "

" D. " 381713 " 500 "

" F. " 381713 " 500 "

Lit. E. № 553440 über 300 M.

" E. " 633495 " 300 "

" E. " 633496 " 300 "

" E. " 639125 " 300 "

" F. " 186892 " 200 "

" F. " 187665 " 200 "

" F. " 187666 " 200 "

" F. " 201910 " 200 "

" F. " 209426 " 200 "

" F. " 210867 " 200 "

" F. " 212396 " 200 "

" F. " 216028 " 200 "

" F. " 229164 " 200 "

" F. " 231535 " 200 "

" F. " 231800 bis 231802 über je 200 M.

von 1883.

Lit. D. № 404514 über 500 M.

" D. " 420191 " 500 "

" E. " 648975 " 300 "

" F. " 274387 " 200 "

von 1884.

Lit. A. № 152438 über 5000 M.

" B. " 292469 " 2000 "

" B. " 336184 " 2000 "

" B. " 382313 " 2000 "

" C. " 501969 " 1000 "

" C. " 506818 " 1000 "

" C. " 535750 " 1000 "

" F. " 535750 " 1000 "

Lit. D. № 518813 über 500 M.

D. 535617 500

E. 755183 300

E. 763902 300

E. 890628 300

F. 296927 200

F. 303832 200

H. 67750 150

H. 78141 150

H. 91315 150

H. 91317 150

H. 91818 150

H. 91821 150

H. 98676 150

von 1885.

Lit. J. № 44096 über 3000 M.

J. 44097 3000

B. 419987 2000

B. 419988 2000

C. 629488 1000

C. 629499 1000

C. 629500 1000

C. 694851 1000

C. 702498 1000

G. 85246 600

G. 85364 600

G. 86820 600

D. 673711 500

D. 673712 500

D. 682908 500

D. 699005 500

D. 712007 500

D. 752294 500

D. 756219 500

E. 908558 300

E. 917752 bis 917762 über je 300 M.

E. 920571 über 300 M.

E. 938827 300

E. 1037494 300

E. 1043088 300

E. 1052077 300

E. 1060782 300

E. 1088057 bis 1088062 über je 300 M.

E. 1101889 über 300 M.

E. 1101890 300

E. 1125748 300

F. 350302 200

F. 352372 200

F. 352638 200

H. 135107 150

II. Konfolidirte 3 1/2 %ige Staatsanleihe:

von 1885.

Lit. C. № 20702 über 1000 M.

E. 15943 300

von 1886.

Lit. D. № 90214 über 500 M.

E. 59381 300

F. 29786 200

von 1887, 1888.

Lit. C. № 105825 bis 105827 über je 1000 M.

D. 157353 über 500 M.

E. 87813 bis 87817 über je 300 M.

E. 134070 über 300 M.

von 1889.

Lit. D. № 230680 über 500 M.

D. 284522 500

E. 339872 300

F. 93712 200

von 1890.

Lit. C. № 257214 über 1000 M.

C. 275952 1000

C. 275953 1000

D. 370980 500

D. 315981 500

D. 355712 bis 355714 über je 500 M.

D. 378183 über 500 M.

D. 416417 500

D. 478491 500

D. 478492 500

D. 485226 500

D. 486958 500

D. 497115 500

E. 427432 300

E. 582121 300

E. 583397 300

E. 598733 300

E. 612704 300

E. 612705 300

F. 205409 bis 205411 über je 200 M.

III. Konfolidirte 3 %ige Staatsanleihe:

von 1890.

Lit. E. № 11935 über 300 M.

von 1895, 1896, 1898.

Lit. D. № 223085 über 500 M.

IV. Staatsschuldscheine:

von 1842.

Lit. B. № 3990 über 500 Tplr.

Berlin, den 7. April 1902.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

**Bekanntmachungen des
Konfistoriums der Provinz Brandenburg.**

Pfarrstellenverleihung.

25. Erledigt ist die Pfarrstelle privaten Patronats zu Behlin, Diözese Posen, durch Emeritierung des Pfarrers Dürrenburg zum 1. Oktober 1902.

**Bekanntmachungen des Königlichen
Ober-Berg-Amtes zu Halle a. S.**

Marktscheide.

2. Der langjährigste Marktscheider Emil von Hallen zu Frankfurt a. O. hat seine Thätigkeit als Marktscheider wegen Krankheit aufgegeben und ist nach Ruge bei Deimold verzogen.

Halle (Saale), den 13. Mai 1902.

Königliches Oberbergamt.

Bekanntmachungen der Kreis-Handelskammer über die Abänderungen von Gemeinde- und Ortsbezirksgesetzen.

Nr.	Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke	Bisherige Gemeinde- und Ortsbezirke
1.	Die in dem Auszuge aus der Grundbesitzmutterrolle des Ortsbezirks Sacrow-Köpen unter Artikel 1, Kartensblatt 1, Parzelle Nr. 22, 23, 24, 25 bezeichneten Grundstücke von zusammen 8 ha 11 a 16 qm Größe, sowie die in dem Auszuge aus der Grundbesitzmutterrolle des Ortsbezirks Sacrow-Köpen unter Artikel 1, Kartensblatt 1, Parzelle Nr. 22, 23 und unter Artikel 2, Kartensblatt 1, Parzelle Nr. 24, 25 bezeichneten Grundstücke von 8 ha 52 a 16 qm Größe.	Ortsbezirk Sacrow-Köpen, Amtsbezirk Spandau.

Nauen, den 16. April 1902.

Der Kreisvorstand.

Verordnung des Kreisvorstandes

Im Kreise Westhavelland ist ernannt worden zum Amtsvorsteher-Stellvertreter: Administrator Heinrich Brüning, Or.-Fehnis, für den Bez. 19. St. Westhavelland. Dem Kreisrathgeber-Busse in Sacrow-Köpen der Oberförster Meißelmann ist unter Ernennung zum Königl. Förster die Försterei Kottbusch in der Oberförsterei Zehdenick vom 1. Juli d. J. ab übertragen worden.

Der bisherige Predigtkantor Kandidat Friedrich Karl Heilmann, Oberförster in Berlin, ist zum Predigtkantor in Berlin, Diöcese Berlin, bestellt worden.

Der Gemeindelehrer August Rohmann ist am 1. April d. J. als Oberlehrer an der Sophieschule in Berlin angestellt worden.

Der Kreisrathgeber-Pensator ist als Gemeindefachlehrer in Berlin angestellt worden.

Der Gemeindefachlehrer Geiseler ist als Gemeindefachlehrer in Berlin angestellt worden.

Dem Kantor Wilmann und Lehrer Gossow in Damelad, Diöcese Havelland, ist der Titel „Kantor“ verliehen worden.

Bekanntmachungen verschiedener Inhalts.

Abänderungen des Statuts der Handwerkskammer

Der Vollversammlung vom 17. März 1902, betreffend Abänderungen des § 3 des Statuts:

Die Bekanntmachungen der Handwerkskammer sind in dem Amtsblatt der Königl. Regierung in Potsdam oder, sofern die Handwerkskammer ein eigenes Organ besitzt, in dessen Organ, oder in der Bestimmung im § 103m des Gewerbeordnungs-Gesetzes in diesem zu erlassen.

Genehmigt durch Verfügung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 1. April 1902.

Der Vorstand der Handwerkskammer zu Berlin.

Wollschläger, Dr. Neuhaus,
 Vorsitzender-Stellvertreter. Syndikus.

Bestimmung

der Vollversammlung vom 17. März 1902, betreffend Abänderungen des § 3 des Statuts:

b. für Zeitverräumnis: bei Sitzungen am Wohnort 6 W. für den Tag, bei Sitzungen außerhalb des Wohnortes 10 W. für den Tag gewährt. Kann

die Rückfahrt nicht an dem Sitzungstage angetreten werden, so wird der folgende Tag als Sitzungstag berechnet.

Vorstandes-Beschluss wird gemäß § 3 Abs. 1 des Statuts für die Handwerkskammer Berlin, vom 1. März 1899 genehmigt.

Bestand vom 7. April 1902.

Genehmigung (L. S.) O. P. 5993. Der Oberpräsident.

Der Vorstand der Handwerkskammer zu Berlin.

Dr. Neuhaus, Vorsitzender-Stellvertreter. Syndikus.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Kaufmann Julius Kempe, geboren am 2. März 1848 zu Posen, ammerikanischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 27. Oktober 1901 aus Preußen ausgewiesen.

Der Kaufmann Moritz Schmetzschel, geboren am 20. August 1854 zu Innsbruck, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 28. November 1901 ausgewiesen.

Der Kaufmann Wilhelm Rantz, geboren 7ten Oktober 1864 zu Wien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 31. Januar 1902 ausgewiesen.

Der Kaufmann Anton Maria Weiss, geboren am 16. Juli 1873 zu Szeged (in Ungarn), holländische Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 10. April 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Photograph Siegfried Weber, geboren am 20. September 1873 zu Wien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 10. April 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Arbeiter Johannes Rakus, geboren 1. März 1884 zu Pella, Kom. Temerin, ungarischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 12. April 1902 ausgewiesen.

Der Drehorgelspieler Desiderio Carrus , geboren 1. Mai 1848 zu Bettola, Prov. Piacenza, italienischer Staatsangehöriger, ist als künftiger Ausländer durch Verfügung des kaiserlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 12. April 1902 ausgewiesen.	n. Der Arbeiter Johann (Johann) Galla , geboren 15. Mai 1882 zu Gamlitz, österreichischer Staatsangehöriger, ist als künftiger Ausländer durch Verfügung des kaiserlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 11. Mai 1902 ausgewiesen.
--	--

23. Juli 1849	Den Handelsmann, Alberto Oberardo, geboren in Antoniano, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 23. April 1902 ausgewiesen.	1893	Dr. Richter, Alfred Seidel, geboren 4. Oktober zu Gollers in Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 3. Mai 1902 ausgewiesen.
---------------	--	------	--

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiet:

Nr.	Nachname, Vorname	Alter und Geburtsort	Grundbesitz	Art der Anstellung	Datum der Anstellung
1	Wilhelm Rustejer, Arbeiter	geboren am 6. Dezember 1853 in Gabel, Gouvernement Kisch, Kaiserlich-russischer Staatsangehöriger	Grundbesitz des § 39, des Strafgesetzbuchs, Diebstahl im Kleinen (ein Jahr Zuchthaus, Lohn-Erkenntnis vom 29. April 1901)	Königlich preussischer Regierungsrat	8. August 1901
2	Salzmeister, Landwirt	geboren am 30. März 1876 in Lugersberg,anton Appenzell, schweizerischer Staatsangehöriger	Landstreichen und Betteln	Kaiserlicher Bezirks-Präsident	2. April 1902
3	Wenzel Baisfeld, Arbeiter	geboren am 21. August 1879 in Reichenau, Bezirk Olmütz, böhmischer, vordem gehörig ebendort, Angehöriger	gewerbmäßige Unruhe	Königlich preussischer Regierungsrat	14. April 1902
4	Wenzel Baisfeld, Arbeiter	geboren am 10. April 1847 in Witten-Paß, Bezirk Turnau, böhmischer, vordem gehörig in Reichenau, Bezirk Turnau, Angehöriger	Betteln	Königlich preussischer Landeshauptmann	22. März 1902
5	Wenzel Baisfeld, Arbeiter	geboren am 7. Juni 1884 in Wien, österreichischer Staatsangehöriger	Landstreichen	Königlich bayerischer Bezirksamt	26. März 1902
6	Wenzel Baisfeld, Arbeiter	geboren am 5. November 1872 in Gabel, Gouvernement Kisch, Kaiserlich-russischer Staatsangehöriger	Landstreichen	Kaiserlicher Bezirks-Präsident	10. April 1902
7	Wenzel Baisfeld, Arbeiter	geboren am 1. April 1869 in Gabel, Gouvernement Kisch, Kaiserlich-russischer Staatsangehöriger	Landstreichen und Betteln	Kaiserlicher Bezirks-Präsident	21. April 1902

George John DeFendable, Jr.

Die Aufwendungen für eine einpaltige Brille 20 %
Zahlungsfähigkeit werden der Steuer auf 20 % begrenzt.

Beigist und der Königl. Regierung zu Potsdam.

Mathematik, Buchhalterei, der M. S. G. und der M. S. G.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 22.

Den 30. Mai

1902.

Inhaltsverzeichnis. Inhalt von Stück 23/24 des Reichsgesetz-Blatts und Stück 15/16 der Gesetz-Sammlung. S. 233. — Tarif über Lösch- und Ladegebühren u. S. 233. — Wasserkräfte. S. 235. — Märkte und Messen. S. 236. — Kontrollvorrichtungen im Schauffbetrieb. S. 238. — Ruberrgatten auf der Wendischen Spree. S. 239. u. 243. — Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter. S. 239. — Viehschafen. S. 239. — Gemeindebezirksveränderung. S. 240. — Ausreichung von Zins-scheinen. S. 240. — Notierungen forstverorgungsberechtigter Anwärter. S. 240. — Verlängerung der Untergrundbahn in Berlin. S. 240. — International Zonophon Company. S. 241. — Eisenbahn-Schlafwagen-Gesellschaft. S. 244. — Straßen- und Brückenbenennung in Charlottenburg. S. 244. — Gemeinkanal für Fernsprechtabel u. S. 245. — Brief- u. Poststellung in Neu-Edichten-berg. S. 245. — Plafonat in Trebbin. S. 245. — Auslösung von Rentenbriefen. S. 245. — Abfertigungsbeschlüsse von Eisenbahnstationen. S. 247. — Nordostdeutsche-Berlin-Bayerische und Nordostdeutsche-Berlin-Württembergische Güterverkehr. S. 247. — Privatbesprechungs-Verkehr auf der Station Nicolasee. S. 247. — Kommunalbezirksveränderungen. S. 247. — Schiffsatzung. S. 247. — Personal-Chronik. S. 247. — Handelskammerwahlen. S. 248.

Reichsgesetzblatt.

(Stück 23.) Nr. 2861. Bekanntmachung, betreffend die Vereinbarung erleichternder Vorschriften für den wechselseitigen Verkehr zwischen den Eisenbahnen Deutschlands einerseits und Oesterreichs und Ungarns andererseits. Vom 15. Mai 1902.

Nr. 2862. Bekanntmachung, betreffend ein Sonderabkommen zum internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr für die deutsch-oesterreichischen Verkehre. Vom 15. Mai 1902.

(Stück 24.) Nr. 2863. Schaumweinsteuergesetz. Vom 9. Mai 1902.

Nr. 2864. Gesetz, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1902. Vom 11. Mai 1902.

Nr. 2865. Bekanntmachung, betreffend die Feststellung des Börsenpreises für Zuder. Vom 6. Mai 1902.

Gesetzsammlung.

für die Königl. Preussischen Staaten. (Stück 15.) Nr. 10342. Gemeindeförderungsgesetz für die Hohenzollernschen Lande. Vom 22. April 1902.

(Stück 16.) Nr. 10343. Gesetz, betreffend die Feststellung des Staatshaushalts-Etats für das Etatsjahr 1902. Vom 11. Mai 1902.

Nr. 10344. Allerhöchster Erlaß vom 14. April 1902, betreffend die Rangstellung und den Titel der Abteilungsleiter bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I. in Berlin und der Allerhöchste zu Vertretern des Oberstaatsanwalts bestellten Staatsanwälte bei den Oberlandesgerichten.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Tarif nach welchem die staatlichen Abgaben für die Benutzung der Lösch- und Ladestellen sowie der staatlichen öffentlichen Krähne an den Berliner und Charlottenburger Wasserstraßen zu entrichten sind.

30.

Vorbemerkung.

Der Geltungsbereich dieses Tarifs umfaßt die Spree von der Berliner Reichsfilzgrenze unterhalb der Eisenbahnbrücke bei Treptow bis zur Preuss. Eisenbahnbrücke in Charlottenburg mit Einschluß des Spreeschleusenkanals, ferner den Landwehr-, den Luisenstädtischen-, den Berlin-Spandauer- und den Verbindungskanal in ihrer ganzen Ausdehnung sowie sämtliche an diesen Wasserstraßen gelegenen Häfen und Uferanschnitte.

Es ist zu entrichten:

I. Liegegeld.

A. Von den nicht unter Absatz C. fallenden Schiffen, welche an einer staatlichen öffentlichen Lösch- und Ladestelle liegen und zwar:

Von Fahrzeugen mit einer Tragfähigkeit	Für eine in der Zeit		Liegegeld							
	vom 1. März bis 31. Oktober	vom 1. No- vember bis Ende Februar	außerdem bei längerem Liegen für							
				einen Tag	zwei Tage	drei Tage	vier Tage	fünf Tage	sechs Tage	jeden fol- genden Tag
bis 50 Tonnen	3 Tagen.	4 Tagen	2	50						
über 50—150 Tonnen	4	5	5	—	2	6	12			
150—250	5	6	8	—				22	32	44
250—350	6	7	11	—						12
350—450	7	8	14	—	4	8	14			
450	8	9	17	—						

Sonn- und Festtage werden nicht gerechnet.

B. Von Fahrzeugen der unter A. genannten Art, welche Güter von nicht mehr als dem vierten Theil ihrer Tragfähigkeit löschen oder laden und dabei nicht über einen Tag an der Bösch- und Ladestelle liegen, ein Viertel der Beträge unter A.

Diese Berechnungsweise tritt jedoch nur dann ein, wenn der Schiffer ihre Anwendung bei der Anmeldung des Fahrzeuges beantragt. Wird die eintägige Liegefrist oder die nach Vorstehendem zulässige Menge der gelöschten oder geladenen Güter überschritten, so ist der Unterschied zwischen der bereits entrichteten ermäßigten und der nach Absatz A. zu berechnenden vollen Abgabe nachzuholen.

C. Von Handelskähnen (Kähnen mit Obst, Kartoffeln und Brennstoffen) aller Größen, welche an einer staatlichen öffentlichen Bösch- und Ladestelle liegen und deren Ladung im Einzel-Verkauf veräußert wird.

Für eine Liegefrist von je einer Woche (7 Tage einschließlich der Sonn- und Fest- tage) wenn die Woche beginnt in der Periode	Liegegeld für die									
	erste Woche		zweite Woche		dritte Woche		vierte Woche		jede folgende Woche.	
	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S
Vom 1. März bis 31. Oktober	5	—	5	—	7	50	7	50	10	—
1. November bis Ende Februar	5	—	5	—	5	—	5	—	5	—

D. Von Flößen, die an einer staatlichen öffentlichen Bösch- und Ladestelle liegen, für jeden Stamm täglich 0,25 M. Sonn- und Festtage werden nicht gerechnet.

E. Von Fahrzeugen der unter Absatz A., B. und C. genannten Art sowie von Flößen, wenn sie an einer nicht staatlichen Bösch- oder Ladestelle liegen: ein Viertel der unter A., B., C. oder D. festgesetzten Beträge; diese Gebühren sind auch von denjenigen Fahrzeugen zu zahlen, welche an kommunalen und privaten Bösch- oder Ladestellen, in Privathäfen oder sonstigen Ufer einschnitten liegen.

Auf die Bösch- und Ladestellen des städtischen Hafens am Urban zu Berlin, sowie auf die am Landwehrkanal vorhandenen Bösch- und Ladestellen der Stadtgemeinden Charlottenburg und Nixdorf findet dieser Tarif keine Anwendung.

II. Krahnsgeld.

Für die Benutzung eines staatlichen öffentlichen Krahnes (neben den nach Abschnitt I. zu zahlenden Liegegelbern):

A. Von jedem, wenn auch nur angefangenen 50 kg Gütern 0,02 M.

B. Von jedem Stamm Floßholz 0,25 "

C. Wenn die Benutzung eines Krahnes nach der Zeit zugelassen wird, anstatt der Säge unter

A. und B. für jede, wenn auch nur begonnenen 3 Stunden 2,25 "

Für jede Krahnbenutzung sind mindestens zu entrichten 0,50 "

Die Mannschaft zur Bedienung der Krahne wird verwaltungsseitig nicht gestellt.

Zusätzliche Bestimmungen.

1) Die Liegefrist läuft von dem auf die Bösch- oder Ladestelle des Schiffers (Floßers) folgenden Morgen oder Mittag (12 Uhr) an. Ein Liegetag umfaßt einen Zeitraum von 24 Stunden, d. i. von Morgen bis Morgen oder von Mittag bis Mittag, er wird, auch wenn er nur angebrochen ist, als voll gerechnet.

2) Wird für Uferstrecken, an welchen sich keine genehmigten Bösch- und Ladestellen befinden, ausnahmsweise das Anlegen von Fahrzeugen zu Zwecken des Lösens und Ladens gestattet, so sind gleichfalls die Gebühren nach Maßgabe dieses Tarifs zu zahlen.

3) Fahrzeuge, die nach beendeter Ausladung an derselben Stelle liegen bleiben, um alsbald neue Ladung einzunehmen, werden ebenso behandelt, als wenn sie zum Zweck des Einladens neu angelegt hätten.

4) Das Liegegeld ist für die von dem Schiffer oder Floßer beabsichtigte und polizeilich gestattete Liegezeit im Voraus zu zahlen.

5) Die zur Erhebung kommenden Liege- und Krahnsgeldbeträge werden auf volle 5 Pfennige aufwärts abgerundet.

6) Fahrzeuge, die nach Entrichtung des Liegegeldes die Bösch- und Ladestelle verlassen und alsbald eine andere im Geltungsbereich dieses Tarifs gelegene aufsuchen, sind auf die Dauer des Zeitraumes, für welchen sie das Liegegeld bezahlt haben, auch an der später benutzten Stelle abgabenfrei. Beim Uebergange von einer nicht staatlichen Stelle auf eine staatliche muß jedoch der Gebühren-Unterschied nachentrichtet werden. Es steht dem Schiffer dagegen auch frei, für die spätere Liegestelle einen neuen Liegeschein, jedoch ohne Anrechnung der vorher gezahlten Gebühren und der früheren Liegezeit, zu nehmen.

7) Fahrzeuge, welche ständig als Lagerkähne zur vorübergehenden Aufbewahrung von Gütern dienen, können auf Antrag einen bestimmten Liegeplatz zugewiesen erhalten und sind dann von dem Zwange, Ueberliegegeschene lösen zu müssen, befreit, bezahlen also nur den gewöhnlichen Tariffuß.

- 8) Für leere Fahrzeuge, welchen durch polizeiliche Erlaubnis gestattet ist, an eine Lösch- und Ladestelle anzulegen, sind ebenfalls die tarifmäßigen Gebühren zu zahlen.
- 9) Fahrzeuge, welche durch Frost zur Ueberwinterung an einer Lösch- und Ladestelle gezwungen sind, bleiben für diese Zeit, solange sie nicht löschen oder laden, abgabenfrei.
- 10) Auf Personendampfer, welche keine Güter ein- oder ausladen, finden die Bestimmungen dieses Tarifs keine Anwendung.

Befreiungen.

Schiffe, Flöße und Güter, welche dem Könige, dem Staate oder dem Reiche gehören, oder ausschließlich für deren Rechnung befördert werden, ferner Handlöhne und ähnliche kleinere Fahrzeuge, die zu größeren gehören, sind abgabenfrei.

Dieser Tarif tritt an Stelle desjenigen vom 27. Februar 1897 am 1. Juli 1902 in Kraft.

Berlin, den 13. Mai 1902.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

Der Finanz-Minister.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Im Auftrage gez. Schulz.

In Vertretung gez. Lehmann.

In Vertretung gez. Lohmann.

IIIb. 7750/01 R. d. S. A.

I. 6082 } Fin.-M.

IIa. 1867 R. f. S. K.

III. 5303 }

Bekanntmachungen des Königlichen Regierungspräsidenten.

183. Nachweisung der an den Pegeln der Havel und Spree im Monat April 1902 beobachteten Wasserstände.

Tag	Wasserstände der Havel an den Pegeln zu							Wasserstände der Spree an den Pegeln zu						
	Rathenow		Brandenburg		Potsdam	Spandau		Charlottenburg		Cöpenick	Gr. Tränke Wehr	Pieskow	Wils. Schadow	
	Oberwasser	Unterwasser	Oberwasser	Unterwasser		Oberwasser	Unterwasser	Oberwasser	Unterwasser					
	Mtr.	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	
1	3,03	1,64	1,40	2,38	1,82	1,51	2,74	1,33	3,42	3,32	0,90	2,72	1,84	1,56
2	3,03	1,61	1,39	2,32	1,84	1,52	2,76	1,38	3,47	3,37	0,89	2,72	1,86	1,55
3	3,05	1,62	1,40	2,35	1,89	1,53	2,76	1,39	3,45	3,35	0,90	2,75	1,85	1,54
4	3,05	1,64	1,41	2,24	1,90	1,53	2,78	1,39	3,50	3,39	0,88	2,73	1,87	1,55
5	3,05	1,62	1,39	2,31	1,91	1,56	2,78	1,43	3,52	3,42	0,90	2,75	1,85	1,56
6	3,12	1,70	1,38	2,46	1,87	1,55	2,80	1,36	3,48	3,37	0,91	2,78	1,83	1,54
7	3,14	1,67	1,46	2,40	1,95	1,56	2,84	1,44	3,57	3,46	0,90	2,78	1,82	1,54
8	3,15	1,68	1,45	2,35	1,96	1,57	2,81	1,51	3,58	3,48	0,89	2,76	1,87	1,56
9	3,20	1,71	1,46	2,40	1,97	1,59	2,79	1,47	3,58	3,48	0,88	2,75	1,87	1,57
10	3,22	1,71	1,49	2,44	2,00	1,59	2,77	1,54	3,57	3,48	0,87	2,78	1,85	1,57
11	3,22	1,73	1,51	2,44	2,00	1,58	2,75	1,49	3,56	3,47	0,86	2,77	1,83	1,58
12	3,22	1,76	1,51	2,44	2,02	1,57	2,74	1,47	3,54	3,43	0,83	2,74	1,85	1,60
13	3,19	1,76	1,51	2,47	1,94	1,57	2,74	1,37	3,48	3,34	0,85	2,73	1,85	1,62
14	3,18	1,79	1,52	2,48	2,03	1,60	2,77	1,64	3,94	3,84	0,87	2,74	1,85	1,62
15	3,16	1,76	1,54	2,48	2,03	1,61	2,74	1,43	3,62	3,53	0,87	2,73	1,84	1,62
16	3,10	1,78	1,56	2,44	2,06	1,60	2,73	1,48	3,54	3,46	0,85	2,72	1,83	1,62
17	3,05	1,80	1,54	2,44	2,06	1,60	2,73	1,48	3,49	3,41	0,83	2,69	1,85	1,61
18	3,00	1,78	1,55	2,41	2,06	1,60	2,73	1,45	3,48	3,38	0,81	2,67	1,86	1,61
19	2,98	1,78	1,55	2,42	2,06	1,59	2,73	1,40	3,42	3,36	0,81	2,66	1,85	1,60
20	2,97	1,90	1,56	2,48	2,00	1,57	2,74	1,35	3,39	3,30	0,80	2,67	1,85	1,59
21	2,95	1,80	1,55	2,43	2,04	1,56	2,73	1,38	3,38	3,32	0,80	2,68	1,84	1,58
22	2,95	1,77	1,56	2,44	2,06	1,55	2,71	1,36	3,36	3,29	0,82	2,70	1,84	1,56
23	2,93	1,79	1,55	2,43	2,08	1,53	2,70	1,32	3,34	3,28	0,83	2,70	1,83	1,56
24	2,89	1,79	1,56	2,40	2,04	1,52	2,67	1,32	3,33	3,26	0,82	2,66	1,83	1,54
25	2,85	1,78	1,56	2,40	2,05	1,50	2,66	1,29	3,28	3,21	0,83	2,65	1,82	1,52
26	2,81	1,77	1,55	2,38	2,06	1,50	2,64	1,26	3,26	3,18	0,84	2,63	1,80	1,50
27	2,78	1,79	1,53	2,45	1,97	1,48	2,65	1,20	3,22	3,10	0,83	2,62	1,77	1,47
28	2,75	1,76	1,54	2,39	1,99	1,46	2,63	1,23	3,26	3,17	0,83	2,60	1,77	1,45
29	2,69	1,75	1,53	2,36	1,99	1,44	2,60	1,18	3,22	3,06	0,85	2,58	1,77	1,42
30	2,67	1,76	1,53	2,33	1,99	1,42	2,57	1,14	3,22	3,06	0,87	2,58	1,77	1,40

Potsdam, den 16. Mai 1902.

Der Regierungspräsident.

154. Verzeichniß der im Jahre 1903 im Regierungsbezirke Potsdam abzuhaltenden Märkte und Messen.

Ortschaft.

Kreis.

1. Angermünde	Angermünde	22 Okt. RB.
2. Baruth	Jüterbog- Ludenwalde	7 Febr. B., 21 März B., 23 März R., 22 April B., 16 Mai B., 18 Mai R., 30 Juni B., 1 Juli R., 1 Aug. B., 5 Sept. B., 7 Sept. R., 3 Okt. B., 7 Nov. B., 9 Nov. R., 28 Nov. B.
3. Beelitz	Zauch-Belzig	24 Jan. Ferkel, 10 Febr. R., 21 Febr. Ferkel, 21 März B Ferkel, 24 März R., 11 April Ferkel, 16 Mai Ferkel, 19 Mai R., 20 Juni Ferkel, 18 Juli Ferkel, 8 Aug. B Ferkel, 22 Aug. Ferkel, 5 Sept. B Ferkel, 26 Sept. Ferkel, 10 Okt. Ferkel, 27 Okt. R., 7 Nov. B Ferkel, 28 Nov. Ferkel, 15 Dez. R.
4. Beeskow	Beeskow-Storkow	2 April B., 3 April R., 28 Mai B., 2 Juli B., 13 Aug. B., 22 Okt. B., 23 Okt. R., 10 Dez. B.
5. Belzig	Zauch-Belzig	23 Febr. R Ferkel, 2 April B Ferkel, 22 April Ferkel, 4 Juni. B Ferkel, 15 Juni R Ferkel, 8 Juli Ferkel, 6 Aug. B Ferkel, 16 Sept. Ferkel, 12 Okt. R Ferkel, 31 Okt. B Ferkel, 21 Dez. Weihn Ferkel.
6. Bernau	Niederbarnim	10 März B B, 11 März R., 9 Juni B B, 10 Juni R., 8 Sept. B B 9 Sept. R., 3 Nov. B B, 4 Nov. R.
7. Biesenthal	Oderbarnim	9 März R., 29 Juni R., 9 Nov. R.
8. Boizenburg	Templin	10 März R., 9 Okt. R.
9. Brandenburg	Stadtkreis	25 Febr. B., 1 April B., 20 Aug. B., 17 Sept. B., 29 Okt. B.
10. Brück	Zauch-Belzig	12 März RB, 13 Mai B., 2 Juli RB, 22 Okt. RB, 26 Nov. RB.
11. Brüssow	Prenzlau	1 April R., 26 Mai R., 29 Sept. R., 16 Dez. R.
12. Bend. Buchholz	Beeskow-Storkow	11 März R., 18 Juni R., 15 Okt. R.
13. Charlottenburg	Stadtkreis	28 März B., 30 März R., 19 Mai B., 20 Mai R., 25 Aug. B., 26 Aug. R., 17 Okt. B, 19 Okt. R., 12 Dez. B, 14 Dez. R.
14. Dahme	Stadtkreis	3 März R., 9 Juni R., 29 Sept. R.
15. Dalmin	Teltow	Siehe Köpenick.
16. Eberswalde	Osthavelland	Kremmen.
17. Freienwalde	Jüterbog- Ludenwalde	17 Febr. B., 12 März Schw., 24 März B., 28 April B., 16 Juni B., 17 Juni R., 7 Juli Schw., 4 Aug. B., 8 Sept. B., 9 Sept. R., 29 Sept. Schw., 13 Okt. B., 24 Nov. B.
18. Freyenstein	Westprignitz	14 Mai R., 5 Nov. R.
19. Friesack	Oderbarnim	3 März RB, 23 Juni RB, 27 Okt. RB.
20. Fürstenwerder	Oderbarnim	25 März R., 19 Aug. R., 25 Nov. R.
21. Gerswalde	Westprignitz	19 Mai B., 20 Mai R., 15 Okt. B., 16 Okt. R.
22. Granitz	Osthavelland	5 Febr. B., 16 April B., 17 April R., 18 Juni B., 19 Juni R., 6 Aug. Jungb., 1 Okt. B., 2 Okt. R., 5 Nov. B., 6 Nov. R.
23. Gransee	Prenzlau	14 Okt. R.
24. Greiffenberg	Templin	26 Mai R.
25. Havelberg	Angermünde	4 Juni R.
26. Joachimsthal	Angermünde	3 April RB B, 3 Juni RB B, 20 Okt. B B, 21 Okt. R., 8. Dez. RB B.
27. Jüterbog	Westprignitz	30 April R., 29 Okt. R.
		3. Jan. Ferkel, 7 Febr. Ferkel, 17 Febr. B., 2 März Getr., 7 März Ferkel, 4 April Ferkel, 23 April B B Schw., 24 April R., 2 Mai Ferkel, 6 Juni Ferkel, 30 Juni B B, 4 Juli Ferkel, 1 Aug. Ferkel, 1 Sept. B B Schw., 2 Sept. R., 5 Sept. Ferkel, 3 Okt. Ferkel, 27 Okt. B., 7 Nov. Ferkel, 1 Dez. B B Schw., 2 Dez. R., 5. Dez. Ferkel.
		18 März RB B, 17 Juni RB B, 21 Okt. RB B.
		29 Jan. B., 12 März B., 21 April B., 27 Mai B., 18 Juni B., 20 Juni R., 13 Aug. B., 23 Sept. B., 14 Okt. R., 4 Nov. R., 5 Nov. B., 7 Nov. R.

Ortschaft.	Kreis.	
28. Röpentin	Teltow	30 März R, 17 Aug. R, 19 Okt. R, 7 Dez. R.
29. Kremmen	Osthavelland	25 März BY, 26 März R, 17 Juni BY, 18 Juni R, 14 Okt. BY, 15 Okt. R.
30. Kyritz	Ostprignitz	26 März RB, 21 April Schw, 11 Juni RB, 6 Aug. RB, 8. Sept. Füll; 22 Okt. RB, 15 Dez. B.
31. Alt-Sandberg	Niederbarnim	12 März R, 18 Juni R, 29 Okt. R.
32. Lehnin	Zauch-Bezirk	13 Mai RB, 14 Okt. RB.
33. Senzen a./Elbe	Westprignitz	13 Jan. Schw, 17 Febr. B, 18 Febr. R, 31 März Schw, 1 Mai RB, 23 Juni B, 24 Juni R, 4 Aug. B, 5 Aug. R, 18 Aug. Füll, 8 Sept. Schw, 20 Okt. B, 21 Okt. R, 13 Nov. Schw, 15 Dez. Weipn.
34. Liebenwalde	Niederbarnim	24 März RB, 16 Juni RB, 18 Okt. RB.
35. Lindow	Ruppin	20 März B, 3 Juli B, 17 Sept. BY, 10 Nov. BY.
36. Luckenwalde	Jüterbog-Luckenwalde	5 Febr. R, 25 Febr. BY, 8 April BY, 14 Mai R, 20 Mai BY, 9 Juli R, 29 Juli BY, 9 Sept. BY, 24 Sept. R, 28 Okt. BYR, 12 Nov. R, 10 Dez. R.
37. Lyden	Templin	17 März RBY, 16 Juni RBY, 3 Nov. RBY.
38. Meeenburg	Ostprignitz	19 März B, 20 März R, 7 Juli B, 8 Juli R, 2 Okt. B, 3 Okt. R, 17 Dez. B, 18 Dez. R.
39. Mittenwalde	Teltow	18 Febr. PKindvSchw. 25 März B, 26 März R, 15 April PKindvSchw, 27 Mai B, 28 Mai R, 24 Juni PKindvSchw, 22 Juli PKindvSchw, 19 Aug. B, 20 Aug. R, 16 Sept. PKindvSchw, 14 Okt. B, 15 Okt. R, 4 Nov. PKindvSchw, 9 Dez. B, 10 Dez. R.
40. Neuenhagen (an der Ostbahn)	Niederbarnim	5 März B, 17 Sept. B.
41. Neustadt a./D.	Ruppin	28 Jan. B, 29 April B, 30 April R, 1 Juli B, 2 Juli R, 3 Sept. B, 4 Nov. B, 5 Nov. R.
42. Niemegk	Zauch-Bezirk	12 März Ferkel, 11 Mai RF, 6 Juli R, 13 Aug. Ferkel, 26 Okt. RF, 12 Nov. B, 12 Dez. RF.
43. Oberberg	Angermünde	17 März R, 16 Juni R, 15 Sept. R, 17 Nov. R.
44. Oranienburg	Niederbarnim	19 März RBY, 19 Juni RBY, 15 Sept. RBY, 1 Dez. RBY.
45. Perleberg	Westprignitz	23 Febr. Geir, 6 März B, 28 April B, 4 Juni B, 4 Aug. B, 29 Okt. B, 26 Nov. B.
46. Plaue a./Havel	Westhavelland	7 Mai R, 15 Okt. R.
47. Potsdam	Stadtfreis	26 März R, 18 Juni R, 27 Aug. R, 8 Okt. R, 19 Nov. R.
48. Prenzlau	Prenzlau	Wegen der Märkte schweben noch Verhandlungen.
49. Priesterbe	Westhavelland	13. Mai R, 21 Okt. R.
50. Prißwalf	Ostprignitz	5 März B, 7 Mai B, 25 Juni B, 27 Aug. B, zugleich Fohlenmarkt des landwirtschaftlichen Vereins, 8 Okt. B, zugleich Markt von direkt importiertem Zucht- und Kindvieh edler Rasse, 5 Nov. B.
51. Putlit	Westprignitz	19 März B, 16 April Schw, 13 Mai B, 18 Juni Schw, 9 Juli B, 3 Sept. B, 21 Okt. B, 22 Okt. R, 12 Nov. B.
52. Rathenow (Altstadt) (Neustadt)	Westhavelland	16 Juni RB, 13 Okt. RB.
53. Ravensbrück	Templin	19 März RB, 8 Dez. RB.
54. Rheinsberg	Ruppin	26 Mai R, 4 Nov. R.
55. Neu-Ruppin	Ruppin	12 März R, 25 Juni R, 29 Okt. R,
56. Saarmund	Zauch-Bezirk	4 März BYSchw, 7 April BYSchw, 8 April R, 17 Juni BYSchw, 18 Juni R, 29 Sept. BYSchw, 30 Sept. R, 11 Nov. BYSchw.
57. Schwedt a./D.	Angermünde	26 Febr. R, 26 Nov. R.
58. Spandau	Stadtfreis	24 Febr. BY, 21 April RBY, 30 Juni RBY, 3 Nov. RBY.
59. Stevenitz	Dabrianitz	13 Jan. P, 10 Febr. BY, 3 März BY, 7 April P, 12 Mai P, 9 Juni BY, 7 Juli BY, 4 Aug. BY, 15 Sept. BY, 27 Okt. BY, 24 Nov. BY, 15 Dez. P.
		24 April RB, 11 Sept. RB.

<u>Ortschaft.</u>	<u>Kreis.</u>	
60. Storkow	Beeskow-Storkow	24 März B, 14 Mai B, 9 Juli B, 10 Juli B, 6. Aug. B, 20 Okt. B, 1 Dez. B, 2 Dez. R.
61. Strasburg i. U.	Prenzlau	24 März B, 25 März R, 9. Juni Junio., 10 Nov. B, 11 Nov. R.
62. Teltow	Teltow	2 April RB, 20 Aug. RB, 5 Nov. RB.
63. Templin	Templin	19 März RB, 14 Mai RB, 9 Juli RB, 5 Nov. RB.
64. Teupitz	Teltow	19 März RB, 7 Mai RB, 4 Juli B, 3. Sept. RB, 22 Okt. B, 3 Dez. RB.
65. Trebbin	Teltow	17. Jan. B, 19 Jan. R, 14 Febr. B, 14 März B, 16 März R, 25 April B, 23 Mai B, 25 Mai R, 13 Juni B, 11 Juli B, 15 Aug. B, 17 Aug. R, 12 Sept. B, 17 Okt. B, 19 Okt. R, 5 Nov. B, 14 Nov. B, 12 Dez. B, 14 Dez. R.
66. Treuenbriezen	Zauch-Bezig	10 Jan. Ferkel, 7 Febr. Ferkel, 7 März Ferkel, 17. März RB, 4 April Ferkel, 12 Mai RB, 30 Mai Ferkel, 16 Juni RB, 27 Juni Ferkel, 25 Juli Ferkel, 15 Aug. Ferkel, 8 Sept. RB, 19 Sept. Ferkel, 10 Okt. Ferkel, 3 Nov. RB, 21 Nov. Ferkel, 8 Dez. RB, 19 Dez. Ferkel.
67. Vierraden	Angermünde	31 März RB, 22 Sept. RB, 15 Dez. RB.
68. Weißensee	Niederbarnim	17 Febr. P, 17 März P, 21 April P, 19 Mai P, 16 Juni P, 21 Juli P, 18 Aug. P, 22 Sept. P, 20 Okt. P, 17 Nov. P.
69. Werder b. Potsdam	Zauch-Bezig	8 April RP, 27 Mai P, 10 Juni R, 9 Sept. RP, 4 Nov. R, 9 Dez. R.
70. Werneuchen	Oberbarnim	20 März RB, 19 Juni RB, 23 Okt. RB.
71. Wilsnack	Westprignitz	21 Jan. BP, 24 Febr. BP, 7 April BP, 16 Juni BP, 11 Aug. BP, 27 Aug. BPFüll, 6 Okt. BP, 3 Nov. BP.
72. Wittenberge	Westprignitz	16 Jan. BP, 13 Febr. BP, 27 März BP, 17 April BP, 14 Mai BP, 15 Mai R, 19 Juni BP, 8 Juli BP, 21 Aug. BP, 10 Sept. BP, 11 Sept. R, 16 Okt. BP, 20 Nov. BP, 11 Dez. BP.
73. Wittstock	Ostprignitz	10 Febr. B, 24 März B, 12 Mai B, 8 Sept. B, 30 Okt. B, 8 Dez. B.
74. Wriezen	Oberbarnim	17 März BP, 18 März R, 30 Juni BP, 1 Juli R, 27 Aug. BP, 13 Okt. BP, 14 Okt. R, 6 Nov. BP, 8 Dez. BP.
75. Wusterhausen a. Dosse	Ruppin	4 Febr. RBPSchw, 28 April RBPSchw, 23 Juni RBPSchw, 16 Sept. B, 17 Nov. RBPSchw.
76. Königs- Wusterhausen	Teltow	22 April B, 23 April R, 21 Okt. B, 22 Okt. R.
77. Zechlin	Ostprignitz	9 Mai R, 17 Okt. R.
78. Zehdenick	Templin	25 März B, 26 März R, 10 Juni B, 11 Juni R, 14. Okt. B, 15 Okt. R, 25 Nov. B, 26 Nov. R.
79. Binna	Jüterbog- Eudenwalde	19 Febr. RB, 16 April Schw, 4 Juni RB, 17 Sept. Schw, 3 Dez. RB.
80. Zossen	Teltow	3 Febr. B, 3 März B, 7 April B, 5 Mai B, 9 Juni B, 10 Juni R, 7 Juli B, 4 Aug. B, 1 Sept. B, 6 Okt. B, 10 Nov. B, 11 Nov. R, 15 Dez. B, 16 Dez. R.

Erklärung der Abkürzungen: F — Flachsmarkt, Füll — Füllenmarkt, Getr — Getreidemarkt, Jungv — Jungviehmarkt, R — Rammmarkt, P — Pferdemarkt, S — Saatmarkt, Schw — Schweinemarkt, B — Viehmarkt, Weihn — Weihnachtsmarkt.
Potsdam, den 15. Mai 1902.

Der Regierungspräsident.

155. **V e r z e i c h n i s s**
der Firmen, deren Kontrollvorrichtungen im Schanfbetriebe in
Berlin zugelassen worden sind.

- 1) Allich u. Comp., Alte Jacobstraße Nr. 131,
- 2) Bach u. Mahlow, Neue Schönhauserstr. Nr. 12,
- 3) Denecke u. Comp., Kriegenau, Niedstraße Nr. 5,
- 4) Deiters, Auguststraße Nr. 89,
- 5) Förster u. Delcourt, Wienerstraße Nr. 14,
- 6) Hoffmann u. Gähler, Dranienstraße Nr. 21,

- 7) Kallasch u. Jonas, Thurmstraße Nr. 29,
- 8) Krüger, Richard, Holzmarktstraße Nr. 44a.,
- 9) Krüger Geb. u. Comp., Michaeliskirchstraße Nr. 20,
- 10) Krüger, Hermann u. Co., Köpenickerstraße Nr. 110,
- 11) Ludwig, Gustav, Mulackstraße Nr. 11,
- 12) Lesemann u. Co., Brunnenstraße Nr. 26,
- 13) Mahlinger u. Adolph, Bellealliancestraße Nr. 3,
- 14) Mangen u. Reinwarth, Dranienstraße Nr. 62,
- 15) Müller, Hermann, Krausenstraße Nr. 24,

- 16) Müller, Rudolf, Zimmerstraße Nr. 11,
 17) Rungeher, Friedrich, Alte Jacobstraße Nr. 71,
 18) Defers, Jean, Bismarckstraße Nr. 47/48,
 19) Peters, S., Alte Jacobstraße Nr. 8,
 20) Paul, Friedrich, Gr. Frankfurterstraße Nr. 39,
 21) Reinhardt, Brunnenstraße Nr. 117,
 22) Rabke, Mulackstraße Nr. 13,
 23) Schachtmeier u. Co., Sebastianstraße Nr. 5,
 24) Schön, Steinwegstraße Nr. 26,
 25) Selchow, Prinzenstraße Nr. 11,
 26) Sieben, Fritz, Markgrafenstraße Nr. 24,
 27) Wollmann, Hermann, Georgenkirchstraße Nr. 5,
 28) Busch u. Neper, Drebbenerstraße Nr. 37,
 29) Hentschke, Otto, Brunnenstraße Nr. 166,
 30) H. Richter u. A. Scherler, Kl. Präsidenten-
 straße Nr. 6,
 31) Krüger, Hans, Winterfeldstraße Nr. 12
 32) Gottgetreu u. Co!, Lanfigerplatz Nr. 50,
 33) Stange, Franz, Schleifschstraße Nr. 2,
 34) Jaene, Rudolf, Alexanderstraße Nr. 32,
 35) Ruske, Hermann, Brandenburgstraße Nr. 55.
 Potsdam, den 20. Mai 1902.

Der Regierungspräsident.

Polizei-Verordnung

betr. Anverregatten des Berliner Regatta-Vereins auf der
 Wendischen Spree.

156. Auf Grund des § 8b. des Gesetzes über die
 Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S.
 265) und der §§ 138 und 139 des Gesetzes über die
 allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-
 S. S. 195 ff.) wird unter Zustimmung des Bezirks-
 aussschusses die nachstehende Polizeiverordnung erlassen:

Für die Tage, an welchen auf der Wendischen
 Spree bei Grünau eine Ruder-Regatta vom Berliner
 Regatta-Verein abgehalten wird, treten folgende Be-
 stimmungen in Kraft:

Von Mittags 12 Uhr ab darf der gesamte
 Schiffsverkehr (Personen- und Schlepp-Dampfer, Last-
 fähne, Ruder- und Segelboote) nur auf dem rechten
 Ufer außerhalb der durch ausgelegte Markten bezeich-
 neten Regattabahn stattfinden.

Alle Segel müssen fallen.

Das Hindernis von Dampfern, Ruder- und Segel-
 booten, sowie anderen Verhinderungsfahrzeugen an
 beiden Ufern, sowie längs der Regatta-Strecke vom
 Wendenschloß bis zur Dammel-Ecke ist untersagt.

Ausgenommen von dem letzten Verbot sind nur
 diejenigen Fahrzeuge, welche vom Berliner Regatta-
 Verein ausgestellte Erlaubnisurkunden vorweisen.

Sonntags Nachmittags zwischen 3—7 Uhr ist
 der gesamte Schiffsverkehr vom Wendenschloß bis
 Dammel-Ecke gänzlich verboten.

Liegeplätze für die Schiffsfahrzeuge aller Art
 werden an beiden Enden der Regattabahn von den
 Strom-Aufsichtsbeamten angewiesen.

Den Anweisungen der Stromaufsichtsbeamten ist
 pünktlich Folge zu leisten.

Auswärtigen Verhandlungen gegen die vorstehenden Vor-

schriften werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder
 im Falle des Unvermögens mit verhältnismäßiger
 Haft bestraft, falls nicht nach bestehenden Gesetzen und
 sonstigen Vorschriften höhere oder andere Strafen ver-
 wirkt sind.

Die Tage der Regatta werden alljährlich 14 Tage
 vorher im Regierungs-Amtsblatt und im Teltower
 Kreisblatt bekannt gemacht.

Die Polizeiverordnung tritt sofort in Kraft.

Potsdam, den 10. Mai 1902.

Der Regierungspräsident.

Veröffentlicht mit dem Bemerken, daß die dies-
 jährige Ruderregatta am Sonnabend den 7., Sonntag
 den 8. und Montag den 9. Juni stattfindet.

Potsdam, den 21. Mai 1902.

Der Regierungspräsident.

Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter.

157. Folgende ausländisch-polnische Saisonarbeiter
 und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitsstätten unter Kon-
 traktbruch verlassen:

Namen:	Bisheriger Beschäftigungsort:
Stanislaus Bilepinski, Michael Cichowski, Ignaz Nowicki,	Rittergut Krams, Kreis Ost-Prignitz. Rittergut Demerslin, Kreis Ost-Prignitz.

Die Genannten sind festzunehmen und sofort aus
 dem Staatsgebiete auszuweisen. Vom Geschehenen ist
 unter Bezugnahme auf diese Bekanntmachung hierher
 Nachricht zu geben.

Potsdam, den 27. Mai 1902.

Der Regierungspräsident.

Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter.

158. Folgende ausländisch-polnische Saison-
 arbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitsstätten unter
 Kontraktbruch verlassen:

Namen:	Bisheriger Beschäftigungsort:
Pavel Bobinski, Basył Bobinski, Frye Toporowski, Basył Buscel, Alerj Cypr, Eva Sokol, Katarzyna Bobinski, Eva Toporowska, Anatassie Dyka,	Gut Dresch-Moll- nitz, Kreis West- Prignitz.

Die Genannten sind festzunehmen und sofort aus dem
 Staatsgebiete auszuweisen. Vom Geschehenen ist unter
 Bezugnahme auf diese Bekanntmachung hierher Nachricht
 zu geben. Potsdam, den 27. Mai 1902.

Der Regierungspräsident.

159.

S i e h e n .

I. Festgestellt:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Anger-
 münde: Gut Auchenbera.

b. Milzbrand. Kreis Nieder-Barnim: Neu-Holland. Kreis Ost-Havelland: Groß-Ziethen. Kreis West-Havelland: Fohrde, Weseram. Kreis Zauch-Belzig: Lüffe.

c. Schweineseuche. Kreis Nieder-Barnim: Neu-Weisensee. Kreis Prenzlau: Dohower Mühle, Strassburg II./M.

III. Erloschen:

a. Milzbrand. Kreis Nieder-Barnim: Malz,

Sönnow. Kreis Ost-Havelland: Perwenitz. Kreis Zauch-Belzig: Groß-Kreuz, Gollwitz, Prügke.

b. Schweineseuche. Kreis West-Havelland: Rathenow. Kreis Prenzlau: Dom. Martin.

c. Bläschenausschlag. Kreis Ost-Prignitz: Stüdenitz.

Potsdam, den 27. Mai 1902.

Der Regierungs-Präsident.

Gemeindebezirksveränderung.

160. Der Bezirksausschuß hiersebst hat am 19. Februar d. Js. beschlossen, das im Grundbuche von Lindow nachstehend verzeichnete Trennstück

N u m m e r		Des Eigentümers Name und Wohnort	Blächeninhalt		
des Kartenblatts	der Parzelle		ha	ar	qm
3	24/11	Firma Wieder & Michaelis in Lindow	—	40	—

von dem fiskalischen Gutsbezirk Altrupp in abzutrennen und mit dem Gebiete der Stadtgemeinde Lindow zu vereinigen.
Die Umgemeindung tritt am 1. Juli d. Js. in Kraft.
Potsdam, den 21. Mai 1902.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung der Königlichen Regierung.

Andersung der Zinscheine II. Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidierten 3 %igen Staatsanleihe von 1892—1894.

18. Die Zinscheine Reihe II. Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidierten 3 %igen Staatsanleihe von 1892—1894 über die Zinsen für die Zeit vom 1. April 1902 bis 31. März 1912 nebst Erneuerungsscheinen (Anweisungen auf die folgende Reihe) werden vom 1. März 1902 ab von der Kontrolle der Staatspapiere hiersebst, Oranienstraße 92/94, geöffnet. Vormittags von 9 Uhr bis 1 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jedes Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine sind entweder bei der Kontrolle der Staatspapiere am Schalter in Empfang zu nehmen oder durch die Regierungs-Hauptkassen sowie in Frankfurt a./M. durch die Kreiskasse zu beziehen.

Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Erneuerungsscheine (Zinscheinanweisungen) mit einem Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamt Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher eine numerierte Marke als Empfangsbefcheinigung, so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche Befcheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Die Marke oder Empfangsbefcheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

Durch die Post sind die Erneuerungsscheine an die Kontrolle nicht einzufenden.

Wer die Zinscheine durch eine der oben genannten Provinzial-Kassen beziehen will, hat derselben die Erneuerungsscheine mit einem doppelten Ver-

zeichniß einzuweisen. Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbefcheinigung versehen, sofortig zurückgegeben und ist bei Auszahlung der Zinscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesem Verzeichniß sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn die Erneuerungsscheine abhandelt genommen sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittels besonderer Eingabe einzuweisen.

Berlin, den 25. Februar 1902.

Hauptverwaltung der Staatskassen.

Veröffentlicht mit dem Bemerken, daß Formulare zu den Verzeichnissen von unserer Hauptkasse, den Königlichen Kreis- und Forstkassen und den Königlichen Haupt-Steuerämtern bezogen werden können.

Potsdam, den 3. März 1902.

Königliche Regierung.

Notierungen forstverforgungsberechtigter Anwörter.

19. Der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat den Regierungsbezirk Stade bis auf Weiteres für Notierungen forstverforgungsberechtigter Anwörter geschlossen.

Potsdam, den 20. Mai 1902.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Verlängerung der Untergrundbahn in Berlin.

28. Im Einverständnis mit der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin wird die Genehmigungsurkunde vom 5. November 1897 dahin ergänzt, daß die Verlängerung der Untergrundbahn in der Hardenbergstraße von der Fasanenstraße bis zum Knie an der Dismarckstraße nach Maßgabe des mit dem Genehmigungsvermerk

vom 18. April d. J., versehenen Entwurfs und unter den in meinem Schreiben von demselben Tage (Hb. C. 816:02) angeführten Bedingungen genehmigt wird.

Berlin, den 18. Mai 1902.

Der Polizei-Präsident.

In Vertretung: Friedheim.

International Zonophon Company,
50. Nachstehend bringe ich die der International Zonophon Company Incorporated in Jersey City zum Geschäftsbetriebe in Preußen ertheilte Erlaubniß vom 1. April d. J., sowie einen Auszug aus den Statuten der Gesellschaft mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß zum General-Bevollmächtigten für Preußen H. M. Prescott in Charlottenburg, Eiseubahnstraße Nr. 72 wohnhaft, bestellt worden ist.

Das Geschäftsfotel der hiesigen Zweigniederlassung befindet sich in dem Hause Rüterstraße 73.

Berlin, den 18. Mai 1902.

Der Polizei-Präsident.

In Vertretung: Friedheim.

Der International Zonophon Company Incorporated in Jersey City im Staate New Jersey wird die Erlaubniß zum Geschäftsbetriebe in Preußen auf Grund des § 18 der Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 in der Fassung des Gesetzes vom 22. Juni 1861 (§ 12 der Gewerbe-Ordnung vom 31. Juni 1869 in der Fassung des Reichsgesetzes vom 1. Juli 1883 — Reichsgesetz-Blatt S. 177 ff. —) hiermit unter folgenden Bedingungen ertheilt:

1) Die Erlaubniß und ein von dem Polizei-Präsidenten in Berlin festzustellender Auszug der Statuten und etwaige Änderungen der in diesem Auszuge enthaltenen Bestimmungen sind auf Kosten der Gesellschaft in dem Amtsblatte der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin in deutscher Uebersetzung zu öffentlicher Kenntniß zu bringen.

2) Von jeder Änderung oder Ergänzung der Statuten ist dem Königl. Preussischen Minister für Handel und Gewerbe sofort Anzeige zu erstatten.

3) In allen Prospekten und Bekanntmachungen der Gesellschaft ist als Gesellschaftsvermögen und Grundkapital nur das wirklich gezahlte Aktienkapital aufzuführen.

A) Die Gesellschaft ist verpflichtet, mindestens an einem Orte in Preußen eine Zweigniederlassung im Sinne des Handelsgesetzbuchs mit einem Geschäftsfotel zu begründen und von diesem Orte aus, oder falls die Gesellschaft an mehreren Orten in Preußen solche Zweigniederlassungen begründet, von einem dieser Orte aus regelmäßig ihre Verträge mit Preussischen Staatsangehörigen abzuschließen, sowie auch wegen aller aus ihren Geschäften mit solchen entstehenden Verbindlichkeiten bei den Gerichten jedes dieser Orte als Beklagte Rechts zu nehmen. Sie ist ferner verpflichtet, einen Generalbevollmächtigten für alle in Preußen errichteten, oder noch zu errichtenden Zweigniederlassungen mit dem Wohnsitz in Preußen zu bestellen.

5) Dem Königl. Polizei-Präsidenten in Berlin

a. der allgemeine Rechnungsabluß der Gesellschaft,
b. ein besonderer Rechnungsabluß der Preussischen Geschäftsniederlassung, in welchem das in Preußen befindliche Vermögen abgesehen von dem übrigen Vermögen nachzuweisen ist, einzureichen.

Dem erwähnten Königl. Polizei-Präsidenten bleibt vorbehalten, nähere Grundsätze für die Aufstellung des besonderen Rechnungsabchlusses festzusetzen und nähere Erklärungen über die darin aufzunehmenden Eintragungen zu verlangen.

6) Der General-Bevollmächtigte hat sich auf Erfordern des Königl. Polizei-Präsidenten in Berlin zum Vortheile sämtlicher Preussischer Gläubiger der Gesellschaft persönlich und erforderlichen Falls unter Stellung zureichender Sicherheit zu verpflichten, für die Richtigkeit des eingereichten besonderen Rechnungsabchlusses einzustehen.

7) Die Erlaubniß kann zu jeder Zeit und ohne daß es den Angaben von Gründen bedarf, nach dem Ermessen der Königl. Preussischen Staatsregierung zurückgenommen und für erloschen erklärt werden.

8) Die Befugniß zum Erwerbe von Grundeigenthum in Preußen wird nicht schon durch diese Erlaubniß, sondern erst durch besondere, in jedem einzelnen Falle nachzusuchende landesherrliche Genehmigung erlangt.

Berlin, den 1. April 1902.

(Siegel.)

Der Minister für Handel und Gewerbe.

In Vertretung: gez. Lohmann.

Erlaubniß zum Geschäftsbetriebe in Preußen für die International Zonophon Company Incorporated in Jersey City im Staate New Jersey. IIa 1235.

Erstens:

Der Name, den wir angenommen haben, um die erwähnte Gesellschaft zu bezeichnen, welcher in ihrem Geschäfts-Verkehr gebraucht werden soll, ist die „International Zonophone Company.“

Zweitens:

Das Hauptbureau in New Jersey soll in Nr. 259 Washington Street, Jersey City, New Jersey, sein, und der dienstthuende Agent desselben und welchem Vorladungen gegen die Gesellschaft zugestellt werden können, ist Henry W. Winfield.

Und das Geschäft der Gesellschaft soll in erwähnter Stadt und an einem solchen anderen Ort, oder Orten in dem Staate New Jersey geführt werden, als die Beschaffenheit und der Fortschritt des Geschäfts der Korporation von Zeit zu Zeit es nothwendig oder wünschenswerth machen soll.

Die Gesellschaft soll Vollmacht haben und ihr Zweck ist, ihr Geschäft zu führen und solche andere Bureaux außerhalb des Staates New Jersey an einem solchen Orte, oder solchen Orten in dem Staate New Jersey zu haben und in den verschiedenen Staaten und Territorien der Vereinigten Staaten und in solchen

des Geschäfts der Gesellschaft für nothwendig oder angemessen befunden werden mag.

Drittens:

Die Zwecke, für welche diese Gesellschaft gebildet ist, sind irgendwelche oder alle der hierin auseinander gesetzten Dinge in demselben Umfang zu thun, als einzelne Personen und in irgend einem Theil der Welt als Hauptpersonen, Agenten oder auf andere Weise thätigen Personen oder Firmen.

Und in Förderung, und nicht Beschränkung der allgemeinen laut der Gesetze des Staates New Jersey verliehenen Vollmachten wird hierdurch ausdrücklich vorgesehn, daß die Gesellschaft die folgenden Vollmachten haben soll:

1) Hab' und Qui und Besitzthum jeder Klasse und Beschreibung zu fabriciren, zu kaufen, oder auf andere Weise zu erwerben, festzuhalten, zu besigen, zu gebrauchen, mit Hypothek zu belasten, zu verpachten, zu verpfänden, zu verkaufen, zu cediren, zu übertragen, anzulegen, damit zu handeln, sich damit zu besorgen, und damit Geschäfte zu machen; einschließlich der Erwerbung durch Kauf, durch Fabrication, oder auf andere Weise aller Materialien, Lieferungen, Maschinen und anderer Artikel, die in Verbindung mit dem hierin erwähnten Geschäft und bei der Führung desselben, oder irgend eines Theils desselben nothwendig oder passend sind.

2) Alles, oder irgend einen Theil des Geschäfts, der Kundschaft, Patente-Marken, Patents-Rechte, Verlags-Rechte, Konzessionen und Aktien, oder irgend welche derselben zu kaufen, oder auf andere Weise zu erwerben, zu unternehmen, weiter zu führen, zu verbessern, oder zu entwickeln und die Verbindlichkeiten und Verpflichtungen, oder irgend welche derselben, oder irgend einer Person, Firma, Vereinigung oder Korporation anzunehmen.

3) Irgendwelche und alle Erfindungen, Verbesserungen, Prozesse, in Verbindung mit, oder gesichert gemäß irgendwelcher Patente, Faktiz-Marken, oder Verlags-Rechte der Vereinigten Staaten, oder irgend eines fremden Landes, oder aller oder irgend welcher derselben nachzusuchen, zu registriren, zu gestatten, zu kaufen, oder auf andere Weise zu erwerben und festzuhalten, zu besigen, zu gebrauchen, zu borgen, einzuführen, zu bearbeiten, zu verkaufen, zu cediren, oder auf andere Weise darüber zu verfügen und Konzession in Bezug darauf zu gewähren oder dieselben auf andere Weise zu benutzen.

4) Zu bewirken, daß die Gesellschaft eingetragen oder anerkannt wird, und ein oder mehrere Bureaux zu haben, um ihre Geschäftsunternehmen oder ihr Geschäft zu betreiben und irgend welches Grundeigenthum und persönliches Gut in irgend einem Staate oder Territorium der Vereinigten Staaten von Amerika und in irgend einem fremden Lande oder Orte anzubringen und ohne Einschränkung in Empfang zu nehmen, festzuhalten, zu kaufen, zu fabriciren, oder auf andere Weise zu erwerben, zu verbessern, zu verpachten, mit Hypothek zu belasten, zu gebrauchen, zu übertragen, umzutauschen oder auf andere Weise darüber zu verfügen.

5) Es soll der erwähnten Gesellschaft gestattet

sein und diese Gesellschaft wird hierdurch autorisiert, von Zeit zu Zeit solche Summen oder Summen Geldes zu borgen, als für ihre Zwecke nothwendig oder angemessen sein mag, und für solche Anleihe ihrer Obligationen — Anleihen oder Coupons —, zahlbar zu solcher Zeit oder zu solchen Zeiten und in solchen Beträgen und bei solcher Anleihe auszugeben, als die Gesellschaft bestimmen mag, und solche Anleihe durch dieselben durch Vollmachten, oder Mandate, oder irgendwelche oder alle ihres Rechts, Befugnisse und Berechtigungen sichern.

6) Daß erwähnte Gesellschaft auch durch Vollmacht haben soll, das Stamm-Kapital, Schuldscheine und andere Schuld-Beispiele irgend einer anderen Korporation — ausländischen oder inländischen — mit welcher sie Geschäftsbeziehungen, oder für welche sie Vollmacht haben mag, einen Vertrag eingehen, und für welche sie in Umtausch ihre Effekten, Schuldscheine oder andere Obligationen ausgeben kann, zu kaufen, darauf zu subscribiren, oder auf andere Weise gegen irgendwelches gültiges Äquivalent zu erwerben und festzuhalten, zu besigen, zu gebrauchen, darüber zu verfügen, und als Besitzer solcher Effekten, Aktien und Privilegien des Eigenthums auszugeben, einschließlich des Rechts darüber zu wählen, in demselben Umfange, als eine einzelne Person es thun dürfte oder könnte.

7) Die Zahlung von Zinsen oder Dividenden auf irgendwelche Anteile, Effekten, Schuldscheine oder andere Sicherheiten zu garantiren, die von irgend einer Korporation ausgegeben worden sind, oder irgend eines Kontraktes, oder einer Obligation derselben, wenn immer nach dem Ermessen ihrer Direktoren für das Geschäft dieser Korporation angemessen oder nothwendig.

8) Kontrakte jeder Art und Art mit irgend einer Person, Firma, Vereinigung oder Korporation — privater, öffentlicher, incorporirter, oder natürlicher oder juristischen Person — zu machen und in solche einzutreten.

9) Alle solche anderen Handlungen oder Dinge zu thun, die bei den vorerwähnten Punkten vorkommen oder förderlich sind, und im Allgemeinen sich in irgend ein und alle gesetzlich erlaubten Geschäft, welcher Art dieselben auch immer sein mögen, einzulassen; die nothwendig oder passend sind, mit allen Rechten und Berechtigungen, oder Vollmachten, die jetzt oder hernach laut der Gesetze des Staates New Jersey Korporationen gewährt werden, die gemäß diesen Gesetzen gebildet sind.

Viertens:

Der Gesamt-Betrag des Stamm-Kapitals dieser Gesellschaft soll Betragtausend Dollars (\$ 40 000) sein, eingetheilt in sechshundert (1600) Anteile des Parworthes von fünfzigtausend Dollars (\$ 25) pro Stück. Von diesen Anteilen sollen achthundert davon im Betrage ad. zwei hunderttausend Dollars (\$ 20 000) Vorzugsaktien mit von nachstehend angegebenen Vorzugsrechten sein, und achthundert Anteile im Betrage von ad. zwei hunderttausend Dollars (\$ 20 000) sollen gewöhnliche Aktien sein, die folgenden Rechte, Privilegien und Bedingungen unter sich an die

vor erwähnten Antheile-Inköpfen, d. h. daß die Vorzugsaktien zu den folgenden Vorzugsrechten vor den gewöhnlichen Aktien berechtigt sein sollen:

a. Sie sollen zu einer festgesetzten jährlichen Dividende von 6 % berechtigt sein, welche eine Masse bilden und gezahlt werden soll, ehe irgendwelche Dividenden auf die gewöhnlichen Aktien bei Seite gesetzt oder bezahlt werden sollen, aber zu irgendwelchen weiteren Dividenden sollen sie nicht berechtigt sein.

b. Bei irgend einer Verteilung der aus einem Grunde irgendwelcher Art entstehenden Verbindlichkeiten, ausgenommen Zahlung von Dividenden an die Anwendung der Netto-Einnahmen auf den Rückkauf der Vorzugsaktien, wie nachstehend vorgesehen, sollen die Vorzugsaktien ad part, zusammen mit den unbezahlten angekauften Dividenden voll bezahlt werden, ehe irgend eine Verteilung der Verbindlichkeiten auf die gewöhnlichen Aktien bewirkt wird.

c. Es soll in jedem Jahre für den Kauf und die Ausübung der Vorzugs-Aktien ein Viertel der Netto-Einnahmen für jedes Jahr reserviert werden, welche nach Zahlung oder Festsetzung für die Zahlung einer Dividende von 6 % auf die Vorzugs-Aktien, die dann ausgegeben worden sind und ausstehen, übrig bleiben. Mit solchen Reserve-Fonds soll die Gesellschaft ad part von Zeit zu Zeit, wenn immer solcher Reserve-Fonds für den Zweck genügend sein soll, Antheile der Vorzugs-Aktien kaufen. Solcher Kauf soll gegen 30 Tage vorherige Kündigung derselben schriftlich an die derzeitigen Inhaber im Register über die Vorzugs-Aktien statfinden, und jeder Inhaber von Vorzugs-Aktien verpflichtet sich, zu irgend einer Zeit gegen solche Kündigung seine erwähnten Aktien der Gesellschaft ad pari zu verkaufen. Sofort nach Vollziehung eines solchen Kaufs soll die Gesellschaft die auf diese Weise gekauften Vorzugs-Aktien aufheben. Die Erwerbungen von Vorzugs-Aktien mit solchem Reserve-Fonds sollen so nahe als möglich pro rata von allen derzeitigen Inhabern im Register der Vorzugs-Aktien im Verhältnis zu den Beträgen in ihrem Besitz bewirkt werden.

d. Die Netto-Gewinne der Gesellschaft, nach Abzug des Betrages der Prozentsigen Dividende, welche auf die Vorzugs-Aktien bezahlt werden sollen, und des Betrages, welcher auf den Reserve-Fonds für den Rückkauf der Vorzugs-Aktien gesetzt werden soll, und der Beträge, welche von Zeit zu Zeit vom Direktorium als Reserve für Betriebskapital bestimmt werden, sollen als Dividenden erklärbar sein und sollen nur unter die Inhaber der gewöhnlichen Aktien verteilt werden.

e. Der Korporation wird es nicht erlaubt sein, irgend eine Hypothek auf ihr Eigentum zu schaffen, ausgenommen mit der Zustimmung von zwei Dritteln in Höhe der Vorzugs-Aktien, welche Zustimmung schriftlich und von den Inhabern im Register von zwei Dritteln der Vorzugs-Aktien, die dann ausgegeben worden sind und ausstehen, vorschrittsmäßig vollzogen und anerkannt und in dem Bureau des Staats-Schatzes eingereicht werden soll.

Fünftens:

Der Betrag des Kapitals, mit welchem erwähnte Gesellschaft das Geschäft beginnen wird, ist die Summe von eintausend Dollars (\$ 1000) und die Namen und Adressen der Zeichner und die Anzahl der von jedem gezeichneten Antheile, wovon die Gesamt-Summe der Zeichnungen der erwähnte Betrag ist, mit welchem die erwähnte Gesellschaft das Geschäft beginnen wird, sind wie folgt:

Namen:	Adressen:	Anteile:
William	Nr. 30	4 Antheile ohne ge-
H. Kandel	Rasau Street,	wöhnlicher Aktien
	New York City	\$ 100.
Edward	Platnick	4 Antheile ohne ge-
McCarthy	New Jersey	wöhnlicher Aktien
		\$ 100.
Edward	Nr. 15	4 Antheile ohne ge-
S. Innet	Corliss Str.	wöhnlicher Aktien
	New York City	\$ 100.
Francis	Nr. 31	4 Antheile ohne ge-
T. Sargent	Rasau Str.	wöhnlicher Aktien
	New York City	\$ 100.
Frederic	Montclair	24 Antheile ohne
M. Prescott	New Jersey	gewöhnlicher
		Aktien \$ 600.

Sechstens:

Das Bestehen der Gesellschaft soll am zweiten Tage des Mai 1901 beginnen, und die Dauer der Gesellschaft soll unbegrenzt sein.

Siebtens:

Das Direktorium kann seine Versammlungen außerhalb des Staates New Jersey abhalten und dort ein oder mehrere Büreaux haben und die Bücher der Korporation (ausgenommen die Stock-Register, und Uebertragungs-Bücher) führen.

Das Direktorium soll von Zeit zu Zeit bestimmen, ob und in welchem Umfange und zu welchen Zeiten und an welchen Orten und unter welchen Bedingungen und Anforderungen die Kontobücher der Korporation, oder irgend welche derselben zur Einsicht der Anteil-Inhaber offen sein sollen, und kein Anteil-Inhaber soll irgend ein Recht haben, irgend ein Konto, oder Buch, oder irgend eine Mitteilung der Korporation in Augen-schein zu nehmen, ausgenommen als laut Statut gewährt, oder durch das Direktorium, oder durch Beschluß der Anteil-Inhaber genehmigt.

Das Direktorium soll Vollmacht haben, ohne die Genehmigung oder Stimme der Anteil-Inhaber die Nebengesetze der Korporation zu machen, zu ändern, zu verbessern und für ungültig zu erklären, den Betrag zu bestimmen, welcher als Betriebs-Kapital reserviert werden soll, Hypotheken und Retentionsrechte auf das Grundeigentum und das persönliche Gut der Korporation zu genehmigen und deren Vollziehung zu veranlassen, aber das Eigentum der Korporation soll nicht verpfändet werden, ausgenommen zufolge der Stimmen von wenigstens vier Fünfteln des gesamteten Direktoriums.

Eisenbahn-Schlafwagen-Gesellschaft.

51. Nachstehend bringe ich zur öffentlichen Kenntniß daß die Artikel 4, 5, 16, 20, 27, 30, 34 und 45 des im Städt 29 des Amtsblatts der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin vom Jahre 1894 veröffentlichten Auszuges des Statuts der Internationalen Gesellschaft für Schlafwagen und für die großen europäischen Expresszüge (Aktien-Gesellschaft) durch Beschlüsse der Generalversammlung vom 2. April 1896, 19. April 1898, 8. Mai 1899, 24. November 1900 und 30. Dezember 1901 geändert worden sind und jetzt folgendermaßen lauten:

4. Artikel.

Die Dauer der Gesellschaft, konstituiert auf 30 Jahre, von dem Tage ihrer Begründung (4. Dezember 1876) an gerechnet, ist ab 30. Dezember 1901 auf weitere 30 Jahre verlängert.

Diese Dauer soll allmählich in den für die Statutenänderungen vorgeschriebenen Formen verlängert werden können.

5. Artikel.

Das Gesellschaftskapital ist auf 50 Millionen Francs festgesetzt.

Es ist vertreten durch 60 tausend bevorzugte Aktien, zu 250 Francs jede, und 140 tausend gewöhnliche zu 250 Francs jede.

Das Gesellschaftskapital kann durch eine Entscheidung der Generalversammlung der Aktionäre, welche wie über die Statuten-Veränderungen berät, erhöht oder erniedrigt werden.

Der Vorzug bei der Zeichnung von neuen Aktien, die in baar bezahlt werden müssen, wird allen Aktionären im Verhältnis der Anzahl ihrer Aktien im Augenblicke jeder Aktien-Ausgabe angeboten werden.

Die Generalversammlung, welche die neue Ausgabe beschlossen hat, soll die Frist festlegen, während welcher die Aktionäre über ihr Vorzugsrecht sich ausgesprochen haben müssen.

16. Artikel.

Die Gesellschaft wird von einem Rathe verwaltet, welcher mindestens aus 10 und höchstens aus 18 Mitgliedern besteht, so werden von der Generalversammlung, welche ihre Anzahl innerhalb der vorstehend angegebenen Grenze festsetzt, ernannt und abgesetzt.

20. Artikel.

Der Verwaltungsrath tritt wenigstens einmal alle 3 Monate zusammen. Er kann nur gültig beschließen, wenn wenigstens ein Drittel seiner Mitglieder der Sitzung beizuwohnen.

27. Artikel.

Der Generaldirektor ist mit der täglichen Führung der Geschäfte der Gesellschaft beauftragt.

Er nimmt rechtlicher Weise an einem oder mehreren Ausschüssen mit beschlußfähiger Stimme theil, wenn er gleichzeitig Mitglied des Verwaltungsraths ist; wenn er letzteres nicht ist, jedoch nur mit beratender Stimme.

Er führt die Beschlüsse des Verwaltungsraths und

der Ausschüsse aus und unterbreitet ihnen alle Vorschläge, welche er im gesellschaftlichen Interesse für nützlich hält.

Er ernannt und setzt die Angestellten und Beamten jeden Grades ab und bestimmt ihre Befugnisse, die denselben zu gewährenden Gehälter und Gratifikationen werden jedoch, auf Vorschlag des General-Direktors, von dem Ausschusse der finanziellen Leitung festgelegt.

30. Artikel.

Die Ueberwachung der Gesellschaft wird einem aus wenigstens zwei und höchstens aus vier Kommissaren bestehenden Kollegium anvertraut.

34. Artikel.

Es wird jedes Jahr zu Brüssel am dritten Dienstag des Monats April um 2 Uhr Mittags eine ordentliche Generalversammlung abgehalten. Die Generalversammlung tritt außerdem außerordentlich auf Einberufung des Verwaltungsraths oder des Aufsichtsraths zusammen. Diese Kollegien sind gehalten, sie auf das Verlangen von Aktionären, welche ein Zehntel des Gesellschaftskapitals vertreten, einzuberufen.

45. Artikel.

Der nach Abzug der Abschreibung und aller gesellschaftlichen Lasten an dem Jahresabschluß angegebene Reingewinn soll auf folgende Weise vertheilt werden.

a. 10% für die Bildung eines Reservefonds; diese Vorwagnahme soll aufhören obligatorisch zu sein, wenn er den zehnten Theil des Gesellschaftskapitals erreicht haben wird, und solange er sich auf dieser Höhe erhalten wird:

b. 2 1/2 % für den General-Direktor;

c. die notwendige Summe, um den privilegierten Aktien eine erste Dividende von 5% auf den gezahlten Betrag zu gewähren.

Sollte der Reingewinn eines Jahres nicht zur Auszahlung dieser ersten Dividende ausreichen, so wird diese letztere, ohne Zinsen, aus dem erzielten Gewinn der nachfolgenden Jahrgänge, nach Abhebung der unter a. und b. vorgenannten, jedoch vor jeder anderen Vertheilung entnommen;

d. alsdann die zur Zahlung einer Dividende von 5% für die gewöhnlichen Aktien notwendige Summe.

Der Ueberschuß wird im Verhältnis von 7 1/2 % dem Verwaltungsrath und 92 1/2 % allen Aktien, privilegierte und gewöhnliche ohne Unterschied im Verhältnis ihrer Anzahl zugetheilt.

Alle innerhalb 5 Jahre ihrer Einzahlbarkeit nicht abgehobenen Dividenden sind verjährt und fallen der Gesellschaft zu.

Berlin, den 16. Mai 1902.

Der Polizei-Präsident.

In Vertretung Friedheim.

Strassen- und Brückenbau in Charlottenburg.

52. Des Kaisers und Königs Majestät haben Allergnädigst geruht, mittels Allerhöchsten Erlasses vom 2. Mai d. J. mehreren Straßen und Brücken im Gemeindegebiet Charlottenburg Namen beizulegen und zwar: der Straße 50 der Abtheilung IV. des Bezugs-

plaus der Umgebungen Berlins den Namen „Reisbergstraße“, den Straßen 17a und 17d der Abtheilung V. 1 und 3. des Bebauungsplanes den Namen „Niebuhr-Straße“, der Straße 1a der Abtheilung V. 2 des Bebauungsplanes den Namen „Reis-Straße“, der Straße 5a. derselben Abtheilung den Namen „Hertz-Straße“, der Straße 7a. der Abtheilung V. 3 des Bebauungsplanes den Namen „Spielhagen-Straße“, der Straße 7h. derselben Abtheilung den Namen „Ruch-Straße“, der Straße 13 der Abtheilung V. 5 des Bebauungsplanes den Namen „Gottfried Keller-Straße“, den Straßen 17 und 17a. der Abtheilung VI. 1 des Bebauungsplanes den Namen „Schmmering-Straße“, der Straße 19a. derselben Abtheilung den Namen „Darwin-Straße“, der Straße 28a. der Abtheilung VI. 3 des Bebauungsplanes den Namen „Erasmus-Straße“, der im Zuge der Königen-Straße über die Spree führenden Brücke den Namen „Königen-Brücke“, der im Zuge der Reis-Straße angelegten Fußgänger-Brücke über die Spree den Namen „Siemens-Strg“ und endlich der Spree-Brücke im Zuge der Spree-Straße den Namen „Caprivi-Brücke“. Berlin, den 17. Mai 1902.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Gementkanal für Telegraphenzwecke und Rohrpostfahrrohrstrang. 43. Bei dem Kaiserlichen Haupt-Telegraphenamte hier W., Französischestraße 33, liegt ein Plan aus über die Verlegung eines Gementkanals für Telegraphenzwecke auf der Südseite der Straße unter den Linden vom Blücher-Denkmal bis zur Charlottenstraße, auf der Südseite des Pariser Platzes und anschließend auf der Südseite der Charlottenburger Chauffee bis zur Westseite der Sieges-Allee. Ferner liegt bei dem Kaiserlichen Postamt in Wilmersdorf ein Plan aus über die Verlegung eines Rohrpostfahrrohrstranges nebst Signalfabels auf der Ostseite der Uhlendorferstraße vom Postamt 15 bis zum Postamt Wilmersdorf.

Berlin C., 18. Mai 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Brief- u. Befestigung in Neu-Lichtenberg bei Berlin.

44. Vom 1. Juni ab geht die Brief- und Geldbefestigung sowie die Briefkastenleerung in der Kolonie Neu-Lichtenberg bei Berlin von dem Postamt Friedrichsfelde bei Berlin auf das Postamt Friedrichsberg bei Berlin über. Die Paketbefestigung in Neu-Lichtenberg verbleibt dagegen bis auf Weiteres bei dem Postamt Friedrichsfelde. Berlin C. 2, den 24. Mai 1902.

Kaiserliche Oberpostdirektion.

Bekanntmachungen des Konvikts der Provinz Brandenburg.
Diasonat in Trebbin.

26. Die Wiederbesetzung des Diasonats zu Trebbin (vergl. Anst. d. Wiss. S. 47 unter Nr. 3) wird in Anbetracht der eingetretenen Schwierigkeiten bei der Neuordnung des Stelleneinkommens auf unbestimmte Zeit verschoben.

Bekanntmachungen der Kgl. Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.
Auslösung von 4% und 3% Brandenburger Rentenbriefen. 7. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 19. v. M. heute geschehenen öffentlichen Verlosung von Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Städte gezogen worden:

I. 4 prozentige Rentenbriefe.

Litt. A. zu 3000 M. (1000 Thlr.) 203 Stück
und zwar die Nummern:

265	327	371	373	563	721	838	958	1006	1058
1067	1275	1304	1381	1429	1445	1659	1781	1842	
1851	1865	1905	1917	2194	2248	2261	2431	2443	
2579	2632	2747	2959	3038	3406	3457	3535	3664	
3716	3774	3805	3815	3951	4031	4248	4256	4293	
4410	4583	4770	4916	5148	5152	5363	5402	5422	
5635	5978	6007	6186	6201	6332	6384	6471	6744	
6890	7170	7329	7404	7523	8165	8225	8384	8946	
9076	9430	9586	9634	9640	9648	9715	9961	10067	
10168	10484	10532	10749	10797	10824	10985			
11006	11436	11438	11445	11622	11677	11691			
11948	11965	12001	12131	12158	12189	12192			
12233	12261	12283	12384	12475	12543	12571			
12580	12666	12675	12862	12908	13096	13110			
13125	13167	13194	13375	13507	13572	13760			
13858	13939	13962	13980	13997	14173	14202			
14280	14319	14327	14396	14467	14574	14621			
14726	14784	14800	14949	14956	15121	15423			
15508	15550	15888	15892	15973	16139	16188			
16406	16493	16580	16599	16638	16718	16756			
16881	16993	17078	17082	17092	17161	17189			
17204	17226	17363	17388	17780	17812	17820			
17944	18032	18033	18260	18263	18366	18491			
18580	18603	18632	18685	18742	18838	18845			
19046	19110	19138	19186	19207	19242	19286			
19295	19450	19492	19505	19575	19700	19713			
19853	19876								

Litt. B. zu 1500 M. (500 Thlr.) 73 Stück

und zwar die Nummern:

127	291	474	814	885	913	1149	1289	1514	
1536	1642	1658	1882	1924	2106	2160	2194	2307	
2362	2370	2461	2632	2701	2714	2728	2869	2885	
2988	3051	3396	3624	3697	3732	3821	3957	3966	
4027	4068	4226	4268	4525	4545	4564	4584	4622	
4734	4964	5080	5116	5158	5254	5327	5476	5552	
5713	5750	5805	5884	5922	6101	6208	6299	6547	
6580	6595	6828	6959	6997	7018	7019	7182	7186	
7219									

Litt. C. zu 300 M. (100 Thlr.) 288 Stück

und zwar die Nummern:

4	40	134	179	195	288	397	411	425	540	853
1453	1500	1513	1547	1673	1740	1863	2022	2004		
2094	2099	2333	2381	2733	2935	2969	3082	3413		
3459	3580	3611	3832	3849	3954	3966	4170	4229		
4371	4542	4590	4593	4756	5431	5528	5538	5609		
5620	5712	5731	6008	6229	6298	6513	6599	6634		
6638	6698	6830	6876	7093	7135	7476	7557	7605		
7745	7890	8262	8313	8470	8516	8533	8586	8602		

8621	8642	8772	9026	9124	9339	9386	9411	9607	20125	20220	20240	20497	20640	20714	20816
9671	9712	9723	9777	9819	9836	9845	9944	10249	20975	21049	21140	21192	21303	21335	21380
10288	10318	10371	10417	10438	10574	10825			21479	21508	21527	21536	21585	21610	21636
10976	11089	11134	11441	11556	11635	11819			21650	21693	21776	21780	21938	21975	22002
11878	12001	12009	12022	12056	12113	12243			22019	22051	22080	22138	22148	22329	22370
12266	12466	12588	12609	12720	12817	12828			22411	22504	22557	22569			
12888	13058	13073	13147	13237	13495	13500			Litt. E. zu 30 R. (10 Zhlr.) 8 Stück und zwar die Nummern:						
13560	13561	13600	13651	13931	14042	14060			9670 9842 9852 9859 9875 9917 9996 10089.						
14082	14130	14204	14436	14459	14599	14739			II. 3 1/2 prozentige Rentenbriefe.						
14753	14780	14809	14905	15050	15055	15094			Litt. M. zu 1500 R. 1 Stück und zwar die Nummer: 24.						
15473	15567	15727	15730	15764	15769	15827			Litt. N. zu 300 R. 4 Stück und zwar die Nummern: 7 8 61 95.						
16010	16049	16108	16210	16228	16271	16405			Litt. O. zu 75 R. 3 Stück und zwar die Nummern: 97 98 116.						
16447	16475	16657	16754	16768	16927	17302			Litt. P. zu 30 R. 1 Stück und zwar die Nummer: 29.						
17334	17426	17645	17717	17770	17796	17806			Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben mit den dazu gehörigen Zinscheinen Reihe VII.						
17872	17934	17973	17987	18444	18466	18467			Nr. 9 bis 16, bezw. Reihe II. Nr. 7 bis 16, nebst Ver- neuerungsscheinen bei der hiesigen Rentenbank-Kasse,						
18469	18508	18541	18542	18601	18634	18657			Klosterstraße 76 I., vom 1. Oktober d. J. ab an den Werttagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um Her- gegen und gegen Quittung den Nennwerth der Renten- briefe in Empfang zu nehmen.						
18811	18891	18925	18985	19363	19548	19579			Vom 1. Oktober d. J. ab hört die Verzinsung der Rentenbriefe auf.						
19706	19956	19978	20079	20263	20370	20627			Von den früher verloosten Rentenbriefen der Pro- vinz Brandenburg sind die nachstehend genannten Stücke noch nicht zur Einlösung bei der Rentenbank-Kasse vor- gelegt worden, obwohl seit deren Fälligkeit 2 Jahre und darüber verfloßen sind.						
20641	20707	20769	20906	20912	20935	21033			Rückständig sind						
21039	21101	21157	21295	21379	21385	21423			A. 4proz. Rentenbriefe.						
21455	21482	21503	21527	21528	21703	21746			1. April 1892. Litt. D. Nr. 2503.						
22088	22291	22373	22424	22495	22501	22523			1. April 1899. Litt. C. Nr. 1166 6504 11892 13130 15507.						
22561	22634	22699	22754	22824	22831	23175			Litt. D. Nr. 705 2987 10382 10742 12578 18097 20330.						
23204	23242	23306	23349	23360	23634	23663			1. Oktober 1899. Litt. A. Nr. 7739. Litt. C. Nr. 1194 11012 15867 17350 21408.						
23690	23767	23976	24031	24125	24287	24325			Litt. D. Nr. 3409 4334 6885 19571 20202 20824.						
24389	24412	24434	24607	24748	24790	24825			Litt. E. Nr. 9794.						
24942	24956	24971	25011	25181	25187	25200			1. April 1900. Litt. A. Nr. 7359 8985. Litt. B. Nr. 3816 5659. Litt. C. Nr. 1822 3295 5010 7056 12419 15363 16915 18414 23198.						
25231	25243	25488	25500	25505	25533	25763			Litt. D. Nr. 4961 3777 4910. 7298 11792 13265 14447 17273 17682.						
25831	25837	25850	25864	25865	25886	26012			B. 3 1/2 proz. Rentenbriefe.						
26383	26390	26403	26470	26527	26618	26725			1. Oktober 1897. Litt. O. Nr. 16. 2. Januar 1900. Litt. K. Nr. 8. 1. April 1900. Litt. P. Nr. 7 82.						

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden wiederholt aufgefordert, den Nennwerth derselben nach Abzug des Betrages der von den mitabzuliefernden Zinscheinen etwa fehlenden Stücke bei unserer Kasse in Empfang zu nehmen.

Wegen Verzögerung der ausgelassenen Rentenbriefe ist die Bestimmung des Rentenbank-Gesetzes vom 2ten März 1850 — § 44 — zu beachten.

Die Einlieferung der ausgelassenen Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde.

Die Zustellung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfänger, und zwar bei Summen bis zu 800 M. durch Postanweisung. Sofern es sich um Summen über 800 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen. Berlin, den 14. Mai 1902.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirection in Berlin.

Abfertigungsbezugnisse der Eisenbahnstationen.

18. Vom 1. Juni d. J. ab werden:

a. die Abfertigungsbezugnisse der Station Berlin, Nordbahnhof, wie folgt geändert:

1. Es werden zugelassen:

a. Nachsendungen,

b. Frachtpost in Wagenladungen,

c. Eil- und Frachtpostgut in Sendungen von mindestens 2000 kg vom und nach dem Anschlußgleise der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft.

2) Die Abfertigungsbezugnisse der Stationen Potschen, Neubabelsberg und Zintenbors dahin erweitert, daß von und nach denselben auch Fahrzüge abgefertigt werden können.

Berlin, den 12. Mai 1902,

Königliche Eisenbahndirection.

Norddeutsche Berlin-Bayerischer

und Norddeutsche Berlin-Bayerischer Güterverkehr.

19. Mit Gültigkeit vom 1. Juni d. J. tritt eine anderweitige Fassung der Anwendungsbedingungen des Ausnahmestarfs 14a. für Abgänger jeder Art an Passagieren auf dem direkten Bahnwege oder von Umschlagplätzen an binnenländischen Wasserstraßen in Kraft. Nähere Auskunft ertheilen die beteiligten Güterabfertigungsstellen und das Wasserstraßenbureau auf Bahnhof Alexanderplatz in Berlin.

Berlin, den 20. Mai 1902.

Königliche Eisenbahndirection

namens der Verbandsverwaltungen.

Privatbefrachtungsverkehr auf der Station Nikolassee.

20. Die Station Nikolassee unseres Bezirks wird vom 1. Juni d. J. ab für die verlässliche Annahme von Privatbefrachtungen mit vollem Tagesdienst (F. C.) eröffnet. Für die Aufnahme und Befrachtung von Privatbefrachtungen bleibt die Station geschlossen.

Königliche Eisenbahndirection Berlin.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

18.

Veränderungen von Gemeinde- und Ortsbezirksgruppen.

Nr.	Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke.	Gemarkung	
		Unter, bzw. Gemeindebezirk	Künstlicher Orts-, bzw. Gemeindebezirk
1	Die Parzelle Nr. 194/125, 195/125 des Kartenblatts 2 von 0,0521 ha Größe	Gutsbezirk Dippmannsdorf, Forst Dippmannsdorf.	Gemeindebezirk Dippmannsdorf.
2	Die Parzelle Nr. 193/125 des Kartenblatts 2 von 0,0946 ha Größe	Gemeindebezirk Dippmannsdorf, Forst Dippmannsdorf.	Gutsbezirk Dippmannsdorf.

Belzig, den 17. Mai 1902.

Namens des Kreis-Ausschusses der Vorsitzende.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Schiffsatzung.

Mit Rücksicht auf die bei den Schiffsatzungsbehörden eingetretene Geschäftsverhäufung wird der in § 18 der Anordnung für die Binnen-Schiffahrt auf den Wasserstraßen im Bezirk der Oberstrombauverwaltung festgesetzte Zeitpunkt, aus welchem die auf Grund der früheren Vermessungsvorschriften ausgestellten Meßbriefe ihre Gültigkeit verlieren, bis zum 1. Juli d. J. hinausgeschoben, auch die in § 17 Absatz 6 a. d. D. bezeichnete Frist bis dahin verlängert.

Für Fahrzeuge, die vor Ablauf dieser Fristverlängerung zur Abfahrt behufs Ersetzung des bisherigen Meßbriefes angemeldet, vor dem 1. Juli d. J. aber nicht mehr geacht worden, beträgt die Gebühr für die später erfolgende Vermessung 3 Pfennig von der Längstragsfähigkeit. Breslau, den 14. Mai 1902.

Der Chef der Oberstrombauverwaltung, Ober-Präsident der Provinz Schlesien.

Personal-Chronik.

Dem Arzte Dr. med. Gutmann in Belzig ist Allerhöchst der Charakter als Sanitätsrath verliehen worden.

Den Oberärzten an der städtischen Irrenanstalt in Eichtenberg Dr. Otto und Dr. Kortum ist Allerhöchsten Orts der Charakter als Sanitätsrath verliehen worden.

Im Kreise Ruppin ist wieder ernannt worden zum Amtsvorsteher: Königl. Oberamtmann Becker in Friedrich-Wilhelms-Gefäß für den Bez. 3 „Friedrich-Wilhelms-Gefäß“.

Der Baubeauftragte des Hochbauamtes Bechl ist zum Regierungsbauinspektor ernannt, befreit und dem mit der Leitung des Regierungsneubaus beauftragten Landbauinspektor von Salzwedel überwiesen worden.

Der Bautechniker Spiegelberg ist zum Baubeauftragten ernannt, befreit und der Kreisbauinspektion Potsdam überwiesen worden.

Den Förkern Siegfried in Ravensbrück der

Oberförsterei Neu-Thymen, Schelp in Bornim und Nigte in Ahrensdorf der Oberförsterei Potsdam ist der Titel „Hegemeister“ verliehen worden.

Der bisherige Hülfsprediger Friedrich Carl Heinrich Hermisson zu Gäßrin ist zum Pfarrer der Pfarodie Lenzenwische (Ries), Diözese Lenzen, bestellt worden.

Der bisherige Oberlehrer am Victoria-Gymnasium in Potsdam Dr. Eduard Morgenroth ist als Oberlehrer am Humboldt-Gymnasium in Berlin angestellt worden.

Der Schulamtskandidat Richard Lahn ist als Oberlehrer am Friedrichs-Gymnasium in Berlin angestellt worden.

Der bisherige Gemeindefullehrer Helm ist als Turnlehrer an der Luisenstädtischen Oberrealschule in Berlin angestellt worden.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Bekanntmachung.

Mit Bezug auf die Polizeiverordnung des Herrn Regierungs-Präsidenten vom 21. Mai 1902 (Veröffentlichung im Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam, Seite 239) wird hiermit bekannt gemacht, daß die Ruberragatta des Berliner Regatta-Vereins am 7., 8. und 9. Juni d. Js. stattfindet. Cöpenick, den 24. Mai 1902.

Der Wasserbauinspektor Bronikowski.

Handelskammervahlen.

Aus Anlaß der Erweiterung des Bezirkes der Handelskammer zu Potsdam um die Kreise Teltow, Niederbarnim und Beeskow-Storow haben unter Einhaltung der Bestimmungen des von dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe am 8. März d. J. genehmigten Statutes Neuwahlen für den erweiterten Bezirk der Handelskammer stattgefunden. Es wurden zu Mitgliedern der Handelskammer zu Potsdam gewählt:

im Wahlbezirk Potsdam mit Zauch-Belzig:

Fabrikbesitzer H. Friedrichs, Potsdam.
Fabrikbesitzer W. Saran, Potsdam.
Fabrikbesitzer D. Denker, Potsdam.
Dampfmühlbes. Herm. Jacoby, Potsdam.
Fabrikbesitzer Otto Ederz, Potsdam.
Stadthalter Moriz Wolff, Potsdam.
Fabrikbesitzer Paul Urban, Potsdam.

im Wahlbezirk Spandau:

Fabrikbesitzer Bruno Schwarz, Pichelsdorf bei Spandau.
Kaufmann Karl Thomas, Spandau.

im Wahlbezirk Jüterbog-Ludenwalde:

Fabrikbesitzer Georg Pariser, Ludenwalde.
Ziegeleibesitzer Wilh. Steinberg, Ludenwalde.

Kaufmann Edmund Scherker, Ludenwalde.

im Wahlbezirk Dshavilland:

Fabrikbesitzer Rich. Blumenfeld, Beken.
Stadtrat H. Woollner, Nauen.

im Wahlbezirk Ruppiner:

Fabrikbesitzer G. Moos, Neu-Ruppin.
Kaufmann Herm. Schönfeld, Neu-Ruppin.

im Wahlbezirk Templen:

Mühlenbesitzer E. Schulze, Zehdenitz.

im Wahlbezirk Freydlau:

Stadtrat Karl Grabow, Freydlau.
Fabrikbesitzer Carl Haensch, Freydlau.

im Wahlbezirk Angermünde:

Stadtvorordneten-Vorsteher G. Zimmer
Schwedt a./D.

Kaufmann Ernst Damerow, Schwedt a./D.

im Wahlbezirk Oberbarnim:

Fabrikbesitzer Karl Marggraf, Wolfswinkel bei Eberswalde.

Kaufmann Otto Bergmann, Briesen.
Fabrikbesitzer Johann Henneberg, Freienwalde a./D.

Kaufmann H. Blettermann, Eberswalde.

im Wahlbezirk Niederbarnim:

Fabrikbesitzer Conrad Borfig, Tegel.
Direktor Erich Rathenau, Niederschöneweide.

Direktor Dr. Müller, Radeburg.
Fabrikbesitzer W. Jasper, Bernau.

Direktor F. Brandes, Reinickendorf.
Direktor Dr. Spiller, Glinde.

Fabrikbesitzer M. Henniger, Neu-Weissensee.
Direktor E. Weinberg, Dranienburg.

im Wahlbezirk Teltow:

Komm.-Rath E. Kreher, Niederschöneweide.
Direktor G. Wolff, Niederschöneweide.

Direktor Dr. Dyppeheim, Treptow.
Komm.-Rath Rich. Korfide, Niederschöneweide.

Fabrikbesitzer Dr. Runheim, Niederschöneweide.

Regierungs-Baumeister L. Witzhöft, Widau.
Direktor Rich. Lehmann, Niederschöneweide.

Fabrikbesitzer E. P. Gorrz, Friedenau.
Kalkbrennereibesitzer Febr. Schweiger, Cöpenick.

im Wahlbezirk Beeskow-Storow:

Kaufmann A. Krumbach, Beeskow.

Die Wahlen sind ordnungsmäßig vollzogen und geprüft worden.

Potsdam, den 23. Mai 1902.

Die Handelskammer zu Potsdam.

H. Friedrichs. Otto Ederz. Dr. Vogberg.

Hierzu Sechs Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Mittheilung

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Stück 23.

Den 6. Juni

1902.

Inhaltsverzeichnis. Inhalt von Stück 25 des Reichsgesetz-Blatts und Stück 17 der Gesetz-Sammlung. S. 249.
— Nordöstliche Baugewerks-Vereinsgenossenschaft. S. 249. — Prüfungskommission für Elbschiffer. S. 249. — Kontraktbrüche ausländische Arbeiter. S. 249. — Landesvermessungen aus dem Regierungsbezirk Potsdam. S. 250. — Verletzungen von Menschen durch toll- oder tolluthverrückte Thiere. S. 250. — Sonntagruhe im Barbiergewerbe. S. 251. — Körperreinigung in Eberswalde. S. 251. — Viehsuchen. S. 251. — Stallanbau auf einem Sprenggrundstück. S. 251. — Verleihung des Enteignungsrechts an verschiedene Eisenbahngesellschaften. S. 251. — Berechnung der Stabilität von Schornsteinen. S. 252. — Auslösung von Rentenbriefen. S. 253. — Druckschüler-Versicherung. S. 253. — Erledigte Pfarrstelle. S. 253. — Beförderung von Wollwebungen. S. 253. — Personal-Chronik. S. 253. — Anweisungen aus Preußen. S. 255. — Anweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiete. S. 255.

Reichsgesetzblatt.

(Stück 25.) Nr. 2866. Gesetz, betreffend den Gebühren-tariff für den Kaiser Wilhelm-Kanal. Vom 20sten. Mai 1902.

Nr. 2867. Bekanntmachung über die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde der Vereinigten Staaten von Amerika zu dem auf der Haager Friedenskonferenz am 29. Juli 1899 unterzeichneten Abkommen, betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs. Vom 9. Mai 1902.

Nr. 2868. Bekanntmachung, betreffend das Auserkenn-treten des Freundschafts-, Handels- und Schiff-fahrtsvertrags mit dem Freistaate Salvador. Vom 24. Mai 1902.

Gesetzsammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 17.) Nr. 10345. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirkes des Amtsgerichts Frankfurt a. M. Vom 17. Mai 1902.

Nr. 10346. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Hochheim, Homburg v. d. H., Montabaur, Nassau, Nassau, Niederlahnstein, Runkel, Sankt Goarshausen, Wallmerod und Wiesbaden. Vom 17. Mai 1902.

Bekanntmachungen

des Königl. Regierungspräsidenten.

Ergänzungswahl des Vorstandes der Sektion II. der Nordöstlichen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft.

161. Nach der in der Sektionsversammlung der Sektion II. der Nordöstlichen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft am 13. Mai 1902 stattgehabten Ergänzungswahl setzt sich der Sektionsvorstand vom 1. Oktober d. J. ab, wie folgt, zusammen:

1) Herr Maurer- und Zimmermeister D. Böschert in Eberswalde, als Vorsitzender des Sektionsverbandes,

2) Herr Maurermeister Lilie in Potsdam und Herr Maurermeister Jänkert in Frankfurt a. M., als Mitglieder des Sektionsverbandes, 11

3) Herr Schiffbaumeister Stuger in Havelberg, Herr Maurer- und Zimmermeister Müller in Spandau und Herr Maurer- und Zimmermeister Dpubberd in Spandau

als stellvertretende Mitglieder des Sektionsverbandes.

Potsdam, den 28. Mai 1902.

Der Regierungspräsident.

Errichtung einer Prüfungskommission für Elbschiffer.

162. Zur Kenntniss der Theilnehmenden wird gebracht, daß in Danzig eine Kommission zur Abhaltung von Elbschifferprüfungen nach den Vorschriften über die Zulassung als Elbschiffer vom 27. December 1890 errichtet worden ist.

Potsdam, den 29. Mai 1902.

Der Regierungspräsident.

Kontraktbrüche ausländische Arbeiter.

163. Folgende ausländisch-polnische Saisonarbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitsstätten unter Kontraktbruch verlassen:

Namen:	bisheriger Beschäftigungsort:
Joseph Boron	Kuisenfelde (Kreis Tempplin)
Franz Swierk	Amt Alt-Landsberg (Kr. Niederbarnim)
Lorenz Marciniak	
Valentin Dovorek	
Isidorylam Treitkiewicz	Perwenitz (Kreis Rhavelland)
Joseph Liezbinski	
Stanislaw Orzelak	
Franz Ircha	
Valentin Ircha	
Stanislaw Mostkiewicz	

Die Genannten sind festzunehmen und sofort aus dem Staatsgebiete auszuweisen. Vom Geschehenen ist unter Bezugnahme auf diese Bekanntmachung hierher Nachricht zu geben. Potsdam, den 3. Juni 1902.

Der Regierungspräsident.

Nachweisung

der im Regierungsbezirk Potsdam verfügbaren Landesverweisungen.

1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
Kreis	Name der Polizeibehörde, welche die Anweisung verfügt hat	Der Ausgewiesenen					Tag des Urtheils oder der polizeilichen Anweisungsvorfügung
		Nach- und Vorname	Heimathsort	Geburtsort	Stand	Alter Jahre	
Osthavel-land	Amtsvorsteher Paretz	Janasca, Johann	Schorff Gouvernement Kalisch Rußland	Schorff	Arbeiter	51	21. Februar 1902
Westhavel-land	Polizei-Verwaltung in Rathenow	Henning, Hermann	Goethen	Goethen		58	4 März 1902
Nieder-Barnim	Landrath	Diadinska, Leonora	Zagaly Russisch-Polen	Zagaly	Arbeiterin	19	11. Februar 1902
Neu-Ruppin	Amtsvorsteher Löwenberg	Dembowy, Michael	Nassow Russisch-Polen	Nassow	Arbeiter	27	28. Januar 1902
		Grilla, Peter	Gastorff Russisch-Polen	Gastorff		37	
		Gzupel, Stanislaus	Pionissen Russisch-Polen	Pionissen		18	
		Gichorski, Rafimir	Risko Russisch-Polen	Risko		18	
Prenzlau	Landrath	Jastrezenski, Johann	Charfowo Rußland	Charfowo		20	23. Januar 1902
Prenzlau	Polizei-Präsident in Berlin	Stoll, Anna	Gyranstow in Böhmen	Prag	Arbeiterin	29	10. Februar 1902
Spandau	Polizei-Verwaltung Spandau	Sibarsch, Franz	Affetschlag Bezirks-hauptmannschaft Freis- stadt in Oesterreich	Affetschlag	Färber	26	6. Februar 1902
Potsdam	Polizei-Direktion Potsdam	Wendler, Wilhelm	unbekannt	Hampien Rußland	Arbeiter	24	1. März 1902

Potsdam, den 27. Mai 1902.

Der Regierungspräsident.

Bißverletzungen von Menschen durch tolle oder tollwuthverdächtige Thiere.

165. An die Herren Landräthe, die Herren Oberbürgermeister der Städte Brandenburg und Spandau, den Herrn Polizeipräsidenten hier, die Herren Kreisärzte und die Herren beamteten Thierärzte des Bezirks.

Nach einer im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten gefertigten Zusammenstellung der Bißverletzungen von Menschen durch tolle oder tollwuthverdächtige Thiere wurden im preussischen Staate aus dem Jahre 1901 bis jetzt 187 — im Jahre 1900 233 — im Jahre 1899 303 — Bißverletzungen von Menschen amtlich gemeldet.

Die Verletzungen kamen in 7 Provinzen vor, nämlich: in Ostpreußen 60, Schlesien 55, Westpreußen 34, Posen 19, Brandenburg 8, Pommern 8, Sachsen 3.

Von den 187 Verletzten unterwarfen sich 146 der Schutzimpfung nach Pasteur und blieben sämmtlich gesund. Von den 41 nicht geimpften Personen ist eine an Tollwuth gestorben.

Im Anschluß an meine Bekanntmachung vom 1sten Mai 1901 (Ausblatt Stadt 23, Seite 260), weise ich darauf hin, daß jeder, anstehend auch noch so leichte Biß oder Biß durch Hunde oder Katzen lebensgefährlich werden kann und daher, sofern nur der geringste Tollwuthverdacht besteht, baldmöglichst der Behandlung durch einen Arzt und der Schutzimpfung im Institut für Infektionskrankheiten in Berlin zugeführt werden sollte.

Die Feststellung der Tollwuth durch Verimpfung des verlängerten Markes der getödteten Thiere ist nur in einem Bruchtheil der Fälle möglich gewesen, theils weil die Einsendung des Kopfes der Thiere an das

Institut für Infektionskrankheiten überhaupt unterlassen, theils so spät geschehen ist, daß das Organ verwest dort ankam und die Impfung von Versuchsthiereu deshalb nicht mehr möglich war. Ich weise daher auf die sorgfältige Beachtung des Ministerial-Erlasses vom 10. Juli 1899 (Amtsblatt Seite 31 Seite 317 ff.) hin, wonach das Gehirn und verlängerte Mark des obducirten Thieres im unverletzten, aber von der Muskulatur befreiten Knochengerüst (Schädelhöhle nebst Atlas) sofort von dem beamteten Thierarzt mit Eiskopf, im Sommer theilweise in Eis verpackt, der Direktion des Instituts einzusenden ist. Da die Angaben über die Art und den Sitz der Verletzung ziemlich lückenhaft waren, insbesondere die Angabe, welche Körperhälfte von der Verletzung betroffen war, häufig fehlte, ersuche ich, diese Angaben in keinem Falle zu unterlassen.

Potsdam, den 2. Mai 1902.

Der Regierungspräsident.

Sonntagsruhe im Barbiergewerbe.

166. Auf Grund des § 41 b. der Reichsgewerbeordnung — R. G.-Bl. 1900 S. 969 — hat die Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innung des Kreises Zauch-Belzig beantragt, anzuordnen, daß in den zum Innungsbezirk gehörenden Gemeinden die Ladenschlußzeit an Sonn- und Festtagen Nachmittags um 2 Uhr beginnt.

Zur Feststellung der bei dem Antrage gemäß § 41 b. erforderlichen Zahl von zwei Dritteln der theilhaftigen Geschäftsinhaber bestelle ich analog der Bekanntmachung, betreffend das Verfahren bei Anträgen auf Verlängerung der Ladenschlußzeit vom 25. Januar 1902 Amtsblatt S. 63 den Herrn Landrath in Belzig zum Kommissar.

Zeit und Ort der Auslegung der Liste wird der Herr Kommissar in ortsüblicher Weise bekannt machen und f. Zt. die Äußerungen der Theilhaftigen entgegennehmen. Potsdam, den 29. Mai 1902.

Der Regierungspräsident.

Töpfer-Innung in Eberswalde.

167. Auf Grund des § 100 des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 26. Juli 1900 (R. G.-Bl. S. 918) hat die Töpfer-Innung in Eberswalde beantragt, anzuordnen, daß zur Wahrennehmung der gemeinsamen gewerblichen Interessen des Töpferhandwerks sämtliche Gewerbetreibende, welche das bezeichnete Gewerbe in Hegermühle ausüben, der bestehenden Innung (Zwangsinnung) als Mitglieder anzugehören haben.

Zur Feststellung, ob die Mehrheit der theilhaftigen Gewerbetreibenden der Einführung des Beitrittszwanges zustimmt, bestelle ich den Herrn Bürgermeister in Eberswalde zum Kommissar.

Die Art und Zeit der Abstimmung wird der Herr Kommissar durch die Gemeindevorstände der dem Bezirke der einzurichtenden Zwangsinnung angehörenden Gemeinden in ortsüblicher Weise zur Kenntniß der Theilhaftigen bringen.

Potsdam, den 30. Mai 1902.

Der Regierungspräsident.

168.

Viebflehen.

I. Festgestellt:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Angermünde: Gut Niederlandin.

b. Milzbrand. Kreis Ost-Havelland: Dyrog. Kreis West-Havelland: Bienenfarm. Kreis Teltow: Borwerk Viehholz. Kreis Zauch-Belzig: Damelang, Negeu.

c. Schweineseuche. Kreis Nieder-Barnim: Nieder-Schönhausen, Friedrichsfelde, Neuenhagen, Schönfließ, Rummelsburg. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: Gut Nonnendorf. Kreis West-Prignitz: Burghof-Putlig. Kreis Teltow: Budow.

d. Geflügelcholera. Kreis Nieder-Barnim: Kallenberg. Kreis Teltow: Mittenwalde.

e. Bläschenauschlag. Kreis Ruppiner: Rampehl.

f. Schafräude. Kreis Ost-Havelland: Buchow-Carpow.

II. Erloschen:

a. Milzbrand. Kreis Nieder-Barnim: Neu-Holland. Kreis Teltow: Gut Budow.

b. Schweineseuche. Kreis West-Havelland: Rathenow. Kreis Prenzlau: Nechlin. Kreis Teltow: Neuenhof b./P., Schönefeld, Teltow, Epenid, Zernsdorf, Mariendorf.

c. Geflügelcholera. Kreis: Nieder-Barnim: Reinickendorf. Kreis Teltow: Karolinenhof.

d. Schafräude. Kreis Ost-Prignitz: Kyritz, Stolpe bei Kyritz.

Potsdam, den 3. Juni 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

Herstellung eines Stallanbaues auf dem Grundstücke des Gastwirths Mahlad in Kirch-Beeskow Nr. 37.

5. Der Gastwirth Wilhelm Mahlad in Kirch-Beeskow beabsichtigt, an dem an der Spree stehenden Stallgebäude auf seinem Grundstücke Nr. 37 zu Kirch-Beeskow einen Anbau herzustellen.

Hierzu ist die reichspolizeiliche Genehmigung nachgefragt worden.

Dies wird mit der Aufforderung bekannt gemacht, etwaige Einwendungen in reichspolizeilicher Hinsicht gegen den geplanten Anbau binnen zwei Wochen bei dem Bezirksausschuß zu Potsdam anzubringen. Später eingehende Einwendungen finden keine Berücksichtigung. Die Pläne können in der Registratur des Bezirksausschusses hier, Humboldtstraße 1, während derselben Frist eingesehen werden.

Potsdam, den 27. Mai 1902.

Der Bezirksausschuß.

Bekanntmachungen des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Verletzung des Aufzuggerechts an verschiedene Eisenbahn-Mittelschleusen.

53. Auf den Bericht vom 28. April d. Js. will ich den Aktiengesellschaften: Berlin-Charlottenburger Straßenbahn, Südliche Berliner Vorortbahn und Westliche Berliner Vorortbahn, sämtlich zu Berlin, beauftragen, von Rosetten an den Straßenseiten von Häusern zwecks Befestigung von Querdrähten für den

elektrischen oberirdischen Straßenbahnbetrieb in denselbigen Straßen Berlins und dessen Vororte, in welchen aus verkehrspolizeilichen Rücksichten die Aufstellung von Masten für solche Querdrähte nicht gestattet werden kann, das Recht zur dauernden Beschränkung des Grundeigentums verleiht.

Potsdam, Stadtschloß, den 2. Mai 1902.

gez. Wilhelm R.

gegenges. v. Thielen.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Vorstehender Allerhöchster Erlass wird in Gemäßheit des § 2 des Entzugesgesetzes vom 11. Juni 1874 hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Berlin, den 26. Mai 1902.

Der Polizei-Präsident.

In Vertretung: Friedheim.

Berechnung der Standfestigkeit von Schornsteinen.

54. Es wird hierdurch zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß bei der Prüfung der Gesuche um die polizeiliche Genehmigung hoher Schornsteinanlagen fortan nach folgenden Grundsätzen verfahren werden wird:

- I. Als maßgebender Winddruck — W — gegen eine zur Windrichtung senkrechte ebene Fläche sollen bei Schornsteinen in der Regel 125 kg auf 1 qm in Rechnung gestellt werden. Etwaiger Einfluß der Saugwirkung auf der Lee-Seite ist in diesem Werte enthalten. Der durch benachbarte oder umschließende Gebäude gewährte Schutz des Schornsteines gegen Winddruck soll in der Regel unberücksichtigt bleiben. Als Angriffspunkt des gegen eine Schornsteinfäule ausgeübten Winddruckes ist der Schwerpunkt des lotrechten Schnittes dieser Säule anzusehen. Bedeutet F den Flächeninhalt dieses Schnittes, bei edigen Schornsteinen rechtwinklig zu zwei gegenüberliegenden Flächen gemessen, so ist die Größe des Winddruckes anzunehmen:

bei runden Schornsteinen zu 0,67. $W \cdot F$.

„ achteckigen „ „ 0,71. $W \cdot F$.

„ rechteckigen „ „ 1. $W \cdot F$.

Diese Werte des Winddruckes gelten auch dann, wenn der Wind über Ed weht. Letztere Windrichtung ist maßgebend für die Bestimmung der größten Rantenpressung bei edigen Schornsteinen.

- II. Die Druckspannungen im Mauerwerk sind sowohl für den Winddruck von 125 kg/qm als auch für einen solchen von 150 kg/qm zu berechnen, in beiden Fällen unter Vernachlässigung der Zugspannungen. Die Querschnitte sind außerdem so zu bemessen, daß auf der Windseite die Fugen sich bei dem Winddrucke von 125 kg/qm nicht weiter als höchstens bis zur Schwerpunktsachse öffnen.

Bei der Berechnung der Standfestigkeit muß das Gewicht des Schornsteines nach dem wirklichen Einheitsgewicht des zu verwendenden Mauerwerks ermittelt werden.

- III. Der Unternehmer der baulichen Ausführung eines Schornsteines hat die volle Verantwortung dafür

zu übernehmen, daß die in die Berechnung des Standfestigkeits eingelegten Gewichte mit der Beständigkeit übereinstimmen, sowie dafür, daß die von ihm verwendeten Baustoffe (Steine, Mörtel u. s. w.) derzüglich ihrer Güte und Festigkeit seinen Angaben entsprechen und demnach richtig verwendet werden. Der Aufsichtsbehörde bleibt es überlassen, den Nachweis der Richtigkeit des eingelegten Einheitsgewichtes und der übrigen Angaben zu verlangen oder selbst die Richtigkeit zu prüfen.

- IV. Die zulässige Beanspruchung der Baustoffe und des Baugrundes wird, wie folgt, festgesetzt:

Unter der Voraussetzung kunstgerechter und sorgfältiger Ausführung, sowie ausreichender Erhärtung des Mörtels ist als Druckbeanspruchung zu rechnen:

- a. für gewöhnliches Ziegelmauerwerk in Kalkmörtel mit dem Mischungsverhältnis von 1 Raumteil Kalk und 3 Raumteilen Sand bis zu 7 kg auf 1 qcm;

- b. für Mauerwerk aus Hartbrandsteinen in Kalk-Cement-Mörtel: 12 bis 15 kg für 1 qcm.

Unter Hartbrandsteinen sind dabei Ziegel verstanden, die eine nachgewiesene Druckfestigkeit von mindestens 250 kg auf 1 qcm besitzen, und unter Kalk-Cement-Mörtel wird verstanden eine Mischung von 1 Raumteil Cement, 2 Raumteilen Kalk und 6 bis 8 Raumteilen Sand. Wenn die Verwendung von festeren Steinen und cementreicherem Mörtel nachgewiesen wird, können auf Grund einwandfreier Festigkeits-Prüfungen an ganzen Mauerkörpern auch höhere Beanspruchungen zugelassen werden. Dabei ist aber mindestens mit einer 10fachen Sicherheit und auf keinen Fall mit mehr als 25 kg auf 1 qcm bei Annahme des Winddruckes von 150 kg auf 1 qm zu rechnen.

- c. Falls für die Fundamente Schütt- oder Stampfbeton verwendet wird, sind für geschütteten Beton

6 bis 8 kg	} auf 1 qcm Druckbeanspruchung zulässig.
für gestampften Beton	
10 bis 15 kg	

Schüttungsweisen, bei denen der vorausgesetzte Zusammenhang der ganzen Fundamentplatte nicht sicher steht, sind mit Rücksicht auf die entstehenden Biegespannungen unzulässig.

- d. Guter Baugrund darf bei Annahme des Winddruckes von 125 bis 150 kg auf 1 qm in der Regel bis zu 3 kg, in Ausnahmefällen bis zu 4 kg auf 1 qcm beansprucht werden.

Berlin, den 20. Mai 1902.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der kgl. Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Ausloosung 3/4 %iger Rentenbriefe der Provinz Brandenburg. S. Bei der infolge unserer Bekanntmachung vom 11. v. Mts. bewerkstelligten öffentlichen Verlosung von 3/4 %igen Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Stücke gezogen worden:

Litt. F. zu 3000 M. 1 Stück

und zwar die Nr. 11,

Litt. H. zu 300 M. 1 Stück

und zwar die Nr. 9,

Litt. J. zu 75 M. 2 Stück

und zwar die Nr. 11, 40.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in künftighem Zustande mit den dazu gehörigen Zinscheinen Reihe II. Nr. 6—16 nebst Erneuerungsscheinen bei der hiesigen Rentenbankkassette, Klosterstraße Nr. 76 I. vom 1. Juli d. Js. ab an den Werktagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 1. Juli d. Js. ab hört die Verzinsung der ausgelooften Rentenbriefe auf; diese selbst verfahren mit dem Schlusse des Jahres 1912 zum Vortheile der Rentenbank.

Die Einlieferung ausgeloofter Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post, portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde.

Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 800 M. durch Postanweisung.

Solfern es sich um Summen über 800 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 12. Februar 1902.

Königliche Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Druckfehlerberichtigung.

O. In der in Stück 22 dieses Amtsblattes enthaltenen Ausloosungs-Bekanntmachung der Königlichen Rentenbank-Direktion Berlin vom 14. v. M. ist zu lesen

bei den Rentenbriefen Litt. A.

nach Nr. 1851 statt 1865 die Nr. 1860

bei den Rentenbriefen Litt. C.

nach Nr. 3413 statt 3459 die Nr. 3458

nach Nr. 10288 statt 10318 die Nr. 10368

bei den Rentenbriefen Litt. D.

nach Nr. 4123 statt 4157 die Nr. 4156

nach Nr. 15192 statt 15214 die Nr. 15241

nach Nr. 16017 statt 16083 die Nr. 16084.

Bekanntmachungen der Königl. Konsistoriums der Provinz Brandenburg

Erledigte Pfarrstelle.

27. Die unter königlichem Patronate stehende Pfarrstelle zu Friedrichsfelde, Diözese Berlin Land I., kommt durch die nach neuem Rechte erfolgende Versetzung des Pfarrers Kramm in den Ruhestand am

1. Oktober 1902 zur Erledigung. Die Besetzung steht diesmal dem Kirchenregimente zu.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirektion zu Berlin.

Beförderung von Wollschendungen.

21. Der Berliner Wollmarkt findet am 17., 18. und 19. Juni in der Rinderhalle des städtischen Central-Viehhofes statt. Für die eisenbahnseitige Beförderung von Wollschendungen nach und von dem Central-Viehhofe wird neben der tarismäßigen Fracht für diese Station eine Anschlussgebühr von 7,20 Mark für je einen beladenen Wagen erhoben. Die Sendungen müssen an die Verwaltung des städtischen Central-Viehhofes oder an Interessenten, denen die Beförderung nach und von dieser Station gestattet ist, gerichtet bezw. von denselben aufgegeben sein.

Berlin, den 26. Mai 1902.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Personal-Chronik.

Der Regierungsaffessor von Lieres und Wittkau ist dem Landrathe in Freienwalde zur Hilfsleistung überwiesen.

Dem Arzte Dr. Duehl in Schwedt a./O. ist Allerhöchsten Orts der Charakter als Sanitätsrath verliehen worden.

Im Kreise Osthavelland sind wieder ernannt worden a. zum Amtsvorsteher: Bauerngutsbesitzer Benzin, Flatow, für den Bez. 5 Staffelde; b. zum Amtsvorsteherstellvertreter: Gemeindevorsteher Falkenberg, Flatow, für den Bez. 5 Staffelde.

Im Kreise Teltow ist ernannt worden zum Amtsvorsteher: Königl. Forstmeister Warner, Grünau, für den Bez. 42 Ebersdorf Forst.

Im Kreise Angermünde ist wieder ernannt worden zum Amtsvorsteherstellvertreter Gutbesitzer Garitz in Paarslein für den Bezirk 11 „Häbersdorf“.

Die Försterstelle Hältendorf in der Oberförsterei Grömmitz ist vom 1. Juli d. J. ab dem Förster Ronnhaus in Veerenbusch der Oberförsterei Reng übertragen worden. Wohnung hat er in Boigtwiese zu nehmen.

Dem Forstausseher Brandt in Briz der Oberförsterei Chorin ist unter Ernennung zum Königl. Förster die Försterstelle Rogin in der Oberförsterei Groß-Schönsted vom 1. Juli d. Js. ab übertragen worden.

Der Predigamtscandidat Wilhelm Heinrich Emil Paul Veder ist zum Pfarrer der Pfarodie Trebnow, Diözese Strassburg u./M., bestellt worden.

Der Lehrer an der Idiotenanstalt in Dalldorf Berthold Dörmann ist endgültig als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Mehlaff, Bergerowski, Zitelmann, Bieneck, Staud, Broder, Koecker und Breitenstein genannt d'Harques sind einstweilig als Gemeindefchullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Bunschmann, Gauds, Gahl und Melann sind endgültig als Gemeindefchullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerin Frieda Runtz ist als ordentliche Seminarlehrerin an dem mit der Augustaschule verbundenen Königl. Lehrern-Seminar zu Berlin angestellt worden.

Die Lehrerin Eleonore Kemp ist als ordentliche Seminarlehrerin an dem mit der Augustaschule verbundenen Königl. Lehrerinnen-Seminar zu Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke des Kammergerichts im Monat April 1902.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt ist zum Amtsrichter in Schwedt a. d. O. der Gerichtsassessor Dr. Weiß. Zu Handelsrichtern sind ernannt: der Fabrikbesitzer Ferdinand von Gargen, der Fabrikbesitzer Karl Thleme, der Bankdirektor Karl Chrambach, der Kaufmann Julius Grabowsky, der Fabrikbesitzer Adolf Pitsch, der Kaufmann Siegfried Hessel, der Kaufmann Hugo Schalthorn, der Fabrikbesitzer Jakob Weinberg, sämtlich in Berlin, bei dem Landgericht I. in Berlin; der Fabrikbesitzer Louis Mann, der Rentier Gustav Boerner, der Kommerzienrath Emil Beringer, der Ingenieur und Direktor Karl Pernet und der Direktor Karl Wilhelm Meyer in Charlottenburg, der Rentier Oswald Prause in Groß-Lichterfelde, der Fabrikbesitzer Leopold Bernhardt in Wilmersdorf, der Fabrikbesitzer Bruno Schwarz in Nischelsdorf bei Spandau, bei dem Landgericht II. in Berlin. Zu stellvertretenden Handelsrichtern sind ernannt: der Kaufmann Heinrich Rothenstein, der Kaufmann Albrecht Schilling, der Fabrikbesitzer H. Eberhardt, der Kaufmann Ernst Reitenberg, der Kaufmann Gustav Wienstruck, der Kaufmann Hermann Dohrt, der Kaufmann Jacques Mühsam, der Bankier Moritz Helfft, der Kaufmann Sally Lehmann, sämtlich in Berlin, bei dem Landgericht I. in Berlin; der Fabrikdirektor Felix Haenisch, der Fabrikbesitzer Hermann Stücken, der Stadtrath Max Cassirer, der Fabrikdirektor Hermann Ernst, der Bankier Kaspar Levy und der Fabrikbesitzer Dr. Ernst Pieper in Charlottenburg, der Kaufmann und frühere Stadtrath Adolf Fischer in Nixdorf, der Direktor der Aktiengesellschaft „Berliner Bleiche Oberspre“ Georg Wolff in Niederichsowweide bei dem Landgericht II. in Berlin. Versetzt sind der Landgerichtsdirektor Heidrich von Graudenz und der Amtsrichter Fabrizi vom Amtsgericht I. in Berlin an das Landgericht I. in Berlin, der Amtsrichter Herr in Halbau an das Amtsgericht I. in Berlin. Gestorben ist der Landgerichtsrath Geyer vom Landgericht I. in Berlin.

II. Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare Wundt, Gieselet, Thielbörger, Mielcarzewicz, Wahnst und Major a. D. Schwarzkopf. Versetzt in den Oberlandesgerichtsbezirk Stettin ist der Gerichtsassessor Kurt Brede. Entlassen sind die Gerichtsassessoren Saenger infolge Uebernahme in die Eisenbahnverwaltung, Kelp infolge Uebertritts in den Kommunaldienst und Tornow auf Antrag.

III. Staatsanwaltschaft.

Ernannt sind der Bürgermeister Jürgens zum Amtsanwalt in Tengen, der Zeughauptmann a. D. Ahmann zum Stellvertreter des Amtsanwalts in Rathenow und der Bürgermeister Fischer zum Ersten Stellvertreter des Amtsanwalts in Luckenwalde. Pensioniert ist der Staatsanwaltschaftsrath Schulze vom Landgericht II. in Berlin.

IV. Rechtsanwälte und Notare.

Gelöscht in die Liste der Rechtsanwälte sind die Rechtsanwälte Geheimen Justizrath Lasse bei dem Kammergericht, Lehmkühler bei dem Amtsgericht Charlottenburg und Fügart bei dem Amtsgericht Kyritz. Eingetragen in die Liste der Rechtsanwälte sind die Rechtsanwälte Mehnelt vom Landgericht II. in Berlin, Dr. Lehmkühler aus Charlottenburg, die Gerichtsassessoren Dr. Loewenthal und Ernst Caro, sowie der frühere Gerichtsassessor Dr. Rohde bei dem Landgericht I. in Berlin, die Gerichtsassessoren Storg bei dem Landgericht II. in Berlin, Lorg bei dem Amtsgericht in Lübben und der Rechtsanwalt Fügart aus Kyritz bei dem Landgericht in Neu-Ruppin. Ernannt zum Notar sind die Rechtsanwälte Justizrath Heilborn in Finsterwalde, Ahmann in Rathenow und Nicolai in Treuenbrüggen.

V. Referendare.

Zu Referendaren ernannt sind: die bisherigen Rechtskandidaten Hauffe, Martin Cohn, Kasten, Salzmann, Dr. Johannes Richter, Görden, Grubbert, Marschner, Brose, Spiger, Freiherr Senfft von Pilsach, Schering, Reichau, Felix Herz und Menzel. Entlassen ist der Referendar von Lossow infolge Uebertritts in den höheren Verwaltungsdienst.

VI. Subalternbeamte.

Versetzt an das Amtsgericht in Finsterwalde ist der preussische Gerichtsschreiber Staub bei dem gemeinschaftlichen Landgericht in Meiningen. Ausgeschieden ist der Sekretär Marchand bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts in Landsberg a. d. W. infolge seiner Ernennung zum erpedirenden Sekretär im Bureau des Strafregisters des Reichsjustizamts. Gestorben ist der Kanglst Lüdcke vom Landgericht I. in Berlin.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin. Monat Mai 1902.

Angestellt sind als Postassistent: die Postassistenten Barthes aus Kiel in Neu-Weissenfe, Paul Böttcher in Charlottenburg, Eichmann aus Gramzow in Schöneberg bei Berlin, Paulus Hennig in Charlottenburg, Kessler aus Berlin in Schöneberg bei Berlin, Kienast aus Berlin in Kammelsburg bei Berlin, Paul Köhler aus Wilmersdorf bei Berlin in Charlottenburg, Karl Kallwitz aus Stolp (Pomm.) in Nixdorf, Paul Schumann aus Neuruppin in Charlottenburg, Hermann Strauß aus Thorn in Friedrichsberg bei Berlin, Stempel aus Eßling in Charlottenburg, Sannemann in Tempelhof, Tiedke aus

Potsdam in Charlottenburg, Wabehn aus Berlin in Charlottenburg, Wege aus Spandau in Steglitz, Weinhardt aus Brandenburg (Havel) in Schöneberg bei Berlin, Zehle aus Zechlin in Steglitz, Zieren aus Dortmund in Reinickendorf (DA), Franz Zimmermann aus Danzig in Ober-Schmeweide, Viktor Becker aus Gumbinnen, Behmler aus Lützenwalde, Richard Ebel aus Perleberg, Eberlus aus Schwerin (Medlb.), Adolf Fiehn aus Jüterbog, Eduard Gärtner aus Templin, Grohe aus Guben, Emil Großmann aus Potsdam, Grunow aus Hamburg, Heller aus Dahme (Mark), Kopppe aus Frankfurt (Oder), Koppetsch aus Metz, Paul Krause aus Malschin, Längert aus Friedeberg (Neumark), Mandel aus Rauen, Manthe aus Jossen, Ernst Michelsen aus Hamburg, Johannes Möller aus Gäßrow, Paul Möller aus Lützenwalde, Mühlendein aus Rostock (Medlb.), Hermann Paul aus Anna-hütte, Karl Priebe aus Zienitz, Saak aus Eln (Rhein), Schefe aus Schwerin (Medlb.), Schidzig aus Tborn, Schmiltzky aus Pulitz, Ernst Schmidt aus Marggrabowa, Schölzel aus Jüterbog, Ernst Seng aus Neuruppin, Stein aus Potsdam, Timm aus Breslau, Wrense aus Neustrelitz, Westendorff aus Neubrandenburg (Medlb.), Woywod aus Heilsberg, Halang in Rixdorf, Albig, Arnoldt, Behnke, Birnbaum, Bockow, Willy Bönick, Briz, Bull, Hermann Burgdorff, Classen, Otto Dirls, Draber, Elling, Ennulat, Feder, Heinrich Frey, Färstenau, Frieße, Göde, Gebhardt, Geitt, Glasomersky, Goldberg, Gregor, Willy Gantner, Arthur Hartmann, Eugen Herrmann, Hinrichs, Janowsky, Jariß, Kain, Ernst Kaufmann, Länger, Laßke, Georg Lemke, Martens, Maschewski, Meienberg, Mathias Michelsen, Mühlenbruch, Muths, Nissall, Nordmann, Reinhold Pade, Wilhelm Pfeiffer, Pöhle, Dolar Poppe, Karl Raufsch, Reek, Roltisch, Röhl, Scheffel, Schlitten, Richard Schmidt, Schulenburg, Franz Schulze, Schwenzführer, Mar Seng, Trebel, Sjeraws, Wendel, Westphal, Wobbe, Alfred Zeibler in Berlin, der Postwärter Brandhoff in Tegel; als Telegraphenassistent: die Postassistenten Reinde

aus Müritz, Willy Oeyer; als Telegraphen-assistent: Anna Arendt in Charlottenburg, Borth in Wilmersdorf bei Berlin, Bernhard, Elise Collas, Martha Drews, David Friedrich, Martha Heide-mann, Huth, Elvira Klose, Köblers, Kowalewski, Lebus, Olga Peters, Hedwig Röhde, Margarethe Schneider, Hedwig Scholz, Antonie Seeger, Trost, Margarethe Vogt.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Drahtbinder Augustin Hudetz, geboren 11. Juli 1883 zu Olchpote (Com. Trenischin), unga-rischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 28. Februar 1902 ausgewiesen.

Der Handelsmann Moses Lind, geboren 8ten November 1837 zu Rielet (Galizien), österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Ver-fügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 1. März 1902 ausgewiesen.

Der Schuhmacher Meyer Hilmann, geboren 1. Mai 1866 zu Pischkofska, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des könig-lichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 30. April 1902 ausgewiesen.

Der Russe Girardo Datti, geboren in Retti, Kr. Pellegrino (Prov. Parma) am 16. Dezember 1836, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Aus-länder durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsi-denten zu Berlin vom 7. Mai 1902 ausgewiesen.

Der Tischler Leber Jurewicz, geboren 10. Fe-bruar 1878 zu Mogilew, Gouv. gleichen Namens, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. Mai 1902 ausgewiesen.

Der Casimir Garesky, geboren am 18. Dezember 1880 zu Kalisch, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 21. Mai 1902 ausgewiesen.

Der Volkertgehilfe Ludwig Jachert, geboren 29. Oktober 1872 zu Zgierz, Gouv. Piotrkow, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 24. Mai 1902 ausgewiesen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Rang.	Nr.	Name und Stand	Alter und Geburtsort	Grund der Bestrafung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat	Datum der Ausweisungs-Beschlusses
		der Ausgewiesenen				
1.	2.		3.	4.	5.	6.

a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:

1	Emil Ludwig Renaud, Elektrotechniker,	geboren am 23. November 1882 zu Reims, Frankreich, ortsan-geboreng ebendasselbst,	Münzverbrechen (1 Jahr 4 Monate Gefängnis, laut Erkenntnis vom 18. April 1901).	Großherzoglich badi-scher Landeskom-missär zu Freiburg,	24. April 1902.
---	---------------------------------------	---	---	---	-----------------

1.	Name und Stand der Angeklagten	Alter und Geburtsort	Grund der Verurteilung	Behörde, welche die Anweisung beschlossen hat	Datum des Anweisungsbefchlusses
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1	Julius Johann Franz n. Ehrh. Kellner,	b. Auf Grund des § 284 des Strafgesetzbuchs: geboren am 7. April 1860 zu Wien, österreichischer Staatsan- gehöriger,	gewerbmäßiges Glücksspiel,	Königlich preussischer Polizei-Präsident zu Berlin,	8. Oktober 1900.
		c. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:			
1	Michael Prokop Feldis, Schmied,	geboren am 2. März 1862 zu Kolbsheim, Kreis Strassburg im Elsass, ohne Staatsange- hörigkeit,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Stras- burg,	14. März 1902.
2	Bertha Vohl, Dirne,	geboren am 8. April 1885 zu Gurschdorf, Bezirk Kremsdau, Österreichisch-Schlesien, öster- reichischer Staatsangehöriger,	gewerbmäßige Unzucht,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	21. April 1902.
3	Benjamin Salzer, Fabrikarbeiter,	geboren am 24. Juni 1871 zu Reischdorf, Bezirk Raaden, Böh- men, österreichischer Staatsan- gehöriger,	Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Nörd- lingen,	12. April 1902.
4	Anton Schmidt, Tagelöhner,	geboren am 12. April 1849 zu Bischberg, Bezirk Rumburg, Böhmen, ortsbahngewerbe- angehöriger,	desgleichen,	Königlich sächsischer Kreisbauinspektor zu Bautzen,	25. März 1902.
5	Hirsch Traumann, (Trautmann), Kartenspieler,	32 Jahre alt, geboren zu Ra- ditz, Russisch-Polen, ortsbahngewerbe- angehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	19. April 1902.
6	Eugenie Willer geborene Jacquemin, Witwe,	geboren am 18. Januar 1855 zu St. Die, Frankreich, fran- zösische Staatsangehörige,	desgleichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Stras- burg,	21. April 1902.
7	Bernhard Zirk, Kocher,	geboren am 11. Februar 1883 zu Belchatow, Kreis Petrikau, Gouvernement Minsk, Russ- land, russischer Staatsangehö- riger,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Liegnitz,	11. April 1902.
8	Maté Gizingel, Arbeiter,	geboren im Jahre 1874 zu Ezseps, Ungarn, ungarischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Posen,	3. März 1902.
9	Anton Egger, Schweizer,	geboren am 16. Dezember 1862 zu Tablat, Kanton St. Gallen, Schweiz, ortsbahngewerbe- angehöriger,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	28. April 1902.
10	Josef Stagner, Schneidergeselle,	geboren am 22. November 1884 in Komern, Böhmen, öster- reichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Polizei-Behörde zu Hamburg,	desgleichen.
11	Anton Hader, Bäcker,	geboren am 22. März 1875 zu Polanka, Bezirk Pödersam, Böhmen, ortsbahngewerbe- angehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Ober- vichtach,	22. April 1902.

Hierzu Sechs Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.

Wohngeländer werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigiert von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Stück 24.

Den 13. Juni

1902.

Inhaltsverzeichnis: Bekanntmachungen der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit. S. 257. — Öffentliche Belobigung. S. 257. — Marktpreise. S. 257/59. — Gemeindebezirksveränderung. S. 258. — Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter. S. 259. — Fischerei-Aufsicht. S. 259. — Viehschäden. S. 260. — Notierungen forstverorgungsberechtigter Anwärter. S. 260. — Lehrer-Ruhegehaltskassenbeiträge. S. 260. — Marktpreise. S. 260/61. — Herstellung eines Stallbanes auf einem Spreeparkgrund. S. 261. — Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft. S. 261. — Cementkanäle für Fernsprechkabel. S. 262. — Zweigpostanstalt. S. 262. — Seminar-Prüfungen. S. 262. — Einlösung fälliger Zinscheine. S. 262. — Vernichtung ausgelagerter Rentenbriefe u. S. 262. — Ausreichung von Löschungsquittungen über abgelöste Renten. S. 263. — Personal-Chronik. S. 263. — Ausweisungen aus Preußen. S. 263. — Ausweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiete. S. 264.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Bekanntmachungen der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit.
31. Im § 28 Absatz 2 des Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai v. J8. (Reichs-Ges.-Bl. S. 139) ist vorgeschrieben, daß Bekanntmachungen der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, deren Geschäftsbetrieb sich über das Gebiet eines Bundesstaates hinaus erstreckt, in den Reichsanzeiger einzurücken sind. Ist der Geschäftsbetrieb dagegen auf das Gebiet eines Bundesstaates beschränkt, so kann die Landes-Centralbehörde an Stelle des Reichsanzeigers ein anderes Blatt bestimmen.

Nach § 115 Absatz 2 a. a. O. hat ferner jedes Versicherungsunternehmen in demjenigen Bundesstaat, auf dessen Gebiet es seinen Betrieb erstreckt, ohne daß sein Sitz in diesem Gebiete gelegen ist, auf Verlangen der Centralbehörde dieses Staates unter gewissen Voraussetzungen einen Hauptvollmächtigten zu bestellen.

Die durch diese Vorschriften der Landes-Centralbehörde in Preußen zugewiesenen Funktionen werden

von den für die Wahrnehmung der Staatsaufsicht über die Versicherungsunternehmungen bisher zuständigen Ministern ausgeübt werden.

Berlin, den 16. Mai 1902.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. Der Minister des Innern.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Öffentliche Belobigung.

169. Die Schüler der Ritterakademie zu Brandenburg, Siegfried von Loebell und Heinz von Rheinbaben II., haben am 28. Februar 1902 den 13 1/2 Jahre alten Schüler Feiz von Loebell, welcher auf einem Seitenarm der Havel bei Brandenburg Schlittschuh gelaufen und dort eingebrochen war, vom Tode des Ertrinkens gerettet.

Ich bringe diese von Muth und Entschlossenheit zeugende That hiermit lobend zur öffentlichen Kenntniss.

Potsdam, den 4. Juni 1902.

Der Regierungspräsident.

170.

Maximale Tagespreise

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag im Monat Mai 1902 in den Hauptmarktflecken des Regierungsbezirks Potsdam.

Laufende Nummern	Erlöse je 50 Kilogramm	Bestow für Kreis Bestow Stockow	Brandenburg für Brandenburg und Kreis Westhavel- land.	Ludowig für Kreis Jüterbog- Ludowig- walde.	Berlin für Kreis West- Prignitz.	Potsdam für Potsdam und Kreis Rang- Belzig.	Prenzlau für die Kreis- Prenzlau und Templin.	Renn- Ruppin für Kreis Ruppin.	Schwedt für Kreis Angermünde.	Prenzlau für Kreis Prenzlau.	Bemerkungen.
1	Hafer	8 62	8 51	8 97	8 17	9 11	8 37	8 61	8 46	8 19	Für die Kreise Niederbarnim, Oberbarnim, Osthavelland und Teltow,
2	Heu	3 68	3 89	4 73	3 94	3 90	3 68	3 15	3 38	3 15	sowie für die Stadtkreise
3	Rübspross	3 15	3 06	3 33	3 15	3 51	3 68	3 68	3 15	2 63	Stettin, Schöneberg und Spandau gilt Berlin als Hauptmarktfleck.

Potsdam, den 5. Juni 1902.

Der Regierungspräsident.

Kaufende Nummer	Namen der Städte	I. A. Getreide.				I. B. Uebrige Markt.																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																											
						Hallenfrüchte.								Stroh.								Fleisch.																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																											
		Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Gerste (gelbe) zum Kochen	Speltesohnen (weiße)	Stuten	Eisbarstoffs	Stroh-	Streu-	Son	im Großhandel	im Kleinhandel		von der Bank	von Hand	Es	je 1																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																														
														Rind-																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
Es kosten je 100 Kilogramm																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	

Gemeindebezirksveränderung.

172. Der Bezirksausschuß hierselbst hat am 22. April d. J. beschlossen, die im Grundbuche von Dranien-
burg nachstehend bezeichneten Trennstücke:

Artikel der Kartrolle	Bezeichnung nach dem Grundbuche		Nummer		Des Eigentümers Name und Wohnort	Flächeninhalt		
	Band	Blatt	des Kartenblatts	der Parzelle		ha	ar	qm
20	8	1026	1	124/3	Chemische Fabrik Dranienburg, Aktiengesellschaft in Dranienburg	—	—	46
—	—	—	1	133/3		—	09	95
—	—	—	1	134/3		—	—	39
21	8	1036	1	135/3		—	01	67
—	—	—	1	136/3		—	74	15
Sa.						—	86	62

vom dem forstfiskalischen Gutbezirke Dranienburg abzutrennen und mit dem Gebiete der Stadtgemeinde Dranien-
burg zu vereinigen. Die Umgemeindung tritt am 1. Juli d. J. in Kraft.

Potsdam, den 9. Juni 1902.

Der Regierungspräsident.

Preise im Monat Mai 1902.

waaren.						II. Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats.																																
G l e i t z.			Verschärfte Speise (kleinere)	Eisener	Eier	Mehl zur Speisebe- reitung aus		Gersten-		Buchweizengröße	Hafergröße	Stärke	Reis, Savon, weißer	Kaffee		Schokolade, Pfeffer																						
Schmalz	Salz	Öl				Reis	Gerste	Größe	Savon weiß (ca.)					Savon gelb (ca.)																								
Kilogramm																				1 Pfund 60 Gr.	Gezogen je 1 Kilogramm																	
1 60	1 45	1 45	1 80	2 50	3 10	30	25	55	30	40	45	35	50	2 70	3 30	20	1 60																					
1 30	1 15	1 20	1 60	2 22	2 81	45	25	50	40	35	60	40	60	2 40	3 40	20	1 50																					
1 35	1 30	1 34	1 80	2 29	3 17	30	25	40	40	40	40	40	50	2	2 80	20	1 80																					
1 20	1	1 20	1 60	2 20	2 80	30	20	40	50	40	60	40	50	2 50	3 40	20	1 60																					
1 60	1 80	1 45	1 80	2 30	3 53	27	22	40	40	40	40	40	60	2 60	3 40	20	1 60																					
1 60	1 40	1 40	1 80	2 40	3 20	34	16	50	50	50	50	40	40	2 50	2 60	20	1 60																					
1 40	1 20	1 40	1 90	2 30	3 20	32	22	50	50	50	60	35	60	2	2 60	20	1 30																					
1 35	1 50	1 30	2	2 19	2 75	25	23	33	28	45	45	33	45	2 80	2 70	19	2																					
1 65	1 51	1 50	1 70	2 34	3 08	38	26	50	50	40	45	45	55	2 50	3 19	20	1 80																					
1 35	1 10	1 15	1 70	2 30	3 30	29	25	45	45	45	55	38	55	2 60	3	20	1 70																					
1 30	1 40	1 30	1 70	2 14	2 39	30	25	40	40	40	50	40	45	2 40	3 40	20	1 60																					
1 50	1 40	1 40	1 70	2 30	3 18	30	28	48	48	48	48	43	55	2 30	3 50	20	1 60																					
1 50	1 25	1 35	1 60	2 30	3 20	28	20	60	40	50	40	50	50	2 90	4	20	1 60																					
1 40	1 20	1 40	1 60	2 07	3 10	35	25	50	30	40	50	50	60	2 80	3 60	20	1 80																					
1 60	1 65	1 55	1 80	2 30	2 90	35	28	35	37	38	43	43	50	2 40	3	20	1 60																					
1 60	1 30	1 40	1 80	2 40	3 60	30	25	40	40	45	45	40	60	2 30	3 20	20	1 60																					
1 50	1 45	1 30	1 50	2 30	3 80	35	30	45	35	43	55	45	55	2 50	2 70	20	1 50																					
1 40	1	1 20	1 80	2 40	3 20	30	25	50	50	50	40	50	50	2 30	2 60	20	1 60																					
1 20	1	1 20	1 60	2	3	30	24	50	50	50	50	30	50			20	1 60																					
1 19	1 09	1 06	1 76	2 27	2 64	27	23	38	38	45	40	40	45	2 10	2 80	20	1 55																					
1 40	1 20	1 40	1 40	2 30	2 80	33	28	48	30	40	45	45	45	2 30	3	20	1 40																					

Der Regierungspräsident.

173. Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter. Folgende ausländisch-polnische Saisonarbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitspässe unter Kontraktbruch verlassen:

Namen:	früherer Beschäftigungsort:
Johann Piotrowski	Wilhelmsen Hof, Kreis Niederbarnim.
Ladeus Durbzy	do.
Katharina Stec	Antonienhof, Kreis Niederbarnim.
Stefania Pawlid	do.
Joseph Zerugle	Domäne Alt-Landsberg, Kreis Niederbarnim.
Martin Rowalski	do.

Die Genannten sind festzunehmen und sofort mittels Zwangsreisepasses aus dem Staatsgebiete auszuweisen. Vom Geschehenen ist unter Bezugnahme auf diese Bekanntmachung hierher Nachricht zu geben.

Bezüglich der ausländisch-polnischen Saisonarbeiter Lorenz Mercintat und Stanislaw Orzelat hat meine Bekanntmachung vom 3. d. Mts., Amtsblatt Süd 23 Seite 249, ihre Erledigung gefunden.

Potsdam, den 10. Juni 1902.

Der Regierungspräsident.

Fiskerelaufsicht.

174. Ich habe den Strommeister-Anwärter Bendel in Marienthal an Stelle des nach Schmöckwitz verlegten Strommeisters Meyer, letzterem für die Wasserbauverhältnisse in Schmöckwitz, den Wasserbauwart Gutschmidt in Treptow für den nach Fürstberg a/D. verlegten Wasserbauwart Kunde und letzterem für die

Wasserbauwartstelle Fürstberg a./D. zu Fischerei-
aufsehern im Nebenamte ernannt.

Die Genannten gelten fortan bezüglich der in
ihren Aufsichtsbereichen vorkommenden Fischereivergehen
und Uebertretungen als Hilfsbeamte der Staats-
anwaltschaft.

Potsdam, den 3.^{er} Juni 1902.

Der Regierungspräsident.

175.

Sieheuchen.

I. Festgestellt:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Anger-
münde: Gut Passow.

b. Milzbrand. Kreis Nieder-Barnim: Kreuz-
bruch. Kreis Ost-Havelland: Gut Markau, Gut Falken-
ruhe. Kreis Prenzlau: Prenzlau. Kreis Ruppin: Gut
Bullow. Kreis Juch-Belzig: Gut Redahn.

c. Schweineseuche. Kreis Nieder-Barnim: Dall-
dorf. Kreis Borslow-Storkow: Briesenluch. Kreis
Jüterbog-Luckenwalde: Ehwendorf.

d. Rod. Stadtkreis Potsdam: Pferdebestand des
Postkutschers Schulz, Am Kanal Nr 15.

e. Bläschenauschlag. Kreis Borslow-Storkow:
Görsdorf b. Storkow.

f. Räude. Kreis West-Prignitz: Wittenberge.

II. Erloschen:

a. Milzbrand. Kreis Ost-Havelland: Dyrog.

Kreis West-Havelland: Dange, Köhde, Bornstedt Witten-
farm. Kreis Juch-Belzig: Hagelberg.

b. Schweineseuche. Kreis Nieder-Barnim: Buch.

c. Bläschenauschlag. Kreis Borslow-Storkow:

Alt-Stahnsdorf. Kreis Ost-Prignitz: Dannenwalde.

Kreis West-Prignitz: Seep.

Potsdam, den 10. Juni 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung der Königlichen Regierung.

Notierungen forstversorgungsberechtigter Anwärter.

20. Die Regierungsbezirke Minden und Münster
sind bis auf Weiteres für Notierungen forstversorgungs-
berechtigter Anwärter geschlossen.

Potsdam, den 7. Juni 1902.

Königliche Regierung.

Betrifft den Verteilungsplan der Ruhegehaltsanteile
für 1902.

21. Wir berichten den Abdruck des Verteilungs-
planes — Beilage zum 18. Stück des Amtsblatts von
1902 — dahin, daß der Beitrag in Spalte 4 bei
Wernuchen — 5 — Ober-Barnim 352,50 M.,
Havelberg — 1 — West-Prignitz 1725,00 M.,
Eldersdorf — 76 — Ruppin 105,00 M.
lautet.

Potsdam, den 6. Juni 1902.

Königliche Regierung.

Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.

57.

Marktpreise für den A. En gros-Marktpreise

	Weizen			Roggen			Butter-Weizen			Hafer												
	gut	mittel	gering	gut	mittel	gering	gut	mittel	gering	gut	mittel											
	Gezogen																					
	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S										
in Berlin	17	26	17	20	17	14	15	05	15	04	15	01	14	36	13	81	13	30	17	81	17	12
in Charlottenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
in Schöneberg . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
in Nierdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	

B. Detail-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

	Weizen (gelbe zum Kochen)		Speise- Weizen (weiße)		Rindfleisch		Schweine- fleisch		Gammel- fleisch		Geflügel (geräuchert)		Butter		Eier (60 Stück)													
	Gezogen je 1 Dg.														Gezogen je 1 Kilogramm													
	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S										
in Berlin	32	50	37	50	40	—	5	—	14	—	120	—	145	—	144	—	133	—	160	—	230	—	290	—				
in Charlottenburg	35	—	35	—	50	—	4	50	150	—	115	—	160	—	160	—	145	—	170	—	240	—	260	—				
in Schöneberg . .	33	50	40	28	41	94	4	35	141	—	114	—	153	—	141	—	134	—	167	—	231	—	264	—				
in Nierdorf	—	—	—	—	—	—	4	13	138	—	118	—	150	—	126	—	130	—	170	—	230	—	295	—				

Potsdam, den 6. Juni 1902.

Bekanntmachungen der Bezirksämter.

Verstellung eines Stallbaues auf dem Grundstücke des Gastwirths
Mahlack in Klop-Beestow Nr. 37.

G. Der Gastwirth Wilhelm Mahlad in Riez-
Beeslow beabsichtigt, an dem an der Spree stehenden
Eckgebäude auf seinem Grundstück Nr. 37 zu Riez-
Beeslow einen Anbau herzustellen.

Hierzu ist die reichspolizeiliche Genehmigung nach-
gesucht worden.

Dies wird mit der Aufforderung bekannt gemacht, etwaige Einwendungen in beschaffungsrechtlicher Hinsicht gegen den geplanten Anbau binnen zwei Wochen bei dem Bezirksausschusse zu Potsdam anzubringen. Später eingehende Einwendungen finden keine Berücksichtigung. Die Pläne können in der Registratur des Bezirksausschusses hier, Humboldtstraße 1, während derselben Frist eingesehen werden.

Potsdam, den 27. Mai 1902.

Der Bezirksauschuß.

Polizei-Präsidenten in Berlin.

Befanntmachungen des Königl.ichen

Hilfsbeamte der Staatbankrottigkeit.

55. Im Anschluß an den gemeinschaftlichen Erlaß vom 16. September 1879 (Zust.-Minist. Bl. S. 349) wird der Polizeiwachmeister, welchem innerhalb des Stadtbereiches Schneberg die Beaufsichtigung der Märkte und die gewerblichen Revisionen, insbesondere die Kontrolle der Maße, Waagen und Gewichte, der Schank-

gefäße, Blaudruckungen u. dergl., die Kontrolle des Markt- und des Nahrungsmittelverkehrs, die Kontrolle von Gewerbetreibenden (Margarine-, Milch- und Drogenhändlern, Erblern, Pfandleihern, Waffen- und Munitionshändlern u. dergl.) übertragen sind, zum Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft bestellt, jedoch nur insoweit, als er sich in der Ausübung der bezeichneten Aufsichtungs- und Revisionsthätigkeit befindet.

Berlin, den 5. April 1902.

Der Inspektionschef. Der Meister der Innern.

Vorstehende Verfügung bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Berlin, den 26. Mai 1962.

Der Polizei-Präsident.

Sollbeamte der Staatsanwaltschaft.

58. Im Anschluß an den gemeinschaftlichen Erlass vom 15. September 1879 (Zust.-Minist. Bl. S. 349) werden die bei der Sittenpolizei in Charlottenburg, Schöneberg und Kisdorf beschäftigten Kriminalwachtmeister zu Hülfsbeamten der Staatsanwaltschaft bestellt.

Berlin, den 6. Mai 1902.

Der Justizminister. Der Minister des Innern.

Vorstehende Verfügung bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Berlin, den 26. Mai 1902.

Der Polizei-Präsident.

Monat Mai 1902.

im Monatsdurchschnitt.

[illegible]

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats Mai 1902.

M e h l zur Speise- bereitung aus		G e r s t e n		Buchweizen- Größe	Gefegelte	Stärke	Reis, Java, mittlere	K a f f e e			Speisefisch	Schweden (König)
Weizen	Woggen	Grande	Größe					Java	mittlere (roh)	in gelb. Bohren		

Es kostet je ein Kilogramm

	M	J	H	A	M	J	H	A	M	J	H	A	M	J	H	A	M	J	H	A	M	J	H	A	M	J	H	A	
in Berlin . . .	—	35	—	31	—	35	—	33	—	36	—	41	—	38	—	60	270	—	338	—	372	—	21	—	160				
in Charlottenburg	—	37	—	30	—	42	—	38	—	40	—	43	—	40	—	57	243	—	—	—	285	—	20	—	138				
in Spandau	—	35	—	33	—	40	—	43	—	45	—	45	—	43	—	60	245	—	—	3	—	20	—	135					
in Rixdorf . . .	—	39	—	30	—	40	—	40	—	43	—	43	—	40	—	60	210	—	—	250	—	21	—	145					

Der Polier-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Gemeintafeln für Fernsprechkabel.

45. Bei dem Kaiserlichen Haupt-Fernsprekamt hier W. Französischestr. 33b./o., liegen Pläne aus über die Herstellung von Gemeintafeln für Fernsprechkabel auf den nachbezeichneten Straßen:

- a. von Feunstraße, Ecke Tegelerstraße, bis Chausseestraße 58,
- b. von Lübeckerstraße 1 bis Sigmundshof 12,
- c. auf dem Moritzplatz,
- d. von Andreassstraße 64 bis Mühlenstraße 50.

Berlin C. 2, den 3. Juni 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Zweig-Postanstalt.

46. In Werder (Havel) wird am 13. Juni für die Dauer der diesjährigen Kirchens- und Beerenerte in dem Hause des Gastwirths Kerger unweit des Bahnhofes eine Zweig-Postanstalt mit Telegraphenbetrieb in Wirksamkeit treten.

Diese dem Postamt in Werder zugetheilte Dienststelle soll sich mit dem Verkauf von Postwertzeichen, der Annahme gewöhnlicher Brief- und Paketsendungen sowie mit der Annahme und Bestellung von Telegrammen befassen; sie erhält ihre Postverbindungen durch die zwischen Werder Stadt und Bahnhof verkehrende, zur Postbeförderung benutzte Straßenbahn.

Potsdam, 6. Juni 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion. Gärtler.

Bekanntmachungen des Königl. Provinzial-Schul-Kollegiums.

Seminar-Entlassungs-Prüfung in Dranienburg.

4. Die Entlassungs-Prüfung im Königl. Schul-lehrer-Seminar zu Dranienburg wird vom 3. September 1902 an abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden auch nicht im Seminare gebildete Schulanfänger, welche das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, zugelassen. Die Anmeldungen sind bis zum 6. August d. J. pünktlich an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugnis eines zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arztes über normalen Gesundheitszustand, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) eine Probechrift mit deutschen und lateinischen Lettern und 6) eine Probezeichnung beide mit der Versicherung, daß sie der Einsender selbständig angefertigt hat. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Schulanfänger am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminardirektor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 31. Mai 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Zweite Lehrer-Prüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Dranienburg.

5. Die zweite Lehrer-Prüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Dranienburg wird vom 18. Oktober 1902 an abgehalten werden. Nur solche

Lehrer, die im Regierungsbegrit Potsdam im Schuldienste stehen und mindestens zwei, höchstens fünf Jahre an Schulen in Preußen voll beschäftigt gewesen sind, haben sich zu der Prüfung zu melden. Die Meldung ist unter Beifügung der Urschrift des Zeugnisses über die Seminar-Entlassungs-Prüfung bis zum 18. August 1902 auf dem Dienstwege an die Königl. Regierung in Potsdam einzureichen. Dem Meldungsschreiben ist eine Angabe beizufügen, in welchem Fache der Bewerber sich besonders weitergebildet und mit welchem pädagogischen Werke er sich eingehender beschäftigt hat. Erfolgt auf die Meldung von der Königl. Regierung in Potsdam oder von uns kein ablehnender Bescheid, so haben sich die Bewerber am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminardirektor Schultath Urlaub in Dranienburg um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 31. Mai 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Seminar-Aufnahmeprüfung in Dranienburg.

6. Die Aufnahme-Prüfung am Königl. Schul-lehrer-Seminar in Dranienburg wird vom 11. September 1902 an abgehalten werden. Die Anmeldungen sind bis zum 14. August 1902 an die Seminar-Direktion daselbst einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) der Impfschein, der Revaccinationschein und ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arzte, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nachsverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Bewerbers während der Dauer des Seminar-kursus gewähren werde, mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nöthigen Mittel verfüge.

Berlin, den 31. Mai 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen der Kgl. Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Einslösung fälliger Rentebriefe.

10. Die Rentenbank-Kasse, Klosterstraße 76 I. hier selbst, wird

- 1) die am 1. Juli 1902 fälligen Zinschöne der Rentenbriefe aller Provinzen vom 18. bis einschließlich den 24. Juni d. J. und
- 2) die ausgelosten, am 1. Juli 1902 fälligen Rentenbriefe aller Provinzen vom 20. bis einschließlich den 24. Juni d. J.

einslösen und demnachst vom 1. Juli 1902 ab mit der Einslösung fortfahren.

Berlin, den 30. Mai 1902.

Königliche Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Vernichtung ausgeloster Rentenbriefe.

11. Die nachstehende Verhandlung:

Geschehen Berlin, den 14. Mai 1902.

Auf Grund der §§ 46, 47 und 48 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 und des § 6 des Gesetzes vom 7. Juli 1891, betreffend die Beförderung der Er-

richtung von Rentengütern, wurden von ausgelosten Rentenbriefen der Provinz Brandenburg, welche nach dem vorgelegten Verzeichnisse II. gegen Barzahlung zurückgegeben worden sind und zwar:

179	Stück Litt. A.	zu 3000 M.	=	537000 M.
66	"	B.	1500	" = 99000 "
263	"	C.	300	" = 78900 "
223	"	D.	75	" = 16725 "
7	"	E.	30	" = 210 "
1	"	F. über	3000 "
1	"	H.	300 "
1	"	K.	30 "
1	"	M.	1500 "
2	"	N. zu	300 M.	= 600 "
2	"	O.	75	" = 150 "
1	"	P. über	30 "

Sa. 747 Stück über 737445 M. nebst den dazu gehörigen, im vorgeachten Verzeichnisse aufgeführten 6805 Zins Scheinen und 747 Erneuerungsscheinen heute in Gegenwart der Unterzeichneten vernichtet.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.

(gez.) König, Notar.

(gez.) Witte, (gez.) von Beltzheim,

Abgeordnete des Provinzial-Landtages.

Geschlossen.

(gez.) Behrend, (gez.) Klose,

Provinzial-Rentenrister. Buchhalter.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 30. Mai 1902.

Königliche Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Ausreichung von Löschungsquittungen über abgeloste Renten.

12. Denjenigen Grundbesitzern, welche die an die Rentenbank zu entrichtenden Renten zum 31. März d. Js. durch Kapitalzahlung abgelöst haben, wird hiermit bekannt gemacht, daß wir die gemäß § 27 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 auszufertigten Löschungsquittungen den betreffenden Kreis-Rassen zugefertigt haben, um sie den zuständigen königlichen Amtsgerichten behufs Löschung der Rentepflicht im Grundbuche zuzustellen.

Berlin, den 22. Mai 1902.

Königliche Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Personal-Chronik.

Dem Forstausseher Jaedel in Kolonie Rienitz der Oberförsterei Liebenwalde ist unter Ernennung zum königlichen Förster die Försterstelle Groß-Briesen in der Oberförsterei Dippmannsdorf vom 1. Juli d. Js. ab übertragen worden.

Die Lehrerinnen Zander, Schönberger und Lipner sind einstweilig als Gemeindefchullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Monat Mai 1902.

Gemamt sind: a. zum Ober-Postassistenten der Ober-Telegraphenassistent Kossin, b. zum Postverwalter:

der Ober-Postassistent Redzch aus Ober-Schönneweide in Baumschulenweg b. Berlin.

Angestellt ist: als Postassistent: der Postanwärter Kömhildt in Groß-Lichterfelde.

Berufen sind: die Ober-Telegraphenassistenten Dreger von Berlin nach Groß-Lichterfelde, Edler von Berlin nach Tempelhof, Jakob Schäfer von Rixdorf nach Tegel, der Postassistent Deppe von Leipzig nach Berlin.

Freiwillig ausgeschieden sind: die Telegraphengehilfinnen Burckhardt, Anna Lenz, Rißle, Martha Teutloff.

Gestorben sind: der Ober-Poststrath a. D. von Gaja, der Postdirektor a. D. Schweizer, der Postsekretär a. D. Bönsch, die Ober-Postassistenten Richard Ribbe, Winger, der Ober-Telegraphenassistent a. D. Arnold, der Ober-Telegraphist a. D. Hohnselt in Kummelsburg b. Berlin, der Postassistent Langanke.

Personal-Veränderungen im Bezirke der

Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam.

Stetsmäßig angestellt sind die Postpraktikanten Horn in Jüterbog, Richter in Potsdam und Ziglaff in Friedrichshagen als solche, der Ober-Postassistent Richter in Eberswalde als Postsekretär.

Berufen sind der Poststrath Lehmann von Potsdam nach Berlin (Reichs-Postamt), der Poststrath Münch von Coblenz nach Potsdam, der Postverwalter Nebstod von Rheinsberg (Mark) nach Brandenburg (Havel) unter Ernennung zum Ober-Postassistenten, der Postverwalter Galisch von Joachimsthal (Udermark) nach Rheinsberg (Mark) und der Postassistent Kufferow von Werder (Havel) nach Jüterbog.

In den Ruhestand treten der Postdirektor Volkmann in Schwedt und der Postverwalter Gättschow in Niemeß (Bez. Potsdam).

Ausweisungen aus Preußen.

Der Reisende Hermann Ebel, geboren 15. Juli 1866 zu Konary, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. Januar 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Kolla Bernstein, geboren am 25. Juli 1876 zu Mitau in Rußland, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 29. Januar 1902 ausgewiesen.

Der Handelsmann Kallmann Kutta, geboren am 12. Dezember 1858 zu Nowogrud, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 13. März 1902 ausgewiesen.

Der Drehorgelspieler Giovanni Cordani, geb. am 29. Juni 1875 in Metti b. Pelligrino, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 3. Mai 1902 ausgewiesen.

Der Drehorgelspieler Andres Carini, geboren

am 7. Juni 1840 zu Groppanello, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 7. Mai 1902 ausgewiesen.

Die unverheiratete Marianne Krolakowski, geboren am 20. August 1877 zu Kalisch, russische Staatsangehörige, ist als lästige Ausländerin durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 22. Mai 1902 ausgewiesen.

Der Arbeiter Jakob Pawlowski, 25 Jahre alt, geboren zu Holosowice, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 22. Mai 1902 ausgewiesen.

Der Händler Andrea Salvi, geboren am 5. Januar 1884 zu Pellegrino, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des

Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 23. Mai 1902 ausgewiesen.

Der Arbeiter Peter Szabaday, geboren 25ten November 1881 zu Bella, ungarischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 24. Mai 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Schuhmacher Fisel Buchhalter, geboren 4. März 1883 zu Kolomea, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 27. Mai 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Gymnastiker Theodor Walmström, geboren 26. Dezember 1838 zu Riga, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 31. Mai 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Rang.	Name und Stand	Alter und Heimat	Grund der Verurteilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisung
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1.	Emil Emil Jacquet, Tagner,	geboren am 5. März 1874 zu St. Pierre-sous-Margerie, Département Aube, Frankreich, französischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	24. April 1902.
2.	Martin Jakubetz, Anwalt,	geboren am 10. (15.) Oktober 1877 zu Kraszno, Komitat Trencsin, Ungarn, ungarischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Königlich sächsischer Kreishauptmannschaft Dresden,	8. April 1902.
3.	Josef Kulhavý, Feilenhauer,	geboren am 6. April 1873 zu Adler-Roskeles, Bezirk Reichenau a. R., Böhmen, ortsangehörig zu Pottenstein, Bezirk Reichenau a. R.,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	24. April 1902.
4.	Julius Marie Lemoine, Rüfer,	geboren am 6. August 1854 zu Dinard, Frankreich, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Straßburg,	21. April 1902.
5.	Lucien Lenoir, Maler,	geboren am 24. Oktober 1870 zu Paris, französischer Staatsangehöriger,	Diebstahl und Landstreichen,	derselbe,	desgleichen.
6.	Jakob Maquat, Tagner,	geboren im April 1845 zu Pumpsel, Kanton Bern, Schweiz, schweizerischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	24. April 1902.
7.	Franz Buchta (Buchla), Arbeiter,	geboren am 23. Juni 1881 zu Wien, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Plessen,	desgleichen.
8.	Ernst Schremmer, Ziegeleiarbeiter,	geboren am 24. Dezember 1863 zu Jungferndorf, Bezirk Freiwaldau, Österreichisch-Schlesien, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	24. März 1902.
9.	Franz Schulz, Färber,	geboren am 9. Mai 1870 zu Döberny, Österreich, österreichischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Straßburg,	24. April 1902.

1.	2.	3.	4.	5.	6.
1.	Name und Stand	Alter und Heimath	Ort und der Verurtheilung	Bezüge, an welche die Anweisung beschlossen hat	Datum des Anweisungs- Beschlusses
10	Anton Scharnha, Schuhmacher,	Geboren am 1. April 1878 zu Reichenberg, Böhmen, ortsangehörig zu Ala-Pala, Bezirk Jicin, ebenfalls,	Deteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	24. April 1902.
11	Hermann Säß, Schneider	geboren am 28. Oktober 1868 zu Sebaßiansberg, Böhmen, ortsangehörig ebenfalls,	besgleichen,	Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Leipzig,	2. April 1902.
12	Samuel Weismann, Schlosser,	geboren am 10. Januar 1871 zu Bogopol, Kreis Balta, Gouvernemeni Podolien, Russland, russischer Staatsangehöriger,	besgleichen,	Großherzoglich badischer Landeskommissär zu Karlsruhe,	5. Februar 1902.
13	Franz Straß, Fabrikarbeiter,	geboren am 20. Dezember 1880 zu Jaromer, Bezirk Kolin, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Dietrich und Landkreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Hannover,	6. Mai 1902.
14	Anton Roffat, Arbeiter,	geboren am 2. Februar 1848 zu Hofitz, Bezirk Schönberg, Böhmen, ortsangehörig zu Hofitz, Bezirk Schönberg,	Landkreichen und Deteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	28. März 1902.
15	Johann Merg, Schmied,	geboren am 24. Juni 1848 zu Frimburg, Bezirk Schüttenhofen, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Deteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Erfurt,	1. Mai 1902.
16	Karl Pellegrini, Erdarbeiter,	geboren am 25. April 1845 zu Cuggiono, Provinz Mailand, Italien, italienischer Staatsangehöriger,	Landkreichen, Deteln u. großer Unfug,	Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Calmar,	28. April 1902.
17	Josef Georg Witter, Messerschmied,	geboren am 16. März 1882 zu Montreux-Château, Frankreich, ortsangehörig ebenfalls,	Landkreichen und Deteln,	Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Straßburg,	8. Mai 1902.
18	Arthur Pruvot, Schiffsmacht,	13 Jahre alt, aus Etteux, Departement Aisne, Frankreich, französischer Staatsangehöriger,	besgleichen,	derselbe,	28. April 1902.
19	August Werner, Fleischergehilfe,	geboren am 4. Mai 1871 zu Schönau, Bezirk Brannau, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Deteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	2. Mai 1902.
20	Alexander Jdonowicz, Arbeiter,	35 Jahre alt, geboren zu Komno, Russland, russischer Staatsangehöriger,	Obdachlosigkeit und Deteln,	Polizei-Bezirks-Hamburg,	30. April 1902.
21	Marie Andersdotter, unverschuldet,	geboren am 19. Januar 1850 zu Schwendunge, Dänemark, dänische Staatsangehörige,	strenge polizeiliche Uebertretungen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	2. Mai 1902.
22	Karl Christian Benedt, Kellner,	geboren am 3. Juli 1875 zu Neuchâtel, Schweiz, österreichischer Staatsangehöriger,	Deteln,	Großherzoglich badischer Landeskommissär zu Konstanz,	5. Mai 1902.
23	Ernst Viktor Bisener, Knecht,	geboren am 20. April 1877 zu St. Hubert, Bezirk Neuchâtel, Provinz Luxemburg, Belgien, belgischer Staatsangehöriger,	Landkreichen,	Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Metz,	7. Mai 1902.

Nr. der Ausgewiesenen	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurteilung	Verurtheilung, welche die Ausweisung beschlossen hat	Datum des Ausweisungs- Beschlusses
1.	2.	3.	4.	5.	6.
24	Jean Theodor Chartaux, Maschinenschlosser,	geboren am 11. August 1869 zu Forest, Belgien, belgischer Staatsangehöriger,	Vertheilung, Wider- stand gegen die Staatsgewalt, Sachverleumdung und Beamtens- beleidigung,	Magistrat zu Coburg,	1. Februar 1902.
25	Robert Engel, Maler,	geboren am 3. Oktober 1871 zu Heinrichshaus (angeblich auch Mährisch - Altschloß), Bezirk Schönberg, Mähren, ortsan- gehörig zu Schönberg,	Vertheilung,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	5. Mai 1902.
26	Johann Baptist Haußer, Schneider,	geboren am 30. Oktober 1866 zu Bül, Canton St. Gallen, Schweiz, schweizerischer Staats- angehöriger,	desgleichen,	Stadtmagistrat Münster, Bayern,	18. April 1902.
27	Marie Holzinger, ledige Dienstmagd,	geboren am 22. Februar 1866 zu Pfaff, Gemeinde Erlen- bach, Bezirk Scharding, Ober- österreich, österreichischer Staats- angehöriger,	gewerbsmäßige Unzucht,	Königlich bayerisches Bezirksamt Berchtesgaden,	27. April 1902.
28	Josef Samella, Schmied,	geboren am 20. Juli 1841 zu Mikolowitz, Bezirk Zoppau, Österreichisch - Schlesien, ortsan- gehörig ebendasselbst,	Landstreicherei,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	22. Sept. 1902.
29	Adolf Rager, Arbeiter,	geboren am 14. Juli 1853 zu Göln (Köln), Komitat Eisen- burg, Ungarn, ortsangehörig ebendasselbst,	Vertheilung,	derselbe,	7. November 1901.
30	Isaac Rafowski, Schneider,	geboren im Jahre 1869 zu Lask, Gouvernement Posen, Rußland, russischer Staatsange- höriger,	Landstreicherei,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	9. Mai 1902.
31	Jacob Meier, Tischler,	geboren am 15. Dezember 1858 zu Loßling, Gemeinde Dellach, Bezirk Hermagor, Kärnten, österreichischer Staatsangehö- riger,	Vertheilung,	Stadtmagistrat Kosenheim, Bayern,	2. Mai 1902.
32	Josef Rifovec, Lagerknecht,	geboren im August 1849 zu Mlynarowice, Bezirk Klattau, Böhmen, österreichischer Staats- angehöriger,	Landstreicherei und Vertheilung,	Königlich bayerisches Bezirksamt Bad- münchen,	29. April 1902.
33	Anton Hagmoser, Arbeiter,	geboren am 12. Juni 1866 zu Hall, Tirol, österreichischer Staatsangehöriger,	Vertheilung,	Königlich bayerisches Bezirksamt Rosen- heim,	26. April 1902.

Die Ausweisung des Zimmermanns Josef Klemens ist nicht zur Durchführung gelangt, da der Verurtheilte das Reichsgebiet verlassen hat, bevor ihm der Ausweisungsbeschluss bekannt gemacht worden ist.

Hierzu sind Desseurliche Angaben.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.)

Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigiert von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Gayschen Erben.

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Child 25

Den 20. Juni

1902.

Inhaltsverzeichnis. Auslegung von Anträgen auf Genehmigung zur Errichtung u. gewerblicher Anlagen, S. 267. — Gefangene u. Tarife, S. 267/68. — Knappenfährten, S. 269. — Fang wilder Karpfen, S. 269. — Kontrahirte außersächsische Arbeiter, S. 270. — Schatzkammer, S. 270. — Konfiskation in Wittzenberge, S. 270. — Gas- Wasserleitung u. Organisationsanfragen, S. 270. — Schenkung in Gleditschberg, S. 270. — Bleichen, S. 270. — Bäckerei, S. 271. — Gemeindefest- vereinbarung, S. 271. — Grundbesitzverhältnisse, S. 271/72. — Proben (zu Benennung, S. 272 — Dauernde Befristung eines Grundstücks, S. 272. — Deutsche Hofmarken in Weichsel und Canton (China), S. 273. — Gemeindefest für Fernverkehr, S. 273. — Pfarrstellenverlegungen, S. 273. — Änderung von Stationsnamen, S. 273. — Veränderungen von Gütern, S. 273. — Gemeindefest, S. 273/74. — Änderung von Oberer Staatschulverordnungen, S. 274. — Personal- Chronik, S. 274. — Aufstellungen von Schulen, S. 274. — Änderungen von Ausweisen aus dem Reichsgebiete, S. 274.

Bekanntmachungen

Der Katholischen Missionen. 561 (1.

Verlegung von Wurzeln auf Veranlassung zur Verletzung d.
gewerblicher Wurzeln. 1799 1799 91 9

Die Ausweislich der Berichte, welche die Herren
Regierungspräsidenten auf meinem Erlass vom 7ten
Oktober v. J. (IIa. 8018) erhalten haben, ist bei der
öffentlichen Auslegung von Anträgen auf Genehmigung
zur Errichtung oder Veränderung der im Aufsatze 2
der Gewerbeordnung bezeichneten Anlagen in einigen
Fällen von Konkurrenten des Antragstellers der Befund
gemacht worden, sich durch Einsicht in die vorgelegten
Beschreibungen, Pläne und Zeichnungen Kenntniss von
Einrichtungen und Anordnungen zu verschaffen, auf
deren Geheimhaltung der Antragsteller Bestand legte.

Solchen unläuterten Bestrebungen von Konkurrenz läßt sich nur dadurch wirksam begegnen, daß der Antragsteller in den zur öffentlichen Auslegung bestimmten Beschreibungen und Zeichnungen alle Angaben über Betriebseinrichtungen und Betriebsweisen, deren Geheimhaltung er für erforderlich hält, vermeidet, daß er vielmehr der Behörde diese Betriebsgeheimnisse, getrennt von den zur öffentlichen Auslegung bestimmten Vorlagen, in besonderen Schriftstücken und Zeichnungen mittheilt, und daß solche Schriftstücke und Zeichnungen, welche nach Angabe des Antragstellers Betriebsgeheimnisse enthalten, von den Behörden sorgfältig geheim gehalten werden.

Dieser unterschiedlichen Behandlung der zur öffentlichen Auslegung bestimmten Vorlagen einerseits und der geheim zu haltenden Vorlagen andererseits, haben geistliche Vorstände nicht entgegen. Denn, wie sich aus den Bestimmungen im §. 21. d. v. G. Genehmigung deutlich ergibt, geht aus der Befehlsgabe von der Voraussetzung aus, daß Betheiligte gewöhnlich nicht zur Kenntniß der dem Genehmigungsantrage Widerstehenden und überhaupt nicht zur öffentlichen Erwähnung im Genehmigungsverfahren gelangen sollen, sondern daß nur die bei dem Genehmigungsverfahren betheiligten Behörden und Beamten und die zur Verantwortlichkeit ver-

placierten Sachverständigen, aus denen der Betriebsausschuß
sich sein Erkenntnis erhalten dürfen.

11. Die Sachverständigen darf durch diese Abklärung der
Wirtschaftsgeheimnisse, den Widerstand haben, die Wahr-
nehmung ihrer berechtigten Interessen nicht über Gebühr
erschwert oder gar unmöglich gemacht werden. Miß-
bräuchlich-Entscheidungen in dieser Weise haben nicht auf
Wahrung von Betriebsgeheimnissen, sondern die Den-
kschlussbehörde je nach den Umständen des einzelnen
Falles genötigt sein, den Genehmigungsantrag ganz
abzulehnen oder die Genehmigung nur unter besonderen
Bedingungen zu erteilen und auch dann den unter
Ziffer 23 Absatz 1 der Ausführungsanweisung zur
Verordnung vom 9. August 1939 vorgesehenen
Vorbehaltsklausel Anwendung zu machen.

Berlin, den 28. Mai 1902.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

88.

Exif

für die städtischen Löffel von nur 26 Pf. und 24 Pf. stellen
zu Wittenberge.

Vorbemerkung.

Der Geltungsbereich dieses Tarifs umfasst:

- h) dem städtischen Hafen bei Hammelwerder,
2) dem städtischen Stepens-Hafen in der Altstadt und
3) die städtischen Fisch- und Lachshäute.
a. an der großen und kleinen Fährstelle,
b. an den städtischen Weichströmen,
c. am städtischen Holzplatz,
d. an der Stepensbrücke hinter Timm und
e. an dem städtischen gepackten schifflichen Werft-
grundstücke.

120 **if you can't**

I. Hfer und Liegendeb

von jedem in den städtischen Häfen oder an den Eisch-
und Ladestellen liegenden Fahrzeuge

A. von Schiffen:

- 1) mit einer Tragfähigkeit bis zu
250 Tennen einschl. für jeden Tag
Singerst. 1 Dr. 50 Pf.
2) mit einer Tragfähigkeit von mehr

saumern Transporte wiegen zu lassen, zahlen für den Wagen nur — M. 50 Pf.
 3) für Nachmiegung eines leeren Eisenbahnwagens. 25

III. Hebeführungsgebühr

für die Beförderung von Gütern in Staatsbahnwagen vom Eisenbahnhoft Wittenberge zum Hafengelände oder umgekehrt

a. im Fernverkehr:

- 1) für Güter des Eisenbahn-Güter-Spezial-Tarifs III. für je 100 kg. 01 Pf.
- 2) für Güter der übrigen Tarifklassen der Eisenbahn für je 100 kg. 02
- 3) für Schuttwagen für 1. Wagenachse. 50

b. im Ortverkehr:

sofern ein Güterwagen eisenbahnfähig gelassen wird, außer der vorstehend unter a. angegebenen Hebeführungsgebühr die im Gütertarif für den Eisenbahndirektionsbezirk Meissen vorgesehene Entlohnung.

IV. Lager- und Platzgeld.

- 1) Lagergeld
 a. wenn das Gut in bedeckten Räumen lagert, für je 100 kg und je 24 Stunden 10 Pf.
 b. wenn dasselbe im Freien lagert, für je 100 kg und je 24 Stunden 04
- 2) Platzgeld für besonders genehmigte Lagerung von Holz und anderen Rohmaterialien im Freien zum Zwecke der Ansammlung zur Wagenladungen oder zu vorübergehender Niederlegung nach der Entladung für das qm der beanspruchten Fläche und je 10 Tage 02

Unterordnung zu 2:

Güter, die zur Lagerung in Anspruch genommen werden, müssen 3 Tagen im Voraus gemeldet werden, widrigenfalls das Lagergeld unter 1 b. in Ansatz kommt.

Zusätzliche Bestimmungen.

Anfangs- und Endtarife gelten bei der Abgabeberechnung für voll.

Befreiungen.

Fahrzeuge und Güter, welche dem Könige, dem preussischen Staate oder dem deutschen Reiche gehören oder ausschließlich für deren Rechnung befördert werden, sind von den Abgaben unter I. und IV. befreit.

Dieser Tarif tritt mit dem Tage in Kraft, an welchem die seine Veröffentlichung enthaltende Nummer des Amtsblattes der Königl. Regierung zu Potsdam ausgegeben wird.

Berlin, den 22. Mai 1902.

Der Minister
 der öffentlichen Arbeiten.
 Im Auftrage: grz. Schulz
 i. m. grz. Schwedendied.
 Tarif.

IIIb. 3993 M. v. d. A.

III. 6269 H. M.

Bekanntmachungen des Königl. Oberpräsidenten.

Kunststraße im Kreise Westprignitz.

8. In Ergänzung meiner Bekanntmachung vom 28. Dezember 1887 (Amtsblatt von 1888 Seite 11) bringe ich zur öffentlichen Kenntnis, daß die vom Kreise Westprignitz erbaute Kunststraße Westprignitz-Groß-Bergin zu den öffentlichen Kunststraßen gehört, auf welche die einschlägigen Bestimmungen zum Kaufgesetze vom 29. Februar 1840 (G. S. S. 97) für anwendbar erklärt werden sind, mit der Maßgabe, daß die Kunststraße am 9. Juni 1902 in Kraft tritt.

Der Oberpräsident.

Kunststraße im Kreise Niederbarnim.

9. In Ergänzung meiner Bekanntmachung vom 28. Dezember 1887 (Amtsblatt von 1888 Seite 11) bringe ich zur öffentlichen Kenntnis, daß die von dem Kreise Niederbarnim erbaute Kunststraße Westprignitz-Groß-Bergin zu den öffentlichen Kunststraßen gehört, auf welche die einschlägigen Bestimmungen zum Kaufgesetze vom 29. Februar 1840 (G. S. S. 97) für anwendbar erklärt werden sind, mit der Maßgabe, daß die Kunststraße am 9. Juni 1902 in Kraft tritt.

- 1) von dem Drie Zehndorf nach der Niederbarnim-Liebenwalder Chaussee.
- 2) von Mehrow nach Ahrensfelde.
- 3) von Gorinssee nach Schönwalde.

auf Grund des § 12 Abs. 3 des Gesetzes vom 20. Juni 1887 (G. S. S. 301) die staatliche Anerkennung als Kunststraße erteilt ist.

Potsdam, den 9. Juni 1902.

Der Oberpräsident.

Polizei-Verordnung.

betreffend den Fang wilder Kaninchen.

10. Auf Grund der §§ 6, 12 und 13 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265) und der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195) wird mit Zustimmung des Provinzialrathes für den Umfang der Provinz Brandenburg, mit Ausnahme der Stadtkreise Charlottenburg, Rixdorf und Schöneberg folgende Polizei-Verordnung erlassen:

§ 1. Wer entgegen der Vorschrift in § 15 des Wildschadengesetzes vom 11. Juli 1891 (G. S. S. 307) wilden Kaninchen mit Schlingen nachstellt, wird mit Geldstrafe bis zu 60 Mark bestraft. Wird die Uebertretung an einem Sonn- und Feiertage (vgl. § 14 der Polizei-Verordnung über die äußere Festhaltung der Sonn- und Feiertage vom 4. Juli 1898 (Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam S. 306 ff., Amtsblatt der Königl. Regierung zu Frankfurt a. D. S. 212 ff., Jahrgang 1898) begangen, so tritt Geldstrafe nicht unter 30 Mark ein.

§ 2. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher in anderer Weise auf fremden Grundstücken wilden Kaninchen nachstellt, ohne die schriftliche, auf bestimmte Zeit lautende und amtlich beglaubigte Erlaubnis des Eigentümers oder Nutznießers des betreffenden Grundstücks sowie des Jagdberechtigten bei sich zu führen.

Auf den Jagdberechtigten und die amtlich mit der Vertilgung von Kaninchen beauftragten Personen findet diese Bestimmung keine Anwendung.

Die schriftliche Erlaubnis wird durch die persönliche Begleitung des zur Ertheilung der Erlaubnis Berechtigten ersetzt.

Die Erlaubnis des Jagdberechtigten kann auf Antrag durch den Landrath, in Stadtkreisen durch die Ortspolizeibehörde ergänzt werden.

§ 3. Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1902 in Kraft. Mit dem gleichen Tage wird die Polizei-Verordnung, betreffend den Fang wilder Raubhunden vom 14. Juni 1894 (Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam S. 281, Amtsblatt der Königl. Regierung zu Frankfurt a./O. S. 217, Jahrgang 1894) aufgehoben.

Potsdam, den 4. Juni 1902.

Der Oberpräsident.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter.

176. Folgende ausländisch-polnische Saisonarbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitsstätten unter Kontraktbruch verlassen:

Namen:	Bisheriger Beschäftigungsort:
Peter Eizuref	
Johann Pietrzak	
Martin Gziewelag	
Valentin Rurkajew	
Johann Präßl	
Janusz Pietrzak	
Anton Jezworowski	
Boleslaw Sowerunda	
Josefa Gata	
Petronella Jezworowski	
Josepha Janik	
Hedwig Gziewelag	
Eva Gzenstef	
Victoria Jawierucha	
Josepha Knopel	
Anna Swierczynska	
Käthe Ruffat	
Andreas Gzelag	
Klemens Golensky	
Andreas Keesa	
Joseph Tomial	
Jan Tomial	
Anton Tomial	
	Domäne Berge, Kreis Weßhavel- land.
	Falkenrehde, Kreis Osthavel- land.
	Kram, Kreis Ostprignitz.

Die Genannten sind festzunehmen und sofort aus dem Staatsgebiete auszuweisen. Vom Geschehenen ist unter Bezugnahme auf diese Bekanntmachung hierher Nachricht zu geben.

Potsdam, den 17. Juni 1902.

Der Regierungspräsident.

Hauskollekte des Moos'schen Blindenvereins in Berlin.

177. Der Herr Oberpräsident hat dem Moos'schen Blindenverein in Berlin die Genehmigung zur Abhaltung einer Hauskollekte in der Provinz Brandenburg für die Zeit vom 1. April bis Ende September 1902 erteilt.

Die mit der Ausführung der Sammlungen beauftragten Personen sind mit ordnungsmäßigen polizeilich beglaubigten Ausweisen sowie mit paginierten und beglaubigten Sammelbüchern zu versehen und haben sich vor dem Beginn ihrer Thätigkeit unter Vorlegung ihrer Ausweise bei der Ortspolizeibehörde zu melden.

Potsdam, den 10. Juni 1902.

Der Regierungspräsident.

Kreditoren-Innung für Ost- und Westprignitz.

178. Nachdem bei der Abstimmung sich die Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden für die Einführung des Beitragszwanges erklärt hat, ordne ich hiermit an, daß zum 1. Oktober 1902 eine Zwangsinnung für das Kreditorkreditwerk in den Kreisen Ost- und Westprignitz mit dem Sitze in Wittenberge und dem Namen „Zwangsinnung der Kreditoren der Ost- und Westprignitz“ errichtet werde.

Von dem genannten Zeitpunkt ab gehören alle Gewerbetreibende, welche in dem Innungsbezirk das bezeichnete Handwerk ausüben, dieser Innung an.

Potsdam, den 10. Juni 1902.

Der Regierungspräsident.

Gas-, Wasserleitungs- und Heizungsanlagen-Fachmänner-
Zwangsinnung in Charlottenburg.

179. Nachdem bei der Abstimmung sich die Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden für die Einführung des Beitragszwanges erklärt hat, ordne ich hiermit an, daß zum 1. Oktober 1902 eine Zwangsinnung für die Gas-, Wasserleitungs- und Heizungsanlagen-Fachmänner im Stadtkreis Charlottenburg mit dem Sitze in Charlottenburg und dem Namen „Innung der Gas-, Wasserleitungs- und Heizungsanlagen-Fachmänner in Charlottenburg“ errichtet werde.

Von dem genannten Zeitpunkt ab gehören alle Gewerbetreibende, welche in dem Innungsbezirk das bezeichnete Handwerk ausüben, dieser Innung an.

Potsdam, den 12. Juni 1902.

Der Regierungspräsident.

180. Viehsuchen.

I. Festgestellt:

a. Milzbrand. Kreis West-Havelland: Strehow, Abgow, Bamm, Premitz. Kreis Zauch-Belzig: Belzig.

b. Schweinepeste. Kreis Perleberg-Storkow: Streganz. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: Gut Rein-dorf. Kreis Prenzlau: Gut Wittenberg, Gut Carolinenthal, Baumgarten.

c. Geflügelcholera. Kreis Templin: Templin.

II. Erlöschen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Angermünde: Gut Zuchenberg bei Angermünde.

b. Milzbrand. Kreis Ost-Havelland: Gut Markau, Groß-Ziethen. Kreis West-Havelland: Strehow. Kreis Zauch-Belzig: Rüsse.

c. Schweinepeste. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: Heinsdorf.

Potsdam, den 17. Juni 1902.

Der Regierungspräsident.

181. Nachweisung der an den Pegeln der Havel und Spree im Monat Mai 1902 beobachteten Wasserstände.

Tag	Wasserstände der Havel an den Pegeln zu								Wasserstände der Spree an den Pegeln zu					
	Kathenow		Brandenburg		Potsdam	Spandau		Charlottenburg		Geyersd.	Gr. Tränke		Beetow	Alt-Schadow
	Oberwasser	Unterwasser	Oberwasser	Unterwasser		Oberwasser	Unterwasser	Oberwasser	Unterwasser		Mehr	Unterwasser		
	Mtr.	Meter	Mtr.	Meter	Meter	Mtr.	Meter	Mtr.	Meter	Meter	Mtr.	Meter	Mtr.	Meter
1	2,63	1,76	1,52	2,31	1,98	1,42	2,53	1,18	3,22	3,14	0,88	2,56	1,75	1,36
2	2,58	1,73	1,52	2,28	1,96	1,43	2,52	1,24	3,32	3,22	0,87	2,56	1,75	1,35
3	2,60	1,73	1,51	2,29	1,96	1,44	2,50	1,24	3,26	3,17	0,88	2,53	1,74	1,38
4	2,57	1,76	1,50	2,36	1,90	1,44	2,51	1,20	3,26	3,16	0,88	2,54	1,74	1,31
5	2,54	1,73	1,51	2,30	1,94	1,45	2,48	1,24	3,28	3,18	0,86	2,55	1,72	1,30
6	2,54	1,74	1,49	2,32	1,95	1,44	2,47	1,24	3,30	3,18	0,86	2,54	1,70	1,28
7	2,53	1,71	1,49	2,30	1,93	1,44	2,42	1,21	3,26	3,16	0,86	2,54	1,68	1,27
8	2,52	1,77	1,45	2,40	1,86	1,42	2,43	1,13	3,22	3,06	0,86	2,51	1,67	1,25
9	2,51	1,70	1,48	2,37	1,87	1,41	2,42	1,19	3,22	3,14	0,87	2,49	1,64	1,24
10	2,49	1,68	1,46	2,33	1,87	1,41	2,39	1,18	3,22	3,10	0,85	2,47	1,63	1,24
11	2,48	1,69	1,45	2,37	1,84	1,40	2,39	1,09	3,22	3,04	0,86	2,45	1,62	1,23
12	2,47	1,67	1,45	2,35	1,88	1,38	2,39	1,17	3,22	3,10	0,84	2,38	1,60	1,22
13	2,45	1,66	1,43	2,27	1,85	1,38	2,37	1,16	3,22	3,01	0,83	2,40	1,58	1,21
14	2,42	1,64	1,43	2,26	1,87	1,37	2,34	1,13	3,22	3,04	0,83	2,40	1,57	1,21
15	2,41	1,66	1,40	2,25	1,85	1,35	2,37	1,15	3,22	2,98	0,83	2,34	1,55	1,20
16	2,39	1,63	1,40	2,24	1,85	1,34	2,33	1,11	3,22	2,98	0,85	2,32	1,56	1,19
17	2,37	1,64	1,40	2,23	1,85	1,33	2,36	1,12	3,22	2,92	0,85	2,33	1,54	1,18
18	2,37	1,70	1,38	2,27	1,79	1,33	2,39	1,00	3,22	2,94	0,83	2,35	1,52	1,19
19	2,36	1,70	1,38	2,32	1,74	1,33	2,40	1,02	3,22	2,94	0,83	2,36	1,52	1,18
20	2,36	1,64	1,40	2,25	1,78	1,33	2,42	1,02	3,22	2,94	0,83	2,37	1,50	1,18
21	2,36	1,61	1,39	2,25	1,80	1,33	2,42	1,08	3,22	2,98	0,88	2,36	1,49	1,17
22	2,35	1,60	1,37	2,23	1,80	1,34	2,38	1,06	3,22	2,94	0,88	2,34	1,48	1,17
23	2,37	1,60	1,37	2,22	1,81	1,34	2,37	1,08	3,22	2,96	0,84	2,26	1,47	1,16
24	2,40	1,59	1,36	2,20	1,80	1,33	2,34	1,07	3,22	3,00	0,85	2,23	1,45	1,16
25	2,50	1,66	1,34	2,27	1,75	1,32	2,40	1,07	3,22	2,88	0,83	2,23	1,43	1,17
26	2,54	1,60	1,36	2,20	1,76	1,31	2,39	1,07	3,22	2,98	0,80	2,22	1,43	1,17
27	2,54	1,56	1,35	2,18	1,78	1,31	2,37	1,07	3,22	2,96	0,81	2,17	1,42	1,17
28	2,52	1,58	1,34	2,20	1,80	1,30	2,34	1,00	3,22	2,86	0,83	2,21	1,41	1,17
29	2,49	1,56	1,34	2,19	1,78	1,28	2,33	1,06	3,22	2,85	0,85	2,17	1,39	1,17
30	2,50	1,56	1,34	2,19	1,77	1,26	2,35	1,07	3,22	2,88	0,84	2,15	1,38	1,17
31	2,48	1,58	1,33	2,21	1,74	1,24	2,37	1,07	3,22	2,88	0,83	2,10	1,36	1,16

Potsdam, den 16. Juni 1902.

Der Regierungspräsident.

Gemeindebezirksveränderung.

182. Der Bezirksauschuß hier selbst hat am 22. April d. J. beschlossen, das nachstehend verzeichnete Trennstück:

Artikel der Mutterrolle	Bezeichnung nach dem Grundbuche		Nummer des Kartenblattes		Des Eigentümers Name und Wohnort	Mäßeninhalt		
	Band	Blatt	der Parzelle	der		ha	ar	qm
40	—	—	8	166	Stadtgemeinde Wittstock	—	41	90

von dem Ortsbezirk Goldbeck abzutrennen und mit dem Gebiete der Stadtgemeinde Wittstock zu vereinigen.

Die Umgemeindung tritt am 1. Juli d. J. in Kraft.

Potsdam, den 16. Juni 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.
Grundstücksausschreibung.7. Die Firma Excelsior-Fahrrad-Werke, Gebr. Conrad & Pag in Brandenburg a./S., beabsichtigt einen Teil der hinter ihrem Grundstücke Mühlen-
dam 12 in Brandenburg a./S. am Mühlengraben
befindenden Miete bewaffnet aufzubauen.Hierzu ist die beschließende Genehmigung nach-
gefragt worden.Dies wird mit der Aufforderung bekannt gemacht,
etwaige Einwendungen in beschließender Hinsicht gegen
die geplante Ausschreibung binnen zwei Wochen bei dem
Bezirksauschusse zu Potsdam anzubringen. Später
einkommende Einträge finden keine Berücksichtigung.

Die Pläne können in der Registratur des Bezirksausschusses hier, Humboldtstraße 1, während derselben Frist eingesehen werden.

Potsdam, den 6. Juni 1902.

Der Bezirks-Ausschuß.

Joachim.

Grundstücksaufhöhung.

8. Der Amtsrichter Paul in Berlin, Mauerstraße 8, beabsichtigt sein in Gladow an der Havel belegenes, von dem Baumeister Gutmann erworbenes Grundstück hochwasserfrei aufzuheben und anschließend an die in seinem Willensgrundstück vorhandene Uferbefestigung mit einer gleichen Uferbefestigung zu versehen. Hierzu ist die beichpolizeiliche Genehmigung nachgesucht worden.

Des wiew mit der Aufforderung bekannt gemacht, etwaige Einwendungen in beichpolizeilicher Hinsicht gegen die geplante Aufhöhung binnen zwei Wochen bei dem Bezirksausschuß zu Potsdam anzubringen. Später eingehende Einsprüche finden keine Berücksichtigung. Die Pläne können in der Registratur des Bezirksausschusses hier, Humboldtstraße 1, während derselben Frist eingesehen werden.

Potsdam, den 12. Juni 1902.

Der Bezirksausschuß.

Joachim.

Grundstücksaufhöhung.

9. Die Herren Ernst Mohl und Franz und Otto Kuhn in Schmöwis beabsichtigen das vor ihren Grundstücken am Zenthener See in Schmöwis belegene Wiesen- und Rohrgelände bis auf eine Entfernung von 5 m von der Grenze des mittleren Wasserstandes hochwasserfrei aufzuheben und mit Faschinen-Bollwerk zu befestigen.

Hierzu ist die beichpolizeiliche Genehmigung nachgesucht worden.

Des wiew mit der Aufforderung bekannt gemacht, etwaige Einwendungen in beichpolizeilicher Hinsicht gegen die geplante Aufhöhung binnen 2 Wochen bei dem Bezirksausschuß zu Potsdam anzubringen. Später eingehende Einsprüche finden keine Berücksichtigung. Die Pläne können in der Registratur des Bezirksausschusses hier, Humboldtstraße 1, während derselben Frist eingesehen werden.

Potsdam, den 12. Juni 1902.

Der Bezirksausschuß.

Joachim.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Straßen u. Benennung in Berlin.

58. Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, mehreren Straßen sowie einem Platz und einer Brücke in Berlin Namen beizulegen und zwar: der Straße 5a. der Abtheilung VIII. des Bebauungsplanes der Umgebungen Berlins den Namen „Oldenburgerstraße“, der Straße 4a. derselben Abtheilung den Namen „Unionsstraße“, der Straße 21a. der Abtheilung X. des Bebauungsplanes

den Namen „Lüderigstraße“, der Straße 60a. der Abtheilung X² des Bebauungsplanes den Namen „Schönheutstraße“, der Straße 63. derselben Abtheilung den Namen „Ortstraße“, der Straße XI. der Abtheilung XI. des Bebauungsplanes den Namen „Stolpische Straße“, der Straße 19 der Abtheilung XII. des Bebauungsplanes den Namen „Wäckerstraße“, der Straße 19a. derselben Abtheilung den Namen „Rehnbrennstraße“, der Straße 18b. derselben Abtheilung den Namen „Egerenbergstraße“, der Straße 80a. derselben Abtheilung den Namen „Maatestraße“, der Straße 2a. der Abtheilung XIII. des Bebauungsplanes den Namen „Apheymstraße“, der Straße 4a. derselben Abtheilung den Namen „Wobdenberger Straße“, der Straße 4b. derselben Abtheilung den Namen „Friedberger Straße“, dem Platz A. derselben Abtheilung den Namen „Kunsthalder Platz“, der Straße 42b. der Abtheilung XIII² des Bebauungsplanes den Namen „Kochmannstraße“, der Straße 43b. derselben Abtheilung den Namen „Straßmannstraße“, der Straße 48b. derselben Abtheilung den Namen „Quandstraße“, der Straße 9a. der Abtheilung XIV. des Bebauungsplanes den Namen „Cabinetstraße“, der Straße 10a. derselben Abtheilung den Namen „Lorellstraße“, den Straßen 40 und 40a. derselben Abtheilung den Namen „Göplerstraße“, von Straßen 43 und 43a. derselben Abtheilung den Namen „Vossestraße“, der Straße 49 derselben Abtheilung den Namen „Am Warschauer Platz“, der von der Straße an der Spandauer Brücke bis zur Holzmarktstraße an der Stadtbahn entlang führenden Straße, welche bisher die Bezeichnung „An der Stadtbahn“ führte, den Namen „Dicksenstraße“ und endlich der im Norden des Humboldthaines über die Gleise der Berlin-Stettiner Eisenbahn führenden Brücke den Namen „Humboldt-Sieg“.

Berlin, den 11. Juni 1902.

Der Polizei-Präsident.

Dauernde Beschränkung eines Grundstücks.

59. Durch Allerhöchste Kabinets-Order vom 2. Mai 1902 ist der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn in Berlin behufs Anbringung von Rosetten an den Straßenseiten von Häusern zwecks Befestigung von Querdrähten für den elektrischen oberirdischen Straßenbahnbetrieb in denselben Straßen Berlins und dessen Vororte, in welchen aus verkehrspolizeilichen Rücksichten die Aufstellung von Mofen für solche Querdrähte nicht gestattet werden kann, das Recht zur dauernden Beschränkung des Grundeigentums verliehen worden. Auf Antrag der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn vom 13. März dieses Jahres ist gemäß § 15 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 nach Prüfung des vorgelegten Planes durch die königliche Eisenbahndirektion von mir als Landespolizeibehörde vorläufig festgestellt worden, daß die Nothwendigkeit einer dauernden Beschränkung in dem vorgetragten Sinne bezüglich des hieselbst Dorosteenstraße 57 belegenen Grundstücks eingetreten ist. Das Grundstück gehört dem hieselbst

Die Pläne können in der Registratur des Bezirksauschusses hier, Humboldtsstraße 1, während derselben Frist eingesehen werden.

Potsdam, den 6. Juni 1902.

Der Bezirks-Ausschuß.

Joachim.

Grundstücksaufhöhung.

8. Der Amtsgerichtsralh Balke in Berlin, Mauerstraße 8, beabsichtigt sein in Gladow an der Favel belegenes, von dem Baumeister Guttmann erworbenes Grundstück hochwasserfrei aufzuheben und anschließend an die in seinem Willensgrundstück vorhandene Uferbefestigung mit einer gleichen Uferbefestigung zu versehen.

Hierzu ist die beschlußfällige Genehmigung nachgesucht worden.

Dies wird mit der Aufforderung bekannt gemacht, etwaige Einwendungen in beschlußfälliger Hinsicht gegen die geplante Aufhöhung binnen zwei Wochen bei dem Bezirksauschusse zu Potsdam anzubringen. Später eingehende Einsprüche finden keine Berücksichtigung. Die Pläne können in der Registratur des Bezirksauschusses hier, Humboldtsstraße 1, während derselben Frist eingesehen werden.

Potsdam, den 12. Juni 1902.

Der Bezirksauschuß.

Joachim.

Grundstücksaufhöhung.

9. Die Herren Ernst Möll und Franz und Otto Kuhn in Schmöckwitz beabsichtigen das vor ihren Grundstücken am Zenthner See in Schmöckwitz belegene Wiesen- und Moorgebiet bis auf eine Entfernung von 5 m von der Grenze des mittleeren Wasserstandes hochwasserfrei aufzuheben und mit Faschinen-Vollwerk zu versehen.

Hierzu ist die beschlußfällige Genehmigung nachgesucht worden.

Dies wird mit der Aufforderung bekannt gemacht, etwaige Einwendungen in beschlußfälliger Hinsicht gegen die geplante Aufhöhung binnen 2 Wochen bei dem Bezirksauschusse zu Potsdam anzubringen. Später eingehende Einsprüche finden keine Berücksichtigung. Die Pläne können in der Registratur des Bezirksauschusses hier, Humboldtsstraße 1, während derselben Frist eingesehen werden.

Potsdam, den 12. Juni 1902.

Der Bezirksauschuß.

Joachim.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Straßen u. Bezeichnung in Berlin.

58. Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, mehreren Straßen sowie einem Platz und einer Brücke in Berlin Namen beizulegen und zwar: der Straße 5a. der Abtheilung VIII. des Bebauungsplanes der Umgebungen Berlins den Namen „Oldenburgerstraße“, der Straße 4a. derselben Abtheilung den Namen „Unionstraße“, der Straße 21a. der Abtheilung X. des Bebauungsplanes

den Namen „Lüderigstraße“, der Straße 60a. der Abtheilung X. des Bebauungsplanes den Namen „Schnitzstraße“, der Straße 63. derselben Abtheilung den Namen „Orthstraße“, der Straße XI. der Abtheilung XI. des Bebauungsplanes den Namen „Stolpische Straße“, der Straße 19 der Abtheilung XII. des Bebauungsplanes den Namen „Wäckerstraße“, der Straße 19a. derselben Abtheilung den Namen „Rehnbreitestraße“, der Straße 18b. derselben Abtheilung den Namen „Scherenbergstraße“, der Straße 80a. derselben Abtheilung den Namen „Raabestraße“, der Straße 2a. der Abtheilung XIII. des Bebauungsplanes den Namen „Kappelerstraße“, der Straße 4a. derselben Abtheilung den Namen „Wolfsbütgerstraße“, der Straße 4b. derselben Abtheilung den Namen „Freidenbergerstraße“, dem Platz A. derselben Abtheilung den Namen „Arnswalder Platz“, der Straße 42b. der Abtheilung XIII. des Bebauungsplanes den Namen „Kochmannstraße“, der Straße 43b. derselben Abtheilung den Namen „Straßmannstraße“, der Straße 44b. derselben Abtheilung den Namen „Sauburgstraße“, der Straße 9a. der Abtheilung XIV. des Bebauungsplanes den Namen „Cabinetstraße“, der Straße 10a. derselben Abtheilung den Namen „Lorellstraße“, den Straßen 40 und 40a. derselben Abtheilung den Namen „Göplerstraße“, von Straßen 43 und 43a. derselben Abtheilung den Namen „Doffestraße“, der Straße 49 derselben Abtheilung den Namen „Am Warschauer Nag“, der von der Straße an der Spandauer Brücke bis zur Holzmarktstraße an der Stadtbahn entlang führenden Straße, welche bisher die Bezeichnung „An der Stadtbahn“ führte, den Namen „Dirksenstraße“ und endlich der im Norden des Humboldthaines über die Gleise der Berlin-Stettiner Eisenbahn führenden Brücke den Namen „Humboldt-Steg“.

Berlin, den 11. Juni 1902.

Der Polizei-Präsident.

Dauernde Beschränkung eines Grundstücks.

59. Durch Allerhöchste Kabinets-Order vom 2. Mai 1902 ist der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn in Berlin behufs Anbringung von Rosetten an den Straßenseilen von Häusern zwecks Befestigung von Querdrähten für den elektrischen oberirdischen Straßenbahnbetrieb in denselben Straßen Berlins und dessen Vororte, in welchen aus verkehrspolizeilichen Rücksichten die Aufstellung von Masten für solche Querdrähte nicht gestattet werden kann, das Recht zur dauernden Beschränkung des Grundeigentums verliehen worden. Auf Antrag der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn vom 13. März dieses Jahres ist gemäß § 15 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 nach Prüfung des vorgelegten Planes durch die königliche Eisenbahndirektion von mir als Landespolizeibehörde vorläufig festgestellt worden, daß die Nothwendigkeit einer dauernden Beschränkung in dem vorgetragenen Sinne bezüglich des hieselbst Dortheenstraße 57 belegenen Grundstückes eingetreten ist. Das Grundstück gehört dem hieselbst

Neue Wilhelmstraße 5 wohnhaften Kaufmann J. Muntz und ist im Grundbuch des Königl. Amtsgerichts zu Berlin von den Umgebungen Band 8 Blatt Nr. 462 Dorothienstadt im Gebäudesteuerkataster unter Nr. 12584, in der Grundsteuermutterrolle Artikel Nr. 15459 verzeichnet.

In dem Antrage auf Feststellung des Planes gemäß § 18 ff. des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 hat die Berlin-Charlottenburger Straßenbahn-Gesellschaft, die Art und den Umfang der bauernden Beschränkung des gedachten Grundstücks dahin formuliert:

„Das Eigentum des Kaufmann J. Muntz, Berlin, Neue Wilhelmstraße 5, oder dessen Nachfolger an dem zu Berlin in der Dorothienstraße 57 belegenen, im Grundbuche des Königl. Amtsgerichts zu Berlin von den Umgebungen Band VIII. Blatt Nr. 462 Dorothienstadt verzeichneten, im Gebäudesteuerkataster unter Nr. 12584 bzw. in der Grundsteuermutterrolle Artikel Nr. 15459 geführten Grundstück bis zum 31. Dezember 1949, jedoch nicht über den Zeitpunkt hinaus, in welchem die jetzt vorhandenen Bauteile abgebrochen, oder die Frontwände der Gebäude bauliche Änderungen erleiden, welche von Anbringung beziehungsweise Wiederanbringung der Rosette unmöglich machen, durch die Last zu beschränken, an der Vorderfront in der aus der beigefügten Zeichnung ersichtlichen Lage das Anbringen und die Benutzung von drei Rosetten zu dulden, welche je bei 0,10 qm Umfang 6,10 m hoch durch 0,000796 qm große und 0,45 kg schwere Reile schrauben zu befestigen sind, und zwar soll die Benutzung der Rosetten zur Anbringung von Drähten für die elektrische Oberleitung erfolgen dürfen.“

Zur Erläuterung ihres Antrages hat die Unternehmerin eine geänderte Zeichnung über die Anbringung und die Befestigung der Rosetten vorgelegt.

Der vorläufig festgestellte Plan wird nunmehr vom 23. Juni bis 7. Juli d. J. einsehlich in der Magistratur der Abteilung I. des Königl. Polizei-Präsidiums im Polizei-Dienstgebäude am Alexanderplatz Eingang IV. 2 Treppen Stamm 389 zu Jedermanns Einsicht ausliegen.

Entscheidungen gegen diesen Plan sind bis zum Ablauf der bestimmten Frist bei der I. Abteilung des Königl. Polizei-Präsidiums schriftlich anzugeben oder beim Sekretariat dieser Abteilung mündlich zu Protokoll zu geben.

Berlin, den 11. Juni 1902.

Der Polizei-Präsident

von Lindheim.

Bekanntmachungen

des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.
Abteilung des Reichs-Postamts in Berlin und Berlin (Gef.)
Berlin, den 10. Juni 1902.
In Berlin und in Berlin (Gef.) sind deutsche Postanstalten eingerichtet worden. Ihre Tätig-

keit erstreckt sich auf den Briefpost-, Zeitungs- und Postanweisungsdienst sowie auf die Annahme und Ausgabe von gewöhnlichen Paketen mit oder ohne Nachnahme. Die Postanstalt in Berlin vermittelt außerdem die Annahme und Ausgabe von Briefen, Paketen und Paketen mit Wertangabe und mit oder ohne Nachnahme.

Ueber die Taxen und Beförderungsbedingungen geben die Postanstalten auf Verlangen Auskunft.
Berlin W. 66, den 10. Juni 1902.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen des Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Gemeindefürsorge für Fernsprechtabel.

17. Der dem Kaiserlichen Stadtkommissar 6 hier W., Lützowplatz 95, liegt ein Plan aus über die Herstellung eines Gemeindefürsorge für Fernsprechtabel in der Potsdamerstraße von der Potsdamerstraße bis zur Potsdamerstraße.

Berlin C. 2, den 14. Juni 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Bekanntmachungen der Königl. Konstitution der Provinz Brandenburg.

Markhallenerhebung.

18. Erledigt ist die eine (ehemal. 1. u. 2.) Markhalle magistratsfähiger Markthallen an der Jerusalemstraße hier selbst, Däse, Friedrichs-Werke 1, durch das am 17. April d. J. erfolgte Ableben des Markterschreibers.

Berlin, den 14. Juni 1902.

Markhallenerhebung.

19. Erledigt wird die Markthalle Magistratsfähiger Markthallen zu Friedersdorf, Däse, Ecker, durch Verletzung des Markterschreibers zum 1. Juli d. J. Wiederbesetzung erfolgt durch Gemeindefürsorge nach dem Marktwahlgesetz vom 15. März 1880: — A. G. G. u. M. D. C. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirektion zu Berlin.

Abänderung von Stationenamen.

22. Vom 1. Oktober 1902 an erhält die Station „Neu-Hahnsdorf“ zwischen Friedrichshagen und Ebneth in der Strecke Berlin—Frankfurt a. M. den Namen „Wilhelmshagen“.

Berlin, am 13. Juni 1902.

Königl. Eisenbahndirektion.

Bekanntmachungen der Reichs-Landeskasse.

Versteigerung von Grundstücken und Grundbesitz.

19. Versteigerung der in Ostacht kommandierten Grundstücke: Gemarkung Eichenrode Nordblatt 1 Nr. 493/144 Größe: 1,1595 ha, bisheriger Gemeindefürsorge. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 1. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 2. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 3. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 4. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 5. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 6. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 7. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 8. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 9. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 10. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 11. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 12. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 13. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 14. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 15. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 16. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 17. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 18. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 19. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 20. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 21. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 22. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 23. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 24. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 25. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 26. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 27. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 28. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 29. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 30. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 31. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 32. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 33. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 34. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 35. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 36. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 37. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 38. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 39. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 40. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 41. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 42. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 43. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 44. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 45. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 46. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 47. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 48. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 49. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 50. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 51. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 52. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 53. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 54. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 55. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 56. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 57. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 58. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 59. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 60. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 61. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 62. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 63. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 64. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 65. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 66. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 67. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 68. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 69. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 70. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 71. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 72. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 73. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 74. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 75. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 76. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 77. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 78. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 79. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 80. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 81. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 82. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 83. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 84. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 85. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 86. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 87. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 88. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 89. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 90. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 91. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 92. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 93. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 94. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 95. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 96. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 97. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 98. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 99. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 100. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 101. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 102. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 103. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 104. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 105. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 106. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 107. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 108. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 109. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 110. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 111. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 112. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 113. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 114. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 115. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 116. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 117. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 118. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 119. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 120. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 121. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 122. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 123. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 124. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 125. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 126. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 127. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 128. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 129. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 130. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 131. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 132. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 133. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 134. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 135. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 136. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 137. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 138. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 139. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 140. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 141. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 142. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 143. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 144. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 145. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 146. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 147. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 148. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 149. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 150. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 151. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 152. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 153. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 154. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 155. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 156. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 157. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 158. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 159. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 160. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 161. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 162. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 163. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 164. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 165. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 166. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 167. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 168. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 169. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 170. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 171. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 172. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 173. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 174. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 175. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 176. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 177. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 178. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 179. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 180. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 181. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 182. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 183. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 184. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 185. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 186. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 187. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 188. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 189. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 190. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 191. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 192. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht. Gemeindefürsorge 193. Gemeindefürsorge Eichenrodebez. Ostacht.

20. Veränderung von Guts- und Gemeindebezugsgrößen.

Nr.	Grundbuch		Kartenblatt	Parzelle	Grundbesitzerrolle	Flächengehalt	Guts- oder Gemeindebezirk	
	Buch	Blatt					bisher	künftig
1	I.	18	11	63/3	46	6,1000	Gemeindebezirk Burgwall	Gutsbezirk Forst Zehdenick
2	I.	14	3	248/162	26	2,0162	Gutsbezirk Forst Zehdenick	Gemeindebezirk Burgwall
3	Grundbuch	14	6	19/1 u. 50/2	46	0,3140 u. 0,0604		
4	VL u. 161	11	10	38/43	47	0,0111		
5	Gemeindebezirk							
6	Gemeindebezirk							
7	Gemeindebezirk							
8	Gemeindebezirk							
9	Gemeindebezirk							
10	Gemeindebezirk							
11	Gemeindebezirk							
12	Gemeindebezirk							
13	Gemeindebezirk							
14	Gemeindebezirk							
15	Gemeindebezirk							
16	Gemeindebezirk							
17	Gemeindebezirk							
18	Gemeindebezirk							
19	Gemeindebezirk							
20	Gemeindebezirk							

Templin, den 20. Mai 1902.

Der Kreisausschuss.

21. Veränderung von Gutsbezugsgrößen.

Nr.	Grundbuch		Kartenblatt	Parzelle	Grundbesitzerrolle	Flächengehalt	Gutsbezirk	
	Buch	Blatt					bisher	künftig
1	IV	116	2	108/2	6	0,5360	Dabingen	Ribbed
2	—	—	11	36/12 u. 1	1	5,7949	Dabingen	Ribbed

Templin, den 6. Juni 1902.

Der Kreisausschuss.

Beschlüsse anderer Behörden.

Die am 30. v. M. in Gegenwart eines Königl. Notars stattgehabte Auslosung der vormals hannoverschen 4%igen Staatsanleihe für das Rechnungsjahr 1902 sind die folgenden Nummern gezogen worden:

Nr. 229 319 631 über je 1000 Thlr. Gold und
Nr. 730 752 827 836 881 930 1108 1233 1350
1474 1543 1555 1665 1705 1733 1787 1794 1803
1830 1928 1973 2051 über je 500 Thlr. Gold.

Diese werden den Besitzern hierdurch auf den 2. Januar 1903 zur baaren Rückzahlung gefündigt.

Die ausgelassenen Schuldverschreibungen lauten auf Gold, deren Rückzahlung wird in Reichswährung nach dem Beschlusse der Reichsanleihe vom 6. Dezember 1873, betreffend die Aufhebung der Bundes-Geldbanken u. (Reichsanleihe Nr. 292), sowie nach den Ausführungsbestimmungen des Reichsfinanzministers vom 17. März 1874 (Wochenblatt Nr. 66, Position 3) erfolgen.

Die Kapitalbeträge werden schon vom 15. Dezember d. J. ab gegen Quittung und Entlassung der Schuldverschreibungen nebst den zugehörigen Zinsanweisungen und den nach dem 2. Januar 1903

falligen Zinscheinen (Reihe VII. Nr. 5-10) an den Zeichnungsstellen bei der Regierungshauptkasse hier selbst vom 9 bis 12 Uhr Vormittags ausgezahlt.

Die Einlösung der Schuldverschreibungen kann auch bei sämtlichen übrigen Regierungshauptstellen, bei der Staatsanleihe in Berlin, sowie bei der Kreisstelle in Frankfurt a. M. geschehen. Zu dem Zweck sind die Schuldverschreibungen nebst den zugehörigen Zinscheinen-Anweisungen und Zinscheinen schon vom 1. Dezember d. J. ab bei einer dieser Stellen einzulösen. Nach erfolgter Feststellung durch die hiesige Regierungshauptkasse wird die Auszahlung von den ersten Kassen bewirkt werden.

Die Einlösung der Schuldverschreibungen nebst den zugehörigen Zinscheinen-Anweisungen und Zinscheinen mit oder ohne Verzinsung muß postfrei geschehen.

Sollte die Abforderung des gefündigten Kapitals bis zum Fälligkeitstermine nicht erfolgen, so kann dasselbe von dem gebotenen Zeitpunkt ab zum Nachtheile der Gläubiger außer Verzinsung.

Schlieflich wird bemerkt, daß alle übrigen 3 1/2 % und 4 %igen vormals hannoverschen Staats- und Eisenbahn-Schuldverschreibungen früher gefündigt und außer Verzinsung gesetzt sind. Die Inhaber der unter verzeichneten noch nicht eingelösten Schuldverschreibungen werden an deren

Einlösung bei der hiesigen Regierungshauptkasse nochmals erinnert.

Hannover, den 4. Juni 1902.

Der Regierungs-Präsident.

der bereits früher gefündigten und bis jetzt nicht eingelieferten, nicht mehr verzinslichen normals Hannoverschen Landes- und Eisenbahn-Schuldverschreibungen.

Lit. H. 3 1/2 %

auf 2. Januar 1874 gefündigt: N^o 830 über 100 Thlr. Kurant.

Lit. N. 3 1/2 %

auf 2. Januar 1873 gefündigt: N^o 4163 über 100 Thlr. Gold.

auf 1. Dezember 1874 gefündigt: N^o 4162 über 100 Thlr. Gold.

Lit. EL 4 %

auf 1. Dezember 1874 gefündigt: N^o 2880 über 100 Thlr. Kurant.

Lit. FL 4 %

auf 1. Dezember 1874 gefündigt: N^o 14110 über 500 Thlr. Gold.

Lit. GL 4 %

auf 1. Dezember 1874 gefündigt: N^o 5421 über 100 Thlr. Kurant.

Lit. HL 4 %

auf 1. Dezember 1874 gefündigt: N^o 4580 über 200 Thlr. Kurant.

N^o 1320 über 100 Thlr. Kurant.

Personal-Chronik.

Im Kreise Niederbarnum sind wieder ernannt worden: a. zum Amtsvorsteher: Gemeindevorsteher Springer, Ruhlsdorf, für den Bez. 43 „Ranke“, b. zum Amtsvorsteherstellvertreter: Lehngutsbesitzer Ralbe, Ruhlsdorf, für den Bez. 43 „Ranke“.

Im Kreise Templin sind ernannt bzw. wieder ernannt worden: a. zu Amtsvorstehern: Rittergutsbesitzer Reiche zu Annenwalde für den Bezirk 23 „Annenwalde“, Rittergutsbesitzer Bettac zu Bödenberg für den Bezirk 5 „Gr. Freudenwalde“, b. zum Amtsvorsteher-Stellvertreter: Rittergutsbesitzer Klügge, zu Stragels für den Bezirk 7 „Sudow“.

Im Kreise Derstow-Storow sind ernannt worden: a. zum Amtsvorsteher: Lehngutsbesitzer Wulff zu Neu-Golm für den Bezirk 6 „Plassenborn“, b. zu Amtsvorsteher-Stellvertreter: Gutsbesitzer Raach zu Reichenborn für den Bezirk 5 „Rauen“, Rittergutsbesitzer Ruff zu Eumersdorf für den Bezirk 6 „Plassenborn“, Mühlenbesitzer Petschelt zu Prietos für den Bezirk 12 „Görsdorf“.

Die von Plantagenhaus nach Gramptnis in der Oberförsterei Potsdam verlegte Revierförsterstelle ist vom 1. Oktober d. J. ab dem Förster Schulz in Eiferbude der Oberförsterei Biesenthal zunächst probeweise übertragen worden.

Dem Forstausseher Claussius in Oderberg der Oberförsterei Freienwalde ist unter Ernennung zum königlichen Förster die Försterstelle Deerenbusch in der Oberförsterei Rheni vom 1. Juli d. Js. ab übertragen worden.

Der bisherige Valtoprediger in Dransburg Julius Edmund Küster ist zum Pfarrer der Parochie Groß-Gotzow, Diözese Verleberg, bestellt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Karl Gangel ist als Oberlehrer an dem königlichen französischen Gymnasium in Berlin angestellt worden.

Der Kandidat des höheren Schulamts Paul Pape ist als Oberlehrer an der 7. Realschule in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Rausch, Mürtz, Wegener, Möller, Böttcher, Laube, Klingberg, Hoffmann, Cornelius, Röhler, Selma, Hoffmann, Mähren, Heyner, Mantewicz, Ruben und Ballenberg sind endgültig als Gemeindefchullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Die Lehrer Hier, Triller, Brödmeyer, Silla, Schmeling, Ehm, Schmod, Wagner und Lehmann sind einstweilig als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Schuhmacher Jacob Cocheles, geboren 16. Juni 1876 zu Deutsch D./S., österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizeipräsidenten zu Berlin vom 13. Mai 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand	Alter und Geburtsort	Grund	Beschluß	Datum des Ausweisungs-Beschlusses
				welche die Ausweisung beschlossen hat	
1.	Johann Desregger, Sattler,	geboren am 12. November 1869 zu Mitteldorf, Gemeinde Birgen, Bezirk 10, Kreis, Nordbarnum, hiesig ebenfalls.	a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: drei einfache Diebstähle im Reich (2 Jahre 3 Monate Zuchthaus, laut Erkenntnis vom 22. März 1900),	königlich bayerisches Bezirksamt Bamberg II.,	2. Mai 1902.

Rang.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung	Behörde, welche die Ausweisung beschloß	Datum des Ausweisungsbefchlusses
	1.	2.	3.	4.	5.
1.	Peter Roges, ohne Stand,	geboren am 21. März 1850 zu Maizères, Kreis Metz, Pöb- ringen, französischer Staatsan- gehöriger,	zweifache Dieb- stähle im wieder- holten Rückfalle (6 Jahre Zucht- haus, laut Er- kenntnis vom 11. Februar 1896),	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Metz,	30. April 1902.
2.	Benigno Prar, Tagelöhner u. Kupfer,	geboren am 10. Januar 1863 zu Schirndorf, Bezirk Eichenfeld, Böhmen, ortsangehörig eben- dort,	Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:	Königlich bayerisches Bezirksamt Roding,	22. April 1902.
3.	Georg Prosch, Geldmacher,	geboren am 22. November 1885 zu Trobatz, Bezirk Eichenfeld, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreicherei und Betteln,	Landrath Nürnberg, Bayern,	9. April 1902.
4.	Ernst Kalka, Arbeiter,	geboren am 1. Mai 1861 zu Bregenz, Bezirk Tyrol, Vor- arlberg, österreichischer Staats- angehöriger,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Osnabrück,	11. März 1902.
5.	Hubert Winandts, Maurer,	geboren am 9. Oktober 1845 zu Bocholtz, Provinz Limburg, Niederlande, niederländischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	1. März 1902.
6.	Adolf Kumborg, Kellner,	geboren am 6. Mai 1880 zu Kloster, österreichischer Staats- angehöriger,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Trier,	15. Mai 1902.
7.	Josef Dieckhoff, Arbeiter,	geboren am 3. Januar 1855 zu Trausnitz, Bezirk Komotau, Böhmen, ortsangehörig eben- dort,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	13. Mai 1902.
8.	Julius Josef Duculty, Rebarrister,	geboren am 21. Mai 1875 zu Banoer, Département Ardèche, Frankreich, französischer Staats- angehöriger,	Landstreicherei und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Col- mar,	desgleichen.
9.	Ursula Hartl, ledige Tagelöhnerin,	geboren am 29. September 1868 zu Oberstätt, Bezirk Mühlviertel, Bayern, ortsange- hörig, zu Deggendorf, Bezirk Kraibitz, Böhmen,	Landstreicherei, Bet- teln und Konfu- binat,	Königlich bayerisches Bezirksamt Land- berg,	12. Mai 1902.
10.	Niel Jonsson, Arbeiter,	geboren am 29. September 1854 zu Grodby, Schweden, schwedi- scher Staatsangehöriger,	Betteln,	Polizei-Behörde zu Hamburg,	9. Mai 1902.
11.	Ernst Juchel, Schmiedegeselle,	geboren am 2. Februar 1882 zu Martitz, Bezirk Gelnau, Böh- men, österreichischer Staatsan- gehöriger,	desgleichen,	Königlich sächsischer Landeshauptmann- schaft Döbeln,	30. Januar 1902.

Hierzu fünf öffentliche Anzeigen.
(Die Anzeigen betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Belagblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)
Verlagsgesellschaft der Königl. Regierung zu Potsdam.
Potsdam, Buchdruckerei der K. B. G. v. d. G. v. d. G.

b. Schweineseuche. Kreis Nieder-Barnim:
Nieder-Schönhausen. Kreis Märkisch-Buchow:
Vollensdorf. Kreis Prenzlau: Schmolln H. M.

c. Pestlagenthiera. Kreis Nieder-Barnim:
Nau-Bersin.

d. Bläschenauschlag. Kreis Zauch-Belzig:
Damelang.

Potsdam, den 24. Juni 1902.

Der Regierungspräsident.

**Bekanntmachung
der Königl. Regierung.**

Gründungs-Ausschuss

22. Die Verwaltung der Forstämter in Alt-Stuppin
ist vom 1. Juli d. J. ab dem Königl. Forstamt der
Möhr. übertragen worden.

Potsdam, den 18. Juni 1902.

Königl. Regierung.

Bekanntmachungen des Bezirksausschusses.

Grundstücksaufhebung

10. Die Firma Kesselher-Hebrad-Werke, Gebr.
Conrad & Co. in Brandenburg a. H., beabsichtigt
einen Theil der hinter ihrem Grundstück Wählen-
damm 12 in Brandenburg a. H. am Wählengraben
belegenen Wiese hochwasserfrei auszuheben.

Hierzu ist die beizupolizeiliche Genehmigung nach-
gesucht worden.

Dies wird mit der Aufforderung bekannt gemacht,
etwaige Einwendungen in beizupolizeilicher Hinsicht gegen
die geplante Aufhebung binnen zwei Wochen bei dem
Bezirksausschusse zu Potsdam anzubringen. Später
eingehende Einsprüche finden keine Berücksichtigung.
Die Pläne können in der Registratur des Bezirks-
ausschusses hier, Humboldtstraße 1, während derselben
Frift eingesehen werden.

Potsdam, den 6. Juni 1902.

Der Bezirks-Ausschuss

Joachim.

Grundstücksaufhebung

11. Der Amtsgerichtsrath Balle in Berlin, Rower-
straße 8, beabsichtigt sein in Gladow an der Havel
belegenes, von dem Baumeister Guthmann erworbenes
Grundstück hochwasserfrei auszuheben und anschließend
an die vor ihm stehende Villengrundstücke vorhandener Ufer-
befestigung mit einer gleichen Uferbefestigung zu versehen.

Hierzu ist die beizupolizeiliche Genehmigung nach-
gesucht worden.

Dies wird mit der Aufforderung bekannt gemacht,
etwaige Einwendungen in beizupolizeilicher Hinsicht gegen
die geplante Aufhebung binnen zwei Wochen bei dem
Bezirksausschusse zu Potsdam anzubringen. Später
eingehende Einsprüche finden keine Berücksichtigung.
Die Pläne können in der Registratur des Bezirks-
ausschusses hier, Humboldtstraße 1, während derselben Frift
eingesehen werden.

Potsdam, den 12. Juni 1902.

Der Bezirks-Ausschuss

Joachim.

Grundstücksaufhebung

23. Die Firma Ernst Woll und Franz und Otto
Kurtz in Schwelm beabsichtigen das vor ihren
Grundstücken am Zeuthener See in Schwelm liegende
Dickru- und Bohlengründe bis auf eine Entfernung von
5 m von der Grenze des mittleren Wasserstandes hoch-
wasserfrei auszuheben und mit Faschinen-Pollwerk zu
besetzen.

Hierzu ist die beizupolizeiliche Genehmigung nach-
gesucht worden.

Dies wird mit der Aufforderung bekannt gemacht,
etwaige Einwendungen in beizupolizeilicher Hinsicht gegen
die geplante Aufhebung binnen 2 Wochen bei dem Be-
zirksausschusse zu Potsdam anzubringen. Später ein-
gehende Einsprüche finden keine Berücksichtigung. Die
Pläne können in der Registratur des Bezirksausschusses
hier, Humboldtstraße 1, während derselben Frift ein-
gesehen werden.

Potsdam, den 12. Juni 1902.

Der Bezirks-Ausschuss

Joachim.

Grundstücksaufhebung

12. Die Firma E. J. Kahlbaum, Deutsche Fabrik,
in Berlin NO, Eichenstraße 35, beabsichtigt, auf
ihrem Grundstück in Berlin NW am Wählen-
damm 12 in Brandenburg a. H. am Wählengraben
einen Theil der Wiese hochwasserfrei auszuheben, an-
schließend an die vorhandene Uferbefestigung zu
versetzen, welcher sich an den seitlichen Grenzen des Grundstückes
nach der Chaussee befindet.

Hierzu ist die beizupolizeiliche Genehmigung nach-
gesucht worden.

Dies wird mit der Aufforderung bekannt gemacht,
etwaige Einwendungen in beizupolizeilicher Hinsicht gegen
die geplante Aufhebung binnen zwei Wochen bei dem
Bezirksausschusse zu Potsdam anzubringen. Später
eingehende Einsprüche finden keine Berücksichtigung. Die
Pläne können in der Registratur des Bezirksausschusses
hier, Humboldtstraße 1, während derselben Frift ein-
gesehen werden.

Potsdam, den 12. Juni 1902.

Der Bezirks-Ausschuss

Ruffmann.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten in Berlin.

Polizei-Verordnung

betreffend Verhaltung des Publikums während der
Feierlichkeiten

60. Auf Grund der §§ 187 und 139 des Gesetzes
über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli
1883 (G. S. S. 195) und des § 2 des Gesetzes vom
13. Juni 1900 (G. S. S. 247) wird für die Stadt-
kreise Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf
mit Zustimmung des Herrn Ober-Präsidenten folgendes
verordnet:

1. Später, Potsdam, Bielefeld, und
Später und sonstige aus dem Polizeibereich ge-
hörte oder gehörte Anlagen, sowie Grundstücke
(Gartengründe mit Einlieger) sind bereit, einzurichten,

daß aus ihnen ein Rückfließen oder Rücklaufen von Flüssigkeiten oder anderen Stoffen in die Reinwasserleitung unter keinen Umständen eintreten kann.

Die zu diesem Behuf gewählte Vorrichtung ist für die Braufsichtigung zugänglich anzuordnen und muß auch bei längerem Gebrauch ein Zurücktreten irgend welcher Stoffe in die Leitung sicher verhüten.

Ihre Anbringung bedarf in jedem einzelnen Falle der Genehmigung der überwachenden Behörde.

Der Polizei-Präsident wird diejenigen Anlagen, welche obigen Anforderungen in ausreichendem Maße genügen, öffentlich bekannt geben.

§ 2. Anlagen, die den Anforderungen des § 1 nicht genügen, müssen spätestens 6 Wochen nach ergangener Anforderteilung entsprechend geändert werden.

§ 3. Übertretungen der vorstehenden Bestimmungen werden mit einer Geldstrafe bis zu 60 Mark oder im Unvermögensfalle mit verhältnismäßiger Haft bestraft.

§ 4. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Berlin, den 14. Juni 1902.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung

zu der Polizei-Verordnung vom 14. Juni 1902, betreffend die Vorrichtung des Niederschlags unterhalb der Glasfließen in die Reinwasserleitung.

Der Polizei-Verordnung kann bei Spülabritten, welche nicht durch Spülbehälter, sondern durch direkte Verbindung mit der Wasserleitung gespeist werden, durch Unterbrechung der Zuflußleitung zwischen Absperrhahn und Koster Einlege geleistet werden, sodas beim Schließen des Hahnes oder bei Entleerung der Wasserleitung Luft eintritt.

Die entstehende Öffnung in der Zuflußleitung muß gegen Verunreinigung geschützt werden; sie muß mindestens 20 cm über der Oberkante des Kloisetbedens liegen, und zwar auch dann, wenn auf die Öffnung ein Kusterdeck aufgesetzt oder die Öffnung während des Spülens durch ein Ventil geschlossen wird. Der Gesamtquerschnitt der Luftwege muß mindestens gleich dem Querschnitt der Zuflußleitung zwischen Hahn und Beden sein und darf an keiner Stelle eine geringere Weite als 4 mm haben.

Die Unterbrechung ist durch einen gut und dauerhaft gearbeiteten Apparat herzustellen. Weichmetall, roßentes Metall oder Blech darf weder für den Apparat noch für die Kustrohre oder die Ventile verwendet werden.

Die Konstruktion und Anordnung der Ventile müssen besonders genehmigt sein.

Die Apparate müssen eine genügende Spülung gewährleisten.

Diejenigen Apparate, welche entsprechend der Polizei-Verordnung als zulässig bezeichnet sind, liegen in Berlin

bei der örtlichen Straßenbau-Polizei-Verwaltung Abteilung II. (Kanalisation) Neue Friedrichstr. 9/10,

in Charlottenburg

bei der Stelle IX. für Hausentwässerung im Rathaus Bügowerstraße 11/12.

in Schöneberg

bei der Straßenbau-Polizei-Verwaltung im Rathaus Kaiser-Wilhelmsplatz 3 III. Zimmer 44.

in Niddort

bei der Straßenbau-Polizei-Verwaltung im Rathaus Berlinerstraße 63 II. Zimmer 42.

Berlin, den 14. Juni 1902.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen

des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.

Nachschuß von Postwertzeichen.

6. Die Zeit für den Umtausch des im Reichs-Postgebiet und in Württemberg bis Ende März d. J. gültigen gewesenen Postwertzeichen gegen neue Postwertzeichen mit der Aufschrift „Deutsches Reich“ wird bis Ende Dezember 1902 verlängert. Der Umtausch kann nach wie vor bei allen Reichs-Postanstalten und königlich württembergischen Postanstalten sowie bei den Landbriefträgern bewirkt werden.

Soweit noch Sendungen mit alten Postwertzeichen vorzukommen, werden für den Postausstausch bis zum Ablaufe der Umtauschzeit auch in der Beförderung aufgehoben und auch nicht mit Nachschuß belegt werden. Dies gilt auch für Sendungen mit württembergischen Postwertzeichen, die im Reichs-Postgebiet, und für Sendungen mit Reichs-Postwertzeichen, die in Württemberg zur Auslieferung kommen.

Berlin, W. 66, den 20. Juni 1902.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bezeichnung einer Postagentur.

48. Die Postagentur in Neurathsdorf führt fortan die Bezeichnung „Wilhelmshagen (Mark)“.

Potsdam, 16. Juni 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion. Görtler.

Eröffnung neuer Telegraphenanstalten.

49. Bei der Poststufstelle in Zachow bei Regin (Havel) wird am 23. Juni d. J. der Telegraphenbetrieb eröffnet.

Potsdam, 20. Juni 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion. Görtler.

Bekanntmachungen der Königl. Konsistorien der Provinz Brandenburg.

Pfarrstellenverleihung.

50. Erledigt ist die Pfarrstelle privaten Patronats zu Meyenburg, Diözesan Pommern, durch den nachfolgende Verlegung des Diakonats St. Nikolaus.

Pfarrstellenverleihung.

51. Erledigt ist die Pfarrstelle privaten Patronats zu Degermühle, Diözesan Pommern, durch Verlegung des Pfarrers Wille.

Bekanntmachungen des Königlichen Provinzial-Schul-Kollegiums.

Seminar-Aufnahme-Prüfung in Kyritz.

7. Die Aufnahme-Prüfung am Königlichen Schullehrer-Seminar in Kyritz wird **am 11. September 1902** abgehalten werden. Die Anmeldungen sind bis zum **14. August 1902** an die Seminar-Direktion, dieselbst einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) der Impf-schein, der Revaccinationschein und ein Gesundheits-attest, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienst-siegels berechtigten Arzte, 4) ein amtliches Führungs-attest, 5) die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nachbarn, dass die Mittel zum Unterhalt des Bewerbers während der Dauer des Seminarstufus gewährt werde, mit der Bezeichnung der Dienstbehörde, dass über die dazu nötigen Mittel verfügt wird.

Berlin, den 14. Juni 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Zweite Lehrer-Prüfung im Königlichen Schullehrer-Seminar zu Kyritz.

8. Die zweite Lehrer-Prüfung im Königlichen Schullehrer-Seminar zu Kyritz wird **am 27. Oktober 1902** abgehalten werden. Nur solche Lehrer, die im Regimentsbezirk Potsdam im Schuldienste stehen und mindestens zwei, höchstens fünf Jahre an Schulen in Preußen voll beschäftigt gewesen sind, haben sich zu der Prüfung zu melden. Die Meldung ist unter Vorlegung der Urchrift des Zeugnisses über die Seminar-Entlassungs-Prüfung bis zum **1. September 1902** auf dem Dienstwege an die königliche Regierung in Potsdam einzureichen. Dem Meldungsschreiben ist eine Angabe beizufügen, in welchem Fache der Bewerber sich besonders weitergebildet und mit welchem pädagogischen Werte er sich eingehender beschäftigt hat. Erfolgt auf die Meldung von der königlichen Regierung in Potsdam oder von uns kein ablehnender Bescheid, so haben sich die Bewerber am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminardirektor, um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin W. 9, den 14. Juni 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Seminar-Entlassungs-Prüfung in Kyritz.

9. Die Entlassungs-Prüfung im Königlichen Schullehrer-Seminar zu Kyritz wird **am 3. September 1902** an abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden auch nicht im Seminar gebildete Schulfamts-Kandidaten, welche das zwanzigste Lebensjahr vollendet haben, zugelassen. Die Anmeldungen sind bis zum **6. August 1902** pünktlich an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugnis eines zur Führung eines Dienst-siegels berechtigten Arztes über normalen Gesundheitszustand, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) eine Probe-schrift mit deutschen und lateinischen Lettern und 6) eine Probe-schreibung, welche mit der Versicherung, dass sie der Ein-sender selbständig angefertigt hat, erfolgt auf die

Meldung, kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Schulfamts-Aspiranten am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminardirektor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 14. Juni 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Lehrerinnen-Prüfung in Berlin.

10. Die nächsten Lehrerinnen-Prüfungen werden **am 29. Oktober 1902** abgehalten werden. Zu diesen Prüfungen werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das neunzehnte Lebensjahr vollendet haben. Es empfiehlt sich dringend, die Anmeldungen, in denen angegeben ist, ob die Prüfung für Volksschulen oder mittlere und höhere Mädchenschulen gewünscht wird, spätestens bis zum **17. September 1902** an uns einzureichen. Denselben sind beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titel-blatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort der Bewerberin angegeben ist, 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die bisher empfangene Schulbildung und die etwa schon bestandenen Prüfungen, 4) die genaue, amtlich becheinigte Angabe, wo und von wem die Bewerberin für den Lehrberuf vorbereitet ist, namentlich in welcher Weise und in welchem Umfange ihre praktisch-pädagogische Vorbildung erfolgt ist, in welchen Lehrgangsständen und auf welchen Stufen sie einzelne Bestandsleistungen, sowie fortlaufenden Klassenunterricht ertheilt hat, und von wem ihre Lehrtätigkeit geleitet und kontrolliert wurde. Bewerberinnen, welche keine geordnete Seminarbil-dung genossen haben, müssen bei der Meldung außer den oben erforderlichen Angaben diejenige Klasse bezw. Schule bezeichnen, an welcher sie ihre Unterichts-übungen — Versuchsaufgaben und fortlaufenden Klassen-unterricht — gehalten haben, 5) ein amtliches Führungs-attest, und 6) ein von einem zur Führung eines Dienst-siegels berechtigten Arzte ausgestellttes Attest über normalen Gesundheitszustand. Beim Eintritt in die Prüfung haben die Bewerberinnen eine von ihnen gefertigte Probe-schrift auf einem halben Bogen Quer-folio mit deutschen und lateinischen Lettern und eine Probe-schreibung abzugeben.

Berlin, den 17. Juni 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Lehrerinnen-Prüfung in Frankfurt a. O.

11. Die Lehrerinnen-Prüfung wird in Frankfurt a. O. **am 22. September 1902** abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das neunzehnte Lebensjahr vollendet haben. Die Anmeldungen, in denen angegeben ist, ob die Prüfung für Volksschulen oder mittlere und höhere Mädchenschulen gewünscht wird, sind spätestens bis zum **25. August 1902** an uns einzureichen. Denselben sind beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort der Bewerberin angegeben ist, 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die bisher empfangene Schulbil-

bung und die etwa schon bestandenen Prüfungen, 4) die genaue, amtlich bescheinigte Angabe, wo und von wem die Bewerberin für den Lehrberuf vorbereitet ist, namentlich in welcher Weise und in welchem Umfange ihre pädagogisch-pedagogische Vorbildung erfolgt ist, in welchen Lehrgegenständen und auf welchen Stufen sie eingeordnete Vorlesungen, sowie fortlaufenden Klassenunterricht ertheilt hat, und von wem ihre Lehrarbeit geleitet und kontrolliert wurde. Bewerberinnen, welche keine geordnete Gewissensprüfung bestanden haben, müssen bei der Meldung außer den oben erforderlichen Angaben diejenige Klasse bzw. Schule bezeichnen, in welcher sie ihre Lehrausbildungen gehalten haben; 5) ein amtliches Führungsbuch, und 6) ein von einem zur Führung eines Dienstfiegers berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand. Dem Eintritt in die Prüfung haben die Bewerberinnen eine von ihnen gefertigte Probechrift auf einem halben Bogen Deutsch mit deutschen und lateinischen Lettern und eine Probezeichnung abzugeben.

Berlin, den 14. Juni 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Mittelschul-Lehrer-Prüfung in Berlin.

12. Die Prüfung der Lehrer an Mittelschulen wird hier vom 28. Oktober 1902 ab abgehalten werden. Die Meldungen, in denen angegeben ist, in welchen Fächern (§ 68. der Prüfungsordnung vom 1. Juli 1901) der Bewerber die Lehrbefähigung zu erlangen beabsichtigt, sowie aus welchem Fache ihm die Aufgabe für die händliche Arbeit (§ 8. der Prüfungsordnung) besonders erwünscht sein würde, sind an uns bis zum 8. August 1902, und zwar von den noch nicht im Schuldienste stehenden Bewerbern unmittelbar, von den im öffentlichen oder privaten Schuldienste stehenden Lehrern auf dem vorgeschriebenen Dienstwege einzureichen. Zugelassen werden nur solche Bewerber, welche in der Provinz Brandenburg ihren Wohnsitz haben. Den Meldungen sind beizufügen: 1) ein selbstgefügter Lebenslauf, auf dessen Titelblatt der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, das Religionsbekenntnis und das augenblickliche Amtsverhältnis des Bewerbers angegeben sind; 2) die Zeugnisse über die bisher empfangene Schul- und Universitätsbildung und über die abgelegten Prüfungen in Uebersicht oder in beglaubigter Abschrift; 3) die nicht im Schuldienste stehenden Bewerber haben außerdem einzureichen, 3) ein amtliches Führungsbuch und 4) ein Gesundheitszeugnis, welches von einem zur Führung eines Dienstfiegers berechtigten Arzte ausgestellt ist. Der festgesetzte Anmeldetermin ist pünktlich einzuhalten.

Berlin, den 17. Juni 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Lehrerprüfung in Berlin.

13. Die Prüfung der Lehrer wird hier vom 4. November 1902 ab abgehalten werden. Die Meldungen, in denen angegeben ist, in welchem Umfange der Bewerber die Prüfung abzulegen wünscht, sind an uns bis zum 12. August 1902, und zwar von den nicht im

Schuldienste stehenden Bewerbern unmittelbar, von den im öffentlichen oder privaten Schuldienste stehenden Lehrern auf dem vorgeschriebenen Dienstwege einzureichen. Zugelassen werden nur solche Bewerber, welche in der Provinz Brandenburg ihren Wohnsitz haben. Den Meldungen sind beizufügen: 1) ein selbstgefügter Lebenslauf, auf dessen Titelblatt der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, das Religionsbekenntnis und das augenblickliche Amtsverhältnis des Bewerbers angegeben ist; 2) die Zeugnisse über die empfangene Schul- und Universitätsbildung und über die bisher abgelegten Prüfungen in Uebersicht oder in beglaubigter Abschrift; 3) die nicht im Schuldienste stehenden Bewerber haben außerdem einzureichen, 3) ein amtliches Führungsbuch und 4) ein Gesundheitszeugnis, welches von einem zur Führung eines Dienstfiegers berechtigten Arzte ausgestellt ist. Der festgesetzte Anmeldetermin ist pünktlich einzuhalten.

Berlin, den 17. Juni 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Schulverlehrerinnen-Prüfung in Berlin.

14. Die nächste Schulverlehrerinnen-Prüfung wird hier am 1. Dezember 1902 abgehalten werden. In dieser Prüfung werden nur solche Lehrerinnen zugelassen, welche den Nachweis einer mindestens fünfjährigen Lehrthätigkeit zu führen vermögen und mindestens zwei Jahre in Schulen unterrichtet haben. Die Anmeldungen sind an uns bis zum 8. September 1902 einzureichen. Den selben sind beizufügen: 1) ein selbstgefügter Lebenslauf, auf dessen Titelblatt der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Konfession und der Wohnort der Bewerberin angegeben ist; 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die schon bestandenen Prüfungen, 4) ein amtliches Führungsbuch, 5) ein Zeugnis über die Lehrthätigkeit, 6) ein von einem zur Führung eines Dienstfiegers berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand. Der festgesetzte Anmeldetermin ist pünktlich einzuhalten.

Berlin, den 16. Juni 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Handarbeitslehrerinnen-Prüfung in Berlin.

15. Die Prüfung für den Unterricht in weiblichen Handarbeiten wird in Berlin vom 20. Oktober 1902 ab stattfinden. In der Prüfung werden zugelassen: 1) Bewerberinnen, welche bereits die Befähigung zur Ertheilung von Schulunterricht vorbestimmungsweise nachgewiesen haben; 2) sonstige Bewerberinnen, wenn sie eine ausreichende Schulbildung nachweisen und wenn sie am Tage der Prüfung das 19. Lebensjahr vollendet haben. Die Anmeldungen zu derselben sind spätestens bis zum 18. September 1902 an uns einzureichen. Den selben sind beizufügen: a. von solchen, welche bereits eine Prüfung als Lehrerin bestanden haben: 1) das Zeugnis über diese Prüfung; 2) ein amtliches Zeugnis über ihre bisherige Thätigkeit als Lehrerin; b. von den übrigen bezeichneten Bewerberinnen: 1) ein selbstgefügter, in deutscher Sprache abgefaßter Lebenslauf, auf dessen

Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Konfession, der Wohnort der Bewerberin und die Art der gewünschten Prüfung (ob für mittlere und höhere Mädchenschulen oder für Volksschulen), anzugeben ist; 2) ein Tauf- oder ein Geburtschein; 3) ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem Arzte, der die Eignung eines Dienstfeldes bezeugt ist; 4) ein Zeugnis über die von der Bewerberin erworbene Schulbildung und die Zeugnisse über die etwa schon abgelegte Prüfung als Lehrerin, Zeichenlehrerin u. s. w.; 5) ein Zeugnis über die erlangte Ausbildung als Handarbeitslehrerin; 6) ein amtliches Führungszeugnis, ausgestellt von einem Geistlichen oder von der Ortsbehörde. Der festgesetzte Anmeldetermin ist pünktlich einzuhalten. Die Prüfung ist eine praktische und theoretische. In praktischer Beziehung haben die Bewerberinnen 1) eine Probe ihrer technischen Fertigkeit in den weiblichen Handarbeiten abzulegen. Zu diesem Zwecke haben sie einzubringen: a. einen neuen Strumpf, gezeichnet mit zwei Buchstaben und einer Zahl in Citterstich, dazu ein angefangenes Strickzeug; b. ein Hästüch mit 70 bis 90 Raschel-Nachschlag, welches mehrere Muster enthält und mit einer gestickten Rante umgeben ist; c. ein gewöhnliches Mannshemd (Herren-Nachhemd); d. ein Frauenhemd; e. einen alten Strumpf, in welchem ein Haken neu eingestrickt und eine Citterstiche sowie eine Strickstiche ausgeführt ist; f. vier bis sechs kleine Proben von verschiedenen unterschiedenen Stoffen, wie dieselben im Hausstande vorzukommen pflegen, jede etwa 12 zu 12 cm groß. Dieselben können sowohl einzeln als auch zu einem Tuche verbunden abgegeben werden und sollen enthalten: einen aufgesetzten und einen eingestrichelten Haken, eine weiße und eine bunte farbige Citterstiche, eine Kropfstiche; zwei gezeichnete Buchstaben in Kreuzstich; zwei ebensolche in Roststich; drei gestickte lateinische Buchstaben und zwei Ziffern in rothem Garn, zwei ebensolche in gelbem Buchstaben und zwei Ziffern in weißem Garn und ein gesticktes Monogramm aus den Namensbuchstaben der Bewerberin. Die unter f. aufgezählten Arbeiten müssen vor allem dem gewählten Stoffe gemäß ausgeführt sein. Ähnliche Arbeiten sollen saubergerichtet und deshalb auch nur in Stoffen und das Garn von mittlerer Feinheit hergestellt werden. Die Arbeiten werden durch die Einreichung von den Bewerberinnen ausdrücklich als selbstgefertigt bezeugt; die Proben sind indessen nicht ganz zu vollenden, damit nach Anweisung der Prüfungs-Kommission and unter Aufsicht derselben an der Arbeit fortgesetzt werden kann. 2) Außerdem hat jede Bewerberin bei der Prüfung eine Probeklein in der Ertheilung des Handarbeitsunterrichts in einer Schulklasse zu halten. Beim Eintritt in die Prüfung sind 6 M. Prüfungs- und 1 M. 50 Pf. Stempelgebühren zu entrichten, welche letztere der Examinandin im Falle des Nichtbestehens der Prüfung wieder zurückgezahlt werden.

Berlin, den 16. Juni 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Prüfung für Hauswirtschaftslehre.
16. Die nächste Prüfung für Lehrerinnen der Hauswirtschaftslehre wird in Berlin vom 9. September 1902 an abgehalten werden. In dieser Prüfung werden zugelassen: 1) Bewerberinnen, die bereits eine Lehramtsprüfung bestanden haben; 2) sonstige Bewerberinnen, die eine ausreichende Schulbildung nachweisen und bei Beginn der Prüfung das 19. Lebensjahr vollendet haben. Die Anmeldung hat spätestens bis zum 9. August 1902 bei der Regierung des Bezirks zu erfolgen, in welchem die Bewerberin wohnt. Die im Schulblatt stehenden Lehrerinnen haben ihr Zulassungsgesuch auf dem ordentlichen Dienstwege einzureichen, die übrigen Bewerberinnen unmittelbar bei der Regierung. 1) Der Meldung der Bewerberinnen, welche bereits eine Lehramtsprüfung abgelegt haben, sind beizufügen: a. ein selbstgefertigter, mit Namen und Datum unterzeichneten Lebenslauf, der im Anfang den vollständigen Namen, den Geburtsort, das Alter, das Religionsbekenntnis, den Wohnort, nöthigenfalls mit näherer Adresse, angibt; b. ein erworbenes Prüfungszeugnis; c. ein Nachweis über die Ausbildung der Bewerberin in der Hauswirtschaftslehre. Die Meldung ist dem Ortschulinspektor oder Rektor (Direktor) mit der Bitte um Befähigung eines Zeugnisses über die bisherige Wirksamkeit der Bewerberin zu übergeben. Die Bewerberin nicht in einem Dienstverhältnisse als Lehrerin, so hat sie ein Führungszeugnis der Ortsbehörde (Polizeibehörde) oder ihres Pfarrers beizulegen. 2) Die übrigen Bewerberinnen haben beizufügen: a. einen Lebenslauf wie bei Nr. 1a, b. einen Tauf- oder Geburtschein, c. ein Gesundheitszeugnis, das von einem zur Führung eines Dienstfeldes berechtigten Arzte längstens drei Monate vor der Meldung ausgestellt ist, d. die Nachweise über die Schulbildung sowie über die Ausbildung der Bewerberin in der Hauswirtschaftslehre, e. ein amtliches Führungszeugnis, ausgestellt von der Ortsbehörde (Polizeibehörde) oder dem Pfarrer. Berlin den 17. Juni 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Sprachlehrerinnen-Prüfung in Berlin.

17. Die Prüfung zur Erlangung der Lehrbefähigung für den französischen und englischen Sprachunterricht an mittleren und höheren Mädchenschulen wird in Berlin in der Dorotheenschule vom 1. ten Oktober 1902 ab stattfinden. Zu der Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das neunzehnte Lebensjahr vollendet und ihre sittliche Unbescholtenheit sowie ihre körperliche Befähigung zur Verwaltung eines Lehramtes nachgewiesen haben. Die Meldungen zu dieser Prüfung sind spätestens bis zum 2. September 1902 einzureichen und es ist in dem Gesuche anzugeben, ob die Ablegung der Prüfung in beiden Sprachen und -wenn nur in einer, in welcher von beiden sie bevorzugt wird. Der Meldung sind beizufügen 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Konfession

und der Wohnort der Bewerberin anzugeben ist, 2) ein
Tauf- oder Geburtschein, 3) Zeugnisse über die bisher
empfangene Schulbildung und über etwa schon bestandene
Prüfungen, 4) ein amtliches Führungszeugnis, 5) ein
von einem zur Führung eines Dienstfiegl's berechtigten
Arzte ausgestelltes Zeugnis über den Gesundheitszustand.
Der festgesetzte Meldungstermin ist genau
einzuhalten. Beim Eintritt in die Prüfung sind
12 R. Prüfungsgebühren und 1,50 R. Stempelgebühren
zu entrichten. Die letzteren werden der Examinandin
im Falle des Nichtbestehens der Prüfung wieder zurück-
gezahlt werden. Berlin, den 14. Mai 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Behörde.

**Bekanntmachungen der kgl. Direction der
Rentenkasse für die Provinz Brandenburg.**
Auslösung von 1/4% und 3/4% Brandenburgische Rentbriefen.
Bei der in Folge unserer Bekanntmachung
vom 19. v. M. heute geschienenen öffentlichen Ver-
losung von Rentbriefen der Provinz Bran-
denburg sind folgende Stücke gezogen worden:

I. 4 prozentige Rentbriefe.

Litt. A. zu 2000 R. (1000 Stk.) 203 Stück

und zwar die Nummern:

265 327 371 373 563 721 838 968 1006 1058
1067 1275 1304 1381 1429 1445 1659 1781 1842
1851 1860 1905 1917 2194 2248 2261 2431 2443
2679 2632 2747 2859 2938 3406 3457 3535 3664
3716 3774 3805 3815 3951 4034 4248 4255 4293
4410 4583 4770 4916 5148 5152 5363 5402 5422
5635 5928 6007 6186 6201 6332 6384 6471 6744
6890 7170 7289 7404 7523 8165 8225 8384 8946
9076 9480 9586 9634 9640 9948 9715 9961 10067
10168 10484 10532 10749 10797 10524 10985
11006 11436 11438 11445 11622 11677 11691
11948 11965 12001 12131 12158 12189 12192
12233 12261 12283 12384 12475 12543 12571
12580 12666 12675 12862 12908 13096 13110
13125 13167 13194 13193 13375 13507 13572 13760
13858 13939 13962 13980 13997 14173 14202
14289 14349 14327 14306 14467 14574 14621
14726 14784 14800 14949 14956 15121 15423
15508 15550 15888 15892 15973 16139 16188
16406 16493 16580 16599 16638 16718 16756
16881 16993 17078 17082 17092 17161 17189
17204 17226 17363 17388 17750 17812 17820
17941 18032 18033 18260 18263 18366 18491
18580 18603 18632 18685 18742 18838 18843
19046 19110 19138 19186 19207 19242 19286
19295 19450 19492 19605 19575 19700 19713
19853 19876.

Litt. B. zu 1500 R. (500 Stk.) 73 Stück

und zwar die Nummern:

127 294 474 814 885 913 1149 1289 1514
1536 1642 1658 1882 1924 2106 2160 2194 2307
2362 2370 2461 2682 2701 2714 2728 2869 2883
2988 3064 3396 3624 3697 3732 3821 3957 3966
4027 4068 4226 4268 4525 4545 4564 4584 4622
4734 4964 5090 5116 5158 5254 5327 5476 5552

5713 5730 5805 5884 5922 6101 6208 6299 6547
6580 6595 6826 6859 6927 7012 7018 7182 7186
7219. Litt. C. zu 300 R. (100 Stk.) 288 Stück

und zwar die Nummern:

40 134 179 195 288 397 411 425 540 853
7458 1500 1513 1547 1673 1749 1863 2022 2064
2094 2099 2333 2381 2733 2931 2963 3082 3443
3458 3589 3611 3682 3843 3954 3960 4170 4229
4871 4542 4590 4593 4750 5431 5506 5538 5609
5690 5712 5731 6008 6229 6298 6512 6599 6694
6838 6808 6830 6876 7093 7135 7478 7557 7605
7745 7890 8262 8313 8470 8516 8533 8586 8602
8624 8642 8772 9026 9124 9239 9386 9411 9607
9671 9712 9723 9777 9819 9836 9845 9944 10249
10288 10308 10371 10417 10438 10574 10825
10876 11089 11124 11141 11566 11635 11819
11878 12001 12009 12022 12056 12148 12243
12266 12466 12588 12609 12730 12817 12828
12888 13058 13073 13147 13247 13405 13500
13560 13561 13600 13651 13981 14042 14060
14082 14150 14204 14426 14459 14599 14739
14753 14780 14804 14905 14960 15061 15094
15473 15687 15722 15730 15964 15769 15827
16010 16049 16108 16219 16228 16271 16405
16447 16475 16657 16754 16769 16927 17302
17334 17426 17645 17717 17770 17796 17806
17872 17984 17973 17987 18441 18466 18467
18469 18508 18541 18542 18601 18634 18657
18811 18894 18925 18985 19063 19548 19579
19706 19956 19978 20079 20263 20370 20627
20641 20707 20769 20906 20912 20935 21033
21039 21101 21157 21205 21379 21385 21423
21455 21482 21503 21527 21528 21703 21746
22088 22291 22373 22424 22495 22501 22523
22561 22634 22699 22754 22824 22831 23175
23204 23242 23306 23349 23360 23634 23663
23690 23767 23976 24031 24125 24287 24325
24389 24412 24434 24607 24748 24790 24825
24942 24956 24971 25014 25181 25187 25200
25231 25243 25488 25500 25505 25533 25763
25831 25837 25860 25864 25865 25886 26012
26383 26390 26403 26470 26527 26618 26725.

Litt. D. zu 75 R. (25 Stk.) 244 Stück

und zwar die Nummern:

120 146 192 214 518 652 718 737 816 825
950 983 1108 1165 1317 1741 1833 1887 1917
1980 2083 2225 2340 2443 2461 2679 2780 2830
2976 3044 3239 3480 3727 3768 3794 4006 4183
4156 4476 4284 4509 4532 4542 4558 4854 4892
5125 5261 5286 5342 5383 5396 5467 5740 5792
5958 5982 6048 6087 6169 6246 6370 6459 6593
6866 6893 7020 7033 7049 7078 7130 7376 7485
7594 7612 7626 7827 7994 7996 8217 8540 8669
8719 8859 8877 8959 9002 9047 9154 9162 9220
9389 9502 9565 9628 9663 9797 9817 9939 9968
10013 10023 10181 10296 10372 10502 10572
10602 10740 10834 10847 10971 11063 11107

11283	11284	11285	11286	11287	11288	11289	11290
12483	12484	12485	12486	12487	12488	12489	12490
13221	13233	13256	13326	13413	13564	13626	
13782	13785	13897	14002	14046	14247	14518	
14681	14767	14708	14864	14963	15005	15056	
15192	15241	15475	15547	15563	15721	15772	
15821	15923	16017	16084	16112	16132	16175	
16424	16523	16609	16714	16907	17016	17181	
17337	17409	17676	17747	17777	17828	18001	
18649	18688	18218	18377	18403	18464	18493	
18809	18883	18724	18746	18782	18825	18875	
19038	19293	19391	19639	19673	19692	19760	
19828	19878	19907	19918	19921	20079	20120	
20125	20200	20240	20497	20640	20714	20816	
20975	21040	21140	21192	21303	21385	21380	
21479	21508	21527	21536	21585	21610	21696	
21850	21893	21770	21780	21838	21875	22002	
22519	22531	22660	22138	22143	22829	22870	
22411	22504	22557	22560				

Litt. E. Nr. 300 Nr. 40. 2. Stück.
 und zwar die Nummern:
 19676 19682 19682 19689 19675 19617 19696 19669.
Litt. B. Nr. 1500 Nr. 1. Stück.
 und zwar die Nummern: 24.
Litt. N. Nr. 300 Nr. 4. Stück.
 und zwar die Nummern: 7 8 61 95.
Litt. O. Nr. 75 Nr. 3. Stück.
 und zwar die Nummern: 97 98 116.
Litt. P. Nr. 30 Nr. 1. Stück.
 und zwar die Nummern: 29.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben mit den dazu gehörigen Zinscheinen Reihe VII. Nr. 9 bis 16, ferner Reihe II. Nr. 7 bis 16 nebst Erneuerungsscheinen bei der hiesigen Rentenbank-Kasse, Klosterstraße 76 I., vom 1. Oktober d. J. ab an den Werktagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Räumung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 1. Oktober d. J. ab hört die Verzinsung der Rentenbriefe auf.

Von den früher verlosenen Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind die nachstehend genannten Stücke noch nicht zur Einlösung bei der Rentenbank-Kasse vorgelegt worden, obwohl seit deren Fälligkeit 2 Jahre und darüber verlossen sind.

Rückständig sind

A. 4proz. Rentenbriefe.

1. April 1892.	Litt. D. Nr. 2503.
1. April 1899.	Litt. C. Nr. 1166 6504
	11892 13130 15507.
	Litt. D. Nr. 705 2987 10382
	10742 12578 18097 20330.
1. Oktober 1899.	Litt. A. Nr. 7739.
	Litt. O. Nr. 1194 11042
	15867 17850 21408.
	Litt. D. Nr. 3409 4334 6885
	19571 20202 20824.

Litt. E. Nr. 9794.	
1. April 1899.	Litt. A. Nr. 7859 8885.
	Litt. B. Nr. 8816 5659.
	Litt. C. Nr. 1822 8295 5010
	7056 12419 15368 16915
	18411 23198.
	Litt. D. Nr. 1661 9777 4910
	7293 14702 13285 46547
	17079 17682.

B. 3 1/2proz. Rentenbriefe.

1. Oktober 1897.	Litt. O. Nr. 16.
2. Januar 1900.	Litt. K. Nr. 8.
1. April 1900.	Litt. P. Nr. 732.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, den Rentenbriefen derselben nach Abzug des Betrages der von den ausbezahlenden Zinscheinen etwa fehlenden Stücke bei unserer Kasse in Empfang zu nehmen.

Wegen Befreiung von ausgelassenen Rentenbriefen
 ist die Bestimmung des Rentenbank-Gesetzes vom 1. März 1850, § 44, zu befolgen.

Die Einlieferung von ausgelassenen Rentenbriefen an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Gelbbetrag auf gleichem Wege übermittleit werde.

Die Zustellung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfänger und zwar bei Summen bis zu 500 M. durch Postanweisung. Sofern es sich um Summen über 500 M. handelt, ist nach solchen Anträge eine ordnungsmäßige Deckung beizufügen.
 Berlin, den 14. Mai 1907.

Königliche Direktion der Rentenbank
 für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Polizei-Verordnung.

bezt. Wagenverleß in der Werner-Elemens-Straße
 in Charlottenburg.

Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 und der §§ 142 bis 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1888 wird hierdurch unter Zustimmung des Magistrats verordnet, was folgt:

§ 1. Die Werner-Elemens-Straße zwischen der Gurtide-Straße und der Kraunhofer-Straße wird, solange sie nicht bis zur Berkner-Straße freigelegt und dem Verkehr übergeben ist, für den durchgehenden Verkehr von Arbeits- und Lastwagen gesperrt.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehende Bestimmung werden mit Geldstrafe bis zu 30 M. oder im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

§ 3. Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Charlottenburg, den 16. Juni 1907.

Der Polizeipräsident.

Personal-Chronik.

Der Baubestizener des Hochhauses Alfred Reichelt ist zum Regierungsbauinspektor ernannt, berechtigt und der Kreisbauinspektion Berlin 1. überwiesen worden.

Dem Kaufmann Paul Schulte in Grensbach bei der Oberförsterei Epprin ist unter Ernennung zum königlichen Förster die Försterstelle Eiserbühl in der Oberförsterei Epprin vom 1. Oktober d. J. ab übertragen worden.

Der Erbschleusenmeister Gränsfeldt zu Rannenburg ist verstorben. Zu seinem Nachfolger, Hr. H. Schulte, dafelbst, ist sein Sohn Carl ernannt.
Der bisherige Mikstärkellsegeistliche Georg Altmann Schubert ist zum Pfarrer der Pfarodie Hohenberg, Diözese Dom Brandenburg, bestellt worden.
Die Lehrer, H. H. H. Voigt und Garbe sind endgültig als Gemeindefachlehrer in Berlin angestellt worden.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Der Vollversammlung vom 17. März 1902, betreffend Aufsatz zu § 19 des Statuts der Handwerkskammer:

Absatz 2.

Durch Beschluß des Vorstandes kann zur Unterstüßung des Kassensführers mit dessen Einverständnis ein bestimmter Theil der Kassengeschäfte einem Hilfskassensführer übertragen werden. Der Kassensführer bleibt jedoch für die ordnungsmäßige Erledigung der gesamten Kassengeschäfte verantwortlich.

Absatz 3.

In jedem Kalendervierteljahr findet mindestens eine Kassenevision durch den Vorstand statt.

Genehmigt durch Verfügung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 2. Juni 1902 — IIIa. 3254.

Der Vorstand der Handwerkskammer zu Berlin:
Vorsitzender: Dr. Reubens,
Schriftführer: Dr. Reubens.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Schlächter Adolf Zimmer, geboren 16. Juni 1873 zu Pischitz in Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 17. März 1902 ausgewiesen.

Der Expedient Adolf Tausch, geboren 29. Juni 1863 zu Borschno in Ungarn, ungarischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung

des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 17. April 1902 ausgewiesen.

Der Händler Giovanni Moruzzi, geboren am 25. August 1869 zu Pozzolo, Prov. Parma, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 2. Mai 1902 ausgewiesen.

Der Ornamentenbildner Antonino Martini, geboren am 17. Februar 1885 zu St. Andrea, Prov. Modena, Italien, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 26. Mai 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Die unverheiratete Lea Lukow, geboren 16. Juni 1881 zu Verbüschem, Gouv. Kiew, russische Staatsangehörige, ist als lästige Ausländerin durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 23. Mai 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Poliermeister Rubin Goldberg, geboren am 17. März 1879 zu Warschau, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 27. Mai 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Dienstreiter Leopold Wiese, geboren am 24. März 1882 zu Korneuburg in Niederösterreich, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 2. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Schlosserlehre Gumpelt, geboren 14. Juli 1863 zu Aarau, Schweiz, schweizerischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 2. Juni 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Die unverheiratete Honoratan Johanna Witsch, geboren 3. August 1882 zu Rudow, Galizien, österreichische Staatsangehörige, ist als lästige Ausländerin durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 5. Juni 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Arbeiter Franz Paulsch, geboren am 10. August 1868 zu Krasnogor, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 8. Juni 1902 ausgewiesen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Zust. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat	Datum des Ausweisungs- Beschlusses
	des Ausgewiesenen				
1.	2.	3.	4.	5.	6.

a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:

1	Theodor Pavranek, Arbeiter,	geboren am 8. April 1878 zu Aussig, Böhmen, ortsfest zu Neu-Berat, ebendort,	inwiederholter schwerer Diebstahl (1. Jahr 9 Monate Zuchthaus, 2. Jahr Erkenntnis vom 24. August 1900),	Polizei-Behörde zu Hamburg,	24. Mai 1902.
---	--------------------------------	--	--	--------------------------------	------------------

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung	Behörde, welche die Anweisung beschlossen hat	Datum der Anweisung-Beschlüsse
	der Anweisung				
1.	Franz Kropf	geboren am 5. März 1849 zu	Betteln,	Königlich bayerischer	8. Mai
2.	Josef Hugo Rugler	geboren am 17. Februar 1873 zu	Ottensheim,	Königlich preussischer	12. Mai
3.	Rud. Warendorfer	geboren am 21. April 1855 zu	Landstetten,	Königlich bayerischer	10. Mai
4.	Rud. Emil Wölke	geboren am 18. August 1883 zu	Landstetten und	Königlich preussischer	13. Mai
5.	Eduard Böckeler	geboren am 3. Mai 1871 zu	Betteln,	Königlich preussischer	29. April
6.	Nikolaus Vachar	geboren am 29. Dezember 1849 zu	Betteln,	Königlich preussischer	13. Mai
7.	Rud. Sulz	geboren am 11. September 1864 zu	Betteln,	Königlich preussischer	30. April
8.	Rud. Tschmann	geboren am 8. September 1868 zu	Landstetten und	Königlich preussischer	12. Mai
9.	Franz Wölke	geboren am 18. Februar 1871 zu	Betteln,	Königlich bayerischer	1. Mai
10.	Josef Wölke	geboren am 28. November 1881 zu	Betteln,	Königlich preussischer	2. Oktober

Hierzu sechs öffentliche Anzeigen.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einpaltige Druckzeile 20 Pf. Geldeinheiten werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Rechtlich von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Druckerei der K. B. G. v. d. G. v. d. G.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 27.

Den 4. Juli

1902.

Inhaltsverzeichnis: Chaussee Dalmin-Gr. Berge. S. 287. — Signalvorrichtung für die Schifffahrt bei Charlottenburg. S. 287. — Polizei-Verordnung über die elektrischen Bahnen in den Kreisen Teltow und Niederbarnim. S. 287. — Gemeindefestsetzungen. S. 289. — Tarifergänzung. S. 289. — Öffentliche Belobigung. S. 289. — Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter. S. 290. — Fährten. S. 290. — Prüfung von Dampfseilen. S. 291. — Schiffsfahrts- und Flößerei-Abgaben. S. 291. — Viehschlachten. S. 296. — Ferien der Bezirksauschüsse. S. 296. — Grundstücksaußhöbungen. S. 296. — Deutsche Postanstalt in Amoy (China). S. 296. — Gemeindefälle für Fernsprechstellen. S. 297. — Parochialverhältnis der in Berlin u. neu anzulehrenden evangelischen Einwohner. S. 297. — Pfarrstellenerlebigung. S. 297. — Abänderung des Lagergeldtarifs für die Zollmehrlage zu Potsdam. S. 297. — Baarenverzeichnis des Holztarifs. S. 298. — Öffentliches Eisenbahn-Karobuch. S. 298. — Personal-Chronik. S. 298. — Prozeßagent. S. 298. — Ausweisungen aus Preußen. S. 298. — Ausweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiete. S. 299.

Allerhöchster Erlass.

Anmeldung der Bestimmungen wegen der Chausseepolizeivergehen auf die Chaussee von Dalmin nach Groß-Berge.

Auf Ihren Bericht vom 4. Juni d. Js. genehmige Ich, daß die dem Chausseegelddariff vom 29ten Februar 1840 (Ges.-Samml. S. 94 ff.) angehängten Bestimmungen wegen der Chausseepolizeivergehen auf die vom Kreise Westprignitz im Regierungsbezirk Potsdam ausgebaute Chaussee von Dalmin nach Groß-Berge zur Anwendung kommen, so lange diese Straße chausseemäßig unterhalten wird. Die eingereichte Karte erfolgt anbei zurüd.

Neues Palais, den 13. Juni 1902.

gez. Wilhelm R.

gegenges. v. Thielen.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen

des Königl. Regierungspräsidenten.

Signalvorrichtung für die Schifffahrt bei Charlottenburg.

190. Die im §. 114 der Strom- und Schiffsfahrts-polizeiverordnung vom 17. Januar 1896 bezeichnete Signalvorrichtung auf der Charlottenburger Schloßbrücke ist beim Abbruch der alten Schloßbrücke entfernt worden.

Es wird eine neue Signalvorrichtung, bestehend aus einer weißen runden Scheibe aus Korbgeflecht, auf dem Trennungsbauwerk zwischen den beiden Strecken oberhalb der Charlottenburger Anlage, etwa 50 m unterhalb der Eisenbahnbrücke, aufgestellt werden.

Die winkelfrecht zur Fahrtrichtung eingestellte Scheibe wird anzeigen, daß der Wehrdurchlaß geöffnet, die parallel zur Fahrtrichtung eingestellte Scheibe dagegen wird anzeigen, daß der Wehrdurchlaß geschlossen ist.

Potsdam, den 25. Juni 1902.

Der Regierungspräsident.

191. Polizei-Verordnung

betreffend die innerhalb der Kreise Teltow und Niederbarnim betriebenen elektrischen Straßenbahnen.

Auf Grund der §§ 6, 11, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 sowie

der §§ 137, 139 und 145 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird im Einvernehmen mit der Königl. Eisenbahndirektion in Berlin sowie unter Zustimmung des Bezirksausschusses zu Potsdam für die innerhalb der Kreise Teltow und Niederbarnim betriebenen elektrischen Bahnen folgende Polizei-Verordnung erlassen:

I. Betrieb.

§ 1. Der Betrieb der von dieser Verordnung betroffenen elektrischen Straßenbahnen unterliegt den Bestimmungen der von den nach § 3 des Kleinbahngesetzes zuständigen Genehmigungsbehörden erlassenen Betriebsvorschriften. Insofern nicht die Betriebsvorschriften oder die gegenwärtige Polizei-Verordnung Ausnahmen begründen, ist der Betrieb außerdem den allgemeinen straßenpolizeilichen Vorschriften unterworfen.

II. Schutz des Straßenbahnverkehrs.

§ 2. Jede Beschädigung der Bahn und der dazu gehörigen Anlagen sowie der Betriebsmittel nebst Zubehör, die Nachahmung der Signale, die Versteckung oder Versperrung der Ausweichvorrichtungen, das Abladen, Lagern und Aufstellen von Gütern, Holz, Kohlen, Steinen oder sonstigen den Verkehr behindernden Gegenständen, das Abwerfen und Anhäufen des Schnees auf dem Bahnkörper oder in einer Entfernung von weniger als 75 cm von der nächstgelegenen Fahrweise sowie überhaupt jede den Bahnbetrieb gefährdende Handlung ist untersagt.

§ 3. Es ist verboten, die elektrischen Leitungen anzufassen, die Quer- und Arbeitsdrähte mit irgend welchen Gegenständen zu behängen oder zu berühren sowie Fahnen oder sonstige Gegenstände an Gebäuden oder Masten derart anzubringen, daß die Drähte der elektrischen Bahn berührt werden.

§ 4. Sobald der Fahrbaum neben den Bahngleisen frei ist, darf kein Fuhrwerk dieselben berühren, wenn dadurch die Straßenbahnwagen behindert werden.

§ 5. Beim Erörten der Warnungszeichen haben

Fußgänger, Reiter, Radfahrer und die Fahrer von Wagen sofort die Fahrbahn für den Bahnbetrieb frei zu machen.

§ 6. Reiter, Radfahrer und Fuhrwerke haben an den Haltestellen der Straßenbahn soweit Raum zu geben, daß die Fahrgäste beim Ein- und Aussteigen nicht gefährdet werden.

§ 7. Die Vorschriften der §§ 4 und 5 gelten nicht für Wagen, in denen Allerhöchste und Höchste Herrschaften fahren, für geschlossen marschierende Militär-Abteilungen, Leichen und andere Aufzüge, sowie für im Dienste befindliche Postwagen und Fuhrwerke der Feuerwehr.

§ 8. Es ist untersagt, Fuhrwerke oder Vieh ohne Aufsicht auf dem Gleise oder unmittelbar neben demselben stehen zu lassen. Verantwortlich ist derjenige, dem die Aufsicht über das Fuhrwerk und das Vieh obliegt. Die Bahnbediensteten sind berechtigt, aufsichtslos dasiehendes Fuhrwerk und Vieh sowie sonstige Gegenstände, welche die Gleise verstopfen, zu entfernen.

III. Bestimmungen für die Fahrgäste.

§ 9. Das eigenmächtige Öffnen der an der linken Seite befindlichen Wagenverschlüsse, das Stehenbleiben auf den Trittbrettern sowie das Aufsteigen auf einen vom Schaffner als „besetzt“ bezeichneten Wagen ist verboten.

§ 10. Das Rauchen ist nur auf den Außenplätzen und in denjenigen Wagenabteilungen gestattet, welche für Raucher bestimmt und mit einer entsprechenden Bezeichnung versehen sind. Das Mitnehmen brennender Cigarren, Cigaretten oder Tabakpfeifen in das Innere geschlossener Wagen ist nicht gestattet.

§ 11. Das Rärmen und Singen der Fahrgäste, jedes unanständige oder die Mitfahrenden belästigende Betragen sowie das Auspucken in den Wagen ist untersagt.

§ 12. Personen, welche den Mitfahrenden durch abstoßende Krankheitserscheinungen oder unreinliches Äußere oder durch Trunkenheit lästig fallen, sind von der Mitfahrt auszuschließen.

§ 13. Die Mitnahme von Gegenständen, welche durch Umfang, Beschaffenheit oder üblen Geruch die Mitfahrenden zu belästigen geeignet sind, ist nicht erlaubt.

Hunde und andere Thiere dürfen nicht mitgeführt werden.

Ausgenommen sind kleine Hunde und andere Thiere, welche auf dem Schoße getragen werden, sofern die Mitfahrenden durch sie nicht belästigt werden.

Ferner dürfen Jagdhunde in Begleitung der Jäger auf besonderen in dem Fahrplan hierfür zugelassenen Linien auf dem Vorderperron befördert werden.

§ 14. Das Hinauslehnen des Körpers aus den Wagen, das Anfassen der an den elektrischen Wagen angebrachten, die Stromzuführung vermittelnden oder regelnden Einrichtungen ist verboten.

§ 15. Es ist verboten, während der Fahrt mit dem Wagenführer zu sprechen.

§ 16. Die Fahrgäste haben den auf Grund dieser

Verordnung an sie gerichteten Aufforderungen des von der Straßenbahn angestellten Betriebspersonals Folge zu leisten. Wer dieselben unbeachtet läßt, kann, abgesehen von der eintretenden Bestrafung, von der Mit- bezw. Weiterfahrt ausgeschlossen werden.

§ 17. Wer auf Grund der vorstehenden Bestimmung von der Fahrt ausgeschlossen wird, hat den Wagen sofort oder beim nächsten Halten zu verlassen.

IV. Pflichten des Betriebspersonals.

§ 18. Die im äußeren Betriebsdienste beschäftigten Personen haben dem Publikum gegenüber höflich und bescheiden aufzutreten. Das Anrufen, um Jemand zur Mitfahrt zu veranlassen sowie das Tabakrauchen während des Dienstes ist ihnen untersagt.

Während der Dienststunden hat das Betriebspersonal die von dem Unternehmer eingeführte Dienstkleidung zu tragen. Die Dienstnummer muß stets sichtbar sein.

Sofern die Zulässigkeit der Beschäftigung im Betriebsdienste nach der Betriebsvorschrift (§ 1) von der Ertheilung eines Fahr Scheines abhängig gemacht ist, hat jeder Bedienstete den für ihn ausgestellten Schein stets bei sich zu führen und darf ihn keinem anderen zur Benützung überlassen.

§ 19. Die Führung des Wagens darf Unbefugten nicht überlassen werden.

§ 20. Der Wagenführer hat die durch den Fahrplan festgesetzten Fahrzeiten möglichst inne zu halten. Ein Ueberschreiten der für die einzelnen Strecken festgesetzten Höchstgeschwindigkeiten ist jedoch unter allen Umständen verboten.

§ 21. Ueberall da, wo der Wagenführer nicht die freie Uebersicht über die von ihm zu durchzufahrende Straßenstrecke hat, insbesondere beim Passiren von Straßenkreuzungen und Straßenbiegungen, sowie wenn sich Wagen oder andere den Ausblick behindernde Gegenstände neben den Gleisen befinden, ist in verminderter Geschwindigkeit und vorsichtig zu fahren.

§ 22. Vor jedem Anfahren sowie vor Straßenkreuzungen und unübersichtlichen Stellen hat der Wagenführer mit der Glocke Warnungszeichen zu geben.

§ 23. Wenn Fuhrwerke, Reiter, Radfahrer oder Fußgänger sich in der Fahrtrichtung befinden oder derselben nähern, so hat der Wagenführer rechtzeitig mit der Glocke Warnungszeichen zu geben, langsam zu fahren und zu halten, sofern dies erforderlich ist, um Beschädigungen von Personen und Sachen zu vermeiden.

§ 24. Kreuzen die im § 7 bezeichneten Wagen, geschlossen marschierende Militärabteilungen und Aufzüge die Fahrtrichtung, so hat der Wagenführer in der Fahrt innezuhalten.

§ 25. Der Wagenführer hat beim Verlassen seines Standes durch Abziehen der Kurbel oder Anwendung sonstiger Vorrichtungen zu verhüten, daß der Wagen durch Unbefugte in Bewegung gesetzt werden kann.

§ 26. Der Schaffner hat dafür zu sorgen, daß der Fahrplan thunlichst innegehalten wird, sowie daß sein Wagen während der Dunkelheit vorrücken darf.

erleuchtet und während des Betriebes reinlich erhalten wird.

Bei Zügen, welche aus mehreren Wagen bestehen, trägt die Verantwortung für die Einhaltung des Fahrplans der Schaffner des Motorwagens.

§ 27. Sobald die für den Wagen bestimmten Innen- und Außenplätze besetzt sind, darf der Schaffner weitere Personen zur Fahrt nicht aufnehmen.

§ 28. Nur an den Haltestellen ist der Schaffner verpflichtet, zum Aufnehmen und Absetzen von Personen anzuhalten.

Den Fahrgästen, insbesondere Kindern, weiblichen, alten und schwächlichen Personen hat er beim Ein- und Aussteigen behülflich zu sein.

Das Zeichen zur Weiterfahrt darf er nicht früher geben, als bis der Einsteigende den Wagen bestiegen und der Aussteigende mit beiden Füßen die Erde erreicht hat.

§ 29. Der Schaffner hat auf die Beachtung der in den §§ 9 bis 15 gegebenen Bestimmungen zu halten und erforderlichen Falls von der ihm durch § 16 verliehenen Befugniß Gebrauch zu machen.

V. Straf- und Schlußbestimmungen.

§ 30. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden, soweit nicht nach den bestehenden Gesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu 60 Mark, im Unvermögensfalle mit verhältnismäßiger Haft bestraft.

§ 31. Die Polizeiverordnung tritt mit der Publication in Kraft.

Mit dem gleichen Zeitpunkt tritt die Polizeiverordnung vom 5. März 1898, betreffend die elektrischen Straßenbahnen in Charlottenburg sowie die von Berlin und Charlottenburg ausgehenden und in den angrenzenden Kreisen endigenden elektrischen Straßenbahnen und die Polizeiverordnung des Landraths des Kreises Teltow vom 1. Juni 1900, betreffend die elektrische Straßenbahn in den Gemeinden Großlichterfelde, Lankwitz, Mariendorf und Siegels, außer Geltung.

Potsdam, den 1. Juli 1902.

Der Regierungspräsident.

Gemeindebezirksveränderung.

192. Der Bezirksausschuß hierselbst hat am 13. Mai d. J. beschlossen, das im Grundbuch von der Umgebung Berlins nachstehend verzeichnete Trennstück:

Artikel der Mutterrolle	Bezeichnung nach dem Grundbuche		Nummer		Des Eigenthümers Name und Wohnort	Flächeninhalt		
	Band	Blatt	des Kartenblattes	der Parzelle		ha	ar	qm
122	5	258	1	811/37 1	Krop, Johann Friedrich Wilhelm, Aderbürger, und Krop, Friedrich Wilhelm, Aderbürger in Berlin	—	—	13
	Umgebung Berlins							

von dem Gemeindebezirk Treptow abzutrennen und mit dem Gebiete der Stadtgemeinde Nirdorf zu vereinigen.

Die Umgemeindung tritt am 1. Juli d. J. in Kraft.

Potsdam, den 23. Juni 1902.

Der Regierungspräsident.

Gemeindebezirksveränderung.

193. Der Bezirksausschuß hierselbst hat am 22. April d. J. beschlossen, das grundbuchlich nicht eingetragen, nachstehend verzeichnete Trennstück:

Artikel der Mutterrolle	Bezeichnung nach dem Grundbuche		Nummer		Des Eigenthümers Name und Wohnort	Flächeninhalt		
	Band	Blatt	des Kartenblattes	der Parzelle		ha	ar	qm
1276	—	—	4	341/104	Königlich Preussischer Domänenfiskus	—	13	63

von dem Stadtbezirk Wilmshof abzutrennen und mit dem Gutsbezirke Goldbeck zu vereinigen.

Die Umgemeindung tritt am 1. Juli 1902 in Kraft.

Potsdam, den 24. Juni 1902.

Der Regierungspräsident.

Zusatzergänzung.

194. Die Herren Minister der öffentlichen Arbeiten und der Finanzen haben durch Erlaß vom 31. v. Mts. IIIb. 4968 M. d. d. A. — genehmigt, daß zum

III. 6761 E. M.

Abschnitt I. des Tarifs für die Benutzung des Erdmagn'schen Vohlwerts am Finowkanal in Zerpenschlenje vom 18. Juli 1901 folgender Zusatz gemacht werde:

„Für Kohlen ist der Satz von 1 Pf. für je 100 kg anzuwenden.“

Potsdam, den 25. Juni 1902.

Der Regierungspräsident.

Öffentliche Belobigung.

195. Der Syndikus Dr. Hoffberg, der Primaner Liepe, der Maschinist Schröder, der Oberbühnen Böh und der Matrose Marquardt aus Potsdam haben durch ihr mutiges und entschlossenes Vorgehen bei der Rettung folgender am 19. Februar 1902 auf der Havel eingebrochenen, Personen; des Schülers Hornarth, des Ober-Primaners Manfred von Tschoppe und des Fischmeisters Krause gefördert.

Ich bringe dieses hilfsbereite und entschlossene Vorgehen hiermit lobend zur öffentlichen Kenntniß.

Potsdam, den 26. Juni 1902.

Der Regierungspräsident.

Kontraktbedingte ausländische Arbeiter.

196. Folgende ausländisch-polnische Saisonarbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitsstätten unter Kontraktbruch verlassen:

Namen:	Bisheriger Beschäftigungsort:
Albert Gossingky	Hitterau, Gatz,
Stanislaus Ruschkiwig	Kreis Ostprignitz,
Rajimirja Barzschy	Buch, Kreis
	Deeslow-Storfow,
	Uenze, Kreis
	Westprignitz.
Hryi Zwanczel	

Die Genannten sind festzunehmen und sofort aus dem Staatsgebiete auszuweisen. Vom Geschehenen ist unter Bezugnahme auf diese Bekanntmachung hierher Nachricht zu geben.

Potsdam, den 1. Juli 1902.

Der Regierungspräsident.

197.

T a r i f

nach welchem das Ueberfahrtsgehalt bei der Fähr-Anstalt zum Ueberfahren über den Ruppiner See von Neu-Ruppin nach Wuthenow und Nietwerder aus von Wuthenow und Nietwerder nach Neu-Ruppin zu erheben ist.

Es wird entrichtet für das Ueberfahren:

I. Von Personen, einschließlich dessen, was sie tragen:

- wenn die gewöhnliche Ueberfahrt abgewartet wird, für jede Person 5 Pf.,
- für eine besondere unverzügliche Ueberfahrt, welche auf Verlangen geschehen muß:
 - bei Tage, von einer oder zwei Personen, von jeder Person 15 Pf.,
von drei oder mehreren Personen, von jeder Person 10 Pf.,
 - bei Nacht, von einer oder zwei Personen, von jeder Person 25 Pf.,
von drei oder mehreren Personen, von jeder Person 20 Pf.

~~Rinder~~ unter fünf Jahren, welche in Begleitung von erwachsenen Personen übertahren, bleiben von der Abgabe frei, jedoch dürfen nur zwei Kinder auf eine erwachsene Person als abgabefrei gerechnet werden. Kinder über diese Zahl hinaus haben je gleich den Erwachsenen die Abgabe zu zahlen.

II. von Thieren

- für ein Kalb, Schaf, Ziege, Esel, Schwein oder anderes kleines Vieh, welches frei geführt oder getrieben wird 5 Pf.,
- für einen Fieh- oder Ferkelband 3 Pf.,
- für Ferkel, welches getrieben wird, für je zehn Stück 5 Pf.,

Wenn Jederoch in geringerer Zahl als zehn Stück, oder auf Karren u., oder in einem Trägelkörbe übergeführt wird, so wird dafür keine besondere Abgabe erhoben.

- Für einen leeren Handwagen 5 Pf.,
- „ beladenen Handwagen. 10 Pf.,
- „ eine Karre 3 Pf.,
- „ beladene Karre oder Fahrrad 5 Pf.,

- Von unverladenen Gegenständen wird für einen Centner entrichtet 3 Pf.,
für einen halben Centner 2 Pf.,
viertel Centner 1 Pf.

Alles dasjenige, was eine Person trägt, darf als unverladener abgabepflichtiger Gegenstand nicht betrachtet werden.

Allgemeine Bestimmungen.

- Die vorstehenden Sätze sind bei jedem Wasserstände, ohne Rücksicht auf dessen Höhe zu entrichten. Bei vorhandener Eisbahn, für deren gehörigen Zustand von den Hebungsberechtigten zu sorgen ist, ermäßigen sie sich, bei Benutzung der ordnungsmäßigen unterhaltenen Eisbahn unter Fortfall der Sätze zu I b. und IV. auf die Hälfte.
- Als gewöhnliche Ueberfahrten gelten diejenigen, für welche auf Grund der Bestimmung der königlichen Regierung zu Potsdam die Fahrzeit an jeder der drei Fährstellen durch amtlichen Anschlag zur öffentlichen Kenntniß gebracht worden ist. In gleicher Weise werden auch die Zeiten für die Tag und Nachtfahrten bestimmt.

Befreiungen.

Von Entrichtung des Fährgebühres sind befreit:

- Die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften wie deren Gefolge.
- Thiere, welche den Hofhaltungen des königlichen Hauses oder des kaiserlichen Hauses Hohenzollern oder den königlichen Gefällen angehören.
- Kommandirte Angehörige des stehenden Heeres und der Marine, einberufene Rekruten oder Thiere, welche dem Heere oder den Truppen auf dem Marsche angehören.
- Dienstliche Beamte und deren Thiere bei Dienstreisen oder sonstiger dienstlicher Veranlassung, wenn sie sich gehörig darüber ausweisen oder Uniform tragen, die Briefträger und Postboten.
- Transporte, die für unmittelbare Rechnung des Staates oder des Reiches geschehen.
- Königliche Fußboten-Posten, Reiterposten, öffentliche Couriere und Eskorten und alle von Postbeförderungen her zurückkehrende Pferde.
- Hilfsmannschaften bei Feuersbräunen und ähnlichen Nothständen, auf dem Hin- und Rückwege, endlich
- sind die Bewohner der Ortschaften Wuthenow, Gnewikow, Kärwe, Wuthenberg und Nietwerder seit Alters her verpflichtet, den Fährberechtigten für das Ueberfahren statt jedesmaliger Bezahlung eine jährliche Abfindung in Getreide oder Geld zu entrichten. Sollten dieselben es vorziehen, statt der Natural- oder Geld-Abgabe sich für jede einzelne Fahrt dem Tarif zu unterwerfen, so sind die Fährberechtigten verpflichtet, das tarifmäßige Fährgehalt anzunehmen. Im Uebrigen bleibt die Regulirung dieses Verhältnisses den Gewählten und Fährberechtigten überlassen.

Der alte Tarif vom 1. September 1852

- 12) der Storkower Gewässer
der Schleuse zu Rummersdorf
13) der Oberen Spreewasserstraße
der Schleusen zu Neuhaus und Rössenblatt
14) des Friedrich Wilhelmkanals
der Schleuse zu Brieskow
15) der Bergsee-Riesenwälder-Wasserstraße
der Pählbrücke bei Radewege

in Güterklasse I. 10, II. 8, III. 6 und IV. 4 Pfg.,
mindestens aber — auf allen unter A. und B. erwähnten
Wasserstraßen — die nach II. vom leeren Schiff zu
entrichtende Abgabe.

II. von leeren Schiffen bei jedesmaliger Durch-
fahung der vorsehend genannten Schleusen und der
Pählbrücke bei Radewege am Bergsee für jede Tonne
ihren Tragfähigkeit 0,2 Pfg.

III. von Schleppdampfern ohne Anhang bei jedes-
maliger Durchfahung der vorsehend genannten Schleusen
und der Pählbrücke bei Radewege am Bergsee 1 M.

IV. von Personenzugfahrzeugen bei jedesmaliger
Durchfahung der vorsehend genannten Schleusen und
der Pählbrücke bei Radewege am Bergsee — sofern
mindestens ein Fahrgast befördert wird — für den Kopf
der polizeilich zugelassenen Höchstzahl von Fahrgästen
0,5 Pfg. Wird kein Fahrgast befördert, so ist die Ab-
gabe nach Tarifabschnitt II. zu entrichten.

V. von Fischerkähnen, Fischdröbbern, Gondeln,
Sportfahrzeugen und ähnlichen kleinen Schiffsgesäßen,
welche nicht geacht oder vermessen und zur Fracht-
beförderung nicht bestimmt sind, beim jedesmaligen
Durchfahren der unter II. genannten Schleusen, sofern
die Durchfahrt gleichzeitig mit einem geachten oder ver-
messenen und zur Fracht- oder Personenbeförderung be-
stimmten Fahrzeuge stattfindet, 50 Pf., sonst 2 M.

VI. von Floßholz für je 10 qm der Oberfläche
mit Einschluß des Flotterwerks und Wasserraumes bei
jedesmaliger Durchfahung der unter I. bezeichneten
Schleusen.

A. wenn die Flöße ganz oder theilweise aus werftantig
beschlagenen Hölzern (Quaderholz) oder Balken
bestehen 18 Pf.

B. anderenfalls 15 Pf.,

C. wenn die Flöße in doppelter oder mehrfacher
Stammelage gebunden sind, die nach VI A. B. zu
entrichtenden Abgaben mit einem Zuschlage von
20 vom Hundert.

VII. von den auf Flößen beförderten Gütern, außer
Stabholz, Felgenholz und Bretern, für jede beladene
Floßtafel 50 Pf.,

VIII. für Gewährung des Vorschleusenrechts

A. von beladenen Schiffen, Personenzugfahrzeugen mit
wenigstens einem Fahrgast, Schleppdampfern ohne
Anhang und Flößen ein Zuschlag von 50 vom
Hundert zu der sonstigen Abgabe.

B. von leeren Schiffen, einschließlich der Personen-
fahrzeuge ohne Fahrgast, für jede Tonne Trag-
fähigkeit 4 Pf.

IX. für die Benutzung der fiskalischen Ufer außer-

halb der unter besondern Abgabenariffen bestimmten Böden
und Ladepätze

A. zum Ein- oder Ausladen für jede Tonne des über
das Schiffsbord bewegten Güter in Klasse I. 6,
II. 5, III. 4 und IV. 3 Pf.,

B. zum Ein- oder Ausbringen von Flößen für je
10 qm Flößfläche 4 Pf.

Befreiungen.

Abgabefrei sind

1) Güter, einschließlich des Floßholzes und Fahrzeuges,
welche dem Könige, dem Staate oder dem Reiche
gehören oder aussch. für deren Rechnung befördert
werden.

2) Handkähne, die als Anhänge zu größeren Fahr-
zeugen gehören und gleichzeitig mit ihnen die
unter I. genannten Schleusen durchfahren.

3) die von dem Landwehr- und Kaiserlichkeitskanal
in Berlin ausgehenden Güter, Schiffe und Flöße,
wenn die Abgabe für den Eingang bezahlt ist.

4) Güter, Schiffe und Flöße, bei der Durchfahrt durch
die nachstehenden Schleusen, wenn anlässlich der
selben Schiffsreise oder Floßfahrt die ebenfalls hier
vergekehrten, anderen Schleusen benutzt werden,
nämlich:

a. bei der Durchfahrt durch die Schleuse zu Büchholz-
werder, sofern vorher oder nachher diejenige
zu Riesenwalde durchfahren wird,

b. bei der Durchfahrt durch die Schleuse zu
Friedenthal, sofern vorher entweder die Thier-
garten-schleuse oder die Schleuse zu Pinnow durch-
fahren ist,

c. bei der Durchfahrt durch die Thiergarten-schleuse,
sofern vorher entweder die Schleuse zu Frieden-
thal oder diejenige zu Pinnow durchfahren ist,

d. bei der Durchfahrt durch die Schleuse zu
Pinnow, sofern vorher die Thiergarten-schleuse
oder die Schleuse zu Friedenthal durchfahren ist,

e. bei der Durchfahrt durch die Schleuse zu Rens-
dorf, sofern vorher die Schleuse zu Neuhaus durch-
fahren ist,

f. bei der Durchfahrt durch die Schleuse zu Neu-
haus, sofern vorher die Schleuse zu Rensdorf
durchfahren ist.

5) Bei der Durchfahrt durch die Schleuse zu Char-
lottenburg alle Güter an Bord solcher Schiffe, die
von Berlin in der Richtung nach Stettin, Medien-
burg, Rheinsberg oder Neuruppin verkehren oder in
umgekehrter Richtung fahren, sofern diese Schiffe
zwischen Spandau und Berlin Anhaltnungen ein-
nehmen oder abgeben.

6) Ein- und Ausladungen über fiskalische Ufer, sofern
die Menge der aus einem Schiffe ausgeladenen
oder in ein Schiff eingeladenen Güter weniger als
3 Tonnen beträgt.

Bemerkungen.

1. Wenn an einem der unter I. genannten Orte
mehrere Schleusen vorhanden sind, so gelten für jede
dieser Schleusen die gleichen Tarifbestimmungen.

2. Angefangene Erhebungseinheiten gelten als voll.

3. Die Abgabebeträge werden auf volle 10 Pf. nach oben abgerundet.

4. Die Vertheilung der Güter auf die Tarifklassen ergibt sich aus dem nachstehenden Verzeichniß.

5. Dieser Tarif tritt am 1. Januar 1903 in Kraft. Mit demselben Tage verlieren die bisherigen Tarife für die unter I. bezeichneten Wasserstraßen ihre Geltung.

Berlin, den 16. Juni 1902.

Der Finanzminister.

Der Minister
der öffentlichen Arbeiten.

Güterverzeichnis

zum Tarife für die Schifffahrts- und Fährereiabgaben
auf den Wasserstraßen zwischen Elbe und Oder.

Klasse I.

umfaßt alle in keiner anderen Klasse genannten Güter;
insbesondere:

Baumwolle
Bier
Branntwein
Farbholz
Felle
Fette, soweit nicht unter anderen Tarifklassen bezeichnet
Getreide
Glas und Glaswaaren
Häute
Holzwaaren, feine
Hälsenfrüchte
Kaffee und Kaffeesurrogate
Kakao
Kandis
Kupfer
Instrumente
Leder
Mais
Maschinen und Maschinenteile
Mehl und sonstige Mühlenzeugnisse
Messing
Möbel
Obst
Del
Delsaat
Petroleum
Porzellan
Reis
Streichgut
Spiritus und Sprit
Wein
Zinn
Zink
Zucker in Broden, Würfeln, Tafeln, Platten und
Stücken, auch gemahlen, Farine, Kristallzucker.

Klasse II.

Asphalt, roher, reiner (künstlich gereinigter ist in
Klasse I.)

Asphaltschale
Asphaltschalen

Beinschwarz

Blei

Bleibuch, Bleigrau, Bleiglätte, Bleisäure

Bordschwellen

Borkast

Bruchmetall außer Bruchstein

Cellulose, trocken (Zellstoff in fester Form)

Cementwaaren außer den in Klasse III. genannten

Chamottewaaren

Cocos

Dachpappen

Düppeln, siehe Packungen

Eisen und Stahl in Stangen, Blechen, Platten, Fagoneisen, Eisenröhren, groben Gusswaaren und leeren

schmiedeeisernen Cylindern

Eisenbahnschienen, neue

Eisenbahnschwellen

Eisenbleche

Eisenröhren

Emballagen, siehe Packungen

Fagoneisen

Fässer, gebrauchte

Faschinen

Fassagen, siehe Packungen

Feld- und Gartenfrüchte, auch getrocknete, außer Obst,

Getreide, Del und Hälsenfrüchten

Fenchel, entölt

Flachs

Gemüse

Grubenholz

Gusswaaren, grobe

Hanf

Harze, gewöhnliche

Heringe

Heu, lose

Holzstoff, Holzmasse, Holzschliff in fester Form

Holzwaaren, grobe

Hölzer aller Art, außer Farbholz, geschnitten und ge-

hobelt, Bretter, Balken u. s. w., abgesehen von

den in Klasse III. genannten Hölzern.

Hörner

Hälsen, leere, gebrauchte

Jute, rohe

Kanonen, siehe Packungen

Kartoffeln

Kisten, gebrauchte

Kohl

Kork, rohe und in Platten,

Körbe, gebrauchte

Kämmel, entölt

Klasse

Packungen außer den unter III. und IV. genannten

Pappen zur Dachherstellung, Strohpappen

Pech, außer Steinkohlenpech

Piassava, roh

Pottasche

Ramin

Reisig

Rohr
 Rohrzucker
 Sauerkraut, Sauerkohl
 Säuren, außer den in Tariffklasse IV. genannten
 Schnittwaaren, harte und weiche
 Soda
 Stämme, harte und weiche
 Stroh, lose
 Syrup
 Thonwaaren, grobe, einschließlich der groben Chamotte-
 waaren, aber ausschließlich der Drainröhren.
 Wallfett
 Walle, rohe (Marmorwände)
 Zinnsand und Zinnsäcke.

Klasse III.

Alteisen
 Anthracit
 Asphaltstein, Asphaltsand, rohe Asphalterde, kompri-
 mierter Asphalt, Asphaltplatten, künstlicher Asphalt,
 Asphalt in Kuchen (Asphaltbrei, Asphaltstein, As-
 phaltmastik, Asphaltmastix, Asphaltcement)
 Baryt, künstlicher kohlensaurer
 Baugeräthe, gebrauchte
 Ballons, leere
 Betonfliesen
 Betonplatten
 Betonsteine
 Borte
 Brennholzschette
 Bruchstein
 Cement
 Cementrohre und Cementdielen
 Chamottmehl und Chamottesteine
 Chlorkalium
 Chlormagnesium
 Chlornatrium
 Drainröhren
 Eisenbahnschienen, gebrauchte
 Eisenvitriol
 Fagbäuben
 Fagholz
 Feldspath
 Flaschen, leere
 Fliesen
 Graphit
 Haare
 Heerde
 Holzdraht
 Holzkohle
 Holzwolle
 Kammern, gebrauchte
 Lehe
 Lumpen
 Mählfleine, fertig bearbeitete
 Rinde
 Roheisen
 Säcke, gebrauchte

Salze aller Art, abgesehen von Düngemitteln
 Schaalbretter, Schwarzen und Schwarzwäpfele
 Schlempeföhle
 Schwemmfleine
 Siedalkoholen
 Steine, künstliche, soweit nicht besonders genannt
 Steinföhlen
 Steinföhlenheer
 Steinmühle
 Steinwaaren
 Stride, gebrauchte
 Tanks, leere gebrauchte
 Theer
 Thonröhren
 Wasserglas
 Berg
 Weisung (auch Füllkammern)
 Werkstücke, roh zugerichtet

Klasse IV.

Abfälle und Rückstände aller Art außer den unter II.
 und III. genannten, insbesondere von Alaun, Anilin-
 öl, Bast, Bettfedern, Häuten, Heerde, Horn, Jute,
 Papierfaser, Ramin, ferner Korkabfälle, Melasse-
 futter, Nährschmelze, Wengabfälle u. s. w.
 Abraumsalze
 Ammoniak
 Aschen, Schlacken, Sinter, insbesondere Schlacken und
 Aschen von Glas, Metall und Kohlen, Schlacken-
 kies, Schlackensand, Schlackenmehl, Schwefelsäure-
 abbrände, Ziegelsinter u. s. w.
 Baryt, natürlicher
 Baumwollsaatkuchen
 Baumwollsaatmehl
 Binsen
 Bimsstein
 Blutdünger
 Blutaugenrückstände
 Borazit
 Braunkohle
 Braxit
 Bahnenpfähle
 Carnallit
 Cellulose feucht (Zellstoff, breiartig)
 Chilisalpeter
 Chinaclay (Porzellanerde)
 Cichorienmehl
 Cichorienknäuel
 Cichorienwurzel (auch gedörrt)
 Dachziegelplatten
 Dachziegel
 Dolomit
 Düngemittel, insbesondere Abraumsalze, Ammoniak,
 Asche, Blutdünger, Carnallit, Chilisalpeter, Fische,
 Gaskalk, Grubeninhalt, Guano, Kalk, Kalkasche,
 Seimkalk, Mist, Mäul, Natron, Phosphat und
 Superphosphat, Scheideflamme von der Zuder-
 fabrication, Schlempebänger, Thomasschlacke, Torf-
 streu, Wallhaare, Weizenfendbänger u. s. w.

Weinbefendbänger
Wergabstille. 111
Wurzeln von Bäumen u. s. w.
Ziegel
Ziegelmehl, Ziegelfinter
Ziegelsteine
Zuderräben.

Vorstehender Tarif wird veröffentlicht mit dem Bemerken, daß sich hierdurch rechnungsmäßig eine Erhöhung des Ertrages an Schiffsahrtgebühren um 9 vom Hundert ergibt. Der Tarif soll zunächst für eine dreijährige Uebergangszeit gelten.

Nach deren Ablauf ist eine Durchsicht und nötigenfalls eine anderweitige Regelung des Tariffs insbesondere mit dem Ziele in Aussicht genommen, daß eine Ertragssteigerung von 20 bis 25 vom Hundert im Vergleich zu dem jetzigen Aufkommen an Schiffsahrtgebühren — auf gleiche Verkehrsgrundlage bezogen — erreicht wird.

In der Zwischenzeit wird namentlich die von den Schiffsahrtbeteiligten vielfach aufgestellte Behauptung, daß die Güterverkehrsmengen tatsächlich weit größer sind, als es nach der Statistik den Anschein habe, auf ihre Richtigkeit an der Hand der praktischen Erfahrungen geprüft werden.

Sollte sich hierbei herausstellen, daß schon die Sätze des vorstehenden Uebergangstarifs zur Erreichung des finanziellen Endzwecks genügen, so werden diese Sätze weiterhin beibehalten werden.

Potsdam, den 28. Juni 1902.

Der Regierungspräsident.

200. Viehseuchen.

I. Festgestellt:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Angermünde: Rittgüt Kerkow.

b. Milzbrand. Kreis Ost-Havelland: Charlottenau (Vorwerk). Kreis West-Havelland: Eickow. Kreis Ost-Prignitz: Gut Lohm I.

c. Schweineseuche. Kreis Angermünde: Bieraden.

II. Erloschen:

a. Milzbrand. Kreis Nieder-Barnim: Zinndorf. Kreis Ost-Havelland: Flatow. Kreis Ost-Prignitz: Gut Lohm I.

b. Schweineseuche. Kreis Nieder-Barnim: Friedrichsfelde, Dalldorf. Kreis Prenzlau: Baschow, Dom. Debesow.

Potsdam, den 1. Juli 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

Ferien des Bezirksausschusses in Potsdam.

14. Der Bezirksausschuß hält vom 21. Juli bis 1. September Ferien. Während der Ferien werden Termine zur mündlichen Verhandlung der Regel nach nur in schleunigen Sachen abgehalten werden.

Potsdam, den 18. Juni 1902.

Der Bezirksausschuß.

Ferien des Bezirksausschusses in Berlin

15. Der Bezirksausschuß zu Berlin hält Ferien während der Zeit vom 21. Juli bis zum 1. September 1902.

Während der Ferien dürfen Termine zur mündlichen Verhandlung der Regel nach nur in schleunigen Sachen abgehalten werden. Auf den Lauf der gesetzlichen Fristen bleiben die Ferien ohne Einfluß.

Berlin, den 23. Juni 1902.

Der Bezirksausschuß zu Berlin.

Grundstücksaufhebung.

16. Die Firma E. F. Kahlbäum, chemische Fabrik, in Berlin SO., Schleierstraße 35, beabsichtigt, auf ihrem Ebnenickerstraße 45 in Grünau belegenen Grundstück an der Dahme in einer Entfernung von ca. 30 m vom Ufer einen hochwasserfreien Damm anzulegen, welcher sich an den seitlichen Grenzen des Grundstückes nach der Chaussee zu fortsetzt.

Hierzu ist die reichspolizeiliche Genehmigung nachgefragt worden.

Dies wird mit der Aufforderung bekannt gemacht, etwaige Einwendungen in reichspolizeilicher Hinsicht gegen den geplanten Damm bis zum 15. Juli 1902 bei dem Bezirksausschuß zu Potsdam anzubringen. Später eingehende Einsprüche finden keine Berücksichtigung. Die Pläne können in der Registratur des Bezirksausschusses hier, Humboldtstraße 1, während derselben Frist eingesehen werden.

Potsdam, den 19. Juni 1902.

Der Bezirks-Ausschuß.

Ruffmann.

Grundstücksaufhebung.

17. Die Königl. Forstverwaltung hat das Ufer des an die „Große Erampe“ grenzenden Förstereigrundstückes Mägdelheim in der Oberförsterei Grünau-Dahme aufgehöhht.

Hierzu ist die reichspolizeiliche Genehmigung nachgefragt worden.

Dies wird mit der Aufforderung bekannt gemacht, etwaige Einwendungen in reichspolizeilicher Hinsicht gegen die Aufhöhung bis einschließlich 18. Juli 1902 bei dem Bezirksausschuß zu Potsdam anzubringen. Später eingehende Einsprüche finden keine Berücksichtigung. Der Plan kann in der Registratur des Bezirksausschusses hier, Humboldtstraße 1, während derselben Frist eingesehen werden.

Potsdam, den 28. Juni 1902.

Der Bezirksausschuß zu Potsdam.

Bekanntmachungen

des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.

Einrichtung einer deutschen Postanstalt in Amoy (China).

7. In Amoy (China) ist eine deutsche Postanstalt eröffnet worden. Ihre Tätigkeit erstreckt sich auf den Briefpost-, Zeitungs- und Postanweisungsdienst sowie auf die Annahme und Ausgabe gewöhnlicher Pakete mit oder ohne Nachnahme.

Ueber die Taxen und Versendungsbedingungen geben die Postanstalten auf Verlangen Auskunft.

Berlin W. 66, den 19. Juni 1902.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Cementkanäle für Fernsprechkabel.

50. Bei dem Kaiserlichen Haupt-Fernsprechamt hier W. 56 liegen Pläne aus über die Herstellung von Cementkanälen für Fernsprechkabel in nachbezeichneten Straßen x.:

- 1) Eberswalderstraße und Schönhauser-Allee,
- 2) Uebom-, Straßunder- und Waststraße,
- 3) Prinzen-Allee,
- 4) Bräuer- und Admiralstraße sowie Rottbuser- und Elisabethufer,
- 5) Scherren-, Brüder- und Breiterstraße sowie Schloßplatz,
- 6) Lindenstraße,
- 7) Alexandrinen-, Neuenburger- und Alie Jacobstraße sowie
- 8) Blücher-, Varnau-, Bergmann- und Queisepaustraße.

Berlin C. 2, den 25. Juni 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Cementkanal für Fernsprechkabel.

51. Bei dem Kaiserlichen Haupt-Fernsprechamt hier W. Französische 33b./c. liegt ein Plan aus über die Herstellung eines Cementkanals für Fernsprechkabel von Al. Frankfurterstraße 1 nach dem Alexanderplatz.

Berlin C. 2, den 26. Juni 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Bekanntmachungen der Königl. Konfiskations- der Provinz Brandenburg.

Parochialverhältnisse der in Berlin x. wohnenden evangelischen Einwohner.

52. Durch das auf Grund der Allerhöchsten Rabinets-Ordre vom 30. April 1830 erlassene Rescript des Königl. Ministeriums der geistlichen u. Angelegenheiten vom 5. Mai desselben Jahres ist den evangelischen Glaubensgenossen, welche an einem Orte ihren Wohnsitz nehmen, wo mehrere der Union beigetretene Kirchengemeinden sich befinden, das Recht verliehen worden, die Gemeinde, welcher sie angehören wollen, zu wählen. Dieses Recht findet nach Maßgabe der angeführten Verordnung, insolge des Bestehens der evangelischen Kirchengemeinden in Berlin zur Union und unter Beziehung der allgemeinen Bestimmungen auf die besonderen Verhältnisse dieser Gemeinden, hierseits in der Weise Anwendung, daß die den von auswärtig zuziehenden Personen zustehende Wahl getroffen werden kann zwischen einerseits der betreffenden, mit einem bräunlich abgegrenzten Kirchprengel versehenen Gemeinde und andererseits der Doms oder der Parochial-Kirche.

Da die Ausübung dieses Wahlrechts bisher an eine Frist nicht gebunden gewesen ist, so hat sich das Bedürfnis ergeben, den aus rüger oft lange verschobenen Herstellung der Gemeindeangehörigkeit erwachsenden Uebelständen für die Zukunft vorzubeugen.

In Folge der auf Grund Allerhöchsten Erlasses vom 6. September v. J. von dem Herrn Minister der geistlichen Angelegenheiten im Einverständnisse mit dem

Evangelischen Ober-Kirchenrath und ethischen Ermächtigung wird demnach hierdurch folgendes bestimmt:

- 1) Alle von auswärtig nach Berlin ziehenden evangelischen Glaubensgenossen haben ohne Rücksicht auf ihr besonderes Konfessionsverhältnis die Wahl, sich entweder derjenigen Pökalparochie, innerhalb deren sie ihre Wohnung nehmen, oder der Gemeinde der Doms-Kirche resp. der Parochial-Kirche anzuschließen, deren Mitglieder an ihrem bestimmten Wohnort in der Stadt gebunden sind und daher durch die Veränderung der Wohnung innerhalb der Stadt die Gemeinde und Kirche nicht wechseln.
- 2) Diese Wahl muß jedoch binnen Inzestfrist von der Niederlassung in Berlin ab gerechnet durch eine ausdrückliche Erklärung bei dem Kirchen-Ministerium und dem Pörkande der gemählten Kirche zu erkennen gegeben werden.
- 3) Wird diese Wahl in den bestmöglichen Frist nicht ausgeübt, so werden solche evangelische Einwohner als pflichtige Mitglieder derjenigen Pökalparochie, innerhalb deren sie ihre Wohnung genommen haben, angesehen und behandelt, und gehen bei jeder Veränderung der Wohnort indigene Parochie als Mitglieder aller, in welcher die ausgewählte Wohnung gelegen ist.

Berlin, den 21. November 1859.

Königliches Konfiskations- der Provinz Brandenburg.

Vorsteher: Bekanntmachung wird hierdurch von Neuem mit dem Hinzufügen veröffentlicht, daß mittels Allerhöchsten Erlasses vom 20. Februar 1889 die Parochialbezirk der Dommgemeinde und der Parochial-gemeinde zu Berlin auf den Sprengel der Kirchengemeinde zu Charlottenburg und Schöneberg sowie auf die außerhalb Berlins gelegenen Theile der Zwölfs-Apostel- und der Kaiser-Wilhelm-Kirchengemeinde ausgedehnt worden sind.

Obige Bestimmungen in 1 bis 3 finden demgemäß auch Anwendung auf alle von auswärtig nach Charlottenburg, Schöneberg und denjenigen Gebieten von Deutsch-Wilmersdorf, welcher zur Parochie der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche gehört, ziehenden Evangelischen.

Berlin, den 24. Juni 1902.

Königliches Konfiskations- der Provinz Brandenburg, Abtheilung Berlin.

Wahlrechtveränderung.

53. Gelebigt wird die Pfarrstelle Privat-Patronats zu Krügerdörf, Diöcese Oerkeu, durch Emeritierung des Pfarrers Gärtner zum 1. Oktober d. J.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Abänderung des Lagergeldtariffs für die öffentlichen Bollstiebelage

2. Auf Grund des Erlasses des Herrn Finanz-Ministers vom 16. Juni 1902 III 7510 werden vom 1. Juli 1902 ab für die Lagerung von Waaren

in der öffentlichen Zollinspektion zu. Diebstahl an Vieh der
Lagerplätze erhoben: 7 d. 11.000 000 11.000 000 000
an dem trockenen Staaten 25 Pfennig: für jeden Sitz und
bei 10 Pfennig 25 Pfennig: für jeden Monat.

Der Baarenopferstein gewicht von weniger als einen
das gelangt wie hiehet. Der Satz für einen vollen idz zur
Erhebung. du Baarenopfer: im Gewicht von mehr als
einen idz aber weniger in. her. Maß auf Voll idz abgerundet,
das überfließende idz aufsteuernungen bis 50 kg außer
Betracht gelassen, darüber hinaus abzugeben für einen da
gerechneten den idz prozenthaft und durch 1000
den bei dem Berechnung der Lagerzeit nicht mehr bis
her jeder Kalendermonat, in dem eine Lagerung der
Baaren stattgefunden hat, für einen Hölzerlichen
gerechnet. In der so genannten Lagerzeit der
Baaren die bisher gewährte Lagerfrist von 3 Monaten
rechnet vom 1. Juli 1902 ab im Fortfall.

Berlin, den 24. Juni 1962

**Befehlswahlungen der Königl.
Offenbach-Bezirks-Verwaltung in Berlin**

23. Im Gruppen- und Besprechungs- der ver-

Berlin, den 27. Juni 1902.

zugleich Mautens der verheiligten Verordnungen. 11
Befanntmachungen der Königl. 11

Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

8. Dr. Gerd Schönbauer, geb. 1902, Dr. med. habil., 1902, 1903, 1904, 1905, 1906, 1907, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912, 1913, 1914, 1915, 1916, 1917, 1918, 1919, 1920, 1921, 1922, 1923, 1924, 1925, 1926, 1927, 1928, 1929, 1930, 1931, 1932, 1933, 1934, 1935, 1936, 1937, 1938, 1939, 1940, 1941, 1942, 1943, 1944, 1945, 1946, 1947, 1948, 1949, 1950, 1951, 1952, 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969, 1970, 1971, 1972, 1973, 1974, 1975, 1976, 1977, 1978, 1979, 1980, 1981, 1982, 1983, 1984, 1985, 1986, 1987, 1988, 1989, 1990, 1991, 1992, 1993, 1994, 1995, 1996, 1997, 1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026, 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034, 2035, 2036, 2037, 2038, 2039, 2040, 2041, 2042, 2043, 2044, 2045, 2046, 2047, 2048, 2049, 2050, 2051, 2052, 2053, 2054, 2055, 2056, 2057, 2058, 2059, 2060, 2061, 2062, 2063, 2064, 2065, 2066, 2067, 2068, 2069, 2070, 2071, 2072, 2073, 2074, 2075, 2076, 2077, 2078, 2079, 2080, 2081, 2082, 2083, 2084, 2085, 2086, 2087, 2088, 2089, 2090, 2091, 2092, 2093, 2094, 2095, 2096, 2097, 2098, 2099, 2100, 2101, 2102, 2103, 2104, 2105, 2106, 2107, 2108, 2109, 2110, 2111, 2112, 2113, 2114, 2115, 2116, 2117, 2118, 2119, 2120, 2121, 2122, 2123, 2124, 2125, 2126, 2127, 2128, 2129, 2130, 2131, 2132, 2133, 2134, 2135, 2136, 2137, 2138, 2139, 2140, 2141, 2142, 2143, 2144, 2145, 2146, 2147, 2148, 2149, 2150, 2151, 2152, 2153, 2154, 2155, 2156, 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2164, 2165, 2166, 2167, 2168, 2169, 2170, 2171, 2172, 2173, 2174, 2175, 2176, 2177, 2178, 2179, 2180, 2181, 2182, 2183, 2184, 2185, 2186, 2187, 2188, 2189, 2190, 2191, 2192, 2193, 2194, 2195, 2196, 2197, 2198, 2199, 2200, 2201, 2202, 2203, 2204, 2205, 2206, 2207, 2208, 2209, 2210, 2211, 2212, 2213, 2214, 2215, 2216, 2217, 2218, 2219, 2220, 2221, 2222, 2223, 2224, 2225, 2226, 2227, 2228, 2229, 2230, 2231, 2232, 2233, 2234, 2235, 2236, 2237, 2238, 2239, 2240, 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247, 2248, 2249, 2250, 2251, 2252, 2253, 2254, 2255, 2256, 2257, 2258, 2259, 2260, 2261, 2262, 2263, 2264, 2265, 2266, 2267, 2268, 2269, 2270, 2271, 2272, 2273, 2274, 2275, 2276, 2277, 2278, 2279, 2280, 2281, 2282, 2283, 2284, 2285, 2286, 2287, 2288, 2289, 2290, 2291, 2292, 2293, 2294, 2295, 2296, 2297, 2298, 2299, 2300, 2301, 2302, 2303, 2304, 2305, 2306, 2307, 2308, 2309, 2310, 2311, 2312, 2313, 2314, 2315, 2316, 2317, 2318, 2319, 2320, 2321, 2322, 2323, 2324, 2325, 2326, 2327, 2328, 2329, 2330, 2331, 2332, 2333, 2334, 2335, 2336, 2337, 2338, 2339, 2340, 2341, 2342, 2343, 2344, 2345, 2346, 2347, 2348, 2349, 2350, 2351, 2352, 2353, 2354, 2355, 2356, 2357, 2358, 2359, 2360, 2361, 2362, 2363, 2364, 2365, 2366, 2367, 2368, 2369, 2370, 2371, 2372, 2373, 2374, 2375, 2376, 2377, 2378, 2379, 2380, 2381, 2382, 2383, 2384, 2385, 2386, 2387, 2388, 2389, 2390, 2391, 2392, 2393, 2394, 2395, 2396, 2397, 2398, 2399, 2400, 2401, 2402, 2403, 2404, 2405, 2406, 2407, 2408, 2409, 2410, 2411, 2412, 2413, 2414, 2415, 2416, 2417, 2418, 2419, 2420, 2421, 2422, 2423, 2424, 2425, 2426, 2427, 2428, 2429, 2430, 2431, 2432, 2433, 2434, 2435, 2436, 2437, 2438, 2439, 2440, 2441, 2442, 2443, 2444, 2445, 2446, 2447, 2448, 2449, 2450, 2451, 2452, 2453, 2454, 2455, 2456, 2457, 2458, 2459, 2460, 2461, 2462, 2463, 2464, 2465, 2466, 2467, 2468, 2469, 2470, 2471, 2472, 2473, 2474, 2475, 2476, 2477, 2478, 2479, 2480, 2481, 2482, 2483, 2484, 2485, 2486, 2487, 2488, 2489, 2490, 2491, 2492, 2493, 2494, 2495, 2496, 2497, 2498, 2499, 2500, 2501, 2502, 2503, 2504, 2505, 2506, 2507, 2508, 2509, 2510, 2511, 2512, 2513, 2514, 2515, 2516, 2517, 2518, 2519, 2520, 2521, 2522, 2523, 2524, 2525, 2526, 2527, 2528, 2529, 2530, 2531, 2532, 2533, 2534, 2535, 2536, 2537, 2538, 2539, 2540, 2541, 2542, 2543, 2544, 2545, 2546, 2547, 2548, 2549, 2550, 2551, 2552, 2553, 2554, 2555, 2556, 2557, 2558, 2559, 2560, 2561, 2562, 2563, 2564, 2565, 2566, 2567, 2568, 2569, 2570, 2571, 2572, 2573, 2574, 2575, 2576, 2577, 2578, 2579,

Josephine: des Oberhofmarschallin's, des Kaiser's
von Berlin: Dresden: Leipzig: Potsdam: Halle:

plänen der anschließenden Bahnen von Mittel-Europa
land, Oesterreich, Ungarn ins Russland, Nordbahnen

Schlafwagen, Postverbindungen, Bestimmungen über

Die Ausgabe von ~~Tagungsprotokollen~~ u. s. w.

gabestellen, von den Bahnhofsbuchhändlern sowie in Buchhandel zum Preise von 50 Pfennig zu beziehen.

Proßberg, den 25. Jun. 1902.

Personal: Chronik.

[illegible]

Stätigkeitsbericht vom 20. Januar, bei dem eine Leiche geführt worden.

Der Bürgermeister Paul Hartmann aus Primstenggen
ist zum Bürgermeister der Stadt Wien auf die

Dauer von 12 Jahren gewährt, als Pächter befristet
und am 22. Juni d. J. in sein Amt eingeführt worden.

Dem Landbauinspektor Ludwig in Berlin, der
hinfort die Amtsbefehlung Kreisbauinspektor führt, ist

die bisher „auftragsgewisse“ verballtete „Preis-Ausschreibung“
Berlin III. vom 1. Juli d. J. ab endgültig übertragen

worden. Der bisherige Inhaber der Stelle, Bau Rath Bohl, tritt am 1. Juli in den Ruhestand.

Der bisherige Oberpfarrer zu Wiltenberge, Ernst Friedrich Nixt, ist zum dritten Pfarrer der

Parochie Schöneberg, Diözese Friedr. Wilhelm (II.,
bestellt worden: am 1. April 1881.

Der bisherige Oberlehrer am Realgymnasium in Weimberg Kryspein ist als Ober-

lehrer am Köllnischen Gymnasium in Berlin" angestellt worden.

Der Schulamtsrath Dr. Gunkel ist als
Oberlehrer am Sophien-Realgymnasium in Berlin an-

Im Verwaltungsbezirk der Königl. Hofkammer

der königlichen Kammerkammer in der Gasse Haber
von Semmler nach Effenhammer in der Oberförsterei
Gommersdorf und der Eisenbahn in der Eisen

Katapulten und der größte Brille von Eisen-
hammer nach Gmünd in der Oberförsterei Staalow
verfakt

verschiedenen Inhalt

Auf Grund des § 1 der Allgemeinen Ver-

Abgung vom 25. September 1899 — 8. Nr. 21.
6. 272 — habe ich dem Kaufmann Otto Kuntze in

Ernehmen das künftliche Verhandl. vor dem Amts-
gerichte in Rinnmen, unter dem Vorbehalt des Wider-

Neu-Mapping, den 27. Juni 1902

Der Landgerichts-Präsident.
Hans Weismann von Weismann.

Der Musikdirektor Robert Schwabel, geboren zu
März 1848 zu Eßlin, Oberreithaler Musikangehöriger.

ist als kaiserlicher Beamter durch Verfügung des kaiserlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 25. Januar

1902 ausgegeben. Der Dreigeschlechts-Gewinn: Giovanni Veronesi, 1902

boren 10. März 1885 zu Ronchini, Italien; ver. Straß-
bingerbäcker, in d. d. bürgerl. Standesb. buch. Verh.ung

21. Juni 1902 ausgetrieben. 100 103

Des Erbkinders Giovanni Battista, geboren 10ten
November 1847 zu Bellagino, italienischer Staats-

angehöriger, 19 Jahre länger. Ausländer durch Befähigung
des Königl. Polizei-Präsidenten für Berlin nach

28. Mai 1902 ausgetreten. Der Stellvert. Ludwig Brühl, geboren 12. Sep-

14. September 1878 "Am: Diebstahl, 11. September 1878, 1878"

angehöriger, ist als inwärtiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 23. Mai 1902 ausgewiesen.

Der Schlichter Karl Sandner, geboren 12. Januar 1883 zu Wien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als inwärtiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 24. Mai 1902 ausgewiesen.

Der Handelsmann Antonio Celli, geboren 25. April 1870 zu Barano Melegari, Kts. Parma, italienischer Staatsangehöriger, ist als inwärtiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 27. Mai 1902 ausgewiesen.

Die im Amtsblatt vom 25. April d. J. (Staf. 17) publizierte Ausweisung des Kaufmanns Isidor Israel Kohn, 31. Mai 1881 Berlin geboren, ist aufgehoben.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete:

Nr.	Name und Stand	Geburtsort und Heimat	Ort der Verurteilung	Behörde, welche die Ausweisung beschloss	Datum der Ausweisungs-Beschlüsse
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1.	Franz von den Berg, Kaufmann,	geboren am 17. Mai 1872 zu Bitteln, Maastricht, Niederlande, niederländischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Trier,	24. Mai 1902.
2.	Josef Boehat, Köchlerling,	geboren am 18. Februar 1883 zu Miescourt, Kanton Vern, Schweiz, schweizerischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Danabrad,	27. Mai 1902.
3.	Josef Georg Prokop, Dolmetsch, Kellner,	geboren am 1. Januar 1866 zu Budapest, ungarischer Staatsangehöriger,	Bitteln und Halung,	Königlich württembergische Regierung für den Donaufreis zu Ulm,	12. Februar 1902.
4.	Margarethe Hilpert, ledige Tagelöhnerin,	Geburtsort unbekannt, 35—40 Jahre alt, ortsangehörig zu Böhmischdorf, Bezirk Tachau, Böhmen,	Landstreich und Bitteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Remmuth,	5. Mai 1902.
5.	Hinrich Kromann, Arbeiter,	66 Jahre alt, geboren zu Marstal, Dänemark, ortsangehörig ebendaselbst,	Bitteln,	Großherzoglich oldenburgisches Staatsministerium, Departement des Innern zu Oldenburg,	2. April 1902.
6.	Rudolf Ruttner, Fabrikarbeiter,	geboren am 3. März 1882 zu Weiffenstulz, Bezirk Bischofteinitz, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Hannover,	27. Mai 1902.
7.	Antonio Vino Marc, Steinklopfer,	geboren am 25. Oktober 1839 zu Pietramigara, Bezirk Niva, Tirol,	Landstreich und Bitteln,	Großherzoglich badischer Landeskommissär zu Konstanz,	7. Mai 1902.
8.	Johanna Schuhmann, ledige Schauspielerin,	geboren am 24. Mai 1868 zu Cernowitz, Bezirk Pilskam, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	gewerbmäßige Unzucht,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	1. Mai 1902.
9.	Wenzel Freitag, Arbeiter und Maurergeselle,	geboren am 13. Oktober 1870 zu Lauterbach, Bezirk Leitomischl, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Bitteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	31. Mai 1902.
10.	Johann Haslauer, Maler,	geboren am 2. Oktober 1873 zu Salzburg, Oesterreich, ortsangehörig zu Ebersthen, Bezirk Salzburg,	desgleichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Rosenheim,	8. Mai 1902.

1.	2. Name und Stand	3. Alter und Geburtsort	4. Ort und Strafe	5. Behörde, welche die Anwesenheit beschloß	6. Datum des Beschlusses
11	Leopold Heymann, Kaufmann,	geboren am 3. Juni 1837 zu Möhlern, Rußland, russischer Staatsangehöriger,	Vetteln.	Königlich sächsische Kreisbauinspektion Zwickau,	5. Mai 1902.
12	Johann Hottas, Fabrikarbeiter,	geboren im Jahre 1855 zu Grafen, Bezirk Königlich Böhmische, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichern, Vetteln, Wider- stand gegen die Staatsgewalt u. Beleidigung,	Königlich bayerisches Bezirksamt Regens- burg,	21. Mai 1902.
13	Josef Puchkat, Schmied,	geboren am 4. November 1843 zu Lypnik, Bezirk Biala, Ga- lizien, ortsangehörig ebenda- selbst,	Vetteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	11. April 1902.
14	Margaretha Liebig, geb. Paulswang, (auch Suchonil), Weberin,	56 Jahre alt, geboren zu Wäl- dorf, Bezirk Senftenberg, Böh- men, österreichische Staatsan- gehörige,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	3. Juni 1902.
15	Eduard Mader, Schmiedegeselle,	geboren am 11. November 1876 zu Domstadt, Bezirk Olmütz, Mähren, ortsangehörig zu Alt- liebe, Bezirk Sternberg, eben- dasselbst,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	13. Mai 1902.
16	Peter Maurin, Dohrer,	geboren am 19. März 1880 zu Altenmarkt, Bezirk Tschernembl, Krain, österreichischer Staats- angehöriger,	Landstreichern und Vetteln,	Großherzoglich badi- scher Landeskom- missar zu Karls- ruhe,	27. Mai 1902.
17	Alois Ortner, Tagelöhner,	geboren am 19. Mai 1858 zu Weitersfelden, Bezirk Freistadt, Ober-Österreich, ortsangehörig ebendasselbst,	Vetteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Aibling,	12. Mai 1902.
18	Franz Mazurek, Fleischer,	geboren am 28. Dezember 1875 zu Kunwald, Bezirk Senften- berg, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Vetteln u. Wider- stand gegen die Staatsgewalt,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	2. Juni 1902.
19	Otto Rindt, Buchhalter,	geboren am 27. August 1872 zu Altdorf-Dobernay, Bezirk Königs- hof, Böhmen, ortsangehörig zu Regelsdorf, Bezirk Königs- hof,	Landstreichern und Vetteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Mähls- dorf,	26. Mai 1902.
20	Jakob Sar, Knecht,	geboren am 31. Dezember 1859 zu Rottenswil, Kanton Aargau, Schweiz, schweizerischer Staats- angehöriger,	desgleichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Col- mar,	29. Mai 1902.
21	Anton Wimmer, Bäcker,	geboren am 9. Mai 1866 zu Aggsbach, Bezirk Krems, Nie- der-Österreich, ortsangehörig ebendasselbst,	Vetteln,	Stadtmagistrat Rosenheim, Bayern,	22. Mai 1902.

Hierzu fünf öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigiert von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam. Buchdruckerei der A. W. Sauer'schen Verlags- und Buchhandlung.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 28.

Den 11. Juli

1902.

Inhaltsverzeichnis. Inhalt von Stück 26/32 des Reichsgesetz-Blatts und Stück 18/29 der Gesetz-Sammlung. S. 301.
— Schaumweinsteuer. S. 302. — Lernehrerinnenprüfung. S. 302. — Kartfergänger. S. 303. — Märkte in Baryth. S. 303. — Gemeindefeuerungsveränderungen. S. 303. — Marktpresse. S. 303/5. — Genarmerte-Patrouillen bei den größeren Truppenübungen. S. 304. — Pionierübung zwischen Elbe und Havel. S. 305. — Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter. S. 306. — Viehschenden. S. 307. — Grundstücksausschöpfung. S. 307. — Marktpresse. S. 306/7. — Anstellung eines Bezirksförsternsteinsetzemeisters. S. 306. — Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. S. 307. — Verlegung eines Postamts. S. 308. — Gemeindefeuerungsveränderungen. S. 308. — Rohrpostanlage. S. 308. — Pfarrstellenerledigung. S. 308. — Aufruf gekündigter schlesischer Pfandbriefe. S. 308. — Personal-Chronik. S. 308. — Prozeßagent. S. 309. — Verichtigung. S. 309. — Ausweisungen aus Preußen. S. 309. — Ausweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiete. S. 310. — Sonder-Beilage: Pferde-Aushebungs-Vorschrift.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 26.) Nr 2869. Verordnung zur Ausführung des Patentgesetzes vom 7. April 1891. Vom 26. Mai 1902.

Nr 2870. Bekanntmachung, betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Walz- und Hammerwerken. Vom 27. Mai 1902.

(Stück 27.) Nr 2871. Sermannsordnung. Vom 2. Juni 1902.

Nr 2872. Gesetz, betreffend die Verpflichtung der Rauffahrtsschiffe zur Mitnahme heimzuschaffender Seeleute. Vom 2. Juni 1902.

Nr 2873. Gesetz, betreffend die Stellenvermittlung für Schiffsleute. Vom 2. Juni 1902.

Nr 2874. Gesetz, betreffend Abänderung gesetzlicher Vorschriften des Handelsgesetzbuchs. Vom 2ten Juni 1902.

Nr 2875. Bekanntmachung, betreffend die Erweiterung der Rayons für die Festung Straßburg i. E. Vom 28. Mai 1902.

(Stück 28.) Nr 2876. Bekanntmachung, betreffend die dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügte Liste. Vom 2ten Juni 1902.

(Stück 29.) Nr 2877. Bekanntmachung, betreffend den Aufruf und die Einziehung der Noten der Bank für Süddeutschland in Darmstadt. Vom 5. Juni 1902.

Nr 2878. Bekanntmachung, betreffend den Anteil der Reichsbank an dem Gesamtbetrage des steuerfreien ungedruckten Notenumlaufs. Vom 5. Juni 1902.

(Stück 30.) Nr 2879. Gesetz, betreffend die Abänderung des § 7 der Strafprozeßordnung. Vom 13ten Juni 1902.

Nr 2880. Bekanntmachung über die Verlegung der deutsch-polnischen Grenze längs des Przemsa-Flusses. Vom 7. Juni 1902.

(Stück 31.) Nr 2881. Gesetz, betreffend die Aufhebung der außerordentlichen Gewalten des Statthalters in Elbisch-Lochmar. Vom 18. Juni 1902.

Nr 2882. Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Großherzogthum Luxemburg wegen Begründung einer Gemeinschaft der Schaumweinsteuer. Vom 10. Mai 1902.

(Stück 32.) Nr 2883. Gesetz, betreffend die geschäftliche Behandlung des Entwurfs eines Soldatengesetzes. Vom 20. Juni 1902.

Nr 2884. Bekanntmachung, betreffend Änderungen der Eisenbahn-Verkehrsordnung. Vom 18. Juni 1902.

Gesetzsammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 18.) Nr 10347. Allerhöchster Erlaß vom 23. Dezember 1901, betreffend die Aufhebung der Eisenbahn-Telegrapheninspektionen und Abänderung der Verwaltungsordnung für die Staatseisenbahnen.

Nr 10348. Verfügung des Ministers der öffentlichen Arbeiten, betreffend anderweite Festsetzung der Verwaltungsordnung für die Staatseisenbahnen und Aufhebung der Eisenbahn-Telegrapheninspektionen. Vom 17. Mai 1902.

(Stück 19.) Nr 10349. Gesetz, betreffend die Ausdehnung der für die Zusammenlegung der Grundstücke im Geltungsgebiete des Rheinischen Rechtes geltenden Zuständigkeits-, Verfahrens- und Kosten-vorschriften auf die nach der Gemeinheitsteilungs-Ordnung vom 19. Mai 1851 zu behandelnden Theilungen und Ablösungen in den Landestheilen des linken Rheinufers. Vom 12. Mai 1902.

Nr 10350. Verordnung, betreffend die Ergänzung der Bestimmungen über die Anfangskosten der Beamten der Staatseisenbahnen und der unter der Verwaltung des Staates stehenden Privateisenbahnen. Vom 9. Mai 1902.

Nr 10351. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirkes des Amtsgerichts Gladbach. Vom 22. Mai 1902.

(Stück 20.) Nr 10352. Gesetz, betreffend Ergänzung des § 75 der Landgemeindeförderung für die sieben sächsischen Provinzen der Preussischen Monarchie vom

3. Juli 1891 (Gesetz-Samml. S. 233). Vom 20. Mai 1902.

(Städ 21.) **Nr 10353.** Gesetz, betreffend Aenderung der Vorschriften über die Kompetenzkonflikte zwischen den Gerichten und den Verwaltungsbehörden. Vom 22. Mai 1902.

Nr 10354. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Camberg, Idstein, Rüdesheim, Uffingen und Wiesbaden. Vom 2. Juni 1902.

Nr 10355. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirkes des Amtsgerichts Biedenkopf. Vom 2. Juni 1902.

(Städ 22.) **Nr 10356.** Gesetz, betreffend die Aufhebung des kommunalständischen Verbandes der Kurmark. Vom 22. Mai 1902.

(Städ 23.) **Nr 10357.** Gesetz, betreffend die Fürsorge für Beamte in Folge von Betriebsunfällen. Vom 2. Juni 1902.

Nr 10358. Gesetz gegen die Verunstaltung landschaftlich hervorragender Oerter. Vom 2. Juni 1902.

(Städ 24.) **Nr 10359.** Gesetz, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Handelskammern vom 24. Februar 1870. Vom 2. Juni 1902.

Nr 10360. Gesetz über die Abänderung des Gesetzes, betreffend die Errichtung öffentlicher, ausschließlich zu benutzender Schlachthäuser, vom 18. März 1868. Vom 29. Mai 1902.

(Städ 25.) **Nr 10361.** Gesetz über die Verlegung der preussisch-österreichischen Grenze längs des Przemsa-Flusses. Vom 16. Mai 1902.

Nr 10362. Bekanntmachung über die Ratifikation des mit Oesterreich-Ungarn am 19. Januar 1898 abgeschlossenen Vertrages, betreffend die Verlegung der Landesgrenze zwischen Preußen und Oesterreich längs des Przemsa-Flusses. Vom 7. Juni 1902.

(Städ 26.) **Nr 10363.** Gesetz, betreffend die Ueberweisung weiterer Dotationsrenten an die Provinzialverbände. Vom 2. Juni 1902.

Nr 10364. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirkes des Amtsgerichts Böhl. Vom 13ten Juni 1902.

Nr 10365. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Braubach, Dillenburg, Eltville, Habamar, Höchst a. M., Marienberg, Nassau, Rennerod, Sankt Goarshausen und Walsrode. Vom 17. Juni 1902.

(Städ 27.) **Nr 10366.** Gesetz, betreffend die Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes und die Betheiligung des Staates an dem Baue von Kleinbahnen. Vom 20. Mai 1902.

Nr 10367. Gesetz, betreffend die Erweiterung des Hafens in Ruybrort. Vom 2. Juni 1902.

Nr 10368. Verordnung, betreffend die Tagelöhner

und Reiselothen der Schugmannschaft in Berlin, Charlottenburg, Rixdorf und Schöneberg. Vom 2. Juni 1902.

(Städ 28.) **Nr 10369.** Staatsvertrag zwischen Preußen und Lübeck, betreffend die Hinterziehung und Ueberhebung von Verkehrsabgaben auf dem Elbe-Tradefanal. Vom 13. November 1901.

(Städ 29.) **Nr 10370.** Allerhöchster Erlass vom 29. Mai 1902, betreffend Bau und Betrieb der in dem Gesetze vom 20. Mai d. Js. (Gesetz-Samml. S. 175) vorgesehenen neuen Eisenbahnen und Bestimmung der Behörden für die Verwaltung der auf Grund desselben Gesetzes in das Eigenthum des Staates übergehenden Privatbahnlinsen.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.
Schaumweinsteuer.

35. Es wird zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß der Bundesrath in der Sitzung vom 12. d. M. die Ausführungsbestimmungen zu dem am 1. Juli d. J. in Kraft tretenden Schaumweinsteuer-Gesetze vom 9. Mai d. J. und eine Schaumwein-Nachsteuer-Ordnung erlassen hat. Diese Vorschriften sind im Centralblatt für das Deutsche Reich, Nr 25 des laufenden Jahrganges, abgedruckt. Berlin, den 18. Juni 1902.

Der Finanz-Minister.

Turnlehrerinnenprüfung.

36. Für die Turnlehrerinnen-Prüfung, welche im Herbst 1902 in Berlin abzuhalten ist, habe ich Termin auf Montag den 24. November d. Js. und die folgenden Tage anberaumt.

Meldungen der in einem Lehramte stehenden Bewerberinnen sind bei der vorgesetzten Dienstbehörde spätestens bis zum 1. Oktober d. Js., Meldungen anderer Bewerberinnen bei derjenigen königlichen Regierung, in deren Bezirk die Betreffende wohnt, ebenfalls bis zum 1. Oktober d. Js. anzubringen.

Die in Berlin wohnenden Bewerberinnen, welche in keinem Lehramte stehen, haben ihre Meldungen bei dem königlichen Polizei-Präsidenten in Berlin bis zum 1. Oktober d. Js. einzureichen.

Ist der augenblickliche Aufenthaltsort einer Bewerberin nicht ihr eigentlicher Wohnsitz, so ist auch der letztere anzugeben.

Die Meldungen können nur dann Berücksichtigung finden, wenn sie genau der Prüfungsordnung vom 15ten Mai 1894 entsprechen und mit den nach § 4 derselben vorgeschriebenen Schriftstücken ordnungsmäßig versehen sind.

Die über Gesundheit, Führung und Lehrthätigkeit beizubringenden Zeugnisse müssen in neuerer Zeit aufgestellt sein.

Auf eine zuverlässige Feststellung der Gesundheit ist besonderes Gewicht zu legen.

Die Anlagen jedes Gesuches sind zu einem Hefte vereinigt einzureichen.

Berlin, den 12. Juni 1902.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.

Bekanntmachungen des Königlich Regierungspräsidenten.

Tarfergänzung.

201. Die Herren Minister der öffentlichen Arbeiten und der Finanzen haben durch Erlass vom 20. d. Mts. III. b. 5741 R. d. S. A. — genehmigt, daß Absatz 1. des Tarifs für die Ablage der Gemeinde Borgsdorf vom 15. Januar d. Js. durch folgenden Zusatz ergänzt wird:

„Für Kohlen ist der Satz von 1 M. für je 100 kg anzuwenden.“
Potsdam, den 30. Juni 1902.

Der Regierungspräsident.

Märkte in Baruth.

202. Der Herr Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat Namens des Provinzialraths die Verlegung der Märkte am 21. und 23. März in Baruth auf den 10. und 11. März 1903 genehmigt.
Potsdam, den 4. Juli 1902.

Der Regierungspräsident.

Gemeindebezirksveränderung.

203. Der Bezirksauschuß hieselbst hat am 13. Mai d. J. beschlossen, das im Grundbuche der Rittergüter nachstehend verzeichnete Trennstück:

Artikel der Ritterrolle	Bezeichnung nach dem Grundbuche		Nummer des Kartenblattes		Des Eigentümers Name und Wohnort	Flächeninhalt		
	Band	Blatt		der Parzelle		ha	ar	qm
2	4	30	1	45	Königlich Preussischer Forstfiskus	7	85	60

von dem Stadtbezirk Brück i./M. abzutrennen und mit dem Gebiete des Gutsbezirks Lehnin Forst zu vereinigen.
Die Umgemeindung tritt am 1. Juli d. J. in Kraft.
Potsdam, den 30. Juni 1902.

Der Regierungspräsident.

Gemeindebezirksveränderung.

204. Der Bezirksauschuß hieselbst hat am 13. Mai d. J. beschlossen, die im Grundbuche der Rittergüter nachstehend verzeichneten Trennstücke:

Artikel der Ritterrolle	Bezeichnung nach dem Grundbuche		Nummer des Kartenblattes		Des Eigentümers Name und Wohnort	Flächeninhalt		
	Band	Blatt		der Parzelle		ha	ar	qm
2	4	30	1	43	Die minderjährigen Kinder des verstorbenen Majors a. D. von der Marwig zu Großkreuz, Bornum: Landrath von der Marwig in Seelow.	5	19	90
2	—	—	1	44		—	12	30
	dto.							

Sa. 5 32 20

von dem Stadtbezirk Brück i./M. abzutrennen und mit dem Gebiete des Gutsbezirks Hadenhausen zu vereinigen.
Die Umgemeindung tritt am 1. Juli d. J. in Kraft.
Potsdam, den 30. Juni 1902.

Der Regierungspräsident.

205.

Nachweisung

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag im Monat Juni 1902 in den Hauptmarkttorten des Regierungsbezirks Potsdam.

Laufende Nummer	Es kosten je 50 Kilogramm	Brandenburg für Kreis Beez. Storkow	Brandenburg für Kreis West- havelland.	Land- walde für Kreis Jüter- bog- Land- walde.	Berle- berg für Kreis West- Prignitz.	Pots- dam für Pots- dam und Kreis Havelland- Belzig.	Prenz- lau für die Kreise Prenz- lau und Temptin.	Neu- Ruppin für Kreis Ruppin.	Schwedt für Kreis Anger- münde.	Prignitz für Kreis Prignitz.	Bemerkungen.
		M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	
1	Hafer	8 66	8 61	9 24	8 19	9 44	8 54	8 93	8 80	8 66	Für die Kreise Niederbarnim, Oberbarnim, Osthavelland und Teltow, sowie für die Stadtkreise Kirchdorf, Schöneberg und Spandau gilt Berlin als Hauptmarkttort.
2	Heu	3 15	3 55	4 20	3 68	3 40	3 68	3 15	3 27	3 15	
3	Richtstroh	3 15	3 11	3 15	3 18	2 63	3 68	3 68	3 15	2 63	

Potsdam, den 4. Juli 1902.

Der Regierungspräsident.

Potsdam, den 7. Juli 1902.

§ 4. Stellung und Befugnisse.

Mannschaften.

2 a. den Anordnungen der Mitglieder der Gendarmerie-

Stellt derselbe die ihm kundgegebenen Unregelmäßigkeiten nicht ab, so darf die Pairbülle doch ihre Diensgewalt gegen die ersteren unterstellten Personen

Preise im Monat Juni 1902.

W a a r e n.						II. Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats.													
Fleisch.			Veränderter Speck (bleigig)	Speck	Fett	Weiß zur Speisebe- reitung aus		Gerste-		Buckweizenmehl	Hafermehl	Hirse	Reis, Java, mittlerer	Kaffee		Speisefah	Schwefelsäure, bleigig		
Schwein-	Rind-	Lamm-				Weizen	Gerste	Gerste	Gerste					Java mittlerer (roh)	Java gelb (zu ge- brannten Bohnen)				
Es kostet je 1 Rislogamm.																			
Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.	Dr. Pf.		
1 60	1 45	1 45	1 80	2 30	3 45	30	25	55	30	40	45	35	50	2 70	3 30	20	1 50		
1 30	1 15	1 20	1 60	2 10	2 80	45	25	50	40	35	60	40	60	2 40	3 40	20	1 50		
1 35	1 30	1 35	1 80	2 30	3 50	30	25	40	40	40	40	40	50	2	2 80	20	1 80		
1 40	1	1 20	1 60	2 20	2 80	30	20	40	50	40	60	40	50	2 50	3 40	20	1 20		
1 60	1 30	1 45	1 80	2 30	3 80	27	22	40	40	40	40	40	60	2 60	3 40	20	1 60		
1 60	1 40	1 40	1 80	2 43	3 38	34	16	50	50	50	50	40	40	2 50	2 50	20	1		
1 40	1 20	1 40	1 90	2 40	3 50	32	22	50	50	50	60	35	60	2	2 60	20	1 30		
1 40	1 50	1 30	1 90	2 05	2 50	25	22	33	28	45	45	33	45	2 30	2 80	19	1 80		
1 65	1 50	1 61	1 70	2 26	3 30	38	26	60	50	40	45	45	55	2 50	3 10	20	1 80		
1 35	1 10	1 15	1 70	2 30	3 50	29	25	45	45	45	55	38	55	2 60	3	20	1 70		
1 30	1 40	1 30	1 70	1 93	2 58	30	25	40	40	40	50	40	45	2 40	3 40	20	1 60		
1 50	1 40	1 40	1 70	2 30	3 40	30	28	48	48	48	48	43	55	2 30	3 50	20	1 60		
1 50	1 25	1 35	1 80	2 30	3 20	30	25	60	40	50	40	50	50	2 90	4	20	1 60		
1 40	1 20	1 40	1 60	2 20	3 33	35	25	50	30	40	50	50	60	2 80	3 60	20	1 80		
1 60	1 65	1 60	1 80	2 20	3 10	35	28	35	37	38	43	43	50	2 40	3	20	1 60		
1 60	1 30	1 40	1 80	2 40	3 60	35	25	40	45	45	45	40	60	2 30	3 30	20	1 50		
1 60	1 60	1 50	1 60	2 20	3 50	36	31	45	35	43	55	45	55	2 50	2 70	20	1 50		
1 40	1	1 20	1 80	2 30	3 60	30	25	50	50	50	40	50	50	2 30	2 60	20	1 60		
1 20	1	1 20	1 60	2	3	30	24	50	50	50	50	30				20	1 60		
1 18	1 10	1 13	1 65	2 05	2 68	27	23	38	38	45	42	40	45	2 10	2 80	20	1 50		
1 40	1 20	1 40	1 40	2 30	3 20	33	28	48	30	40	45	45	45	2 30	3	20	1 40		

Der Regierungspräsident.

nicht gehend machen, und übernimmt dann der Führer die Verantwortung. Die Patrouille macht alsdann dem etwa vorhandenen Gendarmen-Offizier oder Oberwachmeister, andernfalls unmittelbar dem Leitenden des Mannsvers über den Vorfall Meldung.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht.

Derselbe ist an die Stelle des § 9 der Instruktion vom 8. Mai 1883 — vergl. Amtsblatt von 1883 Seite 266 — getreten.

Potsdam, den 4. Juli 1902.

Der Regierungspräsident.

Pionierübung zwischen Elbe und Havel.

208. In der Zeit vom 24. bis 30. Juli d. Js. wird zwischen der Elbe und der Havel eine größere Pionierübung abgehalten werden. Während dieser werden

am 24. Juli von 3 bis 8 Uhr Nachmittags oberhalb Rathenow bei Mögeln und

am 25. Juli von 4 bis 11 Uhr Vormittags zwischen Gräß und Wollsenberg Brückenschläge über die Havel ausgeführt werden, und wird dadurch die zeitweise Sperrung der Schifffahrt notwendig.

Ober- und unterhalb der Brückenstellen wird je ein Wachposten liegen, und ist den Anordnungen des Wachhabenden Folge zu leisten.

Auf zeitweise Doffnung von Durchlässen wird nach Möglichkeit Bedacht genommen werden.

Die Schifffahrttreibenden, insbesondere die Dampfschiffe, werden ersucht, bei Annäherung an die Wachposten auf die gegebenen Signale zu achten und die Fahrt danach zu mäßigen oder einzustellen. Die Signale bestehen in rothen Flaggen, welche in etwa 200 m Entfernung von den Brückenbauwerken auf dem Ufer oder auf den Wachposten aufgestellt werden. Eine

rothe Flagge bedeutet „langsam fahren“, zwei rothe Flaggen übereinander bedeuten „halten“.

Potsdam, den 25. Juni 1902.

Der Regierungspräsident.

Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter.

209. Folgende ausländisch-polnische Saisonarbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitsstätten unter Kontraktbruch verlassen:

Namen:	Bisheriger Beschäftigungsort:
Stanislaw Klatz, Sofia Filipowska, Marianna Wlodarczyk, Adam Rancuzewski, Egor Borowcow, Magdalena Rancuzewski, Maryanna Borowcow, Michael Dzielndzielewicz, Michael Krul, Michael Kantorek,	Falkenrehde, Kreis Dithavelland. Rapsbagen, Kreis Dshprignitz. Borwerk Semlin bei Stavenow, Kr. Westprignitz.

Namen:	Bisheriger Beschäftigungsort:
Ceslav Kaminsky, Franz Handzel, Stefan Krafowsky, Mathilde Woschowsky, Marie Krafowska, Sophie Jacob, Valeria Krafowska, Antonie Razmierczak, Flora Chirszciz, Cecilia Bartosiat, Katharina Szymant, Eva Klioniska, Josefa Dehmat, Wladislaus Prusinowsky, Die Genannten sind festzunehmen und sofort aus dem Staatsgebiete auszuweisen. Vom Größeren ist unter Bezugnahme auf diese Bekanntmachung hierher Nachricht zu geben. Potsdam, den 8. Juli 1902. Der Regierungspräsident.	Alfredshöhe und Schwedshausen, Kreis Warburg, Regierungsbezirk Minden.

61.

Bekanntmachungen des Königl. Reichsanzeigers Marktpreise für den A. En gros-Markt-Preise

	Weizen			Roggen			Butter-Gerste			Hafer		
	gut	mittel	gering	gut	mittel	gering	gut	mittel	gering	gut	mittel	
	Ge k o s t e t											
	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S
in Berlin	—	—	—	—	15 05	15 01	14 98	14 38	13 85	13 35	18 07	17 27
in Charlottenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
in Schöneberg . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
in Rixdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

B. Detail-Markt-Preise im Monatsdurchschnitt.

	Größen (gelbe zum Kochen)		Speise- Rohren (weiße)		Einfach		Gef. Kartoffeln		Rindfleisch		Schweine- fleisch		Kalbfleisch		Lamm- fleisch		Geflü- (gehackt)		Eierbutter		Eier (60 Stück)																							
	Ge kostet je 1 D.																						Ge kostet je 1 Kilogramm																					
	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S																						
in Berlin	32	50	37	50	40	—	6	08	1	40	1	20	1	43	1	45	1	43	1	60	2	30	2	96																				
in Charlottenburg	35	—	35	—	50	—	6	50	1	70	1	20	1	60	1	50	1	50	1	60	2	40	2	50																				
in Schöneberg . .	34	94	35	29	41	32	4	26	1	46	1	17	1	49	1	39	1	39	1	65	2	30	2	70																				
in Rixdorf	—	—	—	—	—	—	5	13	1	30	1	03	1	40	1	33	1	21	1	69	2	30	2	90																				

Berlin, den 5. Juli 1902.

Anstellung eines Bezirks-Hornsteinfege-meisters.

62. Für den Reichsbezirk der Stadt Berlin ist nach den Vorschriften des Regulativs für den Betrieb des Hornsteinfegegwerkes im Stadtbezirk Berlin vom 16. November 1888 der Hornsteinfege-geselle Hermann Grahl hier, Eberdwalderstraße 5 wohnhaft, vom

1. Mai 1902 ab als Bezirks-Hornsteinfege-meister an-
gestellt worden.

Berlin, den 30. Juni/21. Juni 1902.

Königliches Magistrat hiesiger Königl. Polizei-Präsidium. Haupt- und Residenzstadt.

210. Die Biebsenchen.

I. Festgestellt:

- a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Nieder-Barnim: Neuenhagen.
b. Milzbrand. Kreis Ost-Preussland: Gut Staf-felbe.
c. Schweineseuche. Kreis Nieder-Barnim: Herz-felbe. Kreis Prenglau: Strassburg (Gut Schneidershof), Dom. Jagow.
d. Bläschenausschlag. Kreis Ost-Prignitz: Zabel, Döllen.

III. Erlöschen:

- a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Angermünde: Gut Niederlandin, Gut Passow.
b. Milzbrand. Kreis West-Havelland: Piesow. Kreis Zauch-Belzig: Belzig, Redahn.
c. Schweineseuche. Kreis Nieder-Barnim: Neuenhagen, Lichtenberg. Kreis Beeskow-Storkow: Briesenluch. Kreis West-Havelland: Linde.
d. Blässerkrankschlag. Kreis Beeskow-Storkow: Görsdorf b./Storkow.

Polizei-Präsidenten zu Berlin.
Monat Juni 1902.
im Monatsdurchschnitt.

e. Geflügelcholera. Kreis Nieder-Barnim,
Zalkenberg.

Rotterdam, den 8. Juli 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

Grundstücksanhebung.

18. Die Königliche Forstverwaltung hat das Ufer des an die „Große Erampe“ grenzenden Forstereigrundstückes Müggelheim in der Oberförsterei Seenan-Dahme aufgehört.

Hierzu ist die belchpolizeiliche Genehmigung nach-
 gesucht worden.

Dies wird mit der Aufforderung bekannt gemacht, etwaige Einwendungen in beschleunigter Hinsicht gegen die Auflösung bis einschließlich 18. Juli 1902 bei dem Bezirksausschusse zu Potsdam anzubringen. Später eingehende Einsprüche finden keine Berücksichtigung. Der Plan kann in der Registratur des Bezirksausschusses hier, Humboldtstraße 1, während derselben Frist eingesehen werden.

Potsdam, den 28. Juni 1902.

Der Bezirksausschuß zu Potsdam.

[illegible]

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats Juni 1902.

	Mehl zur Speisebereitung aus		Getreide		Buckweizen Gröhe	Gefergroße	Grife	Reis Java, mittlerer	Kaffee			Coffee-fals	Schweinefals (Hiet.)
	Weizen	Roggen	Graupe	Gröhe					Java		Sava, gelb (in gebr. Bohnen)		
									mittlerer (roh)	in gebr. Bohnen			
in Berlin	— 35	— 31	— 35	— 33	— 38	— 41	— 38	— 60	2/70	3/38	3/72	— 21	1/60
in Charlottenburg	— 38	— 30	— 41	— 42	— 42	— 44	— 39	— 55	2/36	—	2/84	— 20	1/30
in Schöneberg	— 40	— 33	— 40	— 43	— 45	— 45	— 40	— 60	2/75	—	2/90	— 21	1/35
in Rixdorf	— 33	— 28	— 40	— 40	— 40	— 43	— 40	— 55	2/10	—	2/60	— 21	1/50

Der Polizei-Präsident.

Verordnung

betreffend Ergänzung der Verordnung über die Sonntagsruhe im
Handelsgewerbe vom 20. Juni 1892.

68. Mit Ermächtigung der Herren Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, des Innern und für Handel und Gewerbe verordne

ich auf Grund des § 105e. der Reichsgewerbe-Ordnung
für den Stadtkreis Berlin, was folgt:

§ 1. Der Handel mit Druckschriften auf dem
Stettiner Fernbahnhofe ist an Sonn- und Festtagen,
abweichend von der im § 1 der Verordnung vom
20. Juni 1892 festgesetzten Verkaufszeit.

von 5 Uhr 50 Minuten bis 9 Uhr 40 Minuten
Vormittags und
von 2 Uhr bis 3 Uhr 10 Minuten Nachmittags
gestaltet.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer
Verkündigung in Kraft.

Berlin, den 3. Juli 1902.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Verlegung eines Postamts.

52. Seit dem 28. Juni befindet sich das Postamt
in Friedenau nicht mehr in dem Hause Rheinstraße 4,
sondern Lauterstraße 14/15 daselbst.

Berlin C. 2, den 1. Juli 1902.

Kaiserliche Oberpostdirektion.

Cementkanal für Fernsprechtabel.

53. Bei dem Kaiserlichen Postamt in Wilmerdorf
bei Berlin liegt ein Plan aus über die Herstellung eines
Cementkanals für Fernsprechtabel von Düsseldorf-
straße, Ede Uhlendstraße, bis Nachodstraße 39.

Berlin C. 2, den 1. Juli 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Rohrpostanlage.

54. Bei dem Kaiserlichen Postamt 2 (Goethe-
straße) Charlottenburg liegt ein Plan aus über die
Herstellung einer Rohrpostanlage vom Postamt Charlotten-
burg 2 (Goethestraße 3) nach dem Postamt Berlin 62
(Landgrafenstraße 2) unter gleichzeitiger Verlegung eines
Cementkanals für Fernsprechtabel.

Berlin C. 2, den 2. Juli 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Bekanntmachungen der Königl. Konfistoriums der Provinz Brandenburg.

Pfarrstellenerledigung.

34. Erledigt wird die Pfarrstelle Königl.
Patronats zu Dranse, Diöcese Wittstock, durch
Emeritierung des Pfarrers Kranke am 1. Oktober
1902. Wiederbesetzung erfolgt durch Gemeindevwahl
nach dem Pfarrwahlgesetz vom 15. März 1886 —
R. Ges. u. B.-Bl. S. 39 — Bewerbungen sind
schriftlich bei dem Königl. Konfistorium einzureichen.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Ausruf gesäubigter schlesischer Pfandbriefe.

Von den zur Baarzahlung am 2. Januar d. J.
gesäubigten 4% schlesischen Pfandbriefen lit. B. sind
noch rückständig:

Nr 52071	Ratibor	über 200 Tblr. = 600 M.
" 52304	"	" 200 Tblr. = 600 "
" 64894	"	" 100 Tblr. = 300 "
" 65028	"	" 100 Tblr. = 300 "
" 82465	"	" 25 Tblr. = 75 "

Im Anschluß an die diesseitige Bekanntmachung
vom 19. März d. J. werden die Inhaber dieser Pfand-
briefe nochmals aufgefordert, dieselben bei der König-
lichen Regierungs-Haupt-Kasse hier selbst einzureichen
und dagegen den entsprechenden Baarbeitrag in Empfang
zu nehmen.

Sollte die Einreichung nicht bis zum 15. Sep-
tember d. J. erfolgen, so werden die Inhaber der
vorbezeichneten Pfandbriefe nach § 50 der Allerhöchsten
Verordnung vom 8. Juni 1835 mit ihrem Realrechte
auf die in den Pfandbriefen ausgebräute Spezial-
Hypothek ausgeschlossen, die Pfandbriefe in Ansehung
der Spezial-Hypothek für vernichtet erklärt, in unseren
Registern und im Grundbuche gelöscht sowie die In-
haber mit ihren Ansprüchen lediglich an die bei der
Königlichen Regierungs-Hauptkasse hier selbst deponirte
Kapitals-Balata verwiesen werden.

Aus früheren Verlosungen sind Pfandbriefe lit. B.
noch rückständig und bereits ausgeschossen:

aus der 47. Verlosung
Nr 82452 Poln. Kramarn über 25 Tblr. = 75 M.,
aus der 50. Verlosung

Nr 52185 Ratibor über 200 Tblr. = 600 M.

Breslau, den 22. Juni 1902.

Königliches Kredit-Institut für Schlesien.

Personal-Chronik.

Der Regierungsbassessor Dr. von Elbe ist der
hierigen Regierung zur dienstlichen Verwendung über-
wiesen worden.

Der Regierungsbaumeister Scherer in Branden-
burg a./H. ist zum Königl. Kreisbauinspektor ernannt
worden. Die bisher austragsweise verwaltete Kreis-
bauinspektion Brandenburg a./H. ist ihm endgültig über-
tragen.

Der Landmesser Otto Galuschke in Jüterbog ist
als solcher vereidigt worden.

Der Civilanwärter Jennerfahn in Perleberg ist
zum Steuer supernumerar ernannt worden.

Bei der Direktion für die Verwaltung der direkten
Steuern in Berlin sind folgende Veränderungen einge-
treten: Der Regierungsrath von Slupski ist ver-
storben. Die Militär-anwärter Eitner, Wilde,
Noack, Schmidt und die Civilanwärter Kaulke,
Frigentwanker, Kroll, Rothbart sind als
Regierung supernumerare angenommen worden. Der
Kanzlist Beil ist als Geheimer Kanzleisekretär im
Finanzministerium angestellt. Zur Direktion versetzt sind
der Kanzlist Pichner von der Veranlagungskommission
zu Mülheim a./Ruhr und der Kanzleiditator Müller
von der Veranlagungskommission des Kreises Teltow.

Dem früheren Obermaschinen der Kaiserlichen
Marine Wilhelm Dohm ist vom 1. Juli d. J. ab
die Stelle eines betriebstechnischen Inspektors am
des Königl. Charité-Krankenhauses zu Berlin über-
tragen worden.

Der Eisenbahn-Güterexpedient Bandt in Berlin
Güterabfertigungsstelle Hamburger Bahnhof ist zum
Königl. Eisenbahn-Güterexpeditions-Vorsteher er-
nannt worden.

Dem civilversorgungsberechtigten Militär-Invaliden,
früheren Dekorationshandwerker Gustav Bothe ist am
14. Mai d. J. die Stelle eines Pförtners am König-
lichen Charité-Krankenhause verliehen worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Dr. Albert Gruhn ist als Oberlehrer an der 13. Realschule angestellt worden.

Der Schulanfänger Herlich ist als Oberlehrer am Humboldt-Gymnasium in Berlin angestellt worden.
— Der Lehrer Reis ist endgültig als Gemeindefachlehrer in Berlin angestellt worden.

Personal-Veränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam.
Etatmäßig angestellt sind die Postanwärter Gottschalk in Perleberg, Hennings in Vessow und Jahre in Dahme (Mark) als Postassistenten.

Abschreiben ist dem Oberpostmann a. D. Schwarz aus Detmold die Verwaltung des Postamts I. in Schwedt.

Ernannt sind der Postsekretär Zahn in Oranienburg zum Ober-Postsekretär und der Telegraphen-Mechaniker Rieschler in Potsdam zum Lagerverwalter.

Bestätigt sind der Ober-Postpraktikant Hilbrandt in der von ihm verwalteten Ober-Postsekretärstelle bei dem Postamt in Cöpenick und der Ober-Postpraktikant Emmermann in der von ihm verwalteten Ober-Postsekretärstelle bei dem Postamt in Perleberg.

Befördert sind die Ober-Postassistenten Hartmann von Lindenwalde nach Priesterbe und Weyer von Eberswalde nach Joachimsthal (Uckermark) — beide unter Ernennung zu Postverwaltern.

In den Ruhestand tritt der Postmeister Tschornia in Granitz.

Gestorben sind der Postverwalter Geitner in Jechlin und der Postassistent Friscke in Jossen.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Prozeßsagat.

Dem Gastwirth August Riether zu Kremmen habe ich in Gemäßheit des § 1 der Allgemeinen Verfügung vom 25. September 1899 — 3. M. VL S. 272 — das mündliche Verhandeln vor dem Amtsgericht in Kremmen unter dem Vorbehalt des Widerrufs gestattet.

Neu-Ruppin, den 4. Juli 1902.

Der Landgerichtspräsident.

Berichtigung

des in Nr. 22 diesesigen Amtsblattes veröffentlichten Tarifes der Eisch- und Ladestellen sowie der fiskalischen öffentlichen Krahne an den Berliner und Charlottenburger Wasserstraßen.

Bei Position I. B. in Zeile 7 ist zu lesen „nachzahlen“ anstatt „nachzuholen“ und bei der zusätzlichen Bestimmung 1 „Eisch- oder Ladebereitschaft“ anstatt „Eisch- oder Ladefrist“.

Borkehende Berichtigung wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Berlin, den 4. Juli 1902.
Königl. Ministerial-Militär- und Bau-Kommission.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Cigarettenarbeiter Juda Uesser, geboren 18. März 1866 zu Tomiszowa, Gouv. Lublinska,

russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 23. Februar 1902 ausgewiesen.

Der Drehorgelspieler Luigi Rocca, geboren 6ten Dezember 1838 zu Luganganno, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 28. Mai 1902 ausgewiesen.

Der Mägenmacher Schloßma Franz, geboren 16. Juli 1883 zu Zwiernitz in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 1. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Schneider David Krieger, geboren 28. Februar 1875 zu Jaroslau in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 2. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Schlosser Josef Bradac, geboren 9. September 1853 zu Braslawitz in Oesterreich, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 6. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Arbeiter Johann Gurpja, geboren 1. November 1874 zu Buzschin, Bez. Bresto, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 9. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Arbeiter Anton Kolorzick, geboren 22. April 1880 zu Kleezer, Kreis Slupsk, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 11. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Kutscher Franz Weber, geboren 18. Mai 1865 zu Aicha in Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 12ten Juni 1902 ausgewiesen.

Der Schneidermeister Salomon Till, geboren am 1. Januar 1868 zu Nowa-Madanek, Kr. Pieterskoff, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Schlosser Boleslaus Urbanowski, geboren 14. Februar 1875 zu Kalisch in Russland, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 17. Juni 1902 ausgewiesen.

Fleischer Gustav Scholz, geboren 16. Dezember 1878 zu Daindorf, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 17. Juni 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Kellerer Franz Bleck, geboren am 4ten Januar 1884 zu Brünn, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 21. Juni 1902 ausgewiesen.

von 5 Uhr 50 Minuten bis 9 Uhr 40 Minuten
Vormittags und
von 2 Uhr bis 3 Uhr 10 Minuten Nachmittags
gehaltet.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer
Verkundigung in Kraft.

Berlin, den 3. Juli 1902.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Verlegung eines Postamts.

52. Seit dem 28. Juni befindet sich das Postamt
in Friedenau nicht mehr in dem Hause Rheinstraße 4,
sondern Lauterstraße 14/15 daselbst.

Berlin C. 2, den 1. Juli 1902.

Kaiserliche Oberpostdirektion.

Cementkanal für Fernsprechkabel.

53. Bei dem Kaiserlichen Postamt in Wilmerdorf
bei Berlin liegt ein Plan aus über die Herstellung eines
Cementkanals für Fernsprechkabel von Düsseldorf-
straße, Ecke Uhlendorfsstraße, bis Nachodstraße 39.

Berlin C. 2, den 1. Juli 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Kohrpostanlage.

54. Bei dem Kaiserlichen Postamt 2 (Goethe-
straße) Charlottenburg liegt ein Plan aus über die
Herstellung einer Kohrpostanlage vom Postamt Charlotten-
burg 2 (Goethestraße 3) nach dem Postamt Berlin 62
(Landgrafenstraße 2) unter gleichzeitiger Verlegung eines
Cementkanals für Fernsprechkabel.

Berlin C. 2, den 2. Juli 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Bekanntmachungen der Königlichen Konfistoriums der Provinz Brandenburg.

Pfarrstellenerledigung.

54. Erledigt wird die Pfarrstelle Königlichen
Patronats zu Dranse, Diocese Wittstock, durch
Emeritierung des Pfarrers Krause am 1. Oktober
1902. Wiederbesetzung erfolgt durch Gemeindevwahl
nach dem Pfarrwahlgesetz vom 15. März 1886 —
R. Ges. u. B.-Bl. S. 39 — Bewerbungen sind
schriftlich bei dem Königl. Konfistorium einzureichen.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Aufkauf gekündigter schlesischer Pfandbriefe.

Von den zur Baarzahlung am 2. Januar d. J.
gekündigten 4% schlesischen Pfandbriefen lit. B. sind
noch rückständig:

Nr 52071	Ratibor	über 200 Thlr.	= 600 M.
" 52304	"	" 200 Thlr.	= 600 "
" 64894	"	" 100 Thlr.	= 300 "
" 65028	"	" 100 Thlr.	= 300 "
" 82465	"	" 25 Thlr.	= 75 "

Im Anschluß an die diesseitige Bekanntmachung
vom 19. März d. J. werden die Inhaber dieser Pfand-
briefe nochmals aufgefordert, dieselben bei der Königl.
Regierungs-Haupt-Kasse hier selbst einzureichen
und dagegen den entsprechenden Baarbeitrag in Empfang
zu nehmen.

Sollte die Einreichung nicht bis zum 18. Sep-
tember d. J. erfolgen, so werden die Inhaber der
vorbezeichneten Pfandbriefe nach § 50 der Allerhöchsten
Verordnung vom 8. Juni 1835 mit ihrem Realrechte
auf die in den Pfandbriefen ausgebräute Spezial-
Hypothek ausgeschlossen, die Pfandbriefe in Ansehung
der Spezial-Hypothek für vernichtet erklärt, in unseren
Registern und im Grundbuche gelöscht sowie die In-
haber mit ihren Ansprüchen lediglich an die bei der
Königlichen Regierungs-Hauptkasse hier selbst deponierte
Kapitals-Balata verwiesen werden.

Aus früheren Verloosungen sind Pfandbriefe lit. B.
noch rückständig und bereits ausgeschossen:

aus der 47. Verloosung	
Nr 82452	Poln. Kramaru über 25 Thlr. = 75 M.,
aus der 50. Verloosung	
Nr 52185	Ratibor über 200 Thlr. = 600 M.

Breslau, den 22. Juni 1902.

Königliches Kredit-Institut für Schlesien.

Personal-Chronik.

Der Regierungsassessor Dr. von Elbe ist der
hiesigen Regierung zur dienstlichen Verwendung über-
wiesen worden.

Der Regierungsbaumeister Scherer in Branden-
burg a./H. ist zum Königl. Kreisbauinspektor ernannt
worden. Die bisher austragsweise verwaltete Kreis-
bauinspektion Brandenburg a./H. ist ihm endgültig über-
tragen.

Der Landmesser Otto Galuschke in Jüterbog ist
als solcher vereidigt worden.

Der Civilanwärter Jennerjahn in Perleberg ist
zum Steuer supernumerar ernannt worden.

Bei der Direktion für die Verwaltung der direkten
Steuern in Berlin sind folgende Veränderungen einge-
treten: Der Regierungsrath von Skupedti ist ver-
storben. Die Militär anwärter Eitner, Wilde,
Noack, Schmidt und die Civilanwärter Kaulke,
Fritzenwanker, Kroll, Rothbart sind als
Regierung supernumerare angenommen worden. Der
Kanzlist Beil ist als Geheimer Kanzleisekretär im
Finanzministerium angestellt. Zur Direktion versetzt sind
der Kanzlist Pichner von der Veranlagungskommission
zu Mülheim a./Ruhr und der Kanzleidiätar Müller
von der Veranlagungskommission des Kreises Teltow.

Dem früheren Obermaschinenmeister der Kaiserlichen
Marine Wilhelm Dohm ist vom 1. Juli d. J. ab
die Stelle eines betriebstechnischen Inspektionsbramanten
des Königlichen Charité-Krankenhauses zu Berlin über-
tragen worden.

Der Eisenbahn-Güterexpedient Bandt in Berlin
Güterabfertigungsstelle Hamburger Bahnhof ist zum
Königlichen Eisenbahn-Güterexpeditions-Vorsteher er-
nannt worden.

Dem civilversorgungsberechtigten Militär-Invaliden,
früheren Dekorationshandwerker Gustav Bothe ist am
14. Mai d. J. die Stelle eines Pförtners am Königl.
Charité-Krankenhause verliehen worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Dr. Albert Gruhn ist als Oberlehrer an der 13. Realschule angestellt worden.

Der Schulaufsichtsdirektor Kerlich ist als Oberlehrer am Humboldt-Gymnasium in Berlin angestellt worden.

Der Lehrer Reis ist endgültig als Gemeindefachlehrer in Berlin angestellt worden.

Personal-Veränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam.

Staatsmäßig angestellt sind die Postanwärter Gottschalk in Perleberg, Hennings in Perekow und Jahre in Dahme (Mark) als Postassistenten.

Abbertragen ist dem Obersekretär a. D. Schwarz aus Detmold die Verwaltung des Postamts I. in Schwedt.

Ernannt sind der Postsekretär Zahn in Oranienburg zum Ober-Postsekretär und der Telegraphen-Mechaniker Rischler in Potsdam zum Lagerverwalter.

Bestätigt sind der Ober-Postpraktikant Hildebrandt in der von ihm verwalteten Ober-Postsekretärstelle bei dem Postamt in Eberswalde und der Ober-Postpraktikant Emmermann in der von ihm verwalteten Ober-Postsekretärstelle bei dem Postamt in Perleberg.

Bersetzt sind die Ober-Postassistenten Hartmann von Lützenwalde nach Prigge und Beyer von Eberswalde nach Joachimthal (Udarm) — beide unter Ernennung zu Postverwaltern.

In den Ruhestand tritt der Postmeister Tschornia in Oranienburg.

Gestorben sind der Postverwalter Seitzner in Zechlin und der Postassistent Friscke in Jossen.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Projetsagen.

Der Gastwirth August Nieher zu Kremmen habe ich in Gemäßheit des § 1 der Allgemeinen Verfügung vom 25. September 1899 — J. M. Bl. S. 272 — das mündliche Verhandeln vor dem Amtsgericht in Kremmen unter dem Vorbehalt des Widerrufs gestattet.

Neu-Nuppin, den 4. Juli 1902.

Der Landgerichtspräsident.

Verfügung

des in Nr. 22 diesesigen Amtsblattes veröffentlichten Tariffes der Bösch- und Ladezellen sowie der fiskalischen öffentlichen Straßen an den Berliner und Charlottenburger Wasserstraßen.

Bei Position I. B. in Zeile 7 ist zu setzen „nachzahlen“ anstatt „nachzuholen“ und bei der zusätzlichen Bestimmung 1 „Bösch- oder Ladebereitschaft“ anstatt „Bösch- oder Ladefrist“.

Vorstehende Berichtigung wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Berlin, den 4. Juli 1902.

Rönlgl. Ministerial-Richter und Bau-Kommission.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Cigarettenarbeiter Juda Uesser, geboren 18. März 1866 zu Tomiszowa, Gouv. Lublenska,

russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 23. Februar 1902 ausgewiesen.

Der Drehorgelspieler Luigi Rocca, geboren 6ten Dezember 1838 zu Luganganno, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 28. Mai 1902 ausgewiesen.

Der Mägenmacher Schlosma Kranz, geboren 16. Juli 1883 zu Zwiernitz in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 1. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Schneider David Krieger, geboren 28. Februar 1875 zu Jaroslau in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 2. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Schlosser Josef Bradae, geboren 9. September 1853 zu Braslawitz in Oesterreich, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 6. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Arbeiter Johann Guryla, geboren 1. November 1874 zu Burzcin, Bez. Bresko, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 9. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Arbeiter Anton Kolorzic, geboren 22. April 1880 zu Kleezer, Kreis Slupet, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 11. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Rutscher Franz Weber, geboren 18. Mai 1865 zu Aicha in Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 12ten Juni 1902 ausgewiesen.

Der Schneidermeister Salomon Till, geboren am 1. Januar 1868 zu Nowa-Radansk, Kr. Pietershoff, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Schlosser Boleslaus Urbanowski, geboren 14. Februar 1875 zu Kalisch in Russland, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 17. Juni 1902 ausgewiesen.

Fleischer Gustav Scholz, geboren 16. Dezember 1878 zu Painsdorf, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 17. Juni 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Kellerer Franz Bleck, geboren am 4ten Januar 1884 zu Brünn, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 21. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Schiffer Josef Goldstein, geboren 10ten August 1878 zu Olaszyn, Gouv. Radomsko, russischer Staatsangehöriger, ist als künftiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizeipräsidenten zu Berlin vom 21. Juni 1902 ausgewiesen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Rang	Name und Stand	Alter und Geburtsort	Grund der Ausweisung	
			der	Verfügung
1.	2.	3.	4.	5.
		a. Auf Grund des § 30 des Strafgesetzbuchs:		
1.	Abalbert Bydion, ohne Stand.	geboren im Jahre 1837 zu Bydion, Bezirk Radomsko, Galizien, ortsangehörig, ebenfalls.	Diebstahl im Jahre 1891, Verurteilung zum Gefängnis, gegen § 271 des Reichsstrafgesetzbuchs, 6 Jahre 3 Monate, 25. Juni 1898.	7. Juni 1902.
		b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:		
1.	Marie Courtois, Fabrikarbeiterin,	geboren am 9. März 1883, zu Dreyes, Frankreich, französische Staatsangehörige.	Landstreicherei und Betrug, Verurteilung zum Gefängnis, 1. März 1902.	7. Juni 1902.
2.	Josef Ergo, Schornsteinfeger,	geboren am 14. Februar 1882, zu St. Denis, Departement de la Seine, Frankreich, französische Staatsangehöriger.	Landstreicherei und Betrug, Verurteilung zum Gefängnis, 1. März 1902.	7. Juni 1902.
3.	Josefa Pöschner, Dirne,	geboren am 18. Juni 1879 zu Schönbach, Böhmen, ortsangehörig zu Komotau, ebenfalls.	Landstreicherei und Betrug, Verurteilung zum Gefängnis, 1. März 1902.	7. Juni 1902.
4.	Franz Metzger, Kellner,	geboren am 20. November 1867, zu Jecheln, Mähren, österreichischer Staatsangehöriger.	Landstreicherei und Betrug, Verurteilung zum Gefängnis, 1. März 1902.	7. Juni 1902.
5.	Anton Pils, Weber,	geboren am 3. August 1847, zu Wamsdorf, Bezirk Rumburg, Böhmen, ortsangehörig ebenfalls.	Landstreicherei und Betrug, Verurteilung zum Gefängnis, 1. März 1902.	7. Juni 1902.
6.	Josef Weigel, Blachner,	geboren am 7. März 1859, zu Marktsdorf, Bezirk Teschen, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger.	Landstreicherei und Betrug, Verurteilung zum Gefängnis, 1. März 1902.	7. Juni 1902.

Hierzu eine Sonder-Verlage und eine Sonder-Verlage.

Die Inhabergehälften betragen für eine einjährige Periode 20 Mk.

Verlagshaus des Königl. Polizeipräsidenten zu Berlin.

Verlagshaus des Königl. Polizeipräsidenten zu Berlin.

Conder-Beilage

zum 28ten Stück des Amtsblatts

der Königlich Preussischen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 11. Juli 1902.

Pferde-Aushebungs-Vorschrift.

(Hr. u. B.)

Auf Ihren Bericht vom 14. April 1902 genehmige Ich hiermit die anliegende Pferde-Aushebungs-Vorschrift, welche an Stelle der Pferde-Aushebungs-Vorschrift vom 3. Februar 1900 sogleich in Kraft zu treten hat. Sie, der Kriegsminister und der Minister des Innern haben die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu treffen.

Berlin, den 1. Mai 1902.

gez. Wilhelm.

Zugleich für den Finanzminister.

ggz. v. Gopler. v. Hobbelski.

Führ. v. Rheinbaben.

An den Kriegsminister, den Finanzminister, den Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und den Minister des Innern.

Auf Grund und in Ausführung der §§ 25 bis 27 und des § 36 des Gesetzes über die Kriegseisleistungen vom 13. Juni 1873 (Reichsgesetzblatt Seite 129), lautend wie folgt:

„§ 25. Zur Beschaffung und Erhaltung des kriegsmäßigen Pferdebedarfs der Armee sind alle Pferdebesitzer verpflichtet, ihre zum Kriegsdienst für tauglich erklärten Pferde gegen Ersatz des vollen von Sachverständigen unter Zugrundelegung der Friedenspreise endgültig festzustellenden Wertes an die Militärbehörde zu überlassen.

Befreit hiervon sind nur:

- 1) Mitglieder der regierenden deutschen Familien;
- 2) die Gesandten fremder Mächte und das Gesandtschaftspersonal;
- 3) Beamte im Reichs- oder Staatsdienste hinsichtlich der zum Dienstgebrauch, sowie Ärzte und Thierärzte hinsichtlich der zur Ausübung ihres Berufes notwendigen Pferde;
- 4) die Posthalter hinsichtlich derjenigen Pferdezahl, welche von ihnen zur Beförderung der Posten kontraktmäßig gehalten werden muß.

§ 26. Die Sachverständigen (§ 25) sind für jeden Lieferungsverband durch dessen Vertretung periodisch zu wählen.

Das Schätzungsverfahren findet unter Leitung eines von der Landesregierung bestellten Kommissars statt. Die Kosten trägt das Reich.

Der festgestellte Werth wird dem Eigenthümer aus den bereitgestellten Beständen der Kriegskasse baar vergütet.

§ 27. Das Verfahren bezüglich der Stellung und Aushebung der Pferde wird unter Zuerkennung

legung der §§ 25 und 26 von den einzelnen Bundesstaaten geregelt. Uebertretungen der dabei hinsichtlich der Anmeldung und Stellung der Pferde zur Vormusterung, Musterung oder Aushebung getroffenen Anordnungen werden mit einer Geldstrafe bis zu fünfzig Thalern geahndet.

§ 36. Alle gegenwärtigen Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen sind aufgehoben. werden die nachstehenden Anordnungen hinsichtlich der periodischen Vormusterungen des Pferdebestandes und Beschaffung der Mobilmachungspferde im Königreich Preußen getroffen:

A. Vormusterung des Pferdebestandes im Frieden.

§ 1. Zur Gewinnung einer zuverlässigen Uebersicht über den Pferdebestand des Landes und zur Beschleunigung der Pferdeaushebung im Mobilmachungsfall finden im Frieden Vormusterungen statt, deren Ergebnis in fortgesetzt richtig zu haltenden Listen niedergelegt wird.

Die Vormusterungen werden durch militärische Pferde-Vormusterungs-Kommissare*) abgehalten, deren Zahl für die einzelnen Korpsbezirke (nicht Pferde-Gesellschaftsbezirke) nach dem Pferdebestand und unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse besonders bestimmt ist.

Jedem Kommissar wird ein Vormusterungsbezirk zugewiesen; die Abgrenzung dieser Bezirke vereinbaren die Generalkommandos mit den Oberpräsidenten.

§ 2. Die Vormusterungs-Kommissare haben im Laufe von achtzehn Monaten sämtliche Pferde ihres Bezirkes (Ausnahmen siehe § 4) einmal zu mustern.

Die Kommissare theilen hierzu ihre Bezirke in thunlichst kleine Unterbezirke, damit in erster Linie eine möglichst geringe Belästigung der Pferde haltenden Bevölkerung verursacht wird. Ein Zusammenziehen der Pferde aus mehreren Orten ist, wo nicht ganz besondere Verhältnisse dies zweckmäßig erscheinen lassen, zu vermeiden. Größere Orte sind in mehrere Ortsbezirke zu zerlegen, innerhalb welcher die Musterungen, örtlich und zeitlich getrennt, stattzufinden haben. Bei Ansetzung der Musterungsorte und -zeiten ist nach Möglichkeit Rücksicht auf die örtlichen und jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse zu nehmen. Insbesondere ist

*) Die Kommissare haben das Recht, während der Musterungstriebe für sich und ihren persönlichen Quartier und Verpflegung auf Grund des Naturalleistungsgesetzes gegen Baarzahlung in Anspruch zu nehmen (vergl. § 25, 2 Hr. B. B.), auch dürfen sie, wenn ihr eigenes Fahrwerk während der Musterungstriebe unbrauchbar wird,

während der landwirthschaftlich wichtigsten Zeiträume der einzelnen Bezirke die Musterung in denselben möglich auszuführen.

§ 3. Die Abgrenzung der Unterbezirke, die Festsetzung der Musterungsorte und -zeiten und die Anordnungen für deren Bekanntmachung sind zwischen den Kommissaren und den Landräthen*) zu vereinbaren.

Bei Meinungsverschiedenheiten entscheiden die Generalkommandos und Oberpräsidenten.

§ 4. Jeder Pferdebesitzer ist verpflichtet, seine sämtlichen Pferde zur Musterung zu stellen, mit Ausnahme:

- a. der unter vier Jahre alten Pferde,
- b. der Hengste,
- c. der Stuten, die entweder hochtragend***) sind oder innerhalb der letzten 14 Tage abgefohlt haben,
- d. der Vollblutstuten, die im „Allgemeinen deutschen Gestütbuch“ oder den dazu gehörigen offiziellen vom Unionstab geführten — Listen eingetragen und von einem Vollbluthengst laut Deckschein belegt sind, auf Antrag des Besitzers,
- e. derjenigen Mutterstuten in den Remonteprovinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Hannover, welche in ein Gestütbuch für edles Halbblut eingetragen und laut Deckschein über sechs Monate tragend sind oder innerhalb der letzten acht Wochen abgefohlt haben, auf Antrag des Besitzers,
- f. der Pferde, welche auf beiden Augen blind sind,
- g. der Pferde, welche in Bergwerken dauernd unter Tag arbeiten,
- h. der Pferde, welche wegen Erkrankung nicht marschfähig sind oder wegen Ansteckungsgefahr den Stall nicht verlassen dürfen,
- i. der Pferde, welche bei einer früheren in der betreffenden Ortschaft abgehaltenen Musterung als dauernd kriegsunbrauchbar bezeichnet worden sind,***)
- k. der Pferde unter 1,50 m Bandmaß.

Außerdem sind die Regierungspräsidenten befugt, unter besonderen Umständen Befreiung von der Vorführung eintreten zu lassen. Bei besonderer Dringlichkeit sind auch die Landräthe hierzu ermächtigt.

Bei hochtragenden Stuten (Ziffer c) ist der Pferde-Vorführungsliste (Anlage A) der Deckschein beizufügen.

Von der Verpflichtung zur Vorführung ihrer Pferde sind ausgenommen:

*) Was in dieser Vorschrift hinsichtlich der Landräthe und Kreise angeordnet ist, gilt gleichmäßig auch hinsichtlich der Oberamtmänner und Oberamtsbezirke in den Hohenzollernschen Ländern.

In den Stadtkreisen werden die Funktionen der Landräthe durch die Polizeipräsidenten oder Polizeidirektoren und, wo solche nicht vorhanden sind, durch die Bürgermeister (in der Provinz Hannover durch ein Magistratsmitglied) wahrgenommen; in der Stadt Berlin durch den Vorsteher der Militärkommission.

**) Als hochtragend sind Stuten zu betrachten, deren Abfohlen innerhalb der nächsten vier Wochen zu erwarten ist.

*** Die „vorübergehend kriegsunbrauchbaren“ sind von der Vorführung nicht befreit.

1) Mitglieder der regierenden deutschen Familien;*)
2) die Mandanten fremder Mächte und das Gesandtschaftspersonal;

3) die aktiven Offiziere und Sanitätsoffiziere bezüglich der von ihnen zum Dienstgebrauch gehaltenen Pferde;

4) Beamte im Reichs- oder Staatsdienste hinsichtlich der zum Dienstgebrauch, sowie Kurges und Tierärzte hinsichtlich der zur Ausübung ihres Berufes an dem Tage der Musterung unbedingt notwendigen eigenen Pferde;

5) die Posthalter hinsichtlich derjenigen Pferdezahl, welche von ihnen zur Beförderung der Posten kontraktmäßig gehalten werden muß;

6) die königlichen Staatsgehülfe;

7) die städtischen Berufsfeuerwehren.

Pferdebesitzer, welche ihre stellungspflichtigen Pferde nicht rechtzeitig oder vollständig vorführen, haben außer der gesetzlichen Strafe zu gewärtigen, daß auf ihre Kosten eine zwangsweise Herbeischaffung der nicht gestellten Pferde vorgenommen wird.

§ 5. Die Orts-, Gemeinde- oder Gutsbezirksvorsteher, sowie die Landbürgermeister, im Behinderungsfalle ihre Stellvertreter haben sich zu den Musterungsterminen einzufinden, dem Kommissar eine schreibgewandte Person (Gemeinbescheider u.) zur Verfügung zu stellen und demselben ein Verzeichnis der in ihrem Bezirk vorhandenen Pferde nach dem Muster Anlage A (Pferde-Vorführungsliste) in doppelter Ausfertigung vorzulegen.**) Sie sind verpflichtet, für die Bestellung der zum Ordnen und Vorführen der Pferde erforderlichen Leute und ferner dafür zu sorgen, daß das Vorführen genau in der Reihenfolge der Vorführungsliste stattfindet. Hierzu ist an dem linken Backenstück der Halfter jedes Pferdes ein Zettel mit deutlicher Nummer, welche derjenigen der Vorführungsliste entspricht, zu befestigen.

Bei Pferden, welche bereits bei einer früheren Musterung als kriegsunbrauchbar bezeichnet wurden, sind außerdem unter Verantwortlichkeit der Ortsvorsteher die Bestimmungstafeln (siehe Muster Anlage B) anzubringen.

Den Kreis- und Privatthierärzten, Civilschmieden, sowie den für den Robilmachungsfall als Civilkommissare der betreffenden Pferde-Aushebungs-kommission in Aussicht genommenen Persönlichkeiten ist die Theilnahme an dem Musterungsgeschäft gestattet. Sie sind durch den Landrath u. entsprechend zu benachrichtigen.

§ 6. Die vorgeführten Pferde sind durch die

*) Erstreckt sich nur auf die zum persönlichen Gebrauch bestimmten Pferde, dagegen die in Wirtschaftsbetrieben verwendeten Pferde zu stellen sind.

**) In die Verzeichnisse sind die nach § 4 nicht stellungspflichtigen Pferde nicht einzutragen. Welche Listen müssen bezüglich der Eintragungen seltenerweise genau übereinstimmen.

Kommissare Ortschafts- oder Ortsbezirksweise zu mustern und in kriegsbrauchbare, vorübergehend (zeitig) kriegsunbrauchbare und dauernd kriegsunbrauchbare zu scheiden.

Die kriegsbrauchbaren sind zu sonderu in:

- a. Reitpferde I,
- II,
- b. Zugpferde I { Stangenpferde,
Vorderpferde,
- II { Stangenpferde,
Vorderpferde,
- c. besonders schwere Zugpferde.

Für die Entscheidungen der Kommissare sollen die in Anlage C enthaltenen Gesichtspunkte als Anhalt dienen.

Das Ergebnis der Musterung ist in beide Ausfertigungen der Vorführungslisten einzutragen und vom Vormusterungs-Kommissar zu bescheinigen; der Ortsvorsteher erhält eine Ausfertigung zurück.

§ 7. Bei Gelegenheit der Pferde-Vormusterung haben die Kommissare innerhalb des Zeitraumes von 72 Monaten in jedem Musterungsort einmal auch die Fahrzeuge*) zu prüfen (siehe § 24); die Anzahl der in den Bezirken vorhandenen kriegsbrauchbaren Fahrzeuge festzustellen und in den Vorführungslisten (Anlage A) zu vermerken. Ob die Fahrzeuge zu den Musterungslägen selbst zu stellen sind oder auf einem besonderen Plage oder in den Gassen besichtigt werden, vereinbaren die Kommissare mit den Landräthen.

§ 8. Das Ergebnis der Musterung innerhalb der Vormusterungsbezirke stellen die Kommissare in einer Uebersicht nach dem Muster Anlage D zusammen; diese sind durch die betreffenden Kavallerie-Brigade-Kommandeure den Generalkommandos zu einem von diesen zu bestimmenden Zeitpunkt einzureichen.

Den Landräthen haben die Kommissare baldmöglichst nach beendeter Musterung Abschriften der Uebersichten — ortschaftsweise getrennt — zu übersenden. Die Schlusszahlen der letzteren — kreisweise getrennt — sind von den Landräthen durch die Regierungspräsidenten den Oberpräsidenten vorzulegen.

Zusammenstellungen für den Korpsbezirk bezw. die Provinz übersenden die Generalkommandos dem Kriegsministerium zum 1. Oktober jedes Jahres bezw. die Oberpräsidenten thunlichst bald an die Ministerien der Finanzen, für Landwirtschaft und des Innern. In denselben sind die seit Vorlage der letzten Nachweisung bezüglich der Pferde gemusterten Kreise durch Unterstreichen der Kreisnamen kenntlich zu machen.

§ 9. Wesentliche Änderungen im Pferdebestand einer Ortschaft (auch ansteckende Krankheiten, welche größeren Umfang annehmen) sind durch die Landräthe den Kommissaren mitzutheilen, welche hiernach die von ihnen geführten Listen berichtigen und den Generalkommandos Meldung erstatten.

Nachmusterungen in den betreffenden Ortschaften dürfen nur in besonders dringenden Fällen durch die

Generalkommandos nach Bereiberung mit den Oberpräsidenten angeordnet werden.

B. Verfahren bei Beschaffung der Mobilmachungsperde.

§ 10. Im Falle der Mobilmachung der Armee oder einzelner Theile derselben hat jede Provinz die nach den Bestimmungen des Mobilmachungsplanes für sie ausgeworfene Zahl von Mobilmachungsperden (in natura) zu stellen.

§ 11. a. Jeder Pferdebesitzer ist nach erhaltener Aufforderung verpflichtet, seine sämtlichen Pferde, mit Ausschluß der im § 4 näher bezeichneten, zu der bestimmten Zeit und an dem bestimmten Orte vorzuführen.

Der Verkauf eines Pferdes vor erhaltener Gestellungsaufforderung embindet nicht von dessen Gestellung, sofern die Ablieferung an den neuen Erwerber noch nicht erfolgt ist. Eine Ausnahme findet nur statt, wenn nachweislich der Verkauf an die Militärbehörde, an Offiziere, Sanitätsbeamte oder Militärbeamte, welche sich die Pferde für ihre Mobilmachung selbst beschaffen, erfolgt war.

Ebenso können den zum Dienst einberufenen Offizieren, Sanitätsbeamten oder operativen Militärbeamten des inaktiven und Beurlaubtenstandes, sowie dem kaiserlichen Kommissar und den Delegirten der freiwilligen Krankenpflege beim Feldheere so viele ihrer eigenen Pferde bei der Aushebung belassen werden, als ihnen für ihre Mobilmachung bestimmungsgemäß zugehen.

Pferdebesitzer, welche ihre gestellungspflichtigen Pferde nicht rechtzeitig oder vollständig vorführen, haben außer der gesetzlichen Strafe zu gewärtigen, daß auf ihre Kosten eine zwangsweise Herbeschaffung der nicht gestellten Pferde vorgenommen wird.

b. Von Befähigung des Mobilmachungsbefehls bis nach Beendigung der Pferdeaushebung ist jede Ausfuhrung von Pferden in andere Kreise oder Ortschaften verboten. Zuwiderhandlungen werden für jeden einzelnen Fall mit der in § 27 des Kriegseisengesetzes vom 13. Juni 1873 vorgesehenen Strafe geahndet. Eine Ausnahme von dem Verbote findet nur statt, wenn nachweislich der Verkauf an Militärbehörden des Aushebungsbezirktes oder an solche Offiziere, Sanitätsbeamte oder Militärbeamte, welche sich die Pferde für ihre Mobilmachung selbst beschaffen, geschehen ist.

Diese Bestimmung ist von den Landräthen bei Eintritt der Mobilmachung allgemein bekannt zu geben.

§ 12. Auf Grund der letzten Pferde-Vormusterung vertheilen die Generalkommandos im Einvernehmen mit den Oberpräsidenten den Gesamtbedarf an Mobilmachungsperden auf die einzelnen Kreise.

Hierbei sind neben dem Bestand der Kreise an kriegsbrauchbaren Pferden auch besonders die Mobilmachungsverhältnisse der zu ergänzenden Truppenteile zu berücksichtigen. Da es von großer Bedeutung für die Schlagfertigkeit des Heeres ist, daß der Bedarf an Reitpferden I und Zugpferden I voll und in gutem Material rechtzeitig gedeckt wird, so ist für diese Klassen von einer zehn prozentualen Vertheilung abzugehen.

*) In Berlin findet eine Vormusterung der Fahrzeuge nicht statt.

Durch eine vom Generalkommando im Einverständniß mit den Oberpräsidenten aufzustellende Uebersicht ist festzusetzen, wie viel Pferde in den einzelnen Aushebungsorten täglich zur Aushebung zu gelangen haben, für welche Truppenteile dieselben bestimmt sind und in welcher Weise sie ihren Bestimmungsort erreichen sollen.

§ 13. Auf Grund dieser Uebersicht stellen die Vornüsterungs-Kommissare im Einvernehmen mit den Landräthen für ihren ganzen Nüsterungsbezirk einen Verteilungsplan auf, aus welchem hervorgeht, wie viele als kriegsbrauchbar bezeichnete Pferde der verschiedenen Klassen und wie viele Fahrzeuge von den einzelnen Ortsschaften tageweise in den Aushebungsorten zu der Aushebung zu stellen sind. Unter Berücksichtigung dessen, daß im Allgemeinen an einem Tage nicht mehr als 200 Pferde von einer Kommission ausgehoben werden können, sind die Zahlen so zu bemessen, daß am ersten Aushebungstage möglichst von jeder Klasse noch eine Reserve von 50 pCt., an den folgenden Tagen von 25 pCt. zur Vorführung gelangt.

Reicht hierfür der Bestand an Reitpferden I. und an Zugpferden I nicht aus, so sind von den übrigen Klassen entsprechend mehr Pferde zur Reserve zu bestimmen. Für Fahrzeuge ist täglich noch eine Reserve von 50 pCt. anzusetzen.

Nach Möglichkeit sind die Pferde eines Ortes für einen Tag zu bestimmen und die dem Aushebungsort zunächst gelegenen Ortsschaften für die ersten Tage heranzuziehen. Die Verteilungspläne sind derart fertig zu stellen, daß nach etwaiger Prüfung durch die Generalkommandos die Landräthe den Ortsvorstehern Auszüge so rechtzeitig übersenden können, daß Letztere in der Lage sind, noch vor dem 1. April jedes Jahres die Bestimmung der vorzuführenden Pferde vorzubereiten (§ 18).

Die Landräthe haben sich gelegentlich davon zu überzeugen, daß die hierzu erforderlichen Vorbereitungen seitens der Ortsvorsteher thatsächlich getroffen sind. Soweit nicht besondere Verhältnisse dagegen sprechen — worüber die Generalkommandos nach Benehmen mit den Oberpräsidenten zu befinden haben. — müssen diese den Ortsvorstehern bereits im Frieden zu übersendenden Auszüge Alles für sie im Mobilmachungsfall Wissenswerthe betreffe Mobilmachungstag, Ort und Stunde der Pferdeaushebung enthalten.

§ 14. Für die Aushebung und Abnahme der zu stellenden Pferde bildet jeder Kreis der Regel nach einen Aushebungsbezirk.

Ausnahmsweise können Kreise, wenn deren räumliche Ausdehnung und die Höhe des zu stellenden Kontingents an Pferden es zweckmäßig erscheinen lassen, durch das Generalkommando im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten in zwei oder mehrere Aushebungsbezirke getheilt werden.

Die Generalkommandos vereinbaren schon im Frieden mit den Oberpräsidenten, an welchen Orten die Aushebung und Abnahme für jeden Aushebungsbezirk

stattfindet, und an welchem Mobilmachungstage dieselbe beginnt.

Der Morgen des 2. Mobilmachungstages ist grundsätzlich der späteste Termin für den Beginn der Aushebung.

§ 15. Für jeden Aushebungsbezirk wird eine Aushebungskommission gebildet.

Dieselbe besteht aus:

- 1) dem Landrath oder dessen gesetzlichem Vertreter als Civilkommissar,
- 2) einem vom Generalkommando zu ernennenden Offizier als Militärkommissar, dem ein zweiter Offizier beigegeben werden kann.

Wenn ein Kreis in mehrere Aushebungsbezirke getheilt ist (§ 23), so bestimmt der Regierungspräsident schon im Frieden den Civilkommissar für jeden ferneren Aushebungsbezirk.

Zugeheilen sind der Aushebungskommission:

- 1) ein militärischer Arzt zu kommandirenden Hofarzt oder vom Landrath zuzuziehender Thierarzt und
- 2) drei von der Kreisvertretung von sechs zu sechs Jahren zu wählende Taxatoren.

§ 16. Zu Taxatoren müssen sachverständige und unbescholtene Personen, welche das volle Vertrauen der Eingefessenen besitzen, gewählt werden. Dieselben sind nach dem als Anlage F beigelegten „Eidesformular“ durch den Landrath oder dessen Vertreter vor Beginn des Abschätzungsgeschäftes zu vereidigen, und ist beglaubigte Abschrift der darüber aufzunehmenden Verhandlung dem National beigezufügen.

Neben den drei Taxatoren werden drei Stellvertreter für dieselben gewählt, von denen einer schon für den Beginn der Aushebung einzuberufen ist.

Die Taxatoren, deren Stellvertreter, sowie die etwa zuzuziehenden Thierärzte erhalten Reiseentschädigungen nach Maßgabe der Bestimmungen, welche über die entsprechenden Kompetenzen bei der Abschätzung von Flurschäden durch die unterm 13. Juli 1898 Allerhöchst genehmigte Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden vom 13. Februar 1875 in der Fassung des Gesetzes vom 24. Mai 1898 getroffen sind.

Für die landrätthlichen Bureaugehülfen, welche außerhalb des Kreisesortes bei der Aushebung mitwirken, dürfen Tagegelder und Reisekosten nach den Sätzen gewährt werden, welche für die im Art. I, § 1 des Gesetzes vom 21. Juni 1897 (A. L. S. S. 193 unter VII. bezeichneten Staatsbeamten bestimmt sind (Allerhöchster Erlaß vom 25. Oktober 1897).

§ 17. Soweit die Ortsvorsteher nicht bereits im Frieden mit den bezüglichen Weisungen versehen sind, übersenden ihnen sofort nach Eingang des Mobilmachungsbefehls die Landräthe auf dem raschesten Wege die im Frieden vorbereiteten Befehle, an welchem Orte und zu welcher Zeit (Tag und Stunde) die nach § 13 bestimmten Pferde und Fahrzeuge zu stellen sind.

Die Taxatoren und gegebenenfalls der Thierarzt sind entsprechend zu benachrichtigen.

Die durch die Reichstelegraphie an alle Gemeinden sofort übersandten Telegramme, „daß die Mobilmachung besohlen und welches der 1. Mobilmachungstag ist“, gelten für die Ortsvorsteher u. (siehe § 5) als Befehl, die Bestellung der Pferde und Fahrzeuge zur Aushebung in der etwa bereits im Frieden angeordneten Weise (§ 13) zu veranlassen.

Die Landräthe haben die erforderlichen Anordnungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung während der Aushebung und die Heranziehung der nöthigen Polizeimannschaften (Gendarmen, Schutzleute, Polizeidiener) vorzubereiten.

§ 18. Den Aushebungskommissaren sind vorzuführen:

- a. die gemäß § 13 bestimmten Pferde; an den Halstern sind auf der linken Seite die Bestimmungstafelchen (§ 5) zu befestigen;
- b. die bei der letzten Musterung als „vorübergehend kriegsunbrauchbar“ bezeichneten Pferde, soweit sie nicht marschunfähig sind oder wegen Ansteckungsgefahr den Stall nicht verlassen dürfen;
- c. die seit der letzten Musterung in Zugang gekommenen Pferde des Aushebungsbezirks. Händler, Tatterfahle u. haben stets ihre sämtlichen Pferde vorzuführen.

Die Gemeindevorsteher u. (siehe § 5) sind für die vollständige und rechtzeitige Bestellung der Pferde verantwortlich und verpflichtet, persönlich bei der Aushebung zu erscheinen. Sie legen der Aushebungskommission die bei der letzten Musterung ausgefüllte Vorführungsliste, in welcher die zur Aushebung vorgesehrteten Pferde durch Unterstreichen kenntlich gemacht sind, sowie ein Verzeichniß der in Zugang gekommenen Pferde vor.

Es werden zunächst die letztgenannten Pferde gemäß § 6 durch den Militärkommissar gemustert und dann die bereits früher gemusterten Pferde einer nochmaligen Prüfung unterzogen.

Die als kriegsunbrauchbar anerkannten Pferde sind nach Klassen getrennt aufzustellen. Im Allgemeinen ist die frühere Klassifizierung durch den Vormusterungskommissar maßgebend; einzelne notwendig erscheinende Umbestimmungen bleiben jedoch dem militärischen Aushebungskommissar überlassen.

Die für kriegsunbrauchbar erklärten Pferde werden sofort entlassen.

§ 19. Aus den kriegsunbrauchbaren Pferden wird die für den Aushebungsbezirk festgesetzte Zahl und außerdem von jeder Klasse ein Zuschlag von 3 pCt. als Reserve ausgewählt. Sind hierbei für die besseren Klassen nicht die erforderlichen Pferde vorhanden, so ist der Ausfall durch die besten Pferde der nächst niedrigeren Klasse zu decken.

Die ausgewählten Pferde werden in ein National nach Muster E, die Reservepferde in ein besonderes National eingetragen und kommen sämtlich zur Abschätzung.

Die als Reserve ausgewählten Pferde werden indes

zunächst nicht abgenommen, sondern sind nur von den Besitzern bei Vermeidung der gesetzlich angedrohten Strafe auf drei Wochen vom Tage der Aushebung an gerechnet zur Verfügung der Militärbehörde zu halten.

Kriegsunbrauchbare Pferde, welche als überschüssig nicht sogleich aufgehoben werden, können auf Veranlassung des Militärkommissars zur nochmaligen Vorführung an einem späteren Tage bestimmt werden.

Nach Beendigung der Auswahl ist festzustellen, wieviele weitere kriegsunbrauchbare Pferde der einzelnen Klassen im Aushebungsbezirk noch vorhanden sind. Das Ergebnis ist dem Generalkommando und dem Oberpräsidenten nach Schluß des Aushebungsgeschäftes umgehend zu melden.

§ 20. Bei der Abschätzung, die von dem Zivilkommissar geleitet wird, ist nur der Werth der Pferde in gewöhnlichen Friedenszeiten ins Auge zu fassen und von der Preissteigerung infolge der eingetretenen Mobilmachung abzuziehen.

Jeder Taxator giebt vor der Aushebungskommission besonders seine Taxe an, welche in die betreffende Kolonne des National E (§ 19) einzutragen ist.

Aus diesen drei Taxen wird der Durchschnitt gezogen und dem Eigenthümer sofort bekannt gemacht, während die einzelnen Taxen geheim bleiben. Dieser Durchschnitt bildet die den Besitzern der Pferde nach erfolgter Abnahme zu zahlende Tarsumme.

Sind Pferde abzuschätzen, welche einem Taxator gehören, so hat dieser sich der Abschätzung zu enthalten. Statt seiner tritt einer der gewählten Stellvertreter ein.

§ 21. Bei der Abnahme müssen die Pferde durch den bisherigen Besitzer versehen sein mit:

- Halfter,
- Trense,
- zwei mindestens 2 m langen Striden und gutem Hufbeschlag.

Der Werth dieser Stücke ist in der Taxe mitzuenthalten.

Bis zur förmlichen Abnahme der Pferde haben die Besitzer oder deren Beauftragte die Pferde zu beaufsichtigen und auf eigene Kosten zu versorgen. Wenn die Besitzer den in diesem Paragraphen ihnen auferlegten Verpflichtungen nicht genügen, so werden die dadurch entstehenden Kosten bei Auszahlung der Tarsumme in Abzug gebracht.

Das darüber Erforderliche hat der Zivilkommissar zu veranlassen.

§ 22. Sollen Besitzer ausgehobener Pferde wünschen, an deren Stelle andere als kriegsunbrauchbar erklärte Pferde derselben Klasse zu stellen, so kann hierauf in Ausnahmefällen von der Aushebungskommission eingegangen werden, wenn sofort an Ort und Stelle die zum Ersatz bestimmten Pferde vorgeführt werden.

§ 23. Nach erfolgter Abschätzung findet die Uebernahme der Pferde durch den Militärkommissar statt.

Hierauf wird jedem Pferde die Nummer des Armee-Korps unter der Mähne an der linken Seite des Halses eingetragene und dasselbe mit einer Mähnentafel ver-

sehen, auf der die Nummer, die Bestimmung (Truppen-
theil), sowie der Name des Kreises angegeben ist.

§ 24. In denjenigen Kreisen, wo auf Anordnung der oberen Provinzialbehörden Fahrzeuge und Geschirre nebst Zubehör ausgehoben werden sollen, findet deren Abschätzung und Abnahme in der Regel im Anschluß an diejenige der Mobilmachungspferde durch die nach § 15 zusammengesetzte Aushebungscommission und die derselben zugetheilten Taxatoren statt. Das Verfahren dabei ist dasselbe wie bei der Aushebung der Pferde.

Soweit angängig, sind die Zugpferde zugleich mit den Fahrzeugen und Geschirren abzunehmen, indem hierzu der Kommission die vollständigen Gespanne vorgeführt werden. An die Zusammenstellung der Gespanne ist die Kommission nicht gebunden und kann auch hinsichtlich der Qualität, des Alters und der Größe der Zugpferde insofern von den Bestimmungen der Anlage B abweichen, als es hauptsächlich darauf ankommt, keine Zugpferde auszuwählen. Die abgenommenen Pferde werden in ein National nach Anlage E eingetragen.

Anlage G enthält die Bestimmungen über Beschaffenheit der Fahrzeuge und Geschirre, sowie über das zu einem Gespann erforderliche Zubehör. Nach Anlage H ist die Taxverhandlung aufzunehmen.

§ 25. Das Generalkommando hat schon im Frieden Vorkehrung zu treffen, daß zum Zeitpunkt der förmlichen Abnahme der ausgehobenen Pferde von den Truppen zu stellende Transportkommandos in den Aushebungsorten eintreffen. Soweit diese Kommandos von den Truppen nicht in hinreichender Zahl gegeben werden können, hat das Generalkommando schon im Frieden die Einberufung von Mannschaften des Deutschlandslandes oder der Ersatzreserve vorzusehen. Nöthigenfalls ist der Militärkommissar ermächtigt, Koppelführer zu mieten; er hat hierzu die Mitwirkung der betreffenden Landräthe rechtzeitig in Anspruch zu nehmen. Die Zahl der Transportmannschaften ist so zu berechnen, daß auf einen Mann etwa drei Pferde kommen.

Der Militärkommissar hat die Pferde den Transportführern ordnungsmäßig zu überweisen; vom Zeitpunkt der förmlichen Abnahme an werden die Pferde militärischerseits verpflegt.

Nach Übergabe der Bereite im Frieden aufgestellten Marschübersichten und Fahrpläne werden die Pferde nach den Mobilmachungsorten der Truppen transportirt.

Die gemieteten Koppelführer erhalten während ihrer Dienste auf dem Marsch nach der Heimath die vorräthigen Eßne, sowie freies Quartier und Verpflegung nach den darüber bestehenden Bestimmungen auf Kosten der Militärverwaltung.

Das Generalkommando veranlaßt, daß die Transportführer rechtzeitig die erforderlichen Marschrouten, Militär-Fahrscheine, sowie Quartier-Bescheinigungen und Dattungen über Naturalverpflegung, Vorspann und Fodrage erhalten, letztere nach dem Tagesfahre von 12000 g Hafer, 7500 g Heu und 3000 g Stroh für besonders schwere Zugpferde und von 6000 g Hafer,

2500 g Heu und 1500 g Stroh für alle übrigen Pferde.

Der Militärkommissar übergiebt den Transportführern zur Ausständigung an die betreffenden Truppentheile die von ihm nach Anlage E (§ 19) für letztere aufgestellten und vollzogenen National der Pferde.

Das Generalkommando hat endlich Anordnung zu treffen, inwieweit der Militärkommissar mit einem Vorschuss für unvorhergesehene Ausgaben zu versehen ist.

§ 26. Nach Erledigung des Aushebungs-geschäfts werden die in dem National der abgenommenen Pferde (§ 20) eingetragenen Taxen summiert und wird folgende Bescheinigung darin eingetragen:

„Daß nach Inhalt des vorstehenden National die Anzahl von

beschriebenen
Pferden mit
einer Gespanntaxe von
geschrieben

Mars, richtig abgeliefert worden ist, bescheinigt.
(Ort und Datum.)

Die Aushebungscommission.
(Unterschriften.)

Die laut beiliegender Verhandlung vertheidigten Taxatoren.
(Unterschriften.)

Das mit dieser Bescheinigung versehene National ist vom Stollkommissar als Beleg der Liquidation über den Taxpreis der abgenommenen Pferde beizulegen. Die Besitzer der abgenommenen Pferde erhalten von dem Stollkommissar über die ihnen zustehenden Taxsummen Anerkennnisse nach dem Formular J.

In gleicher Weise erfolgt auch die Summierung der Taxen, welche in dem Verzeichniß der angekauften Fahrzeuge und Geschirre nebst Zubehör (§ 24) eingetragen sind, und die Ausstellung einer Bescheinigung hierüber, die dem Verzeichniß als Rechnungsbefug beizulegen ist.

§ 27. Der Stollkommissar sendet die Liquidationen über die abgenommenen Pferde, ferner die von ihm bescheinigten Liquidationen über die zu zahlenden Tagelöhner und Reisekosten (§ 16), sowie über sonst etwa entstandene Nebenkosten nebst den bezüglichen Belegen nach Beendigung des Aushebungs-geschäfts spätestens binnen acht Tagen an die Regierungen.

Diese stellen die Kosten fest und ertheilen Anweisung an die königlichen Kassen zur vorläufigen Zahlung der Beträge für Rechnung der General-Kriegskasse.

Die Auszahlung an die Besitzer der abgenommenen Pferde erfolgt gegen Ablieferung der Anerkennnisse und Quittungsleistung.

Die sämtlichen festgestellten Liquidationen werden demnach von den Regierungen an das Kriegsministerium (Membrane-Inspektion) eingesandt, welche nach Prüfung derselben Anweisung zur Erstattung der Beträge aus den bereiteten Mitteln der General-Kriegskasse ertheilt.

Etwaige während der Mobilmachung erforderliche Vorschüsse werden den Regierungen-Hauptkassen auf Anfordern von der General-Kriegskasse geleistet.

§ 28. Grundsätzlich ist jede Aushebungscommission

verpflichtet, die auf den Aushebungsbezirk ausgehobenen Pferde wirklich aufzubringen.

Von Störungen und Störungen des Aushebungs-geschäfts, soweit sie nicht durch Anordnungen der Aushebungs-kommission beseitigt werden können, ist dem Generalkommando und dem Oberpräsidenten telegraphische Meldung zu erstatten.

Sollte sich wider Erwarten im Verlaufe der Aushebung ergeben, daß seit der letzten Vormusterung die Zahl der kriegsbrauchbaren Pferde so zurückgegangen ist, daß die geforderte Zahl auch unter Heranziehung der zunächst nicht zur Aushebung befohlenen kriegsbrauchbaren Pferde voraussichtlich nicht aufgebracht werden kann, so hat die Kommission dem Generalkommando und dem Oberpräsidenten unter Angabe des bei jeder Klasse wahrscheinlich eintretenden Ausfalls telegraphisch Meldung zu erstatten.

Das Generalkommando im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten veranlaßt die sofortige Gesehung des Ausfalls aus anderen Kreisen des Pferde-Gesehungsbezirktes.

Die Beendigung des Aushebungs-geschäfts ist von der Aushebungs-kommission an das Generalkommando und den Oberpräsidenten mit dem Hinzufügen zu melden, wieviel kriegsbrauchbare Pferde der verschiedenen Klassen noch in dem Bezirk vorhanden sind (siehe § 19).

§ 29. Sofern die ausgehobenen Pferde eines Kreises wegen nachträglich erkannter Untauglichkeit eines Theiles derselben das Kontingent nicht decken, sind zunächst die 3 pCt. Zuschlag heranzuziehen und bei deren Unzulänglichkeit die übrigen bereits als kriegsbrauchbar anerkannten Pferde.

Für den Fall, daß die Aushebungs-kommission bereits auseinandergegangen sein sollte, hebt der Landrath oder dessen Stellvertreter allein unter Zuziehung eines Thierarztes und der drei Taxatoren die erforderlichen Pferde aus, läßt sie abschätzen und den Truppentheilen zuführen.

§ 30. Nach Erledigung des Aushebungs-geschäfts hat der Landrath dem Regierungspräsidenten über den Verlauf des ganzen Geschäfts sofort Bericht zu erstatten und eine Uebersicht nach Anlage K beizufügen.

Die Regierungspräsidenten stellen diese Uebersichten kreisweise zusammen und überreichen sie nebst entsprechendem Berichte dem Oberpräsidenten.

§ 31. Die Königlichen Regierungen haben die nachstehend aufgeführten Druckformulare für Rechnung des Militär-etats anfertigen zu lassen und im Frieden in genügender Zahl den Landräthen zu übermitteln:

- Auszüge aus den Verteidigungsplänen für die Ortsvorsteher (§ 14),
- Befehle für die Ortsvorsteher (§ 17),
- Benachrichtigung an die Taxatoren und Thierärzte (§ 17),
- Vorführungslisten (Anlage A),
- Bestimmungstafeln (Anlage B),
- Pferde-Matrationale (Anlage E),
- Eidesformulare (Anlage F),
- Fahrzeugverzeichnisse (Anlage H),
- Anerkennnisse (Anlage J),
- Uebersichten über das Aushebungs-geschäft (Anlage K).

Die Liquidationen über die Beschaffungskosten der Formulare sind von den Regierungen aufzustellen und an die zuständigen Intendanturen zur Anweisung zu übersenden.

Für Bereithaltung der Marschrouen und Militär-Fahrtscheine, sowie der den Transportführern zu behändigenden Quittungsformulare über Naturalverpflegung, Vorspann und Fourage, Quartierbeisehnungen; ferner für Beschaffung und Bereithaltung von Koppelzeug, Pferdemaßen, Wäghentafeln und Pferde-Drennreifen sorgt die Militär-behörde.

§ 32. Erscheint für einzelne Truppentheile eine besonders schnelle Gesehung von Pferden nöthig, so vereinbaren die Generalkommandos das Erforderliche mit den Oberpräsidenten.

Kreis:

Anlage A. (zu §§ 5 und 18).

Verzeichniß

der

in vorhandenen Pferde

(Vorführungsliste)

Musterungsjahr 19 . .

Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Verzeichnisses bescheinigt:

Datum:

Ortsvorsteher.

(Gemeindevorsteher, Gutsbezirksvorsteher oder Landbürgermeister.)

- Die Spalten 1, 2, 3 und 7 sind vom Ortsvorsteher (Gemeindevorsteher, Gutsbezirksvorsteher oder Landbürgermeister), die Spalten 4, 5 und 6 von dem Kommissar oder unter dessen Verantwortung aufzustellen.
- Farbe und Abzeichen sind so anzugeben, daß die Pferde daraufhin wiederzuerkennen sind.
- Die Vorführungslisten des Vorjahres sind zur Musterung mitzubringen. Die in denselben als „vorübergehend kriegsunbrauchbar“ bezeichneten Pferde sind vorzuführen.
- Nach Eingang der Auszüge seitens der Landräthe (§ 13) sind die vom Ortsvorsteher zur Aushebung im Mobilmachungsfall bestimmten Pferde umseitig durch Unterstreichen kenntlich zu machen (§ 18.)

(Dienstgrad) und Vormusterungskommissar.

Bestimmungstäfchen.

etwa 15 cm



Die Täfelchen werden beim Vorsühren zur Musterung oder Aushebung an dem linken Battenstüd der

Anlage C (zu §§ 6 u. 18).

Gesichtspunkte.

Auswahl der Mobilmachungsstücke.

1. Einteilung in Klassen.

- Reitpferde I: Frische, gute Gänge, möglichst bereits geritten; bestimmt für Offiziere, sowie für Kavallerie- und Feldartillerie.
- Reitpferde II: Sämmtliche übrigen Pferde des Reichslandes; bestimmt für die übrigen Klassen und Formationen; für Sanitäts-Offiziere und Beamte.
- Zugpferde I: Neben-Rätheln, rüstungsfähige Gebäude, frische und geräumige Gänge; bestimmt für die Feldartillerie, die Infanterie-Munitionskolonnen, die Infanterie-Patronenwagen, die Artillerie- und Kavallerie-Transportwagen, die Krankenwagen der Sanitäts-Kompagnien.
- Zugpferde II: Sämmtliche übrigen Pferde, welche im Arbeit gewohnt sind und nicht veraltete Fehler (Biffer 4) zeigen, welche die Gebrauchsfähigkeit in kurzer Zeit in Frage stellen; bestimmt für die übrigen Truppensfahrzeuge und Trains.
- Besonders schwere Zugpferde: Sämmtliche rüstungsfähigen blätigen Pferde, die Kreuzungsprodukte, die den Charakter des Kaltbluts zeigen und solche, zum gleichmäßigen Ziehen großer Lasten im Schritt geeigneten Warmblüter, die infolge ihrer Rasse mit der Kriegseration voraussichtlich nicht zu erhöhen sind; bestimmt für Artillerie- und Kavallerie-Transportformationen, sowie besonders festgelegte Fuhrparkkolonnen.

2) Maße.

Die Pferde sind mit dem Bandmaße zu messen.

Mindestmaß für Kürassierpferde	1,62 m,
„ die übrigen Reitpferde I	1,57 m,
„ „ Reitpferde II	1,55 m,
„ „ Zugpferde I und II	1,57 m.

Pferde von geringerer Größe dürfen nöthigenfalls eingestellt werden, wenn sie sonst den Anforderungen entsprechen; bei Offizierpferden für Fuhrtruppen und Reitpferden II kann dann bis 1,53 m, bei Zugpferden II bis 1,55 m heruntergegangen werden.

Für besonders schwere Pferde ist kein Mindestmaß vorgeschrieben.

3) Alter.

Pferde warmblütiger Schlage sind zwischen 6 und 14 Jahren am geeignetsten für den Kriegsdienst.

4) Ungeeignetes Material.

Gestülte und alle mit Hauptfehlern, Krankheiten oder sonstigen zum Militärdienst untauglich machenden Mängeln befallenen Pferde werden nicht genommen, einäugige zu Zugpferden nur, wenn der Verlust des Auges von äußerer Verletzung und nicht von innerer Krankheit herrührt. Tragende Stuten und Mutterstuten, die unter 3 Monate alte Fohlen nähren, sind für das laufende Mobilmachungsjahr zuzurechnen.

entweder schon durch Augenschwäche befallen, oder wenn durch einen Defekt in beglaubigter Form nachgewiesen wird, daß die Stute nach mehrfachen Versuchen den Deckstall nicht mehr angenommen hat.

Im Besonderen bleibt zu beachten:

- Spät, der so weit vorgeschritten, daß bereits die Muskulatur auf der Kruppe geschwunden ist, Hakenhake, an welcher die Pferde lahmten, und Schaafe, bei welcher das Bremsen erfolglos geblieben, machen die Pferde zum Heeresdienst unbrauchbar.
- Hufe. Ist der Huf nur durch falschen Beschlag und schlechte Pflege schäd- und krankhaft geworden, kann er also bei sachgemäßem Beschlag und guter Pflege gesund, so ist das Pferd als brauchbar zu bezeichnen; ein mit angeborenen Fehlern behafteter Huf macht das Pferd unbrauchbar. Flachhuf schließt Brauchbarkeit aus, wenn das Horn spröde und ausgebrochen ist und die Sohle sich schon gesenkt hat; nicht aber, wenn das Horn gesund und die Sohle gewölbt ist.

Zwanghuf, bei dem die innere Tracht am Vorderhuf stark eingezogen und der angrenzende Strahlfessel völlig verkümmert ist, schließt Brauchbarkeit aus.

Vordhuf, nicht zu eng und sonst gesund, ist für Zugpferde kein Gebrauchsfehler.

Hornspalten — mit Ausnahme derjenigen, die von der Krone ausgehend, sich bis auf die Weichtheile erstrecken — sind in der Regel, namentlich für Zugpferde, kein Gebrauchsfehler.

- Gallen, an denen das Pferd nicht lahm geht, machen dasselbe nicht unbrauchbar.
- Verletzungen, Narben sind meist nur Schönheitsfehler. Auch Pferde mit Spannfurdenarben, Verletzungen an den Vordersehen, sind fast immer brauchbar.
- Rücken. Für Reitpferde und Zugpferde I soll die Entfernung zwischen der letzten Rippe und Hüfte möglichst nicht mehr wie eine Handbreite betragen. Ist der Rücken nicht zu tief eingesattelt, so ist das Pferd als Zugpferd II brauchbar.
- Gang. Pferde, welche an den Vorderfüßeln verstellen und freiwelt sind, sich aber an den Vorderknieen und Fesselköpfen nicht schlagen, sind brauchbar für alle Klassen, andernfalls nur bedingt als Reitpferde II und Zugpferde II.
- Athem. Reitpferde und Zugpferde I müssen auf Atem gesund sein.
- Rheumatische Pferde sind für den Militärdienst untauglich.

5) Auswahl.

Die bei den Vorbereitungen zur Vorführung gelangenden Pferde sind größtentheils zu ländlichen oder andern schweren Arbeiten benutzt worden. Sie werden vielfach mager, schlecht im Haar und in der Pflege vernachlässigt sein. Hierzu kommt auf dem Lande

Beschlag. Dieses sind jedoch nur Aeußerlichkeiten, welche bei späterer guter Pflege bald schwinden; maßgebend für die Beurtheilung bleibt immer das Gebäude des Pferdes. Tiefgerippte, geschlossene Pferde, selbst wenn sie zur Zeit überarbeitet sind, werden doch mit Nutzen für Mobilmachungsformationen zu verwenden sein.

Bei ländlichen Besitzern werden die Pferde nach der Herbst- und Frühjahrabestellung und nach der Ernte meist in schlechter Verfassung sein. In städtischen Bezirken und wo die Pferde vornehmlich auf harten Straßen benutzt werden, gehen sie vielfach klamm auf den Hufen (pflastermüde). Bei sonst gutem Huf und wenn der mangelhafte Gang nicht eine Folge schlechten Gebäudes ist (keile, kurze Schulter mit schlecht angefügtem Querbein), kann hierüber hinweggesehen werden. Tritt das Pferd aber nicht frei aus der Schulter heraus, so ist es als Soldatenpferd minderwerthig, meist sogar unbrauchbar.

Im Allgemeinen ist bei der Auswahl der Pferde der Grundsatz zu beachten, daß sie dem beabsichtigtem

Gebrauch möglichst entsprechen müssen, und daß ein un wesentlicher Fehler, der für Friedenszwecke das Pferd von der Annahme ausschließen würde, für Mobilmachungs zwecke nur selten einen Grund zur Zurückstellung abgeben kann.

6) Haftbarkeit für gesetzliche Fehler.

Bei der infolge Landlieferung statigefundenen zwangswweisen Gefeklung haftet der letzte Besitzer nicht für das Vorhandensein derjenigen Eigenschaften beim Pferde, deren Fehlen nach den gesetzlichen Bestimmungen bei freiwilligem Verkauf ein Rückgängigmachen des Handels oder eine Regresspflicht des Verkäufers begründet.

Es ist daher die Rückgabe eines zwangsweise angekauften Pferdes und die Rückforderung des gezahlten Tarpreises nicht statthaft, auch wenn innerhalb bestimmter Fristen eine der nach den gesetzlichen Bestimmungen sonst den Rückgang des Kaufes bedingenden Krankheiten nachzuweisen ist.

Bei freihändigem Ankauf bleiben indeffen die gesetzlichen Bestimmungen der Gewährleistung in Kraft.

Anlage D. folgt auf Seite 11.

Anlage E. (zu § 19).

N a t i o n a l e

der

aus dem Kreise Vormusterungsbezirk ausgehobenen Mobilmachungsperde.

1. In den für die Transportführer bestimmten Nationalen (§ 25) ist die Bezeichnung des Truppentheils, für welchen die Pferde bestimmt sind, der Ueberschrift beizufügen.
2. Die Nationale sind am Schlusse von den Aushebungscommissaren und Taratoren durch Namensunterschrift und Datum zu vollziehen.

1.	2.		3.				4.						5.				6.
Nr. der Nationaltafel	Des Besitzers		Des Pferdes				Ist ausgehoben als						Tare der ausgehobenen Pferde				
	Vor- und Nachname	Wohnort (Kreis)	Farbe und Abzeichen	Ge- schlecht	Wollsch Stufe	Größe cm	Alter Jahre	Reit- pferd I. II.	Jugpferd		besonders schweres Jugpferd	für welchen Truppentheil	1. 2. 3.			Durch- schnittsbetrag in Zahlen in Worten	
									I.	II.			Tarator				
													Eig.	Verb.	Eig.		
																	1. In der Spalte 5 werden Beträge von einer halben Mark und darüber für eine volle Mark gerechnet; Beträge unter einer halben Mark bleiben außer Ansaß. 2. Reservopferde sind nicht in das National der ausgehobenen Mobilmachungs- pferde aufzunehmen, sondern in beson- dern Nationalen zu verzeichnen.

In den Nationalen, welche den Transportführern zu übergeben sind, ist nur der Durchschnittsbetrag der Tare in Zahlen auszufüllen

Anmerkung: Die seit Vorlage der letzten Nachweisung gemusterten Kreise sind durch Unterstreichen der Kreisnamen kenntlich zu machen.

Anmerkung: Gehören die Kreise verschiedenen Provinzen oder Bundesstaaten an, so sind sie durch besondere Ueberschriften in Spalte 2 kenntlich zu machen.

உதேய நிகந்திரி

der für Mobilmachungs-zwecke ausgehobenen Fahrzeuge und Gefährte nebst Zubehör aus dem Kreise

Ausbeutungsbeirät .

Bemerkung: Die Verzeichnisse sind am Schluß von den Aushebungs-Kommissaren und Taxatoren durch Namensunterschrift und Datum zu vollziehen.

1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.
Laufende Nummer	Vor- und Zuname des Besizers.	Wohnort und Kreis	Zwei- wännige Bwagen mit	Bespannunge mit Kesselsien, Galstern, Fremdengeßsen mit Bügeln	Walzeimer	Mischmiederbüßen	Windetränke	Gondelaternen	Kutterlade	Dreschgerate A	Halterketten	Sarbstäben I	Fahrweisse	Für welchen Kruppen-	Taxe der abgenommenen Fahrzeuge und Geschirre nebst Zubehör	Bemerkungen
																In den Spalten zu 16. werden Beträge von einer halben Mark und darüber für eine volle Mark gerechnet; Beträge unter einer halben Mark bleiben außer Ansaß.

Année J. (du 9 26).

des Pferde-Aushebungs-Nationalists
oder
des Fahrzeug-Verzeichnisses

Werkkenntnis.

**Daß der . . .
zur Automobilisierung**

Ein Pferd
von Farbe und Abzeichen

von Geschlecht

Größe

Walter

Centimeter

Jahren

Fabrjce

Geschirre nebst Zubehör

heute abgeliefert hat, wofür demselben der Lohnerth von . . . M. geschrieben: . . . Mark,
gegen Ablieferung dieses Anerkennnisses und auf nachstehende Quittung zu zahlen ist, beschränkt.

den . . . ten

Der Civil-Aushebungskommissar.

(Stempel der
Preisbehörde.)

Quittung.

Vorstehende

M. geschrieben

Markt, habe' ich' aus der

ਉੱਲ੍ਹੇ ਅਤੇ

besser und richtig erhalten und quittire

hiermit,

benC. 'tem

19

(Unterschrift des Empfängers.)

Beobachtungen
 über das Ergebnis der Aushebung von Mobilmachungsponen
 in

1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.													
Laufende Nummer	Kreis	Bath der Aushebungsbath	Befehlshaber-Pferdebestand	Bath der kriegsbrauchbaren Pferde einschl. der seit der Musterung 19. neu hinzugekommenen und bei der Aushebung gemusterten	Pferde vom ausgehoben										Bleiben kriegsbrauchbare Pferde vorhanden	Bemerkungen					
					das Kontingent mit					als Reserve (3 pSt. des Kontingents)											
					Reit- pferde		Sugpferde		besonders schwere Sugpferde	Reit- pferde		Sugpferde		besonders schwere Sugpferde			Reit- pferde		Sugpferde		besonders schwere Sugpferde
					I.	II.	I.	II.		I.	II.	I.	II.				I.	II.	I.	II.	

**Ausführungs-Bestimmungen
 zur Pferde-Aushebungs-Vorschrift.
 Dienstverhältnisse**

der Pferde-Vormusterungs-Kommissare.

1) Der Dienst der Pferde-Vormusterungs-Kommissare erstreckt sich lediglich auf die das Pferde-Vormusterungs- und Aushebungsgeschäft betreffenden Angelegenheiten. Sie sind diesbezüglich den von den Generalkommandos bestimmten Kavallerie-Brigaden unmittelbar, im Uebrigen den Bezirkskommandos, denen sie zugetheilt sind, unterstellt.*)

Sie gehören zum Offiziercorps des betreffenden Landwehrbezirktes. Im Mobilmachungsfall können die Kommissare nach Anordnung der Generalkommandos anderweit verwendet werden.

2) Den Kommissaren ist Gelegenheit geboten, sich bei dem Musterungsgeschäft über die Pferdezuucht in ihrem Bezirk zu unterrichten und soll es ihnen unbenommen bleiben — soweit sie es für nothwendig halten — über ihre diesbezüglichen Wahrnehmungen Bericht zu erstatten. Sie haben sich aber privater Äußerungen über dieselben, im besonderen auch jeder die Pferdezuucht betreffenden Kritik — der Civilbevölkerung gegenüber — zu enthalten.

3) Soweit Allerhöchsten Orts nicht anders bestimmt wird, tragen die Kommissare die Uniform der Bezirksoffiziere.

4) Neben Pension, Zulage für Bezirksoffiziere, Wohnungsgeldzuschuß und Servis erhalten die Kommissare:

*) Sollte der Fall eintreten, daß der Vormusterungs-Kommissar dem Patent nach älter ist, als der Bezirkskommandeur, so sind die Generalkommandos Allerhöchst ermächtigt, ersteren von dem Bezirkskommando abzuweihen und auch in diesem Falle die Bezeichnung unmittelbar der Kavallerie-Brigade an unterstellen.

- eine jährliche Pauschvergütung von 1800 Mk. für Pferdehaltung oder Beschaffung eines Fuhrwerks an Stelle von Fuhrkosten behufs Erledigung aller Dienstreisen im eigenen Musterungsbezirk (Kap. 34, 1),
- eine jährliche Vergütung von 60 Mk. als Barausgeld (Kap. 24, 18). Diese Vergütungen werden in monatlichen Raten voraus bezahlt.

Außer der Pauschvergütung zu a sind auch die Fuhrkosten für den auf die Musterungszwecken etwa mitgenommenen Burschen (Diener) zu bestritten.

Den ernannten Kommissaren kann für die Beschaffung eigener Pferde oder eigenen Fuhrwerks auf die Pauschvergütung ein Vorschuß bis zur Höhe eines vollen Jahresbetrages gewährt werden.

Der Vorschuß ist in monatlichen Raten von 100 Mk., die von den Normalbeträgen der Pauschvergütung einbehalten werden, zurückzuerstatten.

Scheidet ein Kommissar aus dem Dienste, oder stirbt er, ehe der Vorschuß getilgt ist, so hat er bezw. seine Erben den Vorschußrest innerhalb acht Tagen nach dem Verlaufe der Pferde oder des Fuhrwerks, spätestens aber in 3 Monaten nach Ablauf des Monats, in dem der Kommissar ausgeschieden oder verstorben ist, zurückzugeben. Deckt der Verkaufspreis den Vorschußrest nicht, so kann das Kriegsministerium, Allgemeines Kriegsdepartement, die Erstattung des Fehlbetrages durch Ratenzahlungen bewilligen.

Bei Musterungen außerhalb des Standortes sind die Tagelöhner des Dienstgrades zuständig.

5) Kommissare, welche sich für ihren Dienst eigene Pferde halten, dürfen Rationen gegen Vergütung empfangen, jedoch für höchstens 2 Pferde und unter der

Voraussetzung des § 68 der Friedens-Verpflegungs-vorschrift.

6) Beurlaubungen von Kommissaren sollen grundsätzlich nur in den Zeiten stattfinden, in denen eine Vertretung nicht erforderlich ist.

Erscheint mit Rücksicht auf den Fortgang des Musterungsgeschäftes die Vertretung von erkrankten oder ausnahmsweise beurlaubten Kommissaren unbedingt geboten, so wird sie durch die Generalkommandos geregelt. Als Vertreter sind geeignete Bezirksoffiziere des gleichen Landwehrbezirks, Kommissare benachbarter Vormusterungsbezirke oder aktive Offiziere der berittenen Waffen zu bestimmen. Den Vertretern stehen die verordnungsmäßigen Tagegelder und Fuhrkosten zu. Von den betreffenden Stelleninhabern sind für jeden Tag, an welchem die Vertreter Fuhrkosten beziehen, von der nach Ziffer 4a. zuständigen Pauschvergütung 5 Mk. einzubehalten, welche dem Kap. 34 als Rücknahme zufließen. Bei diesem Abzug werden die Tage der Zureise zur Übernahme der Vertretung und der Rückreise nach dem Standorte nach beendeter Vertretung nicht berücksichtigt.

Offiziere, welche zur Wahrnehmung nicht besetzter Vormusterungs-Kommissarstellen kommandirt werden, erhalten für die Reisetage ebenfalls Tagegelder und Fuhrkosten. Einen Anspruch auf die in Ziffer 4a. erwähnte Pauschvergütung haben sie nicht.

7) Als Vorgesetzten sind den Kommissaren auf Wunsch solche Mannschaften zu kommandiren, welche mit Pferden umzugehen verstehen und fahren können.

8) Während der Anwesenheit des Kommissars in seinem Standorte ist demselben zur Erledigung seiner schriftlichen Arbeiten auf Erfordern von einem am Orte befindlichen und vom Garnisonkommando zu bestimmenden Truppentheile ein Schreiber täglich für bestimmte Stunden zur Verfügung zu stellen. Befindet sich am Standorte kein Truppentheile, so stellt das Bezirkskommando diesen Schreiber.

9) Neu ernannte Kommissare sind gelegentlich der ersten von ihnen abzuhaltenden Musterungen an ein oder zwei Tagen durch die Brigadeführer anzuweisen.

Um ein Urtheil über die Thätigkeit der Kommissare zu gewinnen, können die Generalkommandos die Kavallerie-Brigadeführer beauftragen, jährlich ein Mal der Musterung jedes Kommissars an einem Tage beizuwohnen.

10) Neu ernannte Kommissare werden nach Antritt ihrer Stellung auf Anordnung des Generalkommandos zunächst auf vier Tage zum Train-Bataillon des betreffenden Armeekorps kommandirt, um in der Vertheilung von Fahrzeugen und der für Kummte und Sattelgeschirre erforderlichen Abmessungen unterwiesen zu werden.

Die Kommissare können — insofern die Generalkommandos es für nöthig erachten — auf deren Anordnung von Fall zu Fall ein Mal innerhalb 2 Jahren auf einen Tag im Korpsstabquartier versammelt werden, um die Erfahrungen beim Musterungsgeschäft gegenseitig

auszutauschen und über dieselben mündlich beim Generalkommando Bericht zu erstatten. Auch haben sie die Berechtigung, vor Aufstellung des Musterungsplanes — also innerhalb 18 Monaten ein Mal — zur Besprechung desselben mit den zuständigen Landräthen sich auf je 1 Tag nach den Amtssitzen der letzteren zu begeben.

Für neu ernannte Kommissare kann zu deren Orientirung, sofern es nothwendig gehalten werden sollte, bald nach Antritt ihrer Stellung durch die Generalkommandos die Kommandirung zu einer Lehrschmiede auf längstens 7 Tage beim Kriegsministerium beantragt werden, jedoch nur während derjenigen Zeit, in welcher eine Vertretung nicht nothwendig ist.

Bei sämmtlichen vorbezeichneten Reisen ist ein besonderer Hinreisetag nur dann zuständig, wenn der Kommandoort am Tage des Antritts des Kommandos nicht bis 9 Uhr Vormittags erreicht werden kann. Wegen eines eventuellen Rückreisetages siehe § 37 R. D.

11) Für die nach Ziffer 10 nöthigen Dienstreisen außerhalb ihrer Bezirke erhalten die Kommissare die verordnungsmäßigen Reisegebühren.

12) Alle Anordnungen und Vereinbarungen mit den Provinzialbehörden für das Vormusterungsgeschäft sind durch die Generalkommandos auch für diejenigen Theile ihres Korpsbezirks zu treffen, welche einem anderen Armeekorps als Gesellungsbezirk zugewiesen sind. Insbesondere sind die örtlichen Generalkommandos für die in § 1, Abs. 3; § 3, Abs. 2; § 8 Abs. 3 und § 9, Abs. 2 vorgesehenen Maßregeln z. zuständig.

Für die einem anderen Armeekorps zugetheilten Kreise sind die Uebersichten nach § 8, Absatz 1 durch die Kavallerie-Brigadeführer dem eigenen und dem Generalkommando des Gesellungsbezirks einzureichen.

13. Für alle Anordnungen und Vereinbarungen, die sich auf das Aushebungsgeschäft im Mobilmachungsfalle beziehen, sind die Generalkommandos derjenigen Armeekorps zuständig, zu deren Gesellungsbezirk die betreffenden Kreise gehören (§§ 12, 14, 15, 25, 28, 31 und 32). Insbesondere liegt ihnen die in § 12 vorgesehene Vertheilung auf die einzelnen Kreise ob, auf Grund deren von den Kommissaren der Vertheilungsplan nach § 13 aufzustellen ist. Ob die Generalkommandos ihre Weisungen hierzu den Kommissaren auf dem Dienstwege oder zur Beschleunigung des Schriftverkehrs unmittelbar zugehen lassen, ist von den betreffenden Generalkommandos zu vereinbaren.

14. Bei der starken Zunahme schwerer Pferde in einzelnen Korpsbezirken kann es erforderlich werden, auch für Fuhrpart- und Reserve-Fuhrpartkolonnen schwere Pferde auszuheben. In solchen Fällen können für solche Kolonnen auch Fahrzeuge mit größerem Gewicht als dem in Anlage G vorgeschriebenen ausgehoben werden, wenn sie sonst den Bestimmungen entsprechen.

Berlin, den 1. Mai 1902.

Kriegsministerium.
v. Götter.

[illegible]

Den 18. Juli

1902.

dan -- **Stadts-Gesellschaft.**

Herbstlicher Erlaß.

N a c h t r a g

Der Kursdifferenz-Ausfluß darf 10 v. H. des

Nennwertes der ausgereichten landwirtschaftlichen Central-Pfandbriefe nicht übersteigen.

II. Im § 31 Absatz 1 des Statuts der Central-Landschaft für die Preussischen Staaten werden zwischen den Worten „Ueberrest des Pfandbriefsdarlehns“ (Zeile 4) und dem Worte „oder“ (Zeile 5) die Worte: „die Herausgabe eines Theiles des Tilgungsbestandes für die seiner Verwendung“ eingeschaltet.

III. Dem Absatz 2 des § 29 des Statuts der Central-Landschaft für die Preussischen Staaten wird folgender Zusatz angefügt:

„Insoweit statutenmäßig bei einer Provinzial-Landschaft eine Tilgung des Pfandbriefsdarlehns durch Einlieferung von Pfandbriefen ausgeschlossen ist, können die hierauf bezüglichen Bestimmungen auch bei landwirtschaftlichen Central-Pfandbriefen nach dem Ermessen der Provinzial-Landschafts-Verwaltung zur Anwendung gebracht werden.“

IV. Der § 22 des Statuts der Central-Landschaft für die Preussischen Staaten erhält folgende Fassung:

Die Inhaber landwirtschaftlicher Central-Pfandbriefe sind berechtigt, von der Central-Landschaft:

- die Zahlung der verfallenen Zinsen in den festgesetzten Fälligkeitsterminen;
- die Zahlung des Kapitals in dem Falle, daß ihre Pfandbriefe zur beabsichtigten Einlösung öffentlich ausgerufen werden (§ 33) zu verlangen.

Sollte ein Briefinhaber seine Befriedigung im Verwaltungswege nicht erlangen, so steht ihm die Befugniß zu, dieselbe im Nachwege gegen die Central-Landschaft aus den Fonds derselben und aus ihren Forderungsrechten zu verlangen, daher auch die richterliche Ueberweisung des erforderlichen Betrages:

- a. aus dem Fonds jeder einzelnen zur Central-Landschaft verbundenen Provinzial-Landschaft nach Verhältnis desjenigen Betrages, zu welchem bei der betreffenden Provinzial-Landschaft zur Zeit der Inanspruchnahme Grundstücke mit landwirtschaftlichen Central-Pfandbriefen begeben sind, insoweit diese Fonds nicht für ältere wohl-erworbenen Rechte Dritter verhaftet sind;
- b. aus denjenigen Hypothekenforderungen, welche von einer Provinzial-Landschaft für in Central-Pfandbriefen ausgegebene Darlehne erworben worden sind,

nachzusuchen oder endlich zu verlangen,

- c. daß die von ihm in Anspruch genommene Provinzial-Landschaft annehmen werde, seine Forderung auf die Besitzer aller Güter, welche mit Darlehen in landwirtschaftlichen Central-Pfandbriefen begeben sind, zu repartiren und von ihnen einzuziehen.

Zur Sicherheit für die Inhaber landwirtschaftlicher Central-Pfandbriefe dienen endlich noch — als allgemeine Garantie — die Amortisationsbeiträge sämtlicher zum central-landwirtschaftlichen Verbande gehörigen Grundstücke, deren verhältnismäßige Her-

stellung vornehmendfalls nach näherer Anordnung der Central-Landschafts-Direktion erfolgt.

Eine Befugniß zur Kündigung des Kapitals steht dem Inhaber des Pfandbriefs nicht zu.

V. In das Statut der Central-Landschaft für die Preussischen Staaten wird folgender neuer § 22a. eingefügt:

Die nach § 22 Absatz 2 des Statuts der Central-Landschaft in Anspruch genommene Provinzial-Landschaft ist berechtigt, behufs Schadloshaltung für diejenigen Beträge, welche von ihr zur Befriedigung des Pfandbrief-Inhabers ausbezahlt worden sind, von der Central-Landschafts-Direktion eine Vertheilung auf die künftigen zur Central-Landschaft verbundenen Institute nach Verhältniß der auf ihren mit Darlehen in landwirtschaftlichen Central-Pfandbriefen begebenen Gütern — nach Abzug der amortisirten Beträge — noch bestehender Pfandbriefsdarlehne zu verlangen.

VI. Der § 44 des Statuts der Central-Landschaft für die Preussischen Staaten erhält folgende Fassung:

Der Austritt aus dem Verbands der Central-Landschaft ist jedem der vorhandenen Kredit-Institute gestattet, sofern dies von dem verfassungsmäßigen Organen desselben beschlossen wird, jedoch nur zulässig, nachdem das ausstehende Institut alle seine Verpflichtungen gegen die Central-Landschaft erfüllt und landwirtschaftliche Central-Pfandbriefe in der Höhe, in welcher solche auf seinen Antrag zur Ausfertigung gelangt sind, zur Rückführung gebracht hat.

VII. Das als Anlage A. zu § 19 des Statuts der Central-Landschaft für die Preussischen Staaten dem letzteren beigefügte Formular zum landwirtschaftlichen Central-Pfandbrief erhält folgende Fassung:

Landwirtschaftlicher Central-Pfandbrief Nr.
... ausgefertigt sowohl zur Sicherheit des Kapitals als der Zinsen auf den Grund einer Hypothek von gleichem Betrage, unter Verhaftung des gesamten Vermögens — einschließlich aller Forderungsrechte — der Central-Landschaft sowie unter statutenmäßiger Garantie aller zur Central-Landschaft verbundenen Kredit-Institute und unter reglementsmäßiger Haftung der Grundstücke des Verbandes, gegen deren Verpfändung landwirtschaftliche Central-Pfandbriefe ausgefertigt worden sind, un kündbar von Seiten der Inhaber, kündlich von Seiten der Central-Landschaft; — nach Inhalt des Statuts vom 21. Mai 1873 (Gesetz-Sammlung Seite 309) und der dazu ergangenen Nachträge.
Berlin, den ... 19...

(Siegel.)

Beigefügt.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
(Siegel.) gez. v. Hoddietz.

Bekanntmachungen des Königlich Preussischen Ministers

37. Tarif
für die Ladefelle der Kaiserlichen Majestät und Kaiserlichen
Majestät an der Kaiserlichen

Es ist zu zahlen:
Uffergeld

für jede Einladung oder Ausladung von Gütern über
das Kaiserliche und Kaiserliche

1) von Fahrzeugen, welche Gütermengen im
Gesamtwichte von nicht mehr als 10
Tonnen (10000 kg) ein- oder ausladen
für das Fahrzeug 50 Pf.

2) von Fahrzeugen, welche Gütermengen im
Gesamtwichte von mehr als 10 Tonnen
ein- oder ausladen, für jede angeladene
oder ausgeladene Tonne 1 M.

Zusätzliche Bestimmung.

Das Uffergeld ist ohne Rücksicht auf die Dauer
der Lieferzeit zu entrichten.

Befreiungen.

Abgabefrei sind:

- 1) Fahrzeuge, welche Güter im Gesamtwichte von
nicht mehr als einer Tonne für- oder ausladen;
- 2) Fahrzeuge und Güter, welche dem Kaiser, dem
preussischen Staat, oder dem deutschen Reich ge-
hören oder ausschließlich für deren Rechnung be-
stimmte werden.

Dieser Tarif tritt, nach dreitägigem Aushang an
der Kaiserlichen in Kraft.

in Berlin, den 19. Juni 1902.

Der Minister Der Finanzminister.
der öffentlichen Arbeiten. Im Auftrage

des Kaisers. Dr. Behr.

III. 5709 M. b. S. A.

III. 7681 S. M.

Bekanntmachungen

des Königlich Preussischen Regierungspräsidenten.

Verzeichnis der Firmen, deren Kontrollvorrichtungen im Schacht-
betriebe in Berlin zugelassen sind.

213. Auf Grund des § 100 des Gesetzes vom 20.ten
März 1900 (Reichsgesetzblatt S. 22):

- 1) H. Mülle in Berlin S.
- 2) H. Klein & Sohn SO.
- 3) E. Rante N.

Potsdam, den 9. Juli 1902.

Der Regierungspräsident.

214. Auf Grund des § 100 des Gesetzes vom 20.ten
März 1900 (Reichsgesetzblatt S. 22):

hat die Kaiserliche Regierung in Eberswalde
beantragt, anzunehmen, daß zur Wahrnehmung der ge-
meinsamen gewerblichen Interessen des Stellmacher- und
Böttcherhandwerks sämtliche Gewerbetreibende, welche
das bezeichnete Gewerbe in dem Amtsbezirk Grünthal

(ohne den Ort Schönholz) und Hegermühle ausüben,
der bestehenden Innung (Zwangsinnung), als Mitglieder
anzugehören haben.

Zur Feststellung, ob die Mehrheit der beteiligten
Gewerbetreibenden der Einführung des Beitrittszwanges
zustimmt, bestelle ich den Herrn Landrath in Eberswalde
zum Kommissar.

Die Art und Zeit der Abstimmung wird der Herr
Kommissar durch die Gemeindevorstände der dem Bezirke
der einzurichtenden Zwangsinnung angehörenden Ge-
meinden in vorläufiger Weise zur Kenntnis der Be-
teiligten bringen.

Potsdam, den 9. Juli 1902.

Der Regierungspräsident.

213. Folgende ausländisch-polnische Saisonarbeiter
und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitspässe unter Kon-
trollbruch verlassen:

Namen:	Wohnort:
Franz Dudesky,	Kreis Ostprignitz,
Leonarda Dudesky,	Kreis Ostprignitz,
Joseph Tomaszewski,	Kreis Ostprignitz,
Alexander Pastur,	Kreis Ostprignitz,
Stanislaw Jezewski,	Kreis Ostprignitz,
Marianne Kriemsa,	Kreis Ostprignitz,
Marianna Rubasna,	Kreis Ostprignitz,
Mikolaj Kropidowski,	Kreis Ostprignitz,
Antonia Adamczyk,	Kreis Ostprignitz,
Stanislaw Ulanowski,	Kreis Ostprignitz,
Josefa Ulanowska,	Kreis Ostprignitz,
Antonia Tomaszewska,	Kreis Ostprignitz,
Rosalia Ulanowska,	Kreis Ostprignitz,
Stanislawa Gajowska,	Kreis Ostprignitz,

Die Genannten sind festzunehmen und sofort mittels
Zwangspässen aus dem Staatsgebiete auszuweisen.
Vom Geschehenen ist unter Bezugnahme auf diese Be-
kannmachung Bericht nachzuweisen zu geben.

Potsdam, den 15. Juli 1902.

Der Regierungspräsident.

214. Viehteuern.

I. Festgesetzt:

- a. Rinder und Stangenrinder. Kreis Nieder-
Barnim; Vossensdorf, Neu-Weißensee.
- b. Schweine. Kreis Prenzlau; Rostow.
- c. Geflügel (Hühner). Kreis Nieder-Barnim;
Tegel, Bergfelde. Kreis Templin; Oberförsterei
Himmelfort. Stadtkreis Brandenburg; Stadt Bran-
denburg.
- d. Pferde. Kreis Ostprignitz; Rauen.

II. Erloschen:

- a. Schweine. Kreis Nieder-Barnim;
Neu-Weißensee. Kreis Borsow-Storkow; Strehlen.
Kreis Prenzlau; Strassburg u. M.
- b. Pferde. Kreis Ostprignitz; Wittenberg.

Potsdam, den 15. Juli 1902.

Der Regierungspräsident.

Benanntmachungen anderer Behörden.

Benanntmachung, betreffend Tarife der kaiserlichen Häfen u. s. w. zu Walfisch (vom 30. März 1890), Meppen/Wachtow vom 9. April 1898 zum Tschig vom 24. April 1898, Tschig vom 6. März 1898.

Der erste Satz in Absatz 2 zu § 4 der Hafentafel vorgedachter kaiserlicher Häfen wird, wie folgt, erweitert:

„2. Fahrzeuge, welche bereits in einem andern kaiserlichen Oberhafen mit gleichartigem Tarife oder im kaiserlichen Hafen zu Neufalz, a. O. Hafengelb u. s. w.“

Dresden, den 28. Juni 1902.

Der Chef der Oberstrombauverwaltung,
Ober-Präsident der Provinz Schlesien.

Personal-Chronik.

Der Regierungsdassessor Edelberg ist dem Vorstand der Einkommensteuerveranlagungskommission für die Kreise Teltow/Rixdorf als Hilfsarbeiter überwiesen worden.

Der Bürgermeister Altrich in Remmen ist von der Stadtverordnetenversammlung daselbst auf weitere 12 Jahre zum Bürgermeister gewählt, als solcher befristet und am 30. Juni d. J. in sein Amt eingeführt worden.

In Stelle des mit der Wahrnehmung der Geschäfte vertretungsweise betrauten Stadtschreibers Giese in Lenzen ist der Bürgermeister Jürgens daselbst vom 15. Juli d. J. ab nebenamtlich mit der Besorgung der Domänen- und verstaatlichten Kirchengemeinden u. s. w. betraut. In der Amtsblattbestimmung vom 6. November 1880 — Beilage zum 46. Stück des Amtsblatts von 1880 — unter laufende Nr. 5 aufgeführten Ortschaften des ehemaligen Amtsbezirks Lenzen widerprüflich beauftragt worden.

Im Kreise Rappin ist wieder ernannt worden zum Amtsvorsteherstellvertreter: Bauermeister Bernhard Kehlows in Tschendorf, für den Bez. 28 „Löwenberg“.

Im Kreise Beestow-Storkow ist ernannt worden zum Amtsvorsteher: Königlich Forstmeister Oeder, Friedersdorf, für den Bez. 2 „Friedersdorf“.

Der Landmesser Ernst Begrich in Jossen ist als solcher vereidigt worden.

Der Katasterzeichner Leibel, bisher in Richtenberg, ist in das Katasterbureau der hiesigen königlichen Regierung versetzt.

Der Katasterzeichner Schuch, bisher in Neankirchen, Reg.-Bez. Lüneburg, ist nach Richtenberg versetzt.

Dem Förster Müller in Wiltsdorf der Oberförsterei Pechteich ist der Titel „Hegemeister“ verliehen.

Der bisherige Hilfsprediger Gustav Reinhold Lueker in D. Rixdorf ist zum Pfarrer der Pfarthe Stapsdorf, Diöcese Köln-Land I., bestellt worden.

Der Oberlehrer Oskar Dredde in Halle a. S. ist als Oberlehrer an der Realschule in Rixdorf angestellt worden.

Der Gemeindefullehrer Paul Klinge ist als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Der Lehrer Trischkowsky ist endgültig als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Dr. Adolf Bachmann ist als Oberlehrer an der Realschule in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Reichspostamt Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin. Juni 1902.

Ernannt sind: a. zum Ober-Postsekretär der Postsekretär Ewald; b. zum Ober-Telegraphenassistenten der Telegraphenassistent Heinrich; c. zum Ober-Postassistenten der Ober-Telegraphenassistent Dörfler; d. zum Postassistenten die Telegraphenassistenten Robert Hartwig, Max Ranz, Thurneier.

Angestellt sind: a. als Postsekretäre: die Postpraktikanten Eißermann, Reusert, Jacobi, Johannes Schulz, Storch aus Bez. Oldenburg, Hermann Wagner aus Bez. Posen; b. als Postassistenten: der Postamptier Köhler in Groß-Lichterfelde; c. als Telegraphenmechaniker: der Telegraphen-Hilfsmechaniker Karczewski; d. als Telegraphengehülfin: die Telegraphengehülfin Gräbner.

Versetzt sind: a. von Berlin: der Ober-Postpraktikant Blocher nach Schwerin (Meckl.), Lux nach München-Glabbech, der Ober-Postassistent Karczewski von Charlottenburg nach Emmerich, der Ober-Telegraphenassistent Böndel nach Kallensen (Bogel), der Postassistent Lantieri nach Charlottenburg, der Telegraphenassistent Kaiser nach Hannover, die Telegraphengehülfin Gersbach nach Charlottenburg; b. nach Berlin: der Postdirektor Willede von Allenstein, der Ober-Postassistent Romm von Schneberg bei Berlin, der Postassistent Wartat von Rima, der Telegraphenassistent Ritter von Hannover.

Gestorben sind: Postsekretär Menge, Postsekretär a. D. Groß, Ober-Postassistent Bernhard Sauer, Ober-Telegraphenassistent Hange, Ober-Telegraphenassistent a. D. Braune in Potsdam (V. Berlin).

Ausweisungen aus Preußen.

Ellenschild, August, Klempner, 5. April 1854 zu Wolmar in Russland geboren, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizeipräsidenten zu Charlottenburg, Regierungsbezirk Potsdam, vom 12. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Kellner Josef Emil Zuber, geboren 20. Juli 1879 zu Taganrog-Schmelzthal, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizeipräsidenten zu Berlin vom 30. April 1902 ausgewiesen.

Der Wagenmacher Samuel Kessel, geboren 28. August 1862 zu Viski in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizeipräsidenten zu Berlin vom 21. Mai 1902 ausgewiesen.

Die Abg. verehelichte Sara Eichenholz, reiche, geboren 18. April 1879 zu Lär-

non-Ani Dörrfeld, 68erwählter Staatsangehöriger, ist als lätiger Ausländer durch Verfügung des Königl. lichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 22. Mai 1902 ausgewiesen.

Der Arbeiter Johann Jastrzebski, geboren den 2. März 1883 zu Warschau, russischer Staatsangehöriger, ist als lätiger Ausländer durch Verfügung des Königl. lichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 27. Mai 1902 ausgewiesen.

Der Arbeiter Moses Schwesef, gen. Kriebmann, geboren 27. Mai 1883 zu Tarnom, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lätiger Ausländer durch Verfügung des Königl. lichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 6. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Arbeiter Abraham Ebenholz, geboren den 2. Juni 1886 zu Siedlchowitz, Kreis Dombrowe, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lätiger Ausländer durch Verfügung des Königl. lichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 11. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Arbeiter Joseph Kaczmarek, geboren am 20. März 1877 zu Gorkow, russischer Staatsangehöriger, ist als lätiger Ausländer durch Verfügung des Königl. lichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 11. Juni 1902 ausgewiesen.

Verfügung des Königl. lichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 11. Juni 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Arbeiter Adam Kojmirek, geboren am 24. Dezember 1882 zu Kamnir, St. Elupe, russischer Staatsangehöriger, ist als lätiger Ausländer durch Verfügung des Königl. lichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 12. Juni 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Arbeiter Franz Karmelita, geboren am 26. Oktober 1876 zu Kletten, russischer Staatsangehöriger, ist als lätiger Ausländer durch Verfügung des Königl. lichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 13. Juni 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Maler Pendo Kay, geboren 15. November 1879 zu Rembarg, russischer Staatsangehöriger, ist als lätiger Ausländer durch Verfügung des Königl. lichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 14. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Arbeiter Samuel Weintraub, geboren den 1. Januar 1878 zu Walsdorf, russischer Staatsangehöriger, ist als lätiger Ausländer durch Verfügung des Königl. lichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. Juni 1902 ausgewiesen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Name, Geburtsort, Geburtsdatum, Nationalität	Strafgesetzbuch	Datum der Ausweisung
Friedrich Schwar, geboren am 10. Juni 1871 zu Hohenstein, Ostpreußen, russischer Staatsangehöriger, ebenda.	§ 32 des Strafgesetzbuchs, Raub (8 Jahre Zuchthaus, laus. Erkenntnis vom 27. Juni 1894).	15. Juni 1902.
Adolf Schmidt, geboren am 6. Oktober 1872 zu Schöndorf, Ostpreußen, russischer Staatsangehöriger, ebenda.	§ 32 des Strafgesetzbuchs, Raub (8 Jahre Zuchthaus, laus. Erkenntnis vom 27. Juni 1894).	24. Mai 1902.
Friedrich Schwar, geboren am 10. Juni 1871 zu Hohenstein, Ostpreußen, russischer Staatsangehöriger, ebenda.	§ 32 des Strafgesetzbuchs, Raub (8 Jahre Zuchthaus, laus. Erkenntnis vom 27. Juni 1894).	15. Juni 1902.
Friedrich Schwar, geboren am 10. Juni 1871 zu Hohenstein, Ostpreußen, russischer Staatsangehöriger, ebenda.	§ 32 des Strafgesetzbuchs, Raub (8 Jahre Zuchthaus, laus. Erkenntnis vom 27. Juni 1894).	15. Juni 1902.
Friedrich Schwar, geboren am 10. Juni 1871 zu Hohenstein, Ostpreußen, russischer Staatsangehöriger, ebenda.	§ 32 des Strafgesetzbuchs, Raub (8 Jahre Zuchthaus, laus. Erkenntnis vom 27. Juni 1894).	15. Juni 1902.

Nr.	Name und Stand	Alter und Geburtsort	Art und Ort der Verurteilung	Behörde, von welcher die Verurteilung ausgesprochen ist	Datum des Urtheils
1.	2.	3.	4.	5.	6.
5	Wilhelm Junkhaus, Tagelöhner,	geboren am 23. August 1834 zu Erding, Provinz Oberbayern, Niederlande, niederländischer Staatsangehöriger,	Betteln, fahrlässige Verletzung	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	13. Juni 1902.
6	Marie Maritt, lebige Arbeiterin,	geboren am 20. März 1875 zu Friedberg, ortsanhörig zu Radenitz, Böhmen, Böh- men,	gewerbmäßige Unzucht,	Stadtmagistrat Nürnberg, Bayern,	4. Juni 1902.
7	Johann Polcar, (Polkar), Messer- schäfer,	geboren am 25. Juli 1838 zu Hradisch, Bezirk Horowitz, Böhmen, österreichischer Staats- angehöriger,	Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Pfaffen- hausen, Bayern,	28. Mai 1902.
8	Josef Anton Stehner, Arbeiter,	geboren am 13. Juni 1868 zu Mileš, Bezirk Pöchlarn, Böh- men, ortsanhörig eben- dort,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Hildesheim,	7. Juni 1902.
9	Wilhelm Stöhr, Glasmaler,	geboren am 28. Juni 1862 zu Brandel, Bezirk Gablonz, Böh- men, ortsanhörig zu Mählig, Bezirk Starzenbach, eben- dort,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Regensburg,	9. Juni 1902.
10	Moriz Borzimmer, Glaser,	geboren am 2. Februar 1882 aus Wien, österreichischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	14. Juni 1902.
11	Johann Jacob Windisch, Weber,	geboren am 1. Juli 1859 zu Fleiss, Bezirk Eger, Böhmen, österreichischer Staatsange- höriger,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Jülich,	21. Mai 1902.
12	Bingen Bobica, Tischlergeselle,	geboren am 22. März 1846 zu Dobruja, Bezirk Ries, Böh- men, ortsanhörig eben- dort,	Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Regensburg,	14. Mai 1902.
13	Josef Altenaar, Arbeiter,	geboren am 19. September 1870 zu Leeuwarden, Provinz Fries- land, Niederlande, niederlan- discher Staatsangehöriger,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Aachen,	16. Juni 1902.
14	Oskar Courtois, Schmied,	geboren am 17. Mai 1850 zu Brüssel, ortsanhörig eben- dort,	Hausfriedens- bruch und Land- streicherei,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	20. Juni 1902.
15	Gaetano Dalla-Pietra, Bergmann,	geboren am 6. August 1861 zu Rom, Italien, italienischer Staatsangehöriger,	Hausfriedens- bruch und Land- streicherei,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Aachen,	21. Juni 1902.
16	Bortolo de Diana, Steinbrucher,	geboren am 28. Mai 1865 zu Leggo, Provinz Belluno, Italien, italienischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Großherzoglich badi- scher Landeskom- missär zu Konstanz,	17. Juni 1902.
17	Martin Hermesen, Schriftsetzer,	geboren am 15. Februar 1846 zu Arnheim, Provinz Geldern, Niederlande, niederländischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Münster,	9. Januar 1902.
18	Eina Jacobowitz, Kontrollbirne,	geboren am 8. Mai 1874 zu Blaschk, Gouvernement Kas- an, Russland, ortsanhörig	gewerbmäßige Unzucht,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Hildesheim,	17. Juni 1902.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimat	Grund der Verurteilung	Verbrechen, welche die Ausweisung begründet hat	Datum der Ausweisungs- Beschlüsse
1.	2.	3.	4.	5.	6.
19	Bengel Ronzab, Tagelöhner,	ebendasselbst, geboren am 6. Dezember 1872 zu Jatef, Bezirk Badweis, Böhmen, österreichischer Staats- angehöriger,	Diebstahl, Unter- schlagung, Fäls- chung von Legiti- mationspapieren, Gebrauch ge- fälschter Legiti- mationspapiere, Landstreichen und Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Kel- heim,	10. Juni 1902.
20	Wilhelm Rüssel, Tischlergeselle,	geboren am 23. September 1870 zu Kolimig, Bezirk Königgrätz, Böhmen, österreichischer Staats- angehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Donauwörth,	16. Juni 1902.
21	Edouard Rodeauf, Schlosser,	geboren am 29. Oktober 1870 zu Hanbourdin, Departement Nord, Frankreich, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Piesitz,	13. Juni 1902.
22	Peter Preder, auch Prebder, Arbeiter,	geboren am 25. August 1874 zu Kasarie, Gouvernement Ka- lisch, Rußland, ortsangehörig ebendasselbst,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Merseburg,	desgleichen.
23	Marianne Kogalewicz, Arbeiterin, ledig,	geboren im Januar 1880 zu Wielun, Gouvernement Kalisch, Rußland, russische Staatsan- gehörige,	gewerbsmäßige Unzucht,	derselbe,	desgleichen.
24	Alexander Sacco, Maurer,	geboren am 18. Dezember 1866 zu Comelico, Superiore, Pro- vinz Udine, Italien, italienischer Staatsangehöriger,	Betrug, Führung verbotener Waf- fen und Betteln,	Stadtmagistrat Kosenheim, Bayern,	6. Juni 1902.
25	Anton Szpydlowski, Ziegelfreier,	geboren am 5. Oktober 1869 zu Dziewin, Bezirk Bochnia, Ga- lizien, österreichischer Staatsan- gehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	23. Mai 1902.
26	Johann Szpydlowski, Ziegelfreier,	etwa 20 Jahre alt, geboren zu Dziewin, Bezirk Bochnia, Ga- lizien, österreichischer Staats- angehöriger,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen.
27	Franz Uchlarz, Formen und Bäcker,	geboren im November 1854 zu Pikruz, Bezirk Mikel, Mähren, ortsangehörig ebendasselbst,	versuchter Betrug, Beilegung eines falschen Namens, Landstreichen und Betteln,	derselbe,	11. April 1902.
28	August Wagner, Arbeiter,	geboren am 28. Oktober 1864 zu Riga, Rußland, russischer Staatsangehöriger,	unterlassene Ver- schaffung eines Unterkommens,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Königsberg,	9. April 1902.

Hierzu fünf öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Belagsblätter werden der Zeile mit 10 Pf. berechnet.)

Redigiert von der Königlichen Regierung zu Potsdam.
Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Mitsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Stück 30.

Den 25. Juli

1902.

Inhaltsverzeichnis. Inhalt von Stück 35 des Reichsgesetz-Blatts. S. 319. — Erweiterung der Handelskammer in Berlin. S. 319. — Kreis-Schulinspektionen. S. 319. — Kontraktbrüche ausländische Arbeiter. S. 319. — Gemeindebezirksveränderung. S. 320. — Wasserstände. S. 320. — Viehsuchen. S. 320. — Neue Apotheke in Nirdorf. S. 321. — The French Asphalte Company in London. S. 321. — Anstellung eines Bezirks-Hornsteinsegermeisters. S. 321. — Neue Pfarrstelle in Rosenthal. S. 321. — Gementkanal für Fernsprechkabel. S. 322. — Neue Telegraphenanstalt. S. 322. — Gemeindefassungsverzeichnisse. S. 322. — Bauabtragungsgebäude der Städte-Feuer-Sozialität. S. 323. — Personal-Chronik. S. 324. — Stadtdarm der Landwirtschaft an der Universität Halle a. S. S. 324.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 35.) **Nr. 2888.** Verordnung über die weitere Inkraftsetzung des Gesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, vom 3. Juni 1900. Vom 7. Juli 1902.

Nr. 2889. Bekanntmachung, betreffend das Gesetz über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vom 3. Juni 1900. Vom 10. Juli 1902.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

38. Verfügung

betreffend Erweiterung der Handelskammer zu Berlin.
Auf Grund des § 2 des Gesetzes über die Handelskammern vom 24. Februar 1870 wird die von den Be-

theiligten beantragte Ausdehnung der Handelskammer zu Berlin auf den Stadtkreis Nirdorf genehmigt.

Der neue Bezirk bildet einen städtischen Wahlbezirk, in dem ein Mitglied nach allgemeinem gleichem Wahlrecht gewählt wird unter dem heutigen Tage von mir genehmigten Beschlusses der Handelskammer vom 20sten Juni d. J. zu wählen ist.

Berlin, den 11. Juli 1902.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Bekanntmachung der Königl. Regierung.

Kreis-Schulinspektionen.

28. I. Infolge ministerieller Anordnung sind die nebenamtlichen Kreis-Schulinspektionen Rathenow I. und II. anderweitig abgegrenzt und in drei nebenamtliche Kreis-Schulinspektionen mit der Bezeichnung Rathenow I.—III. eingetheilt worden.

Die Kreis-Schulinspektionen Rathenow I.—III. umfassen demgemäß folgende Schulorte bezw. Orts-Schulinspektionen:

Rathenow I.

Rathenow (Volls- und Mittelschulen) und Neu-Friedrichsdorf.

Rathenow II.

Die Kreis-Schulinspektionen: Kriesbad. Hohennauen.

Priggen, Rhinow, Spaas, Strodehne, Wigs und die Schule in Pary.

Rathenow III.

Die Orts-Schulinspektionen: Damm, Hage, Börne, Kogen, Lieve, Premnis, Nennhausen, Ariele, Senzle, Stechow und die Schule in Schulin.

II. Dem Superintendenten und Obergemeindefürsorge Rathenow I., dem Pfarrer Hohenbühl in Rhinow die Verwaltung der Kreis-Schulinspektion Rathenow II. und dem Pfarrer Dubitz in Nennhausen die Verwaltung der Kreis-Schulinspektion Rathenow III. übertragen worden.
Potsdam, den 7. Juli 1902.

Königliche Regierung,

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Kontraktbrüche ausländische Arbeiter.

215. Folgende ausländisch-polnische Saisonarbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitsstätten unter Kontraktbruch verlassen:

Namen:	Häufiger Beschäftigungsart:
Emilian Hymionowski	
Jan Strzynski	
Jan Palka	Dallmin,
Wojciech Antos	Kreis Westprignitz
Wojciech Dernogi	
Joseph Przybyla	
Franz Josef Matec	Kriemow,
Kantj Wichowiez	Kreis Westprignitz
Kasimir Kanisch	Bachow-Garyow,
Franz Wilzorek	Kreis Osthavelland

Die Genannten sind festzunehmen und sofort aus dem Staatsgebiete auszuweisen. Vom Geschehenen ist unter Bezugnahme auf diese Bekanntmachung hierher Nachricht zu geben.

Potsdam, den 22. Juli 1902.

Der Regierungspräsident.

Gemeindebezirksveränderung.

216. Der Bezirksauschuß hierselbst hat am 27. Mai d. J. beschlossen, die im Grundbuche von Joachimsthal nachstehend verzeichneten Trennstücke:

Artikel der Ritterrolle	Bezeichnung nach dem Grundbuche		Nummer		Des Eigentümers Name und Wohnort	Flächeninhalt		
	Band	Blatt	des Kartenblatts	der Parzelle		ha	ar	qm
199	2	89	5	41	Königlich Preussischer Forstbesitz	—	89	10
dto.	d. Gr. Einz. Bef.		dto.	47		—	77	60
dto.	—	—	dto.	55		—	69	20
Summa						2	25	90

von dem Stadtbezirke Joachimsthal abzutrennen und mit dem forstbesitzlichen Ortsbezirke der Oberförsterei Glanbeck zu vereinigen.

Die Umgestaltung tritt am 1. Oktober d. J. in Kraft.

Potsdam, den 15. Juli 1902.

Der Regierungspräsident.

217. Nachweisung der an den Pegeln der Havel und Spree im Monat Juni 1902 beobachteten Wasserstände.

Tag	Wasserstände der Havel an den Pegeln zu						Wasserstände der Spree an den Pegeln zu							
	Rathenow		Brandenburg		Potsdam	Spandau		Charlottenburg		Görsch	Gr. Tränke Wehr Unterwasser	Reckow	Ab- schaden	
	Ober- wasser	Unter- wasser	Ober- wasser	Unter- Wasser		Ober- wasser	Unter- wasser	Ober- wasser	Unter- wasser					
	Mtr.	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter	Meter		
1	2,46	1,58	1,30	2,23	1,71	1,24	2,39	0,90	3,22	2,82	0,81	2,08	1,34	1,15
2	2,44	1,61	1,29	2,19	1,70	1,23	2,37	0,88	3,22	2,78	0,79	2,04	1,34	1,14
3	2,40	1,66	1,26	2,16	1,70	1,21	2,34	0,89	3,22	2,76	0,79	2,08	1,32	1,11
4	2,36	1,59	1,27	2,14	1,70	1,18	2,35	0,82	3,22	2,68	0,79	2,06	1,29	1,08
5	2,29	1,60	1,24	2,11	1,64	1,15	2,36	0,78	3,22	2,60	0,78	2,04	1,29	1,03
6	2,25	1,55	1,25	2,05	1,61	1,14	2,35	0,77	3,22	2,68	0,80	1,96	1,28	0,99
7	2,22	1,56	1,22	2,06	1,59	1,12	2,35	0,76	3,22	2,62	0,80	2,00	1,27	0,94
8	2,19	1,59	1,22	2,12	1,56	1,10	2,38	0,69	3,22	2,60	0,82	2,02	1,26	0,90
9	2,16	1,53	1,20	2,04	1,54	1,10	2,38	0,90	3,22	2,67	0,82	2,01	1,25	0,86
10	2,16	1,50	1,16	2,05	1,53	1,09	2,37	0,86	3,22	2,62	0,82	2,00	1,22	0,82
11	2,14	1,47	1,14	2,03	1,54	1,08	2,36	0,76	3,22	2,66	0,81	1,98	1,20	0,82
12	2,13	1,48	1,12	2,05	1,52	1,07	2,36	0,74	3,22	2,60	0,80	1,94	1,19	0,83
13	2,10	1,42	1,13	2,05	1,52	1,06	2,34	0,73	3,22	2,58	0,80	1,96	1,18	0,84
14	2,07	1,41	1,11	2,01	1,49	1,05	2,35	0,72	3,22	2,60	0,78	1,90	1,18	0,84
15	2,08	1,48	1,11	2,08	1,43	1,06	2,40	0,71	3,22	2,60	0,80	1,96	1,19	0,86
16	2,06	1,42	1,10	2,04	1,44	1,06	2,38	0,77	3,22	2,54	0,82	2,03	1,19	0,90
17	2,07	1,43	1,08	2,05	1,44	1,06	2,38	0,81	3,22	2,70	0,83	2,10	1,19	0,94
18	2,05	1,40	1,08	2,05	1,45	1,09	2,37	0,83	3,22	2,70	0,84	2,05	1,20	1,00
19	2,05	1,36	1,06	2,04	1,43	1,10	2,37	0,82	3,22	2,72	0,82	2,01	1,19	1,04
20	2,04	1,35	1,05	2,03	1,42	1,10	2,37	0,78	3,22	2,60	0,83	1,95	1,21	1,08
21	2,04	1,36	1,04	2,03	1,42	1,09	2,36	0,76	3,22	2,60	0,86	1,96	1,24	1,12
22	2,05	1,39	1,03	2,10	1,38	1,10	2,39	0,72	3,22	2,61	0,85	2,00	1,25	1,17
23	2,11	1,37	1,02	2,02	1,40	1,10	2,38	0,78	3,22	2,68	0,84	2,10	1,27	1,20
24	2,17	1,35	1,02	2,00	1,40	1,11	2,37	0,81	3,22	2,76	0,83	2,10	1,28	1,22
25	2,27	1,35	0,98	2,05	1,39	1,11	2,33	0,77	3,22	2,60	0,83	2,08	1,29	1,24
26	2,34	1,30	0,98	2,04	1,40	1,10	2,34	0,73	3,22	2,60	0,83	2,09	1,30	1,25
27	2,35	1,31	0,98	2,04	1,38	1,09	2,34	0,73	3,22	2,64	0,82	2,01	1,31	1,27
28	2,28	1,32	0,96	2,03	1,38	1,08	2,33	0,73	3,22	2,62	0,80	1,98	1,32	1,28
29	2,20	1,31	0,95	2,09	1,33	1,08	2,37	0,67	3,22	2,58	0,78	2,08	1,33	1,30
30	2,14	1,40	0,92	2,05	1,34	1,06	2,36	0,73	3,22	2,60	0,79	2,09	1,34	1,30

Potsdam, den 18. Juli 1902.

Der Regierungspräsident.

218. Viehsuchen.

H. Festgesetzt:

a. Aufsuchung der Viehsuchen.

b. Schweinejagd. Kreis Prenzlau: Stralsburg u. M.

c. Aufsuchung der Viehsuchen.

2. Bittschenausschlag. Kreis Poesow-Storkow:
Alt-Stapuhari, Niepod.

II. Erlösungen:

a. **Milzbrand. Kreis Ost-Havelland: Staffelsb.,**
Kreis Jand-Belzig: Kreitzthal.

b. **Schweineseuche. Kreis Nieder-Barnim: Alt-**
Landenberg, Kreis Jüterbog-Ludowalde: Löwenhof.

c. **Geflügelcholera. Kreis Nieder-Barnim: Tegel,**
Bergfelde, Stadtkreis Brandenburg: Geflügelbestand des
Handelsmanns Woltersdorf.

Potsdam, den 22. Juli 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Neue Apotheke in Rixdorf.

64. Der Herr Ober-Präsident zu Potsdam hat durch Erlass vom 3. Juli d. Js. die Anlage einer neuen Apotheke in Rixdorf in der Gegend der Hallesstraße genehmigt. Geeignete Bewerber werden zur Meldung bis zum 20. August d. Js. mit dem Bemerkten hierdurch aufgefordert, daß persönliche Vorstellungen zwecklos sind und die an mich zu richtenden Bewerbungen lediglich schriftlich zu geschehen haben.

Der Meldung sind beizufügen: 1) eine nach der Zeitfolge geordnete Uebersicht über die bisherige Thätigkeit seit der Approbation in und außerhalb der Apotheken, enthaltend: a. die Anfangs- und Endzeiten — nach Tagesdaten — in zusammenhängender Reihe und unter fortlaufenden Nummern (siehe zu 2), b. den Ort und c. die Art der Thätigkeit, namentlich auch für die Zeit der Unterbrechung der pharmazeutischen Thätigkeit, 2) die Approbation und die darauffolgenden Servicezeugnisse, die physikalisch beglaubigt, chronologisch geordnet und mit den entsprechenden Nummern der Zusammenstellung zu 1 versehen sein müssen, 3) polizeiliche Führungszugnisse über die Zeit von der Approbation bis jetzt in ununterbrochener Folge, 4) emlich beglaubigtes Nachweis aus neuester Zeit über die zur Einrichtung einer Apotheke erforderlichen Mittel, 5) eine Darstellung des Lebenslaufs, enthaltend: Vor- und Zunamen, Geburtsort und Datum, Confession, Staatsangehörigkeit, Familienstand, Zahl und Alter der Kinder, Militärverhältnis, besondere Beschäftigung der Ehefrau, Stand und Wohnort der Eltern des Gesuchstellers.

Die Anlagen zu 2 und 3 müssen zu je einem besonderen Heft vereinigt sein.

Gesuche, die den vorstehenden Anforderungen nicht entsprechen, müssen zur Abänderung zurückgegeben werden.

Der Bewerber hat außerdem pflichtgemäß zu versichern, entweder daß er eine Apotheke bisher nicht besessen hat, oder falls dies der Fall sein sollte, anzugeben, wo er eine solche besessen hat, und die Gründe klar zu legen, aus denen er sein Besitzrecht an derselben aufgegeben hat, auch den Kauf- und Verkaufspreis der aufgegebenen Apotheke genau zu nennen. Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß Gesuche von Bewerbern, welche erst nach dem Jahre 1888 (bei Berücksichtigung der aetnaer Bestimmungen) approbiert sind,

bei der großen Zahl mehr berechtigter Bewerber zur Zeit keine Aussicht auf Erfolg haben. Solche Apotheker stehen deshalb zur Vermeidung unnötigen Schreibwerkes u. am Besten von der Bewerbung ab.

Bei Apothekern, welche sich zeitweise vom Apothekensache abgewandt haben, muß das Approbationsalter selbstverständlich gekürzt werden.

Schließlich bemerke ich, daß die Concession in Gemäßheit des Allerhöchsten Erlasses vom 30. Juni 1894 als eine unveräußerliche und unvererbliche verliehen werden wird, der Inhaber derselben somit zur Präsentation von Geschäftsnachfolgern nicht befugt sein, und der Wittve sowie den minderjährigen Kindern desselben nur freistehen wird, die Apotheke nach Maßgabe des § 4 der kaiserlichen Apotheken-Ordnung vom 11. Oktober 1801 durch einen geeigneten Provisor verwalten zu lassen. Berlin, den 15. Juli 1902.

Der Polizei-Präsident.

The French Asphalte Company in London.

65. Die außerordentliche Generalversammlung der Aktionäre der „Société Française des Asphaltes, Limited“ (The French Asphalte Company) vom 22. April 1896 hat folgende Änderungen des Gesellschaftsvertrages beschlossen:

- 1) Das Kapital der Gesellschaft wird auf £fr. 60000 erhöht und zwar durch die Erteilung von 4000 neuen Aktien von je £fr. 5, welche den Mitgliedern al pari zu offeriren sind, in Gemäßheit des Abschnittes 29 der Statuten.
- 2) Die Direktoren werden ermächtigt, zu irgend einer Zeit mit der Genehmigung einer Generalversammlung einen Bonus bzw. eine Dividende zu erklären, welche den Mitgliedern aus dem Reservefond auszufolgen ist, und den Zahlungstermin für dieselbe zu bestimmen.

Ich bringe die fraglichen Statutenänderungen zur öffentlichen Kenntniss.

Berlin, den 16. Juli 1902.

Der Polizei-Präsident. Im Auftrage: Hoppe.

Anstellung eines Bezirks-Schornsteinfegermeisters.

66. Für den Bezirk der Stadt Berlin ist der Schornsteinfeger-Geselle Max Zuläger hier, Ralscheunenstraße 2 wohnhaft, vom 1. Juli d. Js. ab nach den Vorschriften des Regulativs für den Betrieb des Schornsteinfegergewerbes im Stadtbezirk Berlin vom 16. November 1888 als Bezirks-Schornsteinfegermeister angestellt worden.

Berlin, den 15. Juli 1902.
 8. Juli

Königliches
 Polizei-Präsidium.

Magistrat
 hiesiger Königl. Haupt-
 und Residenzstadt.

Bekanntmachungen der Königl. Konsistorien der Provinz Brandenburg.

Aktende, betreffend die Errichtung einer zweiten Pfarrstelle in der Gesamt-Pfarochie Kolenthal, Diözese Berlin-Land II.

67. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten

und des Landesraths, sowie nach Anhörung der Beteiligten wird durch die unterzeichneten Behörden hiedurch folgendes festgesetzt:

§ 1. In der Gesamtparochie Rosenthal wird eine zweite Pfarrstelle mit dem Sitz in Rosenthal errichtet.

§ 2. Diese Urkunde tritt am 1. August 1902 in Kraft.

Berlin, den 11. Juli 1902.

Königliches Konsistorium
der Provinz Brandenburg,
Abtheilung Berlin.

Potsdam, den 10. Juli 1902.

Königliche Regierung,
Abtheilung für Kirchen-
und Schulwesen.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

56. Bei dem Kaiserlichen Postamt 1 in Schöneberg.

bei Berlin, Herberichstraße 1/3 liegt ein Plan aus über die Herstellung eines Cementkanals für Stempelsteine in der Stubenrauchstraße von Ede Bahnstraße bis Ede Hauptstraße.

Berlin C. 2, den 17. Juni 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Eröffnung neuer Telegraphenstellen.

57. Bei der Poststelle in Lebnitz, Kr. Niederbarnim, wird am 22. Juli d. J. der Telegraphenbetrieb eröffnet.

Potsdam, 18. Juli 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion. Gürtler.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Aus schreiben

der von den Mitgliedern der Städtefeuersocietät der Provinz Brandenburg für das 1. Halbjahr 1902 zu entrichtenden Beiträge.

Für das 1. Halbjahr 1902 sind aufzubringen:

1. Vergütungen für Brand- und Blissschäden einschließlich der Abschätzungsgelühren und Prämien
2. Gemeinnützige Ausgaben und Verwaltungskosten
3. Rückversicherungsbeiträge

135 980 M.

42 355

118 127

zusammen 296 742 M.

83 880

Durch Rückversicherung, Zinsen und andere Einnahmen sind gedeckt

mithin Bedarf 212 862 M.

Auf Grund des Beschlusses des Directorialrathes der Societät vom 25. v. Mts. werden ausgeschrieben:

von 86 208 350 M. Versicherungssumme in Kl. IA.	zu 1,8 Pf. v. Hundert	15 517 M.	14 Pf.
332 669 360	I.	3	99 800 M. 81
28 661 625	IB.	5,4	15 423 M. 28
6 087 765	IIA.	6	8 658 M. 06
102 821 450	IIB.	9	92 539 M. 81
13 426 408	III.	18	24 187 M. 52
9 602 475	IIIB.	21	20 465 M. 20
4 293 900	IV.	30	12 881 M. 70
2 141 450	IVB.	42	8 994 M. 09
1 736 475		66	11 468 M. 78

Überhaupt von 587 557 250 M. beitragspflichtiger Versicherungssumme 304 608 M. 44 Pf.

Dazu von 1 269 975 M. Explosions-Versicherungssumme zu 1 Pf. 127 M. 1

875 275 zu 2 Pf. 175 M. 05

304 910 M. 49 Pf.

Auf Grund des § 62 des Reglements sind hiervon erlassen

20 572 M. 96

284 337 M. 53 Pf.

Dagegen werden an Zuschlägen erhoben

824 M. 17

ergehen sich 285 161 M. 70 Pf.

Hievon stehen den Magisträten 5 bezw. 4 vom Hundert zu mit

13 828 M. 96

so daß zur Deckung des Bedarfs verfügbar bleiben

271 332 M. 74 Pf.

Der letztere beträgt

212 862 M.

mithin Ueberschuß 58 470 M. 74 Pf.

welcher dem Bestande der laufenden Verwaltung zusteht.

Die Magisträte der beteiligten Städte wollen hiernach die von den Mitgliedern der Societät zu entrichtenden Beiträge ungesäumt einziehen und binnen 4 Wochen — § 67 des Reglements — an die Brandenburgische Landes-Haupt-Kasse hierselbst abführen.

Berlin, den 3. Juli 1902.

Der Direktor der Städtefeuersocietät der Provinz Brandenburg

Nachricht von den Ergebnissen der Verwaltung der Städtefeuersocietät der Provinz Brandenburg im Jahre 1901.

Am Schlusse des Jahres 1901 betrug die Versicherungssumme

für Gebäude 583016400 M.

Mobiliar 33153545

zusammen 616169945 M.

Hiervon waren rückversichert, außer $\frac{1}{12}$ der Gesamtversicherungssumme, noch weitere $\frac{2}{12}$ bzw. $\frac{5}{12}$ in Höhe von 6741105 M. für Gebäude und 2095205 M. für Mobiliar.

Es fanden im Societätsgebiete 325 Brände statt, und zwar 159 im 1. Halbjahre und 166 im 2. Halbjahre. Durch dieselben wurden in 106 Städten 581 Gebäude getroffen.

Außerdem wurden in 76 Fällen Mobilien und durch nicht zündenden Blissschlag in 35 Fällen 43 Gebäude beschädigt.

An Beiträgen wurden vom Hundert der Versicherungssumme ausgeschrieben

	in Klasse										Mennige
	I. A.	I.	I. B.	II. A.	II.	II. B.	III.	III. B.	IV.	IV. B.	
im 1. Halbjahr	1,8	3	5,4	6	9	18	21	30	42	66	
2.	2,4	4	7,2	8	12	24	28	40	56	88	

Anhang aus der Rechnung von der laufenden Verwaltung für 1901.

		Einnahme	M.	Pf.
A.	Bestand aus voriger Rechnung		464789	74
B.	Einnahmereste	48 M. 48 Pf.		
	Abgang	1 - 28	47	20
C.	Aus dem laufenden Rechnungsjahre			
1)	Beiträge für das Jahr 1901 für Gebäude		620018	68
2)	Mobiliar		56625	84
3)	aus Vorjahren		2	36
4)	Wiedererstattete Schadenvergütungen		15	54
5)	Sonstige Wiedererstattungen		1284	10
6)	Anspruch der Rückversicherungsgesellschaft an den Schadenvergütungen		256803	30
7)	Zinsen		10755	60
8)	Außerordentliche Einnahmen		—	75
D.	Erworbenere Werthpapiere		200000	—
	Summe		1609381	57
		Ausgabe		
A.	Ausgabereife	49144 M.		
	Abgang	511	48633	—
B.	Aus dem laufenden Rechnungsjahre			
1)	Prüfungs- und Lorgebühren		25814	67
2)	Vergütungen			
a.	für Brand- und Blissschäden an Gebäuden, einschließlich 6651 M. 56 Pf. Ermittlungskosten u. 1259 M. Spritzen- und Wasserpumpenprämien		631643	20
b.	für Brandschäden an Mobiliar, einschließlich 882 M. 66 Pf. Ermittlungskosten		30522	88
c.	für Schäden an unversicherten Gegenständen		1060	55
3)	Belohnungen für außerordentliche Vorkünfte		340	—
4)	Zuschuß zu den Kosten militärisch organisirter Feuerwehren		7684	05
5)	Zuschuß an die Brandenburgische Feuerwehr-Unfallkasse		3711	69
6)	Postgeld		2179	62
7)	Kosten und Auslagen in Prozessen		43	15
8)	Rückzahlung überhöhter Beträge		323	30
9)	Entschädigung an die Geschäftsführer für die Gebäudenversicherung		8175	86
10)	Rückversicherungsbeiträge		217892	10
11)	Außerordentliche Ausgaben, einschl. 34022 M. 15 Pf. Zuschuß an den eisernen Bestand (darunter 542,54 M. für 1900)		34698	30
C.	Für erworbenere Werthpapiere		196039	20
D.	Dem eisernen Bestande überwiesene Werthpapiere		8000	—
	Summe		1216761	57
	Die Einnahme beträgt		1609381	57

Vorhanden sind: Baar	227558 M. 60 Pf.
Wertpapiere	200000 — —
Einnahmerefte	316 70 —

Die Ausgaberefte betragen

zusammen 427875 M. 30 Pf.
35255 30 —

ergeben sich obige 392620 M. — Pf.

Auszug aus der Rechnung vom eisernen Bestande für 1901.

	M.	Pf.
A. Bestand aus voriger Rechnung	615239	48
B. Laufende Einnahmen:		
1) Zinsen	24154	—
2) Zinsen aus dem Grundstück der Societät	14650	—
3) Sonstige Einnahmen	448	05
4) Zuschuß aus dem laufenden Bestande	38479	61
C. Vom laufenden Bestande übernommene Wertpapiere	8000	—
Summe	695971	14

Ausgaben

A. Laufende Ausgaben:		
1) Reisekosten u. Tagelöhner der Mitglieder des Directorialraths	160	—
2) Besoldungen	53645	—
3) Für Bureau- und Kassenbedürfnisse	7910	10
4) Sonstige Ausgaben	8665	40
B. Für das Grundstück der Societät		
1) Kosten der Unterhaltung	1069	67
2) Abgaben für Wasser, Gas u. s. w.	2416	49
3) Zinsen für die auf dem Grundstück haftende Hypothek von 99000 M.	2465	—
Summe	72731	66
Die Einnahme beträgt	696971	14
bleibt Bestand	628239	48

und zwar: in Wertpapieren 150000 M. — Pf.

„ Hypotheken 472600 — —

„ baar 439 48 —

„ Einnahmerefte 200 — —

Dazu tritt der Aufwand für das Verwaltungsgebäude mit r. 393800 M.

Belastet ist dasselbe mit 99000 M. Hypotheken.

Berlin, den 20. Juni 1902.

Der Direktor der Städtefeuersocietät der Provinz Brandenburg.

Personal-Chronik.

Der Regierungsrath von Dornum ist der hiesigen Regierung zur dienstlichen Verwendung überwiesen worden.

Im Kreise Ruppin ist wieder ernannt worden zum Amtsvorsteherstellvertreter: Administrator Klingberg in Gartzow für den Bez. 8 „Dessow“.

Im Kreise Ruppin ist ernannt worden zum Amtsvorsteher: Ortsbesitzer Albert Henning in Lüdersdorf für den Bez. 23 „Lüdersdorf“.

Im Kreise Ruppin ist wieder ernannt worden zum Amtsvorsteher: Rittergutspächter Knosp in Wühlendorf für den Bez. 15 „Walsleben“.

Im Kreise Westpreußen ist ernannt worden zum

Amtsvorsteherstellvertreter: Rittmeister a. D. von Brebom in Pomm für den Bez. 25 „Dapow“.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Studium der Landwirtschaft an der Universität Halle a. S.

Die Vorlesungen für das Winter-Semester 1902/1903 beginnen am 28. Oktober. Das Programm für das Studium der Landwirtschaft an hiesiger Universität sowie der spezielle Lehrplan für das kommende Semester sind durch das Sekretariat des landwirtschaftlichen Instituts, Bucherstraße 2, zu beziehen. Nähere Auskunft ertheilt der Unterzeichnete. Halle a. S., im Juli 1902.

Der Direktor des landw. Instituts der Universität.

Hierzu fünf öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einblättrige Druckzeile 20 Pf.)

Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der K. W. Saven'schen Erben

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 31.

Den 1. August

1902.

Inhaltsverzeichnis. Inhalt von Stück 36 des Reichsgesetz-Blatts und Stück 33/34 der Gesetz-Sammlung. S. 325. —
Chaussee Kenzen-Milower Brücke. S. 325. — Erhebung der Schiffsfahrtsabgaben. S. 325. — Kunststraße. S. 326. — Schleusen-
sperr. S. 326. — Fischerei-Aufsicht. S. 326. — Konstruktivbrüche ausländische Arbeiter. S. 326. — Tarifergänzung. S. 326
— Viehschlachten. S. 326. — Eröffnung der kleinen Jagd. S. 326. — Neue Apotheke in Berlin. S. 326. — Fernsprechan schlüsse.
S. 327. — Annahme von Postsendungen durch die Landbriefträger. S. 327. — Rohrpostbetrieb beim Postamt Milnersdorf b. B.
S. 327. — Pfarrstellenerledigungen. S. 327. — Auslosung von Rentenbriefen. S. 328. — Ausnahmezoll 1 (Solztarf). S. 328.
— Kanalisationsverband. S. 328. — Personal-Chronik. S. 331. — Landwirtschaftliche Akademie Bonn-Papelsdorf. S. 331.
— Ausweisungen aus Preußen. S. 332. — Ausweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiete. S. 333.

Reichsgesetzblatt.

(Stück 36.) Nr. 2890. Gesetz, betreffend die Ab-
änderung des Branntweinsteuer-Gesetzes vom
24. Juni 1887. Vom 7. Juli 1902.

Nr. 2891. Süßstoffgesetz. Vom 7. Juli 1902.

Nr. 2892. Bekanntmachung, betreffend die Vereini-
barung erleichternder Vorschriften für den wechselseitigen Verkehr zwischen den Eisenbahnen Deutsch-
lands und Luxemburgs. Vom 9. Juli 1902.

Gesetzsammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 33.) Nr. 10377. Bekanntmachung des Textes
des Gesetzes, betreffend das Pfandrecht an Privat-
eisenbahnen und Kleinbahnen und die Zwangsver-
pfändung in dieselben vom 19. August 1896 in der
nach dem Gesetze vom 11. Juni 1902 geänderten
Fassung. Vom 8. Juli 1902.

(Stück 34.) Nr. 10378. Gesetz, betreffend die Ab-
änderung einzelner Bestimmungen des Allgemeinen
Berggesetzes vom 24. Juni 1865. Vom 7. Juli 1902.

Nr. 10379. Verordnung wegen Feststellung des, nach
dem Gesetze, betreffend die Ueberweisung, weiterer
Dotationsrenten an die Provinzialverbände, vom
2. Juni 1902 zu gewährenden Jahresrenten. Vom
22. Juni 1902.

Nr. 10380. Verfügung des Justizministers, betreffend
die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der
Bezirke der Amtsgerichte Solingen und Opladen.
Vom 14. Juli 1902.

Nr. 10381. Verfügung des Justizministers, betreffend
die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des
Bezirks des Amtsgerichts Gladbach. Vom
14. Juli 1902.

Allerhöchster Erlaß.

Anwendung der Bestimmungen wegen der Chausseepolizei-Vorgaben
auf die Chaussee Kenzen-Milower Brücke.

Auf Ihren Bericht vom 28. Juni d. J. genehmige
Ich, daß die dem Chausseegelbartariff vom 29. Februar
1840 (G.-S. S. 94 ff.) angehängten Bestimmungen

Bestätigung im Regierungsbezirk Potsdam ausgebaute
Kunststraße von Station 4,5 + 85 der Kenzen-Rastbäder
Kreischaussee über Döberitz, Stasow, Deibow und
Milow 665 m. Milower Brücke zur Anwendung kommen,
so lange diese Straße chausseemäßig unterhalten wird.
Die eingetragene Karte erfolgt anbei zurück.

Lappemünde, am Bord R. V. „Hohenzollern“,
den 7. Juli 1902. 89. Wilhelm R.

89. Bddr.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

**Bekanntmachungen
der Königl. Ministerien.**

39. Ausführungsbestimmung
an den Fiskus, betreffend die Erhebung der Schiffsfahrtsabgaben

- I. auf der Saale und Anstruf,
- II. auf den Wasserstraßen zwischen der Oder und
der Elbe,
- III. auf der Oder von Rosel bis unterhalb Breslau,
- IV. auf dem Klobitz-Kanal,
- V. auf den Wasserstraßen zwischen Oder und Weichsel,
- VI. auf der kanalisirten oberen Nege vom Goplo-
See bis zur Einmündung in den Bromberger
Kanal,
- VII. auf dem Weichsel-Haffkanal,
- VIII. auf der Elbinger Weichsel,
- IX. auf dem oberländischen Kanal,
- X. auf der Deime, dem großen Friedrichsgraben,
dem Sednburger Kanal und der kanalisirten
Giltze.

Vom 15. August d. J. ab haben die Führer ab-
gabenspflichtiger Fahrzeuge bei jedermaliger Durchsahrung
einer Hebestelle einen nach der geltenden Schiffsver-
ordnung ausgearbeiteten Eischlein vorzulegen.

Zu widerhandelnde, insbesondere diejenigen Schiffe-
führer, welche nach dem 14. August d. J. statt des
Eischleins einen nach den älteren Schiffsvermessungs-
vorschriften ausgestellten Meßbrief zum Zwecke der Ab-
gabenerrechnung vorlegen, machen sich nach § 2 des
Gesetzes vom 2. Mai 1900 G.-S. S. 123 strafbar;
in dieser Gesetzesvorschrift werden Geldstrafen bis zu

Die im ersten Absatz dieser Ausführungsbestimmungen begründete Verpflichtung erstreckt sich nicht auf mitgeführte Fischbrödel und auf solche Fahrzeuge, deren Heranziehung zu den Schiffsabgaben nach den geltenden Taxis weder von ihrer Tragfähigkeit noch von ihrer Ladung abhängig ist.

Berlin, den 12. Juli 1902.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen des Königlich-Ober- Präsidenten.

11. In Ergänzung meiner Bekanntmachung vom 28. Dezember 1887 (Amtsblatt von 1888 Seite 11) bringe ich zur öffentlichen Kenntniß, daß die vom Kreis-Weß-Prignitz erbaute Chaussee Dallmin—Gras-Berge zu denjenigen derselbst unter B. aufgeführten Kunststraßen gehört, auf welche die zufälligen Bestimmungen zum Chausseegesetz vom 29. Februar 1840 (G. S. S. 97) für anwendbar erklärt worden sind.

Potsdam, den 19. Juli 1902.

'Der Ober-Präsident.

Bekanntmachungen des Königlich-Regierungspräsidenten.

219. Wegen notwendiger Ausbesserungsarbeiten ist die Salze zu Wittenwalde am 18., 19. und 20. ten August d. J. gesperrt.

Potsdam, den 19. Juli 1902.

Der Regierungspräsident.

சிவசுந்தரிநாதர்.

220. An Stelle des verstorbenen Hofraths Friedr. Joh. habe ich den Hofkammer Rath Hoyer für den Oßlig, Schamp, Kolpin, Kösler, Mühlen und Mittel-See zum Fischereiaufseher im Nebenamt ernannt.

Der Genannte gilt fortan bezüglich der in seinem Aufsichtsbezirke vorkommenden Falschvergehen und Uebertretungen als Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft.

Posdam, den 23. Juli 1902.

Der Regierungspräsident.

Kontraktbrüchige, ausländische Arbeiter.

221. Folgende ausländisch-polnische Saisonarbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitsstätten unter Kontraktbruch verlassen:

Namen.	früheriger Beschäftigungsort:
Marianne Jacel	Wilkendorf, Kreis Oberbarnim.
Duo Diwed	Bresch-Möllnis, Kreis Weßprignitz.
Johann Dyfisch	Ringenwalde, Kreis Templin.
Marianne Seywandera	

Die Genannten sind festzunehmen und sofort aus dem Staatsgebiete auszuweisen. Vom Geschehenen ist unter Bezugnahme auf diese Bekanntmachung hierher Nachricht zu geben.

Potsdam, den 29. Juli 1902.

Der Regierungsrath.

Ertferrgnung

202. Mit Genehmigung der Herren Minister der öffentlichen Arbeiten und der Finanzen erhält Absatz I. des Ablagetarifs für die städtischen Bohlwerke in Liebenswalde vom 31. August 1900 folgenden Zusatz:

Für Kohlen ist der Tariffab von 1 Pf. für je 200 kg anzuwenden.

Potsdam, den 25. Juli 1902.

Der Regierungsrath

223. Ziebfenben

I. Festgestellt:

a. Ritzbrand. Kreis Angermünde: Vorwerk
Eriewen. Kreis Ost-Havelland: Vorwerk Medeshof.

b. Schweinsleuge, Kreis Nieder-Barnim:
Weihense, Heiligensee, Reinickendorf, Kreis Prentzlan:
Dom. Tschanderg.

II. Erloſchen

a. Milzbrand. Kreis Dr. Habelland: Borwerf
Charlottenau. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10.

b. Schweinsfische. Kreis. Jüterbog. Ruden-
walde. Rohnendorf. 1891. 1892. 1893. 1894. 1895. 1896. 1897. 1898. 1899. 1900. 1901. 1902. 1903. 1904. 1905. 1906. 1907. 1908. 1909. 1910. 1911. 1912. 1913. 1914. 1915. 1916. 1917. 1918. 1919. 1920. 1921. 1922. 1923. 1924. 1925. 1926. 1927. 1928. 1929. 1930. 1931. 1932. 1933. 1934. 1935. 1936. 1937. 1938. 1939. 1940. 1941. 1942. 1943. 1944. 1945. 1946. 1947. 1948. 1949. 1950. 1951. 1952. 1953. 1954. 1955. 1956. 1957. 1958. 1959. 1960. 1961. 1962. 1963. 1964. 1965. 1966. 1967. 1968. 1969. 1970. 1971. 1972. 1973. 1974. 1975. 1976. 1977. 1978. 1979. 1980. 1981. 1982. 1983. 1984. 1985. 1986. 1987. 1988. 1989. 1990. 1991. 1992. 1993. 1994. 1995. 1996. 1997. 1998. 1999. 2000. 2001. 2002. 2003. 2004. 2005. 2006. 2007. 2008. 2009. 2010. 2011. 2012. 2013. 2014. 2015. 2016. 2017. 2018. 2019. 2020. 2021. 2022. 2023. 2024. 2025. 2026. 2027. 2028. 2029. 2030. 2031. 2032. 2033. 2034. 2035. 2036. 2037. 2038. 2039. 2040. 2041. 2042. 2043. 2044. 2045. 2046. 2047. 2048. 2049. 2050. 2051. 2052. 2053. 2054. 2055. 2056. 2057. 2058. 2059. 2060. 2061. 2062. 2063. 2064. 2065. 2066. 2067. 2068. 2069. 2070. 2071. 2072. 2073. 2074. 2075. 2076. 2077. 2078. 2079. 2080. 2081. 2082. 2083. 2084. 2085. 2086. 2087. 2088. 2089. 2090. 2091. 2092. 2093. 2094. 2095. 2096. 2097. 2098. 2099. 2100. 2101. 2102. 2103. 2104. 2105. 2106. 2107. 2108. 2109. 2110. 2111. 2112. 2113. 2114. 2115. 2116. 2117. 2118. 2119. 2120. 2121. 2122. 2123. 2124. 2125. 2126. 2127. 2128. 2129. 2130. 2131. 2132. 2133. 2134. 2135. 2136. 2137. 2138. 2139. 2140. 2141. 2142. 2143. 2144. 2145. 2146. 2147. 2148. 2149. 2150. 2151. 2152. 2153. 2154. 2155. 2156. 2157. 2158. 2159. 2160. 2161. 2162. 2163. 2164. 2165. 2166. 2167. 2168. 2169. 2170. 2171. 2172. 2173. 2174. 2175. 2176. 2177. 2178. 2179. 2180. 2181. 2182. 2183. 2184. 2185. 2186. 2187. 2188. 2189. 2190. 2191. 2192. 2193. 2194. 2195. 2196. 2197. 2198. 2199. 2200. 2201. 2202. 2203. 2204. 2205. 2206. 2207. 2208. 2209. 2210. 2211. 2212. 2213. 2214. 2215. 2216. 2217. 2218. 2219. 2220. 2221. 2222. 2223. 2224. 2225. 2226. 2227. 2228. 2229. 2230. 2231. 2232. 2233. 2234. 2235. 2236. 2237. 2238. 2239. 2240. 2241. 2242. 2243. 2244. 2245. 2246. 2247. 2248. 2249. 2250. 2251. 2252. 2253. 2254. 2255. 2256. 2257. 2258. 2259. 2260. 2261. 2262. 2263. 2264. 2265. 2266. 2267. 2268. 2269. 2270. 2271. 2272. 2273. 2274. 2275. 2276. 2277. 2278. 2279. 2280. 2281. 2282. 2283. 2284. 2285. 2286. 2287. 2288. 2289. 2290. 2291. 2292. 2293. 2294. 2295. 2296. 2297. 2298. 2299. 2300. 2301. 2302. 2303. 2304. 2305. 2306. 2307. 2308. 2309. 2310. 2311. 2312. 2313. 2314. 2315. 2316. 2317. 2318. 2319. 2320. 2321. 2322. 2323. 2324. 2325. 2326. 2327. 2328. 2329. 2330. 2331. 2332. 2333. 2334. 2335. 2336. 2337. 2338. 2339. 2340. 2341. 2342. 2343. 2344. 2345. 2346. 2347. 2348. 2349. 2350. 2351. 2352. 2353. 2354. 2355. 2356. 2357. 2358. 2359. 2360. 2361. 2362. 2363. 2364. 2365. 2366. 2367. 2368. 2369. 2370. 2371. 2372. 2373. 2374. 2375. 2376. 2377. 2378. 2379. 2380. 2381. 2382. 2383. 2384. 2385. 2386. 2387. 2388. 2389. 2390. 2391. 2392. 2393. 2394. 2395. 2396. 2397. 2398. 2399. 2400. 2401. 2402. 2403. 2404. 2405. 2406. 2407. 2408. 2409. 2410. 2411. 2412. 2413. 2414. 2415. 2416. 2417. 2418. 2419. 2420. 2421. 2422. 2423. 2424. 2425. 2426. 2427. 2428. 2429. 2430. 2431. 2432. 2433. 2434. 2435. 2436. 2437. 2438. 2439. 2440. 2441. 2442. 2443. 2444. 2445. 2446. 2447. 2448. 2449. 2450. 2451. 2452. 2453. 2454. 2455. 2456. 2457. 2458. 2459. 2460. 2461. 2462. 2463. 2464. 2465. 2466. 2467. 2468. 2469. 2470. 2471. 2472. 2473. 2474. 2475. 2476. 2477. 2478. 2479. 2480. 2481. 2482. 2483. 2484. 2485. 2486. 2487. 2488. 2489. 2490. 2491. 2492. 2493. 2494. 2495. 2496. 2497. 2498. 2499. 2500. 2501. 2502. 2503. 2504. 2505. 2506. 2507. 2508. 2509. 2510. 2511. 2512. 2513. 2514. 2515. 2516. 2517. 2518. 2519. 2520. 2521. 2522. 2523. 2524. 2525. 2526. 2527. 2528. 2529. 2530. 2531. 2532. 2533. 2534. 2535. 2536. 2537. 2538. 2539. 2540. 2541. 2542. 2543. 2544. 2545. 2546. 2547. 2548. 2549. 2550. 2551. 2552. 2553. 2554. 2555. 2556. 2557. 2558. 2559. 2560. 2561. 2562. 2563. 2564. 2565. 2566. 2567. 2568.

c. Bläschenausschlag, Kreis Ost-Prignitz: Dölln.
Potsdam, den 29. Juli 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

19. Für den Regierungsbezirk Potsdam mit Ausnahme der Stadtkreise Charzottenburg, Schöneberg und Nirdorf wird als Tag der Eröffnung der Jagd auf Rebhühner Montag, der 25. August 1902, auf Hasen, Auer-, Girt- und Fasanenbennen, Haselwild und Wachteln Montag, der 15. September 1902 festgesetzt.

Đorobani, bèn '22, 'SAR' 1902.

Der Staatsaufwand

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten in Berlin.

Anlage einer neuen Apotheke in Berlin.

67. Der Herr Ober-Präsident zu Posen hat durch Erlass vom 10. Juli dieses Jahres die Anlage einer neuen Aposchefe dieselbst angeführt am äußeren Ende der Greifswalderstraße genehmigt.

Gelegnete Bewerber werden zur Meldung bis zum 25. August dieses Jahres mit dem Bemerken hierdurch aufgefördert, daß persönliche Vorstellungen zwecklos sind und die an mich zu richtenden Bewerbungen lediglich schriftlich zu geschehen haben.

Der Meldung sind beizufügen: 1) eine nach der
Folgsolge geordnete Uebersicht über die bisherige Thätig-
keit seit der Approbation in und außerhalb der Apotheken,
enthaltend: a. die Anfangs- und Endzeiten nach Tages-
daten in zusammenhängender Reihe und unter fort-
laufenden Nummern (siehe § 2), b. den Ort und c. die
Art der Thätigkeit, namentlich auch für die Zeit der
Unterbrechung der pharmazeutischen Thätigkeit, 2) die
Approbation und die darauffolgenden Eignungzeugnisse,
die physikalisch beglaubigt, chronologisch geordnet und
mit den entsprechenden Nummern der Zusammenstellung

zu 1. versehen sein müssen, 3) polizeiliche Führungsgenugnisse über die Zeit von der Approbation bis jetzt in ununterbrochener Folge, 4) amtlich beglaubigter Nachweis aus neuester Zeit über die zur Einrichtung einer Apotheke erforderlichen Mittel, 5) eine Darstellung des Lebenslaufes, enthaltend Vor- und Zuname, Geburtsort und Datum, Confession, Staatsangehörigkeit, Familienstand, Zahl und Alter der Kinder, Militärverhältnis, besondere Beschäftigung der Ehefrau, Stand und Wohnort der Eltern des Gesuchstellers.

Die Anlagen zu 2 und 3 müssen zu je einem besonderen Heft vereinigt sein.

Gesuche, die den vorstehenden Anforderungen nicht entsprechen, müssen zur Abänderung zurückgegeben werden.

Der Bewerber hat außerdem pflichtgemäß zu versichern, entweder das er eine Apotheke bisher nicht besessen hat, oder falls dies der Fall sein sollte, anzugeben, wo er eine solche besessen hat, und die Gründe klar zu legen, aus denen er sein Besitzrecht an derselben aufgegeben hat, auch den Kauf- und Verkaufspreis der aufgegebenen Apotheke genau zu nennen. Gleichzeitig weist ich darauf hin, daß Gesuche von Bewerbern, welche erst nach dem Jahre 1885 (bei Berücksichtigung geringer Zeitunterschiede) approbiert sind, bei der großen Zahl mehr berechtigter Bewerber zur Zeit keine Aussicht auf Erfolg haben.

Solche Apotheker, stehen deshalb zur Vermeidung unnötigen Schreibwesens, am Besten von der Bewerbung ab.

Die Apotheker, welche sich teilweise vom Apothekenfache abgewandt haben, muß das Approbationsalter selbstverständlich erfüllt werden.

Schließlich bemerke ich, daß die Concession in der Mäßigkeit des Allerhöchsten Erlasses vom 30. Juni 1894 als eine unüberäußerliche und unerbliche versprochen werden wird, der Inhaber derselben somit zur Präsentation von Geschäftsnachfolgern nicht befugt sein und der Witwe sowie den minderjährigen Kindern desselben nur freistehen wird, die Apotheke nach Maßgabe des §. 4 der Revidirten Apotheken-Ordnung vom 11. October 1894 durch einen geeigneten Provisor verwalten zu lassen.

Berlin, den 22. Juli 1902.

Der Kaiserliche Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen

Ober-Postdirektion zu Potsdam.

58. Die Versicherung von Vermögensanschlüssen an die bestehenden Stadt- und Gemeindeversicherungen erfolgt alljährlich in zwei getrennten Quabschnitten, welche in den Monaten April und September ihren Anfang nehmen. Die Anmeldungen für den ersten Quabschnitt sind jeweils bis zum 15. März, diejenigen für den zweiten Quabschnitt bis zum 31. August, an die zuständige Versicherungsanstalt einzureichen.

Besonders angemeldet, Anschlüsse, welche nicht bis zum nächsten Quabschnitt zurückgestellt werden sollen, können nur gegen Erstattung der in Folge der nachträg-

lichen Vorausschätzung entstehenden Mehrkosten zur Ausführung gelangen.

Potsdam, 18. Juli 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion. Gärtler.

Annahme von Postsendungen durch die Landbriefträger.

59. Jeder Landbriefträger und Postfilialstelleninhaber hat Bestimmungsgemäß ein Annahmehandbuch zu führen, das zur Eintragung der angenommenen Postanweisungen, Wertsendungen u. s. w. dient. Den Auslieferern steht es frei, die Eintragung in das Annahmehandbuch des Landbriefträgers oder der Postfilialstelle selbst zu bewirken. Bei Eintragung des Gegenstandes durch den Landbriefträger oder den Postfilialstelleninhaber ist der Absender befugt, sich von der erfolgten Buchung zu überzeugen.

Da die Pachtspflicht der Postverwaltung mit der durch die Eintragung in das Annahmehandbuch nachweisbaren Uebergabe der Sendungen an den Landbriefträger beginnt, das Eintragen in das Annahmehandbuch mithin von entscheidender Bedeutung ist, so kann dem Publikum zur Sicherstellung nur immer von neuem empfohlen werden, in jedem Falle von der erwähnten Einrichtung Gebrauch zu machen.

Der Landbriefträger ist verpflichtet, dem Einlieferer auf dem nächsten Bestellgange den Posteinlieferungsschein abzuliefern.

Potsdam, 19. Juli 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion. Gärtler.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen

Ober-Postdirektion zu Berlin.

Rohrpostbetrieb beim Postamt in Wilmersdorf bei Berlin.

60. Am 28. Juli wird bei dem Kaiserlichen Postamt in Wilmersdorf bei Berlin der Rohrpostbetrieb eröffnet. Der Rohrpostverkehr findet täglich im Sommerhalbjahr von 7 Uhr, im Winterhalbjahr von 8 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends statt.

Berlin C. 2, im Juli 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Bekanntmachungen der Königlichen

Konfistoriums der Provinz Brandenburg.

Pfarrstellenverleihung.

61. Erledigt ist die ehemals reformirte Pfarrstelle Königlich-Patronats zu Neu-Ruppin, Diözese Neu-Ruppin, durch Emeritirung des Pfarrers Braune zum 1. October 1902. Wiederbesetzung erfolgt durch Gemeindevahl nach dem Pfarrwahlgesetz vom 15. März 1886. §. 4. Nr. 3. Die Bewerbungen sind schriftlich bei dem Königl. Konfistorium einzureichen.

Pfarrstellenverleihung.

62. Erledigt ist die Archidiaconatsstelle magistralischen Patronats zu Perleberg, mit welcher die pfarramtliche Verwaltung der Gemeinde Spiegelhagen verbunden ist, Diözese Perleberg, durch Versetzung des Archidiacons Miese. Ueber die Stelle ist bereits verfügt.

Pfarrstellenverleihung.

63. Erledigt ist die Pfarrstelle Königlich-Patronats zu Dorf Zechlin, Diözese Rastow, (Einkommen nach Grundgebhalts-Klasse I. durch Emeritirung des Pfarrers

Schulze zum 1. Oktober 1902. Wiederbesetzung erfolgt durch Gemeindevwahl nach dem Pfarrwahlgesetz vom 15. März 1886 — R. Ges. u. B. Bl. S. 39 — Bewerbungen sind schriftlich bei dem Rgl. Konfistorium einzureichen.

Bekanntmachungen der Rgl. Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Auslosung von Rentenbriefen.

14. In Gemäßheit der Bestimmungen des Gesetzes vom 2. März 1850, betreffend die Errichtung der Rentenbanken, und des Gesetzes vom 7. Juli 1891, betreffend die Beförderung der Errichtung von Rentengütern, wird am 12. August d. Js. Mittags 12 Uhr in unserem Geschäftslokale, Klosterstr. 76 I. hieselbst, die Auslosung von $3\frac{1}{2}\%$ Rentenbriefen der Provinz Brandenburg (Litt. F.—K.) unter Zugiehung der von der Provinzial-Vertretung gewählten Abgeordneten und eines Notars stattfinden.

Berlin, den 18. Juli 1902.

Königliche Direktion
der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirektion in Berlin.

Ausnahmetarif 1 (Holztarif).

26. Soweit in den Gütertarifen der deutschen Eisenbahnen für ihre Binnenverkehre und für die Deutschen Wechselverkehre, einschließlich der Wechselverkehre mit den auf deutschem Gebiete liegenden Stationen niederländischer Eisenbahnen, der Ausnahmetarif 1 (Holztarif) gilt, wird mit Gültigkeit vom 1. August 1902 unter Ziffer 4 des Waarenverzeichnisses des Ausnahmetarifs in der ersten Klammer das Wort „Sorten“ in „Arten“ abgeändert.

Im Gruppen- und Wechselverkehr der vereinigten preussisch-hessischen Staatsbahnen, im Binnenverkehr der Militärbahn, im Militärbahn-Staatsbahnverkehr, im Binnenverkehr der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen, im Reichsbahn-Staatsbahnverkehr, im Wechselverkehr der preussisch-hessischen Staatsbahnen mit den Oldenburgischen Staatsbahnen und mit Station Kempen der Breslau-Warschauer Eisenbahn ist diese Tarifmaßnahme nach unserer Bekanntmachung vom 27. Juni d. Js. bereits am 1. Juli d. Js. eingeführt worden.

Berlin, den 16. Juli 1902.

Königliche Eisenbahndirektion,
zugleich Namens der beteiligten Verwaltungen.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

23. S t a t u t

betreffend die Bildung eines die Landgemeinden Nieder-Schöneweide, Adlershof, Grünau, Johannisthal und Alt-Ostendke umfassenden Kanalisationsverbandes.

§ 1. Die Landgemeinden Nieder-Schöneweide, Adlershof, Grünau, Johannisthal und Alt-Ostendke werden mit ihrem Einverständnis auf Grund des IV. Titels der Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891 behufs gemeinsamer Wahrnehmung folgender kommunaler Angelegenheiten, nämlich:

1) des Anlaufs, der Errichtung und des Betriebes

eines Rieselfeldes, zur Beseitigung der Wirtschaftswässer und Kaskallen aus den Verbandsgemeinden, wobei die Aufnahme von industriellen Abwässern auf die vom Verbandsausschuß in jedem einzelnen Falle vorher zu genehmigende Einbeziehung von kleineren gewerblichen Anlagen mit quantitativen geringen und qualitativen unschädlichen Abwässern beschränkt ist,

2) der Regelung und Unterhaltung der Vorflut und
3) des Baues, der Unterhaltung und des Betriebes eines gemeinsamen Druckrohrsystems zu einem Verbanne verbunden.

§ 2. Der Verband führt den Namen:

„Kanalisationsverband für die Landgemeinden Nieder-Schöneweide, Adlershof, Grünau, Johannisthal und Alt-Ostendke“.

Die Verwaltung wird am Amtssitze des jeweiligen Verbandsvorstehers geführt; der Gerichtsstand ist der für Nieder-Schöneweide.

§ 3. Der Verband wird in seinen Angelegenheiten durch den Verbandsausschuß und den Verbandsvorsteher vertreten; der letztere ist die ausführende Behörde.

Der Verbandsausschuß besteht aus 15 Mitgliedern. Jede dem Verband angehörige Gemeinde entsendet in den Verbandsausschuß 3 Mitglieder.

Die Vertretung jeder Gemeinde in dem Verbandsausschuß erfolgt durch den Gemeindevorsteher oder dessen geschäftsfähigen Stellvertreter und durch zwei von der Gemeindevertretung aus der Zahl der zur Uebernahme des Amtes als Gemeindeverordneter in der betreffenden Gemeinde befähigten Personen zu wählende Abgeordnete. Ein Abgeordneter muß Mitglied der Gemeindevertretung sein. Die Wahl der beiden Abgeordneten erfolgt auf 6 Jahre.

Der Verbandsausschuß wählt aus seiner Mitte, und zwar aus der Zahl der Gemeindevorsteher, einen Verbandsvorsteher und einen Stellvertreter desselben auf die Zeitdauer von 6 Jahren nach den für die Wahl der Gemeindevorsteher geltenden Vorschriften — §§ 76 ff. der Landgemeindeordnung — mit der Maßgabe hinsichtlich des § 77, daß der Verbandsausschuß aus seiner Mitte einen Wahlvorsteher wählt und von der Wahl von 2 Beisitzern Abstand nehmen kann.

§ 4. Der Verbandsausschuß hat über alle im § 1 bezeichneten kommunalen Angelegenheiten zu beschließen, soweit diese nicht dem Verbandsvorsteher durch das Gesetz und dieses Statut ausdrücklich überlassen sind.

§ 5. Der Verbandsausschuß überwacht die Verwaltung, er ist berechtigt, sich von der Ausführung seiner Beschlüsse, von dem Eingange und der Verwendung aller Einnahmen der Verbandskasse sowie von der gehörigen Ausführung der Verbandsarbeiten Ueberzeugung zu verschaffen; er darf jedoch seine Beschlüsse niemals selbst zur Ausführung bringen.

§ 6. Der Verbandsausschuß ist zusammenzubertufen, so oft seine Geschäfte es erfordern.

Die Zusammenberufung erfolgt unter Angabe der Gegenstände der Beratung durch den Verbandsvorsteher;

sie muß erfolgen, wenn es von einem Drittel der Mitglieder verlangt wird.

Die Art und Weise der Zusammenberufung wird durch den Verbandsauschuß bestimmt. Mit Ausnahme dringender Fälle müssen zwischen der Zusammenberufung und dem Verhandlungstermine mindestens zwei Tage frei bleiben.

§ 7. Für den Verbandsauschuß können durch Beschluß desselben regelmäßige Sitzungstage festgesetzt werden; es müssen jedoch auch dann die Gegenstände der Verathung, und zwar mit Ausnahme dringender Fälle mindestens zwei Tage vorher den Mitgliedern des Verbandsauschusses angezeigt werden.

§ 8. Der Verbandsauschuß ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. In der Vorladung ist darauf hinzuweisen, daß die Nichtanwesenden sich den gefaßten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Wird der Verbandsauschuß zum zweiten Male zur Verathung über denselben Gegenstand zusammenberufen, so sind die erschienenen Mitglieder ohne Rücksicht auf ihre Anzahl beschlußfähig. Bei der zweiten Zusammenberufung muß auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen werden.

§ 9. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Die der Stimmabgabe sich enthaltenden Mitglieder werden zwar als anwesend betrachtet, die Stimmenmehrheit wird jedoch lediglich nach der Zahl der abgegebenen Stimmen festgestellt.

§ 10. Bei den Sitzungen des Verbandsauschusses findet beschränkte Öffentlichkeit statt. Denselben können als Zuhörer alle zu den Gemeindeabgaben innerhalb des Verbandes herangezogenen männlichen großjährigen Personen betwohnen, welche sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden und Gemeindeangehörige oder Stimmberechtigte auf Grund des § 45 Absatz 1. oder Vertreter von Stimmberechtigten (§ 46 Nr. 1, 2 u. 4) der Landgemeindeordnung sind. Für einzelne Gegenstände kann durch besonderen Beschluß, welcher in geheimer Sitzung gefaßt wird, die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Die Sitzungen sind mit Angabe der Tagesordnung in jeder Gemeinde in ortsüblicher Weise vorher bekannt zu machen.

§ 11. Der Vorsitzende leitet die Verhandlungen, eröffnet und schließt die Sitzungen und handhabt die Ordnung in der Versammlung.

Er kann jeden Zuhörer, welcher Störung irgend einer Art verursacht, aus dem Sitzungszimmer entfernen lassen.

§ 12. Die Beschlüsse des Verbandsauschusses sind in ein besonderes Buch einzutragen und von dem Vorsitzenden sowie wenigstens zwei Mitgliedern der Versammlung zu unterzeichnen.

§ 13. Der Verbandsauschuß beschließt über die Verwaltung und Benützung des Verbandsvermögens.

§ 14. Zur Veräußerung von Grundstücken oder solchen Getreidigkeiten, welche den Grundstücken gesetzlich

gleichgestellt sind; zu einseitigen Verzichtleistungen und Schenkungen; zu Anleihen, durch welche der Verband mit einem Schuldenstande befaßt oder der vorhandene vergrößert wird, bedarf es der Genehmigung des Kreisauschusses.

§ 15. Die Veräußerung von Grundstücken darf der Regel nach nur im Wege des öffentlichen Meistgebots stattfinden.

Zur Gültigkeit einer solchen Veräußerung gehört:

- 1) die Vorlegung eines beglaubigten Auszuges aus der Grundsteuer Mutterrolle,
- 2) eine ortsübliche Bekanntmachung,
- 3) die einmalige Bekanntmachung durch das für die amtlichen Bekanntmachungen des Landraths bestimmte Blatt (Kreisblatt),
- 4) eine Frist von vier Wochen von der Bekanntmachung bis zum Verkaufstermin,
- 5) die Abhaltung der Verkaufsverhandlung durch den Verbandsvorsitzer oder einen Justizbeamten.

Der im Absatz 2 unter Nr. 3 vorgeschriebenen Bekanntmachung bedarf es nicht, wenn der Grundsteuerertrag des Grundstücks 6 Mark nicht übersteigt.

Liegt diese Voraussetzung (Absatz 3) vor, oder erachtet der Kreisauschuß den Vortheil des Verbandes für gewahrt, so kann ein Verkauf aus freier Hand oder ein Tausch stattfinden.

Das Ergebnis des Verkaufes ist in allen Fällen dem Verbandsauschuß mitzutheilen, der Zuschlag kann nur mit dessen Genehmigung ertheilt werden.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auch auf Verkäufe von Realberechtigungen Anwendung, wobei außerdem die Ausnahme einer Taxe in allen Fällen nothwendig ist.

Für die Eintragung im Grundbuche genügt zum Nachweise, daß der Vorschriften dieses Paragraphen genügt worden ist, die Bestätigung des Vertrages durch den Kreisauschuß.

§ 16. Die Verpachtung von Grundstücken und Gerechtsamen des Verbandes muß im Wege des öffentlichen Meistgebots geschehen. Ausnahmen hiervon können durch den Kreisauschuß gestattet werden.

§ 17. Der Verbandsauschuß ist befugt, die Anstellung besoldeter Verbandsbeamten für einzelne Dienstzweige oder Dienstverrichtungen zu beschließen und über Gehalts- und Pensionsverhältnisse Bestimmung zu treffen.

§ 18. Ueber alle Einnahmen und Ausgaben, welche sich im Voraus veranschlagen lassen, entwirft der Verbandsvorsitzer für das Rechnungsjahr oder für eine längere von dem Verbandsauschuß festzusetzende Rechnungsperiode, welche jedoch die Dauer von drei Jahren nicht übersteigen darf, einen Voranschlag.

Der Entwurf ist während zwei Wochen nach vorheriger Bekanntmachung in einem von der Verbandsversammlung zu bestimmenden Räume zur Einsicht aller Verbandsangehörigen auszuliegen.

Nach Ablauf dieser Frist erfolgt die Feststellung des Voranschlages durch den Verbandsauschuß.

Diese Feststellung ist vor Beginn des neuen Rech-

nungsjahres oder der neuen Rechnungsperiode zu bewirken. Der Verbandsvorsteher hat eine Abschrift des festgesetzten Voranschlages dem Vorsitzenden des Kreisausschusses einzureichen.

Der Verbandshaushalt ist nach dem Voranschlage zu führen. Alle Einkünfte müssen zur Verbandskasse gebracht werden. Ausgaben, welche außerhalb des Voranschlages geschehen, oder über deren Verwendung besondere Beschlußfassung vorbehalten ist, sowie Ueberschreitungen des Voranschlages bedürfen der vorherigen Genehmigung des Verbandsausschusses.

§ 19. Ueber alle Einnahmen und Ausgaben des Verbandes muß ein nach Vorschrift angelegtes Rechnungsbuch geführt werden.

Die Verbandrechnung ist binnen drei Monaten nach dem Schlusse des Rechnungsjahres dem Verbandsausschusse zur Prüfung, Feststellung und Entlastung vorzulegen.

Die Einreichung der Rechnung erfolgt zunächst an den Verbandsvorsteher, welcher sie einer Vorprüfung zu unterziehen und, mit seinen Erinnerungen versehen, dem Verbandsausschusse vorzulegen hat.

Die Feststellung der Rechnung muß innerhalb drei Monaten nach Vorlegung der Verbandrechnung bewirkt sein.

Nach erfolgter Feststellung ist die Rechnung während eines Zeitraumes von zwei Wochen zur Einsicht der Verbandsangehörigen auszulegen.

Dem Vorsitzenden des Kreisausschusses ist eine Abschrift des Feststellungsbeschlusses sofort einzureichen. Der Kreisausschuss ist berechtigt, die Verbandrechnung nachprüfen zu lassen.

§ 20. Der Kreisausschuss beschließt:

- 1) an Stelle der Aufsichtsbehörde über die Feststellung und den Erlass der, bei der Verbandskasse, vor kommenden Defizite nach Maßgabe der Verordnung vom 24. Januar 1844 (Gesetz-Samml. S. 52).

Der Beschluß ist vorbehaltlich des ordentlichen Rechtsweges endgültig;

- 2) über die Art der gerichtlichen Zwangsvollstreckungen wegen Geldforderungen gegen den Verband (§ 15 zu 4 des Einführungsgesetzes zur Deutschen Zivilprozessordnung vom 30. Januar 1877, Reichs-Gesetzl. S. 244).

§ 21. Dem Verbandsvorsteher liegen insbesondere folgende Geschäfte ob:

- 1) den Vorsitz in dem Verbandsausschusse mit vollem Stimmrecht zu führen,
- 2) die Beschlüsse des Verbandsausschusses vorzubereiten,
- 3) die Beschlüsse des Verbandsausschusses, sofern er dieselben nicht beanstandet oder deren Ausführung ansieht, zur Ausführung zu bringen und demgemäß die laufende Verwaltung bezüglich des Vermögens und der Einkünfte des Verbandes sowie der Verbandsanstalten, für welche eine besondere Verwaltung nicht besteht, zu führen und diejenigen Verbandsanstalten, für welche besondere Verwaltungen eingesetzt sind, zu beaufsichtigen,
- 4) die auf dem Verbandsvoranschlage oder auf Be-

schlüssen des Verbandsausschusses beruhenden Einnahmen und Ausgaben anzuweisen und das Rechnungs- und Kassawesen zu beaufsichtigen,

- 5) die Verbandsbeamten, nachdem der Verbandsausschuss darüber beschlossen hat, anzuweisen und zu beaufsichtigen,
- 6) die Urkunden und Akten des Verbandes aufzubewahren,
- 7) den Verband nach außen zu vertreten und namens desselben mit Behörden und Privatpersonen zu verhandeln.

Urkunden über Rechtsgeschäfte, welche den Verband gegen Dritte verbinden sollen, insgesam Vollmachten müssen unter Anführung des betreffenden Beschlusses des Verbandsausschusses und der dazu etwa erforderlichen Genehmigung oder Entschließung der zuständigen Aufsichtsbehörde im Namen des Verbandes von dem Verbandsvorsteher und einem Mitgliede des Verbandsausschusses unterschrieben und mit dem Verbandssiegel versehen sein. Eine den vorstehenden Bestimmungen gemäß ausgestellte Vollmacht ist auch dann ausreißend, wenn die Gesetze sonst eine gerichtliche oder Notariatsvollmacht erfordern.

- 8) die Verbandsabgaben und Dienste nach den Gesetzen und den Beschlüssen des Verbandsausschusses auf die verpflichteten Gemeinden zu vertheilen und wegen deren Einziehung oder Ausführung, die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

§ 22. Der Verbandsvorsteher hat Erlass seiner baaren Ausgaben und die Gewährung eines mit ähnlichen Mithewaltung in billigen Verhältnissen stehenden Entschädigung zu beantragen. Die Aufbringung derselben liegt dem Verbands-

§ 23. Ueber die Festlegung der baaren Ausgaben und der Entschädigung des Verbandsvorstehers beschließt der Kreisausschuss auf Antrag des Verbandsvorstehers.

§ 24. Die Vertheilung der Beiträge zu den gemeinsamen Ausgaben auf die zum Verbands- gehörigen Gemeinden erfolgt nach Maßgabe der Wassermengen, welche von den einzelnen Gemeinden den Kanalisationsanlagen zugeführt werden.

Die zur Fertigstellung und Inbetriebnahme der Verbandsanlagen werden die Beiträge auf die Verbandsgemeinden fählich unter Zugrundelegung der durch die Personenstandsaufnahme ermittelten Kopfzahl vertheilt.

Solange nach Inbetriebnahme der Verbandsanlagen nicht sämtliche Verbandsgemeinden mit ihrer Kanalisation an die Verbandsanlagen angeschlossen sind, werden die Ausgaben für die gemeinsamen Anlagen indessen mit Ausschluß der Betriebskosten, welche nach den Wassermengen (Abias 1) umzulegen sind zunächst nach der Kopfzahl (Abias 2) auf die angeschlossenen Gemeinden zusammen und auf die nicht angeschlossenen Gemeinden je besonders vertheilt. Der auf diese Weise für die angeschlossenen Gemeinden im

Ganzen berechnete Beitrag wird sodann auf diese weiter nach den Wassermengen (Absatz 1) vertheilt.

§ 25. In einem Beschlusse, der eine Aenderung dieses Statuts enthält, ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der erschienenen Mitglieder und die Genehmigung des Kreis-Ausschusses erforderlich.

§ 26. Wegen der Ausübung der staatlichen Aufsicht finden die Vorschriften des V. Titels der Landgemeindefeuerordnung Anwendung.

Vollzogen auf Grund Gemeindebeschlusses vom 6. Februar 1902.

Namens der Gemeinde Nieder-Schöneweide.

Der Gemeinde-Vorsteher. Der Schöffe.

Heilige. E. Exelting.

Vollzogen auf Grund Gemeindebeschlusses vom 27. Februar 1902.

Namens der Gemeinde Adlershof.

Der Gemeinde-Vorsteher. Der Schöffe.

Reinisch. Greinke.

Vollzogen auf Grund Gemeindebeschlusses vom 27. Februar 1902.

Namens der Gemeinde Grünau.

Der Gemeinde-Vorsteher. Der Schöffe.

van Lip. L. W. Ehrlich.

Vollzogen auf Grund Gemeindebeschlusses vom 13. Februar 1902.

Namens der Gemeinde Johannisthal.

Der Gemeinde-Vorsteher. Der Schöffe.

Kober. Knappe.

Vollzogen auf Grund Gemeindebeschlusses vom 15. Februar 1902.

Namens der Gemeinde Alt-Glienide.

Der Gemeinde-Vorsteher. Der Schöffe.

Waldmann. Thiele.

Die Landgemeinden Nieder-Schöneweide, Adlershof, Grünau, Johannisthal und Alt-Glienide werden auf Grund des § 128 der Landgemeindefeuerordnung, behufs gemeinsamer Wahrnehmung der im § 1 des vorliegenden Statuts bezeichneten kommunalen Angelegenheiten zu einem Verbande verbunden.

Das von den theilhaftigen Gemeinden im Wege freier Vereinbarung festgestellte Statut wird vom Kreis-Ausschuss bestätigt.

Berlin, den 13. März 1902.

Der Kreis-Ausschuss des Kreises Teltow.

Personal-Chronik.

Im Kreise Borskow-Storkow ist wieder ernannt worden zum Amtsvorsteher-Stellvertreter: Gemeindevorsteher Gliese in Neubrück für den Bez. 7 „Sauer“.

Im Kreise Osthavelland ist wieder ernannt worden zum Amtsvorsteher-Stellvertreter: Gemeindevorsteher Kraas in Markte für den Bez. 29 „Bredow“.

Im Kreise West-Prignitz ist ernannt worden zum Amtsvorsteher-Stellvertreter: Gutspächter Wöhrer in Gramow für den Bez. 14 „Strigleben“.

Im Kreise West-Prignitz ist ernannt worden zum

Amtsvorsteher-Stellvertreter: Administrator v. Knoblauch in Damm für den Bez. 7 „Damm“.

Im Kreise Ost-Havelland ist wieder ernannt worden zum Amtsvorsteher-Stellvertreter: Rittergutsbesitzer Reuter in Penke für den Bez. 2 „Hebbellin“.

Die Regierungs-Geizsupernumerare Fris und Weg sind zu Regierungs-Sekretären ernannt worden.

Infolge der angeordneten Beschäftigung des Regierungsraths Wex in der allgemeinen Staatsverwaltung ist dem von Euporf nach Eberswalde versetzten Regierungsraths Drilling vom 1. August d. J. ab die fernere Verwaltung der Spezialkommission Eberswalde übertragen worden.

Der bisherige Pfarrer Adolf Theodor Georg Passon in Friedersdorf, Diocese Storkow, ist zum Diaconus an der St. Bartholomäus-Kirche, Diocese Berlin I., bestellt worden.

Der bisherige Diaconus in Meyenburg, Hermann Sildenknecht, ist zum Pfarrer der Pfarthe Borne, Diocese Belgis, bestellt worden.

Der bisherige Hülfsprediger Arndt Eberhard Mar Johannes Irmsch ist zum Pfarrer der Pfarthe Brunn, Diocese Müsterehausen a. A., bestellt worden.

Der Gemeindefchullehrer Ernst Herzog ist als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Die Lehrer Seydolt, Otto, Däling, Benz-laff, Sage, Kayser, Ebeling, Haase, Neumann, Rabitz, Ruffert und Döring sind endgültig als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Dem bisherigen Registraturdiener und Altenpfeifer des königlichen Charite-Krankenhauses ist vom 1. April d. J. ab die Stelle eines Aufschreibeamten bei derselben Behörde übertragen worden.

Veränderungen bei der königlichen Ministerial-Militär- und Bau-Kommission. Angenommen: Der Ober-Primaner Gau als Civil-Supernumerar.

Ernannt und vereidigt: als Regierungsbauführer die Baubefehlshaber: Thorban, Ronn, Grebenstein, Michel, Grottmann, Ruffele, Otto, Herm, Bohnsack, Uchtenhagen, Laband, Klusck, Kraut, Bollpracht.

Angestellt: Der Kassirer-Assistent Kielis als Kassirer, der Hülfsbote Greiff als Hauswächter.

Uebertreten: Landrentmeister Sauter von der Regierung in Ettlin als Rentant an die hiesige Kasse.

Verstorben: Regierungsrath Dr. Dingner.

Ausgeschieden: Reichsminister.

Bekanntmachungen.

verschiedenen Inhalts.

Königliche landwirthschaftliche Akademie Bonn-Boppelsdorf in Verbindung mit der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Die Aufnahmen für das Winter-Salbsjahr 1902/03 beginnen am 15. Oktober, die Vorlesungen am 22ten Oktober d. J. Prospekt und Lehrpläne versendet das Sekretariat der Akademie auf Ansuchen kostenfrei. Auskunft über den Eintritt und den Studiengang ertheilt der Direktor.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Schankwirt Fritz Eiling, geboren am 26. Jan. 1871 zu Steuden in Kurland, amerikanischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 18. Februar 1902 ausgewiesen.

Der Kaufmann Salomon Relez, geboren am 5. April 1858 zu Glastowice in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 1. April 1902 ausgewiesen.

Ugo Cicinelli, geboren 22. November 1872 zu Livoli in Italien, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 3. Mai 1902 ausgewiesen.

Der Schneider Moses Schnapel, geboren 15. Mai 1879 zu Larnopol in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 28. Mai 1902 ausgewiesen.

Der Kaufmann Heinrich Lust, geboren 27. März 1888 zu Lemberg in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 30. Mai 1902 ausgewiesen.

Der Schlossmann Stanislaus Schusterloski, geboren am 15. April 1877 zu Kalisz (russ. Polen), russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 5. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Arbeiter Ignaz Kujawski, geboren am 15. Dezember 1874 zu Bichomb, Kr. Kowna, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 7. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Hausdiener Chaim Leib Schwarzmann, geboren 15. März 1888 zu Rymanow, Kreis Sanok, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 9. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Arbeiter Simpe Hersch Brauner, genannt Regenbogen, geboren am 28. September 1879 zu Jagielnic, Kr. Czarnow, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 11. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Cigarettenarbeiter Moritz Kleiner, geboren am 8. Juni 1877 zu Verbitsch, Kr. Kiew, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 14. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Schuhmacher Vincenz Knapil, geboren 11. Juli 1879 zu Przejinja-Narodowa, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 15. Juni 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Arbeiter Giovanni Jacconelli, geboren am

21. März 1865 zu St. Biagio, Prov. Caserta, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 15. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Arbeiter Jakob Polak, geboren 23. November 1870 zu Zbaraz, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 18. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Drehorgelspieler Vincenzo Saccardi, geboren am 1. Februar 1835 zu Ciano D'Enza, Prov. Reggio, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 20. Juni 1902 ausgewiesen.

Knopfsoharbeiter Herrn. David Oranspan, geboren 2. Januar 1885 zu Jaroslaw, Kreis Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 21. Juni 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Diamantschneider Raphael Aronsfrau, geboren am 23. Juni 1885 zu Kralau, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 24. Juni 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Konditor Lazar Schön, geboren 13. April 1880 zu Budapest, österreichisch-ungarischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 25. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Schilbmaler Herich Meyer Driss, geboren am 12. November 1876 zu Lemberg, Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 25. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Kaufmann David Blumenfeld, geboren am 18. August 1875 zu Seretj l. v. Dufowina, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 25. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Arbeiter Saul Freibrunn recte Lichtmann, geboren 22. Dezember 1883 zu Halle in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 27. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Fleischer Wilhelm Jemanzel, geboren 7. ten März 1870 zu Dux, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 28. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Arbeiter Carl Drescher, geboren 29. April 1883 zu Wien, ungarischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 1. Juli 1902 ausgewiesen.

Der Fleischer August Rosum, geboren am 21. ten August 1878 zu Wien, österreichischer Staatsangehöriger,

riger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des 27. Februar 1879 zu Wien, österreichischer Staats-
Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 12. Juli angehörigen, ist als lästiger Ausländer durch Ver-
1902 ausgewiesen. fägung des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin
Der Fleischergehilfe Anton Vogel, geboren am vom 12. Juli 1902 ausgewiesen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Rt. Zust.	Name und Stand der Ausgewiesenen	Alter und Heimath	Grund der Verurteilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat	Datum des Ausweisungs- Beschlusses
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	a. Josef Huböck, Tagelöhner,	geboren am 9. November 1853 zu Großschöbgen, Gemeinde Andorf, Bezirk Schärding, Österreich, ortsangehörig eben- dasselbst,	Kupperei (14 Ta- ge Gefängniß, laut Erkenntnis vom 26. März 1902),	Königlich bayerische Polizeidirektion München,	30. Mai 1902.
	b. dessen Ehefrau Therese Huböck, geborene Eggerödörfer,	geboren am 1. Juni 1859 zu Galgweis, Bezirk Oberhofen, Böhmen, ortsangehörig zu Großschöbgen,	Kupperei (10 Ta- ge Gefängniß, laut Erkenntnis vom 26. März 1902),	desgleichen,	desgleichen.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Antonio Cocozza, Arbeiter,	geboren am 6. November 1872 zu St. Vagio, Italien, italie- nischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	23. Juni 1902.
2	Johann Raimund Dubina, Kneipner,	geboren am 27. Februar 1861 zu Schlößhof, Österreich, österei- chischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Polizei- Behörde zu Hamburg,	28. Juni 1902.
3	Josef Dürschner, Erbschneider,	geboren am 11. November 1867 zu Mantau, Bezirk Bischof- stein, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Nab- burg,	5. Juni 1902.
4	Peter Gall, Arbeiter,	geboren am 29. Juni 1850 zu Ober-Altsch, Bez. Trautenau, Böhmen, österreichischer Staats- angehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Erfurt,	27. Juni 1902.
5	Franz Geisler, Arbeiter,	geboren am 11. März 1857 zu Altendorf, Mähren, österei- chischer Staatsangehöriger,	Landstreichen, Bet- teln u. Ueber- tretung einer Straßenordnung,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	11. April 1902.
6	Karl Groß, Tischlergehilfe,	geboren am 20. März 1859 zu Kuttelberg, Österreichisch-Schle- sien, österreichischer Staatsan- gehöriger,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oepeln,	30. April 1902.
7	Heinrich Horn, Eisenarbeiter,	geboren am 28. August 1856 zu Deffendorf, Bezirk Gabling, Böhmen, ortsangehörig eben- dasselbst,	Landstreichen, Betteln u. grober Aufzug,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Cassel,	14. Juni 1902.
8	Edmund Karger, Hutmacher,	geboren am 3. Juli 1883 zu Wien, ortsangehörig eben- dasselbst,	schwere Körperver- letzung und Bet- teln,	Großherzoglich badi- scher Landeskommi- ssär zu Mannheim,	27. Juni 1902.
9	Susanna Rad geborene Scholz, Blumenbinderin,	geboren am 21. Januar 1867, aus Rádmart, Komitat Zips, Ungarn, ortsangehörig zu Die- lig, Österreichisch-Schlesien,	Landstreichen und Führung falschen Namens,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oepeln,	12. Mai 1902.
10	Johann Razed, Dreschler,	geb. am 16. April 1853 zu Tiffau, Bezirk Hohenmauth, Böhmen, österreichischer Staatsangehör.	Landstreichen und Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Neumarkt i. D.,	7. Juni 1902.

Rang-Nr.	Name und Stand	Alter und Geburtsort	Grund der Verurteilung	Behörde, welche die Ausweisung beschloß	Datum der Ausweisungs-Entscheidung
	der Ausgewiesenen				
1	2	3	4	5	6
11	Franz Nowak, Handarbeiter und Former,	geboren am 22. Dezember 1858 zu Brannov, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Zwickau,	4. Juni 1902.
12	Franz Maria Dzwieneczn, Hulmager u. Arbeiter,	geboren am 29. Oktober 1873 zu Prag, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	7. Mai 1902.
13	Reinhold Kottler, Glasmacher,	geboren am 30. Mai 1867 zu Lannsdorf, Bezirk Senftenberg, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbe,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	27. Februar 1902.
14	Anton Schubert, Gerber,	geboren am 14. August 1851 zu Johnsdorf, Bezirk Braunan, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	derselbe,	21. Mai 1902.
15	Anton Stenvert, Cigarrenarbeiter,	geboren am 24. August 1863 zu Deventer, Provinz Overijssel, Niederlande, niederländischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Hannover,	28. Juni 1902.
16	Sebastian Norbert Commet, Taguer,	geboren am 8. Dezember 1840 zu Bonfol, Schweiz, schweizerischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	3. Juli 1902.
17	Johann Gellert, Bäcker,	geboren am 6. März 1853 zu Komotau, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Königlich bayerischer Bezirksamt Weiskriegs,	28. Juni 1902.
18	Josef Haunold, Schlosser,	geboren am 6. März 1882 zu Suttentbrunn, Bezirk Oberhollabrunn, Oesterreich, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	8. Juli 1902.
19	Josefa Raborek, ledige Korbflechterin und Tagelöhnerin,	geboren am 25. April 1874 zu Laus, Böhmen, österreichische Staatsangehörige,	Landstreichen, Betteln und Anhalten ihrer Kinder zum Betteln,	Königlich bayerischer Bezirksamt Landau a. J.,	26. Juni 1902.
20	Johann Langer, Steinhauer,	geboren am 19. März 1838 zu Marlesgrün, Bezirk St. Joachimsthal, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich bayerischer Bezirksamt Tirschenreuth,	23. Juni 1902.
21	Krispinus Mikulla, Müller,	geboren am 8. März 1847 zu Lichtenau, Bezirk Senftenberg Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	3. Juli 1902.
22	Stephan Dzielwicz (Dziemwicz), Arbeiter,	geboren im Jahre 1876 im Kreise Jedd, Rußland, russischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Lüneburg,	28. Juni 1902.
23	Seraphin Jerg, Bäcker,	geboren am 22. März 1882 zu Burgeis, Bezirk Meran, Tirol, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich bayerischer Bezirksamt Weihenheim,	4. Juni 1902.

Die Ausweisung des Müllergesellen Johann Ernst Blum ist zurückgenommen worden.

Vierzu Vier Deffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der K. D. Hayschen Buchdruckerei.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 32.

Den 8. August

1902.

Inhaltsverzeichnis: Inhalt von Stück 37 des Reichsgesetz-Blatts und Stück 36 der Gesetz-Sammlung S. 335. — Jagd auf Rebhühner. S. 335. — Wahl eines Provinziallandtagsabgeordneten. S. 335. — Berufsgenossenschaft der Feinmechanik. S. 335. — Ankauf volljähriger Militär-Dienstpferde. S. 335. — Geschäftsbetrieb der Versiegerer. S. 336. — Marktpresse. S. 336. — Dänisches Generalkonsulat. S. 336. — Belohnung für Ermittlung eines Brandstifters. S. 336. — Viehschlachten. S. 336. — Kontrahierung ausländischer Arbeiter. S. 337. — Postkassen in Belgien. S. 337. — The Smith, Premier Typewriter Company in Syracuse im Staate New York. S. 337. — Heberlein Salfacting Railway Break Company, Limited, in London. S. 340. — Uebersetzung des Zusammenfassungszugriffes. S. 341. — Rohrpostbetrieb beim Postamt 11 in Berlin. S. 341. — Verlegung eines Fernsprecherabzuges. S. 341. — Gemeindefälle für Fernsprecherabz. S. 341. — Postanstalt Oberwalde, Schützenfestplatz. S. 341. — Pfarrstellenerledigung. S. 342. — Marktschreiber. S. 342. — Gruppentarif III. (Heilbrunn-Stettin). S. 342. — Befestigung auf Station Tempelhof und Wilmerdorf-Friedenau. S. 342. — Eisenbahnabz. Neukölln. S. 342. — Veränderungen von Gemeindefällen und Ortsbezirksgrenzen. S. 342. — Personal-Chronik. S. 343. — Geschenke an Kirchen u. S. 343. — Ausweisungen aus Preußen. S. 344. — Ausweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiet. S. 344. — Sonderbeilage: Vorschriften über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen sowie über den Geschäftsbetrieb der Versiegerer.

Reichsgesetzblatt.

(Stück 37.) Nr. 2893. Bekanntmachung betreffend die wechselseitige Vengsprichung der Militär- und Polizeibehörden über das Auftreten übertragbarer Krankheiten. Vom 22. Juli 1902.

Gesetzsammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 35.) Nr. 10382. Gesetz, betreffend die Abgrenzung und Gestaltung der Berufsgenossenschaften auf Grund des § 141 des Unfallversicherungs-gesetzes für Land und Forstwirtschaft (Reichs-Gesetzbl. 1900. S. 641). Vom 16. Juni 1902.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten.

Jagd auf Rebhühner.

12. Auf Grund des § 2 des Gesetzes über die Schusszeiten des Wildes vom 26. Februar 1870 in Verbindung mit § 107 des Zustandigkeitgesetzes vom 1. August 1883, § 43 Absatz 3 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 und § 2 des Gesetzes vom 13. Juni 1900 betreffend die Polizeiverwaltung in den Stadtkreisen Charlottenburg, Schöneberg und Kirchhof wird für das laufende Jahr der Beginn der Jagd auf Rebhühner in den Stadtkreisen Berlin, Charlottenburg, Kirchhof und Schöneberg auf Montag den 18. August festgesetzt. Die Jagdzeit dauert bis Sonntag den 14. Dezember einschließlich. Potsdam, den 28. Juli 1902.

Der Oberpräsident.

Wahl eines Provinziallandtagsabgeordneten.

13. An Stelle des verstorbenen Provinziallandtagsabgeordneten, Bürgermeisters a. D. Zimmermann ist Sieglis als Gemeindevorsteher Mesdorf in Golln als Provinziallandtagsabgeordneter für den Kreis Teltow gewählt worden.

Potsdam, den 30. Juli 1902.

Der Oberpräsident.

Bekanntmachungen

des Königl. Regierungspräsidenten.

Berufsgenossenschaft der Feinmechanik.

224. Der Vorstand der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik hat den Ingenieur P. Posemann in Charlottenburg, den Ingenieur Adolf Kämpelmann in Merlohn und den Ingenieur Max Schuberth in Stuttgart als technische Aufsichtsbeamten und letzteren zugleich als Rechnungsbeamten bestellt.

Potsdam, den 30. Juli 1902.

Der Regierungspräsident.

225.

Ankauf

volljähriger Militär-Dienstpferde.

1) Zum Ankauf von volljährigen Militärzugpferden im Alter von 5 bis 8 Jahren soll im Regierungsbezirk Potsdam in diesem Herbst der nachbezeichnete Markt abgehalten werden:

2. Oktober 8 1/2 Uhr Vorm.

Neustadt a. Dosse, Bahnhof.

2) Die gekauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung bar bezahlt.

3) Es sollen von den Remontierungs-Kommissionen nur solche Pferde gekauft werden, die den Anforderungen genügen, die an die Remonten der Waffengattung zu stellen sind. Als Mindestmaß gelten 1,50 m Stockmaß (= 1,58 m Handmaß), und als Höchstmaß 1,67 m Stockmaß (= 1,76 m Handmaß). Die Pferde dürfen sich nicht in dürftigem Zustande befinden; Krüppelheiten und wunden Stellen sind vom Ankauf ausgeschlossen.

4) Pferde mit solchen Fehlern, die nach den Gesetzen den Kaufschilling machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen.

5) Die Verkäufer sind verpflichtet, ihren verkauften Pferde eine neue, nicht minderwertige Trense mit Anker, einem neuen Gebiss (ohne Anker) und

eine neue starke Kopfhalter von Leder oder Hanf mit zwei mindestens 2 Meter langen Strängen von Hanf ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Berlin, den 14. Juli 1902.

Kriegsministerium, Heeresinspektion.

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Hinzufügen zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß das Ankaufsfuß für sämtliche brandenburgische und mecklenburgische Märkte nur etwa 80 Pferde beträgt.

Potsdam, den 25. Juli 1902.

Der Regierungspräsident.

Vorschriften über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen sowie über den Geschäftsbetrieb der Versteigerer.

226. Diesem Stück des Amtsblatts liegen in einer Sonderbeilage vorgenannte Vorschriften bei.

Die Ortspolizeibehörden haben alsbald die in Ziffer 31 vorgeschriebene Festsetzung der Frist, die zwischen dem Eingange der Anzeige der Versteigerung und dem Versteigerungstermine liegen muß, vorzunehmen. Die Frage, ob die Versteigerung neuer Sachen zu Zwecken

des anläuternden Wettbewerbs vorgenommen werden soll oder eine empfindliche Schädigung der angelegenen Gewerbetreibenden herbeiführen würde (Ziffer 33), bedarf der eingehenden und sorgfältigen Prüfung. Die Ortspolizeibehörde hat, soweit thunlich, vor ihrer Entscheidung einen oder mehrere sachverständige Gewerbetreibende zu hören, die entweder von ihr nach eigenem Ermessen ausgewählt oder ihr für solche Fälle von der Handelskammer (kaufmännische Korporation) namhaft gemacht werden.

Ich erwarte, daß sich die Ortspolizeibehörden die eingehende Ueberwachung der Befolgung der Vorschriften anlegen sein lassen und von den ihnen eingeräumten Ausnahmebefugnissen nur in dringenden Fällen und nur dann Gebrauch machen, wenn der Geschäftsbetrieb des in Frage kommenden Versteigerers zu Bedenken keinen Anlaß gegeben hat.

Wegen Festsetzung der Taxen — Ziffer 66 — ergeht besondere Bekanntmachung.

Potsdam, den 5. August 1902.

Der Regierungspräsident.

227.

R a t h w e i s u n g

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag im Monat Juli 1902 in den Hauptmarkorten des Regierungsbezirks Potsdam.

Laufende Nummern	Es losten je 50 Kilogramm	Potsdam für Kreis Potsdam und Kreis Havelland		Brandenburg für Kreis Zülp- berg- Ludow- itz		Ludow- itz für Kreis Zülp- berg- Ludow- itz		Potsdam für Kreis Potsdam und Kreis Havelland		Prenzlau für die Kreise Prenzlau und Teltow		Ruppin für Kreis Ruppin		Schwedt für Kreis Angermünde		Prignitz für Kreis Prignitz		Bemerkungen.
		M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	
1	Hafer	8 78		8 85		9 24		8 36		9 58		6 91		8 93		9 22		Für die Kreise Niederbarnim, Oberbarnim, Osthavelland und Teltow, sowie für die Stadtkreise Potsdam, Schwedt und Spandau gilt Berlin als Hauptmarktort
2	Heu	2 89		2 77		3 41		2 89		2 99		3 15		2 63		2 67		
3	Richtstroh	2 63		2 94		2 80		3 15		3 56		3 68		3 15		3 15		

Potsdam, den 5. August 1902.

Der Regierungspräsident.

Dänisches General-Konsulat.

228. Der bisherige Dänische General-Konsul in Berlin, Geheimrat Kommerzienrath Ernst von Wendelssohn-Darsholdby hat seine Entlassung erwirkt, und es ist bis auf Weiteres mit der dienstlichen Verwaltung des Dänischen General-Konsulats Herr Paul von Wendelssohn beauftragt worden.

Potsdam/Berlin, den 5. August 1902.

Der Regierungspräsident. Der Polizei-Präsident.

Rechtsprechung

für die Entscheidung eines Brandstifters.

229. In der Nacht zum 21. Juli d. J. ist durch Großfeuer der größte Theil des Dorfes Lüttenwisch im Kreise Prignitz, zerstört worden.

Da mutmaßlich Brandstiftung vorliegt, so lege ich eine Beschlagnahme von 300 M. für denjenigen an, dem

es gelingt, den Brandstifter so zu ermitteln, daß seine gerichtliche Bestrafung erfolgen kann.

Potsdam, den 5. August 1902.

Der Regierungspräsident.

230. Viehsuchen.

I. Festgesetzt:

Milchbrand. Kreis Teltow: Brendelenswerder.

II. Erloshen:

a. Schweinefleisch. Kreis Prenzlau: Dochter Mühle. Kreis Zülp-berg-Ludowitz: Rittersgut Reinsdorf.

b. Geflügelcholera. Kreis Teltow: Oberförsterei Himmelsport.

Potsdam, den 4. August 1902.

Der Regierungspräsident.

Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter.

231. Folgende ausländisch-polnische Saisonarbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitsstätten unter Kontraktbruch verlassen:

Namen:	früheriger Beschäftigungsort:
Anna Dladowska,	Schmergow, Kreis Zauch-Pelzig.
Tomaz Dulat, Bistoria Dulat, Kajetan Dulat, Jan Roskowsky, Simon Beneszel (auch Schimen Wlinswel),	Sternthal, Kreis Ternplin. Buzow-Karpow, Kreis Dshavelland.

Die Benannten sind festzunehmen und sofort aus dem Staatsgebiete auszuweisen. Vom Geschehenen ist unter Bezugnahme auf 111) Bekanntmachung hierher Nachricht zu geben.

Potsdam, den 5. August 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung der Königl. Regierung.

Forklasse in Zehdenick.

24. Auf Grund des § 11 der Geschäftsanweisung für die Königl. Forklassenzendanten vom 2. Februar 1888 wird genehmigt, daß der bei der Königl. Forklasse in Zehdenick vorübergehend beschäftigte Oberleutnant Freiherr von Malgou vom 1. August d. J. ab Quittungen über Zahlungen an die genannte Kasse ausstellen darf.

Potsdam, den 25. Juli 1902.

Königl. Regierung.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten in Berlin.

The Smith Premier Typewriter Company
in Syracuse im Staate New-York.

68. Nachstehend bringe ich die Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe in Preußen für die in Syracuse im Staate New York unter der Firma „The Smith Premier Typewriter Company“ errichtete Gesellschaft, sowie einen Auszug aus dem Statut der Gesellschaft mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntnis, daß die Zweigniederlassung sich hier, Leipzigerstraße Nr. 23 befindet, und daß der Kaufmann Rudolf Christian Meyer zum Bevollmächtigten für Preußen bestellt worden ist.

Berlin, den 25. Juli 1902.

Der Polizei-Präsident.

In Vertretung:
Friedheim.

Die Aktiengesellschaft „The Smith Premier Typewriter Company“ in Syracuse, Vereinigte Staaten von Amerika, wird die Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe in Preußen auf Grund des § 18 der Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 in der Fassung des Gesetzes vom 22. Juni 1861 (§ 12 der Gewerbe-Ordnung vom

21. Juni 1869 in der Fassung des Reichsgesetzes vom 1. Juli 1883 — Reichsgesetzblatt Seite 177 ff.) hiermit unter folgenden Bedingungen erteilt:

1. Die Erlaubnis wird ein von dem Königl. Polizei-Präsidenten in Berlin festzustellender Auszug des Statuts und etwaige Änderungen der in diesem Auszuge enthaltenen Bestimmungen sind auf Kosten der Gesellschaft in dem Amtsblatte der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin in deutscher Übersetzung zu öffentlicher Kenntnis zu bringen.

2. Von jeder Änderung oder Ergänzung des Statuts ist dem Königl. Preussischen Minister für Handel und Gewerbe sofort Anzeige zu erstatten.

3. In allen Prospekten und Bekanntmachungen der Gesellschaft ist als Gesellschaftsvermögen und Grundkapital nur das wirklich gezahlte Aktienkapital aufzuführen.

4. Die Gesellschaft ist verpflichtet, mindestens an einem Orte in Preußen eine Zweigniederlassung im Sinne des Handelsgesetzbuchs mit einem Geschäftstokale zu begründen und von diesem Orte aus, oder falls die Gesellschaft an mehreren Orten in Preußen solche Zweigniederlassungen begründet, von einem dieser Orte aus regelmäßig ihre Verträge mit Preussischen Staatsangehörigen abzuschließen, sowie auch wegen aller aus ihren Geschäften mit solchen entstehenden Verbindlichkeiten bei den Gerichten jedes dieser Orte als Beklagte Recht zu nehmen. Sie ist ferner verpflichtet, einen Generalbevollmächtigten für alle in Preußen errichteten und noch zu errichtenden Zweigniederlassungen mit dem Wohnsitz in Preußen zu bestellen.

5. Dem Königl. Polizei-Präsidenten in Berlin ist in den ersten vier Monaten jedes Geschäftsjahres

- a. der allgemeine Rechnungsabluß der Gesellschaft,
- b. ein besonderer Rechnungsabluß der Preussischen Geschäftsniederlassung oder Geschäftsniederlassungen, in welchem das in Preußen befindliche Vermögen abgefordert von dem übrigen Vermögen nachzuweisen ist, einzureichen.

Dem erwähnten Königl. Polizei-Präsidenten bleibt vorbehalten, nähere Grundsätze für die Aufstellung des besonderen Rechnungsabchlusses festzusetzen und nähere Erklärungen über die darin aufzunehmenden Eintragungen zu verlangen.

6. Der General-Bevollmächtigte hat sich auf Erfordern des Königl. Polizei-Präsidenten in Berlin zum Vortheile sämtlicher Preussischen Gläubiger der Gesellschaft persönlich und erforderlichen Falls unter Stellung zukünftiger Sicherheit zu verpflichten, für die Richtigkeit des eingereichten besonderen Rechnungsabchlusses einzustehen.

7. Die Erlaubnis kann zu jeder Zeit und, ohne daß es der Angabe von Gründen bedarf, nach dem Ermessen der Königl. Preussischen Staatsregierung zurückgenommen und für erloschen erklärt werden.

8. Die Befugnis zum Erwerbe von Grundeigenthum in Preußen wird nicht schon durch diese Erlaubnis, sondern erst durch besondere, in jedem

einzelnen Falle nachzusuchenbe landesherrliche Genehmigung erlangt.

Berlin, den 13. Mai 1902.

(Siegel.)

Der Minister für Handel und Gewerbe.

In Vertretung:

(gez.) Lohmann.

Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe in Preußen für die Aktiengesellschaft „The Smith Premier Typewriter Company“ in Syracuse, Vereinigte Staaten von Amerika.

IIa. 1965.

a. Gründungsprotokoll.

Erstens: — Der Name der inkorporierten Korporation ist „The Smith Premier Typewriter Company.“

Zweitens: — Die Zwecke, für welche die gedachte Korporation gegründet werden soll, bestehen darin, Schreibmaschinen, Typewriters, Schreibmaschinen-Materialien, Gerätschaften und Erfindungen und alle sonstigen Materialien und Gegenstände, welche mit der Fabrikation, dem Verkauf oder der Benutzung von Schreibmaschinen und Typewriters in irgend welcher Verbindung stehen, zu fabrizieren, zu kaufen, zu verkaufen, zu betreiben und auf den Markt zu bringen; sowie ferner Fabriken, Agenturen und Niederlagen für die Fabrikation, den Kauf, Verkauf, Austausch, Anschaffung und Verteilung von Schreibmaschinen, Typewriters und Schreibmaschinen-Zubehör und Ausstattungen zu errichten und aufrecht zu erhalten; sowie ferner Patente für Erfindungen, Entdeckungen oder Rechten, welche bei der Fabrikation, dem Kauf, Verkauf oder der Benutzung von Schreibmaschinen, Typewriters oder Schreibmaschinen-Zubehör und Ausstattungen verwandt, benutzt, betrieben werden, zu kaufen, in Empfang zu nehmen, innezuhalten, zu verkaufen, zu übertragen, Eigentum darauf zu bewilligen oder sonstwie darüber zu verfügen; sowie ferner in dem nach dem Gesetz zulässigen Umfange unbewegliches und bewegliches Vermögen jeder Art, welches bei Führung ihrer Geschäfte verwandt oder benutzt wird, zu pachten, zu kaufen, innezuhalten, zu verkaufen, zu übertragen, zu verpfänden, mit Hypotheken zu belasten und zu übereignen. Der Sitz der Geschäfte dieser Korporation ist die Stadt Syracuse in der Grafschaft Onondaga im Staate New York, sowie solche anderen Orte und Geschäftsstellen in den verschiedenen Staaten und Territorien der Vereinigten Staaten und sonstwo, wie die Interessen ihres Geschäfts dies verlangen mögen.

Drittens: Der Betrag und die näher Bezeichnung des Kapitals ist einhundert tausend Dollars (\$ 100,000), welches als gewöhnliches Aktien-Kapital zu bezeichnen ist.

Viertens: Die Anzahl von Aktien dieses Kapitals soll in ein tausend (1000) Aktien zum Nennwerte von je einhundert Dollars (\$ 100) bestehen.

Fünftens: Der Sitz des Hauptgeschäftsbüreaus soll die Stadt Syracuse in der Grafschaft Onondaga im Staate New York sein.

Sechstens: Ihr Dauer soll 50 Jahre betragen.

Siebtens: Die Anzahl der Verwaltungsratsmitglieder der genannten Korporation soll fünf (5) betragen.

Achtens: Die Namen und Postadressen der Verwaltungsratsmitglieder für das erste Jahr sind folgende:

Name	Postadresse
Lyman E. Smith,	Syracuse, Grafschaft Onondaga, New York.
Wilbert E. Smith,	Syracuse, Grafschaft Onondaga, New York.
Monroe E. Smith,	Syracuse, Grafschaft Onondaga, New York.
Harriet B. Smith,	Syracuse, Grafschaft Onondaga, New York.
Fred. C. Eddy,	Syracuse, Grafschaft Onondaga, New York.

Neuntens: Die Postadressen der Zeichner und die Anzahl der Aktien, welche ein jeder sich verpflichtet in der Korporation zu übernehmen, sind folgende:

Name	Postadresse	Anzahl der gezeichneten Aktien
Lyman E. Smith,	Syracuse, New York,	fünf (5) Aktien
Wilbert E. Smith,	Syracuse, New York,	fünf (5) Aktien
Monroe E. Smith,	Syracuse, New York,	fünf (5) Aktien

In Urkund dessen haben wir dieses Zertifikat heute am 26. April 1893 ausgestellt, unterzeichnet und anerkannt.

gez. Lyman E. Smith,
Wilbert E. Smith,
Monroe E. Smith.

b. Statuten.

1.

Artikel II.

Versammlungen der Aktionäre.

§ 1.

Die jährliche Versammlung der Aktionäre soll im Hauptbüro der Gesellschaft in der Stadt Syracuse am zweiten Mittwoch des März jeden Jahres um zehn Uhr Vormittags abgehalten werden.

§ 2.

Außerordentliche Versammlungen, welche in der nachfolgend beschriebenen Art und Weise zusammenberufen werden, können im Büro der Gesellschaft in Syracuse oder in dem Büro in New York abgehalten werden. Auf einer außerordentlichen Generalversammlung sollen keinerlei Geschäfte erledigt werden, mit Ausnahme derjenigen, welche sich auf den Gegenstand beziehen, für welchen die betreffende Versammlung einberufen ist, wie dies in der Benachrichtigung davon angegeben ist.

§ 3.

Eine Benachrichtigung von der jährlichen Versammlung soll in der von dem Gesetz vorgesehenen Art und Weise und mit der gesetzlich vorgesehenen Frist gegeben werden.

Es soll auch eine Abschrift der Benachrichtigung an jeden eingetragenen Aktionär nach seiner letztbekannten

Postadresse mindestens zehn Tage vor der Versammlung mit der Post übersandt werden.

Außerordentliche Versammlungen der Aktionäre, abgesehen von denjenigen, welche von dem Ges. vorge-
sehen sind, sollen berufen werden, von dem Sekretär auf schriftliches Ersuchen von Aktionären, welche mindestens zwanzig Prozent des Kapitals dieser Gesellschaft innehaben und: oder durch schriftliche Benachrichtigung, welche entweder in Person mindestens zwei Tage vor dem Tag der Versammlung zugestellt ist oder durch Ueberhandlung der Benachrichtigung durch die Post, welche ab demnach der bekanntesten Postadresse eines jeden Aktionärs mindestens fünf Tage vor der für die Versammlung festgesetzten Zeit zu richten ist. Diese Benachrichtigung muß die Zeit, den Ort und den Zweck der Versammlung angeben.

Artikel III.

Verwaltungsräthe und deren Versammlungen.

§ 1.

Die Anzahl der Verwaltungsräthe soll fünf betragen. Sie sollen durch Stimmzettel bei der jährlichen Versammlung der Aktionäre erwählt werden und sollen ein Jahr lang im Amt bleiben und zwar so lange, bis ihre Nachfolger ordnungsmäßig erwählt und qualifizirt sind. Söbald dieselben eintreten, sollen ausgefüllt werden bis zur nächsten jährlichen Versammlung durch eine Majorität des Verwaltungsraths.

§ 2.

Sobald wie thunlich nach ihrer Wahl sollen die Verwaltungsrathsmitglieder im Bureau der Gesellschaft in Spracuse sich versammeln und sich als ein Verwaltungsrath organisiren und diejenigen Geschäfte erledigen, welche bei ihnen vorkommen. Alle folgenden Versammlungen sollen an demjenigen Orte abgehalten werden, welcher in der Benachrichtigung von der Versammlung näher angegeben ist.

§ 3.

Ordentliche Versammlungen des Verwaltungsraths können am Sonnabend jeder Woche am 11 Uhr Vormittags abgehalten werden.

Außerordentliche Versammlungen des Verwaltungsraths können zu jeder Zeit auf Verufung des Präsidenten oder von zwei Mitgliedern des Verwaltungsraths abgehalten werden.

In denselben ist die Zeit, der Ort und der Zweck der Versammlung näher anzugeben.

§ 4.

Eine schriftliche Benachrichtigung von jeder außerordentlichen Versammlung soll jedem Verwaltungsrathsmitglied persönlich ertheilt werden und zwar mindestens einen Tag zuvor oder durch die Post nach der bekanntesten Postadresse mindestens drei Tage vor dem für die Abhaltung der Versammlung bestimmten Tage.

Artikel IV.

Beamte und deren Wahl.

§ 1.

Die Beamten dieser Gesellschaft sollen sein: ein Präsident, ein Vice-Präsident, ein Sekretär und ein

Schatzmeister. Sie sollen jährlich von dem Verwaltungsrath erwählt werden und sollen solange im Amt bleiben, bis ihre Nachfolger erwählt sind.

§ 2.

Eine Pade in irgend einem dieser Aemter, gleichgiltig, wodurch dieselbe veranlaßt ist, soll durch den Verwaltungsrath ausgefüllt werden; und zwar soll der neu erwählte Beamte sein Amt nur während des Restes derjenigen Zeitperiode innehalten bezw. bis zu derjenigen Zeit, zu welcher sein Nachfolger erwählt ist.

Keinem Beamten dieser Gesellschaft soll irgend ein Gehalt ausgezahlt werden, außer mit Ermächtigung des Verwaltungsraths.

Artikel V.

Präsident, seine Befugnisse und Pflichten.

§ 1.

Der Präsident soll Vorsitzender aller Versammlungen der Aktionäre und des Verwaltungsraths sein und soll alle Aktiencertifikate der Gesellschaft unterzeichnen. Er und der Sekretär oder Schatzmeister sollen alle Beträge unterzeichnen und vollziehen, deren formelle Bezugnahme der Gesellschaft erforderlich ist. Hiervon sind ausgenommen diejenigen Beträge, welche von Agenten nach Maßgabe der denselben vom Verwaltungsrath ertheilten Machtbefugniß unterzeichnet werden können. Er soll auch Befugniß und Nachvollkommenheit haben, gleichberechtigt mit dem Schatzmeister, eigene Wechsel, Checks und Tratten im Namen der Gesellschaft zu unterzeichnen und zu indossiren und bei Führung der Geschäfte der Gesellschaft Anordnungen und Delege zu ertheilen.

Artikel VI.

Vize-Präsident.

Der Vize-Präsident soll in Abwesenheit oder bei Unfähigkeit des Präsidenten die Amtspflichten des Präsidenten erfüllen.

Artikel VII.

Sekretär, seine Machtbefugnisse und Pflichten.

§ 1.

Der Sekretär soll Protokolle über alle Versammlungen der Aktionäre führen und ebenso über die Versammlungen des Verwaltungsraths. Er soll alle Bücher und Papiere der Gesellschaft, welche nicht durch diese Statuten dem Schatzmeister anvertraut sind, in Verwahrung halten. Er soll alle Benachrichtigungen, welche an Aktionäre oder Verwaltungsrathsmitglieder gegeben werden müssen, ausfertigen und zustellen lassen. Er soll gleiche Machtbefugniß und Vollmacht mit dem Schatzmeister haben, Contrakte gemeinschaftlich mit dem Präsidenten im Namen der Gesellschaft zu unterzeichnen und zu vollziehen und soll diejenigen sonstigen Obliegenheiten erfüllen, welche ihm seitens des Präsidenten oder des Verwaltungsraths übertragen werden mögen.

Artikel VIII.

Schatzmeister, seine Machtbefugnisse und Pflichten.

§ 1.

Der Schatzmeister soll die allgemeine Obhut und Verwaltung der Finanzen und Fonds der Gesellschaft und aller ihrer Rechnungsbücher haben. Er soll Konten

bei derjenigen Bank oder denjenigen Banken führen, welche ihm zu diesem Zwecke von dem Verwaltungsrath vorgeschrieben werden, und soll gleiche Machtbefugniß und Vollmacht mit dem Sekretär haben, Kontrakte zu unterzeichnen und zu vollziehen, gemeinschaftlich mit dem Präsidenten namens der Gesellschaft. Er soll auch Machtbefugniß und Vollmacht haben, eigene Wechsel, Cheques und Tratten im Namen der Gesellschaft zu unterzeichnen und zu indossiren.

§ 2.

Der Schatzmeister soll dem Präsidenten am 15ten Januar, April, Juli und Oktober jeden Jahres einen schriftlichen Bericht unterbreiten, aus dem im allgemeinen die Finanzoperationen der Gesellschaft für das letztvergangene Berichtsjahr hervorgehen. Er soll auch den Aktionären auf deren jährlichen Versammlungen einen Bericht, welcher von ihm vorbereitet ist, unterbreiten, welcher sich über das vorangegangene Geschäftsjahr, welches mit dem 31. Dezember abläuft, verbreitet. Dieser Bericht soll die Finanzoperationen der Gesellschaft für das Jahr, sowie ihre finanzielle Lage am Schluß des Geschäftsjahres zeigen. Er soll ordnungsmäßig Kontobücher führen lassen, welche unter seiner Oberaufsicht und Anweisung zu führen sind und welche zu allen Zeiten während der Geschäftskunden der Einsichtnahme und Prüfung der Aktionäre oder einem Mitgliede des Verwaltungsraths offen stehen sollen.

§ 3.

Der Schatzmeister soll alle ordnungsmäßig ausgefertigten Aktiencertifikate unterzeichnen; Er soll die Obhut über die Uebersetzungsbücher haben und soll solche Register über die Aktionäre der Gesellschaft führen, wie dies durch die Gesetze angeordnet ist oder werden mag. Der Schatzmeister soll ferner diejenigen sonstigen Obliegenheiten erfüllen, welche ihm von dem Präsidenten oder dem Verwaltungsrath übertragen werden mögen.

Der Schatzmeister soll solche Bürgschaft stellen, wie dies von dem Verwaltungsrath erfordert werden mag.

Artikel IX.

Gehälter.

Kein Mitglied des Verwaltungsraths als solches soll ein Gehalt oder eine Entschädigung für seine Dienstleistung erhalten, vielmehr soll, solange nicht diese Statuten etwas anderes vorschreiben, oder ein ordnungsmäßig auf einer jährlichen Versammlung der Aktionäre angenommener Beschluß anderweitige Anordnungen trifft, ein Direktor, welcher Dienste für die Gesellschaft leistet, welche nicht zu seinem Amte als Verwaltungsrathsmitglied gehören, für diesen Dienst nach Maßgabe des von dem Verwaltungsrath festgesetzten Wertes entschädigt werden.

Artikel X.

Uebertragung von Aktien.

Die Anteile an dem Kapital der Gesellschaft sollen lediglich in den Büchern der Gesellschaft durch den Inhaber in Person oder seinen Vertreter übertragen werden können und zwar gegen Ausbändigung des Certifikats oder der Certifikate, welche die übertragenen

Anteile repräsentiren. Alle ausgelieferten Certifikate sollen sofort ordnungsmäßig vernichtet und dem Controllblättern, von denen sie ursprünglich entnommen sind, beigeheftet werden.

ic.

Artikel XIII.

Ergänzungen.

Diese Statuten können durch die übereinstimmenden Stimmen der Inhaber von dreißigstel aller Anteile des Kapitals abgeändert werden, sofern dieselben entweder in Person oder durch Bevollmächtigten vertreten sind. Dies kann auf jeder Jahresversammlung der Gesellschaft oder auf einer außerordentlichen Versammlung, welche speziell für diesen Zweck einberufen ist, geschehen. Es wird indessen bestimmt, daß keine Abänderung auf einer außerordentlichen Generalversammlung erfolgen soll, wenn nicht eine Abschrift des beabsichtigten Amendements oder der beabsichtigten Amendments der Benachrichtigung über die betreffende Generalversammlung, welche jedem Aktionär zugestellt ist, beigelegt hat.

Heberlein Selfacting Railway Break Company, Limited,
in London.

69. Nachstehend bringe ich die Erlaubniß zum Geschäftsbetriebe in Preußen für die in London unter der Firma „Heberlein Selfacting Railway Break Company, Limited“ errichtete Gesellschaft sowie einen Auszug aus dem Statut der Gesellschaft mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniß, daß die Zweigniederlassung sich hier, Königgräferstraße 45 befindet, und daß der Corbettekapitän a. D. Hermann Gerde und der Ingenieur Franz Döhlmann gemeinschaftlich zu Bevollmächtigten für Preußen bestellt worden sind.

Berlin, den 26. Juli 1902.

Der Polizei-Präsident.
von Windheim.

Der Aktiengesellschaft „The Heberlein Self-Acting Railway Break Company, Limited“ in London wird die Erlaubniß zum Geschäftsbetriebe in Preußen auf Grund des § 18 der Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 in der Fassung des Gesetzes vom 22. Juni 1861 (§ 12 der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 in der Fassung des Reichsgesetzes vom 1. Juli 1883 — Reichsgesetz-Blatt Seite 177 ff. —) hiermit unter folgenden Bedingungen erteilt:

1. Die Erlaubniß und ein von dem Königlichen Polizei-Präsidenten in Berlin festzustellender Auszug der Statuten und etwaige Änderungen der in diesem Auszuge enthaltenen Bestimmungen sind auf Kosten der Gesellschaft in dem Amtsblatte der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin in deutscher Uebersetzung zu öffentlicher Kenntniß zu bringen.

2. Von jeder Änderung oder Ergänzung der Statuten ist dem Königlich Preussischen Minister für Handel und Gewerbe sofort Anzeige zu erstatten.

3. In allen Prospekten und Bekanntmachungen der Gesellschaft ist als Gesellschaftsvermögen und Grund-

Kapital nur das wirklich gezeichnete Aktienkapital aufzuführen.

4. Die Gesellschaft ist verpflichtet, mindestens an einem Orte in Preußen eine Zweigniederlassung im Sinne des Handelsgesetzbuchs mit einem Geschäftslokale zu begründen und von diesem Orte aus, oder falls die Gesellschaft an mehreren Orten in Preußen solche Zweigniederlassungen begründet, von einem dieser Orte aus regelmäßig ihre Verträge mit Preussischen Staatsangehörigen abzuschließen, sowie auch wegen aller aus ihren Geschäften mit solchen entstehenden Verbindlichkeiten bei den Gerichten jedes dieser Orte als Beklagte Recht zu nehmen. Sie ist ferner verpflichtet, einen Generalbevollmächtigten für alle in Preußen errichteten und noch zu errichtenden Zweigniederlassungen mit dem Wohnsitz in Preußen zu bestellen.

5. Dem Königl. Polizei-Präsidenten in Berlin ist in den ersten vier Monaten jedes Geschäftsjahres

- a. der allgemeine Rechnungsabluß der Gesellschaft,
- b. ein besonderer Rechnungsabluß der Preussischen Geschäftsniederlassung, in welchem das in Preußen befindliche Vermögen abgefordert von dem übrigen Vermögen nachzuweisen ist, einzureichen.

Dem erwähnten Königl. Polizei-Präsidenten bleibt vorbehalten, nähere Grundsätze für die Aufstellung des besonderen Rechnungsabchlusses festzusetzen und nähere Erläuterungen über die darin aufzunehmenden Eintragungen zu verlangen.

6. Der General-Bevollmächtigte hat sich auf Erfordern des Königl. Polizei-Präsidenten in Berlin zum Vortheile sämmtlicher Preussischen Gläubiger der Gesellschaft persönlich und erforderlichen Falls unter Stellung zulänglicher Sicherheit zu verpflichten, für die Richtigkeit des eingereichten besonderen Rechnungsabchlusses einzustehen.

7. Die Erlaubnis kann zu jeder Zeit und ohne daß es der Angabe von Gründen bedarf, nach dem Ermessen der Königl. Preussischen Staatsregierung zurückgenommen und für erloschen erklärt werden.

8. Die Befugnis zum Erwerbe von Grundeigenthum in Preußen wird nicht schon durch diese Erlaubnis, sondern erst durch besondere, in jedem einzelnen Falle nachzusuchende landesherrliche Genehmigung erlangt

Berlin, den 7. Mai 1902.

(Siegel.)

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Im Auftrage geg. Lufensky.

Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe in Preußen für die Aktiengesellschaft „The Heberlein Self-Acting Railway Break Company Limited“ in London.

Auszug aus den Statuten und Ergänzungen der „Heberlein Self-Acting Railway Break Company, Limited.“

I. Der Hauptsitz der Gesellschaft ist London.

II. Der Zweck der Gesellschaft ist der Betrieb der

von Jacob Heberlein erfundenen und nach ihm benannten Eisenbahnbremse.

III. Das nominale Kapital der Gesellschaft beträgt 36000 Pfund Sterling in 7200 Aktien zu je 5 Pfund Sterling.

IV. Die Direktoren der Gesellschaft können Zweigniederlassungen in irgend welchem Lande oder Orte zum Nutzen der Gesellschaft errichten.

V. Eine von (einem oder mehreren) Revisoren geprüfte Jahresbilanz ist jeder ordentlichen Versammlung der Gesellschaft vorzulegen.

Wiederverleihung des Hebammenprüfungszeugnisses.

70. Der hier Rheinsbergerstraße 26 wohnhaften Hebamme Bertha Marquardt geb. Schumacher ist durch Erlaß des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten vom 12. Juli d. J. — M. 6924 — das Hebammenprüfungszeugnis wieder verliehen worden. Sie ist somit zur Ausübung der Hebammenpraxis wieder zugelassen.

Berlin, den 1. August 1902.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Eröffnung des Rohrpostbetriebes beim Postamt 11 (Anhalter Bahnhof) in Berlin.

61. Am 1. August wird bei dem Kaiserlichen Postamt 11 (Anhalter Bahnhof) der Rohrpostbetrieb eröffnet. Der Rohrpostverkehr findet täglich im Sommerhalbjahr von 7 Uhr, im Winterhalbjahr von 8 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends statt.

Berlin C. 2, den 28. Juli 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Verlegung eines Fernsprechkabels.

62. Bei der Kaiserlichen Postagentur in Waltersdorf, Kr. Teltow, liegt ein Plan aus über die Verlegung eines Fernsprechkabels auf der Chaussee Berlin-Königs-Wusterhausen von km 16,71 bis km 17,37.

Berlin C. 2, den 31. Juli 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Cementkanäle für Fernsprechkabel.

63. Bei dem Kaiserlichen Postamt 2 in Charlottenburg, Gooßstraße 3, liegt ein Plan aus über die Herstellung von Cementkanälen für Fernsprechkabel in der Kant-, Grolmann-, Joachimsthaler-, Salsen- und Uhlendstraße in Charlottenburg.

Berlin C. 2, den 31. Juli 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Einrichtung einer Postanstalt auf dem Schützenhausplatz in Eberswalde während des daselbst stattfindenden XV. Provinzial-Landeschießens.

64. In dem Schützenhause in Eberswalde tritt aus Anlaß des XV. Provinzial-Landeschießens für die Zeit vom 9. bis 14. August eine Postanstalt unter der Bezeichnung: „Eberswalde, Schützenplatz“ als Zweigstelle des Postamts I. daselbst in Wirksamkeit.

Die Postanstalt wird sich mit dem Verkauf von

Postwertzeichen sowie mit der Annahme von Telegrammen und von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen befaßt; sie erhält ihre Postverbindungen durch besondere, zwischen der Zweigpostanstalt und dem Hauptpostamt verkehrende Botenposten.

Potsdam, 1. August 1902.

Rassellische Ober-Postdirektion. J. B.: Jander.
Bekanntmachungen des Königlichen
Kassitoriums der Provinz Brandenburg.
 Pfarrstellenerhöhung.

39. Erledigt ist die Pfarrstelle privaten Patronats zu Teshow, Diözese Pignitz, durch Emeritierung des Pfarrers Lütger zum 1. Oktober 1902.

Bekanntmachungen des Königlichen
Ober-Berg-Amtes zu Halle a. S.
 Markscheider.

3. Der konzeßionirte Markscheider Petzsch hat seinen Wohnsitz von Clausthal nach Frankfurt a. D., Wilhelmplatz 23 I. verlegt.

Halle (Saale), den 2. August 1902.

Königliches Oberbergamt.

Bekanntmachungen der Königlichen
Eisenbahndirektion zu Berlin.

Gruppentarif IV. (Berlin—Stettin).

27. Mit Gültigkeit vom 1. August 1902 wird zum Gruppentarif III. (Berlin—Stettin) ein Nachtrag IV. ausgegeben. Er enthält neben sonstigen Änderungen und Ergänzungen des Haupttarifs Entfernungen für die neu aufgenommenen Stationen Teshow, Mahlsdorf, Heinrichsdorf i. P. und Pätz, ferner

Entfernungen für die Stationen Bismarck-Grube, Drebach, Priort und Sagforn, die jedoch erst vom Tage der Betriebsöffnung der Neubaustrecke Wiltsdorf—Nauen gelten.

Exemplare des Nachtrages können durch die Güter-Abfertigungsstellen sowie das Kassensystem, hier Bahnhof Alexanderplatz, zum Preise von 0,20 Mark für das Stück bezogen werden.

Berlin, den 28. Juli 1902.

Königliche Eisenbahn-Direktion;
 zugleich namens der beteiligten Verwaltungen.
 Befürzung der Ladefristen auf Station Tempelhof, Ringbahn und Wilmersdorf-Friedenau.

28. Mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde werden vom 1. August d. Js. ab bis auf Weiteres auf den Stationen Tempelhof, Ringbahn und Wilmersdorf-Friedenau die Ent- und Beladefristen für Wagenladungsgüter auf 6 Tagesstunden herabgesetzt.

Berlin, den 30. Juli 1902.

Königliche Eisenbahndirektion.

Bekanntmachungen der Königlichen

Eisenbahndirektion zu Stettin.

Eröffnung der Haltestelle Neutankendorf für den Gepäckverkehr.

1. Am 24. Juli d. Js. ist die zwischen den Stationen Angermünde und Lüderdorf B. St. an der Bahnstrecke Angermünde—Freienwalde g. D. gelegene Haltestelle Neutankendorf, welche bisher nur dem Personenverkehr dient, auch für den Gepäckverkehr eröffnet worden.

Stettin, im Juli 1902.

Königliche Eisenbahndirektion.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Veränderungen von Gemeinde- und Ortsbezirksgrößen.

Stb. Nr.	Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke.	Wichtigster Gemeindeglieder bezw. Ortsbezirk.	Änderung.
1.	Das im Grundbuche von Grube Band I. Blatt Nr. 39 und in dem Auszuge aus der Grundsteuermatrikel des Gemeindebezirks Grube unter Kartenblatt 2 Parzelle Nr. 157/42 eingetragene Grundstück von 7 ar 70 qm Flächeninhalt.	Gemeindebezirk Grube.	Ortsbezirk Grube.
Nauen, den 3. Juli 1902.			

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Havelland.

25. Kommunale Besitzveränderungen.							
Datum der Genehmigung	Grundstücke	Besitzer	Bezeichnung des		Größe des Grundstücks		
			jetzigen	künftigen	ha	ar	qm
			Gemeindeverbandes				
13. Februar	Weide, Oedland und Holzungen	Rittergutsbesitzer Willmann-Scaby	Alt-Harimannsdorf	Wundberg Scaby	58	18	29
	Öffentliche Wege					32	04
	Gewässer					45	02
24. Mai	Wiese, Heide, Schienenweg	Kgl. Preuß. Staat (Eisenbahnverwaltung)	Kl. Schauen	Philadelphial			36
						3	83
							85

Dresden, den 25. Juli 1902.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Personal-Chronik.

Dem Kreisarzt Dr. Gaischalt in Rathenow ist Allerhöchsten Orts der Charakter als Medizinalrath verliehen worden.

Die Försterei Regelsdorf in der Oberförsterei Himmelfort ist vom 1. Oktober d. J. ab dem Förster Walter in Erasm der Oberförsterei Alt-Macht übertragen worden.

Der bisherige Pfarrer zu Hohen-Kerschlar, Heinrich David Ernst Theodor Stollbrock, ist zum Pfarrer der Pfarodie, Falkenriede, Diözese Potsdam II., bestellt worden.

Die Lehrerin Stalweit ist einseitig als Gemeindefullehrerin in Berlin angestellt worden.

Der mit der Verwaltung der Station Jüterbog betraute bisherige Betriebskontroleur Hümmer ist am 1. Juli d. J. zum Stationsvorsteher 1. Klasse ernannt worden.

Personal-Veränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam.

Stattmäßig angestellt sind die Postanwärter Gsch in Templin, Reßen in Strassburg (Udermark), Kludermann in Templin, Koch in Strassburg (Udermark), Schulrath in Neuhadt (Dosse) 1 (Bf.), Starig in Ludenwalde, Porunsky in Belgig, Trapp in Gransee und Ucker in Zehlendorf (Wannsee) als Postassistenten.

Übertragen ist dem Ober-Postpraktikanten Dühbölter aus Wittenberge (Bz. Potsdam) eine Bureau-beamtenstelle 1. Klasse bei der Ober-Postdirektion in Danzig, dem Ober-Postpraktikanten Peisker aus Potsdam die Verwaltung der Ober-Telegraphensekretärstelle bei dem Postamt in Wittenberge (Bz. Potsdam) und dem Postsekretär Weinberger aus Berlin die Verwaltung des Postamts II. in Gransee.

Verfetzt sind die Ober-Postassistenten Lücke von Wannsee nach Perleberg und Lücke von Potsdam nach Niemegk (Bz. Potsdam) — letzterer unter Ernennung zum Postverwalter —, der Postverwalter Schäfer von Mittenwalde (Mark) nach Berlin unter Ernennung zum Ober-Postassistenten und der Postassistent Grohmann von Berlin nach Potsdam.

Gestorben sind der Postdirektor Stiehling in Rathenow und der Postassistent Hildebrandt in Ludenwalde.

Geschenke an Kirchen etc.

Von dem Konsistorium der Provinz ist Anzeige gemacht über folgende Geschenke, welche neuerdings den mit den Diözesen nachbenannten Kirchen u. des Regierungsbereichs Potsdam geschenkt wurden:

Von Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin: an die Armenhauskirche zu Potsdam, Diözese Potsdam I.: eine Orgel. Außerdem:

Breskow: der Kirche zu Breskow: von den Geschwister Fährndrich'schen Erben: 600 M. zur Grabpflege.

Belzig: der Kirche zu Preussnig: von Gemeindegliedern: 2 Altarleuchter, der Kirche zu Mörg: von den Pfarrerswöchtern: eine Altardecke.

Berlin Land I.: der Stephanien-Kirche Neu-Weissensee: von der St. Nikolai-Kirche zu Berlin: 2 alte Glocken.

Berlin Land II.: der Kirche zu Pantow: von Frau Wendt: 1000 M. zur Grabpflege.

Altstadt Brandenburg: der Kirche zu Neuenhof: von freiwilligen Beiträgen der Gemeinde: Altar- und Kanzelbescheidung.

Cöln Land II.: der Kirche zu Drig: von Frau Rittergutsbesitzer: 2 Stühle: Neuere Teppichdecken zum Kirchthurm.

Dahme: der Kirche zu Dahme: von Jungfrauen der Gemeinde: eine Taufsteindecke, von den Gemeindegliedern: 2 Altarleuchter, ein Crucifix und zwei Altarleuchter.

Gröden-Granssee: der Schule zu Alt-Gröden: von der Gemeinde 102 M. zur Beschaffung eines Harmoniums für den Gottesdienst in der Schule.

Perleberg: der Kirche zu Blüthen: von Fräulein Büchse: ein Belam.

Potsdam I.: der Kirche zu Alt-Ortow: von Ritter Adolph: 3000 M. zur Armen- und Krankenpflege, der Armenhaus-Kirche zu Potsdam: von Freunden und Freundinnen: zwei Altar-, Kanzel- und Pultbescheidungen, Teppich, Vorhänge, Altardecke, drei Wandlampen, zwei Orgellampen, Kanzellampe, zwei Lederstühle, Abendmahlstisch, Patene, Hostienbrot, zwei Leuchter, Altarbild, Crucifix, Bibel, der Kirche zu Caputh: vom Pfarrer Pfannschmidt-Cöthen: Prediger- und Choralbuch.

Rathenow: der Kirche zu Biegnig: vom Rittergutsbesitzer Freiherrn v. Dredow: ein Altarteppich.

Spanbau: der Lutherkirche zu Spandau: von Fräulein Descours: 602,84 M. zur Armen- und Krankenpflege.

Templin: der Kirche zu Vietmannsdorf: von einem Ungenannten: Altardecke und Kelchlöffel, der Kirche zu Dargersdorf: von Ungenannt: Altarteppich, Kelchlöffel und Unterlegebetten für Crucifix und Leuchter, der Kirche zu Gollin: aus einer Sammlung der Gemeinde: 32,30 M. zur Beschaffung neuer Kirchenfenster, von Ungenannt: Kelchlöffel.

Witzthod: der Kirche zu Wallitz: von einem Gesangsverein: ein Kronleuchter, der Kirche zu Zaake: von Frau Rittergutsbesitzer Nürnberg: Altar-, Kanzel- und Taufsteindecke, vom Jungfrauen-Verein: Taufsteindecke.

Briegenz: der Kirche zu Freienwalde a. O.: von der Dampfziegelei Altmann: 4500 Stück Ziegelsteine zum Reparaturbau der Heizanlage, von der Freienwalder Rathsziegelei von Benckendorff: 1500 Stück desgl., vom Ziegeleibesitzer Rath: 1500 Stück desgl.

Musterhausen: der Kirche zu Körig: vom Kammergerichtsrath v. Wolf: 3 Kirchenfenster, vom Maurermeister Mähten: ein Taufstein, von Fräulein von Wolf: eine Taufsteindecke, von Frauen und Jungfrauen der Gemeinde: Ständerlein zur Altar- und Kanzelpolsterung, vom Amtsvorsteher Lücke:

Verweisung aus Preußen.
Der Hausdiener Carl Epp, geboren 8. Oktober 1879 in Kettusau in Preußen, polnischer Staatsangehöriger, ist als lastiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 27. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Hausdiener Charles Ellenfeld, geboren 1. Januar 1880 in Moson in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lastiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 27. Juni 1902 ausgewiesen.

Verweisung aus Preußen.
Der Hausdiener Carl Epp, geboren 8. Oktober 1879 in Kettusau in Preußen, polnischer Staatsangehöriger, ist als lastiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 27. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Hausdiener Charles Ellenfeld, geboren 1. Januar 1880 in Moson in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lastiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 27. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Hausdiener Charles Ellenfeld, geboren 1. Januar 1880 in Moson in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lastiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 27. Juni 1902 ausgewiesen.

Verweisung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 18. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Uhrmacher Josef Feder, geboren 8. September 1885 zu Jaroslau, Ers. Jaroslau, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lastiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 18. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Drehorgelspieler Giacomo Ferlati, geboren 1. Juni 1881 in Wien, italienischer Staatsangehöriger, ist als lastiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 27. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Schlosser Edward Fong, geboren am 23. Juni 1859 zu Oberwiesbach, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lastiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 5. Juli 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Verweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiet.

Nr.	Name und Stand	Geburtsort und Geburtsjahr	Grund der Verweisung	Ort und Zeitpunkt der Verweisung	Anmerkung
1.	Josef Bacheler, Tischlermeister	geboren am 1. April 1883 zu Chateauroux, Departement Indre, Frankreich, französischer Staatsangehöriger.	Landstreichen	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar, 15. Juli 1902.	
2.	Vincenz Wendelmayer, Arbeiter.	geboren am 19. Juli 1880 zu Prag, Böhmen, ortsbefehllos.	Nachbeschaffung eines Unterdomens.	Königlich preussischer Polizeipräsident zu Berlin, 15. Mai 1902.	
3.	Stefan Folzer, Zuckerbäcker.	geboren am 9. Oktober 1858 zu Eilers, Departement Vosges de l'Est, Frankreich, französischer Staatsangehöriger.	Landstreichen und Betteln.	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar, 15. Juli 1902.	
4.	Franz Frühant, Zimmermann.	geboren am 24. November 1878 zu Greiffenburg, Bezirk Spittal, Kärnten, ortsbefehllos.	Betteln.	Königlich preussischer Polizeipräsident zu Berlin, 30. Mai 1902.	
5.	Maria Kolar, ledige Tagelöhnerin.	geboren am 26. Februar 1868 zu Chota bei Tazomiz, Bezirk Strakonitz, Böhmen, ortsbefehllos.	Landstreichen und Betteln.	Königlich bayerischer Bezirksamt Wittelsbach, 29. Juni 1902.	
6.	Sebastian Kragert, Kutscher.	geboren am 4. Dezember 1851 zu Krinowitz, Bezirk Gabelung, Böhmen, ortsbefehllos.	Betteln.	Königlich bayerischer Bezirksamt Gunglshausen, 28. Februar 1902.	
7.	Marcel Luard, Kommiss.	geboren am 9. November 1875 zu Saumur, Departement Maine et Loire, Frankreich, französischer Staatsangehöriger.	Landstreichen.	Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Colmar, 15. Juli 1902.	

Hierzu eine Sonderbeilage und fünf wesentliche Anzeigen.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckseite 20 Pf.)

Belagblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.

Redigiert von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Gatzschen Erben.

Sonder-Beilage zum Amtsblatt.

V o r s c h r i f t e n

über

den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen sowie über den Geschäftsbetrieb der Versteigerer.

Auf Grund des §. 38 Abs. 1 der Gewerbeordnung wird über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen sowie über den Geschäftsbetrieb der Versteigerer Folgendes bestimmt:

I. Allgemeine Bestimmungen.

1. Personen, die das Gewerbe eines Versteigerers beginnen, haben bei Eröffnung des Gewerbebetriebes der Ortspolizeibehörde ihres gewerblichen Niederlassungsortes hiervon Anzeige zu machen (§. 35 Abs. 6 der Gewerbeordnung).
2. Die Versteigerer können freiwillige Versteigerungen beweglicher Sachen für Rechnung eines Auftraggebers vornehmen. Die beeidigten und öffentlich angestellten Versteigerer sind außerdem zur Vornahme öffentlicher Versteigerungen (§. 383 Abs. 3 Satz 1 B. G. B.) befugt. Sie können mithin in allen Fällen Versteigerungen vornehmen, in denen das Gesetz einen Berechtigten ermächtigt, bewegliche Sachen oder Werthpapiere zum Zwecke seiner Befriedigung oder sonst für Rechnung eines Anderen öffentlich versteigern oder durch eine zu öffentlicher Versteigerung befugte Person aus freier Hand verlaufen zu lassen (Ziff. 42 bis 60).

Nach §. 35 Abs. 3 der Gewerbeordnung sind die öffentlich angestellten Versteigerer zwar auch zur Vornahme von Versteigerungen unbeweglicher Sachen berechtigt. Gemäß B. G. B. §. 313 sind jedoch selbst nach erfolgtem Zuschlage weder der Auftraggeber noch der Ersteher an das Versteigerungsgeschäft gebunden, vielmehr bedarf es zu ihrer Bindung der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung. Auch ist zur Uebertragung des Eigenthums an einem Grundstücke die Auflassung und die Eintragung in das Grundbuch erforderlich.

Die öffentliche Verpachtung an den Meistbietenden ist nur den beeidigten und öffentlich angestellten Versteigerern gestattet.

3. Den Versteigerern ist untersagt, sich die Bezeichnung „Auktionskommissar“ oder „Königlicher Auktionskommissar“ beizulegen. Nur den beeidigten und öffentlich angestellten Versteigerern ist die Beilegung der Bezeichnung: „beeidigter und öffentlich angestellter Versteigerer (Auktionator)“ gestattet.

Den Versteigerern ist der Betrieb der Gast- und Schankwirthschaft, des Kleinhandels mit geistigen Getränken, des Trödelhandels und des Pfandleihgewerbes untersagt. Der Betrieb anderer Gewerbe ist ihnen nur mit Erlaubniß des Regierungspräsidenten (in Berlin des Polizeipräsidenten) gestattet. Die Erlaubniß kann jederzeit widerrufen werden.

4. Die Versteigerer dürfen Sachen, die ihnen oder ihren Angehörigen oder ihren Angestellten gehören, nicht versteigern, insbesondere ist ihnen das Aufkaufen von Sachen zum Zwecke der Versteigerung untersagt.

Angehörige im Sinne dieser Vorschrift sind die Ehefrau, auch wenn die Ehe nicht mehr besteht, und die Personen, welche mit dem Versteigerer in gerader Linie oder im zweiten Grade der Seitenlinie verwandt oder verschwägert sind.

5. Die Versteigerer haben sich aller Handlungen oder Unterlassungen, die auf eine Täuschung des Publikums abzielen, zu enthalten. Versteigerungsaufträge, die gegen gesetzliche oder polizeiliche Vorschriften verstoßen, oder von denen sie wissen oder den Umständen nach annehmen müssen, daß eine Täuschung oder Schädigung des Publikums beabsichtigt wird, haben sie abzulehnen. Insbesondere ist ihnen untersagt, die Fabrikbezeichnung (Firmenzeichen, Schutzmarken u. s. w.) der Sachen zu beseitigen oder unkenntlich zu machen und den Sachen zum Zwecke der Täuschung des Publikums ein verändertes Aussehen zu geben.
6. Die Abhaltung von Versteigerungen während der Stunden, wo offene Verkaufsstellen nach §§. 139e, 139f der Gewerbeordnung geschlossen sein müssen, ist verboten. Das Gleiche gilt für Sonn- und Festtage, sofern nicht nach den Polizei-Verordnungen über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Festtage die Abhaltung von Versteigerungen gestattet ist.
7. Wer das Gewerbe eines Versteigerers betreibt, ist verpflichtet, ein nach dem beigefügten Muster eingerichtetes Geschäftsbuch zu führen. Das Buch muß dauerhaft gebunden und mit fortlaufenden Seitenzahlen versehen sein; es ist, bevor es in Gebrauch genommen wird, von der Ortspolizeibehörde des gewerblichen Niederlassungsorts unter Beglaubigung der Seitenzahl abzustempeln.

In dem Buche dürfen weder Notizen vorgenommen noch Eintragungen unleserlich gemacht werden; auch darf das Buch während der Aufbewahrungszeit (Ziff. 8 Abs. 3) weder ganz noch theilweise vernichtet werden.

8. Die dem Versteigerer erteilten und von ihm angenommenen Aufträge sind im Laufe des Tages, an welchem sie eingehen, in der Reihenfolge des Einganges unter fortlaufender Nummer vollständig einzutragen. Auch ist die Erledigung der Aufträge und der Eingang der Zahlungen neben der ersten Eintragung in den entsprechenden Spalten im Laufe des Tages, an welchem der Auftrag erledigt wird oder die Zahlung eingeht, zu vermerken. Wird der Auftrag nachträglich abgelehnt, so ist der Grund hierfür einzutragen.

Für ordnungsmäßige Führung des Geschäftsbuchs ist der Versteigerer auch dann persönlich verantwortlich, wenn er sie einem Dritten übertragen hat. Alle Eintragungen müssen in deutscher Sprache und in deutschen oder lateinischen Schriftzeichen bewirkt werden.

Geschäftsbücher, die nicht mehr benutzt werden sollen, sind unter Angabe des Datums abzuschließen, der Ortspolizeibehörde zur Bestätigung des Abschlusses vorzulegen und sodann zehn Jahre aufzubewahren. Nach dem Abschlusse dürfen Eintragungen nicht mehr gemacht werden.

Dasselbe gilt, wenn der Geschäftsbetrieb eingestellt wird.

9. Die Ortspolizeibehörde kann Versteigerern, welche Handelsbücher oder Geschäftsbücher nach kaufmännischer Art führen, die Führung des Geschäftsbuchs A erlassen, sofern aus den Büchern die im Muster A vorgeschriebenen Angaben ersichtlich sind. Die nach kaufmännischer Art geführten Bücher müssen dauerhaft gebunden und mit fortlaufenden Seitenzahlen versehen sein; im Uebrigen finden auf sie die Vorschriften unter Ziff. 7 Abs. 2, Ziff. 8 Abs. 2 bis 4 Anwendung.
10. Der Versteigerer hat über jeden Auftrag ein Sammelheft anzulegen und darin alle auf den Auftrag sich beziehenden Schriftstücke, einschließlich der Niederschrift über die Versteigerung, nach dem Datum des Einganges geordnet zu vereinigen. Das Sammelheft ist mit fortlaufenden Seiten- oder Blattzahlen zu versehen und äußerlich mit der entsprechenden laufenden Nummer des Geschäftsbuchs, mit dem Namen und Wohnort des Auftraggebers, mit einer kurzen Bezeichnung der zur Versteigerung bestimmten Gegenstände und der Angabe des Tages der Versteigerung zu versehen. Während der Versteigerung muß das Sammelheft zur Stelle sein. Die Sammelhefte sind zehn Jahre lang nach dem Abschlusse des Kalenderjahrs, in welchem die Versteigerung stattgefunden hat, vollständig aufzubewahren.

11. Die Versteigerung ist in ortsüblicher Weise (durch Ausruf, Anschlag, Einrücken in die Zeitung) unter Berücksichtigung ihrer größeren oder geringeren Wichtigkeit bekannt zu machen. Die Bekanntmachung ist in dem Sammelhefte zu vermerken; war sie in öffentliche Blätter eingerückt, so ist ein Abdruck in das Sammelheft einzufügen.

Die Versteigerung ist von dem Versteigerer oder seinem Stellvertreter (§. 45 der Gewerbeordnung) persönlich zu leiten. Bei der Versteigerung beweglicher Sachen in einem geschlossenen Raume sind der Name und Wohnort (Straße und Hausnummer) des Leiters

der Versteigerung, sowie die Verkaufsbedingungen während der Versteigerung in deutlich lesbarer Schrift an einem leicht zugänglichen Orte zum Ausbange zu bringen. In den übrigen Fällen ist dafür zu sorgen, daß die Versteigerungsbedingungen von den Theilnehmenden während der Versteigerung eingesehen werden können.

Die Versteigerung beginnt mit dem lauten und deutlichen Verlesen der Versteigerungsbedingungen. Sodann ist zum Bieten aufzufordern.

Der Zuschlag darf erst erteilt werden, wenn nach dreimaligem Wiederholen des Höchstgebots ein Uebergebot nicht abgegeben wird.

Bevor der Zuschlag erfolgt oder die zur Versteigerung gestellte Sache von der Versteigerung zurückgezogen ist, darf eine andere Sache nicht zur Versteigerung gestellt werden.

Ueber den Hergang bei der Versteigerung hat der Versteigerer während der Versteigerung in deutscher Sprache und mit deutschen oder lateinischen Schriftzeichen eine Niederschrift aufzunehmen. Die Niederschrift ist von ihm zu unterschreiben.

12. Der Versteigerer und die von ihm zugezogenen Angestellten (Ausrufers, Schreiber, Protokollführer) dürfen weder für sich persönlich oder durch einen Anderen, noch als Vertreter eines Anderen bieten oder kaufen. Der Versteigerer darf auch seinen Angehörigen (Ziff. 4 Abs. 2) das Mitbieten nicht gestatten.
13. Der Versteigerer hat sich bei der Versteigerung jedes unlauteren Geschäftsgebahrens, insbesondere des trügerischen Anpreisens der zu versteigernden Sachen, der Verleitung zum Ueberbieten durch Aufstellung von Personen, die nur zum Scheine mitbieten, zu enthalten. Weiß er oder muß er den Umständen nach annehmen, daß Verabredungen getroffen sind, auf Grund deren Andere vom Mitbieten oder Weiterbieten abgehalten oder Sachen (durch vorgeschobene Personen) angesteigert werden sollen, um unter den Theilnehmern sodann zu gemeinsamem Vortheile veräußert zu werden, so hat er die an solchen Verabredungen Theilnehmenden, nöthigenfalls mit polizeilicher Hülfe, zu entfernen. Er kann die Versteigerung auch abbrechen.
14. Die Versteigerungen dürfen in Wirthshäusern nur dann stattfinden, wenn ein anderer geeigneter Raum nicht vorhanden ist. Der Versteigerer hat darauf zu halten, daß während der Versteigerung geistige Getränke nicht unentgeltlich verabreicht werden und daß ein Mißbrauch geistiger Getränke nicht stattfindet. Betrunkene Personen dürfen zum Bieten nicht zugelassen werden.
15. Das in Ziff. 6, 10 bis 14 hinsichtlich der Versteigerungen Bestimmte gilt auch von den öffentlichen Verpachtungen an den Meistbietenden (III).
16. Der Versteigerer darf die Kaufgelder nur mit ausdrücklicher Ermächtigung des Auftraggebers stunden. Er darf auf die Kaufgelder dem Auftraggeber keine Vorstüsse gewähren, die Kaufgelderforderung nicht durch Abtretung an sich bringen, auch keine Gewähr für den Eingang der Kaufgelder übernehmen und sich überhaupt nicht an den Geschäften betheiligen.
Diese Bestimmung findet auf die Versteigerung von gebrauchten Sachen, Nachlasssachen und land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen keine Anwendung.
17. Die Polizeibehörden und ihre Organe können von dem Geschäftsbetriebe der Versteigerer Kenntniß nehmen, zu diesem Zwecke die für den Gewerbebetrieb bestimmten Räume jederzeit betreten und dort die Geschäftsbücher, das Sammelheft und die Niederschrift über die Versteigerung einsehen. Sie können auch verlangen, daß diese Bücher und Schriftstücke im Dienstsaale der Polizeibehörde vorgelegt werden und daß ihnen über den Geschäftsbetrieb wahrheitsgetreue Auskunft erteilt wird.

II. Freiwillige Versteigerung beweglicher Sachen für Rechnung des Auftraggebers.

A. Allgemeine Vorschriften.

18. Versteigerungen darf der Versteigerer nur auf Grund eines schriftlichen Auftrags übernehmen.

Der Auftrag muß außer der Unterschrift des Auftraggebers enthalten:

- a) den Namen und Wohnort (Straße und Hausnummer) des Auftraggebers,
- b) den Anlaß der Versteigerung,
- c) den Namen und Wohnort des Eigenthümers,
- d) die Angabe, ob die Sachen gebraucht sind und wo sie sich befinden.

Der Auftraggeber soll ferner die Versteigerungsbedingungen und die Art der Bekanntmachung bestimmen. Bleibt die Bestimmung dem Versteigerer überlassen, so hat er die Versteigerungsbedingungen nach seinem Ermessen festzusetzen und die Bekanntmachung in ortsüblicher Weise zu bewirken. Hat der Auftraggeber ein Mindestgebot festgesetzt, so darf der Versteigerer den Auftrag nur annehmen, wenn er unwiderruflich ermächtigt wird, den Zuschlag zu erteilen, sobald ein Uebergebot abgegeben wird.

Ist der Auftraggeber nicht selbst Eigenthümer der Sachen, so hat sich der Versteigerer glaubhaft machen zu lassen, in welcher Weise der Auftraggeber von dem Eigenthümer das Verfügungsrecht erlangt hat.

Der Versteigerer hat den Auftrag auf seine Richtigkeit und Vollständigkeit zu prüfen und die Beseitigung etwaiger Unrichtigkeiten und Mängel zu veranlassen. Unvollständige und nicht zweifelsfreie Aufträge sind abzulehnen.

Der Versteigerer hat auf Verlangen des Auftraggebers die zur Versteigerung bestimmten Sachen, erforderlichen Falls durch Sachverständige, abzuschätzen. In diesem Falle hat der Versteigerer, sofern nicht der Auftraggeber ein Verzeichniß der abzuschätzenden Sachen beifügt, ein solches Verzeichniß anzufertigen. Die Schätzungswerthe sind in das Verzeichniß aufzunehmen und, sofern nicht das Gutachten schriftlich abgegeben wird, von dem Schätzer durch seine Unterschrift als richtig zu bestätigen. Bei Gold- und Silbersachen ist der Gold- oder Silberwerth in gleicher Weise festzustellen, soweit nicht die Sachen unter diesem Werthe zugeschlagen werden dürfen (Ziff. 26).

Die Versteigerer dürfen Sachen, von denen sie wissen, oder den Umständen nach annehmen müssen, daß die Fabrikbezeichnung beseitigt oder unkenntlich gemacht oder das Aussehen zum Zwecke der Täuschung des Publikums verändert ist, nicht versteigern. Die Versteigerung von Sachen, welche zum Zweck der Versteigerung angefertigt oder aufgekauft sind — mit Ausnahme von Vieh — ist ihnen untersagt.

19. Die Bekanntmachung der Versteigerung muß mindestens enthalten:

- a) die allgemeine Bezeichnung der zur Versteigerung bestimmten Sachen und, wenn es sich um gebrauchte Sachen handelt, die Angabe, daß die Sachen gebraucht sind,
- b) Ort und Zeit der Versteigerung,
- c) die Angabe des Ortes und der Zeit für die Besichtigung der Sachen,
- d) die Angabe, daß es sich um eine freiwillige Versteigerung handelt.

Die Bekanntmachung ist von dem Versteigerer mit seinem Zunamen und einem ausgeschriebenen Vornamen und der Angabe seines Geschäftsraumes zu versehen.

20. Die Ortspolizeibehörde hat die Versteigerung zu untersagen, wenn

- a) die Beschaffenheit der Sachen aus gesundheitspolizeilichen Gründen zu beanstanden ist oder die Versteigerung offensichtlich auf eine Täuschung des Publikums abzielt,
- b) durch die Vornahme der Versteigerung gegen gesetzliche oder polizeiliche Vorschriften verstoßen werden würde.

Die Versteigerung kann untersagt werden, wenn

- a) der Auftrag den vorgeschriebenen Förmlichkeiten nicht entspricht,
- b) gegen die Richtigkeit der nach Ziff. 18b bis d und Ziff. 18 Abs. 4 zu machenden Angaben Bedenken bestehen,
- c) der Versteigerungsraum zur Vornahme der Versteigerung ungeeignet oder wenn eine Umgehung des in Ziff. 24 Abs. 1 ausgesprochenen Verbots zu befürchten ist.

21. Mit Genehmigung der Ortspolizeibehörde kann die Leitung der Versteigerung einem Angestellten übertragen werden. Die Versteigerung darf nur beginnen oder fortgesetzt werden, wenn mindestens drei zum Mitbieten befugte Personen anwesend sind.

22. Der Versteigerer hat die Niederschrift nach dem anliegenden Muster aufzunehmen.

Die Niederschrift muß den Wortlaut der Versteigerungsbedingungen enthalten, soweit sie von den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über den Kauf abweichen. In die Versteigerungsbedingungen ist aufzunehmen, daß, wenn zwei oder mehrere Personen zugleich ein und dasselbe Gebot abgeben und die Aufforderung zur Abgabe eines höheren Gebots erfolglos bleibt, das Loos entscheidet.

Ist der Zuschlag an einen Anderen als den Meistbietenden erteilt, so ist das Gebot sowie der Name desjenigen, welcher den Zuschlag erhält, in die Niederschrift aufzunehmen. Wird der Zuschlag nicht im Termin erteilt, so ist das Gebot sowie der Name desjenigen anzugeben, welcher an sein Gebot gebunden bleibt.

Ein zurückgewiesenes Gebot ist in der Spalte „Bemerkungen“ aufzunehmen. Bei Gold- und Silberfachen ist zutreffendenfalls zu beurkunden, daß wiederholten Aufrufs ungeachtet ein genügendes Gebot nicht abgegeben worden ist.

23. Sind an der Versteigerung mehrere Auftraggeber theilhaft, so ist die Niederschrift demjenigen Sammelheft einzufügen, welches die niedrigste Nummer trägt. In den übrigen Sammelheften ist zu vermerken, in welches Sammelheft die Niederschrift eingefügt worden ist.
24. Andere zum Verkauf oder zu einer späteren Versteigerung bestimmte Sachen müssen, sofern die Versteigerung in einem geschlossenen Raume stattfindet, von den zu versteigernden Gegenständen getrennt aufgestellt oder gelagert und durch Ueberbedeckung oder in sonst geeigneter Weise den Augen des Publikums entzogen sein oder durch eine Aufschrift als zur Versteigerung nicht bestimmt kenntlich gemacht werden. Auch dürfen neue Sachen (Ziff. 29) während der Versteigerung nicht freihändig verkauft werden.

Die zur Versteigerung bestimmten Sachen müssen mindestens zwei Stunden vor der Versteigerung zur Besichtigung zugänglich gemacht werden, sofern nicht für die Besichtigung ein besonderer Termin angesetzt war.

Neue Sachen (Ziff. 29) dürfen, sofern es sich nicht um die Versteigerung einer Konkurs- oder Nachlassmasse handelt, nicht mit anderen Sachen in einer Versteigerung versteigert werden. Bei der Versteigerung von Sachen einer Konkursmasse oder eines Nachlasses oder einer städtischen Wohnungseinrichtung dürfen Sachen, welche nicht zur Konkursmasse oder zum Nachlaß oder zu der städtischen Wohnungseinrichtung gehören, im Versteigerungsraum oder in Räumen, welche mit dem Versteigerungsraum im Zusammenhange stehen, nicht versteigert werden. Die Ortspolizeibehörde kann in Einzelfällen oder für bestimmte Arten von Versteigerungen Ausnahmen zulassen.

Die Polizeibehörde und ihre Organe können aus den zur Versteigerung bestimmten Sachen jederzeit Proben entnehmen. Hierfür ist Entschädigung in der Höhe des üblichen Kaufpreises zu gewähren.

25. Der Auftraggeber kann sich den Zuschlag vorbehalten. Hat der Auftraggeber ein Mindestgebot festgesetzt (Ziff. 18 Abs. 3), so hat der Versteigerer den Zuschlag zu erteilen, wenn ein Uebergebot abgegeben wird.
26. Gold- und Silberfachen dürfen nicht unter ihrem Gold- und Silberwerthe, Werthpapiere, die einen Börsen- oder Marktpreis haben, nicht unter dem laufenden Preise (Tageskurs für den Ort des Verkaufs) zugeschlagen werden. Wird ein hiernach zulässiges Gebot nicht abgegeben, so können diese Werthsachen nach Schluß der Versteigerung aus freier Hand zu einem dem zulässigen Gebot entsprechenden Preise verkauft werden. Diese Vorschriften gelten nur, soweit der Auftraggeber nicht ein Anderes bestimmt.
27. Der Versteigerer darf die versteigerte Sache an keinen Anderen als an denjenigen, welchem der Zuschlag erteilt ist, oder dessen Bevollmächtigten und, sofern nicht der Kaufpreis gestundet ist, nur gegen Empfang des Kaufgeldes auszuhändigen.
28. Der Versteigerer hat, soweit nicht der Auftraggeber ein Anderes bestimmt, den Versteigerungserlös anzunehmen, aufzubewahren und binnen acht Tagen nach Beendigung der Versteigerung unter Beifügung einer mit der Bescheinigung der Richtigkeit versehenen Abschrift der Niederschrift über die Versteigerung und der Rechnung über Gebühren und baare Auslagen dem Auftraggeber auszuhändigen. Von dem Erlöse kann er den Betrag seiner Forderung zurückbehalten. Das Gleiche findet entsprechende Anwendung, soweit hinsichtlich der zur Versteigerung gestellten Sachen ein Zuschlag nicht erteilt ist.

Eine genaue Berechnung der Gebühren und baaren Auslagen ist in das Sammelheft (Ziff. 10) einzufügen.

B. Besondere Vorschriften für die Versteigerung neuer Sachen.

29. Neue Sachen sind Waaren, welche in offenen Verkaufsstellen feilgeboten zu werden pflegen, sofern sie ungebraucht sind oder soweit ihr bestimmungsmäßiger Gebrauch in dem Verbräuche besteht. Auf ihre Versteigerung finden die Bestimmungen der Ziff. 18 bis 28 nur mit den nachstehenden Maßgaben Anwendung.
30. Dem Auftrage (Ziff. 18) ist ein vollständiges, mit fortlaufenden Zahlen versehenes Verzeichniß der zur Versteigerung bestimmten Sachen unter genauer Angabe der Zahl, Menge oder Gattung beizufügen. Die Ortspolizeibehörde kann die Annahme von Aufträgen ohne Verzeichniß gestatten.
31. Der Versteigerer darf Versteigerungen nur auf Grund einer Bescheinigung (Ziff. 32) der Ortspolizeibehörde vornehmen.

Von jedem Versteigerungstermine hat der Versteigerer der Ortspolizeibehörde, in deren Bezirke die Versteigerung stattfinden soll, unter Angabe des Tages, der Stunde und des Ortes der Versteigerung, sowie unter Angabe des Ortes, wo sich die Sachen bis zum Versteigerungstermine befinden, vorher Anzeige zu erstatten. Die Ortspolizeibehörde bestimmt allgemein für ihren Bezirk die Frist, die zwischen dem Eingange der Anzeige und dem Versteigerungstermine liegen muß. Der Anzeige ist der Auftrag nebst Verzeichniß (Ziff. 30) sowie eine Abschrift des Verzeichnisses beizufügen. Wird die Versteigerung für mehrere Auftraggeber vorgenommen, so ist über die zu versteigernden Sachen ein Gesamtverzeichnis anzufertigen und mit einer Abschrift einzureichen.

Tag, Stunde und Ort der Versteigerung sind auf dem Verzeichniß anzugeben.

Bei Gegenständen, die dem Verderb ausgesetzt sind, und in sonstigen dringenden Fällen kann die Versteigerung mit Genehmigung der Ortspolizeibehörde schon vor Ablauf der Frist (Abs. 2) abgehalten werden.

32. Die Ortspolizeibehörde hat den Auftrag sowie die Urschrift des Verzeichnisses, nachdem sie die ordnungsmäßige Anmeldung der Versteigerung durch Aufdrücken des Siegels auf das Verzeichniß bescheinigt hat, dem Versteigerer mit thunlichster Beschleunigung zurückzugeben.

Das gestempelte Verzeichniß hat der Versteigerer während der Dauer der Versteigerung im Versteigerungsraum an einer leicht zugänglichen Stelle zu Jedermanns Einsicht auszuhängen. Nach Beendigung der Versteigerung ist das Verzeichniß der Niederschrift über die Versteigerung (Ziff. 22) beizufügen.

Bei Versteigerungen, die ohne Aufstellung eines Verzeichnisses der zu versteigernden Gegenstände vorgenommen werden (Ziff. 30), hat die Ortspolizeibehörde über die Anmeldung eine besondere Bescheinigung auszustellen. Die Bestimmung des Abs. 2 findet entsprechende Anwendung.

33. Die Bescheinigung (Ziff. 32 Abs. 1 bis 3) ist aus den in Ziff. 20 Abs. 1 aufgeführten Gründen zu versagen. Sie ist außerdem zu versagen, wenn die Sachen zum Zwecke der Versteigerung aufgekauft oder angefertigt sind.

Die Bescheinigung kann aus den in Ziff. 20 Abs. 2 aufgeführten Gründen versagt werden. Sie kann außerdem versagt werden, wenn es der Versteigerung an einem hinreichend begründeten Anlasse fehlt, insbesondere wenn die Versteigerung zu Zwecken des unlauteren Wettbewerbes vorgenommen werden soll oder eine empfindliche Schädigung der angesehnen Gewerbetreibenden herbeiführen würde.

Die Versagung der Bescheinigung ist unter Rückgabe der Urschrift des Auftrags mit thunlichster Beschleunigung schriftlich anzustellen.

34. Finden die Versteigerungen in einem bestimmten Versteigerungsraum in regelmäßiger Wiederkehr statt, so kann die Ortspolizeibehörde das Verfahren bei der Anzeige der Versteigerung und für die Ertheilung der Bescheinigung anders regeln.

35. Die Bekanntmachung der Versteigerung darf erst nach Eingang der polizeilichen Bescheinigung (Ziff. 32 Abs. 1 bis 3) erfolgen. Sie muß, sofern nicht die Ortspolizeibehörde im Einzelfall eine Ausnahme gestattet, auch die Angabe des Eigentümers der Sachen und des Auftraggebers der Versteigerung enthalten.

36. Die Versteigerung hat dem Inhalte der polizeilichen Bescheinigung (Ziff. 32 Abs. 1 bis 3) entsprechend zu erfolgen.

Vor dem Beginne der Versteigerung sind die zu versteigernden Sachen mit dem Verzeichnisse zu vergleichen. Sollten Sachen fehlen oder beschädigt sein, so ist dies unter dem Verzeichnisse zu bemerken. Die einzelnen zur Versteigerung gestellten Sachen sind thunlichst in der Reihenfolge des Verzeichnisses (Ziff. 30) auszurufen, wobei die Nummer des Verzeichnisses laut und deutlich bekannt zu geben ist.

37. Der Versteigerer hat das Mindestgebot, das der Auftraggeber festgesetzt hat, vor der Aufforderung zum Bieten anzugeben.

38. Die Ortspolizeibehörde kann anordnen, daß auch bei der Versteigerung anderer als der in Ziff. 29 bezeichneten Sachen nach den Vorschriften der Ziff. 30 bis 37 zu verfahren ist.

III. Öffentliche Verpachtung an den Meistbietenden.

39. Der Versteigerer darf die öffentliche Verpachtung eines Grundstücks, einer Fruchtnutzung, eines nutzbaren Rechtes u. s. w. an den Meistbietenden nur auf Grund eines schriftlichen Auftrags übernehmen; er hat die Festsetzung der Pachtbedingungen dem Verpächter zu überlassen. Für die Erledigung des Auftrags, insbesondere die Zeit und den Ort sowie die Bekanntmachung des Termins und das in dem Termine zu beobachtende Verfahren sind die Weisungen des Verpächters maßgebend. Bleibt die Bestimmung dem Versteigerer überlassen, so hat er nach seinem Ermessen zu verfahren, jedoch die örtlichen Gewohnheiten, z. B. bei der Bekanntgabe des Pachttermins, thunlichst zu berücksichtigen.

40. Die Niederschrift muß insbesondere enthalten:

- a) den Namen des Verpächters und einen Hinweis auf den Auftrag;
- b) eine genaue Bezeichnung des zu verpachtenden Gegenstandes und den Wortlaut der Pachtbedingungen, falls diese nicht der Niederschrift als Anlage beigefügt werden;
- c) den Betrag des Meistgebots und den Namen des Meistbietenden, sowie, wenn die Pacht ein Grundstück betrifft und länger als ein Jahr dauern soll, dessen Unterschrift oder die Bemerkung, aus welchem Grunde sie fehlt;
- d) die Bemerkung, ob der Zuschlag erteilt oder die Entscheidung über den Zuschlag dem Verpächter vorbehalten worden ist.

Bleiben nach den Pachtbedingungen außer dem Meistbietenden noch andere Bieter bis zur Entscheidung des Verpächters an ihre Gebote gebunden, so muß die Niederschrift auch die Namen dieser Bieter und den Betrag ihrer Gebote ergeben.

Im Uebrigen finden die Vorschriften unter Ziff. 22 Abs. 1, Abs. 2, Satz 1, Ziff. 23 entsprechende Anwendung.

41. Von dem Termin ist der Auftraggeber, sofern er ihn nicht selbst bestimmt hat, rechtzeitig in Kenntniß zu setzen. Das Gleiche gilt von dem Ergebnisse des Termins, sofern nicht der Auftraggeber anwesend war.

IV. Pfandverkauf durch öffentlich angestellte Versteigerer.

42. Aus einem Pfande, das in beweglichen Sachen oder in Inhaberpapieren besteht, kann sich der Pfandgläubiger ohne gerichtliches Verfahren nach den Vorschriften der §§. 1228—1248 des Bürgerlichen Gesetzbuchs im Wege des Pfandverkaufs befriedigen. Für den Verkauf ist die Anweisung des Auftraggebers maßgebend. Dieser ist dem Eigenthümer des Pfandes dafür verantwortlich, daß das Pfand unter den gesetzlichen Voraussetzungen und in den gesetzlichen Formen veräußert wird. Der Versteigerer soll jedoch den Auftraggeber auf die Folgen aufmerksam machen, wenn dieser ohne die erforderliche Einwilligung des Eigenthümers und der Personen, denen sonstige Rechte an dem Pfande zustehen, oder ohne die erforderliche Anordnung des Gerichts einen Pfandverkauf unter anderen, als den gesetzlichen Formen verlangt.

Wird der Auftrag mündlich erteilt, so hat der Versteigerer einen der Vorschriften in Ziff. 18 Abs. 2 entsprechenden Vermerk zu dem Sammelbuche zu bringen.

43. Der Verkauf darf nicht vor dem Ablauf eines Monats nach der Androhung (Ziff. 46) oder, wenn die Androhung als unthunlich unterblieben ist, nach dem Eintritte der Verkaufsberechtigung erfolgen. Er ist durch öffentliche Versteigerung oder, wenn das Pfand einen Markt- oder Börsenpreis hat, aus freier Hand zum laufenden Preise zu bewirken. Bei der Versteigerung oder bei dem freihändigen Verkauf ist die zu veräußernde Sache ausdrücklich als Pfand zu bezeichnen.
44. Der Versteigerer hat die zum Verkaufe gestellten Sachen unter laufender Nummer, geeignetenfalls auch unter Angabe des Maßes, des Gewichts oder der Zahl, in ein Verzeichniß einzutragen. Das Verzeichniß ist dem Auftraggeber zur Anerkennung vorzulegen und von diesem zu unterschreiben. Hat der Auftraggeber ein solches Verzeichniß bereits übergeben, so hat es der Versteigerer zu prüfen und durch Namensunterschrift als richtig zu bestätigen. Nimmt der Versteigerer auf Verlangen die Pfänder bis zum Versteigerungstermin in Verwahrung, so ist die Uebernahmeverhandlung mit dem Verzeichniße zu verbinden. Schätzungs- werthe sind nur auf besonderes Verlangen in das Verzeichniß aufzunehmen; bei Gold- und Silberfachen muß das Verzeichniß den Gold- oder Silberwerth, erforderlichenfalls nach der Schätzung eines Sachverständigen, ergeben. Der Beeidigung des Sachverständigen bedarf es nicht.
45. Die Versteigerung erfolgt an dem Orte, an dem das Pfand aufbewahrt wird oder, wenn dort ein angemessener Erfolg nicht zu erwarten ist, an einem geeigneten anderen Orte. Die Bekanntmachung der Versteigerung muß enthalten:
 - a) die allgemeine Bezeichnung der zu versteigernden Sache;
 - b) Ort und Zeit der Versteigerung;
 - c) die Angabe, daß es sich um einen Pfandverkauf handelt;
 - d) den Namen und den Wohnort des Versteigerers.

Die Namen des Pfandgläubigers und des Verpfänders sind wegzulassen.

46. Hat der Pfandgläubiger die erforderliche Androhung unterlassen (Ziff. 43 Satz 1 Zeile 1), so ist sie durch den Versteigerer zu bewirken.
 Von dem Versteigerungstermine sind, wenn es thunlich ist, der Eigenthümer des Pfandes und die von dem Pfandgläubiger etwa bezeichneten dritten Personen, denen Rechte am Pfande zustehen, durch den Pfandgläubiger oder den Versteigerer besonders zu benachrichtigen; die Benachrichtigung des Eigenthümers kann mit der Androhung des Pfandverkaufs verbunden werden.
47. Vor dem Beginne der Versteigerung sind die zu versteigernden Sachen bereit zu stellen. Die Vorschrift der Ziff. 36 Abs. 2 findet Anwendung.
48. Die Versteigerungsbedingungen müssen dem §. 1238 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechen; verlangt der Pfandgläubiger die Versteigerung unter anderen Bedingungen, so soll er darauf hingewiesen werden, daß er den daraus für den Eigenthümer des Pfandes entstehenden Schaden zu vertreten hat.
49. Dem Auftraggeber und dem Eigenthümer des Pfandes ist das Mitbieten zu gestatten. Das Gebot des Eigenthümers, bezugnehmend, wenn das Pfand für eine fremde Schuld haftet, das Gebot des Schuldners, ist, sofern nicht der Auftraggeber ein Anderes bestimmt, zurückzuweisen, wenn nicht der gebotene Betrag sogleich baar erlegt wird. Gold- und Silberfachen dürfen nicht unter dem Gold- oder Silberwerthe zugeschlagen werden.

Wenn die Versteigerungsbedingungen nicht ein Anderes ergeben, oder der anwesende Auftraggeber nicht ein Anderes bestimmt, hat der Ersteher den zugeschlagenen Gegenstand gegen Zahlung des Kaufgeldes sogleich in Empfang zu nehmen. Unterbleibt die Zahlung bis zum Schlusse des Termins oder bis zu dem in den Versteigerungsbedingungen bestimmten Zeitpunkte, so kann die Wiederversteigerung zu Lasten des Ersteherers sofort vorgenommen werden.

Die Zahlung des Kaufgeldes unterbleibt, wenn der Zuschlag dem Pfandgläubiger ertheilt ist; der Versteigerer ist zur Herausgabe der Sachen an ihn nur verpflichtet, wenn der Betrag seiner Gebühren und Auslagen einschließlich des erforderlichen Stempels baar erlegt wird.

Die Versteigerung ist einzustellen, sobald der Erlös zur Befriedigung des Gläubigers und zur Deckung der Kosten hinreicht. Der Versteigerer hat deshalb die bereits erzielten Erlöse von Zeit zu Zeit zusammenzurechnen.

50. Der Versteigerer hat die Niederschrift nach dem anliegenden Muster B aufzunehmen. Die Niederschrift muß insbesondere enthalten:

- a) den Namen des Pfandgläubigers und des Eigenthümers der Pfänder; wenn das Pfand für eine fremde Schuld haftet, auch den Namen des Schuldners;
- b) den Betrag der Forderung und der Kosten, wegen derer der Gläubiger aus dem Pfande seine Befriedigung sucht;
- c) den Hinweis auf die gesetzlichen Versteigerungsbedingungen oder den Wortlaut der Bedingungen, insoweit sie von den gesetzlichen abweichen;
- d) die Bemerkung, daß die Gegenstände als Pfand verkauft werden.

Wird dem Meistbietenden der Zuschlag nicht erteilt, so ist das Meistgebot in der Spalte „Bemerkungen“ einzutragen.

Im Uebrigen finden die Vorschriften der Ziff. 22 Abs. 4, Ziff. 23 entsprechende Anwendung.

51. Der Versteigerer hat die Niederschrift über die Versteigerung im Ganzen oder in ihren wesentlichen Theilen vorzulesen. Von den Biethern brauchen nur diejenigen, welche den Zuschlag erhalten, und in dem Falle, daß der Zuschlag im Termin nicht erteilt ist, diejenigen, welche an ihr Gebot gebunden bleiben, in oder unter der Niederschrift zu unterzeichnen oder ihr Handzeichen beizufügen. Entfernt sich ein Theilnehmer, bevor er unterschrieben oder ein Handzeichen gemacht hat, oder kann ein Theilnehmer nicht schreiben und auch kein Handzeichen beifügen oder wird die Unterzeichnung verweigert, so ist der Grund anzugeben, aus welchem die Unterzeichnung unterblieben ist.

52. Ein freihändiger Verkauf findet statt:

- a) bei Werthpapieren, Waaren und anderen Pfändern, die einen Börsen- oder Marktpreis haben;
- b) bei Gold- und Silbersachen, deren Versteigerung fruchtlos versucht worden ist;
- c) bei Sachen anderer Art auf Anordnung des Amtsgerichts.

Der Verkauf der zu a bezeichneten Sachen ist zum laufenden Preise und unter Bezeichnung der Sache als Pfand vorzunehmen. Gold- und Silbersachen dürfen nicht unter dem abgeschätzten Gold- oder Silberwerthe verkauft werden; der Versteigerer hat jedoch auf die Erzielung eines möglichst hohen Preises Bedacht zu nehmen.

Die über den Verkauf aufzunehmende Niederschrift muß insbesondere enthalten:

- a) den Grund des freihändigen Verkaufs;
- b) die genaue Bezeichnung der verkauften Sachen mit der Angabe des abgeschätzten Gold- oder Silberwerthes oder des laufenden Preises;
- c) die mit dem Käufer getroffenen Abreden und den Nachweis der Preiszahlung.

Beim Verkaufe von Werthpapieren ist der Schluschein (§. 9 des Reichsstempelgesetzes, R.G.Bl. 1900 S. 275) dem Gläubiger auszuhändigen. Der laufende Preis (Tageskurs für den Ort des Verkaufs) ist durch den Kurszettel oder durch die Bescheinigung eines Kaufmanns, der Bankier- oder Geldwechslergeschäfte betreibt, festzustellen.

Der Pfandgläubiger kann solche Pfänder, die einen Börsen- oder Marktpreis haben, statt durch freihändigen Verkauf auch durch Versteigerung veräußern lassen, sofern es sich nicht um die im §. 1295 B. G. B. bezeichneten inoffizialen Papiere handelt.

53. Der Versteigerer hat dem nicht anwesenden Auftraggeber das Ergebnis des Pfandverkaufs unverzüglich mitzutheilen.

Der Erlös der Versteigerung oder des freihändigen Verkaufs ist nach Abzug der Gebühren und Auslagen des Versteigerers gleichfalls unverzüglich an den Auftraggeber abzuführen. Dies gilt auch dann, wenn der Erlös den Betrag der Forderung und der Kosten übersteigt, es sei denn, daß der Gläubiger den Versteigerer beauftragt hat, den verbleibenden Ueberschuß an den Eigenthümer des Pfandes abzuführen oder für diesen zu hinterlegen. Die

gesetzlich vorgeschriebene Benachrichtigung des Eigenthümers von dem Pfandverkauf und seinem Ergebnisse ist dem Pfandgläubiger zu überlassen. Es wird sich indeß empfehlen, daß der Versteigerer den Pfandgläubiger in geeigneten Fällen ausdrücklich hierauf hinweist.

54. Ist der Pfandgläubiger ein gewerbsmäßiger Pfandleiher, so sind die zum Theil abweichenden Vorschriften der §§. 9 bis 16 des Gesetzes über das Pfandleihgewerbe vom 17. März 1881 in der Fassung des Ausführungsgesetzes zum B. G. B. Artikel 41 zu beachten.
55. Die Vorschriften über den Pfandverkauf finden nach gesetzlicher Vorschrift auch Anwendung auf eine Versteigerung, die zwecks Auseinandersetzung unter den Theilnehmern an einer Gemeinschaft oder unter Miterben vorgenommen wird, oder die der Besitzer einer beweglichen Sache veranlaßt, um sich wegen seiner Verwendungen aus der Sache zu befriedigen (§§. 753, 2042, 1003 B. G. B.).
56. Die Befriedigung des Gläubigers kraft eines kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts, darf zwar ebenfalls im Wege des Pfandverkaufs erfolgen, sie ist aber erst zulässig, nachdem der Gläubiger einen vollstreckbaren Titel für sein Recht auf Befriedigung aus den zurückbehaltenen Gegenständen erlangt hat (§. 371 F. G. B.).
57. Bei einem Pfandverkaufe, der auf Grund eines kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts oder auf Grund eines Pfandrechts der im §. 368 des Handelsgesetzbuchs bezeichneten Art vorgenommen wird, verkürzt sich die nach der Androhung des Verkaufs zu beobachtende Frist auf eine Woche. Bei einem Pfandverkauf im Auftrage eines Frachtführers oder Verfrachters, sind die Androhung und die Benachrichtigungen an den Empfänger des Gutes und nur, wenn dieser die Annahme des Gutes verweigert oder wenn er nicht zu ermitteln ist, an den Absender zu richten (§§. 440, 623 F. G. B.). Der Kommissionär kann auch dann in Ansehung des Kommissionärguts zum Pfandverkaufe schreiten, wenn er dessen Eigenthümer ist; der Pfandverkauf geschieht alsdann für Rechnung des Kommittenten.

V. Sonstige von öffentlich angestellten Versteigerern vorzunehmende Versteigerungen, die kraft gesetzlicher Ermächtigung für Rechnung eines Anderen erfolgen.

58. Gründet der Auftraggeber seine gesetzliche Ermächtigung zur Versteigerung auf andere als die im Abschnitt IV bezeichneten Vorschriften, läßt er insbesondere Sachen versteigern, weil sie dem Verberb ausgesetzt sind (§§. 966, 1219 B. G. B.; §§. 379, 388, 391, 437 F. G. B.; des Binnenschiffahrtsgesetzes §. 52 Abs. 2), weil er sich durch Hinterlegung des Erlöses von einer Schuld befreien will (§. 383 B. G. B.), weil er als Pfandgläubiger durch eine zu besorgende Werthminderung des Pfandes seine Sicherheit für gefährdet erachtet (§§. 1219, 1220 B. G. B.), weil er auf Grund einer einstweiligen Verfügung (§. 489 B. G. B.) oder gemäß §§. 373, 376 des Handelsgesetzbuchs zum Selbsthülfeverkaufe schreitet, so finden die Vorschriften über den Pfandverkauf keine Anwendung. Das Gleiche gilt für die Versteigerung gefundener und abgelieferter Sachen durch Behörden und Verkehrsanstalten (§. 979 B. G. B.).
59. Wird der Auftrag mündlich erteilt, so hat der Versteigerer einen der Vorschrift in Ziff. 18 Abs. 2 entsprechenden Vermert zu dem Sammelhefte zu bringen. Die nach den gesetzlichen Vorschriften etwa erforderliche Androhung des Verkaufs, ingleichen die im Falle des §. 966 des Bürgerlichen Gesetzbuchs erforderliche Anzeige bei der Polizeibehörde bleibt dem Auftraggeber überlassen. Die zum Verkaufe gestellten Sachen sind in ein der Vorschrift der Ziff. 44 entsprechendes Verzeichniß einzutragen. Die Versteigerungsbedingungen, die Zeit und den Ort der Versteigerung sowie die Art der Bekanntmachung hat der Auftraggeber zu bestimmen. Der Versteigerer hat den Auftraggeber nöthigenfalls darauf hinzuweisen, daß der Gegner den Verkauf, als für seine Rechnung geschehen, nicht anzuerkennen brauche, wenn er zu ungewöhnlichen oder den Umständen des Falles nicht angemessenen Bedingungen, z. B. unter Ausschluß der Gewährleistung, vorgenommen worden ist. Bleibt die Bestimmung dem Versteigerer überlassen, so erfolgt die Versteigerung ohne besondere Bedingungen nach den für den Kauf geltenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs und die Bekanntmachung, wenn sie

erforderlich oder ohne Gefährdung des Versteigerungszwecks ausführbar ist, in der üblichen und der Wichtigkeit der Gegenstände entsprechenden Art.

Von dem Versteigerungstermine sind der Auftraggeber und nach dessen näherer Bestimmung die Personen, für deren Rechnung der Verkauf erfolgt, zu benachrichtigen. Bei Gold- und Silberfachen findet die Vorschrift des §. 1240 des Bürgerlichen Gesetzbuchs keine Anwendung. Die Versteigerung ist so lange fortzusetzen, bis alle zum Verkaufe stehenden Sachen ausgebaut sind, wenn nicht der Auftraggeber den früheren Schluß verlangt.

Die Niederschrift über die Versteigerungs-Verhandlung muß den gesetzlichen Grund der Versteigerung angeben. Die Vorschriften der Ziff. 22, Ziff. 50 Abs. 1, Ziff. 51 Satz 1 finden entsprechende Anwendung. Die Bemerkung, daß die Sache als Pfand ausgebaut werde, ist nur aufzunehmen, wenn der Fall des §. 1219 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorliegt. Der Erlös ist nach Abzug der Gebühren und Auslagen des Versteigerers an den Auftraggeber abzuführen oder auf sein Verlangen für die von ihm bestimmten Personen zu hinterlegen.

Wird der Versteigerer in den vorbezeichneten Fällen beauftragt, Sachen, die einen Börsen- oder Marktpreis haben, aus freier Hand zu veräußern, so ist der Verkauf, wenn der Auftraggeber nicht ein Anderes bestimmt hat, nach der Vorschrift der Ziff. 52 vorzunehmen.

60. Nach den Vorschriften der Ziff. 59 ist auch die Veräußerung einer Aktie oder eines Anteilrechts im Auftrag einer Aktiengesellschaft in den Fällen der §§. 220, 290 des Handelsgesetzbuchs zu bewirken. Dagegen geschieht die Veräußerung eines Bergwerkantheils im Auftrage der Gewerkschaft im Falle des §. 131 des Preussischen Berggesetzes ausschließlich im Wege der Zwangsvollstreckung.

VI. Beeidigung und öffentliche Anstellung von Versteigerern (§. 36 der Gewerbeordnung).

61. Die Beeidigung und öffentliche Anstellung von Versteigerern erfolgt nur nach Maßgabe des Bedürfnisses. Im Oberlandesgerichtsbezirke Köln, in Ostfriesland und Harlingerland sowie im Regierungsbezirk Osnabrück findet eine Beeidigung und öffentliche Anstellung von Versteigerern auf Grund des §. 36 der Gewerbeordnung nicht statt.

Als Versteigerer beeidigt und öffentlich angestellt werden dürfen nur solche Personen, gegen deren Unbescholtenheit und strenge Rechlichkeit Bedenken nicht bestehen und die nach ihrer Vorbildung die hinreichende Gewähr für eine ordnungsmäßige Wahrnehmung des Gewerbebetriebes bieten.

62. Die Beeidigung und öffentliche Anstellung erfolgt auf Widerruf durch den Regierungspräsidenten nach Anhörung des Landraths, in Stadtkreisen der Ortspolizeibehörde, und nach Prüfung des Anzustellenden auf seine für den Betrieb des Gewerbes erforderlichen Fähigkeiten. Der Regierungspräsident ist befugt, den Landrath, in Stadtkreisen die Ortspolizeibehörde, mit der Vornahme der Prüfung und der Abnahme des Eides zu beauftragen.

Der Eid hat folgenden Wortlaut:

„Ich N. N. schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß ich die Pflichten eines öffentlich angestellten Versteigerers getreulich erfüllen werde, so wahr mir Gott helfe!“

Der Eid wird mittels Nachsprechens der Eidesformel geleistet, dabei soll der Schwörende die rechte Hand erheben.

63. Vor der Anstellung ist durch Hinterlegung bei der Regierung eine Sicherheit zu bestellen; die Höhe der Sicherheit bestimmt der Regierungspräsident. Die Rückgabe erfolgt bei der Beendigung des Gewerbebetriebes, jedoch nicht vor Ablauf der hierfür bei der Bestellung bedungenen Frist. Der Regierungspräsident hat die bevorstehende Rückgabe auf Kosten des Gewerbetreibenden im Regierungsamtsblatt und in dem Kreisblatt öffentlich bekannt zu machen.

Die Vorschrift in Abs. 1 findet keine Anwendung, soweit hinsichtlich der Rückgabe der Sicherheit und hinsichtlich eines die Rückgabe vorbereitenden Aufgebotsverfahrens gesetzliche Bestimmungen Platz greifen.

64. Dem Versteigerer ist ein bestimmter, örtlich abgegrenzter Bezirk zuzuweisen, über welchen hinaus das Gewerbe nicht betrieben werden darf. Der Bezirk kann jederzeit geändert werden.

65. Ueber die öffentliche Anstellung ist von dem Regierungspräsidenten eine Bestallungsurkunde auszustellen, die dem Versteigerer nach Leistung des Eides auszuhändigen ist. Die Beeidigung und öffentliche Anstellung ist auf Kosten des Gewerbetreibenden im Amtsblatte der Regierung und in dem Kreisblatte öffentlich bekannt zu machen. Das Gleiche gilt, wenn der Gewerbetreibende auf die Anstellung verzichtet oder wenn die Bestallung entzogen wird.

Der Regierungspräsident hat von der öffentlichen Anstellung und ihrem Erlöschen dem Präsidenten des Landgerichts, in dessen Bezirke die Anstellung erfolgt ist, Mittheilung zu machen.

66. Der Regierungspräsident hat nach Anhörung betheiligter Gewerbetreibender über die Gebühren der Gewerbetreibenden für die Vornahme der in den Abschnitten II bis V bezeichneten Versteigerungen Taxen zu erlassen.

Ueber die Stellvertretung des Gewerbetreibenden bestimmt der Regierungspräsident.

67. An die Stelle des Regierungspräsidenten tritt im Stadtkreise Berlin der Polizeipräsident. Da, wo nach ausdrücklicher gesetzlicher Vorschrift andere Behörden zur Beeidigung und öffentlichen Anstellung von Versteigerern befugt sind, treten diese Behörden an die Stelle des Regierungspräsidenten.

VII. Schlußbestimmungen.

68. Die vorstehenden Bestimmungen (Ziff. 1 bis 67) treten am 1. September 1902 in Kraft. Sie finden keine Anwendung

- a) auf die beeidigten Auktionatoren in Ostfriesland und Harlingerland sowie im Regierungsbezirk Osnabrück;
- b) auf Verkäufe, welche nach gesetzlicher Vorschrift durch Kurzmäkler oder durch die hierzu öffentlich ermächtigten Handelsmäkler vorgenommen werden;
- c) auf Versteigerungen von Gegenständen des Wochenmarkterkehrs in Markthallen;
- d) auf Versteigerungen, welche von Behörden oder von Beamten vorgenommen werden.

Das Reglement für die außergerichtlichen Auktionatoren vom 15. August 1848 nebst Nachträgen vom 21. Dezember 1856, 18. Oktober 1872, 16. Mai 1876, 18. August 1882 tritt am gleichen Tage außer Kraft.

69. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften in Abschnitt I bis V werden nach §. 148 Ziff. 4 a der Gewerbeordnung mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu vier Wochen bestraft.

Berlin, den 10. Juli 1902.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Möller.

G e s c h ä f t s b u c h.

Laufende Nummer.	Tag des Auftrags.	Des Auftraggebers a) Vor- und Zuname. b) Stand. c) Wohnort und Straße.	Bezeichnung der zu versteigernden Gegenstände.	Die polizeiliche Bescheinigung ist		Der Versteigerungstermin ist bekannt gemacht. ²⁾	Tag und Stunde der abgehaltenen Versteigerung.	Vor- schüsse a) Betrag b) Tag der Zahlung.
				nach- gesucht am	¹⁾ ertheilt am			
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.

Gesamterlös aus der Ver- steigerung.	Von dem Auftraggeber zu leistende Zahlungen		Summe der Spalten 11, 12.	Tag der		Der Erlös aus der Versteigerung ist abgeliefert		Bemerkungen.
	a)	b)		Fällig- keit	Zah- lung	am	an	
	Gebühren.	Baare Auslagen.						
M.	M.	M.						
10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	

¹⁾ Ist zur Vornahme der Versteigerung eine polizeiliche Bescheinigung nicht erforderlich, so sind die Spalten 5, 6 nicht auszufüllen. In den Fällen der Abschnitte IV, V ist in Spalte 17 der Grund der Versteigerung einzutragen.

²⁾ Bei Zeitungen: Angabe des Datums und der Nummer.

Muster B.

Niederschrift über eine Versteigerung.

Verhandelt

_____ den _____ 19____

In Folge Auftrages des _____

in _____ straße Nr. _____ vom _____ 19____

hat heute die Versteigerung nachstehender Gegenstände in dem Versteigerungsraume _____
 _____ stattgefunden.

Die Versteigerung begann um _____ Uhr _____ mittags. Zunächst wurde bekannt gemacht, daß die Versteigerung unter folgenden Bedingungen stattfinden werde:

1. Wenn zwei oder mehrere Personen zugleich ein und dasselbe Gebot abgeben und die Anforderung zur Abgabe eines höheren Gebots erfolglos bleibt, so entscheidet das Loos;¹⁾
2. _____
3. _____

Die nachstehend verzeichneten Gegenstände wurden alsdann in der Reihenfolge der Eintragung einzeln zur Versteigerung gestellt, wobei [die betreffende Nummer des Verzeichnisses laut und deutlich bekannt gemacht und]²⁾ jeder zur Versteigerung gestellte Gegenstand vorgezeigt wurde.

Das Ergebnis der Versteigerung war Folgendes:

Laufende Nummer der versteigerten Sache.	Kurze Bezeichnung der Sache. Nummer des Verzeichnisses. ³⁾	Abgeschätzter Werth. M	Name und Wohnung des Bieters, dem der Zuschlag erteilt ist. ⁴⁾	Gebot, für welches der Zuschlag erteilt ist.		Davon während der Versteigerung bezahlt.		Ist die Sache dem Käufer übergeben worden?	Nummer des Sammelheftes (Ziff. 10), in dem sich der Versteigerungsauftrag befindet und sonstige Bemerkungen.
				M	ℳ	M	ℳ		
1.	2.	3.	4.	5.		6.		7.	8.

Die Versteigerung wurde um _____ Uhr _____ mittags beendigt.
 Dies bescheinigt pflichtmäßig

(Siegel.)

Auktionator.

¹⁾ Bleibt beim Pfandverkauf im Falle der Ziff. 48 Satz 1 fort.
²⁾ Wenn ein Verzeichniß nicht aufgestellt ist, zu durchstreichen.
³⁾ Nur einzutragen, wenn ein Verzeichniß aufgestellt ist.
⁴⁾ Sofern die Angabe des Namens vom Bieter nicht verweigert wird.

Vorschriften

über

den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen sowie über den Geschäftsbetrieb der Versteigerer, die in Markthallen Gegenstände des Wochenmarktverkehrs versteigern.

Auf Grund des §. 38 Abs. 1 der Gewerbeordnung wird über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen sowie über den Geschäftsbetrieb der Versteigerer, die in Markthallen Gegenstände des Wochenmarktverkehrs versteigern, Folgendes bestimmt:

1. Auf Personen, welche in Markthallen die freiwillige Versteigerung von Gegenständen des Wochenmarktverkehrs gewerbsmäßig betreiben, finden die Bestimmungen im Abschnitt I Ziffer 1 bis 6, 12 bis 14 und 17, sowie im Abschnitt II Ziff. 18 Abs. 7 der Vorschriften über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen sowie über den Geschäftsbetrieb der Versteigerer vom 10. Juli 1902 Anwendung.

2. Die Versteigerer sind verpflichtet, ein Geschäftsbuch zu führen, aus welchem der Name und Wohnort des Eigentümers der versteigerten Waare, der Tag des Eingangs, die Gattung und Menge der Waare, Tag und Stunde der Versteigerung, jeder einzelne zur Versteigerung gelangte Waarenposten, der Kaufpreis, der Name und Wohnort des Käufers, die Gebühren und baaren Auslagen und der Tag der Ablieferung des Versteigerungserlöses zu ersehen sind. Auf das Geschäftsbuch finden im Uebrigen die Bestimmungen im Abschnitt I Ziffer 7, 8 der Vorschriften vom 10. Juli 1902 Anwendung.

Führt der Versteigerer Handelsbücher, so treten diese an die Stelle des Geschäftsbuchs, sofern daraus die in Absatz 1 vorgeschriebenen Eintragungen ersichtlich sind.

3. Die Versteigerungen dürfen nur in dem ein für alle Mal bestimmten Raum und zu den durch Aushang bestimmten Tagesstunden stattfinden. Ein freihändiger Verkauf von Waaren darf während der Versteigerung im Versteigerungsraume nicht stattfinden.

4. Hat der Auftraggeber ein Mindestgebot für die Waaren festgesetzt, so darf der Versteigerer den Auftrag nur annehmen, wenn er unwiderruflich ermächtigt wird, den Zuschlag zu erteilen, sobald ein Uebergebot abgegeben wird.

5. Der Versteigerer hat die von ihm zur Versteigerung angenommenen Waaren thunlichst im nächsten Versteigerungstermine zum Verkauf zu stellen. Ist die Waare verdorben oder gesundheitsschädlich oder steht der Versteigerung sonst ein öffentlich-rechtliches Hinderniß entgegen, so hat der Versteigerer der Ortspolizeibehörde Anzeige zu erstatten. Die Ortspolizeibehörde hat dem Versteigerer über die Beschlagnahme der Waaren oder das Verbot der Versteigerung eine Bescheinigung auszustellen. Der Versteigerer hat dem Auftraggeber sofort das Unterbleiben der Versteigerung anzuzeigen und ihm die polizeiliche Bescheinigung unmittelbar nach ihrem Empfang einzusenden.

6. Die Versteigerung ist von dem Versteigerer oder seinem Stellvertreter (§. 45 der Gewerbeordnung) persönlich zu leiten.

Sie beginnt mit dem lauten und deutlichen Vorlesen der Verkaufsbedingungen (Ziff. 8). Sind die Versteigerungsbestimmungen in mindestens zwei Exemplaren in deutlich lesbarer Schrift an einem für

Jedermann leicht zugänglichen Ort in dem Versteigerungsraum ausgehängt, so genügt der Hinweis auf den Aushang.

Sodann sind die zur Versteigerung bestimmten Waarenposten einzeln oder Proben von ihnen unter möglichst genauer Angabe der Menge oder des Gewichts und der Beschaffenheit der Waare auszubieten; dabei sind die Waaren zur Besichtigung vorzuzeigen.

7. Der Zuschlag darf erst erteilt werden, wenn nach dreimaligem Aufrufen des Höchstgebotes ein Uebergebot nicht abgegeben wird. Die Waare darf, wenn sie mit einem Mindestgebot eingesetzt ist, nur zurückgezogen werden, wenn ein Uebergebot nicht erfolgt.

8. In die Versteigerungsbedingungen ist aufzunehmen, daß

- a) wenn zwei oder mehrere Personen zugleich ein und dasselbe Gebot abgeben und auf Aufforderung die Abgabe eines Uebergebots unterbleibt, der Versteigerer den Zuschlag nach eigenem Ermessen erteilt;
- b) daß der Meistbietende auf Erfordern des Versteigerers seinen Namen und Wohnort (Straße und Hausnummer) anzugeben und eine sofortige Anzahlung zu leisten hat, und daß, wenn diesen Anforderungen nicht genügt wird, die Waare entweder demjenigen, welcher das nächst niedrigere Gebot abgegeben hat, zugeschlagen oder von Neuem versteigert wird;
- c) daß die Feststellung der Menge der Waare (Gewicht, Stückzahl) beim Verkauf oder unmittelbar nach der Versteigerung erfolgt;
- d) daß die Abnahme der Waare bei Fischen sofort, im Uebrigen binnen zwei Stunden nach beendigter Versteigerung zu erfolgen hat, widrigenfalls die Waare für Rechnung und Gefahr des Erstehers gelagert und entweder freihändig verkauft oder von Neuem versteigert wird;
- e) daß in den Fällen der litt. b und d der frühere Käufer für den Unterschied zwischen seinem Gebot und dem Gebote, für das die Waare bei freihändigem Verkauf oder in der andern Versteigerung zugeschlagen wird, haftet und einen Anspruch auf einen etwaigen Mehrerlös nicht hat.

9. Der Versteigerer hat über jeden Verkauf zwei Verkaufszettel anzufertigen. Der Verkaufszettel muß den Namen des Versteigerers, den Tag der Versteigerung, die Verkaufsnummer, die Beschreibung der Waare nach Art und Menge und den Kaufpreis enthalten. Der eine Verkaufszettel wird dem Käufer ausgehändigt; den anderen hat der Versteigerer aufzubewahren. Die Aufbewahrung dauert, sofern nicht der Inhalt des Verkaufszettels aus den Büchern ersichtlich ist, fünf Jahre.

10. Der Versteigerer darf die versteigerten Waaren an den Erster oder an dessen Bevollmächtigten nur gegen Rückgabe des Verkaufzettels aushändigen.

11. Diese Vorschriften treten am 1. September 1902 in Kraft.

Berlin, den 11. Juli 1902.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Müller.

Mittheilung

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 33.

Den 15. August

1902.

Inhaltsverzeichnis. Inhalt von Stück 28 des Reichsgesetz-Blatts und von Stück 36 der Gesetz-Sammlung. S. 345.
Gewerbe-Inspektion. S. 345. — Ablagekart. S. 345. — Hausapotheke in Brück. S. 345. — Marktpresse. S. 346/47.
Gemeindehauptveränderungen. S. 348. — Diebstuhlen. S. 347. — Kontraktstellige ausländische Arbeiter. S. 348. — Geschäftsbetrieb des Leders und Kleinhändler mit Garnabfällen u. S. 348. — Gekochte. S. 348. — Ankauf volljähriger Miltärdienstpferde. S. 349. — Verlegung von Kohlepostenbrunnen. S. 349. — Verlegung eines Telegraphen-Ordnungsbefehls. S. 349. — Landbesitzbesetzung. S. 349. — Neue Telegraphenanstalt. S. 349. — Kleinhandel mit Waffengüter in Genußweiden. S. 349. — Marktpresse. S. 350/51. — Pfarrstellen-Erhebung. S. 350. — Brandenburgische Wittwen- und Waisen-Verpflegungsausschuss. S. 350. — Öffnung der Eisenbahn Wildpark-Rauen. S. 352. — Privatbesuchenverkehr in Sappora und Bredow. S. 352. — Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirksbezirken. S. 352. — Personal-Chronik. S. 352. — Ausweisungen aus Preußen. S. 353. — Ausweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiete. S. 353.

Reichsgesetzblatt.

(Stück 38.) Nr. 2894. Bekanntmachung, betreffend die dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügte Liste. Vom 27. Juli 1902.

Gesetzsammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.
(Stück 36.) Nr. 10383. Gesetz, betreffend die Bildung von Gesamtverbänden in der evangelischen Kirche des Konsistorialbezirks Cassel. Vom 22. Juni 1902.
Nr. 10384. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirkes des Amtsgerichts Dann. Vom 17. Juli 1902.
Nr. 10385. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Diez, Hachenburg, Königstein, Sankt Goarshausen und Usinger. Vom 26. Juli 1902.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

40. Der Eig. der Königl. Gewerbeinspektion Prignitz, umfassend die Kreise Ruppin, Ost- und West-Prignitz, wird zum 1. Oktober d. J. nach Wittstock verlegt. Die Dienststelle führt von diesem Tage ab die Bezeichnung „Königl. Gewerbe-Inspektion Wittstock“. Berlin, den 30. Juli 1902.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

41. **T a r i f f**
für die Benutzung der domänenfälligen Ablage (sogenannten Lagerhaus) im Porte Garpur.

Es sind zu zahlen:

- I. an Lagergeld**
beim Ein- oder Ausladen von Gütern:
- 1) von Holz oder Stroh von je 100 kg 5 Pf.
 - 2) von Rohr für je 100 Bund 8 Pf.
 - 3) von Zapfenbush (Nestern), Brennholz für je 1 cbm 2
 - 4) von Brennholz (Kloben, Kloben, Knäppeln) für je 1 cbm 3
 - 5) von Mauersteinen für je 1000 Stück 10

- 6) von Dach u. Hohlsteinen für je 1000 Stück 5 Pf.
- 7) von Sand, Kalk- und Feldsteinen für je 1 cbm 5
- 8) von sonstigen Gütern für je 100 kg 1

II. an Lagergeld

von Gütern, welche nach der Ausladung aus dem Schiff oder vor der Einladung in das Schiff länger als 24 Werktagstunden auf der Ablage lagern, für jeden folgenden Zeitraum von sieben Tagen und zwar

- 1) von Rohr für je 100 Bund 15 Pf.
- 2) von Zapfenbush (Nestern), Brennholz (Kloben, Kloben, Knäppeln), Bruch- und Feldsteinen für je 1 cbm 2 1/2
- 3) von Mauersteinen für je 1000 Stück 10
- 4) von Dach u. Hohlsteinen für je 1000 Stück 5
- 5) von sonstigen Gütern für jedes qm belegte Fläche 5

Zusätzliche Bestimmung.

Angefangene Tagseinheiten sowie Bruchtheile werden bei der Abgabeberechnung für voll gerechnet.

Bestimmungen.

- Abgabenfrei sind:
- 1) Güter, welche dem Könige, dem preussischen Staate oder dem deutschen Reiche gehören oder ausschliesslich für deren Rechnung befördert werden.
 - 2) Die den Einwohner von Garpur gehörenden Güter, soweit diese zum eigenen Gebrauch bestimmt sind.
- Dieser Tarif tritt am vorgerückten Tage nach dem Tage seiner ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.
Berlin, den 27. Juli 1902.

Der Finanzminister.

Der Minister

der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen

des Königl. Regierungspräsidenten.

282. Öffnung einer ärztlichen Hausapotheke in Potsdam.
Dem preussischen Arzt Dr. Meyer in Brück ist die Erlaubnis erteilt, die ihm genehmigte ärztliche Hausapotheke zu eröffnen.

Potsdam, den 8. August 1902.

Der Regierungspräsident.

Nottingham, den 12. August 1902.

Der Regierungspräsident.

285. Der Bezirksausstellungsrath hat am 24. Juni d. J. beschlossen, das in der Bemerkung
Hast belegene, nachstehend verzeichnete Grundstück:

Preise im Monat Juli 1902.

I. Preise.						II. Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats.													
Getreide	Rais.	Samen.	Getrockneter Speis (Kaffee)	Erbsen	Weizen	Reis zur Speisezubereitung aus		Gerste		Buchweizenmehl	Gerste	Weizen	Kaffee	Kaffee	Kaffee	Kaffee	Kaffee	Kaffee	Kaffee
						Reis	Gerste	Gerste	Gerste										
160	145	145	180	230	382	30	25	55	35	40	45	35	50	270	330	20	150	150	150
130	115	120	160	224	323	45	25	50	40	35	40	40	60	240	320	20	150	150	150
136	130	135	180	230	374	30	25	40	40	40	40	40	50	240	320	20	150	150	150
140	140	140	180	220	360	30	20	40	50	40	60	40	50	250	340	20	160	160	160
160	135	145	180	231	409	27	23	40	40	40	40	40	60	260	340	20	160	160	160
160	140	140	180	240	398	30	20	50	50	50	80	40	60	240	340	20	160	160	160
140	120	140	190	230	360	32	32	50	50	50	60	35	60	240	340	20	130	130	130
140	150	135	180	240	316	23	25	33	28	45	50	33	45	250	290	19	180	180	180
165	144	164	170	224	381	38	26	60	50	40	50	45	55	250	310	20	180	180	180
135	110	115	170	230	350	29	25	45	45	45	55	38	55	260	310	20	170	170	170
136	140	130	170	214	288	30	25	40	40	40	50	40	45	240	340	20	160	160	160
150	140	140	170	231	369	30	28	48	48	48	48	43	55	230	350	20	180	180	180
150	125	135	180	230	371	30	25	60	40	50	40	50	50	290	400	20	160	160	160
140	120	140	180	240	400	35	25	50	30	40	50	50	60	280	360	20	180	180	180
165	165	170	185	220	340	35	28	35	37	40	48	43	50	240	340	20	170	170	170
160	140	140	180	230	420	35	30	40	40	45	45	40	60	220	320	20	160	160	160
155	155	145	155	225	405	38	30	45	35	48	55	45	55	250	270	20	150	150	150
140	110	120	180	230	360	30	25	50	50	50	40	50	50	290	260	20	160	160	160
120	110	120	160	210	320	30	24	50	50	50	50	30	50	290	260	20	160	160	160
123	102	120	160	218	339	27	23	38	38	45	42	40	45	210	280	20	155	155	155
140	120	140	140	230	340	33	28	48	30	40	45	45	45	230	340	20	140	140	140

Es folgt je 1 Kilogramm.

160	145	145	180	230	382	30	25	55	35	40	45	35	50	270	330	20	150	150	150
130	115	120	160	224	323	45	25	50	40	35	40	40	60	240	320	20	150	150	150
136	130	135	180	230	374	30	25	40	40	40	40	40	50	240	320	20	150	150	150
140	140	140	180	220	360	30	20	40	50	40	60	40	50	250	340	20	160	160	160
160	135	145	180	231	409	27	23	40	40	40	40	40	60	260	340	20	160	160	160
160	140	140	180	240	398	30	20	50	50	50	80	40	60	240	340	20	160	160	160
140	120	140	190	230	360	32	32	50	50	50	60	35	60	240	340	20	130	130	130
140	150	135	180	240	316	23	25	33	28	45	50	33	45	250	290	19	180	180	180
165	144	164	170	224	381	38	26	60	50	40	50	45	55	250	310	20	180	180	180
135	110	115	170	230	350	29	25	45	45	45	55	38	55	260	310	20	170	170	170
136	140	130	170	214	288	30	25	40	40	40	50	40	45	240	340	20	160	160	160
150	140	140	170	231	369	30	28	48	48	48	48	43	55	230	350	20	180	180	180
150	125	135	180	230	371	30	25	60	40	50	40	50	50	290	400	20	160	160	160
140	120	140	180	240	400	35	25	50	30	40	50	50	60	280	360	20	180	180	180
165	165	170	185	220	340	35	28	35	37	40	48	43	50	240	340	20	170	170	170
160	140	140	180	230	420	35	30	40	40	45	45	40	60	220	320	20	160	160	160
155	155	145	155	225	405	38	30	45	35	48	55	45	55	250	270	20	150	150	150
140	110	120	180	230	360	30	25	50	50	50	40	50	50	290	260	20	160	160	160
120	110	120	160	210	320	30	24	50	50	50	50	30	50	290	260	20	160	160	160
123	102	120	160	218	339	27	23	38	38	45	42	40	45	210	280	20	155	155	155
140	120	140	140	230	340	33	28	48	30	40	45	45	45	230	340	20	140	140	140

Der Regierungspräsident.

Artikel der Mutterrolle	Bezeichnung nach dem Grundbuche	Nummer des Grundbuchs	Nummer der Parzelle	Des Eigentümers Name und Wohnort	Flächeninhalt
1		5	17	Ziegeleibefiger Paul Rinder in Berlin, Klosterstraße 43	3 78 10

von dem Gutsbezirk Badingen abzutrennen und mit dem Gebiete der Stadtgemeinde Zehdenitz zu vereinigen.

Die Umgemeindung tritt am 1. Oktober d. J. in Kraft.

Potsdam, den 7. August 1902.

Der Regierungspräsident.

236. **Stiefenchen.****I. Bestgestellt:**

- a. Milzbrand. Kreis Osthavelland: Nauen.
 b. Räude. Kreis Osthavelland: Dyroß.
 c. Bläschenausschlag. Kreis Ostprignitz: Bietlin, Ständens.

d. Rothläuse. Kreis Niederbarnim: Lichtenberg, Friedrichshagen, Herfelde.

e. Schweineflechte. Kreis Niederbarnim: Lichtenberg. Kreis Prenzlau: Dominium Kl.-Ludow, Blumenhagen und Schindelmühle.

f. Gefäßgelenke. Kreis Osthavelland: Nauen, Neu-Geltow.

II. Erlöschen:

a. Maul- und Klauenseuche: Kreis Angermünde: Rittergut Rerlow.

b. Schweineseuche. Kreis Angermünde: Bierraden.

c. Rotzlausseuche. Kreis Niederbarnim: Reidenhof.

d. Geflügelcholera. Kreis Zauch-Belzig: Wust. Potsdam, den 12. August 1902.

Der Regierungspräsident.

Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter.

237. Folgende ausländisch-polnische Saisonarbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitsstätten unter Kontraktbruch verlassen:

Namen:	höchster Beschäftigungsort:
Johann Dydzek,	Rittergut Eumersdorf,
Adalbert Wanglitz,	Kreis Oberbarnim.
Michael Rijkowski,	Rittergut Frauen-
Minna Rijkowska,	hagen, Kreis Anger-
Stephani Rijkowska,	münde.
Franz Tobolsky,	"
Marianna Tobolsky,	"
Andreas Warschak,	Stiftgut Rapp-
Elisabeth Rappant,	hagen, Kreis Dä-
Franz Rappstowski,	prignitz.
Katarzyna Matyszkowska,	"
Joseta Rappstowska,	"
Jan Dzwonki,	Rittergut Eggers-
"	dorf, Kreis Dä-
"	prignitz.
Boleslaw Janosz,	Rittergut Klein-Eich-
Janos Szopenaki,	holz, Kreis Westfow-
Janos Palki,	Storow.
Wicenty Luczak,	"
Franciszek Walaszczak,	"
Wacenty Bednarek,	"
Joset Eliba,	"
Michal Brodt,	"
Stanislaus Bogus,	"
Joset Bientek,	Gut Hornsdorf,
Tomasz Wilczynski,	Kreis Bielebe.
Maryanna Wisniewska,	"
Maryanna Wal,	"
Maryanna Chutnick,	"
Maryanna Luczak,	"
Franziska Luczak,	"
Antonia Walaszczak,	"

Die Genannten sind festzunehmen und sofort aus dem Staatsgebiete auszuweisen. Vom Geschehenen ist unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung hierher Nachricht zu geben. Potsdam, den 12. August 1902.

Der Regierungspräsident.

Geschäftsbetrieb der Trödler und Kleinhändler mit Garnabfällen. 238. Die Vorschriften für den Geschäftsbetrieb der Trödler und Kleinhändler mit Garnabfällen oder Dräusen von Seide, Wolle, Baumwolle oder Leinen vom 30. April 1901 (Min.-Bl. S. 48) werden, wie folgt, abgeändert:

1) Die Ziffer 2 Abs. 1 erhält folgende Fassung: „Alle Einkaufs- und Verkaufsgeschäfte sind unmittelbar nach Abschluß des Geschäfts mit Tinte in deutscher Sprache und in deutschen oder lateinischen Schriftzeichen vollständig einzutragen.“

2) Die Ziffer 3 erhält folgenden neuen Absatz: „Die Polizeibehörden können anordnen, daß zwei Geschäftsbücher gleichzeitig geführt werden, von denen das eine für Eintragungen an den geraden, das andere für Eintragungen an den ungeraden Tagen des Monats bestimmt ist.“

3) Der Ziffer 10 wird folgender Absatz angefügt: „Die Polizeibehörden können anordnen, daß in der Spalte 2 des Geschäftsbuchs folgende Unterabteilungen eingerichtet werden:

- a. Gegenstand,
- b. Besondere Kennzeichen,
- c. Buchstaben,
- d. Zahlen.

Die vorstehenden Änderungen treten sofort in Kraft. Berlin, den 26. Juli 1902.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Hinsichtlich der Bedeutung der in den Geschäftsbüchern zur näheren Bezeichnung des Gegenstandes vorgelegenen Unterabteilungen, d. bemerke ich, daß in der Unterabteilung c. namentlich die in Wäsche, Büchern u. s. w. etwa befindlichen Buchstaben (Monogramme, Namenszug) und in der Unterabteilung d. die in Uhren und anderen Wertgegenständen angebrachten Zahlen (Fabriknummer u.) einzutragen sind. Potsdam, den 7. August 1902.

Der Regierungspräsident.

239. Tarif für die Personenfähre über die schiffbare Ebnitz, km 1,0 bis Grlney. Es wird entrichtet für das Ueberfahren:

a. einer Person einschl. der Tragelast, 0,05 M.
Jede zahlende Person darf ein Kind bis zu 4 Jahren frei mitführen.

b. eines Fahrrades, eines Handwagens und eines Handschlittens je 0,05 M.

Allgemeine Bestimmungen.

Die vorstehenden Sätze gelten bei jedem Wasserstande sowie bei vorhandener Ebnitz, für deren gehörigen Zustand der Fährmann zu sorgen hat.

Bei Benutzung der Fähre bei Nachtzeit ist das Doppelte der vorgeschriebenen Sätze zu zahlen.

Die Nachtzeit umfaßt in der Zeit vom

- a. 1. April bis 30. September die Stunden von 10 Uhr Abends bis 4 1/2 Uhr Morgens,
- b. 1. Oktober bis 31. März die Stunden von 9 Uhr Abends bis 5 1/2 Uhr Morgens.

Bestimmungen.

Öffentliche Beamte bei Dienstreisen, Steuer- und Polizeibeamte in Uniform sowie die im Dienst befindlichen Beamten der Wasserbauverwaltung sind frei überzusetzen.

Potsdam, den 20. April 1902.

Der Regierungspräsident.

240.

A u f a u f**volljähriger Militär-Dienstpferde.**

- 1) Zum Ankauf von volljährigen Militär-Dienstpferden im Alter von 5 bis 8 Jahren soll im Regierungsbezirk Potsdam, in diesem Herbst der nachbezeichnete Markt abgehalten werden:

2. Oktober 8 1/2 Uhr Vorm.**Neustadt a. Dosse, Bahnhof.**

- 2) Die gekauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Dautung baar bezahlt.
- 3) Es sollen von den Remontierungs-Kommissionen nur solche Pferde gekauft werden, die den Ansprüchen genügen, die an die Remonten der Waffengattung zu stellen sind. Als Mindestmaß gelten 1,55 m Stockmaß (= 1,63 m Bandmaß), *) und als Höchstmaß 1,67 m Stockmaß (= 1,76 m Bandmaß). Die Pferde dürfen sich nicht in dürftigem Zustande befinden; Krippenfehler und tragende Stuten sind vom Ankauf ausgeschlossen.
- 4) Pferde mit solchen Fehlern, die nach dem Befehl den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen.
- 5) Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue, starke, rinnsiderne Trense mit starkem, glattem Gebiß (keine Knebeltrense), und eine neue starke Kopfbalstler von Leder oder Hanf mit zwei mindestens 2 Meter langen Strängen von Hanf ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Berlin, den 14. Juli 1902.

Kriegsministerium, Remonte-Inspektion.

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Hinzufügen zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß das Ankaufsfest für sämtliche brandenburgische und markenburgische Märkte nur etwa 80 Pferde beträgt.

Potsdam, den 25. Juli 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Verlegung von Rohrpostkanalagen.

65. Bei dem Kaiserlichen Haupt-Telegraphenamt hier W., Krapp'sche Straße 33, liegen Pläne aus über die Verlegung von Rohrpostkanalagen nebst Signalfabel in der Lützowstraße, Königin-Augustastrasse, Lützowbrücke, Lützowufer, Lützowplatz, Wichmann- und Landgrafenstraße. Berlin C. 2, den 6. August 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Verlegung eines Telegraphen-Erdlabels.

66. Bei dem Kaiserlichen Postamt 36, hier SO. Görliger Bahnhof, und der Kaiserlichen Postagentur Treptow bei Berlin liegt ein Plan aus über die Verlegung eines Telegraphen-Erdlabels in der Brangel-, Stallger-, Riechholz- und Bouchéstraße.

Berlin C. 2, den 7. August 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

*) Die Maße in der Bekanntmachung Nr. 225 im 32. Stück auf

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Landbriefbestellung.

67. Das Dorf Münchehofe, welches jetzt zum Landbestellbezirk der Postagentur in Klein-Schönebeck (Kreis Niederbarnim) gehört, wird vom 1. September ab dem Landbestellbezirk des Postamts in Hoppegarten (Markt) zugeteilt. Potsdam, 8. August 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion. J. B. Zander, in
Gröfzung neuer Telegraphenstellen.

68. Bei der Posthäufstelle in Dersbäum bei Glinde (Markt) wird am 13. August der Telegraphenbetrieb eröffnet. Potsdam, 9. August 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion. J. B. Zander.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizeipräsidenten in Berlin.**Polizeiverordnung.**

Betreffend den Kleinhandel mit Essigsäure (Essigessenz) zu Genusszwecken.

71. Auf Grund der §§ 5, 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265) und der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landes-Verwaltung vom 30. Juli 1883 wird für den Stadtbezirk Berlin unter Zustimmung des Gemeindevorstandes für den Kleinhandel mit Essigsäure (Essigessenz) zu Genusszwecken folgendes verordnet:

§ 1. Essigsäure von mehr als 15 % Stärke (sog. Essigessenz) darf im Kleinhandel als Genussmittel, zum Zwecke der Selbstbereitung von Essig durch die Käufer, nur in solchen Gefäßen, wie nachfolgend, verkauft werden, welche:

a. aus farblosem Glas bestehen, fest verschlossen sind und sich durch ihre Form leicht von Bitter-Selzwasser, Wein, Branntweinsäcken und anderen zur Aufbewahrung von Getränken dienenden Glasgefäßen unterscheiden;

b. in rother Schrift von mindestens 1 cm hohen Buchstaben auf weißem Grunde die Aufschrift tragen:

Essigsäure**Vorsicht! Ueberdünnert giftig!**

c. unter der Aufschrift zu b. in schwarzer Schrift auf weißem Grunde eine leicht lesbare Angabe über den Procentgehalt des Inhaltes an Essigsäure und eine allgemein verständliche, leicht zu übermann auszusprechende Vorschrift darüber enthalten, wie weit der Inhalt zum Zwecke der Verwendung als Essigsäure oder Essigessenz mit Wasser zu verdünnen ist;

d. den Namen oder die Firma des Fabrikanten und des Verkäufers der Essigsäure angegeben oder auf einer Etikette ausgedruckt tragen.

§ 2. Wer wissentlich oder fahrlässig dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird, falls nach den Strafgesetzen nicht höhere Strafen Platz greifen, mit Geldstrafen bis zu 30 Mark und im Unvermögensfalle mit verhältnismäßiger Haft bestraft.

§ 3. Die Verordnung tritt am 1. Oktober d. J. in Kraft.

Berlin, den 5. August 1902.

	Brot			Korn			Getreide			Fett		
	gut	mittel	gering	gut	mittel	gering	gut	mittel	gering	gut	mittel	gering
in Berlin	12.62	12.20	13.81	18.00	17.86							
in Charlottenburg												
in Schöneberg												
in Nixdorf												

B. Detail-Markt-Preise im Monatsdurchschnitt.

	Brot			Korn			Getreide			Fett		
	gut	mittel	gering	gut	mittel	gering	gut	mittel	gering	gut	mittel	gering
in Berlin	32.50	37.50	40.00	9.26	1.48	1.20	1.42	1.45	1.50	1.60	2.30	3.02
in Charlottenburg	35.00	35.00	50.00	8.52	1.70	1.20	1.55	1.50	1.50	1.50	2.40	2.70
in Schöneberg	34.06	33.81	35.92	8.19	1.44	1.25	1.49	1.44	1.42	1.67	2.30	2.67
in Nixdorf				9.67	1.37	1.12	1.55	1.37	1.25	1.70	2.05	2.80

Berlin, den 8. August 1902.

Bekanntmachungen des Königl. Konfiskations- und Provis. Brandenburg.

Die unter Königl. Patente stehende Pfarrstelle an der St. Simons-Kirche zu Berlin, Döbber-Graben, ist durch das Ableben ihres bisherigen In-

habits, des Pfarrers Schwarz, am 30. Juli d. J. zur Erledigung gekommen. Die Wiederbesetzung erfolgt durch Gemeinbewahl nach dem Pfarrwahlgesetz vom 15. März 1886. — R. Gef. u. B. Bl. S. 39. — Bewerbungen sind schriftlich bei dem Konfiskations- und Provis. Brandenburg einzureichen.

Bekanntmachungen des Landesdirektors der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung, betreffend Vermögensstand der Brandenburgischen Wittwen- und Waisenkassen zum 31. März 1902.

Die Anstalt hat in dem Rechnungsjahre 1901 an Beiträgen

und an Zinsen von den Beständen des laufenden Fonds

gegenüber dem Staat an Wittwen- und Waisengeld gezahlt

dem einkommenden Fonds zu überweisen waren.

Dieser Fonds hat zu seinem Bestande am 31. März 1901 von

außerdem zugeflossen:

- 1) Zinsen von seinen Beständen
- 2) Eintrittsgelder und nachgezogene Beiträge
- 3) Einkommens-Einkünfte
- 4) Kursgewinn an eingezogenen Reichspapieren

Personen ab

1) Liquidation der Beiträge

- 2) Kursverlust an eingezogenen Reichspapieren
- 3) sonstige Ausgaben

so daß der einkommende Fonds am 31. März 1902 eine Höhe erreichte von

Dies ergibt dem Bestande vom 31. März 1900 von

gegenüber eine Vermehrung von

Monat Juli 1902. im Monatsdurchschnitt.

Bäfer	Größen				Butter Größen	Mais		Roggen	Gerste	Kartoffeln	Rüben	Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tages- preise einschließlich 5 % Kaufschlag für 50 Abgänger.																										
	gering	gut	mittel	gering		mild	harter					Bäfer	Stroh	Gett																								
1. etc. D.												M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S					
17 14																																						

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats Juli 1902.

	Reis		Gerste		Buckweizen Größe	Sesamkörner	Hirse	Rohes Javakorn, mittlere	Kaffee			Cacao	Schokolade (Kugeln)		
	zur Speise- bereitung und														
	Weizen	Roggen	Grande	Größe					mittlere (roh)	in große Kugeln	Savon, ohne (5 große Kugeln)				
Es folgt je ein Kilogramm															
in Berlin	35	31	35	33	38	41	38	60	270	338	372	21	180		
in Charlottenburg	38	29	45	41	41	46	40	57	185		278	20	145		
in Schöneberg	35	33	40	43	45	45	45	60	230		3	21	135		
in Kisdorf	39	28	40	40	43	40	41	60	210		3	21	180		

Der Polizeipräsident

Sein rechnungsmäßiger Bestand ist folgender:

3000,—	3 1/2 % (vorm. 4 %)	Deutsche Reichsanleihe	3082,50
10000,—	3 %		87408,80
426050,—	3 1/2 % (vorm. 4 %)	Preussische konsolidierte Staatsanleihe	439104,11
44780,—	3 1/2 %		45809,69
90000,—	3 1/2 %		91440,60
216800,—	3 %		207851,65
388000,—	3 1/2 %	Brandenburgische Provinzialanleihe	372173,70
250000,—	3 1/2 %	landwirtschaftliche Centralbankbriefe	241802,90
1288750,—	3 %		1224854,48
30760,—	3 %	Westpreussische Pfandbriefe	29910,35
10000,—	3 1/2 % (vorm. 4 %)	Ostpreussische Kreis-Anleihe	10180,76
108000,—	3 1/2 %	Ostprignitzer Kreis-Anleihe	104505,41
88800,—	3 1/2 % (vorm. 4 %)	Templiner Kreis-Anleihe	88494,37
70500,—	3 1/2 %	Jerichower H. Kreis-Anleihe	69220,88
19900,—	3 1/2 %	Edenfelder Stadt-Obligationen	19502,28
9300,—	3 1/2 %	Jöffener	9307,01
250000,—	3 1/2 %	Hypothek der Berliner gemeinnützigen Baugesellschaft	250000,—
5000,—	3 1/2 %	Hypothekendarlehen des Rathhauses, Prenzlauer	5000,—
3249,79		Schuldschreiben	3249,79
100868,16		Geldbrut Einrückungsgeld	100868,16
8499917,55		und baar	8499917,55
Summa			3433575,18

Dies wird gemäß § 27 des Reglements der Brandenburgischen Witwen- und Waisenfürsorgeanstalt zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Berlin, W., 10. d. d. 4. August 1902.

Der Landesdirector der Provinz Brandenburg
Freiherr v. Brandenb.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirektion zu Berlin.

Eröffnung der Eisenbahn von Wildpark nach Nauen.

Am 1. September 1902 wird von der im Bau befindlichen Hauptstisenbahn Treuenbritten—Nauen die Theilstrecke Wildpark—Nauen mit dem Bahnhof Salsorn, den Haltestellen Bornim-Gräbe, Priort, Dredow und dem Haltepunkt Golm eröffnet werden.

Es sind eingerichtet:

der Bahnhof Salsorn für die Abfertigung von Personen, Reisegepäck, Erpressgut, Leichen, lebenden Thieren und Gütern (ausschließlich Sprengstoffen), die Haltestellen Bornim-Gräbe, Priort und Dredow für die Abfertigung von Personen, Reisegepäck, Erpressgut, Leichen, lebenden Thieren und Gütern (ausschließlich Fahrzeugen und Sprengstoffen),

der Haltepunkt Golm für die Abfertigung von Personen, Reisegepäck und Erpressgut.

An demselben Tage werden Fahrpreis und Gepäckfrachtsätze für den Verkehr mit den neu zu eröffnenden Stationen und für den Durchgang über die neue Strecke eingeführt.

In dem Gütertarif der Gruppe III. (Berlin-Stettin) sind Entfernungen und Frachtsätze für die neuen Stationen durch Nachtrag IV. gültig vom 1. August d. J. bereits eingeführt worden. Soweit in die Wechselkarte für den Güterverkehr mit den vereinigten preussisch-preussischen Staatsbahnen, der Königl. Militär-Eisenbahn, der Obenburgerischen Staatsbahn und der Station Kempen der Breslau-Warschauer Eisenbahn, sowie im Staatsbahn-Tariff Frachtsätze noch nicht aufgenommen sind, werden solche vom Tage der Betriebsöffnung eingeführt.

Nähere Auskunft ertheilen die Abfertigungsstellen sowie das Auskunftsbureau hier, Bahnhof Alexanderplatz.

Berlin, den 7. August 1902.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Privatbesseververkehr auf den Stationen Salsorn und Dredow. Die, an der am 1. September d. J. zur Eröffnung kommenden Strecke Wildpark—Nauen gelegenen Stationen Salsorn und Dredow sind von bezeichnetem Tage ab für den Privatbesseververkehr mit vollem Tagedienst eingerichtet.

Berlin, den 7. August 1902.

Königliche Eisenbahndirektion.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse,

Veränderungen von Gemeindegrenzen und Ortsbezirksbezirken.

26. Bekanntmachung der in Betracht kommenden Grundbesitzer-Gemeinschaft Halbe; Kartenblatt II. Blatt Nr. 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Berlin, den 2. August 1902.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Teltow.

Personal-Chronik.

Dem Forstausseher Werwach in Groß-Schönbeck der Oberförsterei gleichen Namens ist unter Ernennung zum Königl. Förster die Försterstelle Grams in der Oberförsterei Alt-Nacht vom 1. Oktober d. J. ab übertragen worden.

Dem Forstausseher Klawitter in Siegelei Werbellinsee der Oberförsterei Grömmig ist unter Ernennung zum Königl. Förster die Försterstelle Frankendorf in der Oberförsterei Steinberge vom 1. Oktober d. J. ab übertragen worden.

Der bisherige Pfarrer Karl Mar Otto Adalbert Wille in Heegermühle ist zum Pfarrer der Parochie Wichmannsdorf, Diözese Posen, ernannt worden.

Die Lehrer Dahlmann, Kassel, Schulz und Wurach sind endgültig als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Kerkhoff, Sarnow, Krüger und Reuter sind endgültig als Gemeindefullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Das Fräulein Clara Rabenwaldt ist vom 1. Juli 1902 ab als Zeichenlehrerin an der Charlotten-Schule in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Monat Juli 1902.

Seine Majestät der Kaiser und Königin haben Allergnädigst geruht, dem Postbauinspektor Sieck den Charakter als Baurath mit dem persönlichen Range eines Raths vierter Klasse zu verleihen.

Ernannt sind: a. zum Ober-Postassistenten: die Ober-Telegraphenassistenten Bänger, Gundermann; b. zum Ober-Telegraphenassistenten: der Ober-Postassistent Reinhold Glasow; c. zum Ranglisten: die Postassistenten Rudziska aus Schönberg; d. zum Postassistenten: der Telegraphenassistent Wurmisch.

Angestellt sind: a. als Postassistent: die Postassistenten Lutterberg aus Bromberg und Johann Müller aus Ebing in Charlottenburg, Andreas Bohn aus Altona (Elbe) in Segitz, Weidlich aus Königsberg (Pr.) in Pankow; b. Berlin, Emil Schmidt in Wilmersdorf; c. Berlin, Hermann Peters aus Hamburg, Bernhard Behrendt, Walter Mey, Dörp in Berlin; d. als Telegraphenassistentin: die Telegraphenassistentin Raab.

Versetzt sind: von Berlin: die Postinspektoren Ritter nach Stettin, Telle nach Rienenburg (Wefer), die Ober-Postpraktikanten v. Kempski nach Bromberg, Stad. nach Königsberg (Pr.); nach Berlin: der Ober-Postpraktikant Grifow von Königsberg (Pr.) unter Ernennung zum Postinspektor, der Ober-Postpraktikant Happel von Detmold, der Ober-Telegraphenassistent Spaltowski von Bromberg, die Postassistenten Rottke von Posen, Tausendfreund von Gnesen.

Freiwillig ausgeschieden ist: die Telegraphenassistentin Adele Gerkenkorn.

In den Ruhestand sind getreten: der Telegraphendirektor Jatte (t. W. Carlshöhe, Schlesien), der Ober-Postsekretär, Rechnungsrath Niemann, der Postsekretär (Eisenach), die Ober-Postassistenten Paul R. Schulz (t. W. Meran), Korth, die Ober-Telegraphenassistenten Adoff Menzel (t. W. Joffebrück, Ober), Gustav Böttcher, Durlan, die Telegraphenachhilfen Rosa Schülle.

Gestorben sind: Postsekretär a. D. Heinrich Koch in Schöneberg b. Berlin, Ober-Postassistent Karl J. Born, Ober-Telegraphenassistent a. D. Graf, Postassistent Köhling, Telegraphenassistent Franz Neumann.

Ausweisungen aus Preußen.

Rudolph Franz Theodor Daniels, geboren 8ten Januar 1856 zu Berlin, amerikanischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 19. April 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Tapetzierer Arthur Ditt, geboren 24. Juli 1882 zu Lohz, Gouvernement Petrikau, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 9. Juni 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Kellner Moses Steinbach, geboren 20. April 1874 zu Jaworow i./Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 24. Juni 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Marie Gauczik, geboren 2. Oktober 1879 zu Bilitzka in Galizien, österreichische Staatsangehörige, ist als lästige Ausländerin durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 25. Juni 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Kaufmann Samuel Forscher, geboren 2. Januar 1875 zu Neu-Bisnecz, Kreis Wodnia i./Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 28. Juni 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Verkäufer Nastali Herz Holoschitz, geboren 29. Juni 1882 zu Lemberg i./Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch

Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 2. Juli 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Gustav Rosenke, geboren 3. August 1882 zu Poble, Kreis Wschowa i./Rußland im Gouv. Warschau, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 2. Juli 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Roman Kozłowski, geboren 30. August 1882 zu Warschau, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 3. Juli 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Inspizient Julius Deutsch, geboren 12. Mai 1869 zu Raygern, Kreis Auspitz, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 3. Juli 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Kellner Abraham Schein, geboren 19. Januar 1870 zu Narajow i./Galizien, Kreis Brzeggany, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 5. Juli 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Karl Friedrich Alexander Ranke, geboren 26ten Mai 1883 zu Lohz, Gouv. Piotrkow (Polen), russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 7. Juli 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Dienstmädchen Laje Schildhaus, geboren 30ten Oktober 1886 zu Podgac i./Galizien, österreichische Staatsangehörige, ist als lästige Ausländerin durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 12. Juli 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Kellner Georg Libas, geboren 15. Mai 1874 zu Warschau, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 19. Juli 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Arbeiter Joseph Bortnowski, geboren 3. April 1882 zu Ruttua bei Warschau, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 26. Juli 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr. Zust.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurteilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat	Datum der Ausweisungs- Beschlusses
	der Ausgewiesenen		4.	5.	6.

Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:

1	Wilhelm Meier, Tagelöhner,	geboren am 13. September 1848 zu Ddam, Niederlande, nieder- ländischer Staatsangehöriger,	zu Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	10. Juli 1902.
2	Franz Rißl, Schlepper, Tagelöhner und Bergmann,	geboren am 1. April 1871 zu Hafning, Bezirk Leoben, Steier- mark, österreichischer Staats- angehöriger,	zu Betteln,	derselbe,	16. Juli 1902.

Nr.	Name und Stand	geboren am	geboren in	geboren in
1	Karl August von Dönhof	geboren am 1. April 1802	in Danzig	in Danzig
2	Karl August von Dönhof	geboren am 1. April 1802	in Danzig	in Danzig
3	Karl August von Dönhof	geboren am 1. April 1802	in Danzig	in Danzig
4	Karl August von Dönhof	geboren am 1. April 1802	in Danzig	in Danzig
5	Karl August von Dönhof	geboren am 1. April 1802	in Danzig	in Danzig
6	Karl August von Dönhof	geboren am 1. April 1802	in Danzig	in Danzig
7	Karl August von Dönhof	geboren am 1. April 1802	in Danzig	in Danzig
8	Karl August von Dönhof	geboren am 1. April 1802	in Danzig	in Danzig
9	Karl August von Dönhof	geboren am 1. April 1802	in Danzig	in Danzig
10	Karl August von Dönhof	geboren am 1. April 1802	in Danzig	in Danzig

and the following

[illegible]

Am 1. Januar des Jahres 1905 des Reiches

01 1901080500 00100000

[illegible]

1995 1996 1997 1998 1999 2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 2020 2021 2022 2023 2024 2025 2026 2027 2028 2029 2030 2031 2032 2033 2034 2035 2036 2037 2038 2039 2040 2041 2042 2043 2044 2045 2046 2047 2048 2049 2050 2051 2052 2053 2054 2055 2056 2057 2058 2059 2060 2061 2062 2063 2064 2065 2066 2067 2068 2069 2070 2071 2072 2073 2074 2075 2076 2077 2078 2079 2080 2081 2082 2083 2084 2085 2086 2087 2088 2089 2090 2091 2092 2093 2094 2095 2096 2097 2098 2099 2100 2101 2102 2103 2104 2105 2106 2107 2108 2109 2110 2111 2112 2113 2114 2115 2116 2117 2118 2119 2120 2121 2122 2123 2124 2125 2126 2127 2128 2129 2130 2131 2132 2133 2134 2135 2136 2137 2138 2139 2140 2141 2142 2143 2144 2145 2146 2147 2148 2149 2150 2151 2152 2153 2154 2155 2156 2157 2158 2159 2160 2161 2162 2163 2164 2165 2166 2167 2168 2169 2170 2171 2172 2173 2174 2175 2176 2177 2178 2179 2180 2181 2182 2183 2184 2185 2186 2187 2188 2189 2190 2191 2192 2193 2194 2195 2196 2197 2198 2199 2200 2201 2202 2203 2204 2205 2206 2207 2208 2209 2210 2211 2212 2213 2214 2215 2216 2217 2218 2219 2220 2221 2222 2223 2224 2225 2226 2227 2228 2229 2230 2231 2232 2233 2234 2235 2236 2237 2238 2239 2240 2241 2242 2243 2244 2245 2246 2247 2248 2249 2250 2251 2252 2253 2254 2255 2256 2257 2258 2259 2260 2261 2262 2263 2264 2265 2266 2267 2268 2269 2270 2271 2272 2273 2274 2275 2276 2277 2278 2279 2280 2281 2282 2283 2284 2285 2286 2287 2288 2289 2290 2291 2292 2293 2294 2295 2296 2297 2298 2299 2300 2301 2302 2303 2304 2305 2306 2307 2308 2309 2310 2311 2312 2313 2314 2315 2316 2317 2318 2319 2320 2321 2322 2323 2324 2325 2326 2327 2328 2329 2330 2331 2332 2333 2334 2335 2336 2337 2338 2339 2340 2341 2342 2343 2344 2345 2346 2347 2348 2349 2350 2351 2352 2353 2354 2355 2356 2357 2358 2359 2360 2361 2362 2363 2364 2365 2366 2367 2368 2369 2370 2371 2372 2373 2374 2375 2376 2377 2378 2379 2380 2381 2382 2383 2384 2385 2386 2387 2388 2389 2390 2391 2392 2393 2394 2395 2396 2397 2398 2399 2400 2401 2402 2403 2404 2405 2406 2407 2408 2409 2410 2411 2412 2413 2414 2415 2416 2417 2418 2419 2420 2421 2422 2423 2424 2425 2426 2427 2428 2429 2430 2431 2432 2433 2434 2435 2436 2437 2438 2439 2440 2441 2442 2443 2444 2445 2446 2447 2448 2449 2450 2451 2452 2453 2454 2455 2456 2457 2458 2459 2460 2461 2462 2463 2464 2465 2466 2467 2468 2469 2470 2471 2472 2473 2474 2475 2476 2477 2478 2479 2480 2481 2482 2483 2484 2485 2486 2487 2488 2489 2490 2491 2492 2493 2494 2495 2496 2497 2498 2499 2500 2501 2502 2503 2504 2505 2506 2507 2508 2509 2510 2511 2512 2513 2514 2515 2516 2517 2518 2519 2520 2521 2522 2523 2524 2525 2526 2527 2528 2529 2530 2531 2532 2533 2534 2535 2536 2537 2538 2539 2540 2541 2542 2543 2544 2545 2546 2547 2548 2549 2550 2551 2552 2553 2554 2555 2556 2557 2558 2559 2560 2561 2562 2563 2564 2565 2566 2567 2568 2569 2570 2571 2572 2573 2574 2575 2576 2577 2578 2579 2580 2581 2582 2583 2584 2585 2586 2587 2588 2589 2590 2591 2592 2593 2594 2595 2596 2597 2598 2599 2600 2601 2602 2603 2604 2605 2606 2607 2608 2609 2610 2611 2612 2613 2614 2615 2616 2617 2618 2619 2620 2621 2622 2623 2624 2625 2626 2627 2628 2629 2630 2631 2632 2633 2634 2635 2636 2637 2638 2639 2640 2641 2642 2643 2644 2645 2646 2647 2648 2649 2650 2651 2652 2653 2654 2655 2656 2657 2658 2659 2660 2661 2662 2663 2664 2665 2666 2667 2668 2669 2670 2671 2672 2673 2674 2675 2676 2677 2678 2679 2680 2681 2682 2683 2684 2685 2686 2687 2688 2689 2690 2691 2692 2693 2694 2695 2696 2697 2698 2699 2700 2701 2702 2703 2704 2705 2706 2707 2708 2709 2710 2711 2712 2713 2714 2715 2716 2717 2718 2719 2720 2721 2722 2723 2724 2725 2726 2727 2728 2729 2730 2731 2732 2733 2734 2735 2736 2737 2738 2739 2740 2741 2742 2743 2744 2745 2746 2747 2748 2749 2750 2751 2752 2753 2754 2755 2756 2757 2758 2759 2760 2761 2762 2763 2764 2765 2766 2767 2768 2769 2770 2771 2772 2773 2774 2775 2776 2777 2778 2779 2780 2781 2782 2783 2784 2785 2786 2787 2788 2789 2790 2791 2792 2793 2794 2795 2796 2797 2798 2799 2800 2801 2802 2803 2804 2805 2806 2807 2808 2809 2810 2811 2812 2813

~~_____~~

~~to obtain, effectuate, improve~~

~~3. September~~

7. 11. 1952 118

Երև Տնոյ Դրոյն ինքն ինքն փոխան

1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026, 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034, 2035, 2036, 2037, 2038, 2039, 2040, 2041, 2042, 2043, 2044, 2045, 2046, 2047, 2048, 2049, 2050, 2051, 2052, 2053, 2054, 2055, 2056, 2057, 2058, 2059, 2060, 2061, 2062, 2063, 2064, 2065, 2066, 2067, 2068, 2069, 2070, 2071, 2072, 2073, 2074, 2075, 2076, 2077, 2078, 2079, 2080, 2081, 2082, 2083, 2084, 2085, 2086, 2087, 2088, 2089, 2090, 2091, 2092, 2093, 2094, 2095, 2096, 2097, 2098, 2099, 2100, 2101, 2102, 2103, 2104, 2105, 2106, 2107, 2108, 2109, 2110, 2111, 2112, 2113, 2114, 2115, 2116, 2117, 2118, 2119, 2120, 2121, 2122, 2123, 2124, 2125, 2126, 2127, 2128, 2129, 2130, 2131, 2132, 2133, 2134, 2135, 2136, 2137, 2138, 2139, 2140, 2141, 2142, 2143, 2144, 2145, 2146, 2147, 2148, 2149, 2150, 2151, 2152, 2153, 2154, 2155, 2156, 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2164, 2165, 2166, 2167, 2168, 2169, 2170, 2171, 2172, 2173, 2174, 2175, 2176, 2177, 2178, 2179, 2180, 2181, 2182, 2183, 2184, 2185, 2186, 2187, 2188, 2189, 2190, 2191, 2192, 2193, 2194, 2195, 2196, 2197, 2198, 2199, 2200, 2201, 2202, 2203, 2204, 2205, 2206, 2207, 2208, 2209, 2210, 2211, 2212, 2213, 2214, 2215, 2216, 2217, 2218, 2219, 2220, 2221, 2222, 2223, 2224, 2225, 2226, 2227, 2228, 2229, 2230, 2231, 2232, 2233, 2234, 2235, 2236, 2237, 2238, 2239, 2240, 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247, 2248, 2249, 2250, 2251, 2252, 2253, 2254, 2255, 2256, 2257, 2258, 2259, 2260, 2261, 2262, 2263, 2264, 2265, 2266, 2267, 2268, 2269, 2270, 2271, 2272, 2273, 2274, 2275, 2276, 2277, 2278, 2279, 2280, 2281, 2282, 2283, 2284, 2285, 2286, 2287, 2288, 2289, 2290, 2291, 2292, 2293, 2294, 2295, 2296, 2297, 2298, 2299, 2300, 2301, 2302, 2303, 2304, 2305, 2306, 2307, 2308, 2309, 2310, 2311, 2312, 2313, 2314, 2315, 2316, 2317, 2318, 2319, 2320, 2321, 2322, 2323, 2324, 2325, 2326, 2327, 2328, 2329, 2330, 2331, 2332, 2333, 2334, 2335, 2336, 2337, 2338, 2339, 2340, 2341, 2342, 2343, 2344, 2345, 2346, 2347, 2348, 2349, 2350, 2351, 2352, 2353, 2354, 2355, 2356, 2357, 2358, 2359, 2360, 2361, 2362, 2363, 2364, 2365, 2366, 2367, 2368, 2369, 2370, 2371, 2372, 2373, 2374, 2375, 2376, 2377, 2378, 2379, 2380, 2381, 2382, 2383, 2384, 2385, 2386, 2387, 2388, 2389, 2390, 2391, 2392, 2393, 2394, 2395, 2396, 2397, 2398, 2399, 2400, 2401, 2402, 2403, 2404, 2405, 2406, 2407, 2408, 2409, 2410, 2411, 2412, 2413, 2414, 2415, 2416, 2417, 2418, 2419, 2420, 2421, 2422, 2423, 2424, 2425, 2426, 2427, 2428, 2429, 2430, 2431, 2432, 2433, 2434, 2435, 2436, 2437, 2438, 2439, 2440, 2441, 2442, 2443, 2444, 2445, 2446, 2447, 2448, 2449, 2450, 2451, 2452, 2453, 2454, 2455, 2456, 2457, 2458, 2459, 2460, 2461, 2462, 2463, 2464, 2465, 2466, 2467, 2468, 2469, 2470, 2471, 2472, 2473, 2474, 2475, 2476, 2477, 2478, 2479, 2480, 2481, 2482, 2483, 2484, 2485, 2486, 2487, 2488, 2489, 2490, 2491, 2492, 2493, 2494, 2495, 2496, 2497, 2498, 2499, 2500, 2501, 2502, 2503, 2504, 2505, 2506, 2507, 2508, 2509, 2510, 2511, 2512, 2513, 2514, 2515, 2516, 2517, 2518, 2519, 2520, 2521, 2522, 2523, 2524, 2525, 2526, 2527, 2528, 2529, 2530, 2531, 2532, 2533, 2534, 2535, 2536, 2537, 2538, 2539, 2540, 2541, 2542, 2543, 2544, 2545, 2546, 2547, 2548, 2549, 2550, 2551, 2552, 2553, 2554, 2555, 2556, 2557, 2558, 2559, 2560, 2561, 2562, 2563, 2564, 2565, 2566, 2567, 2568, 2569, 2570, 2571, 2572, 2573, 2574, 2575, 2576, 2577, 2578, 2579, 2580, 2581, 2582, 2583, 2584, 2585, 2586, 2587, 2588, 2589, 2590, 2591, 2592, 2593, 2594, 2595, 2596, 2597, 2598, 2599, 2600, 2601, 2602, 2603, 2604, 2605, 2606, 2607, 2608, 2609, 2610, 2611, 2612, 2613, 2614, 2615, 2616, 2617, 2618, 2619, 2620, 2621, 2622, 2623, 2624, 2625, 2626, 2627, 2628, 2629, 2630, 2631, 2632, 2633, 2634, 2635, 2636, 2637, 2638, 2639, 2640, 2641, 2642, 2643, 2644, 2645, 2646, 2647, 2648, 2649, 2650, 2651, 2652, 2653, 2654, 2655, 2656, 2657, 2658, 2659, 2660, 2661, 2662, 2663, 2664, 2665, 2666, 2667, 2668, 2669, 2670, 2671, 2672, 2673, 2674, 2675, 2676, 2677, 2678, 2679, 2680, 26

10/1/50

Der Betrag für die Lebenshaltung wurde

19:00 100%

516

von der Königl. Regierung zu Bamberg

၁၆၁၈၈၃, ၁၇၄၄၁၀၃

Buchdruckerei der A. B. Sohn'schen Erben

۱۴۰۰

11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847

Wochenschrift **der Königl. Regierung zu Potsdam** **und der Stadt Berlin.**

Stief 34, Nr. 22, 1982

[illegible]

Auerhöfster Erlass.

Verleihung des Rechts zur Schanffgeld-Erhebung auf der Schanffe
von Brück über Gadenstanz, Brienthal, Damselengrund und Gammern
nach Golsow.

Auf Ihren Befehl vom 24. Juli b. J. will Ich dem Kreise Jauß-Beitzig im Regierungsbezirk Potsdam für die von ihm erbaute und in dauernde Unterhaltung übernommene Chaussee von Brüd über Hadenhaus, Freienhof, Damslang und Kammer nach Golzow das Recht zur Erhebung des Chausseegeldes nach den Bestimmungen des Chausseegeldtarifs vom 29. Februar 1840 (G. S. S. 94 ff.) einschließlich der in denselben enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen, sowie der sonstigen, die Erhebung betreffenden zusätzlichen Vorschriften — vorbehaltlich der Abänderung der sämmtlichen voraufgeführten Bestimmungen — verleihe. Auch sollen die dem Chausseegeldtarif vom 29. Februar 1840 angehängten Bestimmungen wegen der Chausseepolizei-vergehen auf die geklebte Strafe zur Anwendung kommen. Die eingereichte Karte erfolgt anbei zurück.

Saßnis an, Werd R. J. „Hohenzollern“,
den 28. Juli 1902.

89. Wilhelm R. 1842
89. Budde. 1842

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen des Königlich-Preussischen Regierungspräsidenten.

Tarifergänzung.

241. Mit Genehmigung der Herren Minister der öffentlichen Arbeiten und der Finanzen hat Abt. II des Tarifs für die Benutzung des römischen Bodenteils zu Oberberg f./M. vom 22. August 1901 folgenden Zusatz erhalten:

Für Rohlen ist der Satz von 1 Pf.
für je 100 kg anzuwenden.

Postamt, den 17. August 1902.

Der Regierungsrath.

Benennung eines neu errichteten Normallehrer-Schiffes.

242. Dem im „Schäufelort“ Albers-Rennenbors, Oberförsterei Kallenberg, neu vertrieben, zum Forst-

größte Nieder-Neuendorf gehören Hofauffseher-
gehöft, welches etwa 1,5 km südlich von Nieder-
Neuendorf, 6,4 km nördlich von Spandau unmittelbar
am Spandau-Nieder-Neuendorfer Wege gelegen ist,
habe ich den Namen

Wapenberge

Beigelegt.

Potsdam, den 13. August 1902.

Der Regierungspräsident

Landespolizeiliche Anordnung.

Ueber die Befähigung der Geflügelcholera.

243. Mit Rücksicht auf die zur Zeit bestehende Gefahr der Verbreitung von Geflügelpestern ordne ich auf Grund der §§ 20, 26 und 27 des Reichs-Viehseuchengesetzes vom 29. Juni 1880 in Verbindung mit § 156 b. 1. d. d. 1. März 1894

Abt. 2. der Gewerbeordnung in der Fassung des Reichsgesetzes vom 6. August 1896 (R.-G.-Bl. S. 685) für den Umfang des Regierungsbezirks Potsdam bis auf Weiteres an;

§ 1. Das im Besitze von Geflügelhändlern befindliche Geflügel darf nicht getrieben werden. Ausnahmen können in besonderen Fällen von dem Landrath gelassen werden.

Nicht berechnen von dem Verbot ist das im Besitze von Rathswirthen, Geflügelhändlern für den eigenen Bedarf und Geflügelwäthern befindliche Geflügel.

§. 2. Sofern das Gefägel nicht getrieben wird, darf die Verbesserung nur in Wagen, Käfigen, Korbten und ähnlichen Gefährten erfolgen, deren Einrichtung das Herausfallen von Röhren und Streu verhindert.

Werden zur Beförderung Wagen mit Gitterwänden benutzt, so müssen die Gitterwände vom Boden jedes Gefäßes aus bis zur Höhe von 15 cm dicht geschlossen sein.

§ 3. Die zur Beförderung von lebendem Handels-
geflügel benutzten Kägen, Kisten, Körbe u. d. w.
sind nach jedesmaligem Gebrauch zunächst durch Ent-
fernung der etwa vorhandenen Exkremente und der Auswurf-
stoffe, dann durch Abwaschen aller mit dem Geflügel

in Berührung gekommenen Theile mit heisser Sebalauge, die durch Auflösen von 100 g Soda in 1 Liter heissem Wasser herzustellen ist, zu reinigen. Die Benutzung von nicht gereinigten Wagen und anderen Beförderungsmitteln ist verboten.

§ 4. Ist leuchtfrankes oder leuchtverdächtig Geflügel mit den genannten Beförderungsmitteln geschafft worden, so sind diese entweder durch Verbrennen zu zerstören, bevor sie zur Beförderung von Geflügel wieder benutzt werden, nach Anordnung des Kreis- tierarztes, oder zu desinficiren.

§ 5. Zuwiderhandlungen gegen bestehende Bestimmungen werden, sofern nicht nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere nach § 325 des Reichsstrafgesetzbuches eine höhere Strafe verurtheilt ist, nach dem in dem §§ 66 Absatz 1 Ziffer 4 und 67 des Reichs- viehseuchengesetzes gegebenen Strafvorschriften bestraft.

§ 6. Diese Anordnung tritt sofort in Kraft. Die Aufhebung dieser Anordnung wird erfolgen, sobald die im § 1 Abs. 1 bezeichnete Seuchengefahr beseitigt ist.

Potsdam, den 13. November 1899.
Der Regierungspräsident.

* * *

Wiederveröffentlicht:
Potsdam, den 13. August 1902.
Der Regierungspräsident.

Landespolizeiliche Anordnung

betreffend die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

224. Mit Ermächtigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ordne ich auf Grund des § 1 der Bundesratsinstruktion vom 27. Juni 1899 und Absatz 1 des Reichs-
gesetz vom 23. Juni 1899

bestehende Gefahr der Verbreitung der Maul- und Klauenseuche bis auf Weiteres folgendes an:

§ 1. Die Polizeibehörden haben nach erfolgter Anzeige, oder wenn sie auf anderem Wege von dem Ausbruch oder dem Verdachte der Maul- und Klauenseuche Kenntnis erhalten, in jedem Falle sofort den Kreis- tierarzt behufs sachverständiger Ermittlung telegraphisch oder telephonisch anzurufen. Von der in dem § 15 des Reichs-
gesetz vom 23. Juni 1899

Ermächtigung, von der Verhängung des Kreis- tierarztes abzusehen, ist einweilen kein Gebrauch zu machen. Gleichzeitig haben die Polizeibehörden, ohne erst die Erklärung des Kreis- tierarztes abzuwarten, die nach den §§ 59-60 der Bundesratsinstruktion erforderlichen Schutzmassregeln, mindestens aber die vollständige Geflügel- und Schweine-
T. 1356/12

§ 2. Die Polizeibehörde ist befugt, Massregeln gegen die Verbreitung der Seuche durch Hebervieh zu treffen. Auf dem Seuchengebiet und dessen Umgebung sind während der Dauer der Seuche die Hunde anzuheften.

§ 3. Die Seuche gilt erst als abgeheilt und die Seuchengebiet anzuordnen, wenn die Substanzverluste in der Hautschleimhaut und an den Klauen vollständig abgeheilt und vernarbt sind.

§ 4. Zuwiderhandlungen werden gemäß des Reichs-
Potsdam, den 13. August 1902.

§ 5. Diese landespolizeiliche Anordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Aufhebung dieser Anordnung wird erfolgen, sobald die im Eingange bezeichnete Seuchengefahr beseitigt ist.

Potsdam, den 13. August 1902.
Der Regierungspräsident.

225. Folgende ausländisch-polnische Saisonarbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitsstätten unter Benennung der Namen:

- | | |
|-----------------------|----------------------|
| Carlina Eismowa | Anton Mikulajewski |
| Michael, Michael | Maryanna Tufaszewska |
| Jaw. Walek | Maryanna Bobczak |
| Stanislaw Augustowski | Anna Tulanewska |
| Casimir Dymowski | Josefa Sowinski |
| Adam Wiercinski | Josef Kwadniewski |
| Anna Kobajew | Blasiejow Michajew |
| Michael Kobajew | Michael Kalusny |
| Anna Kobajew | Frans Tomczak |
| Maryanna Tufaszewska | Marek Sopinski |
| Maryanna Bobczak | Stanislaw Sobczak |
| Anna Tulanewska | Blasiejow Michajew |

Die Genannten sind zu Zwangereisepässen aus dem Reichsgebiet anzuweisen. Vom Geschehenen ist unter Bezugnahme auf diese Bestimmung hierher Nachricht zu geben.
Potsdam, den 13. August 1902.
Der Regierungspräsident.

246. Abrechnung der an den Regeln der Gavel und Spree im Monat Juli 1902 abgegebenen Wasserstände.

| Wasserstände der Gavel an den Regeln zu: | | | | | | | | | | | | | | |
|--|------------|-------------|-------------|-------------|------------|-------------|------------|-------------|------------|-------------|------------|-------------|------------|-------------|
| Abrechnung der Spree an den Regeln zu: | | | | | | | | | | | | | | |
| Reg. | Rathenow | | Brandenburg | | Potsdam | | Spandau | | Havel | | Spree | | Gavel | |
| | Oberwasser | Unterwasser | Oberwasser | Unterwasser | Oberwasser | Unterwasser | Oberwasser | Unterwasser | Oberwasser | Unterwasser | Oberwasser | Unterwasser | Oberwasser | Unterwasser |
| Reg. | Regel | Regel | Regel | Regel | Regel | Regel | Regel | Regel | Regel | Regel | Regel | Regel | Regel | Regel |
| 1 | 2,10 | 1,89 | 0,94 | 2,08 | 1,32 | 1,06 | 2,38 | 0,67 | 1,82 | 2,08 | 0,69 | 1,14 | 1,34 | 1,82 |
| 2 | 2,07 | 1,38 | 0,94 | 2,00 | 1,32 | 1,06 | 2,32 | 0,40 | 1,29 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |
| 3 | 2,02 | 1,31 | 0,91 | 2,00 | 1,36 | 1,05 | 2,31 | 0,67 | 1,29 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |
| 4 | 1,98 | 1,31 | 0,88 | 2,05 | 1,24 | 1,04 | 2,30 | 0,67 | 1,29 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |
| 5 | 1,94 | 1,32 | 0,86 | 2,02 | 1,24 | 1,02 | 2,30 | 0,65 | 1,29 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |
| 6 | 1,91 | 1,40 | 0,74 | 2,06 | 1,18 | 1,02 | 2,32 | 0,60 | 1,29 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |
| 7 | 1,87 | 1,31 | 0,78 | 2,03 | 1,20 | 1,01 | 2,31 | 0,68 | 1,22 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |
| 8 | 1,83 | 1,42 | 0,75 | 2,09 | 1,20 | 1,01 | 2,30 | 0,65 | 1,22 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |
| 9 | 1,79 | 1,44 | 0,76 | 2,03 | 1,18 | 1,01 | 2,30 | 0,63 | 1,22 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |
| 10 | 1,75 | 1,37 | 0,79 | 2,00 | 1,18 | 1,00 | 2,29 | 0,68 | 1,22 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |
| 11 | 1,73 | 1,39 | 0,79 | 1,95 | 1,17 | 1,02 | 2,25 | 0,70 | 1,22 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |
| 12 | 1,74 | 1,40 | 0,78 | 1,95 | 1,17 | 1,04 | 2,26 | 0,67 | 1,22 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |
| 13 | 1,71 | 1,41 | 0,68 | 2,08 | 1,06 | 1,03 | 2,27 | 0,61 | 1,22 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |
| 14 | 1,71 | 1,39 | 0,69 | 2,04 | 1,10 | 1,02 | 2,28 | 0,69 | 1,22 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |
| 15 | 1,70 | 1,40 | 0,70 | 2,05 | 1,12 | 1,00 | 2,27 | 0,65 | 1,22 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |
| 16 | 1,70 | 1,39 | 0,68 | 2,05 | 1,12 | 1,00 | 2,27 | 0,65 | 1,22 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |
| 17 | 1,66 | 1,38 | 0,70 | 2,05 | 1,12 | 1,00 | 2,25 | 0,68 | 1,22 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |
| 18 | 1,63 | 1,41 | 0,68 | 2,04 | 1,13 | 1,00 | 2,25 | 0,61 | 1,22 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |
| 19 | 1,62 | 1,37 | 0,62 | 2,00 | 1,13 | 1,00 | 2,24 | 0,62 | 1,22 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |
| 20 | 1,61 | 1,39 | 0,70 | 2,00 | 1,10 | 1,00 | 2,26 | 0,63 | 1,22 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |
| 21 | 1,61 | 1,34 | 0,68 | 2,08 | 1,07 | 1,00 | 2,25 | 0,61 | 1,22 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |
| 22 | 1,60 | 1,34 | 0,68 | 2,05 | 1,06 | 1,01 | 2,24 | 0,68 | 1,22 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |
| 23 | 1,58 | 1,34 | 0,67 | 2,05 | 1,08 | 1,01 | 2,22 | 0,61 | 1,22 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |
| 24 | 1,58 | 1,32 | 0,69 | 2,07 | 1,08 | 1,01 | 2,21 | 0,68 | 1,22 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |
| 25 | 1,57 | 1,33 | 0,62 | 2,03 | 1,09 | 1,01 | 2,21 | 0,63 | 1,22 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |
| 26 | 1,56 | 1,34 | 0,66 | 2,01 | 1,11 | 1,01 | 2,19 | 0,60 | 1,22 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |
| 27 | 1,56 | 1,37 | 0,63 | 2,03 | 1,03 | 1,00 | 2,18 | 0,58 | 1,22 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |
| 28 | 1,54 | 1,30 | 0,63 | 1,95 | 1,07 | 1,00 | 2,19 | 0,61 | 1,22 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |
| 29 | 1,52 | 1,31 | 0,64 | 1,97 | 1,08 | 0,99 | 2,17 | 0,60 | 1,22 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |
| 30 | 1,50 | 1,34 | 0,63 | 1,96 | 1,07 | 0,98 | 2,18 | 0,57 | 1,22 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |
| 31 | 1,48 | 1,35 | 0,62 | 2,00 | 1,06 | 0,96 | 2,18 | 0,50 | 1,22 | 2,08 | 0,79 | 1,22 | 1,36 | 1,92 |

Potsdam, den 18. August 1902.

Abrechnung der Spree an den Regeln zu:

247. Abrechnung der an den Regeln der Gavel und Spree im Monat August 1902 abgegebenen Wasserstände.

I. Schiffahrt:
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis
 Kreis Stettin: Kreis Juchow: Kreis

Potsdam, den 19. August 1902.

a. Weingelände. Kreis Niederbarnim: Hei-
 nersdorf, Weinleseweg (Manguthaus), Kreis Da-
 hmeburg: Gersdorf.
b. Klee- und Wiesen. Kreis Dahmeburg:
 Dörbe, Kretzschmar.
II. Erbsen:
a. Winterfrucht. Kreis Dahmeburg: Gersdorf,
 Heinersdorf.
b. Sommerfrucht. Kreis Niederbarnim: Hei-
 nersdorf.
c. Sommerfrucht. Kreis Prenzlau: Stras-
 burg a. H. (Gut Schönberg).
d. Winterfrucht. Kreis Prenzlau: Stras-
 burg a. H. (Gut Schönberg).
e. Winterfrucht. Kreis Prenzlau: Stras-
 burg a. H. (Gut Schönberg).
f. Winterfrucht. Kreis Prenzlau: Stras-
 burg a. H. (Gut Schönberg).
g. Winterfrucht. Kreis Prenzlau: Stras-
 burg a. H. (Gut Schönberg).
h. Winterfrucht. Kreis Prenzlau: Stras-
 burg a. H. (Gut Schönberg).
i. Winterfrucht. Kreis Prenzlau: Stras-
 burg a. H. (Gut Schönberg).
j. Winterfrucht. Kreis Prenzlau: Stras-
 burg a. H. (Gut Schönberg).
k. Winterfrucht. Kreis Prenzlau: Stras-
 burg a. H. (Gut Schönberg).
l. Winterfrucht. Kreis Prenzlau: Stras-
 burg a. H. (Gut Schönberg).
m. Winterfrucht. Kreis Prenzlau: Stras-
 burg a. H. (Gut Schönberg).
n. Winterfrucht. Kreis Prenzlau: Stras-
 burg a. H. (Gut Schönberg).
o. Winterfrucht. Kreis Prenzlau: Stras-
 burg a. H. (Gut Schönberg).
p. Winterfrucht. Kreis Prenzlau: Stras-
 burg a. H. (Gut Schönberg).
q. Winterfrucht. Kreis Prenzlau: Stras-
 burg a. H. (Gut Schönberg).
r. Winterfrucht. Kreis Prenzlau: Stras-
 burg a. H. (Gut Schönberg).
s. Winterfrucht. Kreis Prenzlau: Stras-
 burg a. H. (Gut Schönberg).
t. Winterfrucht. Kreis Prenzlau: Stras-
 burg a. H. (Gut Schönberg).
u. Winterfrucht. Kreis Prenzlau: Stras-
 burg a. H. (Gut Schönberg).
v. Winterfrucht. Kreis Prenzlau: Stras-
 burg a. H. (Gut Schönberg).
w. Winterfrucht. Kreis Prenzlau: Stras-
 burg a. H. (Gut Schönberg).
x. Winterfrucht. Kreis Prenzlau: Stras-
 burg a. H. (Gut Schönberg).
y. Winterfrucht. Kreis Prenzlau: Stras-
 burg a. H. (Gut Schönberg).
z. Winterfrucht. Kreis Prenzlau: Stras-
 burg a. H. (Gut Schönberg).

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

„Angelegenheit der Konzession für eine Apotheke.“

73. Die Konzession für die auf dem Grundstück **Stöckstraße 89/10 zu Charlottenburg** genehmigte Apotheke soll infolge Abtuns des bisherigen Besitzers von Neuen mit der Verpflichtung vergeben werden, daß der künftige Konzessionar in Gemäßheit der Allerhöchsten Cabinetsordre vom 8. März 1842 die vorhandene Apotheken-Einrichtung mit dem gesamten Inventar und dem Vorrathen nach einer von mir zu genehmigenden Lage von den Erben des bisherigen Inhabers zu übernehmen hat. Geeignete Bewerber werden zur Prüfung bis zum 23. September d. J. mit dem Bemerkenswerthen aufgeführt, daß persönliche Vorstellungen zwecklos sind und die an mich zu richtenden Bewerbungen lediglich schriftlich zu belegen haben.

Der Werbung sind beizufügen: 1) eine nach der Prüfungsgeordnete Lieferung über die bisherige Thätigkeit seit der Approbation in und außerhalb der Apotheken, enthaltend: a) die Anlagen und Anlagen zu nach Angegebenen in zusammenhängender Reihe und unter fortlaufenden Nummern (siehe auch 2), b) der Ort und c) die Art der Thätigkeit, namentlich auch für die Zeit der Unterbrechung der pharmaceutischen Thätigkeit, 2) die Approbation und die darauffolgenden Serviceleistungen, die physikalisch beglaubigt, zweifelsfrei angenommen und mit den einschlägigen Nummern der Zusammenstellung 3) versehen sein müssen, 3) polizeiliche Führungszeugnisse über die Zeit von der Approbation bis jetzt in ununterbrochener Folge, 4) amtlich beglaubigter Nachweis aus neuerer Zeit über die zur Einrichtung einer Apotheke erforderlichen Mittel, 5) eine Darstellung des Lebenslaufes, enthaltend Vor- und Zunamen, Geburtsort und Datum, Concession, Standangehörigkeit, Familienstand, Zahl und Alter der Kinder, Militärverhältnis, besondere Beschäftigung, den Ehestand, Stand und Wohnort der Eltern des Bewerbers.

Die Anlagen zu 2 und 3 müssen zu je einem besonderen Heft vereinigt sein.

Ansicht, die den vorstehenden Anforderungen nicht entsprechen, müssen zur Abänderung zurückgegeben werden.

Der Bewerber hat außerdem polizeimäßig zu versichern, entweder, daß er eine Apotheke bisher nicht besessen hat, oder falls dies der Fall sein sollte, anzugeben, wo er eine solche besessen hat, und die Gründe klar zu legen, aus denen er sein Bestreben an derselben ausgegeben hat, auch den Kauf- und Verkaufspreis der abgegebenen Apotheke genau zu nennen. Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß Bewerber, welche erst nach dem Jahre 1895 (bei Berücksichtigung geringer Zeiträume) approbiert sind, bei der großen Zahl mehr berechtigter Bewerber zur Zeit keine Aussicht auf Erfolg haben. Solche Apotheker stehen deshalb zur Bewerbung unzulässigen Schwere als

Bei Apothekern, welche sich zeitweise vom Apothekentische abgewandt haben, muß das Approbationsalter selbstverständlich gefügt werden.

Schließlich bemerke ich, daß die Konzession in Gemäßheit des Allerhöchsten Erlasses vom 30. Juni 1894 als eine unversäufliche und unvererbliche verstanden werden muß, der Inhaber derselben somit zur Präsentation von Geschäftsnachfolgern nicht befugt sein, und der Wille, sowohl den minderjährigen, als den volljährigen, nur freistehend, wie die Apotheke nach Maßgabe des § 4 der Reichsärztlichen Apotheken-Ordnung vom 11. Oktober 1894 durch einen geeigneten Professor vertreten zu lassen. Berlin, den 14. August 1902.

Der Polizei-Präsident.

174. Gemäß § 8 des Gesetzes betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze vom 30. Juni 1900 wird hiemit zum öffentlichen Kennnis gebracht, daß das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung des Regierungsbezirks Potsdam, als ärztliche Sachverständige, welche für das laufende Geschäftsjahr zu den Schiedssitzungen außerhalb Berlins herangezogen sind, vorgeschlagen sind:

für die Schiedssitzungen in Angermünde: dem Königl. Kreisarzt, Medizinalrath Dr. Bonha in Angermünde, für die Schiedssitzungen in Jüterbog: dem Königl. Kreisarzt, Medizinalrath Dr. Seemann in Jüterbog, für die Schiedssitzungen in Kyritz: dem praktischen Arzt Dr. Wilhelm in Kyritz, für die Schiedssitzungen in Neuhardenberg: dem Königl. Kreisarzt, Medizinalrath Dr. Wiedemann in Neuhardenberg, für die Schiedssitzungen in Wertheim: dem Königl. Kreisarzt, Medizinalrath Dr. Ruhn in Wertheim, für die Schiedssitzungen in Treuenbrietzen: dem Königl. Kreisarzt, Medizinalrath Dr. Großmann in Treuenbrietzen. Berlin, den 15. August 1902.

Der Polizei-Präsident.

75. Auf Grund des § 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (S. 195 ff.) und des § 5 und folgende des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (S. 265) verordne ich unter Zustimmung des Gemeindevorstandes für den Stadtkreis Berlin, was folgt:

Der § 1 der Polizeiverordnung vom 2. Dezember 1899 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

Diejenigen Personen, die gegen Entgelt fremde noch nicht 6 Jahre alte Kinder in Kost und Pflege halten wollen, bedürfen dazu der Erlaubnis des Königl. Polizei-Präsidenten.

Berlin, den 13. August 1902.
Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Cementkanal für Fernsprechlabel.

69. Bei dem Kaiserlichen Postamt in Pankow bei Berlin liegt ein Plan aus über die Herstellung eines Cementkanals für Fernsprechlabel von Wollanstraße 4 bis Breitestraße 24a.

Berlin C2, den 9. August 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Fernsprechlinie.

70. Bei dem Kaiserlichen Postamt 1 in Charlottenburg liegt ein Plan aus über die Errichtung einer oberirdischen Fernsprechlinie von Kmst. 3,3 am Tegeler Wege bis Kmst. 9,1 am Spandauer Schiffahrtskanal — Gasthaus zum Deutschen Kronprinzen.

Berlin C2, den 8. August 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Bekanntmachungen des Königl. Konsistoriums der Provinz Brandenburg.

Urkunde

betreffend die Umfassung der Evangelischen der Kolonie Groß-Stöbzig, Kreis Westprignitz.

1. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des Evangelischen Oberkirchenraths, sowie nach Anhörung der Beisitzenden wird hierdurch von den unterzeichneten Behörden Folgendes festgesetzt:

§ 1. Die Evangelischen der Kolonie Groß-Stöbzig, Kreis Westprignitz, werden aus der Kirchengemeinde Jerbig, Diözese Prenen, in die Kirchengemeinde Boghin derselben Diözese umgepfarrt.

§ 2. Diese Urkunde tritt am 1. Oktober 1902 in Kraft.

Berlin, den 20. Juli 1902.

Königliches Konsistorium der Provinz Brandenburg.

Potsdam, den 5. August 1902.

Königliche Regierung, Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Bekanntmachungen der Kgl. Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

15. Bei der infolge unserer Bekanntmachung vom 18. v. Mts. heute geschehen öffentlichen Verlosung von 2-prozentigen Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Stücke gezogen worden:

Litt. J. zu 2000 M. 1 Stück

und zwar die Nr. 214,

Litt. K. zu 300 M. 1 Stück

und zwar die Nr. 55,

Litt. J. zu 75 M. 3 Stück

und zwar die Nr. 1, 56, 70.

Litt. K. zu 30 M. 1 Stück

und zwar die Nr. 33,

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in kunsfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Zinscheinen Reihe II. Nr. 7—16 nebst Erneuerungsscheinen bei der hiesigen Rentenbankkasse, Klosterstraße Nr. 76 I. vom 2. Januar 1903 ab an den Werktagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 2. Januar 1903 ab wird die Verlosung der ausgelosten Rentenbriefe auf diese Weise verfahren mit dem Schlusse des Jahres 1913 zum Vortheil der Rentenbank.

Die Einlieferung ausgeloster Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post, portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Gelbbeitrag auf gleichem Wege übermittelt werde.

Die Zuhaltung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 300 M. durch Postanweisung.

Sofern es sich um Summen über 300 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen. Berlin, den 12. August 1902.

Königliche Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirektion zu Berlin.

Aufhebung der Verfürgung der Ladefristen auf Station Tempelhof Ringbahn.

1. Mit Gültigkeit vom 18. August d. J. ab wird die durch Bekanntmachung vom 20. Juli d. J. eingeführte Verfürgung der Ent- und Beladefristen für Wagenladungsgüter auf Station Tempelhof Ringbahn wieder aufgehoben. Berlin, den 16. August 1902.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Stettin.

Eröffnung des Haltepunkts Chorin für den Personen- und Gepäckverkehr.

2. Am 1. September d. J. wird der zwischen den Stationen Beiz und Chorin an der Bahnstrecke Bernau-Stettin gelegene Haltepunkt Chorin für den Personen- und Gepäckverkehr eröffnet.

Stettin, im August 1902.

Königliche Eisenbahndirektion.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse

Veränderung von Guts- und Gemeindebezirksgrenzen.

| Sp. Nr. | Grundbuch | | Kartenblatt | Parzelle | Grundsteuer-mutterrolle | Flächeninhalt | Guts- bezw. Gemeindebezirk | |
|-----------------------|-----------|-------|-------------|----------|-------------------------|---------------|----------------------------|----------------------------|
| | Band | Blatt | | | | | bisher | künftig |
| Gemarkung Mildenberg: | | | | | | | | |
| 1 | — | — | 2 | 82/1 | 46 | 0,5110 | Gutsbezirk Sadingen | Gemeindebezirk Mildenberg. |

Prenzlau, den 8. August 1902

Der Kreis-Ausschuss

Personal-Chronik.

Der Ober-Regierungsrath Hettlerich in Frankfurt a. D. ist, zum 1. Oktober d. J. in gleicher Amtseigenschaft an die Generalkommission in Münster versetzt.

Im Kreise Westphalens ist wieder ernannt worden zum Amtspräsidenten: Gustafsen, Hauptmann a. D. Kreuzler in Mauerhof für den Bez. 25 „Mauerhof“.

Dem civilverordnungsgerichtlichen Willkürmänner August Albert Emil Juch ist vom 1. Juli d. J. ab die Stelle eines Förstners am königlichen Charité-Krankenhaus verliehen.

Der bisherige Predigamts-Kandidat Karl Johannes Otto Pföhner ist zum Förster der Parochie Seges, Diözese Münsterhausen a. D., bestellt worden.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Königliche Thierärztliche Hochschule, Hannover.

Das Wintersemester 1902/3 beginnt am 15. Oktober 1902. Nähere Auskunft ertheilt auf Anfrage unter Zusendung des Programms und Vorlesungs-Verzeichnisses die Direktion.

Die Königl. Maschinenbau- und Hütten-Schule zu Duisburg eröffnet am 11. Oktober d. J. in ihren beiden Abtheilungen:

- 1) Maschinenbau für: Schlosser, Schmiede, Maschinenbauer, Reisschmiede und ähnliche Gewerbetreibende.
- 2) Hütten-Schule für Eisen- und Metallhüttenleute und Eisener, Arbeiter von Roheisen, Glashütten, Cementfabriken und der chemischen Erdindustrie einen neuen Lehrgang.

Das Programm der Anstalt wird auf Verlangen kostenfrei zugesandt.

Die Anstalt gehört nach Ziffer 3 der Ausführungsbestimmungen zur Prüfungsvorbereitung für die mittleren und unteren Städtischen Abtheilungen zu den anerkannten Fachschulen, deren Bescheinigungen für die Annahme zum Werkmeisterdienst folgende Befähigungen gewährend. Nur die Meisterprüfungen der pol. der Staats-eisenbahnverwaltung anerkannten Fachschulen gelten als Nachweis der erforderlichen theoretischen Kenntnisse (§ 374 der Prüfungsordnung.) Solange Bewerber mit solchen Zeugnissen vorhanden sind, dürfen andere Bewerber nicht angenommen werden. Die Letzteren haben eintretensfalls eine besondere Prüfung abzulegen und zwar auch dann, wenn sie das Meisterzeugniß einer

nicht anerkannten Fachschule besitzen, am 23. Mai 1902. Potsdam den 1. August 1902.

Der Direktor.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Hausdiener Abraham Förberbaum, geboren 15. April 1884 zu Stanom, Kreis Nisko in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 6. März 1902 ausgewiesen.

Der Schneidergeselle Leibsch Victorant, von Goldberg, geboren 13. Januar 1883 zu Nienhamer, Kreis Kralau, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 12. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Federjurist Emmerich Beer, geboren am 19. August 1881 zu Wien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. Juni 1902 aus Preußen ausgeschlossen.

Der Handelsmann Pinke Benat, geboren 21. Dezember 1858 zu Larnum in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 21. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Arbeiter Elias Lazar, geboren am 21. Juni 1886 zu Gang in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 26. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Malergehülfe Jacob Doronik, geboren 3. Juli 1860 zu Zadownik, Bezirk Brzesko, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 3. Juli 1902 ausgewiesen.

Der Handlungsgehilfe Josef Silbermann, geboren 31. Oktober 1889 zu Ruten, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 10. Juli 1902 ausgewiesen.

Der Arbeiter Antonie Morawetz, geboren 16. August 1845 zu Bernasco, Kreis Piacenza (Regierung: Parma), österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 21. Juli 1902 ausgewiesen.

Der Kellner Isak Engel, geboren 1. Februar 1860 zu Remberg in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 23. Juli 1902 ausgewiesen.

Hierzu fünf Seitenlange Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckseite 20 Pf.)

Belagshüter werden der Wagen 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam Buchdruckerei der W. M. Schenck & Co.

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 35.

Den 29. August

1902.

Inhaltsverzeichnis. Ablagentarif. S. 361. — Ausreichung von Zinscheinen. S. 361. — Schussfreie Tage auf dem Schiffsplatz bei Humberg. S. 362. — Gendarmenpost in Miro. S. 362. — Ortsbenennung. S. 362. — Gebammenlehrstube. S. 362. — Kommunalbezirksveränderung. S. 363. — Töpfersammlung in Genswalde. S. 363. — Meßschen. S. 366. — Kontraktbrüche ausländische Arbeiter. S. 366. — Gemeindefestveränderung. S. 367. — Apothekergehilfen. Prüfungskommission. S. 377. — Neue Telegraphenanstalt. S. 377. — Posthäufstelle auf Bornum Lindenhof. S. 377. — Ausreichung von Zinscheinen. S. 377. — Amtliches Warenverzeichnis zum Zolltarif. S. 378. — Personal-Chronik. S. 378. — Ausweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiete. S. 380.

42. Tarif
für die Benutzung der Ablage der Genossenschaft der Adressanten und Postämter zu Grätz am linken Ufer bei km 49,2 der „Unteren Gabelwasserstraße.“

Es sind zu zahlen:

von jedem anlegenden Fahrzeuge und zwar:

- 1) von Fahrzeugen bis einschließlich 40,2 m Länge für jeden Tag 20 Pf.
- 2) von Fahrzeugen von über 40,2 m Länge für jeden Tag 40

Für Dampfer, welche einem regelmäßigen Personenverkehr dienen, kann nach Wahl des Schiffseigenthümers anstatt der tarifmäßigen Abgabe für jede einzelne Fahrt eine jährliche Abfindungssumme und zwar:

- 1) für Dampfer bis einschließlich 40,2 m Länge 5 M.
- 2) „ von über 40,2 m Länge 10

entrichtet werden.

beim Ein- oder Ausladen von Gütern:

- 1) von Erbe, Lehm, Kies, Heu, Stroh, Faschinen, Stein- und Braunkohlen, Mauer-, Dach- und allen anderen Steinen für je eine Tonne (1000 kg) 5 Pf.
- 2) von sonstigen Gütern für je eine Tonne (1000 kg) 10

von Gütern, welche nach der Ausladung aus dem Schiff oder vor der Einladung in das Schiff länger als 24 Werktagstunden auf der Ablage lagern, für jeden folgenden Zeitraum von sieben Tagen und zwar

- 1) von Dornenbusch (Reisern), Brennholz (Kloben, Rollen, Knäppeln), Bruch- und Feldsteinen für je ein cbm 5 Pf.
- 2) von Mauersteinen für je 1000 Stück 15
- 3) „ Dach- u. Hohlsteinen für je 1000 Stück 10
- 4) „ sonstigen Gütern für jedes qm be- 5

lester Fläche

Angefangene Tarifeinheiten werden bei der Abgabenerhebung für voll gerechnet.

Es sind befreit:

- 1) Fahrzeuge und Güter, welche dem Könige, dem preussischen Staate oder dem deutschen Reiche gehören oder ausschließlich für deren Rechnung befördert werden, von den Abgaben unter I., II. und III.,
- 2) Die Gepäckstücke der mit Personendampfern ankommenden oder abfahrenden Personen von der Abgabe unter II.,
- 3) Fahrzeuge, welche be- oder entladen werden, für die Dauer des Lösch- und Ladegeschäftes von der Abgabe unter I.,
- 4) Fahrzeuge für die Zeit des Eisstandes von der Abgabe unter I.

Dieser Tarif tritt am vierzehnten Tage nach dem Tage seiner ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

Berlin, den 20. Juli 1902.

Der Finanz-Minister,

Der Minister
der öffentlichen Arbeiten.

Ausreichung der Zinscheine Reihe II. Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der Preussischen Konsolidirten 3 1/2 % igen Staatsanleihe von 1892, 1893, 1895

25. Die Zinscheine Reihe II. Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der Preussischen Konsolidirten 3 1/2 % igen Staatsanleihe von 1892, 1893, 1895 über die Zinsen für die Zeit vom 1. Oktober 1902 bis 30. September 1912 nebst Erneuerungsscheinen (Anweisungen auf die folgende Reihe) werden vom 1. September 1902 ab von der Kontrolle der Staatspapiere in Berlin, Dronienstraße 92/94, werktäglich von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags, mit Ausnahme der letzten drei Geschäftstage jedes Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine sind entweder bei der Kontrolle der Staatspapiere am Schalter in Empfang zu nehmen oder durch die

Personal-Chronik.

Der Ober-Regierungsrath Hefersich in Frankfurt a. D. ist zum 1. Oktober d. J. in gleicher Amtseigenschaft an die Generalkommission in Münster versetzt.

Im Kreise Westphalens ist wieder ernannt worden zum Amtsvorsteher: Gutkeiler, Hauptmann a. D. Krepsler in Mauerhof für den Bez. 25 „Mauerhof“.

Dem civilversorgungsgerechtigten Militärarmärter August Albert Emil Juhrt ist vom 1. Juli d. J. ab die Stelle eines Pförtners am Königl. Charité-Krankenhaus verliehen.

Der bisherige Predigamts-Candidat Carl Johannes Otto Pfahner ist zum Pfarrer der Pfarrei Segatz, Diözese Münsterhausen a. D., bestellt worden.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Königliche Thierärztliche Hochschule, Hannover.

Das Wintersemester 1902/3 beginnt am 15. Oktober 1902. Nähere Auskunft erteilt auf Anfrage unter Zusendung des Programms und Vorlesungs-Verzeichnisses die Direktion.

Die Königl. Maschinenbau- und Hütten-Schule zu Duisburg eröffnet am 11. Oktober d. J. in ihren beiden Abteilungen:

- 1) Maschinenbau für Schlosser, Schmiede, Maschinenbauer, Reifelschmiede und ähnliche Gewerbebetriebe.
- 2) Hütten-Schule für Eisen- und Metallhüttenleute und Eisener, Arbeiter von Roheisen, Glashütten, Cementfabriken und der chemischen Erdindustrie einen neuen Lehrgang.

Das Programm der Anstalt wird auf Verlangen kostenfrei zugesandt.

Die Anstalt gehört nach Ziffer 3 der Ausführungsbestimmungen zur Prüfungsbearbeitung für die mittleren und unteren Staatsexamen in den anerkannten Fachschulen, deren Zeiszeugnisse für die Annahme zum Werkmeisterdienst folgende Bescheinigungen gewährend: Nach die Zeisprüfungen der von der Staatsexamenverwaltung anerkannten Fachschulen gelten als Nachweis der erforderlichen theoretischen Kenntnisse. (§ 374 der Prüfungsordnung.) Solange Bewerber mit solchen Zeiszeugnissen vorhanden sind, dürfen andere Bewerber nicht angenommen werden. Die Letzteren haben eintretensfalls eine besondere Prüfung abzulegen und zwar auch dann, wenn sie das Zeiszeugnis einer

nicht anerkannten Fachschule tragen, am 23. Mai 1902. Duisburg, den 4. August 1902.

Der Direktor

Ausweisungen aus Preußen.

Der Handwerker Abraham Erbherbaum, geboren 15. April 1884 zu Manow, Kreis Niesitz in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 6. März 1902 ausgewiesen.

Der Schneidergeselle Leobold Diezant, von Goldberg, geboren 13. Januar 1883 zu Nieschamitz, Kreis Krasau, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 12. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Federjurist Emmerich Neer, geboren am 19. August 1881 zu Wien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. Juni 1902 aus Preußen angepfiesen.

Der Handelsmann Viktor Bonat, geboren 21. Dezember 1858 zu Targowin in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 21. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Arbeiter Stanislaus, geboren am 20. Juni 1886 zu Ganof in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 25. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Malergeselle Joseph Dorasik, geboren 3. Juli 1860 zu Jadowitz, Bezirk Brzesko, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 3. Juli 1902 ausgewiesen.

Der Handlungsgehilfe Josef Hilbermann, geboren 31. Oktober 1880 zu Pilsen, böhmischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 10. Juli 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Arbeiter Antonius Mönch, geboren 16. August 1845 zu Bernasca, Kreis Paderna (Lombard), italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 21. Juli 1902 ausgewiesen.

Der Schlosser Isak Engel, geboren 1. Februar 1860 zu Lemberg in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 23. Juli 1902 ausgewiesen.

Hierzu folgt: Dessenmäßige Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einbaltige Druckseite 20 Pf. Beträge über 10 Pf. werden abgerundet.)

Redigiert von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der W. M. Schenck'schen Verlagsanstalt.

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 35.

Den 29. August

1902.

Inhaltsverzeichnis. Ablagentarif. S. 361. — Ausreichung von Zinscheinen. S. 361. — Schussfreie Tage auf dem Schiffsplatz bei Gumpersdorf. S. 362. — Handelsfahrplan in Rirboff. S. 362. — Ortsbenennung. S. 362. — Gebammenlehrstube. S. 362. — Kommunalbezirksveränderung. S. 363. — Töpfer-Turnung in Oberwalde. S. 364. — Viehscheun. S. 366. — Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter. S. 368. — Gemeindefestungsveränderung. S. 367. — Apothekengehöfen. Prüfungskommission. S. 377. — Neue Telegraphenanstalt. S. 377. — Postkassette auf Vornetz Lindenhof. S. 377. — Ausreichung von Zinscheinen. S. 377. — Amtliches Warenverzeichnis zum Zolltarif. S. 378. — Personal-Eyrouff. S. 378. — Ausweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiete. S. 380.

42. Tarif
für die Benutzung der Ablage der Genossenschaft der Adressanten und Rosafäden zu Grütz am linken Ufer bei km 49,2 der „Unteren Gavelwasserstraße.“

Es sind zu zahlen:

von jedem anlegenden Fahrzeuge und zwar:

- 1) von Fahrzeugen bis einschließlich 40,2 m Länge für jeden Tag 20 Pf.
- 2) von Fahrzeugen von über 40,2 m Länge für jeden Tag 40

Für Dampfer, welche einem regelmäßigen Personenverkehr dienen, kann nach Wahl des Schiffseigentümers anstatt der tarifmäßigen Abgabe für jede einzelne Fahrt eine jährliche Abfindungssumme und zwar:

- 1) für Dampfer bis einschließlich 40,2 m Länge 5 M.
- 2) „ „ von über 40,2 m Länge 10

entrichtet werden.

beim Ein- oder Ausladen von Gütern:

- 1) von Erbe, Lehm, Kies, Heu, Stroh, Faschinen, Stein- und Braunkohlen, Mauer-, Dach- und allen anderen Steinen für je eine Tonne (1000 kg) 5 Pf.
- 2) von sonstigen Gütern für je eine Tonne (1000 kg) 10

von Gütern, welche nach der Ausladung aus dem Schiff ober vor der Einladung in das Schiff länger als 24 Werktagstunden auf der Ablage lagern, für jeden folgenden Zeitraum von sieben Tagen und zwar:

- 1) von Buchenholz (Reisern), Brennholz (Kloben, Rollen, Knäppeln), Bruch- und Feldsteinen für je ein cbm 5 Pf.
- 2) von Mauersteinen für je 1000 Stück 15
- 3) „ Dach- u. Hohlsteinen für je 1000 Stück 10
- 4) „ sonstigen Gütern für jedes qm des 5

laster Fläche

Angefangene Tarifeinheiten werden bei der Abgabenerhebung für voll gerechnet.

Es sind befreit:

- 1) Fahrzeuge und Güter, welche dem Könige, dem preussischen Staate oder dem deutschen Reiche gehören oder ausschließlich für deren Rechnung befördert werden, von den Abgaben unter I., II. und III.,
- 2) Die Gepäcksstücke der mit Personendampfern ankommenden oder abfahrenden Personen von der Abgabe unter II.,
- 3) Fahrzeuge, welche be- oder entladen werden, für die Dauer des Lösch- und Ladegeschäftes von der Abgabe unter I.,
- 4) Fahrzeuge für die Zeit des Eisstandes von der Abgabe unter I.

Dieser Tarif tritt am vierzehnten Tage nach dem Tage seiner ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

Berlin, den 20. Juli 1902.

Der Finanz-Minister.

Der Minister
der öffentlichen Arbeiten.

Ausreichung der Zinscheine Reihe II. Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidierten 3 1/2 % igen Staatsanleihe von 1892, 1893, 1895

25. Die Zinscheine Reihe II. Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidierten 3 1/2 % igen Staatsanleihe von 1892, 1893, 1895 über die Zinsen für die Zeit vom 1. Oktober 1902 bis 30. September 1912 nebst Erneuerungsscheinen (Anweisungen auf die folgende Reihe) werden vom 1. September 1902 ab von der Kontrolle der Staatspapiere in Berlin, Dronienstraße 92/94, werktäglich von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags, mit Ausnahme der letzten drei Geschäftstage jedes Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine sind entweder bei der Kontrolle der Staatspapiere am Schalter in Empfang zu nehmen oder durch die

gierungs-Hauptkassen sowie in Frankfurt a./M. durch die Kreiskasse zu beziehen.

Wer die **Empfangnahme bei der Kontrolle** selbst wünscht, hat ihr persönlich oder durch einen Bevollmächtigten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Erneuerungsscheine (Zinscheineanweisungen) mit einem Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamt Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher eine numerierte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

Durch die Post sind die Erneuerungsscheine an die Kontrolle nicht einzusenden, da diese sich in Bezug auf die Zinscheinausreichung mit den Inhabern der Scheine nicht in Schriftwechsel einlassen kann.

Wer die Zinscheine durch eine der oben genannten Provinzial-Kassen beziehen will, hat dieser Kasse die Erneuerungsscheine mit einem doppelten Verzeichniß einzureichen. Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der Zinscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn die Erneuerungsscheine abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittels besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 21. August 1902.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Veröffentlicht mit dem Bemerken, daß Formulare zu den Verzeichnissen von unserer Hauptkasse, den Königlichen Kreis- und Provinzialkassen und den Königlichen Haupt-Steuerämtern bezogen werden können.

Potsdam, den 25. August 1902.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen

des Königlichen Regierungspräsidenten.

Schussfreie Tage auf dem Schießplatz in Gummersdorf für 1902.
248. Unter Hinweis auf die Polizeiverordnung vom 2. November 1875 — Amtsblatt Seite 366 — bringe ich zur öffentlichen Kenntniß, daß die schussfreien Tage auf dem Schießplatz bei Gummersdorf für das Jahr 1902 wie folgt festgesetzt worden sind:

August: 31.

September: 3., 7., 10., 14., 17., 21., 24., 28., 29.

Oktober: 1., 5., 7., 8., 12., 13., 15., 19., 20., 22., 26., 29.

November: 1., 2., 3., 5., 9., 10., 12., 16., 17., 19., 23., 24., 26., 30.

Dezember: 1., 2., 3., 7., 8., 9., 10., 14., 15., 16., 17., 24., 25., 26., 28., 29., 31.

Potsdam, den 19. August 1902.

Der Regierungspräsident.

Gammlersdorf, im Schiffs-Nordf.

249. Unter Bezugnahme auf den im Amtsblatt Nr. 319 veröffentlichten Erlaß des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 11. Juli 1902 und auf Grund des § 11 des Gesetzes über die Handelskammern vom 24. Febr. 1870 bringe ich die Liste der Wahl-

berechtigten für die Handelskammer in Berlin aus dem Stadtbezirk Nordf. durch den Magistrat in Nordf. zur öffentlichen Auslegung.

Die Auslegung erfolgt auf dem Magistratsbureau in Nordf., beginnt am 30. August und endet am 8. September d. Js.

Während dieser Zeit sowie innerhalb einer Woche nach der Auslegung, also spätestens bis zum 12. September können Einwendungen gegen die Liste bei mir angebracht werden. Einwendungen kann jeder Beteiligte erheben, welcher glaubt, daß er mit Unrecht in die Liste aufgenommen oder nicht aufgenommen sei, oder daß ein anderer mit Unrecht in die Liste aufgenommen oder nicht aufgenommen sei, oder daß endlich irgend ein sonstiger Theil der Liste nicht den tatsächlichen oder gesetzlichen Grundlagen entspricht.

Es empfiehlt sich bei Anträgen auf Aufnahme in die Listen Auszüge aus dem bei Gericht geführten Handelsregister beizufügen.

Potsdam, den 21. August 1902.

Der Regierungspräsident.

Ortsbenennung.

250. Dem zum Stadtbezirk Templin, Kreis Templin, gehörenden, 3 km nördlich von Templin, 4 km südlich von Ganderis, 4 km östlich der Haltestelle Neu-Placht an der Eisenbahn von Eberswalde nach Fürstenberg und 1,5 km westlich von Neßow belegenen ausgebauten Acker Gute des Besitzers Friedrich Haack wird der Name **Lindenhof** beigelegt.

Potsdam, den 13. August 1902.

Der Regierungspräsident.

Gebammenlehkurse.

251. Der diesjährige Lehrkursus in der Königlichen Hebammenlehranstalt in Berlin beginnt am 1. Oktober und in der Hebammenlehranstalt in Frankfurt a./M. am 2. Oktober d. Js.

Schülerinnen, welche zur Theilnahme an einem der Lehrkurse berufen, jedoch an jenem Tage bis 9 Uhr Morgens in der Lehranstalt nicht eingetroffen sind, haben zu gewärtigen, daß sie nicht mehr zugelassen werden.

Bezüglich der Dauer der Lehrkurse und der Höhe der Kostenbeträge verweise ich auf die Hebammeninstruktion vom 1. Oktober 1885 (Beilage zum 42. Stück des Amtsblatts von 1885).

Potsdam, den 25. August 1902.

Der Regierungspräsident.

Kommunalbezirksveränderung.

252. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 8. Oktober v. J. zu genehmigen geruht, daß der selbständige Gutsbezirk Benzlow im Kreise Deeskow-Storkow aufgelöst wird. Die in Folge dessen kommunalfrei gewordenen Grundstücke dieses Gutsbezirktes sind demnach durch rechtskräftig gewordenen Beschluß des Kreis Ausschusses in Deeskow vom 21. Januar d. J., wie die nachstehende Nachweisung ergibt, anderweit eingemeindet worden.

Nachweisung

betr. die Eingemeindung der kommunalfrei gewordenen Grundstücke des Gutsbezirks Benzlow.

| Karten-
blatts | Grundstücke
Nummer der Parzelle | Bezeichnung des
Besitzers | jetzigen
Gemeinde-Verbandes | Größe
des
Grundstückes | | |
|-------------------|--|--|--------------------------------|------------------------------|----|----|
| | | | | ha | ar | qm |
| 1 | 25, 46, 47, 48
Gemark. Spreewiesen 130 | Bw. Bertha Paschin | Gutsbezirk
Benzlow | 1 | 37 | 11 |
| 1 | 21
Gem. Spreew. 130 | Theodor Selke | " | — | 53 | 11 |
| 1 | 45
Gem. Spreew. 131 | Hermann Selke | " | — | 56 | 94 |
| 1 | 52, 53, 54
Gem. Spreew. 130 | Friedr. Wilhelm Schulze und
Ehefrau | " | 1 | 36 | 09 |
| 1 | 27
Gem. Spreew. 130 | Ludwig Selke und Ehefrau | " | — | 39 | 58 |
| 1 | 20
Gem.-Spreew. 130 | Friedrich Paschin | " | — | 51 | 58 |
| 1 | 49, 50, 51
Gem. Spreew. 130 | Otto Lucas | " | — | 99 | 83 |
| 1 | 26, 43
Gem. Spreew. 130 und 131 | Bertha Schmeck geb. Pütz | " | — | 97 | 02 |
| 1 | 42
Gem. Spreew. 131 | Karl Ludwig Spiegel | " | 1 | 74 | 13 |
| 1 | 23
Gem. Spreew. 130 | Pauline Krüger geb. Pauls | " | — | 37 | 96 |
| 1 | 21/22, 163/119
Gem. Spreew. 130 und 131 | Auguste Schab geb. Rohan | " | — | 58 | 85 |
| 1 | 72/22, 164/119
Gem. Spreew. 130/131 | Wilhelm Elger | " | — | 68 | 85 |
| 1 | 56, 56
Gem. Spreew. 130 | Friedrich Stein und Ehefrau | Damm-
reich | — | 48 | 25 |
| 1 | 135
Gem. Friedrichshof | Bw. Streichau, Auguste geb.
Bettner | " | 1 | 23 | 06 |
| 1 | 120
Gem. Spreew. 131 | Wilhelm Ziemann | " | — | 60 | 77 |
| 1 | 122
Gem. Spreew. 131 | Gemeinde Dammreich | " | — | 81 | 15 |
| 1 | 47, 48
Gem. Friedersdorf | Kolonist Paul | " | — | 52 | 09 |
| 1 | 57, 58, 59, 162/60, 61,
164/63, 135, 136 | Kolonist Otto | " | 5 | 76 | 78 |
| 1 | 123
Gem. Friedersdorf | Friedrich Gelbrecht | " | — | 58 | 36 |
| 1 | 169/65, 134, 138, 142
Gem. Friedrichshof 40 | Friedrich Lehmann | " | 2 | 40 | — |

| Kartens-
Blatte | Grundstücks
Nummer der Parzelle | Bezeichnung des
Besizers | jetzigen
Gemeinde-Verbandes | künftigen | Größe
des
Grundstückes | | |
|--------------------|---|--|--------------------------------|--------------------|------------------------------|----|----|
| | | | | | ha | ar | qm |
| 1 | 119, 120
Wenglow | Friedrich Lehmann | Gutsbezirk
Wenglow | Friedrichs-
hof | — | 53 | 87 |
| 1 | 7, 74 | Albert Briesenick und Ehefrau | | | 1 | 21 | 02 |
| 1 | 127
Gem. Friedrichshof | | | | — | 47 | 94 |
| 1 | 167/64 | dieselben | | | — | 47 | 94 |
| 1 | 155/3, 174/69, 121, 122,
125, 151/133, 137, 141 | | | | 4 | 80 | 36 |
| 1 | 111
Gem. Friedrichshof 40 | Wilhelm Bläse | | | 1 | 98 | 80 |
| 1 | 11, 27, 28, 37, 38
168/64 | früh. Karl Paetel, jetzt verheh.
Rajsch, Karl Bauer und
Wilhelm Briesenick | | | — | 74 | 30 |
| 1 | 53, 54 | Karl Krüger und Ehefrau | | | — | 64 | 59 |
| 1 | 132
Gem. Friedrichshof | | | | 3 | 49 | 04 |
| 1 | 19, 20 | Karl Grothe | | | — | 27 | 83 |
| 1 | 170/66, 126, 127, 129,
130, 131, 140 | Gustav Bauer | | | 1 | 41 | 32 |
| 1 | 112
Gem. Friedrichshof 40 | Marie Petke geb. Guthmann | | | — | 42 | 38 |
| 1 | 12 | | | | — | 37 | 53 |
| 1 | 35
Gem. Friedrichshof | Helene Felge geb. Guthmann | | | 1 | 92 | 25 |
| 1 | 14, 172/67, 79, 80, 81 | | | | 2 | — | 04 |
| 1 | 91, 129 | Hermann Weigelt und Ehefrau | | | 1 | 23 | 06 |
| 1 | 129
Gem. Friedrichshof | | | | — | 51 | 83 |
| 1 | 2, 10, 51, 52, 82, 83, 84 | Adolf Roppe und Ehefrau | | | — | 59 | 80 |
| 1 | 171/67, 176/71, 178/73 | unverheiratete Emma Krüger | | | 4 | 43 | 50 |
| 1 | 6, 13, 23, 24 | Wilhelm Ludwig | | | — | 93 | 12 |
| 1 | 126
Gem. Friedrichshof | Wilhelm Lehmann | | | — | 26 | 04 |
| 1 | 165/64 | | | | — | 36 | 77 |
| 1 | 55, 56, 75, 76, 77, 78 | Marie Ruhl geb. Scheyan | | | — | 57 | 20 |
| 1 | 173/68, 197/72, 199/72, 200/72,
204/72, 205—208/72 | Minna Briesenick geb. Rajsch | | | 1 | 96 | 86 |
| 1 | 5 | dieselbe | | | 1 | 46 | 05 |
| 1 | 128
Gem. Friedrichshof 40 | | | | — | 24 | 51 |
| 1 | 35, 36 | Heinrich Lehmann | | | — | 1 | 06 |
| 1 | 15, 16, 21, 22, 25, 26 | Minna Leopold geb. Rüdinger | | | — | 18 | 13 |
| 1 | 31, 32, 39 | Friedrich Bläse | | | — | — | — |
| 1 | 134
Gem. Friedrichshof | | | | — | — | — |
| 1 | 131
Gem. Friedrichshof | Heinrich Schönebeck | | | — | — | — |
| 1 | 8 | | | | — | — | — |
| 1 | 121
Gem. Spreew. 131 | dieselbe | | | — | — | — |
| 1 | 90 | | | | — | — | — |
| 1 | 193
Gem. Friedrichshof | August Förster und Ehefrau | | | — | — | — |

| Karten-
blatte | Bezeichnung des | | Größe
des
Grundstückes | |
|--|---|---|------------------------------|-----|
| | Grundstück
Nummer der Parzelle | Besitzer | hectar | are |
| 1 | 154/3, 156/64 | August Förster und Ehefrau | 1 | 03 |
| 1 | 90 | Wilhelm Paul und Ehefrau | — | 42 |
| 1 | 9, 33, 34, 49, 50, 175/70,
198/72, 201/72, 202/72, 203/72,
88 | die selben | 2 | 88 |
| 1 | 130 | Gemeinde Friedrichshof | — | 34 |
| 1 | Gem. Friedrichshof 40 | Friedrich Däschin | — | 51 |
| 1 | 1, 85, 86, 87 | Karl Krüger und Ehefrau sowie
Marie Ruhl geb. Schepner | 1 | 60 |
| 1 | 117, 146/118, 147/118 | August Sudrow | — | 77 |
| 1 | 118 | Wittwe Schulze | — | 26 |
| 1 | Gem. Sprenw. 131 | Friedrich Rüdinger und Wilhelm
Helm Holzenborn | 2 | 50 |
| 1 | 124, 128, 143, 150/132 | — | — | 26 |
| 1 | 113 | — | — | 43 |
| 1 | Gem. Friedrichshof Nr. 40 | — | — | 70 |
| 1 | 125 | — | — | 81 |
| 1 | Gem. Friedrichshof | — | — | 70 |
| 1 | 156/3 | — | — | 70 |
| Bemerkung: Die Hälfte der Parzelle 156/3 soll zu Dannenreich geteilt werden, sobald die beteiligten
Besitzer sich auseinandergesetzt haben. | | | | |
| 1 | 157/3, 17, 18 | Adolf Schönebeck | 1 | 06 |
| 1 | 4 | Marie Briel geb. Rauh | — | 15 |
| 1 | 39 | Wege | — | 28 |
| 1 | 41, 42, 43 | Gräben | — | 30 |
| 1 | 161/44, 197/72, 198/72 | Wege | — | 37 |
| 1 | 147/107, 112, 144, 145 | dal. | — | 60 |
| 1 | 179/46 | dal. | — | 63 |
| Bemerkung: Der Theil des Weges, welcher vor der Parzelle 30 des Kartenblattes 1 der Gemarkung
Benzlow liegt, soll in den Gemeindebezirk Dannenreich übertragen werden. Die Flächen-
inhalt dieses Theils läßt sich erst angeben, nachdem die Auseinandertrennung und Fest-
setzung erfolgt ist. | | | | |
| 1 | 180/39 | Gräben | — | 5 |
| 6 | 71, 72 | Wege | — | 58 |
| 6 | 73, 74 | Gräben | — | 23 |
| 6 | 45, 46 | Fleischwermeister Picht | — | 27 |
| 1 | Gem. Reichersdorf 38 | Wilhelm Ziechmann | 1 | 60 |
| 1 | 13, 15 | — | — | 99 |
| 1 | Gem. Sprenw. 129 | — | — | 92 |
| 1 | 113, 114 | — | — | 51 |
| 1 | 14, 16 | — | — | 24 |
| 1 | Gem. Sprenw. 129 | — | — | 72 |
| 1 | 163/62 | — | — | 87 |
| 1 | 115, 116 | — | — | 53 |
| 1 | 110, 111 | — | — | 91 |
| 1 | 45, 46 | — | — | 40 |
| 1 | 120, 121 | — | — | 40 |
| 1 | Gem. Sprenw. 129 | — | — | 40 |
| 1 | 101 | — | — | 40 |
| 1 | Gem. Sprenw. 131 | — | — | 40 |

| Garten-
Blatt | Grundstücke | | Bezeichnung des | | Größe
des
Grundstückes | |
|------------------|---------------------|---------------------------------------|-------------------------------|------------|------------------------------|----|
| | Nummer der Parzelle | Besitzer | jetzigen
Gemeindeverbandes | künftigen | ha | ar |
| 1 | 167/37 | Friedrich Henze | Gutsbezirk
Benzlow | Brandeburg | 8 | 80 |
| 1 | 188/39 | Rudolf Haase | " | " | 8 | 89 |
| 2 | 567 | Anna Leibwitschgeb. Schütten-
helm | " | Neu-Zittau | — | 28 |
| 1 | 115 | Albert Hinge | " | " | — | 29 |
| 1 | 134 | August Schützer | " | " | — | 80 |
| 1 | 36 | Heinrich Burgdörfer | " | " | — | 23 |
| 1 | 117 | Kommunalverband Benzlow | " | " | — | 52 |
| 1 | 116 | Wilhelm Rüdiger | " | " | — | 31 |

Notdam, den 17. August 1902

Der Regierungspräsident

253. Auf Grund des § 100 des Gesetzes, betreffend die Ordnung der Gewerbeordnung, vom 26. Juli 1900 (R.-G.-Bl. S. 918) hat die Töpfer-Junung in Eberswalde beantragt, anzuordnen, daß zur Wahrnehmung der gemeinsamen gewerblichen Interessen des Töpferhandwerks sämtliche Gewerbetreibende, welche das bezeichnete Gewerbe in Heegermühle ausüben, der bestehenden Innung (Zwangsinnung) in Eberswalde als Mitglieder anzugehören haben.

Zur Feststellung, ob die Mehrheit der theilnehmenden Gewerbetreibenden der Einführung des Beitrittszwanges zustimmt, bestelle ich den Herrn Bürgermeister in Eberswalde zum Kommissar.

Die Art und Zeit der Abstimmung wird der Herr Kommissar durch die Gemeindeverbände der dem Bezirke der einspritchenden Zwangsinnung angehörenden Gemeinden in ordentlichcr Weise zur Kenntniß der Be- theiligten bringen.

Potsdam, den 20. August 1902.

Der Regierungspräsident.

254. Ziebfenchcu.

I. Festgestellt:

a. Milbrand. Kreis Ost-Havelland: Boesow.

b. Schweinefench. Kreis Angermünde: Britz,
Stendell. Kreis Nieder-Barnim: Neu-Befsensee, Manteuffelburg. Kreis Beeskow-Storkow: Friedersdorf. Kreis
Jauch-Bezig: Alt-Töplig.

o. Geflügelcholera. Kreis Nieder-Barnim:
Neu-Weißensee, Reinfeldsdorf. Kreis Zauch-Belzig: Alt-
Euplig, Werder a./H.

II. Erlösfchen:

a. Paul und Frauenfische. Kreis Nieder-
Barnim: Neuenhagen, Gut Bollensdorf.

De: Philadelph. Paris Templin Brendiden

u. Schuineuse. Kreis Nieder-Barnim:
Lichtenberg, Heiligensee, Schönsief, Reimisdorf. Kreis
Dreßlau: Baumgarten.

d. Nos. Kreis Nieder-Barnim: Prenden, Lieben-
walde. Kreis Güterbog-Ludenwalde: Blonsdorf.

e. Bruchstücke. Preis 50 Pf. Original: Radow
b. Rurig. 1861. 1862. 1863. 1864. 1865. 1866. 1867. 1868. 1869. 1870. 1871. 1872. 1873. 1874. 1875. 1876. 1877. 1878. 1879. 1880. 1881. 1882. 1883. 1884. 1885. 1886. 1887. 1888. 1889. 1890. 1891. 1892. 1893. 1894. 1895. 1896. 1897. 1898. 1899. 1900. 1901. 1902. 1903. 1904. 1905. 1906. 1907. 1908. 1909. 1910. 1911. 1912. 1913. 1914. 1915. 1916. 1917. 1918. 1919. 1920. 1921. 1922. 1923. 1924. 1925. 1926. 1927. 1928. 1929. 1930. 1931. 1932. 1933. 1934. 1935. 1936. 1937. 1938. 1939. 1940. 1941. 1942. 1943. 1944. 1945. 1946. 1947. 1948. 1949. 1950. 1951. 1952. 1953. 1954. 1955. 1956. 1957. 1958. 1959. 1960. 1961. 1962. 1963. 1964. 1965. 1966. 1967. 1968. 1969. 1970. 1971. 1972. 1973. 1974. 1975. 1976. 1977. 1978. 1979. 1980. 1981. 1982. 1983. 1984. 1985. 1986. 1987. 1988. 1989. 1990. 1991. 1992. 1993. 1994. 1995. 1996. 1997. 1998. 1999. 2000. 2001. 2002. 2003. 2004. 2005. 2006. 2007. 2008. 2009. 2010. 2011. 2012. 2013. 2014. 2015. 2016. 2017. 2018. 2019. 2020. 2021. 2022. 2023. 2024. 2025. 2026. 2027. 2028. 2029. 2030. 2031. 2032. 2033. 2034. 2035. 2036. 2037. 2038. 2039. 2040. 2041. 2042. 2043. 2044. 2045. 2046. 2047. 2048. 2049. 2050. 2051. 2052. 2053. 2054. 2055. 2056. 2057. 2058. 2059. 2060. 2061. 2062. 2063. 2064. 2065. 2066. 2067. 2068. 2069. 2070. 2071. 2072. 2073. 2074. 2075. 2076. 2077. 2078. 2079. 2080. 2081. 2082. 2083. 2084. 2085. 2086. 2087. 2088. 2089. 2090. 2091. 2092. 2093. 2094. 2095. 2096. 2097. 2098. 2099. 2100. 2101. 2102. 2103. 2104. 2105. 2106. 2107. 2108. 2109. 2110. 2111. 2112. 2113. 2114. 2115. 2116. 2117. 2118. 2119. 2120. 2121. 2122. 2123. 2124. 2125. 2126. 2127. 2128. 2129. 2130. 2131. 2132. 2133. 2134. 2135. 2136. 2137. 2138. 2139. 2140. 2141. 2142. 2143. 2144. 2145. 2146. 2147. 2148. 2149. 2150. 2151. 2152. 2153. 2154. 2155. 2156. 2157. 2158. 2159. 2160. 2161. 2162. 2163. 2164. 2165. 2166. 2167. 2168. 2169. 2170. 2171. 2172. 2173. 2174. 2175. 2176. 2177. 2178. 2179. 2180. 2181. 2182. 2183. 2184. 2185. 2186. 2187. 2188. 2189. 2190. 2191. 2192. 2193. 2194. 2195. 2196. 2197. 2198. 2199. 2200. 2201. 2202. 2203. 2204. 2205. 2206. 2207. 2208. 2209. 2210. 2211. 2212. 2213. 2214. 2215. 2216. 2217. 2218. 2219. 2220. 2221. 2222. 2223. 2224. 2225. 2226. 2227. 2228. 2229. 2230. 2231. 2232. 2233. 2234. 2235. 2236. 2237. 2238. 2239. 2240. 2241. 2242. 2243. 2244. 2245. 2246. 2247. 2248. 2249. 2250. 2251. 2252. 2253. 2254. 2255. 2256. 2257. 2258. 2259. 2260. 2261. 2262. 2263. 2264. 2265. 2266. 2267. 2268. 2269. 2270. 2271. 2272. 2273. 2274. 2275. 2276. 2277. 2278. 2279. 2280. 2281. 2282. 2283. 2284. 2285. 2286. 2287. 2288. 2289. 2290. 2291. 2292. 2293. 2294. 2295. 2296. 2297. 2298. 2299. 2300. 2301. 2302. 2303. 2304. 2305. 2306. 2307. 2308. 2309. 2310. 2311. 2312. 2313. 2314. 2315. 2316. 2317. 2318. 2319. 2320. 2321. 2322. 2323. 2324. 2325. 2326. 2327. 2328. 2329. 2330. 2331. 2332. 2333. 2334. 2335. 2336. 2337. 2338. 2339. 2340. 2341. 2342. 2343. 2344. 2345. 2346. 2347. 2348. 2349. 2350. 2351. 2352. 2353. 2354. 2355. 2356. 2357. 2358. 2359. 2360. 2361. 2362. 2363. 2364. 2365. 2366. 2367. 2368. 2369. 2370. 2371. 2372. 2373. 2374. 2375. 2376. 2377. 2378. 2379. 2380. 2381. 2382. 2383. 2384. 2385. 2386. 2387. 2388. 2389. 2390. 2391. 2392. 2393. 2394. 2395. 2396. 2397. 2398. 2399. 2400. 2401. 2402. 2403. 2404. 2405. 2406. 2407. 2408. 2409. 2410. 2411. 2412. 2413. 2414. 2415. 2416. 2417. 2418. 2419. 2420. 2421. 2422. 2423. 2424. 2425. 2426. 2427. 2428. 2429. 2430. 2431. 2432. 2433. 2434. 2435. 2436. 2437. 2438. 2439. 2440. 2441. 2442. 2443. 2444. 2445. 2446. 2447. 2448. 2449. 2450. 2451. 2452. 2453. 2454. 2455. 2456. 2457. 2458. 2459. 2460. 2461. 2462. 2463. 2464. 2465. 2466. 2467. 2468. 2469. 2470. 2471. 2472. 2473. 2474. 2475. 2476. 2477. 2478. 2479. 2480. 2481. 2482. 2483. 2484. 2485. 2486. 2487. 2488. 2489. 2490. 2491. 2492. 2493. 2494. 2495. 2496. 2497. 2498. 2499. 2500. 2501. 2502. 2503. 2504. 2505. 2506. 2507. 2508. 2509. 2510. 2511. 2512. 2513. 2514. 2515. 2516. 2517. 2518. 2519. 2520. 2521. 2522. 2523. 2524. 2525. 2526. 2527. 2528. 2529. 2530. 2531. 2532. 2533. 2534. 2535. 2536. 2537. 2538. 25

f. Bläſchenausſlag. Kreis Beſſen-Storow:
Alt-Stahnsdorf, Rhenlo.

Potsdam, den 26. August 1902.

Der Regierungspräsident.

Kontrollbedingte ausländische Arbeiter.

255. Folgende ausländisch-polnische Gefangenarbeiter
und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitsstätten unter Kon-
trafbruch verlassen: 87 13 8

Dieterich

| | |
|---|---|
| 1. Name:
2. Address:
3. City:
4. State:
5. Zip: | 6. Date:
7. Time:
8. Place:
9. Reason:
10. Other: |
|---|---|

Ignaz Guzik St. 112121 Dominikus Gröben,

ST. LOUIS, MO. 63101

| | |
|---------------------|---|
| Dalentin a balmigyi | Stallgärt. Gutshen,
Arzt. Graustadt. |
|---------------------|---|

Die Benannten sind festzunehmen und sofort aus dem Staatsgebiete auszuweisen. Vom Festnehmen ist unter Festnahme auf diese Bekanntmachung hierher Nachricht zu geben.

Die in meiner Bekanntmachung vom 8. Juni d. J. (Amtsblatt Nr. 23) namhaft gemachten russisch-polnischen Arbeiter, welche ihre Arbeitsstätte in Verdenburg, Kreis Osthavelland, heimlich verlassen hatten, sind bereits in ihre Heimat zurückgekehrt.

Postdam, den 26. August 1902.

Der Regierungsrath. 100

Gemeindebezirksveränderung.

256. Der Bezirksauschuß hieselbst hat am 13. Mai d. J. beschlossen, die nachstehend verzeichneten Grundstücke der Gemarkung Schönnow:

| Artikel
der Steuerrolle | Bezeichnung nach
dem
Grund-
buche | | Nummer | | Des Eigentümers Name und Wohnort | Flächeninhalt | | |
|----------------------------|--|-------|---------------------------|-----------------------------|--|---------------|----|----|
| | Band | Blatt | des
Karten-
blattes | der
Parzelle | | ha | ar | qm |
| A. | | | | | | | | |
| 4 | I. | 1 | 5 | 4 | Dörf, Friedrich Johann Gottlieb, jun.,
Landwirth in Schönnow. | 6 | 83 | 00 |
| | | | | | | | 34 | 70 |
| | | | 6 | 43 | | | 22 | 00 |
| | | | | | | | 22 | 00 |
| | | | | 44 I. | | | 80 | 20 |
| | | | | | | | 61 | 50 |
| | | | | 44 II. | | | 93 | 40 |
| | | | | | | | 18 | 10 |
| | | | | 44 III. | | | 18 | 90 |
| | | | | | | | 18 | 10 |
| | | | | 74 II. | | | 68 | 70 |
| | | | | | | | 68 | 70 |
| | | | | 75 | | | 90 | 90 |
| | | | | | | | 55 | 90 |
| | | | | 76 | | | 2 | 00 |
| | | | | 77 | | | 67 | 40 |
| | | | | | | 1 | 54 | 20 |
| | | | | | | | 43 | 90 |
| | | | | 78 | | | 27 | 30 |
| | | | | 79 | | | 3 | 30 |
| | | | | 80 | | | 11 | 00 |
| | | | | 81 | | 2 | 40 | 80 |
| | | | | | | | 60 | 50 |
| | | | | 82 | | | 21 | 70 |
| | | | | 162 | | | 5 | 90 |
| | | | | 163 | | | 46 | 00 |
| | | | | zu 423/77 c.
(aus 74 I.) | | | 8 | 59 |
| | | | | 426/74 | | | 44 | 61 |
| | | | | | | | 44 | 60 |
| 55 | ohne | | | 152 | Schäfers, Wilhelm August Friedrich,
Bauer in Schönnow. | | 25 | 50 |
| 2 | I. | 2 | 5 | 39 | | | 12 | 80 |
| | | | | 40 | | | 38 | 80 |
| | | | | 41 | | | 51 | 60 |
| | | | | 42 | | | 12 | 80 |
| | | | 6 | 3 | | | 10 | 00 |
| | | | | | | | 22 | 20 |
| | | | | 4 | | 1 | 53 | 70 |
| | | | | | | 1 | 39 | 10 |
| | | | | 5 | | | 65 | 40 |
| | | | | | | | 12 | 80 |
| | | | | 6 | | 1 | 58 | 30 |
| | | | | 49 | | | 15 | 30 |
| | | | | | | | 15 | 60 |
| | | | | 50 I. | | | 7 | 40 |
| | | | | | | | 18 | 90 |
| | | | | 50 II. | | | 5 | 40 |
| | | | | | | | 35 | 00 |

| Artikel
der Mutterrolle | Bezeichnung nach
dem
Grund-
buche | | Nummer | | Des Eigentümers Name und Wohnort | Flächeninhalt | | |
|----------------------------|--|-------|---------------------------|------------------------------|--|---------------|----|----|
| | Band | Blatt | des
Karten-
blattes | der
Parzelle | | ha | ar | qm |
| 1 | I. | 2 | 6 | 50 II. | Schüttje, Wilhelm August Friedrich,
Bauer in Schönorb | — | 35 | 00 |
| | | | | 50 III. | | — | 52 | 10 |
| | | | | 104 | | — | 2 | 30 |
| | | | | | | — | 2 | 30 |
| | | | | 405 I. | | — | 26 | 30 |
| | | | | | | — | 17 | 60 |
| | | | | 105 II. | | — | 36 | 30 |
| | | | | 103 | | — | 6 | 40 |
| | | | | 107 | | — | 68 | 20 |
| | | | | 108 | | — | 3 | 80 |
| | | | | 109 | | 1 | 07 | 20 |
| | | | | | | — | 42 | 40 |
| | | | | 110 | | — | 20 | 70 |
| | | | | 111 | | — | 42 | 40 |
| | | | | | | — | 16 | 80 |
| 2 | | | | 158 | — | 34 | 70 | |
| | | | | zu 423/71 K.
(aus 103) | — | 1 | 86 | |
| | | | | 431/103 | — | 14 | 54 | |
| | | | | | — | 44 | 10 | |
| | | | | | — | 35 | 20 | |
| | | | | | — | 86 | 80 | |
| 3 | I. | 3 | 5 | 2 | Ebel, Albert, Bauergutsbesitzer in Schönorb | 2 | 25 | 70 |
| | | | | | | 1 | 75 | 40 |
| | | | | | | — | 3 | 80 |
| | | | | | | — | 21 | 70 |
| | | | | 28 | | — | 5 | 10 |
| | | | | 29 | | — | 53 | 10 |
| | | | | 30 | | — | 28 | 90 |
| | | | 6 | 58 | | — | 18 | 90 |
| | | | | 59 | | — | 11 | 80 |
| | | | | 60 I. | | — | 37 | 30 |
| | | | | | | — | 24 | 30 |
| | | | | | | — | 26 | 00 |
| | | | | | | — | 53 | 60 |
| | | | | 60 II. | | — | 47 | 50 |
| | | | | 132 II. | | — | 13 | 80 |
| | | | | 133 | | — | 13 | 00 |
| | | | | 134 | | — | 11 | 00 |
| | | | | | | — | 18 | 90 |
| | | | | 135 | | — | 13 | 50 |
| | | | | 136 | | — | 32 | 40 |
| | | | | 137 | | — | 1 | 30 |
| | | | | | | — | 22 | 00 |
| | | | | 138 | | — | 3 | 10 |
| | | | | 139 | 1 | 32 | 30 | |
| | | | | zu 423/71 K.
(aus 132 I.) | — | 1 | 77 | |
| | | | | 435/132 | — | 99 | 13 | |
| | | | | | — | 16 | 80 | |
| | | | | | — | 29 | 90 | |
| | | | | | — | 32 | 40 | |

| Artikel
der Steuerrolle | Bezeichnung nach
dem Grund-
buche | | Nummer | | Des Eigenthümers Name und Wohnort | Flächeninhalt | | |
|----------------------------|---|-------|---------------------------|-----------------|--|---------------|----|----|
| | Buch | Blatt | des
Karten-
blattes | der
Parzelle | | ha | ar | qm |
| 48 | 11. | 3 | 6 | 435/132 | Edel, Albert, Bauergutsbesitzer in Schönw. | — | 25 | 80 |
| 49 | 11. | 55 | — | 119 II. | — | — | 24 | 20 |
| 50 | 11. | — | — | — | — | — | 25 | 50 |
| 51 | 11. | — | — | 120 | — | — | 8 | 90 |
| 52 | 11. | — | — | 121 | — | — | 69 | 20 |
| 53 | 11. | — | — | 122 | — | — | 7 | 70 |
| 54 | 11. | — | — | 123 | — | — | 25 | 50 |
| 55 | 11. | — | — | 124 | — | — | 50 | 60 |
| 56 | 11. | — | — | 125 | — | — | 8 | 40 |
| 57 | 11. | — | — | 423/71 c. | — | — | 97 | 80 |
| 58 | 11. | — | — | (aus 119 I.) | — | — | 1 | 37 |
| 59 | 11. | — | — | 433/119 | — | — | 93 | 33 |
| 60 | 11. | — | — | — | — | — | 22 | 50 |
| 61 | 11. | — | — | — | — | — | 42 | 90 |
| 62 | 11. | — | — | — | — | — | 74 | 30 |
| 63 | 11. | — | — | — | — | — | 14 | 00 |
| 64 | 11. | — | — | — | — | — | 30 | 90 |
| 65 | 11. | — | — | — | — | — | 42 | 60 |
| 66 | 11. | — | — | — | — | — | 21 | 20 |
| 67 | 11. | — | — | — | — | — | 7 | 10 |
| 68 | 11. | — | — | — | — | — | 1 | 90 |
| 69 | 11. | — | — | — | — | — | — | 80 |
| 70 | 11. | — | — | — | — | — | 16 | 10 |
| 71 | 11. | — | — | — | — | — | 11 | 50 |
| 72 | 11. | — | — | — | — | — | 8 | 90 |
| 73 | 11. | — | — | — | — | — | 41 | 60 |
| 74 | 11. | — | — | — | — | — | 1 | 05 |
| 75 | 11. | — | — | — | — | — | 20 | 90 |
| 76 | 11. | — | — | — | — | — | 20 | 90 |
| 77 | 11. | — | — | — | — | — | 27 | 80 |
| 78 | 11. | — | — | — | — | — | 21 | 40 |
| 79 | 11. | — | — | — | — | — | 20 | 70 |
| 80 | 11. | — | — | — | — | — | 55 | 70 |
| 81 | 11. | — | — | — | — | — | 40 | 80 |
| 82 | 11. | — | — | — | — | — | 16 | 60 |
| 83 | 11. | — | — | — | — | — | 11 | 00 |
| 84 | 11. | — | — | — | — | — | 27 | 60 |
| 85 | 11. | — | — | — | — | — | 2 | 50 |
| 86 | 11. | — | — | — | — | — | 46 | 00 |
| 87 | 11. | — | — | — | — | — | 3 | 30 |
| 88 | 11. | — | — | — | — | — | 32 | 70 |
| 89 | 11. | — | — | — | — | — | 40 | 80 |
| 90 | 11. | — | — | — | — | — | 30 | 10 |
| 91 | 11. | — | — | — | — | — | 62 | 50 |
| 92 | 11. | — | — | — | — | — | 28 | 10 |
| 93 | 11. | — | — | — | — | — | 6 | 60 |
| 94 | 11. | — | — | — | — | — | 95 | 90 |
| 95 | 11. | — | — | — | — | — | 1 | 56 |
| 96 | 11. | — | — | — | — | — | 98 | 04 |
| 97 | 11. | — | — | — | — | — | 13 | 50 |

| Artikel
der Mutterrolle | Bezeich-
nung nach
dem
Grund-
buche | | Nummer | | Des Eigenthümers Name und Wohnort. | Flächeninhalt | | |
|----------------------------|---|-------|---------------------------|-----------------|---|---------------|----|----|
| | Band | Blatt | des
Karten-
blattes | der
Parzelle | | ha | ar | qm |
| 4 | 1. | 4 | 6 | 436/140 | Entter, Johann Friedrich Wilhelm,
Aderwirth in Schönnow. | — | 25 | 00 |
| | | | " | " | " | — | 31 | 40 |
| | | | " | " | " | — | 17 | 90 |
| 6 | 1. | 6 | 5 | 10 | Rückert, Wilhelm Friedrich, Bauer in Schönnow. | 1 | 41 | 50 |
| | | | " | 11 | " | 2 | 03 | 50 |
| | | | " | 12 | " | — | 21 | 70 |
| | | | " | 21 | " | — | 34 | 50 |
| | | | " | 22 | " | — | 62 | 80 |
| | | | " | 23 | " | — | 6 | 90 |
| | | | " | 24 | " | — | 7 | 40 |
| | | | " | 25 | " | — | 9 | 20 |
| | | | " | 26 | " | — | 17 | 10 |
| | | | " | 27 | " | — | 7 | 90 |
| | | | 6 | 45 | " | — | 8 | 40 |
| | | | " | 46 I. | " | — | 22 | 00 |
| | | | " | 46 II. | " | — | 14 | 80 |
| | | | " | 46 III. | " | — | 14 | 60 |
| | | | " | 84 II. | " | — | 47 | 50 |
| | | | " | 85 I. | " | — | 20 | 20 |
| | | | " | 85 II. | " | — | 66 | 90 |
| | | | " | 86 | " | — | 7 | 40 |
| | | | " | 87 | " | — | 30 | 40 |
| | | | " | 88 | " | — | 4 | 80 |
| | | | " | 89 | " | — | 34 | 50 |
| | | | " | 90 | " | — | 34 | 50 |
| | | | " | 91 | " | — | 39 | 10 |
| | | | " | 156 | " | — | 23 | 70 |
| | | | " | 157 | " | — | 39 | 60 |
| | | | " | 415/93 | " | — | 9 | 70 |
| | | | " | " | " | — | 40 | 90 |
| | | | " | " | " | 1 | 20 | 80 |
| | | | " | 416/94 | " | — | 3 | 80 |
| | | | " | " | " | — | 38 | 30 |
| | | | " | 417/95 | " | — | 34 | 00 |
| | | | " | 418/97 | " | — | 96 | 50 |
| | | | " | 419/98 κ. | " | — | 7 | 70 |
| | | | " | " | " | — | 15 | 30 |
| | | | " | " | " | — | 18 | 10 |
| | | | " | " | " | — | 16 | 60 |
| | | | " | " | " | — | 25 | 93 |
| | | | " | " | " | — | 25 | 92 |
| | | | " | " | " | — | 7 | 51 |
| | | | " | " | " | — | 7 | 51 |
| | | | " | " | " | — | 7 | 78 |
| | | | " | " | " | — | 24 | 99 |
| | | | " | " | " | — | 6 | 60 |
| | | | " | " | " | — | 4 | 38 |
| | | | " | " | " | — | 23 | 64 |
| | | | " | " | " | — | 14 | 36 |
| | | | " | " | " | — | 87 | 51 |
| | | | " | " | " | — | 32 | 27 |
| | | | " | 420/101 | " | — | 20 | 24 |

| Artikel
der Mutterrolle | Bezeichnung nach
dem
Grund-
buche | | Nummer | | Des. Eigenthümers Name und Wohnort | Flächeninhalt | | |
|----------------------------|--|-------|---------------------------|--|---|---------------|----|----|
| | Band | Blatt | des
Karten-
blattes | der
Parzelle | | ha | ar | qm |
| 6 | I. | 6 | 6 | 421/102
zu 423/71x.
(aus
83 u. 84 L.)
zu 423/71x.
(aus
414/92)
427/83
428/84
429/92 | Häfers; Wilhelm Friedrich, Bauer in Schönw. | — | 5 | 64 |
| | | | | | | — | 3 | 66 |
| | | | | | | — | 1 | 50 |
| | | | | | | — | 13 | 25 |
| | | | | | | — | 50 | 64 |
| | | | | | | — | 50 | 65 |
| | | | | | | — | 3 | 68 |
| | | | | | | — | 20 | 29 |
| 7 | I. | 7 | 6 | 396/144 II.
397/145 | Hildebrandt, Friedrich Wilhelm August,
Maurer in Schönw. | — | 7 | 70 |
| | | | | | | — | 31 | 90 |
| | | | | | | — | 18 | 10 |
| 8 | I. | 8 | 5 | 43
44
45
46
47
48
39
40
41
42 I.
42 II.
42 III.
478/71
479/71
480/71
481/71
482/71
483/71
484/71
485/71
486/71
487/71 | Meyner, Julius, Landwirth in Schönw. | — | 12 | 50 |
| | | | | | | — | 33 | 20 |
| | | | | | | — | 23 | 20 |
| | | | | | | — | 12 | 50 |
| | | | | | | — | 22 | 70 |
| | | | | | | — | 11 | 80 |
| | | | 6 | 39 | | — | 13 | 00 |
| | | | | 40 | | — | 30 | 10 |
| | | | | | | — | 33 | 70 |
| | | | | | | 1 | 08 | 00 |
| | | | | | | 1 | 59 | 10 |
| | | | | 41 | | — | 16 | 60 |
| | | | | | | — | 16 | 60 |
| | | | | 42 I. | | — | 70 | 20 |
| | | | | | | — | 68 | 70 |
| | | | | 42 II. | | — | 42 | 90 |
| | | | | | | — | 28 | 30 |
| | | | | 42 III. | | — | 06 | 90 |
| | | | | 478/71 | | — | 4 | 24 |
| | | | | | | — | 4 | 25 |
| | | | | 479/71 | | — | 6 | 93 |
| | | | | | | — | 6 | 93 |
| | | | | 480/71 | | — | 6 | 73 |
| | | | | | | — | 6 | 73 |
| | | | | 481/71 | | — | 5 | 93 |
| | | | | | | — | 5 | 93 |
| | | | | 482/71 | | — | 5 | 94 |
| | | | | | | — | 5 | 94 |
| | | | | 483/71 | | — | 5 | 94 |
| | | | | | | — | 5 | 94 |
| | | | | 484/71 | | — | 5 | 93 |
| | | | | | | — | 5 | 93 |
| | | | | 485/71 | | — | 5 | 95 |
| | | | | | | — | 5 | 94 |
| | | | | 486/71 | | — | 5 | 95 |
| | | | | | | — | 5 | 94 |
| | | | | 487/71 | | — | 4 | 95 |

| Artikel
der Mutterrolle | Bezeichnung nach
dem
Grund-
buche | | Nummer | | Des Eigenthümers Name und Wohnort | Mägenhalt | | |
|----------------------------|--|-------|---------------------------|-----------------|---|-----------|----------|----------|
| | Band | Blatt | des
Karten-
blattes | der
Parzelle | | in
qm | in
qm | in
qm |
| 8 | 1. | 8 | 6 | 487/71 | Wegener, Julius, Landwirth in Schönw. | 4 | 4 | 96 |
| | | | | 488/72 | " | — | 1 | 96 |
| | | | | 489/72 | " | — | 84 | 52 |
| | | | | " | " | — | 46 | 64 |
| | | | | 490/72 | " | — | 52 | 66 |
| | | | | " | " | — | 45 | 40 |
| | | | | " | " | — | 65 | 10 |
| | | | | " | " | — | 40 | 30 |
| | | | | " | " | 2 | 04 | 30 |
| | | | | 491/73 | " | — | 25 | 50 |
| | | | | 161 | " | — | 34 | 70 |
| | | | | zu 423/71 n. | " | — | — | 58 |
| | | | | (aus 71 II.) | " | — | 5 | 66 |
| | | | | zu 423/71 n. | " | — | — | — |
| | | | | (aus 71 I.) | " | — | — | — |
| 9 | 1. | 9 | 5 | 14 | Schulze, August Emil, Groß-
Landwirth in Schönw. | — | 23 | 70 |
| | | | | 15 | " | — | 48 | 80 |
| | | | | 16 | " | — | 47 | 50 |
| | | | | " | " | — | 66 | 10 |
| | | | | " | " | — | 50 | 80 |
| | | | | " | " | 1 | 82 | 80 |
| | | | | 17 | " | — | 65 | 60 |
| | | | | 18 | " | — | 37 | 00 |
| | | | | 19 | " | — | 21 | 70 |
| | | | | " | " | 1 | 23 | 10 |
| | | | | 20 | " | — | 20 | 70 |
| | | | 6 | 51 | " | — | 8 | 70 |
| | | | | " | " | — | 8 | 70 |
| | | | | 52 I. | " | — | 28 | 30 |
| | | | | " | " | — | 7 | 20 |
| | | | | 52 II. | " | — | 12 | 30 |
| | | | | " | " | — | 24 | 50 |
| | | | | " | " | — | 47 | 00 |
| | | | | 52 III. | " | — | 51 | 10 |
| | | | | 112 II. | " | — | 11 | 00 |
| | | | | 112 III. | " | — | 28 | 60 |
| | | | | 113 | " | — | 22 | 50 |
| | | | | 114 | " | — | 80 | 20 |
| | | | | 115 | " | — | 13 | 50 |
| | | | | 116 | " | — | 38 | 80 |
| | | | | " | " | — | 83 | 00 |
| | | | | 117 | " | — | 04 | 60 |
| | | | | 118 | " | — | 50 | 30 |
| | | | | 164 | " | — | 34 | 70 |
| | | | | zu 423/71 n. | " | — | — | 89 |
| | | | | (aus 112 I.) | " | — | — | — |
| | | | | 432/112 | " | — | 67 | 51 |
| | | | | " | " | — | 29 | 90 |
| | | | | " | " | — | 60 | 50 |
| | | | | " | " | — | 61 | 50 |
| 10 | 1. | 10 | 6 | 23 | Wegemund, Karl, Bauer in Schönw. | — | 7 | 70 |
| | | | | " | " | — | 1 | 30 |

| Kritikal
Nr. d. Mutterrolle | Bezeichnung nach
dem
Grund-
buche | | Nummer | | Des Eigentümers Name und Wohnort | Mengenfall | | |
|--------------------------------|--|-------|---------------------------|--------------------------|---|------------|----|----|
| | Band | Blatt | des
Karten-
blattes | der
Beizeile | | ha | ar | qm |
| 10 | 1. | 10 | 6 | 24 | Beyersand, Karl Bauer in Schönau. | 11 | 29 | 60 |
| | | | | 25 | | — | 9 | 70 |
| | | | | 26 | | — | 60 | 00 |
| | | | | 27 | | 32 | 89 | 59 |
| | | | | 55 | | — | 31 | 90 |
| | | | | 56 | | — | 4 | 30 |
| | | | | | | — | 4 | 60 |
| | | | | 57 I. | | — | 11 | 50 |
| | | | | | | — | 25 | 50 |
| | | | | | | — | 29 | 90 |
| | | | | | | — | 56 | 20 |
| | | | | 57 II. | | 1 | 32 | 40 |
| | | | | | | — | 12 | 30 |
| | | | | 126 II. | | — | 13 | 80 |
| | | | | | | — | 13 | 80 |
| | | | | 127 | | — | 24 | 50 |
| | | | | 128 | | — | 57 | 70 |
| | | | | | | — | 34 | 70 |
| | | | | 129 | | — | 37 | 80 |
| | | | | 130 | | — | — | 80 |
| | | | | 131 | | 1 | 10 | 20 |
| | | | | 168 | | — | 94 | 70 |
| | | | | 169 | | — | 23 | 20 |
| | | | | 423/71k.
(aus 126 I.) | | 1 | 11 | 50 |
| | | | | 434/126 | | 1 | 1 | 57 |
| | | | | | | — | 07 | 73 |
| | | | | | | — | 18 | 90 |
| | | | | | | — | 32 | 70 |
| | | | | | | — | 37 | 30 |
| | | | | | | — | 26 | 00 |
| 11 | I. | 11 | 6 | 463/35 | Röhrde, August Wilhelm, Roffsch in Schönau. | — | 12 | 65 |
| | | | | 462/35 | | 1 | 6 | 48 |
| | | | | | | — | 11 | 50 |
| | | | | 461/35 | | — | 12 | 72 |
| | | | | | | — | 10 | 24 |
| | | | | 460/35 | | — | 17 | 75 |
| | | | | | | — | 6 | 70 |
| | | | | 459/35 | | — | 21 | 97 |
| | | | | | | — | 3 | 11 |
| | | | | 458/35 | | — | 2 | 52 |
| | | | | 457/35 | | — | 28 | 98 |
| | | | | 456/35 | | — | 28 | 60 |
| | | | | 455/35 | | — | 28 | 13 |
| | | | | 454/35 | | — | 28 | 38 |
| | | | | 453/35 | | — | 12 | 40 |
| | | | | | | — | 15 | 77 |
| | | | | 452/35 | | — | 8 | 85 |
| | | | | | | — | 20 | 16 |
| | | | | 451/35 | | — | 9 | 09 |
| | | | | | | — | 20 | 43 |
| | | | | 450/35 | | — | 9 | 14 |

| Artikel
der Mutterrolle | Bezeichnung nach
Grund-
buche | | Nummer | | Des Eigentümers Name und Wohnort | Stückenthalt | | |
|----------------------------|-------------------------------------|-------|---------------------------|-----------------|---|--------------|----|----|
| | Band | Blatt | des
Karten-
blattes | der
Parzelle | | ha | ar | qm |
| 11 | I. | 11 | 6 | 450/35 | Röhrde, August Wilhelm, Kossäth in Schönau. | — | 21 | 30 |
| | | | | 453 | " | — | 11 | 50 |
| | | | | 454 | " | — | 23 | 20 |
| 15 | I. | 15 | 6 | zu 423/71 x. | Biesegang, Julius August Emil in Schönau. | — | — | 84 |
| | | | | (aus | " | | | |
| | | | | 395/144) | " | | | |
| | | | | 437/144 | " | — | 99 | 26 |
| | | | | " | " | — | 11 | 00 |
| | | | | " | " | — | 19 | 90 |
| | | | | " | " | — | 34 | 00 |
| | | | | " | " | — | 8 | 90 |
| 29 | I. | 18 | 6 | 401/65 | Priglow, Ferdinand, Maurergeselle in Schönau. | — | 1 | 86 |
| | | | | 403/66 | " | — | 30 | 92 |
| | | | | " | " | — | 30 | 92 |
| | | | | 404/67 I. | " | — | 30 | 00 |
| | | | | " | " | — | 80 | 32 |
| | | | | " | " | — | 6 | 60 |
| | | | | 405/67 II. | " | — | 34 | 48 |
| | | | | " | " | — | 38 | 34 |
| | | | | 402/66 | " | — | 37 | 04 |
| 30 | I. | 39 | 5 | 31 | Thiede, Heinrich Ludwig, Bädner | — | 9 | 70 |
| | | | | 32 | " | — | 49 | 80 |
| | | | | 33 | " | — | 36 | 30 |
| | | | | 34 | " | — | 20 | 20 |
| 31 | I. | 35 | 6 | 159 | Röhrde, Karl Heinrich Wilhelm, | — | 12 | 30 |
| | | | | 160 | Maurer zu Schönau. | — | 22 | 50 |
| 34 | I. | 36 | 5 | 56/3 | Seeger, Wilhelm Friedrich, Bädner zu Dirlbusch. | — | 23 | 20 |
| | | | | " | " | — | 17 | 60 |
| | | | | " | " | — | 38 | 60 |
| 35 | I. | 37 | 5 | 57/3 | Eutter, Franz, Handelsmann in Schönau. | — | 33 | 70 |
| | | | | " | " | 1 | 73 | 40 |
| | | | | " | " | — | 88 | 60 |
| 39 | I. | 47 | 6 | 147 | Grundmann, Wilhelm, Maurer in Schönau. | — | 7 | 20 |
| | | | | 398/145 | " | — | 7 | 40 |
| | | | | 399/146 | " | — | 44 | 20 |
| | | | | " | " | — | 33 | 30 |
| 45 | II. | 53 | 5 | 55 | Röhrde, Julius, Bauer zu Schönau. | — | 23 | 70 |
| | | | 6 | 34 | " | — | 3 | 10 |
| | | | | 445/32 | " | — | 16 | 91 |
| | | | | 447/33 | " | — | 25 | 54 |
| | | | | zu 58/0,54 | " | — | 28 | 25 |
| | | | | (aus | " | | | |
| | | | | 28 Bl. 6) | " | | | |
| | | | 5 | 59/54 | " | 2 | 20 | 90 |
| | | | | " | " | 1 | 31 | 00 |
| | | | | " | " | 2 | 66 | 00 |
| | | | | " | " | — | 50 | 61 |
| | | | | " | " | — | 54 | 90 |
| | | | 6 | zu 464/28 x. | " | — | 1 | 77 |
| | | | | (aus | " | | | |
| | | | | 54 Bl. 5) | " | | | |

| Blatt
der Mutterrolle | Bezeichnung nach
dem
Grund-
buche
Blatt | Blatt | Nummer | | Des Eigentümers Name und Wohnort | Flächeninhalt | | |
|--------------------------|---|-------|---------------------------|-----------------|---|---------------|----|----|
| | | | des
Karten-
blattes | der
Parzelle | | ha | ar | qm |
| 66 | II. | 73 | 6 | 410/98. x. | Viefegang, Julius, Eigentümer in Schadow | — | 25 | 43 |
| | | | | 411/99 | " | — | 3 | 80 |
| | | | | 412/101 | " | — | 18 | 26 |
| | | | | 413/102 | " | — | 2 | 60 |
| | | | | " | " | — | 17 | 36 |
| | | | | " | " | — | 1 | 61 |
| | | | | zu 423/71 x. | " | — | — | — |
| | | | | (aus | " | — | — | — |
| | | | | 406/92) | " | — | — | — |
| | | | | 430/92 | " | — | 14 | 17 |
| | | | | " | " | — | 14 | 85 |
| 68 | II. | 64 | 6 | 14 | Zinn, Albert, Eigentümer in Schadow | — | 79 | 40 |
| | | | | 15 | " | — | 37 | 50 |
| | | | | 16 | " | — | 8 | 90 |
| | | | | 17 | " | — | 15 | 60 |
| | | | | 18 | " | — | 44 | 70 |
| | | | | 19 | " | — | 88 | 60 |
| | | | | 20 | " | — | 14 | 80 |
| | | | | 21 | " | 1 | 42 | 50 |
| 70 | II. | 75 | 6 | 470/32. x. | Bücheler, Gottlieb, Baschanstaltsbesitzer in Berlin,
Hamburgerstraße 18/19 | — | 2 | 05 |
| | | | | 471/32. x. | " | — | 7 | 49 |
| 71 | II. | 76 | 6 | 442/32 | Weber, Gustab, Tapeziermeister zu Berlin,
Weissenburgerstraße 84 | — | 3 | 25 |
| 72 | II. | 77 | 6 | 443/32 | Röppen, Hermann, Lehrer in Berlin,
Stralauer Allee 32a. | — | 16 | 00 |
| 73 | II. | 78 | 6 | 468/28 | Schadow, Friedrich, Lehrer in Berlin,
Danzigerstraße 86 | — | 30 | 22 |
| | | | | 469/29 | " | — | 20 | 65 |
| 74 | II. | 79 | 6 | 448/35 | Weigt, Hermann, Polizeiwachtmeister und Ehefrau
Martha, geb. Schöber, in Berlin, Damerstraße 8 | — | 6 | 24 |
| 75 | II. | 80 | 6 | 449/35 | Sellin, Bernhard, Tafelbeder in Berlin,
Pallisenstraße 105 | — | 24 | 34 |
| | | | | " | " | — | 6 | 25 |
| | | | | " | " | — | 22 | 30 |
| 76 | III. | 81 | 6 | 61. | Rudat, August, Gastwirth zu Berlin, Zwinglistraße 16 | — | 7 | 70 |
| | | | | 62 | " | — | 5 | 10 |
| | | | 5 | 1 | Öffentliche Wege | — | 30 | 99 |
| | | | | 5 | Öffentliche Gewässer | — | 9 | 20 |
| | | | | 6 | " | — | 14 | — |
| | | | | 7a. | " | — | 7 | 90 |
| | | | | 7b. | " | — | 4 | 60 |
| | | | | 7c. | " | — | 11 | 00 |
| | | | | 7d. | " | — | 5 | 60 |
| | | | | 8 | Öffentliche Wege | — | 27 | 29 |
| | | | | 9 | " | — | 27 | 10 |
| | | | | 13 | " | — | 2 | 50 |
| | | | 6 | 1 | " | — | 22 | 50 |
| | | | | zu 464/28 x. | " | — | 7 | 03 |
| | | | | (aus 2) | " | — | — | 96 |
| | | | | " | " | — | 3 | 50 |
| | | | | zu 465/28 x. | " | — | 1 | 42 |
| | | | | (aus 2) | " | — | — | — |
| | | | 5 | zu 58/54 | " | — | 11 | 29 |
| | | | | (aus 2 Bl. 6) | " | — | — | — |

| Grüfte
bzt.
Wasserloche | Decke
nach
dem
Grund-
bette | Band
Statt | Nummer
des
Stalles | Nummer
der
Bogelle | Des Eigenthümers Name und Wohnort | Flächeninhalt
ha ar qm |
|-------------------------------|---|---------------|--------------------------|--------------------------|-----------------------------------|---------------------------|
| — | — | — | 5 | 22 | Deffentliche | 58 20 |
| — | — | — | 36 | 38 | Deffentliche | 23 50 |
| — | — | — | 37 | 38 | Deffentliche | 5 90 |
| — | — | — | 38 | 38 | Deffentliche | 34 00 |
| — | — | — | 68 | 68 | Deffentliche | 42 50 |
| — | — | — | 69 | 69 | Deffentliche | 17 80 |
| — | — | — | 70 | 70 | Deffentliche | 46 30 |
| — | — | — | 150 | 150 | Deffentliche | 21 20 |
| — | — | — | 151 | 151 | Deffentliche | 28 80 |
| — | — | — | 6 | 423/713c | Deffentliche | — 86 |
| — | — | — | — | (and 149) | Deffentliche | — 84 |
| — | — | — | — | 438/149 | Deffentliche | — 10 |
| Ca. | ohne | 3 | 35 | 35 | Deffentliche | — 49 |
| — | — | 4 | 158/52 | 158/52 | Deffentliche | — 13 |

von dem Stadtbegirke Bernau abzutrennen und mit dem Gebiete der Landgemeinde Schönau zu vereinigten.

Die Umgemeindung tritt am 1. Oktober d. J. in Kraft.

Potsdam, den 7. August 1902.

Der Regierungspräsident.

Stoffbelegte Briefangabe.

257. An Stelle des verstorbenen Herrn Apothekers Probst ist der Apothekenbesitzer Herr Herzberger hier selbst zum Mitglied der Apothekergehülfen-Prüfungskommission gewählt für den laufenden dreijährigen Zeitraum bis Ende 1903 ernannt worden.

Notabon, den 23. August 1902.

Der Regierungspräsident.

**Bekanntmachungen der Kaiserlichen
Ober-Postdirektion in Potsdam.**

Eröffnung neuer Telegraphenanstalten.

71. Bei der Postagentur in Groß-Röris wird am 21. August d. J. der Telegraphenbetrieb eröffnet.

Deiðdam, 16. August 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirection. J. B. Zander.

**Bekanntmachungen der Kaiserlichen
Ober-Postdirektion zu Berlin.**

Postkassette auf Thorner Lindenhof.

72. Am 1. September wird auf dem zum Land-
bestellbezirks des Postamts in Franz. Buchholz gehörigen
städtischen Vorwerk Lindenhof eine Postkutschstelle in
Birnbaumerei treten, deren Verwahrung dem Aufseher
Stolle daselbst übertragen worden ist.

Die Postkassette befaßt sich mit dem Verkauf von Postmarken, sowie von Formularen zu Postkarten, Postanweisungen, Postadressen und Postaufträgen, ferner mit der Annahme von gewöhnlichen Briefen, Postkarten, Drucksachen, Waarenproben und Packeten, sowie, letztere sich nach Form und Gewicht zur Beförderung durch einen laufenden Postbriefträger

eignen. Ferner kann eine Abholung der eingehenden gewöhnlichen Briefe z., Brungen und Pakete ohne Verhängung stattfinden. Im Weiteren ist es gestattet, bei der Postabstelle Einschreibungen sowie Postanweisungen und Sendungen mit Verhängung im Einkommen bis zum Werthebetrage von 800 M. niederzulegen. Diese Niederlegung ist, insofern lediglich Vertrauenssache der Absender gegenüber dem Inhaber der Haltestelle.

Der Ertheilung von Einlieferungscheinen ist Begierde nicht begehrt. Den Auslieferern steht übrigens frei, die Eintragungen in das Annahmebuch der Posthülfsstelle selbst zu bewirken. Andererseits ist bei Eintragung durch den Posthülfsstelleninhaber der Absender bezeugt, sich von der erfolgten Buchung zu überzeugen.

In den pastoralischen-Beziehungen zwischen dem
Bismarck-Lindenhof und dem Postamt in Franz. Buchholz
treten Veränderungen nicht ein, insbesondere gehört Linden-
hof auch weiterhin zum Landbestellbezirke des genannten
Postamtes. Berlin, den 19. August 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Bekanntmachungen der Reichsschuldenverwaltung.

Andreichung neuer Bauscheinen zu den Schulverschreibungen der 3½ v. m. 4½ igen Reichsanleihen von 1880 und 1884.

8. Die Zinsfreie Reihe V. Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der 3 $\frac{1}{2}$ % vorm. 4%igen Deutschen Reichsanleihe von 1880 und Reihe IV. Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der 3 $\frac{1}{2}$ % vorm. 4%igen Deutschen Reichsanleihe von 1882

über die Zinsen für die zehn Jahre vom 1. Oktober 1902 bis 30. September 1912 nebst den Erneuerungsscheinen für die folgende Reihe werden von der Königlich-Preussischen Kontrolle der Staatspapiere hierseits, SW. 68 Dranienstraße 92/94 unten links, vom 1. September d. Js. ab werktäglich von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags, mit Ausnahme der drei letzten Geschäftstage jedes Monats, ausgereicht werden.

Die Zinsscheine sind entweder bei der Kontrolle der Staatspapiere am Schalter in Empfang zu nehmen oder durch die Reichsbankhauptstellen, die Reichsbankstellen und die mit Kasseneinrichtung versehenen Reichsbanknebenstellen sowie durch diejenigen Kaiserlichen Oberpostkassen, an deren Sitz sich eine der vorgedachten Bankanstalten nicht befindet, zu beziehen.

Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle der Staatspapiere selbst wünscht, hat ihr persönlich oder durch einen Bevollmächtigten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Erneuerungsscheine (Zinsscheinanweisungen) für jede Reihe mit einem besonderen Verzeichnis zu übergeben, in welchem Formulare ebenfalls unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher eine nummerierte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichnis einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinsscheine zurückzugeben.

Durch die Post sind die Erneuerungsscheine an die Kontrolle der Staatspapiere nicht einzusenden, da diese sich in Bezug auf die Zinsscheinausreichung mit den Inhabern der Scheine nicht in Schriftwechsel einlassen kann.

Wer die Zinsscheine durch eine der obengenannten Bankanstalten oder Oberpostkassen beziehen will, hat dieser Stelle die Erneuerungsscheine für jede Reihe mit einem doppelten Verzeichnis einzurichten. Das eine Verzeichnis wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Ausbändigung der Zinsscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Ausreichungsstellen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinsscheine nur dann, wenn die Erneuerungsscheine abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Bankanstalten und Oberpostkassen mittelst besonderer Eingabe einzurichten.

Berlin, den 22. August 1902.

Reichsschuldenverwaltung.

Bekanntmachungen.

Des Provinzial-Steuer-Direktors.

Wanderungen des amtlichen Wanderverzeichnisses zum Zolltarif. Mit Bezug auf § 12 des Preuss. Zollgesetzes vom 1. Juli 1869 bringe ich zur öffentlichen Kenntnis, daß die vom Bundesrat unter dem 3. Juli 1902 als fünfter Nachtrag beschlossene Änderungen und

Ergänzungen des amtlichen Waarenverzeichnisses zum Zolltarif, soweit sie nicht schon in Kraft sind, mit dem 1. Oktober 1902 in Wirkung gesetzt werden.

Die Änderungen können bei den Amtsstellen des diesseitigen Verwaltungsbezirks während der Dienststunden eingesehen werden.

Berlin, den 16. August 1902.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Personal-Chronik.

Der Landmesser Max Moris in Wilmsdorf bei Berlin ist als solcher vereidigt worden.

Der Civilanwältig Schneid hier ist zum Regierungszivilsupernumerar ernannt worden.

Der bisherige Predigamtscandidat Gerhard Friedrich Christoph Lügert ist zum Archidiaconus bei der evangelischen Gemeinde der Stadtkirche zu Schwedt a./D. Diese gleichen Namens bestellt worden.

Der Oberlehrer an der 3. Realschule in Berlin, Dr. Theodor Engwer ist als Oberlehrer an dem mit der Augustaschule verbundenen Königl. Lehrerinnen-Seminar in Berlin angestellt worden.

Die Lehrer Lüdemann, Pöschel, Kanebley, Kriemette, Rausch und Kräger sind endgültig als Gemeindefachlehrer in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Lent geborne Petri, Tretlin, Bongdt, Treiber und Schmitz sind endgültig als Gemeindefachlehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirk des Kammergerichts im Monat Mai 1902.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind: die Kammergerichtsräte Adler zum Oberrichter Justizrat und vortragenden Rath im Justizministerium, Günther zum Senatspräsidenten in Hamm, Predari zum Kammergerichtsrath; Dr. Roska zum Landgerichtspräsidenten in Oppeln. Im Kammergerichtsrathen sind ernannt: die Landgerichtsräte Dr. Schatz vom Landgericht I. in Berlin und Dr. Fißler in Landsberg a. W.; der Landgerichtspräsident Dr. von Landgericht I. in Berlin und der Kammergerichtsrath von Hoff vom Amtsgericht I. in Berlin sind zu Landgerichtsdirektoren beim Landgericht I. in Berlin ernannt worden. Zu Amtsrichtern sind ernannt: die Gerichtsaffessoren von Polheim in Raitzberg-Standeshaus; Dr. George Wolff in Perleberg, Lohmann und Maywald in Potsdam, Postarz in Sagan. Berufen sind die Landgerichtsräte Bayer in Wismar und Moser in Ratibor, der Amtsgerichtsrath Dr. Bräuninger vom Amtsgericht I. in Berlin als Landgerichtsrath, die Amtsrichter Heinrich Meyer und Dr. Dabrowsky vom Amtsgericht I. in Berlin, Wittenfeld und Appel in Rottbus, Geißler vom Amtsgericht II. in Berlin und Ritgen in Emden als Landrichter an das Landgericht I. in Berlin, der Amtsrichter Dr. Philipp in Hildesheim als Landrichter nach Pöhlitz, der Amtsgerichtsrath Werten in Caplau und der Amtsrichter Heine in Lützenau an das Amtsgericht I. in Berlin, der Amtsrichter Genzhoefert in Rumbach nach Rumbach a. N. Die Staatsanwaltschaftsräte Dr. Geßler und Keller von

Richter bei dem Amtsgericht in Wolkenberg. Der Gefängnisinspektionsassistent Reinsberg ist zum Gefängnisinspektor bei dem Stadtvolksgefängnis in Berlin und der Gefängnisfessler Trell zum Gefängnisfessleranwärter bei dem Strafgefängnis in Tegel ernannt worden. Zu Kommissen sind ernannt die Rathleutnants: Oltgen bei dem Landgericht I. in Berlin, Lehner bei dem Amtsgericht II. in Berlin und Pauli bei dem Amtsgericht in Charlottenburg. Pensionirt sind: der Obersekretär Ratheirath Drabner

bei dem Amtsgericht II. in Berlin, der Gerichtsschreiber Reinhold Jacob und der Gerichtsschreiber Busch bei dem Amtsgericht I. in Berlin. Entschieden sind: der Gerichtsschreiber Marcker bei dem Amtsgericht in Driesen, der Gerichtsschreiber Geyn bei dem Amtsgericht in Frankfurt a/M. und Sekretär Gieseler bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I. in Berlin. Ausgeschieden ist der Inspektionsassistent Hermann Lamer infolge früher Erkrankung zum Gefängnisinspektor in Deuthen D./Schl.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
|------|--|--|---------------------------------------|--|----------------------|
| Rang | Name und Stand | Alter und Geburtsort | Grund der Verurteilung | Wohrort, welche die Ausweisung beschloß | Datum der Ausweisung |
| 1. | Joseph Barth, Arbeiter, | geboren am 18. März 1858 zu Reichenitz, Bezirk Saaz, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, | Betrug, Land- und Vorklein, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Potsdam, | 5. Juli 1902. |
| 2. | Josef Gundolf, Arbeiter, | geboren im Jahre 1872 zu Wernau, Bezirk Reutte, Tirol, ortsaufgehörig ebenda selbst, | Landstreich und falsche Namensangabe, | Königlich bayerischer Bezirksamt zu München, | 16. Juni 1902. |
| 3. | Johann Jockisch, Schlosser, | geboren am 31. Oktober 1862 zu Jglau, Mähren, ortsaufgehörig ebenda selbst, | Betrug, Land- und Vorklein, | Königlich preussischer Polizei-Präsident zu Berlin, | 14. Juni 1902. |
| 4. | Karl August Johanson, Arbeiter, | geboren am 18. August 1851 zu Serdräga, Schweden, ohne Staatsangehörigkeit, | desgleichen, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Schleswig, | 11. Juli 1902. |
| 5. | Matheilde Krattinger, unverheiratet, ohne Stand, | geboren am 26. April 1879 zu Döbblingen, Kanton Freiburg, Schweiz, ortsaufgehörig ebenda selbst, | Betrug und Land- und Vorklein, | Großherzoglich badischer Landeskommissär zu Freiburg, | 15. Juli 1902. |
| 6. | Josef Kruml, Schlosser, | geboren am 16. Oktober 1878 zu Bohdatschin, Bezirk Neustadt, Böhmen, ortsaufgehörig zu Rutenberg, ebenda selbst, | Betrug, Land- und Vorklein, | Polizei-Bebehörde zu Hamburg, | 17. Juli 1902. |
| 7. | Henricus Neels, Elgarrenarbeiter, | geboren am 31. Mai 1846 zu Antwerpen, belgischer Staatsangehöriger, | desgleichen, | desgleichen, | desgleichen. |
| 8. | Anton Kainke, Tischler, | geboren am 12. Januar 1855 zu Breitenhof, Bezirk Polna, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, | desgleichen, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau, | 16. Juli 1902. |
| 9. | Martin Strauß (Gytranz), Eisenarbeiter, | geboren am 11. November 1884 zu Eptó-Gyent-Milós, Komitat Eptau, Ungarn, ungarischer Staatsangehöriger, | desgleichen, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Danabrad, | 19. Juli 1902. |
| 10. | Reiburga Unterlechner, ledige Dienstmagd, | geboren am 14. September 1868 zu Ellbögen, Bezirk Innsbruck, Tirol, ortsaufgehörig ebenda selbst, | Landstreich und falsche Namensangabe, | Königlich bayerischer Bezirksamt zu München, | 3. Juli 1902. |

Hierzu fünf öffentliche Anzeigen.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.)

Beilagenblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlich preussischen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 36.

Den 5. September

1902.

Inhaltsverzeichnis. Inhalt von Stück 37 und 38 der Gesetz-Sammlung. S. 381. — Stellung unter Polizei-Aufsicht. S. 381. — Arbeitszuchtbetrieb auf der Nebenbahnstrecke Rathenow—Neustadt a. D. S. 381. — Kontraktbrüche ausländische Arbeiter. S. 382. — Aenderung des Regulativs über die Anstellung u. der Bezirkschornsteinfegermeister. S. 382. — Viehschlachten. S. 382. — Kriegsschuldensteuer. S. 382. — Gewerbesteuer-Veranlagung u. in Schöneberg. S. 383. — Apothekenkonzession. S. 383. — Neue Telegraphenanstalt. S. 386. — Auslösung von Rentenbriefen. S. 386. — Einlösung fälliger Rentenbriefe und Rinscheine. S. 388. — Ladefrisen für die Eisenbahnstation Wilmersdorf-Friedenau. S. 388. — Seehafen-Ausnahmetarif E. 2. S. 388. — Ausnahmetarif für Düngemittel. S. 388. — Personal-Chronik. S. 388. — Anweisungen aus Preußen. S. 388. — Anweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiete. S. 388.

Gesetzsammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.
(Stück 37.) Nr. 10386. Gesetz, betreffend die Um-

legung von Grundstücken in Frankfurt a. M.
Vom 28. Juli 1902.

Nr. 10387. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil der Bezirke der Amtsgerichte Idstein, Montabaur, Nassau, Wallmerod, Weilburg und Wiesbaden.
Vom 11. August 1902.

(Stück 38.) Nr. 10388. Gesetz zur Ausführung des § 7 Abs. 2 des Reichsgesetzes betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene. Vom 28. Juli 1902.

Nr. 10389. Verordnung über die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte und den Instanzenzug für Streitigkeiten, welche nach dem Reichsgesetz, betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene, im Verwaltungsstreitverfahren zu entscheiden sind. Vom 28. Juli 1902.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Nachtrag

zu der Instruktion vom 30. Juni 1900, betreffend die Stellung unter Polizeiaufsicht.

(M.-Bl. f. d. i. B. S. 212.)

48. Ist gleichzeitig auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht und auf Ueberweisung an die Landespolizeibehörde erkannt, und wird von dieser — was in den Fällen des § 181a. des Strafgesetzbuches (R.-G. v. 25. Juni 1900) die Regel sein wird — eine korrektionelle Nachhaft festgesetzt, so ist die Beschlussfassung über die Stellung unter Polizeiaufsicht, sofern die Vollstreckung der korrektionellen Nachhaft im unmittelbaren Anschlusse an die Strafhaft, wenn auch unter einstweiliger polizeilicher Inhafthaltung (M.-Erl. v. 27. April 1857 R.-Bl. f. d. i. B. S. 93) sicher gestellt ist, einstweilen bis kurz vor Beendigung der Nachhaft auszusagen. Das von der Gefängnisverwaltung nach Maßgabe des § 4 der Instruktion vom 30. Juni 1900 auszustellende Abbrunnasuramiss nebst Gutachten ist in

diesem Falle der die Nachhaft festsetzenden Landespolizeibehörde einzureichen, welche ihrerseits unter Beachtung der in der Instruktion vorgesehenen Fristen die Abgabe eines Berichtes über die Führung des zu entlassenden Destinenden von der Anstaltsleitung zu erfordern und sohan mit dem Zeugnis und dem Gutachten der Gefängnisverwaltung an die Landespolizeibehörde des in analoger Anwendung der Vorschriften im § 3. der Instruktion zu ermittelnden Entlassungsortes behufs Beschlussnahme über die Stellung unter Polizeiaufsicht abzugeben hat.

Berlin, den 18. Juli 1902.

Der Minister des Innern.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Eröffnung des Arbeitszuchtbetriebes auf der Nebenbahn Treuenbriesen—Neustadt a. D. — Theilstrecke Rathenow—Neustadt a. D. 288. Auf der Theilstrecke Rathenow—Neustadt a. D. sind die Gleisanlagen soweit fertiggestellt, daß alsbald der Arbeitszuchtbetrieb eröffnet werden soll.

Ich ertheile hierzu die landespolizeiliche Zustimmung. Eine besondere Bewachung der Ueberwege findet nicht statt. Es werden jedoch in genügender Entfernung von den in Schienenhöhe liegenden Wegeübergängen Räutertafeln aufgestellt werden. Die Arbeitszüge werden mit einer Geschwindigkeit bis 20 km in der Stunde verkehren.

Zur Verhütung von Unfällen weise ich darauf hin, daß:

- 1) das unbefugte Betreten der Bahnanlagen und des Gleises mit Gefahr verbunden ist,
- 2) die Bahn nur an den zu Uebergängen bestimmten Stellen betreten und überschritten werden darf,
- 3) an den Wegeübergängen gehalten werden muß, sobald die Annäherung eines Arbeitszuges durch das Glockenzeichen, die Dampfpfeife der Lokomotive oder anderweit bemerlich gemacht wird.

Potsdam, den 23. August 1902.

Der Regierungspräsident.

Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter.

259. Folgende ausländisch-polnische Saisonarbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitsstätten unter Kontraktbruch verlassen:

| Namen: | Diseriger
Beschäftigungsort: |
|--------------------|--|
| Rathes | Klessen, Kr. Westhavelland |
| Kreta, Kaspar | |
| Golis, Joseph | |
| Podeszja, Antonie | Bresch-Mollnig,
Kr. Westprignitz |
| Smiatowsky, Johann | Grünigen, Kreis
Westhavelland |
| Grondys, Johann | Lohne, Kr. Burg-
dorf, Regierungs-
bezirk Caneburg |
| Milzard, Rochus | |

Die Genannten sind festzunehmen und sofort aus dem Staatsgebiete auszuweisen. Vom Geschehenen ist unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung hierher Nachricht zu geben.

Potsdam, den 2. September 1902.

Der Regierungspräsident.

Änderung des Regulativs über die Anstellung und Pflichten der Bezirkschornsteinfegermeister

260. In dem Regulativ über die Anstellung und Pflichten der Bezirkschornsteinfegermeister vom 10. Ok-

tober 1892 — Amtsbl. S. 449/450 ist § 1 von e bis § 6 incl. zu streichen.

Der § 1 Absatz e erhält folgende Fassung:

„e. Die Befähigung als Bezirkschornsteinfegermeister durch erfolgreiche Ablegung der Meisterprüfung vor der für den Regierungsbezirk Potsdam eingesetzten Meisterprüfungskommission für das Schornsteinfegerhandwerk nachgewiesen hat.“

Die Paragraphen 7 bis 10 erhalten die Bezeichnung § 2 bis 5.

Potsdam, den 21. August 1902.

Der Regierungspräsident.

261.

S i e h e u c h e n .

I. Festgestellt:

a. Milzbrand. Kreis Angermünde: Gut Zichow. Kreis Nieder-Barnim: Gut Maschow. Kreis Beeskow-Storkow: Alt-Hartmannsdorf. Kreis Ost-Havelland: Belten.

b. Geflügelcholera. Kreis Nieder-Barnim: Prgelbe. Kreis Ost-Havelland: Rauen.

II. Erlöschen:

a. Schweinepeste. Kreis Angermünde: Schwedt a./Oder.

b. Räude. Kreis Ost-Prignitz: Dranse.

Potsdam, den 2. September 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Ober-Präsidenten.

Kriegsschuldensteuer.

17. Auf Grund der §§ 3—5 des Gesetzes betreffend die Aufhebung des kommunalanständlichen Verbandes der Kurmark vom 22. Mai 1902 wird für die Verteilung des vereinigten Ueberschussfonds des zweiten und dritten Kriegsschuldensteuerverbandes der Kurmark folgender

Verteilungsplan

aufgestellt.

I. Als Tag der Ausschüttung der Teilungsmasse gilt der 1. Oktober d. Js.

Für die Bewerthung der vorhandenen Effekten wird der Kursstand vom 1. April d. Js. als dem Tage des Inkrafttretens des vorbezeichneten Gesetzes zu Grunde gelegt. Zur Deckung der Kosten der Verwaltung für die Zeit vom 1. April bis 1. Oktober d. Js. (Beamtengehälter, Reisekosten, Porti u.) ist der Betrag von 1300 M. erforderlich und wird daher von der Teilungsmasse in Abzug gebracht.

Hiernach ergibt sich als wahrscheinlicher

Bestand des zu vertheilenden Fonds am 1. Oktober d. Js.

| | M | § |
|---|--------|----|
| 1) a. 541400 M. 3½ % konsolidirte Preussische Staatsanleihe mit Zinscheinen vom 1. April 1902 ab zum Kurse vom 1. April d. Js. von 101,70 = | 550303 | 80 |
| b. Zinsen davon für die Zeit vom 1. April bis 30. September d. Js. | 9474 | 50 |
| 2) a. 677100 M. 3 % landwirthschaftliche Central-Pfandbriefe mit Zinscheinen vom 1. Juli 1902 ab zum Kurse vom 1. April d. Js. von 90,20 = | 610744 | 20 |
| b. Zinsen davon für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September d. Js. | 5078 | 25 |
| 3) a. Baarguthaben bei der Kur- und Neumärkischen Ritterschaftlichen Darlehnskasse | 47948 | 70 |
| b. Kontokorrentzinsen davon für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September d. Js. (vorläufig berechnet) | 239 | 20 |
| 4) Rechnungsmäßiger Kassenbestand in Baar | 408 | 35 |

Gesamtsumme 1224497

Davon ab Verwaltungskostenbetrag (siehe oben)

1300

bleibt zu vertheilender Bestand 1223197

II. Von diesem Gesamtbetrage entfallen:

- 1) auf die dem zweiten Kriegsschuldensteuerverbände angehörigen Städte gemäß § 3 des Gesetzes: ^{17/100 mit} 207943 60
- 2) auf die dem dritten Kriegsschuldensteuerverbände ganz oder theilweise angehörnden Kreise einschließlich der Städte Rixdorf und Schöneberg gemäß § 4 des Gesetzes: ^{82/100 mit} 1015253 50
- wie oben 1223197

III. Die Vertheilung der Antheile erfolgt:

zu II¹ nach dem Maßstabe des Veranlagungsolls an Klassen- und klassificirter Einkommensteuer der dem zweiten Verbände angehörnden Städte für das Steuerjahr 1891/92 (§ 3 des Gesetzes) von insgesamt 3475225 M.

zu II² zur einen Hälfte (b. i. 507626,75 M.) nach dem Veranlagungsoll der zum dritten Verbände gehörenden Landgemeinden an Grundsteuer für das Steuerjahr 1891/92 von insgesamt 1642380 M.

zur anderen Hälfte (b. i. 507626,75 M.) nach dem Veranlagungsoll dieser Gemeinden an Klassen- und klassificirter Einkommensteuer für dasselbe Steuerjahr von insgesamt 2318101 M. (§ 4 des Gesetzes Abs. 1).

Die auf die Städte Rixdorf und Schöneberg entfallenden Beträge sind gesondert berechnet (§ 4 des Ges. Abs. 3).

Für die Kreise Calau, Ludau und Lübben ist eine von den für die übrigen Kreise geltenden Vorschriften abweichende Regelung bisher nicht getroffen (§ 4 d. Ges. Abs. 4).

IV. Hiernach ergibt sich folgende Vertheilung:

A. Zweiter Verband.

| Sam-
sende
Nr. | Betheiligte Städte. | Steueroll der betheiligten Städte an Klassen- und klassificirter Einkommensteuer für 1891/92. | Danach erhalten die Städte bei der Vertheilung von 207943 60 M. | |
|----------------------|--|---|---|-----|
| | | M. | M. | Pf. |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. |
| 1. | Brandenburg a. H. | 169839 | 10182 | 50 |
| 2. | Potsdam | 540588 | 32346 | 60 |
| 3. | Spanbau | 281373 | 16836 | 20 |
| 4. | Charlottenburg | 940035 | 56247 | 90 |
| 5. | Angermünde, Kr. Angermünde | 29010 | 1735 | 80 |
| 6. | Greiffenberg | 2649 | 158 | 50 |
| 7. | Joachimsthal | 3960 | 237 | — |
| 8. | Oderberg | 14250 | 852 | 70 |
| 9. | Schwebitz | 46515 | 2783 | 30 |
| 10. | Vietraden | 4068 | 243 | 40 |
| 11. | Bernau, Kr. Niederbarnim | 21636 | 1294 | 60 |
| 12. | Alt-Landsberg | 11787 | 705 | 30 |
| 13. | Liebertwalde | 8472 | 506 | 90 |
| 14. | Drayenburg | 25251 | 1510 | 90 |
| 15. | Viefenthal, Kr. Oberbarnim | 5763 | 344 | 80 |
| 16. | Freienwalde a. D. | 53094 | 3176 | 90 |
| 17. | Eberswalde | 84957 | 5083 | 50 |
| 18. | Strausberg | 15654 | 936 | 70 |
| 19. | Wriezen | 33447 | 2001 | 30 |
| 20. | Wendisch-Buchholz, Kr. Deersow-Storkow | 4080 | 244 | 10 |
| 21. | Storkow | 6297 | 376 | 80 |
| Summe | | 2302725 | 137785 | 70 |

| Satz-
funde
Nr. | Betheiligte Städte | Stenerfoll der betheiligten Städte an Klassen- und Klassen-
zürer Einkommens-
steuer für 1891/92
M. | Danach erhalten die
Städte bei der Verthei-
lung von
207943,50 M. | |
|-----------------------|-----------------------------|--|--|-----|
| | | | M. | Pf. |
| 1. | 2. | 3. | 4. | |
| | Uebertrag | 2302725 | 137785 | 70 |
| 22. | Breskow | 13476 | 806 | 30 |
| 23. | Kremmen, Kr. Osthavelland | 9348 | 559 | 30 |
| 24. | Fehrbellin | 5979 | 357 | 80 |
| 25. | Regin | 15177 | 908 | 10 |
| 26. | Nauen | 40248 | 2408 | 30 |
| 27. | Griesack, Kr. Westhavelland | 8649 | 517 | 50 |
| 28. | Plaue a. d. S. | 4896 | 293 | — |
| 29. | Prigern | 5940 | 355 | 40 |
| 30. | Rathenow | 64455 | 3856 | 70 |
| 31. | Rhinow | 3696 | 221 | 20 |
| 32. | Ludenwalde, Kr. Jüterbog | 74040 | 4430 | 30 |
| 33. | Prenzlau, Kr. Prenzlau | 89292 | 5342 | 90 |
| 34. | Strasburg U./M. | 17766 | 1063 | — |
| 35. | Brüssow | 3285 | 196 | 60 |
| 36. | Kyritz, Kr. Ostprignitz | 18486 | 1106 | 10 |
| 37. | Prigwall | 24924 | 1491 | 40 |
| 38. | Wittstock | 25059 | 1499 | 40 |
| 39. | Weyenburg | 4377 | 261 | 90 |
| 40. | Havelberg, Kr. Westprignitz | 24882 | 1488 | 80 |
| 41. | Penz | 9267 | 554 | 50 |
| 42. | Perleberg | 33540 | 2006 | 90 |
| 43. | Putzig | 5109 | 305 | 70 |
| 44. | Wiltsdorf | 5742 | 343 | 60 |
| 45. | Wittenberge | 43323 | 2592 | 30 |
| 46. | Granitz, Kr. Ruppin | 11865 | 710 | — |
| 47. | Eintracht | 4308 | 257 | 80 |
| 48. | Neustadt a. D. | 4392 | 262 | 80 |
| 49. | Wusthausen a. D. | 9732 | 582 | 30 |
| 50. | Alt-Ruppin | 4689 | 280 | 60 |
| 51. | Neu-Ruppin | 70392 | 4212 | — |
| 52. | Rheinsberg | 7230 | 432 | 60 |
| 53. | Lehrsdorf, Kr. Teltow | 52200 | 3123 | 40 |
| 54. | Mittenwalde | 8730 | 522 | 40 |
| 55. | Teltow | 8871 | 530 | 80 |
| 56. | Leipzig | 1242 | 74 | 30 |
| 57. | Trebbin | 7302 | 436 | 90 |
| 58. | Zossen | 10911 | 652 | 90 |
| 59. | Lyden, Kr. Templin | 7722 | 462 | — |
| 60. | Templin | 16503 | 987 | 50 |
| 61. | Zeppenick | 12177 | 728 | 60 |
| 62. | Belzig, Kr. Zauch-Belzig | 7980 | 477 | 50 |
| 63. | Trenckenberg | 12948 | 774 | 80 |
| 64. | Berder | 25641 | 1534 | 30 |
| 65. | Frankfurt | 260096 | 15563 | — |
| 66. | Härdenwalde | 49301 | 2950 | — |
| 67. | Lebus | 4846 | 290 | — |
| 68. | Müllrose | 3312 | 198 | 20 |
| 69. | Müncheberg | 9318 | 557 | 60 |
| 70. | Seelow | 9836 | 588 | 50 |
| | Summe | 3475225 | 207943 | 50 |

B. Dritter Verband.

| Zam-
fende
Num-
mer | Betheiligte Landkreise | Stenerfoß der zum III. Ver-
bände gehörenden Land-
gemeinden | | Danach erhalten die Kreise bei Vertheilung
von | | | | Summe | |
|------------------------------|------------------------|--|---|---|--|--------|----|---------|-----|
| | | a.
Grundsteuer | b.
an Klassen- und
klassifizierte
Einkommen-
steuer | a.
1/3 von 1015253,50 M.
= 507626,75 M.
nach der Grundsteuer | b.
1/3 von 1015253,50 M.
= 507626,75 M.
nach der Klassen- und
klassifizierten Ein-
kommensteuer | M | S | M | S |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | 7. | 8. | 9. | 10. |
| 1. | Angermünde | 65289 | 80076 | 31794 | 90 | 17535 | 30 | 49330 | 20 |
| 2. | Niederbarnim | 100160 | 468702 | 48776 | 70 | 102638 | 20 | 151414 | 90 |
| 3. | Oberbarnim | 86878 | 92292 | 42308 | 60 | 20210 | 50 | 62519 | 10 |
| 4. | Deesow-Storkow | 31921 | 40935 | 15545 | 20 | 8964 | 10 | 24509 | 30 |
| 5. | Dönhavelland | 66153 | 116997 | 32215 | 70 | 25620 | 40 | 57886 | 10 |
| 6. | Westhavelland | 51323 | 81363 | 24993 | 70 | 17847 | 20 | 42810 | 90 |
| 7. | Jüterbog-Luderswalde | 19003 | 29091 | 9254 | 25 | 6370 | 45 | 15624 | 70 |
| 8. | Prenzlau | 72880 | 53949 | 35491 | 70 | 11814 | — | 47305 | 70 |
| 9. | Döbriß | 82518 | 85074 | 40185 | 30 | 18629 | 80 | 58815 | 10 |
| 10. | Westprignitz | 108813 | 83997 | 52990 | 60 | 18394 | — | 71384 | 60 |
| 11. | Ruppin | 85632 | 76875 | 41701 | 80 | 16834 | 40 | 58536 | 20 |
| 12. | Teltow | 62512 | 548325 | 30442 | 60 | 120074 | 30 | 150516 | 90 |
| 13. | Rixdorf | 2556 | 80196 | 1244 | 80 | 17561 | 60 | 18806 | 40 |
| 14. | Schöneberg | 1947 | 257649 | 948 | 20 | 56421 | — | 57369 | 20 |
| 15. | Tempelin | 31964 | 52872 | 15566 | 10 | 11578 | 10 | 27144 | 20 |
| 16. | Zauch-Beßig | 47564 | 87336 | 23163 | 10 | 19125 | 20 | 42288 | 30 |
| 17. | Calau | 1470 | 744 | 715 | 90 | 162 | 90 | 878 | 80 |
| 18. | Lebus | 122234 | 80952 | 59526 | 50 | 17727 | 20 | 77263 | 70 |
| 19. | Ludau | 1328 | 598 | 646 | 70 | 181 | — | 777 | 70 |
| 20. | Labben | 235 | 78 | 114 | 40 | 17 | 10 | 131 | 50 |
| Summe | | 1042380 | 2318101 | 507626 | 75 | 507626 | 75 | 1015253 | 50 |

Die portopflichtige Uebersendung der einzelnen Antheile an die Empfänger — bei Beiträgen bis zu 2500 M. in baar, über 2500 M. theils in baar, theils in vorhandenen Effekten (nach dem Kurse vom 1. April d. Js.) — wird seitens der bisherigen Herren Kassensuratoren Anfangs Oktober d. Js. bewirkt werden.

Gegen diesen Vertheilungsplan steht gemäß § 5 des Gesetzes vom 22. Mai 1902 den Betheiligten binnen 2 Wochen nach der Veröffentlichung die Beschwerde an den Herrn Minister des Innern zu.

Potsdam, den 25. August 1902.

Der Oberpräsident.

Bekanntmachung der Königlichen Regierung.

Gewerbesteuer-Veranlagung u. in Schöneberg.

26. Die Zahl der Mitglieder des Steueraususses der Gewerbesteuerklasse III. und deren Stellvertreter im Stadtkreise Schöneberg wird auf je 9 (neun), diejenige der Klasse IV. auf je 15 (fünfzehn) erhöht.

Potsdam, den 22. August 1902.

Königliche Regierung,

Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten A.

Bekanntmachungen des Königlichen Vollziehungspräsidenten zu Berlin.

Apothekerkonzession.

76. Die Konzession für die auf dem Grundstück Rosfelderstraße 1 zu Berlin genehmigte Apotheke soll infolge Verzichtleistung des bisherigen Besitzers von Neuem mit der Verpflichtung vergeben werden, daß der künftige Konzessionar in Gemäßheit der Allerhöchsten Cabinetsordre vom 8. März 1842 die vorhandene Apothekeneinrichtung mit dem gesamten Inventar und den Vor-

räthen nach einer von mir zu genehmigenden Taxe von dem bisherigen Inhaber zu übernehmen hat.

Geeignete Bewerber werden zur Meldung bis zum 5. Oktober d. Js. mit dem Bemerken hierdurch aufgefodert, daß persönliche Vorstellungen zwecklos sind und die an mich zu richtenden Bewerbungen lediglich schriftlich zu geschehen haben.

Der Meldung sind beizufügen 1) eine nach der Zeitfolge geordnete Uebersicht über die bisherige Thätigkeit seit der Approbation in und außerhalb des Apothekenwesens: a. die Anfangs- und Endzeiten — nach Tagesdaten — in zusammenhängender Reihe und unter fortlaufenden Nummern (siehe zu 2), b. den Ort und c. die Art der Thätigkeit, namentlich auch für die Zeit der Unterbrechung der pharmazeutischen Thätigkeit, 2) die Approbation und die darauffolgenden Servicezeugnisse, die physikalisch beglaubigt, chronologisch geordnet und mit den entsprechenden Nummern der Zusammenstellung zu 1 versehen sein müssen, 3) polizeiliche Führungszeugnisse über die Zeit von der Approbation

bis jetzt in ununterbrochener Folge, 4) amtlich beglaubigter Nachweis aus neuester Zeit über die zur Einrichtung einer Apotheke erforderlichen Mittel, 5) eine Darstellung des Lebenslaufs, enthaltend: Vor- und Zunamen, Geburtsort und Datum, Confession, Staatsangehörigkeit, Familienstand, Zahl und Alter der Kinder, Militärverhältniß, besondere Beschäftigung der Ehefrau, Stand und Wohnort der Eltern, des Gesuchstellers.

Die Anlagen zu 2 und 3 müssen zu je einem besonderen Heft vereinigt sein.

Gesuche, die den vorstehenden Anforderungen nicht entsprechen, müssen zur Abänderung zurückgegeben werden.

Der Bewerber hat ausserdem pflichtgemäß zu versichern, entweder daß er eine Apotheke bisher nicht besessen hat, oder falls dies der Fall sein sollte, anzugeben, wo er eine solche besessen hat, und die Gründe klar zu legen, aus denen er sein Besigrecht an derselben aufgegeben hat, auch den Kauf- und Verkaufspreis der abgegebenen Apotheke genau zu nennen. Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß Gesuche von Bewerbern, welche erst nach dem Jahre 1885 (bei Berücksichtigung geringer Zeitunterschiede) approbiert sind, bei der großen Zahl mehr berechtigter Bewerber zur Zeit keine Aussicht auf Erfolg haben. Solche Apotheker stehen deshalb zur Vermeidung unnützigen Schreibwerkes u. am besten von der Bewerbung ab.

Bei Apothekern, welche sich zeitweise vom Apothekenfache abgewandt haben, muß das Approbationsalter selbstverständlich geführt werden.

Schließlich bemerke ich, daß die Konzession in Gemäßheit des Allerhöchsten Erlasses vom 30. Juni 1894 als eine unveräußerliche und unvererbliche verliehen werden wird, der Inhaber derselben somit zur Präsentation von Geschäftsnachfolgern nicht befugt sein, und der Witwe sowie den minderjährigen Kindern desselben nur freistehen wird, die Apotheke nach Maßgabe des § 4 der Revidirten Apotheken-Ordnung vom 11. Oktober 1801 durch einen geeigneten Provisor verwalten zu lassen.

Ich behalte mir vor, den zur engeren Wahl kommenden Bewerbern seiner Zeit weitere Mittheilungen zur Sache zu machen.

Berlin, den 23. August 1902.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Eröffnung neuer Telegraphenanstalten.

73. Bei der Posthaltsstelle in Siernhagen bei Prenzlau wird am 31. August der Telegraphenbetrieb eröffnet. Potsdam, den 27. August 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion. J. B.: Zander.

Bekanntmachungen der Kgl. Direktion der Rentenkasse für die Provinz Brandenburg.
Auslösung von 4% und 3½% Brandenburger Rentenbriefen.
16. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 19. v. M. bewerkstelligten öffentlichen Verlosung von Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Stücke gezogen worden:

L. 4 prozentige Rentenbriefe.

Litt. A. zu 3000 M. (1000 Thlr.) 203 Stück

und zwar die Nummern:

| | | | | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|------|-------|------|
| 265 | 327 | 371 | 373 | 563 | 721 | 838 | 958 | 1006 | 1058 |
| 1067 | 1275 | 1304 | 1381 | 1429 | 1445 | 1659 | 1781 | 1842 | |
| 1851 | 1860 | 1905 | 1917 | 2194 | 2248 | 2261 | 2431 | 2443 | |
| 2579 | 2632 | 2747 | 2959 | 3038 | 3406 | 3457 | 3535 | 3664 | |
| 3716 | 3774 | 3805 | 3815 | 3951 | 4031 | 4248 | 4255 | 4293 | |
| 4410 | 4583 | 4770 | 4916 | 5148 | 5152 | 5363 | 5402 | 5422 | |
| 5635 | 5978 | 6007 | 6186 | 6201 | 6332 | 6384 | 6471 | 6744 | |
| 6890 | 7170 | 7329 | 7404 | 7523 | 8165 | 8226 | 8384 | 8946 | |
| 9076 | 9430 | 9586 | 9634 | 9640 | 9648 | 9715 | 9961 | 10067 | |
| 10168 | 10484 | 10532 | 10749 | 10797 | 10824 | 10985 | | | |
| 11008 | 11436 | 11438 | 11445 | 11622 | 11677 | 11691 | | | |
| 11948 | 11965 | 12001 | 12131 | 12158 | 12189 | 12192 | | | |
| 12233 | 12261 | 12283 | 12384 | 12475 | 12543 | 12571 | | | |
| 12580 | 12666 | 12675 | 12862 | 12908 | 13096 | 13110 | | | |
| 13125 | 13167 | 13194 | 13375 | 13507 | 13572 | 13760 | | | |
| 13858 | 13939 | 13962 | 13980 | 13997 | 14173 | 14202 | | | |
| 14280 | 14318 | 14327 | 14396 | 14467 | 14574 | 14621 | | | |
| 14726 | 14784 | 14800 | 14949 | 14956 | 15124 | 15423 | | | |
| 15508 | 15550 | 15888 | 15892 | 15973 | 16139 | 16188 | | | |
| 16406 | 16493 | 16580 | 16599 | 16638 | 16718 | 16756 | | | |
| 16881 | 16993 | 17078 | 17082 | 17092 | 17161 | 17189 | | | |
| 17204 | 17226 | 17363 | 17388 | 17780 | 17812 | 17820 | | | |
| 17941 | 18032 | 18033 | 18260 | 18263 | 18366 | 18491 | | | |
| 18580 | 18603 | 18632 | 18685 | 18742 | 18838 | 18845 | | | |
| 19046 | 19110 | 19138 | 19186 | 19207 | 19242 | 19286 | | | |
| 19295 | 19459 | 19492 | 19505 | 19575 | 19700 | 19713 | | | |
| 19853 | 19876 | | | | | | | | |

Litt. B. zu 1500 M. (500 Thlr.) 73 Stück

und zwar die Nummern:

| | | | | | | | | | |
|------|------|------|------|------|------|------|------|------|--|
| 127 | 291 | 474 | 814 | 885 | 913 | 1149 | 1289 | 1514 | |
| 1536 | 1642 | 1658 | 1882 | 1924 | 2106 | 2160 | 2194 | 2307 | |
| 2362 | 2370 | 2461 | 2632 | 2701 | 2714 | 2728 | 2869 | 2885 | |
| 2988 | 3051 | 3396 | 3624 | 3697 | 3732 | 3821 | 3957 | 3966 | |
| 4027 | 4068 | 4226 | 4268 | 4525 | 4545 | 4564 | 4584 | 4622 | |
| 4734 | 4964 | 5090 | 5116 | 5158 | 5254 | 5327 | 5476 | 5552 | |
| 5713 | 5750 | 5805 | 5884 | 5922 | 6101 | 6208 | 6299 | 6547 | |
| 6580 | 6595 | 6828 | 6959 | 6997 | 7018 | 7019 | 7182 | 7186 | |
| 7219 | | | | | | | | | |

Litt. C. zu 300 M. (100 Thlr.) 288 Stück

und zwar die Nummern:

| | | | | | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|------|-------|-----|-----|
| 4 | 40 | 134 | 179 | 195 | 288 | 397 | 411 | 425 | 540 | 853 |
| 1453 | 1500 | 1513 | 1547 | 1673 | 1740 | 1863 | 2022 | 2064 | | |
| 2094 | 2099 | 2333 | 2381 | 2733 | 2935 | 2969 | 3082 | 3413 | | |
| 3458 | 3580 | 3611 | 3832 | 3843 | 3954 | 3966 | 4170 | 4229 | | |
| 4371 | 4542 | 4590 | 4593 | 4756 | 5431 | 5528 | 5538 | 5609 | | |
| 5620 | 5712 | 5731 | 6008 | 6229 | 6298 | 6513 | 6599 | 6634 | | |
| 6638 | 6698 | 6830 | 6876 | 7093 | 7135 | 7476 | 7557 | 7605 | | |
| 7745 | 7890 | 8262 | 8313 | 8470 | 8516 | 8533 | 8586 | 8602 | | |
| 8621 | 8642 | 8772 | 9026 | 9124 | 9339 | 9386 | 9411 | 9607 | | |
| 9671 | 9712 | 9723 | 9777 | 9819 | 9836 | 9845 | 9944 | 10249 | | |
| 10288 | 10368 | 10371 | 10417 | 10438 | 10574 | 10825 | | | | |
| 10976 | 11089 | 11134 | 11441 | 11556 | 11635 | 11819 | | | | |
| 11878 | 12001 | 12009 | 12022 | 12056 | 12113 | 12243 | | | | |
| 12266 | 12466 | 12488 | 12609 | 12720 | 12817 | 12828 | | | | |

| | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| 12888 | 13058 | 13073 | 13147 | 13237 | 13495 | 13500 |
| 13560 | 13561 | 13600 | 13651 | 13981 | 14042 | 14060 |
| 14082 | 14150 | 14204 | 14436 | 14459 | 14599 | 14739 |
| 14753 | 14780 | 14809 | 14905 | 15050 | 15055 | 15094 |
| 15473 | 15567 | 15727 | 15730 | 15764 | 15769 | 15827 |
| 16010 | 16049 | 16108 | 16210 | 16228 | 16271 | 16405 |
| 16447 | 16475 | 16657 | 16754 | 16768 | 16927 | 17302 |
| 17334 | 17426 | 17645 | 17717 | 17770 | 17796 | 17806 |
| 17872 | 17934 | 17973 | 17987 | 18444 | 18466 | 18467 |
| 18469 | 18508 | 18541 | 18542 | 18601 | 18634 | 18657 |
| 18811 | 18891 | 18925 | 18985 | 19363 | 19548 | 19579 |
| 19706 | 19956 | 19978 | 20079 | 20263 | 20370 | 20627 |
| 20641 | 20707 | 20769 | 20906 | 20912 | 20935 | 21033 |
| 21039 | 21101 | 21157 | 21295 | 21379 | 21385 | 21423 |
| 21455 | 21482 | 21503 | 21527 | 21528 | 21703 | 21746 |
| 22088 | 22291 | 22373 | 22424 | 22495 | 22501 | 22523 |
| 22561 | 22634 | 22699 | 22754 | 22824 | 22831 | 23175 |
| 23204 | 23242 | 23306 | 23349 | 23360 | 23634 | 23663 |
| 23690 | 23767 | 23976 | 24031 | 24125 | 24287 | 24325 |
| 24389 | 24412 | 24434 | 24607 | 24748 | 24790 | 24825 |
| 24942 | 24956 | 24971 | 25011 | 25181 | 25187 | 25200 |
| 25231 | 25243 | 25488 | 25500 | 25505 | 25533 | 2576 |
| 25831 | 25837 | 25850 | 25864 | 25865 | 25886 | 26012 |
| 26383 | 26350 | 26403 | 26470 | 26527 | 26618 | 26725 |

Litt. D. zu 75 Nr. (25 Jhr.) 244 Stück

und zwar die Nummern:

| | | | | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|------|------|-----|
| 120 | 146 | 192 | 214 | 518 | 652 | 718 | 737 | 816 | 825 |
| 950 | 988 | 1108 | 1165 | 1317 | 1741 | 1833 | 1887 | 1917 | |
| 1980 | 2083 | 2275 | 2340 | 2443 | 2461 | 2679 | 2780 | 2830 | |
| 2976 | 3044 | 3239 | 3480 | 3727 | 3768 | 3791 | 4006 | 4123 | |
| 4156 | 4176 | 4284 | 4509 | 4532 | 4542 | 4553 | 4854 | 4892 | |
| 5125 | 5261 | 5286 | 5342 | 5383 | 5396 | 5467 | 5740 | 5792 | |
| 5958 | 5982 | 6048 | 6087 | 6169 | 6246 | 6370 | 6459 | 6593 | |
| 6866 | 6893 | 7020 | 7033 | 7049 | 7078 | 7130 | 7376 | 7485 | |
| 7594 | 7612 | 7626 | 7827 | 7994 | 7996 | 8217 | 8510 | 8661 | |
| 8719 | 8859 | 8877 | 8950 | 9002 | 9047 | 9154 | 9162 | 9220 | |
| 9389 | 9502 | 9565 | 9628 | 9663 | 9797 | 9817 | 9939 | 9968 | |
| 10013 | 10023 | 10181 | 10296 | 10372 | 10502 | 10572 | | | |
| 10602 | 10740 | 10834 | 10847 | 10971 | 11063 | 11107 | | | |
| 11231 | 11248 | 11319 | 11565 | 11827 | 12019 | 12150 | | | |
| 12483 | 12620 | 12641 | 12953 | 13060 | 13136 | 13173 | | | |
| 13221 | 13283 | 13256 | 13326 | 13413 | 13564 | 13626 | | | |
| 13722 | 13735 | 13897 | 14002 | 14316 | 14347 | 14518 | | | |
| 14681 | 14767 | 14768 | 14864 | 14963 | 15005 | 15056 | | | |
| 15192 | 15241 | 15475 | 15547 | 15563 | 15721 | 15772 | | | |
| 15921 | 15933 | 16017 | 16084 | 16112 | 16132 | 16175 | | | |
| 16424 | 16523 | 16699 | 16714 | 16907 | 17016 | 17181 | | | |
| 17337 | 17403 | 17676 | 17747 | 17777 | 17828 | 18001 | | | |
| 18049 | 18059 | 18218 | 18337 | 18463 | 18464 | 18493 | | | |
| 18609 | 18683 | 18724 | 18746 | 18782 | 18925 | 18975 | | | |
| 19038 | 19293 | 19591 | 19639 | 19673 | 19692 | 19760 | | | |
| 19828 | 19873 | 19907 | 19918 | 19921 | 20079 | 20120 | | | |
| 20125 | 20220 | 20240 | 20497 | 20640 | 20714 | 20816 | | | |
| 20975 | 21049 | 21140 | 21192 | 21303 | 21335 | 21350 | | | |
| 21479 | 21508 | 21527 | 21536 | 21585 | 21610 | 21636 | | | |
| 21650 | 21693 | 21770 | 21780 | 21938 | 21975 | 22002 | | | |
| 22019 | 22051 | 22060 | 22138 | 22143 | 22329 | 22370 | | | |
| 22411 | 22504 | 22557 | 22569 | | | | | | |

Litt. E. zu 30 Nr. (10 Jhr.) 8 Stück

und zwar die Nummern:

9676 9842 9852 9859 9875 9917 9996 10069.

III. 3 1/2 prozentige Rentenbriefe.

Litt. M. zu 1500 Nr. 1 Stück

und zwar die Nummer: 24.

Litt. N. zu 300 Nr. 4 Stück

und zwar die Nummern: 7 8 61 95.

Litt. O. zu 75 Nr. 3 Stück.

und zwar die Nummern: 97 98 116.

Litt. P. zu 30 Nr. 1 Stück

und zwar die Nummer: 29.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben mit den dazu gehörigen Zinscheinen Reihe VII. Nr. 9 bis 16, bezw. Reihe II. Nr. 7 bis 16 nebst Erneuerungsscheinen bei der hiesigen Rentenbank-Kasse, Klosterstraße 76 I., vom 1. Oktober d. J. ab an den Werktagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 1. Oktober d. J. ab hört die Verzinsung der Rentenbriefe auf.

Von den früher verloosten Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind die nachstehend genannten Stücke noch nicht zur Einlösung bei der Rentenbank-Kasse vorgelegt worden, obwohl seit deren Fälligkeit 2 Jahre und darüber verfloßen sind.

Rückständig sind:

A. 4proz. Rentenbriefe.

1. April 1892.

Litt. D. Nr. 2503.

1. April 1899.

Litt. C. Nr. 1156 6504

11892 13130 15507.

Litt. D. Nr. 705 2987 10382

10742 12578 18097 20330.

1. Oktober 1899.

Litt. A. Nr. 7739.

Litt. C. Nr. 1194 11012

15867 17350 21408.

Litt. D. Nr. 3409 4334 6885

19571 20202 20824.

Litt. E. Nr. 9794.

1. April 1900.

Litt. A. Nr. 7359 8985.

Litt. B. Nr. 3816 5659.

Litt. C. Nr. 1822 3295 5010

7056 12419 15363 16915

18411 23198.

Litt. D. Nr. 1961 3777 4910

7293 11702 13265 14447

17273 17682.

B. 3 1/2 proz. Rentenbriefe.

1. Oktober 1897. Litt. O. Nr. 16. ja.

2. Januar 1900. Litt. K. Nr. 8.

1. April 1900. Litt. P. Nr. 7 32.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden wiederholt aufgefordert, den Nennwerth derselben nach Abzug des Betrages der von den mitzuliefernden Zinscheinen etwa fehlenden Stücke bei unserer Kasse in Empfang zu nehmen.

Wegen Verzinsung der ausgelosten Rentenbriefe

ist die Bestimmung des Rentenbank-Gesetzes vom 2ten März 1850 — § 44 — zu beachten.

Die Einlieferung der ausgelassenen Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldbetrag auf gleichem Wege übermittleit werde.

Die Zustellung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers, und zwar bei Summen bis zu 800 M. durch Postanweisung. Sofern es sich um Summen über 800 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 14. Mai 1902.

Königliche Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Stellung fälliger Rentenbriefe und Zinscheine.

17. Die Rentenbank-Kasse, Klosterstraße Nr. 76 I. hier selbst wird

- 1) die am 1. Oktober d. Js. fälligen Zinscheine der Rentenbriefe aller Provinzen vom 19. bis einschließlich dem 24. September d. Js. und
- 2) die ausgelassenen, am 1. Oktober d. Js. fälligen Rentenbriefe aller Provinzen vom 22. bis einschließlich 24. September d. Js.

einzulösen und demnach vom 1. Oktober d. Js. ab mit der Einlösung fortfahren.

Berlin, den 22. August 1902.

Königliche Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahndirektion zu Berlin.

Aufhebung der Verfürzung der Ladefristen für Station Wilmersdorf-Friedenau.

32. Mit Gültigkeit vom 28. August d. Js. ab wird die durch Bekanntmachung vom 30. Juli d. Js. eingeführte Verfürzung der Ent- und Beladefristen für Wagenladungen auf Station Wilmersdorf-Friedenau wieder aufgehoben.

Berlin, den 26. August 1902.

Königliche Eisenbahndirektion.

Eisenbahn-Ausnahmetarif E 2.

33. Im Verkehr der preussisch-hessischen und ostpreussischen Staatseisenbahnen sowie im Verkehr mit Kassel innerhalb des Rheinisch-Niederdeutschen Verbandes erhält das Waarenverzeichnis der Klasse II. mit Gültigkeit vom 1. September d. J. bei a. (Eisen und Stahl, zum Spezialtarif II. gehörig) folgenden Zusatz: ferner folgende Gegenstände des Spezialtarifs I.: Eisen- und Stahlbrakt, auch verkupfert, verpackt, Drahtlizen, Stachelbrakt, Drahtklammern, Drahtstifte, Drahtseile, Drahtgeflechte; Schrauben, Muttern und Unterlagschreiben zu Schrauben; Nägel; Ketten; Wagenachsen und Zubehörtheile (Buchsen, Linsen, Ringe und Splinte); Kochherdplatten und Springsfedern.

Als neue Position folgt unter f) g) Rotheisen, zum Spezialtarif III. gehörig. Infolgedessen ist in der folgenden Zeile der Buchstabe f (a bis f) zu ändern in g.

Berlin, den 26. August 1902.

Königliche Eisenbahndirektion namens der übrigen beteiligten Verwaltungen.

Ausnahmetarif für Dingenmittel und Rohmaterialien der Kunst- und Kunstgewerbeindustrie.

34. Der vorbezeichnete Ausnahmetarif wird mit Gültigkeit vom 1. September d. J. ab auch auf den Empfang der Station Dörschleben der Dörschleben-Schöninger Eisenbahn ausgedehnt. Nähere Auskunft giebt das Auskunfts-Bureau in Berlin, Alexanderplatz.

Berlin, den 27. August 1902.

Königliche Eisenbahndirektion namens der beteiligten Verwaltungen.

Personal-Chronik.

Des Königs Majestät haben den Regierungsdirektor Suche zum Regierungsrathe zu ernennen geruht.

Der zum 1. September d. Js. von Frankfurt a./D. nach Eberswalde versetzte Gerichtsdirektor Billig ist mit der einstweiligen Verwaltung der Spezialkommission Eberswalde beauftragt worden.

Der Civilanwarter Gengel hier ist zum Regierungsdirektor supernumerar ernannt worden.

Der bisherige Peritgamisandibat und Rektoratsverwalter Ernst Georg Tschachmann ist zum Hilfsprediger und Rektor in Neustadt a./D., Diöcese Wusterhausen a./D., bestellt worden.

Der Hilfslehrer am Andreas-Realgymnasium in Berlin, Frauendienst, ist als Oberlehrer an derselben Anstalt angestellt worden.

Der Schulamtsandibat Matthiae ist als Oberlehrer am Luisenstädtischen Gymnasium in Berlin angestellt worden.

Der Schulamtsandibat Dr. Benjamin ist am Luisenstädtischen Gymnasium in Berlin als Oberlehrer angestellt worden.

Dem civilversorgungsberechtigten Militär-anwarter Christian Hegel ist vom 15. Juli d. Js. ab die Stelle eines Pförtners am königlichen Charité-Krankenhaus zu Berlin verliehen worden.

Ausweisungen aus Preußen.

Das Kindermädchen Leisa (Helene) Rutz, geboren 15. Juni 1884 zu Wadowice, österreichische Staatsangehörige, ist als lästige Ausländerin durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 18. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Handelsmann Abraham Fischel Sidor, geboren am 20. Oktober 1873 zu Kadelicz, Kreis Drohobycz, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 25. Juni 1902 1101 V. 11 02 ausgewiesen.

Der Schweizer Karl Hahnel, geboren 17. November 1884 zu Weiskirchen, Bez. Leimeritz, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 30. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Handlungsgehilfe Chaim Rubin Engelberg, geboren am 2. Juni 1879 zu Larnobrzeg, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 2. Juli 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Kaufmann Juda Friedmann, geboren 2ten März 1865 zu Horodens in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 18. Juli 1902 ausgewiesen.

Der Droschkentreiber Lauritz Jensen, geboren am 15. Dezember 1871 zu Randers in Jütland, dänemarkischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 28. Juli 1902 ausgewiesen.

Der Bäcker Josef Antl, geboren 24. Februar 1853 zu Pfeni, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 28. Juli 1902 ausgewiesen.

Der Hausdiener Karl Semisch, geboren 8. Mai 1867 zu Bieder, Kr. Leitmeritz, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 30. Juli 1902 ausgewiesen.

Der Arbeiter Johann Hallack, geboren am 27. ten

November 1864 zu Eichenbühl, Kr. Rastatt, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 1. August 1902 ausgewiesen.

Der Tischler Josef Schwella, geboren am 17. August 1876 zu Hohenplass, Kreis Detsch, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 9. August J. Nr. 4464 V. 10 02 ausgewiesen.

Verichtigung. Kellner Moses Steinbach, geboren 20. Februar 1874 zu Jaworow in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 24. Juli 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der russische Staatsangehörige, Arbeiter Adolf Grams, geboren am 6. August 1876 zu Danischewo, Kreis Kolo, ist durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 25. August 1902 als lästiger Ausländer aus dem preussischen Staatsgebiet ausgewiesen worden.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Rang | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund | Behörde, | Datum des Ausweisungs-Beschlusses |
|------|--|--|---|---|-----------------------------------|
| | | | des Ausgewiesenen | welche die Ausweisung beschlossen hat | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 1 | Conrad Wolf, Buchbinder, | geboren am 5. Oktober 1861 zu Schaffhausen, Schweiz, ortsangehörig ebendasselbst, | a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: Diebstahl im wiederholten Rückfall (1 Jahr Zuchthaus, laut Erkenntnis vom 25. Juli 1901), | Königlich preussischer Polizei-Präsident zu Hamburg, | 25. Juli 1902. |
| 2 | Joseph Baier, Arbeiter, | geboren am 1. Juni 1873 zu Barzdorf, Bezirk Böhmen-Leipa, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst, | vorsätzliche Brandstiftung (2 Jahre Zuchthaus, laut Erkenntnis vom 5. Juli 1900), | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Döbeln, | 27. Juni 1902. |
| 3 | Johann Nikolaus Clausmann, Maschinist, | geboren am 13. Mai 1849, aus Woerden, Niederlande, niederländischer Staatsangehöriger, | schwerer Diebstahl im Rückfall, Widerstand gegen die Staatsgewalt u. gewerbsmäßige Hehlerei (9 Jahre 6 Monate Zuchthaus, laut Erkenntnis vom 4. Juli 1894, von 1 Jahr 4 Monate als in den Niederlanden für verübt erklärt), | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf, | 26. Juni 1902. |
| 4 | Anna Rafowski, Arbeiterin, | geboren im November 1851 zu Mierczyn, Russland, russische Staatsangehörige, | einfacher Diebstahl im wiederholten Rückfall, Wider- | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Bromberg, | 31. Juli 1902. |

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 37.

Den 12. September.

1902.

Inhaltsverzeichnis. Statut für die Ent- und Bewässerungs-Genossenschaft im Gebiete der unteren Stepenitz. S. 391.
— Erlebigte Kreisarztstelle. S. 395. — Kunststraße. S. 395. — Kontraktbrückige ausländische Arbeiter. S. 395. — Viehsteuhen. S. 395. — Markt- und Ladepreise. S. 395/97. — Sonntagruhe im Barbiergewerbe. S. 396. — Winterkonzert der Fische zc. S. 396. — Handbuch für Polizeibehörden. S. 397. — Notierung forstverjüngungsberechtigter Anwärter. S. 398. — Marktpreise. S. 398/99. — Berliner Hypothekendarf Aktiengesellschaft. S. 398. — Neue Legetravbenankalt. S. 400. — Pfarrstellen zc. Erlebigungen. S. 400. — Personal-Chronik. S. 400. — Ausweisungen aus Preußen. S. 401. — Ausweisungen von Ausländern aus dem Reichsgebiete. S. 402.

Statut

für die Ent- und Bewässerungs-Genossenschaft im Gebiete der unteren Stepenitz zu Weßen im Kreise Westprignitz.

Wir Wilhelm,
von Gottes Gnaden König von Preußen zc.
verordnen auf Grund der §§ 57 und 65 des Gesetzes vom 1. April 1879 (Gesetz-Sammlung S. 297) nach Anhörung der Beteiligten, was folgt:

§ 1.

Die Eigentümer der dem Meliorationsgebiete angehörenden Grundstücke in den Feldmarken Perleberg, Weßen, Dorf und Gut, Klein-Dreesse und Wittenberge werden zu einer Genossenschaft vereinigt, um den Ertrag dieser Grundstücke nach Maßgabe des Meliorationsplanes des Regierungsbaumeisters Reune vom 25. Juni 1901 durch Ent- und Bewässerung zu verbessern.

Das Meliorationsgebiet ist auf den ein Zuehör des Meliorationsplanes bildenden Karten des Regierungsbaumeisters Reune vom 15. Dezember 1898, abgeändert am 25. Juni 1901, dargestellt, daselbst mit einer Begrenzungslinie in grüner Farbe bezeichnet und bezüglich der beteiligten Besitzstände der Genossenschafts-Mitglieder in den zugehörigen Registern im einzelnen nachgewiesen.

Karte und Register werden mit einem auf das Datum des genehmigten Statutes Bezug nehmenden Beglaubigungsvermerke versehen und bei der Aufsichtsbehörde der Genossenschaft niedergelegt. Die aufzustellenden Einzelpläne sind vor Beginn ihrer Ausführung seitens des Vorstandes der Aufsichtsbehörde zum Zwecke der Prüfung durch den Meliorationsbau-beamten und zur Genehmigung einzureichen.

Die in den Vorarbeiten vorgesehene Rieseleianlage soll einstweilen nicht ausgeführt werden.

Abänderungen des Meliorationsplanes, welche im Laufe der Ausführung sich als erforderlich herausstellen, können vom Genossenschafts-Vorstande beschlossen werden. Der Beschluß bedarf jedoch der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde.

Vor Ertheilung der Genehmigung sind diejenigen Genossen zu hören, deren Grundstücke durch die veränderte Anlage berührt werden.

§ 2.

Die Genossenschaft führt den Namen: „Ent- und Bewässerungs-Genossenschaft im Gebiete der unteren Stepenitz“ und hat ihren Sitz in Weßen.

§ 3.

Die Kosten der Herstellung und Unterhaltung der gemeinschaftlichen Anlagen werden von der Genossenschaft getragen. Dagegen bleiben die nach den Zwecken der Melioration behufs ihrer nutzbringenden Verwendung für die einzelnen beteiligten Grundstücke erforderlichen Einrichtungen, wie Umbau und Besamung von Wiesen, Anlage und Unterhaltung besonderer Zu- und Ab-leitungsgräben zc. den betreffenden Eigentümern überlassen. Dieselben sind jedoch gehalten, den im Interesse der ganzen Melioration getroffenen Anordnungen des Vorstandes Folge zu leisten.

§ 4.

Außer der Herstellung der im Meliorationsplane und vorsehend vorgesehenen Anlagen liegt dem Ver-bande ob, Binnen-, Ent- und Bewässerungs-Anlagen innerhalb des Meliorationsgebietes, welche nur durch Zusammenwirken mehrerer Grundbesitzer ausführbar sind, zu vermitteln und nöthigenfalls, nachdem der Plan und das Beitragsverhältniß von der Aufsichtsbehörde festgestellt ist, auf Kosten der dabei beteiligten Grundbesitzer durchzuführen zu lassen.

Die Unterhaltung derartiger Anlagen, die, soweit erforderlich, in regelmäßige Schau zu nehmen sind, untersteht der Aufsicht des Vorstandes.

§ 5.

Die gemeinschaftlichen Anlagen werden unter Leitung des von dem Vorsteher auf Beschluß des Vorstandes angenommenen Meliorations-Technikers in der Regel in Tagelohn ausgeführt und unterhalten. In dessen können die Arbeiten nach Bestimmung des Vorstandes in Auford gegeben werden.

Der mit der Leitung betraute Techniker hat das Bauprogramm aufzustellen, die Sonderpläne auszuarbeiten, die für die Verdingung erforderlichen Unterlagen zu beschaffen und zur Genehmigung vorzulegen, überhaupt alle für das zweckmäßige Ineinandergreifen der Arbeiten nothwendigen Maßnahmen rechtzeitig an-

zuregen und vorzubereiten, die Ausführung zu leisten und die für Aenderungs- und Ergänzungsanträge, für Abschlagszahlungen und für die Annahme erforderlichen Unterlagen anzufertigen.

Die Wahl des Technikers, des als ihm abzuschließende Vertrag und die Bedingungen für die Vergabe der Hauptarbeiten unterliegen der Zustimmung des Meliorationsbaubeamten. Auch im Uebrigen hat der Vorstand in technischen Angelegenheiten während der Bauausführung den Rath des Meliorationsbaubeamten einzuholen und möglichst zu berücksichtigen.

Die Wahl des Technikers ist außerdem von der Zustimmung der Aufsichtsbehörde abhängig.

Nach Beendigung der Ausführung hat der Meliorationsbaubeamte die Anlagen abzunehmen und festzustellen, ob das Unternehmen zweck- und planmäßig bewirkt bei von der Aufsichtsbehörde genehmigten Aenderungen ausgeführt ist. Sollten hierbei Kontrol-Messungen erforderlich sein, so sind sie unter Leitung des Meliorationsbaubeamten von Vereideten Landmessern oder sonstigen Sachverständigen vorzunehmen; die Kosten dieser Aufmessungen sind von der Genossenschaft zu tragen.

§ 6.

Das Verhältniß, in welchem die einzelnen Genossen zu den Genossenschaftslasten beizutragen haben, richtet sich nach dem für die einzelnen Genossen aus den Genossenschaftsanlagen erwachsenden Vortheil.

Zur Festlegung dieses Beitragsverhältnisses wird ein Kataster aufgestellt, in welchem die einzelnen Grundstücke aufgeführt werden. Nach Verhältniß des ihnen aus der Melioration erwachsenden Vortheils werden dieselben in fünf Klassen getheilt, und zwar so, daß ein Hektar der fünften Klasse mit dem einfachen, ein Hektar der vierten Klasse mit dem zweifachen und ein Hektar der dritten Klasse mit dem dreifachen, ein Hektar der zweiten Klasse mit dem vierfachen und ein Hektar der ersten Klasse mit dem fünffachen Beitrage heranzuziehen ist.

§ 7.

Die Einschätzung in diese fünf Klassen erfolgt durch zwei vom Vorstande zu wählende Sachverständige unter Leitung eines ebenso zu wählenden Obmannes, welcher bei Meinungsverschiedenheiten den Ausschlag giebt. Nach vorgängiger öffentlicher Bekanntmachung in den Gemeinden, deren Bezirk dem Genossenschaftsgebiete ganz oder theilweise angehört, und nach erfolgter Veröffentlichung dieser Bekanntmachung wird das Genossenschaftskataster vier Wochen lang zur Einsicht der Genossen in dem Geschäftszimmer des Vorstehers ausgelegt. Abänderungsanträge müssen innerhalb dieser Frist schriftlich bei dem Vorsteher angebracht werden. Nach Ablauf der Frist hat der Vorsteher die bei ihm schriftlich eingegangenen Abänderungsanträge der Aufsichtsbehörde vorzulegen. Die letztere, beziehungsweise deren Kommissar, läßt unter Zugiehung der Beschwerdeführer und eines Vertreters des Vorstandes die Anträge durch die von der Aufsichtsbehörde zu bezeichnenden Sachverständigen untersuchen. Mit dem Ergebnisse der Untersuchung werden

die Beschwerdeführer und der Vertreter des Vorstandes von dem Kommissar bekannt gemacht. Sind beide Theile mit dem Gutachten einverstanden, so wird das Kataster demgemäß festgesetzt, andernfalls sind die Verhandlungen der Aufsichtsbehörde zur Entscheidung einzurufen. Die bis zur Mittheilung des Ergebnisses der Untersuchung entstandenen Kosten sind in jedem Falle von der Genossenschaft zu tragen. Wird eine Entscheidung erforderlich, so sind die weiter erwachsenden Kosten dem unterliegenden Theile aufzuerlegen.

Sobald das Bedürfnis für eine Revision des festgestellten oder berichtigten Katasters vorliegt, oder diese von der Generalversammlung von einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen beschlossen wird, ist sie vom Vorstande zur Ausführung zu bringen.

Die Revision kann auch von der Aufsichtsbehörde angeordnet werden.

Das Verfahren richtet sich nach den für die Feststellung des Katasters gegebenen Vorschriften.

§ 8.

Im Falle einer Parzellirung sind die Genossenschaftslasten nach dem in diesem Statute vorgeschriebenen Vertheilungsmassstabe durch den Vorstand auf die Trennstücke verhältnißmäßig zu vertheilen. Gegen die Festsetzung des Vorstandes ist innerhalb zweier Wochen die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig.

§ 9.

Die Genossen sind verpflichtet, die Beiträge in den von dem Vorstande festzusetzenden Terminen zur Genossenschaftskasse abzuführen. Bei versäumter Zahlung hat der Vorsteher die fälligen Beträge beizutreiben.

§ 10.

Jeder Genosse hat sich die Einrichtung der nach dem Meliorationsplane in Aussicht genommenen Anlagen, diese Anlagen selbst und deren Unterhaltung, soweit sein Grundstück davon vorübergehend oder dauernd betroffen wird, gefallen zu lassen.

Darüber, ob und zu welchem Betrage dem einzelnen Genossen hiersfür, unter Berücksichtigung der ihm aus der Anlage erwachsenden Vortheile, eine Entschädigung gebührt, entscheidet, falls sich ein Genosse mit dem Vorstande nicht gütlich verständigen sollte, das nach Vorschrift dieses Statutes zu bildende Schiedsgericht mit Ausschluß des Rechtsweges.

§ 11.

Bei Abstimmungen hat jeder beitragspflichtige Genosse mindestens eine Stimme. Im Uebrigen richtet sich das Stimmverhältniß nach dem Verhältnisse der Theilnahme an den Genossenschaftslasten, und zwar in der Weise, daß für je einen Hektar beitragspflichtigen Grundbesitzes fünfter Klasse eine Stimme, vierter Klasse zwei Stimmen, dritter Klasse drei Stimmen, zweiter Klasse vier Stimmen, erster Klasse fünf Stimmen gerechnet werden.

Die Stimmliste ist demgemäß von dem Vorstande zu entwerfen und nach vorgängiger öffentlicher Bekanntmachung der Auslegung vier Wochen lang zur Einsicht der Genossen in dem Geschäftszimmer des Vorstehers

auszulegen. Anträge auf Berichtigung der Stimmliste sind an seine Frist gebunden.

§ 12.

Der Genossenschafts-Vorstand besteht aus:

- a. einem Vorsteher,
- b. acht Vertretern der Genossenschafts-Mitglieder, von denen einer als Stellvertreter des Vorstehers zu wählen ist.

Für jeden Vertreter ist ein Stellvertreter zu wählen.

Die Vorstandsmitglieder bekleiden eine Ehrenamt.

Als Entsch. für Auslagen und Zeitverkömmiss erhält jedoch der Vorsteher eine jährliche, von dem Vorstande festzusetzende Entschädigung.

Die Mitglieder des Vorstandes sowie die Stellvertreter werden von der Generalversammlung auf sechs Jahre nach absoluter Mehrheit über abgegebenen Stimmen gewählt. Die Wahl des Vorstehers bedarf der Bestätigung der Aufsichtsbehörde. Alle drei Jahre scheidet die Hälfte der Vertreter aus. Die das erste Mal ausscheidenden werden durch das vom der Hand des Vorstehers zu ziehende Loos bestimmt.

Wählbar ist jeder Genosse oder Vertreter eines korporativen Genossenschaftsmitgliedes, welcher den Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte nicht durch rechtskräftiges Erkenntnis verloren hat. Die Wahl der Vorstandsmitglieder wie der Vertreter erfolgt in getrennten Wahlhandlungen durch Stimmabgabe zu Protokoll. Wird im ersten Wahlgange eine absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so erfolgt eine zweite Wahl zwischen denjenigen beiden Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Vorsteher zu ziehende Loos.

Die Wahl des Vorstehers und dessen Stellvertreter kann auch auf eine der Genossenschaft nicht angehörige Persönlichkeit gerichtet werden. Ueber die Verpflichtung zur Annahme von Aemtern, die Gründe der Ablehnung und Folgen einer ungeschäftigten Ablehnung findet der § 8 der Kreisordnung sinngemäße Anwendung.

Wahl durch Zureuf ist zulässig.

§ 13.

Die Gewählten werden von der Aufsichtsbehörde durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet.

Zum Ausweise der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter dient das von der Aufsichtsbehörde aufgenommene Verpflichtungsprotokoll.

Der Vorstand hält seine Sitzungen unter Vorsitz des Vorstehers, der gleiches Stimmrecht hat wie die Vertreter, und dessen Stimme im Falle der Stimmengleichheit entscheidet.

Zur Gültigkeit der gefassten Beschlüsse ist es erforderlich, daß die Vertreter unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung geladen und daß mit Einschluß des Vorstehers mindestens zwei Drittel der Vorstandsmitglieder oder deren Stellvertreter anwesend sind. Wer am Erscheinen verhindert ist, hat dies unverzüglich dem Vorsteher anzugreifen. Dieser hat alsdann den Stellvertreter zu laden.

§ 14.

Soweit nicht in diesem Statute einzelne Verwaltungsbefugnisse dem Vorstande oder der Generalversammlung vorbehalten sind, hat der Vorsteher die selbstständige Leitung und Verwaltung aller Angelegenheiten der Genossenschaft zu besorgen.

Inbesondere liegt ihm ob:

- a. die Ausführung der gemeinschaftlichen Anlagen nach dem festgestellten Meliorationsplane zu veranlassen und zu beaufsichtigen

b. über die Unterhaltung der Anlagen, insb. w. mit Zustimmung des Vorstandes die nöthigen Anordnungen zu treffen und die nöthigen besonderen Anordnungen zu beschließen zu lassen; ferner

c. die vom Vorstande beschlossenen Beiträge auszusprechen und einzuziehen; die Ausgaben auf die Kasse anzugehen und die Kassenverwaltung zu beaufsichtigen und zu kontrollieren

d. die Vorschläge zum Nachschlage dem Vorstande zur Festsetzung und Annahme vorzulegen

e. die Unternehmungen der Genossenschaft zu beaufsichtigen, die Unterhaltung der Anlagen zu kontrollieren und ihnen Aufsicht vom zwei Vertretern die Wiesen- und Grabenschau abzuhalten

f. die Genossenschaft nach Außen zu vertreten, den Schriftwechsel für die Genossenschaft zu führen und die Urkunden derselben zu unterzeichnen. Zur Gültigkeit von Beschlüssen der Genossenschaft verpflichtenden Verträgen ist die Genehmigung des Vorstandes erforderlich

g. die nach Maßgabe dieses Statuts und der Ausführungsvorschriften von ihm angeordnet und festgesetzten Ordnungstrafen die — abgesehen von dem im § 17 Absatz 2 angegebenen Falle — den Betrag von 10 Mark nicht übersteigen dürfen, aus der Genossenschaftskasse einzuziehen

h. Die gemeinschaftlichen Anlagen sind in regelmäßige Schau zu nehmen, die alljährlich wenigstens ein Mal, und in den ersten fünf Jahren nach der Bauausführung jährlich zwei Mal, im Frühjahr und im Herbst stattfinden haben. Die Schau wird durch den Vorsteher geleitet. Die übrigen Vorstandsmitglieder sind zur Theilnahme an der Schau einzuladen. Der Schau termin ist rechtzeitig, möglichst vier Wochen vorher, der Aufsichtsbehörde und dem zuständigen Meliorationsbaubeamten anzugreifen, welche befugt sind, an den Schauen theilzunehmen. Die man ihnen gemachten Vorschläge sind zu beachten. Das Ergebnis der Schau ist in einem Protokolle, für dessen Aufbewahrung der Vorsteher zu sorgen hat, niederzulegen. Die Aufsichtsbehörde ist befugt, Anordnungen zu treffen, die nach technischem Erfassen zur Unterhaltung der im Meliorationsplane vorgesehenen, aber statutenmäßig beschlossenen Anlagen notwendigen Arbeiten im Zwangswege auf Kosten der Genossenschaft zur Ausführung zu bringen. Ueber Beschwerden gegen die bezüglich Anordnungen der Aufsichtsbehörde entscheidet der Regierungspräsident endgültig.

§ 16.

Die Verwaltung der Kasse führt ein Rechner, welcher von dem Vorstande auf fünf Jahre gewählt und dessen Remuneration vom Vorstande festgestellt wird. Die Aufsichtsbehörde kann jederzeit die Entlassung des Rechners wegen mangelhafter Dienstführung anordnen.

Der Rechner hat Kautions zu bestellen.

§ 17.

Zur Bewachung und Bedienung der Wiesen stellt der Vorstand einen Wiesenwärter auf dreimonatliche Kündigung an und stellt den Lohn für denselben fest.

Der Wiesenwärter ist allein befugt zu wässern und muß so wässern, daß alle Parzellen den verhältnismäßigen Antheil am Wasser erhalten. Kein Eigentümer darf die Schleusen öffnen oder zusetzen oder überhaupt die Ent- und Bewässerungsanlagen eigenmächtig verändern, bei Vermeidung einer vom Vorsteher festzusetzenden Ordnungsstrafe bis zu dreißig Mark für jeden Kontraventionsfall.

Der Wiesenwärter muß den Anordnungen des Vorstehers pünktlich Folge leisten und kann von demselben mit Verweis oder mit Ordnungsstrafe bis zu drei Mark bestraft werden.

§ 18.

Der gemeinsamen Beschlussfassung der Genossen unterliegen:

- 1) die Wahl der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter;
- 2) die Wahl der Schiedsrichter und deren Stellvertreter;
- 3) die Abänderung des Statutes.

§ 19.

Die erste zur Bestellung des Vorstandes erforderliche Generalversammlung beruft die Aufsichtsbehörde, welche auch zu den in dieser Versammlung erforderlichen Abstimmungen eine vorläufige Stimmliste nach den Flächenangaben des Grundstücksregisters des Genossenschaftsgebiets aufzustellen hat.

Die weiteren Generalversammlungen sind in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen (§ 60 des Gesetzes vom 1. April 1879), mindestens aber einmal in jedem Jahre durch den Vorstand zusammenzubernien.

Die Einladung erfolgt unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung durch ein öffentlich bekannt zu machendes Ausschreiben der Genossenschaft.

Zwischen der Einladung und der Versammlung muß ein Zwischenraum von mindestens zwei Wochen liegen.

Diese Frist kann in dringenden Fällen auf drei Tage abgekürzt werden.

Die Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig.

Der Vorsteher führt den Vorsitz.

Die Generalversammlung kann auch von der Aufsichtsbehörde zusammenberufen werden. In diesem Falle führt diese beziehungsweise der von ihr ernannte Kommissar den Vorsitz.

§ 20.

Die Streitigkeiten, welche zwischen Mitgliedern der Genossenschaft über das Eigentum an Grundstücken, über die Zuständigkeit oder den Umfang von Grundgerechtigkeiten oder anderen Nutzungsrechten oder über besondere, auf speziellen Rechtstiteln beruhende Rechte und Verbindlichkeiten der Parteien entstehen, gehören zur Entscheidung der ordentlichen Gerichte.

Dagegen werden alle anderen Beschwerden, welche die gemeinsamen Angelegenheiten der Genossenschaft oder die vorgebliche Beeinträchtigung einzelner Genossen in ihren durch das Statut begründeten Rechten betreffen, von dem Vorsteher untersucht und entschieden, soweit nicht nach Maßgabe dieses Statutes oder nach gesetzlicher Vorschrift eine andere Instanz zur Entscheidung berufen ist.

Gegen die Entscheidung des Vorstehers steht, sofern es sich nicht um eine der ausschließlichen Zuständigkeit anderer Behörden zuzurechnende Angelegenheit handelt, jedem Theile die Anrufung der Entscheidung eines Schiedsgerichtes frei, welche binnen zwei Wochen, von der Bekanntmachung des Bescheides an gerechnet, bei dem Vorsteher angemeldet werden muß. Die Kosten des Verfahrens sind dem unterliegenden Theile aufzuerlegen.

Das Schiedsgericht besteht aus einem Vorsitzenden, welchen die Aufsichtsbehörde ernannt, und aus zwei Beisitzern. Die Letzteren werden nach Maßgabe der Vorschriften dieses Statutes gewählt. Wählbar ist jeder, der in der Gemeinde seines Wohnortes zu den öffentlichen Gemeindegemeinden wählbar und nicht Mitglied der Genossenschaft ist.

Wird ein Schiedsrichter mit Erfolg abgelehnt, so ist der Ersatzmann aus den gewählten Stellvertretern oder erforderlichen Falles aus den wählbaren Personen durch die Aufsichtsbehörde zu bestimmen.

§ 21.

Die von der Genossenschaft ausgehenden Bekanntmachungen sind unter der Bezeichnung: „Ent- und Bewässerungs-Genossenschaft im Gebiete der unteren Stepenitz zu Weisen“ zu erlassen und vom Vorsteher zu unterzeichnen.

Die für die Öffentlichkeit bestimmten Bekanntmachungen der Genossenschaft werden in das Amtsblatt und das Wittenberger Intelligenzblatt aufgenommen.

§ 22.

Soweit die Aufnahme neuer Genossen nicht auf einer dem § 69 des Gesetzes vom 1. April 1879 entsprechenden rechtlichen Verpflichtung beruht, kann sie auch als ein Akt der Vereinbarung auf den Antrag des Aufzunehmenden durch einen der Zustimmung der Aufsichtsbehörde bedürftigen Vorstandsbeschluß erfolgen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insiegel.

Gegeben Stettin, den 11. August 1902.

grg. Wilhelm R.

Zugleich für den Justizminister.

ggg. v. Pöbbecke.

Bekanntmachungen der Königlichen Ministerien.

Erliebte Kreisarztsstelle.

44. Die Kreisarztsstelle des Kreises Heilsberg (Regierungsbezirk Königsberg) mit dem Wohnsitz in Heilsberg, soll anderweitig besetzt werden. Das Gehalt der Stelle beträgt je nach Maßgabe des Dienstalters 1800 bis 2700 Mark, die Amtskosten-Erschädigung 240 Mark jährlich.

Bewerbungs-gesuche sind binnen 3 Wochen an denjenigen Herrn Regierungspräsidenten, in dessen Bezirk der Bewerber seinen Wohnsitz hat, im Landespolizei-bezirk Berlin an den Herrn Polizei-Präsidenten in Berlin zu richten.

Berlin, den 5. September 1902.

Der Minister

der geistlichen, Unterrichts- u. Medizinal-Angelegenheiten,

Bekanntmachungen des Königlichen Ober-Präsidenten.

Kunststraße

15. In Ergänzung meiner Bekanntmachung vom 28. Dezember 1887 (Amtsblatt von 1888 Seite 11) bringe ich zur öffentlichen Kenntnis, daß die vom Kreis-Bezirksrat erbaute Chaussee Tengen—Mölower Brück zu demjenigen derselben unter B. aufgeführten Kunststraßen gehört, auf welche die zuständigen Bestimmungen zum Chausseegeldestarife vom 29. Februar 1840 (Ges. S. 97) für anwendbar erklärt worden sind.

Potsdam, den 28. August 1902.

Der Ober-Präsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Regierungspräsidenten.

Kontraktpflichtige ausländische Arbeiter.

262. Folgende ausländisch-polnische Saisonarbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitsstätten unter Kontraktbruch verlassen:

264.

Nachweisung

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag im Monat August 1902 in den Hauptmarktorien des Regierungsbezirks Potsdam.

| Kaufende Nummer | Es
loseten
je 60
Kilogramm | Beeckow
für
Kreis
Beeckow
Storkow | | Brandenburg
für
Brandenburg
Kreis
West-
havel-
land | | Ludow
für
Kreis
Ludow
Ludow-
walde | | Berlin
für
Kreis
West-
Prignitz | | Pots-
dam
für
Kreis
Pots-
dam
und
Kreis
Nau-
sch-
Belzig | | Prenzlau
für die
Kreise
Prenzlau
und
Templin | | Rupp-
in
für
Kreis
Rupp-
in | | Schwedt
für
Kreis
Anger-
münde | | Brieg
für
Kreis
Brieg | | Bemerkungen |
|-----------------|-------------------------------------|---|-----|---|-----|---|-----|---|-----|--|-----|---|-----|--|-----|--|-----|--------------------------------|-----|---|
| | | Mr. | Pf. | Mr. | Pf. | Mr. | Pf. | Mr. | Pf. | Mr. | Pf. | Mr. | Pf. | Mr. | Pf. | Mr. | Pf. | Mr. | Pf. | |
| 1 | Hafer | 8 21 | | 8 82 | | 9 38 | | 8 78 | | 9 45 | | 9 60 | | 8 83 | | 7 48 | | 9 32 | | Für die Kreise Niederbar-
n, Oberbar-
n, Ost-
havel-
land und Teltow,
sowie für die Stadtkreise
Königsberg, Schöneberg und
Spandau gilt Berlin
als Hauptmarktorien. |
| 2 | Heu | 5 25 | | 2 63 | | 3 15 | | 2 36 | | 3 05 | | 2 63 | | 2 63 | | 2 73 | | 2 21 | | |
| 3 | Richtstroh | 3 35 | | 2 04 | | 2 46 | | 2 56 | | 2 79 | | 3 68 | | 3 15 | | 2 36 | | 2 15 | | |

Potsdam, den 8. September 1902.

Der Regierungspräsident.

Namen:

Bisbergs-
Befähigungsort:

Stanislaus Szejcny,
Marianne Krowniat,
Jadwiga Kaczmarek,
Sophie Kaczmarek,
József Stawiska,
Marjanna Doholka
(genannt Marie Nowak).

Görsdorf bei
Dahme, Kreis
Jüterbog - Luden-
walde.

Die Genannten sind festzunehmen und sofort aus dem Staatsgebiete aufzuweisen. Vom Geschehenen ist unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung hiesiger Nachricht zu geben.

Potsdam, den 9. September 1902.

Der Regierungspräsident.

263.

Siebseuchen.

I. Festgestellt:

a. Milzbrand. Kreis Zauch-Belzig: Treuenbrietzen.

b. Schweinepest. Kreis Nieder-Barnim: Fried-
richsthal, Drakenburg. Kreis Jüterbog - Ludenwalde:
Reinsdorf. Kreis Teltow: Dr. Wilmersdorf, Zehlendorf.
v. Deslageschule. Kreis Teltow: Neu-Pa-
belsberg.

II. Geloschen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Nieder-
Barnim: Weiskene.

b. Milzbrand. Kreis Zauch-Belzig: Schwanebeck.

c. Schweinepest. Kreis Nieder-Barnim:
Weiskene.

d. Geflügelcholera. Kreis Nieder-Barnim:
Zehlendorf.

e. Bläschenausschlag. Kreis Ost-Prignitz:
Stübenitz, Friedheim. Kreis Rupp-: Campehl.

Potsdam, den 9. September 1902.

Der Regierungspräsident.

| Rangfolge Nummer | Namen der Städte | L. A. Getreide. | | | | L. B. übrige Markt. | | | | | | | | | | | | | |
|---|------------------|-----------------|-------|-------|-------|---------------------|-------|-------|---|------|------|--------|------|--------|------|--------------------------|--|-----|--|
| | | | | | | Sämereifrüchte. | | | | | | Stroh. | | | | S. C. G. | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | Rinde. | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | im Kleinhandel. | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | von der Preys vom Land | | | |
| Es folgen je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | Es | |
| 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 | | | | | | | | | | | | | | | | | | 1 2 | |
| 1 | Augsburg | 15 79 | 13 75 | 12 83 | 16 33 | 24 67 | 26 50 | 26 | — | 3 42 | 3 47 | 2 47 | 3 47 | 118 83 | 1 50 | 1 28 | | | |
| 2 | Beesfow | 16 08 | 13 87 | 14 35 | 15 26 | 22 50 | 27 50 | 45 | — | 4 20 | 3 20 | — | 5 | 105 | 1 35 | 1 10 | | | |
| 3 | Brandenburg | 15 30 | 13 62 | 13 50 | 15 89 | 23 50 | 25 | 31 | — | 4 36 | 3 78 | — | 4 40 | 88 | 1 40 | 1 20 | | | |
| 4 | Dahme | 16 47 | 14 28 | 13 57 | 16 | 26 | 30 | 85 | — | 3 50 | 3 | 3 | 7 | 95 | 1 40 | — | | | |
| 5 | Eberswalde | 16 96 | 14 40 | 15 | 34 97 | 25 | 29 | 28 | — | 4 56 | 4 | — | 5 | 114 | 1 60 | 1 40 | | | |
| 6 | Färberog | 16 31 | 14 50 | 14 50 | 17 48 | 35 | 40 | 45 | — | 5 58 | 5 94 | — | 6 | 110 | 1 60 | 1 40 | | | |
| 7 | Fuchswalde | 16 50 | 14 25 | 14 | 16 56 | 35 | 35 | 45 | — | 4 | 4 67 | — | 5 50 | 120 | 1 40 | 1 40 | | | |
| 8 | Herleberg | 16 23 | 14 10 | — | 16 43 | 25 | 32 | 38 | — | 4 88 | 4 81 | — | 5 85 | 115 | 1 50 | 1 20 | | | |
| 9 | Potsdam | 16 07 | 14 13 | 14 11 | 17 30 | 23 50 | 26 | 28 60 | — | 4 18 | 5 | — | 5 33 | 115 | 1 66 | 1 36 | | | |
| 10 | Trenslau | 14 50 | 13 08 | 13 32 | 17 08 | 25 50 | 23 | 35 | — | 4 25 | 6 50 | 4 75 | 4 50 | 115 | 1 70 | 1 30 | | | |
| 11 | Wismar | 17 08 | 15 03 | 14 88 | 17 13 | 18 50 | 22 50 | 35 | — | 3 64 | 3 86 | 3 30 | 3 85 | — | 1 40 | 1 20 | | | |
| 12 | Rathenow | 16 27 | 13 83 | 14 56 | 16 33 | 23 | 25 | 21 44 | — | 3 69 | 3 35 | — | 3 98 | 120 | 1 68 | 1 40 | | | |
| 13 | Neu-Ruppin | 16 50 | 14 | 16 | 16 81 | 35 | 35 | 55 | — | 4 33 | 6 | 4 | 5 | 106 | 1 45 | 1 25 | | | |
| 14 | Schwedt | 18 | 14 19 | 14 | 14 24 | 26 67 | 31 25 | 37 50 | 5 | 4 50 | — | — | 5 20 | — | 1 60 | 1 40 | | | |
| 15 | Spanbau | 17 40 | 14 92 | 15 75 | 17 75 | 26 50 | 37 50 | 42 | — | 4 50 | 6 25 | 6 25 | 5 | 140 | 1 75 | 1 35 | | | |
| 16 | Strausberg | 19 | 14 | 15 | 16 | 30 | 35 | 40 | — | 4 | 6 | 4 | 6 | 130 | 1 80 | 1 20 | | | |
| 17 | Teltow | — | 14 23 | 14 28 | 16 20 | 31 | 35 | 41 | — | 4 75 | 7 50 | — | 5 75 | 131 | 1 60 | 1 30 | | | |
| 18 | Templin | 14 50 | 13 50 | 12 50 | 13 50 | 30 | 30 | 40 | — | 4 | 5 | 4 | 5 | 100 | 1 20 | 1 20 | | | |
| 19 | Treuenbriezen | 15 86 | 14 28 | 14 | 15 20 | 25 | 24 | 30 | — | 4 50 | 5 50 | — | 5 | — | 1 40 | 1 28 | | | |
| 20 | Wittstock | 15 50 | 13 29 | 15 | 16 50 | 28 | 38 | 40 | — | 5 22 | 4 | 3 | 4 50 | — | 1 28 | 1 05 | | | |
| 21 | Briezen a. D. | 16 09 | 13 78 | 12 48 | 16 64 | 23 50 | 23 | 31 06 | — | 2 25 | 6 25 | 5 | 5 50 | 115 | 1 60 | 1 40 | | | |
| Durchschnitt | | 15 17 | 14 05 | 14 23 | 17 08 | — | — | — | — | 4 21 | 5 06 | 3 96 | 5 04 | 113 60 | — | — | | | |

Potsdam, den 8. September 1902.

Verordnung.

Sonntagsruhe im Barbiergewerbe.

266. Im Anschluß an meine Verordnung vom 21sten März 1895 — Amtsblatt S. 112 zu e. — bestimme ich gemäß § 41b. der Reichsgewerbeordnung, daß im Bezirk der „Barbiere-, Friseur- und Perrückenmacher-Innung Zauch-Belzig,“ d. h. in den Orten Beelitz, Brück, Belzig, Bielenburg, Riemegg and Treuenbriezen, der Betrieb des Barbier-, u. Gewerbes an Sonn- und Feiertagen nur bis 2 Uhr Nachmittags stattfinden darf.

Potsdam, den 1. September 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung. Betr. die Winter-Schonzeit, das Verbot des Lachsanges mit Juge und Treib-Netzen, sowie das Verbot des Krebseffanges.

267. Auf die folgenden Bestimmungen der Allerhöchsten Verordnung zur Ausübung der Fischerei-Ge-

setzes vom 8. August 1887 wird hierdurch hingewiesen:

In den nachbenannten Gewässern: a. in der Nuthe von Saarmund an aufwärts, b. in der Nieplitz von Buchholz bei Treuenbriezen an aufwärts, c. in der Plane von Holzow an aufwärts, d. in dem Belziger, Baigert und Friedersdorfer Bach im Kreise Zauch-Belzig, e. in dem Volzenburger Strom, der Quilow und der Weite in den Kreisen Templin und Prenslau ist der Betrieb der Fischerei während der Zeit vom 15. Oktober Morgens 6 Uhr bis 14. Dezember Abends 6 Uhr (Winterschönzeit) nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Unterzeichneten gestattet. (§ 3 Nr. 2).

Die Lachsfischerei mit Juge und Treib-Netzen ist in der Elbe a. auf der Strecke unterhalb der Eisenbahnbrücke bei Wittenberge in der Zeit vom 15. September bis 14. Dezember einschließlich, b. auf

II. Verkaufspreise an einem der letzten Tage des Monats.

| S i e f t. | | | | | | Rehl zur Speiserechnung auf | | Gersten- | | Brogg- | | Hirse- | | Buchweizen- | | Kartoffel- | | Pflanz- | | Fische- | | Geflügel- | | Obst- | | Getränke- | | Sonstige- | | | | | | | | | | |
|------------|-------|--------|--------|-------------|------------|-----------------------------|---------|-----------|-------|-----------|-----------|-----------|--------|-------------|--------|------------|-------------|------------|---------|---------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-------|-----------|--------|-------------|------------|---------|---------|-----------|-------|-----------|-----------|-----------|
| Sieft. | Rehl. | Brogg. | Hirse. | Buchweizen. | Kartoffel. | Pflanz. | Fische. | Geflügel. | Obst. | Getränke. | Sonstige. | Zusammen. | Sieft. | Rehl. | Brogg. | Hirse. | Buchweizen. | Kartoffel. | Pflanz. | Fische. | Geflügel. | Obst. | Getränke. | Sonstige. | Zusammen. | Sieft. | Rehl. | Brogg. | Hirse. | Buchweizen. | Kartoffel. | Pflanz. | Fische. | Geflügel. | Obst. | Getränke. | Sonstige. | Zusammen. |
| 1.65 | 1.53 | 1.47 | 1.80 | 2.30 | 4. — | — | 30 | 25 | 55 | 33 | 40 | 40 | 40 | 45 | 2.30 | 3.10 | 20 | 1.60 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 1.90 | 1.15 | 1.30 | 1.60 | 2.20 | 3.30 | 45 | 25 | 50 | 40 | 35 | 60 | 40 | 60 | 2.40 | 3.40 | 20 | 1.50 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 1.40 | 1.30 | 1.35 | 1.80 | 2.30 | 3.87 | 30 | 25 | 40 | 40 | 40 | 40 | 40 | 40 | 2. — | 2.80 | 20 | 1.80 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 1.40 | 1. — | 1.20 | 1.80 | 2.20 | 3.60 | 30 | 20 | 40 | 50 | 40 | 60 | 40 | 50 | 2.50 | 3.40 | 20 | 1.60 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 1.60 | 1.39 | 1.45 | 1.80 | 2.30 | 4.40 | 27 | 23 | 40 | 40 | 40 | 40 | 40 | 60 | 2.60 | 3.40 | 20 | 1.80 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 1.60 | 1.40 | 1.40 | 1.60 | 2.40 | 4. — | 30 | 20 | 50 | 50 | 50 | 80 | 40 | 60 | 2. — | 2.40 | 20 | 1.60 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 1.60 | 1.30 | 1.40 | 2. — | 2.30 | 4. — | 33 | 22 | 50 | 50 | 50 | 60 | 35 | 60 | 2. — | 2.60 | 20 | 1.30 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 1.40 | 1.50 | 1.35 | 1.90 | 2.09 | 3.23 | 25 | 24 | 45 | 28 | 45 | 45 | 35 | 45 | 2.30 | 2.90 | 19 | 2. — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 1.68 | 1.54 | 1.69 | 1.70 | 2.26 | 3.90 | 38 | 26 | 60 | 50 | 40 | 50 | 45 | 55 | 2.50 | 3.10 | 20 | 1.80 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 1.50 | 1.30 | 1.50 | 1.90 | 2.30 | 4.20 | 29 | 25 | 45 | 45 | 45 | 55 | 38 | 55 | 2.60 | 3. — | 20 | 1.70 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 1.40 | 1.40 | 1.30 | 1.70 | 4. — | 5.88 | 30 | 25 | 40 | 40 | 40 | 50 | 40 | 45 | 2.40 | 3.40 | 20 | 1.60 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 1.50 | 1.40 | 1.40 | 1.70 | 2.38 | 4.04 | 30 | 28 | 47 | 47 | 47 | 47 | 42 | 55 | 2.30 | 3.50 | 20 | 1.80 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 1.50 | 1.25 | 1.35 | 1.80 | 2.30 | 4. — | 30 | 25 | 50 | 40 | 50 | 40 | 50 | 50 | 2.90 | 4. — | 20 | 1.60 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 1.60 | 1.20 | 1.40 | 1.60 | 2.40 | 4.40 | 35 | 25 | 50 | 30 | 40 | 50 | 50 | 60 | 2.80 | 3.60 | 20 | 1.80 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 1.75 | 1.75 | 1.75 | 1.95 | 2.20 | 3.90 | 36 | 28 | 75 | 37 | 40 | 43 | 43 | 50 | 2.40 | 3. — | 20 | 1.70 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 1.80 | 1.50 | 1.60 | 1.80 | 2.40 | 4.80 | 30 | 25 | 50 | 40 | 40 | 40 | 40 | 60 | 2.20 | 2.80 | 20 | 1.80 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 1.60 | 1.50 | 1.50 | 1.55 | 2.20 | 4.20 | 40 | 30 | 45 | 35 | 43 | 55 | 45 | 55 | 2.50 | 2.70 | 20 | 1.50 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 1.40 | 1.20 | 1.20 | 1.80 | 2.30 | 4.80 | 30 | 25 | 50 | 50 | 50 | 40 | 50 | 50 | 2.30 | 2.60 | 20 | 1.60 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 1.28 | 1. — | 1.28 | 1.60 | 2.20 | 8.88 | 30 | 24 | 50 | — | 50 | 50 | 30 | 50 | — | — | 20 | 1.60 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 1.92 | 1.12 | 1.18 | 1.60 | 2.27 | 3.50 | 27 | 22 | 38 | 88 | 45 | 42 | 40 | 45 | 2.10 | 2.80 | 20 | 1.68 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 1.40 | 1.40 | 1.40 | 1.80 | 2.30 | 4. — | 33 | 28 | 48 | 30 | 40 | 45 | 45 | 45 | 2.30 | 3. — | 20 | 1.80 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |

Der Regierungspräsident.

der Straße oberhalb der Eisenbahnbrücke bei Wittenberge, in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember einschließlich verboten. (§ 3 Nr 4).

Während der Dauer der Winterschonzeit müssen in den benannten nicht geschlossenen Gewässern die durch das Fischereigesetz vom 30. Mai 1874 nicht befreiten ständigen Fischerei-Vorrichtungen hinweggeräumt oder abgestellt sein. (§ 9).

In der Zeit vom 1. November bis zum 31. Mai
einschließlich ist der Fang von Krebseu in allen
nicht geschlossenen Gewässern verboten.

Gelangen Krebsse während der angeordneten Schonzeit lebend in die Gewalt des Fischers, so sind dieselben mit der zu ihrer Erhaltung erforderlichen Vorsicht sofort wieder in das Wasser zu setzen. (§ 10.)

Zu widerhandlungen gegen die vorstehenden Vorschriften werden, soweit dieselben nicht den Straf-

bestimmungen des Fischereigesetzes oder des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich unmittelbaren, mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder Haft bestraft.

Notdham, den 5. September 1902.

Der-Regierungspräsident.

Ganzbuch-für Polizeibehörden

268. Das, von dem Ingenieurmeister Röpler
hier selbst verfaßte Handbuch

„Sammlung der Polizeiverordnungen
und polizeilichen Vorschriften für den
Regierungsbezirk Potsdam.“
ist in zweiter umgearbeiteter Auflage im Verlage von
H. W. Dapns Erben in Berlin SW. 12, Zimmer-
strasse Nr. 29, erschienen.

Das Buch, 926 Seiten stark, kostet gebunden 11 M.,
und gebunden 12 M., 50 Pf. und ist durch sämtliche
Buchhandlungen zu beziehen.

Ich mache die Polizeibehörden hierauf aufmerksam.
Potsdam, den 5. September 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung der Königl. Regierung.

Schließung einzelner Regierungsbezirke für die Nahrung forst-
versorgungsberechtigter Anwärter.

27. Auf Grund des § 26 der Bestimmungen über
Ausbildung, Prüfung und Anstellung für die unteren
Stellen des Forstdienstes in Verbindung mit dem Wilt-

sdienst im Jagdberuf vom 1. Oktober 1897 werden
bei den Königl. Regierungen zu Potsdam, Eriugis,
Magdeburg, Stade, Wiesbaden und Trier neue Re-
tierungen forstversorgungsberechtigter Jäger der Klasse A
bis auf Weiteres bergeht, daß bei den
genannten Regierungen nur Meldungen solcher Jäger
angenommen werden dürfen, welche zur Zeit der Aus-
stellung des Forstversorgungscheines mindestens 2 Jahre
im Staatsforstdienste des betreffenden Bezirks beschäf-
tigt sind.

77.

Marktpreise für den A. Engros-Markt-Preis

| | Weizen | | | | | | Roggen | | | | | | Butter-Getreide | | | | | | Gerste | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|--------------------|---------|----|---|--------|----|----|--------|---|----|-----|---|---|-----------------|----|---|--------|----|----|--------|---|----|--------|---|---|--------|----|---|-----|----|----|--------|---|----|--------|--|--|----|----|--|--|----|----|
| | gut | | | mittel | | | gering | | | gut | | | mittel | | | gering | | | gut | | | mittel | | | gering | | | gut | | | mittel | | | gering | | | | | | | | |
| | Gezogen | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | | | | | | | | | | |
| in Berlin | 16 | 08 | | | 15 | 96 | | | 15 | 88 | | | 14 | 64 | | | 14 | 41 | | | 14 | 20 | | | 15 | 25 | | | 14 | 91 | | | 14 | 61 | | | 19 | 15 | | | 18 | 22 |
| in Charlottenburg | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| in Schöneberg . . | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| in Rixdorf | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

B. Detail-Markt-Preise im Monatsdurchschnitt.

| | Getreide
(gelbe
zum Kochen) | | Speise-
Getreide
(weiße) | | Eiweizen | | Rartoffeln | | Rindfleisch | | Schweine-
fleisch | | Kalbfleisch | | Lammes-
fleisch | | Sched-
(geräuchert) | | Eggbutter | | Vier
(60 Stüd) | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|-------------------|-----------------------------------|----|--------------------------------|----|----------|----|------------|----|-------------|----|----------------------|----|-------------|----|--------------------|----|------------------------|----|-----------|----|-------------------|----|--------------------------|----|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|
| | Ge kostet je 1 D. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | Ge kostet je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | M. | S. | M. | S. | M. | S. | M. | S. | M. | S. | M. | S. | M. | S. | M. | S. | M. | S. | M. | S. | M. | S. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| in Berlin | 32 | 50 | 37 | 50 | 40 | — | 6 | 37 | 15 | 50 | 12 | 24 | 15 | 51 | 14 | 48 | 15 | 52 | 15 | 50 | 23 | 30 | 34 | 44 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| in Charlottenburg | 35 | — | 35 | — | 50 | — | 5 | 74 | 17 | 70 | 12 | 20 | 16 | 60 | 15 | 50 | 17 | 76 | 23 | 30 | 31 | 10 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| in Schöneberg | 38 | 35 | 35 | — | 35 | — | 5 | 07 | 14 | 99 | 12 | 22 | 14 | 99 | 14 | 41 | 14 | 44 | 15 | 55 | 23 | 30 | 27 | 9 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| in Rixdorf | — | — | — | — | — | — | 5 | 38 | 15 | 50 | 13 | 30 | 15 | 55 | 13 | 35 | 12 | 55 | 17 | 70 | 23 | 35 | 34 | 0 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

Berlin, den 5. September 1902.

Bekanntmachung.

78. Der im Stück 33 des Amtsblatts vom 15ten
August d. J. veröffentlichte Preis für Mais — runder
— im Monat Juli d. J. beträgt nicht, wie angegeben,
12,14 Mark, sondern 12,33 Mark.

Berlin, den 5. September 1902.

Der Polizeipräsident.

Berliner Hypothekendarlehen-Gesellschaft.

79. Die General-Versammlungen der Aktionäre der
Pommerschen Hypothekendarlehen-Gesellschaft vom 29. September
und 16. November v. J. haben die Abänderung des
§ 32, die General-Versammlung vom 11. Dezember
v. J. hat die Abänderung der §§ 1 und 19 Absatz 2
des Gesellschaftsstatuts beschlossen.

Ferner hat der Aufsichtsrath der bezeichneten Bank
im Auftrage der Generalversammlung vom 11. Dezember
v. J. in seiner Sitzung vom 12. Februar d. J.:
a. die Aenderung des § 6 Absatz 1, b. die Aenderung

der §§ 2 Absatz 1, 7 Absatz 3 Satz 1, 13 Absatz 1,
29 Absatz 1, 49 Absatz 1 Satz 3, 52 Absatz 1 und
Absatz 5 Satz 1 und in seiner Sitzung vom 5. Mai
d. J. die Aenderung des § 5 des Gesellschaftsstatuts
beschlossen.

Demnach tritt in dem Gesellschaftsstatut an die
Stelle der bisherigen Firma „Pommersche Hypotheken-
Aktien-Bank“ in den §§ 1, 2 Absatz 1, 7 Absatz 3
Satz 1, 13 Absatz 1, 29 Absatz 1, 49 Absatz 1 Satz 3,
52 Absatz 1 und Absatz 5 Satz 1 die neue Firma
„Berliner Hypothekendarlehen-Gesellschaft.“

Ferner lautet:

§ 5.

Das Grundkapital der Gesellschaft besteht aus
1000 Aktien Littera A. à 1000 Mark und aus 15500
Aktien Littera B. à 1000 Mark. Die Aktien Littera A.
nehmen an der Dividende vom 1. Januar 1902 ab
theil. Die Aktien Littera B. nehmen an der Dividende
vom 1. Juli 1902 ab theil und sind an den Sicher-

des Königlich Preussischen und des Reichs-
Ausführungsverordnung vom 16. November 1899 (G.
S. 562) erteilt.

Reichs-Justizamt.

Berlin, den 15. Mai 1902.

Auf das Schreiben vom 18. März d. J. I. B. b. 1966.
Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 13ten
d. Mts. beschlossen:

1. Zu den im Auftrage der Reichs-
Versammlung der Handelskammern vom 11. Dezember
1901 von der Generalversammlung der Pommerschen
Hypotheken-Aktienbank in Berlin am 11. Dezember 1901
gefassten Beschlüssen über die Herabsetzung und Wieder-
erhöhung des Grundkapitals und zu den in der Aus-
führung dieser Beschlüsse vom Aufsichtsrath am 5. Mai
1902 beschlossenen vorläufigen Aenderungen der Be-
stimmungen des § 5 des Gesellschaftsstatuts über die
Höhe des Grundkapitals und die Zahl und den Nenn-
werth der Aktien.

2. Zu den von der bezeichneten Generalversam-
lung und den Generalversammlungen vom 28. Sep-
tember und 16. November 1901 sowie zu den in Aus-
führung der Generalversammlungsbeschlüsse am 12. Fe-
bruar 1902 vom Aufsichtsrath beschlossenen Aenderungen
der §§ 1, 2, 5, 7, 13, 19, 29, 32, 49 und 62 des
Gesellschaftsstatuts gemäß § 12 Absatz 3 des Hypotheken-
bankgesetzes vom 13. Juli 1899 die Genehmigung zu
erteilen.

In Vertretung des Staatssekretärs
Sälbrod.

An den Herrn Minister für Landwirtschaft, Domänen
und Forsten.

Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Berlin, den 6. Juni 1902.

Geschäfts-Nr. I. B. b. 5025, M. f. E.

Justiz-Minister 1, 4581.

Finanz-Minister 1, 8131.

Minister des Innern IV, c. 1486.

Wir genehmigen auf Grund Allerhöchster Er-
mächtigung vom 2. Juni d. J., daß das der Pommerschen
Hypotheken-Aktienbank bisher verliehene Privilegium
zur Ausgabe von Inhaberpapieren auch bei den von
den Generalversammlungen der Aktionäre am 28. Sep-
tember, 16. November und 12. Dezember v. J. und
im Antrage des letzteren mit dem Aufsichtsrath in den
Sitzungen vom 12. Februar und 5. Mai d. J. be-
schlossenen Aenderungen der §§ 1, 2, 5, 7, 13, 19,
29, 32, 49 und 62 des Gesellschaftsstatuts in Kraft
bleibt, vorausgesetzt, daß die Ausräumung der Beschlüsse
in das Handelsregister veranlaßt erfolgt.

Der Justizminister.

Der Finanzminister.

Der Reichs-Justizamt.

Im Auftrage.

Der Minister für Landwirth-

Der Minister des Innern.

schaft, Domänen u. Forsten.

Im Auftrage.

Der Reichs-Justizamt.

Im Auftrage.

Der Reichs-Justizamt.

Im Auftrage.

Der Reichs-Justizamt.

Im Auftrage.

Die erwähnten Statutenänderungen sind bereits in
das Handelsregister des Königl. Amtsgerichts
Berlin eingetragen worden.

Berlin, den 30. August 1902.

Der Polizei-Präsident.

In Vertretung d. Stadtkammer.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen
Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Eröffnung neuer Telegraphenanstalten.
47. Bei der Postämter in Gartzelle, Wärmann,
wird am 7. September d. J. ein Telegraphenamt
eröffnet. Potsdam, den 3. September 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion. J. B. Junper.
Bekanntmachungen der Königl. Kon-
sistorium der Provinz Brandenburg.

42. Erlebigt ist die Pfarrstelle Königl. Patronats
zu Hohenbruch, Diözese Neu-Ruppin, durch Ver-
setzung des Pfarrers Franz zum 1. Oktober d. J.
Wiederbesetzung erfolgt durch Gemeindevahl nach dem
Pfarrwahlgesetz vom 15. März 1886 — R. Gef. und
V. Bl. S. 39 —. Bewerbungen sind bei dem König-
lichen Konsistorium einzureichen.

43. Erlebigt ist die Pfarrstelle Königl. Patronats
zu Christendorf, Diözese Jossen, durch demnächste Ver-
setzung des Pfarrers Rühb. Wiederbesetzung durch
Gemeindevahl nach dem Pfarrwahlgesetz vom 15. März
1886 — R. Gef. und V. Bl. S. 39 —. Bewerbungen
schriftlich bei dem Königl. Konsistorium einzureichen.

Personal-Chronik.

Der Landrath von der Spurenburg zu Disers-
leben ist zum Oberpräsidialrath ernannt und als solcher
dem Oberpräsidium in Potsdam überwiesen worden.

In den Provinzialrath der Provinz Brandenburg
sind gewählt worden der Oberbürgermeister Boddin zu
Nirsdorf als Mitglied und der Rittergutsbesitzer Wrede
zu Diepensee sowie der Amtsvorsteher Ruffel zu
Dampshof als Stellvertreter.

Den Königl. Oberpostel in Potsdam der
Postsekretär Degeln, bisher in Berlin, der Postsekretär
Alt-Placht, Rade in Burg der Postsekretär Eitner,
Ehler in Rathenow der Postsekretär Dimpmannsdorf
und Giebel in Jäglitz der Postsekretär Hallenhausen
ist der Titel „Baggermeister“ verliehen worden.

Die durch das Abgehen des Baggermeisters Alten-
sich in Wittenberge frei gewordene Baggermeisterstelle
ist vom 1. Oktober d. J. ab dem zum Baggermeister
ernannten Strommeister Eitner übertragen worden.

Der bisherige Divisionsfahrrer Schlegel von der
5. Division in Frankfurt a. M. ist zum Pfarrer am
Invalidenhaus in Berlin bestellt worden.

Die Lehrer Matthes II, Jahn, Grell,
Zeigler, Rohde IV und Rübke sind endgültig
als Schullehrer in Berlin angestellt worden.

Der Gemeindefullehrer Erdner ist als Ge-
meindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Der Oberlehrer an der Oberrealschule zu ~~Wien~~ Friedrich-Lutz ist vom 1. Oktober 1902 ab in gleicher Eigenschaft an der 9. Realschule in Berlin und der Gemeindefchullehrer Dskar Ruff ist vom selben Zeitpunkt ab als Turnlehrer an derselben Anstalt angestellt worden.

Der bisherige Hilfsturnlehrer Albert Schmidt ist vom 1. April 1902 ab als Turnlehrer an der 7. Realschule in Berlin angestellt worden.

Der bisherige Hilfsturnlehrer Georg Jahn ist vom 1. April 1902 ab als Turnlehrer an der 11. Realschule in Berlin angestellt worden.

Der bisherige Hilfsturnlehrer Albert Kalkertborn ist vom 1. April 1902 ab als Turnlehrer an der 1. Realschule in Berlin angestellt worden.

Der Gemeindefchullehrer Karl Zinnow ist vom 1. April 1902 ab als Turnlehrer an der 2. Realschule und der Gemeindefchullehrer Franz Hüllweh ist vom 1. Oktober 1902 ab als Turnlehrer an der 5. Realschule in Berlin angestellt worden.

Der Oberlehrer an der Handwirtschafts- und Realschule in Herford Emil Heine ist vom 1. Oktober 1902 ab in gleicher Eigenschaft an der 13. Realschule in Berlin angestellt worden.

Personal-Veränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam.

Staatsschreiber angestellt ist der Postassistent Czech in Rathenow als Postassistent.

Verfest ist der Postassistent Grasmann von Nauen nach Berlin.

Ausweisung aus Preußen.

Ausbedienter Michael Fischermann, geboren 24. den Dezember 1877, zu Willems, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 9ten Juni 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Das Dienstmädchen Marianna Piazza, geboren 15. Juni 1877, zu Dillowice in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästige Ausländerin durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 24. Juni 1902 ausgewiesen.

Friseur Ignaz Aderhalt, geboren 6. Juni 1880 zu Rosca, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 7. Juli 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Arbeiter Andreas Leporowski, geboren am 15. November 1881 zu Wjelsunke, Kr. Kalisch, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 10. Juli 1902 ausgewiesen.

Büdergehilfe Moriz Rosenberg, geboren 1. August 1881 zu Bllz in Oesterreich, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 15ten Juli 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Das Dienstmädchen Mary Menbyl, geboren am 7. 1879, zu Buczacj i. Galizien, österreichische Staats-

angehörige, ist als lästige Ausländerin durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 22. Juli 1902 ausgewiesen.

Der Handlungsgehilfe Moses Warber, geboren am 18. Oktober 1880 zu Belducy, Oesterreich, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 22. Juli 1902 ausgewiesen.

Köchin Anna Klein, geboren 5. März 1839 zu Zolkiew in Galizien, österreichische Staatsangehörige, ist als lästige Ausländerin durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 23. Juli 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Die Sara Dienstodt, geboren 25. September 1884 zu Bilsz in Oesterreich, österreichische Staatsangehörige, ist als lästige Ausländerin durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 23. Juli 1902 ausgewiesen.

Der Schneider Jürgis Pignattis, geboren am 14. April 1881 zu Sawalski, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 24ten Juli 1902 ausgewiesen.

Der Schweizer Samuel Kropf, geboren am 1. August 1875 zu Thum, Kanton Bern, schweizerischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 28. Juli 1902 ausgewiesen.

Der Drehorgelmeister Dominico Gindi, geboren 5. Februar 1878 zu Pellegrino, Italien, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 3. August 1902 ausgewiesen.

Der Drechslermeister Giuseppe Ghinelli, geboren 14. September 1839 zu Grotte Pellegrino, Italien, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 6. August 1902 ausgewiesen.

Schuhmacher Johann Prevratil, geboren 10ten Juni 1871 zu Hohenmoric in Oesterreich, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 6. August 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Hirschenmacher Benjamin Ehrenhaft, geboren am 1. Mai 1882 zu Montach, Oesterreich-ungarischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. August 1902 ausgewiesen.

Der Schneider Job Perelmutter, geboren zu Satanow, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. August 1902 ausgewiesen.

Der Küster Josef Rakfa, geboren 19. März 1874 zu Olona, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 18. August 1902 ausgewiesen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Rang Nr. | Name und Stand | Alter und Geburtsort | Grund der Verurteilung | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat | Datum der Ausweisung |
|--|---|---|---|--|----------------------|
| | des Ausgewiesenen | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Amann Josef, Arbeiter, | geboren am 18. November 1850 zu Großleibnitz, Bezirk Schönbach, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst, | Diebstahl im wiederholten Rückfall und Betrug (2 Jahre Zuchthaus, laut Erkenntnis vom 5. September 1900), | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau, | 2. August 1902. |
| 2 | Josef Runkl, Töpfergehilfe, | geboren am 25. Januar 1869 zu Schützenhofen, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst, | schwerer Diebstahl (1 Jahr Zuchthaus, laut Erkenntnis vom 20. August 1901), | derselbe, | ebenselbst. |
| 3 | Johann Josef Pohl, Blättensarbeiter, | geboren am 8. April 1861 zu Böhmendorf, Bezirk Schönbach, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst, | Hehlerei u. Diebstahl (10 Monate Gefängnis, laut Erkenntnis vom 19. November 1901), | Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Bautzen, | 14. Juli 1902. |
| 4 | Bilibr Tosi, ohne Stand, | geboren am 27. August 1872 zu Divignano, Bezirk Novara, Italien, ortsangehörig ebendasselbst, | Zuhälterei (1 Jahr Gefängnis, laut Erkenntnis vom 19. Juli 1902), | Königliche Bezirks-Präsident zu Metz, | 7. August 1902. |
| 5 | Frederik Clement, Schneider, | geboren am 14. Juni 1872 zu Leichter, Département Bienna, Frankreich, französischer Staatsangehöriger, | Diebstahl (2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, laut Erkenntnis vom 31. Januar 1900), | Großherzoglich badischer Landeskommissar zu Karlsruhe, | 9. Juli 1902. |
| b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Oskar Pawel, Garnspinner, | geboren am 19. Juni 1866 zu Rosenthal II, Bezirk Reichenberg, Böhmen, ortsangehörig zu Arnsdorf, Bezirk Jägerndorf, Österreichisch-Schlesien, | gefährliche Körperverletzung und Zuhälterei (1 Jahr 7 Monate Gefängnis, laut Erkenntnis vom 18. Dez. 1900), | Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Bautzen, | 29. Mai 1902. |
| 2 | Josef Goloc (Golof) Arbeiter, | geboren am 1. September 1864 zu Pilsen, Bezirk Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst, | Landstreicherei, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau, | 2. August 1902. |
| 3 | Melchior Rastal, Kaufmann, | geboren am 7. Februar 1871 zu Pustumwitz, ortsangehörig zu Břest, Bezirk Bittlingau, Böhmen, | Landstreicherei und Betteln, | Königlich bayerisches Bezirksamt Grafenau, | 25. Juli 1902. |
| 4 | Johann Klima, Tagelöhner, Schlosser und Feiger, | geboren im Mai 1864 (oder 1865) zu Jarzow, Bezirk Wilelica, Galizien, ortsangehörig zu Mährisch-Odrau, | Betteln, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln, | 25. Mai 1902. |
| 5 | Josef Bagel, Fleischergehilfe, | geboren am 3. März 1871 zu Kautenwalde, Bezirk Freiwaldau, Österreichisch-Schlesien, ortsangehörig ebendasselbst, | ebenselbst, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau, | 26. Juli 1902. |

| Sam. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimat | Grund der Bestrafung | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat | Datum der Ausweisungs-Beschlüsse |
|----------|---|--|--|--|----------------------------------|
| | der Ausgewiesenen | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 6 | Thomas Mach, Tagelöhner, | geboren am 21. Juli 1847 zu Dujazb, Bezirk Pilsen, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst, | Betteln, | Königlich bayerisches Bezirksamt Passau, | 24. Juli 1902. |
| 7 | Johann Volker, Tagelöhner, | geboren am 6. Januar 1851 zu Meigelsdorf, Bezirk Laus, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, | desgleichen, | Stadtmagistrat Rosenheim, Bayern, | 27. März 1902. |
| 8 | Felix Proste, Bäckergehilfe, | geboren am 2. März 1871 zu Königsberg, Österreichisch-Schlesien, ortsangehörig ebendasselbst, | desgleichen, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln, | 18. März 1902. |
| 9 | Cassimir Trojnad (Grosznacki), Arbeiter, | geboren am 24. März 1861 zu Ostrowy - Luszowoskie, Bezirk Kosbuszowa, Galizien, ortsangehörig ebendasselbst, | desgleichen, | Königlich preussischer Polizei-Präsident zu Berlin, | 1. Juli 1902. |
| 10 | Franz Josef Blattmann, Messer, | geboren am 26. Juni 1873 zu Ober - Negert, Kanton Zug, Schweiz, ortsangehörig ebendasselbst, | Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Straßburg, | 9. August 1902. |
| 11 | Ignaz Gromski (Grombski), Arbeiter, | geboren am 29. Juli 1862 zu Przewow bei Czestochau, Gouvernement Piotrkow, Rußland, ortsangehörig zu Czestochau, | Landstreichen, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau, | 2. August 1902. |
| 12 | Franz Heilbrunner, Kutsher u. Tagelöhner, | geboren am 10. Oktober 1870 zu Deutsch-Weidenau, Bezirk Kaplitz, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, | Betteln, | Königlich bayerisches Bezirksamt Laufen, | 23. Juli 1902. |
| 13 | Josef Hopfenberger, Kutsher, | geboren am 3. Februar 1883 zu Wien, österreichischer Staatsangehöriger, | Landstreichen, | Königlich bayerisches Bezirksamt Berchtesgaden, | 30. Juli 1902. |
| 14 | Fridolin Lerch, Arbeiter, | geboren am 15. November 1873 zu Jungbunzlau, Bezirk Trautenau, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, | Diebstahl, Betteln, Landstreichen und Mißbrauch einer fremden Urkunde, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Elberfeld, | 6. August 1902. |
| 15 | Vincenz Komotny, Arbeiter, | geboren am 19. Januar 1864 zu Hustin, Bezirk Senftenberg, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst, | Nichtbeschaffung eines Unterkommens, | Königlich preussischer Polizei-Präsident zu Berlin, | 10. Juli 1902. |
| 16 | Frederike Säng geborene Reine Ehefrau, | geboren am 26. Februar 1880 zu Pfaffenweiler, Baden, ortsangehörig in Weitingen, Kanton Basel-Stadt, Schweiz. | gewerbsmäßige Unzucht, | Großherzoglich badischer Landeskommissär zu Freiburg, | 10. August 1902. |
| 17 | Martin Schaber, Dienstknecht, | geboren am 26. Mai 1842 zu Obsteig, Bezirk Imst, Tirol, österreichischer Staatsangehöriger, | Betteln, | Königlich bayerisches Bezirksamt Tölz, | 30. Juli 1902. |
| 18 | Karl Veronelli, Erdarbeiter, | geboren am 29. September 1868 zu Arcellasco, Bezirk Como, Italien, italienischer Staatsangehöriger, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Reg, | 7. August 1902. |

| 1. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Bestrafung | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses |
|----|--|--|--|---|---|
| | | | | | |
| 19 | Luigi Jang,
Maurerhandlanger, | geboren am 4. Mai 1876 zu
Ferra di Soligo, Provinz
Treviso, Italien, ortsangehörig
ebendaselbst, | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Hannover, | 11. Juli
1902. |
| 20 | Marie Erben,
Arbeiterin, | geboren am 13. Juli 1854 zu
Ober-Langenau, Bezirk Hohen-
elbe, Böhmen, österreichische
Staatsangehörige, | Landstreichen, und
Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 10. August
1902. |
| 21 | Emil Verbute,
Uhrmacher, | geboren am 20. Mai 1864 zu
Badevel, Canton Aubincourt,
Departement Doubs, Frank-
reich, französischer Staatsange-
höriger, | Betteln, | Königlich bayerischer
Bezirksamt Aichach, | 12. August
1902. |
| 22 | Ferdinand Friedrich
Riesling, Färber und
Arbeiter, | geboren am 5. Juli 1854 zu
Klagenfurt, Kärnten, ortsange-
hörig zu Auffig, Böhmen, | Landstreichen und
Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Regensburg, | 8. August
1902. |
| 23 | Philipp Nassimbeni,
Arbeiter, | geboren am 1. Mai 1865 zu
Paternion, Bezirk Villach,
Kärnten, ortsangehörig eben-
daselbst, | desgleichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Reg., | 16. August
1902. |
| 24 | Marie Kappelner,
ledige Dienstmagd, | geboren am 20. Januar 1884
zu Raaden, Bezirk Mährisch-
Trübau, ortsangehörig eben-
daselbst, | Landstreichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 8. April
1902. |
| 25 | Jens Nielsen,
Tischler, | geboren am 24. Mai 1865 zu
Oster-Bamdrup, Dänemark,
ortsangehörig zu Hjarup, eben-
daselbst, | Betteln, | Polizei-Behörde zu
Hamburg, | 16. August
1902. |
| 26 | Otto Richter,
Former, | geboren am 22. März 1879 zu
Jägerndorf, Österreichisch-
Schlesien, ortsangehörig eben-
daselbst, | Nichtbeschaffung
eines Unterkom-
mens, | Königlich preussischer
Polizei-Präsident zu
Berlin, | 2. Juli
1902. |
| 27 | Elsa Emilie Japf,
Fabrikarbeiterin, | geboren am 1. November 1883
zu Kopsch, Böhmen, öster-
reichische Staatsangehörige, | gewerbsmäßige
Unzucht, | Königlich sächsische
Kreisshauptmann-
schaft Zwickau, | 16. Juli
1902. |

Die im Jahre 1885 veröffentlichte Ausweisung des Erbarbeiters Anton Barisio ist zurück-
genommen worden.

Hierzu fünf öffentliche Anzeigen.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einbaltige Druckzeile 20 Pf.

Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben

Sonderausgabe des Amtsblatts

der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 13. September 1902.

Allerhöchster Erlass.

Es sind Mir, wie der Kaiserin, Meiner Gemahlin, in der Uns so eng verbundenen Provinz Brandenburg so vielfache Aufmerksamkeiten und mancherlei Kundgebungen treuer Ergebenheit zu Theil geworden, daß Ich gern Veranlassung nehme Unserer lebhaften Befriedigung hierdurch Ausdruck zu geben. Insbesondere bezieht sich dies auf den warmen Empfang, welchen Uns die Behörden und die Bewohner von Frankfurt an der Oder und Sonnenburg bereitet haben, wofür Ich Unsern Dank und Unsere Anerkennung ausspreche. Auch ist es Mir eine große Freude gewesen bei der Parade am 6. September die aus allen Theilen der Provinz zusammengeströmten nach vielen Tausenden zählenden Abordnungen der Kriegervereine, und unter ihnen die Vertreter der glorreichen Vergangenheit des in der Parade stehenden Brandenburgischen Armeekorps begrüßen zu können. Indem Ich Sie beauftrage, dies zur Kenntniß der Einwohner der Provinz Brandenburg und im Besonderen der Stadt Frankfurt an der Oder zu bringen, füge Ich gleichzeitig hinzu, wie Ich mit großer Genugthuung vernommen habe, daß die Truppen in denjenigen Kreisen und Ortschaften, denen in diesem Jahre durch die großen Truppenzusammenziehungen eine vermehrte Einquartirungslast auferlegt worden ist, überall eine vortreffliche und herzliche Aufnahme gefunden haben.

Sonnenburg, den 12. September 1902.

gez. Wilhelm R.

An den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg.

* * *

Den vorstehenden Allerhöchsten Erlass bringe ich hiermit zur allgemeinen Kenntniß.

Potsdam, den 12. September 1902.

Der Oberpräsident. von Bethmann-Hollweg.

2000

— — — — —

19

0.0082 179

[illegible]

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 38.

Den 19. September

1902.

Inhaltsverzeichnis. Inhalt von Städt 39 des Reichsgesetz-Blatts und Städt 39 Gesetz-Sammlung. S. 407. — Ab-lagen-Tarife. S. 407. — Fisch- und Fabelplatz-Tarife. S. 408. — Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter. S. 408. — Num-menfcherer. S. 409. — Belgisches Generalkonsular. S. 409. — Wasserstände. S. 409. — Polizei-Verordnung, betr. Melde-wesen. S. 410. — Fährtarife. S. 410. — Viehsuchen. S. 410. — Zahlungen aus Domänen- und Forst-Veräußerungen. S. 410. — Verletzung des Aufzuchtungsrechts. S. 410. — Verletzung eines Rohrpostschloßes v. S. 411. — Rohrpostbetrieb. S. 411. — Neue Telegraphenanstalt. S. 411. — Veränderungen von Gemeinde- und Grundbesitzsgrenzen. S. 411. — Druckverichtigung. S. 411. — Eisenbahnhauptpunkt Annaberg Bf. S. 411. — Gruppentarif III. (Berlin-Stettin.) S. 411. — Nordostdeut-sche Reichsbahnverkehrs-Verordn. S. 411. — Personal-Grönitz. S. 412. — Anweisungen aus Preußen. S. 412. — An-weisungen von Kyslandern aus dem Reichsgebiete. S. 413.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 39.) N^o 2895. Verordnung zur Ausführung
des Gesetzes, betreffend die Freundschaftsverträge
mit Tonga und Samoa un^d den Freundschafts-
Handels- und Schiffsverkehrsvertrag mit Zanzibar.
Vom 26. Juni 1902.

Gesetzsammlung

für die Königlich-Preussischen Staaten.
(Städ. 39.) N^o 10390. Gesetz, betreffend die Neu-
regelung der Vertragsverhältnisse der Rhein-Medar-
bain, Vom 7. Juli 1902.

Bekanntmachungen der Königlichen Ministerien.

44. Tariff

zur die städtische Abfange in Hehrbellin bei km 17,5 am Wustraner
Rhin.

II. Ufergeld:

• Bon Gästen, welche über das Doppelwert aus-
oder eingeladen werden, wird ein Ubergeld erhoben
und zwar:

- | | | |
|----|--|-------|
| 1) | von allen nachstehend nicht besonders ge- | |
| | nannten Gütern für 100 kg | 2 Pf. |
| 2) | von Mauersteinen für je 1000 Stüd . . . | 10 " |
| 3) | von Dach- u. Hohlsteinen für je 1000 Stüd | 5 " |
| 4) | von Kalk oder Feldsteinen, Lehm, Kies,
Sand, Torf, Bau-, Nutz- und Brenn- | |
| | holz für 1 cbm | 5 " |
| 5) | von Faschinen und Reisig für 1 cbm . . . | 2 " |
| 6) | von Rohr für 100 Bund | 8 " |
| 7) | von Kohlen für 100 kg | 1 " |

II. Lagerfeld.

Den Gütern, welche nach der Ausladung aus dem Schiff oder vor der Einladung in das Schiff länger als 24 Werktage-Stunden auf dem Dohlwerft-liegen, wird für jeden folgenden Zeitraum von sieben Tagen ein Lagergeld nach den Sätzen unter Ziffer 1. erhoben.

Verurteilungen und Befreiungen.

Güter, welche dem Könige, dem Preussischen Staat oder dem Deutschen Reiche gehören oder ausschließlich

für deren Rechnung befördert werden, sind von dem Ufer- und Lagersgeld befreit.

Zusätzliche Bestimmung.

Thelle von Erhebungseinheiten gelten bei der Abgabeberechnung als volle Einheit.

Dieser Tarif tritt nach vierzehntägigem Aushang am
Vollwert an Stelle des Tarifs vom 25. August 1866
in Kraft.

Berlin, den 23. August 1902.

Der Finanz-Minister.

Der Minister

der öffentlichen Arbeiten.

45. Barif

für die Ablage der Witwe Wilhelmine Schönm an Gollwitz am
linken Ufer der „Krummen Havel“.

Es sind zu haben:

K. an Schiffsliegegeld

von jedem anlegenden Fahrzeuge und zwar:

- 1) von Dampfern und anderen Fahrzeugen bis einschließlich 40,2 m Länge für jeden Tag 30 Pf.
- 2) von Dampfern und anderen Fahrzeugen von über 40,2 m Länge für jeden Tag 50 :

Ussabme.

Für Dampfer, welche einem regelmäßigen Personenverkehr dienen, kann nach Wahl anstatt der tarifmäßigen Abgabe für jede einzelne Fahrt eine jährliche Abfindungssumme und zwar:

- 1) für Dampfer bis einschließlich 40,2 m Länge. 20 „
2) „ „ von über 40,2 m Länge. „ 40 „
errichtet werden.

III. an lifergeld

beim Auf- oder Einladen von Gütern:

- | | |
|---|--------|
| 1) von Erde, Lehm, Kies, Heu, Stroh, Faschinen, Stein- und Braunkohlen, Mauer-, Dach- und allen anderen Steinen für je eine Tonne (1000 kg) | 10 Pf. |
| 2) von Kartoffeln, Rüben und Schnigeln für je eine Tonne (1000 kg) | 5 " |
| 3) von sonstigen Gütern für je eine Tonne (1000 kg) | 20 " |

Der Regierungsrath.

Rummensteeher.

270. In einzelnen Strecken der mir unterstellten Wasserstraßen, namentlich auf der unteren Havelwasserstraße, bestand bisher die Sitte, daß Privatpersonen — sogenannte Rummensteeher — das Fahrwasser bezeichnen und sich von den vorüberfahrenden Schiffen Trinkgelber dafür erbaten.

Vom 1. September d. J. an wird die Bezeichnung des Fahrwassers überall durch die Wasserbauverwaltung erfolgen.

Indem ich dies zur öffentlichen Kenntnis bringe, weise ich darauf hin, daß die Schiffahrttreibenden künftig nichts weiter zu bezahlen haben, als:

- 1) die tarifmäßigen Schiffahrtsabgaben,
- 2) die tarifmäßigen Brückenaufzugsgebühren,
- 3) die von mir festgesetzten Gebühren für die Schleusen- knechte,

4) die Gebühren für Besorgung von Postfischen.

Weitere Gebühren sind nicht zu zahlen und ich ersuche die Schiffahrttreibenden, auch keine Trinkgelber irgend welcher Art zu verabsorgen, zumal die Beamten, welche solche Geschenke annehmen, nach § 331 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich sich strafbar machen.

Potsdam, den 5. September 1902.

Der Regierungspräsident.

Belgisches Generalkonsulat.

271. Der Belgische Generalkonsul Goldberger in Berlin ist verstorben. Mit der einstweiligen Verwaltung der dadurch erledigten Konsularbehörde ist bis auf Weiteres der Sekretär des Verstorbenen, Barschke, beauftragt worden.

Potsdam/Berlin, den 10. September 1902.

Der Regierungspräsident. Der Polizei-Präsident.

272.

Nachweisung der an den Pegeln der Havel und Spree im Monat August 1902 beobachteten Wasserstände.

| Tag | Wasserstände der Havel an den Pegeln zu | | | | | | | | Wasserstände der Spree an den Pegeln zu | | | | | | |
|-----|---|-------------|-------------|-------------|---------|------------|-------------|----------------|---|---------|------------------------|---------|----------------|------|--|
| | Rathenow | | Brandenburg | | Potsdam | Spandau | | Charlottenburg | | Seyditz | Gr. Kränke Unterwasser | Weesdom | Alt-Schöneberg | | |
| | Oberwasser | Unterwasser | Oberwasser | Unterwasser | | Oberwasser | Unterwasser | Oberwasser | Unterwasser | | | | | | |
| | Mtr. | Meter | Mtr. | Meter | | Mtr. | Meter | Mtr. | Meter | | | | | | |
| 1 | 1,46 | 1,35 | 0,60 | 1,98 | 1,07 | 0,95 | 2,18 | 0,58 | 3,22 | 2,42 | 0,80 | 2,09 | 1,33 | 0,95 | |
| 2 | 1,45 | 1,36 | 0,59 | 2,00 | 1,06 | 0,95 | 2,15 | 0,53 | 3,22 | 2,39 | 0,80 | 2,00 | 1,31 | 0,92 | |
| 3 | 1,43 | 1,30 | 0,60 | 2,07 | 1,00 | 0,95 | 2,17 | 0,52 | 3,22 | 2,40 | 0,79 | 2,08 | 1,31 | 0,92 | |
| 4 | 1,43 | 1,36 | 0,56 | 2,01 | 1,00 | 0,95 | 2,17 | 0,58 | 3,22 | 2,48 | 0,79 | 2,07 | 1,33 | 0,93 | |
| 5 | 1,44 | 1,31 | 0,60 | 2,03 | 1,02 | 0,96 | 2,16 | 0,56 | 3,22 | 2,41 | 0,79 | 2,07 | 1,33 | 0,94 | |
| 6 | 1,46 | 1,28 | 0,60 | 2,01 | 1,02 | 0,96 | 2,15 | 0,57 | 3,22 | 2,44 | 0,79 | 2,01 | 1,33 | 0,94 | |
| 7 | 1,50 | 1,33 | 0,60 | 2,02 | 1,02 | 0,98 | 2,16 | 0,67 | 3,22 | 2,60 | 0,80 | 2,08 | 1,33 | 0,96 | |
| 8 | 1,50 | 1,35 | 0,60 | 2,02 | 1,04 | 0,98 | 2,14 | 0,62 | 3,22 | 2,50 | 0,80 | 2,07 | 1,34 | 0,99 | |
| 9 | 1,50 | 1,33 | 0,56 | 2,00 | 1,02 | 1,00 | 2,14 | 0,61 | 3,22 | 2,50 | 0,80 | 2,10 | 1,34 | 1,00 | |
| 10 | 1,50 | 1,33 | 0,59 | 2,07 | 1,00 | 1,00 | 2,17 | 0,58 | 3,22 | 2,48 | 0,80 | 2,06 | 1,33 | 1,00 | |
| 11 | 1,48 | 1,31 | 0,59 | 2,03 | 0,98 | 1,00 | 2,16 | 0,61 | 3,22 | 2,50 | 0,80 | 2,09 | 1,33 | 1,00 | |
| 12 | 1,46 | 1,33 | 0,55 | 2,01 | 1,00 | 1,00 | 2,16 | 0,65 | 3,22 | 2,52 | 0,79 | 2,02 | 1,33 | 1,00 | |
| 13 | 1,46 | 1,34 | 0,55 | 2,00 | 1,00 | 1,01 | 2,17 | 0,63 | 3,22 | 2,48 | 0,78 | 2,08 | 1,33 | 0,99 | |
| 14 | 1,43 | 1,32 | 0,54 | 2,01 | 0,99 | 1,01 | 2,17 | 0,63 | 3,22 | 2,48 | 0,78 | 2,02 | 1,32 | 0,97 | |
| 15 | 1,41 | 1,31 | 0,54 | 2,00 | 1,00 | 0,99 | 2,17 | 0,58 | 3,22 | 2,44 | 0,79 | 2,02 | 1,31 | 0,95 | |
| 16 | 1,40 | 1,34 | 0,52 | 2,00 | 0,98 | 0,99 | 2,17 | 0,58 | 3,22 | 2,46 | 0,79 | 2,02 | 1,31 | 0,89 | |
| 17 | 1,40 | 1,31 | 0,54 | 2,10 | 0,96 | 0,98 | 2,20 | 0,50 | 3,22 | 2,46 | 0,81 | 2,02 | 1,30 | 0,91 | |
| 18 | 1,40 | 1,31 | 0,52 | 2,04 | 0,96 | 0,98 | 2,23 | 0,59 | 3,22 | 2,46 | 0,81 | 2,01 | 1,30 | 0,90 | |
| 19 | 1,40 | 1,34 | 0,53 | 2,05 | 0,96 | 1,00 | 2,23 | 0,63 | 3,22 | 2,50 | 0,81 | 2,01 | 1,29 | 0,89 | |
| 20 | 1,41 | 1,36 | 0,55 | 2,04 | 0,96 | 1,01 | 2,25 | 0,65 | 3,22 | 2,56 | 0,80 | 2,01 | 1,29 | 0,89 | |
| 21 | 1,43 | 1,34 | 0,55 | 2,03 | 0,98 | 1,02 | 2,26 | 0,67 | 3,22 | 2,60 | 0,79 | 2,01 | 1,29 | 0,88 | |
| 22 | 1,45 | 1,36 | 0,56 | 2,04 | 1,02 | 1,03 | 2,26 | 0,64 | 3,22 | 2,52 | 0,78 | 2,00 | 1,28 | 0,89 | |
| 23 | 1,48 | 1,32 | 0,56 | 2,06 | 1,04 | 1,02 | 2,27 | 0,59 | 3,22 | 2,45 | 0,80 | 1,98 | 1,28 | 0,89 | |
| 24 | 1,49 | 1,34 | 0,56 | 2,10 | 1,02 | 1,00 | 2,30 | 0,57 | 3,22 | 2,45 | 0,79 | 1,99 | 1,27 | 0,88 | |
| 25 | 1,50 | 1,36 | 0,55 | 2,04 | 1,02 | 0,99 | 2,31 | 0,62 | 3,22 | 2,46 | 0,79 | 2,01 | 1,27 | 0,87 | |
| 26 | 1,51 | 1,35 | 0,56 | 2,04 | 1,05 | 1,00 | 2,33 | 0,60 | 3,22 | 2,46 | 0,79 | 2,01 | 1,27 | 0,86 | |
| 27 | 1,51 | 1,34 | 0,57 | 2,04 | 1,05 | 0,99 | 2,31 | 0,57 | 3,22 | 2,42 | 0,79 | 2,12 | 1,27 | 0,86 | |
| 28 | 1,51 | 1,34 | 0,59 | 2,00 | 1,05 | 0,98 | 2,31 | 0,59 | 3,22 | 2,48 | 0,79 | 1,97 | 1,26 | 0,86 | |
| 29 | 1,51 | 1,34 | 0,59 | 2,02 | 1,06 | 0,97 | 2,33 | 0,59 | 3,22 | 2,44 | 0,78 | 1,88 | 1,24 | 0,85 | |
| 30 | 1,52 | 1,31 | 0,59 | 2,02 | 1,04 | 0,96 | 2,33 | 0,55 | 3,22 | 2,43 | 0,80 | 1,98 | 1,24 | 0,85 | |
| 31 | 1,55 | 1,34 | 0,60 | 2,04 | 1,04 | 0,97 | 2,38 | 0,53 | 3,22 | 2,43 | 0,80 | 1,98 | 1,25 | 0,86 | |

Potsdam, den 16. September 1902.

Der Regierungspräsident.

Polizeiverordnung,

betreffend. Fischweien.

273. Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird unter Zustimmung des Bezirksausschusses nachstehende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1.

Die Polizeiverordnung vom 17. Dezember 1897 (Amtsblatt S. 478/85) wird auf den Amtsbezirk Birkenwerder, Kreis. Niederbarnim, ausgedehnt.

Potsdam, den 5. September 1902.

Der Regierungspräsident.

274. T a r i f

für die öffentliche Fähre über die Havel bei Bichelowerwerder km 166,5 bis km 166,59 nach dem rechten Ufer und umgekehrt.

- 1) Für das Ueberfegen einer einzelnen erwachsenen Person einschließlich der Tragelast 10 Pf.
- 2) Für das Ueberfegen eines Kindes im Alter von 5—14 Jahren je 5 "
- 3) Bei dem Ueberfegen von mehr wie drei Personen zu gleicher Zeit je Person 5 "
- 4) Für das Ueberfegen eines Fahrrades 5 "

Bei Nachtzeit sind die doppelten Preise zu zahlen. Als Nachtzeit gilt die Zeit im Sommer von 10 Uhr Abends bis Morgens 6 Uhr; im Winter von Abends 8 Uhr bis Morgens 7 Uhr.

Anmerkung.

- a. Der Fährmann ist verpflichtet, sofort nach Aufnahme der vierten Person ab- und ohne Aufenthalt nach dem Bestimmungsort zu fahren.
- b. Frei überzusetzen sind öffentliche Beamte bei Dienstreisen oder sonstiger dienstlicher Veranlassung, wenn sie sich gehörig ausweisen oder Uniform tragen, der Briefträger und der Postbote.
- c. Kinder unter 5 Jahren.

Potsdam, den 15. August 1902.

Der Regierungspräsident.

275. T a r i f

für die öffentliche Fähre über die Havel bei Bichelowerwerder km 166,6 bis km 166,70 nach dem rechten Ufer und umgekehrt.

- 1) Für das Ueberfegen einer einzelnen erwachsenen Person einschließlich der Tragelast 10 Pf.
- 2) Für das Ueberfegen eines Kindes im Alter von 5—14 Jahren je 5 "
- 3) Bei dem Ueberfegen von mehr wie drei Personen zu gleicher Zeit je Person 5 "
- 4) Für das Ueberfegen eines Fahrrades 5 "

Bei Nachtzeit sind die doppelten Preise zu zahlen. Als Nachtzeit gilt die Zeit im Sommer von 10 Uhr Abends bis Morgens 6 Uhr; im Winter von Abends 8 Uhr bis Morgens 7 Uhr.

Anmerkung:

- a. Der Fährmann ist verpflichtet, sofort nach Aufnahme der vierten Person ab- und ohne Aufenthalt nach dem Bestimmungsorte zu fahren.

- b. Frei überzusetzen sind öffentliche Beamte bei Dienstreisen oder sonstiger dienstlicher Veranlassung, wenn sie sich gehörig ausweisen oder Uniform tragen, der Briefträger und der Postbote.

- c. Kinder unter 5 Jahren.

Potsdam, den 15. August 1902.

Der Regierungspräsident.

276. Viehseuchen.**I. Festgestellt:**

- a. Milzbrand. Kreis. Borsow-Storkow: Cossenblatt. Kreis. Niederbarnim: Richtenberg. Kreis. Westhavelland: Selbhang. Kreis. Westprignitz: Jabel. Kreis. Zauch-Belzig: Borsdorf, Schwesche. Kreis. Osthavelland: Dallgow, Boesow, Grünfeld, Welten.

- b. Rothlauffeuche. Kreis. Niederbarnim: Ollendorf. Kreis. Westhavelland: Rathenow, Wögelin.

- c. Geflügelcholera. Kreis. Tempin: Klein-Muß, Tangersdorf. Kreis. Niederbarnim: Woltersdorf.

- d. Braunschweiger Sahnepest. Kreis. Niederbarnim: Pankow.

II. Erloschen:

- a. Milzbrand. Kreis. Niederbarnim: Malchow (Gut).

- b. Maul- und Klauenseuche. Kreis. Angermünde: Schmargendorf.

- c. Rothlauffeuche. Kreis. Niederbarnim: Alt-Landsberg.

- d. Schweineseuche. Kreis. Niederbarnim: Brigg. Kreis. Zauch-Belzig: Beelitz-Richenborn.

- e. Bläschenauschlag (Kinder). Kreis. Ostprignitz: Jabel.

- f. Geflügelcholera. Kreis. Zauch-Belzig: Werder a. S.

Potsdam, den 16. September 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen**der Königl. Regierung.**

Zahlungen aus Domänen- und Forst-Veräußerungen.

28. Unter Bezugnahme auf die Amtsblattbekanntmachungen vom 9./5. September 1885/1899 — Amtsblatt Stüd 38/37 Seite 948/379 — weisen wir im Interesse der Beteiligten wiederholt darauf hin, daß die Einzahlungen aus Domänen- und Forstveräußerungen sowie Abhängungsgefallen ohne Unterschied des Betrages an die Regierungshauptkasse hier selbst unmittelbar zu erfolgen haben und derartige Zahlungen ausnahmsweise nur dann bei einer Spezialkasse statfinden dürfen, wenn dies auf besonderen Antrag des Zahlungspflichtigen von uns ausdrücklich genehmigt worden ist.

Potsdam, den 13. September 1902.

Königliche Regierung,

Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten B.

Bekanntmachungen des Königl.**Polizei-Präsidenten zu Berlin.**

Verleihung des Enteignungsrechts.

30. Auf Ihren Bericht vom 1. August dieses Jahres will Ich der Stadtgemeinde Berlin befaßt Erwerbung des Eigentums an der zur Bebauungsplan-

mäßigen Herstellung der Eysenerstraße erforderlichen Fläche, die auf den anbei zurücksolgenden Plänen roth angelegt ist, hiermit das Enteignungsrecht verleihen.

Swetshunde, den 11. August 1902.

(gez.) Wilhelm R.

Für den Minister der öffentlichen Arbeiten.

(gezeichnet) Müller.

Mit dem Minister der öffentlichen Arbeiten.

Vorstehender Allerhöchster Erlaß wird in Gemäßheit des § 2 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Berlin, den 8. September 1902.

Der Kaiserliche Präsident.

In Vertretung: von Steinmeißer.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Verlegung eines Rohrpostfahrrohrs zc.

75. Bei dem Kaiserlichen Postamt 1 in Schöneberg bei Berlin, Herberstraße 1/3, liegt ein Plan aus über

Verlegung eines Rohrpostfahrrohrs nebst Signallabel sowie von drei Telegraphenröhrchen in der Hauptstraße.

Berlin C. 2, den 10. September 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Gröfzung des Rohrpostbetriebs beim Postamt 55 (Wiesstraße) in Berlin.

76. Am 22. September wird bei dem Kaiserlichen Postamt 55 (Wiesstraße) hier der Rohrpostbetrieb eröffnet. Den Rohrpostverkehr findet täglich im Sommerhalbjahr von 7 Uhr, im Winterhalbjahr von 8 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends statt.

Berlin C. 2, den 12. September 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Gröfzung neuer Telegraphenstationen.

77. Bei der Poststation in Endow, Kreis Templin, wird am 18. September d. J. der Telegraphenbetrieb eröffnet. Potsdam, 9. September 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion. Götter.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

28.

Veränderungen von Gemeindegrenzen und Gutsbezirksgrenzen.

| Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke | Wahrender Gemeindegrenze bezw. Gutsbezirk | Künftiger Gemeindegrenze bezw. Gutsbezirk | Kreis-Ausschuss beschluß vom | J. Nr. |
|---|---|---|------------------------------|----------------|
| Gemarkung Dergischow Kartenblatt I. Band III. Blatt 107 Verzeilen N ^o 199/123, 206/123, 202/123, 209/123, 210/123 und 212/123. | Königlicher Domänenfiskus. | Gemeindegrenze Dergischow. | 15. Juli 1902. | A. I. 3403/02. |
| Gemarkung Dergischow Kartenblatt I. Band IV. Blatt 111 Verzeilen N ^o 239/123 und 245/123. | Königlicher Domänenfiskus. | Gemeindegrenze Dergischow. | 29. Juli 1902. | A. I. 3971/02. |

Größe: 2 a 12 qm.

Berlin, den 3. September 1902.

Der Kreis-Ausschuss des Kreises Teltow.

Bekanntmachungen der Kgl. Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Druckberichtigung.

18. In der in Stad 36 dieses Amtsblattes enthaltenen Auslosungs-Bekanntmachung der Königl. Rentenbank-Direktion zu Berlin vom 14. Mai ist bei den ausgelassenen Rentenbriefen Litt. C. nach N^o 25533 zu lesen N^o 25768.

Berlin, den 12. September 1902.

Königliche Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirektion zu Berlin.

Eisenbahnhaltepunkt Rummelsburg Ost.

35. Am 1. Oktober d. J. wird der an der Bahnstrecke Berlin—Strausberg zwischen den Stationen Stralau—Rummelsburg und Richtenberg—Friedrichsfelde neu errichtete Haltepunkt Rummelsburg Ost für den Personen-, Gepäck- und Expressgutverkehr eröffnet werden.

Zur Bedienung des neuen Haltepunkts werden sämtliche Vorzüge der Strecke Berlin Stadtbahn—Strausberg in Rummelsburg Ost in beiden Richtungen halten. Berlin, den 6. September 1902.

Königliche Eisenbahndirektion.

Gruppentarif 3 (Berlin—Stettin).

36. Mit Gültigkeit vom 15. September d. J. tritt für gebrannte Steine (Mauersteine, Dachsteine, Thonsteine, Lehmsteine, Chomottesteine und feuerfeste Steine) —Ausnahmetarif 3a. — von Duderow nach Buch ein Ausnahmetariff von 0,39 M. für 100 kg in Kraft.

Berlin, den 9. September 1902.

Königliche Eisenbahn-Direktion zugleich namens der beteiligten Verwaltungen.

Norddeutsche Berlin-Württembergische Eisenbahn.

37. Am 1. Oktober d. J. wird ein Nachtrag 3 zum Gütertarif, Teil II, eingeführt; der neben den im Wege von Bekanntmachungen bereits eingeführten Tarifänderungen die Ausnahme von Stationen der Württembergischen und Preussischen Staatsbahnen, der Württembergischen Eisenbahngesellschaft und der Milindraisenbahn ermöglicht Entfernungen für Arnswalde und Deutsch-Krone Ost des Eisenbahndirektionsbezirks Bromberg, die Uebernahme der Station Busermann aus dem Best 3 des Norddeutsche-Preussische-Sächsische Gütertariffs und einen neuen Ausnahmetarif 2 (Rohstofftarif) enthält. Auskunft erteilen die Abfertigungs- und Auskunftsstellen der beteiligten Eisenbahnverwaltungen.

Druckabzüge des Nachtrags können vom hiesigen Anstaltsbureau auf dem Stadtbahnhofe Alexanderplatz zum Preise von 0,15 M. bezogen werden.

Berlin, den 12. September 1902.

Königliche Eisenbahndirektion
namens der beteiligten Eisenbahnverwaltungen.

Personal-Chronik.

Dem Arzte Dr. Christinnes in Brandenburg a./H. ist der Charakter als Sanitätsrath Allerhöchst verliehen worden.

Der Militär-Anwärter Eud bei dem Landrathsamte Niederbarnimer Kreises ist zum Regierungs-Superintendent ernannt worden.

Der Pfarrer August Bernicke in Korbbed ist zum Superintendenten der Diözese Potsdam II. ernannt worden.

Der bisherige Predigaments-Kandidat Lio. Wilhelm Christoph Robert August Schneemelcher ist zum Prediger bei der Waisen-Erziehungs-Anstalt des großen Friedrichs-Waisenhauses in Rummelsburg, Diözese Berlin I., bestellt worden.

Der Oberlehrer am Gymnasium zu Steglitz Walther Simons ist als Oberlehrer an dem königlichen Gymnasium zu Cöstrin angestellt worden.

Der Lehrer Korbach ist endgiltig als Gemeindeschullehrer in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

August 1902.

Ernannt sind: a. zu Telegraphensekretären: die Ober-Telegraphenassistenten von Kahlben, Zieran; b. zum Kanzlisten: der Postassistent Adolph; c. zum Ober-Postassistenten: der Kanzlist Derya aus Berlin in Eshneberg b. Berlin; d. zum Postassistenten: der Telegraphenassistent Paul F. Schulze.

Angestellt sind: a. als Postassistent: die Postanwärter Ullmann in Charlottenburg, Belau, Bittowski, Franz Blume, Bödel, Dahle, Döbberthin, Dülke, Emmer, Feldmann, Gasmann, Giske, Gucke, Holstein, Jürgensen, Klimkait, Kolberg, Kozullo, Menzel, Mikuteit, Wilhelm Pape, Parske, Penning, Penglin, Perrey, Reinke, Ronnede, Schumacher, Skibbe, Thärl, Tschepel, Wegert, Karl Weidner; b. als Telegraphenassistent: die Telegraphenanzwärter Theodor Ernst, Hoyer, Kirchhof, Kugel, Gustav Laue, Michelberger, Pöppe, Pehlow, Pürschel, Rohde, Rohr, Gottfried Schilling, Friedrich Schubert, Ziem, Wilhelm Zobel; c. als Telegraphengehilfen: die Telegraphengehilfen Gertrud Reil, Bechstedt, Martha Braun, Katharina Berghardt, Marie Darr, Lorenzen, Peuters, Skorra in Berlin, Martha von Zur Westen in Charlottenburg.

Versetzt sind: a. von Berlin: Postdirektor Mohr nach Anklam, Ober-Postpraktikant Rosenbaum nach Landsberg (Warthe), Ober-Postassistent Lehwaldt nach Weßend; b. nach Berlin: die Ober-Postpraktikanten Rög von Ludwigslust, Seyfarth von Chemnitz, Post-

praktikant Borkowski von Constantinopel, Ober-Postassistent Hämpfler von Charlottenburg.

Entlassen ist: der Ober-Postassistent Welzel.

In den Ruhestand getreten sind: Ober-Postsekretär, Rechnungsrath Bohlus, Ober-Telegraphenassistent Habel.

Gestorben sind: Postassistent a. D., Rechnungsrath Erbe, Postsekretär a. D. Michaelis, die Ober-Postassistenten Dan, Siege, Ober-Telegraphenassistent a. D. Thamm.

Ausweisungen aus Preußen.

Tabakschneider Abraham Edelmann, geboren 15ten September 1846 zu Constantinopel, türkischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 14. November 1901 aus Preußen ausgewiesen.

Agent Gustav Späth, geboren 5. Mai 1880 zu Wien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 19. Mai 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Cigarettenarbeiter Rachim Amtschislansky, geboren 6. Juni 1880 zu Poltawa, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 10. Juni 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Dienstmädchen Debora Böth, geboren 4. September 1883 zu Lancut, österreichische Staatsangehörige, ist als lästige Ausländerin durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 19. Juni 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Reisende Salomon Gwin, geboren 25. Januar 1882 zu Lyszkowce in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 5. Juli 1902 ausgewiesen.

Der Lederarbeiter Boleslaw Lewinczuk, geboren am 16. März 1874 zu Rinki in Rußland, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 6. August 1902 ausgewiesen.

Der Drehorgelspieler Andrea Mortarelli und seine Ehefrau Maria geborene Jani, geboren am 3ten Mai 1838 bezw. am 16. August 1855 zu Retti, italienische Staatsangehörige, sind als lästige Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 8. August 1902 ausgewiesen.

Reisender Adolf Prieser, geboren 12. April 1882 zu Wien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 20. August 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der amerikanische Staatsangehörige, Landwirth Arthur Brill, am 22. Juni 1866 in Danzig geboren, ist als Ausländer durch Verfügung des Polizei-Präsidenten zu Eshneberg vom 28. Juli 1902 — Vb. 3090 02 — aus Preußen ausgewiesen.

Der Schneider Anton Helbig, am 18. August 1845 in Sattai, Bezirk-Hauptmannschaft Jung-Bunglau in Böhmen geboren, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Polizei-Präsidenten zu Schneberg vom 28. Juli 1902 — Vb. 4127/02 — aus Preußen ausgewiesen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Rang-Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Bestrafung | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat | Datum der Ausweisungs-Beschlusses |
|--|---|---|--|---|-----------------------------------|
| | der Ausgewiesenen | | 4. | 5. | 6. |
| 1. | | | | | |
| a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Josef Johann Brdica, Handelsmann, | geboren am 24. März 1853 zu Jaromer, Bezirk Königinhof, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst, | Gewerbsmäßige Hehlerei (10 Monate Gefängnis laut Erkenntnis vom 2. August 1901), | Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Bautzen, | 3. Juni 1902. |
| 2 | Albino Rege, Erdarbeiter, | geboren am 4. März 1877 zu Coazze, Provinz Turin, Italien, italienischer Staatsangehöriger, | Münzfälschung (3 Jahre Zuchthaus, laut Erkenntnis vom 23. August d. J.), | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar, | 23. August 1902. |
| b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 3 | Josef Johann Baptist Arnaud, Schuhmacher, | geboren am 17. Oktober 1857 zu Digne, Frankreich, ortsangehörig ebendasselbst, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Straßburg, | 22. August 1902. |
| 4 | Max Frank, Kommiss, | geboren am 8. Juli 1882 zu Bramsche, Regierungsbezirk Osnabrück, Preußen, ortsangehörig zu Bonotange, Provinz Groningen, Niederlande, | Landstreichen, | Königlich bayerisches Bezirksamt Nördlingen, | 2. August 1902. |
| 5 | Karl Glaser, Bärsternmacher, | geboren am 11. März 1877 zu Reichraming, Bezirk Steyr, Oberösterreich, ortsangehörig zu Scheibbs, Niederösterreich, | Landstreichen, Betteln und Angabe eines falschen Namens, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln, | 6. Juni 1902. |
| 6 | Christian Klaus, Weber, | geboren am 5. März 1863 zu Alsch, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, | Landstreichen und Betteln, | Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Zwickau, | 5. August 1902. |
| 7 | Anna Kolar, ledige Tagelöhnerin, | geboren am 18. April 1852 zu Rejnis, Bezirk Strakonitz, Böhmen, österreichische Staatsangehörige, | desgleichen, | Königlich bayerisches Bezirksamt Riedbach, | 10. August 1902. |
| 8 | Julius Maier (Meier), Arbeiter, | geboren am 22. Oktober 1875 zu Breitenau, Bezirk Freudenthal, Oesterreichisch-Schlesien, ortsangehörig ebendasselbst, | Betteln, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln, | 27. Mai 1902. |
| 9 | Karl Mattauch, Schlosser, | geboren am 26. September 1848 zu Hirschberg, Bezirk Dauba, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, | desgleichen, | Königlich bayerisches Bezirksamt Alsbach, | 20. August 1902. |
| 10 | Alois Nataniel, Arbeiter, | geboren am 6. Juli 1852 zu Nieder-Paulwitz, Bezirk Jägersdorf, Oesterreichisch-Schlesien, ortsangehörig ebendasselbst, | Landstreichen und Betteln, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln, | 31. Oktober 1901. |
| 11 | Ludwig Dzor, Tagelöhner, | geboren am 9. November 1881 zu Boloskaldies, Bezirk Dolina, Galizien, österreichischer Staatsangehöriger. | Diebstahl, Betteln und Arbeitsfeiern, | Königlich bayerische Polizeidirektion München, | 6. August 1902. |

| Nr. | Name und Stand | Alter und Geburtsort | Grund der Verurteilung | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat | Datum der Ausweisungs-Beschlüsse |
|-----|---------------------------------------|--|---|--|----------------------------------|
| | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 12 | Johann Voßel, Müller, | geboren am 6. Januar 1844 zu Brattersdorf, Bezirk Schönberg, Mähren, ortsangehörig ebendaselbst, | Betteln, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln, | 27. Mai 1902. |
| 13 | Florian Pospischt, Tischler, | geboren am 13. Mai 1848 zu Sternberg, Bezirk Olmütz, Mähren, ortsangehörig ebendaselbst, | desgleichen, | derselbe, | 28. Juni 1902. |
| 14 | Jens Rasmussen, Tischler, | geboren am 27. November 1879 zu Siemstrup, Dänemark, ortsangehörig zu Rostrop, ebendaselbst, | desgleichen, | Polizei-Behörde zu Hamburg, | 16. August 1902. |
| 15 | Johann Trzop, Arbeiter, | geboren am 25. Dezember 1868 zu Stryszawa, Bezirk Strybush, Galizien, ortsangehörig ebendaselbst, | desgleichen, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln, | 27. Juni 1902. |
| 16 | Johann Josef Wente (Wanke), Arbeiter, | geboren am 2. April 1874 zu Saatal, Bezirk Reichenberg, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst, | Landstreichen, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Schleswig, | 18. August 1902. |
| 17 | Karl Wermling, Schreiner, | geboren am 24. November 1864 zu Nimmegen, Provinz Gelderland, Niederlande, ortsangehörig ebendaselbst, | Betteln und Abgabe eines falschen Namens, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Metz, | 22. August 1902. |

Hierzu Fünf Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung in Potsdam.

Botobam, Buchdruckerei der H. B. Gann'schen Erben

Mtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 39.

Den 26. September

1902.

Inhaltsverzeichnis. Inhalt von Stück 40 des Reichsgesetz-Blatts und Stück 40/41 der Gesetz-Sammlung. S. 415. — Fisch- und Ladeplatz-Tarif. S. 415. — Aufnahme der Truppen im Manövergelände. S. 416. — Anlauf volljähriger Militär-Dienstpflichtige. S. 417. — Niederlegung der Praxis als Hebamme. S. 417. — Schiffsverleumdung. S. 417. — Gewerbe-Inspektion Berlin II (Potsdam). S. 417. — Kartivertelsberichtigung. S. 417. — Gemeindebezirksveränderung. S. 418. — Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter. S. 423. — Wäders- und Mäher-Jungung in Strassburg u. M. S. 423. — Wäders- und Mäher-Jungung in Regim. S. 423. — Viehseuchen. S. 423. — Verwaltung der Forstlässe in Oberwalde. S. 423. — Grundstücksauflösung. S. 424. — Verlegung von Telegraphenstabskabeln und eines Rohrpost-fahrtrohes. S. 424. — Cementkanal für Fernsprechkabel. S. 424. — Rohrpostbetrieb beim Postamt 87 in Berlin. S. 424. — Pfarrstellenerhebungen. S. 424. — Auslosung von Rentenbriefen. S. 424. — Personal-Chronik. S. 424. — Prozeßagent. S. 425. — Ausweisungen aus Preußen. S. 425.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 40.) **Nr. 2896.** Bekanntmachung, betreffend die dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigelegte Liste. Vom 10ten September. 1902.

Gesetzsammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 40.) **Nr. 10391.** Verfügung des Justiz-Ministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Langenschwalbach, Runkel, Selters und Usingen. Vom 24. August 1902.

Nr. 10392. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirkes des Amtsgerichts Gladenbach. Vom 27. August 1902.

Nr. 10393. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Königheim, Rüdesheim, Wallmerod und Wehen. Vom 29. August 1902.

Nr. 10394. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Oßligs, Opladen, Gerresheim und Solingen. Vom 5. September 1902.

(Stück 41.) **Nr. 10395.** Verordnung, betreffend das Inkrafttreten des Gesetzes vom 16. April 1902. Vom 8. September 1902.

Nr. 10396. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Dillenburg, Höchst a. M., Ragnelsbogen und Montabaur. Vom 12. September 1902.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

47. Tarif
für den kaiserlichen Fisch- und Ladeplatz in Potsdam.
Es ist zu zahlen:

I. an Liegegeld.

A. Von Güterfahrzeugen, welche, vom Beginn des Fischens oder Ladens an gerechnet, die durch § 29

des Binnenschiffahrtsgesetzes vom 15. Juni 1895 festgesetzte Frist überschreiten und zwar:

1) bei einer Tragfähigkeit bis zu 200 Tonnen einschließlich 11,00 M.

2) bei größerer Tragfähigkeit bis einschließlich 400 Tonnen 2,00 M.

3) bei einer Tragfähigkeit über 400 Tonnen für jeden Tag der Fristüberschreitung 3,00 M.

B. Von Personendampfern, die an das Bohlwerk anlegen:

1) bis 100 Personen Aufnahmefähigkeit (nach der amtlichen Feststellung) für jeden Tag 0,50 M.

2) über 100 Personen Aufnahmefähigkeit für jeden Tag 1,00 M.

C. Von Handlähnen und Booten, soweit sie nicht als Beiboote zu den unter A. und B. aufgeführten Fahrzeugen gehören, für jeden Tag 0,30 M.

D. Von den am Bohlwerk überwinternden Fahrzeugen (A. u. B.) einschließlich der Beiboote je 10,00 M.

II. an Ufergeld

beim Ein- oder Ausladen von Gütern:!

1) von allen nachstehend unter 2 bis 8 nicht besonders bezeichneten Gegenständen

von den ersten 2500 kg für je 100 kg 0,05 M.

und für je 100 kg des Mehrgewichts 0,025 M.

2) von Braun-, Steinkohlen und Koks für jede Tonne 0,10 M.

3) von Brissetts (Presskohlen) und Torf für je 1000 Stück 0,15 M.

4) von Mauersteinen für je 1000 Stück 0,25 M.
und von Dachsteinen für je 1000 Stück 0,20 M.

5) von Pflaster-, Bruch- und Kalksteinen, Werksteinen, Mähsteinen und sonstigem rohen Steinmaterial, von Lehm, Sand, Kies, Erde, Eis für 1 cbm 0,10 M.

6) von Heu und Stroh für je 100 kg 0,04 M.

7) von Holz, und zwar:
a. von Brennholz für je 1 cbm 0,10 M.
b. von Bau- und Nagelholz für 1 cbm 0,15 M.

- a. von Brettern, Latten, Stangen, Baumpfählen, Leiterbäumen und Bundholz für je 100 Stück 0,10 M.
- g. von Felsen, Spiechen, Stabholz und Fassbändern für je 100 Stück oder falls nach Gewicht verladen, für je 100 kg 0,10 "
- h) von ganzen Holzstöcken beim Auswaschen oder Auseinandernehmen für den Tag 0,02 "
- 3,00 "

III. an Lagergeld.

Von Gütern, welche nach der Ausladung aus dem Schiff oder vor der Einladung in das Schiff länger als 48 Stunden auf dem städtischen Bösch- und Laderplätzen lagern, für den überschüssigen Zeitraum bis zur Dauer je eines Monats, und zwar:

- 1) von den im Abschnitt II. unter 1a. behandelten Gegenständen für je 100 kg in bedeckten Räumen lagernd 0,25 M.
im Freien lagernd 0,10 "
- 2) von den in Abschnitt II. unter 1b. behandelten Gegenständen für je 100 kg in bedeckten Räumen 0,10 "
im Freien 0,05 "
- 3) von Braun-, Steinkohlen, Koks, Bräunstein (Presskohlen) und Torf (Abschnitt II. 2 und 3) für je 100 kg in bedeckten Räumen 0,08 "
im Freien 0,04 "
- 4) von Muttersteinen für je 1000 Stück in bedeckten Räumen 0,50 "
im Freien 0,25 "
- von Dachsteinen für je 1000 Stück in bedeckten Räumen 0,40 "
im Freien 0,20 "
- 5) von den in Abschnitt II. unter 5 genannten Steinen, Erden u. s. w. für 1 cbm in bedeckten Räumen 0,20 "
im Freien 0,10 "
- 6) von den in Abschnitt II. unter 6, 7 und 8 genannten Waaren für 1 qm 0,10 "

IV. an Krabngeld.

- 1) Bei Benutzung des Krabns zum Ein- oder Ausladen von Gütern (ausschließlich der Vergütung für etwaige Hilfskräfte) für je 100 kg 0,02 "
- 2) für das Laden oder Aufsichten eines Schiffes 1,00 "

V. an Waagegeld.

- 1) Beim Wiegen von Gütern auf der Dezimalwaage für je 100 kg 0,05 "
- 2) desgl. auf der Centrifugalwaage für je 100 kg 0,02 "
- 3) jedoch mindestens für 1 ganze Kisten und für eine Fuhre anderer Waaren 0,25 "
- 0,30 "

Zusätzliche Bestimmungen:

- 1) Bei Veranlagung der Abgaben gelten angefangene

Tage, Monate und sonstige angefangene Tarifseinheiten als voll.

Im Uebrigen ist unter Tag eine 24stündige Zeitdauer, unter Monat ein Zeitraum von 30 Tagen zu verstehen.

- 2) Die Abgaben werden auf 0,10 M. derart abgerundet, daß überschüssende Beträge von weniger als 5 Pf. unerhoben bleiben.

Die Mindestabgabe beträgt 10 Pf.

- 3) Fahrzeuge, welche nicht unmittelbar an den Bohlwerken, sondern an anderen dort liegenden Fahrzeugen anlegen, und auf diese Weise ihre Verbindung mit dem Lande herstellen, werden den unmittelbar am Bohlwerke liegenden gleich behandelt.

- 4) Die städtische Verwaltung ist befugt, für gebührenpflichtige Gegenstände, deren Menge nicht nach den tarifmäßigen, sondern nach einem anderen handelsüblichen Maßstabe angegeben zu werden pflegt, zum Zwecke der Abgabenerrechnung entsprechende Umrrechnungsätze festzusetzen.

Befreiungen.

Befreit sind:

- 1) Fahrzeuge und Güter, welche dem Könige, dem preussischen Staate oder dem deutschen Reiche gehören oder für deren ausschließliche Rechnung befördert werden, von den Abgaben unter I., II. und III.;
- 2) Die Gepäckstücke der mit Personendampfern ankommenden oder abfahrenden Personen von der Abgabe unter II.;
- 3) Die den Interessen der städtischen Verwaltung dienenden Fahrzeuge und Güter von den Abgaben unter I.—V.

Dieser Tarif tritt mit dem Tage seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam an Stelle des bisherigen in Kraft.

Berlin, den 2. September 1902.

Der Finanzminister.

Der Minister

der öffentlichen Arbeiten.

Artungsarten der Invalidenversicherung.

48. In Ergänzung des Erlasses vom 10. März dieses Jahres (abgedruckt in St. 13 des diesjährigen Amtsblatts S. 135) bestimmen wir, daß die von den Ausgabestellen zu führenden Listen über die ausgestellten grauen Artungsarten Formular B. (für Selbstversicherer) alljährlich nach Ablauf des Kalenderjahres an den Vorstand derjenigen Versicherungsanstalt abzugeben sind, in deren Bezirke die Ausgabestellen liegen.

Berlin, den 7. September 1902.

Der Minister des Innern.

Der Minister

für Hand- und Gewerbe.

Bekanntmachungen

des Königl. Ober-Präsidenten.

Aufnahme der Truppen im Randberglande.

III. Armee-Korps. Berlin, den 14. September 1902.

15. Die diesjährigen Herbstübungen, insbesondere die große Parade und die nachfolgenden Manöver vor

Seiner Majestät dem Kaiser und König haben für die beteiligten Kreise und Gemeinden der Provinz Brandenburg eine außergewöhnlich starke Belastung durch Einquartierung und sonstige Mandoverleistungen mit sich gebracht und an die Opferwilligkeit der Bewohner vielfach sehr hohe Anforderungen gestellt.

Um so mehr ist es der Anerkennung und des Dankes werth, daß den Kommandobehörden und Truppen sowohl während der Vorbereitungszeit wie im Mandovergelände durchweg ein überaus freundliches Entgegenkommen zu Theil wurde, das sich nicht nur im Verkehr mit den Civilbehörden und Beamten, sondern vor Allen auch durch die herzliche Aufnahme in den Quartieren sowie durch die Vereisstellung von Wasser und Erfrischungen für die marschirenden Truppen in den Ortschaften und durch allgemeine Hilfsbereitschaft der gesamten Bevölkerung kundthat.

Es gereicht mir zur besonderen Freude, Euerer Excellenz dies bezeugen und den Dank des III. Armee-Korps sowie der ihm für die Mandover zugetheilten Garde-Truppen zum Ausdruck bringen zu können mit der Bitte, ihn den Behörden und der Bevölkerung zur Kenntniß bringen zu wollen.

Der kommandirende General. gez. v. Eignitz.

An

den Königl. Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg
Herrn von Bethmann-Hollweg
Excellenz

Potsdam.

Es gereicht mir zur großen Freude, vorstehendes Schreiben des Königl. General-Kommandos des 3. Armee-Korps zur öffentlichen Kenntniß bringen zu können. Potsdam, den 16. September 1902.

Der Oberpräsident.

In Vertretung: v. d. Schulenburg.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

277. **A n f a u f** **volljähriger Militär-Dienstpferde.**

- 1) Zum Ankauf von volljährigen Militärzuggpferden im Alter von 5 bis 8 Jahren soll im Regierungsbezirk Potsdam in diesem Herbst der nachbezeichnete Markt abgehalten werden:

2. Oktober 8 1/2 Uhr Vorm.

Neustadt a./Oesse, Bahnhof.

- 2) Die gekauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt.
- 3) Es sollen von den Remontirungs-Kommissionen nur solche Pferde gekauft werden, die den Ansprüchen genügen, die an die Remonten der Waffengattung zu stellen sind. Als Mindestmaß gelten 1,55 m Stockmaß (= 1,63 m Bandmaß), *) und als Höchstmaß 1,67 m Stockmaß (= 1,76 m Bandmaß). Die Pferde dürfen sich

*) Die Maße in der Bekanntmachung Nr. 225 im 32. Stück auf Seite 335 des Amtsblatts sind hierdurch geändert.

nicht in dürftigem Zustande befinden; Kruppenfeger und tragende Stuten sind vom Ankauf ausgeschlossen.

- 4) Pferde mit solchen Fehlern, die nach den Gelehen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen.
- 5) Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue, starke, rindlederene Trense mit starkem, glattem Gebiß (keine Knebelstrense), und eine neue starke Kopfhalter von Leder oder Hanf mit zwei mindestens 2 Meter langen Strängen von Hanf ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Berlin, den 14. Juli 1902.

Kriegsministerium, Remonte-Inspektion.

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Hinzufügen zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das Ankaufsjahr für sämtliche Brandenburgische und mecklenburgische Märkte nur etwa 90 Pferde beträgt.

Potsdam, den 25. Juli 1902.

Der Regierungspräsident.

Niederlegung der Praxis als Hebamme.

278. Die Hebamme Auguste Bloß in Radersdorf legt mit dem 1. Oktober d. J. freiwillig ihre Hebammenpraxis nieder.

Potsdam, den 17. September 1902.

Der Regierungspräsident.

Schlesienverre.

279. Die Schenke Wernsdorf wird wegen dringender Ausbesserungen vom 22. bis vorläufig 29. dieses Monats einschließlich gesperrt.

Potsdam, den 19. September 1902.

Der Regierungspräsident.

Gewerbe-Inspektion Berlin II. (Waltam).

280. Der Gewerbeinspektor Laurisch übernimmt am 1. Oktober d. J. die Leitung der Gewerbe-Inspektion Berlin II. (Potsdam) in Berlin.

Potsdam, den 22. September 1902.

Der Regierungspräsident.

Marktpreisberichtigung.

281. a. In der unter Nr. 264, Seite 395, des diesjährigen Amtsblattes veröffentlichten Nachweisung des Monatsdurchschnittes der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5 % Aufschlag im Monat August 1902 in den Hauptmarkttorten des Regierungsbezirks Potsdam ist für den Markttort **Weslow** der Preis für 50 kg. Heu irrtümlich mit 5,25 M. statt richtig mit 2,63 M. — zwei Mark 63 Pfennigen angegeben worden.

b. In der unter Nr. 265, Seite 396 des diesjährigen Amtsblattes veröffentlichten Nachweisung der Markt- und Ladenpreise im Monat August 1902 ist für den Markttort **Eberswalde** der Preis für 100 kg. Hafer irrtümlich mit 34,97 M. statt richtig mit 17,48 M. — sieben Mark 48 Pfennigen angegeben worden.

Potsdam, den 23. September 1902.

Der Regierungspräsident.

Gemeindebezirksveränderung.

282. Der Bezirksausschuß hieselbst hat am 4. März d. J. beschlossen, die in den Gemarkungen Tiefwerder, Nischelsdorf und Gatow belegenen, nachstehend verzeichneten Trennstücke:

| Nr. | Nummer | | Blatt der Mutterrolle | Bezeichnung nach dem Grundbuche | Des Eigenthümers | | Flächeninhalt |
|---------------------------------|---------------------|--------------|-----------------------|---------------------------------|--|----------------|---------------|
| | des Kataster-Blatts | der Parzelle | | | Name, Vorname und Stand | Wohnort | |
| | | | | Band | Blatt | | ha ar qm |
| A. Gemeinde Tiefwerder. | | | | | | | |
| a. Gemarkung Tiefwerder. | | | | | | | |
| 1 | 1 | 46 | 40 | ohne | Fischer'sche Fidej. | Tiefwerder | 02 80 |
| 2 | | 47 | 27 | I. | 35 Neundorf, Johann Georg August, Fischer | daselbst | 07 20 |
| 3 | | 48 | 25 | I. | 31 Tübbecke, Wilhelm August Philipp, Fischer | daselbst | 05 40 |
| 4 | | 49 | 13 | I. | 17 Rasenack, Wilhelm, Fischer | daselbst | 05 90 |
| 5 | | 50 | 11 | I. | 15 Tübbecke, Julius August, Fischer | daselbst | 07 10 |
| 6 | | 51 | 1 | I. | 3 Höpne, Albert, Rentier | Charlottenburg | 06 10 |
| 7 | | 52 | 76 | 4 | 91 Schäler, Gärtner, Ehefrau Wilhelmine geb. Krüger | Tiefwerder | 06 60 |
| 8 | | 53 | 4 | I. | 7 Lehninger, Wittwe Marie geb. Heinrich | daselbst | 05 60 |
| 9 | | 54 | 2 | I. | 5 Dehlhardt, Marie Auguste Charlotte geb. Weiße, verehelichte Meistergehilfe | daselbst | 06 40 |
| 10 | | 55 | 6 | I. | 9 Kühne, Karl Christian Wilhelm | daselbst | 06 40 |
| 11 | | 56 | 53 | I. | 34 Hertel, Wilhelm, Bauunternehmer | Spandau | 06 10 |
| 12 | | 57 | 63 | I. | 30 Rasenack, Wilhelm, Fischer | Tiefwerder | 05 90 |
| 13 | | 58 | 77 | IV. | 93 Rennefarth, August, Gärtners - Ehefrau Amalie geb. Jahn | Spandau | 06 90 |
| 14 | | 59 | 5 | I. | 8 Döbewing, Wilhelm August Otto, Gastwirth | Tiefwerder | 06 40 |
| 15 | | 60 | 32 | III. | 66 Kiedewisch, Wilhelm Karl Friedrich und Ehefrau Angela geb. Miroszewski | Tiefwerder | 06 60 |
| 16 | | 61 | 76 | I. | 25 Tübbecke, Friedrich Christian Wilhelm, Fischer | daselbst | 06 90 |
| 17 | | 62 | 15 | I. | 19 Tübbecke, Johann Georg Christian, Fischer | daselbst | 05 90 |
| 18 | | 63 | 77 | IV. | 93 Rennefarth, August, Gärtners - Ehefrau Amalie geb. Jahn | Spandau | 06 10 |
| 19 | | 64 | 31 | I. | 89 Weiße, Heinrich Ferdinand Hugo, Fischergutsbesitzer | Tiefwerder | 06 40 |
| 20 | | 65 | 38 | 18 | 693 Plath, Ludwig, Zimmermeister | Spandau | 09 40 |
| 21 | | 66 | 11 | I. | 15 Tübbecke, August, Fischer | Tiefwerder | 23 50 |
| 22 | | 67 | 18 | I. | 23 Mahkopf, Carl, Fischergutsbesitzer | daselbst | 20 70 |
| 23 | | 68 | 69 | II. | 78 Schäler, Wilhelm, Schiffer | daselbst | 17 90 |
| 24 | | 69 | 24 | II. | 71 Wagner, Hermann, Gärtner | Spandau | 16 60 |
| 25 | | 70 | 16 | I. | 21 Derselbe | " | 08 40 |
| 26 | | 71 | 16 | I. | 21 " " | " | 03 30 |
| 27 | | 72 | 16 | I. | 21 " " | " | 14 00 |
| 28 | | 72 | 77 | IV. | 93 Rennefarth, August, Gärtners - Ehefrau Amalie geb. Jahn | " | 14 80 |
| 29 | | 74 | " | " | " | " | 01 80 |
| 30 | | 75 | " | " | " | " | 02 60 |
| 31 | | 76 | 2 | I. | 5 Dehlhardt, Marie Auguste Charlotte geb. Weiße, verehel. Meistergehilfe | Tiefwerder | 14 60 |
| 32 | | 77 | 77 | IV. | 93 Rennefarth, August, Gärtners - Ehefrau Amalie geb. Jahn | Spandau | 14 30 |
| 33 | | 78 | 18 | IV. | 110 Mahkopf, Carl, Fischergutsbesitzer | Tiefwerder | 14 00 |
| 34 | | 79 | 37 | II. | 58 Rennefarth, August, Gärtner | Spandau | 16 10 |
| 35 | | 80 | 96 | IV. | 113 Gramens, Louis, Kohlenhändler | Tiefwerder | 19 20 |
| 36 | | 90 | 89 | 61 | 2073 Weißkopf, Dampfschiffsbesizers - Wittwe Emilie geb. Haniče | Spandau | 06 10 |

| Fol. Nr. | Nummer | | Artikel der
Matrikulle | Bezeichnung
nach
dem Grundbuche | | Des Eigentümers | | Flächen-
inhalt | |
|----------|---------------------------|-----------------|---------------------------|---------------------------------------|-------|---|------------|--------------------|----|
| | des
Kartens-
blatts | der
Parzelle | | Band | Blatt | Name, Vorname und Stand | Wohnort | ha | ar |
| 37 | 1 | 91 | 107 | V. | 127 | Wahnkopi, Karl, Fischergutsbesitzer | Tiefwerder | 06 | 10 |
| 38 | | 92 | 106 | V. | 124 | Hahn, Rudolf, Kohlenhändler | Tiefwerder | 06 | 10 |
| 39 | | 93 | 29 | I. | 37 | Riemann, Albert, Fischer | " | 06 | 40 |
| 40 | | 94 | 21 | I. | 26 | Lübbede, Franz, Fischergutsbesitzer, und
dessen Ehefrau Anna | " | 06 | 40 |
| 41 | | 95 | 40 | ohne | | Fischersocietät | " | 16 | 30 |
| 42 | | 97 | " | ohne | | Deffentliche Wege | " | 15 | 60 |
| 43 | | 105 | " | ohne | | Deffentliche Gewässer | " | 35 | 30 |
| 44 | | 242/45 | 102 | 66 | 2210 | Stadtgemeinde | Spandau | 01 | 70 |
| 45 | | 243/45 | 38 | IV. | 102 | Plath, Ludwig, Zimmermeister | Spandau | 02 | 89 |
| 46 | | 244/45 | 102 | 66 | 2210 | Stadtgemeinde | Spandau | 01 | 08 |
| 47 | | 250/45 | 95 | IV. | 111 | Plath, Ludwig, Zimmermeister | dieselbst | 03 | 11 |
| 48 | | 251/45 | 102 | 66 | 2210 | Stadtgemeinde | dieselbst | 01 | 06 |
| 49 | | 253/81 | 51 | IV. | 100 | Hahn, Rudolf, Holzhändler | Tiefwerder | 26 | 58 |
| 50 | | 254/85 | 85 | IV. | 97 | Hahn, Rudolf, Schiffsführer | dieselbst | 10 | 19 |
| 51 | | 255/85 | 85 | IV. | 97 | Derselbe | " | 07 | 21 |
| 52 | | 256/86 | 79 | III. | 84 | Derselbe | " | 07 | 19 |
| 53 | | 257/86 | 79 | III. | 84 | Derselbe | " | 02 | 03 |
| 54 | | 258/104 | 79 | III. | 84 | Derselbe | " | 07 | 07 |
| 55 | | 259/104 | 104 | 75 | 2479 | Derselbe | " | 01 | 01 |
| 56 | | 260/87 | 104 | IV. | 120 | Hahn, Rudolf, Kaufmann und Schifförheber | Tiefwerder | 07 | 87 |
| 57 | | 261/88 | " | " | " | Derselbe | " | 07 | 53 |
| 58 | | 262/89 | 97 | IV. | 117 | Hahn, Rudolf, Holzhändler | Spandau | 07 | 73 |
| 59 | | 263/104 | Ch. | ohne | | Deffentliche Gewässer | " | 30 | 22 |
| 60 | | 268/45 | 102 | 66 | 2210 | Stadtgemeinde | Spandau | 01 | 54 |
| 61 | | 269/45 | 98 | IV. | 115 | Plath, Ludwig, Zimmermeister | Spandau | 03 | 03 |
| 62 | | 271/45 | 103 | IV. | 118 | Derselbe | " | 02 | 76 |
| 63 | | 272/45 | 102 | 66 | 2210 | Stadtgemeinde | Spandau | — | 84 |
| 64 | | 273/45 | 102 | " | " | Dieselbe | " | — | 13 |
| 65 | | 275/98 | 70 | ohne | | Königl. Preuß. Staat (Wasserbauverwaltung) | " | 03 | 23 |
| 66 | | 276/98 | 70 | ohne | | Derselbe | " | 01 | 03 |
| 67 | | 277/98 | 70 | ohne | | Derselbe | " | 01 | 03 |
| 68 | | 278/98 | 70 | ohne | | Derselbe | " | 01 | 11 |
| 69 | | 279/98 | 101 | 74 | 2455 | Stadtgemeinde | Spandau | 08 | 43 |
| 70 | | 280/98 | 101 | 74 | 2456 | Dieselbe | " | 03 | 63 |
| 71 | | 281/98 | 101 | 74 | 2455 | Dieselbe | " | 16 | 98 |
| 72 | | 283/98 | 108 | V. | 123 | Rogge, Siegfried August, Rittergutsbesitzer, | Potsdam | 19 | 21 |
| 73 | | 290/9 | 70 | ohne | | Königl. Preuß. Staat (Wasserbauverwaltung) | " | 14 | 16 |
| 74 | | 291/98 | 70 | ohne | | Derselbe | " | 09 | 62 |
| 75 | | 292/98 | 70 | ohne | | Derselbe | " | — | 55 |
| 76 | | 293/98 | 70 | ohne | | Derselbe | " | — | 56 |
| 77 | | 327/98 | Ch. | " | " | Deffentliche Gewässer | " | 93 | 22 |
| 78 | | 297/6 | 70 | ohne | | Königl. Preuß. Staat (Wasserbauverwaltung) | " | 28 | 00 |

| Fol. Nr. | des Kata-
sterblatts | Nummer
der
Parzelle | Artikel der
Mutterrolle | Bezeichnung
nach
dem Grundbuche | | Des Eigenthümers
Name, Vorname und Stand | Wohnort | Flächen-
inhalt | | |
|----------|-------------------------|---------------------------|----------------------------|---------------------------------------|-------|---|------------|--------------------|----|----|
| | | | | Band | Blatt | | | ha | ar | qm |
| 79 | 1 | 298/6 | 70 | ohne | | Königl. Preuß. Staat (Wasserbauverwaltung) | | 01 | 60 | |
| 80 | | 299/9 | 70 | ohne | | Derselbe | | — | 43 | |
| 81 | | 300/98 | 101 | 74 | 2455 | Stadtgemeinde | Spandau | — | 19 | 75 |
| 82 | | 301/98 | 101 | von Spandau | | Dieselbe | " | — | 03 | 19 |
| 83 | | 302/6 | 70 | ohne | | Königlich Preussischer Staat (Wasserbauver-
waltung) | | — | 23 | 43 |
| 84 | | 303/6 | 70 | ohne | | Derselbe | | — | 01 | |
| 85 | | 306/38 | 102 | 66 | 2210 | Stadtgemeinde | Spandau | — | 01 | 51 |
| 86 | | 307/38 | 12 | I. | 16 | Bied, Max, Techniker, und | Spandau | — | — | 78 |
| 87 | | 308/38 | 12 | I. | 16 | Bied, Ernst, Graveur | Dresden | — | 16 | 91 |
| 88 | | 309/39 | 102 | 66 | 2210 | Stadtgemeinde | Spandau | — | 01 | 89 |
| 89 | | 310/39 | 39 | 50 | 1735 | Schueler, Wilhelm, Gärtner | Tiefwerder | — | 11 | 80 |
| 90 | | 311/40 | 102 | 66 | 2210 | Stadtgemeinde | Spandau | — | 13 | 91 |
| 91 | | 312/40 | 17 | I. | 22 | Babel, Wilhelmine Auguste Ludowika geb.
Dunk, Wittwe | Spandau | — | — | 78 |
| 92 | | 313/41 | 102 | 66 | 2210 | Stadtgemeinde | Spandau | — | 11 | 02 |
| 93 | | 314/41 | 37 | 14 | 521 | Kennesarth, August, Gärtner | dieselbst | — | — | 98 |
| 94 | | 315/42 | 102 | 66 | 2210 | Stadtgemeinde | Spandau | — | 13 | 82 |
| 95 | | 316/42 | 5 | I. | 8 | Böddewig, Wilhelm August Otto, Gastwirth | Tiefwerder | — | — | 74 |
| 96 | | 317/43 | 102 | 66 | 2210 | Stadtgemeinde | Spandau | — | 12 | 26 |
| 97 | | 318/43 | 32 | III. | 66 | Kiedebusch, Wilhelm Karl Friedrich und
Ehefrau Angela geb. Miroszewski | Tiefwerder | — | — | 78 |
| 98 | | 319/44 | 102 | 66 | 2210 | Stadtgemeinde | Spandau | — | 12 | 72 |
| 99 | | 320/44 | 102 | 66 | 2210 | Dieselbe | " | — | 04 | 44 |
| 100 | | 321/44 | 17 | I. | 22 | Babel, Wilhelmine Auguste Ludowika geb.
Dunk, Wittwe | " | — | 02 | 11 |
| 101 | | 323/45 | 38 | V. | 122 | Plath, Ludwig, Zimmermeister | Spandau | — | 88 | 65 |
| 102 | | 324/45 | 38 | IV. | 106 | Derselbe | " | — | 07 | 70 |
| 103 | | 325/6 | 70 | ohne | | Königlich Preussischer Staat (Wasserbauver-
waltung) | | — | 06 | 03 |
| 104 | | 326/6 | 70 | ohne | | Derselbe | | — | 93 | 46 |
| 105 | | 333/45 | 38 | V. | 125 | Plath, Ludwig, Stadtrath und Zimmermeister | Spandau | — | 01 | 66 |
| 106 | | 334/45 | 38 | IV. | 106 | Derselbe | dieselbst | — | 02 | 59 |

b. Gemarkung Klosterfelde.

| | | | | | | | | | | |
|-----|---|---|----|------|----|-------------------------------|------------|---|----|----|
| 107 | 1 | 1 | 40 | ohne | | Fischereisocietät | Tiefwerder | — | 02 | 10 |
| 108 | | 2 | 66 | I. | 72 | Schulze, Ludwig, Gutsbesitzer | Klosterhof | — | 06 | 60 |
| 109 | | 3 | 66 | I. | 72 | Derselbe | " | — | 27 | 60 |
| 110 | | 4 | 66 | I. | 72 | Derselbe | " | — | 26 | 80 |

| Fol. Nr. | Nummer | | Artikel der Mutterrolle | Bezeichnung nach dem Grundbuche | | Des Eigenthümers | | Flächeninhalt ha ar qm |
|----------------------------------|---------------------|--------------|-------------------------|---------------------------------|---|------------------------------|---------|------------------------|
| | des Katastraltafels | der Parzelle | | Band | Blatt | Name, Vorname und Stand | Wohnort | |
| c. Gemarkung Spandau. | | | | | | | | |
| 111 | 17 | 350 | 49 | ohne | Schulze, Ludwig, Gutsbesitzer | Spandau | — | 21 40 |
| 112 | | 421/349 | 90 | 61 2074 | Gramens, Louis, Dampfschiffsbesitzer | Elosterhof
Spandau | — | 07 51 |
| 113 | | 422/352 | 90 | 61 2074 | Derselbe | " | — | 04 98 |
| 114 | | 423/352 | 90 | 61 2074 | Derselbe | " | — | 45 |
| 115 | | 424/351 | 90 | 61 2074 | Derselbe | " | — | 13 48 |
| 116 | | 425/351 | 90 | 61 2074 | Derselbe | " | — | 69 |
| 117 | | 426/351 | C b. | ohne | Öeffentliche Gewässer | " | — | 05 40 |
| B. Gemeinde Nischelsdorf. | | | | | | | | |
| Gemarkung Nischelsdorf. | | | | | | | | |
| 1 | 2 | 56 | 27 | I. 41 | Schulze, Albert Friedrich | Gatow | — | 6 90 |
| 2 | | 57 | 23 | I. 27 | Volter, Karl Friedrich Wilhelm, Bauer | dieselbst | — | 68 70 |
| 3 | | 58 | 30 | ohne | Gemeinde | Nischelsdorf | — | 11 — |
| 4 | | 83 | 26 | 22 878 | Rörner, Hermann, Gutsbesitzer | Bodsfelde | — | 11 70 |
| 5 | 20 | 24a | 57 | I. 13 | Die Aktiengesellschaft i. F. Radeberger Exportbierbrauerei | Dresden | — | 8 90 |
| | | b | " | | | " | — | 23 — |
| 6 | | 25a | 4 | I. 4 | Neuendorf, Christian, Fischer | Nischelsdorf | — | 4 10 |
| | | b | " | | | " | — | 3 30 |
| 7 | | 26 | 5 | I. 5 | Elftermann, verehel. Fischer, Karoline Wilhelmine geb. Mahnkopf | Nischelsdorf | — | 7 10 |
| 8 | | 27 | 2 | I. 2 | Schüler, Friedrich, Fischer | dieselbst | — | 7 40 |
| 9a | | 28 | 9 | I. 9 | Boigt, Friedrich, Bädner und Kaufmann | " | — | 7 20 |
| 9b | | 29 | 7 | I. 7 | Krummhauer, Franz, Kaufmann | Berlin, Marienburgerstraße 8 | — | 5 90 |
| 10 | | 30 | 26 | 22 878 | Rörner, Hermann, Gutsbesitzer | Bodsfelde | — | 5 60 |
| 11 | | 31 | 50 | II. 45 | Mai, August, Gastwirth | Spandau | — | 4 10 |
| 12 | | 32 | 17 | I. 18 | Märten, Friedrich, Fischer | Nischelsdorf | — | 3 80 |
| 13 | | 33 | 14 | I. 14 | Heinrich, Wilhelm, Bäckermeister | dieselbst | — | 5 10 |
| 14 | | 34 | 10 | I. 10 | Rühne, Adolf, Fischer | " | — | 23 20 |
| 15 | | 35a | 11 | ohne | Mahnkopf, Wilhelm, Fischer | dieselbst | — | 13 50 |
| | | b | " | | | " | — | 1 — |
| 16 | | 36a | 27 | I. 41 | Schulze, Albert Friedrich | Gatow | — | 1 30 |
| | | b | 27 | " | " | " | — | 1 50 |
| | | c | 27 | " | " | " | — | 57 20 |
| 17 | | 37 | 41 | I. 70 | Schulze, Ludwig, Gutsbesitzer | Elosterhof | — | 13 — |
| 18 | | 38 | 41 | a. d. e. Def. I. 36 | Derselbe | " | — | 11 50 |
| 19 | | 39 | 30 | ohne | Gemeinde | Nischelsdorf | — | 1 80 |
| 20 | | 101/31 | 83 | I. 55 | Kurz, Josef, Fabrikant | Dortmund | — | 16 29 |
| | | | | | Groß Glienicke | " | — | 10 66 |
| 21 | | 102/021 | 84 | — | Königlich Preussischer Staat (Wasserbau-Verwaltung) | " | — | 6 39 |
| | | | | | | " | — | 3 47 |

| Nr. | Nummer | | Blatt der
Matrikulle | Bezeichnung | | Des Eigenthümers | | Flächen- | | |
|-----|--------------------------|-----------------|-------------------------|------------------------|---|--|------------------------------|----------|----|----|
| | des
Karte-
blattes | der
Parzelle | | nach
dem Grundbuche | Band Blatt | Name, Vorname und Stand | Wohnort | ha | ar | qm |
| 22 | 1 | 1 | 22 | I. | 25 | Gumpel, Hermann, Bankier | Berlin | 83 | 70 | |
| 23 | | 3 | 57 | II. | 35 | Aktiengesellschaft in Firma Radeberger Er-
portbierbrauerei | Dresden | 57 | 70 | |
| 24 | | 4 | 30 | ohne | | Gemeinde | Nichelsdorf | 39 | 30 | |
| 25 | | 5 | 32 | ohne | | Schule | Nichelsdorf | 12 | 81 | |
| 26 | | 6 | 26 | 22 | 878 | Rörner, Hermann, Gutsbesitzer | Bockfelde | 17 | 90 | |
| 27 | | 7 | 24 | I. | 16 | Heubed, Karl Friedrich Ferdinand, Zimmer-
mann und Miteigenthümer | Nichelsdorf | 05 | 40 | |
| 28 | | 8 | 17 | I. | 16 | Merten, Friedrich, Fischer | Nichelsdorf | 05 | 40 | |
| 29 | | 9 | 14 | I. | 14 | Heinrich, Wilhelm, Bäckermeister | dieselbst | 05 | 40 | |
| 30 | | 10 | 80 | III. | 86 | Platzed, Hermann, Buchhalter | Berlin | 08 | 40 | |
| 31 | | 11 | 6 | I. | 6 | Rupke, Leopold Albert, Malermeister | Spandau | 02 | 00 | |
| 32 | | 12 | 20 | I. | 23 | Deutel, Friedrich Wilhelm, Schiffbauer | Nichelsdorf | 03 | 60 | |
| 33 | | 13 | 15 | I. | 15 | Kreikamp, Desar, Restaurateur | Berlin, Kamler-
straße 35 | 01 | 30 | |
| 34 | | 14 | 78 | III. | 81 | Gumpel, Hermann, Bankier | Berlin | 05 | 10 | |
| 35 | | 15 | - | III. | 79 | Derselbe | | 67 | 40 | |
| 36 | | 16 | Ca. | ohne | | Deffentliche Wege | | 13 | 30 | |
| 37 | | 17 | 78 | III. | 78 | Gumpel, Hermann, Bankier | Berlin | 22 | 50 | |
| 38 | | 18 | Ca. | ohne | | Deffentliche Wege | | 58 | 00 | |
| 39 | | 19 | 57 | I. | 13 | Aktiengesellschaft in Firma Radeberger Er-
portbierbrauerei | Dresden | 29 | 10 | |
| 40 | | 20 | 3 | I. | 3 | Rathey, Karl, Restaurateur, und Reinde,
Gebrüder F. & D., Handelsgesellschaft | Nichelsberge
Spandau | 17 | 60 | |
| 41 | | 21 | 72 | III. | 83 | Gumpel, Mar, Kaufmann | Berlin | 54 | 00 | |
| 42 | | 22 | 64 | III. | 63 | Derselbe | | 76 | 90 | |
| 43 | | 23 | 72 | III. | 77 | " | | 03 | 60 | |
| 44 | 29/24 | " | " | III. | 75 | " | | 47 | 70 | |
| 45 | 30/24 | " | " | III. | 75 | " | | 32 | 90 | |
| 46 | 31/24 | " | " | " | " | " | | 80 | 40 | |
| 47 | 25 | 26 | 22 | 878 | Rörner, Hermann, Gutsbesitzer | Bockfelde | | 80 | 40 | |
| 48 | 26 | 72 | III. | 82 | Gumpel, Mar, Kaufmann | Berlin | | 80 | 40 | |
| 49 | 27 | 79 | III. | 80 | Albrecht, Friedrich Karl Wilhelm, Maler-
meister | Friedenau,
Rheinstraße 30 | | 80 | 40 | |
| 50 | 32/28 | 71 | IV. | 96 | Stadtgemeinde | Charlottenburg | | 11 | 23 | |
| 51 | 2 | 125 | Cb. | ohne | | Deffentliche Gewässer | | 20 | 20 | |
| 1 | 1 | 2 | 60 | III. | 67 | C. Gemeinde Gatow. Gemarkung Nichelsdorf.
Thürmer, Marie geb. Schmidt, verehelichte
Ingenieur, und 3 Geschwister | Dresden | 120 | 30 | |

Summe 3180 18

von den genannten Gemeindebezirken aufzunehmen und mit dem Gebiete der Stadtgemeinde Spandau zu vereinigen.

Die Uingemeindung tritt am 1. Oktober 1902 in Kraft.

Potsdam, den 18. September 1902

Der Regierungspräsident.

289. Folgende aus dem polnische Saffonarbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitsstätten unter Arbeitsvertrag verließen:

Johann Kämpf, Kreis Teltow.
Stanislaus W. Kreis Teltow.
Anton Wlobarski, Kreis Osthavelland.
Franz Brodoff, Kreis Teltow.
Franz Urbach, Kreis Teltow.
Stanislaus Rados, Kreis Teltow.
Thomas Weiskopf, Kreis Teltow.
Max W. Kreis Teltow.
Boris W. Kreis Teltow.

Die Genannten sind festzunehmen und sofort aus dem Staatsgebiete auszuweisen. Vom Geschehenen ist unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung darüber Nachricht zu geben.

Potsdam, den 23. September 1902.

Der Regierungspräsident.

284. Auf Grund des § 100 des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, vom 26. Juli 1900 (R.-G.-Bl. S. 918) hat die Bäder- und Mäcker-Innung in Strasburg beantragt, anzuordnen, daß zur Wahrnehmung der gemeinsamen gewerblichen Interessen des Bäder- und Mäckerhandwerks sämtliche Gewerbetreibende, welche das bezeichnete Gewerbe im Amtsbezirk Priesitz ausüben, der bestehenden Innung (Zwangsinnung) als Mitglieder anzugehören haben.

Zur Feststellung, ob die Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden der Einführung des Beitrittszwanges zustimmt, bestelle ich den Herrn Landrat in Priesitz zum Kommissar.

Die Art und Zeit der Abstimmung wird der Herr Kommissar durch die Gemeindevorstände der dem Bezirke der einzurichtenden Zwangsinnung angehörenden Gemeinden in ordnungsgemäßer Weise zur Kenntnis der Beteiligten bringen.

Potsdam, den 17. September 1902.

Der Regierungspräsident.

285. Auf Grund des § 100 des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 26. Juli 1900 (R.-G.-Bl. S. 918) hat die freie Mäcker- und Bäderinnung in Regis beantragt, anzuordnen, daß zur Wahrnehmung der gemeinsamen gewerblichen Interessen des Mäcker- und Bäderhandwerks sämtliche Gewerbetreibende, welche das bezeichnete Gewerbe in Regis, Knoblauch, Pares, Falkenrehde, Egin, Buchow-Carpow,

les und das Bäder-Handwerk in Buchow und Tremmen ausüben, einer neu zu errichtenden Innung (Zwangsinnung) als Mitglieder anzugehören haben.

Zur Feststellung, ob die Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden der Einführung des Beitrittszwanges zustimmt, bestelle ich den Herrn Landrat in Rauen zum Kommissar.

Die Art und Zeit der Abstimmung wird der Herr Kommissar durch die Gemeindevorstände der dem Bezirke der einzurichtenden Zwangsinnung angehörenden Gemeinden in ordnungsgemäßer Weise zur Kenntnis der Beteiligten bringen.

Potsdam, den 17. September 1902.

Der Regierungspräsident.

286. Bekanntmachung.

I. Festgestellt:

a. Miljorand, Kreis Angermünde, Gut Winnow. Kreis Oder-Bogum; Freudenberg, Kreis Ost-Havelland; Johannisthal bei Hohenbruch, Kreis Templin; Gut Siegelitz.

b. Schmiede, Kreis West-Havelland; Rhinow, Kreis Teltow; Mariendorf, Buchow, Gut Dahlwitz, Trebbin, Zehlendorf, Teltow, Gut Buxtehause, Bassen, Schmargendorf, Güllerges.

c. Geflügelzucht, Kreis Ost-Havelland; Rauen, Kreis Ost-Bogum; Heinrichsdorf, Kreis Teltow; Löwenbruch, Gut, Trebbin.

II. Erlaubt:

a. Miljorand, Kreis Potsdam-Stadt; Alt-Hammendorf, Kreis Brandenburg-Prenzlau (Stegemannsdorf), Kreis Zauch-Belzig; Buchow.

b. Schweinefleisch, Kreis Teltow; Zehlendorf, Dt.-Wilmsdorf.

c. Geflügelzucht, Kreis Ost-Havelland; Neu-Teltow.

d. Rog. Stadtkreis Potsdam; Herdebestand des Postalters Schatz, Am Canal 15.

e. Rinde, Kreis Ost-Havelland; Rauen.

Potsdam, den 23. September 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen

des Königl. Regierung.

29. Die Verwaltung der Forstasse in Eberowalde durch die Pensionierung des am 1. November d. Js. durch die Pensionierung des jetzigen Stelleninhabers Rechnungsraths Kreßin zur Erledigung kommenden Forstasse Eberowalde ist dem Forstassenrendanten Ritz j. Zt. in Berlin übertragen worden.

Potsdam, den 17. September 1902.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

Grundstücksaufhebung.

20. Die Zuckerrübenfabrik in Regin beabsichtigt, ihr in Regin belegenes Fabrikgrundstück hochwasserfrei aufzuheben.

Hierzu ist die deutschpolizeiliche Genehmigung nachgefragt worden.

Dies wird mit der Aufforderung bekannt gemacht, etwaige Einwendungen in deutschpolizeilicher Hinsicht gegen die geplante Aufhebung bis einschließlich den 13. Oktober 1902 bei dem Bezirksausschusse zu Potsdam anzubringen. Später eingehende Einsprüche finden keine Berücksichtigung.

Die Pläne können in der Registratur des Bezirksausschusses hier, Humboldtstraße 1, während derselben Frist eingesehen werden.

Potsdam, den 17. September 1902.

Der Bezirks-Ausschuß.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Verlegung von Telegraphenröhrläbellen und eines Rohrpostfahrrohres.

78. Bei dem Kaiserlichen Haupt-Telegraphenamte hier W. 56 Französischstr. 33 liegen Pläne aus über die Verlegung:

- a. zweier Telegraphenröhrläbellen von Brunnen 120a. in Adlerstraße bis Anklamerstraße 43,
- b. eines Rohrpostfahrrohres nebst Signallabel am Rügow-Platz, im Zuge des Rügow-Ufers und der Schillstraße, sowie
- c. eines Telegraphenröhrläbells in der Großen Frankfurterstraße, von der Ede Fruchtstraße bis Große Frankfurterstraße 2.

Berlin C. 2, den 13. September 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Herstellung eines Gementkanals für Fernsprechkabel.

79. Bei dem Kaiserlichen Stadt-Fernsprechamt 7 hier, O. 27 Blumenthalstraße 9, liegt ein Plan aus über die Herstellung eines Gementkanals für Fernsprechkabel von Landsbergerstr. Ede Richterbergstr. bis Landsberger-Aller, Ede Tilschstr.

Berlin C. 2, den 13. September 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Öffnung des Rohrpostbetriebes bei dem Postamt 87 (Beusselstr.) in Berlin.

80. Am 29. September wird bei dem Kaiserlichen Postamt 87 (Beusselstraße) hierseits der Rohrpostbetrieb eröffnet. Der Rohrpostverkehr findet täglich im Sommerhalbjahr von 7 Uhr, im Winterhalbjahr von 8 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends statt.

Berlin C. 2, den 21. September 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Bekanntmachungen der Königl. Konsistoriums der Provinz Brandenburg.

Pfarrstellenerhebung.

44. Erledigt ist die Diakonatsstelle magistralatlichen Patronats zu Perleberg, mit der die pfarramtliche Verwaltung der Gemeinde Rüppow verbunden ist. Diefelbe Perleberg, durch Verlegung des Diakonus Iherott. Ueber die Stelle ist bereits verfügt.

Pfarrstellenerhebung.

45. Erledigt ist die Pfarrstelle Königl. Patronats zu Schönberg, Diefelbe Lindow-Gransee durch Verlegung des Pfarrers Schenk zum 1. September d. J. Die Wiederbesetzung der Stelle erfolgt durch das Kirchenregiment.

Bekanntmachungen der Kgl. Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Verlosung von 3 1/2 % Rentenscheinen der Provinz Brandenburg.

19. Bei der infolge unserer Bekanntmachung vom 18. v. Mts. heute geschehenen öffentlichen Verlosung von 2 1/2 prozentigen Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Stücke gezogen worden:

Litt. F. zu 3000 M. 1 Stück

und zwar die Nr. 214,

Litt. H. zu 300 M. 1 Stück

und zwar die Nr. 55,

Litt. J. zu 75 M. 3 Stück

und zwar die Nr. 1, 56, 70.

Litt. K. zu 30 M. 1 Stück

und zwar die Nr. 33.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in kunsfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Zinscheinen Reihe II. Nr. 7—16 nebst Erneuerungsscheinen bei der hiesigen Rentenbankkassie, Klosterstraße Nr. 76 I. vom 2. Januar 1903 ab an den Werktagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennbetrag der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 2. Januar 1903 ab hört die Verzinsung der ausgelassenen Rentenbriefe auf; diese selbst verfahren mit dem Schlusse des Jahres 1913 zum Vortheile der Rentenbank.

Die Einlieferung ausgelassener Rentenbriefe an die Rentenbank-Kassie kann auch durch die Post, portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldebetrag auf gleichem Wege übermittelt werde.

Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 300 M. durch Postanweisung.

Solfern es sich um Summen über 300 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen. Berlin, den 12. August 1902.

Königliche Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Personal-Chronik.

Der Oberpräsident von der Schulenburg in Potsdam ist zum Mitgliede des Provinzialrates der Provinz Brandenburg auf die Dauer seines Hauptamtes am Siege des Oberpräsidenten dieser Provinz ernannt worden.

Der Regierungsrath Dr. Schaepe ist der hiesigen Regierung zur dienstlichen Verwendung überwiesen worden.

Im Kreise Ostprignitz ist ernannt worden zum Amtsvorsteher Ritterschlossiger Dr. von Dallwitz, Tornow, für den Bezirk 6 „Dankow“.

Im Verwaltungsbezirke der Königl. Hofkammer der Königl. Kamillengüter ist der Rürker Wenzel

zu Sputendorf mit Wahrnehmung der Revierförstergeschäfte, der neu errichteten Revierförsterei in Sputendorf für die Schutzbezirke Sputendorf und Guss-Röhr der Oberförsterei Königs-Buscherhausen probeweise beauftragt.

Der bisherige Pfarrer Carl Müller zu Wölfsgrund ist zum Oberpfarrer in Wittenberge, Diözese Verleberg, bestellt worden.

Der Archidiaconus, demnachstige Oberpfarrer Ewald Riese in Verleberg ist zum Superintendenten der Diözese Verleberg ernannt worden.

Dem Kaiser und Lehrer Carl Hoffmann in Gladow, Diözese Potsdam II., ist der Titel „Rantor“ verliehen.

Der Oberlehrer Barthé an der Realschule in Schmallalben ist als Oberlehrer an der Realschule in Cottbus angestellt worden.

Die Lehrer Kosschitz, Dewier, Engelmann, Schmidt, Robert, Ritter, Schulz, Marx, Krüger, Ramin, Weißinger, Landed, Strube, Thomas, Taut und Fästenhauer sind endgültig als Gemeindevorschullehrer in Berlin angestellt worden.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Prozeßagent.

Dem Prozeßagenten Johannes Wegner in Eßben ist das mündliche Verhandeln vor dem Amtsgericht in Dahme (§ 157 der Reichs-Civilprozeßordnung) vom 1. Oktober d. Js. ab gestattet.

Potsdam, den 19. September 1902.

Der Landgerichtspräsident.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Arbeiter Sander Wassermann, geboren am 26. Februar 1876 zu Chotynies, Bezirk Zamorow, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 21. Mai 1902 ausgewiesen.

Die ledige Gici Frost, geboren 1. August 1881 zu Zablotowe, Kreis Sniatyn, österreichische Staatsangehörige, ist als lästige Ausländerin durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 18ten Juni 1902 ausgewiesen.

Der Cigarettenarbeiter Mossel Blaiwas, geboren am 15. April 1845 zu Warschau, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 19. Juni 1902 ausgewiesen.

Das Fräulein Chaja Feder, geboren 7. Juni 1877 zu Prusja, österreichische Staatsangehörige, ist als lästige Ausländerin durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 1. Juli 1902 ausgewiesen.

Der Concert-Director Otto Brantzel, geboren 13. November 1870 zu Graz, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 3. Juli 1902 ausgewiesen.

Der Drehorgelspieler Giovanni Stefano, geboren am 10. Juni 1836 zu Ravenna d'Olmo, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 7. Juli 1902 ausgewiesen.

Der Cigarettenarbeiter Moses Frankfurt, geboren 17. Dezember 1885 zu Nizanschewitz, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 7. Juli 1902 ausgewiesen.

Der Arbeiter Franz Swiatly, geboren 10. September 1880 zu Sabowic in Rußland, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 9. Juli 1902 ausgewiesen.

Der Arbeiter Josef Herß Bleimann, geboren am 16. April 1876 zu Jaslo i. Oesterreich, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 2. August 1902 ausgewiesen.

Der Maler Johann Raf, geboren 2. Oktober 1870 zu Lufina, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 6. August 1902 ausgewiesen.

Die unverehelichte Katharine Mesner, geboren am 11. November 1878 zu Lemberg in Galizien, österreichische Staatsangehörige, ist als lästige Ausländerin durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 9. August 1902 ausgewiesen.

Der Zimmergeselle Peter Filak, geboren 5. April 1873 zu Staroknepize in Russisch-Polen, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 13. August 1902 ausgewiesen.

Schneider Georg Junga, geboren 24. März 1870 zu Zukau, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 14. August 1902 ausgewiesen.

Der Agent Joel Schrager, geboren 28. April 1879 zu Stanislaw in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 19. August 1902 ausgewiesen.

Reisender Simon Schattensfeld, geboren 10ten April 1884 zu Dichtenis, Kreis Buzitz, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 23. August 1902 ausgewiesen.

Kaufmann Chaim Kieferbaum, geboren 26ten Juli 1870 zu Lemberg i. Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 26. August 1902 ausgewiesen.

Arbeiter Luigi Barille, geboren 17. November 1873 zu Lugagnano (Italien), italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung

Mittheilung

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 40.

Den 3. Oktober

1902.

Inhaltsverzeichnis. Inhalt von Stück 42 der Gesetz-Sammlung. S. 427. — Bekanntweiser. S. 427. — Schlenksperr. S. 427. — Stellmacher- und Böttcher-Innung in Oberwalde. S. 427. — Öffnungszeiten für Eisenbahndrehbrücken. S. 428. — Versicherungsgesellschaft der chemischen Industrie. S. 428. — Gebührenart für Versteigerer. S. 428. — Polizeiverordnung betr. nicht approbirt. Heilspersonen. S. 429. — Kontraktbändige ausländische Arbeiter. S. 429. — Stättenlaggebührenordnung. S. 430. — Viehschlachten. S. 430. — Grundstücksauflösung. S. 430. — Futtermittel für Kindermüllkühe. S. 431. — Schließung von Kranen. S. 431. — Haftstellenerklärung. S. 431. — Briefsendungen nach Luxemburg. S. 431. — Neue Telegraphenanstalten. S. 432. — Privatbesuchenverkehr in Dalgowa-Dörfer. S. 432. — Grabenart III (Berlin-Stettin). S. 432. — Öffentliche Eisenbahn-Karobach. S. 432. — Personal-Chronik. S. 432. — Ausweisungen aus Preußen. S. 432.

Gesetz-Sammlung
für die Königl. Preussischen Staaten.
(Stück 42.) Nr. 10397. Gesetz, betreffend die Voraussetzungen zum Begebau. Vom 18. August 1902.

Bekanntmachungen des Königl. Ministeriums.

Kontingente der Branntweinsteuer-Ausfuhrbestimmungen.
49. Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der Bundesrath, in der Sitzung vom 18. September d. J. eine Branntwein-Kontingenterlassungsordnung sowie ergänzende Bestimmungen und Abänderungen der Branntweinsteuer-Ausfuhrbestimmungen mit der Maßgabe beschlossen hat, daß sie am 1. Oktober d. J. in Kraft treten. Die bezeichneten Vorschriften werden im Centralblatt für das Deutsche Reich abgedruckt werden. Ein Abdruck der Vorschriften wird zur Einsichtnahme der theilhaftigen Gewerbetreibenden bei jedem Steueramte bereit gehalten.

Nach den Vorschriften der Kontingenterlassungsordnung ist die Veranlagung einer Brennerei zum Kontingente zulässig:

- für die in den letzten fünf Betriebsjahren neu entstanden und bis zum Beginn des Kontingenterlassungsjahrs betriebsfähig hergerichteten landwirtschaftlichen Brennereien und Materialbrennereien, die als solche ein besonderes Kontingent bisher nicht besaßen;
- für die bisher am Kontingente theilhaftigen landwirtschaftlichen Brennereien, deren wirtschaftliche Lage durch Verringerung oder Vergrößerung der regelmäßig beackerten oder sonst landwirtschaftlich genutzten Fläche während der letzten fünf Betriebsjahre eine wesentliche Veränderung erfahren hat;
- für die landwirtschaftlichen Brennereien, welche als Brennereibetriebe oder als Hefenbrennereien am Kontingente theilhaftig waren und im Laufe der letzten fünf Jahre dauernd und vollständig entweder zur Verarbeitung von Kartoffeln übergegangen sind oder die Hefengewinnung aufgegeben haben;
- für die bisher am Kontingente theilhaftigen land-

wirtschaftlichen Brennereien, bezüglich deren bei einer früheren Kontingenterlassung wesentliche Veränderungen des Grundbesitzes unberücksichtigt geblieben sind.

Zur Vertheilung der Veranlagung ist — abgesehen von den Fällen, in denen es sich um eine Verringerung der landwirtschaftlich genutzten Fläche handelt — ein Antrag des Eigentümers oder Besitzers der Brennerei erforderlich. Der Antrag darf nur berücksichtigt werden, wenn er bei der Steuerbehörde, in deren Bezirke die Brennerei liegt, vor dem 1. November 1902 schriftlich gestellt oder zu Protokoll erklärt worden ist.

Für Abfindungsbrennereien darf der Antrag außer bei der Steuerbehörde auch bei einem Steueramtsbeamten zu Protokoll erklärt werden.

Der Antrag auf Veranlagung kann bis zum Eingange des schriftlichen Gutachtens über die Veranlagung bei der Direktsbehörde zurückgenommen werden.

Berlin, den 20. September 1902.

Der Finanzminister.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Schlenksperr.

287. Nach dem Stande der Arbeiten muß die Schleuse Wernsdorf voraussichtlich noch bis 6. Oktober d. J. gesperrt bleiben. Potsdam, den 24. September 1902.

Der Regierungspräsident.

Stellmacher- und Böttcher-Innung in Oberwalde.

288. Nachdem bei der Abstimmung sich die Mehrheit der theilhaftigen Gewerbetreibenden für die Einführung des Beitragszwanges erklärt hat, ordne ich hiermit an, daß zum 1. November 1902 der Bezirk der Stellmacher- und Böttcher-Innung in Oberwalde auf die Amtsbezirke Grünthal (ohne den Ort Schönholz) und Hegermühle ausgedehnt werde.

Von dem genannten Zeitpunkt ab gehören alle Gewerbetreibenden, welche in dem Innungsbezirke das bezeichnete Handwerk ausüben, dieser Innung an.

Potsdam, den 24. September 1902.

Der Regierungspräsident.

289.

Nachweisung

der Zotten, zu welchen die Eisenbahn-Drehbrücken über die Havel bei Spandau im Zuge der Strecken Berlin—Hamburg und Berlin—Lehde für den Schiffsverkehr geöffnet sind.
Gültig bis zum 30. April 1903.

Es sind für den Schiffsverkehr geöffnet:

I. Die Drehbrücke im Zuge der Strecke Berlin—Hamburg

II. Die Drehbrücke im Zuge der Strecke Berlin—Hamburg

| Zf. Nr. | von | | bis | | Zeitdauer | Zwischen den Zügen | Zf. Nr. | von | | bis | | Zeitdauer | Zwischen den Zügen |
|---------|-------|------|-------|------|-----------|--------------------|---------|------|-------|------|------|-----------|--------------------|
| | Stde. | Min. | Stde. | Min. | Min. | | Stde. | Min. | Stde. | Min. | Min. | | |
| 1 | 12 | 38 | 12 | 46 | 8 | 534—245 L | 1 | 1 | 20 | 1 | 28 | 8 | 6219 L—6061 |
| 2 | 1 | 01 | 1 | 11 | 10 | 245 L—1138 | 2 | 1 | 43 | 1 | 50 | 7 | 6061—8943 |
| 3 | 2 | 23 | 3 | 05 | 42 | 6021 L—233 L | 3 | 3 | 30 | 4 | 37 | 67 | 9037—8940 |
| 4 | 3 | 20 | 4 | 51 | 91 | 233 L—6067 A. | 4 | 5 | 15 | 5 | 28 | 13 | 9045—6222 L |
| 5 | 5 | 59 | 6 | 27 | 28 | 6001 L—203 L | 5 | 5 | 55 | 6 | 16 | 21 | 7026—7062 |
| 6 | 9 | 54 | 10 | 12 | 18 | 202 A—B 57 | 6 | 8 | 01 | 8 | 12 | 11 | 7061—6210 L |
| 7 | 11 | 34 | 11 | 41 | 7 | 17 L—511 | 7 | 10 | 29 | 10 | 40 | 11 | 7454—6207 L |
| 8 | 11 | 56 | 12 | 03 | 7 | 511—4 L | 8 | 10 | 55 | 11 | 01 | 6 | 6207 L—7060 |
| 9 | 12 | 56 | 1 | 08 | 12 | 512—207 L | 9 | 11 | 55 | 12 | 02 | 7 | 8907—6214 L |
| 10 | 2 | 01 | 2 | 11 | 10 | 514—513 | 10 | 12 | 25 | 12 | 35 | 10 | 8945—7451 |
| 11 | 3 | 26 | 3 | 37 | 11 | 515—201 A | 11 | 12 | 50 | 12 | 58 | 8 | 7451—9030 |
| 12 | 5 | 21 | 5 | 34 | 13 | 517—8 A | 12 | 1 | 19 | 1 | 28 | 9 | 7215 L—9030 |
| 13 | 8 | 57 | 9 | 05 | 8 | 523—B 36 | 13 | 1 | 52 | 2 | 03 | 11 | 7074—6730 L |
| 14 | 10 | 28 | 10 | 56 | 28 | 6 L—530 | 14 | 2 | 51 | 3 | 29 | 38 | 6225 L—8941 |
| | | | | | | | 15 | 3 | 55 | 4 | 26 | 31 | 8211 L—9036 |
| | | | | | | | 16 | 4 | 50 | 5 | 09 | 19 | 7472—7071 |
| | | | | | | | 17 | 5 | 27 | 5 | 33 | 6 | 8020—7021 |
| | | | | | | | 18 | 5 | 48 | 5 | 58 | 10 | 7021—7208 L |
| | | | | | | | 19 | 6 | 18 | 7 | 50 | 92 | 6191—6220 L |
| | | | | | | | 20 | 8 | 18 | 8 | 43 | 25 | 7058—6104 L |
| | | | | | | | 21 | 10 | 05 | 10 | 26 | 21 | 7025—9034 |
| | | | | | | | 22 | 11 | 30 | 11 | 37 | 7 | 9035—8908 |

Die Schließung der Drehbrücke erfolgt ungefähr 10 Minuten vor dem planmäßigen Eintreffen bzw. Abfahren der Züge in Spandau, die Wiedereröffnung ungefähr 5 Minuten nach Durchfahrt der Züge. Den in der vorstehenden Nachweisung gemachten Zeitangaben sind die fahrplanmäßigen Ankunfts- und Abfahrtszeiten zu Grunde gelegt. Bei Zugverspätungen und bei Ablassung von Sonderzügen und Maschinen ändert sich die Zeiten, zu welchen die Brücke für den Schiffsverkehr zu öffnen ist, entsprechend den tatsächlichen Verhältnissen des Eisenbahnbetriebes. Potsdam, den 30. September 1902. Der Regierungspräsident.

Öffnung der Eisenbahndrehbrücke über die Havelbucht bei Potsdam für die Schifffahrt.

290. Die Öffnungszeiten für die Eisenbahn-Drehbrücke über die Havelbucht bei Potsdam sind während der Zeit vom 1. Oktober 1902 bis Ende März 1903 wie folgt festgesetzt:

- 1) Von 1202 bis 1235 Nachmittags,
- 2) " 250 " 310 "
- 3) " 442 " 505 "

Während des Monats April 1903 ist die Brücke außerdem von 509 bis 523 Vormittags geöffnet.

Durch Verspätungen fahrplanmäßiger Züge, Ablassung von Bedarfs- oder Sonderzügen u. sowie durch alle sonstigen Betriebsstörungen werden die vorstehend festgesetzten Öffnungszeiten im Bedarfsfalle beschränkt.

Potsdam, den 30. September 1902.

Der Regierungspräsident.

Vertrauensmann der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie

Sektion I.

291. An Stelle des bisherigen Vertrauensmannes, Herrn A. Grubis in Potsdam, hat der Vorstand der

Sektion I. der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie in Berlin Herrn Dr. Tesmer i. F. Gebr. Tesmer in Wittenberge zum Vertrauensmann des II. Bezirkes, umfassend den Regierungsbezirk Potsdam mit Auschluss der Stadtkreise Charlottenburg, Kirdorf, Schöneberg und der Landkreise Teltow und Nieder-Barnim, gewählt. Zum zweiten Stellvertreter des Herrn Tesmer ist Herr Otto Ruderisch in Freienwalde a./D. gewählt worden.

Potsdam, den 30. September 1902.

Der Regierungspräsident.

Gebührensatz für Versteigerer.

292. Auf Grund der Nr. 66 der Vorschriften über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen, sowie über den Geschäftsbetrieb der Versteigerer vom 10. Juli 1902 (Sonderbeilage zu Stück 32 des Amtsblattes von 1902) werden für den Regierungsbezirk Potsdam nachstehende Taxen festgesetzt.

§ 1. Der Versteigerer erhält

- 1) für freiwillige Versteigerung beweglicher Sachen

für Rechnung des Auftraggebers (II. der Vorschriften),

- 2) für öffentliche Verpachtung an den Meißbietenden (III. a. a. D.),
- 3) für Pfanbverläufe (IV. a. a. D.),
- 4) für sonstige von öffentlich angestellten Versteigerern vorzunehmende Versteigerungen, die Kraft gesetzlicher Ermächtigung für Rechnung eines Andern erfolgen (V. a. a. D.),

bei Nr. 1, 3, 4 vom Betrage des erzielten Erlöses, bei Nr. 2 von der einjährigen Pachteinahme bis zu 100 M. 5 vom Hundert, jedoch nicht unter 2 M. von dem Betrag über 100 M. bis 300 M. einschl. 3 v. H. von dem Betrag über 300 " 1000 " 2 " von dem Betrag über 1000 " 5000 " 1 " von dem Betrag über 5000 " 1/2 "

§ 2. Baare Auslagen, insbesondere Schreib-, Post-, Telegraphengebühren, Bekanntmachungskosten, Arbeitslöhne, Transport- und Reisefosten werden dem Versteigerer vergütet.

An Reisefosten erhält derselbe, falls er zur Vornahme des Geschäfts außerhalb seines Wohnsitzes einen Weg bis zur Entfernung von mehr als 2 Kilometer zurücklegen muß, für jedes angefangene Kilometer des Hinweges und des Rückweges eine Entschädigung von 10 Pfg.

Nimmt der Versteigerer mehrere Geschäfte auf derselben Reise vor, so erhält er für jedes derselben die volle nach der Entfernung des Ortes von seinem Wohnsitz zu berechnende Entschädigung.

§ 3. Wird der Auftrag nach Einleitung der Versteigerung zurückgenommen, so erhält der Versteigerer außer den im § 2 genannten Auslagen ein Viertel der im § 1 festgesetzten Gebühren; wird die Versteigerung erst in dem zu ihrer Abhaltung bestimmten Termine rückgängig gemacht, die Hälfte derselben.

Potsdam, den 26. September 1902.

Der Regierungspräsident.

Polizeiverordnung

betreffend die nicht approbirtten Heilpersonen.

293. Auf Grund des §-137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Sammlung Seite 195) und der §§ 6, 11 und 12 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 wird für den Regierungsbezirk Potsdam unter Anschluß der Stadtkreise Charlottenburg, Schöneberg und Nischow unter Zustimmung des Bezirksausschusses nachstehende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1. Personen, welche, ohne approbirt zu sein, die Heilkunde gewerbmäßig ausüben wollen, haben dies vor Beginn des Gewerbebetriebes demjenigen Kreisärzte, in dessen Amtsbezirke der Ort der Niederlassung liegt, unter Angabe ihrer Wohnung zu melden und gleichzeitig demselben die erforderlichen Notizen über ihre Personalverhältnisse anzugeben.

Die Personen, welche bereits zur Zeit die Heilkunde ausüben, haben die vorbezeichnete Meldung und Angabe binnen 14 Tagen nach dem Inkrafttreten dieser Polizeiverordnung zu bewirken.

§ 2. Die im § 1 bezeichneten Personen haben dem zuständigen Kreisärzte auch einen Wohnungswechsel innerhalb 14 Tagen nach dem Eintritt desselben, sowie die Aufgabe der Ausübung der Heilkunde und den Wegzug aus dem Bezirke zu melden.

§ 3. Öffentliche Anzeigen von nicht approbirtten Personen, welche die Heilkunde gewerbmäßig ausüben, sind verboten, sofern sie über Vorbildung, Befähigung oder Erfolge dieser Personen zu täuschen geeignet sind oder prahlerische Versprechungen enthalten.

§ 4. Die öffentliche Ankündigung von Gegenständen, Vorrichtungen, Methoden oder Mitteln, welche zur Verhütung, Linderung oder Heilung von Menschen- oder Thierkrankheiten bestimmt sind, ist verboten, wenn

- a. den Gegenständen, Vorrichtungen, Methoden oder Mitteln besondere, über ihren wahren Werth hinausgehende Wirkungen beigelegt werden oder das Publikum durch die Art ihrer Anpreisung irreführt oder belästigt wird, oder wenn
- b. die Gegenstände, Vorrichtungen, Methoden oder Mittel ihrer Beschaffenheit nach geeignet sind, Gesundheitsbeschädigungen hervorzurufen.

§ 5. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Vorschriften werden, soweit in den bestehenden Gesetzen nicht eine höhere Strafe vorgesehen ist, mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit entsprechender Haft bestraft. Potsdam, den 19. Juli 1902.

Der Regierungspräsident.

Kontraktbrüche ausländische Arbeiter.

294. Folgende ausländisch-polnische Saisonarbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitsstätten unter Kontraktbruch verlassen:

| Namen: | Hiesiger
Beschäftigungsort: |
|---|--|
| Balenty Szynozewski,
Jozef Szynozewski,
Jon Szynozewski,
Antonina Szynozewski,
Jozefa Perka,
Marjenna Perka,
Jozia Adamcz,
Agnieszka Adamcz,
Tekla Wydmach,
Agnieszka Straszak,
Katarzyna Sultapel,
Tomasz Wesoby,
Jan Zubtaszel,
Wojciech Skrzynski,
Jan Glanoski,
Andrzej Kulpa, | Klein-Ziethen,
Kreis Teltow. |
| Leo Wolinskiy, | |
| Marianna Wolinskiy, | |
| Stanislaus Jendrasial, | |
| Antonie Jendrasial, | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | Breisch-Rollnis,
Kr. Westprignitz. |
| | Groß-Wachlin,
Kreis Naugard,
Regierungsbezirk
Sattin. |
| | Abbenburg,
Kreis Hörter i. W.,
Regierungsbezirk
Minden. |

Die Benannten sind festzunehmen und sofort aus dem Staatsgebiete auszuweisen. Vom Geschehenen ist unter Bezugnahme auf diese Bekanntmachung hierher Nachricht zu geben.

Potsdam, den 30. September 1902.

Der Regierungspräsident.

295.

Ordnung

für die Erhebung von Gebühren für Benutzung des Stätteplatzes der Gemeinde Nieder-Schöneweide.

§ 1.

Für die Benutzung des Gemeindestätteplatzes zum Zwecke des Einladens, Ausladens, Aufstellens und Lagerns von Gegenständen sind Gebühren nach Maßgabe des angehängten Tarifs zu entrichten.

Der Zahlungsverpflichtete ist der Empfänger der Gegenstände und falls ein solcher nicht vorhanden ist, der Absender.

§ 2.

Wer Gegenstände zum Ein- oder Ausladen aufstellen oder die Zeit der Lagerung verlängern will, hat die Erlaubnis bei der Gemeindegasse bezw. dem Pächter, sofern die Gemeinde den Stätteplatz verpachtet, nachzusuchen und nach Maßgabe der Festsetzungen des Erlaubnisscheines die Gebühr zu zahlen.

§ 3.

Die Gebühren sind im Voraus zu zahlen; angefangene Maße werden hierbei für voll gerechnet.

§ 4.

Die Zahlung erfolgt an die Gemeindegasse bezw. den Pächter.

§ 5.

Die Anweisung des Platzes zum Einladen, Ausladen, Aufstellen und Lagern erfolgt durch die Gemeinde bezw. den Pächter.

§ 6.

Alle Gegenstände müssen so gelagert werden, daß dadurch keinerlei Gefahr für die Passanten und keinerlei Beschädigung des daneben gelagerten Eigentums entsteht.

§ 7.

Wer ohne Erlaubnisschein oder Nachweis der Bezahlung der Gebühr die Benutzung des Stätteplatzes vornimmt oder verlängert, hat die Fortweisung und Fortschaffung der ihm gehörigen Sachen vom Stätteplatz auf seine Kosten zu gewärtigen.

§ 8.

An Sonn- und Festtagen und zur Nachtzeit, d. h. eine Stunde nach Sonnenuntergang und eine Stunde vor Sonnenaufgang, darf nichts nach der Ablage angefahren oder von derselben verladen werden.

§ 9.

Alle zur Ablage gebrachten Gegenstände stehen selbst auf alleinige Gefahr der Eigenthümer.

§ 10.

Diese Ordnung tritt am 1. Oktober 1902 in Kraft. Nieder-Schöneweide, den 17. Juli 1902.

Der Gemeindevorsteher.

Unterschrift.

T a r i f

für die Benutzung des Stätteplatzes der Gemeinde Nieder-Schöneweide.

Die Gebühr beträgt:

- 1) für den Fall, daß der Stätteplatz zum Lagern von Gegenständen benutzt wird, für jedes Quadratmeter benutzte Lagerfläche für die ersten 10 Tage 20 Pf.
für jede ferneren angefangenen 10 Tage 10 Pf.
- 2) für den Fall, daß über den Stätteplatz an- oder abgefahren wird, ohne daß die Gegenstände zur Lagerung auf den Stätteplatz gelangen, für jede einspännige Fuhr 10 Pf.
zweispännige Fuhr 20 Pf.
dreispännige Fuhr 30 Pf.
vierspännige Fuhr 40 Pf.

Für die Beurtheilung der Bepannung wird Borspahn, der auf dem Stätteplatz genommen wird, nicht gerechnet;

- 3) für den Fall, daß ein Schiffsgefäß an dem Stätteplatz anlegt, ohne ab- oder einzuladen, für den Tag 1 Mark.

Der Tarif der vorstehenden, durch Beschluß des Kreisaußschusses des Kreises Teltow vom 9. September d. Js. genehmigten Ordnung ist unter dem heutigen Tage von mfr bis zum 1. Oktober 1905 festgesetzt.

Potsdam, den 24. September 1902.

(L. S.)

Der Regierungspräsident.

296.

N i e d e r s c h ö n e w e i d e .

I. Festgestellt:

a. Milzbrand. Kreis West-Havelland: Bügow, Stechow.

b. Schweinepocken. Kreis Prenzlau: Dom. Briesig. Kreis West-Prignitz: Havelberg, Kreis Teltow: Schmargendorf, Teltow, Gütergoh, Müggelsheim.

c. Geflügelcholera. Kreis Borsow-Storkow: Gut Behrendsdorf. Kreis Ost-Prignitz: Sarnow. Kreis Templin: Hindenburg.

II. Erloschen:

a. Milzbrand. Kreis Nieder-Barnim: Lichtenberg.

b. Schweinepocken. Kreis Nieder-Barnim: Herzfelde, Dramenburg. Kreis West-Havelland: Gut Ribbeck. Kreis Jüterbog-Luckenw.: Reinsdorf, Wiepersdorf (Gut). Kreis Prenzlau: Strasburg II./M., Rißow, Ludwigsburg, Roskow.

c. Geflügelcholera. Kreis Nieder-Barnim: Reinsdorf. Kreis Ost-Havelland: Nauen. Kreis Teltow: Nowawes.

Potsdam, den 30. September 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse. Grundstücksauflösung.

21. Die Zuckerfabrik in Regin beabsichtigt, ihr in Regin gelegenes Fabrikgrundstück hochwasserfrei aufzuhöhen.

Hierzu ist die beichpolizeiliche Genehmigung nach-
gefragt worden.

Dies wird mit der Aufforderung bekannt gemacht,
etwaige Einwendungen in beichpolizeilicher Hinsicht
gegen die geplante Auflösung bis einschließlich den
13. Oktober 1902 bei dem Bezirksausschusse zu Potsdam
anzubringen. Später eingehende Einsprüche finden keine
Berücksichtigung.

Die Pläne können in der Registratur des Bezirks-
ausschusses hier, Humboldtstraße 1, während derselben
Frift eingesehen werden.

Potsdam, den 17. September 1902.

Der Bezirks-Ausschuß.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Futtermittel für Rindermilchkühe.

81. Mit Bezug auf § 13 c. der Polizeiverordnung
des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom
15. März d. J., betreffend den Verkehr mit Rohmilch
und Sahne im Landespolizeibezirk Berlin, bringe ich
nachstehend das Verzeichnis derjenigen Futtermittel zur
Kenntnis der beteiligten Kreise, welche bis auf Weiteres
an Rindermilchkühe verabfolgt werden dürfen:

- 1) Wiesenheu; dasselbe muß gut gewonnen sein, frische
Farbe und aromatischen Geruch besitzen, nicht mit
giftigen Pflanzen und nicht in nennenswerter
Menge mit wenig gedeihlichen Kräutern durchsetzt,
nicht schimmelig, dumpfig, staubig und mit Ver-
fallungspilzen überzogen sein;
- 2) Stroh von Halmsrüchten; dasselbe darf nicht
dumpfigen Geruch besitzen, nicht mit Befallungs-
pilzen besetzt und nicht mit schädlichen Kräutern
durchmengt sein;
- 3) gute, unverfälschte und nicht verdorbene Roggen-
und Weizenkleie;
- 4) gutes, unverfälschtes und unverdorbenes Hafer-,
Gersten- und Roggenstroh;
- 5) Reinsamenmehl in vorzüglicher Qualität;
- 6) getrocknete Viertreiber in vorzüglicher Qualität.

Alle anderen Futtermittel sind verboten.

Potsdam, den 16. September 1902.

Der Ober-Präsident.

Wartende Bekanntmachung des Herrn Ober-
Präsidenten zu Potsdam vom 16. September d. J.
bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Berlin, den 22. September 1902.

Der Polizei-Präsident.

Schließung der allgemeinen Volkskrankenliste.

82. Unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachungen
vom 7. Juli beziehungsweise 31. August 1900, die
Schließung der allgemeinen Volkskrankenliste, ein-
geschriebene Häftlinge Nr. 126 betreffend, bringe ich
hierdurch zur Kenntnis der Beteiligten, daß die Herren
Liquidatoren Bethge und Werner ihr Geschäftslokal
von der Alexanderstraße 33 nach Berlin NO. 43
Georgenkirchstraße 1 III Treppen verlegt
haben und daß einer der Liquidatoren stets wochen-

täglich von 2 bis 3 Uhr Nachmittags dort zu sprechen
ist. Berlin, den 20. September 1902.

Der Polizei-Präsident.

Schließung der „Wohlfahrt“ Krankenliste für ganz Deutschland
zu Berlin.

83. Im Anschlusse an meine Bekanntmachung vom
30. Oktober 1901 bringe ich hierdurch zur Kenntnis
der Beteiligten, daß die Herren Liquidatoren der
„Wohlfahrt“ Krankenliste für ganz Deutschland zu
Berlin (Eingeschriebene Häftlinge Nr. 135) Bethge
und Werner ihre Geschäftsräume von der Wörther-
straße 38 nach Berlin NO. 43, Georgenkirch-
straße 1, 3 Treppen verlegt haben und daß einer
der Liquidatoren wochentäglich von 1 bis 2 Uhr Nach-
mittags stets dort zu sprechen ist.

Berlin, den 24. September 1902.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Königlichen Konfistoriums der Provinz Brandenburg.

Pfarrstellenerledigung.

84. Die Pfarrstelle privaten Patronats zu Tschow,
Diözese Pommern, ist durch Ableben des Inhabers
Pfarrers Lütger am 9. September 1902 zur Er-
ledigung gekommen. (Vergl. Anst. Mitt. von 1902
S. 70 Nr. 2.)

Bekanntmachungen des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.

Briefsendungen n. nach Eutelsberg.

8. Vom 1. Oktober ab gelten im Verkehre
zwischen Deutschland und Eutelsberg für
Briefsendungen aller Art die Vorschriften und
Gewichtskufen des inneren deutschen Ver-
kehrs, nämlich:

| | | |
|-------------------------------|-----------------------------|--------|
| Briefe, frankirt: | bis 20 g | 10 Pf. |
| | über 20 bis 250 g | 20 Pf. |
| Postkarten, einfach, frankirt | | 5 Pf. |
| | mit Antwort | 10 Pf. |
| Drucksachen: | bis 50 g einschl. | 3 Pf. |
| | über 50 bis 100 g einschl. | 5 Pf. |
| | 100 - 250 g | 10 Pf. |
| | 250 - 500 g | 20 Pf. |
| | 500 g bis 1 kg | 30 Pf. |
| Waarenproben: | bis 250 g einschl. | 10 Pf. |
| | über 250 bis 350 g einschl. | 20 Pf. |
| Geschäftspapiere: | bis 250 g einschl. | 10 Pf. |
| | über 250 bis 500 g einschl. | 20 Pf. |
| | 500 g bis 1 kg | 30 Pf. |

Ferner sind vom 1. Oktober ab im deutsch-luxem-
burgischen Verkehre Postkarten mit Bilderschnitt
und Aufklebungen auf der Rückseite insoweit zu-
gelassen, als dadurch die Eigenschaft des Versendungs-
gegenstandes als offene Postkarte nicht beeinträchtigt
wird und die aufgestellten Zettel u. s. w. der ganzen
Fläche nach besetzt sind. Auch können von demselben
Zeitpunkt ab bei Bäckereizetteln nach Eutelsberg hand-
schriftliche Bemerkungen in demselben Umfange wie bei den
innerhalb Deutschlands zu befördernden Bäckereizetteln an-
gebracht werden. Berlin W. 66, den 19. September 1902.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Eröffnung neuer Telegraphenanstalten.

81. Bei der Posthäufstelle in Drogen bei Damm-
lung wird am 30. September d. J. der Telegraphen-
betrieb eröffnet. Potsdam, 26. September 1902.
Kaiserliche Ober-Postdirektion. Gärtler.

Eröffnung neuer Telegraphenanstalten.

82. Bei der Posthäufstelle in Damelag bei Breddin
wird am 29. September d. J. der Telegraphenbetrieb
eröffnet. Potsdam, 26. September 1902.
Kaiserliche Ober-Postdirektion. Gärtler.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahndirektion zu Berlin.

Privatdepeschenverkehr in Dallgow-Oberrig.

83. Vom 1. Oktober 1902 ab ist auf der Eisen-
bahnstation Dallgow-Oberrig für den Privatdepeschen-
verkehr beschränkter Tagesdienst eingerichtet. Die
Dienststunden sind während der Monate September
sonn- und werktäglich auf die Zeit von 7 Uhr Vorm.
bis 9 Uhr Nachm., Oktober bis einschl. März sonn-
und werktäglich auf die Zeit von 8 Uhr Vorm. bis
9 Uhr Nachm., April bis einschl. August werktäglich auf
die Zeit von 7 Uhr Vorm. bis 7 Uhr Nachm. festgesetzt.
In den Monaten April bis einschließlich August bleibt
die Eisenbahnstation Dallgow-Oberrig an den Sonn-
tagen und gesetzlichen Feiertagen für den Privatdepeschen-
verkehr geschlossen. Von Reisenden, d. h. solchen Per-
sonen, die mit den Zügen zusammen, abreisen oder
durchreisen, werden dagegen Privatdepeschen dazwischen
jederzeit angenommen und befördert.

Berlin, den 20. September 1902.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Großpark 11. (Berlin-Stettin).

84. Mit Gültigkeit vom 1. Oktober d. J. wird
die Station Greiffenberg in der U.-M. in den Aus-
nahmetarif 5b. (Pflastersteine, geschlagene Steine zum
Straßenbau und Schlaganpflastersteine nach den Ber-
liner Bahnhofen und Ringbahnstationen) einbezogen.

Ueber die Höhe der Frachtsätze ertheilen die be-
teiligten Abfertigungsstellen, sowie das Auskunftsbureau
hier Bahnhof Alexandersplatz Auskunft.

Berlin, den 26. September 1902.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

zugleich namens der beteiligten Verwaltungen.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahndirektion zu Bromberg.

Oberländisches Eisenbahn-Kursbuch.

85. Sodann erschien das Oberländische Eisenbahn-
Kursbuch vom 1. Oktober 1902, enthaltend die Wärs-
fahrpläne der Eisenbahnstrecken östlich der Linie
Stralsund-Berlin-Dresden sowie Auszüge aus den
Fahrplänen der anschließenden Bahnen von Mittel-
Deutschland, Österreich, Ungarn und Mähren, Klein-

bahnen, Routen-Fahrpläne, Angaben über direkte
Wagen, Schlafwagen, Post-Verbindungen, Bestimmungen
über die Ausgabe von Fahrtscheinstücken u. s. w.

Das Kursbuch ist auf allen größeren Stationen
des vorbezeichneten Bezirks von den Fahrkarten-Aus-
gabestellen, von den Bahnhofsbuchhändlern sowie im
Buchhandel zum Preise von 50 Pfennig zu beziehen.

Bromberg, den 24. September 1902.

Königliche Eisenbahndirektion.

Personal-Chronik.

Des Kaisers und Königs Majestät haben, Aller-
gnädigst geruht, den Regierungsrath von Behr in
Frankfurt a./O. zum Ober-Regierungsrath zu er-
nennen. Demselben ist die ständige Vertretung des
Präsidenten der Königlichen Generalkommission für die
Provinzen Brandenburg und Pommern übertragen worden.

Im Kreise Ostprignitz ist ernannt worden zum
Amtsvorsteher Ritterschaftsrath von Freier in Hoppen-
rade für den Bez. 36 — „Hoppenrade“.

Im Kreise Prenglau ist ernannt worden zum Amts-
vorsteher stellvertreter Gemeindevorsteher Huls in Schö-
nemark für den Bez. 13 — „Arndsee“.

Der Militärämter-Peters bei der Veranlagungs-
kommission der Kreise Teltow und Niddor in Berlin
ist zum Steuersupernumerar ernannt worden.

Der bisherige Hülfsprediger Franz Friedrich Jo-
hannes Gensichen ist zum Pfarrer der Pfarke Frieders-
dorf, Diözese Storkow, bestellt worden.

Der Oberlehrer Knott vom städtischen evangelischen
Gymnasium in Plegnis ist in gleicher Eigenschaft am
Königstädtischen Gymnasium in Berlin angestellt worden.

Der Hilfsturnlehrer Wilhelm Kuhnke ist vom
1. April 1902 ab als Turnlehrer an der 8. Realschule
in Berlin angestellt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Johannes Schuchel
ist vom 1. Oktober 1902 ab als Oberlehrer an der
10. Realschule in Berlin angestellt worden.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Arbeiter Israel Mendel Schars, geboren
11. Juni 1884 zu Kolomen in Galizien, österreichischer
Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Ver-
fügung des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin
vom 13. Juni 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Dienstmädchen Marzem Guttman (recte Neiß),
geboren 10. August 1881 zu Lancut, österreichische
Staatsangehörige, ist als lästige Ausländerin durch
Verfügung des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin
vom 24. Juni 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Die Schreiberin Rosa Rosenblatt, geboren am
24. März 1876 zu Tarnopol, österreichische Staatsan-
gehörige, ist als lästige Ausländerin durch Verfügung
des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom
30. Juni 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Hierzu Sechs Offizielle Anzeigen.

(Die Informationsgebühren betragen für eine 10 Zeilen umfassende Druckzeile 20 M.)

Verlagshaus, werden der Bogen mit 10 M. berechnet.

Verlagshaus der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Stück 41.

Den 10. Oktober

1902.

Inhaltsverzeichnis. Gelebte Kreisarztsstelle. S. 433. — Ausreichung von Zinscheinen. S. 433. — Elementarlehren-Witwen- und Waisenklasse. S. 434. — Niederlegung des Amtes als Bezirkshebamme. S. 434. — Sonntagsruhe im Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Gewerbe. S. 434. — Aufnahme schwangerer Personen in die Hebammen-Hebungsanstalt in Frankfurt a. D. S. 434. — Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter. S. 435. — Viehschlachten. S. 435. — Arbeitszugbetrieb auf einer Nebenbahnhaltstrecke. S. 435. — Marktpresse. S. 435–438. — Aktiengesellschaft H. Goerz u. Co., Rinteln. S. 438. — Zementanleihe für Fernsprechnetze. S. 438. — Aukern und Aukernschleppen im schnellen Graben bei Rippertswiese. S. 438. — Brandenb. landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft. S. 439. — Personal-Chronik. S. 439. — Prozesssagen. S. 451. — Ausweisung aus Preußen. S. 451.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Gelebte Kreisarztsstelle.

50. Die Kreisarztsstelle der Kreise Stabe und Jork (Regierungsbezirk Stabe), mit dem Wohnsitz in Stabe, soll anderweitig besetzt werden. Das Gehalt der Stelle beträgt je nach Maßgabe des Dienstalters 1800 bis 2700 M. neben einer pensionsfähigen Zulage von 600 M., die Amtsauslagen-Erschädigung 360 M. jährlich.

Bewerbungsgesuche sind binnen 3 Wochen an denjenigen Herrn Regierungspräsidenten, in dessen Bezirk der Bewerber seinen Wohnsitz hat, im Landespolizeibezirk Berlin an den Herrn Polizei-Präsidenten in Berlin zu richten.

Berlin, den 26. September 1902.

Der Minister

der geistlichen, Unterrichts- u. Medizinischen Angelegenheiten.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Ausreichung der Zinscheine Reihe II. Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidierten 3½ % igen Staatsanleihe von 1892, 1893, 1895

80. Die Zinscheine Reihe II. Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidierten 3½ % igen Staatsanleihe von 1892, 1893, 1895 über die Zinsen für die Zeit vom 1. Oktober 1902 bis 30. September 1912 nebst Erneuerungsscheinen (Anweisungen auf die folgende Reihe) werden vom 1. September 1902 ab von der Kontrolle der Staatspapiere in Berlin, Dronienstraße 92/94, werktäglich von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags, mit Ausnahme der letzten drei Geschäftstage jedes Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine sind entweder bei der Kontrolle der Staatspapiere am Schalter in Empfang zu nehmen oder durch die Regierungs-Hauptkassen sowie in Frankfurt a. M. durch die Kreis-Kasse zu beziehen.

Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat ihr persönlich oder durch

einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Erneuerungsscheine (Zinsscheinanweisungen) mit einem Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamte Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher eine numerierte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichnis einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

Durch die Post sind die Erneuerungsscheine an die Kontrolle nicht einzusenden, da diese sich in Bezug auf die Zinscheinausreichung mit den Inhabern der Scheine nicht in Schriftwechsel einlassen kann.

Wer die Zinscheine durch eine der oben genannten Provinzial-Kassen beziehen will, hat dieser Kasse die Erneuerungsscheine mit einem doppelten Verzeichnis einzureichen. Das eine Verzeichnis wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der Zinscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königl. Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn die Erneuerungsscheine abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittels besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 21. August 1902!

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Veröffentlicht mit dem Bemerken, daß Formulare zu den Verzeichnissen von unserer Hauptkasse, den Königl. Kreis- und Forstkassen und den Königl. Haupt-Steuerämtern bezogen werden können.

Potsdam, den 25. August 1902.

Königl. Regierung.

Elementarlehrer-Wittwen- und Waisenkasse.

31. Die Uebersicht des Zustandes der Elementarlehrer-Wittwen und Waisenkasse für das Rechnungsjahr 1901 wird gemäß § 19 der revidierten Satzungen vom 9. September 1871 veröffentlicht.
2. Dezember

Die Uebersicht ist durch die Kreisblätter weiter zu veröffentlichen.

| K. Nr. | N ä h e r e r N a c h w e i s | Kapitalvermögen
einschl. der Werthpapiere | | B a a r | |
|--------|--|--|-----------|----------------|-----------|
| | | Mk. | Pf. | Mk. | Pf. |
| | E i n n a h m e. | | | | |
| | A. Bestand aus dem Rechnungsjahre 1900 | 1 002 465 | 45 | 17 738 | 15 |
| | B. An laufenden Einnahmen | | | | |
| 1. | Antritts- und Gehaltsverbesserungsgelder | — | — | — | — |
| 2. | Kapitalzinsen | — | — | 37 660 | 57 |
| 3. | Beiträge der Rassenmitglieder | — | — | 755 | — |
| 4. | Beiträge der Gemeinden | — | — | 46 594 | — |
| 5. | Sonstige Einnahmen | — | — | — | — |
| 6. | An zurückgezahlten Kapitalien | 62 000 | — | 62 000 | — |
| 7. | Zuschuß aus der Staatskasse | — | — | — | — |
| | Summe der Einnahme | 940 465 | 45 | 164 747 | 72 |
| | A u s g a b e. | | | | |
| 1. | Verwaltungskosten | — | — | 21 | 28 |
| 2. | Pensionen an Wittwen und Waisenfamilien | — | — | 159 874 | 99 |
| 3. | Sonstige Ausgaben | — | — | 48 | — |
| 4. | Zur Wiederbelegung von Kapitalien | — | — | — | — |
| | Summe der Ausgaben | — | — | 159 944 | 27 |
| | W i e d e r h o l u n g. | | | | |
| | Die Einnahme beträgt | 940 465 | 45 | 164 747 | 72 |
| | Die Ausgabe beträgt | — | — | 159 944 | 27 |
| | Bestand am 1. April 1902 | 940 465 | 45 | 4 803 | 45 |

Potsdam, den 29. September 1902.

Königliche Regierung, Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Bekanntmachungen

Des Königlichen Regierungspräsidenten.

Niederlegung des Amtes als Bezirks-Hebamme.

297. Die Bezirks-Hebamme Frau Karoline Friederike Schulze geb. Schöner in Krahnitz hat das Amt als Hebamme freiwillig niedergelegt.

Potsdam, den 29. September 1902.

Der Regierungspräsident.

V e r o r d n u n g

betreffend Sonntagsruhe im Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Gewerbe.

298. Im Anschluß an meine Verordnung vom 21sten März 1895 (Amtsblatt Seite 112 zu e.) bestimme ich gemäß § 41 b. der Reichs-Gewerbeordnung, daß in Endenwalde der Betrieb des Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Gewerbes an Sonn- und Festtagen nur bis 2 Uhr Nachmittags stattfinden darf.

Potsdam, den 30. September 1902.

Der Regierungspräsident.

B e d i n g u n g e n ,

unter welchen schwangere Personen in die provinzialstädtische Hebammen-Lehranstalt in Frankfurt a. O. aufgenommen werden.

299. Die Hebammen-Lehranstalt in Frankfurt a. O., Grossenerstr. Nr. 7, ist für schwangere Frauen und Mädchen, welche in derselben ihre Niederkunft abzuwarten wünschen, von Anfang Oktober bis Mitte Mai geöffnet. Die Aufnahme in die Anstalt erfolgt unter den nachstehenden Bedingungen:

- 1) Alle Aufnahmesuchenden haben sich bei ihrer **Ankunft** in der Anstalt bei der Oberhebamme **selbst** zu melden.
- 2) Die **Aufnahme** von Schwangeren kann **bis zu 4 Wochen vor der voraussichtlichen Niederkunft** geschehen.
- 3) **Kranke** oder mit **Ungezielter** **behaftete** Schwangere sind von der Aufnahme **ausgeschlossen**.
- 4) Die Schwangeren bezw. Gebärenden haben das für die **Rückreise** erforderliche **Kleinkinderzeug** zur **Befleidung der Neugeborenen** mitzubringen und müssen sich im Besitze des zur **Rückreise** notwendigen **Reisegeldes** befinden. Anderenfalls haben sie durch eine **Bescheinigung** der **Ortsbehörde** den **Nachweis** zu liefern, daß für die **rechtmäßige** **Zusendung** des **Reisegeldes** und des **Kleinkinderzeuges** (bezw. der **Auslagen** für letzteres) **Sorge** getragen wird.
- 5) Eine **vorherige** **Anmeldung** der Schwangeren bei dem **Direktor** der Anstalt etwa **8—14 Tage** vor dem **Eintreffen** ist zwar **nicht erforderlich**, aber **wünschenswert**. Für die **Anmeldung** empfiehlt sich folgendes Schema:

„Die pp. von hier erwartet nach dem Untersuchungsergebnis ihre **Niederkunft** in etwa . . . Wochen und wird zur **Abwartung** derselben in der Hebammen-Lehranstalt am . . . ten . . .

entreffen. Die pp. ist im Besitz des erforderlichen Kleinfingerzeuges und der Mittel zur Rückreise (oder: Kleinfingerzeug und die Mittel zur Rückreise erfolgen mit der Post.)"

6) Sämmtliche Kosten, welche durch die den Schwangeren und Wöchnerinnen in der Anstalt zu gewährende Unterkunft, durch die Verpflegung, Entbindung, ärztliche Behandlung u. entstehen, trägt die Hebammen-Lehranstalt.

7) Die Entlassung der Wöchnerinnen erfolgt, sofern der Gesundheitszustand es gestattet, 12 bis 14 Tage nach der Niederkunft.

Vorstehende Bedingungen werden hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 2. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter.
300. Der gemäß § 10 des Unfallversicherungs-gesetzes für Land- und Forstwirtschaft vom 30. Juni 1900: von mir festgesetzte, im Amtsblatt von 1901 St. 52 S. 589 ff. veröffentlichte durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter für den Regierungsbezirk Potsdam ist gemäß § 34 Abs. 2 Ziffer 2 des Invalidenversicherungsgesetzes auch für die Invalidenversicherung maßgebend.

Potsdam, den 3. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

301. Viehsuchen.

I. Festgestellt:

a. Milzbrand. Kreis West-Havelland: Barchow.

b. Schweinepeste. Kreis Nieder-Barnim: Babars. Kreis Teltow: Johannisthal. Kreis Zauch-Belzig: Wilhelmstift b./Potsdam.

c. Geflügelcholera. Kreis Nieder-Barnim: Lieberwalde, Heinersdorf. Kreis Ost-Havelland: Bornwerf Seebruch. Kreis Zauch-Belzig: Gut Redahn. Kreis Ruppin: Carwe (Bahnhof).

302.

Preisverteilung.

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5 % Aufschlag im Monat September 1902 in den Hauptmarkorten des Regierungsbezirks Potsdam.

| Nummer | Ge-
genstande
je 50
Kilogramm | Beeskow
für
Kreis
Bees-
kow-
Storkow | Brand-
enburg
für
Brand-
enburg
und
Kreis
West-
havel-
land. | Land-
walde
für
Kreis
Jüter-
bog-
Luden-
walde. | Berle-
berg
für
Kreis
West-
Prignitz. | Pots-
dam
für
Pots-
dam
und
Kreis
Zauch-
Belzig. | Pren-
lan
für die
Kreise
Pren-
lan
und
Temptin. | Rup-
pin
für
Kreis
Ruppin. | Schwedt
für
Kreis
Anger-
münde. | Prignitz
für
Kreis
Prignitz. | Bemerkungen. |
|--------|--|---|---|--|--|--|--|--|---|---------------------------------------|--|
| | | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | |
| 1 | Kafer | 7 18 | 7 94 | 7 92 | 8 17 | 8 46 | 7 35 | 7 83 | 7 58 | 9 29 | Für die Kreise Niederbar-
nin, Oberbarnim, Ost-
havelland und Teltow |
| 2 | Heu | 2 52 | 2 63 | 3 15 | 2 69 | 2 78 | 2 10 | 2 63 | 2 73 | 2 36 | so wie für die Stadtkreise |
| 3 | Nichtstrop | 1 89 | 1 82 | 2 63 | 2 23 | 2 48 | 3 15 | 3 15 | 2 36 | 1 84 | Ratiborf, Schönberg und
Spandau gilt Berlin
als Hauptmarkort. |

Potsdam, den 8. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

II. Erloschen:

a. Milzbrand. Kreis West-Havelland: Stedow. Kreis Zauch-Belzig: Treuenbriegen, Schmerzke.

b. Schweinepeste. Kreis Nieder-Barnim: Neu-Weißensee. Kreis Beeskow-Storkow: Alt-Stahnsdorf. Kreis West-Havelland: Rhinow. Kreis Prenzlau: Dominium Damme. Kreis Teltow: Jossen, Markendorf, Gütergoss, Kgs.-Wusterhausen, Trebbin. Kreis Zauch-Belzig: Alt-Töplitz.

c. Geflügelcholera. Kreis Nieder-Barnim: Herzfelde. Kreis Ost-Prignitz: Heinrichsfelde. Kreis Teltow: Trebbin. Kreis Zauch-Belzig: Alt-Töplitz.

Potsdam, den 7. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

Eröffnung des Arbeitszugbetriebes auf der Nebenbahn Treuenbriegen-Renkab a. D. — Theelitzkrede Belgisch-Brandenburg. 302. Am 10. d. M. wird voraussichtlich der Bauzugbetrieb von Belgisch aus auf der Strecke Belgisch-Brandenburg eingerichtet werden.

Ich erteile hierzu die landespolizeiliche Zustimmung. Eine besondere Bewachung der Ueberwege findet nicht statt. Es werden jedoch in genügender Entfernung vor den in Schienenhöhe liegenden Wegeübergängen Rasttafeln aufgestellt werden. Die Arbeitszüge werden mit einer Geschwindigkeit bis 15 km in der Stunde verkehren.

Zur Verhütung von Unfällen weise ich darauf hin, daß:

1) das unbefugte Betreten der Bahnanlagen und des Gleises mit Gefahr verbunden ist,

2) die Bahn nur an den zu Uebergängen bestimmten Stellen betreten und überschritten werden darf,

3) an den Wegeübergängen gehalten werden muß, sobald die Annäherung eines Arbeitszuges durch das Glodenzichen, die Dampfpeife der Lokomotive oder anderweit bemerkt wird.

Potsdam, den 7. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

Potsdam, den 7. Oktober 1902.

Marktpreise für den A. Engros-Marktpreise

[illegible]

Der Regierungspräsident.

Volker-Präsidenten in Berlin:

Month September 1902.

im Monatsdurchschnitt.

| Safer | Arben | | | | Batten
Größen | Maß | Richtmaß | Gew. | Gfr.
Larroffeln | Stimbleich | Monats-Durchschnitt
der höchsten Berliner Tages-
preise einschließlich 5 %
Aufschlag für 50 Kilogramm. | | | | | | | | |
|------------|--------|-----|--------|--------|------------------|-----|----------|------|--------------------|------------|---|-------|-------|------|-----|----|-----|-----|-----|
| | gering | gut | mittel | gering | | | | | | | Mischmaße | Safer | Stroh | Gew. | | | | | |
| 1 e ein D. | | | | | | | | | | | | Safer | Stroh | Gew. | | | | | |
| 14 | 18 | | | | 15 | 67 | 14 | 03 | 13 | 44 | 4 | 71 | 591 | 389 | 108 | 12 | 906 | 271 | 370 |
| | | | | | | | | | | | | | 487 | | | | | | |

B. Detail-Markt-Preise im Monatsdurchschnitt.

| | Erbsen
(gelbe
zum Kochen) | | Bohnen
(weiße) | | Linsen | | Kartoffeln | | Rindfleisch | | | | Schweine-
fleisch | | Kalbfleisch | | Schmalz-
fleisch | | Speck
(geräuchert) | | Eiweizen-
butter | | Get.
(80 Stck) | | | | | | | | | |
|--------------------|---------------------------------|----|-------------------|----|------------------|----|------------|---|--------------------------|---|----|---|----------------------|---|-------------|---|---------------------|---|-----------------------|---|-----------------------|---|-------------------|---|---------------------|----|--|--|-------------------|--|--|--|
| | Es kostet je 1 Dg. | | | | | | | | Es kostet je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | von der
Karte | | | | Bauh-
fleisch | | | | Schweine-
fleisch | | | | Kalbfleisch | | | | Schmalz-
fleisch | | | | Speck
(geräuchert) | | | | Eiweizen-
butter | | | | Get.
(80 Stck) | | | |
| | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | | | | | | | | |
| in Berlin | 32 | 50 | 37 | 50 | 40 | — | — | 5 | 04 | 1 | 50 | 1 | 33 | 1 | 55 | 1 | 50 | 1 | 50 | 1 | 60 | 2 | 30 | 3 | 79 | | | | | | | |
| in Charlottenburg | 35 | — | 35 | — | 50 | — | — | 4 | 50 | 1 | 50 | 1 | 25 | 1 | 60 | 1 | 45 | 1 | 40 | 1 | 75 | 2 | 40 | 3 | 20 | | | | | | | |
| in Schöneberg . . | 34 | 24 | 35 | — | 39 | 41 | — | 4 | 53 | 1 | 53 | 1 | 29 | 1 | 61 | 1 | 51 | 1 | 50 | 1 | 70 | 2 | 39 | 3 | 21 | | | | | | | |
| in Rixdorf | — | — | — | — | — | — | — | 4 | 38 | 1 | 59 | 1 | 23 | 1 | 73 | 1 | 43 | 1 | 28 | 1 | 69 | — | — | — | 3 | 50 | | | | | | |

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats September 1902.

| | Weizen | | Roggen | | Gerste | | Buckweizen | | Hafer | Gerste | Kleie | Sava, mittlere | Kaffee | | | | | | Speck | Schmalz (Hsl.) | | |
|----------------------------|------------------------------|----|--------|----|------------|----|----------------|----|-------|--------|-------|----------------|----------------|----|-----------------------------|----|-----|-----|-------|----------------|----|-----|
| | zur Speise-
bereitung auf | | Gerste | | Buckweizen | | Sava | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | mittlere (roh) | | | | | | in geb. Bohnen | | Sava, gelb (in geb. Bohnen) | | | | | | | |
| Es kostet je ein Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S |
| in Berlin | — | 35 | — | 31 | — | 35 | — | 33 | — | 38 | — | 41 | — | 38 | — | 60 | 270 | 338 | 372 | — | 21 | 160 |
| in Charlottenburg | — | 38 | — | 33 | — | 44 | — | 43 | — | 41 | — | 45 | — | 42 | — | 55 | 237 | — | 290 | — | 20 | 142 |
| in Schöneberg . . | — | 35 | — | 33 | — | 40 | — | 43 | — | 45 | — | 45 | — | 45 | — | 60 | 255 | — | 3 | — | 20 | 145 |
| in Rixdorf | — | 35 | — | 28 | — | 40 | — | 40 | — | 43 | — | 40 | — | 41 | — | 55 | 210 | — | 230 | — | 22 | 165 |

Berlin, den 1. Oktober 1902.

Der Polizei-Präsident.

Berlin, den 1. Oktober 1902.

Der Polizei-Präsident.

Aktien-Gesellschaft A. Goerz und Co. Limited.

SS. Die am 30. Mai d. J. abgehaltene außerordentliche Generalversammlung der Aktionäre der Aktien-Gesellschaft A. Goerz & Co. Limited, hat einige die §§ 5, 14, 43, 68, 73, 74, 98, 104 betreffende Modifikationen ihres Statuts beschlossen.

Ich bringe diese soweit es sich dabei um Abänderungen der früher veröffentlichten Statutenauszüge handelt, nachstehend mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntnis, daß in der Sitzung des Direktoriums der Gesellschaft vom 18. Juni d. J.

Dr. Albert Wilhelm Rastan zum Geschäftsleiter,

Roritz Friedländer und

Carl Schubert zu gemeinschaftlich stellvertretenden Geschäftsleitern für Preußen ernannt sind.

Es lautet fortan:

§ 5 Absatz 1:

Sie ist befugt, Fonds und Gelder, welche der Gesellschaft gehören, auszuleihen, anzulegen, gegen Verzinsung fortzugeben oder sonstwie darüber zu verfügen, sowie gezogene und eigene Wechsel und sonstige Sicherheiten zu diskontieren und damit Geschäft zu machen. Die Fonds der Gesellschaft sollen nicht zum Ankauf ihrer eigenen Aktien oder zu Darlehen gegen Verpfändung ihrer eigenen Aktien verwandt werden.

Berlin, den 30. September 1902.

Der Polizei-Präsident.

In Vertretung Friedländer.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Gemeinsam für Fernsprechnabel.

SS. Bei dem Kaiserlichen Stadt-Fernsprechamt 7 hier O. Blankenfeldestraße 9, liegt ein Plan aus über die Herstellung von Gemeindefäden für Fernsprechnabel in der Barnim-, Landsberger-, Lichtenberger-, Pallas-, Lebus-, Strausberger-, Großen Frankfurter-, Marilind- und Blankenfeldestraße.

Berlin C. 2, den 28. September 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Polizeiverordnung,

betreffend das Anketen und Ankerschleppen im Markte Graben bei Rippertwiese,

Auf Grund des § 136. des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 — G. S. 195 — wird hiermit Folgendes verordnet:

§ 1. Das Anketen und Ankerschleppen im schnellen Graben bei Rippertwiese (km 698—699 der Oder) wird hiermit für die Zeit vom 1. September jeden Jahres bis zum Schiffsahrtsschlusse verboten. Die Strafe, innerhalb derer dieses Verbot gilt, ist oberhalb und unterhalb durch je eine mit entsprechender Aufschrift versehene Tafel bezeichnet.

§ 2. Vorstehendes Verbot tritt außer Kraft, sobald — bei herrschendem starken Nordwinde — die in § 1 genannten Tafeln verhängt sind.

§ 3. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmung werden mit Geldstrafe bis zu 30 M., im Unvermögensfalle mit verhältnismäßiger Haft bestraft.

§ 4. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem 1sten Oktober 1902 in Kraft.

Breslau, den 22. September 1902.

Der Chef der Oberstrombauverwaltung.

Oberpräsident von Schlesien.

Neues Statut

der Brandenburgischen

landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft.

Gültig vom 1. Januar 1902.

Auf Grund der §§ 38 ff. des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft vom 30. Juni 1900 und des preussischen Gesetzes vom 20. Mai 1887 (Gesetz-Sammlung Seite 189) wird für die Brandenburgische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft das nachstehende neue Statut beschlossen:

I. Name, Sitz, Umfang und Eintheilung der Berufsgenossenschaft.

Name und Sitz.

§ 1.

Die auf Grund der §§ 19 ff. des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes vom 5. Mai 1886 (Reichs-Gesetzblatt S. 132) und des preussischen Gesetzes vom 20. Mai 1887 (Gesetz-Sammlung S. 189) errichtete Berufsgenossenschaft der Unternehmer land- und forstwirtschaftlicher Betriebe in der Provinz Brandenburg führt den Namen Brandenburgische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft und hat ihren Sitz in Berlin.

(§ 38 Abs. 2 Biffer 1, § 44 des Gesetzes, sowie Art. 1. des Ausführungsgesetzes.)

Umfang.

§ 2.

Der Bezirk der Genossenschaft erstreckt sich über die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin und umfasst alle unter § 1 des Gesetzes fallenden Betriebe, deren Sitz sich in dem Genossenschaftsbezirk befindet, soweit sie nicht als Nebenbetriebe gewerblicher Betriebe auf Grund des § 28 Abs. 2 Satz 2, 3 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes bei einer gewerblichen Berufsgenossenschaft versichert sind, und soweit nicht für sie das Reich beziehungsweise der Staat gemäß §§ 134, 140 des Gesetzes an die Stelle der Berufsgenossenschaft tritt oder getreten ist.

(§ 33 Abs. 1 des Gesetzes und Art. 1. des Ausführungsgesetzes.)

Eintheilung.

§ 3.

Sektionen.

Die Genossenschaft wird in Sektionen eingetheilt. Jeder Kreis bildet eine Sektion. Der Sitz der Sektion ist die Kreisstadt.

(§ 39 Abs. 2 des Gesetzes und Art. II. des Ausführungsgesetzes.)

§ 4.

Vertrauensmänner.

Für jede Sektion sind Vertrauensmänner und Stellvertreter derselben als örtliche Genossenschaftsorgane zu wählen (§§ 19 ff.).

(§ 36 Abs. 2 des Gesetzes.)

II. Organisation der Berufsgenossenschaft. Allgemeine Bestimmung.

§ 5.

Die Angelegenheiten der Berufsgenossenschaft werden nach Maßgabe der Gesetze und dieses Statuts durch die Genossenschaftsversammlung (§§ 6 ff.), den Genossenschaftsvorstand (§§ 12 ff.), die Sektionsvorstände (§§ 16 ff.) und die Vertrauensmänner (§§ 19 ff.) verwaltet.

(§§ 39, 42 ff. des Gesetzes.)

Genossenschaftsversammlung.

§ 6.

Zusammensetzung aus Delegirten.

Die Genossenschaftsversammlung setzt sich aus Vertretern (Delegirten) der zur Berufsgenossenschaft gehörenden Unternehmer land- oder forstwirtschaftlicher Betriebe zusammen, welche gemäß Art. III. Abs. 1, 3, Art. XI. des Ausführungsgesetzes gewählt werden.

Für jeden Delegirten ist gleichzeitig ein Ersatzmann zu wählen.

Von dem Ausfalle der Wahl ist unter Einsendung der Wahlverhandlungen dem Genossenschaftsvorstande binnen acht Tagen Nachricht zu geben.

(§ 38 Abs. 2 Biffer 4, § 39 Abs. 1, § 141 des Gesetzes.)

§ 7.

Amtdauer der Delegirten.

Die Delegirten und die Ersatzmänner werden auf sechs Jahre gewählt. Scheidet ein Delegirter oder sein Ersatzmann vor dem Ablaufe der Wahlperiode aus, so hat die betreffende Sektion für die noch laufende Zeit eine Ergänzungswahl vorzunehmen.

§ 8.

Obliegenheiten.

Der Genossenschaftsversammlung liegt insbesondere ob:

- 1) die Beschlussfassung über Abänderungen des Statuts¹⁾;
- 2) die Vereinbarung mit anderen Genossenschaften zur gemeinsamen Tragung des Risikos nach § 61 des Gesetzes;
- 3) die Beschlussfassung über die Abänderung des Bestandes der Genossenschaft und deren vermögensrechtliche Folgen nach §§ 62, 63 des Gesetzes;
- 4) die Beschlussfassung über die Dienstordnung für die Genossenschaftsbeamten gemäß § 50 Abs. 1 des Gesetzes;
- 5) die Festsetzung von Pauschalen für die den Vertrauensmännern an Stelle der ihnen nach § 38 zustehenden Vergütungen zu gewährenden Entschädigungen für Reise- und Zehrungskosten²⁾;
- 6) die Beschlussfassung über weitere Zuschläge zum Reservefonds (§ 24)³⁾;
- 7) die Beschlussfassung über den Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften gemäß §§ 120 ff. des Gesetzes;
- 8) die Beschlussfassung über die Errichtung von Heil- und Genesungsanstalten⁴⁾;

¹⁾ (§ 38 Abs. 2 Biffer 13, § 42 Abs. 2 Biffer 2 des Gesetzes.)

²⁾ (§ 46 Satz 3 des Gesetzes.)

³⁾ (§ 37 Abs. 1, 3 des Gesetzes.)

⁴⁾ (§ 34 Abs. 2 des Gesetzes.)

- Die Beschlußfassung über die Gewährung von Prämien für Vermeidung Unfällen oder für Abwendung von Unfällen und zu Zwecken der Unfallversicherung¹⁾);
- 10) die Beschlußfassung über Anträge von Mitgliedern der Genossenschaftsversammlung, sofern sie in den Geschäftskreis der Berufsgenossenschaft gehören und gemäß § 9 letzter Absatz Buchstabe a. rechtzeitig zur Aufnahme in die Tagesordnung angemeldet oder gemäß § 11 vorletzter Absatz zur Beschlußfassung zugelassen sind;
- 11) die Beratung und Beschlußfassung über alle Angelegenheiten, welche der Genossenschaftsversammlung zu diesem Zwecke von dem Vorstande oder dem Reichs-Versicherungsamte vorgelegt werden. (§ 34 Abs. 2 des Gesetzes.)

§ 9.

Versammlung. Tagesordnung.

Die Genossenschaftsversammlung wird von dem Genossenschaftsvorstande (§ 12) unter Angabe der Gegenstände der Verhandlungen durch einen wenigstens zwei Wochen vor dem Versammlungstage in den für die Bekanntmachungen des Genossenschaftsvorstandes bestimmten Blättern zu veröffentlichende Einladung berufen. Außerdem werden die Delegirten einzeln geladen mittelst eingeschriebenen Briefes; auch ist den Sektionsvorständen Nachricht zu geben.

Jede auf solche Weise einberufene Genossenschaftsversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlußfähig.

Ist ein Delegirter an der Theilnahme verhindert, so beruft der Sektionsvorstand, dem sofort Kenntniß von der Verhinderung zu geben ist, den Ersatzmann.

Die Berufung der Genossenschaftsversammlung erfolgt durch den Genossenschaftsvorstand, sobald dies im Interesse der Genossenschaft erforderlich erscheint, mindestens aber alle drei Jahre.

Die Berufung der Genossenschaftsversammlung muß binnen drei Wochen erfolgen, wenn das Reichs-Versicherungsamt, oder wenn ein Fünftel der Sektionsvorstände oder der Delegirten, oder wenn Mitglieder es schriftlich verlangen, welche mindestens den zwanzigsten Theil der Unternehmer der in der Genossenschaft vereinigten Betriebe ausmachen.

Imgleichen ist der Vorstand verpflichtet, diejenigen Gegenstände auf die Tagesordnung der Genossenschaftsversammlung zu setzen und, wenn thunlich, den Delegirten vor dem Versammlungstage mitzutheilen, welche

- von den im vorhergehenden Absatz genannten Personen spätestens eine Woche vor dem angesetzten Versammlungstage zur Beratung angemeldet werden, sofern sie in den Geschäftskreis der Berufsgenossenschaft gehören,
- vom Reichs-Versicherungsamt ihm bezeichnet werden. (§ 36 Abs. 2 Nummer 4 des Gesetzes.)

§ 10.

Geschäftsordnung.

Der Vorsitzende des Genossenschaftsvorstandes und

im Falle seiner Verhinderung der Landesdirektor eröffnet, leitet und schließt die Verhandlungen der Genossenschaftsversammlung. Befinden sich unter den Gegenständen der Verhandlungen Erinnerungen gegen die Geschäftsführung des Vorstandes, so hat der Vorsitzende zur Verhandlung über diese Gegenstände der Tagesordnung die Wahl eines anderen Leiters der Versammlung herbeizuführen.

Jedes Mitglied des Vorstandes ist befugt, den Genossenschaftsversammlungen beizuwohnen und sich an den Beratungen zu theilnehmen. Der Vorsitzende kann Beamte der Genossenschaft und andere Personen in den Genossenschaftsversammlungen zum Zwecke der Auskunftsertheilung oder Berichterstattung zuziehen, auch mit der Protokollführung beauftragen. Im Uebrigen sind die Versammlungen nicht öffentlich.

Der Leiter der Versammlung hat das Recht, den Delegirten sowie den zugezogenen anderen Personen, welche seinen zur Leitung der Versammlung oder zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung getroffenen Anordnungen nicht Folge leisten, das Wort zu entziehen. Er kann, sofern es der Raum zuläßt, Genossenschaftsmitgliedern gestatten, der Versammlung als Zuhörer beizuwohnen.

Die Vertreter des Reichs-Versicherungsamtes und die Mitglieder des Genossenschaftsvorstandes müssen in den Genossenschafts-Versammlungen auf ihren Antrag jederzeit gehört werden.

§ 11.

Fortsetzung.

Jeder anwesende Delegirte oder dessen Ersatzmann hat eine Stimme.

Die Beschlüsse werden, abgesehen von der Einführung der Beitragserhebung nach dem Steuerfuß auf Grund des § 57 Abs. 1 des Gesetzes, mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt.

Die Art der Abstimmung (Zuruf, Handerheben, Aufstehen u. s. w.) bestimmt der Vorsitzende. Die Abstimmung hat mittelst veredelter Stimmzettel zu erfolgen, wenn dies mehr als der zehnte Theil der Anwesenden verlangt. Im Falle der Stimmengleichheit entscheidet bei Wahlen das von dem Vorsitzenden zu ziehende Loos, bei Abstimmungen über zu fassende Beschlüsse gilt der Antrag als abgelehnt.

Zum Ausweise der Delegirten dient die Einladung zur Genossenschaftsversammlung. Die Prüfung des Ausweises der Delegirten liegt einer von der Genossenschaftsversammlung zu wählenden Kommission von drei Mitgliedern ob. Im Falle einer Veranlassung des Ausweises seitens der Kommission entscheidet die Versammlung über die Zulassung.

Angelegenheiten, welche nicht bei Berufung der Genossenschaftsversammlung oder in Gemäßheit des § 9 letzter Absatz als Gegenstände der Verhandlung bezeichnet worden sind, dürfen zur Beschlußfassung nur zugelassen werden, wenn aus der Mitte der Versammlung kein Widerspruch erfolgt, oder wenn es sich um einen Antrag

auf Berufung einer neuen Genossenschaftsversammlung handelt.

Die gefaßten Beschlüsse sind unter Angabe des Tages der Sitzung aufzuzeichnen sowie von dem Vorsitzenden und dem Protokollführer zu unterschreiben.

Genossenschaftsvorstand.

§ 12.

Zusammensetzung.

Die Stelle des Genossenschaftsvorstandes vertritt der Provinzialausschuß.

Der Landesdirektor führt unter der Aufsicht des Provinzialausschusses die laufenden Geschäfte des Genossenschaftsvorstandes. Hierbei finden hinsichtlich der Grenzen seiner Befugnis und der Stellvertretung die Vorschriften der Provinzialordnung vom 22. 3. 1881 entsprechende Anwendung.

Auch die Festsetzung von Ordnungsrufen kann durch Beschluß des Provinzialausschusses den laufenden Geschäften gleichgestellt werden.

Der Landesdirektor vertritt die Berufsgenossenschaft nach Außen in allen Angelegenheiten, insbesondere auch in denjenigen Geschäften und Rechtshandlungen, für welche nach dem Besetze eine Spezialvollmacht erforderlich ist.

Er ist der Dienstvorgesetzte sämtlicher Beamten der Berufsgenossenschaft, soweit sie nicht von den Sektionsvorständen angestellt sind.

(§ 38 Abs. 2 Ziffer 2, § 44 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes und Art. IV. Abs. 2 Nummer I. des Ausführungsgesetzes sowie § 90 der Provinzialordnung.)

§ 13.

Obliegenheiten.

Dem Genossenschaftsvorstande liegt die gesamte Verwaltung der Genossenschaft ob, soweit nicht einzelne Angelegenheiten durch Gesetz oder Statut der Genossenschaftsversammlung vorbehalten oder anderen Organen übertragen sind.

Auf den Vorstand wird die Befugnis übertragen, von der Verfolgung des Erlassanspruchs aus § 147 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes abzusehen.

Der Vorstand hat alljährlich über die Verwaltung des letzten Jahres einen schriftlichen Bericht zu erstatten, welcher dem Reichs-Versicherungsamte einzulenden und dem nächsten Provinziallandtage sowie den Delegirten zur Genossenschafts-Versammlung zur Kenntnisaufnahme vorzulegen ist.

(§ 42 Abs. 1 des Gesetzes und Art. VI. des Ausführungsgesetzes sowie insbesondere Satz 4. der im Text angezogenen Stelle des Gesetzes.)

§ 14.

Rechnungslegung.

Ueber die gesamte Vermögensverwaltung eines jeden Rechnungsjahres hat der Vorstand in den ersten vier Monaten nach Ablauf desselben Rechnung zu legen sowie über das am Schlusse des Rechnungsjahres vorhandene Vermögen einschließlich des Reservefonds eine Uebersicht aufzustellen.

Bei Aufstellung der Vermögensübersicht sind Werth-

papiere sowie alle anderen Vermögensgegenstände einschließlich der Grundstücke mit ihrem Anschaffungs-(Ankaufs-)preise anzusetzen. Außerdem ist für Werthpapiere, welche einen Börsenpreis haben, dessen Höhe zur Zeit der Aufstellung anzugeben.

(§ 38 Abs. 2 Ziffer 10, §§ 115 bis 119, § 142 des Gesetzes sowie Art. VI. Ziffer 5 des Ausführungsgesetzes.)

Verwaltungsakten der Sektionen.

§ 15.

Die Verwaltungskosten jeder Sektion, zu welchen die Reisekosten und Tagegelber der Delegirten zur Genossenschaftsversammlung nicht gerechnet werden, werden von dieser allein getragen. Die Sektions-Vorstände liquidiren alljährlich im Januar den Betrag derselben bei dem Genossenschaftsvorstande, welcher die Umlegung auf die Sektionsmitglieder sowie die Einziehung in derselben Weise wie die der sonstigen Jahresbeiträge zu bewirken hat.

Sektionsvorstände.

§ 16.

Zusammensetzung.

Die Stelle des Sektions-Vorstandes vertritt der Kreis-(Stadt-)Ausschuß.

Dies gilt auch für den Stadtkreis Berlin.

(Art. IV. Abs. 2 Nummer II. und Abs. 5 des Ausführungsgesetzes.)

§ 17.

Obliegenheiten.

Den Sektionsvorständen liegt insbesondere ob:

- 1) die Feststellung der Entschädigungen nach Maßgabe des in § 35 den Sektionsvorständen übertragenen Zuständigkeits;
- 2) die Veranlagung der Betriebe nach §§ 20, 27;
- 3) die Entscheidung über Einsprüche der Betriebsunternehmer wegen der Aufnahme oder Nichtaufnahme ihrer Betriebe in die Unternehmerverzeichnisse, ferner die Entscheidung über Widersprüche der Betriebsunternehmer gegen die Beitrags-Verrechnung (Art. VI. Ziffer 2 des Ausführungsgesetzes);
- 4) die Mitwirkung bei der Fortführung des Unternehmerverzeichnisses, insbesondere die Vermittelung von Anzeigen über Betriebs-Eröffnungen, Veränderungen und Einstellungen (§§ 28 ff.);
- 5) die Entgegennahme und Prüfung der im § 42 vorgeschriebenen Anmeldungen und Nachweisungen, sowie die Aufstellung der letzteren im Falle der versäumten Einsendung;
- 6) die Mitwirkung bei der Aufstellung des Entwurfs der Steuerrolle nach näherer Anweisung des Genossenschaftsvorstandes, sowie die Aufsertigung und Vertheilung der Auszüge aus der Steuerrolle an die Gemeinden des Sektionsbezirks (§ 110 des Gesetzes und Art. VII. des Ausführungsgesetzes);
- 7) die Mitwirkung bei der Durchführung der Vertheilungen auf Grund der §§ 43 bis 53, insbesondere die Entgegennahme und Prüfung der dort vorgeschriebenen Anzeigen, Anmeldungen und Nachweisungen;

- 8) die jährliche Aufstellung des Voranschlags für die Verwaltungskosten (Haushaltsplan) der Sektion, sofern ein solcher für erforderlich erachtet wird;
- 9) die jährliche Erstattung eines Rechenschaftsberichts über die Ausgaben der Sektion und die Einreichung desselben an den Genossenschaftsvorstand;
- 10) die Stellung von Anträgen und die Erhebung von Erinnerungen und Beschwerden in Angelegenheiten der Genossenschaftsverwaltung bei der Genossenschaftsversammlung und bei dem Reichs-Versicherungsamt;
- 11) die Bestellung von Vertretern vor dem Schiedsgericht;
- 12) die Uebernahme des Selbstverfahrens auf Kosten der Berufs-Genossenschaft in Erkrankungsfällen, welche durch Unfall herbeigeführt sind (§ 27 Abs. 3 des Gesetzes und § 76c des Krankenversicherungsgesetzes);
- 13) die Abschließung von Verträgen mit Ärzten, Krankenkassen und Heilanstalten behufs Heilung und Verpflegung der Verletzten, soweit ihnen eine solche Vertragsschließung vom Genossenschaftsvorstand übertragen wird; die Verträge unterliegen der Genehmigung des Genossenschaftsvorstandes;
- 14) die Ueberwachung der in ärztlicher Behandlung befindlichen Kranken und der Rentenempfänger;
- 15) die Stellung von Anträgen auf Erlass von Unfallverhütungsvorschriften sowie die Begutachtung der zu erlassenden Unfallverhütungsvorschriften;
- 16) die Mitwirkung bei der Durchführung der zur Verhütung von Unfällen erlassenen Vorschriften nach näherer Anweisung des Genossenschaftsvorstandes.

§ 18.

Geschäftsordnung.

Die Beschlüsse des Sektionsvorstandes sind binnen einer Woche dem Genossenschaftsvorstande mitzutheilen.

Vertrauensmänner.

§ 19.

Amtdauer. Bezirke.

Die Vertrauensmänner und ihre Stellvertreter werden auf fünf Jahre gewählt.

Die Bestimmung der Zahl der Vertrauensmänner und Stellvertreter, die Abgrenzung und die Veränderung ihrer Bezirke sowie ihre und ihrer Stellvertreter Wahl erfolgt durch den Sektionsvorstand.

(§ 39 Abs. 2, 3, §§ 45 bis 47 des Gesetzes.)

§ 20.

Obliegenheiten.

Den Vertrauensmännern liegt insbesondere ob:

- 1) die Mitwirkung bei der Feststellung der Arbeitstage der versicherten Personen in den Fällen der §§ 26 und 27;
- 2) die Entgegennahme der Anzeigen von Unfällen;
- 3) die Vertretung der Genossenschaft bei der Untersuchung aller Unfälle, welche sich in ihrem Bezirke ereignen (§ 34 des Gesetzes sowie §§ 71, 72 des Gesetzes, Art. VII des Ausführungsgesetzes);
- 4) die Vertretung der Genossenschaft vor dem Schieds-

gericht, sofern ihnen dieselbe von dem Sektionsvorstande (§ 35) übertragen wird;

- 5) die Begutachtung der festzustellenden Entschädigungen (§ 35) auf Ersuchen des Sektionsvorstandes;
- 6) die Mitwirkung bei den Anmeldungen und bei der Aufstellung von Nachweisungen gemäß § 42;
- 7) die Vermittelung von Anzeigen über Eröffnung, Veränderung und Einstellung von Betrieben, welche für deren Zugehörigkeit zu der Genossenschaft oder für die Umlegung der Beiträge von Bedeutung sind (§§ 28 bis 30), an den Sektionsvorstand;
- 8) die Ermittlung der nicht angemeldeten anmeldepflichtigen Betriebe und der nicht angemeldeten anmeldepflichtigen zwangsversicherten Unternehmer (§§ 43 ff.) ihres Bezirkes;
- 9) die Mitwirkung bei den in den §§ 43 bis 54 vorgesehenen Anmeldungen und Anzeigen der Betriebsunternehmer;
- 10) die Ueberwachung der in ärztlicher Behandlung befindlichen Kranken und der Rentenempfänger ihres Bezirkes, sowie die Anzeige über etwaige Veränderungen in der Erwerbsunfähigkeit der Rentnarempfänger und über die ihnen bekannt gewordenen Fälle von Simulation, unbeschadet der Mitwirkung der betheiligten Betriebsunternehmer;
- 11) die Einsichtnahme von den Büchern und Listen der Krankenkassen nach § 76a Abs. 2 des Krankenversicherungsgesetzes, wenn ihnen hierzu von dem Sektionsvorstand Auftrag erteilt wird.

Außerdem haben die Vertrauensmänner die Rechte und Interessen der Genossenschaft in allen Beziehungen zu wahren und, wo sie dieselben verletzt glauben, eine entsprechende Anzeige an den Sektionsvorstand zu erstatten. Ferner sollen sie, wenn ihnen bekannt wird, daß in einem Betriebe die Unfallverhütungsvorschriften nicht beachtet werden, dem Sektionsvorstande sofort Anzeige machen und überhaupt die technischen Aufsichtsbeamten durch Mittheilungen auf Grund ihrer Kenntniß der örtlichen Verhältnisse unterstützen. Behufs Ausübung ihrer amtlichen Pflichten sind die Vertrauensmänner befugt, die in ihrem Bezirke belegenen Betriebe während der Betriebszeit zu betreten und über die Vorkommnisse daselbst, soweit sie die Berufs-Genossenschaft angehen, von dem Unternehmer Auskunft zu verlangen.

Die Geschäftsführung der Vertrauensmänner wird durch den Sektionsvorstand geregelt.

Gemeinsame Bestimmungen.

§ 21.

Bevollmächtigte Betriebsleiter.

Die von den Unternehmern bevollmächtigten Leiter ihrer Betriebe können zu den Ehrenämtern der Genossenschaft gewählt werden.

(§ 45 Abs. 1 des Gesetzes und Art. III des Ausführungsgesetzes.)

III. Verwaltung der Berufs-Genossenschaft.

Thellung des Amtes.

§ 22.

Die Entschädigungsberechtigten sind zu fünfundsiebzig

Prozent von derselben Sektion zu tragen; zu deren Bezirk der Betrieb gehört, in welchem der Unfall eingetreten ist.

Werden Sektionen bei der nach dem Masse der Grundsteuer erfolgenden Umlageberechnung mit mehr als dem Doppelten des für die Sektionen an Entschädigungsbeiträgen und Verwaltungskosten wirklich aufgewendeten Betrags belastet, so ist der das Doppelte übersteigende Betrag nach Maßgabe der Grundsteuer auf die sämtlichen Sektionen zu vertheilen (§ 60 des Gesetzes).

Streitigkeiten aus Anlaß dieser Bestimmungen werden zunächst von dem Genossenschaftsvorstand entschieden. Gegen dessen Entscheidung steht den Theilhabenden innerhalb eines Monats die Beschwerde an das Reichs-Verwaltungsamt offen, welches endgültig entscheidet.

(§ 58 des Gesetzes.)

Betriebsfonds.

§ 23.

Die Genossenschaftsversammlung kann die Anweisung eines Betriebsfonds beschließen. Der Beschluß hat auch über die Höhe und die Art des Betriebsfonds — entweder eigner oder auf die Umlagebeiträge zu verrechnender Betriebsfonds — Bestimmung zu treffen.

Reservefonds.

§ 24.

Zur Bildung eines Reservefonds sind bei der Umlage des Jahresbedarfs jährlich zwei Prozent desselben zuzuschlagen, solange der Reservefonds nicht das Doppelte des jeweiligen Jahresbedarfs erreicht.

(§ 37 Abs. 1 des Gesetzes.)

Umlage der Beiträge.

§ 25.

Grundsteuerfuß.

Die Beiträge der Verursachenden werden durch Zuschläge zu der Grundsteuer aufgebracht.

Solche Mitglieder, welche diese Grundsteuer für den von ihnen bewirtschafteten Grundbesitz oder einen Theil desselben nicht selbst zu entrichten haben, wie z. B. Pächter wegen ihrer Nachbändereien, sind vorbehaltlich der Bestimmung des Abs. 6, beitragspflichtig nach Maßgabe derjenigen Grundsteuer, welche auf die von ihnen bewirtschafteten Grundstücke entfällt.

Bewirtschaftet ein Unternehmer nur einen Theil eines einheitlich zur Grundsteuer veranlagten Grundstücks, so wird der auf den Theil entfallende Grundsteuerbetrag nach Verhältnis der bewirtschafteten Fläche festgesetzt.

Sind Grundstücke, auf welche sich der Betrieb erstreckt, von Entrichtung der Grundsteuer befreit, jedoch zu derselben veranlagt, so ist diese Veranlagung der Erhebung der Beiträge zu Grunde zu legen.

Liegt eine Veranlagung nicht vor, so ist eine vom Sektionsvorstande zu veranlassende angenommene Grundsteuer zu Grunde zu legen.

Die Beiträge werden — vorbehaltlich der Entrichtungspflicht des nach Abs. 2 beitragspflichtigen Betriebsunternehmers — von denjenigen Personen eingefordert, die nach gesetzlicher Vorschrift zur Grundsteuer

für die den Betrieben der Genossenschaft zugehörenden Grundstücke veranlagt sind oder veranlagt sein würden, wenn die Grundstücke nicht von der Grundsteuer befreit wären.

(§ 57 Abs. 1, §§ 106, 167 Abs. 1, § 58 des Gesetzes.)

§ 26.

Nebenbetriebe.

Sind mit einem land- oder forstwirtschaftlichen Betriebe Nebenbetriebe (§ 1 Abs. 2, 3 des Gesetzes) verbunden, so sind von den Unternehmern dieser Betriebe zur Deckung der Unfallgefahr gemäß § 57 Abs. 3 des Gesetzes Zuschläge zu den Beiträgen zu entrichten.

Der Zuschlag wird nach einer angenommenen Grundsteuer berechnet, welche sich bemisst nach der Zahl der durchschnittlich in dem Nebenbetriebe von versicherten Personen geleisteten Arbeitstage und für je volle hundert Arbeitstage 2 Mark, mindestens aber 2 Mark beträgt.

Soweit hiernach Nebenbetriebe zu Zuschlägen heranzuziehen sind, sind sie binnen zwei Wochen nach Inkrafttreten des Statuts oder nach ihrer Eröffnung unter Benutzung eines vom Genossenschaftsvorstande zu bestimmenden Formulars anzumelden.

Die zum Zwecke der Berechnung der Zuschläge erforderliche Ermittlung der durchschnittlich von versicherten Personen geleisteten Arbeitstage erfolgt durch den Sektionsvorstand unter Mitwirkung des Vertrauensmanns nach näherer Anweisung des Genossenschaftsvorstandes. Auf Errobern des Sektionsvorstandes hat der Betriebsunternehmer die hierfür nothwendigen Unterlagen dem Vertrauensmann einzureichen.

Der Genossenschaftsvorstand kann über Mitglieder, welche dieser Verpflichtung zur Anmeldung des Nebenbetriebs oder zur Auskunftertheilung nicht nachkommen, eine Geldstrafe bis zu fünfzig Mark verhängen.

(§ 37 Abs. 3 des Gesetzes nach dem Statut hat der Vertrauensmann oder der Sektionsvorstand die Strafbestimmung des § 157 Abs. 1 in Verbindung mit § 69 des Gesetzes.)

§ 27.

Betriebe ohne Bodenbewirtschaftung oder mit nebensächlicher Bodenbewirtschaftung.

Gärtnereien.

Nach denselben Grundsätzen sind land- und forstwirtschaftliche Betriebe, die mit einer Bodenbewirtschaftung nicht verbunden sind, zu den Beiträgen heranzuziehen.

Für land- oder forstwirtschaftliche Betriebe, in denen die Bodenbewirtschaftung nur nebensächliche Bedeutung hat, sind außer den für diese nach dem Steuerfuße geschuldeten Beiträgen besondere Beiträge für den Haupttheil des Betriebs, wie für Betriebe ohne Bodenbewirtschaftung zu entrichten.

Wenn der Betrieb einer Gärtnerei nicht nur in eigener Bodenbewirtschaftung besteht, sondern sich auch auf die Herrichtung und Unterhaltung fremder Gartenanlagen erstreckt, so sind für die letztere Betriebsfähigkeit besondere Beiträge wie für Nebenbetriebe zu entrichten, sofern nicht bereits Abs. 2 Anwendung findet.

In den Fällen der Absätze 1 bis 3 finden die Vorschriften des § 26 hinsichtlich der Verpflichtung der Unternehmer zur Anmeldung und Auskunftsvermittlung und hinsichtlich der Befugnis zur Verhängung von Ordnungsstrafen wegen Nichterfüllung dieser Verpflichtung entsprechende Anwendung.

Betriebsveränderungen.

§ 28.

Anmeldung.

Die Genossenschaftsmitglieder sind verpflichtet, Änderungen ihrer Betriebe einschließlich der mitversicherten Nebenbetriebe, welche für deren Zugehörigkeit zu der Genossenschaft oder für die Umlegung der Beiträge von Bedeutung sind, binnen zwei Wochen nach Eintritt der Änderung dem Sektionsvorstande durch Vermittelung des Vertrauensmanns schriftlich anzuzeigen.

Die Zugehörigkeit zur Genossenschaft bemisst sich nach § 2.

Gelangt auf andere Weise eine Betriebsänderung, welche für die Umlegung der Beiträge von Bedeutung ist, zur Kenntnis des Sektionsvorstandes oder Vertrauensmanns, so hat derselbe den Betriebsunternehmer unter Hinweis auf die in den §§ 156, 157 des Gesetzes angeordneten Strafen zur vorschriftsmäßigen Anmeldung zu veranlassen und diese nötigen Falles selbst zu bewirken.

Das weitere Verfahren richtet sich, was die Umlegung der Beiträge anlangt, nach §§ 25, 26, 27 des Statuts.

Tritt in Folge der Betriebsänderung eine Ermäßigung des Beitrags oder der Fortfall der Beitragspflicht ein, so hat der Unternehmer, falls er die Betriebsänderung zu spät angezeigt hat, seinen Anspruch auf deren Berücksichtigung für die Zeit vor Erstattung der Anzeige.

(§§ 65, 69, 38 Abs. 2 Ziffer 7, §§ 156, 157 Abs. 1 des Gesetzes und Art. VI. Ziffer 4 des Ausführungsgesetzes.)

§ 29.

Betriebsüberweisungen.

Erachtet der Sektionsvorstand in Folge der Anzeige des Betriebsunternehmers oder des Vertrauensmanns, oder ohne den Empfang einer solchen von Amtswegen die Überweisung eines Betriebs an eine andere Genossenschaft für geboten, so theilt er dies unter Angabe der Gründe dem Betriebsunternehmer und dem theilhaftigen anderen Genossenschaftsvorstände mit. Sowohl der Letztere, als auch der Betriebsunternehmer können innerhalb zweier Wochen gegen die Überweisung bei dem überweisenden Sektionsvorstande Widerspruch erheben.

Wird innerhalb dieser Frist kein Widerspruch erhoben, so befällt es bei der Überweisung sein Bewenden.

Wird gegen die Überweisung Widerspruch erhoben oder beansprucht der Vorstand einer dritten Genossenschaft unter dem Widerspruch des Betriebsunternehmers oder des Vorstandes der Sektion, welcher der Betrieb bisher angehört, die Überweisung des letzteren, so hat der Vorstand der Sektion, welcher der Betrieb bisher angehört hat, die Entscheidung des Vorstandes seiner Genossenschaft zu beantragen. Gegen den Bescheid des

letzteren findet binnen einer Frist von zwei Wochen die Beschwerde an das Reichs-Versicherungsamt statt. Dasselbe entscheidet nach Anhörung des theilhaftigen Betriebsunternehmers sowie der Vorstände der theilhaftigen Genossenschaften.

Wird dem Überweisungsantrage stattgegeben, so tritt die Änderung in der Zugehörigkeit zur Genossenschaft von dem Tage ab in Wirksamkeit, an welchem der Antrag dem theilhaftigen Genossenschaftsvorstande zugeestellt ist.

(§§ 65, 69, 38 Abs. 2 Ziffer 7 des Gesetzes und Art. VI. Ziffer 4 des Ausführungsgesetzes.)

Bescheid des Unternehmers.

§ 30.

Anzeige. Sicherheitsleistung.

Jeder Wechsel in der Person desjenigen, für dessen Rechnung ein besonders veranlagter Betrieb erfolgt (§§ 26, 27), ist von dem neuen Unternehmer oder seinem gesetzlichen Vertreter binnen zwei Wochen dem Sektionsvorstande durch Vermittelung des Vertrauensmanns schriftlich anzuzeigen (zu vergl. § 68 des Gesetzes).

Alsobald nach erfolgtem Wechsel hat der frühere Unternehmer für die Zeit vom Ablaufe desjenigen Kalenderjahres, für welches der Beitrag zuletzt entrichtet worden ist, bis zum Eintritte des Wechsels den antheiligen Betrag des letzten für den Betrieb entrichteten Jahresbeitrages in doppelter Höhe bei dem Sektionsvorstand als Sicherheit zu hinterlegen. Tritt der Wechsel in der Person des Betriebsunternehmers vor der erstmaligen Umlegung der Beiträge auf den Betrieb ein, so ist die Sicherheit in Höhe des wahrscheinlichen Beitrags für das laufende Jahr zu leisten.

Wird die Sicherheit nicht rechtzeitig geleistet, so hat der Sektionsvorstand dieselbe sofort nach § 113 Abs. 1 des Gesetzes beizutreiben.

Der Sektionsvorstand kann die Sicherheitsleistung erlassen, wenn der Eingang des von dem früheren Unternehmer geschuldeten Beitrags gesichert erscheint, insbesondere eine schriftliche Erklärung des neuen Unternehmers beigebracht wird, daß er die Beitragsschuld des früheren Unternehmers übernimmt.

Von der zur Sicherheit eingezahlten Summe wird später der zu berechnende Beitrag bestritten; der überschüssige Betrag wird zurückgezahlt, ein etwaiger Fehlbetrag eingezogen.

(§ 38 Abs. 2 Ziffer 7, § 65, 156, 157 Abs. 1 des Gesetzes und Art. VI. Ziffer 4 des Ausführungsgesetzes.)

§ 31.

Lohnnachweisung.

Binnen vier Wochen nach erfolgtem Wechsel in der Person des Betriebsunternehmers hat der bisherige Unternehmer, welcher versicherte Betriebsbeamte oder Personen der im § 1 Abs. 6 des Gesetzes — § 40 des Statuts — bezeichneten Art beschäftigt hat, für die Zeit vom Ablaufe des letzten Rechnungsjahres bis zum Tage der Übernahme des Betriebs durch den neuen Unternehmer die im § 108 des Gesetzes (§ 42 des Statuts) bezeichnete Gehalts- und Lohnnachweisung dem Sektions-

vorstand einzureichen, widrigenfalls ihre Aufstellung durch diesen erfolgt.

(Strafbestimmung im § 157 Abs. 1 des Gesetzes.)

Einstellung und Ausscheiden des Betriebs.

§ 32.

Ist der Betrieb eingestellt worden oder auf Grund des § 28 Abs. 2 Satz 2 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes in Folge statutarischer Vorschrift einer gewerblichen Berufsgenossenschaft als Nebenbetrieb eines gewerblichen Betriebs aus der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft ausgeschieden, so ist hiervon durch den Unternehmer binnen zwei Wochen dem Sektionsvorstande durch Vermittelung des Vertrauensmanns schriftlich Nachricht zu geben. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkte, zu welchem der Unternehmer die Einstellung oder die das Ausscheiden des Betriebs begründenden Thatsachen kannte oder den Umständen nach kennen mußte.

Die Bestimmungen der §§ 30, 31 finden entsprechende Anwendung.

(§ 33 Abs. 2 Ziffer 8 und Strafbestimmung im § 157 Abs. 1 des Gesetzes.)

Als Betriebsereignisse im Sinne dieses Paragraphen können vorübergehende oder vorübergehend wiederkehrende Betriebsunterbrechungen nicht angesehen werden.

Vorschüsse.

§ 33.

Die Genossenschaftsmitglieder haben auf Verlangen des Genossenschaftsvorstandes auf ihre Beiträge halbjährliche Vorschüsse gemäß § 35 des Gesetzes zu leisten.

Die Fälligkeitstermine bestimmt der Genossenschaftsvorstand.

Anzeige und Untersuchung der Unfälle.

§ 34.

Von jedem in seinem Betriebe vorkommenden Unfall, durch welchen eine versicherte Person getötet wird oder eine Körperverletzung erleidet, welche eine völlige oder theilweise Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen oder den Tod zur Folge hat, hat der Betriebsunternehmer außer bei der Ortspolizeibehörde bei dem Sektionsvorstand durch Vermittelung des Vertrauensmanns Anzeige zu erstatten. Bei Unfällen, welche den versicherten Unternehmer oder seine versicherte Ehefrau betroffen haben, findet diese Vorschrift gleichfalls Anwendung.

An den Untersuchungsverhandlungen soll in der Regel als Vertreter der Genossenschaft der Vertrauensmann theilnehmen. Dem Sektionsvorstande steht es frei, sich neben dem Vertrauensmann oder statt desselben durch eines oder mehrere seiner Mitglieder oder durch andere Bevollmächtigte bei diesen Verhandlungen vertreten zu lassen.

Die Vertreter erhalten zum Ausweis eine schriftliche Vollmacht.

Der mit der Vertretung der Genossenschaft Beauftragte hat dem Sektionsvorstand über das Ergebnis der Untersuchung binnen zwei Tagen Bericht zu erstatten.

Der Betriebsunternehmer hat durch Vermittelung

des Vertrauensmanns dem Sektionsvorstande sofort Anzeige zu erstatten, wenn er erfährt, daß der Verletzte durch den Unfall wieder für erwerbsfähig erklärt worden sei.

(§ 70 des Gesetzes und Art. VII des Ausführungsgesetzes.)

Die Anzeige muß binnen drei Tagen nach dem Tage erfolgen, an welchem der Betriebsunternehmer von dem Unfall Kenntniß erlangt hat. In vergl. die Strafbestimmung des § 157 Abs. 2 des Gesetzes.

Feststellung der Entschädigungen.

§ 35.

Die Beschlussfassung über die Feststellung der Entschädigungen gemäß §§ 75 ff. des Gesetzes erfolgt in allen Fällen durch den Sektionsvorstand.

Der Sektionsvorstand ist auch befugt:

- 1) von der Rückforderung der gemäß §§ 82, 84, 87 Abs. 2 des Gesetzes vor rechtskräftiger Entscheidung gezahlten Entschädigungen abzusehen (vergl. § 92 a. a. D.), ferner auf die Rückforderung gemäß § 99 Abs. 4 a. a. D. zu verzichten;
- 2) in Fällen des § 17 Abs. 3 des Gesetzes eine Witwenrente zu gewähren;
- 3) in Fällen des § 18 Abs. 2 des Gesetzes die Kinderrente zu gewähren;
- 4) zur Feststellung einer vor Ablauf der dreizehnten Woche nach dem Unfall zu gewährenden Rente (§ 15 Abs. 1 des Gesetzes);
- 5) zur Erhöhung der Rente oder Gewährung einer Rente wegen Hilflosigkeit (§ 8 Abs. 3, 4 des Gesetzes);
- 6) im Falle der Bedürftigkeit dem in einer Heilanstalt untergebrachten Verletzten sowie seinen Angehörigen eine besondere Unterstützung zu gewähren (§ 23 Abs. 3 des Gesetzes);
- 7) die Genossenschaft vor den Schiedsgerichten zu vertreten;
- 8) das Heilverfahren gemäß § 27 Abs. 3 des Gesetzes und § 76 c. des Krankenversicherungsgesetzes auf Kosten der Genossenschaft zu übernehmen.

Streitigkeiten über die örtliche Zuständigkeit der Sektionsvorstände werden von dem Genossenschaftsvorstand endgültig entschieden. Durch diese Entscheidung wird der Entscheidung über die Frage des § 22 Abs. 3 nicht vorgegriffen.

Entschädigungsberechtigte, für welche die Entschädigung nicht von Amtswegen festgestellt ist, haben ihren Entschädigungsanspruch bei dem Sektionsvorstande anzumelden (§ 78 des Gesetzes).

Unfallverhütungsvorschriften.

§ 36.

Die in §§ 120 ff. des Gesetzes den Berufsgenossenschaften übertragene Beschlussfassung über den Erlass von Unfallverhütungsvorschriften wird durch die Genossenschaftsversammlung ausgeübt (§ 8 Ziffer 7). Jedes Mitglied der Genossenschaft ist befugt, den Erlass solcher Vorschriften bei dem Genossenschaftsvorstand anzuregen. Der Genossenschaftsvorstand hat, sofern die Anregung von mindestens dreißig Mitgliedern der Berufsgenossenschaft unterstützt wird, in seiner nächsten Sitzung darüber zu beschließen, ob der Anregung weitere Folge zu geben

sei, nachdem die theilhaftigen Sektionsvorstände gutachtlich gehört worden sind. Von solchen Anregungen ist der nächsten Genossenschaftsversammlung Kenntniß zu geben.

Die vom Reichs-Versicherungsamte genehmigten Vorschriften sind von dem Genossenschaftsvorstande in den für dessen Bekanntmachungen bestimmten Blättern zur Kenntniß der Genossenschaftsmitglieder zu bringen. (§ 38 Abs. 2 Biffer 11, §§ 120 bis 123 des Gesetzes.)

Ueberwachung der Betriebe.

§ 37.

Der Genossenschaftsvorstand ist befugt, für den Bezirk der Genossenschaft technische Aufsichtsbeamte zur Ueberwachung der Betriebe gemäß §§ 126 bis 130 des Gesetzes zu ernennen. Außerdem kann jede Sektion technische Aufsichtsbeamte ernennen. Die denselben gewährten Vergütungen hat in diesem Falle die Sektion zu tragen. Mehrere Sektionen können gemeinschaftlich einen technischen Aufsichtsbeamten anstellen.

Die technischen Aufsichtsbeamten erhalten zum Ausweise eine vom Vorstand auszustellende Bescheinigung.

Der Genossenschaftsvorstand ist befugt, Beamte der Genossenschaft als Rechnungsbeamte gemäß §§ 126 bis 130 des Gesetzes zu bezeichnen und mit der Einsicht und Prüfung der Geschäftsbücher und Listen der Unternehmer zu betrauen. Die Rechnungsbeamten erhalten zum Ausweise eine vom Vorstand auszustellende Bescheinigung.

Reisefkosten und Tagegelber.

§ 38.

Genossenschaftsorgane.

Den Delegierten zur Genossenschaftsversammlung, den Vertrauensmännern und den Beauftragten des Sektionsvorstandes (§ 34) werden bei auswärtigen Geschäften die Kosten der zweiten Eisenbahnkasse oder der ersten Dampfschiffkasse (Nachtfahrkarte) sowie der etwa benutzten Fuhrwerke, soweit nicht an der Eisenbahn liegende Drie im Vertracht kommen, ersetzt. Außerdem erhalten sie zum Erfolge der ihnen weiter erwachsenen baaren Auslagen für jeden Tag, an welchem sie außerhalb ihres Wohnorts thätig sind, eine Vergütung von 6 Mark und für jede notwendige Uebernachtung außerdem 6 Mark.

Bei Wahrnehmung von Geschäften der Berufsgenossenschaft innerhalb ihres Wohnorts oder bis zu einer Entfernung von zwei Kilometer von demselben erhalten die im Abs. 1 gedachten Personen nur den Ersatz ihrer nachweislichen notwendigen baaren Auslagen.

Den Mitgliedern des Genossenschaftsvorstandes und der Sektionsvorstände werden die Reisefkosten und Tagegelber nach Maßgabe der ihnen als Mitgliedern der betreffenden Selbstverwaltungsböörden zustehenden Vergütungen gewährt.

(§ 46 des Gesetzes.)

§ 39.

Arbeitervertreter.

Die Vertreter der Arbeiter erhalten:

- 1) wenn ihnen Arbeitsverdienst entgangen ist, als

Ersatz für denselben den vollen entgangenen Betrag, mindestens aber in der Höhe von täglich einer Mark;

2) als Ersatz für Reisefkosten:

- a. bei Reisen, welche auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen gemacht werden können, für jedes Kilometer der Hinreise und der Rückreise 5 Pf.,
- b. bei Reisen, welche nicht auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen zurückgelegt werden können, 20 Pf. für jedes Kilometer der Hinreise und der Rückreise auf der nächsten fahrbaren Straßenverbindung.

sofern nicht höhere Aufwendungen nöthig geworden sind;

3) als Ersatz für Zehrungskosten für einen halben Tag 1 Mark, für einen ganzen Tag 2 Mark und außerdem für jede Uebernachtung 3 Mark, sofern nicht höhere Aufwendungen nöthig geworden sind. (§ 38 Abs. 2 Biffer 9, § 122 Abs. 1, § 123 des Gesetzes.)

IV. Betriebsbeamte und Personen in besonderen sachlichen Stellungen (Facharbeiter).

§ 40.

Begriffsbestimmung.

Als Betriebsbeamte sind diejenigen Personen anzusehen, welche in dem Wirtschaftsbetrieb oder in einem Theile desselben als Bevollmächtigte des Betriebsunternehmers thätig sind oder vorwiegend in einer leitenden oder beaufsichtigenden Stellung wirken (z. B. Administratoren, Inspektoren, Wirtschaftler, Förster, Mollereimeister).

Als sonstige Personen, welche im Sinne des § 1 Abs. 6 des Gesetzes zum Unterschiede von den gewöhnlichen land- oder forstwirtschaftlichen Arbeitern eine technische Fertigkeiten erfordernde besondere Stellung einnehmen, sind, soweit sie nicht gemäß Abs. 1 als Betriebsbeamte zu gelten haben, anzusehen: Rechnungsführer, Lagerverwalter, Bögle, Forstgehilfen, Bildhauermeister, Jäger, Holzhauermeister, Gärtner, Gärtnergehilfen, Meier, Schäfer, Viehscheuffer, Wäfer, Wirtschaftlerinnen; ferner von gewerblichen Facharbeitern: Müller, Brenner, Brauer, Stärlmeister, Ziegler, Stellmacher, Schmiede, Maschinensführer, Feiger, Maurer, Zimmerleute.

Personen dieser Art behalten ihre Sonderstellung auch bei der Ausführung von Verrichtungen gewöhnlicher land- oder forstwirtschaftlicher Arbeiter, wenn sie hierzu nur vorübergehend neben ihrer besonderen Beschäftigung als Facharbeiter in dem versicherten Betriebe herangezogen wurden.

(§ 1 Abs. 6, § 38 Abs. 2 Biffer 12 des Gesetzes.)

§ 41.

Beitragszuschläge.

Für die versicherungspflichtigen Betriebsbeamten (§ 40 Abs. 1) und die Facharbeiter (§ 40 Abs. 2) sind besondere Zuschläge zu den Beiträgen zu entrichten.

Der Zuschlag wird nach einem angenommenen Grundpenerlage berechnet, welcher in der Weise ermittelt

wird, daß 1 Mark Grundsteuer für je volle 100 Mark desjenigen Beitrags in Ansatz gebracht werden, der sich als Unterschied zwischen dem bei der Berechnung der Entschädigungen für jene Personen zu Grunde zu legenden Jahresarbeitsverdienst (§§ 9, 12 des Gesetzes) und dem festgesetzten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter (§ 10 des Gesetzes) ergibt.

Dat die Beschäftigung innerhalb des Kalenderjahres nicht mindestens 300 Arbeitstage in Anspruch genommen, so ist der Betrag der angenommenen Grundsteuer entsprechend dem Verhältniß der tatsächlichen Beschäftigungsdauer zu dieser Zahl zu mindern. Dabei ist der sich ergebende Betrag auf volle Mark nach oben abzurunden. (§ 57 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes.)

§ 42.

Anmeldung.

Der Betriebsunternehmer hat die von ihm beschäftigten Personen der im § 40 bezeichneten Art binnen zwei Wochen nach dem Beginn ihrer Beschäftigung oder dem Inkrafttreten dieses Statuts durch Vermittelung des Vertrauensmanns dem Sektionsvorstand unter Angabe des Namens sowie der Art und der jährlichen Dauer ihrer Beschäftigung anzumelden. Ferner hat er binnen drei Wochen nach Ablauf des Rechnungsjahrs dem Sektionsvorstande eine Nachweisung darüber einzureichen, welchen Betrag jeder dieser namentlich zu bezeichnenden Versicherten im abgelaufenen Rechnungsjahr an Gehalt oder Lohn bezogen hat und wie lange (an wieviel Tagen) er beschäftigt worden ist.

Für Genossenschaftsmitglieder, welche mit der rechtzeitigen Einlegung einer dieser Anmeldungen oder Nachweisungen im Rückstande sind, erfolgt deren Aufstellung auf Vorschlag des Vertrauensmanns durch den Sektionsvorstand.

Auf nicht rechtzeitige oder unrichtige Anmeldungen und Nachweisungen finden die Strafbestimmungen der §§ 157, 156 des Gesetzes Anwendung.

(§ 57 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes.)

V. Ausdehnung der Versicherung.

1. Betriebsunternehmer.

A. Zwangsversicherung.

§ 43.

Grenze.

Die Versicherungspflicht wird erstreckt auf Betriebsunternehmer, deren Jahresarbeitsverdienst 2000 Mark nicht übersteigt.

Die Versicherung dieser Betriebsunternehmer umfaßt auch die mit ihrer Land- oder Forstwirtschaft im Zusammenhange stehenden hauswirtschaftlichen Einrichtungen, falls die Unternehmer hauptsächlich in ihrer Land- oder Forstwirtschaft beschäftigt sind, und erstreckt sich in demselben Umfang auf die Ehefrauen der Unternehmer.

Der Versicherungspflicht unterliegen nicht diejenigen der Bestimmung des ersten Absatzes unterfallenden Unternehmer, deren gesamtes, auch aus anderen

Quellen als aus dem versicherten Betriebe fließendes Einkommen 3000 Mark übersteigt.

(§ 4 Abs. 2, § 2 Satz 2 des Gesetzes.)

§ 44.

Jahresarbeitsverdienst.

Als Jahresarbeitsverdienst im Sinne des § 43 Abs. 1 gilt dasjenige aus dem land- und forstwirtschaftlichen Betrieben sowie dessen bei der Berufsgenossenschaft mitversicherten Nebenbetrieben fließende Reineinkommen, mit welchem die Mitglieder zu der staatlichen Einkommensteuer eingeschätzt sind. Stehen dem Sektionsvorstande die Ergebnisse einer staatlichen Einkommensteuereinschätzung nicht zu Gebote, so bleibt ihm die anderweite Ermittlung des Einkommens überlassen.

Für die Ermittlung des nach § 43 Abs. 3 die Versicherung ausschließenden Gesamteinkommens ist die Veranlagung zur staatlichen Einkommensteuer schließlich entscheidend.

(§ 38 Abs. 2 Nummer 12 des Gesetzes.)

§ 45.

Berechnung der Entschädigungen.

Bei Berechnung der aus der Zwangsversicherung der Betriebsunternehmer und ihrer Ehefrauen zu leistenden gesetzlichen Entschädigungen ist der nach § 44 ermittelte Jahresarbeitsverdienst unter entsprechender Anwendung der §§ 12, 13 des Gesetzes zu Grunde zu legen. (§ 11 des Gesetzes.)

§ 46.

Beitragszuschläge.

Für diese Versicherung haben die versicherten Unternehmer einen Zuschlag zu den Beiträgen zu entrichten, welcher in derselben Weise wie der Zuschlag für Betriebsbeamte und Facharbeiter berechnet wird (§ 41). An die Stelle des tatsächlichen Gehalts oder Lohnes jener Personen tritt der nach § 44 unter entsprechender Anwendung der §§ 12, 13 des Gesetzes ermittelte Jahresarbeitsverdienst.

(§ 57 Abs. 2 Satz 3 des Gesetzes.)

§ 47.

Anmeldung. Verzeichnis.

Die im § 43 bezeichneten Unternehmer haben sich innerhalb vier Wochen nach dem Inkrafttreten dieses Statuts unter Angabe der Höhe ihres aus dem land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben sowie den bei der Berufsgenossenschaft mitversicherten Nebenbetrieben fließenden Jahresarbeitsverdienstes sowie ihres Gesamteinkommens bei dem Sektionsvorstande anzumelden. Für diejenigen Unternehmer, welche erst später einen Betrieb eröffnen oder deren Verhältnisse sich erst später so gestalten, daß die Voraussetzungen der Zwangsversicherung nach § 43 vorliegen, beginnt die Anmeldefrist mit diesem Zeitpunkt.

Unternehmer, deren Jahresarbeitsverdienst (§ 44) den festgesetzten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter nicht übersteigt, sind so lange von der Anmeldung befreit, als diese Grenze nicht überschritten wird.

Die von der Anmeldung befreiten Unternehmer

sowie diejenigen Unternehmer, welche die vorgeschriebene Anmeldung erstattet haben und deren Versicherung nicht binnen einer Frist von drei Monaten vom Sektionsvorstande durch einen dem Unternehmer zugestellten Beschluß abgelehnt ist, gelten als versichert, sofern nicht der Sektionsvorstand den Nachweis erbringt, daß sie wegen der tatsächlichen Höhe ihres aus dem land- oder forstwirtschaftlichen Betriebe sowie den bei der Berufsgenossenschaft mitversicherten Nebenbetrieben fließenden Jahresarbeitsverdienstes oder ihres Gesamteinkommens nicht der Zwangsversicherung unterliegen.

Gegen den Beschluß des Sektionsvorstandes, durch welchen eine Versicherung abgelehnt oder nach ihrem Bestehen wegen Veränderung der Verhältnisse für aufgehoben erklärt wird, steht dem Unternehmer binnen einem Monat Widerspruch beim Genossenschaftsvorstand und gegen die auf den letzteren ergehende Entscheidung binnen derselben Frist die Beschwerde beim Reichs-Versicherungsamt offen.

Hat ein zur Anmeldung verpflichteter Unternehmer die Anmeldung unterlassen, so gilt er als nicht versichert, sofern er nicht den Nachweis der tatsächlichen Voraussetzungen der Zwangsversicherung erbringt.

Auf nicht rechtzeitige oder unrichtige Anmeldungen finden die Strafbestimmungen der §§ 157, 156 des Gesetzes Anwendung.

Ueber die Versicherungen dieser Art hat der Sektionsvorstand ein Verzeichnis zu führen.

(§ 38 Abs. 2 Ziffer 12, § 57 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes.)
§ 48.

Erlöschen.

Die Versicherung erlischt mit dem Tage, an welchem der Unternehmer stirbt oder sonst die Voraussetzungen, welche die Versicherung begründeten, dauernd in Wegfall kommen. Von den Ereignissen, welche in letzterer Beziehung von Erheblichkeit sind, hat der Betriebsunternehmer dem Sektionsvorstand durch Vermittelung des Vertrauensmanns Anzeige zu erstatten.

(§ 38 Abs. 2 Ziffer 12 des Gesetzes.)

§ 49.

Ältere Versicherungsverträge.

Die Rechte und Pflichten aus einem älteren Unfallversicherungsvertrage, welchen ein Unternehmer für seine oder seiner Ehefrau Person abgeschlossen hat, ehe er deren statutarische Versicherungspflicht gekannt hat oder kennen mußte, sind auf seinen Antrag von dem Zeitpunkt ab auf die Berufsgenossenschaft zu übernehmen, mit welchem die Beitragspflicht für die statutarische Zwangsversicherung beginnt, vorausgesetzt, daß die vereinbarte Versicherung sich in den Grenzen hält, in welchen die Zwangsversicherung bei der Berufsgenossenschaft eintritt. Der Antrag kann nur innerhalb eines Jahres nach diesem letzteren Zeitpunkte gestellt werden.

B. Freiwillige Versicherung.

§ 50.

Antragberechtigung, Gegenstand. Beiträge.

Verzeichnis.

Die nicht zwangsversicherten Betriebsunternehmer

sind auf Grund des § 4 Abs. 2 des Gesetzes berechtigt, sich selbst und ihre im Betrieb als Mitunternehmer thätigen Ehegatten gegen die Folgen von Betriebsunfällen zu versichern, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst im Sinne des § 44 Abs. 1 über 4000 Mk. nicht hinausgeht, oder sofern sie nicht regelmäßig mehr als zwei Lohnarbeiter beschäftigen.

Unternehmer, welche von dieser Berechtigung Gebrauch machen wollen, haben die Versicherung bei dem Sektionsvorstand unter Angabe ihres Jahresarbeitsverdienstes schriftlich zu beantragen. Sie können sich hierbei der Vermittelung des Vertrauensmanns bedienen.

Die Bestimmungen des § 43 Abs. 2, der §§ 44 Abs. 1, 45, 46, 47 letzter Absatz über die Ausdehnung der Versicherung auf hauswirtschaftliche Vorrichtungen, über die Ermittlung des Jahresarbeitsverdienstes, die Berechnung der Entschädigungen, über die Anferlegung von Zuschlägen zu den Beiträgen und über die Führung eines Verzeichnisses für diese Versicherten finden entsprechende Anwendung.

(§ 4 Abs. 2, § 38 Abs. 2 Ziffer 12 des Gesetzes.)
§ 51.

Beginn. Erlöschen. Entziehung.

Die Versicherung beginnt mit dem Tage, an welchem der Versicherungsantrag dem Sektionsvorstande zugestellt ist. Gegen den Beschluß, durch den die Versicherung abgelehnt wird, steht dem Unternehmer binnen einem Monat Widerspruch beim Genossenschaftsvorstand und gegen dessen Entscheidung binnen derselben Frist Beschwerde beim Reichs-Versicherungsamt offen.

Die Versicherung erlischt mit dem Ableben des Unternehmers oder mit dem Fortfalle der Voraussetzungen, welche die Versicherungsberechtigung begründeten, sowie, bei Fortbestehen der letzteren, durch eine schriftliche beim Sektionsvorstand einzureichende Abmeldung. Diese Abmeldung kann nur für den Ablauf eines Kalendervierteljahrs erfolgen und muß spätestens zwei Wochen vor diesem Termine bei dem Sektionsvorstand eingehen.

Durch Beschluß des Sektionsvorstandes kann solchen Betriebsunternehmern, deren Selbstversicherungsbeiträge sich als uneintreibbar erweisen, die Berechtigung zur ferneren Selbstversicherung entzogen werden, soweit diese Berechtigung nicht auf § 4 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes beruht. In diesem Falle erlischt die bisherige Versicherung mit dem Tage der Zustellung des Beschlusses an den Unternehmer, unbeschadet des dem Letzteren zustehenden Beschwerderechts (Absatz 1).

2. Andere im Betriebe beschäftigte Personen.

§ 52.

Berechtigung. Anmeldung.

Die Betriebsunternehmer sind berechtigt, die nicht schon nach dem Gesetze versicherten Betriebsbeamten gegen die Folgen von Betriebsunfällen mit ihrem Jahresarbeitsverdienste zu versichern, sofern dieser 4000 Mark nicht übersteigt.

Die Betriebsunternehmer sind ferner berechtigt, andere Personen, die in ihren Betrieben beschäftigt, aber

nicht versichert sind (z. B. Bureaubeamte), gegen die Folgen der bei dem Betriebe sich ereignenden Unfälle zu versichern, sofern deren Jahresarbeitsverdienst 3000 Mark nicht übersteigt.

Unternehmer, welche von dieser Berechtigung Gebrauch machen wollen, haben die Versicherung unter Angabe des Namens, der Art der Beschäftigung und des Jahresarbeitsverdienstes dieser Personen bei dem Sektionsvorstande anzumelden.

Bei Berechnung der Entschädigungen ist der angemeldete Jahresarbeitsverdienst unter entsprechender Anwendung der §§ 12 und 13 des Gesetzes zu Grunde zu legen.

Für diese Versicherung ist ein Zuschlag zu den Beiträgen zu entrichten, der nach § 46 zu berechnen ist.

Im Uebrigen finden die Vorschriften in den §§ 47 letzter Abs. und 51 sinngemäße Anwendung.

(§ 4 Abs. 3 Buchstabe a des Gesetzes.)

3. Andere, nicht im Betriebe beschäftigte Personen. § 53.

Berechtigung. Anmeldung.

Der Betriebsunternehmer ist berechtigt, Personen, welche seine Betriebsstätte besuchen, ohne im Betriebe beschäftigt zu sein (z. B. Hausgefinde, Hauskinder und sonstige Angehörige des Unternehmers, seiner Arbeiter oder seiner Betriebsbeamten, ferner Handwerker, Fuhrleute u. s. w.), gegen die Folgen der ihnen bei dem Betriebe zustossenden Unfälle zu versichern, sofern der Jahresarbeitsverdienst dieser Personen 2000 Mark nicht übersteigt.

Der Genossenschaftsvorstand setzt die näheren Bedingungen dieser Versicherung fest.

Unternehmer, welche von dieser Berechtigung Gebrauch machen wollen, haben die Versicherung unter Angabe der Zahl und der Art der zu versichernden Personen sowie der Zeitdauer — in vollen Arbeitstagen ausgedrückt —, während welcher Personen der bezeichneten Art durchschnittlich im Jahre sich auf der Betriebsstätte aufhalten, bei dem Sektionsvorstand anzumelden.

(§ 4 Abs. 3 Buchstabe b des Gesetzes.)

§ 54.

Entschädigungen. Beitragszuschläge.

Bei Berechnung der aus dieser Versicherung zu leistenden Entschädigungen ist der nach § 10 des Gesetzes für den Sitz des Betriebs festgesetzte durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst land- oder forstwirtschaftlicher erwachsener oder jugendlicher Arbeiter oder Arbeiterinnen zu Grunde zu legen.

Für diese Versicherung ist ein Zuschlag zu den Beiträgen nach einem angenommenen Grundsteuersatz von 20 Pfennig für je volle 10 Arbeitstage zu entrichten, während welcher Personen der im § 53 Abs. 1 bezeichneten Art sich auf der Betriebsstätte aufhalten haben.

Der Betriebsunternehmer hat sechs Wochen nach Abschluß des Rechnungsjahrs dem Sektionsvorstand eine summarische Nachweisung über die Zeitdauer — in

volle Arbeitstage — angegeben; während welcher Personen der im § 53 Abs. 1 bezeichneten Art sich auf der Betriebsstätte aufgehalten haben, einzureichen.

Mit Zustimmung des Betriebsunternehmers kann für die Zeitdauer, während welcher Personen der bezeichneten Art sich auf der Betriebsstätte aufgehalten haben, ein Pauschbetrag eingelegt werden.

Wegen des Bestandes und Erlöschens der Versicherung sowie der Fälligkeit eines Versicherungsfalles finden die Vorschriften der §§ 51 und 47 entsprechende Anwendung.

4. Organe und Beamte der Genossenschaft § 55.

Der Genossenschaftsvorstand ist berechtigt, Organe und Beamte der Genossenschaft, die dieser gegen die Folgen von Unfällen zu versichern, welche sie beim dienstlichen Besuche der Betriebe erleiden, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst 5000 Mark nicht übersteigt.

Die Höhe des für die Versicherung der Genossenschaftsorgane maßgebenden Jahresarbeitsverdienstes bestimmt der Genossenschaftsvorstand.

Für die Beamten gilt als Jahresarbeitsverdienst, welcher der Versicherung zu Grunde zu legen ist, das Gehalt, welches sie im letztverflossenen Jahre bezogen haben.

Bei der Berechnung der Entschädigung finden im Uebrigen die gesetzlichen Vorschriften, insbesondere die des § 12 des Gesetzes Anwendung.

Die Versicherung erfolgt durch Aufnahme der Unfallentschädigungen auf die Genossenschaft bezüglich der Beamten aus Organen des Genossenschaftsvorstandes, bezüglich der übrigen auf die betreffenden Sektionen (vergl. § 12).

Ueber Versicherungen dieser Art hat der Genossenschaftsvorstand ein Verzeichnis zu führen und einen Auszug daraus jedem Versicherten mitzuteilen.

(§ 4 Abs. 3 Buchst. c des Gesetzes.)

VI. Abänderungen des Statuts. § 56.

Ueber Abänderungen des Statuts außer bei der Einführung des Steuerfußes, welche nach § 57 Abs. 1 des Gesetzes nur mit Zweidrittel-Mehrheit beschloffen werden kann, entscheidet die Genossenschaftsversammlung mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen (§ 11 Abs. 2).

Die beantragten Abänderungen müssen durch die Tagesordnung in der im § 9 vorgesehenen Weise nach ihrem wesentlichen Inhalte bekannt gegeben sein.

(§ 38 Abs. 2 Buchst. 12 des Gesetzes.)

VII. Veröffentlichung des Statuts. § 57.

Das Statut sowie Abänderungen desselben sind in den Amtsblättern der königlichen Regierung zu Potsdam und zu Frankfurt zu veröffentlichen. Ausserlich ist von den Sektionsvorständen in den Kreisblättern mehrmals bekannt zu machen, wo Exemplare des Statuts (und seiner Nachträge) gegen Erstattung der Herstellungskosten entnommen werden können.

VIII. Schlussbestimmung.

§ 58.

Das vorstehende Statut tritt mit dem 1. Januar 1902 an die Stelle des bisher geltenden Statuts.

Das vorstehende Neue Statut der Brandenburgischen landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft wird gemäß § 40 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft vom 30. Juni 1900 genehmigt.

Berlin, den 30. Dezember 1901.

Das Reichs-Versicherungsamt.

Abtheilung für Unfallversicherung.

(L. S.)

Gaebe.

I. 26140.

Personal-Chronik.

Im Kreise Angermünde ist wieder ernannt worden zum Amtsvorsteherstellvertreter der Königl. Fiskal Gültzow zu Chorin für den Bez. 18 „Amt Chorin“.

Der Civilanwältler Bier hier ist zum Regierungs-Civilsupernumerar ernannt worden.

Die Lehrer Neubauer und Petrid sind endgültig als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Die Lehrer Stamm, Schröder, Spengler, Wirsig, Beyer, Laesch, Hornig, Poppe, Hesse, Sendke und Ludyolph sind endgültig als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Der Gemeindefchullehrer Kossins ist als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Die Lehrer Jander und Mathias sind endgültig als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Personal-Veränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam.

Staatmäßig angestellt sind der Postpraktikant Jäger in Potsdam (Telegraphenamt) als solcher und der Postassistent Einow in Zülpzig als solcher.

Verstet sind der Postdirector Ehlers von Neuhaubensleben nach Rathenow, die Ober-Postassistenten Paproth von Kyritz (Prignitz) nach Brandenburg (Havel) und Pemm von Annen nach Nauen, der Postverwalter Gädke von Pfaffenborn (Mark) nach Mittenwalde (Mark) und der Postassistent Stielow von Berlin nach Zechlin — letzterer unter Ernennung zum Postverwalter.

Personalveränderungen im Bezirke des Kammergerichts im Monat Juni 1902.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind zu Kammergerichtsräthen die Landgerichtsräthe Dued und Burghardt vom Landgericht I. in Berlin, sowie Stadie vom Landgericht in Königsberg I. Pr., zum Landgerichtspräsidenten in Ratibor der Landgerichtsdirektor Lindenbergh vom Landgericht I. in Berlin. Verstet sind der Amtsgerichtsrath Dr. Meng vom Amtsgericht I. in Berlin als Landgerichtsrath an das Landgericht I. in Berlin, die Amtsrichter Waltsen in Gollnow als Landrichter nach Landsberg a. B.,

Borchard, in Schildberg nach Luckenwalde und Schulz in Buxtehaußen a. D. nach Hannover. Pensionirt sind der Kammergerichtsrath Geheime Justizrath Friedrich, die Amtsgerichtsräthe Geheime Justizrath Frieside vom Amtsgericht II. in Berlin und Baumbach und Grebin vom Amtsgericht I. in Berlin. Gestorben sind der Senatspräsident Bourvier bei dem Kammergericht und der Landgerichtsdirektor Voigt vom Landgericht I. in Berlin.

II. Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare Dr. Landsberger, Witting, Dr. Joel, Dr. Sachs, Dr. Rohler, Dr. Freiherr von Massenbach, Dr. Isaac, Dr. Krohn, Ehdiasner, Dr. Ruffbaum, Arker, Krause, Laurenz, Langer, Freiherr v. d. Knefelbed, Siegmund Rosenthal, Dr. Strauß und Rogge. In den Kammergerichtsbezirk übernommen ist der Gerichtsassessor Dr. Ed aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Kiel. Ausgeschieden ist der Gerichtsassessor Ziegler infolge Zulassung zur Rechtsanwaltschaft bei dem Amtsgericht Magdalen.

III. Staatsanwaltschaft.

Ernannt sind zu Staatsanwälten die Oberförster Jacobi in Landsberg a. B. und Stechow in Landsberg a. B. und Berlin.

IV. Rechtsanwälte und Notare.

Gefügt in der Liste der Rechtsanwälte ist der Rechtsanwalt Justizrath Siegmund Meyer bei dem Landgericht I. in Berlin. Eingetragen in die Liste der Rechtsanwälte sind die Gerichtsassessoren Jablonski bei dem Landgericht II. in Berlin, Decher, Bittermann, Dr. Abrahamsohn und der frühere Rechtsanwalt Dr. Zimmer bei dem Landgericht I. in Berlin, sowie der frühere Gerichtsassessor Granier bei dem Amtsgericht I. in Berlin. Zu Notaren sind ernannt die Rechtsanwälte Justizrath Dr. Victor Schneider, Justizrath Paul Michaelis, Justizrath Eduard Goldmann, Emil Salomon, Franz Heinis, Bleyberg, Ahlemann und Glagel in Berlin, sowie Knebel in Zehlendorf. Gestorben ist der Rechtsanwalt und Notar Justizrath Volkmar in Berlin.

V. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt: die bisherigen Rechtskandidaten Harry Abrahamsohn, Rohlmeyer, Landsberg, Feige, Fuhrmann, Klose, Habel, Jalewicz, Hennis, Grundmann, Canrad, Landsky, Raubach, Grunwald, Häger, Pieper, Zellmer, Ostberg, Treitel. Entlassen sind die Referendare von Ziegewitz und Dr. jur. de Maiziére beaufh Uebertritt in den höheren Verwaltungsdienst, sowie Beutel beaufh Uebertritt in den Gerichtsschreiberdienst.

VI. Subalternbeamte.

Ernannt sind zu Gerichtsschreibern beim Kammergericht die Gerichtsschreiber Schoß und Klopsch vom Landgericht I. in Berlin, Giese vom Landgericht II. in Berlin, Prieme vom Amtsgericht I. in Berlin sowie Schmidt und Hain vom Amtsgericht II. in

Berlin. Ernannt sind der Gerichtsschreiber Kerger vom Amtsgericht I. in Berlin zum Zwangsverwaltungsinspektor bei diesem Gericht, die Aktuare Nagwahl und Hugo Richter zu Gerichtsschreibern bei dem Landgericht I. in Berlin, Walter und Hager zu Gerichtsschreibern bei dem Amtsgericht II. in Berlin, der Gerichtsschreibergehilfe Assistent Granow vom Amtsgericht I. in Berlin und der Aktuar Berndt zum Gerichtsschreiber bei diesem Gericht, der Gerichtsschreibergehilfe Assistent Hasse zum Gerichtsschreiber bei dem Landgericht II. in Berlin, die Aktuare Zimmer zum Gerichtsschreiber bei dem Amtsgericht in Storkow, Wischmann zum Gerichtsschreiber bei dem Landgericht in Cottbus, Plewe zum Gerichtsschreiber in Rallberge Rüdersdorf, Krämer zum Gerichtsschreiber in Driesen, Storbeck zum Gerichtsschreiber in Königs-Wusterhausen, Kurth zum Gerichtsschreiber in Seelow, Brandt zum Gerichtsschreiber in Forst i. L., der Militäranwalt Mar Becker zum Gerichtsschreibergehilfen bei dem Landgericht I. in Berlin, der Militäranwalt Leue zum Gerichtsschreibergehilfen bei dem Amtsgericht I. in Berlin, der ständige Gefängnisinspektionsgehilfe Mielle von dem Gefängnis in Köslin zum Gefängnisinspektionsassistenten bei dem Amtsgericht in Friedeberg N.-M., der Gefängnissekretär Prell von dem Strafgefängnis zu Ploßensee zum Rentanten bei dem Strafgefängnis in Tegel, der Inspektionsassistent Reinsberg vom Amtsgerichtsgefängnis in Friedeberg N.-M. zum Gefängnisinspektor bei dem Stadtvoigteigefängnisse in Berlin, der Inspektionsassistent v. Nuttkamer vom Frauengefängnisse des Stadtvoigteigefängnisses in Berlin zum Gefängnisinspektor in Butzen D.-Schl., der ständige Inspektionsgehilfe Conrat von dem Strafgefängnisse in Tegel zum etatsmäßigen Inspektionsassistenten bei dem Strafgefängnisse in Ploßensee. Versetzt sind die Gerichtsschreiber Müller von dem Landgericht in Neu-Ruppin an das Amtsgericht daselbst, Kirchmann vom Amtsgericht in Storkow an das Landgericht in Neu-Ruppin, Geuder vom Amtsgericht in Rallberge Rüdersdorf an das Amtsgericht in Senftenberg, Haage vom Amtsgericht in Seelow an das Amtsgericht in Frankfurt a. D., Köhler vom Amtsgericht in Driesen an das Amtsgericht II. in Berlin, Klippel vom Amtsgericht in Wittenberge, der Gerichtsschreibergehilfe Assistent Posemann vom Amtsgericht in Königs-Wusterhausen und der Gerichtsvollzieher Skrogki vom Amtsgericht in Püzig an das Amtsgericht I. in Berlin. Pensionirt ist der Gerichtsschreibergehilfe Assistent Rodstroß bei dem Amtsgericht I. in Berlin. Gestorben sind der Gerichtsschreiber Höhle bei dem Amtsgericht I. in Berlin und der Gerichtsschreibergehilfe Assistent Thielemann bei dem Amtsgericht in Lieberose.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Prozeßagent.

Die dem Prozeßagenten Johannes Wegner in Lübben widerruflich erteilte Erlaubnis zum mündlichen

Verhandeln vor dem Amtsgericht in Dahme ist auf seinen Antrag zurückgenommen.

Potsdam, den 29. September 1902.

Der Landgerichtspräsident.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Arbeiter Giovanni Marcadanza, geboren 7. September 1868 zu St. Gio Marlam, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 24. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Schuhmacher Josef Fischer, geboren 29. März 1871 zu Papa, Kreis Bezziprien, ungarischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 26. Juli 1902 ausgewiesen.

Der Barbiergehilfe Benjamin Gerad, geboren 8. April 1883 zu Zelenia, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 11. August 1902 ausgewiesen.

Der Kaufmann Moriz Graf, geboren 12. Dezember 1837 zu Czajka in Oesterreich, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. August 1902 ausgewiesen.

Der Hausdiener Sühmann Brandler, geboren am 22. Juli 1883 zu Moscisla-Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 22. August 1902 ausgewiesen.

Berebel. Sophie Roger geb. Alexander, geboren 2. März 1842 zu Alt-Sirelis, österreichische Staatsangehörige, ist als lästige Ausländerin durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 26. August 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Arbeiter Franz Gormiak, geboren 8. September 1883 zu Lesheje, Kreis Kolo, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 30. August 1902 ausgewiesen.

Händler Giacomo Resmini, geboren 24. Juni 1883 zu Metti, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 3. September 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Arbeiter Michael Witulski, geboren am 10. Oktober 1853 zu Giralen, Kreis Konin in Russland, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 9. September 1902 ausgewiesen.

Der Kaufmann Heinrich Engelberg, geboren 12. Januar 1885 zu Jopas in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 12. September 1902 ausgewiesen.

Der Arbeiter Moses Schapira, geboren 10ten Oktober 1882 zu Janow in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 13. September 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Tischler Selig Frey, geboren am 26. April 1876 zu Użyżki, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 17. September 1902 ausgewiesen.

Der Schlosser Abraham Fährich, geboren am 5. Februar 1884 zu Ciemiernyiec in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 19. September 1902 ausgewiesen.

Der Schlosser Abraham Fährich, geboren am 5. Februar 1884 zu Ciemiernyiec in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 19. September 1902 ausgewiesen.

Hierzu Fünf Öffentliche Anzeigen.

(Die Zustellungsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigiert von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben

Inhaltsverzeichnis. Ausführungsbestimmungen zum Kleinabgabengesetz. S. 453. — Aufnahme der Truppen im Ra-
n övergelände. S. 453. — Fadenstich der Lederhambungen in Potsdam. S. 453. — Fahrtaarif. S. 454. — Kontraktbrüchige
anoldische Arbeiter. S. 454. — Präzisionsnivellment der Wassertrassen im Gebiete der oberen Savel. S. 454. — Wiefenchen. S. 454.
— Verhütung des Rädtritts unreiner Flüssigkeiten in die Reinwasserleitung. S. 454. — General Mining and Finance Corporation
Limited in Johannesburg. S. 455. — Neue Telegraphenanstalt. S. 459. — Errichtung einer Pfarrstelle. S. 459. — Pfarr-
stellenverleibung. S. 459. — Statut für eine Entwässerungsgenossenschaft. S. 459. — Entlastesift auf Station Wilmersdorfs-
Kriebenan. S. 464. — Ungemeindungen. S. 464. — Ueberwachung von Gänseentfaltungen. S. 464. — Reineinkommen der
Dahme-Usdoox Eisenbahn. S. 465. — Personal-Chronik. S. 465. — Prozeßagent. S. 465. — Gerichtstage. S. 466. — An-
wesenagen aus Preußen. S. 466.

Bekanntmachungen der Königlich Preussischen Ministerien.

Weitere Ausführungsbestimmungen zum Kleinbahngesetz, betreffend die Handhabung der Bahnpolizei.

51. Auf Grund des § 55 des Gesetzes über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen vom 28. Juli 1892 (G. S. S. 225) bestimmen wir in Ergänzung der der Bahnpolizei betreffenden Vorschriften des Abf. 6 unter „zu § 22“ der Ausführungs-Anweisung vom 13ten August 1898 Folgende:

Erstreckt sich die Bahn, für welche Bahnpolizei-
beamte zu ernennen sind, über mehrere Ortspolizei-
bezirke, so bezeichnet, je nachdem die von der ganzen
Bahnstrecke berührten Polizeibezirke innerhalb desselben
Kreises — innerhalb verschiedener Kreise desselben Regie-
rungsbezirks — innerhalb verschiedener Regierungsbezirke
derselben Provinz — innerhalb verschiedener Provinzen
belegen sind, der Landrath — der Regierungs-Präsident
— der Ober-Präsident — die Centralinstanz diejenige
Ortspolizeibehörde, welche für die ganze Bahnstrecke
die Polizeibeamten zu bestellen und zu vereidigen hat.
Die geschehene Bezeichnung der zuständigen Polizeibehörde
ist durch das Amtsblatt der von der Bahn berührten
Regierungsbezirke bekannt zu geben. Die Ernennung
der Bahnpolizeibeamten bedarf vorgängiger Zustimmung
der Bahnaufsichtsbehörde.

Berlin, den 17. September 1902.

Der Minister
der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen des Königlich Ober-Präsidenten.

Aufnahme der Truppen im Manövergelände.

Berlin, C. 2, den 5. Oktober 1902.

Gardefors, Generalkommando.

16. Die Behörden und Truppentheile des Gardekorps haben auch bei den Arbeiten für das diesjährige Manöver das weitgehendste Entgegenkommen der königlichen Behörden und Gemeinde-Verwaltungen erfahren.

Die Aufnahme der Truppen während der Uebungen selbst ist überall eine vorzügliche gewesen.

In dem das Generalkommando hierfür im Namen der Behörden und Truppen des Gardekorps seinen verbindlichsten Dank ausspricht, darf es gleichzeitig dem Königl. Oberpräsidium ganz ergebenst anheimgeben, die weitere Bekanntgabe des Vorstehenden sehr gefälligst veranlassen zu wollen.

Der kommandierende General.

geg. von Ressel,

Generalleutnant, General-Adjutant

Seiner Majestät des Kaisers und Königs.

An das Königl. Oberpräsidium der Provinz Brandenburg in Potsdam.

Es gereicht mir zur besonderen Freude, vorstehendes Schreiben des Königlich Generalcommandos des Gardebataillons zur öffentlichen Kenntniß bringen zu können.
Holsdam, den 8. Oktober 1902.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen des Königlich Regierungspräsidenten.

Lebensschluß der Federhandlungen in Potsdam.

305. Auf Grund des § 139 f. der Reichsgewerbeordnung — R.-G.-Bl. 1900 S. 969 — haben die **Verhändler in Potsdam** beantragt, anzuordnen, daß die **Ladenschlußzeit** täglich um 8 Uhr Abends beginnt.

Zur Feststellung der bei dem Antrage gemäß § 139 f. Abs. 1 und 2 der Gewerbeordnung erforderlichen Zahl von zwei Dritteln (Abs. 1) oder einem Drittel (Abs. 2) der beteiligten Geschäftsinhaber bestelle ich gemäß der Bekanntmachung, betreffend das Verfahren bei Anträgen auf Verlängerung der Ladenschlußzeit vom 25. Januar 1902 Amtsblatt S. 63 den Herrn Oberbürgermeister in Potsdam zum Kommissar.

Zeit und Ort der Auslegung der Liste wird der Herr Kommissar in ortsüblicher Weise bekannt machen und s. Zt. die Äußerungen der Betheiligten entgegennehmen.

Potsdam, den 4. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

306.

T a r i f

für die öffentliche Fähre über die Potsdamer Havel km 26,8 vom
Fährhanse am Babelsberg nach der Holzmarktstraße.

- 1) Für das Ueberfegen einer einzelnen erwachsenen Person einschließlich der Tragelast 10 Pf.
- 2) Für das Ueberfegen eines Kindes im Alter von 5—14 Jahren je 5
- 3) Bei dem Ueberfegen von mehr wie drei Personen zu gleicher Zeit je Person 5
- 4) Für das Ueberfegen eines Fahrrades 5

Bei Nachtzeit sind die doppelten Preise zu zahlen.

Als Nachtzeit gilt die Zeit im Sommer d. h. vom 1. April bis 30. September von 10 Uhr Abends bis Morgens 6 Uhr; im Winter d. h. vom 1. Oktober bis 31. März von Abends 8 Uhr bis Morgens 7 Uhr.

Die vorstehenden Sätze gelten bei jedem Wasserstande.

Anmerkung.

- a. Der Fährmann ist verpflichtet, sofort nach Aufnahme der vierten Person ab- und ohne Aufenthalt nach dem Bestimmungsort zu fahren.
- b. Frei überzufegen sind öffentliche Beamte bei Dienstreisen oder sonstiger dienstlicher Veranlassung, wenn sie sich gehörig ausweisen oder Uniform tragen, der Briefträger und der Postbote.
- c. Kinder unter 5 Jahren.

Potsdam, den 15. September 1902.

Der Regierungspräsident.

Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter.

307. Folgende ausländisch-polnische Saisonarbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitsstätten unter Kontraktbruch verlassen:

| Namen: | Bisheriger Beschäftigungsort: |
|-----------------------|--|
| Boizid Paganowski, | Bornwerf (Genshagen) |
| Wadef Jusneski, | desgl. |
| Anton Breschinski, | desgl. |
| Michalene Jusneski, | desgl. |
| Josefa Breschinski, | desgl. |
| Donislawa Koschewski, | desgl. |
| Antonia Nowaka, | Gut Falkenruhe (Kreis Ost-havelland) |
| Bikoria Mikolajczyk, | desgl. |
| Peter Jurek, | Gut Rzymachowo (Kreis Wittow, Regierungsbezirk Bromberg) |
| Thomas Bilinski, | desgl. |
| Josef Czarnedi, | Gut Bernetten, Kreis Teltow, Regierungsbezirk Gumbinnen |
| Antonie Paczłowska, | desgl. |
| Michalina Paczłowska, | desgl. |
| Anton Smuda, | desgl. |
| Woydel Zentara, | desgl. |
| Vingenz Kolenski, | desgl. |

Die Genannten sind festzunehmen und sofort aus dem Staatsgebiete auszuweisen. Vom Geschehenen ist unter Bezugnahme auf diese Bekanntmachung hierher Nachricht zu geben. Potsdam, den 14. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

Präzisionsnivelllement der Wasserstraßen im Gebiete der oberen Havel.

308. Von dem Bureau für die Hauptnivelllements und Wasserstandsbeobachtungen im Ministerium der öffentlichen Arbeiten ist das Präzisionsnivelllement der Wasserstraßen im Gebiete der oberen Havel veröffentlicht.

Das Werk kann zu dem 4,10 M. betragenden Selbstkostenpreise von vorerwähntem Bureau — Berlin W., Wilhelmstraße Nr. 8 — bezogen werden.
Potsdam, den 8. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

309.

S i e h e n s e n.

I. Festgestellt:

- a. Milzbrand. Kreis Angermünde: Angermünde.
- Kreis Ost-Havelland: Königsborn (Gut).
- b. Schweineseuche. Kreis Teltow: Rudow, Rudow, Gr. Lichterfelde. Kreis Juch-Belzig: Belzig.
- c. Geflügelcholera. Kreis Angermünde: Reichow.
- Kreis Teltow: Köpenick.

II. Erloschen:

- a. Schweineseuche. Kreis Bieskow-Storkow: Friedersdorf. Kreis Prenzlau: Dom. Gritz, Malchow, Schmerlow, Seelbde und Wittstock.
- b. Geflügelcholera. Kreis Bieskow-Storkow: Behrensdorf Gut. Kreis Templin: Langerdort.

Potsdam, den 14. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

310.

Polizeiverordnung,

betreffend Verhütung des Rücktritts unreiner Flüssigkeiten in die Reinwasserleitung.

Auf Grund des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Sammlung Seite 195) und der §§ 6, 11 und 12 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 wird für den Regierungsbezirk Potsdam, unter Ausschluss der Stadtkreise Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf, unter Zustimmung des Bezirksausschusses nachstehende Polizei-Verordnung erlassen:

§ 1. Spülabritte, Badewannen, Wasch- und Spülbecken und sonstige aus einer Wasserleitung gespeiste oder gespeiste Anlagen sowie Grundablässe (Hauptablässe mit Entleerung) sind derart einzurichten, daß aus ihnen ein Rückfließen oder Rücksaugen von Flüssigkeiten oder anderen Stoffen in die Reinwasserleitung unter keinen Umständen eintreten kann.

Die zu diesem Behuf gewählte Vorrichtung ist für die Beaufsichtigung zugänglich anzuordnen und muß auch bei längerem Gebrauch ein Zurücttreten irgend welcher Stoffe in die Leitung sicher verhüten.

Ihre Anbringung bedarf in jedem einzelnen Falle der Genehmigung der überwachenden Behörde.

Der Regierungspräsident wird diejenigen Anlagen, welche obigen Anforderungen genügen, bekannt geben.

§ 2. Anlagen, die den Anforderungen des § 1 nicht genügen, müssen spätestens 6 Wochen nach ergangener Aufforderung entsprechend geändert werden.

§ 3. Uebertretungen der vorstehenden Bestimmungen werden mit einer Geldstrafe bis zu 60 Mark oder im Unvermögensfalle mit verhältnismäßiger Haft bestraft.

§. 4. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Potsdam, den 3. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung

zu der Polizei-Verordnung vom 3. Oktober 1902, betreffend die Verhütung des Austritts unreiner Flüssigkeiten in die Reinwasserleitung.

Der Polizei-Verordnung kann bei Spülabritten, welche nicht durch Spülbehälter, sondern durch direkte Verbindung mit der Wasserleitung geführt werden, durch Unterbrechung der Zulaufleitung zwischen Abwehrhahn und Elaset Gänge gestoppt werden, indem beim Schließen des Hahnes oder bei Entleerung der Wasserleitung Luft eintritt.

Die so entstehende Dichtung in der Zulaufleitung muß gegen Verunreinigung geschützt werden; sie muß mindestens 20 cm über der Oberfläche des Klosetbedens liegen, und zwar auch dann, wenn auf die Dichtung ein Kustrope aufgesetzt oder die Dichtung während des Spülens durch ein Ventil geschlossen wird. Der Gesamtquerschnitt der Kustrope muß mindestens gleich dem Querschnitt der Zulaufleitung zwischen Hahn und Beden sein und darf an keiner Stelle eine geringere Weite als 4 mm haben.

Die Unterbrechung ist durch einen gut und dauerhaft gearbeiteten Apparat herzustellen. Weichmetall, rostendes Metall oder Blech darf weder für den Apparat noch für die Kustrope oder die Ventile verwendet werden.

Die Konstruktion und Anordnung der Ventile müssen besonders genehmigt sein.

Die Apparate müssen eine genügende Spülung gewährleisten.

Diesemigen Apparate, welche entsprechend der Polizei-Verordnung als zulässig bezeichnet sind, sind bei mir zu erfragen.

Potsdam, den 3. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königlich-polizeipräsidenten zu Berlin.

General Mining and Finance Corporation Limited in Johannesburg.

§ 4. In der außerordentlichen Generalversammlung der General Mining and Finance Corporation Limited in Johannesburg vom 30. Dezember vorigen Jahres sind an Stelle der bisherigen Statuten der Gesellschaft neue sogenannte „verbesserte Statuten“ verabschiedet worden.

Einen Auszug aus diesen Statuten bringe ich nachstehend zur öffentlichen Kenntnis.

Berlin, den 1. Oktober 1902.

Der Polizeipräsident.

In Vertretung: Friedheim.

Verfassung.

2) Der Name der Gesellschaft ist General Mining and Finance Corporation Limited.

3) Das Hauptbureau der Gesellschaft soll an demjenigen Orte in Süd-Afrika, Europa oder anderwärts

sein, wie der Aufsichtsrath dies von Zeit zu Zeit bestimmen mag.

Der Aufsichtsrath kann Zweig- oder lokale Bureaux an denjenigen Vertriebsstellen einrichten, wie er dies bestimmen mag.

4) Die Verbindlichkeit der Aktionäre ist nach Maßgabe der jeweilig in Kraft stehenden Gesetze von Transvaal über beschränkte Haftung auf den Betrag ihrer Aktien beschränkt.

Zwecke.

5) Die Zwecke, für welche die Gesellschaft begründet ist, sind:

a. Zu kaufen, mieten oder anderweit zu erwerben, Pacht- und andere Landgüter, Besitzthümer, Bergwerke und mineralhaltige Besitzungen, ferner Konzessionen, Pachtungen, Lizenzen, Bewilligungen, Ansprüchen, obrigkeitliche Genehmigungen an und über Bergwerke, Ländereien, mineralhaltige Besitzthümer, Wasser und sonstige Rechte in Afrika oder anderwärts, und zwar entweder uneingeschränkt oder auf Grund eines Optionsrechts oder sonstiger Bedingungen und entweder allein oder gemeinschaftlich mit anderen.

b. Als erster Wirkungskreis der Gesellschaft gewisse Aktien der Firma G. und L. Albu zu übernehmen, die in Bergwerks- und anderen Besitzthümern, Minen, Ansprüchen, Aktien, Optionsrechten und anderen Besitzthümern und Rechten bestehen, einschließlich aller Geschäfte und Transaktionen vom 1. September 1895 ab.

c. Zu schürfen, offen zu legen, zu bearbeiten, erschöpfen, entwickeln und unterhalten Diamanten-, Gold-, Silber-, Kupfer-, Kohlen-, Eisen- und andere Bergwerke, Mineral und andere Rechte, Besitzungen und Werke, und Erze, Metalle und Mineralien aufzufördern, zu mahlen, zu waschen, schmelzen, abzusondern und zu verbinden; die diesbezüglichen Geschäfte zu betreiben und die Erze, Metalle und Mineralien verkäuflich oder gebrauchsfähig zu machen.

d. Ländereien und Besitzungen zu bebauen, gleichviel ob dieselben der Gesellschaft gehören oder nicht, deren Hilfsquellen zu entwickeln durch Trockenlegung, Aufführung, Einzäunung, Bäumplantagen, Weisen, Landbau, Häuserbau oder Verbesserungen derselben.

e. Die Geschäfte der Landwirthe, Viehzüchter, Pflanzler, Bergleute, Kohlen- und Hochofenbesitzer, Steinbruchbesitzer, Ziegeleiunternehmer, Baumeister, Unternehmer, Kaufleute, Händler in Gold und Silber, Diamanten und anderen edlen Metallen und Steinen, Importeuren und Exporteuren, Schiffseigenthümern, Reimeistern, Fuhrleuten, Waarenlagerbesitzern, Hotelbesitzern, Ladeninhabern, Verlegern, Druckern, Agenten und Krämern zu betreiben, soferner alle Arten von Waaren, Stoffen und Erzeugnissen zu kaufen, zu verkaufen und darin zu handeln.

- f. Die Gesamtheit oder einzelne Theile des Eigenthums und der Rechte der Gesellschaft zu verkaufen, zu verbessern, zu verwalten, zu entwickeln, auszutauschen, zu verpachten, zu verpfänden, zu befreien, zu veräußern, nutzbar zu machen oder sonstwie damit zu verfahren.
- g. Anleihen zu machen und als Agenten für das Leihen, das Zahlen, für die Ueberführung, Vortreibung und Anlage von Geldern, sowie für die Verwaltung des Eigenthums zu fungiren.
- h. Zuverlässige Auskunft mit Bezug auf Bergwerke und andere Bezirke zu erlangen und zu beschaffen und als Vermittler zu fungiren zwischen den Eigenthümern von Bergwerken und sonstigen Besitzthümern in Afrika und sonstwo und Kapitalisten in Europa und den Verkauf von Besitzthümern zu vermitteln und generell Agenturgeschäfte zu betreiben.
- i. Bergwerksfachverständige, Agenten und sonstige Personen, offene Handelsgesellschaften, Gesellschaften oder Korporationen anzustellen und zu bezahlen und Expeditionen zum Schürfen, Erforschen, zur Berichterstattung, Vermessung, Betrieb und Entwicklung von Ländereien, Landgütern, Bezirken, Territorien und Besitzthümern, gleichgültig, ob dieselben Besitzthum der Gesellschaft sind oder nicht, zu organisiren, auszurüsten und abzusenden, sowie ferner gedachte Ländereien, Landgüter, Bezirke, Territorien und Besitzthümer zu kolonisiren und bei deren Kolonisation zu helfen, zu diesem Zwecke Ein- und Auswanderung zu befördern, Vorschüsse zu machen und Unkosten zu bezahlen oder beizusteuern und sonstwie zu unterstützen Personen oder Gesellschaften, welche besagte Ländereien, Landgüter, Bezirke, Territorien und Besitzthümer schürfen, erwerben, sich darauf ansiedeln oder dieselben landwirthschaftlich bearbeiten, dieselben bebauen, durch Bergbau betreiben oder sonstwie entwickeln oder welche dies zu thun wünschen.
- j. Straßen, Wasserwege, Wasserwerke, Schächte, Werken, öffentliche oder private Gebäude, Parks, elektrische Anlagen, Gaswerke, Maschinen und andere Werke und Hilfsmittel zu konstruiren, zu errichten, zu erhalten und zu verbessern oder bei der Konstruktion, Errichtung, Erhaltung und Verbesserung derselben Beihülfe zu leisten und Beiträge zu zahlen.
- k. Wasserwege und sonstige Straßen und Wege zu fördern, herzustellen, zu beschaffen, zu erwerben, auf Pacht oder Kontrakt zu übernehmen, zu verpachten, zu vermieten, Betriebskräfte dafür zu erteilen, zu betreiben, zu benutzen und darüber zu verfügen, sowie zu den Ausgaben der Förderung, Herstellung, Beschaffung, des Erwerbs des Betriebs und der Benutzung derselben beizusteuern.
- l. Andere Gesellschaften, deren Zwecke, den Erwerb und die Uebernahme der Aktien und Verbindlichkeiten der Gesellschaft umfassen, oder welche in irgend einer Weise darauf gerichtet sind, die Ziele der Interessenten derselben direkt oder indirekt zu befördern, zu errichten oder zu begründen oder bei der Errichtung oder Begründung derselben mitzuwirken sowie Aktien, Kapitalien oder Sicherheiten derselben zu erwerben und innezuhalten und die Zahlung von derartigen Sicherheiten und sonstigen Verpflichtungen derartiger Gesellschaften zu gewährleisten.
- m. Die Gesamtheit oder einzelne Theile der Geschäfte, Besitzthümer und Verbindlichkeiten von Personen oder Gesellschaften, welche Geschäfte betreiben, zu deren Betrieb die Gesellschaft ermächtigt ist oder welche Eigenthum besitzen, welches für die Zwecke der Gesellschaft geeignet ist, zu kaufen oder sonstwie zu erwerben und zu übernehmen.
- n. Gesellschaftsverhältnisse eingehen oder gemeinschaftliche Kassanarrangements zu machen oder sonstige Abreden auf Theilhabung von Gewinn, Interessenvereinigungen, gemeinschaftlichen Unternehmungen oder Zusammenwirkung mit, oder in Vertretung für andere Gesellschaften, Firmen oder Personen zu treffen, welche Geschäfte oder Transaktionen treiben oder sich damit befassen oder beabsichtigen dies zu thun, die innerhalb der Ziele der Gesellschaft sind oder welche Geschäfte oder Transaktionen betreiben, die so geführt werden können, daß dadurch direkt oder indirekt der Vortheil dieser Gesellschaft gefördert wird.
- o. Das Unternehmen der Gesellschaft oder eines Theils desselben zu verkaufen oder darüber zu verfügen gegen solche Entschädigung, wie die Gesellschaft dies für angebracht erachtet, mag und insbesondere gegen Aktien, Schuldverschreibungen, Prioritäten oder Sicherheiten anderer Gesellschaften, welche ganz oder theilweise ähnliche Zwecke haben wie diese Gesellschaft.
- p. Verbindungen, Gesellschaften, Syndikate und Unternehmungen aller Art zu errichten und zu begründen oder bei der Errichtung und Begründung mitzuwirken und durch Unterschrift oder sonstwie die Zeichnung irgend eines Theils des Kapitals einer solchen Vereinigung, Gesellschaft, Syndikats oder Unternehmens zu sichern und Provisionen, Rallergebühren oder sonstige Entschädigungen in Verbindung damit auszuzahlen oder in Empfang zu nehmen.
- q. Aktien, Kapitalantheile, Schuldverschreibungen, Obligationen und Sicherheiten jeder Art zu kaufen oder sonstwie zu erwerben, auszugeben, unterzubringen, zu verkaufen oder sonstwie darüber zu verfügen und mit Bezug darauf oder sonstige Garantien oder Sicherheit zu leisten.
- r. Bezogene und trodene Wechsel, Schuldverschreibungen, Ladefcheine und sonstige Handels- oder übertragbare Urkunden oder Sicherheiten zu geben, zu acceptiren, zu indossiren, zu visontiren, zu vollziehen und auszugeben.
- s. Geld auf Pfanden anzulegen gegen Sicherheit von

Grundbesitz irgend welcher Besitzart, Gebäuden, landwirthschaftlichem Inventar, Effekten, Aktien, Sicherheiten, Waaren und irgend welcher anderer Besitzthümer in Afrika oder sonstwo und generell Geld an Personen oder Gesellschaften ohne Sicherheit oder gegen solche Sicherheit und unter solchen Bedingungen und vorbeschriebenen sonstigen Konditionen zu verleihen und vorzuschließen, wie dies zweckmäßig erscheinen mag und die Erfüllung von Verbindungen seitens irgend einer Person oder Gesellschaft zu gewährleisten.

l. Im Allgemeinen irgend welche Geschäfte, Unternehmungen, Transaktionen oder Betriebe zu übernehmen und zu betreiben, gleichgiltig ob es sich um kaufmännische, gewerbliche, Fabrikations-, handelsbetreibende oder sonstige Betriebe (mit Ausnahme von Lebensversicherung) handelt, wie ein einzelner Kapitalist dies rechtmäßig unternehmen und betreiben mag.

u. Geld für die Geschäfte der Gesellschaft zu borgen oder zu erheben.

v. Das Unternehmen und die Gesamtheit oder einzelner Theile des unbeweglichen und beweglichen Vermögens sowohl des jetzigen, wie des zukünftigen und die Gesamtheit oder einzelner Theile des jeweiligen noch nicht eingeforderten Kapitals der Gesellschaft zu verpfänden und zu belasten, Schuldschreibungen, Hypothekensandbriefe und Obligationen auszugeben, welche an Inhaber oder sonstige zahlbar sind und gleichgiltig, ob dieselben dauernd oder amortisierbar oder rückzahlbar sind.

in specie zu vertheilen:

w. Besitzthümer der Gesellschaft oder den Erbs aus Verkäufen oder Verfügungen für Besitzthümer derselben unter die Aktionäre in barem Gelde zu vertheilen und zu diesem Zwecke Kapital vom Gewinn zu trennen und zu unterscheiden, jedoch derart, daß keine Vertheilung, welche sich als eine Kapitalvermehrung darstellt, ohne die etwa jeweilig von dem Gesetz erforderte Genehmigung erfolgen soll.

die Gesellschafter anderswo einzutragen:

x. Zu bewirken, daß die Gesellschaft, falls dies nothwendig oder rathsam ist, in irgend einer Kolonie oder irgend einem Staate Süd-Africas oder in England, Preussland oder sonstwo eingetragen, incorporirt oder sonstwie ordnungsmäßig begründet wird.

Verordnungen mit Regierungen zu treffen:

y. Vereinbarungen mit Regierungen oder Behörden, gleichviel ob den höchsten, städtischen, lokalen und anderen, zu treffen, welche den Zwecken der Gesellschaft oder einzelnen derselben förderlich erscheinen mögen und von diesen Regierungen oder Behörden Rechte, Privilegien und Concessionen zu erlangen, deren Erlangung der Gesellschaft wünschenswerth erscheinen mag; sowie ferner derartige Abreden, Rechte, Privilegien und Concessionen auszuführen, ausüben und zu erfüllen.

Instituten und Fonds für Angestellte zu errichten:

z. Die Errichtung und Unterstützung von Genossenschaften, Instituten, Fonds, Depositionen und Einrichtungen zu bewirken oder dabei Unterstützung zu leisten, welche darauf hincielen, Angestellten oder früheren Angestellten der Gesellschaft oder Personen, welche von diesen abhängig oder mit ihnen verwandt sind, zu nützen und solchen Personen und den von ihnen abhängigen oder mit ihnen verwandten Pensionen und Vergütungen zu geben sowie Zahlungen für die Versicherung derselben zu machen und generell Geld für wohlführende oder barmherzige Zwecke oder für Ausstellungen oder sonstige für irgend welche öffentliche allgemeinen oder nützlichen Gegenstände zu unterstützen oder zu garantiren.

Gesetze durchzusetzen:

z1. Irgend welche vorläufige Beschlüsse oder Gesetze von einem gesetzgebenden oder Regierungskörper zu erlangen, um die Gesellschaft in den Stand zu setzen, irgend welche ihrer Zwecke zu verwirklichen oder um Modifikationen der Verfassung der Gesellschaft zu erwirken oder zu irgend einem anderen Zwecke, welcher geeignet erscheinen mag und andererseits Anträge und Maßnahmen zu bekämpfen, welche darauf gerichtet erscheinen, direkt oder indirekt die Interessen der Gesellschaft zu schädigen.

z2. Ausländische Register in irgend einem Lande oder Staate zu eröffnen und zu führen, wie es der Gesellschaft empfehlenswerth erscheinen mag, sowie dieselben wiederum zu schließen.

z3. Die Aktien, Kapitalantheile oder Obligationen der Gesellschaft auf Börsen in Südafrika, Europa und anderwärts zur Zulassung zu bringen und besonders notiren zu lassen, sowie den Vorschriften und Bestimmungen solcher Börsen zu entsprechen.

z4. Die Gesamtheit oder einzelne Theile der vorstehenden Sachen in irgend einem Theile der Welt als Prinzipal, Agent, Unternehmer, Vertrauensmann oder sonstwie vorzunehmen und zwar durch oder mittelst Bevollmächtigter, Agenten oder sonstwie und entweder allein oder in Gemeinschaft mit anderen.

Besitzthum auf Treuhänder zu übertragen:

z5. Die Gesamtheit oder einzelne Theile der Ländereien und Besitzthümer der Gesellschafter auf irgend welche Gesellschaft oder Person oder Personen zu übertragen oder rechtlich zu überweisen, damit dieselben für die Gesellschaft in Treuhänderbesitz gehalten werden oder mit solchen Auslagen brügglich des Betriebes, der Entwicklung oder Verfügung darüber, wie dies für angebracht erachtet werden mag.

Die Kosten der Gesellschaftsgründung zu zahlen z.:

z6. Die Kosten, Speesen und Auslagen, welche der Gründung, Errichtung und Eintragung der Gesellschaft vorangehen und damit in Zusammenhang stehen, zu bezahlen und Personen oder Gesellschaften für geleistete oder zu leistende Dienste mit Bezug

auf die Bildung und Errichtung der Gesellschaft oder die Geschäftsführung derselben oder die Unterbringung von Aktien oder Obligationen oder sonstigen Schuldverschreibungen derselben beziehungsweise der Beihilfe oder der Gewährleistung dieser Unterbringung durch Provisionen, Maklergebühren oder sonstwie zu entschädigen.

Allgemeines:

27. Alle solche Handlungen vorzunehmen, welche zur Errichtung der vorgedachten Zwecke oder einzelner derselben zweckdienlich sind oder damit in Zusammenhang stehen. Die Absicht ist, daß in jedem der einzelnen Abschnitte dieses Paragraphen spezifisirten Zwecke, sofern nicht eine anderweite Bestimmung dieser Urkunde getroffen ist, als unabhängige Gegenstände angesehen werden sollen und in keiner Weise durch Bezugnahme auf oder Interpretation durch die Fassung eines anderen Paragraphen oder den Namen der Gesellschaft eingeschränkt oder begrenzt werden sollen.

Kapital und Aktien.

6. Das ursprüngliche Kapital der Gesellschaft betrug und das jetzige Kapital der Gesellschaft beträgt: £ 1250000, eingetheilt in 1250000 Aktien à 1 £. Die gedachten Aktien sollen der Reihe nach numerirt werden und zwar von Nr 1 bis 1250000 einschließlich und die Aktien 1 bis 1000 einschließlich sollen Gründeraktien sein und sollen auf die Inhaber derselben die Rechte und Privilegien, welche im Nachstehenden festgesetzt sind, übertragen. Die verbleibenden Aktien sollen vorbehaltlich der Rechte, welche durch die Gründeraktien gegründet sind, innegehalten werden. Zur Zeit der Vollziehung dieser Urkunde waren die gedachten 1000 Gründeraktien ausgegeben und sind voll bezahlt. Die 999000 Aktien, Nummer 1001 bis 1000000 einschließlich sind gezeichnet und an verschiedene Personen ausgegeben worden, und die verbleibenden 250000 Aktien, Nummer 1000001 bis 1250000 einschließlich, werden für zukünftige Ausgabe in Reserve gehalten.

Generalversammlungen.

46. Versammlungen der Gesellschaft sollen an denselben Orten abgehalten werden, wie der Aufsichtsrath dies anordnen mag.

47. Generalversammlungen der Gesellschaft sollen einmal in jedem Jahr zu derselben Zeit abgehalten werden, wie der Aufsichtsrath dies bestimmen mag.

48. Die vorerwähnten Generalversammlungen sollen ordentliche Generalversammlungen genannt werden, alle anderen Versammlungen der Gesellschaft sollen außerordentliche Generalversammlungen genannt werden.

49. Der Aufsichtsrath kann, wenn er es für angebracht halten soll, auf schriftliches Ersuchen von mindestens fünf Aktionären, welche nicht weniger als ein Zehntel des Nominalbetrages des aufgeführten Kapitals inne halten, eine außerordentliche Generalversammlung berufen.

Aufsichtsrathsmitglieder.

68. Der Aufsichtsrath soll aus nicht weniger als

vier und nicht mehr als neun Personen bestehen und können dieselben in Süd-Afrika, Europa oder sonstwo wohnen.

69. Die jetzigen Aufsichtsrathsmitglieder sind Georg Albu, Leopold Albu, Eugen Gutmann und Martin Luebed.

Befugnisse des Aufsichtsraths.

90. Die Leitung der Geschäfte und die Kontrolle der Gesellschaft sollen dem Aufsichtsrath obliegen, welcher alle diejenigen Befugnisse ausüben kann, und solche Handlungen und Akte vornehmen kann, welche nicht durch diese Urkunde oder die Gesetze ausdrücklich seitens der Gesellschaft, auf einer Generalversammlung vorgenommen werden müssen, es darf jedoch eine solche Geschäftsführung nicht im Widerspruch mit diesen Statuten oder mit irgend einem auf irgend einer Versammlung der Aktionäre gefaßten Beschlusse stehen. Kein seitens der Gesellschaft gefaßter Beschlusse soll irgend einen früheren Akt der Aufsichtsrathsmitglieder ungültig machen, welcher gültig gewesen sein würde, wenn solcher Beschlusse nicht gefaßt worden wäre.

Geschäftsführende Direktoren.

98. Der Aufsichtsrath kann einen oder mehrere seiner Mitglieder zum geschäftsführenden Direktor oder geschäftsführenden Direktoren ernennen und kann mit ihnen oder ihnen Vereinbarungen treffen und seine oder ihre Entschädigung festsetzen und bezahlen, ferner mit ihm oder ihnen die übrigen Bedingungen seines oder ihres Engagements festsetzen. Der Aufsichtsrath kann auf den geschäftsführenden Direktor oder die geschäftsführenden Direktoren diejenigen seiner Machtbefugnisse, Machtvollkommenheiten und Dispositionen übertragen, wie er dies für angebracht hält und kann entweder festsetzen, daß der geschäftsführende Direktor oder die geschäftsführenden Direktoren der Kontrolle eines lokalen Vorstandes oder Kommission unterworfen oder unabhängig sein sollen, aber er oder sie sollen stets der Kontrolle des Aufsichtsraths unterworfen sein.

Bericht und Bilanz.

110. Auf der ordentlichen Generalversammlung in jedem Jahre soll der Aufsichtsrath der Gesellschaft eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung vorlegen, welche eine summarische Uebersicht über die Besitzthümer und Verbindlichkeiten der Gesellschaft sowie über die Einnahmen und Ausgaben der Gesellschaft, welche vom 1. Januar bis 31. Dezember des vorangegangenen Jahres erfolgt sind, enthält. Die gedachte Zeitperiode soll als Geschäftsjahr der gedachten Gesellschaft angesehen werden. Jede solche Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung soll von einem Bericht über die Geschäfte der Gesellschaft begleitet sein sowie über den Betrag des Gewinns, welcher als zur Vertheilung verfügbar festgesetzt ist, sowie über die festgesetzten Dividenden und Beträge, welche als Reservefond übertragen werden sollen.

Revision.

111. Einmal mindestens in jedem Jahre sollen die Rechnungen der Gesellschaft geprüft werden und die

Gemerktheit des Berichts und die Bilanz von einem oder von mehreren Revisoren festgestellt werden.

Liquidation.

122. Die Gesellschaft kann, vorbehaltlich des Rechts der Inhaber von Gründeraktien, wie dies in dieser Urkunde festgelegt ist, mit einer anderen Gesellschaft fusionirt werden oder kann rasonstriert, aufgelöst oder liquidirt werden durch einen Beschluß von einer Majorität von mindestens zwei Dritteln der Stimmen von Aktionären, welche in Person oder durch einen Vertreter anwesend sind auf einer außerordentlichen Generalversammlung, welche für diesen Zweck berufen ist, auf welcher Versammlung die Inhaber von mindestens der Hälfte des angegebenen Kapitals der Gesellschaft in Person oder durch Vertreter anwesend sein soll.

Änderungen der Statuten.

123. Es soll und mag den Aktionären zusehen, bei einer Majorität von nicht weniger als zwei Dritteln der Stimmen von denselben, welche in Person anwesend sind oder vertreten sind auf einer außerordentlichen Generalversammlung, welche zu diesem Zwecke berufen ist, einzelne Paragraphen dieser Urkunde hinzuzufügen, abzuändern, zu widerrufen, zu ergänzen oder zu modifiziren und neue Bestimmungen darin zu treffen, vorausgesetzt, daß keine der in dieser Urkunde enthaltenen Bestimmungen eine Majorität in die Lage bringen darf, die Rechte einer Minorität fortzunehmen ohne die Genehmigung der Inhaber des größeren Theils der Minoritäts-Aktien in allen Fällen, in denen die Rechte solcher Majorität nicht identisch mit denselben der Minorität sind und nicht durch den beabsichtigten Beschluß in gleichem Grade tarirt werden. Insbesondere soll keine Aenderung oder Ergänzung dieser Urkunde gemacht werden, welche die Rechte der Inhaber von Gründeraktien präjudizell berührt, ohne die ausdrückliche Genehmigung der Inhaber von einer Majorität dieser Aktien. So getroffene Aenderungen sollen bindend sein.

124. Alles Vermögen, bewegliches und unbewegliches der Gesellschaft soll entweder im Korporationsnamen der Gesellschaft eingetragen und angelegt werden oder im Namen einer einzelnen Person oder Personen, welche zu diesem Zwecke von dem Aufsichtsrath als Treuhänder für die Gesellschaft ernannt werden und alle Verträge, feierlichen Urkunden, Schuldverschreibungen, Vollmachten und Dokumente, welche von der Gesellschaft zu unterzeichnen sind, sollen (soweit nicht anderweitige Anordnungen vom Aufsichtsrath getroffen werden) von zwei der Aufsichtsrathsmitglieder der Gesellschaft und dem Sekretär unterzeichnet werden.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Eröffnung neuer Telegraphenanstalten.

84. Bei den Poststellen in Nebelin und in Laaslich bei Dergenthin wird am 14. Oktober d. J. der Telegraphenbetrieb eröffnet.

Potsdam; den 11. Oktober 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion. Wärtler.

Bekanntmachungen der Königl. Konfistoriums der Provinz Brandenburg. Urkunde,

betreffend die Errichtung einer fünften Pfarrstelle in der evangelischen Auferstehungs-Kirchengemeinde in Berlin.

47. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des Evangelischen Ober-Kirchenraths sowie nach Anhörung der Theilnehmenden wird von den unterzeichneten Behörden hierdurch Folgendes festgesetzt:

§ 1. In der evangelischen Auferstehungs-Kirchengemeinde zu Berlin wird eine fünfte Pfarrstelle errichtet.

§ 2. Diese Urkunde tritt mit dem 1. Oktober 1902 in Kraft.

Berlin, den 6. September 1902. Berlin, den 24. September 1902.

Königliches Konfistorium
der Provinz Brandenburg.
Abtheilung Berlin.

Der Königliche
Polizei-Präsident.

Pfarrstellenbesetzung.

48. Erledigt ist die 2. Pfarrstelle an der Luisenkirche zu Charlottenburg, Diöcese Friedr. Wilhelm II., durch Ableben des Pfarrers Dohrke am 16ten September 1902. Wiederbesetzung erfolgt durch Gemeindevwahl nach dem Pfarrwahlgesetz vom 28. März 1892 — R. G. u. P. Bl. S. 115 — Bewerbungen sind an den Gemeinde-Kirchenrath zu richten.

Bekanntmachungen der Königl. Generalkommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern.

1. Statut für die Entwässerungs-Genossenschaft der Bruchwiesen zu Niederfinow im Kreise Angermünde.

§ 1.

Die Eigentümer der dem Meliorationsgebiete angehörigen Grundstücke in dem Gemeindebezirk Niederfinow werden zu einer Genossenschaft vereinigt, um den Entwurf dieser Grundstücke des im geodätisch-technischen Bureau der Königl. Generalkommission zu Frankfurt a./O. aufgestellten Meliorationsprojektes vom 18. Januar 1902 durch Entwässerung, Auenanbau und künstliche Dünung zu verbessern.

Das Meliorationsgebiet ist auf der ein Zuehde des Meliorationsplanes stehenden Karten des geodätisch-technischen Bureaus der Königl. Generalkommission zu Frankfurt a./O. vom 18. Januar 1902 und 31. Juli 1902 dargestellt, daselbst mit einer Begrenzungslinie in violetter Farbe bezeichnet und bezüglich der theilnehmenden Besitzstände der Genossenschaftsmitglieder in den zugehörigen Registern speziell nachgewiesen.

Karte und Register werden mit einem auf das Datum des genehmigten Statutes Bezug nehmenden Beglaubigungsvermerk versehen und bei der Aufsichtsbehörde der Genossenschaft niedergelegt.

Änderungen des Meliorationsprojektes, welche im Laufe der Ausführung sich als erforderlich herausstellen, können vom Genossenschafts-Rath beschließen.

werden. Der Beschluß bedarf jedoch der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde.

Vor Ertheilung der Genehmigung sind diejenigen Genossen zu hören, deren Grundstücke durch die veränderte Anlage berührt werden.

§ 2.

Die Genossenschaft führt den Namen: „Entwässerungsgenossenschaft der Bruchwiesen zu Niederfinow“ und hat ihren Sitz in Niederfinow.

§ 3.

Die Kosten der Herstellung und Unterhaltung der gemeinschaftlichen Anlagen, zu denen auch die sämtlichen im Projekt aufgenommenen Gräbenanlagen, der Umbruch der Wiesen, die Beschaffung der für die Neusaat erforderlichen Grassämereien, der für die erste Düngung erforderlichen Düngemittel einschließlich des Ausstreuens der Düngemittel sowohl für die Grunddüngung als Nachdüngung, der zur Pflege der Wiesen notwendigen Wiesengeräte, sowie der zur zeitweisen Lagerung von Sämereien, Düngemitteln und Aufbewahrung der Wiesengeräte erforderlichen Schuppenräume gehören, werden von der Genossenschaft getragen und, soweit sie nicht durch die Steuern des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten in Aussicht gestellte Beihilfe gedeckt werden, darlehnsweise aufgenommen. Dagegen ist die etwa noch notwendige Anlage kleinerer Entwässerungsgräben auf den einzelnen Besitzständen, ferner das Ausroden von Gesträuch, Planiren, Eggen und Walzen der Wiesen; das Aufbringen der Neusaat, Lieferung etwaiger Schutzfrucht-Sache der einzelnen Genossen. Diese sind verpflichtet, die vorbezeichneten Folgeeinrichtungen und Leistungen in den durch den Genossenschaftsvorstand bestimmten Zeiträumen und unter Aufsicht des Vorstehers auszuführen, desgleichen sind die kleineren Entwässerungsgräben sowie die Wiesen selbst in gutem Zustand zu unterhalten. Kommen sie dieser Verpflichtung nicht nach, so können sie von dem Vorstande (nöthigenfalls auf Anweisung der Aufsichtsbehörde) hierzu durch vorher anzudrohende Ordnungsstrafen bis zum Betrage von 30 M., welche wiederholt werden dürfen, angehalten werden. Haben auch diese Ordnungsstrafen keinen Erfolg, so ist der Vorstand (eventl. auf Anweisung der Aufsichtsbehörde) berechtigt, vorsehend bezeichnete Arbeiten durch Dritte auf Kosten der betreffenden Genossen ausführen zu lassen und die Kosten im Zwangsverwaltungsverfahren einzuziehen. Die Beschaffung der zur alljährlich notwendigen Nachdüngung und Nachsaat erforderlichen Düngemittel und Grassämereien erfolgt durch den Genossenschaftsvorstand auf gemeinschaftliche Kosten. Die hierfür auf jeden einzelnen Beteiligten entfallenden Beträge sind bis spätestens zum 1. November jeden Jahres zur Genossenschaftskasse einzuzahlen und können nöthigenfalls zwangsweise eingezogen werden.

Weist ein Genosse nach, daß er von einer anderen Benutzung seiner zur Genossenschaft gehörigen Grundstücke mehr Nutzen hat, als von ihrer Erhaltung als Aushäufung, so kann ihm eine solche von dem Genossen-

schaftsvorstande mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde gestattet werden. Der auf ihn entfallende noch nicht getilgte Antheil an dem von der Genossenschaft für die Kosten der ersten Anlage, Düngung und Neusaat aufgenommenen Darlehn muß in diesem Falle vorher an die Genossenschaftskasse zurückgezahlt werden.

Die Benutzung der gemeinsamen Wiesengeräte durch die einzelnen Genossen wird durch Beschluß des Vorstandes geregelt.

§ 4.

Außer der Herstellung der im Projekte und vorsehend vorgesehenen Anlagen liegt dem Verbände ob, Dinnen-, Ent- und Entwässerungsanlagen innerhalb des Meliorationsgebietes, welche nur durch Zusammenwirken mehrerer Grundbesitzer ausführbar sind, zu vermitteln und nöthigenfalls, nachdem der Plan und das Beitragsverhältniß von der Aufsichtsbehörde festgestellt ist, auf Kosten der dabei beteiligten Grundbesitzer durchzuführen zu lassen.

Die Unterhaltung derartiger Anlagen, die, soweit erforderlich, in regelmäßige Schau zu nehmen sind, untersteht der Aufsicht des Vorstehers.

§ 5.

Die gemeinschaftlichen Anlagen werden unter Leitung des von dem Vorsteher auf Beschluß des Vorstandes angenommenen Meliorationsbauingenieurs ausgeführt und unterhalten.

Der mit der Leitung betraute Techniker hat das Bauprogramm aufzustellen, die speziellen Pläne auszuarbeiten, die für die Bedingungen erforderlichen Unterlagen zu beschaffen und zur Genehmigung vorzulegen, überhaupt alle für das zweckmäßige Inneingreifen der Arbeiten notwendigen Maßregeln anzugeben und vorzubereiten, die Ausführung zu leiten und die für Aenderungs- und Ergänzungsanträge, für Abschlagszahlungen und für Abnahme erforderlichen Unterlagen anzufertigen.

Die Wahl des Technikers, der mit ihm abzuschließende Vertrag und die Bedingungen für die Vergebung der Hauptarbeiten unterliegen der Zustimmung des zuständigen staatlichen Meliorationsbaubeamten. Auch im Uebrigen hat der Vorstand in technischen Angelegenheiten während der Bauausführung den Rath des Meliorationsbaubeamten einzuholen und zu berücksichtigen.

Nach Beendigung der Ausführung hat der Meliorationsbaubeamte die Anlagen abzunehmen und festzustellen, ob das Unternehmen zweck- und planmäßig, beziehungsweise mit den von der Aufsichtsbehörde genehmigten Aenderungen ausgeführt ist. Sollten hierbei Kontrol-Messungen erforderlich sein, so sind sie unter Leitung des Meliorationsbaubeamten von einem vereideten Landmesser vorzunehmen.

Der Umbruch der Wiese soll, wenn angänglich, mittelst Dampfpluges erfolgen.

Der Bezug des für die Neusaat und Nachsaat nöthigen Grassamens sowie des zur ersten Düngung und zur alljährlichen Nachdüngung der Wiesen nöthigen

Mineraldüngers wird durch den Vorstand unter Vermittelung der Landwirtschaftlichen Central-Darlehnskasse für Deutschland, Filiale Berlin, welcher der Vorstand für die Genossenschaft als Mitglied beiträgt, besorgt. Der Mitgliedsbeitrag wird aus der Genossenschaftskasse bestritten.

Dem Vorstände liegt es ob, die gelieferten Sämereien durch eine landwirtschaftliche Versuchstation auf ihre Reinheit prüfen zu lassen. Ebenso muß der Vorstand Proben des Düngers nach den Vorschriften der Landwirtschaftlichen Central-Darlehnskasse für Deutschland, Filiale Berlin, entnehmen und durch eine landwirtschaftliche Versuchstation prüfen lassen. Die Ergebnisse der Prüfung sind für jede Sendung den betreffenden Dienststellen der Landwirtschaftlichen Central-Darlehnskasse für Deutschland, Filiale Berlin, zwecks Herbeiführung der Ernteleistung für etwaige Unwerthigkeit durch die Lieferanten sofort mitzuteilen.

Die Renanlaas und erste Düngung ist nach Maßgabe des von der Moorversuchstation in Bremen eingeholenden besonderen Gutachtens auszuführen.

Die demnächst alljährlich vorzunehmende Düngung der Wiesen bestimmt der Genossenschaftsvorstand nach dem Gutachten der Moorversuchstation zu Bremen und nach Anhörung des aussichtsführenden Meliorationsbaubeamten.

Die Ausbringung der mineralischen Düngemittel soll in der Regel im Winter bewirkt und dementsprechend auch der Dünger im Herbst beschafft werden.

Die Nachsaat für ausgegangene Gräser richtet sich nach den jeweiligen Verhältnissen.

Der Vorstand ist verpflichtet, Mitglied des Vereins zur Förderung der Moorkulturen im Deutschen Reich zu werden, wodurch ihm Gelegenheit gegeben wird, sich sachverständigen Rath und Hülfe für die weitere zweckmäßige Bewirthschaftung des Meliorationsgebietes zu verschaffen.

§ 6.

Das Verhältniß, in welchem die einzelnen Genossen zu den Genossenschaftslasten beizutragen haben, richtet sich nach dem für die einzelnen Genossen aus den Genossenschaftsanlagen erwachsenden Vortheile.

Dieser Vortheil entspricht zur Zeit dem Flächeninhalte der der Genossenschaft angehörigen Grundstücke. Es werden daher die Genossenschaftslasten nach Maßgabe des Flächenraumes der beteiligten Grundstücke aufgebracht.

§ 7.

Die hiernach festzustellenden Beitragslisten sind von dem Vorstände anzufertigen und nach vorgängiger öffentlicher Bekanntmachung der Auslegung vier Wochen lang in der Wohnung des Vorstehers zur Einsicht der Genossen auszuliegen. Jedem Genossen steht es frei, mit der Behauptung, daß die aus den Genossenschaftsunternehmen erwachsenden Vortheile nicht allen Grundstücken in gleichem Maße zu Gute kommen, zu verlangen, daß die Höhe seines Beitrages dem wirklichen Vortheile seiner Grundstücke entsprechend festgesetzt werde. Solche

Anträge sind bei dem Vorstände anzubringen, gegen dessen Entscheidung binnen zwei Wochen Berufung an die Aufsichtsbehörde zulässig ist. Letztere entscheidet darüber endgiltig, kann aber vor der Entscheidung unter ihrer beziehungsweise eines Kommissarius, Leitung durch Sachverständige, welche sie ernannt, im Beisein des Antragstellers und eines Vorstands-Vertreters eine Untersuchung eintreten lassen. Sind beide Theile mit dem Gutachten der Sachverständigen einverstanden, so wird die Höhe des Beitrages danach festgestellt. Wird eine Entscheidung erforderlich, so trägt der unterliegende Theil die Kosten. Anträge auf Berichtigung der Beitragslisten sind an keine Frist gebunden.

§ 8.

Im Falle einer Voreinstellung sind die Genossenschaftslasten nach dem in diesem Statut vorgeschriebenen Theilungsverhältniß durch den Vorstand auf die Grundstücke verhältnißmäßig zu vertheilen. Gegen die Festsetzung des Vorstandes ist innerhalb zweier Wochen die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig.

§ 9.

Die Genossen sind verpflichtet, die Beiträge in den von dem Vorstände festzusetzenden Terminen zur Genossenschaftskasse abzuführen. Bei veräumter Zahlung hat der Vorsteher die fälligen Beiträge beizutreiben.

§ 10.

Jeder Genosse hat sich die Einrichtung der nach dem Meliorationsplane in Aussicht genommenen Anlagen, diese Anlagen selbst und deren Unterhaltung, soweit sein Grundstück davon vorübergehend oder dauernd betroffen wird, gefallen zu lassen.

Darüber, ob und zu welchem Betrage, dem einzelnen Genossen hierfür, unter Berücksichtigung der ihm aus der Anlage erwachsenden Vortheile, eine Entschädigung gebührt, entscheidet, falls sich ein Genosse mit dem Vorsteher nicht gütlich verständigen sollte, das nach Vorschrift dieses Statutes zu bildende Schiedsgericht mit Ausschluß des Rechtsweges.

§ 11.

Bei Abstimmungen hat jeder beitragspflichtige Genosse mindestens eine Stimme. Im Uebrigen richtet sich das Stimmverhältniß nach dem Verhältnisse der Theilnahme an den Genossenschaftslasten, und zwar in der Weise, daß für je zwei Hektar beitragspflichtigen Grundbesitzes eine Stimme gerechnet wird.

Die Stimmliste ist demgemäß von dem Vorstände zu entwerfen und nach vorgängiger öffentlicher Bekanntmachung der Auslegung vier Wochen lang zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorstehers auszulegen. Anträge auf Berichtigung der Stimmliste sind an keine Frist gebunden.

§ 12.

Der Genossenschaftsvorstand besteht aus:

- einem Vorsteher,
- zwei Repräsentanten der Genossenschaftsmitglieder.

Die Vorstandsmitglieder bekleiden ein Ehrenamt.

Als Ersatz für Auslagen und Zeitverschöpfung erhält

jedoch der Vorsteher eine jährliche, von der Generalversammlung festzusetzende Entschädigung.

In Behinderungsfällen wird der Vorsteher durch den an Lebenszeit Altesten Repräsentanten vertreten.

Die Mitglieder des Vorstandes nebst 2 Stellvertretern werden von der Generalversammlung auf 5 Jahre nach absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt. Zum Vorsteher kann auch eine nicht zur Genossenschaft gehörige Person gewählt werden. Die Wahl des Vorstehers bedarf der Bestätigung der Aufsichtsbehörde.

Wählbar ist jeder Genosse, welcher den Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte nicht durch rechtskräftiges Erkenntnis verloren hat. Die Wahl der Vorstandsmitglieder der "der Stellvertreter erfolgt in getrennten Wahlhandlungen für jedes Mitglied. Wird im ersten Wahlgange eine absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so erfolgt eine engere Wahl zwischen denjenigen beiden Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Vorsitzenden zu ziehende Loos.

Im Uebrigen gelten die Vorschriften für Gemeindevahlen.

§ 18.

Die Gewählten werden von der Aufsichtsbehörde durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet.

Zur Legitimation der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter dient das von der Aufsichtsbehörde angenommene Verpflichtungsprotokoll.

Soll der Stellvertreter sich darüber ausweisen, daß der Fall der Stellvertretung eingetreten ist, so dient dazu ein Zeugnis der Aufsichtsbehörde.

Der Vorstand hält seine Sitzungen unter Vorsitz des Vorstehers, der gleiches Stimmrecht hat wie die Repräsentanten und dessen Stimme im Falle der Stimmengleichheit entscheidet.

Zur Gültigkeit der gefassten Beschlüsse ist es erforderlich, daß die Repräsentanten unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung geladen und daß mit Einschluß des Vorstehers mindestens zwei Drittel der Vorstandsmitglieder anwesend sind. Wer am Erscheinen verhindert ist, hat dies unverzüglich dem Vorsteher anzuzeigen. Dieser hat alsdann einen Stellvertreter zu laden.

§ 19.

Soweit nicht in diesem Statute einzelne Verwaltungsbefugnisse dem Vorstande oder der Generalversammlung vorbehalten sind, hat der Vorsteher die selbstständige Leitung und Verwaltung aller Angelegenheiten der Genossenschaft.

Insbefondere liegt ihm ob:

- die Ausführung der gemeinschaftlichen Anlagen nach dem festgestellten Meliorationsplan zu veranlassen und zu beaufsichtigen;
- über die Unterhaltung der Anlagen, sowie über die Wässerung, die Grabenräumung, die Heuerwerbung und die Fütterung auf den Wiesen mit Zustimmung des Vorstandes die nöthigen Anordnungen zu

treffen und die etwa erforderlichen Ausführungsvorschriften zu erlassen;

- die vom Vorstande festgesetzten Beträge auszuschreiben und einzuziehen, die Zahlungen auf die Kasse anzuweisen und die Kassenverwaltung mindestens zweimal jährlich zu revidiren;
- die Voranschläge und Jahresrechnungen dem Vorstande zur Festsetzung und Abnahme vorzulegen;
- den Wiesenwärtter und die sonstigen Unterbeamten der Genossenschaft zu beaufsichtigen;
- die Genossenschaft nach Außen zu vertreten, den Schriftwechsel für die Genossenschaft zu führen und ihre Urkunden zu unterzeichnen. Zur Abschließung von Verträgen hat er die Genehmigung des Vorstandes einzuholen. Zur Gültigkeit der Verträge ist diese Genehmigung nicht erforderlich;
- die nach Maßgabe dieses Statutes und der Ausführungsvorschriften von ihm angedrohten und festgesetzten Ordnungsstrafen, die den Betrag von 30 Mark jedoch nicht übersteigen dürfen, zur Genossenschaftskasse einzuziehen.

§ 15.

Die genossenschaftlichen Anlagen sind in regelmäßige Schau zu nehmen, die alljährlich wenigstens ein Mal und in den ersten fünf Jahren zweif Mal, im Frühjahr und Herbst, stattzufinden hat. Die Schau wird durch den Vorsteher geleitet. Die übrigen Vorstandsmitglieder sind zur Theilnahme an der Schau einzuladen. Der Schautermin ist rechtzeitig, möglichst vier Wochen vorher, der Aufsichtsbehörde und dem Meliorationsbeamten anzuzeigen, welche befugt sind, an den Schauen theilzunehmen. Die von ihnen gemachten Vorschläge sind zu beachten. Das Ergebnis der Schau ist in einem Protokolle, für dessen Aufbewahrung der Vorsteher zu sorgen hat, niederzulegen. Die Aufsichtsbehörde ist befugt, erforderlichen Falles die nach technischem Ermessen zur Unterhaltung der im Projekte vorgesehenen oder statutenmäßig beschlossenen Anlagen nothwendigen Arbeiten im Zwangswege auf Kosten der Genossenschaft zur Ausführung zu bringen. Ueber Beschwerden gegen die bezüglichlichen Anordnungen der Aufsichtsbehörde entscheidet der Regierungspräsident endgültig.

§ 16.

Die Verwaltung der Kasse führt ein Rechnungsführer, welcher von dem Vorstande auf fünf Jahre gewählt und dessen Remuneration vom Vorstande festgestellt wird.

Die Aufsichtsbehörde kann jederzeit die Entlassung des Rechnungsführers wegen mangelhafter Dienstführung anordnen.

§ 17.

Einmalige Unterbeamte stellt der Vorsteher auf Beschluß des Vorstandes an und setzt den Lohn für sie fest.

Die Unterbeamten müssen den Anordnungen des Vorstehers pünktlich Folge leisten und können von ihm mit Verweis oder mit Ordnungsstrafe bis zu 3 Mark bestraft werden. Kein Genosse darf die Meliorationsanlagen eigenmächtig verändern, bei Vermeidung einer

von dem Vorsteher festzusetzenden Ordnungsstrafe bis zu 30 Mark für jeden Uebertretungsfall.

§ 18.

Der gemeinsamen Beschlußfassung der Genossen unterliegen:

- 1) Die Wahl der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter;
- 2) die Festsetzung der dem Vorsteher zu gewährenden Entschädigung;
- 3) die Wahl der Schiedsrichter und deren Stellvertreter;
- 4) die Abänderung des Statutes.

§ 19.

Die erste zur Bestellung des Vorstandes erforderliche Generalversammlung beruft die Aufsichtsbehörde, welche auch zu den in dieser Versammlung erforderlichen Abstimmungen eine vorläufige Stimmliste nach den Flächenangaben des Grundstücksregisters des Genossenschaftsgebietes aufzustellen hat.

Die weiteren Generalversammlungen sind in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen (§ 60 des Gesetzes vom 1. April 1879), mindestens aber alle fünf Jahre durch den Vorsteher zusammenzuberufen.

Die Einladung erfolgt unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung durch ein öffentlich bekannt zu machendes Ausschreiben der Genossenschaft und außerdem durch örtliche Bekanntmachung in denjenigen Gemeinden, deren Bezirk dem Genossenschaftsgebiete ganz oder theilweise angehört.

Zwischen der Einladung und der Versammlung muß ein Zwischenraum von mindestens zwei Wochen liegen.

Die Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig.

Der Vorsteher führt den Vorsitz.

Die Generalversammlung kann auch von der Aufsichtsbehörde zusammenberufen werden. In diesem Falle führt sie, beziehungsweise der von ihr ernannte Kommissar den Vorsitz.

§ 20.

Die Streitigkeiten, welche zwischen Mitgliedern der Genossenschaft über das Eigentum an Grundstücken, über die Zuständigkeit oder den Umfang von Grundgerechtigkeiten oder anderen Nutzungsrechten oder über besondere, auf speziellen Rechtstiteln beruhende Rechte und Verbindlichkeiten der Parteien entstehen, gehören zur Entscheidung der ordentlichen Gerichte.

Dagegen werden alle anderen Beschwerden, welche die gemeinsamen Angelegenheiten der Genossenschaft oder die vorgebliche Beeinträchtigung einzelner Genossen in ihren durch das Statut begründeten Rechten betreffen, von dem Vorsteher untersucht und entschieden, soweit nicht nach Maßgabe dieses Statutes oder nach gesetzlicher Vorschrift eine andere Instanz zur Entscheidung berufen ist.

Gegen die Entscheidung des Vorstehers steht, sofern es sich nicht um eine der ausschließlichen Zuständigkeit anderer Behörden unterliegende Angelegenheit handelt,

jedem Theile die Anrufung der Entscheidung eines Schiedsgerichtes frei, welche binnen zwei Wochen, von der Bekanntmachung des Bescheides an gerechnet, bei dem Vorsteher angemeldet werden muß. Die Kosten des Verfahrens sind dem unterliegenden Theile aufzuerlegen.

Das Schiedsgericht besteht aus einem Vorsitzenden, welchen die Aufsichtsbehörde ernannt, und aus zwei Beisitzern. Die letzteren werden, nebst zwei Stellvertretern, von der Generalversammlung nach Maßgabe der Vorschriften dieses Statutes gewählt. Wählbar ist jeder, der in der Gemeinde seines Wohnortes zu den öffentlichen Gemeindeämtern wählbar und nicht Mitglied der Genossenschaft ist.

Wird ein Schiedsrichter mit Erfolg abgelehnt, so ist der Ersatzmann aus den gewählten Stellvertretern oder erforderlichen Falles aus den wählbaren Personen durch die Aufsichtsbehörde zu bestimmen.

§ 21.

Die von der Genossenschaft ausgehenden Bekanntmachungen sind unter der Bezeichnung: „Entwässerungs-Genossenschaft der Bruchwiesen zu Niedersinow“ zu erlassen und vom Vorsteher zu unterzeichnen.

Die für die Öffentlichkeit bestimmten Bekanntmachungen der Genossenschaft werden in das Kreisblatt zu Angermünde aufgenommen.

§ 22.

Soweit die Aufnahme neuer Genossen nicht auf einer, dem § 69 des Gesetzes vom 1. April 1879 entsprechenden rechtlichen Verpflichtung beruht, kann sie auch als ein Akt der Vereinbarung auf den Antrag des Aufzunehmenden durch einen, der Zustimmung der Aufsichtsbehörde bedürftigen Vorstandesbeschluß erfolgen.

§ 23.

An den von der Genossenschaft zu unterhaltenden Hauptentwässerungszügen muß von den angrenzenden Grundstücken ein Meter, von dem oberen Rande der Böschung an gerechnet, unbeadert und mit dem Weidewieh verschont bleiben.

Die Böschungen selbst dürfen nur durch Abmähen genutzt werden. Auch Bäume, Hecken und Sträucher sind auf dieser Fläche nicht zu dulden.

Das Durchreißen des Viehes durch die Genossenschaftsgräben und seine Tränken in ihnen ist verboten.

Bei der Räumung müssen die Eigentümer der angrenzenden Grundstücke den Auswurf, dessen Eigentum ihnen zufällt, aufnehmen und binnen 4 Wochen nach der Räumung, wenn aber die Räumung vor der Ernte geschieht, binnen 4 Wochen nach der Ernte bis auf 4 m Entfernung von dem Rande der Böschung forschaffen.

Zu widerhandlungen gegen vorstehende Vorschriften unterliegen einer von dem Vorsteher festzusetzenden Ordnungsstrafe bis zu 30 Mark. Etwaigen Schäden, der an den Genossenschaftsgräben, Böschungen u. durch Haltung, andere Uebertretungen obiger Vorschriften oder sonst durch Absicht oder Fahrlässigkeit verursacht wird, hat der hierfür haftbare Genosse außerdem nach An-

ordnung des Vorstehers und zur Vermeidung zwangswesiger Ausführung auf seine Kosten zu beseitigen.

Vorstehendes Statut, welchem die Beteiligten zugestimmt haben, wird auf Grund der §§ 57 und 82 des Gesetzes, betreffend die Bildung von Wassergenossenschaften vom 1. April 1879, genehmigt.

Berlin, den 22. August 1902.

(L. S.)

Der Minister
für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Im Auftrage
Hermes.

Das vorstehende Statut wird nach § 58 des Gesetzes, betreffend die Bildung von Wassergenossenschaften, vom 1. April 1879 hiermit verkündet.

Frankfurt a./M., den 18. September 1902.

Königliche Generalkommission.

(L. S.)

Helfferich.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahndirektion zu Berlin

Verfügung der Entladefrist auf Station Wilmersdorf-Friedenau.

40. Mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde wird auf Station Wilmersdorf-Friedenau vom 13. Oktober d. J. ab bis auf Weiteres die Entladefrist für Wagenladungsgüter auf 6 Tagesstunden herabgesetzt.

Berlin, den 9. Oktober 1902.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Veränderungen von Gemeinde- und Ortsbezirksgrenzen.

28. Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke: Gemarkung Brunsdorf, Kartenblatt 1 zu Nr. 293/15 u. f. w. zu Nr. 293/15 u. f. w., Größe: 75,62 und 30,20 ar. Bisheriger Gemeinde- bzw. Ortsbezirk: Ortsbezirk Brunsdorf. Künftiger Ge-

meinde- bzw. Ortsbezirk: Gemeindebezirk Brunsdorf. Kreis-Ausschussbeschluss vom 9. September 1902. J.-Nr.: A. I. 4549/02.

Berlin, den 4. Oktober 1902.

Der Kreis-Ausschuss des Kreises Teltow.

Umgemeindungen.

29. Durch rechtskräftigen Beschluss des Kreis-Ausschusses des Kreises Westhavelland vom 22. August d. J. sind folgende als Bestandteile der Chaussee Neuwerder—Siegrothsbruch dem Kreise Westhavelland gehörige Parzellen:

Gemarkung Neuwerder Kartenblatt 1.

- | | |
|----------------|------------------|
| 1) zu 127/1 x. | 1 ar 39 qm groß, |
| 2) = 127/1 x. | 4 " " |
| 3) = 131/4 x. | 2 ar 12 " " |
| 4) = 131/4 x. | 1 " 27 " " |
| 5) = 132/5 x. | 5 " 57 " " |
| 6) = 132/5 x. | 20 " " " |
| 7) = 132/5 x. | 4 " " " |

Gemarkung Gemeinde Stöln, Kartenblatt 2.

8) Nr. 204/29 1 qm groß, zu 1—7 von dem Gemeindebezirk Neuwerder, zu 8 von dem Bezirk der Gemeinde Stöln abgetrennt und sämtlich mit dem Ortsbezirk Stöln vereinigt worden, wogegen die dem Colonisten August Zander in Neuwerder gehörige, auf Kartenblatt 2 der Gemarkung Gut Stöln verzeichnete Parzelle

Nr. 205/64 x.

83 qm groß, bisher Bestandtheil des Weges Neuwerder—Siegrothsbruch, nach Abtrennung von dem Ortsbezirk Stöln dem Bezirk der Gemeinde Neuwerder einverleibt worden ist.

Rathenow, den 26. September 1902.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

30.

Veränderung von Bezirksgrenzen.

| Tag der Genehmigung. | Bezeichnung der Grundstücke. | Bisheriger Kommunalbezirk. | Künftiger Kommunalbezirk. |
|----------------------|--|----------------------------|---------------------------|
| 12. August 1902. | Die dem Bauerngutsbesitzer Hermann Selle und dem Zimmermeister August Dräger in Lohm gehörigen Grundstücke Kartenblatt 2 Nr. 63/15 und 64/15 der Gemarkungskarte von Lohm in Größe von zusammen 19 ar 66 qm. | Ortsbezirk Lohm II. | Gemeindebezirk Lohm |
| desgl. | Das dem Rittergutsbesitzer Adolf von Kröcher in Lohm II. gehörige Grundstück Kartenblatt 2 Nr. 226/118 der Gemarkungskarte von Lohm in Größe von 21 ar 31 qm. | Gemeindebezirk Lohm | Ortsbezirk Lohm II. |

Krösch, den 2. Oktober 1902.

Rathenow, den 26. September 1902.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Landespolizeiliche Anordnung,

die Ueberwachung von Gänseentladungen betreffend.

Auf Grund der §§ 17, 19 und 20 des Reichs-Viehseuchengesetzes vom 29. Juni 1880 bzw. 1. Mai 1894 in Verbindung mit § 7 des Preussischen Ausführungsgesetzes vom 12. März 1881 ordne ich unter Aufhebung der landespolizeilichen Anordnung vom 1. Juli 1902, Amtsblatt Stück 28, Seite 179 und 180, wegen der zur Zeit bestehenden Gefahr der Ver-

breitung der Geflügelcholera durch eingeführte Gänse-transporte mit Ermächtigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hierdurch Folgendes an:

1. Händler und Mäster, welche in den Regierungsbezirk Frankfurt mit der Eisenbahn Gänse einführen, sind bis auf Weiteres verpflichtet, die Thiere bei der Ausladung durch den zuständigen Kreis-Vierarzt untersuchen und sich eine Bescheinigung über den Gesundheitszustand der Thiere ausstellen zu lassen. Die

Befehlennungen sind drei Monate lang anzubewahren und den Polizeibehörden und Kreisbierärzten auf Verlangen jederzeit vorzuweisen.

2. Die Besitzer der Gänse (Händler, Unternehmer, Begleiter, Führer) haben dem Kreisbierärzte die Ankunft der Gänse rechtzeitig, das ist wenigstens 24 Stunden vorher, anzuzeigen. — Die Ausladung der Gänse darf nur in Gegenwart des Kreisbierarztes oder seines Vertreters erfolgen.

3. Die Besitzer der Gänse sowie die unter Nr. 2 aufgeführten Personen sind verpflichtet, dem Kreisbierärzte jede von ihm geforderte Auskunft über Herkunft u. der Gänse zu geben.

4. Der Kreisbierarzt hat über die Untersuchungen der Gänse Buch zu führen. In das Buch ist außer dem Namen, Stand und Wohnort des Besitzers der Gänse beziehungsweise der Namen der unter Nr. 2 aufgeführten Personen und dem Ergebnisse der Untersuchung, auch die Zahl, die Herkunft und der Verbleib der Tiere einzutragen.

5. Wird durch die Untersuchung eine Seuche oder der Verdacht einer solchen bei den Gänsen ermittelt, so hat der Kreisbierarzt die erforderlichen veterinärpolizeilichen Anordnungen sofort selbst zu treffen und dem zuständigen Landrathe sowie der Ortspolizeibehörde davon Anzeige zu erstatten.

6. Die Kosten der Untersuchung von Gänsen, welche bereits an Märkte verkauft oder fest bestellt sind, fallen der Staatskasse zur Last.

Die Kosten der Untersuchung von Gänsen, welche von Händlern zwecks öffentlichen Verkaufs zusammengebracht sind, hat der Besitzer (Händler, Unternehmer, Begleiter, Führer) zu tragen.

7. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden, sofern nicht nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften, insbesondere nach § 328 des Reichsstrafgesetzbuches, eine höhere Strafe verwirkt ist, nach dem im § 66 Absatz 1 Ziffer 4. und § 67 des Reichsviehseuchengesetzes enthaltenen Strafbestimmungen geahndet.

8. Diese Anordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Die Aufhebung dieser Anordnung wird erfolgen, sobald die im Eingange bezeichnete Seuchengefahr beseitigt ist.

Frankfurt a. O., den 18. September 1902.

Der Regierungspräsident.

Reinertrag der Dahme-Häroer Eisenbahn

Gemäß § 46 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (G.-S. S. 166) wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der im laufenden Steuerjahre zu den Kommunalabgaben einschläßbare Reinertrag aus dem Betriebsjahre 1901/1902 bei der Dahme-Häroer Eisenbahn auf 22750 Mark festgesetzt worden ist.

Halle a. Saale, den 12. Oktober 1902.

Der Königl. Eisenbahnkommissar.

Personal-Chronik.

Der Regierungsdirektor von Heimbürg ist dem Landrathe in Nußpfaß und der Regierungsdirektor Dr. Bernus dem Landrathe in Rathenow zur Hülfsleistung überwiesen.

Der Kammergerichtspräsident Dr. Peters ist zum Regierungsdirektor ernannt worden.

Bei der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin sind folgende Veränderungen eingetreten: Dem Regierungsrath Dr. von Waldhausen ist eine etatsmäßige Rathstelle in der allgemeinen Verwaltung verliehen worden. Die Regierungsdirektoren Dr. Soehle und Stöckh sind zu Regierungsräthen ernannt worden. Der Regierungsdirektor Dr. Lauterbach, bisher beim königlichen Polizei-Präsidium hieselbst, ist der Direktion überwiesen worden. Der Regierungsdirektor Banke ist verstorben und der Ranglist Räder in den Ruhestand versetzt. Der Regierungsdirektor Malowsky ist als Steuersekretär an die Veranlagungs-Kommission zu Gumbin in Pommern und der Steuersekretär Kesser von dort als Regierungsdirektor zur Direktion versetzt worden. Die Regierungsdirektoren Bittmann, Erckl und Bahr sind zu Regierungsdirektoren und die Ranglist Räder, Bahr, Müller und Bräse zu Ranglisten ernannt worden. Der Militär-Supernumerar Erasmus ist als Steuer-Supernumerar in die Veranlagungs-Kommission für den Stadtkreis Danzig versetzt worden. Der Militär-Supernumerar Engler ist ausgeschieden. Die Militär-Auwärter Pfefferkorn, Bötsch, Müller V., Lehninger und Pohrt sind als Militär-Supernumerare übernommen worden.

Dem civilversorgungsberechtigten Militär-Auwärter Georg Romahn ist vom 1. Oktober d. Js. ab die Stelle eines Registrardieners und Aktenhefters am königlichen Charité-Krankenhaus verliehen worden.

Der bisherige Hülfsprediger Bruno Felix Franz Merkel in Rosenthal ist zum zweiten Parrer der Pfarodie Rosenthal, Diözese Berlin-Land II., bestellt worden.

Der Professor Stein am Gymnasium zu Gr.-Nichtersfelde ist zum 1. Oktober 1902 in den Ruhestand versetzt.

Die an der Idiotenanstalt Dalldorf angestellte wissenschaftliche Lehrerin Grete Werkmeister ist endgültig als Gemeindefachlehrerin in Berlin angestellt worden.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Prozeßagent.

Dem Kaufmann Ernst Collin zu Lyden habe ich das mündliche Verhandeln vor dem Amtsgericht daselbst gestattet. Dagegen habe ich die dem Gemeindefachsekretär a. D. Emil Rhein ertheilte Erlaubniß zurückgenommen, da Letzterer unter dem 1. Oktober d. J. angezeigt hat, daß er seine Thätigkeit als Prozeßagent aufgibt.

Prenzlau, den 10. Oktober 1902.

Der Landgerichtspräsident.

Gerichtstage.

In dem Geschäftsjahre 1903 werden zu Belten, und zwar in dem Richter'schen Gasthause, die folgenden Gerichtstage abgehalten werden: Montag, den 12. Januar, Montag, den 9. Februar, Montag, den 9. März, Montag, den 6. April, Montag, den 11. Mai, Montag, den 15. Juni, Montag, den 13. Juli, Montag, den 21. September, Montag, den 19. Oktober, Montag, den 16. November, Montag, den 14. Dezember, Spandau, den 2. Oktober 1902.

Königliches Amtsgericht.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Schneidergeselle Stephan Rajal, geboren 25. Dezember 1875 zu Larnowa, Kr. Wadowice in Galizien, galizischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 12. Mai 1902 — 2087 V. 8 02 — ausgewiesen.

Der Tischlergeselle Josef Nadian, geboren 2. Februar 1883 zu Brodowice, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 13. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Agent Siegfried Rubinszner, geboren am 10. September 1866 zu Dobranja, Kr. Warschau, türkischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 15. Juli 1902 ausgewiesen.

Der Handlungsgehilfe Moriz Schäfer, geboren 26. April 1878 zu Mößersdorf, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 3ten August 1902 ausgewiesen.

Der Koppelsknecht Gedasie Berlo Wolstowski, geboren 4. Oktober 1881 zu Grajewo, Gouvernement Lomso, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 11. August 1902 ausgewiesen.

Der Reisende Verasz Silberdrath, geboren 26. August 1885 zu Kolomea, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 14. August 1902 ausgewiesen.

Die Händlerin Margarethe Perotti, geboren 27. Oktober 1841 zu Morassio, Prov. Piacenza, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten

zu Berlin vom 29. August 1902 — 4122 V. 8 02 — ausgewiesen.

Der Drehorgelspieler Franzesco Bojardi, geboren am 10. Oktober 1843 zu Pernaesca, Kr. Piacenza, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 4. September 1902 — 4615 V. 1/02 — ausgewiesen.

Der Schlächtergeselle Judel Pines, geboren am 5. Dezember 1884 zu Bialystok, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 4. September 1902 ausgewiesen.

Der Händler Carlo Coburk, geboren 10. April 1879 zu Pellegrino, Kreis Parma, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 6. September 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Drehorgelspieler Erenzio Silva, geboren 15. September 1854 zu Pozzolo, Kr. Pellegrino, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 8. September 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Arbeiter Joseph Kozioł, geboren 12. März 1876 zu Straszew, Kreis Stolp, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 10. September 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Buchbinder Moses Magauischewer, geboren zu Warschau, 42 Jahre alt, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 13. September 1902 ausgewiesen.

Der Arbeiter Salomon Weinstein, 21 Jahre alt, geboren zu Wilna, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 20. September 1902 ausgewiesen.

Der Schneider Aron Konien, 21 Jahre alt, geboren zu Palona, Gouvernement Wolni, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 20. September 1902 ausgewiesen.

Der Arbeiter Michael Telicki, 21 oder 22 Jahre alt, geboren in Gorzanka, Bezirk Pisto in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 25. September 1902 ausgewiesen.

Hierzu sechs öffentliche Anzeigen.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.)

Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigiert von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hays'schen Erben

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 43.

Den 24. Oktober

1902.

Inhaltsverzeichnis. Inhalt von Stück 43 der Gesetz-Sammlung. S. 467. — Erziehung eines Landtagsabgeordneten. S. 467. — Belgisches Generalkonsulat. S. 467. — Schussfreie Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf. S. 467. — Nordöstliche Bauwerks-Vereinsgenossenschaft. S. 467. — Standesamtsbezirks-Veränderungen. S. 467. — Ladenschluss der Möbelmagazine in Brandenburg. S. 467. — Karttergänzung. S. 468. — Aufschlag-Lehrmeister. S. 468. — Wasserstände. S. 468. — Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter. S. 468. — Neue Apotheke in Dt. Wilmersdorf. S. 469. — Bleichen. S. 469. — Errichtung einer katholischen Kapellengemeinde Pankow. S. 469. — Schiedsgericht für Arbeiterversicherung. S. 470. — Aktien-Gesellschaft Massey Harris Company Limited in Toronto (Kanada). S. 470. — Aenderung der Geschäftsanweisung für die alt-katholischen Kirchenvorstände u. S. 470. — Neue Telegraphenanlagen. S. 470. — Beschädigung der Telegraphenanlagen. S. 470. — Gementandele, Rohrvoströhren u. S. 471. — Kommunalbezirks-Veränderungen. S. 471. — Ausnahmetarife für Zucker. S. 471. — Ausnahmetarif für Blei. S. 471. — Personal-Chronik. S. 472.

Gesetzsammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.
(Stück 43.) N° 10398. Verfügung des Justizministers,
betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen
Theil der Bezirke der Amtsgerichte Jbslein, Wall-
merod und Wiesbaden. Vom 4. Oktober 1902.

Bekanntmachungen

des Königl. Ober-Präsidenten.

Erziehung eines Landtagsabgeordneten.

17. Nachdem das Mitglied des Hauses der Abgeordneten für den Wahlbezirk 3 Berlin — rechtes
Spekreijer, untere Stadt — Geheimen Medizinalrath
Professor Dr. Birchow in Berlin verstorben ist, muß
eine Ersatzwahl stattfinden.

Zu diesem Zwecke habe ich den Herrn Stadtrath
Bohm in Berlin zum Wahlkommissar und den Herrn
Stadtrath Nielsen in Berlin zu dessen Stellvertreter
ernannt und den Termin für die Wahlmänner-Er-
gänzungswahlen auf Dienstag, den 6. Januar
1903, den Termin für die Wahl des Abgeordneten
auf Dienstag, den 13. Januar 1903 fest-
gesetzt. Potsdam, den 17. Oktober 1902.

Der Oberpräsident.

Bekanntmachungen
des Königl. Regierungspräsidenten.

Belgisches Generalkonsulat in Berlin.

311. Herr Franz von Wendelssohn ist zum
belgischen General-Konsul in Berlin ernannt worden.

Potsdam
Berlin, den 15. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident. Der Polizei-Präsident.

Schussfreie Tage auf dem Schießplatze in Gummersdorf für 1902.
312. Unter Hinweis auf die Polizeiverordnung vom
2. November 1875 — Amtsblatt Seite 366 — bringe
ich zur öffentlichen Kenntniß, daß die schussfreien Tage
auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für das Jahr
1902 wie folgt festgesetzt worden sind:

Oktober: 26., 29.

November: 1., 2., 3., 5., 9., 10., 12., 16., 17.,
19., 23., 24., 26., 30.

Dezember: 1., 2., 3., 7., 8., 9., 10., 14., 15., 16.,
17., 21., 24., 25., 26., 28., 29., 31.

Potsdam, den 17. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

Die technischen Aufsichts- und Rechnungsbeamten bei der Nordöstl.
Bauwerks-Vereinsgenossenschaft.

313. Der Vorstand der Nordöstlichen Bauwerks-
Vereinsgenossenschaft hat den Maurermeister Johannes
Baermann in Eberswalde zum technischen Aufsichts-
und Rechnungsbeamten an Stelle des bisherigen Herrn
Drems in Eberswalde ernannt.

Potsdam, den 19. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

Standesamtsbezirksveränderung.

314. Das an dem Wege von Sachsenhausen nach
Freienhagen belegene, zum Gutsbezirke Neuhausen Forst
gehörige neue Bahnwärterhaus der Nordbahn N° 31 ist
dem Standesamtsbezirke N° 44 „Sachsenhausen“ des
Kreises Niederbarnim zugelegt worden.

Potsdam, den 18. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

Standesamtsbezirksveränderung.

315. In Abänderung der Bekanntmachung vom
14. Mai d. J. — Stück 21 Seite 226 des Amtsblatts
— bringe ich zur Kenntniß der Betheiligten, daß „das
Chausseehaus bei Kuhleben“ beim Standesamts-Be-
zirk 48a. „Kuhleben“ des Kreises Teltow verbleibt.

Potsdam, den 20. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

Abi.-Abi.-Ladenschluss der Möbelmagazine in Brandenburg.

316. Auf Grund des § 139 f. der Reichs-Gewerbe-
Ordnung — R.-G.-Bl. 1900 S. 969 — haben die
Inhaber von Möbelmagazinen in Brandenburg be-
antragt, anzuordnen, daß die Ladenschlusszeit täglich um
8 Uhr Abends beginnt.

Zur Feststellung der bei dem Antrage gemäß § 139 f.

Abf. 1 und 2 der Gewerbeordnung erforderlichen Zahl von zwei Dritteln (Abf. 1) oder einem Drittel (Abf. 2) der beteiligten Geschäftsinhaber bestelle ich gemäß der Befähigung, betreffend das Verfahren bei Anträgen auf Verlängerung der Lebenszeit vom 25. Januar 1902 Amtsblatt. 63 der Herrn Oberbürgermeister in Brandenburg zum Kommissar.

Zeit und Ort der Auslegung der Liste wird der Herr Kommissar in ortsüblicher Weise bekannt machen und s. Zt. die Äußerungen der Beteiligten entgegennehmen.

Potsdam, den 17. September 1902.

Der Regierungspräsident.

Landesergänzung.

317. Die Herren Minister der öffentlichen Arbeiten und der Finanzen haben durch Erlass vom 7. d. Mts. IIIb. 9054 M. d. d. A. genehmigt, daß Absatz I. des

III. 12387 S. M.

Tarifs für die Ablage der Gemeinde Neuhoiland vom 24. Januar 1901 durch folgenden Zusatz ergänzt wird:
für Kohlen ist der Tariffas von 1 Pf.
für je 100 kg anzuwenden.

Potsdam, den 17. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

Hufbeschlag-Lehrmeister.

318. Dem Hufbeschlagmeister Edmund Lobisch aus Dahme, Kreis Jüterbog-Luckenwalde, welcher nach dem Besuche des Instituts zur Ausbildung von Lehrschmiedemeistern in Charlottenburg die vorgeschriebene Prüfung bestanden hat, ist von der Prüfungskommission die Berechtigung erteilt, den Titel: „Hufbeschlag-Lehrmeister“ zu führen und als Vorsteher einer nach dem Gesetze vom 18. Juni 1884 vorgesehenen Lehrschmiede zu wirken.

Potsdam, den 20. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

319. Nachweisung der an den Pegeln der Havel und Spree im Monat September 1902 beobachteten Wasserstände.

| Tag | Wasserstände der Havel an den Pegeln zu | | | | | | Wasserstände der Spree an den Pegeln zu | | | | | | | |
|------|---|-------------|-------------|-------------|---------|------------|---|----------------|-------------|----------|-------------|-------------|--------|-------------|
| | Rathenow | | Brandenburg | | Potsdam | Spanbau | | Charlottenburg | | Sprenitz | Tränke Wehr | | Weesow | Alt Schadow |
| | Oberwasser | Unterwasser | Oberwasser | Unterwasser | | Oberwasser | Unterwasser | Oberwasser | Unterwasser | | Oberwasser | Unterwasser | | |
| Mtr. | Meter | Meter | Meter | Meter | Meter | Meter | Meter | Meter | Meter | Meter | Meter | Meter | Meter | Meter |
| 1 | 1,55 | 1,34 | 0,60 | 2,04 | 1,04 | 0,96 | 2,37 | 0,60 | 3,22 | 2,46 | 0,81 | 2,00 | 1,25 | 0,86 |
| 2 | 1,56 | 1,33 | 0,63 | 2,02 | 1,03 | 0,96 | 2,36 | 0,59 | 3,22 | 2,44 | 0,80 | 2,14 | 1,24 | 0,86 |
| 3 | 1,57 | 1,34 | 0,60 | 2,02 | 1,06 | 0,96 | 2,34 | 0,62 | 3,22 | 2,44 | 0,81 | 1,98 | 1,24 | 0,86 |
| 4 | 1,58 | 1,33 | 0,62 | 2,01 | 1,06 | 0,98 | 2,33 | 0,59 | 3,22 | 2,42 | 0,81 | 1,90 | 1,23 | 0,86 |
| 5 | 1,56 | 1,34 | 0,60 | 2,00 | 1,08 | 0,97 | 2,34 | 0,59 | 3,22 | 2,46 | 0,80 | 1,97 | 1,23 | 0,85 |
| 6 | 1,56 | 1,34 | 0,63 | 2,01 | 1,08 | 0,96 | 2,33 | 0,61 | 3,22 | 2,46 | 0,80 | 2,00 | 1,22 | 0,83 |
| 7 | 1,59 | 1,35 | 0,69 | 2,08 | 1,08 | 1,04 | 2,40 | 0,74 | 3,22 | 2,68 | 0,84 | 1,98 | 1,21 | 0,88 |
| 8 | 1,62 | 1,34 | 0,71 | 2,06 | 1,08 | 1,05 | 2,41 | 0,78 | 3,22 | 2,68 | 0,83 | 2,12 | 1,26 | 0,93 |
| 9 | 1,63 | 1,32 | 0,70 | 2,06 | 1,13 | 1,08 | 2,41 | 0,73 | 3,22 | 2,64 | 0,83 | 2,15 | 1,27 | 0,98 |
| 10 | 1,64 | 1,34 | 0,70 | 2,05 | 1,18 | 1,06 | 2,39 | 0,76 | 3,22 | 2,64 | 0,83 | 2,00 | 1,27 | 1,01 |
| 11 | 1,66 | 1,34 | 0,72 | 2,05 | 1,20 | 1,08 | 2,40 | 0,78 | 3,22 | 2,66 | 0,82 | 1,97 | 1,28 | 1,04 |
| 12 | 1,69 | 1,34 | 0,72 | 2,05 | 1,22 | 1,08 | 2,41 | 0,78 | 3,22 | 2,66 | 0,80 | 1,97 | 1,29 | 1,06 |
| 13 | 1,70 | 1,32 | 0,79 | 1,92 | 1,18 | 1,10 | 2,41 | 0,81 | 3,22 | 2,70 | 0,78 | 2,00 | 1,30 | 1,10 |
| 14 | 1,71 | 1,34 | 0,73 | 1,99 | 1,12 | 1,10 | 2,42 | 0,75 | 3,22 | 2,60 | 0,79 | 1,98 | 1,32 | 1,11 |
| 15 | 1,72 | 1,34 | 0,76 | 2,07 | 1,17 | 1,11 | 2,44 | 0,77 | 3,22 | 2,58 | 0,81 | 2,19 | 1,33 | 1,12 |
| 16 | 1,73 | 1,34 | 0,75 | 2,03 | 1,20 | 1,11 | 2,42 | 0,83 | 3,22 | 2,66 | 0,81 | 2,13 | 1,34 | 1,14 |
| 17 | 1,75 | 1,34 | 0,76 | 2,02 | 1,22 | 1,11 | 2,42 | 0,83 | 3,22 | 2,72 | 0,80 | 1,98 | 1,34 | 1,16 |
| 18 | 1,75 | 1,34 | 0,77 | 2,03 | 1,24 | 1,11 | 2,41 | 0,84 | 3,22 | 2,78 | 0,81 | 2,00 | 1,34 | 1,17 |
| 19 | 1,76 | 1,34 | 0,76 | 2,04 | 1,24 | 1,11 | 2,41 | 0,79 | 3,22 | 2,66 | 0,81 | 2,03 | 1,34 | 1,18 |
| 20 | 1,75 | 1,35 | 0,77 | 2,08 | 1,30 | 1,12 | 2,41 | 0,79 | 3,22 | 2,62 | 0,83 | 2,12 | 1,35 | 1,19 |
| 21 | 1,75 | 1,33 | 0,79 | 2,14 | 1,26 | 1,11 | 2,44 | 0,69 | 3,22 | 2,60 | 0,83 | 2,03 | 1,35 | 1,20 |
| 22 | 1,75 | 1,33 | 0,83 | 2,12 | 1,27 | 1,10 | 2,46 | 0,77 | 3,22 | 2,64 | 0,83 | 2,13 | 1,36 | 1,20 |
| 23 | 1,75 | 1,32 | 0,81 | 2,12 | 1,28 | 1,10 | 2,43 | 0,79 | 3,22 | 2,66 | 0,82 | 2,20 | 1,37 | 1,20 |
| 24 | 1,73 | 1,34 | 0,83 | 2,10 | 1,31 | 1,10 | 2,43 | 0,84 | 3,22 | 2,70 | 0,79 | 2,20 | 1,38 | 1,21 |
| 25 | 1,73 | 1,34 | 0,83 | 2,08 | 1,34 | 1,10 | 2,41 | 0,81 | 3,22 | 2,68 | 0,76 | 2,12 | 1,38 | 1,21 |
| 26 | 1,73 | 1,35 | 0,83 | 2,06 | 1,33 | 1,08 | 2,39 | 0,67 | 3,22 | 2,44 | 0,80 | 2,11 | 1,39 | 1,20 |
| 27 | 1,73 | 1,34 | 0,84 | 2,05 | 1,32 | 1,05 | 2,36 | 0,66 | 3,22 | 2,48 | 0,86 | 2,11 | 1,40 | 1,20 |
| 28 | 1,73 | 1,34 | 0,84 | 2,09 | 1,29 | 1,03 | 2,40 | 0,54 | 3,22 | 2,38 | 0,91 | 2,11 | 1,40 | 1,19 |
| 29 | 1,73 | 1,30 | 0,86 | 2,08 | 1,28 | 1,01 | 2,38 | 0,72 | 3,22 | 2,70 | 0,98 | 2,16 | 1,40 | 1,17 |
| 30 | 1,72 | 1,34 | 0,84 | 2,04 | 1,30 | 1,03 | 2,37 | 0,80 | 3,22 | 2,74 | 0,88 | 2,18 | 1,41 | 1,16 |

Potsdam, den 20. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter.

320. Folgende ausländisch-polnische Saisonarbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitsstätten unter Kontraktbruch verlassen:

| Ramen: | Staatlicher
Beschäftigungsort: |
|-----------------------------------|---|
| Emil Weidmann, | Gut Engar, Kreis Warburg,
Reg.-Bez. Minden. |
| Franz Wodjinski, | besgl. |
| Valeria Sterbinski, | besgl. |
| Albert Godyn, | Eppinghausen, Kr. Herford,
Reg.-Bez. Minden. |
| Stanislaus Jeschinski, | Dönnane Markenberg, Kreis
Marienburg, Reg.-Bez.
Hildesheim. |
| Joseph Krey, | besgl. |
| Christian Gerhardt gen.
Jamel, | Gut Dabberis, Kreis Hagen,
Reg.-Bez. Straßburg. |

Die Genannten sind festzunehmen und sofort aus dem Staatsgebiete auszuweisen. Vom Geschehenen ist unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung hierher Nachricht zu geben.

Potsdam, den 21. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

Errichtung einer vierten Apotheke in Dt.-Wilmsdorf.

321. In Dt.-Wilmsdorf soll eine neue Apotheke errichtet werden. Wegen der näheren Ortsbezeichnung hat sich der Concessionar f. Zs. mit dem Regierungs-Medizinalrath in Verbindung zu setzen.

Unter Hinweis auf die Allerh. Ordre vom 30. Juni 1894 und den darauf ergangenen Erlass des Herrn Ministers für Medizinalangelegenheiten vom 5. Juli 1894, wonach dem Inhaber der neuen Apotheke die Präsentation eines Geschäftsnachfolgers nicht gestattet ist, fordere ich geeignete Bewerber auf, ihre Gesuche bis zum 15. Dezember d. Zs. bei mir einzureichen. Dem Gesuche sind beizufügen:

- 1) der Lebenslauf,
- 2) das Prüfungszugnis als Apotheker,
- 3) die nach der Zeit geordneten und gegesteten, amtlich beglaubigten Servirzeugnisse in Urschrift oder beglaubigter Abschrift nebst einem Inhaltsverzeichnis, in welchem die Zeitdauer ersichtlich gemacht ist, auf welche sich jedes einzelne Zeugnis bezieht,
- 4) eine genaue Uebersicht, aus der die außerhalb des praktischen Apothekerfaches verbrachte Zeit hervorgeht, unter Angabe der Beschäftigungsart,
- 5) die von den Polizeibehörden der Aufenthaltsorte nach erfolgter Approbation ausgestellten Führungszeugnisse,
- 6) der amtliche Nachweis aus neuester Zeit über den Besitz der zur Errichtung und zum Betriebe einer Apotheke erforderlichen Mittel.

Außerdem ist von dem Bewerber eine eidesstattliche Erklärung darüber abzugeben, ob er eine Apotheke bereits besessen hat. Zureichenden Falles sind Zeitdauer des Besitzes zu nennen und die Gründe darzulegen, welche ihn zur Aufgabe seines Besitzrechtes an der

Apotheke veranlaßt haben; auch ist ein genauer Nachweis des Kauf- und Verkaufspreises der Apotheke zu erbringen. Gleichzeitig bemerke ich, daß Apotheker, welche erst nach dem Jahre 1886 approbirt sind, bei der großen Zahl älterer Bewerber eine Berücksichtigung nicht zu erwarten haben.

Potsdam, den 20. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

322.

Viehseuchen.

I. Festgestellt:

a. Milzbrand, Kreis Ost-Havelland: Belten. Kreis West-Havelland: Ribbes, Ries. Kreis Zauch-Belzig: Boglsche.

b. Schweineseuche, Kreis Nieder-Barnim: Reinickendorf, Neu-Weissenhof, Friedrichsfelde, Bickersberg. Kreis Preusslau: Jahneshof b. Wilow. Kreis Teltow: Mariendorf, Groß-Lichterfelde.

c. Geflügelcholera, Kreis Nieder-Barnim: Bernau, Malchow. Kreis Ost-Havelland: Raven. Kreis Teltow: Brix, Wendisch-Wilmersdorf. Kreis Templin: Gut Liebenberg, Zoogen.

II. Erloschen:

a. Milzbrand, Kreis West-Havelland: Bäumen. b. Schweineseuche, Kreis Nieder-Barnim: Friedrichsfelde, Blankenburg. Kreis Preusslau: Straßburg, Dom-Tornow, Dom-Neuenfund, Dom-Brickig, Gut Lauenhagen. Kreis Teltow: Zehlendorf, Teltow, Budow, Müggelsheim.

c. Geflügelcholera, Kreis Nieder-Barnim: Woltersdorf, Neu-Weissenhof, Bernersdorf. Kreis Templin: Klein-Ruß, Hindenburg. Kreis Zauch-Belzig: Gut Redahn.

d. Rog. Kreis Nieder-Barnim: Zerpenschäufel.

Potsdam, den 21. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen

der Königl. Regierung.

Errichtung einer katholischen Kapellengemeinde Pankow.

32.

Georg Kopp

durch Gottes Erbarmung und des heil. Apostolischen Stuhles Gnade Cardinal-Priester der heil. Römischen Kirche und Fürstbischof von Breslau, dem heil. Apostolischen Stuhle unmittelbar untergeben, der heil. Theologie Doctor.

Die katholischen Einwohner in Pankow bei Berlin sowie in den Dörfern Nieder-Schönhausen, Lbars, Blankensfelde und Franz. Buchholz, die bisher von dem Pfarrer in Reinickendorf seelsorgerlich versorgt wurden, werden hierdurch zu einer selbstständigen Kapellen-Gemeinde unter nachstehenden Bestimmungen vereinigt:

- 1) Der neue Kapellenbezirk umfaßt die sämtlichen katholischen Einwohner in den genannten Dörfern Pankow, Nieder-Schönhausen, Lbars, Blankensfelde und Franz. Buchholz.
- 2) Die neue Kapellengemeinde besorgt ihre Vermögensangelegenheiten selbst durch besondere nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 20. Juni 1875 bestellte Verwaltungs-Organe.

- 3) Nach erfolgter Anerkennung der Kapellen-Gemeinde wird das für die neue Kirchengemeinde angekauft und einstweilen auf den fürstbischöflichen Stuhl zu Breslau eingetragene Grundstück Pankow Band 27 Blatt Nr. 915 auf die neue Kapellen-Gemeinde zu Eigenthum übertragen.
- 4) Die neue Kapellen-Gemeinde trägt die Kosten der weiteren Entwicklung ihrer selbstorganischen Einrichtung mit Unterstützung kirchlicher Vereine.
- 5) Die Kapellen-Gemeinde Pankow wird in das Archipresbyterat Charlottenburg eingegliedert.

Breslau, den 29. Mai 1901.

(L. S.)

Der Fürstbischof.

G. Card. Ropp.

Errichtungs-Urkunde der Kapellen-Gemeinde
Pankow bei Berlin. G. K. 3717.

Die nach der vorstehenden Urkunde vom 29. Mai 1901 von dem Fürstbischof von Breslau kirchlicherseits ausgesprochene Errichtung und Umschreibung der katholischen Kapellen-Gemeinde Pankow wird auf Grund der von dem Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten mittels Erlasses vom 6ten August 1902 — G. II. 5756 — uns erteilten Ermächtigung hierdurch von Staatswegen bestätigt und in Vollzug gesetzt.

Potsdam, den 15. Oktober 1902.

(L. S.)

Königliche Regierung.

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

v. Doemming. v. Bardeleben. Wiegler.

Genehmigung.

II. 1280/10.

Bekanntmachungen des Königl. v. Polizeipräsidenten zu Berlin.

Schiedsgericht für Arbeiterversicherung.

87. Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Herren Minister des Innern und für Handel und Gewerbe den Königl. Regierungs-Assessor Dr. Grafen von Wartensleben in Berlin, Reichstraße 21 wohnhaft, zum stellvertretenden Vorsitzenden des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung in Berlin ernannt haben.

Berlin, den 15. Oktober 1902.

Der Polizeipräsident.

Aktiengesellschaft Massey Harris Company Limited in Toronto
(Kanada).

88. Die der Aktiengesellschaft in Firma Massey Harris Company Limited in Toronto (Kanada) am 11. Dezember 1900 erteilte Erlaubniß zum Geschäftsbetriebe in Preußen ist durch Erlass der Herren Minister für Handel und Gewerbe sowie des Innern vom 3ten Oktober d. J. zurückgenommen und für erloschen erklärt worden.

Berlin, den 14. Oktober 1902.

Der Polizeipräsident.

Änderung der Geschäftsanweisung für die altkatholischen Kirchenvorstände und Gemeindevertretungen mit Rücksicht auf das Bürgerliche Gesetzbuch.

89. Der Herr Ober-Präsident der Rheinprovinz hat mir mit Schreiben vom 19. Februar 1902 — J. Nr. 2837 — die vom Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten mit Rücksicht auf das Bürgerliche Gesetzbuch für erforderlich erachteten Änderungen der Geschäftsanweisung für die altkatholischen Kirchenvorstände und Gemeindevertretungen mitgeteilt und zugleich bekannt gegeben, das sämtliche Herren Ober-Präsidenten, in deren Provinzen altkatholische Pfarorien sind, sich einverstanden erklärt haben; ich selbst habe mein Einverständnis mit den vorgeschlagenen Änderungen bereits früher erklärt.

Die Geschäftsanweisung vom 1. August 1878 habe ich unter Berücksichtigung der entstandenen Änderungen neu drucken lassen. Den sämtlichen beteiligten Herren Ober-Präsidenten und Regierungs-Präsidenten sowie den Kirchenvorständen und Gemeindevertretungen der altkatholischen Pfarorien ist die neu gedruckte Geschäftsanweisung durch Zusendung von Exemplaren zur Kenntniß gebracht worden.

Bonn, den 17. August 1902.

Dr. Theodor Weber, katholischer Bischof.

Vorstehende Bekanntmachung bringe ich hiermit zur allgemeinen Kenntniß.

Berlin, den 16. Oktober 1902.

Der Polizeipräsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Eröffnung neuer Telegraphenanstalten.

85. Bei der Posthäufstelle in Vagelmühl bei Bräunow wird am 20. Oktober d. J. der Telegraphenbetrieb eröffnet.

Potsdam, 16. Oktober 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion. Gärtler.

Eröffnung neuer Telegraphenanstalten.

86. Bei der Posthäufstelle in Wilmersdorf (Prignitz) wird am 22. Oktober d. J. der Telegraphenbetrieb eröffnet.

Potsdam, 17. Oktober 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion. Gärtler.

Beschädigung der Telegraphenanstalten.

87. Die Reichs-Telegraphen- und Fernsprecklinien sind häufig vorsätzlichen oder fahrlässigen Beschädigungen, namentlich durch Zertrümmerung der Isolatoren, durch Steinwürfe, Verschlingung oder Zerreißen von Leitungsdrähten durch Unvorsichtigkeit beim Baumschneiden u. s. w. ausgesetzt. Da hierdurch die Benutzung der Telegraphenanstalten gehindert oder gestört wird, so wird hiermit auf die durch das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich auf dergleichen Beschädigungen festgesetzten Strafen aufmerksam gemacht.

Gleichzeitig wird bemerkt, daß demjenigen, welcher die Thäter vorsätzlicher oder fahrlässiger Beschädigungen von Telegraphenanstalten berast ermittelt und zur Anzeige bringt, daß sie zum Ersatze und zur Strafe gezogen werden können, Belohnungen bis zur Höhe von fünfzehn Mark in jedem einzelnen Falle aus den Fonds

der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung werden gezahlt werden.

Diese Belohnungen werden auch dann bewilligt, wenn die Schuldigen wegen jugendlichen Alters oder wegen sonstiger persönlicher Gründe gesetzlich nicht haben bestraft oder zum Ersatze herangezogen werden können, oder wenn die Beschädigung noch nicht wirklich ausgeführt, sondern durch rechtzeitiges Einschreiten der zu belohnenden Personen verhindert worden ist, der gegen die Telegraphenanlage verübte Unfug aber soweit feststeht, daß die Bestrafung der Schuldigen erfolgen kann.

Die Bestimmungen in dem Strafgesetzbuche für das Deutsche Reich lauten:

§ 317. Wer vorsätzlich und rechtswidrig den Betrieb einer zu öffentlichen Zwecken dienenden Telegraphenanlage dadurch verhindert oder gefährdet, daß er Theile oder Zubehöranlagen derselben beschädigt oder Veränderungen daran vornimmt, wird mit Gefängniß von einem Monat bis zu drei Jahren bestraft.

§ 318. Wer fahrlässiger Weise durch eine der vorbezeichneten Handlungen den Betrieb einer zu öffentlichen Zwecken dienenden Telegraphenanlage verhindert oder gefährdet, wird mit Gefängniß bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu neunhundert Mark bestraft.

Gleiche Strafe trifft die zur Beaufsichtigung und

Bedienung der Telegraphenanlagen und ihrer Zubehöranlagen angestellten Personen, wenn sie durch Vernachlässigung der ihnen obliegenden Pflichten den Betrieb verhindern oder gefährden.

§ 318a. Die Vorschriften in den §§ 317 und 318 finden gleichmäßig Anwendung auf die Verhinderung oder Gefährdung des Betriebes der zu öffentlichen Zwecken dienenden Rohrpostanlagen.

Unter Telegraphenanlagen im Sinne der §§ 317 und 318 sind Fernsprechanlagen mitbeziffen.

Potsdam, 6. Oktober 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Gementkanäle, Rohrpostrohre u.

SS. Bei dem Kaiserlichen Postamt 2 in Charlottenburg (Göthestraße) liegen Pläne aus über die Herstellung diesseitiger Anlagen (Gementkanäle, Rohrpostrohre u.) in folgenden Straßen:

Harbenbergstraße, Steinplatz, Göthe-, Fasanen-, Herder-, Kneisebeck-, Berliner-, Bismarck-, March-, Grolmann-, Joachimsthaler-, Uhland-, Bleibtreu-, Kant- und Schlüterstraße.

Berlin C. 2, den 16. Oktober 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Bekanntmachungen des Kreis-Ausschusses.

Kommunalbezirks-Veränderungen.

| Nr. | Nähere Bezeichnung der Grundstücke. | Bisheriger Gemeinde- oder Ortsbezirk | Künftiger Gemeindebezirk |
|-----|---|---|--|
| 1. | Parzellen-Nr. 145/88 des Kartenblattes N 2 der Gemarkung Krummensee in Größe von 26 qm | Fiskalischer Ortsbezirk des Domänen-Amtes Alt-Landenberg. | Gemeindebezirk Krummensee. |
| 2. | Parzellen-Nr. 183/82 und 83 des Kartenblattes N 5 der Gemarkung Dranienburg Königl. Forst, in Größe von 2,16,00 ha und 18,26,10 ha | Forstfiskalischer Ortsbezirk Dranienburg. | Gemeindebezirk Gernsdorf. |
| 3. | Parzellen-Nr. 217/95 und 81 des Kartenblattes N 2 bezw. N 1 der Gemarkung Heinersdorf in Größe von 1,30,51 ha und 11,20 ar | Fiskalischer Ortsbezirk des Domänen-Amtes Mühlenthor. | Gemeindebezirk Heinersdorf. |
| 4. | Parzellen-Nr. 13, 18, 19, 20, 63/14, 15, 62/14, 30, 31, 64/32, 65/83, 66/36, 34, 21, 22, 23, 27, 28 I., 28 II., 29, 86/10, 73/11, 74/11, 12, 47, 48 und 55 des Kartenblattes N 1 der Gemarkung Zühlendorf in Größe von zusammen 33,92,97 ha | Gemeindebezirk Zühlendorf. | Forstfiskalischer Ortsbezirk Schönwalde. |

Berlin, den 7. Oktober 1902.

Der Landrath des Kreises Niederbarnim.

Bekanntmachungen der Königlich Eisenbahndirektion zu Berlin.

Ausnahmetarife für Zucker.

41. Mit sofortiger Gültigkeit wird im Verkehre der Preussisch-Pommerschen und Oldenburgischen Staatsbahnen unter einander sowie im Verkehre mit der Station Rempen der Breslau-Warschauer Eisenbahn für Zucker sendungen zur Ausfuhr, die bis einschließlich den 31. August 1904 auf der Binnen- oder Seehafen-Station eingehen, von der die Ausfuhr stattfinden soll, die für den Nachweis der tatsächlich erfolgten Ausfuhr in den Ausnahmetarifen 14 und L vorgesehene Frist von 12 Monaten auf 18 Monate verlängert. Für die nach

dem 31. August 1904 auf den bezeichneten Ausfuhrstationen ankommenden Sendungen gilt für den Nachweis der Ausfuhr wieder die gewöhnliche Frist von 12 Monaten.

Berlin, den 17. Oktober 1902.

Königliche Eisenbahndirektion,

zugleich im Namen der übrigen theilhaftigen Verwaltungen. Ausnahmetarif 13 für Blei in Blöcken, Stangen oder Röhren.

42. Im Gruppentarif III. (Berlin-Settin), ferner in den Gruppenwechselltarifen mit der Tarifgruppe III. sowie in den Wechselverkehren dieser Gruppe mit der Oldenburgischen Staatsbahn und der Station Rempen der Breslau-Warschauer Eisenbahn scheiden die Stationen

Lichtenberg-Friedrichsfelde und Moabit mit Gültigkeit vom 1. Januar 1903 als Versandstation aus dem Ausnahmestarif 13 (Blei in Böden, Stangen oder Mulden) aus. Berlin, den 15. Oktober 1902.

Königliche Eisenbahndirektion,
zugleich namens der beteiligten Verwaltungen.

Personal-Chronik.

Der Gerichtsreferendar von Dutler ist zum Regierungsreferendar ernannt worden.

Der Regierungssupernumerar Bürgermeister ist zum Regierungsekretär ernannt worden.

Im Kreise Teltow ist ernannt worden zum Amtsvorsteher: Bisheriger Amtsvorsteher-Stellvertreter Ruzitschka, Adlerhof, für den Bezirk 22 — „Alt-Ollenside“.

Im Kreise Döhrig ist wieder ernannt worden zum Amtsvorsteher: Gutspächter Neubauer, Gantkow, für den Bezirk 41 — „Neuhof“.

In Stelle des in den Ruhestand tretenden königlichen Forstassen-Rendanten, Rechnungs-Raths Kressin in Eberswalde ist dessen Amtsnachfolger, königlicher Forstassen-Rendant Kirst — zur Zeit in Berlinchen N./M. — zu Eberswalde vom 1. November 1902 ab nebenamtlich mit der Besorgung der Domänen- und der fiskalischen Kirchenpatronats u. Geschäfte in den in unserer Amtsblattsbekanntmachung vom 6. November 1880 — Extrabeilage zum 46. Stück des Amtsblatts für 1880 — Seite 15 unter Nr. 59 aufgeführten Ortschaften u. beauftragt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Schönberg, Diözese Lindow-Granitz, Georg Karl Heinrich Schenk, ist zum Pfarrer der Parodie Gernsdorf, Diözese Spandau, bestellt worden.

Der bisherige Hilfsprediger Karl Johannes Eward Juhl zu Lasdorf ist zum Pfarrer der Parodie Wölfsdorp, Diözese Stralsburg, bestellt worden.

Die Lehrer Lindenau, Pigulla, Hollenbach, Beczerel, Schmidt, Richter, Köhn, Wirschel, Drees, Sauer, Schneider, Staße, Jsenhart und Paulat sind endgültig als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Der Gemeindefullehrer Reimann ist als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Monat September 1902.

Es sind ernannt: zum Ober-Postsekretär: der Postsekretär Steinhoff, zum Telegraphen-Assistenten: der Postassistent Kneissel aus Charlottenburg in Berlin; angestellt: als Postassistent: die Postanwärter Ball in Charlottenburg, Bartels, Blümel, Hermann

Braun, Deutschmann, Fochler, Reinhold Franke, Friedrich Friedrich, Gaster in Berlin, Gleich in Wilmersdorf b. Berlin, Hähndel, Jrmisch, Jänicke, Klassert in Berlin, Otto Klein in Tempelhof, Gustav Köhler, Lemessier, Lüd in Berlin, August Müller in Reinickendorf (Ost), Neundorf in Charlottenburg, Hugo Neumann in Pantow bei Berlin, Plate, Polzin in Berlin, Poschmann in Westend, Wilhelm O. A. Schmidt in Berlin, Hermann Schulze in Charlottenburg, Schwabe, Sosniski, Unterodt in Berlin, als Telegraphen-Assistent: die Telegraphen-Anwärter Diez, Raab, Rösner, Trilling, der Telegraphen-Assistent Hartwig, als Telegraphengehülfin: die Telegraphengehülfin Strohe; verfest: von Berlin: der Telegraphen-Inspektor Thomas nach Erfurt, der Postsekretär Reichsmuth nach Gishorn, nach Berlin: der Ober-Postpraktikant Heiligenborn von Dresden;

in den Ruhestand getreten: der Ober-Postsekretär Rechnungsrath Lüthens, die Telegraphengehülfin Pegold;

gestorben: der Ober-Postassistent Thomsen in Charlottenburg.

Veränderungen bei der königlichen Ministerial-Militär- und Bau-Kommission.

1. **Unterhöchste verliehen:** dem Gartendirektor Geitner ist die Allerhöchste Erlaubnis zur Anlegung des ihm verliehenen königlichen italienischen Ritterkreuzes des St. Mauritius- und Lazarus-Ordens erteilt worden.

2. **Angenommen:** die Bureau-Anwärter Sendfigy und Reinholz als Civil-Supernumerare.

3. **Ernannt und uredigt:** als Regierungskaufmänner die Bau-Assistenten: Hermann Willi Köhler, Paul Karl Stendel, Ernst Hantemüller, Johann Ludwig, Friedrich Lohs, Fritz Otto Walter Klawig, Conrad Friedrich Albert Pfeiffer, Arnold Wentscher, Friedrich Wilhelm Adolf Max Franz, Wilhelm, Otto Walter Lucht, Max Bernhard Franz Alexander Strasberger, Gustav Rumpf, Friedrich Waldemar Patten, Karl Gustav Hermann Ernst Otto Paul Krell, Georg Walter Johannes Klose.

4. **Angestellt:** Der Bureau-Diatar Pleß als Kassier-Assistent, der Bureau-Diatar Stolzenthain als Regierungsekretär.

5. **Ausgeschieden:** Der exp. Sekretär und Kalkulator Riermann infolge Anstellung als Geheimer Registrator im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

6. **Verstorben:** Der exp. Sekretär und Kalkulator Hassenberg.

Hierzu Sechs Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einbaltige Druckzeile 20 Pf. Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigiert von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Verleger: der A. W. Hahn'schen Erben

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Stück 44.

Den 31. Oktober

1902.

Inhaltsverzeichnis. Inhalt von Stück 41 und 42 des Amtsblattes. S. 473. — Ablagen-Tarife. S. 478/74. — Kreisaffizenzstellen. S. 474. — Außerordentliche Viehzählung. S. 475. — Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. S. 475. — Stättgelverhebung in Pichwalde. S. 475. — Außerordentliche Viehzählung. S. 475. — Kontraktbrüche ausländische Arbeiter. S. 476. — Lehrschnitte in Charlottenburg. S. 476. — Viehsuchen. S. 476. — Schuss der Jagd auf Rebhühner. S. 476. — Grundstücksanhebung. S. 477. — Veröffentlichung ortspolizeilicher Verordnungen für die Stadt Charlottenburg. S. 477. — Postpaketverkehr mit San Domingo. S. 477. — Ausnahme von Postsendungen durch die Landbriefträger etc. S. 477. — Verlegung von Telegraphen-Endstelen. S. 477. — Privatpostverkehr auf der Eisenbahnstation Halensee. S. 477. — Ausnahmetarif für Pflanzmittel etc. S. 477. — Personal-Chronik. S. 477. — Gerichtstage. S. 478. — Besuche an Kirchen etc. S. 478. — Ausweisungen aus Preußen. S. 478.

Reichsgesetzblatt.

(Stück 41.) Nr. 2897. Bekanntmachung, betreffend den Befähigungsnachweis und die Prüfung der Maschinisten auf Seebampfschiffen der deutschen Handelsflotte. Vom 16. Oktober 1902.

(Stück 42.) Nr. 2898. Bekanntmachung, betreffend die Aufseherführung der Zwanzigpfennigstücke aus Nidel. Vom 16. Oktober 1902.

Nr. 2899. Bekanntmachung, betreffend die dem internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügte Liste. Vom 20. Oktober 1902.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

52. Tarif
für die Ablagen zu Doberitz am rechten Ufer der bei km 78,0 und 79,0 von der Unteren Havelwasserstraße abzweigenden Nebenarme.

Es sind zu zahlen:

I. an Schiffsliegegeld

von jedem anliegenden Fahrzeuge und zwar:

- 1) von Fahrzeugen bis einschließlich 40,2 m Länge für jeden Tag 30 Pf.
- 2) von Fahrzeugen mit größerer Länge für jeden Tag 50

Ausnahme.

Für Dampfer, welche einem regelmäßigen Personenverkehr dienen, kann nach Wahl der Schiffseigentümer anstatt der tarifmäßigen Abgabe für jede einzelne Fahrt eine jährliche Abfindungssumme und zwar:

- 1) für Dampfer bis einschließlich 40,2 m Länge: 20 M.
 - 2) mit größerer Länge 40
- entrichtet werden.

II. an Ufergeld

beim Aus- oder Einladen von Gütern:

- 1) von Erde, Kiehl, Kies, Groh, Fen, Kaskinen, Stein- und Braunkohlen, Mauer-, Dach- und allen anderen Steinen für je eine Tonne (1000 kg) 10 Pf.
- 2) von sonstigen Gütern für je eine Tonne (1000 kg) 20

III. an Lagergeld

von Gütern, welche nach der Ausladung aus dem Schiff ober vor der Einladung in das Schiff länger als 24 Werktagstunden auf der Ablage lagern, für jeden folgenden Zeitraum von sieben Tagen und zwar

- 1) von Bohlenbuck (Reisern), Brennholz (Kloben, Rollen, Knüppeln), Bruch- und Feldsteinen für je ein cbm 5 Pf.
- 2) von Mauersteinen für je 1000 Stück 15
- 3) Dach- u. Dachziegel für je 1000 Stück 10
- 4) sonstigen Gütern für jedes qm belegter Fläche 5

Zusätzliche Bestimmung.

Angefangene Tagseinheiten werden bei der Abgabenerhebung für voll gerechnet.

Befreiungen.

Es sind befreit:

- 1) Fahrzeuge und Güter, welche dem Könige, dem preussischen Staate oder dem deutschen Reiche gehören oder ausschließlich für deren Rechnung befördert werden, von den Abgaben unter I., II. und III.,
- 2) die Gepäckstücke der mit Personendampfern ankommenden oder abfahrenden Personen von der Abgabe unter II.,
- 3) Fahrzeuge, welche bei oder entladen werden, für die Dauer des Ubsch- und Ladegeschäfts von der Abgabe unter I.,
- 4) Fahrzeuge für die Zeit des Eisstandes von der Abgabe unter I.

Dieser Tarif tritt nach vierzehntägigem Anhange auf den Ablagen in Kraft.

Berlin, den 7. Oktober 1902.

Der Finanz-Minister.

Der Minister

der öffentlichen Arbeiten.

53. Tarif
für die Ablage der Bauern- und Köstlin-Strickle zu Phöben am linken Ufer bei km 4,00 der Potsdamer Havel.

Es sind zu zahlen:

I. an Schiffsliegegeld

von jedem anliegenden Fahrzeuge und zwar:

- 1) von Fahrzeugen bis einschließlich 40,2 m Länge für jeden Tag 30 Pf.
- 2) von Fahrzeugen mit größerer Länge für jeden Tag 30 Pf.

Ausnahme.

Für Dampfer, welche einem regelmäßigen Personenverkehr dienen, kann nach Wahl der Schiffseigentümer anstatt der tarismäßigen Abgabe für jede einzelne Fahrt eine jährliche Abfindungssumme und zwar:

- 1) für Dampfer bis einschließlich 40,2 m Länge 10 M.
- 2) für Dampfer mit größerer Länge 20 M.

entrichtet werden.

II. an Ufergeld

beim Aus- oder Einladen von Gütern jeglicher Art für je eine Tonne (1000 kg) 20 Pf.

III. an Lagergeld

von Gütern, welche nach der Ausladung aus dem Schiff oder vor der Einladung in das Schiff länger als 24 Werktagstunden auf der Ablage lagern, für jeden folgenden Zeitraum von sieben Tagen und zwar:

- 1) von Buchenholz (Reisern), Brennholz (Kloben, Rollen, Knäppeln), Bruch- und Feldsteinen für je ein cbm 5 Pf.
- 2) von Mauersteinen, Dach- und Hoffsteinen für je 1000 Stück 10 Pf.
- 3) von sonstigen Gütern für jedes qm belegter Fläche 5 Pf.

Zusätzliche Bestimmung.

Angefangene Tariseinheiten werden für voll gerechnet.

Befreiungen.

Es sind befreit:

- 1) Fahrzeuge und Güter, welche dem Könige, dem Preussischen Staate oder dem Deutschen Reiche gehören oder ausschließlich für deren Rechnung befördert werden, von den Abgaben unter I., II. und III.,
- 2) die Gepäckstücke der mit Personendampfern ankommenden oder abfahrenden Personen von der Abgabe unter II.,
- 3) Fahrzeuge, welche be- oder entladen werden, für die Dauer des Bösch- und Ladegeschäfts von der Abgabe unter I.,
- 4) Fahrzeuge für die Zeit des Eisstandes von der Abgabe unter I.

Dieser Tarif tritt nach vierzehntägigem Aushange auf der Ablage in Kraft.

Berlin, den 10. Oktober 1902.

Der Finanzminister:

Der Minister
der öffentlichen Arbeiten.

54.

Tariff

für die Benutzung der beiden Ablagen der Separationsinteressenten zu Permuth am rechten Ufer bei km 75,2 und km 75,5 der anderen Dampfabfertigungsstelle.

Es sind zu zahlen:

I. an Schiffsliegegeld

von jedem anlegenden Fahrzeuge und zwar:

- 1) von Fahrzeugen bis einschließlich 40,2 m Länge für jeden Tag 30 Pf.

- 2) von Fahrzeugen mit größerer Länge für jeden Tag 50 Pf.

Ausnahme.

Für Dampfer, welche einem regelmäßigen Personenverkehr dienen, kann nach Wahl der Schiffseigentümer anstatt der tarismäßigen Abgabe für jede einzelne Fahrt eine jährliche Abfindungssumme und zwar:

- 1) für Dampfer bis einschließlich 40,2 m Länge 20 M.
- 2) mit größerer Länge 40

entrichtet werden.

II. an Ufergeld

beim Aus- oder Einladen von Gütern:

- 1) von Erde, Lehm, Kies, Heu, Stroh, Faschinen, Stein- und Braunkohlen, Mauer-, Dach- und allen anderen Steinen für je eine Tonne (1000 kg) 5 Pf.
- 2) von sonstigen Gütern für je eine Tonne (1000 kg) 8

III. an Lagergeld

von Gütern, welche nach der Ausladung aus dem Schiff oder vor der Einladung in das Schiff länger als 24 Werktagstunden auf der Ablage lagern, für jeden folgenden Zeitraum von sieben Tagen und zwar:

- 1) von Buchenholz (Reisern), Brennholz (Kloben, Rollen, Knäppeln), Bruch- und Feldsteinen für je ein cbm 5 Pf.
- 2) von Mauersteinen für je 1000 Stück 15
- 3) von Dach- u. Hoffsteinen für je 1000 Stück 10
- 4) von sonstigen Gütern für jedes qm belegter Fläche 5
- 5) von Bauhölzern, welche auf der Prael verfloßt werden, für je ein Festmeter 5

Zusätzliche Bestimmung.

Angefangene Tariseinheiten werden für voll gerechnet.

Befreiungen.

Es sind befreit:

- 1) Fahrzeuge und Güter, welche dem Könige, dem Preussischen Staat oder dem Deutschen Reiche gehören oder ausschließlich für deren Rechnung befördert werden, von den Abgaben unter I., II. und III.
- 2) Die Gepäckstücke der mit Personendampfern ankommenden oder abfahrenden Personen von der Abgabe unter II.
- 3) Fahrzeuge, welche be- oder entladen werden, für die Dauer des Bösch- und Ladegeschäfts von der Abgabe unter I.
- 4) Fahrzeuge für die Zeit des Eisstandes von der Abgabe unter I.

Dieser Tarif tritt nach vierzehntägigem Aushange auf den Ablagen in Kraft.

Berlin, den 10. Oktober 1902.

Der Finanzminister:

Der Minister
der öffentlichen Arbeiten.

Kreisassistentenstelle:

55. Die Kreisassistentenstelle des Stadtfreies Potsdam mit dem Wohnsitz in Potsdam, mit welcher

eine Jahresremuneration von 1200 Mk. verbunden ist, ist zu besetzen.

Bewerbungsgesuche sind binnen 3 Wochen an denjenigen Herrn Regierungs-Präsidenten, in dessen Bezirk der Bewerber seinen Wohnsitz hat, im Landespolizeibezirk Berlin an den Herrn Polizei-Präsidenten in Berlin zu richten.

Berlin, den 21. Oktober 1902.

Der Minister der geistlichen,
Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Kreisassistenzarztstelle.

56. Die mit einer Jahresremuneration von 1200 Mk. verbundene Kreisassistenzarztstelle des Stadtkreises Charlottenburg (Landespolizeibezirk Berlin) mit dem Wohnsitz in Charlottenburg ist zu besetzen.

Bewerbungsgesuche sind binnen 3 Wochen an denjenigen Herrn Regierungs-Präsidenten, in dessen Bezirk der Bewerber seinen Wohnsitz hat, im Landespolizeibezirk Berlin an den Herrn Polizei-Präsidenten in Berlin zu richten.

Berlin, den 23. Oktober 1902.

Der Minister der geistlichen,
Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Bekanntmachungen des Königlichen Ober-Präsidenten.

Die am 1. Dezember 1902 stattfindende außerordentliche Viehzählung kleineren Umfanges im Stadtbezirk Berlin.

18. Bei der am 1. Dezember d. J. im preussischen Staate stattfindenden Viehzählung kleineren Umfanges kommen folgende Bestimmungen in Anwendung:

- 1) Die Viehzählung ist nach dem Stande vom 1. Dezember d. J. vorzunehmen und hat sich auf Pferde, Küder, Schafe und Schweine zu erstrecken. Außerdem ist durch sie die Zahl der viehbesitzenden Haushaltungen (Hauswirtschaften) in jedem Hause, Gehöfte u. s. w. festzustellen.
- 2) Durch die Zählung soll im Wesentlichen der Viehbestand jedes Hauses (Gehöftes, Anwesens) nebst zugehörigen Nebengebäuden ermittelt werden, mit der Maßgabe, daß am Tage der Zählung nur vorübergehend abwesendes Vieh bei dem Hause (Gehöfte), zu welchem es gehört, mitgezählt wird und dagegen da, wo es nur vorübergehend anwesend ist, z. B. in Wirtshäusern, Ausspannungen, außer Berücksichtigung bleibt.
- 3) Die Zählung wird unter der Leitung der Ortsbehörden durch freiwillige Zähler vorgenommen.
- 4) Die Aufnahme erfolgt von Haus zu Haus (Gehöft zu Gehöft) mittels Aufzeichnung des durch wirkliche Zählung ermittelten Viehstandes und der im Hause (Gehöfte) vorhandenen viehbesitzenden Haushaltungen in Zählkarten. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß bei der Zählung auch besondere Viehbestände, wie Vieh in Schlachthäusern oder auf Schiffen, Pferde in Vergwerken, nicht übergangen werden.
- 5) Die Zählarten sind durch die Haus- bezw. Gehöftbesitzer oder die Verwalter bezw. deren Vertreter

auszufüllen und durch Namensunterschrift zu bescheinigen. Wo dieses Verfahren nicht anwendbar erscheint, ist die Ausfertigung und Beglaubigung durch den Zähler, und zwar auf Grund an Ort und Stelle persönlich einzuziehender Erkundigungen zu bewirken.

Potsdam, den 27. Oktober 1902.

Der Oberpräsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Regierungs-Präsidenten.

Verordnung, betreffend Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

328. In Abänderung der Nr. 1 der Bekanntmachung vom 22. Juni 1892 (Amtsblatt von 1892 Extrabeilage zu St. 26 Seite 8), betreffend Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, und in Ausführung des § 105b. Absatz 2 der Reichsgewerbeordnung bestimme ich für den Umfang des Regierungsbezirks, soweit dies nicht schon durch die Verordnung vom 28. Juli 1892 (Amtsblatt zum Amtsblatt von 1892 Seite 317) geschehen, was folgt:

Im Handelsgewerbe dürfen Gehälfen, Lehrlinge und Arbeiter am ersten Weihnachtst-, Ofter- und Pfingsttage überhaupt nicht, im Uebrigen am Sonntags- und Festtagen nicht vor 7 Uhr Vormittags und nicht nach 2 Uhr Nachmittags sowie nicht während der für den Hauptgottesdienst bestimmten Zeit beschäftigt werden.

Sobald durch statutarische Bestimmung für einzelne Zweige des Handelsgewerbes die zulässige Beschäftigungszahl über das gesetzliche Maß eingeschränkt wird, verlieren die vorstehenden Vorschriften hinsichtlich dieser Gewerbezweige ihre Gültigkeit.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Potsdam, den 24. Oktober 1902.

Der Regierungs-Präsident.

Erhebung von Stüttegeld in Eichwalde, Kreis Seltow.

334. Den Tarif der im Amtsblatte von 1898, St. 28, Seite 310/11, veröffentlichten Ordnung, betr. die Erhebung von Stüttegeld-Gebühren für die Ablage der Gemeinde Eichwalde, vom 30. März 1899 habe ich auf weitere 6 Jahre festgestellt. (Zu vergl. Amtsblattsbekanntmachung vom 4. November 1899 — Amtsblatt von 1899, St. 45, Seite 440 —.)

Potsdam, den 21. Oktober 1902.

Der Regierungs-Präsident.

Außerordentliche Viehzählung am 1. Dezember 1902.

335. Am 1. Dezember l. J. findet im preussischen Staate eine außerordentliche Zählung der Pferde, des Rindviehs, der Schafe und der Schweine statt, bei der folgende Bestimmungen in Anwendung kommen:

1. Die Viehzählung ist nach dem Stande vom 1. Dezember d. J. vorzunehmen und hat sich auf die Pferde, Küder, Schafe und Schweine zu erstrecken. Außerdem ist durch sie die Zahl der viehbesitzenden Haushaltungen (Hauswirtschaften) in jedem Gehöfte (Hause) u. s. w. festzustellen.
2. Durch die Zählung soll im Wesentlichen der Viehstand jedes Gehöftes oder Anwesens (Hauses nebst zugehörigen Nebengebäuden) ermittelt werden, mit

der Maßgabe, daß am Tage der Zählung nur vorübergehend abwesendes Vieh bei dem Gehöfte (Hause), zu welchem es gehört, mitgezählt wird und dagegen da, wo es nur vorübergehend anwesend ist, z. B. in Wirthshäusern, Ausspannungen, außer Berücksichtigung bleibt.

3. Die Zählung ist unter der Leitung der Ortsbehörden durch freiwillige Zähler vorzunehmen. Sie geschieht nach Gemeinden und Ortsbezirken; die innerhalb eines Gemeinde- bezw. Ortsbezirks amtlich oder volksthümlich einen besonderen geographischen Namen tragenden Wohnplätze sind getrennt ersichtlich zu machen.

4. Die Aufnahme erfolgt von Gehöft zu Gehöft (Haus zu Haus) mittels Aufzeichnung des durch wirkliche Zählung ermittelten Viehstandes und der im Gehöfte (Hause) vorhandenen viehbesitzenden Haushaltungen in Zählkarten. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß bei der Zählung auch besondere Viehbestände, wie Vieh in Schlachthäusern oder auf Schiffen, Pferde in Bergwerken, nicht übergangen werden.

5. Die Zählkarten sind durch die Gehöft- bezw. Hausbesitzer oder die Verwalter bezw. deren Vertreter auszufüllen und durch Namensunterschrift zu bescheinigen. Wo dieses Verfahren nicht anwendbar erscheint, ist die Ausfertigung und Beglaubigung durch den Zähler, und zwar auf Grund an Ort und Stelle persönlich einzuziehender Erkundigungen zu bewirken.

6. Die ausgefüllten Zählkarten sind seitens der mit der Leitung der Zählung betrauten örtlichen Behörden einer genauen Prüfung zu unterziehen. Erforderliche Ergänzungen und Berichtigungen sind sofort zu veranlassen und müssen am 7. Dezember d. J. beendet sein. Etwa nöthige Nachzählungen sind auf den Stand vom 1. Dezember d. J. zu beziehen. Die in den Zählkarten enthaltenen Angaben dürfen zu keinerlei Steuerzwecken benutzt werden.

7. Dem Königlich preussischen Bureau (Berlin SW. 68, Lindenstraße 28) ist die Vorbereitung der Erhebung sowie die Prüfung und Zusammenstellung der Zählungsergebnisse übertragen.

Bei der hohen Bedeutung der Zählung für die Staats- und Gemeindeverwaltung und für die Förderung wissenschaftlicher und gemeinnütziger Zwecke ersuche ich alle theilhaftigen Ortschaften, die Zähler bei Ausföhrung der Zählung möglichst zu unterstützen, damit dieselbe rasch gefördert wird und zuverlässige Ergebnisse liefert. Ganz besonders weise ich darauf hin, daß die Aufnahme nicht zu steuerlichen Zwecken dient.

Potsdam, den 25. Oktober 1902.
Der Regierungspräsident.

Kontraktbrüche ausländische Arbeiter.

326. Folgende ausländisch-polnische Saisonarbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitsstätten unter Kontraktbruch verlassen:

| Namen: | Wohnort:
Beschäftigungsort: |
|-------------------------------------|--|
| Franz Ludwinski, | Stargardt, Kreis Regenwalde,
Reg.-Bez. Stettin. |
| Stanislaus Monowaki, | desgl. |
| Adam Biesewski, | desgl. |
| Stanislaus Karaschewitz nebst Frau, | Jozenow, Kreis Regenwalde,
Reg.-Bez. Stettin. |
| Stanislaus Stawiskowski, | Warkow, Kreis Rügen,
Reg.-Bez. Stralsund. |
| Joseph Kantil, | desgl. |
| Valentin Kantil, | desgl. |
| Franz Bauschin, | desgl. |
| Ignaz Popinta, | desgl. |
| Johann Orpel, | desgl. |
| Michel Kantil, | desgl. |
| Antonie Stawiskowski, | desgl. |
| Marie Stawiskowski, | desgl. |
| Barba Babierzil, | desgl. |
| Marie Kantil, | desgl. |
| Marianne Popinta, | desgl. |
| Laovilla Orpel, | desgl. |
| Josephina Klafad, | desgl. |
| Halabitta Pobitwiska, | desgl. |

Die Genannten sind festzunehmen und sofort mittels Zwangsreisepasses aus dem Staatsgebiete auszuweisen. Vom Geschehenen ist unter Bezugnahme auf diese Bekanntmachung hierher Nachricht zu geben.

Potsdam, den 28. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

Lehrschmiede in Charlottenburg.

327. Der nächste Kursus zur Ausbildung von Lehrschmiedemeistern an der Lehrschmiede in Charlottenburg beginnt am Montag den 2. Februar 1903. Anmeldungen sind an den Direktor des Instituts, Obersekr. a. D. Brand in Charlottenburg, Spreestr. 42, zu richten.

Potsdam, den 28. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

328. Viehsuchen.

I. Festgestellt:

a. Milzbrand. Kreis Ost-Havelland: Börsick. Kreis West-Havelland: Rhinow. Kreis Zauch-Belzig: Wiesenburg.

b. Schweinepeste. Kreis Angermünde: Bessow.

c. Geflügelcholera. Kreis Nieder-Barnim: Reinickendorf. Kreis Ober-Barnim: Neu-Trebbin. Kreis West-Prignitz: Havelberg.

II. Erloschen:

a. Milzbrand. Kreis West-Havelland: Wackow.

b. Geflügelcholera. Kreis Ost-Havelland: Vorwerk-Vergebruch.

Potsdam, den 28. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

Schluß der Jagd auf Rebhühner.

32. Für den Regierungsbezirk Potsdam mit Ausnahme der Stadtkreise Charlottenburg, Schöneberg und

Rixdorf wird die diesjährige Jagd auf Rebhühner mit Ablauf des 16. November d. J. geschlossen.

Potsdam, den 21. Oktober 1902.

Der Bezirksausschuß zu Potsdam.

Grundstücksausschöpfung.

23. Der Kommerzienrath Richard Köstke zu Potsdam beabsichtigt, ein Grundstück auf dem Tornow hochwasserfrei aufzuheben und nach der Havel zu zu befestigen.

Hierzu ist die beschauligkeitsliche Genehmigung nach gesucht worden.

Dies wird mit der Aufforderung bekannt gemacht, etwaige Einwendungen in beschauligkeitslicher Hinsicht gegen die geplante Ausschöpfung bis einschließlich 15ten November bei dem Bezirksausschuß zu Potsdam anzubringen. Später eingehende Einsprüche finden keine Berücksichtigung. Die Pläne können in der Registratur des Bezirksausschusses hier, Humboldtstraße 1, während derselben Frist angesehen werden.

Potsdam, den 20. Oktober 1902.

Der Bezirksausschuß. Ruffmann.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Verkundigung ortspolizeilicher Verordnungen für die Stadt Charlottenburg.

90. Unter Aufhebung meiner Bekanntmachung vom 16. März 1897 (Amtsblatt Nr. 13 vom 26. März 1897, Seite 127/128) wird auf Grund des § 5 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 die verbindliche Kraft zur Verkündigung ortspolizeilicher Verordnungen für die Stadt Charlottenburg der unter dem Titel „Charlottenburger Tageszeitung“ in Charlottenburg erscheinenden Zeitung unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs hierdurch beilegt.

Berlin, den 21. Oktober 1902.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.

Postpaketverkehr mit San Domingo.

9. Von jetzt ab können Postpakete ohne Wertangabe bis 5 kg nach der Republik San Domingo abgesandt werden. Die Gebühren betragen 3 M. 15 Pf. für das Paket. Ueber die näheren Bedingungen ertheilen die Postanstalten Auskunft.

Berlin W. 66, den 18. Oktober 1902.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Annahme von Postsendungen durch die Landbriefträger etc.

89. Jeder Landbriefträger und Posthäufstelleninhaber hat bestimmungsmäßig ein Annahmehandbuch zu führen, das zur Eintragung der angenommenen Postanweisungen, Wertsendungen u. s. w. dient. Den Auflieferern steht es frei, die Eintragungen in das Annahmehandbuch des Landbriefträgers oder der Posthäufstelle selbst zu bewirken. Bei Eintragung des Gegenstandes durch den Landbriefträger oder den Posthäufstelleninhaber ist der Auflieferer befugt, sich von der erfolgten Buchung zu überzeugen.

Da die Haftpflicht der Postverwaltung mit der durch die Eintragung in das Annahmehandbuch nachweisbaren Uebergabe der Sendungen an den Landbriefträger beginnt, das Eintragen in das Annahmehandbuch mithin von entscheidender Bedeutung ist, so kann dem Publikum zur Sicherstellung nur immer von Neuem empfohlen werden, von der erwähnten Einrichtung in jedem Falle Gebrauch zu machen.

Der Posteinlieferungsschein wird erst bei der Ablieferung der Sendung an die Postanstalt ausgereicht. Der Landbriefträger ist verpflichtet, denselben auf dem nächsten Bestellsange dem Absender abzuliefern.

Berlin C. 2, den 22. Oktober 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Verlegung von Telegraphen-Ordnungsbüchern.

90. Bei dem Kaiserlichen Haupt-Telegraphenamts hier W. 56, Französischestr. 33, liegt ein Plan aus über Verlegung zweier Telegraphen-Ordnungsbücher in der Königin Augustastr. in der Nähe der Ueberschneidung der Potsdamer Eisenbahn.

Berlin C. 2, den 21. Oktober 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirektion zu Berlin.

Privatbespannenverkehr auf der Eisenbahnstation Halensee.

43. Vom 1. November 1902 ab bleibt die Eisenbahnstation Halensee an den Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen für den Privatbespannenverkehr geschlossen.

Berlin, 20. Oktober 1902.

Königl. Eisenbahndirektion.

Ausnahmetarif für Düngemittel und Rohmaterialien der Ausfuhrfabrikation.

44. Mit Gültigkeit vom 1. November d. J. wird der Ausnahmetarif auch auf die den Preussischen Staats-Eisenbahnen, Aktien-Gesellschaft in Karlsruhe, gehörige Nebenbahn Neudorf-Hofheim-Büdingen und zwar im direkten Verkehr wie auch im Binnenverkehr ausgedehnt.

Nähere Auskunft über die Höhe der Frachtsätze geben das Auskunfts-Bureau in Berlin, Bahnhof Alexanderplatz, und die betheiligten Abfertigungsstellen.

Berlin, den 22. Oktober 1902.

Königl. Eisenbahndirektion.

im Namen der betheiligten Verwaltungen.

Personal-Chronik.

Der Regierungsrath von Doemming hieselbst ist zum Oberregierungsrath ernannt und ihm die Stelle als Dirigent der Kirchen- und Schultheilung bei der hiesigen Regierung übertragen worden.

Der Militär-Anwärter Polenz bei der Veranlagungskommission des Kreises Niederbarnim in Berlin ist zum Steuersupernumerar ernannt worden.

Im Kreise Osthavelland ist wieder ernannt worden zum Amtsvorsteher: Gemeindevorsteher Vahse, Gränesfeld, für den Bezirk 11 „Perwenig“.

Im Kreise Oberbarnim ist ernannt worden zum Amtsvorsteherstellvertreter: Gutsbesitzer Fr. Leonhardt, Neu-Trebbin, für den Bezirk 25 „Neu-Trebbin“.

Im Kreise Westhavelland ist ernannt worden zum Amts-
vorsteher: Rittergutsbesitzer und Hauptmann a. D. Willen
Graf v. Bredow in Görne für den Bez. 3 „Kleffen“.
Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Gerechtigkeit.

Während des Geschäftsjahres 1903 werden
die Gerichtstage in Barnow am 5. Januar, 2. Fe-
bruar, 2. März, 4. Mai, 6. Juli, 5. Oktober, 2. No-
vember, 7. Dezember im Müller'schen Gasthof ab-
gehalten werden. Auf dem Gerichtstage können auch
Anträge auf Eintragung in die Landgüterrolle gestellt
werden. Perleberg, den 15. Oktober 1902.

Königliches Amtsgericht.

Geschenke an Kirchen etc.

Bei dem Konfistorium der Provinz ist Anzeige ge-
macht über folgende Geschenke, welche neuerdings den
mit den Diözesen nachbenannten Kirchen u. des Regie-
rungsbezirks Potsdam gespendet wurden:

Von Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin an
die Kirche zu Schulendorf, Diözese Lindow-Gransee:
eine Altarbibel. Außerdem:

Baruth: der Kirche zu Heinsdorf: von der Pfarr-
frau: Altarteppich;

Berlin Land I.: der Kirche zu Mehrow: vom Patron
Rittergutsbesitzer Stodt: Orgel;

Berlin Land II.: der Kirche zu Nieder-Schönhausen:
von Herrn Welzel: 2000 M. zur Grabpflege, der
Kirche zu Reinickendorf: vom Rentier Hausvater:
Erennkäuf von 12 ar 66 qm Größe;

Mit Stadt Brandenburg: der St. Gotthardt-Kirche
zu Brandenburg a./H.: von Ungenannt: 300 M.
zum Baufonds für Renovierung der Kirche, der Kirche
zu Radelow: von Ungenannt: Altarteppich;

Reg.-Stadt Brandenburg: der Kirche zu Dreg: vom
Amtsvorsteher Thietke: Orgelgehäuse, von den
Ziegeleibesitzern R. u. E. Neumann, Gutbesitzer
Neumann, Amtsvorsteher Thietke: 3 Glöden,
vom Ziegeleibesitzer Hornemann: 3 Apfelfenster,
vom Gutbesitzer Wulkow: Abendmahlstanne, von
den Geschwistern Wulkow: Patene, vom Gutbesitzer
Rißel, von Frau Hornemann und von Frau
Bernau: Kronleuchter, von den Frauen Elste,
L. Riegmann, F. Süring, G. Süring, Koppe,
Pape, Wulkow, Bundahl: Altarteppich, vom
Gesangsverein: Fenster, von E. Lange: Taufstein,
von den Handwerksmeistern: Taufbecken, von den
Schulkindern: Taufstanne, von Frä. Wennemede:
Belum, von den Frä. Belling: Opfereller, von
den Lehrern Thiede und Kunkel, vom Sattler-
meister Marzahn und vom Milchhändler Hinge:
Orgellampen, vom Ziegeleibesitzer Voigt: Kanzel
und Altaraufsatz, von Frau Ziegeleibesitzer Voigt:
2 Altarleuchter;

Dom Brandenburg: der Kirche zu Gollmig: von

der Familie von Hagen: Altar- und Kanzelbefes-
tung und Altartuch;

Edl. Land II.: der Kirche zu Budow: von Frau
Pfarrer Kradow: Altartischbede;

Eberswalde: der St. Maria Magdalenen-Kirche zu
Eberswalde: vom Geh. Kommerzien-Rath Schreiber:

1000 M. zur Anschaffung neuer Abendmahlsgeschäfte;

Gramzow: der Kirche zu Blantenburg: von der Politi-
Gem. Blantenburg: 2/3 Morgen Kirchhofsländ; der
Kirche zu Gramzow: von Kaufmann Krohne und
Frau: Kniekissen;

Prenzlau I.: der St. Jacobi-Kirche zu Prenzlau: von
Fr. Kurzrod: 289,50 M. zur Grabpflege, von Un-
genannt: 4 Altarleuchter, von Fr. Kettischlag: zwei
Altarleuchter;

Templin: der Kirche zu Wilmerdorf: vom Ritterguts-
besitzer Leutnant Iffland: Heizungsanlage für die
Kirche.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Commis Andreas Stich, geboren am 18ten
August 1870 zu Aufschowitz, österreichischer Staats-
angehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung
des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom
12. April 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Köchin Ida Markowicz, geboren 13. August 1873
zu Gorden, Kreis Romm, russische Staatsangehörige,
ist als lästige Ausländerin durch Verfügung des Königl.
Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 10. Juni d.
J. ausgewiesen.

Cigarettenarbeiterin Sarah Freibusch, geborene
Sidkin, geboren im Jahre 1877 zu Treuenitzberg, Kreis
Dwinitz, russische Staatsangehörige, ist als lästige Aus-
länderin durch Verfügung des Königl. Polizei-
Präsidenten zu Berlin vom 3. Juli 1902 ausgewiesen.

Arbeiter Siegfried Schönbarg, geboren 12. Juli
1882 zu Cholergyn, Kreis Krasau, österreichischer Staats-
angehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung
des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 3ten
September 1902 ausgewiesen.

Schuhmacher Thomas Wassilewski, geboren 20ten
November 1875 zu Dpatowef, Kreis Kalisch, russischer
Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Ver-
fügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin
vom 30. August 1902 ausgewiesen.

Der Schneider Bela Dormann, geboren am
29. August 1880 zu Stary, österreichischer Staatsan-
gehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung
des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom
16. September 1902 ausgewiesen.

Der Fleischbauer Sawa Mitrowicz, geboren am
6. November 1886 zu Semendzia, serbischer Staats-
angehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung
des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom
20. September 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Hierzu Sechs Dessenliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hagen'schen Erben.

Mitsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 45.

Den 7. November

1902.

Inhaltsverzeichnis. Inhalt von Stück 43 des Reichsgesetz-Blatts. S. 479. — Entlehnungsrecht für den Verbindungsanal Griebnitzsee-Wannsee. S. 479. — Reineinkommen der Preussischen Staats-Eisenbahnen u. S. 479. — Fahrkart. S. 479. — Bäder-Innung in Oberwalde. S. 479. — Baumaterial. S. 480. — Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter. S. 480. — Viehsuchen. S. 480. — Grundstücksauflösung. S. 480. — Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. S. 480/481. — Fußbeschlag-Lehrmeister. S. 481. — Neue Telegraphenanstalt. S. 481. — Auslosung von Rentenbriefen u. S. 481. — Personals-Chronik. S. 482. — Verzichtstage. S. 483. — Ausweisungen aus Preußen. S. 483.

Reichsgesetzblatt.

(Stück 43.) Nr. 2900. Bekanntmachung, betreffend die Einrichtung und den Betrieb der Koppbaarspinnereien, Haar- und Vorstanzurichtereien sowie der Bürsten- und Pinselmachereien. Vom 22. Oktober 1902.

Allerhöchster Erlass.

Entlehnungsrecht für den Verbindungsanal Griebnitzsee—Wannsee.

Auf Ihren Bericht vom 27. September d. Js. will Ich dem Kreise Teltow, Regierungsbezirk Potsdam, welcher den Bau, den Betrieb und die künftige Unterhaltung eines schiffbaren Verbindungsanals zwischen dem Teltowkanal bei Koppbaarsbrück und dem großen Wannsee beschlossen hat, das Entlehnungsrecht zur Entziehung und zur dauernden Beschränkung des für diese Anlage in Anspruch zu nehmenden Grundeigentums verleihe.

Kabinen, den 8. Oktober 1902.

gez. Wilhelm R.

gegenges. Budge.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Reineinkommen der gesamten Preussischen Staats- u. Eisenbahnen.

57. Gemäß § 45 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (G.-G. S. 152) wird das für die Kommunalbesteuerung im Steuerjahre 1902 in Betracht kommende Reineinkommen der gesamten Preussischen Staats- und für Rechnung des Staates verwalteten Eisenbahnen auf den Betrag von 208744202 M.

hierdurch festgestellt.

Von diesem Gesamteinkommen unterliegen nach dem Verhältnisse der erwachsenen Ausgaben an Gehältern und Löhnen der Besteuerung

A. durch die beteiligten Preussischen Gemeinden 184502475 M.

B. durch die beteiligten Preussischen Kreise 189814359 M.

Berlin, den 25. Oktober 1902.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen

des Königl. Regierungspräsidenten.

329.

Tarif

für die öffentliche Fähr- über den Rallgraben zwischen Dorf Rüdersdorf und Alte Grund (Klm. 7,750 und 6,690).

Es ist zu entrichten

- 1) Für das Ueberfegen einer einzelnen erwachsenen Person einschließlich der Tragelast 5 Pf.
- 2) Für das Ueberfegen eines Kindes im Alter von 4 bis 13 Jahren 3 Pf.
- 3) Für das Ueberfegen einer Person im Wochenabonnement 40 Pf.
- 4) Für das Ueberfegen einer Familie ohne Rücksicht auf die Kopffzahl im Monatsabonnement 3 M.
- 5) Für das Ueberfegen eines Fahrrades je Stg 5 Pf.

Diese Sätze gelten bei jedem Wasserstande.

Der Fährbetrieb dauert tagtäglich von 5¹/₂ Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

Anmerkung.

- a. Frei überfegen sind öffentliche Beamte bei Dienstreisen oder sonstiger dienstlicher Veranlassung, wenn sie sich gehörig ausweisen oder Uniform tragen, der Briefträger und der Postbote.
- b. Kinder unter 4 Jahren.

Potsdam, den 29. August 1902.

Der Regierungspräsident.

Bädertagung in Oberwalde.

330. Auf Grund des § 100 des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, vom 26. Juli 1900 (R.-G.-Bl. S. 918) hat die Zwangsinnung für das Bäderhandwerk in Oberwalde beantragt, anzuordnen, daß zur Wahrnehmung der gemeinsamen gewerblichen Interessen des Bäderhandwerks sämtliche Gewerbetreibende, welche das bezeichnete Gewerbe in den Drikschaften Hedelberg und Brunow ausüben, der bestehenden Innung (Zwangsinnung) als Mitglieder anzugehören haben.

Zur Feststellung, ob die Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden der Einföhrung des Beitrittsantrages

zustimmt, bestelle ich den Herrn Bürgermeister zum Kommissar.

Die Art und Zeit der Abstimmung wird der Herr Kommissar durch die Gemeindevorstände der dem Bezirke der zu erweiternden Zwangsinnung angehörenden Gemeinden in ortsüblicher Weise zur Kenntniß der Theilhabenden bringen.

Potsdam, den 28. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

Baumaterial.

331. Zur Erläuterung des § 8 der Bau-Polizei-Ordnung für das preussische Land des Regierungsbezirks Potsdam vom 15. März 1872 — Beilage zum Städt. 13 des Amtsbl. 1872 — weisse ich daraufhin, daß gute Kalksandsteine den a. a. D. geforderten gebrannten Mauersteinen gleichzustellen sind.

Das Eigengewicht und die zulässige Beanspruchung des Kalksandsteinmauerwerks sind, soweit erforderlich, von Fall zu Fall zu begründen.

Potsdam, den 29. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

Kontraktträchtige ausländische Arbeiter.

332. Folgende ausländisch-polnische Saisonarbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitsstätten unter Kontraktbruch verlassen:

| Namen: | Bisheriger Beschäftigungsort: |
|--------------------------|--|
| 1. Vincent Dudka | Mittergut Glienig, Kreis Jüterbog-Luckenwalde. |
| 2. Peter Łalasz | |
| 3. Barbara Łalasz | |
| 4. Magdalena Dubel | |
| 5. Stanisława Madej | Welsa, Kreis Warburg, Reg.-Bez. Minden. |
| 6. Michael Pietrzak | |
| 7. Martin Chmielowicz | Mittergut Wittenhagen, Kreis Naugard, Reg.-Bez. Stettin. |
| 8. Franz Turja | |
| 9. Marcin Kensiłowicz | Vorwerk Freienstein, Kreis Randow, Reg.-Bez. Stettin. |
| 10. Ludwik Kensiłowicz | |
| 11. Marianne Kensiłowicz | |
| 12. Michał Dzinbarczak | |

Die Genannten sind festzunehmen und sofort aus dem Staatsgebiete auszuweisen. Vom Geschehenen ist unter Bezugnahme auf diese Bekanntmachung hierher Nachricht zu geben.

Potsdam, den 4. November 1902.

Der Regierungspräsident.

333. Viehsuchen.

I. Festgestellt:

a. Milzbrand. Kreis Ost-Havelland: Gut Landin.

b. Schweinepeste. Kreis Teltow: Mittenwalde, Trebbin, Dianenfelde.

c. Geflügelcholera. Kreis Nieder-Barnim: Dranienburg. Kreis Ober-Barnim: Neu-Trebbin. Kreis Ost-Havelland: Berge. Kreis Teltow: Groß-Lichterfelds.

II. Erlöschen:

a. Milzbrand. Kreis Ost-Havelland: Börnicke, Belten.

b. Schweinepeste. Kreis Nieder-Barnim: Lübars. Kreis Prenzlau: Gäßow (Ausbau), Dom. Jagow, Schneidemühle b./Jagow. Kreis Teltow: Gütergoh, Schmargendorf, Teltow, Johannisthal.

c. Geflügelcholera. Kreis Nieder-Barnim: Rärshorst. Kreis Teltow: Jossen, Eypend.

d. Räude. Kreis Ost-Havelland: Dyroß, Buchow-Carpzow.

Potsdam, den 4. November 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

Grundstücksaufhöhung.

24. Der Kommerzienrath Richard Köstke zu Potsdam beabsichtigt, ein Grundstück auf dem Tornow hochwasserfrei aufzuheben und nach der Havel zu zu befestigen.

Hierzu ist die bezirkspolizeiliche Genehmigung nach-gesucht worden.

Dies wird mit der Aufforderung bekannt gemacht, etwaige Einwendungen in bezirkspolizeilicher Hinsicht gegen die geplante Aufhöhung bis einschließlich 15ten November bei dem Bezirksausschusse zu Potsdam anzubringen. Später eingehende Einsprüche finden keine Berücksichtigung. Die Pläne können in der Registratur des Bezirksausschusses hier, Humboldtsstraße 1, während derselben Frist eingesehen werden.

Potsdam, den 20. Oktober 1902.

Der Bezirksausschuß. Ruffmann.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

91. Gemäß §§ 105 b. Absatz 2, 105 e. und 41 a. der Reichs-Gewerbe-Ordnung wird für die Stadtkreise Berlin, Charlottenburg und Nizdorf Folgendes bestimmt:

1. Im Handelsgewerbe, jedoch mit Ausschluß der Bank-, Wechsel- und Lotteriegeschäfte, dürfen abweichend von der allgemein festgestellten sonntäglichen Beschäftigungszeit Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten,

nämlich am 14. und 21. Dezember d. J., von 8 bis 10 Uhr Vormittags und von 12 bis 8 Uhr Nachmittags

beschäftigt werden.

Der Verkauf von Bad- und Conditorenwaaren, von Fleisch und Wurst, der Milchhandel und der Betrieb der Vorkosthandlungen ist an den genannten beiden Sonntagen in gleicher Weise wie an den übrigen Sonntagen schon vor Beginn der allgemeinen Verkaufszeit und zwar von 5 Uhr Morgens an zulässig.

Der Handel mit Brennmaterialien (Holz, Kohlen, Rost, Bricketts, Torf und Kohlenanzuendern) ist in Berlin an den beiden letzten Sonntagen vor Weih-

nachten während der Zeit von 5 bis 10 Uhr Vormittags und von 2 bis 7 Uhr Nachmittags gestattet.

2. Von dem allgemeinen Verbot der Beschäftigung von Gehülfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe

am 25. Dezember, dem ersten Weihnachtstage,

werden, soweit der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen stattfindet, ausgenommen:

- a. der Handel mit Milch, mit Back- und Konditorwaaren, sowie mit Konfitüren während der Zeit von 5 bis 10 Uhr Vormittags und von 12 bis 2 Uhr Nachmittags;
- b. der Handel mit Fleischwaaren während der Zeit von 5 bis 10 Uhr Vormittags;
- c. der Handel mit Kolonialwaaren, mit Vorkostwaaren, mit Brennmaterialien, mit Bier und Wein, mit Tabak und Cigarren während der Zeit von 8 bis 10 Uhr Vormittags;
- d. der Handel mit Blumen während der Zeit von 7 bis 10 Uhr Vormittags und 12 bis 2 Uhr Nachmittags;
- e. der Handel mit Druckschriften auf den Bahnhöfen während der Zeit von 7½ bis 10 Uhr Vormittags;
- f. die Zeitungs Expedition während der Zeit von 4 bis 9 Uhr Vormittags.

3. Am 26. Dezember, dem zweiten Weihnachtstage, gelten die allgemeinen Vorschriften über die Beschäftigung von Gehülfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen.

Berlin, den 31. Oktober 1902.

Der Polizei-Präsident.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

92. Gemäß §§ 105 b. Absatz 2, 105 e. und 41 a. der Reichs-Gewerbe-Ordnung wird für den Stadtkreis **Schöneberg** folgendes bestimmt:

1. Im Handelsgewerbe, jedoch mit Ausschluß der Bank-, Wechsel- und Lotteriegeschäfte, dürfen abweichend von der allgemein festgestellten sonntäglichen Beschäftigungszeit Gehülfen, Lehrlinge und Arbeiter an den beiden letzten Sonntagen vor **Weihnachten**

nämlich am 14. und 21. Dezember d. J. von 8 bis 9½ Uhr Vormittags und von 11½ bis 8 Uhr Nachmittags

beschäftigt werden.

Der Verkauf von Back- und Konditorwaaren, von Fleisch und Wurst, der Milchhandel und der Betrieb der Vorkosthandlungen ist an den genannten beiden Sonntagen schon vor Beginn der allgemeinen Verkaufszeit und zwar von 5 Uhr Morgens an zulässig.

2. Von dem allgemeinen Verbot der Beschäftigung von Gehülfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe

am 25. Dezember, dem ersten Weihnachtstage,

werden, soweit der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen stattfindet, ausgenommen:

- a. der Handel mit Milch, mit Back- und Konditorwaaren, sowie mit Konfitüren während der Zeit von 5 bis 9½ Uhr Vormittags und von 11½ bis 2 Uhr Nachmittags;
- b. der Handel mit Fleischwaaren während der Zeit von 5 bis 9½ Uhr Vormittags;
- c. der Handel mit Kolonialwaaren, mit Vorkostwaaren, mit Brennmaterialien, mit Bier und Wein, mit Tabak und Cigarren während der Zeit von 7½ bis 9½ Uhr Vormittags;
- d. der Handel mit Blumen während der Zeit von 7 bis 9½ Uhr Vormittags und von 11½ bis 2 Uhr Nachmittags;
- e. der Handel mit Druckschriften auf den Bahnhöfen während der Zeit von 7½ bis 9½ Uhr Vormittags;
- f. die Zeitungs Expedition während der Zeit von 4 bis 9 Uhr Vormittags.

3. Am 26. Dezember, dem zweiten Weihnachtstage, gelten die allgemeinen Vorschriften über die Beschäftigung von Gehülfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen.

Berlin, den 31. Oktober 1902.

Der Polizei-Präsident.

Hufbeschlag-Lehrmeister.

93. Dem Hufbeschlagmeister Reinhold Wächter aus Berlin, welcher am 29. v. M. nach viermonatlichem Besuche der Anstalt zur Ausbildung von Lehrschmiedemeistern zu Charlottenburg die vorgeschriebene Prüfung bestanden hat, ist von der Prüfungskommission die Berechtigung erteilt, den Titel Hufbeschlag-Lehrmeister zu führen und als Vorsteher einer nach dem Gesetze vom 18. Juni 1884 vorgesehenen Lehrschmiede zu wirken.

Vorstehendes wird auf Anordnung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Berlin, den 28. Oktober 1902.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Eröffnung neuer Telegraphenanstalten.

91. Bei der Postfiliale in Rohlisdorf bei Sadowitz wird am 4. November d. J. der Telegraphenbetrieb eröffnet.

Potsdam, 31. Oktober 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion. Gärter.

Bekanntmachungen der kgl. Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Auflösung von Rentenbriefen u.

20. In Gemäßheit der Bestimmungen des Gesetzes vom 2. März 1850, betreffend die Errichtung der Rentenbanken, und des Gesetzes vom 7. Juli 1891, be-

treffend die Beförderung der Errichtung von Renten-
gütern, wird am 15. November d. J. Vor-
mittags 10 Uhr in unserem Geschäftslokale Kloster-
straße 76 I. hieselbst die Ausloosung von 4%igen
Rentenbriefen (Litt. A.—E.) und von 3½%igen
Rentenbriefen (Litt. L.—P.) sowie die Vernichtung
der ausgelosten und eingelösten Rentenbriefe unter Zu-
ziehung der von der Provinzial-Vertretung gewählten
Abgeordneten und eines Notars stattfinden.

Berlin, den 28. Oktober 1902.

Königliche Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Personal-Chronik.

Der Regierungsassessor Dr. Herr ist dem Land-
rathe des Kreises Niederbarnim zur Hülfeleistung über-
wiesen.

Die Hilfsarbeiter Ernst Gau und Friedrich
Schwerdt sind zu Hilfszeichnern für das Katasterbureau
der hiesigen Regierung berufen worden.

Der bisherige Pfarrer zu Hohenbruch, Diözese
Neu-Ruppin, Friedr. Ferdinand Franz, ist zum Pfarrer
der Parochie Rauen, Diözese Storkow, bestellt worden.

Dem Küster und Lehrer Reinhold Thiede in
Ders, Diözese Neustadt-Brandenburg, ist der Titel
„Rantor“ verliehen.

Die Gemeindefchullehrer Golling und Bruse
sind als Gemeindefchulrektoren in Berlin angestellt worden.

Der Lehrer Tüllmann ist endgültig als Gemeindef-
schullehrer in Berlin angestellt worden.

Der Lehrer Wittel ist endgültig als Gemeindef-
schullehrer in Berlin angestellt worden.

Der Schulamtskandidat Döhle ist als Oberlehrer
an der Friedrichs-Werderschen Oberrealschule in Berlin
angestellt worden.

Der Schulamtskandidat Wimmer ist als Ober-
lehrer an der Luisenstädtischen Oberrealschule in Berlin
angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke
des Kammergerichts im Monat Juli 1902.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind zum Amtsrichter in Neuwedell der
Gerichtsassessor Dr. Bayard; zum Handelsrichter bei
dem Landgericht I. in Berlin der Fabrikant Hugo
Rosenthal in Berlin; zu stellvertretenden Handels-
richtern bei dem Landgericht I. in Berlin die Fabrik-
besitzer Fritz Eugenheim, Philemon Ritter und Paul
Pfarup, die Kaufleute Richard Herrmann, Julius
Heine, Paul Ehrenberg, Hermann Nathan Israel,
David Bry, Wilhelm Schneider und Georg Im-
berg, die Bankiers Adolf Moser und Theodor
Rosenstock, sämmtlich in Berlin. Versetzt sind die
Amtsrichter Dr. Schröder in Guben, Dr. Roeder
in Bütow und Tismer in Schwerin a./W. an das
Amtsgericht I. in Berlin, Amtsgerichtsrath Schwente
in Hünsterwalde an das Amtsgericht II. in Berlin,
sowie der Amtsrichter Dr. Bärenstein in Müncheberg
nach Wasserhausen a. D.

II. Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare
Knaus, Dr. von Wicleben, Dr. Nehmer,
Dr. Steinert, Dr. Neumann, Dech, Dr. Gut-
feld, Richter, von Clausewitz, Dr. Cohn, Dr.
Gottlieb, Dr. Hamburger und Dr. Stern. Aus-
geschieden ist der Gerichtsassessor Freiherr von dem
Riesebeck. Versetzt ist der Gerichtsassessor Beder in
den Oberlandesgerichtsbezirk Posen.

III. Rechtsanwälte und Notare.

Gelöst ist in die Liste der Rechtsanwälte sind die
Rechtsanwälte Ernst Caro, Beder und Dr.
Sarrazin bei dem Landgericht I. in Berlin. Ein-
getragen in die Liste der Rechtsanwälte sind der Rechts-
anwalt Ernst Caro vom Landgericht I. in Berlin bei
dem Kammergericht, der Garnison-Auditeur a. D.,
Justizrath Rix und der Gerichtsassessor Dr. Selbiger
bei dem Landgericht I. in Berlin, der Rechtsanwalt
Beder vom Landgericht I. in Berlin und der Gerichts-
assessor Jüllhauer bei dem Landgericht II. in Berlin.
Dem Notar Justizrath Siegmund Joel Meyer in
Berlin ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte
ertheilt.

IV. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt die bisherigen Rechts-
kandidaten Ruben, Hartmann, Degener, Abra-
ham, Fels, Peyser, Dinge, Wilhelm Schmidt,
Kachholz, Wiechowski, Alexander, Magdeburg,
Quandor, Bendix, Püschel, Lange, Thoms,
von Müller, Conze, v. der Groeben, Fried-
mann und Hahn. Entlassen ist der Referendar
Wegener. Verstorben ist der Referendar Peterel.

V. Subalternbeamte.

Ernannt ist der Willküranwärter Juch zum Ge-
richtsschreibergehilfen bei dem Amtsgericht Soldin.
Pensionirt ist der Gerichtsvollzieher Noack bei dem
Amtsgericht II. in Berlin. Gestorben sind der Gerichts-
schreiber Kanzleirath August Hagemann bei dem
Kammergericht, der Rechtsanwalt Beyer bei dem Amts-
gericht I. in Berlin und der Gerichtsvollzieher Schla-
mens beim Amtsgericht in Berlinchen.

Personalveränderungen im Bezirke der
Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Oktober 1902.

Versetzt sind: a. von Berlin: der Postrath Ebel
nach Magdeburg, der Postdirektor Krüsch nach
Schöneberg b. Berlin, die Ober-Postpraktikanten
Luthmann von Friedenau nach Frankfurt (Ober),
Richter nach Thorn, Snell nach Schweidnitz, die
Postsekretäre Bartsch nach Bromberg, Schindler
nach Tremschen, Weinberger nach Gransee, die
Ober-Postassistenten Bäsler nach Breslau, Bruch-
mann nach Götting, Schirn nach Sieglitz, Jietisch
nach Rastatt, der Ober-Telegraphenassistent Otto
Seydel nach Halle (Saale), die Postassistenten
Betttermann nach Lauban, Emil Großmann nach
Potsdam, Paul Krause nach Crivitz, Paul Möller

nach Onoien, Karl Fricke nach Neppen, Robert Römer nach Magdeburg, Otto Stielow nach Jerschlin, der Telegraphenassistent Hanke nach Breslau, b. nach Berlin: der Ober-Postinspektor Raud von Hamburg, der Postdirektor Euen von Schöneberg b. Berlin, die Ober-Postpraktikanten Holst von Oberhausen (Rheinl.) nach Friedenau, Schmücker von Jerusalem, Wehrheim von Wilmersdorf b. Berlin, der Ober-Postsekretär Wegner von Posen, der Ober-Telegraphensekretär Rißow von Ebern, der Postsekretär Gallert von Inowrazlaw, die Postpraktikanten Fuchs von Nies, Junghans von Friedrichsberg b. Berlin, die Ober-Postassistenten Hillebrecht von Bremen, Hirsch von Baugen, Max Kropp von Breslau, Franz Runge von Oriz, die Postassistenten Buchwald von Strasburg (Elsaß) nach Charlottenburg, Gester von Magdeburg, Grangow von Nauen, Paul Hein von Onoien, Heppner von Posen, Ibert von Dresden, Jenkner von Neppen, Manieuffel von Freiberg (Sachsen), Wilhelms von Erisw, der Telegraphenassistent von der Preuß von Emden.

In den Ruhestand getreten sind: die Ober-Postsekretäre, Rechnungsräthe Weithe (f. W. Fürstwalde, Spree) und Brinker, die Postsekretäre Paul Schmidt (f. W. Friedrichshafen), Wendisch (f. W. Frankfurt, Ober), Ebel und Goldmann, die Ober-Telegraphenassistenten Diekmann (f. W. Jerscht bei Goslar), Haß (f. W. Wittstock, Dosse), Langner (f. W. Lindow, Warf) und Heyroth, der Telegraphenassistent Mühlfordt (f. W. Schmüngen bei Schorrellen).

Personal-Veränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam. Statmässig angestellt ist der Postanwärter Reineke in Potsdam als Postassistent.

Uebertragen ist dem Ober-Postpraktikanten Meyer aus Potsdam die Verwaltung einer Ober-Telegraphensekretärstelle bei dem Telegraphenamte in Zwickau (Sachsen) und dem Telegraphensekretär Döhner aus Magdeburg die Verwaltung der Ober-Telegraphensekretärstelle bei dem Postamt I. in Brandenburg (Havel).

Bersetzt sind der Ober-Telegraphensekretär Weise von Brandenburg (Havel) nach Dresden sowie die Postassistenten Venderb von Dueblinburg nach Potsdam und Heinrich Müller von Potsdam nach Dueblinburg.

In den Ruhestand getreten ist der Postsekretär Hellbach in Spandau.

Gestorben ist der Ober-Telegraphenassistent Reichstein in Brandenburg (Havel).

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Gerihtstage.

Während des Geschäftsjahres 1903 werden die Gerihtstage in Pulkis am 5. und 19. Januar, 2. und 16. Februar, 2. und 16. März, 6. und 20. April, 4. und 25. Mai, 15. und 29. Juni, 6. und 13. Juli,

14. und 28. September, 12. und 26. Oktober, 9. und 23. November, 7. und 21. Dezember in dem im Rathhause zu Pulkis befindlichen Gerihtszimmer abgehalten werden. Auf dem Gerihtstage können auch Anträge auf Eintragungen in die Landgüterrolle gestellt werden. Pulkis, den 27. Oktober 1902.

Königliches Amtsgericht.

Gerihtstage.

Im Jahre 1903 werden Gerihtstage abgehalten werden:

A. in Boisenburg II./M.

17. Januar, 28. Februar, 28. März, 2. Mai, 6. Juni, 4. Juli, 8. August, 19. September, 17. Oktober, 14ten November, 19. Dezember.

B. in Gerstwalde II./M.

10. Januar, 21. Februar, 4. April, 23. Mai, 11. Juli, 29. August, 10. Oktober, 21. November. Templin, den 29. Oktober 1902.

Königliches Amtsgericht.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Kaufmann Ernst Heymann, geboren am 5. März 1869 zu Reidenburg, amerikanischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 10. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Kellner Hermann Wilhelm Kettler, recte Felsen, geboren 22. Oktober 1881 zu Przemyśl in Oesterreich, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 19. Juni, 1902 ausgewiesen.

Der Handelsmann Vinke Buchen, geboren 2ten Dezember 1861 zu Zolyniamagto, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 30. Juni 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Schlosser Stefan Hirman, geboren 28. Juli 1877 zu Tolna, ungarischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 28. Juli 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Handelsmann Aaron Schapira, geboren 8. Januar 1868 zu Storpy i/Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 29. Juli 1902 ausgewiesen.

Der Klempner Simon Pflaster, geboren 13. September 1877 zu Bieliczka in Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 31. Juli 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Drechslergeselle Fiskel Rath, geboren am 20. Januar 1879 zu Borszczow i/Galizien, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 12. August 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Schiffskipper Peter Gostynsky, geboren 2. März 1883 zu Pencyjs, Kreis Kalisch, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 28. August 1902 ausgewiesen.

Der Händler Felice Orsi, geboren am 7. März 1837 zu Salsomaggiore, Provinz Parma, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 3. September 1902 ausgewiesen.

Der Handlungsgehilfe Maxime Schrank, geboren 20. März 1881 zu Vilzno (Galizien), österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 9. September 1902 ausgewiesen.

Der Arbeiter, Schausteller (Mulette) George Sang, geboren 18. Mai 1870 zu London, englischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 16. September 1902 ausgewiesen.

Der Malter Frank Dunn (alias Davidson), geboren 17. Juli 1875 zu New-York, amerikanischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 21. September 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Drahtbinder Andreas Smrek, 16 Jahre alt, geboren zu Wara Bella, Commt. Trenzin, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 25. September 1902 ausgewiesen.

Der Arbeiter Andrea Gandolfi, geboren 12ten Juni 1862 zu Bigoleno, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 26. September 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Glashleifer Mathias Birnbai, geboren 22. April 1885 zu Götting, Kr. Mähren, österreichischer Staatsangehöriger ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 14. Oktober 1902 ausgewiesen.

Dierzu fünf Deffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Belegblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam Buchdruckerei der A. W. Hayschen Erben.

N m t s b l a t t

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 46.

Den 14. November

1902.

Inhaltsverzeichnis: Chauffée Ludenwalde—Berkenbrück—Hennickendorf—Dobbrilow—Kreitzgrenze. S. 485. — Prinz Friedrich Leopold. Kanal. S. 485. — Statut für eine Entwässerungsgenossenschaft. S. 485. — Ausdehnung des Geltungsbereichs der Ortskarte auf Nachbarkörperte. S. 489. — Abgabtarif. S. 489. — Fisch- und Kadellen-Tarif. S. 490. — Gemeindebezirksveränderung. S. 491. — Anwerbung eines Dienamens. S. 491. — Marktpreise. S. 490/92. — Fährtarif. S. 492. — Verlosungen. S. 492. — Posterte-Bulassung. S. 492. — Landesamtsbezirksveränderung. S. 492. — Schiffsfahrtsperre. S. 493. — Viehschen. S. 493. — Errichtung einer Kirchengemeinde. S. 493. — Schiffsfahrtsperre. S. 493. — Straßenordnung für Charlottenburg. S. 494. — Marktpreise. S. 504/5. — Fährtarif. S. 504. — Personal-Chronik. S. 507. — Gerichtstage. S. 507. — Ausweisungen aus Preußen. S. 507.

Allerhöchster Erlass.

Verleihung des Rechts zur Chauffeegelb-Erhebung auf der Chauffée Ludenwalde—Berkenbrück—Hennickendorf—Dobbrilow bis zur Kreitzgrenze.

Auf Ihren Bericht vom 10. Oktober d. J. will Ich dem Kreise Jüterbog-Ludenwalde im Regierungsbezirk Potsdam für die von ihm hergestellte und in dauernde Unterhaltung übernommene Chauffée von Ludenwalde über Berkenbrück, Hennickendorf und Dobbrilow bis zur Kreitzgrenze in der Richtung auf Berlin das Recht zur Erhebung des Chauffeegelbes nach den Bestimmungen des Chauffeegelbtarifs vom 29. Februar 1840 (G.-S. S. 94 ff.) einschließlich der in demselben enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen, sowie der sonstigen, die Erhebung betreffenden zusätzlichen Vorschriften — vorbehaltlich der Abänderung der sämtlichen vorausgeführten Bestimmungen — verleihen. Auch sollen die dem Chauffeegelbtarif vom 29. Februar 1840 angehängten Bestimmungen wegen der Chauffée-Polizeivergehen auf die gedachte Straße zur Anwendung kommen. Die eingerichtete Karte erfolgt anbei zurück.

Neues Palais, den 20. Oktober 1902.

gez. Wilhelm R.

gegenges. Bubbe.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Allerhöchster Erlass.

Prinz Friedrich Leopold. Kanal.

Auf Ihren Bericht vom 22. Oktober d. J. will Ich genehmigen, daß der von dem Kreise Teltow geplante neuen Wasserstraße zwischen dem Teltowkanal bei Kehlhafenbrück und dem großen Wannsee der Name „Prinz Friedrich Leopold-Kanal“ beigelegt wird.

Neues Palais, den 27. Oktober 1902.

gez. Wilhelm R.

gegenges. Bubbe.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Statut

für die Entwässerungs-Genossenschaft Balchow-Propen zu Propen im Kreise Stuppin.

Wir Wilhelm,

von Gottes Gnaden König von Preußen u. v. a. v. a. v. a.

auf Grund der §§ 57 und 65 des Gesetzes vom 1. April 1879 (Gesetz-Sammlung Seite 297) nach Anhörung der Beteiligten, was folgt:

§ 1.

Die Eigentümer der dem Meliorationsgebiete angehörigen Grundstücke in den Gemeinde-Bezirken Balchow, Prosen, Stöfzin, Manter und Garz werden zu einer Genossenschaft vereinigt, um den Ertrag dieser Grundstücke nach Maßgabe des von dem Meliorations-Bauinspektor, im Vertretung Heune, geprüften Meliorationsplanes des Landmessers von Eisner vom 21. April 1900 durch Entwässerung zu verbessern.

Das Meliorationsgebiet ist auf der ein Zuehör des Meliorationsplanes bildenden Karte des Landmessers von Eisner vom 21. April 1900 dargestellt, dieselbe mit einer Begrenzungslinie in grüner Farbe bezeichnet und bezüglich der beizügigten Besitzstände der Genossenschafts-Mitglieder in den zugehörigen Registern speziell nachgewiesen.

Karte und Register werden mit einem auf das Datum des genehmigten Statutts Bezug habenden Beglaubigungsvermerk versehen und der der Aufsichtsbehörde der Genossenschaft niedergelegt.

Die etwa noch aufzustellenden besondern Meliorationspläne sind vor Beginn ihrer Ausführung seitens des Vorstandes der Aufsichtsbehörde zum Zweck der Prüfung durch den Meliorations-Bauinspektor und zur Genehmigung einzureichen.

Abänderungen des Meliorationsprojektes, welche im Laufe der Ausführung sich als erforderlich vorausstellen, können vom Genossenschaftsvorstande beschlossen werden. Der Beschluß bedarf jedoch der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde.

Vor Ertheilung der Genehmigung sind diejenigen Genossen zu hören, deren Grundstücke durch die veränderte Anlage berührt werden.

§ 2.

Die Genossenschaft führt den Namen „Entwässerungsgenossenschaft Balchow-Propen“ und hat ihren Sitz in Prosen.

§ 3.

Die Kosten der Herstellung und Unterhaltung der gemeinschaftlichen Anlagen werden von der Genossenschaft getragen. Dagegen bleiben die nach den Zwecken der Melioration bewirkte ihrer nutzbringenden Verwendung für die einzelnen beteiligten Grundstücke erforderlichen Einrichtungen, wie Umbau und Besamung von Wiesen, Anlage und Unterhaltung besonderer Ableitungsgräben u. d. w. den betreffenden Eigenthümern überlassen. Dieselben sind jedoch gehalten, den im Interesse der ganzen Melioration getroffenen Anordnungen des Vorstehers Folge zu leisten.

§ 4.

Außer der Herstellung der im Projekte und vorsehend vorgesehenen Anlagen liegt dem Verbanne ob, Binnen-Entwässerungs-Anlagen innerhalb des Meliorationsgebietes, welche nur durch Zusammenwirkung mehrerer Grundbesitzer ausführbar sind, zu vermitteln und nöthigenfalls, nachdem der Plan und das Beitragsverhältniß von der Aufsichtsbehörde festgestellt ist, auf Kosten der dabei beteiligten Grundbesitzer durchzuführen zu lassen.

Die Unterhaltung veranlagter Anlagen, die, soweit erforderlich, in regelmäßige Schau zu nehmen sind, untersteht der Aufsicht des Vorstehers.

§ 5.

Die gemeinschaftlichen Anlagen werden unter Leitung des von dem Vorsteher auf Beschluß des Vorstandes angenommenen Meliorations-Technikers in der Regel in Tagelohn ausgeführt und unterhalten. Indessen können die Arbeiten nach Bestimmung des Vorstandes in Auftragsverhältniß gegeben werden.

Der mit der Aufsicht betraute Techniker hat das Bauprogramm aufzustellen, die speziellen Pläne auszuarbeiten, die für die Beschaffung erforderlichen Unterlagen zu beschaffen und zur Genehmigung vorzulegen, überhaupt alle für das zweckmäßige Zueinandergreifen der Arbeiten nothwendigen Maßregeln rechtzeitig anzulegen und vorzubereiten, die Ausführung zu leiten und die für Aenderungs- und Ergänzungsanträge, für Abschlagszahlungen und für die Abnahme erforderlichen Unterlagen anzufertigen.

Die Wahl des Technikers, der mit ihm abzuschließende Vertrag und die Bedingungen für die Vergütung des Hauptarbeiters unterliegen der Zustimmung des Meliorationsbaubeamten. Auch im Uebrigen hat der Vorstand in technischen Angelegenheiten während der Bauausführung den Rath des Meliorationsbaubeamten einzuholen und zu berücksichtigen.

Nach Beendigung der Ausführung hat der Meliorationsbaubeamte die Anlagen abzunehmen und festzustellen, ob das Unternehmen zweck- und planmäßig bezw. mit dem von der Aufsichtsbehörde genehmigten Aenderungen ausgeführt ist. Sollen hierbei Kontrollmessungen erforderlich sein, so sind diese unter Leitung des Meliorationsbaubeamten von vereideten Landmessern vorzunehmen; die Kosten dieser Aufmessungen sind von der Genossenschaft zu tragen.

§ 6.

Das Verhältniß, in welchem die einzelnen Genossen zu den Genossenschaftslasten beizutragen haben, richtet sich nach dem für die einzelnen Genossen aus den Genossenschafts-Anlagen erwachsenden Vortheile.

Zur Festsetzung dieses Beitrags-Verhältnisses wird ein Kataster aufgestellt, in welchem die einzelnen Grundstücke speziell aufgeführt werden. Nach Verhältniß des ihnen aus der Melioration erwachsenden Vortheils werden dieselben in drei Klassen getheilt, und zwar so, daß ein Hektar der dritten Klasse mit dem einfachen, ein Hektar der zweiten Klasse mit dem vierfachen und ein Hektar der ersten Klasse mit dem sechsfachen Beitrage heranzuziehen ist.

§ 7.

Die Einschätzung in diese drei Klassen erfolgt durch zwei vom Vorstande zu wählende Sachverständige unter Leitung des Vorstehers, welcher bei Meinungsverschiedenheiten den Ausschlag giebt. Nach vorgängiger vorläufiger Bekanntmachung in den Gemeinden, deren Bezirk dem Genossenschaftsgebiete ganz oder theilweise angehört und nach erfolgter Veröffentlichung dieser Bekanntmachung wird das Genossenschaftskataster vier Wochen lang zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorstehers, und werden Exemplarschriften des Katasters bei den einzelnen Gemeindevorstehern ausgelegt. Abänderungs-Anträge müssen innerhalb dieser Frist schriftlich bei dem Genossenschaftsvorsteher angebracht werden. Nach Ablauf der Frist hat der Vorsteher die bei ihm schriftlich eingegangenen Abänderungs-Anträge der Aufsichtsbehörde vorzulegen. Die Bezirke, beziehungsweise deren Kommissar, läßt unter Zugiehung der Beschwerdeführer und eines Vertreters des Vorstandes die erhobenen Reklamationen durch die von der Aufsichtsbehörde zu bezeichnenden Sachverständigen untersuchen. Mit dem Resultat der Untersuchung werden die Beschwerdeführer und der Vertreter des Vorstandes von dem Kommissar bekannt gemacht. Sind beide Theile mit dem Gutachten einverstanden, so wird das Kataster demgemäß festgestellt, anderenfalls sind die Verhandlungen der Aufsichtsbehörde zur Entscheidung einzureichen. Die bis zur Mittheilung des Resultates der Untersuchung entstandenen Kosten sind in jedem Falle von der Genossenschaft zu tragen. Wird eine Entscheidung erforderlich, so sind die weiter erwachsenden Kosten dem unterliegenden Theile aufzuerlegen.

Sobald das Bedürfniß für eine Revision der Beitragsklassen oder des festgestellten oder berichtigten Katasters vorliegt, kann dieselbe von dem Vorstande beschlossen oder von der Aufsichtsbehörde angeordnet werden. Das Revisionsverfahren richtet sich nach den für die Feststellung des Katasters gegebenen Vorschriften.

§ 8.

Im Falle einer Pargellung sind die Genossenschaftslasten nach dem in diesem Statute vorgeschriebenen Theilungsmasse durch den Vorstand auf die Pargellstücke verhältnismäßig zu vertheilen. Wegen die

Festsetzung des Vorstandes ist innerhalb zweier Wochen die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig.

§ 9.

Die Genossen sind verpflichtet, die Beiträge in den von dem Vorstande festzusetzenden Terminen zur Genossenschaftskasse abzuführen. Bei veräumter Zahlung hat der Vorsteher die fälligen Beiträge betreiben.

§ 10.

Jeder Genosse hat sich die Einrichtung der nach dem Meliorationsplane in Aussicht genommenen Anlagen, diese Anlagen selbst und deren Unterhaltung, soweit kein Grundstück davon vorübergehend oder dauernd betroffen wird, gefallen zu lassen.

Darüber, ob und zu welchem Betrage dem einzelnen Genossen hierfür, unter Berücksichtigung der ihm aus der Anlage erwachsenden Vortheile, eine Entschädigung gebührt, entscheidet, falls sich ein Genosse mit dem Vorsteher nicht gütlich verständigen sollte, das nach Vorschrift dieses Statutes zu bildende Schiedsgericht mit Ausschluß des Rechtsweges.

§ 11.

Bei Abstimmungen hat jeder beitragspflichtige Genosse mindestens eine Stimme. Im Uebrigen richtet sich das Stimmverhältniß nach dem Verhältnisse der Theilnahme an den Genossenschaftskosten, und zwar in der Weise, daß für je einen Normal-Hektar beitragspflichtigen Grundbesitzes erster Klasse eine Stimme gerechnet wird.

Die Stimmliste ist demgemäß von dem Vorstande zu entwerfen und nach vorgängiger öffentlicher Bekanntmachung der Auslegung vier Tage lang zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorstehers auszuzeigen. Anträge auf Berichtigung der Stimmliste sind an keine Frist gebunden.

§ 12.

Der Genossenschafts-Vorstand besteht aus:

- a. einem Vorsteher,
 - b. fünf Repräsentanten der Genossenschafts-Mitglieder.
- Die Vorstandsmitglieder bekleiden ein Ehrenamt. Als Ersatz für Auslagen und Zeitverkömmnis erhält jedoch der Vorsteher eine jährliche, von der General-Versammlung festzusetzende Entschädigung.

In Behinderungsfällen wird der Vorsteher durch den an Lebenszeit ältesten Repräsentanten vertreten.

Die Mitglieder des Vorstehers nebst fünf Stellvertretern werden von der Generalversammlung auf fünf Jahre nach absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt. Die Wahl des Vorstehers bedarf der Bestätigung der Aufsichtsbehörde.

Wählbar ist jeder Genosse, welcher den Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte nicht durch rechtskräftiges Erkenntniß verloren hat. Die Wahl der Vorstandsmitglieder wie der Stellvertreter erfolgt in getrennten Wahlhandlungen für jedes Mitglied. Wird im ersten Wahlgange eine absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so erfolgt eine engere Wahl zwischen denjenigen beiden Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei

Stimmengleichheit entscheidet das vom Vorstehenden zu ziehende Loos.

Im Uebrigen gelten die Vorschriften für Gemeindegewahlen.

§ 13.

Die Geschäfte werden von der Aufsichtsbehörde durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet.

Zur Legitimation der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter dient das von der Aufsichtsbehörde angenommene Verpflichtungsprotokoll.

Soll der Stellvertreter sich darüber ausweisen, daß der Fall der Stellvertretung eingetreten ist, so dient dazu ein Zeugniß der Aufsichtsbehörde.

Der Vorstand hält seine Sitzungen unter Vorsitz des Vorstehers, der gleiches Stimmrecht hat wie die Repräsentanten und dessen Stimme im Falle der Stimmengleichheit entscheidet.

Zur Gültigkeit der gefassten Beschlüsse ist es erforderlich, daß die Repräsentanten unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung geladen und daß mit Einschluß des Vorstehers mindestens zwei Drittel der Vorstandsmitglieder anwesend sind. Wer am Erscheinen verhindert ist, hat dies unverzüglich dem Vorsteher anzuzeigen. Dieser hat alsdann einen Stellvertreter zu laden.

§ 14.

Soweit nicht in diesem Statute einzelne Verwaltungsbefugnisse dem Vorstande oder der Generalversammlung vorbehalten sind, hat der Vorsteher die selbstständige Leitung und Verwaltung aller Angelegenheiten der Genossenschaft.

Insonderheit liegt ihm ob:

- a. die Ausführung der gemeinschaftlichen Anlagen nach dem festgestellten Meliorationsplane zu veranlassen und zu beaufsichtigen;
- b. über die Unterhaltung der Anlagen, sowie über die Grabenräumung, die Heuerhebung und die Haltung auf den Wiesen mit Zustimmung des Vorstandes die nöthigen Anordnungen zu treffen und die etwa erforderlichen Ausführungsvorschriften zu erlassen;
- c. die vom Vorstande festgesetzten Beträge auszusprechen und einzuziehen, die Zahlungen auf die Kasse anzuweisen und die Kassenverwaltung mindestens zweimal jährlich zu revidiren;
- d. die Voranschläge und Jahresrechnungen dem Vorstande zur Festsetzung und Abnahme vorzulegen;
- e. die Genossenschaft nach Außen zu vertreten, den Schriftwechsel für die Genossenschaft zu führen und die Urkunden derselben zu unterzeichnen. Zur Abschließung von Verträgen hat er die Genehmigung des Vorstandes einzuholen. Zur Gültigkeit der Verträge ist diese Genehmigung nicht erforderlich;
- f. die nach Maßgabe dieses Statutes und der Ausführungsvorschriften von ihm angedrohten und festgesetzten Ordnungsstrafen, die den Betrag von 30 Mark jedoch nicht übersteigen dürfen, zur Genossenschaftskasse einzusetzen.

§ 3.

Die Kosten der Herstellung und Unterhaltung der gemeinschaftlichen Anlagen werden von der Genossenschaft getragen. Dagegen bleiben die nach den Zwecken der Melioration bedurft ihrer nachbringenden Verwendung für die einzelnen beteiligten Grundstücke erforderlichen Einrichtungen, wie Umbau und Befestigung von Wiesen, Anlagen und Unterhaltung besonderer Ableitungsgräben u. s. w. den betreffenden Eigenthümern überlassen. Dieselben sind jedoch gehalten, den im Interesse der ganzen Melioration getroffenen Anordnungen des Vorstehers Folge zu leisten.

§ 4.

Außer der Herstellung der im Projekte und vorstehend vorgesehenen Anlagen liegt dem Verbanne ob, Binnen-Entwässerungs-Anlagen innerhalb des Meliorationsgebietes, welche nur durch Zusammenwirken mehrerer Grundbesitzer ausführbar sind, zu vermitteln und nöthigenfalls, nachdem der Plan und das Vertragsverhältniß von der Aufsichtsbehörde festgestellt ist, auf Kosten der dabei beteiligten Grundbesitzer durchführen zu lassen.

Die Unterhaltung derartigen Anlagen, die, soweit erforderlich, in regelmäßige Schau zu nehmen sind, untersteht der Aufsicht des Vorstehers.

§ 5.

Die gemeinschaftlichen Anlagen werden unter Leitung des von dem Vorsteher auf Beschluß des Vorstandes angenommenen Meliorations-Technikers in der Regel in Tagelohn ausgeführt und unterhalten. In dessen können die Arbeiten nach Bestimmung des Vorstandes in Auford gegeben werden.

Der mit der Aufsicht betraute Techniker hat das Bauprogramm aufzustellen, die speziellen Pläne auszuarbeiten, die für die Verfertigung erforderlichen Unterlagen zu beschaffen und zur Genehmigung vorzulegen, überhaupt alle für das zweckmäßige Ineinandergreifen der Arbeiten nothwendigen Maßregeln rechtzeitig anzugeben und vorzubereiten, die Ausführung zu leiten und die für Aenderungen und Ergänzungsanträge, für Abschlagszahlungen und für die Abnahme erforderlichen Unterlagen anzufertigen.

Die Wahl des Technikers, der mit ihm abzuschließende Vertrag und die Bedingungen für die Vergütung des Hauptarbeiters unterliegen der Zustimmung des Meliorationsbaubeamten. Auch im Uebrigen hat der Vorstand in technischen Angelegenheiten während der Vauausführung den Rath des Meliorationsbaubeamten einzuholen und zu berücksichtigen.

Nach Beendigung der Ausführung hat der Meliorationsbaubeamte die Anlagen abzunehmen und festzustellen, ob das Unternehmen zweck und planmäßig bzw. mit dem von der Aufsichtsbehörde genehmigten Aenderungen ausgeführt ist. Sollten hierbei Kontrollmessungen erforderlich sein, so sind diese unter Leitung des Meliorationsbaubeamten von vereideten Landmessern vorzunehmen; die Kosten dieser Aufmessungen sind von der Genossenschaft zu tragen.

§ 6.

Das Verhältniß, in welchem die einzelnen Genossen zu den Genossenschaftskosten beizutragen haben, richtet sich nach dem für die einzelnen Genossen aus den Genossenschafts-Anlagen erwachsenden Vortheil.

Zur Festsetzung dieses Beitrags-Verhältnisses wird ein Kataster aufgestellt, in welchem die einzelnen Grundstücke speziell aufgeführt werden. Nach Verhältniß des ihnen aus der Melioration erwachsenden Vortheils werden dieselben in drei Klassen getheilt, und zwar so, daß ein Hektar der dritten Klasse mit dem einfachen, ein Hektar der zweiten Klasse mit dem vierfachen und ein Hektar der ersten Klasse mit dem sechsfachen Beitrage heranzuziehen ist.

§ 7.

Die Einschätzung in diese drei Klassen erfolgt durch zwei vom Vorstande zu wählende Sachverständige unter Leitung des Vorstehers, welcher bei Meinungsverschiedenheiten den Ausschlag giebt. Nach vorgängiger öffentlicher Bekanntmachung in den Gemeinden, deren Bezirk dem Genossenschaftsgebiete ganz oder theilweise angehört und nach erfolgter Veröffentlichung dieser Bekanntmachung wird das Genossenschaftskataster vier Wochen lang zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorstehers, und werden Theilabschriften des Katasters bei den einzelnen Gemeindevorstehern ausgelegt. Abänderungs-Anträge müssen innerhalb dieser Frist schriftlich bei dem Genossenschaftsvorsteher angebracht werden. Nach Ablauf der Frist hat der Vorsteher die bei ihm schriftlich eingegangenen Abänderungs-Anträge der Aufsichtsbehörde vorzulegen. Die letztere, beziehungsweise deren Kommissar, läßt unter Inbeziehung der Beschwerdeführer und eines Vertreters des Vorstandes die erhobenen Reklamationen durch die von der Aufsichtsbehörde zu bezeichnenden Sachverständigen untersuchen. Mit dem Resultate der Untersuchung werden die Beschwerdeführer und der Vertreter des Vorstandes von dem Kommissar bekannt gemacht. Sind beide Theile mit dem Gutachten einverstanden, so wird das Kataster demgemäß festgestellt, anderenfalls sind die Verhandlungen der Aufsichtsbehörde zur Entscheidung einzuleiten. Die bis zur Mittheilung des Ergebnisses der Untersuchung entstandenen Kosten sind in jedem Falle von der Genossenschaft zu tragen. Wird eine Entscheidung erforderlich, so sind die weiter erwachsenden Kosten dem unterliegenden Theile aufzuerlegen.

Sobald das Bedürfniß für eine Revision der Beitragsklassen oder des festgestellten oder berichtigten Katasters vorliegt, kann dieselbe von dem Vorstande beschloffen oder von der Aufsichtsbehörde abgeordnet werden. Das Revisionsverfahren richtet sich nach den für die Feststellung des Katasters gegebenen Vorschriften.

§ 8.

Im Falle einer Porellung sind die Genossenschaftskosten nach dem in diesem Statute vorgeschriebenen Theilungsmasse durch den Vorstand auf die Theilhaber verhältnismäßig zu vertheilen. Wegen die

Festsetzung des Vorstandes ist innerhalb zweier Wochen die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig.

§ 9.

Die Genossen sind verpflichtet, die Beiträge in den von dem Vorstande festzusetzenden Terminen zur Genossenschaftskasse abzuführen. Bei veräumter Zahlung hat der Vorsteher die fälligen Beträge beizutreiben.

§ 10.

Jeder Genosse hat sich die Einrichtung der nach dem Meliorationsplane in Aussicht genommenen Anlagen, diese Anlagen selbst und deren Unterhaltung, soweit kein Grundstück davon vorübergehend oder dauernd betroffen wird, gefallen zu lassen.

Darüber, ob und zu welchem Betrage dem einzelnen Genossen hierfür, unter Berücksichtigung der ihm aus der Anlage erwachsenden Vortheile, eine Entschädigung gebührt, entscheidet, falls sich ein Genosse mit dem Vorsteher nicht gütlich verständigen sollte, das nach Vorschrift dieses Statutes zu bildende Schiedsgericht mit Ausschluß des Rechtsweges.

§ 11.

Bei Abstimmungen hat jeder beitragspflichtige Genosse mindestens eine Stimme. Im Uebrigen richtet sich das Stimmverhältniß nach dem Verhältnisse der Theilnahme an den Genossenschaftslasten, und zwar in der Weise, daß für je einen Normal-Hektar beitragspflichtigen Grundbesitzes erster Klasse eine Stimme gerechnet wird.

Die Stimmliste ist demgemäß von dem Vorstande zu entwerfen und nach vorgängiger öffentlicher Bekanntmachung der Auslegung vier Tage lang zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorstehers auszulegen. Anträge auf Berichtigung der Stimmliste sind an keine Frist gebunden.

§ 12.

Der Genossenschafts-Vorstand besteht aus:

- a. einem Vorsteher,
 - b. fünf Repräsentanten der Genossenschafts-Mitglieder.
- Die Vorstandsmitglieder bekleiden ein Ehrenamt. Als Ersatz für Auslagen und Zeitverschumnis erhält jedoch der Vorsteher eine jährliche, von der General-Versammlung festzusetzende Entschädigung.

In Behinderungsfällen wird der Vorsteher durch den an Lebenszeit ältesten Repräsentanten vertreten.

Die Mitglieder des Vorstehers nebst fünf Stellvertretern werden von der Generalversammlung auf fünf Jahre nach absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt. Die Wahl des Vorstehers bedarf der Bestätigung der Aufsichtsbehörde.

Wählbar ist jeder Genosse, welcher den Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte nicht durch rechtskräftiges Erkenntnis verloren hat. Die Wahl der Vorstandsmitglieder wie der Stellvertreter erfolgt in getrennten Wahlhandlungen für jedes Mitglied. Wird im ersten Wahlgange eine absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so erfolgt eine engere Wahl zwischen denjenigen beiden Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei

Stimmengleichheit entscheidet das vom Vorsitzenden zu ziehende Loos.

Im Uebrigen gelten die Vorschriften für Gemeindegewalten.

§ 13.

Die Geschäfte werden von der Aufsichtsbehörde durch Handschlag an Eidstatt verpflichtet.

Zur Legitimation der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter dient das von der Aufsichtsbehörde angenommene Verpflichtungsprotokoll.

Soll der Stellvertreter sich darüber ausweisen, daß der Fall der Stellvertretung eingetreten ist, so dient dazu ein Zeugnis der Aufsichtsbehörde.

Der Vorstand hält seine Sitzungen unter Vorsitz des Vorstehers, der gleiches Stimmrecht hat wie die Repräsentanten und dessen Stimme im Falle der Stimmengleichheit entscheidet.

Zur Gültigkeit der gefassten Beschlüsse ist es erforderlich, daß die Repräsentanten unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung geladen und daß mit Einschluß des Vorstehers mindestens zwei Drittel der Vorstandsmitglieder anwesend sind. Wer am Erscheinen verhindert ist, hat dies unverzüglich dem Vorsteher anzuzeigen. Dieser hat alsdann einen Stellvertreter zu laden.

§ 14.

Soweit nicht in diesem Statute einzelne Verwaltungsbefugnisse dem Vorstande oder der Generalversammlung vorbehalten sind, hat der Vorsteher die selbstständige Leitung und Verwaltung aller Angelegenheiten der Genossenschaft.

Insbesondere liegt ihm ob:

- a. die Ausführung der gemeinschaftlichen Anlagen nach dem festgestellten Meliorationsplane zu veranlassen und zu beaufsichtigen;
- b. über die Unterhaltung der Anlagen sowie über die Grabenräumung, die Heuwerbung und die Haltung auf den Wiesen mit Zustimmung des Vorstandes die nöthigen Anordnungen zu treffen und die etwa erforderlichen Ausführungsvorschriften zu erlassen;
- c. die vom Vorstande festgesetzten Beiträge auszusprechen und einzuziehen, die Zahlungen auf die Kasse anzuweisen und die Kassenverwaltung mindestens zweimal jährlich zu revidiren;
- d. die Voranschläge und Jahresrechnungen dem Vorstande zur Festsetzung und Abnahme vorzulegen;
- e. die Genossenschaft nach Außen zu vertreten, den Schriftwechsel für die Genossenschaft zu führen und die Urkunden derselben zu unterzeichnen. Zur Abschlusung von Verträgen hat er die Genehmigung des Vorstandes einzuholen. Zur Gültigkeit der Verträge ist diese Genehmigung nicht erforderlich;
- f. die nach Maßgabe dieses Statutes und der Ausführungsvorschriften von ihm angeordneten und festgesetzten Ordnungsstrafen, die den Betrag von 30 Mark jedoch nicht übersteigen dürfen, zur Genossenschaftskasse einzuschießen.

§ 15.

Die genossenschaftlichen Anlagen sind in regelmäßiger Schau zu nehmen, die alljährlich wenigstens einmal und in den ersten fünf Jahren nach der Bauausführung jährlich zweimal, im Frühjahr und im Herbst stattzufinden hat. Die Schau wird durch den Vorsteher geleitet. Die übrigen Vorstandsmitglieder sind zur Theilnahme an der Schau einzuladen.

Der Schautermin ist rechtzeitig, möglichst vier Wochen vorher, der Aufsichtsbehörde und dem zuständigen Meliorationsbaubeamten anzuzeigen, welche befugt sind, an den Schauen theilzunehmen. Die von ihnen genehmigten Vorschläge sind zu beachten.

Das Ergebniss der Schau ist in einem Protokolle, für dessen Aufbewahrung der Vorsteher zu sorgen hat, niederzulegen. Die Aufsichtsbehörde ist befugt, erforderlichen Falles die nach technischem Ermessen zur Unterhaltung der im Projekte vorgesehenen oder statutenmäßig beschlossenen Anlagen notwendigen Arbeiten im Zwangswege auf Kosten der Genossenschaft zur Ausführung zu bringen. Ueber Beschwerden gegen die bezüglichen Anordnungen der Aufsichtsbehörde entscheidet der Regierungspräsident endgültig.

§ 16.

Die Verwaltung der Kasse führt ein Rechner, welcher von dem Vorstande auf fünf Jahre gewählt und dessen Remuneration vom Vorstande festgestellt wird. Die Aufsichtsbehörde kann jederzeit die Entlassung des Rechners wegen mangelhafter Dienstführung anordnen.

§ 17.

Der gemeinsamen Beschlussfassung der Genossen unterliegen:

- 1) die Wahl der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter;
- 2) die Festsetzung der dem Vorsteher zu gewährenden Entschädigung;
- 3) die Wahl der Schiedsrichter und deren Stellvertreter;
- 4) die Abänderung des Statutes.

§ 18.

Die erste zur Bestellung des Vorstandes erforderliche Generalversammlung beruft die Aufsichtsbehörde, welche auch zu den in dieser Versammlung erforderlichen Bestimmungen eine vorläufige Stimmliste nach den Flächenangaben des Grundstücksregisters des Genossenschaftsgebietes aufzustellen hat.

Die weiteren Generalversammlungen sind in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen (§ 60 des Gesetzes vom 1. April 1879), mindestens aber alle fünf Jahre durch den Vorstand zusammenzuberufen.

Die Einladung erfolgt unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung durch ein öffentlich bekannt zu machendes Ausschreiben der Genossenschaft und ausserdem durch ortsübliche Bekanntmachung in denjenigen Gemeinden, deren Bezirk dem Genossenschaftsgebiete ganz oder theilweise angehört.

Zwischen der Einladung und der Versammlung muss ein Zwischenraum von mindestens zwei Wochen liegen.

Die Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig.

Der Vorsteher führt den Vorsitz.

Die Generalversammlung kann auch von der Aufsichtsbehörde zusammenberufen werden. In diesem Falle führt sie beziehungsweise der von ihr ernannte Kommissar den Vorsitz.

§ 19.

Die Streitigkeiten, welche zwischen Mitgliedern der Genossenschaft über das Eigenthum an Grundstücken, über die Zuständigkeit oder den Umfang von Grundgerechtigkeiten oder anderen Nutzungsrechten oder über besondere, auf speziellen Rechtsstiteln beruhende Rechte und Verbindlichkeiten der Parteien entstehen, gehören zur Entscheidung der ordentlichen Gerichte.

Dagegen werden alle anderen Beschwerden, welche die gemeinsamen Angelegenheiten der Genossenschaft oder die vorgebliche Beeinträchtigung einzelner Genossen in ihren durch das Statut begründeten Rechten betreffen, von dem Vorsteher untersucht und entschieden, soweit nicht nach Massgabe dieses Statutes oder nach gesetzlicher Vorschrift eine andere Instanz zur Entscheidung berufen ist.

Gegen die Entscheidung des Vorstehers steht, sofern es sich nicht um eine der ausschließlichen Zuständigkeit anderer Behörden unterliegende Angelegenheit handelt, jedem Theile die Anrufung der Entscheidung eines Schiedsgerichtes frei, welche binnen zwei Wochen, von der Bekanntmachung des Bescheides an gerechnet, bei dem Vorsteher angemeldet werden muss. Die Kosten des Verfahrens sind dem unterliegenden Theile aufzuerlegen.

Das Schiedsgericht besteht aus einem Vorsitzenden, den die Aufsichtsbehörde ernimmt, und aus zwei Beisitzern.

Die Letzteren werden nebst zwei Stellvertretern von der General-Versammlung nach Massgabe der Vorschriften dieses Statutes gewählt. Wählbar ist jeder, der in der Gemeinde seines Wohnortes zu dem öffentlichen Gemeindeämtern wählbar und nicht Mitglied der Genossenschaft ist.

Wird ein Schiedsrichter mit Erfolg abgelehnt, so ist der Ersatzmann aus den gewählten Stellvertretern oder erforderlichen Falles aus den wählbaren Personen durch die Aufsichtsbehörde zu bestimmen.

§ 20.

Die von der Genossenschaft ausgehenden Bekanntmachungen sind unter der Bezeichnung „Entwässerungs-Genossenschaft Balchow-Progen zu Progen“ zu erlassen und vom Vorsteher zu unterzeichnen.

Die für die Öffentlichkeit bestimmten Bekanntmachungen der Genossenschaft werden in die Märkische Zeitung in Neu-Ruppin aufgenommen.

§ 21.

Soweit die Aufnahme neuer Genossen nicht auf einer dem § 69 des Gesetzes vom 1. April 1879 entsprechenden rechtlichen Verpflichtung beruht, kann sie auch als ein Akt der Vereinbarung auf den Antrag des

Aufzunehmenden durch einen der Zustimmung der Aufsichtsbehörde bedürftigen Vorstandsbeschluss erfolgen.

Urkundlich unter Unserer Höchstenbändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insiegel.

Gegeben Neues Palais, den 20. October 1902.

gez. Wilhelm K.

(L. S.) 989. Schönfeldt. v. Probstheli.

Bekanntmachungen des Reichskanzlers.

Ausdehnung des Geltungsbereichs der Districte auf Nachbarpostorte.

Auf Grund des Artikels 1 II des Gesetzes, betreffend einige Veränderungen von Bestimmungen über das Postwesen, vom 20. December 1899 (Reichs-Gesetzl. S. 715—719) wird der Geltungsbereich der Districte (§ 50,7 des Gesetzes über das Postwesen des Deutschen Reichs vom 28. October 1821) auf die in dem nachstehenden Nachtrags-Verzeichnis aufgeführten Nachbarpostorte ausgedehnt.

Berlin, den 16. September 1902.

In Vertretung des Reichskanzlers Kraetke.

V. N a c h t r a g

zum Verzeichnisse der Nachbarpostorte, auf welche der Geltungsbereich der Districte ausgedehnt wird.

Namen der Nachbarpostorte.

A. Reichs-Postgebiet.

| | |
|-------------------------|---------------------------|
| Algringen | Hayingen (Lothr.) |
| Bischopswalde | Rneutlingen |
| (Oberschl.) | Vorkendorf (Kr. Neisse) |
| Bismarckhütte | Neu-Heiduf (Kr. Beuthen, |
| | Oberschl.) |
| Boguschkü | Zawobzie (Kr. Rattowig) |
| (Kr. Rattowig) | Bischopswalde (Oberschl.) |
| Vorkendorf (Kr. Neisse) | Großkungenzendorf (Bj. |
| | Oppeln) |
| Borna (Bj. Chemnitz) | Glösa (Bj. Chemnitz) |
| Chemnitz | Zawobzie (Kr. Rattowig) |
| Domb (Kr. Rattowig) | Stieringen-Wendel |
| Forbach (Lothr.) | Glösa (Bj. Chemnitz) |
| Furth b. Chemnitz | Borna (Bj. Chemnitz) |
| Glösa (Bj. Chemnitz) | Chemnitz |
| | Furth b. Chemnitz |
| | Hilbersdorf |
| Großkungenzendorf | Vorkendorf (Kr. Neisse) |
| (Bj. Oppeln) | Algringen |
| Hayingen (Lothr.) | Glösa (Bj. Chemnitz) |
| Hilbersdorf | Zawobzie (Kr. Rattowig) |
| Hohenlohehütte | |
| Rattowig (Oberschl.) | Marten |
| Rirschlinde | |
| (Kr. Dortmund) | Algringen |
| Rneutlingen | Ponarth |
| Königsberg (Pr.) | Neu-Heiduf (Kr. Beuthen, |
| Königshütte (Oberschl.) | Oberschl.) |

Namen der Nachbarpostorte.

| | |
|--------------------------|----------------------------|
| Marten | Rirschlinde (Kr. Dortmund) |
| Neu-Heiduf | Bismarckhütte |
| (Kr. Beuthen, Oberschl.) | Königshütte (Oberschl.) |
| Ponarth | Schwientochlowig |
| Schwientochlowig | Königsberg (Pr.) |
| | Neu-Heiduf (Kr. Beuthen, |
| Sondershausen | Oberschl.) |
| | Stachhausen b. Sonders- |
| Stieringen (Wendel) | hausen |
| Stachhausen | Forbach (Lothr.) |
| b. Sondershausen | Sondershausen |
| Zalenz | Boguschkü (Kr. Rattowig) |
| Zawobzie (Kr. Rattowig) | Boguschkü (Kr. Rattowig) |
| | Domb (Kr. Rattowig) |
| | Hohenlohehütte |
| | Rattowig (Oberschl.) |
| | Zalenz |

Bekanntmachungen der Königlichen Ministerien.

SS. T a r i f

für die Benutzung der Ablage der Gemeinde Prieros an der Dähme.

Es ist zu zahlen:

I. Schiffsliegegeld

von jedem anlegenden Fahrzeuge, und zwar:

- 1) von Dampfern
für eine Liegezeit bis zu einschließlich 10 Tagen 1 Mk.
für jeden folgenden Zeitraum von zehn Tagen 50 Pf.
- 2) von anderen Fahrzeugen
für jeden Zeitraum von 10 Tagen der Liegezeit 50 Pf.

III. Ufergeld

beim Ein- oder Ausladen von Gütern:

- 1) von Rohr für 100 Bund 8 Pf.
- 2) von Buchenbusch (Reisern) und Fäschinen für 1 cbm 2 Pf.
- 3) von Kalk- oder Feldsteinen, Lehm, Kies, Sand, Bau-, Nag- oder Brennholz mit Ausnahme von Fäschinen und Reisig, für 1 cbm 5 Pf.
- 4) von Mauersteinen, Dachziegeln und Schieferstafeln für 100 Stück 10 Pf.
- 5) von allen vorstehend nicht genannten Gütern für 100 kg 2 Pf.

III. Lagergeld

von Gütern, welche nach der Ausladung aus dem Schiff oder vor der Einladung in das Schiff länger als 24 Werktage auf der Ablage liegen, für jeden folgenden Zeitraum von sieben Tagen nach den Sägen unter Ziffer II.

Zusätzliche Bestimmung.

Theile von Erhebungseinheiten gelten bei der Abgabenberechnung als volle Einheiten.

Befreiungen.

Fahrzeuge und Güter, welche dem Könige, dem preussischen Staat, dem deutschen Reiche oder Einwohnern von Priesor gehören oder ausschließlich für deren Rechnung befördert werden, sind von den Abgaben unter I, II. und III. befreit.

Dieser Tarif tritt am vierzehnten Tage nach dem Tage seiner ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

Berlin, den 22. Oktober 1902.

| | |
|---------------------|---|
| Der Finanzminister. | Der Minister der öffentlichen Arbeiten. |
|---------------------|---|

59.

Exarif

für die Lösch- und Ladestelle der Güterberechtigten
zu Gumlosen an der Elbe.

Es ist zu zahlen:

A. Hfergeld

von Schiffen, welche an der Lisch- und Labestelle über

336.

das? Elbuser aus oder einladen, für jede Ausladung
oder? Einladung:

- | | | |
|----|--|-------------|
| 1) | von Gütermengen im Gesamtgewicht
von höchstens 10 Tonnen | 50 Pf. |
| 2) | von Gütermengen im Gesamtgewicht
von mehr als 10 Tonnen bis ein-
schließlich 25 Tonnen | 1 M. 50 Pf. |
| 3) | von Gütermengen im Gesamtgewicht
von mehr als 25 Tonnen | 3 M. |

B. Lagergeld

für die Benutzung der Wäse- und Badestelle
zum Lagern von Gütern für das Nachver-
meier belegte Fläche und je 10 Kalenders-
tage Lagerzeit 15 M.

Zusätzliche Bestimmungen.

- 1) Die Abgabe zu A. 1 bis 3 ist ohne Rücksicht auf die Dauer der Siegezeit zu entrichten.

Nachweisung der Markte und Läden.

| Kaufende Nummer | Namen der Städte | L. A. Getreide. | | | | L. R. Mehl- u. Roggenmehl. | | | | | | | | | | | |
|----------------------------|------------------|-----------------|---------|--------|---------|----------------------------|----------------|-------|--------|--------|-------|--------|--------|----------------|----------------|--|--|
| | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Sämereifrüchte. | | | Stroh | Streu | Streu | Streu | Stroh | | | | |
| | | | | | | Weizen (gelb) zum Roden | Weizen (weiss) | Streu | | | | | Stroh | Streu | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | Stroh | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | im Kleinhandel | im Grosshandel | | |
| | | | | | | | | | | | | | | von der Seite | von der Hand | | |
| | | | | | | | | | | | | | | je 1 | je 1 | | |
| 1 | Angermünde | 14 27 | 12 69 | 12 72 | 13 94 | 25 50 | 25 50 | 24 22 | 3 25 | 3 25 | 2 — | 3 75 | 126 — | 1 68 | 1 35 | | |
| 2 | Beeskow | 14 90 | 13 46 | 13 25 | 13 73 | 22 50 | 27 50 | 45 — | 3 80 | 3 — | — | 4 — | 112 50 | 1 35 | 1 15 | | |
| 3 | Brandenburg | 15 10 | 13 13 | 13 30 | 13 78 | 23 50 | 25 — | 20 — | 3 35 | 3 31 | — | 4 — | 88 — | 1 45 | 1 20 | | |
| 4 | Dahme | 15 29 | 13 69 | 13 57 | 13 — | 26 — | 30 — | 35 — | 3 — | 4 — | 2 — | 6 — | 100 — | 1 40 | 1 — | | |
| 5 | Eberswalde | 15 05 | 13 19 | 13 47 | 14 50 | 25 — | 29 — | 28 — | 3 75 | 4 — | — | 5 — | 114 — | 1 60 | 1 40 | | |
| 6 | Färberberg | 14 76 | 13 80 | 14 — | 14 81 | 35 — | 40 — | 45 — | 4 — | 5 50 | — | 6 — | 110 — | 1 60 | 1 40 | | |
| 7 | Friedenwalde | 15 50 | 13 75 | 14 — | 14 95 | 35 — | 35 — | 45 — | 3 70 | 5 17 | — | 5 50 | 120 — | 1 40 | 1 40 | | |
| 8 | Neu-Stuppin | 17 — | 13 60 | 14 — | 14 38 | 35 — | 35 — | 55 — | 3 68 | 6 — | 5 — | 5 — | 115 — | 1 55 | 1 25 | | |
| 9 | Potsdam | 14 76 | 13 41 | 13 68 | 15 65 | 25 50 | 25 — | 30 — | 3 94 | 4 64 | — | 5 14 | 129 — | 1 72 | 1 38 | | |
| 10 | Prenzlau | 13 97 | 12 68 | 12 11 | 13 32 | 25 50 | 23 — | 35 — | 4 — | 5 50 | 4 25 | 3 75 | 115 — | 1 60 | 1 30 | | |
| 11 | Prignitz | 15 81 | 13 81 | 14 — | 14 94 | 19 63 | 22 50 | 35 — | 3 75 | 3 25 | 2 88 | 4 25 — | — | 1 40 | 1 20 | | |
| 12 | Rathenow | 14 43 | 13 48 | 14 — | 13 25 | 23 — | 23 — | 21 — | 3 49 | 3 41 | — | 4 16 | 130 — | 1 70 | 1 40 | | |
| 13 | Rehberg | 14 65 | 13 24 — | — | 13 97 | 28 — | 27 — | 33 — | 3 75 | 4 13 — | — | 4 78 | 115 — | 1 50 | 1 25 | | |
| 14 | Schwedt | 14 67 | 13 86 | 12 89 | 14 70 | 26 67 | 31 25 | 37 50 | 4 10 | 4 37 — | — | 5 20 — | — | 1 60 | 1 40 | | |
| 15 | Spandau | 14 80 | 13 25 | 14 40 | 14 85 | 32 50 | 40 — | 40 — | 4 25 | 4 50 — | 4 50 | 5 75 | 140 — | 1 80 | 1 40 | | |
| 16 | Strausberg | 15 50 | 14 — | 16 — | 16 — | 35 — | 35 — | 40 — | 4 — | 5 — | 3 50 | 5 — | 120 — | 1 70 | 1 10 | | |
| 17 | Teltow | — | 13 83 | 13 90 | 14 67 | 29 — | 34 — | 38 — | 3 75 | 6 50 — | — | 5 50 | 130 — | 1 60 | 1 30 | | |
| 18 | Templin | 14 50 | 12 50 | 12 50 | 14 — | 30 — | 32 — | 40 — | 3 — | 3 20 | 2 — | 4 — | 100 — | 1 20 | 1 20 | | |
| 19 | Treuenbriezen | 15 — | 13 50 | 13 50 | 14 — | 25 — | 24 — | 30 — | 3 — | 4 — | — | 5 — | — | 1 40 | 1 40 | | |
| 20 | Wittstock | — | 13 10 — | — | 12 85 — | — | — | — | 3 69 — | — | — | — | 105 — | 1 37 | 1 12 | | |
| 21 | Wriezen a. D. | 14 54 | 12 84 | 12 65 | 13 55 | 23 50 | 23 — | 31 — | 3 75 | 6 25 — | 5 — | 5 50 | 115 — | 1 60 | 1 40 | | |

Durchschnitt |14|97|13|37|13|57|14|23|

Notdham, den 10. November 1902.

2) Angefangene Tarifeinheiten gelten bei der Abgabenberechnung für voll.

Befreiungen.

- 1) Ein- oder Ausladungen von Gütermengen im Gesamtgewicht von nicht mehr als 1 Tonne sind vom Ufergelde befreit.
- 2) Fahrzeuge und Güter, welche dem Könige, dem preussischen Staat oder dem deutschen Reiche gehören oder ausschließlich für deren Rechnung befördert werden, sind vom Ufer- und Lagergelde befreit.

Dieser Tarif tritt am 1. Dezember d. J. in Kraft.

Berlin, den 22. Oktober 1902.

Der Finanzminister.

Der Minister
der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen des königlichen Regierungspräsidenten.

Gemeindebezirksveränderung.

334. Die Umgemeindung der in der Bekanntmachung vom 18. September d. J. — Amtsbl. S. 418/423 — genannten Grundstücke von Tiefwerder, Fischelsdorf und Gatow nach Spandau tritt erst am 1. April 1903 in Kraft. Potsdam, den 23. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

Änderung eines Ortsnamens.

335. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 15. Oktober d. J. zu genehmigen geruht, daß der Name des im Kreise Jüterbog-Luderswalde gelegenen Fleckens „Zinna“ in „Kloster Zinna“ umgewandelt wird.

Potsdam, den 1. November 1902.

Der Regierungspräsident.

Preise im Monat Oktober 1902.

| I. Warenpreise | | | | | | II. Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats. | | | | | | | | | | | | | |
|----------------|--------|--------|----------------------------------|-------|-------|---|---------------------|--------------------------------------|----|-------------------|-------------|--------|-----------------------|--------|-----|---------|-----------------------|--|--|
| Getreide | | | Verarbeiteter Stoff
(Kleider) | Häute | Felle | Wehl zur
Speise-
bereitung aus | | Ferkel | | Nachschneidegröße | Ferkelgröße | Stirke | Korn, Jute, mittleres | Kaffee | | Spezial | Schwefelsäure, festes | | |
| Weizen | Roggen | Orange | | | | Grüne | Jade mittleres (20) | Jade gelb (in ge-
brannten Böden) | | | | | | | | | | | |
| 173 | 153 | 145 | 183 | 250 | 480 | 29 | 26 | 50 | 29 | 38 | 40 | 40 | 43 | 230 | 310 | 20 | 170 | | |
| 135 | 130 | 140 | 180 | 226 | 470 | 45 | 25 | 50 | 40 | 35 | 60 | 40 | 60 | 240 | 340 | 20 | 175 | | |
| 150 | 130 | 131 | 165 | 225 | 480 | 30 | 25 | 40 | 40 | 40 | 40 | 40 | 50 | 2 | 280 | 20 | 160 | | |
| 140 | 120 | 140 | 180 | 220 | 4 | 30 | 20 | 40 | 50 | 40 | 60 | 40 | 50 | 250 | 340 | 20 | 160 | | |
| 160 | 150 | 150 | 180 | 250 | 510 | 27 | 22 | 40 | 40 | 40 | 40 | 40 | 60 | 260 | 340 | 20 | 180 | | |
| 160 | 140 | 140 | 180 | 260 | 471 | 30 | 20 | 50 | 50 | 50 | 80 | 40 | 60 | 2 | 240 | 20 | 160 | | |
| 160 | 130 | 140 | 2 | 240 | 480 | 31 | 22 | 50 | 50 | 50 | 60 | 35 | 60 | 2 | 260 | 20 | 130 | | |
| 160 | 135 | 150 | 180 | 240 | 505 | 40 | 30 | 60 | 40 | 50 | 40 | 50 | 50 | 290 | 4 | 20 | 170 | | |
| 169 | 160 | 166 | 181 | 234 | 452 | 38 | 26 | 60 | 50 | 40 | 50 | 45 | 55 | 250 | 310 | 20 | 220 | | |
| 150 | 130 | 130 | 170 | 250 | 487 | 29 | 25 | 45 | 45 | 45 | 55 | 38 | 55 | 260 | 3 | 20 | 170 | | |
| 140 | 140 | 130 | 180 | 223 | 346 | 30 | 25 | 40 | 40 | 40 | 50 | 40 | 45 | 240 | 340 | 20 | 170 | | |
| 158 | 140 | 140 | 180 | 250 | 483 | 29 | 25 | 48 | 48 | 48 | 48 | 43 | 55 | 230 | 350 | 20 | 180 | | |
| 140 | 155 | 130 | 2 | 216 | 328 | 25 | 26 | 35 | 28 | 45 | 45 | 33 | 45 | 230 | 290 | 19 | 2 | | |
| 160 | 120 | 140 | 180 | 260 | 551 | 35 | 25 | 50 | 30 | 40 | 50 | 50 | 60 | 280 | 360 | 20 | 2 | | |
| 180 | 180 | 170 | 185 | 240 | 440 | 33 | 26 | 40 | 42 | 35 | 45 | 45 | 45 | 240 | 3 | 20 | 170 | | |
| 160 | 140 | 150 | 180 | 280 | 510 | 30 | 25 | 50 | 40 | 40 | 40 | 40 | 60 | 220 | 280 | 20 | 180 | | |
| 165 | 170 | 150 | 180 | 230 | 450 | 43 | 30 | 45 | 35 | 43 | 55 | 45 | 55 | 250 | 270 | 20 | 155 | | |
| 140 | 120 | 120 | 180 | 260 | 490 | 30 | 25 | 50 | 50 | 50 | 40 | 50 | 50 | 230 | 260 | 20 | 160 | | |
| 140 | 1 | 140 | 160 | 220 | 4 | 30 | 24 | 50 | | 50 | 50 | 30 | 50 | | | 20 | 160 | | |
| 133 | 120 | 118 | 173 | 239 | 394 | 25 | 21 | 38 | 38 | 45 | 42 | 40 | 45 | 210 | 280 | 20 | 175 | | |
| 140 | 140 | 140 | 140 | 230 | 440 | 33 | 28 | 45 | 30 | 40 | 45 | 45 | 45 | 230 | 3 | 20 | 180 | | |

Der Regierungspräsident.

337.

Nachweisung

des Durchschnittspreises der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5 % Aufschlag im Monat Oktober 1902 in den Hauptmarkorten des Regierungsbezirks Potsdam.

| Kaufende Nummer | Es
losten
je 50
Kilogramm | Breis-
Strom
für
Kreis-
Strom | Brand-
burg
für
Brand-
burg
Kreis-
Strom
Best-
Land | Luden-
walde
für
Kreis-
Strom
Luden-
walde | Berle-
berg
für
Kreis-
Strom
Brigitz | Pots-
dam
für
Kreis-
Strom
Brigitz | Breis-
Strom
für
Kreis-
Strom
Brigitz | Reu-
Ruppin
für
Kreis-
Strom
Brigitz | Schwebt
für
Kreis-
Strom
Brigitz | Brigitz
für
Kreis-
Strom
Brigitz | Bemerkungen. |
|-----------------|------------------------------------|---|---|--|---|---|--|---|--|--|--|
| | | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | |
| 1 | Hafer | 7 35 | 7 50 | 8 09 | 7 53 | 8 44 | 6 99 | 7 55 | 7 72 | 8 17 | Für die Kreise Niederbar-
nim, Oberbaranin, Ost-
havelland und Teltow,
sowie für die Stadtkreise
Rixdorf, Schöneberg und
Spandau gilt Berlin
als Hauptmarkort. |
| 2 | Heu | 2 10 | 2 63 | 3 15 | 2 63 | 2 94 | 2 10 | 2 63 | 2 73 | 2 36 | |
| 3 | Richtstroh | 1 63 | 1 80 | 2 80 | 2 24 | 2 56 | 3 15 | 3 15 | 2 29 | 1 84 | |

Potsdam, den 5. November 1902.

Der Regierungspräsident.

338.

Tarif

für die öffentliche Fähre über die Nischendorfer Havel km 166,7 bis 166,62 vom rechten Ufer nach dem linken Ufer und umgekehrt.

- 1) Für das Ueberfegen einer einzelnen erwachsenen Person einschließlich der Tragelast 10 Pf.
- 2) Für das Ueberfegen eines Kindes im Alter von 5—14 Jahren je 5 "
- 3) Bei dem Ueberfegen von mehr wie drei Personen zu gleicher Zeit je Person 5 "
- 4) Für das Ueberfegen eines Fahrrades 5 "

Bei Nachtzeit sind die doppelten Preise zu zahlen. Als Nachtzeit gilt die Zeit im Sommer von 10 Uhr Abends bis Morgens 6 Uhr; im Winter von Abends 8 Uhr bis Morgens 7 Uhr.

Anmerkung.

- a. Der Fährmann ist verpflichtet, sofort nach Aufnahme der vierten Person ab- und ohne Aufenthalt nach dem Bestimmungsort zu fahren.
- b. Frei überzuziehen sind öffentliche Beamte bei Dienstreisen oder sonstiger dienstlicher Veranlassung, wenn sie sich gehörig ausweisen oder Uniform tragen, der Briefträger und der Postbote.
- a. Kinder unter 5 Jahren.

Potsdam, den 20. September 1902.

Der Regierungspräsident.

Verloosungsgenehmigung.

339. Der Herr Minister des Innern hat dem Verein für Pferderennen und Pferdeausstellungen in Preußen zu Königsberg i. Pr. unterm 30. Oktober l. J. die Erlaubnis erteilt, bei Gelegenheit der im Frühjahr 1903 dort stattfindenden Pferdeausstellung eine öffentliche Verloosung von Wagen, Pferden etc. zu veranstalten und die Loose — 160000 Stück zu je 1 Mark — in der ganzen Monarchie zu vertreiben. Die Zahl der Gewinne beträgt 2500 im Gesamtwerthe von 70000 M.

Potsdam, den 8. November 1902.

Verloosungsgenehmigung.

340. Der Herr Minister des Innern hat dem Comité für den am 15., 16. und 18. Mai 1903 in Stettin stattfindenden Pferdemarkt unterm 30. Oktober l. J. die Erlaubnis erteilt, bei dieser Gelegenheit eine öffentliche Verloosung von Wagen, Pferden und anderen Gegenständen zu veranstalten und die Loose — 300000 Stück à 1 Mark — in der ganzen Monarchie zu vertreiben.

Potsdam, den 8. November 1902.

Der Regierungspräsident.

Lotteriezulassung.

341. Dem Comité zur Hebung der Zucht gängiger Wagenpferde in Baden hat der Herr Minister des Innern auf Grund Allerhöchster Ermächtigung die Erlaubnis erteilt, zu der mit Genehmigung der Großherzoglich Badischen Regierung im Jahre 1902 zu veranstaltenden öffentlichen „Auspielung“ von Pferden, Wagen und anderen Gegenständen auch im diesseitigen Staatsgebiete Loose zu vertreiben.

Potsdam, den 5. November 1902.

Der Regierungspräsident.

Standesamtsbezirksveränderungen.

342. In der Nachweisung der Standesamtsbezirke des Kreises Teltow sind durch das Ausschneiden von Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf aus dem Kreise verschiedene Nummern frei geworden. Diese Nummern sind den im Laufe der Zeit neu gebildeten Bezirken beigelegt worden und es hat infolgedessen der Standesamtsbezirk 12a. Babelsberg die Nr. 1, der Standesamtsbezirk 8a. Friedberg die Nr. 8 und der Standesamtsbezirk 48a. Ruppin die Nr. 31 erhalten. Ebenfalls sind den im Jahre 1899 neu gebildeten Bezirken 33a. Hasenpauke, 12b. Wannsee und 12c. Klein-Glienicke die neuen Nummern 61, 62 und 63 beigelegt worden.

Potsdam, den 10. November 1902.

Der Regierungspräsident.

Schiffahrtssperre für den Winter 1902/1903.

343. Für Schiffahrt und Flößerei werden gesperrt: für die Zeit

a. vom 10. Dezember 1902 bis 28. Februar 1903:

der Werbellin-Kanal,

b. vom 1. Januar bis 28. Februar 1903:

- 1) in der Havel-Ober-Wasserstraße die Schleuse Spandau und die Strecke von Pinnow bis Hohensaathen;
- 2) in der Spree-Ober-Wasserstraße die Strecke von Bernsdorf bis Fürstenberg a./O.;
- 3) der Friedrich-Wilhelmskanal;
- 4) in der oberen Havel-Wasserstraße die Schleuse Alt-Müppin;
- 5) in der oberen Havel-Wasserstraße die Strecke von Liebenwalde bis Bischofswerder.

Potsdam, den 6. November 1902.

Der Regierungspräsident.

344.

T e b s e u c h e n .

I. Festgestellt:

a. Milzbrand. Kreis West-Havelland: Haage.

b. Schweineseuche. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: Budow. Kreis Teltow: Mariendorf.

II. Erloschen:

a. Schweineseuche. Kreis Teltow: Rudow, Schmargendorf.

b. Geflügelcholera. Kreis Angermünde: Reichow. Potsdam, den 11. November 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Königlichen Konfistoriums der Provinz Brandenburg.

Errichtung einer Kirchengemeinde.

49. Von den zuständigen Staats- und Kirchenbehörden wird die Errichtung einer selbstständigen evangelischen Kirchengemeinde für die am Schnittpunkte der Seestraße und der projektierten Straße 16 in Berlin N. erbaute Kapernaumkirche beabsichtigt. Demgemäß haben wir nach Anhörung der Gemeinde-Organe der Nazareth-Kirchengemeinde hier im Einverständnis mit dem Herrn Königlichen Polizei-Präsidenten hier folgende Festsetzungen in Aussicht genommen:

I. Die Evangelischen in demjenigen Gebiet von Berlin, welches umschrieben wird,

- a. im Süden: Durch die Mittellinie der Buchstraße von der Mittellinie des Spandauer Schiffahrt-Kanals nordwärts bis zur Mittellinie der Führerstraße, durch die Mittellinie der Führerstraße von der Mittellinie der Buchstraße ostwärts bis zur Mittellinie der Amrumerstraße, durch die Mittellinie der Amrumerstraße von der Mittellinie der Führerstraße nordwärts, bis zur Mittellinie der projektierten Straße 15, durch die Mittellinie der projektierten Straße 15 von der Mittellinie der Amrumerstraße ostwärts bis zur Mittellinie der Müllerstraße, durch die Mittellinie der Müllerstraße von der Mittellinie der projektierten Straße 15 nordwärts bis zur Mittellinie der Utrechterstraße, durch die

Mittellinie der Utrechterstraße von der Mittellinie der Müllerstraße ostwärts bis zur Mittellinie der Malplaquetstraße, durch die Mittellinie der Malplaquetstraße von der Mittellinie der Utrechterstraße nordwärts bis zur Mittellinie der Seestraße, durch die Mittellinie der Seestraße von der Mittellinie der Malplaquetstraße ostwärts bis zur Weichbildgrenze, b. im Osten, Norden und Westen durch die Weichbildgrenze von der Mittellinie der Seestraße nordwärts fortlaufend bis zur Mittellinie der Führerstraße und durch die Mittellinie des Spandauer Schiffahrt-Kanals von der Mittellinie der Führerstraße bis zur Mittellinie der Buchstraße, werden aus der Nazareth-Kirchengemeinde ausgepfarrt und zu einer selbstständigen Kapernaum-Kirchengemeinde vereinigt.

II. In der Kapernaum-Kirchengemeinde wird eine Pfarrstelle errichtet.

III. Für die Kapernaum-Kirchengemeinde gelten bis auf Weiteres die gegenwärtigen Gebührenordnungen der Nazareth-Kirchengemeinde.

IV. Die Kapernaum-Kirchengemeinde hat, so lange sie noch keinen eigenen Kirchhof besitzt, jedoch nicht länger als zehn Jahre vom Tage ihrer Errichtung ab das Recht der Mitbenutzung des der Nazareth-Kirchengemeinde gehörigen, in Reinickendorf belegenen Kirchhofes dergestalt, daß

- a. die Verwaltung dieses Kirchhofs allein der Stammgemeinde verbleibt, welche auch alle Verwaltungs- und Unterhaltungskosten zu tragen hat,
- b. die Zweiggemeinde nur die Stollgebühren für Begräbnisse ihrer Mitglieder bezieht, während alle übrigen Gebühren der Stammgemeinde zufließen.

Indem wir diesen Parochial-Regulierungsplan zur öffentlichen Kenntniß bringen, fordern wir die Beteiligten auf, etwaige Einwendungen gegen denselben bis zum 18. November d. J. während der Zeit von 10 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags in dem Zimmer Nr. 2 unseres Dienstgebäudes (Schützenstraße 26) bei dem Konfisktorial-Sekretär Ravensdamm oder dessen Stellvertreter unter geeignetem Ausweis über ihre Legitimation zur Sache schriftlich einzureichen oder zu Protokoll zu erklären. Berlin, den 4. November 1902.

Königliches Konfisktorium der Provinz Brandenburg, Abteilung Berlin.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Schiffahrtssperre.

Zur Ausführung der nothwendigen Ausbesserungen in den Haltungen und an den Bauwerken des Hafens Brahamünde, der kanalisierten Bräse, des Bromberger Kanals, des schiffbar gemachten Speisekanals und der kanalisierten oberen Nege, sowie zur Verrückung der Verfassungen in den einzelnen Feldern u. s. w. werden diese Wasserstraßen vom 15. Dezember d. J. bis zum 25. März 1903 für die Schiffahrt und Flößerei gesperrt werden.

Bromberg, den 31. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

Strassenordnung für den Stadtkreis Charlottenburg.

Polizei-Verordnung.

Auf Grund der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 sowie der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 wird mit Zustimmung des Gemeinde-Vorstandes für den Stadtkreis Charlottenburg folgende Straßen-Ordnung erlassen:

I. Abschnitt.

Erhaltung der Sicherheit und Bequemlichkeit auf den öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen.

A. Fuhrwerksverkehr.

a. Fuhrwerke.

§ 1. Die Breite eines Fuhrwerks darf 2, die Länge mit Einschluß der Deichsel 10 Meter nicht übersteigen.

§ 2. Jedes durch Zugthiere bewegte Fuhrwerk muß mit einem festen Kutschersitz versehen sein, von dem aus der Führer freie Aussicht nach allen Seiten hat.

Kaß-, Arbeits- und Geschäftswagen sowie die zur Beförderung einer größeren Anzahl von Personen bestimmten Fuhrwerke müssen mit einer schnell und sicher wirkenden Bremse ausgestattet sein, welche derart anzubringen ist, daß sie der Führer während der Fahrt von seinem Platze aus leicht und bequem handhaben kann, ohne seine Aufmerksamkeit von dem Straßenverkehr ablenken zu müssen.

Fuhrwerke, an denen sich eine Bremse nicht derart anbringen läßt, daß sie vom Kutschersitze aus zu handhaben ist (Rangholz- oder andere Wagen für besondere Zwecke), müssen von einer zweiten Person begleitet werden, welche die Bremse zu bedienen hat.

Auf Eselsfuhrwerke finden die Bestimmungen dieses Paragraphen keine Anwendung.

§ 3. Fuhrwerk, welches nicht seiner Bestimmung gemäß zur Beförderung von Personen dient, muß mit dem Eigengewicht des Wagens einschließlich des Zubehörs, als Schrottleitern, Ketten, Aufsatz und Schuttbretter u. s. w., dem Vor- und Zunamen und der Wohnung (Ortschaft, Straße und Hausnummer) des Eigentümers und, wenn derselbe mehrere derartige Fuhrwerke besitzt, mit fortlaufender Nummer bezeichnet sein. Diese Bestimmung findet auf juristische Personen, Aktien-Gesellschaften und dergleichen sinngemäße Anwendung.

Diese Aufschrift ist entweder an der rechten und linken oder an der hinteren Seite des Fuhrwerks selbst, oder an Tafeln, welche an denselben befestigt sind, in deutlicher und unverwischbarer Schrift von mindestens 5 cm Höhe in einem Abstände des unteren Randes derselben von wenigstens 45 cm vom Erdboden derge-
stalt anzubringen, daß sie stets sichtbar ist.

Bei Esel-, Hunde-, Handwagen und Schubkarren sowie Geschäfts-Fahrrädern ist die Angabe des Eigengewichtes nicht erforderlich.

Der Eigentümer des Fuhrwerks hat über die Person und die Wohnung des Wagensführers den Polizeibeamten auf Erfordern richtige Auskunft zu erteilen.

§ 4. Während der Dunkelheit muß jedes auf öffentlicher Straße befindliche Fuhrwerk vorschriftsmäßig beleuchtet sein. Die Dunkelheit bestimmt sich nach der Zeit, während welcher die Straßenlaternen brennen.

Die Beleuchtung geschieht:

- a. bei Fuhrwerk, welches zur Personenbeförderung dient, durch zwei Laternen, welche an den Seiten, soweit wie möglich nach vorn, anzubringen sind,
- b. bei anderem Fuhrwerk in der Regel durch eine Laterne, welche in der Mitte der Vorderseite an oder auf dem Fuhrwerk dergestalt anzubringen ist, daß ihr Licht, unbehindert durch das Gespann, nach vorn fällt.

Wo vermöge der Bauart oder der Ladung des Fuhrwerks die Beleuchtung nicht an letzterem selbst angebracht werden kann, ist es gestattet, sie an oder auf den Pferden oder an der Spitze der Deichsel zu führen. Im ersten Falle sind zwei, in den beiden anderen Fällen nur eine Laterne erforderlich.

Die Laternen müssen sich in ordnungsmäßigem Zustande befinden und mit hell leuchtendem Lichte versehen sein.

§ 5. Schrottleitern, welche zum Auf- und Niederschlagen eingerichtet sind, müssen während der Fahrt mit mindestens zwei halibaren Ketten besetzt sein. Sie dürfen weder über das Fuhrwerk hinausragen, noch mit Theilen der Ladung belastet sein. Bei ihrem Auf- und Niederschlagen ist jedes unnöthige Geräusch zu vermeiden.

b. Gespanne.

§ 6. Mit ansteckenden Krankheiten oder augenfälligen äußeren Schäden behaftete, lahme und abgetriebene Thiere dürfen nicht als Zugthiere benutzt werden.

§ 7. Rindvieh als Zugthiere zu benutzen ist untersagt.

c. Geschirre und Art und Weise der Anspannung.

§ 8. Die Geschirre müssen halibar und in ordnungsmäßigem Zustande sei.

Sie sind mit einer Vorrichtung auszustatten, welche ein leichtes Hemmen gewährleistet, Einspannergeschirre müssen mit Hinterzeug (Umlauf) versehen sein.

Aufhalter von Strickwerk sind unstatthaft. Das Fahren mit einfacher Peine oder bei Pferden mit Aufzäumung ohne Mundstück ist untersagt.

Zwei- und mehrspänniges Fuhrwerk muß mit der Kreuzleine gefahren werden.

§ 9. Das Anhängen von Fuhrwerken und Handwagen ist nicht erlaubt.

d. Ladung.

§ 10. Die Ladung eines Fuhrwerks darf nicht mehr als 2,50 Meter Breite und von der Erde gerechnet 3,70 Meter Höhe haben. Das Gewicht der Ladung und des Fuhrwerks zusammen darf 6000 Kilogramm nicht übersteigen.

§ 11. Die Beförderung untheilbarer Lasten von

größeren Abmessungen oder größerem Gewicht ist nur nach Genehmigung der Polizei-Direktion gestattet.

§ 12. Die Ladung muß im richtigen Verhältnisse zur Leistungsfähigkeit des Gespannes stehen, insbesondere darf das Fuhrwerk nicht derartig überladen werden, daß das Gespann zur gehörigen Fortschaffung desselben unvermögend wird.

§ 13. Die Ladung muß derartig vertheilt und befestigt sein, daß sie weder ganz noch theilweise herabfallen, noch ein Umschlagen des Fuhrwerks verursachen kann.

Ebenso wenig darf sie ganz oder theilweise auf der Erde schleifen.

e. Führer.

§ 14. Personen, welche das 16. Lebensjahr noch nicht überschritten haben oder des Fahrens und der Behandlung der Pferde unkundig sind, darf die Führung von Fuhrwerk nicht anvertraut werden.

§ 15. Während der Fahrt hat der Führer des Wagens, falls er nicht vom Sattel fährt, den in § 2 vorbezeichneten Platz auf dem Fuhrwerk einzunehmen und sich in Fällen, in welchen es die örtlichen oder Verkehrsverhältnisse erforderlich machen, der Bremse zu bedienen.

Das Einhergehen neben dem Gespann oder dem Fuhrwerk ist den Führern von Reichenwagen unbeschränkt, den Führern anderer Fuhrwerke aber nur dann gestattet, wenn das Gespann besonderer Verhältnisse halber am Zügel geführt werden muß.

Während der Fahrt muß der Führer die Leine stets in der Hand halten und zwar so angezogen, daß das Gespann ununterbrochen der Einwirkung der Zügel unterliegt.

§ 16. Führer, welche, während ihr Fuhrwerk auf öffentlicher Straße sich befindet, schlafend oder in trunkenem Zustande betroffen werden, sind straffällig.

§ 17. Auf öffentlichen Straßen oder Plätzen der Stadt übermäßig schnell zu fahren sowie daselbst mit gemeiner Gefahr Pferde einzufahren ist verboten.

§ 18. Die Abfahrt des Stillhaltens, des Umwendens und des plötzlichen Verlassens der bisher verfolgten Fahrtrichtung ist dem Hintermann durch Emporhalten der Peitsche oder andere geeignete Zeichen kund zu geben.

Das Anstoßen mit der Peitsche und das Schlagen nach fremden Pferden ist untersagt.

§ 19. Die in der Fahrtrichtung stehenden, sich in ihr Bewegenden oder sich ihr nähernden Personen sind durch lautes und rechtzeitiges Anrufen auf die Annäherung des Fuhrwerkes aufmerksam zu machen.

§ 20. Der Gebrauch von Huppen und ähnlich klingenden Instrumenten zur Warnung vor der Annäherung eines Fuhrwerkes und überhaupt auf öffentlichen Straßen und Plätzen ist nur den Führern von Kraftfahrzeugen gestattet.

§ 21. Gespanntes Fuhrwerk darf auf öffentlicher Straße nicht ohne Aufsicht bleiben.

Ausnahmen sind nur insoweit zulässig, als der

Führer behufs Be- oder Entladens seines Fuhrwerkes genöthigt ist, sich zeitweise von demselben zu entfernen. In solchem Falle muß jedoch das Fuhrwerk vor dem betreffenden Grundstück, oder falls hier die Vertheilung nicht geeignet ist, in unmittelbarer Nähe desselben aufgestellt, das Gespann am Fuhrwerk kurz angebunden und wenigstens ein Rad mittelst einer zweckmäßigen und haltbaren Vorrichtung gehemmt werden. Das Anbinden des Gespannes an Laternen, Bäumen und anderen Straßenanlagen ist unzulässig.

Zugthiere, welche schon einmal durchgegangen sind, darf der Führer unter keinen Umständen sich selbst überlassen.

§ 22. Der Fuhrwerksverkehr hat sich ausschließlich auf die dafür bestimmten Fahrbahnen und Fahrwege zu beschränken. Wo im Interesse der öffentlichen Ordnung oder der Sicherheit des Verkehrs durch öffentlichen Anschlag oder durch öffentliche Bekanntmachung hinsichtlich gewisser Arten von Fuhrwerk oder gewisser Zeiten vorübergehend noch weitere Beschränkungen eingeführt; insbesondere wo Straßen oder Straßentheile als gesperrt bezeichnet sind, hat die betreffende Anordnung verbindliche Kraft.

Die An- und Abfahrt von Personensuhrwerk, sowie das Be- und Entladen von Lastwagen auf den Promenadenwegen der Berliner Straße zwischen Louise-Platz und Anke ist für die Anwohner derselben soweit gestattet, als von der Straße aus kein Einfahren auf die Grundstücke selbst möglich ist, und die auf die Promenaden auffahrenden Fuhrwerke dort befandliches Kopfsteinpflaster nicht verlassen.

§ 23. Für nachstehende Straßen und Plätze finden folgende besondere Beschränkungen statt:

1) Die Ladestraße am Charlottenburger Ufer zwischen Döberstraße und Charlottenburger Brücke darf nur in der Richtung von der Döberstraße zur Charlottenburger Brücke befahren und zur Ein- und Ausfahrt dürfen nur die dieser Fahrtrichtung entsprechenden Rampen benutzt werden.

2) Auf dem Auguste-Victoria-Platz dürfen nur die in der Fahrtrichtung rechts von den dortigen Inseln befindlichen Fahrbahnen benutzt werden. Auch Fuhrwerke, welche daselbst halten wollen, müssen so anfahren, daß die Inselwege stets links von ihnen bleiben.

§ 24. Alles Fuhrwerk hat während der Fahrt sich stets soweit rechts zu halten, als nicht örtliche Hindernisse, zu denen auch Straßenbahngeleise zu rechnen sind (§ 33), entgegenstehen. Nach der entgegengesetzten Seite darf, wenn dort angehalten werden soll, nicht früher abgebogen werden, als der Zweck es durchaus erfordert.

Das Einbiegen aus einer Straße in die andere nach rechts muß in kurzer Wendung, nach links in weitem Bogen geschehen, und darf erst erfolgen, wenn die einzuschlagende Fahrtrichtung von den dieselbe kreuzenden Fuhrwerken und Reitern verlassen ist.

§ 25. Das Ausweichen geschieht nach rechts, in der Regel mit halber Spur.

Unbeladene Fuhrwerke weichen beladenen, falls der Raum es gestattet, mit ganzer Spur aus.

In gleicher Art weichen bei abschüssiger Fahrbahn bergauffahrende Fuhrwerke bergabfahrenden aus.

§ 26. Geschlossen marschirenden Militär-Abtheilungen, Leichen- und anderen öffentlichen Aufzügen, Königl. und Prinzlichen Wagen, Postwagen, im Dienste befindlichen Fuhrwerken der Feuerwehr sowie Fuhrwerken, welche die Beprengung und Reinigung der öffentlichen Straßen besorgen, ist sowohl von vorfahrenden als von entgegenkommenden Fuhrwerken überall vollständig Raum zu geben. Sie müssen entweder sofort ausweichen oder für den Fall, daß dies unmöglich ist, rasch vorwärts eilen und an der nächsten geeigneten Stelle die vorbezeichneten Fuhrwerke, Aufzüge u. s. w. vorbeilassen.

Fuhrwerken der Feuerwehr gegenüber sind auf das übliche Zeichen auch die vorbezeichneten Fuhrwerke, Aufzüge u. s. w. in gleicher Art Raum zu geben oder anzuhalten verpflichtet.

Daß sich Fuhrwerk der Feuerwehr nähert, wird durch Läuten mit einer Glocke oder durch eine brennende Fackel erkennbar gemacht.

§ 27. Das Vorbeifahren geschieht links und zwar im Trabe.

§ 28. An Ecken und Kreuzungspunkten von Straßen, auf Brücken, in Thoren, sowie überall, wo die Fahrbahn durch entgegenkommende Fuhrwerke beengt ist, darf nicht vorbeigefahren werden, falls nicht augenscheinlich der erforderliche Raum vorhanden ist.

§ 29. Fuhrwerke dürfen auf öffentlicher Straße nur amwenden, sofern dadurch andere Fuhrwerke in ihrer Fahrt nicht gestört werden und Theile des wendenden Fuhrwerkes oder dessen Ladung dabei nicht über die Vordschwelle hinausragen.

Es ist unstatthaft, Fuhrwerke auf dem Fahrdamm sowie bei der Einfahrt auf Grundstücken oder der Ausfahrt aus solchen ohne genügende Aufsicht zurückzusetzen.

§ 30. Am Salz-Ufer zwischen Berlinerstraße und Dore-Brücke und auf dem oberen Fahrdamm des Charlottenburger Ufers hinter der Flora zwischen der östlichen Einfahrt der Ladestraße und dem Wiegehäusern darf Last- und Arbeitsfuhrwerk überhaupt nicht und auf der Ladestraße des Charlottenburger Ufers, hinter der Flora nur an den durch Tafeln bezeichneten Stellen umwenden.

§ 31. Stillhalten ist untersagt inmitten des Fahrdammes, auf Brücken, in Thoren, auf Dammübergängen, welche für Fußgänger bestimmt sind, auf Straßenkreuzungen einschl. des Zuges der Bürgersteige auf Straßenbahngeleisen und so nahe denselben, daß die Straßenbahnwagen nicht vorbeifahren können, ferner bis zu 5 Meter von den Haltestellen der Straßenbahn, sowie überall, wo öffentlicher Anschlag das Verbot ausspricht.

§ 32. Zum Zwecke des Stillhaltens muß das Fuhrwerk hart an die Vordschwelle gebracht und in der

Art aufgestellt werden, daß Vorder- und Hinterwagen gleich weit von derselben abstehen.

Liegen an der betreffenden Stelle die Straßenbahnschienen unmittelbar an der Vordschwelle, so ist das Fuhrwerk in gleicher Weise derartig neben ihnen aufzustellen, daß die Straßenbahnwagen in ihrer Fahrt nicht behindert werden.

Auch unter Beobachtung dieser Vorschrift bleibt das Stillhalten unzulässig, sobald dem betreffenden Punkt gegenüber auf der anderen Seite des Fahrdammes bereits ein Fuhrwerk hält, es sei denn, daß der Fahrdamm breit genug ist, um zwischen zwei an den Seiten haltenden Fuhrwerken noch Raum für den gleichzeitigen Durchgang zweier anderer Fuhrwerke übrig zu lassen.

§ 33. Beim Ertdönen der Warungszeichen der Straßenbahn haben die Wagenführer überall und sofort die Fahrbahn für den Bahnbetrieb freizumachen und den Straßenbahnzügen vollständig und soweit auszuweichen, daß weder die letzteren in der Fahrt noch die Fahrgäste beim Ein- und Aussteigen behindert werden. Vor den Haltestellen der Straßenbahn ist während des Ein- und Aussteigens der Fahrgäste, falls nicht für dieselben ein Zwischenraum von mindestens 1,25 m an dem Straßenbahnwagen freigelassen werden kann, so lange zu halten, bis die Fahrgäste sich vollständig entfernt haben.

Fuhrwerke dürfen die Fahrbahn der Straßenbahn sobald und soweit der Fahrdamm neben derselben frei ist, nicht berühren.

§ 34. Die Vorschriften des § 33 gelten nicht für Wagen, in denen Allerhöchste und höchste Herrschaften fahren, Leichen- und andere öffentliche Aufzüge sowie für im Dienste befindliche Postwagen und im Dienst befindliche Fuhrwerke der Feuerwehr.

§ 35. Vor Brücken, deren Klappen gezogen sind, muß so lange gehalten werden, bis die vollständige Schließung der letzteren erfolgt ist und die an beiden Seiten angesammelten Fußgänger die Brücke überschritten haben.

§ 36. Auf enger Fahrbahn hat unbeladenes Fuhrwerk, sobald ihm beladenes entgegenkommt, so lange rechts seitwärts zu halten, bis das beladene vorüber ist. Ist überhaupt kein Raum für zwei Fuhrwerke vorhanden, so muß das unbeladene zurückgezogen werden.

§ 37. Ist beim Anbrängen von Fuhrwerken nach dem nämlichen Ziele eine Reihenfolge polizeilich angeordnet worden oder von selbst entstanden, so hat jedes neu hinzukommende Fuhrwerk dem letzten in der Reihe sich anzuschließen.

Kein Fuhrwerk darf aus der Reihe ausbrechen, vorfahrende überholen, oder sich in die Reihe eindrängen.

§ 38. Fuhrwerk, welches nicht auf Federn ruht oder in Federn hängt, desgleichen solches, welches vermöge seiner Bauart oder Ladung bei schnellerer Bewegung ein starkes Geräusch verursacht, darf überall nicht anders wie im Schritt fahren:

§ 39. Alles Fuhrwerk muß im Schritt fahren:
1) über die Zugklappen der Brücken,

- 2) beim Einbiegen aus einer Straße in die andere,
- 3) bei der Ausfahrt aus Grundstücken, welche an die öffentliche Straße grenzen,
- 4) bei der Einfahrt in dergleichen Grundstücke,
- 5) in der Nähe der Kirchen während des Gottesdienstes,
- 6) überall, wo ein ungewöhnlich starker Verkehr von Wagen, Reitern oder Fußgängern stattfindet,
- 7) an allen Orten, wo ein öffentlicher Anschlag (Schrift-Tafeln) das Fahren in schnellerer Gangart untersagt.

f. Schlitten.

§ 40. Die Bestimmungen der §§ 1, § 2 Absatz 1 und §§ 3 bis 37 und 39 finden auch auf Schlitten Anwendung.

Mit Schlitten ohne feste Deichsel oder Schere sowie ohne Gelände und Schellen zu fahren ist verboten.

g. Besondere Arten von Fuhrwerken.

§ 41. Für den Verkehr der Straßenbahnen, Omnibusse, Thorrowagen, Droschken, Kraftfahrzeuge und Fahrräder sowie Leichenwagen gelten außer den Bestimmungen dieser Straßenordnung, soweit sie sinngemäß anwendbar sind, noch die für diese Arten von Fuhrwerken bestehenden oder zu erlassenden besonderen Vorschriften.

Für Fahrräder, welche an der Hand geführt werden, gelten, soweit sie anwendbar sind, dieselben Bestimmungen wie für Fahrräder, auf denen gefahren wird.

§ 42. Das Schieben von Karren und Handwagen ist nur gestattet, wenn deren Ladung dem Führer die freie Aussicht nach vorne nicht beschränkt. Andernfalls müssen sie gezogen werden.

Im Uebrigen gelten, soweit dieselben überhaupt anwendbar sind, die Bestimmungen der §§ 1, 9, 10, 13, 16, 19, 20, 22, 23, 24, 26, 28, 29, 31, 32, 33, 35 auch für Karren, die Bestimmungen der §§ 1, 3, 4, 9, 10, 13, 16, 18, 19, 20, 22, 23, 24, 26, 28, 29, 31, 32, 33, 35 auch für Handwagen.

Die Führer von Karren und Handwagen müssen allen ihnen begegnenden Fuhrwerken ausweichen.

Das Befahren der Bürgersteige und Promenaden mit Kinder- und Krankenwagen ist nur mit polizeilicher Erlaubnis gestattet und es sind die in der schriftlich erteilten Erlaubnis enthaltenen Vorschriften als Vorschriften dieser Straßenordnung anzusehen.

Das Fortschaffen von Sachen in Kinderwagen, sowie das Fahren von 2 Kinderwagen nebeneinander ist nur auf den Fahrdämmen gestattet.

§ 43. Bei Hundewagen hat der Führer die Deichsel während der Fahrt beständig in der Hand zu halten.

Personen auf Hundewagen zu befördern ist untersagt.

Auf dem Fuhrwerk muß sich ein zum Tränken des Hundes geeignetes Gefäß sowie während der Zeit vom 1. Oktober bis 1. April für jeden Hund eine Unterlage und eine Decke zum Auslegen befinden, welche während des Stillhaltens zu benutzen sind. Beim Halten ist,

sobald der Führer den Wagen verläßt, der Hund abzuführen und in solcher Weise am Wagen zu befestigen, daß er sich weder losmachen noch den letzteren fortbewegen kann.

Bei zweirädrigen Hundewagen darf der Hund lediglich zum Ziehen benutzt werden und im Rücken nicht durch das Gewicht des Wagens belastet werden.

Hundefuhrwerke müssen allen anderen ihnen begegnenden Fuhrwerken ausweichen.

Im Uebrigen finden auf Hundefuhrwerke die Bestimmungen der §§ 1, 3, 4, 6, 9, 10, 12, 13, 14, 16, 18—24, 26—29, 31—33 und 35 sinngemäße Anwendung. Der § 6 wird jedoch in Bezug auf Hunde dahin erweitert, daß auch Hunde, welche wegen Krankheit oder ihrer körperlichen Beschaffenheit im Allgemeinen zum Ziehen ungeeignet sind, sowie kranke, hochtrachtige und säugende Hündinnen während der Dauer dieses Zustandes nicht angespannt werden dürfen.

B. Reitverkehr.

§ 44. Für Reitsperre ist die Anwendung von Zäumen ohne Gebiß nicht gestattet.

§ 45. Der Reitverkehr hat sich auf die Fahrdämme und die als solche kenntlichen Reitwege zu beschränken.

§ 46. Reiter mit Handpferden dürfen nicht anders wie im Schritt reiten.

§ 47. Die Reiter haben, soweit nicht örtlich Hindernisse entgegenstehen, stets die rechte Hälfte des Straßenammes zu benutzen und allen entgegenkommenden Fuhrwerken aufzuweichen.

§ 48. Die Bestimmungen der §§ 17, 24 Absatz 2, 26—28, 33, 35 und 39 finden auch für Reiter sinngemäße Anwendung.

C. Beschädigung und Belästigung durch Thiere.

a. Viehtrieb und Viehförderung.

§ 49. Alles Viehtreiben auf den öffentlichen Straßen und Plätzen Charlottenburgs ist verboten.

Jedervieh, Schweine, Ziegen u. s. w. außerhalb der Gehöfte auf Straßen und Plätzen umherlaufen zu lassen ist unstatthaft.

§ 50. Die mittelst Fuhrwerks beförderten Kälber und Schafe dürfen nicht geknebelt oder gefesselt werden.

§ 51. Die zur Beförderung von Vieh benutzten Fuhrwerke müssen so geräumig sein, daß die Thiere, ohne gepreßt oder geschnürt zu werden, nebeneinander stehen oder liegen können. An Raum ist zu nehmen: 1 qm auf 2 Kälber, 1 qm auf 3 Schafe, 2 qm auf 3 Schweine gewöhnlicher Art.

§ 52. Geflügel jeder Art darf nur in Käfigen oder anderen luftigen Behältern befördert werden, für deren ausreichende Geräumigkeit die Bestimmung des § 51 gilt.

Diese Beförderungsmittel müssen derartig eingerichtet sein, daß das Herabfallen von Exkreten und Roth verhindert wird. Zu diesem Zweck müssen die Wände der zur Beförderung von Geflügel benutzten, in der Regel aus mehreren übereinander liegenden Abtheilen bestehenden Wagen mit Gitterwänden vom

Boden jedes Abtheils aus bis zur Höhe von 15 cm dicht geschlossen sein.

Die Beförderung in Säden ist untersagt, ebenso das Zusammenbinden einzelner Thiere sowie das Tragen der Thiere an den Füßen.

§ 53. Bei der Beförderung des Viehs, mag dieselbe durch Tragen, Fahren oder in anderer Weise stattfinden und bei der Behandlung desselben ist jedes rohe Benehmen gegen die Thiere, insbesondere das Ziehen von Hund an Maulkörbe auf dieselben, heftiges Zittern an Leitseilen, Prügeln mit Knütteln, Stoßen mit Häuten und Füßen, untersagt. Beim Ein- und Ausladen sind die Thiere zu heben, nicht zu werfen.

§ 54. Die Beförderung von Thieren, welche auf den öffentlichen Straßen und Plätzen gestorben oder so zu Schaden gekommen sind, daß sie sich nicht mehr selbst fortbewegen können, darf nur mittelst solcher Wagen erfolgen, auf welchen todt Thiere den Blicken des Publikums ganz entzogen sind bezw. welche mit geeigneten Einrichtungen zur Vermeidung unnöthiger Quälerei noch lebender Thiere versehen sind.

§ 55. Der Besitzer bezw. Führer oder Begleiter eines auf der Straße verunglückten Thieres ist verpflichtet, den Fall unter genauer Angabe des Ortes, wo das Thier sich befindet, bei dem nächsten Revier-Polizei-Bureau zur Anzeige zu bringen. Die Beamten des Reviers sind berechtigt, das gesallene Thier, unbeschadet des weiteren Verfügungsrechts des Besitzers, mittelst eines Wagens des hiesigen Magistrats zunächst auf ein Grundstück in der Stadt zu schaffen. Hat der Besitzer das Thier von dort nach Verlauf von 3 Stunden nicht abholen lassen, so darf es der Berliner Abbederei überwiesen werden. Die Kosten dieser Beförderungen hat der Besitzer des gesallenen Thieres zu tragen.

b. Last- und Zugthiere.

§ 56. Bissige Last- und Zugthiere müssen mit Maulkörben versehen werden.

Auch bei lebigen Last- und Zugthieren ist die Anwendung von Jähmen ohne Mandat untersagt.

c. Hunde.

§ 57. Jeder außerhalb der Gebäude und eingefriedigten Gärten und Vorgärten angetroffene Hund muß mit einem Maulkorb versehen sein. Dies gilt auch für Hunde, welche an der Leine geführt werden.

Der Maulkorb muß so eingerichtet sein, daß er das Beißen verhindert, ohne das Saufen unmöglich zu machen.

Hunde ohne Maulkorb oder mit einem ungenügend eingerichteten Maulkorb können von den polizeilich dazu bestimmten Personen weggefangen und, falls nicht binnen acht Tagen gegen Erlegung der Futterkosten und eines Ganggelbes von 3 Mark ihre Auslösung erfolgt, getödtet werden.

§ 58. In den Schlossgarten, auf die Friedhöfe, auf die Wochenmärkte und in die Markthallen darf Niemand Hunde mitbringen. Hunde, welche auf den Wochenmärkten zum Ziehen von Wagen benutzt werden, dürfen gleichfalls nicht auf dem Markte belassen werden.

In öffentlichen Anlagen müssen Hunde an der Leine geführt werden.

Hunde zur Nachtzeit aus dem Hause auszusperren oder unbeaufsichtigt auf den Straßen umherlaufen zu lassen ist verboten.

Die Nachteile des § 57 sowie die Strafen treffen in den Fällen der §§ 57 und 58 den Führer, in Ermangelung eines solchen den Besitzer des Hundes.

§ 59. Wer auf einem eingefriedigten Raume (Holzplatz, Lagerhof und dergl.) zu dessen Bewachung einen Hund frei umherlaufen läßt, ist verpflichtet, an besonders in die Augen fallender, von außen sichtbarer Stelle der Umfriedigung die Ankündigung: „Achtung Hunde“ anzubringen. Bei größeren Grundstücken sind mehrere solcher Ankündigungen erforderlich.

Die Ankündigung muß in deutlich lesbarer unverwischbarer Schrift, deren Buchstaben eine Höhe von mindestens 5 cm haben, ausgeführt sein, in ordnungsmäßigem Zustande erhalten und im Bedarfsfalle erneuert werden.

Ihre Sichtbarkeit darf durch Bäume, Sträucher, Schilder oder auf andere Weise nicht verhindert oder erschwert werden.

D. Erhaltung und Bezeichnung öffentlicher Wege, Anlagen u. s. w.

§ 60. Wer öffentliche Wege, dazu gehörige Bau- und Anlagen, Brücken, Durchlässe, Schlagbäume, Schranken, Wegweiser, Tafeln, Warnungszeichen, Nummerchilder, Laternen, Pressreine, Bäume, Pflanzungen, Gegenstände und sonstige Einrichtungen und Anstalten, welche bestimmt sind, die öffentlichen Wege zu schützen, zu bezeichnen, gangbar zu erhalten oder zu zieren, oder welche sonst zum öffentlichen Nutzen dienen, aus Fahrlässigkeit zerstört oder beschädigt, ist strafbar.

§ 61. Auch das Uebersteigen von Schranken und Einfriedigungen, welche zum Schutze öffentlicher Wege, Denkmäler und Anlagen dienen, das eigenmächtige Verändern der im § 60 aufgeführten Gegenstände, das Beschmutzen und Beschreiben derselben sowie jede Handlung oder Unterlassung, durch welche der freie Zugang zu denselben erschwert oder versperrt wird, ist strafbar.

§ 62. Jeder Hauseigentümer ist verpflichtet, die Anbringung von Straßenschildern, Nummerpfeilen, Schilder, welche die Lage der Wasserfälle und der Gas- und Wassersperrebahnen bezeichnen, nach dem Ermessen der Polizei-Behörde an seinem Hause oder am Vorgartengitter zu dulden.

§ 63. Jeder Hauseigentümer ist verpflichtet, sein Haus mit einem Nummerschild, welches einem bei der Polizei-Direktion ausgelegten Muster genau entsprechen muß, zu versehen, das Schild in ordnungsmäßigem Zustande zu erhalten und es im Bedarfsfall zu erneuern.

§ 64. Das Nummerschild ist in der Regel unmittelbar über der Mitte des Hauseinganges an der Straßenseite anzubringen. Wenn dem Eigentümer oder der Polizei-Behörde aus besonderen Gründen (Schilder- und Mängel u. s. w.) eine Abweichung von dieser Regel erforderlich erscheint, wird der zu wählende Platz

von dem zuständigen Polizeirevier und, falls der Eigenthümer mit dessen Entscheidung nicht einverstanden ist, von der Polizei-Direktion bestimmt.

Bei Vorgärten ist das Nummer-Schild an der Vorgarteneinfriedigung zur rechten Seite des Einganges zu befestigen.

Auf Erfordern der Polizeibehörde ist außerdem noch ein zweites Nummer-Schild am Hause selbst anzubringen.

§ 65. Die Sichtbarkeit der Schilder (§§ 62, 63) darf durch Bäume, Sträucher, Lauben, Geschäfts-Schilder, Vorhänge oder auf andere Weise nicht verhindert oder erschwert werden.

§ 66. Die Polizei-Direktion behält sich vor, in besonderen Fällen Ausnahmen von den Bestimmungen der vorstehenden Paragraphen 62—65 zuzulassen.

K. Beeinträchtigung des Verkehrs durch andere Handlungen und Unterlassungen.

a. Hinsichtlich der öffentlichen Straße überhaupt.

§ 67. Gegenstände, welche den freien Verkehr zu hindern oder zu beeinträchtigen geeignet sind, auf öffentlicher Straße aufzustellen, hinzulegen oder liegen zu lassen ist untersagt.

§ 68. Wer zum Lagern von Sachen, Aufstellen von Gerüsten, Auf- und Abwinden von Gegenständen, Herabwerfen von Schnee und Eis von Dächern, Gefsimen und Balkons oder zu anderen derartigen Vorrichtungen die öffentliche Straße oder Theile derselben im Interesse Einzelner vorübergehend benutzen und dadurch der allgemeinen Benutzung zeitweise entziehen will, bedarf dazu polizeilicher Erlaubniß.

Während der Benutzung selbst muß der betreffende Theil der Straße in zweckentsprechender Weise durch Warnungszeichen, Schutzwehren, Einfriedigungen oder dergleichen äußerlich kenntlich gemacht und während der Dunkelheit vorchriftsmäßig (§ 69) beleuchtet werden.

§ 69. Die Beleuchtung der in § 68 bezeichneten Verhältnisse muß, nach Bewandniß der Umstände, durch eine oder durch mehrere Laternen geschehen, vom Eintritt der Dunkelheit bis zum Anbruch des Tages dauernd und wirksam genug sein, um während dieser Zeit die betreffende Verhältnisse beständig in ihrer ganzen Ausdehnung deutlich erkennbar zu machen. Die dazu verwendeten Laternen müssen mittelst zweckentsprechenden Vorrichtungen 1,60 Meter über dem Erdboden angebracht, gehörig befestigt sein und Schirmen von mindestens 500 Quadratcentimeter Leuchtsfläche haben, von denen die der Längsrichtung der betreffenden Straße zugekehrten von rother Farbe sind. Für die Herstellung der Beleuchtung ist, wenn ein Sachverständiger die Arbeiten ausführt, dieser, wenn Tagelöhner dabei theilhaftig sind, deren Auftraggeber, in Ermangelung solcher Persönlichkeit aber Derjenige verantwortlich, in dessen Interesse die fraglichen Vorkehrungen getroffen worden sind.

§ 70. Das Zerkleinern von Brennholz auf öffentlicher Straße ist nicht gestattet.

§ 71. Das Sägen und Bereiten von Bau- und Nutzholz auf öffentlicher Straße ist untersagt.

§ 72. Auf öffentlicher Straße außerhalb der Marktplätze und der herkömmlichen Markte Handelsstellen einzunehmen ist nur auf Grund polizeilicher, im Einverständniß mit dem Magistrat ertheilter Erlaubniß gestattet. Es macht dabei keinen Unterschied, ob die Handelsstelle mit einem von dem Inhaber in einem offenen Laden betriebenen Geschäft in unmittelbarer Verbindung steht oder nicht. Zur öffentlichen Straße im Sinne dieser Bestimmung werden auch die vor der Straßenfront der Häuser belegenen Treppen und Rampen gerechnet.

Die Erlaubniß wird nur solchen Personen, welche zum stehenden Handel befugt sind, und in der Regel nur für solche Waaren ertheilt, welche zu den Gegenständen des Wochenmarktverkehrs gehören.

§ 73. Jeder Straßenhandel ist in der Umgebung der Wochenmärkte während deren Dauer bis zu 400 m Entfernung von den Straßen- und Plätzen, auf welchen der Markt stattfindet, verboten.

Außerdem ist jeder mittelst Fuhrwerks betriebene Straßenhandel verboten in allen Straßen, in welchen bezw. soweit in denselben Straßenbahnen fahren.

Keine Anwendung finden die Bestimmungen dieses Paragraphen auf den Handel, welcher ausschließlich mit Milch und Milchzeugnissen betrieben wird.

§ 74. Zur Abhaltung von Versammlungen auf öffentlicher Straße ist polizeiliche Genehmigung erforderlich.

§ 75. Unbespannte Fuhrwerke dürfen auf öffentlicher Straße nur mit besonderer polizeilicher Erlaubniß, welche bei dem zuständigen Polizei-Revier einzuholen ist, aufgestellt werden.

§ 76. Fuhrwerke auf öffentlicher Straße zu beladen oder zu entladen ist, sofern dies nicht von bezw. nach einem unmittelbar an der Straße belegenen Geschäftsraum geschieht, nur gestattet, wenn das betreffende Grundstück keinen zu diesem Zwecke geeigneten Hofraum bezw. keine geeignete Einfahrt hat. Solchen Falls muß jedoch das Geschäft des Be- und Entladens sofort nach Aufstellung des Fuhrwerks begonnen, mit hinreichenden Arbeitskräften ohne Unterbrechung zu Ende geführt und demnach das Fuhrwerk sofort entfernt werden.

§ 77. Das Werfen mit Dällen, Schnee, Knall-erbsen und dergl., das Schießen mit Armbrästen, Schleudern, Knallpistolen und Blasrohren auf öffentlicher Straße sowie das Aufhoden auf Fuhrwerke, welche sich in Fahrt befinden, ist untersagt.

§ 78. Das Rollen von Fässern, Kähnen und dergleichen Gegenständen, das Steigenlassen von Drachen, das Fortschaffen unverhüllter Spiegel, sowie alle ähnlichen Handlungen, welche geeignet sind, Thiere schen zu machen, sind nicht gestattet.

§ 79. Die Beförderung von Mineralsäuren (Schwefelsäure, Salzsäure, Salpetersäure und dergl.) mittelst Wagen ist nur unter Beobachtung folgender Vorsichtsmaßregeln gestattet.

- a. die Wagen müssen in Federn hängen oder auf Druckfedern ruhen,
- b. die Behälter müssen wohl-verbaut in einem weiteren Behälter (wozu auch geflochtene Körbe dienen können) eingeschlossen sein,
- c. jeder Ladung ist eine Menge Sand beizugeben, welche ausreicht, um entstehenden Falls der Vorschein unter f. genügen zu können,
- d. jeder Wagen muß außer dem Kutscher von einer erwachsenen Person begleitet werden,
- e. die Wagen dürfen nur im Schritt fahren,
- f. tritt der Fall ein, daß Säure aus den Behältern sich auf die Straße ergießt, so ist der Kutscher verpflichtet, sofort in dem nächsten Polizei-Revier-Bureau von dem Vorgange Anzeige zu machen, während der Begleiter die betreffende Stelle ungesäumt mit Sand genügend zu überdecken, das Publikum vor Verührung derselben zu warnen und solange dabei zu verweilen hat, bis die zur Beseitigung der Gefahr erforderlichen polizeilichen Anordnungen getroffen worden sind.
- h. Hinsichtlich der Bürgersteige und Granitbahnen insbesondere.

§ 80. Zum Aufstellen und Anhängen von Verkaufs- und anderen Gegenständen auf öffentlichen Straßen und Plätzen einschließlich der Vorgärten, oder so daß die Gegenstände in die öffentlichen Straßen und Plätze hinaustragen, ist polizeiliche Genehmigung erforderlich.

§ 81. Zur Anbringung von Geschäftsschildern, Schaukästen, bildlichen Darstellungen, Laternen und anderen Ankündigungsmitteln ist polizeiliche Genehmigung erforderlich, wenn dieselben von der Straße aus sichtbar auf einem anderen Grundstück als demjenigen, auf welchem das angekündigte Gewerbe betrieben wird, angebracht werden sollen oder wenn sie über die Baufluchtlinie in den Straßenraum hineinragen.

§ 82. Die bei der Ertheilung der Genehmigung in den Fällen der §§ 80 und 81 schriftlich gestellten Bedingungen sind als Vorschriften dieser Straßenordnung anzusehen.

§ 83. Im Uebrigen dürfen öffentliche Anzeigen auf und an öffentlichen Straßen und Plätzen nur an die zu diesem Zweck von der Polizei-Direktion bestimmten Vorrichtungen (Anschlagssäulen) angeschlagen werden. Ähnliche Bekanntmachungen, Erlasse und Anzeigen dürfen jedoch mit polizeilicher Zustimmung auch an anderen Orten angebracht werden, auch bleiben Grundstücksbesitzer und Mieter berechtigt, Anzeigen, welche lediglich ihren eigenen Nutzen betreffen, unbeschadet der Bestimmung des § 81 an ihren Grundstücken oder Mietpördumen anzubringen.

Die Verwendung von ziegelrothem Papier bleibt in den Fällen der §§ 81 und 83 für die amtlichen Bekanntmachungen öffentlicher Behörden vorbehalten.

§ 84. Die im § 83 bezeichneten Vorrichtungen dürfen nur mit Genehmigung der Polizei-Direktion errichtet werden.

Anzeigen an die Anschlagssäulen anzuschlagen oder

von ihnen zu entfernen, ist nur denselben Personen gestattet, welche von dem Eigentümer oder dessen Vertreter dazu beauftragt sind, jedoch sind die hiesigen öffentlichen Behörden berechtigt, in dringlichen Fällen ihre Bekanntmachungen durch ihre eigenen Beamten oder durch besonders von ihnen zu beauftragende Personen jederzeit anschlagen zu lassen.

Bestimmungen wegen der Größe der anzuschlagenden Anzeigen und wegen der für das Anschlagen derselben zu erhebenden Gebühren bedürfen der Genehmigung der Polizei-Direktion.

§ 85. Die Anbringung von Vorhängen zum Schutz gegen die Sonne (Marquisen) vor Thüren und Fenster des Erdgeschosses bedarf, sofern diese Vorhänge in das dem öffentlichen Verkehr freigegebene Vorgartenland oder in den Bürgersteig hineinragen, der polizeilichen Erlaubnis, welche von dem zuständigen Polizei-Revier-Bureau erteilt wird und jederzeit widerruflich ist.

Die Schutzhänge dürfen nur so angebracht werden, daß sie, ganz heruntergelassen, mit keinem Theile — ihren Unterlanten-Behang und Seitenstücke einbegriffen — in geringerer Höhe als 2,20 m über dem Bürgersteig hängen und den Luftraum über letzterem nur bis auf 0,60 m Entfernung von der Grenze des Fahrdammes in Anspruch nehmen. Bei Regen und, so lange die Hausfront von der Sonne nicht beschienen werden kann, dürfen die Schutzhänge nicht heruntergelassen sein.

§ 86. Thüren, Fenster, Fensterläden, Klappen u. s. w. im Erdgeschoss, welche straßenwärts aufschlagen, müssen beständig dergestalt festgelegt sein, daß sie weder die Vorübergehenden beschädigen, noch dem freien Verkehr hinderlich werden können.

§ 87. Bei eintretender Winterglätte müssen die Bürgersteige mit Sand, Asche oder anderen abkumpfen-Mitteln bestreut werden.

Das Streuen hat so zu geschehen, daß während der Stunden von Morgens 7 bis Abends 10 Uhr der Entstehung gefahrbringender Glätte vollständig vorgebeugt wird. Die Verpflichtung zum Streuen liegt den Besitzern derjenigen Grundstücke ob, welche und soweit dieselben an die öffentliche Straße grenzen.

§ 88. Das Bestreuen der Bürgersteige mit Salz jeder Art sowie mit Salzmischungen ist verboten.

§ 89. Auf Granitbahnen, Bürgersteigen mit allen sonstigen, ausschließlich für Fußgänger bestimmten Wegen dürfen Gegenstände, welche durch Form, Größe oder Beschaffenheit die Vorübergehenden zu gefährden oder zu belästigen geeignet sind oder welche bei Verührung abfärben oder abkumpfen, nicht befördert werden. Personen, welche dergleichen Gegenstände befördern, haben sich auf dem Fahrdamm und zwar an der linken Seite hart am Bürgersteig zu halten. Bei Frostwetter gilt daselbe von solchen Personen, welche Wasser oder andere gefrierbare Flüssigkeiten in offenen Gefäßen fortzuschaffen.

§ 90. Das Antreten und Marschiren geschlossener Abtheilungen, Züge u. s. w. auf den Bürgersteigen

sowie das Stehen von Personen auf den Granitbahnen und im Zuge derselben ist untersagt.

§ 91. Personen, deren Kleidung bei Berührung abfärbt oder abknetet, sind verpflichtet, allen ihnen begegnenden Personen vollständig auszuweichen und nöthigenfalls den Bürgersteig zu verlassen.

III. Abschnitt.

Erhaltung der Reinlichkeit auf den öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen.

A. Verhütung von Verunreinigung.

a. der Straßen überhaupt.

§ 92. Jede Verunreinigung der öffentlichen Straße einschließlich des Wegwerfens von Doh und Obstresten jeder Art ist untersagt.

Als Verunreinigung gilt auch das Ausgießen bezw. Auswerfen von Flüssigkeiten, Schnee, Eis, Schutt und Abgängen jeder Art, gleichviel, ob dasselbe absichtlich oder aus Fahrlässigkeit geschieht und ob die betreffende Straße gepflastert ist oder nicht.

§ 93. Das Abladen von Schnee und Eis ist nur an denjenigen Orten gestattet, welche durch öffentliche Bekanntmachung oder öffentlichen Anschlag diesem Zwecke überwiesen sind. Schutt, Scherben und andere nicht bündende Stoffe dürfen mit Schnee und Eis nicht vermengt werden.

§ 94. Kellerthüren und Luken, deren Oeffnungen nach der Straße gehen, dürfen von außen nicht mit Dünger, Stroh oder dergleichen Stoffen belegt oder verstopft werden.

§ 95. Das Füttern von Zugthieren auf öffentlicher Straße ist nur während des Be- und Entladens der Fuhrwerke gestattet. Jede Verunreinigung der öffentlichen Straßen und Plätze ist dabei zu vermeiden oder vorkommendenfalls durch den Wagenführer sofort nach Beendigung des Fütterns wieder zu beseitigen.

Öffentliches Fuhrwerk (Dnibus, Droschken, Thonwagen) ist hinsichtlich der polizeilich angewiesenen bezw. zugelassenen Halteplätze dieser Beschränkung nicht unterworfen.

§ 96. An Straßenbrunnen Gefäße, Wäsche, Gemüse oder andere Gegenstände zu waschen oder zu spülen ist untersagt.

§ 97. Auf öffentlicher Straße sowie an Thüren, Fenstern und Balkonen, welche straßenwärts belegen sind, ist das Aufhängen von Wäsche sowie das Sonnen, Klopfen und Ausstäuben von Betten, Matrasen, Fußdecken und dergleichen Gegenstände nicht gestattet.

§ 98. Fleisch darf, abgesehen von den Fällen des § 80 in- und an straßenwärts belegenen Thüren nicht ausgehängt oder ausgelegt werden.

§ 99. Geschlachtetes Vieh und Theile von solchem, insbesondere auch einzelne Fleischstücke, müssen, wenn sie in Fuhrwerken jeglicher Art, mit Einschluß von Handwagen und Karren, befördert werden, derartig ringsumgeschlossen oder verdeckt sein, daß sie dem Anblick von außenher vollständig entzogen sind.

Tücher oder andere Decken, welche zu diesem Zwecke verwendet werden, müssen durchaus sauber sein.

Die gleichen Bestimmungen gelten auch für das Tragen von Fleischstücken in Mulden, Kiepen, Körben u. s. w.

§ 100. Bei der Beförderung von geschlachtetem Vieh und Theilen von solchem auf offenen Wagen dürfen auf dem Fleische oder auf den das Fleisch bedeckenden Tüchern und Decken Personen weder sitzen noch liegen.

§ 101. Die Tödtung von Thieren auf öffentlichen Straßen und Plätzen ist unstatthaft. Auf den Marktverkehr findet dieses Verbot keine Anwendung.

§ 102. Haus- und Wirtschaftsabgänge, insbesondere Müll, Asche, Schlacken, Schutt, Straßenkehricht, Rodder, Rüthen und Fleischabfälle, Knochen, Lumpen u. s. w. dürfen auf der Straße nur in völlig undurchlässigen, geschlossenen Behältern befördert werden.

Wagen, welche zur Abfuhr derartiger Stoffe dienen, müssen, wenn letztere nicht mit den Behältnissen selbst verladen werden, gleichfalls vollkommen undurchlässig und mit dicht schließenden Deckeln, Schiebern, Klappen oder dergleichen versehen sein, auch während der Fahrt beständig geschlossen gehalten werden.

Bauschutt kann auch in Wagen befördert werden, die nicht mit einem dicht schließenden Deckel versehen sind, wenn die Ladung entweder mit einem dichten Plan bedeckt ist oder wenn ihre Oberseite an der Abfahrtsstelle derart angefeuchtet wird, daß bei der Beförderung bis zur Entladestelle eine Staubenentwicklung nicht eintritt.

Sollen Haus- und Wirtschaftsabgänge auf der Straße in Abfuhrwagen geschüttet werden, so ist durch entsprechende Einrichtung der Wagen und der zur Beförderung bis zu denselben benutzten Behälter oder durch andere geeignete Vorkehrungen dafür zu sorgen, daß eine Verunreinigung der Straße, insbesondere auch eine Entladung von Staub und üblen Gerüchen vermieden wird.

§ 103. Die Bestimmungen des § 102 gelten auch für die Fortschaffung bezw. Abfuhr von allen übelriechenden Stoffen, insbesondere von menschlichen und thierischen Excrementen, mit Ausnahme des kurzen und trockenen Pferde-, Esel- und Kinderdüngers, sobald derselbe nicht mit anderem Dünger gemischt ist.

§ 104. Die Kehrichtwagen der städtischen Straßenreinigung müssen undurchlässig und mit gut schließenden Deckeln versehen sein, welche nach vollendeter Beladung geschlossen zu halten sind. Die Deckel dürfen so lange offen bleiben, als die Wagen behufs Beladung von einer Ladestelle zur anderen rücken.

§ 105. In den §§ 102 und 103 nicht bezeichnete Gegenstände, welche flüssig oder leicht zerstreubar sind, leicht abbröckeln oder Staub entwickeln, dürfen nur in solchen Behältnissen oder Umhüllungen befördert werden, die verhindern, daß von ihrem Inhalt irgend etwas aus- oder überfließt, durch- oder herabfällt, verweht wird oder sonstwie verloren geht.

Bei den Wagen, welche mit Sand, Erde, Lehm, Kies, Lohe, Grus, kurzem oder trockenem Pferde-, Esel- oder Kinderdünger, Schnee, Ziegel-, Bruch-, Kalk-, Mauer- oder anderen Steinen, kleingeschlagenen Mauerziegeln und ähnlichen Gegenständen beladen sind, müssen

die Boden- und Seitenbretter sowohl untereinander, wie gegenseitig dicht zusammenschließen.

Vorn und hinten ist eine gut passende Schürze anzubringen.

Sie muß zwischen zwei Schürzeleisten eingeschoben sein, die auf den Boden- und Seitenbrettern befestigt sind. Der Vorder- und Hinderungsschemel müssen durch Spannketten zusammenhalten werden.

Die Ladung darf über die Seitenbretter und die Schürzen nicht herausragen.

Bei den zur Beförderung flüssiger Gegenstände bestimmten Wagen muß das Obergeßell derselben auf Federn ruhen. Die Kastenbretter müssen gespundet, die Kastenwände unter einander und mit dem Boden durch eiserne Bänder und Bolzen gehörig verbunden, auch die Deckel durch die Scharnixe befestigt sein. Zum Zwecke der Entladung kann in einer oder in beiden Seitenwänden eine Oeffnung vorhanden sein, die durch eine in Scharniren gehende Klappe wasserdicht verschließbar ist.

§ 106. Gebrannter Kalk in ungelöschem Zustande darf nur in Säcken oder verschlossenen Fässern abgeladen werden.

§ 107. Das Fortschaffen von Gegenständen, welche einen üblen Geruch verbreiten oder einen ekel-erregenden Anblick gewähren, insbesondere von menschlichen oder thierischen Excrementen, darf mit Ausnahme der Räumung nur durch hermetisch verschlossene Saugvorrichtungen von Nachts 12 bis 5 Uhr Morgens geschehen.

Auf das Fortschaffen von Pferde-, Esel- und Rinderdünger, sobald derselbe nicht mit anderem Dünger vermischt ist, findet die vorstehende Zeitbeschränkung keine Anwendung. (Wegen Einrichtung der Fuhrwerke siehe § 103).

§ 108. Menschliche Excremente sowie Dünge- und Abgangsstoffe aller Art, welche mit menschlichen Excrementen vermischt sind, müssen vor der Abfuhr durch geeignete Mittel geruchlos gemacht (desinficirt) werden.

Ingleichen sind Wagen und Gefäße, mittelst welcher derartige Stoffe fortgeschafft werden, sofort nach jedesmaligem Gebrauch zu desinficiren.

§ 109. Das Aufbringen der im § 108 gedachten Stoffe auf Acker, Wiesen, Urland u. s. w. ist in unmittelbarer Nähe menschlicher Wohnungen und verkehrsreicher Wege nur unter der Bedingung gestattet, daß dieselben sofort untergepflügt oder auf andere Art genügend mit Erde überdeckt werden.

b. Derjenigen Straßentheile, an denen noch nicht an die Stadtentwässerung angeschlossene Grundstücke liegen.

§ 110. Flüssigkeiten, welche einen üblen Geruch verbreiten, namentlich Blut, Blutwasser, Jauche u. s. w. ingleichen feste Körper und solche Abgänge, welche sich nicht in flüssigem Zustande befinden oder welche beim Erhitzen einen Bodensatz bilden, in die Rinnsteine, Wasserableitungen und Wasserläufe zu leiten bezw. zu werfen ist untersagt.

§ 111. Die Ableitung des Grund-, Schnee- und

Regenwassers von den an die öffentliche Straße grenzenden Grundstücken nach den Straßen, Rinnsteinen und Wasserableitungen darf, sofern dieselbe nicht durch Zungenrinnsteine bewirkt wird, nicht anders als mittelst versenkt einzulegender eiserner Röhren oder Rinnen geschehen, welche bis unmittelbar an den Rinnstein bezw. die Wasserableitung reichen und vollkommen dicht sind. Abfallröhren müssen in diese Röhren oder Rinnen unmittelbar einmünden.

§ 112. Haus- und Wirtschaftswasser sowie alle sonstige flüssigen Abgänge der Wirtschaft und des Gewerbebetriebes dürfen nicht unmittelbar in die Rinnsteine, Wasserableitungen, natürlichen oder künstlichen Wasserläufe gelangen, sondern müssen, nachdem sie zuvor durch mindestens einen Schlammkasten gegangen, mittelst versenkt einzulegender eiserner oder Thonröhren oder Zungenrinnsteine dorthin geleitet werden. Die Röhren bezw. Zungenrinnsteine sind mit tiefergeriffelten Eisenplatten zu überdecken.

§ 113. Auf die Straßen, welche noch keine gepflasterten Rinnsteine oder Gräben haben, darf kein Wasser abgeleitet werden.

§ 114. Die Schlammkästen müssen wasserdicht, mit einem vor der Ausflußöffnung anzubringenden Gitter und einem Wasserverschlusse versehen sein und so oft ausgeräumt werden, wie erforderlich ist, um die Stankstoffe nicht bis zur Sohle der Abflußöffnung sich ablagern zu lassen.

§ 115. Mit Einrichtungen, wie die in den §§ 112 und 114 vorgeschriebenen, muß jedes Grundstück versehen sein, auf welchem zu Wohnungen eingerichtete Baustellen vorhanden sind.

Bei Grundstücken an solchen Straßen, welche noch nicht mit Rinnsteinen oder anderen zur Ableitung des Hauswassers geeigneten Entwässerungs-Anlagen versehen sind, tritt die Verpflichtung zur Anlage von Zungenrinnsteinen zwei Monate nach dem Zeitpunkte ein, an welchem die Straßen-Entwässerungs-Anlagen zur Ausführung gekommen sind.

§ 116. Hinsichtlich derjenigen Grundstücke, welche keinen oder so beschränkten Hofraum haben, daß die Anlage von Schlammkästen nicht ausführbar ist, können auf Antrag die Schlammkästen vor den Häusern angelegt werden.

§ 117. Die in dem § 112 bezeichneten Flüssigkeiten dürfen nicht in größerer Menge den Rinnsteinen und Straßenentwässerungsanlagen zugeführt werden, als die letzteren, ohne überzutreten, fassen können.

B. Wiederherstellung der Reinlichkeit.

§ 118. In den Stunden von Morgens 7 bis Abends 8 Uhr müssen die Bürgersteige, wenn es nicht fortgesetzt schneien sollte, frei von Schnee und Eis sein.

Die Verpflichtung zur Abräumung des Eises und Schnees liegt den Besitzern derjenigen Grundstücke ob, welche an die öffentliche Straße grenzen, und erstreckt sich für den Einzelnen auf die ganze Ausdehnung dieses Grenzuges.

Der Abraum kann auf den Fahrbaum geschafft

werden, muß dort aber mindestens 0,3 m von der Grenze des Bürgersteiges entfernt niedergelegt werden. Die Einflußöffnungen der Straßenentwässerung und die Wasserhockdrötel der Wasserleitung müssen stets vollständig frei bleiben.

No Straßenbahngelände unmittelbar an dem Bürgersteig liegen, darf der Abraum auf die Fahrbahn der Straßenbahn nicht gebracht werden. Er darf an solchen Stellen, auf dem Rande des Bürgersteiges bis auf 1 m von der Bordkante unter Freilassung von Durchgängen vor den Hauseingängen und von Durchläufen zum Abflusse von Tausalwasser aufgesetzt werden.

§ 119. Ist durch Benutzung der öffentlichen Straße zum Lagern oder Hin- und Herschaffen von Waaren oder anderen Gegenständen oder durch Redwerden oder Zerschneiden von Gefäßen die Straße verunreinigt worden, so muß dieselbe sofort wieder von dem Schuldigen besenrein hergestellt werden.

III. Abschnitt.

— Erhaltung der Ruhe auf den öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen.

§ 120. Musikaufführungen auf öffentlicher Straße dürfen nur mit Genehmigung der Polizei-Direktion stattfinden.

§ 121. Gegenstände, welche, wie Bleche, Ketten, Metallstangen und dergleichen, bei der Beförderung mittelst Wagen ein starkes Geräusch verursachen, müssen derartig verpackt sein, daß der Entstehung des letzteren vorgebeugt wird.

§ 122. Das Ausrufen der Gewerbetreibenden sowie die Verwendung von Klingeln und anderen ruhestörenden Mitteln zur Anlockung von Kunden — ferner die Anwendung von Schreckschüssen und ähnlichen Mitteln zu Zwecken irgend welcher Art auf den Straßen ist verboten.

§ 123. In Vorgärten, auf den Ballonen, an offenen Fenstern, Thüren sowie in sonstigen offenen Räumen bewohnter Häuser dürfen Hunde, Papageien und andere Thiere, wenn ihr Bellen, Schreien u. s. w. auf der Straße zu hören ist, in der Zeit von 10 Uhr Nachmittags bis 6 Uhr Vormittags nicht belassen werden.

IV. Abschnitt.

Allgemeine Straf- und Schlussbestimmungen.

§ 124. Unter der Bezeichnung „öffentliche Straße“ sind in dieser Verordnung auch öffentliche Plätze, Wege, Brücken und Durchgänge sowie solche im Privat-Eigenthum stehende Straßen, Wege u. s. w. verstanden, in welchen thatsächlich ein öffentlicher Verkehr stattfindet.

§ 125. Den zur Erhaltung der Stetigkeit, Bequemlichkeit, Reinlichkeit und Ruhe auf der öffentlichen Straße ergehenden Anordnungen der Aufsichtsbeamten ist unbedingt Folge zu leisten.

§ 126. Die Ueberlastung von Zugthieren aller Art und die Verwendung von Zugthieren, welche nach den Vorschriften dieser Straßen-Ordnung als zum Ziehen ungeeignet oder untauglich anzusehen sind, giebt, abgesehen von der Verwirkung der Strafe, den Aufsichts-

beamten das Recht, die Fortsetzung der Fahrt so lange zu untersagen, bis eine angemessene Verringerung der Last herbeigeführt bzw. das ungeeignete Zugthier durch ein geeignetes ersetzt ist.

§ 127. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden nach § 366 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich vom 15. Mai 1871 mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Wer es unterläßt, den nach dieser Straßenordnung ihm obliegenden Verpflichtungen nachzukommen, hat, abgesehen von der Bestrafung, zu gewärtigen, daß das Versäumte im Wege des polizeilichen Zwangs auf seine Kosten zur Ausführung gebracht wird.

Für die vorschriftsmäßige Beschaffenheit eines Fuhrwerks und seiner Ladung ist außer dem Führer auch der Besitzer desselben bzw. derjenige, welcher an seiner Stelle das Fuhrwerk dem Führer in unvorschriftsmäßigem Zustande zum Betriebe übergeben hat, verantwortlich.

Die Uebertragung der Verwaltung eines Grundstücks auf dritte Personen befreit den Grundbesitzer von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit nur dann, wenn er selbst nicht auf dem Grundstück wohnt, und wenn er den Verwalter unter dessen schriftlicher Zustimmung der Polizeibehörde schriftlich namhaft gemacht hat. Von der Verpflichtung zum Ersatz entstandener Kosten (Abs. 2) wird der Grundbesitzer hierdurch jedoch nicht befreit.

§ 128. Diese Polizei-Verordnung tritt am 1ten Februar 1903 in Kraft.

Mit demselben Tage verlieren alle derselben entgegenstehenden Bestimmungen ihre Geltung, insbesondere die Polizei-Verordnung vom 7. Februar 1876 (Straßen-Polizei-Reglement).

Die Polizei-Verordnung vom 29. September 1877 betreffend Reinigung der Bürgersteige von Schnee und Eis,

die Polizei-Verordnung vom 1. 2. 78, betreffend das Fernhalten der Hunde von Märkten,

die Polizei-Verordnung vom 11. 2. 1878, betreffend Maulkorbzwang,

die Polizei-Verordnung vom 8. 12. 1884, betreffend das Anschlagwesen,

die Polizei-Verordnung vom 13. 11. 1885, betreffend Befahren des südlichen Hausflurten Fahrdammes des Rursfürstendamms,

die Polizei-Verordnung vom 16. 6. 1891, betreffend den Wagenverkehr auf der Ladestraße am Charlottenburger Ufer,

die Polizei-Verordnung vom 11. 2. 1892, betreffend Bestreuen der Bürgersteige x. mit Salz,

die Polizei-Bekanntmachung vom 2. 6. 1892, betreffend das Verbot des Umwendens am Salz-Ufer,

die Polizei-Bekanntmachung vom 21. 9. 1892, betreffend das Verbot des Umwendens auf der Ufer-Straße hinter der Flora,

die Polizei-Verordnung vom 31. 1. 1893, betreffend

den Transport von geschlachtetem Vieh und Theilen desselben,
die Polizei-Verordnung vom 8. 2. 1893, betreffend Anbringung von Hausnummerschildern etc.,

die Polizei-Verordnung vom 16. 2. 1895, betreffend Ankündigung der Bewachung eingefriedigter Räume durch Hunde,

94.

Bekanntmachungen des Königl. Marktpreise für den A. En gros-Marktpreise

| | Weizen . | | | Roggen | | | Butter-Gerste | | | Hafer | | | | | | | | | | | | |
|--------------------|-----------|--------|--------|--------|--------|--------|---------------|--------|--------|-------|--------|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|
| | gut | mittel | gering | gut | mittel | gering | gut | mittel | gering | gut | mittel | | | | | | | | | | | |
| | Es kostet | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | | | | | | |
| in Berlin | 15 | 29 | 15 | 21 | 15 | 13 | 13 | 81 | 13 | 76 | 13 | 71 | 13 | 98 | 13 | 06 | 12 | 18 | 16 | 59 | 15 | 31 |
| in Charlottenburg | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| in Schöneberg . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| in Rixdorf | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |

B. Detail-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

| | Erbsen
(gelbe
zum Kochen) | | Bettler-
bohnen
(weiße) | | Linsen | | Grü-
tarsoffeln | | Rindfleisch | | Schweine-
fleisch | | Kalbfleisch | | Hammel-
fleisch | | Speck
(geräuchert) | | Butter | | Eier
(60 Stück) | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|--------------------|---------------------------------|----|-------------------------------|---|--------|----|--------------------|----|-------------|----|----------------------|----|-------------|----|--------------------|----|--------------------------|----|--------|----|--------------------|----|------------------|----|------------------|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | von der
Karte | | Band-
fleisch | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | Es kostet je 1 Dg. | | | | | | | | | | | | | | | | Es kostet je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| in Berlin | 32 | 50 | 35 | — | 40 | — | 5 | — | 1 | 50 | 1 | 34 | 1 | 55 | 1 | 50 | 1 | 50 | 1 | 78 | 2 | 30 | 3 | 96 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| in Charlottenburg | 35 | — | 35 | — | 40 | — | 4 | 50 | 1 | 50 | 1 | 25 | 1 | 60 | 1 | 50 | 1 | 30 | 1 | 70 | 2 | 50 | 3 | 60 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| in Schöneberg . . | 35 | — | 35 | — | 42 | 50 | 4 | 75 | 1 | 51 | 1 | 25 | 1 | 51 | 1 | 42 | 1 | 38 | 1 | 75 | 2 | 50 | 3 | 41 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| in Rixdorf | — | — | — | — | — | — | 4 | 25 | 1 | 47 | 1 | 07 | 1 | 62 | 1 | 30 | 1 | 15 | 1 | 65 | 2 | 30 | 4 | — | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

Berlin, den 5. November 1902.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Bekanntmachung.

Betrifft den Teltowkanal.

32. Die durch das „Amtsblatt der Königl. Regierung in Potsdam“ vom 27. September 1901 Stück 39 Seite 456 und das „Teltower Kreisblatt“ vom 25. September 1901, Amtliche Beilage zu Nr. 225, veröffentlichte „Geschäftsanweisung für die Teltowkanal-Bauverwaltung“ vom 17. September 1901 haben wir aufgehoben und durch nachstehend abgedruckte Geschäfts-anweisung ersetzt.

Berlin, den 2. November 1902.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Teltow.

Geschäftsanweisung für die Teltowkanal-Bauverwaltung.

§ 1. Die Teltowkanal-Bauverwaltung hat die Aufgabe, unter der Aufsicht einer Kreis-Kommission (§ 167 der Kreisordnung) den Teltowkanal zu erbauen und ihn betriebsfähig zu machen. Sie hat die zu diesem Zwecke erforderlichen Maßnahmen, soweit nicht durch besondere Bestimmung ein Vorbehalt gemacht ist (vergl. § 18), selbstständig zu treffen.

§ 2. Sie besteht aus zwei technischen und einem

Verwaltungs-Mitgliede, welche vom Kreis-Ausschuß ernannt werden und als Kommissare im Sinne des § 167 a. a. D. gelten.

Die Annahme der Mitglieder der Teltowkanal-Bauverwaltung sowie etwaiger Hilfsarbeiter erfolgt zur vorübergehenden Beschäftigung auf Grund privatrechtlichen Vertrages mit dem Kreise. Sie gehören nicht zu den Beamten im Sinne des Gesetzes vom 30. Juli 1899 und erwerben, insoweit der mit denselben abgeschlossene Privatvertrag nicht ausdrücklich anderes bestimmt, durch ihre Beschäftigung keinen Anspruch auf Anstellung im Kreisdienste, Alterszulagen, Pension, Hinterbliebenenversorgung oder sonstige aus dem genannten Gesetze herzuleitende Rechtsansprüche.

Die Mitglieder der Teltowkanal-Bauverwaltung haben bei einer mehr als dreitägigen Abwesenheit Urlaub vom Vorsitzenden des Kreis-Ausschusses zu erbitten, welcher berechtigt ist einen mit entsprechender Qualifikation versehenen Hilfsarbeiter mit der Vertretung zu betrauen.

Technische Mitglieder sind zur Zeit der Königl. Baurath Haverstadt und der Königl. Regierungsbaurath Sievers, Verwaltungsmitglied ist z. Zt. der Königl. Regierungsrath Krennig.

Zum Vorsitzenden ist der Königl. Baurath

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats Oktober 1902.

Es kostet je ein Kilogramm

| | M | J | M | J | M | J | M | J | M | J | M | J | M | J | M | J | M | J | M | J | M | J | M | J | M | J | M | J |
|--------------------|---|----|---|----|---|----|---|----|---|----|---|----|---|----|---|----|-----|-----|-----|-----|----|-----|-----|---|---|---|---|---|
| in Berlin | — | 35 | — | 31 | — | 35 | — | 33 | — | 38 | — | 41 | — | 38 | — | 60 | 270 | 338 | — | 372 | — | 21 | 160 | | | | | |
| in Charlottenburg | — | 39 | — | 32 | — | 43 | — | 42 | — | 43 | — | 43 | — | 42 | — | 55 | 232 | — | 284 | — | 20 | 147 | | | | | | |
| in Schöneberg . . | — | 35 | — | 33 | — | 45 | — | 43 | — | 45 | — | 45 | — | 45 | — | 60 | 245 | — | 3 | — | 21 | 140 | | | | | | |
| in Rixdorf | — | 34 | — | 25 | — | 40 | — | 40 | — | 43 | — | 40 | — | 41 | — | 55 | 210 | — | 240 | — | 21 | 170 | | | | | | |

Der Völkerei-Präsident.

§ 5. Der Vorsitzende ist der Vorgesetzte der sämtlichen Angestellten und übt die Dienstaufsicht über sie aus. Abgesehen von den im § 2 genannten Mitgliedern der Teltomfanal-Bauverwaltung versügt er, vorbehaltlich der Zustimmung des Vorsitzenden des

§ 7. Den technischen Mitgliedern liegt ob:

- 1) die Bearbeitung und Feststellung der auf den Kanalbau und Betrieb bezüglichen Projekte und Kostenanschläge;
- 2) die Entwerfung der Verfügungen und Berichte, insofern dieselben technischer Natur sind;
- 3) die Entwerfung der Berichte in ihrem technischen Theile, namentlich in Hinsicht auf Beschaffenheit und Preise der Arbeiten und Lieferungen;
- 4) die Prüfung der Baurechnungen;
- 5) die Berichterstattung an die Kreiscommission über den Fortgang des Kanalbaues;
- 6) die Verhandlungen mit den theilnehmenden Behörden und Kommunalverbänden in technischer Beziehung;
- 7) die Aufsicht über die Bauausführung.

vorstehenden Paragraphen nicht erwähnten Sachen. Insbesondere liegt ihm ob:

- 1) die Einrichtung und Beaufsichtigung der Buch- und Rechnungsführung;
- 2) die Bearbeitung des Grunderwerbs und die Berichterstattung an die Kreiscommission über den Fortgang des Grunderwerbsgeschäfts;
- 3) die Entwerfung der abzuschließenden Verträge, der Verfügungen und Berichte in rechtlicher und administrativer Beziehung;
- 4) die Bearbeitung aller Rechtsangelegenheiten, insbesondere die juristische Ausführung der Grunderwerbsverhandlungen;
- 5) die Verhandlungen mit den theilnehmenden Behörden und Kommunalverbänden in rechtlicher und administrativer Beziehung;
- 6) die Aufsicht über die Bureaukasse und deren Geschäftsverkehr mit der Kreiskommunalkasse;
- 7) die Bearbeitung des Kaswesen;
- 8) die Bearbeitung der Angelegenheiten, welche sich auf die Unterbringung und Verpflegung der Arbeiter, die Bestimmungen und Veranstaltungen zu ihren Gunsten sowie auf die Einrichtung der Kranken-, Unfall- sowie Invaliditäts- und Altersversicherung, der Sparkasse u. s. w. beziehen.

§ 9. Die Bearbeitung des Etats (vergl. § 12) erfolgt durch die Mitglieder gemeinschaftlich.

§ 10. Abgesehen von den im § 7 zu 1, 2, 3, 4 und 7 bezeichneten Angelegenheiten, welche die technischen Mitglieder allein, und den im § 8 zu 3 und 4 bezeichneten Angelegenheiten, welche das Verwaltungsmitglied bearbeitet, wirken die Mitglieder gemeinschaftlich.

Die Mitzeichnung des Eodegnenten darf unterbleiben, wenn die Sache so eilbedürftig ist, daß die Mitzeichnung nicht ohne Schaden abgewartet werden kann, indeß ist demselben die Sache nachträglich zur Kenntnisaahme und Mitzeichnung vorzulegen.

§ 11. Entstehen zwischen den Mitgliedern Meinungsverschiedenheiten, so entscheidet in erster Linie der Vorsitzende. In wichtigeren und vor allen den Kreis materiell belastenden Angelegenheiten ist die Entscheidung der Kreiscommission einzuholen. Ist die Dringlichkeit des Falles solchen Aufschub nicht zu, so entscheidet der Vorsitzende, des Kreisausschusses.

§ 12. Die Teltowkanal-Bauverwaltung hat alljährlich über die in dem nächsten Etatsjahr zu verwendenden Geldmittel einen Etat aufzustellen und bis zum 1. Februar zur Genehmigung einzureichen. Das Etatsjahr geht vom 1. April bis zum 31. März.

§ 13. Vor der Ausführung des speziellen Kanalprojektes ist letzteres von der Kreiscommission zu genehmigen. Diese Genehmigung ist auch bei wesentlichen Änderungen des Projektes erforderlich.

§ 14. Die Teltowkanal-Bauverwaltung ist innerhalb ihres Geschäftskreises befugt, Rechtsgeschäfte aller Art abzuschließen, Rechte für den Kreis Teltow zu erwerben und den Kreis zu verpflichten, ferner sich in

Prozesse als Klägerin oder Beklagte einzulassen und Prozeßvollmachten zu erteilen.

Zum Abschluß von Verbindungs- und Lieferungsverträgen, deren Gegenstand den überschlägigen Werth von 50 000 Mark übersteigt, ist in jedem einzelnen Falle die Genehmigung der Kreiscommission einzuholen. In Eilfällen genügt die Genehmigung des Vorsitzenden der Kommission. Diese Vorschrift hat nur instruktionalen Charakter und berührt nicht die Gültigkeit der Verträge nach außen.

Zum Erwerbe und zur Veräußerung von Grundstücken und Grundgerechtigkeiten sowie zu den damit im Zusammenhange stehenden Verträgen, welche den Kreis verpflichten, ist in jedem Falle die Genehmigung der Kreiscommission einzuholen.

§ 15. Die Teltowkanal-Bauverwaltung ist ermächtigt, Grundstücke für den Kreis zu erwerben, zu dem Zwecke die Erklärung der Auffassung eines Grundstückes entgegenzunehmen und das Enteignungsverfahren zu beantragen. Auch ist sie befugt, für den Kanalbau entbehrlich gewordene Grundstücke zu veräußern und aufzulassen, überhaupt alle erforderlichen Eintragungs-bewilligungen und Eintragungsanträge bei den Grundbuchämtern zu stellen.

Ihr liegt ferner die selbständige Verwaltung der aus Anlaß des Kanalbaues angekauften Grundstücke mit der Maßgabe des § 18 ob.

§ 16. Die Teltowkanal-Bauverwaltung hat die auszuführenden Arbeiten entweder öffentlich auszuschreiben oder mit Ausschluß der Öffentlichkeit in engerer Bewerbung zu vergeben. Im Allgemeinen kommen für die Verbindungen von Leistungen und Lieferungen die in dem Erlasse des Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 17. Januar 1900 — IIIb. 601 (Centralblatt der Bauverwaltung Nr. 20.) — enthaltenen Bestimmungen mit nachstehenden Abänderungen zur Anwendung:

- 1) Der Teltowkanal-Bauverwaltung steht frei, Leistungen und Lieferungen auch dann mit Ausschluß der Öffentlichkeit zur engeren Bewerbung auszuschreiben, wenn dieselben besonders eilbedürftig sind;
- 2) sie ist ermächtigt, Leistungen und Lieferungen unter Ausschluß jeder Ausschreibung zu vergeben, wenn der Gegenstand des Vertrages den überschlägigen Werth von 20 000 Mark nicht übersteigt. Der Errichtung eines förmlichen Vertrages bedarf es in diesem Falle nicht;
- 3) ist bei einem Schiedsgericht die Hinzuziehung eines Obmannes erforderlich, so ist — in Mangel anderer Festsetzung zwischen den Parteien — der königliche Landrath des Nieder-Barnimer Kreises um die Benennung eines solchen zu ersuchen.

§ 17. Die Teltowkanal-Bauverwaltung hat halbjährlich zum 1. Februar und 1. August über den Fortgang der Arbeiten beim Bau des Kanals an die Kreiscommission zu berichten.

§ 18. Anordnungen und Wünsche der Kreiscommission hat die Teltowkanal-Bauverwaltung zu jeder

Zelt entgegenzunehmen und zu befolgen. Die Kommission kann sich über den Geschäftsgang der Teltowkanal-Bauverwaltung stets und überall informieren, Geschäfts- und Revisionen abhalten lassen, auch der Teltowkanal-Bauverwaltung Instruktionen erteilen, wie die ihr obliegenden Geschäfte zu erledigen sind.

Die am 17. September 1901 erlassene Geschäfts-anweisung wird aufgehoben.

Feßgestellt in der Sitzung des Kreisausschusses am 14. Oktober 1902.

Der Kreisausschuß des Kreises Teltow.
von Stubenrauch, Landrath. L. v. d. Rueschede.
Dr. Bädewitz. Borgmann. Ruffehl.

Massante. Schulz.

Personal-Chronik.

Der Baufekretär Bachmann in Angermünde (Kreisdauinspektion) und der Baufekretär Beith in Wittstock a. D. (Kreisdauinspektion) werden zum 1. Dezember d. J. gegenseitig versetzt.

Der bisherige Hülfsprediger Johannes Kurt Friedrich Schumann ist zum Pfarrer der Pfarodie Hohenstein, Diözese Straßburg, bestellt worden.

Der Gemeindefchullehrer Dr. Koebler ist als Gemeindefchulrektor in Berlin angestellt worden.

Der bisherige Hülfssturnlehrer Theodor Wohlrath ist vom 1. April 1902 ab als Turnlehrer an der 12. Realschule in Berlin angestellt worden.

Der bisherige Hülfssturnlehrer Emil Gruhl ist vom 1. April 1902 ab als Turnlehrer an der 4. Realschule in Berlin angestellt worden.

Der bisherige Hülfssturnlehrer Hermann Ludwig ist vom 1. April 1902 ab als Turnlehrer an der 6ten Realschule in Berlin angestellt worden.

Der bisherige Hülfssturnlehrer Hermann Ritter ist vom 1. April 1902 ab als Turnlehrer an der 2. Realschule in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Paul, Schmidt, Viktorius, Schneider, Ahmann, Sauerland, Wagner, Jacoby, Johannsen, Schiller und Kern sind einstweilig als Gemeindefchullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Ballhorn, Eschenhagen, Behrend, Raettig, Brach, Kaddag, Schwan, Matthies, Laue, Morre, Herfordt, Petisch, Stephan, Streichhan und Brenner sind endgültig als Gemeindefchullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Dem bisherigen Hilfsdiener am Institut für Infektionskrankheiten zu Berlin, Alfons Volta ist eine etatsmäßige Dienerschaft an diesem Institut übertragen worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.
Oktober 1902.

Ernannt sind: a. zu Poststräßen: Ober-Postinspektor Mählhan, Amtsrichter Scheda; b. zum Telegraphensekretär: Ober-Telegraphenassistent Wensch.

Angestellt sind: a. als Postpraktikant: die Postpraktikanten Schnitter aus Düsseldorf in Friedrichsberg bei Berlin, Trebel, Thiel; b. als Postassistent: die Postassistenten Richard Böhme aus Dresden in Charlottenburg, Jäde in Nirsdorf, Mose aus Breslau in Charlottenburg, Peisch aus Brodau in Reinickendorf (Rk); Wierschke aus Jäzre in Groß-Bichtersfelde, Felix Bernard, Eichbaum, Max Frenzel, Adolf Funk, Götsch aus Hamburg, Piese, Konrad Scholz aus Breslau, Paul Thiel aus Jauer, Tägge aus Eldm, die Postanwärter Wilhelm L. K. Koch in Mummelsburg bei Berlin, Köpfer in Charlottenburg, Dunkel, Eggert, Eisenhaber, Hünsterwalder, Kusch; c. als Telegraphenassistent: die Postassistenten Dolberg aus Schwerin (Medl.), Krümm, die Telegraphen-anwärter Bese, Köbel, Ferdinand Richter, Georg Wolff; d. als Telegraphengehülfin: die Telegraphengehülfsinnen Elise Brödtler, Hedwig Runze.

Gestorben sind: die Postdirektoren a. D. Schlau in Charlottenburg, Sauerhering, Postverwalter Seeger in Sädenbe, Ober-Postassistent Händel.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Gerihtstage.

An folgenden Tagen werden im Jahre 1903 Gerihtstage in Niemeß im Rathhause abgehalten werden, und zwar für den Stadtbezirk Niemeß sowie für die Amtsbezirke Bogdorf, Dahnsdorf und Zenden: 1) am 31. Januar, 2) am 21. Februar, 3) am 28ten März, 4) am 25. April, 5) am 30. Mai, 6) am 27. Juni, 7) am 8. August, 8) am 19. September, 9) am 24. Oktober, 10) am 21. November und 11) am 23. Dezember. Ferner wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß den Eigenthümern eintragungsfähiger Grundstücke gestattet ist, Anträge auf Eintragung in die Landgüterrolle auf Grund des Gesetzes vom 10ten Juni 1883 (Gesetzsammlung Seite 111) auch auf den außerhalb des Gerihtsbezirks stattfindenden Gerihtstagen zu stellen.

Belzig, den 1. November 1902.

Königliches Amtsgericht.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Schneider Michael Ringel, geboren 22ten September 1875 zu Sambor, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 23. Juni 1902 ausgewiesen.

Der Kaufmann Emil Burgeni, geboren am 28. Februar 1874 zu Galas, rumänischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 12. Juli 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Tischler Anton Blasjak, geboren 9. Dezember 1879 zu Boczany in Oesterreich, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung

des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 26. Juli 1902 ausgewiesen.

Die unverheiratete Näherin Dora Dampf, geboren am 11. April 1882 zu Storzyneg, österreichische Staatsangehörige, ist als lästige Ausländerin durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 17. September 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Tabakschneider Josef Skjaroff, geboren am 20. Februar 1868 zu Odeffa, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 1. Oktober 1902 ausgewiesen.

Der Kürschner Israel Rubbel, geboren 13. Mai 1870 zu Trembowli, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 3. Oktober 1902 ausgewiesen.

Der Cigaretten-Arbeiter Mendel Brandwain, geboren am 15. Mai 1883 zu Boguslawinski, Gouv. Wilna, russischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 1. Oktober 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Der Drehorgelspieler Angelo Rodolff, geboren 3. August 1840 zu Borgo San Domino, italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 7. Oktober 1902 ausgewiesen.

Der nordamerikanische Staatsangehörige Kaufmann Elimar Funk, geboren am 8. Oktober 1864 zu Barel in Oldenburg, ist durch Verfügung des Königl. Polizei-Präsidenten in Rirsdorf vom 3. November 1902 als lästiger Ausländer aus dem preussischen Staatsgebiet ausgewiesen worden.

Hierzu fünf öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigiert von der Königl. Regierung zu Potsdam.
Potsdam, Buchdruckerei der A. B. Gaysen Erben.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 47.

Den 21. November

1902.

Inhaltsverzeichnis. Inhalt von Stück 44 des Reichsgesetz-Blatts. S. 509. — Kursus zur Ausbildung von Turnlehrerinnen. S. 509. — Auszeichnung von Zinscheinen. S. 509. — Turnlehrer-Prüfung. S. 510. — Disziplinerheißerum. S. 510. — Erlösnummern für Kraftfahrzeuge. S. 510. — Viehschen. S. 510. — Kontraktbräutige ausländische Arbeiter. S. 511. — Fahrkarte. S. 511. — Posterte. S. 511. — National-Hypotheken-Kredit-Gesellschaft in Berlin. S. 512. — Schiedsgericht für Arbeiterversicherung. S. 512. — Grunderwerbsteuer III. (Berlin-Stettin). S. 512. — Kaiserlich-Preussischer Güterverkehr. S. 512. — Veränderungen von Gemeinde- und Amtsbezirksgrenzen. S. 513. — Polizei-Verordnung, betr. den Kleinhandel mit Essigsäure zu Genußzwecken. S. 513. — Personal-Chronik. S. 513. — Gerichtstage. S. 514. — Anweisungen aus Preußen. S. 514.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 44.) Nr. 2901. Bekanntmachung. betreffend
Änderung der Militär-Transport-Ordnung. Vom
31. Oktober 1902.

Bekanntmachungen

der Königl. Ministerien.

Kursus zur Ausbildung von Turnlehrerinnen.

60. Zur Ausbildung von Turnlehrerinnen wird
auch im Jahre 1903 ein etwa drei Monate währender
Kursus in der Königl. Turnlehrer-Bildungsanstalt
in Berlin abgehalten werden.

Termin zur Eröffnung desselben ist auf **Mitt-
woch den 1. April F. J.** anberaumt worden.

Meldungen der in einem Lehramte stehenden Be-
werberinnen sind bei der vorgesetzten Dienstbehörde
spätestens **bis zum 15. Januar F. J.**, Meldungen
anderer Bewerberinnen bei derjenigen Königl. Re-
gierung, in deren Bezirk die Betreffende wohnt, eben-
falls **bis zum 15. Januar F. J.** anzubringen.

Die in Berlin wohnenden in keinem Lehramte
stehenden Bewerberinnen haben ihre Meldungen bei dem
Königl. Polizei-Präsidium in Berlin ebenfalls **bis
zum 15. Januar F. J.** anzubringen.

Den Meldungen sind die im § 3 der Aufnahme-
bestimmungen vom 3. März 1899 bezeichneten Schrift-
stücke geheftet beizufügen, die Meldung selbst ist aber
mit diesen Schriftstücken nicht zusammen zu heften.

Berlin, den 14. Oktober 1902.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-
Angelegenheiten.

Bekanntmachungen

der Königl. Regierung.

Auszeichnung der Zinscheine Reihe II. Nr. 1 bis 20 zu den Schul-
verschreibungen der Preussischen konsolidierten 3 1/2 % igen Staats-
anleihe von 1892, 1893, 1895.

33. Die Zinscheine Reihe II. Nr. 1 bis 20
zu den Schulverschreibungen der Preussischen
konsolidierten 3 1/2 % igen Staatsanleihe
von 1892, 1893, 1895 über die Zinsen für die Zeit
vom 1. Oktober 1902 bis 30. September 1912 nebst Er-
neuerungsscheinen (Muster) sind auf die folgende Weise

werden vom 1. September 1902 ab von der Kontrolle
der Staatspapiere in Berlin, Dronienstraße 92/94,
werktäglich von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nach-
mittags, mit Ausnahme der letzten drei Geschäftstage jedes
Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine sind entweder bei der
Kontrolle der Staatspapiere am Schalter
in Empfang zu nehmen oder durch die Re-
gierungs-Hauptkassen sowie in Frankfurt
a./M. durch die Kreiskasse zu beziehen.

Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle
selbst wünscht, hat ihr persönlich oder durch
einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe
berechtigenden Erneuerungsscheine (Zinscheinanweisungen)
mit einem Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem For-
mulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Post-
amte Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Ein-
reicher eine numerierte Karte als Empfangsbcheinigung,
so ist das Verzeichnis einfach, wünscht er eine aus-
drückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen.
Die Karte oder Empfangsbcheinigung ist bei der Aus-
reichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

Durch die Post sind die Erneuerungss-
cheine an die Kontrolle nicht einzusenden,
da diese sich in Bezug auf die Zinscheinausreichung
mit den Inhabern der Scheine nicht in Schriftwechsel
einlassen kann.

Wer die Zinscheine durch eine der oben ge-
nannten Provinzial-Kassen beziehen will, hat dieser
Kasse die Erneuerungsscheine mit einem doppelten Ver-
zeichnis einzureichen. Das eine Verzeichnis wird, mit einer
Empfangsbcheinigung versehen, sogleich zurückgegeben
und ist bei Ausbändigung der Zinscheine wieder ab-
zugeben. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei
den gedachten Provinzialkassen und den von den Königl.
Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden
sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schulverschreibungen bedarf
es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn
die Erneuerungsscheine abhanden gekommen sind; in
diesem Falle sind die Erneuerungsscheine an die Provinzial-

der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzial-
kassen mittels besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 21. August 1902.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Veröffentlicht mit dem Bemerken, daß Formulare zu
den Verzeichnissen von unserer Hauptkasse, den Königl.
ichen Kreis- und Forstkassen und den königlichen Haupt-
Steuerämtern bezogen werden können.

Potsdam, den 25. August 1902.

Königliche Regierung.

Turnlehrerprüfung.

34. Für die im Jahre 1903 in Berlin abzuhaltende
Turnlehrer-Prüfung ist Termin auf Montag den
23. Februar k. J. und die folgenden Tage
anderräumt worden.

Meldungen der in einem Lehramte stehenden Be-
werber sind bei der vorgesetzten Dienstbehörde spä-
testens bis zum 1. Januar 1903, Meldungen
anderer Bewerber bei derjenigen königlichen Re-
gierung, in deren Bezirk der Betreffende wohnt, eben-
falls bis zum 1. Januar k. J. anzubringen.

Nur die in Berlin wohnenden Bewerber, welche
in keinem Lehramte stehen, haben ihre Meldungen
bei dem königlichen Polizei-Präsidium hierseits bis
zum 1. Januar k. J. einzurichten.

Die Meldungen können nur dann Berücksichtigung
finden, wenn ihnen die nach § 4 der Prüfungsordnung
vom 15. Mai 1894 vorgeschriebenen Schriftstücke ord-
nungsmäßig beigelegt sind.

Die über Gesundheit, Führung und Lehrfähigkeit
beizubringenden Zeugnisse müssen in neuerer Zeit aus-
gestellt sein.

Die Anlagen jedes Gesuches sind zu einem Hefte
vereinigt vorzulegen.

Berlin, den 21. Oktober 1902.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-
Angelegenheiten.

Von allen sich meldenden Bewerbern wird eine ge-
naue Kenntnis der ersten notwendigen Hülfeleistungen
bei etwa vorkommenden Unglücksfällen — vergl. § 7
unter 3 der Prüfungsordnung vom 15. Mai 1894 —
Amtl. Schulblatt von 1894 Seite 123 — unbedingt
verlangt.

Potsdam, den 11. November 1902.

Königliche Regierung,

Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.

Bekanntmachungen des königlichen Regierungspräsidenten.

Diphtherieheißserum.

345. Das Diphtherie-Heißserum mit der Kontrol-
nummer 38 aus dem Serumlaboratorium Räte-Enoch
in Hamburg ist wegen Ab schwächung zur Einnahme
bestimmt.

Potsdam, den 13. November 1902.

Der Regierungspräsident.

Verteilung der Erkennungsnummern für Kraftfahrzeuge.

346. Nach den §§ 9 und 13 der Polizeiverordnung
über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 10. Februar
1902 (A.-Bl. S. 61) muß jedes Kraftfahrzeug mit
einem polizeilichen Kennzeichen versehen sein, welches
für die Provinz Brandenburg aus dem lateinischen
Buchstaben K und der zugetheilten Erkennungsnummer
besteht.

Die Erkennungsnummern sind vertheilt worden und
den Ortspolizeibehörden der Städte mit mehr als
10000 Einwohnern zur Zuteilung an die Eigenthümer
von Kraftfahrzeugen in folgender Weise überwiesen worden:

| Erkennungs-
Nummern | Überwiesen
dem (den) |
|------------------------|-------------------------------------|
| 1—100 | Landrath des Kreises Teltow |
| 101—200 | " " " Niederbarnim |
| 201—210 | " " " Westprignitz |
| 211—220 | " " " Ostprignitz |
| 221—240 | " " " Osthavelland |
| 241—250 | " " " Oberbarnim |
| 251—260 | " " " Beeskow-Storlow |
| 261—300 | Polizeiverwaltung Brandenburg a. H. |
| 301—330 | Polizeidirektion Potsdam |
| 331—360 | Polizeiverwaltung Spandau |
| 361—370 | " " " Rathenow |
| 371—380 | " " " Eberswalde |
| 381—390 | " " " Neu-Ruppin |
| 391—400 | " " " Eberswalde |
| 401—410 | Landrath des Kreises Zauch-Belzig |
| 411—420 | Polizeiverwaltung Wittenberge |
| 421—430 | Landrath des Kreises Neu-Ruppin |
| 431—450 | " " " Angermünde |
| 451—460 | " " " Tempzin |
| 461—470 | " " " Jüterbog |
| 471—480 | Polizeiverwaltung Ludenwalde |

Die genannten Behörden führen Listen über die
Vertheilung der Erkennungsnummern, aus denen der
Eigenthümer eines Kraftfahrzeuges ermittelt werden kann.

Potsdam, den 15. November 1902.

Der Regierungspräsident.

347.

Viehseuchen.

I. Festgestellt:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Teltow:
Diepensee.

b. Milzbrand. Kreis Ober-Barnim: Alt-Trebbin.

c. Wild- und Rinderseuche. Kreis Zauch-
Belzig: Gut Hagelberg, Gut Sandberg III.

d. Schweineseuche. Kreis West-Prignitz: Bor-
wert Biemoor (Gemeinde Dalkow). Kreis Teltow:
Mariendorf, Miersdorf.

e. Geflügelcholera. Kreis Nieder-Barnim:
Hohen-Schönhausen. Kreis Teltow: Wenh.-Wilmers-
dorf, Erglis.

f. Räude. Kreis Angermünde: Rittergut Grussow.

II. Erloschen:

a. Milzbrand. Kreis Ost-Havelland: Königs-
horst. Kreis West-Havelland: Landin. Kreis Zauch-
Belzig: Lösske, Wiesenburg.

b. Schweinepeste. Kreis Angermünde: Stendell.
Kreis Nieder-Barnim: Reinickendorf. Kreis Teltow:
Dudow, Mariendorf, Kreis Zauch-Belzig: Beelitz.

c. Geflügelcholera. Kreis Nieder-Barnim:
Rummelsburg, Liebenwalde. Kreis Ost-Havelland:
Nauen. Kreis Ost-Prignitz: Sarnow. Kreis West-
Prignitz: Havelberg. Kreis Teltow: Wend.-Wilmer-
dorf. Kreis Templin: Zoogen.

Potsdam, den 18. November 1902.

Der Regierungspräsident.

Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter.

348. Folgende ausländisch-polnische Saisonarbeiter
und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitsstätten unter Kon-
traktbruch verlassen;

| Namen: | Bisheriger
Beschäftigungsort: |
|------------------------|----------------------------------|
| Maria Budarzig, | Reinsen, Kreis Springe, |
| Adam Bruch, | Reg.-Bez. Hannover. |
| Stanislaus Skupkowski, | |
| Felix Dedenki, | |
| Josef Woitkowski, | |
| Juliana Woitkowska, | |
| Josefina Dedenka, | 5. Middelbagen, Kreis |
| Tella Kowalska, | Grimmen, Reg.-Bez. |
| Marianna Rocinska, | Stralsund. |
| Apolonia Rocinska, | |
| Johann Dedenki, | |
| Stanislaus Dorkowski, | |
| Franz Andriewski, | |
| Baleria Gawronska, | desgleichen. |
| Adam Majewski, | Reischwig, Kreis Rügen, |
| | Reg.-Bez. Stralsund. |

Die Genannten sind festzunehmen und sofort aus
dem Staatsgebiete auszuweisen. Vom Geschehenen ist
unter Bezugnahme auf diese Bekanntmachung hierher
Nachricht zu geben.

Potsdam, den 18. November 1902.

Der Regierungspräsident.

349. T a r i f f

für die öffentliche Fährte über den Stößensee von Bichelsberg —
Restaurant Seeschlöß — linkes Ufer — nach Bichelswerder —
Restaurant Winkel — rechtes Ufer und umgekehrt.

- 1) Für das Übersetzen einer einzelnen er-
wachsenen Person einschließlich der Tragelast 10 Pf.
 - 2) Für das Übersetzen eines Kindes im Alter
von 5—14 Jahren je 5 "
 - 3) Bei dem Übersetzen von mehr wie drei
Personen zu gleicher Zeit je Person 5 "
 - 4) Für das Übersetzen eines Fahrrades 5 "
- Bei Nachtzeit sind die doppelten Preise zu zahlen.
Als Nachtzeit gilt die Zeit im Sommer von 10 Uhr
Abends bis Morgens 6 Uhr; im Winter von Abends
8 Uhr bis Morgens 7 Uhr.

Anmerkung:

- a. Der Fährmann ist verpflichtet, sofort nach Auf-
nahme der vierten Person ab- und ohne Aufenthalt
nach dem Bestimmungsort zu fahren.
- b. Frei überzusetzen sind öffentliche Beamte bei Dienst-

reisen oder sonstiger dienstlicher Veranlassung, wenn
sie sich gehörig ausweisen oder Uniform tragen,
der Briefträger und der Postbote.

c. Kinder unter 5 Jahren.

Potsdam, den 20. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

350. T a r i f f

für die öffentliche Fährte am Stößensee vom linken Ufer — Re-
kaurant Kaffergarten — nach dem rechten Ufer und umgekehrt.

- 1) Für das Übersetzen einer einzelnen er-
wachsenen Person einschließlich der Tragelast 10 Pf.
 - 2) Für das Übersetzen eines Kindes im Alter
von 5—14 Jahren je 5 "
 - 3) Bei dem Übersetzen von mehr wie drei
Personen zu gleicher Zeit je Person 5 "
 - 4) Für das Übersetzen eines Fahrrades 5 "
- Bei Nachtzeit sind die doppelten Preise zu zahlen.
Als Nachtzeit gilt die Zeit im Sommer von 10 Uhr
Abends bis Morgens 6 Uhr; im Winter von
Abends 8 Uhr bis Morgens 7 Uhr.

Anmerkung:

- a. Der Fährmann ist verpflichtet, sofort nach Auf-
nahme der vierten Person ab- und ohne Aufenthalt
nach dem Bestimmungsorte zu fahren!
 - b. Frei überzusetzen sind öffentliche Beamte bei Dienst-
reisen oder sonstiger dienstlicher Veranlassung, wenn
sie sich gehörig ausweisen oder Uniform tragen, der
Briefträger und der Postbote.
 - c. Kinder unter 5 Jahren.
- Potsdam, den 20. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

351. T a r i f f

für die öffentliche Fährte über die Havel bei Bichelsberg km 166,92
von dem rechten nach dem linken Ufer und umgekehrt.

- 1) Für das Übersetzen einer einzelnen er-
wachsenen Person einschließlich der Tragelast 10 Pf.
 - 2) Für das Übersetzen eines Kindes im Alter
von 5 bis 14 Jahren je 5 "
 - 3) Bei dem Übersetzen von mehr wie drei
Personen zu gleicher Zeit je Person 5 "
 - 4) Für das Übersetzen eines Fahrrades 5 "
- Bei Nachtzeit sind die doppelten Preise zu zahlen.
Als Nachtzeit gilt die Zeit im Sommer von 10 Uhr
Abends bis Morgens 6 Uhr; im Winter von
Abends 8 Uhr bis Morgens 7 Uhr.

Anmerkung:

- a. Der Fährmann ist verpflichtet, sofort nach Auf-
nahme der vierten Person ab- und ohne Aufenthalt
nach dem Bestimmungsort zu fahren.
- b. Frei überzusetzen sind öffentliche Beamte bei Dienst-
reisen oder sonstiger dienstlicher Veranlassung, wenn
sie sich gehörig ausweisen oder Uniform tragen,
der Briefträger und der Postbote.
- c. Kinder unter 5 Jahren.

Potsdam, den 20. Oktober 1902.

Der Regierungspräsident.

Lotterie des Tiergartens in Königsberg i. Pr.

352. Der Herr Min. des Innern hat genehmigt,
daß die Ziehung der letzten der dem Königsberger

Thiergartenverein mittelst Erlaß vom 14. September 1900 — siehe Amtsblattbekanntmachung vom 22. September 1900 (A.-Bl. S. 456) — bewilligten drei Gegenstands-Lotterien, die auf den 18. Oktober l. J. angesetzt war, bis zum 10. Januar 1903 hinausgeschoben werde.

Potsdam, den 15. November 1902.

Der Regierungspräsident. Der Polizeipräsident.
Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.
National-Hypotheken-Kredit-Gesellschaft zu Berlin.
Genehmigung.

95. Wir genehmigen auf Grund Allerhöchster Ermächtigung vom 2. Juni d. J., daß das der National-Hypotheken-Kredit-Gesellschaft zu Berlin am 30. Oktober 1871 ertheilte Privilegium zur Ausgabe auf den Inhaber lautender Hypotheken-Pfandbriefe auch bei der von der ordentlichen Generalversammlung der Gesellschaft am 15. Februar d. J. beschlossenen Zusatzbestimmung zu § 42 des Statutes in Kraft bleibt, vorausgesetzt, daß die Eintragung des Beschlusses in das Genossenschaftsregister demnach erfolgt.

Berlin W. 9, den 9. Juni 1902.

Leipzigerplatz 7.

Der Justizminister.

In Vertretung.

gez. Rügel.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Im Auftrage.

gez. Hermes.

Der Finanzminister.

Im Auftrage.

gez. Heller.

Der Minister des Innern.

In Vertretung.

gez.

von Bischoffshausen.

Vorstehende Genehmigung wird hierdurch ausgefertigt.

Berlin, den 25. Juni 1902.

(L. S.)

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Im Auftrage.

I. B. c. 5563.

gez. Hermes.

Zusatzbestimmung

zu dem Statut der National-Hypotheken-Kredit-Gesellschaft zu Berlin.

In Folge des Beschlusses der General-Versammlung vom 15. Februar 1902 erhält der § 42 des Gesellschafts-Statuts folgenden Zusatz:

„Bis zu der den Pfandbriefbesitzern im Mai/Juni 1898 zugesicherten Wiederansammlung des Reservefonds von Mark 540000 werden die nach § 46a. und b. zur Vertheilung unter die Genossenschafter bestimmten 85 % dem Reservefonds zugetheilt.

Sobald derselbe diesen Betrag erreicht hat, werden diese 85 % zunächst als Dividende an die Genossenschafter zur Wiederherstellung der Geschäfts-

anteile von je Mark 2000 durch Gutschrift (§ 9 Absatz 3) verwendet und erst dann findet eine Vertheilung und Auszahlung in Gemäßheit des § 46a. und b. statt.“

Bekanntmachung.

Vorstehenden Erlaß vom 9. Juni 1902 nebst einer durch die Generalversammlung vom 15. Februar 1902 beschlossenen Zusatzbestimmung zu dem Statut der National-Hypotheken-Kredit-Gesellschaft (Eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung) zu Berlin bringe ich hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß die Eintragung der Zusatzbestimmung in das Genossenschaftsregister erfolgt ist.

Berlin, den 11. November 1902.

Der Polizei-Präsident.
 von Windheim.

Schleßgericht für Arbeiterversicherung.

96. Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Herren Minister des Innern und für Handel und Gewerbe den Königl. Regierungs-Assessor Seeborn, Lessingstraße Nr. 7 hieselbst wohnhaft, zum stellvertretenden Vorsitzenden des Schleßgerichts für Arbeiterversicherung in Berlin ernannt haben.

Berlin, den 13. November 1902.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirektion zu Berlin.

Gruppentarif III. (Berlin—Stettin).

97. Mit Gültigkeit vom 15. November d. J. wird die Station Gollnow (Kr. Angermünde) in den Ausnahmetarif 5b. (Pflastersteine, geschlagene Steine zum Straßenbau und Schlackenpflastersteine nach den Berliner Bahnhöfen und Ringbahnstationen) einbezogen. Ueber die Höhe der Frachtsätze ertheilen die betheiligten Abfertigungsstellen sowie das Auskunftsbureau hier, Bahnhof Alexanderplatz, Auskunft.

Berlin, den 7. November 1902.

Königl. Eisenbahndirektion

zugleich Namens der betheiligten Verwaltungen.

Ganztägig-Öffentlicher Güterverkehr.

98. Mit Gültigkeit vom 20. d. Mts. ab wird im Verkehr zwischen den Direktionsbezirken Bromberg, Danzig, Königsberg, Breslau, Ratowitz, Posen, Berlin, Stettin, der Altbamms-Polberger Eisenbahn und der Station Kempen der Breslau-Warschauer Eisenbahn einerseits und der Lübeck-Büchener Eisenbahn andererseits für Zudeckungen zur Ausfuhr, die bis einschließlich den 31. August 1904 auf der Binnen- oder Seehafenstation eingegeben, von der die Ausfuhr stattfinden soll, die für den Nachweis der tatsächlich erfolgten Ausfuhr in den Ausnahmetarifen 14 und L. vorgesehene Frist von 12 Monaten auf 18 Monate verlängert. Für die nach dem 31. August 1904 ankommenden Sendungen gilt wieder die gewöhnliche Frist von 12 Monaten. Berlin, den 14. November 1902.

Königl. Eisenbahn-Direktion

zugleich im Namen der übrigen betheiligten Verwaltungen.

Veränderungen von Gemeindef- und Ortsbezirksgrenzen.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Der Polizei-Präsident.

Ernannt sind der Kammergerichtsrath Eichhorn zum Senatspräsidenten bei dem Kammergericht; die Landgerichtsräthe Stachow und Fiebelorn vom Landgericht I. in Berlin zu Landgerichtsdirektoren bei diesem Gericht; der Amtsgerichtsrath Dr. Gassenkamp in Potsdam zum Oberlandesgerichtsrath in Posen; der Staatsanwaltschaftsrath Otto Schmidt in Guben zum Landgerichtsrath in Naumburg a. d. S. Versetzt sind die Amtsgerichtsräthe Mroczek, Roder und Oppermann vom Amtsgericht I. in Berlin sowie der Landrichter Dr. Rosenberg in Stettin an das Landgericht I. in Berlin; der Amtsgerichtsrath Ulbrich in Jünkerburg, die Amtsrichter Wolff in Arnswalde und Dr. Kober in Wittkeß an das Amtsgericht I. in Berlin. Dem

Fabrikbesitzer Otto Eiben in Berlin ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte als stellvertretender Handelsrichter ertheilt.

II. Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare Dr. Ehlert und Hirnhaber. Ausgeschlossen sind die Gerichtsassessoren Mesz insolge Uebnahme in die landwirthschaftliche Verwaltung und Le Diseur. Verstorben ist der Gerichtsassessor Maas.

III. Rechtsanwälte und Notare.

Gelbicht in der Liste der Rechtsanwälte sind die Rechtsanwälte Justizräthe Bielawski bei dem Landgericht II. in Berlin und Toll bei dem Landgericht Prenzlau und Amtsgericht Eberswalde. Eingetragen in die Liste der Rechtsanwälte sind der frühere Gerichtsassessor Dr. Waldschmidt bei dem Kammergericht, der Rechtsanwalt Wengel aus Stettin und der Gerichtsassessor Graefe bei dem Landgericht I. in Berlin, der Gerichtsassessor Dr. Gutsfeld bei dem Landgericht II. in Berlin, die Gerichtsassessoren Dr. Ritthausen und Schönlanke bei dem Amtsgericht II. in Berlin mit dem Wohnsitz ersterer in Pansow, letzterer in Tegel, der Gerichtsassessor Tasse bei dem Amtsgericht in Rixdorf und der Rechtsanwalt Dr. Bischoffwerder aus Birnbaum bei dem Amtsgericht Charlottenburg. Ernann zum Notar ist der Rechtsanwalt Seeler in Berlin mit Anweisung seines Amtes innerhalb der Stadtbezirke 35 und 36. Gestorben ist der Notar, Justizrath Toll in Eberswalde.

IV. Referendare.

Ernannt zu Referendaren sind die bisherigen Rechtskandidaten Rabler, Meißner, Wille, Pagenkemper, Eylau, Pflugmacher, Presch, Erich Schulz, Schwente und Hermann Schmidt. Entlassen ist der Referendar Walter Moll behufs Uebertritts in den höheren Verwaltungsdienst.

V. Subalternbeamte.

Ernannt ist der Aktuar Theodor Siebert zum Gerichtsschreiber bei dem Amtsgericht in Seelow. Versetzt sind der Gerichtsschreiber Frey von dem Amtsgericht in Soldin und der Gerichtsschreibergehülfe Hermann Krüger von dem Amtsgericht in Großen a. d. O. an das Landgericht I. in Berlin, die Gerichtsvollzieher Matthies vom Amtsgericht II. in Berlin an das Amtsgericht in Pinnberg, Liebenau vom Amtsgericht in Schrimm und Brees vom Amtsgericht in Carthaus an das Amtsgericht II. in Berlin. Ausgeschlossen sind der Gerichtsschreiber Büßig in Triefel insolge Uebnahme in den Bezirk des Oberlandesgerichts in Königsberg i. Pr. und der Inspektor bei dem Strafgefängnis zu Pögnsee Freiherr von Matzahn insolge seiner Ernennung zum Direktor des Zentralgefängnisses zu

Gollnow. Pensionirt ist der Gerichtsschreiber Dobray bei dem Amtsgericht I. in Berlin. Gestorben sind der Rechnungsrevisor Koppe bei dem Amtsgericht I. in Berlin, der Gerichtsschreiber Hendl bei dem Landgericht I. in Berlin, der Gerichtsvollzieher Carl Heinrich Eduard Richter bei dem Amtsgericht II. in Berlin und der Inspektionsassistent Schlink bei dem Strafgefängnis zu Tegel.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Gerichtstage.

Die Gerichtstage in Pehnin werden für das Jahr 1903 auf folgende Tage festgesetzt: 8. und 9. Januar, 5. und 6. Februar, 5. und 6. März, 2. und 3. April, 7. und 8. Mai, 14. und 15. Juni, 9. und 10. Juli, 13. und 14. August, 17. und 18. September, 8. und 9. Oktober, 12. und 13. November, 10. und 11. Dezember. An jedem zweiten Gerichtstage werden Anträge und Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit aufgenommen, doch ist zur Vermeidung von Zeitverlusten und unnützen Gängen dringend anzurathen, die vorzunehmenden Rechtshandlungen möglichst zeitig vor dem Gerichtstage zur Prüfung und Terminbestimmung anzujubeln.

Brandenburg, den 23. Oktober 1902.

Königliches Amtsgericht.

Ausweisungen aus Preußen.

Der Schneidergeselle Ifig Erika Ehrlich, gen. Goldschied, geboren am 18. Juni 1883 zu Braabja, Kr. Rimpolung, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 17. September 1902 ausgewiesen.

Der Drehorgelspieler Antonio Galassi, geboren am 30. September 1874 zu Morsasso (Italien), italienischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 26. September 1902 ausgewiesen.

Der Schneidergeselle Aron Klammer, geboren am 23. Mai 1871 zu Bama i. Bulowina, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 26. September 1902 ausgewiesen.

Der Kaufmann Paul Abert, geboren am 2. Oktober 1876 zu Pest, Ungarn, ungarischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 25. Oktober 1902 ausgewiesen.

Der Schlosser Franz Wagner, geboren am 20. April 1884 zu Ausitz, österreichischer Staatsangehöriger, ist als lästiger Ausländer durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 30. Oktober 1902 ausgewiesen.

Hierzu fünf Oeffentliche Anzeiger.

(Die Insektionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf. Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam. Buchverbreitung der A. W. Gayschen Ober-

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Stück 48.

Den 28. November

1902.

Inhaltsverzeichnis. Inhalt von Stück 45 des Reichsgesetz-Blatts. S. 515. — Chauffeergeld-Erhebung auf 4 neuen Kurfürsten im Kreise Teltow. S. 515. — Ausreichung von Zinscheinen. S. 515. — Anweisung von Rentenbriefen. S. 516. — Umtausch älterer Postwertzeichen. S. 517. — Abfertigungsbesugnisse auf der Station Spanten. S. 517. — Tarifierung von Düngern. S. 517. — Auszug aus den Jahresrechnungen der Landfenergesellschaften. S. 518. — Wasserstände. S. 520. — Veränderung von Weinbaubezirken. S. 520. — Hilfsbuch für Standesbeamte. S. 520. — Markt in Niehage. S. 520. — Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter. S. 520. — Ausbildung und Prüfung der nicht thierärztlichen Fleischbesäuerer. S. 521. — Weitere Zulassung der bei der Schlachtvieh- und Fleischbeschau thätigen Kalen. S. 521. — Viehsuchen. S. 522. — Liquidation der Allgemeinen Volkskassenkasse „Eiche“. S. 522. — Veränderung von Guts- und Gemeindefeldbezirksgrenzen. S. 522. — Personal-Chronik. S. 522. — Prozeßagent. S. 522.

Reichsgesetzblatt.

(Stück 45.) **Nr. 2902.** Bekanntmachung, betreffend die dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügte Liste. Vom 9. November 1902.

Nr. 2903. Bekanntmachung, betreffend die Ausführungs-vorschriften zu dem Gesetze vom 10. Mai 1892 (Reichsgesetzbl. S. 681) über die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften. Vom 15. November 1902.

Nr. 2904. Bekanntmachung, betreffend Bestimmungen für den Kleinhandel mit Garn. Vom 17. November 1902.

Königlicher Erlass.

Ausbehnung der dem Chauffeergeldtarif vom 29. Februar 1840 angehängten Vorschriften auf vier neue Kreisstraßen des Kreises Teltow.

Auf Ihren Bericht vom 28. Oktober d. J. will Ich genehmigen, daß die dem Chauffeergeldtarif vom 29. Februar 1840 (Ges.-Samml. S. 94 ff.) angehängten Bestimmungen wegen der Chauffepolizei-Vergehen auf die vom Kreise Teltow im Regierungsbezirk Potsdam in dauernde Unterhaltung übernommenen Kurfürsten 1) von Rudow über Groß-Ziechen nach Eichtenrade, 2) von Miersdorf nach Zeuthen, 3) von Schulzenhof über Miersdorf und Hoyerlöhne nach Wilbau, 4) von Zichenhof bis zur Kreischauffee Groß-Zeuthener Schäferei-Größen-Fahlhof zur Anwendung kommen. Die eingereichte Karte erfolgt anbei zurück. Neues Palais, den 3. November 1902.

(gez.) Wilhelm R.

(gggez.) Bubbe.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen

der Königl. Regierung.

Ausreichung der Zinscheine III. zu den Schuldverschreibungen der konsolidierten 3 1/2 %igen vormals 4 %igen Staatsanleihe von 1883.

88. Die Zinscheine Reihe III. Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidierten 3 1/2 %igen vormals 4 %igen Staatsanleihe

Staatsanleihe von 1883 über die Zinsen für die Zeit vom 1. Januar 1903 bis 31. Dezember 1912 nebst den Erneuerungsscheinen für die folgende Reihe werden vom 1. Dezember 1902 ab von der Kontrolle der Staatspapiere in Berlin SW. 68, Dronienstraße 92/94, werktäglich von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags, mit Ausnahme der drei letzten Geschäftstage jedes Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine sind entweder bei der Kontrolle der Staatspapiere am Schalter in Empfang zu nehmen oder durch die Regierungs-Hauptkassen sowie in Frankfurt a. M. durch die Kreiskasse zu beziehen.

Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat ihr persönlich oder durch einen Bevollmächtigten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Erneuerungsscheine (Zinscheinanweisungen) mit einem Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamte Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher eine numerierte Karte als Empfangsbcheinigung, so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Die Karte oder Empfangsbcheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

Durch die Post sind die Erneuerungsscheine an die Kontrolle der Staatspapiere nicht einzusenden, da diese sich in Bezug auf die Zinscheinausreichung mit den Inhabern der Scheine nicht in Schriftwechsel einlassen kann.

Wer die Zinscheine durch eine der oben genannten Provinzial-Kassen beziehen will, hat dieser Kasse die Erneuerungsscheine mit einem doppelten Verzeichniß einzureichen. Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbcheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der Zinscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königl. Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden kantonalen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schulverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinshefte nur dann, wenn die Erneuerungsscheine abhandelt gekommen sind; in diesem Falle sind die Schulverschreibungen an die Kontrolle des Staatspapiers, oder an eine der genannten Provinzialkassen mittels besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 15. November 1902.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Veröffentlicht mit dem Bemerken, daß Formulare zu den Verzeichnissen von unserer Hauptkasse, den königlichen Kreis- und Forstämtern und den königlichen Haupt-Steuerämtern bezogen werden können.

Potsdam, den 20. November 1902.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen der kgl. Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Auflösung von Rentenbriefen der Provinz Brandenburg.

21. Bei der infolge unserer Bekanntmachung vom 28. v. Mts. heute gegebenen öffentlichen Verlosung von Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Stücke gezogen worden:

I. Aproz. Rentenbriefe.

Litt. A. zu 3000 M. (1000 Tblr.)

214 Stück und zwar die Nr.

| | | | | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|------|------|
| 184 | 328 | 350 | 375 | 388 | 484 | 778 | 943 | 1109 | 1188 |
| 1259 | 1486 | 1390 | 1453 | 1545 | 1599 | 1806 | 1832 | 1949 | |
| 2027 | 2229 | 2593 | 2658 | 3095 | 3402 | 3563 | 3786 | 3931 | |
| 4029 | 4071 | 4287 | 4305 | 4389 | 4395 | 4468 | 4553 | 4614 | |
| 4684 | 4780 | 4853 | 4855 | 4946 | 5070 | 5095 | 5320 | 5322 | |
| 5368 | 5383 | 5500 | 5569 | 5646 | 5720 | 5790 | 5854 | 5892 | |
| 6101 | 6344 | 6389 | 6409 | 6411 | 6489 | 6593 | 6745 | 6766 | |
| 6812 | 6867 | 6880 | 6953 | 7032 | 7046 | 7146 | 7271 | 7566 | |
| 7724 | 7736 | 7737 | 7745 | 7939 | 8132 | 8390 | 8582 | 8597 | |
| 8710 | 8714 | 8907 | 8908 | 9052 | 9103 | 9132 | 9258 | 9354 | |
| 9405 | 9705 | 9774 | 9880 | 10036 | 10045 | 10326 | 10623 | | |
| 10348 | 10864 | 11033 | 11072 | 11148 | 11368 | 11385 | | | |
| 11606 | 11630 | 11640 | 11645 | 11723 | 11845 | 11982 | | | |
| 12064 | 12071 | 12336 | 12438 | 12502 | 12607 | 12628 | | | |
| 12629 | 12774 | 12958 | 12988 | 13067 | 13086 | 13176 | | | |
| 13372 | 13387 | 13446 | 13470 | 13527 | 13544 | 13549 | | | |
| 13577 | 13730 | 13810 | 14051 | 14268 | 14362 | 14520 | | | |
| 14531 | 14576 | 14682 | 14687 | 14909 | 14924 | 15119 | | | |
| 15128 | 15257 | 15391 | 15407 | 15416 | 15422 | 15450 | | | |
| 15469 | 15521 | 15779 | 16017 | 16029 | 16096 | 16137 | | | |
| 16174 | 16176 | 16224 | 16241 | 16240 | 16398 | 16419 | | | |
| 16445 | 16559 | 16562 | 16669 | 16837 | 16961 | 16964 | | | |
| 17019 | 17025 | 17147 | 17143 | 17193 | 17359 | 17481 | | | |
| 17485 | 17512 | 17526 | 17532 | 17633 | 17666 | 17984 | | | |
| 18202 | 18211 | 18297 | 18467 | 18529 | 18624 | 18756 | | | |
| 18812 | 18912 | 18948 | 19018 | 19058 | 19158 | 19263 | | | |
| 19407 | 19454 | 19520 | 19548 | 19630 | 19664 | 19697 | | | |
| 19724 | 19760 | 19764 | | | | | | | |

Litt. B. zu 1500 M. (500 Tblr.)

75 Stück und zwar die Nr.

| | | | | | | | | | |
|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| 22 | 443 | 661 | 847 | 859 | 954 | 1081 | 1272 | 1273 | 1307 |
| 1328 | 1561 | 1617 | 1767 | 1999 | 2388 | 2513 | 2810 | 2882 | |
| 2920 | 3019 | 3045 | 3131 | 3140 | 3141 | 3180 | 3252 | 3340 | |

| | | | | | | | | | |
|------|------|------|------|------|------|------|------|------|--|
| 3363 | 3504 | 3710 | 3716 | 3824 | 3907 | 3918 | 4000 | 4300 | |
| 4341 | 4394 | 4511 | 4518 | 4573 | 4604 | 4657 | 4687 | 4733 | |
| 4837 | 4840 | 4899 | 4904 | 4927 | 4969 | 4997 | 5029 | 5152 | |
| 5200 | 5311 | 5456 | 5460 | 6250 | 6372 | 6387 | 6402 | 6409 | |
| 6493 | 6507 | 6510 | 6725 | 6798 | 7052 | 7081 | 7124 | 7158 | |
| 7161 | 7253 | | | | | | | | |

Litt. C. zu 300 M. (100 Tblr.)

304 Stück und zwar die Nr.

| | | | | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|------|------|
| 78 | 197 | 460 | 559 | 662 | 718 | 1064 | 1490 | 1683 | 1838 |
| 1845 | 2463 | 2573 | 2786 | 2814 | 2884 | 3568 | 3685 | 3753 | |
| 3864 | 3867 | 3903 | 3948 | 3983 | 3999 | 4002 | 4071 | 4188 | |
| 4201 | 4253 | 4353 | 4533 | 4605 | 4606 | 4763 | 4901 | 5073 | |
| 5237 | 5337 | 5392 | 5457 | 5632 | 5689 | 5736 | 5811 | 5907 | |
| 5925 | 5995 | 6606 | 6646 | 6887 | 6893 | 6927 | 6949 | 7189 | |
| 7287 | 7333 | 7430 | 7531 | 7858 | 7880 | 8062 | 8277 | 8369 | |
| 8421 | 8652 | 9217 | 9234 | 9240 | 9310 | 9477 | 9493 | 9502 | |
| 9548 | 9692 | 9707 | 9708 | 9728 | 9750 | 9789 | 9829 | 9835 | |
| 9886 | 9914 | 9960 | 9985 | 10009 | 10163 | 10173 | 10364 | | |
| 10443 | 10476 | 10847 | 10933 | 10973 | 11032 | 11032 | 11236 | | |
| 11317 | 11335 | 11354 | 11507 | 11568 | 11754 | 11823 | | | |
| 12068 | 12200 | 12222 | 12230 | 12338 | 12343 | 12358 | | | |
| 12432 | 12486 | 12568 | 12604 | 12719 | 12788 | 12872 | | | |
| 12922 | 13046 | 13104 | 13167 | 13267 | 13501 | 13550 | | | |
| 13554 | 13635 | 13636 | 13694 | 13879 | 14010 | 14081 | | | |
| 14173 | 14233 | 14248 | 14254 | 14312 | 14444 | 14522 | | | |
| 14695 | 14714 | 14731 | 14735 | 14808 | 14813 | 14894 | | | |
| 14944 | 15073 | 15085 | 15182 | 15382 | 15482 | 15534 | | | |
| 15694 | 15860 | 15955 | 15970 | 16024 | 16065 | 16099 | | | |
| 16390 | 16407 | 16602 | 16694 | 16741 | 16742 | 16784 | | | |
| 16791 | 16807 | 16857 | 16901 | 17026 | 17086 | 17146 | | | |
| 17244 | 17479 | 18096 | 18182 | 18225 | 18275 | 18328 | | | |
| 18397 | 18516 | 18608 | 18699 | 18700 | 18724 | 18756 | | | |
| 18763 | 18773 | 18868 | 18957 | 18981 | 19116 | 19376 | | | |
| 19385 | 19435 | 19447 | 19553 | 19638 | 19666 | 19862 | | | |
| 20054 | 20087 | 20099 | 20110 | 20134 | 20177 | 20186 | | | |
| 20439 | 20473 | 20510 | 20520 | 20679 | 20822 | 20947 | | | |
| 21050 | 21071 | 21174 | 21267 | 21566 | 21585 | 21643 | | | |
| 21669 | 21736 | 21607 | 21813 | 21856 | 21868 | 21919 | | | |
| 22041 | 22099 | 22114 | 22259 | 22296 | 22305 | 22360 | | | |
| 22565 | 22711 | 22727 | 22827 | 22909 | 22964 | 22968 | | | |
| 23132 | 23153 | 23171 | 23176 | 23257 | 23301 | 23385 | | | |
| 23426 | 23540 | 23587 | 23631 | 23672 | 23677 | 23688 | | | |
| 23699 | 23772 | 23672 | 23921 | 24029 | 24048 | 24127 | | | |
| 24159 | 24196 | 24375 | 24392 | 24515 | 24536 | 24837 | | | |
| 24900 | 24902 | 25014 | 25137 | 25221 | 25348 | 25393 | | | |
| 25394 | 25417 | 25442 | 25755 | 25758 | 25804 | 25836 | | | |
| 25839 | 25896 | 25916 | 25925 | 25988 | 26038 | 26178 | | | |
| 26251 | 26270 | 26282 | 26286 | 26304 | 26313 | 26358 | | | |
| 26361 | 26376 | 26633 | 26632 | | | | | | |

Litt. D. zu 75 M. (25 Tblr.)

259 Stück und zwar die Nr.

| | | | | | | | | | |
|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| 52 | 93 | 106 | 231 | 463 | 527 | 601 | 866 | 886 | 1569 |
| 1613 | 1724 | 1747 | 1759 | 1862 | 1922 | 1991 | 2102 | 2123 | |
| 2374 | 2762 | 2778 | 2896 | 2903 | 2983 | 3078 | 3096 | 3149 | |
| 3427 | 3483 | 3814 | 4095 | 4160 | 4258 | 4366 | 4460 | 4609 | |
| 4627 | 4712 | 4725 | 4811 | 4824 | 4889 | 5053 | 5106 | 5126 | |
| 5163 | 5310 | 5375 | 5455 | 5722 | 5744 | 5850 | 5864 | 5876 | |
| 6085 | 6219 | 6287 | 6511 | 6534 | 6753 | 6754 | 6910 | 7106 | |

| | | | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| 7279 | 7298 | 7355 | 7408 | 7484 | 7588 | 7614 | 7745 | 7768 |
| 7918 | 8008 | 8203 | 8227 | 8266 | 8356 | 8597 | 8920 | 8973 |
| 9378 | 9419 | 9429 | 9456 | 9486 | 9529 | 9546 | 9594 | 10086 |
| 10102 | 10163 | 10187 | 10334 | 10421 | 10544 | 10544 | 10595 | |
| 10620 | 10634 | 10732 | 10764 | 10787 | 10804 | 10814 | 10814 | |
| 10998 | 11038 | 11058 | 11151 | 11240 | 11252 | 11258 | 11258 | |
| 11269 | 11334 | 11343 | 11374 | 11718 | 11754 | 11780 | 11780 | |
| 11981 | 12031 | 12064 | 12102 | 12468 | 12468 | 12481 | 12481 | |
| 12284 | 12356 | 12389 | 12405 | 12447 | 12451 | 12591 | 12591 | |
| 12677 | 12803 | 12818 | 13000 | 13203 | 13454 | 13475 | 13475 | |
| 13573 | 13785 | 13807 | 13923 | 13981 | 14242 | 14279 | 14279 | |
| 14282 | 14298 | 14381 | 14396 | 14435 | 14471 | 14483 | 14483 | |
| 14567 | 14624 | 14678 | 14733 | 14752 | 14841 | 14853 | 14853 | |
| 15353 | 15463 | 15528 | 15593 | 15719 | 15723 | 16059 | 16059 | |
| 16090 | 16119 | 16127 | 16138 | 16138 | 16181 | 16296 | 16296 | |
| 16456 | 16660 | 16846 | 16854 | 16894 | 16932 | 17056 | 17056 | |
| 17104 | 17113 | 17269 | 17443 | 17505 | 17523 | 17584 | 17584 | |
| 17647 | 17672 | 17692 | 17752 | 17760 | 17822 | 17848 | 17848 | |
| 17928 | 17941 | 18007 | 18179 | 18185 | 18211 | 18229 | 18229 | |
| 18274 | 18448 | 18602 | 18604 | 18638 | 18673 | 18698 | 18698 | |
| 18744 | 18837 | 18866 | 18933 | 19046 | 19121 | 19188 | 19188 | |
| 19357 | 19348 | 19390 | 19630 | 19642 | 19650 | 19778 | 19778 | |
| 19779 | 19804 | 19838 | 19846 | 20254 | 20691 | 20776 | 20776 | |
| 20894 | 20863 | 20860 | 20873 | 20876 | 20897 | 21083 | 21083 | |
| 21037 | 21094 | 21217 | 21290 | 21305 | 21311 | 21326 | 21326 | |
| 21331 | 21515 | 21564 | 21578 | 21667 | 21838 | 21947 | 21947 | |
| 21964 | 21983 | 22027 | 22040 | 22200 | 22204 | 22231 | 22231 | |

Litt. E. zu 30 Nr. (10. Jhr.)

8 Stück und zwar die Nr.

9672 9832 9890 9918 9970 10038 10040 10072.

Nr. 3, proz. Rentenbriefe.

Litt. L. zu 3000 Nr. 2 Stück

und zwar die Nr. 26 211.

Litt. M. zu 1500 Nr. 2 Stück

und zwar die Nr. 3 7.

Litt. N. zu 300 Nr. 3 Stück

und zwar die Nr. 57 62 93.

Litt. O. zu 25 Nr. 2 Stück

und zwar die Nr. 33 79.

Litt. P. zu 30 Nr. 1 Stück

und zwar die Nr. 59.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in kürzestmöglichem Zustande mit den dazu gehörigen Zinscheinen Reihe VII Nr. 10-16 Reihe II Nr. 8-16 nebst Erneuerungsscheinen bei der hiesigen Rentenkassette, Klosterstraße Nr. 76 I., vom 1. April 1903 ab an den Werktagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Dittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 1. April 1903 ab, hängt die Verzinsung der ausgelassenen Rentenbriefe auf, die selbst aber verfahren am Schlusse des Jahres 1913, zum Vortheile der Rentenanstalt.

Die Einlieferung der ausgelassenen Rentenbriefe an die Rentenkassette, kann auch durch die Post portofrei und mit dem Auftrage erfolgen, daß der Geldbetrag auf gleichem Wege übermittleit werde.

Die Aufstellung des Geldes geschieht dann auf

Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 800 M. durch Postanweisung.

Sofern es sich um Summen über 800 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Dittung beizufügen.

Berlin, den 15. November 1902.

Königliche Direction der Rentenanstalt für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.

Umtausch von älteren Postwerthzeichen.

10. Die Frist für den Umtausch der im Reichs-Postgebiet und in Württemberg bis Ende März d. J. gültigen gewesenen Postwerthzeichen gegen solche mit der Aufschrift „Deutsches Reich“ läuft noch bis Ende Dezember 1902. Bis dahin kann der Umtausch bei allen Reichs-Postanstalten und königlich württembergischen Postanstalten sowie bei den Landbriefträgern bewirkt werden. Vom 1. Januar 1903 ab werden Anträge auf Umtausch aller Postwerthzeichen nicht mehr berücksichtigt.

Soweit noch Sendungen mit alten Postwerthzeichen vorkommen, werden sie von den Postanstalten bis zum Ablaufe der Umtauschfrist nicht in der Beförderung aufgenommen und auch nicht mit Nachbare belegt. Die nach Ablauf der Frist etwa noch verwehrenden alten Postwerthzeichen werden von den Postanstalten als ungültig behandelt.

Berlin W. 60, den 17. November 1902.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirection zu Berlin.

Erweiterung des Abtrittsbeschlusses der Station Benthien.

47. Am 1. Dezember d. J. wird die an der Strecke Berlin-Königs Wusterhausen gelegene Station Benthien auch für den Fahrzeug- und Thierverkehr eröffnet.

Berlin, den 14. November 1902.

Königliche Eisenbahndirection.

Tarification von Dänger (mit und ohne gemahlenen und Abtrittsbünger).

48. Im Gruppen- und Wechselverkehr der vereinigten preussisch-hessischen Staatsbahnen, im Binnenverkehr der Militärbahn, im Militärbahn-Staatsbahnverkehr, mit Ausnahme der Eisenbahnen in Elsass-Lothringen, im Reichsbahn-Staatsbahnverkehr, im Wechselverkehr der preussisch-hessischen Staatsbahnen mit den odenburgischen Staatsbahnen und mit Station-Rempen der Breslau-Warschauer Eisenbahn wird mit Gültigkeit vom 21. November 1902 ab im Ausnahmetarif 2 (Hochstoftarif) unter Ziffer 1 und im Ausnahmetarif für Dängemittel z. f. m. (Ausgabe vom 1. Mai 1902) unter I. B. a. des Waarenverzeichnisses die Fassung „Dänger (mit und Abtrittsbünger)“ geändert in „Dänger (Mit), auch gemahlen und gemahlen, und Abtrittsbünger.“

Berlin, den 18. November 1902.

Königliche Eisenbahndirection,

ausgleich namens der betheiligten Verwaltungen.

Bekanntmachungen

Auszug aus den Jahresrechnungen

a. der Landfeuer-Sozietät der **Kurmark** Brandenburg, des Markgrasthums
b. der Landfeuer-Sozietät der **Neumark**,
c. der Landfeuer-Sozietät der **Provinz** Brandenburg (hervorgegangen

| | | Einnahme. | | | | | | | | | |
|------------|--|------------------|----|---------|----|----------|----|------------------|----|-----------------------------|----|
| Rdnr. | Titel | 1. Halbjahr 1901 | | | | | | 2. Halbjahr 1901 | | Jahr 1901 | |
| | | Kurmark | | Neumark | | Zusammen | | Provinz | | Kurmark u. Neumark, Provinz | |
| | | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S |
| 1. | Bestand aus voriger Rechnung (mit Einschluß der Reste) | 172700 | 39 | 79489 | 53 | 252190 | 44 | 122404 | 33 | 374594 | 77 |
| 2. | Beiträge: | | | | | | | | | | |
| | a. für Immobilien | 562743 | 28 | 259797 | 09 | 822540 | 37 | 820186 | 83 | 1642727 | 22 |
| | b. " Mobiliar | 54950 | 86 | 48019 | 51 | 102970 | 17 | 118350 | 76 | 221320 | 93 |
| | zusammen (a + b) | 617693 | 94 | 307816 | 60 | 925510 | 54 | 938537 | 61 | 1864048 | 15 |
| 3. | Sonstige Einnahmen | 6198 | 55 | 124 | 15 | 6322 | 70 | 2614 | 30 | 8937 | — |
| 4. | Aus der Rückversicherung | — | — | 40763 | — | 40763 | — | 128662 | 10 | 169425 | 10 |
| Verglichen | Summe | 796593 | 38 | 428193 | 36 | 1224786 | 68 | 1192218 | 34 | 2417005 | 02 |
| | Summe der Ausgabe | 786114 | 01 | 330927 | 48 | 1117041 | 49 | 1287922 | 55 | 2424964 | 04 |
| Ergiebt | Rebr: Einnahme | 10479 | 37 | 77265 | 82 | 87745 | 19 | — | — | — | — |
| | Ausgabe | — | — | — | — | — | — | 95704 | 21 | 7959 | 02 |

Sozietäts- am Schlusse des

| | | | | | | | | | | | |
|------------|---|--------|----|--------|----|---------|----|---------|----|----|---|
| 1. | Bestand aus voriger Rechnung (Werthpapiere zum Ankaufswert) | 601660 | 17 | 617596 | 90 | 1219257 | 07 | 1358256 | 13 | 12 | 4 |
| 2. | Eintrittsgelder | 5168 | 32 | 2565 | 50 | 7733 | 82 | 6107 | 14 | — | — |
| 3. | Beitragsüberschüsse (siehe obige Mehr-Einnahme) | 10479 | 37 | 77265 | 82 | 87745 | 19 | — | — | — | — |
| 4. | Werthpapiere | 2100 | — | — | — | 2100 | — | — | — | — | — |
| 5. | Zinsen | 19632 | 10 | 21756 | 22 | 41388 | 32 | 268 | 25 | — | — |
| 6. | Sonstige Einnahmen | — | — | 765 | 83 | 765 | 83 | — | — | — | — |
| Verglichen | Summe | 639039 | 96 | 719950 | 27 | 1358990 | 23 | 1364641 | 55 | — | — |
| | Summe der Ausgabe | 163 | — | 571 | 10 | 734 | 10 | 95716 | 21 | — | — |
| | bleibt Vermögen | 638876 | 96 | 719379 | 17 | 1358256 | 13 | 1268925 | 34 | — | — |

Versicherungsbestand am Schlusse des Halbjahres.

| | | | | | | | | | |
|----|------------------------|--------|-----|------------|-----|--------|-----|---------|-----|
| 1. | Immobilien | 494582 | 025 | 275561 | 675 | 770143 | 700 | 773903 | 750 |
| 2. | Mobiliar (ohne Mieten) | 55677 | 975 | 489163 | 350 | 104594 | 325 | 110704 | 700 |
| | Im Ganzen | 550260 | 000 | 324478 | 025 | 874738 | 025 | 884608 | 450 |
| | | | | Verglichen | | | | 874738 | |
| | | | | Ergiebt | | Zugang | | 9870425 | |

+ Diese 12 M. sind neben dem Vermögen der Neumark zur Deckung eines Ausgabereffes überkommen.

* Hiervon entfallen auf den Sicherheitsfonds der vereinigten Sozietäten (Provinz) 908256,57 M.
Neumark (Sonderfonds) 360688,77 M.

Außerdem bestanden Mieten-Versicherungen im 1. Halbjahr 1901 bei der Sozietät der Kurmark 105000 M.

Neumark 43520
Provinz 1991550
Zusammen 2140070 M.

anderer Behörden.

 — mit einer Uebersicht der Verwaltungsergebnisse
 Niederlausitz und der Distrikte Jüterbog und Belzig

für 1. Halbjahr 1901,

aus der Vereinigung der Sozialisten zu a. und b.) für 2. Halbjahr 1901.

| Rfde. Nr. | Titel | Ausgabe. | | | | | | | | | |
|-----------|--|------------------|-------|---------|-------|----------|------|------------------|-------|--------------------------------------|-------|
| | | 1. Halbjahr 1901 | | | | | | 2. Halbjahr 1901 | | Jahr 1901 | |
| | | Kurmark ic. | | Neumark | | Zusammen | | Provinz | | Summe d. Kurmark u. Neumark zusammen | |
| | | M | S | M | S | M | S | M | S | M | S |
| 1. | Hefte aus voriger Rechnung | 1728 | 18 63 | 7948 | 9 55 | 25230 | 3 38 | 12288 | 3 95 | 37468 | 7 33 |
| 2. | Entschädigungsgelder (mit Einschluß der Nebenkosten) | | | | | | | | | | |
| a. | für Immobilien | 4796 | 13 88 | 14678 | 6 26 | 62640 | 1 14 | 78688 | 5 17 | 14132 | 38 65 |
| b. | " Mobiliar | 5372 | 3 51 | 7255 | 6 56 | 12628 | 0 7 | 14218 | 1 17 | 2684 | 18 24 |
| | zusammen (a + b) | 5333 | 37 39 | 21934 | 2 82 | 75268 | 2 1 | 92906 | 6 8 | 16816 | 8 89 |
| 3. | Für gemeinnützige Zwecke | 3000 | 25 | 1217 | 70 | 4217 | 95 | 8274 | 66 | 10492 | 61 |
| 4. | Sonstige Ausgaben (mit Einschluß von Zinsen) | 2304 | 06 | 147 | 30 | 2451 | 36 | 2682 | 40 | 5083 | 76 |
| 5. | An die Lebensversicherung | — | — | 2046 | 60 | 2046 | 60 | 9538 | 7 90 | 11585 | 3 50 |
| 6. | Verwaltungslosten | 7465 | 8 48 | 3026 | 4 51 | 10492 | 2 99 | 13226 | 9 6 | 2371 | 59 95 |
| | Summe | 7861 | 14 01 | 3509 | 27 48 | 11370 | 4 49 | 12879 | 22 55 | 24249 | 64 04 |
| | † hiervon entfallen auf | | | | | | | 4281 | 25 | | |
| | Buchhörschäden | | | | | | | 1828 | 56 | | |
| | Prämien für Schützen und Wasserwägen | | | | | | | | | | |

Vermögen.

 1. Halbjahres
 2. Halbjahres (Jahres) 1901.

| | | | | | | | | | |
|----|---|-----|----|-----|----|-----|----|-----|-------|
| 1. | Erhaltene Beiträge ic. | 160 | 72 | 304 | 83 | 465 | 57 | 12 | — |
| 2. | Zinsen | 2 | 28 | 26 | 25 | 28 | 55 | | |
| 3. | Zur Deckung eines Beitrags-Gebl-betrages (siehe obige Mehr-Ausgabe) | — | — | — | — | — | — | 957 | 04 21 |
| | Summe | 163 | — | 571 | 10 | 734 | 10 | 957 | 16 21 |

* In diesem Betrage sind enthalten 150 M. für gemeinnützige Zwecke.

Zahl der Schäden im Jahre 1901.

| | | | | |
|----|-----------------------------------|-----|-------------------------|-----|
| a. | in der Sozialität der Kurmark ic. | 199 | davon durch Blitzschlag | 83 |
| b. | " " " " Neumark | 105 | " " " " " | 24 |
| c. | " " " " Provinz Brandenburg | 351 | " " " " " | 105 |
| | zusammen | 655 | davon durch Blitzschlag | 162 |

Berlin, den 6. November 1902.

Der Generaldirector der Landfeuerkasse der Provinz Brandenburg.

v. Eppel, Geheimer Regierungsrath.

Bekanntmachungen des Königlichen Regierungspräsidenten.

353. Nachweisung der an den Pegeln der Havel und Spree im Monat Oktober 1902 beobachteten Wasserstände.

| Tag | Wasserstände der Havel an den Pegeln zu | | | | | | | Wasserstände der Spree an den Pegeln zu | | | | | | |
|-----|---|------------|-------------|-------------|-------------|---------|------------|---|----------------|-------------|--------|-----------------|--------|-------------|
| | Havelberg | Rathenow | | Brandenburg | | Potsdam | Spandau | | Charlottenburg | | Görsch | Gr. Tränke Wehr | Reckow | Alt-Schadow |
| | | Oberwasser | Unterwasser | Oberwasser | Unterwasser | | Oberwasser | Unterwasser | Oberwasser | Unterwasser | | | | |
| | Mtr. | Meter | Meter | Meter | Meter | Meter | Meter | Meter | Meter | Meter | Meter | Meter | Meter | Meter |
| 1 | 1,72 | 1,34 | 0,86 | 2,04 | 1,30 | 1,04 | 2,37 | 0,73 | 3,22 | 2,64 | 0,88 | 2,17 | 1,40 | 1,15 |
| 2 | 1,72 | 1,33 | 0,84 | 2,10 | 1,27 | 1,02 | 2,39 | 0,68 | 3,22 | 2,58 | 0,87 | 2,14 | 1,39 | 1,14 |
| 3 | 1,70 | 1,32 | 0,87 | 2,03 | 1,29 | 1,01 | 2,39 | 0,69 | 3,22 | 2,58 | 0,86 | 2,09 | 1,40 | 1,12 |
| 4 | 1,68 | 1,33 | 0,85 | 2,02 | 1,28 | 1,00 | 2,41 | 0,62 | 3,22 | 2,50 | 0,86 | 2,06 | 1,41 | 1,12 |
| 5 | 1,70 | 1,40 | 0,82 | 2,12 | 1,26 | 0,98 | 2,47 | 0,53 | 3,22 | 2,49 | 0,88 | 2,07 | 1,40 | 1,10 |
| 6 | 1,68 | 1,35 | 0,84 | 2,06 | 1,26 | 0,96 | 2,48 | 0,61 | 3,22 | 2,52 | 0,86 | 2,09 | 1,41 | 1,10 |
| 7 | 1,68 | 1,34 | 0,86 | 2,00 | 1,24 | 0,98 | 2,49 | 0,72 | 3,22 | 2,66 | 0,84 | 2,09 | 1,42 | 1,12 |
| 8 | 1,69 | 1,35 | 0,85 | 2,00 | 1,23 | 1,00 | 2,50 | 0,73 | 3,22 | 2,66 | 0,83 | 2,00 | 1,42 | 1,14 |
| 9 | 1,69 | 1,32 | 0,85 | 2,04 | 1,22 | 1,01 | 2,52 | 0,71 | 3,22 | 2,64 | 0,82 | 2,02 | 1,42 | 1,14 |
| 10 | 1,69 | 1,32 | 0,86 | 2,08 | 1,22 | 1,01 | 2,53 | 0,72 | 3,22 | 2,64 | 0,81 | 2,02 | 1,42 | 1,15 |
| 11 | 1,70 | 1,31 | 0,86 | 2,06 | 1,22 | 1,02 | 2,53 | 0,73 | 3,22 | 2,68 | 0,79 | 2,01 | 1,42 | 1,16 |
| 12 | 1,71 | 1,34 | 0,84 | 2,09 | 1,20 | 1,02 | 2,60 | 0,59 | 3,22 | 2,65 | 0,80 | 2,06 | 1,40 | 1,17 |
| 13 | 1,72 | 1,31 | 0,83 | 2,07 | 1,18 | 1,01 | 2,62 | 0,67 | 3,22 | 2,56 | 0,80 | 2,03 | 1,40 | 1,18 |
| 14 | 1,71 | 1,31 | 0,84 | 2,05 | 1,20 | 1,01 | 2,60 | 0,64 | 3,22 | 2,50 | 0,80 | 2,09 | 1,40 | 1,18 |
| 15 | 1,70 | 1,32 | 0,82 | 2,01 | 1,20 | 1,01 | 2,61 | 0,67 | 3,22 | 2,54 | 0,81 | 2,03 | 1,41 | 1,20 |
| 16 | 1,70 | 1,34 | 0,82 | 1,99 | 1,20 | 1,00 | 2,62 | 0,67 | 3,22 | 2,56 | 0,83 | 2,08 | 1,42 | 1,21 |
| 17 | 1,70 | 1,33 | 0,82 | 2,01 | 1,20 | 1,00 | 2,63 | 0,70 | 3,22 | 2,58 | 0,83 | 2,03 | 1,42 | 1,22 |
| 18 | 1,70 | 1,32 | 0,82 | 1,99 | 1,20 | 1,01 | 2,63 | 0,69 | 3,22 | 2,60 | 0,81 | 2,08 | 1,41 | 1,23 |
| 19 | 1,70 | 1,32 | 0,80 | 2,10 | 1,12 | 1,01 | 2,65 | 0,60 | 3,22 | 2,54 | 0,80 | 2,04 | 1,40 | 1,24 |
| 20 | 1,70 | 1,32 | 0,81 | 2,08 | 1,14 | 1,01 | 2,64 | 0,69 | 3,22 | 2,63 | 0,80 | 2,04 | 1,40 | 1,25 |
| 21 | 1,70 | 1,31 | 0,82 | 2,06 | 1,18 | 1,02 | 2,65 | 0,73 | 3,22 | 2,65 | 0,79 | 2,09 | 1,41 | 1,27 |
| 22 | 1,71 | 1,31 | 0,82 | 2,05 | 1,18 | 1,04 | 2,65 | 0,75 | 3,22 | 2,68 | 0,79 | 2,12 | 1,42 | 1,29 |
| 23 | 1,72 | 1,34 | 0,80 | 2,09 | 1,20 | 1,04 | 2,65 | 0,68 | 3,22 | 2,54 | 0,80 | 2,12 | 1,42 | 1,30 |
| 24 | 1,72 | 1,31 | 0,81 | 2,08 | 1,20 | 1,03 | 2,65 | 0,70 | 3,22 | 2,56 | 0,82 | 2,03 | 1,43 | 1,31 |
| 25 | 1,72 | 1,35 | 0,81 | 2,07 | 1,22 | 1,02 | 2,65 | 0,67 | 3,22 | 2,54 | 0,81 | 2,11 | 1,44 | 1,32 |
| 26 | 1,73 | 1,37 | 0,81 | 2,15 | 1,12 | 1,02 | 2,68 | 0,59 | 3,22 | 2,56 | 0,82 | 2,06 | 1,44 | 1,34 |
| 27 | 1,73 | 1,34 | 0,83 | 2,11 | 1,16 | 1,01 | 2,68 | 0,70 | 3,22 | 2,62 | 0,83 | 2,14 | 1,45 | 1,34 |
| 28 | 1,73 | 1,33 | 0,81 | 2,10 | 1,20 | 1,02 | 2,68 | 0,70 | 3,22 | 2,62 | 0,82 | 2,12 | 1,45 | 1,34 |
| 29 | 1,72 | 1,34 | 0,81 | 2,10 | 1,21 | 1,02 | 2,67 | 0,72 | 3,22 | 2,64 | 0,82 | 2,14 | 1,45 | 1,34 |
| 30 | 1,73 | 1,34 | 0,82 | 2,09 | 1,21 | 1,03 | 2,67 | 0,73 | 3,22 | 2,62 | 0,83 | 2,11 | 1,46 | 1,35 |
| 31 | 1,72 | 1,34 | 0,82 | 2,07 | 1,24 | 1,03 | 2,67 | 0,73 | 3,22 | 2,62 | 0,83 | 2,14 | 1,47 | 1,35 |

Potsdam, den 15. November 1902.

Der Regierungspräsident.

Veränderung von Weinbaubezirk.

354. Der Kreis St. Wendel ist aus dem Weinbaubezirk Nr. 41 (Saarbrücken) ausgeschieden und dem Weinbaubezirk Nr. 40 (Kreuznach) zugeteilt worden.

Ferner: Kreis St. Wendel aus dem Weinbaubezirk Nr. 30 (Nassau) die Gemarkung Seelbach in Fortfall.

Potsdam, den 20. November 1902.

Der Regierungspräsident.

Hilfsbuch für Ständesbeamte.

355. Der stellvertretende Ständesbeamte, Major a. D. Clausius in Charlottenburg, Rursfürsten-Allee 40, hat unter dem Titel „Hilfsbuch für den deutschen Ständesbeamten“ eine Sammlung der Landesgesetze der 25 deutschen Bundesstaaten und des Reichslandes, welche von den Ständesbeamten bei der Aufnahme des Aufgebots zur Beschließung zu beachten sind, bearbeitet und herausgegeben.

Ich mache die Ständesbeamten auf dieses Hilfsbuch aufmerksam, welches zum Preise von 1 Mark im Selbstverlage des Herausgebers erschienen ist.

Potsdam, den 21. November 1902.

Der Regierungspräsident.

Markt in Riemegl.

356. Der Herr Oberpräsident hat namens des Provinzialrats den Auftrieb von Schweinen und Ferkeln gelegentlich des in Riemegl. am 13. Dezember d. J. stattfindenden Kram- und Flachsmarktes genehmigt.

Potsdam, den 20. November 1902.

Der Regierungspräsident.

Kontraktbrüder ausländischer Arbeiter.

357. Der ausländisch-polnische Saisonarbeiter Ignacy Pieląg, bisheriger Beschäftigungsort Schadeleben, Kreis Randow, Reg.-Bez. Stettin, hat seine Arbeitsstätte unter Kontraktbruch verlassen.

Der Genannte ist festzunehmen und sofort aus dem Staatsgebiete auszuweisen. Vom Geschehenen ist unter Bezugnahme auf diese Befehlsnachricht hierher Nachricht zu geben.

Potsdam, den 25. November 1902.

Der Regierungspräsident.

Ausbildung und Prüfung der nicht thierärztlichen Fleischbeschauer im Landespolicizebezirk Potsdam.

358. In Ausführung der Prüfungsvorschriften für die Fleischbeschauer (Abschnitt B. der Ausführungsbestimmungen des Bundesraths vom 30. Mai 1902 zu dem Gesetze vom 3. Juni 1900, betreffend die Schlachtvieh und Fleischschau [N.-O.-Bl. S. 547]), bestimme ich folgendes:

1. Die Prüfungen der nicht thierärztlichen Fleischbeschauer finden vor

a) dem Departementsstierarzt Klebba in Potsdam (Stellvertreter: Professor Eggeling in Berlin, Luisenstraße 56) als Vorsitzenden, und

b) dem Schlachthausdirektor Klepp in Potsdam (Stellvertreter: Schlachthausdirektor Schrader in Brandenburg)

im Schlachthause in Potsdam statt, können jedoch auch an einem anderen der in § 3 dieser Verordnung genannten Schlachthäuser vorgenommen werden. Die Bestimmung hierüber steht dem Vorsitzenden der Prüfungskommission zu.

2. Das Gesuch um Zulassung zur Prüfung ist von derjenigen Ortspolizeibehörde, die für den Wohnsitz des die Prüfung Nachsuchenden zuständig ist, durch Vermittelung des Landraths (in Stadtkreisen der Polizeiverwaltung) an den Vorsitzenden der Prüfungskommission, den Departementsstierarzt in Potsdam, zu richten. Dem Gesuch sind die in B. § 4 der Prüfungsvorschriften für die Fleischbeschauer des Bundesraths aufgeführten Schriftstücke beizufügen.

Der Allersausweis kann sowohl durch kirchliche oder standesamtliche Atteste als auch durch andere Urkunden (Militärpapiere) geführt werden. Unter amtlichen Führungszeugnissen sind polizeiliche Atteste zu verstehen.

Die Festsetzung des Prüfungstermins erfolgt durch den Vorsitzenden der Prüfungskommission je nach Zahl der vorliegenden Meldungen. Der Vorsitzende entscheidet über die Zulassung zur Prüfung. Er ladet die Prüflinge zum Prüfungstermin und händigt die Befähigungsausweise aus. Die Bewerbe über die Verfassung der Zulassung zur Prüfung ist an den unterzeichneten Regierungspräsidenten zu richten.

Von dem Ausfall der Prüfung hat der Vorsitzende der Prüfungskommission dem betreffenden Landrath (in Stadtkreisen der Polizeiverwaltung), durch dessen Vermittelung das Prüfungsgeſuch eingereicht ist, Mittheilung zu machen.

3. Die Ausbildung der Fleischbeschauer (§ 3^a der Prüfungsvorschriften) darf nur an den öffentlichen Schlachthäusern in Angermünde, Brandenburg, Eberswalde, Neu-Ruppin, Potsdam, Spandau und Wittenberge unter Leitung des Schlachthausvorstehers erfolgen.

4. Die Prüfungsgebühr beträgt für jede Prüfung und zwar auch für die Wiederholungsprüfung (§ 8 Absatz 5 der Prüfungsvorschriften) 10 Mark.

Die Gebühr ist vor Beginn der Prüfung von dem Prüfling an den Vorsitzenden der Prüfungskommission zu entrichten.

5. Die Bestimmungen über die Prüfung der öffentlichen Vieh- und Fleischbeschauer vom 31. März 1893 (Amtsblatt für 1893 S. 132) wird hiermit aufgehoben.

Potsdam, den 21. November 1902.

Der Regierungspräsident.

Weitere Zulassung.

Wer bei der Schlachtvieh- und Fleischschau thätigen Laien. (§ 10 Abs. 2 B. der Ausführungsbestimmungen des Bundesraths vom 30. Mai 1902 zu dem Gesetze vom 3. Juni 1900, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischschau [N.-O.-Bl. S. 547]).

1. Alle im Landespolicizebezirk Potsdam in der öffentlichen Vieh- und Fleischschau thätigen, mit Einschluss der in den öffentlichen Schlachthäusern beschäftigten Fleischbeschauer, welche einen Befähigungsausweis auf Grund der staatlich geordneten Prüfungsvorschriften vom 31. März 1893 besitzen, haben, sofern sie in der Vieh- und Fleischschau auch nach dem 1. April 1903 weiter beschäftigt werden wollen, sich einer erleichterten Prüfung zu unterziehen, die sich nur auf den praktischen Theil der im § 9 der Ausführungsbestimmungen vorgeschriebenen Nachprüfung zu erstrecken hat. Die Verbringung einer Bescheinigung über die Ausbildung in einem öffentlichen Schlachthause ist nicht erforderlich.

2. Die Anmeldung zur Nachprüfung muss bei der für den Ort der Anstellung zuständigen Ortspolizeibehörde bis zum 1. Oktober 1903 erfolgen. Die Prüfung der Fleischbeschauer hat bis spätestens den 1. April 1904 stattzufinden. Um jedoch eine Unterbrechung ihrer Weiterbeschäftigung am 1. April 1903 zu vermeiden, empfehle ich den Fleischschauern, die Anmeldung bei der erwähnten Ortspolizeibehörde rechtzeitig zu machen, dass sie die Prüfung noch vor dem 1. April 1903 ablegen können.

Wer vor dem 1. April 1903 die Prüfung noch nicht bestanden hat, setzt sich der Gefahr aus, dass ihm bei der Anstellung zum Beschauer andere Personen, die den uneingeschränkten Befähigungsnachweis besitzen, vorgezogen werden. Es empfiehlt sich daher, dass sich die Beschauer unverzüglich bei der erwähnten Ortspolizeibehörde anmelden.

3. Die Ortspolizeibehörde hat zu bescheinigen, dass die Beschauer sich dienstlich und außerdienstlich tadellos geführt haben.

Der Landrath (in Stadtkreisen die Polizeiverwaltung) hat über die Zulassung zur Prüfung zu entscheiden und die Fleischbeschauer nur dann der Prüfungstelle (Nr. 4) zu überweisen, wenn die sonstigen Voraussetzungen für die Zulassung zur Nachprüfung vorliegen.

Gegen die abweisende Entscheidung des Landraths (in Stadtkreisen der Ortspolizeibehörde) ist die Ver-

schwerbe bei dem unterzeichneten Regierungspräsidenten zulässig. Der Anmeldung ist der Befähigungsausweis des Fleischbeschauers (Prüfungsatteſt) beizufügen.

4. Die Prüfungen finden statt:

- für die Kreise Ober- und Niederbarnim, Deersow-Storkow, Ost- und Westhavelland, Jüterbog-Luckenwalde, Teltow und Zauch-Belzig und für die Stadtkreise Brandenburg, Potsdam und Spandau: in Potsdam (bei dem Departementschirurgen Klebba in Potsdam, Stellvertreter Kreischirurg Dr. David in Nauen);
- für die Kreise Angermünde, Prenzlau und Templin: in Angermünde (bei dem Kreischirurgen Dr. Peter in Angermünde, Stellvertreter Kreischirurg Wittrock in Prenzlau);
- für die Kreise Ruppin, Ost- und Westprignitz: in Wittenberge (bei dem Kreischirurgen Müller in Perleberg, Stellvertreter Kreischirurg Dr. Meyner in Kyritz).

5. Der Ausfall der Prüfung ist von dem prüfenden Thierarzt auf dem Befähigungsausweis zu vermerken.

6. Die Wiederholung der Prüfung darf nur vor dem benannten Thierarzte erfolgen, welcher die erste Prüfung vorgenommen hat, und zwar frühestens vier Wochen nach vorausgegangener Prüfung. Die Wiederholungsprüfung ist nur einmal zulässig. Sie kann von der Bedingung abhängig gemacht werden, daß der Prüfling vor der Wiederholung der Prüfung einen 14tägigen Kursus in einem der Schlachthäuser in Angermünde, Brandenburg, Eberswalde, Neu-Ruppin, Potsdam, Prenzlau, Spandau und Wittenberge absolviert. Der prüfende Thierarzt hat dies dem Prüfling mitzutheilen, auf dem Befähigungsausweis darüber einen Vermerk zu machen und den Landrath (in Stadtkreisen die Polizeiverwaltung) hiervon zu benachrichtigen. Die Gebühr beträgt für die Prüfung sowie für die Wiederholungsprüfung je 6 Mark und ist von dem Prüfling vor Beginn der Prüfung an den prüfenden Thierarzt zu entrichten.

Potsdam, den 21. November 1902.

Der Regierungspräsident.

360.

Viehseuchen.

I. Festgestellt:

a. Milzbrand. Kreis Ober-Barnim: Alt-Trebbin. Kreis West-Havelland: Barnowig. Kreis West-Prignitz: Gut Plattenburg (Vorwerk Jernikow).

b. Schweineseuche. Kreis Nieder-Barnim: Neu-holland.

c. Geflügelcholera. Kreis Nieder-Barnim: Mahlsdorf, Hirschgarten. Kreis Ost-Havelland: Behlsang.

d. Räube. Kreis Angermünde: Angermünde.

II. Erloschen:

a. Milzbrand. Kreis West-Havelland: Ribbed, Rieß, Rhinow, Saage.

b. Schweineseuche. Kreis Nieder-Barnim: Lichtenberg. Kreis Prenzlau: Strasburg N.-M. (Gut Wilhelmshaus, Gut Karlsfelde). Kreis Zauch-Belzig: Wilhelmshaus bei Potsdam.

c. Geflügelcholera. Kreis Nieder-Barnim: Lichtenberg, Bernau, Malsow. Kreis Teltow: Ort. Potsdam, den 25. November 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Liquidation der Allgemeinen Volkskrankenkasse „Eiche“.

97. An Stelle des Justiz-Aktuars a. D. Hauser, der sein Amt als Liquidator der Allgemeinen Volkskrankenkasse „Eiche“ (E. H. Nr. 130) niedergelegt hat, ist der Polizeisekretär Bethge hieselbst von mir zum Liquidator ernannt worden.

Berlin, den 18. November 1902.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Veränderung von Guts- und Gemeindebezirkgrenzen.

34. Gemarkung Milbendorf: Grundbuch Band I. Blatt 3, Kartenblatt 9 Parzelle 57/6, Grundsteuer-mutterrolle Artikel 2, Flächeninhalt 0,3830 ha, bisheriger Gemeindebezirk Milbendorf, künftiger Gutsbezirk Milbendorf. Templin, den 6. November 1902.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Templin.

Personal-Chronik.

Dem zum 1. April 1903 von Köslin nach Eberswalde versetzten Spezialkommissar, Regierungs-Rath von Rütts ist die Verwaltung der Spezialkommission Eberswalde übertragen worden, während der Gerichts-Assessor Billich zu demselben Zeitpunkte von Eberswalde nach Köslin versetzt und mit der kommissarischen Verwaltung der Spezialkommission II. in Köslin beauftragt worden ist.

Die Katasterkontroleure Boedeker in Groß-Lichterfelde und Toepel in Lichtenberg sind zu Steuerinspektoren ernannt.

Der bisherige Pfarramtskandidat Christian Ludwig Georg Schwengberg ist zum Pfarrer der Pfarthe Dranse, Diözese Wittstock, bestellt worden.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Prozeßsagant.

Die dem Prozeßsaganten Robert Wuttke unterm 2. Februar 1900 ertheilte Erlaubniß zum mündlichen Verhandeln vor dem Amtsgericht zu Meyenburg habe ich zurückgenommen.

Neu-Ruppin, den 21. November 1902.

Der Landgerichtspräsident.

Hierzu fünf öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einpaltige Druckzeile 20 Pf. Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der königlichen Regierung zu Potsdam.
Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 49.

Den 5. Dezember

1902.

Inhaltsverzeichnis. Inhalt von Stück 46 der Gesetz-Sammlung. S. 523. — Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. S. 523. — Mülerrinnung in Verleberg. S. 524. — Patenschluss in Potsdam. S. 524. — Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter. S. 524. — Hiebseisen. S. 524. — Auserkennung der Zwangsverpflichtung aus Ridel. S. 525. — Polizei-Verordnung, betr. den Verkehr mit Eßigsäure. S. 525. — Polizei-Verordnung, betreffend Privat-Anschlussbahnen. S. 525. — Aktien-Gesellschaft The Neuchatel Asphalt Company, Limited. S. 531. — Taxe für Briefkassen. S. 532. — Pfarrstellenerledigung. S. 532. — Verlobung von Rentendirektoren. S. 532. — Einlösung von Rentenbriefen etc. S. 533. — Urkundspersonen. S. 533. — Rein-Einkommen einer Privatseisenbahn. S. 533. — Personal-Chronik. S. 533. — Gerichtstage. S. 533.

Bekanntmachung.

Das letzte (52.) Stück des Amtsblatts im laufenden Jahre wird der Weihnachtsfeiertage wegen bereits am 21. Dezember zur Ausgabe gelangen.

Die vor dem Schlusse des Jahres noch zu veröffentlichenden Bekanntmachungen etc. mit der Redaktion bis spätestens zum 22. Dezember, Vormittags 10 Uhr, einzusenden.

Nach diesem Zeitpunkte eingehende Bekanntmachungen können erst in dem am 2. Januar f. Js. erscheinenden Stück 1 des Jahrganges 1903 abgedruckt werden.
Potsdam, den 1. Dezember 1902. Der Regierungspräsident.

Bestellung des Amtsblatts für 1903.

Die freiwilligen Bezahler des Regierungsamtsblatts werden ersucht, die Bestellung für das Jahr 1903 so zeitig bei den Kaiserlichen Postamtszeitungsstellen zu bewirken, daß diese bis zum Schlusse des laufenden Jahres die eingegangenen Bestellungen an die Redaktion des Amtsblattes gelangen lassen können.

Bei denjenigen Abonnenten, welche zum Halten des Amtsblattes gesetzlich verpflichtet sind (Zwangsabonnenten) sowie bei den Gratiseempfängern bedarf es einer erneuten Bestellung nicht.

Potsdam, den 1. Dezember 1902.

Der Regierungspräsident.

Gesetzsammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.
(Stück 46.) Nr. 10403. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Dahnberg und Gladenbach. Vom 13. November 1902.

Nr. 10404. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für die Bezirke im Bezirk des Amtsgerichts Gladenbach. Vom 14. November 1902.

Bekanntmachungen

des Königl. Regierungspräsidenten.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

361. Gemäß §§ 105b Absatz 2, 105e und 41a der Reichs-Ordnung wird für den Stadtkreis Spandau folgendes bestimmt:

1) Im Handelsgewerbe, jedoch mit Ausschluß der

Bank-, Wechsel- und Lotteriegeschäfte, dürfen, abweichend von der allgemein festgestellten sonntäglichen Beschäftigungszeit, Gehülfen, Lehrlinge und Arbeiter an den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten nämlich am 14. und 21. Dezember d. Js., von 8 bis 10 Uhr Vormittags und von 12 bis 8 Uhr Nachmittags beschäftigt werden.

Der Verkauf von Back- und Konditorwaren, von Fleisch und Butter, der Milchhandel und der Betrieb der Vorkosthandlungen ist an den genannten beiden Sonntagen in gleicher Weise wie an den übrigen Sonntagen schon vor Beginn der allgemeinen Verkaufszeit, und zwar von 5 Uhr Morgens an zulässig.

2) Von dem allgemeinen Verbot der Beschäftigung von Gehülfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe

am 25. Dezember, dem ersten Weihnachtstage, werden, soweit der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen stattfindet, ausgenommen:

- a. der Handel mit Milch, mit Back- und Konditorwaaren sowie mit Konfitüren während der Zeit von 5 bis 10 Uhr Vormittags und von 12 bis 2 Uhr Nachmittags;
- b. der Handel mit Fleischwaaren während der Zeit von 5 bis 10 Uhr Vormittags;
- c. der Handel mit Kolonialwaaren, mit Vorkostwaaren, mit Brennmaterialien, mit Bier und Wein, mit Tabak und Cigarren während der Zeit von 8 bis 10 Uhr Vormittags;
- d. der Handel mit Blumen während der Zeit von 7 bis 10 Uhr Vormittags und von 12 bis 2 Uhr Nachmittags;
- e. der Handel mit Druckschriften auf den Bahnhöfen während der Zeit von 7 1/2 bis 10 Uhr Vormittags;
- f. die Zeitungsabteilung während der Zeit von 4 bis 9 Uhr Vormittags.

3) Am 26. Dezember, dem zweiten Weihnachtstage, gelten die allgemeinen Vorschriften über die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen.

Potsdam, den 25. November 1902.

Der Regierungspräsident.

Müllerinnung in Perleberg.

362. Auf Grund des § 100 des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, vom 26. Juli 1900 (R.-G.-Bl. S. 918) hat die freie Müller-Innung in Perleberg beantragt, anzuordnen, daß zur Wahrnehmung der gemeinsamen gewerblichen Interessen des Müllerhandwerks sämtliche Gewerbetreibende, welche das bezeichnete Gewerbe im Kreise Westprignitz mit Ausnahme des Amtsgerichtsbezirks Lenzen, der Stadt Dabelow, der Amtsbezirke Nitzow, Damerow, Havelberger Forst, Quigöbel und Groß-Beppin ausüben, einer neu zu errichtenden Innung (Zwangsinnung) als Mitglieder anzugehören haben.

Zur Feststellung, ob die Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden der Einführung des Beitrittszwanges zustimmt, bestelle ich den Herrn Landrath in Perleberg zum Kommissar.

Die Art und Zeit der Abstimmung wird der Herr Kommissar durch die Gemeindevorstände der dem Bezirk der anzuziehenden Zwangsinnung angehörenden Gemeinden in verständlicher Weise zur Kenntnis der Beteiligten bringen.

Potsdam, den 25. November 1902.

Der Regierungspräsident.

Ladenschluß in Potsdam.

363. Auf Grund des § 139 f. der Reichs-Gewerbeordnung — R.-G.-Bl. 1900 S. 969 — haben die Kaufleute der Manufaktur-, Pug-, Damen- und Herren-

Garberoben-Branche in Potsdam beantragt, anzuordnen, daß die Ladenschlußzeit täglich um 8 Uhr Abends beginnt.

Zur Feststellung der bei dem Antrage gemäß § 139 f. Abs. 1 und 2 der Gewerbeordnung erforderlichen Zahl von zwei Dritteln (Abs. 1) oder einem Drittel (Abs. 2) der beteiligten Geschäftsinhaber bestelle ich gemäß der Bekanntmachung, betreffend das Verfahren bei Anträgen auf Verlängerung der Ladenschlußzeit vom 25. Januar 1902, Amtsblatt S. 63, den Herrn Oberbürgermeister in Potsdam zum Kommissar.

Zeit und Ort der Auslegung der Liste wird der Herr Kommissar in ortsüblicher Weise bekannt machen und f. Zt. die Äußerungen der Beteiligten entgegennehmen.

Potsdam, den 22. November 1902.

Der Regierungspräsident.

Kontaktschädige ausländische Arbeiter.

364. Folgende ausländisch-polnische Saisonarbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitspässe unter Kontraktbruch verlassen:

| Ramen: | Dispositio
Beschäftigungs-ort: |
|---------------------|--|
| Bartholomäus Eubery | Dorodorf, Kreis Jüterbo-
g-Ludowalder |
| Stefan Zielinski | Dorodorf, Kreis Jüterbo-
g-Ludowalder |
| Julius Rogowicz | Regierungsbezirk Stralsund. |

Die Genannten sind festzunehmen und sofort aus dem Staatsgebiete auszuweisen. Vom Geschehenen ist unter Bezugnahme auf diese Bekanntmachung hierher Nachricht zu geben.

Potsdam, den 2. Dezember 1902.

Der Regierungspräsident.

365. Viehsuchen.

I. Festgestellt:

a. Muzbrand. Kreis Ost-Havelland: Dyroß, Regin, Grünfeld, Dredow. Kreis West-Havelland: Dudow. Kreis Jüterbog-Ludowalder: Schönbogen. Kreis Templin: Storfow, Falkenhal. Kreis Zauch-Belzig: Lüße.

b. Schweinepeste. Kreis Nieder-Barnim: Lichtenow, Krinickendorf. Kreis Teltow: Dudow.

c. Geflügelcholera. Kreis Nieder-Barnim: Kummelsburg, Lichtenberg. Kreis Teltow: Gut Kerpensdorf, Selchow.

II. Erloschen:

a. Schweinepeste. Kreis Prenzlau: Dom. Güterberg, Carolinenthal. Kreis Teltow: Wittenwalde, Gut Dahlewitz.

b. Geflügelcholera. Kreis Teltow: Groß-Lichterfelde.

c. Räude. Kreis Ost-Havelland: Krammen.

Potsdam, den 2. Dezember 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

Ausfertigung der Zwanzigpfennigstücke aus Nickel.

86. Auf Grund des Artikels III. Abs. 2 des Gesetzes, betreffend Änderungen im Münzwesen, vom 1. Juni 1900 (Reichs-Gesetzbl. S. 250) hat der Bundesrath die nachfolgenden Bestimmungen getroffen.

§ 1. Die Zwanzigpfennigstücke aus Nickel gelten vom 1. Januar 1903 ab nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel. Von diesem Zeitpunkt ab ist außer den mit der Einlösung beauftragten Kassen Niemand verpflichtet, diese Münzen in Zahlung zu nehmen.

§ 2. Die Zwanzigpfennigstücke aus Nickel werden bis zum 31. Dezember 1903 bei den Reichs- und Landeskassen zu ihrem gesetzlichen Werthe sowohl in Zahlung als auch zur Ummeskelung angenommen.

§ 3. Die Verpflichtung zur Annahme und zum Umtausche (§ 2) findet auf durchlöcherter und anders als durch den gewöhnlichen Umlauf im Gewichte verringerte sowie auf verälschte Münzstücke keine Anwendung.

Berlin, den 16. Oktober 1902.

Der Reichskanzler.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 29. November 1902.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Polizei-Verordnung,

betreffend den Verkehr mit Essigsäure.

88. Da in Aussicht genommen ist, den Verkehr mit Essigsäure demnächst im Wege der Gesetzgebung zu regeln, nehme ich auf Grund der §§ 5, 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Reg.-S. S. 265) und der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 die von mir unter dem 5. August d. J. erlassene Polizei-Verordnung, betreffend den Kleinhandel mit Essigsäure (Essigessenz) zu Genußzwecken, unter Zustimmung des Gemeinde-Vorstandes hiermit zurück.

Berlin, den 20. November 1902.

Der Polizei-Präsident.

Polizei-Verordnung,

betreffend Privatananschlußbahnen.

90. Auf Grund der §§ 137, 139 und 43 Absatz 3 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883, der §§ 1 und 2 des Gesetzes, betreffend die Polizeiverwaltung in den Stadtkreisen Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf vom 13. Juni 1900, der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 sowie des Gesetzes über Kleinbahnen und Privatananschlußbahnen vom 28. Juli 1892 wird unter Zustimmung des Herrn Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg im Einvernehmen mit der hiesigen Königl. Eisenbahn-Direktion für sämtliche, nicht als Zubehör eines Bergwerks (§ 61 des vorbenannten Gesetzes vom 28. Juli 1892) anzusehenden Privatananschlußbahnen (§ 43 a. a. D.) des Landes-

polizeibezirks Berlin, insofern für einzelne nicht, besondere Polizeiverordnungen oder abändernde bezw. ergänzende Bestimmungen noch erlassen werden, folgende Polizei-Verordnung erlassen.

§ 1. Jede Beschädigung einer Privatananschlußbahn und der dazu gehörigen Anlagen, mit Einschluß etwaiger Telegraphen sowie der Betriebsmittel nebst Zubehör, desgleichen das Auflegen fester Gegenstände auf die Fahrbahn oder das Anbringen sonstiger Fahrbahnhindernisse, die Nachahmung sowie das unbefugte Geben von Signalen, die Verstellung oder Versperrung der Ausweich-Vorrichtungen, überhaupt jede Vornahme einer den Bahnbetrieb störender oder gefährdenden Handlung ist verboten.

§ 2. Das Betreten einer Privatananschlußbahn, soweit sie nicht zugleich als Weg dient, sowie das Betreten der zur Bahn gehörigen Böschungen, Dämme, Gräben, Brücken und sonstigen Anlagen ist ohne Erlaubnißkarte nur den Aufsichtsbehörden und deren Vertretern oder Beauftragten, den in der Ausübung ihres Dienstes befindlichen Beamten der Staatsanwaltschaft, den Forstjägern und Polizeibeamten, den in Wahrnehmung des Zoll-, Steuer- oder Telegraphen- und Fernsprechdienstes innerhalb des Bahngbietes begriffenen Beamten sowie den zu Befichtigungen dienstlich entsandten Beamten der deutschen Festungsbehörden gestattet. Die bezeichneten Personen haben, sofern sie nicht durch ihre Uniform kenntlich sind, sich durch eine Bescheinigung ihrer vorgesetzten Dienstbehörde auf Erfordern auszuweisen.

Das Publikum darf die Bahn, soweit sie nicht zugleich als Weg dient, nur an den zu Uebergängen bestimmten Stellen betreten, und zwar nur so lange, als diese nicht abgesperrt sind oder sich kein Zug oder Bahnwagen nähert.

In allen Fällen ist jeder unnötige Verzug zu vermeiden.

Für das Betreten der Bahn und der dazu gehörigen Anlagen, soweit dieselben nicht zugleich als Weg dienen, durch Vieh, bleibt derjenige verantwortlich, welchem die Aufsicht über dasselbe obliegt.

§ 3. Sobald sich ein Zug nähert, müssen Fuhrwerke, Reiter, Fußgänger, Treiber von Vieh und Kaskadieren in angemessener Entfernung von der Bahn und zwar, sofern Warnungstafeln vorhanden sind, an diesen halten bezw. die Bahn schnell räumen.

§ 4. Es ist untersagt, die Schranken oder sonstigen Einriedigungen eigenmächtig zu öffnen, zu überschreiten oder zu übersteigen, oder etwas darauf zu legen oder zu hängen.

§ 5. Zuwiderhandlungen gegen diese Polizeiverordnung werden, soweit nicht auf Grund anderweitiger Strafbestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit einer Geldstrafe bis zu 60 Mark bestraft, an deren Stelle, im Unvermögensfalle eine entsprechende Haftstrafe tritt.

§ 6. Diese Polizeiverordnung tritt sofort in Kraft.

Berlin, den 29. Oktober 1902.

Der Polizei-Präsident.

I. Geltungsbereich der Betriebsvorschrift.

Auf Grund des Gesetzes über Kleinbahnen und Privatananschlußbahnen vom 28. Juli 1892 und der Ausführungsanweisung dazu vom 13. August 1898 wird für die unter der gemeinsamen Aufsicht des Polizei-Präsidenten zu Berlin und der königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin stehenden Privatananschlußbahnen im Sinne des § 43 des genannten Gesetzes nachstehende Betriebsvorschrift erlassen:

§ 1. Grenze der Privatananschlußbahn.

Derjenige Punkt der Anschlußbahn, von welchem ab sie unter der gemeinsamen Aufsicht des Polizei-Präsidenten und der zuständigen königlichen Eisenbahnbehörde steht, muß durch eine Tafel mit der Aufschrift: „Grenze der Privatananschlußbahn“ bezeichnet werden.

§ 2. Aenderung der Bahnanlagen.

Die Anschlußbahn darf in keiner Weise ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörden erweitert oder abgeändert werden.

II. Zustand der Bahn.

§ 3. Spurweite.

Für Vollspurbahnen soll die Spurweite, im Lichten zwischen den Schienenköpfen gemessen, in geraden Gleisen 1,435 m, für Schmalspurbahnen 1,000 m, 750 oder 600 mm betragen.

Ausnahmen können von den Aufsichtsbehörden zugelassen werden.

§ 4. Längsneigung.

Die Längsneigung der Bahn soll auf freier Strecke das Verhältniß von 40‰ (1:25) in der Regel nicht überschreiten. Falls stärkere Neigungen durch die eisenbahntechnische Aufsichtsbehörde zugelassen werden, bestimmt letztere die für diese Neigungen etwa notwendigen Aenderungen und Ergänzungen der Betriebsvorschrift.

§ 5. Krümmungen.

Der Halbmesser der Krümmungen auf freier Strecke soll in der Regel bei Vollspurbahnen nicht kleiner als 100 m, bei Schmalspurbahnen

| | |
|---|----|
| mit 1 m Spurweite nicht kleiner als 50 m, | |
| 750 mm | 40 |
| 600 | 25 |

sein.

Kleinere Halbmesser sind zulässig, sofern Maschinen und Wagen derartig gebaut sind, daß sie solche Krümmungen anstandslos durchfahren können.

§ 6. Spurerweiterungen.

In Krümmungen darf die Spurerweiterung bei Vollspurbahnen das Maß von 35 mm,

bei Schmalspurbahnen mit 1 m Spurweite das Maß von 25 mm,

bei Schmalspurbahnen mit 750 mm Spurweite das Maß von 20 mm,

bei Schmalspurbahnen von 600 mm Spurweite das Maß von 18 mm nicht überschreiten, sofern die Betriebsmittel nicht besonders für größere Spurerweiterungen eingerichtet sind.

§ 7. Fahrbarer Zustand der Bahn.

1) Die Bahn ist fortwährend in einem solchen baulichen Zustand zu halten, daß jede Strecke, soweit sie sich nicht in Ausbesserung befindet, ohne Gefahr mit der für sie festgesetzten größten Geschwindigkeit (§ 27) befahren werden kann.

2) Bahnstrecken, auf welchen zeitweise die für sie zulässige Fahrgeschwindigkeit ermäßigt werden muß, sind durch Signale als solche zu kennzeichnen und unfahrbare Strecken, auch wenn kein Zug erwartet wird, durch Signale abzuschließen.

§ 8. Umgrenzung des lichten Raumes.

1) Für Vollspurbahnen ist die Umgrenzung des lichten Raumes in Uebereinstimmung mit den Vorschriften der Bahnordnung für die Nebeneisenbahnen Deutschlands nach den auf der Anlage dargestellten Umrisslinien einzuhalten.

Dabei ist in Krümmungen auf die Spurerweiterung und die Ueberhöhung der äußeren Schiene Rücksicht zu nehmen.

2) Abweichungen von dieser Umgrenzung, welche bereits vor Bekanntmachung dieser Betriebsvorschrift bestanden haben, können mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden auch ferner beibehalten werden.

3) Inwiefern bei Ladungsläufen der Vollspurbahnen Einschränkungen dieser Umgrenzung zulässig sind, bestimmen in jedem Einzelfalle die Aufsichtsbehörden.

4) Bei vollspurigen Gleisen müssen die bis zu 50 mm über Schienenoberkante hervortretenden unbeweglichen Gegenstände außerhalb des Gleises im Allgemeinen mindestens 150 mm von der Innenkante des Schienenkopfes entfernt bleiben; bei unveränderlichem Abstände derselben von der Fahrchiene darf das Maß auf 135 mm eingeschränkt werden. Innerhalb des Gleises muß ihr Abstand von der Innenkante des Schienenkopfes mindestens 67 mm betragen, jedoch kann dieser Abstand bei Zwangsgleisen nach dem mittleren Theile hin allmählich bis 41 mm eingeschränkt werden.

5) In gekrümmten Strecken mit Spurerweiterung muß der Abstand der innerhalb des Gleises hervortretenden unbeweglichen Gegenstände von der Innenkante des Schienenkopfes um den Betrag der Spurerweiterung größer sein, als die vorgenannten Maße.

6) Für Schmalspurbahnen bleibt die Festlegung der Umgrenzung des lichten Raumes den Aufsichtsbehörden vorbehalten.

§ 9. Einfriedigungen der Bahn.

Ob und an welchen Stellen ausnahmsweise Schutzwehren oder andere Sicherheitsvorrichtungen an Wegen erforderlich sind, bestimmen die Aufsichtsbehörden.

§ 10. Abtheilungszeichen, Neigungszeichen, Wertzeichen.

1) Die Bahn muß mit Abtheilungszeichen versehen sein, welche Entfernungen von ganzen Kilometern angeben. Ausnahmen sind mit Genehmigung der Aufsichts-

behörden zulässig, wenn es sich um kurze Bahnen nach einem in unmittelbarer Nähe des Anschlussbahnhofes gelegenen Werk u. s. w. handelt.

2) Bei mehr als 500 m langen Neigungen von mehr als 10 ‰ (1:100) sind an den Gefällewechseln Neigungszeiger anzubringen. Wegen Gestaltung von Ausnahmen gilt das im Absatz 1 Gesagte.

3) Ob und wo vor den in Schienenhöhe liegenden unbewachten Wegeübergängen ein Kennzeichen anzubringen ist, welches dem Lokomotivführer eines die Straße besahrenden Zuges die Annäherung an einen derartigen Uebergang anzeigt, ist für jeden Uebergang von den Aufsichtsbehörden besonders zu bestimmen.

4) Zwischen zusammenlaufenden Schienensträngen muß ein Merkzeichen angebracht sein, welches die Stelle anzeigt, über die hinaus auf dem einen Gleise Fahrzeuge mit ihrem vorderen Theile vorgeschoben werden dürfen, ohne daß der Durchgang von Fahrzeugen auf dem anderen Gleise gehindert wird.

III. Zustand, Unterhaltung und Untersuchung der Betriebsmittel.

§ 11. Zustand der Betriebsmittel.

Die Betriebsmittel müssen fortwährend in einem solchen Zustande gehalten werden, daß die Fahrten mit der größten zulässigen Geschwindigkeit (§ 27) ohne Gefahr stattfinden können.

§ 12. Einrichtung der Lokomotiven.

1) Für jede Lokomotive ist nach Maßgabe ihrer Bauart eine Fahrgeschwindigkeit vorzuschreiben, welche in Rücksicht auf die Sicherheit niemals überschritten werden darf. Diese Geschwindigkeit muß an der Lokomotive angezeichnet sein.

2) An jedem Lokomotivkessel muß sich eine Einrichtung zum Anschlusse eines Prüfungsmanometers befinden, durch welches die Belastung der Sicherheitsventile und die Richtigkeit des Federwaagen und Manometers geprüft werden kann.

3) Jede Lokomotive muß versehen sein:

- a. Mit mindestens zwei zuverlässigen Vorrichtungen zur Speisung des Kessels, welche unabhängig von einander in Betrieb gesetzt werden können, und von denen jede für sich während der Fahrt im Stande sein muß, das zur Speisung erforderliche Wasser zuzuführen. Eine dieser Vorrichtungen muß geeignet sein, beim Stillstande der Lokomotive dem Kessel Wasser zuzuführen.
- b. Mit mindestens zwei von einander unabhängigen Vorrichtungen zur zuverlässigen Erkennung der Wasserstandeshöhe im Innern des Kessels bei einer dieser Vorrichtungen muß die Höhe des Wasserstandes vom Stande des Führers ohne besondere Proben fortwährend erkennbar und eine in die Augen fallende Marke des niedrigsten zulässigen Wasserstandes angebracht sein.
- c. Mit wenigstens zwei Sicherheitsventilen, von welchen das eine so eingerichtet sein soll, daß die Belastung desselben nicht über das bestimmte Maß gesteigert

werden kann. Die Sicherheitsventile sind so einzurichten, daß sie vom gespannten Dampfe nicht weggeschleudert werden können, wenn eine unbedachtigte Entlastung derselben eintritt. Die Einrichtung der Sicherheitsventile muß denselben eine senkrechte Bewegung von 3 mm gestatten.

d. Mit einer Vorrichtung (Manometer), welche den Druck des Dampfes zuverlässig und ohne Anstellung besonderer Proben fortwährend erkennen läßt. Auf den Zifferblättern der Manometer muß der höchste zulässige Dampfüberdruck durch eine in die Augen fallende Marke bezeichnet sein.

e. Mit einer Dampfseife und mit einer Lötlötvorrichtung.

§ 13. Abnahmeprüfung und wiederkehrende Untersuchungen der Lokomotiven und Tender.

1) Neue oder mit neuen Kesseln versehene Lokomotiven dürfen erst in Betrieb gesetzt werden, nachdem sie einer technisch-polizeilichen Abnahmeprüfung unterworfen und als sicher befunden sind. Der hierbei als zulässig erkannte höchste Dampfüberdruck sowie der Name des Fabrikanten der Lokomotive und des Kessels, die laufende Fabrik-Nummer und das Jahr der Anfertigung müssen in leicht erkennbarer und dauerhafter Weise an der Lokomotive bezeichnet sein. Bei Verwendung älterer Lokomotiven und Kessel kann von der Bezeichnung des Fabrikanten, der laufenden Fabrik-Nummer und des Jahres der Anfertigung mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden abgesehen werden.

2) Nach jeder umfangreichen Ausbesserung des Kessels, im Uebrigen in Zeitabschnitten von höchstens drei Jahren, sind die Lokomotiven nebst den zugehörigen Tendern in allen Theilen einer gründlichen Untersuchung zu unterwerfen, mit welcher eine Kesseldruckprobe zu verbinden ist. Diese Zeitabschnitte sind vom Tage der Inbetriebsetzung nach beendeter Untersuchung bis zum Tage der Außerbetriebsetzung zum Zwecke der nächsten Untersuchung zu bemessen.

3) Bei den Druckproben ist der Kessel vom Mantel zu entblößen, mit Wasser zu füllen und mittelst einer Druckpumpe zu prüfen. Der Probedruck soll den höchsten zulässigen Dampfüberdruck um 6 Atmosphären übersteigen. Bei Lokomotiven, für welche ein geringerer Probedruck bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung als zulässig erachtet worden ist, kann es mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden hienbei verbleiben.

4) Kessel, welche bei dieser Probe ihre Form bleibend ändern, dürfen in diesem Zustande nicht wieder in Dienst genommen werden.

5) Bei jeder Kesselprobe ist gleichzeitig die Richtigkeit der Manometer und Ventillabelungen der Lokomotiven zu prüfen.

6) Der angewendete Probedruck ist mittelst eines Prüfungsmanometers zu messen, welches in angemessenen Zeitabschnitten auf seine Richtigkeit untersucht werden muß.

7) Längstens 8 Jahre nach Inbetriebsetzung eines Lokomotivkessels muß eine innere Untersuchung desselben vorgenommen werden, bei welcher die Siederöhre zu

entfernt sind. Nach spätestens je sechs Jahren ist diese Untersuchung zu wiederholen.

8) Ueber die Ergebnisse der Kesselbruchproben und der sonstigen mit den Lokomotiven und Tendern vorgenommenen Untersuchungen ist Buch zu führen.

§ 14. Bahnnummer, Achslasten, Funkenfänger.

1) An der Stirn der Lokomotiven und an der Rückseite der Tender und Tenderlokomotiven müssen Bahnnummer angebracht sein.

2) Jede Lokomotive muß mit einem verschließbaren Achslasten und mit Vorrichtungen versehen sein, welche den Auswurf glühender Kohlen aus dem Achslasten und dem Schornstein zu verhindern bestimmt sind. Bei Privatanschlußbahnen, die vom Anschlußbahnhof unmittelbar in das angeschlossene Werk u. s. w. hineinführen, kann mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden von Achslasten und Funkenfängern abgesehen werden.

§ 15. Bremsen der Lokomotiven und Tender.

Tenderlokomotiven und Tender müssen ohne Rücksicht auf etwa vorhandene anderweitige Bremsvorrichtungen mit einer Handbremse versehen sein, die jederzeit leicht und schnell in Thätigkeit gesetzt werden kann.

§ 16. Federn, Züge und Stoßvorrichtungen.

Sämmtliche Wagen, mit Ausnahme der nur in Güter- oder Arbeitszügen laufenden, müssen mit Tragfedern sowie an beiden Stirnseiten mit federnden Zug- und Stoßvorrichtungen versehen sein. Beim Uebergang auf Haupt- oder Nebeneisenbahnen bzw. Kleinbahnen sind die Bestimmungen des § 21 maßgebend.

§ 17. Spurräume.

Sämmtliche Räder müssen Spurräume haben.

§ 18. Stärke der Radreifen.

1) Auf Vollspurbahnen muß bei Lokomotiven und Tendern die Stärke der Radreifen mindestens 20 mm betragen, bei Wagen können die Radreifen bis auf 16 mm abgemindert werden. Die Stärke der Reifen ist in der senktesten Ebene des Laufringes zu messen, welche 750 mm von der Mitte der Achse entfernt anzunehmen ist. Bei Rädern, deren Reifen durch eine Beschädigung unter der der Abnutzung unterworfenen Fläche geschwächt sind, müssen noch an der schwächsten Stelle die bezeichneten Maße eingehalten werden.

2) Auf Schmalspurbahnen muß die Stärke der Radreifen der Lokomotiven und Tender mindestens 12 mm, die der Wagen mindestens 10 mm betragen.

§ 19. Untersuchung der Wagen.

1) Es dürfen nur solche Wagen in Gebrauch genommen werden, die von den Aufsichtsbehörden genehmigten Entwürfen entsprechen.

2) Jeder Wagen ist von Zeit zu Zeit durch den Unternehmer einer gründlichen Untersuchung zu unterwerfen, bei welcher die Achsen, Lager und Federn abgenommen werden müssen. Diese Untersuchung hat spätestens drei Jahre nach der ersten Ingebrauchnahme oder nach der letzten Untersuchung zu erfolgen.

§ 20. Bezeichnung der Wagen.

1) Jeder Wagen muß Bezeichnungen haben, aus welchen zu ersehen ist:

- a. der Eigentümer;
- b. die Ordnungsnummer, unter welcher er in der Wagenliste vom Eigentümer geführt wird;
- c. das eigene Gewicht einschließlich der Achsen und Räder und ausschließlich der losen Ausrüstungsgegenstände;
- d. bei Güter- und Gepäckwagen das Ladegewicht und die Tragfähigkeit;
- e. der Zeitpunkt der letzten Untersuchung;
- f. der Radstand;
- g. das etwaige Vorhandensein von Lenkachsen und die Verriegelbarkeit der Mittelachse;
- h. bei Wagen, deren Achslager für periodische Schmierrichtung eingerichtet sind, der Zeitpunkt der letzten Schmierrichtung.

Wenn die Wagen lediglich auf Privatanschlußbahnen verkehren und nicht auf die anschließende Eisenbahn oder Kleinbahn übergehen, kann mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden von allen diesen Bezeichnungen oder einzelnen abgesehen werden.

2) Die Bezeichnungen unter f, g. und h. können bei Schmalspurbahnen fortfallen.

§ 21. Uebergang der Betriebsmittel auf Haupt- und Nebeneisenbahnen oder Kleinbahnen.

Betriebsmittel, welche auf Bahnen übergehen, für welche die Betriebsordnung für die Haupteisenbahnen Deutschlands beziehungsweise die Bahnordnung für die Nebeneisenbahnen Deutschlands und die Signalordnung für die Eisenbahnen Deutschlands Geltung haben, müssen den für diese Bahnen erlassenen Vorschriften entsprechen, sofern dieselben in Züge der Haupt- oder Nebenbahnen eingestellt beziehungsweise zur Beförderung solcher Züge benutzt werden. Beim Uebergang auf Züge von Kleinbahnen greifen die für diese Bahnen erlassenen Bestimmungen Platz.

IV. Einrichtungen und Maßregeln für die Handhabung des Betriebes.

§ 22. Bewachung der Bahn.

1) Die Bahnstrecke muß mindestens jeden 3. Tag auf ihren ordnungsmäßigen Zustand untersucht werden. Längere Untersuchungsrisen können in geeigneten Fällen, insbesondere auf kurzen Privatanschlußbahnen mit höchstens täglich zweimaliger Instellung, durch die Aufsichtsbehörden gestattet werden.

2) Bei Annäherung eines Zuges oder einer einzelnen fahrenden Lokomotive an einen in Schienenhöhe liegenden unbewachten Wegeübergang hat der Lokomotivführer von der nach § 10, 3 etwa gekennzeichneten Stelle an, oder, sofern Kennzeichen nicht angebracht sind, in angemessener Entfernung bis nach Erreichung des Ueberganges die Läutervorrichtung in Thätigkeit zu halten. Gleiches gilt, wenn Menschen oder Fuhrwerke auf der Bahn oder in gefährdender Nähe derselben bemerkt werden.

3) Beim Schieben der Züge (§ 30) liegt die Verpflichtung zum Räumen in den vorbezeichneten Fällen dem wachhabenden Bediensteten auf dem vordersten Wagen des Zuges ob.

§ 23. Stärke derzüge.

Auf vollspurigen Bahnen sollen nicht mehr als 120 Wagenachsen, auf Schmalspurbahnen von 1 m Spurweite höchstens 80, von 750 und 600 mm höchstens 60 Wagenachsen in einem Zuge laufen.

§ 24. Zahl der Bremsen eines Zuges.

1) In jedem Zuge müssen außer den Bremsen am Tender und an der Lokomotive soviel Bremsen bedient sein, daß durch die letzteren mindestens der aus nachstehendem Verzeichnisse zu berechnende Theil der im Zuge befindlichen Wagenachsen gebremst werden kann.

| Auf Neigungen | | Bei einer Fahrgeschwindigkeit von | | Auf Neigungen | | Bei einer Fahrgeschwindigkeit von | |
|---------------|----------------|--|--|---------------|----------------|--|--|
| | | 15 | | | | 15 | |
| von ‰ | vom Verhältniß | Kilometer in der Stunde müssen von je 100 Wagenachsen zu bremsen sein. | | von ‰ | vom Verhältniß | Kilometer in der Stunde müssen von je 100 Wagenachsen zu bremsen sein. | |
| 0 | 1 : ∞ | 0 | | 17,5 | 1 : 57 | 18 | |
| 2,5 | 1 : 400 | 6 | | 20,0 | 1 : 50 | 20 | |
| 5,0 | 1 : 200 | 6 | | 22,5 | 1 : 44 | 22 | |
| 7,5 | 1 : 133 | 8 | | 25,0 | 1 : 40 | 25 | |
| 10,0 | 1 : 100 | 10 | | 30,0 | 1 : 33 | 30 | |
| 12,5 | 1 : 80 | 13 | | 35,0 | 1 : 28 | 34 | |
| 15,0 | 1 : 66 | 15 | | 40,0 | 1 : 25 | 39 | |

2) Bei der hiernach auszuführenden Berechnung der Zahl der zu bremsenden Wagenachsen ist Folgendes zu beachten:

- Für Neigungen, welche zwischen dem im Verzeichnisse aufgeführten liegen, gilt jedesmal die größte der dabei in Frage kommenden Bremszahlen.
- Die Anzahl der zu bremsenden Wagenachsen ist für die stärkste auf der fraglichen Strecke vorkommende Bahnneigung (Steigung oder Gefälle), welche sich ununterbrochen auf eine Länge von 1000 m oder darüber erstreckt, zu bestimmen. Erreicht die stärkste vorkommende Neigung an keiner Stelle die Länge von 1000 m, so ist die gerade Verbindungslinie zwischen denjenigen zwei Punkten des Längenschnitts, welche bei 1000 m Entfernung den größten Höhenunterschied zeigen, als stärkste geneigteste Strecke anzusehen.
- Sowohl bei Zählung der vorhandenen Wagenachsen, als auch bei Feststellung der erforderlichen Bremsachsen ist eine unbeladene Güterwagenachse als halbe Achse zu rechnen. Die Achsen von Personen- und Gepäckwagen sind stets voll in Ansatz zu bringen.
- Der bei der Berechnung der erforderlichen Anzahl der zu bremsenden Wagenachsen sich etwa ergebende überschüssende Bruchtheil ist, wenn er größer ist als ein Halb, stets als ein Ganzes zu rechnen.

3) Für Züge und Wagen, welche auf längeren Strecken ausschließlich durch die Schwerkraft oder mit Hilfe stehender Maschinen sich bewegen, werden die erforderlichen Sicherheitsvorschriften von der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörde erlassen. Das gleiche gilt auch für Bahnen von aussergewöhnlicher Bauart.

4) Den Aufsehern, Lokomotiv- und Zugführern ist bekannt zu geben, der wievielte Theil der Wagenachsen auf jeder Strecke muß gebremst werden können.

§ 25. Bildung der Züge.

Bei Bildung der Züge ist darauf zu achten, daß die Wagen gehörig zusammengestellt sind, die Belastung in den einzelnen Wagen thunlichst gleichmäßig vertheilt ist, die nöthigen Signaleinrichtungen angebracht und die erforderlichen Bremsen bedient und thunlichst gleichmäßig im Zuge vertheilt sind.

§ 26. Erläuterung der Wagen.

Das Innere der zur Beförderung von Personen benutzten Wagen ist während der Fahrt bei Dunkelheit angemessen zu erleuchten.

§ 27. Größte zulässige Fahrgeschwindigkeit.

Die größte zulässige Fahrgeschwindigkeit wird im Allgemeinen auf 15 km in der Stunde festgesetzt. Eine größere Fahrgeschwindigkeit kann bei vorliegendem Bedürfnis unter angemessener Ergänzung dieser Betriebsvorschrift von den Aufsichtsbehörden zugelassen werden.

§ 28. Langsamfahren.

1) Wenn ein Signal zum Langsamfahren gegeben ist oder ein Hinderniß auf der Bahn bemerkt wird, muß die Fahrgeschwindigkeit in einer den Umständen angemessenen Weise ermäßigt werden.

2) Auf Strecken, in welchen eine Drehbrücke liegt oder welche aus einem sonstigen Grunde stets mit besonderer Vorsicht befahren werden müssen, ist die größte zulässige Geschwindigkeit von den Aufsichtsbehörden besonders festzusetzen.

§ 29. Abfahrt der Züge.

Kein Zug darf eine Station verlassen, bevor die Abfahrt von dem zuständigen Angestellten gestattet ist.

§ 30. Schieben der Züge.

Das Schieben von Zügen auf freier Strecke, an deren Spitze sich eine fahrende Lokomotive nicht befindet, ist nur dann zulässig, wenn ihre Stärke nicht mehr als 50 Wagenachsen beträgt. Der vorderste Wagen muß alsdann mit einem wachhabenden Bediensteten besetzt sein, welcher eine weithin tönende Glocke und bei

Dunkelheit eine Laterne zum Geben von Signalen bei sich zu führen hat (§ 22).

§ 31. Zugpersonal.

Das Begleitpersonal darf während der Fahrt nur einem Angestellten (Zugführer) untergeordnet sein.

§ 32. Stillstehende Lokomotiven und Wagen.

1) Bei angebrachten Lokomotiven muß, so lange sie still stehen, der Regulator geschlossen, die Steuerung in Ruhe gesetzt und die Bremse angezogen sein. Die Lokomotive muß dabei stets unter Aufsicht stehen.

2) Die ohne ausreichende Aufsicht wie die über Nacht auf den Gleisen verbleibenden Wagen sind durch geeignete Vorrichtungen festzustellen.

§ 33. Mitfahren auf der Lokomotive.

Ohne Erlaubnis eines zuständigen Bediensteten darf außer den durch ihren Dienst dazu berechtigten Personen Niemand auf der Lokomotive mitfahren.

§ 34. Gebrauch der Dampfpfeife.

1) Der Gebrauch der Dampfpfeife sowie das Öffnen der Zylinderhähne ist auf die notwendigsten Fälle zu beschränken.

2) In der Nähe einer dem öffentlichen Verkehr dienenden Straße soll unter möglichster Vermeidung des Gebrauchs der Dampfpfeife vorzugsweise die Läutevorrichtung zur Anwendung kommen (§ 22).

§ 35. Führung der Lokomotive.

Jede Lokomotive muß mit einem Führer und einem Heizer besetzt sein, wenn nicht die Aufsichtsbehörden mit Rücksicht auf die Einfachheit der Verhältnisse des Anschlusses die Besetzung nur mit einem Führer gestatten.

Die Heizer müssen mit der Handhabung der Lokomotive soweit vertraut sein, um sie erforderlichen Falles zum Stillstand bringen zu können. Dem Lokomotivpersonal dürfen Obliegenheiten nicht übertragen werden, welche es in der Wahrnehmung des Lokomotivdienstes hindern.

§ 36. Außergewöhnliche Maschinen.

Sofern andere als mit Dampfstraß betriebene Maschinen Verwendung finden, sind die für ihren Zustand, ihre Unterhaltung, Untersuchung und Handhabung zu beachtenden Sicherheitsvorschriften bis auf Weiteres von der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörde für jedes Unternehmen besonders festzusetzen, im Uebrigen aber diejenigen der vorstehenden und der noch folgenden Vorschriften, deren Anwendung Bedenken nicht entgegenstehen, unverändert einzuführen oder, soweit notwendig, zu ändern und zu ergänzen.

V. Signalwesen.

§ 37. Streckensignale.

1) Auf der Bahn müssen die Signale gegeben werden können:

der Zug soll langsam fahren und
der Zug soll halten.

Bei überschüssigen Privatanschlußbahnen nach Werken u. s. w., die in unmittelbarer Nähe des Anschlußbahnhofs liegen, kann mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden von diesen Signalen abgesehen werden.

2) Bewegliche Brücken mit Ausschluß derjenigen,

welche nur ausnahmsweise bei vorübergehender Anferbetriebung der betreffenden Gleise geöffnet werden, sind nach beiden Richtungen durch Signale abzuschließen, welche mit der Verriegelungsvorrichtung der Brücke derge-
stalt in gegenseitiger Abhängigkeit stehen, daß das Fahrsignal nur bei genauer und völlig sicherer Feststellung der Brücke erscheinen kann.

§ 38. Weichensignale.

Die jedesmalige Stellung der Einfahrtsweichen muß dem Lokomotivführer durch Signale kenntlich sein, wenn nicht die Weichen durch einen sicheren Verschluss unverrückbar festgestellt sind. Wegen Bestattung von Ausnahmen gilt das zu § 37, 1 Gesagte.

§ 39. Zugsignale.

Jeder geschlossen fahrende Zug muß mit Signalen versehen sein, welche bei Tage den Schluß, bei Dunkelheit aber die Spitze und den Schluß erkennen lassen. Gleiches gilt für einzeln fahrende Lokomotiven. Wegen Bestattung von Ausnahmen gilt das zu § 37, 1 Gesagte.

§ 40. Signale des Lokomotivpersonals.

Das Lokomotivpersonal muß die Signale geben können:

Achtung,
Bremsen anziehen und
Bremsen loslassen.

§ 41. Verständigung zwischen den Stationen.

Anschlußbahnen, deren ganze Ausdehnung vom Ausgangs- und Endpunkte nicht übersehen werden kann, müssen auf Verlangen der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörde mit elektrischen Schreibtelegraphen oder Fernsprechern zur Regelung des Zugverkehrs versehen sein.

§ 42. Signalordnung.

1) Im Uebrigen bleibt die Einrichtung des Signalwesens von der Eigenart des Betriebes auf der betreffenden Bahn abhängig.

2) Soweit Signale in Anwendung kommen, wird ihre Einrichtung und Handhabung von den Aufsichtsbehörden bestimmt.

VI. Betriebsführung.

§ 43. Betriebsleitung und Befähigung der Bediensteten.

1) Auf jeder Anschlußbahn muß einem dazu befähigten Angestellten die durch besondere Dienstamweisung zu regelnde verantwortliche Leitung des Betriebes übertragen werden (Betriebsleiter). Ausnahmen sind mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden auf kürzeren Privatanschlußbahnen mit einfachen Betriebsverhältnissen, oder wenn der gesamte Betrieb durch die Verwaltung der anschließenden Eisenbahn geführt wird, zulässig. Die im Betriebsdienste der Anschlußbahn beschäftigten Angestellten (Aufseher, Lokomotivführer, Heizer, Zugführer, Bremser, Mannieter, Weichensteller, Bahnwärter) und die mit dem Telegraphendienste betrauten Angestellten müssen lesen und schreiben können und die sonst zu ihrem Dienste erforderlichen Eigenschaften besitzen. Die Aufseher, Zugführer und Lokomotivführer müssen außerdem mindestens 21 Jahre alt und bei Ausübung des Dienstes mit einem Dienstabzeichen versehen sein.

2) Die Lokomotivführer müssen vorher im Schlosserhandwerk ausgebildet sein, wenigstens $\frac{1}{2}$ Jahr in einer Maschinenfabrik gearbeitet und $\frac{1}{2}$ Jahr als Heizer gefahren haben. Ausnahmen sind bei einfachen und kleineren Privatananschlußbetrieben mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden zulässig.

3) Diese Personen sind den Aufsichtsbehörden seitens des Anschlußinhabers namhaft zu machen.

4) Der Anschlußinhaber ist gehalten, im äußeren Betriebsdienste nur nach Vorstehendem befähigte Personen zu beschäftigen und auf Verlangen der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörde deren Befähigung nachzuweisen.

5) Auch ist diese Behörde befugt, eine Prüfung der Bediensteten des äußeren Betriebes zu erfordern, sowie die Entlassung derjenigen, welche nach ihrem Ermessen nicht als technisch fähig und zuverlässig anzusehen sind.

6) Bedienstete der Anschlußbahn, die mit Zustimmung der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörde gleichzeitig auf einer dem Geleise über die Eisenbahn-Unternehmungen vom 8. November 1838 unterliegenden Bahnstrecke selbständig Dienstverrichtungen wahrnehmen sollen, müssen den hierfür maßgebenden Bestimmungen über die Befähigung von Eisenbahn-Betriebsbeamten vom 5. Juli 1892 (R.-G.-Bl. S. 723 ff.) genügen und sich über diese Befähigung ausweisen.

§ 44. Dienstanweisungen.

1) Den im Betriebsdienste der Anschlußbahn Angestellten (§ 43) sind von deren Inhaber schriftliche oder gedruckte Dienstanweisungen über ihre Dienstverrichtungen und ihr gegenseitiges Dienstverhältnis zu erteilen. Die eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörden, welchen diese Dienstanweisungen vorgelegt werden müssen, können sie beanstanden, wenn sie die Betriebssicherheit der Anschlußbahn nicht für gewahrt erachten. Mit Genehmigung dieser Behörden kann von der Verteilung schriftlicher oder gedruckter Dienstanweisungen ganz abgesehen werden, wenn es sich um Privatananschlußbahnen von geringer Länge und mit einfachen Betriebsverhältnissen handelt.

2) Wird der Betrieb auf der Anschlußbahn theilweise oder ausschließlich durch Beamte der anschließenden Eisenbahn oder Kleinbahn ausgeführt, so gelten für alle Angestellte, welche bei der Beaufsichtigung und bei dem Betriebe dieser Anschlußbahn beschäftigt sind, ausschließlich die für die Beamten gleicher Dienststellung der betreffenden Eisenbahn oder Kleinbahn ergangenen oder noch ergangenen Dienstanweisungen und Vorschriften, welche der Anschlußinhaber seinen Angestellten zugänglich zu machen hat.

§ 45. Unfall-Meldungen.

1) Alle beim Betriebe auf der Anschlußbahn vorkommenden Unfälle sind von dem Anschlußinhaber oder dessen Vertreter sofort, wenn zugänglich telegraphisch oder telephonisch, der Anschlußstation anzuzeigen.

2) Der Staatsanwaltschaft und der Ortspolizeibehörde ist von denjenigen, im Betriebe der Anschluß-

bahn sich ereignenden Unfällen Anzeige zu machen, bei welchen

a. entweder Menschen getödtet oder lebensgefährlich verletzt worden, oder

b. der Verdacht vorliegt, daß sie — sei es von Eisenbahnbediensteten, sei es von anderen Personen — vorsätzlich herbeigeführt sind (§ 315 Reichsstrafgesetzbuch).

In allen wichtigeren Fällen dieser Art ist auch der zuständigen Ortspolizeibehörde (Landrath u. s. w.) Anzeige zu erstatten.

3) Der Ortspolizeibehörde ist auch dann Mittheilung zu machen, wenn ihr Einschreiten zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, zur Fürsorge für verletzte Personen oder aus anderen Gründen erforderlich erscheint.

VII. Allgemeines.

§ 46. Zuständigkeit der Aufsichtsbehörden.

Soweit die Zuständigkeit der Aufsichtsbehörden hinsichtlich dieser Bestimmungen nicht schon in einzelnen Paragraphen zum Ausdruck gebracht ist, regelt sie sich wie folgt:

Die Bestimmungen der §§ 1 bis 3, 8 Abs. 1, 2, 3 und 6, der §§ 9, 10 Abs. 1 und 3, 22, Abs. 2 und 3, 26 bis 28, 34 und 45 Abs. 2 und 3 berühren die gemeinschaftliche Aufsicht des Königl. Polizei-Präsidenten und der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörden, die übrigen Bestimmungen dagegen die ausschließliche eisenbahntechnische Aufsicht der letzteren.

§ 47. Schlußbestimmungen.

1) Vorstehende Betriebsvorschrift tritt einen Monat nach dem Tage ihrer Veröffentlichung im Amtsblatte der Königl. Regierung zu Potsdam in Kraft.

2) Auf schon bestehenden Privatananschlußbahnen können weitere, in den einzelnen Paragraphen nicht schon besonders zugelassene Abweichungen von dieser Betriebsvorschrift mit Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörden beibehalten werden.

Berlin,
den 29. Oktober 1902.
Der
Polizei-Präsident.

Berlin,
den 5. November 1902.
Königliche
Eisenbahn-Direktion.

Actiengesellschaft „The Neuchatel Asphalte Company, Limited“ in London.

100. Nachstehenden Beschluß der General-Versammlung der Actiengesellschaft „The Neuchatel Asphalte Company, Limited“ in London vom 8. und 29. November 1900 bringe ich hierdurch unter Bezugnahme auf Ziffer 1 der Erkaufsurkunde vom 20. Juni 1900 zur öffentlichen Kenntniß.

1) Das Kapital der Gesellschaft wird durch Bildung von 20000 neuen Aktien von je £ 10, welche „5% Prioritäts-Aktien“ genannt werden, auf £ 630000 erhöht. Der Betrag derselben ist zu einer halbjährlichen Dividende von 3% und am 31. Dezember eines jeden Jahres aus den Gewinnen der Gesellschaft zahlbaren festen cumulativen

Prioritätsdividende zu fünf Prozent jährlich, auf den darauf eingezahlten Kapitalbetrag, bezuechtigt.

Diese Prioritäts-Aktien haben die Priorität vor den bestehenden gewöhnlichen Aktien, sowohl was die Dividenden als auch was die Rückzahlung des Kapitals betrifft.

Berlin, den 27. November 1902.

Der Polizei-Präsident.

In Vertretung: Friedheim.

Taxe für bedingte und öffentlich angestellte Versteigerer.

101. Auf Grund des § 78 der Gewerbeordnung in Verbindung mit § 66 der Vorschriften des Ministers für Handel und Gewerbe über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen sowie über den Geschäftsbetrieb der Versteigerer vom 10. Juli 1902 (Sonderbeilage zu Stück 32 des Amtsblatts der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin für 1902) wird für die bedingten und öffentlich anerkannten Versteigerer im Landespoliciebezirk Berlin nachstehende Taxe erlassen:

§ 1. Der Versteigerer hat zu beanspruchen von dem erzielten Brutto-Erlös der Versteigerung

A. bei beweglichen Sachen

1. freiwillige Versteigerungen für Rechnung des Auftraggebers (Ziffer II. der Vorschriften) und Versteigerungen im Sinne der Ziffer V. der Vorschriften:

- bei 1 bis 30 Mark 20 vom Hundert, von dem Betrage über 30 bis 250 Mark 16 2/3 vom Hundert,
- von dem Betrage über 250 bis 500 Mark 12 1/2 vom Hundert,
- von dem Betrage über 500 bis 1000 Mark 10 vom Hundert,
- von dem Betrage über 1000 bis 6000 Mark 6 2/3 vom Hundert,
- von dem Betrage über 6000 bis 10000 Mark 3 1/2 vom Hundert,
- von dem Betrage über 10000 Mark 2 1/2 vom Hundert.

Dem Versteigerer fallen dabei zur Last die Kosten

- a. von 3 Bekanntmachungen einschließlich der Pflichtbekanntmachung,
- b. der Stempelsteuer,
- c. des Ausrufers, wenn ein solcher erforderlich ist,
- d. des Lokals, wenn der Auftraggeber dieses nicht selbst zur Verfügung stellt;

2) Pfandverkauf (Ziffer IV. der Vorschriften):

- bei 1 bis 500 Mark 5 vom Hundert, von dem Betrage über 500 Mark 3 1/2 vom Hundert.

Dem Versteigerer fallen dabei zur Last die Kosten

- a. von 3 Bekanntmachungen einschließlich der Pflichtbekanntmachung,
- b. der Stempelsteuer,
- c. des Ausrufers, wenn ein solcher erforderlich ist.

Findet die Versteigerung im Lokal des Versteigerers statt, so kann er 1 vom Hundert mehr beanspruchen.

B. bei unbeweglichen Sachen

1) öffentliche Verpachtung an den Meistbietenden (Ziffer III. der Vorschriften):

5 vom Hundert des einjährigen, bei längerer Pacht-dauer als ein Jahr des ganzen Pachtgeldes;

2) sonstige Immobilien-Versteigerungen:

bei 1 bis 3000 Mark 2 vom Hundert, von dem Betrage von 3000 bis 10000 Mark 1 vom Hundert, von dem Betrage über 10000 Mark 1/2 vom Hundert.

Die Kosten der Bekanntmachungen, der Stempelsteuer und des Lokals kann der Versteigerer bei B. 1 und 2 erstattet verlangen.

§ 2. Lagergeld sowie Vergütung für besondere Leistungen, wie Drucklegung von Verzeichnissen, Ausstellung von Plänen, Abschätzungen, können von dem Versteigerer nur beansprucht werden, wenn die Lagerung oder die betreffende Leistung zwischen ihm und dem Auftraggeber vorher schriftlich vereinbart war. Die Höhe des Lagergeldes und der Vergütung ist gleichfalls schriftlich zu vereinbaren. Die Vereinbarung ist von dem Versteigerer zum Sammelheft zu nehmen.

§ 3. Für Versteigerungsgegenstände, die vor dem Versteigerungstage zurückgezogen werden, kann der Versteigerer ein Drittel, für Versteigerungsgegenstände, die am Versteigerungstage oder im Versteigerungstermine zurückgezogen oder im Versteigerungstermine zurückgekauft werden, kann er die Hälfte der in § 1 festgesetzten Prozentsätze von dem marktgängigen Preise oder von dem durch Abschätzung ermittelten Werthe der Gegenstände beanspruchen.

§ 4. Ueberschreitungen der Taxe werden nach § 148 Abz. 1 Ziffer 8 der Gewerbeordnung mit Geldstrafe bis zu 150 Mark und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 4 Wochen bestraft.

§ 5. Die Taxe tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft.

Berlin, den 27. November 1902.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Konsistoriums der Provinz Brandenburg.

Pfarrstellenerledigung.

50. Erledigt in die Pfarrstelle Privat-Patronats zu Paplitz, Dörge Baruth, durch Ableben des Inhabers am 28. Oktober d. J.

Bekanntmachungen der Kgl. Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Verlosung von 3 1/2 % Rentenbriefen der Provinz Brandenburg.

22. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 18. v. M. heute geschienen öffentlichen Verlosung von 3 1/2 procentigen Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Stücke gezogen worden:

Litt. F. zu 3000 M. 1 Stück

und zwar die N° 214,

Litt. H. zu 300 M. 1 Stück

und zwar die N° 55,

Litt. J. zu 76 R. 3 Stück
und zwar die N^o 1, 56, 70, -
Litt. K. zu 80 R. 1 Stück
und zwar die N^o 33.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in kassfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Zinscheinen Reihe II. N^o 7—16 nebst Erneuerungsscheinen bei der hiesigen Rentenbank-Kasse, Klosterstraße 76 L, vom 2. Januar 1903 ab an den Werktagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 2. Januar 1903 ab hört die Verzinsung der ausgelooften Rentenbriefe auf; diese selbst verfahren mit dem Schlusse des Jahres 1913 zum Vortheile der Rentenbank.

Die Einlieferung ausgeloofter Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post, portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde.

Die Zufendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers, und zwar bei Summen bis zu 800 M. durch Postanweisung.

Sofern es sich um Summen über 800 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen. Berlin, den 12. August 1902.

Königliche Direktion der Rentenbank
für die Provinz Brandenburg.

Einlösung von Rentenbriefen u.

23. Die Rentenbank-Kasse Klosterstraße 76 hier selbst wird

- 1) die am 2. Januar 1903 fälligen Zinscheine der 3½ % Rentenbriefe aller Provinzen vom 18ten bis einschließlich den 24. Dezember d. Js. und
- 2) die ausgelooften, am 2. Januar 1903 fälligen Rentenbriefe aller Provinzen vom 22. bis einschließlich den 24. Dezember d. Js.

einlösen und demnachst vom 2. Januar 1903 ab mit der Einlösung fortfahren.

Berlin, den 25. November 1902.

Königliche Direktion
der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Ernennung von Urkundspersonen.

35. Zur Beurkundung von Verträgen des Kreises Teltow, welche die Uebertragung von Eigenthum an in diesem Kreise belegenen Grundstücken zum Gegenstande haben (Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche, Artikel 12 § 2 und 27), ist der Syndikus des Kreises Teltow Wilhelm Borjmann von mir bestimmt worden.

Berlin, den 26. November 1902.

Der Königliche Landrath des Kreises Teltow.
von Stubenrauch.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Reineinkommen der Privat-Eisenbahn Reinfeldsdorf—Liebenwalde—Gr. Schönebeck.

Gemäß § 46 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (Gesetz-Sammlung S. 152) wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das im Steuerjahre 1902 kommunalabgabepflichtige Reineinkommen der Reinfeldsdorf—Liebenwalde—Gr. Schönebecker Privat-Eisenbahn aus dem Betriebsjahre 1901 auf 82541 M. 66 Pf. festgesetzt worden ist.

Stettin, den 24. November 1902.

Der Königliche Eisenbahnkommissar.

Personal-Chronik.

Im Kreise Templin ist wieder ernannt worden zum Amtsvorsteher: Majoratsbesitzer von Arnim in Sudow für den Bei. 7 — „Sudow“.

Der Militärarzt Dr. Schöning ist zum Ranzleidiätar bei dem Königlichen Oberpräsidium ernannt worden.

Der Kandidat des höheren Schulamts Casar Geballe ist als Oberlehrer an der 11. Realschule in Berlin vom 1. Oktober 1902 angestellt worden.

Der Lehrer Thannhäuser ist endgültig als Gemeindevorstand in Berlin angestellt worden.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Gerihtstage.

Die Gerichtstage für den Gerichtstagsbezirk Biesenthal sind für das Jahr 1903 auf die nachbenannten Tage festgesetzt: 15. und 31. Januar, 12. und 26. Februar, 12. und 26. März, 16. und 30. April, 14. und 28. Mai, 6. und 18. Juni, 2. Juli, 6. August, 10. und 24. September, 8. und 29. Oktober, 12. und 28. November, 10. und 29. Dezember. Das Gerichtstagslokal befindet sich im Rathhause zu Biesenthal.

Eberswalde, den 20. November 1902.

Königliches Amtsgericht.

Gerihtstage.

Die Gerichtstage für den Gerichtstagsbezirk Joachimsthal sind für das Jahr 1903 auf die nachbenannten Tage festgesetzt: 16. Januar, 6. und 27ten Februar, 13. und 27. März, 17. April, 1. und 15ten Mai, 5. und 19. Juni, 3. Juli, 7. August, 18. September, 2. und 16. Oktober, 6. und 27. November, 11. Dezember. Das Gerichtstagslokal befindet sich im Rathhause zu Joachimsthal.

Eberswalde, den 20. November 1902.

Königliches Amtsgericht.

Gerihtstage.

Für das Geschäftsjahr 1903 werden die in Regim abzuhaltenden Gerichtstage auf folgende Tage festgesetzt: a. 13. Januar, b. 17. März, c. 12. Mai, d. 7. Juli, e. 13. Oktober, f. 8. Dezember.

Potsdam, den 17. November 1902.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung 1.

Hierzu Acht Offenstehende Anzeiger.

(Die Infectionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam. Buchdruckerei der A. B. G. von Scher

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 50.

Den 12. Dezember

1902.

Inhaltsverzeichnis. Inhalt von Stück 46 und 47 des Reichsgesetz-Blatts und von Stück 44 und 45 der Gesetz-Sammlung. S. 535/536. — Chauffee Dallm. — Landesgrenze in der Richtung auf Dambach. S. 536. — Bekämpfung der Pest. S. 536. — Bohlwerck-Tarif. S. 538. — Ablage-Tarif. S. 539. — Schneider-Innung in Briss. S. 539. — Maridreife. S. 539/41. — Stelmacher- und Wöttcher-Innung in Oberwalde. S. 540. — Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter. S. 540. — Viehsuchen. S. 540. — Grundstücksauflösung. S. 541. — Polizei-Verordnung, betr. die Ordnung auf dem städtischen Viehstall zu Berlin. S. 542. — Vergebung der Konzession für eine Krotzsch. S. 542. — Marktpresse. S. 542/43. — Ladenschluß in der Nähmaschinenbranche. S. 544. — Weibnachtsfeiern. S. 544. — Pfarrstellenerhebungen. S. 544. — Seminarsprache. S. 544. — Druckfehlerberichtigung. S. 545. — Nordostdeutsch-Berlin-Daverischer und Nordostdeutsch-Berlin-Württembergischer Verband. S. 545. — Gütertarife verschiedener Eisenbahnen. S. 545. — Fristen zur Abgabe der Steuererklärungen. S. 545. — Waarenhaussteuer-Beräumung. S. 545. — Prämientarife für die Versicherungsanstalten der Versicherungsvereine. S. 546. — Personal-Chronik. S. 548. — Ernennung u. von Polizeibeamten einer Kleinbahnstrecke. S. 550. — Handelsregulier. S. 550. — Gerichtstage. S. 550. — Ausweisungen aus Preußen. S. 550. — 1. Beilage: Ausführungsbestimmungen zum Tarif für die Schiffszurück- und Flüßerei-Abgaben auf den Wasserstraßen zwischen Elbe und Oder. — 2. Beilage: Geschäftsanweisung für die katholischen Kirchenvorstände und Gemeindevorstellungen.

Bekanntmachung.

Das letzte (52.) Stück des Amtsblatts im laufenden Jahre wird der Weibnachtsfeiertage wegen bereits am 24. Dezember zur Ausgabe gelangen.

Die vor dem Schlusse des Jahres noch zu veröffentlichenden Bekanntmachungen u. sind der Redaktion bis spätestens zum 22. Dezember, Vormittags 10 Uhr, einzusenden.

Nach diesem Zeitpunkte eingehende Bekanntmachungen können erst in dem am 2. Januar k. J. erscheinenden Stück 1 des Jahrganges 1903 abgedruckt werden.
Potsdam, den 1. Dezember 1902. Der Regierungspräsident.

Bestellung des Amtsblatts für 1903.

Die freiwilligen Bezieher des Regierungsamtsblatts werden ersucht, die Bestellung für das Jahr 1903 so zeitig bei den Kaiserlichen Postamtszeitungsstellen zu bewirken, daß diese bis zum Schlusse des laufenden Jahres die eingegangenen Bestellungen an die Redaktion des Amtsblattes gelangen lassen können.

Bei denjenigen Abonnenten, welche zum Halten des Amtsblattes gesetzlich verpflichtet sind (Zwangsabonnenten) sowie bei den Gratisempfängern bedarf es einer erneuten Bestellung nicht.

Potsdam, den 1. Dezember 1902.

Der Regierungspräsident.

Reichs-Gesetzblatt.

- (Stück 46.) Nr. 2905. Verordnung, betreffend die Beaufsichtigung schauenburg-lippischer privater Versicherungsunternehmungen. Vom 16. November 1902.
Nr. 2906. Verordnung, betreffend die Bestimmung eines Garnisonorts für die Militärpersonen der Ostasiatischen Besatzungs-Brigade für Angelegenheiten der öffentlichen Gerichtsbarkeit. Vom 16ten November 1902.

Gesetzes, betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene, vom 30. Juni 1900 (Reichs-Gesetzbl. S. 536). Vom 24. November 1902.

Nr. 2908. Verordnung, betreffend die anderweite Anrechnung des Wohnungsgeldzuschusses bei Bemessung der Pension für die Reichsbankbeamten. Vom 24. November 1902.

Nr. 2909. Bekanntmachung, betreffend Änderungen der Anlage B. zur Eisenbahn-Verkehrsordnung.

(Städ. 47.) **Nr. 2910.** Kaiserliche Verordnung, betreffend die Rechte an Grundstücken in den deutschen Schutzgebieten. Vom 21. November 1902.

Gesetzsammlung

für die Königlich Preussischen Staaten.

(Städ. 44.) **Nr. 10399.** Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirkes des Amtsgerichts Battenberg. Vom 15. Oktober 1902.

Nr. 10400. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Braubach, Hadamar, Homburg v. d. H., Ragnelsbogen, Rennerod, Sankt Goarshausen, Usingen und Wallmerod. Vom 21. Oktober 1902.

(Städ. 45.) **Nr. 10401.** Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für die Bergwerke im Bezirke des Amtsgerichts Biedenkopf. Vom 23. Oktober 1902.

Nr. 10402. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Braubach, Diez, Hachenburg, Hopp-Steinhausen, Langenschwalbach, Limburg a. L., Montabaur, Nassau, Nierstein, Runkel, Weilburg und Wallmerod. Vom 8. November 1902.

Allerhöchster Erlaß

Anordnung: Der Bestimmungen wegen der Chausseepolizei verfahren auf die Chaussee von Dalsheim bis zur Landesgrenze in der Richtung auf Dambach.

Auf ihren Bericht vom 11. November d. Js. genehmige Ich, daß die dem Chausseegeldamt vom 29. Februar 1840. (G. S. S. 94 ff.) angehängten Bestimmungen wegen der Chausseepolizei verfahren auf die im Kreise Weßphalens, Regierungsbezirk Pörsdam belegene Chaussee von Dalsheim bis zur Landesgrenze in der Richtung auf Dambach zur Anwendung kommen, solange diese Straße chausseemäßig unterhalten wird. Die eingereichte Karte erfolgt anbei zurück.

Wormser Erlaß, den 18. November 1902:

gez. Wilhelm R.

gegenw. Bunde.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen der Königlich Preussischen Ministerien.

61. Durch Beschluß des Bundesraths vom 3. Juli d. Js. ist eine Anweisung zur Bekämpfung der Pest festgestellt worden, welche den zuständigen Behörden als Richtschnur bei der Bekämpfung der Pest zu dienen bestimmt ist. Die Anweisung ist als besondere Beilage zu den „Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes“ 1902. Nr. 38 veröffentlicht worden, auch ist eine amtliche Ausgabe im Verlage von Julius Springer hier, Monbijouplatz 3 erschienen, welche von der Verlagsgesellschaft zum Preise von 0,30 M. für das Einzelstück bezogen werden kann.

Eure Hochwohlgeboren setze ich hiervon mit dem

Bemerken ergeben in Kenntniß, daß mein Erlaß vom 12. Juli 1901 — M. 11575 — außer Kraft tritt, und daß eine etwa notwendig werdende Bekämpfung der Pest nunmehr auf Grund der „Anweisung zur Bekämpfung der Pest“ zu erfolgen hat; jedoch bestimme ich im Einverständnis mit dem Herrn Finanzminister und dem Herrn Minister des Innern zur näheren Durchführung dieser Anweisung, was folgt.

Zu § 1.

Die Beaufsichtigung der Wohnungen in Zeiten der Pestgefahr liegt den Kreisärzten, Ortspolizeibehörden und Gesundheitskommissionen ob. Wegen der Gesundheitskommissionen nehme ich auf die Vorchrift im § 11 der Geschäftsanweisung vom 13. März 1901 (Minist. Bl. f. Med. Ang. S. 67) Bezug.

Zu § 2.

Bezüglich der Beaufsichtigung der Wasserversorgungsanlagen verweise ich auf den § 74 der Dienst-anweisung für die Kreisärzte vom 23. März 1901; den Erlaß vom 24. August 1899 — M. d. g. A. M. 12426, M. d. J. II. 10235 — und den Erlaß vom 22. Dezember 1899 — M. d. g. A. M. 13057, M. d. J. II. 15679 —.

Zu § 3.

Bezüglich des Vorgehens gegen die Ratten verweise ich auf den Erlaß vom 23. April 1901 — M. f. S. u. G. II. 3109 —, M. d. g. A. M. 10934 — (Minist. Bl. 1891. S. 94).

Zu § 4.

Zu verfahren ist gemäß dem Erlaß vom 13. März 1901 — M. d. g. A. M. 492 II., M. d. J. II. 1969 —, betreffend Geschäftsanweisung für die Gesundheitskommissionen (Minist. Bl. f. Med. Ang. S. 66).

Zu § 5.

Es wird sich empfehlen, daß die Polizeibehörden wegen Sicherung der eventuellen leibweisen Bereitstellung transportabler Baracken mit dem Rothen Kreuz, wegen der Entsendung von Krankenschwestern mit wohlthätigen oder religiösen Körperschaften bei Zeiten in Verhandlung treten.

Zu § 9:

1. Sobald in einem Regierungsbezirk ein Pestfall oder ein pestverdächtiger Krankheits- oder Todesfall vorkommt oder sobald ein Regierungsbezirk nach Lage der Verhältnisse als durch die Pest bedroht erscheint, hat der Regierungspräsident die Landräthe, in Stadtkreisen die Ortspolizeibehörden unverzüglich anzuweisen, durch öffentliche Bekanntmachungen die gesetzliche Anzeigepflicht für Pest in Erinnerung zu bringen und die Bevölkerung in der in § 9 der Anweisung vorgeschriebenen Weise zu belehren.

Die Bekanntmachungen sind während der Dauer der Pestgefahr von acht zu acht Tagen zu wiederholen. 2. Ein etwaiger Bedarf an Exemplaren der zur Vertheilung an die Aerzte bestimmten „Belehrung über die Pest“, welche durch meinen Erlaß vom 26. Januar 1900 — M. 10110 U. I. — sämmtlichen Aerzten der Monarchie unentgeltlich überwiesen worden, ist alljähr-

bis zum 1. April bei mir anzumelden. Bei drohender Pestgefahr sind die Ärzte auf diese Belehrung in geeigneter Weise hinzuweisen.

3. Die für die Bevölkerung bestimmte, gemeinverständliche Belehrung wird in der erforderlichen Anzahl in dem Ministerium der Medizinal-Angelegenheiten bereit gehalten und kann behufs Vertheilung, in Zeiten drohender Pestgefahr erbeutet werden.

Im Interesse der Kostenersparnis empfiehlt es sich, den Bedarf an den zur Anzeigerstattung bestimmten Postarten für den ganzen Bezirk einheitlich herstellen zu lassen. Die durch die Beschaffung dieser Karten entstehenden Kosten fallen als ortspolizeiliche demjenigen zur Last, welcher nach dem bestehenden Rechte die Kosten der örtlichen Polizeiverwaltung zu tragen hat.

Zu § 10.

Die Polizeibehörden haben dem beamteten Arzte von den ihnen zugehenden Anzeigen über Pest-erkrankungen und pestverdächtige Fälle jedesmal ungesäumt abschriftliche Mittheilung zu machen.

Zu § 13.

Sobald der beamtete Arzt auf Grund seiner Ermittlungen an Ort und Stelle erklärt, daß der Ausbruch der Pest feststeht oder aber Verdacht des Auftretens der Pest begründet ist, hat die Ortspolizeibehörde ohne Verzug dem zuständigen Regierungspräsidenten Nachricht zu geben. Dieser hat sofort den Minister der Medizinal-Angelegenheiten und das Kaiserliche Gesundheitsamt zu benachrichtigen. Sämmtliche Benachrichtigungen sind auf telegraphischem Wege, im Landespolizeibezirk Berlin, sofern dies zur größeren Beschleunigung beiträgt, durch besondere Boten zu bewerkstelligen.

Weiterhin haben die Regierungspräsidenten an den Minister der Medizinal-Angelegenheiten und an das Kaiserliche Gesundheitsamt mitzuthellen:

- a. täglich Uebersichten über die weiteren Erkrankungen und Todesfälle unter Benennung der Ortschaften und Kreise,
- b. wöchentlich eine Nachweisung über den Verlauf der Seuche in den einzelnen Ortschaften nach Maßgabe der der Anweisung als Anlage 6 beigelegten Formulare.

Zu § 14.

1. Bakteriologische Untersuchungen von Pest- oder pestverdächtigen Fällen haben die beamteten Ärzte in der Regel nicht selbst vorzunehmen, Thierversuche mit pestverdächtigen Bakterien aber jedenfalls zu unterlassen.

2. Die endgültige Feststellung des ersten Pestfalles in einer Ortschaft wird vielmehr besonderen Sachverständigen vorbehalten, welche von mir unverzüglich an Ort und Stelle entsendet werden. Die Bezeichnung dieser Sachverständigen behalte ich mir einstweilen noch vor.

3. Die Deffnung der Leiche einer unter Pestverdacht gestorbenen Person darf in jedem ersten Fall in einer Ortschaft nur durch den von mir entsandten besonderen Sachverständigen, in später eintretenden Verdachtsfällen, soweit nicht auch in diesen ein besonderer Sachverständiger zur Stelle ist, nur durch den beamteten

Arzt geschehen. Bei der Leichendefnung, ist die, der Anweisung als Beilage 7 beigelegte „Anleitung für die bakteriologische Feststellung der Pestfälle“ genau zu beachten.

4. Mit Rücksicht auf die einschneidenden Maßnahmen, welche der Ausbruch der Pest nicht bloß für die von der Seuche betroffene Ortschaft, sondern für den gesamten Handel und Verkehr von Folgen hat, darf, so lange die Pest eine größere Verbreitung im Lande nicht gefunden hat, die amtliche Bekannthabe der ersten Pestfälle in einer Ortschaft nur auf Grund diesseitiger Ermächtigung, erfolgen.

Zu § 15.

Die Kenntlichmachung von Wohnungen oder Häusern, in denen an der Pest erkrankte Personen sich befinden, hat bei Tage durch eine gelbe Tafel, bei Nacht durch eine gelbe Laterne zu geschehen, welche an einer in die Augen fallenden Stelle anzubringen sind.

Zu § 17.

Es ist schon in seuchenfreien Zeiten in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß wenigstens in den größeren Städten zur Beschaffung der Kranken- und Krankheits- oder Ausrottungsverdächtigen geeignete Fuhrwerke von Fuhrherren, Bräunnen zur Verfügung stehen oder aus öffentlichen Mitteln bereit gehalten werden.

Zu § 18.

Die Genehmigung zur Leichendefnung darf nur erteilt werden, wenn die Zuverlässigkeit des die Leichendefnung vornehmenden Sachverständigen, die Beschaffenheit und Einrichtung des Raumes für die Leichendefnung und die zur Desinfektion der Räume und zur Einsargung der Leiche getroffenen Vorkehrungsergebnisse eine ausreichende Sicherheit zur Verhütung einer Weiterverbreitung des Krankheitsstoffes gewähren.

Zu § 19.

Die angeordneten Desinfektionsmaßnahmen sind, soweit thunlich, durch amtlich bestellte Desinfektoren auszuführen, jedenfalls aber durch vernünftige Sachverständige Personen zu überwachen.

Zu § 20.

Der zur Ausführung der Schutzimpfung erforderliche Impfstoff wird auf telegraphisches Ersuchen von dem Direktor des Königl. Institut für Infektionskrankheiten, Berlin N. 39 Nordufer, abgegeben.

Zu § 21.

Das Verbot oder die Beschränkung von Märkten, Messen und anderen Versammlungen, welche eine Ansammlung größerer Menschenmengen mit sich bringen, ist geeigneten Falls bei dem zuständigen Regierungspräsidenten zu beantragen.

Zu § 22.

Der Runderlaß des Ministers der Medizinal-Angelegenheiten und des Ministers des Innern, betreffend die Schließung der Schulen bei ansteckenden Krankheiten vom 14. Juli 1884 (vergl. auch § 96 der Dienst-Anweisung für die Kreisärzte vom 23. März 1901) findet auf die Pest mit der Maßgabe Anwendung, daß diese wie die unter Nr. 1 lit. a. daselbst aufgeführten Krank-

heiten zu behandeln ist. Erregt sich ein Pestfall in dem Schulhause, so muß die Schule geschlossen werden. Personen, welche der Ansteckung durch die Pest ausgesetzt gewesen sind, müssen für die Dauer ihrer Ansteckungsgefahr von der Ertheilung des Schulunterrichts ausgeschlossen werden.

Zu § 28.

1. Die Ermittlung und Festsetzung der Entschädigungen in den Fällen der §§ 28 bis 33 des Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, vom 30. Juni 1900 erfolgt vorbehaltlich späterer gesetzlicher Regelung unter Zuziehung geeigneter Sachverständiger durch die Ortspolizeibehörde.

2. Die Entschädigungen aus den §§ 28 bis 33 sowie die übrigen im dem § 37 Abs. 3 des Reichsgesetzes aufgeführten Kosten fallen in Gemäßheit der Bestimmungen des bestehenden Rechts, soweit sie durch sanitärpolizeiliche Maßnahmen im landespolizeilichen Interesse verursacht sind, der Staatskasse, soweit sie durch Maßnahmen im ortspolizeilichen Interesse verursacht sind, dem zur Tragung der Kosten der örtlichen Polizeiverwaltung verpflichteten Verbande zur Last.

3. Im Sinne des Reichsgesetzes sind

- a. höhere Verwaltungsbehörde: der Regierungspräsident, im Landespolizeibezirk Berlin der Polizeipräsident in Berlin,
- b. unere Verwaltungsbehörde: der Landrath, in Stadtkreisen die Ortspolizeibehörde,
- c. die Polizeibehörde: die Ortspolizeibehörde,
- d. Gemeinden: die Stadtgemeinden, Landgemeinden und Ortsbezirke,
- e. kommunale Körperschaften: die Gemeinden, Ortsbezirke, kommunale Verbände, welche aus einer Mehrheit von Gemeinden oder Ortsbezirken zur Erfüllung gemeinsamer kommunaler Aufgaben bestehen, sowie die Kreis- und Provinzialverbände.

Zu § 29.

Beamtete Aerzte im Sinne des Gesetzes sind: die Kreisärzte, die Kreisassistentenärzte, sowie die mit der Wahrnehmung der kreisärztlichen Obliegenheiten beauftragten Stadtärzte in Stadtkreisen, die Hafenärzte und Quarantäneärzte in Hafenorten, außerdem die als Kommissare der Regierungspräsidenten, der Oberpräsidenten oder des Ministers der Medizinal-Angelegenheiten an Ort und Stelle entsandten besonderen Sachverständigen.

Zu § 33.

Der Zeitpunkt, von welchem ab bei drohender Pestgefahr die „Grundzüge für Maßnahmen im Eisenbahnverkehr zu Pestzeiten“ (Anlage 9 der Anweisung) in Anwendung zu bringen sind, bleibt besonderer Bestimmung vorbehalten.

Zu § 35.

Die Aufbewahrung von lebenden Erregern der Pest und die Vornahme von wissenschaftlichen Versuchen mit denselben ist nur mit meiner Genehmigung zulässig. Ich bemerke, daß die Genehmigung dazu nur in Fällen eines dringenden Bedürfnisses an solche

staatliche oder kommunale Institute ertheilt werden wird, deren Einrichtungen den „Vorschriften über das Arbeiten und den Verkehr mit Pesterreger“ (Anlage 10 der Anweisung) entsprechen, und deren Leiter den erforderlichen Grad persönlicher Zuverlässigkeit und bakteriologischer Ausbildung nachweisen.

Anträge auf Ertheilung der Erlaubniß sind nur nach sorgfältiger Prüfung und nur im Falle der Bestätigung an mich einzureichen.

Zur Zeit darf mit Pesterreger gearbeitet werden in dem Institut für Infektionskrankheiten in Berlin, den hygienischen Universitätsinstituten in Berlin, Bonn, Breslau, Göttingen, Greifswald, Halle a./S., Kiel und Königsberg, dem Universitätsinstitut für Hygiene und experimentelle Therapie in Marburg, dem Institut für experimentelle Therapie in Frankfurt a./M., dem hygienischen Institut in Marburg und in den Quarantäne-Anstalten in Bremerhaven, Emden, Memel, Ostfriesen, Swinemünde und Völsbrook an der Kieler Bucht.

Berlin, den 26. November 1902.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

An die Herren Regierungspräsidenten und den Herrn Polizei-Präsidenten in Berlin.

§ 2.

T a r i f f

für die Benützung des der Wittwe Emilie Erdmann zu Berghausen gehörigen Bohlwerks bei km 56,00 der Havel-Oberwasserstraße.

Es ist zu entrichten:

I. Ufergeld

von Gütern, die über das Bohlwerk aus- oder eingeladen werden und zwar:

- 1) von allen nachstehend nicht besonders genannten Gütern für je 100 kg 2 Pf.
- 2) von Getreide, Mehl, Kleie, Weiz, Stroh, Bier, Wein, Del, Petroleum, Spiritus, Theer, Heringen, Zucker, Kaffee, frischem oder getrocknetem Obst, Kartoffeln und Rüben für je 50 kg der ersten 5 Tonnen (5000 kg) und für je 100 kg des Mehrgewichts 1 -
- 3) von Kohlen für je 100 kg 1 -
- 4) von Mauersteinen, Dachziegeln und Schiefertafeln für je 100 Stück 1 -
- 5) von Kalk- oder Feldsteinen, Lehm, Kies, Sand, Bau- und Brennholz, mit Ausnahme von Haseln und Reisig, für je 1 cbm 5 -
- 6) von Haseln und Reisig für je 1 cbm 2 -
- 7) von Rohr für je 100 Bund 8 -

II. Lagergeld

von Gütern, die nach der Ausladung aus dem Schiff oder vor der Einladung in das Schiff länger als 24 Werktagstunden auf dem Bohlwerk liegen, für jeden folgenden Zeitraum von sieben Tagen nach den Sägen unter Ziffer I.

Befreiungen.

Güter, die dem Könige, dem Preussischen Staat oder dem Deutschen Reiche gehören oder ausschließlich für deren Rechnung befördert werden, sind von dem Ufer- und Lagergeld befreit.

Zusätzliche Bestimmung.

Theile von Erhebungseinheiten gelten bei der Abgabeberechnung als volle Einheiten.

Dieser Tarif tritt nach vierzehntägigem Anhange am Vohlwerk in Kraft.

Berlin, den 18. November 1902.

Der Finanzminister.

Der Minister
der öffentlichen Arbeiten.

68. T a r i f f

für die domänenfiskalische Ablage in Beeslow an der Spree.

Es ist zu entrichten:

I. Ufergeld

beim Ein- oder Ausladen von Gütern und zwar:

- 1) in kleineren Mengen bis zu 500 kg für je 100 kg 2 Pf.
- 2) von Schiffsladungen mit mehr als 500 kg Inhalt für je 100 kg 1 Pf.
im Falle zu 2 jedoch mindestens 10 Pf.

II. Lagergeld

von Gütern, die nach der Ausladung aus dem Schiff oder vor der Einladung in das Schiff länger als 24 Verkaufsstunden auf der Ablage liegen, für jeden folgenden Zeitraum bis zu sieben Tagen für je 100 kg 2 Pf.

III. Befreiungen.

Güter, die dem Könige, dem preussischen Staat oder dem deutschen Reiche gehören oder ausschließlich für deren Rechnung befördert werden, sind von dem Ufer- und Lagergelde befreit.

Zusätzliche Bestimmung.

Theile von Erhebungseinheiten gelten bei der Abgabeberechnung als volle Einheit.

Dieser Tarif tritt nach vierzehntägigem Anhange auf der Ablage in Kraft.

Berlin, den 24. November 1902.

Der Finanzminister. Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen**des Königlich-Preussischen Regierungsvorsitzenden.**

Schneider-Zwangsvinnung in Brüg.

346. Auf Grund des § 100 des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, vom 26. Juli 1900 (R.-G.-Bl. S. 918) haben mehrere Gewerbetreibende in Brüg, Groß-Ziechen und Budow beantragt, anzuordnen, daß zur Wahrnehmung der gemeinsamen gewerblichen Interessen des Schneiderhandwerks sämtliche Gewerbetreibende, welche das bezogene Gewerbe in den Gemeinden Brüg, Budow, Budow, Groß-Ziechen, Schönefeld, Wasmannsdorf, Rogitz, Groß- und Klein-Rienitz, Brunsdorf, Ragow, Waltersdorf, Rietebusch, Schulzendorf, Bohnsdorf, Deutsch-Wasserhausen, Schenkenhof, Alt-Ohlenitz, Jöbannisthal, Rittenwalde und den Gütern Budow, Groß- und Klein-Ziechen, Diepensee, Schönefeld, Wasmannsdorf, Rogitz, Groß- und Klein-Rienitz, Brunsdorf, Ragow, Waltersdorf, Schulzendorf, Deutsch-Wasserhausen und Schenkenhof ausüben, einer neu zu errichtenden Innung (Zwangsvinnung) als Mitglieder anzugehören haben.

Zur Feststellung, ob die Mehrheit der theilhaftigen Gewerbetreibenden der Einführung des Beitrittszwanges zustimmt, bestelle ich den Herrn Landrath des Kreises Teltow zum Kommissar.

Die Art und Zeit der Abstimmung wird der Herr Kommissar durch die Gemeindevorstände der dem Bezirke der einzurichtenden Zwangsvinnung angehörenden Gemeinden in ordnungsgemäßer Weise zur Kenntnis der Theilhaftigen bringen.

Potsdam, den 7. Dezember 1902.

Der Regierungsvorsitzende.

367.

N a c h w e i s u n g

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5 % Aufschlag im Monat November 1902 in den Hauptmarktorien des Regierungsbezirks Potsdam.

| Laufende Nummern | Es
kosten
je 50
Kilogramm | Beeslow
für
Kreis
Bees-
low-
Storkow | | Brandenburg
für
Brandenburg
und
Kreis
West-
havel-
land. | | Ruden-
walde
für
Kreis
Jüter-
bog-
Ruden-
walde. | | Berle-
berg
für
Kreis
West-
Prignitz. | | Pots-
dam
für
Pots-
dam
und
Kreis
Rau-
sch-
Belzig. | | Pren-
slau
für die
Kreis-
Pren-
slau
und
Tempelh. | | Rup-
pin
für
Kreis
Ruppin. | | Schwedt
für
Kreis
Anger-
münde. | | Briegell
für
Kreis
Ost-
Prignitz. | | Bemerkungen. |
|------------------|------------------------------------|---|-----|---|-----|---|-----|--|-----|--|-----|--|-----|--|-----|---|-----|---|-----|--|
| | | RM. | PF. | RM. | PF. | RM. | PF. | RM. | PF. | RM. | PF. | RM. | PF. | RM. | PF. | RM. | PF. | RM. | PF. | |
| 1 | Hafer | 7 | 35 | 7 | 63 | 8 | 09 | 7 | 35 | 8 | 12 | 7 | 06 | 7 | 34 | 7 | 88 | 7 | 86 | Für das Kreissekretariat, Oberbarnim, Ost-
haveland und Teltow,
sowie für die Stadtkreise
Märzfel, Schöneberg und
Spandau gilt Beeslow
als Hauptmarktorien. |
| 2 | Heu | 2 | 36 | 2 | 63 | 3 | 15 | 2 | 63 | 2 | 92 | 2 | 10 | 2 | 63 | 2 | 73 | 2 | 36 | |
| 3 | Richtstroh | 1 | 68 | 1 | 84 | 2 | 98 | 2 | 21 | 2 | 39 | 3 | 15 | 3 | 15 | 12 | 26 | 1 | 84 | |

Potsdam, den 8. Dezember 1902.

Der Regierungsvorsitzende.

| Reisende Händler | Name der Stadt | L. A. Getreide | | | | L. B. übrige Markt. | | | | | | | | | | | | Brot | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|--------------------------------|----------------|----------------|--------|--------|-------|--------------------------|----------------------|--------|-------|-----|--------|-------|---------|------|-------|------|-------|---------------|--------|-----------------|-----------------|-------|-----|-----------------|---------------|----------|----|---|----|--|--|--|--|--|--|--|--|
| | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Sämereien | | | Stroh | Heu | Futter | Fisch | Fleisch | Eier | Wurst | Käse | Honig | Brot | | im Einzelhandel | im Einzelhandel | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | Weizen (gelb) zum Kochen | Speltzbohnen (weiße) | Nurken | | | | | | | | | | Brotstoffseln | Sticht | | | Stumm | Fen | im Einzelhandel | von der Seite | von Hand | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Es folgen je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | k 1 | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | 14 | 27 | 12 | 81 | 12 | 80 | 13 | 83 | 25 | — | 25 | 50 | 25 | 33 | 3 | 25 | 3 | 25 | 2 | — | 3 | 75 | 125 | 67 | 1 | 65 | 1 | 40 | | | | | | | | |
| 1 | Angermünde | 14 | 27 | 12 | 81 | 12 | 80 | 13 | 83 | 25 | — | 25 | 50 | 25 | 33 | 3 | 25 | 3 | 25 | 2 | — | 3 | 75 | 125 | 67 | 1 | 65 | 1 | 40 | | | | | | | | |
| 2 | Beeskow | 14 | 85 | 13 | 35 | 13 | 40 | 13 | 75 | 22 | 50 | 27 | 50 | 45 | — | 3 | 20 | 3 | 10 | — | — | 4 | 25 | 112 | 50 | 1 | 35 | 1 | 15 | | | | | | | | |
| 3 | Brandenburg | 15 | 07 | 13 | 22 | 13 | 14 | 14 | 04 | 23 | 50 | 25 | — | 20 | — | 3 | 28 | 3 | 35 | — | — | 4 | — | 88 | — | 1 | 40 | 1 | 20 | | | | | | | | |
| 4 | Dahme | 15 | 29 | 13 | 69 | 13 | 03 | 13 | — | 26 | — | 30 | — | 35 | — | 3 | — | 4 | — | 2 | — | 6 | — | 100 | — | 1 | 40 | 1 | — | | | | | | | | |
| 5 | Eberswalde | 15 | — | 13 | 21 | 13 | 72 | 14 | 75 | 25 | — | 29 | — | 28 | — | 3 | 75 | 4 | — | — | — | 5 | — | 114 | — | 1 | 60 | 1 | 40 | | | | | | | | |
| 6 | Füsterbog | 14 | 70 | 13 | 70 | 13 | 81 | 15 | 08 | 35 | — | 40 | — | 45 | — | 4 | — | 5 | 28 | — | — | 6 | — | 110 | — | 1 | 60 | 1 | 40 | | | | | | | | |
| 7 | Friedenwalde | 15 | 50 | 13 | 75 | 14 | — | 14 | 05 | 35 | — | 35 | — | 45 | — | 3 | 70 | 5 | 50 | — | — | 5 | 50 | 120 | — | 1 | 40 | 1 | 40 | | | | | | | | |
| 8 | Forstberg | 14 | 25 | 12 | 90 | — | — | 13 | 75 | 28 | — | 27 | — | 33 | — | 3 | 75 | 4 | 12 | — | — | 4 | 75 | 115 | — | 1 | 50 | 1 | 15 | | | | | | | | |
| 9 | Potsdam | 14 | 70 | 13 | 20 | 13 | 53 | 15 | 14 | 26 | 50 | 26 | — | 30 | — | 4 | 02 | 4 | 31 | — | — | 5 | 05 | 117 | 33 | 1 | 58 | 1 | 30 | | | | | | | | |
| 10 | Prenzlau | 13 | 91 | 12 | 75 | 12 | 55 | 13 | 09 | 25 | 0 | 23 | — | 35 | — | 4 | — | 5 | 50 | 4 | 25 | 3 | 75 | 115 | — | 1 | 60 | 1 | 30 | | | | | | | | |
| 11 | Prignitz | 15 | 38 | 13 | 38 | 13 | 88 | 14 | 38 | 22 | — | 28 | — | 33 | — | 3 | 75 | 3 | 25 | 2 | 68 | 4 | 25 | — | — | 1 | 40 | 1 | 20 | | | | | | | | |
| 12 | Rehderuppin | — | — | 14 | — | 14 | — | 18 | 82 | 35 | — | 35 | — | 35 | — | 3 | 43 | 6 | — | 5 | — | 5 | — | 115 | — | 1 | 55 | 1 | 25 | | | | | | | | |
| 13 | Rathenow | 14 | 40 | 13 | 47 | 14 | — | 13 | 33 | 23 | — | 27 | — | 21 | 66 | 3 | 50 | 3 | 28 | — | — | 4 | 25 | 130 | — | 1 | 70 | 1 | 40 | | | | | | | | |
| 14 | Schwedt | 15 | 20 | 13 | 83 | 14 | — | 15 | — | 26 | 67 | 31 | 25 | 37 | 50 | 4 | — | 4 | 30 | — | — | 5 | 20 | — | — | 1 | 60 | 1 | 40 | | | | | | | | |
| 15 | Spandau | 14 | 80 | 13 | 50 | 14 | 40 | 14 | 83 | 34 | — | 40 | — | 40 | — | 3 | 40 | 4 | 50 | 4 | 50 | 5 | 75 | 131 | — | 1 | 80 | 1 | 30 | | | | | | | | |
| 16 | Strausberg | 15 | 50 | 14 | — | 16 | — | 16 | — | 35 | — | 35 | — | 40 | — | 4 | — | 5 | — | 3 | 50 | 5 | — | 120 | — | 1 | 70 | 1 | 10 | | | | | | | | |
| 17 | Teltow | — | — | 13 | 87 | 13 | 75 | 14 | 58 | 28 | 50 | 35 | — | 40 | — | 3 | 75 | 6 | 75 | — | — | 5 | 75 | 132 | — | 1 | 80 | 1 | 50 | | | | | | | | |
| 18 | Tempin | 14 | 60 | 12 | 60 | 13 | — | 13 | 20 | 30 | — | 30 | — | 40 | — | 3 | — | 3 | — | 2 | 20 | 6 | — | 400 | — | 1 | 20 | 1 | 20 | | | | | | | | |
| 19 | Treuenbriezen | 14 | 80 | 13 | 68 | 12 | 80 | 14 | — | 25 | — | 24 | — | 30 | — | 3 | — | 4 | — | — | — | 5 | — | — | — | 1 | 40 | 1 | 40 | | | | | | | | |
| 20 | Wittstock | 15 | — | 13 | 09 | — | — | 13 | 51 | — | — | — | — | — | — | 3 | 83 | — | — | — | — | — | 105 | — | — | 1 | 26 | 1 | 14 | | | | | | | | |
| 21 | Wriezen a. D. | 14 | 39 | 13 | 18 | 13 | 18 | 13 | 35 | 23 | 50 | 23 | — | 31 | — | 3 | 50 | 4 | 50 | 3 | 50 | 5 | 50 | 115 | — | 1 | 60 | 1 | 40 | | | | | | | | |
| Durchschnitt | | 14 | 82 | 13 | 39 | 13 | 03 | 14 | 10 | — | — | — | — | — | — | 3 | 58 | 4 | 35 | — | — | 4 | 95 | 114 | 75 | — | — | — | — | | | | | | | | |
| Potsdam, den 9. Dezember 1902. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

Potsdam, den 9. Dezember 1902.

Stellmacher- und Böttcher-Innung in Eberswalde.

369. Nachdem bei der Abstimmung sich die Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden für die Einführung des Beitrittszwanges erklärt hat, ordne ich hiermit an, daß zum 1. April 1903 die Zwangsinnung für das Stellmacher- und Böttcher-Handwerk in Eberswalde auf den Amtsbezirk Heegermühle und den Ort Derrbaum ausgedehnt werde.

Von dem genannten Zeitpunkt ab gehören alle Gewerbetreibenden, welche in dem Innungsbezirk das bezeichnete Handwerk ausüben, dieser Innung an.

Potsdam, den 1. Dezember 1902.

Der Regierungspräsident.

Kontraktbrüche ausländische Arbeiter.

370. Folgende ausländisch-polnische Saisonarbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitsstätten unter Kontraktbruch verlassen:

Namen:

Bisheriger Beschäftigungsort:

- 1) Johann Sawischewski,
- 2) Peter Subschinski,
- 3) Anton Janetschek,
- 4) Anna Magrita,

Gut Jamidow, Kreis Randow, Reg.-Bez. Stettin.

Die Genannten sind festzunehmen und sofort aus dem Staatsgebiete auszuweisen. Vom Geschehenen ist unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung hierher Nachricht zu geben. Potsdam, den 9. Dezember 1902.

Der Regierungspräsident.

371.

Biehseuchen.

I. Festgestellt:

- a. Milzbrand. Kreis Nieder-Barnim: Neu-Polland. Kreis Zauch-Belzig: Cammer, Sandberg.
- b. Schweineseuche. Kreis Angermünde: Schwedt. Kreis Nieder-Barnim: Weissenfer, Neu-Hohenschönhausen,

Preise im Monat November 1902.

W a r e n.

II. Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats.

| Getreide | | | | | | Mehl zur Speisebereitung aus | | Getreide | | Brotbackengröße | Vollkorngröße | Rübe | Reis, Java, mittlerer | Kaffee | | Spezialbrot | Schmalz (Spezial) |
|----------|------|---------|---------------------------------|----------|----------|------------------------------|--------|----------|-------|-----------------|---------------|------|-----------------------|----------------------|----------------------------------|-------------|-------------------|
| Eichhorn | Rohr | Hammels | Verarbeiteter Getreide (Weizen) | Getreide | Getreide | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | | | | | Java mittlerer (roh) | Java gelb (im gebrannten Bohren) | | |
| 163 | 150 | 144 | 182 | 250 | 509 | 25 | 25 | 50 | 28 | 38 | 40 | 40 | 43 | 230 | 310 | 20 | 165 |
| 135 | 130 | 140 | 180 | 234 | 457 | 45 | 25 | 50 | 40 | 35 | 60 | 40 | 60 | 240 | 340 | 20 | 175 |
| 150 | 130 | 130 | 164 | 220 | 512 | 30 | 25 | 40 | 40 | 40 | 40 | 40 | 50 | 2 | 280 | 20 | 160 |
| 140 | 180 | 140 | 180 | 240 | 4 | 30 | 20 | 40 | 50 | 40 | 60 | 40 | 50 | 250 | 340 | 20 | 160 |
| 160 | 150 | 150 | 180 | 250 | 560 | 26 | 22 | 40 | 40 | 40 | 40 | 40 | 60 | 260 | 340 | 20 | 180 |
| 160 | 140 | 140 | 180 | 244 | 510 | 30 | 20 | 50 | 50 | 50 | 80 | 40 | 60 | 2 | 240 | 20 | 160 |
| 160 | 130 | 140 | 2 | 230 | 560 | 33 | 22 | 55 | 50 | 50 | 60 | 35 | 60 | | 260 | 20 | 130 |
| 140 | 155 | 135 | 190 | 217 | 373 | 24 | 25 | 33 | 28 | 45 | 40 | 33 | 45 | 230 | 290 | 19 | 2 |
| 170 | 149 | 154 | 184 | 223 | 508 | 36 | 26 | 50 | 50 | 40 | 50 | 45 | 55 | 250 | 310 | 20 | 220 |
| 145 | 120 | 120 | 170 | 250 | 550 | 29 | 25 | 45 | 45 | 45 | 55 | 38 | 55 | 260 | 3 | 20 | 170 |
| 140 | 140 | 130 | 180 | 209 | 375 | 30 | 25 | 40 | 40 | 40 | 50 | 40 | 45 | 240 | 340 | 20 | 170 |
| 160 | 135 | 150 | 180 | 240 | 569 | 40 | 30 | 60 | 40 | 50 | 40 | 50 | 50 | 290 | 4 | 20 | 180 |
| 150 | 140 | 140 | 180 | 250 | 520 | 29 | 25 | 48 | 48 | 48 | 48 | 43 | 55 | 230 | 350 | 20 | 180 |
| 160 | 120 | 140 | 130 | 240 | 6 | 35 | 25 | 50 | 30 | 40 | 50 | 50 | 60 | 280 | 360 | 20 | 2 |
| 170 | 165 | 150 | 180 | 240 | 380 | 36 | 25 | 35 | 37 | 38 | 40 | 35 | 45 | 260 | 280 | 20 | 165 |
| 160 | 140 | 150 | 180 | 260 | 560 | 30 | 25 | 45 | 45 | 40 | 45 | 40 | 60 | 220 | 280 | 20 | 160 |
| 165 | 170 | 150 | 180 | 220 | 5 | 43 | 30 | 45 | 35 | 43 | 55 | 45 | 55 | 250 | 270 | 20 | 155 |
| 140 | 120 | 120 | 180 | 260 | 520 | 30 | 25 | 50 | 50 | 50 | 40 | 50 | 50 | 230 | 260 | 20 | 160 |
| 140 | 1 | 140 | 160 | 220 | 450 | 30 | 24 | 50 | | 50 | 50 | 30 | 50 | | | 20 | 160 |
| 133 | 120 | 113 | 180 | 238 | 442 | 25 | 22 | 38 | 38 | 45 | 42 | 40 | 45 | 210 | 280 | 20 | 175 |
| 140 | 14 | 140 | 140 | 230 | 4 | 33 | 28 | 48 | 30 | 40 | 45 | 45 | 45 | 230 | 3 | 20 | 140 |

Der Regierungspräsident.

Reinsdorf. Kreis Westhavelland: Kl.-Bühnig, Niebde, Tremmen, Buschow, Gr.-Bühnig. Kreis Teltow: Ras, Wusterhausen, Schmarzendorf, Schulendorf, Mariendorf.

c. Räude. Kreis Zauch-Belzig: Brühl.

II. Erloschen:

a. Milzbrand. Kreis Ost-Havelland: Dyroß. Kreis West-Havelland: Rymow, Barnowig, Budow.

b. Schweinepocken. Kreis Angermünde: Belfow. Kreis Teltow: Miersdorf, Mariendorf, Blankensfeld.

c. Geflügelcholera. Kreis Nieder-Barnum: Neu-Weißensee, Dramenbourg, Reinsdorf, Hohen-Schönhausen, Nummelsburg, Mahlsdorf. Kreis West-Havelland: Berge.

d. Wild- und Rinderpocken. Kreis Zauch-Belzig: Hagelberg, Sandberg III.

Potsdam, den 9. Dezember 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Grundstücksaufhebung.

25. Die königliche Hofkammer der königlichen Familienkammer beabsichtigt, die Pachtung der Schwedischwasserfrei aufzubeben.

Hierzu ist die beichpolizeiliche Genehmigung nachgefragt worden.

Dies wird mit der Aufforderung bekannt gemacht, etwaige Einwendungen in beichpolizeilicher Hinsicht gegen die geplante Aufhebung binnen zwei Wochen bei dem Bezirksauschuss zu Potsdam anzubringen. Später eingehende Einträge finden keine Berücksichtigung. Die Pläne können in der Registratur des Bezirksauschusses hier, Humboldtstraße 1, während derselben Frist eingesehen werden.

Potsdam, den 6. Dezember 1902.

Der Bezirks-Ausschuss. Joachim.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Polizei-Berordnung,

betreffend die Ordnung auf dem städtischen Viehhofe zu Berlin.
102. Auf Grund der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Ges.-Sg. S. 195), sowie der §§ 5, 6 und 11 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Ges.-Sg. S. 265) und der §§ 70 und 149 Nr. 6 der Reichsgewerbeordnung wird, unter Zustimmung des Gemeindevorstandes, hiermit folgendes verordnet:

§ 1. Der Abschnitt f. des § 1 der Polizei-Berordnung, betreffend die Ordnung auf dem städtischen Viehhofe zu Berlin, vom 4. Oktober 1900 wird aufgehoben und durch nachstehende Vorschrift ersetzt:

„Personen, welche die öffentliche Ordnung oder den Handel stören, sowie Betrunkene können aus den Räumen des Viehhofs fortgewiesen werden und dürfen an demselben Tage den Viehhof (abgesehen von der Zugangsstraße zur Station Central-Viehhof beziehungsweise zur Eidenauerstraße) nicht wieder betreten.“

§ 2. Art. § 1 der vorgenannten Polizei-Berordnung vom 4. Oktober 1900 erhält unter Abschnitt i. folgenden Zusatz:

„i. Oberreiter und Treiber, denen auf Grund der Bestimmung in § 7a. dieser Verordnung die Be-

rechtigung zur Ausübung des Viehhofgewerbes entzogen ist, dürfen während der Dauer dieser gegen sie in Anwendung gebrachten Maßregel den Viehhof (abgesehen von der Zugangsstraße zur Station Central-Viehhof beziehungsweise zur Eidenauerstraße) einschließlich aller zu ihm gehörigen Räumlichkeiten und der Verladerrampen nicht betreten.“

§ 3. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Berlin, den 1. Dezember 1902.

Der Polizei-Präsident.

Vergebung der Konzession für eine Apotheke.

103. Die Konzession für die auf dem Grundstück Prenzlauer Allee 214 hierselbst genehmigte Apotheke soll infolge Ablebens des bisherigen Besitzers von Neuem mit der Verpflichtung vergeben werden, daß der künftige Konzessionar in Gemäßheit der Allerhöchsten Cabinetsordre vom 8. März 1842 die vorhandene Apothekeneinrichtung mit dem gesamten Inventar und den Vorräthen nach einer von mir zu genehmigenden Taxe von den Erben des bisherigen Inhabers zu übernehmen hat.

Geeignete Bewerber werden zur Meldung bis zum 12. Januar nächsten Jahres mit dem Bemerken hierdurch aufgefordert, daß persönliche Vorstellungen zwecklos sind und die an mich zu richtenden Bewerbungen lediglich schriftlich zu geschehen haben.

Der Meldung sind beizufügen: 1) eine nach der Zeitfolge geordnete Uebersicht über die bisherige Thätig-

104.

Marktpreise für den A. Enaros-Markt-Preise

| | Weizen | | | Roggen | | | Futter-Gerste | | | Hafer | |
|--------------------|-------------|--------|--------|--------|--------|--------|---------------|--------|--------|-------|--------|
| | gut | mittel | gering | gut | mittel | gering | gut | mittel | gering | gut | mittel |
| | Ge lö s t e | | | | | | | | | | |
| in Berlin | 15 25 | 15 15 | 15 11 | 13 67 | 13 02 | 13 57 | 14 05 | 13 16 | 12 35 | 16 03 | 15 43 |
| in Charlottenburg | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| in Schöneberg . . | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| in Nirdorf | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |

B. Detail-Markt-Preise im Monatsdurchschnitt.

| | Weizen
(gelbe zum Kochen) | | Weizen
(weiße) | | Gerste | | Rindfleisch | | Schweinefleisch | | Kalbfleisch | | Hammel-fleisch | | Speck
(geräucher) | | Eiweizen | | Eier
(60 Stück) | |
|--------------------|------------------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|----------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| | von der
Kuhle | | von der
Kuhle | | von der
Kuhle | | von der
Kuhle | | von der
Kuhle | | von der
Kuhle | | von der
Kuhle | | von der
Kuhle | | von der
Kuhle | | von der
Kuhle | |
| | Ge lö s t e je 1 D. | Ge lö s t e je 1 D. | Ge lö s t e je 1 D. | Ge lö s t e je 1 D. | Ge lö s t e je 1 D. | Ge lö s t e je 1 D. | Ge lö s t e je 1 D. | Ge lö s t e je 1 D. | Ge lö s t e je 1 D. | Ge lö s t e je 1 D. | Ge lö s t e je 1 D. | Ge lö s t e je 1 D. | Ge lö s t e je 1 D. | Ge lö s t e je 1 D. | Ge lö s t e je 1 D. | Ge lö s t e je 1 D. | Ge lö s t e je 1 D. | Ge lö s t e je 1 D. | Ge lö s t e je 1 D. | Ge lö s t e je 1 D. |
| in Berlin | 32 50 | 35 — | 41 — | 51 — | 1 50 | 1 27 | 1 50 | 1 27 | 1 50 | 1 27 | 1 50 | 1 27 | 1 50 | 1 27 | 1 50 | 1 27 | 1 50 | 1 27 | 1 50 | 1 27 |
| in Charlottenburg | 35 — | 35 — | 35 — | 4 50 | 1 50 | 1 25 | 1 60 | 1 60 | 1 60 | 1 40 | 1 60 | 1 40 | 1 60 | 1 40 | 1 60 | 1 40 | 1 60 | 1 40 | 1 60 | 1 40 |
| in Schöneberg . . | 36 — | 34 88 | 41 06 | 4 60 | 1 44 | 1 23 | 1 53 | 1 51 | 1 38 | 1 79 | 2 50 | 3 69 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| in Nirdorf | — | — | — | 4 19 | 1 43 | 1 06 | 1 50 | 1 20 | 1 24 | 1 73 | 2 30 | 4 23 | — | — | — | — | — | — | — | — |

Berlin, den 6. Dezember 1902.

seit seit der Approbation in und außerhalb der Apotheken, enthaltend: a. die Anfangs- und Endzeiten — nach Tagesdaten — in zusammenhängender Reihe und unter fortlaufenden Nummern (siehe zu 2), b. den Ort und c. die Art der Thätigkeit, namentlich für die Zeit der Unterbrechung der pharmazeutischen Thätigkeit, 2) die Approbation und die darauffolgenden Servicezeugnisse, die physikalisch beglaubigt, chronologisch geordnet und mit den entsprechenden Nummern der Zusammenstellung zu 1 versehen sein müssen, 3) polizeiliche Führungszeugnisse über die Zeit von der Approbation bis jetzt in ununterbrochener Folge, 4) amtlich beglaubigter Nachweis aus neuester Zeit über die zur Einrichtung einer Apotheke erforderlichen Mittel, 5) eine Darstellung des Lebenslaufs, enthaltend: Vor- und Zuname, Geburtsort und Datum, Confession, Staatsangehörigkeit, Familienstand, Zahl und Alter der Kinder, Militärverhältnis, besondere Beschäftigung der Ehefrau, Stand und Wohnort der Eltern des Gesuchstellers.

Die Anlagen zu 2 und 3 müssen zu je einem besonderen Heft vereinigt sein.

Gesuche, die den vorstehenden Anforderungen nicht entsprechen, müssen zur Abänderung zurückgegeben werden.

Der Bewerber hat außerdem pflichtgemäß zu versichern, entweder daß er eine Apotheke bisher nicht besessen hat, oder falls dies der Fall sein sollte, anzugeben, wo er eine solche besessen hat, und die Gründe klar zu legen, aus denen er sein Besitzrecht an der-

selben aufgegeben hat, auch den Kauf- und Verkaufspreis der aufgegebenen Apotheke genau zu nennen. Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß Gesuche von Bewerbern, welche erst nach dem Jahre 1886 (bei Berücksichtigung geringer Zeitunterschiede) approbirt sind, bei der großen Zahl mehr berechtigter Bewerber zur Zeit keine Aussicht auf Erfolg haben.

Solche Apotheker stehen deshalb zur Vermeidung unnötigen Schreibwerkes u. am besten von der Bewerbung ab.

Bei Apothekern, welche sich zeitweise vom Apothekenfache abgewandt haben, muß das Approbationsalter selbstverständlich geführt werden.

Ich bemerke noch, daß die Konzession in Gemäßheit des Allerhöchsten Erlasses vom 30. Juni 1894 als eine unveräußerliche und unvererbliche verliehen werden wird, der Inhaber derselben somit zur Präsentation von Geschäftsnachfolgern nicht befugt sein, und der Witwe sowie den mündersfähigen Kindern desselben nur freistehen wird, die Apotheke nach Maßgabe des § 4 der Revidirten Apotheken-Ordnung vom 11. Oktober 1801 durch einen geeigneten Provisor verwalten zu lassen.

Schließlich bemerke ich, daß wahrscheinlich in nächster Zeit eine neue Apotheke in der Nähe eingerichtet werden wird.

Berlin, den 28. November 1902.

Der Polizei-Präsident.

Monat November 1902.

im Monatsdurchschnitt.

| Hafer | Erbsen | | | | Bitterer Erbsen | Mais | | Rübspross | Fen | Eggkartoffeln | Rindfleisch | Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag für 50 Kilogramm. | | | | | | | | | | | |
|-------|--------|-----|--------|--------|-----------------|-------|-------|-----------|------|---------------|-------------|---|--------|------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| | gering | gut | mittel | gering | | unf | rand | | | | | Hafer | Erbsen | Fen | Erbsen | Erbsen | Erbsen | Erbsen | Erbsen | Erbsen | Erbsen | Erbsen | Erbsen |
| 14/26 | | | | | | 16/37 | 14/97 | 13/95 | 4/67 | 6/23 | 4/— | 100/19 | 9/03 | 2/03 | 3/92 | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | 4/90 | | | | | | | | | | | | | |

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats November 1902.

| | Weizen zur Speisebereitung aus | | Gerste | | Buchweizen-Größe | Hafergröße | Süß | Reis Java, mittlerer | Kaffee | | | Speckfett | Schweinefleisch (hier.) | |
|----------------------------|--------------------------------|--------|--------|-------|------------------|------------|-----|----------------------|-----------------|----------------|-----------------------------|-----------|-------------------------|--|
| | Weizen | Roggen | Graue | Größe | | | | | Java | | Java, gelb (in geb. Bohnen) | | | |
| | | | | | | | | | mittlerer (roh) | in geb. Bohnen | | | | |
| Geht fort je ein Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | |
| in Berlin | 35 | 31 | 35 | 33 | 38 | 41 | 37 | 00 | 270 | 338 | 372 | 21 | 100 | |
| in Charlottenburg | 36 | 32 | 43 | 41 | 43 | 44 | 41 | 57 | 229 | — | 287 | 20 | 154 | |
| in Schöneberg . . | 41 | 33 | 40 | 48 | 45 | 45 | 45 | 60 | 235 | — | 3— | 23 | 150 | |
| in Nixdorf | 34 | 28 | 40 | 40 | 40 | 40 | 40 | 55 | 210 | — | 250 | 21 | 160 | |

Es kostet je ein Kilogramm

Der Polizei-Präsident.

Lebensschluß in der Nähmaschinbranche.

105. Aus dem Kreise der beteiligten Gewerbetreibenden ist bei mir der Antrag gestellt worden, eine Anordnung dahin zu treffen, daß im Landespolizeibezirk Berlin die offenen Verkaufsstellen der Nähmaschinbranche in der Zeit zwischen 8 Uhr Abends und 7 Uhr Morgens für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein müssen. Zweck Vorbereitung dieser Anordnung habe ich auf Grund des § 1 der Bestimmungen des Bundesrats vom 25. Januar 1902 (R.-G.-Bl. S. 38) zur Feststellung der gemäß § 139 f. Absatz 1 und 2 der Gewerbeordnung erforderlichen Zahl von zwei Dritteln oder einem Drittel der beteiligten Geschäftsinhaber den Vorsteher des Gewerbe-Kommissariats Königlich Polizei-Direktor Maurer hierseits SW. 19, Krausenstraße 29, als Kommissar beauftragt.

Berlin, den 6. Dezember 1902.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen des Reichs-Postamts. Weihnachtsversendungen.

11. Die Reichs-Postverwaltung richtet auch in diesem Jahre an das Publikum das Ersuchen, mit den Weihnachtsversendungen bald zu beginnen, damit die Paketmassen sich nicht in den letzten Tagen vor dem Feste zu sehr zusammendrängen, wodurch die Pünktlichkeit in der Beförderung leidet. Bei dem außerordentlichen Anschwellen des Verkehrs ist es nicht thunlich, die gewöhnlichen Beförderungsfrieten einzuhalten und namentlich auf weitere Entfernungen eine Gewähr für rechtzeitige Zustellung vor dem Weihnachtsfeste zu übernehmen, wenn die Pakete erst am 22. Dezember oder noch später eingeliefert werden.

Die Pakete sind dauerhaft zu verpacken. Dünne Pappkästen, schwache Schachteln, Zigarettensnisten etc. sind nicht zu benutzen. Die Aufschrift der Pakete muß deutlich, vollständig und haltbar hergestellt sein. Kann die Aufschrift nicht in deutlicher Weise auf das Paket selbst gesetzt werden, so empfiehlt sich die Verwendung eines Blattes weißen Papiers, welches der ganzen Fläche nach fest aufgeklebt werden muß. Bei Fleischsendungen und solchen Gegenständen in Leinwandverpackung, die Feuchtigkeit, Fett, Blut etc. absetzen, darf die Aufschrift nicht auf die Umhüllung geklebt werden. Am zweckmäßigsten sind gedruckte Aufschriften auf weißem Papier. Dagegen dürfen Formulare zu Postpaketadressen für Paketaufschriften nicht verwendet werden. Der Name des Bestimmungsorts muß stets recht groß und kräftig gedruckt oder geschrieben sein. Die Paketaufschrift muß sämtliche Angaben der Begleitadresse enthalten, zutreffenden Falles also den Frankovermerk, den Nachnahmebetrag nebst Namen und Wohnung des Absenders, den Vermerk der Erstbestellung u. s. w., damit im Falle des Verlusts der Postpaketadresse das Paket doch dem Empfänger ausgehändigt werden kann. Auf Paketen nach größeren Orten ist die Wohnung des Empfängers, auf Paketen nach Berlin auch der

Buchstabe des Postbezirks (C., W., SO. u. s. w.) anzugeben. Zur Beschleunigung des Betriebs trägt es wesentlich bei, wenn die Pakete frankiert ausgeliefert werden.

Die Vereinigung mehrerer Pakete zu einer Begleitadresse ist für die Zeit vom 15. bis 25. Dezember im inneren deutschen Verkehr (Reichspostgebiet, Bayern und Württemberg) nicht gestattet. Auch für den Auslandsverkehr empfiehlt es sich im Interesse des Publikums, während dieser Zeit zu jedem Paket besondere Begleitpapiere auszufertigen.

Berlin W. 66, den 29. November 1902.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen der Königlichen Konfiskations- und Provinzial-Schul-Kollegiums.

Pfarrstellenverleihung.

51. Erledigt wird die unter dem Allerhöchsten Patronate Seiner Majestät des Kaisers und Königs stehende erste Diakonatsstelle an der Friedenskirchen-gemeinde zu Potsdam, Diözese Potsdam I., durch Verleihung des Diakons Krüger zum 1. Januar 1903. Über die Stelle ist bereits verfügt.

Pfarrstellenverleihung.

52. Die Diakonatsstelle Königlichen Patronates zu Trebbin, Diözese Jossen, ist nunmehr wieder zu besetzen. Wiederbesetzung erfolgt durch Gemeindevwahl nach Pfarrwahlgesetz vom 15. März 1886 (R.-G.-Bl. S. 39), Bewerbungen schriftlich bei dem Königl. Konfiskations-Kollegium einzureichen.

Pfarrstellenverleihung.

53. Erledigt ist die Pfarrstelle Königlichen Patronats zu Baldow, Diözese Neu-Ruppin, durch Emeritierung des Pfarrers und Superintendenten a. D. Schmeling am 1. Januar 1903. Wiederbesetzung erfolgt durch Gemeindevwahl nach dem Pfarrwahlgesetz vom 15. März 1886 — R.-G.-Bl. S. 39 — Bewerbungen sind schriftlich bei dem Königl. Konfiskations-Kollegium einzureichen.

Bekanntmachungen des Königlichen Provinzial-Schul-Kollegiums.

Zweite Lehrer-Prüfung im Königlichen Stadt-Schullehrer-Seminar zu Berlin.

18. Die zweite Lehrerprüfung im Königlichen Stadt-Schullehrer-Seminar zu Berlin wird vom **1. Mai 1903** an abgehalten werden. Nur solche Lehrer, die im Bezirk Berlin im Schuldienste stehen und mindestens zwei, höchstens fünf Jahre an Schulen in Preußen vollbeschäftigt gewesen sind, haben sich zu der Prüfung zu melden. Die Meldung ist unter Beiliegung der Urchrift des Zeugnisses über die Seminar-Entlassungs-Prüfung bis zum **20. März 1903** auf dem Dienstwege an uns einzureichen. Dem Meldungs-schreiben ist eine Angabe beizulegen, in welchem Fache der Bewerber sich besonders weiter gebildet und mit welchem pädagogischen Werke er sich eingehender be-

schäftigt hat. Erfolgt auf die Meldung von uns kein absehnender Bescheid, so haben sich die Bewerber am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminardekanator um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 29. November 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen der Kgl. Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Druckfehler-Berichtigung.

24. In der in Stück 48 dieses Amtsblattes enthaltenen Auslosungs-Bekanntmachung der Königlichen Rentenbank-Direktion (Wochen vom 18) v. M. ist zu lesen bei den Rentenbriefen Litt. D. nach Nr. 17113 statt 17260 die Nr. 17264.

Berlin, den 2. Dezember 1902.

Königliche Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahndirektion zu Berlin.

Nordost-deutsch-Berlin-Bayerisches und Nordost-deutsch-Berlin-Württembergischer Verband.

49. Mit sofortiger Gültigkeit wird für Zuckersendungen zur Ausfuhr, die bis einschließlich den 31. August 1904 auf der Binnen- oder Seehafenstation, von der die Ausfuhr stattfinden soll, eingehen, die für den Nachweis der tatsächlich erfolgten Ausfuhr in den Ausnahmetarifen 14 und L vorgesehene Frist von zwölf Monaten auf 18 Monate verlängert. Für die nach dem 31. August 1904 auf den vorbezeichneten Ausfuhrstationen ankommenden Sendungen gilt für den Nachweis der Ausfuhr wieder die gewöhnliche Frist von 12 Monaten.

Berlin, den 28. November 1902.

Königliche Eisenbahndirektion
namens der Verbandverwaltungen.

Gütertarife der Preussisch-Oestrichen und der Odenburgischen Staatsbahnen und der Königlich Militärbahn. Gütertarife der Breslau-Warschauer Eisenbahn für Kempen B. W. G.

50. Der plötzlich eingetretene starke Frost hat auf den natürlichen und künstlichen Binnenwasserstraßen eine Behinderung des Wittertransportes großer Gütermengen herbeigeführt. Soweit diese der Eisenbahn zur Erreichung ihres Bestimmungsortes zugeführt werden, kommen für die Eisenbahnbeiförderung auf den Preussisch-Oestrichen und Odenburgischen Staatsbahnen, auf der Königlich Militärbahn und auf der Strecke Dels-Kempen wasserlos im Wege der Frachterhaltung diejenigen Frachtsätze (wiegen dies regelmäßig gebühre oder Ausnahmefrachtsätze), zur Anwendung, welche zwischen der ursprünglichen Versandstation und der eigentlichen Bestimmungsstation bestehen, sofern diese sich niedriger stellen, als die tarifmäßigen Frachtsätze von der Umschlag zur Bestimmungsstation. Diese Frachtberechnung findet auch bei denjenigen Gütern statt, die von einer Eisenbahnstation nach einem Wasserumschlagsplatz beifördert sind, hier zur unmittelbaren Witterbeiförderung zur

Wasserstraße verladen wurden oder verladen werden sollten und demnach auf obigen Bahnen nach der eigentlichen Bestimmungsstation Beiförderung finden. Es obliegt den Versendern, der Eisenbahnverwaltung den erforderlichen Nachweis zu bringen.

Berlin, den 8. Dezember 1902.

Königliche Eisenbahndirektion
namens der beteiligten Verwaltungen.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Frst zur Abgabe der Steuererklärungen.

Die Frist zur Abgabe der Steuererklärungen (§ 24 Absatz 1. des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891) ist gemäß Artikel 50 Absatz 1 der Ausführungsanweisung vom 6. Juli 1900 für das Steuerjahr 1903 auf die Zeit vom 4. bis einschließlich 20. Januar 1903 festgesetzt.

Potsdam, den 2. Dezember 1902.

Der Vorsitzende der Berufungskommission.

Öffentliche Bekanntmachung.

Baarenhaussteuer-Veranlagung für das Steuerjahr 1903.

Auf Grund des § 9 des Gesetzes, betreffend die Baarenhaussteuer, vom 18. Juli 1900 (Gesetzsamml. S. 294) wird hiermit jeder bereits zur Baarenhaussteuer veranlagte Steuerpflichtige in der Provinz Brandenburg aufzufordern, die Steuererklärung über den steuerpflichtigen Jahresumsatz nach dem vorgeschriebenen Formular in der Zeit vom 25. Januar bis 10. Februar 1903 dem Unterzeichneten schriftlich oder zu Protokoll unter der Versicherung abzugeben, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

Die oben bezeichneten Steuerpflichtigen sind zur Abgabe der Steuererklärung verpflichtet, auch wenn ihnen eine besondere Aufforderung oder ein Formular nicht zugegangen ist. Auf Verlangen werden die vorgeschriebenen Formulare, denen zugleich die maßgebenden Bestimmungen beigelegt sind, von heute ab in dem Ausstokale des Unterzeichneten sowie des Vorsitzenden jedes Steueraussschusses der Gewerbesteuerklasse IV. kostenlos verabfolgt.

Die Einreichung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des Absenders und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefes. Mündliche Erklärungen werden von dem Unterzeichneten im Dienstzimmer Nr. 48 von 11 bis 1 Uhr zu Protokoll entgegengenommen.

Die Versäumung der obigen Frist hat gemäß § 11 des Gesetzes, betreffend die Baarenhaussteuer, den Verlust der gesetzlichen Rechtsmittel gegen die Einschätzung für das Steuerjahr zur Folge.

Wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben oder wissentliche Verschweigung von steuerpflichtigem Umsatz in der Steuererklärung sind mit Strafe bedroht.

Potsdam, im Dezember 1902.

Der Vorsitzende
des Steueraussschusses der Gewerbesteuerklasse I.

Prämientarif für die Versicherungsanstalten der Berufsgenossenschaften.

Auf Grund des § 26 des Bau-Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900 (Reichs-Gesetzbl. S. 698) wird der nach Anordnung der Genossenschaftsvorstände von dem Reichs-Versicherungsamt für die Jahre 1903 bis 1905 festgesetzte Prämientarif für die Versicherungsanstalt der

Tiefbau-Berufsgenossenschaft zu Berlin,

Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft zu Berlin,

nachstehend bekannt gemacht.

Berlin, den 16. November 1902.

Das Reichs-Versicherungsamt, Abtheilung für Unfallversicherung.

Prämientarif

für die

Versicherungsanstalt der Tiefbau-Berufs-Genossenschaft.

Gültig für die Jahre 1903 bis 1905.

| Rd.
Nr. | Betriebsarten | Lohnprozente,
welche als
Prämie zu
entrichten sind

Prozent | Betrag der für jede
angefangene halbe
Mark des in Betracht
kommenden Lohnes zu
entrichtenden Prämie

Pfennig |
|---|---|--|--|
| Erste Gruppe. | | | |
| Bau und Unterhaltung von Straßen und Wegen. | | | |
| 1. | Reinigung und Unterhaltung von Straßen und Wegen, einschließlich einfacher Uferunterhaltung, ohne Gewinnung und Herstellung der Materialien, in ländlichen Gemeinden, Landstädten und größeren Kommunalverbänden. | 1,0 | 0,5 |
| 2. | Wie vor, mit Gewinnung im Bruch und Herstellung von Kleinschlag . . | 2,4 | 1,2 |
| 3. | Wie laufende Nr 1 mit Kiesgewinnung | 2,4 | 1,2 |
| 4. | Reinigung und Unterhaltung von Straßen in Städten, ohne Gewinnung und Herstellung der Materialien | 2,4 | 1,2 |
| 5. | Neubauten von Wegen und Ebauffeen, ohne Anwendung von Schienengeleisen, einschließlich der Herstellung kleinerer Bauwerke und Durchlässe. | 2,4 | 1,2 |
| 6. | Wie vor, mit Anwendung von Schienengeleisen und einschließlich der Herstellung aller Bauwerke, aber ohne maschinelle Einrichtungen | 4,4 | 2,2 |
| 7. | Wie vor, mit Lokomotiv- und Maschinenbetrieb | 5,2 | 2,6 |
| 8. | Fällen von Bäumen | 3,0 | 1,5 |
| Zweite Gruppe. | | | |
| Sonstige Bauarbeiten. | | | |
| 9. | Erd- und Planungsarbeiten, Unterhaltung von Ver- und Entwässerungsgräben mit Wurf und mit nur theilweiser Verwendung von Karren, soweit diese Arbeiten nicht über 1,5 m Tiefe hinausgehen und sonstige erswerende Umstände (Abseifungen, Rüstungen etc.) nicht hinzutreten. | 1,4 | 0,7 |
| 10. | Wie vor, jedoch mit regelmäßiger Benutzung von Fördergeräthen (Karren etc.), aber ohne Schienengeleise | 2,4 | 1,2 |
| 11. | Erdarbeiten mit Abseifungen oder bei mehr als 1,5 m Tiefe | 4,6 | 2,3 |
| 12. | Erdarbeiten mit theilweiser Anwendung von Schienengeleisen, ohne gleichzeitige maschinelle Einrichtungen im Betriebe, größere Eintbnungen, Deichverstärkungen und Deichwiederherstellungen | 3,8 | 1,9 |
| 13. | Erdarbeiten, wie vor, mit nicht erheblichem Lokomotivbetrieb | 5,2 | 2,6 |
| 14. | Gas- und Wasserleitungsarbeiten | 3,8 | 1,8 |
| 15. | Kanalisationsarbeiten, Reinigung und Unterhaltung von städtischen Kanälen. | 4,6 | 2,3 |
| 16. | Uferschuttbauten | 3,0 | 1,5 |
| 17. | Betrieb von Pumpwerken für Ent- und Bewässerungen | 3,0 | 1,5 |
| 18. | Stollen- und Schachtbau | 8,0 | 4,0 |
| 19. | Baggerarbeiten | 4,6 | 2,3 |
| 20. | Bahnbau | 3,6 | 1,8 |
| 21. | Maurer- und Zimmerarbeiten zur Herstellung von Brücken, Durchlässen, Stütz- und Kaimauern sowie ähnlichen Bauwerken für Tiefbauten | 5,2 | 2,6 |
| 22. | Maurerarbeiten für Hochbauten | 4,0 | 2,0 |

| Rfb.
Nr. | Betriebsarten | Lohnprozente,
welche als
Prämie zu
entrichten sind | Betrag der für jede
angefangene halbe
Mark des in Betracht
kommenden Lohnes zu
entrichtenden Prämie |
|-------------|--|---|---|
| | | Prozent | Biennig |
| 23. | Zimmerarbeiten für Hochbauten | 4,0 | 2,0 |
| 24. | Abbrucharbeiten (ausschließlich derjenigen bei Hochbauten) | 9,0 | 4,5 |
| 25. | Wie vor, bei Hochbauten | 12,0 | 6,0 |
| 26. | Brunnenaufbau | 5,8 | 2,9 |
| 27. | Pflasterarbeiten | 2,6 | 1,3 |

**Dritte Gruppe.
Nebenbetriebe.**

| | | | |
|-----|---|-----|-----|
| 28. | Steinschlag für sich allein | 4,6 | 2,3 |
| 29. | Ries- und Sandgewinnung | 4,4 | 2,2 |
| 30. | Steinbrucharbeiten ohne Sprengung | 7,2 | 3,6 |
| 31. | Steinbrucharbeiten mit Sprengung | 7,6 | 3,8 |

Sonstige Bestimmungen und Erläuterungen.

- 1) Für Arbeiten, welche vorstehend nicht aufgeführt sind, wird der Prämienfuß nach Maßgabe des für die Genossenschaft geltenden Tarifs vom Vorstande festgesetzt.
- 2) Wenn dieselben Arbeiter mit mehreren Arten von Arbeiten beschäftigt werden (z. B. mit Straßenreinigung und Steinschlagen), so sind in der monatlichen Nachweisung für jede Art die verwendeten Arbeitstage und die verdienten Löhne getrennt aufzuführen (vergleiche Anleitung des Reichs-Versicherungsamts, betreffend die Nachweisungen von Regiebauarbeiten, vom 12. Dezember 1887). Erfolgt eine solche Trennung nicht, so wird bei der Berechnung der Prämie die höchste in Betracht kommende Gefahrenklasse zur Anwendung gebracht. Auf Versicherungen gemäß § 31 des Bau-Unfallversicherungsgesetzes findet diese Bestimmung keine Anwendung.

Festgesetzt gemäß § 26 des Bau-Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900 (Reichs-Gesetzbl. S. 698).
Berlin, den 16. November 1902.

Das Reichs-Versicherungsamt, Abteilung für Unfallversicherung.

Prämien-Tarif

für die

Versicherungsanstalt der Nordöstlichen Bauwerks-Berufsgenossenschaft.

Gültig für die Jahre 1903 bis 1905.

| Rfb.
Nr. | Gefahrenklassen | Lohnprozente,
welche als
Prämie zu
entrichten sind | Betrag der für jede
angefangene halbe
Mark des in Betracht
kommenden Lohnes zu
entrichtenden Prämie |
|--------------------------|--|---|---|
| | | Prozent | Viertel |
| Gefahrenklasse A. | | 2,00 | 1,00 |
| 1. | Stubenbohrer, Frotteure; | | |
| 2. | Tapetierer, Tapetenankleber (Anbringung, Abnahme oder Reparatur von Tapeten, Wetterrouleaux, Marquisen und Jalousien); | | |
| 3. | Ofensetzer (Anbringung, Abnahme oder Reparatur von Öfen und anderen Feuerungsanlagen). | | |
| Gefahrenklasse B. | | 3,50 | 1,75 |
| 4. | Glasler; | | |
| 5. | Maler, Anstreicher, Baulackierer, Baumaler, Bühnenmaler, Dekorations- und Kunstmaler auf Wänden, Schildermaler, Stubenmaler, Läufer; | | |
| 6. | Asphaltierer, Asphaltschläger, Cementwirer, Fliesenleger, Grenzsteinsetzer, Steinsetzer; | | |
| 7. | Läufer auf Wänden. | | |
| Gefahrenklasse C. | | 5,00 | 2,50 |
| 8. | Baukumpner; | | |
| 9. | Bauklopper, Einleger, Anschläger; | | |
| 10. | Bühnenbauarbeiter; | | |

| St.
Nr. | Gefahrenklassen | Lohnprozente,
welche als
Prämie zu
entrichten sind | Betrag der für jede
angefangene halbe
Mark des in Betracht
kommenden Lohnes zu
entrichtenden Prämie |
|------------|--|---|---|
| | | Prozent | Pfennig |
| 11. | Staudateure, Gypswarenfabrikanten, Verfertiger von künstlichem Marmor und künstlichen Steinen; | | |
| 12. | Einrichter von Gas- und Wasseranlagen (Installateure).
Gefahrenklasse D. | 6,50 | 3,25 |
| 13. | Steinmegen, Grabdenkmalverfertiger, Kunstbildhauer in Stein, Marmor-
warenerfertiger, Steinbildhauer, Steinbauer, Steinpolierer, Stein-
schläger (Feldsteinmacher), Steinschleifer, Steinsäger, Ausfertiger grober
und feiner Steinwaren; | | |
| 14. | Schiffsbau in Holz, Bootbauer, Schiffsmaler.
Gefahrenklasse E. | 7,80 | 3,90 |
| 15. | Maurer, Backofenmacher, Gypser, Kaminmacher (Schornsteinbauer), Ofen-
bauer, Verputzer; | | |
| 16. | Zimmerer, Stäcker, Schmiedler; | | |
| 17. | Anbringung, Abnahme, Verlegung und Reparatur von Fließableitern; | | |
| 18. | Fuhrweisen.
Gefahrenklasse F. | 8,50 | 4,25 |
| 19. | Mühlenbauer in Holz.
Gefahrenklasse G. | 9,00 | 4,50 |
| 20. | Brunnenmacher, Brunnenbauer, Brunnenbohrer, Pumpenmacher, Pumpen-
seger, Röhrenmacher.
Gefahrenklasse H. | 9,50 | 4,75 |
| 21. | Ziegeleiarbeiter.
Gefahrenklasse J. | 10,00 | 5,00 |
| 22. | Dachdecker, Pappdachdecker, Schieferdecker, Schindeldecker, Stroh- und
Rohrdecker, Ziegeldachdecker.
Gefahrenklasse K. | 10,50 | 5,25 |
| 23. | Sand-, Kies-, Lehm- und Thongräberei, Erdbau; | | |
| 24. | Kalkbrenner.
Gefahrenklasse L. | 11,00 | 5,50 |
| 25. | Maschinenisten.
Gefahrenklasse M. | 11,50 | 5,75 |
| 26. | Steinbruch, Kalkbruch, Steinsprengerei.
Gefahrenklasse N. | 12,00 | 6,00 |
| 27. | Abbruch von Gebäuden, Aufräumung von Brandstätten. | | |

Sonstige Bestimmungen.

Hinsichtlich der in dem vorstehenden Prämientarife nicht besonders aufgeführten Arten von Arbeiten (Nebenarbeiten) ist zunächst festzustellen, ob die Arbeit in dem berufsgenossenschaftlichen Gefahrenarife aufgeführt ist. Trifft dies zu, so ist für die Arbeit die der betreffenden Gefahrenklasse des Gefahrenarifs entsprechende Prämie zu entrichten. Für alle übrigen im Gefahren- und Prämientarife nicht aufgeführten Bauarbeiten ist der Prämienfuß der vorstehenden Klasse E. mit 3,90 Pfennig für jede angefangene halbe Mark des in Betracht kommenden Lohnes maßgebend. Für Nebenarbeiten jedoch, die weder im Prämien-, noch im Gefahrenarife aufgeführt sind, und bei denen die Anwendung des Prämienfußes der Klasse E. zu einer unverhältnismäßigen Belastung führen würde, bestimmt der Genossenschaftsvorstand auf Antrag, welcher Prämienfuß des vorstehenden Prämientarifs maßgebend sein soll.

Festgesetzt gemäß § 26 des Bau-Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900 (Reichs-Gesetzbl. S. 698).
Berlin, den 16. November 1902.

Das Reichs-Versicherungsamt, Abteilung für Unfallversicherung.

Personal-Chronik.

Im Kreise Dabrignis ist ernannt worden zum
Amtsvorsteher: Gemeindevorsteher Bernhard Thiele in
Drewen für den Bez. 10 „Drewen“.

Dem Forstausscher Wegener in Waden der
Oberförsterei Götlin ist unter Ernennung zum Königl.
ichen Förster die Försterstelle Steinberge in der Ober-
försterei Steinberge vom 1. Januar 1903 ab übertragen
worden.

Der Kandidat des höheren Lehramts Alfred Perlewitz ist vom 1. Oktober 1902 ab als Oberlehrer an der 3. Realschule in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke des Kammergerichts im Monat September 1902.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind zum Kammergerichtsrath der Landgerichtsrath Wiener vom Landgericht I. in Berlin; zu Amtsrichtern die Gerichtsassessoren Daelen in Mönchberg, von Drigalski in Finsterwalde und Fidler in Queblinburg. Zu Handelsrichtern sind ernannt: der Kaufmann Isidor Meyer, der Bankier Berthold Krons und der Kaufmann Dofar Berlin in Berlin bei dem Landgericht I. in Berlin. Zu Handelsrichtern sind wieder ernannt: der Rentier Paul Wartenberger, der Kaufmann Hermann Jacoby, der Bankier Rudolf Molenaar, der Kaufmann Robert Hirsch, der Kaufmann Otto von der Heyden und der Bankier Louis Rothschild, sämmtlich in Berlin bei dem Landgericht I. in Berlin. Zu stellvertretenden Handelsrichtern sind ernannt: der Kaufmann Robert Säuberlich, der Bankier Hans Schlesinger und der Kaufmann Eugen Ballentin in Berlin bei dem Landgericht I. in Berlin.

II. Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare Heller und Fehler. Versetzt ist der Gerichtsassessor Rothe in den Oberlandesgerichtsbezirk Breslau. Ausgeschieden sind die Gerichtsassessoren Reimherr infolge Zulassung zur Rechtsanwaltschaft beim Amtsgericht Strinbach-Hallenberg, Mielschewicz infolge Zulassung zur Rechtsanwaltschaft beim Amts- und Landgericht Thorn und Dr. Lindenau infolge Uebernahme in die allgemeine Staatsverwaltung. Entlassen ist der Gerichtsassessor Hans Meyer auf seinen Antrag.

III. Staatsanwaltschaft.

Ernannt sind: der Oberförster Preuß in Börnichen zum Forstamtsanwalt bei dem Amtsgericht in Lützen, der Apothekenbesitzer Schottmüller in Trebbin zum Amtsanwaltsstellvertreter bei dem Amtsgericht in Trebbin, der Polizeikommissar im Probendienst Meinede in Lüßrin zum Amtsanwaltsstellvertreter in Lüßrin, der Postsekretär a. D. Veed in Freienwalde a./D. zum Amtsanwaltsstellvertreter in Freienwalde a./D., der Stadtschreiber Rämzig in Lützen zum Amtsanwaltsstellvertreter in Lützen, der Kaufmann Weidemann in Rathenow zum Amtsanwaltsstellvertreter in Rathenow, der Förster Engel im Forsthaus zu Schlepzig zum Stellvertreter des Forstamtsanwalts bei dem Amtsgericht in Lützen, der Revierförster auf Probe Schulz in Crampnitz zum Stellvertreter des Forstamtsanwalts bei dem Amtsgericht in Potsdam, der Forstmeister Wiskelin in Alt-Liegebride zum Forstamtsanwalt bei dem Amtsgericht in Zehden und Wärowalde (Forstbezirk Liegebride), der Postsekretär a. D. Veed in Freienwalde zum Stellvertreter des Forstamtsanwalts bei dem Amtsgericht in Freienwalde a./D., der Polizeikommissar Wilh. Hahn zum Amtsanwaltsstellvertreter in Neu-

Muppin, der Referendar Krawuttsche zum Amtsanwaltsstellvertreter in Nixdorf, der Oberförster Sievert zum Forstamtsanwalt in Dobrilugk, der Rentier Carl Haensel zum Amtsanwalt in Neppen, der Amtsgerichtsschreiber Elstermann zum Amtsanwaltsstellvertreter in Neppen und der Apotheker Szcobrowski zum Amtsanwaltsstellvertreter in Mittenwalde. Gestorben sind die Amtsanwälte Beyer in Berlin und Schubert in Eberswalde.

IV. Rechtsanwälte und Notare.

Gelbt ist in der Liste der Rechtsanwälte ist der Rechtsanwalt Dr. Regely bei dem Kammergericht. Eingetragen in die Liste der Rechtsanwälte sind die Gerichtsassessoren von Hülßen bei dem Kammergericht und Emil Meyer bei dem Amtsgericht in Dahme. Gestorben ist der Rechtsanwalt und Notar Justizrath Dr. Eugen Apolant in Berlin.

V. Referendare.

Ernannt zu Referendaren sind die bisherigen Rechtskandidaten Vidardt, Freytag, Pressel, von Eichhorn, Pollack und Thelemann. Entlassen sind auf ihren Antrag die Referendare Dehmigke, Dr. Haukwitz und Steuer.

VI. Subalternbeamte.

Ernannt sind: zu Gerichtsschreibern bei dem Kammergericht die Sekreäre Hübner von der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht I. in Berlin und Hager vom Amtsgericht II. in Berlin; zu Gerichtsschreibern: der Gerichtsschreibergehilfe Assistent Valler von dem Amtsgericht I. in Berlin bei demselben Gericht, die Aktuare Dietrich bei dem Amtsgericht in Berlinchen, Prahlow bei dem Amtsgericht in Strassburg U.-M., Bothe bei dem Amtsgericht in Driesen und Marx Klauseniger bei dem Amtsgericht in Bernau; zu Gerichtsschreibergehilfen: die Militäranwärter Paul in Potsdam und August Krause in Cottbus bei dem Amtsgericht I. in Berlin; zum Gefängnisinspektor: der Inspektionsgehilfe Hauptmann a. D. Langer bei dem Strafgefängnis zu Pögnsee; zum Gefängnisinspektionsassistenten: der Inspektionsgehilfe Kuhnert aus Glas bei dem Stadtvoigtgefängnis in Berlin. Versetzt sind: der Gerichtsschreiber Hugo Müller von dem Amtsgericht in Bernau und Otto Wagner von dem Amtsgericht in Berlinchen als Sekreäre an die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht I. in Berlin; der Gerichtsschreiber Georg Funk von dem Amtsgericht in Strassburg U.-M. an das Amtsgericht I. in Berlin; der Gerichtsschreiber und Dolmetscher der polnischen Sprache Kosciński von dem Amtsgericht in Schlowau als Gerichtsschreiber an das Amtsgericht in Wittenberge; der Gerichtsvollzieher Heilmann von dem Amtsgericht in Carlsruhe D./S. an das Amtsgericht II. in Berlin. Pensionirt sind: der Gerichtsschreiber Stamm bei dem Amtsgericht in Nixdorf; die Gerichtsschreibergehilfen Assistenten Grubisch bei dem Amtsgericht I. in Berlin und Lucas bei dem Amtsgericht in Sommerfeld; der Kanzlist Paul Henning bei dem Landgericht I. in Berlin und der Gerichtsvollzieher Franz Schmidt

bei dem Amtsgericht in Spremberg. Gestorben sind der Gerichtsassistentendant Sattler in Cöpenick und der Gerichtsschreiber Kangleirath Buchwald bei dem Landgericht I. in Berlin.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.
November 1902.

Ernannt ist: zum Telegraphenassistenten: der Postassistent Sigismund Teller aus Groß-Lichterfelde in Berlin.

Angestellt sind: a. als Postassistent: die Postanwärter Beerfeldt, Lemke, Weberschod; b. als Telegraphenassistent: die Telegraphen-anwärter Freier, Gorn, Viktor Köhler, Hubert, Karl Sommer, Wendling, Eduard Zimmermann; c. als Telegraphengehülfe: die Telegraphen-gehülfe Elisabeth Hoffmann, Kube, von Lagerström, Hedwig Reinhardt, Schult.

Versetzt sind: a. von Berlin: die Ober-Postpraktikanten Erich nach Köln (Rhein), Zobus nach Schönebeck (Elbe), der Postpraktikant Engeler nach Groß-Lichterfelde, der Ober-Postassistent Otto Hesse nach Schöneberg b. Berlin, der Ober-Telegraphenassistent Pagels nach Charlottenburg, der Ober-Postpraktikant Arumtschmidt von Steglitz nach Potsdam; b. nach Berlin: der Postinspektor Gerß von Hirschberg (Schlesien), der Postpraktikant Elsner von Groß-Lichterfelde, der Postassistent Adolf Schämann von Kahla, der Ober-Postpraktikant Heinrich Meyer von Bremen nach Sieglitz.

In den Ruhestand getreten ist: die Telegraphengehülfe Emma von Büdingenolden (f. W. Groß-Lichterfelde).

Gestorben sind: Postdirektor Wille, Postinspektor Mund, Postsekretär Daun, Postsekretär a. D. Stämmer, Ober-Postassistent Möwe in Berlin, Ober-Telegraphenassistent a. D. Köse in Charlottenburg.

Personal-Veränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam.

Stetsmäßig angestellt sind der Postpraktikant Hagemann in Potsdam (Telegraphenam) als solcher und der Postanwärter Polenz in Angermünde als Postassistent.

In den Ruhestand treten der Ober-Telegraphensekretär Schulz und der Postsekretär Jung in Spandau.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts. Ernennung u. von Polizeibeamten der Kleinbahnstrecke Kyritz—Hoppentrade—Bredbin.

Auf Grund des Erlasses der Herren Minister der öffentlichen Arbeiten und des Innern vom 17. September d. Jo. (Amtsblatt der Königl. Regierung in Potsdam Seite 453) bestimme ich, daß die Ernennung

und Vereidigung der Polizeibeamten für die Kleinbahnstrecke Kyritz—Hoppentrade—Bredbin durch die Polizeiverwaltung in Kyritz erfolgt.

Kyritz, den 30. November 1902.

Der Landrath des Kreises Ost-Prignitz.

Handelsregister.

Im Jahre 1903 werden die Eintragungen in das Handelsregister durch: 1) den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, 2) die Berliner Börsenzeitung, 3) das Zauch-Bezirks-Kreisblatt und 4) den Niemecker Anzeiger, die Eintragungen in das Genossenschaftsregister für größere und kleinere Genossenschaften durch die zu 1. und 3. genanntenblätter veröffentlicht. Veltzig, den 1. Dezember 1902.

Königliches Amtsgericht.

Abhaltung von Gerichtstagen in Oranienow.

Die Gerichtstage sind für das Jahr 1903 festgesetzt auf: 6. und 7. Januar, 3. und 4. Februar, 3. und 4. März, 7. und 8. April, 5. und 6. Mai, 9. und 10. Juni, 7. und 8. Juli, 6. und 7. Oktober, 3. und 4. November, 8. und 9. Dezember. Der Gerichtstag beginnt an allen Tagen um 10 Uhr Vormittag. Der zweite Terminstag ist vorzugsweise zur Aufnahme von Anträgen und Verhandlungen zur Auskunftserteilung u. s. w. in denjenigen Fällen bestimmt, in welchen sich die Beteiligten einfinden, ohne geladen zu sein. Es wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß sich auch in diesen Fällen eine rechtzeitige vorherige Anmeldung des Erscheinens mit kurzer Angabe des Zwecks derselben häufig dringend empfiehlt, damit die betreffenden Akten herbeigebracht und Hindernisse, welche sonst etwa der alsbaldigen Erledigung der Sache entgegenstehen würden, beseitigt werden können. Namentlich trifft dies zu in Vormundschafts-, Nachlaß- und Grundbuchsachen sowie in sonstigen Sachen der sogenannten freiwilligen Gerichtsbarkeit. Auflassungserklärungen können ohne solche Anmeldung regelmäßig nicht aufgenommen werden. Schließlich wird ausdrücklich bemerkt, daß auch Anträge auf Eintragung in die Landgüterrolle auf dem Gerichtstage gestellt werden können.

Angermünde, den 24. November 1902.

Königliches Amtsgericht.

Ausweisungen aus Preußen.

Die unv. Anna Tenschert, geboren 6. März 1875 zu Liebenthal i. Oesterreich, österreichische Staatsangehörige ist als lästige Ausländerin durch Verfügung des Königl. Polizeipräsidenten zu Berlin vom 27. Mai 1902 ausgewiesen.

Die Händlerin Marie Dallarda, geboren am 29. November 1860 zu Marsoffo in Italien, italienische Staatsangehörige, ist als lästige Ausländerin durch Verfügung des Königl. Polizeipräsidenten zu Berlin vom 29. Oktober 1902 aus Preußen ausgewiesen.

Hierzu Zwei Beilagen und Sechs Öffentliche Anzeiger.
(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Beilagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigiert von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der K. W. Gayschen Ver.

Orte Beilage

zum 50sten Stück des Amtsblatts

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den. 12. Dezember 1902.

Ausführungsbestimmungen

zum Tarif für die Schiffsahrts- und Flößereiabgaben auf den Wasserstraßen zwischen Elbe und Oder vom 16. Juni 1902.

§ 1. Die Schiffsahrts- und Flößereiabgaben sind nur für die nächste jeweilig zu durchfahrende Hebestelle zu entrichten. Die Vorausbezahlung für mehrere Hebestellen ist nicht gestattet.

§ 2. Bei der Ankunft an der Hebestelle hat der Schiffer oder Flößführer behufs Entrichtung der Schiffsahrtsabgaben eine mit Tinte ausgefüllte und von ihm unterschriebene Anmeldung in zwei gleichlautenden Stücken vorzulegen. Zu dieser Anmeldung sind die beiliegenden Muster:

- I. für ein beladenes Frachtfahrzeug,
- II. für ein leeres Fahrzeug,
- III. für einen Schleppdampfer ohne Anhang,
- IV. für ein mit wenigstens einem Fahrgast besetztes Personenzfahrzeug und
- V. für einen Fischer Kahn u. s. w.

zu benutzen.

Bei der Anmeldung zu den Flößereiabgaben kommt

- VI. das ebenfalls beigelegte besondere Muster zur Anwendung.

Die Verpflichtung des Schiffers zur Ausfüllung der Anmeldeformulare erstreckt sich nicht auf die zur Berechnung des Abgabebetrages bestimmten Spalten, da diese Berechnung dem Erhebungsbeamten obliegt, welcher die nöthigen Eintragungen in die Anmeldungen macht.

Die Anmeldeformulare sind bei den Königl. Wasserbauinspektionen, den Abgabenhebestellen und Schleusenmeistern im Bereiche der Wasserstraßen zwischen Elbe und Oder sowie bei den noch bekannt zu machenden amtlichen und nichtamtlichen Stellen käuflich.

Eingelassen: Abhebereien. Kann die Verwendung eigener, im Bordbuch ausgefüllter Muster vom Regierungspräsidenten (von den Ministerialbaurathen) gestattet werden.

§ 3. Bei der Anmeldung für Fahrzeuge, deren Ladungen aus zahlreichen Einzelsendungen und Güterarten zusammengesetzt sind, ist dem Schiffer die Anwendung der Gesamtheizung „Stückgüter“ ohne nähere Unterscheidung der Güterarten und Einzelsendungen — hinsichtlich derjenigen Gesamtgütermenge gestattet, für welche der Satz der ersten

der drei niedrigeren Klassen eine möglichst dem Tarifgüterverzeichnis entsprechende Bezeichnung in die Anmeldung eingetragen werden, damit auf der Hebestelle geprüft werden kann, ob die Anwendung der entsprechenden Klasseneinheitsätze gerechtfertigt ist.

Die auf eine Anmeldung zu befördernde Floßfläche darf die strompolizeilich zugelassenen Abmessungen nicht überschreiten.

§ 4. Mit der Anmeldung hat der Schiffer außer dem Eidschein Frachtbrieft oder vom Absender unterzeichnete Abschriften von Ladescheinen oder sonstige Papiere, welche über Art und Menge der im Schiff beförderten Güter Aufschluß geben können, der Hebestelle zur Einsichtnahme vorzulegen.

Zu den sonstigen Papieren in diesem Sinne gehören auch Ladungsverzeichnisse nach beiliegendem Muster Ia, welche vom Frachtführer (Verlader) und Schiffer verantwortlich zu unterzeichnen und in doppelter Ausfertigung vorzulegen sind.

Soweit unter besonderen Umständen Frachtpapiere vom Schiffer nicht beigebracht werden können; z. B. weil der Eigenthümer der Ladung zugleich Frachtführer ist, soll nach billigem Ermessen von den Bestimmungen dieses Paragraphen abgesehen werden.

§ 5. Bei den Hebestellen ist der Inhalt der Anmeldung auf seine Richtigkeit zu prüfen, und zwar insbesondere:

- a) durch Nachrechnung,
- b) durch Vergleichung des angemeldeten Ladungsgewichts mit dem für den angemeldeten Tiefgang im Eidschein nachgewiesenen,
- c) durch Vergleichung der Anmeldung mit dem Inhalt der Frachtpapiere,
- d) durch Feststellung der Größe am Schiffe,
- e) durch Messung der Floßflächen.

§ 6. Hinsichtlich der Befugnisse der Erhebungs- und Aufsichtsbeamten bei Feststellung des Inhalts einer Schiffsladung wird auf § 13 des Gesetzes vom 2. Mai 1900, betreffend die Hinterziehung und Ueberschreitung von Verkehrsabgaben — G. S. S. 128 — verwiesen.

In besonders verdächtigen und wichtigen Fällen würde auch ein Ersuchen an die Behörde des Ausladeortes um Feststellung des Ladungsinhalts zweckmäßig sein.

§ 7. Die Größe ist am Schiffe entweder:

- a) durch Ablesung an den Tiefganganzeigern oder
- b) durch Messung des Abstandes zwischen dem

c) durch Anwendung des Winkelmaßes und Ablesung der Tauchtiefe am senkrechten Schenkel festzustellen.

Die Feststellung kann nach Bewandniß der Umstände vor der Schleuse, bei der Einfahrt in die Schleusenthore oder in der Schleusenkammer vorgenommen werden.

Die unter b und c vorgesehene Art der Eichfeststellung ist insbesondere bei beschädigten oder sonst unleserlich gewordenen Tiefgangsanzeigern vorzuziehen.

Im Falle der ungleichmäßigen Eintauchung des Schiffskörpers ist ein Durchschnittstiefgang, in der Weise zu ermitteln, daß die Maße der Eintauchung von sämtlichen Tiefgangsanzeigern des Fahrzeugs zusammengezählt und die Summe durch die Zahl der Anzeiger getheilt wird. Bei Fahrzeugen, welche eine im wesentlichen gleichmäßige Schwimmelage aufweisen, d. h. nach keiner Seite merklich überliegen, genügt die Eichfeststellung von einer Seite.

Liegt der Tiefgang zwischen zwei im Eichtschein vermerkten Stufen, so wird der Abgabeberechnung das für die höhere Stufe angegebene Gewicht zu Grunde gelegt.

Wird der Eichtschein entgegen der Vorschrift in § 4 nicht an Bord mitgeführt, so ist das Gewicht der Ladung bei den Hebestellen nach der Ablesung an den Tiefgangsanzeigern durch Schätzung festzustellen.

Der Schiffer hat die Feststellung der Eiche durch entsprechende Vorkehrungen seinerseits, insbesondere durch Erhaltung der Tiefgangsanzeiger in deutlich erkennbarem, gut ablesbarem Zustande und durch ihre Freihaltung von überhängenden Gegenständen zu erleichtern.

§ 8. Ist die durch Eichablesung ermittelte Gewichtsmenge um höchstens 3 vom Hundert größer als die in den Frachtpapieren nachgewiesene, so ist die letztere der Abgabeberechnung zu Grunde zu legen, während die gemäß § 4 nachgewiesene Gewichtsmenge maßgebend bleibt, wenn sie über die an den Tiefgangsanzeigern abgelesene hinausgeht. Uebersteigt die aus der Eiche festgestellte Gewichtsmenge die vom Schiffer nachgewiesene um mehr als 3 vom Hundert, so werden die Abgaben nach der Eiche berechnet.

Bei Schiffen, welche über die obere Eichebene eintauchen, wird ein Zuschlag von 25 vom Hundert zur größten im Eichtschein berechneten Ladung der Gewichtsfeststellung zu Grunde gelegt.

§ 9. Dem Gewichte verpackter Güter wird dasjenige der Verpackung hinzugerechnet.

Wenn ein Schiff Güter verschiedener Tarifklassen geladen hat und Frachtpapiere nur für einen Theil der Gesamtladung beigebracht werden, so sind die nicht durch solche Papiere nachgewiesenen Güter — vorbehaltlich der Bestimmung im ersten Satze des § 8 — als solche der ersten Tarifklasse zu behandeln.

Bei den aus Gütern mehrerer Tarifklassen zusammengesetzten Ladungen werden die Gewichtsmengen in jeder Tarifklasse auf volle Tonnen nach oben abgerundet.

§ 10. Bei Berechnung der Schiffs- und Floßereiabgaben ist die Abrundung auf volle 10 Pf. nicht in jeder Tarifklasse, sondern nur bei der Schlussumme vorzunehmen. Insbesondere sind auch Zuschläge für Verschleusung und doppelte Floßlage von der nicht abgerundeten Summe zu berechnen und dann erst die Abrundung bei dem Gesamtbetrage auszuführen.

Findet der Erhebungsbeamte in der Anmeldung unrichtige Angaben, Rechenfehler oder sonstige Irrthümer, so hat er sie — und zwar auf beiden Stücken — durch Eintragungen mit grüner Tinte zu berichtigen.

Nach Festsetzung des von dem Schiffer oder Floßführer zu entrichtenden Abgabebetrages verfährt der Erheber die Anmeldung mit einer für beide Stücke gleichlautenden laufenden Nummer und einem die Bezahlung oder Stundung erkennenlassenden Stempel. Er zieht sodann im Falle der Barzahlung die Abgaben vom Schiffer ein und übergibt ihm gleichzeitig Fahrscheine von entsprechendem Gesamtwerte. Die letzteren werden bei der Ausgabe an den Schiffer oder Floßführer durch Stempelung entwerthet; eine Mehrzahl von Fahrrechnen wird zu einem Heft verbunden.

Bei Verabfolgung der Fahrscheine ist das zweite Stück der Anmeldung, welches hinsichtlich der etwaigen Verichtigungen und der Abstempelung dem ersten bei der Hebestelle verbleibenden Stücke völlig entsprechen muß, dem Schiffer oder Floßführer mit den gehörigen Frachtpapieren zurückzugeben. Von den im zweiten Absatz des § 4 erwähnten Ladungsverzeichnissen wird jedoch nur das eine Stück zurückgegeben, während das andere in Verbindung mit der Anmeldung bei der Hebestelle verbleibt. Beide Stücke werden mit dem Bezahlungs- oder Stundungsstempel versehen.

§ 11. Die zweiten Stücke der Anmeldungen und die Fahrscheine dienen als Ausweise über die Bezahlung der Schiffs- und Floßereiabgaben und sind nicht nur während der Dauer derjenigen Schiffsreise, für welche sie gelöst sind, sondern auch darüber hinaus bis zur Ausfertigung einer neuen Anmeldung und Lösung neuer Fahrscheine aufzubewahren, sofern die neue Schiffsreise innerhalb der Wasserstraßen zwischen Elbe und Oder begonnen wird. Im übrigen sind die zweiten Stücke der Anmeldungen und die Fahrscheine solange aufzubewahren, bis das Schiff aus jenen Wasserstraßen kommend ostwärts die Oder, nordwärts den mecklenburgischen Theil der Havel und westwärts die Elbe erreicht hat.

§ 12. Durchfährt ein Schiff mit derselben Ladung oder ein Floß ohne Aenderung seines Be-

richtung der Abgaben vom Schiffer oder Floßführer aufgestellte Anmeldung für alle diese Hebestellen gültig. Das in den Händen des Schiffers verbleibende, mit dem Stempel der ersten Hebestelle versehene Stück dieser Anmeldung ist das amtliche Begleit- und Ausweispapier, auf welches hin die folgenden Hebestellen die tarifmäßigen Gebühren weiter erheben, indem sie auch ihrerseits die Anmeldung mit einem entsprechenden Stempelaufdruck versehen. Die später durchfahrenen Hebestellen haben nur ihr Augenmerk darauf zu richten, daß in der That der Bestand der Ladung oder des Floßes unverändert ist.

Sind in dieser Beziehung Veränderungen eingetreten, so wird eine neue oder nachträgliche Anmeldung und dementsprechend eine neue Berechnung des Abgabebetragtes erforderlich.

Hiernach hat beispielsweise ein von Stettin nach Berlin fahrendes Schiff in Eberswalde die zweifache Anmeldung vorzulegen und Fahrscheine zu lösen. Das eine Stück der Anmeldung verbleibt bei dieser Hebestelle; das zweite wird vom Schiffer bei den folgenden Hebestellen — sofern in der Zusammenfassung der Ladung sich nichts ändert — behufs weiterer Abfertigung leiblich vorgelegt. Der Schiffer hat die auf Grund der Anmeldung in Eberswalde gelösten Fahrscheine bis zur Durchfahrt durch die Liebenwalder Schleuse, die dort gelösten bis zur Durchfahrt der Binnower Schleuse, die dort gelösten aber nicht nur bis zur Durchfahrt der Schleuse Wölkensee, sondern solange aufzubewahren, bis er nach erfolgter Ausladung in Berlin auf einer anderen Schiffsreise wiederum eine Hebestelle — etwa diejenige in Charlottenburg — durchfährt und dort neue Fahrscheine erhält. Ebenso muß er die in Eberswalde abgestempelte Anmeldung solange bei sich haben, bis er, an der Charlottenburger Schleuse angekommen, die neue Anmeldung für die nächste Reise vorlegt.

Geht die neue Reise von Berlin nach Hamburg, so ist die in Charlottenburg abgestempelte Anmeldung, ebenso wie der letzte in Rathenow gelöste Fahrchein oder das Fahrscheinheft bis zur Havelmündung aufzubewahren. Kehrt das Schiff später von Hamburg nach Berlin auf demselben Wege zurück, so braucht es die in Rathenow auf dem Hinwege gelösten Fahrscheine und die in Charlottenburg abgestempelte Anmeldung beim Wiedereintreffen an der Rathenower Schleuse nicht mehr aufzuweisen.

Es darf daher kein abgabepflichtiges Schiff auf den märkischen Wasserstraßen ohne abgestempelte Anmeldung und — abgesehen von dem Falle der Abgabestundung — ohne Fahrchein sein, außer von der Elbe kommend zwischen der Havelmündung und Rathenow, von Mecklenburg kommend zwischen der Grenze und Baarenschleuse und von der Ober kommend zwischen den Schleusen Hohenlaaßen und

§ 13. Fahrscheine und Anmeldungen sind vom Schiffer und Floßführer vorzuzeigen:

- a) ohne weiteres dem Betriebsbeamten an jeder durchfahrenen Schleuse;
- b) auf Verlangen den sonstigen für die Verwaltung der Wasserstraßen angestellten Beamten, insbesondere den Abgabewarten, welche leiblich die Aufgabe haben, durch unvermuthete Prüfung der Fahrscheine und Anmeldungen; Befichtigung der Ladungen, Feststellung der Größe, Entnahme der Schiffsapapere und in sonst geeigneter Weise an wechselnden Stellen des Wasserstraßennetzes der Verwaltung die Gewähr dafür zu verschaffen, daß die Abgabenerhebung thatsächlich dem Tarif entsprechend stattfindet.

§ 14. Zur allgemeinen Anb.: nur diejenigen Schiffe als Schleppdampfer im Sinne des Tarifs zu behandeln, welche ihrer Bauart und Zweckbestimmung nach ausschließlich dieser Schiffsklasse angehören. Demgemäß haben beladene Güterdampfer und Personendampfer mit mindestens einem Fahrgast keinen Anspruch auf Abgabefreiheit, wenn sie gleichzeitig zum Schleppen anderer Fahrzeuge oder zur Fortbewegung von Flößen benutzt werden. Dagegen sollen leere Güter- und Personendampfer, welche mit Fahrzeugen oder Flößen im Anhange die Hebestellen durchfahren, ebenso wie die eigentlichen Schleppdampfer abgabenfrei gelassen werden.

Auf freifahrende leere Güter- und Personendampfer sind stets die Tarifbestimmungen unter II und IV, Abs. 2 anzuwenden.

Wird ein Fahrzeug, welches nach Bauart und Zweckbestimmung leiblich als Schleppdampfer angesehen ist, thatsächlich gleichwohl zur Beförderung von Gütern benutzt, so ist die Schiffsabgabe nur dann von den Gütern zu berechnen, wenn sich dabei ein die Summe von 1 M. übersteigender Abgabebetrag ergeben sollte. Dies gilt sowohl für die freifahrenden als auch für die, andere Fahrzeuge oder Flöße fortbewegenden, Schleppdampfer.

§ 15. Fahrzeuge, welche gleichzeitig der Fracht- und Personenbeförderung dienen, sind sowohl vom Gewicht ihrer Ladung und im leeren Zustande von ihrer Tragfähigkeit, als auch von der polizeilich zugelassenen Höchstzahl der Fahrgäste zu der Abgaben heranzuziehen.

Demgemäß sind bei der nach § 2 erforderlichen Anmeldung die Muster I und IV gleichzeitig zu verwenden.

Wird behufs Feststellung des Ladungsgewichts eine Eichablesung erforderlich, so ist für jeden auf dem Schiffe befindlichen Fahrgast einschließlic seines etwaigen Handgepäcks das Gewicht von 75 kg abzuziehen.

§ 16. Flöße oder Floßtheile sind nur dann als in doppelter Lage gebunden zu behandeln und demgemäß mit dem in Tarifstelle VI^c vorgesehenen

oder annähernd die ganze Floßfläche aus einer zweifachen Schicht von Hölzern besteht. Dagegen ist eine doppelte Lage im Sinne des Tarifs nicht vorhanden, wenn nur an einzelnen Stellen eines in einfacher Schicht gebundenen Floßes behufs Herstellung eines besseren Verbandes Hölzer übereinander angebracht sind.

Floße in mehr als doppelter Schicht sind tariflich ebenso zu behandeln wie doppelt gebundene.

§ 17. Aus der die Verschleusungsgebühr regelnden Tarifvorschrift ergibt sich für die Schiffer und Floßher kein Anspruch auf Verschleusung; in dieser Beziehung entscheiden lediglich die Anordnungen der Verwaltung. Die Gewährung des Verschleuserechts durch die Verwaltung ist die Voraussetzung für die Anwendbarkeit jener Vorschriften.

Die gewöhnliche Abgabe von leeren Schiffen (Tarifstelle II) ist nicht neben der Verschleusungsgebühr (Tarifstelle VIII) zu zahlen; es wird nur die eine oder die andere Abgabe in jedem Falle erhoben.

Die Abgabe für ein verschleusendes beladenes Schiff kann auch geringer sein wie derjenige Betrag, den dasselbe Fahrzeug leer für die Verschleusung zu entrichten hätte. Der letztere Betrag hat nach dem Tarif nicht die Bedeutung eines Mindestsatzes.

§ 18. Die Abgaben für Ein- und Ausladungen (Tarifstelle IX) sind, soweit nicht für einzelne Wasserstraßen oder Theile von Wasserstraßen durch die Provinzialbehörde abweichende Bestimmungen ergehen, bei der ersten nach erfolgter Ein- oder Ausladung durchfahrenen Hebestelle zu entrichten. Zu diesem Zwecke haben die Schiffer und Floßführer Anmeldungen nach den beiliegenden Mustern VII A und B vorzulegen. Hinsichtlich der Behandlung der Anmeldungen, der Bezahlung der Abgaben durch Lösung von Fahrscheinen und der Verpflichtung zur Aufbewahrung und Vorzeigung sowohl der Fahrscheine als auch der Anmeldungen finden die §§ 2 bis 13 dieser Ausführungsbestimmungen sinngemäße Anwendung.

Die Vorschrift in Tarifstelle IX gewährt an sich keinen Rechtsanspruch auf beliebige Benutzung fiskalischer Ufer zum Ein- oder Ausladen; vielmehr sind auch hierfür zunächst die Bestimmungen der Verwaltung maßgebend.

§ 19. Die Führer von Fahrzeugen oder Floßen, für welche die Abgabensfreiheit in Anspruch genommen wird, haben sich über die diesen Anspruch begründenden Thatfachen durch amtliche Bescheinigungen auszuweisen, sofern nicht der Sachverhalt ohne weiteres — z. B. aus der Führung einer Staats- oder Reichsflagge — für den Erheber erkennbar ist.

§ 20. Unter den aus der Anlage ersichtlichen Bedingungen kann den Schiffseignern und Floßeigenthümern, deren Fahrzeuge und Floße die Wasserstraße zwischen Elbe und Oder befahren, eine einmonatige Stundung der Abgaben bewilligt werden.

Zum Ausweis über die Stundung der Abgaben werden die dem Schiffer oder Floßführer zurückgegebenen Stücke der Anmeldung bei den Hebestellen mit einem entsprechenden Stempelvermerk versehen. Hinsichtlich der Verpflichtung zur Aufbewahrung und Vorzeigung dieser Anmeldungen gelten die Vorschriften in §§ 11, 12 und 13.

Die Stundungsanträge sind für den ganzen Bereich der Wasserstraßen zwischen Elbe und Oder, auch für die der Ministerialbaukommission in Berlin und dem Regierungspräsidenten in Magdeburg unterstellten Binnenschiffsfahrtswege, an den Regierungspräsidenten in Potsdam zu richten, und zwar unter Bezeichnung der Hebestellen, bei welchen der Antragsteller Stundungskonten in den bestimmten zu bezeichnenden Einzelbeträgen zu nehmen wünscht. Der Regierungspräsident wird dann gegebenenfalls unter Vermittelung jener beiden Behörden den beteiligten Hebestellen die erforderlichen Weisungen zu gehen lassen.

Auch die Bestellung der Sichenbetten und die Abrechnung (Begleichung der Stundungskonten) soll allein bei der Regierungshauptkasse in Potsdam stattfinden. Die Hebestellen geben den Stundungsnehmern monatlich, und zwar bis zum 5. des jeweilig folgenden Monats, Nachricht vom Stande der Belastung ihrer Konten.

§ 21. Solchen Schiffsfahrtsunternehmungen und Schiffseignern, welche von der Stundung nach Maßgabe des § 17 Gebrauch machen, kann für ihre dem Eilgüterverkehr dienenden beladenen Fahrzeuge von dem Regierungspräsidenten in Potsdam die nachträgliche Einreichung von Ladungsverzeichnissen binnen 2 Wochen — vom Tage der Durchfahrung der ersten Hebestelle an gerechnet — zum Zwecke der Abgabeberechnung gestattet werden, sofern diese Unternehmungen, und Schiffseigner sich verpflichten, der Verwaltung die Einsicht ihrer Bücher zur Feststellung der beförderten Güter zu gestatten. In derartigen Fällen haben die Schiffer nur eine vorläufige Anmeldung nach dem anliegenden Muster I b in zwei Stücken einzureichen, von welchen sie das eine mit einem die Stundung ausdrückenden Stempelvermerk versehen zu erhalten. Die nachträglichen Ladungsverzeichnisse brauchen nur in einem Stücke bei jeder beteiligten Hebestelle eingereicht zu werden und nicht vom Schiffer mitunterzeichnet zu sein.

Hinsichtlich der Aufbewahrung und Vorzeigung der vorläufigen Anmeldungen finden die Bestimmungen in § 11, 12 und 13 entsprechende Anwendung.

Die im ersten Absatz dem Regierungspräsidenten in Potsdam verliehene Befugnis gilt auch für die der Ministerialbaukommission in Berlin und dem Regierungspräsidenten in Magdeburg unterstellten Wasserstraßen.

§ 22. Auf die Beyersee-Niemendtssee-Wasserstraße (Tarifstelle I R 15) finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

~~Bestimmungen mit der Aufgabe Anwendung, das haben zum Zweck der Abgabenzahlung an der Vor-~~
 die Abgabepflicht nicht von der Durchfahrt durch eine Hebestelle (Schleuse), sondern von der Durch-
 fahrt der mit einer Hebestelle nicht versehenen
 Bahlbrücke abhängig ist. Die Anmeldung und Ab-
 fertigung (Anmeldung der Schiffe) ist für die
 der Hebestelle der Vorstadtschleuse zu Brandenburg a. H.
 und zwar für die von einer Bahlbrücke nach
 Bahlbrücke nach Brandenburg oder in der Richtung
 dorthin fahrenden Schiffe nachträglich, für die in
 umgekehrter Richtung verkehrenden Schiffe dagegen
 vor ihrem Eintritt in die Beetzsee-Niemendsee-
 Wasserstraße. Die Schiffe, welche auf ihrer Reise
 keine der Brandenburger Schleusen durchfahren,

stadtschleuse anzuhalten und die vorgeschriebene An-
 meldung vorzulegen.

§ 23. Die Uebertretung oder Nichtbefolgung
 dieser Bestimmungen seitens der Schifffahrt- und
 Fischereibehörde wird mit Geldstrafe bis zu
 2. Mai 1900, G.-S. S. 123, mit Geldstrafe bis zu
 100 Mark nach § 1 dieses Gesetzes Geldstrafen im 4- bis 20-
 fachen Betrage der hinterzogenen Summe nach sich
 ziehen.

Berlin, den 27. November 1902.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

| | | | |
|--|-----|--|--|
| <p>1. Die Schiffe, welche auf ihrer Reise keine der Brandenburger Schleusen durchfahren,</p> | | <p>2. Die Schiffe, welche auf ihrer Reise keine der Brandenburger Schleusen durchfahren,</p> | |
| | I | | |
| | II | | |
| | III | | |
| | IV | | |

Anker I.

(Wasserstraßen zwischen Elbe und Oder.)

N^o

Anmeldung zur Entrichtung von Schiffsabgaben für ein beladenes Frachtschiff

1. Schiffseigener:
 2. Schiffer:
 3. Schiff: a) ~~Eigenschaft~~ Nummer
 b) Gattung — Güterdampfer, Segelschiff, Schleppkahn (Unzutreffendes zu durchstreichen).
 c) Tragfähigkeit Tonnen zu 1000 kg (angefangene t voll gerechnet).
 d) Tiefgang cm — durch Ablesung aller Tiefgangsanzeiger derart berechnet, daß die Summe der Ablesungen durch die Zahl der Anzeiger geteilt wird.
 4. Reiseziel:
 5. Ladung und Abgabenberechnung:

| Gattung der Güter | Tarifklasse | | | | Tarifklasse | Die Abgabe beträgt: | | | | | | | |
|-------------------|-----------------------------------|----|-----|----|---|------------------------------|-----|-------------------|-----|-------------------------------|-----|-------------------|-----|
| | I | II | III | IV | | für Wasserstraßen I. Ordnung | | | | für Wasserstraßen II. Ordnung | | | |
| | Gewicht einschließlich Verpackung | | | | | ohne Vorschleusung | | mit Vorschleusung | | ohne Vorschleusung | | mit Vorschleusung | |
| | t | t | t | t | | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| | | | | | I | | | | | | | | |
| | | | | | II | | | | | | | | |
| | | | | | III | | | | | | | | |
| | | | | | IV | | | | | | | | |
| | | | | | Ga | | | | | | | | |
| | | | | | abgerundet | | | | | | | | |
| | | | | | Die Abgabe für das leere Schiff würde ohne Vorschleusung M. Pf. betragen. | | | | | | | | |
| | | | | | Die Abgabenberechnung hat aufgestellt:
für die Wasserstraßen I. Ordnung für die Wasserstraßen II. Ordnung | | | | | | | | |
| | | | | |
Schleusenmeister. Schleusenmeister. | | | | | | | | |

Unterschrift des Schiffers:

, den ten

19

Anmerkung: Nach § 1 des Gesetzes vom 2. Mai 1900 werden Hinterziehungen von Schiffsabgaben mit dem 4- bis 20 fachen Betrage der hinterzogenen Abgabe bestraft. Diese Strafe trifft insbesondere denjenigen, welcher unrichtige oder unvollständige Angaben über Art und Menge der beförderten Frachtgüter macht oder die hierüber ausgestellten Ladepapiere nicht vorzeigt. Wegen der Verpflichtung zur Aufbewahrung der zweiten Stücke der Anmeldungen vergl. die Anmerkung auf der Rückseite.

no. 4. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845

Die Abgabe beträgt:
für Wasserstraßen II. Ordnung

[illegible]

... the

Durchfährt ein Schiff ohne Aenderung seiner Ladung mehrere Hebestellen, so ist die zur Entrichtung der Abgaben vom Schiffer aufgestellte Anmeldung für alle diese Hebestellen gültig. Das in den Händen des Schiffers verbleibende, mit dem Stempel der ersten Hebestelle versehene Stück dieser Anmeldung ist das amtliche Begleit- und Ausweispapier, auf welches ihm die folgenden Hebestellen die tarifmäßigen Gebühren weiter erheben, indem sie auch ihrerseits die Anmeldung mit einem entsprechenden Stempel aufdrucken versehen. Die später durchzufahrenen Hebestellen haben nur ihr Augenmerk darauf zu richten, daß in der That der Befand der Ladung unverändert bleibt. Auch in dieser Beziehung sind die Schiffer zu beauftragen, daß sie die Ladung nicht ohne schriftliche Anweisung

Subject I a.

Zur Anmeldung Nr. zur Entrichtung von Schiffsabgaben.

Schiffseigenthümer:

Schiffer (Steuermann, Schiffsführer):

Schiff (Eichbehörde)

Ladungsverzeichniß

(ist vom Belader und vom Schiffer verbindlich zu unterzeichnen).

Nach § 1 des Gesetzes vom 2. Mai 1900 werden Hinterziehungen von Schiffsabgaben mit dem 4- bis 20fachen Betrage der hinterzogenen Abgabe bestraft. Diese Strafe trifft insbesondere denjenigen, welcher unrichtige oder unvollständige Angaben über Art und Menge der beförderten Frachtgüter macht oder die hierüber ausgestellten Ladepapiere nicht vorzeigt.

[illegible]

After I b.

(Wasserstraßen zwischen Elbe und Oder.)

N

11 1944-1945

Anmeldung der nachstehenden Abfertigung eines Güterzuges unter dem Vorbehalt nachträglicher Angabe des Ladungsinhalts und nachträglicher Abgabenberechnung.

1. Schiffseigner: zu
 2. Schiffer: zu
 3. Schiff: a) Eichbehörde Nummer
 b) Gattung — Güterdampfer, Segelschiff, Schleppkahn (Anzutreffendes zu durchstreichen)
 c) Tragfähigkeit Tonnen zu 1000 kg (angefangene t voll gerechnet).
 d) Tiefgang cm — durch Ablegung aller Tiefgangsanzeiger derart berechnet, daß die Summe

der Ablesungen, durch die Zahl der Anzeiger geteilt wird.

4. Ladung nach der Eigablegung: Gesamtgewicht Tonnen zu 1000 kg

Stempel der durchgeführten Sebestelle

Unterschrift des Schiffers:

ohne Verschlebung

mit Verschlebung

, den . . . ten 19

Anmerkung: Nach § 1 des Gesetzes vom 2. Mai 1900 werden Dintergehung von Schiffsabgaben mit dem 4- bis 20fachen Betrage der hinterzogenen Abgabe bestraft. Diese Strafe trifft insbesondere denjenigen, welcher unrichtige oder unvollständige Angaben über Art und Menge der beförderten Frachtgüter macht oder die hierüber ausgestellten Ladespähre nicht vorlegt. Wegen der Verpflichtung zur Aufbewahrung der zweiten Stüde der Anmeldungen vergl. die Anmerkung auf der Rückseite.

(8t ū d f e i t e)

Anmerkung: Die zweiten Stüde der Anmeldungen dienen als Ausweise über die Bezahlung der Schiffsabgaben und sind nicht nur während der Dauer derjenigen Schiffsreise, für welche sie gelöst sind, sondern auch darüber hinaus bis zur Ausfertigung einer neuen Anmeldung aufzubewahren, sofern die neue Schiffsreise innerhalb der Wasserstraßen zwischen Elbe und Oder begonnen wird. Für übrigen sind die zweiten Stüde der Anmeldungen so lange aufzubewahren, bis das Schiff, aus jenen Wasserstraßen kommend, ostwärts die Oder, nordwärts den medlenburgerischen Theil der Havel und westwärts die Elbe erreicht hat.

Durchfahrt in ein Schiff ohne Nöherung seiner Ladung mehrere Gefestellen, so ist die zur Entrichtung der Abgaben vom Schiffer aufgestellte Anmeldung für alle diese Gefestellen gültig. Das in den Händen des Schiffers verbleibende, mit dem Stempel der ersten Gefestelle versehene Stück dieser Anmeldung ist das amtliche Begleit- und Anzeigepapier, auf welches sich die folgenden Gefestellen die schiffsmäßigen Gebühren weiter erheben, indem sie auch theilweis die Anmeldung mit einem entsprechenden Stempelaufdruck versehen. Die später durchgeführten Gefestellen haben nur ihr Augenmerk darauf zu richten, daß in der That der Bestand der Ladung unverändert ist. Sind in dieser Beziehung Veränderungen eingetreten, so wird eine neue oder nachträgliche Anmeldung und be-
stimmend eine neue Berechnung des Abgabebetragcs erforderlich.

Wasser II.

(Wasserstraßen zwischen Elbe und Oder.)

7.

N

41. 1914/15

Anmeldung zur Entrichtung von Schiffsabgaben für ein
(von dem Eigentümer oder dessen Fahrzeug)

1. Schiffseigner: zu
2. Schiffer: zu
3. Schiff: a) Eichbehörde: Nummer:
b) Gattung — Güterdampfer, Segelschiff, Schleppkahn (Unzutreffendes zu durchstreichen).
c) Tragfähigkeit: Tonnen zu 1000 kg (angefangene t voll gerechnet).
4. Abgabeberechnung

| Tragfähigkeit: t | Quittungstempel über gezahlte Abgaben | | | |
|-----------------------------|---------------------------------------|----|-----|------------------|
| | Die Abgabe beträgt | | | |
| | ohne Vorzuleufung | M. | Pf. | mit Vorzuleufung |
| Unterschrift des Schiffers: | | | | |
| den 19..... | | | | |
| | | | | |
| | | | | |

Anmerkung: Nach § 1 des Gesetzes vom 2. Mai 1900 werden Hinterziehungen von Schiffsabgaben mit dem 4- bis 20fachen Betrage der hinterzogenen Abgabe bestraft. Diese Strafe trifft insbesondere denjenigen, welcher unrichtige oder unvollständige Angaben über Art und Menge der beförderten Frachtpapiere macht oder die hierüber ausgestellten Ladepapiere nicht vorzeigt. Wegen der Verpflichtung zur Aufbewahrung der zweiten Stüde der Anmeldungen vergl. die Anmerkung auf der Rückseite.

(Rückseite.)

Anmerkung: Die zweiten Stüde der Anmeldungen dienen als Ausweise über die Bezahlung der Schiffsabgaben und sind nicht nur während der Dauer derjenigen Schiffsreise, für welche sie gelöst sind, sondern auch darüber hinaus bis zur Ausfertigung einer neuen Anmeldung aufzubewahren, sofern die neue Schiffsreise innerhalb der Wasserstraßen zwischen Elbe und Oder begonnen wird. Im übrigen sind die zweiten Stüde der Anmeldungen so lange aufzubewahren, bis das Schiff aus jenen Wasserstraßen kommend ostwärts die Oder, nordwärts den mecklenburgischen Teil der Havel und westwärts die Elbe erreicht hat.

Durchfährt ein Schiff ohne Änderung seiner Ladung mehrere Hebestellen, so ist die zur Entrichtung der Abgaben vom Schiffer aufgestellte Anmeldung für alle diese Hebestellen gültig. Das in den Händen des Schiffers verbleibende, mit dem Stempel der ersten Hebestelle versehene Stüde dieser Anmeldung ist das amtliche Begleit- und Ausweisepapier, auf welches hin die folgenden Hebestellen die tarifmäßigen Gebühren weiter erheben, indem sie auch ihrerseits die Anmeldung mit einem entsprechenden Stempel- und Ausweisepapier versehen. Die später durchfahrenen Hebestellen haben nur ihr Augenmerk darauf zu richten, daß in der That der Bestand der Ladung unverändert ist. Sind in dieser Beziehung Veränderungen eingetreten, so wird eine neue oder nachträgliche Anmeldung und dementsprechend eine neue Berechnung des Abgabebetrages erforderlich.

9 mm breiter rother Strich.

Wasser III.

.71. Anlage

(Wasserstraße zwischen Elbe und Ober.)

N. 1/

1917

Anmeldung zur Entrichtung von Schiffsabgaben für einen Schleppdampfer ohne abgabepflichtige Ladung und ohne Anhang.

1. Schiffseigner: zu
 2. Schiffer: zu
 3. Schiff: Fischbörbe Nummer

| Unterschrift des Schiffers: | | Quittungstempel über gezahlte Abgaben | |
|-----------------------------------|--|---------------------------------------|---------------------------|
| | | Die Abgabe beträgt | |
| | | ohne Vorschleusung 1,00 M. | mit Vorschleusung 1,50 M. |
| Den ... ten ... 19... | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |

Anmerkung: Nach § 1 des Gesetzes vom 2. Mai 1900 werden Hinterziehungen von Schiffsabgaben mit dem 4- bis 20-fachen Betrage der hinterzogenen Abgabe bestraft. Diese Strafe trifft insbesondere denjenigen, welcher unrichtige oder unvollständige Angaben über Art und Menge der beförderten Frachtgüter macht oder die hierüber ausgestellten Ladepapiere nicht vorzeigt. Wegen der Verpflichtung zur Aufbewahrung der zweiten Stüde der Anmeldungen vergl. die Anmerkung auf der Rückseite.

(Rückseite.)

Anmerkung: Die zweiten Stüde der Anmeldungen dienen als Ausweise über die Bezahlung der Schiffsabgaben und sind nicht nur während der Dauer derjenigen Schiffsreise, für welche sie gelöst sind, sondern auch darüber hinaus bis zur Ausfertigung einer neuen Anmeldung aufzubewahren, sofern die neue Schiffsreise innerhalb der Wasserstraßen zwischen Elbe und Ober begonnen wird. Im übrigen sind die zweiten Stüde der Anmeldungen so lange aufzubewahren, bis das Schiff aus jenen Wasserstraßen kommend ostwärts die Ober, nordwärts den mecklenburgischen Theil der Havel und westwärts die Elbe erreicht hat.

Durchfährt ein Schiff ohne Aenderung seiner Ladung mehrere Hebestellen, so ist die zur Entrichtung der Abgaben vom Schiffer aufgestellte Anmeldung für alle diese Hebestellen gültig. Das in den Händen des Schiffers verbleibende, mit dem Stempel der ersten Hebestelle versehene Stüde dieser Anmeldung ist das amtliche Begleit- und Ausweisepapier, auf welches hin die folgenden Hebestellen die tarifmäßigen Gebühren weiter erheben, indem sie auch ihrerseits die Anmeldung mit einem entsprechenden Stempelaufdruck versehen. Die später durchfahrenen Hebestellen haben nur ihr Augenmerk darauf zu richten, daß in der That der Bestand der Ladung unverändert ist. Sind in dieser Beziehung Veränderungen eingetreten, so wird eine neue oder nachträgliche Anmeldung und dementsprechend eine neue Berechnung des Abgabenbetrages erforderlich.

Reiter IV.

III 1900

(Wasserstraßen zwischen Elbe und Ober.)

N. 1/.

**Anmeldung und Entlassung von Schiffsabgaben für ein mit
Grundsteuer eines Fahrgast besetzten Personenschiffes**

1. Schiffseigner: zu
 2. Schiffer: zu
 3. Schiff: Fischbein Nummer

| 4. Abgabenberechnung | |
|--|--|
| Quittungstempel über gezahlte Abgaben | |
| Polizeilich zugelassene Höchstzahl
von Fahrgästen | Die Abgabe beträgt |
| | ohne Vorschleusung M. Pf. mit Vorschleusung M. Pf. |
| Unterschrift des Schiffers:

..... den ten 19..... | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |

Anmerkung: Nach § 1 des Gesetzes vom 2. Mai 1900 werden Hinterziehungen von Schiffsabgaben mit dem 4- bis 20fachen Betrage der hinterzogenen Abgabe bestraft. Diese Strafe trifft insbesondere denjenigen, welcher unrichtige oder unvollständige Angaben über Art und Menge der beförderten Frachtlaster macht oder die hierüber ausgestellten Abgabepapiere nicht vorlegt.

Letter V.

(Wasserstraßen zwischen Elbe und Oder.)

N

17 138144

Anmeldung zur Entrichtung von Schiffsabgaben für einen
Fischerkahn, Fischerboot, Gondel, Bootsfahrzeug oder ähnliches
kleines Schiffsgesäß, welches nicht geeicht oder vermessen ist.

(Unzutreffendes ist zu durchstreichen.)

1. Schiffseigner:
2. Schiffer:
3. Schiff Name oder sonstige Bezeichnung:

[illegible]

Anmerkung: Nach § 1 des Gesetzes vom 2. Mai 1900 werden Hinterziehungen von Schiffsabgaben mit dem 4- bis 20-fachen Betrage der hinterzogenen Abgabe bestraft. Diese Strafe trifft insbesondere denjenigen, welcher unrichtige oder unvollständige Angaben über Art und Menge der Beförderungsgüter macht oder die hierüber ausgehellten Quittungspapiere nicht vorlegt.

Form VI.

(Wasserstraßen zwischen Elbe und Oder.)

Anmeldung zur Entrichtung von Floßereisabgaben.

1. Floßeinrichtung
2. Floßführer:
3. Reiseziel:
4. Oberfläche des Floßes mit Einschluß des Flottwerks qm.
5. Zusammensetzung des Floßes und Abgabeberechnung

| Zusammensetzung des Floßes | Stößen
zu
10 qm | Abgabeberechnung | | | | Quittungsstempel über gezahlte Abgaben | |
|---|-----------------------|-------------------------|-----|------------------------|-----|--|----------------|
| | | ohne
Borchen-
ung | | mit
Borchen-
ung | | Die Abgabe beträgt | |
| | | M. | St. | M. | St. | ohne Borchenung | mit Borchenung |
| Hierfür beschlagenes Holz (Quadrat-
holz) Balken | | | | | | | |
| anderes Holz | | | | | | | |
| Hierfür beschlagenes Holz (Quadrat-
holz) Balken in doppelter oder
mehrfacher Stammlage | | | | | | | |
| anderes Holz in doppelter oder mehr-
facher Stammlage | | | | | | | |
| Zusatz für Stüd beladene
Floßtafel | | | | | | | |
| | zusammen | | | | | | |
| | abgerundet | | | | | | |
| Unterschrift des Floßführers:

....., den ten 19.....

Die Abgabeberechnung hat aufgestellt:

..... | | | | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |

Anmerkung: Nach § 1 des Gesetzes vom 2. Mai 1900 werden Hinterziehungen von Schiffsabgaben mit dem 4- bis 20fachen Betrage der hinterzogenen Abgabe bestraft. Diese Strafe trifft insbesondere denjenigen, welcher unrichtige oder unvollständige Angaben über Art und Menge der beförderten Frachtgüter macht oder die hierfür ausgestellten Ladepapiere nicht vorzeigt.

N.....

Anmeldung zur Entrichtung der Abgaben für Benutzung fiskalischer Ufer zum Ein- und Ausladen.

המחלקה המרכזית לביטחון המדינה, ת"ד 1000, תל אביב-יפו.

1. Schiffseigner: Hochseil aus Hamburg
2. Schiffer: zu
3. Schiff: Fischbeurde Nummer
4. Ort der Ein- oder Ausladung:
5. Ein- Ausladung (Unzutreffendes zu durchstreichen):

[illegible]

Unterschrift des Schiffers:

Die Abgabenberechnung hat aufgestellt:

den . . . ten . . . 19 . . .

Schleusenmeister.

Anmerkung: Nach § 1 des Gesetzes vom 2. Mai, 1900 werden Hinterziehungen von Schiffahrtsgeldern mit dem 4. bis 20.sten Februar der hinführenden Woche bestraft. Diese Strafe trifft insbesondere demnach melcher unrichtige oder unvoll-

(Wasserstraßen zwischen Elbe und Ober.)

הנהגתו של השר לא תהיה כדורא

4.

**Anmeldung zur Entrichtung der Abgaben für Benutzung fiskalischer
Ufer zum Ein- und Ausbringen von Flößen.**

1. Floßeigentümer: du
 2. Floßführer: du
 3. Letzte mit dem Floß durchfahrene Sebestelle: du

- | | | | |
|--|--|--|--------------------------------|
| | | (bei neu eingebrachten Flößen wegfallend.) | |
| 4. Ort des Ein- Ausbringens: | | | |
| | | qm. (Unzutreffendes zu streichen.) | |
| 5. Fläche des ein- ausgebrachten Flößen: | | qm. | (Unzutreffendes zu streichen.) |

Unterschrift des Floßführers:

ten ten 19

6. Die Abgabe berechnet sich für qm
nach dem Einheitsfaze von 4 Pf. für je 10 qm
auf M Pf., abgerundet auf
..... M Pf.

., Schleusenmeister.

7. Stempelvermerk über die Zahlung oder Stundung
der Abgabe:

Bedingungen

für Stundung von Schiffs- und Flößerei-
Abgaben auf den Wasserstraßen zwischen Elbe
und Oder.

§ 1. Stundungsanträge sind an den Regierungs-
präsidenten in Potsdam zu richten.

§ 2. Der Antragsteller hat die unten stehende
Erklärung zu vollziehen und genügende Sicherheit
mindestens für den Betrag der einmonatigen Stun-
dungssumme zu bestellen.

Als Sicherheit werden angenommen:

- a) Forderungen, die in das Reichs- oder in das
Staatsschuldbuch eingetragen sind;
- b) Schuldverschreibungen, welche von dem Deutschen
Reich oder von einem deutschen Bundesstaate
ausgestellt oder gewährleistet sind, sowie die
Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien und
Prioritäts-Obligationen derjenigen Eisenbahnen,
deren Erwerb durch den Preussischen Staat
gesetzlich genehmigt ist, zum vollen Kurswerth,
andere bei der deutschen Reichsbank beleihbare
Werthpapiere, mit Ausnahme von Anerkennt-
nissen über Steuervergütungen, zu den dort
beleihbaren Bruchtheilen des Kurswerthes. Für
den Kurswerth ist der Tageskurs der Börse
zu Berlin maßgebend. Eine Ergänzung der
Sicherheit ist für den Fall vorbehalten, daß
diese in Folge eines Kursrückgangs oder theil-
weiser Inanspruchnahme nicht mehr genügend
Deckung bietet. Den Werthpapieren sind die Er-
neuerungs- und die Zinscheine beizufügen. Den
Stundungsnehmern können nach dem Ermessen
der stundenden Behörde die Zinscheine für
zwei Jahre belassen werden;
- c) Depotscheine der Reichsbank über hinterlegte
verpfändungsfähige (vergl. unter b) Werth-
papiere, wenn gleichzeitig eine Verpfändungs-
urkunde des Antragstellers und eine Aus-
händigungsbescheinigung der Reichsbank nach
Anordnung des Regierungspräsidenten über-
reicht wird;
- d) Wechsel, wenn sie an die stundende Behörde
bei Sicht zahlbar, gezogen und acceptirt sind,
eigene Wechsel nur, wenn sie bei Sicht zahl-
bar und avalirt sind und als Wechselnehmerin
die stundende Behörde bezeichnet ist;
- e) Bürgscheine eines dem Regierungspräsidenten
genehmen größeren, im Deutschen Reiche an-
fässigen Bankhauses;
- f) baares Geld.

Die Sicherheitsbeträge sind bei der Königl. in
Regierungshauptkasse in Potsdam zu hinterlegen.

Die Verwaltung überwacht nicht, ob die ihr
verpfändeten Werthpapiere zur Auszahlung aufge-
rufen, ausgelöst oder gekündigt werden. Der Re-

gierungspräsident behält sich das Recht vor, jeder
Zeit und ohne Angabe von Gründen an Stelle einer
in Wechseln oder Bürgscheinen (d, e) bestellten Sicher-
heit anderweite Sicherheit zu fordern.

§ 3. Die zur Sicherheit übergebenen Werth-
papiere werden als Faustpfand bestellt. Der Re-
gierungspräsident ist befugt, wenn der Stundungs-
nehmer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, zur
Schadloshaltung der Staatskasse die Werthpapiere
auf dem einfachsten Wege außergerichtlich zu ver-
äußern und sich aus dem Erlöse in der Höhe der
von der betreffenden Hebestelle angegebenen Summe
nebst Verzugszinsen zu befriedigen. Das hinterlegte
bare Geld geht in das Eigenthum der Verwaltung
über und wird nicht verzinst.

§ 4. Die Stundungskonten werden monatlich
abgeschlossen und festgestellt. Die Zahlung der ge-
stundeten Beträge muß bis zum 10. des auf den
Ablauf der Stundungsfrist folgenden Monats bei
der Königl. Regierungshauptkasse in Potsdam
erfolgen. Geschieht die Zahlung später, so ist der
Stundungsnehmer schuldig, vom vorbezeichneten
Tage ab vier vom Hundert Verzugszinsen bis
zum Zahlungstage zu zahlen. Zinsbeträge von
weniger als 1 Mk. bleiben jedoch außer Ansatz, wenn
die Zahlung innerhalb der nächsten drei Kalender-
tage an die Königl. Regierungshauptkasse in
Potsdam erfolgt.

§ 5. Das Stundungsverhältniß kann beiderseits
jeder Zeit ohne Angabe von Gründen aufgehoben
werden. Der Regierungspräsident ist jedoch zur
Herausgabe der hinterlegten Sicherheit erst dann
verpflichtet, wenn verwaltungsseitig festgestellt ist,
daß dem Stundungsnehmer aus dem Stundungs-
verhältniß herrührende Verbindlichkeiten nicht mehr
obliegen.

Die Stempelposten fallen dem Stundungsnehmer
nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zur
Last.

Indem ich die vorstehenden Bedingungen, von
welchen ich einen Abdruck empfangen habe, durch
meine Unterschrift annehme, beantrage ich hiermit
vom bei den Hebestellen
ab mir eine einmonatige Stundung der Schiffs- und
Flößereiabgaben in Höhe von
. bei den Hebestellen zu
. zu gewähren.

Als Sicherheit werde ich hinterlegen:

1.
2.
3.

., den 19

1. The first step in the process of the investigation is the identification of the problem. This is done by the investigator who is responsible for the study. The investigator must first identify the problem and then determine the scope of the study. The next step is to design the study. This involves determining the research objectives, the research questions, and the research methods. The third step is to collect data. This involves gathering information from the subjects of the study. The fourth step is to analyze the data. This involves interpreting the results of the study. The final step is to report the results. This involves writing a report that summarizes the findings of the study.

1. The first step in the process is to identify the problem or issue that needs to be addressed. This involves gathering information and understanding the context of the problem.

[illegible]

The authors thank the following people for their assistance in the collection of data: J. A. B. de Vries, M. G. van den Brink, H. C. van der Wal, and W. J. P. van der Wal.

1. The first step in the process of the investigation is the identification of the problem. This is done by the investigator who is responsible for the study. The investigator must first identify the problem that is being studied. This is done by the investigator who is responsible for the study. The investigator must first identify the problem that is being studied. This is done by the investigator who is responsible for the study.

1970-1971, 1971-1972, 1972-1973, 1973-1974, 1974-1975, 1975-1976, 1976-1977, 1977-1978, 1978-1979, 1979-1980, 1980-1981, 1981-1982, 1982-1983, 1983-1984, 1984-1985, 1985-1986, 1986-1987, 1987-1988, 1988-1989, 1989-1990, 1990-1991, 1991-1992, 1992-1993, 1993-1994, 1994-1995, 1995-1996, 1996-1997, 1997-1998, 1998-1999, 1999-2000, 2000-2001, 2001-2002, 2002-2003, 2003-2004, 2004-2005, 2005-2006, 2006-2007, 2007-2008, 2008-2009, 2009-2010, 2010-2011, 2011-2012, 2012-2013, 2013-2014, 2014-2015, 2015-2016, 2016-2017, 2017-2018, 2018-2019, 2019-2020, 2020-2021, 2021-2022, 2022-2023, 2023-2024, 2024-2025, 2025-2026, 2026-2027, 2027-2028, 2028-2029, 2029-2030, 2030-2031, 2031-2032, 2032-2033, 2033-2034, 2034-2035, 2035-2036, 2036-2037, 2037-2038, 2038-2039, 2039-2040, 2040-2041, 2041-2042, 2042-2043, 2043-2044, 2044-2045, 2045-2046, 2046-2047, 2047-2048, 2048-2049, 2049-2050, 2050-2051, 2051-2052, 2052-2053, 2053-2054, 2054-2055, 2055-2056, 2056-2057, 2057-2058, 2058-2059, 2059-2060, 2060-2061, 2061-2062, 2062-2063, 2063-2064, 2064-2065, 2065-2066, 2066-2067, 2067-2068, 2068-2069, 2069-2070, 2070-2071, 2071-2072, 2072-2073, 2073-2074, 2074-2075, 2075-2076, 2076-2077, 2077-2078, 2078-2079, 2079-2080, 2080-2081, 2081-2082, 2082-2083, 2083-2084, 2084-2085, 2085-2086, 2086-2087, 2087-2088, 2088-2089, 2089-2090, 2090-2091, 2091-2092, 2092-2093, 2093-2094, 2094-2095, 2095-2096, 2096-2097, 2097-2098, 2098-2099, 2099-2100, 2100-2101, 2101-2102, 2102-2103, 2103-2104, 2104-2105, 2105-2106, 2106-2107, 2107-2108, 2108-2109, 2109-2110, 2110-2111, 2111-2112, 2112-2113, 2113-2114, 2114-2115, 2115-2116, 2116-2117, 2117-2118, 2118-2119, 2119-2120, 2120-2121, 2121-2122, 2122-2123, 2123-2124, 2124-2125, 2125-2126, 2126-2127, 2127-2128, 2128-2129, 2129-2130, 2130-2131, 2131-2132, 2132-2133, 2133-2134, 2134-2135, 2135-2136, 2136-2137, 2137-2138, 2138-2139, 2139-2140, 2140-2141, 2141-2142, 2142-2143, 2143-2144, 2144-2145, 2145-2146, 2146-2147, 2147-2148, 2148-2149, 2149-2150, 2150-2151, 2151-2152, 2152-2153, 2153-2154, 2154-2155, 2155-2156, 2156-2157, 2157-2158, 2158-2159, 2159-2160, 2160-2161, 2161-2162, 2162-2163, 2163-2164, 2164-2165, 2165-2166, 2166-2167, 2167-2168, 2168-2169, 2169-2170, 2170-2171, 2171-2172, 2172-2173, 2173-2174, 2174-2175, 2175-2176, 2176-2177, 2177-2178, 2178-2179, 2179-2180, 2180-2181, 2181-2182, 2182-2183, 2183-2184, 2184-2185, 2185-2186, 2186-2187, 2187-2188, 2188-2189, 2189-2190, 2190-2191, 2191-2192, 2192-2193, 2193-2194, 2194-2195, 2195-2196, 2196-2197, 2197-2198, 2198-2199, 2199-2200, 2200-2201, 2201-2202, 2202-2203, 2203-2204, 2204-2205, 2205-2206, 2206-2207, 2207-2208, 2208-2209, 2209-2210, 2210-2211, 2211-2212, 2212-2213, 2213-2214, 2214-2215, 2215-2216, 2216-2217, 2217-2218, 2218-2219, 2219-2220, 2220-2221, 2221-2222, 2222-2223, 2223-2224, 2224-2225, 2225-2226, 2226-2227, 2227-2228, 2228-2229, 2229-2230, 2230-2231, 2231-2232, 2232-2233, 2233-2234, 2234-2235, 2235-2236, 2236-2237, 2237-2238, 2238-2239, 2239-2240, 2240-2241, 2241-2242, 2242-2243, 2243-2244, 2244-2245, 2245-2246, 2246-2247, 2247-2248, 2248-2249, 2249-2250, 2250-2251, 2251-2252, 2252-2253, 2253-2254, 2254-2255, 2255-2256, 2256-2257, 2257-2258, 2258-2259, 2259-2260, 2260-2261, 2261-2262, 2262-2263, 2263-2264, 2264-2265, 2265-2266, 2266-2267, 2267-2268, 2268-2269, 2269-2270, 2270-2271, 2271-2272, 2272-2273, 2273-2274, 2274-2275, 2275-2276, 2276-2277, 2277-2278, 2278-2279, 2279-2280, 2280-2281, 2281-2282, 2282-2283, 2283-2284, 2284-2285, 2285-2286, 2286-2287, 2287-2288, 2288-2289, 2289-2290, 2290-2291, 2291-2292, 2292-2293, 2293-2294, 2294-2295, 2295-2296, 2296-2297, 2297-2298, 2298-2299, 2299-2300, 2300-2301, 2301-2302, 2302-2303, 2303-2304, 2304-2305, 2305-2306, 2306-2307, 2307-2308, 2308-2309, 2309-2310, 2310-2311, 2311-2312, 2312-2313, 2313-2314, 2314-2315, 2315-2316, 2316-2317, 2317-2318, 2318-2319, 2319-2320, 2320-2321, 2321-2322, 2322-2323, 2323-2324, 2324-2325, 2325-2326, 2326-2327, 2327-2328, 2328-2329, 2329-2330, 2330-2331, 2331-2332, 2332-2333, 2333-2334, 2334-2335, 2335-2336, 2336-2337, 2337-2338, 2338-2339, 2339-2340, 2340-2341, 2341-2342, 23

Zweite Beilage

zum 50sten Stück des Amtsblatts

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 12. Dezember 1902.

Geschäfts-Anweisung

für

die katholischen Kirchenvorstände und Gemeindevertretungen in der Provinz Brandenburg.

Auf Grund der §§ 42 und 44 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden erteile ich im Einvernehmen mit dem Herrn Kardinal Fürstbischof von Breslau unter Aufhebung der Geschäftsanweisung vom 10. Juni 1879 und der dazu ergangenen Abänderungen und Ergänzungen vom 21. Oktober 1880, 15. November 1894 und 18. August 1900 für die katholischen Kirchenvorstände und Gemeindevertretungen in der Provinz Brandenburg folgende Geschäftsanweisung:

I. Allgemeine Bestimmungen.

(Zu den §§ 13 bis 19, 22 bis 24, 31 und 33 des Gesetzes vom 20. Juni 1875.)

Artikel 1.

Funktionen des Vorsitzenden.

I. Den Vorsitzenden des Kirchenvorstandes bezw. der Gemeindevertretung liegt es, abgesehen von den ihnen durch das Gesetz vom 20. Juni 1875 und diese Anweisung übertragenen sonstigen Dienstgeschäften ob:

1. den Kirchenvorstand, bezw. die Gemeindevertretung in den gesetzlich vorgesehenen Fällen zu berufen. Die Berufung muß spätestens an dem der Sitzung vorhergehenden Tage unter Angabe des Ortes und der Zeit der Versammlung sowie der zur Berathung gelangenden Gegenstände schriftlich bezw. durch Kurrende erfolgen.

Zu den Sitzungen der Gemeindevertretung ist der Vorsitzende des Kirchenvorstandes in gleicher Weise einzuladen.

2. in den Sitzungen die Verhandlung zu leiten, die Reihenfolge der Berathungsgegenstände und der Abstimmungen festzusetzen, für die Protokollführung durch ein Mitglied zu sorgen und wegen der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung das Erforderliche zu veranlassen.

3. die ordnungsmäßige Aufzeichnung der gefaßten Beschlüsse in das Protokollbuch herbeizuführen.

Die Protokolle sind außer von dem Schriftführer von dem Vorsitzenden zu unterzeichnen.

Wird bei den Sitzungen ausnahmsweise ein der Versammlung nicht angehöriger Schriftführer zugezogen, so ist das Protokoll außer von dem Vorsitzenden und dem Schriftführer noch weiter von mindestens einem Mitgliede der Versammlung

II. Der Vorsitzende des Kirchenvorstandes hat das Amtssiegel zu führen und aufzubewahren.

III. Der Vorsitzende der Gemeindevertretung hat dafür Sorge zu tragen, daß dem Kirchenvorstande innerhalb 8 Tagen nach jeder Sitzung der Gemeindevertretung die von der letztern gefaßten Beschlüsse in einer von dem Vorsitzenden und zwei Gemeindevertretern unterzeichneten Abschrift zugefertigt werden.

Artikel 2.

Geschäftsvertheilung. Ausfertigung.

Der Vorsitzende hat für den ordnungsmäßigen Fortgang der Geschäfte des Kirchenvorstandes bezw. der Gemeindevertretung, für die erforderliche Vorbereitung der Berathungsgegenstände sowie für die Ausführung der Beschlüsse Sorge zu tragen. Er kann dabei die Mitwirkung der übrigen Mitglieder in Anspruch nehmen.

Der Vorsitzende bestimmt die Geschäftsvertheilung. Schriftliche Willenserklärungen des Kirchenvorstandes, welche die Gemeinde und die von dem Kirchenvorstande vertretenen Vermögensmassen verpflichten sollen, bedürfen der Unterschriften des Vorsitzenden und zweier weiterer Mitglieder des Kirchenvorstandes, sowie der Beibringung des Amtssiegels. Für alle sonstigen Ausfertigungen des Kirchenvorstandes und der Gemeindevertretung genügt die Unterschrift des Vorsitzenden.

Berichte und Eingaben an die Aufsichtsbehörden sind auf gebrochenen Bogen mittleren Formats zu schreiben, welche rechts oben das Datum, links oben die Inhaltsangabe und Journal-Nummer der Verfügung zu tragen haben, auf welche sie sich beziehen. Verschiedene Gegenstände müssen in besonderen Eingaben behandelt werden.

Artikel 3.

Amtsverschwiegenheit.

Die Mitglieder des Kirchenvorstandes bezw. der Gemeindevertretung sind verpflichtet, über Angelegenheiten, welche von der staatlichen oder kirchlichen Aufsichtsbehörde unter gegenseitigem Einverständnis oder durch ausdrücklichen Beschluß der Versammlung als vertraulich bezeichnet werden, Verschwiegenheit zu beachten.

Artikel 4.

Versammlungsort.

Die Bestimmung des regelmäßigen Lokals für die Sitzungen bleibt der Beschlußfassung des Kirchenvorstandes bezw. der Gemeindevertretung vorbehalten.

Ausnahmsweise kann der Vorsitzende, wenn er aus bringenden Gründen die Abhaltung einer Sitzung im regelmäßigen Sitzungsorte für unthunlich erachtet, unter kurzer Angabe des Grundes die Sitzung in einem

Auch in solchem Falle sind die Kirchenvorsteher bezw. Gemeindevertreter verpflichtet, der Einladung Folge zu leisten.

Die Abhaltung der Kirchenvorstandssitzungen in Wirthshäusern ist unzulässig. Auch die Gemeindevertretungen dürfen ihre regelmäßigen Sitzungen ohne Genehmigung der kirchlichen Aufsichtsbehörde in Wirthshäusern nicht abhalten. Die Abhaltung der Sitzungen im Pfarrhause ist nur mit Zustimmung des Pfarrers zulässig.

Falls durch Beschluß des Kirchenvorstandes regelmäßige Sitzungstage festgesetzt werden (§ 13 des Gesetzes), so muß in jedem Monat wenigstens eine regelmäßige Sitzung stattfinden. Auch zu diesen regelmäßigen Sitzungen sind die Einladungen den Mitgliedern des Kirchenvorstandes, wenn der Beschluß der Zustimmung der Gemeindevertretung bedarf, schriftlich unter Angabe des Gegenstandes spätestens den Tag vor der Sitzung zuzustellen. (§ 18 des Gesetzes.)

Artikel 5.

Registratur.

Der Kirchenvorstand hat für die sorgfältige Aufbewahrung sämmtlicher Akten und Dokumente, welche sich auf die ihm obliegende Vermögensverwaltung beziehen, in einem geeigneten, sichern und trockenen Lokale Sorge zu tragen.

Dem Vorsitzenden liegt es ob, die eingehenden Schriftstücke zu den betreffenden Akten zu bringen und ist er hierfür sowie für die ordnungsmäßige Verwaltung der Registratur verantwortlich.

Artikel 6.

Beschlußfähigkeit.

Wenn zu einer gehörig berufenen Sitzung die Mitglieder des Kirchenvorstandes bezw. der Gemeindevertretung nicht in beschlußfähiger Anzahl erschienen sind, so hat der Vorsitzende unter Hinweis auf die §§ 37, 38 und 46 des Gesetzes die Mitglieder nochmals zu einer zweiten Sitzung ordnungsmäßig vorzuladen. Erscheinen auch dann die Lehteren nicht in beschlußfähiger Anzahl, so ist sowohl der bischöflichen Behörde als dem Regierungspräsidenten hiervon durch den Vorsitzenden Anzeige zu machen.

Artikel 7.

Wahlen.

Der Vorsitzende des Kirchenvorstandes ist dafür verantwortlich, daß die Wahlen rechtzeitig vorgenommen werden.

Nach jeder Neuwahl ist binnen 8 Tagen ein Verzeichniß sämmtlicher Kirchenvorsteher unter Angabe der Zeit ihrer Wahl zu fertigen und dem Protokollbuche vorzulegen.

Gleichzeitig hat der Vorsitzende je eine Abschrift dieses Verzeichnisses der bischöflichen Behörde und dem Regierungspräsidenten, Lehterem durch Vermittelung des Kreislandraths, einzureichen.

Eine weitere Abschrift ist innerhalb derselben Frist von dem Vorsitzenden des Kirchenvorstandes dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung zur Aufbewahrung bei

dem Protokollbuche der Lehteren mitzutheilen. Auf die Art der Abstimmung bei den nach § 34 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 von der Gemeindevertretung vorzunehmenden Erstwahlen finden die Vorschriften der im § 30 daselbst erwähnten Wahlordnung entsprechende Anwendung.

Das Ergebnis der Erstwahlen ist der bischöflichen Behörde und dem Regierungspräsidenten binnen 8 Tagen mitzutheilen.

Auf Kirchenvorstände, welche etwa in Gemäßheit des § 38 des Gesetzes aufgelöst werden sollten, finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung. In solchen Fällen wird vielmehr die erforderliche Anordnung wegen der Neuwahlen von Aufsidtswegen erlassen werden.

Neu eintretende Kirchenvorsteher und Gemeindevertreter sind durch den Vorsitzenden des Kirchenvorstandes bezw. der Gemeindevertretung in der ersten Sitzung, an welcher sie theilnehmen, vor dem Eintritt in die Geschäfte in ihr Amt einzuführen und auf treue Erfüllung ihrer Obliegenheiten mittels Handschlages zu verpflichten. (§ 31 des Gesetzes.)

II. Besondere Bestimmungen bezüglich der Vermögens-Verwaltung.

A. Inventarium.

(Zu § 11 des Gesetzes vom 20. Juni 1875.)

Artikel 8.

Inventarium.

Das Inventar-Verzeichniß ist die Grundlage des Voranschlags und der gesammten dem Kirchenvorstande obliegenden Vermögensverwaltung. Auf die Aufstellung, Vollständigkeit und fortlaufende Richtighaltung desselben ist daher besondere Sorgfalt zu verwenden.

In das Verzeichniß des Inventars sind alle zum kirchlichen Vermögen gehörenden und der Verwaltung des Kirchenvorstandes unterliegenden unbeweglichen und beweglichen Vermögensstücke (§§ 3 und 8 des Gesetzes vom 20. Juni 1875) in übersichtlicher Form einzutragen und muß dasselbe eine besondere Abtheilung für jede Art der vorhandenen Vermögensmassen enthalten.

In dem Inventar-Verzeichnisse ist bei jedem Gebäude und Grundstücke anzugeben, in welcher Weise dasselbe nutzbar gemacht, ob es verpachtet ist, als Dienstgrundstück dient u. s. w.

In dem Verzeichnisse des Inventars sind auch solche Vermögensstücke aufzuführen, welche einen Ertrag nicht ergeben oder deren Nutzungen nicht durch die Rechnungen laufen. Ebenso müssen alle Schulden und Vasten im Inventar-Verzeichniß angegeben werden, und zwar die Schulden unter Bezeichnung der Schuldsomme, des Zinsfußes, des Gläubigers und der Art des Schuldbokuments.

Wo ein besonderer Kirchenbaufond, Pfarrhausbaufond oder Kisterei- bezw. Organistereihausfond oder ein der Verwaltung des Kirchen- und nicht eines besonderen Kapellenvorstandes unterstehendes Kapellenvermögen vorhanden ist, müssen dieselben im Inventar-Verzeichniß unter besonderem Titel aufgeführt und specialisiert werden.

Das Verzeichniß des Inventars ist nach dem sub Anlage I beigefügten Formular zu fertigen.

Das Inventar-Verzeichniß ist in einem festen Umschlage aufzubewahren.

Artikel 9.

Die Aufstellung des Inventar-Verzeichnisses erfolgt zunächst durch den Vorsitzenden des Kirchenvorstandes unter Zugiehung des rechnungsführenden Kirchenvorstehers bezw. besonderen Rendanten.

Nach der Fertigstellung wird dasselbe dem gesammten Kirchenvorstande vorgelegt. Etwaige Erinnerungen sind zu erledigen.

Jeder Artikel des Inventar-Verzeichnisses ist durch unmittelbar unter der letzten Eintragung zu ziehende Linie abzuschließen; spätere Veränderungsmerkmale sind unterhalb derselben einzutragen. Am Schlusse des Inventar-Verzeichnisses ist die Richtigkeit und Vollständigkeit desselben vom Kirchenvorstande zu bescheinigen und diese Bescheinigung unter Hinweis auf den Beschluß des Kirchenvorstandes, durch welchen die Richtigkeit des Verzeichnisses des Inventars anerkannt ist, von dem Vorsitzenden und zwei anderen Mitgliedern des Kirchenvorstandes unter Beidrückung des Amtsiegels zu unterschreiben.

Insofern durch die erste Aufstellung bezw. die zweckentsprechende Umarbeitung des Inventar-Verzeichnisses Kosten entstehen, sind dieselben auf die Kirchenkasse zu übernehmen.

Artikel 10.

Das Verzeichniß des Inventars ist der bischöflichen Behörde zur Einsicht vorzulegen. Die Behörde theilt dasselbe mit seinen Bemerkungen dem Regierungspräsidenten zur Kenntnissnahme mit. Die von den Aufsichtsbehörden in gegenseitigem Einvernehmen gegen das Inventar-Verzeichniß gezogenen Erinnerungen hat der Kirchenvorstand zu erledigen.

Artikel 11.

Jede später in dem Vermögensstande eintretende Veränderung muß sofort an der betreffenden Stelle im Verzeichniß des Inventars eingetragen und die bezüglich derselben herbeizuführende Anerkennung des Kirchenvorstandes nebst dem Datum der betreffenden Verhandlung dabei bemerkt werden.

Für die richtige Fortführung des Inventar-Verzeichnisses ist der Vorsitzende des Kirchenvorstandes zunächst verantwortlich.

Sowohl der kirchlichen als der staatlichen Aufsichtsbehörde ist das Verzeichniß des Inventars auf Verlangen jederzeit einzureichen.

Artikel 12.

Außerordentliche Revision des Inventar-Verzeichnisses.

Eine außerordentliche Revision des Verzeichnisses des Inventars ist von dem Kirchenvorstande vorzunehmen, wenn eine Veränderung in den Mitgliedern des Kirchenvorstandes oder in der Person des Rechnungsführers eines Fonds eintritt, dessen Vermögen Bestandtheil des Inventariums ist. Dabei ist zugleich die Sicherheit der ausstehenden Crediten des Kirchenvorstandes zu berücksichtigen.

fürten Inhaberpapiere, die ordnungsmäßige Versicherung der Gebäude und alles dasjenige zu prüfen, was zur ordnungsmäßigen Sicherung und Erhaltung des vom Kirchenvorstande verwalteten Vermögens gehört.

B. Voranschlag.

(§§ 11, 21, Nr. 12, 52, 53 des Gesetzes vom 20. Juni 1875.)

Artikel 13.

Rechnungsjahr.

Als Rechnungsjahr für die kirchliche Vermögensverwaltung gilt das Kalenderjahr.

Nachdem indeß durch § 1 des Gesetzes vom 29. Juni 1876 (Gesetz-Sammlung S. 177) das Etatsjahr für den Staatshaushalt vom 1. April 1877 ab in der Art verlegt ist, daß dasselbe mit dem 1. April beginnt und mit dem 31. März jedes Jahres schließt, bleibt dem Kirchenvorstande, überlassen, mit Zustimmung der Gemeindevertretung, auch für den Haushalt der Kirchengemeinde das veränderte Etatsjahr durch Beschluß anzunehmen, oder, wo dieses schon geschehen ist, beizubehalten.

Artikel 14.

Einreichung des Voranschlages.

Als zum 1. November jedes Jahres ist der für das nächste Rechnungsjahr bestimmte Voranschlag (Etat) durch den Kirchenvorstand aufzustellen. Der Aufstellung ist ein durch den Rechnungsführer (Kirchenvorsteher bezw. Rendanten) im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden zu fertigender Entwurf zu Grunde zu legen. Ist eine mehrjährige Voranschlagsperiode, die jedoch nicht über drei Jahre ausgedehnt werden darf, mit Zustimmung der Gemeindevertretung (§ 21, Nr. 12 des Gesetzes) beschloffen, so verfolgt die Aufstellung durch den Kirchenvorstand bis zum 1. November des letzten Jahres dieser Voranschlagsperiode.

Der von dem Kirchenvorstande aufgestellte Voranschlag ist bis zum 20. November von der Gemeindevertretung festzustellen. Nach dieser Feststellung ist der Voranschlag gemäß § 21 (Schlußsatz) auf zwei Wochen zur Einsicht der Gemeindeglieder nach vorgängiger ortsüblicher Bekanntmachung öffentlich auszuliegen.

Sobann ist der Voranschlag in zwei Exemplaren nebst etwaigen Kostenanschlägen für Bauten und sonstigem Zubehör bis zum 10. Dezember der bischöflichen Behörde einzureichen, welche ihn der staatlichen Aufsichtsbehörde mittheilt.

Die vorbezeichneten Termine werden für diejenigen Kirchengemeinden, in denen das veränderte Rechnungsjahr nach Artikel 15 (Abs. 2) angenommen ist, um je drei Monate hinausgeschoben. Es tritt also an Stelle des 1. und 20. November der 1. und 20. Februar, an die Stelle des 10. Dezember der 10. März des nächstfolgenden Kalenderjahres.

Auf Erfordern ist der Voranschlag, auch im Laufe des Rechnungsjahres der staatlichen Aufsichtsbehörde jederzeit vorzulegen.

Artikel 15.

Einrichtung des Voranschlages.

Der Voranschlag muß bis zu bestimmten Einnahmen

und Ausgaben, nach Titeln geordnet, speziell ersichtlich machen.

Werden die Einnahmen durch die Ausgaben überschritten, so muß das Fehlende — falls nicht ausnahmsweise die Aufnahme einer Anleihe beschlossen und genehmigt wird — durch Umlage auf die Gemeindeglieder aufgebracht werden. In diesem Falle ist der Ertrag der Umlage in die Einlage des Voranschlags einzustellen und gleichzeitig in den Vorbemerkungen der Vertheilungsmaßstab anzugeben, nach welchem die Umlagen aufgebracht werden sollen.

Voranschläge, in denen die Aufbringung von Gemeinde-Umlagen vorgesehen ist, müssen außerdem in den Vorbemerkungen den Betrag der von Gemeindegliedern aufzubringenden direkten Stadtsteuern ersichtlich machen, und falls die Umlagen nach dem Maßstabe besonderer Kommunalsteuern aufgebracht werden sollen, auch den Betrag dieser von den Gemeindegliedern aufzubringenden Kommunalsteuern.

Anliegendes Formular für den Voranschlag wird empfohlen (Anlage II).

C. Kassenverwaltung und Rechnungsführung.
(§§ 8 bis 10, 11, 21, Nr. 13, 54 des Gesetzes vom 20. Juni 1875.)

Artikel 16.

Verantwortlichkeit der Kirchenvorsteher.

Die nach § 8 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 dem Kirchenvorstande obliegende Vermögensverwaltung ist von den Mitgliedern desselben gemeinschaftlich wahrzunehmen, soweit nicht die Kassenverwaltung und die Rechnungsführung in Gemäßheit des § 10 des Gesetzes einem Kirchenvorsteher oder einem besonderen Rechnungsführer (Rendanten) übertragen ist. Der Kirchenvorstand ist jedoch auch in diesem Falle verpflichtet, die Geschäftsführung des rechnungsführenden Kirchenvorstehers bezw. des Rendanten sorgfältig zu beaufsichtigen, die Beachtung der dem Letzteren erteilten Anweisungen zu überwachen und wahrgenommene Unregelmäßigkeiten abzustellen. Insofern ist der Kirchenvorstand für die Handlungen und Unterlassungen des rechnungsführenden Kirchenvorstehers bezw. des Rendanten wie für seine eignen verantwortlich.

Artikel 17.

Stellung des Rechnungsführers (Rendanten).

Der rechnungsführende Kirchenvorsteher wird von dem Vorsitzenden des Kirchenvorstandes in sein Amt eingeführt, der etwa angestellte besondere Rendant wird von demselben mittels Handschlags auf die getreue und gewissenhafte Erfüllung seiner Dienstobliegenheiten verpflichtet.

Dem rechnungsführenden Kirchenvorsteher bezw. dem Rendanten liegt ob:

1. die Erhebung sämtlicher Einnahmen und Einkünfte der Kirche und der mit derselben verbundenen geistlichen Stellen, soweit die Einkünfte der Letzteren nicht dem jeweiligen Inhaber zufließen und von diesem zu erheben sind, sowie die Erhebung der

Einnahmen und Einkünfte aller der Verwaltung des Kirchenvorstandes unterliegenden sonstigen Anstalten, Stiftungen und Fonds und die sofortige Abführung der erhobenen Beträge an die Kasse,

2. die Leistung der Ausgaben dieser Institute, beides nach Maßgabe des Voranschlags und der Anweisungen des Vorsitzenden des Kirchenvorstandes (vergl. Art. 20),
3. die Führung der Kassenbücher (des Journals, des Verzeichnisses der Wertpapiere, des Porto- und Kollektiverzeichnisses und event. des Manuals) sowie die Beschaffung, Aufbewahrung und Ordnung der Rechnungsbelege. Bei größeren Positionen ist die Nothwendigkeit und die Höhe der Kosten durch Kostenanschläge darzuthun, das Gleiche gilt von ganz neuen Nummern,
4. die Entwerfung des Inventar-Verzeichnisses und des Voranschlags (vergl. Art. 9 und 14),
5. die Aufstellung der Jahres-Rechnung und die Erledigung der gegen dieselbe gezogenen Erinnerungen,
6. die Mitwirkung bei allen Verwaltungsgeschäften des Kirchenvorstandes, welche auf das Kassen- und Rechnungswesen Bezug haben,
7. die Kontrolle der Auslösung von Wertpapieren, für deren sorgfältige Beachtung neben dem Rechnungsführer insbesondere auch der Vorsitzende des Kirchenvorstandes verantwortlich ist.

Die Genannten haben zu diesem Behufe insbesondere die in den Regierungs-Amtsblättern erscheinenden Auslosungs- und Ründungsverzeichnisse regelmäßig durchzusehen.

Artikel 18.

Kautions des Rechnungsführers.

Ob und eventuell in welcher Höhe der rechnungsführende Kirchenvorsteher bezw. der Rendant eine Sicherheit zu bestellen hat, hängt von dem pflichtmäßigen Ermessen des Kirchenvorstandes ab.

Eine solche Kautions ist zu bestellen, sobald dies von der bischöflichen Behörde oder dem Ober-Präsidenten unter gegenseitigem Einvernehmen für erforderlich erachtet wird.

Artikel 19.

Kassenbücher.

In jeder Gemeinde ist über die kirchliche Kassenverwaltung ein Kassenbuch (Journal) zu führen, in welches alle Einnahmen und Ausgaben nach chronologischer Reihenfolge, sofort nachdem sie stattgefunden, von dem Rechnungsführer einzutragen sind. Als Muster dienen die beigelegten Formulare. Anlagen III und IV.

Außerdem hat der rechnungsführende Kirchenvorsteher bezw. Rendant über alle geldwerthen, auf den Inhaber lautenden Papiere ein Verzeichniß aufzustellen und pünktlich fortzuführen, welches an einem von der Kasse getrennten Orte (bei dem Vorsitzenden des Kirchenvorstandes oder einem anderen Mitgliede des Letzteren) aufbewahrt wird.

Artikel 20.

Anweisungen. Statsüberschreitungen.

Der rechnungsführende Kirchenvorsteher bezw. Rendant hat ohne besondere Anweisung nur solche Einnahmen anzunehmen und nur solche Ausgaben zu leisten, deren fester Betrag sich aus dem Boranschlage mit Sicherheit ergibt (z. B. Gehälter, Zinsen, Renten, Pachtgelder und dergleichen). Alle anderen Einnahmen und Ausgaben dagegen, deren Betrag nur überschläglich oder gar nicht in dem Boranschlage enthalten ist, dürfen nur auf Grund besonderer Anweisung des Vorsitzenden des Kirchenvorstandes erhoben oder gezahlt werden.

Auszahlungen dürfen nur gegen Ausstellung einer ordnungsmäßigen Quittung Seitens des Empfangsberechtigten erfolgen, wobei der quittirte Betrag in Buchstaben anzugeben ist.

Jede Quittung muß Datum, Ort und Grund der Zahlung genau ergeben und von dem Empfänger unterschrieben unter Angabe des Namens, Vornamens, Standes und Wohnortes vollzogen werden.

Auszahlungen dürfen bis zum Betrage von 800 Mk. im Wege des Postanweisungsverkehrs bewirkt werden. Der Posteinlieferungsschein wird als gültiger Rechnungsbetrag angesehen.

Ist der Empfänger des Schreibens unkundig, so muß ein glaubwürdiger Schriftzeuge zugezogen werden, der die richtig erfolgte Zahlung und die Unterzeichnung der Quittung durch den Empfangsberechtigten als in seiner Gegenwart geschehen durch Namensunterschrift unter Beifügung des Vornamens, Standes und Wohnortes zu befinden hat.

Die Quittungen und Posteinlieferungsscheine sind sorgfältig aufzubewahren.

Sobald aus der Vergleichung des Boranschlages mit dem Kassenbuche bezw. Manual sich ergibt, daß durch eine Ausgabe die betreffende Position des Boranschlages überschritten werden wird, hat der Rechnungsführer den Vorsitzenden behufs Herbeiführung der erforderlichen Beschlüsse des Kirchenvorstandes und der Gemeindevertretung hierauf aufmerksam zu machen.

Alle von dem Vorsitzenden ausgestellten Anweisungen werden der Jahresrechnung (zugleich mit den Quittungen) als Beläge beigelegt.

Die Ausgabe-Positionen des festgesetzten Stats dürfen ohne besondere Genehmigung des Patronats und der bischöflichen Behörde niemals überschritten werden, und müssen für eine solche Ueberschreitung ausreichende Gründe, jedoch vor erfolgter Statsüberschreitung, angebracht werden.

Artikel 21.

Kontroll-Verzeichniß des Vorsitzenden.

Der Vorsitzende des Kirchenvorstandes führt ein fortlaufendes Verzeichniß, in welches er alle von ihm ertheilten Einnahme-Anweisungen der Zeitfolge nach einträgt.

Artikel 22.

Revision der Kasse.

Mindestens einmal im Jahre hat der Vorsitzende des Kirchenvorstandes in Gemeinschaft mit einem hierzu von

dem Kirchenvorstande zu erwählenden Mitgliede die Kasse untermüßet zu revidiren. Es ist dabei insbesondere darauf zu sehen, ob die gesammte Kassenverwaltung ordnungsmäßig geführt wird und ob der vorhandene Kassenbestand mit derjenigen Summe übereinstimmt, welche sich durch Abrechnung der gesammten Ausgabe von der Einnahme nach dem Kassenbuche ergibt. Dabei ist auch die Vollständigkeit und Richtigkeit der Eintragungen, insbesondere der Einnahmen unter Vergleichung der eingetragenen Posten mit den Belägen und unter Benutzung des nach Artikel 21 zu führenden Kontrollverzeichnisses zu prüfen.

Ueber die Revision ist eine Verhandlung aufzunehmen, welche das Ergebniß ersichtlich macht. Für dieses Kassenrevisionsprotokoll ist das in Anlage V enthaltene Schema zur Benutzung geeignet.

Dieselbe ist, wie aus anliegendem Schema ersichtlich, von dem rechnungsführenden Kirchenvorsteher bezw. dem Rendanten zu unterschreiben, von den beiden Revisoren zu vollziehen und sodann der bischöflichen Behörde einzureichen.

Die Revision hat sich auch auf das vom Rechnungsführer zu führende Verzeichniß der Werthpapiere zu erstrecken, und es muß dabei festgestellt werden, ob die Werthpapiere richtig verzeichnet und sämmtlich vorhanden sind, sowie ob Auslosungen derselben stattgefunden haben, bezw. was etwa insolge dessen wegen der Realisirung noch zu veranlassen ist.

Es bleibt dem Beschlusse des Kirchenvorstandes überlassen, ob weitere, namentlich auch regelmäßig wiederkehrende Kassenrevisionen abzuhalten sind.

Außerdem sind der Erzpriester und der Patron jederzeit berechtigt, eine außerordentliche Kassenrevision vorzunehmen.

Artikel 23.

Aufbewahrung der Kasse.

Nr. 1. Die Kasse ist mit Zustimmung des Kirchenpatronats und Genehmigung der bischöflichen Behörde entweder in der Kirche oder im Pfarrhause oder an einem anderen sicheren Orte aufzubewahren.

Nr. 2. Der Kirchenvorstand hat für den Behälter (einen festen eisernen oder von dauerhaftem Holze gearbeiteten, mit Eisen beschlagenen Kasten oder Schrank) zu sorgen.

Nr. 3. In diesem Behälter müssen außer dem baaren Gelde auch die geldwerthen Papiere sowie die Hypothekeninstrumente sorgfältig verwahrt werden. Nachdem gemäß § 176 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche die Außerkraftsetzung von Schuldverschreibungen auf den Inhaber nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht mehr stattfindet und die vorher erfolgte Außerkraftsetzung mit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches, d. i. dem 1. Januar 1900, ihre Wirkung verloren hat, hat sich der Kirchenvorstand bezüglich der in seiner Verwaltung befindlichen oder später gelangenden, auf den Inhaber lautenden Werthpapiere darüber schlüssig zu machen:

a) ob dieselben bei einer unter Staats- heim

- Reichsaufsicht befindlichen Bank (Reichsbank, Seehandlung, Centralgenossenschaftskasse) oder einer anderen, von dem Ober-Präsidenten nach Benehmen mit den bischöflichen Behörden als geeignet befundenen Anstalt niederzulegen,
- b) oder ob die in Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches oder des Preussischen Staates bestehenden Werthpapiere zufolge Antrages bei der Hauptverwaltung der Staatsschulden in Berlin in eine Buchschuld umzuwandeln,
- c) oder ob die Schuldverschreibung auf den Inhaber, welche von einer Preussischen Körperschaft, Stiftung oder Anstalt des öffentlichen Rechtes ausgestellt sind, zufolge Antrages an den Aussteller auf den Namen umzuschreiben sind,

Nach der Kirchenvorstand von keiner dieser Alternativen Gebrauch, so hat derselbe dafür Sorge zu tragen, daß die im Gewahrsam des Kirchenvorstandes verbleibenden, auf den Inhaber lautenden Werthpapiere selbst von den dazu gehörigen Zinscheinen und Zinsanweisungen getrennt und jedenfalls so aufbewahrt werden, daß niemals einer einzelnen Person der gleichzeitige Zutritt zu den Werthpapieren einerseits und den dazu gehörigen Zinscheinen und Zinsanweisungen andererseits möglich ist.

Außerdem ist auf Versicherung gegen Einbruch-Diebstahl Bedacht zu nehmen.

Kr. 4. Der Kassen- oder Dokumentenbehälter ist unter dreifachem Verschlus zu halten, und hat den einen Schlüssel der Vorsitzende des Kirchenvorstandes, den zweiten der Rendant und den dritten ein von dem Kirchenvorstande hierzu bestimmtes Mitglied zu führen.

Kr. 5. Es ist unzulässig, daß andere als die nach Vorstehendem hierzu berechtigten Personen einen der Schlüssel zum Kassen- oder Dokumentenbehälter führen.

Kr. 6. Die gleiche Sorgfalt im Aufbewahren der in Kr. 3 bezeichneten Gegenstände muß auch in Ansehung der der Kirche angehörigen, zum Gottesdienste bestimmten heiligen Gefäße und anderer Kostbarkeiten angewendet werden.

Kr. 7. In der Kasse dürfen in der Regel nicht mehr als 100 Mk. baar liegen gelassen werden.

Von diesem Betrage kann dem Rendanten durch Beschluß des Kirchenvorstandes nach Bedürfnis zur Vorsehung der laufenden Ausgaben ein Vorschuß gegeben werden, dessen Verwendung er nach erfolgtem Verbrauch nachzuweisen hat.

Baarbestände über 100 Mk. müssen baldhünlichst einstragend angelegt werden.

Artikel 24.

Die Jahresrechnung ist bis zum 1. März des auf das Rechnungsjahr folgenden Jahres von dem Rechnungsführer aufzustellen und dem Kirchenvorstande zur Prüfung vorzulegen.

Dem Letzteren bleibt es überlassen, mit der Vorprüfung der Rechnung einzelne seiner Mitglieder zu beauftragen.

Die Jahresrechnung, welche bei Kirchen landesherrlichen Patronats in drei Exemplaten, bei Kirchen nicht landesherrlichen Patronats in zwei Exemplaten zu fertigen ist, wird bis spätestens zum 15. April, bei Kirchen mit Privat-Patronat aber bis spätestens zum 15. Juli mit den Belägen und mit dem Nachweise über die Erledigung der etwa vom Kirchenvorstande gezogenen Erinnerungen sowie unter Beifügung aller Revisionsbemerkungen des Vorjahres und der Beantwortung derselben vom Kirchenvorstande an die bischöfliche Behörde zur Prüfung eingereicht. Die bischöfliche Behörde wird demnächst die Rechnung mit ihren Bemerkungen dem Patronat übersenden, welches sie mit etwaigen Erinnerungen dem Regierungspräsidenten zur Prüfung einreicht.

Der Regierungspräsident läßt die Rechnung entweder mit der Bemerkung, daß sich gegen dieselbe nichts zu erinnern gefunden oder mit den gegen die Etatsmäßigkeit der Verwaltung sich ergebenden Erinnerungen halbmöglichst an die bischöfliche Behörde zurückgelangen.

Die etwaigen Erinnerungen des Patronats sowie der Staatsoberaufsichtsbehörde und der bischöflichen Behörde werden von der Letzteren dem Kirchenvorstande mit einem Exemplar der Rechnung nebst den Belägen zu Erledigung zugefertigt.

Die Notaten-Beantwortung ist von dem Kirchenvorstande nach Formular VI ungefümt der bischöflichen Behörde einzureichen, welche sie an den Regierungspräsidenten zur Entscheidung weiter befördert.

Die vorbezeichneten Termine werden für diejenigen Kirchengemeinden, in denen das veränderte Rechnungsjahr nach Artikel 13 (Absatz 2) angenommen ist, um je drei Monate hinausgeschoben. Es tritt also an die Stelle des 1. März der 1. Juni, an die Stelle des 15. April der 15. Juli.

Artikel 25.

Entlastung des Rechnungsführers.

Nach Erledigung der von der staatlichen Behörde und der bischöflichen Behörde gegen die Rechnung gezogenen Erinnerungen hat der Kirchenvorstand die Rechnung der Gemeindevertretung vorzulegen, und nachdem diese der Abnahme und Ertheilung der Entlastung (vgl. § 21, Kr. 13 des Gesetzes) zugestimmt hat, zwei Wochen zur Einsicht der Gemeindeglieder nach vorgängiger ortsüblicher Bekanntmachung öffentlich auszulegen.

Nach Ablauf dieser Frist hat der Kirchenvorstand dem rechnungsführenden Kirchenvorsteher bezw. dem Rendanten schriftlich die Entlastung wegen der Rechnung auszusprechen.

Artikel 26.

Einreichung der Rechnung.

Aus der Jahresrechnung müssen die Einnahmen und Ausgaben speziell, und zwar im Anschluß an die Titel des Voranschlages und in Vergleichung mit den Ansätzen des letzteren ersichtlich sein.

Jede Ueberschreitung des Voranschlages ist durch Hinweisung auf die betreffenden Beschlüsse des Kirchenvorstandes und der Gemeindevertretung zu rechtfertigen.

Der Rechnung sind die Beläge über die Einnahmen

und Ausgaben geheftet und nach Nummern geordnet beizufügen. Bei denjenigen Einnahmen und Ausgaben, zu denen nach § 50 des Gesetzes die Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde erforderlich ist, ist in den Belägen auf die betreffende Genehmigungsverfügung Bezug zu nehmen.

Dasselbe gilt in Betreff der Genehmigungsverfügungen der bischöflichen Behörde.

Außerdem ist die nach Erledigung der Erinnerungen der Aufsichtsbehörden und nach erfolgter Entlastung durch die Gemeindevertretung zu bewirkende zweimöchige Offenlegung auf der Rechnung vom Vorstehenden des Kirchenvorstandes zu bescheinigen, auch nachträglich die erfolgte Entlastung darauf zu vermerken.

Als Muster für die Jahresrechnung dient das als Anlage VII beigefügte Formular.

Artikel 27.

Ueber die Portoauslagen ist vom Rechnungsführer ein vom Vorstehenden des Kirchenvorstandes zu beglaubigendes Verzeichniß der Jahresrechnung als Ausgabebelag beizufügen.

Ebenso ist über die in jedem Jahre wiederholt bei gewissen Gelegenheiten wiederkehrenden, der Höhe nach nicht im Voraus zu bestimmenden Einnahmen, wie Kollekten, Klingelbeutelgeld und Beiträge für Grabstellen, Glockengeläute, Kerzen, Lampen und dergl., ein von dem Vorstehenden des Kirchenvorstandes zu beglaubigendes Verzeichniß vom Rechnungsführer aufzustellen und der Jahresrechnung als Einnahmebelag beizufügen.

Der Ankauf und Verkauf von Werthpapieren ist stets durch eine Kassebescheinigung zu belegen.

Die wegen Ausleihung auf Grundwerth ausgestellten Obligationen sind nebst den sogenannten Sicherheitsdokumenten, als Erwerbungsurkunden, Hypothekenextrakten, Policen u. s. w., bei der Einreichung der Jahresrechnung auf Erfordern der staatlichen Aufsichtsbehörde oder der bischöflichen Behörde zur Prüfung vorzulegen.

Artikel 28.

Ueber Gemeinde-Umlagen zu baulichen oder sonstigen kirchlichen Zwecken ist eine besondere Rechnung zu führen. Dasselbe gilt von der Verwaltung des Stiftungsvermögens, und hat hier das Formular VIII Anwendung zu finden.

Artikel 29.

Die abgenommenen Rechnungen nebst Belägen und alle sich auf dieselben beziehenden Schriftstücke sowie alle Spezial-Rechnungen dürfen nicht vernichtet, sondern müssen gleichwie die nicht mehr im Gebrauch stehenden Journale im Kirchenarchiv aufbewahrt werden.

D. Verwaltungsgrundzüge.

Artikel 30.

Postsendungen.

Postsendungen des Kirchenvorstandes an die Staatsbehörden sind mit dem Vermerk „Portopflichtige Dienstsache“ unfrankirt abzusenden, wenn die Postsendung

1. Angelegenheiten des fiskalischen Patronats be-

2. ausschließlich im Staatsinteresse liegen oder aus der staatlichen Oberaufsicht hervorgehen, dahin gehören insbesondere:

- a) die Einsendung der Kirchengemeinde-Stats und Rechnungen an die staatlichen Aufsichtsbehörden,
- b) Berichte der Kirchen-Vorstände an die Regierungspräsidenten über Ersatzwahlen und Veränderungen in den Kirchengemeinde-Organen,
- c) Berichte der Kirchenvorstände wegen Einholung der im § 50 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden vorgeschriebenen Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörden.

Alle übrigen Postsendungen an die Aufsichtsbehörden sind mit dem Vermerk „Portopflichtige Dienstsache“ zu frankiren.

Artikel 31.

Verkauf von Werthpapieren.

Auf den Inhaber lautende Werthpapiere dürfen unter dem Ankaufspreise nur mit Genehmigung der Gemeindevertretung verkauft werden.

Artikel 32.

Belegung von Geldern.

Für die zinsbare Anlegung von kirchlichen Geldern sind die nachfolgenden Vorschriften in §§ 1807 und 1808 des B.G.B. über mündelbare Anlagen und die Artikel 73 bis 76 des Preussischen Ausführungsgesetzes vom 20. September 1899 maßgebend:

„B.G.B. § 1807. Die im § 1806 vorgeschriebene Anlegung von Mündelgeld soll nur erfolgen:

1. in Forderungen, für die eine sichere Hypothek an einem inländischen Grundstücke besteht, oder in sicheren Grundschulden oder Rentenschulden an inländischen Grundstücken;
2. in verbrieften Forderungen gegen das Reich oder einen Bundesstaat sowie in Forderungen, die in das Reichsschuldbuch oder in das Staatsschuldbuch eines Bundesstaates eingetragen sind;
3. in verbrieften Forderungen, deren Verzinsung von dem Reich oder einem Bundesstaate gewährleistet ist;
4. in Werthpapieren, insbesondere Pfandbriefen, sowie in verbrieften Forderungen jeder Art gegen eine inländische kommunale Körperschaft oder die Kreditanstalt einer solchen Körperschaft, sofern die Werthpapiere oder die Forderungen von dem Bundesrathe zur Anlegung von Mündelgeld für geeignet erklärt sind;
5. bei einer inländischen öffentlichen Sparkasse, wenn sie von der zuständigen Behörde des Bundesstaates, in welchem sie ihren Sitz hat zur Anlegung von Mündelgeld für geeignet erklärt ist.

Die Landesgesetze können für die innerhalb ihres Geltungsbereichs belegenen Grundstücke die Grundzüge bestimmen, nach denen die Sicherheit einer Hypothek, einer Grundschuld oder einer Rentenschuld festzustellen ist.

§ 1808. Kann die Anlegung den Umständen nach

ist das Geld bei der Reichsbank, bei einer Staatsbank oder bei einer anderen durch Landesgesetz dazu für geeignet erklärten inländischen Bank oder bei einer Hinterlegungsstelle anzulegen.

Preussisches Ausführungsgezet vom 20. September 1899.

Artikel 73. § 1. Eine Hypothek, eine Grundschuld oder eine Rentenschuld an einem in Preußen gelegenen Grundstück ist für die Anlegung von Mündelgeld als sicher anzusehen, wenn sie innerhalb des Fünfzehnfachen oder, sofern ihr kein anderes der Eintragung bedürfendes Recht im Range vorgeht oder gleichsteht, innerhalb des Zwanzigfachen des staatlich ermittelten Grundsteuerreinertrages oder bei einem ländlichen Grundstück innerhalb der ersten zwei Drittel, bei einem städtischen Grundstück innerhalb der ersten Hälfte des Werthes zu stehen kommt.

Der Werth ist bei ländlichen Grundstücken durch Lage einer preussischen öffentlichen Kreditanstalt, die durch Vereinigung von Grundbesitzern gebildet ist und durch staatliche Verleihung Rechtsfähigkeit erlangt hat, oder durch Lage einer Preussischen provincial-(kommunal-)städtischen öffentlichen Grundkreditanstalt oder durch gerichtliche Lage, bei städtischen Grundstücken in gleicher Weise oder durch Lage einer öffentlichen Feuerversicherungsanstalt festzustellen.

§ 2. Statt des Zwanzigfachen des Grundsteuerreinertrags ist bei Grundstücken, die von einer Kreditanstalt der im § 1 Abs. 2 bezeichneten Art sahrungsgemäß ohne besondere Ermittlungen bis zu einem größeren Vielfachen beliehen werden können, das größere Vielfache, sofern es jedoch den dreißigfachen Betrag übersteigt, dieser Betrag maßgebend.

Für einzelne Bezirke kann durch königliche Verordnung statt des Zwanzigfachen des Grundsteuerreinertrags ein das Vierzigfache nicht übersteigendes größeres Vielfaches bestimmt werden.

Artikel 74. Zur Anlegung von Mündelgeld sind außer den im § 1807 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Forderungen und Werthpapieren geeignet:

1. die Rentenbriefe der zur Vermittelung der Ablösung von Renten in Preußen bestehenden Rentenbanken;
2. die Schuldschreibungen, welche von einer Deutschen kommunalen Körperschaft oder von der Kreditanstalt einer solchen Körperschaft oder mit Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde von einer Kirchengemeinde oder einem kirchlichen Verband ausgestellt und entweder von Seiten der Inhaber kündbar sind oder einer regelmäßigen Tilgung unterliegen;
3. die mit staatlicher Genehmigung ausgegebenen Pfandbriefe und gleichartigen Schuldschreibungen einer Kreditanstalt der im Artikel 73 § 1 Absatz 2 bezeichneten Art;
4. die auf den Inhaber lautenden Schuldschreibungen, welche von einer Preussischen Hypotheken-

~~Bank ausgestellt sind und die auf den Inhaber lautenden Schuldschreibungen, welche von einer Preussischen Hypotheken-~~

Körperschaften des öffentlichen Rechtes oder von Darlehen, für welche eine solche Körperschaft die Gewährleistung übernommen hat, ausgegeben sind.

Artikel 75. § 1. Eine in Preußen bestehende öffentliche Sparkasse kann durch den Regierungspräsidenten im Einvernehmen mit dem Landgerichtspräsidenten zur Anlegung von Mündelgeld für geeignet erklärt werden. Die Erklärung kann zurückgenommen werden.

Die Erklärung und die Rücknahme sind durch das Amtsblatt bekannt zu machen.

§ 2. Ist vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs ein Sparkassenbuch außer Kurs gesetzt, so ist zur Erhebung des Geldes die Genehmigung des Gegenvormundes oder des Vormundschaftsgerichts erforderlich.

Artikel 76. Im Falle des § 1808 des Bürgerlichen Gesetzbuchs kann die Anlegung von Mündelgeld bei der Preussischen Central-Genossenschaftskasse oder einer sonstigen preussischen öffentlichen Bankanstalt (Landesbank, landchaftlichen, ritterschaftlichen Darlehnskasse u. s. w.) und, wenn die von einer preussischen Privatbank ausgestellten Werthpapiere durch den Bundesrath zur Anlegung von Mündelgeld für geeignet erklärt sind oder eine preussische Privatbank nach Maßgabe des Artikel 85 für die Hinterlegung von Werthpapieren als Hinterlegungsstelle bestimmt ist, bei einer solchen Privatbank erfolgen.

Die Anlegung bei den ordentlichen Hinterlegungsstellen (Hinterlegungsordnung vom 14. März 1879, Gesetz-Samml. S. 249) findet nicht statt.

Die Erlangung möglichst hoher Zinsen soll nicht wie vielfach angenommen wird, erste und Hauptbedingung sein; in den meisten Fällen ist der gebotene Vortheil ein scheinbarer und vorübergehender. Unter den schwankenden Verhältnissen der Jetztzeit werden solche Vortheile durch spätere Ausfälle, Kosten und sonstige Nachtheile meist wieder hinfällig.

Artikel 33.

Wenn der Kirchenvorstand Jemandem Kirchenkapitalien auf ein Grundstück zu leihen beabsichtigt, so hat er den betreffenden Antrag des Darlehnsuchers mit einer beglaubigten Abschrift des Grundbuchblattes des zu beleihenden Grundstücks und dem Nachweise der Feuerversicherung der Gebäude der bischöflichen Behörde zur Prüfung der Sicherheit und Einholung der Patronatszustimmung einzulegen.

Artikel 34.

Wird die Sicherheit von der bischöflichen Behörde für ausreichend erachtet, und ist auch die Patronatszustimmung zur Ausleihung vom Kirchenvorstande eingeholt, so hat derselbe mit dem Darlehnsucher zu vereinbaren, daß der Kirchengemeinde für das zu gewährende Darlehn eine Hypothek an dem Grundstück bestellt und der darüber auszufertigende Hypothekenbrief dem Kirchenvorstande zugestellt wird. Die Vereinbarung ist von dem Kirchenvorstande gemäß § 12 des Gesetzes

vom 20. Juni 1875 zu vollziehen und dem Darlehnsucher zu übergeben, welcher sie dem zuständigen Grundbuchamte einzureichen hat.

Der von dem Grundbuchamte dem Kirchenvorstande zugestellte Hypothekenbrief ist demnächst an die bischöfliche Behörde einzusenden, welche nach Prüfung desselben die Anweisung zur Auszahlung des Darlehns ertheilen wird. Vor dieser Anweisung darf das Kapital bei eigener Vertretung des Kirchenvorstandes an den Darlehnsucher nicht ausgezahlt werden.

Artikel 35.

Der Ankauf von Werthpapieren wird am zweckmäßigsten einem Bankier übertragen, mit dem der Kirchenvorstand wegen des Werthes und der Provision vorher sich geeinigt hat, letztere beträgt in Berlin $\frac{1}{10}$ bis $\frac{1}{8}$ Prozent.

Artikel 36.

Verabfolgt der Kirchenvorstand die Kündigung ausstehender Kirchenkapitalien, wozu außer der Genehmigung der geistlichen Aufsichtsbehörde event. auch die des Patronats erforderlich ist, so hat derselbe hierüber an die bischöfliche Behörde eingehend zu berichten. Geschieht die Aufkündigung von Seiten eines Schuldners, dann ist auch hiervon der bischöflichen Behörde Anzeige zu erstatten.

Nach erfolgter Vereinnahmung des gekündigten Kapitals nebst sämtlichen Zinsrückständen hat der Kirchenvorstand eine löschungsfähige Quittung in Gemäßheit des § 19. des Gesetzes vom 20. Juni 1875 urkundlich auszustellen und dem Schuldner mit dem betreffenden Hypotheken-Grundschuld- oder Rentenschuldbriefe auszuhändigen.

Artikel 37.

Von der Vermietung und Verpachtung von Grundstücken.

Die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken bedarf der Genehmigung des Kirchenpatrons und der bischöflichen Behörde. Sofern der Vertrag auf länger als zehn Jahre oder bezüglich der den geistlichen und anderen Kirchendienern zum Gebrauch und zur Benutzung überwiesenen Grundstücke mit verbindlicher Kraft für den Amtsnachfolger abgeschlossen werden soll, ist außerdem die Zustimmung der Gemeindevertretung erforderlich.

Artikel 38.

Sind die Pachtbedingungen von der bischöflichen Behörde genehmigt, so hat der Kirchenvorstand einen Visitationstermin anzusetzen und denselben in der Regel dreimal durch öffentliche Blätter bekannt zu machen. Bei Verpachtung kleiner Parzellen genügt die Bekanntmachung des Visitationstermins durch den Pfarrer vor der zum Gottesdienst versammelten Gemeinde an zwei Sonntagen hintereinander.

Artikel 39.

Nach Abhaltung des Visitationstermins hat der Kirchenvorstand das betreffende Protokoll mit seiner gutachtlichen Äußerung über die Persönlichkeit und die Vermögenszustände der drei Meistbietenden der bischöf-

Artikel 40.

Nach ertheiltem Zuschlage ist mit dem Pächter, sofern derselbe gleichzeitig die festgesetzte Kaution erlegt, ein gerichtlicher oder notarieller Vertrag mit Vorbehalt der Genehmigung des Patronats und der bischöflichen Behörde in zwei Exemplaren abzuschließen, und sind die letzteren demnächst der bischöflichen Behörde zur Bestätigung einzusenden. Für die bischöfliche Behörde ist eine beglaubigte Abschrift als Altenexemplar beizufügen.

Artikel 41.

Erst nach Rückkunft des so bestätigten Pachtvertrages und nach erfolgter Vereinnahmung der Kaution zur Kirchenkasse darf der Kirchenvorstand das verpachtete Grundstück dem Pächter übergeben, widrigenfalls er für alle aus der Nichtbefolgung dieser Vorschrift erwachsenden Nachtheile solidarisch verhaftet ist.

Artikel 42.

Schenkungen und Grunderwerb.

Wenn vermöge Testaments oder Schenkung einer Kirche zur Errichtung einer neuen oder zur Erweiterung einer schon bestehenden Stiftung eine Zuwendung gemacht wird, so hat der Kirchenvorstand ohne Verzug das betreffende Testament resp. die Schenkungsurkunde der bischöflichen Behörde zur ferneren Anordnung einzusenden. Zuwendungen im Betrage von über 5000 Mk. bedürfen der Staatsgenehmigung, welche von dem Kirchenvorstande unter Vorlage der Stiftungsurkunde (Art. 43) bei dem Regierungspräsidenten, in dessen Bezirk die Stiftung ihren Sitz hat oder haben soll, in Antrag zu bringen ist.

Nach Art. 6 § 3 des Preussischen Ausführungsgesetzes zum B.G.B. wird mit Geldstrafe bis zu 900 Mk. bestraft, wer für eine juristische Person, die in Preußen ihren Sitz hat, als deren Vorsteher eine Schenkung oder eine Zuwendung von Todeswegen in Empfang nimmt und nicht binnen 4 Wochen die erforderliche Genehmigung nachsucht. Zum Erwerb von Grundstücken im Werthe von nicht mehr als 5000 Mk. ist gemäß Art. 7 Abs. 1 a. a. D. eine staatliche Genehmigung nicht mehr erforderlich.

Artikel 43.

Ueber jede Stiftung ist eine besondere Stiftsurkunde vom Stifter selbst, eventuell vom Pfarrer zu entwerfen, in welcher der Betrag des Stiftungs-Kapitals und einerseits die Bestimmung über die Verwendung der Erträge desselben, andererseits aber auch die den Empfängern dafür obliegenden Verpflichtungen deutlich anzugeben sind.

Diesen Entwurf hat der Kirchenvorstand der bischöflichen Behörde zur Prüfung einzureichen, ihn nach Vornahme der etwa nöthig befundenen Abänderungen dreimal auszufertigen und diese drei Ausfertigungen nebst dem Entwurf zur oberhirtlichen Bestätigung einzusenden. Von den bestätigten Stiftungsurkunden behält die bischöfliche Behörde ein Exemplar, das zweite wird dem Erzprieester zu den Dekanats-Akten und das dritte dem Kirchenvorstande zur Aufbewahrung im Kirchenarchiv

Artikel 44.

Von Kirchenbauten.

Zur möglichen Vermeidung größerer Ausgaben zu baulichen Zwecken hat der Kirchenvorstand darauf zu sehen, daß etwaige Bau Schäden an den kirchlichen und Pfarrgebäuden schleunigst ausgebessert werden. Zu diesem Behufe hat der Vorstehende in Gemeinschaft zweier Mitglieder alljährlich im Monat April sämtliche Baulichkeiten einer genauen Revision zu unterwerfen und über den Befund derselben dem Kirchenvorstande in einer besonderen Sitzung Bericht zu erstatten.

Artikel 45.

An denjenigen Gebäuden, an welchen dem Pfarrer oder einem Kirchenbedienten der Nießbrauch zusteht, sind die kleinen Reparaturen, d. h. solche, die entweder gar keine baaren Auslagen erfordern, oder deren Kosten, jede einzeln genommen, für den Pfarrer nicht über 9 M. und für den Kirchenbedienten nicht über 3 M. betragen, von den Nutznießern auf eigene Kosten auszuführen. Die Nutznießer sind auch verpflichtet, Thüren, Fenster, Defen, Schlösser und andere dergleichen Verlinenzstücke der Gebäude auf eignen Kosten ohne Rücksicht auf den Betrag derselben zu unterhalten, jedoch nicht neu zu beschaffen (cfr. § 784—786 Tit. 11 X. II A. L. N.). Art. 80 Abs. 2 des Einführungsgesetzes zum B. G. B.

Artikel 46.

Nicht erhebliche Reparaturen (d. h. solche, deren Betrag 200 M. nicht übersteigt) an kirchlichen und Pfarrgebäuden hat der Kirchenvorstand auf Kosten der Kirchenkasse auszuführen, sofern der im Etat zu Bauten ausgesetzte Betrag dadurch nicht überschritten wird. Soll letzteres stattfinden, so ist zuvor die Genehmigung des Patrons und der bischöflichen Behörde hierzu einzuholen.

Artikel 47.

Wird eine erhebliche Reparatur (d. h. über 200 M.) oder ein Neubau notwendig, so hat der Kirchenvorstand zunächst die Zustimmung der Gemeindevertretung und des Patrons zur Ausführung derselben zu erwirken, demnächst im Einvernehmen mit dem Patron den Kostenanschlag durch einen Bauverständigen fertigen und nach Aufbringung der nöthigen Baumittel den Bau ausführen zu lassen.

Bei allen Neubauten und Umbauten von Kirchen und Pfarrhäusern sind die Kostenanschläge und Zeichnungen der bischöflichen Behörde zur Prüfung und zur Erwirkung der erforderlichen oberhirtlichen Genehmigung des Fürstbischofs von Breslau einzusenden.

Entstehen Streitigkeiten zwischen den Bauinteressenten über die Nothwendigkeit des Baues, über den Umfang oder die Art und Weise seiner Ausführung oder die dazu zu leistenden Beiträge, so hat der Kirchenvorstand der bischöflichen Behörde darüber Bericht zu erstatten und demnächst bei der königlichen Regierung den Erlaß eines Bau-Resoluts zu beantragen.

Dieses Verfahren findet auch dann statt, wenn der Kirchenpatron oder andere Bauverpflichtete trotz vorher erklärter Zustimmung zu dem Bau demnächst die Zustimmung

Bei allen Neu- und erheblichen Reparaturbauten (über 200 M.) ist eine Bauabnahme durch einen Bauverständigen notwendig, zu welcher der Kirchenvorstand neben dem Bauunternehmer den Nutznießer des Gebäudes und bei Privatpatronaten auch den Kirchenpatron zuzuziehen hat.

Die Kosten dieser Bauabnahme fallen der Kirchenkasse zur Last, eventuell sind sie wie die übrigen Baukosten aufzubringen.

Bei Kirchen landesherrlichen Patronats verbleibt es wegen der Abnahme des Baues bei den Anordnungen der Bezirksregierung, der Kirchenvorstand hat jedoch die Uebernahme des vollendeten Baues der bischöflichen Behörde anzuzeigen.

Artikel 48.

Sämmtliche kirchlichen und Pfarrgebäude sowie kirchlichen Verlinenz- und Inventarstücke sind bei einer staatlich genehmigten Feuer-Versicherungs-Gesellschaft gegen Feuergefahr auf Kosten der Kirchenkasse zu ihrem vollen Werthe zu versichern.

Wo die Mittel der Kirchenkasse dazu nicht hinreichen, ist die Versicherung der Gebäude auf denjenigen Wertheil zu beschränken, welchen die Gemeinde baulich zu unterhalten hat, d. h. bei städtischen Kirchen auf $\frac{2}{3}$ des Werthes und bei ländlichen Kirchen auf $\frac{1}{3}$ des Gebäudewerthes und den vollen Werth der Hand- und Spanndienste.

Die Versicherungsprämie ist in diesem Falle durch Umlagen auf die Gemeindeglieder alljährlich aufzubringen und der Betrag derselben in den Etat aufzunehmen.

Artikel 49.

Von Umlagen auf die Gemeinde.

Reichen zur Bestreitung von Baukosten oder sonstiger Bedürfnisse die Mittel der Kirchenkasse nicht aus, so hat der Kirchenvorstand mit der Gemeindevertretung (§ 21 ad 8 des Gesetzes) den Maßstab, nach welchem der aufzubringende Beitrag (Umlage) auf die Gemeindeglieder vertheilt werden soll (entweder nach Maßgabe der direkten Staatssteuern oder der Kommunalsteuern), zu bestimmen. Zu dem diesfälligen Beschlusse ist die Genehmigung der bischöflichen Behörde und des Regierungspräsidenten (§ 50 ad 9 des Gesetzes) einzuholen.

Artikel 50.

Steht der Vertheilungsmaßstab der Umlage fest, so hat der Kirchenvorstand von den zuständigen Ortsbehörden die Steuerliste zu requiriren und daraus ein Verzeichniß sämmtlicher steuerpflichtigen Eingepfarrten (Hebeliste) zu fertigen, in welches die Beträge der als Grundlage der Repartition angenommenen Steuer aufzunehmen und die danach für die einzelnen Gemeindeglieder zu berechnenden Beiträge einzutragen sind.

Die so gefertigte Hebeliste ist von dem Kirchenvorstande als richtig zu bescheinigen und 14 Tage lang offen zu legen.

Ort und Dauer der Offenlegung hat der Pfarrer bei dem Hauptgottesdienste der versammelten Gemeinde

Für besonders einfache oder eilige Fälle kann die bischöfliche Behörde ausnahmsweise eine kürzere Dauer der Offenlegung gestatten.

Die ertheilte Genehmigung ist in der Bekanntmachung durch den Pfarrer zu erwähnen.

Bei den im Laufe des Jahres etwa nothwendig werdenden Nachbesteuerungen kann die Offenlegung der Hebeliste durch besondere Bekanntmachung der Verpflichteten ersetzt werden.

Artikel 51.

Die Umlagen auf Grund der Hebeliste sind von den einzelnen Eingepfarrten durch den Mendanten, soweit die Ortsvorstände hierzu bereit sind, durch deren Vermittelung, einzuziehen.

Sind nach Verlauf von drei Monaten noch Umlagen rückständig, so hat der Kirchenvorstand die Hebeliste unter Vorlage eines Nachweises über die Offenlegung bezw. über die besondere Benachrichtigung der Verpflichteten dem Regierungspräsidenten zur Vollstreckbarkeits-Erklärung vorzulegen.

Artikel 52.

Die Zwangsvollstreckung ist alsdann durch die vom Staate zur Anordnung und Leitung des Zwangsverfahrens ermächtigten Vollstreckungsbehörden (§ 4 Abs. 1 und 3 der Verord. vom 15. November 1899 G.-S. 545) zu bewirken und zwar:

- a) falls das gesammte Einziehungsgeschäft mit Genehmigung der Bezirksregierung dem örtlichen Staats- oder Kommunal-Steuererheber übertragen ist, ohne weiteren Antrag durch diesen;
- b) andernfalls durch die von der Bezirksregierung für jede Kirchengemeinde ein für allemal zu bestimmende Vollstreckungsbehörde (§ 4 Abs. 3 a. a. D.) auf den Antrag des Mendanten der Kirchengemeinde, welchem die Hebeliste nebst der Hebeliste und der Vollstreckbarkeits-Erklärung beizufügen ist.

Insofern nicht in dem Falle unter a eine Remuneration für die Gesamterhebung besonders vereinbart ist, haben die Vollstreckungsbehörden auf die ihnen nach Maßgabe der Bestimmung im Art. 4 Abs. 2 der Ausführungsanweisung vom 28. November 1899 zu der Verordnung vom 15. November 1899 zu gewährende Remuneration und die Vollziehungsbeamten auf die in dem Tarife zu der Verordnung vom 15. November 1899 festgesetzten Gebühren Anspruch.

Artikel 53.

Die Zwangsvollstreckung erfolgt unbeschadet des Reklamationsverfahrens.

Reklamationen (§§ 1, 8 des Gesetzes vom 18. Juni 1840 G.-S. 140) sind binnen einer dreimonatlichen Ausschlussfrist vom Tage der Offenlegung der Hebeliste bezw. der besonderen Benachrichtigung der Verpflichteten an zulässig. Ueber dieselben entscheidet der Kirchenvorstand. Gegen dessen ablehnenden Bescheid steht den Theilnehmenden binnen einer sechswochenfristigen Ausschlussfrist vom Tage der Aufstellung des Bescheides an der

Rekurs an die vorgesetzten Behörden zu. Derselbe ist an die bischöfliche Behörde einzureichen und von dieser mittels gutachtlicher Aeußerung alsbald an den Regierungspräsidenten abzugeben, welcher die erforderliche Entscheidung zu treffen hat.

Einwendungen, welche nur vermeintliche Mängel des Zwangsverfahrens (Verord. vom 15. November 1899 G.-S. 545) oder die angebliche Unzulässigkeit der Zwangsvollstreckung wegen nachgewiesener Verichtigung des beizutreibenden Geldebetrags oder wegen ertheilter Fristbewilligung (§ 18 a. a. D.) betreffen, sind unmittelbar an die dem Vollstreckungsbeamten vorgesetzte staatliche Dienstbehörde zu richten.

Artikel 54.

Von Prozessen.

Wenn der Kirchenvorstand einen Anspruch der Kirche, der Pfarre, der Organisterei, der Küsterei der Gemeinde oder einer in seiner Verwaltung befindlichen Stiftung gerichtlich geltend machen soll, so hat er dies noch vor dem Anfange des Prozesses der bischöflichen Behörde anzuzeigen und gleichzeitig alle hierbei in Betracht kommenden Umstände, mit den vorhandenen Beweismitteln versehen, ausführlich darzulegen.

Nach erhaltener Information von der bischöflichen Behörde hat der Kirchenvorstand die Zustimmung des Patronats und der Gemeindevertretung zur Führung des Prozesses einzuholen, ein Legitimationsattest von dem Regierungspräsidenten durch Vermittelung des Kreislandraths zu erbitten und gleichzeitig einen Rechtsanwalt mit der Anfertigung der Klage zu beauftragen. Zur Anstrengung des Prozesses selbst bedarf der Kirchenvorstand keiner Ermächtigung von Seiten einer Behörde.

Zur gerichtlichen Beitreibung fortlaufender Zinsen und Gefälle und zur Einziehung ausstehender Kapitalien, deren Zinsen rückständig geblieben sind, ist die Zustimmung der Gemeindevertretung nicht erforderlich.

Klagen dieserhalb kann der Kirchenvorstand ohne Beistand eines Rechtsverständigen anfertigen, wenn der Gegenstand die Summe von 300 M. nicht übersteigt.

Artikel 55.

Wird der Kirchenvorstand von einem Anderen rechtlich belangt, so muß er der bischöflichen Behörde davon sofort Anzeige machen und sofern die gestellte Frist es erlaubt, die betreffende Klage mit einer Auslassung über dieselbe zur Ertheilung etwaiger Informationen einreichen.

Artikel 56.

Jedes im Prozeß ergangene Urtheil ist gleichfalls der bischöflichen Behörde zur Kenntnisknahme einzusenden.

Die Frist für die Einlegung der Berufung beträgt einen Monat, vom Tage der Zustellung des Urtheils ab gerechnet.

Tauset das Urtheil zu Ungunsten des betreffenden Kirchensinstituts, so hat der Kirchenvorstand alsbald eine einfache Urtheilsabschrift von dem Gerichte zu erbitten. Dieselbe ist der bischöflichen Behörde umgehend einzureichen und die Zustellung des Urtheils nicht vor Eingang einer Anweisung der Richter zu betreiben.

Artikel 57.

Etwaige Kosten und Kostenvorschüsse sind aus der Kirchenkasse zu bestreiten, sofern sie aus dem verfügungsfreien Vermögen und Einkommen der Kirche nach Abzug der zur ordnungsmäßigen Unterhaltung derselben erforderlichen Ausgaben entnommen werden können und insofern dieses Vermögen oder Einkommen nicht dem amtlichen Nießbrauch des Pfarrers oder eines anderen Kirchenbedienten unterworfen ist.

Artikel 58.

Wenn die Einnahme der Kirche nach Ausweis des Etats die Ausgaben nicht überschreitet und wenn eine Ersparnis aus dem Vorjahre ausweislich der betreffenden Rechnung nicht vorhanden ist, so hat der Kirchenvorstand unter Beifügung des Etats und eines Rechnungsabchlusses, in welchem die Einnahme und Ausgabe bis zum Tage der Ausfertigung nach Titeln des Etats geordnet und der baare Kasienbestand nachgewiesen sind, den Regierungspräsidenten um Ertheilung eines Armuthsattestes zu ersuchen und das Letztere dem Gerichte resp. derjenigen Behörde, welche die Kosten erfordert hat, mit dem Antrage auf Niederschlagung derselben einzureichen.

Baare Auslagen der Behörde sowie Gebühren des eigenen und des gegnerischen Mandatars müssen, wenn dieselben der zahlungsunfähigen Kirchenkasse auferlegt sind, ungeachtet des erlangten Armenrechts bezahlt und deshalb durch Umlage eingezogen werden.

Artikel 59.

Von Begräbnisplätzen.

Wird die Erweiterung eines bestehenden oder die Anlegung eines neuen Begräbnisplatzes nothwendig, so hat der Kirchenvorstand ein hierzu geeignetes Grundstück zu ermitteln, den polizeilichen Konsens zur Verwendung des letzteren zu diesem Zwecke einzuholen und über die Aufbringung der Kaufkosten Beschluß zu fassen.

Derselbe bedarf der Zustimmung der Gemeindevertretung.

Mit dem Eigentümer des ausersehenen Grundstücks hat der Kirchenvorstand demnächst vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde einen gerichtlich oder notariell zu beurkundenden Kaufkontrakt abzuschließen und denselben der bischöflichen Behörde zur Prüfung und Ermächtigung der erforderlichen oberkirchlichen Genehmigung des Fürstbischofs von Breslau einzusenden.

Nach erhaltener Genehmigung des Fürstbischofs ist sodann diejenige der staatlichen Aufsichtsbehörde bei dem Regierungspräsidenten in Antrag zu bringen.

Artikel 60.

Sind alle diese Konsense ertheilt, so hat der Kirchenvorstand, am geeignetsten durch einen Bevollmächtigten (wegen der Vollmacht vergleiche § 19 des Gesetzes), die von dem Verkäufer bei dem zuständigen königlichen Amtsgerichte zu erklärende Auffassung des gekauften Grundstücks entgegenzunehmen.

Der Kaufpreis ist jedoch nicht früher an den Verkäufer ausbezahlen, als bis der Letztere, in Erfüllung der von ihm in jedem Falle in dem Kaufvertrage zu übernehmenden Verpflichtung, die auf dem Grundstücke

etwa haftenden Hypothekenschulden und sonstigen Lasten zur Befriedigung gebracht hat.

Artikel 61.

Gehört die zur Erweiterung oder Anlegung eines Begräbnisplatzes ausersehene Parzelle zu den Benefizial- oder Stiftungsländereien, so ist (nach erlangter polizeilicher Genehmigung und Ertheilung der Zustimmung seitens der staatlichen Aufsichtsbehörde) zunächst für die betreffenden Ländereien die Anlegung eines besonderen Grundbuchblattes, falls ein solches nicht vorhanden sein sollte, bei dem zuständigen Amtsgerichte zu beantragen.

Diesem Antrage ist eine Bescheinigung einer staatlichen Behörde darüber beizufügen, daß das betreffende kirchliche Institut allein oder unter Hinzurechnung der Besitzzeit seines Rechtsvorgängers schon vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches seit 44 Jahren im Eigenthum gehabt hat.

Artikel 62.

Nach Anlegung des Grundbuchblattes hat der Kirchenvorstand das Katasteramt zu ersuchen, die ausersehene Parzelle vermessen zu lassen und eine Handzeichnung nebst einem Auszuge aus der Grundsteuer-Mutterrolle in Betreff derselben zu ertheilen. Beide Urkunden sind demnächst der bischöflichen Behörde zur Einholung der Genehmigung der Abtretung seitens des Fürstbischofs von Breslau einzureichen.

Artikel 63.

Wo über die Unterhaltung des Begräbnisplatzes und die Umwehrung desselben noch kein besonderes Statut besteht, ist ein solches unter Berücksichtigung der von der Bezirksregierung über die Unterhaltung der Begräbnisplätze getroffenen Anordnungen zu errichten. Bevor dasselbe in Kraft treten soll, ist es der bischöflichen Behörde zur Prüfung einzusenden.

Artikel 64.

Von den niederen Kirchenbedienten.

Hinsichtlich der Bestellung der Organisten, Sakristane, Glöckner und Todtengräber verbleibt es bei dem bisherigen Verkommen, beziehentlich den Bestimmungen des durch Allerhöchste Ordre vom 20. Juni 1867 verkündigten Reglements vom 16. Juni desselben Jahres (Ministerial-Blatt der inneren Verwaltung pro 1867 S. 280).

Dem Kirchenvorstande liegt es bei der Anstellung der Organisten und Sakristane in allen Fällen ob, einen Dienstvertrag mit denselben schriftlich abzuschließen, in welchem sämtliche Dienstobliegenheiten und Einkünfte der Stelle genau anzugeben sind.

Der Vertrag ist der bischöflichen Behörde zur Bestätigung einzureichen.

Artikel 65.

Die in den übrigen Theilen der Provinz den königlichen Regierungspräsidenten oder der Bezirksregierung in Posen und Frankfurt a. O. mit Bezug auf die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden zustehenden Befugnisse werden in Berlin und Charlottenburg von dem königlichen Polizeipräsidenten in Berlin ausgeübt.

Die dem landesherrlichen Patronat mit Bezug auf die Vermögensverwaltung der katholischen Kirchengemeinden in Berlin zustehenden Rechte werden von der königlichen Ministerial-, Militär- und Baukommission in Berlin ausgeübt.

In den Archipresbyteraten Berlin, Charlottenburg, Frankfurt a. O., Potsdam und Wittenberge werden die der bischöflichen Behörde gesetzlich zustehenden Aufsichtsrechte, soweit sie sich auf das Etats- und Rechnungswesen der Kirchengemeinde beziehen, durch den Propst zu St. Hedwig in Berlin als Fürstbischöflichen Delegaten

ausgeübt. Bei der Anwendung der gegenwärtigen Geschäftsanweisung auf die Vermögensverwaltung in den Kirchengemeinden der vorbezeichneten Archipresbyterate ist demnach unter der bischöflichen Behörde in den Artikeln 6, 7, 10, 14, 18, 20, 22 bis 27, 33, 34, 36 bis 40, 42, 43, 46, 47, 49, 50, 53 bis 54, 59 und 62 bis 64 der Fürstbischöfliche Delegat in Berlin zu verstehen.

Potsdam, den 27. November 1902.

Der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg.

Anlage I.

Inventar-Verzeichnis

des

der Verwaltung des katholischen { Pfarr- | Kirchenvorstandes zu
 { Pital. |

N.

unterliegenden Vermögens.

Aufgestellt im Monat

19

- Anmerkung:
1. Für das Inventar-Verzeichnis ist ein besonderes gebundenes Buch in Folio anzulegen und in demselben für jeden Artikel mindestens ein Blatt zu bestimmen, damit für spätere Eintragungen Platz vorhanden sei.
 2. Ist ein besonderer Gemeinde-Baufonds vorhanden, so ist derselbe in einem besonderen Artikel 7 b aufzuführen und zu spezialisiren wie bei Artikel 5 und 6.

I. Abtheilung.

Kirchen-Vermögen.

Artikel 1.

Gebäude.

| Nr. | Benennung des Gebäudes | Lage, Bauart und Beschaffenheit | Art der Benutzung | Für welchen Betrag und wo versichert? | Dem die Vaulast obliegt? | Bemerkungen. |
|-----|------------------------|---|--|--|---|---|
| 1 | Die Pfarrkirche | mitten im Dorfe, massiv mit Schindeldach — in gutem Bauzustande. | zum Pfarrgottesdienst. | für 10000 Mk. bei der „Colonia“ — der Patronatsantheil ist nicht mit versichert. | dem Patron mit $\frac{2}{3}$ und der Gemeinde mit $\frac{1}{3}$ und Hand- und Spanndienste. | soll im 16. Jahrhundert erbaut sein. |
| 2 | Ein Glockenstuhl | auf dem Kirchhofe, von Holz, in gutem Zustande. | — | für 600 Mk. — wie oben. | wie oben. | 1860 neu gebaut. |
| 3 | Eine Kirchenlathe | am östl. Ende des Dorfes am Organistenlande, Fachwerk mit Strohdach, reparaturbedürftig und sehr alt. | zur Hälfte Organisten- dienstwohnung, zur andern Hälfte vermietet. | für 800 Mk. — wie oben. | wie oben. | |
| 4 | Ein Brunnen | neben der Lathe aus 3 Hölzern. | — | — | wie oben. | Nachbarn können gegen Entschädigung an die Kirchkasse ihren Wasserbedarf entnehmen. |
| 5 | u. f. w. | | | | | |

Artikel 2.

Liegenschaften.

| Nr. | Bezeichnung des Grundstücks und der Kulturart. | Größe ha a | Art der Benutzung | Sind Vestibokumente vorhanden? | Bemerkungen. |
|-----|--|---------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| 1 | 1. Kirchenhufe, bestehend aus
Acker
Wiese
Weide
Wald | 12 50 20
— 60
— 40
1 — | verpachtet für 180 Mk. an den Organisten. wird forstmäßig genutzt für die Kirchkasse. | Separations-Regel vom 12. März 1888. | Leichter Roggenboden, Grenzen sind genau markirt. |

Anmerkung: Auf dem Grund etwa ruhende Lasten sind in der Colonne „Bemerkungen“ anzugeben.

Artikel 3.

Renten.

| Nr. | Bezeichnung
des rentenpflichtigen
Grundstücks | Betrag
d. Rente | | Fälligkeitsstermin | Bezeichnung der
Urkunde über die Rente | Bemerkungen |
|-----|--|--------------------|-----|--------------------|--|--|
| | | Mr. | Pf. | | | |
| 1 | Biered Nr. 15 z. 31.
Eigenthum des Ein-
fassen R. R. | 2 | 50 | Martini | Verfügung des Grund-
buchamtes d. 5. Mai
1880 und Erkenntniß
d. d. u. f. w. | Die Ablösung ist vom
Besitzer beantragt |

Artikel 4.

Erechtfame.

1. Eine Holgerechtfame gegen das Rittergut R., welches gemäß Reg. d. d. verpflichtet ist, aus seinen Waldungen sämmtliches zu Neu- und Reparaturbauten an der Kirche nöthige Bauholz unentgeltlich herzugeben.
2. Eine Wegegerechtfame gegen das Grundstück Biered Nr. 9 u. f. w.
3. u. f. w.

Artikel 5.

Ausstehende Forderungen.

| Nr. | Bezeichnung
des Grundstücks | Name
des Schuldners | Betrag | | Zinsfuß | Zinstermin | Kündi-
gungs-
frist | Bemerkungen |
|-----|--------------------------------|------------------------|--------|-----|---------|--------------------------|---------------------------|--|
| | | | Mr. | Pf. | | | | |
| 1 | Pankow Nr. 3 | Albert Mann | 300 | — | 5% | Neujahr | 3 Mon. | Das Kapital steht
zur ersten Stelle
(Abth. III, Nr. 1). |
| 2 | Schönholz Nr. 6 | Aug. Neumann | 800 | — | 4 1/2% | 1. Juli und
1. Januar | 6 Mon. | Dem. Kapital
stehen 300 Mr. vor
(Abth. III, Nr. 4). |
| 3 | Lübars Nr. 3 | Johann Walter | 600 | — | 5% | 27. April | 3 Mon. | Das Kapital rührt
her aus der Ver-
silberung des Spar-
kassenbuches Art. 6
Nr. 4 zurückgezahltes
Kapital. |

Pankow, den 22. Juni 1887.

R. R.

R. R.

R. R.

Bauhauker

Bauhauker

Bauhauker

Artikel 6.

Inhaberpapiere.

| Nr. | Bezeichnung
der
Werthpapiere | Rechn-
werth
Mk. | Ankaufs-
preis | | Zinsfuß | Zinstermin | Bemerkungen |
|-----|--|------------------------|-------------------|-----|---------|-----------------------------|---|
| | | | Mk. | Pf. | | | |
| 1 | Staatsschuldchein Lit. A
Nr. 617 | 3000 | 2760 | 50 | 3 1/2 % | 1. Januar und
1. Juli | |
| 2 | Desgl. Lit. C Nr. — | — | — | — | — | — | |
| 3 | Westpreussischer privile-
girter Pfandbrief
(Danaia) Lit. C
Nr. 211 | 300 | 272 | 25 | 4 % | Johannis und
Weihnachten | |
| 4 | Kr. Stargarder Kreis-
sparrassenbuch Nr. 2160 | 600 | 590 | — | 4 1/2 % | — | ist am 16. Mai 1889
zurückgezahlt, s. Ber-
handlung vom 14. März
1889. |
| 5 | u. f. w. | | | | | | |

Pantow, den 30. Mai 1887.

R. R.

R. R.

R. R.

Vorstehender.

Kirchenvorsteher.

Kirchenvorsteher.

Artikel 7.

Bewegliche Gegenstände.

| Nr. | Benennung der Gegenstände | Gewicht
des Silbers | | alt. Dezember
1888 Bestand | Bemerkungen |
|-----|---|------------------------|----|-------------------------------|-------------|
| | | kg | g | | |
| | Titel I. | | | | |
| | An Pretiosen. | | | | |
| 1 | Silberne, vergold. Monstranz
nebst Reliquienbeh. | 2 | 10 | | |
| 2 | Reliq. silbern, vergolbet, mit
Patene | 1 | 06 | | |
| 3 | Weschkännchen, nebst Untersatz,
silbern | — | 42 | | |
| 4 | Ciborium mit Dedel, silbern
(pyxis) u. f. w. | — | 48 | | |
| | | 4 | 06 | | |
| | Titel II. | | | | |
| | An inneren Vertinungsgegenständen. | | | | |
| 5 | Altäre | | | 3 | |
| 6 | Kanzel | | | 1 | |
| 7 | Beichtstühle | | | 2 | |

| Nr. | Benennung der Gegenstände | ult. Dezember
1888 Bestand | Bemerkungen |
|--------------------------------------|---|-------------------------------|-------------|
| | | Stück | |
| 8 | Taufstein mit zinnernem Taufbecken | 1 | |
| 9 | Bänke, große | 22 | |
| 10 | " kleine | 8 | |
| 11 | Orgel mit 16 Stimmen und Pedal | 1 | |
| 12 | Turmglöden | 3 | |
| 13 | Sakristei- und Altarglödchen u. s. w. | 6 | |
| Titel III. | | | |
| An Binn. | | | |
| 14 | Pacifitale | 1 | |
| 15 | Hängelampen | 3 | |
| 16 | Altarleuchter, große | 12 | |
| 17 | " kleine | 4 | |
| 18 | Reklänndchen, Paar, nebst Untersatz u. s. w. | 2 | |
| Titel IV. | | | |
| An Messing, Kupfer, Blech und Eisen. | | | |
| 19 | Rauchfaß, messingett, nebst Schißchen u. Löffel | 1 | |
| 20 | Paulen, kupfern, bezogen | 2 | |
| 21 | Blechlampen | 4 | |
| 22 | Form zum Hostienbaden | 1 | |
| 23 | " " Ausstechen großer Hostien | 1 | |
| 24 | " " " kleiner | 1 | |
| Titel V. | | | |
| An Leinwand und Wäsche. | | | |
| 25 | Alben | 8 | |
| 26 | Humeralien | 5 | |
| 27 | Chorshemden für Priester | 3 | |
| 28 | " " Knaben | 6 | |
| 29 | Korporallen | 4 | |
| 30 | Purifikatorien u. s. w. | 10 | |
| Titel VI. | | | |
| An Paramenten. | | | |
| 31 | Kaseln mit Zubehör, weiße | 3 | |
| 32 | " " " rothe | 2 | |
| 33 | " " " schwarze | 2 | |
| 34 | Pluviale nebst Stola, weiß u. s. w. | 1 | |
| Titel VII. | | | |
| An Holzgeräthen. | | | |
| 35 | Kreuze mit Christusfiguren | 3 | |
| 36 | Katafalt (Zumba) | 1 | |
| 37 | Bahre u. s. w. | 1 | |
| Titel VIII. | | | |
| An anderen Kirchengeräthen. | | | |
| 38 | Fahnen | 8 | |
| 39 | Tragbilder u. s. w. | 2 | |
| Titel IX. | | | |
| An Büchern. | | | |
| 40 | Missale romanum | 2 | |
| 41 | " de requiem | 2 | |
| 42 | Ritual | 1 | |
| 43 | Perikopen | 1 | |

| Nr. | Benennung der Gegenstände | ult. Dezember
1888 Bestand
Stück | Bemerkungen |
|-----|---|--|-------------|
| | Titel X.
An Kirchen-Matrikelbüchern. | | |
| 44 | Taufbuch von 1793 bis 1830 | 1 | |
| 45 | " " 1830 bis jetzt | 1 | |
| 46 | Eraunungsbuch von 1793 ab | 1 | |
| 47 | Begräbnißbuch von 1793 ab | 1 | |
| | Titel XI.
An Amtsblättern. | | |
| 48 | Der Königl. Regierung zu Potsdam von
1828 bis incl. 1888 | 60 | |

Artikel 8.
Passivkapitalien.

| Nr. | Bezeichnung der Schuld
und des Gläubigers | Betrag
Mk. Pf. | Zinsfuß | Zins-
termin | Kündi-
gungs-
frist | Bemerkungen |
|-----|---|-------------------|---------|---------------------------|---------------------------|---|
| 1 | Darlehn vom Provinzial-
Hülfsfonds zu Berlin | 3000 — | 6 1/2 % | 1. Jan.
und
1. Juli | — | Das Darlehn ist im Betrage von
4000 Mk. zum Bau der Kirche
mit Genehmigung der Aufsichts-
behörde im Jahre 1880 auf-
genommen worden und wird im
Jahre 1920 amortisirt werden. |
| 2 | Restkaufgeld von
Eduard Goldbach
hierselbst | 200 — | 5 % | den
24. Juni | drei
Monate | Aus dem Betrage vom 8. März
1885, betreffend die zur Orga-
nisten-Dotation angekauften drei
Morgen Land. |

II. Abtheilung.

Pfarr- und sonstiges Benefizial-Vermögen.

A. Pfarr-Vermögen.

Artikel I.

Gebäude und so fort wie bei Abtheilung I.

B. Vikarien-Vermögen.

Artikel I.

Gebäude u. s. w. wie bei Abtheilung I.

C. Organisten-Vermögen.

Artikel I.

Gebäude u. s. w.

D. Rüsterei-Vermögen.

Artikel I.

Gebäude u. s. w.

III. Abtheilung.

Stiftungs-Vermögen.

A. Zu kirchlichen Zwecken.

Artikel I.

Gebäude u. s. w. wie bei Abtheilung I.

B. Zu wohlthätigen Zwecken.

Artikel I.

Gebäude u. s. w. wie bei Abtheilung I.

C. In Schulzweiden.

Artikel I.

Gebäude u. s. w.

Vorstehendes Inventar-Verzeichniß ist durch Beschluß des Kirchenvorstandes vom 15. Mai 1888 als vollständig und richtig anerkannt worden. Dieses wird hierdurch bescheinigt.

Berlin, den 16. Mai 1888.

Der katholische Kirchenvorstand.

R. R.

R. R.

R. R.

Vorstehender.

Kirchenvorsteher.

Kirchenvorsteher.

Anlage II.**Boranschlag**

für die kirchliche Vermögensverwaltung der katholischen Kirchen- (Kapellen- etc.) Gemeinde.

N.

für das Jahr 188 .

(die Jahre 18 . . bis 18 . .)

Bor bemerkungen.

1. Dem Boranschlag liegt das Inventur-Verzeichniß vom ten 18 . . zu Grunde.
2. Das Rechnungsjahr
 - a) der Kirchengemeinde R. beginnt mit dem 188 . und schließt mit dem 188 .
 - b) der bürgerlichen Gemeinde beginnt mit dem 188 . und schließt mit dem 188 .
3. Die Gemeindeglieder haben an Steuern für 19 . . zu zahlen bezw. sind veranlagt zu:

| | | |
|---|------------|------------|
| a) Einkommensteuer | Mk. | Pf. |
| b) fingirte veranlagte Einkommensteuer der Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von mehr als 900 Mk. | " | " |
| c) Grundsteuer | " | " |
| d) Gebäudesteuer | " | " |
| e) Gewerbesteuer einschl. Betriebssteuer | " | " |
| Uebershaupt | Mk. | Pf. |
4. Der durch Umlage aufzubringende Bedarf der Kirchenkasse beträgt Mk. Pf. oder Prozent der Steuer.
5. (Wenn der Vertheilungsmaßstab der Umlage nach der Kommunalsteuer festgesetzt ist.)
 Nach dem Beschlusse des Kirchenvorstandes vom ten 18 . . und dem Beschluß der Gemeindevertretung vom ten 18 . . sind die kirchlichen Umlagen nach dem Maßstabe der Kommunalsteuer aufzubringen.
 Die von den Gemeindegliedern aufzubringende Kommunalsteuer beträgt im Jahre 18 . . , davon sind mithin als kirchliche Umlagen zu erheben Prozent.

Bescheinigungen.

I. Dieser von dem Kirchenvorstande aufgestellte Boranschlag ist durch Beschluß der Gemeindevertretung (des die Stelle der Gemeindevertretung vertretenden Kirchenvorstandes) vom ten 188 . festgesetzt worden.

R., den ten

188 .

Der Vorsitzende des Kirchenvorstandes.

R. R.

II. Dieser Boranschlag hat gemäß § 21 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 nach erfolgter Feststellung und vorgängiger ortsüblicher Bekanntmachung zwei Wochen lang zur Einsicht der Gemeindeglieder öffentlich ausgelegen.

R., den ten

188 .

Der Vorsitzende des Kirchenvorstandes.

R. R.

Einnahme.

| Nr. | Bezeichnung
der
einzelnen Einnahmen | Betrag | | Der vorige
Etat setzte
aus | | Daher | | Bemerkungen |
|-----|--|--------|-----|----------------------------------|-----|-----------------|--------------------|-------------|
| | | Mt. | Pf. | Mt. | Pf. | Mehr
Mt. Pf. | Weniger
Mt. Pf. | |
| | <p>Titel I.
Aus Grundstücken:
a) Zeitpacht,
b) Aus dem Kirchen-
holze
c) Vom Friedhofe.</p> <p>Titel II.
Von besonderen Stif-
tungsländereien.</p> <p>Titel III.
An feststehenden Geld-
einnahmen, Grund-
zinsen, Ländereien,
Zehnten, Renten und
dergl.</p> <p>Titel IV.
Kapitalzinsen
a) von Kirchenkapitalien,
b) von Stiftungskapi-
talien.</p> <p>Titel V.
An Ablösungskapitalien.</p> <p>Titel VI.
An zurückgezahlten Ka-
pitalien.</p> <p>Titel VII.
An neuen Stiftungen.</p> <p>Titel VIII.
Aus Kollekten und aus
dem Klingelbeutel.</p> <p>Titel IX.
Angeliehene Kapitalien.</p> <p>Titel X.
An Umlagen der Ge-
meindemitglieder.
An Stolgebühren.</p> <p>Titel XI.
Für Kirchenstühle.</p> <p>Titel XII.
Insgemein.</p> <p>Wiederholung der
Einnahme.</p> <p>Titel I. aus Grund-
stücken
a) Zeitpacht
b) aus dem Kirchenholze
c) vom Friedhofe
Titel II. von besonderen
Stiftungsländereien . .</p> | | | | | | | |

Ausgabe.

| Nr. | Bezeichnung
der
einzelnen Ausgaben | Betrag | | Der vorige
Etat
setzte aus | Daher | | Bemerkungen | |
|-----|--|--------|-----|----------------------------------|-------|---------|-------------|--|
| | | M. | Pf. | | Mehr | Weniger | | |
| | | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | |
| | Titel VI.
An neu belegten Kapi-
talien und Werth-
papieren. | | | | | | | |
| | Titel VII.
An Verwaltungskosten. | | | | | | | |
| | Titel VIII.
An öffentlichen und sonsti-
gen Abgaben, Lasten
und Gebühren. | | | | | | | |
| | Titel IX.
Insgemein. | | | | | | | |
| | Wiederholung der
Ausgabe. | | | | | | | |
| | Titel I. an Gehältern . | | | | | | | |
| | Titel II. für Anniver-
sarien und sonstige
Stiftungen . | | | | | | | |
| | Titel III. an Kultuskosten | | | | | | | |
| | Titel IV. an Bau- und
Reparaturkosten . . | | | | | | | |
| | Titel V. an Zinsen und
Passivkapitalien . . | | | | | | | |
| | Titel VI. an neu belegten
Kapitalien und Werth-
papieren. . . . | | | | | | | |
| | Titel VII. an Ver-
waltungskosten . . . | | | | | | | |
| | Titel VIII. an öffent-
lichen und sonstigen
Abgaben, Lasten und
Gebühren . | | | | | | | |
| | Titel IX. Insgemein. . | | | | | | | |
| | Summa
aller Ausgaben | | | | | | | |

Balance.

Die Einnahme beträgt M. Pf.
 Die Ausgabe beträgt " "

„Geht auf.“

R., den ten

188

Der katholische (Pfarr-) Kirchenvorstand.
 (Fiskal-)

R. R.
Vorstand.

R. R.
Kirchenvorsteher.

R. R.
Kirchenvorsteher.

für
x =
(x)
zu
pro

Aus vorjähriger Rechnung.

[illegible]

Unlage IV.

U n s g a b e =

für
r = {
l = {
zu
pro

Aus der vor-
jährigen Rechnung.

[illegible]

Verhandelt R., den ten 18

In Gemeinschaft mit dem von dem Kirchenvorstande durch Beschluß vom ten 18 hierzu erwählten Kirchenvorsteher nahm der unterzeichnete Vorsitzende des Kirchenvorstandes in Gemäßheit des Artikel 22 der Geschäfts-Anweisung vom am heutigen Tage eine unvermuthete Revision der Kirchencasse (einschließlich aller übrigen von dem Kirchenvorstande verwalteten Fonds) vor.

Der Rendant wurde zunächst veranlaßt, den Baarbestand vorzuzeigen. Letzterer fand sich abgesondert von der Privatkasse des Rendanten in

1. und zwar in
2.
vor und wurde wie folgt vorgezählt:

| | | | |
|-------------------------|-------|-----|-----|
| Banknoten à | Mt. = | Mt. | Pf. |
| Kassenscheine à | Mt. = | " | " |
| Doppelfronen (à 20 Mt.) | = | " | " |
| Kronen (à 10 Mt.) | = | " | " |
| Halbe Kronen (à 5 Mt.) | = | " | " |
| Silber | | " | " |
| Kleine Münze | | " | " |
| Summa des Baarbestandes | | Mt. | Pf. |

Außerdem wurden die Sparkassenbücher¹⁾ der Sparkasse zu
Nr. vorgelegt (aus dem Archiv genommen und geprüft), dieselben lauten zur Zeit über Mt. Pf.
Summa Mt. Pf.

geschrieben:

Hierauf wurde die Vollständigkeit und Richtigkeit der Eintragungen in dem Kassen-Journale, insbesondere derjenigen über die Einnahmen, geprüft und die Buchungen innerhalb der letzten Monate Post für Post mit den Belägen und dem auf Grund des Artikels 21 geführten Kontrollverzeichnisse verglichen. Hierbei fand sich (nichts Wesentliches -- Folgendes) zu bemerken

Demnächst wurden die Einnahmen und Ausgaben des Journals bis zum heutigen Tage wie folgt abgeschlossen:

Die Einnahme einschließlich des Bestandes aus der vorigen Rechnung²⁾ beträgt:

Mt. Pf.

Die Ausgabe beträgt: " "

Ergiebt Sollbestand Mt. Pf.

welcher mit dem obigen Baarbestande (übereinstimmt, — nicht übereinstimmt), worüber der Rendant folgende Aufklärung giebt:

Ueberhaupt wurde die gesammte Kassenverwaltung geprüft, welche (ordnungsmäßig befunden — zu nachstehenden Bemerkungen Veranlassung gab)

Schließlich wurde auch das von dem Rendanten geführte Verzeichniß der Werthpapiere dahin geprüft, ob die letzteren richtig verzeichnet und sämmtlich vorhanden sind, ob Auslosungen derselben stattgefunden haben, beziehungsweise was etwa in Folge derselben noch zu veranlassen ist. Hierbei fand sich (nichts Wesentliches — das Nachstehende) zu bemerken

Vor der Unterschrift gab der Rendant noch die Erklärung ab, daß er andere als die im vorstehenden Baarbestande aufgeführten Kirchengelder nicht hinter sich habe.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.

R. R.
Rendant.

Geschehen wie oben.

R. R.
Vorsitzender.

R. R.
Kirchenvorsteher.

1) Wenn die Bestände bei einer anderen Kasse als einer öffentlichen Sparkasse niedergelegt sind, so ist dieselbe unter entsprechender Aenderung des Formulars anzugeben. Der Regel nach sollen Sparkassenbücher und dgl. im Kirchendarchiv aufbewahrt werden.

2. (Es versteht sich von selbst, daß die Kapitalicngelder bei Feststellung der Einnahmen mitgerechnet werden müssen. Dasselbe gilt von der Ausgabe. Ebenso ist zu prüfen, ob die Beträge, welche nach den Revisionenotaten der letzten Rechnung einzunehmen oder auszugeben waren, eingenommen bezw. ausgegeben sind. Das Protokoll möge dies bestätigen.)

Beantwortung der Revisions-Bemerkungen

über die

Bedienung von der katholischen { Pfarr- } Kirche
 { Filial- }

34

N.

vom Jahre 188 .

| Notaten der Aufsichtsbehörde
(hier folgt Abschrift des Revisions-
protokolls oder des Revisions-
bescheides) | Beantwortung
des
Kendanten | Gutachten
des
Kirchenvorstandes | Entscheidung
(wird offen gelassen) |
|---|--|---------------------------------------|---------------------------------------|
| 1. Der Bestand aus dem Vor-
jahre betrug nicht 4959 Mk.,
sondern 4956 Mk. | Der Ansatz beruht auf
einem Schreibfehler;
3 Mk. sind in der
jetzigen Rechnung
unter „Defekte“ ver-
einnahmt. | Richtig, das Notat
ist erledigt. | |

Anlage VII.

Rechnung

über die

Vermögens-Verwaltung der katholischen { Filial- } Kirche

D. H. N. K.

34

N.

im Archipresbyterat R. landesherrlichen Patronats (Privat-Patronats und zwar zur Zeit des R. N.
für das Jahr 18

Hierzu ein Heft Beläge
von Nr. 1 bis incl.

Gefertigt R. R., den ten 18 .

Durch den katholischen { Pfarr- } Kirchenvorstand
 { Filial- }

Q.

५३.

九

Caution - Bermerk.

Eine besondere Sautions-Leistung außer der gesetzlichen findet nicht statt. Die Kirchentasse ist in einem starken, mit Eisen beschlagenen, mit drei Schlössern versehenen eigenen Kasten im aufbewahrt und befiht dazu der Vorsitzende des Kirchenvorstandes, der Rendant und ein von dem Kirchenvorstande hlerzu bestimmtes Mitglied desselben je einen Schlüssel.

N. N., den ten 18

Der katholische { Pfarr- } Kirchenvorstand.
 { Filial- }

光

北。

火

| Soll
nach dem
Etat | | Nach der
vorigen
Rechnung | | Summa | | Zugang | | Abgang | | Rechnungs-
mäßiges
Soll | | E i n n a h m e |
|--------------------------|-----|---------------------------------|-----|-------|-----|--------|-----|--------|-----|-------------------------------|-----|--|
| Mr. | Pf. | Mr. | Pf. | Mr. | Pf. | Mr. | Pf. | Mr. | Pf. | Mr. | Pf. | |
| | | | | | | | | | | | | Transport . .
Tit. III. An feststehenden Geld-
einnahmen, Grundzinsen zc. . .
Tit. IV. Kapitalzinsen
Tit. V. An Ablösungskapitalien .
Tit. VI. An zurückgezahlten Ka-
pitalien
Tit. VII. An neuen Stiftungen .
Tit. VIII. Aus Kollekten und
aus dem Klingelbeutel . . .
Tit. IX. Angelehene Kapi-
talien
Tit. X. Gebungen von Gemeinde-
gliedern
Tit. XI. Für Kirchenstühle . .
Tit. XII. Insgemein |
| | | | | | | | | | | | | Summa aller Einnahmen . . |

| Soll
nach dem
Etat | | Nach der
vorigen
Rechnung | | Summa | | Zugang | | Abgang | | Rechnungs-
mäßiges
Soll | | A u s g a b e |
|--------------------------|-----|---------------------------------|-----|-------|-----|--------|-----|--------|-----|-------------------------------|-----|--|
| Mr. | Pf. | Mr. | Pf. | Mr. | Pf. | Mr. | Pf. | Mr. | Pf. | Mr. | Pf. | |
| | | | | | | | | | | | | A. An Vorschüssen
B. An Rechnungsvergütungen .
Tit. I. An Gehältern
Tit. II. Für Anniversarien und
sonstige Stiftungen
Tit. III. An Kultuskosten . . .
Tit. IV. An Bau- und Reparatur-
kosten
Tit. V. An Zinsen und Passiv-
kapitalien
Tit. VI. An neu belegten Kapitalien
und Werthpapieren
Tit. VII. An Verwaltungskosten
Tit. VIII. An öffentlichen und
sonstigen Abgaben, Lasten und
Gebühren
Tit. IX. Insgemein |

[illegible]

| Soll
nach dem
Etat | | Nach der
vorigen
Rechnung | | Summa | | Zugang | | Abgang | | Rechnungs-
mäßiges
Soll | | Ausgabe |
|--------------------------|-----|---------------------------------|-----|-------|-----|--------|-----|--------|-----|-------------------------------|-----|---|
| Mr. | Pf. | Mr. | Pf. | Mr. | Pf. | Mr. | Pf. | Mr. | Pf. | Mr. | Pf. | |
| | | | | | | | | | | | | Wiederholung der Ausgabe.
A. An Vorschüssen
B. An Rechnungsvergütungen
Tit. I. An Gehältern
Tit. II. Für Anniversarien
und sonstige Stiftungen . .
Tit. III. An Kultuskosten . .
Tit. IV. An Bau- und Re-
paraturkosten
Tit. V. An Zinsen und Passiv-
kapitalien
Tit. VI. An neu belegten Ka-
pitalien und Werthpapieren
Tit. VII. An Verwaltungs-
kosten
Tit. VIII. An öffentlichen und
sonstigen Abgaben, Lasten
und Gebühren
Tit. IX. Insgemein |
| | | | | | | | | | | | | Summa aller Ausgaben . |

B a l a n c e.

Die Einnahme beträgt pag.

Die Ausgabe beträgt pag.

Reicht baarer Bestand ...

Außer dem baaren Bestande befinden sich in der Kasse folgende zum Kirchenvermögen gehörige, geld-
gleiche Staatspapiere und Dokumente:

1. Staatsschuldschein Nr. Lit. über Mr.
2. Westpreuß. Pfandbrief N. Nr. N.'scher Kreis, N.'sches Depar-
tement über Mr.
3. Obligationen der N. N.'schen Eheleute vom 18 . . ,
nebst annectirtem Recognitionsschein vom über die
Eintragung des ihnen dargeliehenen Kapitals auf das Grundstück zu Nr. . .
Abtheilung III. Nr. 1 Mr.

Summa des ganzen Kirchenvermögens ...

An Stiftungsvermögen sind vorhanden: Kapital Mr.
Pfarr-Vermögen Mr.

Das in der Kasse befindliche Kautions-Depositum des Pächters N. besteht in
dem Hypothekenbriefe Nr. 2 über Mr.

Die Richtigkeit vorstehender Rechnung bescheinigt

N. N., den ten

Der katholische {Pfarr-
 {Stthal-
 {N.

~~auf Bitte und Gewissen hierdurch.~~

Kirchenvorstand.

11/11/11 11/11/11

Anlage VIII.

Über die Verwaltung des bei der
 in: Archipresbyterate R.
 für das
 Gejertigt R. R.,
 durch den katholischen { Pfarr-
 { Altal-
 R. R.

Hierzu ein Heft Beläge
 von Nr. 1 bis inkl.

| Nr. der Stiftung | Namen der Stiftung
und wann sie er-
richtet und bestätigt
worden | Kapital
der
Stiftung | | Daselbe ist | | | | | | Einnahme | | | |
|------------------|---|----------------------------|---|-----------------|-----|-------------------|-----|---------|-----|--|-----|------------------|-------------------|
| | | | | aus-
stehend | | zurück-
geahlt | | Zinsfuß | | Betrag
der
jähr-
lichen
Zinsen | | Davon sind | |
| | | | | Mt. | Pf. | Mt. | Pf. | Mt. | Pf. | Mt. | Pf. | einge-
kommen | Rest
geblieben |
| 2 | R. R.'sche Stiftung, Rest p. 18.. | — | — | — | — | — | — | — | — | 21 | — | A. Reste aus dem | — |
| | | | | | | | | | | | | 21 | — |
| | Summa A. | — | — | — | — | — | — | — | — | 21 | — | 21 | — |
| 1 | R. R.'sche, den .. ten ..
18.. errichtet und den .. ten
bestätigt | 2400 | — | 2400 | — | — | — | 5 | 120 | — | 120 | B. Kurrente | — |
| 2 | R. R.'sche, den .. ten ..
18.. errichtet und den .. ten
..... 18.. bestätigt... | 600 | — | 600 | — | — | — | 3 1/2 | 21 | — | 21 | — | — |
| 3 | R. R.'sche, d. 20. Aug. 1888
errichtet und den 23. Sept.
ejusd. bestätigt | 300 | — | 300 | — | — | — | 3 1/2 | 5 | 25 | 5 | 25 | — |
| | Summa B. kurr. Verwaltung
hierzu | 3300 | — | 3300 | — | — | — | — | 146 | 25 | 146 | 25 | — |
| | A. Rest a. d. vorigen Jahre | — | — | — | — | — | — | — | 21 | — | 21 | — | — |
| | Summa | 3300 | — | 3300 | — | — | — | — | 167 | 25 | 167 | 25 | — |

Die Richtigkeit vorstehender Rechnung bescheinigt
 R., den .. ten

Der katholische { Pfarr-
 { Altal-

n n n g

katholischen { Pfarr- } Kirche
 { Filial- }

N. N.

vorhandenen Stiftungs-Vermögens

Jahr 188 .

den 18 .

Kirchenvorstand

N.

| Zweck der Stiftung | Ausgabe | | | | | | | | Bemerkungen |
|---------------------------------|--|------------------------------|----|-------------------------------|--------------------|---------------------------------|---|---|-------------|
| | Von den Zinsen haben nach der Bestimmung der Stiftungs-urkunde zu beziehen | | | | Laut Betrag
Nr. | Davon haben | | | |
| | Namen der Empfangsberechtigten | Gelt-
betrag
Mtl. Pfl. | | baar
erhalten
Mtl. Pfl. | | noch zu
fordern
Mtl. Pfl. | | | |
| | | | | | | | | | |
| vorigen Jahre. | | | | | | | | | |
| 3 gefung. hl. Messen . . . | Kirchenkasse hieselbst . . . | 4 | — | — | 4 | — | — | — | |
| 1 stille hl. Messe | Pfarrer N. hieselbst . . . | 15 | — | 1 | 15 | — | — | — | |
| 3 Kanzelfürbitten | Organist N. hieselbst . . . | 1 | 50 | 2 | 1 | 50 | — | — | |
| | Bälgetret. N. hieselbst . . . | — | 30 | 3 | — | 30 | — | — | |
| | Die Hospitaliten | — | 20 | 4 | — | 20 | — | — | |
| | | | | | | | | | |
| Verwaltung. | | | | | | | | | |
| 12 gefung. hl. Messen . . . | Kirchenkasse hieselbst . . . | 30 | — | — | 30 | — | — | — | |
| 1 off. def. unius noct. | Pfarrer N. hieselbst . . . | 46 | — | 5 | 46 | — | — | — | |
| c. fund. | Organist N. hieselbst . . . | 7 | 50 | 6 | 7 | 50 | — | — | |
| 4 stille hl. Messen | Bälgetreter N. | 1 | 20 | 7 | 1 | 20 | — | — | |
| | | | | | | | | | |
| 1 Kanzelfürbitte | Die Hospitaliten | 35 | 30 | 8 | 35 | 30 | — | — | |
| 3 gefung. hl. Messen | Kirchenkasse hieselbst . . . | 4 | — | — | 4 | — | — | — | |
| 3 stille hl. Messen | Pfarrer N. | 15 | — | 9 | 15 | — | — | — | |
| 1 Kanzelfürbitte | Organist N. | 1 | 50 | 10 | 1 | 50 | — | — | |
| | Bälgetreter | — | 30 | 11 | — | 30 | — | — | |
| | Die Hospitaliten | — | 20 | 12 | — | 20 | — | — | |
| | | | | | | | | | |
| 2 gefung. hl. Messen | Kirchenkasse hieselbst . . . | — | 25 | — | — | 25 | — | — | |
| 3 stille hl. Messen | Pfarrer N. | 4 | — | 13 | 4 | — | — | — | |
| | Organist N. | 1 | — | 14 | 1 | — | — | — | |
| | | | | | | | | | |
| | | 146 | 25 | — | 146 | 25 | — | — | |
| | | 21 | — | — | 21 | — | — | — | |
| | | 167 | 25 | — | 167 | 25 | — | — | |

Die Stiftung ist in Rechnungsjahre errichtet und beginnt die Stundzahlung erst vom 2. September 1889 ab.

Die Stiftung ist im Rechnungsjahre errichtet und beginnt die Zinszahlung erst vom 2. December 1889 ab.

auf Pflicht und Gewissen.

18

Kirchenvorstand.

A m t s b l a t t

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 51.

Den 19. Dezember

1902.

Inhaltsverzeichnis. Inhalt von Stück 48 des Reichsgesetz-Blatts. S. 551. — Abgabetarif. S. 551. — Fisch- und Ladeplatztarif. S. 552. — Befugnisse der Korporation der Kaufmannschaft in Berlin und der Handelskammern. S. 553. — Festpunkte und Pegel an den Märkischen Wasserstraßen. S. 553. — Fischerei-Aufsicht. S. 553. — Fährtarife. S. 554 ff. — Handbuch für Gemeindebehörden. S. 557. — Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter. S. 557. — Viehschäden. S. 557. — Einstellung von Einjährig-Freiwilligen. S. 557. — Notkräftigkeitsversorgungsberechtigter Anwärter. S. 557. — Grundstücksaufhebungen. S. 557/558. — Zulassung einer Hebamme. S. 558. — Weihnachtsfeiern. S. 558. — Verlegung einer Telegraphen-Hilfsstelle. S. 558. — Pfarrerstellenerledigung. S. 558. — Seminar-Prüfungen. S. 558 ff. — Handarbeitslehrerinnen-Prüfung. S. 561. — Lehrerinnen-Prüfungen. S. 561/562. — Sprachlehrerinnen-Prüfung. S. 562. — Schulvorsetzerinnen-Prüfung. S. 562. — Ausbreitung von Löschungsquittungen über abgelöste Renten. S. 562. — Veränderungen von Gemeinde- und Ortsbezirkegrenzen. S. 562. — Schiffsfahrts-Abgaben. S. 563. — Reinertrag von Eisenbahnen. S. 563. — Martini-Marktpreise. S. 563/564. — Personal-Chronik. S. 564. — Ausweisungen aus Preußen. S. 566.

B e k a n n t m a c h u n g.

Das letzte (52.) Stück des Amtsblatts im laufenden Jahre wird der Weihnachtsfeiertage wegen bereits am 24. Dezember zur Ausgabe gelangen.

Die vor dem Schluß des Jahres noch zu veröffentlichenden Bekanntmachungen zc. sind der Redaktion bis spätestens zum 22. Dezember, Vormittags 10 Uhr, einzusenden.

Nach diesem Zeitpunkte eingehende Bekanntmachungen können erst in dem am 2. Januar k. Js. erscheinenden Stück 1 des Jahrganges 1903 abgedruckt werden.
Potsdam, den 1. Dezember 1902. Der Regierungspräsident.

B e s t e l l u n g d e s A m t s b l a t t s f ü r 1903.

Die freiwilligen Bezahler des Regierungsamtsblatts werden ersucht, die Bestellung für das Jahr 1903 so zeitig bei den Kaiserlichen Postamtszeitungsstellen zu bewirken, daß diese bis zum Schluß des laufenden Jahres die eingegangenen Bestellungen an die Redaktion des Amtsblattes gelangen lassen können.

Bei denjenigen Abonnenten, welche zum Halten des Amtsblattes gesetzlich verpflichtet sind (Zwangsabonnenten) sowie bei den Gratisempfängern bedarf es einer erneuten Bestellung nicht.

Potsdam, den 1. Dezember 1902. —

Der Regierungspräsident.

Reichsgesetzblatt.

(Stück 48.) Nr. 2911. Bekanntmachung, betreffend die dem internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigelegte Liste. Vom 3ten Dezember 1902.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

64.

T a r i f

für die Ablage des Blegelbesizers R. Renmann zu Dees am linken Ufer bei km 127,4 der Unteren Havelwasserstraße.

Es sind zu zahlen:

I. an Schiffsliegengelb

von jedem anlegenden Fahrzeuge und zwar:

- 1) von Fahrzeugen bis einschließlich 40,2 m Länge für jeden Tag 50 Pf.

- 2) von Fahrzeugen mit größerer Länge für jeden Tag 1 M.

II. an Ufergeld

- beim Aus- oder Einladen von Gütern jeder Art für je eine Tonne (1000 kg) 30 Pf.

III. an Lagergeld

von Gütern, welche nach der Ausladung aus dem Schiff oder vor der Einladung in das Schiff länger als 24 Werktagstunden auf der Ablage lagern, für jeden folgenden Zeitraum von sieben Tagen und zwar:

- 1) von Bühnenbush (Reisern), Brennholz (Kloben, Rollen, Knäppeln, Stangen), Druck- und Feldsteinen für je ein cbm 5 Pf.
- 2) von Mauersteinen für je 1000 Stück 15 Pf.
- 3) von Dach- u. Hohlsteinen für je 1000 Stück 10 Pf.

- 4) von sonstigen Gütern für jedes qm belegter Fläche 5 Pf.

Zusätzliche Bestimmung.

Angelegene Tarifeinheiten werden für voll gerechnet.

Befreiungen.

Es sind befreit:

- 1) Fahrzeuge und Güter, welche dem Könige, dem preussischen Staate oder dem deutschen Reiche gehören oder ausschließlich für deren Rechnung befördert werden, von den Abgaben unter I., II. und III.,
- 2) die Gepäckstücke der mit Personendampfern ankommenden oder abfahrenden Personen von der Abgabe unter II.,
- 3) Fahrzeuge, welche be- oder entladen werden, für die Dauer des Bösch- und Ladegeschäfts von der Abgabe unter I.,
- 4) Fahrzeuge für die Dauer des Eisstandes von der Abgabe unter I.

Dieser Tarif tritt nach vierzehntägigem Ausgange auf der Ablage in Kraft.

Berlin, den 29. November 1902.

Der Finanz-Minister.

Der Minister
der öffentlichen Arbeiten.

65. T a r i f

für die Bösch- und Ladepätze der Stadt Spandau.

Es sind zu zahlen:

I. an Schiffsliegegeld:

A. von allen Fahrzeugen, einschl. der leeren Personendampfer, soweit nicht die nachfolgenden Tarifsätze Anwendung finden, für jeden Tag 20 Pf.

B. von Angels-, Hand- und Fischerkähnen, bei einer Liegezeit von mindestens einem Tage

a. für jeden Tag 10 Pf.

b. für jede Woche nicht mehr als 50 Pf.

C. von Dampfern im Personenverkehr, und zwar

a. von Dampfern bis einschließlich 150 Personen Tragfähigkeit

1) für ein- oder zweimaliges Anlegen an einem Tage 1 M.

2) für einen Tag 2 "

3) für jede Woche nicht mehr als 5 "

b. von Dampfern über 150 Personen Tragfähigkeit:

1) für ein- oder zweimaliges Anlegen an einem Tage 1 M. 50 Pf.

2) für einen Tag Liegezeit 3 M.

3) für jede Woche Liegezeit nicht mehr als 7 "

D. von Fahrzeugen der auf der Anlegestelle Handeltreibenden, und zwar:

1) von einem mit Holz, Torf, Holz-, Braun-, Stein- oder Presskohlen beladenen Fahrzeuge

a. von 100 Tonnen und mehr Tragfähigkeit:

für die erste Woche 30 M.

für jede folgende Woche 15 "

h. bis zu 100 Tonnen Tragfähigkeit:
für die erste Woche 20 Pf.
für jede folgende Woche 10 "

2) von einem mit Garten- und Feldfrüchten oder Obst beladenen Fahrzeuge von 40 Tonnen und mehr Tragfähigkeit

für die erste Woche 20 "

für jede folgende Woche 10 "

3) von sonstigen Fahrzeugen, Schuten, Booten, Dräbeln

für die erste Woche 10 "

für jede folgende Woche 5 "

E. von den am Ufer überwinterten Fahrzeugen — abgesehen von den nach Abschnitt D. zahlungspflichtigen —

für die gesamte Liegezeit im Laufe des Winters 3 M.

Stellt sich jedoch bei längerem Winteraufenthalt die Berechnung nach den Sätzen unter A. und B. für den Zahlungspflichtigen günstiger, so kommen diese Sätze zur Anwendung.

II. an Ufergeld

beim Ein oder Ausladen von Gütern:

1) von Getreide, Hülsenfrüchten, Bier, Wein, Del, Petroleum, Spiritus, Theer, Heringen, Zucker, Kaffee,

von Holz-, Braun-, Press- und Steinkohlen, frischem oder getrocknetem Obst,

Mehl, Kleie, Kartoffeln, Waben, Bollen, Borke, Heu, Stroh, Dünger, von Granitplatten, Stufen, Werkstätten, Mühlsteinen,

Dampfkeßeln und sonstigen großen Gegenständen aus Stein oder Metall

für je 100 kg 1 Pf.
jedoch mindestens 5 Pf.

2) von Brennholz oder anderem Holz, soweit es nicht unter 5 fällt, sowie vom Torf

für je 1 cbm 5 "

3) von Mauer-, Form- und Streusand, Füllboden, Thonerde, Bohm, Kies, Gartenerde und dergleichen sowie von Kalk- oder Feldsteinen und zugerichteten (behauenen) Pflastersteinen

für je 1 cbm 10 "

4) von Mauersteinen, Dachziegeln und Schiefertafeln für das Tausend 20 "

5) von Bau- und Rughölzern, einschließlich Bretter und Latten:

a. im abgedundenen Zustande für das cbm 25 "

b. im rohen Zustande für das cbm 20 "

6) von allen vorstehend nicht besonders genannten Gütern:

für je 100 kg 10 "

" " 1 cbm 50 "

" " 1 hl 5 "

" " 1000 Stüd 50 "

Zusätzliche Bestimmungen.

- 1) Angefangene Tarifrückheiten werden bei der Abgabeberechnung für voll gerechnet, soweit im Tarif nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.
- 2) Unter „Tag“ ist ein 24 stündiger Zeitraum, unter „Woche“ ein Zeitraum von 7 Tagen zu verstehen.

Befreiungen.

Befreit sind:

- 1) Fahrzeuge und Güter, welche dem Könige, dem Preussischen Staat oder dem Deutschen Reiche gehören oder ausschließlich für deren Rechnung befördert werden, von den Abgaben unter I. und II.;
- 2) die Gepäckstücke der mit Personendampfern ankommenden oder abfahrenden Personen von der Abgabe unter II.
- 3) die zu größeren abgabepflichtigen Fahrzeugen gehörigen Beifahrer von der Abgabe unter I.

Dieser Tarif tritt am vierzehnten Tage nach dem Tage seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam in Kraft. Gleichzeitig verliert der Tarif vom 10. März 1896 seine Gültigkeit.

Berlin, den 29. November 1902.

Der Finanzminister.

Der Minister
der öffentlichen Arbeiten.

Befugnisse der Korporation der Kaufmannschaft in Berlin und der Handelskammern.

66. Auf Grund der Novelle zum Handelskammergesetz vom 2. Juni d. J. (Gesetz-Sammlung S. 161) wird, insoweit andere Verwaltungen betheilt sind, im Einverständnisse mit den zuständigen Herren Ministern Folgendes bestimmt.

Die in der Begründung des Gesetz-Entwurfs unter Ziffer 5 und 7 angeführten öffentlich-rechtlichen Befugnisse, nämlich:

- a. die gutschriftliche Aeußerung vor Erlaß von Bestimmungen auf Grund des § 4 Abs. 3 und des § 30 Abs. 4 des Handels-Gesetzbuchs — Ausführungs-gesetz zum Handels-Gesetzbuch vom 24. September 1899 (Gesetz-Sammlung S. 303) Artikel 1 —,
- b. die Mitwirkung bei der Führung der Handelsregister — Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit (Reichsgesetzblatt 1898 S. 771) § 126 —

sind von der Korporation der Kaufmannschaft hieselbst neben den zuständigen Handelskammern bis auf Weiteres noch wahrzunehmen.

Die Wahrnehmung der in der Begründung des Gesetz-Entwurfs unter Ziffer 1—4, 6 und 8 aufgeführten öffentlich-rechtlichen Befugnisse der amtlichen Handelsvertretungen steht den Handelskammern ausschließlich zu. Es sind dies:

- 1) die öffentliche Anstellung und Beerdigung von Disputanden und solchen Gewerbetreibenden der im § 36 der Reichsgewerbe-Ordnung bezeichneten Art, deren Thätigkeit in das Gebiet des Handels fällt — Gesetz über die Handelskammern § 42 Abs. 1, § 44 Abs. 1 —,
- 2) die Ausstellung von Ursprungs-Zeugnissen und anderen dem Handelsverkehr dienenden Bescheinigungen — Gesetz über die Handelskammern § 42 Abs. 2, § 44 Abs. 1 —,

- 3) die Wahl von Mitgliedern der Bezirks-Eisenbahnräthe — Gesetz, betreffend die Einsetzung von Bezirks-Eisenbahnräthen v. vom 1. Juni 1882 (Gesetz-Sammlung S. 313) § 3 —,
- 4) die Ertheilung der öffentlichen Ermächtigung, deren Handelsmakler zu Verkäufen oder Käufen bedürfen — Ausführungs-gesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 20. September 1899 (Gesetz-Sammlung S. 177) Artikel 13 —,
- 6) das Vorschlagsrecht für die Ernennung von Handelsrichtern — Gerichtsverfassungsgesetz (Reichsgesetzblatt 1898 S. 371) § 112 —,
- 8) die Bestellung von Revisoren zur Prüfung des Hergangs der Gründung von Aktiengesellschaften und von Kommandit-Gesellschaften auf Aktien — Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897 (Reichsgesetzblatt S. 219) § 192 Abs. 3, § 320 Abs. 3 — und die hiermit im Zusammenhange stehende aus § 194 a. a. D. sich ergebende Thätigkeit.

Die unmittelbare Aufsicht über die Börse wollen Sie einstweilen weiter führen. Ich werde sie der hiesigen Handelskammer übertragen, sobald die in dieser Hinsicht noch schwebenden Verhandlungen zum Abschluß gelangt sein werden.

Berlin, den 3. Dezember 1902.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

An die Herren Aeltesten der Kaufmannschaft hier.

Bekanntmachungen

des Königl. Regierungspräsidenten.

Festpunkte und Pegel an den Märkischen Wasserstraßen.

372. Das Bureau für die Hauptnivellements- und Wasserstandsbeobachtungen im Ministerium der öffentlichen Arbeiten hat „die Höhen aller Festpunkte und Pegel an den Märkischen Wasserstraßen über N. N.“ zusammengestellt und veröffentlicht.

Das Werk kann zum Selbstkostenpreis von 2,50 M. von dem genannten Bureau (Berlin W. 66 Wilhelmstraße Nr. 89) bezogen werden.

Potsdam, den 6. Dezember 1902.

Der Regierungspräsident.

Fischereiaufsicht.

373. Für die zum Regierungsbezirke Potsdam gehörigen Wasserflächen auf der alten Oder von Hohensaaten bis Stolzenhagen sowie die Neben- und Altgewässer der Oder auf der Deichbreite und Binnengewässer des Lunow-Stolper Forstes ist an Stelle des Dammwärters Teglass vom 1. Januar 1903 ab der Dammwärter Dornfeldt zu Stülpower Dammbau zum Fischereiaufsicht im Nebenanie ernannt worden.

Der Genannte gilt fortan bezüglich der in seinem Aufsichtsbezirke vorkommenden Fischereivergehen und Uebertretungen als Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft.

Potsdam, den 7. Dezember 1902.

Der Regierungspräsident.

374.

T a r i f

für die öffentliche Fähr über die Havel-Ober-Wasserstraße oberhalb Spandau — Spandauer Havel km 3,5 bis 4,0 von Saatwinkel (Krahnhaus) nach Valentinswerder und Leuchtthurm — Tegelort.

| Zfd.
Nr. | Bezeichnung der Fahrt | Bei Tage | | Bei Nacht | |
|-------------|---|----------|----|-----------|----|
| | | M | J | M | J |
| | Es sind zu zahlen: | | | | |
| | I. Für eine Fahrt von Saatwinkel nach Valentinswerder: | | | | |
| 1. | Für 1 Person mit oder ohne Traglast, | — | 10 | — | 20 |
| 2. | 1 Fahrrad, | — | 15 | — | 20 |
| 3. | 1 Hund oder sonstiges Kleinvieh, | — | 5 | — | 10 |
| 4. | 1 Kinder- oder Handwagen, | — | 15 | — | 20 |
| 5. | 1 Kind im Alter von 5—14 Jahren. | — | 5 | — | 10 |
| | II. Für eine Fahrt von Saatwinkel nach Restaurant Leuchtthurm — Tegelort: | | | | |
| 1. | Für 1 Person mit oder ohne Traglast, | — | 20 | — | 30 |
| 2. | 1 Fahrrad, | — | 20 | — | 25 |
| 3. | 1 Hund oder sonstiges Kleinvieh, | — | 5 | — | 10 |
| 4. | 1 Kinder- oder Handwagen, | — | 20 | — | 25 |
| 5. | 1 Kind im Alter von 5—14 Jahren, | — | 10 | — | 15 |

Anmerkung:

- a. Der Fährmann ist verpflichtet, sofort nach Aufnahme der 5. Person ab- und bis zum Bestimmungsorte ohne Aufenthalt zu fahren.
- b. Wollen weniger als 5 Personen unverweilt abfahren, so ist der Fährmann gehalten, gegen Zahlung des tarifmäßigen Fahrgeldes für 5 Personen die Fahrt sofort anzutreten.
- Das Fahrgeld ist vor Antritt jeder Fahrt zu zahlen.
- c. Als Nachzeit gilt für April bis September die Zeit von Abends 10 bis Morgens 6 Uhr, für Oktober bis März die Zeit von Abends 8 Uhr bis Morgens 7 Uhr.
- d. Frei überzulassen sind die zuständigen staatlichen Aufsichtsbeamten im Dienst, die im Dienst befindlichen staatlichen Wasserbaubeamten, der Briefträger und Postbote sowie Kinder unter 5 Jahren in Begleitung Erwachsener.
- e. Bei zuverlässiger Eisbahn, für deren guten Zustand der Fährinhaber durch Bestreuen u. zu sorgen hat, ist die Hälfte der vorstehenden Sätze zu zahlen.

Potsdam, den 11. November 1902.

Der Regierungspräsident.

375.

T a r i f

für die öffentliche Fähr über die Havel-Ober-Wasserstraße oberhalb Spandau — Spandauer Havel km 3,5 bis 4,0 von Ruß, Restaurant Wilhelmshöhe, nach dem Restaurant Leuchtthurm, der Insel Valentinswerder und Saatwinkel (Krahnhaus).

| Zfd.
Nr. | Bezeichnung der Fahrt | Bei Tage | | Bei Nacht | |
|-------------|---|----------|----|-----------|----|
| | | M | J | M | J |
| | Es sind zu zahlen: | | | | |
| | I. Für die Fahrt nach Restaurant Leuchtthurm zu Tegelort: | | | | |
| 1. | Für jede Person mit oder ohne Traglast, | — | 5 | — | 10 |
| 2. | 1 Fahrrad, | — | 5 | — | 10 |
| 3. | 1 Hund oder sonstiges Kleinvieh, | — | 5 | — | 10 |
| 4. | 1 Kinder- oder Handwagen, | — | 5 | — | 10 |
| 5. | 1 Kind im Alter von 5—14 Jahren. | — | 5 | — | 10 |
| | II. Für die Fahrt nach Valentinswerder: | | | | |
| 1. | Für jede Person mit oder ohne Traglast, | — | 5 | — | 10 |
| 2. | 1 Fahrrad, | — | 10 | — | 20 |
| 3. | 1 Hund oder sonstiges Kleinvieh, | — | 5 | — | 10 |
| 4. | 1 Kinder- oder Handwagen, | — | 10 | — | 20 |
| 5. | 1 Kind im Alter von 5—14 Jahren. | — | 5 | — | 10 |
| | III. Für die Fahrt nach Saatwinkel (Krahnhaus): | | | | |
| 1. | Für 1 Person mit oder ohne Traglast, | — | 15 | — | 30 |
| 2. | 1 Fahrrad, | — | 20 | — | 25 |
| 3. | 1 Hund oder sonstiges Kleinvieh, | — | 5 | — | 10 |
| 4. | 1 Kinder- oder Handwagen, | — | 20 | — | 25 |
| 5. | 1 Kind im Alter von 5—14 Jahren, | — | 10 | — | 15 |

Anmerkung:

- a. Der Fährmann ist verpflichtet, sofort nach Aufnahme der 5. Person ab- und bis zum Bestimmungsorte ohne Aufenthalt zu fahren.

Wollen weniger als 5 Personen unverweilt abfahren, so ist der Fährmann gehalten, gegen Zahlung des tarifmäßigen Fahrgeldes für 5 Personen die Fahrt sofort anzutreten.

Das Fahrgeld ist vor Antritt jeder Fahrt zu zahlen.

- b. Als Nachtzeit gilt für April bis September die Zeit von Abends 10 bis Morgens 6 Uhr, im Oktober bis März die Zeit von Abends 8 bis Morgens 7 Uhr.

- c. Frei überzusetzen sind die zuständigen staatlichen Aufsichtsbeamten im Dienst, die im Dienst befindlichen staatlichen Wasserbaubeamten, der Briefträger und Postbote sowie Kinder unter 5 Jahren in Begleitung Erwachsener.

- d. Bei zuverlässiger Eisbahn, für deren guten Zustand der Fährinhaber durch Bestreuen u. zu sorgen hat, ist die Hälfte der obigen Sätze zu zahlen.

Der unter dem 8. März 1901 — Amtsblatt S. 113 — genehmigte Tarif wird hiermit aufgehoben.
Potsdam, den 11. November 1902. Der Regierungspräsident.

376.

Tarif

für die öffentliche Fähr- über die Havel-Der-Wasserstraße oberhalb Spandau — Spandauer Havel km 3,5 bis 4,0 von Valentinswerder nach Ruck, Restaurant Leuchtturm, Tegelort und Saatwinkel (Krahnhaus).

| Nr. | Bezeichnung der Fahrt | Bei Tage | | Bei Nacht | |
|-----|--|----------|----|-----------|----|
| | | M. | S. | M. | S. |
| | Es sind zu zahlen: | | | | |
| | I. Prahrnfähre für eine Fahrt nach Saatwinkel, Ruck oder Leuchtturm — Tegelort. | | | | |
| 1. | Für 1 ein- oder zweispänniges Fuhrwerk leer | 1 | 50 | 2 | 50 |
| 2. | " " " " " " " " beladen | 3 | — | 4 | — |
| 3. | " " " " " " " " Vieh bis 3 Stück | 1 | 50 | 2 | 50 |
| 4. | " " " " " " " " " " " " mehr als 3 Stück je Stück | — | 50 | — | 70 |
| | II. Rahnfähre für eine Fahrt nach Saatwinkel (Krahnhaus) und umgekehrt oder nach Restaurant Leuchtturm (nur Einfahrt). | | | | |
| 1. | Für 1 Person mit oder ohne Traglast | — | 10 | — | 20 |
| 2. | " 1 Fahrrad | — | 15 | — | 20 |
| 3. | " 1 Hund oder sonstiges Kleinvieh | — | 5 | — | 10 |
| 4. | " 1 Kinder- oder Handwagen | — | 15 | — | 20 |
| 5. | " 1 Kind im Alter von 5 bis 14 Jahren | — | 5 | — | 10 |
| | Wie vor für eine Fahrt von Valentinswerder nach Ruck und umgekehrt. | | | | |
| 1. | Für jede Person mit oder ohne Traglast | — | 5 | — | 10 |
| 2. | " 1 Fahrrad | — | 10 | — | 20 |
| 3. | " 1 Hund oder sonstiges Kleinvieh | — | 5 | — | 10 |
| 4. | " 1 Kinder- oder Handwagen | — | 10 | — | 20 |
| 5. | " 1 Kind im Alter von 5—14 Jahren | — | 5 | — | 10 |

Anmerkung:

- a. Der Fährmann ist verpflichtet, sofort nach Aufnahme der 5. Person ab- und bis zum Bestimmungsorte ohne Aufenthalt zu fahren.

Wollen weniger als 5 Personen unverweilt abfahren, so ist der Fährmann gehalten, gegen Zahlung des tarifmäßigen Fahrgeldes für 5 Personen die Fahrt sofort anzutreten. Das Fahrgeld ist vor Antritt der Fahrt zu zahlen.

- b. Als Nachtzeit gilt für April bis September die Zeit von Abends 10 bis Morgens 6 Uhr, für Oktober bis März die Zeit von 8 Uhr Abends bis 7 Uhr Morgens.

- c. Frei überzusetzen sind die zuständigen staatlichen Aufsichtsbeamten im Dienst, die im Dienst befindlichen staatlichen Wasserbaubeamten, der Briefträger und Postbote sowie Kinder unter 5 Jahren in Begleitung Erwachsener.

- d. Bei zuverlässiger Eisbahn, für deren guten Zustand der Fährinhaber durch Bestreuen u. zu sorgen hat, ist die Hälfte der vorstehenden Sätze zu zahlen.

Der Tarif vom 22. Januar 1884 (A. Bl. S. 45) nebst Nachtrag vom 9. Juli 1898 (A. Bl. S. 309) wird hiermit aufgehoben.

Potsdam, den 11. November 1902.

Der Regierungspräsident.

377.

T a r i f

für die öffentliche Fährte über die Havel-Ober-Wasserstraße oberhalb Spandau—Spandauer Havel km 3,5—4,0
von Tegelfort nach Saatwinkel und Valentinswerder und umgekehrt.

| Stf.
Nr. | Bezeichnung der Fahrt | Bei Tage | | Bei Nacht | |
|-------------|--|----------|----|-----------|----|
| | | M | S | M | S |
| | Es sind zu zahlen: | | | | |
| | I. Für eine Fahrt nach Saatwinkel oder umgekehrt: | | | | |
| 1 | Für 1 Person mit oder ohne Traglast | — | 20 | — | 30 |
| 2 | „ 1 Fahrrad | — | 20 | — | 25 |
| 3 | „ 1 Hund oder sonstiges Kleinvieh | — | 5 | — | 10 |
| 4 | „ 1 Kinder- oder Handwagen | — | 20 | — | 25 |
| 5 | „ 1 Kind im Alter von 5—14 Jahren | — | 10 | — | 15 |
| | II. Für eine Fahrt nach Valentinswerder-Restaurant | | | | |
| 1 | Für eine Person mit oder ohne Traglast | — | 20 | — | 30 |
| 2 | „ 1 Fahrrad | — | 20 | — | 25 |
| 3 | „ 1 Hund oder sonstiges Kleinvieh | — | 5 | — | 10 |
| 4 | „ 1 Kinder- oder Handwagen | — | 20 | — | 25 |
| 5 | „ 1 Kind im Alter von 5—14 Jahren | — | 10 | — | 15 |

Anmerkung.

- a. Der Fährmann ist verpflichtet, sofort nach Aufnahme der 5. Person ab- und bis zum Bestimmungsort ohne Aufenthalt zu fahren.
Wollen weniger als 5 Personen unverweilt abfahren, so ist der Fährmann gehalten, gegen Zahlung des tarifmäßigen Fährgeldes für 5 Personen die Fahrt sofort anzutreten. Das Fährgeld ist vor Antritt jeder Fahrt zu zahlen.
- b. Als Nachtzeit gilt für April bis September die Zeit von Abends 10 bis Morgens 6 Uhr, für Oktober bis März die Zeit von Abends 8 Uhr bis Morgens 7 Uhr.
- c. Frei überzusetzen sind die zuständigen staatlichen Aufsichtsbeamten im Dienst, die im Dienst befindlichen staatlichen Wasserhausbeamten, der Briefträger und Postbote sowie Kinder unter 5 Jahren in Begleitung Erwachsener.
- d. Bei zuverlässiger Eisbahn, für deren guten Zustand der Fährinhaber durch Bestreuen u. so. sorgen hat, ist die Hälfte der vorstehenden Sätze zu zahlen.

Potsdam, den 11. November 1902.

Der Regierungsveräsident.

378.

T a r i f

für die öffentliche Fährte über die Havel-Ober-Wasserstraße oberhalb Spandau—Spandauer Havel km 3,5—4,0
von Restaurant Leuchtturm—Tegelfort nach Ruß, Saatwinkel (Krahnhaus) und Valentinswerder Restaurant.

| Stf.
Nr. | Bezeichnung der Fahrt | bei
M | Tage
S | bei
M | Nacht
S |
|---|---------------------------------------|----------|-----------|----------|------------|
| Es sind zu zahlen: | | | | | |
| I. Für eine Fahrt nach Ruß | | | | | |
| 1 | Für 1 Person mit oder ohne Traglast | — | 5 | — | 10 |
| 2 | „ 1 Fahrrad | — | 5 | — | 10 |
| 3 | „ 1 Hund oder sonstiges Kleinvieh | — | 5 | — | 10 |
| 4 | „ 1 Kinder- oder Handwagen | — | 5 | — | 10 |
| 5 | „ 1 Kind im Alter von 5 bis 14 Jahren | — | 5 | — | 10 |
| II. Für eine Fahrt nach Saatwinkel (Krahnhaus) | | | | | |
| 1 | Für 1 Person mit oder ohne Traglast | — | 20 | — | 30 |
| 2 | „ 1 Fahrrad | — | 20 | — | 25 |
| 3 | „ 1 Hund oder sonstiges Kleinvieh | — | 5 | — | 10 |
| 4 | „ 1 Kinder- oder Handwagen | — | 20 | — | 25 |
| 5 | „ 1 Kind im Alter von 5 bis 14 Jahren | — | 10 | — | 15 |
| III. Für eine Fahrt nach Valentinswerder Restaurant | | | | | |
| 1 | Für 1 Person mit oder ohne Traglast | — | 10 | — | 15 |
| 2 | „ 1 Fahrrad | — | 15 | — | 20 |
| 3 | „ 1 Hund oder sonstiges Kleinvieh | — | 5 | — | 10 |
| 4 | „ 1 Kinder- oder Handwagen | — | 15 | — | 20 |
| 5 | „ 1 Kind im Alter von 5 bis 14 Jahren | — | 5 | — | 10 |

Anmerkung.

- a. Der Fährmann ist verpflichtet, sofort nach Aufnahme der 5. Person ab- und bis zum Bestimmungsorte ohne Aufenthalt zu fahren. Wollen weniger als 5 Personen unverweilt abfahren, so ist der Fährmann gehalten, gegen Zahlung des tarifmäßigen Fahrgeldes für 5 Personen die Fahrt sofort einzutreten.
Das Fahrgeld ist vor Antritt jeder Fahrt zu zahlen.
- b. Als Nachtzeit gilt für April bis September die Zeit von Abends 10 bis Morgens 6 Uhr, von Oktober bis März die Zeit von Abends 8 bis Morgens 7 Uhr.
- c. Frei überzulassen sind die zuständigen staatlichen Aufsichtsbeamten im Dienst, die im Dienst befindlichen staatlichen Wasserbaubeamten, der Briefträger und Postbote sowie Kinder unter 5 Jahren in Begleitung Erwachsener.
- d. Bei zuverlässiger Eisbahn, für deren guten Zustand der Fährinhaber durch Bestreuen u. zu sorgen hat, ist die Hälfte der vorstehenden Sätze zu zahlen.

Potsdam, den 11. November 1902.

Der Regierungspräsident,

Handbuch für Gemeindebehörden.

379. Im Th. Duos'schen Verlage in Köln ist ein von dem städtischen Sekretär Heinrich Neusen in Biersen herausgegebenes Handbuch unter der Bezeichnung „Die Besteuerung des Grundbesitzes nach dem gemeinen Werth“ zum Preise von 2 Mark erschienen.

Es enthält eine Anleitung zur praktischen Durchführung der Veranlagung einer besonderen Gemeindegründsteuer und in Form eines Kommentars zur ministeriellen Musterordnung die in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen, Entscheidungen u.

Ich mache die Gemeindebehörden auf das Erscheinen des Buches aufmerksam.

Potsdam, den 15. Dezember 1902.

Der Regierungspräsident.

Kontraktbrüche ausländische Arbeiter.

380. Folgende ausländisch-polnische Saisonarbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Arbeitsstätten unter Kontraktbruch verlassen:

| Namen: | Bisheriger
Beschäftigungsort: |
|----------------------|-------------------------------------|
| Grabiniski, Ignacy | Gut Zichtow,
Kreis Westprignitz. |
| Maczurek, Joseph | |
| Michalak, Stanislaus | |
| Fabiscał, Franz | |
| Dobosc, Viktoria | |
| Fabiscał, Marianna | |
| Grabiniska, Josepha | |
| Fabiscał, Marianna | |
| Largonski, Joseph | |
| Zajonc, Johann | |
| Largonska, Agnes | |
| Lebwa, Ernestine | |

Die Genannten sind festzunehmen und sofort aus dem Staatsgebiete auszuweisen. Vom Geschehenen ist unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung hierher Nachricht zu geben. Potsdam, den 16. Dezember 1902.

Der Regierungspräsident.

381. Viehseuchen.

I. Festgestellt:

- a. Schweineseuche. Kreis Teltow: Deutsch-Wilmersdorf und Brig. Kreis Jüterbog: Heinersdorf.
- b. Geflügelcholera. Kreis Teltow: Groß-Niedterfelde.

II. Erlöschen:

a. Schweineseuche. Kreis Prenzlau: Stralsburg u./M.

b. Geflügelcholera. Kreis Ost-Havelland: Bornwerf Behlesang. Kreis Teltow: Selchow, Deutsch-Wilmersdorf und Steglitz.

Potsdam, den 16. Dezember 1902.

Der Regierungspräsident.

Einstellung von Einjährig-Freiwilligen.

382. Am 1. April 1903 soll bei nachstehenden Truppenheilen des 3. Armee-Korps die Einstellung von Einjährig-Freiwilligen erfolgen:

Infanterie-Regiment von Stülpnagel (5. Brandenburgisches) Nr. 48 in Gützin und

Infanterie-Regiment Graf Tauenzien von Wittenberg (3. Brandenburgisches) Nr. 20 in Wittenberg.

Potsdam, den 12. Dezember 1902.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen

der Königl. Regierung.

Notierung forstverorgungsberechtigter Anwärter.

37. Die Regierungsbezirke Danzig, Frankfurt a./O., Stettin, Köslin, Stralsund, Posen, Bromberg, Breslau, Oppeln, Merseburg, Erfurt, Schleswig, Hannover, Arnberg, Coblenz, Düsseldorf, Köln, sowie der Bezirk der Hofkammer der Königl. Familiengüter werden bis auf Weiteres für Notierungen forstverorgungsberechtigter Anwärter geschlossen.

Berlin, den 1. Dezember 1902.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Vorstehende Bestimmung wird hiermit zur Kenntnis gebracht. Potsdam, den 11. Dezember 1902.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Grundstüdaufhebung.

26. Die Königl. Hofkammer der Königl. Familiengüter beabsichtigt, die Haveling bei Schwedt hochwasserfrei aufzuheben.

Hierzu ist die reichspolizeiliche Genehmigung nach-gesucht worden.

Dies wird mit der Aufforderung bekannt gemacht, etwaige Einwendungen in reichspolizeilicher Hinsicht gegen die anstehende Aufhebung binnen zwei Wochen bei dem

Bezirksausschüsse zu Potsdam anzubringen. Später eingehende Einsprüche finden keine Berücksichtigung. Die Pläne können in der Registratur des Bezirksausschusses hier, Humboldtstraße 1, während derselben Frist eingesehen werden.

Potsdam, den 6. Dezember 1902.

Der Bezirks-Ausschuß. Joachimi.

Grundstücksanhebung.

27. Der Herr J. Dornböfer in Schmöditz beabsichtigt, das vor seinem Grundstücke am Zeuthener See — an der sogenannten Grumnitz — in Schmöditz gelegene Gelände bis auf eine Entfernung von 15 m von der Grenze des mitleren Wasserstandes hochwasserfrei aufzuheben und durch eine Steinschüttung mit Böschung von 1:2 zu besetzen.

Hierzu ist die bezirkspolizeiliche Genehmigung nachgesucht worden.

Dies wird mit der Aufforderung bekannt gemacht, etwaige Einwendungen in bezirkspolizeilicher Hinsicht gegen die geplante Aufhebung binnen zwei Wochen bei dem Bezirksausschuß zu Potsdam anzubringen. Später eingehende Einsprüche finden keine Berücksichtigung. Die Pläne können in der Registratur des Bezirksausschusses hier, Humboldtstraße 1, während derselben Frist eingesehen werden.

Potsdam, den 12. Dezember 1902.

Der Bezirks-Ausschuß in Potsdam.

Joachimi.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Zulassung einer Hebamme.

106. Das bereits am 28. Juni d. J. zu Leipzig als Hebamme geprüfte Fräulein Marie Petrikat hier, Wilsnackerstraße 21 II. wohnhaft, ist auch nach hier bestandener neuer Prüfung auf Grund der preussischen Bestimmungen als Hebamme hierselbst zugelassen worden.

Berlin, den 10. November 1902.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.

Weihnachtsbefragungen.

12. Die Reichs-Postverwaltung richtet auch in diesem Jahre an das Publikum das Ersuchen, mit den Weihnachtsversendungen bald zu beginnen, damit die Paketmassen sich nicht in den letzten Tagen vor dem Feste zu sehr zusammendrängen, wodurch die Pünktlichkeit in der Beförderung leidet. Bei dem außerordentlichen Anschwellen des Verkehrs ist es nicht thunlich, die gewöhnlichen Beförderungsfristen einzubehalten und namentlich auf ~~vielerlei~~ ^{vielerlei} ~~Einrichtungen~~ ^{Einrichtungen} eine Gewähr für rechtzeitige Zustellung vor dem Weihnachtsfeste zu übernehmen, wenn die Pakete erst am 22. Dezember oder noch später eingeliefert werden.

Die Pakete sind dauerhaft zu verpacken. Dünne Pappkasten, schwache Schachteln, Zigarettensachen u. sind nicht zu benutzen. Die Aufschrift der Pakete muß deutlich, vollständig und haltbar hergestellt sein. Kann die Aufschrift nicht in deutscher

Weise auf das Paket selbst gesetzt werden, so empfiehlt sich die Verwendung eines Blattes weißen Papiers, welches der ganzen Fläche nach fest angeklebt werden muß. Bei Flecksendungen und solchen Gegenständen in Leinwandverpackung, die Feuchtigkeit, Fett, Blut u. abgeben, darf die Aufschrift nicht auf die Umhüllung geklebt werden. Am zweckmäßigsten sind gedruckte Aufschriften auf weißem Papier. Dagegen dürfen Formulare zu Postpaketadressen für Paketadressen nicht verwendet werden. Der Name des Bestimmungsorts muß stets recht groß und kräftig gedruckt oder geschrieben sein. Die Paketadresse muß sämtliche Angaben der Begleitadresse enthalten, zutreffenden Falles also den Frankovermerk, den Nachnahmebetrag nebst Namen und Wohnung des Absenders, den Vermerk der Erstbestellung u. s. w., damit im Falle des Verlusts der Postpaketadresse das Paket doch dem Empfänger ausgehändigt werden kann. Auf Paketen nach größeren Orten ist die Wohnung des Empfängers, auf Paketen nach Berlin auch der Buchstabe des Postbezirks (C., W., SO. u. s. w.) anzugeben. Zur Beschleunigung des Betriebs trägt es wesentlich bei, wenn die Pakete frankirt ausgeliefert werden.

Die Vereinigung mehrerer Pakete zu einer Begleitadresse ist für die Zeit vom 15. bis 25. Dezember im inneren deutschen Verkehr (Reichspostgebiet, Bayern und Württemberg) nicht gestattet. Auch für den Auslandsverkehr empfiehlt es sich im Interesse des Publikums, während dieser Zeit zu jedem Paket besondere Begleitpapiere auszufertigen.

Berlin W. 66, den 9. Dezember 1902.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Verlegung einer Telegraphen-Hülfstelle.

92. Die Telegraphen-Hülfstelle Joachimsthaler Mühle ist nach dem Fortbaue Werbellinsee verlegt worden und führt fortan die Bezeichnung „Werbellinsee“. Potsdam, 9. Dezember 1902.

Kaiserliche Ober-Postdirektion. Gütler.

Bekanntmachungen der Königl. Konsistoriums der Provinz Brandenburg.

Pfarrstellenerledigung.

54. Erledigt wird die Pfarrstelle Privat-Patronats zu Löwenbruch, Diözese Zossen, durch Emeritierung des Pfarrers Schaale zum 1. April 1903.

Bekanntmachungen des Königl. Provinzial-Schul-Kollegiums.

Seminar-Aufnahmeprüfung am Stadtschullehrer-Seminar in Berlin.

19. Die Aufnahme-Prüfung am Königl. Stadt-Schullehrer-Seminar in Berlin wird vom 19. März 1903 an abgehalten werden. Die Anmeldungen sind bis zum 19. Februar 1903 an die Seminar-Direktion daselbst einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) der Impfschein, der Revaccinationschein und ein

Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstfiegers berechtigten Arzte, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nächstverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Bewerbers während der Dauer des Seminarfurses gewähren werde, mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nöthigen Mittel verfüge.

Berlin, den 29. November 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Zweite Lehrer-Prüfung im Königlichen Schullehrer-Seminar zu Prenzlau.

20. Die zweite Lehrer-Prüfung im Königlichen Schullehrer-Seminar zu Prenzlau wird vom 1sten Mai 1903 an abgehalten werden. Nur solche Lehrer, die im Regierungsbezirk Potsdam im Schuldienste stehen und mindestens zwei, höchstens fünf Jahre an Schulen in Preußen voll beschäftigt gewesen sind, haben sich zu der Prüfung zu melden. Die Meldung ist unter Beifügung der Urchrift des Zeugnisses über die Seminar-Entlassungs-Prüfung bis zum 16. März 1903 auf dem Dienstwege an die Königliche Regierung in Potsdam einzureichen. Dem Meldungsschreiben ist eine Angabe beizufügen, in welchem Fache der Bewerber sich besonders weitergebildet und mit welchem pädagogischen Werke er sich eingehender beschäftigt hat. Erfolgt auf die Meldung von der Königlichen Regierung in Potsdam oder von uns kein ablehnender Bescheid, so haben sich die Bewerber am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminardirektor um 6 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin W. 9, den 4. Dezember 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Entlassungs-Prüfung im Königlichen Stadt-Schullehrer-Seminar zu Berlin.

21. Die Entlassungs-Prüfung im Königlichen Stadt-Schullehrer-Seminar zu Berlin wird vom 9. März 1903 an abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden auch nicht im Seminare gebildete Schulamts-Kandidaten, welche das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, zugelassen. Die Anmeldungen sind bis zum 9. Februar 1903 pünktlich an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugnis eines zur Führung eines Dienstfiegers berechtigten Arztes über normalen Gesundheitszustand, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) eine Probefchrift mit deutschen und lateinischen Lettern und 6) eine Probezeichnung; beide mit der Versicherung, daß sie der Einsender selbständig angefertigt hat. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Schulamts-Aspiranten am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminardirektor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 29. November 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Seminar-Aufnahmeprüfung in Neu-Ruppin.

22. Die Aufnahme-Prüfung am Königlichen Schullehrer-Seminar in Neu-Ruppin wird vom

21. Februar 1903 ab abgehalten werden. Die Anmeldungen sind bis zum 23. Januar 1903 an die Seminar-Direktion daselbst einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) der Impfchein, der Revaccinationschein und ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstfiegers berechtigten Arzte, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nächstverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Bewerbers während der Dauer des Seminarfurses gewähren werde, mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nöthigen Mittel verfüge. Berlin, den 6. Dezember 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Seminar-Aufnahmeprüfung in Göpenitz.

23. Die Aufnahme-Prüfung am Königlichen Schullehrer-Seminar in Göpenitz wird vom 1sten März 1903 an abgehalten werden. Die Anmeldungen sind bis zum 19. Februar 1903 an die Seminar-Direktion daselbst einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) der Impfchein, der Revaccinationschein und ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstfiegers berechtigten Arzte, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nächstverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Bewerbers während der Dauer des Seminarfurses gewähren werde, mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nöthigen Mittel verfüge.

Berlin, den 5. Dezember 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Entlassungs-Prüfung im Königlichen Schullehrer-Seminar zu Göpenitz.

24. Die Entlassungs-Prüfung im Königlichen Schullehrer-Seminar zu Göpenitz wird vom 11ten März 1903 an abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden auch nicht im Seminare gebildete Schulamts-Kandidaten, welche das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, zugelassen. Die Anmeldungen sind bis zum 11. Februar 1903 pünktlich an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugnis eines zur Führung eines Dienstfiegers berechtigten Arztes über normalen Gesundheitszustand, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) eine Probefchrift mit deutschen und lateinischen Lettern und 6) eine Probezeichnung; beide mit der Versicherung, daß sie der Einsender selbständig angefertigt hat. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Schulamts-Aspiranten am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminardirektor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 5. Dezember 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Entlassungs-Prüfung im Königlichen Schullehrer-Seminar zu Prenzlau.

25. Die Entlassungs-Prüfung im Königlichen Schullehrer-Seminar zu Prenzlau wird vom 25. Februar

1903 an abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden auch nicht im Seminar gebildete Schulamts-Kandidaten, welche das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, zugelassen. Die Anmeldungen sind bis zum **28. Januar 1903** pünktlich an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugnis eines zur Führung eines Dienstfiegl's berechtigten Arztes über normalen Gesundheitszustand, 4) ein amtliches Führungssattest, 5) eine Probechrift mit deutschen und lateinischen Lettern und 6) eine Probezeichnung, beide mit der Versicherung, daß sie der Einsender selbständig angefertigt hat. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Schulamts-Aspiranten am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminardirektor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 4. Dezember 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Seminar-Aufnahme-Prüfung in Prenzlau.

26. Die Aufnahme-Prüfung am Königlichen Schul-Lehrer-Seminar in Prenzlau wird vom **5. März 1903** ab abgehalten werden. Die Anmeldungen sind bis zum **5. Februar 1903** an die Seminar-Direktion daselbst anzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) der Impfschein, der Revaccinationschein und ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstfiegl's berechtigten Arzte, 4) ein amtliches Führungssattest, 5) die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nachsverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Bewerbers während der Dauer des Seminarstudiums gewähren werde, mit der Bescheinigung der Kreisbehörde, daß er über die dazu nötigen Mittel verfüge.

Berlin, den 4. Dezember 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Entlassungs-Prüfung im Königlichen Schullehrer-Seminar zu Neu-Ruppin.

27. Die Entlassungs-Prüfung im Königlichen Schullehrer-Seminar zu Neu-Ruppin wird vom **10. Februar 1903** an abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden auch nicht im Seminare gebildete Schulamts-Kandidaten, welche das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, zugelassen. Die Anmeldungen sind bis zum **13. Januar 1903** pünktlich an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugnis eines zur Führung eines Dienstfiegl's berechtigten Arztes über normalen Gesundheitszustand, 4) ein amtliches Führungssattest, 5) eine Probechrift mit deutschen und lateinischen Lettern und 6) eine Probezeichnung, beide mit der Versicherung, daß sie der Einsender selbständig angefertigt hat. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Schulamtsaspiranten am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminardirektor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 6. Dezember 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Aufnahme-Prüfung im Königlichen Schullehrer-Seminar zu Berlin. **28.** Die Aufnahme-Prüfung im hiesigen Königlichen Lehrerinnen-Seminar wird vom **5. bis 7. März 1903** abgehalten. Die Anmeldungen sind bis zum **5. Februar** f. J. an den Herrn Seminardirektor Dr. Wyck am, SW. Kleinbeerstr. 16/19, zu richten und denselben beizufügen: 1) ein kurzer Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugnis über die bisher empfangene Schul- bzw. private Vorbildung, 4) ein amtliches Führungssattest — nur von Denjenigen beizubringen, welche z. Bt. der Aufnahmeprüfung keine Schule mehr besuchen —, 5) ein ärztliches Attest über normalen Gesundheitszustand. Zugelassen werden zur Aufnahmeprüfung nur solche Bewerberinnen, welche vor dem **1. April 1903** das 16te Lebensjahr vollenden, doch ist, wenn das Ergebnis der Prüfung ein günstiges und der Gesundheitszustand der Bewerberin ein befriedigender ist, ein Dispens wegen Mangels an dem bezeichneten Alter bis zu 3 Monaten zulässig.

Berlin, den 10. Dezember 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Zweite Lehrerprüfung im Königlichen Schullehrer-Seminar zu Neu-Ruppin.

29. Die zweite Lehrerprüfung im Königlichen Schullehrer-Seminar zu Neu-Ruppin wird vom **12. Juni 1903** an abgehalten werden. Nur solche Lehrer, die im Regierungsbezirk Potsdam im Schuldienste stehen und mindestens zwei, höchstens fünf Jahre an Schulen in Preußen vollbeschäftigt gewesen sind, haben sich zu der Prüfung zu melden. Die Meldung ist unter Beifügung der Urschrift des Zeugnisses über die Seminar-Entlassungs-Prüfung bis zum **1. Mai 1903** auf dem Dienstwege an die Königliche Regierung in Potsdam einzureichen. Dem Meldungsschreiben ist eine Angabe beizufügen, in welchem Fache der Bewerber sich besonders weiter gebildet und mit welchem pädagogischen Werke er sich eingehender beschäftigt hat. Erfolgt auf die Meldung von der Königlichen Regierung in Potsdam oder von uns kein ablehnender Bescheid, so haben sich die Bewerber am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminardirektor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 9. Dezember 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Zweite Lehrerprüfung im Königlichen Schullehrer-Seminar zu Cöpenick.

30. Die zweite Lehrerprüfung im Königlichen Schullehrer-Seminar zu Cöpenick wird vom **27. April 1903** an abgehalten werden. Nur solche Lehrer, die im Regierungsbezirk Potsdam im Schuldienste stehen und mindestens zwei, höchstens fünf Jahre an Schulen in Preußen vollbeschäftigt gewesen sind, haben sich zu der Prüfung zu melden. Die Meldung ist unter Beifügung der Urschrift des Zeugnisses über die Seminar-Entlassungs-Prüfung bis zum **2. März 1903** auf dem Dienstwege an die Königliche Regierung in Potsdam einzureichen. Dem Meldungsschreiben ist eine Angabe beizufügen, in welchem Fache der Bewerber sich besonders weiter gebildet und mit welchem pädagogischen

Berke er sich einsehender beschäftigt hat. Erfolgt auf die Meldung von der königlichen Regierung in Potsdam oder von uns kein ablehnender Bescheid, so haben sich die Bewerber am Tage vor Beginn der Prüfung beim Herrn Seminardirektor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 5. Dezember 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Handarbeitslehrerinnen-Prüfung in Berlin.

31. Die Prüfung für den Unterricht in weiblichen Handarbeiten wird in Berlin vom **8. Mai 1903** ab stattfinden. Zur Prüfung werden zugelassen:

1) Bewerberinnen, welche bereits die Befähigung zur Ertheilung von Schulunterricht vorchriftsmäßig nachgewiesen haben; 2) sonstige Bewerberinnen, wenn sie eine ausreichende Schulbildung nachweisen und wenn sie am Tage der Prüfung das 19. Lebensjahr vollendet haben. Die Anmeldungen zu derselben sind **spätestens bis zum 30. März 1903** an uns einzureichen. Denselben sind beizufügen:

a. von solchen, welche bereits eine Prüfung als Lehrerin bestanden haben: 1) das Zeugnis über diese Prüfung; 2) ein amtliches Zeugnis über ihre bisherige Thätigkeit als Lehrerin; b. von den übrigen bezeichneten Bewerberinnen: 1) ein selbstgefertigter, in deutscher Sprache abgefaßter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Konfession, der Wohnort der Bewerberin und die Art der gewünschten Prüfung (ob für mittlere und höhere Mädchenschulen oder für Volksschulen), angegeben ist; 2) ein Tauf- bzw. ein Geburtschein; 3) ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem Arzte, der zur Führung eines Dienstiegels berechtigt ist; 4) ein Zeugnis über die von der Bewerberin erworbene Schulbildung und die Zeugnisse über die etwa schon abgelegte Prüfung als Turnlehrerin, Zeichenlehrerin u. s. w.; 5) ein Zeugnis über die erlangte Ausbildung als Handarbeitslehrerin; 6) ein amtliches Führungszeugnis, ausgestellt von einem Geistlichen oder von der Ortsbehörde.

Der festgesetzte Anmeldetermin ist **pünktlich** einzuhalten. Die Prüfung ist eine praktische und theoretische. In praktischer Beziehung haben die Bewerberinnen 1) eine Probe ihrer technischen Fertigkeit in den weiblichen Handarbeiten abzulegen. Zu diesem Zwecke haben sie einzubringen: a. einen neuen Strumpf, gezeichnet mit zwei Buchstaben und einer Zahl in Gitterstich, dazu ein angefangenes Strickzeug; b. ein Häkelstuch mit 70 bis 90 Maschen Anschlag, welches mehrere Muster enthält und mit einer gebähten Kante umgeben ist; c. ein gewöhnliches Mannsheub (Herren-Nachthemd); d. ein Frauenhemd; e. einen alten Strumpf, in welchem ein Haden neu eingestrickt und eine Gitterkopfe sowie eine Strickkopfe ausgeführt ist; f. vier bis sechs kleine Proben von verschiedenen mittelfeinen Stoffen, wie dieselben im Hausstande vorzukommen pflegen, jede etwa 12 zu 12 cm groß. Dieselben können sowohl einzeln als auch zu einem Tuche verbunden abgegeben werden und sollen enthalten: einen aufgesetzten und einen eingestrich-

ten; eine weiße und eine bunt karrirte Gitterkopfe; eine Röckertkopfe; zwei gezeichnete Buchstaben in Kreuzstich, zwei ebensolche in Rosenstich; drei gestickte lateinische Buchstaben und zwei Ziffern in rothem Garn, drei ebensolche gothische Buchstaben und zwei Ziffern in weißem Garn und ein gesticktes Monogramm aus den Namensbuchstaben der Bewerberin. Die unter f. aufgeführten Arbeiten müssen vor allem dem gewählten Stoffe gemäß ausgeführt sein. Sammtliche Arbeiten sollen schulgerecht und deshalb auch nur in Stoffen und aus Garnen von mittlerer Feinheit hergestellt werden. Die Arbeiten werden durch die Einreichung von den Bewerberinnen ausdrücklich als selbstgefertigt bezeugt; die Proben sind indessen nicht ganz zu vollenden, damit nach Anweisung der Prüfungskommission und unter Aufsicht derselben an der Arbeit fortgefahren werden kann. 2) Außerdem hat jede Bewerberin in der Prüfung eine Probelektion in der Ertheilung des Handarbeitsunterrichts in einer Schulkasse zu halten. Beim Eintritt in die Prüfung sind 6 M. Prüfungs- und 1 M. 50 Pf. Stempelgebühren zu entrichten, welche letztere der Examinandin im Falle des Nichtbestehens der Prüfung wieder zurückgezahlt werden.

Berlin, den 9. Dezember 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Lehrerinnen-Prüfung in Potsdam.

32. Die nächste Lehrerinnen-Prüfung wird in Potsdam vom **2. März 1903** an abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das neunzehnte Lebensjahr vollendet haben. Es empfiehlt sich dringend, die Anmeldungen, in denen angegeben ist, ob die Prüfung für Volksschulen oder mittlere und höhere Mädchenschulen gewünscht wird, **spätestens bis zum 2. Februar 1903** an uns einzureichen. Denselben sind beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Konfession und der Wohnort der Bewerberin angegeben ist, 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die bisher empfangene Schulbildung und die etwa schon bestandenen Prüfungen, 4) die genaue, amtlich bescheinigte Angabe, wo und von wem die Bewerberin für den Lehrberuf vorbereitet ist, namentlich in welcher Weise und in welchem Umfange ihre praktisch-pädagogische Vorbildung erfolgt ist, in welchen Lehrgegenständen und auf welchen Stufen sie einzelne Versuchsektionen sowie fortlaufenden Klassenunterricht erteilt hat, und von wem ihre Lehrarbeit geleitet und kontrolliert wurde. Bewerberinnen, welche keine geordnete Seminarvorbildung genossen haben, müssen bei der Meldung außer den oben erforderlichen Angaben diejenige Klasse bzw. Schule bezeichnen, in welcher sie ihre Unterrichtsübungen — Versuchsektionen und fortlaufenden Klassenunterricht — gehalten haben, 5) ein amtliches Führungsattest und 6) ein von einem zur Führung eines Dienstiegels berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand. Beim Eintritt in die Prüfung haben die Bewerberinnen eine von ihnen gefertigte Probefchrift auf einem halben Bogen Quer-

follo mit deutschen und lateinischen Lettern und eine Probezeichnung abzugeben.

Berlin, den 9. Dezember 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Schreibern-Prüfung in Frankfurt a. D.

33. Die nächste Lehrerinnen-Prüfung wird in Frankfurt a. D. vom **23. März 1903** an abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das neunzehnte Lebensjahr vollendet haben. Es empfiehlt sich dringend, die Anmeldungen, in denen angegeben ist, ob die Prüfung für Volksschulen oder mittlere und höhere Mädchenschulen gewünscht wird, spätestens bis zum **23. Februar 1903** an uns einzureichen. Denselben sind beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort der Bewerberin angegeben ist, 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die bisher empfangene Schulbildung und die etwa schon bestandenen Prüfungen, 4) die genaue, amtlich bescheinigte Angabe, wo und von wem die Bewerberin für den Lehrberuf vorbereitet ist, namentlich in welcher Weise und in welchem Umfange ihre praktisch-pädagogische Vorbildung erfolgt ist, in welchen Lehrgegenständen und auf welchen Stufen sie einzelne Versuchsektionen sowie fortlaufenden Klassenunterricht erteilt hat, und von wem ihre Lehrarbeit geleitet und kontrolliert wurde. Bewerberinnen, welche keine geordnete Seminarvorbildung genossen haben, müssen bei der Meldung außer den oben erforderlichen Angaben diejenige Klasse bezw. Schule bezeichnen, in welcher sie ihre Unterrichtsübungen — Versuchsektionen und fortlaufenden Klassenunterricht — gehalten haben, 5) ein amtliches Führungsattest und 6) ein von einem zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand. Beim Eintritt in die Prüfung haben die Bewerberinnen eine von ihnen gefertigte Probefchrift auf einem halben Bogen Querfolio mit deutschen und lateinischen Lettern und eine Probezeichnung abzugeben.

Berlin, den 9. Dezember 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Sprachlehrerinnen-Prüfung in Berlin.

34. Die Prüfung zur Erlangung der Lehrbefähigung für den französischen und englischen Sprachunterricht an mittleren und höheren Mädchenschulen wird in Berlin in der Dorotheenschule vom **27. April 1903** ab stattfinden. Zu der Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das neunzehnte Lebensjahr vollendet und ihre sittliche Unbescholtenheit sowie ihre körperliche Befähigung zur Verwaltung eines Lehramtes nachgewiesen haben. Die Meldungen zu dieser Prüfung sind spätestens bis zum **16. März 1903** einzureichen und es ist in dem Gesuche anzugeben, ob die Ablegung der Prüfung in beiden Sprachen und, wenn nur in einer, in welcher von beiden sie beabsichtigt wird. Der Meldung sind beizufügen 1) ein selbst-

gefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort der Bewerberin angegeben ist, 2) ein Tauf- bez. Geburtschein, 3) Zeugnisse über die bisher empfangene Schulbildung und über etwa schon bestandene Prüfungen, 4) ein amtliches Führungszeugnis, 5) ein von einem zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arzte ausgestelltes Zeugnis über den Gesundheitszustand. Der festgesetzte Meldungsstermin ist genau einzuhalten. Beim Eintritt in die Prüfung sind 12 M. Prüfungsgebühren und 1,50 M. Stempelgebühren zu entrichten. Die letzteren werden der Examinandin im Falle des Nichtbestehens der Prüfung wieder zurückgezahlt werden.

Berlin, den 9. Dezember 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Schulvorsteherinnen-Prüfung in Berlin.

35. Die nächste Schulvorsteherinnen-Prüfung wird hier am **7. Mai 1903** abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden nur solche Lehrerinnen zugelassen, welche den Nachweis einer mindestens fünfjährigen Lehrthätigkeit zu führen vermögen und mindestens zwei Jahre in Schulen unterrichtet haben. Die Anmeldungen sind an uns bis zum **12. Februar 1903** einzureichen und denselben sind beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatt der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort der Bewerberin angegeben ist, 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die schon bestandenen Prüfungen, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) ein Zeugnis über die Lehrthätigkeit, 6) ein von einem zur Führung eines Amtsfieglers berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand. Der festgesetzte Anmeldetermin ist pünktlich einzuhalten.

Berlin, den 9. Dezember 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen der Kgl. Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Andreichung von Lösungsquittungen über abgelöste Renten.

25. Denjenigen Grundbesitzern, welche die an die Rentenbank zu entrichtenden Renten zum 30. September d. 36. durch Kapitalzahlung abgelöst haben, wird hiermit bekannt gemacht, daß die gemäß § 27 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 ausgefertigten Lösungs-Quittungen den betreffenden Kreisassen zuerfertigt sind, um sie den zuständigen Amtsgerichten zur Lösung der Rentenpflicht im Grundbuche einzureichen.

Berlin, den 15. November 1902.

Königliche Direktion
der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirksgrenzen.

36. Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke: Gemarkung Königs-Wusterhausen, Kartenblatt 1 N 1715/93 u. 1716/93, Größe: 0,2960 ha. Bisheriger Gemeinde- bezw. Gutsbezirk: Hausdorff-Kommis- Herrschaft Wusterhausen.

Künstiger Gemeinde- bzw. Gutsbezirk: Gemeindebezirk:
Königs-Wusterhausen. Kreisaußschußbeschluss vom 28.ten
Oktober 1902. J. Nr. A. I. 5771/02.

Berlin, den 2. Dezember 1902.

Der Kreisaußschuß des Kreises Teltow.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Schiffahrtsabgaben.

Die in der Ersten Beilage zum 50. Stüd
dieses Amtsblattes durch den Königlich-Regierungs-
präsidenten in Potsdam veröffentlichten Ausführungs-
bestimmungen nebst zugehörigen Mustern und den Be-
dingungen für die Erhebung der Schiffahrtsabgaben
gelten in gleicher Weise auch für den diesseitigen Bezirk.

Nur die Erhebung der Bösch- und Ladegebühren er-
folgt an den Berliner und Charlottenburger Wasserstraßen
unverändert auf Grund des Tarifes vom 13. Mai 1902.

Vorstehendes wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis
gebracht. Berlin, den 8. Dezember 1902.

Königliche Ministerial-Bau-Kommission.

Reinertrag von Eisenbahnen.

Gemäß § 46 des Kommunalabgabengesetzes
vom 14. Juli 1893 (G. S. S. 152) wird hiermit zur
öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der im laufenden
Steuerjahre zu den Kommunalabgaben einschlägbare
Reinertrag aus dem Betriebsjahre 1901/1902

- 1) bei der Paulinenaue-Neurup-
piner Eisenbahn auf 102000 M. — 94.
- 2) bei der Kremmen-Neurappin-
Wittstocker Eisenbahn auf 46100 M. — 71.
- 3) bei der Prignitzer Eisen-
bahn auf 136712 M. — 31.
- 4) bei der Wittenerge-Perle-
berger Eisenbahn auf 39866 M. — 64.

festgestellt worden ist.

Altona, den 6. Dezember 1902.

Der Königliche Eisenbahnkommissionar.

Bekanntmachungen der Königl. General-Kommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern.

2.

Nachweisung

der Martini-Durchschnitts-Marktpreise von Getreide, Kartoffeln, Heu und Stroh in den Normal-Marktor-
ten des Regierungs-Bezirks Potsdam für das Jahr 1902. ad § 20 des Ablösungs-Gesetzes vom 2. März 1850.

| Laufr. Nr. | Namen
der
Städte | Getreide | | | | | | | | | | | | | | Kartoffeln | | Mischfutter | |
|------------|--------------------------------------|----------|--------|--------|--------|--------------|--------|---------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|------------|--------|-------------|--------|
| | | Weizen | | Roggen | | Große Gerste | | Kleine Gerste | | Hafer | | Erbsen | | für | | für | | für 100 kg | |
| | | 100 kg | | 100 kg | | 100 kg | | 100 kg | | 100 kg | | 100 kg | | 100 kg | | 100 kg | | 100 kg | |
| | | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. |
| 1 | Berlin ¹⁾ | 14 96 | 5 77 | 13 48 | 4 53 | 13 48 | 4 48 | — | — | 15 40 | 3 72 | 21 25 | 8 70 | 4 — | 1 50 | 6 20 | 4 66 | — | — |
| 2 | Beeskow ²⁾ | 14 74 | 5 60 | 13 28 | 4 69 | 13 10 | 3 93 | — | — | 13 50 | 2 88 | 22 50 | 9 — | 3 10 | 1 15 | 4 25 | 3 20 | — | — |
| 3 | Branden-
burg a. H. ³⁾ | 15 10 | 5 62 | 13 30 | 4 70 | 13 10 | 4 09 | — | — | 14 05 | 3 37 | 23 50 | 9 46 | 3 20 | 1 19 | 4 — | 3 35 | — | — |
| 4 | Dahme | 15 29 | 5 89 | 13 69 | 5 — | 12 85 | 4 11 | — | — | 13 — | 2 93 | 26 — | 10 66 | 3 — | 1 37 | 6 — | 4 — | — | — |
| 5 | Fürsten-
walde a. Sp. | 14 57 | 5 22 | 13 35 | 4 85 | 13 80 | 4 33 | — | — | 14 75 | 3 14 | 24 — | — | 3 55 | 1 35 | 5 — | 3 75 | — | — |
| 6 | Havelberg | 14 50 | 5 58 | 13 30 | 5 05 | 13 25 | 4 51 | — | — | 13 65 | 3 14 | 24 — | 10 46 | 3 50 | 1 30 | 4 60 | 3 10 | — | — |
| 7 | Jüterbog ⁵⁾ | 14 70 | 5 59 | 13 80 | 4 83 | 14 — | 4 34 | — | — | 15 20 | 3 50 | 35 — | 14 70 | 4 — | 1 60 | 6 — | 5 50 | — | — |
| 8 | Lübben ⁶⁾ | 16 — | 6 40 | 14 10 | 5 36 | 14 — | 4 90 | — | — | 14 — | 3 06 | 30 — | 12 60 | 3 75 | 1 69 | 6 — | 3 75 | — | — |
| 9 | Eudenberg ⁷⁾ | 15 50 | 6 34 | 13 75 | 5 22 | 14 — | 4 45 | — | — | 14 95 | 3 47 | 35 — | 13 13 | 3 70 | 1 68 | 5 50 | 5 50 | — | — |
| 10 | Perleberg | — | — | 12 81 | 4 45 | — | — | — | — | 13 82 | 3 08 | — | — | 3 75 | 1 35 | — | — | — | — |
| 11 | Potsdam ⁸⁾ | 14 80 | 5 79 | 13 33 | 4 74 | 13 37 | 4 13 | — | — | 15 37 | 3 44 | 25 — | 10 22 | 4 05 | 1 49 | 4 80 | 4 20 | — | — |
| 12 | Prenzlau | 13 58 | 5 12 | 12 75 | 4 55 | 12 57 | 4 27 | — | — | 13 02 | 3 10 | 15 50 | 6 20 | 4 — | 1 48 | 3 75 | 5 50 | — | — |
| 13 | Prignitz ⁹⁾ | 15 38 | 6 — | 13 38 | 4 75 | 13 88 | 4 51 | — | — | 14 38 | 3 09 | 22 — | 9 02 | 3 75 | 1 46 | 4 25 | 3 25 | — | — |
| 14 | Marthenow | 14 40 | 5 53 | 13 50 | 4 89 | 14 — | 4 41 | — | — | 13 50 | 3 18 | 23 — | 9 43 | 3 50 | 1 32 | — | — | — | — |
| 15 | Neu-Rup-
pin | — | — | 14 — | 5 32 | 14 — | 4 55 | — | — | 13 90 | 3 13 | 18 — | 7 29 | 3 30 | 1 27 | 4 50 | 6 — | — | — |
| 16 | Schwedt a.
Oder | 15 20 | 5 62 | 13 85 | 5 06 | 14 — | 4 59 | — | — | 15 — | 3 50 | 17 50 | 7 09 | 3 75 | 1 43 | 5 20 | 4 30 | — | — |
| 17 | Treuen-
briegen | 14 70 | 5 66 | 13 75 | 5 02 | 12 86 | 4 11 | — | — | 14 — | 3 15 | — | — | 3 — | 1 35 | 5 — | 4 — | — | — |
| 18 | Wittstock ¹⁰⁾ | 15 — | 5 78 | 13 10 | 4 85 | 14 50 | 4 42 | — | — | 13 50 | 3 24 | 26 — | 10 92 | 3 75 | 1 50 | 4 — | 5 — | — | — |
| 19 | Wittenberg | 15 08 | 5 77 | 14 15 | 5 07 | 14 — | 4 19 | — | — | 14 33 | 3 32 | — | — | 4 50 | 1 71 | 7 — | 4 50 | — | — |
| 20 | Briegen a.
Oder ¹¹⁾ | 14 42 | 6 04 | 13 22 | 5 03 | 13 18 | 4 79 | — | — | 13 35 | 3 20 | 24 50 | 11 76 | 3 25 | 1 30 | 5 50 | 4 25 | — | — |

¹⁾ 100 kg Futtererbsen = 17,10 M., 1 Neuschefel = 6,81 M. ²⁾ 100 kg Futtererbsen = 10,00 M.,

solle mit deutschen und lateinischen Lettern und eine Probezeichnung abzugeben.

Berlin, den 9. Dezember 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Schreibern-Prüfung in Frankfurt a. D.

33. Die nächste Lehrerinnen-Prüfung wird in Frankfurt a. D. vom **23. März 1903** an abgehalten werden. In dieser Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das neunzehnte Lebensjahr vollendet haben. Es empfiehlt sich dringend, die Anmeldungen, in denen angegeben ist, ob die Prüfung für Volksschulen oder mittlere und höhere Mädchenschulen gewünscht wird, spätestens bis zum **23. Februar 1903** an uns einzureichen. Denselben sind beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort der Bewerberin angegeben ist, 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die bisher empfangene Schulbildung und die etwa schon bestandenen Prüfungen, 4) die genaue, amtlich beschränkte Angabe, wo und von wem die Bewerberin für den Lehrberuf vorbereitet ist, namentlich in welcher Weise und in welchem Umfange ihre praktisch-pädagogische Vorbildung erfolgt ist, in welchen Lehrgegenständen und auf welchen Stufen sie einzelne Versuchsektionen sowie fortlaufenden Klassenunterricht erteilt hat, und von wem ihre Lehrarbeit geleitet und kontrolliert wurde. Bewerberinnen, welche keine geordnete Seminarvorbildung genossen haben, müssen bei der Meldung außer den oben erforderlichen Angaben diejenige Klasse bzw. Schule bezeichnen, in welcher sie ihre Unterrichtsübungen — Versuchsektionen und fortlaufenden Klassenunterricht — gehalten haben, 5) ein amtliches Führungsattest und 6) ein von einem zur Führung eines Dienstfieglis berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand. Beim Eintritt in die Prüfung haben die Bewerberinnen eine von ihnen gefertigte Probeschrift auf einem halben Bogen Querfolio mit deutschen und lateinischen Lettern und eine Probezeichnung abzugeben.

Berlin, den 9. Dezember 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Sprachlehrerinnen-Prüfung in Berlin.

34. Die Prüfung zur Erlangung der Lehrbefähigung für den französischen und englischen Sprachunterricht an mittleren und höheren Mädchenschulen wird in Berlin in der Dorotheenschule vom **27. April 1903** ab stattfinden. Zu der Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das neunzehnte Lebensjahr vollendet und ihre sittliche Unbescholtenheit sowie ihre körperliche Befähigung zur Verwaltung eines Lehramtes nachgewiesen haben. Die Meldungen zu dieser Prüfung sind **spätestens bis zum 16. März 1903** einzureichen und es ist in dem Gesuche anzugeben, ob die Ablegung der Prüfung in beiden Sprachen und, wenn nur in einer, in welcher von beiden sie beabsichtigt wird. Der Meldung sind beizufügen 1) ein selbst-

gefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort der Bewerberin angegeben ist, 2) ein Tauf- bez. Geburtschein, 3) Zeugnisse über die bisher empfangene Schulbildung und über etwa schon bestandene Prüfungen, 4) ein amtliches Führungszeugnis, 5) ein von einem zur Führung eines Dienstfieglis berechtigten Arzte ausgestelltes Zeugnis über den Gesundheitszustand. Der festgesetzte Meldungsfrist ist genau einzuhalten. Beim Eintritt in die Prüfung sind 12 M. Prüfungsgebühren und 1,50 M. Stempelgebühren zu entrichten. Die letzteren werden der Examinandin im Falle des Nichtbestehens der Prüfung wieder zurückgezahlt werden.

Berlin, den 9. Dezember 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Schulvorsteherinnen-Prüfung in Berlin.

35. Die nächste Schulvorsteherinnen-Prüfung wird hier am **7. Mai 1903** abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden nur solche Lehrerinnen zugelassen, welche den Nachweis einer mindestens fünfjährigen Lehrthätigkeit zu führen vermögen und mindestens zwei Jahre in Schulen unterrichtet haben. Die Anmeldungen sind an uns **bis zum 12. Februar 1903** einzureichen und denselben sind beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatt der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort der Bewerberin angegeben ist, 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die schon bestandenen Prüfungen, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) ein Zeugnis über die Lehrthätigkeit, 6) ein von einem zur Führung eines Amtsfieglis berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand. **Der festgesetzte Anmeldetermin ist pünktlich einzuhalten.**

Berlin, den 9. Dezember 1902.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen der Kgl. Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Ausreichung von Löschungsquittungen über abgelöste Renten.

25. Denjenigen Grundbesitzern, welche die an die Rentenbank zu entrichtenden Renten zum **30. September d. J.** durch Kapitalzahlung abgelöst haben, wird hiermit bekannt gemacht, daß die gemäß § 27 des Rentenbank-Gesetzes vom **2. März 1850** ausfertigten Löschungs-Quittungen den betreffenden Kreisstellen zuferstehen sind, um sie den zuständigen Amtsgerichten zur Löschung der Rentenpflicht im Grundbuche einzureichen.

Berlin, den 15. November 1902.

Königliche Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirksgrenzen.

36. Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke: Gemarkung Königs-Wusterhausen, Kartenblatt 1 N 1715/93 u. 1716/93, Größe: 0,2960 ha. Bisheriger Gemeinde- bzw. Gutsbezirk: Hausdorfskommiss-Herrschaft Wusterhausen.

Künstiger Gemeinde- bzw. Ortsbezirk: Gemeindebezirk:
Königs-Wusterhausen. Kreisaußschußbeschluss vom 28.ten
Oktober 1902. J. Nr. A. I. 5771/02.

Berlin, den 2. Dezember 1902.

Der Kreisaußschuß des Kreises Teltow.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Schiffahrtsabgaben.

Die in der Ersten Beilage zum 50. Stüd
dieses Amtsblattes durch den Königlich-Regierungs-
präsidenten in Potsdam veröffentlichten Ausführungs-
bestimmungen nebst zugehörigen Mustern und den Be-
dingungen für die Erhebung der Schiffahrtsabgaben
gelten in gleicher Weise auch für den diesseitigen Bezirk.

Nur die Erhebung der Lösch- und Ladegebühren er-
folgt an den Berliner und Charlottenburger Wasserstraßen
unverändert auf Grund des Tarifes vom 13. Mai 1902.

Vorstehendes wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis
gebracht. Berlin, den 8. Dezember 1902.

Königliche Ministerial-Bau-Kommission.

Netzertrag von Eisenbahnen.
Gemäß § 46 des Kommunalabgabengesetzes
vom 14. Juli 1893 (G.-S. S. 152) wird hiermit zur
öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der im laufenden
Steuerjahre zu den Kommunalabgaben einschlägbare
Netzertrag aus dem Betriebesjahre 1901/1902

- 1) bei der Paulinenaue-Neurup-
piner-Eisenbahn auf 102000 M. — Pf.
- 2) bei der Kremmen-Neurappin-
Wittstocker Eisenbahn auf 46100 M. — Pf.
- 3) bei der Prignitzer Eisen-
bahn auf 136712 M. — Pf.
- 4) bei der Wittenberge-Perle-
berger Eisenbahn auf 39866 M. — Pf.

festgestellt worden ist.

Altona, den 6. Dezember 1902.

Der Königliche Eisenbahnkommissar.

Bekanntmachungen der Königlichen Generalkommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern.

2.

Nachweisung

der Martini-Durchschnitts-Marktpreise von Getreide, Kartoffeln, Heu und Stroh in den Normal-Markttorten
des Regierungs-Bezirks Potsdam für das Jahr 1902. ad § 20 des Ablösungs-Gesetzes vom 2. März 1850.

| Auf. Nr. | Namen
der
Städte | Getreide | | | | | | | | | | | | Kartoffeln
für | | Rauschfutter | |
|----------|--------------------------------------|----------|--------|--------|--------|--------------|--------|---------------|--------|--------|--------|--------|--------|-------------------|--------|--------------|--------|
| | | Weizen | | Roggen | | Große Gerste | | Kleine Gerste | | Hafer | | Erbſen | | für | | Heu | |
| | | für | | für | | für | | für | | für | | für | | 100 kg | | für 100 kg | |
| | | 100 kg | M. Pf. | 100 kg | M. Pf. | 100 kg | M. Pf. | 100 kg | M. Pf. | 100 kg | M. Pf. | 100 kg | M. Pf. | 100 kg | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. |
| 1 | Berlin ¹⁾ | 14 96 | 5 77 | 13 48 | 4 83 | 13 48 | 4 48 | — | — | 15 40 | 3 72 | 21 25 | 8 70 | 4 — | 1 50 | 6 20 | 4 66 |
| 2 | Beeskow ²⁾ | 14 74 | 5 60 | 13 28 | 4 69 | 13 10 | 3 93 | — | — | 13 50 | 2 88 | 22 50 | 9 — | 3 10 | 1 15 | 4 25 | 3 20 |
| 3 | Branden-
burg a. H. ³⁾ | 15 10 | 5 62 | 13 30 | 4 70 | 13 10 | 4 09 | — | — | 14 05 | 3 37 | 23 50 | 9 46 | 3 20 | 1 19 | 4 — | 3 35 |
| 4 | Dahme | 15 29 | 5 89 | 13 69 | 5 — | 12 85 | 4 11 | — | — | 13 — | 2 93 | 26 — | 10 66 | 3 — | 1 37 | 6 — | 4 — |
| 5 | Fürsten-
walde a. Sp. | 14 57 | 5 22 | 13 35 | 4 85 | 13 80 | 4 33 | — | — | 14 75 | 3 14 | 24 — | — | 3 55 | 1 35 | 5 — | 3 75 |
| 6 | Havelberg | 14 50 | 5 58 | 13 30 | 5 05 | 13 25 | 4 51 | — | — | 13 65 | 3 14 | 24 — | 10 46 | 3 50 | 1 30 | 4 60 | 3 10 |
| 7 | Jüterbog ⁵⁾ | 14 70 | 5 59 | 13 80 | 4 83 | 14 — | 4 34 | — | — | 15 20 | 3 50 | 35 — | 14 70 | 4 — | 1 60 | 6 — | 5 50 |
| 8 | Rübbn ⁶⁾ | 16 — | 6 40 | 14 10 | 5 36 | 14 — | 4 90 | — | — | 14 — | 3 08 | 30 — | 12 60 | 3 75 | 1 69 | 6 — | 3 75 |
| 9 | Endenwalde ⁷⁾ | 15 50 | 6 34 | 13 75 | 5 22 | 14 — | 4 45 | — | — | 14 95 | 3 47 | 35 — | 13 13 | 3 70 | 1 68 | 5 50 | 5 50 |
| 10 | Perleberg | — | — | 12 81 | 4 45 | — | — | — | — | 13 82 | 3 08 | — | — | 3 75 | 1 35 | — | — |
| 11 | Potsdam ⁸⁾ | 14 80 | 5 79 | 13 33 | 4 74 | 13 37 | 4 13 | — | — | 15 37 | 3 44 | 25 — | 10 22 | 4 05 | 1 49 | 4 80 | 4 20 |
| 12 | Prenzlau | 13 58 | 5 12 | 12 75 | 4 55 | 12 57 | 4 27 | — | — | 13 02 | 3 10 | 15 50 | 6 20 | 4 — | 1 48 | 3 75 | 5 50 |
| 13 | Prignitz ⁹⁾ | 15 38 | 6 — | 13 38 | 4 75 | 13 88 | 4 51 | — | — | 14 38 | 3 09 | 22 — | 9 02 | 3 75 | 1 46 | 4 25 | 3 25 |
| 14 | Rathenow | 14 40 | 5 53 | 13 50 | 4 89 | 14 — | 4 41 | — | — | 13 50 | 3 18 | 23 — | 9 43 | 3 50 | 1 32 | — | — |
| 15 | Neu-Rup-
pin | — | — | 14 — | 5 32 | 14 — | 4 55 | — | — | 13 90 | 3 13 | 18 — | 7 29 | 3 30 | 1 27 | 4 50 | 6 — |
| 16 | Schwedt a.
Oder | 15 20 | 5 62 | 13 85 | 5 06 | 14 — | 4 59 | — | — | 15 — | 3 50 | 17 50 | 7 09 | 3 75 | 1 43 | 5 20 | 4 30 |
| 17 | Treuen-
briegen | 14 70 | 5 66 | 13 75 | 5 02 | 12 86 | 4 11 | — | — | 14 — | 3 15 | — | — | 3 — | 1 35 | 5 — | 4 — |
| 18 | Wittstock ¹⁰⁾ | 15 — | 5 78 | 13 10 | 4 85 | 14 50 | 4 42 | — | — | 13 50 | 3 24 | 26 — | 10 92 | 3 75 | 1 50 | 4 — | 5 — |
| 19 | Wittenberg | 15 08 | 5 77 | 14 15 | 5 07 | 14 — | 4 19 | — | — | 14 33 | 3 32 | — | — | 4 50 | 1 71 | 7 — | 4 50 |
| 20 | Wriezen a.
Oder ¹¹⁾ | 14 42 | 6 04 | 13 22 | 5 03 | 13 18 | 4 79 | — | — | 13 35 | 3 20 | 24 50 | 11 76 | 3 25 | 1 30 | 5 50 | 4 25 |

¹⁾ 100 kg Futtererbsen = 17,10 M., 1 Reuscheffel = 6,81 M. ²⁾ 100 kg Futtererbsen = 10,00 M.,

1 Neuschefel = 4,00 M. ³⁾ 100 kg Futtererbsen = 16,75 M., 1 Neuschefel = 6,74 M., ⁴⁾ 100 kg Futtererbsen = 17,00 M. ⁵⁾ 100 kg Futtererbsen = 17 M., ⁶⁾ 100 kg Futtererbsen = 19,50 M., 1 Neuschefel = 8,19 M. ⁷⁾ 100 kg Futtererbsen = 18,00 M. ⁸⁾ 100 kg Futtererbsen = 18 M., 1 Neuschefel = 7,77 M. ⁹⁾ 100 kg Futtererbsen = 21 M., 1 Neuschefel = 8,40 M. ¹⁰⁾ 100 kg Futtererbsen = 20 M., 1 Neuschefel = 8 M. ¹¹⁾ 100 kg Futtererbsen = 16,50 M., 1 Neuschefel = 7,51 M.

Frankfurt a. Oder, den 13. Dezember 1902.

Königliche General-Kommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern.

Nachweisung

der 24-jährigen Martini-Durchschnitts-Marktpreise des Getreides in den Normal-Marktorien des Regierungsbezirks Potsdam nach Abzug der beiden höchsten und der beiden niedrigsten Jahrespreise für das Jahr 1902. § 19 des Ablösungs-Gesetzes vom 2. März 1850.

| Zif. Nr. | Namen der Städte. | Weizen. | | Roggen. | | Große Gerste. | | Kleine Gerste. | | Hafer. | | Erbsen. | |
|----------|----------------------|-------------------|-----|---------|-----|---------------|-----|----------------|-----|--------|-----|---------|-----|
| | | Für 1 Neuschefel. | | | | | | | | | | | |
| | | M. | Sh. | M. | Sh. | M. | Sh. | M. | Sh. | M. | Sh. | M. | Sh. |
| 1. | Berlin | 6 | 28 | 5 | 18 | 5 | 03 | — | — | 3 | 46 | 7 | 76 |
| 2. | Beeskow | — | — | 5 | 41 | — | — | — | — | 3 | 12 | — | — |
| 3. | Brandenburg a. H. | 6 | 51 | 5 | 26 | 4 | 40 | — | — | 3 | 44 | — | — |
| 4. | Dahme | 6 | 64 | 5 | 23 | 4 | 35 | — | — | 3 | 09 | 12 | 87 |
| 5. | Fürstenwalde (Spree) | — | — | 5 | 15 | 4 | 71 | — | — | 3 | 25 | — | — |
| 6. | Havelberg | 6 | 52 | 5 | 47 | 4 | 67 | — | — | 3 | 22 | — | — |
| 7. | Jüterbog | 6 | 38 | 5 | 25 | 4 | 42 | — | — | 3 | 33 | — | — |
| 8. | Lützen | 7 | 18 | 6 | 78 | 5 | 10 | — | — | 3 | 21 | — | — |
| 9. | Lützenwalde | — | — | 5 | 47 | 4 | 27 | — | — | 3 | 25 | — | — |
| 10. | Perleberg | — | — | 4 | 98 | — | — | — | — | 3 | 02 | — | — |
| 11. | Potsdam | — | — | 5 | 19 | — | — | — | — | 3 | 52 | — | — |
| 12. | Prenzlau | 6 | 16 | 5 | 08 | 4 | 65 | — | — | 3 | 02 | 6 | 66 |
| 13. | Prignitz | 6 | 37 | 4 | 96 | — | — | — | — | 2 | 98 | 6 | 87 |
| 14. | Rathenow | 6 | 20 | 5 | 20 | 4 | 35 | — | — | 3 | 22 | 8 | 41 |
| 15. | Neu-Ruppin | — | — | 5 | 20 | 4 | 50 | — | — | 3 | 48 | 9 | 47 |
| 16. | Schwedt a. D. | 6 | 71 | 5 | 39 | 4 | 50 | — | — | 3 | 34 | 6 | 68 |
| 17. | Treuenbriezen | 6 | 41 | 5 | 27 | 4 | 29 | — | — | 3 | 17 | — | — |
| 18. | Wustrow | 6 | 39 | 5 | 16 | 4 | 62 | — | — | 3 | 00 | 7 | 34 |
| 19. | Wittenberg | 6 | 40 | 5 | 36 | 4 | 74 | — | — | 3 | 17 | — | — |
| 20. | Wriezen a. D. | 6 | 45 | 5 | 36 | 4 | 80 | — | — | 3 | 17 | 9 | 66 |

Wegen der vorstehend fehlenden Getreide-Durchschnittspreise wird auf die für dieselben festgesetzten, in der Beilage zu Nr. 29 des Amtsblatts der Königlichen Regierung in Potsdam für 1874 bekannt gemachten Normalpreise verwiesen. Frankfurt a. Oder, den 13. Dezember 1902.

Königliche General-Kommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern.

Personal-Chronik.

Im Kreis Ruppin sind ernannt bzw. wieder ernannt worden: a. zum Amtsvorsteher: Rittergutsbesitzer, Hauptmann a. D. Bielhaad, Segeles, für den Bez. 6 „Nadel“; b. zum Amtsvorsteherstellvertreter: Rentier Beerbaum, Laßkow, für den Bez. 6 „Nadel“.

Der Gerichtsschreiber Bachhuber in Leuzen ist zum Bürgermeister der Stadt Lyden auf die Dauer von 12 Jahren gewählt, als solcher bestätigt und am 6. Dezember d. J. in sein Amt eingeführt worden.

Der Landmesser Schroeter ist von Berlin nach Köslin versetzt.

Der Obergerichter Paul König in Eberswalde ist durch Allerhöchsten Erlaß vom 24. Juli d. J. zum Superintendenten der Diözese Eberswalde ernannt und am 9. Oktober d. J. in sein Amt eingeführt worden.

Der bisherige Provinzialvisar Paul Gustav Wente ist zum Pfarrer der Pfarre Trachitz, Diözese Strausberg, bestellt worden.

Der bisherige Hilfsprediger Friedrich Konrad Richard Buchholz ist zum Pfarrer der Pfarre Degermühle, Diözese Eberswalde, bestellt worden.

Der bisherige Predigtamts-Rat Wilhelms August Johannes Alsch ist zum Pfarrer der Pfarre Krügersdorf, Diözese Beeskow, bestellt worden.

Der bisherige Hilfsprediger Paul Heinrich Rickley ist zum Diakon der Pfarre Lyden, Diözese Templin, bestellt worden.

Dem Organisten an der Friedrichswerderschen Kirche zu Berlin Karl Deckerling ist von dem Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten der Titel „Königlicher Musikdirektor“ beigelegt worden.

Der hiesige Gemeindefullehrer, Kandidat des höheren Schulamts Dr. Oskar Müller ist als Oberlehrer an der 3. Realschule in Berlin vom 1. Oktober 1902 ab angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke des Kammergerichts im Monat Oktober 1902.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind: zum Kammergerichtsrath der Amtsgerichtsrath Menge in Berum; zu Amtsrichtern die Gerichtsassessoren Herwig in Arnswalde, Gisevius in Potsdam und Brüggenmann in Winstock. Versetzt sind der Amtsrichter Budegies in Jossen als Landrichter an das Landgericht I. in Berlin und der Amtsgerichtsrath Uthemann in Lippehne an das Amtsgericht I. in Berlin. Ausgeschieden ist der Amtsgerichtsrath Dr. Didel vom Amtsgericht I. in Berlin behufs Uebernahme einer Professur. Pensionirt ist der Landgerichtsrath Suffrian in Frankfurt a./D.

II. Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare Dr. Sauerlandt, Doege, Adolf Müller, Dr. Köpfe, Arnold, Dr. Hermann Schulz, Dr. Petsch, Dr. Wurzel, Heublaß, Paasch, Mes, Rehner, Feitner, Komnig und Kluge. Wieder aufgenommen als Gerichtsassessor ist der Rechtsanwalt Bartelt aus Eberswalde. Ausgeschieden sind die Gerichtsassessoren Laenen insolge Uebernahme in die Verwaltung der indirekten Steuern, Steinbach insolge Uebertritts in die Landesverwaltung der Provinz Brandenburg, Friedrich insolge Uebernahme in die allgemeine Staatsverwaltung, Gerstmeyer insolge Uebernahme in den Dienst des Auswärtigen Amtes. Entlassen ist der Gerichtsassessor Dr. Joski auf seinen Antrag.

III. Staatsanwaltschaft.

Ernannt sind der Gerichtsassessor Dr. Hirschfeld zum Staatsanwalt in Guben und der Kaufmann und Beigeordnete Franz Bartel zum Stellvertreter des Staatsanwalts in Kremen. Versetzt ist der Staatsanwalt Dr. Lademann in Prenzlau nach Essen.

IV. Rechtsanwälte und Notare.

Gelöscht in der Liste der Rechtsanwälte sind die Rechtsanwälte Lau, Dr. Gustav Friedemann, Wollner und Georg Sternberg bei dem Landgericht I. in Berlin; Barlow bei dem Amtsgericht in Charlottenburg, Justizrath Braune bei dem Amtsgericht in Königsberg N./M., Bartelt bei dem Amtsgericht in Eberswalde und Wagenknecht bei dem Amtsgericht in Alt-Landsberg. Eingetragen in die Liste der Rechtsanwälte sind die Rechtsanwälte Barlow aus Charlottenburg, Dr. Reigner aus Frankfurt a./M. und der Gerichtsassessor Dr. Rußbaum bei dem Kammergericht; der frühere Rechtsanwalt Dr. Sarrazin, der Rechtsanwalt Brandt aus Magdeburg, der frühere Gerichtsassessor Dr. Seelig sowie die Gerichtsassessoren Dr. Thiele, Dr. Martin Isaac, Fabian und Paul Marcus bei dem Landgericht I. in Berlin; der Rechtsanwalt Dr. Gustav Friedemann vom Landgericht I.

in Berlin und der Gerichtsassessor Dr. Ludwig Samburger bei dem Landgericht II. in Berlin; der Rechtsanwalt Lau vom Landgericht I. in Berlin bei dem Amtsgericht in Charlottenburg; der Gerichtsassessor Breit bei dem Amtsgericht II. in Berlin mit dem Wohnsitz in Lichtenberg; der Gerichtsassessor Jonas bei dem Amtsgericht in Eberswalde; der bisherige Landrichter Schmidt in Gnesen bei dem Amtsgericht in Alt-Landsberg, der Rechtsanwalt Wagenknecht aus Alt-Landsberg bei dem Amtsgericht in Manteberg. Ernannt zum Notar ist der bisherige Landrichter Schmidt aus Gnesen in Alt-Landsberg. Dem Notar Justizrath Braune in Königsberg N./M. ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte ertheilt. Der Notar Wollner in Berlin hat sein Amt niedergelegt. Gestorben sind der Rechtsanwalt und Notar Justizrath Abel, die Rechtsanwälte Chomse und Wundermann in Berlin sowie der Rechtsanwalt und Notar Segall in König-Bauserhausen.

V. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt die bisherigen Rechtskandidaten Fielig, Kistner, Lichtenstein, Voigt, Raß-Kolb, Buth, Hausding, Drillich, Renkauff, Abraham, Stumpff, Regen, Ewald Friedlaender, Laude, Runge, Caspari und Landsberg. Entlassen sind die Referendare Oppenheim, Dr. Wiesner, Kleffel zwecks Uebertritts in den Verwaltungsdienst und Räuber auf seinen Antrag. Wieder aufgenommen ist der Referendar Dr. Sigler. Ausgeschieden ist der Referendar Reichert. Gestorben ist der Referendar Föb.

VI. Subalternbeamte.

Ernannt sind: der Referendar a. D. Dr. jur. Raehmel in Berlin zum etatsmäßigen Staatsanwalt auf Widerruf bei der Staatsanwaltschaft des Amtsgerichts I. in Berlin; die Aktuare Kummer zum Gerichtsschreiber bei dem Amtsgericht II. in Berlin und Rademann zum Gerichtsschreiber bei dem Amtsgericht in Lieberose; die Militäranwärter Hermann Krüger und Kunde zu Gerichtsschreibergehilfen bei dem Amtsgericht I. in Berlin, der Militäranwärter Maschinenmeister Krüger in Tegel und der Inspektionsgehilfe Pigulla in Brönke zu Inspektionsassistenten bei dem Strafgefängnis zu Tegel; der Rangleibdiarar Friedrich Hoppe vom Amtsgericht I. zum Ranglisten bei dem Landgericht I. in Berlin. Versetzt sind: der Gerichtsschreiber Machule von dem Oberlandesgericht in Breslau an das Kammergericht; der Gerichtsschreiber Steinhauff von dem Amtsgericht in Jechen an das Landgericht I. in Berlin; der Sekretär Felgentreff von der Staatsanwaltschaft in Potsdam als Gerichtsschreiber an das Amtsgericht I. in Berlin; der Gerichtsschreibergehilfe Assistent Zehlke vom Amtsgericht I. in Berlin an die Staatsanwaltschaft des Landgerichts in Potsdam; der Inspektionsassistent Regel von dem Strafgefängnis in Tegel an das Gerichtsgefängnis in Niddorf; die Gerichtsvollzieher Krohn vom Amtsgericht II. in Berlin an das Amtsgericht in Gumbrecht.

und **Chrs. A. vom Amtsgericht in Wittmo** an das
Amtsgericht II. in Berlin, Pensionist sind der Ge-
 richtsschreiber **Johann Friedrich Wilhelm Ebeling** bei
 dem Landgericht I. in Berlin und der Gerichtsvollzieher
Franz Schmidt bei dem Amtsgericht in Spremberg.
 Gestorben sind die Gerichtsschreiber **Fiedler** bei dem
 Landgericht I. in Berlin, **Hugo Krüger** bei dem Amts-

gericht I. in Berlin und der **Konigl. Kasseninspektor**
Behrendt beim Kammergericht.

Ausweisungen aus Preußen.

Die gegen den **Schneider Georg Junge**, geboren
 am 19. März 1870 zu Nieder-Zufau, verhängte Aus-
 weisung vom 14. August 1902 (J. Nr. 4292 V. 5 02
 wird aufgehoben.

Hierzu Sechs Offenstehende Anzeigen.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
 Belegblätter werden der Wagen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam. Buchdruckerei der A. B. Hahn'schen Erben.

Alphabetisches Sach- und Namen-Register zum Jahrgang 1902

des

Amtsblattes der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Die bei den Verordnungen und Bekanntmachungen im Sachregister und bei den Namen im Namen-Register befindlichen Zahlen geben die Seiten an, die mit einem * bezeichneten Bekanntmachungen sind auf der betreffenden Seite im öffentlichen Anzeiger zu finden.

Sach-Register.

A.

Abgeordnetenhaus, s. Landtag.

Ablagen.

- Tarif für die Benutzung der an der Havel bei km 0,60 belegenen Ablage des Eigentümers Blante in Birkenwerder. 6.
- Desgl. der an der Dranienburger Havel bei km 0,50 belegenen Ablage des Eigentümers Vergemann. 6.
- Desgl. der städtischen Ablage am rechten Ufer der Havel zu Reglin. 12.
- Desgl. der Ablage der Gemeinde Vorgsdorf. 43.
- Desgl. der Ablagen der Stadtgemeinde Templin. 105.
- Ergänzungen von Ablage-Tarifen. 173. 185. 200. 303. 468.
- Tarif für die Benutzung der Ablagen zc. der Gemeinde Bredereiche an der oberen Havelwasserstraße. 199.
- Desgl. der domänenfiskalischen Ablage (sogenannten Ziegelscheune) im Dorfe Caputh. 345.
- Desgl. der Ablage der Genossenschaft der Adlerleute und Kossäthen zu Grün an der unteren Havelwasserstraße. 351.
- Desgl. der städtischen Ablage in Gehrbellin am Wustrower Abn. 407.
- Desgl. der Ablage der Wittwe Wilhelmine Sydow zu Gollwitz am linken Ufer der „Armenen Havel“. 407.
- Desgl. der Ablagen zu Döberitz am rechten Ufer der von der Unteren Havelwasserstraße abzweigenden Nebenarme. 473.
- Desgl. der Ablage der Bauern- und Kossäthengemeinde zu Hühben am linken Ufer der Potsdamer Havel. 473.
- Desgl. der beiden Ablagen der Separationsinteressenten zu Brennitz am rechten Ufer der unteren Havelwasserstraße. 474.
- Desgl. der Ablage der Gemeinde Prieros an der Dahme. 489.
- Desgl. der domänenfiskalischen Ablage in Beestow an der Spree. 539.
- Desgl. der Ablage des Ziegeleibesitzers R. Neumann

Ablagen.

- Desgl. der Ablage der Separations-Interessenten zu Zachow am Zachower Stichkanal (Abzweigung bei km 130,84 der „Unteren Havelwasserstraße“). 567.
- Desgl. der städtischen Ablagen am Stadtluch und an der Rehnitzstraße zu Dranienburg. 568.

*Ablösungen.

- Aufgebot von Ablösungssachen. 152. 945. 1633.

Ärzte, Ärztekammer.

- Entziehung einer Approbation als Arzt. 55.
- Polizei-Verordnung über das Meldewesen der Ärzte, Zahnärzte und Thierärzte in Berlin zc. 577.

*Wahlen zur Ärztekammer. 1050. 1854.

Aichung.

- Schiffsaichung. 228. 247.
- Aichungsamt in Eberswalde. 227.

*Akten, gerichtliche.

- Aufgebot älterer zum Zwecke der Vernichtung. 466. 538. 1084. 1252.

Aktien-Banken und -Gesellschaften, vergl. auch Versicherungs-, Feuer- und Lebens-Versicherungsgesellschaften.

- Abänderungen der revidierten Statuten der National-Hypotheken-Kredit-Gesellschaft in Berlin. 23.
- Erlöschen der Konzession für die Aktiengesellschaft R. R. priv. Assicurazioni Generali in Triest. 37.
- Preussische Hypotheken-Aktienbank. 138.
- International Zonophon Company Incorporated in Jersey City. 241.
- Internationale Gesellschaft für Schlafwagen und für die großen europäischen Expresszüge. 244.
- The French Asphalte Company in London. 321.
- The Smith Premier Typewriter Company in Syracuse im Staate New-York. 327.
- Heberlein Selfacting Railway Break Company, Limited, in London. 340.
- Berliner Hypothekenbank-Aktien-Gesellschaft. 398.

Aktien-Banken und -Gesellschaften, vergl. auch Versicherungs-, Feuer- und Lebens-Versicherungsgesellschaften.

- General Mining and Finance Corporation Limited in Johannesburg. 455.
- Aktiengesellschaft Massey Harris Company Limited in Toronto (Kanada). 470.
- National-Hypotheken-Kredit-Gesellschaft zu Berlin. 512.
- The Neuchatel Asphalte Company, Limited, in London. 531.

Amtsbezirksveränderungen

- im Kreise Teltow. 62. 137.
- im Kreise Niederbarnim. 117.

Amtsblatt.

- Herausgabe des Sach- und Namen-Registers für 1901. 19.
- Herausgabe des letzten Stücks des laufenden Jahrgangs. 523.
- Bestellung des Amtsblatts für 1903. 523.

*Amtsauctionen.

- Aufgebot solcher. 4. 71. 203. 548. 671. 774. 837. 1083. 1229. 1230. 1242. 1363. 1730. 1889. 2025.

Apotheken.

- Vergebung der Konzessionen für Apotheken in Berlin. 53. 358. 385. 542.
- Errichtung einer Apotheke in Hermsdorf (Mark). 169.
- Neue Apotheke in Nixdorf. 321.
- Anlage einer neuen Apotheke in Berlin. 326.
- Eröffnung einer ärztlichen Hausapotheke in Brück. 345.
- Errichtung einer 4. Apotheke in St. Wilmersdorf. 469.

Apotheker.

- Dispensation der Apothekerlehrlinge von einzelnen Vorschriften des Prüfungsreglements. 37.
- Apothekergehilfen-Prüfungskommission. 377.

Arbeiter, s. auch unter Invaliden-Versicherung und Schiedsgerichte.

- Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter. 435.

Arzneien, Arzneimitteln, vergl. auch Diphtherie-Heilserum.

- Arzneitage 1902. 13.

Aufgebot.

- Gültigkeitsbuch für Standesbeamte bei Aufnahme des Aufgebots. 520.

*Auseinandersetzungssachen. 152. 945. 1638.

Auskunfteien.

- Geschäftsführung der Personen, welche gewerbsmäßig über Vermögensverhältnisse oder persönliche Angelegenheiten Auskunft erteilen. 5.

Ausländer, ausländische Arbeiter, s. unter Ausweisungen und Kontraktbrüchige.

Ausweisungen.

- von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte für das Deutsche Reich. 9. 18. 28. 34. 39. 48. 59. 83. 94. 103. 115. 134. 143. 167. 178. 189. 198. 206. 217. 223. 231. 255. 264. 275. 285. 299. 310. 316. 338. 344. 353. 380. 389. 402. 413.
- von Ausländern aus dem preussischen Staatsgebiete seitens der Polizeibehörden des Regierungsbezirks Potsdam. 51. 250.
- Desgl. seitens des königlichen Polizei-Präsidenten in Berlin. 9. 18. 28. 33. 39. 48. 58. 83. 93. 103. 114. 133. 134. 142. 143. 165. 178. 189. 197. 205. 217. 223. 231. 255. 263. 275. 285. 298. 309. 315. 332. 344. 353. 360. 388. 401. 412. 425. 451. 466. 478. 483. 507. 514. 550. 566.

Ausweisungen.

- Desgl. seitens des königlichen Polizei-Präsidenten in Charlottenburg. 39.
- Desgl. seitens des königlichen Polizei-Präsidenten in Nixdorf. 58. 134. 389. 426. 508.
- Desgl. seitens des königlichen Polizei-Präsidenten in Schöneberg. 412. 413.

B.

Bäckereien.

- Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe der Bäckereien in Berlin, Schöneberg und Nixdorf. 187.

Barbiere.

- Sonntagsruhe in den Barbier-, Friseur- und Perrückenmachergeschäften. 21. 137. 251. 396. 434.

Bausach, Baupolizei, Baumeisen.

- Baugewerkschulen. 31.
- Englische Prüfung der Baupläne zu Schulbauten. 110.
- Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Staatsbauten. 117.
- Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen und Lieferungen. 124.
- Abänderung der Baupolizeiordnung für die Vororte von Berlin vom 5. XII. 1892. 129.
- Desgl. für Charlottenburg u. s. w. vom 22. August 1898. 129.
- Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Garnisonbauten. 157. 196.
- Bestimmungen für die Bewerbung von Leistungen (Arbeiten und Lieferungen) für Garnisonbauten. 162.
- Einreichung von Bauvorlagen im Gemeindebezirk Steglitz. 200.
- Ausführungsbestimmung zum Bau-Unfallversicherungs-gesetz. 226.
- Berechnung der Standfestigkeit von Schornsteinen. 252.
- Baumaterial. 480.
- Prämientarife für die Versicherungsanstalt der Tiefbau-Berufs-Genossenschaft. 546.
- Desgleichen der Nordöstlichen Baugewerks-Berufs-Genossenschaft. 547.

Behörden.

- Geschäftsführung der Personen, welche gewerbsmäßig bei Behörden wahrzunehmende Geschäfte besorgen. 5.

Belobigungen für Rettung aus Gefahr zc. 8. 257. 277. 289.

Belohnung.

- für Ermittlung eines Brandstifters. 336.

Bergrevier.

- Neubesezung der Revierbeamtenstelle des Bergreviers Frankfurt a. O. 177.
- Bureauverlegung des Bergreviers Frankfurt a. O. 177.

Berlin, Polizei-Verordnungen zc. für den Stadtfreis und Landkreis Berlin.

- Betrieb der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn. 64.
- Verkehr mit Kraftfahrzeugen. 99.
- Verkehr mit Kuhmilch und Sahne. 130.
- Die im Landespolizeibezirk Berlin betriebenen elektrischen Straßenbahnen. 152.
- Ordnung, betr. den Anschluß an die Kanalisation und die Erhebung von Kanalisationsgebühren. 163.
- Ordnung auf dem städtischen Viehhofe zu Berlin. 176. 542.
- Polizei-Verordnung, betr. Verhütung des Rücktritts unreiner Flüssigkeiten in die Regenwasserleitung. 278.
- Verordnung betr. Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. 307.

Berlin, Polizei-Verordnungen zc. für den Stadtkreis und Landkreis Berlin.

- Polizei-Verordnung, betr. den Kleinhandel mit Essigsäure (Essigessenz) zu Genußzwecken. 349. 525.
- Desgl. betr. Haltefinder. 358.
- Desgl. betr. Privatanzuschlußbahnen. 525.
- Taxe für Verstärker. 532.
- Schiffsabgaben auf den Berliner und Charlottenburger Wasserstraßen. 568.
- Polizei-Verordnung über das Melbewesen der Ärzte, Zahnärzte und Thierärzte. 577.
- Desgl. über die den Hebammen obliegenden Verpflichtungen. 578.
- * — Reglement zur Ausführung der Gesetze über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen und die Entschädigung für an Milzbrand gefallene Thiere. 2082 ff.

Verufsgenossenschaften, vergl. auch Unfall-Verufsgenossenschaften.

- Neues Statut der Brandenburgischen landwirthschaftlichen Verufsgenossenschaft. 439.

Bezirksausschüsse.

- Ferien des Bezirksausschusses in Potsdam. 296.
- Desgl. in Berlin. 296.

Bohlwerke.

- Tarif für die Benutzung des Bohlwerks der Stadtgemeinde Lindow am Gudeladsee. 5.
- Desgl. des am Finowkanal belegenen Bohlwerks des Amtsvorstehers Springer in Ruhlsdorf. 29.
- Desgl. des an der Spandauer Havel belegenen Bohlwerks des Gutsbesizers August Blumberg in Hohen-schöpping. 183.
- Ergänzung von Bohlwerkstarifen. 289. 326. 355.
- Tarif für die Benutzung des der Wittve Emilie Erdmann in Zerpenschleuse gehörigen Bohlwerks. 538.

Branntweinsteuer.

- Aenderungen der Branntweinsteuer-Ausführungsbestimmungen. 427.

Briestauben.

- Briestauben-Liebhaber-Verein, welche ihre Tauben der Militärverwaltung für Kriegszwecke zur Verfügung gestellt haben. 31.

Brücken.

- Brückensperre. 193.
- Brückenbenennung in Charlottenburg. 244.

Bühnengehörige.

- Befugnisse und Verpflichtungen der Stellenvormittler für dieselben. 84 und Sonderbeilage zum 8. Stück.

G.

Central-Landschaft für die Preussischen Staaten.

- Nachtrag zum Statut derselben. 311.

Chausseen, s. auch Kunststraßen.

- Verleihung des Rechts zur Chausseegelderhebung auf der Chaussee von Lehnin nach Vaterdam. 11.
- Verleihung der fiskalischen Vorrechte für die Chaussee von Dahme über Jagelsdorf und Görzdorf bis zu dem nach Glienitz führenden Wege. 61.
- Anwendung der Bestimmungen wegen der Chausseepolizeivergehen auf die Chaussee von Mühlenholz nach Groß-Warzin. 191.
- Verleihung des Rechts zur Chausseegelderhebung zc. für die Chaussee Rörz-Dreeß-Giefenhork-Siegrothsbruch bis zur Grenze des Kreises Westhavelland in der Richtung auf Kolonie Neuwerder. 199.
- Anwendung der Bestimmungen wegen der Chausseepolizeivergehen auf die Chaussee von Dalmin nach Groß-Herae. 287.

Chausseen, s. auch Kunststraßen.

- Desgl. auf die Chaussee Lenzen-Milower Brücke. 325.
- Verleihung des Rechts zur Chausseegelderhebung auf der Chaussee von Bried über Gadenhaus, Freienthal, Damelang und Cammer nach Gollnow. 355.
- Desgl. auf der Chaussee Lindenwalde-Berkenbrück-Gennickendorf-Dobbriskow bis zur Kreisgrenze. 485.
- Desgl. auf den Tellow'ser Kreischausseen Rudow-Groß-Zietzen-Nichtenrade, Miersdorf-Zeuthen, Schulzenhof-Miersdorf-Höherlöhme-Wildau und Jütchen-dorf-Kreischaussee Groß-Zeuthener Schäferlei-Gröben-Fahlforst. 515.
- Anwendung der Bestimmungen wegen der Chausseepolizeivergehen auf die Chaussee Dallmin-Landeshgrenze in der Richtung auf Dambek. 536.

D.

Dampffässer, Dampffessel zc.

- Prüfung von Dampffässern. 44.
- Dampffesselüberwachungsverein. 201.

Deichwesen, s. auch Meliorationsverbände.

- Wahl des Deichinspektors des Deichverbandes der II. und III. Division der Prignitz'schen Elbniederung. 21.
- Grundstücksauflösungen. 138. 271. 272. 278. 296. 424. 477. 541.
- Wahl des stellvertretenden Deichhauptmanns der II. und III. Division der Prignitz'schen Elbniederung. 185.
- Herstellung eines Stallanbaues in Riez-Beesfow. 251.

Diakonate und Archidiaconate.

- erledigte und wiederbesetzte. 37. 92. 133. 212. 245. 279. 327. 424.

Diöcese.

- Theilung der Diöcese Friedrichs-Werder in Berlin 8.

Diphtherie-Heilserum. 7. 30. 151. 510.

Domänen-Veräußerungen.

- Zahlungen aus Domänen-Veräußerungsgeschäften. 410.

E.

Eheschließung.

- Hülfsbuch für Standesbeamte bei Aufnahme des Aufgebots zur Eheschließung. 520.

Einjährig-Freiwillige.

- Einstellung derselben am 1. April 1903. 557.

Einkommensteuer.

- Frist zur Abgabe der Steuererklärungen. 545.

Eisenbahnen, s. auch Kleinbahnen zc. Nebeneisenbahnen, Kommunalabgaben der Eisenbahnen, Privatananschlußbahnen.

I. Gemeinschaftliche Angelegenheiten verschiedener Eisenbahndirektionsbezirke und Theile von solchen.

- Eisen-Ausfuhrtarife. Seehafen-Ausnahmetarif E. 2-16.
- Ostpreussisches Eisenbahnkursbuch. 38. 202. 298. 432.
- Ausnahmetarif für Eis in Wagenladungen. 47.
- Sanseitsch-Ostdeutscher Güterverkehr. 92. 314. 512. 581.
- Ausnahmetarif für Düngemittel zc. 92. 133. 187. 314. 388. 477.
- Staatsbahn-Thiertarif. 113.
- Gruppentarif III (Berlin-Stettin). 153. 342. 411. 432. 512.
- Tarification von Schlammabwässer aus Kläranlagen. 153.
- Bearb.vergleichnis des Holztarifs. 296.
- Ausnahmetarif 1 (Holztarif). 328.
- Seehafen-Ausnahmetarif E. 2. 338.

- Ausnahmetarif für Zucker. 471.
- Desgl. für Blei in Blöcken, Stangen oder Mulden. 471.
- Tarification von Dünger (Mist), auch getrocknet und gemahlen, und Abtrittsdünger. 517.
- Gütertarife der Preussisch-Possidischen und der Oldenburgischen Staatsbahnen und der Königl. Militärbahn.
- Gütertarife der Berlin-Warschauer Eisenbahn für Rempen B. B. C. 545.

II. Angelegenheiten der einzelnen Bahnen bezw. Eisenbahn-Direktionsbezirke.

a) Eisenbahn-Direktion in Berlin.

- Schließung der Station Lagerhof bei Gesundbrunnen als öffentliche Anschlussstelle. 66.
- Ladefristen auf Station Frankfurter Allee. 133. 175.
- Eisenbahnstation Nikolassee. 194.
- Privatdepeschenverkehr auf der Eisenbahn-Telegraphenstation Reinickendorf (Dorf). 221.
- Abfertigungsbefugnisse von Eisenbahnstationen. 247.
- Privatdepeschenverkehr auf der Station Nikolassee. 247.
- Beförderung von Wollsendungen. 253.
- Eisenbahnstation Wilhelmshagen (früher Neu-Rahnsdorf). 273.
- Ladefristen auf Station Tempelhof (Ringbahn) und Wilmersdorf-Friedenau. 342. 350. 388. 464.
- Eröffnung der Eisenbahn von Wildpark nach Rauen. 352.
- Privatdepeschenverkehr auf den Stationen Sagforn und Bredow. 352.
- Eröffnung des Haltepunkts Chorinchen für den Personen- und Gepäckverkehr. 358.
- Eisenbahnhaltepunkt Nummelsburg Ost. 411.
- Privatdepeschenverkehr in Dallgow-Döberitz. 432.
- Desgl. auf der Eisenbahnstation Halensee. 477.
- Abfertigungsbefugnisse der Station Zeuthen. 517.

b) Eisenbahn-Direktion in Stettin.

- Verlegung einer Eisenbahn-Maschinen-Inspektion. 35.
- Arbeitszugbetrieb auf dem II. Gleis der Strecke Angermünde—Straßund zwischen Steglitz und Jahnitz. 62.
- Eröffnung der Haltestelle Neukindendorf für den Gepäckverkehr. 342.

III. Eisenbahn-Verbände.

- Nordostdeutsch-Berlin-Bayerischer Verband. 33. 175. 545.
- Nordostdeutsch-Berlin-Bayerischer und Nordostdeutsch-Berlin-Württembergischer Güterverkehr. 56. 247.
- Nordostdeutsch-Berlin-Württembergischer Verband. 411. 545.

Elbe, Elbstrombauverwaltung.

- Tarif für den Elb-Umschlagsverkehr auf dem städtischen Packhofe in Wittenberge. 283.

Elektrische Bahnen, s. Kleinbahnen.

Enteignung (Beschränkung) von Grundstücken.

- Zur Anbringung von Rostetten an den Straßenseiten von Häusern zur Befestigung von Querböcken für den elektrischen oberirdischen Straßenbahnbetrieb. 110. 252. 272.
- Zur bebauungsplanmäßigen Herstellung der Straße. 63. Abth. X. 2 des Bebauungsplans der Umgebungen Berlins und der Winkstraße. 220.
- Desgl. der Lychnersstraße in Berlin. 410.
- Desgl. zum Bau zc. des Verbindungskanals Griebnitzsee—Wannsee. 479.

Enteignung (Beschränkung) von Grundstücken.

*Enteignung zc. von Grundstücken.

- Vorladung zu den Terminen. 104. 146. 152. 206. 228. 336. 352. 398. 534. 642. 780. 812. 856. 935. 986. 998. 1049. 1050. 1071. 1210. 1256. 1387. 1424. 1426. 1548. 1582. 1626. 1700. 1728. 1819. 1820. 1836. 1908. 1946. 2091. 2092. 2124. 2148. 2178. 2179.

Entwässerungsgenossenschaften, s. Meliorationen. Epileptische, s. unter Krankenanstalten.

*Erben zc. (verfallene Personen, unbekannte Interessenten, Nachlassgläubiger).

— Aufgebot solcher durch die Amtsgerichte:

- Angermünde. 274. 362.
- Berlin I. 3. 18. 34. 56. 69. 70. 77. 93. 108. 109. 123. 148. 164. 181. 198. 202. 224. 231. 262. 307. 324. 331. 348. 483. 505. 548. 568. 579. 590. 615. 616. 630. 631. 671. 688. 694. 695. 710. 711. 780. 742. 778. 774. 785. 799. 805. 827. 836. 900. 902. 908. 961. 962. 965. 988. 996. 1061. 1065. 1066. 1083. 1106. 1112. 1151. 1158. 1181. 1190. 1203. 1219. 1229. 1242. 1252. 1275. 1298. 1306. 1328. 1362. 1394. 1520. 1576. 1587. 1604. 1694. 1708. 1709. 1756. 1757. 1779. 1790. 1815. 1830. 1866. 1880. 1881. 1955. 1984. 2025. 2049. 2057. 2106. 2125. 2151. 2174.

Berlin II. 40. 201. 548. 1326. 1631. 2077.

Charlottenburg. 276.

Cöpenick. 615.

Frankfurt a. O. 670.

Freienwalde a. O. 193.

Gabelberg. 1028. 1106.

Ludenwalde. 670. 707.

Meyenburg. 1941. 1990.

Rauen. 401.

Verleberg. 539. 1768.

Potsdam. 137. 617. 888. 925. 1252. 1679. 1757.

Prenzlau. 539. 1339.

Prigwitz. 590.

Rallberge Rüdersdorf. 108. 242.

Spandau. 71. 1534.

Storkow. 1028.

Templin. 3. 34. 306. 402. 521. 742.

Trebbin. 418.

Wittenberge. 750. 965. 1678.

Wittstock. 1242.

Zossen. 911. 2025.

Erziehungsanstalt.

- Reglement für die Brandenburgische Provinzialschul- und Erziehungsanstalt. 114 und Beilage zum 11. Stück.

Essigsäure.

- Polizei-Verordnung für Berlin, betr. den Kleinhandel mit Essigsäure (Essigessenz) zu Genußzwecken. 349. 525.
- Desgl. für Charlottenburg. 513.

F.

Fähren.

- Tarif für die öffentliche Fähr über die Havel bei Tiefwerder. 184.
- Tarif für die Fähr über den Ruppiner See von Neu-Ruppin nach Buthenow und Nietwerder und zurück. 290.
- Tarif für die Personenfähr über die schiffbare Lödnitz. 348.
- Tarife für die öffentlichen Fahren über die Havel bei Wicksamerwerder. 410. 511.
- Desgl. über die Potsdamer Havel vom Fährhause am Babelsberg nach der Holzmarktstraße. 454.
- Desgl. über den Rastgraben zwischen Dorf Rüdersdorf und Alte Grund. 479.

Fähren.

- Desgl. über die Bichelsdorfer Havel. 492.
- Desgl. über den Stößensee von Bichelsberg — Restaurant Seeschloß — linkes Ufer nach Bichelswerder — Restaurant Winkel — rechtes Ufer und umgekehrt. 511.
- Desgl. am Stößensee vom linken Ufer — Restaurant Kaisergarten — nach dem rechten Ufer und umgekehrt. 511.
- Desgl. über die Havel bei Bichelsdorf. 511.
- Tarif für die öffentliche Fähre über die Havel-Oderwasserstraße oberhalb Spandau — Spandauer Havel von Saatwinkel (Krahnhaus) nach Valentinswerder und Leuchtthurm — Tegelort. 554.
- Desgl. von Ruß, Restaurant Wilhelmsruh, nach dem Restaurant Leuchtthurm, der Insel Valentinswerder und Saatwinkel (Krahnhaus). 554.
- Desgl. von Valentinswerder nach Ruß, Restaurant Leuchtthurm, Tegelort und Saatwinkel (Krahnhaus). 555.
- Desgl. von Tegelort nach Saatwinkel und Valentinswerder und umgekehrt. 556.
- Desgl. vom Restaurant Leuchtthurm — Tegelort nach Ruß, Saatwinkel (Krahnhaus) und Valentinswerder Restaurant. 556.

Feiertage, s. Sonntage.**Fernsprechwesen.**

- Erweiterung des Fernsprechverkehrs. 15. 49. 91. 113. 174.
- Erhöhung der Fernsprech-Ausgangsgebühren. 25.
- Cementkanäle für Fernsprechkabel 91. 100. 113. 138. 139. 140. 174. 187. 194. 202. 220. 227. 262. 273. 297. 308. 314. 322. 341. 369. 424. 438. 471.
- Fernsprechanschlüsse. 327.
- Errichtung einer oberirdischen Fernsprechlinie in Charlottenburg. 359.

Festpunkte

- an den Märkischen Wasserstraßen. 553.

Feuer-Versicherung.

- Feuerkassengelder-Ausschreiben der Städte-Feuersocietät der Provinz Brandenburg für das II. Halbjahr 1901. 26.
- für das I. Halbjahr 1902. 322.
- Wahl von Mitgliedern des Direktorialraths der Land-Feuersocietät der Provinz Brandenburg. 133.
- Nachtrag zum Reglement der Städte-Feuersocietät der Provinz Brandenburg. 177.
- Uebersicht von den Ergebnissen der Verwaltung der Städte-Feuersocietät der Provinz Brandenburg. 323.
- Desgl. der Land-Feuersocietäten der Kurmark Brandenburg zc., der Neumark und der Provinz Brandenburg. 518.

***Feuerwehr.**

- Verwaltungsergebnisse der Brandenburgischen Feuerwehr-Unfallkasse. 1094.

Fischerei.

- Polizei-Verordnung, betr. den Gebrauch des Tredezeugs und der Netze. 109.
- Laichschonreviere an der Elbe. 150.
- Polizei-Verordnung, betr. den Gebrauch von Zugnetzen während der Frühjahrs Schonzeit. 151.
- Frühjahrs Schonzeit der Fische. 151.
- Fischerei-Aufsichtsbeamte. 173. 211. 259. 326. 553.
- Winterschonzeit, Verbot des Lachsanges mit Zug- und Treibnetzen und Verbot des Krebsfanges. 396.

Fleischschau, Fleischbeschauer.

- Ausbildung und Prüfung der nicht thierärztlichen Fleischbeschauer. 521.
- Weitere Zulassung der bei der Schlachtvieh- und Fleischschau thätigen Laien. 521.

Flößerei, vergl. Schifffahrt.**Forstbeamte, Forstschuß.**

- Notirung forstverorgungsberechtigter Anwärter. 137. 194. 240. 260. 398. 557.
- Gesuche um Zulassung zur Forstverwaltungslaufbahn. 186.

Forstkassen.

- Verwaltung der Forstkasse in Alt-Ruppin. 278.
- Desgl. in Zehdenitz. 337.
- Desgl. in Eberswalde. 423.

Forstpflanzen.

- Tarification derselben für den Transport. 136.

Forstveräußerungen.

- Zahlungen aus Forstveräußerungsgeschäften. 410.

Forstwirtschaft.

- Jahresarbeitsverdienst forstwirtschaftlicher Arbeiter. 435.

Friseure, s. unter Barbieren.**Fürsorge-Erziehung.**

- Reglement zur Fürsorgeerziehung Minderjähriger. 114 und Beilage zum 11. Stück.

G.**Gänse, s. Geflügelcholera.****Gastwirthschaften.**

- Beschäftigung von Gehülften und Lehrlingen in denselben. 179.

Geflügelcholera.

- Landespolizeiliche Anordnung zur Bekämpfung der Geflügelcholera. 355.
- Desgl., betr. die Ueberwachung von Gänseentladungen im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. 464.

Geistesranke, s. unter Krankenanstalten.***Gemeinde-Anleihen.**

- Kündigung in Folge von Verloosungen zc. von Borchagen-Kummelsburg. 599. 1248.
- von Lichtenberg. 2090.
- von Groß-Dichterfelde. 804. 2116.
- von Nixdorf. 541. 1093. 2179. 2180.
- von Schöneberg. 128. 1033.
- von Steglitz. 146.
- von Deutsch-Wilmersdorf 24. 2090.

Gemeindebehörden.

- Handbuch für solche: „Die Bestimmung des Grundbesitzes.“ 567.

Gemeinde- zc. Bezirksveränderungen, s. auch Landgemeinden, Gutsbezirke und Stadtgemeinden:

- im Kreise Angermünde. 176.
- im Kreise Niederbarnim. 26. 98. 211. 314. 471.
- im Kreise Oberbarnim. 98.
- im Kreise Beeskow-Storkow. 56. 342. 363.
- im Kreise Osthavelland. 56. 231. 342.
- im Kreise Westhavelland. 464.
- im Kreise Jüterbog-Luckenwalde. 196.
- im Kreise Prenzlau. 92.
- im Kreise Ostprignitz. 36. 98. 464.
- im Kreise Westprignitz. 98. 195.
- im Kreise Ruppin. 188.
- im Kreise Teltow 66. 98. 113. 221. 273. 352. 411. 464. 513. 562.
- im Kreise Templin 16. 141. 156. 274. 369. 522.
- im Kreise Zauch-Belzig. 188. 247.

Gendarmerie.

- Die bei den größeren Truppenübungen fungirenden Gendarmerie-Patrouillen. 304.

Genossenschaftsregister, vergl. Register.

Gerichtstage.

- Abhaltung derselben in Vellen. 466.
- Desgl. in Warnow. 478.
- Desgl. in Wullig. 483.
- Desgl. in Voigdenburg U.-M. und Gerswalde U.-M. 483.
- Desgl. in Nicmegl. 507.
- Desgl. in Lehnin. 514.
- Desgl. in Plesenthal. 533.
- Desgl. in Joachimsthal. 533.
- Desgl. in Regin. 533.
- Desgl. in Gramzow. 550.

Gesetzsammlung. Inhaltsverzeichnis:

- für 1901.
- Stück 36 S. 11.
- für 1902.
- Stück 1 S. 29.
- Stück 2 S. 43.
- Stück 3 S. 85.
- Stück 4 S. 97.
- Stück 5 S. 106.
- Stück 6 und 7 S. 147.
- Stück 8 S. 169.
- Stück 9 S. 179.
- Stück 10 S. 191.
- Stück 11 und 12 S. 199.
- Stück 13 S. 207.
- Stück 14 S. 219.
- Stück 15 und 16 S. 233.
- Stück 17 S. 249.
- Stück 18 bis 29 S. 301.
- Stück 30 bis 32 S. 311.
- Stück 33 und 34 S. 325.
- Stück 35 S. 335.
- Stück 36 S. 345.
- Stück 37 und 38 S. 381.
- Stück 39 S. 407.
- Stück 40 und 41 S. 415.
- Stück 42 S. 427.
- Stück 43 S. 467.
- Stück 46 S. 523.
- Stück 44 und 45 S. 536.
- Stück 47 und 48 S. 567.

Gewerbe, gewerbliche Anlagen.

- Geschäftsführung der Personen, welche gewerbmäßig fremde Rechtsangelegenheiten und bei Behörden wahrzunehmende Geschäfte besorgen oder die über Vermögensverhältnisse oder persönliche Angelegenheiten Auskunft erteilen. 5.
- Auslegung von Anträgen auf Genehmigung zur Errichtung zc. gewerblicher Anlagen. 267.
- Befugnisse, Verpflichtungen und Geschäftsbetrieb der Verfeigerer. 336 und Sonderbeilage zum 32. Stück.
- Geschäftsbetrieb der Trödler und Kleinhändler mit Garnabfällen. 348.

Gewerbegerichte.

- Geschäfte des Gemeindevorstehers in Berlin gemäß § 83 des Gesetzes über die Gewerbegerichte. 141.

Gewerbe-Inspektionen.

- Verlegung der Gewerbe-Inspektion in Prignitz nach Wittstock. 345.
- Gewerbe-Inspektion Berlin II (Potsdam). 417.

Gewerbesteuer.

- G.-Veranlagung in Schöneberg. 385.

Grundbesitz.

- Besteuerung desselben (Handbuch für Gemeindebehörden). 557.

Grundstücke.

- Aufhebung von Wassergrundstücken. 138. 271. 278. 296. 424. 477. 541. 558.

*** Grundstücke.**

- Aufgebot von Grundstücken. 71. 78. 195. 507. 508. 552. 581. 666. 707. 758. 796. 851. 1192. 1652. 1905. 1942. 1983. 1992. 2152.

Gutsbezirksveränderungen, s. auch Gemeindebezirksveränderungen zc.

- Auflösung des Gutsbezirks Wenzlow im Kreise Beeskow-Storkow. 363.

Gymnasien zc.

- Prüfungen an solchen. 140.

H.**Häfen.**

- Tarif für den Berliner städtischen Hafen am Urban. 54.
- Tarif für die städtischen Hafenanlagen zu Wittenberge. 267.
- Tarife für die staatlichen Häfen u. s. w. zu Maltzsch, Glogau und Tschierzig. 315.

Haltelinder.

- Polizei-Verordnung für Berlin, betr. Haltelinder. 358.

Handarbeitslehrerinnen.

- Neuroder Lehrkurse für dieselben. 106.
- Handarbeitslehrerinnen-Prüfung. 281. 561.

Handelskammer.

- Errichtung einer Handelskammer für Berlin. 20.
- Erweiterung der Handelskammer zu Potsdam. 117.
- Erweiterung der Handelskammer für Berlin. 136. 319.
- Handelskammerwahlen in den Kreisen Teltow, Niederbarnim und Beeskow-Storkow. 172. 248.
- Handelskammerwahlen in den Stadtkreisen Charlottenburg und Schöneberg. 207.
- Desgl. im Stadtkreise Nixdorf. 362.
- Befugnisse der Handelskammern. 553.
- * — Handelskammer-Stat. 574.

Handelsregister, vergl. Register.**Handwerkskammer.**

- Meisterprüfungen im Bezirk der Handwerkskammer in Berlin. 67. 213.
- Handwerkskammermitglied. 226.
- Änderungen des Statuts der Handwerkskammer. 231. 285.
- * — Handwerkskammer-Sitzungen. 213. 252. 424 (Vollversammlung).

Haushaltungslehrerinnen.

- Neuroder Lehrkurse für dieselben. 106.

Hauswirtschaftslehrerinnen.

- Prüfung derselben. 100. 282.

Hebammen.

- Niederlegung der Hebammenpraxis. 63. 417.
- Zulassung von Hebammen in Berlin. 187. 558.
- Aberkennung eines Hebammen-Prüfungszeugnisses. 212.
- Wiederverleihung des Hebammen-Prüfungszeugnisses. 341.
- Hebammenlehrkurse. 362.
- Niederlegung des Amtes als Bezirkshebamme. 434.
- Bedingungen für die Aufnahme schwangerer Personen in die provinzialständische Hebammen-Vereinigung in Frankfurt a. D. 434.
- Polizei-Verordnung über die den Hebammen in Berlin zc. obliegenden Verpflichtungen. 578.

Heilpersonen.

- Polizei-Verordnung, betr. die nicht approbirten Heilpersonen. 429.

*Sinterlegungsmaffen.

- Verzeichnisse derjenigen G., bei welchen die Einstellung der Verzinsung bedorft. 377. 433. 947. 1003. 1427. 1463. 1997. 2053. (Berichtigung) 2141.

Historische Werthgegenstände.

- Erhaltung derselben. 46.

Hüttenfchule.

- Maschinenbau- und Hüttenfchule in Duisburg. 18. 360.

Hufbefchlag, f. auch Schmiedegewerbe.

- Hufbefchlaglehrmeister. 111. 468. 481.

Hundetollwuth (f. auch Tollwuth) in Berlin. 186.

*Hypotheken-Dokumente, -Maffen, -Poffen.

- Aufgebot folcher durch die Amtsgerichte:
Angermünde. 195. 508. 656. 876. 953. 1152. 1710. 1750. 1831.

Bärwalde. 931.

Baruth. 148. 911. 1145. 2067.

Beeskow. 57. 829.

Belzig. 19. 165. 482. 806. 1184.

Berlin I. 20. 233. 292. 333. 399. 402. 461. 462. 540.

549. 553. 581. 582. 590. 617. 618. 623. 688. 711. 731.

759. 775. 806. 850. 851. 867. 904. 959. 988. 1029. 1107.

1113. 1130. 1145. 1146. 1182. 1289. 1299. 1584. 1731.

1779. 1791. 1810. 1842. 1909. 1941. 2152.

Berlin II. 56. 109. 362. 548. 582. 604. 667. 1139. 1158.

1275. 1299. 1343. 1621. 1813. 1865. 1905. 1927.

Bernau. 1342. 1630. 1874.

Brandenburg. 263. 598. 730. 887. 990. 1203. 1299.

1300. 1534. 1584. 1881. 1942.

Brüßow. 78. 79. 275. 590.

Bendich Buchholz. 418. 591. 925. 1831.

Charlottenburg. 102. 148. 583. 553. 989. 1028. 1113.

1791.

Cöpenick. 123. 165. 867. 1780.

Dahme. 1889.

Eberswalde. 57. 101. 503. 591. 631. 876. 983. 1246.

1276. 1668. 1696. 2067. 2078.

Freienwalde. 19. 58. 552. 796. 851. 1809. 1972. 2113.

Fürftenwalde. 165. 402.

Grafef. 248.

Gavelberg. 332. 731. 837. 865. 1066. 1107. 1158. 1191.

1418. 1731. 1972. 2039. 2040. 2143.

Jüterbog. 11. 398. 1230.

Kreuzen. 1044. 1152. 1160. 1927.

Kyritz. 41. 123. 138. 209. 291. 712. 866. 925. 989. 1259.

1680. 1769. 1866.

Alt-Landsberg. 181. 981. 1289. 2067.

Lenzen a. E. 552. 1417.

Liebenwalde. 1146.

Lindow. 508. 548. 590. 604. 1044. 1966.

Ludenwalde. 181. 711. 731. 753. 1136. 1191. 1229.

1269. 1639. 1695. 2078. 2085.

Meyenburg. 58. 102. 418. 1971.

Mittenwalde. 123. 398. 988. 1268. 1652. 1972. 2125.

Nauen. 263. 552. 731. 1185. 1191. 1253. 1750. 1873.

Oderberg. 1044. 1192. 1667. 1942. 2040.

Oranienburg. 774. 1576. 1810. 1873. 1909.

Perleberg. 57. 109. 232. 243. 324. 711. 759. 837. 966.

1363. 1621. 1750. 1956.

Potsdam. 123. 333. 362. 618. 730. 774. 1320. 1554.

1621. 1708.

Prenzlau. 41. 117. 453. 851.

Prignitz. 20. 672. 866. 1561.

Rathenow. 430. 1709.

Rheinsberg. 102.

Rixdorf. 292. 308. 453. 645. 647. 745. 837. 966. 1221.

1289. 1802. 1810. 1972.

Reu-Müppin. 203. 263. 631. 966. 1146. 1260. 1576.

1726. 2113.

*Hypotheken-Dokumente, -Maffen, -Poffen.

Schwedt. 1219. 1942.

Spandau. 138. 195. 232. 568. 989. 1066. 1259. 1639.

1668. 2040.

Storow. 398. 774. 851. 966. 1283. 1418. 1605. 1668.

1696.

Strasburg U.-M. 1028. 1160. 1842. 1874. 1889. 2077.

Strausberg. 138. 493. 540. 851. 889. 1152. 1831.

Templin. 57. 263. 743. 775. 953. 989. 1715.

Werder a. S. 671. 1726. 1802. 1873.

Wittenberge. 484. 1152. 1191. 1275. 1780. 1841. 2113.

2153.

Wittftod. 57. 202. 232. 291. 452. 581. 712. 866. 990.

1084. 1191. 1757. 1780. 1905. 1938.

Wriezen. 276. 1129. 1956.

Wusterhausen a. D. 41. 493. 656. 707. 753. 796. 1112.

1203. 1204. 1497. 1652. 1757. 1921.

Königs-Wusterhausen. 1229. 1598. 1928.

Zehdenick. 573. 1075. 1852.

Zossen. 989. 1242. 1809. 1881.

3.

Jagd.

- Eröffnung der kleinen Jagd im Regierungsbezirk Potsdam. 326.

- Jagd auf Rebhühner in den Stadtkreisen Berlin, Charlottenburg, Rixdorf und Schöneberg. 335.

- Schluß der Jagd auf Rebhühner in denselben Stadtkreisen. 476.

- Schluß der kleinen Jagd im Regierungsbezirk Potsdam. 577.

Jahresarbeitsverdienst, f. unter Arbeiter.

Innungen.

- Müllerzwangsinnung in Templin. 13.

- Barbierzwangsinnung in Wusterhausen a. D. 13.

- Zwangsinnung für die Gas-, Wasserleitungs- und Heizanlagen-Hachmänner. 20. 270.

- Schneider-Zwangsinnung in Strasburg U.-M. 89.

- Auflösung der Schuhmacher-Zwangsinnung in Steglitz. 128.

- Konditor-Zwangsinnung für die Kreise Ost- und Westprignitz. 170. 270.

- Auflösung der Schuhmacher-Innung in Wittenberge. 171.

- Töpfer-Innung in Eberswalde. 251. 366.

- Stellmacher- und Böttcher-Zwangsinnung in Eberswalde. 313. 427. 540.

- Bäcker- und Müller-Zwangsinnung in Strasburg U.-M. 423.

- Müller- und Bäcker-Zwangsinnung in Rezin. 423.

- Bäcker-Innung in Eberswalde. 479.

- Müller-Innung in Perleberg. 524.

- Müller-Innung in Templin. 575.

Invaliden-Versicherung.

- Quittungskarten der Invaliden-Versicherung. 135. 416.

*-Rechnungsabfchluß der Landes-Versicherungs-Anstalt Brandenburg. 214.

Irren-Anftalten, f. unter Kranken-Anftalten.

2.

Kanäle.

- Griehnißsee—Wannsee (Prinz Friedrich Leopold-Kanal). 485.

- Weichftätsanweisung für die Teltowkanal-Bauperwaltung. 604.

Kanalisation.

- Ordnung, betr. den Anschluß an die Kanalisation und die Erhebung von Kanalisationsgebühren in der Stadt Berlin. 163.
- Statut, betr. die Bildung eines die Landgemeinden Nieder-Schöneweide, Adlershof, Grünau, Johannisthal und Alt-Glienitz umfassenden Kanalisationsverbandes. 328.
- * — Ordnung der Stadtgemeinde Charlottenburg, betreffend die Erhebung von Kanalisationsgebühren. 2125.

Kaninchen.

- Polizei-Verordnung, betr. den Fang wilder Kaninchen. 269.

Katasterämter.

- Verlegung der Amtsräume der Katasterämter für den Stadtbezirk Berlin. 22.

Kaufmannschaft.

- Befugnisse der Korporation der Kaufmannschaft in Berlin. 553.

Kirchen.

- Geschenke an Kirchen zc. 38. 204. 343. 478.

Kirchengemeinden, s. auch Pfarrstellen.

- Parochialverhältnis der in Berlin zc. neu anziehenden evangelischen Einwohner. 297.
- Umpfarrung der Evangelischen der Kolonie Groß-Sterbich, Kr. Westprignitz. 359.
- Errichtung einer katholischen Kapellengemeinde Pantow. 469.
- Aenderung der Geschäftsanweisung für die altkatholischen Kirchenvorstände und Gemeindevetreterungen in Berlin mit Rücksicht auf das Bürgerliche Gesetzbuch. 470.
- Errichtung einer evangelischen Kirchengemeinde der Kapernaumkirche in Berlin. 493.
- Geschäftsanweisung für die katholischen Kirchenvorstände und Gemeindevetreterungen in der Provinz Brandenburg. Zweite Beilage zum 50. Stück.

Kleinbahnen zc.

- Polizei-Verordnung für die Kleinbahn Rathenow-Paulinenaue mit Abzweigung von Senzke nach Rauen. 52.
- Polizei-Verordnung, betr. den Betrieb der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn in Berlin. 64.
- Polizei-Verordnung, betr. die im Landespolizeibezirk Berlin betriebenen elektrischen Straßenbahnen. 152.
- Genehmigung von Kleinbahnen, welche den Polizeibezirk Berlin und die umliegenden Kreise berühren. 219.
- Verlängerung der Untergrundbahn in Berlin. 240.
- Polizei-Verordnung, betr. die in den Kreisen Teltow und Niederbarnim betriebenen elektrischen Straßenbahnen. 287.
- Ausführungsbestimmungen zum Kleinbahngesetz, betr. die Handhabung der Bahnpolizei. 453.
- Polizei-Verordnung für Berlin, betr. Privatanschlußbahnen. 525.
- Ernennung zc. von Polizeibeamten der Kleinbahnstrecke Rhyttz-Hoppenrade-Bredbin. 550.
- * — Fahrpläne der Ost- und Westhavelländischen Kreisbahnen. 716. 763. 764. 1625. 1626.

Kleinhändler mit Garnabfällen.

- Geschäftsbetrieb derselben. 348.

Kollekten, s. Sammlungen.**Kommunalabgabepflichtiges Reineinkommen**

- der Privatbahntheilstrecke Strassburg U.M. — Landesgrenze der Mecklenburgischen Friedrich-Wilhelm-Eisenbahn. 101.
- der Dahme-Märk'or Eisenbahn. 465.
- der gesamten Preussischen Staats- und für Rechnung des Staates verwalteten Eisenbahnen. 479.
- der Privatbahn Neimkenndorf-Liebenwalde — Gr.

Kommunalabgabepflichtiges Reineinkommen.

- der Paulinenaue-Neuruppiner, der Kremmen-Neuruppiner Wittstocker, der Prignitzer und der Wittenberge-Berleberger-Eisenbahn. 563.
- der Privatbahntheilstrecke Strassburg U.M. — Landesgrenze der Mecklenb. Friedrich-Wilhelm-Eisenbahn. 582.

Konsulate.

- Brasilianisches Generalkonsulat. 35.
- Oesterreichisch-Ungarisches Generalkonsulat. 63.
- Kolumbisches Konsulat. 89.
- Ecuadorianisches Generalkonsulat. 184.
- Dänisches Generalkonsulat. 336.
- Belgisches Generalkonsulat. 409. 467.
- Salvadorianisches Konsulat. 576.

Kontraktbrüchige ausländische Arbeiter (Saisonarbeiter).

- 184. 201. 207. 220. 227. 239. 249. 259. 270. 290. 306. 313. 319. 326. 337. 348. 356. 366. 382. 395. 408. 423. 429. 454. 469. 476. 480. 511. 520. 524. 540. 557. 576.

Kraftfahrzeuge.

- Polizei-Verordnungen über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen. 61. 99.
- Vertheilung der Erkennungsnummern für Kraftfahrzeuge. 510.

Krankenanstalten, Krankenkassen.

- Kostentarif zum Reglement für die Irrenanstalten der Stadt Berlin, betr. die Aufnahme, Behandlung und Entlassung Geisteskranker zc. 183.
- Desgl. für die Anstalt für Epileptische Buhlgarten. 183.
- Schließung der allgemeinen Volkstrankenkasse. 431.
- Desgl. der „Wohlfahrt“ Krankenkasse für ganz Deutschland. 431.
- Liquidation der Allgemeinen Volkstrankenkasse „Eiche“. 522.

***Kreisanleihen.**

- Kündigung von Anleihe Scheinen in Folge von Verlosungen zc.
- des Kreises Niederbarnim. 1034.
- des Kreises Osthavelland. 1140. 1658. 1870. 2068.
- des Kreises Westhavelland. 381. 423. 550.
- des Kreises Ostprignitz. 150. 1548.
- des Kreises Teltow. 528. 542. 740. 934. 1034. 1374. 1516. 2178.
- des Kreises Templin. 150. 1657.

Kreisarztstellen und Kreisassistentenarztstellen, erledigte.

- 395. 433. 474. 475.

Kreis Schulinspektionen.

- 46. 319.

Kriegsschuldensteuer.

- 382.

Künstlerische Werthgegenstände.

- Erhaltung derselben. 46.

Ruhmisch.

- Polizei-Verordnung, betr. den Verkehr mit Ruhmisch und Sahne. 130.

Kunststraßen, s. auch Chausseen.

- Ergänzung des Verzeichnisses derselben (Kr. Westprignitz). 269. 326. 395.

- Desgl. (Kr. Niederbarnim). 269.

Kur- und Neumärkisches Ritterschaftliches Kredit-Institut.

- Nachtrag zu den reglementarischen Bestimmungen desselben. 191.

- * — Kur- und Neumärkische Pfandbriefe. 127. 472. 1177.

B.

Ladenschluß.

- Verfahren bei Anträgen auf Verlängerung der Ladenschlußzeit. 63.
- Ladenschluß der Lederhandlungen in Spandau. 137.
- Ladenschluß der Fleischer in Briesen. 211.
- Ladenschluß der Uhrmacher und Goldschmiede in Brandenburg. 226.
- Ladenschluß der Lederhandlungen in Potsdam. 453.
- Ladenschluß der Möbelmagazine in Brandenburg. 467.
- Ladenschluß der Geschäfte der Manufaktur-, Puz-, Damen- und Herren-Garderoben-Branche. 524.
- Ladenschluß der Nähmaschinenbranche. 544.

Ladestellen.

- Tarif für die Ladestelle der Hofbäcker Rathke und Eggert bei Unbesandten a. d. Elbe. 313.

Laichschoureviere, s. unter Fischerei.

Landesverweisungen, s. unter Ausweisung.

Landgemeinden.

- Vereinigung von Gut und Gemeinde Pinnow zu einer Landgemeinde Pinnow. 98.

Landtag.

- Ershawahlen von Landtagsabgeordneten. 20. 467.

Landwirthschaft.

- Königl. landwirthschaftliche Akademie Bonn-Poppelsdorf. 48. 331.
- Studium der Landwirthschaft an der Universität Halle a. S. 93. 324.
- Tarification von Forst- und Heedpflanzen für den Eisenbahntransport. 136.
- Jahressarbeitsverdienst landwirthschaftlicher Arbeiter. 434.
- Statut der Brandenburgischen landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft. 439.

*Landwirthschaftskammer.

- Vollversammlung derselben. 268.

Lebens-Versicherungs-Polizen, vergl. Versicherungs-Polizen.

Lehrer, Lehrerinnen.

- Vertheilungsplan der Alterszulageklasse für Lehrer und Lehrerinnen. Beilage zum 10. Stüd.
- Desgl. der Lehrer-Ruhegehaltssasse. Beilage zum 18. Stüd. (Berichtigung.) 260.
- Lehrerinnen-Prüfung in Berlin. 280.
- Desgl. in Frankfurt a. O. 280. 562.
- Desgl. in Potsdam. 561.

Lösch- und Ladestellen.

- Tarif für die staatlichen Abgaben für die Benutzung der Lösch- und Ladestellen zc. an den Berliner und Charlottenburger Wasserstraßen. 233. (Berichtigung.) 309.
- Tarif für die städtischen Lösch- und Ladestellen zu Wittenberge. 267.
- Desgl. für den Lösch- und Ladeplatz der Stadt Penzen an der Elbe. 408.
- Desgl. für den städtischen Lösch- und Ladeplatz in Potsdam. 415.
- Desgl. für die Lösch- und Ladestelle der Hütungsberechtigten zu Gumlosen an der Elbe. 490.
- Desgl. für die Lösch- und Ladeplätze der Stadt Spandau. 552.

Lotterien.

- Verloosung von Wagen, Pferden zc. in Frankfurt a. M. 7.
- Desgl. in Schneidemühl. 31.
- Desgl. in Zerbst. 35.
- Desgl. in Briesen B. Br. 50.
- Desgl. in Marienburg. 89.
- Desgl. in Stettin. 99. 492.

Lotterien.

- Verloosung von Ausstellungsgegenständen in Landsberg a. B. 151.
- Verloosung von Kunstwerken zc. in Karlsruhe. 193.
- Desgl. von Wagen, Pferden zc. in Quedlinburg. 193.
- Desgl. in Königsberg i. Pr. 492. 511.
- Desgl. in Baden. 492.

Luftballons.

- Behandlung von Luftballons und zugehörigen Registrator- zc. Apparaten, welche im Regierungsbezirk Potsdam aufgefunden werden. 21.

M.

Märkte.

- Marktkommission des Spezialmarktes für Waaren in Berlin. 100. 194.
- Märkte in Strausberg. 137.
- Ferkelmärkte in Havelberg. 171.
- Desgl. in Treuenbriezen. 193.
- Verzeichniß der Märkte und Messen im Jahre 1903. 236.
- Märkte in Baruth. 303.
- Markt in Riemegl. 520.

Manöver, s. auch Truppenübungen.

- Dankagung Sr. Majestät für die gute Aufnahme der Truppen im Manövergelände. 405.
- Desgl. des Generalcommandos des III. Armee-corps. 416.
- Desgl. des Gardecorps. 453.

Marine.

- Vorbereitungskurse für Maschinisten in der Kaiserlichen Marine. 208.

Marktscheider.

- Verlegung des Wohnsitzes eines Marktscheiders. 230.
- Desgleichen. 342.

Markt und Ladenpreise.

- Monatsdurchschnitt der gezahlten höchsten Tagespreise einschl. 5% Zuschlag in den Hauptmarkorten des Regierungsbezirks Potsdam in den Monaten Dezember (1901) 13, Januar (1902) 52, Februar 107, März 172, April 210, Mai 257, Juni 303, Juli 336, August 395, (Berichtigung) 417, September 435, Oktober 492, November 539.
- Nachweisung der Markt- und Ladenpreise in denselben Orten in den Monaten November (1901 — Berichtigung) 14, Dezember (1901) 14, Januar (1902) 50, Februar 108, März 170, April 208, Mai 258, Juni 304, Juli 346, August 396, (Berichtigung) 417, September 436, Oktober 490, November 540.
- Berliner, Charlottenburger, Schöneberger und Rixdorfer Markt- und Ladenpreise in den Monaten November (1901 — Berichtigungen) 37, 53, Dezember (1901) 24, Januar (1902) 54, Februar 110, März 175, April 228, Mai 260, Juni 306, Juli 350, (Berichtigung) 398, August 398, September 436, Oktober 504, November 542.
- Jahresdurchschnittsmarktpreise für Getreide und Mehl in den Normalmarkorten des Regierungsbezirks Potsdam und in Berlin für 1892 bis 1901. 89.
- Martini-Durchschnittsmarktpreise von Getreide, Kartoffeln, Heu und Stroh. 563.
- 24jährige Martini-Durchschnittsmarktpreise des Getreides. 564.

Maschinenbau- und Hütenschule in Duisburg. 18. 360.

Maul- und Klauenseuche.

- Landespolizeiliche Anordnungen zur Verhütung der Weiterverbreitung derselben. 32. 356.

Meisterprüfungen. 67. 213.

Meldewesen.

- Polizei-Verordnungen, betr. Meldewesen. 185. 410.

Meliorationen.

- Statut für die Entwässerungsgenossenschaft Rhinow-Stradehne zu Rhinow. 147.
- Meliorationsbauamt II in Charlottenburg. 200.
- Statut für die Ent- und Bewässerungsgenossenschaft im Gebiete der unteren Stepenitz zu Weissen im Kreise Westprignitz. 391.
- Statut für die Entwässerungsgenossenschaft der Bruchwiesen zu Niederfinow im Kreise Angermünde. 459.
- Desgl. für die Entwässerungsgenossenschaft Balchow-Pröken zu Pröken im Kreise Ruppin. 485.
- Kataster des Glietener Meliorationsverbandes. 581.

Merkpfähle.

- Setzung eines Merkpfähls. 198.

Messen.

- Messen im Jahre 1903. 236.

Milch.

- Polizei-Verordnung, betr. den Verkehr mit Kuhmilch und Sahne. 130.
- Futtermittel für Kindermilchföhe. 431.

Minderjährige.

- Reglement zur Fürsorgeerziehung Minderjähriger. 114 und Beilage zum 11. Stück.

Mineralwässer.

- Vorsicht beim Genuße derselben. 211.

Mittelschullehrer.

- Prüfung derselben. 281.

Münzen.

- Außerkurssetzung der Zwanzigpfennigstücke aus Nickel. 525.

Münzenstecherei 409.**N.****Nachlassverwaltung, f. auch unter Erben.**

- *— 181. 193. 202. 209. 234. 248. 271. 419. 453. 494. 549. 553. 568. 618. 672. 713. 800. 806. 926. 1321. 1924. 1497. 1716. 1928. 1943. 2025. 2040. 2153.

Nebeneisenbahnen.

- Konzessionsurkunde, betr. den Bau und Betrieb einer vollspurigen Nebeneisenbahn von Neustadt a. D. über Neu-Ruppin nach Herzberg durch die Ruppiner Kreisbahn, Eisenbahn-Vereinsgesellschaft. 1.
- Ernennung eines ständigen Kommissars für die Ausübung des staatlichen Aufsichtsrechts für dieselbe Nebeneisenbahn. 5.
- Arbeitszugbetrieb auf derselben Nebeneisenbahn. 200.
- Desgl. auf der Heilstrecke Rathenow—Neustadt a. D. der Nebeneisenbahn Treuenbrieken—Neustadt a. D. 381.
- Desgl. auf der Heilstrecke Belgig—Brandenburg derselben Nebeneisenbahn. 435.

Nivelllement.

- Präzisionsnivelllement der Wasserstraßen im Gebiete der oberen Havel. 454.

***Notte-Verband.**

- Kündigung ausgelookter Obligationen. 24.

***Ruthe-Schau-Verband.**

- Kündigung ausgelookter Anleihecheine. 150. 1594.

O.**Obstbau.**

- Unterricht im Obstbau für ländliche Volksschullehrer. 91.

Ober, Oberstrombauverwaltung, Oberschiffahrt.

- Außerkrafttreten der ältern Meßbriefe und Meßscheine für die Oberschiffahrt. 16.

Ober, Oberstrombauverwaltung, Oberschiffahrt.

- Polizei-Verordnung, betr. das Anfern und Anferschleppen im schnellen Graben bei Rippewiese. 438.
- Polizei-Verordnung, betr. die Benennung der in der kanalisierten Oberstrecke verwinterzten Schiffe. 582.

***Oberbruch.**

- Kündigung ausgelookter Obligationen des Nieder-Oberbruchs. 150. 1996.

Ortsbenennungen, Schreibweise von Ortsnamen.

- Karlshuh im Kreise Osthavelland. 193.
- Schreibweise von Cöpenick. 200.
- Desgl. von Eriewen und Gruslow. 200.
- Wilhelmshagen im Kreise Niederbarnim. 200.
- Forstaußsehergehöft „Papenberge“ in der Oberförsterei Falkenhagen. 355.
- Lindenhof im Kreise Templin. 362.
- Kloster Zinna im Kreise Jüterbog-Luckenwalde. 491.
- Forsthaus Werbellinsee im Kreise Angermünde. 574.

Ortspolizeiverordnungen.

- Verkündigung derselben im Amts- und Gemeindebezirke Treptow. 44.
- Desgl. im Amtsbezirke Tegel. 63.
- Desgl. für die Stadt Charlottenburg. 477.

P.**Pachhof.**

- Tarif für den Eis-Umschlagsverkehr auf dem städtischen Pachthof in Wittenberge. 268.

Pegel.

- an den Märkischen Wasserstraßen. 553.

Perrückenmacher, f. unter Barbier.**Pest.**

- Bekämpfung der Pest. 536.

Pfandbriefe, f. auch Kur- und Neumärkisches Ritter-schaftliches Kredit-Institut.

- Aufruf gekündigter schlesischer Pfandbriefe. 163. 308.
- *— Aufkündigung und Aufgebot verlorener gegangener 2c. Pfandbriefe. 35. 109. 429. 580. 711. 759. 851. 876. 889. 1081. 1062. 1107. 1220. 1253. 1695. 1810. 1831.

Pfarr- und Oberpfarrstellen, f. auch Diakone und Kirchengemeinden.

- Errichtung einer katholischen Pfarrei in St. Marien in Berlin. 8.
- Erledigte und niederbezeichnete Pfarr- und Oberpfarrstellen. 16. 26. 32. 37. 47. 65. 92. 113. 140. 156. 175. 187. 202. 230. 253. 273. 279. 297. 308. 327. 342. 350. 400. 424. 431. 459. 532. 544. 558.
- Nachtrag zur Pfarrerrichtungsurkunde von St. Ludwig in Deutsch Wilmersdorf. 22.
- Desgl. von Steglitz, Kreis Teltow. 23.
- Desgl. der katholischen Pfarrei Potsdam. 23.
- Desgl. von St. Matthias in Berlin. 36.
- Errichtung einer Anstaltsparochie für das Waisen- und Krankenhaus „Hoffbauer-Stiftung“ zu Hermannswerder bei Potsdam. 91.
- Errichtung und Umschreibung der katholischen Pfarrgemeinde Schwedt. 137.
- Errichtung einer katholischen Pfarrei Zehdenick. 145.
- Berichtigung der Errichtungsurkunde. 211.
- Errichtung einer 2. Pfarrstelle in der Gesamt-Parochie Rosenthal, Diözese Berlin-Land II. 321.
- Desgl. einer 5. Pfarrstelle in der evangelischen Auferstehungs-Kirchengemeinde in Berlin. 459.

Pferde.

- Remonte-Ankauf für 1902. 135.
- Pferde-Aushebungs-Vorschrift. Sonderbeilage zum 28. Stück.

Pferde.

- Ankauf volljähriger Militär-Dienstpferde. 349.

Polizei-Aufsicht.

- Nachtrag zur Instruktion vom 30. Juni 1900, betr. die Stellung unter Polizei-Aufsicht. 381.

Polizei-Behörden.

- Handbuch für dieselben. 397.

Polizei-Verordnungen zc. (die nur den Stadtkreis Berlin betreffenden vergl. unter „Berlin“, die die Schifffahrt betreffenden vergl. unter „Schifffahrt“).

- Veranstaltung von Geldsammlungen in öffentlichen Versammlungen. 43.
- Polizei-Verordnung für die Kleinbahn Rathenow-Paulinenaue mit Abzweigung von Senzle nach Nauen. 52.
- Desgl. betr. den Verkehr mit Kraftfahrzeugen. 61.
- Desgl. betr. den Gebrauch des Tredezeugs und der Kette. 109.
- Wochenmarktkordnung in Charlottenburg. 114.
- Abänderung der Baupolizeiordnung für die Vororte von Berlin vom 5. XII. 1902. 129.
- Desgl. für Charlottenburg u. f. w. vom 22. VIII. 1898. 129.
- Polizei-Verordnung, betr. den Gebrauch von Zugnetzen während der Frühjahrsschönzeit. 151.
- Desgl., betr. Meldewesen. 185.
- Genehmigung von Kleinbahnen. 219.
- Polizei-Verordnung, betr. den Fang wilder Kaninchen. 269.
- Desgl., betr. den Wagenverkehr in der Werner Siemensstraße in Charlottenburg. 284.
- Desgl., betr. die in den Kreisen Teltow und Niederbarnim betriebenen elektrischen Straßenbahnen. 287.
- Sammlung der Polizei-Verordnungen von Köhler. 397.
- Polizei-Verordnung, betr. Meldewesen. 410.
- Desgl., betr. die nicht approbirten Heilpersonen. 429.
- Desgl., betr. Verhütung des Rücktritts unreiner Flüssigkeiten in die Reinwasserleitung. 454.
- Verordnung, betr. Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. 475.
- Straßenordnung für den Stadtkreis Charlottenburg. 494.
- Polizei-Verordnung für Charlottenburg, betr. den Kleinhandel mit Essigsäure (Essigessenz) zu Genußzwecken. 513.
- Polizei-Verordnung, betr. Privatausflughbahnen. 568.
- * — Sammlung der Polizei-Verordnungen zc. für den Regierungsbezirk Potsdam. 1516. 1870.

Policen, vergl. Versicherungspoliceen.**Postwesen, vergl. auch „Fernsprechwesen“ und „Telegraphenwesen“.****a) Allgemeines.**

- Aenderungen der Postordnung. 19.
- Gemeinsame Postwerthezeichen für das Reichspostgebiet und für Württemberg. 88.
- Umtausch von Formularen zu Kartenbriefen, Postkarten und Postanweisungen. 139.
- Ausdehnung des Geltungsbereichs der Ortstaxe auf Nachbarpostorte. 225. 489.
- Umtausch älterer Postwerthezeichen. 279. 517. 579.

b) Briefbestellung zc.

- Annahme von Postsendungen zc. durch die Landbriefträger zc. 37. 201. 327. 477.
- Verendung von Paketen zu Ostern. 113.

- Verendung von Paketen zu Pfingsten. 201.
- Weihnachtssendungen. 544. 558.

c) Post- und Telegraphenanstalten zc. (Vergl. auch unter Telegraphenwesen.)

- Errichtung eines Postamts III in Großbeeren. 32.
- Verlegung eines Rohrpostrohrs. 47.
- Rohrpostanlagen. 100. 113. 140. 245. 308. 349. 411. 424. 471.
- Bezeichnung eines Postamts. 133.
- Umwandlung von Postämtern. 140.
- Neue Postagentur „Schmöwitz (Kreis Teltow)“ 140.
- Desgl. „Rahnsdorfer Mühle (Kreis Niederbarnim)“ 140.
- Verlegung eines Rohrpostfahrrohrstranges. 187.
- Zweigpostanstalt auf dem Gesundbrunnen bei Freienwalde (Ober). 227.
- Brief- zc. Bestellung in Neu-Lichtenberg bei Berlin. 245.
- Zweigpostanstalt in Werder (Havel). 262.
- Postagentur Wilhelmshagen (Mark), bisher Neurahnsdorf. 279.
- Verlegung des Postamts in Friedenau. 308.
- Rohrpostbetrieb beim Postamt in Wilmersdorf bei Berlin. 327.
- Desgl. beim Postamt 11 (Anhalter Bahnhof) in Berlin. 341.
- Postanstalt auf dem Schützenhausplatz in Eberswalde. 341.
- Landbriefbestellbezirksänderung. 349.
- Posthilfsstelle auf Vorwerk Lindenhof. 377.
- Rohrpostbetrieb beim Postamt 55 in Berlin. 411.
- Desgl. beim Postamt 87 in Berlin. 424.
- Umwandlung eines Postamts III in eine Postagentur. 579.

d) Postverkehr mit dem Auslande und den deutschen Schutzgebieten.

- Einrichtung deutscher Postanstalten in Weichien und Canton (China). 273.
- Desgl. in Annoy (China). 296.
- Briefsendungen zc. nach Luxemburg. 431.
- Postpaketverkehr mit San Domingo. 477.

Privatansflughbahnen.

- Polizei-Verordnung für Berlin, betr. Privatausflughbahnen. 525.
- Desgl. für den Regierungsbezirk Potsdam. 568.

Provincial-Konservator. 62.**Provincial-Landtag der Provinz Brandenburg.**

- Wahl von Provincial-Landtagsabgeordneten. 29. 35. 49. 335. 568.
- Einberufung des Provincial-Landtags. 30.

Provincial-Verband von Brandenburg.

- Reglement für die Brandenburgische Provinzialschul- und Erziehungsanstalt und Reglement zur Fürsorgeerziehung Minderjähriger. 114. und Beilage zum 11. Stüd.
- Auszug aus dem Hauptetat des Provincialverbandes. 154.
- Statut des Provincialverbandes. 202.
- Provincialabgabe für 1901. 212.
- Statut der Brandenburgischen landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft. 439.

Procehagenen.

- Gestattung des mündlichen Verhandelns vor Gericht. 18. 27. 33. 48. 298. 309. 425. 451. 465. 522.

R.

Rechtskonsulentent 2c.

- Geschäftsführung der Personen, welche gewerbsmäßig fremde Rechtsangelegenheiten besorgen. 5.

Register.

- Veröffentlichung 2c. der Eintragungen in das Handels-, Genossenschafts-, Börsen-, Güterrechts-, Vereins-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register. 550.

Reichsanleihen, Reichsschatzscheine, Reichsschuldverschreibungen, s. auch Zinsscheine.

- * — Aufgebot von solchen. 332. 868. 1084. 1289. 1407. 1710. 2107.

Reichsgesetzblatt. Inhaltsverzeichnis für 1901:

- Stück 50 S. 11.

für 1902:

- Stück 1 S. 19.
- Stück 2 und 3 S. 35.
- Stück 4 S. 43.
- Stück 5 und 6 S. 49.
- Stück 7 S. 61.
- Stück 8 S. 85.
- Stück 9 bis 11 S. 97.
- Stück 12 und 13 S. 117.
- Stück 14 und 15 S. 135.
- Stück 16 S. 147.
- Stück 17 bis 19 S. 169.
- Stück 20 S. 179.
- Stück 21 S. 191.
- Stück 22 S. 219.
- Stück 23 und 24 S. 233.
- Stück 25 S. 249.
- Stück 26 bis 32 S. 301.
- Stück 33 und 34 S. 311.
- Stück 35 S. 319.
- Stück 36 S. 325.
- Stück 37 S. 335.
- Stück 38 S. 345.
- Stück 39 S. 407.
- Stück 40 S. 415.
- Stück 41 und 42 S. 473.
- Stück 43 S. 479.
- Stück 44 S. 509.
- Stück 45 S. 515.
- Stück 46 S. 535.
- Stück 47 S. 536.
- Stück 48 S. 551.
- Stück 49 S. 567.

Rektorprüfung. 281.

Remonte-Ankauf für 1902. 135.

Rentenbriefe, s. auch Zinsscheine.

- Anberaumung von Verlosungsterminen. 33. 328. 481.
- Auslosung von Rentenbriefen. 65. 100. 140. 202. 245. 253. (Berichtigung) 253. 283. 359. 386. (Berichtigung) 411. 424. 516. (Berichtigung) 546.
- Einlösung fälliger Rentenbriefe 2c. 101. 262. 388. 588.
- Vernichtung ausgelosener Rentenbriefe 2c. 262. 581.
- Ausreichung von Löschungsquittungen über abgelöste Renten. 263. 562.

Ruderregatta.

- Polizei-Verordnung, betr. die Ruderregatten des Berliner Regatta-Vereins auf der Havel bei Spree. 239.
- Bekanntmachung hierzu. 248.

S.

Sammlungen.

- Polizei-Verordnung, betr. die Veranstaltung von Geldsammlungen in öffentlichen Versammlungen. 43.

Sammlungen.

- Hauskollekte des Moonschen Blindenvereins in Berlin. 270.

Schanzwirtschaften, Schanfbetrieb.

- Beschäftigung von Gehülften und Lehrlingen in denselben. 179.
- Verzeichnis der Firmen, deren Kontrollvorrichtungen im Schanfbetriebe in Berlin zugelassen sind. 238. 313.

Schaumweinsteuer. 302.

Schiedsgerichte

- für Arbeiter-Versicherung 48. 99. 129. 202. 358. 470. 512.

Schießplatz bei Gummersdorf.

- Schussfreie Tage auf demselben. 63.

Schiffahrt, s. auch Elbe, Oder, Fahren, Häfen. Kanäle, Schleusen.

- Ergänzung der Strom- und Schiffahrtspolizei-Verordnung. 24.
- Strom- und Schiffahrtspolizei-Verordnungen. 49. 98.
- Ergänzung des Tarifs für die Erhebung von Schiffahrtssabgaben auf der Wasserstraße in der Umster-niederung. 62.
- Schiffahrtssperren. 93. 493.
- Länge und Breite der Schiffahrtseuge. 99.
- Führung von Arbeitsbüchern seitens der Schiffsinann-schaften. 108.
- Vorschriften über Annahme und Ausbildung von Militärarnwärtern für den Strommeisterdienst. Beilage zum 12. Stück.
- Zulassung und Anordnung der Dampfseppzüge. 172.
- Abmessungen der Flöße. 173.
- Vorbereitungskurse für Maschinisten in der Kaiserlichen Marine. 208.
- Öffnungszeiten der Eisenbahndrehbrücken über die Havel bei Spandau. 210. 428.
- Desgl. der Eisenbahndrehbrücke über die Havelbucht bei Potsdam. 226. 428.
- Schiffsaidung. 227. 247.
- Polizei-Verordnung, betr. Ruderregatten des Berliner Regatta-Vereins auf der Havel bei Spree. 239.
- Bekanntmachung hierzu. 248.
- Prüfungskommission für Elbschiffer in Danzig. 249.
- Signallvorrichtung für die Schiffahrt bei Charlotten-burg. 287.
- Tarif für die Schiffahrt- und Flößereiabgaben auf den Wasserstraßen zwischen Elbe und Oder. 291.
- Pionier-Übung zwischen Elbe und Havel. 305.
- Ausführungsbestimmung zu den Tarifen, betr. die Er-hebung der Schiffahrtssabgaben. 325.
- Mummensbederei. 409.
- Geschäftsanweisung für die Teltowkanal-Verwaltung. 504.
- Ausführungsbestimmungen zum Tarif für die Schiff-ahrt- und Flößereiabgaben auf den Wasserstraßen zwischen Elbe und Oder. Erste Beilage zum 50. Stück.
- Desgl. für die Berliner und Charlottenburger Wasser-straßen. 563.
- Polizei-Verordnung, betr. die Bemannung der gegen-wärtig in der kanalisierten Oderstrecke verminderten Schiffe. 582.

*Schlachsteuer in Potsdam. 46.

Schlachtvieh, s. Fleischschau.

Schleusen.

- Schleusenperren. 31. 67. 277. 326. 417. 427.

Schmiedegewerbe.

- Lehrschmiede in Charlottenburg. 64. 277. 476.
- Fußbeschlager-Lehrmeister. 111. 468. 481.

Schornsteinfeger.

- Anstellung von Bezirkschornsteinfegermeistern in Berlin. 16. 55. 175. 187. 306. 321.
- Meisterprüfungsordnung für das Schornsteinfegerhandwerk. 213.
- Aenderung des Reglements über Anstellung und Pflichten der Bezirkschornsteinfegermeister. 382.

Schulbauten.

- Hygienische Prüfung der Baupläne hierzu. 110.

Schulvorsteherinnen.

- Prüfung derselben. 281. 562.

Schweineseuche.

- Landespolizeiliche Anordnungen zur Verhütung der Weiterverbreitung derselben. 32. 201.

Seminare, f. auch Lehrerinnen-Seminar.

- Berlin (Stadtschullehrer-Seminar).

Zweite Lehrer-Prüfung. 544.

Aufnahmeprüfung. 558.

Entlassungsprüfung. 559.

- Berlin (Lehrerinnen-Seminar).

Aufnahmeprüfung. 560.

- Cöpenick.

Aufnahmeprüfung. 559.

Entlassungsprüfung. 559.

Zweite Lehrerprüfung. 560.

- Krefeld.

Aufnahmeprüfung. 280.

Zweite Lehrerprüfung. 280.

Entlassungsprüfung. 280.

- Orlanienburg.

Entlassungsprüfung. 262.

Zweite Lehrerprüfung. 262.

Aufnahmeprüfung. 262.

- Prenzlau.

Zweite Lehrerprüfung. 559.

Entlassungsprüfung. 559.

Aufnahmeprüfung. 560.

- Neu-Ruppin.

Aufnahmeprüfung. 559.

Entlassungsprüfung. 560.

Zweite Lehrerprüfung. 560.

Sonntage, Sonntagsruhe.

- Sonntagsruhe im Barbier- u. Gewerbe. 21. 137. 251. 396. 434.

- Beschäftigungszeit im Handelsgewerbe zu Ostern und Pfingsten. 112.

- Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe der Bäckereien in Berlin, Schöneberg und Nixdorf. 187.

- Sonntagsruhe im Handelsgewerbe in Berlin. 307.

- Desgl. im Regierungsbezirke Potsdam. 475.

- Desgl. in der Weihnachtszeit in Berlin, Charlottenburg und Nixdorf. 480.

- Desgl. in Schöneberg. 481.

- Desgl. in Spandau. 523.

Sportassen.

- * — Aufgebot von Sportassen-(Duttlings-)Büchern. 78. 159. 277. 325. 333. 334. 362. 399. 400. 453. 462. 463. 467. 483. 484. 493. 553. 601. 604. 618. 647. 743. 799. 875. 888. 889. 925. 932. 933. 966. 967. 983. 997. 998. 1062. 1129. 1192. 1259. 1260. 1270. 1271. 1272. 1299. 1300. 1384. 1534. 1639. 1668. 1715. 1726. 1730. 1781. 1760. 1757. 1758. 1813. 1851. 1841. 1842. 1866. 1926. 1943. 1955. 2087. 2038. 2039. 2143.

Sprachlehrerinnen.

- Prüfung derselben. 282. 562.

Staatsanleihen, Staatspapiere, Staatsschuldscheine u. f. auch unter Zinscheine.

- Liste der 1901 als ausgerufen und gerichtlich für kraftlos erklärt nachgewiesenen Staatsschuldbuchkunden. 228.

Staatsanleihen, Staatspapiere, Staatsschuldscheine u. f. auch unter Zinscheine.

- Kündigung Hannoverscher Staatsschuldscheine. 274.

- * — Aufgebot u. von Staatsanleihen u. 20. 21. 35. 71. 148. 159. 162. 231. 248. 291. 316. 591. 655. 656. 775. 795. 867. 875. 967. 990. 1062. 1159. 1160. 1245. 1445. 1695. 1726. 1810. 1972.

Staatsanwaltschaft.

- Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft. 261.

Staatsschuldbuch, Preussisches.

- Inanspruchnahme desselben. 194.

*** Stadtanleihen.**

- Verloosung, Kündigung, Aufgebot verlorener gegangener u. Ausgabe von Zinscheinen derselben:

von Berlin. 46. 271. 488. 618. 1034. 1160. 1438. 1450. 1540. 1580. 1710. 1905. 2052. 2126.

von Krefeld. 228. 1430.

von Brandenburg. 336. 542. 1870.

von Charlottenburg. 151. 600. 1177. 1656.

von Cöpenick. 1280. 1914.

von Eberswalde. 1117.

von Orlanienburg. 550. 1102.

von Berleberg. 2194.

von Potsdam. 16. 268. 311.

von Rathenow. 1140.

von Spandau. 228. 1118. 1280. 1442.

von Thorn. 62.

von Tossen. 1116. 1642.

Stadtgemeinden.

- Gemeindebezirksveränderung der Stadt Zehdenick. 16. 346.

- Desgl. der Stadt Britz. 36.

- Desgl. der Stadt Wittstock. 98. 271. 289.

- Desgl. der Stadt Charlottenburg. 98.

- Desgl. der Stadt Rheinsberg. 184.

- Desgl. der Stadt Zindow. 240.

- Desgl. der Stadt Orlanienburg. 258.

- Desgl. der Stadt Nixdorf. 289.

- Desgl. der Stadt Brück i. M. 303.

- Desgl. der Stadt Joachimsthal. 320.

- Desgl. der Stadt Bernau. 367.

- Desgl. der Stadt Spandau. 418. 491.

Stätteplatz.

- Ordnung für die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Stätteplatzes der Gemeinde Nieder-Schöne-weide nebst Tarif. 430.

- Erhebung von Stättegeld in Eichwalde, Kreis Teltow. 475.

Standesamtsbezirksveränderungen.

- im Kreise Teltow. 226. 467. 492. 516.

- im Kreise Niederbarnim. 467.

Standesbeamte.

- Hilfsbuch für Standesbeamte. 520.

Stellenvermittler.

- Befugnisse und Verpflichtungen der Stellenvermittler für Bühnengehörige. 84 und Sonderbeilage zum 8. Stück.

Stempelsteuer.

- Stempelung von Rugscheinen. 141.

Stenererklärungen.

- Frist für Abgabe derselben. 545.

Strassen.

- Unterführung der Gleisstraße in Berlin unter den Gleisen der Nordbahn. 8.

- Straßenbenennung in Charlottenburg. 244.

- Desgl. in Berlin. 272.

Straßen.

- Polizei-Verordnung, betr. Wagenverkehr in der Werner Siemens-Straße in Charlottenburg. 284.
- Polizei-Verordnung, betr. Straßenordnung für den Stadtkreis Charlottenburg. 494.

Straßenbahnen, s. Kleinbahnen.**Strompolizei, s. Schifffahrt.****Synode.**

- Theilung der Kreis-Synode Friedrichs-Werder in Berlin. 8.
- * — Berliner Stadt-Synodal-Anleihe. 236.

T.**Tabakfurrogate. 29.****Taubstummen-Anstalten.**

- Prüfung für Vorsteher an solchen. 207.

Telegraphenwesen, s. Fernsprech- und Postwesen.

- Neue Telegraphenanstalt in Wolzig bei Friedersdorf (Mark). 194.
- Verlegung von Telegraphenerdfabeln. 212. 245. 349. 424. 477.
- Neue Telegraphenanstalt in Alt-Lüdersdorf (Nordbahn). 220.
- Desgl. in Paarkstein bei Lüdersdorf (Kr. Angermünde). 221.
- Telegraphenbetrieb bei der Postagentur Reinickendorf-Schönholz. 227.
- Neue Telegraphenanstalt in Radow bei Regin (Gavel). 279.
- Desgl. in Liebenthal, Kr. Niederbarnim. 322.
- Desgl. in Beerbaum bei Grünthal (Mark). 349.
- Desgl. in Groß-Röris. 377.
- Desgl. in Sternhagen bei Breslau. 386.
- Desgl. in Herzfelde, Uckermark. 400.
- Desgl. in Sudow, Kreis Templin. 411.
- Desgl. in Proßen bei Dammrug. 432.
- Desgl. in Damsdorf bei Breddin. 432.
- Desgl. in Nebeln und Laaslich bei Dergenthin. 459.
- Desgl. in Bagemühl bei Brüssow. 470.
- Desgl. in Wilmersdorf (Prignitz). 470.
- Beschädigung der Telegraphenanlagen. 470.
- Neue Telegraphenanstalt in Mohlsdorf bei Sadenbeck. 481.
- Verlegung der Telegraphen-Hülfstelle Joachimsthaler Mühle. 568.

Thierärztliche Hochschule in Hannover.

- Sommerhalbjahr. 93.
- Winterhalbjahr. 360.

Tollwuth.

- Bissverletzungen von Menschen durch tolle oder tollwuth-verdächtige Thiere. 250.

Tröbler.

- Geschäftsbetrieb derselben. 348.

Truppenübungen, s. auch unter Manöver.

- Die bei den größeren Truppenübungen fungirenden Gendarmen-Patrouillen. 304.

Tuberkulose.

- Tuberculium Kochi. 169.

Turnlehrer, Turnlehrerinnen.

- Turnlehrerinnen-Prüfung. 12. 302.
- Kursus zur Ausbildung von Turnlehrerinnen. 509.
- Turnlehrer-Prüfung. 509.

U.**Unfall-Vereinsgenossenschaften.**

- Fleischeri-Vereinsgenossenschaft. 44.

Unfall-Vereinsgenossenschaft.

- Riegelei-Vereinsgenossenschaft. 44.
- Zucker-Vereinsgenossenschaft. 44.
- Metall-Vereinsgenossenschaft. 44.
- Leinen-Vereinsgenossenschaft. 44.
- Papiermacher-Vereinsgenossenschaft. 136.
- Bekleidungsindustrie-Vereinsgenossenschaft. 193.
- Fischerei-Vereinsgenossenschaft. 227.
- Nordöstliche Baugewerks-Vereinsgenossenschaft. 249. 467.
- Knappschafts-Vereinsgenossenschaft. 277.
- Vereinsgenossenschaft der Feinmechanik. 335.
- Desgl. der chemischen Industrie. 428.
- Schmiede-Vereinsgenossenschaft. 575.

Unfall-Versicherung.

- Ausführungsbestimmung zum Bau-Unfallversicherungsgesetz. 226.
- Prämientarif für die Versicherungsanstalt der Tiefbau-Vereinsgenossenschaft. 546.
- Desgl. der Nordöstlichen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft. 547.

Universität Greifswald.

- Vorlesungen im Sommerhalbjahr. 90.

*** Urkunden, verschiedene.**

- Aufgebot solcher. 4. 21. 35. 41. 110. 117. 159. 161. 164. 181. 195. 233. 275. 398. 399. 400. 462. 463. 467. 468. 484. 508. 601. 605. 630. 646. 743. 759. 775. 800. 829. 865. 931. 932. 966. 967. 998. 1044. 1107. 1182. 1191. 1220. 1244. 1253. 1258. 1260. 1270. 1281. 1327. 1328. 1356. 1362. 1371. 1392. 1584. 1680. 1715. 1726. 1730. 1731. 1750. 1758. 1780. 1790. 1808. 1813. 1831. 1905. 1942. 2037. 2038. 2039. 2113. 2152.

Urkundpersonen.

- Ernennung von solchen für den Kreis Teßlau. 533. 581.

V.**Verloofungen, s. Votterien.****Versammlungen.**

- Geldsammlungen in öffentlichen Versammlungen. 43.

Versicherungsgesellschaften u., s. auch Aktien-Feuer- und Lebens-Versicherungsgesellschaften.

- Bekanntmachungen der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit. 257.

*** Versicherungspolizen.**

- Aufgebot von solchen. 21. 117. 123. 291. 398. 399. 400. 462. 463. 467. 483. 553. 617. 618. 708. 731. 759. 800. 837. 931. 932. 966. 967. 997. 1044. 1191. 1259. 1270. 1271. 1272. 1363. 1444. 1511. 1605. 1621. 1650. 1710. 1726. 1727. 1731. 1757. 1758. 1780. 1814. 1928. 1942. 2037. 2038. 2039. 2152.

Versteigerer.

- Vorschriften über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen sowie über den Geschäftsbetrieb der Versteigerer. 336 und Sonderbeilage zum 32. Stück.
- Gebührentarif für Versteigerer im Regierungsbezirk Potsdam. 428.
- Desgl. in Berlin. 532.

Viehentschädigungen. 195.**Viehhof.**

- Ordnung auf dem städtischen Viehhofe zu Berlin. 176. 542.

Viehseuchen, s. auch Geflügel-Cholera, Maul- und Klauenseuche, Schweineseuche, Tollwuth.

- Dezen Ausbruch oder Erlöschen in Ortschaften der Kreise: Angermünde. 185. 220. 239. 261. 260. 270. 277. 296. 307. 326. 366. 382. 410. 423. 454. 476. 493. 510. 511. 522. 540. 541.

Viehsuchen, f. auch Geflügel-Cholera, Maul- und Klauenseuche, Schweineseuche, Tollwuth.

Niederbarnim. 8. 14. 22. 31. 36. 44. 64. 90. 91. 99. 110. 128. 137. 173. 174. 185. 193. 201. 209. 220. 227. 240. 251. 260. 277. 278. 296. 307. 313. 321. 326. 347. 348. 357. 366. 382. 396. 410. 430. 435. 469. 476. 480. 510. 511. 522. 524. 540. 541. 576. 577.
Oberbarnim. 44. 187. 357. 423. 476. 480. 510. 522.
Reesfow-Storfow. 22. 31. 128. 137. 193. 220. 260. 270. 307. 313. 321. 366. 382. 410. 423. 430. 435. 454.
Osthavelland. 8. 22. 31. 44. 50. 64. 90. 91. 99. 110. 128. 137. 151. 173. 174. 193. 201. 209. 220. 227. 240. 251. 260. 270. 277. 296. 307. 313. 321. 326. 347. 357. 366. 382. 410. 423. 430. 435. 454. 469. 476. 480. 510. 511. 522. 524. 541. 557. 576.
Westhavelland. 8. 22. 31. 36. 44. 50. 90. 110. 128. 137. 173. 174. 185. 193. 201. 209. 220. 227. 240. 251. 260. 270. 277. 296. 307. 320. 410. 423. 430. 435. 469. 476. 480. 493. 510. 522. 524. 541. 576.
Jüterbog-Luckenwalde. 22. 31. 36. 64. 99. 110. 128. 151. 185. 193. 220. 261. 260. 270. 278. 321. 326. 336. 357. 366. 395. 430. 493. 524. 537.
Brenzlau. 31. 44. 50. 64. 90. 99. 110. 137. 151. 173. 193. 201. 220. 227. 240. 251. 260. 270. 278. 296. 307. 313. 320. 326. 336. 347. 357. 366. 423. 430. 435. 454. 469. 480. 522. 524. 557.
Ostprignitz. 15. 22. 31. 36. 64. 90. 99. 174. 185. 201. 209. 227. 240. 251. 260. 296. 307. 326. 347. 357. 366. 382. 395. 410. 423. 430. 435. 511. 576. 577.
Westprignitz. 8. 14. 15. 31. 64. 91. 137. 173. 185. 193. 209. 227. 251. 260. 277. 313. 357. 410. 430. 476. 510. 511. 522.
Müppin. 8. 36. 50. 99. 137. 185. 193. 251. 260. 357. 435. 469. 480. 493. 510. 511. 522. 524. 541. 557.
Templin. 50. 110. 137. 173. 201. 209. 270. 313. 336. 357. 366. 410. 423. 430. 454. 469. 511. 524. 577.
Zauch-Belzig. 8. 31. 44. 64. 90. 91. 110. 128. 137. 173. 174. 185. 193. 201. 209. 220. 227. 240. 251. 260. 270. 277. 278. 307. 320. 321. 348. 357. 366. 395. 410. 423. 435. 454. 469. 476. 510. 511. 522. 524. 540. 541. 577.

— und in den Städten

Brandenburg. 14. 50. 91. 137. 201. 318. 321.

Potsdam. 8. 14. 64. 99. 174. 423.

*— Reglement für Berlin zur Ausführung des § 16 des Preussischen Gesetzes betr. Ausführung des Reichsgesetzes über die Abwehr und Unterdrückung von Viehsuchen. 2081.

*— Reglement zur Ausführung des Preussischen Gesetzes, betr. die Entschädigung für an Milzbrand gefallene Thiere. 2083.

Viehzahlung

— im Stadtbezirk Berlin. 475.

— im Regierungsbezirk Potsdam. 475.

Waarenhaussteuer. 9. 545.

Waarenverzeichnis, amtl. zum Zolltarif. 378.

Wasserbaukreise. 45.

Wasserleitungen.

— Polizei-Verordnung für Berlin zc. betr. Verhütung des Rücktritts unreiner Flüssigkeiten in die Reinwasserleitung. 278.

Wasserleitung.

— Desgl. für den Regierungsbezirk Potsdam. 454.

Wasserstände an den Pegeln der Spree und Havel — im Monat November (1901) 7, Dezember 30, Januar (1902) 90, Februar 136, März 192, April 235, Mai 271, Juni 320, Juli 357, August 409, September 468, Oktober 520, November 576.

Wasserstandsbeobachtung.

— Präzisionsnivellement der Wasserstraßen im Gebiete der oberen Havel. 454.

Wasserstraßen, Märktische.

— Festpunkte und Pegel an denselben. 553.

***Wechsel.**

— Aufgebot von solchen. 21. 57. 110. 233. 580. 581. 712. 754. 821. 1062. 1113. 1768.

Weinbau.

— Veränderung von Weinbaubezirken. 520.

Wissenschaftliche Werthgegenstände.

— Erhaltung derselben. 46.

Wittwen- und Waisen-Kassen und Versorgungsanstalten.

— Vermögensstand der Brandenburgischen Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt. 350.

— Desgl. der Elementarlehrer-Wittwen- und Waisenkasse. 434.

*— Klein-Glied der Waisen-Versorgungsanstalt. 1657. 1913.

Wochenmarktforderung

— für Charlottenburg (Zusatz). 114.

Wollsendungen.

— Beförderung solcher nach dem Berliner Wollmarkt. 253.

3.

Zeichenlehrer und Zeichenlehrerinnen.

— Prüfungsordnung für dieselben 85.

— Ausführungsbestimmungen hierzu 87.

— Prüfung für Zeichenlehrer und Zeichenlehrerinnen. 221.

Zinscheine.

— Ausreichung von Zinscheinen zu den Schuldverschreibungen der konsolidirten $3\frac{1}{2}\%$ vormals 4prozentigen Staatsanleihe von 1892. 11. 62.

— Desgl. der Preussischen konsolidirten 3% Staatsanleihe von 1892 bis 1894. 97. 185. 240.

— Einlösung fälliger Zinscheine von Rentenbriefen 101. 262. 388.

— Ausreichung von Zinscheinen zu den Schuldverschreibungen der $3\frac{1}{2}\%$ vormals 4% Deutschen Reichsanleihe von 1892 und der $3\frac{1}{2}\%$ Deutschen Reichsanleihe von 1892. 1894. 105.

— Desgl. der Preussischen konsolidirten $3\frac{1}{2}\%$ Staatsanleihe von 1892. 1893. 1895. 361. 433.

— Desgl. der $3\frac{1}{2}\%$ vormals 4% Reichsanleihen von 1880 und 1884. 377.

— Desgl. der konsolidirten $3\frac{1}{2}\%$ vormals 4% Staatsanleihe von 1883. 515.

Zollniederlage.

— Abänderung des Lagergeldtarifs für die öffentliche Zollniederlage zu Potsdam. 297.

Zollwesen.

— Abänderungen des amtlichen Waarenverzeichnisses zum Zolltarif. 378.

Namen-Register.

Erklärung der im Register vorkommenden Abkürzungen.

Amtsamm. Amtsanwalt; **Amtsvorst.** Amtsvorsteher; **Assess.** Assessor; **Assist.** Assistent; **Bür.** Bureau; **Bürgermeist.** Bürgermeister; **Civ. Stoll;** Direkt. Direktor; **Geh.** Gehelmer und am Schluß Gehülfe; **Ger. Gerichts;** **Ger.-Vollz.** Gerichtsvollzieher; **Ger.-Vollz.-Geh.** Gerichtsvollzieher-Gehülfe; **Gew.-Inspr.** Gewerbe-Inspektor; **Inspr.** Inspektor; **intern.** internistisch; **Kalkul.** Kalkulator; **Kl. Klasse;** **Kommis.** Kommissarius; **kommis.** kommissarisch; **Control.** Controleur; **Mil.** Militär; **Post.** Post; **ord.** ordentlich; **Präs.** Präsident; **Prof.** Professor; **R. Rath;** **Rechn.-Bev.** Rechnungs-Bevölker; **Rechtsanw.** Rechtsanwalt; **Ref.** Referendar; **Reg.** Regierung; **Rend.** Rendant; **Sekr.** Sekretair; **Stellv.** Stellvertreter; **Strafauß.-Aufs.** Strafanstalts-Aufseher; **Superint.** Superintendent; **Supern.** Supernumerar; **Telegr.** Telegraphen; **Vollz.-Beam.** Vollziehungs-Beamter; **Verm.** Vermalter; **Vorst.** Vorsteher.

A.

Abegg, Ger.-Ref. 222.
Abel, Gerichtsschreiber. 379.
Abraham, Kanzlist. 189.
Abraham, Ober-Telegr.-Assist. 203.
Abraham, Ger.-Ref. 482.
Abraham, Ger.-Ref. 565.
Abrahamjohn, Ger.-Assess. 379.
Abrahamjohn, Rechtsanw. 450.
Abrahamjohn, Ger.-Ref. 450.
Abreich, Ger.-Ref. 58.
Adam Dr., Ger.-Assess. 142.
Abel, Rechtsanw. und Notar, Justiz-R. 565.
Abler, Ober-Telegr.-Assist. 203.
Adolph, Post-Kanzlist. 412.
Aehnelt, Rechtsanw. 222.
Aehnelt, Rechtsanw. 254.
Ahlemann, Notar. 450.
Ahrens, Bau-R. 27.
Aisch, Pfarrer. 564.
Albth, Post-Assist. 255.
Albrecht, Kreis-Schul-Inspr. 47.
Albrecht, Geheimsekretär. 208.
Albrecht, Ober-Telegr.-Assist. 203.
Albrecht, Post-Assist. 204.
Alexander, Ger.-Ref. 462.
Algermessen, Ober-Post-Sekt. 114.
Alte, Ober-Post-Sekt. 57.
Alte, Post-Sekt. a. D. 222.
Altenau, Rechtsanw. 379.
Altenkirch, Drogenmstr. 400.
Althoff, Ober-Post-Praktikant. 222.
Altmann, Gemeindefchullehrerin. 66.
Altmann, Post-Assist. 204.
Amhaus, Ober-Sekt., Kanzlei-R. 103.
Anderich, Ober-Postkassen-Buchhalter. 17.
André Dr., Ger.-Assess. 142.
Anschütz, Ober-Post-Praktikant. 222.
Apolant Dr., Rechtsanw. und Notar, Justiz-R. 549.
Appel, Landrichter. 378.
Arend, Post-Assist. 204.
Arendt, Telegr.-Gehülfin. 255.
Armand, Ger.-Ref. 222.
v. Armin, Amtsvorst. 188.
v. Armin, Amtsvorst. 533.
Arnold, Ober-Telegr.-Assist. a. D. 263.
Arnold, Ger.-Assess. 565.

Arnoldt, Post-Assist. 255.
Arons, Handelsrichter. 549.
Asmus, Ober-Post-Assist. 315.
Ahmann, Amtsamw.-Stellv. 254.
Ahmann, Notar. 254.
Ahmann, Gemeindefchullehrerin. 507.
Agtter, Ger.-Assess. 450.

B.

Bachhuber, Bürgermstr. 564.
Bachmann, Bau-Sekt. 507.
Bades, Amtsvorst.-Stellv. 582.
Bärbock, Telegr.-Assist. 203.
Bäster, Ober-Post-Assist. 482.
Bahl, Post-Verm. 197.
Bahr, Oberlehrer. 142.
Bahr, Kanzlist. 465.
Balf, Post-Assist. 472.
Balle, Gemeindefchullehrer. 177.
Baller, Gerichtsschreiber. 549.
Ballhorn, Gemeindefchullehrerin. 507.
Bamberg, Handelsrichter. 222.
Bandsch, Ober-Post-Assist. 177.
Bandt, Eisenbahn-Güter-Expedit.-Vorst. 308.
Barlow, Rechtsanw. 565.
Barich, Ger.-Ref. 222.
Barthes, Post-Assist. 254.
Bartel, Amtsamw.-Stellv. 565.
Bartels, Förster. 221.
Bartels, Post-Assist. 472.
Bartelt, Ger.-Assess. 565.
Bartelt, Rechtsanw. 565.
Barthe, Oberlehrer. 425.
Bartel, Post-Verm. 203.
Bartich, Post-Sekt. 482.
Bastian, Förster. 221.
Bathe, Gemeindefchullehrer. 142.
Bathe, Amtsvorst. 477.
Bauerschmidt, Gemeindefchullehrer. 114.
Bauermann, Pfarrer. 47.
Baumann, Post-Assist. 203.
Baumbach, Amts-Ger.-R. 450.
Bauskus, Post-Assist. 204.
Bayard, Amtsrichter. 482.
Beccard, Reg.-R. 27.
Becher, Rechtsanw. 450.
Beckstedt, Telegr.-Gehülfin. 412.
Becker, Pfarrer. 57.

Becker, Ger.-Assess. 57.
Becker, Oberlehrer. 203.
Becker, Amtsvorst. 247.
Becker, Pfarrer. 253.
Becker, Post-Assist. 255.
Becker, Gerichtsschreiber-Geh. 451.
Becker, Ger.-Assess. 482.
Becker, Rechtsanw. 482.
Beckhoff, Telegr.-Assist. 204.
Beckmann, Ober-Post-Assist. 114.
Beckstädt, Telegr.-Sekt. 221.
Beed, Amtsamw.-Stellv. 549.
Beer Dr., Rechtsanw. 17.
Beer, Civ.-Supern. 27.
Beerbaum, Amtsvorst.-Stellv. 564.
Beerfelde, Post-Assist. 550.
Begrich, Landmesser. 315.
Beheim-Schwarzbach Dr., Rechtsanw. 222.
Behling, Ober-Telegr.-Assist. 57.
Behmler, Post-Assist. 254.
Behne, Ober-Post-Direkt.-Sekt. 221.
Behnisch, Gemeindefchullehrer. 177.
Behnisch, Post-Assist. 204.
Behnte, Post-Assist. 254.
v. Behr, Ober-Reg.-R. 432.
Behrend Dr., Ger.-Assess. 57.
Behrend Dr., Rechtsanw. 102.
Behrend, Gemeindefchullehrerin. 507.
Behrendt, Post-Assist. 352.
Behrendt, Kammer-Ger.-Kanzlist, Kanzlei-Inspr. 566.
Beil, Geh. Kanzlei-Sekt. 308.
Belau, Post-Assist. 412.
Belle, Post-Assist. 213.
Benary, Amtsvorst.-Stellv. 188.
Bendert, Post-Assist. 483.
Bendig, Ger.-Ref. 482.
Benedict, Rechtsanw. 379.
Bencke, Post-Sekt. 27.
Benjamin Dr., Oberlehrer. 588.
Bennet, Post-Assist. 204.
Bennet, Post-Sekt. 221.
Bens, Telegr.-Gehülfin. 204.
Benthin, Post-Assistent. 204.
Benthin, Amtsvorst. 253.
Beringuer Dr., Land-Ger.-R. 378.
Berg Max, Post-Assist. 196.
Berg Harry, Post-Assist. 196.
Bergemann, Gerichtsschreiber. 102.

Bergenthal Dr., Reg.-Assess. 202.
 Bergerowski, Gemeindefchullehrerin 253.
 Berggold, Post-Sekr. 114.
 Berggold, Post-Sekr. 178.
 Beringer, Handelsrichter. 254.
 Berlin, Handelsrichter. 549.
 Bernard, Post-Assist. 507.
 Berndt, Teleg.-Assist. 204.
 Berndt, Gerichtsschreiber. 451.
 Bernhard, Handelsregister. 254.
 Bernhard, Teleg.-Gehülfin. 255.
 Bernhardt, Ober-Teleg.-Assist. 208.
 Graf v. Bernstorff, Polizei-Präs. 47.
 Bernus Dr., Reg.-Assess. 465.
 Berthold, Teleg.-Assist. 208.
 Bertrand, Reg.-R. 27.
 Beishoren, Oberpfarrer. 17.
 Beise, Teleg.-Assist. 507.
 Besthorn, Reg.-Hauptkassen-Buchhalter. 17.
 Bethge, Gemeindefchullehrer. 177.
 Bettac, Amtsvorst. 275.
 Bethermann, Post-Assist. 482.
 Belling, Gerichtsschreiber. 58.
 Beh, Reg.-Sekr. 331.
 Beuchel, Amtsvorst.-Stellv. 582.
 Beuchel, Amtsvorst.-Stellv. 17.
 Beutel, Ger.-Ref. 450.
 Bewier, Gemeindefchullehrer. 425.
 Beyer Hugo, Post-Assist. 204.
 Beyer Richard, Post-Assist. 204.
 Beyer, Land- u. Ger.-R. 378.
 Beyer, Gemeindefchullehrer. 450.
 Beyer, Amtsamm. 482.
 Beyer, Amtsamm. 549.
 Benckisch, Post-Assist. 204.
 Benrodt, Gemeindefchullehrer. 331.
 Bid, Teleg.-Assist. 203.
 Bielawski, Rechtsamm., Justiz-R. 514.
 Bieneck, Gemeindefchullehrerin. 253.
 Bieneck, Gemeindefchullehrerin. 93.
 Bier, Amtsvorst.-Stellv. 102.
 Bier, Post-Sekr. a. D. 114.
 Bier, Reg.-Civ.-Supern. 450.
 Bierbaum, Pfarrer. 208.
 Billig, Ger.-Assess. 888.
 Billig, Ger.-Assess. 522.
 Bilk Dr., Oberlehrer. 213.
 Bingner Dr., Reg.-R. 331.
 Binkowski, Ober-Post-Assist. 197.
 Birkenfeld, Landrichter. 378.
 Birckholz, Teleg.-Assist. 178.
 Birnbaum, Post-Assist. 254.
 Bischofswerder Dr., Rechtsamm. 514.
 Bittermann, Rechtsamm. 450.
 Bittkowski, Post-Assist. 412.
 Blegberg, Notar. 450.
 Bloch, Reg.-Bauführer. 202.
 Bloch, Gemeindefchullehrerin. 93.
 Bloch, Gerichtsschreiber. 379.
 Blohmer, Ober-Post-Praktikant. 315.
 Blümel, Post-Assist. 472.
 Blümmner, Post-Sekr. a. D. 550.
 Blume, Notar. 58.
 Blume, Rechtsamm. und Notar. 379.
 Blume, Post-Assist. 412.
 Blumenath, Ger.-Assess. 57.
 Blumenhal, Ger.-Assess. 102.
 Bochner, Rechtsamm. 222.
 Bochow, Post-Assist. 255.

Boch, Ober-Post-Direkt.-Sekr. 57.
 Boch, Ger.-Boll. 142.
 Boch, Post-Sekr. 221.
 Bobbin, stellv. Mitgl. des Provinzialraths. 66.
 Bobbin, Mitgl. des Provinzialraths. 400.
 Bode, Post-Assist. 203.
 Boedecker, Steuer-Insp. 522.
 Bödel, Post-Assist. 412.
 Böger, Post-Insp. 57.
 Böhm, Gemeindefchullehrer. 177.
 Böhme, Post-Assist. 507.
 Böhmel, Gemeindefchullehrerin. 66.
 Böhmert, Ober-Teleg.-Sekr. 114.
 Böker, Post-Assist. 204.
 Bönisch, Post-Assist. 255.
 Bönisch, Post-Sekr. a. D. 263.
 Boerner, Handelsrichter. 254.
 Böttcher, Post-Assist. 204.
 Böttcher, Post-Assist. 254.
 Böttcher, Gemeindefchullehrerin. 276.
 Böttcher, Ober-Teleg.-Assist. 353.
 Boge, Post-Assist. 203.
 Bogen, Post-Assist. 196.
 Bohl, Kreis-Bau-Insp., Bau-R. 298.
 Bohlus, Ober-Post-Sekr., Rechn.-R. 412.
 Bohm, Kantor. 9.
 Bohm, Gerichtsschreiber. 879.
 Bohm, Reg.-Sekr. 465.
 Bohne, Gerichtsschreiber. 379.
 Bohnack, Reg.-Bauführer. 331.
 Bolte, Gemeindefchullehrer. 177.
 Bonadt, Gemeindefchullehrerin. 378.
 v. Bonin, Ger.-Ref. 17.
 v. Bonin, Ger.-Ref. 142.
 Bonnet, Pfarrer. 188.
 Borchard, Gemeindefchullehrerin. 93.
 Borchard, Amtsrichter. 450.
 Borchers, Post-Assist. 204.
 Borchert, Oberlehrer. 133.
 Borkowski, Post-Praktikant. 412.
 Bornmann, Post-Assist. 57.
 Bornmann, Teleg.-Assist. 203.
 Born, Ober-Post-Assist. 353.
 Borfig, Amtsvorst. 60.
 Borth, Teleg.-Gehülfin. 255.
 Bossart, Amtsrichter. 378.
 Bosse, Post-Assist. 204.
 Bosse, Teleg.-Assist. 222.
 Bostelmann, Teleg.-Gehülfin. 550.
 Bothe, Krankenhaus-Pförtner. 308.
 Bothe, Gerichtsschreiber-Geh. 879.
 Bothe, Oberlehrer. 513.
 Bouvier, Senats-Präs. 450.
 Braas, Ger.-Ref. 379.
 Brach, Gemeindefchullehrerin. 507.
 Brähler, Amtsvorst.-Stellv. 114.
 Braefide, Kanzlei-Diät. 27.
 Bräfske, Kanalkst. 465.
 Brandhoff, Post-Assist. 255.
 Brandt, Notar. 17.
 Brandt, Amtsvorst. 188.
 Brandt, Ober-Post-Assist. 222.
 Brandt, Pfarrer. 258.
 Brandt, Gerichtsschreiber. 379.
 Brandt, Gerichtsschreiber. 451.
 Brandt, Rechtsamm. 565.
 Brauer, Post-Maffirer. 197.
 Braun, Teleg.-Gehülfin. 412.
 Braun, Post-Assist. 472.

Braune, Ober-Teleg.-Assist. a. D. 315.
 Braune, Rechtsamm., Justiz-R. 565.
 Braune, Notar, Justiz-R. 565.
 Breddin, Oberlehrer. 315.
 Brederlow, Postmstr. 17.
 v. Bredow, Reg.-Ref. 47.
 v. Bredow, Reg.-Ref. 66.
 v. Bredow, Amtsvorst. 102.
 v. Bredow, Amtsvorst.-Stellv. 324.
 Graf v. Bredow, Amtsvorst. 478.
 Breck, Ger.-Boll. 514.
 Breier, Post-Sekr. a. D. 57.
 Breit, Rechtsamm. 565.
 Breitenstein, gen. d. Bergues, Gemeindefchullehrerin. 268.
 Breiter, Ober-Teleg.-Assist. 203.
 Brendel, Post-Assist. 204.
 Brenner, Gemeindefchullehrerin. 507.
 Breuer, Gemeindefchullehrerin. 93.
 Breyer, Postmstr. 197.
 Brinker, Ober-Post-Sekr., Rechn.-R. 483.
 Briz, Post-Assist. 255.
 Brodmeyer, Gemeindefchullehrer. 275.
 Brodmis Dr. jur. et phil., Ger.-Ref. 102.
 v. Broecker, Ger.-Ref. 142.
 Broecker, Gemeindefchullehrerin. 253.
 Brödtler, Post-Assist. 204.
 Brödtler, Teleg.-Gehülfin. 507.
 Brook, Post-Sekr. a. D. 27.
 Brose, Ger.-Ref. 254.
 v. Bruchhausen, Amtsvorst. 38.
 Bruchmann, Ober-Post-Assist. 482.
 Brüggemann, Gemeindefchullehrer. 66.
 Brüggemann, Amtsrichter. 565.
 Brühl, Segemstr. 400.
 Brugsch, Rechtsamm. 102.
 Brunn Dr., Ger.-Assess. 57.
 Brunnert, Reg.-Sekr. 208.
 Brusch, Teleg.-Assist. 57.
 Bruse, Gemeindefchullehrer. 482.
 Bry, Handelsrichter-Stellv. 482.
 Büblig, Gerichtsschreiber. 514.
 Buchholz, Post-Insp. 57.
 Buchholz, Ober-Post-Assist. 497.
 Buchholz, Pfarrer. 564.
 Buchin, Teleg.-Assist. 203.
 Buchmann, Gemeindefchullehrer. 142.
 Buchwald, Post-Assist. 483.
 Buchwald, Gerichtsschreiber, Kanzlei-Diät. 550.
 Budzies, Amtsrichter. 565.
 Bübring, Gemeindefchullehrerin. 93.
 v. Bütingslöwen, Teleg.-Gehülfin. 550.
 Bünger, Ober-Teleg.-Assist. 203.
 Bünger, Ober-Post-Assist. 352.
 Bürgers, Ger.-Ref. 58.
 Bührenstein, Dr., Amtsrichter. 482.
 Bulbeck, Post-Sekr. a. D. 27.
 Bull, Post-Assist. 255.
 Burghardt, Teleg.-Gehülfin. 412.
 Burgdorff, Post-Assist. 255.
 Burghardt, Kammer-Ger.-R. 450.
 Burghardt, Post-Assist. 204.
 Burghardt, Teleg.-Gehülfin. 268.
 Burmeister, Reg.-Sekr. 472.
 Burum, Fachlehrer. 93.
 Bursian, Ober-Teleg.-Assist. 253.
 Buse, Amtsvorst.-Stellv. 177.
 Buse, Förster. 231.

Bukwitz, Post-Affist. 204.
Buth, Ger.-Ref. 565.
v. Butler, Reg.-Ref. 472.

C.

Calig, Zeichenlehrerin. 38.
Callam, Teleg.-Gehülfin. 204.
Caro, Rechtsanw. 254.
Caro, Rechtsanw. 482.
Caspari, Ger.-Ref. 565.
Cassirer, Handelsrichter-Stellv. 254.
Chodziesner, Ger.-Assess. 450.
Chomse, Rechtsanw. 565.
Chrambach, Handelsrichter-Stellv. 222.
Chrambach, Handelsrichter. 254.
Christmann Dr., Sanitäts-R. 412.
Citron, Ger.-Ref. 142.
Claffen, Post-Affist. 255.
v. Clausen, Ger.-Assess. 482.
Clausius, Förster. 275.
Clemenz, Post-Sekt. 353.
Cochius, ord. Lehrer. 102.
Cohn Dr., Ger.-Assess. 57.
Cohn, Ger.-Ref. 58.
Cohn, Oberlehrer. 248.
Cohn, Ger.-Ref. 254.
Cohn Dr., Ger.-Assess. 482.
Cohnitz, Ger.-Assess. 142.
Collas, Teleg.-Gehülfin. 255.
Collmann, Amtsrichter. 378.
Conrad, Ger.-Ref. 450.
Conradt, Post-Affist. 222.
Conradt, Strafgefängnis-Insp.-Affist. 451.

Conrath, Post-Affist. 114.
Conze, Ger.-Ref. 482.
Coprian, Ober-Post-Direkt.-Sekt. 27.
Corbus, Ger.-Ref. 254.
Cornelius, Gemeindefullehrer. 275.
Corßen, Amtsvorst. 27.
Creschmar, Erster Staatsanw. 379.
Cronheim, Ober-Post-Affist. 178.
Crull, Reg.-Sekt. 465.
Cunio, Post-Praktikant. 221.
Cuny, Staatsanwaltschafts-R. 102.
Cuth, Post-Affist. 204.
Czech, Post-Affist. 401.
Czubinski, Ober-Teleg.-Affist. 197.
Czymbulka, Post-Affist. 203.

D.

Dabertow, Landrichter. 378.
Dabel, Ober-Post-Affist. 203.
Dabel, Post-Affist. 204.
Daehnhardt, Ger.-Ref. 102.
Daelen, Amtsrichter. 549.
Dahle, Post-Affist. 412.
Dahlmann, Gemeindefullehrer. 352.
Dahmann, Ger.-Ref. 102.
Dahms, Post-Affist. 57.
Dallmann, Teleg.-Affist. 204.
v. Dallwitz Dr., Amtsvorst. 424.
Damaschun, ord. Lehrer. 142.
Damm, Post-Insp. 222.
Dan, Ober-Post-Affist. 412.
Dannehl, Fachlehrer. 93.
Dannenbaum, Handelsrichter. 102.
Darge, Post-Affist. 204.

Darr, Teleg.-Gehülfin. 412.
Darson, Ober-Post-Direkt.-Sekt. 221.
Dau, Reg.-Bauführer. 202.
Daun, Post-Sekt. 550.
Daub, Post-Sekt. 222.
Decker, Ober-Teleg.-Affist. 197.
Deek, Ger.-Assess. 482.
Degener, Ger.-Ref. 482.
Denzlaff, Gemeindefullehrer. 133.
Deppe, Post-Affist. 263.
Derfs, Pfarrer. 188.
Derpa, Ober-Post-Affist. 412.
Dettmer, Teleg.-Affist. 178.
Deutsch Dr., Gerichts-Assess. 222.
Deusch, Post-Affist. 472.
Dewese, Post-Affist. 203.
Düfel Dr., Amts-Ger.-R. 565.
Diedmann, Ober-Teleg.-Affist. 483.
Dietrich, Ger.-Ref. 17.
Dietrich, Gerichtsschreiber. 549.
Dietrich, Post-Affist. 203.
Dietrich, Pfarrer. 213.
Diez, Teleg.-Affist. 472.
Dihle, Oberlehrer. 482.
Dinge, Ger.-Ref. 482.
v. Diringshofen, Ger.-Ref. 222.
Dirks, Post-Affist. 255.
Disselhoff, Diafonus. 203.
Dittmann, Amts-Ger.-Ranglist. 58.
Dittmar, Amtsvorst.-Stellv. 221.
Dittich, Maschinist. 331.
v. Dobbeler, Ger.-Ref. 379.
Dobras, Gerichtsschreiber. 514.
Döbberthin, Post-Affist. 412.
Döge, Post-Affist. 204.
Doegel, Ger.-Assess. 565.
Döhning, Teleg.-Affist. 204.
Dömmel, Amts-R. 196.
v. Doemming, Reg.-R. 324.
v. Doemming, Ober-Reg.-R. 477.
Döring, Apotheker. 213.
Döring, Gemeindefullehrer. 331.
Dohm, betriebstechnischer-Inspektionsbe-
amter. 308.
Dohr, Handelsrichter-Stellv. 254.
Dolberg, Teleg.-Affist. 507.
Domanski, Post-Affist. 204.
Dorrmann, Gemeindefullehrer. 253.
Dost, Teleg.-Gehülfin. 204.
Draber, Post-Affist. 255.
Drabner, Ober-Sekt., Ranglist-R. 380.
Drees, Gemeindefullehrer. 472.
Dreger, Ger.-Bolz. 103.
Dreger, Ober-Teleg.-Affist. 263.
Dreling, Reg.-Assess. 331.
Dreischer, Post-Affist. 57.
Drems, Teleg.-Gehülfin. 255.
v. Drigalski, Amtsrichter. 549.
Drömer, Teleg.-Affist. 203.
Dudgus, Gemeindefullehrer. 133.
Düesberg, Staatsanwaltschafts-R. 102.
Dülke, Post-Affist. 412.
Dünhölder, Ober-Teleg.-Sekt. 57.
Dünhölder, Post-Bür.-Beamter 1. Kl. 343.
Dürrenfeld, Ger.-Ref. 102.
Düsing, Gemeindefullehrer. 331.
Dunzlaff, Post-Bürm. 197.
Dunkel, Post-Affist. 507.
Duy, Pfarrer. 188.

E.

Ebel, Post-Affist. 255.
Ebel, Post-R. 482.
Ebel, Post-Sekt. 483.
Ebeling, Gemeindefullehrer. 331.
Ebeling, Gerichtsschreiber. 566.
Eberhardt, Handelsrichter-Stellv. 254.
Eberius, Post-Affist. 255.
Ebers geb. Krüger, Fachlehrer. 93.
Ed Dr., Ger.-Assess. 450.
Edv. v. Edarstein, Amtsvorst. 57.
Edwards, Amtsvorst. 163.
Edelberg, Reg.-Assess. 315.
Edstein, Ober-Teleg.-Affist. 205.
Edinger, Rechtsanw. 142.
Edler, Post-Insp. 197.
Edler, Ober-Teleg.-Affist. 263.
Eck, Post-Sekt. 221.
Eger Dr., Rechtsanw. 17.
Eggert, Post-Affist. 196.
Eggert, Post-Affist. 507.
Ehlers, Post-Direkt. 450.
Ehlert, Regemstr. 400.
Ehm, Gemeindefullehrer. 275.
Ehmke, Post-Affist. 204.
Ehrenberg, Ger.-Assess. 17.
Ehrenberg, Rechtsanw. 17.
Ehrenberg, Land-Ger.-Präs. 102.
Ehrenberg, Handelsrichter-Stellv. 482.
Ehrhardt, Teleg.-Affist. 204.
Eichbaum, Post-Affist. 507.
Eichel, Post-Affist. 204.
Eichel, Staatsanwaltschafts-Sekt. 380.
Eichhoff, Gemeindefullehrer. 142.
Eichorn, Kammer-Ger.-Senats-Präs. 513.
v. Eichhorn, Ger.-Ref. 549.
Eichmann, Post-Affist. 254.
Eichner, Reg.-Sekt. 177.
Eielsen, Bau-R. 27.
Eielsen, Post-Bau-Insp., Bau-R. 221.
Eisenhaber, Post-Affist. 507.
Eitelberg, Teleg.-Affistent. 203.
Eitner, Reg.-Supern. 308.
v. Elbe, Reg.-Assess. 308.
Elling, Post-Affist. 255.
Elolf, Gerichtsschreiber. 379.
Elser, Post-Praktikant. 550.
Elson, Teleg.-Affist. 203.
Elste, Oberpfarrer. 38.
Elstermann, Ger.-Bolz. 103.
Elstermann, Post-Sekt. 315.
Elstermann, Amtsanw.-Stellv. 549.
Emmel, Post-Affist. 204.
Emmer, Post-Affist. 412.
Emmermann, Ober-Post-Sekt. 114.
Emmermann, Ober-Post-Praktikant. 309.
Ender, Post-Sekt. 221.
Enderlein, Amtsanw. 102.
Enderlein, Teleg.-Affist. 203.
Engel, Post-Affist. 204.
Engel, Forst-Amtsanw.-Stellv. 549.
Engelmann, Ober-Teleg.-Affist. 203.
Engelmann, Gemeindefullehrer. 425.
Engler, Reg.-Supern. 189.
Engler, Post-Praktikant. 222.
Engler, Mil.-Supern. 465.
Engler, Post-Praktikant. 550.
Engwer Dr., Oberlehrer. 378.
Enulat, Post-Affist. 254.

Erasmus, Steuer-Supern. 465.
 Erbe, Post-Kassirer a. D., Rechn.-R. 412.
 Erdmann, Pfarrer. 93.
 Erler, Reg.-Bauführer. 47.
 Ermiler, Gemeindefchullehrer. 133.
 Ernst, Post-Affist. 196.
 Ernst, Handelsrichter-Stellv. 254.
 Ernst, Leleg.-Affist. 412.
 Eschelbacher, Ger.-Ref. 58.
 Eschelbacher, Ger.-Ref. 102.
 Eschenhagen, Gemeindefchullehrerin. 507.
 Ettel, Oberpfarrer. 177.
 Ettel, Oberpfarrer. 188.
 Eudel, Rechtsanw. und Notar, Justiz-R. 102.
 v. Euen, Ober-Telegr.-Affist. 303.
 Euen, Post-Direkt. 483.
 Everling, Post-Affist. 204.
 Evers, Land-Ger.-R. 254.
 Exler, Rechn.-R. 27.
 Ewald, Pfarrer. 47.
 Ewald, Ober-Post-Sekr. 315.
 Exner, Leleg.-Affist. 203.
 Eylau, Ger.-Ref. 514.

F.

Faber, Amtsvorst.-Stellv. 66.
 Fabian, Ger.-Affest. 379.
 Fabian, Rechtsanw. 565.
 Fabig, Gerichtsschreiber-Geh. 379.
 Fabrig, Amtsrichter. 254.
 Facklenheuer, Gemeindefchullehrer. 425.
 Falisch, Post-Bero. 263.
 Fall, Post-Affist. 204.
 Falkenberg, Amtsvorst.-Stellv. 253.
 Falkenfeld, Rechtsanw. 222.
 Fallin, Gemeindefchullehrerin. 66.
 Fambach, Post-Affist. 204.
 Fanger, Post-Bür.-Beamter I. Kl. 197.
 Feder, Post-Affist. 255.
 Fehler, Ger.-Affest. 549.
 Fehlow, Amtsv.-Stellv. 315.
 Feige, Ger.-Ref. 450.
 Feldmann, Post-Affist. 412.
 Felgentreff, Gerichtsschreiber. 565.
 Felmy, Gemeindefchullehrerin. 275.
 Fels, Ger.-Ref. 482.
 Fentohl, Post-Affist. 204.
 Fiedler, Amtsrichter. 549.
 Fiebertorn, Land-Ger.-Kanzlist, Kanzlei-Sekr. 103.
 Fiebertorn, Land-Ger.-Direkt. 513.
 Fiedler, Handelsrichter-Stellv. 102.
 Fiedler, Post-Affist. 204.
 Fiedler, Post-Affist. 213.
 Fiedler, Post-Praktikant. 221.
 Fiedler Dr., Amts-Ger.-R. 378.
 Fiedler, Gerichtsschreiber. 565.
 Fiege, Ober-Post-Affist. 412.
 Fiehn, Post-Affist. 255.
 Fielitz, Kassirer. 331.
 Fielitz, Ger.-Ref. 565.
 Fies, Ober-Post-Affist. 27.
 Filler, Oberlehrer. 513.
 Finsterwalder, Post-Affist. 507.
 Firnhaber, Ger.-Affest. 514.
 Fischer, Rechtsanw. 17.
 Fischer, Leleg.-Schr. 27.

Fischer, Förster. 141.
 Fischer, Gemeindefchullehrer. 142.
 Fischer, Beigeordneter. 177.
 Fischer, Bau-R. 177.
 Fischer, Leleg.-Affist. 178.
 Fischer, Reg.-Bauführer. 202.
 Fischer, Land-Bau-Inspr. 208.
 Fischer, Leleg.-Affist. 208.
 Fischer Johann, Post-Affist. 204.
 Fischer Paul, Post-Affist. 204.
 Fischer, Post-Praktikant. 221.
 Fischer, Ger.-Ref. 222.
 Fischer, Handelsrichter-Stellv. 254.
 Fischer, Erster Amtsanw.-Stellv. 242.
 Fischer Dr., Kammer-Ger.-R. 378.
 Flatom, Rechtsanw. 102.
 Flatom, Notar. 102.
 Flebbe, Post-Affist. 204.
 Fleisch, Post-Affist. 204.
 Fleischhauer, Ger.-Gefängnis-Inspr. 142.
 Fleischmann, Notar. 58.
 Fleischmann, Land-Ger.-R., Geh. Justiz-R. 379.
 Flemming, Post-Schr. 114.
 Flemming, Post-Affist. 204.
 Florian, Gerichtsschreiber-Geh. 379.
 Florie, Post-Affist. 213.
 Flügge, Amtsvorst.-Stellv. 275.
 Fochler, Post-Affist. 472.
 Foerster, Ger.-Ref. 142.
 Forstel, Post-Amts-Vorst. 197.
 Forsttreuter, Post-Affist. 57.
 Fortong, Ger.-Ref. 379.
 Foh, Ger.-Ref. 565.
 Franke, Post-Affist. 472.
 Frankfurth Dr., Oberlehrer. 298.
 Franz, Amtsvorst.-Stellv. 57.
 Franz, Pfarrer. 482.
 Frauendienst, Oberlehrer. 388.
 Freidank, Pfarrer. 133.
 Freidank, Superint. 142.
 v. Freier, Amtsvorst. 482.
 Freier, Leleg.-Affist. 550.
 Freitag, Post-Affist. 178.
 Frenzel, Post-Affist. 204.
 Frenzel, Post-Affist. 507.
 Fren, Bau-R. 208.
 Fren, Post-Affist. 255.
 Fren, Gerichtsschreiber. 514.
 Freitag, Ger.-Ref. 549.
 Fricke, Förster. 142.
 Friedemann Dr., Rechtsanw. und Justiz-R. 379.
 Friedemann Dr., Rechtsanw. 565.
 Friedländer, Handelsrichter. 222.
 Friedländer, Ger.-Affest. 379.
 Friedländer, Ger.-Ref. 379.
 Friedländer, Ger.-Ref. 565.
 Friedmann, Ger.-Ref. 482.
 Friedrich, Gemeindefchullehrer. 133.
 Friedrich, Leleg.-Schülfin. 255.
 Friedrich, Kammer-Ger.-R., Geh. Justiz-R. 450.
 Friedrich, Post-Affist. 472.
 Friedrichs, Ger.-Affest. 565.
 Friedrichs, Förster. 93.
 Frieße, Rechn.-R. 27.
 Frieße, Oberamtmann. 196.
 Frieße, Post-Affist. 204.

Frieße, Gemeindefchullehrer. 142.
 Friesche, Amts-Ger.-R., Geh. Justiz-R. 450.
 Frieße, Post-Affist. 255.
 Fritsch, Ger.-Ref. 17.
 Fritsch, Post-Affist. 57.
 Fritsch, Post-Affist. 204.
 Fritsch, Reg.-Schr. 381.
 Fritschenwanker, Post-Affist. 204.
 Fritschenwanker, Reg.-Supern. 308.
 Fritze, Reg.-Schr. 189.
 Fritzsche, Post-Affist. 309.
 Froelich, Ger.-Ref. 379.
 Fuchs, Reg.-R. 141.
 Fuchs, Post-Affist. 204.
 Fuchs, Post-Affist. 204.
 Fuchs, Post-Praktikant. 483.
 Fudner, Post-Affist. 204.
 Fügert, Rechtsanw. 254.
 Fürst Dr., Berghauptmann. 197.
 Fürstenau, Post-Affist. 255.
 Fuhrmann, Ger.-Ref. 142.
 Fuhrmann, Post-Affist. 204.
 Fuhrmann, Ger.-Ref. 450.
 Funk, Post-Affist. 507.
 Funk, Gerichtsschreiber. 549.

G.

Gabriel, Post-Affist. 204.
 Gade Dr., Oberlehrer. 9.
 Gadow, Ger.-Affest. 379.
 Gabel, Post-Affist. 204.
 Gaeble, Ger.-Bollz. 142.
 Gädte, Post-Bero. 450.
 Gaerich, Ger.-Bollz. 142.
 Gärtner, Post-Affist. 142.
 Gahl, Gemeindefchullehrerin. 253.
 Gallenkamp Dr., Ober-Landes-Ger.-R. 513.
 Gallert, Post-Schr. 483.
 Galts, Post-Affist. 204.
 Galusche, Landmesser. 308.
 Gangel, Oberlehrer. 275.
 Ganzer, Post-Affist. 196.
 Garbe, Gemeindefchullehrer. 285.
 Gariß, Amtsvorst.-Stellv. 253.
 Garrelts, Reg.-Bauführer. 202.
 Gariß, Kataster-Landmesser. 27.
 v. Garzen, Handelsrichter-Stellv. 222.
 v. Garzen, Handelsrichter. 254.
 Gaster, Post-Affist. 472.
 Gahmann, Post-Affist. 412.
 Gau, Hülfszeichner. 482.
 Gau, Civ.-Supern. 331.
 Gaubi, Gemeindefchullehrerin. 253.
 Gaulke, Fachlehrerin. 93.
 v. Gaze, Oberpost-R. 263.
 Geballe, Oberlehrer. 533.
 Gebhardt, ord. Lehrerin. 213.
 Gebhardt, Post-Affist. 254.
 Gebler, Post-Affist. 203.
 Gehrt, Post-Affist. 204.
 Geißeler, Gemeindefchullehrer. 231.
 Geißeler, Ger.-Affest. 254.
 Geißler, Landrichter. 378.
 Geiter, Garten-Direkt. 472.
 Geitner, Post-Affist. 309.
 Geitt, Post-Affist. 255.

- Gendron, Post-Affist. 196.
 Genrichen, Pfarrer. 432.
 Genk, Ober-Telegr.-Affist. 204.
 Genzel, Reg.-Civ.-Supern. 388.
 Gerbeth, Post-Sekt. 57.
 Gergzenberg, Gemeindefchullehrerin. 93.
 Gerike, Amtsvorst.-Stello. 27.
 Gerischer, Post-Kassirer. 221.
 Gerlach, Gerichtschreiber. 103.
 Gerlach, Telegr.-Affist. 204.
 Gersbach, Telegr.-Schülfin. 315.
 Gerst, Post-Insp. 550.
 Gerstenberger, Gemeindefchullehrer. 133.
 Gerstenhorn, Telegr.-Schülfin. 352.
 Gerstmeier, Ger.-Affest. 565.
 Geiter, Post-Affist. 483.
 Geuder, Gerichtschreiber. 451.
 Geyer, Post-Kassirer. 221.
 Geyer, Telegr.-Affist. 255.
 Giebel, Hegemist. 400.
 Gielen, Gemeindefchullehrer. 33.
 Gierke, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Giermann, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Giese, Ober-Post-Sekt. 17.
 Giese Dr., Ger.-Affest. 57.
 Giese, Fachlehrerin. 93.
 Giese, Stadt-Sekt. 315.
 Giese, Gerichtschreiber. 450.
 Gieseler, Reg.-Sekt. 189.
 Giesler, Gemeindefchullehrerin. 66.
 Gilgan, Land-Ger.-Kanzlist. 350.
 Ginolas, Gemeindefchullehrer. 177.
 Günzel, Gemeindefchullehrer. 142.
 Giske, Post-Affist. 412.
 Girod, Ober-Post-Praktikant. 550.
 Gissenius, Amtsrichter. 565.
 Glasomertky, Post-Affist. 255.
 Glasow, Ober-Telegr.-Affist. 352.
 Glagel, Notar. 450.
 Gleich, Post-Affist. 472.
 Gley, Post-Bew. 197.
 Glicke, Amtsvorst.-Stello. 331.
 Globig, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Glogau, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Glücksmann, Rechtsanw. 142.
 Glückjohn, Ger.-Affist. 142.
 Glühmann, Telegr.-Affist. 204.
 Gnack, Gemeindefchullehrerin. 93.
 Göbel, Post-Affist. 57.
 Göbel, Post-Insp. 197.
 Goeder, Amtsvorst. 315.
 Goede, Post-Bew. 17.
 Göde, Post-Affist. 255.
 Goepel, Oberlehrer. 133.
 Gölzer, Gemeindefchullehrer. 133.
 Görth, Post-Insp. 197.
 Gösch, Telegr.-Affist. 203.
 Götting, Ger.-Ref. 222.
 Göttsch, Post-Affist. 507.
 Götz, Post-Bew. 213.
 Göke, Telegr.-Mechaniker. 221.
 Gohlke, Telegr.-Affist. 203.
 Goldberg, Post-Affist. 255.
 Goldmann, Rechtsanw., Justiz-R. 17.
 Goldmann, Notar. 102.
 Goldmann, Justiz-R., Notar. 450.
 Goldmann, Post-Sekt. 483.
 Golling, Gemeindefchullehrer. 177.
 Golling, Gemeindefchullehrer. 482.
 Golling, Hausgeistlicher. 513.
 Golin, Gerichtschreiber-Geh. 379.
 Gorn, Telegr.-Affist. 550.
 Golsch, Post-Affist. 343.
 Gossow, Kantor. 231.
 v. Gostonski, Gerichtschreiber. 102.
 Gotthelf, Ger.-Affist. 482.
 Gottschall, Post-Affist. 309.
 Gottschall Dr., Medizinal-R. 343.
 Grabowski, Bür.-Diät. 67.
 Grabowski, Reg.-Supern. 189.
 Grabowsky, Handelsrichter. 254.
 Gräf, Ober-Telegr.-Affist. a. D. 353.
 Graefe, Rechtsanw. 514.
 Gräfer, Post-Affist. 196.
 Grätsch, Post-Bür.-Beamter I. Kl. 197.
 Gräs, Post-Affist. 204.
 Graf, Telegr.-Schülfin. 315.
 Grall, Telegr.-Affist. 204.
 Grandke, Gerichtschreiber. 102.
 Granier, Rechtsanw. 450.
 Granow, Post-Affist. 196.
 Granow, Post-Affist. 401.
 Granow, Post-Affist. 483.
 Grass, Notar. 58.
 Grashoff Dr., Rechtsanw. 142.
 Grane, Archidiaconus und Pfarrer. 9.
 Grebenstein, Reg.-Bausführer. 331.
 Grebin, Amts-Ger.-R. 450.
 Gregor, Post-Direkt. 57.
 Gregor, Post-Affist. 255.
 Greiß, Hauswächter. 331.
 Gress, Gemeindefchullehrer. 400.
 Grethe, Ober-Post-Affist. 114.
 Gressch, Post-Affist. 204.
 Grevemeyer, Post-Affist. 204.
 Gricke, Telegr.-Sekt. 221.
 Grigutsch, Post-Affist. 204.
 Grifow, Post-Insp. 352.
 Groche, Post-Affist. 255.
 Grochmann, Reg.-Bausführer. 331.
 v. d. Groeben, Ger.-Ref. 482.
 Große, Fachlehrerin. 93.
 Großmann, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Großmann, Post-Affist. 255.
 Großmann, Post-Affist. 343.
 Großmann, Post-Affist. 482.
 Grubbert, Ger.-Ref. 254.
 Grubich, Gerichtschreiber-Geh. 519.
 Grünwald, Oberlehrer. 178.
 Grünfeldt, Erbschleusenmstr. 285.
 Grünprach, Rechtsanw. 379.
 Grünner, Gemeindefchullehrer. 400.
 Gruhl, Turnlehrer. 507.
 Gruhn, Oberlehrer. 309.
 Gruns, Gemeindefchullehrerin. 66.
 Grundmann, Post-Sekt. 114.
 Grundmann, Ger.-Ref. 450.
 Grunow, Post-Affist. 255.
 Grunow, Gerichtschreiber. 451.
 Grunwald, Ger.-Ref. 450.
 Gülzow, Amtsvorst.-Stello. 450.
 Günther, Civ.-Kommissar in Rautschou. 102.
 Günther, Post-Affist. 204.
 Günther, Post-Bür.-Beamter I. Kl. 213.
 Günther, Post-Affist. 255.
 Günther, Senats-Präs. 378.
 Gütschow, Post-Bew. 263.
 Guzenheim, Handelsrichter-Stello. 482.
 Gumpert, Ger.-Affest. 379.
 Gundermann, Ober-Post-Affist. 352.
 Gundlach, Kanzlei-Diät. 27.
 Gundlach, Post-Kanzlist. 352.
 Gurr, Pfarrer. 213.
 Guse, Post-Affist. 204.
 Gutsfeld Dr., Ger.-Affest. 482.
 Gutsfeld Dr., Rechtsanw. 514.
 Gutmann Dr. med., Sanitäts-R. 247.
 Gutzke, Post-Affist. 412.
 Gynae, Amtsvorst.-Stello. 196.
 S.
 Saad, Ger.-Ref. 102.
 Saad, Telegr.-Affist. 203.
 Saage, Gerichtschreiber. 451.
 Saake, Post-Bew. 197.
 Saase, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Saase, Post-Affist. 204.
 Saase, Gemeindefchullehrer. 331.
 Sabel, Ober-Telegr.-Affist. 412.
 Sabel, Ger.-Ref. 450.
 Haber, Notar. 102.
 Haber, Förster. 298.
 Graf v. Hade, Amtsvorst. 513.
 Hadel, Land-Ger.-Präs. 222.
 Häger, Ger.-Ref. 450.
 Hähndel, Post-Affist. 472.
 Hämpfler, Ober-Post-Affist. 412.
 Händel, Ober-Post-Affist. 507.
 Haenisch, Handelsrichter-Stello. 254.
 Haensch, Bürgermstr. 27.
 Hänfel, Amtsanw.-Stello. 17.
 Haensel, Amtsanw. 549.
 Härtel, Post-Affist. 222.
 Haesler, Wajzer-Bau-Insp. 203.
 Häusch, Amtsanw. 102.
 Häuseler, Post-Affist. 204.
 Hagedorn, Land-Ger.-Kanzlist. 58.
 Hagemann, Gerichtschreiber, Kanzlei-R. 482.
 Hagemann, Ober-Post-Praktikant. 550.
 Hager, Gerichtschreiber. 451.
 Hager, Gerichtschreiber. 549.
 Hahn, Amtsvorst. 66.
 Hahn, Post-Affist. 352.
 Hrbr. v. Hahn, Ger.-Ref. 379.
 Hahn, Ger.-Ref. 482.
 Hahn, Amtsanw.-Stello. 549.
 Haid, Gemeindefchullehrerin. 66.
 Hain, Gerichtschreiber. 450.
 Salama, Gerichtschreiber. 379.
 Halang, Post-Affist. 255.
 Hallwachs, Turnlehrer. 401.
 Hamann, Bürgermstr. 298.
 Hamburger Dr., Ger.-Affest. 482.
 Hamburger Dr., Rechtsanw. 566.
 Hammermeister, Gefängnis-Insp.-Affist. 17.
 Hancke, Kantor. 188.
 Hanekst, Ober-Telegr.-Affist. 315.
 Hanke, Ger.-Ref. 58.
 Hanraths Dr., Ger.-Affest. 142.
 Hansen, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Hansen, Staatsanw. 379.
 Hanke, Telegr.-Affist. 483.
 Happel, Ober-Post-Praktikant. 352.
 Harber, Gerichtschreiber. 102.
 d'Harques, ord. Lehrer. 203.
 Harke, Ober-Post-Affist. 315.

- Hartmann, Gerichtsschreiber-Geh. 58.
 Hartmann, Post-Affist. 203.
 Hartmann, Telegr.-Affist. 204.
 Hartmann, Post-Affist. 255.
 Hartmann, Post-Verw. 309.
 Hartmann, Ger.-Ref. 462.
 Hartstodt, Pfarrer. 66.
 Hartwig, Post-Affist. 315.
 Hartwig, Telegr.-Affist. 472.
 Hasel, Bau-M. 67.
 Hasse, Ger.-Ref. 102.
 Hasse, Post-Affist. 204.
 Hasse, Gerichtsschreiber. 451.
 Hasenberg, exped. Sekr. u. Kassul. 472.
 Has, Telegr.-Affist. 203.
 Has, Ober-Telegr.-Affist. 463.
 Hasch, Ober-Post-Direkt.-Sekr. 114.
 Hauffe, Ger.-Ref. 254.
 Haufohl, Handelsrichter. 222.
 Haufwig Dr., Ger.-Ref. 549.
 Hausding, Ger.-Ref. 565.
 Hausmann, Rechtsanw. 17.
 Hausmann, Notar. 17.
 Haverland, Gerichtsschreiber. 233.
 Hay, Amtsvorst. 66.
 Hayna, Gerichtsschreiber. 380.
 Hebler, Post-Insp. 197.
 Heering, Telegr.-Affist. 222.
 Heggemann, Bürgermeister. 66.
 Heiber, Post-Affist. 204.
 Heidemann, Post-Affist. 196.
 Heidemann, Telegr.-Gehülfin. 255.
 Heidenfeld Dr., Rechtsanw. 58.
 Heidenreich, Post-Affist. 222.
 Heibrich, Land-Ger.-Direkt. 254.
 Heilborn, Rechtsanw., Justiz-M. 254.
 Heiligendorf, Ober-Post-Praktikant. 472.
 Heilmann, Ger.-Boll. 549.
 v. Heimbürg, Reg.-Assessor. 465.
 Heim, Post-Affist. 483.
 Heine, Amtsrichter. 378.
 Heine, Oberlehrer. 401.
 Heine, Handelsrichter-Stello. 482.
 Heinemann, Telegr.-Insp. 222.
 Heinemann, Erster Staatsanw. 379.
 Heinsich, Post-Affist. 196.
 Heinig, Notar. 450.
 Heinrich, Fachlehrerin. 93.
 Heinrich, Post-Affist. 204.
 Heinrich, Ober-Telegr.-Sekr. 315.
 Heinrichs, Reg.-Bauführer. 202.
 Heisede, Ger.-Ref. 58.
 Heisefuß, Ober-Post-Affist. 221.
 Heising, Post-Affist. 204.
 Heib, Postmeister. 197.
 Helfferich, Ober-Reg.-M. 360.
 Helffi, Handelsrichter-Stello. 254.
 Heller Dr., Oberlehrer. 93.
 Heller Dr., Ger.-Assess. 142.
 Heller, Post-Affist. 255.
 Heller, Ger.-Assess. 549.
 Hellbach, Post-Sekr. 483.
 Helm, Post-Affist. 204.
 Helm, Turnlehrer. 248.
 Helmholz, Post-Affist. 204.
 Hende Dr., Ger.-Assess. 379.
 Hendl, Gerichtsschreiber. 514.
 Hennig, Post-Affist. 204.
 Hennig, Ger.-Assess. 222.
 Henning, Gemeindefchullehrer. 177.
 Henning, Amtsvorst. 324.
 Henning, Land-Ger.-Kanzlist. 549.
 Hennings, Post-Affist. 309.
 Hennis, Ger.-Ref. 460.
 Henstorf, Gemeindefchullehrer. 231.
 Heuschel, Lehrer und Erzieher. 93.
 Heppner, Gemeindefchullehrerin. 275.
 Heppner, Post-Affist. 483.
 Herfordt, Gemeindefchullehrerin. 507.
 Herrn, Reg.-Bauführer. 381.
 Herrmann, Pfarrer. 248.
 Herr, Amtsrichter. 254.
 Herr Dr., Reg.-Assess. 482.
 Herrmann, Ober-Telegr.-Affist. 114.
 Herrmann, Post-Affist. 255.
 Herrmann, Handelsrichter-Stello. 482.
 Hertel, Post-Affist. 204.
 Herting, Post-Affist. 204.
 Herberg Dr., Ger.-Assess. 57.
 Herberg Dr., Rechtsanw. 102.
 Herwig, Amtsrichter. 565.
 Herz, Post-Sekr. 221.
 Herz, Ger.-Ref. 254.
 Herzog, Gemeindefchullehrer. 331.
 Hesse, Gemeindefchullehrer. 450.
 Hesse, Ober-Post-Affist. 550.
 Hessel, Handelsrichter. 254.
 Hesh, Reg.-Bauführer. 202.
 Hetsch, Gemeindefchullehrerin. 507.
 Hetsch, Krankenhaus-Fürstner. 888.
 Heubaum, Gemeindefchullehrerin. 98.
 Heude, Rechtsanw. 102.
 Heublas, Ger.-Assess. 565.
 v. d. Henden, Ger.-Ref. 58.
 Heyden, Fachlehrerin. 93.
 v. d. Heyden, Handelsrichter. 549.
 Heyne, Reg.-Bauführer. 47.
 Heyne, Fachlehrerin. 93.
 Heyne, Gerichtsschreiber, Kammer-M. 108.
 Heyroth, Ober-Telegr.-Affist. 483.
 Hjarup, Handelsrichter-Stello. 482.
 Hielscher, Kataster-Landmesser. 188.
 Hildebrand, Ger.-Boll. 17.
 Hildebrandt, Ober-Post-Sekr. 197.
 Hildebrandt, Ober-Post-Sekr. 309.
 Hildebrandt, Post-Affist. 343.
 Hillebrecht, Ober-Post-Affist. 483.
 Hiller v. Gaertringen, Ger.-Assess. 142.
 Himmerlich, Post-Sekr. 221.
 Hinrichs, Post-Affist. 255.
 Hink, Post-Sekr. 221.
 Hinz, Gemeindefchullehrerin. 93.
 Hirsche, Ober-Post-Affist. 483.
 Hirsch, Telegr.-Gehülfin. 222.
 Hirsch, Handelsrichter. 549.
 Hirschfeld Dr., Staatsanw. 565.
 Hoft, Post-Affist. 204.
 Hühle, Gerichtsschreiber. 451.
 Hönke, Ober-Telegr.-Affist. 315.
 Höniger, Rechtsanw. 379.
 Höpner Dr., Ger.-Ref. 142.
 Höpner, Post-Affist. 204.
 Höpfer, Ger.-Ref. 142.
 Hörnlein, Pfarrer. 98.
 Hörnlein, Kreis-Schul-Insp. 513.
 Hösche, Post-Sekr. 114.
 Högnis, Ober-Post-Insp. 222.
 Hoffers, Ger.-Ref. 222.
 v. Hoffmann, Albrecht, Ger.-Ref. 17.
 v. Hoffmann, Alfred, Ger.-Ref. 17.
 Hoffmann, Ober-Post-Sekr. 57.
 Hoffmann, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Hoffmann, Telegr.-Affist. 204.
 Hoffmann, Ober-Post-Insp. 222.
 Hoffmann, Gemeindefchullehrerin. 275.
 Hoffmann Dr., Ger.-Assess. 379.
 Hoffmann, Kantor. 426.
 Hofmeister, Ger.-Ref. 379.
 Hohesfel, Ober-Telegraphist a. D. 263.
 Hohmann, Post-Direkt. 197.
 Hollander, Reg.-Bauführer. 202.
 Hollenbach, Gemeindefchullehrer. 472.
 Holst, Ober-Post-Praktikant. 483.
 Holstein, Post-Affist. 412.
 Holz, Amtsvorst.-Stello. 432.
 Homener, Ger.-Ref. 222.
 Hoppe, Karl, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Hoppe, Paul, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Hoppe, Land-Ger.-Kanzlist. 565.
 Horch, Ober-Post-Affist. 57.
 Horn, Ger.-Ref. 58.
 Horn, Gemeindefchullehrer. 142.
 Horn, Post-Praktikant. 263.
 Hörning, Gemeindefchullehrer. 450.
 Hoyer, Telegr.-Affist. 412.
 Hubert, Telegr.-Affist. 550.
 Hübner, Gerichtsschreiber-Geh. 223.
 Hübner, Handelsrichter. 379.
 Hübner, Gerichtsschreiber. 549.
 Hücker, Hegemeister. 315.
 Huelsen, Pfarrer. 102.
 v. Hülßen, Rechtsanw. 549.
 Hümmer, Eisenbahn-Stations-Verwalt. 213.
 Hümmer, Eisenbahn-Stations-Vorsteher I. Kl. 343.
 Hünteler, Post-Affist. 204.
 Humbert, Ger.-Assess. 57.
 Hummel, Post-Affist. 57.
 Huntemüller, Reg.-Bauführer. 472.
 Huth, Ober-Post-Affist. 197.
 Huth, Telegr.-Gehülfin. 255.
 Huth, Ger.-Boll. 380.
 Huthmann, Ober-Post-Praktikant. 482.

J.

- Jablonski, Ger.-Assess. 57.
 Jablonski, Rechtsanw. 450.
 Jacob, Gemeindefchullehrer. 142.
 Jacob, Gemeindefchullehrer. 177.
 Jacob, Gerichtsschreiber. 380.
 Jacobi, Ger.-Ref. 58.
 Jacobi, Pfarrer. 66.
 Jacobi, Superint. 142.
 Jacobi, Post-Sekr. 315.
 Jacobi, Forst-Amtsanw. 450.
 Jacoby, Gemeindefchullehrerin. 507.
 Jacoby, Handelsrichter. 549.
 Jaedel, Förster. 263.
 Jaeger, Amtsvorst.-Stello. 9.
 Jaeger, Ger.-Assess. 379.
 Jäger, Post-Praktikant. 450.
 Jäte, Post-Affist. 507.
 Jänide, Post-Affist. 472.
 Jaenschky, Amtsvorst. 17.
 Jahn, Hülfsprediger. 196.

Jahns, Turnlehrer. 401.
 Jahre, Post-Affist. 309.
 Jahusch, Gemeindefchullehrer. 177.
 Jaitz, Telegr.-Direkt. 363.
 Jalowicz, Ger.-Ref. 450.
 Janowski, Post-Affist. 255.
 Jarch, Postmeister. 204.
 Jariich, Post-Affist. 255.
 Jarius Dr., Amtsvorst. 102.
 Jasper, Ger.-Ref. 58.
 v. Jamonski, Ober-Post-Affist. 222.
 Jbert, Post-Affist. 483.
 Jentner; Post-Affist. 483.
 Jennerjahn, Steuer-Supern. 308.
 Jentrich, Gerichtsschreiber. 379.
 Jentz, Post-Affist. 204.
 Jelsche, Gerichtsschreiber. 379.
 Jgen Dr., Ger.-Affest. 142.
 Jhrcke, Ger.-Ref. 102.
 Jgner, Telegr.-Affist. 204.
 Jmberg, Handelsrichter-Stellv. 482.
 Jobst, Gemeindefchullehrerin. 66.
 Joël, Oberlehrer. 57.
 Joel Dr., Staatsanw. 379.
 Joel Dr., Ger.-Affest. 450.
 Johannsen, Gemeindefchullehrerin. 507.
 Johl, Pfarrer. 472.
 John Dr., Ger.-Affest. 57.
 John, Geanglehrer. 189.
 John, Ger.-Ref. 222.
 Jonas, Rechtsanw. 565.
 Joppich, Post-Sekt. 221.
 Jordan, Ger.-Ref. 379.
 Jorgella, Post-Affist. 203.
 Joski Dr., Ger.-Affest. 566.
 Jochmann Dr., Rechtsanw. 142.
 Jentich, Pfarrer. 331.
 Jrmisch, Post-Affist. 472.
 Isaac Dr., Ger.-Affest. 450.
 Isaac Dr., Rechtsanw. 565.
 Jienbart, Gemeindefchullehrer. 472.
 Jskraw; Pfarrer. 582.
 Israel, Handelsrichter-Stellv. 482.
 Israelst, Rechtsanw. 222.
 Jürgens, Ober-Post-Direkt.-Sekt. 27.
 Jürgens, Bürgermeister. 212.
 Jürgens, Amtsanw. 222.
 Jürgens, Amtsanw. 254.
 Jürgens, fiskal. Vertreter. 315.
 Jürgejen, Post-Affist. 412.
 Jung, Gemeindefchullehrer. 142.
 Jung, Ober-Post-Insp. 222.
 Jung, Post-Sekt. 550.
 Junge, Telegr.-Affist. 203.
 Junghans, Post-Praktikant. 483.
 Junghuus, Post-Praktikant. 221.
 Junfer, Gerichtsschreiber. 379.
 Jurkle, Post-Affist. 222.
 Jwanowski, Ober-Post-Affist. 203.
 Jwer, Gerichtsschreiber. 58.

K.

Kachholz, Ger.-Ref. 482.
 Kähne, Post-Affist. 204.
 Kähnitz, Amtsanw.-Stellv. 549.
 Kahl, Post-Affist. 204.
 v. Kahlben, Telegr.-Sekt. 412.
 Kain, Post-Affist. 255.

Kaiser, Telegr.-Affist. 315.
 Kalbe, Amtsvorst.-Stellv. 275.
 Kalischer, Ger.-Ref. 58.
 Kalischer, Oberlehrer. 582.
 Kallmann, Rechtsanw. u. Notar, Justiz-M. 102.
 v. Kamele, Ober-Reg.-M. 141.
 Kampmeier, Amtsvorst.-Stellv. 47.
 Kanebley, Gemeindefchullehrer. 27.
 Kanebley, Gemeindefchullehrer. 378.
 Kaniß, Post-Affist. 315.
 Karczewski, Telegr.-Mechaniker. 315.
 Karl, Telegr.-Affist. 178.
 Kasper, Gerichtsschreiber. 379.
 Kasten, Ger.-Ref. 254.
 Kaufmann, Post-Affist. 255.
 Kaul, Gerichtsschreiber-Geh. 58.
 Kaulke, Reg.-Supern. 308.
 Kausch, Gemeindefchullehrerin. 275.
 Kawalki, Ober-Post-Affist. 315.
 Kayler, Gemeindefchullehrer. 331.
 Regel, Strafgefängnis-Insp.-Affist. 565.
 Keil, Post-Sekt. 27.
 Keil, Fachlehrerin. 93.
 Keil, Post-Sekt. 114.
 Keil, Telegr.-Gehülfn. 412.
 Keilpflug, Ger.-Ref. 222.
 Keller, Amtsvorst.-Stellv. 27.
 Keller, Telegr.-Affist. 203.
 Keller, Amt.-Ger.-M. 378.
 Kellermann, Post-Affist. 204.
 Kelp, Ger.-Affest. 254.
 Kellermann, Turnlehrer. 401.
 Kempf, Zeichenlehrerin. 48.
 Kempner, Ger.-Ref. 58.
 v. Kempfsky, Ober-Post-Praktikant. 352.
 Kennauer, ord. Lehrer. 203.
 Kengler, Ger.-Ref. 58.
 Kern Dr., Oberlehrer. 213.
 Kern, Gemeindefchullehrerin. 507.
 Kerstes, Ger.-Bollg. 223.
 Kesselring, Gerichtsschreiber. 379.
 Kesten, Post-Affist. 343.
 Kessler, Post-Affist. 254.
 Kethner, Ger.-Affest. 565.
 Kette, Rechtsanw. und Notar, Justiz-M. 379.
 Kienast, Post-Affist. 254.
 Kiepenhauer, Bau-Sekt. 203.
 Kiesel, Ger.-Ref. 142.
 Kieselwaller, Amtsvorst.-Stellv. 177.
 Kilebusch, Ger.-Bollg. 58.
 Kistuth, Ger.-Ref. 58.
 Kinger, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Kirchoff, Telegr.-Affist. 412.
 Kirchmann, Gerichtsschreiber. 451.
 Kirsch, Amtsanw. 142.
 Kirchmann, Ober-Post-Affist. 221.
 Kirsi, Forstassessor-Herb. 472.
 Kirstaedter, Reg.-M. 27.
 Kistenmacher, Post-Sekt. 221.
 Kistner, Ger.-Ref. 565.
 Kittel, Landrichter. 102.
 Kizio, Post-Affist. 204.
 Klamroth, Ger.-Affest. 57.
 Klamroth, Ger.-Ref. 58.
 Klaffert, Post-Affist. 472.
 Klauß, Telegr.-Affist. 204.
 Klaußenther, Gerichtsschreiber. 549.

Klawitz, Reg.-Bauführer. 472.
 Klebe, Gemeindefchullehrerin. 93.
 Klee, Ger.-Ref. 102.
 Kleemann, Post-Affist. 204.
 Klessel, Ger.-Ref. 565.
 Klein, Telegr.-Affist. 178.
 Klein, Post-Affist. 472.
 Kleine, Post-Sekt. 178.
 Kleine Dr., Staatsanwaltschafts-M. 379.
 Kleinert, Reg.-Supern. 189.
 Kleinhammer, Bür.-Diät. 67.
 Klemt, Gemeindefchullehrerin. 66.
 Klewitz, Ger.-Ref. 379.
 Klinkermann, Post-Affist. 343.
 Klimkait, Post-Affist. 412.
 Klingberg, Ober-Telegr.-Affist. 57.
 Klingberg, Gemeindefchullehrerin. 275.
 Klingberg, Amtsvorst.-Stellv. 324.
 Klingemann, Ger.-Ref. 17.
 Klippel, Gerichtsschreiber. 451.
 Klippstein, Oberlehrer. 203.
 Klitsche, Telegr.-Affist. 203.
 Klocke, Ger.-Ref. 450.
 Klockow, Post-Affist. 204.
 Klöken, Fachlehrerin. 93.
 Klopisch, Gerichtsschreiber. 450.
 Klose, Telegr.-Gehülfn. 255.
 Klose, Reg.-Bauführer. 472.
 Klose, Post-Affist. 507.
 Klog, Ger.-Ref. 102.
 Kluge, Gemeindefchullehrer. 315.
 Kluge, Ger.-Affest. 565.
 Knabe, Fachlehrerin. 93.
 Knauer, Gemeindefchullehrer. 57.
 Knauts, Ger.-Affest. 482.
 Knobel, Notar. 450.
 Kneisel, Post-Affist. 203.
 Kneisel, Ober-Post-Sekt. 472.
 Knebr. v. d. Kneisebeck, Ger.-Affest. 450.
 Knebr. v. d. Kneisebeck, Ger.-Affest. 482.
 Knerim, Post-Affist. 221.
 Kniffert, Gemeindefchullehrer. 331.
 v. Knoblauch, Amtsvorst.-Stellv. 331.
 Knobloch, Post-Affist. 204.
 Knopf, Gerichtsschreiber. 379.
 Knorr, Post-Affist. 204.
 Knott, Oberlehrer. 432.
 Knüppel, Ger.-Bollg. 58.
 Knoop, Amtsvorst. 324.
 Knobel Dr., Amtsrichter. 513.
 Knobel, Bau-Supern. 203.
 Knobs, Gemeindefchullehrer. 66.
 Knob, Post-Affist. 204.
 Knob, Post-Affist. 343.
 Knob, Post-Sekt. a. D. 353.
 Knob, Post-Affist. 507.
 Knodmann, Post-Affist. 203.
 Knodribe, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Knöbel, Telegr.-Affist. 507.
 Knö, Telegr.-Affist. 203.
 Knöbler, Post-Direkt. 57.
 Knöbler, Ger.-Ref. 222.
 Knöbler, Post-Affist. 254.
 Knöbler, Gemeindefchullehrerin. 275.
 Knöbler, Gerichtsschreiber. 451.
 Knöbler, Post-Affist. 472.
 Knöbler, Reg.-Bauführer. 472.
 Knöbler, Telegr.-Affist. 550.
 Knöblers, Telegr.-Gehülfn. 255.

Röhn, Gemeindegchullehrer. 472.
 Roelke, Mitgl. des Provinzialraths. 66.
 Roemig, Oberpfarrer. 17.
 Römg, Ober-Telegr.-Sekt. 57.
 Römg, Telegr.-Affist. 204.
 Römg, Superint. 564.
 Röpke Dr., Ger.-Affess. 565.
 Rösche, Post-Affist. 507.
 Röschen, Ger.-Ref. 17.
 Roepfeli, Post-Affist. 197.
 Rörber, Bau-M. 66.
 Rörber, Bau-Insp., Bau-M. 203.
 Rörner, Post-Direkt. 27.
 Roester, Gemeindegchullehrerin. 253.
 Roßka, Amtsrichter. 222.
 Roßka Dr., Land-Gen.-Präs. 378.
 Rohl, Reg.-Bauführer. 202.
 Rohler Dr., Ger.-Affess. 450.
 Rohlmeyer, Ger.-Ref. 450.
 Rohlkrausch Dr., Privat-Dozent. 379.
 Rohlsrud, Ober-Post-Affist. 178.
 Rohlsrud, Gemeindegchullehrer. 425.
 Rolofski, Post-Bew. 17.
 Rolberg, Post-Affist. 412.
 Rolrep, Ger.-Bollz. 58.
 Rolßen, Notar. 58.
 Roppe, Post-Affist. 255.
 Roppe, Rechn.-Reviz. 514.
 Roppes, Post-Affist. 255.
 Roreuber, Amtsvorst. 513.
 Rorj, Post-Sekt. 221.
 Rorn, Gemeindegchullehrer. 177.
 Rorth, Ober-Post-Affist. 353.
 Rortum Dr., Sanitäts-M. 247.
 Roscinski, Gerichtsschreiber. 549.
 Rosinski, Ober-Post-Affist. 57.
 Rothe, Ger.-Affess. 549.
 Rottmeier, Amtsvorst.-Stellv. 163.
 Rottonau, Ober-Post-Affist. 204.
 v. Roze, Reg.-Affess. 312.
 Romalemski, Telegr.-Gehülfin. 256.
 Roziullo, Post-Affist. 412.
 Raab, Amtsvorst.-Stellv. 331.
 Raemer Dr., Rechtsanw. 102.
 Raemer, Ger.-Ref. 379.
 Krämer, Gerichtsschreiber. 451.
 Rakewitz, Fachlehrerin. 93.
 Rachte, Gemeindegchullehrerin. 93.
 Krause, Fachlehrerin. 93.
 Krause, ord. Lehrerin. 203.
 Krause, Albert, Telegr.-Affist. 204.
 Krause, Johannes, Telegr.-Affist. 204.
 Krause, Post-Affist. 221.
 Krause, Post-Affist. 255.
 Krause, Reg.-Bauführer. 331.
 Krause, Ger.-Affess. 450.
 Krause, Post-Affist. 482.
 Krause, Gerichtsschreiber-Geh. 549.
 Krausstoff, Bur.-Gehülfe. 67.
 Krausnick, Post-Affist. 204.
 Krautwurst, Ober-Post-Sekt. 57.
 Krawuschke, Amtsanw.-Stellv. 549.
 Krech, ord. Lehrerin. 203.
 Krehel, Rechtsanw. 222.
 Krell, Gerichtsschreiber. 58.
 Krell, Reg.-Bauführer. 472.
 Kremer, Post-Affist. 204.
 Kremmling, Telegr.-Affist. 203.
 Krellin, Telegr.-Affist. 203.
 Krellin, Fortifikation-Abt. Rechn.-M. 472.

Kreßler, Post-Affist. 203.
 Kreßmann, Kammer-Gen.-M. 17.
 Kreßmer, Reg.-Bauführer. 203.
 Kreusler, Amtsvorst. 360.
 Krienelle, Gemeindegchullehrer. 378.
 Kriener Dr., Ger.-Affess. 222.
 Kriesten, Ober-Post-Affist. 178.
 Krißchen, Post-Direkt. 482.
 Krönig, Post-Bew. 197.
 Krohn, Reg.-Sekt. 189.
 Krohn, Ger.-Bollz. 222.
 Krohn Dr., Ger.-Affess. 450.
 Krohn, Ger.-Bollz. 565.
 Kroll, Reg.-Supern. 308.
 Kromphardt, Ger.-Ref. 379.
 Kroner Dr., Rechtsanw. 102.
 Kropp, Ober-Post-Affist. 483.
 Krob, Post-Sekt. a. D. 315.
 Krüger, Ger.-Affess. 17.
 Krüger, Gemeindegchullehrer. 27.
 Krüger, Post-Affist. 27.
 Krüger, Gemeindegchullehrerin. 93.
 Krüger, Gemeindegchullehrer. 142.
 Krüger, Gemeindegchullehrerin. 352.
 Krüger, Gemeindegchullehrer. 378.
 Krüger, Gemeindegchullehrer. 425.
 Krüger, Gerichtsschreiber-Geh. 514.
 Krüger, Gerichtsschreiber. 565.
 Krüger, Strafgefängnis-Insp.-Affist. 565.
 Krüger, Gerichtsschreiber. 566.
 Krüpfang, Rechtsanw. 58.
 Krug, Gerichtsschreiber. 17.
 Krumm, Telegr.-Affist. 507.
 Krummow, Fachlehrerin. 93.
 Krummshmidt, Ober-Post-Affist. 550.
 Kruschke, Reg.-Supern. 189.
 Kube, Telegr.-Gehülfin. 550.
 Kubich, Gemeindegchullehrer. 400.
 Kuch, Post-Praktikant. 221.
 Kucher, Gerichtsschreiber. 58.
 Kuchert, Post-Affist. 204.
 Kudziella, Post-Kanzlist. 352.
 Küber, Geh. Justiz-M. u. vortr. M. 378.
 Kühn, Lehrerin. 178.
 Kühnast, Ger.-Affess. 254.
 Kühnast, Rechtsanw. 379.
 Kühne, Handelsrichter. 102.
 Kühne, Oberlehrer. 163.
 Kühnzack, Post-Bew. a. D. 222.
 Kürsten, geb. Peters, Fachlehrerin. 93.
 Kürwits, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Küster, Pfarrer. 275.
 Kugel, Telegr.-Affist. 412.
 Kuhnert, Gefängnis-Insp.-Affist. 549.
 Kuhnrow, Post-Affist. 196.
 Kuligt, Post-Affist. 204.
 Kummer, Staatsanwaltschafts-Affist. 58.
 Kummer, Gerichtsschreiber. 585.
 Kunde, Gerichtsschreiber-Geh. 565.
 Kundi, ord. Seminarlehrerin. 254.
 Kunte, Post-Affist. 204.
 Kunkel, Post-Affist. 204.
 Künke, Reg.-M. 27.
 Künke, Ger.-Ref. 565.
 Künkemüller, Gemeindegchullehrer. 27.
 Kunze, Ger.-Affess. 379.
 Kunze, Telegr.-Gehülfin. 507.
 Kupper, Amtsvorst.-Stellv. 57.
 Kurland, Gerichtsschreiber. 379.
 Kurth, Post-Affist. 204.

Kurth, Gerichtsschreiber. 451.
 Kusch, Post-Affist. 507.
 Kuschewitz, Telegr.-Affist. 204.
 Kufferow, Oberlehrer. 208.
 Kufferow, Post-Affist. 263.
 Kuschke, Reg.-Bauführer. 331.

L.

Laband, Ger.-Ref. 222.
 v. Labemann Dr., Ger.-Affess. 17.
 Labemann, Dr., Staatsanw. 565.
 Ländler, Post-Affist. 255.
 Längert, Post-Affist. 255.
 Laesch, Gemeindegchullehrer. 450.
 Laenen, Ger.-Affess. 565.
 v. Lagerström, Telegr.-Gehülfin. 550.
 Lahmann, Reg.-Sekt. 189.
 Lahrs, Reg.-Bauführer. 472.
 Lampe, Post-Praktikant. 221.
 Landeck, Gemeindegchullehrer. 425.
 Landgraf, Fachlehrerin. 93.
 Landsberg, Handelsrichter. 222.
 Landsberg, Ger.-Ref. 450.
 Landsberg, Ger.-Ref. 565.
 Landsberger Dr., Ger.-Affess. 57.
 Landsberger Dr., Ger.-Affess. 450.
 Landsky, Ger.-Ref. 450.
 Lang, Ger.-Ref. 102.
 Langanke, Post-Affist. 204.
 Langanke, Post-Affist. 263.
 Lange, Kreis-Bau-Insp. 9.
 Lange, Pfarrer. 47.
 Lange I, Eisenbahn-Güter-Exped. 57.
 Lange, Telegr.-Affist. 204.
 Lange, Ober-Telegr.-Affist. 222.
 Lange, Ger.-Ref. 482.
 Langer, Post-Affist. 57.
 Langer, Gerichtsschreiber-Geh. 58.
 Langer, Amts-Gen.-Kanzlist. 380.
 Langer, Ger.-Affess. 450.
 Langer, Gefängnis-Insp. 549.
 Langtau Dr., Ger.-Affess. 142.
 Langner, Post-Sekt. 483.
 Laniadi, Post-Affist. 315.
 Lasch, Post-Affist. 204.
 Laske, Bau-M. 9.
 Laske I, Reg.-Sekt. 189.
 Laffon, Diakon. 331.
 Latz, Archidiaconus und Pfarrer. 213.
 Laske, Post-Affist. 255.
 Lau, Rechtsanw. 565.
 Laue, Telegr.-Affist. 412.
 Laue, Gemeindegchullehrerin. 507.
 Laube, Gemeindegchullehrerin. 275.
 Laurens, Ger.-Affess. 450.
 Laute, Post-Affist. 197.
 Lauterbach Dr., Reg.-Affess. 465.
 Lawand, Reg.-Bauführer. 331.
 Lehrenz, Ober-Post-Affist. a. D. 17b.
 Lebus, Telegr.-Gehülfin. 255.
 v. Lederfeger-Flattenegg, Ger.-M. 379.
 Lehmann, Kammer-Gen.-M. 17.
 Lehmann, Fachlehrerin. 93.
 Lehmann, Hermann, Telegr.-Affist. 204.
 Lehmann, Richard, Telegr.-Affist. 204.
 Lehmann, Rechtsanw. 222.
 Lehmann, Handelsrichter-Stellv. 254.
 Lehmann, Post-M. 263.
 Lehmann, Gemeindegchullehrer. 275.

Lehmann Dr., Kaiserl. Reg.-R. 379.
 Lehmkühler, Rechtsanw. 254.
 Lehmkühler Dr., Rechtsanw. 254.
 Lehninger, Mil.-Supern. 465.
 Lehwaldt, Ober-Post-Affist. 412.
 Leibelt, Katasterzeichner. 315.
 Leitner, Ger.-Assess. 565.
 Lemeffier, Post-Affist. 472.
 Lemke, Post-Affist. 255.
 Lemke, Post-Affist. 550.
 Lemm, Gemeindefchullehrer. 133.
 Lemm, Ober-Post-Affist. 450.
 Lemp, ord. Seminarlehrer. 254.
 Lennarz, Forst-Amtsamm. 58.
 Lent, geb. Petri, Gemeindefchullehrerin. 378.

Lenz, Telegr.-Gehülfsin. 263.
 Leonhardt, Post-Affist. 204.
 Leonhardt, Amtsvorst.-Stellv. 477.
 Lepke, Post-Berm. 114.
 Lerchner, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Lesse, Rechtsanw., Geh. Justiz-R. 254.
 Leue, Landrichter. 102.
 Leue, Gerichtsschreiber-Geh. 451.
 Leutloff, Gemeindefchullehrerin. 352.
 Levy, Handelsrichter-Stellv. 254.
 Lewinsohn Dr., Ger.-Ref. 379.
 Leyde, Ger.-Assess. 379.
 v. Leyden, Ger.-Ref. 379.
 Lepser, Ger.-Ref. 482.
 Lichtenstein, Ger.-Ref. 565.
 Liebenau, Ger.-Vollz. 514.
 v. Liebermann, ord. Lehrerin. 203.
 Lieblich Dr., Ger.-Assess. 17.
 Lieblich Dr., Rechtsanw. 102.
 v. Lieres u. Wilkau, Reg.-Assess. 253.
 Liefke, Post-Affist. 507.
 Liefegang, Ger.-Ref. 102.
 Lilienthal, Telegr.-Affist. 203.
 Linde Dr., Ger.-Assess. 222.
 Lindemann, Post-Affist. 204.
 Lindenau, Gemeindefchullehrer. 472.
 Lindenau Dr., Ger.-Assess. 549.
 Lindenberg, Land-Ger.-Direkt. 450.
 Lindner, Gemeindefchullehrerin. 263.
 Lindner, Gerichtsschreiber. 379.
 Link, Post-Affist. 204.
 Linow, Post-Affist. 450.
 Linthe, Eisenbahn-Stationseinnnehmer. 17.
 Lipke, Telegr.-Mechaniker. 221.
 Lipmann-Wulf Dr., Rechtsanw. 142.
 Lipman-Wulf Dr., Rechtsanw. 222.
 Lippelt Dr., Rechtsanw. 102.
 Liske, Amtsvorst.-Stellv. 114.
 Lissau, Post-Affist. 204.
 Litsche, Post-Affist. 204.
 Livonius, Fachlehrerin. 93.
 Loch, Land-Ger.-Direkt. 102.
 Lörper, Forst-Amtsamm. 17.
 Loeper, Amtsvorst. 66.
 Lössau, Ober-Post-Praktikant. 222.
 Löwe, Wasser-Bau-Insp., Bau-R. 23.
 Loewenthal Dr., Rechtsanw. 254.
 Logemann, Post-Affist. 222.
 Lohse, Post-Praktikant. 221.
 Lohmann Dr., Rechtsanw. 58.
 Lohmeyer, Post-Sekt. 114.
 Lommitz, Ger.-Assess. 565.
 Lorenz, Telegr.-Mechaniker. 57.
 Lorenz, Barrer. 203.

Lorenz, Post-Affist. 221.
 Lorenz, Gefängnis-Insp. 879.
 Lorenzen, Telegr.-Gehülfsin. 412.
 Lorch, Rechtsanw. 254.
 v. Lossow, Ger.-Ref. 254.
 Lucas, Post-Sekt. a. D. 222.
 Lucas, Gerichtsschreiber-Geh. 549.
 Lucht, Reg.-Bauführer. 472.
 Luch, Reg.-Supern. 442.
 Ludenwaldt, Post-Affist. 17.
 Ludewig, geb. Nebesky, Fachlehrerin. 93.
 Ludewig, Telegr.-Affist. 204.
 Ludolph, Gemeindefchullehrer. 450.
 Ludwig, Kreis-Bau-Insp. 204.
 Ludwig, Turnlehrer. 507.
 Lübken, Post-Sekt. 221.
 Lübken, Handelsrichter-Stellv. 514.
 Lück, Post-Affist. 204.
 Lück, Post-Affist. 472.
 Lücke, Ober-Post-Affist. 343.
 Lücke, Land-Ger.-Kamlist. 254.
 Lücke, Post-Berm. 343.
 Lücke, ord. Lehrerin. 203.
 Lüdemann, Gemeindefchullehrer. 133.
 Lüdemann, Gemeindefchullehrer. 378.
 Lüdner, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Lüdner, Post-Affist. 204.
 Lüdners, Barrer. 9.
 Lüdke, Rechtsanw. 17.
 Lühr, Telegr.-Affist. 203.
 Lüllwitz, Post-Affist. 204.
 Lüllwitz, Post-Affist. 254.
 Lüllschüg, Fachlehrerin. 93.
 Lülger, Archidiaconus. 378.
 Lühens, Ober-Post-Sekt., Mediz.-R. 472.
 Lütke, Amtsvorst.-Stellv. 27.
 Lütgen, Telegr.-Affist. 204.
 Lust, Oberlehrer. 401.
 v. Lufowicz, Amtsrichter. 17.
 Lunow, Telegr.-Affist. 204.
 Luther, Barrer. 315.
 Lutterberg, Post-Affist. 362.
 Lux, Ober-Post-Praktikant. 315.
 v. Lympius, Land-Ger.-Präs., Geh. Ober-Justiz-R. 102.

M.

Maager, Ger.-Ref. 142.
 Maas, Ger.-Assess. 379.
 Maas, Ger.-Assess. 514.
 Maasch, Gemeindefchullehrer. 378.
 Maasch, Fachlehrerin. 93.
 Maasch, Post-Insp. 222.
 Maasch, Ober-Post-Praktikant. 222.
 Maasch, Amtsvorst.-Stellv. 275.
 Machens, Postassessor. 221.
 Machule, Gerichtsschreiber. 565.
 Macffert II, Civ.-Supern. 27.
 Märkens, Post-Affist. 255.
 Mäh, Post-Affist. 204.
 Magdeburg, Ger.-Ref. 482.
 Mahlich, Telegr.-Affist. 203.
 Mahren, Gemeindefchullehrerin. 275.
 Maire Dr., Oberlehrer. 213.
 de Maisiere Dr. jur., Ger.-Ref. 450.
 Matowsky, Steuer-Sekt. 465.
 v. Matzahn, Gefängnis-Direkt. 514.
 Mandel, Post-Affist. 255.
 Mangelsdorff, Reg.- und Gewerbe-R. 177.
 Manick, Post-Affist. 197.
 Maniewicz, Gemeindefchullehrerin. 275.
 Mann, Handelsrichter. 254.
 Manstein, Ober-Post-Praktikant. 222.
 Mantuffel, Post-Affist. 483.
 Manthe, Post-Affist. 255.
 Marchand, exped. Sekt. 254.
 Marcus, Ger.-Assess. 102.
 Marcus, Rechtsanw. 565.
 Marcuse, Ger.-Ref. 142.
 Marber, Gerichtsschreiber. 380.
 Markner, Post-Affist. 221.
 Margolinski, Rechtsanw. 141.
 Markwalb, Ger.-Ref. 58.
 Marscheider, Telegr.-Affist. 203.
 Marschner, Ger.-Ref. 254.
 Marx, Gemeindefchullehrer. 93.
 Maschewski, Post-Affist. 255.
 Frhr. v. Massenbach Dr., Ger.-Assess. 450.
 Masur, Reg.-Bauführer. 203.
 Matag, Gemeindefchullehrer. 196.
 Mathias, Gemeindefchullehrer. 450.
 Matthes II, Gemeindefchullehrer. 400.
 Matthesie, Ger.-Vollz. 514.
 Matthias, Oberlehrer. 388.
 Matthes, Gemeindefchullehrerin. 507.
 Maubach, Ger.-Ref. 450.
 Mauck, Ober-Post-Insp. 483.
 May, Ober-Post-Affist. 222.
 Mayer, Ger.-Ref. 58.
 Mayer, Ger.-Ref. 222.
 Maywald, Amtsrichter. 378.
 Meermann Dr., Ger.-Assess. 17.
 Mehring, Gemeindefchullehrerin. 66.
 Meienberg, Post-Affist. 255.
 Meier V, Fachlehrerin. 93.
 Meinede, Amtsanw.-Stellv. 549.
 Meister, Post-Sekt. 221.
 Meißner, Ger.-Ref. 514.
 Meißner Dr., Rechtsanw. 565.
 Melau, Gemeindefchullehrerin. 253.
 Mellien, Post-Affist. 204.
 Menge, Post-Sekt. 315.
 Menge, Kammer-Ger.-R. 565.
 Menning, Ober-Post-Affist. 114.
 Mente, Amts-Ger.-Ober-Sekt. 17.
 Menz Dr., Land-Ger.-R. 450.
 Menzel, Rend., Rechn.-R. 203.
 Menzel, Ger.-Ref. 254.
 Menzel, Ober-Telegr.-Affist. 353.
 Menzel, Post-Affist. 412.
 Menzel, Revierförster o. Pr. 424.
 Merkel, Barrer. 485.
 Merten, Amts-Ger.-R. 378.
 Merzsching, Gemeindefchullehrer. 102.
 Mesed, Telegr.-Affist. 204.
 du Mesnil Dr., Ger.-Assess. 102.
 Messerschmidt, Elbstrom-Bau-Direktor, Geh. Bau-R. 188.
 Met, Ger.-Assess. 514.
 Met, Ger.-Assess. 565.
 Metzger, Amtsanw.-Stellv. 222.
 Metke, Post-Sekt. a. D. 114.
 Meumann, Post-Direkt. 57.
 Meumann, Post-Assessor. 197.
 Meves, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Meves, Post-Affist. 204.

Men, Teleg.-Assist. 204.
 Men, Post-Assist. 352.
 Meyendorf, Rechn.-R. 27.
 Meyer, Gemeindefchullehrer. 57.
 Meyer, Amts-Ger.-R. 57.
 Meyer, Rechtsanw. 58.
 Meyer, Ger.-Assess. 102.
 Meyer, Leopold, Rechtsanw. 102.
 Meyer, Siegfried, Rechtsanw. 102.
 Meyer, Fedor, Rechtsanw. 102.
 Meyer, Post-Insp. 197.
 Meyer, Post-Assist. 221.
 Meyer, Post-Insp. 222.
 Meyer, Teleg.-Insp. 222.
 Meyer, Handelsrichter. 254.
 Meyer, Landrichter. 378.
 Meyer, Ger.-Assess. 379.
 Meyer, Rechtsanw. 450.
 Meyer, Rechtsanw. u. Notar, Justiz-R. 482.
 Meyer, Ober-Teleg.-Schr. 483.
 Meyer, Handelsrichter. 549.
 Meyer, Ger.-Assess. 549.
 Meyer, Rechtsanw. 549.
 Meyer, Ober-Post-Praktikant. 550.
 Meyerhoff, Ger.-Assess. 57.
 Michaelis, Post-Schr. a. D. 412.
 Michaelis, Rechtsanw., Justiz-R. 450.
 Michel, Reg.-Bauführer. 331.
 Michelberger, Teleg.-Assist. 412.
 Michelsen, Ernst, Post-Assist. 255.
 Michelsen, Mathias, Post-Assist. 255.
 Mickley, Diakon. 564.
 Mielch Dr., Ger.-Assess. 142.
 Mielcarzewicz, Ger.-Assess. 254.
 Mielcarzewicz, Ger.-Assess. 549.
 Mielsch, Ober-Teleg.-Assist. 203.
 Mielke, Gefängnis-Insp.-Assist. 461.
 Mieth, Post-Assist. 221.
 Miethke Dr., Rechtsanw. 222.
 Miethling, Ober-Post-Assist. 221.
 Miethke Dr., Ger.-Assess. 102.
 Miethnickel, Teleg.-Mechaniker. 57.
 Mikuteit, Post-Assist. 412.
 Michelsen, Reg.-Bauführer. 472.
 Milewski, Förster. 298.
 v. Mindow, Forstmeister. 513.
 Mirbi, Pfarrer. 298.
 Mitsher, Ger.-Ref. 17.
 Mütching, Teleg.-Assist. 204.
 Möbius, Ober-Teleg.-Assist. 203.
 Möller, Teleg.-Assist. 203.
 Möller, Post-Assist. 204.
 Möller, Post-Schr. 204.
 Möller, Johannes, Post-Assist. 255.
 Möller, Paul, Post-Assist. 255.
 Möller, Gemeindefchullehrerin. 275.
 Möller, Post-Assist. 482.
 Möring, Amtsvorst.-Stellv. 231.
 Mörjel, Post-Assist. 203.
 Möwe, Ober-Post-Assist. 550.
 Moewes Dr., Ger.-Ref. 58.
 Mohr, Ober-Post-Praktikant. 222.
 Mohr, Post-Direkt. 412.
 Molenaar, Handelsrichter. 549.
 Moll, Ger.-Ref. 379.
 Moll, Ger.-Ref. 514.
 Monfer, Post-Assist. 204.
 Morgenroth, Pfarrer. 196.
 Morgenroth Dr., Oberlehrer. 248.
 Moritz Rathmacher 278

Morre, Gemeindefchullehrerin. 507.
 Moser, Land-Ger.-R. 378.
 Moser, Handelsrichter-Stellv. 432.
 Mosler Dr., Oberlehrer. 57.
 Mosler Dr., Ger.-Assess. 58.
 Mosler, Land-Ger.-Ranglist. 58.
 Mosk, Kataster-Landmesser. 177.
 Mroczek, Amts-Ger.-Ref. 513.
 Mudrich, Gemeindefchullehrerin. 275.
 Müde, Hegemeister. 400.
 Mühlens, Post-Assist. 255.
 Mühlensbruch, Post-Assist. 255.
 Mühlfordt, Teleg.-Assist. 483.
 Mühlhan, Post-R. 507.
 Mühlmann, Post-Assist. 57.
 Mühsam, Handelsrichter-Stellv. 254.
 Müller, Post-Assist. 17.
 Müller, Ella, Gemeindefchullehrerin. 66.
 Müller, Elisabeth, Gemeindefchullehrerin. 66.
 Müller, Ger.-Ref. 102.
 Müller, Ger.-Ref. 142.
 Müller, Post-Assist. 178.
 Müller, Post-Ranglist. 178.
 Müller, Wilhelm, Post-Assist. 196.
 Müller, Max, Post-Assist. 196.
 Müller, Post-Amts-Kassirer. 197.
 Müller, Teleg.-Amts-Kassirer. 197.
 Müller, Post-Assist. 203.
 Müller, Amtsvorst. 213.
 Müller, Gerichtsschreiber-Geh. 223.
 Müller, Kammer-Diak. 308.
 Müller, Post-Assist. 352.
 Müller, Gerichtsschreiber. 379.
 Müller, Gerichtsschreiber-Geh. 380.
 Müller, Oberpfarrer. 425.
 Müller, Gerichtsschreiber. 461.
 Müller, Ranglist. 465.
 Müller V. Mil.-Supern. 465.
 Müller, Post-Assist. 472.
 v. Müller, Ger.-Ref. 482.
 Müller, Post-Assist. 483.
 Müller, Gerichtsschreiber. 549.
 Müller, Dr., Oberlehrer. 563.
 Müller, Ger.-Assess. 565.
 Münch, Post-R. 263.
 Münster, Amtsvorst. 196.
 Münzschell, Pfarrer. 221.
 Münchenberger, Gerichtsschreiber. 103.
 Ruhme, Post-Assist. 196.
 Ruhs, Post-Assist. 57.
 Ruhs, Post-Assist. 221.
 Ruhs, Post-Assist. 255.
 Mulack, Post-Assist. 204.
 Mund, Kreis-Bau-Insp., Bau-R. 47.
 Mund, Post-Insp. 550.
 Mundi, Ger.-Ref. 17.
 Mundi, Teleg.-Mechaniker. 221.
 Mundi, Ger.-Assess. 254.
 Munk, Ger.-Ref. 102.
 Munk Dr., Ger.-Assess. 379.
 Munkel, Post-Assist. 204.
 Musiel, Post-Assist. 204.
 Musiel, stellv. Mitgl. des Provinzial-R. 400.

N.

Nabler, Ger.-Ref. 514.
 Napolst, Post-Assist. 204.
 Nagel Lehrer u. Erzieh. 28

Nast-Kollb, Ger.-Ref. 565.
 Naumann, Post-Assist. 222.
 Nehmer Dr., Ger.-Assess. 482.
 Reichsner, Ober-Teleg.-Assist. 203.
 Neis, Lehrer u. Erzieher. 93.
 Neis, Gemeindefchullehrer. 309.
 Nell, Gerichtsschreiber. 58.
 Nennhaus, Förster. 253.
 Nerger, Gerichtsschreiber. 451.
 Nerlich, Oberlehrer. 309.
 Neubauer, Post-Assist. 204.
 Neubauer, Pfarrer. 213.
 Neubauer, Gemeindefchullehrer. 450.
 Neubauer, Amtsvorst. 472.
 Neuendorf, Post-Assist. 204.
 Neuendorf, Post-Assist. 472.
 Neugebauer, Zeichenlehrerin. 189.
 Neuhauß, Amtsvorst. 177.
 Neumann, Rechtsanw. 17.
 Neumann 19, Gemeindefchullehrer. 27.
 Neumann, Post-Berm. 114.
 v. Neumann, Ger.-Ref. 142.
 Neumann, Reg.-Schr. 203.
 Neumann, Ober-Post-Direkt.-Schr. 221.
 Neumann, Post-Schr. 221.
 Neumann, Gerichtsschreiber. 223.
 Neumann, Gemeindefchullehrer. 331.
 Neumann, Teleg.-Assist. 353.
 Neumann, Post-Assist. 472.
 Neumaan Dr., Ger.-Assess. 482.
 Niammich, Post-Assist. 204.
 Nicolai, Ger.-Ref. 58.
 Nicolai, Rechtsanw. 142.
 Nicolai, Notar. 254.
 Niedergerg, Ober-Teleg.-Assist. 203.
 Niemann, Post-Assist. 204.
 Niemann, Ober-Post-Sekret., Rechn.-R. 353.
 Niermann, exped. Schr. u. Kassal. 472.
 Nieschler, Lager-Berm. 309.
 Niese, Ger.-Ref. 379.
 Niese, Superint. 425.
 Nints, Teleg.-Gehülfin. 213.
 Nippa, Post-Assist. 204.
 Rippe, Post-Assist. 204.
 Rissalf, Post-Assist. 255.
 Ritzle, Teleg.-Gehülfin. 263.
 Ritzka, Ger.-Ref. 17.
 Ritzke, Amtsanw.-Stellv. 102.
 Ritze, Amtsrichter. 102.
 Ritze, Hegemstr. 248.
 Road, Gemeindefchullehrer. 142.
 Road, Reg.-Supern. 308.
 Road, Ger.-Vollz. 482.
 Röhring, Ger.-Ref. 102.
 Rölke, Vorschullehrer. 203.
 Rolte, Post-Assist. 352.
 Romm, Reg.-Bauführer. 331.
 Roos, Post-Assist. 204.
 v. Nordenfjöld, Amtsvorst.-Stellv. 177.
 Nordmann, Zeichenlehrerin. 38.
 Nordmann, Post-Assist. 255.
 Rofke, Teleg.-Assist. 204.
 Ruppbaum Dr., Ger.-Assess. 450.
 Ruppbaum Dr., Rechtsanw. 565.

O.

Obernordorf, Post-Assist. 222.
 Oehlbauer, Rechtsanw. 222

Dehmitze, Ger.-Ref. 549.
 Dehterling, Rgl. Musik-Direkt. 564.
 v. Dehterreich, Ger.-Ref. 222.
 Dhlhof, Post-Affist. 204.
 Dhlberg, Ober-Post-Affist. 178.
 Dhlburg, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Dhm, Telegr.-Affist. 203.
 Dhnseforge, Hegemstr. 400.
 Dldörp, Post-Affist. 352.
 Dpiz, Apotheker. 188.
 Dpiz, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Dpiz, Post-Affist. 204.
 Dpiz, Ger.-Bolz. 223.
 Dpiz, Land-Ger.-Direkt. 378.
 v. Dypen, Ger.-Ref. 222.
 Oppenheim Ger.-Ref. 565.
 Oppermann, Amts-Ger.-R. 513.
 Orlikowski, Post-Affist. 204.
 Ortlepp, Post-Sekr. 221.
 Ortlieb, Ger.-Ref. 565.
 Ostberg, Ger.-Ref. 450.
 Ostwald, Post-Insp. 222.
 Othner, Ober-Telegr.-Schr. 483.
 Ott, Post-Affist. 203.
 Otterstein, Ger.-Ref. 222.
 Otto, Telegr.-Affist. 203.
 Otto Dr., Sanitäts-R. 247.
 Otto, Gemeindefchullehrer. 331.
 Otto, Reg.-Bauführer. 331.

P.

Paasch, Ger.-Ref. 565.
 Paas, Rechn.-Revis. 223.
 Pade, Post-Affist. 265.
 Pape, Telegr.-Affist. 412.
 Pähols, Gemeindefchullehrerin. 66.
 Pagel, Post-Affist. 204.
 Pagels, Ober-Telegr.-Affist. 550.
 Pagensemper, Ger.-Ref. 514.
 Pallet, Post-Affist. 204.
 Palm, Gemeindefchullehrer. 142.
 Pantag, Post-Schr. 221.
 Panter, Ober-Post-Affist. 204.
 Pape, Oberlehrer. 275.
 Pape, Post-Affist. 412.
 Paproth, Ober-Post-Affist. 450.
 Parste, Post-Affist. 412.
 Pasche, ord. Lehrerin. 203.
 Pasche, Amtsvorst.-Stellv. 221.
 Pattri, Reg.-Bauführer. 472.
 Paswahl, Fachlehrerin. 93.
 Paswahl, Gerichtsschreiber. 451.
 Paul, Post-Affist. 265.
 Paul, Gemeindefchullehrerin. 507.
 Paul, Gerichtsschreiber-Geh. 549.
 Paulat, Gemeindefchullehrer. 472.
 Paulat, Amts-Ger.-Kanzl. 380.
 Pehlow, Telegr.-Affist. 412.
 Peiderst, Post-Schr. 222.
 Peiserich, ord. Lehrerin. 203.
 Peister, Ober-Telegr.-Schr. 343.
 Peisrich, Reg.-Schr. 189.
 Pelz, Erster Staatsanw. 379.
 Penning, Post-Affist. 412.
 Penzlin, Post-Affist. 412.
 Peretz Dr., Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Perlewin, Oberlehrer. 549.
 Pernel, Handelsrichter. 254.
 Perrey, Post-Affist. 412.

Peterel, Ger.-Ref. 223.
 Peterel, Ger.-Ref. 482.
 Petermann, Förster. 142.
 Petermann, Post-Insp. 222.
 Peters, Ober-Post-Insp. 222.
 Peters, Telegr.-Gehülfin. 255.
 Peters, Post-Affist. 352.
 Peters, Steuer-Supern. 432.
 Peters Dr., Reg.-Ref. 465.
 Petersen, wissenschaftl. Lehrerin. 48.
 Petrid, Gemeindefchullehrer. 450.
 Petrkat, Telegr.-Affist. 222.
 Petsch, Post-Affist. 507.
 Petsch Dr., Ger.-Ref. 565.
 Petschelt, Amtsvorst.-Stellv. 275.
 Pezer, Förster. 141.
 v. Peginger, Erster Staatsanw. 379.
 Pegold Dr., Ger.-Ref. 102.
 Pegold, Telegr.-Gehülfin. 472.
 Peufert, Reg.-Bauführer. 472.
 Pfefferborn, Mil.-Supern. 465.
 Pfeiffer, Post-Affist. 255.
 Pfeiffer, Reg.-Bauführer. 472.
 Piennier, Post-Affist. 204.
 Pfister, Ober-Post-Affist. 27.
 Pfigner, Aufsichtsbeamter. 331.
 Pfigner, Pfarrer. 360.
 Pflug, Bau-Supern. 203.
 Pflugmacher, Ger.-Ref. 514.
 Prieme, Gerichtsschreiber. 450.
 Philippi Dr., Landrichter. 378.
 Philippsthal, Handelsrichter. 222.
 Pichner, Kanzl. 308.
 Pid, Amtsrichter. 57.
 Pid, Gerichtsschreiber. 58.
 Picardt, Ger.-Ref. 549.
 Picert, Reg.-Affist. 27.
 Pieper Dr., Ger.-Ref. 58.
 Pieper Dr., Handelsrichter-Stellv. 254.
 Pieper, Ger.-Ref. 450.
 Pietrowski Dr., Rechtsanw. 17.
 Pigloffewicz, Ober-Post-Direkt.-Schr. 57.
 Pigulla, Gemeindefchullehrer. 472.
 Pigulla, Strafgefängnis-Insp.-Affist. 565.
 Pilarid, Telegr.-Affist. 204.
 Pintus, Ger.-Ref. 58.
 Pintsos, Post-Direkt. 222.
 Pinn, Telegr.-Affist. 203.
 Pinnow, Ger.-Ref. 379.
 Pischel, Ger.-Ref. 223.
 Pistorius, Gemeindefchullehrerin. 507.
 Pitsch, Handelsrichter-Stellv. 254.
 Pitsche, Telegr.-Gehülfin. 57.
 Plage, Amtsvorst.-Stellv. 27.
 Plate, Post-Affist. 472.
 Platen, Post-Affist. 204.
 Pleh, Kassirer-Affist. 472.
 Plettner, Gerichtsschreiber. 379.
 Plewe, Gerichtsschreiber. 451.
 Plitt, Reg.-Supern. 189.
 v. Bloch, Ger.-Affist. 222.
 Pösch, Mil.-Supern. 465.
 Pohl, Post-Affist. 204.
 Pohl, Ger.-Ref. 379.
 Pohle, Post-Affist. 255.
 Pohnert, Kanzl.-R. 66.
 Pohrt, Mil.-Supern. 465.
 Polenz, Steuer-Supern. 477.
 Polenz, Post-Affist. 550.
 v. Polheim, Amtsrichter. 378.

Pollack, Ger.-Ref. 549.
 Pollter, Post-Affist. 196.
 Polzenhagen, Civ.-Supern. 33.
 Polzin, Post-Affist. 472.
 Poulun, Ober-Post-Affist. 222.
 Poppe, Post-Affist. 255.
 Poppe, Gemeindefchullehrer. 450.
 Poschmann, Post-Affist. 472.
 Pose, Post-Affist. 204.
 Posemann, Gerichtsschreiber-Geh. 451.
 Potthmann Dr., Reg.-R. 27.
 Prager, Rechtsanw. 222.
 Prahlow, Gerichtsschreiber. 549.
 Prause, Handelsrichter. 254.
 Preadari, Reichs-Ger.-R. 378.
 Preehm, Telegr.-Affist. 203.
 Prell, Strafgefängnis-Mend. 451.
 Bremmel, Post-Schr. 221.
 Priesch, Ger.-Ref. 514.
 Priesel, Ger.-Ref. 549.
 Preuß, Erster Staatsanw. 379.
 Preuß, Forst-Amtsantw. 379.
 v. d. Preuß, Telegr.-Affist. 483.
 Preuß, Forst-Amtsantw. 549.
 Preußler, Rechtsanw. 102.
 Preußler, Notar. 102.
 Priebe, Post-Affist. 255.
 Priebe, Post-Affist. 483.
 Priegel, Telegr.-Affist. 204.
 Primus, Telegr.-Gehülfin. 204.
 Prinz, Ger.-Ref. 102.
 v. Prißner, Ger.-Ref. 17.
 Prüfert, Post-Affist. 197.
 Prümers, Ger.-Ref. 142.
 Pürschel, Post-Affist. 204.
 Pürschel, Telegr.-Affist. 412.
 Pürschel, Gemeindefchullehrer. 472.
 Pürschel, Gemeindefchullehrer. 133.
 Pürschel, Gemeindefchullehrer. 378.
 Pürschel, Ger.-Ref. 482.
 Pusck, Turnlehrer. 401.
 v. Puttkamer, Gefängnis-Insp. 380.
 v. Puttkamer, Gefängnis-Insp. 451.

Q.

Quandor, Ger.-Ref. 482.
 Quappe, Pfarrer. 114.
 Quack, Kammer-Ger.-R. 450.
 Quehl Dr., Sanitäts-R. 258.

R.

Raab, Telegr.-Gehülfin. 352.
 Raab, Telegr.-Affist. 472.
 Raddach, Gemeindefchullehrerin. 507.
 Radef, Post-Affist. 196.
 Rademann, Gerichtsschreiber. 565.
 Radke, Gemeindefchullehrer. 331.
 Radzinski, Post-Affist. 204.
 Raehmel Dr., Ger.-Affist. 142.
 Raehmel, Amtsanw. auf Widerruf. 565.
 Rätting, Post-Insp. 222.
 Raetig, Gemeindefchullehrerin. 507.
 Räuber, Ger.-Affist. 565.
 Raffel, Gemeindefchullehrer. 352.
 Ramelow, Ger.-Affist. 142.
 Ramien, Post-Direktor. 27.
 Ramien, Gemeindefchullehrer. 425.
 Ramm, Oberlehrer. 189.

- Rapich, Ger.-Vollz. 223.
 Raich, Gerichtsschreiber-Geh. 103.
 Rathsmann, Post-Affist. 204.
 Rauch, Forst-Auff. 142.
 Rausch, Post-Affist. 255.
 Rausnitz, Notar. 222.
 Rebstock, Ober-Post-Affist. 263.
 Redtze, Ober-Post-Affist. 303.
 Redtze, Post-Verw. 263.
 Redlich, Amtsvorst. 66.
 Reek, Post-Affist. 255.
 Regely Dr., Rechtsanw. 549.
 Regen, Ger.-Ref. 565.
 Regenstein, Gerichtsschreiber. 58.
 Regling, Civ.-Supern. 67.
 v. Reibnig, Ger.-Ref. 222.
 Reich, Land-Ger.-Ranglist. 102.
 Reichardt, Post-Affist. 203.
 Reichau, Ger.-Ref. 254.
 Reiche, Reg.-Sekt. 67.
 Reiche, Amtsvorst. 275.
 Reichelt, Reg.-Bauführer. 284.
 v. Reichenbach, ord. Lehrerin. 102.
 Reichert, Ger.-Ref. 379.
 Reichert, Ger.-Ref. 565.
 Reichmuth, Post-Sekt. 472.
 Reichstein, Ober-Telegr.-Affist. 483.
 Reisenberg, Handelsrichter-Stellv. 254.
 Reimann, Telegr.-Affist. 203.
 Reimann, Gemeindefchullehrer. 472.
 Reimer, Gemeindefchullehrer. 57.
 Reimberr, Ger.-Affest. 17.
 Reimberr, Ger.-Affest. 549.
 Reineke, Telegr.-Affist. 255.
 Reinecke, Post-Affist. 483.
 Reinhardt, Ger.-Affest. 142.
 Reinhardt, kommiss. Amtsvorst. 213.
 Reinhardt, Telegr.-Gehülfin. 550.
 Reinhold Dr., Amts-Ger.-R., Prof. 17.
 Reinholz, Civ.-Supern. 472.
 Reinfte, Post-Affist. 412.
 Reinsberg, Gefängniß-Insp. 380.
 Reinsberg, Gefängniß-Insp. 451.
 Reiser, Reg.-Sekt. 465.
 Reiter, Post-Affist. 57.
 Remus, Reg.-Sekt. 67.
 Remus, Reg.-Sekt. 189.
 Rennecke, Post-Affist. 412.
 Repke, Amtsvorst.-Stellv. 66.
 Reslaff, Post-Affist. 196.
 Reslaff, Ger.-Ref. 222.
 Reslaff, Gemeindefchullehrerin. 253.
 Reuskauß, Ger.-Ref. 565.
 Reuter, Amtsvorst.-Stellv. 331.
 Reuter, Gemeindefchullehrerin. 352.
 Rhensius, Post-Affist. 222.
 Rhode, Post-Affist. 204.
 Ribbe, Ober-Post-Affist. 263.
 Ricaub, de Liregale, Post-Exp. a. D. 27.
 Riccius, Ger.-Ref. 142.
 Richter, Post-Affist. 27.
 Richter, Gerichtsschreiber. 58.
 Richter, Dorfschullehrer. 102.
 Richter, Reichs-Ger.-R. 142.
 Richter, Post-Ranglist. 178.
 Richter, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Richter, Ober-Post-Insp. 222.
 Richter Dr., Ger.-Ref. 254.
 Richter, Post-Praktikant. 263.
 Richter, Post-Sekt. 263.
 Richter, Gerichtsschreiber. 451.
 Richter, Gemeindefchullehrer. 472.
 Richter, Ger.-Affest. 482.
 Richter, Ober-Post-Praktikant. 482.
 Richter, Telegr.-Affist. 507.
 Richter, Ger.-Vollz. 514.
 Ried, Gemeindefchullehrer. 142.
 Ried, Rechtsanw. und Notar. 58.
 Riedel, Gemeindefchullehrer. 163.
 Riese Dr., Rechtsanw. 142.
 Riesner, Ranglist-Vorst. 189.
 Rietdorf, Gemeindefchullehrer. 285.
 Ringel, Gemeindefchullehrer. 142.
 Ringf, Staatsanwaltschafts-Sekt. 379.
 Ripse, Telegr.-Gehülfin. 57.
 Ristow, Ober-Telegr.-Sekt. 483.
 Ritgen, Landrichter. 378.
 Ritter, Telegr.-Affist. 315.
 Ritter, Post-Insp. 352.
 Ritter, Gemeindefchullehrer. 425.
 Ritter, Handelsrichter-Stellv. 482.
 Ritter, Turnlehrer. 507.
 Ritthausen Dr., Rechtsanw. 514.
 Rix, Post-Affist. 204.
 Rix, Rechtsanw., Justiz-R. 482.
 Robel, Gemeindefchullehrer. 66.
 Rodtbroh, Gerichtsschreiber-Geh. 451.
 Rodenwaldt, Reichenlehrerin. 362.
 Röckner, Post-Affist. 204.
 Röder, Post-Affist. 204.
 Roeder Dr., Amtsrichter. 482.
 Roeder, Amts-Ger.-R. 513.
 Roedler Dr., Gemeindefchullehrer. 507.
 Röhmisch, Kassirer, Rechn.-R. 203.
 Röhr, Gemeindefchullehrer. 66.
 Roellig Dr., Oberlehrer. 163.
 Römer, Post-Affist. 483.
 Römhildt, Post-Affist. 263.
 Römhildt, Post-Affist. 315.
 Röse, Ober-Telegr.-Affist. a. D. 550.
 Roessner, Gerichtsschreiber-Geh. 379.
 Rösner, Telegr.-Affist. 472.
 Rosshad, Ger.-Affest. 57.
 Rogge, Ober-Post-Sekt. 222.
 Rogge, Ger.-Affest. 450.
 Rohde Dr., Rechtsanw. 254.
 Rohde, Telegr.-Gehülfin. 255.
 Rohde IV, Gemeindefchullehrer. 400.
 Rohde, Telegr.-Affist. 412.
 Rohmann, Oberlehrer. 231.
 Rohr, Telegr.-Affist. 412.
 Rohrbach, Gemeindefchullehrer. 412.
 Rohst, Amtsvorst. 27.
 Rohst, Post-Sekt. 221.
 Rollin, Staatsanwaltschafts-Sekt. 379.
 Rollsch, Post-Affist. 255.
 Romahn, Registraturdiener und Aktenhefter. 465.
 Rosbund, Geh. Registratur. 103.
 Rosenbaum, Ober-Post-Praktikant. 412.
 Rosenber Dr., Landrichter. 513.
 Rosenfranz Dr., Oberlehrer. 57.
 Rosentod, Handelsrichter-Stellv. 482.
 Rosenthal, Oberlehrer. 221.
 Rosenthal, Ger.-Affest. 450.
 Rosenthal, Handelsrichter. 482.
 Rosstus, Gemeindefchullehrer. 450.
 Rost, Telegr.-Affist. 57.
 Rostin, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Rostin, Ober-Post-Affist. 263.
 Rothbart, Reg.-Supern. 308.
 Rothe, Ober-Post-Praktikant. 222.
 Rothenstein, Handelsrichter-Stellv. 254.
 Rothschild, Handelsrichter. 549.
 Ruben, Gemeindefchullehrerin. 275.
 Ruben, Ger.-Ref. 482.
 Rubo, Ger.-Ref. 17.
 Rudorff, Ger.-Ref. 142.
 Rühle, Kataster-Kontrol. 17.
 Rüder, Ranglist. 465.
 Rückert, Gemeindefchullehrer. 142.
 Rühl, Post-Affist. 255.
 Rühl, Ober-Post-Praktikant. 412.
 v. Rüks, Reg.-R. 522.
 Ruff, Amtsvorst.-Stellv. 275.
 Ruge, Ger.-Ref. 58.
 Ruhnke, Turnlehrer. 432.
 Ruloff, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Rumpf, Reg.-Bauführer. 472.
 Runge, Ober-Post-Affist. 483.
 Runt, Post-Direkt. 27.
 Runge, Post-Sekt. 507.
 Ruthenberg, Amtsvorst.-Stellv. 57.
 Rutische, Ger.-Vollz. 17.
 Ruzitscha, Amtsvorst. 472.

S.

- Saal, Post-Affist. 255.
 Sachig, Ober-Post-Insp. 197.
 Sachs, Landmesser. 17.
 Sachs, Oberlehrer. 203.
 Sachs Dr., Ger.-Affest. 450.
 Sacke, Post-Affist. 178.
 Sader, Amtsanw. 102.
 Saenger, Rechtsanw. 102.
 Saenger, Ger.-Affest. 254.
 Säuberlich, Handelsrichter-Stellv. 549.
 Sage, Gemeindefchullehrer. 27.
 Sage, Gemeindefchullehrer. 331.
 Salinger, Rechtsanw. und Notar. 379.
 Salomon, Post-Affist. 204.
 Salomon, Notar. 450.
 v. Salpius, Ger.-Ref. 58.
 Salzmänn, Ger.-Ref. 254.
 v. Salzwedel, Land-Bau-Insp. 247.
 Sandmann, Wasser-Bau-Insp. 177.
 Sarnow, Gemeindefchullehrerin. 352.
 Sarrazin Dr., Rechtsanw. 379.
 Sarrazin Dr., Rechtsanw. 482.
 Sarrazin Dr., Rechtsanw. 565.
 Sasowski, Gerichtsschreiber. 58.
 Sasse, ord. Lehrerin. 203.
 Sattler, Gerichtsschreiber-Hend. 550.
 Sauer, Ober-Post-Affist. 315.
 Sauer, Gemeindefchullehrer. 472.
 Sauerhering, Post-Direkt. a. D. 507.
 Sauerland, Gemeindefchullehrer. 507.
 Sauerlandt Dr., Ger.-Affest. 565.
 Schad, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Schade, Amtsvorst.-Stellv. 66.
 Schäfer, Telegr.-Affist. 204.
 Schäfer, Ober-Telegr.-Affist. 263.
 Schäfer, Ober-Post-Affist. 343.
 Schäfer, Gerichtsschreiber. 379.
 Schäfer, Post-Kassirer. 197.
 Schalhörn, ord. Lehrerin. 203.
 Schalhörn, Handelsrichter. 254.
 Schau, Gerichtsschreiber. 379.
 Schaner Dr., Oberlehrer. 203.

- Schede Dr., Reg.-R. 424.
 Scheda, Post-R. 507.
 Scheel, Ober-Telegr.-Assist. 203.
 Scheele, Post-Assist. 204.
 Schefe, Post-Assist. 255.
 Scheffel, Post-Assist. 255.
 Scheffer, Steuer-Supern. 47.
 Scheja, Ober-Telegr.-Assist. 204.
 Schelp, Degenstr. 248.
 Schenk, Pfarrer. 472.
 Schering, Ger.-Ref. 254.
 Schibilsky, Post-Assist. 203.
 Schidzig, Post-Assist. 255.
 Schiefereder, Post-Schr. 57.
 Schierer, Kreis-Bau-Inspr. 308.
 Schiller, Reg.-Schr. 27.
 Schiller, Gemeindefchullehrerin. 507.
 Schilling, Handelsrichter-Stellv. 254.
 Schilling, Telegr.-Assist. 412.
 Schilsky, Gemeindefchullehrerin. 66.
 Schindler, Post-Schr. 482.
 Schinl, Gemeindefchullehrerin. 378.
 Schirn, Ober-Post-Assist. 482.
 Schirmmeister, Gerichtsschreiber, Sefr. 223.
 Schlägel, Post-Assist. 197.
 Schlameus, Ger.-Vollz. 482.
 Schlange, Amtsvorst.-Stellv. 114.
 Schlaun, Post-Direkt. a. D. 507.
 Schlawien, Post-Assist. 204.
 Schlegel, Pfarrer. 400.
 Schleiff, Gemeindefchullehrer. 142.
 Schleifer, Ger.-Ref. 102.
 Schlefinger, Handelsrichter-Stellv. 549.
 Schleusner, Rech.-R. 17.
 Schlicht, Superint. 47.
 Schlisk, Gefängnis-Inspr.-Assist. 514.
 Schliske, Ober-Telegr.-Assist. 203.
 Schlittchen, Post-Assist. 255.
 Schlöde, Amtsvorst. 57.
 Schmeling, Gemeindefchullehrer. 275.
 Schmidt, Post-Assist. 17.
 Schmidt, ord. Seminarlehrer. 33.
 Schmidt, Staatsanwaltschafts-Ranglist. 58.
 Schmidt, Gemeindefchullehrer. 66.
 Schmidt, Ger.-Assist. 102.
 Schmidt, Rechtsanw. und Notar, Justiz-R. 102.
 Schmidt, Gerichtsschreiber. 102.
 Schmidt, Gemeindefchullehrer. 142.
 Schmidt, Robert, Gemeindefchullehrer. 142.
 Schmidt, Gefängnis-Inspr.-Assist. 142.
 Schmidt, Post-Assist. 197.
 Schmidt geb. Hüllgraf, ord. Lehrerin 203.
 Schmidt, Ober-Telegr.-Assist. 203.
 Schmidt, Telegr.-Assist. 203.
 Schmidt Hans, Post-Assist. 204.
 Schmidt Julius, Post-Assist. 204.
 Schmidt, Gemeindefchullehrer. 213.
 Schmidt, Diafonus. 231.
 Schmidt Ernst, Post-Assist. 255.
 Schmidt Richard, Post-Assist. 255.
 Schmidt, Reg.-Supern. 308.
 Schmidt, Post-Assist. 352.
 Schmidt, Staatsanw. 379.
 Schmidt, Turnlehrer. 401.
 Schmidt, Gemeindefchullehrer. 425.
 Schmidt, Gerichtsschreiber. 450.
 Schmidt, Gemeindefchullehrer. 472.
 Schmidt, Post-Assist. 472.
 Schmidt, Ger.-Ref. 482.
 Schmidt, Post-Schr. 483.
 Schmidt, Gemeindefchullehrerin. 507.
 Schmidt, Land-Ver.-R. 513.
 Schmidt Ger.-Ref. 513.
 Schmidt, Ger.-Vollz. 549.
 Schmidt, Rechtsanw. 565.
 Schmidt, Notar 565.
 Schmidt, Ger.-Vollz. 566.
 Schmidte, Ger.-Vollz. 17.
 Schmiel, Post-Assist. 196.
 Schmilinsky, Post-Assist. 255.
 Schmock, Gemeindefchullehrer. 275.
 Schmüder, Ober-Post-Praktikant. 483.
 Schnalke, Telegr.-Assist. 57.
 Schneid, Reg.-Civ.-Supern. 378.
 Schneemelcher, Prediger. 412.
 Schneidemühl, Rechtsanw. 102.
 Schneider, Gemeindefchullehrerin. 66.
 Schneider, Gemeindefchullehrer. 142.
 Schneider, Ger.-Ref. 142.
 Schneider, Post-Assist. 197.
 Schneider, Land-Ver.-Präsi. 222.
 Schneider, Telegr.-Gehülfin. 255.
 Schneider Dr., Rechtsanw., Justiz-R., Notar. 450.
 Schneider, Gemeindefchullehrer. 472.
 Schneider, Handelsrichter-Stellv. 482.
 Schneider, Gemeindefchullehrerin. 507.
 Schneiderreit, Rechn.-Reviz., Rechn.-R. 103.
 Schnitter, Post-Praktikant. 507.
 Schnudel, Oberlehrer. 432.
 Schocken, Notar. 102.
 Schölzel, Post-Assist. 255.
 Schönborg, Ger.-Ref. 102.
 Schönbörner, Gemeindefchullehrerin. 263.
 Schoene, Rechtsanw. 17.
 Schönnemann, Amtsvorst.-Stellv. 27.
 Schönermark, Rechtsanw. und Notar. 102.
 Schönermark, Amtsanw. 102.
 Schönermark, Bürgermstr. 38.
 Schöning, Kanzlei-Diät. 533.
 Schönlanf, Rechtsanw. 514.
 Schöppe, Post-Assist. 197.
 Schollmeyer, Ger.-Ref. 102.
 Scholz, Post-Assist. 204.
 Scholz, Fachlehrerin. 93.
 Scholz, Gemeindefchullehrer. 133.
 Scholz, Telegr.-Gehülfin. 255.
 Scholz, Post-Assist. 507.
 Schomau, Erster Staatsanw. 379.
 Schorich, Telegr.-Assist. 203.
 Schöb, Gerichtsschreiber. 450.
 Schottmüller, Amtsanw.-Stellv. 549.
 Schrader Dr., Ger.-Assist. 379.
 Schraepfer, Amts-Ver.-R. 379.
 Schred, Ger.-Vollz. 566.
 Schreiber, Ger.-Ref. 222.
 Schreyer, Telegr.-Mechaniker. 221.
 Schrott, Post-Schr. 221.
 Schröder, Amtsvorst. 17.
 Schröder, Gemeindefchullehrerin. 38.
 Schröder, Gerichtsschreiber. 102.
 Schroeder, Landmesser. 177.
 Schröder, Ober-Telegr.-Assist. 203.
 Schröder, Rechtsanw. 222.
 Schröder, Gemeindefchullehrer. 450.
 Schröder Dr., Amtsrichter. 482.
 Schroeter, Landmesser. 213.
 Schröter, Post-Inspr. 222.
 Schroeter, Landmesser. 564.
 Schubert, Post-Assist. 197.
 Schubert, Pfarrer. 285.
 Schubert, Telegr.-Gehülfin. 412.
 Schubert, Amtsanw. 549.
 Schuberth, Fachlehrerin. 93.
 Schuch, Katasterzeichner. 315.
 Schuchmann, Telegr.-Assist. 203.
 Schüd, Kammer-Ver.-R. 378.
 Schüffner, Gemeindefchullehrer. 196.
 Schüler, Ger.-Ref. 379.
 Schülle, Telegr.-Gehülfin. 353.
 Schumann, Post-Assist. 550.
 Schünemann, Ober-Post-Assist. 57.
 Schünemann, Post-Assist. 204.
 Schütte, Ober-Telegr.-Assist. 203.
 Schüttel, Rechtsanw. 17.
 Schüttel, Post-Assist. 204.
 Schütz, Amts-Ver.-R. 142.
 Schütze, Amtsvorst.-Stellv. 196.
 Schulenburg, Post-Assist. 255.
 v. d. Schulenburg, Oberpräsidial-R. 400.
 v. d. Schulenburg, Mitgl. des Provinzial-raths. 424.
 Schulraih, Post-Assist. 343.
 Schult, Telegr.-Gehülfin. 550.
 Schulz-Euler, Kammer-Ver.-R. 102.
 Schulz, Post-Assist. 114.
 Schulz, Pfarrer. 142.
 Schulz, Ober-Telegr.-Assist. 203.
 Schulz, Post-Assist. 204.
 Schulz, Post-Schr. 315.
 Schulz, Ober-Post-Assist. 353.
 Schulz, Gemeindefchullehrer. 425.
 Schulz, Amtsrichter. 450.
 Schulze, Post-Bür.-Beamter I. Klasse 197.
 Schulze, Staatsanwaltschafts-R. 254.
 Schulz, Bau-R. 9.
 Schulz, Domänen-R. 16.
 Schulz, Gerichtsschreiber. 58.
 Schulz, Post-Assist. 203.
 Schulz, Verward, Post-Assist. 204.
 Schulz Ernst, Post-Assist. 201.
 Schulz Ferdinand, Post-Assist. 204.
 Schulz, Förster. 275.
 Schulz, Gemeindefchullehrer. 352.
 Schulz, Erster Staatsanw. 379.
 Schulz, Gerichtsschreiber. 379.
 Schulz, Ger.-Ref. 514.
 Schulz, Forst-Amtsanw.-Stellv. 549.
 Schulz, Ober-Telegr.-Schr. 550.
 Schulz Dr., Ger.-Assist. 565.
 Schulz, Gemeindefchullehrer. 582.
 Schulze, Gemeindefchullehrer. 177.
 Schulze, Post-Assist. 197.
 Schulze, Ober-Telegr.-Assist. 203.
 Schulze, Post-Assist. 203.
 Schulze, Post-Assist. 255.
 Schulze, Förster. 285.
 Schulze, Post-Assist. 412.
 Schulze, Post-Assist. 472.
 Schumacher, Post-Schr. 221.
 Schumacher, Post-Assist. 204.
 Schumacher, Post-Assist. 412.
 Schumann Meta, Gemeindefchullehrerin. 66.

- Schumann Elisabeth, Gemeindegchul-
 lehrerin. 66.
 Schumann, Reg.-Sefr. 189.
 Schumann, Post-Affist. 254.
 Schumann, Pfarrer. 507.
 Schultehrus, Mitgl. des Provinzialraths
 66.
 Schuster, Raffen-Rend. 331.
 Schwabe, Post-Affist. 472.
 Schwahn, Oberlehrer. 93.
 Schwan, Gemeindegchullehrerin. 507.
 Schwandke, Post-Affist. 204.
 Schwanebed, Landrichter 222.
 Schwarzkopf, Ger.-Affeff. 254.
 Schwarz, Post-Affist. 204.
 Schwarz, Handelsrichter 264.
 Schwarz, Postamt-Bew. 309.
 Schwarze, Kreis-Bau-Insp. 9.
 Schweizer, Post-Direkt. a. D. 263.
 Schwengberg, Pfarrer 522.
 Schwenke, Amts-Ger.-R. 482.
 Schwenke, Ger.-Ref. 513.
 Schwenksky, Post-R. 27.
 Schwennide, Reg.-Bauführer. 47.
 Schwenzfürher, Post-Affist. 256.
 Schwerdt, Hülfszeichner. 482.
 Seck, Gemeindegchullehrerin. 66.
 Securius, Amtsanw. 17.
 Securs, Post-Bew. 213.
 Seeger, Leleg.-Gehülfin. 255.
 Seeger, Post-Bew. 507.
 Seeler, Notar. 514.
 Seelhof, Gemeindegchullehrer. 142.
 Seelig Dr., Rechtsanwalt. 565.
 Segall, Rechtsanwalt u. Notar. 565.
 Seig Dr., Ger.-Affeff. 222.
 Seelmann, Ger.-Ref. 142.
 Seidenschmür Dr., Ger.-Affeff. 379.
 Seiler, Post-Sefr. 221.
 Seipelt, Post-Affist. 204.
 Seis, Post-Sefr. 221.
 Selbiger Dr., Ger.-Affeff. 57.
 Selbiger Dr., Rechtsanwalt. 482.
 Sell, Ger.-Boll. 142.
 Sellenfin, Rechtsanwalt. 102.
 Sendke, Gemeindegchullehrer. 450.
 Sendfky, Civ.-Supern. 472.
 Sehr. Senft von Wilsach, Ger.-Ref. 254.
 Seng Ernst, Post-Affist. 255.
 Seng Max, Post-Affist. 255.
 Seydel, Ober-Telegr.-Affist. 482.
 Senfart, Ober-Post-Praktikant. 412.
 Seyffert, Ger.-Ref. 142.
 Seyer, Verwaltungs-Ger.-Direkt. 67.
 Sibilsky, Post-Affist. 204.
 Sieber, Post-Bew. 57.
 Siebert, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Siebert, Gerichtschreiber. 514.
 Siede, Bau-R. 352.
 Siebowski, Post-Affist. 204.
 Siegfried, Hegemitr. 247.
 Sievert, Forst-Amtsanw. 549.
 Silberberg, Rechtsanwalt. 142.
 Silkenstaedt, Pfarrer. 331.
 Silla, Gemeindegchullehrer. 275.
 Simch, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Simon, Postmstr. 114.
 Simon, Postmstr. 222.
 Simons, Oberlehrer. 412.
 Sitter. Baadernstr. 400.
 Siskler Dr., Ger.-Ref. 17.
 Siskler Dr., Ger.-Ref. 565.
 Skalweit, Gemeindegchullehrer. 343.
 Skibbe, Post-Affist. 412.
 Skopnit, Ger.-Affeff. 17.
 Skorra, Leleg.-Gehülfin. 412.
 Skowronski, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Skowronski, Post-Affist. 204.
 Skroky, Ger.-Boll. 451.
 Skursky, Rechn.-R. 27.
 Skutich, Reg.-Bauführer. 331.
 v. Slupecki, Reg.-R. 308.
 Snell, Ober-Post-Praktikant. 482.
 Sochte Dr., Reg.-R. 465.
 Sololowsky, Post-Affist. 196.
 Sommer, Leleg.-Affist. 550.
 Sommerfeld, Amtsvorst.-Stellv. 47.
 Sommermeyer, Ger.-Affeff. 102.
 Sorge, Reg.-Bauführer. 202.
 Sosmidt, Post-Affist. 472.
 Soth, Post-Affist. 221.
 Sowade, Ger.-Ref. 379.
 Spaltowski, Ober-Telegr.-Sefr. 352.
 Speer, Post-Affist. 57.
 Spengler, Gemeindegchullehrer. 450.
 Sperber, Reg.-Sefr. 177.
 Sperling, Ger.-Ref. 102.
 Sperling, Gemeindegchulrektor. 196.
 Spiegelberg, Bau-Supern. 247.
 Spiker, Ger.-Ref. 254.
 Splettsöper, Post-Sefr. 114.
 Springer, Rechtsanwalt. 142.
 Springer, Amtsvorst. 275.
 Stache, Gemeindegchullehrer. 472.
 Stachow, Land-Ger.-Direkt. 513.
 Stadie, Kammer-Ger.-R. 450.
 Staedler, Ober-Post-Sefr. 114.
 Staffehl, Post-Bew. 213.
 Stamm, Gemeindegchullehrer. 450.
 Stamm, Gerichtschreiber. 549.
 Stappenbed, Post-Affist. 17.
 Start, Gemeindegchullehrerin. 253.
 Starik, Post-Affist. 343.
 Staub, Gerichtschreiber. 254.
 Staudt, Ger.-Ref. 102.
 Stechow, Forst-Amtsanw. 450.
 Stechow, Reg.-R. 465.
 Steffens, Gemeindegchullehrer. 142.
 Stegemann, Post-Praktikant. 213.
 Stein, Post-Amts-Vorst. 197.
 Stein, Post-Affist. 255.
 Stein, Prof. 465.
 Steinbach, Ger.-Affeff. 565.
 Steinbrecht, Erster Staatsanw. 379.
 Steinert, Post-Affist. 57.
 Steinert Dr., Ger.-Affeff. 482.
 Steinhauß, Gerichtschreiber. 565.
 Steinhoff, Ober-Post-Sefr. 472.
 Steller, Bürgermstr. 298.
 Stempell, Ger.-Ref. 222.
 Stendel, Reg.-Bauführer. 472.
 Stephan, Schleusenmeister. 203.
 Stephan, Gemeindegchullehrerin. 507.
 Stern, Leleg.-Affist. 204.
 Stern Dr., Ger.-Affeff. 482.
 Sternberg, Rechtsanwalt. 565.
 Stettiner, Rechtsanwalt. 17.
 Steuer, Post-Insp. 222.
 Steuer, Ger.-Ref. 549.
 Stichlina, Post-Direkt. 343.
 Stiebler, Reg.-Bauführer. 202.
 Stiege, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Stieloff, Post-Bew. 450.
 Stielow, Post-Affist. 483.
 Stod, Postmstr. 222.
 Stod, Ober-Post-Praktikant. 352.
 Stollbrock, Pfarrer. 343.
 Stolzenburg Dr., Rechtsanwalt. 17.
 Stolzenthain, Reg.-Sefr. 472.
 Stoppa, Eisenbahn-Stations-Bew. 213.
 Storbed, Gerichtschreiber. 451.
 Storch, Post-Sefr. 315.
 Storn, Rechtsanwalt. 254.
 Ston, Post-Affist. 221.
 Straburger, Reg.-Bauführer. 472.
 Strahburg, Leleg.-Affist. 204.
 Straube, Post-Affist. 204.
 Strauer, Post-Affist. 196.
 Strauß, Post-Affist. 204.
 Strauß Dr., Rechtsanwalt. 222.
 Strauß, Post-Affist. 254.
 Strauß Dr., Ger.-Affeff. 450.
 Strehlau, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Streichhahn, Gemeindegchullehrer. 507.
 Stempel, Post-Affist. 254.
 Strohe, Leleg.-Gehülfin. 472.
 Strube, Gemeindegchullehrer. 425.
 Struenssee, Amtsvorst.-Stellv. 188.
 Strung, Post-Affist. 203.
 Strupat, Postamt-Raffixer. 197.
 Studer, Bur.-Vorst., Rechn.-R. 67.
 Stücklen, Handelsrichter-Stellv. 254.
 Stumpff, Ger.-Ref. 565.
 Suche, Reg.-R. 388.
 Sudsdorff, Ober-Post-Dir.-Sefr., Rechn.-
 R. 178.
 Sünmemann, Post-Affist. 254.
 Suffrian, Land-Ger.-R. 565.
 Sumpf, Gemeindegchullehrer. 142.
 Suppe, Fachlehrer. 93.
 Szyobrowski, Amtsanw.-Stellv. 549.
 Szeraws, Post-Affist. 255.

Z.

- Zamaßke, Post-Affist. 203.
 Zammert, Leleg.-Affist. 204.
 Zant, Gemeindegchullehrer. 425.
 Zappe Dr., Ger.-Affeff. 222.
 Zarnowski, Ger.-Ref. 17.
 Zasse, Rechtsanwalt. 514.
 Zauke, Gemeindegchullehrer. 582.
 Zauke, Ger.-Ref. 565.
 Zausendfreund, Post-Affist. 352.
 Zauß, Reg.-Sefr. 189.
 Zech, Post-Affist. 196.
 Zegen, Bür.-Diät. 67.
 Zegen, Reg.-Supern. 189.
 Zeddenburg, Leleg.-Affist. 203.
 Zedner, Gemeindegchullehrer. 400.
 Zelle, Förster. 221.
 Zelle, Post-Insp. 352.
 Zeller, Leleg.-Affist. 550.
 Zeske, Post-Insp. 197.
 Zeske, Post-Insp. 222.
 Zettenborn Dr., Rechtsanwalt. u. Notar.
 222.
 Zeuber, Ger.-Ref. 17.
 Zeujger, Rechtsanwalt. 142.
 Zeufcher, Notar. 142.

Teutloff, Telegr.-Gehülfin. 263.
 Thamm, Ober-Telegr.-Assist. a. D. 112.
 Thammhäuser, Gemeindefchullehrer. 533.
 Theel, Amtsvorst.-Stellv. 38.
 Theeleman, Ger.-Ref. 549.
 Theuerlauf, Farrer. 47.
 Thiede, Ober-Sekr., Kanzlei-R. 103.
 Thiede, Kantor. 482.
 Thiel, Gemeindefchullehrerin. 66.
 Thiel, Post-Praktikant. 221.
 Thiel, Post-Praktikant. 507.
 Thiel, Post-Assist. 507.
 Thielbürger, Ger.-Assess. 254.
 Thiele, Post-Assist. 204.
 Thiele Dr., Ger.-Assist. 514.
 Thiele, Amtsvorst. 548.
 Thiele Dr., Rechtsanw. 565.
 Thielecke, Wasser-Bau-Insp. 141.
 Thieleman, Gerichtsschreiber-Geh. 451.
 Thieme, Handelsrichter-Stellv. 222.
 Thieme, Handelsrichter. 254.
 Thien, Ober-Post-Direkt.-Sekr., Rechn.-R. 57.
 Thiersch, Gerichtsschreiber. 379.
 Thinius, Kammer-Ger.-R. 17.
 Thöne, Post-Assist. 204.
 Thomas, Ober-Telegr.-Assist. a. D. 222.
 Thomas, Gemeindefchullehrer. 425.
 Thomas, Telegr.-Assist. 472.
 Thoms, Ger.-Ref. 482.
 Thomsen, Ober-Post-Assist. 472.
 Thorban, Reg.-Bauführer. 331.
 Thubandt, Telegr.-Assist. 203.
 Thürauf, Post-Berw. 222.
 Thürk, Post-Assist. 412.
 Tiebert Dr., Ger.-Assess. 58.
 Tiebe, Frachtlehrerin. 93.
 Tiebe, Ober-Telegr.-Assist. 203.
 Tiebe, Telegr.-Assist. 204.
 Liedtke, Post-Assist. 254.
 Tiefenbach, Post-Assist. 201.
 Tiefs, Telegr.-Assist. 204.
 Tiehe, Post-Assist. 204.
 Tilger, Ober-Telegr.-Assist. 197.
 Tilger, Ober-Telegr.-Assist. 222.
 Timm, Ober-Telegr.-Assist. a. D. 57.
 Timm, Ober-Telegr.-Assist. 203.
 Timm, Post-Assist. 255.
 Timm, Ger.-Bollz. 58.
 Tisner, Amtsrichter. 482.
 Tobler Dr., Oberlehrer. 163.
 Todt, Farrer. 196.
 Toepel, Steuer-Insp. 522.
 Törner, Bau-Supern. 114.
 Toll, Rechtsanw. 514.
 Toll, Notar, Justiz-R. 514.
 Tomaszewski, Reg.-Assess. 212.
 Tornow, Gegemftr. 93.
 Tornow, Ger.-Assess. 251.
 Torunsky, Post-Assist. 343.
 Tourneau, Ger.-Ref. 58.
 Tourneau, Telegr.-Assist. 203.
 Tourneau, Post-Assist. 315.
 Trahdorff, Reg.-Sekr. 67.
 Trapp, Farrer. 38.
 Trapp, Post-Assist. 343.
 Trebel, Post-Assist. 255.
 Trebel, Post-Praktikant. 507.
 Treiber, Gemeindefchullehrerin. 378.
 Treitel, Ger.-Ref. 450.

Trell, Gefängniß-Kassen-Rend. 380.
 Trenkel, Telegr.-Assist. 203.
 Trettin, Gemeindefchullehrerin. 378.
 Triller, Gemeindefchullehrer. 275.
 Trilling, Telegr.-Assist. 472.
 Trischlag, Gemeindefchullehrer. 315.
 Troll, Amtsvorst. 33.
 Trost, Telegr.-Gehülfin. 255.
 Tronadt, Gemeindefchullehrer. 142.
 Tschepel, Post-Assist. 412.
 Tschornia, Postmfr. 309.
 Tügge, Post-Assist. 507.
 Tüllmann, Gemeindefchullehrer. 482.
 Tugemann, Post-Assist. 196.
 Talschachmann, Hülfsprediger u. Rektor. 388.

U.

Uchtenhagen, Reg.-Bauführer. 331.
 Ueberjon, Post-Sekr. 204.
 v. Uechtrig-Steinfirch, Kammer-Ger.-R.,
 Geh. Justiz-R. 222.
 Uecker, Post-Assist. 343.
 Uehr, Post-R. a. D. 27.
 Ulbrich, Land-Ger.-R. 513.
 Ullmann, Post-Assist. 412.
 Ullrich, Bürgermfr. 315.
 Ullrich, Ger.-Ref. 17.
 Ullrich, Ober-Telegr.-Sekr. 57.
 Unferodt, Post-Assist. 472.
 Uthemann, Amts-Ger.-R. 565.

V.

Valentin, Handelsrichter. 222.
 Valentin, Handelsrichter-Stellv. 549.
 Veith, Bau-Sekr. 507.
 Venzlaff, Reg.-Bauführer 331.
 Vetter, Amts-Ger.-Kanzlist 58.
 Vettin, Amtsvorst.-Stellv. 9.
 Vieshaack, Amtsvorst. 564.
 le Viseur, Ger.-Assess. 514.
 Vitense, Post-Assist. 255.
 Völker, Post-Sekr. 178.
 Völker, Post-Sekr. 221.
 Vogler, Amtsvorst.-Stellv. 57.
 Vogler, Telegr.-Assist. 204.
 Vogt, Postassirer. 197.
 Vogt, Post-Assist. 204.
 Vogt, Post-Insp. 222.
 Vogt, Telegr.-Gehülfin. 255.
 Voigt, Kreis-Bau-Insp. 47.
 Voigt, Rechtsanw. 142.
 Voigt, Gerichtsschreiber-Geh. 223.
 Voigt, Gemeindefchullehrer. 285.
 Voigt, Rechtsanw. 379.
 Voigt, Land-Ger.-Direkt. 450.
 Voigt, Ger.-Ref. 565.
 Volkman, Ger.-Bollz. 58.
 Volkman, Post-Praktikant 196.
 Volkman, Post-Assist. 197.
 Volkman, Post-Assist. 221.
 Volkman, Post-Direkt. 263.
 Volkmar, Rechtsanw. u. Notar, Justiz-
 R. 450.
 Vollpracht, Reg.-Bauführer. 331.
 Volta, Institutsdiener. 507.
 Vonhoff, Land-Ger.-Direkt. 378.
 Vorberg, Ger.-Ref. 102.
 Vorbrodt Dr., Kammer-Ger.-R. 222.
 Vormerker, Post-Assist. 204.
 Voh, Gemeindefchullehrer. 66.

W.

Wache, Gerichtsschreiber. 379.
 Wacholz, Telegr.-Assist. 204.
 Wackermann, Post-Assist. 221.
 Wadchn, Post-Assist. 255.
 Waegner, Buchhalter. 203.
 Wagandt, Ober-Telegr.-Assist. 203.
 Wagener, Post-Insp. 222.
 Wagenführ, Ober-Telegr.-Assist. 203.
 Wagenknecht, Rechtsanw. 565.
 Wagler, Amtsrichter. 17.
 Wagner, Steuer-Supern. 27.
 Wagner, Gemeindefchullehrer. 177.
 Wagner, Gemeindefchullehrer. 275.
 Wagner, Post-Sekr. 315.
 Wagner, Gemeindefchullehrerin. 507.
 Wagner, Staatsanwaltschafts-Sekr. 549.
 Wahrensdorf, Fachlehrerin. 93.
 Waimann, Telegr.-Assist. 203.
 Waldischmidt Dr., Rechtsanw. 514.
 v. Walbthausen Dr., Reg.-R. 27.
 v. Walbthausen Dr., Reg.-R. 465.
 Wall, Reg.-Sekr. 177.
 Wallenberg, Gemeindefchullehrerin. 275.
 Walter, Ger.-Ref. 17.
 Walter, Förster. 343.
 Walter, Gerichtsschreiber. 451.
 Walther, Ober-Telegr.-Assist. 203.
 Walther, Staatsanw. 379.
 Waltjen, Landrichter. 450.
 Wanke, Reg.-Sekr. 465.
 Wanke, Telegr.-Assist. 203.
 Warnstedt, Post-Assist. 196.
 Wartat, Post-Assist. 315.
 Wartenberger, Handelsrichter. 549.
 Wasmuth, Post-Assist. 204.
 Weber, Ger.-Ref. 58.
 Weberdich, Post-Assist. 550.
 Wehlich, Ober-Telegr.-Assist. 203.
 Weckend, Farrer. 188.
 Wezeref, Gemeindefchullehrer. 472.
 v. Wedel, Amtsanw.-Stellv. 379.
 Wege, Post-Assist. 255.
 Wegener, Gemeindefchullehrerin. 275.
 Wegener, Ger.-Ref. 482.
 Wegener, Förster. 548.
 Wegert, Post-Assist. 412.
 Wegner, Ober-Post-Sekr. 483.
 Wehrheim, Ober-Post-Praktikant. 483.
 Weidemann, Amtsanw.-Stellv. 549.
 Weidlich, Post-Assist. 352.
 Weidner, Reg.-Bau-Sekr. 163.
 Weidner, Post-Assist. 412.
 Weiserl, Reg.-Bauführer. 202.
 Weinberg, Handelsrichter. 254.
 Weinberger, Postamts-Berw. 343.
 Weinberger, Post-Sekr. 482.
 Weinhardt, Post-Assist. 255.
 Weise, Telegr.-Gehülfin. 204.
 Weise, Ger.-Ref. 222.
 Weise, Ober-Telegr.-Sekr. 483.
 Weist, Gemeindefchullehrer. 177.
 Weiß Dr., Amtsrichter. 254.
 Weisenfels Dr., Oberlehrer, Prof. 114.

Weissenfels Dr., Prof. 163.
 Weisinger, Gemeindefchullehrer. 425.
 Weismann Dr., Oberlehrer. 315.
 Weiske, Rechn.-R. 27.
 Weiske, Ober-Post-Sekr., Rechn.-R. 483.
 Welzel, Ober-Post-Affist. 412.
 Wendel, Fachlehrerin. 93.
 Wendel, Post-Affist. 255.
 Wendisch, Post-Sekr. 483.
 Wendland, Pfarrer. 27.
 Wendling, Telegr.-Affist. 550.
 Wendt, ord. Lehrerin. 48.
 Wendt, Post-Affist. 204.
 Wenke, Pfarrer. 564.
 Wenke, Gerichtsschreiber. 379.
 Wensch, Telegr.-Schr. 507.
 Wenscher, Reg.-Bauführer. 472.
 Wenzel, Rechtsanw. 514.
 Werkmeister, Gemeindefchullehrerin. 465.
 Werkmüller, Post-Sekr. 57.
 Werne, Gerichtsschreiber. 223.
 Wernicke, Post-Insp. 221.
 Werner, Forst-Amtsann. 58.
 Werner, Ger.-Ref. 142.
 Werner, Post-Affist. 204.
 Werner, Amtsvorst. 253.
 Wernicke, Superint. 412.
 Werth, Telegr.-Mechaniker. 221.
 Wermach, Förster. 352.
 Westendorff, Post-Affist. 255.
 Westphal, Ger.-Ref. 58.
 Westphal, Ger.-Affest. 222.
 Westphal, Post-Affist. 255.
 Wepler, Telegr.-Affist. 222.
 Wepling, Post-Affist. 204.
 Wegel, Ger.-Affest. 57.
 Wegel, Gerichtsschreiber. 379.
 Weg, Reg.-R. 331.
 Weyer, Post-Berm. 309.
 Weyermann, Ger.-Ref. 58.
 Wichmann, Ober-Telegr.-Affist. 27.
 Widelin, Forst-Amtsann. 549.
 Wiedomski, Ger.-Ref. 482.
 Wiedemann, Fachlehrerin. 93.
 Wieland, Gerichtsschreiber. 58.
 Wiener, Kammer-Ger.-R. 549.
 Wienskirch, Post-Affist. 507.
 Wienskrud, Handelsrichter-Stellv. 254.
 Wierfig, Post-Affist. 204.
 Wiese, Post-Affist. 204.
 Wiefing, Ger.-Affest. 57.
 Wiesner Dr., Ger.-Ref. 563.
 Wiekky, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Wilde, Reg.-Supern. 308.
 Wildenhahn, Ober-Post-Direkt.-Sekret. 221.
 Wilhelm, Post-Berm. 197.
 Wilhelm, Ober-Post-Affist. 221.
 Wilhelmii, Telegr.-Affist. 204.
 Wilhelms, Post-Affist. 483.
 Wilke, Pfarrer. 352.
 Wille Dr., Ger.-Affest. 379.
 Wille, Ger.-Ref. 514.
 Wille, Post-Direkt. 550.
 Wilsendorf, Gerichtsschreiber. 379.
 Will, Gemeindefchullehrer. 142.
 Wille, Amtsann.-Stellv. 102.
 Wille, Post-Affist. 203.

Willecke, Post-Direkt. 315.
 Wimmer, Oberlehrer. 482.
 Windler, Steuer-Kanzlist. 177.
 Windisch, Ger.-Ref. 102.
 Windmüller, Amtsann.-Stellv. 379.
 Winkelmann, Amtsvorst. 27.
 Winkler, Fachlehrerin. 93.
 Winterfeld, Amtsvorst.-Stellv. 27.
 v. Winterfeld, Amtsvorst. 57.
 v. Winterfeld Dr., Ger.-Ref. 142.
 Winger, Ober-Post-Affist. 263.
 Wirsig, Gemeindefchullehrer. 450.
 Wischmann, Gerichtsschreiber. 451.
 Wisniewski, Ober-Telegr.-Schr. 57.
 Wistinghausen, Steuersek. 177.
 Witte, Postsek. a. D. 114.
 Witte, Postsek. a. D. 178.
 Wittel, Gemeindefchullehrer. 482.
 Witting, Ger.-Affest. 450.
 Wittmann, Regierungs-Schr. 465.
 Wittstock, Amtsvorst.-Stellv. 66.
 v. Witzleben Dr., Ger.-Affest. 482.
 Wlosciejewski, Gemeindefchullehrer. 142.
 Bobbe, Post-Affist. 255.
 Wobig, Ober-Telegr.-Schr. 114.
 Wobnick, Telegr.-Affist. 204.
 Wöbbeking, Post-Affist. 57.
 Wöhler, Amtsvorst.-Stellv. 331.
 Wölle, Amtsvorst.-Stellv. 17.
 Wölle, Amtsvorst.-Stellv. 66.
 Wöllermann, Lehrer. 221.
 Wohlgemuth, Post-Affist. 196.
 Wohlkrath, Turnlehrer. 507.
 Wohlstein, Gemeindefchullehrer. 133.
 Wolke, Regemeister. 102.
 Wolschigski, Regierungs-Sekretär. 189.
 Wolf, Landmesser. 163.
 Wolff, Gemeindefchullehrer. 142.
 Wolff, Post-Affist. 204.
 Wolff, Telegr.-Affist. 204.
 Wolff, Ger.-Affest. 222.
 Wolff, Handelsrichter-Stellv. 254.
 Wolff, Amtsrichter. 378.
 Wolff, Telegr.-Affist. 507.
 Wolff, Amtsrichter. 513.
 Wolshagen, Postaffirer. 197.
 Wolfram, Ober-Post-Affist. 203.
 Wollant, Amtsvorst.-Stellv. 66.
 Wollner, Rechtsanw. 565.
 Wollner, Notar. 565.
 Wolter, Telegr.-Gehülfin. 178.
 Wolke, Gerichtsschreiber. 549.
 Woywod, Post-Affist. 255.
 Wrede, Ger.-Affest. 57.
 Wrede, Ger.-Affest. 254.
 Wrede, stellv. Mitglied des Provinzial-R. 400.
 Wrege, Post-Sekretär. 197.
 Wrobel, Reg.- u. Forst-R. 33.
 Wrzeszinski, Ger.-Ref. 379.
 Wünsch, Post-Sekretär. 57.
 Würdig, Gemeindefchullehrer. 27.
 Wulff, Amtsvorst. 275.
 Wulkow, Pfarrer. 196.
 Wundermann, Rechtsanw. 565.
 Wunschmann, Gemeindefchullehrerin. 253.
 Wurach, Gemeindefchullehrer. 352.
 Wurl, Telegr.-Affist. 203.

Wurmstich, Post-Affist. 352.
 Wurzel Dr., Ger.-Affest. 565.
 Wussow Dr., Rechtsanw. 142.
 Wuthnow, Post-Affist. 204.

3.

Zanker, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Zahn, Ober-Post-Sekretär. 114.
 Zahn, Ober-Post-Sekretär. 309.
 Zander, Postaffirer. 114.
 Zander, Gemeindefchullehrerin. 263.
 Zander, Gemeindefchullehrer. 450.
 Zangemeister, Reg.-Bauführer. 202.
 Zappe, Ober-Post-R. 27.
 Zech, Post-Direkt. 114.
 Zech, Oberlehrer. 189.
 Zeeb, Post-Affist. 204.
 Zehle, Post-Affist. 255.
 Zehle, Gerichtsschreiber-Geh. 565.
 Zehler, Post-Affist. 255.
 Zehler, Amtsvorst.-Stellv. 582.
 Zelle, Ger.-Ref. 222.
 Zellmer, Ger.-Ref. 450.
 Zenthoefer, Amtsrichter. 378.
 Zerbst, Fachlehrerin. 93.
 Zernott, Telegr.-Affist. 204.
 Zibold, Post-Insp. 222.
 Ziege, Ober-Telegr.-Affist. 203.
 Ziegler, Gemeindefchullehrerin. 66.
 Ziegler, Fachlehrerin. 93.
 Zielinski, Fachlehrerin. 93.
 Zielich, Ger.-Affest. 102.
 Ziem, Telegr.-Affist. 412.
 Zierath, Post-Sekretär. 57.
 Zierau, Telegr.-Schr. 412.
 Zieren, Post-Affist. 255.
 Zieske, Fachlehrerin. 93.
 Ziebler, Amts-Ger.-R. 17.
 Ziethe, Pfarrer. 142.
 Zietich, Post-Affist. 482.
 Zimmer, Ger.-Ref. 142.
 Zimmer Dr., Rechtsanw. 450.
 Zimmer, Gerichtsschreiber. 451.
 Zimmermann, Ger.-Ref. 102.
 Zimmermann, Post-Affist. 255.
 Zimmermann, Telegr.-Affist. 550.
 Zindler, Taubstummenlehrer. 513.
 Zinnow, Turnlehrer. 401.
 Zippel, Rechtsanw. 142.
 Zirke, Gerichtsschreiber. 379.
 Zirkel, Ger.-Ref. 102.
 Zirwer Dr., Oberlehrer. 27.
 Zitelmann, Gemeindefchullehrerin. 253.
 v. Zitzewitz, Ger.-Ref. 450.
 Zitzlaff, Post-Praktikant. 263.
 Zitzlaff, Ger.-Affest. 450.
 Zobel, Telegr.-Affist. 204.
 Zobel, Telegr.-Affist. 412.
 Zobus, Ober-Post-Praktikant. 550.
 Zischod, Ger.-Ref. 17.
 Zuch, Gerichtsschreiber-Geh. 482.
 Zühlke, Oberlehrer. 17.
 Zühlhauer, Rechtsanw. 482.
 Zuhrt, Krankenhaus-Pfortner. 360.
 Zupp, Post-Affist. 204.
 v. Zur Westen, Telegr.-Gehülfin. 412.
 Zysa, Telegr.-Gehülfin. 27.

Stanford University Libraries

3 6105 014 681 980

G3A

190

DATE DUE

[illegible]

